Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR DIGITALES

Einunddreißigster Jahrgang 2018

Inhaltsverzeichnis

(Umfasst die Nummern 1–18, Seiten 1–1360)

A. Zeitliche Übersicht

Datum *Seite*

2017

Bayerische Staatskanzlei

15.12. Erlöschen des Exequaturs von Frau Honorargeneralkonsulin Barbara Riepl 65

19.12. Erteilung eines Exequaturs an Herrn Thomas Elster 65

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

12.12. Dienstliche Beurteilung, Leistungsfeststellungen nach Art. 30 und 66 BayBesG in Verbindung mit Art. 62 LlbG für die Beamten und Beamtinnen der Bayerischen Polizei und des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (Beurteilungsbekanntmachung Polizei und Verfassungsschutz – BUBek-Pol/VS) 3

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

22.12. Richtlinie für das Kommunalinvestitionsprogramm zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen in Bayern (Kommunalinvestitionsprogramm Schulinfrastruktur – KIP-S) 18

28.12. Richtlinie zur Ermittlung der Vergütung für die statische und konstruktive Prüfung von Ingenieurbauwerken für Verkehrsanlagen, RVP (Ausgabe 2016) 21

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

12.02. Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen (RÖFE) 184

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

21.12. Erste Berichtigung der Verzeichnisse der Gewässer zweiter Ordnung und der Wildbäche 65

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

08.11. Richtlinie Waldpädagogik in der Bayerischen Forstverwaltung 22

19.12. Änderung der Richtlinie für die Gewährung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten (AGZ) gemäß Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 22

Datum *Seite*

22.12. Richtlinie für Zuwendungen zu waldbaulichen Maßnahmen im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms (WALDFÖPR 2018) 970

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

01.08. Studienzeiten 2018/2019 an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Sozialverwaltung 173

2018

Bayerische Staatsregierung

17.04. Änderung der Redaktionsrichtlinien und anderer Bekanntmachungen 341

17.04. Aufgaben und Stellung des Leiters der Staatskanzlei und Staatsministers für Bundesangelegenheiten (StMBBek) 342

17.04. Aufgaben und Stellung des Staatsministers für Digitales, Medien und Europa (StMDBek) 342

17.04. Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene (AuVBBek) 343

17.04. Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt (EhrBBek) 343

17.04. Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für staatliche Beteiligungen (BetBBek) 344

17.04. Stellung des Beauftragten für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung (BüABBek) 344

17.04. Stellung des Bürgerbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung (BürBBek) 345

17.04. Stellung des Patienten- und Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung (PPBek) 345

15.05. Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe (Antisemitismusbeauftragten-Bekanntmachung – AsemBBek) 402

24.07. Änderung der Organisationsrichtlinien 547

25.09. Änderung der Redaktionsrichtlinien und der Veröffentlichungsbekanntmachung 959

27.11. Aufhebung von Bekanntmachungen betreffend Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung 1228

Datum		Seite
	Bayerischer Ministerpräsident	
17.04.	Erlass über die Stellvertretung der Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung (Stellvertretererlass – StRVertrBek)	346
24.09.	Ehrenpatenschaften des Bayerischen Ministerpräsidenten bei Mehrlingsgeburten (Ehrenpatenschafts-Bekanntmachung – PatenBek)	960
	Bayerische Staatskanzlei	
05.02.	Erteilung eines erweiterten Exequaturs an Herrn Dr. Nikolaus Hipp	199
08.02.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Josef Saiger	199
15.02.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Pinthep Devakula	199
19.02.	Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Litauen in München	199
19.02.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Yuriy Yarmilko	199
19.02.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Patrice Pélissier	276
23.03.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Martin Alexander Schoeller	393
20.04.	Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Portugiesischen Republik in München	405
23.05.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Matias Agustin Undurraga Abbott	442
13.06.	Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung von Georgien in München	442
27.06.	Mitteilung der Kontaktdaten der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Togo	467
28.06.	Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung des Unabhängigen Staates Samoa in Hamburg	467
16.07.	Erlöschen des Exequaturs von Herrn Dirk Steffens	467
19.07.	Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Portugiesischen Republik in München	467
19.07.	Erteilung eines Exequaturs an Frau Meghan Gregonis	467
20.07.	Änderung der Bekanntmachung über die Ehrung von Alters- und Ehejubilaren	452
30.07.	Erteilung eines Exequaturs an Frau Miriam Beatriz Chaves	571
08.08.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Simon Philip Kendall	571
09.08.	Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung von Belize in Stuttgart	571
10.08.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Mohammad Zahir Aghbar	571
30.08.	Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Französischen Republik in Nürnberg	923
18.09.	Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Volksrepublik Bangladesch in München	983
27.09.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Dragomir Zdravkov Dimitrov	983
27.09.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Suleiman Dauda Umar	983
12.10.	Verleihung einer Medaille für besondere Verdienste um den Freistaat Bayern in Europa und der Welt (Europamedaillen-Bekanntmachung – EuMedBek)	962
15.10.	Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Liberia in München	983
15.10.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Khalid Bader Th Almutairi	983
22.10.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Dr. Wulf-Dietrich Köpke	1114
26.10.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Paul Jeroen Ijmkers	1114
30.10.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Vladimir Duvnjak	1114
08.11.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Mehmet Günay	1114
20.11.	Erteilung eines Exequaturs an Frau Evelyn Austria-Garcia	1114
20.11.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Pham Truong Giang	1114
21.11.	Erlöschen des Exequaturs von Herrn Dietrich von Berg	1355
11.12.	Erteilung eines Exequaturs an Herrn Mohsen Sebai	1355
12.12.	Kraftloserklärung eines konsularischen Ausweises	1355
	Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration	
07.02.	Aufhebung der Bekanntmachung über den Besitz und das Führen von dienstlich zur Verfügung gestellten Faustfeuerwaffen und Reizstoffsprühgeräten mit Oleoresin Capsicum und den Besitz von dienstlich zur Verfügung gestellter Munition durch Polizeivollzugsbeamte außerhalb des Dienstes (Ermächtigung gemäß Waffengesetz und Versammlungsgesetz)	183

Datum		Seite
08.02.	Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband	199
16.02.	Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen	200
21.03.	Verzeichnis der Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und gemeindefreien Gebiete in Bayern nach dem Stand am 1. Januar 2018	209
26.03.	Verwaltungsvorschriften über die Muster zum kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung (VV-Mu-KommHV-Doppik)	282
26.04.	Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband	405
03.05.	Verbandssatzung des Zweckverbandes Bayerische Landschulheime – Träger öffentlicher Heimschulen in Bayern – Körperschaft des öffentlichen Rechts, München	406
06.06.	Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug des Feuerwehr- und Hilfsorganisationen-Ehrenzeichengesetzes	419
07.06.	Änderung der Bestimmungen über die Abfindung bei Einsätzen und Übungen der Polizei	420
07.06.	Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband	442
21.06.	Vollzug der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO); Parkerleichterungen für Dienstfahrzeuge der Bayerischen Eich- und Beschussverwaltung, Parkerleichterungen für Gerichtsvollzieher im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz, Befreiungen und Ausnahmen bei der Durchführung von Vermessungsarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum durch die Vermessungsverwaltung, Befreiungen und Ausnahmen bei der Durchführung von Arbeiten im öffentlichen Verkehrsraum durch die Wasserwirtschaftsverwaltung im Rahmen ihrer zugewiesenen Aufgaben	468
21.06.	Vollzug der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO); Sonderrechte für Einsatzfahrzeuge von örtlichen Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (Ersthelfergruppen)	471
27.06.	Übernahme von Wahlämtern durch Angehörige des öffentlichen Dienstes; Aufruf des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration an die Beschäftigten der Allgemeinen Inneren Verwaltung	451
02.07.	Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband	471
16.07.	Feuerwehr-Aktionswoche 2018	572
31.07.	Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich	547
16.08.	Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug des Gesetzes über die Sicherheitswacht in Bayern	903
28.08.	Verwaltungsvereinfachung; Ergebnisse des Vorschlagswesens 2017; Vollzug der Innovationsrichtlinie Moderne Verwaltung	923
01.10.	Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband	983
08.10.	Änderung der Gemeinsamen Bekanntmachung zur Feststellung von Alkohol-, Medikamenten- und Drogeneinfluss bei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten; Sicherstellung und Beschlagnahme von Führerscheinen	963
05.11.	Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen; Ergebnisse der Steuerschätzung	1115
05.11.	Haushaltssatzung des Zweckverbandes Bayerische Musikakademie Alteglofsheim für das Haushaltsjahr 2018	1116
03.12.	Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit	1231
11.12.	Richtlinie zur Förderung der Informationssicherheit durch Implementierung eines Informationssicherheits-Managementsystems bei kommunalen Gebietskörperschaften (ISMS-Förderrichtlinie – ISMSR)	1229
	Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	
16.01.	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2017, ZTV E-StB 17	183
09.02.	Fortschreibung des Vergabehandbuchs Bayern für Bauleistungen	183
28.03.	Fortschreibung der Richtlinien für das Aufstellen von Bauwerksentwürfen (RAB-ING)	347
28.03.	Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in Landeplätze in Bayern (Förderrichtlinie Landeplätze)	374
28.03.	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme (ZTV FRS 2013, Fassung 2017)	350
17.05.	Änderung der Richtlinien für das Bayerische Modernisierungsprogramm	420
30.05.	Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING), Fortschreibung Dezember 2017	423
05.06.	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Zustandserfassung und -bewertung von Straßen, Ausgabe 2006, ZTV ZEB-StB 06; Korrekturblatt und Änderung Anhang 8	424

Datum		Seite
13.06.	Richtlinien für den Entwurf, die konstruktive Ausbildung und Ausstattung von Ingenieurbauwerken (RE-ING)	421
02.07.	Technische Lieferbedingungen und Technische Prüfvorschriften für Ingenieurbauten, TL/TP-ING, Fortschreibung Oktober 2017	455
10.07.	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten, ZTV-ING, Ausgabe Oktober 2017	456
07.08.	Richtlinien für die Gewährung eines Zuschusses zum Bau oder Erwerb von Wohnraum zu eigenen Wohnzwecken (Bayerische Eigenheimzulagen-Richtlinien – EHZR)	554
08.08.	Änderung der Wohnraumförderungsbestimmungen 2012	555
08.08.	Richtlinien für das Darlehensprogramm der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt zur Förderung der Modernisierung von Gebäuden von Wohnungseigentümergemeinschaften (WEG-Modernisierungsprogramm – BayModWEG)	558
22.08.	Vollzug der Bauvorlagenverordnung	481
14.09.	Richtlinien für die Gewährung des Baukindergelds Plus zum Bau oder Erwerb von selbstgenutztem Wohnraum für Familien mit Kindern und Alleinerziehende in Bayern (Baukindergeld-Plus-Richtlinien – BayBauKGPR)	905
20.09.	Vollzug des Art. 81a Abs. 1 Satz 1 der Bayerischen Bauordnung; Bayerische Technische Baubestimmungen (BayTB)	577
10.10.	Änderung des Bayerischen Zinsverbilligungsprogramms zur Förderung von Eigenwohnraum	964
17.10.	Änderung der Richtlinien für die Förderung von Wohnraum für Studierende	964
16.11.	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten, ZTV-ING, Ausgabe Januar 2018	1240
	Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie	
24.01.	Änderung der Förderrichtlinien zur Durchführung des bayerischen 10 000-Häuser-Programms	189
06.03.	Richtlinien für die Vergabe des Bayerischen Fernsehpreises „Der Blaue Panther“	270
05.04.	Änderung der Richtlinien zur Durchführung des bayerischen regionalen Förderprogramms für die gewerbliche Wirtschaft	375
08.04.	Änderung der Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen	376
25.06.	Änderung der Förderrichtlinien zur Durchführung des bayerischen 10 000-Häuser-Programms	458
03.07.	Festlegung volatiler Kostenanteile zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten in der dritten Regulierungsperiode im Strombereich für die dritte Regulierungsperiode der Anreizregulierung gegenüber den Betreibern von Elektrizitätsversorgungsnetzen im Sinne des § 3 Nr. 2 EnWG in der Zuständigkeit der Regulierungskammer des Freistaates Bayern	472
08.08.	Abkommen über einheitliche Ausbildung, Prüfung und Zusammenarbeit im Bereich des gesetzlichen Messwesens (Akademie-Abkommen)	560
06.09.	Richtlinien zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien und der Vermeidung von Kohlendioxidemissionen durch Biomasseheizwerke (Förderprogramm BioKlima)	906
08.11.	Richtlinien für die staatliche Förderung der Betreuung von Existenzgründern und Betriebsübernehmern in der Vorgründungsphase (Richtlinien Vorgründungscoaching)	1099
28.11.	Richtlinie zur Förderung des Ausbaus der Mobilfunkversorgung im Freistaat Bayern (Mobilfunkrichtlinie – MFR)	1250
28.11.	Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zum Mobilfunk-Förderprogramm gemäß der Entscheidung der EU-Kommission vom 16. November 2018, SA.48324	1355
03.12.	Richtlinien für Darlehen an mittelständische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freiberuflich Tätige zur Förderung von Maßnahmen der Energieeinsparung und der Nutzung erneuerbarer Energien (Bayerisches Energiekreditprogramm)	1254
03.12.	Richtlinien zur Durchführung des Investivkredits im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms	1241
03.12.	Richtlinien zur Durchführung des Startkredits im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms	1243
06.12.	Richtlinien zum Forschungs- und Technologieförderprogramm „Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen/Handwerksbetriebe“	1246
	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	
16.02.	Richtlinien zur Förderung von Wanderwegen, von Unterkunftshäusern und von Grün- und Erholungsanlagen aus Anlass von Gartenschauen (Förderrichtlinien für Wanderwege, Unterkunftshäuser und Grün- und Erholungsanlagen – FöR-WaGa)	190

Datum		Seite
12.04.	Änderung der Bekanntmachung über die Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien	376
01.08.	Öffentlichkeitsbeteiligung zu den Managementmaßnahmenblättern nach den §§ 40e und 40f BNatSchG in Verbindung mit § 42 UVPG	572
06.09.	Änderung der Gemeinsamen Bekanntmachung über die Zusammenarbeit der Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung von Verstößen im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes	911
06.09.	Richtlinien zur Förderung von umwelt- und klimaverträglichen Naturerlebnis- und Naturtourismusangeboten in bayerischen Kommunen (FöRNatKom)	912
11.09.	Änderung der Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien	911
25.09.	Aufhebung der Bekanntmachung zum Vollzug des Wasserrechts; Analysen- und Messverfahren für Abwasser	964
08.10.	Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2018)	929
08.10.	Zweite Berichtigung der Verzeichnisse der Gewässer zweiter Ordnung und der Wildbäche	1116
28.10.	Berichtigung der Richtlinien zur Förderung von umwelt- und klimaverträglichen Naturerlebnis- und Naturtourismusangeboten in bayerischen Kommunen	1106
08.11.	Bekanntmachung der Managementmaßnahmen für invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung	1356
13.11.	Richtlinien für Darlehen an mittelständische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freiberuflich Tätige zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen (Bayerisches Umweltkreditprogramm)	1103
	Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	
29.01.	Änderung der Marktstrukturverbesserungs-Richtlinie	198
20.03.	Richtlinie Bayerisches Sonderprogramm Landwirtschaft	377
04.04.	Aufhebung der Bekanntmachung über die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln der Jagdabgabe	404
24.04.	Aufbewahrung und Archivierung von Flurbereinigungsunterlagen	403
28.05.	Änderung der Bekanntmachung über den Schulversuch der staatlichen Landwirtschaftsschule Abteilung Hauswirtschaft, Fachgebiet Ernährung, Haushalt und Betriebsführung in Rosenheim	424
29.06.	Änderung der Bekanntmachung über den Schulversuch der staatlichen Technikerschule für Agrarwirtschaft, Fachrichtung Ernährungs- und Versorgungsmanagement in Kaufbeuren	459
03.08.	Verfahrensvorschriften zur Erprobung des elektronischen Ausstellens des Erlaubnisscheins	563
21.08.	Änderung der Geschäftsordnung für die Ämter für Ländliche Entwicklung in Bayern	917
03.09.	Änderung der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Stärkung der Verarbeitung und Vermarktung von regionalen landwirtschaftlichen Erzeugnissen (VuVregio) und von regionalen ökologischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen (VuVöko)	919
24.09.	Zuschussfähige Höchstsätze in der Ländlichen Entwicklung (ZHLE)	965
26.09.	Richtlinie für die Dorferneuerungs- und Infrastrukturprojekte zur Umsetzung des ELER-Programms 2014 bis 2020 in Bayern	967
18.10.	Gebietsverzeichnis der benachteiligten landwirtschaftlichen Gebiete im Sinne des Art. 32 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013	989
24.10.	Richtlinie zum 27. Wettbewerb 2019 bis 2022 „Unser Dorf hat Zukunft“	1106
15.11.	Richtlinien für die Förderung der Tierzucht	1256
26.11.	Richtlinien für die Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen	1258
04.12.	Änderung der Fischereiabgaberichtlinie	1283
	Druckfehlerberichtigung der Bekanntmachung zur Änderung der Fischereiabgaberichtlinie vom 23. März 2015 (AllMBl. S. 209)	198
	Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	
10.01.	Vollzugshinweise zum Jugendschutzgesetz (VJuSchG)	29
29.01.	Studienzeiten 2019/2020 an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Sozialverwaltung	203
12.02.	Änderung der Bekanntmachung über das Kostenwesen und den Prüfungsbeamten in der Arbeitsgerichtsbarkeit	274
02.03.	Änderung der Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Ausgleich von Kosten in Verfahren vor den Gerichten	275
14.03.	Richtlinie zur Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege und zur Deckung von Finanzierungslücken bei den Betriebskosten integrativer Kindertageseinrichtungen	272

Datum		Seite
04.06.	Dienstanweisung für die Geschäftsstellen der Gerichte für Arbeitssachen (Arbeitsgerichtsbarkeitsdienstanweisung – DAnw-ArbG)	425
16.07.	Richtlinie für die Förderung von Frauenhäusern in Bayern	460
16.07.	Richtlinie zur Förderung von Notrufen/Fachberatungsstellen für von sexualisierter und/oder häuslicher Gewalt betroffene Frauen und von sexualisierter Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche in Bayern	464
16.07.	Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswertes gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG –	466
16.07.	Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Qualitätsbonus gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 3 BayKiBiG –	466
13.09.	Amtstracht bei den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit und den Gerichten für Arbeitssachen	920
07.10.	Zahl der Kammern bei den Arbeitsgerichten und bei den Landesarbeitsgerichten	982
16.10.	Leistung des Richtereides durch Berufsrichter und Verpflichtung der ehrenamtlichen Richter auf ihr Amt in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit	1111
24.10.	Festsetzung der Zahl der ehrenamtlichen Richter in der bayerischen Sozialgerichtsbarkeit	1112
09.11.	Richtlinie zur Förderung von regionalen ambulanten Diensten zur Sicherung der Teilhabe von Menschen mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen sowie sinnesbehinderten und chronisch kranken Menschen (Förderrichtlinie Regionale „Offene Behindertenarbeit“)	1310
09.11.	Richtlinie zur Förderung von überregionalen ambulanten Diensten zur Sicherung der Teilhabe von Menschen mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen sowie sinnesbehinderten und chronisch kranken Menschen (Förderrichtlinie Überregionale „Offene Behindertenarbeit“)	1338
26.11.	Änderung der Bekanntmachung über den Barbetrag nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch und dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch	1308
26.11.	Studienzeiten 2020/2021 an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Sozialverwaltung	1356
04.12.	Aufhebung der Gemeinsamen Bekanntmachung zum Vollzug des Unterbringungsgesetzes	1308
05.12.	Änderung der U3-Bundesmittelrichtlinie	1309

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

15.01.	Änderung der Richtlinie über die Vergabe von Stipendien zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum	64
25.07.	Änderung der Richtlinie zur Förderung der Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten sowie von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im ländlichen Raum	564
30.07.	Richtlinie über die Gewährung eines Bonus zur Sicherstellung der Geburtshilfe durch freiberuflich tätige Hebammen und Entbindungspfleger (Hebammenbonusrichtlinie – HebBonR)	564
08.08.	Richtlinie zur Förderung neuer ambulant betreuter Wohngemeinschaften sowie zur Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Lebensqualität und der Rahmenbedingungen in der Pflege (Förderrichtlinie Pflege – WoLeRaF)	565
10.09.	Berichtigung der Bekanntmachung zur Änderung der Richtlinie zur Förderung der Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum	920
14.09.	Richtlinie zur Förderung der Geburtshilfe in Bayern (GebHilfR)	920

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

08.06.	Steuerkraftzahlen aus der Grundsteuer und der Gewerbesteuer für 2019 (Steuerkraftzahlenbekanntmachung 2019 – StKraftBek 2019)	474

B. Stichwortverzeichnis

Seite

A

Akademie-Abkommen 560
Allgemeinverfügung
– Gewässer zweiter Ordnung und Wildbäche . . . 65, 1116
– Parkerleichterungen für Dienstfahrzeuge 468
– Sonderrechte für Ersthelfergruppen 471
Alters- und Ehejubilare 452
Arbeitsgerichtsbarkeit
– Amtstracht 920
– Dienstanweisung 425
– Zahl der Kammern 982
Archivierung
– von Flurbereinigungsunterlagen 403
Aufhebung
– Geschäftsbereich StK 1228
– Geschäftsbereich StMI 183
– Geschäftsbereich StMELF 404
– Geschäftsbereich StMUV 964
– Geschäftsbereich StMAS 1308
Ausweis, konsularischer
– Kraftloserklärung 1355

B

Barbetrag nach SGB VIII und SGB XII 1308
Baubestimmungen, technische (BayTB) 577
Bauvorlagen 481
Beamte
– Beurteilungsbekanntmachung Polizei und Verfassungsschutz 3

E

Ehrenpatenschaften 960
Europamedaille 962
Exequatur
– Änderung 199, 405, 442, 467, 571, 923, 983
– Erteilung . . . 65, 199, 276, 393, 442, 467, 571, 983, 1114, 1355
– Löschung 65, 393, 442, 467, 571, 983, 1114, 1355

F

Fernsehpreis 270
Feuerwehr
– Aktionswoche 2018 572
– Ehrenzeichen 419
Finanzausgleich, kommunaler
– Steuerkraftzahlen Grund- und Gewerbesteuer . . . 474
Fischerei
– elektronisches Ausstellen des Erlaubnisscheins . . 563
– Fischereiabgaberichtlinie 1283
Förderung
– 10 000-Häuser-Programm 189, 458
– Biomasseheizwerke 906
– Energiekreditprogramm 1254
– erneuerbare Energien 906
– Frauenhäuser 460
– Geburtshilfe
– – Hebammenbonus 564
– – Sicherung der Hebammenversorgung 920

Seite

– Gewalt, sexualisierte/häusliche
– – Notrufe/Fachberatungsstellen 464
– Grün- und Erholungsanlagen 190
– Informationssicherheits-Managementsysteme . . . 1229
– Innovationsgutscheine 1246
– interkommunale Zusammenarbeit 1231
– Kommunalinvestitionsprogramm (KIP-S) 18
– ländlicher Raum
– – medizinische Versorgung, Stipendien 64
– – Niederlassung von Ärzten und Psychotherapeuten 564, 920
– Landeplätze 374
– Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien (LNPR) 376, 911
– Mittelstandskreditprogramm 1241, 1243
– Mobilfunkrichtlinie 1250
– Naturerlebnis- und Naturtourismusangebote . 912, 1106
– öffentliche touristische Infrastruktureinrichtungen (RÖFE) 184, 376
– offene Behindertenarbeit
– – regionale 1310
– – überregionale 1338
– Pflege (WoLeRaF) 565
– regionales Förderprogramm für die gewerbliche Wirtschaft 375
– Umweltkreditprogramm 1103
– Unterkunftshäuser, Wanderwege 190
– Vorgründungscoaching 1099
– Wohnungsbau: siehe Wohnungswesen
Forst
– Richtlinie Waldpädagogik 22
– waldbauliche Maßnahmen (WALDFÖPR 2018) . . 970
Führerscheine
– GemBek zur Feststellung von Alkohol-, Medikamenten- und Drogeneinfluss bei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten 963

G

Gemeindeverzeichnis 209
Geschäftsordnung für die Ämter für Ländliche Entwicklung (ALEGO) 917

H

Haushaltspläne, kommunale
– Aufstellung, Vollzug 200, 1115
Haushaltssatzung
– Zweckverband Bayerische Musikakademie Alteglofsheim 1116

I

Innovationsrichtlinie Moderne Verwaltung
– Ergebnisse des Vorschlagswesens 2017. 923
Invasive gebietsfremde Arten 572, 1356
ISMS-Förderrichtlinie 1229

J

Jugendschutz
– Vollzugshinweise 29

Seite

K

Kindertageseinrichtungen
– Basiswert BayKiBiG 466
– Inklusion 272
– Qualitätsbonus 466
– U3-Bundesmittelrichtlinie 1309
Kommunaler Finanzausgleich
– Steuerkraftzahlen Grund- und Gewerbesteuer . . . 474
Kommunaler Prüfungsverband
– Mitgliedschaft 199, 405, 442, 467, 983
Kommunale Wirtschaft
– Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne . 200, 1115
– VV-Mu-KommHV-Doppik 282
Kommunalinvestitionsprogramm Schulinfrastruktur 18
Konsulat
– Afghanistan 571
– Argentinien 571
– Bangladesch 983
– Belize 571
– Bulgarien 983
– Burundi 1355
– Chile 442
– Frankreich 276, 923
– Georgien 199, 442
– Großbritannien 571
– Korea 65
– Kroatien 1114
– Kuwait 983
– Liberia 983
– Litauen 199
– Niederlande 1114
– Nigeria 983
– Österreich 199
– Palau 467, 1114
– Philippinen 1114
– Portugal 405, 467
– Samoa 467
– Thailand 65, 199
– Togo 393, 467
– Tunesien 1355
– Türkei 1114
– Ukraine 199
– USA 467
– Vietnam 1114
Kosten
– Arbeitsgerichtsbarkeit 274
– Bund-Länder-Vereinbarung über den Ausgleich von Kosten in gerichtlichen Verfahren 275

L

Ländlicher Raum
– Niederlassung von Ärzten und Psychotherapeuten 564, 920
– Vergabe von Stipendien zur Verbesserung der medizinischen Versorgung 64
Landwirtschaft
– Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten . . . 22
– benachteiligte landwirtschaftliche Gebiete 989
– Dorferneuerungs- und Infrastrukturprojekte im ELER-Programm 967
– Erhaltung gefährdeter landwirtschaftlicher Nutztierrassen 1258
– Förderung der Tierzucht 1256

Seite

– Marktstrukturverbesserungs-Richtlinie 198
– Schulversuch
– – Abteilung Hauswirtschaft Rosenheim 424
– – Fachrichtung Ernährungs- und Versorgungsmanagement in Kaufbeuren 459
– Sonderprogramm Landwirtschaft 377
– VUVregio, VUVöko 919
– Wettbewerb „Unser Dort hat Zukunft“ 1106
– Zuschussfähige Höchstsätze in der Ländlichen Entwicklung (ZHLE) 965

O

Organisationsrichtlinien 341, 547

R

Redaktionsrichtlinien 341, 959

S

Sicherheitswacht
– Änderung der VollzBekSWG 903
Sozialgerichtsbarkeit
– Amtstracht 920
– Leistung des Richtereides 1111
– Zahl der ehrenamtlichen Richter 1112
Staatsregierung
– Antisemitismusbeauftragten-Bekanntmachung . . . 402, 1228
– Beauftragter für Aussiedler und Vertriebene . 343, 1228
– Beauftragter für Bürokratieabbau 344, 1228
– Beauftragter für das Ehrenamt 343, 1228
– Beauftragter für staatliche Beteiligungen . . . 344, 1228
– Bürgerbeauftragter 345, 1228
– Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten 342
– Patienten- und Pflegebeauftragter 345, 1228
– Staatsminister für Digitales, Medien und Europa . 342
– Stellvertretung 346
Steuerkraftzahlen
– Grund- und Gewerbesteuer 474
Straßenbau
– Aufstellen von Bauwerksentwürfen (RAB-ING) . . 347
– Lieferbedingungen, technische
– – TL/TP-ING 455
– RE-ING 421
– RiZ-ING 423
– Vergütung für die Prüfung von Ingenieurbauwerken für Verkehrsanlagen 21
– Vertragsbedingungen, technische
– – ZTV E-StB 17 183
– – ZTV FRS 2013, Fassung 2017 350
– – ZTV-ING 456, 1240
– – ZTV ZEB-StB 06 424
Stromnetze
– Festsetzung volatiler Kostenanteile für die dritte Regulierungsperiode der Anreizregulierung 472
Studienzeiten an der HföD Sozialverwaltung 173, 203, 1356

V

Vergabe von Aufträgen
– Fortschreibung des VHB Bayern 183
– im kommunalen Bereich 547

Seite

Veröffentlichungsbekanntmachung 341, 959
Verwaltungsvereinfachung
– Ergebnisse des Vorschlagswesens 2017 923

W

Wasserwirtschaft
– Gewässer zweiter Ordnung und Wildbäche . . . 65, 1116
– Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2018) 929
Wohnungswesen
– Baukindergeld-Plus-Richtlinien 905
– Eigenheimzulagen-Richtlinien. 554
– Modernisierungsprogramm 420
– WEG-Modernisierungsprogramm 558

Seite

– Wohnraum für Studierende 964
– Wohnraumförderungsbestimmungen 555
– Zinsverbilligungsprogramm 964

Z

Zusammenarbeit im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes 911
Zuwendungen
siehe Förderung
Zweckverband Bayerische Landschulheime
– Verbandssatzung 406
Zweckverband Bayerische Musikakademie Alteglofsheim
– Haushaltssatzung 1116

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration,
Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12,
86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern“ www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern“ ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern“ entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 1 **München, 31. Januar 2018** **31. Jahrgang**

Inhaltsübersicht

Datum		Seite
I.	**Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden**	
	Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr	
12.12.2017	2030.13-I Dienstliche Beurteilung, Leistungsfeststellungen nach Art. 30 und 66 BayBesG in Verbindung mit Art. 62 LlbG für die Beamten und Beamtinnen der Bayerischen Polizei und des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (Beurteilungsbekanntmachung Polizei und Verfassungsschutz – BUBek-Pol/VS)	3
22.12.2017	2330-I Richtlinie für das Kommunalinvestitionsprogramm zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen in Bayern (Kommunalinvestitionsprogramm Schulinfrastruktur – KIP-S)	18
28.12.2017	913-I Richtlinie zur Ermittlung der Vergütung für die statische und konstruktive Prüfung von Ingenieurbauwerken für Verkehrsanlagen, RVP (Ausgabe 2016)	21
	Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	
19.12.2017	787-L Änderung der Richtlinie für die Gewährung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten (AGZ) gemäß Verordnung (EU) Nr. 1305/2013	22
08.11.2017	7900-L Richtlinie Waldpädagogik in der Bayerischen Forstverwaltung	22
	Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	
10.01.2018	2161-A Vollzugshinweise zum Jugendschutzgesetz (VJuSchG)	29
	Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	
15.01.2018	2126.0-G Änderung der Richtlinie über die Vergabe von Stipendien zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum	64

Fortsetzung nächste Seite

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatskanzlei

15.12.2017 Erlöschen des Exequaturs von Frau Honorargeneralkonsulin Barbara Riepl 65
19.12.2017 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Thomas Elster 65

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

21.12.2017 Erste Berichtigung der Verzeichnisse der Gewässer zweiter Ordnung und der Wildbäche 65

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

01.08.2017 Studienzeiten 2018/2019 an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Sozialverwaltung 173

III. Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen . . . . . entfällt

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibungen 174
Literaturhinweise 174

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

2030.13-I

Dienstliche Beurteilung, Leistungsfeststellungen nach Art. 30 und 66 BayBesG in Verbindung mit Art. 62 LlbG für die Beamten und Beamtinnen der Bayerischen Polizei und des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (Beurteilungsbekanntmachung Polizei und Verfassungsschutz – BUBek-Pol/VS)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr

vom 12. Dezember 2017, Az. IC3-0371.0-41

An die Präsidien der Bayerischen Polizei
das Bayerische Landeskriminalamt
das Bayerische Polizeiverwaltungsamt
das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz

Aufgrund von Art. 3 Abs. 2, Art. 54 Abs. 1 Satz 2, Art. 55 Abs. 3, Art. 58 Abs. 6 Satz 1 und 2, Art. 60 Abs. 1 Satz 5 und Abs. 2 Satz 3 und 4, Art. 62 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 6 sowie Art. 68 Abs. 2 Satz 2 des Leistungslaufbahngesetzes (LlbG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 571, BayRS 2030-1-4-F), das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 354) geändert worden ist, in Verbindung mit Art. 15 Halbsatz 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) vom 29. Juli 2008 (GVBl. S. 500, BayRS 2030-1-1-F), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist, und Abschnitt 3 Nr. 1.3 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen über die Verwaltungsvorschriften zum Beamtenrecht (VV-BeamtR) vom 13. Juli 2009 (FMBl. S. 190, StAnz. Nr. 35), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 19. Oktober 2017 (FMBl. S. 510) geändert worden ist, wird im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat ergänzend für die Beamten und Beamtinnen der Bayerischen Polizei und des Landesamtes für Verfassungsschutz bestimmt:

1. Beurteilungsformblätter

[1]Für die Beurteilung der Beamten und Beamtinnen der Bayerischen Polizei und des Landesamtes für Verfassungsschutz in den Besoldungsgruppen bis einschließlich A 16 ohne Amtszulage sind die als Anlagen 1 und 2 beigefügten Formblätter „Beurteilungsbogen Polizei und Verfassungsschutz“ oder „Einschätzung während der Probezeit“ zu verwenden. [2]Nach der Unterschrift des Beurteilers oder der Beurteilerin ist jeweils ein Abschnitt „Beteiligte“ enthalten, um an dieser Stelle eine gegebenenfalls erfolgte Beteiligung weiterer Zwischenvorgesetzter neben dem oder der unmittelbaren Vorgesetzten zum Ausdruck zu bringen. [3]Beurteilungen können mit Unterstützung der EDV erstellt werden. [4]Sie müssen inhaltlich dem Muster der beigefügten Anlagen 1 und 2 entsprechen.

2. Vergleichsmaßstab

Es werden bei der Beurteilung der Beamten und Beamtinnen

- in den Besoldungsgruppen A 6, A 9 und A 13
- in den Besoldungsgruppen A 10, A 11 und A 14, die in der Fachlaufbahn Polizei und Verfassungsschutz den fachlichen Schwerpunkten Polizeivollzugsdienst oder Sicherheitsbereich im Landesamt für Verfassungsschutz zugehören

gemäß Art. 68 Abs. 2 Satz 2 LlbG sowie unter Beachtung von § 3 FachV-Pol/VS jeweils die folgenden verschiedenen Vergleichsgruppen gebildet:

2.1 Vergleichsgruppe A

[1]Beamte und Beamtinnen der jeweiligen Besoldungsgruppe, die am Beurteilungsstichtag die Voraussetzungen für die Beförderung in das nächsthöhere Amt erfüllen, weil sie entweder in der jeweiligen Qualifikationsebene eingestiegen sind oder erfolgreich an der Ausbildungsqualifizierung teilgenommen haben oder für die der erfolgreiche Abschluss der modularen Qualifizierung gemäß Art. 20 Abs. 5 LlbG festgestellt wurde. [2]Nr. 2.3 bleibt hiervon unberührt.

2.2 Vergleichsgruppe B

Beamte und Beamtinnen der jeweiligen Besoldungsgruppe, die am Beurteilungsstichtag für eine Beförderung in das nächsthöhere Amt entweder nicht qualifiziert sind oder ausschließlich die Voraussetzungen nach § 13 Abs. 1 FachV-Pol/VS für die Beförderung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 10 oder A 11 erfüllen.

2.3 Vergleichsgruppe C

[1]In den Besoldungsgruppen A 13 und A 14 diejenigen Beamten und Beamtinnen, die nach Abschluss der modularen Qualifizierung ausschließlich nach § 61 Abs. 1 Satz 1 FachV-Pol/VS für Ämter ab der vierten Qualifikationsebene bis zur Besoldungsgruppe A 14 qualifiziert sind. [2]Sie bilden jeweils eine eigene Vergleichsgruppe, da sie sich in Anforderungsprofil und laufbahnrechtlicher Stellung von allen anderen Angehörigen dieser Besoldungsgruppen maßgeblich unterscheiden.

3. Bewertung

3.1 Einzelmerkmale

[1]Die Bewertung der Einzelmerkmale erfolgt bei Beurteilungen gemäß Anlage 1 nach einem Punktesystem mit einer Punkteskala von 1 bis 16 Punkten. [2]Die hiernach zu bewertenden Einzelmerkmale sind in der Anlage 1 durch „( )“ ersichtlich. [3]Dies sind bei Beamten und Beamtinnen, die im Beurteilungszeitraum mindestens sechs Monate zusammenhängend Führungsfunktionen wahrgenommen haben, einschließlich des Einzelmerkmals Führungserfolg (Gliederungspunkt 2.1.7) 16 Einzelmerkmale. [4]Bei Beamten und Beamtinnen, die weniger als sechs

Monate zusammenhängend im Beurteilungszeitraum Führungsfunktionen wahrgenommen haben, entfallen Bewertungen in diesem Einzelmerkmal, so dass sich die Beurteilung in diesen Fällen auf die Bewertung von 15 Einzelmerkmalen beschränkt.

3.2 Gesamturteil

3.2.1 [1]Das Gesamturteil ist in freier Würdigung der Einzelmerkmale sowie der ergänzenden verbalen Hinweise zu bilden und in einer Bewertung von 1 bis 16 Punkten auszudrücken. [2]Dabei ist zu beachten, dass das Gewicht der einzelnen Beurteilungsmerkmale, je nach ihrer an den Erfordernissen des Amtes zu messenden Bedeutung, sehr unterschiedlich ist. [3]Aus diesem Grunde sind für die Bildung des Gesamturteils fünf Einzelmerkmale doppelt zu gewichten, die die an die Beamten und Beamtinnen zu stellenden Anforderungen in besonderem Maße prägen. [4]Je nach der Funktion, die die Beamten und Beamtinnen im Beurteilungszeitraum wahrgenommen haben, sind dies

– bei Führungskräften:
  2.1.3 Eigeninitiative, Selbstständigkeit
  2.1.5 Teamverhalten
  2.1.7 Führungserfolg
  2.2.2 geistige Beweglichkeit
  2.2.3 Entschlusskraft, Entscheidungsfreude, Verantwortungsbereitschaft,
– bei Sachbearbeitern:
  2.1.2 Arbeitsgüte
  2.1.3 Eigeninitiative, Selbstständigkeit
  2.1.5 Teamverhalten
  2.2.2 geistige Beweglichkeit
  2.3.1 Fachkenntnisse.

3.2.2 Bei Einschätzungen während der Probezeit entfällt ein Gesamturteil (vgl. Nr. 9).

3.3 Verbale Hinweise und Erläuterungen

[1]Verbale Hinweise oder Erläuterungen zu den einzelnen Merkmalen sind zulässig. [2]Sie sind bezüglich des Gesamturteils und zu Einzelmerkmalen vorzunehmen, wenn dessen oder deren Bewertung sich gegenüber der letzten periodischen Beurteilung wesentlich verschlechtert hat oder sich die Bewertung auf bestimmte Vorkommnisse gründet. [3]Von einer wesentlichen Verschlechterung wird regelmäßig dann auszugehen sein, wenn sich die Bewertung gegenüber der letzten periodischen Beurteilung um mindestens drei Punkte verschlechtert hat und diese Änderung nicht auf die Anlegung eines anderen Bewertungsmaßstabs, zum Beispiel nach einer Beförderung, zurückzuführen ist. [4]Die Erläuterungen können auch gesammelt bei den ergänzenden Bemerkungen erfolgen. [5]Die betroffenen Einzelmerkmale sind dabei zu nennen.

4. Ergänzende Bemerkungen

4.1 Besonders prägende Einzelmerkmale

Hierbei ist zur Steigerung der Transparenz der Beurteilung zunächst insbesondere darzustellen, welche Einzelmerkmale bezogen auf die im Beurteilungszeitraum überwiegend ausgeübte Funktion oder die im Beurteilungszeitraum überwiegend ausgeübten Funktionen als besonders prägend erachtet wurden.

4.2 Aussage zum Dienstsport

[1]Bei den nicht vom Dienstsport befreiten Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamtinnen ist unter Nr. 3 der Beurteilung „Ergänzende Bemerkungen“ auch die Teilnahme am Dienstsport zu würdigen. [2]Ist der Beamte oder die Beamtin vom Dienstsport befreit, so ist die Aussage „vom Dienstsport befreit“ zu treffen.

5. Eignungsmerkmale

[1]In Nr. 5 der Beurteilungen nach Anlage 1 ist eine detaillierte Aussage zur Eignung zu treffen. [2]Diese gliedert sich in eine Aussage zur Eignung für die Ausbildungsqualifizierung, zur Eignung für die modulare Qualifizierung, zur Führungseignung und zur sonstigen Verwendungseignung.

5.1 Eignung für die Ausbildungsqualifizierung oder für die modulare Qualifizierung

[1]Erscheinen Beamte und Beamtinnen für die Ausbildungsqualifizierung oder für die modulare Qualifizierung geeignet, so ist eine entsprechende Feststellung vorzunehmen. [2]Eine negative Äußerung bei fehlender Eignung unterbleibt.

5.2 Führungseignung

[1]Sofern Beamte und Beamtinnen für eine Verwendung in Führungspositionen in Betracht kommen, ist eine differenzierte Aussage zur Führungsqualifikation zu treffen. [2]Die Aussage hat sich insbesondere darauf zu konzentrieren, ob die Führungseignung (auch) für die nächsthöhere Führungsebene vorhanden ist.

5.3 Sonstige Verwendungseignung

[1]Die Aussage zur sonstigen Verwendungseignung soll sich grundsätzlich auf die nächsthöhere Führungsebene beziehen. [2]Unter Berücksichtigung der insbesondere zur Führungseignung getroffenen Aussagen können folgende Formulierungen verwendet werden:

„Für Führungsaufgaben geeignet, zum Beispiel ...“

„Als Sachbearbeiter geeignet, zum Beispiel ...“.

[3]Dazu ist noch jeweils mindestens ein entsprechender Dienstposten beispielhaft anzugeben. [4]Eine Kombination aus beiden Beschreibungen ist möglich. [5]Es sind auch Einschränkungen (zum Beispiel auf bestimmte Fachgebiete) zulässig. [6]Auch andere Formulierungen sind zulässig.

6. Leistungsfeststellung für den regelmäßigen Stufenaufstieg

6.1 Leistungsfeststellungen nach Art. 30 Abs. 3 Satz 1 und 3 BayBesG, Art. 62 Abs. 3 LlbG

[1]Leistungsfeststellungen nach Art. 30 Abs. 3 Satz 1 und 3 BayBesG, Art. 62 Abs. 3 LlbG werden mit der dienstlichen Beurteilung verbunden. [2]Hierfür enthalten Anlagen 1 und 2 eine entsprechende Aussage. [3]Bei der Feststellung, ob die mit dem Amt

verbundenen Mindestanforderungen erfüllt sind, ist im Fall einer Beurteilung nach Anlage 1 auf die Beurteilungsmerkmale der fachlichen Leistung (Nr. 2.1 der Anlage 1) abzustellen. [4]Die Mindestanforderungen gelten dabei regelmäßig als erfüllt, wenn der Beamte oder die Beamtin in allen Einzelmerkmalen der fachlichen Leistung mindestens 3 von 16 Punkten erzielt hat. [5]Zuständigkeit und Verfahren richten sich nach den für die Beurteilung geltenden Regelungen (vgl. auch Nr. 12). [6]Falls der Beamte oder die Beamtin die an das Amt gestellten Mindestanforderungen nicht erfüllt, ist dies auf einem Beiblatt schriftlich zu begründen. [7]Auf dem Beiblatt ist auch der Zeitpunkt anzugeben, ab dem der Stufenstopp wirkt (vgl. dazu Abschnitt 5 der VV-BeamtR und Nr. 30.3 der Bayerischen Verwaltungsvorschriften zum Besoldungsrecht und Nebengebieten – BayVwVBes).

6.2 Gesonderte Leistungsfeststellung

[1]Bei Beamten und Beamtinnen der Besoldungsgruppe A 16 mit Amtszulage, die noch nicht die Endstufe ihrer Besoldungsgruppe erreicht haben, sowie im Fall eines Stufenstopps (Art. 30 Abs. 3 Satz 3 BayBesG) ist eine gesonderte Leistungsfeststellung nach dem als Anlage 3 beigefügten Formblatt vorzunehmen. [2]Für die Bewertung der dort vorgegebenen Einzelmerkmale und deren doppelte Gewichtung gelten Nrn. 3.1 und 3.2 entsprechend. [3]Die Mindestanforderungen gelten auch bei gesonderter Leistungsfeststellung regelmäßig als erfüllt, wenn in allen Einzelmerkmalen mindestens 3 von 16 Punkten erzielt werden. [4]Sofern in den Fällen des § 12 Abs. 4 FachV-Pol/VS eine gesonderte Leistungsfeststellung erforderlich wird, entfällt die Bewertung der Einzelmerkmale.

7. Leistungsfeststellung für die Vergabe von Leistungsstufen

[1]Bei dauerhaft herausragenden Leistungen im Sinne von Art. 66 BayBesG ist eine entsprechende Feststellung (Art. 62 Abs. 1 und 2 LlbG) zu treffen. [2]Im Rahmen der Einschätzung während der Probezeit sowie der Probezeitbeurteilung entfällt die Feststellung. [3]Die Leistungsfeststellung kommt nur bei den Beamten und Beamtinnen in Betracht, die in den Einzelmerkmalen nach Nr. 2.1 der Anlage 1 die jeweils in der Vergleichsgruppe höchsten durchschnittlichen Punktzahlen erhalten haben und die in allen entsprechenden Einzelmerkmalen mindestens 11 Punkte erzielt haben. [4]Insgesamt ist ein strenger Maßstab anzulegen. [5]Als Vergleichsgruppe gilt dabei die Besoldungsgruppe, soweit sie jeweils in den Zuständigkeitsbereich der in Nr. 12 genannten Beurteiler fällt. [6]Bei Beamten und Beamtinnen der Besoldungsgruppe A 16 mit Amtszulage ist eine gesonderte Leistungsfeststellung nach dem als Anlage 3 beigefügten Formblatt vorzunehmen. [7]Zuständigkeit und Verfahren richten sich nach den für die Beurteilung geltenden Regelungen (vgl. auch Nr. 12). [8]Die Entscheidung, ob und inwieweit Beamten und Beamtinnen, die eine Leistungsfeststellung erhalten haben, eine Leistungsstufe gewährt wird, treffen die nach § 8 Abs. 2 ZustV-IM Zuständigen nach Leistungsgesichtspunkten und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

8. Beurteilung von Beamten und Beamtinnen nach Ausbildungsqualifizierung, Übernahme von anderen Dienstherren oder aus den Bereichen anderer oberster Dienstbehörden, Wiedereinstellung, Reaktivierung, Beurlaubung

8.1 Beurteilung nach Ausbildungsqualifizierung

[1]Beamte und Beamtinnen, die erfolgreich die Ausbildungsqualifizierung für Ämter ab der dritten oder vierten Qualifikationsebene abgeschlossen haben, sind mit Ablauf des sechsten Kalendermonats nach dem Bestehen der Qualifikationsprüfung periodisch zu beurteilen. [2]Ebenso sind Beamte und Beamtinnen mit Ablauf des sechsten Kalendermonats nach dem Bestehen der Qualifikationsprüfung für Ämter ab der dritten oder vierten Qualifikationsebene periodisch zu beurteilen, wenn sie keine Probezeit mehr abzuleisten haben (vgl. Art. 10 Abs. 3 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 3 LlbG).

8.2 Beurteilung nach Übernahme von anderen Dienstherren oder aus den Bereichen anderer oberster Dienstbehörden

Beamte und Beamtinnen, die aus den Bereichen anderer Dienstherren oder anderer oberster Dienstbehörden (aus anderen Geschäftsbereichen) in den Dienst bei der Bayerischen Polizei oder dem Landesamt für Verfassungsschutz übernommen worden sind, sind sechs Monate nach der Übernahme zu beurteilen.

8.3 Beurteilung nach Wiedereinstellung oder Reaktivierung

Bayerische Beamte und Beamtinnen, die wieder eingestellt oder reaktiviert wurden, sind nach sechs Monaten zu beurteilen, wenn das Ausscheiden zwölf oder mehr Monate zurückliegt.

8.4 Beurteilung nach Beurlaubung

[1]Beamte und Beamtinnen, die im Beurteilungszeitraum weniger als sechs Monate Dienst geleistet haben, sind grundsätzlich sechs Monate nach Wiederaufnahme des Dienstes zu beurteilen, sofern keine fiktive Laufbahnnachzeichnung nach Art. 17a LlbG erforderlich ist. [2]Art. 15 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 LlbG findet nur insoweit Anwendung, als es sich um Zeiten einer Beurlaubung oder Freistellung für eine Tätigkeit bei Fraktionen des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages und des Bayerischen Landtages sowie bei kommunalen Vertretungskörperschaften oder kommunalen Spitzenverbänden handelt.

9. Einschätzungen während der Probezeit und Probezeitbeurteilungen

9.1 Einschätzung während der Probezeit

[1]Die Einschätzung während der Probezeit ist gemäß Anlage 2 zu erstellen und beschränkt sich auf eine verbale Würdigung der bislang in der Probezeit erwiesenen Eignung, Befähigung und Leistung des Beamten oder der Beamtin sowie der Gesamtpersönlichkeit. [2]Für Beamte und Beamtinnen, die dem fachlichen Schwerpunkt Polizeivollzugsdienst in der Fachlaufbahn Polizei und Verfassungsschutz angehören, gilt dabei die Verleihung des Eingangs-

amtes (§ 12 Abs. 2 FachV-Pol/VS) als Beginn der regelmäßigen Probezeit im Sinne des Art. 55 Abs. 1 Satz 1 LlbG und dieser Bekanntmachung. [3]Die Einschätzung ist ohne zahlenmäßiges Gesamtprädikat mit der Bewertung „voraussichtlich geeignet", „voraussichtlich noch nicht geeignet" oder „voraussichtlich nicht geeignet" abzuschließen. [4]Äußerungen zur Eignung entfallen. [5]Die Einschätzung wird durch die Probezeitbeurteilung ersetzt, sofern die Probezeit durch Kürzung und/oder Anrechnung zwölf Monate oder weniger beträgt.

9.2 Probezeitbeurteilung

[1]Im Rahmen der Probezeitbeurteilung sind die Beamten und Beamtinnen der Bayerischen Polizei und des Landesamtes für Verfassungsschutz bis zum Ablauf der Probezeit wie bei einer periodischen Beurteilung nach der Anlage 1 umfassend zu beurteilen. [2]Einzelne Beurteilungsmerkmale, die mangels ausreichender Erprobung nicht sachgerecht bewertet werden können, bleiben mit „nicht ausreichend erprobt" unbewertet. [3]Die Probezeitbeurteilung ist mit 16 bis 3 Punkten oder mit der Feststellung „noch nicht geeignet" oder „nicht geeignet" abzuschließen. [4]Ein Gesamturteil von 16 bis einschließlich 3 Punkten in der Probezeitbeurteilung schließt die Feststellung ein, dass sich der Beamte oder die Beamtin bewährt hat und für die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit geeignet ist. [5]Die Gesamtbewertung „noch nicht geeignet" enthält die Feststellung, dass sich der Beamte oder die Beamtin hinsichtlich seiner oder ihrer fachlichen Leistung, Eignung und Befähigung nicht bewährt hat; sie ist nur zu treffen, wenn zu erwarten ist, dass sich der Beamte oder die Beamtin während einer Verlängerung der Probezeit noch bewähren wird. [6]Vor Ablauf der verlängerten Probezeit ist der Beamte oder die Beamtin erneut umfassend zu beurteilen. [7]Probezeitbeurteilungen sind rechtzeitig zum Ablauf der Probezeit zu erstellen und zur Überprüfung vorzulegen. [8]Der Beurteilungszeitraum umfasst die gesamte Probezeit.

10. Zwischenbeurteilungen, Beurteilungsbeiträge

[1]Zwischenbeurteilungen und Beurteilungsbeiträge werden grundsätzlich ebenfalls nach der Anlage 1 erstellt. [2]Sie werden mit einem Gesamturteil abgeschlossen. [3]Beurteilungsbeiträge sind ab einem Abordnungszeitraum von mehr als sechs Monaten zu erstellen (vgl. Abschnitt 3 Nr. 11.2 VV-BeamtR); für kürzere Abordnungszeiträume ist die (formlose) Beteiligung der Abordnungsdienststelle sicherzustellen. [4]Bei Umsetzungen, die mit einem Wechsel des nach Nr. 12 Zuständigen verbunden sind, gelten die Regelungen über Beurteilungsbeiträge entsprechend.

11. Aktualisierte periodische Beurteilungen, Anlassbeurteilungen

Die Erstellung aktualisierter periodischer Beurteilungen (Art. 56 Abs. 4 Satz 2 und 3 LlbG) oder von Anlassbeurteilungen (Art. 54 Abs. 1 Satz 1 LlbG) ist nur mit Zustimmung des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr (im Folgenden: Staatsministerium) zulässig.

12. Zuständigkeiten bei Erstellung der Beurteilung

[1]Die dienstliche Beurteilung wird nach Art. 60 Abs. 1 Satz 1 LlbG grundsätzlich vom Leiter/von der Leiterin der Behörde erstellt, der der Beamte oder die Beamtin im Zeitpunkt der dienstlichen Beurteilung angehört. [2]Abweichend hiervon werden jedoch beurteilt (Art. 60 Abs. 1 Satz 5 LlbG):

12.1 In der Bayerischen Landespolizei

12.1.1 die Beamten und Beamtinnen, die für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 10 oder A 14 qualifiziert sind – mit Ausnahme der Beamten und Beamtinnen, die ausschließlich die Voraussetzungen nach § 13 Abs. 1 FachV-Pol/VS für die Beförderung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 10 oder A 11 erfüllen,

vom Leiter oder von der Leiterin des Polizeipräsidiums;

12.1.2 die Beamten und Beamtinnen aller den Polizeipräsidien nachgeordneten Dienststellen,

- die nicht für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 10 qualifiziert sind,
- die ausschließlich die Voraussetzungen nach § 13 Abs. 1 FachV-Pol/VS für die Beförderung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 10 oder A 11 erfüllen,

vom Leiter oder von der Leiterin der den Polizeipräsidien unmittelbar nachgeordneten Dienststellen.

12.2 In der Bayerischen Bereitschaftspolizei

12.2.1 die Beamten und Beamtinnen, die für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 14 qualifiziert sind,

vom Leiter oder von der Leiterin des Präsidiums der Bayerischen Bereitschaftspolizei;

12.2.2 in den den Bereitschaftspolizeiabteilungen nachgeordneten Dienststellen die Beamten und Beamtinnen, die für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 10, jedoch nicht für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 14 qualifiziert sind – mit Ausnahme der Beamten und Beamtinnen, die ausschließlich die Voraussetzungen nach § 13 Abs. 1 FachV-Pol/VS für die Beförderung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 10 oder A 11 erfüllen,

vom Abteilungsführer oder von der Abteilungsführerin;

12.2.3 in der Polizeihubschrauberstaffel Bayern die Beamten und Beamtinnen, die nicht für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 14 qualifiziert sind,

vom Staffelführer oder von der Staffelführerin;

12.2.4 im Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei die Beamten und Beamtinnen, die nicht für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 14 qualifiziert sind,

vom Leiter oder von der Leiterin des Fortbildungsinstituts;

12.2.5 die Beamten und Beamtinnen der Hundertschaften,

- die nicht für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 10 oder A 14 qualifiziert sind,
- die ausschließlich die Voraussetzungen nach § 13 Abs. 1 FachV-Pol/VS für die Beförderung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 10 oder A 11 erfüllen,

vom Hundertschaftsführer oder von der Hundertschaftsführerin;

12.2.6 die Beamten und Beamtinnen der Ausbildungsseminare,

- die nicht für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 10 oder A 14 qualifiziert sind,
- die ausschließlich die Voraussetzungen nach § 13 Abs. 1 FachV-Pol/VS für die Beförderung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 10 oder A 11 erfüllen,

vom Seminarleiter oder von der Seminarleiterin;

12.2.7 die Beamten und Beamtinnen des Polizeiorchesters Bayern,

- die nicht für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 10 oder A 14 qualifiziert sind,
- die ausschließlich die Voraussetzungen nach § 13 Abs. 1 FachV-Pol/VS für die Beförderung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 10 oder A 11 erfüllen,

vom Leiter oder von der Leiterin des Polizeiorchesters Bayern.

12.3 Abgeordnete Beamte und Beamtinnen

Die abweichende Zuständigkeitsregelung gilt auch bei abgeordneten Beamten und Beamtinnen, die im Einvernehmen (bei Abordnung zu anderen Dienstherren im Benehmen) mit dem Leiter oder der Leiterin der Behörde, an die sie abgeordnet sind, beurteilt werden.

12.4 Abweichende Zuständigkeit und Vertretung

[1]Soweit der Leiter oder die Leiterin einer Behörde nach Art. 60 Abs. 1 Satz 1 oder 5 LlbG zuständig ist, dienstliche Beurteilungen zu erstellen oder dabei mitzuwirken, kann diese Zuständigkeit auf die allgemeine Vertretung der Behördenleitung, beim Staatsministerium auch auf die Leitung der Abteilung IC übertragen werden (Art. 60 Abs. 1 Satz 5 und 6 LlbG). [2]Eine solche von Art. 60 Abs. 1 Satz 1 LlbG abweichende Zuständigkeit ist von den Behörden allgemein (zum Beispiel durch Geschäftsordnung) zu regeln. [3]Hiervon unberührt bleibt die notwendige Vertretung im Vertretungsfall. [4]Ein Vertretungsfall liegt hier nur vor, wenn davon auszugehen ist, dass eine nicht nur kurzfristige Abwesenheit des Beurteilers oder der Beurteilerin vorliegt, die zu nicht vertretbaren Verzögerungen im Beurteilungsverfahren führt.

12.5 Beteiligung bei gleicher Vergleichsgruppe

Abweichend von Abschnitt 3 Nr. 10.5 VV-BeamtR ist eine Beteiligung oder die Erstellung der Beurteilung zulässig, soweit der oder die Vorgesetzte und die zu beurteilenden Beamten und Beamtinnen zwar derselben Besoldungsgruppe, aber unterschiedlichen Vergleichsgruppen angehören.

13. Zuständigkeit im Überprüfungsverfahren

[1]Gemäß Art. 60 Abs. 2 Satz 4 LlbG findet eine Überprüfung der dienstlichen Beurteilungen der Beamten und Beamtinnen der Besoldungsgruppe A 13 und niedriger in den Fällen, in welchen das Staatsministerium vorgesetzte Dienstbehörde ist und der Beamte oder die Beamtin keine Einwendungen erhoben hat, nur in Einzelfällen auf gesonderte Anordnung des Staatsministeriums statt. [2]Dies erfolgt beispielsweise, wenn von den jährlich vorgegebenen Beurteilungsrichtwerten und mittels der Beurteilungsvorübersichten abgeglichenen Beurteilungsprädikate abgewichen wird oder wenn ansonsten die Annahme besteht, dass gegen Grundsätze des Beurteilungswesens der Bayerischen Polizei und des Landesamtes für Verfassungsschutz verstoßen wurde. [3]In den Fällen, in welchen das Staatsministerium vorgesetzte Dienstbehörde ist und der Beamte oder die Beamtin Einwendungen gegen seine oder ihre Beurteilung erhoben hat, wird die Überprüfung auf die dem Staatsministerium unmittelbar nachgeordneten Behörden übertragen. [4]Bei dienstlichen Beurteilungen, die durch das Staatsministerium selbst erstellt wurden, wird auf das Überprüfungsverfahren verzichtet. [5]Für Beamte und Beamtinnen der Besoldungsgruppe A 14 und höher erfolgt die Überprüfung der Beurteilungen beim Staatsministerium. [6]Die bei den dem Staatsministerium nachgeordneten Behörden als vorgesetzte Dienstbehörden durchzuführenden Überprüfungsverfahren bleiben von diesen Regelungen unberührt.

14. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 31. Mai 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 30. Mai 2024 außer Kraft. [3]Soweit hierin keine besonderen Regelungen getroffen wurden, finden die Abschnitte 3 und 5 der VV-BeamtR unmittelbar Anwendung. [4]Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern über Dienstliche Beurteilung, Leistungsfeststellungen nach Art. 30 und Art. 66 BayBesG in Verbindung mit Art. 62 LlbG für die Beamten und Beamtinnen der bayerischen Polizei und des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz vom 8. April 2011 (AllMBl. S. 129), die durch Bekanntmachung vom 10. April 2012 (AllMBl. S. 256) geändert worden ist, tritt mit Ablauf des 30. Mai 2018 außer Kraft.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Dienstliche Beurteilung

Anlage 2: Einschätzung während der Probezeit

Anlage 3: Gesonderte Leistungsfeststellung gemäß Art. 30 Abs. 3 und Art. 66 BayBesG in Verbindung mit Art. 62 LlbG

Anlage 1
(zu Nrn. 1, 3.1, 5, 6.1, 7, 9.2 und 10)

Beurteilungsbogen Polizei und Verfassungsschutz

Dienstliche Beurteilung

☐ Periodische Beurteilung	☐ Zwischenbeurteilung
☐ Probezeitbeurteilung (Ablauf der Probezeit am:)	☐ Beurteilungsbeitrag ☐ Beurteilung aus besonderem Anlass
☐ Aktualisierte Periodische Beurteilung	Anlass: _____

für

Amtsbezeichnung	Vor- und Zuname	Geburtsdatum
letzte Ernennung am	Schwerbehinderung: ☐ nein ☐ ja/ggf. Grad der Behinderung:	Personalnummer
Beurteilungszeitraum: bis		

1. Tätigkeitsgebiet und Aufgaben im Beurteilungszeitraum

Teilzeitbeschäftigt: **Zeitraum** von bis	☐ mit Wo-Stunden	**Dienststelle**	**Art der Tätigkeit** Beschreibung des Aufgabengebietes

2. Beurteilungsmerkmale **Punkte**

2.1 Fachliche Leistung

2.1.1 Arbeitsmenge ( )

2.1.2 Arbeitsgüte ( )
(Sorgfalt und Gründlichkeit, Beachten von inhaltlichen und formalen Vorgaben, Sonstiges)

2.1.3 Eigeninitiative, Selbstständigkeit ( )
(Handeln ohne Anstoß und Anleitung)

2.1.4 Organisationsvermögen ( )
(zielgerichtetes Ausrichten von Arbeitsabläufen, Selbstorganisation, Setzen von Prioritäten)

2.1.5 Teamverhalten ( )
(Zusammenarbeit mit Vorgesetzten, Zusammenarbeit mit Kollegen, Konfliktbewältigung, Informations- und Kommunikationsverhalten)

2.1.6 Verhalten nach außen ( )
(Umgang mit Bürgern, nachgeordneten Behörden, anderen Dienststellen und Institutionen, dienstleistungsorientiertes Verhalten)

2.1.7 Führungserfolg ( )
(Organisation, Führen durch Zielsetzung und Zielvereinbarung, fachliche Anleitung, Delegation, Kontrolle, Motivation und Förderung der Mitarbeiter)

2.2 Eignung

2.2.1 Auffassungsgabe, Urteilsvermögen ( )
(Erkennen von Sachzusammenhängen, Erfassen des Wesentlichen, Bewertung)

2.2.2 geistige Beweglichkeit ( )
(Kreativität, Aufgeschlossenheit für neue Aufgaben)

2.2.3 Entschlusskraft, Entscheidungsfreude, Verantwortungsbereitschaft ( )

2.2.4 Einsatzbereitschaft ( )
(Bereitschaft zur Übernahme zusätzlicher Aufgaben, Engagement)

2.2.5 Führungspotential ( )

2.3 Befähigung

2.3.1 Fachkenntnisse ( )

2.3.2 mündliche Ausdrucksfähigkeit ( )

2.3.3 schriftliche Ausdrucksfähigkeit ( )

2.3.4 Verhandlungsgeschick/Vernehmungsgeschick ( )

3. Ergänzende Bemerkungen: (ggf. auf gesondertem Beiblatt.)
(Berücksichtigung einer Schwerbehinderung beim Beurteilungsmaßstab, Personalratstätigkeit oder Wahrnehmung sonstiger besonderer Funktionen, Besonderheiten wie Unterrichtstätigkeit, besonderes dienstpostenbezogenes fachliches Können/Fähigkeiten usw.)

4. Gesamturteil

_____
Punktzahl in Worten

( )
Punkte

5. Eignung

5.1 Eignung für die Ausbildungsqualifizierung:
☐ **wird zuerkannt.**

5.2 Eignung für die modulare Qualifizierung:
☐ **wird zuerkannt.**

5.3 Führungseignung:

5.4 Sonstige Verwendungseignung: (Dienstposten, Dienststellen, evtl. Einschränkungen)
---

6. Die Mindestanforderungen im Sinne des Art. 30 Abs. 3 Satz 1 BayBesG werden erfüllt:
☐ Ja ☐ Nein

7. Dauerhaft herausragende Leistungen gemäß Art. 66 Abs. 1 Satz 1 bzw. 4 BayBesG:

Ort, Datum

Unterschrift der Beurteilerin/des Beurteilers: _____

Amtsbezeichnung, Name, Dienststelle

Beteiligte: (Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname, Dienststelle)

Stellungnahme der/des unmittelbaren Vorgesetzten:

(Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname, Dienststelle)

☐ ohne Einwendungen
☐ Einwendungen, Begründung (auf gesondertem Blatt)

Ort, Datum

Unterschrift der/des unmittelbaren Vorgesetzten

Eröffnung:

Gemäß Art. 61 Abs. 1 Satz 1 LlbG eröffnet erhalten:

Ort, Datum

Unterschrift der beurteilten Beamtin/des beurteilten Beamten

Überprüfungsverfahren:

☐ Einverstanden

☐ Geändert

(Art. 60 Abs. 2 LlbG)

Dienststelle: _____

Ort, Datum

Unterschrift der beurteilten Beamtin/des beurteilten Beamten

Gemäß Art. 61 Abs. 1 Satz 5 LlbG nochmals eröffnet erhalten:

Ort, Datum

Unterschrift der beurteilten Beamtin/des beurteilten Beamten

Anlage 2
(zu Nrn. 1, 6.1 und 9.1)

Einschätzung während der Probezeit

für

Amtsbezeichnung	Vor- und Zuname	Geburtsdatum
letzte Ernennung am	Schwerbehinderung: ☐ nein	Personalnummer
	☐ ja/ggf. Grad der Behinderung:	
Beurteilungszeitraum: bis		

1. Tätigkeitsgebiet und Aufgaben im Beurteilungszeitraum

Zeitraum von bis	Teilzeitbeschäftigt : ☐ mit Wo-Stunden	**Dienststelle**	**Art der Tätigkeit** Beschreibung des Aufgabengebietes

2. <u>Gesamtwürdigung (verbale Beschreibung):</u>
(Sofern eine Verkürzung der Probezeit bei erheblich über dem Durchschnitt liegenden Leistungen in Betracht kommt, ist dies hier festzustellen. Sofern dagegen Leistungsmängel bestehen, sollen diese, ihre Ursachen und Möglichkeiten der Abhilfe dargestellt werden.)

3. <u>Bewertung:</u> Die Beamtin/der Beamte ist für die Aufgaben der Fachlaufbahn und, soweit gebildet, des fachlichen Schwerpunktes und für die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

☐ voraussichtlich geeignet.

☐ voraussichtlich noch nicht geeignet.

☐ voraussichtlich nicht geeignet.

4. Soweit für den Vollzug des Art. 30 Abs. 3 Satz 1 BayBesG erforderlich:

Die Mindestanforderungen im Sinne des Art. 30 Abs. 3 Satz 1 BayBesG werden erfüllt.

☐ Ja ☐ Nein

Ort, Datum

Unterschrift der Beurteilerin / des Beurteilers:

Amtsbezeichnung, Name, Dienststelle

Beteiligte: (Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname, Dienststelle)

Stellungnahme der/des unmittelbaren Vorgesetzten:

(Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname, Dienststelle)

☐ ohne Einwendungen
☐ Einwendungen, Begründung (auf gesondertem Blatt)

Ort, Datum

Unterschrift der/des unmittelbaren Vorgesetzten

Eröffnung:

Gemäß Art. 61 Abs. 1 Satz 1 LlbG eröffnet erhalten:

Ort, Datum

Unterschrift der beurteilten Beamtin/des beurteilten Beamten

Überprüfungsverfahren:

☐ Einverstanden

☐ Geändert

(Art. 60 Abs. 2 LlbG)

Dienststelle: _____

Ort, Datum

Unterschrift der beurteilten Beamtin/des beurteilten Beamten

Gemäß Art. 61 Abs. 1 Satz 5 LlbG nochmals eröffnet erhalten:

Ort, Datum

Unterschrift der beurteilten Beamtin/des beurteilten Beamten

Anlage 3
(zu Nrn. 6.2 und 7)

Gesonderte Leistungsfeststellung

gemäß Art. 30 Abs. 3 BayBesG und Art. 66 BayBesG in Verbindung mit Art. 62 LlbG

für

Amtsbezeichnung	Vor- und Zuname	Geburtsdatum
letzte Ernennung am	Schwerbehinderung: ☐ nein	Personalnummer
	☐ ja/ggf. Grad der Behinderung:	
Beurteilungszeitraum: bis		

1. Tätigkeitsgebiet und Aufgaben im Feststellungszeitraum

Zeitraum von bis	Teilzeitbeschäftigt : ☐ mit Wo.-Stunden	**Dienststelle**	**Art der Tätigkeit** Beschreibung des Aufgabengebietes

2. Beurteilungsmerkmale — Punkte

2.1 Arbeitsmenge ——— ( )

2.2 Arbeitsgüte ——— ( )
(Sorgfalt und Gründlichkeit, Beachten von inhaltlichen und formalen Vorgaben, Sonstiges)

2.3 Eigeninitiative, Selbstständigkeit ( )
(Handeln ohne Anstoß und Anleitung)

2.4 Organisationsvermögen ( )
(Selbstorganisation, Setzen von Prioritäten, Selbstorganisation, Setzen von Prioritäten)

2.5 Teamverhalten ( )
(Zusammenarbeit mit Vorgesetzten, Zusammenarbeit mit Kollegen, Konfliktbewältigung, Informations- und Kommunikationsverhalten)

2.6 Verhalten nach außen ( )
(Umgang mit Bürgern, nachgeordneten Behörden, anderen Dienststellen und Institutionen, dienstleistungsorientiertes Verhalten)

2.7 Führungserfolg
(Organisation, Führen durch Zielsetzung und Zielvereinbarung, fachliche Anleitung, Delegation, Kontrolle, Motivation und Förderung der Mitarbeiter) ( )

3. Die Mindestanforderungen im Sinne des Art. 30 Abs. 3 Satz 1 BayBesG werden erfüllt.

☐ Ja ☐ Nein

4. Dauerhaft herausragende Leistungen gemäß Art. 66 Abs. 1 Satz 1 bzw. 4 BayBesG:

Ort, Datum

Unterschrift der Beurteilerin / des Beurteilers:

Amtsbezeichnung, Name, Dienststelle

Beteiligte: (Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname, Dienststelle)

Stellungnahme der/des unmittelbaren Vorgesetzten:

(Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname, Dienststelle)

☐ ohne Einwendungen
☐ Einwendungen, Begründung (auf gesondertem Blatt)

Ort, Datum

Unterschrift der/des unmittelbaren Vorgesetzten

Eröffnung:

Gemäß Art. 61 Abs. 1 Satz 1 LlbG eröffnet erhalten:

Ort, Datum

Unterschrift der beurteilten Beamtin/des beurteilten Beamten

Überprüfungsverfahren:

☐ Einverstanden

☐ Geändert

(Art. 60 Abs. 2 LlbG)

Gemäß Art. 61 Abs. 1 Satz 5 LlbG nochmals eröffnet erhalten:

Ort, Datum

Dienststelle: _____

Ort, Datum

Unterschrift der beurteilten Beamtin/des beurteilten Beamten

2330-I

Richtlinie für das Kommunalinvestitionsprogramm zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen in Bayern (Kommunalinvestitionsprogramm Schulinfrastruktur – KIP-S)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr

vom 22. Dezember 2017, Az. IIC1-4740.1-1-4-1

[1]Auf Grund des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) vom 24. Juni 2015 (BGBl. I S. 974), das zuletzt durch Art. 7 des Gesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122) geändert worden ist, sowie der Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung von Kapitel 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (VV KInvFG) vom 20. Oktober 2017 fördert der Freistaat Bayern Investitionen finanzschwacher Kommunen in die örtliche Schulinfrastruktur in Anwendung der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Verwaltungsvorschriften zu Art. 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO). [2]Gefördert wird ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Mittel.

1. Zweck der Förderung

Zweck der Förderung ist die Stärkung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände zur Verbesserung der Schulinfrastruktur allgemeinbildender und berufsbildender Schulen einschließlich Förderschulen.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Förderfähig sind Investitionen für die Sanierung, den Umbau, die Erweiterung und bei Beachtung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ausnahmsweise den Ersatzbau von Schulgebäuden.

2.2 [1]Zu Schulgebäuden zählen alle Gebäudeteile und Einrichtungen, die zu einer allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schule gehören und die dem Schulbetrieb dienen. [2]Maßnahmen an kommunalen Sportstätten, die nicht zu einer Schule gehören, sind förderfähig, sofern diese überwiegend zu Unterrichtszwecken genutzt werden. [3]Die Erweiterung von Schulgebäuden ist förderfähig, soweit sie der Erfüllung funktionaler oder schulfachlicher Anforderungen an bestehenden Schulstandorten dient und nicht zu einer wesentlichen kapazitätsmäßigen Aufstockung führt.

2.3 Die Errichtung eines Ersatzbaus ist ausnahmsweise förderfähig, soweit sie im Vergleich zur Bestandssanierung bei Beachtung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nachweislich die wirtschaftlichere Variante darstellt und soweit der Ersatzneubau nach Art und Funktion den Bestandsbau ersetzt und dabei dessen räumliche Kapazität nicht wesentlich übersteigt.

2.4 [1]Bei der Sanierung, dem Umbau, der Erweiterung oder dem Ersatzbau von Schulgebäuden ist auch die für die Funktionsfähigkeit der Schulgebäude erforderliche Ausstattung förderfähig, soweit es sich dabei um Gegenstände und Anlagen handelt, die für die Nutzung des Gebäudes als solches erforderlich und fest mit dem Gebäude verbunden bzw. nicht beweglich sind. [2]Ergänzende Infrastrukturmaßnahmen einschließlich solcher zur Erfüllung der digitalen Anforderungen an Schulgebäude sind förderfähig, soweit es sich dabei um fest mit dem Gebäude verbundene, nicht bewegliche Anlagen handelt. [3]Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit von Schulgebäuden sind im Rahmen einer Sanierung oder Erweiterung bzw. als Umbaumaßnahme förderfähig.

2.5 [1]Im Rahmen der Sanierung, des Umbaus, der Erweiterung und des Ersatzbaus einer Schule sind auch entsprechende Maßnahmen an Einrichtungen zur Betreuung von Schülern (zum Beispiel Horte) förderfähig, wenn diese der Schule zugeordnet werden können. [2]Eine Zuordnung einer solchen Einrichtung zu einer Schule ist insbesondere dann gegeben, wenn eine gemeinsame Trägerschaft oder eine Kooperationsvereinbarung und eine räumliche Nähe zwischen Schulgebäude und Gebäude der Betreuungseinrichtung bestehen.

2.6 Planung und Beratung

Gefördert werden die für die Maßnahmen erforderlichen vorbereitenden Arbeiten, Planungs- und Beratungsleistungen sowie investitionsvorbereitende und -begleitende Maßnahmen.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 [1]Antragsberechtigt sind Gemeinden, Landkreise und Bezirke, soweit sie mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllen:

- durchschnittliche Finanzkraft je Einwohner der Jahre 2014 bis 2016 unter dem Landesdurchschnitt der Gemeindegrößenklasse oder der jeweiligen Gruppe der Landkreise oder Bezirke[1];
- Empfänger von Stabilisierungshilfen 2016 oder 2017;
- Saldo der freien Finanzspannen („freie Spitze“) weist in den letzten drei Jahren vor der Antragstellung jeweils ein negatives Ergebnis auf[2].

[2]Bei Landkreisen und Bezirken tritt an die Stelle der durchschnittlichen Finanzkraft der Jahre 2014 bis 2016 die durchschnittliche Umlagekraft der Jahre 2014 bis 2016[3]. [3]Kommunale Zweckverbände, Schulverbände und Verwaltungsgemeinschaften sind antragsberechtigt, wenn mindestens die Hälfte

---

1 Maßgeblich für das Kriterium Finanzkraft sind die Zahlen des Landesamts für Statistik, die im Internetauftritt des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr veröffentlicht werden.

2 Die freie Finanzspanne errechnet sich
- bei kameraler Haushaltsführung aus der Zuführung zum Vermögenshaushalt abzüglich der ordentlichen Tilgungen abzüglich einer evtl. Zuführung vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt (ohne Berücksichtigung von Ersatzeinnahmen und Rücklagen),
- bei doppischer Haushaltsführung aus dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit abzüglich der ordentlichen Tilgungen (ohne Berücksichtigung von Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen und Finanzanlagen).

Maßgeblich sind die Ergebnisse der Jahresrechnungen.

3 Maßgeblich für das Kriterium Umlagekraft sind die Zahlen des Landesamts für Statistik, die im Internetauftritt des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr veröffentlicht werden.

ihrer Mitglieder antragsberechtigt ist oder wenn auf die antragsberechtigten Mitglieder mindestens die Hälfte der Schüler entfallen.

3.2 [1]Der Zuwendungsempfänger kann die Zuwendung zusammen mit seinem Eigenanteil an einen Dritten nach Maßgabe der Nr. 13 der Anlage 3 zu Art. 44 BayHO – Verwaltungsvorschriften für Zuwendungen des Freistaates Bayern an kommunale Körperschaften (VVK) weiterleiten, wenn dieser eine Maßnahme im Sinne der Nr. 2 durchführt. [2]Voraussetzung ist, dass der Zuwendungsempfänger bei staatlicher Trägerschaft der Schule gemäß Art. 8 Abs. 1 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) den Schulaufwand zu tragen hätte. [3]Der Dritte leistet eine Kostenbeteiligung mindestens in der Höhe des Eigenanteils, den der Zuwendungsempfänger tragen muss; diese Kostenbeteiligung ist nicht Teil der förderfähigen Kosten. [4]Eine Kostenbeteiligung des Dritten ist nicht erforderlich bei privaten Förderschulen sowie kirchlichen Grund- und Mittelschulen, die nach dem BaySchFG bzw. nach den Kirchenverträgen einen Baukostenzuschuss in Höhe von 100 % erhalten.

3.2.1 Eine Zuwendung an ein Unternehmen kommt dabei nur in Betracht, soweit die Maßnahme auf die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) gerichtet ist und die Voraussetzungen des Beschlusses 2012/21/EU erfüllt sind, bei anderen Maßnahmen, soweit die Voraussetzungen der De-minimis-Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 erfüllt sind.

3.2.2 [1]Im Beschluss 2012/21/EU ist die Anwendung von Art. 106 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) auf staatliche Beihilfen geregelt, die bestimmten mit der Erbringung von DAWI betrauten Unternehmen im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV als Ausgleich gewährt werden. [2]Unter diesen Voraussetzungen müssen Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Millionen Euro pro Betrauungsakt (Förderfall) und Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse bei der Europäischen Kommission nicht zur Genehmigung angemeldet werden.

3.2.3 [1]Nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 müssen Zuwendungen bis zu einem Beihilfebetrag von 200 000 Euro bezogen auf einen Zeitraum von drei Steuerjahren bei der Europäischen Kommission nicht zur Genehmigung angemeldet werden. [2]Ein Vordruck für die vom Unternehmen abzugebende De-minimis-Erklärung sowie ergänzende Informationen werden gemäß Nr. 18 bereitgestellt.

4. Förderungsvoraussetzungen

4.1 Die geförderten Investitionen sollen unter Berücksichtigung der demografischen Veränderungen auch längerfristig nutzbar sein.

4.2 [1]Bei energetischen Sanierungsmaßnahmen muss sich das zu modernisierende Gebäude oder der Gebäudeteil in einem energetisch nachteiligen Zustand befinden und regelmäßig beheizt werden. [2]Das Gebäude oder der Gebäudeteil ist so zu modernisieren, dass die Anforderungen der jeweils geltenden Energieeinsparverordnung (EnEV) eingehalten werden.

4.3 Nicht gefördert werden Investitionsmaßnahmen, deren zuwendungsfähige Ausgaben weniger als 50 000 Euro betragen.

4.4 Eine Förderung setzt voraus, dass

- der Zuwendungsempfänger die einschlägigen Rechtsgrundlagen beachtet,
- die Finanzierung der Maßnahme gesichert ist und
- die Maßnahme mit den Betroffenen, den erforderlichen öffentlichen Aufgabenträgern und den örtlich zuständigen Behindertenbeauftragten abgestimmt ist.

5. Art und Umfang der Förderung

[1]Die Förderung erfolgt als Projektförderung im Wege der Anteilfinanzierung durch einen Zuschuss in Höhe von bis zu 90 % der zuwendungsfähigen Ausgaben der anerkannten Projekte oder Bauabschnitte. [2]Der sich ergebende Betrag ist auf volle Hundert Euro abzurunden. [3]Eine Nachbewilligung von Fördermitteln ist grundsätzlich nicht möglich.

6. Zuwendungsfähige Ausgaben

6.1 Zuwendungsfähig sind die für die Maßnahmen nach Nr. 2 erforderlichen Ausgaben.

6.2 Die Ausgaben für Architekten-, Landschaftsarchitekten- und Ingenieurleistungen können mit bis zu 18 % der Ausgaben der Kostengruppen 300, 400 und 500 gemäß DIN 276 pauschal angesetzt werden.

6.3 Nicht zuwendungsfähig sind

- Maßnahmen an angemieteten Gebäuden,
- der Wert von Eigenleistungen,
- Personal- und Sachausgaben des Zuwendungsempfängers oder Dritten gemäß Nr. 3.2,
- die Anschaffung digitaler Geräte oder von Möbeln,
- Ausgabenanteile, in deren Höhe der Maßnahmenträger steuerliche Vergünstigungen in Anspruch nehmen kann,
- Ausgaben, die mit der Aufbringung des Eigenanteils verbunden sind, sowie
- Investitionen, die nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2017) in der jeweils geltenden Fassung besonders vergütet werden.

7. Bewilligungsstellen

[1]Bewilligungsstellen sind die Regierungen. [2]Die Bewilligungsstelle berät und unterstützt den Zuwendungsempfänger bei der Antragstellung. [3]Die Bewilligungsstelle prüft die Fördervoraussetzungen und wählt die Maßnahmen unter Hinzuziehung eines Beirats im Rahmen der ihr zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel aus. [4]Dabei darf die Anzahl der in einem Regierungsbezirk zur Förderung ausgewählten Maßnahmen höchstens halb so groß sein wie die Anzahl der Kommunen in diesem Regierungsbezirk. [5]Die Bewilligungsstelle führt das Bewilligungsverfahren durch, überwacht den Baufortschritt, veranlasst die Auszahlung der Fördermittel und prüft den Verwendungsnachweis.

8. Förderzeitraum

[1]Investitionen können nur gefördert werden, wenn sie erst nach Erteilung des Bewilligungsbescheids bzw. nach Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn begonnen werden. [2]Alle Maßnahmen müssen bis zum 31. Dezember 2022 vollständig baulich abgenommen werden.

9. Bewerbungsverfahren

[1]Der Antragstellung geht ein Bewerbungsverfahren unter Verwendung des Bewerbungsbogens voraus. [2]Der Bewerbung ist das Formblatt Muster 2 zu Art. 44 BayHO mit den Angaben zu den finanziellen Verhältnissen des Antragstellers beizufügen. [3]Soll die Zuwendung an einen Dritten gemäß Nr. 3.2 weitergeleitet werden, ist darüber hinaus eine Darstellung der finanziellen Situation dieses Dritten erforderlich. [4]Die Auswahl der zu fördernden Maßnahmen erfolgt durch die Bewilligungsstelle und wird den Bewerbern mitgeteilt. [5]Der Bewerbungsbogen muss der Bewilligungsstelle bis zum 27. April 2018 vorliegen.

10. Antragstellung

Der Förderantrag soll innerhalb von sechs Monaten nach Aufnahme ins Programm unter Verwendung des Antragsformblatts nach Muster 1a zu Art. 44 BayHO in zweifacher Fertigung mit den dort bezeichneten Unterlagen (zum Beispiel Plangrundlagen, Erläuterungen, Kosten- und Finanzierungsplan) bei der Bewilligungsstelle eingereicht werden.

11. Maßnahmenvereinbarung

Eine Förderung setzt den Abschluss einer Maßnahmenvereinbarung zwischen dem Freistaat Bayern und dem jeweiligen Zuwendungsempfänger sowie – bei Weiterleitung an einen Dritten gemäß Nr. 3.2 – diesem Dritten voraus.

12. Baubeginn

[1]Mit der Ausführung der Maßnahmen darf erst nach Erteilung des Bewilligungsbescheids bzw. nach Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn begonnen werden. [2]Die Bewilligungsstelle kann mit der Mitteilung über die Aufnahme der Maßnahme in das Programm die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn erteilen. [3]Mit der Umsetzung der Maßnahme kann auf dieser Grundlage förderunschädlich begonnen werden, sie begründet aber keinen Rechtsanspruch auf Förderung. [4]Planungs- und Beratungsleistungen gelten nicht als Maßnahmenbeginn.

13. Baudurchführung

[1]Mit der Ausführung der Maßnahmen muss nach Erteilung des Bewilligungsbescheids unverzüglich begonnen werden. [2]Die Bauarbeiten sind zügig durchzuführen. [3]Die Letztempfänger – Zuwendungsempfänger oder Dritte gemäß Nr. 3.2 – haben auf die Förderung nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz durch den Bund auf Bauschildern und nach Fertigstellung in geeigneter Form hinzuweisen.

14. Kumulierungsverbote

14.1 Maßnahmen, die nach anderen Gesetzen und Verwaltungsvereinbarungen als Anteilfinanzierung nach Art. 104b des Grundgesetzes (GG), nach Art. 104c GG oder nach Art. 91a GG oder durch andere Förderprogramme des Bundes gefördert werden, können nach dieser Richtlinie nicht gefördert werden.

14.2 [1]Maßnahmen, die auf anderer Grundlage mit Haushaltsmitteln des Freistaates Bayern gefördert werden, sind von einer Förderung nach dieser Richtlinie ausgeschlossen. [2]Dabei kommen insbesondere Förderungen nach folgenden Bestimmungen (in der jeweils geltenden Fassung) in Betracht:

- Finanzausgleichsgesetz (FAG),
- Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) und
- Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG).

14.3 Die Kumulierungsverbote nach Nrn. 14.1 und 14.2 gelten nicht, wenn es sich um getrennte Bauabschnitte oder Baukörper handelt und insoweit eine sachliche Differenzierung bzw. Kostentrennung möglich ist (zum Beispiel prozentuale Aufteilung der Baukosten oder gewerkeweise Trennung).

15. Auszahlung der Zuwendung

15.1 Die Auszahlung ist bei der Bewilligungsstelle zu beantragen.

15.2 [1]Der Auszahlungsantrag ist nach Muster 3 zu Art. 44 BayHO zu stellen. [2]Eine Auszahlung soll nur für bereits vorliegende Rechnungen erfolgen. [3]Dem Antrag auf Auszahlung der Schlussrate ist der Verwendungsnachweis beizulegen.

15.3 [1]Die Bewilligungsstelle prüft den Auszahlungsantrag. [2]Sie ordnet bei der Staatsoberkasse Bayern die Auszahlung der festgestellten Beträge an. [3]Der Auszahlungsbetrag ist auf volle Hundert Euro abzurunden.

15.4 [1]Nach dem 31. Dezember 2023 können Zuwendungen nach diesem Förderprogramm nicht mehr zur Auszahlung angeordnet werden. [2]Etwa später anfallende Ausgaben für die Maßnahmen tragen ab dem 1. Januar 2024 die Förderempfänger allein.

16. Verwendungsnachweis

[1]Die zweckentsprechende Verwendung der Mittel ist durch einen einfachen Verwendungsnachweis nach Muster 4 zu Art. 44 BayHO zu dokumentieren. [2]Der Verwendungsnachweis ist der Bewilligungsstelle innerhalb von drei Monaten nach Abschluss der Maßnahme vorzulegen, spätestens jedoch bis 30. Juni 2023. [3]Ermäßigen sich die nach der Bewilligung im Finanzierungsplan veranschlagten zuwendungsfähigen Ausgaben, so ermäßigt sich die Zuwendung entsprechend, soweit die Grenzen nach Nr. 8.7 VVK überschritten werden. [4]Die Bewilligungsstelle und der Bayerische Oberste Rechnungshof sind berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. [5]Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. [6]Soweit Zuwendungen zur Erfüllung des Zuwendungszwecks an Dritte weitergegeben

werden, sind die Prüfungsrechte auch dem Dritten gegenüber auszubedingen.

17. Abweichungen

Abweichungen von dieser Richtlinie bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr.

18. Formblätter

Die zu verwendenden Formblätter sowie weitere Unterlagen werden in elektronischer Form bereitgestellt und können unter folgender Adresse heruntergeladen werden: www.stmi.bayern.de/kommunal investitionsprogramm-schulinfrastruktur.

19. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Dezember 2017 in Kraft; sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2023 außer Kraft.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

913-I

Richtlinie zur Ermittlung der Vergütung für die statische und konstruktive Prüfung von Ingenieurbauwerken für Verkehrsanlagen, RVP (Ausgabe 2016)

Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

vom 28. Dezember 2017, Az. IID8-4342.24-2-1

Regierungen
Autobahndirektionen
Staatliche Bauämter mit Straßenbauaufgaben

nachrichtlich

Staatliche Bauämter mit Hochbauaufgaben
Bayerischer Landkreistag
Bayerischer Städtetag
Bayerischer Gemeindetag
Vereinigung der Prüfingenieure in Bayern e. V.
Bayerische Ingenieurekammer-Bau

1. Allgemeines

[1]Nach Art. 10 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) kann die Straßenbaubehörde in entsprechender Anwendung der nach der Bayerischen Bauordnung (BayBO) hierzu erlassenen Rechtsverordnungen zur Erfüllung ihrer Verantwortung für die Sicherheit ihrer Baumaßnahmen Prüfingenieure, Prüfämter und Prüfsachverständige heranziehen. [2]Wir bitten, deshalb Prüfingenieuren im Fachbereich Standsicherheit entsprechend § 2 Abs. 1 und § 13 PrüfVBau hoheitliche Prüfaufträge für die Standsicherheitsnachweise zu erteilen. [3]Anstatt des siebten Teils der PrüfVBau (Vergütung) ist die Richtlinie zur Ermittlung der Vergütung für die statische und konstruktive Prüfung von Ingenieurbauwerken für Verkehrsanlagen (RVP) anzuwenden. [4]Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat mit Allgemeinem Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 04/2017 vom 1. März 2017, veröffentlicht im Verkehrsblatt Nr. 6 vom 31. März 2017, die „Richtlinie zur Ermittlung der Vergütung für die statische und konstruktive Prüfung von Ingenieurbauwerken für Verkehrsanlagen (RVP)“, Ausgabe 2016, bekannt gegeben.

2. Anwendung

2.1 [1]Die RVP (Ausgabe 2016) ersetzt die RVP (Ausgabe 2006) und ist ab sofort für alle neuen Prüfaufträge für den Bereich der Bundesfernstraßen, Staatsstraßen und Kreisstraßen in staatlicher Verwaltung anzuwenden. [2]Den kommunalen Straßenbaulastträgern wird empfohlen, die RVP (Ausgabe 2016) auch für ihre Vorhaben anzuwenden.

2.2 Hinweise zum Vollzug der RVP (Ausgabe 2016) in der Bayerischen Staatsbauverwaltung werden mit gesondertem Ministerialschreiben der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr gegeben.

3. Änderungen

Die wesentlichen Änderungen in der RVP (Ausgabe 2016) sind im ARS Nr. 04/2017 des BMVI unter Teil II zusammengefasst.

4. Außerkrafttreten

[1]Die Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern vom 28. Februar 2008 (AllMBl. S. 172) wird aufgehoben. [2]Das Ministerialschreiben vom 14. Oktober 2008 (Az. llD8-4105.2-001/07) ist nicht mehr anzuwenden.

5. Bezugsmöglichkeit

Die RVP wird als Anhang in das HVA F-StB aufgenommen.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

787-L

Änderung der Richtlinie für die Gewährung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten (AGZ) gemäß Verordnung (EU) Nr. 1305/2013

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 19. Dezember 2017, Az. G3-7275-1/113

1. In Nr. 7 Satz 1 der Richtlinie des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für die Gewährung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten (AGZ) gemäß Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 vom 3. April 2017 (AllMBl. S. 208) wird die Angabe „31. Dezember 2017“ durch die Angabe „31. Dezember 2018“ ersetzt.
2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 31. Dezember 2017 in Kraft.

Hubert Bittlmayer
Ministerialdirektor

7900-L

Richtlinie Waldpädagogik in der Bayerischen Forstverwaltung

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 8. November 2017, Az. F5-7840-1/327

1. Waldpädagogischer Auftrag der Forstverwaltung

1.1 Fachliche Vorgaben

[1]Waldpädagogik als Bildungsauftrag ist Aufgabe der staatlichen Forstbehörden gemäß Art. 28 Abs. 1 Nr. 8 des Waldgesetzes für Bayern (BayWaldG). [2]Die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ÄELF) bieten über ihr Forstpersonal in ganz Bayern waldpädagogische Veranstaltungen an. [3]In Ballungsräumen, aber auch in besonderen Naturräumen, werden zusätzlich Waldpädagogische Einrichtungen (WPE), z. B. als Walderlebniszentrum oder Jugendwaldheim, unterhalten.

1.2 Begriffsbestimmung

[1]Waldpädagogik (synonym: forstliche Bildungsarbeit) ist qualifizierte, auf den Wald und die Forstwirtschaft Bezug nehmende Umweltbildung. [2]Sie umfasst alle den Lebensraum Wald und seine Funktionen betreffenden Lernprozesse, die den Einzelnen und die Gesellschaft in die Lage versetzen,

– langfristig und zukunftsfähig,
– nachhaltig,
– verantwortungsvoll und
– dem Gemeinwohl verpflichtet

zu denken und zu handeln.

[3]Waldpädagogik ist Bildungsarbeit zur Förderung von Verständnis und Akzeptanz für die nachhaltige Forstwirtschaft im Sinne des bayerischen Wegs „Schützen und Nutzen“ und leistet Beiträge zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

2. Ziele der Waldpädagogik in der Forstverwaltung

2.1 Bildungsziele

[1]Waldpädagogik vermittelt Wissen zielgruppengerecht, aktuell und fachlich ausgewogen. [2]Sie schafft Bewusstsein für Belange von Wald und Forstwirtschaft und orientiert sich dabei an der Lebenswelt des einzelnen Menschen. [3]Waldpädagogik vermittelt zudem wichtige Kompetenzen. [4]Die Waldbewirtschaftung dient dabei als Nachhaltigkeitsmodell, das alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Ökonomie, Ökologie und Soziokulturelles) beinhaltet und ausgewogen berücksichtigt. [5]Die Gestaltungskompetenz der Teilnehmenden soll durch die Schaffung von Lernsituationen gefördert werden, in denen

– die Teilnehmenden in Kontakt mit der Natur kommen und Möglichkeiten zum aktiven Mitgestalten eröffnet werden (Partizipation),
– der wertschätzende und verantwortungsvolle Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen als Orientierung dient,

– vernetztes und vorausschauendes Denken und Handeln geübt wird und lokale, regionale und globale Zusammenhänge erkennbar werden sowie
– anhand aktueller und realer Problemstellungen Lösungsansätze erarbeitet werden können.

[6]Waldpädagogik vermittelt Werte wie

– Respekt und Wertschätzung für Wald, Natur und Schöpfung,
– verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang mit den uns überlassenen natürlichen Ressourcen sowie
– Verantwortung und Sorge für nachfolgende Generationen.

2.2 Ziele für Wald und Forstwirtschaft

[1]Waldpädagogik fördert das Engagement der Bevölkerung für den Erhalt zukunftssicherer und multifunktionaler Wälder. [2]Sie verdeutlicht die vielfältigen Gemeinwohlleistungen des Waldes und seine allgemeine Bedeutung für die Gesellschaft. [3]Aktuelle Probleme wie der Klimawandel werden aufgegriffen. [4]Waldpädagogik fördert zudem das Verständnis für die nachhaltige forstliche Nutzung unserer Wälder und für die Belange der Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer. [5]Sie unterstreicht die Bedeutung von Wald und Forstwirtschaft als Wirtschaftsfaktor sowie für eine nachhaltige Energieversorgung, die Stärkung strukturschwacher Regionen und den Erhalt kulturellen und landschaftlichen Erbes. [6]Durch Waldpädagogik werden die Teilnehmenden in die Lage versetzt, nicht nachhaltigen Umgang mit der Natur zu erkennen und nachhaltige Alternativen zu entwickeln.

2.3 Qualitative und quantitative Ziele für das Bildungsangebot der Forstverwaltung

2.3.1 Qualitative Ziele

[1]Die Forstverwaltung gewährleistet ein qualitativ hochwertiges, zielgruppenorientiertes Bildungsangebot. [2]Die ÄELF stellen die flächige Erfüllung des gesetzlichen Bildungsauftrags sicher. [3]Das Bildungsangebot wird dabei an den örtlichen Bedarf angepasst und umfasst unterschiedliche Themen aus Wald und Forstwirtschaft. [4]Die WPE ergänzen und unterstützen das Bildungsangebot der ÄELF durch besondere Programmangebote und ein erweitertes Zielgruppenspektrum.

2.3.2 Quantitative Ziele

[1]Im bayernweiten Durchschnitt soll jedes Schulkind während seiner Schulzeit einmal an einer waldpädagogischen Veranstaltung der Forstverwaltung teilnehmen. [2]Bei vier Jahrgangsstufen in der Grundschule entspricht dies rein rechnerisch einem Mengenziel von 25 % aller Grundschulkinder pro Jahr. [3]Jede WPE erstellt und veröffentlicht ein Jahresprogramm mit den geplanten Veranstaltungen und Bildungsangeboten. [4]Jede WPE bietet zudem mindestens einmal jährlich eine Schulung für Multiplikatoren (siehe Nr. 5) an.

3. Inhalte und Themen der Waldpädagogik

[1]Die Waldpädagogik der Forstverwaltung versteht den Wald als Ort zum Kennenlernen und Erleben von Natur, durch den unter anderem der Lebensraum, die ökologischen Zusammenhänge und die vielfältigen Gemeinwohlleistungen objektbezogen thematisiert werden können. [2]Die nachhaltige Forstwirtschaft im Sinne des bayerischen Wegs „Schützen und Nutzen“ ist zudem Beispiel und Modell für nachhaltiges Denken und Handeln in der Praxis. [3]Die verschiedenen Dimensionen von Nachhaltigkeit sind daher Schwerpunktinhalte und -themen der forstlichen Bildungsarbeit:

– Ökologie
  • Lebensraum für Tiere und Pflanzen
  • Arten und Artenvielfalt (Biodiversität)
– Ökonomie
  • Holz als Bau-, Werk- und Energiestoff
  • Einkommensquelle Wald
  • Wertschöpfungskette Wald und Holz
– Soziokulturelles
  • Holz als nachwachsender und CO_2-effizienter Rohstoff
  • Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes
  • Arbeitsplatz Wald
  • Wald als Teil von Heimat und Geschichte.

[4]Aktuelle gesellschaftsrelevante und globale Themen (z. B. Klimawandel, Energiewende, Schützen und Nutzen) werden in die forstliche Bildungsarbeit eingebunden.

4. Methoden

[1]Die Vermittlung von Wissen und die Förderung von Kompetenzen – entsprechend der genannten Ziele (Nr. 2) und Inhalte (Nr. 3) – richten sich in der Waldpädagogik nach folgenden Prinzipien:

– Erlebnisorientierung:

  Die Teilnehmenden werden über Sinne und Emotionen angesprochen.

– Förderung von Selbstwirksamkeit:

  Die Teilnehmenden lösen selbstständig Aufgaben und erreichen mit eigenen Kräften (selbstdefinierte) Ziele. Sie gewinnen so Zuversicht in ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten.

– Werteorientierung:

  Werte, die das Gemeinwohl und die Persönlichkeitsentwicklung unterstützen, werden gefördert.

– Partizipation:

  Durch ergebnisoffene Aktivitäten erhalten die Teilnehmenden Gestaltungsfreiräume.

– Erfahrungsorientierung:

  An vorhandene Erfahrungen aus der Lebenswelt der Teilnehmenden wird angeknüpft; neue Erfahrungen, die die Teilnehmenden im Lern- und Verstehensprozess voranbringen, werden ermöglicht.

– Orientierung an der Lebenswelt:

  Die Teilnehmenden sollen das vermittelte Wissen, ihre Erlebnisse und die gemachten Erfahrungen im Alltag anwenden können.

– Projektorientierung:

Langfristige Prozesse werden thematisiert und beispielsweise im Rahmen von Projekten und Projektarbeiten behandelt.

[2]Wo sich neue methodische Ansätze und Wege der Kommunikation und Partizipation anbieten, sollen diese als substantielle Erweiterung in das bestehende Bildungsangebot eingebunden werden.

5. Zielgruppen

[1]Das waldpädagogische Angebot der Forstverwaltung stellt auf Zielgruppen ab und berücksichtigt deren unterschiedliche Bedürfnisse. [2]Im Rahmen des gesetzlichen Auftrags gemäß Art. 28 Abs. 1 Nr. 8 BayWaldG werden insbesondere für die Hauptzielgruppen waldpädagogische Angebote bereitgestellt. [3]Hauptzielgruppen für das waldpädagogische Angebot der Forstverwaltung sind:

– Grundschulkinder, insbesondere der Jahrgangsstufen, in denen der Wald Inhalt des Lehrplans ist (siehe Nr. 2.3.2).
– Alle weiteren Schulformen und Jahrgangsstufen, in deren Lehrplänen an waldbezogene Themen und Aspekte der Nachhaltigkeit angeknüpft werden kann. Das sind insbesondere alle Jahrgangsstufen der Mittelschule, die 5. bis 7. und 10. Klasse der Realschule sowie die 5., 6., 9., 11. und 12. Klassen am Gymnasium.
– Schulprojekte mit Bezug zu Wald und Forstwirtschaft (P- und W-Seminare für die gymnasiale Oberstufe).
– Kinder im Vorschulbereich (Elementarstufe).
– Insbesondere an den WPE: Multiplikatoren aus Erziehung und Bildung (Schule, Kindergarten, Frühpädagogik, Umweltbildung).

[4]Weitere Zielgruppen können sein:

– Kinder und Jugendliche im außerschulischen Bereich,
– Erwachsene und Senioren,
– Familien,
– gesellschaftliche Interessensvertreter,
– forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse,
– Vereine und
– Bildungseinrichtungen.

6. Zuständigkeit und Organisation

6.1 Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF)

[1]Die forstliche Bildungsarbeit wird bayernweit am StMELF koordiniert. [2]Aufgaben des StMELF sind insbesondere:

– Richtlinien, generelle Weisungen und Vorgaben,
– Konzeption und Weiterentwicklung,
– Qualitätsmanagement, Evaluierung und Controlling,
– Qualitätsmanagement des internen Fortbildungsangebots,
– Vernetzung und Kommunikation mit anderen Trägern der schulischen und außerschulischen Umweltbildung in Bayern,
– Mitarbeit in nationalen und internationalen Gremien zur Waldpädagogik sowie
– Steuerung und Weiterentwicklung des Zertifikats Waldpädagogik einschließlich der Mitarbeit in entsprechenden Arbeitsgruppen.

6.2 Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF)

Die LWF unterstützt die forstliche Bildungsarbeit der Forstverwaltung unter anderem durch:

– Koordination des Zertifikates Waldpädagogik,
– didaktische Aufbereitung von Fachwissen für die Waldpädagogik,
– Unterstützung der WPE bei der Neukonzeption von Methoden,
– Unterstützung des Arbeitskreises Forstliche Bildungsarbeit,
– Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten der Bildung für nachhaltige Entwicklung,
– im Einzelfall Durchführung eigener waldpädagogischer Veranstaltungen und Projekte,
– Organisation und Mitwirkung bei Multiplikatorenschulungen,
– Koordination des Europanetzwerks Waldpädagogik sowie
– Unterstützung des StMELF bei der Vernetzung und Kommunikation mit anderen Trägern der schulischen und außerschulischen Umweltbildung in Bayern.

6.3 Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

[1]Die ÄELF bieten ein auf den örtlichen Bedarf abgestelltes Angebot an Veranstaltungen der forstlichen Bildungsarbeit (z. B. Waldführungen) zur Erfüllung des gesetzlichen Bildungsauftrags an. [2]Dabei sind auch überörtliche Veranstaltungen, wie die jährliche Woche des Waldes, Waldjugendspiele auf regionaler Ebene, Walderlebnistage oder Veranstaltungen der Sonderbehörden, zu berücksichtigen.

6.3.1 Bereichsleitung

[1]Die Bereichsleitung ist im Rahmen der forstfachlichen Leitung der unteren Forstbehörde zuständig für die forstliche Bildungsarbeit. [2]Sie delegiert in der Regel Aufgaben der Organisation und Koordination an die Beauftragten für forstliche Bildungsarbeit oder an andere Beschäftigte. [3]Aufgaben der Bereichsleitung sind insbesondere:

– Sicherstellung der Erfüllung des gesetzlichen Bildungsauftrags,
– Qualitätssicherung der waldpädagogischen Arbeit sowie
– lokale Abstimmung mit Betrieben der Bayerischen Staatsforsten AöR (BaySF).

[4]Die Bereichsleitung kann Aufgaben an andere Führungskräfte delegieren.

6.3.2 Forstliche Bildungsbeauftragte

[1]Jedes AELF bestellt in der Regel eine Revierleiterin oder einen Revierleiter als Forstlichen Bildungsbeauftragten. [2]Diese arbeiten eng mit der Bereichsleitung zusammen und unterstützen insbesondere bei:

– Konzeption und Koordination der Waldpädagogik im AELF-Bereich,
– Evaluierung der waldpädagogischen Arbeit im AELF-Bereich,
– Mitarbeit in lokalen Netzwerken der Umweltbildung (z. B. lokale runde Tische der Umweltbildung) sowie
– Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Trägern der Umweltbildung im AELF-Bereich.

[3]Darüber hinaus können die Forstlichen Bildungsbeauftragten die waldpädagogische Arbeit am AELF unterstützen durch:

– Konzeption und Durchführung von Programmen für besondere Zielgruppen (z. B. Multiplikatoren),
– Bereitstellung und Aufbereitung von Bildungsmaterialien,
– fachliche Schulung der Kolleginnen und Kollegen am AELF sowie
– Unterstützung der Fortbildung der staatlich zertifizierten Waldpädagoginnen und Waldpädagogen (Koordinierung und Qualitätssicherung des Kursangebots).

6.3.3 Revierleitung

[1]Die Revierleitungen an den ÄELF stellen die Erfüllung des gesetzlichen Bildungsauftrags vor Ort durch die Ergänzung des Schulunterrichts zum Thema Wald sowie durch weitere waldpädagogische Bildungsangebote für zusätzliche Zielgruppen sicher. [2]Sie fördern bei der lokalen Bevölkerung das Verständnis und die Akzeptanz für die heimischen Zukunftswälder und die nachhaltige und multifunktionale Waldbewirtschaftung. [3]Sie sind insbesondere zuständig für:

– Konzeption und Durchführung waldpädagogischer Angebote im Revier,
– Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Trägern der Umweltbildung im Revier sowie
– Evaluierung der eigenen waldpädagogischen Arbeit.

6.3.4 Waldpädagogische Einrichtungen

[1]In Ballungsräumen und in besonderen Naturräumen wird das waldpädagogische Angebot durch die WPE ergänzt und erweitert. [2]Neben dem flächendeckenden Bildungsangebot der ÄELF bieten sie besondere Programmangebote für ein erweitertes Zielgruppenspektrum an. [3]Jede WPE verfügt über ein waldpädagogisches Konzept und hält dieses laufend evident. [4]Die WPE berücksichtigen im Rahmen ihrer Möglichkeiten in ihrem Betrieb Aspekte der Nachhaltigkeit in besonderer Weise und stellen diese öffentlichkeitswirksam dar.

6.3.5 Leitung der Waldpädagogischen Einrichtungen

[1]Die Leitung einer WPE ist zuständig für die Organisation und Koordination des waldpädagogischen Angebots sowie des Einrichtungsbetriebs. [2]Sie arbeitet eng mit der Bereichsleitung zusammen. [3]Aufgaben der Leitung einer WPE sind insbesondere:

– Leitungs- und Führungsaufgaben (z. B. Führung der Beschäftigten, Betreuung von Freiwilligen, Praktikantinnen und Praktikanten, Arbeitsschutz),
– waldpädagogische Leitung (z. B. Konzeption des Jahresprogramms, Qualitätskontrolle und -entwicklung),
– Verwaltungsaufgaben (z. B. Umgriffsgestaltung, Verkehrssicherung),
– Unterstützung der Ausbildung der staatlich zertifizierten Waldpädagoginnen und Waldpädagogen,
– Zusammenarbeit mit Verbänden und Organisationen (z. B. lokale Netzwerke der Umweltbildung) sowie
– Öffentlichkeitsarbeit.

6.3.6 Sachbearbeitung für überregionale Öffentlichkeitsarbeit und Waldpädagogik

Die Sachbearbeitung für überregionale Öffentlichkeitsarbeit und Waldpädagogik kann im Rahmen der Waldpädagogik folgende Aufgaben erfüllen:

– Planung und Organisation von Waldjugendspielen (vor allem in Ostbayern) und regionalen Waldpädagogik-Veranstaltungen (vor allem in Ballungsräumen),
– Unterstützung der WPE ihrer Region,
– Entwicklung und Bereitstellung regionaler Ausstellungsmaterialien sowie
– Unterstützung bei Entwicklung und Umsetzung von Waldlehr- und Erlebnispfadprojekten.

6.3.7 Sachkundige Dritte

[1]Ist die Erfüllung der Dienstaufgabe insbesondere an den WPE aus Gründen der Personalkapazität nicht sichergestellt, können waldpädagogische Veranstaltungen in besonders begründeten Fällen und im Rahmen der vorhandenen Mittel von sachkundigen Dritten durchgeführt werden. [2]Als geeignet gelten grundsätzlich Personen mit forstlicher Ausbildung und ausreichenden Kenntnissen in Methodik und Didaktik sowie staatlich zertifizierte Waldpädagoginnen und Waldpädagogen.

6.4 Sonstige Behörden der Forstverwaltung

[1]Die sonstigen Behörden der Forstverwaltung unterstützen das Bildungsangebot der unteren Forstbehörden durch geeignete Fachinformationen und Mitwirkung bei Veranstaltungen. [2]Die nachfolgend genannten Sonderbehörden besitzen darüber hinausgehende Aufgaben:

6.4.1 Forstschule

Die Forstschule gewährleistet die waldpädagogische Ausbildung der verschiedenen Laufbahnen nach den jeweils geltenden Lehrplänen und unterstützt bei der waldpädagogischen Fortbildung der Beschäftigten der Forstverwaltung.

6.4.2 Staatliche Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (FüAk)

Die FüAk ist zuständig für die Konzeption, Organisation und Durchführung der waldpädagogischen Fortbildung der Beschäftigten der Forstverwaltung und unterstützt die Methoden- und Kompetenzentwicklung.

6.4.3 Amt für forstliche Saat- und Pflanzenzucht (ASP)

Das ASP bereitet Fachwissen für die Waldpädagogik auf (z. B. für Lehrpfade) und führt eigene waldpädagogische Veranstaltungen durch.

6.5 Arbeitskreis Forstliche Bildungsarbeit

[1]Der Arbeitskreis Forstliche Bildungsarbeit unterstützt das StMELF bei der Erfüllung des waldpädagogischen Bildungsauftrags. [2]Er greift mit seinem interdisziplinären Team aktuelle Entwicklungen und Fragen aus dem Bildungsbereich auf und erarbeitet Materialien zur Veranschaulichung der Thematik Wald und Forstwirtschaft. [3]Diese werden insbesondere im waldpädagogischen Leitfaden „Forstliche Bildungsarbeit" publiziert. [4]Darüber hinaus erarbeitet der Arbeitskreis spezielle Themen im Auftrag des StMELF (z. B. waldpädagogische Praxishilfen). [5]Weitere Aufgabe ist die Entwicklung geeigneter Methoden der Evaluierung und Qualitätssicherung.

7. Qualitätssicherung und Erfolgskontrolle

Die in Nr. 2.3 genannten Ziele werden hinsichtlich der Zielerreichung und der Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen evaluiert.

7.1 Kennzahlengestütztes Controlling

[1]Im Rahmen des kennzahlengestützten Controllings der Forstverwaltung werden insbesondere die nachfolgenden Mengenkennzahlen laufend erfasst:

- Anzahl der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler an Waldführungen,
- Anzahl der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler an Walderlebnistagen und Waldjugendspielen,
- Anzahl der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler an sonstigen waldpädagogischen Veranstaltungen,
- Anzahl der sonstigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an waldpädagogischen Veranstaltungen,
- Anzahl der Besucherinnen und Besucher der WPE und
- Anzahl der Übernachtungen an einer WPE.

[2]Die erfassten Daten dienen der Steuerung der Zielerreichung und der Dokumentation der Leistung. [3]Die unterjährige Auswertung von Kennzahlenberichten mit Plan-Ist-Vergleich gibt dem StMELF und der Bereichsleitung die Möglichkeit, bei Bedarf Steuerungsmaßnahmen einzuleiten. [4]Zur weiteren Unterstützung der Steuerung wird vom StMELF halbjährlich ein Ämtervergleich erstellt (unter anderem Schülerquote, Teilnehmende im Revierdurchschnitt).

7.2 Evaluierung von waldpädagogischen Veranstaltungen

[1]Die in der Waldpädagogik tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen sich regelmäßigen Evaluierungen unterziehen, um ein fortlaufend hohes Niveau des Bildungsangebots sicherzustellen. [2]Der Leitfaden für Forstliche Bildungsarbeit bietet für diesen Zweck ein eigenes Kapitel mit zahlreichen zielgruppengerechten Evaluierungsmethoden. [3]Zusätzlich kann jede waldpädagogische Veranstaltung der Forstverwaltung in den Revieren und an den WPE von den Leiterinnen und Leitern der Teilnehmergruppen (z. B. Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher) unmittelbar bewertet werden. [4]Hierzu steht ein standardisierter Fragebogen zur Verfügung, der direkt an die Leiterin oder den Leiter der Veranstaltung zurückgegeben oder -gesandt werden soll (Anlage).

8. Kosten

[1]Das waldpädagogische Bildungsangebot der Forstverwaltung erfolgt im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten und ist grundsätzlich kostenfrei. [2]Gebühren und Auslagen werden ausgehend vom gesetzlichen Bildungsauftrag analog zu Art. 3 Abs. 1 Nr. 2 Kostengesetz (KG) für diese Leistungen der Forstverwaltung nicht erhoben. [3]Bei den WPE mit Übernachtungsbetrieb sind die Beherbergung und Verpflegung der Teilnehmenden (Jugendliche sowie Betreuerinnen und Betreuer) jedoch entgeltpflichtig. [4]Die dafür erhobenen Entgelte müssen die Kosten der WPE decken und sind nach § 4 Nr. 23 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) umsatzsteuerfrei. [5]Bei Veranstaltungen mit **teilweisem** Unterhaltungs- und Freizeitcharakter ist der Zeitanteil für die nicht-waldpädagogischen Inhalte kosten- und umsatzsteuerpflichtig. [6]Die Berechnung erfolgt unter Verwendung der vom Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (StMFLH) bekannt gegebenen Durchschnittswerte für Personalvollkosten. [7]Veranstaltungen mit **erheblichem** Unterhaltungs- und Freizeitcharakter sind nur in Ausnahmefällen unter der Erstattung von Personal- und Sachvollkosten durchzuführen. [8]Die Einnahmen sind umsatzsteuerpflichtig.

9. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 8. November 2017 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 7. November 2017 tritt das Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten zur Richtlinie für Waldpädagogik in der Bayerischen Forstverwaltung vom 27. Juni 2007 (Az. F5-NL 103-515) außer Kraft.

Georg Windisch
Ministerialdirigent

Anlage: Evaluierungsbogen für Leiterinnen und Leiter der Teilnehmergruppen

Anlage
(zu Nr. 7.2)

Evaluierungsbogen

Bitte senden Sie den ausgefüllten Evaluierungsbogen an folgende Adresse:

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

wir möchten unsere waldpädagogischen Veranstaltungen für Sie noch attraktiver gestalten. Daher bitten wir Sie anhand dieses Evaluierungsbogens um ein kurzes Feedback. Ihre Antworten helfen uns dabei, auf Ihre Wünsche einzugehen und unser Angebot stets weiter zu verbessern.

1. Die Waldführung

Wie hat Ihnen die Waldführung insgesamt gefallen?	☐ Sehr gut	☐ Gut	☐ Weniger gut	☐ Überhaupt nicht
Welche Verbesserungsvorschläge haben Sie für künftige Veranstaltungen?				
Was sollte auf jeden Fall beibehalten werden?				

2. Die Waldführerin/der Waldführer

	trifft voll zu	trifft überwiegend zu	trifft weniger zu	trifft überhaupt nicht zu
Erklärt verständlich				
Weckt Interesse				
Geht strukturiert vor („Roter Faden“)				
Stellt Praxisbezug her				
Regt die Teilnehmenden an, Lösungswege selbst oder gemeinschaftlich zu entwickeln				
Strahlt Freude und Motivation aus				

3. Inhalte und Methoden

	trifft voll zu	trifft überwiegend zu	trifft weniger zu	trifft überhaupt nicht zu
Die Methoden und Aktivitäten passten gut zu den Teilnehmenden				
Die Themen passten gut zu den Teilnehmenden				
Die Führung hatte einen thematischen „Roten Faden“				
Die Teilnehmenden konnten sich in Arbeits- und Gestaltungsprozesse einbringen				

4. Planung und Organisation

	trifft voll zu	trifft überwiegend zu	trifft weniger zu	trifft überhaupt nicht zu
Der Kontakt mit der Waldführerin/dem Waldführer war leicht herzustellen				
Die Führung wurde im Vorfeld gut besprochen				
Die Dauer der Führung bewerte ich als	☐ Zu kurz	☐ Genau richtig	☐ Etwas zu lang	☐ Deutlich zu lang
Weitere Anregungen für die Planung und Organisation:				

Herzlichen Dank für Ihre Rückmeldung!

2161-A

Vollzugshinweise zum Jugendschutzgesetz (VJuSchG)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

vom 10. Januar 2018, Az. II7/6524.03-1/42

Abschnitt 1
Allgemeines

1. Zielsetzung und Begriffsbestimmungen

1.1 Ziel

[1]Mit diesen Verwaltungsvorschriften soll ein einheitlicher Vollzug des Jugendschutzgesetzes in Bayern sichergestellt werden. [2]Die ohne Angabe des Gesetzes genannten Paragraphen beziehen sich auf das Jugendschutzgesetz (JuSchG).

1.2 Kooperation

[1]Der Vollzug des Jugendschutzgesetzes gelingt am wirkungsvollsten, wenn Jugendämter, Ordnungsämter, Polizei, Gemeinden, weitere zuständige Behörden, Schulen, Veranstalter und Gewerbetreibende zusammenarbeiten. [2]Um vorhandene Ressourcen effektiv einsetzen zu können, empfiehlt es sich, bestimmte Verfahrensabläufe und Vorgehensweisen bereits im Voraus zu vereinbaren und durch entsprechende Kooperationsvereinbarungen zu untermauern. [3]Die gegenseitige Information aller Stellen wirkt präventiv und trägt so dazu bei, den Jugendschutz vor Ort zu verbessern. [4]In diesem Zusammenhang wird auch auf die Mitteilungspflicht des Art. 54 AGSG hingewiesen. [5]Danach sollen alle Behörden sowie die Träger der freien Jugendhilfe Tatsachen, die eine Gefährdung junger Menschen annehmen lassen, dem zuständigen Jugendamt unverzüglich mitteilen.

1.3 Erziehungsbeauftragung

1.3.1 [1]In § 1 Abs. 1 Nr. 4 wurde mit der Gesetzesnovellierung 2003 der bisherige Begriff des „Erziehungsberechtigten“ durch den Begriff der „erziehungsbeauftragten Person“ ersetzt. [2]Dies kann jede Person sein, soweit sie über 18 Jahre ist, auf Dauer oder zeitweise Erziehungsaufgaben wahrnimmt und aufgrund einer Vereinbarung mit der personensorgeberechtigten Person handelt. [3]Außerdem können erziehungsbeauftragte Personen auch solche sein, die ein Kind oder eine jugendliche Person im Rahmen der Ausbildung oder der Jugendhilfe betreuen.

1.3.2 [1]Eine wirksame Erziehungsbeauftragung liegt unter folgenden Voraussetzungen vor: [2]Die erziehungsbeauftragte Person muss volljährig sein. [3]Zwischen den Eltern bzw. der personensorgeberechtigten Person und der erziehungsbeauftragten Person muss eine entsprechende Vereinbarung im Einzelfall tatsächlich getroffen worden sein, mit der im Rahmen eines Auftragsverhältnisses die Aufsichtspflicht als Teil der Personensorge übertragen wird. [4]Die Verantwortung über die sorgfältige Auswahl der erziehungsbeauftragten Person obliegt den Eltern bzw. den personensorgeberechtigten Personen. [5]Die Vereinbarung ist darzulegen, die Schriftform wird empfohlen. [6]Es genügt nicht, dass die Personensorgeberechtigten eine Blankovollmacht erteilen und der Minderjährige den Namen der erziehungsbeauftragten Person ergänzt.

1.3.3 [1]Die erziehungsbeauftragte Person muss dem Erziehungsauftrag und den damit verbundenen Aufsichtspflichten nachkommen können. [2]Sie muss die Aufsichtspflicht tatsächlich wahrnehmen und objektiv in der Lage sein, den anvertrauten jungen Menschen zu leiten und zu lenken. [3]Dies ist etwa dann nicht mehr der Fall, wenn die erziehungsbeauftragte Person nicht (mehr) anwesend ist oder infolge Alkohol- oder Drogenkonsums objektiv nicht mehr in der Lage ist, die vereinbarten Aufsichtspflichten zu übernehmen. [4]Wenn die benannte Person in einem anderen Raum angetroffen wird, muss zunächst geklärt werden, ob diese nur kurz den Raum verlassen hat und sich nur vorübergehend woanders befindet oder ob sie sich dauerhaft von dem zu beaufsichtigenden Minderjährigen entfernt hat. [5]Bei einem dauerhaften Aufenthalt in einem anderen Raum, der nachgewiesen werden muss, läge ein Verstoß gegen die Bestimmungen des JuSchG vor. [6]Bei einer nur vorübergehenden Entfernung von dem Minderjährigen liegt noch kein Verstoß vor, da die erziehungsbeauftragte Person grundsätzlich noch in der Lage ist, den ihr übertragenen Aufgaben gerecht zu werden.

1.3.4 [1]Die Einsetzung des Veranstalters, Gastwirts oder von diesen beauftragten Personen als „erziehungsbeauftragte Person“ ist nicht möglich, da hier ein Interessenskonflikt vorliegt. [2]Eine effektive Wahrnehmung des Erziehungsauftrags und der Beaufsichtigung dürften ebenso kaum möglich sein.

1.3.5 [1]Jugendleiter oder Jugendleiterinnen sind nur dann kraft Gesetzes erziehungsbeauftragte Person, wenn sie genau in dieser Funktion mit den Jugendlichen eine Unternehmung machen oder eine Veranstaltung besuchen. [2]In allen anderen Fällen ist auch für Jugendleiter eine Beauftragung durch die Eltern notwendig.

1.3.6 [1]Hinsichtlich der Frage bis zu wie viele Kinder bzw. Jugendliche von einer Person beaufsichtigt werden können, sind vor allem die örtlichen Gegebenheiten und die Art der Veranstaltung zu berücksichtigten. [2]So werden zum Beispiel bei einem Konzert mit Sitzplätzen mehr Kinder beaufsichtigt werden können als bei einem Besuch in einer großen, eventuell sogar auf mehrere Bereiche oder Ebenen aufgeteilten Diskothek.

1.3.7 [1]Auch bei Eltern und der erziehungsbeauftragten Person kommt selbst eine Ordnungswidrigkeit in Betracht, wenn sie ihre Aufsichtspflichten im Rahmen einer „Erziehungsbeauftragung“ verletzen. [2]Schließlich kann durch die Aufsichtspflichtverletzung ein Verhalten eines Kindes oder einer jugendlichen Person herbeigeführt oder gefördert werden, das durch ein Verbot im JuSchG verhindert werden soll (§ 28 Abs. 4).

1.4 Trägermedien

Trägermedien sind Medien mit Texten, Bildern oder Tönen auf gegenständlichen Trägern (Offline-Medien), wie zum Beispiel Bücher, Zeitschriften, Comics, Tonträger, CDs, DVDs, USB-Sticks, Spielautomaten etc.

1.5 Telemedien

[1]Telemedien sind alle nicht gegenständlichen Medien, die über elektronische Informations- und Kommunikationsdienste zugänglich gemacht werden. [2]Hierzu zählen insbesondere Internet-Dienste (Online-Medien) wie Internetseiten, Chat, E-Mail, Messenger, Online-Games und Video-on-demand, aber auch der Teletext. [3]Als Übermitteln oder Zugänglichmachen gilt das Bereithalten von eigenen oder fremden Inhalten. [4]Rundfunksendungen (Fernsehen und Radio) gehören nicht zu den Telemedien.

1.6 Versandhandel

[1]Unter den Begriff Versandhandel fallen zum Beispiel Internet-Shopping, Tele-Shopping und Katalogversand. [2]Versandhandel ist nur zulässig, falls durch technische oder sonstige Vorkehrungen sichergestellt ist, dass kein Versand an Kinder und Jugendliche erfolgt. [3]Zum Versandhandel siehe die Rechtsauffassung und die Praxishinweise der OLJB zum (Online-)Versandhandel in der **Anlage 1.**

1.7 Verheiratete Jugendliche

[1]Die Vorschriften der §§ 2 bis 14 gelten nicht für verheiratete Jugendliche (§ 1 Abs. 5). [2]Die Regelungen der §§ 15 ff. (Schutz vor jugendgefährdenden Medien) sind jedoch auch auf sie anzuwenden.

2. Prüfungs- und Nachweispflicht

Auf die Hinweise bei Nr. 4 zur Kontrolle der Aufenthaltsbeschränkungen durch den Gewerbetreibenden bzw. Veranstalter wird hingewiesen.

2.1 Nachweispflicht

2.1.1 Die Betroffenen haben die Pflicht, ihr Lebensalter in geeigneter Weise nachzuweisen, zum Beispiel durch entsprechende Ausweispapiere oder andere Dokumente mit Lichtbild (Personalausweis, Führerschein oder ähnlich).

2.1.2 [1]Erziehungsbeauftragte Personen haben gemäß § 2 Abs. 1 ihre Beauftragung auf Verlangen darzulegen, möglichst in Schriftform. [2]Diese sollte folgende Angaben enthalten: Name, Geburtsdatum und Anschrift des Kindes bzw. Jugendlichen und der erziehungsbeauftragten Person. [3]Des Weiteren sollten Name, Anschrift und Telefonnummer der Eltern aufgeführt werden, unter welcher sie für Nachfragen oder für den Notfall zu erreichen sind, sowie Datum, Ort bzw. Name der Veranstaltung und Angaben über den Zeitraum, für den die Beauftragung gilt.

2.1.3 [1]Die Hinterlegung des Personalausweises beim Gewerbetreibenden oder Veranstalter zu Kontrollzwecken ist unzulässig, weil das Personalausweisgesetz (PAuswG) seit dem 1. November 2010 in § 1 Abs. 1 Satz 3 PAuswG vorsieht, dass „vom Ausweisinhaber nicht verlangt werden darf, den Personalausweis zu hinterlegen oder in sonstiger Weise den Gewahrsam aufzugeben". [2]Auch Kopien oder Fotos des Personalausweises nach § 20 Abs. 2 PAuswG dürfen nicht verlangt oder angefertigt werden, da sie nicht erforderlich sind. [3]Schließlich genügt bereits die Vorlage des Personalausweises zur Alterskontrolle.

2.1.4 [1]Es wird empfohlen, dass Minderjährige sich unter Vorlage ihres Personalausweises oder eines sonstigen Dokuments namentlich (Familien- und Vorname) in eine Anwesenheitsliste eintragen, die auf der jeweiligen Veranstaltung ausgelegt wird, um die Kontrolle der jugendschutzrechtlichen Vorgaben zu ermöglichen. [2]Die Eintragungen sind mittels des Ausweises zu überprüfen. [3]Entsprechend der Größe und dem Zuschnitt der Veranstaltung ist für den Ordnungsdienst geeignetes und ausreichend qualifiziertes Personal in genügender Anzahl einzusetzen. [4]Die Kontrolle der zeitlichen Aufenthaltsbeschränkungen (§ 4 Abs. 1 Satz 2, § 5 Abs. 1 und 2) sollte zum gesetzlich vorgegebenen Zeitpunkt stattfinden. [5]Um sicherzustellen, dass alle unbegleiteten Minderjährigen die Veranstaltung tatsächlich verlassen haben, sollten die Minderjährigen beim Verlassen der Gaststätte bzw. Veranstaltung aus der Liste gestrichen werden. [6]Verbliebene Minderjährige sind zum Verlassen aufzufordern; gegebenenfalls sind Anwesenheitskontrollen durchzuführen. [7]Die Anwesenheitsliste sollte nur den für die Kontrollen zuständigen Personen zugänglich sein und ist aus Gründen des Datenschutzes nach Abschluss der Kontrollen zu vernichten.

2.1.5 [1]Um sicherzustellen, dass die Jugendlichen ohne Begleitung einer personensorgeberechtigten oder erziehungsbeauftragten Person die Lokalität bzw. die Veranstaltung zum vorgegebenen Zeitpunkt verlassen, kann – zusätzlich zur Vorlage des Personalausweises beim Eintritt – bspw. die Hinterlegung eines Schülerausweises oder eines mit Lichtbild versehenen Ausweises eines Verkehrsverbunds verlangt werden. [2]Die hinterlegten Ausweise sind sicher aufzubewahren und sollen nur den für die Kontrolle zuständigen Personen zugänglich sein. [3]Hilfreich ist auch die Kennzeichnung der unterschiedlichen Altersgruppen mit verschiedenen, farbigen Armbändern, die nicht geöffnet und wieder verschlossen werden können. [4]Grundsätzlich bleibt es aber den Gewerbetreibenden und Veranstaltern überlassen, wirksame Maßnahmen zur Alterskontrolle zu treffen.

2.2 Prüfungspflicht

[1]Veranstalter und Gewerbetreibende haben keine generelle Prüfungspflicht, sondern müssen lediglich in Zweifelsfällen das Lebensalter bzw. die Erziehungsbeauftragung überprüfen. [2]Zur Überprüfung sind sie berechtigt, sich Ausweispapiere zeigen zu lassen. [3]Ein Zweifelsfall liegt dann vor, wenn sich aus dem äußeren Erscheinungsbild, aus Äußerungen oder dem Verhalten Anhaltspunkte für das Nichterreichen der Altersgrenze ergeben. [4]Das Risiko einer Fehleinschätzung hinsichtlich des Zweifelsfalles liegt beim Veranstalter bzw. Gewerbetreibenden.

3. Bekanntmachung der Vorschriften

3.1 Aushang der einschlägigen Vorschriften

[1]Nach dem Gesetzeswortlaut und dem Sinn der Vorschrift wird verlangt, dass diejenigen (aktuellen) Vorschriften schriftlich bekannt gemacht werden, die die jeweilige Betriebseinrichtung bzw. Veranstaltung betreffen (Aushangpflicht). [2]Aushänge können bei der Aktion Jugendschutz Bayern bezogen werden (www.bayern.jugendschutz.de). [3]Bei Nichtbeachtung oder Zuwiderhandlung kann nach § 28 Abs. 1 Nr. 1 ein Bußgeld verhängt werden.

3.2 Kino, Film- und Spielprogramme

[1]Eine Verpflichtung, bereits bei der Werbung und Ankündigung von Filmen in Schaukästen, durch Inserate oder Plakatanschläge die Altersfreigabe des Filmes bekannt zu machen, besteht nicht. [2]§ 3 Abs. 2 Satz 3 regelt nur die inhaltliche Ausgestaltung der Werbung für Filme, Film- und Spielprogramme, das heißt, wie geworben werden darf. [3]Verboten ist jede Werbung, die auf jugendbeeinträchtigende Inhalte hinweist oder die in jugendbeeinträchtigender Weise erfolgt (vgl. § 14 Abs. 1). [4]Dabei reicht es aus, wenn dies nur für eine der in § 14 in Bezug genommenen Altersgruppen der Fall ist. [5]Die Bestimmung, dass nicht auf jugendbeeinträchtigende Inhalte hingewiesen werden soll, darf jedoch nicht so eng ausgelegt werden, dass die Meinungsfreiheit unzulässig eingeengt wird – so muss werbende Filmkritik darauf hinweisen dürfen, dass ein Kriegsfilm oder Western die Gefechtsszenen ausführlich und im Einzelnen darstellt oder dass in einem Erotikfilm Nacktszenen zu finden sind. [6]Entscheidend ist, dass diese Hinweise in der Werbung informativ und nicht reißerisch gegeben werden (vgl. BayObLG, Beschluss vom 25. Februar 1980, Az. 3 Ob OWi 3/80). [7]Satz 3 ersetzt jedoch nicht die Prüfung, ob überhaupt geworben werden darf. [8]Dies bestimmt sich nach § 15 Abs. 5 JuSchG bzw. § 184 Abs. 1 Nr. 4 StGB (vgl. BGH, Beschluss vom 6. Oktober 1988, Az. 1 StR 395/88, NJW 1989, S. 409 ff.).

Abschnitt 2
Jugendschutz in der Öffentlichkeit

4. Gaststätten

4.1 Aufenthalt in Gaststätten

4.1.1 [1]§ 4 Abs. 1 regelt nur den Aufenthalt, nicht aber sonstige Gefährdungstatbestände nach dem Jugendschutzgesetz. [2]Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2 darf Jugendlichen ab 16 Jahren der Aufenthalt in Gaststätten ohne Begleitung einer personensorgeberechtigen oder erziehungsbeauftragten Person in der Zeit von 24.00 Uhr bis 5.00 Uhr morgens nicht gestattet werden. [3]Gewerbetreibende und Veranstalter sind verpflichtet, die zeitlichen Aufenthaltsbegrenzungen für Minderjährige zu beachten und sicherzustellen, dass die Jugendlichen die Gaststätten und Veranstaltungen rechtzeitig verlassen. [4]Für den Fall, dass der überwiegende Teil der Gäste 16 oder 17 Jahre alt ist, ist zu überlegen, ob nicht spezielle Veranstaltungen für diese Altersgruppe angeboten werden sollten, die um 24.00 Uhr beendet werden.

4.1.2 [1]Die Definition einer Gaststätte findet sich in § 1 des Gaststättengesetzes (GastG). [2]Ein Gaststättengewerbe im Sinn des GastG betreibt, wer im stehenden Gewerbe Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle verabreicht (Schankwirtschaft) oder zubereitete Speisen zum Verzehr an Ort und Stelle verabreicht (Speisewirtschaft), wenn der Betrieb jedermann oder bestimmten Personenkreisen zugänglich ist (§ 1 Abs. 1 GastG). [3]Bei der Beurteilung, ob es sich um eine Gaststätte handelt, ist der Gesamtcharakter der Örtlichkeit zu berücksichtigen. [4]Auch Bierzelte fallen unter den Begriff der Gaststätte.

4.1.3 [1]Die Aufenthaltsbeschränkung bezieht sich grundsätzlich nur auf den Ort, an dem Alkohol ausgeschenkt wird. [2]So wird eine Sportstätte, wie zum Beispiel ein Fußball- oder Eisstadion, nicht bereits deshalb insgesamt zu einer Gaststätte, nur weil an verschiedenen Kiosken Getränke ausgeschenkt werden.

4.1.4 [1]Ein Gaststättengewerbe betreibt auch, wer als selbstständiger Gewerbetreibender im Reisegewerbe von einer für die Dauer der Veranstaltung ortsfesten Betriebsstätte aus Getränke oder zubereitete Speisen zum Verzehr an Ort und Stelle verabreicht, wenn der Betrieb jedermann oder bestimmten Personenkreisen zugänglich ist (§ 1 Abs. 2 GastG). [2]Gleichgestellt sind Vereine und Gesellschaften, selbst wenn sie kein Gewerbe betreiben (§ 23 Abs. 1 GastG). [3]Von dieser Regelung sind insbesondere auch Vereins- und Scheunenfeste umfasst.

4.1.5 Hinsichtlich von Partyveranstaltungen wird auf die Ausführungen unter Nr. 7 verwiesen.

4.2 Vorgaben des GastG für Alkoholabgabe

4.2.1 [1]Nach dem GastG ist der Ausschank an erkennbar Betrunkene verboten (§ 20 Nr. 2 GastG). [2]Zudem muss zum günstigsten Preis auch ein alkoholfreies Getränk angeboten werden (§ 6 GastG). [3]Der Preisvergleich erfolgt hierbei auf der Grundlage des hochgerechneten Preises für einen Liter der betreffenden Getränke. [4]Im Übrigen wird hinsichtlich der Unzulässigkeit gastronomischer Vermarktungskonzepte, die geeignet sind, den Missbrauch oder den übermäßigen Konsum von Alkohol zu begünstigen, insbesondere All-inclusive- und Flatrate Veranstaltungen, sowie hinsichtlich des Verfahrens bei Gestattungen auf das Rundschreiben des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie vom 16. Mai 2007, Az. IV/3-4100/582/1, verwiesen (siehe **Anlage 2**).

4.2.2 [1]Für Feste und Veranstaltungen von Vereinen und sogenannten nicht kommerziellen Veranstaltern sind in der Regel Gestattungen nach § 2 GastG durch die Gemeinden (§ 1 Abs. 2 BayGastV) erforderlich; darunter fallen zum Beispiel Scheunenfeste etc. [2]Die Jugendämter sind von den Gemeinden frühzeitig vor der Entscheidung über einen Antrag im Sinn des § 2 Abs. 1 BayGastV zu beteiligen.

4.2.3 Falls eine Veranstaltung gemäß GastG lediglich anzeigepflichtig ist, wird die gaststättenrechtlich zuständige Behörde das Jugendamt frühzeitig beteiligen (Schreiben des Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie vom 24. Oktober 2016, Az. 33-4100/760/1, siehe **Anlage 3**).

4.3 Einnahme einer Mahlzeit oder eines Getränks

[1]Ein zeitweiliger Aufenthalt darf Kindern und Jugendlichen zur Einnahme einer Mahlzeit oder eines Getränks gestattet werden. [2]Keinesfalls können Kinder und Jugendliche den hierfür erforderlichen Aufenthalt nach ihrem Belieben verlängern.

4.4 Veranstaltung von Trägern der Jugendhilfe

[1]Die Ausnahme betrifft nur den Aufenthalt, nicht aber die sonstigen Beschränkungen nach dem JuSchG, wie zum Beispiel für Alkoholabgabe. [2]Gemäß dem Ausnahmetatbestand des § 4 Abs. 2 muss es sich um eine Veranstaltung eines Trägers der Jugendhilfe handeln und Jugendliche müssen die Zielgruppe der Veranstaltung sein. [3]Unter „anerkannter Träger der Jugendhilfe" fallen neben den anerkannten Trägern auch die Träger der öffentlichen Jugendhilfe, wie die Landkreise, kreisfreien und kreisangehörigen Gemeinden (Art. 15 und 30 AGSG). [4]Dies umfasst auch organisatorisch eingebundene Jugendorganisationen dieser Träger. [5]Gemeinden, Schulen und Schülermitverwaltungen sind keine Träger der Jugendhilfe. [6]Für deren Veranstaltungen sind jedoch Ausnahmen möglich (Nr. 4.7).

4.5 Kinder und Jugendliche auf Reisen

[1]Auf Reisen befinden sich auch solche Kinder und Jugendliche, die für den Weg von der Wohnung zur Schule oder zum Arbeitsplatz Verkehrsmittel benutzen und Gaststätten zur Überbrückung notwendiger Wartezeiten aufsuchen. [2]Dabei sollen die Dauer der Fahrt und die Wartezeit bis zum nächsten Anschluss maßgeblich berücksichtigt werden.

4.6 Nachtbars und Nachtclubs und vergleichbare Vergnügungsbetriebe

Vergleichbare Vergnügungsbetriebe sind insbesondere Bordelle, Striptease-Bars oder Swingerclubs.

4.7 Ausnahmegenehmigungen

[1]Gemäß § 4 Abs. 4 kann der Aufenthalt in Gaststätten in Ausnahmefällen gestattet werden. [2]Da es sich nach dem Gesetzeswortlaut nur um Ausnahmen handeln kann, sind Dauergenehmigungen unzulässig. [3]Von einer Ausnahmegenehmigung kann nur dann gesprochen werden, wenn sie sich auf höchstens fünf Veranstaltungen innerhalb eines Jahres bezieht. [4]Insofern sind einschränkende Anordnungen für den Besuch von Kindern und Jugendlichen zu treffen, wenn diese notwendig sind, um einer Gefahr für deren körperliches, geistiges oder seelisches Wohl zu begegnen.

5. Tanzveranstaltungen

5.1 Begriff

5.1.1 [1]Ob eine öffentliche Tanzveranstaltung gegeben ist, bestimmt sich immer nach der tatsächlichen Ausgestaltung im Einzelfall aus Sicht eines objektiven Betrachters. [2]Von Tanzveranstaltungen ist – unabhängig von der Bezeichnung – dann auszugehen, wenn aufgrund der Intention der Veranstaltung bzw. des Veranstalters getanzt werden soll oder getanzt werden kann (zum Beispiel: eine Tanzfläche ist vorhanden und entsprechende Musik wird gespielt). [3]Wird allerdings spontan getanzt, ohne dass dies vom Veranstalter vorgesehen ist oder er dazu animiert (zum Beispiel bei Volksfesten, Straßenfesten, Faschingssitzungen), ist § 5 nicht einschlägig. [4]Bei Pop- und Rockkonzerten handelt es sich nicht um Tanzveranstaltungen im Sinn der Vorschrift. [5]Diese sind gegebenenfalls über § 7 zu regeln (vgl. Nr. 7).

5.1.2 [1]Eine Veranstaltung ist dann öffentlich, wenn sie für eine Mehrzahl von Personen bestimmt ist, es sei denn, dass der Kreis der Personen bestimmt ist oder die Teilnehmer untereinander persönlich verbunden sind. [2]Öffentlich ist eine Tanzveranstaltung somit, wenn der Teilnehmerkreis nicht näher bestimmbar ist, das heißt, wenn vor Beginn der Veranstaltung eine personenmäßige Auflistung aller etwaigen Teilnehmer nicht möglich ist. [3]Die Öffentlichkeit wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass Eintrittskarten verkauft werden oder der Zutritt an besondere Bedingungen geknüpft wird, die jedermann erfüllen kann.

5.1.3 [1]Eine zusätzliche Problematik bei Tanzveranstaltungen, insbesondere in Diskotheken, kann sich durch den Einsatz von Lasergeräten sowie durch den hohen Lautstärkepegel ergeben (vgl. hierzu die Ausführungen bei Nr. 7). [2]Auf die Hinweise bei Nr. 4 zur Kontrolle der Aufenthaltsbeschränkungen durch den Gewerbetreibenden bzw. Veranstalter wird hingewiesen.

5.2 Veranstaltung von Trägern der Jugendhilfe

Insofern wird auf die Ausführungen unter Nr. 4.4 verwiesen.

5.3 Künstlerische Betätigung

[1]Eine künstlerische Betätigung liegt dann vor, wenn das Tanzen über den reinen Unterhaltungszweck hinaus geht und ein gewisses künstlerisches Niveau hat. [2]Daran sollten jedoch keine professionellen Ansprüche geknüpft sein. [3]Unerheblich ist, ob die künstlerische Betätigung für eine Aufführung vor Publikum bestimmt ist oder nicht. [4]Für die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an Aufführungen sind gegebenenfalls zusätzlich die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JArbSchG) zu beachten.

5.4 Brauchtumspflege

[1]Bei Veranstaltungen zur Brauchtumspflege ist der Gesamtcharakter der Veranstaltung maßgeblich. [2]So dienen Faschingsbälle nicht schon dann der Brauchtumspflege, wenn nur der Auftritt einer Prinzengarde einem Brauchtum entspricht. [3]Insbesondere Volkstanzfeste dienen dagegen grundsätzlich der Brauchtumspflege.

5.5 Ausnahmegenehmigung

[1]Gemäß § 5 Abs. 3 kann die zuständige Behörde Ausnahmen genehmigen. [2]Das Jugendamt entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Interesse des Wohles der Kinder und Jugendlichen. [3]Im Rahmen der Ausnahmegenehmigung können Auflagen gemäß § 7 erteilt werden. [4]Da es sich nach dem Gesetzeswortlaut nur um Ausnahmen handeln kann, sind Dauergenehmigungen unzulässig (siehe Nr. 4.7).

6. Spielhallen, Glücksspiele

6.1 Anwesenheitsverbot

6.1.1 Abs. 1 enthält ein Anwesenheitsverbot für Kinder und Jugendliche in öffentlichen Spielhallen oder ähnlichen, vorwiegend dem Spielbetrieb dienenden Räumen.

6.1.2 [1]Es kann auf die Definition der Spielhalle in § 33i der Gewerbeordnung (GewO) zurückgegriffen werden. [2]Um eine Spielhalle oder einen ähnlichen Betrieb handelt es sich dann, wenn die Räume ausschließlich oder überwiegend der Aufstellung von Spielgeräten dienen. [3]Eine öffentliche Spielhalle ist daher ein Betrieb (unabhängig von der Bezeichnung), der öffentlich zugänglich ist (zum Begriff „öffentlich" siehe die Ausführungen zu Nr. 5), in dem sich der Gast nach Belieben betätigen kann, dessen Schwerpunkt im Bereitstellen der Spielgeräte liegt (und nicht in körperlicher Ertüchtigung wie Tischtennis, Billard oder Darts und auch nicht im Verzehr von Speisen oder Getränken). [4]Der Spielhalleneigenschaft steht nicht entgegen, dass der Raum nur über eine Gaststätte erreicht werden kann (zu den Kriterien vgl. Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 14. Dezember 1982, Az. 1 C 71/79).

6.1.3 [1]Das Anwesenheitsverbot für Kinder und Jugendliche gilt generell und ist raum- und nicht betriebsbezogen. [2]Auch Ausbildungszwecke (zum Beispiel Erlernen des Elektrohandwerks in einer Spielhalle) bilden keine Ausnahme (siehe § 22 Abs. 1 Nr. 2 JArbSchG). [3]E-Sport-Clubs und E-Sport-Veranstaltungen fallen in der Regel nicht unter den Spielhallenbegriff. [4]Gegebenenfalls sollten Zutrittsbeschränkungen gemäß § 7 erlassen werden.

6.1.4 [1]Zu Räumen, die vorwiegend dem Spieltrieb dienen, zählen auch Wettvermittlungsstellen (Wettbüros), in denen Sportwetten hauptgeschäftlich vermittelt werden (anderer Ansicht allerdings Gutknecht/Roll, in: Nikles u. a., Jugendschutzrecht, 3. Auflage 2011, § 6 Rn. 6). [2]Verstöße werden vorrangig von der Glücksspielaufsicht sanktioniert.

6.2 Spiele mit Gewinnmöglichkeit

6.2.1 [1]§ 6 Abs. 2 regelt die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an Spielen mit Gewinnmöglichkeit in bestimmten Fällen. [2]„Spiel" ist das Eingehen eines Risikos zur Gewinnerzielung, das heißt zur Erlangung eines objektiven materiellen Werts, dazu gehören auch gewerbliche Wetten und Lotterien.

6.2.2 [1]Gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 der Spielverordnung (SpielV) liegt die Wertgrenze für Waren von geringem Wert bei 60 Euro. [2]Die Teilnahme an Kartenspielturnieren, wie zum Beispiel „Preis-Schafkopfen", ist Kindern und Jugendlichen ebenfalls nach § 6 Abs. 2 untersagt, da es sich hier meist nicht mehr um „Gewinne in Waren von geringem Wert" handelt.

6.2.3 [1]Freizeit- und Vergnügungsparks sind trotz ähnlicher Angebote keine ausnahmefähigen, den Volksfesten „ähnliche Veranstaltungen", weil sie dauerhafte Einrichtungen sind. [2]Grundsätzliche Ausführungen zum Aufstellen von Geldspielautomaten finden sich in der SpielV.

7. Jugendgefährdende Gewerbebetriebe und Veranstaltungen (zu § 7)

7.1 Generalklausel zum Schutz vor Beeinträchtigungen und Gefährdungen

7.1.1 [1]Geht von einer öffentlichen Veranstaltung oder einem Gewerbebetrieb eine Gefährdung für das körperliche, geistige oder seelische Wohl von Kindern oder Jugendlichen aus, kann die zuständige Behörde nach § 7 vorgehen. [2]Sie kann in diesen Fällen den Aufenthalt von Minderjährigen verbieten bzw. Altersgrenzen, zeitliche Aufenthaltsbegrenzungen oder andere Auflagen anordnen, wenn dadurch die Gefährdung ausgeschlossen oder wesentlich gemindert wird. [3]Mit dieser Bestimmung soll Gefährdungen und auch Beeinträchtigungen begegnet werden können, die von den vorangehenden Paragraphen nicht erfasst werden.

7.1.2 [1]Im Einzelfall kann die Anordnung der sofortigen Vollziehung nach § 80 VwGO zur Durchsetzung der Auflagen notwendig werden. [2]Die Anordnung des Jugendamtes ist eine Ermessensentscheidung. [3]Maßstab ist, ob eine unmittelbare Gefahr für das körperliche, geistige oder seelische Wohl von Kindern und Jugendlichen droht. [4]Die Bestimmung ist beispielsweise auch anwendbar, um den Zugang zu Veranstaltungen mit möglicherweise jugendgefährdendem Inhalt bzw. Verlauf zu verhindern. [5]Auflagen nach § 7 bieten sich in den Fällen an, in denen das Jugendamt nach § 4 Abs. 4 (Besuch von Gaststätten) bzw. § 5 Abs. 3 (Tanzveranstaltungen) Ausnahmen von den Zugangs- und Zeitbeschränkungen erteilen möchte, die das Gesetz für den Besuch von solchen Örtlichkeiten oder Veranstaltungen vorsieht.

7.1.3 [1]Im Folgenden werden solche Auflagen daher exemplarisch aufgelistet. [2]Entsprechend der Art der Veranstaltung können erforderliche Anordnungen ausgewählt werden, die einen geeigneten Rahmen schaffen, der sicherstellt, dass Kinder und Jugendliche solche Veranstaltungen ohne körperliche oder psychische Beeinträchtigungen besuchen können.

7.1.4 [1]Um mögliche Gefährdungspotenziale zu erkennen und bereits im Vorfeld durch entsprechende Auflagen ausschließen bzw. einschränken zu können, empfiehlt sich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Veranstaltern und den beteiligten Behörden. [2]Dabei sollten konkret auf

den jeweiligen Einzelfall bezogen insbesondere Ziel, Zielgruppe, voraussichtliche Besucherzahl und etwaige Besonderheiten der Veranstaltung erörtert werden. [3]Die frühzeitige Beteiligung des Jugendamtes dient dem besseren Schutz von Minderjährigen vor den Gefahren des Alkoholkonsums. [4]Gerade im Umfeld von Vereinsfeiern, Dorffesten und ähnlichen Veranstaltungen ist vermehrt ein übermäßiger Alkoholkonsum von Minderjährigen zu beobachten. [5]Durch die verbindliche Beteiligung der Jugendämter erhalten diese frühzeitig Kenntnis und können bereits im Vorfeld Auflagen gemäß § 7 festlegen, um Gefahren für Minderjährige zu vermeiden.

7.2 Mögliche Auflagen für Veranstaltungen

[1]Der Veranstalter muss durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherstellen, dass die Jugendschutzbestimmungen auch tatsächlich eingehalten werden. [2]Es hat sich in der Vergangenheit bewährt, wenn diese Maßnahmen neben den gesetzlichen Anforderungen konkret bestimmt und als Auflagen formuliert werden. [3]Bei als zuverlässig bekannten Veranstaltern kann gegebenenfalls auch eine entsprechende schriftliche Vereinbarung ausreichend sein. [4]Neue Freizeitangebote wie zum Beispiel Escape Rooms oder Spiele mit Virtual-Reality-Brillen sollten genau beobachtet werden.

7.2.1 Jugendschutzbeauftragter

[1]Vielfältige Erfahrungen zeigen, dass es sehr sinnvoll ist, den Veranstalter nicht nur zu verpflichten, eine verantwortliche Person für die gesamte Veranstaltung zu benennen, sondern auch mindestens eine volljährige Person, die während der ganzen Veranstaltung anwesend ist und darauf zu achten hat, dass sowohl die Jugendschutzbestimmungen als auch die Auflagen eingehalten werden (Jugendschutzbeauftragter). [2]Dieser muss nüchtern bleiben, damit er seiner Verantwortlichkeit tatsächlich gerecht werden kann.

7.2.2 Ordnungsdienstkräfte

[1]Es sollten geeignete Ordnungsdienstkräfte oder anderes Funktionspersonal in ausreichender Zahl benannt werden, die den Ablauf der Veranstaltung und die Einhaltung der Gesetze und Auflagen nach Weisung der Verantwortlichen gewährleisten. [2]Eine Orientierungsgröße für die Anzahl des benötigten Personals ist drei Ordner pro 100 Besucher. [3]Das Personal sollte volljährig und muss nüchtern sein. [4]Bei Großveranstaltungen oder problematischen Veranstaltungen bietet sich dabei ein professioneller Sicherheitsdienst an. [5]Ebenso sollte darauf hingewiesen werden, dass die Haftung des Veranstalters davon unbenommen ist, es sei denn, er hat sich bei der Auswahl, der Schulung, der Einweisung bzw. stichpunktartigen Kontrolle der Aufsicht nichts vorzuwerfen.

7.2.3 Eingangskontrolle

[1]Eine Eingangskontrolle (vor der Kasse) sollte im Eingangsbereich bis zum Ende der Veranstaltung bindend vorgeschrieben werden (auch wenn kein Eintritt verlangt wird). [2]Sinnvoll ist es zwei Eingangsbereiche zu schaffen, einen für minderjährige Besucher und einen für Erwachsene. [3]Das jeweilige Alter sollte durch Vorlage des Personalausweises oder eines anderen behördlichen Dokuments an der Kasse nachgewiesen werden. [4]Hierzu wird im Übrigen auf die Hinweise zu Nr. 4 verwiesen. [5]Die jeweiligen Altersgruppen sollten mit unterschiedlichen fälschungssicheren Armbändern gekennzeichnet werden. [6]Da die Getränkepreise auf Veranstaltungen regelmäßig teurer sind als die Preise für selbstgekaufte Produkte, ist das Phänomen des „Parkplatztrinkens" keine Seltenheit. [7]Es hat sich insofern bewährt, den vollständigen Eintrittspreis beim erneuten Eintritt in die Veranstaltung zu verlangen. [8]Auf diese Weise wird verhindert, dass Jugendliche die Veranstaltung zwischenzeitlich verlassen, um außerhalb des Geländes Alkohol zu konsumieren. [9]Um exzessiven Alkoholkonsum zu unterbinden, sollte zudem das Ordnungs- und Sicherheitspersonal in regelmäßigen Abständen das umliegende Gelände nach versteckten alkoholischen Getränken absuchen.

7.2.4 Beschränkungen der Alkoholabgabe

[1]Erkennbar Betrunkene dürfen keinen Zutritt zu der Veranstaltung erhalten. [2]Die Mitnahme von Getränkeflaschen und Rucksäcken sollte unterbunden werden, um ein „Einschmuggeln" von Alkoholika verhindern zu können. [3]Das Ausschankpersonal muss volljährig und stets nüchtern sein. [4]Die Mitarbeiter sollten vor der Veranstaltung zu den Jugendschutzbestimmungen geschult und angewiesen werden, das Alter der jugendlichen Besucher zu kontrollieren. [5]Sofern sich die Veranstaltung vorrangig an Jugendliche richtet, sollte die Abgabe von Spirituosen und von spirituosenhaltigen alkoholischen Mixgetränken untersagt werden, da deren Weitergabe an Minderjährige oftmals nicht kontrolliert werden kann. [6]Ebenso sollte generell die Einrichtung vom „Schnapsbars" unterbunden werden. [7]Sollte ein generelles Verbot nicht angemessen erscheinen, ist eine deutliche räumliche Trennung des (Schnaps-)Barbereichs ebenso sinnvoll wie ein diesbezügliches Zutrittsverbot für Minderjährige. [8]Spirituosen sollten nicht in Flaschen, sondern nur in Gläsern abgegeben werden, um die Weitergabe an Jugendliche zu vermeiden. [9]Sammelbestellungen von Spirituosen sollten aus diesem Grund ebenfalls unterbunden werden. [10]Alle Maßnahmen zur Trinkanimation wie Flatrates, Trinkspiele, „Kübelsaufen" oder sonstige Maßnahmen, die geeignet sind, dem Alkoholmissbrauch Vorschub zu leisten, sind zu unterlassen. [11]Dies ergibt sich zudem aus § 20 Nr. 2 GastG. [12]In geeigneten Fällen bietet sich auch ein gänzliches Alkohol- und Rauchverbot auch für alle Gäste an; dies gilt insbesondere für Veranstaltungen, die überwiegend von Kindern besucht werden.

7.2.5 Aufenthaltsbeschränkungen

[1]Der Veranstalter muss dafür Sorge tragen, dass Jugendliche und Kinder die Veranstaltung entsprechend den gesetzlichen Zeitgrenzen verlassen. [2]Der Veranstalter sollte insofern verpflichtet werden, an den jeweiligen Zeitgrenzen Anwesenheitskontrollen durchzuführen. [3]Dazu sollte die Musik beendet, eine entsprechende Durch-

sage gemacht und das Licht angeschaltet werden. [4]Es empfiehlt sich, bereits halbstündlich vor den entsprechenden Uhrzeiten durchzusagen, dass die Altersgruppen unter 16 bzw. 18 Jahren aufgefordert werden, die Veranstaltung rechtzeitig zu verlassen. [5]Der Veranstalter sorgt im Idealfall für einen preisgünstigen Heimbringdienst für die Besucher und Besucherinnen, zum Beispiel Buspendelverkehr.

7.2.6 Notfallpläne

[1]Notfallpläne für besondere Fälle sind vorzulegen. [2]Es muss sichergestellt sein, dass Hilfsdienste (Sanitäter, Feuerwehr, Polizei) jederzeit telefonisch verständigt werden können. [3]Zu klären ist zudem der Umgang mit Personen, bei denen massive alkoholbedingte Ausfallerscheinungen festzustellen sind.

7.2.7 Werbung

[1]Auflagen, wie für die geplante Veranstaltung geworben werden darf, sind ebenfalls sinnvoll. [2]Wenn die Möglichkeit besteht, sollte im Vorfeld bereits Einfluss darauf genommen werden, wie für die jeweilige Veranstaltung geworben wird. [3]Für Veranstaltungen, die gezielt mit übermäßigen Alkoholkonsum und billigen alkoholischen Getränken werben, sollten grundsätzlich keine Genehmigungen erteilt werden (siehe § 20 Nr. 2 GastG – gesetzliche Verpflichtung des Veranstalters). [4]Darüber hinaus erscheint es sinnvoll, den Veranstalter zu verpflichten, bereits bei der Werbung auf die Jugendschutzbestimmungen hinzuweisen.

7.2.8 Berichtspflichten

[1]Es ist sinnvoll, dass die Veranstalter verpflichtet werden, nach dem Ende der Veranstaltung eine Auswertung des Veranstaltungsverlaufs vorzulegen. [2]Daneben dient diese Rückmeldung zur Analyse von Schwachstellen und zur besseren Abstimmung der Auflagen auf die jeweilige Veranstaltung. [3]Erfahrungen aus der Praxis zeigen zudem, dass es sich für einen reibungslosen Verlauf einer Veranstaltung bewährt hat, wenn man sich im Vorfeld von Veranstaltungen gemeinsam mit dem Ordnungsdienst, der Brandsicherheits- und Sanitätswache, mit der Polizei, der Feuerwehr und dem Rettungsdienst über ein gemeinsames Vorgehen bei Gefahren oder Vorfällen abstimmt (siehe hierzu § 38 Abs. 3 der Versammlungsstättenverordnung – VStättV).

7.3 Konzerte

[1]Konzerte oder Open-Air-Festivals sind in der Regel nicht als Tanzveranstaltungen, sondern als öffentliche Veranstaltungen zu klassifizieren. [2]Nach § 7 können Einschränkungen und Auflagen erteilt werden, um Gefährdungen für Kinder und Jugendliche auszuschließen, die zum Beispiel durch Lautstärke, aggressivitäts- und erregungssteigernde Bühnenshows oder jugendbeeinträchtigende oder jugendgefährdende Texte auftreten können.

7.3.1 Filmvorführungen

[1]Filme, Werbefilme oder Videoclips, die bei Konzerten gezeigt werden, müssen eine Alterskennzeichnung haben. [2]Bei Konzerten, für die keine speziellen Altersbeschränkungen gelten, dürfen daher nur Filme, Clips etc. gezeigt werden, die mit „Freigegeben ohne Altersbeschränkung“ oder „Freigegeben ab sechs Jahren“ gekennzeichnet sind. [3]Eine Ausnahme für die Altersgruppe bis sechs Jahren ist gerechtfertigt, da diese Altersgruppe regelmäßig von ihren Eltern beaufsichtigt wird, so dass keine nachhaltigen Beeinträchtigungen zu erwarten sind (siehe Nr. 11.1.2 Satz 4).

7.3.2 Geräuschpegel

[1]Zum präventiven Gehörschutz empfiehlt das Umweltbundesamt eine Lautstärkenbegrenzung von 90 bis 95 dB(A) für Jugendveranstaltungen. [2]Diese sollte als Auflage gemäß § 7 festgelegt werden.

7.4 Laserspiel-Anlagen

[1]Bei Laserspielen bekämpfen sich die Teilnehmer mittels Infrarot-Markierungsgeräten gegenseitig. [2]Um die Treffer auszuwerten, tragen die Teilnehmer mit Sensoren ausgestattete Westen. [3]Gespielt wird gegen Entgelt in der Regel in Hallen, in denen Hindernisse und Versteckmöglichkeiten aufgebaut sind. [4]Je nach Anbieter gibt es unterschiedlich gestaltete Arenen, Kleidung, Markierungsgeräte und Spielvarianten. [5]Neben futuristisch gestalteten Anlagen gibt es unter anderem militärisch gestaltete Arenen und waffenähnliche Markierungsgeräte. [6]Laserspiel-Anlagen werden unter verschieden Bezeichnungen vermarktet, wie zum Beispiel Lasertag, Lasergame, Laserarena, Lasermaxx oder Funpark.

7.4.1 Pflicht zur Einzelfallprüfung

[1]Das Jugendamt hat in jedem Einzelfall gemäß § 7 zu prüfen, ob von einer solchen Anlage eine Gefährdung für das körperliche, geistige oder seelische Wohl von Kindern oder Jugendlichen ausgeht. [2]Denn zum Schutz der Minderjährigen hat das Jugendamt Auflagen zu erlassen, welche dem Veranstalter untersagen, bestimmten Altersgruppen die Teilnahme zu gewähren. [3]Die Erforderlichkeit der Auflagen ist stets im Rahmen einer Gesamtschau unter Abwägung aller relevanten Aspekte des Einzelfalls zu bewerten. [4]Anschließend ist durch Kontrollen sicherzustellen, dass der Veranstalter, auf dessen Veranlassung die Anlage eingerichtet wurde und der das wirtschaftliche Risiko trägt, den Auflagen Folge leistet. [5]Das Jugendamt sollte gegenüber dem Bau-, Gewerbe- und dem Ordnungsamt bereits frühzeitig eine Beteiligung einfordern. [6]Sie ist auch dann erforderlich, wenn der Betreiber die Laserspiel-Anlage als Sport- und Freizeitstätte (zum Beispiel Indooranlage, Funpark) angemeldet hat. [7]Wenn das Jugendamt zunächst nicht beteiligt wird, können Auflagen nachträglich erlassen werden.

7.4.2 Im Regelfall: Gefährdung von Jugendlichen bis 16 Jahren

[1]Im Regelfall ist davon auszugehen, dass das Laserspiel für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren nicht freigegeben werden darf, da es ihre psychische und soziale Entwicklung gefährdet. [2]Denn Laserspiele weisen eine aggressivitätssteigernde Wirkung auf und können bei

vulnerablen Spielern zu starken Angstreaktionen führen (VG Würzburg mit differenzierter Begründung der Wirkungsvermutung, Urteil vom 14. April 2016, Az. W 3 K 14.438). [3]Aus psychologischer Sicht besteht eine hinreichende Wahrscheinlichkeit, dass die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren Schaden nimmt, wenn es hauptsächlich um das möglichst häufige Markieren des gegnerischen Spielers mittels Infrarot-Signalgebern geht. [4]Es kommt zu zahlreichen Duellen gegnerischer Spieler, die nur derjenige gewinnt, der schneller und besser zielt. [5]Die Fokussierung auf den Gegner und auf das alleinige Ziel, diesen treffen zu müssen, führt zu einer Handlungseinengung, bei der der spielerische Charakter in den Hintergrund tritt und eine desensibilisierende und aggressionssteigernde Wirkung zu erwarten ist. [6]Die folgenden belastenden Anhaltspunkte sprechen für eine Zugangsbeschränkung für Minderjährige unter 16 Jahren:

Spielmodus:

- Einzelkämpfer-Modus steht zur Auswahl (jeder gegen jeden oder einer gegen alle)
- keine Aufsicht und Begleitung während des Spiels
- vorzeitiges Ausscheiden des Spielenden aufgrund von Treffern
- keine Möglichkeit zum vorzeitigen Spielabbruch

Anlage:

- Dunkelheit, Verneblung der Anlage
- Stroboskoplicht, Lasereffekte, farbige Lichteffekte
- spannungserzeugende Hintergrundmusik (ähnlich Actionfilmen)

Markierungsgeräte:

- Handhabung der „Phaser" waffenähnlich
- Abgabe von Schüssen in schneller Abfolge hintereinander
- Laserpointer

Kleidung und Sensoren:

- Geräuscheffekte bei Treffern auf die Weste.

7.4.3 Anhaltspunkte für Beeinträchtigung von Jugendlichen bis 18 Jahren

[1]Die nachfolgend aufgelisteten Aspekte sprechen für eine Gefährdung auch von 16- und 17-Jährigen, so dass eine Zugangsbeschränkung für alle Minderjährigen erforderlich ist. [2]Bei entsprechenden Anlagen kann auch ein Verstoß gegen die Menschenwürde vorliegen (BVerwG zu „Laserdrome" vom 24. Oktober 2001, Az. 6 C 3.01, und BVerwG, Urteil vom 13. Dezember 2006, 6 C 17/06). [3]Die Anlage ist dann gemäß Art. 7 des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes (LStVG) zu untersagen.

Spielmodus:

- Bonuspunkte für Kopfschüsse oder tödliche Treffer
- kriegerische Hintergrundgeschichten
- drastische Spielanweisungen (killen, vernichten, töten)

Anlage:

- Kriegsszenarien, militaristische Gestaltung, zum Beispiel Nachbildung von Kampfgebieten, Panzern etc.
- realitätsnahes Setting, Outdoor-Spiele (auf der Straße, im Wald oder Park)
- „Selbstschussanlagen", die Schüsse auf die Spieler abgeben
- Waffengeräusche als Soundkulisse im Hintergrund

Markierungsgeräte:

- Schussgeräusche, Vibrations- und Rückstoßeffekte
- virtuelle Bomben oder Handgranaten, die gegen andere Spieler eingesetzt werden

Kleidung und Sensoren:

- Vibrationseffekte bei Treffern auf die Weste
- Ähnlichkeit mit militärischen Uniformen
- Teilnehmer dürfen Outfit ohne Einschränkungen selbst bestimmen (auch Uniformen, Tarnkleidung etc.)
- Tarnkleidung oder Maskierungen
- Stirnbänder, die Kopftreffer ermöglichen.

7.4.4 Ausnahmefall: Zugang für Jugendliche ab 14 Jahren

[1]In Ausnahmefällen kann das Laserspiel bereits für Jugendliche ab 14 Jahren freigegeben werden, falls im Rahmen einer Gesamtschau eine Gefährdung dieser Altersgruppe nicht anzunehmen ist. [2]Hierfür sprechen die folgenden entlastenden Anhaltspunkte:

Spielmodus:

- sportlicher Wettkampf-Charakter (insb. bei Einführung)
- Team-Modus
- Sammeln von Punkten steht im Vordergrund
- Aufsicht und Begleitung während des Spiels

Anlage:

- helle und freundliche Gestaltung
- realitätsfernes Setting
- auch unbewegliche Ziele, nicht nur andere Spieler, sind zu treffen
- keine bedrohliche Soundkulisse

Markierungsgeräte:

- keine Waffenähnlichkeit

Kleidung und Sensoren:

- keine Ähnlichkeit mit militärischen Uniformen
- Verbot von Tarnkleidung oder Maskierungen.

7.5 E-Sports, LAN-Partys, Computerspiele-Messen

[1]Die Festlegung von Zugangsbeschränkungen zu E-Sport-Veranstaltungen ist als Einzelfallentscheidung gemäß § 7 vom Jugendamt zu begründen. [2]Bei der öffentlichen Vorführung von Computerspielen ist neben den Einschränkungen bezüglich der Medieninhalte (Altersfreigabe) und des Gesamtkonzepts der Veranstaltung auch zu berücksichtigen, ob sonstige Gefährdungen von den Veranstaltungen für die Zuschauer ausgehen.

[3]Dabei sind sowohl physische als auch psychische Belastungen zu berücksichtigen. [4]Gegebenenfalls kann bei Anordnungen gemäß § 7 entlastend berücksichtigt werden, ob eine Begleitung von Minderjährigen durch Personensorgeberechtigte oder Erziehungsbeauftragte erfolgt.

7.6 Kampfsport und Show-Kämpfe

[1]Kampfsportveranstaltungen und Show-Kämpfe können die psychische und soziale Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen gefährden. [2]Daher sind im Einzelfall Altersbegrenzungen nach § 7 zu prüfen. [3]Die nachstehenden Ausführungen sollen dazu dienen, eine solche Entscheidung fachlich zu begründen. [4]Da die Veranstalter solche Events oft auch an mehreren Standorten in Bayern durchführen, wird ein Austausch der betroffenen Jugendämter empfohlen.

7.7 Ultimate-Fighting, Mixed Martial Arts

[1]Beim Ultimate-Fighting handelt es sich um echte Wettkämpfe. [2]Anders als beim Wrestling werden die Kämpfe nicht überzogenen und unrealistisch inszeniert. [3]Der sportive Charakter erschließt sich dem Zuschauer allerdings nicht unmittelbar, da die Kämpfe sehr brutal sind und auch Blut fließt. [4]Auch der Umstand, dass die Kämpfe teilweise in einem Drahtkäfig stattfinden, verstärkt dieses Bild. [5]Es gibt zwar Regeln, die schlimmen Verletzungen vorbeugen sollen, ein am Boden liegender Gegner wird aber nicht geschont. [6]Die Zurschaustellung von gewaltgeprägten Kämpfen von Männern und Frauen birgt das Risiko einer desorientierenden Wirkung im Hinblick auf den Einsatz von Gewalt als effektives Mittel zur Konfliktlösung und das Risiko einer desensibilisierenden Wirkung sowie einer Beeinträchtigung der Empathiefähigkeit der Zusehenden. [7]Da das Ausmaß der Gewaltdarstellungen das übliche Maß an sportlicher Gewalt erheblich überschreitet und Gewalttabus unserer Gesellschaft, wie das Einschlagen auf einen am Boden liegenden Gegner, gebrochen werden, sind Minderjährige durch den Besuch dieser Veranstaltungen in ihrer Entwicklung erheblich beeinträchtigt. [8]Durch die martialischen brutalen Kämpfe in Maschendrahtkäfigen haben diese Veranstaltungen ein hohes Wirkungsrisiko. [9]Bei der Abwägung aller Risiken und der wenigen relativierenden Aspekte wird man wohl im Regelfall zu dem Ergebnis gelangen, dass Kindern und Jugendlichen der Besuch einer Ultimate-Fighting-Veranstaltung untersagt werden muss.

7.8 Wrestling

7.8.1 [1]Beim Wrestling werden die Feindschaft zwischen den Kämpfern und wechselseitige Beleidigungen und Demütigungen inszeniert, um den Anschein echter Kämpfe und wütender Gegner zu erzeugen. [2]Kampf und Gewalt werden als adäquate Mittel zur Lösung von Konflikten dargestellt. [3]Eine aufpeitschende Kommentierung des Geschehens verstärkt diesen Eindruck und sorgt für eine emotional stark aufgeladene Atmosphäre. [4]Aggressive, abwertende und anfeuernde Zwischenrufe aus dem Publikum sowie Schlachtgesänge heizen die Stimmung zusätzlich an.

7.8.2 [1]Regeln für die kämpferischen Auseinandersetzungen gibt es zwar, diese werden von den Ringrichtern aber nicht oder nur sporadisch durchgesetzt. [2]Unfaire unsportliche Attacken verstärken den Eindruck eines regellosen Kampfes. [3]Besonders ist zu problematisieren, dass auch Gegner, die bereits am Boden liegen, nicht geschont werden. [4]Angetäuschte Sprünge auf vermeintlich kampfunfähige, hilflose Gegner sind üblicher Bestandteil einer Show. [5]Dasselbe gilt für angetäuschte Tritte an den Kopf.

7.8.3 [1]Die Inszenierung von gewaltgeprägten Kämpfen birgt das Risiko einer desorientierenden Wirkung im Hinblick auf den Einsatz von Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung sowie das Risiko einer desensibilisierenden Wirkung auf die Zuschauer. [2]Ob diese Wirkungen eintreten, hängt vor allem auch davon ab, ob das Geschehen im Ring als realitätsferne Inszenierung wahrgenommen und deshalb richtig bewertet und eingeordnet werden kann oder nicht.

7.8.4 [1]Die Gemeinsame Stelle Jugendschutz und Programm der Landesmedienanstalten hat bereits am 31. Juli 2000 beschlossen, dass eine Ausstrahlung von Wrestling erst ab 22.00 Uhr im Privatfernsehen erfolgen soll, da sie das Wohl von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren beeinträchtigen können. [2]Diese Entscheidung sollte eine Orientierung für die Bewertung von Live-Veranstaltungen sein, ersetzt aber nicht die notwendige einzelfallspezifische Prüfung. [3]Zu berücksichtigen ist dabei grundsätzlich, dass Besucher von Live-Veranstaltungen deutlich stärker der aggressiven Stimmung in den Arenen ausgesetzt sind und gegebenenfalls mitgerissen werden. [4]Bei der Abwägung aller Risiken und relativierenden Aspekte wird man wohl im Regelfall zu dem Ergebnis gelangen, dass Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren durch den Besuch einer solchen Veranstaltung in ihrer Entwicklung beeinträchtigt werden.

7.8.5 [1]Diese Risiken können allerdings minimiert werden, wenn die Jugendlichen in Begleitung einer volljährigen Begleitperson die Veranstaltung besuchen. [2]Der erziehungsbeauftragte Begleiter kann helfen, das Geschehen richtig zu interpretieren und zeitnah auf problematische emotionale Reaktion der anvertrauten Minderjährigen zu reagieren. [3]Auch die Risiken von Großveranstaltungen werden deutlich begrenzt. [4]Der Besuch einer Wrestling-Veranstaltung von Minderjährigen ab zwölf Jahren in Begleitung eines Elternteils oder einer erziehungsberechtigten Person kann deshalb im Regelfall gestattet werden.

8. Jugendgefährdende Orte

[1]Jugendgefährdende Orte können Gebäude, aber auch Straßen und Plätze sein. [2]Eine Gefahr droht bereits dann, wenn ein schädigender Einfluss auf das körperliche, geistige oder seelische Wohl realistisch erscheint. [3]Als Beispiele können neben Drogenumschlagplätzen, dem Umfeld von Großstadtbahnhöfen sowie Industriebrachen vor

allem solche Orte genannt werden, an denen der Prostitution nachgegangen wird, sogenannte Rotlichtbezirke, in denen sich vermehrt Porno-Shops, Peep-Shows und ähnliche Vergnügungsbetriebe befinden oder wo die Gefahr der Animation zu strafrechtlich verbotenen Sexualkontakten besteht. [4]Aber auch Veranstaltungen, in deren Verlauf unvorhergesehene Jugendgefährdungen auftreten, können zum jugendgefährdenden Ort erklärt und Kinder und Jugendliche im Notfall zum Verlassen der Veranstaltung aufgefordert werden. [5]„Zuständige Behörde oder Stelle" ist gemäß Art. 55 Abs. 1 AGSG die Polizei. [6]Gemäß § 8 Satz 3 hat die Polizei in schwierigen Fällen das Jugendamt über den jugendgefährdenden Ort zu unterrichten. [7]Für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung ist ein gemeinsamer Informationsaustausch zwischen Polizei und Jugendamt unerlässlich. [8]Die Kooperation von Jugendamt und Polizei wird zudem in Art. 56 Abs. 1 AGSG geregelt. [9]Danach hat das Jugendamt bei der Polizei solche Maßnahmen zum Schutz junger Menschen anzuregen, die polizeiliche Aufgaben sind, und sie bei der Durchführung der Maßnahmen zu beraten und im Rahmen der eigenen Aufgaben zu unterstützen.

9. Alkoholische Getränke

9.1 Bier, Wein und Sekt

[1]Bier, Wein und Sekt dürfen an Jugendliche ab 16 Jahren abgegeben werden. [2]Diese Regelung gilt auch für Getränke wie Apfel- und Beerenwein und damit hergestellte Mixgetränke mit nichtalkoholischen Getränken, zum Beispiel Radler, Weinschorle. [3]Keine Beschränkungen gelten für entsprechende alkoholfreie Getränke, soweit ihr Alkoholgehalt 1,2 Volumenprozent nicht überschreitet. [4]Nach ständiger Rechtsprechung ist alkoholfreies Bier kein alkoholisches Getränk im Sinn der Vorschrift.

9.2 Andere alkoholische Getränke

[1]Alle anderen alkoholischen Getränke sind Spirituosen (vormals „Branntwein"). [2]Bei der Herstellung wird entweder reiner Alkohol zugegeben oder der Alkohol ist ausschließlich durch Gärung entstanden (so genannter Brand). [3]Gesetzliche Definitionen finden sich im Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuergesetz und im Alkoholsteuergesetz. [4]Zu den anderen alkoholischen Getränken zählen bspw. Wodka, Obstbrand, Weinbrand, Rum, Liköre und Whisky. [5]Ferner auch alle Mixgetränke, die Spirituosen enthalten, zum Beispiel Longdrinks und Cocktails, auch wenn manche dieser Mixgetränke insgesamt einen geringeren Alkoholgehalt aufweisen als Wein oder Bier. [6]Die Gesetzesformulierung „die andere alkoholische Getränke in nicht nur geringfügiger Menge enthalten" bezieht sich nur auf Lebensmittel wie zum Beispiel Eisbecher mit Spirituosenzusatz, alkoholhaltige Pralinen, Früchte in Alkohol (Rumfrüchte), Torten oder Pudding mit Alkoholzusatz. [7]„Nicht nur geringfügige Menge" bezieht sich auf das Lebensmittel insgesamt, das heißt, der Alkohol muss wesentlicher Bestandteil, nicht nur Gewürzzutat sein. [8]Nicht darunter fällt zum Beispiel eine Rumrosine in einem Eisbecher, wohl aber ein Zentiliter Likör im Eisbecher.

9.3 Alkopops

[1]Alkopops bestehen aus anderen alkoholischen Getränken, haben insgesamt einen Alkoholgehalt zwischen 1,2 und 10 Volumenprozent und werden trinkfertig in Behältnissen angeboten (§ 1 Abs. 2 Alkopopsteuergesetz). [2]Auf der Flasche oder Dose muss deutlich darauf hingewiesen werden, dass die Abgabe an Personen unter 18 Jahren verboten ist.

9.4 Abgabe

[1]Abgabe ist jede Form der Besitzverschaffung der Getränke und umfasst nicht nur den entgeltlichen Verkauf. [2]Untersagt ist also gegenüber Kindern und Jugendlichen auch ein Ausschank zur Probe, zur Kundenwerbung oder im Rahmen von Veranstaltungen. [3]Dabei geht es nicht nur um den eigenen Verzehr. [4]Der Klarheit willen ist jede Abgabe untersagt, also auch wenn vorgeblich oder tatsächlich für Erwachsene der Alkohol besorgt werden soll. [5]Die genannten Altersgrenzen gelten auch hinsichtlich der Gestattung des Verzehrs alkoholischer Getränke in Gaststätten, Verkaufsstellen oder sonst in der Öffentlichkeit (§ 9 Abs. 1). [6]Daher dürfen Erwachsene nicht gestatten, dass in ihrem Verantwortungsbereich entgegen der Vorschriften des Jugendschutzgesetzes alkoholische Getränke von Minderjährigen konsumiert werden; bei Gewerbetreibenden reicht sogar Fahrlässigkeit aus. [7]Andernfalls kann eine Ordnungswidrigkeit vorliegen (§ 28 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 4). [8]Daher sollten schon aus eigenem Interesse Vorkehrungen getroffen werden, um sicherzustellen, dass tatsächlich auch kein Verzehr alkoholischer Getränke durch Kinder und Jugendliche der jeweiligen Altersstufen erfolgt. [9]Als geeignete Maßnahme bietet sich eine entsprechende Aufsicht an. [10]Zum Nachweis des Lebensalters siehe § 2 Abs. 2.

9.5 Jugendliche in Begleitung von Sorgeberechtigten

[1]Sind Personensorgeberechtigte (vgl. § 1 Abs. 1 Nr. 3) anwesend, dürfen Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren Bier, Wein sowie Sekt (Nr. 9.1) konsumieren. [2]Die Anwesenheit von erziehungsbeauftragten Personen reicht für die Ausnahme des § 9 Abs. 2 nicht aus. [3]Kindern darf selbst in Begleitung ihrer Eltern der Verzehr von alkoholischen Getränken jeglicher Art nicht gestattet werden.

9.6 Automatenvertrieb

9.6.1 [1]Das Vertriebsverbot für andere alkoholische Getränke und Lebensmittel nach § 20 Nr. 1 GastG, die solche Getränke in nicht nur geringfügiger Menge enthalten, gilt uneingeschränkt, sofern der Automat öffentlich zugänglich ist. [2]Nicht erfasst werden dagegen Automaten auf einem Betriebsgelände, zu dem nur Betriebsangehörige Zutritt haben. [3]Hier greift jedoch das Abgabeverbot gemäß § 31 Abs. 2 Satz 2 JArbSchG.

9.6.2 [1]Für Bier, Wein und Sekt gilt kein Abgabeverbot, wenn der Automat an einem für Kinder und

Jugendliche unzugänglichen Ort aufgestellt ist oder bei Aufstellung in einem gewerblich genutzten Raum, wenn durch technische Sicherung oder ständige Aufsicht sichergestellt ist, dass Kinder und Jugendliche keine alkoholischen Getränke entnehmen können. [2]Gewerblich genutzt ist ein Raum, wenn es sich um ein Angebot an eine Vielzahl von Menschen handelt, zum Beispiel Automaten in Krankenhäusern oder öffentlichen Verkehrsmitteln (Fernbussen).

9.6.3 [1]Das Entnahmeverbot kann durch ständige Aufsicht sichergestellt werden. [2]Dies bedeutet zum einen den Überblick über die einzelnen Entnahmevorgänge, zum anderen muss die Aufsichtsperson sowohl räumlich als auch tatsächlich, das heißt, ohne Verletzung sonstiger Pflichten in der Lage sein, die Entnahme durch Minderjährige zu verhindern.

9.6.4 Zu den technischen Vorrichtungen nach Abs. 3 Nr. 2 können auch Chipkarten-Lesegeräte gehören, wenn sichergestellt ist, dass die Automaten nur von Erwachsenen bedient werden können.

9.7 Versandhandel

Zum Versandhandel von Alkohol siehe die Rechtsauffassung und die Praxishinweise der OLJB zum (Online-)Versandhandel in der Anlage 1.

9.8 Alkoholkonsum im öffentlichen Raum

Nach Art. 30 LStVG können Gemeinden durch Verordnung auf bestimmten öffentlichen Flächen den Verzehr von alkoholischen Getränken einschränken.

10. Rauchen in der Öffentlichkeit, Tabakwaren, nikotinhaltige Erzeugnisse, E-Zigaretten (zu § 10)

10.1 Rauchen und Tabakwaren

[1]Tabakwaren sind alle aus der Tabakpflanze gewonnenen Genussmittel, auch wenn sie nicht zum Rauchen bestimmt sind. [2]Dazu gehören auch Kau- und Schnupftabak sowie Tabak-Sticks zum Erhitzen. [3]Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit kann feststellen, ob Shisha-Mischungen Tabak enthalten. [4]Bei den Tabakwaren bzw. beim Rauchen gibt es kein Elternprivileg wie beim Alkohol (vgl. § 9 Abs. 2). [5]Das Rauchverbot für Minderjährige gilt auch in Schulen, Einrichtungen der Jugendarbeit und Krankenhäusern, auch in dortigen „Raucherzimmern", soweit diese öffentlich zugänglich sind. [6]Die Verkaufsstellen von Tabakwaren müssen durch einen deutlich sichtbaren und gut lesbaren Aushang auf das Abgabeverbot hinweisen, § 3 Abs. 1. [7]Auch für Jugendveranstaltungen gilt, dass auf das Rauchverbot hinzuweisen ist. [8]Weitere Beschränkungen des Tabakkonsums werden durch das Gesundheitsschutzgesetz (GSG) bestimmt.

10.2 Nikotinhaltige Erzeugnisse und deren Behältnisse

[1]Zu anderen nikotinhaltigen Erzeugnissen und deren Behältnissen zählen zum Beispiel elektronische Zigaretten (E-Zigaretten) sowie E-Shishas, mithilfe derer nikotinhaltige Dämpfe konsumiert werden. [2]E-Zigaretten gibt es als Einweg- und Nachfüllprodukte. [3]Sowohl die E-Zigaretten selbst als auch nikotinhaltige Nachfüllbehälter für die Flüssigkeit (Liquid) werden vom Verbot umfasst. [4]Aber auch nikotinhaltige Kaugummis und Lutschtabletten sind vom Verbot umfasst, sofern keine ärztliche Verordnung vorliegt.

10.3 Nikotinfreie E-Zigaretten

[1]Das Verbot gilt auch für nikotinfreie Erzeugnisse, in denen Flüssigkeit durch ein elektronisches Heizelement verdampft und die entstehenden Nebel (Aerosol) mit dem Mund eingeatmet werden (nikotinfreie E-Zigaretten). [2]Wasserpfeifen, in denen getrocknete Kräuter, Früchte oder Shiazosteine konsumiert werden, fallen nicht unter dieses Verbot, sofern kein elektronisches Heizelement zum Einsatz kommt.

10.4 Automatenvertrieb

[1]Es ist grundsätzlich verboten, Tabakwaren in der Öffentlichkeit in Automaten anzubieten, § 10 Abs. 2. [2]Dies ist nur dann ausnahmsweise erlaubt, wenn der Automat an einem für Kinder und Jugendliche unzugänglichen Ort aufgestellt ist oder durch technische Vorrichtungen oder durch ständige Aufsicht sichergestellt ist, dass Minderjährige Tabakwaren nicht entnehmen können (vgl. hierzu die Ausführungen zu Nr. 9).

10.5 Versandhandel

Die Rechtsauffassung und die Praxishinweise der OLJB zum (Online-)Versandhandel finden sich in der Anlage 1.

Abschnitt 3
Jugendschutz im Bereich der Medien

11. Filmveranstaltungen (zu § 11)

11.1 Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen

11.1.1 [1]Der Zugang von Kindern und Jugendlichen zu öffentlichen Filmveranstaltungen ist nur dann zulässig, wenn diese Medien von den obersten Landesbehörden oder einer Organisation der Freiwilligen Selbstkontrolle für die jeweilige Altersgruppe freigegeben und gekennzeichnet sind, oder wenn es sich um sogenannte „Info- oder Lehrmedien" handelt. [2]Ungeprüfte Filme dürfen also nur Volljährigen zugänglich gemacht werden. [3]Bei den Freigabeentscheidungen bedienen sich die obersten Landesbehörden der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) als gutachterliche Stelle.

11.1.2 [1]Die Öffentlichkeit von Filmveranstaltungen ist gegeben, sobald der Zuschauerkreis des Films nicht näher bestimmbar ist (vgl. Nr. 5). [2]Die Öffentlichkeit von Filmveranstaltungen ist sowohl in den Lichtspieltheatern in geschlossenen Räumen als auch bei Autokinos, Open-Air-Kinos, Gaststätten, öffentlichen Jugendeinrichtungen und sonstigen öffentlich zugänglichen Räumen gegeben. [3]Auch Filme, die über einen Videobildschirm in Schaufenstern gezeigt werden, gehören zu Filmveranstaltungen unabhängig davon, ob sich tatsächlich ein Passant diesen Film ansieht. [4]Soweit Filme mit einer Freigabe ab sechs

Jahren in der Öffentlichkeit vorgeführt werden, kann grundsätzlich von der Ahndung einer Ordnungswidrigkeit gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 14, § 11 abgesehen werden, weil davon ausgegangen werden kann, dass Kinder unter sechs Jahren von ihren Eltern beaufsichtigt werden, so dass keine nachhaltigen Beeinträchtigungen zu erwarten sind.

11.1.3 [1]In Kinos hat der Gewerbetreibende durch entsprechende Einlasskontrollen sicherzustellen, dass die Vorschriften des § 11 eingehalten werden. [2]Eine Einlasskontrolle beim Kauf der Karte ist nicht ausreichend. [3]Bei entsprechender räumlicher Ausdehnung ist eine Alterskontrolle für jeden Kinosaal erforderlich.

11.1.4 Liveübertragungen auf großen Bildschirmen und Leinwänden in der Öffentlichkeit (Public Viewing) bspw. von Sportereignissen sind keine Filmveranstaltungen.

11.2 Kinder ab sechs in Begleitung eines Sorgeberechtigten

[1]Die „parental-guidance-Regelung" des § 11 Abs. 2 erlaubt es Kindern ab sechs Jahren, einen Film mit einer Altersfreigabe ab zwölf Jahren anzusehen, wenn sie von einem Personensorgeberechtigten begleitet werden. [2]Die „parental-guidance-Regelung" gilt ausschließlich für die Kennzeichnung ab zwölf Jahren. [3]Da auf die Personensorge abgestellt wird, ist es nicht erlaubt, dass Eltern außer den eigenen noch andere Kinder mitnehmen. [4]Da Altersfreigaben ab zwölf Jahren zum Teil umstritten sind, empfiehlt es sich besonders, dass die Eltern im Vorfeld eines Kinobesuchs nähere Informationen über den Film einholen (zum Beispiel auf www.fsk.de), damit jüngere Kinder ab sechs Jahren im Einzelfall nicht verängstigt oder überfordert werden.

11.3 Zeitliche Beschränkungen des Aufenthalts

Bei den zeitlichen Einschränkungen nach § 11 Abs. 3 hingegen reicht die Begleitung durch eine erziehungsbeauftragte Person im Sinn der Nr. 1.3 aus.

11.4 Werbevorspanne, Beiprogramme

[1]Haben Kinder und Jugendliche Zutritt zu einer Filmvorführung, dürfen nur Werbevorspanne und Trailer gezeigt werden, die ebenfalls für die entsprechenden Altersstufen freigegeben sind. [2]Hierbei ist allerdings zu beachten, dass Trailer eine eigene Alterseinstufung erhalten, die nicht mit dem beworbenen Kinofilm übereinstimmen muss.

11.5 Nichtgewerbliche Filme

[1]Die Pflicht zur Alterskennzeichnung gilt nicht, wenn Filme zu nichtgewerblichen Zwecken hergestellt und nicht kommerziell genutzt werden. [2]Das betrifft im Rahmen der Medienarbeit hergestellte Filme oder künstlerische Werke.

11.6 Werbefilme für Tabakwaren oder alkoholische Getränke

[1]Werbefilme, die für Tabakwaren oder alkoholische Getränke werben, dürfen erst nach 18.00 Uhr vorgeführt werden. [2]Dies gilt unabhängig von der Altersfreigabe des Werbefilms.

12. Bildträger mit Filmen oder Spielen (zu § 12)

12.1 Alterskennzeichnung von Bildträgern

[1]Die Abgabe von Bildträgern mit Filmen und Spielen an Kinder und Jugendliche ist nur dann zulässig, wenn diese Medien von den obersten Landesjugendbehörden oder einer Organisation der Freiwilligen Selbstkontrolle für die jeweilige Altersgruppe freigegeben und gekennzeichnet sind, oder wenn es sich um sogenannte „Infoprogramme" oder „Lehrprogramme" handelt. [2]Ungeprüfte Bildträger dürfen nur Erwachsenen zugänglich gemacht werden. [3]Bei den Freigabeentscheidungen nach § 12 bedienen sich die obersten Landesbehörden der Ausschüsse der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) als gutachterliche Stellen. [4]Die Prüfvoten dieser Selbstkontrolleinrichtungen werden von den obersten Landesbehörden als eigene Entscheidung übernommen, so dass die Bildträger mit Filmen und Spielen gemäß § 11 von ihnen gekennzeichnet sind (Verwaltungsakt).

12.2 Info- oder Lehrprogramme

Voraussetzung für die Anbieterkennzeichnung als Info- oder Lehrprogramme ist, dass die betreffenden Medien Kinder und Jugendliche offensichtlich nicht beeinträchtigen.

12.3 Hinweispflichten

[1]Auf die Altersstufenkennzeichnung ist sowohl auf dem Bildträger als auch auf der Hülle deutlich hinzuweisen. [2]Die Kennzeichen müssen mindestens 1.200 Quadratmillimeter auf der Frontseite der Hülle links unten und mindestens 250 Quadratmillimeter auf dem Bildträger haben.

12.4 Beschränkungen für Bildträger ohne Jugendfreigabe

[1]Bildträger, die nicht oder mit „Keine Jugendfreigabe" bzw. „FSK ab 18" oder „USK ab 18" gekennzeichnet wurden, dürfen grundsätzlich einem Kind oder einer jugendlichen Person nicht angeboten, überlassen oder sonst zugänglich gemacht werden. [2]Somit sind Anbieten und Überlassen dieser Bildträger in Kiosken, auf Flohmärkten etc. verboten. [3]„Zugänglich gemacht" wird ein Bildträger Kindern und Jugendlichen, wenn sie die Möglichkeit haben, vom Inhalt Kenntnis zu nehmen. [4]Das setzt voraus, dass auch die Möglichkeit zum Abspielen des Bildträgers gegeben ist. [5]Daraus folgt, dass in einer Videothek oder in einem Geschäft, das auch für Kinder und Jugendliche zugänglich ist, die oben genannten Trägermedien vorrätig gehalten und ausgestellt werden dürfen, wenn der Geschäftsinhaber deutlich zu erkennen gibt, dass er diese gerade nicht an Kinder und Jugendliche abgeben will. [6]Der Anbieter kommt seiner Hinweispflicht gemäß § 12 Abs. 3 JuSchG nach, indem er die entsprechenden Bestimmungen aushängt (vgl. Nr. 3). [7]Alternativ kann er zum Beispiel ein gesondertes Regal aufstellen und mit einem Schild darauf hinweisen, dass diese Medien nicht an Kinder und Jugendliche abgegeben werden. [8]Die Einhaltung dieser Vorgaben muss vom Personal beachtet und

kontrolliert werden. [9]Diese Medien dürfen nicht während der Geschäftszeit abgespielt werden, auch darf Kindern und Jugendlichen nicht die Möglichkeit eröffnet werden, dies zu tun.

12.5 Versandhandel

Die Rechtsauffassung und die Praxishinweise der OLJB zum (Online-)Versandhandel finden sich in der Anlage 1.

12.6 Automatenvertrieb

[1]Automaten zur Abgabe von DVDs mit Filmen oder Computerspielen, die mit den Alterskennzeichnungen „ohne Altersbeschränkung", „ab 6 Jahren", „ab 12 Jahren" oder „ab 16 Jahren" versehen sind, dürfen an für Kinder und Jugendliche zugänglichen Orten aufgestellt werden, wenn eine technische Vorkehrung sicherstellt, dass Kinder und Jugendliche nur die für ihre Altersgruppe freigegebenen Bildträger erhalten. [2]Zum Verleih von jugendgefährdenden, nicht gekennzeichneten Bildträgern oder solchen, die die Kennzeichnung „keine Jugendfreigabe" erhalten haben, über Automaten siehe Nr. 15.

12.7 Vertrieb im Zeitschriftenhandel

[1]Der Vertrieb von Bildträgern, die nur Auszüge von Film- oder Spielprogrammen enthalten (zum Beispiel Sampler, Demoversionen) und im Verbund mit periodischen Druckschriften vertrieben werden, ist abweichend von den Beschränkungen bei altersgekennzeichneten Trägermedien (Abs. 1 und 3) erlaubt, wenn sie einen Herstellerhinweis enthalten, dass die Auszüge auf dem Bildträger keine Jugendbeeinträchtigungen enthalten. [2]„Keine Jugendbeeinträchtigung" liegt nach der Position der obersten Landesbehörden dann vor, wenn das entsprechende Produkt mit der Alterskennzeichnung „freigegeben ab 12 Jahren" versehen werden kann. [3]Enthalten die periodischen Druckschriften aber Bildträger, die Spiele oder Filme enthalten, so gilt die Alterskennzeichnungspflicht gemäß § 12 Abs. 1. [4]Der Händler hat dann beim Verkauf bzw. bei der Abgabe der periodischen Druckschrift die Altersbeschränkungen zu beachten und gegebenenfalls das Alter der Interessenten zu überprüfen.

13. Bildschirmspielgeräte

13.1 Kennzeichnungspflicht

[1]Bildschirmspielgeräte im Sinn dieser Vorschrift sind stationär aufgestellte Spielautomaten mit Bildschirmen oder Spielkonsolen, die elektronische Spielprogramme zugänglich machen (siehe § 6 Abs. 2). [2]Die zum Spiel verwendeten Programme unterliegen der Kennzeichnungspflicht, wenn sie Kindern und Jugendlichen zugänglich gemacht werden. [3]Das Spielen an elektronischen Bildschirmgeräten ohne Gewinnmöglichkeit ist Kindern und Jugendlichen in der Öffentlichkeit ohne entsprechende Begleitung nur gestattet, wenn die jeweiligen Spiele für ihre Altersgruppe freigegeben sind. [4]Damit unterliegen auch diese der Kennzeichnungs- und Altersfreigabepflicht nach § 14 Abs. 6. [5]Anders als beim Zugänglichmachen von Bildträgern nach § 12 dürfen Kinder und Jugendliche, die sich in Begleitung einer personensorgeberechtigten oder erziehungsbeauftragten Person befinden, auch dann an Bildschirmspielgeräten spielen, wenn diese nicht für ihre Altersgruppe freigegeben sind. [6]Hinsichtlich von Bildschirmspielgeräten mit Gewinnmöglichkeit wird auf Nr. 6 verwiesen.

13.2 Zulässige Aufstellung von Bildschirmspielgeräten

[1]Das Aufstellen von Bildschirmspielgeräten auf für Kinder und Jugendliche zugänglichen öffentlichen Verkehrsflächen, außerhalb von Gewerberäumen, unbeaufsichtigten Zugängen oder ähnlichen Räumen ist dann gestattet, wenn das Spielprogramm für Kinder und Jugendliche ab sechs Jahren freigegeben worden ist. [2]Hinsichtlich der Aufstellung von Bildschirmspielgeräten auf für Kinder und Jugendliche nicht zugänglichen öffentlichen Bereichen bestehen keine Beschränkungen.

13.3 Alterskennzeichen

[1]Die Kennzeichnung der Bildschirmgeräte hat wie bei den anderen Trägermedien zu erfolgen (§ 13 Abs. 3 in Verbindung mit § 12 Satz 1 bis 3). [2]Die Altersfreigabekennzeichen sind deutlich sichtbar anzubringen, und zwar auf allen Bildschirmspielgeräten einer Einrichtung.

14. Kennzeichnung von Filmen und Film- und Spielprogrammen

14.1 Gemeinsame Alterskennzeichen der OLJB

Die Altersfreigabekennzeichnung kann durch die oberste Landesbehörde selbst oder durch einen Vertreter aller obersten Jugendbehörden erfolgen.

14.2 Appellation

[1]Jede für den Jugendschutz zuständige oberste Landesbehörde kann nach abgeschlossener Jugendprüfung eines Films oder eines Bildträgers mit Filmen oder Spielen die erneute Prüfung durch die Freiwilligen Selbstkontrollen verlangen (Appellationsverfahren). [2]Dieses Appellationsrecht ist gemäß § 15 der Grundsätze der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft bzw. § 15 der Grundsätze der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle an bestimmte Voraussetzungen und Fristen gebunden. [3]Das Landesjugendamt (BLJA) überprüft stichprobenartig die Prüfvoten der FSK und USK. [4]Auch Hinweisen der Jugendämter wird nachgegangen. [5]Der Bayerische Mediengutachterausschuss als Gremium erfahrener Medienexperten unterstützt das BLJA bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben.

15. Jugendgefährdende Trägermedien

15.1 Inhalt

[1]Trägermedien, die von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert, das heißt, als jugendgefährdend bewertet wurden, unterliegen Vertriebs- und Werbebeschränkungen. [2]Offensichtlich jugendgefährdende Medien unterliegen den Beschränkungen, ohne dass eine Indizierung erforderlich ist. [3]Dies sind zum Beispiel

Trägermedien, die den Krieg verherrlichen, die leidende Menschen in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellen oder die Kinder und Jugendliche in unnatürlicher, geschlechtsbetonter Haltung zeigen (§ 15 Abs. 2 Nr. 1 bis 5).

15.2 Versandhandel

Siehe dazu die „Rechtsauffassung und Praxishinweise der OLJB zum (Online-)Versandhandel" in der Anlage 1.

15.3 Videotheken

[1]Indizierte und jugendgefährdende Medien dürfen in Videotheken nur in einem eigenständigen Ladengeschäft angeboten werden. [2]Dies ist ein organisatorisch selbstständiges Einzelhandelsgeschäft mit eigenem Personal und eigener Kassenführung. [3]Zum Ladengeschäft gehören Geschäftsräume, in denen Waren angeboten werden, sowie Nebenräume, die im Zusammenhang mit den Hauptgeschäftsräumen stehen (zum Beispiel Lagerräume, Büros, Waschräume, Erfrischungs- und Warteräume für die Kunden), wenn eine betriebliche Einheit mit dem Geschäftsraum gegeben ist (BayObLG, Urteil vom 11. März 1986, Az. RReg. 4 St 226/85, NJW 1986, S. 1701). [4]Der Geschäftsraum darf nicht bloß ein abgetrennter Teil eines Geschäfts sein.

15.4 Automatenvertrieb

[1]Die Abgabe von indizierten, pornografischen oder sonstigen jugendgefährdenden Bildträgern mittels Automaten (§ 184 Abs. 1 Nr. 3a StGB) ist möglich, wenn das Ziel des Jugendschutzes auch auf andere Weise gleich effektiv wie durch Personal erreicht werden kann. [2]Dies ist insbesondere der Fall, wenn folgende Vorkehrungen getroffen werden (vgl. BGH, Urteil vom 22. Mai 2003, Az. 1 StR 70/03):

- persönliche Kontaktaufnahme zur Feststellung der Volljährigkeit des Nutzers,
- Zugang zum Automatenraum nur mit der an volljährige Nutzer ausgegebenen PIN-Karte,
- eine technisch gesicherte Feststellung der persönlichen Identität (zum Beispiel Fingerprinterkennung),
- Überwachung der automatischen Videothek (zum Beispiel durch eine Videokamera und gelegentliche Durchsicht der Aufzeichnungen), um einen eventuellen Missbrauch feststellen und ahnden zu können.

16. Regelungen zu Telemedien

[1]Regelungen zu Telemedien (vgl. § 1 Abs. 3), die in die Liste jugendgefährdender Medien nach § 18 aufgenommen sind, bleiben Landesrecht vorbehalten. [2]Wie mit indizierten Telemedien zu verfahren ist und das Verhältnis der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) zur Bundesprüfstelle haben die Länder im Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – JMStV) bestimmt.

Abschnitt 4
Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

17. Name und Zuständigkeit

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) entscheidet über die Aufnahme in die Liste jugendgefährdender Medien (Indizierung) und über die Streichung aus dieser Liste.

18. Liste jugendgefährdender Medien

[1]In § 18 Abs. 1 ist bestimmt, dass Träger- und Telemedien, die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu gefährden, in eine Liste jugendgefährdender Medien aufzunehmen sind. [2]Dazu zählen vor allem unsittliche, verrohend wirkende, zu Gewalttätigkeit, Verbrechen und Rassenhass anreizende Medien. [3]Nur Rundfunkangebote und Trägermedien mit einer Altersfreigabe durch die OLJB können nicht indiziert werden. [4]Hinweise zur Arbeit der BPjM und Kriterien für Indizierungen finden sich unter www.bundespruefstelle.de. [5]Die Liste jugendgefährdender Medien wird gemäß § 18 Abs. 2 in vier Teilen geführt. [6]Trägermedien (vgl. § 1 Abs. 2) finden sich in den öffentlichen Listen A und B, Telemedien in den nichtöffentlichen Listenteilen C und D. [7]In den Listenteilen A und C werden die jugendgefährdenden Medien, in den Listenteilen B und D die strafrechtlich relevanten Medien geführt. [8]Die BPjM kann bei jugendgefährdenden Inhalten alle herkömmlichen und alle neuen Medien, mit Ausnahme des Rundfunks, indizieren. [9]Bei Telemedien sind jedoch Absprachen mit bzw. Stellungnahmen der Kommission für Jugendmedienschutz erforderlich (§ 18 Abs. 6 und 8, § 21 Abs. 6).

19. Personelle Besetzung

[1]Die Mitglieder der BPjM werden aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen für die Dauer von drei Jahren bestimmt. [2]Sie sind nicht weisungsgebunden. [3]Für eine Entscheidung über eine Listenaufnahme ist im Regelverfahren (Zwölfer-Gremium) eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. [4]Im vereinfachten Verfahren (Dreier-Gremium) ist Einstimmigkeit notwendig.

20. Vorschlagsberechtigte Verbände

Hier sind die Verbände abschließend aufgelistet, die ein Vorschlagsrecht hinsichtlich der Mitglieder aus den in § 19 bestimmten gesellschaftlichen Gruppen haben.

21. Verfahren

[1]Die BPjM wird in der Regel auf Antrag tätig. [2]Antragsberechtigt sind das zuständige Bundesministerium, die obersten Landesjugendbehörden, die Kommission für Jugendmedienschutz, die Landesjugendämter und die Jugendämter. [3]Einen Antrag auf Streichung aus der Liste können neben diesen Institutionen auch die Urheber,

die Inhaber der Nutzungsrechte und bei Telemedien die Anbieter stellen. [4]Andere als die oben genannten Behörden sowie anerkannte Träger der freien Jugendhilfe können bei der BPjM eine Indizierung anregen, sind jedoch nicht antragsberechtigt.

22. Aufnahme von periodischen Trägermedien und Telemedien

[1]Neben periodischen Druckschriften können alle periodisch erscheinenden Trägermedien und alle Telemedien für die Dauer von drei bis zwölf Monaten in die Liste aufgenommen werden, wenn innerhalb von zwölf Monaten mehr als zwei ihrer Folgen bzw. Angebote in die Liste aufgenommen worden sind. [2]Davon ausgenommen sind Tageszeitungen und politische Zeitschriften. [3]Für eine solche Entscheidung ist kein vereinfachtes Verfahren möglich (§ 23 Abs. 2).

23. Vereinfachtes Verfahren

[1]Beim vereinfachten Verfahren entscheiden die oder der Vorsitzende und zwei Mitglieder (Dreier-Gremium). [2]Für eine Entscheidung ist Einstimmigkeit erforderlich. [3]Kommt diese nicht zustande, entscheidet die BPjM in voller Besetzung. [4]Ein vereinfachtes Verfahren ist möglich, wenn ein Medium offensichtlich geeignet ist, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu gefährden (§ 23 Abs. 1). [5]Wenn die Gefahr besteht, dass ein Medium kurzfristig in großem Umfang vertrieben, verbreitet oder zugänglich gemacht wird und die endgültige Listenaufnahme offensichtlich zu erwarten ist, kann die Aufnahme in die Liste ebenfalls im vereinfachten Verfahren vorläufig angeordnet werden (§ 23 Abs. 5).

24. Führung der Liste jugendgefährdender Medien

[1]Listenaufnahmen oder Streichungen werden im Bundesanzeiger veröffentlicht. [2]Ist ein Medium in die Liste B oder D aufgenommen worden, so ist dies der zuständigen Strafverfolgungsbehörde mitzuteilen.

25. Rechtsweg

[1]Auch die antragstellende Behörde (zum Beispiel Jugendamt) kann Klage erheben, wenn das beantragte Medium nicht in die Liste aufgenommen wird oder das Verfahren eingestellt wird. [2]Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung. [3]Bei einer Entscheidung im vereinfachten Verfahren ist jedoch zunächst eine Entscheidung der BPjM in voller Besetzung herbeizuführen.

Abschnitt 5
Verordnungsermächtigung

26. Verordnungsermächtigung

[1]Die Bundesregierung wird durch § 26 ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Näheres über den Sitz und das Verfahren der BPjM und die Führung der Liste zu regeln. [2]Eine entsprechende Rechtsverordnung (Verordnung zur Durchführung des Jugendschutzgesetzes, DVO-JuSchG) trat am 13. September 2003 in Kraft.

27. Strafvorschriften

27.1 Verstöße gegen Vertriebs- und Werbeverbote

[1]§ 27 Abs. 1 erfasst Verstöße gegen Vertriebs- und Werbeverbote, die für indizierte Medien gelten, während § 27 Abs. 2 für Verstöße gegen Bestimmungen für entwicklungsbeeinträchtigende Medien gilt. [2]Täter nach § 27 Abs. 2 können nur Gewerbetreibende oder Veranstalter sein. [3]Verstöße, die an sich Ordnungswidrigkeiten wären, werden durch die Merkmale der schweren Entwicklungsgefährdung Minderjähriger, der Gewinnsucht oder der beharrlichen Wiederholung zu Straftaten.

27.2 Elternprivileg

Das „Elternprivileg" gilt nur eingeschränkt: auch personensorgeberechtigte Personen können sich gemäß § 27 Abs. 4 Satz 2 strafbar machen, wenn sie durch das Anbieten, Überlassen oder Zugänglichmachen indizierter Medien ihre Erziehungspflicht gröblich verletzen.

27.3 Strafverfolgung

27.3.1 Die Strafverfolgung veranlassen die örtlichen Staatsanwaltschaften; daneben wurde bei der Generalstaatsanwaltschaft München die Zentralstelle des Freistaates Bayern zur Bekämpfung gewaltverherrlichender, pornografischer und sonstiger jugendgefährdender Schriften eingerichtet.

27.3.2 [1]Ist eine Handlung gleichzeitig Straftat und Ordnungswidrigkeit, so wird grundsätzlich nur das Strafgesetz angewendet (§ 21 des Ordnungswidrigkeitengesetzes – OWiG). [2]Ergeben sich während des Bußgeldverfahrens konkrete Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat, so ist der Vorgang an die zuständige Staatsanwaltschaft zur Entscheidung abzugeben, § 41 Abs. 1 OWiG. [3]Verneint die Staatsanwaltschaft den Verdacht einer Straftat (bindende Wirkung für die Verwaltungsbehörde!), so gibt sie die Sache zur weiteren Verfolgung der Ordnungswidrigkeit gemäß § 41 Abs. 2 OWiG an sie zurück. [4]In diesen Fällen kann ein jugendschutzrelevanter Sachverhalt sowohl den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit als auch einen Straftatbestand erfüllen. [5]Wird zum Beispiel ein indiziertes Trägermedium (DVD) auf einem Flohmarkt angeboten, liegt ein Verstoß gegen § 15 vor. [6]Zuständig für die Ahndung dieses Verstoßes ist die Staatsanwaltschaft, da es sich bei § 27 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 15 Abs. 1 Nr. 1 und 2 um eine Strafvorschrift handelt. [7]Gleichzeitig liegt aber auch ein Verstoß gegen § 19 Abs. 1 vor, der grundsätzlich als Ordnungswidrigkeit nach § 28 zu ahnden ist, da ein Trägermedium einem Minderjährigen zugänglich gemacht wurde, obwohl es kein Kennzeichen hat.

27.3.3 Dies ist auch der Fall, wenn eine Ordnungswidrigkeit nach § 27 Abs. 2 zur Straftat wird, weil der

Veranstalter oder Gewerbetreibende eine in § 28 Abs. 1 Nr. 4 bis 18 oder 19 bezeichnete vorsätzliche Handlung begeht und dadurch wenigstens leichtfertig ein Kind oder eine jugendliche Person in der körperlichen, geistigen oder sittlichen Entwicklung schwer gefährdet (Nr. 1) oder eine in § 28 Abs. 1 Nr. 4 bis 18 oder 19 bezeichnete vorsätzliche Handlung aus Gewinnsucht begeht oder beharrlich wiederholt.

27.3.4 [1]Hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt und gibt sie die Sache zur Verfolgung der Ordnungswidrigkeit an die Verwaltungsbehörde zurück, ist der Weg für die Fortsetzung des Bußgeldverfahrens grundsätzlich frei. [2]Stellt die Staatsanwaltschaft das Verfahren jedoch auch hinsichtlich der Ordnungswidrigkeit ein, ist eine Ahndung durch die Verwaltungsbehörde ausgeschlossen (vgl. §§ 43, 47 OWiG). [3]Im Fall des Anbietens eines indizierten Mediums auf dem Flohmarkt kann deshalb nach der Abgabe an die Verwaltungsbehörde ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet werden.

28. Bußgeldvorschriften

28.1 Elternprivileg

[1]§ 28 Abs. 4 Satz 2 enthält ein eingeschränktes „Elternprivileg" hinsichtlich nicht gekennzeichneter oder mit „keine Jugendfreigabe" gekennzeichneter Bildträger. [2]Dieses Privileg gilt auch für Personen, die im Einverständnis mit den Personensorgeberechtigten handeln.

28.2 Zuständigkeit

[1]Die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 28 liegt bei den Kreisverwaltungsbehörden, Art. 55 Abs. 3 AGSG. [2]Die Kreisverwaltungsbehörden können bestimmen, welchem Amt bzw. welcher Abteilung der Vollzug des § 28 zugeteilt wird (Jugendamt, Ordnungsamt etc.).

28.3 Bußgeldadressat

[1]Die Bußgeldvorschriften betreffen vornehmlich Gewerbetreibende und Veranstalter bzw. Anbieter. [2]Maßgebend ist vorsätzliches oder fahrlässiges Handeln. [3]§ 28 Abs. 4 erfasst dagegen Verstöße anderer Personen, dazu zählen auch personensorgeberechtigte und erziehungsbeauftragte Personen. [4]Gemäß § 10 OWiG ist hier jedoch nur vorsätzliches Handeln relevant.

28.4 Jugendschutzkontrollen

[1]Jugendschutzkontrollen sind unumgänglich, um die Einhaltung des JuSchG sicherzustellen. [2]Für das Handeln der zuständigen Verwaltungsbehörde gilt das Opportunitätsprinzip. [3]Die Behörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen, ob und wie sie tätig wird, ob ein Verfahren eingeleitet oder auch wieder eingestellt wird und welche Sanktionen (zum Beispiel Verwarnung, Verwarnungsgeld, Bußgeld) verhängt werden.

28.5 Zusammenarbeit mit der Polizei

28.5.1 [1]Jugendschutzkontrollen können somit von der zuständigen Verwaltungsbehörde alleine oder von der Polizei oder von beiden gemeinsam durchgeführt werden. [2]In der Praxis hat sich die Durchführung von gemeinsamen Kontrollen durch die zuständige Verwaltungsbehörde und die Polizei bewährt. [3]Dies ergibt sich auch aus Art. 56 Abs. 1 AGSG, der ein vertrauensvolles Zusammenwirken von Polizei und Jugendamt vorsieht. [4]Polizeiliches Handeln und pädagogische Interventionen seitens des Jugendamtes sollen sich ergänzen. [5]Die zuständige Ordnungsbehörde hat insofern ein Weisungsrecht gegenüber der Polizei (gemäß Art. 9 POG bzw. § 46 Abs. 1 und 2 OWiG in Verbindung mit § 160 Abs. 1, § 161 Abs. 1 Satz 1 der Strafprozessordnung – StPO).

28.5.2 [1]Die Kreisverwaltungsbehörde kann bei Jugendschutzkontrollen allein tätig werden. [2]Dabei hat sie eingeschränkte Kontrollbefugnisse nach Art. 7 Abs. 2 LStVG bzw. § 46 Abs. 2 OWiG in Verbindung mit § 160 Abs. 1 StPO, wie z. B. Identitätsfeststellung von Zeugen und Betroffenen (Ausweiskontrolle), Ladung und Vernehmung von Zeugen, Sicherstellung und Beschlagnahme von Beweisgegenständen, die im Rahmen der Verhältnismäßigkeit im Einzelfall zwangsweise durchsetzbar sind (vgl. Seitz/Bauer, in: Göhler, OWiG, 17. Auflage 2017, Vor § 59 Rn. 91 und 145, 146; KK-Lampe, OWiG, 4. Auflage 2014, § 46 Rn. 12 f.).

28.5.3 Die Polizei kann jedoch auch im ersten Zugriff von sich aus tätig werden, insbesondere, wenn die zuständige Verwaltungsbehörde nicht oder nicht rechtzeitig tätig werden kann (Art. 3 PAG bzw. § 53 OWiG).

28.6 Testkäufe

28.6.1 [1]Testkäufe können unter bestimmten Voraussetzungen dazu beitragen, den Vollzug des Jugendschutzgesetzes zu optimieren. [2]Für die Einhaltung der Abgabebestimmungen ist es förderlich, wenn Gewerbetreibende mit versteckten Testkäufen rechnen müssen. [3]Es wird empfohlen, Testkäufe mit jugendlichen Angehörigen des öffentlichen Dienstes (d. h. jugendlichen Anwärtern und Auszubildenden des Verwaltungsdienstes im staatlichen und kommunalen Bereich) unter engstmöglicher räumlicher Aufsicht des zuständigen erwachsenen Mitarbeiters der Vollzugsbehörde durchzuführen. [4]Vorrangig sind dabei Jugendliche heranzuziehen, die im Rahmen ihrer Ausbildung mit jugendschutzrechtlichen Fragen in Berührung kommen.

28.6.2 [1]Wird ein Testkauf mit Jugendlichen unter oben genannten Voraussetzungen unter der Aufsicht der zuständigen Vollzugsbehörde durchgeführt und der jugendlichen Testperson der entgegen den Vorschriften des JuSchG erworbene Gegenstand unmittelbar wieder abgenommen, liegt keine Herbeiführung oder Förderung eines Verhaltens eines Kindes oder einer jugendlichen Person im Sinn des § 28 Abs. 4 vor, das durch die in § 28 Abs. 1 Nr. 10, 12 und 15 sowie § 12 Abs. 3 enthaltenen Verbote verhindert werden soll. [2]Bei der Durchführung von Testkäufen ist darauf zu achten, dass die Testkäufer den Betreffenden nicht erst durch nachhaltige Einwirkung zur Tatbege-

hung drängen, da dies ein Verstoß gegen den Grundsatz des fairen Verfahrens wäre.

28.7 Beweissicherung

[1]Beobachtungen anlässlich einer Jugendschutzkontrolle sollten unverzüglich schriftlich skizziert und dann als Aktenvermerk festgehalten werden (insb. Anzahl der Jugendlichen, erkennbar minderjährig (evtl. Foto), Verhalten der Jugendlichen, Dauer der Beobachtung, Veranstalter persönlich anwesend oder nur Personal). [2]Zu dokumentieren ist, welche alkoholischen Getränke durch welche Personen Minderjährigen zugänglich gemacht worden sind. [3]Minderjährige können vor Ort als Zeugen vernommen werden, jedoch ist auch eine spätere Ladung als Zeuge in die Diensträume der Verwaltungsbehörde empfehlenswert, da sie meist zu umfassenderen Ergebnissen führt. [4]Es besteht für den Zeugen eine Pflicht zum Erscheinen und zur Aussage (§ 161a Abs. 1 Satz 1 StPO in Verbindung mit § 46 Abs. 1 OWiG). [5]Jugendliche sind selbst zu laden, Kinder über deren Erziehungsberechtigte. [6]Da die Erziehungsberechtigten ein Recht auf Anwesenheit während der Zeugenvernehmung haben, erhalten sie unabhängig von der Ladung eine Mitteilung des Termins.

28.8 Vorgehen bei (vermuteten) Straftaten

In klaren Fällen sollte gleich Anzeige gemäß § 158 StPO bei der zuständigen Staatsanwaltschaft erstattet werden.

28.9 Anhörung des Betroffenen

[1]In der Anhörung kann sich der Betroffene zum Tatvorwurf äußern. [2]Sie kann an Ort und Stelle erfolgen oder durch schriftlichen Anhörungsbogen. [3]Eine Ladung zur mündlichen Vernehmung bietet den Vorteil, komplexere Sachverhalte klären zu können sowie die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betroffenen zu thematisieren, die bei einem zu erwartenden Bußgeld von mehr als 250 Euro notwendig ist, sowie gegebenenfalls eine Abstimmung über die Zahlungsmodalitäten zu treffen. [4]Dies führt oft zum Verzicht auf Einsprüche. [5]Der Betroffene ist aufgrund der Ladung zum Erscheinen verpflichtet (§ 163a Abs. 3 Satz 1 StPO in Verbindung mit § 46 Abs. 1 OWiG). [6]Jedoch besteht für ihn keine Pflicht, sich zur Sache zu äußern (§ 161a Abs. 1 Satz 1 StPO). [7]Hierüber ist er zu belehren (§ 46 Abs. 1 OWiG in Verbindung mit § 163a Abs. 3 Satz 2, § 136 Abs. 1 Satz 2 StPO). [8]Sein gewählter Anwalt hat ein Anwesenheitsrecht und ist daher vom Anhörungstermin zu unterrichten.

28.10 Adressat des Bußgeldbescheides

[1]Adressat des Bußgeldbescheides ist zum einen diejenige Person, die die Zuwiderhandlung unmittelbar begangen hat (zum Beispiel Kellner oder Kellnerin, Verkäufer oder Verkäuferin, Ordnungsdienstkraft). [2]Daneben kann auch der Beauftragte eines Gewerbetreibenden oder Veranstalters (zum Beispiel Filialleiter, Ordnungsdienstleiter), der die Aufsicht führt, gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 1 bzw. Nr. 2 OWiG bußgeldrechtlich verantwortlich sein, wenn ein Mitarbeiter angewiesen wird, Jugendschutzbestimmungen zu missachten (§ 14 OWiG) oder wenn der Gewerbetreibende oder Veranstalter mit der Begehung von Ordnungswidrigkeiten durch Mitarbeiter rechnet, aber pflichtwidrig nicht einschreitet (§ 8 OWiG). [3]Der Unternehmer selbst kann als Beteiligter (§ 14 bzw. § 8 OWiG) oder als Aufsichtspflichtiger (§ 130 OWiG) belangt werden. [4]Als Aufsichtspflichtiger muss er seinen Betrieb durch klare Zuständigkeiten und Betriebsabläufe so organisieren, dass Ordnungswidrigkeiten verhindert oder erschwert werden bzw. sein Aufsichtspersonal sorgfältig aussuchen, belehren und (stichprobenartig) überwachen. [5]Schließlich können gesetzliche Vertreter von juristischen Personen über § 9 Abs. 1 OWiG in Verbindung mit §§ 8, 14 oder 130 OWiG bußgeldrechtlich verantwortlich sein, nicht jedoch die juristische Person oder rechtsfähige Personengesellschaft selbst. [6]Letztere können aber (zusätzlich) gemäß § 30 OWiG für die Ordnungswidrigkeiten ihrer gesetzlichen Vertreter oder leitenden Personen (nicht aber sonstiger Mitarbeiter) haftbar gemacht werden. [7]Dazu ist eine Anordnung der Verfahrensbeteiligung des Unternehmens nach § 88 OWiG notwendig.

28.11 Verantwortlichkeit für ordnungswidriges Handeln

[1]Die Hauptverpflichtung zur Einhaltung der Bestimmungen liegt zunächst grundsätzlich bei den Veranstaltern und Gewerbetreibenden. [2]Aber auch sonstige Personen mit einem bestimmten Verantwortungsbereich, wie gesetzliche Vertreter von juristischen Personen, angestellte Betriebsleiter, sonstige ausdrücklich Beauftragte wie Schank- und Verkaufspersonal, Spielhallenaufsicht, Sicherheits- und Ordnungskräfte, sind für die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen verantwortlich und können mit Bußgeldern belegt werden. [3]Personensorgeberechtigte und erziehungsbeauftragte Personen sind im Rahmen der für das Alter der betreffenden Kinder und Jugendlichen maßgeblichen Aufsichtspflicht verantwortlich. [4]Insoweit können auch sie – wie auch weitere andere Personen über 18 Jahren – bei vorsätzlichem Handeln im Rahmen des § 28 Abs. 4 mit einem Bußgeld belegt werden.

28.12 Bußgeldrahmen

Das Höchstmaß der Geldbuße beträgt gemäß § 28 Abs. 5 JuSchG, § 17 Abs. 2 OWiG bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen nach § 28 Abs. 1 bis 3 50.000 Euro, bei fahrlässigen Zuwiderhandlungen nach § 28 Abs. 1 bis 3 25.000 Euro und bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen nach § 28 Abs. 4 50.000 Euro.

28.13 Regelsätze der Geldbuße

[1]Die Hinweise zur Festsetzung von Bußgeldern **(Anlage 4)** gelten für vorsätzliches Handeln von Veranstaltern und Gewerbetreibenden im Sinn des § 28 Abs. 1, Anbietern im Sinn des § 28 Abs. 2, sonstigen Personen nach § 28 Abs. 3 sowie von gesetzlichen Vertretern juristischer Personen (§ 9 Abs. 1 OWiG) wie zum Beispiel Geschäftsführer einer GmbH. [2]Den Regelsätzen wurde eine mittlere Qualität des Verstoßes zugrunde gelegt. [3]Sie beruhen also auf einer durchschnitt-

lichen Bedeutung der Ordnungswidrigkeit und einem durchschnittlichen Vorwurf, der den Täter trifft (§ 17 Abs. 3 Satz 1 OWiG), sowie auf durchschnittlichen wirtschaftlichen Verhältnissen (§ 17 Abs. 3 Satz 2 OWiG). [4]Für fahrlässiges Handeln sind bei Ordnungswidrigkeiten nach § 28 Abs. 1 bis 3 in der Regel zwei Drittel des Regel- bzw. des entsprechenden Rahmensatzes festzusetzen. [5]Es kann ein angemessener Abschlag von bis zu 50 % vorgenommen werden. [6]Fahrlässig handelt, wer nicht alle Tatbestandsmerkmale kennt (§ 11 Abs. 1 OWiG), zum Beispiel das Alter eines Kindes oder Jugendlichen falsch einschätzt oder deren verbotenen Aufenthalt nicht bemerkt.

28.14 Abweichen vom Regelsatz

28.14.1 [1]Vom Regelsatz des Bußgeldkatalogs ist abzuweichen, wenn kein durchschnittlicher Fall (vgl. Nr. 28.13 Satz 3) vorliegt. [2]Es sind angemessene Ermäßigungen oder Erhöhungen vom Regelsatz vorzunehmen.

28.14.2 Mildernder Umstand ist ein Verbotsirrtum (§ 11 Abs. 2 OWiG), das heißt Unkenntnis oder falsche Auslegung der Jugendschutzvorschriften, jedoch nur soweit er nicht auf Gleichgültigkeit oder Leichtfertigkeit beruht.

28.14.3 [1]Schärfende Umstände sind zum Beispiel: besonders geringes Alter von Kindern oder Jugendlichen, lange Dauer des unerlaubten Aufenthalts, große Menge alkoholischer Getränke, Rauschzustand durch unzulässige Alkoholabgabe, mehrfache Verwirklichung eines Tatbestands nach § 28 Abs. 1 bis 3 (gleichartige Tateinheit, § 19 Abs. 1 OWiG), zum Beispiel verbotener Aufenthalt mehrerer Kinder oder Jugendlicher oder Verwirklichung mehrerer Tatbestände nach § 28 Abs. 1 bis 3 (ungleichartige Tateinheit, § 19 Abs. 1 OWiG); zum Beispiel verbotener Aufenthalt und Alkoholabgabe. [2]Hierbei wird die Geldbuße der Ordnungswidrigkeit entnommen, für die nach dem Bußgeldkatalog der höhere Bußgeldrahmen gilt, das festzusetzende Bußgeld erhöht sich dann angemessen, etwa bis um die Hälfte des Satzes der mit der geringeren Geldbuße zu ahndenden Ordnungswidrigkeit.

28.14.4 [1]Für angestellte Betriebsleiter, zum Beispiel den Leiter einer Gaststätte, Spielhalle etc. (§ 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 OWiG) ist ein Abschlag von 25 % vorzunehmen. [2]Für sonstige ausdrücklich Beauftragte zur Einhaltung von Jugendschutzvorschriften (zum Beispiel Kellner oder Kellnerin, Ordner oder Ordnerin, Spielhallenaufsicht, § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 OWiG) ist ein Abschlag von 50 % vorzunehmen.

28.14.5 [1]Für einen Wiederholungsfall innerhalb eines Jahres sollte gelten: erste Wiederholung bis zu 50 % Aufschlag, zweite Wiederholung bis zu 100 % Aufschlag und dritte Wiederholung bis zu 200 % Aufschlag. [2]Bei beharrlicher Wiederholung ist zu prüfen, ob eine Straftat gemäß § 27 Abs. 2 Nr. 2 vorliegt. [3]Die Tilgungsfristen nach § 153 GewO sind zu beachten. [4]Bei Tatmehrheit aufgrund von verschiedenen Ordnungswidrigkeiten (§ 20 OWiG) ist die Geldbuße jeweils gesondert festzusetzen. [5]Eine Erhöhung einer Geldbuße ist unzulässig (zum Beispiel mehrfache Gestattung des Aufenthalts in einer Diskothek an verschiedenen Tagen).

28.15 Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils

[1]Mit der Höhe des Bußgeldes soll der mit der Begehung der Ordnungswidrigkeit verbundene oder zu erwartende wirtschaftliche Vorteil abgeschöpft werden. [2]Die Abschöpfung eines aus der Ordnungswidrigkeit gezogenen wirtschaftlichen Vorteils kann mit einem Regelsatz nicht erfasst werden (§ 17 Abs. 4 Satz 1 OWiG). [3]Dazu sind stets eine konkrete Berechnung und eine Einzelzumessung der Geldbuße erforderlich.

28.16 Andere Ordnungswidrigkeiten

[1]Werden bei einer Jugendschutzkontrolle weitere Ordnungswidrigkeiten festgestellt zum Beispiel nach GastG, Landesbauordnung oder VStättV, so sind zwar die Geldbußen gesondert festzusetzen (§ 20 OWiG). [2]Es ist aber zu prüfen, ob eine Tat im verfahrensrechtlichen Sinn vorliegt und daher alle Zuwiderhandlungen in einem Bußgeldbescheid zu ahnden sind.

28.17 Gewerbezentralregister

[1]In das Gewerbezentralregister sind gemäß § 149 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 GewO alle rechtskräftigen Bußgeldentscheidungen einzutragen, die bei oder im Zusammenhang mit der Ausübung eines Gewerbes oder einer sonstigen wirtschaftlichen Unternehmung oder bei der Tätigkeit in einem Gewerbe oder einer sonstigen wirtschaftlichen Unternehmung von einem Vertreter oder Beauftragten im Sinn des § 9 OWiG oder einer Person, die in einer Rechtsvorschrift ausdrücklich als Verantwortlicher bezeichnet ist, begangen worden sind, wenn die Geldbuße mehr als 200 Euro beträgt. [2]Verstößt ein Gewerbetreibender wiederholt gegen das Jugendschutzgesetz und erhält nachweislich mehrere Einträge in das Gewerbezentralregister, ist es möglicherweise sinnvoll, über einen Konzessionsentzug gemeinsam mit anderen Ordnungsbehörden (wenn zum Beispiel auch Verstöße in anderen Gesetzesbereichen, zum Beispiel im LStVG, VStättV, GastG, GSG etc. vorliegen) nachzudenken. [3]Dies ist dann anzuregen, wenn der betroffene Gewerbetreibende uneinsichtig ist und nicht zu erwarten ist, dass er künftig seiner Verantwortung gerecht werden wird.

29. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

29.1 Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Februar 2018 in Kraft.

29.2 Außerkrafttreten

Die Vollzugshinweise zum Jugendschutzgesetz in der Fassung vom 1. September 2016 (Az. II5/6524.03-1/42) treten mit Ablauf des 31. Januar 2018 außer Kraft.

Michael Höhenberger
Ministerialdirektor

Anlage 1
(zu Nr. 1.6)

Rechtsauffassung und Praxishinweise der Obersten Landesjugendbehörden zum (Online-)Versandhandel gemäß dem Jugendschutzgesetz (JuSchG)

1. Anwendungsbereich

Um zu vermeiden, dass Kinder und Jugendliche durch **Trägermedien** in ihrer Entwicklung beeinträchtigt oder gefährdet werden oder sie durch den Konsum von **Alkohol oder (elektronischen) Zigaretten** Gesundheits- und Suchtrisiken ausgesetzt sind, hat der Gesetzgeber Abgabebeschränkungen für diese Produkte vorgesehen, die insbesondere auch den **Online-Versandhandel** betreffen. Die Obersten Landesjugendbehörden (OLJB) geben nachfolgende Hinweise zur Einhaltung der Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes (JuSchG).

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) regelt den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Angeboten **in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien,** die deren Entwicklung oder Erziehung beeinträchtigen oder gefährden. Für die Ahndung von Verstößen der Anbieter im Bereich der Telemedien sind die **Landesmedienanstalten** mit Unterstützung der **Kommission für Jugendmedienschutz** (KJM) verantwortlich.

2. Versand von Trägermedien

Die folgenden Beschränkungen des Versandhandels gelten für alle Trägermedien. Der Begriff des Trägermediums ist in § 1 Abs. 2 Satz 1 JuSchG definiert und umfasst bspw. auch Druckerzeugnisse und Musik-CDs.

2.1 Indizierte und schwer jugendgefährdende Medien

Für Trägermedien, die von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert worden oder schwer jugendgefährdend sind, gelten die **Beschränkungen** gemäß § 15 JuSchG. Sie dürfen insbesondere **nicht öffentlich angeboten oder beworben** werden (§ 15 Abs. 1 Nr. 6 JuSchG). Damit nicht das Interesse von Kindern und Jugendlichen geweckt wird, umfasst das Verbot auch Anbieten und Werbung **im Internet** (Liesching/Schuster, Jugendschutzrecht, 5. Auflage 2011, § 15 JuSchG Rn. 36; Werbung für indizierte Angebote in den Telemedien ist auch gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 JMStV unzulässig).

2.1.1 Anforderungen an den Versandhandel

Indizierte und schwer jugendgefährdende Medien dürfen nicht im Versandhandel angeboten oder überlassen werden, § 15 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 JuSchG. Es sei denn, es wird sichergestellt, dass das Angebot nur Erwachsene erreichen kann und kein Versand an Kinder und Jugendliche erfolgt (§ 1 Abs. 4 JuSchG). Erstens ist eine **zuverlässige Altersverifikation** erforderlich, damit Kinder und Jugendliche keinen Zugang zum Angebot haben und diese Medien nicht bestellen können. Zweitens ist

sicherzustellen, dass die abgesandte Ware persönlich vom Besteller und nicht von Minderjährigen **in Empfang genommen wird** (BGH, Urteil vom 12. Juli 2007, Az. I ZR 18/04).

2.1.2 Altersnachweis für den Zugang zum Angebot

Die KJM hat für Altersverifikationssysteme für geschlossene Benutzergruppen gemäß § 4 Abs. 2 Satz 2 JMStV verbindliche Kriterien aufgestellt und verschiedene Systeme positiv bewertet (z. B. „POSTID“ oder „SOFORT Ident“). Die gleichen Anforderungen gelten auch für den Altersnachweis im Online-Versandhandel. Diesbezüglich wird auf die Veröffentlichungen der KJM Bezug genommen, die unter www.kjm-online.de zum Download bereitstehen[1].

2.1.3 Persönliche Lieferung an Besteller

Außerdem muss das Trägermedium in einer Weise versandt werden, die regelmäßig sicherstellt, dass es ausschließlich dem volljährigen Adressaten persönlich ausgehändigt wird (BGH, Urteil vom 12. Juli 2007, Az. I ZR 18/04). Notwendig ist eine Ausweisprüfung durch den Zusteller (bspw. „persönliche Übergabe“ der DHL oder Versand als „Einschreiben eigenhändig“).

2.1.4 Weitere Beschränkungen

Bezüglich jugendgefährdender Trägermedien gelten für die Betreiber von Online-Handelsplattformen auch wettbewerbsrechtliche **Verkehrspflichten.** Sie sind verpflichtet, Hinweisen nachzugehen und jugendgefährdende Angebote unverzüglich zu sperren sowie zumutbare Vorsorgemaßnahmen zu treffen, damit es möglichst nicht zu weiteren gleichartigen Rechtsverletzungen kommt. Dies betrifft insbesondere die Prüfung anderer Angebote desselben Anbieters anlässlich von Verstößen (vgl. BGH, Urteil vom 12. Juli 2007, Az. I ZR 18/04).

2.2 Strafrechtliche Vertriebsverbote

Vertriebsverbote können auch insoweit bestehen, als Medieninhalte gegen Strafvorschriften verstoßen (insb. §§ 86, 86a, 130, 131, 184 ff. StGB), auf die jedoch hier nicht näher einzugehen ist. Entsprechende Trägermedien können sichergestellt und eingezogen werden (§ 74d StGB, § 111b StPO).

3. Versand von Bildträgern

Der Versandhandel mit nicht jugendgefährdenden Trägermedien (bspw. DVDs), auf die **Filme oder Spiele** gespeichert wurden (**Bildträger**), ist besonders geregelt. Welche Einschränkungen die Gewerbetreibenden zu beachten haben, richtet sich danach, ob und in welcher Weise eine Altersfreigabe durch die **Obersten Landesjugendbehörden** in Zusammenarbeit mit Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle (FSK, USK) erfolgt ist.

---

1 https://www.kjm-online.de/aufsicht/technischer-jugendmedienschutz/unzulaessige-angebote/altersverifikationssysteme/
https://www.kjm-online.de/fileadmin/user_upload/KJM/Aufsicht/Technischer_Jugendmedienschutz/KJM-AVS-Raster.pdf

3.1 Info- und Lehrprogramme, Freigaben ohne Altersbeschränkung und Freigaben ab sechs Jahren

Der Anbieter darf Bildträger als Info- oder Lehrprogramm kennzeichnen, falls sie der Information, Instruktion oder Lehrzwecken dienen und **offensichtlich** nicht die Entwicklung oder Erziehung von Minderjährigen beeinträchtigen. Für den Versandhandel mit diesen Trägermedien gelten folglich keine Beschränkungen.

In Kooperation mit der FSK und der USK vergeben die **Obersten Landesjugendbehörden** Alterskennzeichen für Bildträger, die im Versandhandel zu beachten sind, soweit es sich nicht um Freigabe ohne Altersbeschränkung oder ab sechs Jahren handelt.

3.2 Für Kinder oder Jugendliche ab zwölf oder sechzehn Jahren freigegebene Bildträger

Ein Versandhändler muss sicherstellen, dass er Minderjährigen nur solche Bildträger zugänglich macht (§ 12 Abs. 1 JuSchG), die ihrem Alter entsprechend freigegeben worden sind (vgl. Gutknecht, in Nikles u. a. Jugendschutzrecht, 3. Auflage 2011, § 12 Rn. 5). Der Versandhändler hat die Wahl, ob die Alterskontrolle bei der Bestellung **oder** bei der Lieferung erfolgt. Sofern bei der Bestellung eine Alterskontrolle erfolgt, ist bei der Lieferung eine weitere Alterskontrolle nicht erforderlich.

3.2.1 Altersnachweis bei der Bestellung

Zum Nachweis eines Alters über **sechzehn Jahren** hat die KJM Kriterien für den Einsatz „technischer Mittel“ im Sinne von § 5 Abs. 3 Nr. 1 JMStV (insb. für die Prüfung der Personalausweiskennziffern) aufgestellt und verschiedene Systeme positiv bewertet (z. B. Schufa IdentitätsCheck Premium). Sowohl die Kriterien als auch die Systeme basieren auf dem derzeitigen Stand der Technik und werden ggf. weiterentwickelt. Diesbezüglich wird auf die Veröffentlichungen der KJM Bezug genommen, die unter www.kjm-online.de zum Download bereitstehen[2]. Technische Mittel für den Altersnachweis **ab zwölf Jahren** stehen nicht zur Verfügung, insofern wird empfohlen, dass die Eltern die Bestellung durchführen.

Selbstverständlich können zum Nachweis der Volljährigkeit auch die aufwändigeren Altersverifikationssysteme genutzt werden (siehe Nr. 2.1.1).

3.2.2 Altersnachweis bei der Lieferung

Alternativ kann eine Alterskontrolle auch bei der Lieferung durch die Post oder den Paketdienst erfolgen (bspw. die Alterssichtprüfung der DHL), eine Voraussetzung hierfür ist eine entsprechende Alterskennzeichnung des Pakets.

3.2.3 Hinweispflicht

Gewerbetreibende müssen in ihrem Internetauftritt auf die Alterskennzeichnung durch die Obersten Landesjugendbehörden deutlich hinweisen (§ 12 Abs. 2 Satz 4 JuSchG).

---

2 https://www.kjm-online.de/aufsicht/technischer-jugendmedienschutz/entwicklungsbeeintraechtigende-angebote/technische-mittel/
https://www.kjm-online.de/fileadmin/user_upload/KJM/Aufsicht/Technischer_Jugendmedienschutz/Kriterienraster_technische_Mittel.pdf

3.3 Bildträger ohne Kennzeichnung oder mit der Kennzeichnung „Keine Jugendfreigabe“

Nach den gesetzlichen Vorgaben ist der Versand von Bildträgern ohne Kennzeichnung oder mit der Kennzeichnung „Keine Jugendfreigabe“ nur dann zulässig, wenn sichergestellt ist, dass kein Versand an Kinder und Jugendliche erfolgt (§ 1 Abs. 4, § 12 Abs. 3 Nr. 2 JuSchG). Wie beim Versand von indizierten oder schwer jugendgefährdenden Trägermedien ist ein effektiver **Schutz von Kindern und Jugendlichen sowohl bei der Bestellung als auch bei der Lieferung** sicherzustellen (vgl. OLG München, Urteil vom 29. Juli 2004, Az. 29 U 2745/04). Auch hier genügt die bloße Alterskontrolle der annehmenden Person nicht (OLG Frankfurt am Main, Urteil vom 7. August 2014, Az. 6 U 54/14). Vielmehr ist eine Altersverifikation erforderlich, damit Kinder und Jugendliche diese Bildträger nicht bestellen können**.** Minderjährige müssen jedoch nicht vom Zugang zum Angebot ausgeschlossen werden. Im Übrigen gelten die bei den Nrn. 2.1.2 und 2.1.3 genannten Bestimmungen.

Nicht ausreichend ist eine bloße Alterssichtprüfung bei der Auslieferung (so: Liesching, Beck-Community 4. November 2016). Dies verkennt, dass eine Altersprüfung **bereits bei der Bestellung** erfolgen muss und bei der Lieferung eine **Identitätsprüfung** zwingend ist. Auch in der Gesetzesbegründung zu § 10 Abs. 3 und 4 JuSchG wird an der Notwendigkeit einer Identitätsprüfung festgehalten (BR-Drs. 536/15, S. 9). Da diese nicht zwingend durch einen Versand per Einschreiben erfolgen muss (Nr. 2.1.3), folgt daraus auch keine unzumutbare Kostenbelastung.

Eine Kennzeichnung durch eine ausländische Stelle (z. B. British Board of Film Classification) kann eine Kennzeichnung durch die Obersten Landesjugendbehörden nicht ersetzen (vgl. EuGH, Urteil vom 14. Februar 2008, Rs. C-244/06). Dies gilt ebenso für Kennzeichnungen nach der Pan European Game Information (PEGI).

4. Versand von Tabakwaren und nikotinhaltigen Erzeugnissen

Nach den gesetzlichen Vorgaben dürfen Minderjährigen Tabakwaren und nikotinhaltige Erzeugnisse im Versandhandel weder angeboten noch im Wege des Versandhandels an diese abgegeben werden (§ 10 Abs. 3 JuSchG). Unter den in den Nrn. 2.1.2 und 2.1.3 genannten Vorgaben – sowohl hinsichtlich der Bestellung als auch der Lieferung – ist ein Versand zulässig. Mit der Neufassung des § 10 Abs. 3 JuSchG ab dem 1. April 2016 hat der Gesetzgeber auf die uneinheitliche Rechtsprechung reagiert (a. A. zuvor LG Koblenz vom 13. August 2007, Az. 4 HK O 120/07).

Nicht zutreffend ist, dass die Prüfung der Personalausweiskennziffern bei der Bestellung ausreichend sei (a. A. Liesching, Beck-Community am 4. November 2016). Dies ergibt sich auch nicht aus der Gesetzesbegründung zur Neuregelung § 10 JuSchG (BR-Drs. 536/15, S. 9), weil der Gesetzentwurf eine Stellungnahme des Verbands des E-Zigarettenhandels zum Erfüllungsaufwand lediglich wiedergibt.

5. Versand von nikotinfreien elektronischen Zigaretten und Shishas

Nach den gesetzlichen Vorgaben ist der Versand von nikotinfreien Erzeugnissen, wie elektronischen Zigaretten oder Shishas, in denen Flüssigkeit durch ein elektronisches Heizelement verdampft und die entstehenden Aerosole durch den Mund eingeatmet werden, sowie auch der Versand von entspre-

chenden Behältnissen ebenso wie bei Tabakwaren und nikotinhaltigen Erzeugnissen gesetzlich beschränkt. Diese Produkte dürfen Minderjährigen im Versandhandel weder angeboten werden noch an diese abgegeben werden (§ 1 Abs. 4, § 10 Abs. 4 JuSchG). Unter den in den Nrn. 2.1.2 und 2.1.3 genannten Vorgaben – sowohl hinsichtlich der Bestellung als auch der Lieferung – ist ein Versand zulässig.

6. Versand von Alkohol

6.1 Branntweinhaltige Getränke

Branntwein und branntweinhaltige Getränke dürfen nicht an Kinder und Jugendliche abgegeben werden (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 JuSchG). Ein ausdrückliches Versandhandelsverbot hat der Gesetzgeber nicht geschaffen. Allerdings wird die Auslieferung im Versandhandel sowohl vom Normzweck als auch vom Wortlaut des § 9 Abs. 1 Nr. 1 JuSchG erfasst. Das Merkmal der Öffentlichkeit ist erfüllt, wenn die Ware für eine Mehrzahl von Personen, die nicht durch persönliche Beziehungen untereinander oder mit den Anbietern verbunden sind, zugänglich ist. Somit stellt auch der Versand von Alkohol eine Abgabe in der Öffentlichkeit dar (Liesching/Schuster, Jugendschutzrecht, 5. Auflage 2011, § 9 JuSchG Rn. 13). Aus dem Umstand, dass der Gesetzgeber in § 9 JuSchG nicht auf § 1 Abs. 4 JuSchG verweist, ergibt sich nicht die uneingeschränkte Zulässigkeit des Versandhandels. Vielmehr bleibt es dem Gesetzgeber unbenommen, mehrere untersagte Vertriebswege bei bestimmten Waren durch eine weite Formulierung zusammenzufassen und nicht einzelne Unterarten wie die Abgabe über Versandunternehmen bzw. Zusteller stets zu erwähnen (Liesching/Schuster, Jugendschutzrecht, 5. Auflage 2011, § 9 JuSchG Rn. 15). Somit hat der Versandhändler dafür Sorge zu tragen, dass **keine Auslieferung an Minderjährige** erfolgt. Ein geeignetes Mittel ist bspw. der Ident-Check der DHL, bei dem **Volljährigkeit und Identität** überprüft werden.

6.2 Andere alkoholische Getränke

Nach den gesetzlichen Vorgaben dürfen andere alkoholische Getränke (Bier, Wein, Sekt und entsprechende Mischgetränke) nicht an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren abgegeben werden (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 JuSchG). Somit hat der Versandhändler dafür Sorge zu tragen, dass keine Lieferung an Angehörige dieser Altersgruppe erfolgt. Insofern hat also bei der Auslieferung durch die Post oder den Paketdienst eine Alterskontrolle zu erfolgen.

7. Zuständigkeit

Die Zuständigkeit zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ist landesrechtlich bestimmt. Gemäß § 28 Abs. 5 JuSchG können Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Die zuständigen Behörden sind im Falle von strafbaren Verstößen gehalten, die Staatsanwaltschaft einzuschalten.

Anlage 2
(zu Nr. 4.2.1)

Bayerisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
80525 München

Regierung von Oberbayern……München
Regierung von Niederbayern……Landshut
Regierung der Oberpfalz……..……Regensburg
Regierung von Oberfranken……...Bayreuth
Regierung von Mittelfranken……...Ansbach
Regierung von Unterfranken……Würzburg
Regierung von Schwaben…..……Augsburg

Name
Frau Fischer
Telefon
(089) 2162-2371
Telefax
(089) 2162-3371
E-Mail
Elke.Fischer@
stmwivt.bayern.de

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
Nr. IV/3-4100/582/1

München,
16.05.2007

Gastronomische Vermarktungskonzepte, die geeignet sind, den Missbrauch oder den übermäßigen Konsum von Alkohol zu begünstigen, insbesondere All-inclusive-, Flatrate-, Koma-, Ballermannparties
Verfahren bei Gestattungen;

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich eines aktuellen Falls in Berlin, bei dem sich ein Schüler offenbar an einem Wetttrinken beteiligt hat, danach ins Koma fiel und nun verstorben ist, sowie der Tatsache, dass die Fachkräfte des Jugendschutzes in verstärktem Maß über Missachtungen des Jugendschutzgesetzes im Zusammenhang mit „Flatrateparties“ und ähnlichen Veranstaltungenskonzepten, die geeignet sind, den Missbrauch oder den übermäßigen Konsum von Alkohol zu begünstigen, zu verfahren ist.

Hinsichtlich des Vorgehens bei Gestattungen wird das WMS Nr. 4100 – IV3a – 21 689 vom 14.11.2005 im Hinblick auf das Verfahren und die Ausführungen zu „All-inclusive“-Veranstaltungen im Folgenden präzisiert.

1. Gastronomische Vermarktungskonzepte, die geeignet sind, den Missbrauch oder den übermäßigen Konsum von Alkohol zu begünstigen

Bei solchen Vermarktungskonzepten (insbesondere „Koma"-, „Ballermannparties", Trinkwettbewerbe, aber auch „Flatrate"-, „All-inclusive-“ oder ähnliche Parties) werden im Rahmen des konzessionierten Gaststättenbetriebs (insbesondere Diskotheken) oder bei einer gestattungspflichtigen Veranstaltung i.d.R. alkoholische Getränke ohne Mengenbegrenzung zu einem einmalig zu entrichtenden, gegenüber dem Einzelkauf vergleichsweise niedrigen Pauschalpreis angeboten, wobei die Veranstalter und Gastronomen immer wieder neue Varianten solcher Vermarktungskonzepte entwickeln. Teilweise sind im Eintrittspreis alle oder bestimmte alkoholische Getränke enthalten oder es werden nach Entrichtung eines pauschalen Eintrittspreises alle oder bestimmte alkoholische Getränke zu „Niedrigpreisen" angeboten.

2. Behördliche Maßnahmen

a) Alkoholkonsum im Übermaß

Auf Grundlage des geltenden Gaststättenrechts können Vermarktungskonzepte von konzessionierten Gastronomen (also auch von Betreibern von Diskotheken) sowie von Veranstaltern von Vereinsfesten oder ähnlichen Sonderveranstaltungen von den Vollzugsbehörden **unterbunden werden,** wenn sie geeignet sind, übermäßigen Alkoholkonsum zu begünstigen.

- Veranstaltungen, bei denen die Namensgebung (z.B. „Koma Party", „Saufen bis zum Umfallen") bzw. der Inhalt der Bewerbung bereits eindeutig darauf schließen lassen, dass das Ziel der Veranstaltung in der Herbeiführung eines Alkoholrausches besteht und dass im Verlauf einer solchen Veranstaltung Alkohol auch an Betrunkene verabreicht wird,

laufen auf einen **Verstoß gegen § 20 Nr. 2 GastG** hinaus und sind daher unzulässig. **Bereits im Vorfeld** können diese Veranstaltungen ordnungsrechtlich **verboten werden.** Gleiches gilt für „Flatrateparties" oder ähnliche Veranstaltungen, die nach den erkennbaren Rahmenbedingungen auf einen Verstoß gegen **§ 20 Nr. 2 GastG** hinauslaufen.

- Veranstaltungen, die geeignet sind, den Missbrauch oder den übermäßigen Konsum von Alkohol zu begünstigen, begründen eine Gefährdung der Gesundheit der Gäste. Sie können mit **Auflagen nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 GastG** unterbunden werden. Eine Gesundheitsgefährdung ist grundsätzlich bei Veranstaltungen anzunehmen, bei denen gegen Bezahlung eines einmaligen (pauschalen) Entgelts alle oder bestimmte alkoholische Getränke kostenlos oder verbilligt abgegeben werden, insbesondere wenn damit Missbrauch, übermäßiger Konsum von Alkohol oder Jugendschutzverstöße zugelassen werden (vgl. Metzner, GastG, Rdnr. 34 zu § 5 GastG). Derartige Pauschalangebote verleiten regelmäßig zu übermäßigem Alkoholkonsum, da die Gäste versuchen werden, den entrichteten Eintrittspreis „herein zu trinken".

- Das Vorschubleisten von Alkoholmissbrauch stellt einen **gaststättenrechtlichen Unzuverlässigkeitsgrund** dar **(§ 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 GastG),** der die Versagung der Gaststättenerlaubnis bzw. deren Rücknahme oder Widerruf (§ 15 GastG) rechtfertigt. Bei nachhaltigen oder wiederholten Verstößen gegen die der Alkoholprävention dienenden gaststättenrechtlichen Verbote, Jugendschutzbestimmungen oder behördlichen Auflagen ist der **Widerruf der Gaststättenerlaubnis** regelmäßig angezeigt. Vorschubleisten von Alkoholmissbrauch liegt aber nicht nur dann vor, wenn gegen die der Alkoholprävention dienenden gaststättenrechtlichen Verbote oder die entsprechenden Jugendschutzbestimmungen oder gegen behördliche Auflagen

verstoßen wird, sondern auch in Fällen grundsätzlich erlaubten Alkoholausschanks, wenn übermäßiger Alkoholkonsum begünstigt wird (z.B. Ausschank an Trunksüchtige vgl. Metzner, GastG, Rdnr. 55 zu § 4 GastG; Mi-chel/Kienzle/Pauly, GastG, Rdnr. 14 zu § 4 GastG).

- Die **Gestattung** (§ 12 GastG) einer Veranstaltung kann bei Anhaltspunkten auf ein Vermarktungskonzept, das geeignet ist, übermäßigen Alkoholkonsum zu begünstigen, **versagt** oder unter der **Auflage** (§ 12 Abs. 3 GastG) erteilt werden, dass die Veranstaltung nicht in einer solchen Form abgehalten werden darf. Eine entsprechende Auflage ist auch nachträglich möglich. Eine **Versagung** der Gestattung bzw. deren **Rücknahme oder Widerruf** ist insbesondere dann angezeigt, wenn eine Veranstaltung den Zweck übermäßigen Alkoholkonsums (durch entsprechende Namensgebung oder Werbung, z.B. „Saufen bis zum Umfallen", „Wettsaufen") verfolgt.

b) Jugendschutzbestimmungen

Veranstaltungen, die geeignet sind, den Missbrauch oder den übermäßigen Konsum von Alkohol zu begünstigen, zielen regelmäßig gerade auch auf ein **jugendliches Publikum** ab und begünstigen deren Alkoholkonsum. Insofern ist besondere Beachtung auch auf einen möglichen **Verstoß gegen die Jugendschutzvorschriften** zu legen. Dazu gehören das Verbot, Spirituosen an unter 18-Jährige bzw. andere alkoholische Getränke an unter 16-Jährige abzugeben oder ihnen den Verzehr von Alkohol zu gestatten (§ 9 Abs. 1 JuSchG) sowie die Vorschriften über den Aufenthalt von Jugendlichen in Gaststätten (§ 4 JuSchG). Verstöße gegen Jugendschutzvorschriften sind in § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 GastG ausdrücklich als **Unzuverlässigkeitsgrund** genannt. Nachhaltige oder wiederholte Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen begründen regelmäßig den Widerruf der Erlaubnis nach § 15 Abs. 2 GastG.

Darüber hinaus hat das Jugendamt die Befugnis, gemäß § 7 JuSchG Anordnungen zur Verhinderung einer Kinder- und Jugendgefährdung auszusprechen (z.B. dass die Anwesenheit von Minderjährigen nicht gestattet ist).

c) Den **Gewerbebehörden** obliegt es, bedenklichen Bewirtungskonzepten gegenzusteuern und diesen Einhalt zu gebieten. Es empfiehlt sich, die Gastwirte und Veranstalter in geeigneter Form über die Problemstellung und die möglichen rechtlichen Konsequenzen zu **informieren.** Hinweisen auf übermäßigen Alkoholkonsum begünstigende Veranstaltungen (Werbeplakate, Zeitungsanzeigen, Beschwerden von Gästen, Eltern, Nachbarn) ist auf jeden Fall **nachzugehen.**

3. Verfahren bei Gestattungen

Für das Verfahren bei der Erteilung von Gestattungen gilt künftig folgendes:

Um eine ordnungsgemäße behördliche Prüfung und Verbescheidung des Gestattungsantrags sicherzustellen, ist auf eine **schriftliche und rechtzeitige Stellung des Antrags** (idealerweise mindestens 2 Wochen vor Veranstaltungsbeginn) besonders zu achten. Ein nicht rechtzeitig gestellter Antrag, bei dem eine sachgemäße Überprüfung der Gestattungsfähigkeit bis zum vorgesehenen Veranstaltungstermin nicht mehr möglich ist, rechtfertigt die **Ablehnung der Gestattung** im Rahmen des gemeindlichen Ermessens.

Bereits beim Gestattungsantrag (nicht erst bei der Gestattung selbst) **sind das Landratsamt und berührte Fachbehörden, insbesondere Jugendamt, Lebensmittelüberwachung, Bauaufsicht, Finanzamt sowie die Polizei unverzüglich zu informieren bzw. zu beteiligen,** damit dort eventuell vorliegende Erkenntnisse im Rahmen des Gestattungsverfahrens genutzt, ggf. Auflagen erteilt und von den Fachbehörden rechtzeitig Kontrollen oder

eigene Anordnungen im Falle der Gestattungserteilung vorgenommen werden können.

Da insbesondere die **Polizei** und das **Jugendamt** über Erkenntnisse zu auf übermäßigen Alkoholkonsum gerichtete Veranstaltungen bzw. entsprechend negative Vorfälle und Gesetzesverstöße (etwa auch Missachtung jugendschutzrechtlicher Bestimmungen) verfügen können, ist bei relevanten Veranstaltungen vor Erteilung der Gestattung Rücksprache mit der Polizei und dem Jugendamt zu halten.

Von Disko- bzw. Partyveranstaltungen wird regelmäßig gerade auch ein jugendliches Publikum angesprochen. Hier ist besonders auf **ausreichende Maßnahmen zur Einhaltung des Jugendschutzes** zu achten. Den Gemeinden obliegt es unter Einbeziehung des Jugendamts zu klären, ob die vom Veranstalter beabsichtigten Maßnahmen geeignet und ausreichend sind sowie ggf. ergänzende Vorkehrungen zu verlangen. Ergänzende Vorkehrungen gemäß § 7, JuSchG wie z.B. Verpflichtung des Veranstalters, einen Ansprechpartner für Jugendschutzfragen zu benennen oder Sicherstellung des Heimwegs, können auch vom Jugendamt auferlegt werden (Art. 57 AGSG).

Im Hinblick auf den oben angeführten Gesichtspunkt der Alkoholprävention ist es angezeigt, dass sich die Gemeinden im Rahmen der Antragstellung auch nach der **Getränkepreisgestaltung erkundigen,** damit auf übermäßigen Alkoholkonsum angelegte Konzepte erkannt und darauf unmittelbar reagiert werden kann. Daneben ist darauf zu achten, dass nach **§ 6 GastG** ein alkoholfreies Getränk nicht teurer angeboten wird wie die gleiche Menge des billigsten alkoholischen Getränks. Auf die unter Ziffer 2 dargestellten **Maßnahmen** wird verwiesen.

Für die Rechtmäßigkeit der Gestattungserteilung und die Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Ablaufs der Veranstaltungen

sind Gemeinden und Landratsamt **verantwortlich.** Eine entsprechend sorgfältige Prüfung ist daher veranlasst.

Ich bitte Sie, die Städte, Landratsämter und Gemeinden entsprechend zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Lück

Anlage 3
(zu Nr. 4.2.3)

Bayerisches Staatsministerium für
Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie
80525 München

Vorab per E-Mail

Regierung von Oberbayern
Regierung von Niederbayern
Regierung von Schwaben
Regierung der Oberpfalz
Regierung von Mittelfranken
Regierung von Oberfranken
Regierung von Unterfranken

Name
Dr. Kuhlmann
Telefon
089 2162-2371
Telefax
089 2162-2760
E-Mail
peter.kuhlmann@
stmwi.bayern.de

Ihr Zeichen Ihre Nachricht vom	**Bitte bei Antwort angeben** Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom 33-4100/760/1	München, 24.10.2016

Vollzug des Gaststättengesetzes und der Gaststättenverordnung
Beteiligung der Jugendämter

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Verlauf dieses Jahres kam es zu mehreren Änderungen der Gaststättenverordnung (GastV), unter anderen den folgenden:

1. Im Zuge der Neufassung der GastV im Februar 2016 wurde die Vorschrift des vorherigen § 2 Abs. 2 Satz 3 GastV ersatzlos gestrichen, wonach das Jugendamt und die Polizei sowie sonstige berührte öffentliche Stellen bei der Entscheidung über die Erteilung einer Erlaubnis, einer Stellvertretungserlaubnis, einer vorläufigen Erlaubnis, einer vorläufigen Stellvertretungserlaubnis oder einer Gestattung im Sinne der §§ 2, 9, 11 und 12 Gaststättengesetz (GastG) rechtzeitig zu beteiligen sind.

2. Am 4. Oktober 2016 wurde im Kabinett beschlossen, in die Gaststättenverordnung eine Regelung aufzunehmen, wonach Reisegastwirte

für den zeitlich begrenzten Ausschank von Alkohol keine Gestattung der zuständigen Gemeinde nach § 12 GastG mehr benötigen, sofern sie im Besitz einer entsprechenden Reisegewerbekarte sind und den beabsichtigten Betrieb mindestens vier Wochen vorher der zuständigen Gemeinde anzeigen. Die Gemeinde kann weiterhin den Betrieb unter den in § 4 Abs. 1 GastG genannten Voraussetzungen untersagen oder Auflagen entsprechend § 5 GastG erteilen.

Die Regelung (§ 3a GastV) wird am 1. November 2016 in Kraft treten.

Im Zusammenhang mit diesen Änderungen bitten wir im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration sämtliche Vollzugsbehörden um die Beachtung der folgenden Hinweise:

Zu 1.:

Ungeachtet der Streichung des vorherigen § 2 Abs. 2 Satz 3 GastV sollen die Vollzugsbehörden weiterhin vor der Entscheidung über einen Antrag im Sinne des § 2 Abs. 1 GastV im Regelfall das Jugendamt frühzeitig beteiligen.

Die frühzeitige Beteiligung des Jugendamtes dient dem besseren Schutz von Minderjährigen vor den Gefahren des Alkoholkonsums. Gerade im Umfeld von Vereinsfeiern, Dorffesten und ähnlichen Veranstaltungen ist vermehrt ein übermäßiger Alkoholkonsum von Minderjährigen zu beobachten. Durch die verbindliche Beteiligung der Jugendämter erhalten diese frühzeitig Kenntnis und können bereits im Vorfeld Auflagen gemäß § 7 JuSchG festlegen, um Gefahren für Minderjährige zu vermeiden.

Die Einbindung der Jugendämter hat sich in der Praxis sehr bewährt, weil die dortigen Fachkräfte aufgrund der langjährigen Erfahrungen mit entsprechenden Veranstaltungen am besten einschätzen können, welche Maßnahmen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen erforderlich sind (z. B. Alterskontrollen, Schallpegelbegrenzungen, Sicherheitsdienste).

Bei einer Gestattung nach § 12 GastG kann die Beteiligung des Jugendamtes unterbleiben, wenn nach Art der Veranstaltung nicht mit der Teilnahme von Minderjährigen zu rechnen ist.

Die Streichung des vorherigen § 2 Abs. 2 Satz 3 GastV erfolgte ausschließlich aus rechtstechnischen, nicht aus materiellen Gründen. Bei der Anweisung, vor einer behördlichen Entscheidung eine andere öffentliche Stelle zu beteiligen, handelt es sich ausschließlich um Verwaltungsbinnenrecht, das keiner gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Regelung bedarf. Vielmehr ist die Beteiligung öffentlicher Stellen vor einer behördlichen Entscheidung mittels Vollzugsvorschriften bzw. – hinweisen zu regeln.

Zu 2.:

Auch beim Erhalt von Anzeigen nach § 3a GastVO (ab dem 1. November 2016) sollen die Jugendämter frühzeitig beteiligt werden, sofern nach Art der Veranstaltung mit der Teilnahme von Minderjährigen zu rechnen ist.

Auch im Umfeld von Veranstaltungen von Reisegastwirten gilt es, übermäßigen Alkoholkonsum von Minderjährigen zu verhindern. Der Wegfall der Erlaubnispflicht für Reisegastwirte darf den Schutz von Kindern und Jugendlichen nach dem Jugendschutzgesetz nicht schwächen.

Durch die frühzeitige Einbindung der Jugendämter werden diese weiterhin in die Lage versetzt, bereits im Vorfeld Auflagen gemäß § 7 JuSchG festlegen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gert Bruckner
Ministerialdirigent

Anlage 4
(zu Nr. 28.13)

Empfehlungen zur Festlegung von Bußgeldern

Abweichungen von den Regelsätzen sind möglich, siehe hierzu Nrn. 28.12 bis 28.14.

Tatbestand	**Vorschriften des JuSchG**	**Regelsatz (Euro)**
entgegen § 3 Abs. 1 die für seine Betriebseinrichtung oder Veranstaltung geltenden Vorschriften nicht, nicht richtig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise bekannt macht	§ 28 Abs. 1 Nr. 1, § 3 Abs. 1	300
entgegen § 3 Abs. 2 Satz 1 eine Kennzeichnung verwendet	§ 28 Abs. 1 Nr. 2, § 3 Abs. 2 Satz 1	1.000
entgegen § 3 Abs. 2 Satz 2 einen Hinweis nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig gibt	§ 28 Abs. 1 Nr. 3, § 3 Abs. 2 Satz 2	2.000
entgegen § 3 Abs. 2 Satz 3 einen Hinweis gibt, einen Film oder ein Film- oder Spielprogramm ankündigt oder für einen Film oder ein Film- oder Spielprogramm wirbt	§ 28 Abs. 1 Nr. 4, § 3 Abs. 2 Satz 3	2.000
entgegen § 4 Abs. 1 oder 3 einem Kind oder einer jugendlichen Person den Aufenthalt in einer Gaststätte gestattet	§ 28 Abs. 1 Nr. 5, § 4 Abs. 1 oder Abs. 3	2.000
entgegen § 5 Abs. 1 einem Kind oder einer jugendlichen Person die Anwesenheit bei einer öffentlichen Tanzveranstaltung gestattet	§ 28 Abs. 1 Nr. 6, § 5 Abs. 1	2.000
entgegen § 6 Abs. 1 einem Kind oder einer jugendlichen Person die Anwesenheit in einer öffentlichen Spielhalle oder einem dort genannten Raum gestattet	§ 28 Abs. 1 Nr. 7, § 6 Abs. 1	2.000
entgegen § 6 Abs. 2 einem Kind oder einer jugendlichen Person die Teilnahme an einem Spiel mit Gewinnmöglichkeit gestattet	§ 28 Abs. 1 Nr. 8, § 6 Abs. 2	2.500
einer vollziehbaren Anordnung nach § 7 Satz 1 zuwiderhandelt	§ 28 Abs. 1 Nr. 9, § 7 Satz 1	10.000
entgegen § 9 Abs. 1 ein alkoholisches Getränk an ein Kind oder eine jugendliche Person abgibt oder ihm oder ihr den Verzehr gestattet	§ 28 Abs. 1 Nr. 10, § 9 Abs. 1	2.000
entgegen § 9 Abs. 3 Satz 1 ein alkoholisches Getränk in einem Automaten anbietet	§ 28 Abs. 1 Nr. 11, § 9 Abs. 3 Satz 1	2.000
entgegen § 9 Abs. 4 alkoholhaltige Süßgetränke in den Verkehr bringt	§ 28 Abs. 1 Nr. 11a, § 9 Abs. 4	2.000
entgegen § 10 Abs. 1, auch in Verbindung mit Abs. 4, ein dort genanntes Produkt an ein Kind oder eine jugendliche Person abgibt oder einem Kind oder einer jugendlichen Person das Rauchen oder den Konsum gestattet	§ 28 Abs. 1 Nr. 12, § 10 Abs. 1	1.000
entgegen § 10 Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 3, jeweils auch in Verbindung mit Abs. 4, ein dort genanntes Produkt anbietet oder abgibt	§ 28 Abs. 1 Nr. 13, § 10	2.000

Tatbestand	**Vorschriften des JuSchG**	**Regelsatz (Euro)**
entgegen § 11 Abs. 1 oder 3, jeweils auch in Verbindung mit Abs. 4 Satz 2, einem Kind oder einer jugendlichen Person die Anwesenheit bei einer öffentlichen Filmveranstaltung, einem Werbevorspann oder einem Beiprogramm gestattet	§ 28 Abs. 1 Nr. 14, § 11	1.000
entgegen § 11 Abs. 5 einen Werbefilm oder ein Werbeprogramm vorführt	§ 28 Abs. 1 Nr. 14a, § 11 Abs. 5	2.000
entgegen § 12 Abs. 1 einem Kind oder einer jugendlichen Person einen Bildträger zugänglich macht	§ 28 Abs. 1 Nr. 15, § 12 Abs. 1	1.000
entgegen § 12 Abs. 3 Nr. 2 einen Bildträger anbietet oder überlässt	§ 28 Abs. Nr. 16, § 12 Abs. 3 Nr. 2	2.000
entgegen § 12 Abs. 4 oder § 13 Abs. 2 einen Automaten oder ein Bildschirmspielgerät aufstellt	§ 28 Abs. 1 Nr. 17, § 12 Abs. 4	5.000
entgegen § 12 Abs. 5 Satz 1 einen Bildträger vertreibt	§ 28 Abs. 1 Nr. 18, § 12 Abs. 5 Satz 1	2.000
entgegen § 13 Abs. 1 einem Kind oder einer jugendlichen Person das Spielen an Bildschirmspielgeräten gestattet	§ 28 Abs. 1 Nr. 19, § 13 Abs. 1	1.500
entgegen § 15 Abs. 6 einen Hinweis nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig gibt	§ 28 Abs. 1 Nr. 20, § 15 Abs. 6	4.000
entgegen § 12 Abs. 2 Satz 1 und 2, auch in Verbindung mit Abs. 5 Satz 3 oder § 13 Abs. 3, einen Hinweis nicht, nicht richtig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise gibt	§ 28 Abs. 2 Nr. 1, § 12 Abs. 2 Satz 1 und 2, § 12 Abs. 5 Satz 3, § 13 Abs. 3	500
einer vollziehbaren Anordnung nach § 12 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1, auch in Verbindung mit Abs. 5 Satz 3 oder § 13 Abs. 3, oder nach § 14 Abs. 7 Satz 3 zuwiderhandelt	§ 28 Abs. 2 Nr. 2, § 12 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1, § 12 Abs. 5 Satz 3, § 13 Abs. 3, § 14 Abs. 7 Satz 3	6.000
entgegen § 12 Abs. 5 Satz 2 einen Hinweis nicht, nicht richtig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig anbringt	§ 28 Abs. 2 Nr. 3, § 12 Abs. 5 Satz 2	6.000
entgegen § 14 Abs. 7 Satz 1 einen Film oder ein Film- oder Spielprogramm mit „Infoprogramm“ oder „Lehrprogramm“ kennzeichnet	§ 28 Abs. 2 Nr. 4, § 14 Abs. 7 Satz 1	2.000
entgegen § 12 Abs. 2 Satz 4 einen Hinweis nicht, nicht richtig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise gibt	§ 28 Abs. 3 Nr. 1, § 12 Abs. 2 Satz 4	3.000
entgegen § 24 Abs. 5 Satz 2 eine Mitteilung verwendet	§ 28 Abs. 3 Nr. 2, § 24 Abs. 5 Satz 2	1.000
wer als Person über 18 Jahren ein Verhalten eines Kindes oder einer jugendlichen Person herbeiführt oder fördert, das durch ein in Abs. 1 Nr. 5 bis 8, 10, 12, 14 bis 16 oder 19 oder in § 27 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 bezeichnetes oder in § 12 Abs. 3 Nr. 1 enthaltenes Verbot oder durch eine vollziehbare Anordnung nach § 7 Satz 1 verhindert werden soll	§ 28 Abs. 4	2.000

2126.0-G

Änderung der Richtlinie über die Vergabe von Stipendien zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

vom 15. Januar 2018, Az. 31d-G8010-2017/16-33

1. Die Richtlinie des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit über die Vergabe von Stipendien zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum vom 2. Oktober 2013 (AllMBl. S. 419), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 4. Dezember 2017 (AllMBl. S. 586) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1.1 Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Richtlinie über die Vergabe von Stipendien zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum und zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Bayern (Medizinstipendienrichtlinie – MedStipR)“

1.2 Der Nr. 1 werden nach Abs. 3 folgende Abs. 4 und 5 angefügt:

„Fördergebiet ist der ländliche Raum im Sinn von Nr. 2.2.1 (Z) in Verbindung mit Anhang 2 der Anlage zur Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) vom 22. August 2013 (GVBl. S. 550, BayRS 230-1-5-F) in der jeweils geltenden Fassung.

Für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) ist es schwierig, ausreichend qualifizierten ärztlichen Nachwuchs zu gewinnen. Deshalb begrüßt es der Freistaat Bayern, wenn Zuwendungsempfänger, die gemäß der Richtlinie ein Stipendium erhalten haben, als Ärztin oder Arzt im ÖGD des Freistaates Bayern oder bei kommunalen Gesundheitsämtern in Bayern tätig werden. Die Zuordnung des in Nr. 1 Abs. 4 definierten Fördergebiets gilt nicht für den ÖGD.“

1.3 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

1.3.1 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„Gefördert wird das Absolvieren eines Medizinstudiums an einer deutschen Hochschule unter Einhaltung der Verpflichtungen nach Nr. 4 Buchst. c bis g.“

1.3.2 Abs. 2 wird aufgehoben.

1.4 Nr. 4 wird wie folgt geändert:

1.4.1 In Buchst. a bis c werden jeweils die Kommas am Ende durch Strichpunkte ersetzt.

1.4.2 In Buchst. f werden nach den Wörtern „eine ärztliche Tätigkeit“ die Wörter „im Fördergebiet“ eingefügt.

1.5 Nr. 5 wird wie folgt geändert:

1.5.1 In Nr. 5.1 Satz 2 werden nach den Wörtern „Das Stipendium“ die Wörter „kann nur ein einziges Mal beantragt werden und“ eingefügt.

1.5.2 In Nr. 5.2 wird die Angabe „300“ durch die Angabe „600“ ersetzt.

1.6 Nr. 6 wird wie folgt geändert:

1.6.1 Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1.

1.6.2 Die Aufzählungszeichen 1 bis 5 werden jeweils durch die Buchst. a bis e ersetzt.

1.6.3 In Buchst. a werden nach den Wörtern „nicht ordnungsgemäß“ die Wörter „nach Nr. 4 Buchst. c“ eingefügt.

1.6.4 In Buchst. d wird der Strichpunkt durch das Wort „oder“ ersetzt.

1.6.5 Nach Abs. 1 wird folgender Abs. 2 angefügt:

„Die Zuwendung ist nicht zurückzuzahlen, wenn

a) der Tatbestand der Rückzahlung nach Abs. 1 Buchst. d oder e gegeben ist, der Zuwendungsempfänger aber eine ärztliche Tätigkeit fristgerecht im ÖGD des Freistaates Bayern oder bei kommunalen Gesundheitsämtern in Bayern aufnimmt und mindestens 60 Monate aufrechterhält. Für die Bestimmung der fristgerechten Aufnahme der Tätigkeit gilt Nr. 4 Buchst. f entsprechend;

b) der Zuwendungsempfänger im Laufe der 60-monatigen ärztlichen Tätigkeit nach Nr. 4 Buchst. g eine ärztliche Tätigkeit im ÖGD des Freistaates Bayern oder bei kommunalen Gesundheitsämtern in Bayern für die verbleibende Zeit aufnimmt und aufrechterhält;

c) der Zuwendungsempfänger die fachärztliche Weiterbildung gemäß Nr. 4 Buchst. d mindestens 24 Monate abgeleistet hat und anschließend fristgerecht eine ärztliche Tätigkeit im ÖGD des Freistaates Bayern oder bei kommunalen Gesundheitsämtern in Bayern aufnimmt und mindestens 60 Monate aufrechterhält. Für die Bestimmung der fristgerechten Aufnahme der Tätigkeit gilt Nr. 4 Buchst. f entsprechend.“

1.7 Nr. 9 wird wie folgt geändert:

1.7.1 In Satz 1 werden die Wörter „Die Verwendungsbestätigung“ durch die Wörter „Der Verwendungsnachweis“ ersetzt.

1.7.2 Satz 2 wird aufgehoben.

1.8 Abschnitt III wird wie folgt geändert:

1.8.1 Der Überschrift wird das Wort „ , Übergangsregelung“ angefügt.

1.8.2 In Satz 1 Halbsatz 2 wird die Angabe „30. Juni 2018“ durch die Angabe „31. Dezember 2020“ ersetzt.

1.8.3 Nach Satz 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Für die Entscheidung über Anträge, die bis einschließlich 31. Januar 2018 bei der Bewilligungsbehörde eingegangen sind und über die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden worden ist, ist die Richtlinie in der ab dem 1. Februar 2018 geltenden Fassung anzuwenden.“

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Februar 2018 in Kraft.

Ruth N o w a k
Ministerialdirektorin

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Erlöschen des Exequaturs von Frau Honorargeneralkonsulin Barbara Riepl

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 15. Dezember 2017, Az. Prot 1090-294-17

Das Frau Barbara Riepl erteilte Exequatur als Honorargeneralkonsulin des Königreichs Thailand in München mit dem Konsularbezirk Freistaaten Bayern und Sachsen erlischt mit Ablauf des 31. Dezember 2017.

Die honorarkonsularische Vertretung des Königreichs Thailand in München wird somit zum gleichen Datum geschlossen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Thomas Elster

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 19. Dezember 2017, Az. Prot 1090-278-4

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Korea in München ernannten Herrn Thomas Elster am 6. November 2017 das Exequatur als Honorarkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern.

Die Kontaktdaten lauten wie folgt:

Lessingstraße 11, 80336 München
Telefon: 089 2441 17590
Telefax: 089 2441 17599
E-Mail: honorarkonsul@drrp.eu

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erste Berichtigung der Verzeichnisse der Gewässer zweiter Ordnung und der Wildbäche

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

vom 21. Dezember 2017, Az. 52h-U4502-2010/3-138

1. Verfügung

[1]Nach Nr. 5 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz über die Verzeichnisse der Gewässer zweiter Ordnung und der Wildbäche vom 12. Februar 2016 (AllMBl. S. 150) werden die Gewässerverzeichnisse von Amts wegen überprüft und berichtigt. [2]Hiermit werden die Verzeichnisse der Gewässer zweiter Ordnung und der Wildbäche (Anlagen 1 bis 3) berichtigt und neu erlassen.

2. Begründung

[1]Im Zuge der Überarbeitung des Fließgewässernetzes (2013) 1:25.000, des Abgleiches des Internet-Kartendiensts mit den Inhalten der Anlagen 1 bis 3 der Allgemeinverfügung vom 12. Februar 2016 hat sich ein Korrekturbedarf ergeben. [2]Von den Wasserwirtschaftsämtern wurden noch fehlende ausgebaute Wildbachstrecken gemeldet. [3]Ebenso wurden an Ausleitungs- und Verzweigungsstrecken die Zuordnung zur korrekten Gewässerordnung gemeldet und korrigiert. [4]Fehlende Abschnitte von Gewässern zweiter Ordnung wurden in der Anlage 1 ergänzt. [5]Die Namen und die Beschreibungen der Wildbacheinzugsgebiete mit Anfangs-, Endpunkt und Bemerkungen wurden überarbeitet. [6]Darüber hinaus wurden Druckfehler berichtigt.

3. Inkrafttreten

[1]Diese Allgemeinverfügung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 31. Dezember 2017 treten die Anlagen 1 bis 3 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz über Verzeichnisse der Gewässer zweiter Ordnung und der Wildbäche vom 12. Februar 2016 (AllMBl. S. 150) außer Kraft.

Dr. Christian Barth
Ministerialdirektor

Anlagen

Anlage 1: Gewässer zweiter Ordnung
Anlage 2: Wildbäche
Anlage 3: Ausgebaute Wildbachstrecken

Anlage 1

Gewässer zweiter Ordnung

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
1	**1.**	**Regierungsbezirk Oberbayern**			
2	**1.1**	**Stromgebiet der Donau**			
3	1.1.1	Abens	Brücke nördlich von Furth, Gde. Rudelzhausen, Lkr. Freising	Grenze zum Regierungsbezirk Niederbayern, Gde. Rudelzhausen, Lkr. Freising	
4	1.1.2	Ach	Einmündung des Säuggrabens ca. 1,5 km westlich von Saliter, Gde. Uffing a.Staffelsee, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer, Gde. Oberhausen, Lkr. Weilheim-Schongau	ohne Staffelsee
5	1.1.3	Anlauter	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken, Markt Titting, Lkr. Eichstätt	Mündung in die Schwarzach, Markt Kinding, Lkr. Eichstätt	
6	1.1.4	Attel	Brücke unterhalb der Kläranlage Grafing, Stadt Grafing b.München, Lkr. Ebersberg	Mündung in den Inn bei Attel, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	
7	1.1.5	Brautlach	Zusammenfluss des Hauptkanals und des Ziegelgrabens an der Grenze zum Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm, Gde. Karlskron, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Mündung in die Sandrach, Markt Manching, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	
8	1.1.34	Dorfen	Einmündung des Viertelbachs (Bachableiter) westlich von Lüß, Gde. Neuching, Lkr. Erding	Mündung in den Sempt-Flutkanal, Stadt Moosburg a.d.Isar, Lkr. Freising	einschließlich Eittinger Weiher
9	1.1.35	Ebrach	Brücke der B 304 nördlich von Edling, Gde. Edling, Lkr. Rosenheim	Mündung in die Attel bei Attel, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	
10	1.1.39	Forstinninger Sempt	Südliche Straßenbrücke in Sempt, Gde. Forstinning, Lkr. Ebersberg	Mündung in die Sempt nördlich der Gemeindeverbindungsstraße Ottenhofen – Siggenhofen, Gde. Ottenhofen, Lkr. Erding	
11	1.1.40	Friedberger Ach	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben, Markt Rennertshofen, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Mündung in die Donau, Markt Rennertshofen, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Der in Oberbayern liegende Streckenabschnitt der Friedberger Ach ist von der Unterhaltungslast ausgenommen.
12	1.1.41	Gerolsbach	Brücke der Gemeindeverbindungsstraße nach Edling in Euernbach, Gde. Scheyern, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	Mündung in die Ilm in der Stadt Pfaffenhofen a.d.Ilm, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	
13	1.1.6	Glonn zur Mangfall	Einmündung des Kupferbachs im Markt Glonn, Lkr. Ebersberg	Mündung in die Mangfall, Stadt Bad Aibling, Lkr. Rosenheim	ohne Glonn-Mühlbach in der Stadt Bad Aibling, Lkr. Rosenheim
14	1.1.7	Glonn zur Amper	Überfall zum Flutkanal westlich von Poigern, Gde. Egenhofen, Lkr. Fürstenfeldbruck	Mündung in die Amper, Gde. Allershausen, Lkr. Freising	
15	1.1.8	Götzinger Achen	Ausfluss aus dem Waginger See, Gde. Petting, Lkr. Traunstein	Mündung in die Salzach, Stadt Tittmoning, Lkr. Traunstein	
16	1.1.42	Gröbenbach	Einmündung des Langwieder Bachs bei Gröbenried, Gde. Bergkirchen, Lkr. Dachau	Mündung in die Amper in der Großen Kreisstadt Dachau, Lkr. Dachau	
17	1.1.9	Große Vils	Einmündung des Bierbachs, Gde. Taufkirchen (Vils), Lkr. Erding	Grenze zum Regierungsbezirk Niederbayern, Gde. Taufkirchen (Vils), Lkr. Erding	
18	1.1.36	Goldach zur Isar	Austrittsstelle aus dem Hinterwassergraben des Speichersees, Gde. Aschheim, Lkr. München	Mündung in die Isar, Gde. Langenbach, Lkr. Freising	
19	1.1.37	Goldach zur Isen	Brücke der Gemeindeverbindungsstraße Armstorf – Mayerhof, Gde. Sankt Wolfgang, Lkr. Erding	Mündung in die Isen, Gde. Schwindegg, Lkr. Mühldorf a.Inn	
20	1.1.43	Hauptkanal	Einmündung des Fruchtheimer Grabens westlich von Karlsruh, Gde. Karlskron, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Zusammenfluss mit dem Ziegelgraben an der Grenze zum Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm, Gde. Karlskron, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	
21	1.1.10	Ilm	Landkreisgrenze Pfaffenhofen a.d.Ilm/Dachau, Gde. Jetzendorf, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	Teilungswehr bei Hartacker, Stadt Vohburg a.d.Donau, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	
22	1.1.11	Isen	Einmündung des Schinderbachs unterhalb des Marktes Isen, Lkr. Erding	Einmündung der Goldach, Gde. Schwindegg, Lkr. Mühldorf a.Inn	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
23	1.1.12	Kaltenbach	Zusammenfluss des Aubachs und des Jenbachs, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Mündung in die Mangfall, Stadt Rosenheim	einschließlich Auerbach
24	1.1.14	Kleine Paar	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben bei Grasmühle, Markt Burgheim, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Mündung in die Friedberger Ach, Markt Rennertshofen, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	
25	1.1.44	Lindenbach/ Ramsach (Mühlbach)	Einmündung eines Entwässerungsgrabens ca. 380 m östlich der Straßenbrücke der Ortsverbindungsstraße Murnau-Westried – Aschau, Markt Murnau a.Staffelsee, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach bei Achrain (Floßgasse), Markt Murnau a.Staffelsee, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
26	1.1.15	Maisach	100 m östlich der Landkreisgrenze Dachau/Fürstenfeldbruck, Gde. Bergkirchen, Lkr. Dachau	Mündung in die Amper, Große Kreisstadt Dachau, Lkr. Dachau	
27	1.1.45	Mauerner Bach	Einmündung des Hörgertshausener Bachs, Gde. Mauern, Lkr. Freising	Mündung in die Amper westlich der Bahnbrücke, Stadt Moosburg a.d.Isar, Lkr. Freising	
28	1.1.16	Mörnbach	Teilungsbauwerk im Markt Tüßling, Lkr. Altötting	Straßenbrücke der B 12, Stadt Altötting, Lkr. Altötting	
29	1.1.46	Moosach zur Attel	Einmündung des Triebwerkskanals unterhalb des ehem. Sägewerks, Gde. Bruck, Lkr. Ebersberg	Mündung in die Attel bei Holzen, Gde. Aßling, Lkr. Ebersberg	ohne Alte Moosach
30	1.1.17	Moosach zur Isar	Straßenbrücke in Massenhausen, Gde. Neufahrn b.Freising, Lkr. Freising	Mündung in die Isar bei Oberhummel, Gde. Langenbach, Lkr. Freising	einschließlich Schleifermoosach und Herrenmoosach
31	1.1.18	Murn	Einmündung der Zillhamer Achen, Gde. Amerang, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, Gde. Griesstätt, Lkr. Rosenheim	
32	1.1.47	Paar	Brücke der Bahnlinie Mering – Weilheim in Egling a.d.Paar, Gde. Egling a.d.Paar, Lkr. Landsberg am Lech	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben nördlich von Heinrichshofen, Gde. Egling a.d.Paar, Lkr. Landsberg am Lech	
33	1.1.51	Rott/Alte Ammer	Einmündung des Michelbachs nordöstlich von Unterstillern, Gde. Raisting, Lkr. Weilheim-Schongau	Mündung in den Ammersee, Markt Dießen am Ammersee, Lkr. Landsberg am Lech	
34	1.1.20	Rott zum Inn	Brücke der St 2091 bei Brodfurth, Gde. Lohkirchen, Lkr. Mühldorf a.Inn	Grenze zum Regierungsbezirk Niederbayern östlich von Grafing, Stadt Neumarkt-St. Veit, Lkr. Mühldorf a.Inn	
35	1.1.21	Sandrach	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben 700 m bei der Brücke Klingsmoos-Grimolzhausen, Gde. Königsmoos, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Mündung in die Paar, Markt Manching, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	Donaumoos-Ach und Alte Sandrach
36	1.1.22	Eittinger Fehlbach (Saubach)	Teilungsbauwerk in der Großen Kreisstadt Erding, Lkr. Erding	Mündung in den Mittleren Isar-Kanal, Gde. Eitting, Lkr. Erding	
37	1.1.23	Schutter	Landkreisgrenze Neuburg-Schrobenhausen/ Eichstätt ca. 660 m oberhalb der Brücke an der Feldmühle, Markt Rennertshofen, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Mündung in die Donau, Stadt Ingolstadt	einschließlich Künettegraben und Schutter-Flutkanal (Ludlgraben)
38	1.1.24	Schwarzach zur Altmühl	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken nordwestlich des Marktes Kinding, Lkr. Eichstätt	Mündung in die Altmühl, Markt Kinding, Lkr. Eichstätt	
39	1.1.48	Schwillach	Einmündung des Unterwasserkanals des Triebwerks Keckmühle, Gde. Wörth, Lkr. Erding	Mündung in die Sempt nordwestlich von Wörth, Gde. Wörth, Lkr. Erding	
40	1.1.26	Sempt (Anzinger Sempt)	Straßenbrücke bei Wolfmühle, Gde. Forstinning, Lkr. Ebersberg	Mündung in den Mittleren Isar-Kanal bei Spörerau, Gde. Wang, Lkr. Freising	
41	1.1.49	Singold	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben südlich von Holzhausen, Gde. Igling, Lkr. Landsberg am Lech	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben nordwestlich von Rollmühle, Gde. Igling, Lkr. Landsberg am Lech	
42	1.1.27	Strogen	Einmündung des Hammerbachs bei Operding, Gde. Walpertskirchen, Lkr. Erding	Mündung in die Sempt, Gde. Langenpreising, Lkr. Erding	
43	1.1.28	Sulz	Ausleitungsbauwerk Bundeswasserstraße Main-Donau-Kanal, Stadt Beilngries, Lkr. Eichstätt	Mündung in die Altmühl, Stadt Beilngries, Lkr. Eichstätt	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
44	1.1.29	Sur	Einmündung der Oberteisendorfer Ache, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Salzach, Stadt Laufen, Lkr. Berchtesgadener Land	
45	1.1.38	Ussel	Landkreisgrenze Neuburg-Schrobenhausen/ Donau-Ries, Markt Rennertshofen, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Mündung in die Donau, Markt Rennertshofen, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	einschließlich Flutkanal
46	1.1.50	Verlorener Bach	Einmündung des Fehlbachs an der Mahlmühle in Weil, Gde. Weil, Lkr. Landsberg am Lech	Nach dem Teilungswehr bei Prittriching: Auslauf der Flutmulde in den Lechauen, Gde. Prittriching, Lkr. Landsberg am Lech	
47	1.1.30	Weilach	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben südlich von Weilenbach, Gde. Gachenbach, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Mündung in die Paar, Stadt Schrobenhausen, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	
48	1.1.31	Windach	Auslaufbauwerk des Windachspeichers, Gde. Finning, Lkr. Landsberg am Lech	Mündung in die Amper, Gde. Eching am Ammersee, Lkr. Landsberg am Lech	
49	1.1.32	Wolnzach	Zusammenfluss des Geisenhausener Bachs und des Geroldsbachs in Geroldshausen, Markt Wolnzach, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	Mündung in die Ilm, Gde. Rohrbach, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	einschließlich Lehenbach
50	**2.**	**Regierungsbezirk Niederbayern**			
51	**2.1**	**Stromgebiet der Donau**			
52	2.1.1	Abens	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern südlich der Stadt Mainburg, Lkr. Kelheim	Einmündung des Siegbachs, Markt Siegenburg, Lkr. Kelheim	
53	2.1.2	Aiterach	Einmündung des Kirchholzgrabens bei Dengkofen, Gde. Mengkofen, Lkr. Dingolfing-Landau	Mündung in die Donau nördlich von Ittling, Stadt Straubing	
54	2.1.19	Altbach	Einmündung des Eschbachs südöstlich von Nuppling, Markt Triftern, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in die Rott nördlich von Anzenkirchen, Markt Triftern, Lkr. Rottal-Inn	
55	2.1.3	Bina	Einmündung des Kühbachs in Dirnaich, Markt Gangkofen, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in die Rott östlich des Marktes Massing, Lkr. Rottal-Inn	einschließlich Altbina
56	2.1.20	Bogenbach	Einmündung des Dummbachs südlich von Hunderdorf, Gde. Hunderdorf, Lkr. Straubing-Bogen	Mündung in die Donau in der Stadt Bogen, Lkr. Straubing-Bogen	
57	2.1.4	Erlau	Einmündung des Saußbachs südwestlich der Stadt Waldkirchen, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Donau bei Erlau, Markt Obernzell, Lkr. Passau	
58	2.1.5	Gaißa	Zusammenfluss der Großen und der Kleinen Ohe, Gde. Aicha vorm Wald, Lkr. Passau	Mündung in die Donau bei Schalding links d. Donau, Stadt Passau	
59	2.1.21	Grasenseer Bach	Einmündung des Gollerbachs bei Wühr, Gde. Postmünster, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in die Rott nördlich von Untergrasensee, Stadt Pfarrkirchen, Lkr. Rottal-Inn	
60	2.1.6	Große Laber	Einmündung des Lauterbachs westlich der Stadt Rottenburg a.d.Laaber, Lkr. Landshut	Grenze zum Regierungsbezirk Oberpfalz im Markt Langquaid, Lkr. Kelheim	
61			Grenze zum Regierungsbezirk Oberpfalz, ca. 400 m unterhalb der Einmündung des Hochwiesenbaches, Gde. Laberweinting, Lkr. Straubing-Bogen	Grenze zum Regierungsbezirk Oberpfalz, ca. 1500 m unterhalb der Einmündung des Hochwiesenbaches, Gde. Laberweinting, Lkr. Straubing-Bogen	
62	2.1.22	Große Ohe (zur Gaißa)	Einmündung des Holzmühlbachs bei Hofstetten, Markt Eging a.See, Lkr. Passau	Zusammenfluss mit der Kleinen Ohe, Gde. Aicha vorm Wald, Lkr. Passau	
63	2.1.7	Große Ohe (zur Ilz)	Einmündung des Bründlreuthgrabens bei Rehbruck, Gde. Spiegelau, Lkr. Freyung-Grafenau	Zusammenfluss mit der Kleinen Ohe östlich von Eberhardsreuth, Markt Schönberg, Lkr. Freyung-Grafenau	
64	2.1.8	Großer Regen	Einmündung der Großen Deffernik nördlich von Ludwigsthal, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Zusammenfluss mit dem Kleinen Regen in der Stadt Zwiesel, Lkr. Regen	
65	2.1.9	Große Vils	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern südwestlich des Marktes Velden, Lkr. Landshut	Zusammenfluss mit der Kleinen Vils, Gde. Gerzen, Lkr. Landshut	
66	2.1.10	Hengersberger Ohe	Einmündung des Auerbächleins, Gde. Auerbach, Lkr. Deggendorf	Mündung in die Donau bei Markt Winzer, Lkr. Deggendorf	
67	2.1.11	Ilz	Zusammenfluss der Großen und der Kleinen Ohe östlich von Eberhardsreuth, Markt Schönberg, Lkr. Freyung-Grafenau	Einmündung der Wolfsteiner Ohe, Gde. Fürsteneck, Lkr. Freyung-Grafenau	
68	2.1.23	Kinsach	Einmündung des Sockabachs, Gde. Ascha, Lkr. Straubing-Bogen	Mündung in die Donau in der Stadt Bogen, Lkr. Straubing-Bogen	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
69	2.1.12	Kleine Laber	Einmündung des Altensdorfer Bachs bei Hebramsdorf, Gde. Neufahrn i.NB, Lkr. Landshut	Mündung in die Große Laber bei Wallmühle, Gde. Atting, Lkr. Straubing-Bogen	
70	2.1.24	Kleine Ohe zur Ilz (Grafenauer Ohe)	Einmündung des Grüber Bachs westlich der Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Zusammenfluss mit der Großen Ohe östlich von Eberhardsreuth, Markt Schönberg, Lkr. Freyung-Grafenau	
71	2.1.25	Kleiner Regen	Einmündung der Flanitz bei Flanitz, Gde. Frauenau, Lkr. Regen	Zusammenfluss mit dem Großen Regen in der Stadt Zwiesel, Lkr. Regen	
72	2.1.13	Kleine Vils	Einmündung des Narrenstettener Grabens bei Stützenbruck, Markt Geisenhausen, Lkr. Landshut	Zusammenfluss mit der Großen Vils, Gde. Gerzen, Lkr. Landshut	
73	2.1.14	Kollbach	Einmündung des Feilenbachs bei Unterfailnbach, Markt Reisbach, Lkr. Dingolfing-Landau	Mündung in die Vils bei Ehrnstorf, Gde. Roßbach, Lkr. Rottal-Inn	
74	2.1.26	Mitternacher Ohe	Einmündung des Kreuzbächleins südlich von Almosenreuth, Markt Schönberg, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Große Ohe südlich von Unterhüttensölden, Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	
75	2.1.27	Osterbach	Einmündung des Grillabachs westlich von Schiefweg, Stadt Waldkirchen, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Wolfsteiner Ohe östlich von Ohbruck, Gde. Fürsteneck, Lkr. Freyung-Grafenau	
76	2.1.15	Pfettrach	Einmündung des Further Bachs südlich von Arth, Gde. Furth, Lkr. Landshut	Mündung in die Flutmulde der Isar in der Stadt Landshut	
77	2.1.28	Reißinger Bach	Einmündung des Saubachs westlich des Marktes Wallersdorf, Lkr. Dingolfing-Landau	Bis zur Abzweigung der Flutmulde westlich von Kleinweichs, Gde. Otzing, Lkr. Deggendorf	
78	2.1.16	Rott zum Inn	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern westlich des Marktes Massing, Lkr. Rottal-Inn	Einmündung der Bina, Markt Massing, Lkr. Rottal-Inn	
79	2.1.29	Saußbach (Saußwasser)	Einmündung des Windischbachs westlich von Heldengut, Gde. Hinterschmiding, Lkr. Freyung-Grafenau	Zusammenfluss mit dem Reschbach nordwestlich der Stadt Freyung, Lkr. Freyung-Grafenau	
80	2.1.30	Schambach	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern östlich von Frauenberghausen, Stadt Riedenburg, Lkr. Kelheim	Mündung in die Altmühl in der Stadt Riedenburg, Lkr. Kelheim	
81	2.1.17	Kleine Sempt	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern westlich von Berghofen, Gde. Eching, Lkr. Landshut	Mündung in den Stauweiher des Mittleren Isar-Kanals bei Weixerau, Gde. Eching, Lkr. Landshut	
82	2.1.31	Sulzbach	Einmündung des Haibachs bei Gerbersdorf, Gde. Johanniskirchen, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in die Vils bei Freundorf, Gde. Aldersbach, Lkr. Passau	
83	2.1.32	Teisnach	Einmündung des Flinsbachs, Gde. Patersdorf, Lkr. Regen	Mündung in den Schwarzen Regen im Markt Teisnach, Lkr. Regen	
84	2.1.18	Wolfach	Einmündung des Würdinger Bachs südlich des Marktes Ortenburg, Lkr. Passau	Mündung in die Donau östlich der Stadt Vilshofen an der Donau, Lkr. Passau	
85	2.1.33	Wolfsteiner Ohe	Zusammenfluss des Saußbachs mit dem Reschbach nordwestlich der Stadt Freyung, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Ilz, Gde. Fürsteneck, Lkr. Freyung-Grafenau	
86	**3.**	**Regierungsbezirk Oberpfalz**			
87	**3.1**	**Stromgebiet der Donau**			
88	3.1.1	Ascha	Brücke bei Hohenthal, Gde. Dieterskirchen, Lkr. Schwandorf	Mündung in die Schwarzach westlich der Stadt Neunburg vorm Wald, Lkr. Schwandorf	
89	3.1.2	Bayerische Schwarzach	Auslauf des Wasserspeichers Silbersee, Gde. Tiefenbach, Lkr. Cham	Mündung in die Schwarzach bei Kritzenast, Stadt Waldmünchen, Lkr. Cham	
90	3.1.38	Breitenbrunner Laber (Wissinger Laber)	Einmündung der Bachhaupter Laber im Markt Breitenbrunn, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Zusammenfluss mit der Unterbürger Laber bei Haas, Stadt Dietfurt a.d.Altmühl, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	
91	3.1.3	Chamb	Staatsgrenze zur Tschechischen Republik nordöstlich des Marktes Eschlkam, Lkr. Cham	Mündung in den Regen östlich der Stadt Cham, Lkr. Cham	einschließlich Drachensee
92	3.1.4	Creußen	Einmündung des Scherbachs, Gde. Speinshart, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	Mündung in die Haidenaab südlich von Hammergmünd, Stadt Grafenwöhr, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
93	3.1.26	Ehenbach	Einmündung des Richtbachs östlich von Seblasmühle, Stadt Schnaittenbach, Lkr. Amberg-Sulzbach	Mündung in die Naab nördlich von Unterköblitz, Markt Wernberg-Köblitz, Lkr. Schwandorf	
94	3.1.27	Fensterbach	Einmündung des Lintacher Bachs, Gde. Freudenberg, Lkr. Amberg-Sulzbach	Mündung in die Naab bei Münchshöf, Große Kreisstadt Schwandorf, Lkr. Schwandorf	
95	3.1.28	Fichtelnaab	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken nordwestlich von Grünberg, Gde. Brand, Lkr. Tirschenreuth	Zusammenfluss mit der Tirschenreuther Waldnaab nördlich der Stadt Windischeschenbach, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
96	3.1.6	Floß	Einmündung der Girnitz östlich der Stadt Neustadt a.d.Waldnaab, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	Mündung in die Waldnaab in der Stadt Neustadt a.d.Waldnaab, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
97	3.1.29	Forellenbach	Straßenbrücke der St 2234 Hohenfels – Rohrbach unterhalb von Winklmühle, Markt Hohenfels, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Mündung in die Vils bei Rohrbach, Markt Kallmünz, Lkr. Regensburg	
98	3.1.30	Freybach	Einmündung des Haselbachs nördlich von Kuchelshof, Markt Eschlkam, Lkr. Cham	Mündung in den Chamb südlich von Kleinaign, Markt Eschlkam, Lkr. Cham	
99	3.1.7	Große Laber	Grenze zum Regierungsbezirk Niederbayern, Markt Schierling, Lkr. Regensburg	Teilung der Großen Laber und der Hartlaber bei Haidenkofen, Gde. Sünching, Lkr. Regensburg	
100	3.1.39	Gruberbach (Kaitersbach)	Straßenbrücke über den Gruberbach bei Leckern, Stadt Bad Kötzting, Lkr. Cham	Mündung in den Weißen Regen südlich der Stadt Bad Kötzting, Lkr. Cham	
101	3.1.8	Haidenaab	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken bei Schleckenhof, Stadt Kemnath, Lkr. Tirschenreuth	Einmündung der Creußen südlich von Hammergmünd, Stadt Grafenwöhr, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
102	3.1.31	Haselbach	Brücke bei Gut Sitzenhof, Große Kreisstadt Schwandorf, Lkr. Schwandorf	Mündung in die Naab südlich von Ettmannsdorf, Große Kreisstadt Schwandorf, Lkr. Schwandorf	
103	3.1.40	Hüttenbach	Einmündung des Schwärzerbachs westlich von Geiselhof, Gde. Schmidgaden, Lkr. Schwandorf	Mündung in die Naab im Markt Schwarzenfeld, Lkr. Schwandorf	
104	3.1.9	Klinglbach	Grenze zum Regierungsbezirk Niederbayern südlich von Altrandsberg, Gde. Miltach, Lkr. Cham	Mündung in den Regen, Gde. Miltach, Lkr. Cham	
105	3.1.10	Knöblinger Bach	Einmündung des Pentinger Bachs südlich von Untertraubenbach, Stadt Cham, Lkr. Cham	Mündung in den Regen nördlich von Untertraubenbach, Stadt Cham, Lkr. Cham	
106	3.1.11	Lauterach	Unterwasser der Fischermühle bei Brunn, Markt Lauterhofen, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Mündung in die Vils im Markt Schmidmühlen, Lkr. Amberg-Sulzbach	
107	3.1.32	Luhe	Einmündung des Leraubachs nordwestlich des Marktes Leuchtenberg, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	Mündung in die Naab in Luhe, Markt Luhe-Wildenau, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
108	3.1.12	Murach	Einmündung des Steinbachs nördlich von Nottersdorf, Gde. Niedermurach, Lkr. Schwandorf	Mündung in die Schwarzach bei Zangenstein, Markt Schwarzhofen, Lkr. Schwandorf	
109	3.1.33	Otterbach	Einmündung des Adlmannsteiner Bachs in Lichtenwald, Gde. Altenthann, Lkr. Regensburg	Mündung in die Donau in Sulzbach a.d.Donau, Markt Donaustauf, Lkr. Regensburg	
110	3.1.13	Pfatter	Einmündung des Wolkeringer Mühlbachs in Köfering, Gde. Köfering, Lkr. Regensburg	Mündung in die Donau westlich von Pfatter, Gde. Pfatter, Lkr. Regensburg	
111	3.1.14	Pfreimd	Staatsgrenze zur Tschechischen Republik nordöstlich des Marktes Eslarn, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	Mündung in die Naab in der Stadt Pfreimd, Lkr. Schwandorf	einschließlich Katharinabach
112	3.1.34	Quadfeldmühlbach	Ausleitung aus dem Regen bei Altenstadt, Stadt Cham, Lkr. Cham	Wiedereinleitung in den Regen bei Michelsdorf, Stadt Cham, Lkr. Cham	
113	3.1.35	Röthenbach	Einmündung des Hainbachs östlich von Röthenbach, Markt Kohlberg, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	Mündung in die Haidenaab, Gde. Weiherhammer, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
114	3.1.36	Rosenbach	Brücke der Staatsstraße 2040 ca. 800 m oberhalb der Kläranlage, Stadt Sulzbach-Rosenberg, Lkr. Amberg-Sulzbach	Mündung in die Vils bei Speckshof, Gde. Poppenricht, Lkr. Amberg-Sulzbach	
115	3.1.15	Schwarzach zur Naab	Auslauf des Wasserspeichers Perlsee, Stadt Waldmünchen, Lkr. Cham	Eixendorfer See, Stadt Neunburg vorm Wald, Lkr. Schwandorf (ohne Wasserspeicher)	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
116	3.1.16	Schwarzach zur Altmühl	Einmündung des Hengerbachs bei Schwarzach, Markt Pyrbaum, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken westlich von Höfen, Stadt Freystadt, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	
117	3.1.17	Schwarze Laber	Durchlass Kreisstraße NM 25 westlich von Deusmauer, Stadt Velburg, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Mündung in die Donau nordöstlich von Sinzing, Gde. Sinzing, Lkr. Regensburg	
118	3.1.18	Sulz zur Altmühl	Straßenbrücke bei Wettenhofen, Gde. Mühlhausen, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Mündung in den Main-Donau-Kanal südlich der Stadt Berching, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	
119	3.1.19	Thumbach	Grenze des Truppenübungsplatzes bei Rosenhof, Stadt Grafenwöhr, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	Mündung in die Creußen in der Stadt Grafenwöhr, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
120	3.1.20	Tirschenreuther Waldnaab	Auslauf des Hochwasserspeichers Liebenstein, Markt Plößberg, Lkr. Tirschenreuth	Zusammenfluss mit der Fichtelnaab, Stadt Windischeschenbach, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
121	3.1.41	Unterbürger Laber (Kleine Laber)	Unterwasser der Buttenmühle bei Rudersdorf, Stadt Berching, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Zusammenfluss mit der Breitenbrunner Laber bei Haas, Stadt Dietfurt a.d.Altmühl, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	
122	3.1.21	Vils zur Naab	Böckelmühle nördlich von Seugast, Markt Freihung, Lkr. Amberg-Sulzbach	Einmündung des Ammerbachs in der Stadt Amberg	
123	3.1.23	Weiße Laber	Zusammenfluss von Breitenbrunner Laber und Unterbürger Laber bei Haas, Stadt Dietfurt a.d.Altmühl, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Mündung in die Altmühl südwestlich der Stadt Dietfurt a.d.Altmühl, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	
124	3.1.24	Weißer Regen	Einmündung des Perlesbachs bei Zackermühle, Gde. Lohberg, Lkr. Cham	Zusammenfluss mit dem Schwarzen Regen südwestlich der Stadt Bad Kötzting, Lkr. Cham	
125	3.1.37	Wiesent	Einmündung des Rupertsbühler Bachs westlich von Dietersweg, Gde. Wiesent, Lkr. Regensburg	Mündung in die Donau unterhalb Tiefenthal, Stadt Wörth a.d.Donau, Lkr. Regensburg	
126	3.1.25	Zelzer Bach	Einmündung des Grüblbachs nördlich von Zelz, Gde. Weiding, Lkr. Cham	Mündung in den Chamb, Gde. Weiding, Lkr. Cham	
127	3.1.42	Zottbach	Einmündung des Mühlbachs südlich von Hagenmühle, Stadt Pleystein, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	Mündung in die Pfreimd südlich von Lohma, Stadt Pleystein, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
128	**3.2**	**Stromgebiet des Rheins**			
129	3.2.2	Flembach	Einmündung des Speckbachs östlich von Michelfeld, Stadt Auerbach i.d.OPf., Lkr. Amberg-Sulzbach	Mündung in die Pegnitz westlich von Michelfeld, Stadt Auerbach i.d.OPf., Lkr. Amberg-Sulzbach	
130	3.2.1	Schwarzach zur Rednitz	Einmündung der Pilsach südlich von Loderbach, Gde. Berg b.Neumarkt i.d.OPf., Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken nordwestlich von Gnadenberg, Gde. Berg b.Neumarkt i.d.OPf., Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	
131	**3.3**	**Stromgebiet der Elbe**			
132	3.3.1	Wondreb	Einmündung des Michaelsbachs südöstlich von Wondreb, Stadt Tirschenreuth, Lkr. Tirschenreuth	Staatsgrenze zur Tschechischen Republik nordöstlich der Stadt Waldsassen, Lkr. Tirschenreuth	
133	**4.**	**Regierungsbezirk Oberfranken**			
134	**4.1**	**Stromgebiet der Donau**			
135	4.1.1	Haidenaab	Einmündung des Tauritzbachs südlich von Göppmannsbühl, Gde. Speichersdorf, Lkr. Bayreuth	Grenze zum Regierungsbezirk Oberpfalz bei Teufelshammer, Gde. Speichersdorf, Lkr. Bayreuth	
136	**4.2**	**Stromgebiet des Rheins**			
137	4.2.36	Ailsbach (Aßbach)	Einmündung des Gartentalbachs bei Schweinsmühle, Gde. Ahorntal, Lkr. Bayreuth	Mündung in die Püttlach in Behringersmühle, Markt Gößweinstein, Lkr. Forchheim	
138	4.2.37	Alster	Einmündung des Buchgrabens südwestlich von Rothenberg, Stadt Seßlach, Lkr. Coburg	Grenze zum Regierungsbezirk Unterfranken südöstlich von Setzelsdorf, Stadt Seßlach, Lkr. Coburg	
139	4.2.29	Aufseß	Hochstahler Tal bei Draisendorf, Markt Wiesenttal, Lkr. Forchheim	Mündung in die Wiesent bei Doos, Stadt Waischenfeld, Lkr. Bayreuth	
140	4.2.1	Aurach	Einmündung des Seeholzgrabens bei Neuhausen, Gde. Priesendorf, Lkr. Bamberg	Mündung in die Regnitz östlich von Neuhaus, Gde. Pettstadt, Lkr. Bamberg	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
141	4.2.2	Baunach	Grenze zum Regierungsbezirk Unterfranken westlich von Obermanndorf, Gde. Reckendorf, Lkr. Bamberg	Mündung in den Main südlich der Stadt Baunach, Lkr. Bamberg	
142	4.2.30	Föritz	Landesgrenze zu Thüringen nördlich von Schwarzdorf, Markt Mitwitz, Lkr. Kronach	Mündung in die Steinach im Markt Mitwitz, Lkr. Kronach	
143	4.2.38	Friesenbach	Einmündung des Aubachs östlich von Döllnitz, Markt Kasendorf, Lkr. Kulmbach	Mündung in den Roten Main westlich von Dreschen, Gde. Neudrossenfeld, Lkr. Kulmbach	
144	4.2.39	Gründleinsbach	Brücke der A 70 nordwestlich von Memmelsdorf, Gde. Memmelsdorf, Lkr. Bamberg	Mündung in den Main nördlich der Stadt Hallstadt. Lkr. Bamberg	
145	4.2.47	Haslach	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken südlich der Anschlussstelle Schlüsselfeld der BAB A 3, Stadt Schlüsselfeld, Lkr. Bamberg	Mündung in die Reiche Ebrach westlich von Elsendorf, Stadt Schlüsselfeld, Lkr. Bamberg	
146	4.2.3	Haßlach	Einmündung der Tettau südlich des Marktes Pressig, Lkr. Kronach	Mündung in die Rodach in der Stadt Kronach, Lkr. Kronach	
147	4.2.40	Helling	Landesgrenze zu Thüringen westlich von Gleismuthhausen, Stadt Seßlach, Lkr. Coburg	Mündung in die Kreck nordwestlich von Autenhausen, Stadt Seßlach, Lkr. Coburg	
148	4.2.5	Kreck	Landesgrenze zu Thüringen nördlich von Autenhausen, Stadt Seßlach, Lkr. Coburg	Mündung in die Rodach südöstlich von Gemünda, Stadt Seßlach, Lkr. Coburg	
149	4.2.6	Kronach zur Rodach	Zusammenfluss des Grümpelbachs und der Kremnitz bei Fehnenschneidmühle, Gde. Wilhelmsthal, Lkr. Kronach	Mündung in die Haßlach in der Stadt Kronach, Lkr. Kronach	
150	4.2.20	Kronach zum Weißen Main	Einmündung des Kuhbachs bei Kottersreuth, Stadt Goldkronach, Lkr. Bayreuth	Mündung in den Weißen Main in Kremitz, Gde. Himmelkron, Lkr. Kulmbach	
151	4.2.31	Lauter	Einmündung des Katzenbachs östlich von Appendorf, Gde. Lauter, Lkr. Bamberg	Mündung in die Baunach in der Stadt Baunach, Lkr. Bamberg	
152	4.2.7	Lauter zur Itz (Lauterbach)	Einmündung des Weißbachs bei Tiefenlauter, Gde. Lautertal, Lkr. Coburg	Mündung in die Itz in der Stadt Coburg	einschließlich Flutgraben zwischen Fluss-km 1,050 und Fluss-km 1,800
153	4.2.41	Lauterbach zum Main	Zusammenfluss von Döberten und Döritz in Stublang, Stadt Bad Staffelstein, Lkr. Lichtenfels	Mündung in den Main bei Unnersdorf, Stadt Bad Staffelstein, Lkr. Lichtenfels	einschließlich rechter und linker Lauterbacharm zwischen Fluss-km 2,480 und Fluss-km 2,780
154	4.2.32	Leinleiterbach	Einmündung des Neumühlbachs im Markt Heiligenstadt i.OFr., Lkr. Bamberg	Mündung in die Wiesent bei Gasseldorf, Stadt Ebermannstadt, Lkr. Forchheim	
155	4.2.8	Leitenbach	Einmündung des Würgauer Bachs bei der Stadt Scheßlitz, Lkr. Bamberg	Mündung in den Main, Gde. Kemmern, Lkr. Bamberg	
156	4.2.42	Mistel	Einmündung des Forkendorfer Bachs südlich von Geigenreuth, Stadt Bayreuth	Mündung in den Roten Main in der Stadt Bayreuth	
157	4.2.9	Mittelebrach	Einmündung des Steinachbachs bei Untersteinach, Markt Burgwindheim, Lkr. Bamberg	Mündung in die Rauhe Ebrach südlich von Grasmannsdorf, Markt Burgebrach, Lkr. Bamberg	
158	4.2.43	Ölschnitz zum Roten Main	Zusammenfluss von Bieberswöhrbach und Laimbach bei Seidelmühle, Gde. Emtmannsberg, Lkr. Bayreuth	Mündung in den Roten Main bei Bruckmühle, Markt Weidenberg, Lkr. Bayreuth	
159	4.2.33	Ölschnitz zum Weißen Main	Einmündung des Lübnitzbachs bei Lützenreuth, Stadt Gefrees, Lkr. Bayreuth	Mündung in den Weißen Main in der Stadt Bad Berneck i.Fichtelgebirge, Lkr. Bayreuth	
160	4.2.10	Fichtenohe/Pegnitz	Einmündung des Weihergrabens nordöstlich von Buchau, Stadt Pegnitz, Lkr. Bayreuth	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken südlich von Hainbronn, Stadt Pegnitz, Lkr. Bayreuth	
161	4.2.11	Püttlach	Einmündung des Griesbachs bei Oberhauenstein, Stadt Pegnitz, Lkr. Bayreuth	Mündung in die Wiesent bei Behringersmühle, Markt Gößweinstein, Lkr. Forchheim	einschließlich Mühlkanal in Pottenstein zwischen Fluss-km 7,800 und Fluss-km 8,060
162	4.2.12	Rauhe Ebrach	Grenze zum Regierungsbezirk Unterfranken bei Halbersdorf, Gde. Schönbrunn i.Steigerwald, Lkr. Bamberg	Mündung in die Regnitz nordöstlich von Pettstadt, Gde. Pettstadt, Lkr. Bamberg	
163	4.2.13	Reiche Ebrach	Grenze zum Regierungsbezirk Unterfranken bei Heuchelheim, Stadt Schlüsselfeld, Lkr. Bamberg	Mündung in die Regnitz bei Erlach, Markt Hirschaid, Lkr. Bamberg	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
164	4.2.14	Röden	Landesgrenze zu Thüringen nordöstlich von Wildenheid, Große Kreisstadt Neustadt b.Coburg, Lkr. Coburg	Mündung in die Itz südwestlich von Oeslau, Stadt Rödental, Lkr. Coburg	einschließlich Aalgraben zwischen Fluss-km 1,770 und Fluss-km 2,550
165	4.2.15	Rodach zum Main	Einmündung der Nurner Ködel bei Mauthaus, Markt Nordhalben, Lkr. Kronach	Einmündung der Wilden Rodach bei Schnabrichsmühle, Markt Steinwiesen, Lkr. Kronach	
166	4.2.16	Rodach zur Itz	Landesgrenze zu Thüringen bei Roßfeld, Stadt Bad Rodach, Lkr. Coburg	Mündung in die Itz nordwestlich von Kaltenbrunn, Gde. Itzgrund, Lkr. Coburg	einschließlich Froschgraben zwischen Fluss-km 7,515 und Fluss-km 9,045 ausschließlich Gewässerverlauf in Thüringen
167	4.2.17	Roter Main	Einmündung des Gosenbachs bei Boden, Stadt Creußen, Lkr. Bayreuth	Einmündung der Mistel in der Stadt Bayreuth	
168	4.2.18	Schorgast	Einmündung des Koserbachs im Markt Wirsberg, Lkr. Kulmbach	Mündung in den Weißen Main südwestlich von Kauerndorf, Gde. Ködnitz, Lkr. Kulmbach	einschließlich rechter Nebenarm zwischen Fluss-km 3,940 und Fluss-km 5,120
169	4.2.19	Schwabach	Einmündung des Aubachs bei Weidenmühle, Markt Igensdorf, Lkr. Forchheim	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken südwestlich von Dormitz, Gde. Dormitz, Lkr. Forchheim	einschließlich rechter Schwabacharm zwischen Fluss-km 16,300 und Fluss-km 17,600
170	4.2.21	Sulzbach	Einmündung des Grabens auf Flur-Nr. 129 der Gemarkung Neuses b.Coburg, Stadt Coburg	Mündung in den Lauter zur Itz (Lauterbach) in Neuses b.Coburg, Stadt Coburg	
171	4.2.44	Tambach	Zusammenfluss von Augraben und Wohl in Altenhof, Gde. Weitramsdorf, Lkr. Coburg	Mündung in die Rodach nördlich der Stadt Seßlach, Lkr. Coburg	
172	4.2.45	Trebgast	Einmündung des Schaitzer Bachs bei Zoltmühle, Gde. Neudrossenfeld, Lkr. Kulmbach	Mündung in den Weißen Main, Gde. Trebgast, Lkr. Kulmbach	
173	4.2.22	Trubach	Einmündung des Großenoher Bachs bei Untertrubach, Gde. Obertrubach, Lkr. Forchheim	Mündung in die Wiesent bei Markt Pretzfeld, Lkr. Forchheim	einschließlich rechter Trubacharm in Pretzfeld von der Einmündung in die Wiesent bis Fluss-km 2,780 und rechter Trubacharm in Unterzaunsbach zwischen Fluss-km 5,480 und Fluss-km 5,780
174	4.2.34	Truppach	Zusammenfluss des Weidenbachs und des Seitenbachs bei Obernsees, Gde. Mistelgau, Lkr. Bayreuth	Mündung in die Wiesent bei Eichenmühle, Gde. Plankenfels, Lkr. Bayreuth	einschließlich Flutgraben zwischen Fluss-km 3,950 und Fluss-km 5,100
175	4.2.24	Untere Steinach	Einmündung des Schlackenmühlbachs bei Wildenstein, Markt Presseck, Lkr. Kulmbach	Mündung in die Schorgast südlich der Bundesbahnbrücke, Gde. Untersteinach, Lkr. Kulmbach	
176	4.2.35	Warme Steinach	Einmündung des Steinbachs bei Sophienthal, Markt Weidenberg, Lkr. Bayreuth	Mündung in den Roten Main bei Laineck, Stadt Bayreuth	einschließlich Flutmulde in Weidenberg zwischen Fluss km 14,130 und Fluss-km 14,460
177	4.2.25	Weismain	Einmündung des Schöpfleinsgrabens südlich von Erlach, Stadt Weismain, Lkr. Lichtenfels	Mündung in den Main, Gde. Altenkunstadt, Lkr. Lichtenfels	
178	4.2.26	Weißer Main	Brücke der B 303 in Hinterröhrenhof, Stadt Bad Berneck i.Fichtelgebirge, Lkr. Bayreuth	Einmündung der Trebgast, Gde. Trebgast, Lkr. Kulmbach	
179	4.2.27	Wiesent	Einmündung der Kainach in der Stadt Hollfeld, Lkr. Bayreuth	Einmündung der Püttlach in Behringersmühle, Markt Gößweinstein, Lkr. Forchheim	
180	4.2.28	Wilde Rodach	Einmündung der Zegast östlich von Schübelhammer, Stadt Schwarzenbach a.Wald, Lkr. Hof	Mündung in die Rodach bei Schnabrichsmühle, Markt Steinwiesen, Lkr. Kronach	
181	4.2.46	Zaubach	Zusammenfluss von Katzbach und Zettlitz in Zettlitz, Stadt Stadtsteinach, Lkr. Kulmbach	Mündung in die Untere Steinach in der Stadt Stadtsteinach, Lkr. Kulmbach	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
182	**4.3**	**Stromgebiet der Elbe**			
183	4.3.1	Eger	Auslauf des Weißenstädter Sees in der Stadt Weißenstadt, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	Einmündung der Selb zwischen Schwarzenhammer und Hendelhammer, Markt Thierstein, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	
184	4.3.2	Kössein	Einmündung des Ödweißenbachs in der Großen Kreisstadt Marktredwitz, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	Mündung in die Röslau bei Seußen, Stadt Arzberg, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	
185	4.3.8	Lamitz	Ausleitungsbereich der Überleitung zur Förmitztalsperre westlich von Dörfles, Stadt Kirchenlamitz, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	Mündung in die Sächsische Saale bei Fattigau, Markt Oberkotzau, Lkr. Hof	
186	4.3.9	Loquitz	Landesgrenze zu Thüringen am Grenzübertritt des Gewässers östlich von Lauenhain, Stadt Ludwigsstadt, Lkr. Kronach	Landesgrenze zu Thüringen östlich von Lauenstein bei Falkenstein, Stadt Ludwigsstadt, Lkr. Kronach	
187	4.3.10	Perlenbach	Einmündung des Bocksbachs östlich der Stadt Rehau, Lkr. Hof	Zusammenfluss von Perlenbach und Höllbach in der Stadt Rehau, Lkr. Hof	
188	4.3.3	Röslau	Einmündung des Grötschenbachs, Gde. Tröstau, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	Einmündung der Kössein bei Seußen, Stadt Arzberg, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	
189	4.3.4	Sächsische Saale	Einmündung des Löstenbachs (Haidbaches) bei Saalmühle, Markt Sparneck, Lkr. Hof	Einmündung der Förmitz bei Förbau, Stadt Schwarzenbach a.d.Saale, Lkr. Hof	
190	4.3.5	Schwesnitz	Zusammenfluss von Perlenbach und Höllbach in der Stadt Rehau, Lkr. Hof	Mündung in die Sächsische Saale im Markt Oberkotzau, Lkr. Hof	
191	4.3.11	Selb	Einmündung des Roßbachs bei Stopfersfurth, Große Kreisstadt Selb, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	Mündung in die Eger nordöstlich von Schwarzenhammer, Markt Thierstein, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	
192	4.3.6	Selbitz	Einmündung des Edlendorfer Bachs westlich von Günthersdorf, Stadt Helmbrechts, Lkr. Hof	Mündung in die Sächsische Saale bzw. Landesgrenze zu Thüringen, Gde. Issigau, Lkr. Hof	einschließlich Mühlkanal zwischen Fluss-km 8,500 und Fluss-km 8,900
193	4.3.7	Südliche Regnitz	Staatsgrenze zur Tschechischen Republik bei Prex (Dreiländereck), Gde. Regnitzlosau, Lkr. Hof	Mündung in die Sächsische Saale in der Stadt Hof	
194	**5.**	**Regierungsbezirk Mittelfranken**			
195	**5.1**	**Stromgebiet der Donau**			
196	5.1.1	Altmühl	Einmündung des Furtgrabens bei Oberfelden, Markt Colmberg, Lkr. Ansbach	Einmündung des Großen Aurachbachs bei Neunstetten, Stadt Herrieden, Lkr. Ansbach	
197	5.1.12	Ampfrach	Wegdurchlass an der Bahnlinie Nürnberg – Stuttgart, Gde. Schnelldorf, Lkr. Ansbach	Mündung in die Wörnitz bei Reichenbach, Stadt Feuchtwangen, Lkr. Ansbach	
198	5.1.4	Anlauter	Einmündung des Hirschgrabens westlich von Nennslingen, Markt Nennslingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern unterhalb von Bechthal, Gde. Raitenbuch, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	
199	5.1.13	Erlbacher Mühlbach	Einmündung des Steinbachs östlich von Erlbach, Stadt Leutershausen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Altmühl südlich der Stadt Leutershausen, Lkr. Ansbach	
200	5.1.14	Großer Aurachbach	Kreuzung der Bahnlinie Nürnberg – Stuttgart bei Büchelberg, Stadt Leutershausen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Altmühl bei Neunstetten, Stadt Herrieden, Lkr. Ansbach	
201	5.1.15	Hagenbach	Zusammenfluss von Leimbach und Gastenfelder Bach bei Hagenau, Gde. Buch a.Wald, Lkr. Ansbach	Mündung in die Altmühl nordwestlich der Stadt Leutershausen, Lkr. Ansbach	
202	5.1.16	Kreuthbach	Zusammenfluss von Karrachbach und Aidenauer Bach bei Geslau, Gde. Geslau, Lkr. Ansbach	Mündung in die Altmühl nördlich von Frommetsfelden, Stadt Leutershausen, Lkr. Ansbach	
203	5.1.9	Lentersheimer Mühlbach	Mündung in das Hochwasserrückhaltebecken Lentersheim oberhalb von Lentersheim, Gde. Ehingen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Wörnitz bei Oberaumühle, Stadt Wassertrüdingen, Lkr. Ansbach	einschließlich Hochwasserrückhalte-becken Lentersheim
204	5.1.5	Möhrenbach	Einmündung des Westenbrunnenbachs bei Gundelsheim, Stadt Treuchtlingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	Mündung in die Altmühl in der Stadt Treuchtlingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
205	5.1.17	Rohrach zur Altmühl	Brücke der Gemeindeverbindungsstraße Windischhausen – Wettelsheim bei der Untermühle, Stadt Treuchtlingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	Mündung in die Altmühl bei Bubenheim, Stadt Treuchtlingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	
206	5.1.10	Rohrach zur Wörnitz	Mündung in den Hahnenkamm-See (einschließlich Hahnenkamm-See) unterhalb von Hechlingen, Markt Heidenheim, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben bei Kronhof, Gde. Polsingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	
207	5.1.18	Rothach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Mönchsroth, Gde. Mönchsroth, Lkr. Ansbach	Mündung in die Wörnitz bei Wilburgstetten, Gde. Wilburgstetten, Lkr. Ansbach	
208	5.1.6	Schambach	Feldwegbrücke bei der Potschmühle unterhalb von Suffersheim, Große Kreisstadt Weißenburg i.Bay., Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	Mündung in die Altmühl bei Dietfurt i.MFr., Stadt Treuchtlingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	ohne Kästleinsmühlbach
209	5.1.11	Schwaninger Mühlbach	Mündung in das Hochwasserrückhaltebecken Dennenlohe, Gde. Unterschwaningen, Lkr. Ansbach	Mündung in den Lentersheimer Mühlbach bei Altentrüdingen, Stadt Wassertrüdingen, Lkr. Ansbach	einschließlich Hochwasserrückhalte-becken Dennenlohe
210	5.1.2	Schwarzach zur Altmühl	Grenze zum Regierungsbezirk Oberpfalz bei Reckenstetten, Markt Allersberg, Lkr. Roth	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern südlich der Stadt Greding, Lkr. Roth	
211	5.1.7	Sulzach	Einmündung des Auwiesengrabens bei Vehlberg, Gde. Aurach, Lkr. Ansbach	Mündung in die Wörnitz, Gde. Wittelshofen, Lkr. Ansbach	
212	5.1.19	Thalach	Einmündung des Fischleinsbachs, Markt Thalmässing, Lkr. Roth	Mündung in die Schwarzach bei Großhöbing, Stadt Greding, Lkr. Roth	
213	5.1.8	Wieseth	Einmündung des Charbachs bei Elbersroth, Stadt Herrieden, Lkr. Ansbach	Mündung in die Altmühl westlich der Stadt Ornbau, Lkr. Ansbach	
214	5.1.3	Wörnitz	Einmündung des Waldhausener Mühlbachs bei Zischendorf, Stadt Feuchtwangen, Lkr. Ansbach	Einmündung der Sulzach bei Wittelshofen, Gde. Wittelshofen, Lkr. Ansbach	
215	5.1.20	Zwergwörnitz	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Weidelbach, Große Kreisstadt Dinkelsbühl, Lkr. Ansbach	Mündung in die Wörnitz nördlich von Pulvermühle, Markt Schopfloch, Lkr. Ansbach	
216	**5.2**	**Stromgebiet des Rheins**			
217	5.2.1	Aisch	Einmündung des Ensbachs, Gde. Illesheim, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Einmündung des Schweinachbachs nordöstlich von Schauerheim, Stadt Neustadt a.d.Aisch, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	einschließlich Aisch-Flutkanal und der im Bereich der Stadt Bad Windsheim gelegenen Ausleitungsstrecken (Alte Aisch, Neue Aisch, Seegraben mit Seeweiher, Mühlgraben)
218	5.2.12	Aurach	Landkreisgrenze Roth/Ansbach westlich von Rudelsdorf, Gde. Kammerstein, Lkr. Roth	Mündung in die Rednitz in der Stadt Roth, Lkr. Roth	
219	5.2.24	Bibart	Einmündung des Neuwiesengrabens südlich von Altenspeckfeld, Markt Markt Bibart, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Zusammenfluss mit der Scheine bei Oberlaimbach, Stadt Scheinfeld, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	
220	5.2.2	Bibert	Einmündung des Altbachs bei der Kläranlage des Marktes Dietenhofen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Rednitz östlich der Stadt Zirndorf, Lkr. Fürth	
221	5.2.3	Ehebach	Einmündung der Kleinen Ehe bei dem Markt Sugenheim, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Mündung in die Aisch nördlich von Bruckenmühle, Gde. Diespeck, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	
222	5.2.25	Farrnbach	Straßenbrücke unterhalb von Schwadermühle, Markt Cadolzburg, Lkr. Fürth	Mündung in die Regnitz östlich von Unterfarrnbach, Stadt Fürth	
223	5.2.26	Felchbach	Einmündung des Rohrbachs bei Kruglmühle, Gde. Ettenstatt, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	Mündung in die Schwäbische Rezat bei der Stadt Ellingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	
224	5.2.4	Fränkische Rezat	Einmündung des Borsbachs nördlich von Rohrmühle, Markt Flachslanden, Lkr. Ansbach	Zusammenfluss mit der Schwäbischen Rezat nordwestlich von Petersgmünd, Gde. Georgensgmünd, Lkr. Roth	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
225	5.2.13	Gollach	Einmündung des Haimbachs in der Stadt Uffenheim, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Grenze zum Regierungsbezirk Unterfranken westlich von Hemmersheim, Gde. Hemmersheim, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	
226	5.2.14	Gründlach	Brücke der BAB A 3 östlich von Neunhof, Stadt Nürnberg	Mündung in die Regnitz südwestlich von Eltersdorf, Stadt Erlangen	
227	5.2.27	Hammerbach	Einmündung der Kruppach bei Engelthal, Gde. Engelthal, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz nördlich von Henfenfeld, Gde. Henfenfeld, Lkr. Nürnberger Land	
228	5.2.15	Happurger Bach	Unterbecken des Happurger Speichersees der Großkraftwerk-Franken AG, Gde. Happurg, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz östlich der Stadt Hersbruck, Lkr. Nürnberger Land	
229	5.2.16	Haselbach	Einmündung der Rippach bei Neubruck, Gde. Bruckberg, Lkr. Ansbach	Mündung in die Bibert bei Münchzell, Markt Dietenhofen, Lkr. Ansbach	
230	5.2.28	Haslach	Zusammenfluss von Freihaslach und Rimbach westlich des Marktes Burghaslach, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken nördlich von Gleißenberg, Markt Burghaslach, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	
231	5.2.29	Hembach	Einmündung des Höllenbachs bei Furth, Markt Schwanstetten, Lkr. Roth	Mündung in die Rednitz in Rednitzhembach, Gde. Rednitzhembach, Lkr. Roth	
232	5.2.17	Hirschbach	Grenze zum Regierungsbezirk Oberpfalz nordöstlich von Fischbrunn, Gde. Pommelsbrunn, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz bei Eschenbach, Gde. Pommelsbrunn, Lkr. Nürnberger Land	
233	5.2.18	Högenbach	Einmündung des Etzelbachs bei Hartmannshof, Gde. Pommelsbrunn, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz bei Hohenstadt, Gde. Pommelsbrunn, Lkr. Nürnberger Land	
234	5.2.19	Laimbach	Zusammenfluss der Bibart und der Scheine bei der Vettermühle, Stadt Scheinfeld, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Mündung in den Ehebach westlich von Hambühl, Markt Baudenbach, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	
235	5.2.20	Mittlere Aurach	Einmündung des Flugsbachs südlich des Marktes Emskirchen, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Mündung in die Regnitz bei Erlangen-Bruck, Stadt Erlangen	
236	5.2.5	Pegnitz	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken nördlich des Marktes Neuhaus a.d.Pegnitz, Lkr. Nürnberger Land	Einmündung des Ankertals bei Rupprechtstegen, Gde. Hartenstein, Lkr. Nürnberger Land	
237	5.2.21	Reiche Ebrach	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken westlich des Marktes Wachenroth, Lkr. Erlangen-Höchstadt	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken östlich des Marktes Mühlhausen, Lkr. Erlangen-Höchstadt	
238	5.2.30	Röthenbach	Einmündung des Haidelbachs im Staatsforst Brunn, Lorenzer Reichswald, gemeindefreies Gebiet	Mündung in die Pegnitz in der Stadt Röthenbach a.d.Pegnitz, Lkr. Nürnberger Land	
239	5.2.6	Roth zur Rednitz	Einmündung des Minbachs südlich von Hofstetten, Stadt Hilpoltstein, Lkr. Roth	Einmündung der Kleinen Roth bei Eckersmühlen, Stadt Roth, Lkr. Roth	
240	5.2.31	Scheine	Einmündung des Schönbachs bei Schnodsenbach, Stadt Scheinfeld, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Zusammenfluss mit der Bibart bei Oberlaimbach, Stadt Scheinfeld, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	
241	5.2.22	Schnaittach	Einmündung des Osternoher Bachs bei Hedersdorf, Markt Schnaittach, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz an der Gemeindegrenze Neunkirchen a.Sand/Ottensoos, Lkr. Nürnberger Land	
242	5.2.23	Schwabach zur Rednitz	Einmündung des Schwallbachs östlich von Leuzdorf, Gde. Rohr, Lkr. Roth	Mündung in die Rednitz bei Limbach, Stadt Schwabach	
243	5.2.7	Schwabach zur Regnitz	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken nordöstlich von Forth, Markt Eckental, Lkr. Erlangen-Höchstadt	Mündung in die Regnitz in der Stadt Erlangen	
244	5.2.8	Schwäbische Rezat	Einmündung des Hammerstadtgrabens südlich der Großen Kreisstadt Weißenburg i.Bay., Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	Einmündung des Brombachs bei Mäusleinsmühle, Markt Pleinfeld, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	
245	5.2.9	Schwarzach zur Rednitz	Grenze zum Regierungsbezirk Oberpfalz östlich von Rasch, Stadt Altdorf b.Nürnberg, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Rednitz bei Penzendorf, Stadt Schwabach	
246	5.2.32	Seebach	Straßenbrücke der BAB A 3, Gde. Heßdorf, Lkr. Erlangen-Höchstadt	Mündung in den Main-Donau-Kanal bei Kleinseebach, Gde. Möhrendorf, Lkr. Erlangen-Höchstadt	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
247	5.2.33	Sittenbach	Einmündung des Unterkrumbacher Bachs bei Unterkrumbach, Gde. Kirchensittenbach, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz bei Altensittenbach, Stadt Hersbruck, Lkr. Nürnberger Land	
248	5.2.34	Steinach	Einmündung des Achelbachs in Münchsteinach, Gde. Münchsteinach, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Mündung in die Aisch bei Gutenstetten, Gde. Gutenstetten, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	
249	5.2.10	Tauber	Einmündung des Oestheimer Mühlbachs südlich von Heckenmühle, Gde. Diebach, Lkr. Ansbach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Tauberzell, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	
250	5.2.11	Zenn	Mündung in das Hochwasserrückhaltebecken Obernzenn oberhalb des Marktes Obernzenn, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Mündung in die Regnitz bei Vach, Stadt Fürth	einschließlich Hochwasserrückhalte-becken Obernzenn
251	**6.**	**Regierungsbezirk Unterfranken**			
252	**6.2**	**Stromgebiet des Rheins**			
253	6.2.26	Aalbach	Straßenbrücke der B 468 oberhalb Mädelhofen, Gde. Waldbüttelbrunn, Lkr. Würzburg	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Wüstenzell, Gde. Holzkirchen, Lkr. Würzburg	
254	6.2.34	Alster	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken nordwestlich von Memmelsdorf, Gde. Untermerzbach, Lkr. Haßberge	Mündung in die Itz südöstlich von Memmelsdorf, Gde. Untermerzbach, Lkr. Haßberge	
255	6.2.1	Aschaff	Kreuzungsbauwerk der Autobahn A 3 östlich von Frauengrund, Gde. Bessenbach, Lkr. Aschaffenburg	Mündung in den Main südlich von Mainaschaff, Gde. Mainaschaff, Lkr. Aschaffenburg	
256	6.2.2	Aubach	Einmündung des Lohrbachs westlich von Krommenthal, Gde. Wiesthal, Lkr. Main-Spessart	Mündung in die Lohr in Partenstein, Gde. Partenstein, Lkr. Main-Spessart	
257	6.2.27	Aura	Einmündung der Fella in Fellen, Gde. Fellen, Lkr. Main-Spessart	Mündung in die Flutmulde (Sinn) im Markt Burgsinn, Lkr. Main-Spessart	
258	6.2.3	Baunach	Einmündung des Ermetzbachs bei Sulzbach, Stadt Hofheim i.UFr., Lkr. Haßberge	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken, südöstlich des Marktes Rentweinsdorf, Lkr. Haßberge	
259	6.2.35	Bahra	Landesgrenze zu Thüringen, Sondheim im Grabfeld, Stadt Mellrichstadt, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Streu bei Oberstreu, Gde. Oberstreu, Lkr. Rhön-Grabfeld	
260	6.2.36	Bessenbach	Straßenbrücke 210 m oberhalb der Mündung in die Aschaff in Frauengrund, Gde. Bessenbach, Lkr. Aschaffenburg	Mündung in die Aschaff nördlich von Frauengrund, Gde. Bessenbach, Lkr. Aschaffenburg	
261	6.2.4	Billbach	Zusammenfluss des Morsbachs und des Saubachs östlich der Stadt Amorbach, Lkr. Miltenberg	Mündung in die Mud in der Stadt Amorbach, Lkr. Miltenberg	
262	6.2.5	Breitbach	Einmündung der Iff östlich des Marktes Obernbreit, Lkr. Kitzingen	Mündung in den Main in der Stadt Marktbreit, Lkr. Kitzingen	
263	6.2.6	Elsava	Einmündung des Dammbachs oberhalb Hobbach, Markt Eschau, Lkr. Miltenberg	Mündung in den Main im Markt Elsenfeld, Lkr. Miltenberg	
264	6.2.7	Erf	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Riedern, Gde. Eichenbühl, Lkr. Miltenberg	Mündung in den Main im Markt Bürgstadt, Lkr. Miltenberg	
265	6.2.8	Fränkische Saale	Einmündung des Weißbachs in der Stadt Bad Königshofen i.Grabfeld, Lkr. Rhön-Grabfeld	Einmündung der Streu südlich von Heustreu, Gde. Heustreu, Lkr. Rhön-Grabfeld	
266	6.2.37	Gabelbach	Einmündung des Waldbachs (Watterbachs) südwestlich des Marktes Kirchzell, Lkr. Miltenberg	Mündung in die Mud nördlich von Buch, Markt Kirchzell, Lkr. Miltenberg	
267	6.2.9	Gersprenz	Landesgrenze zu Hessen westlich von Markt Stockstadt a.Main, Lkr. Aschaffenburg	Mündung in den Main oberhalb der Staustufe Kleinostheim, Markt Stockstadt a.Main, Lkr. Aschaffenburg	
268	6.2.10	Gollach	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken nordöstlich der Stadt Aub, Lkr. Würzburg	Mündung in die Tauber bei Bergmühle, Gde. Bieberehren, Lkr. Würzburg	
269	6.2.11	Kahl	45 m oberhalb der Einmündung des Westerbachs im Markt Schöllkrippen, Lkr. Aschaffenburg	Mündung in den Main, Gde. Kahl a.Main, Lkr. Aschaffenburg	
270	6.2.38	Karbach	Gemarkungsgrenze zwischen den Gemeindeteilen Birkenfeld und Billingshausen, Gde. Birkenfeld, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Main in Zimmern, Stadt Marktheidenfeld, Lkr. Main-Spessart	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
271	6.2.13	Lauer	Einmündung des Geißler südlich von Stadtlauringen, Markt Stadtlauringen, Lkr. Schweinfurt	Mündung in die Fränkische Saale, Gde. Niederlauer, Lkr. Rhön-Grabfeld	
272	6.2.14	Lohr	Landesgrenze zu Hessen nördlich des Marktes Frammersbach, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Main in der Stadt Lohr a.Main, Lkr. Main-Spessart	
273	6.2.28	Mahlbach	Landesgrenze zu Thüringen bei Mühlfeld, Stadt Mellrichstadt, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Streu in der Stadt Mellrichstadt, Lkr. Rhön-Grabfeld	
274	6.2.15	Milz	Landesgrenze zu Thüringen östlich von Irmelshausen, Gde. Höchheim, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Fränkische Saale bei Saal an der Saale, Markt Saal a.d.Saale, Lkr. Rhön-Grabfeld	einschließlich dem Beigraben von der Landesgrenze zu Thüringen bis zur Mündung in den Hochwassergraben der Milz in Irmelshausen
275	6.2.16	Mömling	Landesgrenze zu Hessen, Gde. Mömlingen, Lkr. Miltenberg	Mündung in den Main bei der Stadt Obernburg a.Main, Lkr. Miltenberg	
276	6.2.29	Morsbach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg oberhalb des Marktes Schneeberg, Lkr. Miltenberg	Zusammenfluss mit dem Saubach (linksseitiger Quellbach des Billbachs) unterhalb des Marktes Schneeberg, Lkr. Miltenberg	
277	6.2.17	Mud	Landesgrenze zu Baden-Württemberg südöstlich von Preunschen, Markt Kirchzell, Lkr. Miltenberg	Mündung in den Main in der Stadt Miltenberg, Lkr. Miltenberg	
278	6.2.18	Nassach	Einmündung der Aurach bei Rügheim, Stadt Hofheim i.UFr., Lkr. Haßberge	Mündung in den Main in der Stadt Haßfurt, Lkr. Haßberge	
279	6.2.39	Ohrenbach	Landesgrenze zu Hessen nordwestlich von Ohrenbach, Markt Weilbach, Lkr. Miltenberg	Mündung in die Mud im Markt Weilbach, Lkr. Miltenberg	
280	6.2.19	Pleichach	Einmündung des Grumbachs südlich von Schloßmühle, Gde. Unterpleichfeld, Lkr. Würzburg	Mündung in den Main in der Stadt Würzburg	einschließlich der Flutmulden in Versbach, Stadt Würzburg, sowie unterhalb und oberhalb des Marktes Rimpar, Lkr. Würzburg Anmerkung: Ausgenommen von der Unterhaltungslast des Freistaats sind die überdeckten, überbauten bzw. verrohrten Pleichachstrecken im Stadtgebiet von Würzburg, und zwar von Fluss-km 0,000 bis 1,111, Fluss-km 1,131 bis 1,365, Fluss-km 2,022 bis 2,200, Fluss-km 2,367 bis 2,518, Fluss-km 3,970 bis 4,195, Fluss-km 5,960 bis 6,485.
281	6.2.20	Rodach	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken nördlich von Memmelsdorf, Gde. Untermerzbach, Lkr. Haßberge	Kurz vor Mündung in die Itz; Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken östlich von Memmelsdorf, Gde. Untermerzbach, Lkr. Haßberge	
282	6.2.30	Rauhe Ebrach	Einmündung des Steinbachs in Untersteinbach, Gde. Rauhenebrach, Lkr. Haßberge	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken bei Prölsdorf, Gde. Rauhenebrach, Lkr. Haßberge	
283	6.2.31	Saubach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg südlich von Zittenfelden, Markt Schneeberg, Lkr. Miltenberg	Zusammenfluss mit dem Morsbach (rechtsseitiger Quellbach des Billbachs) unterhalb des Marktes Schneeberg, Lkr. Miltenberg	
284	6.2.32	Schondra	Einmündung des Detterbachs östlich von Detter, Markt Zeitlofs, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Fränkische Saale unterhalb der Bundesbahnbrücke in Gräfendorf, Gde. Gräfendorf, Lkr. Main-Spessart	
285	6.2.40	Schwarzach	Landkreisgrenze Schweinfurt/Kitzingen nördlich von Brünnau, Stadt Prichsenstadt, Lkr. Kitzingen	Mündung in den Main in Münsterschwarzach, Markt Schwarzach a.Main, Lkr. Kitzingen	
286	6.2.22	Streu	Einmündung der Sulz, westlich von Stockheim, Gde. Stockheim, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Fränkische Saale südlich von Heustreu, Gde. Heustreu, Lkr. Rhön-Grabfeld	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
287	6.2.33	Thierbach	Gemarkungsgrenze Rittershausen/ Bolzhausen, Gde. Sonderhofen, Lkr. Würzburg	Mündung in den Main westlich der Stadt Ochsenfurt, Lkr. Würzburg	
288	6.2.24	Thulba	Einmündung des Thülbingbachs nordwestlich von Hassenbach, Markt Oberthulba, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Fränkische Saale bei der Stadt Hammelburg, Lkr. Bad Kissingen	
289	6.2.41	Volkach	Einmündung des Seehausbachs südlich von Herlheim, Gde. Kolitzheim, Lkr. Schweinfurt	Mündung in den Altmain unterhalb Staustufe Volkach, Stadt Volkach, Lkr. Kitzingen	
290	6.2.25	Wern	Altes Ausleitungswehr der Weidenmühle bei Kronungen, Gde. Poppenhausen, Lkr. Schweinfurt	Einmündung des Krebsbachs bei Heugrumbach, Stadt Arnstein, Lkr. Main-Spessart	
291	**7.**	**Regierungsbezirk Schwaben**			
292	**7.1**	**Stromgebiet der Donau**			
293	7.1.19	Biber	Brücke der Kreisstraße NU 3 bei Beuren, Markt Pfaffenhofen a.d.Roth, Lkr. Neu-Ulm	Mündung in die Donau westlich der Stadt Leipheim, Lkr. Günzburg	
294	7.1.38	Brunnenbach	Einmündung des Hartgrabens ca. 1,1 km nördlich von Unterfinningen, Gde. Finningen, Lkr. Dillingen a.d.Donau	Mündung in den Klosterbach südöstlich von Mörslingen, Gde. Finningen, Lkr. Dillingen a.d.Donau	
295	7.1.20	Ecknach	Einmündung der Siele, Gde. Sielenbach, Lkr. Aichach-Friedberg	Mündung in die Paar, Stadt Aichach, Lkr. Aichach-Friedberg	
296	7.1.2	Egau	Landesgrenze zu Baden-Württemberg nördlich von Dattenhausen, Gde. Ziertheim, Lkr. Dillingen a.d.Donau	Mündung in die Donau südlich der Stadt Höchstädt a.d.Donau, Lkr. Dillingen a.d.Donau	
297	7.1.4	Eger zur Wörnitz	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Nähermemmingen, Große Kreisstadt Nördlingen, Lkr. Donau-Ries	Mündung in die Wörnitz nörlich von Großsorheim, Stadt Harburg (Schwaben), Lkr. Donau-Ries	
298	7.1.21	Feldgießgraben	HW-Entlastungswehr in der Stadt Schwabmünchen, Lkr. Augsburg	Mündung in die Wertach nordwestlich der Stadt Schwabmünchen, Lkr. Augsburg	
299	7.1.22	Flossach mit Lettenbach und Weißbach	Einmündung des Wörthbachs, Gde. Rammingen, Lkr. Unterallgäu	Mündung in die Mindel, Gde. Ursberg, Lkr. Günzburg (Flossach) und Markt Kirchheim i.Schw., Lkr. Unterallgäu (Weißbach)	
300	7.1.23	Friedberger Ach	Einmündung des Affinger Bachs bei Anwalting, Gde. Affing, Lkr. Aichach-Friedberg	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern, Gde. Niederschönenfeld, Lkr. Donau-Ries	
301	7.1.5	Geltnach	Einmündung der Schmutter, Gde. Stötten a.Auerberg, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Wertach östlich von Biessenhofen, Gde. Biessenhofen, Lkr. Ostallgäu	
302	7.1.37	Gennach	Einmündung des Hühnerbachs bei Ummenhofen, Gde. Jengen, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Wertach bei Wertachau, Stadt Schwabmünchen, Lkr. Augsburg	
303	7.1.24	Glött	Einmündung des Reichenbachs südlich Feldbachmühle, Gde. Glött, Lkr. Dillingen a.d.Donau	Mündung in die Donau, Gde. Blindheim, Lkr. Dillingen a.d.Donau	
304	7.1.25	Hasel	Landkreisgrenze Unterallgäu/Günzburg, Gde. Balzhausen, Lkr. Günzburg	Mündung in die Mindel bei der Stadt Thannhausen, Lkr. Günzburg	
305	7.1.7	Kammel (Kammlach)	Brücke der Kreisstraße MN 8 bei Unterrieden, Gde. Oberrieden, Lkr. Unterallgäu	Mündung in die Mindel nordwestlich von Lüßhof, Gde. Rettenbach, Lkr. Günzburg	
306	7.1.8	Kessel	Einmündung des Fohlenbachs bei Unterringingen, Markt Bissingen, Lkr. Dillingen a.d.Donau	Mündung in die Donau südwestlich der Großen Kreisstadt Donauwörth, Lkr. Donau-Ries	
307	7.1.39	Kirnach	Einmündung des Elbbachs, Gde. Ruderatshofen, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Wertach bei Ebenhofen, Gde. Biessenhofen, Lkr. Ostallgäu	
308	7.1.9	Kleine Mindel	Teilungswehr der Mindel bei Mindelzell, Gde. Ursberg, Lkr. Günzburg	Mündung in die Mindel, Markt Burtenbach, Lkr. Günzburg	
309	7.1.10	Kleine Paar	Einmündung des Siegenbachs südlich von Bayerdilling, Stadt Rain, Lkr. Donau-Ries	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern östlich von Staudheim, Stadt Rain, Lkr. Donau-Ries	
310	7.1.26	Klosterbach	Einmündung des Pulverbachs in der Stadt Höchstädt a.d.Donau, Lkr. Dillingen a.d.Donau	Mündung in die Donau östlich von Gremheim, Gde. Schwenningen, Lkr. Dillingen a.d.Donau	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
311	7.1.27	Konstanzer Ach	Auslauf aus dem Großen Alpsee, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Einmündung des Steigbachs, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	einschließlich Kleiner Alpsee (Fläche ca. 8,9 ha)
312	7.1.28	Leibi	Einmündung des Landgrabens, Große Kreisstadt Neu-Ulm, Lkr. Neu-Ulm	Mündung in die Donau, Gde. Nersingen, Lkr. Neu-Ulm	
313	7.1.40	Lobach	Einmündung des Lengenwanger Mühlbachs, Gde. Lengenwang, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Wertach nördlich von Leuterschach, Stadt Marktoberdorf, Lkr. Ostallgäu	
314	7.1.29	Mauch	Einmündung des Arenbachs bei Gemarkungsgrenze zwischen Löpsingen, Große Kreisstadt Nördlingen, und der Gde. Maihingen, Lkr. Donau-Ries	Mündung in die Eger bei Klosterzimmern, Gde. Deiningen, Lkr. Donau-Ries	
315	7.1.11	Mindel	Einmündung des Mühlkanals ca. 500 m unterhalb Salzstraßmühle, Gde. Unteregg, Lkr. Unterallgäu	Einmündung der Flossach südlich von Mindelzell, Gde. Ursberg, Lkr. Günzburg	
316	7.1.30	Nau	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Riedheim, Stadt Leipheim, Lkr. Günzburg	Mündung in die Donau in der Großen Kreisstadt Günzburg, Lkr. Günzburg	
317	7.1.31	Östliche Günz	Brücke der St 2013 im Markt Markt Rettenbach, Lkr. Unterallgäu	Zusammenfluss mit der Westlichen Günz, Gde. Lauben, Lkr. Unterallgäu	
318	7.1.12	Östliche Mindel	Teilungswehr der Mindel bei Hausen, Gde. Salgen, Lkr. Unterallgäu	Mündung in die Mindel bei Hasberg, Markt Kirchheim i.Schw., Lkr. Unterallgäu	
319	7.1.41	Osterbach	Gemeindegrenze zwischen dem Markt Pfaffenhofen a.d.Roth und der Stadt Weißenhorn, Lkr. Neu-Ulm	Mündung in die Biber bei Silheim, Gde. Bibertal, Lkr. Günzburg	
320	7.1.13	Paar mit Altergraben	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern bei Plankmühle, Gde. Schmiechen, Lkr. Aichach-Friedberg	Einmündung der Ecknach, Stadt Aichach, Lkr. Aichach-Friedberg	
321	7.1.32	Pulverbach	Einmündung des Ruthengrabens südwestlich von Deisenhofen, Stadt Höchstädt a.d.Donau, Lkr. Dillingen a.d.Donau	Mündung in den Klosterbach in der Stadt Höchstädt a.d.Donau, Lkr. Dillingen a.d.Donau	
322	7.1.42	Rohrach mit Neugraben	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken nordöstlich von Laub, Gde. Munningen, Lkr. Donau-Ries	Mündung in die Wörnitz nördlich von Wechingen, Gde. Wechingen, Lkr. Donau-Ries	
323	7.1.14	Roth zur Donau	Einmündung der Kleinen Roth in der Stadt Weißenhorn, Lkr. Neu-Ulm	Mündung in die Donau nördlich von Oberfahlheim, Gde. Nersingen, Lkr. Neu-Ulm	einschließlich Nebenroth
324	7.1.43	Ruthengraben	Einmündung des Brunnenbachs in den Klosterbach südöstlich von Mörslingen, Gde. Finningen, Lkr. Dillingen a.d.Donau	Mündung in den Pulverbach südwestlich von Deisenhofen, Stadt Höchstädt a.d.Donau, Lkr. Dillingen a.d.Donau	
325	7.1.15	Schmutter	Einmündung der Neufnach bei Markt Fischach, Lkr. Augsburg	Einmündung des Biberbachs bei Furthmühle, Markt Biberbach, Lkr. Augsburg	
326	7.1.33	Singold	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern südlich von Großkitzighofen, Gde. Lamerdingen, Lkr. Ostallgäu	Mündung in den Fabrikkanal, Stadt Augsburg	
327	7.1.34	Weilach	Einmündung des Höfarter Bachs bei Höfarten, Gde. Schiltberg, Lkr. Aichach-Friedberg	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern nordöstlich von Schiltberg, Gde. Schiltberg, Lkr. Aichach-Friedberg	
328	7.1.16	Westliche Günz	Ehemalige Bahnlinie Ottobeuren – Memmingen, Markt Ottobeuren, Lkr. Unterallgäu	Zusammenfluss mit der Östlichen Günz, Gde. Lauben, Lkr. Unterallgäu	
329	7.1.18	Zusam	Brücke der Ortsverbindungsstraße nach Lutzenberg, Gde. Aichen, Lkr. Günzburg	Einmündung der Laugna, Stadt Wertingen, Lkr. Dillingen a.d.Donau	
330	**7.2**	**Stromgebiet des Rheins**			
331	7.2.1	Oberreitnauer Ach	Einmündung des Wolfsbachs bei Heimesreutin, Große Kreisstadt Lindau (Bodensee), Lkr. Lindau (Bodensee)	Mündung in den Bodensee bei der Großen Kreisstadt Lindau (Bodensee), Lkr. Lindau (Bodensee)	

Anlage 2

Wildbäche

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
1	**Regierungsbezirk Oberbayern (41)**				
2	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA München (412)**				
3	412001	Klosterschluchtgraben	Kreuzung mit der Bundesstraße 11 in Ebenhausen, Gde. Schäftlarn, Lkr. München	Unteres Ende des Schluchtlaufs ca. 200 m westlich der Staatsstraße 207, Gde. Schäftlarn, Lkr. München	
4	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Rosenheim (413)**				
5	413021	Achen (Thalkirchner Ache)	Ursprung beim Stöttener Filz, Gde. Frasdorf, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Simssee, Markt Bad Endorf, Lkr. Rosenheim	
6	413093	Almgraben	Ursprung zwischen kleinem Tegernseer Berg und Riederstein, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
7	413087	Alpbach (MB)	Ursprung zwischen Ostiner Berg, Baumgartenschneid und kleinem Tegernseer Berg, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
8	413080	Altdorfer Mühlbach	Straßendurchlass unterhalb Gern, Gde. Soyen, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Nasenbach, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	
9	413048	Ameranger Dorfbach	Ursprünge nördlich und südwestlich von Taiding, Gde. Amerang, Lkr. Rosenheim	Brücke Gemeindestraße Amerang – Kammer, Gde. Amerang, Lkr. Rosenheim	
10	413024	Angerbach (RO)	Ursprung östlich von Haring, Gde. Riedering, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Simssee, Gde. Riedering, Lkr. Rosenheim	
11	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	Ursprung am Antworter Berg, Markt Bad Endorf, Lkr. Rosenheim	Mündung in die Antworter Ache bzw. Einlauf in die Rohrleitung südlich von Antwort, Markt Bad Endorf, Lkr. Rosenheim	
12	413045	Aubach (RO)	Ursprung auf der Niklasreuther Höhe, Gde. Irschenberg, Lkr. Miesbach	Ehemalige Bahnbrücke unterhalb von Au, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Zufluss aus Brettschleipfen
13	413006	Auerbach	Ursprung östlich des Tagweidkopfes, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, Fluss-km 208,850, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Ausleitung nördlich der Auferstehungs-kirche in Oberaudorf
14	413038	Aurachgraben (Aurachtal)	Ursprung am Jägerkamp, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	Kiesfang bei Fluss-km 0,400, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	
15	413066	Bauerlbach (Steinbach)	Ursprung bei Gröben, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	Brücke der Staatsstraße 2092 bei Moos, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
16	413063	Berghamer Bach	Ursprung bei der Samer- und Schmiedalm, Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	Mündung in die Bernauer Ache, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
17	413062	Bernauer Achen	Geschieberückhaltesperre an der Landkreisgrenze Rosenheim/Traunstein, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Chiemsee, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Seitengräben der Bernauer Achen ab der Bundesstraße 305 und Talgräben östlich von Rudersberg
18	413064	Bernauer Bach	Ursprung bei Göttersberg, Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	Mündung in die Bernauer Ache, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
19	413033	Birkenbach	Wegübergang beim Birkneranwesen ca. 400 m oberhalb der Mündung, Stadt Miesbach, Lkr. Miesbach	Einmündung in die Schlierach, Stadt Miesbach, Lkr. Miesbach	
20	413078	Birndorfer Graben	Staatsstraße 2359, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn bei Fluss-km 159,7, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	
21	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Ursprung der Quellbäche zwischen Risserkogel, Spitzingsattel und Jägerkamp, Gde. Rottach-Egern, Markt Schliersee, Gde. Bayrischzell, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	Staatsgrenze zu Österreich bei Valepp, Gde. Rottach-Egern, Lkr. Miesbach	
22	413109	Breitenbach (MB)	Ursprung zwischen Huder und Kogelkopf, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Ausgenommen Schmerbach

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
23	413019	Breitenbach (RO)	Ursprung bei Roßholzen, Gde. Samerberg, Lkr. Rosenheim	Gemeindegrenze Nußdorf a.Inn/ Neubeuern, Gde. Nußdorf a.Inn, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen südlicher Zufluss unterhalb von Breiten
24	413119	Bruckbach	Ursprung am Breitenstein, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	Brücke der Staatsstraße 2077, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	
25	413100	Brunntalgraben	Ursprung am Wallberg, Gde. Rottach-Egern, Lkr. Miesbach	Geschiebesperre oberhalb der Bebauung des Ortsteils Trinis, Gde. Rottach-Egern, Lkr. Miesbach	
26	413120	Buchergraben	Ursprung am Breitenstein, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	44 m unterhalb der Geschiebesperre, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	
27	413018	Derndorfer Bach	Ursprung am Farrenpoint (Schneiderried), Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Einmündung des Seltengrabens, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	
28	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Ursprung an den Südhängen des Irschenberges, Gde. Irschenberg, Lkr. Miesbach	Kiesfang unterhalb von Dettendorf, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Einschließlich Kiesfang
29	413029	Dürnbach	Ursprung am Dürnbachlüß, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	Einmündung des von Steinberg kommenden linksseitigen Grabens (Dichlohbach) nördlich des Schneiderhäusels, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	Einschließlich des am Endpunkt einmündenden Grabens (Dichlohbach)
30	413036	Dürnbach (Markt Schliersee)	Ursprung nordöstlich der Bodenschneid, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Einmündung des Hachelbaches, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Einschließlich Ankelgraben
31	413072	Ebnater Achen	Ursprung bei Zellboden, Gde. Frasdorf, Lkr. Rosenheim	Mündung in die Prien, Gde. Frasdorf, Lkr. Rosenheim	
32	413115	Ecker Bach	Ursprung zwischen Gindelalmschneid und Auer Berg, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Zusammenfluss mit Gschwendtner Bach, Gde. Hausham, Lkr. Miesbach	
33	413068	Egerndorfer Bach	Ursprung bei Hittenkirchen, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	Brücke der Staatsstraße 2092, Markt Prien a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
34	413007	Einödbach	Ursprung bei der Klammalm, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, Fluss-km 203,580, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen nördliche und südliche Zuflüsse im Talbereich zwischen Ried bei Einöden und Kirnstein
35	413040	Elbach mit Dürnbach	Ursprung nördlich des Breitensteins, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	Mündung in die Leitzach, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	Ausgenommen überdeckter Streckenabschnitt des Dürnbaches, oberhalb der Staatsstraße
36	413008	Euzenauer Bach	Ursprung bei der Wagneralm, Gde. Nußdorf a.Inn, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, Fluss-km 203,700, Gde. Nußdorf a.Inn, Lkr. Rosenheim	
37	413023	Fellbach (Pietzingerbach, Wurmsdorfer Bächlein)	Ursprung bei Farnach, Gde. Riedering, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Simssee, Gde. Riedering, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Triebwerks-ausleitungsstrecken
38	413028	Festenbach	Ursprung am Festenbachlüß, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	Einmündung des linksseitigen Grabens unterhalb der Gorisäge, Gde. Waakirchen, Lkr. Miesbach	
39	413039	Fischbach (Sattelbach)	Ursprung am Breitenstein und Schweinsberg, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	Brücke der Staatsstraße 2077 in Fischbachau, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	
40	413061	Frauendorfer Bach	Wegbrücke am Nordrand von Auersdorf, Markt Kraiburg a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 114,000, Gde. Polling, Lkr. Mühldorf a.Inn	Ausgenommen Ausleitung südlich von Frauendorf und orographisch rechter Seitenbach zwischen Brandmühle und Heisting
41	413077	Gerner Graben	Durchlass Verbindungsstraße Gern – Gabersee, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, Fluss-km 160,8, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	
42	413073	Gottschallinger Bach	Ursprung am Auerberg, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Durchlass im Hauptwirtschaftsweg nordöstlich von Gottschalling (ehemalige Bahnlinie), Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Zuflüsse unterhalb von Gottschalling
43	413103	Grabenbächl	Ursprung am Ringberg, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	Bundesstraße 307, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
44	413113	Grambach	Ursprung zwischen Gassler Berg und Neureut, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	
45	413014	Grießenbach (Förchenbach)	Ursprung am Großen Mühlberg, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, bzw. Umleitungsgerinne, Fluss-km 198,9, Gde. Nußdorf a.Inn, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen seitliche Zuflüsse und Ausleitungen unterhalb der Brücke zum Anwesen Sudelfeldstraße 116, Seitenbäche aus dem Riesenberg nur ausgenommen von der Mündung in den Grießenbach bis zum Waldrand
46	413001	Große Gaißach (MB)	Ursprung zwischen Kogelkopf und Rechelkopf, Gde. Waakirchen, Lkr. Miesbach	Landkreisgrenze Miesbach/Bad Tölz-Wolfratshausen, Gde. Waakirchen, Lkr. Miesbach	
47	413116	Gschwendtner Bach	Ursprung am Gschwendtner Berg, Gde. Hausham, Lkr. Miesbach	Zusammenfluss mit Ecker Bach, Gde. Hausham, Lkr. Miesbach	
48	413060	Guttenburger Bach	400 m nordöstlich von Trospeding, Markt Kraiburg a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 117,000, Markt Kraiburg a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	
49	413037	Hachelbach	Ursprung am Spitzingsattel (Steiningergraben), Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Mündung in die Aurach, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	
50	413084	Hachelgraben	Neureut, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Oberhalb des Siedlungsgebiets, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
51	413091	Hafnergraben	Ursprung am Pfliegeleck, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
52	413108	Heissenbach	Ursprung am Semmelberg, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Einlauf zur Verrohrung am Heissenweg, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	
53	413047	Hofau: Tobelstrecke der rechtsseitigen Zuflüsse zur Binnenentwässerung	rechtes Innhochufer, Gde. Stephanskirchen, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Binnenentwässerungsgraben Hofau, Gde. Stephanskirchen, Lkr. Rosenheim	
54	413053	Holzergraben	Ursprung nördlich von Holzen, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Einmündung des linksseitigen Entwässerungsgrabens, Fluss-km 0,9, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	
55	413112	Holzgraben	Ursprung am Dürnbachlüß, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	
56	413122	Holzhamer Bach	Dandlberg, Markt Neubeuern, Lkr. Rosenheim	Einmündung in den Sailerbach, Markt Neubeuern, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen verrohrte und überdeckte Strecken
57	413055	Hopfgartengraben I	Ursprung bei Trescherberg, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 133,45, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	
58	413056	Hopfgartengraben II	Ursprung bei Hopfgarten, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 132,9, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	
59	413118	Huberbach: Abwinklbach-Tobelstrecke	Ursprung zwischen Huberspitz und Ranner Berg, Gde. Hausham, Lkr. Miesbach	Tobelausgang oberhalb der Verrohrung (Eisplatz), Gde. Hausham, Lkr. Miesbach	
60	413011	Hundsgraben	Ursprung bei Asten, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	300 m unterhalb der Bahnlinie Rosenheim-Kufstein, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	
61	413044	Jenbach	Ursprung am Wendelstein, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	Einmündung des Aubaches, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Bachlauf an der Rehaklinik
62	413049	Kalkgraben (Totermannsgraben)	Beginn der Tobelstrecke bei Oberratting, Gde. Amerang, Lkr. Rosenheim	Einlauf in das Zillhamer Moos (ca. 100 m oberhalb der Einmündung in den Verbindungsgraben Zillhamer-Ameranger See), Gde. Amerang, Lkr. Rosenheim	
63	413092	Kapellengraben	Ursprung am kleinen Tegernseer Berg, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
64	413050	Katzbach: Tobelstrecke	Zusammenfluss der Quellbäche, ca. 1,3 km nordwestlich der Einmündung des Aubaches, Gde. Rott a.Inn, Lkr. Rosenheim	Straßenbrücke bei Schiffpoint, Gde. Rott a.Inn, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Seitenbäche
65	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Staatsgrenze zu Österreich südlich von Breitenau, Gde. Kiefersfelden, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, Fluss-km 215,4, Gde. Kiefersfelden, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Triebwerkskanal und verrohrte Bachabschnitte im Ortsbereich
66	413015	Kirchbach	Ursprung bei der Lechneralm, Gde. Brannenburg, Lkr. Rosenheim	Bahnlinie Rosenheim – Kufstein, Gde. Brannenburg, Lkr. Rosenheim	
67	413067	Kleebach	Ursprung bei Heroldsöd, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	Brücke der Staatsstraße 2092 bei Weisham, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
68	413079	Koblergraben	10 m nach Ende (Auslauf) der ca. 60 m langen Grundablassleitung des Sedimentrückhaltebeckens, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn bei Fluss-km 156,000, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	
69	413017	Kutterlinger Bach	Ursprung am Farrenpoint, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Nordgrenze des Grundstücks Fl.-Nr. 953 Gemarkung Litzldorf, ca. 100 m westlich der Staatsstraße 2089, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	
70	413009	Labach	Ursprung am Südwesthang des Heuberges, Gde. Nußdorf a.Inn, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Altwasserarm des Inn, Gde. Nußdorf a.Inn, Lkr. Rosenheim	
71	413088	Lärchenwaldgraben	Ursprung am Pfliegeleck/kleiner Tegernseer Berg, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Einschließlich Kleinberggraben
72	413034	Leitzach (Oberlauf)	Ursprung zwischen Wendelstein, Traithen, Trainsjoch und Sonnwendjoch, Gde. Bayrischzell, Lkr. Miesbach	Einmündung der Aurach, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	
73	413035	Leitzach (Unterlauf)	Einmündung der Aurach, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	Mündung in die Mangfall, Fluss-km 26,25, Gde. Feldkirchen-Westerham, Lkr. Rosenheim	Einschließlich Tobelstrecken der Zuflüsse
74	413082	Lindlbauer- und Stockergraben	Ursprung oberhalb Neuhäusl, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Verrohrung im Mittellauf, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	
75	413016	Litzldorfer Bach	Ursprung südwestlich des Sulzberges, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Einmündung des Derndorfer Baches, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	
76	413012	Maigraben	Ursprung an der Maiwand, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	Innstraße, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	
77	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Beginn der Tobelstrecken, Gde. Irschenberg, Lkr. Miesbach, Markt Bruckmühl, Gde. Feldkirchen-Westerham, Lkr. Rosenheim	Ende der Tobelstrecken, Markt Bruckmühl, Gde. Feldkirchen-Westerham, Lkr. Rosenheim	Nur die rechtsseitigen Zuflüsse zwischen Höllgraben und Feldbach
78	413010	Markbach	Ursprung an der Scheffauer Leiten, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	150 m unterhalb der Bahnlinie Rosenheim – Kufstein, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	
79	413065	Moosbach (RO)	Ursprung bei Spöck, Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	Brücke der Bundesstraße 305, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
80	413117	Nagelbach-Tobelstrecke	Ursprung am Rainer Berg, Gde. Hausham, Lkr. Miesbach	Tobelausgang oberhalb des Siedlungsgebiets, Gde. Hausham, Lkr. Miesbach	
81	413051	Nasenbach	Einmündung des Altdorfer Mühlbaches, Gde. Soyen, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, Fluss-km 144,4, Gde. Soyen, Lkr. Rosenheim	
82	413090	Parapluigraben	Ursprung am Pfliegeleck, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
83	413089	Pfliegelgraben	Ursprung am Pfliegeleck, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
84	413121	Pinswanger Bach (Aubach)	Dandlberg, Markt Neubeuern, Lkr. Rosenheim	Beginn der Verrohrung durch die Staatsstraße 2359, Markt Neubeuern, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen verrohrte und überdeckte Strecken
85	413070	Prien (Oberlauf)	Staatsgrenze zu Österreich bei Sachrang, Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	Einmündung des Lochgrabens bei Niederaschau, Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	Einschließlich Lochgraben

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
86	413071	Prien (Unterlauf)	Einmündung des Lochgrabens bei Niederaschau, Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Chiemsee, Markt Prien a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen mit Ausnahme von: Unverrohrte Strecken des Westerndorfer Grabens oberhalb von Frasdorf, Zellgraben, Tobelstrecken bei Weidachwies und Fellerer, Tobelstrecken des Kalkgrabens sowie Ahgraben mit Zuflüssen westlich der St 2093
87	413114	Quirinbach	Ursprung am Neureut, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	Bahnlinie der Tegernseebahn, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	Ausgenommen Seitenbach
88	413052	Rainbach (Urtelbach): Tobelstrecke	Einmündung des Amselgrabens, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 140,9, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Ausgenommen Ausleitung bei Graben
89	413069	Reitbach	Ursprung bei Irgarting, Markt Prien a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Mühlbach, Markt Prien a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
90	413054	Reitgraben	Auslaufbauwerk am Ende der Verrohrung unterhalb Thambach, Gde. Reichertsheim, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 136,5, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Ausgenommen Oberlauf Gasteiger Graben, Holzer Graben mit Zuflüssen, Ausleitung bei Doblmühle, Zufluss oberhalb Sachsenstätt
91	413004	Reschmühlbach	Ursprung am Westhang des Schwarzenberges, Gde. Kiefersfelden, Lkr. Rosenheim	Einmündung des Gießenbachs, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen linksseitiger Zufluss im Ortsbereich von Oberaudorf
92	413076	Rieselgraben	Ursprung bei Engelsried, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Gottschallinger Bach, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	
93	413105	Ringseegraben	Ursprung am Ringspitz, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee-Ringsee, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	
94	413104	Ringspitzgraben	Ursprung am Ringspitz, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	Mündung am Wasserl, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	
95	413081	Ritzgraben	Staatsgrenze südwestlich Sachrang, Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	Staatsgrenze südlich Sachrang (Auslauf Weiher), Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	
96	413041	Rohnbach	Ursprung am Schliersberg, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Mündung in die Leitzach, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	
97	413020	Rohrdorfer Ache	Ursprung beim Stöttner Filz, Gde. Frasdorf, Lkr. Rosenheim	Einmündung Sailerbach, Gde. Rohrdorf, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen linksseitiger Zufluss oberhalb von Sinning sowie Zuflüsse und Ausleitungen in und unterhalb von Rohrdorf
98	413005	Röthenbach	Ursprung im Hocheckgebiet, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	Beginn der Verrohrung am Friedhof, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	Einschließlich Entlastung Hocheckgraben
99	413099	Rottach (MB)	Ursprung zwischen Boden-, Baumgartenschneid, Risserkogel und Wallberg, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Gde. Rottach-Egern, Lkr. Miesbach	Ausgenommen Suttensee, Hafelbach, Herberggraben, Höllgraben, Mühlbach und Entwässerungsgräben im Ortsbereich von Rottach-Egern
100	413030	Schlierach	Ausfluss aus dem Schliersee, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Mündung in die Mangfall, Fluss-km 45,7, Gde. Weyarn, Lkr. Miesbach	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
101	413031	Schliersee: Zuflüsse	Ursprung zwischen Kegelspitz (Rohnberg, Westerberg) und Baumgartenscheid, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Schliersee, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Ausgenommen Gräben, die nur der Entwässerung der Niederung um den See dienen
102	413110	Schmerbach	Ursprung an der Winner-Alm, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Einlauf zur Verrohrung am Schmerbachgrund, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	
103	413097	Schwaighofgraben	Ursprung zwischen kleinem Tegernseer Berg und Riederstein, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
104	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	Ursprung am Ostiner Berg, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in die Mangfall, Fluss-km 56,15, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
105	413095	Seemoosgraben	Ursprung zwischen kleinem Tegernseer Berg und Riederstein, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
106	413085	Sengerschloßgraben	Neureut, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Durchlass, oberstrom Klosterwachtstraße, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
107	413123	Sollacher Bach	Dandlberg, Markt Neubeuern, Lkr. Rosenheim	Einmündung in den Holzhamer Bach, Markt Neubeuern, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen verrohrte und überdeckte Strecken
108	413106	Söllbach	Ursprung zwischen Hirschberg, Schwarzentenn, Kampen, Fockenstein und Söllberg, Gde. Bad Wiessee, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Tegernsee, Gde. Bad Wiessee, Landkreis Miesbach	
109	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	Ursprung am Nordhang der Hochries, Gde. Samerberg, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn bei Nußdorf, Fluss-km 198,5, Gde. Nußdorf a.Inn, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Triebwerkskanal
110	413058	Steinbach (MÜ)	Quell- u. Seitenbäche, Gde. Aschau a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Einmündung des Thalerbaches, Gde. Aschau a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	
111	413042	Sulzgraben	Einmündung des Fürschlachtgrabens, Stadt Miesbach, Lkr. Miesbach	Mündung in die Leitzach, Stadt Miesbach, Lkr. Miesbach	
112	413098	Süßbach	Ursprung am Riederstein, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in die Rottach, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
113	413101	Trinisgraben	Ursprung am Wallberg, Gde. Rottach-Egern, Lkr. Miesbach	Beginn der Verrohrung oberhalb der Bebauung des Ortsteils Trinis, Gde. Rottach-Egern, Lkr. Miesbach	
114	413083	Wachtgraben (1 und 2)	Neureut, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
115	413059	Wanklbach	Wegbrücke ca. 200 m südlich von Fraham, Gde. Taufkirchen, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 121,800, Markt Kraiburg a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Ausgenommen Kolbingerbach und Ausleitungen in Kraiburg a.Inn
116	413094	Wegbauerngraben	Ursprung zwischen kleinem Tegernseer Berg und Riederstein, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
117	413111	Weidenbach	Ursprung an der Winner-Alm, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	
118	413102	Weißach (MB)	Ursprung zwischen Wallberg, Risserkogel, Blauberge, Achenpaß, Roß- und Buchstein, Hirschberg und Ringberg, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Gde. Rottach-Egern, Lkr. Miesbach	Ausgenommen sind die Gräben, die der Entwässerung um den See dienen und der Klafferbach im OT Trinis und Mühlbach
119	413086	Westerhofgraben	Neureut, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Durchlass, oberstrom Klosterwachtstraße, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
120	413096	Wiesengraben	Ursprung zwischen kleinem Tegernseer Berg und Riederstein, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
121	413057	Wildbach	Straßenbrücke Unterzarnham, Gde. Unterreit, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 129,000, Gde. Jettenbach, Lkr. Mühldorf a.Inn	Ausgenommen Reitertalgraben und Zuflüsse Annakapelle, Mooswiesenweg sowie Oberlauf Grunderbach
122	413075	Wildbarren: Gräben am Osthang	Ursprung am Wildbarren, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	Staatsstraße 2089, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	
123	413107	Zeiselbach	Ursprung zwischen Söllberg, Sattelkopf und Semmelberg, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	
124	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Traunstein (414)**				
125	414037	Achfeldgraben	Beginn der Grabenschnitte zwischen Geisberg und Reisachberg, Gde. Kirchweidach, Lkr. Altötting	Ende des Grabeneinschnittes südwestlich von Brandstätt, Gde. Kirchweidach, Lkr. Altötting	
126	414014	Alpbach (TS)	Ursprung nördlich des Geigelsteins, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Brücke an der Bundesstraße 307, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
127	414021	Alplbach (Eibelbach)	Ursprung an der Nordseite des Hochgern, Gde. Staudach-Egerndach, Lkr. Traunstein	Mündung in die Tiroler Achen in Staudach, Fluss-km 9,42, Gde. Staudach-Egerndach, Lkr. Traunstein	
128	414048	Aschauer Bach	Staatsgrenze zu Österreich südöstlich des Ach-Horns bzw. Ursprünge der Seitenbäche auf bayerischem Gebiet, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach, Fluss-km 30,2 bzw. Mündung der Seitenbäche in den Aschauer Bach, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	
129	414019	Balsberg-Graben	Ursprung an der Nordostseite des Steilenberges, Gde. Unterwössen, Lkr. Traunstein	Sohlschwelle am Ende der Pflasterrinne südlich von Unterwössen, Gde. Unterwössen, Lkr. Traunstein	
130	414083	Barmsteiner Graben	Ursprünge der Quellbäche in Mehlweg, Markt Marktschellenberg, Lkr. Berchtesgadener Land	Staatsgrenze zu Österreich westlich von Hallein, Markt Marktschellenberg, Lkr. Berchtesgadener Land	
131	414461	Berchtesgadener Ache	Zusammenfluss von Ramsauer Ache und Königsseer Ache bzw. Ursprünge der Seitenbäche, Markt Berchtesgaden, Lkr. Berchtesgadener Land	Staatsgrenze zu Österreich nördlich von Marktschellenberg bzw. Mündung der Seitenbäche in die Berchtesgadener Ache, Markt Marktschellenberg, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen: Flachstrecken des Weiherbaches mit Seitengräben und des Klostergrabens zwischen Freibad Aschauerweiher und Siedlung Weiherbach, Mühlkanal des Hofbräuhauses Berchtesgaden und Triebwerkskanal des Kraftwerkes Gartenau, Quellbäche des Tiefenbachs bei Hoissen, Seitengräben des Gernerbachs bei Bichl/Hintergern und am Etzerschlössl
132	414025	Bernauer Achen (Rottauer Bach)	Ursprung bei der Piesenhauser Hochalm, Markt Grassau, Lkr. Traunstein	Kiesfang an der Landkreisgrenze Traunstein/Rosenheim westlich von Rottau, Markt Grassau, Lkr. Traunstein, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
133	414463	Bischofswieser Ache	Zusammenfluss von Mausgraben und Frechenbach bzw. Ursprünge der Seitenbäche, Gde. Bischofswiesen, Lkr. Berchtesgadener Land	Einmündung in die Ramsauer Ache bzw. Mündung der Seitenbäche in die Bischofswieser Ache, Gde. Bischofswiesen, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen: Quellbäche des Dachlmooses bis Neuhaus und Seitengräben des Neuhausergrabens, Quellbach bei Stockerhäusl in Winkl, Ausleitung bei Vorderstockerlehen, Lettengraben unterhalb Wasserweg, Oberlauf Burgergraben bei der Jäger-Kaserne
134	414045	Bruckberggraben	Ende der Straßenentwässerungsleitung am oberen Bruckberg ca. 250 m südwestlich von Thannöd, Markt Marktl, Lkr. Altötting	Kiesfang vor dem Beginn des verrohrten Unterlaufes, Markt Marktl, Lkr. Altötting	
135	414042	Buchreiter Graben	Beginn des Schluchtlaufes bei Buchholz, Gde. Erlbach, Lkr. Altötting	Ende des Schluchtlaufes vor der Mündung in das Innaltwasser (Peracher Lacke), Gde. Perach, Lkr. Altötting	
136	414004	Burgerbach	Beginn der Schluchtläufe westlich und südlich von Pistor, Gde. Reischach, Lkr. Altötting	Beginn der Verrohrung in Burg, Gde. Winhöring, Lkr. Altötting	
137	414074	Dobelbach	Einmündung des Greinachbaches westlich von Forst, Gde. Wonneberg, Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	Mündung in den Waginger See, Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Seitenbäche
138	414075	Dobelbach: nur Quell- und Seitenbäche	Beginn der Schluchtläufe, Markt Waging a.See, Gde. Wonneberg, Lkr. Traunstein	Ende der Schluchtläufe oder Eintritt in den flachen Talboden, Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
139	414077	Eisgraben (BGL)	Einmündung des Stockgrabens südlich von Ramstetten, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Ende des Schluchtlaufes bei Gallerbach, Gde. Petting, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Katzenbach von der Quelle bis westlich von Geischberg und Mehringer Bach
140	414067	Englhamer Graben	Beginn des Grabeneinschnittes westlich von Oberndorf, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Beginn der Verrohrungsstrecke bei Englham, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	
141	414036	Förgenthaler Graben	Beginn des Grabeneinschnittes nordöstlich von Förgenthal, Gde. Garching a.d.Alz, Lkr. Altötting	Ende des Schluchtlaufes, ca. 700 m östlich von Stadler, Gde. Garching a.d.Alz, Lkr. Altötting	
142	414024	Grießenbach (Roth)	Ursprung auf der Wimmer-Alm, Markt Grassau, Lkr. Traunstein	Kiesfang unterhalb der Bundesstraße 305 bei Grießenbach, Markt Grassau, Lkr. Traunstein	Einschließlich der Gräben an der Nordostflanke des Großstaffen
143	414030	Groß-Haufertsgraben	Fußwegbrücke, ca. 800 m oberhalb des Durchlasses in der Kreisstraße TS 1 Traunstein – Kammer, Große Kreisstadt Traunstein, Lkr. Traunstein	Ende des Schluchtlaufes, ca. 600 m unterhalb des Durchlasses in der Kreisstraße TS 1, Große Kreisstadt Traunstein, Lkr. Traunstein	
144	414029	Grundbach	Beginn des Schluchtlaufes, ca. 800 m nordwestlich von Knappenfeld, Gde. Surberg, Lkr. Traunstein	Ende des aufgesattelten Laufes beim Salzburgerhof an der Bundesstraße 304 östlich von Traunstein, Gde. Surberg, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Seitenbäche
145	414465	Hallthurmgraben	Ursprung nördlich des vorderen Rotofen, Gde. Bischofswiesen, Lkr. Berchtesgadener Land	Einmündung in eine Doline südöstlich von Hallthurm im nördlichen Ende des Hallthurmmoos, Gde. Bischofswiesen, Lkr. Berchtesgadener Land	
146	414039	Halsbach	Wegbrücke südlich von Schönberg, Gde. Burgkirchen a.d.Alz, Lkr. Altötting	Mündung in das Überlaufgerinne des Alzkanals bei Burgkirchen, Gde. Burgkirchen a.d.Alz, Lkr. Altötting	
147	414001	Heistinger Bach	Beton-Absturzbauwerk (oberhalb der Sperre) am Zusammenfluss der Quellbäche bei Kaining, Gde. Pleiskirchen, Lkr. Altötting	Mündung in die Isen, Fluss-km 7,7, Stadt Töging a.Inn, Lkr. Altötting	
148	414072	Höllenbach	Stauwehr an der Bachzuleitung zur ehemaligen Mittermühle, Gde. Wonneberg und Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	Mündung in den Waginger See, Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Quell- und Seitenbäche sowie Triebwerkskanäle, einschließlich Panolsgraben, Altbach, Grenzgraben, Hallinger Graben
149	414078	Hörzinger Bach	Beginn des Schluchtlaufes nördlich von Enichham, Stadt Tittmoning, Lkr. Traunstein	100 m oberhalb der Mündung in den Stillbach bei Kirchheim, Stadt Tittmoning, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Strecke unterhalb der Rückhaltesperre bei Hörzing
150	414038	Kehlgraben (Grabenreither Graben)	Beginn des Grabeneinschnittes bei Grabenreith, Gde. Burgkirchen a.d.Alz, Lkr. Altötting	Beginn des Durchlasses an der Kreisstraße AÖ 10, Gde. Burgkirchen a.d.Alz, Lkr. Altötting	
151	414068	Kleine Sur: nur rechtsseitige Quell- und Seitenbäche	Beginn der Schluchtläufe im Högl-Nordhang, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	Eintritt in das flache Talgelände südlich der Straße Roßdorf – Thundorf, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen Ottmaninger Graben im Quellgebiet westlich von Hinterreit
152	414464	Königsseer Ache	Auslauf Königssee ab Seeklause bzw. Ursprünge der Seitenbäche, Zuflüsse und Runsen, Gde. Schönau a.Königssee, gemeindefreies Gebiet, Lkr. Berchtesgadener Land	Zusammenfluss mit der Ramsauer Ache bzw. Einmündung in den Königssee, Mündung in die Königsseer Ache und Eintritt in das flache Talbecken, Markt Berchtesgaden, Gde. Schönau a.Königssee, Lkr. Berchtesgadener Land	Einschließlich Zuflüsse in den Königssee und der Runsen am Nordhang des Grünsteins, Ausgenommen: Saletbach zwischen Obersee und Königssee, Quellgewässer im flachen Talbecken linksseitig der Königsseer Ache
153	414002	Kothingbuchbach	Betonbrücke bei Kothingbuchbach, Gde. Pleiskirchen, Lkr. Altötting	Mündung in den Heistinger Bach, Stadt Töging a.Inn, Lkr. Altötting	Ausgenommen Sorsbach oberhalb von Unterau
154	414043	Leonberger Graben	Beginn des Schluchtlaufes bei der Zufahrt Leonberg, Markt Marktl, Lkr. Altötting	Mündung in den Inn, Fluss-km 80,7, Markt Marktl, Lkr. Altötting	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
155	414010	Lofer	Ursprünge der Quellbäche Schwarzlofer und Weißlofer, Gde. Unterwössen und Reit im Winkl, Lkr. Traunstein	Staatsgrenze zu Österreich südwestlich von Reit im Winkl, Gde. Reit im Winkl, Lkr. Traunstein	Ausgenommen: Graben bei Illmau, Graben nordöstlich von Unterbichl, Unterlauf des Dosbachs (ab nördlicher B 305), Pöschgraben (ab südlicher B 305), westlicher Jederergraben (ab Kiesfang bei Entfelden), östlicher Jederergraben, verrohrte Unterläufe der rechtsseitigen Zuflüsse zur Weißlofer unterhalb Mündung Alzbach, linksseitige Zuflüsse zur Lofer, ausgenommen Großer Steinbach
156	414082	Lohnergraben	Beginn des Grabeneinschnitts bei Thalhausen, Gde. Burgkirchen a.d.Alz, Lkr. Altötting	Einlaufbauwerk südlich des alten Alzkanals, Gde. Burgkirchen a.d.Alz, Lkr. Altötting	
157	414073	Moosbach (TS)	Beginn der Schluchtläufe westlich von Füging, Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	Zusammenfluss der Quellbäche, ca. 700 m oberhalb der Mündung in den Höllenbach, Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	
158	414005	Mörnbach (Griesbach)	Beginn des ausgebauten Gerinnes nördlich der Bundesstraße 12 in Neuötting, Stadt Neuötting, Lkr. Altötting	Beginn des überdeckten Gerinnes südwestlich der Innbrücke in Neuötting, Stadt Neuötting, Lkr. Altötting	
159	414017	Mühlbach-Dalsenbach	Ursprung bei der Hinteren Dalsenalm, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Mündung in die Tiroler Achen, Fluss-km 19,2, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	
160	414060	Mühlstätter Graben	Ursprung bei Kohlstatt, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	Brücke am Ende des Pflastergerinnes (Stadtweg) am südöstlichen Ortsausgang von Ainring, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	
161	414049	Müssbach	Ursprung auf der Wurzalm (verfallen) südwestlich des Ristfeuchthorns bzw. Ursprünge der Seitenbäche, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach, Fluss-km 29,5 bzw. Mündung der Seitenbäche in den Müssbach, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	
162	414466	Neuhäuslgraben: nur Quell- und Seitenbäche	Ursprünge der Quellbäche an der Nordwestseite des Hahnrainkopfes, Markt Marktschellenberg, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in den Neuhäuslgraben, Markt Marktschellenberg, Lkr. Berchtesgadener Land	Einschließlich deren Seitenbäche im Gebiet des Marktes Marktschellenberg
163	414032	Oberer Schroffengraben	Beginn des Grabeneinschnittes, ca. 300 m oberhalb des Durchlasses in der Staatsstraße 2356 nordöstlich von Klafflsberg, Gde. Unterneukirchen, Lkr. Altötting	Mündung in den Kremplmühlbach, Gde. Unterneukirchen, Lkr. Altötting	
164	414063	Oberteisendorfer Ache	Ursprünge der Quell- und der Seitenbäche am Teisenberghang, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Sur bzw. Mündung der Quell- und Seitenbäche in die Oberteisendorfer Ache, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	
165	414081	Ponlach-Bach	Beginn des Schluchtlaufes bei Saag, Stadt Tittmoning, Lkr. Traunstein	Beginn des überdeckten Gerinnes oberhalb der Mündung in den Siechenbach in Tittmoning, Stadt Tittmoning, Lkr. Traunstein	
166	414080	Pulhartinger Graben	Beginn des Grabeneinschnittes südlich von Wiesmann, Gde. Fridolfing, Lkr. Traunstein	Ende des Grabeneinschnittes nordwestlich von Pulharting, Gde. Fridolfing, Lkr. Traunstein	
167	414018	Raitener Bach: Linksseitige Zuflüsse	Ursprünge an der Hochplatte, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Eintritt in den Talboden, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
168	414462	Ramsauer Ache	Zusammenfluss von Klausbach und Hinterseeauslauf bzw. Ursprünge der Quell- und Seitenbäche, Zuflüsse zum Hintersee, Gde. Ramsau b.Berchtesgaden, Lkr. Berchtesgadener Land	Zusammenfluss mit der Königsseer Ache. Einmündung in den Hintersee bzw. Mündung der Seitenbäche in die Ramsauer Ache, Gde. Ramsau b.Berchtesgaden, Gde. Schönau a.Königssee, Gde. Bischofswiesen, Markt Berchtesgaden, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen: Hintersee sowie Gräben und Flachstrecken südlich des Sees, Zufluss aus dem Moosgebiet bei Antenbichlmühle, Egelgraben unterhalb Taubensee bis Hintersimon, Mühl- und Triebwerks-kanäle, Graben nördlich Handwerkersiedlung Stangenwald (Gde. Bischofswiesen), Bischofswieser Ach (eigener Wildbach)
169	414065	Ramsauerbach: nur Quell- und Seitenbäche	Ursprünge der Quell- und der Seitenbäche an der Nordostflanke des Teisenberges bzw. Beginn der Schluchtläufe, Markt Teisendorf, Gde. Anger, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in den Ramsauerbach bzw. Einmündung in den Höglwörther See, Eintritt in das flache Talgelände (Schluchtlaufende), Markt Teisendorf, Gde. Anger, Lkr. Berchtesgadener Land	Einschließlich: Zuflüsse zum Höglwörther See ohne Zulauf von Grub, Oberlauf des Künumgrabens (Schluchtlauf bis Kiesfang westlich von Roßdorf), Schluchtlauf des Hausmoninger Grabens
170	414007	Reischachbach (Reischach)	Brücke Gemeindeverbindungsstraße bei Sägmeister am nördlichen Ortsausgang von Reischach, Gde. Reischach, Lkr. Altötting	Mündung in den Inn, Fluss-km 88,83, Stadt Neuötting, Lkr. Altötting	Ausgenommen orographisch rechter Seitengraben des Rockersbachs nordwestlich von Rockersbach, Burgerbach und Ausleitungen
171	414031	Rettenbach	Beginn des Schluchtlaufes, ca. 1 km östlich von Rettenbach, Große Kreisstadt Traunstein, Lkr. Traunstein	Mündung in den Kaltenbacher Mühlbach bei Kaltenbach, Große Kreisstadt Traunstein, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Seitenbäche
172	414027	Rote Traun	Ursprung nordöstlich von Inzell (Großwaldbach), Gde. Inzell, Lkr. Traunstein	Mündung in die Traun bei Siegsdorf, Fluss-km 28,8, Gde. Siegsdorf, Lkr. Traunstein	Ausgenommen: Triebwerkskanäle, östl. Moosgraben, Spirkagraben (außer Ausbauabschnitt nordöstl. Buchenwaldsiedlung) und Unterholzgraben östl. von Siegsdorf, Flachstrecke des Grabens bei Wagenau, Gräben, Flachstrecken des Weißenbachs und Sulzbaches sowie der Zuflüsse zum Schmelzbach und Großwaldbach (rechtsseitig unterhalb Sterrsiedlung, linksseitig unterhalb OT Duft) im Talboden von Inzell, Falkenseebach, Flachstrecken des Frosch-, Froschseebaches und des Grabens bei Oberhausen oberhalb Mündung Ramslergraben, Gräben oberhalb der Bundesstraße 305 bei Labenbach und Rauchenbichl
173	414052	Röthelbach	Ursprung östlich der Moosen-Alpe bzw. Ursprünge der Seitenbäche, gemeindefreies Gebiet, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalachau ca. 200 m westlich der Bundestraße 21 bzw. Mündung der Seitenbäche in den Röthelbach, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	
174	414084	Rothhaus-Graben	Ursprung Schlucht südlich von Engersberg, Gde. Perach, Lkr. Altötting	Unteres Ende des Schuttkegels, ca. 500 m östlich Rothhaus, Gde. Perach, Lkr. Altötting	
175	414079	Saalach: Linkssseitige Zuflüsse nördlich von Piding	Ursprünge an der Ostseite des Högls, Gde. Piding, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach bzw. Eintritt in den Talboden, Gde. Piding, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen Talläufe

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
176	414055	Saalach: Zuflüsse nahe Saalachsee	Ursprünge in der Nordwestseite des Lattengebirges und am Müllnerhörndl, Gde. Schneizlreuth, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach bzw. Eintritt in den Talboden, Gde. Schneizlreuth, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	Nur die Zuflüsse zwischen der Einmündung des Schwarzbaches und des Wappbaches
177	414033	Schroffenbach	Sandfang nördlich der Schroffensiedlung, Gde. Unterneukirchen, Lkr. Altötting	Fuß des linken Alztalhanges, Gde. Unterneukirchen, Lkr. Altötting	
178	414051	Schwarzbach	Ursprung Schwarzbachloch westlich Schwarzbachwacht bzw. Ursprünge der Seitenbäche, Gde. Ramsau b.Berchtesgaden, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach bei Fluss-km 25,5 (rechts) bzw. Mündung der Seitenbäche in den Schwarzbach, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen linksseitiges Seitengewässer durch Unterjettenberg
179	414057	Schwarzbach mit Köhlerbach	Staatsgrenze zu Österreich, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	Schwarzbach: Brücke Bundesstraße 21, Kohlerbach: Ende der Verbauung in der Marzoller Au, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	
180	414054	Seebach (Hoswaschbach)	Auslauf des Seerosenteiches unterhalb des Thumsees bzw. Ursprünge der Seitengräben, Zuflüsse zu Thumsee, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	Sohlrampe neben der Fischzuchtanlage in Karlstein sowie Einmündungen in den Thumsee und in den Seebach bzw. Eintritt in das Reichenhaller Becken, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	Einschließlich Nesseltalgraben
181	414003	Sigrünerbach (Illbach)	Beginn des Schluchtlaufes (Brücke) bei Öd, Gde. Pleiskirchen, Lkr. Altötting	Mündung in die Isen, Fluss-km 7,04, Stadt Töging a.Inn, Lkr. Altötting	
182	414035	Stadlergraben	Beginn des Grabeneinschnittes oberhalb von Stadler, Gde. Garching a.d.Alz, Lkr. Altötting	Ende des Schluchtlaufes bei Stadler, Gde. Garching a.d.Alz, Lkr. Altötting	
183	414044	Steigthaler Graben	Beginn des Schluchtlaufes bei Steigthal, Markt Marktl, Lkr. Altötting	Mündung in das Innaltwasser in Höhe Fluss-km 79,3, Markt Marktl, Lkr. Altötting	
184	414041	Steinbach (AÖ)	Ursprung nordwestlich von Kügler, Gde. Perach, Lkr. Altötting	Mündung in den Weitbach östlich des Bahnhofs Perach, Gde. Perach, Lkr. Altötting	
185	414047	Steinbach (Steinbach und Hinterer Steinbach)	Zusammenfluss von Hintersteinbach und Vordersteinbach, Ursprünge der Seitengräben, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach bzw. Mündung der Seitenbäche in den Steinbach, Fluss-km 32,8, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	
186	414015	Steingraben	Ursprung am Höhenstein, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Mündung in den Alpbach, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	
187	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Ursprung der Quellbäche bei der Stoißer Alm am Teisenberg bzw. Ursprünge der Quell- und Seitenbäche, Gde. Anger, Gde. Piding, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach, Fluss-km 11,7 bzw. Einmündung der Quell- und Seitenbäche in die Stoißer Ache oder in den Talboden, Gde. Anger, Gde. Piding, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen: Hainhamer Moosbachl und Moosgraben bis Einmündung Seelandlgraben, linksseitiger Seitengraben, ehem. Triebwerkskanal von Wolfertsau bis Anger, Tallauf Holzlandgraben, Tallauf Zenzenbach, Wiebach, Schloßgraben unterhalb Verbauung, Mairbach, Aubach, Tallauf Exelbach, Dunkelgraben unterhalb St 2103
188	414061	Sur (Schneidergraben)	Beginn des Schluchtlaufes bei Tandlmaier, Gde. Surberg, Lkr. Traunstein	Sohlschwelle, ca. 80 m unterhalb der Brücke der Bundesstraße 304 östlich von Thal-Mühle, Gde. Surberg, Lkr. Traunstein	Einschließlich Schluchtläufe von Gottenbach und Lauterer Graben, ausgenommen Kohlgraben
189	414062	Sur: nur Seitenbäche	Beginn der Schluchtläufe, Gde. Surberg, Lkr. Traunstein, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Sur bzw. Eintritt in das flache Talgelände der Sur, Gde. Surberg, Lkr. Traunstein, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Nur Seitenbäche am Sur-Oberlauf zwischen Endpunkt Wildbachstrecke (der Sur) und der Einmündung der Oberteisendorfer Ache

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
190	414064	Sur: südliche Seitenbäche	Beginn der Schluchtläufe, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Eintritt in das flache Talgelände der Sur bzw. in das Auland bei Freidling, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Nur südliche Seitenbäche zwischen den Einmündungen der Oberteisendorfer Ache und des Ramsauerbaches
191	414066	Sur: Zuflüsse	Beginn der Schluchtläufe, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Ende der Schluchtläufe am Fuß der Surtalhänge bzw. Mündung in die Sur oder in den Surspeicher, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Nur die Zuflüsse der Sur zwischen der Einmündung des Bauernschmidgrabens und dem Hauptdamm des Surspeichers. Ausgenommen Bauernschmidgraben oberhalb des Schluchtlaufes
192	414011	Talbach (Lederer-Graben)	Ursprung am Schwarz-Berg, Gde. Reit im Winkl, Lkr. Traunstein	Staatsgrenze zu Österreich westlich von Reit im Winkl, Gde. Reit im Winkl, Lkr. Traunstein	
193	414070	Tenglinger Bach	Schluchtläufe von Wabach und Igelsbach westlich von Burg, Gde. Taching a.See, Lkr. Traunstein	Ende der Beton-Ufermauer oberhalb Furtmühle östlich von Tengling, Gde. Taching a.See, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Gräben bei Tengling
194	414023	Tennbodenbach	Ursprung nordöstlich der Hochplatte, Gde. Marquartstein, Lkr. Traunstein	Brücke der Bundesstraße 305 bei Kuchel, Markt Grassau, Lkr. Traunstein	
195	414008	Thannberger Graben	Beginn des Schluchtlaufes westlich von Gmeinholzen, Gde. Reischach, Lkr. Altötting	Einlaufsperre des Kiesfanges an der Kreisstraße AÖ 5 Kager – Perach, Gde. Perach, Lkr. Altötting	
196	414006	Tiefenbach	Beginn des Schluchtlaufes östlich von Pistor, Gde. Reischach, Lkr. Altötting	Mündung in den Burgergraben südlich der Bahnlinie Mühldorf – Simbach, Gde. Winhöring, Lkr. Altötting	
197	414016	Tiroler Achen: Rechtsseitige Zuflüsse	Ursprünge am Rauhe-Nadel- und Steilenberg-Massiv, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Mündung in die Tiroler Achen zwischen Fluss-km 23,75 und 18,64, Gde. Unterwössen, Lkr. Traunstein	Nur die rechtsseitigen Zuflüsse zwischen der Staatsgrenze zu Österreich und Ortsteil Staffen
198	414012	Totermann-Bach	Ursprung an der Staatsgrenze zu Österreich westlich vom Paß Klobenstein, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Mündung in die Tiroler Achen, Fluss-km 23,17, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	
199	414028	Traun: Rechtsseitige Zuflüsse	Beginn der Schluchtläufe am Hochberg, Gde. Siegsdorf, Lkr. Traunstein	Ende der Schluchtläufe oder Mündung in die Traun, Große Kreisstadt Traunstein, Lkr. Traunstein	Nur die rechtsseitigen Zuflüsse zwischen dem Zusammenfluss der Weißen und der Roten Traun und der Einmündung des Grundbaches
200	414034	Walder Tobel	Straßendurchlass in der Zufahrt Oberberg, Gde. Garching a.d.Alz, Lkr. Altötting	Beginn der Verrohrung vor der Mündung in den Walder Mühlbach, Gde. Garching a.d.Alz, Lkr. Altötting	
201	414053	Wappbach	Zusammenfluss von Weidbach und Alpgartengraben, Ursprünge der Quell- und Seitenbäche im Nordhang des Lattengebirges, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Gde. Bayerisch Gmain, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach, Fluss-km 19,8 südlich Bad Reichenhall bzw. Mündung in den Wappbach, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Gde. Bayerisch Gmain, Lkr. Berchtesgadener Land	
202	414050	Weißbach	Ursprung Wasserloch westlich des Scharnkopfes, Ursprung der Quellbäche und Seitenbäche, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach bei Schneizlreuth bei Fluss-km 27,9 bzw. Einmündung in den Weißbach, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	
203	414056	Weißbach	Ursprünge nordöstlich vom Dreisessel-Berg, Ursprünge der Quell- und Seitenbäche, Gde. Bayerisch Gmain, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach, Fluss-km, 14,0 bzw. Mündung der Seitengräben in den Weißbach, Gde. Bayerisch Gmain, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen: Grabenbach, Ortelbach und Triebwerkskanal. Einschließlich: Kirchholzgraben bis Eintritt in Flachgelände
204	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Ursprung am Weißgrabenkopf südwestlich des Hochfelln, Gde. Bergen, Lkr. Traunstein	Mündung in den Chiemsee, Gde. Übersee, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Aitrach, Klauserbach, Buchbach mit Madereybach, Almbach mit Blassenbach sowie sonstige Entwässerungsgräben im Bergener Moos und Egerndacher Filz

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
205	414026	Weiße Traun	Ursprünge der Quellbäche Fischbach und Seetraun, Gde. Reit im Winkl, Lkr. Traunstein	Mündung in die Traun bei Siegsdorf, Fluss-km 28,8, Gde. Siegsdorf, Lkr. Traunstein	Ausgenommen: Triebwerkskanäle, Aicherbach (Siegsdorf), Hinterberggraben (Ruhpolding) jeweils mit Quell- und Seitenbächen, Unterläufe von Gerhartsreiter Graben (südl. von Siegsdorf), Hörgeringer Bach, Bibinger Bach, Bibelöder Graben (nördl. von Ruhpolding), linksseitige Zuflüsse zur Urschlauer Ach zwischen Mündung in die Weiße Traun und Brücke TS 43, Pfitzener Moosgraben, Unterläufe und Flachstrecken der Zuflüsse zur Weissen Traun bzw. zum Sägmühlbach: westlich zwischen Mündung Urschlauer Ache und Laubau, östlich von St. Valentin bis Mündung Fischbach außer Winbach, Unterläufe der Bäche beim Holzknechtmuseum und bei der Sichernalm, Flachstrecken im Talboden zwischen Förchensee und Seegatterl
206	414009	Weitbach	Beginn des Schluchtlaufes östlich von Pomming, Gde. Perach, Lkr. Altötting	Einmündung des Steinbaches östlich des Bahnhofs Perach, Gde. Perach, Lkr. Altötting	Ausgenommen Ausleitungen
207	414040	Westerndorfer Graben	Ursprung östlich von Engersberg, Gde. Reischach, Lkr. Altötting	Ende des Schluchtlaufes südlich von Westerndorf, Gde. Perach, Lkr. Altötting	
208	414076	Wienergraben	Nördlich Filzschuster, Gde. Petting, Lkr. Traunstein	Mündung in den Waginger See, Gde. Petting, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Seitenbäche
209	414059	Wiesbachl	Ursprung südlich von Reit, Ursprünge der Quell- und Seitenbäche, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	Ende des Schluchtlaufes südwestlich von Wiesbach, Mündung in das Wiesbachl, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	
210	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Ursprung nördlich des Walm-Berges bei Reit im Winkl (Masererbach), Gde. Reit im Winkl, Lkr. Traunstein	Mündung in die Tiroler Achen, Fluss-km 14,1, Gde. Unterwössen, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Seitenbäche aus Birnbacher Feld und Mühlkanal Garbmühle
211	414013	Wuhrsteinbach (Loch- und Maisbach)	Ursprung bei der Wirts-Alm am Geigelstein, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Mündung in die Tiroler Achen, Fluss-km 22,8, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Einschließlich Schneiderhan-Graben
212	414069	Ziegelgraben	Ursprünge südlich von Rabling, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	Ende des Grabeneinschnittes südlich von Doppeln bei der Kreisstraße BGL 10, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	
213	414071	Zintenbach	Beginn des Schluchtlaufes südöstlich von Großscherzhausen, Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	Ende des Schluchtlaufes südwestlich von Krautenbach, Gde. Taching a.See, Lkr. Traunstein	
214	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Weilheim (415)**				
215	415022	Almbach	Ursprung nördlich des Schönberges, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Fleck, Fluss-km 214,6, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
216	415082	Ammer	Einmündung des Kohlbaches bei Fluss-km 185,065, Gde. Ettal, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Einmündung der Halbammer bei Fluss-km 170,37 westlich von Saulgrub, Gde. Saulgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen alle Seitenbäche in den Talauen des Ammertales und ausgenommen Kohlbach mit Seitengräben
217	415060	Ammertalgraben	Ursprung nördlich des Ettaler Mandl bei Ettal, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ramsach bei Plaiken, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
218	415029	Arzbach	Ursprung nordöstlich des Latschenkopfes, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Arzbach, Fluss-km 207,8, Gde. Gaißach, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
219	415005	Arzgrubenlaine	Ursprung an der westlichen Karwendelspitze, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar, Fluss-km 258,068, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
220	415074	Aschbach	Ursprung südlich von Straßberg, Gde. Benediktbeuern, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Gemeindeverbindungsweg zum „Sommerkeller“, 500 m östlich der Bundesstraße 11, 700 m westlich von Vormholz, Gde. Benediktbeuern, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
221	415031	Aubach (TÖL)	Ursprung östlich von Lain, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Arzbach, Fluss-km 207,2, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
222	415040	Beistall-Laine	Ursprung südlich des Hohen Ziegspitz, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach, Fluss-km 94,7, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
223	415099	Burgleitenbach	100 m westlich der Brücke der Gemeindestraße B 2 – Kerschlach, Gde. Pähl, Lkr. Weilheim-Schongau	Brücke über den Burgleitenbach an der Wielenbacher Straße, Gde. Pähl, Lkr. Weilheim-Schongau	Ausgenommen Seitenbäche
224	415044	Degernlahne	Ursprung nördlich des Kreuzecks, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach bei Schmölz, Fluss-km 89,4, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
225	415025	Dorfbach	Ursprung nordwestlich des Geiersteines, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar in Lenggries, Fluss-km 210,7, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen Weiherbach
226	415045	Dürerlaine	Ursprung südlich der Kramerspitze, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach, Fluss-km 88,0, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
227	415014	Dürrach	Staatsgrenze zu Österreich beim Forsthaus Bächental, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Sylvensteinsee bei Fall, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Einschließlich Schlürpfengraben, Schwarzenbach
228	415062	Ebenlaine	Ursprung östlich des Großen Aufackers, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ramsach südlich des Langen Kögel, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Graben aus Lange Grüne
229	415034	Einbach	Einmündung des Stallauer Grabens bei Sauerberg, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar in Bad Tölz, Fluss-km 200,5, Stadt Bad Tölz, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen Seitenbäche
230	415089	Enge Laine	Ursprung südlich des Hörnles, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer in Unterammergau, Fluss-km 177,239, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
231	415055	Eschenlaine	Ursprung westlich von Einsiedl am Walchensee, Gde. Wallgau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Loisach in Eschenlohe, Fluss-km 70,7, Gde. Eschenlohe, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
232	415096	Eyach	Einmündung des Lixer Grabens östlich von Böbing, Gde. Böbing, Lkr. Weilheim-Schongau	Fluss-km 1,650 Markierungsstein links, Gde. Oberhausen, Lkr. Weilheim-Schongau	Ausgenommen linke Seitenbäche
233	415010	Finzbach	Ursprung bei der Esterbergalm, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar bei Wallgau, Fluss-km 247,5, Gde. Wallgau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
234	415037	Fischbach	Ursprung bei Schwaig, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Oberfischbach, Fluss-km 200,3, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
235	415007	Gaßellahnbach	Ursprung westlich des Wörners, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar bei Fluss-km 255,710, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
236	415054	Gießenbach	Ursprung südlich der Notkarspitze, gemeindefreies Gebiet Ettaler Forst, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach bei Oberau, Fluss-km 75,4, Gde. Oberau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
237	415033	Große Gaißach (TÖL)	Nördlich des Luckenkopfes, Gde. Waakirchen, Lkr. Miesbach	Mündung in die Isar westlich von Gaißach, Fluss-km 203,8, Gde. Gaißach, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen Weiherbach und Kleine Gaißach mit Zuflüssen und Ausleitungen sowie südlicher Seitenbach bei Mühle

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
238	415092	Grüngraben (Waldlaine)	Ursprung am Hörnle südlich von Bad Kohlgrub, Gde. Saulgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Nordostseite der Brücke der Bahnlinie Unterammergau – Altenau, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
239	415103	Habichtgraben (Schindergraben)	Kreuzung mit der Autobahn München – Garmisch-Partenkirchen, Gde. Eurasburg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Loisach, Fluss-km 14,5, Gde. Eurasburg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Einschließlich Sandgraben
240	415095	Halbammer	Regierungsbezirksgrenze gegen Schwaben, Gde. Saulgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer westlich von Saulgrub, Fluss-km 170,37, Gde. Saulgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Triebwerkskanal von Ausleitung bei Fluss-km 170,9 bis Wiedereinleitung am Kraftwerk Kammerl
241	415043	Hammersbach (Krepbach)	Ursprung östlich der Zugspitze, Gde. Grainau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach bei Schmölz, Fluss-km 89,8, Gde. Grainau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Bäche aus dem Hintermoos
242	415066	Haselrißlaine	Ursprung nördlich des Heimgartens, Gde. Schlehdorf, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Kochelsee südlich von Schlehdorf, Gde. Schlehdorf, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
243	415069	Heckenbach	Ursprung nördlich des Jochberges, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Kochelsee südwestlich von Kochel a.See, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
244	415024	Hirschbach (TÖL)	Ursprung am Hirschbachsattel, ca. 1,5 km südlich des Fockensteines, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Mündung in die Isar, Fluss-km 212,5, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen Ausleitungen nordwestlich von Geisreuth
245	415104	Höllgraben (TÖL)	Kreuzung mit der Gemeindestraße Eurasburg-Haidach, Gde. Eurasburg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	20 m unterhalb Brückenauslauf der Staatsstraße 2370, Gde. Eurasburg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
246	415094	Hörnlebach (Pflügerskreuthgraben)	Ursprung am Hörnle südlich von Bad Kohlgrub, Gde. Saulgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer westlich von Altenau, Fluss-km 172,45, Gde. Saulgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Staumauer einschließlich aufgestauter Weiher in Altenau
247	415019	Jachen	Ursprung nordwestlich des Schafkopfes, Gde. Wallgau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar bei Fleck, Fluss-km 215,5, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen Graben zwischen Ortsgrenze Wallgau und 35 m vor Sachensee und Seitenbäche aus der Bäckenwand bei Bäcker in der Jachenau
248	415067	Jochbach (Jochberggraben)	Ursprung nördlich des Herzogstands, Gde. Schlehdorf, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Kochelsee am Walchenseekraftwerk, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
249	415071	Kalmbach	Ursprung westlich des Raben-Kopfes, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	440 m nordwestlich der Bundesstraße 11, nördlich von Kochel a.See, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
250	415057	Kaltwasserlaine	Ursprung am Heimgarten südöstlich von Ohlstadt, Gde. Ohlstadt, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach westlich von Ohlstadt, Fluss-km 65,9, Gde. Ohlstadt, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Stauanlage des Elektrizitätswerkes Ohlstadt
251	415041	Kammer-Laine	Ursprung bei der Stepberg-Alm, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach bei Grainau, Fluss-km 92,2, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
252	415091	Kappel-Laine (Kapell-Laine)	Ursprung am Hörnle südlich von Bad Kohlgrub, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer östlich von Scherenau, Fluss-km 175,112, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
253	415004	Karwendelrunsen	Ursprung an der westlichen Karwendelspitze, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Natürliches Ende an der Bundesstraße 2, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
254	415068	Kesselbach	Ursprung nördlich des Kesselberges, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Kochelsee bei Altjoch, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
255	415201	Kienbach	Unterhalb Stauanlage Kloster Andechs, Gde. Andechs, Lkr. Starnberg	Mündung in den Ammersee, Gde. Herrsching a.Ammersee, Lkr. Starnberg	Ausgenommen Ochsengraben und Seitenbäche östlich von Herrsching a.Ammersee

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
256	415018	Klaffenbach	Ursprung südlich des Schönberges, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar, Fluss-km 217,3, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
257	415075	Klammbach	Ursprung bei Stern, Gde. Großweil, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Auslauf des Kiesfanges östlich der Staatsstraße 2370 in Zell, Gde. Großweil, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
258	415042	Köger-Laine	Ursprung südwestlich des Kramers, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach, Fluss-km 91,0, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
259	415065	Kohllaine	Ursprung nordöstlich des Rötelsteines, Gde. Schlehdorf, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Kochelsee südlich von Schlehdorf, Gde. Schlehdorf, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
260	415097	Kraggenaubach	Ursprung am Hörnle südlich von Bad Kohlgrub, Gde. Bad Kohlgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Südseite des Bahndurchlasses südlich von Saulgrub, Gde. Saulgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Seitenbach südlich von Saulgrub
261	415050	Kramerrunse	Ursprung östlich der Kramerspitze, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in den Weidlegraben bei der Thomas-Knorr-Straße in Garmisch-Partenkirchen, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
262	415020	Kranzbach	Ursprung westlich des Hohen Kranzberges, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Südseite der Bundesbahnbrücke in Klais, Gde. Krün, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
263	415087	Kreisbachlaine (Kreislaine)	Ursprung bei der Kolbenalm, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer nördlich von Oberammergau, Fluss-km 179,102, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
264	415056	Kropfbach	Ursprung nordwestlich des Hirschberges südlich von Ohlstadt, Gde. Ohlstadt, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Durchlass der Bahnlinie Murnau – Garmisch-Partenkirchen, Gde. Ohlstadt, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Namenlose Graben
265	415053	Kuhfluchtgraben	Ursprung östlich von Farchant, Gde. Farchant, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach nordöstlich von Farchant, Fluss-km 79,7, Gde. Farchant, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
266	415085	Labergraben	Ursprung nördlich des Labers, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer in Oberammergau, Fluss-km 181,310, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
267	415051	Lahnenwiesgraben	Ursprung bei der Enning-Alm, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach bei Burgrain, Fluss-km 83,1, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
268	415026	Lahngraben	Ursprung nordöstlich der Garland-Alm, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Austritt aus der Schlucht bei den Gilgenhöfen, ca. 300 m westlich der Isarbrücke in Lenggries, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
269	415006	Lainbach (GAP)	Ursprung oberhalb des Lautersees, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ostende des Kiesfangs am Anwesen Laintalstraße 52 in Mittenwald, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
270	415030	Lainbach (Gde. Wackersberg)	Ursprung südöstlich der Lehenbauern-Alm, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Arzbach, Fluss-km 207,3, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
271	415073	Lainbach (TÖL)	Ursprung nördlich der Benediktenwand, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Einmündung des Pessenbaches östlich von Brunnenbach, Gde. Benediktbeuern, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Einschließlich Pessenbach, ausgenommen Enzenbach
272	415070	Laingraben (Gde. Kochel)	Ursprung südwestlich der Kochler Alm, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Kochelsee südwestlich von Kochel a.See, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
273	415011	Laingraben (Kaltwassergraben)	Ursprung westlich der Schöttelkarspitze bei Krün, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar bei Wallgau, Fluss-km 246,3, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
274	415047	Laingraben (Markt Garmisch-Partenkirchen)	Ursprung nördlich des Garmischer Hauses, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Südseite der Brücke der Bayerischen Zugspitzbahn, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
275	415003	Leutasch	Staatsgrenze zu Österreich bei Mittenwald, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar, Fluss-km 259,264, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Strecke im Einflussbereich der Wehranlage des Marktes Mittenwald
276	415084	Lichtenstättgraben	Ursprung am Ettaler Mandl, Gde. Ettal, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in den Tiefentalgraben westlich von Ettal, Gde. Ettal, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
277	415063	Lindenbach	Ursprung südlich von Bad Kohlgrub, Gde. Bad Kohlgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	380 m östlich der Brücke der Ortsverbindungsstraße Murnau-Westried – Aschau, Markt Murnau a.Staffelsee, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen linke Seitenbäche sowie Gsteiggraben vom Anwesen Martinstraße 11 in Bad Kohlgrub bis zur Mündung in den Harrer- und Stickelsgraben
278	415081	Linder (Ammer)	Ursprung an der Kreuzspitze westlich von Graswang, gemeindefreies Gebiet Ettaler Forst, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Einmündung des Kohlbaches bei Fluss-km 185,065, Gde. Ettal, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
279	415202	Maisinger Bach (Georgenbach)	Ausfluss aus dem Unteren Maisinger See, Gde. Pöcking, Lkr. Starnberg	Mündung in den Starnberger See, Stadt Starnberg, Lkr. Starnberg	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
280	415052	Markgraben	Ursprung westlich des Wank, Gde. Farchant, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach südöstlich von Farchant, Fluss-km 81,35, Gde. Farchant, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
281	415008	Marmorgraben	Ursprung westlich des Zunderweidkopfes, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar, Fluss-km 254,851, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
282	415046	Mittergernlaine	Ursprung südöstlich der Kramerspitze, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Nordseite der Maximilianstraße in Garmisch-Partenkirchen, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
283	415076	Mühleckergraben	Ursprung westlich von Mühleck, Gde. Großweil, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Auslauf des Kiesfanges östlich der Staatsstraße 2370 in Mühleck, Gde. Sindelsdorf, Lkr. Weilheim-Schongau	
284	415023	Murbach	Ursprung südöstlich des Brauneck-Hauses, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Lenggries, Fluss-km 214,0, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
285	415038	Neidernach	Ursprung am Schellschlicht, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach bei Griesen, Fluss-km 99,0, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
286	415002	Neuhauserbach	70 m oberstrom des Absturzes bei der Schlöglmühle, Gde. Steingaden, Lkr. Weilheim-Schongau	Auslauf der Wehranlage in Neuhaus, Gde. Steingaden, Lkr. Weilheim-Schongau	Ausgenommen Seitenbäche und Mühlbach
287	415048	Partnach	Ursprung östlich des Schneefernerkopfes, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach, Fluss-km 85,5, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Seitenbach vom Kochelberg, Ausleitung Mühlbach bei Obermühle und Ausleitung Triebwerkskanal bei Wildenau
288	415059	Ramsach (Laberlaine)	Ursprung östlich des Ettaler Mandl bei Ettal, Gde. Eschenlohe, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Brücke des Ortsverbindungsweges nördlich von Höllenstein, Gde. Eschenlohe, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
289	415061	Rautlaine	Ursprung östlich des Großen Aufackers, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ramsach südlich des Langen Kögel, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
290	415078	Ries- und Steingraben	Ursprung westlich des Enzenauer Kopfes, Gde. Bad Heilbrunn, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Kreuzung mit der Bundesstraße 472 östlich von Untersteinbach, Gde. Bad Heilbrunn, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
291	415072	Riesbach (Steingraben)	Ursprung nördlich des Raben-Kopfes, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Brücke der Bundesstraße 11 nördlich von Kochel a.See, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
292	415012	Rißbach	Staatsgrenze zu Österreich, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Vorderriß, Fluss-km 235,2, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
293	415035	Sauersberger Wildbäche	Ursprünge südwestlich von Sauersberg, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Knappengraben: Mündung in den Einbach, Steinwiesel-, Weiherwies- und Steinlößelgraben: je 30 m östlich der Gemeindestraße Sauersberg – Wackersberg, Jochhamgraben: 100 m östlich vorgenannter Straße, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
294	415079	Schellenbach	Ursprung nordwestlich des Zwiesel-Berges, Gde. Bad Heilbrunn, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Loisach bei Achmühl, Fluss-km 32,4, Gde. Bad Heilbrunn, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen alle Seitenbäche, die unterhalb der B 472 münden
295	415093	Scherenauer-Laine (Scherlaine)	Ursprung am Teufelstättkopf westlich von Oberammergau, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer nördlich von Scherenau, Fluss-km 174,509, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Ableitung nach Scherenau
296	415017	Schergenwieser Bäche	Ursprung nordwestlich des Schergenwieser Berges, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Fluss-km 221,4 und 220,6 südlich von Hohenwiesen, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
297	415090	Schleifmühlenlaine	Ursprung am Teufelstättkopf westlich von Oberammergau, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer nördlich von Unterammergau, Fluss-km 175,932, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Ausleitung Dorfbach westlich von Unterammergau
298	415088	Schnitzelgraben	Ursprung westlich des Großen Aufackers, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Einmündung des Kircheckgrabens nördlich von Oberammergau, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Einschließlich Kircheckgraben
299	415016	Schronbach	Ursprung bei der Reiseralm, Gde. Jachenau, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar, Fluss-km 224,3, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
300	415039	Schwarzenbach (GAP)	Ursprung südlich des Friederspitz, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach, Fluss-km 96,3, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
301	415021	Schwarzenbach (TÖL)	Ursprung südlich der Benediktenwand, Gde. Jachenau, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Fleck, Fluss-km 215,2, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
302	415009	Seinsbach	Ursprung nördlich des Wörners, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar, Fluss-km 253,9, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
303	415036	Siechenbach	Ursprung bei Buchberg, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Oberfischbach, Fluss-km 200,4, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
304	415080	Stallauer Bach	Ursprung nördlich des Zwiesel-Berges, Gde. Bad Heilbrunn, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Einmündung des Heubaches westlich von Ramsau, Gde. Bad Heilbrunn, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen alle Seitenbäche, die unterhalb der B 472 münden
305	415341	Stallauer Graben	Ursprung am Nordhang des Blomberges, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Südseite der Brücke der Bundesstraße 472, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
306	415028	Steinbach (Gde. Gaißach)	Ursprung nördlich des Fockensteines, Gde. Gaißach, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Obersteinbach, Fluss-km 209,1, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
307	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Ursprung südlich des Blomberges, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Steinbach, Fluss-km 206,8, Gde. Gaißach, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
308	415077	Steinbach (TÖL)	Ursprung westlich des Kesselkopfes, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Loisach nördlich von Bichl, Fluss-km 33,3, Gde. Bichl, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen Dorf- und Mühlbach
309	415342	Steineggert Graben	Ursprung am Nordhang des Blomberges, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Südseite der Brücke der Bundesstraße 472, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
310	415049	Stiergraben (GAP)	Ursprung westlich des Sonnenbichl, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in den Weidlegraben in Garmisch-Partenkirchen, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Einschließlich Schlenzgraben
311	415101	Stiergraben (TÖL)	Gemeindestraße Rampertshofen – Kappelsberg, ca. 250 m nördlich von Kappelsberg, Gde. Dietramszell, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Zellerbach nordwestlich von Bairawies, Gde. Dietramszell, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
312	415083	Tiefentalgraben (Mandlbach und Schlott)	Ursprung am Ettaler Mandl, Gde. Ettal, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in den Ettaler Mühlbach westlich von Ettal, Gde. Ettal, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
313	415105	Torlaine (Eierlaine)	Ursprung nördlich des Höllstein (Ettaler Mandl), Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ramsach bei Plaicken, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
314	415027	Tratenbach	Ursprung nördlich des Geiersteines, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Baggersee in Höhe Isar-Fluss-km 210,0, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
315	415001	Trauchgauer Ach: Linke Seitenbäche	Ursprünge am Nordhang des Hohen Trauchberges, Gde. Wildsteig, Lkr. Weilheim-Schongau	Mündung in die Trauchgauer Ach, Gde. Wildsteig, Lkr. Weilheim-Schongau	
316	415064	Vorderer und Hinterer Aschauberggraben mit Brucklaine	Ursprung südlich von Grafenaschau, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Brücke des Anliegerweges Aschau-Eschenlohe, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
317	415015	Walchen	Einmündung des Pittenbaches südlich von Kaiserwacht, Österreich	Mündung in den Sylvensteinsee, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Einschließlich Pittenbach und Zuflüsse zum Sylvensteinsee im Walchen-Tal, Walchen, Hühnerbach, Pittenbach und Harrmannsbach
318	415100	Weißer Bach	150 m südöstlich des Höhenpunktes 606 auf der Kreisstraße WM 7 südwestlich von Hartschimmel, Gde. Pähl, Lkr. Weilheim-Schongau	Brücke der Staatsstraße 2068 in Vorderfischen, Gde. Pähl, Lkr. Weilheim-Schongau	
319	415058	Wetzsteinlaine	Ursprung am Rötelstein östlich von Ohlstadt, Gde. Ohlstadt, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach nordwestlich von Ohlstadt, Fluss-km 64,6, Gde. Ohlstadt, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Seitenbäche westlich von Weichs
320	415013	Wilfelsbach (Staffelgraben)	Ursprung nordöstlich des Risser Hochkopfes, Gde. Jachenau, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Sylvensteinsee, ca. 2,5 km südwestlich von Fall, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
321	415086	Windbachlaine (Große Laine)	Ursprung am Großen Aufacker, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer in Oberammergau, Fluss-km 179,718, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
322	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	Ursprünge östlich und nordöstlich des Hohenpeißenberges, Markt Peißenberg, Lkr. Weilheim-Schongau	Brücken der Bahnlinie Schongau – Weilheim i.OB für den Stadl-, Sulzer- und Michelsbach, Beginn Verrohrung für Thalackergraben, Gemeindestraße Sulz – Schlag (Thalacker) für Höllbichl- und Buchaugraben, Auslauf des Mündungsbauwerkes für Fendter Bach und Rehgraben	Ausgenommen die Gewässerstrecke des Höllbichl- und Buchaugrabens von der Gemeindestraße Sulz – Schlag bis zur Einmündung in den Michelsbach
323	415102	Zambach (Kirchgraben)	Ursprung, ca. 500 m nördlich von Mandl, Gde. Eurasburg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Einmündung des Zwitzenlehengrabens (Grenze zum Wasser- und Bodenverband Beuerberg), Gde. Eurasburg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
324	**Regierungsbezirk Niederbayern (42)**				
325	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Deggendorf (421)**				
326	421204	Antersdorfer Bach	Brücke des Weges von der Staatsstraße 2112 nach Niedereck, ca. 700 m nördlich von Eggstetten, Stadt Simbach a.Inn, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in den Simbach, Stadt Simbach a.Inn, Lkr. Rottal-Inn	Ausgenommen rechte Zuflüsse zum Hauptgewässer westlich der Staatsstraße St 2112 bzw. Ortsstraße in Antersdorf
327	421110	Bach bei Voglöd	600 m oberhalb der Mündung in die Wolfsteiner Ohe, Markt Hutthurm, Lkr. Passau	Mündung in die Wolfsteiner Ohe bei Fürsteneck, Markt Hutthurm, Lkr. Passau	Ausgenommen Seitenbäche
328	421005	Bogenbach	Einmündung des Rettenbacher Baches, Gde. Sankt Englmar, Lkr. Straubing-Bogen	Brücke der Staatsstraße 2147, ca. 800 m südöstlich von Obermühlbach, Gde. Perasdorf, Lkr. Straubing-Bogen	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
329	421111	Boiterbach (Beiderwiesbach)	Gemeindestraßenbrücke ca. 700 m unterhalb der Staatsgrenze zu Österreich, Stadt Passau	Mündung in den Inn, Fluss-km 1,560, Stadt Passau	Ausgenommen: Oberlauf in Österreich, Verrohrung (90 m an der Straße nach Mariahilf)
330	421121	Dantelbach (Dantlbach): Tobelstrecke	Zusammenfluss der Quellbäche, ca. 300 m südöstlich von Riedl, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Mündung in die Donau, Fluss-km 2201,760, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Ausgenommen Quell- und Seitenbäche

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
331	421101	Donauzuflüsse: Tobelstrecken	Beginn der Tobelstrecken, ca. 200 m bis 600 m oberhalb der Mündung in die Donau, Markt Hofkirchen, Stadt Vilshofen an der Donau, Lkr. Passau	Kreuzung mit der Staatsstraße 2125 am Talrand, Markt Hofkirchen, Stadt Vilshofen an der Donau, Lkr. Passau	nur die linksseitigen Zuflüsse zwischen Donau-km 2248 und 2252, ausgenommen deren Unterlauf
332	421116	Eckerbach (Rampersdorfer Bach): Tobelstrecke	800 m unterhalb von Steinbruck, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Mündung in die Donau bei Fluss-km 2209,620, Markt Obernzell, Lkr. Passau	Ausgenommen Seitenbäche und 440 m Verrohrung bis zur Mündung in die Donau sowie Ausleitungen
333	421115	Erlau: Tobelstrecken der Zubringer	Beginn der Tobelstrecken, Gde. Thyrnau, Stadt Hauzenberg, Markt Obernzell, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Ende der Tobelstrecken, Gde Thyrnau, Stadt Hauzenberg, Markt Obernzell, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Ausgenommen Quellbäche, nur die Tobelstrecken der Zubringer zur Erlau zwischen der Einmündung des Staffelbaches und der Mündung in die Donau
334	421118	Griesenbach (Haselmannsbach): Tobelstrecke	Eisenbahnbrücke bei Burgstall, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Mündung in den Eckerbach bei Obernzell, Markt Obernzell, Lkr. Passau	Ausgenommen Quellbäche
335	421009	Große Deffernik	Lackenbruck (1130 m ü. NN), westlich des Gipfels am Lackenberg, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Mündung in den Großen Regen nordwestlich von Ludwigsthal, Stadt Zwiesel, Lkr. Regen	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
336	421102	Große Ohe	Einmündung der Schwarzach bei Spiegelau, Gde. Spiegelau, Lkr. Freyung-Grafenau	Einmündung des Bründlreuth-Grabens bei Rehbruck, Gde. Sankt Oswald-Riedlhütte, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Seitenbäche
337	421010	Großer Höllbach	Höllbachgespreng (991 m ü. NN), Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Mündung in den Kolbersbach bei der Schwarzen Brücke, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Ausgenommen Seitenbäche
338	421125	Haagerbach	Beginn der Tobelstrecke 50 m unterhalb der Gemeindestraße Haag – Petzenberg im Gebiet der Stadt Hauzenberg, Lkr. Passau	Mündung in den Staffelbach bei Fluss-km 0,130, im Gebiet der Stadt Hauzenberg, Lkr. Passau	
339	421007	Hammermühlbach (Höllbach)	Einmündung des Greisinger Baches, Große Kreisstadt Deggendorf, Lkr. Deggendorf	Einmündung des Saulochbaches, Große Kreisstadt Deggendorf, Lkr. Deggendorf	Ausgenommen Seitenbäche
340	421011	Hirschbach (REG)	Staatsgrenze zur Tschechischen Republik zwischen den Grenzsteinen 16/20 und 16/21, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Mündung in die Trinkwassertalsperre Frauenau (Kleiner Regen), Gde. Frauenau, Lkr. Regen	Ausgenommen Seitenbäche
341	421117	Hofleitenbach: Tobelstrecke	Lindlmühle, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Mündung in den Eckerbach südlich von Eckerstampf, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
342	421114	Hörreuter Bach: Tobelstrecke	Brücke der Straße Kernmühle – Kellberg, Gde. Thyrnau, Lkr. Passau	Mündung in die Donau bei Kernmühle, Fluss-km 2220,620, Gde. Thyrnau, Lkr. Passau	Ausgenommen Quell- und Seitenbäche
343	421001	Kleine Deffernik	Einmündung des Schachtenbaches, Gde. Bayerisch Eisenstein, Lkr. Regen	Mündung in den Großen Regen, Fluss-km 176,700, Gde. Bayerisch Eisenstein, Lkr. Regen	Ausgenommen Seitenbäche
344	421104	Kleine Ohe	Einmündung des Tiefenbaches (Kleinwaldbaches) westlich von Schönanger, Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Oberhalb der Brücke an der Freyunger Straße, Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
345	421105	Kleine Ohe (Gewässer II. Ordnung), Tobelstrecken	Einmündung des Unterwasserkanals der Dimpflmühle westlich von Grafenau, Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Brücke der Werkstraße nördlich der Atexwerke in Elsenthal, Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Quell- und Seitenbäche
346	421002	Kleiner Regen	Staatsgrenze zur Tschechischen Republik nördlich des Großen Rachel, Gde. Frauenau, Lkr. Regen	Einmündung der Flanitz, Gde. Frauenau, Lkr. Regen	Ausgenommen: Quell- und Seitenbäche, Trinkwassertalsperre Frauenau samt Vorspeicher
347	421012	Kolbersbach	Zusammenfluss von Rindelbach und Goldbachl, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Weiße Brücke, Kreisstraße REG 8, östlich Lindbergmühle, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Ausgenommen Ausleitungen
348	421119	Kollbach	Gebrechtsmühle südlich von Lämmersdorf, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Mündung in die Donau bei Kohlbachmühle, Fluss-km 2207,350, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Ausgenommen Seitenbäche
349	421013	Marchbach	Aufm Sandel (1158 m ü. NN), Grenzstein 11, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Einmündung des Hinteren Scheuereckbaches, Grenzstein 12, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Ausgenommen Seitenbäche

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
350	421006	Mettener Bach	Brücke der Kreisstraße DEG 3 bei der Laufmühle, ca. 1 km südwestlich von Egg, Markt Metten, Lkr. Deggendorf	Fluss-km 1,700, Markt Metten, Lkr. Deggendorf	Ausgenommen Seitenbäche
351	421103	Mitternacher Ohe	Zusammenfluss der Quellbäche südwestlich von Kleinarmschlag, Gde. Eppenschlag, Lkr. Freyung-Grafenau	Einmündung des Kreuzbächleins südwestlich von Almosenreuth, Gde. Innernzell, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Seitenbäche
352	421004	Moosbach ohne Seitenbäche	Einmündung des Forellenbaches, Markt Bodenmais, Lkr. Regen	Mündung in den Rothbach, Markt Bodenmais, Lkr. Regen	
353	421112	Mühltalbach	Staatsgrenze zu Österreich, Stadt Passau	Mündung in den Inn, Fluss-km 0,520, Stadt Passau	Ausgenommen: Oberlauf in Österreich, 140 m Verrohrung an der Mühltalstraße und Kapuzinerstraße
354	421123	Osterbach	500 m oberhalb der Mündung in die Ranna, Markt Wegscheid, Lkr. Passau	Grenzstrecke Bayern – Österreich bis zur Mündung in die Ranna bei Kappel, Markt Wegscheid, Lkr. Passau	Ausgenommen Quell- und Seitenbäche
355	421120	Rambach	Zusammenfluss der Quellbäche, ca. 600 m nordwestlich von Krottenthal, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Mündung in die Donau nordwestlich von Jochenstein, Fluss-km 2204,950, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Ausgenommen Seitenbäche
356	421122	Ranna: Tobelstrecke	Tosbecken der Staumauer westlich von Eidenberg, Markt Wegscheid, Lkr. Passau	Grenzstrecke Bayern – Österreich bis zur Staatsgrenze zu Österreich bei Kappel, Markt Wegscheid, Lkr. Passau	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
357	421109	Reschwasser	Einmündung des Wolfauer Bächleins bei Reschmühle westlich Kreuzberg, Gde. Hohenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Wolfsteiner Ohe westlich von Freyung, Stadt Freyung, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Seitenbäche
358	421003	Rothbach	Oberwasser der Rißlochfälle, ca. 2,5 km oberstromig von Bodenmais, Markt Bodenmais, Lkr. Regen	Mündung in den Schwarzen Regen, Fluss-km 137,150, Gde. Böbrach, Lkr. Regen	Ausgenommen Seitenbäche
359	421113	Satzbach: Tobelstrecke	Einmündung des linken Seitengrabens 1,6 km oberhalb der Mündung in die Donau, Gde. Thyrnau, Lkr. Passau	Mündung in die Donau bei Löwmühle, Fluss-km 2221,600, Gde. Thyrnau, Lkr. Passau	Ausgenommen: Quell- und Seitenbäche, 70 m Verrohrung an der Löwmühle, 200 m gedeckeltes Kastengerinne am Sägewerk Schiermeier
360	421108	Saußwasser (Gewässer II. Ordnung)	Unterhalb des Stausees bei Freyung, Stadt Freyung, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Wolfsteiner Ohe westlich von Freyung, Stadt Freyung, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Stausee Freyung, Seitenbach und Ausleitungen
361	421124	Silberbach (Berchtlinger Bach)	Beginn der Tobelstrecke an der Gemeindestraße Obernzell – Hamet, Markt Obernzell, Lkr. Passau	Mündung in die Donau bei Fluss-km 2209,05, Markt Obernzell, Lkr. Passau	
362	421203	Simbach	Einmündung des Antersdorfer Baches, Stadt Simbach a.Inn, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 57,95, Stadt Simbach a.Inn, Lkr. Rottal-Inn	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
363	421106	Spitzbergbach	Kreuzung mit dem Wirtschaftsweg nördlich von Lichteneck (Flur-Nr. 1679 Gemarkung Neudorf), Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Kleine Ohe, Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Seitenbäche
364	421107	Steckenbach	Kreuzung mit dem Wirtschaftsweg südlich von Lichteneck (Flur-Nr. 225 Gemarkung Neudorf), Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Kleine Ohe, Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Seitenbäche
365	421202	Tannerbach	Einmündung des Nopplinger Baches bei Gasteig, Gde. Zeilarn, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in den Türkenbach bei Untertürken, Markt Marktl, Lkr. Altötting	Ausgenommen Seitenbäche
366	421201	Türkenbach	Brücke des Weges Gumpersdorf – Griesmühle, Gde. Zeilarn, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 73,0, Gde. Stammham, Lkr. Altötting	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
367	**Regierungsbezirk Oberpfalz (43)**				
368	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Regensburg (432)**				
369	432002	Lambach	400 m oberhalb der Gemeindestraßenbrücke in Lambach, Markt Lam, Lkr. Cham	Brücke der Staatsstraße 2154, ca. 500 m südlich von Engelshütt, Markt Lam, Lkr. Cham	
370	432001	Weißer Regen	Ausfluss aus dem Kleinen Arbersee, Gde. Lohberg, Lkr. Cham	Einmündung des Perlesbaches bei Zackermühle, Gde. Lohberg, Lkr. Cham	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
371	**Regierungsbezirk Oberfranken (44)**				
372	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Kronach (441)**				
373	441009	Doberbach	Auslauf Floßteich bei Reichenbach, Fluss-km 10,020, Gde. Reichenbach, Lkr. Kronach	Mündung in die Kremnitz bei Effelter, Gde. Wilhelmsthal, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
374	441011	Grümpelbach	Auslauf Floßteich bei Effelter, Gde. Wilhelmsthal, Lkr. Kronach	Mündung in die Kronach bei Fehnenschneidmühle (Zusammenfluss Kremnitz und Grümpelbach), Gde. Wilhelmsthal, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche sowie Ausleitung bei Grumpelmühle
375	441005	Haßlach	ehemaliger Floßteich oberhalb Förtschendorf, Fluss-km 24,035, Markt Pressig, Lkr. Kronach	Einmündung der Tettau bei Pressig, Markt Pressig, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche sowie Ausleitungen
376	441008	Kremnitz	Auslauf Floßteich bei Kremnitz-Mühle, Fluss-km 15,240, Stadt Teuschnitz, Lkr. Kronach	Mündung in die Kronach bei Steinberg (Zusammenfluss mit dem Grümpelbach), Gde. Wilhelmsthal, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
377	441006	Landleitenbach	Auslauf Floßteich bei Hirschfeld, Fluss-km 5,447, Gde. Steinbach a.Wald, Lkr. Kronach	Mündung in die Haßlach bei Rothenkirchen, Markt Pressig, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
378	441003	Nordhalbener Ködel	Zusammenfluss der Quellbäche bei Zweiwassermühle, Markt Nordhalben, Lkr. Kronach	Mündung in den Vorspeicher der Trinkwassertalsperre Mauthaus, Markt Nordhalben, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
379	441002	Oelsnitz	Einmündung des Dorfbaches bei Untersteinbach, Gde. Geroldsgrün, Lkr. Hof	Mündung in die Rodach bei Neumühle, Markt Nordhalben, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
380	441001	Rodach	Einmündung des Schindgründleins Ziegengrund bei Grund, Markt Nordhalben, Lkr. Kronach	Einmündung der Nurner Ködel bei Mauthaus, Markt Steinwiesen, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche sowie Ausleitung bei Stoffelsmühle
381	441007	Tettau	Einmündung der Kleinen Tettau bei Alexanderhütte, Markt Tettau, Lkr. Kronach	Mündung in die Haßlach bei Pressig, Markt Pressig, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
382	441010	Teuschnitz	Ehemaliger Floßteich bei Marienroth, Fluss-km 5,395, Markt Pressig, Lkr. Kronach	Mündung in die Kremnitz bei Gifting, Gde. Wilhelmsthal, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
383	441004	Tschirner Ködel	Auslauf Floßteich bei Tschirn, Fluss-km 7,265, Gde. Tschirn, Lkr. Kronach	Mündung in den Vorspeicher der Trinkwassertalsperre Mauthaus, Gde. Tschirn, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
384	**Regierungsbezirk Mittelfranken (45)**				
385	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Ansbach (451)**				
386	451005	Ansbach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Seldeneck, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber oberhalb von Bettwar, Fluss-km 99,865, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	
387	451006	Gattenhofener Bach	Kreuzung mit dem Weg von Bettwar nach Gattenhofen, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber bei Bettwar, Fluss-km 98,82, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	
388	451009	Gickelhäuser Bach	Einmündung des Seegrabens ca. 700 m nordwestlich von Ruckertshofen, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber in Tauberscheckenbach, Fluss-km 95,68, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	
389	451011	Haardter Bach	Waldrand ca. 350 m nördlich von Haardt, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in den Gickelhäuser Bach, Fluss-km 2,24, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	
390	451003	Hohbach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg westlich von Hohbach, Große Kreisstadt Rothenburg ob der Tauber, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber östlich von Hohbach, Fluss-km 101,265, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	
391	451015	Holdermühlklinge	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei der Holdermühle, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber zwischen Tauberzell und Holdermühle, Fluss-km 92,60, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	
392	451014	Neustetter Bach	Auslauf der Kläranlage Neustett, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber in Tauberzell, Fluss-km 93,775, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Ausgenommen Seitenbäche

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
393	451007	Possenmühlklinge	60 m westlich von der Gemarkungsgrenze Bettwar/ Tauberscheckenbach, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber oberhalb der Possenmühle, Fluss-km 98,16, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	
394	451013	Rammersbach	Kreuzung mit dem Weg „Haardter Trieb“, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in den Gickelhäuser Bach, Fluss-km 0,60, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	
395	451010	Ruckertshofener Bach	Kreuzung mit dem Weg von Haardt nach Ruckertshofen, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in den Gickelhäuser Bach, Fluss-km 2,40, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Ausgenommen Seitenbäche
396	451001	Schandtauber	Austritt aus dem Hanggelände bei Flur-Nr. 54, Gemarkung Bettenfeld, Große Kreisstadt Rothenburg ob der Tauber, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber oberhalb des Wildbades, Fluss-km 106,975, Große Kreisstadt Rothenburg ob der Tauber, Lkr. Ansbach	Ausgenommen Ausleitungen und Seitengräben
397	451008	Schonacher Bach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg südwestlich von Tauberscheckenbach, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber oberhalb von Tauberscheckenbach, Fluss-km 96,45, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	
398	451004	Steinbach (AN)	Kreuzung mit der St 2419 südwestlich von Steinsfeld, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber westlich von Steinbach, Fluss-km 100,80, Große Kreisstadt Rothenburg ob der Tauber, Lkr. Ansbach	Ausgenommen Seitenbäche
399	451002	Vorbach	Kreuzung mit dem Weg von Hemmendorf nach Leuzenbronn, Große Kreisstadt Rothenburg ob der Tauber, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber bei der Bronnenmühle, Fluss-km 104,14, Große Kreisstadt Rothenburg ob der Tauber, Lkr. Ansbach	Ausgenommen Seitenbäche
400	451012	Wolfsklinge	Kreuzung mit dem Weg von Tauberscheckenbach nach Gickelhausen, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in den Gickelhäuser Bach, Fluss-km 2,12, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	
401	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Nürnberg (452)**				
402	452001	Ankertal	ca. 15 m nördlich der Südgrenze des Grundstücks Flur-Nr. 758 Gemarkung Enzendorf, Fluss-km 0,150, Gde. Hartenstein, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz am Ortsrand von Rupprechtstegen, Gde. Hartenstein, Lkr. Nürnberger Land	
403	452003	Engental (Rumpelbach)	ca. 5 m westlich der Ostgrenze des Grundstücks Flur-Nr. 754 Gemarkung Artelshofen, Fluss-km 1,09, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz in Unterartelshofen, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	
404	452005	Im Grund (Rumpelbach)	Etwa 25 m östlich der Westgrenze des Grundstücks Flur-Nr. 1382 Gemarkung Alfalter, Fluss-km 0,66, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz bei Düsselbach, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	Ausgenommen 120 m langer, verrohrter Gewässerabschnitt oberhalb der ausgebauten Wildbachstrecke
405	452002	Schmiedbach	ca. 20 m nordöstlich der Westgrenze des Grundstücks Flur-Nr. 250/7 Gemarkung Artelshofen, Fluss-km 0,250, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz in Oberartelshofen, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	
406	452004	Vorraer Mühlbach (Bachmühlgraben)	Etwa 120 m südöstlich der Nordwestgrenze des Grundstücks Flur-Nr. 253 Gemarkung Vorra, Fluss-km 1,3, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz in Vorra, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	Ausgenommen Ausleitung und Verrohrung in Vorra
407	**Regierungsbezirk Unterfranken (46)**				
408	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Aschaffenburg (461)**				
409	461105	Fliesenbach	200 m oberhalb der Einmündung des Trockenbaches, westlich der Stadt Rieneck, Stadt Rieneck, Lkr. Main-Spessart	Mündung in die Sinn, Fluss-km 7,03, in der Stadt Rieneck, Stadt Rieneck, Lkr. Main-Spessart	Ausgenommen Seitenbach
410	461102	Harrbacher Bach	Zusammenfluss von Rehgraben und Harrbacher Graben westlich von Harrbach, Stadt Gemünden a.Main, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Main, Fluss-km 218,0, in Harrbach, Stadt Gemünden a.Main, Lkr. Main-Spessart	Ausgenommen Seitenbäche
411	461109	Höllgraben (MSP)	100 m unterhalb der Überfahrt am Ortsende von Rettersbach, Stadt Karlstadt, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Buchenbach bei der Buchenmühle, Stadt Lohr a.Main, Lkr. Main-Spessart	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
412	461002	Kaltenbach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg, Bereich Storchhof, Landesgrenzstein-Nummer 594, Gde. Eichenbühl, Lkr. Miltenberg	Mündung in die Erf bei Pfohlbach, Gde. Eichenbühl, Lkr. Miltenberg	Ausgenommen Hötterichsklinge im Ortsbereich und oberhalb Heppdiel mit Seitengräben sowie Ausleitungen am Kaltenbach
413	461104	Klingengraben (Klingenbach)	700 m oberhalb der Mündung in den Main, nördlich von Massenbuch, Stadt Gemünden a.Main, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Main, Fluss-km 212,5, südöstlich der Stadt Gemünden, Stadt Gemünden a.Main, Lkr. Main-Spessart	Ausgenommen Seitenbach
414	461101	Leitengraben	Schlammfänger oberhalb der verrohrten Quellbäche (Triebgraben und Wernfelder Graben) am nördlichen Ortsrand von Gambach, Stadt Karlstadt, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Main, Fluss-km 221,2, in Gambach, Stadt Karlstadt, Lkr. Main-Spessart	
415	461103	Luderbach	700 m oberhalb der Mündung in den Main, westlich von Kleinwernfeld, Stadt Gemünden a.Main, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Main, Fluss-km 216,0, Kleinwernfeld, Stadt Gemünden a.Main, Lkr. Main-Spessart	
416	461108	Roßgraben	Wegkreuzung ca. 250 m unterhalb von Neutzenbrunn, Stadt Gemünden a.Main, Lkr. Main-Spessart	Mündung in die Fränkische Saale, Fluss-km 14,88, in Michelau, Gde. Gräfendorf, Lkr. Main-Spessart	
417	461107	Stelzengraben	750 m oberhalb der Brücke Burggasse, nordwestlich von Bergrothenfels, Stadt Rothenfels, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Main, Fluss-km 184,95, Stadt Rothenfels, Lkr. Main-Spessart	
418	461106	Trockenbach	200 m oberhalb der Mündung in den Fliesenbach, nordwestlich der Stadt Rieneck, Stadt Rieneck, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Fliesenbach, westlich der Stadt Rieneck, Stadt Rieneck, Lkr. Main-Spessart	
419	461001	Wildbach	Ursprung bei Guggenberg, Gde. Eichenbühl, Lkr. Miltenberg	Mündung in die Erf in Riedern, Gde. Eichenbühl, Lkr. Miltenberg	
420	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Bad Kissingen (462)**				
421	462007	Brend	Ursprung an der Landesgrenze zu Hessen in der Gemarkung Oberweißenbrunn, Stadt Bischofsheim a.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Fränkische Saale, Stadt Bad Neustadt a.d.Saale, Lkr. Rhön-Grabfeld	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
422	462009	Dürrbach	Ursprung westlich von Kilianshof, Gde. Sandberg, Lkr. Rhön-Grabfeld	Zusammenfluss mit Dreikahrbach in Schmalwasser, Gde. Sandberg, Lkr. Rhön-Grabfeld	
423	462003	Eisgraben (Rhön)	Ursprung südlich des Schwarzen Moors, nahe der Staatsstraße 2288 (Hochrhönstraße), Gde. Hausen, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Streu, nördlich der Gde. Nordheim v.d.Rhön, Gde. Nordheim v.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	Ausgenommen Seitenbäche und der Altlauf des Eisgrabens von der Ausleitung des Flugrabens bis zur Wiedereinmündung an der Brücke der Straße von Stetten nach Fladungen
424	462005	Els	Ursprung östlich des Heidelsteins nahe der Staatsstraße 2288 (Hochrhönstraße), Markt Oberelsbach, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Streu, Gde. Unsleben, Lkr. Rhön-Grabfeld	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
425	462019	Hinterer Haselbach	Kreuzung mit dem ausgebauten Weg ca. 1,7 km oberhalb der Mündung in die Brend, in der Gemarkung Haselbach, Stadt Bischofsheim a.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Brend westlich von Unterweißenbrunn, Stadt Bischofsheim a.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	
426	462018	Hofgrundwasser	Forstwegbrücke ca. 1,5 km oberhalb der Mündung in den Röthbach, Stadt Bad Brückenau, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in den Röthbach, Stadt Bad Brückenau, Lkr. Bad Kissingen	
427	462015	Höllgraben (KG)	Ursprung nahe der Wüstung Ebertshof im Truppenübungsplatz Wildflecken, gemeindefreies Gebiet, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Sinn bei Römershag, Stadt Bad Brückenau, Lkr. Bad Kissingen	Ausgenommen Seitenbäche
428	462016	Leimbach	Zusammenfluss der Quellbäche ca. 1,9 km oberhalb der Mündung in die Sinn, in der Gemarkung der Stadt Bad Brückenau, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Sinn, Stadt Bad Brückenau, Lkr. Bad Kissingen	Ausgenommen Seitenbäche

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
429	462002	Leubach	Kreuzung mit der Landesgrenze zu Thüringen oberhalb von Leubach, Stadt Fladungen, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Streu östlich der Stadt Fladungen, Stadt Fladungen, Lkr. Rhön-Grabfeld	Einschließlich Leubachsgraben westlich von Fladungen. Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
430	462008	Leutenau	Ursprung des Quellbaches Schwarzbach südlich des Heidelsteins in der Gemarkung Weisbach, Markt Oberelsbach, Lkr. Rhön-Grabfeld bzw. Ursprung des Quellbaches Moorbach ab der Kreuzung mit der Landesgrenze zu Hessen östlich der Bundesstraße 278, Stadt Bischofsheim a.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Brend in Unterweißenbrunn, Stadt Bischofsheim a.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	Ausgenommen Seitenbäche mit Ausnahme des Schwarzbaches und des Moorbachs bis zur Landesgrenze nach Hessen
431	462014	Mittelbach	Ursprung nordöstlich des Farnbergs (Schwarze Berge) auf ca. 705 m ü. NN, Gde. Riedenberg, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Sinn nördlich der Gde. Riedenberg, Gde. Riedenberg, Lkr. Bad Kissingen	Ausgenommen Seitenbäche
432	462013	Oberbach	Einmündung des Kalkbrunnenbaches nördlich der Gemeindeverbindungsstraße Oberbach – Gefäll, ca. 1 km östlich von Oberbach, Markt Wildflecken, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Sinn westlich von Oberbach, Markt Wildflecken, Lkr. Bad Kissingen	Ausgenommen Ausleitung
433	462017	Röthbach	Ursprung im Süden der Stadt Bad Brückenau, Stadt Bad Brückenau, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Sinn, Stadt Bad Brückenau, Lkr. Bad Kissingen	
434	462010	Schmalwasserbach	Zusammenfluss von Dürrbach und Dreikahrbach in Schmalwasser, Gde. Sandberg, Lkr. Rhön-Grabfeld	Forstwegbrücke ca. 1,2 km südöstlich von Schmalwasser, Gde. Sandberg, Lkr. Rhön-Grabfeld	Ausgenommen Ausleitung und Seitenbäche
435	462011	Schrenkgraben	Forstwegbrücke 1,0 km oberhalb der Mündung in die Fränkische Saale, in der Gemarkung Wittershausen, Markt Oberthulba, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Fränkische Saale, Gde. Aura a.d.Saale, Lkr. Bad Kissingen	Ausgenommen Seitenbach
436	462012	Sinn	Zusammenfluss der beiden Quellbäche östlich von Oberwildflecken am Westabhang des Kreuzbergs, Markt Wildflecken, Lkr. Bad Kissingen	Kreuzung der Landesgrenze zu Hessen westlich des Marktes Zeitlofs, Markt Zeitlofs, Lkr. Bad Kissingen	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
437	462006	Sonder	Ursprung südwestlich des Heidelsteins nahe der Staatsstraße 2288 (Hochrhönstraße) in der Gemarkung Ginolfs, Markt Oberelsbach, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Els bei Unterelsbach, Markt Oberelsbach, Lkr. Rhön-Grabfeld	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen mit Ausnahme der Flutmulde nördlich von Sondernau, Markt Oberelsbach, Lkr. Rhön-Grabfeld
438	462001	Streu	Kreuzung mit der Landesgrenze zu Thüringen nördlich von Leubach, Stadt Fladungen, Lkr. Rhön-Grabfeld	Einmündung der Sulz östlich der Stadt Ostheim v.d.Rhön, Stadt Ostheim v.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
439	462004	Zeeischenbolzengraben (Dürregraben)	Ursprung östlich der Staatsstraße 2288 (Hochrhönstraße) am Abzweig Richtung Thüringer Hütte/ Urspringen, Gmkg. Roth, Gde. Hausen, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Bahra südwestlich von Sondheim v.d.Rhön, Gde. Sondheim v.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	
440	**Regierungsbezirk Schwaben (47)**				
441	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Kempten (472)**				
442	472027	Agathazeller Bach	Ursprung am Nordwesthang des Grünten, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	Brücke der Staatsstraße 2007 bei Agathazell, Gde. Burgberg i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	
443	472026	Altmummener Bach und Neummummener Bach	Ursprung am Mittagberg, Gde. Blaichach, Lkr. Oberallgäu	Altmummener Bach: Bahnlinie Immenstadt – Oberstdorf, Neummummener Bach: Beginn der Verrohrung oberhalb OA 5 einschließlich Einlaufbauwerk, Gde. Blaichach, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
444	472051	Ammer (Linder): nur Quellbäche	Ursprung zwischen Ammersattel und Klammspitze, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	Regierungsbezirksgrenze zu Oberbayern, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	
445	472074	Angerbach (OAL)	Ursprung am Röfleuterberg, Gde. Pfronten, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Vils, Gde. Pfronten, Lkr. Ostallgäu	Ausgenommen: Verrohrungsstrecke im Ortsteil Röfleuten von der Peter-Heel-Straße bachaufwärts bis zur Einmündung des Mittelgrabens
446	472056	Betzigauer Bach	Ursprünge der Quellbäche im Kempter Wald, gemeindefreies Gebiet, Lkr. Oberallgäu	Kreuzung mit der Bahnlinie Buchloe – Lindau (Bodensee), Gde. Betzigau, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Ausleitung und Seitenbach in Betzigau
447	472022	Bihlerdorfer Bach	Ursprung oberhalb von Bihlerdorf, Gde. Blaichach, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 134,35, Gde. Blaichach, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Verrohrungsstrecken von Bihlerdorfer Bach und Wannenholzgraben
448	472003	Bolgenach	Ursprung im Nordhang der Roten Wand, Gde. Balderschwang, Lkr. Oberallgäu	Staatsgrenze zu Österreich bei der Einmündung des Doserbaches, Gde. Balderschwang, Lkr. Oberallgäu	
449	472013	Breitach	Staatsgrenze zu Österreich bei der Einmündung des Hörnlesbaches, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 147,05, Markt Oberstdorf, Gde. Fischen i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	
450	472040	Buchinger Dorfbach	Ursprung am Nordhang des Buchenberges, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Buchinger Ache, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	
451	472058	Durach	Ursprünge der Quellbäche im Kempter Wald, gemeindefreies Gebiet, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 107,24, Gde. Durach, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Seebach
452	472037	Erzbach: nur Quellbäche	Ursprung südlich der Hochplatte, Gde. Halblech, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	Staatsgrenze zu Österreich, Gde. Halblech, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	
453	472035	Eschach (Nibel)	Ursprung westlich von Eschach, Markt Buchenberg, Lkr. Oberallgäu	Landesgrenze zu Baden-Württemberg nördlich von Häfeliswald, Markt Buchenberg, Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	
454	472021	Ettensbach	Ursprünge der Quellbäche am Südosthang des Sigiswanger Horns, Gde. Ofterschwang, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 135,15, Gde. Ofterschwang, Lkr. Oberallgäu	
455	472015	Eybach	Ursprung bei der Entschenalpe westlich des Schnippenkopfes, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 142,6, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	
456	472065	Fuchsbach	Ursprung südöstlich Hellengerst, Markt Weitnau, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Weitnauer Argen, Markt Weitnau, Lkr. Oberallgäu	
457	472014	Geisalpbach	Ursprung am Geisalpsee, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 146,2, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	
458	472024	Gunzesrieder Ach	Ursprung des Aubaches östlich des Hochgrats, Markt Oberstaufen, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 133,6, Gde. Blaichach, Lkr. Oberallgäu	
459	472052	Halbammer: nur Quellbäche	Ursprung zwischen Klammspitze und Hoher Bleick, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	Regierungsbezirksgrenze zu Oberbayern, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	
460	472045	Halblech	Ursprung des Lainbaches nordwestlich des Feigenkopfes, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	Wehranlage beim Küchele, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	Ausgenommen Trauchgauer Ach sowie Ausleitung in Halblech
461	472006	Hausbach	Ursprung beim Weiler Schweinhöf, Gde. Oberreute, Lkr. Lindau (Bodensee)	Mündung in die Rothach, Markt Weiler-Simmerberg, Lkr. Lindau (Bodensee)	
462	472017	Hinanger Bach	Ursprung nördlich des Sonnenkopfes, Stadt Sonthofen, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 141,1, Stadt Sonthofen, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Unterlauf des Haslachbaches vom Ende Schluchtlauf bis Mündung
463	472073	Hinslangspannbach	Ursprung im Hohentanner Wald, Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	Ende des Remser Tobels (Geschiebesperre), Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	
464	472059	Hörgers-Tobel	Beginn der Tobelstrecke beim Weiler Hörgers, Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	Geschieberückhaltesperre am Tobelausgang bei Fischers, Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
465	472041	Jagdberg- und Buchenbergrinnen	Ursprung am Nordwesthang des Jagdberges und des Buchenberges, Gde. Halblech, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Buchinger Ache und in den Bannwaldsee, Gde. Halblech, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	
466	472060	Kaldener Tobelbach	Beginn der Tobelstrecke beim Weiler Streifen, Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 80,01, Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	
467	472068	Kehrgraben	Ursprung am Westhang des Rubihorns, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	Ende des Schluchtlaufes, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	
468	472028	Konstanzer Ach	Einmündung des Steigbaches, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 128,1, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	
469	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	Ursprung am Nordhang des Grünten, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	Kranzegger Bach: Brücke der Kreisstraße SF 6 bei der Moosmühle, Schleifenbach: Brücke der Staatsstraße 2007, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Reichergraben
470	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	Ursprung an den Nordhängen der Ellegger Höhe, Gde. Rettenberg, Markt Wertach, Lkr. Oberallgäu	Mündung in den Kranzegger Bach, Gde. Oy-Mittelberg, Lkr. Oberallgäu	
471	472018	Krebsbach	Brücke des Weges Tiefenberg – Muderpolz, Gde. Ofterschwang, Lkr. Oberallgäu	Kreuzung mit der Bundesstraße 19 bei Sigishofen, Gde. Ofterschwang, Lkr. Oberallgäu	
472	472036	Kürnach	Ursprung nördlich von Eschach, Markt Buchenberg, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Eschach nördlich von Häfeliswald, Markt Buchenberg, Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	
473	472004	Lechnerbach (Lecknerbach)	Ursprung nordwestlich des Girenkopfes, Markt Oberstaufen, Lkr. Oberallgäu	Staatsgrenze zu Österreich, Markt Oberstaufen, Lkr. Oberallgäu	
474	472007	Leiblach (Laiblach)	Zusammenfluss der Leiblach mit dem linksseitigen Zubringer im Markt Heimenkirch westlich der Argenstraße, Markt Heimenkirch, Lkr. Lindau (Bodensee)	Mündung in den Bodensee, Große Kreisstadt Lindau (Bodensee), Lkr. Lindau (Bodensee)	Ausgenommen: Bäche nordwestlich der Bahnlinie zwischen Schlachters und Hergatz, Gewässerstrecke des Scheibenbaches im Ortsbereich von Scheidegg, Ausleitungen Leiblach und Opfenbach
475	472062	Leubas	Durchlasseinlauf des Wuhrdammes beim Weiler Wuhr, Gde. Haldenwang, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 95,73, Gde. Lauben, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
476	472019	Leybach	Ursprung südlich des Sonthofner Hörnles, Stadt Sonthofen, Lkr. Oberallgäu	Bahnlinie Sonthofen – Oberstdorf, Stadt Sonthofen, Lkr. Oberallgäu	
477	472064	Mühlenbach	Ursprung am Ochsenberg, Gde. Fischen i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Bundesstraße 19, Gde. Fischen i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	
478	472050	Nesselwanger Mühlbach	Ursprung am Nordhang der Alpspitze, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Wertach, Fluss-km 118,8, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	Ausgenommen Scheiblesmoosbach
479	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	Ursprung am Stoffelsberg, Gde. Waltenhofen, Lkr. Oberallgäu	Unteres Ende des jeweiligen Schluchtlaufes, Gde. Waltenhofen, Lkr. Oberallgäu	Nur Tobelstrecken des Niedersonthofener Dorfbaches und seiner Seitenbäche
480	472009	Obere Argen	Ursprünge der Quellbäche bei Oberstaufen, Markt Oberstaufen, Lkr. Oberallgäu	Landesgrenze zu Baden-Württemberg nordwestlich von Handwerks, Gde. Hergatz, Lkr. Lindau (Bodensee)	Ausgenommen: Seelesgraben, jedoch nicht dessen linke Seitenbäche bis Weißenbachmühle, Seitenbäche unterhalb der Einmündung des Tobelbaches nördl. von Röthenbach, Seitenbäche des Tobelbaches (Anfangspunkt Tobelbach: Zusammenfluss Beulenbach und Balzhofer Bach)

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
481	472023	Osterach (Ostrach)	Ursprung des Obertalbaches östlich des Großen Seekopfes, Markt Bad Hindelang, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 134,1, Stadt Sonthofen, Gde. Burgberg i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen: Verrohrungsstrecken des Rotbaches vom Ostrachkanal bis zur Ostrach und des Binswanger Baches vom Kiesfänger bis zur Ostrach sowie Ausleitungen
482	472063	Peter- und Paulbach	Ursprung von Peter-und Paulbach, Gde. Oy-Mittelberg, Lkr. Oberallgäu	Einmündung in den Rottachsee, Gde. Oy-Mittelberg, Lkr. Oberallgäu	
483	472043	Pöllat	Ursprung südlich des Gabelschrofens, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Mühlberger Ach, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	
484	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Jeweils Ursprung, Markt Oberstaufen, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	1. Für die Quellbäche der Konstanzer Ach: Zusammenfluss von Jugendbach und Tronsberger Bach, Markt Oberstaufen, Lkr. Oberallgäu, 2. Für die Seitenbäche: Mündung in die Konstanzer Ach (bis Einmündung Steigbach) einschließlich Mündung in den Großen Alpsee, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Entwässerungsgräben am Kirchdorfer Tal
485	472032	Reichenbach (OA)	Ursprung bei Buchenberg, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	Mündung in den Kranzegger Bach, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	
486	472049	Reichenbach (OAL)	Staatsgrenze zu Österreich nordöstlich von Jungholz, Markt Wertach, Lkr. Oberallgäu, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Wertach, Fluss-km 122,81, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	
487	472008	Rickenbacher Bach	Beginn der Tobelstrecke südlich von Weißensberg, Gde. Weißensberg, Lkr. Lindau (Bodensee)	Mündung in den Bodensee, Große Kreisstadt Lindau (Bodensee), Lkr. Lindau (Bodensee)	Ausgenommen Ausleitungen
488	472072	Rinnen vom Voglener Berg	Ursprung am Nordhang des Voglener Berges, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	Grundstücksgrenze Flur-Nr. 1282/1283 Gemarkung Nesselwang, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	
489	472071	Rinnen vom Wanker Berg	Ursprung am Nordhang des Wanker Berges, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	Oberhalb der einzelnen Kreuzungsbauwerke mit dem Wirtschaftsweg Flur-Nr. 1229/2, Gemarkung Nesselwang, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	
490	472044	Rinnen zum Alpsee	Ursprung im Alpseekessel, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	Mündung in den Alpsee oder in Ableitungskanäle, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	
491	472067	Rohrbach	Ursprung bei Buchenberg, Markt Buchenberg, Lkr. Oberallgäu	Straßenbrücke bei Aubruck, Gde. Waltenhofen, Lkr. Oberallgäu	
492	472053	Roßbach (Galetsch-Bach): nur Quellbäche	Ursprung am Westhang des Grünten, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	Kiesfang bei der Gemeindeverbindungsstraße Altach – Wagneritz, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	
493	472005	Rothach (Rotach)	Zusammenfluss der Quellbäche Moosbach und Mühlbach in Lindenberg i.Allgäu, Stadt Lindenberg i.Allgäu, Lkr. Lindau (Bodensee)	Staatsgrenze mit Österreich bei der Einmündung des Kesselbaches, Markt Scheidegg, Lkr. Lindau (Bodensee)	
494	472034	Rottach (OA)	Ursprung bei Buchenberg, Markt Buchenberg, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 101,4, Stadt Kempten (Allgäu)	Ausgenommen Seitenbäche unterhalb Ahegg und Bach vom Herrenwieser Weiher
495	472055	Schanzbach	Ursprung am Nordwesthang der Reuterwanne, Markt Wertach, Lkr. Oberallgäu	Mündung in den Grüntensee, Markt Wertach, Lkr. Oberallgäu	
496	472070	Scheiblesmoosbach	Ursprung am Nordhang des Kappelköpfel, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	oberhalb Kreuzungsbauwerk des Wirtschaftsweges, Flur-Nr. 646, Gemarkung Nesselwang, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	
497	472001	Schönbach	Ursprung am Südhang des Piesenkopfes, Gde. Balderschwang, Lkr. Oberallgäu	Staatsgrenze zu Österreich bei der Einmündung des Fugenbaches, Gde. Balderschwang, Lkr. Oberallgäu	
498	472020	Schwarzenbach (OA)	Ursprung südöstlich von Beilenberg, Stadt Sonthofen, Lkr. Oberallgäu	Mündung in den Gießbach (Sinwag), Stadt Sonthofen, Lkr. Oberallgäu	
499	472066	Speckbach	Ursprung nördlich Hellengerst, Markt Weitnau, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Weitnauer Argen, Markt Weitnau, Lkr. Oberallgäu	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
500	472012	Stillach	Ursprung des Rappenalpenbaches südwestlich von Einödsbach, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 147,05, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	
501	472061	Sulzberger Bach	Ursprünge der Quellbäche beim Jodbad Sulzbrunn, Markt Sulzberg, Lkr. Oberallgäu	Einlauf in das Rückhaltebecken oberhalb Aleuthe, Markt Sulzberg, Lkr. Oberallgäu	
502	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	Ursprünge am Nordhang des Hohen Trauchberges, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Trauchgauer Ach, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	
503	472011	Trettach	Ursprung nördlich der Mädelegabel, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 147,05, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	
504	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	Ursprung am Nordwesthang des Schönleitenschrofen, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	Mündung in den Bannwaldsee, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	
505	472010	Untere Argen	Ursprünge der Quellbäche Börlasbach und Stixnerbach, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Landesgrenze zu Baden-Württemberg ca. 700 m südlich von Großholzleute, Markt Weitnau, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Weitnauer Bach mit Seitenbächen und Zulaufbäche zum Hengeles-Weiher sowie Ausleitungen. Speckbach und Fuchsbach sind Wildbäche (siehe Wildbachnummer 472066 und 472065)
506	472039	Vils	Staatsgrenze zu Österreich bei Rehbach, Gde. Pfronten, Lkr. Ostallgäu	Staatsgrenze zu Österreich bei Pfronten-Steinach, Gde. Pfronten, Lkr. Ostallgäu	Ausgenommen Ausleitungen, rechte Seitenbäche in Pfronten-Steinach (Tränkbach) sowie Faule Ache, nicht jedoch deren rechte Seitenbäche Steinebach inkl. Seitengräben, Hofbach und rechtsseitiger Seitenbach aus dem nördlichen Ortsteil von Pfronten-Weißbach, Seitenbach unterhalb von Durrach und Seitenbach aus Vogeln
507	472033	Vorderburger Wildbäche	Ursprung am Osthang des Rottachberges, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	Mündung in den Kranzegger Bach, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	
508	472016	Weiler Ach	Ursprung der Schönberger Ach südwestlich des Riedbergerhorns, Gde. Obermaiselstein, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 141,6, Gde. Fischen i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	
509	472002	Weißach (OA)	Ursprung am Südwesthang des Gschwender Hornes, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Staatsgrenze zu Österreich bei der Einmündung des Littenbaches, Markt Oberstaufen, Lkr. Oberallgäu	
510	472047	Wertach	Ursprung bei Oberjoch, Markt Bad Hindelang, Lkr. Oberallgäu	Einmündung der Wertacher Starzlach, Wertach Fluss-km 128,180, Markt Wertach, Lkr. Oberallgäu	
511	472048	Wertacher Starzlach	Ursprung am Nordhang des Wertacher Hörnles, Markt Wertach, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Wertach, Fluss-km 128,180, Markt Wertach, Lkr. Oberallgäu	
512	472057	Wildpoldsrieder Bach	Ursprung östlich von Kaisersmad, Gde. Betzigau, Lkr. Oberallgäu	Kreuzung mit der Bahnlinie Buchloe – Lindau (Bodensee), Gde. Wildpoldsried, Lkr. Oberallgäu	
513	472025	Wustbach	Ursprung am Südhang des Grünten, Gde. Burgberg i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Zusammenfluss von Wustbach und Burgberger Dorfbach, Gde. Burgberg i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Verrohrungsstrecken und der anschließende Unterlauf der Mangoldsbäche
514	472038	Zwieselbach: nur Quellbäche	Ursprung südwestlich des Schlagsteines, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	Staatsgrenze zu Österreich, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	

Anlage 3

Ausgebaute Wildbachstrecken

					Koordinaten entsprechen Gauß-Krüger-Koordinaten im 4. Meridianstreifen			
lfd. Nr.	**Kenn-Nr.**	**Einzugsgebiet**	**Gewässername**	**Ausbaulänge in Meter**	**x-Koordinate Anfang**	**y-Koordinate Anfang**	**x-Koordinate Ende**	**y-Koordinate Ende**
1	**Regierungsbezirk Oberbayern (41)**							
2	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA München (412)**							
3	412001	Klosterschluchtgraben	Klosterschluchtgraben	339	4459975	5315985	4459644	5315919
4	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Rosenheim (413)**							
5	413001	Große Gaißach (MB)	Plattenbach, Franzelgraben	321	4473738	5288554	4473482	5288372
6	413001	Große Gaißach (MB)	Plattenbach, Franzelgraben	137	4473256	5288201	4473137	5288142
7	413001	Große Gaißach (MB)	Plattenbach, Franzelgraben	69	4473411	5288296	4473354	5288258
8	413001	Große Gaißach (MB)	Tiefengraben	275	4474060	5288733	4474249	5288562
9	413001	Große Gaißach (MB)	Tiefengraben	172	4474365	5288461	4474499	5288354
10	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Brandenberger Ache, Valepp, Rote Valepp, Firstgraben	815	4492155	5274487	4492055	5275186
11	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Brandenberger Ache, Valepp, Rote Valepp, Firstgraben	170	4492207	5277314	4492238	5277479
12	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Brandenberger Ache, Valepp, Rote Valepp, Firstgraben	159	4491505	5280157	4491540	5280307
13	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Brandenberger Ache, Valepp, Rote Valepp, Firstgraben	150	4490894	5280857	4490753	5280828
14	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Brandenberger Ache, Valepp, Rote Valepp, Firstgraben	85	4492038	5276921	4491998	5276993
15	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Brandenberger Ache, Valepp, Rote Valepp, Firstgraben	16	4491993	5275537	4491988	5275552
16	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	353	4491908	5275700	4491665	5275849
17	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	234	4489100	5277175	4488940	5277047
18	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	176	4490733	5276576	4490581	5276580
19	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	164	4488445	5276746	4488364	5276612
20	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	150	4488191	5276531	4488062	5276515
21	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	123	4487784	5276446	4487680	5276383
22	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	32	4491977	5275562	4491957	5275586
23	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	32	4490916	5276435	4490887	5276445
24	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Rauhensackbach, Sackgraben	1134	4488063	5276348	4487892	5275282
25	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Rauhensackbach, Sackgraben	79	4488130	5276496	4488103	5276424
26	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	nicht bekannt	599	4491290	5279653	4491001	5279229
27	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Lochgraben	383	4491650	5280592	4491952	5280426
28	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Lochgraben	125	4493196	5280492	4493281	5280554
29	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Lochgraben	35	4493273	5280654	4493279	5280688
30	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Kogeltalbach	82	4488802	5276212	4488856	5276155
31	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	nicht bekannt	99	4492209	5275248	4492264	5275330
32	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	nicht bekannt	111	4493284	5280694	4493382	5280711
33	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Kieferbach, Thierseer Ache	2136	4512592	5275202	4510775	5274488
34	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Gießenbach	3035	4510038	5275393	4507659	5276624
35	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Gießenbach	1646	4507505	5276772	4506287	5277632
36	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Gießenbach	663	4511111	5274841	4510639	5275197
37	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Alpbach	816	4507297	5276753	4506637	5276412
38	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Alpbach	674	4505903	5276383	4505248	5276289
39	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	11	4511757	5275060	4511750	5275069
40	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	15	4510783	5274407	4510768	5274406
41	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	201	4510807	5274574	4510623	5274607
42	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	135	4505784	5275963	4505741	5275837
43	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	796	4512754	5275282	4512184	5275709
44	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	20	4513804	5274874	4513785	5274869
45	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	311	4505122	5277324	4504901	5277113
46	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	55	4506643	5277393	4506656	5277446

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
47	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	312	4505248	5276289	4505079	5276032
48	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	470	4505777	5275957	4505434	5275666
49	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	74	4505786	5275962	4505784	5275888
50	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	198	4506392	5276053	4506334	5275867
51	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	35	4507624	5275670	4507612	5275638
52	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Säggraben	255	4508300	5276356	4508278	5276104
53	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	465	4505104	5277292	4505180	5276880
54	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	414	4505079	5276032	4504752	5275791
55	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	37	4506906	5276697	4506883	5276726
56	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	80	4508164	5276389	4508129	5276318
57	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	19	4508658	5276394	4508646	5276409
58	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	19	4506548	5277439	4506543	5277420
59	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	91	4505437	5276303	4505363	5276253
60	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	78	4506726	5276496	4506763	5276428
61	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	13	4508159	5276398	4508157	5276411
62	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Gießenbach	13	4506379	5277537	4506379	5277551
63	413004	Reschmühlbach	Mühlbach	1604	4514110	5277915	4512777	5277644
64	413005	Röthenbach	Thaler Graben, Röthenbach	396	4512639	5278794	4512306	5278946
65	413005	Röthenbach	Thaler Graben, Röthenbach	259	4512950	5278776	4512699	5278791
66	413006	Auerbach	Auerbach	2597	4513908	5280346	4511678	5280024
67	413006	Auerbach	Auerbach	2012	4504837	5281944	4503290	5282751
68	413006	Auerbach	Auerbach	1013	4506106	5281381	4505248	5281207
69	413006	Auerbach	Auerbach	164	4506721	5281369	4506563	5281343
70	413006	Auerbach	Auerbach	144	4504910	5281639	4504851	5281769
71	413006	Auerbach	Arzbach	103	4504538	5282367	4504494	5282459
72	413006	Auerbach	Baumoosbach	127	4505749	5281204	4505786	5281083
73	413006	Auerbach	Gassenbach	283	4504764	5280767	4504537	5280633
74	413006	Auerbach	Gassenbach	88	4504917	5281034	4504876	5280957
75	413006	Auerbach	Gassenbach	87	4505258	5281196	4505172	5281185
76	413006	Auerbach	nicht bekannt	142	4511945	5279822	4511811	5279830
77	413006	Auerbach	Fischbach	1527	4512573	5280041	4511389	5280576
78	413006	Auerbach	nicht bekannt	176	4512160	5279299	4512172	5279134
79	413006	Auerbach	nicht bekannt	52	4504416	5282796	4504460	5282823
80	413006	Auerbach	nicht bekannt	20	4504452	5282653	4504471	5282658
81	413006	Auerbach	nicht bekannt	136	4510290	5280209	4510174	5280278
82	413006	Auerbach	nicht bekannt	333	4512021	5279816	4512056	5279532
83	413006	Auerbach	nicht bekannt	455	4511821	5278967	4511466	5278728
84	413006	Auerbach	nicht bekannt	400	4512160	5279299	4511924	5279524
85	413006	Auerbach	nicht bekannt	151	4504901	5281640	4504752	5281643
86	413006	Auerbach	nicht bekannt	310	4504879	5280967	4504583	5280986
87	413006	Auerbach	nicht bekannt	55	4505149	5281165	4505144	5281111
88	413006	Auerbach	nicht bekannt	47	4510496	5280345	4510470	5280384
89	413006	Auerbach	nicht bekannt	29	4512122	5279402	4512099	5279385
90	413006	Auerbach	nicht bekannt	73	4504910	5281027	4504841	5281046
91	413007	Einödbach	Einödbach	1025	4511749	5284895	4511010	5284252
92	413008	Euzenauer Bach	Euzenauerbach, Euzenauergraben	1005	4512537	5285161	4513258	5285755
93	413009	Labach	nicht bekannt	1142	4511975	5286819	4512903	5286451
94	413009	Labach	nicht bekannt	83	4513189	5286325	4513256	5286356
95	413009	Labach	nicht bekannt	283	4512903	5286451	4513123	5286586
96	413009	Labach	nicht bekannt	452	4512858	5286695	4513098	5287060
97	413010	Markbach	nicht bekannt	724	4510814	5286297	4510636	5285670
98	413011	Hundsgraben	nicht bekannt	775	4510218	5286906	4509925	5286368
99	413012	Maigraben	Maigraben	2022	4509743	5287057	4508735	5285586
100	413012	Maigraben	nicht bekannt	666	4509119	5286554	4508635	5286169
101	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	Steinbach (Achen), Steinbach, Achen	4873	4510398	5289226	4514629	5290201

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
102	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	Steinbach (Achen), Steinbach, Achen	1848	4516728	5292934	4518088	5293115
103	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	Fluderbach, Weißenbach	2182	4514959	5290244	4516447	5289951
104	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	Fluderbach, Weißenbach	342	4514625	5290193	4514932	5290211
105	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	nicht bekannt	612	4515338	5291949	4514795	5291830
106	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	Fluderbach	1042	4515495	5290394	4515940	5289522
107	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	Entbach	357	4512034	5289637	4512311	5289835
108	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	nicht bekannt	114	4514343	5292251	4514293	5292350
109	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	nicht bekannt	67	4514977	5290197	4515035	5290162
110	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	nicht bekannt	57	4514185	5289994	4514197	5290049
111	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	nicht bekannt	431	4514925	5290172	4514888	5289807
112	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	nicht bekannt	196	4513969	5289903	4514017	5289725
113	413014	Grießenbach (Förchenbach)	Grießenbach, Förchenbach	4981	4510003	5289149	4506720	5286669
114	413014	Grießenbach (Förchenbach)	Grießenbach, Förchenbach	237	4506138	5285759	4506129	5285529
115	413014	Grießenbach (Förchenbach)	Mühlbach	252	4503773	5285874	4503584	5285748
116	413014	Grießenbach (Förchenbach)	Mühlbach	70	4503458	5285490	4503505	5285442
117	413014	Grießenbach (Förchenbach)	nicht bekannt	128	4503474	5285642	4503353	5285671
118	413014	Grießenbach (Förchenbach)	nicht bekannt	912	4506850	5286920	4505990	5287096
119	413014	Grießenbach (Förchenbach)	nicht bekannt	20	4506123	5285655	4506142	5285660
120	413014	Grießenbach (Förchenbach)	nicht bekannt	156	4506494	5286954	4506362	5286885
121	413014	Grießenbach (Förchenbach)	nicht bekannt	19	4506516	5286966	4506508	5286983
122	413014	Grießenbach (Förchenbach)	Grießenbach	17	4506899	5287047	4506889	5287034
123	413014	Grießenbach (Förchenbach)	Grießenbach	13	4506957	5287158	4506948	5287148
124	413015	Kirchbach	Kirchbach	3437	4508217	5289085	4505394	5288927
125	413015	Kirchbach	Kirchbach	2201	4504953	5288862	4504548	5287685
126	413015	Kirchbach	nicht bekannt	985	4507440	5288397	4506671	5287912
127	413015	Kirchbach	nicht bekannt	32	4504533	5287799	4504503	5287798
128	413015	Kirchbach	Zwieselbach	461	4504081	5288612	4503685	5288472
129	413016	Litzldorfer Bach	Litzldorfer Bach	1379	4503833	5291983	4503869	5290748
130	413016	Litzldorfer Bach	nicht bekannt	121	4503966	5290919	4503850	5290901
131	413017	Kutterlinger Bach	Kutterlinger Bach	1132	4502403	5291860	4502196	5290862
132	413018	Derndorfer Bach	Seltengraben	634	4503254	5291605	4502726	5291364
133	413018	Derndorfer Bach	Seltengraben	479	4503266	5291606	4503250	5291133
134	413018	Derndorfer Bach	nicht bekannt	126	4502922	5291489	4502885	5291376
135	413019	Breitenbach (RO)	Breitner Bach, Eschbach	680	4510672	5290987	4511117	5290547
136	413019	Breitenbach (RO)	Breitner Bach, Eschbach	650	4511181	5290550	4511608	5290906
137	413020	Rohrdorfer Ache	Rohrdorfer Achen	5118	4511407	5296806	4515141	5295001
138	413020	Rohrdorfer Ache	Rohrdorfer Achen	1452	4511113	5298119	4511412	5296818
139	413020	Rohrdorfer Ache	Rohrdorfer Achen	1095	4516328	5295235	4517303	5295440
140	413020	Rohrdorfer Ache	Rohrdorfer Achen	585	4517322	5295436	4517784	5295647
141	413020	Rohrdorfer Ache	Tauerner Graben	1139	4517322	5295436	4518279	5295336
142	413020	Rohrdorfer Ache	Tauerner Graben	326	4518837	5295633	4519081	5295510
143	413020	Rohrdorfer Ache	nicht bekannt	456	4517114	5295392	4517416	5295123
144	413020	Rohrdorfer Ache	Höllgraben	570	4514643	5294964	4514629	5294401
145	413020	Rohrdorfer Ache	nicht bekannt	176	4515106	5294827	4515180	5294679
146	413021	Achen (Thalkirchner Ache)	Sims, Thalkirchner Achen	4311	4519893	5305553	4520772	5303393
147	413021	Achen (Thalkirchner Ache)	Hofgraben	464	4521274	5304401	4521636	5304571
148	413021	Achen (Thalkirchner Ache)	nicht bekannt	188	4521250	5303745	4521332	5303594
149	413021	Achen (Thalkirchner Ache)	nicht bekannt	10	4521161	5303978	4521168	5303971
150	413021	Achen (Thalkirchner Ache)	nicht bekannt	28	4521438	5304441	4521448	5304416
151	413023	Fellbach (Pietzingerbach, Wurmsdorfer Bächlein)	Fellbach, Wurmsdorfer Bächlein	1411	4518485	5302570	4519196	5301595
152	413023	Fellbach (Pietzingerbach, Wurmsdorfer Bächlein)	Fellbach, Wurmsdorfer Bächlein	1041	4519846	5301099	4520449	5300506
153	413023	Fellbach (Pietzingerbach, Wurmsdorfer Bächlein)	Fellbach, Wurmsdorfer Bächlein	706	4518135	5303088	4518433	5302602
154	413023	Fellbach (Pietzingerbach, Wurmsdorfer Bächlein)	Albersberger Bach	177	4520141	5300901	4520128	5300728

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
155	413024	Angerbach (RO)	Angerbach, Thalbach	633	4517071	5302227	4517322	5301699
156	413024	Angerbach (RO)	Angerbach, Thalbach	131	4517342	5301670	4517444	5301594
157	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	Pfeilergraben	336	4521762	5305103	4521885	5304797
158	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	nicht bekannt	447	4523530	5305669	4523773	5305365
159	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	nicht bekannt	117	4523114	5305658	4523098	5305543
160	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	nicht bekannt	15	4523098	5305542	4523098	5305526
161	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	Weidenbach	485	4522575	5305794	4522615	5305322
162	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	Hofangergraben	183	4521978	5305220	4522071	5305063
163	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	nicht bekannt	253	4523336	5305662	4523396	5305440
164	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	nicht bekannt	131	4523098	5305526	4523022	5305421
165	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	Bachbreitengraben	21	4521920	5304861	4521939	5304852
166	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	Kreuzelgraben	249	4522357	5305476	4522412	5305247
167	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	Schwärzenbach, Schußbach	328	4483472	5289804	4483647	5289544
168	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	Schwärzenbach, Schußbach	203	4481225	5291125	4481375	5291036
169	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	Schwärzenbach, Schußbach	101	4482160	5289899	4482246	5289895
170	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	Schwärzenbach, Schußbach	63	4482304	5289860	4482364	5289858
171	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	Schwärzenbach, Schußbach	55	4481861	5289938	4481910	5289912
172	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	Reithgraben	538	4482561	5289782	4482804	5289339
173	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	nicht bekannt	12	4481375	5291036	4481379	5291025
174	413028	Festenbach	Festenbach	724	4476549	5290586	4476256	5289976
175	413028	Festenbach	Festenbach	249	4475818	5289391	4475727	5289168
176	413028	Festenbach	Festenbach	130	4476049	5289665	4475993	5289571
177	413028	Festenbach	nicht bekannt	56	4476276	5289897	4476294	5289852
178	413030	Schlierach	Schlierach, Breitenbach	12944	4485956	5298513	4489207	5288300
179	413031	Schliersee: Zuflüsse	Schlierach, Breitenbach	1469	4489049	5287717	4488261	5287989
180	413031	Schliersee: Zuflüsse	Schlierach, Breitenbach	1399	4488262	5287957	4487348	5287061
181	413031	Schliersee: Zuflüsse	Mühlgraben	93	4489904	5285519	4489825	5285472
182	413031	Schliersee: Zuflüsse	Mühlgraben	30	4489957	5285851	4489966	5285822
183	413031	Schliersee: Zuflüsse	Leitner Graben	1976	4490167	5287806	4491609	5287240
184	413031	Schliersee: Zuflüsse	Arzgraben	780	4487392	5287030	4487547	5286310
185	413031	Schliersee: Zuflüsse	Schindelgraben	219	4489707	5286101	4489540	5285975
186	413031	Schliersee: Zuflüsse	Trattengraben	176	4489481	5286391	4489316	5286387
187	413031	Schliersee: Zuflüsse	Erlmoosgraben	528	4490875	5287913	4491333	5288138
188	413031	Schliersee: Zuflüsse	Ostergraben	1444	4490122	5288266	4491311	5288871
189	413031	Schliersee: Zuflüsse	Ostergraben	81	4490075	5288161	4490109	5288235
190	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	1465	4487547	5286310	4487965	5285087
191	413031	Schliersee: Zuflüsse	Gschwandbach	764	4487442	5287128	4486775	5287397
192	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	701	4490277	5285069	4489722	5284901
193	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	215	4490404	5285378	4490323	5285182
194	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	95	4489575	5286276	4489513	5286208
195	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	22	4489377	5286370	4489359	5286357
196	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	35	4489402	5286538	4489368	5286531
197	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	191	4489447	5286637	4489265	5286631

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
198	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	175	4489417	5286674	4489260	5286743
199	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	20	4489333	5286964	4489318	5286951
200	413031	Schliersee: Zuflüsse	Sperbergraben	131	4491200	5287680	4491330	5287679
201	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	141	4490799	5288219	4490890	5288321
202	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	127	4490581	5287882	4490642	5287989
203	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	378	4490335	5288058	4490647	5288244
204	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	181	4490977	5288762	4491148	5288769
205	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	20	4490620	5288666	4490621	5288686
206	413031	Schliersee: Zuflüsse	Kreiter Graben	682	4489915	5288784	4490224	5289304
207	413031	Schliersee: Zuflüsse	Kreiter Graben	137	4489703	5288277	4489776	5288391
208	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	31	4487929	5285163	4487959	5285166
209	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	69	4489247	5287066	4489182	5287043
210	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	90	4489204	5287143	4489147	5287081
211	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	96	4489163	5287215	4489104	5287144
212	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	20	4489110	5287358	4489090	5287356
213	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	152	4490996	5288057	4491112	5288143
214	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	54	4490998	5287994	4490989	5288040
215	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	130	4490252	5288191	4490355	5288260
216	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	323	4490905	5288685	4491049	5288970
217	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	22	4490896	5288670	4490916	5288663
218	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	68	4490588	5288616	4490653	5288598
219	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	124	4489961	5288832	4490070	5288878
220	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	353	4491039	5288955	4491363	5289049
221	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	22	4490111	5289146	4490132	5289153
222	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	155	4490078	5288660	4490222	5288663
223	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	10	4490310	5288654	4490319	5288654
224	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	17	4487879	5285307	4487892	5285319
225	413033	Birkenbach	Birkenbach	241	4487116	5294282	4486917	5294184
226	413033	Birkenbach	Birkenbach	170	4487260	5294497	4487145	5294374
227	413033	Birkenbach	Birkenbach	48	4486810	5294097	4486777	5294064
228	413034	Leitzach (Oberlauf)	Leitzach, Aubach, Wackbach	10529	4495154	5285553	4500597	5279172
229	413034	Leitzach (Oberlauf)	Alpbach, Steilenbach	2092	4498690	5282931	4497550	5281401
230	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kieferbach, Thierseer Ache	375	4501581	5274876	4501461	5275225
231	413034	Leitzach (Oberlauf)	Sillbach	415	4500870	5279353	4500751	5278998
232	413034	Leitzach (Oberlauf)	Sillbach	228	4500978	5277970	4500923	5277781
233	413034	Leitzach (Oberlauf)	Legerwaldgraben	736	4500876	5281530	4501060	5282118
234	413034	Leitzach (Oberlauf)	Legerwaldgraben	29	4501046	5282550	4501061	5282575
235	413034	Leitzach (Oberlauf)	Krottenthaler Graben	164	4497553	5281425	4497419	5281356
236	413034	Leitzach (Oberlauf)	Krottenthaler Graben	117	4497316	5281258	4497234	5281187
237	413034	Leitzach (Oberlauf)	Krottenthaler Graben	18	4496815	5281089	4496797	5281086
238	413034	Leitzach (Oberlauf)	Mühlbach	1000	4498546	5283174	4499117	5283742
239	413034	Leitzach (Oberlauf)	Berggraben	1137	4496791	5283888	4496714	5282902
240	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	318	4497683	5284151	4497894	5284336
241	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	83	4498259	5284411	4498333	5284436
242	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kloo-Ascher-Bach, Elendgraben	958	4501227	5276645	4500362	5276623
243	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kloo-Ascher-Bach, Elendgraben	102	4500998	5277930	4501081	5277879
244	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kloo-Ascher-Bach, Elendgraben	100	4498479	5276505	4498443	5276595
245	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kloo-Ascher-Bach, Elendgraben	79	4499307	5276256	4499231	5276257
246	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kloo-Ascher-Bach, Elendgraben	52	4498674	5276325	4498625	5276342
247	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kloo-Ascher-Bach, Elendgraben	39	4499456	5276334	4499422	5276315
248	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	552	4501628	5281720	4502149	5281690
249	413034	Leitzach (Oberlauf)	Larchbach	1078	4501109	5281764	4501902	5282297
250	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	179	4496797	5281086	4496780	5280910
251	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kuttenraingraben	64	4497938	5284535	4497979	5284577
252	413034	Leitzach (Oberlauf)	Nesselgraben	173	4502455	5276408	4502549	5276548
253	413034	Leitzach (Oberlauf)	Nesselgraben	95	4502029	5276176	4502123	5276182
254	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	390	4501285	5280247	4501639	5280304

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
255	413034	Leitzach (Oberlauf)	Beiwandgraben	577	4500690	5281699	4500521	5281168
256	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	281	4499254	5283094	4499386	5283329
257	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	232	4499291	5282806	4499252	5283016
258	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	216	4501323	5282049	4501469	5282199
259	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	75	4503128	5276275	4503153	5276205
260	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	129	4498007	5275779	4498094	5275693
261	413035	Leitzach (Unterlauf)	Leitzach, Aubach, Wackbach	24088	4487866	5305841	4493213	5292025
262	413035	Leitzach (Unterlauf)	Leitzach, Aubach, Wackbach	8592	4493142	5291856	4495154	5285553
263	413035	Leitzach (Unterlauf)	nicht bekannt	12	4492020	5298632	4492032	5298628
264	413035	Leitzach (Unterlauf)	Schnaitgraben	799	4490744	5300355	4490147	5300045
265	413035	Leitzach (Unterlauf)	nicht bekannt	181	4490924	5299607	4490752	5299577
266	413035	Leitzach (Unterlauf)	Holzergraben	540	4490652	5300239	4490490	5299765
267	413035	Leitzach (Unterlauf)	Angergraben	38	4490613	5299985	4490579	5299983
268	413036	Dürnbach (Gde. Schliersee)	Aurach, Ankelbach	703	4492409	5284954	4491772	5284719
269	413036	Dürnbach (Gde. Schliersee)	Aurach, Ankelbach	549	4491424	5284312	4490940	5284311
270	413036	Dürnbach (Gde. Schliersee)	Aurach, Ankelbach	372	4491732	5284554	4491579	5284259
271	413036	Dürnbach (Gde. Schliersee)	Aurach, Ankelbach	102	4490763	5284187	4490700	5284108
272	413036	Dürnbach (Gde. Schliersee)	Aurach, Ankelbach	41	4490855	5284298	4490817	5284286
273	413036	Dürnbach (Gde. Schliersee)	Dürnbach	2170	4491772	5284719	4489926	5284505
274	413037	Hachelbach	Hachelbach	1905	4492411	5284954	4491467	5283441
275	413038	Aurachgraben (Aurachtal)	Aurachgraben	907	4493856	5284818	4494338	5284207
276	413040	Elbach mit Dürnbach	Elbach	646	4496046	5289369	4496579	5289355
277	413040	Elbach mit Dürnbach	Elbach	98	4498936	5289237	4499031	5289251
278	413040	Elbach mit Dürnbach	Elbach	73	4496853	5289298	4496917	5289267
279	413040	Elbach mit Dürnbach	Elbach	66	4497100	5289156	4497165	5289158
280	413040	Elbach mit Dürnbach	Dürnbach	69	4496444	5289701	4496506	5289726
281	413040	Elbach mit Dürnbach	Dürnbach	49	4496292	5289674	4496335	5289692
282	413040	Elbach mit Dürnbach	nicht bekannt	140	4499031	5289251	4499152	5289299
283	413042	Sulzgraben	Sulzgraben	18	4490725	5293502	4490716	5293486
284	413042	Sulzgraben	nicht bekannt	20	4490546	5292329	4490566	5292327
285	413042	Sulzgraben	nicht bekannt	20	4491676	5291759	4491688	5291770
286	413042	Sulzgraben	nicht bekannt	20	4491078	5291845	4491070	5291827
287	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Mühlbach	550	4490899	5303359	4491222	5303282
288	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Hainerbach, Thalhamergraben	1178	4492489	5303015	4493023	5302066
289	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Kropfbach	743	4494713	5302234	4494860	5301667
290	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Kropfbach	203	4493915	5300330	4493776	5300212
291	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Kropfbach	25	4494764	5301548	4494753	5301525
292	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Feldbach, Hochängergraben, Aufhamergraben	1604	4496203	5301510	4495565	5300892
293	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Feldbach, Hochängergraben, Aufhamergraben	388	4495577	5300820	4495512	5300486
294	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Feldbach, Hochängergraben, Aufhamergraben	141	4494405	5299948	4494330	5299845
295	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Höllgraben	1109	4487092	5306821	4486077	5306781
296	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Kindlergraben	76	4492831	5302437	4492812	5302364
297	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Kachelauergraben	549	4492466	5302909	4492174	5302515
298	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Schwahenhamergraben	859	4494698	5302243	4494072	5301911
299	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	1581	4496194	5301502	4495933	5300298
300	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	390	4495832	5300221	4495757	5299861
301	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	20	4492189	5302519	4492196	5302501
302	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Aufhamerbach	20	4494892	5301377	4494879	5301362
303	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	118	4494061	5301663	4494094	5301552
304	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	20	4494085	5301901	4494086	5301882
305	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	511	4491887	5303395	4491481	5303186
306	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	103	4496060	5300293	4496117	5300222
307	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	18	4495199	5302018	4495216	5302021
308	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	96	4494094	5301552	4494054	5301465

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
309	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	12	4490899	5303359	4490889	5303366
310	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	97	4490905	5303455	4490935	5303381
311	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	13	4496201	5301427	4496214	5301425
312	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	12	4490999	5303251	4490999	5303239
313	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	159	4495183	5300225	4495167	5300069
314	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	16	4495599	5300812	4495601	5300796
315	413044	Jenbach	Kaltenbach, Jenbach, Großer Jenbach, Moosebnetgraben	6955	4501097	5295169	4501595	5289462
316	413044	Jenbach	Kaltenbach, Jenbach, Großer Jenbach, Moosebnetgraben	352	4500798	5287502	4500637	5287198
317	413044	Jenbach	Kaltenbach, Jenbach, Großer Jenbach, Moosebnetgraben	98	4501561	5288652	4501574	5288556
318	413044	Jenbach	Osterbach, Wassergraben	3299	4500599	5293464	4498646	5291701
319	413044	Jenbach	Kleiner Jenbach	148	4501631	5288554	4501755	5288501
320	413044	Jenbach	Kleiner Jenbach	102	4501864	5288432	4501953	5288384
321	413044	Jenbach	Kleiner Jenbach	81	4502158	5288405	4502218	5288356
322	413044	Jenbach	Weißenbach	926	4498629	5291681	4499037	5291077
323	413044	Jenbach	Feilnbach	1758	4500543	5293592	4499401	5292689
324	413044	Jenbach	nicht bekannt	400	4502221	5288355	4502562	5288188
325	413044	Jenbach	Gundelsberger Graben	297	4501344	5289085	4501175	5288853
326	413044	Jenbach	nicht bekannt	74	4498684	5291341	4498682	5291268
327	413044	Jenbach	nicht bekannt	20	4499783	5291785	4499792	5291770
328	413044	Jenbach	nicht bekannt	221	4499361	5292666	4499297	5292458
329	413044	Jenbach	nicht bekannt	529	4499809	5292749	4499511	5292324
330	413044	Jenbach	nicht bekannt	45	4502204	5288376	4502248	5288378
331	413044	Jenbach	nicht bekannt	209	4501275	5291414	4501288	5291235
332	413044	Jenbach	nicht bekannt	150	4501155	5291548	4501252	5291438
333	413044	Jenbach	nicht bekannt	20	4499686	5291685	4499679	5291667
334	413044	Jenbach	nicht bekannt	20	4499507	5292313	4499507	5292293
335	413044	Jenbach	Jenbach	12	4501533	5289876	4501539	5289865
336	413044	Jenbach	nicht bekannt	541	4501494	5290839	4501016	5290647
337	413044	Jenbach	nicht bekannt	17	4501330	5291271	4501343	5291259
338	413044	Jenbach	nicht bekannt	162	4500692	5292306	4500544	5292248
339	413045	Aubach (RO)	Aubach, Köcker Graben, Hinterholzer Graben	3377	4499042	5295503	4495931	5295514
340	413045	Aubach (RO)	Aubach, Köcker Graben, Hinterholzer Graben	425	4494844	5295886	4494445	5295804
341	413045	Aubach (RO)	Aubach, Köcker Graben, Hinterholzer Graben	122	4495136	5295762	4495041	5295831
342	413045	Aubach (RO)	Aschbacher Graben	1051	4496040	5295386	4495050	5295288
343	413045	Aubach (RO)	Schönauer Graben	20	4492489	5294820	4492503	5294807
344	413045	Aubach (RO)	Eyergraben	480	4495963	5295304	4495743	5294892
345	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	693	4497828	5295342	4497451	5294875
346	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	631	4495429	5295257	4494953	5294892
347	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	314	4495748	5294884	4495688	5294606
348	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	224	4496693	5295218	4496649	5295000
349	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	53	4496528	5294669	4496501	5294624
350	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	774	4497496	5294874	4497345	5294157
351	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	93	4497608	5294527	4497566	5294447
352	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	18	4497599	5294912	4497600	5294894
353	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	20	4495726	5295354	4495713	5295369
354	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	22	4496312	5295291	4496301	5295272
355	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	13	4496470	5295294	4496459	5295288
356	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	453	4497348	5294874	4497138	5294527
357	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	14	4495273	5295123	4495277	5295110
358	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Dettendorfer Kalte, Kaltenbach	2043	4498513	5298653	4496883	5298269
359	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Dettendorfer Kalte, Kaltenbach	291	4496778	5298259	4496493	5298247
360	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Dettendorfer Kalte, Kaltenbach	50	4498986	5299133	4498952	5299097

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
361	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Eulenbach	124	4495905	5297718	4495850	5297628
362	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Eulenbach	22	4495556	5297155	4495534	5297155
363	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Eulenbach	14	4496470	5298241	4496459	5298231
364	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	48	4497072	5297831	4497052	5297796
365	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	45	4497484	5298146	4497441	5298157
366	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	21	4497636	5298119	4497616	5298123
367	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	19	4497030	5297689	4497018	5297675
368	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	19	4493941	5298460	4493942	5298478
369	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Leitnergraben	59	4494796	5298118	4494744	5298143
370	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	401	4497105	5298296	4496901	5297990
371	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	20	4497125	5298399	4497142	5298389
372	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	342	4495395	5298049	4495155	5298284
373	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	34	4497836	5298309	4497802	5298312
374	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	20	4498478	5298617	4498464	5298630
375	413047	Hofau: Tobelstrecke der rechtsseitigen Zuflüsse zur Binnenentwässerung	Grabergraben	707	4510854	5303652	4511407	5303849
376	413047	Hofau: Tobelstrecke der rechtsseitigen Zuflüsse zur Binnenentwässerung	Rannergraben	951	4510742	5304955	4511450	5304802
377	413047	Hofau: Tobelstrecke der rechtsseitigen Zuflüsse zur Binnenentwässerung	Doblergraben	419	4510867	5305646	4511204	5305558
378	413048	Ameranger Dorfbach	Ameranger Dorfbach	1361	4523814	5316500	4524973	5316686
379	413048	Ameranger Dorfbach	Ameranger Dorfbach	1143	4523073	5317490	4523409	5316621
380	413048	Ameranger Dorfbach	nicht bekannt	25	4523352	5316611	4523359	5316589
381	413048	Ameranger Dorfbach	nicht bekannt	109	4523341	5316996	4523442	5316960
382	413049	Kalkgraben (Totermannsgraben)	Totenmannsgraben	1429	4522034	5316120	4522919	5316052
383	413050	Katzbach: Tobelstrecke	Katzbach	1230	4511630	5318483	4510535	5318448
384	413051	Nasenbach	Nasenbach, Mühlbach	73	4518112	5332128	4518043	5332151
385	413052	Rainbach (Urtelbach): Tobelstrecke	Rainbach	1044	4520073	5335144	4520916	5334710
386	413053	Holzergraben	Holzer Graben	1114	4523014	5335887	4522075	5335942
387	413054	Reitgraben	Reitengraben	2646	4523705	5336121	4522012	5337584
388	413054	Reitgraben	Gasteiger Graben	61	4521565	5337013	4521613	5337022
389	413054	Reitgraben	nicht bekannt	359	4522042	5337574	4522181	5337893
390	413054	Reitgraben	nicht bekannt	74	4522592	5337219	4522546	5337172
391	413055	Hopfgartengraben I	Hopfgartengraben	1995	4523591	5338247	4524001	5336696
392	413055	Hopfgartengraben I	Hopfgartengraben	178	4524154	5336688	4524318	5336637
393	413055	Hopfgartengraben I	Hopfgartengraben	53	4524497	5336658	4524548	5336643
394	413057	Wildbach	Wildbach	3600	4528734	5336888	4527472	5334400
395	413057	Wildbach	Grunderbach	1667	4529081	5335516	4528614	5336887
396	413057	Wildbach	nicht bekannt	481	4529083	5335514	4529098	5335145
397	413058	Steinbach (MÜ)	Steinbach	1091	4525736	5339901	4524835	5339466
398	413058	Steinbach (MÜ)	Steinbach	118	4525836	5340002	4525757	5339915
399	413058	Steinbach (MÜ)	Steinbach	43	4524822	5339464	4524791	5339438
400	413059	Wanklbach	Wanklbach	4516	4532904	5335270	4532103	5338909
401	413060	Guttenburger Bach	Guttenburger Bach	652	4534694	5339869	4534641	5339258
402	413061	Frauendorfer Bach	Frauendorfer Bach, Schrankbaumerbach, Lohbach, Stangerner Bach	2817	4536237	5340550	4536218	5338161
403	413061	Frauendorfer Bach	Frauendorfer Bach, Schrankbaumerbach, Lohbach, Stangerner Bach	954	4536217	5341405	4536209	5340611
404	413062	Bernauer Achen	Bernauer Achen, Rottauer Bach	3034	4528575	5298332	4529940	5295815
405	413062	Bernauer Achen	Farbinger Bach	458	4529348	5295938	4529318	5295523
406	413062	Bernauer Achen	Farbinger Bach	83	4529314	5295499	4529273	5295436
407	413062	Bernauer Achen	Messeschmiedgraben	20	4528695	5295556	4528693	5295536
408	413062	Bernauer Achen	Messeschmiedgraben	18	4529374	5295795	4529356	5295794

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
409	413063	Berghamer Bach	Berghamer Bach, Schauergraben	2976	4529005	5297126	4527427	5295345
410	413063	Berghamer Bach	Berghamer Bach, Schauergraben	191	4527361	5295048	4527436	5294881
411	413063	Berghamer Bach	Berghamer Bach, Schauergraben	160	4527558	5293415	4527560	5293272
412	413063	Berghamer Bach	Osterhamer Bach	312	4528804	5296250	4528773	5295950
413	413064	Bernauer Bach	Bernauer Bach	2863	4529017	5297299	4526690	5296243
414	413064	Bernauer Bach	nicht bekannt	243	4526300	5295600	4526484	5295446
415	413064	Bernauer Bach	Möglgraben	280	4527627	5296656	4527585	5296394
416	413064	Bernauer Bach	nicht bekannt	13	4527283	5296522	4527270	5296523
417	413065	Moosbach (RO)	Moosbach	259	4527655	5297287	4527407	5297327
418	413066	Bauerlbach (Steinbach)	Bäuerlbach	182	4527225	5297800	4527108	5297697
419	413066	Bauerlbach (Steinbach)	nicht bekannt	136	4527225	5297800	4527091	5297791
420	413066	Bauerlbach (Steinbach)	Steinbach	535	4526805	5298008	4526391	5298107
421	413066	Bauerlbach (Steinbach)	nicht bekannt	75	4527225	5297800	4527240	5297857
422	413067	Kleebach	Kleebach	810	4526933	5298652	4526242	5298403
423	413068	Egerndorfer Bach	Egerndorfer Bach	1110	4526526	5299807	4525698	5299196
424	413069	Reitbach	Reitbach	1328	4526025	5300634	4525376	5299813
425	413070	Prien (Oberlauf)	Prien	12847	4524346	5293020	4519326	5283416
426	413070	Prien (Oberlauf)	Talgraben, Laubergraben, Ackergraben	388	4520553	5284736	4520759	5284418
427	413070	Prien (Oberlauf)	Talgraben, Laubergraben, Ackergraben	83	4521360	5284235	4521421	5284194
428	413070	Prien (Oberlauf)	Klausgraben	716	4523765	5288568	4524410	5288490
429	413070	Prien (Oberlauf)	Klausgraben	420	4522918	5288562	4523232	5288368
430	413070	Prien (Oberlauf)	Lochgraben	2245	4524358	5293010	4526360	5292698
431	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	739	4520241	5283847	4520055	5283298
432	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	227	4520198	5283975	4520065	5284044
433	413070	Prien (Oberlauf)	Kohlstätter Bach	175	4521127	5286079	4521014	5286193
434	413070	Prien (Oberlauf)	Kohlstätter Bach	128	4521463	5285854	4521359	5285923
435	413070	Prien (Oberlauf)	Grattenbach	1234	4521940	5286972	4522708	5286175
436	413070	Prien (Oberlauf)	Grattenbach	103	4522756	5286114	4522854	5286105
437	413070	Prien (Oberlauf)	Schoßbach	34	4523003	5289073	4522975	5289054
438	413070	Prien (Oberlauf)	Fuchsluger Bach, Huber Bach, Hagengraben	1156	4524347	5292686	4525135	5292159
439	413070	Prien (Oberlauf)	Hagerbach, Niedersberg-Graben	57	4521721	5286716	4521685	5286760
440	413070	Prien (Oberlauf)	Moosbach, Floderbach	227	4523123	5290361	4523104	5290171
441	413070	Prien (Oberlauf)	Bärbach	1001	4524242	5292373	4524623	5291713
442	413070	Prien (Oberlauf)	Fuchsluger Bach	912	4524736	5292356	4525293	5291703
443	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	145	4526360	5292698	4526425	5292823
444	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	151	4521268	5285500	4521412	5285458
445	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	150	4522713	5287932	4522591	5288005
446	413070	Prien (Oberlauf)	Wasserthalgraben	736	4523571	5291009	4524250	5290956
447	413070	Prien (Oberlauf)	Scheichergraben, Schleichergraben	407	4524466	5291659	4524672	5291384
448	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	15	4525914	5292921	4525919	5292935
449	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	24	4522325	5287607	4522311	5287626
450	413070	Prien (Oberlauf)	Schwarzensteinbach	10	4523047	5289432	4523051	5289423
451	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	129	4524210	5290976	4524210	5290848
452	413070	Prien (Oberlauf)	Steinbach	53	4523495	5291596	4523459	5291559
453	413070	Prien (Oberlauf)	Steinbach	20	4523643	5291604	4523624	5291609
454	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	36	4526058	5292859	4526087	5292879
455	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	19	4525974	5292911	4525990	5292922
456	413071	Prien (Unterlauf)	Prien	13354	4526939	5304208	4522774	5296895
457	413071	Prien (Unterlauf)	Prien	5222	4522561	5296902	4524346	5293020
458	413071	Prien (Unterlauf)	Spindelbach, Ahgraben	1565	4523705	5294245	4522876	5293361
459	413071	Prien (Unterlauf)	Prien	133	4522729	5296885	4522599	5296893
460	413071	Prien (Unterlauf)	Zellgraben	291	4523735	5292115	4523465	5292141
461	413071	Prien (Unterlauf)	nicht bekannt	50	4522956	5293388	4522911	5293408

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
462	413073	Gottschallinger Bach	Gottschallinger Bach	1184	4498828	5294952	4498458	5294022
463	413075	Wildbarren: Gräben am Osthang	nicht bekannt	100	4511994	5282217	4511912	5282164
464	413076	Rieselgraben	nicht bekannt	463	4499395	5294323	4499271	5293947
465	413077	Gerner Graben	Gerner Graben	404	4515556	5323903	4515204	5324025
466	413078	Birndorfer Graben	Birndorfer Graben	117	4516062	5324373	4516031	5324482
467	413078	Birndorfer Graben	Birndorfer Graben	31	4516030	5324459	4516006	5324478
468	413079	Koblergraben	Kobler Graben	48	4516134	5325572	4516086	5325566
469	413080	Altdorfer Mühlbach	Altdorfer Mühlbach	30	4518040	5332162	4518037	5332191
470	413081	Ritzgraben	Walchentaler Bach, Schweiberer Graben	520	4519453	5282680	4519407	5283081
471	413082	Lindlbauer- und Stockergraben	nicht bekannt	167	4520473	5335744	4520580	5335664
472	413082	Lindlbauer- und Stockergraben	nicht bekannt	65	4520622	5335752	4520655	5335807
473	413087	Alpbach (MB)	Alpbach, Oberalpbach	3099	4481439	5285814	4484203	5285790
474	413087	Alpbach (MB)	Rißbach, Rißgraben	280	4483470	5286191	4483588	5286442
475	413087	Alpbach (MB)	Kohlhaufgraben	417	4482813	5286115	4482731	5286483
476	413087	Alpbach (MB)	Kohlhaufgraben	83	4482658	5286675	4482650	5286757
477	413087	Alpbach (MB)	Erzgraben	336	4485113	5286032	4485094	5286366
478	413087	Alpbach (MB)	Katzenbach	208	4483322	5286182	4483320	5286335
479	413087	Alpbach (MB)	nicht bekannt	26	4483050	5285857	4483075	5285849
480	413087	Alpbach (MB)	nicht bekannt	194	4482194	5286134	4482313	5286269
481	413087	Alpbach (MB)	nicht bekannt	49	4482303	5286266	4482323	5286307
482	413088	Lärchenwaldgraben	nicht bekannt	60	4482015	5285608	4482071	5285618
483	413088	Lärchenwaldgraben	nicht bekannt	239	4482108	5285742	4482338	5285790
484	413089	Pfliegelgraben	nicht bekannt	61	4482063	5285252	4482122	5285268
485	413090	Parapluigraben	nicht bekannt	68	4482086	5285136	4482150	5285153
486	413092	Kapellengraben	nicht bekannt	80	4482822	5284551	4482862	5284620
487	413094	Wegbauerngraben	nicht bekannt	86	4482962	5284320	4483021	5284381
488	413094	Wegbauerngraben	nicht bekannt	186	4483021	5284381	4483124	5284535
489	413097	Schwaighofgraben	nicht bekannt	111	4483112	5284170	4483213	5284127
490	413097	Schwaighofgraben	nicht bekannt	51	4483280	5284148	4483330	5284152
491	413098	Süßbach	Süßbach	1368	4483176	5283723	4484095	5284583
492	413099	Rottach (MB)	Rottach	4918	4482833	5284103	4486197	5281590
493	413099	Rottach (MB)	Rottach	1007	4486984	5280265	4487595	5279617
494	413099	Rottach (MB)	Kühzaglbach	2334	4485105	5283189	4487176	5283420
495	413099	Rottach (MB)	Schiffbach, Röthensteingraben	20	4485386	5279508	4485369	5279497
496	413099	Rottach (MB)	Bodenalmgraben	777	4486169	5282410	4486384	5281726
497	413099	Rottach (MB)	Schnallgraben	17	4485269	5283044	4485286	5283043
498	413099	Rottach (MB)	nicht bekannt	86	4487166	5280094	4487236	5280067
499	413099	Rottach (MB)	Schrammgraben	21	4485828	5283345	4485848	5283349
500	413099	Rottach (MB)	nicht bekannt	321	4486130	5282550	4486415	5282690
501	413100	Brunntalgraben	Brunntalgraben	356	4482976	5281672	4483302	5281642
502	413102	Weißach (MB)	Mangfall, Weißach, Großweißach	17958	4480755	5284074	4473553	5274780
503	413102	Weißach (MB)	Hofbauernweißach, Stangengraben	171	4480461	5275892	4480527	5275738
504	413102	Weißach (MB)	Hofbauernweißach, Stangengraben	139	4480836	5274837	4480842	5274734
505	413102	Weißach (MB)	Hofbauernweißach, Stangengraben	94	4480586	5275330	4480609	5275240
506	413102	Weißach (MB)	Sagenbach, Schreibach	1547	4481293	5276615	4482509	5276605
507	413102	Weißach (MB)	Reitbach, Großer Reitbach, Reitsteiner Graben	268	4473608	5274781	4473653	5274547
508	413102	Weißach (MB)	Reitbach, Großer Reitbach, Reitsteiner Graben	245	4474915	5273189	4474992	5272976
509	413102	Weißach (MB)	Schliffbach	313	4475193	5275008	4474895	5275102
510	413102	Weißach (MB)	Schwarzenbach	343	4478554	5275960	4478393	5276230
511	413102	Weißach (MB)	Schwarzenbach	94	4478209	5276424	4478165	5276495
512	413102	Weißach (MB)	Hohlensteinbach	522	4481968	5275191	4482469	5275232

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
513	413102	Weißach (MB)	Hohlensteinbach	48	4481318	5275225	4481363	5275238
514	413102	Weißach (MB)	Wiesengraben, Bleichgraben	2982	4482372	5281902	4480591	5280120
515	413102	Weißach (MB)	Imbhäuselgraben	16	4473556	5274784	4473541	5274787
516	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	68	4477910	5277673	4477945	5277731
517	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	59	4480821	5274741	4480801	5274686
518	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	14	4481906	5276625	4481910	5276612
519	413102	Weißach (MB)	Riedlerner Graben	875	4480969	5278207	4481750	5278211
520	413102	Weißach (MB)	Mühlauer Graben, Setzberggraben	556	4481058	5278603	4481545	5278496
521	413102	Weißach (MB)	Pletscherergraben	807	4481145	5278923	4480536	5279229
522	413102	Weißach (MB)	Gschwendgraben	669	4481254	5279975	4480718	5279768
523	413102	Weißach (MB)	Gschwendgraben	174	4481444	5280009	4481286	5279980
524	413102	Weißach (MB)	Lohbach	862	4481391	5281221	4480555	5281200
525	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	59	4477848	5277350	4477873	5277402
526	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	61	4480828	5274737	4480818	5274678
527	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	28	4480808	5274711	4480782	5274701
528	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	101	4480809	5274753	4480723	5274704
529	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	58	4481797	5275188	4481831	5275142
530	413102	Weißach (MB)	Staudenbach	581	4480970	5278004	4480462	5277999
531	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	569	4481064	5278683	4480554	5278581
532	413102	Weißach (MB)	Lahngraben	20	4481475	5279562	4481480	5279543
533	413102	Weißach (MB)	Klafferbach	112	4482223	5281080	4482318	5281024
534	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	476	4480896	5280703	4480427	5280773
535	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	224	4481700	5281529	4481483	5281513
536	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	39	4477847	5277829	4477869	5277861
537	413102	Weißach (MB)	Fennergraben	110	4480320	5278036	4480257	5278123
538	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	92	4480633	5280478	4480542	5280487
539	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	386	4480973	5280818	4480622	5280916
540	413103	Grabenbächl	Grabenbächel	256	4481968	5282211	4481759	5282085
541	413103	Grabenbächl	Grabenbächel	105	4481506	5282036	4481402	5282023
542	413103	Grabenbächl	nicht bekannt	143	4481279	5282221	4481195	5282319
543	413103	Grabenbächl	nicht bekannt	18	4481404	5282042	4481408	5282059
544	413105	Ringseegraben	nicht bekannt	44	4480173	5284003	4480165	5283965
545	413106	Söllbach	Söllbach, Gurnbach	7375	4480577	5285294	4476241	5281011
546	413106	Söllbach	Scheibengraben	507	4476771	5282273	4476426	5282525
547	413106	Söllbach	Wurzengraben	976	4477368	5282633	4477623	5281819
548	413106	Söllbach	Aueralpengraben	336	4475948	5282846	4475633	5282957
549	413106	Söllbach	Aueralpengraben	204	4477408	5282839	4477233	5282825
550	413106	Söllbach	Aueralpengraben	157	4477043	5282822	4476891	5282791
551	413106	Söllbach	Mühlbach, Reibengraben	1009	4478729	5283819	4479353	5283141
552	413106	Söllbach	Stinkergraben	1062	4476297	5281625	4475291	5281699
553	413106	Söllbach	Neuhüttengraben	769	4476368	5281810	4475879	5282143
554	413106	Söllbach	Hinterer Auergraben	182	4476915	5283024	4476805	5283168
555	413106	Söllbach	nicht bekannt	550	4478152	5283227	4478225	5282728
556	413106	Söllbach	Ringberggraben	176	4479444	5283048	4479573	5282936
557	413106	Söllbach	Saurüsselgraben	605	4478641	5283945	4478142	5283668
558	413106	Söllbach	nicht bekannt	51	4477540	5282134	4477576	5282098
559	413106	Söllbach	nicht bekannt	11	4477951	5283128	4477952	5283117
560	413106	Söllbach	nicht bekannt	20	4478199	5283761	4478180	5283765
561	413106	Söllbach	nicht bekannt	20	4478807	5284352	4478796	5284335
562	413106	Söllbach	nicht bekannt	20	4475305	5281719	4475293	5281735
563	413106	Söllbach	nicht bekannt	12	4475714	5282924	4475713	5282936
564	413107	Zeiselbach	Zeiselbach	1139	4479827	5285971	4479031	5285402
565	413107	Zeiselbach	Zeiselbach	889	4477069	5284924	4476590	5284239
566	413107	Zeiselbach	Zeiselbach	257	4478039	5285084	4477829	5285100
567	413107	Zeiselbach	Zeiselbach	220	4476472	5284007	4476313	5283894
568	413107	Zeiselbach	Zeiselbach	150	4478633	5285216	4478518	5285162

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
569	413107	Zeiselbach	nicht bekannt	11	4476936	5284638	4476941	5284627
570	413108	Heissenbach	Hölzlgraben	192	4479335	5285980	4479149	5286020
571	413108	Heissenbach	Hölzlgraben	59	4478881	5286026	4478833	5285993
572	413108	Heissenbach	Hölzlgraben	29	4479028	5286011	4478999	5286013
573	413108	Heissenbach	Hölzlgraben	22	4479254	5285996	4479238	5285981
574	413109	Breitenbach (MB)	Breitenbach	1857	4479664	5287075	4477949	5286798
575	413109	Breitenbach (MB)	Breitenbach	229	4476991	5286582	4476811	5286459
576	413109	Breitenbach (MB)	Breitenbach	120	4476474	5286024	4476407	5285927
577	413109	Breitenbach (MB)	Peterwurzgraben	206	4476299	5285977	4476109	5286036
578	413111	Weidenbach	Weidenbach, Mühlbach	117	4478960	5288288	4478850	5288306
579	413113	Grambach	Grambach	565	4480724	5287843	4481203	5287970
580	413113	Grambach	nicht bekannt	265	4480884	5287998	4481023	5288156
581	413114	Quirinbach	Quirinbach	206	4481151	5287564	4481340	5287523
582	413117	Nagelbach-Tobelstrecke	Nagelbach	245	4486680	5289917	4486804	5289721
583	413118	Huberbach: Abwinklbach-Tobelstrecke	Abwinkelbach	193	4487473	5289487	4487332	5289373
584	413120	Buchergraben	Bucher Graben	169	4496958	5288810	4497102	5288752
585	413121	Pinswanger Bach (Aubach)	Aubach	358	4512324	5293886	4512624	5293788
586	413121	Pinswanger Bach (Aubach)	Talgraben	247	4512546	5293945	4512763	5293926
587	413121	Pinswanger Bach (Aubach)	nicht bekannt	29	4512719	5293917	4512737	5293913
588	413122	Holzhamer Bach	Sailerbach, Seilerbach	624	4510738	5292512	4511251	5292347
589	413122	Holzhamer Bach	Sailerbach, Seilerbach	149	4511273	5292350	4511398	5292349
590	413122	Holzhamer Bach	nicht bekannt	637	4512874	5292888	4513459	5292680
591	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Traunstein (414)**							
592	414001	Heistinger Bach	Heistinger Bach, Johannesbuchbacher Bach	1269	4545674	5349412	4544941	5350239
593	414001	Heistinger Bach	Bachleitenbach	70	4544843	5350556	4544877	5350613
594	414001	Heistinger Bach	Bachleitenbach	345	4544941	5350239	4544840	5350546
595	414004	Burgerbach	nicht bekannt	407	4550548	5347768	4550796	5347986
596	414004	Burgerbach	nicht bekannt	133	4550670	5347992	4550615	5348105
597	414005	Mörnbach (Griesbach)	Mörnbach	1766	4550767	5345789	4550736	5344371
598	414006	Tiefenbach	Tiefenbach	586	4552478	5347431	4552140	5347833
599	414007	Reischachbach (Reischach)	Reischachbach	5396	4553333	5347106	4554171	5351149
600	414007	Reischachbach (Reischach)	Rockersbach	3728	4552837	5349118	4551073	5351849
601	414007	Reischachbach (Reischach)	Wissersdorfer Graben	272	4553910	5350654	4553753	5350801
602	414007	Reischachbach (Reischach)	Wissersdorfer Graben	45	4553177	5351303	4553154	5351339
603	414007	Reischachbach (Reischach)	Wissersdorfer Graben	30	4552914	5351638	4552897	5351663
604	414007	Reischachbach (Reischach)	Wissersdorfer Graben	26	4553450	5351061	4553427	5351073
605	414007	Reischachbach (Reischach)	Wissersdorfer Graben	20	4552178	5352550	4552160	5352557
606	414007	Reischachbach (Reischach)	Haunberger Bach	1304	4552370	5349926	4551381	5349847
607	414007	Reischachbach (Reischach)	Lanzenberger Graben	1198	4552916	5349167	4553929	5349448
608	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	159	4551067	5351850	4550932	5351894
609	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	792	4552508	5349509	4551830	5349392
610	414007	Reischachbach (Reischach)	Gausberger Graben	1324	4552821	5349026	4551730	5348678
611	414007	Reischachbach (Reischach)	Tiefenbach	47	4552485	5347385	4552478	5347431
612	414007	Reischachbach (Reischach)	Hundslochgraben	146	4553831	5350289	4553967	5350249
613	414007	Reischachbach (Reischach)	Schönbüchlgraben	176	4553490	5350221	4553461	5350387
614	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	354	4553378	5350074	4553062	5350234
615	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	17	4551328	5351352	4551315	5351341
616	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	544	4551687	5351085	4552023	5351471
617	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	343	4551381	5349847	4551222	5350127
618	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	118	4551880	5349396	4551816	5349490
619	414007	Reischachbach (Reischach)	Heretsöder Graben	873	4552784	5348610	4552001	5348393
620	414007	Reischachbach (Reischach)	Hochhäuslgraben	559	4553139	5348251	4552616	5348227
621	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	121	4553154	5347889	4553070	5347945
622	414007	Reischachbach (Reischach)	Gilgöder Graben	291	4552201	5350467	4552459	5350594
623	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	181	4552342	5350150	4552492	5350248

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
624	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	139	4551272	5350076	4551252	5350210
625	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	333	4553163	5348259	4553336	5348479
626	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	57	4553073	5347938	4553031	5347974
627	414008	Thannberger Graben	Rothhausgraben, Thannberger Graben	721	4553938	5347731	4553826	5348349
628	414008	Thannberger Graben	nicht bekannt	166	4553986	5348123	4553988	5348256
629	414009	Weitbach	Weitbach	3834	4557366	5347537	4556429	5350201
630	414009	Weitbach	Weitbach	26	4556450	5350335	4556437	5350357
631	414009	Weitbach	Birnbach	1290	4556799	5349439	4557371	5349932
632	414009	Weitbach	Anzenbergergraben	1763	4556892	5349119	4558142	5349472
633	414009	Weitbach	Hauzingerbach	1443	4556710	5348836	4555653	5349251
634	414009	Weitbach	Sollerödergraben	894	4556524	5349610	4555991	5350076
635	414009	Weitbach	nicht bekannt	393	4557382	5350092	4557683	5350294
636	414009	Weitbach	nicht bekannt	105	4556732	5349064	4556673	5349151
637	414009	Weitbach	nicht bekannt	122	4556163	5349663	4556109	5349555
638	414010	Lofer	Lofer, Schwarzlofer, Schwarzlofergraben	3114	4535742	5281444	4538387	5280533
639	414010	Lofer	Dürrnbach	890	4540606	5280142	4541341	5280380
640	414010	Lofer	Weißlofer, Weißgraben, Rachelberggraben	1904	4536537	5281409	4537724	5282650
641	414010	Lofer	Hausbach	1114	4534876	5281852	4535382	5282645
642	414010	Lofer	Hausbach	656	4535286	5282859	4534903	5283260
643	414010	Lofer	nicht bekannt	249	4536585	5282211	4536619	5282451
644	414010	Lofer	Dosbach	275	4535883	5282318	4536086	5282492
645	414010	Lofer	nicht bekannt	718	4534193	5281276	4534058	5281768
646	414010	Lofer	Pötschgraben	435	4536122	5281567	4536162	5281993
647	414010	Lofer	Pötschgraben	382	4536246	5282198	4536380	5282534
648	414010	Lofer	nicht bekannt	12	4535419	5282499	4535416	5282510
649	414012	Totermann-Bach	Totermannbach	408	4528963	5284265	4528786	5283952
650	414013	Wuhrsteinbach (Loch- und Maisbach)	Maisbach, Schneiderhangraben	339	4528367	5285021	4528189	5285266
651	414013	Wuhrsteinbach (Loch- und Maisbach)	Lochbach	614	4528175	5284966	4527633	5284800
652	414014	Alpbach (TS)	Alpbach	1754	4529382	5286550	4528172	5286664
653	414014	Alpbach (TS)	Alpbach	268	4529673	5286740	4529440	5286607
654	414015	Steingraben	Steindlgraben	1086	4529854	5286848	4529173	5287410
655	414015	Steingraben	Steindlgraben	295	4529090	5287389	4528820	5287311
656	414016	Tiroler Achen: Rechtsseitige Zuflüsse	Maigraben	42	4531723	5287302	4531757	5287277
657	414017	Mühlbach-Dalsenbach	Tiroler Achen, Mühlbach, Wimbach, Dalsenbach	6533	4531186	5287037	4525812	5288655
658	414017	Mühlbach-Dalsenbach	Ramsenbach, Gschwendgraben	2270	4529444	5287941	4529486	5289880
659	414017	Mühlbach-Dalsenbach	nicht bekannt	53	4529449	5289824	4529408	5289857
660	414017	Mühlbach-Dalsenbach	nicht bekannt	194	4529306	5289271	4529284	5289458
661	414017	Mühlbach-Dalsenbach	nicht bekannt	95	4529276	5289242	4529233	5289325
662	414017	Mühlbach-Dalsenbach	nicht bekannt	17	4529284	5289458	4529270	5289467
663	414018	Raitener Bach: Linksseitige Zuflüsse	nicht bekannt	466	4532416	5288922	4532243	5289335
664	414019	Balsberg-Graben	Balsberger Graben	969	4534231	5288138	4534081	5287290
665	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Wössener Bach, Moosbach, Maserer Bach	3320	4534828	5289594	4535710	5287167
666	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Wössener Bach, Moosbach, Maserer Bach	3174	4535947	5286869	4535994	5284800
667	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Hammerer Graben	3439	4535851	5286405	4538665	5286499
668	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Kaltenbach	3635	4535362	5288330	4538452	5288308
669	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Kaltenbach	656	4534681	5288063	4535278	5288306
670	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Schlierbach	1322	4535567	5285740	4534344	5285628
671	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Schlierbach	1164	4534296	5285619	4533204	5285461
672	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	nicht bekannt	643	4538665	5286499	4539050	5286955

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
673	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Tiefsitzlgraben	1281	4535125	5287758	4534257	5287099
674	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	nicht bekannt	776	4537418	5288666	4537889	5289240
675	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Talgraben	365	4536659	5288830	4536912	5289049
676	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Alpschlechtgraben	1405	4536350	5285405	4537407	5286189
677	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Roßstallgraben	434	4535210	5285438	4534784	5285447
678	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Zinterlinggraben	648	4534540	5285735	4534111	5286058
679	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	nicht bekannt	14	4536011	5286766	4536024	5286768
680	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Hochstücklgraben	170	4534931	5287272	4534896	5287113
681	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	nicht bekannt	13	4537815	5289065	4537822	5289076
682	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	nicht bekannt	10	4537632	5288873	4537642	5288876
683	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Alpschlechtgraben	14	4536854	5285929	4536863	5285918
684	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	nicht bekannt	213	4536356	5285363	4536564	5285328
685	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	nicht bekannt	18	4534117	5285607	4534114	5285625
686	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Maserer Bach	103	4535943	5284887	4535994	5284800
687	414021	Alplbach (Eibelbach)	Alplbach	2906	4535875	5293605	4537773	5291863
688	414021	Alplbach (Eibelbach)	nicht bekannt	12	4537202	5292236	4537195	5292226
689	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Rothgraben, Sossauer Kanal, Weiße Achen	16328	4538622	5302295	4541720	5293749
690	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Rothgraben, Sossauer Kanal, Weiße Achen	1766	4541618	5293593	4540731	5292215
691	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Rothgraben, Sossauer Kanal, Weiße Achen	913	4540661	5292169	4540536	5291522
692	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Schlagbach	2093	4541704	5297143	4543567	5297969
693	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Buchbach, Madereybach, Kehrergraben, Kreuzgraben	948	4536907	5294067	4536865	5293222
694	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Schwarze Ache	199	4543441	5294572	4543481	5294392
695	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Schwarze Ache	122	4543581	5294984	4543522	5294884
696	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Bergener Bach	4217	4543567	5297964	4546637	5296819
697	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Almbach, Blassenbach, Schnappenbach	165	4535508	5291618	4535530	5291458
698	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	nicht bekannt	214	4541519	5293425	4541690	5293310
699	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Pulvergraben	96	4543773	5295034	4543785	5294939
700	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Mehrentaler Graben	1231	4538644	5295040	4538576	5293908
701	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	nicht bekannt	186	4539608	5295042	4539678	5294884
702	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Weidenbach	782	4540333	5295496	4540174	5294770
703	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Kaumgraben	205	4541093	5291022	4541291	5291001
704	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Scharamer Graben	528	4546335	5296601	4546556	5296225
705	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	nicht bekannt	499	4546033	5296787	4546171	5297224
706	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Dampfgraben	56	4544837	5295954	4544790	5295931
707	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	nicht bekannt	506	4539629	5294965	4539413	5294640
708	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Klauser Graben	394	4540597	5295378	4540723	5295035
709	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Häuselgraben	255	4535942	5292675	4536112	5292558
710	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	nicht bekannt	401	4541330	5290976	4541668	5290795
711	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	nicht bekannt	10	4540327	5291669	4540326	5291659

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
712	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	nicht bekannt	12	4539441	5294776	4539443	5294764
713	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	nicht bekannt	117	4537264	5293772	4537370	5293746
714	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Häuselgraben	42	4536048	5292670	4536080	5292654
715	414023	Tennbodenbach	Hindlinger Bach, Rossbarmgraben	2913	4533340	5292386	4531249	5291182
716	414023	Tennbodenbach	Hindlinger Bach, Rossbarmgraben	1004	4533316	5293409	4533316	5292440
717	414023	Tennbodenbach	nicht bekannt	413	4532006	5291571	4531626	5291578
718	414023	Tennbodenbach	Torgraben	775	4532988	5292867	4532450	5292631
719	414023	Tennbodenbach	Torgraben	551	4532016	5292660	4531618	5292358
720	414023	Tennbodenbach	Torgraben	282	4533268	5293029	4533012	5292913
721	414023	Tennbodenbach	nicht bekannt	12	4531671	5291393	4531661	5291385
722	414023	Tennbodenbach	nicht bekannt	17	4531626	5291578	4531609	5291580
723	414023	Tennbodenbach	nicht bekannt	267	4531654	5291609	4531433	5291745
724	414023	Tennbodenbach	nicht bekannt	8	4533159	5292022	4533151	5292020
725	414023	Tennbodenbach	nicht bekannt	19	4531485	5291727	4531466	5291724
726	414024	Grießenbach (Roth)	Grießenbach	881	4531953	5294404	4531330	5294009
727	414024	Grießenbach (Roth)	Grießenbach	695	4531332	5293749	4531563	5293217
728	414025	Bernauer Achen (Rottauer Bach)	Bernauer Achen, Rottauer Bach	1686	4529940	5295815	4530320	5294751
729	414025	Bernauer Achen (Rottauer Bach)	nicht bekannt	58	4529625	5293081	4529680	5293062
730	414025	Bernauer Achen (Rottauer Bach)	nicht bekannt	73	4529509	5293364	4529449	5293322
731	414026	Weiße Traun	Traun, Weiße Traun, Fischbach, Fischbach-Unken	10362	4549459	5291416	4548761	5282084
732	414026	Weiße Traun	Traun, Weiße Traun, Fischbach, Fischbach-Unken	9848	4548491	5299571	4549447	5291440
733	414026	Weiße Traun	Seetraun, Salzmaiergraben	3557	4549624	5287858	4546803	5285955
734	414026	Weiße Traun	Urschlauer Achen, Eschelmoosbach	9294	4549163	5291881	4542613	5287085
735	414026	Weiße Traun	Schwarzachen, Danzingbach, Hinterer Kraxenbach	804	4549657	5285766	4550366	5285982
736	414026	Weiße Traun	Langer Sand	574	4545013	5284267	4545447	5284404
737	414026	Weiße Traun	Rammelbach, Ostertalgraben	431	4547012	5286163	4546594	5286138
738	414026	Weiße Traun	Windbach	5001	4549487	5290623	4552016	5292978
739	414026	Weiße Traun	Steinbach	4315	4548523	5292651	4545255	5292119
740	414026	Weiße Traun	Lanzelecker Bach, Weißgraben	601	4551444	5286240	4552005	5286369
741	414026	Weiße Traun	Thoraubach	795	4544585	5290601	4544058	5290121
742	414026	Weiße Traun	Thoraubach	655	4546115	5289815	4545591	5290095
743	414026	Weiße Traun	Thoraubach	112	4543325	5290289	4543239	5290355
744	414026	Weiße Traun	Haargaßgraben	867	4545715	5291836	4545799	5292622
745	414026	Weiße Traun	Edergraben	542	4549430	5293483	4549896	5293347
746	414026	Weiße Traun	Dießelbach	1726	4547871	5295172	4546494	5294674
747	414026	Weiße Traun	Schönecker Graben, Lochnergraben	1756	4548876	5297021	4550341	5296567
748	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	1086	4551612	5291742	4551138	5292620
749	414026	Weiße Traun	Nesselauer Graben	199	4545303	5289107	4545171	5289106
750	414026	Weiße Traun	Weingartengraben	155	4547352	5288040	4547238	5287937
751	414026	Weiße Traun	Weingartengraben	87	4547501	5288323	4547480	5288242
752	414026	Weiße Traun	Brandlgraben	35	4546445	5291438	4546469	5291464
753	414026	Weiße Traun	Wundergraben	1589	4548329	5292376	4546832	5292688
754	414026	Weiße Traun	Sägebach	1058	4548858	5292541	4549741	5292753
755	414026	Weiße Traun	Tiefenbach	191	4548072	5293582	4547887	5293579
756	414026	Weiße Traun	Nattergraben	388	4548348	5295320	4548472	5295020
757	414026	Weiße Traun	Spatzretter Graben	394	4548784	5296896	4548896	5296560
758	414026	Weiße Traun	Gerhartsreiter Graben	398	4548953	5297355	4549283	5297192
759	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	367	4551782	5292534	4551590	5292798
760	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	275	4551776	5291844	4551992	5291873

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
761	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	109	4551227	5292261	4551127	5292300
762	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	926	4545855	5289296	4545812	5288782
763	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	203	4547614	5292542	4547460	5292415
764	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	109	4549898	5293348	4550004	5293345
765	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	110	4551654	5292690	4551677	5292791
766	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	176	4543711	5287921	4543706	5288091
767	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	526	4545033	5288610	4544548	5288657
768	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	405	4545278	5288850	4545579	5288590
769	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	23	4546861	5292682	4546851	5292702
770	414026	Weiße Traun	Weiße Traun	138	4548148	5293388	4548229	5293289
771	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	25	4545613	5288799	4545623	5288777
772	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	159	4549236	5291820	4549381	5291864
773	414026	Weiße Traun	Urschlauer Achen	29	4544135	5288056	4544115	5288035
774	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	87	4549285	5292147	4549229	5292104
775	414027	Rote Traun	Rote Traun, Falkenseebach	14083	4548504	5299601	4556503	5292031
776	414027	Rote Traun	Großwaldbach	5749	4556505	5292034	4561097	5293628
777	414027	Rote Traun	Rettenbach, Lengwiesbach	2809	4551897	5299227	4554185	5299421
778	414027	Rote Traun	Rettenbach, Lengwiesbach	1631	4550322	5298616	4551458	5299085
779	414027	Rote Traun	Steinbach	624	4559991	5293552	4560136	5294077
780	414027	Rote Traun	Frillenseebach	39	4559893	5293261	4559928	5293278
781	414027	Rote Traun	Schmelzbach	2630	4555071	5292397	4554778	5289964
782	414027	Rote Traun	Markgraben	3389	4554124	5294583	4556850	5295537
783	414027	Rote Traun	Kaßgraben	126	4553206	5295536	4553312	5295592
784	414027	Rote Traun	Spirkagraben	294	4549399	5298447	4549502	5298189
785	414027	Rote Traun	Steinbach	10	4560145	5294051	4560136	5294055
786	414027	Rote Traun	Wiener Graben	1125	4554328	5293465	4553273	5293444
787	414027	Rote Traun	Tauschergraben	823	4553615	5295177	4553120	5294683
788	414027	Rote Traun	Tauschergraben	147	4552903	5294190	4552825	5294075
789	414027	Rote Traun	Dürrngraben	1707	4552656	5296578	4552252	5295122
790	414027	Rote Traun	Weitwiesgraben	328	4554970	5299007	4555123	5298790
791	414027	Rote Traun	nicht bekannt	13	4550374	5298627	4550380	5298617
792	414027	Rote Traun	nicht bekannt	348	4548866	5298998	4548967	5299268
793	414027	Rote Traun	Holzwiesenbach	803	4555940	5293903	4556657	5294216
794	414027	Rote Traun	nicht bekannt	305	4552881	5294133	4552822	5293882
795	414027	Rote Traun	nicht bekannt	14	4549037	5298961	4549050	5298962
796	414027	Rote Traun	nicht bekannt	48	4556615	5294207	4556639	5294248
797	414027	Rote Traun	nicht bekannt	448	4551409	5297301	4551086	5297295
798	414027	Rote Traun	Schmelzbach	81	4554800	5290059	4554822	5289984
799	414027	Rote Traun	nicht bekannt	16	4552338	5295814	4552323	5295809
800	414029	Grundbach	Grundbach, Auerbach	1206	4551231	5302861	4552254	5302447
801	414031	Rettenbach	Rettenbach	1331	4546839	5309363	4547723	5309205
802	414032	Oberer Schroffengraben	nicht bekannt	282	4548045	5334699	4547835	5334878
803	414033	Schroffenbach	nicht bekannt	299	4548279	5334957	4548142	5335189
804	414034	Walder Tobel	nicht bekannt	288	4544276	5332209	4544202	5331937
805	414035	Stadlergraben	nicht bekannt	202	4544837	5332016	4544933	5331842
806	414039	Halsbach	Halsbach	2823	4554310	5336647	4554083	5334829
807	414040	Westerndorfer Graben	Westerndorfergraben	795	4555884	5347999	4555431	5348551
808	414040	Westerndorfer Graben	Westerndorfergraben	423	4556153	5347562	4555905	5347847
809	414040	Westerndorfer Graben	nicht bekannt	210	4555652	5348378	4555476	5348267
810	414041	Steinbach (AÖ)	Steinbach	1192	4557386	5347543	4557725	5348500
811	414041	Steinbach (AÖ)	Steinbach	711	4557919	5348689	4558546	5348831
812	414041	Steinbach (AÖ)	nicht bekannt	548	4557987	5348417	4558435	5348258
813	414041	Steinbach (AÖ)	nicht bekannt	108	4558034	5348422	4558134	5348459
814	414041	Steinbach (AÖ)	nicht bekannt	96	4558252	5348679	4558312	5348605
815	414041	Steinbach (AÖ)	nicht bekannt	58	4557928	5348684	4557911	5348739
816	414041	Steinbach (AÖ)	nicht bekannt	105	4558349	5348711	4558356	5348815
817	414044	Steigthaler Graben	Steigthaler Graben	408	4562022	5347821	4562325	5348023

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
818	414045	Bruckberggraben	nicht bekannt	238	4562756	5347546	4562751	5347777
819	414047	Steinbach (Steinbach und Hinterer Steinbach)	Steinbach, Hinterer Steinbach	1026	4556974	5280817	4556547	5281551
820	414050	Weißbach	Weißbach	1946	4558305	5286595	4556983	5287997
821	414050	Weißbach	Weißbach	649	4560341	5283651	4560347	5284238
822	414050	Weißbach	Stabach	123	4558189	5286781	4558205	5286902
823	414050	Weißbach	Stabach	24	4558919	5287942	4558943	5287937
824	414050	Weißbach	Stabach	9	4558259	5287209	4558255	5287217
825	414050	Weißbach	Stabach	9	4558246	5287396	4558250	5287404
826	414050	Weißbach	Stabach	8	4559278	5287970	4559285	5287973
827	414050	Weißbach	Weikertsteingraben	163	4557179	5287371	4557053	5287286
828	414050	Weißbach	Weikertsteingraben	74	4557417	5287545	4557364	5287493
829	414052	Röthelbach	Saalach, Röthelbach	304	4563798	5284089	4564025	5284148
830	414053	Wappbach	Wappach, Alpgartengraben	2200	4565693	5286927	4567340	5286514
831	414053	Wappbach	Flotter Bach	226	4566343	5286936	4566468	5286778
832	414054	Seebach (Hoswaschbach)	Hoswaschbach, Seebach	431	4563982	5287331	4563592	5287214
833	414054	Seebach (Hoswaschbach)	Hoswaschbach, Seebach	165	4563507	5287113	4563411	5286998
834	414054	Seebach (Hoswaschbach)	Hammerbach	36	4564072	5288495	4564039	5288484
835	414054	Seebach (Hoswaschbach)	nicht bekannt	275	4561632	5286954	4561403	5287097
836	414056	Weißbach	Weißbach	7137	4568339	5291006	4568154	5285230
837	414056	Weißbach	Augustinergraben, Fuchsbach	357	4568749	5286910	4568977	5286756
838	414056	Weißbach	Rötelbach	87	4569514	5286188	4569456	5286135
839	414057	Schwarzbach mit Köhlerbach	Köhlerbach, Kohlgraben	1424	4569002	5291492	4569756	5290555
840	414057	Schwarzbach mit Köhlerbach	Schwarzbach	1144	4569441	5292032	4570226	5291453
841	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Stoißer Ache, Stoißermaisbach	14642	4569660	5292960	4559128	5295891
842	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	401	4565293	5296052	4565164	5296364
843	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Schrattenbach, Almbach	593	4565670	5294679	4565229	5294966
844	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Dunkelgraben	1112	4565817	5293648	4565015	5293218
845	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Jacklmühlbach, Nesselgraben	1135	4568349	5292646	4568006	5293484
846	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Jacklmühlbach, Nesselgraben	403	4568064	5294131	4568062	5294506
847	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	138	4565164	5296364	4565207	5296478
848	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	44	4565329	5296127	4565359	5296146
849	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Aufhamer Bach	2041	4565697	5294584	4564049	5293585
850	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Aufhamer Bach	435	4564038	5293584	4563617	5293566
851	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Fallgraben	1059	4566359	5293882	4566592	5294808
852	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	516	4566043	5293374	4565843	5292991
853	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Leitenbach	2028	4567361	5292776	4565909	5292430
854	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Roithenbach	367	4564266	5296323	4563975	5296133
855	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	88	4563645	5293569	4563564	5293601
856	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	51	4565382	5293561	4565332	5293562
857	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Schloßgraben	634	4567861	5291879	4567341	5291656
858	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	59	4563564	5293601	4563506	5293596
859	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	273	4561993	5295745	4561755	5295752
860	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	8	4562062	5295896	4562063	5295889
861	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	156	4562230	5296268	4562152	5296402
862	414059	Wiesbachl	Wiesbach	205	4570248	5296435	4570068	5296383
863	414060	Mühlstätter Graben	Mühlstätter Graben	879	4570853	5297471	4570155	5297336
864	414061	Sur (Schneidergraben)	Sur	3113	4553968	5303613	4552999	5302448
865	414061	Sur (Schneidergraben)	nicht bekannt	840	4552555	5303492	4553166	5302994
866	414061	Sur (Schneidergraben)	nicht bekannt	448	4553658	5303681	4553768	5304095
867	414061	Sur (Schneidergraben)	nicht bekannt	103	4552861	5302525	4552949	5302578
868	414062	Sur: nur Seitenbäche	Leitenbach	2130	4557411	5302109	4556457	5300767
869	414062	Sur: nur Seitenbäche	Reutergraben	554	4555428	5302264	4555265	5301778
870	414062	Sur: nur Seitenbäche	Rundauer Graben	439	4556852	5302649	4556715	5303047
871	414062	Sur: nur Seitenbäche	Braunsreuter Graben	204	4557147	5302030	4557200	5301846
872	414062	Sur: nur Seitenbäche	Wankgraben	21	4556646	5301964	4556636	5301945
873	414062	Sur: nur Seitenbäche	Aschauer Graben	1431	4557940	5302410	4557644	5303337

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
874	414062	Sur: nur Seitenbäche	Feldbach	224	4559487	5302667	4559505	5302887
875	414062	Sur: nur Seitenbäche	nicht bekannt	641	4555477	5302615	4554993	5302354
876	414062	Sur: nur Seitenbäche	Thalhausergraben	655	4556271	5302483	4555989	5301930
877	414062	Sur: nur Seitenbäche	Grübeler Graben	129	4557330	5302648	4557416	5302744
878	414062	Sur: nur Seitenbäche	Gastager Graben	315	4555225	5303127	4555305	5303426
879	414062	Sur: nur Seitenbäche	nicht bekannt	161	4556655	5302098	4556606	5301950
880	414062	Sur: nur Seitenbäche	nicht bekannt	94	4556633	5302020	4556623	5301934
881	414063	Oberteisendorfer Ache	Oberteisendorfer Ache, Schwarzenberggraben	9795	4560925	5302037	4556298	5297248
882	414063	Oberteisendorfer Ache	Alzlbach	2277	4557321	5299651	4557790	5297747
883	414063	Oberteisendorfer Ache	Fuchssteiggraben, Hochöder Graben	3099	4558165	5299886	4559275	5297616
884	414063	Oberteisendorfer Ache	Gemachbach	3239	4558917	5300558	4559661	5298115
885	414063	Oberteisendorfer Ache	Katzenbründlgraben	844	4557790	5297747	4557699	5297002
886	414063	Oberteisendorfer Ache	Vorderrißgraben	769	4558781	5298501	4558561	5297805
887	414063	Oberteisendorfer Ache	Sprunggraben	995	4558453	5300217	4557527	5300316
888	414063	Oberteisendorfer Ache	GrÖbener Graben	744	4559606	5300010	4559231	5299469
889	414063	Oberteisendorfer Ache	Katzengraben	846	4559266	5300265	4558846	5299663
890	414063	Oberteisendorfer Ache	Oberteisendorfer Ache	49	4556304	5299045	4556317	5299016
891	414063	Oberteisendorfer Ache	nicht bekannt	80	4558633	5298792	4558574	5298742
892	414064	Sur: südliche Seitenbäche	Rattenbach, Freidlinger Bach	361	4560899	5301056	4561101	5300770
893	414065	Ramsauerbach: nur Quell- und Seitenbäche	Ramsauer Bach	391	4562843	5297620	4562475	5297549
894	414065	Ramsauerbach: nur Quell- und Seitenbäche	Ramsauer Bach	225	4563124	5297819	4562967	5297695
895	414065	Ramsauerbach: nur Quell- und Seitenbäche	Oberreiter Graben	595	4562338	5298995	4561955	5298621
896	414065	Ramsauerbach: nur Quell- und Seitenbäche	Oberauerbach	1192	4562506	5299539	4561662	5299132
897	414065	Ramsauerbach: nur Quell- und Seitenbäche	nicht bekannt	286	4561955	5298621	4561786	5298408
898	414067	Englhamer Graben	nicht bekannt	416	4563054	5305069	4563191	5304730
899	414070	Tenglinger Bach	Götzinger Achen, Tenglinger Bach, Igelsbach	1400	4554527	5317608	4553339	5317204
900	414072	Höllenbach	Höllenbach	3719	4555568	5312381	4553604	5309839
901	414072	Höllenbach	Panolsgraben, Weiherbach	998	4553604	5309839	4553098	5309295
902	414074	Dobelbach	Schinderbach, Forstgraben	2509	4557155	5311315	4556169	5310273
903	414074	Dobelbach	Dobelbach, Zeller Bach, Degenbach	2178	4556137	5309018	4555866	5307204
904	414074	Dobelbach	Dobelbach, Zeller Bach, Degenbach	1670	4556169	5310273	4556117	5309103
905	414074	Dobelbach	Amselgraben	31	4555875	5307742	4555853	5307764
906	414074	Dobelbach	nicht bekannt	19	4556044	5308098	4556061	5308088
907	414074	Dobelbach	nicht bekannt	39	4556120	5308862	4556081	5308861
908	414075	Dobelbach: nur Quell- und Seitenbäche	Wabach	239	4557306	5309033	4557328	5308831
909	414075	Dobelbach: nur Quell- und Seitenbäche	Grünbach	350	4556407	5309641	4556570	5309350
910	414075	Dobelbach: nur Quell- und Seitenbäche	nicht bekannt	70	4557681	5307684	4557730	5307640
911	414075	Dobelbach: nur Quell- und Seitenbäche	nicht bekannt	67	4557610	5308508	4557544	5308494
912	414076	Wienergraben	Wiener Graben, Altofinger Bach	236	4558925	5309935	4558940	5309725
913	414078	Hörzinger Bach	Hörzinger Graben	861	4558446	5323277	4557651	5323083
914	414078	Hörzinger Bach	Hörzinger Graben	272	4557489	5322966	4557239	5323015
915	414078	Hörzinger Bach	Hörzinger Graben	217	4556991	5323084	4556823	5323214
916	414081	Ponlach-Bach	Ponlach	955	4557259	5325373	4556467	5324984

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
917	414461	Berchtesgadener Ache	Koenigseeache, Berchtesgadener Ache, Ramsauer Ache, Klausbach, Hirschbichlklausgraben	12934	4578344	5286580	4575286	5276863
918	414461	Berchtesgadener Ache	Gerner Bach	1726	4575370	5279937	4575365	5281526
919	414461	Berchtesgadener Ache	Gerner Bach	1481	4576223	5278404	4575475	5279318
920	414461	Berchtesgadener Ache	Gerner Bach	299	4576482	5278181	4576236	5278348
921	414461	Berchtesgadener Ache	Larosbach	668	4578043	5279859	4578426	5279349
922	414461	Berchtesgadener Ache	Almbach	188	4577666	5281789	4577526	5281854
923	414461	Berchtesgadener Ache	Rothmannbach, Kargraben	108	4578078	5285481	4577981	5285502
924	414461	Berchtesgadener Ache	Angerergraben	230	4575774	5277382	4575982	5277289
925	414461	Berchtesgadener Ache	Weiherbach, Wasserfallgraben	133	4574209	5278962	4574117	5279056
926	414461	Berchtesgadener Ache	Metzenleitenbach	20	4576484	5278556	4576465	5278561
927	414461	Berchtesgadener Ache	Bergbach	1499	4576536	5278556	4577680	5277792
928	414461	Berchtesgadener Ache	Bergbach	552	4577793	5277792	4578136	5277485
929	414461	Berchtesgadener Ache	Bergbach	42	4578140	5277323	4578133	5277282
930	414461	Berchtesgadener Ache	Lettengraben	301	4581602	5278629	4581823	5278550
931	414461	Berchtesgadener Ache	Kainbach	1037	4579800	5279705	4580598	5279491
932	414461	Berchtesgadener Ache	Kainbach	570	4578155	5279963	4578634	5279807
933	414461	Berchtesgadener Ache	Tiefenbach	439	4579144	5283688	4579498	5283517
934	414461	Berchtesgadener Ache	Tiefenbach	256	4578694	5283959	4578904	5283857
935	414461	Berchtesgadener Ache	Fendtgraben	9	4575393	5281151	4575385	5281156
936	414461	Berchtesgadener Ache	Grubenbach	475	4576596	5278181	4576757	5277761
937	414461	Berchtesgadener Ache	Grubenbach	66	4576763	5277564	4576795	5277507
938	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	552	4577226	5277962	4577763	5278051
939	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	108	4578262	5278033	4578349	5277978
940	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	100	4578125	5278041	4578222	5278035
941	414461	Berchtesgadener Ache	Teugelsbrunnenbach	937	4576842	5278184	4577343	5277437
942	414461	Berchtesgadener Ache	Endlergraben	31	4580225	5277498	4580243	5277474
943	414461	Berchtesgadener Ache	Nesseltalgraben	253	4578355	5280186	4578585	5280249
944	414461	Berchtesgadener Ache	Nesseltalgraben	165	4579198	5281058	4579295	5281180
945	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	90	4578871	5283968	4578961	5283957
946	414461	Berchtesgadener Ache	Weberbichlgraben	57	4578828	5284480	4578881	5284466
947	414461	Berchtesgadener Ache	Roßötzbach	91	4576250	5277941	4576177	5277889
948	414461	Berchtesgadener Ache	Roßötzbach	50	4576166	5277840	4576201	5277806
949	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	12	4575401	5281180	4575396	5281191
950	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	411	4576757	5277761	4577077	5277520
951	414461	Berchtesgadener Ache	Berchtesgadener Ache	23	4576585	5278375	4576584	5278352
952	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	58	4580243	5277474	4580258	5277419
953	414461	Berchtesgadener Ache	Mäuslgraben	222	4580292	5279824	4580481	5279912
954	414461	Berchtesgadener Ache	Schnitzhofbachl	431	4578516	5283188	4578666	5282844
955	414461	Berchtesgadener Ache	Reichardgraben	154	4578698	5283353	4578727	5283238
956	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	78	4579100	5283778	4579176	5283778
957	414461	Berchtesgadener Ache	Miglgraben	141	4578814	5284664	4578950	5284700
958	414461	Berchtesgadener Ache	Miglgraben	52	4578734	5284713	4578761	5284670
959	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	71	4576208	5277905	4576246	5277849
960	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	23	4575427	5281271	4575437	5281291
961	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	158	4576814	5277713	4576763	5277564
962	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	83	4580486	5279593	4580558	5279605
963	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	15	4578679	5283253	4578694	5283254
964	414462	Ramsauer Ache	Koenigseeache, Berchtesgadener Ache, Ramsauer Ache, Klausbach, Hirschbichlklausgraben	10775	4575286	5276863	4566226	5274779
965	414462	Ramsauer Ache	Koenigseeache, Berchtesgadener Ache, Ramsauer Ache, Klausbach, Hirschbichlklausgraben	3957	4564636	5274435	4562052	5271860
966	414462	Ramsauer Ache	Wimbach, Schönfeldgraben	387	4569561	5273984	4569435	5273654

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
967	414462	Ramsauer Ache	Wimbach, Schönfeldgraben	126	4568338	5272162	4568282	5272053
968	414462	Ramsauer Ache	Wimbach, Schönfeldgraben	121	4569707	5274236	4569618	5274160
969	414462	Ramsauer Ache	Lattenbach, Egelgraben	86	4566583	5274757	4566524	5274819
970	414462	Ramsauer Ache	Pletzergraben, Schwarzecker Bach	515	4567512	5274718	4567617	5275173
971	414462	Ramsauer Ache	Pletzergraben, Schwarzecker Bach	120	4567667	5275463	4567635	5275575
972	414462	Ramsauer Ache	Mindlgraben, Landtalgraben	64	4570873	5275200	4570816	5275200
973	414462	Ramsauer Ache	Mindlgraben, Landtalgraben	55	4570997	5275110	4570958	5275150
974	414462	Ramsauer Ache	Toneckergraben	98	4564063	5274400	4563969	5274408
975	414462	Ramsauer Ache	Eckaugraben	323	4567513	5274708	4567494	5274389
976	414462	Ramsauer Ache	Pletzergraben	17	4567510	5274847	4567505	5274863
977	414462	Ramsauer Ache	Freidingergraben	272	4567831	5274736	4567818	5275004
978	414462	Ramsauer Ache	Freidingergraben	160	4567880	5275400	4567954	5275535
979	414462	Ramsauer Ache	Gröllbach	130	4568613	5274673	4568645	5274796
980	414462	Ramsauer Ache	Bachmanngraben	81	4571378	5275443	4571367	5275522
981	414462	Ramsauer Ache	Heinzengraben	154	4569013	5274386	4568994	5274531
982	414462	Ramsauer Ache	Jagerergraben	118	4569051	5274402	4569117	5274488
983	414462	Ramsauer Ache	nicht bekannt	240	4571375	5275435	4571438	5275231
984	414462	Ramsauer Ache	Hebenstreitbach	70	4571851	5275608	4571859	5275672
985	414462	Ramsauer Ache	Stangerriegelbach	163	4572907	5276117	4572802	5276232
986	414462	Ramsauer Ache	nicht bekannt	75	4572207	5275501	4572220	5275428
987	414463	Bischofswieser Ache	Bischofswiesener Ache, Frechenbach, Maiergraben	9085	4574321	5276863	4569587	5282216
988	414463	Bischofswieser Ache	Mausbach, Hängendsteingraben	303	4570519	5282413	4570416	5282690
989	414463	Bischofswieser Ache	Mausbach, Hängendsteingraben	185	4570857	5283492	4570986	5283604
990	414463	Bischofswieser Ache	Breidlergraben	567	4570107	5279790	4570439	5279365
991	414463	Bischofswieser Ache	Greinswieser Mühlbach, Bichelhüttengraben	276	4571333	5281242	4571418	5281442
992	414463	Bischofswieser Ache	Wegscheidgraben	86	4572060	5280098	4572004	5280034
993	414463	Bischofswieser Ache	nicht bekannt	402	4571045	5283589	4571383	5283446
994	414463	Bischofswieser Ache	nicht bekannt	37	4570986	5283604	4571021	5283593
995	414463	Bischofswieser Ache	Maiswandgraben	69	4571516	5281463	4571582	5281460
996	414463	Bischofswieser Ache	Enziangraben	594	4571589	5280985	4571845	5281483
997	414463	Bischofswieser Ache	Seppengraben	436	4571631	5280890	4572009	5281071
998	414463	Bischofswieser Ache	Bischofswiesener Ache	16	4571694	5280770	4571682	5280781
999	414463	Bischofswieser Ache	Ruppengraben	453	4571854	5280431	4572198	5280716
1000	414463	Bischofswieser Ache	Darigraben	1057	4572997	5278998	4571996	5278949
1001	414463	Bischofswieser Ache	nicht bekannt	89	4571759	5280543	4571695	5280482
1002	414463	Bischofswieser Ache	nicht bekannt	106	4573328	5276855	4573243	5276793
1003	414463	Bischofswieser Ache	Reitgraben	150	4573195	5278410	4573315	5278498
1004	414463	Bischofswieser Ache	Reitoffengraben	26	4573306	5277685	4573332	5277688
1005	414463	Bischofswieser Ache	nicht bekannt	327	4573615	5276987	4573593	5277298
1006	414464	Königsseer Ache	Königsseer Ache, Saletbach, Röthbach	4726	4575284	5276847	4574292	5272854
1007	414464	Königsseer Ache	Krautkasergraben, Weidbach	1265	4574254	5273731	4575325	5273213
1008	414464	Königsseer Ache	Krautkasergraben, Weidbach	84	4575456	5273282	4575538	5273294
1009	414464	Königsseer Ache	Hainzenbach	213	4575159	5274650	4575345	5274563
1010	414464	Königsseer Ache	Eisgraben	1094	4572767	5266920	4572364	5267779
1011	414464	Königsseer Ache	Klingerbach	920	4574182	5273070	4573310	5272872
1012	414464	Königsseer Ache	Klingerbach	82	4572937	5272639	4572880	5272582
1013	414464	Königsseer Ache	Moosgraben	87	4574453	5274982	4574390	5275041
1014	414464	Königsseer Ache	Moosgraben	24	4574368	5275067	4574375	5275089
1015	414464	Königsseer Ache	Höllgraben	1100	4575065	5275898	4575992	5275721
1016	414464	Königsseer Ache	Triebenbach	214	4575002	5275584	4575112	5275433
1017	414464	Königsseer Ache	Triebenbach	139	4575343	5275261	4575478	5275242
1018	414464	Königsseer Ache	Mitterbach	760	4575185	5276366	4575763	5276107
1019	414464	Königsseer Ache	nicht bekannt	169	4576505	5275738	4576656	5275664

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1020	414464	Königsseer Ache	nicht bekannt	60	4573098	5272779	4573042	5272798
1021	414464	Königsseer Ache	nicht bekannt	94	4573202	5272857	4573125	5272900
1022	414465	Hallthurmgraben	Hallthurmgraben	515	4570307	5285066	4569805	5285003
1023	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Weilheim (415)**							
1024	415002	Neuhauserbach	Neuhausbach, Haareckbach	1780	4414423	5286032	4414832	5284488
1025	415003	Leutasch	Leutasch, Leutascher Ache	587	4444163	5255000	4443874	5254613
1026	415005	Arzgrubenlaine	Atzgrubenlaine	800	4444969	5255809	4445686	5255790
1027	415006	Lainbach (GAP)	Lainbach	357	4443763	5255969	4443429	5256061
1028	415006	Lainbach (GAP)	Lainbach	293	4443002	5256194	4442780	5256063
1029	415006	Lainbach (GAP)	nicht bekannt	69	4442992	5256205	4443033	5256260
1030	415007	Gaßellahnbach	Gassellahnbach, Kälberalpelbach	881	4445521	5258061	4446058	5257449
1031	415008	Marmorgraben	Marmorgraben	472	4445917	5258789	4446232	5258569
1032	415008	Marmorgraben	nicht bekannt	199	4446159	5258531	4446322	5258426
1033	415010	Finzbach	Finzbach	1291	4447085	5264687	4445904	5264321
1034	415010	Finzbach	Finzbach	70	4445542	5264447	4445479	5264477
1035	415010	Finzbach	Finzbach	20	4444371	5264080	4444351	5264075
1036	415012	Rißbach	Fischbach	165	4457675	5266637	4457515	5266605
1037	415012	Rißbach	Fischbach	55	4457413	5266617	4457366	5266634
1038	415013	Wilfelsbach (Staffelgraben)	Staffelgraben, Wilfetsbach	44	4462493	5269644	4462494	5269688
1039	415014	Dürrach	Dürrach	384	4466358	5266408	4466017	5266572
1040	415014	Dürrach	nicht bekannt	59	4465689	5268715	4465745	5268700
1041	415014	Dürrach	nicht bekannt	124	4465449	5268005	4465549	5267970
1042	415014	Dürrach	nicht bekannt	20	4465526	5267917	4465537	5267900
1043	415015	Walchen	Walchen, Ache	210	4469920	5271753	4470122	5271767
1044	415015	Walchen	Walchen, Ache	79	4470510	5271653	4470539	5271580
1045	415015	Walchen	Walchen, Ache	21	4469883	5271746	4469903	5271751
1046	415015	Walchen	Walchen, Ache	20	4471654	5271830	4471673	5271826
1047	415015	Walchen	Pittenbach	41	4472511	5271418	4472538	5271431
1048	415015	Walchen	Pittenbach	20	4472492	5271738	4472486	5271754
1049	415015	Walchen	Markgraben	19	4468538	5271467	4468531	5271449
1050	415015	Walchen	nicht bekannt	103	4469401	5271440	4469454	5271354
1051	415015	Walchen	nicht bekannt	74	4469270	5271553	4469321	5271500
1052	415015	Walchen	Markgraben	20	4470056	5271904	4470055	5271924
1053	415015	Walchen	Achselgraben	454	4468410	5271771	4468812	5271934
1054	415015	Walchen	nicht bekannt	47	4468825	5271239	4468813	5271195
1055	415015	Walchen	nicht bekannt	42	4468290	5271867	4468311	5271903
1056	415015	Walchen	nicht bekannt	20	4467533	5271981	4467530	5272001
1057	415015	Walchen	nicht bekannt	6	4471864	5271771	4471870	5271772
1058	415015	Walchen	nicht bekannt	31	4468123	5271930	4468122	5271960
1059	415016	Schronbach	Schronbach	100	4466022	5272411	4465942	5272352
1060	415017	Schergenwieser Bäche	Isar	39	4468660	5274313	4468682	5274281
1061	415017	Schergenwieser Bäche	nicht bekannt	95	4467882	5273738	4467961	5273689
1062	415017	Schergenwieser Bäche	nicht bekannt	107	4468182	5273893	4468193	5273786
1063	415017	Schergenwieser Bäche	nicht bekannt	44	4468517	5274176	4468542	5274140
1064	415017	Schergenwieser Bäche	nicht bekannt	25	4468475	5274066	4468497	5274056
1065	415017	Schergenwieser Bäche	nicht bekannt	28	4468395	5274032	4468396	5274004
1066	415017	Schergenwieser Bäche	nicht bekannt	20	4468424	5274044	4468427	5274024
1067	415018	Klaffenbach	Klaffenbach	940	4469420	5277424	4470137	5277360
1068	415018	Klaffenbach	Klaffenbach	19	4473035	5276549	4473049	5276562
1069	415019	Jachen	Jachen	1534	4459436	5273983	4460659	5274085
1070	415019	Jachen	Jachen	428	4468452	5278108	4468451	5277815
1071	415019	Jachen	Jachen	344	4468596	5278389	4468458	5278106
1072	415019	Jachen	Jachen	217	4463382	5275487	4463177	5275437
1073	415019	Jachen	Jachen	76	4462769	5274932	4462714	5274881
1074	415019	Jachen	Jachen	74	4458709	5273494	4458774	5273531
1075	415019	Jachen	Große Laine, Glasbach	1900	4458554	5273415	4457500	5274488

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1076	415019	Jachen	Große Laine, Glasbach	464	4457817	5277294	4457855	5276971
1077	415019	Jachen	Altlach	126	4450635	5270818	4450536	5270743
1078	415019	Jachen	Altlach	34	4450186	5270456	4450156	5270441
1079	415019	Jachen	Altlach	22	4449626	5270108	4449604	5270104
1080	415019	Jachen	Deiningbach, Vorderer Grenzgraben	1344	4448902	5273333	4447862	5273317
1081	415019	Jachen	Fuchsgraben	76	4455012	5271726	4455087	5271715
1082	415019	Jachen	Fuchsgraben	20	4454975	5272021	4454970	5272002
1083	415019	Jachen	Staffelbach	112	4457778	5277398	4457817	5277294
1084	415019	Jachen	Kleine Laine, Kotbach	334	4457476	5274385	4457172	5274433
1085	415019	Jachen	Reichenaubach	119	4462426	5275633	4462321	5275666
1086	415019	Jachen	Reichenaubach	105	4462618	5275714	4462530	5275663
1087	415019	Jachen	Reichenaubach	68	4462736	5275821	4462708	5275760
1088	415019	Jachen	nicht bekannt	241	4452007	5270871	4452075	5270650
1089	415019	Jachen	nicht bekannt	20	4452035	5270315	4452032	5270296
1090	415019	Jachen	Silbertsgraben	504	4448036	5272104	4447746	5272473
1091	415019	Jachen	Sachenbach	496	4452703	5274497	4453160	5274551
1092	415019	Jachen	Alpenbach	86	4455032	5271720	4454988	5271646
1093	415019	Jachen	nicht bekannt	55	4458046	5274203	4458020	5274252
1094	415019	Jachen	nicht bekannt	25	4450849	5270725	4450845	5270700
1095	415019	Jachen	nicht bekannt	20	4452153	5270377	4452141	5270361
1096	415019	Jachen	nicht bekannt	20	4452078	5270667	4452097	5270661
1097	415019	Jachen	nicht bekannt	308	4448045	5271789	4447803	5271754
1098	415019	Jachen	Rotwandgraben	230	4448078	5273060	4447856	5273075
1099	415019	Jachen	nicht bekannt	29	4451336	5275358	4451359	5275376
1100	415019	Jachen	nicht bekannt	192	4458669	5274003	4458622	5274181
1101	415019	Jachen	Deiningbach	57	4448445	5273041	4448400	5273010
1102	415019	Jachen	nicht bekannt	15	4457238	5274378	4457230	5274390
1103	415020	Kranzbach	Kranzbach, Kreidenbach	907	4442850	5260730	4442592	5260013
1104	415021	Schwarzenbach (TÖL)	Schwarzenbach	286	4468493	5279223	4468773	5279240
1105	415022	Almbach	Almbach	1801	4469217	5279825	4470465	5279018
1106	415022	Almbach	Almbach	24	4470620	5278952	4470636	5278934
1107	415022	Almbach	nicht bekannt	102	4470534	5279016	4470620	5279014
1108	415023	Murbach	Murbach	3891	4468830	5280217	4465334	5280342
1109	415023	Murbach	nicht bekannt	212	4465642	5280330	4465465	5280399
1110	415023	Murbach	nicht bekannt	14	4466500	5280423	4466494	5280435
1111	415023	Murbach	Murbach	65	4466678	5280386	4466619	5280397
1112	415023	Murbach	nicht bekannt	19	4465756	5280330	4465744	5280344
1113	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	1718	4468202	5281491	4469779	5281349
1114	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	946	4471628	5280819	4472384	5280971
1115	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	389	4472444	5280963	4472759	5281160
1116	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	290	4473212	5281350	4473420	5281467
1117	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	199	4470260	5281230	4470422	5281154
1118	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	102	4471413	5280960	4471507	5280927
1119	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	40	4470011	5281259	4470042	5281236
1120	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	29	4469883	5281312	4469906	5281295
1121	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	20	4470590	5280977	4470601	5280961
1122	415024	Hirschbach (TÖL)	Buchenaugraben	140	4473464	5281474	4473589	5281413
1123	415025	Dorfbach	Dorfbach, Halsbach, Reiterbach, Achertsgraben	1632	4467905	5283124	4468859	5282475
1124	415025	Dorfbach	Dorfbach, Halsbach, Reiterbach, Achertsgraben	1109	4469466	5282684	4470223	5283189
1125	415025	Dorfbach	Halsbach, Kalkgraben, Bsenggraben	738	4469485	5282434	4470161	5282602
1126	415025	Dorfbach	Halsbach, Kalkgraben, Bsenggraben	397	4468603	5282259	4468897	5282348
1127	415025	Dorfbach	Halsbach, Kalkgraben, Bsenggraben	231	4469184	5282400	4468971	5282364

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1128	415026	Lahngraben	Brunnenwasserbach, Lahngraben, Talgraben	1538	4466772	5281911	4465393	5281729
1129	415026	Lahngraben	nicht bekannt	15	4465681	5281720	4465674	5281707
1130	415026	Lahngraben	Talgraben	126	4465491	5281693	4465391	5281622
1131	415027	Tratenbach	Tratenbach	3743	4467714	5283672	4471106	5283756
1132	415028	Steinbach (Gem. Gaißach)	Steinbach	7446	4467221	5284494	4473366	5285310
1133	415028	Steinbach (Gem. Gaißach)	Sonnersbach	1671	4472387	5285297	4472671	5283845
1134	415028	Steinbach (Gem. Gaißach)	Sonnersbach	652	4471930	5285747	4472375	5285324
1135	415028	Steinbach (Gem. Gaißach)	nicht bekannt	24	4473224	5285346	4473240	5285365
1136	415028	Steinbach (Gem. Gaißach)	nicht bekannt	11	4472500	5284683	4472500	5284672
1137	415028	Steinbach (Gem. Gaißach)	nicht bekannt	35	4468993	5285059	4469028	5285059
1138	415028	Steinbach (Gem. Gaißach)	Hoher Graben	20	4472581	5284466	4472601	5284468
1139	415028	Steinbach (Gem. Gaißach)	nicht bekannt	39	4471810	5285793	4471834	5285824
1140	415029	Arzbach	Arzbach	2684	4467207	5285730	4464860	5284897
1141	415029	Arzbach	Arzbach	509	4463901	5283144	4463781	5282725
1142	415029	Arzbach	Arzbach	73	4463747	5283965	4463709	5283907
1143	415029	Arzbach	Lettenbach	408	4463311	5283951	4463712	5283927
1144	415029	Arzbach	Lettenbach	20	4463188	5283933	4463170	5283924
1145	415029	Arzbach	Bleigraben	50	4463143	5282504	4463093	5282505
1146	415029	Arzbach	nicht bekannt	390	4463778	5282723	4464134	5282618
1147	415029	Arzbach	nicht bekannt	76	4463784	5282861	4463711	5282842
1148	415029	Arzbach	nicht bekannt	116	4463399	5283924	4463385	5283809
1149	415030	Lainbach (Gem. Wackersberg)	Lainbach	2568	4465691	5285919	4463358	5285632
1150	415030	Lainbach (Gem. Wackersberg)	Lainbach	469	4466998	5286281	4466616	5286051
1151	415030	Lainbach (Gem. Wackersberg)	Lainbach	257	4466371	5285999	4466178	5285927
1152	415030	Lainbach (Gem. Wackersberg)	Lainbach	21	4465890	5285927	4465871	5285930
1153	415030	Lainbach (Gem. Wackersberg)	nicht bekannt	23	4463316	5285628	4463293	5285622
1154	415030	Lainbach (Gem. Wackersberg)	nicht bekannt	48	4463995	5285991	4463948	5285998
1155	415030	Lainbach (Gem. Wackersberg)	nicht bekannt	20	4463385	5285640	4463380	5285659
1156	415031	Aubach (TÖL)	Aubach	425	4466994	5286345	4466599	5286268
1157	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	1870	4467244	5286683	4465613	5287025
1158	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	468	4465006	5287252	4464573	5287144
1159	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	337	4463167	5287052	4462885	5286905
1160	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	243	4464144	5286881	4463986	5286723
1161	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	200	4465399	5287085	4465228	5287176
1162	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	181	4463642	5286783	4463496	5286869
1163	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	114	4464386	5286985	4464282	5286942
1164	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	72	4463748	5286791	4463677	5286806
1165	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	56	4465526	5287053	4465478	5287028
1166	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	44	4463306	5287082	4463265	5287092
1167	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	30	4463862	5286761	4463832	5286767
1168	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	20	4465125	5287225	4465112	5287240
1169	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	Großbach	30	4463244	5287143	4463226	5287165
1170	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	nicht bekannt	212	4464504	5287158	4464334	5287240
1171	415032	Steinbach (Gem. Wackersberg)	nicht bekannt	67	4464855	5287204	4464821	5287146
1172	415033	Große Gaißach (TÖL)	Große Gaißach, Gaißach, Markgraben	877	4473591	5289813	4472791	5289974
1173	415033	Große Gaißach (TÖL)	Große Gaißach, Gaißach, Markgraben	99	4467579	5289456	4467677	5289455
1174	415033	Große Gaißach (TÖL)	Große Gaißach, Gaißach, Markgraben	83	4468375	5289067	4468317	5289120
1175	415033	Große Gaißach (TÖL)	Große Gaißach, Gaißach, Markgraben	60	4471246	5290213	4471188	5290202
1176	415033	Große Gaißach (TÖL)	Große Gaißach, Gaißach, Markgraben	54	4474279	5289028	4474311	5289072
1177	415033	Große Gaißach (TÖL)	Große Gaißach, Gaißach, Markgraben	30	4467953	5289505	4467980	5289493
1178	415033	Große Gaißach (TÖL)	nicht bekannt	74	4473425	5289811	4473415	5289738

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1179	415034	Einbach	Einbach	709	4465840	5291866	4465635	5291313
1180	415034	Einbach	Einbach	285	4465338	5290652	4465251	5290415
1181	415035	Sauersberger Wildbäche	Knappengraben	328	4464964	5288949	4464709	5288763
1182	415035	Sauersberger Wildbäche	Knappengraben	20	4464619	5288550	4464605	5288536
1183	415035	Sauersberger Wildbäche	nicht bekannt	20	4464250	5288606	4464233	5288597
1184	415035	Sauersberger Wildbäche	nicht bekannt	18	4464731	5288796	4464714	5288801
1185	415035	Sauersberger Wildbäche	Steinwieselgraben	374	4464844	5289011	4464489	5289006
1186	415035	Sauersberger Wildbäche	Steinwieselgraben	20	4464306	5288865	4464294	5288849
1187	415035	Sauersberger Wildbäche	Jochamgraben	395	4464468	5289771	4464150	5289575
1188	415035	Sauersberger Wildbäche	Steinlößlgraben	406	4464619	5289434	4464264	5289267
1189	415035	Sauersberger Wildbäche	Weiherwiesgraben	348	4464730	5289296	4464404	5289190
1190	415035	Sauersberger Wildbäche	Weiherwiesgraben	316	4464183	5289088	4463881	5289021
1191	415036	Siechenbach	Buchberggraben	804	4465719	5291938	4465178	5291435
1192	415036	Siechenbach	nicht bekannt	286	4465209	5291500	4464936	5291546
1193	415037	Fischbach	Peterbauernbach	653	4465654	5292015	4465130	5292043
1194	415043	Hammersbach (Krepbach)	Hammersbach	2066	4428672	5260489	4428017	5258778
1195	415043	Hammersbach (Krepbach)	Krepbach	1067	4426875	5260236	4425847	5260295
1196	415043	Hammersbach (Krepbach)	Krepbach	483	4425107	5258872	4424886	5258541
1197	415043	Hammersbach (Krepbach)	Krepbach	401	4427696	5260619	4427315	5260594
1198	415043	Hammersbach (Krepbach)	Krepbach	279	4425626	5260046	4425454	5259841
1199	415043	Hammersbach (Krepbach)	Krepbach	239	4428527	5260286	4428313	5260210
1200	415043	Hammersbach (Krepbach)	Krepbach	186	4425047	5259171	4425112	5259094
1201	415043	Hammersbach (Krepbach)	Krepbach	100	4427056	5260607	4427004	5260523
1202	415043	Hammersbach (Krepbach)	nicht bekannt	708	4428400	5259658	4428777	5259103
1203	415043	Hammersbach (Krepbach)	Alplebach	1740	4426323	5258214	4427371	5259221
1204	415044	Degernlahne	Degernlaine	2658	4428992	5260655	4430666	5259390
1205	415044	Degernlahne	nicht bekannt	11	4429832	5259379	4429836	5259369
1206	415045	Dürerlaine	Dürerlaine	1225	4429664	5261603	4428766	5262251
1207	415045	Dürerlaine	Hennenbächel	389	4429483	5261517	4429124	5261539
1208	415046	Mittergernlaine	Ackerlaine	300	4430330	5262014	4430185	5262258
1209	415047	Laingraben (GAP)	Laingraben	758	4432050	5260456	4431833	5259807
1210	415047	Laingraben (GAP)	Laingraben	531	4431893	5261023	4432041	5260526
1211	415047	Laingraben (GAP)	Laingraben	7	4432049	5260505	4432053	5260499
1212	415047	Laingraben (GAP)	Fuchslerngraben	133	4432075	5260402	4432188	5260355
1213	415048	Partnach	Partnach	2928	4431415	5262773	4433288	5260867
1214	415048	Partnach	Partnach	686	4433410	5259978	4433710	5259394
1215	415048	Partnach	Partnach	80	4433186	5260215	4433261	5260188
1216	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	2967	4432147	5262326	4434388	5261073
1217	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	953	4435235	5260877	4436005	5260929
1218	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	623	4439112	5261325	4439682	5261436
1219	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	205	4434542	5260965	4434678	5260873
1220	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	131	4438747	5261215	4438864	5261265
1221	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	116	4437416	5261296	4437531	5261292
1222	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	52	4434492	5261060	4434541	5261043
1223	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	35	4437723	5261314	4437746	5261290
1224	415048	Partnach	Aschenmoosbach	162	4439155	5261004	4439304	5260973
1225	415048	Partnach	Gütlegraben	521	4438230	5261402	4438706	5261416
1226	415048	Partnach	Gütlegraben	50	4439324	5261423	4439345	5261463
1227	415048	Partnach	Wamberger Graben	616	4434512	5260936	4434788	5260487
1228	415048	Partnach	Faukenbach, Birkelsgraben, Ochsengraben	883	4433346	5262212	4434081	5262208
1229	415048	Partnach	Schlenzgraben	59	4433723	5259418	4433781	5259418
1230	415048	Partnach	Altenbach	588	4437837	5261303	4438209	5261633
1231	415048	Partnach	nicht bekannt	52	4439302	5260969	4439338	5260934
1232	415048	Partnach	nicht bekannt	163	4433524	5259729	4433391	5259639
1233	415049	Stiergraben (GAP)	Weidlegraben, Stiergraben	229	4431007	5263140	4430793	5263129
1234	415050	Kramerrunse	Kramerrunse	533	4431278	5263474	4430757	5263459

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1235	415051	Lahnenwiesgraben	Lahnenwiesgraben, Sulzgraben, Fleckgraben	1770	4431073	5265630	4429501	5265543
1236	415051	Lahnenwiesgraben	Lahnenwiesgraben, Sulzgraben, Fleckgraben	1407	4432626	5264385	4431900	5265413
1237	415051	Lahnenwiesgraben	Lahnenwiesgraben, Sulzgraben, Fleckgraben	470	4426512	5265090	4426102	5265235
1238	415051	Lahnenwiesgraben	Lahnenwiesgraben, Sulzgraben, Fleckgraben	439	4428648	5265524	4428234	5265438
1239	415051	Lahnenwiesgraben	nicht bekannt	19	4426435	5265079	4426434	5265060
1240	415051	Lahnenwiesgraben	nicht bekannt	14	4428376	5265467	4428378	5265453
1241	415052	Markgraben	Markgraben	601	4433598	5265315	4434033	5264939
1242	415054	Gießenbach	Gießenbach	3239	4436090	5270433	4433319	5269336
1243	415054	Gießenbach	Gießenbach	13	4434867	5269776	4434869	5269764
1244	415054	Gießenbach	nicht bekannt	13	4434054	5269469	4434043	5269475
1245	415055	Eschenlaine	Eschenlaine	698	4439140	5273717	4439537	5273319
1246	415055	Eschenlaine	Eschenlaine	21	4439890	5272895	4439911	5272897
1247	415055	Eschenlaine	Eschenlaine	20	4440885	5272463	4440891	5272444
1248	415055	Eschenlaine	Eschenlaine	20	4440788	5272513	4440807	5272519
1249	415055	Eschenlaine	Eschenlaine	20	4442965	5271917	4442957	5271899
1250	415055	Eschenlaine	Eschenlaine	19	4440530	5272576	4440548	5272574
1251	415055	Eschenlaine	Urlaine	741	4439839	5270448	4440054	5269783
1252	415055	Eschenlaine	Urlaine	731	4439243	5273379	4439270	5272686
1253	415055	Eschenlaine	Urlaine	205	4439352	5272518	4439411	5272324
1254	415055	Eschenlaine	Urlaine	160	4439439	5272204	4439522	5272067
1255	415055	Eschenlaine	Urlaine	105	4439649	5271862	4439687	5271765
1256	415056	Kropfbach	Kropfbach	115	4441082	5276086	4441187	5276047
1257	415056	Kropfbach	nicht bekannt	20	4441202	5276041	4441221	5276041
1258	415056	Kropfbach	Kräuterbach	804	4441154	5276311	4441702	5275756
1259	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	2287	4441225	5277334	4443181	5276801
1260	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	539	4440858	5277700	4441199	5277346
1261	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	166	4444643	5276122	4444797	5276100
1262	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	140	4443493	5276471	4443614	5276409
1263	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	83	4443995	5276123	4444060	5276077
1264	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	20	4443909	5276219	4443916	5276200
1265	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	20	4444528	5276059	4444546	5276067
1266	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	19	4443702	5276358	4443718	5276349
1267	415057	Kaltwasserlaine	Greiter Bach	413	4442385	5276629	4442785	5276655
1268	415057	Kaltwasserlaine	Greiter Bach	75	4441796	5277242	4441783	5277171
1269	415057	Kaltwasserlaine	nicht bekannt	15	4443144	5276945	4443159	5276947
1270	415057	Kaltwasserlaine	nicht bekannt	98	4443530	5276436	4443536	5276341
1271	415057	Kaltwasserlaine	nicht bekannt	87	4443718	5276349	4443745	5276267
1272	415057	Kaltwasserlaine	nicht bekannt	52	4443609	5276922	4443559	5276934
1273	415058	Wetzsteinlaine	Wetzsteinlaine	4776	4440944	5278737	4445088	5278312
1274	415058	Wetzsteinlaine	Dorfgraben, Wolfslaine	2737	4441469	5278669	4443443	5277162
1275	415058	Wetzsteinlaine	nicht bekannt	383	4444001	5278178	4444176	5277870
1276	415058	Wetzsteinlaine	nicht bekannt	8	4443480	5277894	4443483	5277887
1277	415058	Wetzsteinlaine	Saugraben	20	4443130	5277420	4443149	5277423
1278	415058	Wetzsteinlaine	nicht bekannt	103	4443707	5276945	4443609	5276922
1279	415063	Lindenbach	Ramsach, Lindenbach, Obernaugraben	3140	4432266	5280621	4429433	5281270
1280	415063	Lindenbach	Ramsach, Lindenbach, Obernaugraben	1372	4434615	5280263	4433369	5280315

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1281	415063	Lindenbach	Ramsach, Lindenbach, Obernaugraben	863	4429273	5281136	4428926	5280390
1282	415063	Lindenbach	Ramsach, Lindenbach, Obernaugraben	80	4432559	5280484	4432491	5280500
1283	415063	Lindenbach	Lahnegraben	1132	4433029	5279366	4432405	5278588
1284	415063	Lindenbach	Lahnegraben	102	4433393	5280297	4433304	5280250
1285	415063	Lindenbach	Mühlbach, Elmaubach	326	4429917	5279490	4430039	5279204
1286	415063	Lindenbach	Mühlbach, Elmaubach	280	4430071	5280215	4429912	5279990
1287	415063	Lindenbach	Mühlbach, Elmaubach	192	4429560	5281043	4429502	5280876
1288	415063	Lindenbach	Unsinniger Graben	525	4432397	5278644	4431957	5278453
1289	415063	Lindenbach	Harrer Graben	774	4429432	5281269	4428846	5281116
1290	415063	Lindenbach	Harrer Graben	83	4428772	5280809	4428719	5280746
1291	415063	Lindenbach	Falleralmbach	144	4429495	5280911	4429392	5280813
1292	415063	Lindenbach	Kindelsbach	1265	4430840	5281117	4430071	5280215
1293	415063	Lindenbach	Stickels Graben	127	4428833	5280795	4428798	5280678
1294	415063	Lindenbach	Gstaiggraben	243	4428691	5281253	4428512	5281099
1295	415063	Lindenbach	nicht bekannt	293	4429702	5280598	4429579	5280344
1296	415065	Kohllaine	Kohllaine	891	4447148	5279222	4447895	5279390
1297	415065	Kohllaine	Kohllaine	566	4447046	5279260	4446523	5279420
1298	415065	Kohllaine	Kohllaine	296	4448223	5279455	4448515	5279480
1299	415065	Kohllaine	nicht bekannt	205	4447261	5279057	4447101	5278935
1300	415065	Kohllaine	nicht bekannt	142	4447474	5279162	4447373	5279090
1301	415066	Haselrißlaine	Haselrieslaine, Rötelsteinlaine	313	4448490	5278531	4448329	5278299
1302	415066	Haselrißlaine	Haselrieslaine, Rötelsteinlaine	155	4448784	5279109	4448707	5278976
1303	415066	Haselrißlaine	Haselrieslaine, Rötelsteinlaine	138	4448047	5278072	4447969	5277971
1304	415066	Haselrißlaine	Haselrieslaine, Rötelsteinlaine	40	4448226	5278176	4448192	5278156
1305	415067	Jochbach (Jochberggraben)	Jochbach	480	4450108	5277085	4450094	5276696
1306	415067	Jochbach (Jochberggraben)	Jochbach	233	4449668	5276597	4449445	5276623
1307	415067	Jochbach (Jochberggraben)	Jochbach	168	4449235	5276587	4449081	5276617
1308	415067	Jochbach (Jochberggraben)	nicht bekannt	283	4450125	5276799	4450325	5276656
1309	415068	Kesselbach	nicht bekannt	225	4451365	5277219	4451353	5277010
1310	415068	Kesselbach	nicht bekannt	156	4451289	5277466	4451342	5277341
1311	415068	Kesselbach	nicht bekannt	49	4451605	5276814	4451637	5276777
1312	415068	Kesselbach	nicht bekannt	19	4451353	5277010	4451359	5276992
1313	415068	Kesselbach	nicht bekannt	571	4450986	5277859	4450960	5277464
1314	415068	Kesselbach	nicht bekannt	20	4451664	5276745	4451680	5276734
1315	415069	Heckenbach	Heckenbach	616	4451560	5278178	4451574	5277739
1316	415070	Laingraben (Kochel)	Laingraben	1197	4452148	5278843	4453170	5279238
1317	415071	Kalmbach	Stümpfelbach, Kalmbach	1035	4453043	5280950	4453185	5279962
1318	415071	Kalmbach	Stümpfelbach, Kalmbach	767	4453288	5279941	4453982	5280156
1319	415071	Kalmbach	Saulachgraben	160	4453623	5280031	4453725	5279924
1320	415071	Kalmbach	nicht bekannt	12	4453919	5280112	4453931	5280112
1321	415071	Kalmbach	Aschgraben	263	4453122	5280316	4453366	5280268
1322	415071	Kalmbach	Kalmbach	149	4453154	5279997	4453288	5279941
1323	415072	Riesbach (Steingraben)	Schleußbach, Steingraben	168	4454539	5281491	4454677	5281425
1324	415072	Riesbach (Steingraben)	nicht bekannt	305	4454616	5281472	4454898	5281522
1325	415073	Lainbach (TÖL)	Lainbach, Kotlaine, Sattelbach	6648	4454820	5284096	4459688	5283005
1326	415073	Lainbach (TÖL)	Lainbach, Kotlaine, Sattelbach	223	4454203	5283800	4454404	5283822
1327	415073	Lainbach (TÖL)	Pessenbach	3169	4453524	5283350	4455508	5281681
1328	415073	Lainbach (TÖL)	Pessenbach	1227	4455883	5281467	4456570	5280987
1329	415073	Lainbach (TÖL)	Pessenbach	259	4456530	5280914	4456622	5280687
1330	415073	Lainbach (TÖL)	Schmiedlaine	58	4458323	5283086	4458348	5283135
1331	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	659	4459550	5282216	4459422	5282782
1332	415073	Lainbach (TÖL)	Schaftelsgraben	389	4458684	5282029	4458306	5282110
1333	415073	Lainbach (TÖL)	Perlsgraben	36	4457116	5284391	4457098	5284360
1334	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	372	4459400	5283243	4459570	5282927
1335	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	208	4459524	5282603	4459696	5282535

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1336	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	469	4458377	5283123	4458838	5283190
1337	415073	Lainbach (TÖL)	Kotlaine	448	4459814	5283003	4459978	5282633
1338	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	43	4459400	5282371	4459427	5282405
1339	415073	Lainbach (TÖL)	Kreuzgraben	420	4459232	5282784	4459213	5282369
1340	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	191	4458458	5283140	4458630	5283218
1341	415073	Lainbach (TÖL)	Kohlstattgraben	376	4457835	5281956	4458201	5281978
1342	415073	Lainbach (TÖL)	Pessenbach	79	4456562	5280985	4456530	5280919
1343	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	100	4459523	5282250	4459493	5282157
1344	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	14	4459517	5282263	4459530	5282258
1345	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	70	4459400	5282371	4459408	5282301
1346	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	10	4459225	5282643	4459233	5282637
1347	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	174	4458997	5282841	4459021	5283009
1348	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	12	4458801	5283190	4458804	5283179
1349	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	27	4459408	5282301	4459395	5282278
1350	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	143	4459125	5282855	4459179	5282986
1351	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	99	4458962	5282844	4458937	5282940
1352	415074	Aschbach	Aschbach	350	4457431	5285127	4457170	5285287
1353	415074	Aschbach	nicht bekannt	335	4457500	5285418	4457216	5285531
1354	415074	Aschbach	nicht bekannt	251	4457207	5285803	4457424	5285727
1355	415074	Aschbach	nicht bekannt	20	4457352	5285724	4457361	5285706
1356	415075	Klammbach	nicht bekannt	300	4448246	5283851	4448081	5284056
1357	415075	Klammbach	nicht bekannt	157	4448398	5283851	4448254	5283842
1358	415076	Mühleckergraben	nicht bekannt	332	4449428	5285310	4449234	5285565
1359	415076	Mühleckergraben	nicht bekannt	51	4449220	5285572	4449184	5285546
1360	415076	Mühleckergraben	nicht bekannt	172	4448282	5284497	4448136	5284571
1361	415076	Mühleckergraben	nicht bekannt	18	4448132	5284582	4448124	5284599
1362	415077	Steinbach (TÖL)	Steinbach, Murnerbach	7398	4456641	5289330	4457398	5286747
1363	415077	Steinbach (TÖL)	Steinbach, Murnerbach	1016	4461234	5285320	4461290	5284696
1364	415077	Steinbach (TÖL)	Anzenbach	309	4460216	5285554	4460242	5285808
1365	415077	Steinbach (TÖL)	Anzenbach	40	4460477	5285995	4460440	5285979
1366	415077	Steinbach (TÖL)	Anzenbach	35	4460559	5286151	4460551	5286118
1367	415077	Steinbach (TÖL)	Anzenbach	20	4460361	5285920	4460348	5285904
1368	415077	Steinbach (TÖL)	Steingraben	790	4460165	5284774	4460160	5285489
1369	415077	Steinbach (TÖL)	Hollergraben	1578	4458404	5286387	4459568	5287299
1370	415077	Steinbach (TÖL)	Tiefengraben	571	4461096	5285430	4461602	5285663
1371	415077	Steinbach (TÖL)	nicht bekannt	59	4460510	5286177	4460553	5286143
1372	415077	Steinbach (TÖL)	Krummgraben	20	4459007	5286195	4459021	5286182
1373	415077	Steinbach (TÖL)	Hausgraben	156	4458816	5285736	4458753	5285872
1374	415077	Steinbach (TÖL)	Hausgraben	11	4458710	5286213	4458710	5286203
1375	415077	Steinbach (TÖL)	nicht bekannt	245	4461583	5285792	4461710	5285996
1376	415077	Steinbach (TÖL)	nicht bekannt	346	4459897	5285253	4459902	5285570
1377	415077	Steinbach (TÖL)	nicht bekannt	14	4458244	5286356	4458247	5286342
1378	415077	Steinbach (TÖL)	nicht bekannt	54	4459503	5285966	4459498	5286018
1379	415077	Steinbach (TÖL)	nicht bekannt	198	4459925	5285532	4459838	5285361
1380	415078	Ries- und Steingraben	Kaltenbach, Fallgraben	255	4458444	5288663	4458507	5288447
1381	415078	Ries- und Steingraben	nicht bekannt	95	4458887	5289108	4458974	5289071
1382	415078	Ries- und Steingraben	nicht bekannt	133	4458633	5288437	4458754	5288485
1383	415078	Ries- und Steingraben	nicht bekannt	29	4458509	5288450	4458537	5288442
1384	415079	Schellenbach	Schellenbach	2020	4458739	5289565	4460117	5288638
1385	415079	Schellenbach	Schellenbach	859	4457442	5289524	4458206	5289642
1386	415079	Schellenbach	nicht bekannt	16	4459453	5289343	4459456	5289327
1387	415080	Stallauer Bach	Reindlbach, Stallauer Bach	270	4460234	5290541	4460263	5290313
1388	415080	Stallauer Bach	Stallauer Bach	1433	4461220	5290119	4461512	5288995
1389	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	5179	4421846	5270604	4417993	5268072
1390	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	2304	4428528	5270645	4426475	5270480

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1391	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	453	4423965	5270620	4423596	5270503
1392	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	300	4423306	5270457	4423114	5270389
1393	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	200	4425111	5270523	4424973	5270651
1394	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	168	4424758	5270733	4424592	5270721
1395	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	150	4428857	5270399	4428722	5270400
1396	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	97	4429192	5270792	4429144	5270711
1397	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	433	4423696	5269025	4423684	5268629
1398	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	430	4422346	5266944	4422038	5266701
1399	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	391	4424592	5270721	4424494	5270349
1400	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	325	4424028	5269485	4423856	5269224
1401	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	200	4423158	5267600	4422981	5267516
1402	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	149	4422542	5267224	4422455	5267113
1403	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	141	4421857	5266618	4421740	5266547
1404	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	79	4424215	5269873	4424196	5269796
1405	415081	Linder (Ammer)	Sägertalbach	3005	4419861	5269870	4417307	5270787
1406	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach	504	4423517	5267732	4423420	5267275
1407	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach	53	4423362	5267140	4423347	5267098
1408	415081	Linder (Ammer)	Kühalpenbach	1578	4427244	5268502	4426073	5267570
1409	415081	Linder (Ammer)	Kühalpenbach	969	4427627	5269800	4427447	5268951
1410	415081	Linder (Ammer)	Kühalpenbach	20	4427779	5270221	4427768	5270204
1411	415081	Linder (Ammer)	Häusellahne	913	4419602	5269496	4420237	5268926
1412	415081	Linder (Ammer)	Dreisäuler Bach	1184	4421453	5270567	4421274	5271628
1413	415081	Linder (Ammer)	Kieneckgraben	137	4423694	5268350	4423772	5268241
1414	415081	Linder (Ammer)	Scheinberggraben	45	4418603	5268510	4418578	5268546
1415	415081	Linder (Ammer)	Lotterslahne	699	4419452	5268879	4419569	5268244
1416	415081	Linder (Ammer)	Spitzgraben	692	4420068	5269113	4420735	5269249
1417	415081	Linder (Ammer)	Periodegraben	20	4417824	5270627	4417821	5270646
1418	415081	Linder (Ammer)	nicht bekannt	20	4418509	5270575	4418491	5270585
1419	415081	Linder (Ammer)	Sefelwandalpgraben	20	4418776	5270405	4418777	5270425
1420	415081	Linder (Ammer)	Dreisäuler Graben	126	4421339	5271171	4421223	5271207
1421	415081	Linder (Ammer)	nicht bekannt	20	4421740	5266547	4421756	5266534
1422	415081	Linder (Ammer)	nicht bekannt	50	4423515	5267735	4423565	5267733
1423	415081	Linder (Ammer)	Gießenbachgraben	465	4426618	5267853	4426786	5267435
1424	415081	Linder (Ammer)	Alplegraben	20	4426260	5267964	4426240	5267967
1425	415081	Linder (Ammer)	Alplegraben	20	4426393	5267934	4426373	5267934
1426	415081	Linder (Ammer)	Alplegraben	13	4426678	5267928	4426666	5267933
1427	415081	Linder (Ammer)	nicht bekannt	13	4419472	5268907	4419483	5268900
1428	415081	Linder (Ammer)	nicht bekannt	249	4420740	5269249	4420919	5269085
1429	415081	Linder (Ammer)	nicht bekannt	52	4422977	5267514	4422945	5267553
1430	415081	Linder (Ammer)	Linder	192	4419367	5268822	4419239	5268692
1431	415082	Ammer	Amper, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	10915	4425993	5278115	4429192	5270792
1432	415082	Ammer	Große Laine, Laine, Himmelreichgraben	8	4429338	5274285	4429346	5274282
1433	415082	Ammer	Enge Laine, Gschwandgraben	9	4427486	5275637	4427492	5275643
1434	415083	Tiefentalgraben (Mandlbach und Schlott)	nicht bekannt	767	4431951	5269999	4432309	5270485
1435	415083	Tiefentalgraben (Mandlbach und Schlott)	nicht bekannt	264	4431042	5270398	4431280	5270289
1436	415083	Tiefentalgraben (Mandlbach und Schlott)	nicht bekannt	43	4430718	5270876	4430715	5270833
1437	415083	Tiefentalgraben (Mandlbach und Schlott)	Spitzschlaggraben	350	4432314	5270507	4432476	5270797

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1438	415083	Tiefentalgraben (Mandlbach und Schlott)	nicht bekannt	168	4431283	5270288	4431312	5270128
1439	415083	Tiefentalgraben (Mandlbach und Schlott)	nicht bekannt	133	4432418	5270718	4432434	5270844
1440	415084	Lichtenstättgraben	Lichtenstättgraben	1099	4430717	5270833	4431636	5271042
1441	415084	Lichtenstättgraben	Lichtenstättgraben	29	4431388	5270932	4431410	5270952
1442	415084	Lichtenstättgraben	Lichtenstättgraben	170	4431408	5270953	4431451	5271115
1443	415085	Labergraben	Labergraben	1546	4429853	5272861	4431278	5272758
1444	415085	Labergraben	Labergraben	16	4429822	5272881	4429836	5272872
1445	415085	Labergraben	Labergraben	717	4431168	5272827	4431701	5272995
1446	415086	Windbachlaine (Große Laine)	Große Laine, Laine, Himmelreichgraben	5597	4429346	5274282	4433905	5274757
1447	415086	Windbachlaine (Große Laine)	Esellaine, Lainegraben	2067	4429502	5274148	4431251	5274927
1448	415086	Windbachlaine (Große Laine)	Graflaine	928	4432620	5273829	4432614	5274717
1449	415086	Windbachlaine (Große Laine)	Kainzengraben	915	4431092	5274219	4430227	5274269
1450	415086	Windbachlaine (Große Laine)	Rosseckgraben	18	4433383	5273951	4433375	5273968
1451	415086	Windbachlaine (Große Laine)	nicht bekannt	40	4431810	5273858	4431825	5273896
1452	415086	Windbachlaine (Große Laine)	nicht bekannt	362	4430783	5274151	4431068	5273959
1453	415087	Kreisbachlaine (Kreislaine)	Kolbenbach	1795	4428900	5274704	4428396	5273143
1454	415087	Kreisbachlaine (Kreislaine)	nicht bekannt	432	4428597	5273757	4428385	5273452
1455	415088	Schnitzelgraben	Bergengraben, Schnitzelgraben	1362	4430945	5275321	4429885	5274734
1456	415088	Schnitzelgraben	nicht bekannt	179	4429793	5274826	4429949	5274892
1457	415089	Enge Laine	Enge Laine, Gschwandgraben	3602	4427492	5275643	4429782	5277405
1458	415089	Enge Laine	Diezenmoosgraben	20	4429471	5276773	4429491	5276769
1459	415089	Enge Laine	nicht bekannt	20	4429544	5277012	4429560	5277023
1460	415089	Enge Laine	nicht bekannt	20	4429516	5276964	4429533	5276975
1461	415089	Enge Laine	nicht bekannt	12	4429513	5276933	4429525	5276935
1462	415089	Enge Laine	nicht bekannt	20	4429094	5276651	4429101	5276670
1463	415089	Enge Laine	nicht bekannt	20	4429539	5277116	4429523	5277127
1464	415089	Enge Laine	nicht bekannt	17	4428465	5276341	4428479	5276331
1465	415090	Schleifmühlenlaine	Schleifmühlenlaine	3247	4426759	5276575	4426176	5273597
1466	415090	Schleifmühlenlaine	Kurztalgraben	202	4426126	5273956	4426018	5273793
1467	415090	Schleifmühlenlaine	Wirtsgraben	16	4426122	5274320	4426107	5274316
1468	415090	Schleifmühlenlaine	nicht bekannt	14	4426102	5274493	4426088	5274493
1469	415090	Schleifmühlenlaine	nicht bekannt	15	4426412	5275561	4426397	5275561
1470	415091	Kappel-Laine (Kapell-Laine)	Kappellaine, Kappelgraben	2563	4426959	5277275	4428583	5278044
1471	415091	Kappel-Laine (Kapell-Laine)	Kappellaine, Kappelgraben	20	4426571	5277349	4426587	5277361
1472	415092	Grüngraben (Waldlaine)	Waldlaine, Grüngraben	747	4426773	5278416	4427345	5278729
1473	415093	Scherenauer-Laine (Scherlaine)	Scherenauer Laine, Bremeneckgraben	1437	4426199	5277795	4425503	5276672
1474	415093	Scherenauer-Laine (Scherlaine)	Scherenauer Laine, Bremeneckgraben	766	4424558	5275118	4424092	5274550
1475	415094	Hörnlebach (Pflügerskreuthgraben)	Pflügerskreutgraben	792	4425357	5279426	4426024	5279583
1476	415094	Hörnlebach (Pflügerskreuthgraben)	Pflügerskreutgraben	210	4426068	5279593	4426255	5279654
1477	415095	Halbammer	Halbammer, Weißenbach	2126	4422692	5279259	4422565	5277586
1478	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	Fendter Bach, Sinkgraben	1766	4429442	5299064	4427892	5299042
1479	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	Fendter Bach, Sinkgraben	1070	4430173	5298331	4429465	5299039
1480	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	Michelsbach	1469	4430044	5296395	4428658	5296481
1481	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	Pointelgraben	1226	4430173	5298331	4429096	5298122
1482	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	nicht bekannt	647	4429802	5296070	4429180	5296048
1483	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	nicht bekannt	23	4427890	5299042	4427868	5299042

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1484	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	nicht bekannt	1018	4429780	5298072	4429039	5297547
1485	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	Buchaugraben	887	4429464	5297093	4428739	5296906
1486	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	nicht bekannt	169	4429523	5296862	4429412	5296761
1487	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	nicht bekannt	272	4429388	5299086	4429181	5298921
1488	415099	Burgleitenbach	Burgleitenbach	1409	4438096	5307736	4439182	5308245
1489	415100	Weißer Bach	Weißer Bach	267	4436999	5310324	4437248	5310396
1490	415101	Stiergraben (TÖL)	Stiergraben	447	4465493	5300325	4465331	5300637
1491	415103	Habichtgraben (Schindergraben)	Habichtgraben, Schindergraben, Stärzenaugraben	1003	4455611	5300916	4454755	5300738
1492	415104	Höllgraben (TÖL)	Höllgraben	621	4455756	5303062	4455334	5302716
1493	415201	Kienbach	Kienbach, Kobelbach	2222	4438032	5318011	4438877	5316970
1494	415202	Maisinger Bach (Georgenbach)	Georgenbach, Maisinger Bach, Weiher Bach, Wielinger Bach, Deixlfurter Bach, Starzenbach	2307	4451609	5317910	4449784	5317892
1495	415341	Stallauer Graben	Stallauer Graben	146	4463231	5290097	4463191	5289961
1496	415342	Steineggert Graben	Steineggertgraben	485	4463953	5290127	4463735	5289740
1497	**Regierungsbezirk Niederbayern (42)**							
1498	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Deggendorf (421)**							
1499	421002	Kleiner Regen	Kleiner Regen	910	4593280	5431184	4594000	5430731
1500	421003	Rothbach	Rothbach, Riesbach, Schwellbach	2332	4579645	5436713	4580821	5437932
1501	421003	Rothbach	Rothbach	147	4580611	5436891	4580661	5437010
1502	421003	Rothbach	Rothbach	111	4580506	5436750	4580564	5436832
1503	421003	Rothbach	Rothbach	153	4580404	5436655	4580506	5436750
1504	421003	Rothbach	Riesbach	134	4580809	5437713	4580792	5437819
1505	421003	Rothbach	Riesbach	97	4580879	5437569	4580833	5437637
1506	421003	Rothbach	Riesbach	101	4580778	5437326	4580825	5437399
1507	421006	Mettener Bach	Mettenbach, Weibinger Bach, Perlbach	552	4567665	5413550	4567727	5413944
1508	421009	Große Deffernik	Große Deffernik	5171	4589847	5437553	4590336	5442526
1509	421010	Großer Höllbach	Großer Höllbach	1979	4594727	5436443	4594969	5438258
1510	421012	Kolbersbach	Kolbersbach, Rindelbach	3838	4594149	5435882	4596242	5438793
1511	421012	Kolbersbach	nicht bekannt	65	4596088	5438302	4596106	5438357
1512	421012	Kolbersbach	nicht bekannt	71	4596060	5438267	4596014	5438321
1513	421012	Kolbersbach	nicht bekannt	186	4595879	5437875	4596041	5437791
1514	421101	Donauzuflüsse: Tobelstrecken	nicht bekannt	311	4587728	5389693	4587952	5389884
1515	421101	Donauzuflüsse: Tobelstrecken	nicht bekannt	263	4587776	5389778	4587849	5390009
1516	421111	Boiterbach (Beiderwiesbach)	Beiderwiesbach	1355	4607898	5382373	4608374	5381312
1517	421112	Mühltalbach	Mühltalbach	999	4608820	5382369	4608983	5381584
1518	421112	Mühltalbach	Mühltalbach	81	4608849	5382590	4608831	5382513
1519	421113	Satzbach: Tobelstrecke	Satzbach, Eselsteinbach	770	4611770	5384866	4611723	5385566
1520	421116	Eckerbach (Rampersdorfer Bach): Tobelstrecke	Eckerbach, Rampersdorfer Bach, Ecker Bach	2046	4621335	5381192	4620863	5383037
1521	421117	Hofleitenbach: Tobelstrecke	Hofleitenbach	91	4620992	5382604	4621053	5382658
1522	421118	Griesenbach (Haselmannsbach): Tobelstrecke	Griesenbach	2095	4621335	5381192	4622939	5382112
1523	421118	Griesenbach (Haselmannsbach): Tobelstrecke	Griesenbach	47	4622879	5382112	4622923	5382104
1524	421119	Kollbach	Kohlbach	1831	4622899	5379086	4624023	5380212
1525	421124	Silberbach (Berchtlinger Bach)	Berchtlinger Bach	537	4622108	5380616	4622331	5381024
1526	421201	Türkenbach	Türkenbach	7667	4566186	5344831	4564873	5349007
1527	421202	Tannerbach	Tanner Bach	1050	4567008	5347152	4567297	5347893
1528	421202	Tannerbach	Tanner Bach	245	4567437	5350046	4567519	5350220
1529	421202	Tannerbach	Tanner Bach	183	4567393	5349054	4567457	5349212
1530	421203	Simbach	Simbach, Antersdorfer Bach	1207	4577180	5347731	4576306	5348341

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1531	421203	Simbach	Simbach, Antersdorfer Bach	88	4575752	5348829	4575827	5348803
1532	421204	Antersdorfer Bach	Simbach, Antersdorfer Bach	5318	4575539	5349124	4572161	5351726
1533	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	186	4573433	5350425	4573251	5350412
1534	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	144	4573811	5349756	4573685	5349689
1535	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	170	4574061	5349358	4574177	5349479
1536	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	105	4574549	5349193	4574543	5349093
1537	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	265	4574855	5349139	4574828	5348889
1538	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	156	4573524	5349999	4573642	5349976
1539	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	65	4574536	5349164	4574478	5349141
1540	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	41	4574333	5349308	4574316	5349270
1541	**Regierungsbezirk Oberpfalz (43)**							
1542	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Regensburg (432)**							
1543	432001	Weißer Regen	Weißer Regen, Seebach	5356	4580118	5448199	4581835	5444083
1544	432002	Lambach	Lambach	4279	4575703	5452436	4578470	5453606
1545	432002	Lambach	nicht bekannt	40	4576494	5453752	4576530	5453743
1546	432002	Lambach	nicht bekannt	24	4576534	5453732	4576546	5453711
1547	**Regierungsbezirk Oberfranken (44)**							
1548	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Kronach (441)**							
1549	441001	Rodach	Rodach	7543	4463946	5576219	4465850	5582015
1550	441001	Rodach	Ölsnitz	6	4466065	5580213	4466070	5580216
1551	441002	Oelsnitz	Ölsnitz	5107	4466070	5580216	4470162	5578521
1552	441003	Nordhalbener Ködel	Nurner Ködel, Nordhalbener Ködel	4591	4463898	5580622	4463806	5584562
1553	441004	Tschirner Ködel	Tschirner Ködel	9175	4463461	5580463	4462692	5588029
1554	441004	Tschirner Ködel	nicht bekannt	55	4461863	5583950	4461814	5583942
1555	441005	Haßlach	Haßlach	7355	4450821	5578748	4453783	5584566
1556	441005	Haßlach	Tettau	10	4450821	5578748	4450820	5578758
1557	441006	Landleitenbach	Landleitenbach, Ölschnitz	5245	4451876	5580903	4451352	5585202
1558	441007	Tettau	Tettau	6995	4447380	5585151	4448014	5591419
1559	441007	Tettau	Tettau	3196	4450820	5578758	4448754	5580211
1560	441008	Kremnitz	Kronach, Kremnitz, Finsterbach	15024	4454975	5573689	4458186	5585419
1561	441008	Kremnitz	Teuschnitz	6	4454266	5576234	4454261	5576237
1562	441008	Kremnitz	Grümpel	13	4454975	5573689	4454978	5573702
1563	441009	Doberbach	Dober, Doberbach	9764	4456326	5579748	4460502	5587022
1564	441009	Doberbach	nicht bekannt	712	4459857	5585161	4459770	5585796
1565	441010	Teuschnitz	Teuschnitz	5467	4454261	5576237	4454017	5580591
1566	441011	Grümpelbach	Grümpel	5808	4454978	5573702	4457903	5577433
1567	441011	Grümpelbach	Grümpel	4017	4457934	5577483	4459634	5580693
1568	441011	Grümpelbach	nicht bekannt	30	4459395	5580273	4459423	5580283
1569	441011	Grümpelbach	nicht bekannt	55	4459375	5580440	4459320	5580448
1570	**Regierungsbezirk Mittelfranken (45)**							
1571	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Ansbach (451)**							
1572	451001	Schandtauber	Schandtauber	5854	4368060	5471665	4363984	5468754
1573	451001	Schandtauber	Schandtauber	10	4368054	5471673	4368060	5471665
1574	451001	Schandtauber	Schandtauber	113	4366023	5470124	4365930	5470095
1575	451001	Schandtauber	Schandtauber	71	4366103	5470160	4366054	5470142
1576	451002	Vorbach	Vorbach, Heiligenbronngraben	3328	4367271	5473178	4364471	5472825
1577	451003	Hohbach	Hohbach	276	4366386	5475247	4366129	5475169
1578	451004	Steinbach (AN)	Steinbach, Weidleinsgraben, Fischbach, Stubachsgraben	4861	4366334	5475661	4369945	5476419
1579	451005	Ansbach	Ansbach	255	4366001	5476485	4365757	5476518
1580	451006	Gattenhofener Bach	Gattenhofer Bach	1789	4365841	5477105	4367528	5477413
1581	451007	Possenmühlklinge	Klingenbach	500	4365889	5477704	4366257	5478033
1582	451008	Schonacher Bach	Schonach	206	4365223	5479014	4365035	5479017
1583	451009	Gickelhäuser Bach	Gickelhäuser Bach, Scheckenbach	2738	4364991	5479643	4367067	5480808
1584	451010	Ruckertshofener Bach	Ruckertshofer Bach	858	4366765	5480621	4367433	5480260

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1585	451011	Haardter Bach	nicht bekannt	289	4366596	5480592	4366756	5480359
1586	451012	Wolfsklinge	Wolfsklinge	417	4366507	5480578	4366354	5480961
1587	451013	Rammersbach	Rammersbach	1266	4365533	5479726	4366494	5479115
1588	451014	Neustetter Bach	Neustetter Bach	1633	4363697	5480584	4364772	5481535
1589	451015	Holdermühlklinge	Holdermühlklinge	221	4362773	5480383	4362778	5480175
1590	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Nürnberg (452)**							
1591	452001	Ankertal	Ankertal	62	4462978	5496155	4462973	5496216
1592	452002	Schmiedbach	nicht bekannt	213	4463451	5493386	4463587	5493543
1593	452003	Engental (Rumpelbach)	nicht bekannt	684	4463700	5493153	4463136	5492927
1594	452004	Vorraer Mühlbach (Bachmühlgraben)	Vorraer Mühlbach	546	4462972	5491372	4462441	5491439
1595	452004	Vorraer Mühlbach (Bachmühlgraben)	Vorraer Mühlbach	194	4463212	5491299	4463031	5491359
1596	452004	Vorraer Mühlbach (Bachmühlgraben)	Vorraer Mühlbach	103	4463324	5491232	4463242	5491288
1597	452004	Vorraer Mühlbach (Bachmühlgraben)	nicht bekannt	62	4463031	5491359	4462971	5491373
1598	452005	Im Grund (Rumpelbach)	Rumpelbach	161	4462448	5490579	4462383	5490725
1599	**Regierungsbezirk Unterfranken (46)**							
1600	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Aschaffenburg (461)**							
1601	461001	Wildbach	Wildbach	718	4311872	5507137	4311795	5506497
1602	461002	Kaltenbach	Kaltenbach, Storchsklinge	730	4310770	5507300	4310458	5506665
1603	461101	Leitengraben	Leitengraben	86	4339178	5543022	4339251	5543056
1604	461101	Leitengraben	nicht bekannt	492	4339251	5543056	4338974	5543441
1605	461101	Leitengraben	nicht bekannt	70	4339061	5543340	4338993	5543343
1606	461102	Harrbacher Bach	Harrbacher Graben	278	4335814	5544268	4335570	5544323
1607	461103	Luderbach	Luderbach	455	4336719	5545891	4336312	5545848
1608	461105	Fliesenbach	Fliesenbach	1406	4332132	5553490	4331002	5553555
1609	461106	Trockenbach	nicht bekannt	191	4331160	5553674	4331047	5553825
1610	461107	Stelzengraben	Stelzengraben	584	4327207	5531110	4326676	5531196
1611	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Bad Kissingen (462)**							
1612	462001	Streu	Streu	1161	4375242	5592940	4374180	5592771
1613	462001	Streu	Streu	1109	4371675	5594724	4371102	5595495
1614	462001	Streu	Streu	539	4370214	5598136	4370012	5598589
1615	462001	Streu	Streu	164	4374059	5592818	4373910	5592879
1616	462001	Streu	Streu	152	4374176	5592760	4374058	5592814
1617	462002	Leubach	Leubach	994	4366371	5601265	4365525	5601684
1618	462002	Leubach	Leubach	311	4369289	5599908	4368994	5599948
1619	462002	Leubach	Leubachsgraben	2641	4368800	5600060	4366527	5601086
1620	462003	Eisgraben (Rhön)	Eisgraben	1844	4367578	5598327	4365798	5598397
1621	462003	Eisgraben (Rhön)	Eisgraben	1496	4370124	5597416	4368919	5598098
1622	462003	Eisgraben (Rhön)	Flutmulde	1369	4368919	5598098	4367578	5598327
1623	462005	Els	Els	910	4376383	5583344	4375809	5583730
1624	462005	Els	Els	506	4367966	5589215	4367817	5589629
1625	462005	Els	Els	289	4373598	5584849	4373446	5585070
1626	462005	Els	Els	203	4372725	5585390	4372619	5585550
1627	462006	Sonder	Sonder	239	4362828	5591095	4362606	5591168
1628	462006	Sonder	Sonder	87	4363203	5590762	4363135	5590815
1629	462006	Sonder	nicht bekannt	1290	4365071	5589353	4363905	5589802
1630	462007	Brend	Brend	2130	4372989	5578132	4371361	5578876
1631	462007	Brend	Brend	1267	4357432	5587809	4356258	5587831
1632	462007	Brend	Brend	1090	4361001	5586490	4360120	5586393
1633	462007	Brend	Brend	669	4363982	5586092	4363612	5586565
1634	462007	Brend	Brend	462	4365192	5584406	4364926	5584750
1635	462007	Brend	Brend	358	4354493	5587853	4354346	5588143
1636	462009	Dürrbach	Schmalwasserbach, Dürbach	408	4360564	5579882	4360195	5579958
1637	462011	Schrenkgraben	Schrenkgraben	467	4357638	5560708	4357561	5561098

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1638	462012	Sinn	Sinn	3280	4342145	5576937	4344890	5578243
1639	462012	Sinn	Sinn	1303	4339005	5575482	4339765	5576466
1640	462012	Sinn	Sinn	357	4351128	5584119	4351457	5584225
1641	462012	Sinn	Sinn	253	4351998	5584751	4351906	5584528
1642	462013	Oberbach	Oberbach	298	4348949	5581194	4349237	5581240
1643	462015	Höllgraben (KG)	Höllgraben	720	4344940	5578307	4344899	5578943
1644	462016	Leimbach	Leimbach	1119	4342925	5577138	4342541	5578042
1645	462017	Röthbach	Röthbach	243	4342108	5576720	4342149	5576503
1646	462018	Hofgrundwasser	Hofgrundwasser	360	4342410	5576403	4342149	5576503
1647	462019	Hinterer Haselbach	Hinterer Haselbach	401	4359621	5586345	4359282	5586192
1648	**Regierungsbezirk Schwaben (47)**							
1649	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Kempten (472)**							
1650	472001	Schönbach	Rubach, Schönbach, Achbach	222	4357026	5252279	4357233	5252285
1651	472001	Schönbach	Rubach, Schönbach, Achbach	120	4358363	5252430	4358480	5252415
1652	472001	Schönbach	nicht bekannt	410	4358747	5252664	4358940	5252968
1653	472001	Schönbach	nicht bekannt	285	4358382	5252433	4358612	5252510
1654	472001	Schönbach	Galtgraben	540	4358509	5252920	4358550	5253423
1655	472001	Schönbach	Galtgraben	30	4358297	5252497	4358327	5252497
1656	472001	Schönbach	Galtgraben	28	4358502	5252788	4358510	5252814
1657	472001	Schönbach	Galtgraben	20	4358413	5252550	4358427	5252564
1658	472001	Schönbach	Galtgraben	20	4358597	5253663	4358596	5253683
1659	472001	Schönbach	nicht bekannt	74	4356742	5252735	4356812	5252755
1660	472001	Schönbach	nicht bekannt	45	4357078	5252901	4357122	5252909
1661	472001	Schönbach	nicht bekannt	18	4356618	5252662	4356634	5252672
1662	472001	Schönbach	nicht bekannt	172	4356495	5253017	4356621	5253130
1663	472001	Schönbach	nicht bekannt	104	4356306	5252722	4356349	5252811
1664	472001	Schönbach	nicht bekannt	21	4356417	5252895	4356427	5252913
1665	472001	Schönbach	nicht bekannt	20	4356737	5253334	4356752	5253346
1666	472001	Schönbach	nicht bekannt	488	4358943	5252976	4359071	5253436
1667	472001	Schönbach	nicht bekannt	67	4358113	5252388	4358143	5252328
1668	472001	Schönbach	nicht bekannt	144	4357595	5252255	4357717	5252180
1669	472001	Schönbach	nicht bekannt	280	4356750	5252757	4356818	5253025
1670	472001	Schönbach	nicht bekannt	15	4356495	5253017	4356495	5253032
1671	472001	Schönbach	nicht bekannt	406	4355460	5253363	4355817	5253509
1672	472001	Schönbach	nicht bekannt	14	4355277	5253383	4355291	5253380
1673	472001	Schönbach	nicht bekannt	20	4355365	5253574	4355373	5253593
1674	472001	Schönbach	nicht bekannt	15	4358883	5252770	4358879	5252785
1675	472001	Schönbach	Achbach	28	4358336	5252471	4358351	5252448
1676	472001	Schönbach	nicht bekannt	20	4355428	5253462	4355439	5253478
1677	472002	Weißach (OA)	Weißach	243	4353466	5265393	4353682	5265324
1678	472002	Weißach (OA)	Weißach	206	4348923	5268282	4349085	5268380
1679	472002	Weißach (OA)	Weißach	99	4347065	5267284	4347043	5267380
1680	472002	Weißach (OA)	Weißach	60	4351015	5269176	4351072	5269187
1681	472002	Weißach (OA)	Weißach	55	4347058	5267119	4347077	5267170
1682	472002	Weißach (OA)	Weißach	21	4350864	5269052	4350883	5269059
1683	472002	Weißach (OA)	Weißach	21	4349514	5268765	4349535	5268765
1684	472002	Weißach (OA)	Weißach	20	4349765	5268687	4349783	5268695
1685	472002	Weißach (OA)	Weißach	20	4357639	5266622	4357655	5266634
1686	472002	Weißach (OA)	Weißach	19	4353343	5265421	4353354	5265406
1687	472002	Weißach (OA)	Weißach	19	4347419	5267676	4347430	5267691
1688	472002	Weißach (OA)	Weißach	19	4350741	5269052	4350758	5269046
1689	472002	Weißach (OA)	Weißach	19	4347242	5267450	4347254	5267465
1690	472002	Weißach (OA)	Lanzenbach	67	4353352	5265392	4353323	5265333
1691	472002	Weißach (OA)	Angerbach	133	4350165	5268467	4350285	5268419
1692	472002	Weißach (OA)	Angerbach	99	4350568	5268364	4350642	5268298
1693	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	153	4351099	5269188	4351231	5269260

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1694	472002	Weißach (OA)	Littenbach	109	4347002	5266571	4347087	5266509
1695	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	62	4350745	5268761	4350789	5268719
1696	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	23	4350843	5268611	4350858	5268595
1697	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	16	4349151	5268500	4349150	5268516
1698	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	14	4347622	5267792	4347634	5267786
1699	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	202	4346310	5269876	4346122	5269857
1700	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	29	4357634	5266655	4357626	5266683
1701	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	20	4350290	5269000	4350297	5269019
1702	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	15	4346210	5269895	4346198	5269904
1703	472003	Bolgenach	Bolgenach	1329	4356119	5259761	4357288	5259972
1704	472003	Bolgenach	Bolgenach	775	4358507	5259399	4358866	5259025
1705	472003	Bolgenach	Bolgenach	191	4355814	5259591	4355909	5259664
1706	472003	Bolgenach	Bolgenach	147	4359600	5257581	4359707	5257486
1707	472003	Bolgenach	Bolgenach	143	4357496	5259759	4357637	5259754
1708	472003	Bolgenach	Bolgenach	136	4358258	5259526	4358388	5259500
1709	472003	Bolgenach	Bolgenach	128	4359418	5257893	4359465	5257781
1710	472003	Bolgenach	Bolgenach	95	4357397	5259866	4357410	5259772
1711	472003	Bolgenach	Bolgenach	76	4359727	5257383	4359764	5257328
1712	472003	Bolgenach	Bolgenach	26	4357915	5259652	4357940	5259644
1713	472003	Bolgenach	Bolgenach	20	4359343	5258146	4359352	5258128
1714	472003	Bolgenach	Bolgenach	19	4355224	5259236	4355242	5259240
1715	472003	Bolgenach	Scheuenbach	184	4359481	5256948	4359378	5256805
1716	472003	Bolgenach	Scheuenbach	92	4359606	5257285	4359563	5257204
1717	472003	Bolgenach	Scheuenbach	49	4359704	5257480	4359673	5257442
1718	472003	Bolgenach	Scheuenbach	20	4359081	5256299	4359073	5256281
1719	472003	Bolgenach	Scheuenbach	20	4359513	5257065	4359508	5257046
1720	472003	Bolgenach	Rauhbach	343	4358882	5259515	4359200	5259636
1721	472003	Bolgenach	Rauhbach	33	4358796	5259415	4358816	5259442
1722	472003	Bolgenach	Rauhbach	31	4359698	5259772	4359729	5259769
1723	472003	Bolgenach	Stubenbach	68	4358405	5260391	4358448	5260443
1724	472003	Bolgenach	Stubenbach	68	4357898	5259781	4357913	5259845
1725	472003	Bolgenach	Stubenbach	20	4358083	5260110	4358097	5260125
1726	472003	Bolgenach	nicht bekannt	27	4361158	5257343	4361182	5257353
1727	472003	Bolgenach	nicht bekannt	22	4361017	5257885	4361033	5257900
1728	472003	Bolgenach	Stubengraben	61	4358446	5256070	4358392	5256097
1729	472003	Bolgenach	nicht bekannt	143	4359340	5256791	4359233	5256882
1730	472003	Bolgenach	nicht bekannt	94	4359021	5256862	4358929	5256878
1731	472003	Bolgenach	nicht bekannt	28	4358636	5256895	4358609	5256902
1732	472003	Bolgenach	Bolgenach	187	4359365	5258325	4359344	5258154
1733	472003	Bolgenach	nicht bekannt	19	4358978	5259121	4358997	5259118
1734	472003	Bolgenach	nicht bekannt	20	4359459	5259736	4359467	5259755
1735	472003	Bolgenach	nicht bekannt	364	4357247	5260192	4357568	5260327
1736	472003	Bolgenach	nicht bekannt	131	4357083	5260034	4357117	5260155
1737	472003	Bolgenach	nicht bekannt	24	4357726	5260473	4357733	5260493
1738	472003	Bolgenach	nicht bekannt	20	4359512	5257009	4359513	5256990
1739	472003	Bolgenach	nicht bekannt	161	4359472	5257781	4359621	5257755
1740	472003	Bolgenach	nicht bekannt	30	4359670	5257845	4359688	5257868
1741	472003	Bolgenach	nicht bekannt	92	4358725	5259772	4358757	5259858
1742	472003	Bolgenach	nicht bekannt	161	4357110	5260153	4357101	5260309
1743	472003	Bolgenach	Bolgenach	74	4359418	5257973	4359423	5257903
1744	472003	Bolgenach	nicht bekannt	18	4359380	5258036	4359398	5258036
1745	472003	Bolgenach	Bolgenach	70	4359246	5258530	4359304	5258493
1746	472003	Bolgenach	nicht bekannt	17	4356857	5259997	4356842	5260005
1747	472003	Bolgenach	nicht bekannt	16	4356525	5259830	4356515	5259843
1748	472003	Bolgenach	nicht bekannt	104	4354943	5259568	4354947	5259670
1749	472003	Bolgenach	nicht bekannt	38	4356280	5260321	4356300	5260288
1750	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	986	4342446	5272702	4342421	5273566

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1751	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	966	4342462	5273795	4342773	5274235
1752	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	874	4342448	5276471	4341787	5276070
1753	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	627	4344353	5276593	4343946	5277032
1754	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	398	4343619	5274499	4343842	5274694
1755	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	369	4344621	5275998	4344522	5276313
1756	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	324	4342062	5272233	4342209	5272483
1757	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	251	4343151	5276766	4342944	5276654
1758	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	196	4340740	5270134	4340895	5270079
1759	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	179	4341284	5270935	4341248	5271059
1760	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	132	4343398	5274575	4343423	5274482
1761	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	102	4341639	5271565	4341731	5271610
1762	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	93	4342984	5274372	4343065	5274374
1763	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	61	4343885	5274893	4343906	5274948
1764	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	22	4342227	5272595	4342237	5272614
1765	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	22	4340827	5270232	4340824	5270254
1766	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	22	4342293	5272621	4342314	5272621
1767	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	20	4341136	5270793	4341152	5270781
1768	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	20	4341859	5271867	4341872	5271882
1769	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	20	4341525	5271125	4341532	5271144
1770	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	20	4341897	5272018	4341911	5272032
1771	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	20	4342610	5276562	4342592	5276554
1772	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	20	4340033	5268338	4340048	5268351
1773	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	20	4341995	5272093	4342002	5272112
1774	472005	Rothach (Rotach)	Rotach, Rothach, Mühlbach	20	4340140	5269379	4340143	5269399
1775	472005	Rothach (Rotach)	Maisach	42	4337867	5271363	4337825	5271357
1776	472005	Rothach (Rotach)	Eyenbach, Schwarzenbach	151	4341059	5269558	4341176	5269500
1777	472005	Rothach (Rotach)	Eyenbach, Schwarzenbach	22	4340802	5269820	4340802	5269799
1778	472005	Rothach (Rotach)	Kesselbach	986	4340023	5267779	4339317	5268277
1779	472005	Rothach (Rotach)	Angerbach	21	4344661	5275902	4344675	5275917
1780	472005	Rothach (Rotach)	Gräbenbach	583	4344808	5274598	4345251	5274274
1781	472005	Rothach (Rotach)	Weiß, Weißenbach	651	4342400	5273399	4341930	5273769
1782	472005	Rothach (Rotach)	Weiß, Weißenbach	60	4340245	5273624	4340208	5273666
1783	472005	Rothach (Rotach)	nicht bekannt	20	4342467	5273046	4342486	5273039
1784	472005	Rothach (Rotach)	Mühlenbach	78	4341429	5270910	4341494	5270869
1785	472005	Rothach (Rotach)	Mühlenbach	54	4343436	5270997	4343489	5270988
1786	472005	Rothach (Rotach)	Mühlenbach	20	4341657	5270697	4341663	5270679
1787	472005	Rothach (Rotach)	Scheffauer Bach	603	4339787	5268686	4339378	5269088
1788	472005	Rothach (Rotach)	nicht bekannt	18	4344022	5276950	4344006	5276941
1789	472005	Rothach (Rotach)	nicht bekannt	17	4343751	5274569	4343767	5274573
1790	472005	Rothach (Rotach)	nicht bekannt	64	4342597	5274508	4342615	5274566
1791	472006	Hausbach	Hausbach	1705	4342447	5273320	4343883	5273345
1792	472006	Hausbach	Hausbach	856	4344038	5272052	4344015	5271436
1793	472006	Hausbach	Hausbach	510	4344233	5271243	4344248	5270785
1794	472006	Hausbach	Hausbach	303	4344004	5269913	4343846	5269686
1795	472006	Hausbach	Hausbach	173	4343942	5273212	4343987	5273046
1796	472006	Hausbach	Hausbach	164	4343998	5272280	4344055	5272154
1797	472006	Hausbach	Hausbach	79	4344077	5271364	4344145	5271323
1798	472006	Hausbach	Hausbach	20	4343980	5272497	4343965	5272485
1799	472006	Hausbach	nicht bekannt	383	4343845	5269684	4343880	5269382
1800	472006	Hausbach	nicht bekannt	130	4343889	5269346	4343873	5269220
1801	472007	Leiblach (Laiblach)	Leiblach	5974	4329642	5268701	4331239	5272859
1802	472007	Leiblach (Laiblach)	Leiblach	5577	4336849	5280329	4339605	5280411
1803	472007	Leiblach (Laiblach)	Leiblach	2240	4341578	5279224	4343254	5278634
1804	472007	Leiblach (Laiblach)	Leiblach	213	4340280	5279784	4340422	5279747
1805	472007	Leiblach (Laiblach)	Leiblach	20	4340537	5279672	4340556	5279667
1806	472007	Leiblach (Laiblach)	Schutzbach	350	4338349	5277371	4338482	5277094
1807	472007	Leiblach (Laiblach)	Rickenbach, Riedbach	745	4336910	5273262	4336440	5272750

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1808	472007	Leiblach (Laiblach)	Rickenbach, Riedbach	245	4333097	5275303	4333277	5275270
1809	472007	Leiblach (Laiblach)	nicht bekannt	361	4342724	5279042	4342631	5278719
1810	472007	Leiblach (Laiblach)	Opfenbach	621	4337058	5278217	4337531	5278548
1811	472007	Leiblach (Laiblach)	Hangnacher Bach	368	4330295	5271580	4330229	5271860
1812	472007	Leiblach (Laiblach)	nicht bekannt	158	4336440	5272750	4336464	5272596
1813	472007	Leiblach (Laiblach)	nicht bekannt	19	4336537	5272855	4336547	5272839
1814	472007	Leiblach (Laiblach)	nicht bekannt	112	4334674	5276196	4334760	5276246
1815	472007	Leiblach (Laiblach)	nicht bekannt	101	4337225	5278306	4337296	5278239
1816	472007	Leiblach (Laiblach)	Stadelsgraben	10	4336575	5272893	4336565	5272891
1817	472007	Leiblach (Laiblach)	nicht bekannt	205	4334689	5276202	4334855	5276112
1818	472008	Rickenbacher Bach	Bösenreut Tobelbach	1111	4328384	5270181	4329052	5271010
1819	472008	Rickenbacher Bach	Bösenreut Tobelbach	655	4329085	5271326	4329014	5271860
1820	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	509	4353302	5277732	4353287	5277384
1821	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	448	4350816	5271164	4350714	5270831
1822	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	291	4350585	5274919	4350603	5274641
1823	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	96	4339810	5284195	4339906	5284203
1824	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	85	4349007	5280536	4349013	5280452
1825	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	70	4340867	5283916	4340907	5283861
1826	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	65	4353209	5277879	4353256	5277835
1827	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	64	4348654	5280626	4348716	5280611
1828	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	63	4353149	5277313	4353089	5277313
1829	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	60	4345101	5281714	4345160	5281711
1830	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	60	4340954	5283635	4340929	5283581
1831	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	52	4341258	5283322	4341275	5283273
1832	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	52	4353085	5278149	4353105	5278101
1833	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	51	4341314	5283075	4341351	5283040
1834	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	49	4340551	5284106	4340568	5284061
1835	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	43	4340951	5283771	4340971	5283733
1836	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	34	4340401	5284128	4340432	5284141
1837	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	34	4340607	5283884	4340638	5283871
1838	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	27	4347622	5280519	4347647	5280514
1839	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	27	4351956	5280017	4351969	5279994
1840	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	22	4342152	5282547	4342170	5282535
1841	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	22	4341539	5282904	4341559	5282896
1842	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	21	4350453	5280754	4350472	5280762
1843	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	21	4351708	5280311	4351725	5280298
1844	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	21	4343949	5282051	4343969	5282051

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1845	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	21	4352876	5277257	4352860	5277272
1846	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	21	4351937	5280055	4351948	5280038
1847	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4339506	5284323	4339525	5284319
1848	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4346300	5281724	4346312	5281708
1849	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4339628	5284265	4339645	5284255
1850	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4342476	5282467	4342492	5282454
1851	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4347932	5280449	4347952	5280448
1852	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4347434	5281461	4347452	5281468
1853	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4351670	5277255	4351652	5277246
1854	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4347516	5280620	4347524	5280602
1855	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4346460	5281591	4346477	5281580
1856	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4342916	5282450	4342934	5282441
1857	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4350917	5274305	4350932	5274292
1858	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4347831	5281134	4347813	5281125
1859	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4349371	5280447	4349389	5280455
1860	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4348304	5280586	4348324	5280585
1861	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4341408	5282988	4341422	5282974
1862	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4351826	5280144	4351839	5280130
1863	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4344839	5281570	4344858	5281578
1864	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4350811	5275250	4350804	5275234
1865	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4351320	5273678	4351337	5273668
1866	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4347525	5280812	4347518	5280794
1867	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4340148	5284107	4340167	5284115
1868	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4340717	5283884	4340736	5283891
1869	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4341942	5282625	4341960	5282617
1870	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	20	4350278	5280678	4350293	5280692
1871	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	19	4343617	5282361	4343633	5282350
1872	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	19	4343895	5282151	4343905	5282135
1873	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	19	4343281	5282397	4343300	5282394
1874	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	19	4341048	5283490	4341060	5283476
1875	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	19	4341753	5282826	4341757	5282807
1876	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	18	4346108	5281750	4346124	5281757

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1877	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	18	4349497	5280554	4349514	5280560
1878	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	18	4345729	5281652	4345746	5281655
1879	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	18	4345268	5281793	4345280	5281807
1880	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	14	4351370	5273521	4351366	5273507
1881	472009	Obere Argen	Argen, Obere Argen, Seelesgraben	14	4349226	5280499	4349239	5280496
1882	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	1784	4347586	5278816	4347919	5277305
1883	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	657	4347906	5279857	4347761	5279328
1884	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	243	4348295	5279913	4348142	5279897
1885	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	234	4348189	5280236	4348272	5280028
1886	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	203	4347922	5276865	4347791	5276730
1887	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	101	4348102	5280409	4348140	5280323
1888	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	49	4346553	5274763	4346511	5274743
1889	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	21	4346725	5273770	4346739	5273755
1890	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	21	4347767	5279185	4347770	5279166
1891	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	21	4348036	5279908	4348015	5279908
1892	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	20	4347883	5277119	4347880	5277099
1893	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	20	4347825	5279068	4347825	5279049
1894	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	19	4347930	5277010	4347941	5276995
1895	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	10	4347904	5277230	4347901	5277221
1896	472009	Obere Argen	Kaplanoibach	444	4348734	5280613	4348859	5280984
1897	472009	Obere Argen	Moosmühlbach, Genhofer Bach	21	4349547	5272522	4349527	5272520
1898	472009	Obere Argen	Moosmühlbach, Genhofer Bach	20	4349779	5272611	4349762	5272600
1899	472009	Obere Argen	Stiefenhofer Bach	496	4350186	5274675	4349756	5274577
1900	472009	Obere Argen	Stiefenhofer Bach	87	4350575	5274717	4350490	5274708
1901	472009	Obere Argen	Obere Argen	58	4353248	5277496	4353232	5277447
1902	472009	Obere Argen	Schüttentobelbach	168	4353706	5278293	4353844	5278386
1903	472009	Obere Argen	Schüttentobelbach	111	4353120	5278088	4353211	5278151
1904	472009	Obere Argen	nicht bekannt	49	4354644	5277523	4354606	5277554
1905	472009	Obere Argen	nicht bekannt	16	4351373	5273596	4351389	5273600
1906	472009	Obere Argen	nicht bekannt	29	4352225	5277605	4352238	5277579
1907	472009	Obere Argen	nicht bekannt	25	4351208	5278642	4351214	5278618
1908	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	2011	4356279	5280550	4356706	5279075
1909	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	1437	4358521	5275009	4359623	5275096
1910	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	675	4356022	5278519	4356088	5278054
1911	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	602	4356687	5283440	4356931	5282958
1912	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	232	4357234	5276996	4357240	5276789
1913	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	180	4357333	5276457	4357489	5276533

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1914	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	179	4357105	5277208	4357197	5277155
1915	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	176	4356317	5277740	4356388	5277586
1916	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	175	4357583	5276025	4357699	5275981
1917	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	170	4356593	5277629	4356748	5277666
1918	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	118	4356278	5281607	4356336	5281506
1919	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	94	4356138	5277702	4356203	5277759
1920	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	65	4357582	5276172	4357630	5276133
1921	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	61	4357231	5276684	4357279	5276648
1922	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	52	4357802	5275888	4357790	5275839
1923	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	36	4356187	5280882	4356174	5280849
1924	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	35	4356479	5281786	4356450	5281767
1925	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	26	4357951	5275474	4357933	5275456
1926	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	23	4356935	5277329	4356955	5277322
1927	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	22	4357002	5282542	4356999	5282521
1928	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	21	4356107	5277838	4356114	5277818
1929	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	21	4357506	5276384	4357510	5276364
1930	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4358149	5275412	4358153	5275392
1931	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4358005	5275393	4358024	5275396
1932	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356761	5282082	4356749	5282066
1933	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356185	5281357	4356165	5281355
1934	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356176	5278558	4356157	5278563
1935	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356676	5281961	4356664	5281945
1936	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356303	5278668	4356303	5278648
1937	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356850	5282201	4356839	5282185
1938	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356965	5282708	4356970	5282689
1939	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356575	5278928	4356557	5278918
1940	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356931	5282322	4356921	5282304
1941	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4358335	5275263	4358353	5275262
1942	472010	Untere Argen	Wengener Argen	1653	4360370	5283369	4361555	5283708
1943	472010	Untere Argen	Wengener Argen	544	4356955	5282981	4357405	5282755
1944	472010	Untere Argen	Wengener Argen	319	4359853	5283077	4360077	5283276
1945	472010	Untere Argen	Wengener Argen	258	4359056	5282831	4359267	5282881
1946	472010	Untere Argen	Wengener Argen	235	4359525	5282985	4359738	5283082
1947	472010	Untere Argen	Wengener Argen	219	4363522	5283721	4363737	5283748
1948	472010	Untere Argen	Wengener Argen	212	4363153	5283691	4363347	5283667

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1949	472010	Untere Argen	Wengener Argen	208	4358754	5282671	4358935	5282747
1950	472010	Untere Argen	Wengener Argen	186	4361920	5283771	4362023	5283815
1951	472010	Untere Argen	Wengener Argen	159	4359331	5282864	4359423	5282963
1952	472010	Untere Argen	Wengener Argen	147	4358244	5282567	4358388	5282547
1953	472010	Untere Argen	Wengener Argen	107	4362240	5283862	4362343	5283848
1954	472010	Untere Argen	Wengener Argen	105	4358557	5282535	4358645	5282591
1955	472010	Untere Argen	Wengener Argen	103	4362066	5283813	4362152	5283787
1956	472010	Untere Argen	Wengener Argen	33	4358115	5282629	4358141	5282610
1957	472010	Untere Argen	Wengener Argen	22	4362687	5283824	4362708	5283820
1958	472010	Untere Argen	Wengener Argen	22	4361803	5283723	4361825	5283720
1959	472010	Untere Argen	Wengener Argen	20	4360211	5283300	4360221	5283317
1960	472010	Untere Argen	Wengener Argen	16	4361612	5283703	4361628	5283707
1961	472010	Untere Argen	Steinebach	235	4361802	5283744	4361902	5283935
1962	472010	Untere Argen	Altbach	62	4361170	5283144	4361225	5283116
1963	472010	Untere Argen	Altbach	11	4360884	5283640	4360873	5283637
1964	472010	Untere Argen	nicht bekannt	18	4358757	5275214	4358758	5275232
1965	472010	Untere Argen	nicht bekannt	16	4358919	5275057	4358904	5275063
1966	472010	Untere Argen	Haselbach	20	4361282	5274366	4361295	5274381
1967	472010	Untere Argen	nicht bekannt	20	4359740	5274140	4359736	5274120
1968	472010	Untere Argen	nicht bekannt	131	4356007	5278492	4355882	5278517
1969	472010	Untere Argen	nicht bekannt	16	4356146	5281065	4356130	5281061
1970	472010	Untere Argen	nicht bekannt	111	4359207	5282579	4359308	5282558
1971	472010	Untere Argen	nicht bekannt	105	4359042	5282560	4359145	5282568
1972	472010	Untere Argen	nicht bekannt	155	4358710	5282174	4358766	5282030
1973	472011	Trettach	Trettach	4443	4369887	5255755	4371262	5251920
1974	472011	Trettach	Trettach	2942	4371475	5250424	4371754	5247657
1975	472011	Trettach	Trettach	127	4372152	5245041	4372147	5244918
1976	472011	Trettach	Trettach	125	4371953	5245926	4372010	5245818
1977	472011	Trettach	Trettach	106	4371825	5246725	4371799	5246626
1978	472011	Trettach	Trettach	78	4372165	5245207	4372143	5245132
1979	472011	Trettach	Trettach	63	4372074	5245465	4372132	5245441
1980	472011	Trettach	Trettach	25	4371282	5251011	4371287	5250986
1981	472011	Trettach	Trettach	20	4371997	5244256	4372008	5244241
1982	472011	Trettach	Trettach	20	4371864	5247151	4371855	5247133
1983	472011	Trettach	Traufbach	594	4372718	5246893	4373155	5246513
1984	472011	Trettach	Traufbach	395	4372115	5246966	4372449	5246858
1985	472011	Trettach	Dietersbach	233	4372969	5249024	4373155	5248928
1986	472011	Trettach	Dietersbach	88	4371902	5249039	4371981	5249062
1987	472011	Trettach	Oybach, Stuibenbach	1012	4371295	5251703	4372103	5251451
1988	472011	Trettach	Oybach, Stuibenbach	883	4374094	5251582	4374887	5251244
1989	472011	Trettach	Oybach, Stuibenbach	174	4373110	5251474	4373269	5251506
1990	472011	Trettach	Oybach, Stuibenbach	20	4376300	5250357	4376318	5250348
1991	472011	Trettach	Faltenbach	1505	4370726	5253419	4372125	5253465
1992	472011	Trettach	Faltenbach	642	4372735	5253509	4373333	5253546
1993	472011	Trettach	Faltenbach	80	4372310	5253597	4372386	5253575
1994	472011	Trettach	Faltenbach	20	4373818	5253540	4373838	5253543
1995	472011	Trettach	nicht bekannt	23	4370896	5252377	4370874	5252373
1996	472011	Trettach	nicht bekannt	145	4372055	5253405	4372187	5253355
1997	472011	Trettach	nicht bekannt	307	4371319	5254256	4371028	5254252
1998	472011	Trettach	nicht bekannt	41	4374138	5248451	4374178	5248460
1999	472011	Trettach	nicht bekannt	51	4376928	5249660	4376977	5249659
2000	472011	Trettach	nicht bekannt	32	4375065	5251202	4375082	5251229
2001	472011	Trettach	nicht bekannt	16	4371086	5252326	4371102	5252330
2002	472011	Trettach	Trettach	71	4370886	5252655	4370925	5252603
2003	472011	Trettach	nicht bekannt	56	4374776	5254087	4374804	5254134
2004	472011	Trettach	nicht bekannt	316	4370914	5254208	4371133	5254015
2005	472011	Trettach	nicht bekannt	21	4374080	5245794	4374097	5245806

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2006	472011	Trettach	nicht bekannt	14	4376949	5249587	4376962	5249584
2007	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	3039	4369153	5252065	4369818	5250071
2008	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	3002	4369172	5247639	4369059	5244766
2009	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	1257	4368979	5253681	4369003	5252469
2010	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	1018	4369013	5249120	4369085	5248276
2011	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	681	4369643	5249801	4369147	5249439
2012	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	525	4367763	5242339	4367393	5242058
2013	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	494	4369804	5254706	4369453	5254494
2014	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	379	4369544	5255186	4369459	5254938
2015	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	374	4369149	5254362	4369136	5254018
2016	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	349	4369811	5255682	4369775	5255343
2017	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	336	4364955	5240312	4364656	5240183
2018	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	245	4367240	5241906	4367038	5241774
2019	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	235	4369054	5248043	4369137	5247832
2020	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	210	4365289	5240490	4365121	5240376
2021	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	191	4368739	5243113	4368623	5242983
2022	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	180	4368318	5242706	4368185	5242608
2023	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	150	4365417	5240772	4365422	5240624
2024	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	140	4369086	5244576	4369119	5244440
2025	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	138	4366632	5241455	4366502	5241413
2026	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	117	4368911	5243345	4368907	5243232
2027	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	109	4364403	5240030	4364356	5239939
2028	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	103	4369725	5255283	4369630	5255241
2029	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	95	4369066	5249281	4369018	5249202
2030	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	91	4364033	5239601	4363964	5239545
2031	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	88	4369164	5244339	4369168	5244256
2032	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	82	4369069	5253945	4369023	5253878
2033	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	82	4369317	5254444	4369243	5254477
2034	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	13	4369881	5255752	4369873	5255742
2035	472012	Stillach	Bacherlochbach	255	4368930	5243269	4369176	5243228
2036	472012	Stillach	Bacherlochbach	183	4369377	5243122	4369477	5242977
2037	472012	Stillach	Warmatsgundbach	798	4368925	5246916	4368189	5246990
2038	472012	Stillach	Warmatsgundbach	360	4367242	5246271	4366975	5246046
2039	472012	Stillach	nicht bekannt	68	4369187	5244318	4369254	5244326
2040	472012	Stillach	nicht bekannt	119	4366424	5245589	4366328	5245649

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2041	472012	Stillach	nicht bekannt	48	4365792	5246219	4365762	5246255
2042	472012	Stillach	nicht bekannt	30	4365739	5246277	4365718	5246298
2043	472012	Stillach	nicht bekannt	128	4367051	5246313	4366926	5246332
2044	472012	Stillach	nicht bekannt	91	4365993	5246586	4365913	5246622
2045	472012	Stillach	nicht bekannt	177	4368274	5247025	4368114	5247053
2046	472012	Stillach	nicht bekannt	139	4367779	5247234	4367650	5247282
2047	472012	Stillach	Schlappoltbach, Kuchenbach	151	4368667	5247915	4368632	5247774
2048	472012	Stillach	Schlappoltbach, Kuchenbach	135	4366709	5247671	4366658	5247548
2049	472012	Stillach	Schlappoltbach, Kuchenbach	128	4367438	5247820	4367311	5247820
2050	472012	Stillach	Schlappoltbach, Kuchenbach	35	4366209	5247292	4366175	5247301
2051	472012	Stillach	Grundbach	205	4369151	5251926	4369055	5251755
2052	472012	Stillach	Grundbach	91	4369164	5251727	4369189	5251641
2053	472012	Stillach	nicht bekannt	117	4369016	5252066	4368975	5251983
2054	472012	Stillach	Vorderbergbach	127	4367279	5241985	4367157	5242009
2055	472012	Stillach	Vorderbergbach	125	4367105	5241998	4366984	5242002
2056	472012	Stillach	nicht bekannt	108	4368381	5242346	4368411	5242244
2057	472012	Stillach	nicht bekannt	107	4366693	5245928	4366590	5245956
2058	472012	Stillach	nicht bekannt	38	4366975	5246046	4366952	5246016
2059	472012	Stillach	nicht bekannt	111	4366082	5246670	4365977	5246690
2060	472012	Stillach	nicht bekannt	98	4366926	5246332	4366875	5246413
2061	472012	Stillach	nicht bekannt	144	4368461	5247863	4368327	5247829
2062	472012	Stillach	nicht bekannt	36	4368519	5248905	4368484	5248911
2063	472012	Stillach	nicht bekannt	232	4368939	5249127	4368720	5249074
2064	472012	Stillach	nicht bekannt	65	4368484	5248911	4368421	5248907
2065	472012	Stillach	nicht bekannt	116	4368961	5252374	4368864	5252316
2066	472012	Stillach	Wannenbach	108	4368692	5252733	4368597	5252713
2067	472012	Stillach	nicht bekannt	129	4364095	5239697	4363970	5239707
2068	472012	Stillach	nicht bekannt	165	4366204	5246629	4366127	5246771
2069	472012	Stillach	nicht bekannt	110	4365944	5246531	4365839	5246520
2070	472012	Stillach	nicht bekannt	122	4368341	5247703	4368250	5247684
2071	472012	Stillach	nicht bekannt	58	4368856	5252467	4368833	5252415
2072	472012	Stillach	nicht bekannt	136	4365461	5240114	4365579	5240048
2073	472012	Stillach	nicht bekannt	100	4368949	5254095	4369043	5254071
2074	472012	Stillach	nicht bekannt	74	4366275	5246844	4366309	5246779
2075	472013	Breitach	Iller, Breitach, Turabach	4949	4369866	5255768	4366623	5252803
2076	472013	Breitach	Starzlach	1838	4366635	5253264	4364917	5253576
2077	472013	Breitach	Starzlach	719	4364430	5253672	4363741	5253746
2078	472013	Breitach	Starzlach	356	4361686	5253555	4361686	5253872
2079	472013	Breitach	Starzlach	20	4363632	5253759	4363615	5253748
2080	472013	Breitach	Starzlach	20	4361556	5254160	4361549	5254178
2081	472013	Breitach	Starzlach	20	4362290	5253615	4362272	5253606
2082	472013	Breitach	Hörnlegraben	165	4361723	5253493	4361577	5253462
2083	472013	Breitach	Hörnlegraben	20	4361403	5253369	4361388	5253356
2084	472013	Breitach	Lochbach	1144	4367810	5254267	4367240	5254942
2085	472013	Breitach	Lochbach	353	4367277	5255248	4367262	5255495
2086	472013	Breitach	Lochbach	156	4367192	5255782	4367043	5255826
2087	472013	Breitach	Lochbach	20	4366888	5255883	4366868	5255887
2088	472013	Breitach	nicht bekannt	16	4366037	5253386	4366037	5253370
2089	472013	Breitach	nicht bekannt	102	4367253	5253323	4367252	5253223
2090	472013	Breitach	nicht bekannt	463	4367022	5254920	4366627	5255082
2091	472013	Breitach	nicht bekannt	92	4367272	5254909	4367192	5254903
2092	472013	Breitach	nicht bekannt	34	4366260	5255089	4366233	5255068
2093	472013	Breitach	nicht bekannt	20	4366092	5255029	4366072	5255026
2094	472013	Breitach	nicht bekannt	8	4361658	5253662	4361652	5253667
2095	472013	Breitach	Letzenbach	226	4364391	5253689	4364421	5253908
2096	472013	Breitach	nicht bekannt	21	4365396	5253592	4365393	5253612
2097	472013	Breitach	nicht bekannt	507	4367337	5254859	4367516	5255107

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2098	472013	Breitach	nicht bekannt	361	4367650	5254146	4367665	5253824
2099	472013	Breitach	nicht bekannt	106	4367711	5253673	4367696	5253571
2100	472013	Breitach	nicht bekannt	54	4363216	5253836	4363251	5253865
2101	472013	Breitach	nicht bekannt	117	4363951	5253723	4363890	5253816
2102	472013	Breitach	nicht bekannt	165	4364622	5253678	4364685	5253823
2103	472013	Breitach	nicht bekannt	92	4367690	5253879	4367774	5253853
2104	472013	Breitach	nicht bekannt	16	4367630	5253982	4367624	5253968
2105	472013	Breitach	nicht bekannt	37	4365857	5253526	4365859	5253489
2106	472013	Breitach	nicht bekannt	33	4365309	5251487	4365322	5251461
2107	472014	Geisalpbach	Gaisalpbach	3493	4370541	5256410	4372948	5256268
2108	472014	Geisalpbach	nicht bekannt	375	4372694	5256463	4373065	5256485
2109	472014	Geisalpbach	nicht bekannt	195	4372539	5256927	4372715	5257006
2110	472014	Geisalpbach	nicht bekannt	20	4372415	5256853	4372429	5256867
2111	472014	Geisalpbach	nicht bekannt	251	4373065	5256485	4373286	5256568
2112	472014	Geisalpbach	nicht bekannt	20	4372711	5256682	4372730	5256687
2113	472014	Geisalpbach	nicht bekannt	20	4372693	5256760	4372689	5256780
2114	472015	Eybach	Eybach	3915	4370404	5259979	4373361	5258827
2115	472015	Eybach	nicht bekannt	44	4373462	5258847	4373500	5258825
2116	472015	Eybach	nicht bekannt	204	4373320	5259012	4373520	5259017
2117	472015	Eybach	nicht bekannt	20	4372510	5259816	4372529	5259818
2118	472015	Eybach	nicht bekannt	226	4373087	5259271	4373088	5259050
2119	472015	Eybach	nicht bekannt	63	4372064	5259567	4372124	5259551
2120	472015	Eybach	nicht bekannt	14	4371543	5259557	4371539	5259544
2121	472015	Eybach	nicht bekannt	61	4373262	5259120	4373318	5259143
2122	472015	Eybach	nicht bekannt	58	4373265	5259106	4373322	5259111
2123	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	5260	4369912	5260782	4366658	5257815
2124	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	629	4366575	5257402	4366049	5257135
2125	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	334	4365909	5256984	4365583	5257025
2126	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	158	4364691	5256687	4364569	5256597
2127	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	127	4365455	5257045	4365346	5257009
2128	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	27	4365255	5256960	4365229	5256951
2129	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	20	4364491	5256537	4364471	5256535
2130	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	17	4365175	5256903	4365160	5256896
2131	472016	Weiler Ach	Bolgenach	431	4365679	5258479	4365292	5258478
2132	472016	Weiler Ach	Bolgenach	387	4364695	5258777	4364441	5259017
2133	472016	Weiler Ach	Bolgenach	225	4365081	5258597	4364906	5258727
2134	472016	Weiler Ach	Bolgenach	80	4366314	5258330	4366254	5258381
2135	472016	Weiler Ach	Bolgenach	65	4366629	5258338	4366580	5258378
2136	472016	Weiler Ach	Bolgenach	43	4365210	5258530	4365169	5258544
2137	472016	Weiler Ach	Bolgenach	19	4364185	5259128	4364167	5259131
2138	472016	Weiler Ach	Stuibenbach, Wiesbach	1036	4366976	5260238	4366086	5259918
2139	472016	Weiler Ach	Stuibenbach, Wiesbach	503	4368803	5260502	4368379	5260679
2140	472016	Weiler Ach	Stuibenbach, Wiesbach	352	4365846	5259985	4365544	5259811
2141	472016	Weiler Ach	Stuibenbach, Wiesbach	64	4368220	5260868	4368177	5260898
2142	472016	Weiler Ach	Stuibenbach, Wiesbach	19	4368307	5260758	4368297	5260774
2143	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	110	4362439	5257641	4362434	5257746
2144	472016	Weiler Ach	Sulzbach	21	4366597	5257928	4366577	5257930
2145	472016	Weiler Ach	Sulzbach	20	4366143	5258065	4366124	5258069
2146	472016	Weiler Ach	Leithenbach	345	4366848	5258774	4366577	5258935
2147	472016	Weiler Ach	Leithenbach	74	4366278	5258931	4366207	5258933
2148	472016	Weiler Ach	Leithenbach	33	4366530	5258977	4366504	5258994
2149	472016	Weiler Ach	Goldbach	927	4367169	5259251	4366448	5259546
2150	472016	Weiler Ach	Rittingerbach	424	4366986	5260466	4366605	5260608
2151	472016	Weiler Ach	Rittingerbach	55	4366339	5260752	4366290	5260777
2152	472016	Weiler Ach	Rittingerbach	21	4366511	5260634	4366492	5260639
2153	472016	Weiler Ach	Rohrabach	261	4366650	5261197	4366416	5261192
2154	472016	Weiler Ach	Rohrabach	35	4366791	5261275	4366762	5261254

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2155	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	20	4368994	5260664	4368975	5260660
2156	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	30	4363611	5256384	4363598	5256411
2157	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	29	4363504	5256683	4363495	5256711
2158	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	20	4364289	5256572	4364277	5256587
2159	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	35	4364518	5256996	4364494	5257018
2160	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	21	4364687	5256837	4364672	5256852
2161	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	35	4366606	5257906	4366571	5257906
2162	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	23	4364115	5259297	4364115	5259319
2163	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	21	4366447	5259017	4366425	5259017
2164	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	15	4366964	5259280	4366951	5259272
2165	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	92	4365761	5260037	4365675	5260070
2166	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	20	4362530	5257569	4362533	5257589
2167	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	32	4362967	5256389	4362957	5256419
2168	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	43	4363608	5256632	4363598	5256673
2169	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	143	4363307	5256482	4363171	5256521
2170	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	22	4363027	5256734	4363019	5256754
2171	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	53	4365069	5256906	4365034	5256946
2172	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	20	4364234	5259206	4364228	5259225
2173	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	11	4365395	5258480	4365399	5258490
2174	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	314	4365777	5260027	4365479	5260002
2175	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	54	4363267	5256567	4363239	5256612
2176	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	63	4363443	5256615	4363401	5256661
2177	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	29	4363448	5256659	4363456	5256631
2178	472017	Hinanger Bach	Eybach	84	4370321	5259990	4370404	5259979
2179	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	1364	4369837	5261219	4370814	5260755
2180	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	1063	4370987	5260859	4371903	5261155
2181	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	295	4373393	5260168	4373606	5259973
2182	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	94	4372534	5260877	4372595	5260822
2183	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	78	4372396	5261099	4372435	5261035
2184	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	42	4372063	5261143	4372100	5261142
2185	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	41	4372756	5260673	4372790	5260651
2186	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	39	4372697	5260691	4372725	5260670
2187	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	20	4372244	5261209	4372264	5261207
2188	472017	Hinanger Bach	nicht bekannt	343	4373112	5260728	4373410	5260596
2189	472017	Hinanger Bach	nicht bekannt	260	4372709	5260715	4372963	5260740
2190	472017	Hinanger Bach	nicht bekannt	42	4373410	5260596	4373439	5260567
2191	472017	Hinanger Bach	nicht bekannt	34	4373541	5260479	4373552	5260447
2192	472018	Krebsbach	Krebsbach	353	4369412	5263402	4369185	5263220
2193	472018	Krebsbach	Krebsbach	20	4368882	5262668	4368868	5262654
2194	472019	Leybach	Leybach	5273	4370605	5262837	4374547	5260750
2195	472019	Leybach	nicht bekannt	92	4374338	5260823	4374371	5260740
2196	472020	Schwarzenbach (OA)	Schwarzenbach	1042	4370779	5264141	4371361	5263601
2197	472020	Schwarzenbach (OA)	Schwarzenbach	411	4370396	5264132	4370752	5264143
2198	472021	Ettensbach	Iller	547	4369055	5266503	4368857	5266018
2199	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	1469	4368857	5266018	4368609	5264827
2200	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	510	4367039	5262254	4366722	5262470
2201	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	175	4368418	5264621	4368268	5264547
2202	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	145	4367902	5264213	4367787	5264130
2203	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	90	4368194	5264421	4368173	5264337
2204	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	22	4368054	5264249	4368033	5264253
2205	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	20	4367688	5263897	4367690	5263878
2206	472021	Ettensbach	Seichebach	65	4366866	5261671	4366803	5261685
2207	472021	Ettensbach	Seichebach	55	4366358	5261569	4366305	5261580
2208	472021	Ettensbach	Leithenbach	264	4367691	5263748	4367552	5263543
2209	472021	Ettensbach	Leithenbach	101	4367358	5263602	4367268	5263606
2210	472021	Ettensbach	Leithenbach	23	4367412	5263497	4367390	5263500
2211	472021	Ettensbach	Gaißkopfbach	445	4367149	5262642	4366760	5262612

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2212	472021	Ettensbach	Gaißkopfbach	349	4366131	5262741	4365832	5262863
2213	472021	Ettensbach	Gaißkopfbach	46	4366369	5262739	4366326	5262751
2214	472021	Ettensbach	Lußbach	954	4367215	5263563	4366295	5263596
2215	472021	Ettensbach	Lußbach	51	4365910	5263688	4365861	5263682
2216	472021	Ettensbach	Lußbach	19	4366088	5263621	4366070	5263626
2217	472021	Ettensbach	Haslachbach	18	4368225	5264529	4368208	5264527
2218	472021	Ettensbach	nicht bekannt	19	4365972	5262786	4365954	5262782
2219	472021	Ettensbach	Lußbach, Riedbach	233	4367202	5263550	4367163	5263332
2220	472021	Ettensbach	Lußbach, Riedbach	33	4366467	5263137	4366434	5263139
2221	472021	Ettensbach	nicht bekannt	34	4366591	5263570	4366568	5263595
2222	472022	Bihlerdorfer Bach	nicht bekannt	425	4368636	5266911	4368263	5266851
2223	472022	Bihlerdorfer Bach	nicht bekannt	350	4369099	5267201	4368810	5267159
2224	472022	Bihlerdorfer Bach	nicht bekannt	52	4368664	5267047	4368633	5267005
2225	472022	Bihlerdorfer Bach	nicht bekannt	421	4368877	5267196	4368623	5267304
2226	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	7591	4369246	5267455	4375360	5263830
2227	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	648	4378606	5262433	4378462	5261893
2228	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	538	4378340	5263275	4378616	5263017
2229	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	434	4380481	5260299	4380797	5260062
2230	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	296	4375705	5263839	4375924	5264012
2231	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	270	4381151	5259827	4381298	5259602
2232	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	265	4378718	5261799	4378945	5261746
2233	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	205	4380914	5260028	4381085	5259923
2234	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	173	4380248	5260680	4380319	5260524
2235	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	162	4377472	5263515	4377632	5263504
2236	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	155	4379615	5261333	4379752	5261270
2237	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	151	4377770	5263443	4377910	5263391
2238	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	148	4376917	5263716	4377054	5263663
2239	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	148	4376278	5264014	4376415	5263966
2240	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	127	4379426	5261409	4379545	5261384
2241	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	111	4380103	5260979	4380182	5260903
2242	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	106	4380476	5255098	4380430	5255003
2243	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	89	4378113	5263268	4378200	5263286
2244	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	88	4380353	5254449	4380393	5254375
2245	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	85	4379928	5261137	4379988	5261080
2246	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	67	4379013	5261638	4379057	5261589
2247	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	62	4376750	5263801	4376798	5263763
2248	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	61	4380618	5255265	4380582	5255216
2249	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	58	4381305	5256179	4381281	5256127

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2250	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	54	4382144	5258503	4382139	5258450
2251	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	51	4380375	5254850	4380343	5254810
2252	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	47	4381277	5256105	4381262	5256061
2253	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	23	4378216	5263286	4378239	5263283
2254	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	20	4377993	5263289	4378009	5263276
2255	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	20	4379760	5261267	4379776	5261256
2256	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	20	4378546	5261805	4378563	5261794
2257	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	20	4379228	5261505	4379246	5261497
2258	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	19	4375504	5263803	4375523	5263803
2259	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach, Stierbach	19	4376064	5263976	4376083	5263973
2260	472023	Osterach (Ostrach)	Obertalbach	48	4377932	5253860	4377930	5253827
2261	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	179	4376458	5260671	4376308	5260608
2262	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	137	4375984	5257673	4376024	5257551
2263	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	134	4376021	5258539	4376041	5258410
2264	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	126	4375898	5258027	4375913	5257905
2265	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	124	4375806	5259441	4375741	5259338
2266	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	123	4375870	5258882	4375904	5258766
2267	472023	Osterach (Ostrach)	Vordere Kehlerinne	94	4378401	5261847	4378319	5261805
2268	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	92	4375765	5259169	4375814	5259093
2269	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	91	4376645	5260835	4376576	5260776
2270	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	55	4376885	5260987	4376841	5260956
2271	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	44	4375849	5259654	4375863	5259613
2272	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	30	4375920	5257772	4375933	5257750
2273	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	22	4377032	5261078	4377013	5261067
2274	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	20	4378239	5261812	4378220	5261806
2275	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	20	4376032	5256563	4376017	5256549
2276	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	20	4376010	5260357	4375991	5260352
2277	472023	Osterach (Ostrach)	Vordere Kehlerinne	11	4378442	5261943	4378434	5261935
2278	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	2044	4376191	5269368	4377676	5268697
2279	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	1398	4371167	5266785	4372222	5267219
2280	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	641	4370705	5266517	4371092	5266715
2281	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	129	4373953	5267799	4374051	5267754
2282	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	85	4372308	5267151	4372388	5267129
2283	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	33	4375963	5269230	4375993	5269243
2284	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	29	4374877	5268415	4374903	5268403
2285	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	22	4375716	5269065	4375718	5269086
2286	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	20	4374141	5267997	4374160	5268000
2287	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	93	4379658	5252262	4379580	5252309
2288	472023	Osterach (Ostrach)	Täschlefallgraben	88	4380517	5253822	4380603	5253834
2289	472023	Osterach (Ostrach)	Gündlesbach	993	4379327	5254953	4379518	5255846
2290	472023	Osterach (Ostrach)	Erzbach	60	4381422	5256363	4381480	5256350
2291	472023	Osterach (Ostrach)	Erzbach	59	4381539	5256345	4381591	5256372
2292	472023	Osterach (Ostrach)	Taufersbach	49	4382168	5258542	4382213	5258524
2293	472023	Osterach (Ostrach)	Taufersbach	16	4383159	5258484	4383173	5258477
2294	472023	Osterach (Ostrach)	Eckbach	21	4381067	5259870	4381051	5259856
2295	472023	Osterach (Ostrach)	Illesbach	329	4380264	5261103	4380427	5261362
2296	472023	Osterach (Ostrach)	Illesbach	23	4379780	5261274	4379799	5261287
2297	472023	Osterach (Ostrach)	Illesbach	20	4379960	5261254	4379976	5261267
2298	472023	Osterach (Ostrach)	Entschenbach	290	4375741	5257905	4375484	5258013

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2299	472023	Osterach (Ostrach)	Hirschbach	1109	4377913	5264182	4378212	5265133
2300	472023	Osterach (Ostrach)	Hirschbach	692	4376962	5263847	4377614	5263873
2301	472023	Osterach (Ostrach)	Hirschbach	256	4376418	5264040	4376655	5264040
2302	472023	Osterach (Ostrach)	Hirschbach	153	4376730	5263966	4376859	5263885
2303	472023	Osterach (Ostrach)	Hirschbach	21	4377786	5264055	4377802	5264069
2304	472023	Osterach (Ostrach)	Löwenbach	710	4373002	5264602	4372554	5264162
2305	472023	Osterach (Ostrach)	Löwenbach	20	4374912	5261905	4374928	5261894
2306	472023	Osterach (Ostrach)	Höllbach	20	4375802	5269126	4375809	5269107
2307	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	37	4379571	5252257	4379537	5252272
2308	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	99	4378979	5254817	4378956	5254912
2309	472023	Osterach (Ostrach)	Säubach	43	4380593	5255173	4380632	5255157
2310	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	230	4383173	5258477	4383401	5258464
2311	472023	Osterach (Ostrach)	Willersbach	40	4381495	5259512	4381503	5259551
2312	472023	Osterach (Ostrach)	Zipfelsbach	406	4379933	5261294	4380162	5261599
2313	472023	Osterach (Ostrach)	Gemsbach	339	4379492	5262032	4379703	5262280
2314	472023	Osterach (Ostrach)	Gemsbach	201	4378855	5261830	4379036	5261827
2315	472023	Osterach (Ostrach)	Gemsbach	23	4379322	5261900	4379341	5261912
2316	472023	Osterach (Ostrach)	Gemsbach	20	4379268	5261861	4379286	5261871
2317	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4375933	5256229	4375919	5256215
2318	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4374668	5258228	4374650	5258224
2319	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	150	4376015	5258331	4376152	5258272
2320	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	23	4375871	5258864	4375893	5258859
2321	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4375106	5258949	4375086	5258947
2322	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	170	4377885	5261958	4377730	5261958
2323	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	147	4378529	5262322	4378404	5262332
2324	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4378304	5262281	4378287	5262271
2325	472023	Osterach (Ostrach)	Ellesbach	154	4378799	5263436	4378930	5263505
2326	472023	Osterach (Ostrach)	Ellesbach	116	4378619	5263258	4378697	5263343
2327	472023	Osterach (Ostrach)	Reichenbach	20	4376700	5263822	4376684	5263810
2328	472023	Osterach (Ostrach)	Wildbach, Gundbach	865	4378571	5264051	4379090	5264688
2329	472023	Osterach (Ostrach)	Wildbach, Gundbach	398	4380000	5265228	4380332	5265072
2330	472023	Osterach (Ostrach)	Wildbach, Gundbach	238	4377986	5263776	4378201	5263693
2331	472023	Osterach (Ostrach)	Wildbach, Gundbach	28	4378367	5263741	4378379	5263766
2332	472023	Osterach (Ostrach)	Wildbach, Gundbach	21	4379436	5264902	4379445	5264921
2333	472023	Osterach (Ostrach)	Zillenbach	1969	4376431	5264178	4376961	5265628
2334	472023	Osterach (Ostrach)	Zillenbach	98	4376793	5265760	4376768	5265850
2335	472023	Osterach (Ostrach)	Zillenbach	29	4376362	5264016	4376379	5264039
2336	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	1099	4375790	5264661	4375884	5265553
2337	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	466	4375860	5264217	4375784	5264635
2338	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4375895	5264034	4375894	5264054
2339	472023	Osterach (Ostrach)	Schelmenbach	892	4374157	5264182	4374481	5264881
2340	472023	Osterach (Ostrach)	Berghofener Bach	681	4372061	5265945	4372588	5265851
2341	472023	Osterach (Ostrach)	Berghofener Bach	120	4373313	5265641	4373424	5265633
2342	472023	Osterach (Ostrach)	Berghofener Bach	47	4371723	5265723	4371758	5265753
2343	472023	Osterach (Ostrach)	Berghofener Bach	29	4373162	5265582	4373189	5265575
2344	472023	Osterach (Ostrach)	Berghofener Bach	20	4371819	5265769	4371839	5265769
2345	472023	Osterach (Ostrach)	Berghofener Bach	20	4372026	5265798	4372044	5265807
2346	472023	Osterach (Ostrach)	Höflesbach	17	4376565	5269367	4376573	5269352
2347	472023	Osterach (Ostrach)	Langenschwandbach	31	4376405	5269412	4376433	5269423
2348	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	212	4374004	5268402	4373950	5268599
2349	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	32	4373902	5268193	4373901	5268223
2350	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	38	4379562	5252239	4379530	5252221
2351	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	89	4378607	5254614	4378586	5254698
2352	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	141	4378740	5254631	4378829	5254526
2353	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	165	4379207	5254680	4379287	5254539
2354	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	56	4382281	5258187	4382294	5258133
2355	472023	Osterach (Ostrach)	Sahlenkenbach	56	4382342	5258548	4382397	5258553

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2356	472023	Osterach (Ostrach)	Vogelbach	249	4381992	5259438	4382218	5259531
2357	472023	Osterach (Ostrach)	Vogelbach	20	4382448	5259510	4382467	5259517
2358	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	64	4380730	5260781	4380786	5260751
2359	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4380439	5260942	4380455	5260933
2360	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	26	4380208	5261354	4380230	5261368
2361	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	28	4379124	5262211	4379137	5262236
2362	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4378972	5261948	4378984	5261964
2363	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	14	4378659	5261767	4378666	5261755
2364	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	24	4375767	5257709	4375744	5257702
2365	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	32	4375084	5258630	4375052	5258627
2366	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	24	4375286	5258758	4375274	5258737
2367	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	103	4375889	5259961	4375983	5259922
2368	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4377552	5261701	4377539	5261716
2369	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	19	4378415	5262376	4378397	5262380
2370	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	17	4378641	5263137	4378656	5263130
2371	472023	Osterach (Ostrach)	Rothplattenbach	21	4378846	5266012	4378860	5266027
2372	472023	Osterach (Ostrach)	Rothplattenbach	20	4378766	5265854	4378768	5265874
2373	472023	Osterach (Ostrach)	Rothplattenbach	20	4378578	5265670	4378598	5265674
2374	472023	Osterach (Ostrach)	Rothplattenbach	20	4378315	5265254	4378333	5265263
2375	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	65	4378145	5264582	4378175	5264639
2376	472023	Osterach (Ostrach)	Ochsenbergbach	20	4379982	5265000	4379995	5264985
2377	472023	Osterach (Ostrach)	Ochsenbergbach	18	4380264	5264622	4380273	5264607
2378	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	169	4378432	5263677	4378548	5263760
2379	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	64	4378870	5263987	4378929	5264012
2380	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	49	4378590	5263779	4378623	5263813
2381	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4379059	5264049	4379077	5264057
2382	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	40	4377501	5264657	4377521	5264692
2383	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	54	4377213	5265524	4377198	5265575
2384	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4377172	5265298	4377183	5265315
2385	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	84	4376558	5265036	4376573	5265118
2386	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	22	4376650	5265436	4376653	5265458
2387	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	18	4376578	5264896	4376571	5264912
2388	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	9	4376648	5264431	4376639	5264434
2389	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach	8	4376028	5263988	4376033	5263994
2390	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	62	4375660	5265577	4375660	5265639
2391	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4375699	5265732	4375712	5265748
2392	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4375795	5264830	4375811	5264841
2393	472023	Osterach (Ostrach)	Nägelsbach	84	4375838	5263926	4375918	5263944
2394	472023	Osterach (Ostrach)	Nägelsbach	21	4375998	5263864	4376004	5263845
2395	472023	Osterach (Ostrach)	Reckenberger Bach	67	4375074	5264155	4375069	5264221
2396	472023	Osterach (Ostrach)	Reckenberger Bach	28	4375044	5264113	4375060	5264136
2397	472023	Osterach (Ostrach)	Reckenberger Bach	22	4374979	5264414	4374967	5264432
2398	472023	Osterach (Ostrach)	Reckenberger Bach	21	4375039	5264651	4375053	5264666
2399	472023	Osterach (Ostrach)	Reckenberger Bach	19	4374969	5263995	4374976	5264013
2400	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4373039	5264278	4373037	5264258
2401	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	17	4373018	5264554	4373014	5264538
2402	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	19	4375357	5261809	4375364	5261826
2403	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4373938	5262740	4373958	5262736
2404	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	672	4373384	5264889	4373990	5264992
2405	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	159	4373013	5264663	4373137	5264758
2406	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	28	4371887	5264658	4371892	5264631
2407	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	23	4373544	5265688	4373559	5265706
2408	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	195	4372110	5265914	4372268	5265830
2409	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	864	4372075	5266307	4372762	5266496
2410	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	642	4371124	5266374	4371734	5266382
2411	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	19	4371894	5266434	4371912	5266440
2412	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	22	4374042	5267715	4374045	5267694

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2413	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	385	4374016	5267712	4373979	5267346
2414	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	56	4382096	5257444	4382110	5257393
2415	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4375839	5257573	4375847	5257555
2416	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4374642	5258142	4374623	5258146
2417	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	103	4378830	5263104	4378906	5263166
2418	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	101	4378292	5264469	4378377	5264491
2419	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	33	4378525	5264652	4378551	5264672
2420	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	105	4379739	5265283	4379712	5265381
2421	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	26	4379342	5265019	4379346	5265045
2422	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	15	4378982	5264531	4378996	5264535
2423	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	413	4377882	5264605	4377756	5264963
2424	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	252	4376562	5264337	4376418	5264503
2425	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	163	4376331	5264683	4376352	5264839
2426	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach	101	4375881	5264028	4375980	5264037
2427	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach	75	4375119	5263996	4375193	5263993
2428	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	795	4374726	5264109	4374469	5263436
2429	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	145	4374003	5264129	4373979	5263986
2430	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	52	4373705	5264065	4373687	5264018
2431	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	48	4373776	5264211	4373748	5264171
2432	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4373707	5263855	4373713	5263836
2433	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	19	4375546	5261597	4375561	5261609
2434	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	117	4373620	5262857	4373720	5262903
2435	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4373933	5265117	4373920	5265133
2436	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4372807	5264842	4372826	5264843
2437	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4371871	5263833	4371871	5263813
2438	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	510	4372201	5266227	4372685	5266189
2439	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	108	4377700	5268739	4377797	5268694
2440	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	21	4379630	5264639	4379651	5264635
2441	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4377260	5266208	4377252	5266226
2442	472023	Osterach (Ostrach)	Wührbach	24	4375487	5263671	4375484	5263648
2443	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	19	4375061	5263408	4375059	5263390
2444	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4374980	5263464	4374974	5263445
2445	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	290	4374475	5263442	4374588	5263192
2446	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	21	4374438	5263555	4374426	5263537
2447	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	30	4374524	5264165	4374553	5264158
2448	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	23	4374661	5264128	4374683	5264122
2449	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	14	4374377	5264187	4374383	5264199
2450	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	56	4372485	5266373	4372517	5266418
2451	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	226	4372268	5266449	4372406	5266581
2452	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	23	4372208	5266340	4372213	5266362
2453	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	367	4372526	5266250	4372879	5266293
2454	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	19	4371781	5266397	4371789	5266380
2455	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	69	4379766	5254823	4379769	5254891
2456	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	69	4379833	5254981	4379792	5254931
2457	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	705	4369319	5267938	4368706	5268204
2458	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	479	4366820	5266470	4366668	5266082
2459	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	210	4363874	5264802	4363685	5264770
2460	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	209	4367985	5268169	4367841	5268029
2461	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	100	4364059	5264962	4364042	5264870
2462	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	73	4365336	5265592	4365267	5265567
2463	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	72	4366476	5265910	4366408	5265904
2464	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	21	4362994	5264597	4362974	5264590
2465	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	20	4365575	5265620	4365556	5265625
2466	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	20	4362443	5264521	4362425	5264511
2467	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	20	4367126	5266583	4367113	5266569
2468	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	20	4368104	5268202	4368084	5268201
2469	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	20	4362057	5264374	4362038	5264366

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2470	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	20	4367207	5266708	4367197	5266691
2471	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	20	4363225	5264605	4363205	5264601
2472	472024	Gunzesrieder Ach	Stubenbach	55	4363029	5264560	4363043	5264508
2473	472024	Gunzesrieder Ach	Stubenbach	20	4361135	5262496	4361134	5262476
2474	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	424	4363215	5262121	4362894	5261853
2475	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	328	4362345	5261258	4362131	5261044
2476	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	320	4363691	5263021	4363616	5262713
2477	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	40	4363824	5263307	4363797	5263278
2478	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	37	4363916	5263482	4363903	5263447
2479	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	30	4364079	5264900	4364069	5264873
2480	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	27	4361611	5260744	4361586	5260734
2481	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	23	4361821	5260865	4361801	5260855
2482	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	21	4361993	5261005	4361981	5260989
2483	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	20	4364117	5264242	4364108	5264224
2484	472024	Gunzesrieder Ach	Rotbach	30	4362150	5260866	4362132	5260843
2485	472024	Gunzesrieder Ach	Rotbach	29	4362094	5260735	4362091	5260706
2486	472024	Gunzesrieder Ach	nicht bekannt	26	4362579	5261589	4362558	5261606
2487	472024	Gunzesrieder Ach	nicht bekannt	25	4363240	5262009	4363262	5261997
2488	472024	Gunzesrieder Ach	nicht bekannt	20	4363401	5261938	4363418	5261928
2489	472024	Gunzesrieder Ach	Angerbach	46	4364145	5263619	4364188	5263603
2490	472024	Gunzesrieder Ach	nicht bekannt	22	4363605	5262984	4363584	5262978
2491	472024	Gunzesrieder Ach	nicht bekannt	87	4365579	5265599	4365530	5265528
2492	472024	Gunzesrieder Ach	nicht bekannt	7	4366805	5266438	4366799	5266443
2493	472024	Gunzesrieder Ach	nicht bekannt	128	4360703	5260917	4360576	5260923
2494	472025	Wustbach	Schanzbach	100	4370686	5268389	4370702	5268290
2495	472025	Wustbach	Schanzbach	74	4371292	5267602	4371356	5267639
2496	472025	Wustbach	nicht bekannt	1724	4370702	5268290	4372246	5267892
2497	472025	Wustbach	Wustbach	2769	4370648	5268526	4372871	5269184
2498	472025	Wustbach	nicht bekannt	44	4371308	5267778	4371347	5267763
2499	472026	Altmummener Bach und Neumummener Bach	nicht bekannt	675	4367500	5269073	4366865	5268964
2500	472026	Altmummener Bach und Neumummener Bach	nicht bekannt	395	4367619	5269594	4367643	5269219
2501	472026	Altmummener Bach und Neumummener Bach	nicht bekannt	19	4367652	5269235	4367661	5269218
2502	472028	Konstanzer Ach	Konstanzer Ach, Jugetbach	1420	4367192	5271516	4366167	5270796
2503	472028	Konstanzer Ach	nicht bekannt	243	4366728	5269802	4366649	5269599
2504	472028	Konstanzer Ach	nicht bekannt	526	4366622	5270065	4366256	5269847
2505	472028	Konstanzer Ach	nicht bekannt	108	4366256	5269847	4366202	5269754
2506	472028	Konstanzer Ach	nicht bekannt	86	4366200	5269752	4366165	5269673
2507	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Steigbach	1124	4366023	5270481	4365426	5269599
2508	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Steigbach	257	4365268	5269261	4365121	5269058
2509	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Steigbach	134	4364651	5268685	4364565	5268588
2510	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Steigbach	89	4364351	5268317	4364282	5268275
2511	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Steigbach	55	4366176	5270786	4366148	5270740
2512	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Steigbach	20	4365401	5269481	4365396	5269462

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2513	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Steigbach	13	4364070	5268064	4364057	5268061
2514	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	1032	4356130	5270302	4356111	5269326
2515	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	70	4356148	5268965	4356176	5268903
2516	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	104	4362684	5271625	4362659	5271525
2517	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4362646	5271209	4362650	5271190
2518	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	401	4365255	5269243	4364944	5269168
2519	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	21	4364782	5269212	4364762	5269216
2520	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4354797	5269877	4354787	5269860
2521	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Salmaser Bach	537	4355127	5270051	4355078	5270557
2522	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	278	4355680	5269721	4355572	5269489
2523	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4355580	5269877	4355584	5269857
2524	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	14	4355591	5270080	4355588	5270066
2525	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	402	4355871	5270267	4355755	5270610
2526	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	503	4356896	5270081	4356934	5269613
2527	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Hennenbach	798	4356989	5270081	4356743	5270774
2528	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	221	4357648	5270051	4357709	5269847
2529	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	126	4357654	5270545	4357643	5270428
2530	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4357692	5270192	4357688	5270172
2531	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	657	4357694	5270566	4358054	5270046
2532	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	926	4360013	5270787	4359898	5269969
2533	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	112	4360168	5271088	4360145	5270981
2534	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	21	4360100	5270853	4360087	5270836

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2535	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	160	4360474	5270976	4360537	5270832
2536	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	25	4360349	5271123	4360354	5271099
2537	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	15	4360406	5271024	4360419	5271016
2538	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	32	4362517	5271124	4362502	5271097
2539	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	184	4363381	5272780	4363453	5272937
2540	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4363267	5272727	4363285	5272736
2541	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	217	4363632	5271681	4363786	5271535
2542	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	36	4363808	5271348	4363778	5271329
2543	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4363616	5271754	4363622	5271735
2544	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	16	4363653	5271249	4363642	5271238
2545	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Hornbach	117	4365268	5270671	4365244	5270559
2546	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Hornbach	8	4365200	5270764	4365206	5270760
2547	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	126	4365173	5269150	4365215	5269032
2548	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4354119	5269918	4354115	5269899
2549	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4354604	5269871	4354601	5269852
2550	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	118	4354718	5269751	4354707	5269634
2551	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	420	4355208	5269904	4355132	5269498
2552	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	10	4355191	5270059	4355190	5270049
2553	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	205	4357624	5269831	4357664	5269630
2554	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	38	4357648	5270092	4357629	5270059
2555	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	158	4357743	5270075	4357820	5269937
2556	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	414	4357290	5270836	4357223	5271217

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2557	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	9	4357718	5270599	4357709	5270601
2558	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	13	4359410	5271463	4359418	5271473
2559	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	151	4360097	5271645	4360113	5271783
2560	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	114	4360280	5270883	4360331	5270785
2561	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	186	4361193	5271320	4361307	5271185
2562	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	161	4361677	5271425	4361605	5271288
2563	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	188	4361597	5272283	4361489	5272427
2564	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	64	4362260	5272555	4362247	5272617
2565	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	138	4362872	5272677	4362818	5272802
2566	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	206	4363296	5271668	4363361	5271476
2567	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	182	4363371	5271347	4363358	5271170
2568	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	87	4363519	5272800	4363540	5272883
2569	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	375	4364236	5271588	4364041	5271287
2570	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	5	4363924	5271224	4363920	5271220
2571	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	43	4364568	5270962	4364567	5270920
2572	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4356280	5269622	4356281	5269602
2573	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4358309	5270427	4358304	5270408
2574	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	35	4358251	5271106	4358244	5271140
2575	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	22	4358355	5271010	4358336	5271021
2576	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	26	4358813	5270563	4358824	5270539
2577	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	41	4359154	5271381	4359131	5271415
2578	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	30	4360638	5271795	4360623	5271820

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2579	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	25	4361230	5271229	4361245	5271209
2580	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	58	4361320	5272238	4361292	5272288
2581	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	104	4361678	5271404	4361750	5271336
2582	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	198	4362108	5271495	4362001	5271391
2583	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	57	4362001	5271338	4362021	5271285
2584	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	339	4364567	5270920	4364679	5270628
2585	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	15	4363920	5271220	4363912	5271207
2586	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	94	4360357	5271004	4360308	5270942
2587	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	84	4359830	5270415	4359894	5270362
2588	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	52	4360105	5270851	4360153	5270836
2589	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	Kranzegger Bach	663	4374269	5272769	4374552	5272227
2590	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	Kranzegger Bach	652	4373946	5273828	4374030	5273238
2591	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	Kranzegger Bach	466	4374044	5273219	4374353	5272964
2592	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	Schleifenbach	810	4373744	5273065	4373336	5272416
2593	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	Schleifenbach	225	4373195	5272221	4373155	5272007
2594	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	nicht bekannt	396	4374266	5272352	4374316	5271969
2595	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	nicht bekannt	425	4374300	5272413	4374454	5272048
2596	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	nicht bekannt	139	4374334	5273003	4374468	5272973
2597	472032	Reichenbach (OA)	Reichenbach	1231	4374622	5274582	4375487	5273871
2598	472032	Reichenbach (OA)	Reichenbach	232	4375738	5273895	4375942	5273925
2599	472032	Reichenbach (OA)	nicht bekannt	131	4375911	5273884	4376015	5273812
2600	472032	Reichenbach (OA)	nicht bekannt	436	4375322	5273894	4375499	5273571
2601	472033	Vorderburger Wildbäche	nicht bekannt	654	4375114	5275891	4374568	5275684
2602	472033	Vorderburger Wildbäche	nicht bekannt	105	4374670	5275828	4374589	5275893
2603	472033	Vorderburger Wildbäche	nicht bekannt	425	4375043	5275945	4374664	5276120
2604	472034	Rottach (OA)	Rottach, Große Rottach	2957	4372303	5289385	4371069	5287785
2605	472034	Rottach (OA)	Rottach, Große Rottach	1708	4373642	5290339	4372369	5289574
2606	472034	Rottach (OA)	Rottach, Große Rottach	1323	4369845	5286971	4368874	5287249
2607	472034	Rottach (OA)	Rottach, Große Rottach	866	4370767	5287341	4370090	5287019
2608	472034	Rottach (OA)	Rottach, Große Rottach	193	4368509	5287510	4368334	5287511
2609	472034	Rottach (OA)	Rottach, Große Rottach	111	4370997	5287651	4370925	5287583
2610	472034	Rottach (OA)	nicht bekannt	125	4366954	5286277	4366839	5286290
2611	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	5021	4358990	5291860	4359314	5287606
2612	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	1601	4362451	5286516	4363980	5286399
2613	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	825	4360727	5286580	4361488	5286368

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2614	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	234	4359702	5287266	4359866	5287110
2615	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	159	4360188	5287010	4360286	5286911
2616	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	102	4362090	5286425	4362192	5286420
2617	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	82	4360480	5286704	4360560	5286692
2618	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	66	4361696	5286381	4361758	5286400
2619	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	50	4361888	5286432	4361938	5286435
2620	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	44	4362300	5286437	4362332	5286466
2621	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	36	4360377	5286764	4360403	5286739
2622	472035	Eschach (Nibel)	Kreuzbach	2561	4358969	5288111	4361242	5288666
2623	472035	Eschach (Nibel)	Ulmertalbach	981	4360284	5289916	4361233	5289857
2624	472035	Eschach (Nibel)	Ulmertalbach	584	4359036	5290061	4359602	5289989
2625	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	153	4361386	5286400	4361399	5286541
2626	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	180	4359765	5287191	4359892	5287311
2627	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	133	4359496	5287487	4359578	5287588
2628	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	26	4359810	5287846	4359828	5287865
2629	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	21	4359888	5288584	4359887	5288605
2630	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	70	4359258	5287705	4359292	5287762
2631	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	28	4361145	5288688	4361158	5288713
2632	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	20	4361005	5289866	4361003	5289886
2633	472036	Kürnach	Kürnach	897	4364220	5289868	4364738	5289315
2634	472036	Kürnach	Kürnach	489	4359414	5291861	4359698	5291667
2635	472036	Kürnach	Kürnach	426	4361520	5291503	4361899	5291347
2636	472036	Kürnach	Kürnach	376	4362723	5290975	4363071	5290862
2637	472036	Kürnach	Kürnach	340	4363811	5290266	4364022	5290045
2638	472036	Kürnach	Kürnach	211	4360404	5291399	4360592	5291432
2639	472036	Kürnach	Kürnach	185	4360946	5291537	4361095	5291555
2640	472036	Kürnach	Kürnach	177	4363509	5290451	4363602	5290345
2641	472036	Kürnach	Kürnach	149	4361221	5291589	4361353	5291550
2642	472036	Kürnach	Kürnach	148	4359946	5291406	4360060	5291381
2643	472036	Kürnach	Kürnach	145	4362367	5291199	4362481	5291119
2644	472036	Kürnach	Kürnach	129	4365028	5289086	4365144	5289034
2645	472036	Kürnach	Kürnach	116	4360734	5291470	4360828	5291509
2646	472036	Kürnach	Kürnach	66	4360630	5291443	4360691	5291458
2647	472036	Kürnach	Kürnach	37	4363350	5290676	4363383	5290666
2648	472036	Kürnach	Kürnach	21	4363451	5290558	4363472	5290556
2649	472036	Kürnach	Kürnach	20	4362574	5291032	4362590	5291019
2650	472036	Kürnach	Kürnach	20	4364104	5289973	4364109	5289953
2651	472036	Kürnach	Kürnach	20	4360302	5291449	4360310	5291465
2652	472036	Kürnach	Kürnach	20	4358963	5292168	4358978	5292155
2653	472036	Kürnach	Kürnach	20	4360217	5291385	4360233	5291395
2654	472036	Kürnach	nicht bekannt	651	4364597	5289397	4364258	5288912
2655	472036	Kürnach	nicht bekannt	15	4360313	5291468	4360313	5291483
2656	472036	Kürnach	nicht bekannt	36	4364569	5289469	4364598	5289490
2657	472036	Kürnach	Kürnach	19	4364467	5289668	4364476	5289652
2658	472036	Kürnach	Kürnach	17	4364299	5289801	4364313	5289792
2659	472036	Kürnach	nicht bekannt	75	4362450	5291330	4362485	5291396
2660	472036	Kürnach	nicht bekannt	28	4362367	5291199	4362373	5291226
2661	472036	Kürnach	nicht bekannt	14	4362499	5291420	4362503	5291433
2662	472036	Kürnach	nicht bekannt	15	4361910	5291346	4361925	5291345
2663	472036	Kürnach	nicht bekannt	27	4364032	5290045	4364049	5290066
2664	472036	Kürnach	nicht bekannt	17	4363369	5290672	4363381	5290684
2665	472036	Kürnach	nicht bekannt	20	4362789	5290969	4362794	5290988
2666	472036	Kürnach	Kürnach	14	4359625	5291698	4359637	5291693
2667	472036	Kürnach	nicht bekannt	8	4363922	5290190	4363928	5290194
2668	472039	Vils	Vils	8643	4394182	5270324	4387155	5271461
2669	472039	Vils	Vils	407	4385648	5270725	4385530	5270348
2670	472039	Vils	Vils	78	4385339	5269539	4385280	5269489

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2671	472039	Vils	Vils	75	4385443	5269918	4385423	5269845
2672	472039	Vils	Vils	43	4385522	5270226	4385532	5270184
2673	472039	Vils	Vils	20	4387006	5271354	4386987	5271346
2674	472039	Vils	Vils	20	4385538	5270064	4385527	5270048
2675	472039	Vils	Vils	20	4385069	5269360	4385049	5269363
2676	472039	Vils	Steinacher Achen, Seebach	6877	4392772	5270897	4388051	5268202
2677	472039	Vils	Steinacher Achen, Seebach	358	4388670	5267620	4388923	5267431
2678	472039	Vils	Scheidbach	21	4386366	5271248	4386361	5271268
2679	472039	Vils	Gundbach	95	4388828	5271955	4388825	5272049
2680	472039	Vils	Steinebach	2420	4391031	5275166	4389071	5274529
2681	472039	Vils	Steinebach	821	4388862	5274397	4388079	5274318
2682	472039	Vils	Hofbach	1946	4391457	5274221	4389902	5274199
2683	472039	Vils	Hofbach	456	4391797	5274513	4391490	5274243
2684	472039	Vils	Adratsbach	41	4389038	5267378	4389079	5267384
2685	472039	Vils	Adratsbach	21	4390109	5267901	4390129	5267904
2686	472039	Vils	Kotbach	903	4387903	5268313	4388134	5267574
2687	472039	Vils	Reichenbach	670	4394018	5270053	4393471	5269726
2688	472039	Vils	Reichenbach	64	4393243	5269507	4393213	5269453
2689	472039	Vils	Buchwaldsbach	25	4386814	5271441	4386815	5271466
2690	472039	Vils	Geisenrieder Bach	359	4387579	5271592	4387267	5271744
2691	472039	Vils	Höllbach	570	4388284	5271843	4387930	5272237
2692	472039	Vils	Zerrlachbach	51	4388958	5271972	4388939	5272019
2693	472039	Vils	Hündelbach	19	4389116	5274515	4389117	5274495
2694	472039	Vils	Langbachteösbach	375	4389366	5274742	4388995	5274762
2695	472039	Vils	Winkelsbach	1086	4390715	5274028	4389789	5273731
2696	472039	Vils	nicht bekannt	14	4388911	5267450	4388923	5267457
2697	472039	Vils	nicht bekannt	34	4388116	5269161	4388149	5269156
2698	472039	Vils	nicht bekannt	319	4388463	5269665	4388207	5269825
2699	472039	Vils	nicht bekannt	74	4390289	5270419	4390348	5270375
2700	472039	Vils	Neffelbach	61	4391052	5270907	4391074	5270851
2701	472039	Vils	Ahornbach	1345	4392674	5270798	4391670	5270044
2702	472039	Vils	Kesselbach	960	4393244	5270510	4392527	5269945
2703	472039	Vils	Kesselbach	434	4392501	5269946	4392216	5269662
2704	472039	Vils	Kesselbach	305	4392163	5269521	4392110	5269253
2705	472039	Vils	Plattenbach	101	4392981	5268282	4392949	5268190
2706	472039	Vils	nicht bekannt	26	4389914	5272265	4389900	5272243
2707	472039	Vils	nicht bekannt	19	4388110	5274332	4388098	5274347
2708	472039	Vils	nicht bekannt	50	4389180	5274554	4389200	5274508
2709	472039	Vils	nicht bekannt	49	4388995	5274762	4388948	5274747
2710	472039	Vils	nicht bekannt	25	4388468	5269664	4388492	5269656
2711	472039	Vils	nicht bekannt	191	4388236	5269796	4388049	5269758
2712	472039	Vils	nicht bekannt	20	4389580	5269977	4389583	5269958
2713	472039	Vils	nicht bekannt	10	4390656	5270734	4390651	5270743
2714	472039	Vils	nicht bekannt	397	4391975	5270200	4391817	5269857
2715	472039	Vils	nicht bekannt	35	4392061	5269979	4392034	5269956
2716	472039	Vils	nicht bekannt	20	4392159	5270286	4392157	5270266
2717	472039	Vils	nicht bekannt	212	4392125	5269301	4391965	5269171
2718	472039	Vils	nicht bekannt	141	4392297	5269820	4392182	5269783
2719	472039	Vils	nicht bekannt	110	4392578	5269685	4392550	5269580
2720	472039	Vils	nicht bekannt	85	4392596	5269955	4392578	5269872
2721	472039	Vils	Fauler Graben	138	4392758	5268069	4392626	5268085
2722	472039	Vils	nicht bekannt	15	4387440	5271675	4387446	5271689
2723	472039	Vils	nicht bekannt	132	4392946	5269570	4392905	5269449
2724	472039	Vils	nicht bekannt	106	4394017	5270054	4394074	5270144
2725	472039	Vils	nicht bekannt	106	4392787	5269606	4392735	5269514
2726	472039	Vils	nicht bekannt	102	4389491	5274951	4389490	5274849
2727	472039	Vils	nicht bekannt	53	4390657	5269426	4390662	5269374

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2728	472040	Buchinger Dorfbach	nicht bekannt	1579	4410486	5276212	4410933	5274855
2729	472040	Buchinger Dorfbach	nicht bekannt	885	4409706	5276144	4410427	5276246
2730	472040	Buchinger Dorfbach	nicht bekannt	733	4410682	5276013	4411209	5275537
2731	472040	Buchinger Dorfbach	nicht bekannt	21	4410902	5275422	4410905	5275401
2732	472040	Buchinger Dorfbach	nicht bekannt	136	4411190	5275549	4411149	5275424
2733	472041	Jagdberg- und Buchenbergrinnen	Sattlermoosgraben	960	4409522	5275193	4410295	5274763
2734	472041	Jagdberg- und Buchenbergrinnen	Wintereckgraben	896	4409366	5274734	4410111	5274302
2735	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	Tristallbach	3005	4407903	5273557	4409355	5271798
2736	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	Remsgraben	342	4408869	5271716	4408921	5271409
2737	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	nicht bekannt	27	4408422	5272132	4408448	5272136
2738	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	Drehgraben	550	4408896	5271438	4408860	5270900
2739	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	nicht bekannt	25	4408505	5271866	4408530	5271869
2740	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	nicht bekannt	41	4408288	5272302	4408317	5272322
2741	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	nicht bekannt	20	4409036	5271691	4409041	5271672
2742	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	nicht bekannt	40	4408622	5271705	4408611	5271668
2743	472043	Pöllat	Pöllat	3440	4406512	5272609	4406068	5269467
2744	472043	Pöllat	Pöllat	2282	4405995	5269209	4407509	5267988
2745	472043	Pöllat	Pöllat	1822	4407841	5267463	4409054	5266856
2746	472043	Pöllat	Deutenhauser Bach, Ahorngraben	1199	4407256	5268343	4408284	5268754
2747	472043	Pöllat	Rautbach	1558	4406229	5270727	4407638	5270406
2748	472043	Pöllat	Hammergraben	2121	4406983	5272272	4408529	5271192
2749	472043	Pöllat	Hammergraben	349	4406639	5272412	4406942	5272275
2750	472043	Pöllat	Tegelberggraben	193	4407308	5268364	4407374	5268543
2751	472043	Pöllat	nicht bekannt	26	4406555	5268741	4406553	5268765
2752	472043	Pöllat	Wütender Graben	807	4407377	5270586	4408136	5270653
2753	472043	Pöllat	Reitbach	306	4406892	5270552	4407024	5270291
2754	472043	Pöllat	Lenkerbach	1027	4407090	5271834	4407713	5271102
2755	472043	Pöllat	Lenkerbach	541	4406604	5272142	4407056	5271863
2756	472043	Pöllat	Lenkerbach	85	4407731	5271076	4407796	5271028
2757	472043	Pöllat	nicht bekannt	18	4408529	5271197	4408540	5271184
2758	472043	Pöllat	nicht bekannt	89	4407369	5268371	4407408	5268293
2759	472043	Pöllat	nicht bekannt	20	4406061	5270215	4406053	5270197
2760	472043	Pöllat	Fingergraben	269	4407870	5270631	4408104	5270526
2761	472043	Pöllat	nicht bekannt	17	4406722	5272055	4406723	5272038
2762	472043	Pöllat	nicht bekannt	62	4406885	5268474	4406930	5268516
2763	472043	Pöllat	nicht bekannt	20	4406099	5269449	4406106	5269430
2764	472043	Pöllat	nicht bekannt	13	4407273	5271518	4407284	5271524
2765	472043	Pöllat	nicht bekannt	40	4407684	5271421	4407724	5271424
2766	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	54	4404525	5268010	4404574	5267988
2767	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	654	4405429	5269331	4405806	5268916
2768	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	91	4405355	5269408	4405421	5269347
2769	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	488	4404829	5268878	4405155	5268537
2770	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	736	4404885	5268991	4405427	5268584
2771	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	209	4405499	5269147	4405550	5268947
2772	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	553	4405397	5269274	4405493	5268858
2773	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	35	4405440	5269327	4405475	5269332
2774	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	360	4405044	5268947	4405214	5268649
2775	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	53	4405623	5269010	4405629	5268957
2776	472045	Halblech	Halblech, Lainbach, Baumgartengraben	10485	4408910	5280387	4414557	5274827
2777	472045	Halblech	Röthenbach	4889	4414303	5274979	4416994	5277861
2778	472045	Halblech	Reiselsbergbach, Lobentalbach	2196	4412132	5272301	4411182	5270579
2779	472045	Halblech	Reiselsbergbach, Lobentalbach	1800	4413033	5273913	4412489	5272747
2780	472045	Halblech	Reiselsbergbach, Lobentalbach	738	4413183	5274659	4412967	5274166
2781	472045	Halblech	Reiselsbergbach, Lobentalbach	103	4410604	5270095	4410547	5270025
2782	472045	Halblech	Reiselsbergbach, Lobentalbach	25	4411014	5270447	4410992	5270435

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2783	472045	Halblech	Reiselsbergbach, Lobentalbach	20	4410918	5270383	4410910	5270365
2784	472045	Halblech	Schwarzenbach, Wasserscheidbach	923	4414571	5274827	4415331	5274673
2785	472045	Halblech	Miesigenbach	20	4414175	5275750	4414156	5275747
2786	472045	Halblech	nicht bekannt	51	4414341	5275056	4414391	5275053
2787	472045	Halblech	Siegelsgraben	99	4413848	5274709	4413872	5274615
2788	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	285	4412087	5272115	4412248	5271905
2789	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	126	4412681	5271102	4412719	5270987
2790	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	60	4413756	5270941	4413816	5270938
2791	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	34	4413145	5271038	4413174	5271049
2792	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	21	4413470	5271022	4413488	5271013
2793	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	21	4413605	5270989	4413625	5270996
2794	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	19	4413223	5271067	4413241	5271065
2795	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	19	4412491	5271288	4412509	5271284
2796	472045	Halblech	Tiefenbach, Roßbach	663	4412944	5274212	4412478	5273955
2797	472045	Halblech	nicht bekannt	8	4409580	5279529	4409574	5279524
2798	472045	Halblech	Hoher Graben	18	4415965	5277275	4415947	5277276
2799	472045	Halblech	nicht bekannt	22	4415219	5276717	4415211	5276738
2800	472045	Halblech	Leichtengraben	20	4415045	5276550	4415033	5276566
2801	472045	Halblech	nicht bekannt	29	4414160	5274910	4414173	5274884
2802	472045	Halblech	nicht bekannt	19	4414025	5274845	4414039	5274832
2803	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4413898	5274719	4413911	5274705
2804	472045	Halblech	nicht bekannt	135	4413719	5274665	4413676	5274554
2805	472045	Halblech	Gabelschropfenbach	101	4410547	5270025	4410596	5269938
2806	472045	Halblech	nicht bekannt	54	4412934	5272668	4412984	5272652
2807	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4412720	5272964	4412722	5272944
2808	472045	Halblech	nicht bekannt	723	4413317	5273449	4413942	5273181
2809	472045	Halblech	nicht bekannt	545	4412514	5273918	4412136	5273636
2810	472045	Halblech	nicht bekannt	227	4413219	5274592	4413377	5274442
2811	472045	Halblech	nicht bekannt	285	4412830	5274889	4412669	5274657
2812	472045	Halblech	nicht bekannt	10	4412789	5274948	4412795	5274957
2813	472045	Halblech	nicht bekannt	77	4410328	5279294	4410377	5279354
2814	472045	Halblech	nicht bekannt	10	4409547	5279593	4409552	5279586
2815	472045	Halblech	nicht bekannt	44	4416892	5277857	4416904	5277816
2816	472045	Halblech	nicht bekannt	26	4415557	5276754	4415533	5276763
2817	472045	Halblech	nicht bekannt	19	4415142	5276647	4415136	5276665
2818	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4414675	5276140	4414692	5276129
2819	472045	Halblech	nicht bekannt	29	4414233	5275610	4414207	5275596
2820	472045	Halblech	nicht bekannt	23	4414107	5274882	4414116	5274861
2821	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4414059	5274863	4414071	5274847
2822	472045	Halblech	nicht bekannt	28	4413989	5274822	4414010	5274805
2823	472045	Halblech	nicht bekannt	52	4411513	5270745	4411565	5270740
2824	472045	Halblech	Klammgraben	20	4411823	5271709	4411807	5271697
2825	472045	Halblech	nicht bekannt	34	4412611	5272824	4412579	5272836
2826	472045	Halblech	nicht bekannt	350	4413175	5273315	4413500	5273260
2827	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4413197	5273734	4413214	5273745
2828	472045	Halblech	Jungholzgraben	374	4413026	5273907	4412727	5273713
2829	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4412727	5274085	4412720	5274103
2830	472045	Halblech	nicht bekannt	14	4412737	5274768	4412742	5274755
2831	472045	Halblech	nicht bekannt	14	4412592	5275055	4412597	5275068
2832	472045	Halblech	nicht bekannt	70	4411411	5270649	4411433	5270583
2833	472045	Halblech	nicht bekannt	21	4411694	5271227	4411675	5271232
2834	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4412716	5271019	4412728	5271003
2835	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4412802	5274092	4412821	5274088
2836	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4412616	5275045	4412623	5275064
2837	472045	Halblech	nicht bekannt	73	4413941	5273181	4413990	5273128

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2838	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	Rohrbach, Schindelgraben	137	4414356	5278381	4414460	5278294
2839	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	Jägergraben, Boschengraben	1322	4412588	5278908	4412904	5277841
2840	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	Gabelgraben	764	4413713	5278639	4413928	5277920
2841	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	867	4412415	5278519	4412630	5277911
2842	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	109	4414349	5278374	4414432	5278306
2843	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	Viehweidgraben	121	4413133	5278176	4413148	5278059
2844	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	57	4412904	5277841	4412946	5277807
2845	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	Zündlesgraben	62	4413306	5277552	4413342	5277502
2846	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	Zündlesgraben	39	4412826	5277964	4412859	5277959
2847	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	828	4412275	5278185	4411939	5277512
2848	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	13	4413725	5278603	4413738	5278602
2849	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	56	4411959	5277467	4412003	5277435
2850	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	235	4412114	5277677	4412293	5277535
2851	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	19	4412593	5277681	4412588	5277662
2852	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	68	4411919	5277375	4411969	5277331
2853	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	2485	4382232	5270091	4381172	5268281
2854	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	1334	4380492	5273349	4381227	5272667
2855	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	615	4381250	5272391	4381644	5272251
2856	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	553	4380856	5273766	4380822	5273405
2857	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	445	4380863	5264773	4381069	5264428
2858	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	425	4381401	5274795	4381240	5274542
2859	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	413	4380949	5265478	4380776	5265158
2860	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	380	4381081	5268110	4380849	5267874
2861	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	267	4380917	5274073	4380864	5273883
2862	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	237	4382279	5270371	4382302	5270175
2863	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	230	4382323	5270713	4382343	5270526
2864	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	170	4381118	5274408	4381044	5274519
2865	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	140	4381046	5274423	4380984	5274312
2866	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	128	4381169	5264353	4381278	5264287
2867	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	81	4382343	5271083	4382268	5271063
2868	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	64	4380835	5267643	4380829	5267582
2869	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	59	4382211	5271334	4382243	5271305
2870	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	41	4380720	5273442	4380683	5273458
2871	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	20	4382183	5271447	4382195	5271432
2872	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	20	4382135	5271865	4382146	5271848
2873	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	20	4380802	5267753	4380816	5267737
2874	472047	Wertach	Weißenbach, Heisenlochbach	410	4380764	5267794	4380433	5267679
2875	472047	Wertach	Weißenbach, Heisenlochbach	168	4380072	5267626	4379907	5267614
2876	472047	Wertach	Weißenbach, Heisenlochbach	63	4379727	5267562	4379673	5267529
2877	472047	Wertach	Weißenbach	535	4381990	5268236	4382009	5267775
2878	472047	Wertach	Weißenbach	490	4381970	5268725	4381932	5268322
2879	472047	Wertach	Weißenbach	271	4382112	5269413	4382120	5269189
2880	472047	Wertach	Weißenbach	234	4382056	5269102	4381980	5268900
2881	472047	Wertach	Weißenbach	123	4382029	5267690	4382112	5267625
2882	472047	Wertach	Weißenbach	112	4382622	5267113	4382549	5267079

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2883	472047	Wertach	Weißenbach	64	4382579	5267273	4382568	5267217
2884	472047	Wertach	Weißenbach	49	4382523	5266300	4382535	5266253
2885	472047	Wertach	Weißenbach	24	4382508	5267440	4382531	5267446
2886	472047	Wertach	Weißenbach	20	4382334	5266654	4382348	5266640
2887	472047	Wertach	Weißenbach	20	4382335	5267100	4382315	5267096
2888	472047	Wertach	Weißenbach	20	4382291	5266792	4382298	5266773
2889	472047	Wertach	Weißenbach	19	4382524	5265852	4382515	5265836
2890	472047	Wertach	Weißenbach	19	4382513	5265622	4382518	5265604
2891	472047	Wertach	Weißenbach	18	4382186	5269535	4382169	5269530
2892	472047	Wertach	nicht bekannt	340	4381629	5269352	4381449	5269101
2893	472047	Wertach	nicht bekannt	101	4381261	5269090	4381163	5269085
2894	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4382134	5269739	4382115	5269733
2895	472047	Wertach	nicht bekannt	10	4382266	5269839	4382257	5269835
2896	472047	Wertach	Holderbach	121	4381456	5272426	4381557	5272431
2897	472047	Wertach	Holderbach	20	4382377	5272874	4382395	5272879
2898	472047	Wertach	nicht bekannt	419	4381530	5264941	4381678	5264562
2899	472047	Wertach	nicht bekannt	237	4381148	5265595	4381257	5265388
2900	472047	Wertach	Melchebach	488	4381285	5265735	4381588	5265395
2901	472047	Wertach	Melchebach	21	4381746	5265096	4381747	5265075
2902	472047	Wertach	Eggbach	55	4382012	5266161	4382042	5266115
2903	472047	Wertach	nicht bekannt	66	4380998	5266854	4381000	5266794
2904	472047	Wertach	Buchelbach	40	4379982	5267631	4379966	5267668
2905	472047	Wertach	nicht bekannt	25	4380545	5268289	4380524	5268302
2906	472047	Wertach	nicht bekannt	23	4381060	5268245	4381039	5268253
2907	472047	Wertach	nicht bekannt	590	4381255	5268442	4380744	5268471
2908	472047	Wertach	nicht bekannt	130	4380494	5268487	4380368	5268513
2909	472047	Wertach	nicht bekannt	112	4382130	5268171	4382184	5268099
2910	472047	Wertach	nicht bekannt	156	4381470	5269661	4381370	5269748
2911	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4381860	5269764	4381841	5269772
2912	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4381457	5269817	4381441	5269829
2913	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4381868	5269971	4381850	5269961
2914	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4381588	5269919	4381569	5269923
2915	472047	Wertach	nicht bekannt	15	4381548	5269922	4381533	5269920
2916	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4382309	5270262	4382323	5270249
2917	472047	Wertach	Mühlbach	136	4381925	5272221	4382043	5272234
2918	472047	Wertach	nicht bekannt	48	4380920	5273976	4380966	5273965
2919	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4381028	5273831	4381038	5273814
2920	472047	Wertach	Rohhadelbach	20	4380767	5273836	4380761	5273817
2921	472047	Wertach	nicht bekannt	563	4380975	5265393	4381237	5264911
2922	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4381451	5264745	4381464	5264729
2923	472047	Wertach	Bäckbach, Jörgbach	105	4381696	5265973	4381718	5265875
2924	472047	Wertach	nicht bekannt	75	4380693	5267470	4380628	5267433
2925	472047	Wertach	nicht bekannt	19	4380572	5267620	4380562	5267605
2926	472047	Wertach	nicht bekannt	19	4380557	5268192	4380543	5268205
2927	472047	Wertach	nicht bekannt	165	4380799	5268038	4380651	5268030
2928	472047	Wertach	nicht bekannt	71	4380991	5268202	4380937	5268156
2929	472047	Wertach	nicht bekannt	13	4381999	5267733	4381987	5267731
2930	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4381768	5270047	4381754	5270061
2931	472047	Wertach	k.A.	52	4382752	5270221	4382790	5270256
2932	472047	Wertach	nicht bekannt	25	4383409	5273112	4383433	5273105
2933	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4382401	5272885	4382399	5272905
2934	472047	Wertach	nicht bekannt	109	4380857	5264630	4380880	5264525
2935	472047	Wertach	Melchebach	19	4381300	5265659	4381285	5265648
2936	472047	Wertach	nicht bekannt	77	4382130	5265366	4382198	5265338
2937	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach	3096	4381389	5274795	4378878	5273727
2938	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach	1066	4377693	5271519	4378431	5271109
2939	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach	402	4377503	5272056	4377551	5271712

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2940	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach	110	4378486	5273441	4378398	5273380
2941	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach	77	4378621	5273553	4378568	5273502
2942	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach	66	4378692	5271096	4378757	5271098
2943	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach	44	4378361	5273275	4378347	5273234
2944	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach	44	4378773	5273631	4378735	5273610
2945	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach	21	4377879	5272575	4377859	5272569
2946	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach	20	4377592	5272386	4377576	5272375
2947	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach	19	4378046	5272882	4378027	5272881
2948	472048	Wertacher Starzlach	Schwellbach	289	4377551	5270712	4377645	5270460
2949	472048	Wertacher Starzlach	Schwellbach	31	4377686	5271017	4377664	5270999
2950	472048	Wertacher Starzlach	Herzlessteinbach	223	4377479	5271772	4377281	5271692
2951	472048	Wertacher Starzlach	Herzlessteinbach	14	4377226	5271631	4377216	5271621
2952	472048	Wertacher Starzlach	Zeiggerbachl	110	4378332	5273014	4378390	5272924
2953	472048	Wertacher Starzlach	Zeiggerbachl	26	4378383	5272842	4378375	5272818
2954	472048	Wertacher Starzlach	Zeiggerbachl	23	4378339	5272650	4378353	5272632
2955	472048	Wertacher Starzlach	Igelsbach	172	4379859	5274511	4379710	5274571
2956	472048	Wertacher Starzlach	Igelsbach	67	4379228	5274735	4379173	5274768
2957	472048	Wertacher Starzlach	Igelsbach	20	4379409	5274702	4379399	5274687
2958	472048	Wertacher Starzlach	nicht bekannt	356	4377618	5270491	4377965	5270525
2959	472048	Wertacher Starzlach	nicht bekannt	20	4377481	5271732	4377464	5271722
2960	472048	Wertacher Starzlach	Eiselesbach	21	4377478	5271958	4377457	5271958
2961	472048	Wertacher Starzlach	Schliefriger Bach	117	4378287	5273274	4378171	5273258
2962	472048	Wertacher Starzlach	nicht bekannt	20	4379066	5274830	4379059	5274849
2963	472048	Wertacher Starzlach	nicht bekannt	13	4378735	5273604	4378738	5273592
2964	472048	Wertacher Starzlach	nicht bekannt	106	4379747	5274366	4379752	5274285
2965	472048	Wertacher Starzlach	nicht bekannt	39	4379760	5274269	4379753	5274232
2966	472049	Reichenbach (OAL)	Reichenbach, Klausenbach	1801	4384731	5277274	4385652	5276108
2967	472049	Reichenbach (OAL)	Reichenbach, Klausenbach	265	4385345	5274007	4385385	5273766
2968	472049	Reichenbach (OAL)	Reichenbach, Klausenbach	19	4385285	5274250	4385291	5274233
2969	472049	Reichenbach (OAL)	nicht bekannt	181	4385379	5273882	4385522	5273987
2970	472049	Reichenbach (OAL)	nicht bekannt	26	4385393	5273818	4385416	5273807
2971	472050	Nesselwanger Mühlbach	Mühlbach	2079	4387630	5277950	4387686	5276261
2972	472050	Nesselwanger Mühlbach	Schloßbächel	1134	4387475	5275986	4387298	5274939
2973	472050	Nesselwanger Mühlbach	Schloßbächel	272	4387702	5276274	4387511	5276137
2974	472050	Nesselwanger Mühlbach	nicht bekannt	525	4387561	5277529	4387256	5277123
2975	472050	Nesselwanger Mühlbach	nicht bekannt	266	4387080	5276821	4386906	5276675
2976	472050	Nesselwanger Mühlbach	nicht bekannt	168	4387201	5277024	4387103	5276896
2977	472050	Nesselwanger Mühlbach	nicht bekannt	21	4387234	5277075	4387223	5277056
2978	472050	Nesselwanger Mühlbach	nicht bekannt	520	4387500	5275551	4387478	5275039
2979	472050	Nesselwanger Mühlbach	Oberer Bergbach	179	4387169	5277102	4387037	5276987
2980	472050	Nesselwanger Mühlbach	Oberer Bergbach	94	4387288	5277179	4387203	5277139
2981	472050	Nesselwanger Mühlbach	nicht bekannt	64	4387491	5275325	4387517	5275271
2982	472053	Roßbach (Galetsch-Bach): nur Quellbäche	Roßbach	285	4371354	5271197	4371570	5271191
2983	472053	Roßbach (Galetsch-Bach): nur Quellbäche	Roßbach	178	4371700	5271245	4371824	5271360
2984	472053	Roßbach (Galetsch-Bach): nur Quellbäche	Roßbach	90	4371916	5271470	4371965	5271533
2985	472053	Roßbach (Galetsch-Bach): nur Quellbäche	Roßbach	20	4371984	5271615	4371995	5271628
2986	472053	Roßbach (Galetsch-Bach): nur Quellbäche	Kalchenbach	125	4372137	5271830	4372213	5271927
2987	472053	Roßbach (Galetsch-Bach): nur Quellbäche	nicht bekannt	21	4372283	5272058	4372304	5272058
2988	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	nicht bekannt	29	4366794	5277886	4366766	5277880
2989	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	nicht bekannt	20	4367010	5278189	4366995	5278202

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2990	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	nicht bekannt	20	4368278	5278888	4368283	5278907
2991	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	nicht bekannt	20	4367073	5278244	4367062	5278260
2992	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	nicht bekannt	141	4367318	5278415	4367234	5278523
2993	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	nicht bekannt	20	4367432	5278510	4367415	5278515
2994	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	nicht bekannt	20	4367798	5278837	4367780	5278844
2995	472055	Schanzbach	Schanzbach	416	4383206	5276017	4383462	5275702
2996	472055	Schanzbach	Schanzbach	42	4383640	5275165	4383659	5275128
2997	472056	Betzigauer Bach	Betzigauer Bach, Bannholzbach	1087	4378557	5290196	4379070	5289368
2998	472056	Betzigauer Bach	Betzigauer Bach, Bannholzbach	20	4379252	5289275	4379264	5289260
2999	472057	Wildpoldsrieder Bach	Wildpoldsrieder Bach	694	4380190	5293577	4380788	5293533
3000	472057	Wildpoldsrieder Bach	Wildpoldsrieder Bach	275	4380895	5293518	4381100	5293458
3001	472057	Wildpoldsrieder Bach	Wildpoldsrieder Bach	17	4381194	5293316	4381211	5293315
3002	472057	Wildpoldsrieder Bach	nicht bekannt	21	4381011	5293537	4381009	5293556
3003	472058	Durach	Durach	3589	4374003	5285133	4376792	5285298
3004	472058	Durach	Durach	582	4377457	5285009	4377999	5285013
3005	472058	Durach	Durach	562	4376947	5285250	4377076	5284818
3006	472058	Durach	Durach	296	4379936	5285918	4380072	5286088
3007	472058	Durach	Durach	188	4378132	5284968	4378301	5284988
3008	472058	Durach	Durach	77	4377203	5284956	4377265	5284996
3009	472058	Durach	Langeneck	10	4378134	5284957	4378138	5284947
3010	472058	Durach	nicht bekannt	9	4377890	5285010	4377890	5285001
3011	472059	Hörgers-Tobel	Fischersbach	17	4366292	5300070	4366294	5300054
3012	472060	Kaldener Tobelbach	Kaldener Tobelbach	20	4365433	5300409	4365423	5300391
3013	472062	Leubas	Leubas	1514	4373720	5293951	4374844	5293583
3014	472062	Leubas	Leubas	538	4375131	5293430	4375600	5293522
3015	472062	Leubas	Leubas	392	4373366	5293701	4373677	5293814
3016	472062	Leubas	Leubas	282	4375724	5293530	4375985	5293622
3017	472062	Leubas	Leubas	230	4377683	5292985	4377863	5292911
3018	472062	Leubas	Leubas	211	4378010	5292736	4378078	5292591
3019	472062	Leubas	Leubas	163	4373039	5293669	4373137	5293786
3020	472062	Leubas	Leubas	83	4372706	5293519	4372744	5293593
3021	472062	Leubas	Leubas	59	4377324	5293160	4377358	5293119
3022	472062	Leubas	Leubas	54	4375651	5293546	4375698	5293548
3023	472062	Leubas	Leubas	54	4374896	5293461	4374939	5293431
3024	472062	Leubas	Leubas	21	4372858	5293672	4372878	5293678
3025	472062	Leubas	Leubas	20	4377534	5292977	4377550	5292965
3026	472062	Leubas	Leubas	11	4374862	5293511	4374867	5293502
3027	472063	Peter- und Paulbach	nicht bekannt	985	4378628	5278706	4379271	5278161
3028	472063	Peter- und Paulbach	nicht bekannt	144	4378487	5278912	4378557	5278808
3029	472063	Peter- und Paulbach	nicht bekannt	126	4379324	5278027	4379444	5278007
3030	472063	Peter- und Paulbach	nicht bekannt	17	4379252	5278125	4379246	5278109
3031	472064	Mühlenbach	nicht bekannt	40	4369279	5255989	4369242	5256003
3032	472064	Mühlenbach	nicht bekannt	35	4369143	5256046	4369115	5256066
3033	472065	Fuchsbach	Fuchsbach	285	4364268	5280389	4364460	5280563
3034	472065	Fuchsbach	Fuchsbach	244	4364569	5280595	4364789	5280668
3035	472065	Fuchsbach	Fuchsbach	22	4365005	5280758	4365021	5280773
3036	472065	Fuchsbach	nicht bekannt	96	4365021	5280773	4365097	5280831
3037	472067	Rohrbach	Waltenhofener Bach, Rohrbach, Waldbach	228	4369422	5282019	4369205	5282058
3038	472067	Rohrbach	Waltenhofener Bach, Rohrbach, Waldbach	215	4369837	5281998	4369670	5282068
3039	472068	Kehrgraben	Innerer Kehrgraben	91	4371365	5255173	4371400	5255090
3040	472068	Kehrgraben	Innerer Kehrgraben	22	4371921	5255066	4371943	5255064

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
3041	472068	Kehrgraben	Innerer Kehrgraben	20	4370950	5255449	4370968	5255440
3042	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	195	4376684	5276878	4376813	5276788
3043	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	101	4376941	5276706	4377040	5276721
3044	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	25	4377177	5276722	4377198	5276736
3045	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	51	4376292	5275588	4376317	5275543
3046	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	20	4376078	5275903	4376095	5275893
3047	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	175	4377027	5276397	4377131	5276265
3048	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	52	4376980	5276646	4376983	5276595
3049	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	22	4376117	5275933	4376134	5275919
3050	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	19	4376550	5275811	4376562	5275825
3051	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	14	4376386	5275720	4376400	5275721
3052	472073	Hinslangspannbach	Remsentobel	256	4358912	5293780	4359152	5293796
3053	472073	Hinslangspannbach	Remsentobel	171	4359252	5293774	4359393	5293745
3054	472073	Hinslangspannbach	nicht bekannt	15	4358950	5293784	4358958	5293797
3055	472073	Hinslangspannbach	nicht bekannt	21	4359172	5293793	4359168	5293814
3056	472074	Angerbach (OAL)	Rissbach	1314	4390938	5272594	4390055	5272948
3057	472074	Angerbach (OAL)	Rissbach	30	4390992	5272371	4390981	5272399
3058	472074	Angerbach (OAL)	Ellenruckenbach	202	4390091	5273018	4389905	5273055
3059	472074	Angerbach (OAL)	Hoher Brandbach	736	4390625	5273258	4389919	5273246
3060	472074	Angerbach (OAL)	nicht bekannt	676	4390619	5273264	4389990	5273410
3061	472074	Angerbach (OAL)	nicht bekannt	240	4390263	5273407	4390046	5273505
3062	472074	Angerbach (OAL)	nicht bekannt	41	4390048	5273117	4390038	5273157
3063	472074	Angerbach (OAL)	nicht bekannt	35	4390072	5273046	4390058	5273078

Studienzeiten 2018/2019 an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Sozialverwaltung

Bekanntmachung der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Sozialverwaltung

vom 1. August 2017, Az. L 232/02/2017

Im Vollzug des Art. 17 des Gesetzes über die Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern (HföD-Gesetz – HföDG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Oktober 2003 (GVBl. S. 818, BayRS 2030-1-3-F), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 354) geändert worden ist, gibt der Fachbereich Sozialverwaltung im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration folgende Studienzeiten für das Fachstudium bekannt:

Erster Studienabschnitt vom 17. September 2018 bis 29. März 2019 für die Studierenden, die im Jahr 2021 die Qualifikationsprüfung ablegen werden:

Voraussichtliche Zahl der Studiengruppen:

- Fachrichtung Rentenversicherung: 4 Studiengruppen
- Fachrichtung Staatliche Sozialverwaltung: 1 Studiengruppe

Zweiter Studienabschnitt für die Studierenden, die im Jahr 2020 die Qualifikationsprüfung ablegen werden:

1. Teil vom 17. September 2018 bis 31. Dezember 2018

2. Teil vom 1. April 2019 bis 12. Juli 2019

Voraussichtliche Zahl der Studiengruppen:

- Fachrichtung Rentenversicherung: 3 Studiengruppen
- Fachrichtung Staatliche Sozialverwaltung: 1 Studiengruppe

Dritter Studienabschnitt vom 2. Januar 2019 bis 28. Juni 2019 für die Studierenden, die im Jahr 2019 die Qualifikationsprüfung ablegen werden:

Voraussichtliche Zahl der Studiengruppen:

- Fachrichtung Rentenversicherung: 4 Studiengruppen
- Fachrichtung Staatliche Sozialverwaltung: 1 Studiengruppe

Rainer Schmid
Fachbereichsleiter

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibungen

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit sind in nächster Zeit zu besetzen:

1. Die Stelle **des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts Ansbach** (Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage)
2. Die Stelle **des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts Bayreuth** (Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage)

Bewerbungen um diese Stellen sind bis **19. Februar 2018** auf dem Dienstweg beim Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr einzureichen.

Es können nur Bewerber/Bewerberinnen berücksichtigt werden, die über eine verwaltungsrichterliche Berufserfahrung von mindestens drei Jahren und Erfahrung als Jurist/Juristin in der öffentlichen Verwaltung verfügen.

Vorrangig werden Bewerber/Bewerberinnen berücksichtigt, die zudem über eine ausreichend lange Berufserfahrung

– von mindestens zwei Jahren als Richter/Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (oder einem Oberverwaltungsgericht) oder
– von mindestens zwei Jahren als Jurist/Juristin in der Ministerialverwaltung (oder einer vergleichbaren Verwaltung auf europäischer/internationaler Ebene) oder
– von mindestens zwei Jahren als Jurist/Juristin am Bundesverfassungsgericht oder Bundesverwaltungsgericht (oder einem anderen obersten Gerichtshof des Bundes oder einem vergleichbaren Gericht auf europäischer/internationaler Ebene)

verfügen.

Die Bewerbung von Frauen wird begrüßt (Art. 7 Abs. 3 BayGlG).

Schwerbehinderte Bewerber/Bewerberinnen im Sinne von § 2 Abs. 2 SGB IX werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Es ist demnächst **eine Stelle für eine Richterin/einen Richter am Bayerischen Landessozialgericht** (BesGr R 2) zu besetzen.

Bis zum **20. Februar 2018** können auf dem Dienstweg Bewerbungen bei der Präsidentin des Bayerischen Landessozialgerichts eingereicht werden.

Die Bereitschaft zu einer Tätigkeit bei der Zweigstelle des Bayerischen Landessozialgerichts in Schweinfurt wird vorausgesetzt.

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht (Art. 2 Abs. 1, Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Auf das Antragsrecht zur Beteiligung der/des Gleichstellungsbeauftragten (Art. 18 Abs. 3 Satz 2 BayGlG) sowie auf die Möglichkeit einer Ermäßigung des Dienstes unter den gesetzlichen Voraussetzungen des BayRiG wird hingewiesen.

Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Literaturhinweise

Bundesanzeiger Verlag, Köln

Bundesanzeiger Verlag, **Vergaberecht – Ausgabe 2017,** Textsammlung GWB 4.–6. Teil, VgV, VOB Teile A und B, UVgO, VOL Teile A und B, SektVO, VSVgV, KonzVgV, VergStatVO, 4., aktualisierte Auflage 2017, 495 Seiten, Preis 18,80 €, Vergabe, ISBN 978-3-8462-0749-9.

Nach der großen Vergaberechtsreform 2016 wurden weitere vergaberechtliche Änderungen und Reformen mit dem Schwerpunkt der Unterschwellenvergabe vorangetrieben. Das Buch bietet eine aktuelle und amtlich verbindliche Fassung aller wichtigen Vorschriften zur Vergabe und zur Abwicklung öffentlicher Aufträge sowie die Regelungen zum vergaberechtlichen Rechtsschutz. Ein freigeschalteter Zugang zu den Gesetzes- und Verordnungsbegründungen des Bundestages und des Bundesrates in der vergaberechtlichen Datenbank „VergabePortal" ist in dem Werk enthalten.

Rechten/Röbke, **Basiswissen Vergaberecht,** Ein Leitfaden für Ausbildung und Praxis, 2., aktualisierte Auflage 2017, 307 Seiten, Preis 29,80 €, Vergabe, ISBN 978-3-8462-0623-2.

Der praxisnahe und verständliche Leitfaden gibt einen kompakten Überblick über das neue Vergaberecht und führt systematisch in die Grundlagen und Funktionsweisen ein. Zusammenhänge und Verfahrensabläufe werden anhand von Grafiken und Ablaufschemata veranschaulicht. Die zahlreichen Praxistipps und Beispiele tragen zum Verständnis bei. Das Kapitel „Service" enthält Informationen wie z. B. Adressen der Nachprüfungsinstanzen, der Auftragsberatungsstellen sowie Hinweise zu Checklisten und zu weiterführenden Auskünften im Internet zu dem Thema.

Ferber, **Fristen im Vergabeverfahren,** Ab Bekanntmachung bis Zuschlag, 4., aktualisierte Auflage 2017, 543

Seiten, Preis 79 €, Praxisratgeber Vergaberecht, Vergabe, ISBN 978-3-8462-0560-0.

Das Werk enthält alle Neuerungen der umfangreichen Vergabereform und bereitet alle Aspekte zu dem Thema Fristen bei Vergabeverfahren durch Grafiken und Tabellen anschaulich auf. Alle Verfahren werden nach den neuen EU-Richtlinien und soweit zutreffend den Vergabearten öffentliche Ausschreibung, beschränkte Ausschreibung, freihändige Vergabe, offenes Verfahren, nicht offenes Verfahren, Verhandlungsverfahren, wettbewerblicher Dialog sowie Innovationspartnerschaft behandelt. Fragen nach Fristenbeginn, Fristenablauf, Berechnung der Fristendauer, Fristen für Bieterfragen, Bindefristen, Zuschlagsfristen, Informations- und Wartefristen, die Möglichkeiten der Fristverkürzungen und die Notwendigkeit von Fristverlängerung u. v. m. werden verständlich beantwortet.

Müller-Wrede, **VgV / UVgO einschließlich VergStatVO,** Kommentar, 2017, LXXII, 2344 Seiten, Preis 189 €, Vergabe, ISBN 978-3-8462-0556-3.

Im Zuge der Vergaberechtsreform 2016 wurde die VgV grundlegend überarbeitet. In der VgV sind die Regelungen der VOF und des zweiten Abschnitts der VOL/A zusammengeführt und um zahlreiche Neuregelungen ergänzt worden. Die Vergabestellen müssen mit der UVgO und der VergStatVO komplett neue Regelwerke beachten. Die einzelnen Regelungen der VgV, UVgO und VergStatVO werden praxisgerecht und fundiert erläutert. Die amtlichen Begründungen und Erläuterungen sind bei den jeweiligen Regelungen angefügt. Die aktuelle Rechtsprechung und die zahlreichen Neuerungen der Vergaberechtsreform 2016 sind umfassend berücksichtigt. Die Verfahrensarten (Toolbox-Prinzip, Innovationspartnerschaft) sind neu gestaltet, die Verfahrenskommunikation (E-Vergabe) neu geordnet, die Eignungsprüfung (Eignungskriterien, Eignungsleihe etc.) neu strukturiert und die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Aspekten neu geregelt worden. Der Kommentar ist in der vergaberechtlichen Datenbank „VergabePortal" enthalten.

Zöller/Boldt, **Baurechtliche und -technische Themensammlung,** Arbeitshefte für Baujuristen und Sachverständige, Heft 8 Anerkannte Regeln der Technik, Inhalt eines unbestimmten Rechtsbegriffs, 100 Seiten, Preis 34,80 €, ISBN 978-3-8462-0783-3.

Das Heft 8 behandelt den Konflikt zwischen der Baugeschwindigkeit, moderner Bauart und über längere Zeit praktisch bewährter Bauweise. An Beispielen aus verschiedenen Bereichen des Bauens werden diese widersprüchlichen Erwartungen verdeutlicht. Weiterhin werden die Probleme mit der Zunahme von Regelwerken des DIN, der Fachverbände sowie der herstellenden Industrie dargestellt.

Kahl/Schlüter, **Gefahrstoffrecht,** Materialien zur Einstufung und Kennzeichnung, Chemikaliengesetz, Gefahrstoffverordnung, Chemikalien-Verbotsverordnung, EU-Gesetzgebung, CLP-Verordnung, REACH-Verordnung, alle einschlägigen EG-Richtlinien, Loseblattgrundwerk, Stand April 2017, ca. 1800 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 128 €, ISBN 978-3-935064-24-8.

Das Werk stellt alle einschlägigen Vorschriften für die Einstufung, Kennzeichnung und das Inverkehrbringen von gefährlichen Stoffen mit dem ergänzenden technischen Regelwerk (TRGS) übersichtlich zusammen. Es bietet größtmögliche Rechtssicherheit für den Arbeitsalltag in den Bereichen Produkt- und Arbeitssicherheit und ist eine wichtige Arbeitshilfe für die tägliche Praxis. Die Gefahrstoffliste befindet sich als komfortable Datenbank sowohl in der Fassung von Anhang I der Richtlinie 67/548/EWG als auch in der neuen Fassung der CLP-Verordnung auf CD-ROM mit Verlinkung zu den Stofflisten der REACH-Verordnung. Die Poster „Umwandlungstabelle Einstufung" und „Kennzeichnungsetikett" verdeutlichen informativ und übersichtlich die Neuerungen durch REACH und CLP.

Busch/Niesen/Veit, **Gefahrgutvorschriften für alle Verkehrsträger,** Richtlinien, Bekanntmachungen und sonstige Veröffentlichungen für den Transport gefährlicher Güter bei allen Verkehrsträgern mit Erläuterungen, Loseblattgrundwerk, Stand Juni 2017, ca. 1700 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 145 €, ISBN 978-3-923106-73-8.

Das Werk enthält Bekanntmachungen, Richtlinien und zahlreiche Hinweise, die für die richtige Anwendung des ADR, RID, ADN, IMDG-Code und IATA GV sowie der innerstaatlichen Rechtsvorschriften (insb. GGVSee) unverzichtbar sind. Die angrenzenden Rechtsbereiche wie z. B. Betriebssicherheits- und Gefahrstoffrecht werden soweit diese für den Transport gefährlicher Güter von Bedeutung sind berücksichtigt. Die Sammlung bietet umfassende Erläuterungen der Vorschriften und ihrer Bedeutung für die Praxis und ist durch ihre klare Gliederung leicht handhabbar. Die beiliegende CD-ROM enthält den kompletten Inhalt im PDF-Format.

Busch, **Gefahrgutbeförderungsgesetz (GGBefG),** Kommentar mit Materialien, 3., aktualisierte Auflage, Stand Juli 2015, 2017, 132 Seiten, Preis 19,80 €, Sicherheit, Technik, Gefahrgut, ISBN 978-3-935064-86-6.

Neben den kompakten Erläuterungen der Einzelvorschriften bietet der leicht verständliche Kommentar auch jeweils wichtige Auszüge aus den amtlichen Begründungen der Bundesregierung zum GGBefG sowie zu den Änderungsgesetzen und den Begründungen des Bundesrates. Die Recherche wird durch ein ausführliches alphabetisches Stichwortverzeichnis erleichtert.

Scheuermann/Schucht, **Die neue Betriebssicherheitsverordnung,** Praxisleitfaden zur sicheren Verwendung von Arbeitsmitteln, 2., aktualisierte Auflage 2017, 469 Seiten, Preis 39,80 €, Sicherheit, Technik, Gefahrgut, ISBN 978-3-8462-0753-6.

Die Neuauflage berücksichtigt neben Reformen der BetrSichV und Änderungen des Technischen Regelwerks die betrieblichen Erfahrungen mit der Umsetzung der neuen Vorschriften. Das praxisnahe und rechtssichere Buch erläutert die neuen Vorschriften mit Übersichten und bietet mit Checklisten und Beispielen Hilfestellung. Auf zwischenzeitlich aufgeworfene Rechtsfragen aus der Praxis wird eingegangen.

Müller, **Die neue Störfall-Verordnung,** Das ändert sich für Sie!, Neue Anforderungen an die Unternehmen – die neue Störfall-Verordnung rechtssicher umsetzen, 2017, 184 Seiten, Preis 34,80 €, Sicherheit, Technik, Gefahrgut, ISBN 978-3-8462-0650-8.

Das praxisnahe Buch erläutert neben der novellierten StörfallV auch die zu berücksichtigenden Änderungen

des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVPG). Durch die Hervorhebung der Änderungen bei den Vorschriftentexten der StörfallV, des BImSchG und des UVPG bietet es eine schnelle Orientierung. Die umfangreichen Checklisten unterstützen bei der praktischen Umsetzung.

Bundesanzeiger Verlag, Köln; Fraunhofer IRB-Verlag, Stuttgart

Drusche, **Wohnraumschimmel,** Ursachenanalyse, Vermeidung, Sanierung, 2. Auflage 2017, 190 Seiten, Preis 56 €, Der Bausachverständige Edition, ISBN 978-3-8462-0737-6.

Das Buch klärt über die Ursachen von Innenraumschimmelpilzen auf und erklärt die Zusammenhänge zur Wärmedämmung und Luftdichte sowie zu den Nutzungsbedingungen. Es werden Methoden und Abläufe fachgerechter Schimmelpilzsanierungen aufgezeigt sowie rechtliche Einschätzungen und Verantwortlichkeiten für den Handlungsbedarf dargestellt. Eine Sammlung von Gerichtsurteilsauszügen zum Thema ist angegliedert.

Fachmedien Recht und Wirtschaft, Frankfurt am Main

Ensthaler, **Handbuch Urheberrecht und Internet,** 3., überarbeitete und erweiterte Auflage 2017, XXXVI, 684 Seiten, Preis 159 €, Schriftenreihe Kommunikation & Recht, ISBN 978-3-8005-1606-3.

Das Internet bietet die Möglichkeit der weltweiten Verbreitung von Produkten, die häufig urheberrechtlich geschützt sind. An das Urheberrecht werden dadurch enorme Herausforderungen gestellt, was sich in einer Vielzahl von insbesondere auch höchstrichterlichen Gerichtsentscheidungen zu diesem Thema und immer neuer Gesetzgebung ausdrückt. Immer größere Bedeutung erhalten Daten und Informationen in der Wertschöpfungskette z. B. bei additiven Fertigungsverfahren (3-D-Druck). Hier stellen sich die Fragen nach dem Eigentum der Daten bzw. nach passenden Schutzrechten, der Nachforschung von Urheberrechten des Herstellers vor Nutzung einer Vorlage, dem Haftungsbereich etc. Das Werk bietet eine systematische und aktuelle Gesamtdarstellung dieser schwierigen Rechtsmaterie, in der auch die jüngsten gesetzlichen Änderungen im Urheberrecht, einschließlich des neuen Verwertungsgesellschaftengesetzes (VGG), berücksichtigt sind. Für die zahlreichen Zweifelsfragen werden fundierte und praxisnahe Lösungen entwickelt.

Wybitul, **Handbuch EU-Datenschutz-Grundverordnung,** 2017, XXVI, 807 Seiten, Preis 119 €, Schriftenreihe Kommunikation & Recht, ISBN 978-3-8005-1623-0.

2018 werden die bislang in Europa geltenden Regelungen zum allgemeinen Datenschutz von der EU-Datenschutz-Grundverordnung abgelöst. Es gibt umfassende Änderungen bei Transparenzpflichten, Verantwortlichkeit, Haftung, Dokumentation u. v. m. Das praxisorientierte Handbuch bietet einen unkomplizierten Einstieg in das neue europäische Datenschutzrecht und damit die Möglichkeit, sich schnell in die komplexen und schwer verständlichen Regelungen der EU-Datenschutz-GVO einzuarbeiten. Muster unterstützen bei der Anwendung der DSGVO.

Richard Boorberg Verlag, Stuttgart und München

Baumgartner/Jäde/Kupfahl, **Das Bau- und Wohnungsrecht in Bayern,** Sammlung der in Bayern geltenden bundes- und landesrechtlichen Vorschriften mit Kommentaren zum Baugesetzbuch, zur Bayerischen Bauordnung und zur Baunutzungsverordnung, Loseblattwerk, 249. und 250. Lieferung, Stand April 2017, etwa 6520 Seiten, einschl. 6 Ordnern, Preis 168 €, ISBN 978-3-415-00602-7.

Bergmann, **Datenschutzrecht,** Kommentar zum Bundesdatenschutzgesetz, den Datenschutzgesetzen der Länder und zum bereichsspezifischen Datenschutz, Loseblattwerk, 52. Lieferung, Stand März 2017, etwa 3660 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 96 €, inkl. CD-ROM, ISBN 978-3-415-00616-4.

Gruber/Gruber, **Gemeindliche Steuern, Abgaben und Gebühren,** Vorschriftentexte mit Anmerkungen, 56. Lieferung, Stand Januar 2017, Loseblattwerk, etwa 100 Seiten, einschl. 1 Ordner, Preis 78 €, ISBN 978-3-415-00596-9.

Lademann, **Kommentar zum Einkommensteuergesetz mit Nebengesetzen,** In Zusammenarbeit mit Betriebs-Berater, Zeitschrift für Recht und Wirtschaft, Loseblattwerk, 225. bis 229. Lieferung, Stand Juni 2017, etwa 14890 Seiten, einschl. 14 Ordnern, inkl. Online-Dienst „Lademann EStG context", Preis 198 €, ISBN 978-3-415-02393-2.

Clemens/Scheuring/Steingen/Wiese, **Kommentar zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L),** 76. bis 79. Lieferung, Stand Mai 2017, Loseblattwerk etwa 9720 Seiten, einschl. 9 Ordnern, Preis 238 €, ISBN 978-3-415-03757-1, edition moll.

Clemens/Scheuring/Steingen/Wiese, **Kommentar zum Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD),** 89. bis 93. Lieferung, Stand Juli 2017, Loseblattwerk etwa 11390 Seiten, einschl. 10 Ordnern, Preis 238 €, ISBN 978-3-415-03622-2, edition moll.

Bachofer/Frasch, **Kommunales Redehandbuch,** Mustereden mit einer Einführung in die Redetechnik für die kommunale Praxis, Loseblattwerk, 36. Lieferung, Stand April 2017, etwa 1020 Seiten, einschl. 1 Ordner, mit Online-Anbindung, Preis 64 €, ISBN 978-3-415-00980-6.

Jäde/Dirnberger/Bauer/Weiß, **Die neue Bayerische Bauordnung,** Kommentar, 67. Lieferung, Stand Februar 2017, Loseblattwerk, etwa 2940 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 96 €, ISBN 978-3-415-01941-6.

Drost/Ell, **Das neue Wasserrecht in Bayern,** Wasserhaushaltsgesetz (WHG) – Bayerisches Wassergesetz (BayWG) – Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (VAUwS), Kommentare mit Vorschriftensammlung zum Europa-, Bundes- und Landesrecht, 20. und 21. Lieferung, Stand Februar 2017, Loseblattwerk etwa 6560 Seiten, einschl. 4 Ordnern, Preis 168 €, ISBN 978-3-415-04485-2.

Drost/Ell, **Das neue Wasserrecht,** Wasserhaushaltsgesetz (WHG) – Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (VAUwS), Kommentar mit

Vorschriftensammlung zum Europa- und Bundesrecht, 12. und 13. Lieferung, Stand Februar 2017, Loseblattwerk etwa 4020 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 148 €, ISBN 978-3-415-04483-8.

Höhnberg/Numberger, **Raumordnung und Landesplanung in Bayern,** Vorschriftensammlung und Kommentar zum Bayerischen Landesplanungsgesetz, 31. Lieferung, Stand Januar 2017, Loseblattwerk, etwa 950 Seiten, einschl. Ordner, Preis 82 €, ISBN 978-3-415-00591-4.

Schiffmann, **Sozialversicherungs-Vorschriften,** 71. Lieferung, Stand Februar 2017, Loseblattwerk einschl. Ordner, etwa 2260 Seiten, Preis 48 €, ISBN 978-3-415-01358-2.

Städtetag Baden-Württemberg/Landkreistag Baden-Württemberg, **Die Energiewende erfolgreich umsetzen,** ein Leitfaden mit Handlungsempfehlungen und Praxishinweisen, 2017, 182 Seiten, Preis 35 €, Energiewende in Kommunen; 1, ISBN 978-3-415-05895-8.

Der Leitfaden gibt Antworten auf die Frage, wie Städte, Gemeinden und Landkreise eine klimafreundliche und bezahlbare Energieversorgung für die Zukunft sicherstellen können. Er bietet einen genauen Überblick über die vielfältigen Gestaltungs- und Umsetzungsinstrumente, Daten und Fakten, zielführende Handlungskonzepte sowie Tipps und Best-Practice-Beispiele. Weiterhin wird ein Weg durch das Energierecht gewiesen und die Optionen und Chancen der regenerativen Energieerzeugung werden verdeutlicht.

Brandhuber/Theobald/Typelt, **Vorschriftensammlung für die Verwaltung in Bayern – VSV,** 160. bis 162. Lieferung, einschließlich Online-Dienst, Stand 31. März 2017, Loseblattwerk etwa 9920 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 88 €, ISBN 978-3-415-00590-7.

Brandhuber/Theobald/Typelt, **Vorschriftensammlung für die Verwaltung in Bayern – VSV Ergänzungsband,** 88. und 89. Lieferung, Stand 24. Mai 2017, Loseblattwerk, etwa 1160 Seiten, einschl. Ordner, Preis 24 €, ISBN 978-3-415-00620-1.

Drost/Wagner, **Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV),** mit Einführung, Vorschriftentext, amtlicher Begründung und ergänzenden Erläuterungen, 2017, 436 Seiten, Preis 78 €, ISBN 978-3-415-05834-7.

Die Regelungen über Anlagenkonstruktion, Anlagenbetrieb, Anlagensicherheit sowie Fremd- und Eigenüberwachung erleichtern es der Industrie, Gewerbetreibenden, aber auch Privatpersonen, ohne Rücksichtnahme auf besondere Länderbestimmungen, ihre Anlagen bundesweit einheitlich zu betreiben. Der übersichtlich gestaltete Leitfaden stellt die neue Rechtslage anschaulich dar. Die einzelnen Paragrafen der Anlagenverordnung sind einschließlich ihrer Begründung durch die Bundesregierung aufgeführt und durch ergänzende Erläuterungen komplettiert. Dabei wird besonders auf die Unterschiede zwischen Bundes- und bisherigem Landesrecht eingegangen. Das Buch wird durch eine Online-Komponente ergänzt, mit dem abgedruckten Code ist zusätzlich ein Zugriff auf 16 tabellarische Gegenüberstellungen von neuer AwSV und bisherigen Landesregelungen möglich.

J.B. Metzler, Stuttgart, Teil von Springer Nature, Berlin u. a.

Ott/Dierks/Voget-Kleschin, **Handbuch Umweltethik,** 2016, VIII, 367 Seiten, Preis 89,95 €, ISBN 978-3-476-02389-6.

Die Umweltethik befasst sich einerseits mit Grundfragen der Philosophie (Naturphilosophie, Anthropologie) und berührt andererseits verschiedene Politikfelder (Klimapolitik, Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft etc.). Das Buch behandelt die drängenden Fragen eines verantwortlichen, gerechten und rücksichtsvollen Umgangs mit Natur und Umwelt. Das Handbuch stellt den umweltethischen Diskurs hinsichtlich seiner Begrifflichkeit, seiner Geschichte, seiner ethischen Grundlagen, der wesentlichen Handlungsfelder und der Bezüge zu Nachbarwissenschaften dar.

C.F. Müller, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München

Keck/Michaelis, **Die Rentenversicherung im SGB,** Kommentar für die Praxis, 96. und 97. Lieferung, Stand August 2017, Preis 82,99 € und 93,99 €, ISBN 978-3-8114-6344-8.

R. v. Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg

Sponer/Steinherr, **Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L),** Kommentar, 91. bis 97. Lieferung, Stand August 2017, Preis 102,99 €, 100,99 €, 102,99 €, 98,99 €, 87,99 €, 67,99 € und 98,99 €, auch lieferbar als CD-ROM, Kombiversion (Loseblatt + CD-ROM) und Internetversion, inkl. Textausgabe Aushangpflichtige Arbeitsgesetze im Öffentlichen Dienst, 16. Auflage, Preis 9,99 €, ISBN 978-3-7685-8444-9.

von Roetteken, **Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz,** Kommentar zu den arbeits- und dienstrechtlichen Regelungen, 50. bis 52. Lieferung, Stand August 2017, Preis 81,99 €, 85,99 € und 107,99 €, ISBN 978-3-7685-6344-4.

von Roetteken, **Bundesgleichstellungsgesetz,** BGleiG, Kommentar mit Entscheidungssammlung einschließlich Kurzkommentar zum Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetz und zur Gleichstellungsbeauftragten-Wahlverordnung, 61. und 62. Lieferung, Stand September 2017.

Schadewitz/Röhrig, **Beihilfevorschriften,** Kommentar, 130. Lieferung, Stand September 2017.

Krämer, **Zuwendungsrecht – Zuwendungspraxis,** Kommentar, 134. Lieferung, Stand Juni 2017.

Rehm, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München

Weiß/Niedermaier/Summer/Zängl, **Beamtenrecht in Bayern,** Kommentar, 199. bis 201. Lieferung, Stand August 2017, Preis 108,99 €, 108,99 € und 113,99 €, ISBN 978-3-8073-0005-4.

Engelhardt, **Naturschutzrecht in Bayern,** 40. und 41. Lieferung, Stand März 2017, Preis 73,99 € und 92,99 €, ISBN 978-3-8073-0115-0.

Feldhaus, **Bundesimmissionsschutzrecht,** Kommentar, 195. bis 197. Lieferung, Stand Mai 2017, Preis 95,99 €, 74,99 € und 105,99 €, ISBN 978-3-8073-2410-4.

Schiwy, **Deutsche Tierschutzgesetze,** Kommentar zum Tierschutzgesetz und Sammlung deutscher und internationaler Bestimmungen, 227. bis 233. Lieferung, Stand Juli 2017, Preis 170,99 €, 199,99 €, 144,99 €, 149,99 €, 181,99 €, 150,99 € und 150,99 €, ISBN 978-3-8073-2492-0.

Bätza/Jentsch, **Tierseuchenrecht in Deutschland und Europa,** 231. bis 234. Lieferung, Stand Juni 2017, Preis 173,99 €, 156,99 €, 148,99 € und 210,99 €, ISBN 978-3-8073-2491-3.

Zrenner/Grove, **Veterinär-Vorschriften in Bayern,** Vorschriftensammlung, 139. bis 142. Lieferung, Stand Juni 2017, Preis 117,99 €, 112,99 €, 116,99 € und 134,99 €, ISBN 978-3-8073-0376-5, inkl. Buch „Wieser, Raimund: Verfolgung von Lebensmittelverstößen", 5. Auflage, 328 Seiten, Preis 49,99 €, ISBN 978-3-8073-2596-5.

Grove, **EU-Hygienepaket,** Vorschriftensammlung mit Glossar, 36. und 37. Lieferung, Stand Mai 2017, Preis 79,99 € und 103,99 €, ISBN 978-3-8073-2317-6.

Raschke/Kobelt, **Fleischhygienerecht,** Sammlung deutscher und internationaler Vorschriften mit Hinweisen, 142. bis 145. Lieferung, Stand 15. Juni 2017, Preis 132,99 €, 124,99 €, 180,99 € und 148,99 €, ISBN 978-3-8073-2493-7.

Ley/Wankmüller, **Die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO 2017),** öffentliche Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (vormals VOL/A Abschnitt 1), 2017, 258 Seiten, Preis 36,99 €, ISBN 978-3-8073-2606-1.

Die Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge über Lieferungen und Leistungen unterhalb der EU-Schwellenwerte wurden durch die Unterschwellenvergabeordnung – UVgO 2017 umfänglich reformiert. Der Schnelleinstieg greift die unterschiedlichen Wurzeln der UVgO aus der VgV und dem Abschnitt 1 der VOL/A auf und erleichtert so in der Praxis das Auffinden vertrauter Inhalte. Gleichzeitig bietet er einen kompakten Überblick über die aus dem Oberschwellenbereich übernommenen neuen Regelungen der UVgO, deren Inhalte und Hintergründe, um weiterhin rechtssicher und effizient beschaffen zu können.

Mildenberger, **Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen,** Kommentar, 169. Lieferung, Stand Juni 2017.

Breier, **Eingruppierung und Tätigkeitsmerkmale für Angestellte im öffentlichen Dienst,** Kommentar, 112. Lieferung, Stand Juli 2017.

Breier u. a., **TV-L Entgeltordnung, Eingruppierung in der Praxis,** Kommentar, 15. Lieferung, Stand August 2017.

Breier/Thivessen/Dassau/Kiefer, **TV-L – Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst der Länder,** Kommentar zum Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst, 75. und 76. Lieferung, Stand September 2017.

Breier u. a., **TVöD Entgeltordnung VKA,** Eingruppierung in der Praxis, 17. Lieferung, Stand September 2017.

Breier u. a., **TVöD – Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst,** Kommentar, 96. bis 98. Lieferung, Stand September 2017.

Dassau/Langenbrinck, **Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst – TVöD Textausgabe,** 34. Lieferung, Stand Juli 2017.

Uttlinger/Baisch/Biermeier, **Das Umzugskostenrecht in Bayern,** Kommentar, 90. Lieferung, Stand März 2017.

Weber/Banse, **Das Urlaubsrecht des öffentlichen Dienstes,** 89. Lieferung, Stand Juni 2017.

Jüngling/Riedlbauer/Bischler, **Gruppierungsplan für den bayerischen Staatshaushalt, Buchungs-ABC** (Bayerischer Gruppierungsplan), 60. Lieferung, Stand Mai 2017.

Springer Gabler, Springer DE, Berlin u. a.

Mahlstedt, **Wie Frauen erfolgreich in Führung gehen,** und wie es Unternehmen gelingt, weibliche Führungskräfte zu fördern, 2017, XX, 244 Seiten, Preis 34,99 €, ISBN 978-3-658-17427-5.

Das Buch gibt einen umfangreichen und praxisnahen Überblick über die zentralen Karriereerfolgsfaktoren für Frauen, die in Führung gehen wollen. Es unterstützt Frauen, ihre Karriere ganz bewusst und individuell zu steuern, wobei dazu wertvolle Tools zum Selbstcoaching und zentrale Tipps zur persönlichen Karrieregestaltung geliefert werden.

Ludwiczek, **Biokraftstoffe und Landkonkurrenz,** die sozial-ökologische Regulierung von Landnutzung in Brasilien und in der EU, 2017, 272 Seiten, Preis 54,99 €, Research, ISBN 978-3-658-17422-4.

Die wirtschaftswissenschaftliche Studie zeigt, dass beim Ausbau der Biokraftstoffproduktion die Verdrängung des Lebensmittelanbaus, der bäuerlichen Landwirtschaft und ökologisch wertvoller Waldflächen vermieden werden kann. Es werden dazu die Regulierungssysteme der EU und Brasiliens analysiert sowie geführte Gespräche über die brasilianische Landnutzung mit Vertretern der bäuerlichen Landwirtschaft, der Landlosenbewegung, des Agrarbusiness, der Zucker- und Ethanolindustrie und von Waldschutzorganisationen herangezogen.

Springer Spektrum, Berlin u. a.

Moser/Amann/Meier/Weidner, **Tiefgreifende Hangdeformationen der Alpen,** Erscheinungsformen, Kinematik, Maßnahmen, 2017, 290 Seiten, Preis 59,99 €, Research, ISBN 978-3-658-16923-7.

In dem Buch werden umfangreiche Forschungsergebnisse tiefgreifender und großflächiger Hangdeformationen vorgestellt. Diese werden hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Umwelt, ihrer Erscheinungsformen, geologischen und geotechnischen Verhältnisse sowie deren zeitlicher Entwicklung und Kinematik bewertet. Die bisher weit verstreuten und meistens nur einen Aspekt berücksichtigenden Detailergebnisse zu Hanginstabilitäten werden

hier einer geotechnischen Gesamtschau zugeführt. Eigene Messungen solcher Hangbewegungen werden zum Teil über einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren verknüpft und bewertet.

Lüttge, **Faszination Pflanzen,** 2017, XVI, 373 Seiten, Preis 29,99 €, ISBN 978-3-662-52982-9.

Das verständliche Buch informiert wissenschaftlich fundiert und thematisiert den Nutzen der Pflanzen für die Menschheit. Pflanzen verarbeiten Reize zu Information, haben eine Uhr und ein Gedächtnis. Durch die Photosynthese liefern sie die Grundlage für die Ernährung allen Lebens und gestalten unsere Umwelt und Lebensräume.

Marx, **Klimaanpassung in Forschung und Politik,** 2017, XX, 260 Seiten, Preis 34,99 €, ISBN 978-3-658-05577-6.

Das Buch zeigt erstmals die Anpassung an den Klimawandel aus unterschiedlichen disziplinären Sichtweisen, von der Ökonomie über Geographie und Rechtswissenschaft bis hin zu Politikwissenschaft und Soziologie. Es diskutiert über die Vulnerabilität und Resilienz sowie Indikatoren und Leitfäden für die Anpassung. Auf der lokalen Entscheidungsebene liegen bis heute wenig wissenschaftlich gesicherte Daten zu Klimawandel und seinen Auswirkungen vor, hier wird aufgezeigt, dass und warum Handeln unter Unsicherheit, das Arbeiten mit Szenarien oder das Zusammenführen von natur- und sozialwissenschaftlichen Informationen auf der Tagesordnung der Anpassungsforschung und -politik stehen.

Springer VS, Springer DE, Wiesbaden

Reutter, **Landesverfassungsgerichte,** Entwicklung, Aufbau, Funktionen, 2017, XXI, 422 Seiten, Preis 69,99 €, ISBN 978-3-658-16093-7.

Der Band beinhaltet die erste umfassende politikwissenschaftliche Bestandsaufnahme der Rolle der Verfassungsgerichte in den politischen Systemen der deutschen Bundesländer. Entstehung, Struktur und Aufgaben aller 16 Landesverfassungsgerichte werden untersucht und das spannungsreiche Verhältnis von Verfassungsrechtsprechung und Politik auf Landesebene analysiert.

Meyer, **Korruption in kommunalen Verwaltungen,** ein kriminologischer Beitrag zur Verwaltungswissenschaft, 2017, XVII, 288 Seiten, Preis 44,99 €, Research, ISBN 978-3-658-17192-6.

Das Buch befasst sich damit, wo und in welchem Ausmaß bzw. in welcher Form Korruption in kommunalen Verwaltungen auftritt. Es wird untersucht, welche individuellen und kontextuellen Faktoren Einfluss darauf haben, dass Bedienstete kommunaler Verwaltungen sich korrupt bzw. nicht korrupt verhalten. Als Grundlage dient eine empirische Mixed-Methods-Studie, die in den Jahren 2014 bis 2016 durchgeführt wurde. In der Arbeit werden Ansatzpunkte für wirksame Strategien zur Korruptionsbekämpfung aufgezeigt.

Springer Vieweg, Springer DE, Heidelberg u. a.

Stiefel, **Abwasserrecycling: Technologien und Prozesswassermanagement,** das Konzept Prozesswasserautarkie, 2017, X, 226 Seiten, Preis 39,99 €, ISBN 978-3-658-13991-9.

Hier werden Verfahren und Möglichkeiten, die den Wasserverbrauch in technischen bzw. industriellen Anlagen reduzieren, beschrieben. Beispiele aus Industriezweigen mit besonders hohem Prozesswasserverbrauch sind aus der Vielzahl der Prozesse aufgegriffen worden, um an diesen die Prinzipien und Lösungsansätze zu erläutern. Das Buch zeigt Möglichkeiten zur Kostensenkung auf, es beschreibt technische Verfahren und Managementinstrumente und informiert über Eigenanalytik zur Qualitätssicherung.

Smeddinck/Kuppler/Chaudry, **Inter- und Transdisziplinarität bei der Entsorgung radioaktiver Reststoffe,** Grundlagen, Beispiele, Wissenssynthese, 2016, XIV, 131 Seiten, Preis 54,99 €, Energie in Naturwissenschaft, Technik, Wirtschaft und Gesellschaft, ISBN 978-3-658-12253-9.

Am Beispiel des komplexen Themas Entsorgung radioaktiver Reststoffe wird die Herangehensweise für disziplinübergreifende Zusammenarbeit und die transdisziplinäre Verknüpfung von Wissenschaft und Öffentlichkeit gezeigt. Das Buch bietet praxisbezogene Vorschläge aus einem Forschungsprojekt zur Problematik der wissenschaftlichen Vorbereitung der Endlagersuche sowie wissenschaftstheoretische Hintergründe zur inter- und transdisziplinären Zusammenarbeit.

Fuchs, **Lokale Impulse für Energieinnovationen,** Bürgerwind, Contracting, Kraft-Wärme-Kopplung, Smart Grid, 2017, XVIII, 254 Seiten, Preis 49,99 €, Energie in Naturwissenschaft, Technik, Wirtschaft und Gesellschaft, ISBN 978-3-658-14800-3.

Es werden die Effekte lokaler Impulse im Bereich Energiegewinnung und Energieversorgung aus den Aspekten unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen beschrieben. Diesen lokalen Impulsen fällt unter dezentralen Strukturen eine besondere Rolle zu. Die Auswirkungen werden unter der Perspektive der Technik, Nachhaltigkeit und Gesellschaftsverträglichkeit diskutiert und die spezifischen Struktur- und Organisationsmuster analysiert. In dem Band werden durch konkrete Fallbeispiele die wesentlichen Aspekte verdeutlicht und Fragen der Technik, Nachhaltigkeit und Gesellschaftsverträglichkeit vereint.

Mischke, **Bewertung der Nachhaltigkeit chemischer Substanzen,** die Methode „SusDec" als schutzgutbezogenes Nachhaltigkeitsindikatorensystem, 2017, XX, 238 Seiten, Preis 54,99 €, Research, ISBN 978-3-658-16830-8.

Mithilfe der Methode „Sustainable Decisio" (SusDec) wird ein integratives Indikatorensystem entwickelt, das die Nachhaltigkeit von Produktsystemen chemischer Substanzen vergleichend untersucht und bewertet. Es werden Schutzgüter definiert, Indikatorergebnisse zur Berechnung der Mehrbelastung herangezogen und das nachhaltigere Produktsystem ausgewählt. Damit verlässt „SusDec" den Weg von der einfachen Produktanalyse hin zu einer mehrere Betrachtungsebenen umfassenden Nachhaltigkeitsanalyse bei gleichzeitiger gleichberechtigter Berücksichtigung aller drei Nachhaltigkeitsdimensionen.

Oeding, **Elektrische Kraftwerke und Netze,** 8. Auflage 2016, XXII, 1107 Seiten, Preis 279 €, ISBN 978-3-662-52702-3.

Die Neuauflage des Standardwerks berücksichtigt die Entwicklungstendenzen in der elektrischen Energieversorgung. Sie ist erweitert um einen Abschnitt zum Verhalten von Windenergieanlagen und Photovoltaikanlagen bei Kurzschlüssen im Drehstromnetz und der Berechnung von deren Beiträgen zu Kurzschlüssen im Verteil- und Übertragungsnetz sowie entsprechende Änderungen in der nationalen und internationalen Normung. Die Ausführungen werden durch umfangreiche durchgerechnete Beispiele ergänzt. Das Buch ist seit Jahrzehnten das maßgebliche Standardwerk für die elektrische Energieversorgung. Es spricht in seiner umfassenden und verständlichen Darstellung gleichermaßen Studierende und Ingenieure an, die sich mit der Projektierung, dem Bau und dem Betrieb von Anlagen zur Erzeugung, Übertragung und Verteilung elektrischer Energie befassen. Zahlreiche Bespiele tragen zum Verständnis bei.

Heimerl, **Biologische Durchgängigkeit von Fließgewässern,** ausgewählte Beiträge aus der Fachzeitschrift WasserWirtschaft, 2017, X, 604 Seiten, Preis 49,99 €, ISBN 978-3-658-13989-6.

Das Buch zeigt auf, was bei Planung und Beurteilung der biologischen Durchgängigkeit von Gewässern wegweisend ist. Es widmet sich der interdisziplinären Aufgabe eines Einklangs zwischen verschiedenen zivilisatorischen Ansprüchen und der biologischen sowie ökologischen Funktionalität von Fließgewässern. Der Band bietet aktuelle Beispiele und Projekte sowie interdisziplinäre Konzepte und Lösungsansätze.

Springer, Berlin u. a.

Oberzaucher, **Homo urbanus,** ein evolutionsbiologischer Blick in die Zukunft der Städte, 2017, VII, 259 Seiten, Preis 16,99 €, ISBN 978-3-662-53837-1.

Das Sachbuch betrachtet das Stadtleben aus einem evolutionsbiologischen Blickwinkel. Es erklärt die biologischen Wurzeln unseres Verhaltens, warum bestimmte Umgebungseigenschaften bei Menschen bestimmte Reaktionen hervorrufen und zeigt die Herausforderungen des modernen Großstadtlebens auf. Für Architekten, Stadtplaner und Privatpersonen werden evolutionsbiologisch untermauerte Lösungsvorschläge angeboten.

Hecht-El Minshawi, **Muslime in Alltag und Beruf,** Integration von Flüchtlingen, 2017, XV, 135 Seiten, Preis 19,99 €, ISBN 978-3-662-53374-1.

Das Praxisbuch hilft, Muslime zu verstehen und will zu einem guten Miteinander in Alltag und Beruf beitragen. Dazu ist ein fundiertes interkulturelles Wissen notwendig, um kulturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Mentalitäten, Verhaltensregeln, Kommunikationsstrategien und Tabus zu erfassen. Es werden Ideen zum gemeinsamen Handeln vermittelt und zahlreiche Fallbeispiele und Checklisten unterstützen dabei.

Sisolefsky/Rana/Herzberg, **Persönlichkeit, Burnout und Work Engagement,** eine Einführung für Psychotherapeuten und Angehörige gefährdeter Berufsgruppen, 2017, VII, 30 Seiten, Preis 9,99 €, essentials, ISBN 978-3-658-16725-7.

Das Buch gibt eine praxisnahe Einführung in die Thematiken Burnout und Work Engagement. Es werden die wichtigsten Definitionen und klare Symptomchecklisten vorgestellt und der Einfluss der Persönlichkeit auf die Entstehung von Burnout sowie von positivem Work Engagement erläutert.

Itzel/Schwall, **Verfahrens- und Prozessrecht in Amts-, Staatshaftungs- und Entschädigungsverfahren,** 2017, XXIII, 163 Seiten, Preis 39,99 €, ISBN 978-3-662-50436-9.

Das Buch stellt systematisch und umfassend verfahrensrechtliche Fehler in Amts- und Staatshaftungsverfahren dar. Es bietet Lösungen zur Fehlervermeidung an, um diese Verfahren ordnungsgemäß zu führen. Zahlreiche Beispiele und Fälle aus der höchst- und obergerichtlichen Rechtsprechung werden mit den entsprechenden Lösungsmöglichkeiten praxisnah erläutert und effektive Hilfestellungen gegeben.

Pröbstl, **Das Recht der Tierversuche unter Berücksichtigung unionsrechtlicher Vorgaben,** 2017, XV, 297 Seiten, Preis 89,99 €, MedR, Schriftenreihe Medizinrecht, ISBN 978-3-662-52648-4.

Das Buch stellt das aktuelle nationale Tierversuchsrecht systematisch und ausführlich dar. Dabei wird vor allem die Umsetzung der Richtlinie 2010/63/EU in das deutsche Tierschutzgesetz berücksichtigt und die Neuerungen, die das nationale Tierversuchsrecht hierdurch erfahren hat. Neben der Beurteilung vormals bestehender rechtlicher Streitpunkte, beispielsweise des Umfangs der Prüfungskompetenz der Genehmigungsbehörden, werden auch Fälle der unzureichenden sowie der mangelnden Umsetzung der Vorgaben der Richtlinie 2010/63/EU aufgezeigt. Die Verfassungsmäßigkeit bestimmter nationaler Regelungen wird analysiert, insbesondere das relative Verbot schwerst belastender Tierversuche sowie Verwendungsverbote und -beschränkungen in Bezug auf Primaten und Menschenaffen.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern" www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern" ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern" entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 2 **München, 28. Februar 2018** **31. Jahrgang**

Inhaltsübersicht

Datum Seite

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

07.02.2018 2012.4.3-I
Aufhebung der Bekanntmachung über den Besitz und das Führen von dienstlich zur Verfügung gestellten Faustfeuerwaffen und Reizstoffsprühgeräten mit Oleoresin Capsicum und den Besitz von dienstlich zur Verfügung gestellter Munition durch Polizeivollzugsbeamte außerhalb des Dienstes (Ermächtigung gemäß Waffengesetz und Versammlungsgesetz) 183

09.02.2018 731-I
Fortschreibung des Vergabehandbuchs Bayern für Bauleistungen 183

16.01.2018 913-I
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2017, ZTV E-StB 17 183

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

12.02.2017 7072.1-W
Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen (RÖFE) 184

24.01.2018 7523-W
Änderung der Förderrichtlinien zur Durchführung des bayerischen 10 000-Häuser-Programms . . 189

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

16.02.2018 7912.5-U
Richtlinien zur Förderung von Wanderwegen, von Unterkunftshäusern und von Grün- und Erholungsanlagen aus Anlass von Gartenschauen (Förderrichtlinien für Wanderwege, Unterkunftshäuser und Grün- und Erholungsanlagen – FöR-WaGa) 190

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

29.01.2018 7840-L
Änderung der Marktstrukturverbesserungs-Richtlinie 198

793-L
Druckfehlerberichtigung der Bekanntmachung zur Änderung der Fischereiabgaberichtlinie vom 23. März 2015 (AllMBl. S. 209) 198

Fortsetzung nächste Seite

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatskanzlei

05.02.2018 Erteilung eines erweiterten Exequaturs an Herrn Dr. Nikolaus Hipp 199
08.02.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Josef Saiger 199
15.02.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Pinthep Devakula 199
19.02.2018 Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Litauen in München 199
19.02.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Yuriy Yarmilko 199

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

08.02.2018 Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband 199
16.02.2018 Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen 200

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

29.01.2018 Studienzeiten 2019/2020 an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Sozialverwaltung 203

III. Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen . . . . . entfällt

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Literaturhinweise 204

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

2012.4.3-I

Aufhebung der Bekanntmachung über den Besitz und das Führen von dienstlich zur Verfügung gestellten Faustfeuerwaffen und Reizstoffsprühgeräten mit Oleoresin Capsicum und den Besitz von dienstlich zur Verfügung gestellter Munition durch Polizeivollzugsbeamte außerhalb des Dienstes (Ermächtigung gemäß Waffengesetz und Versammlungsgesetz)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr

vom 7. Februar 2018, Az. IC2-2131.3-0

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern über den Besitz und das Führen von dienstlich zur Verfügung gestellten Faustfeuerwaffen und Reizstoffsprühgeräten mit Oleoresin Capsicum und den Besitz von dienstlich zur Verfügung gestellter Munition durch Polizeivollzugsbeamte außerhalb des Dienstes (Ermächtigung gemäß Waffengesetz und Versammlungsgesetz) vom 9. September 2008 (AllMBl. S. 628) wird aufgehoben.
2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. März 2018 in Kraft.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

731-I

Fortschreibung des Vergabehandbuchs Bayern für Bauleistungen

Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

vom 9. Februar 2018, Az. IIZ5-40012.1-2-2

1. Die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wurde mit Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über das Handbuch für die Vergabe und Durchführung von Bauleistungen durch Behörden des Freistaates Bayern (Vergabehandbuch Bayern für Bauleistungen – VHB Bayern) vom 12. Juli 2011 (AllMBl. S. 419, StAnz. Nr. 28) ermächtigt, künftig notwendige Ergänzungen und Fortschreibungen des Vergabehandbuchs Bayern für Bauleistungen bekannt zu machen.
2. Infolge des am 1. Januar 2018 in Kraft getretenen gesetzlichen Bauvertragsrechts, der Neuauflage des Vergabe- und Vertragshandbuchs für die Baumaßnahmen des Bundes (VHB 2017) durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und des Allgemeinen Rundschreibens Straßenbau Nr. 24/2017 des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 20. Dezember 2017 wurde das Vergabehandbuch Bayern für Bauleistungen fortgeschrieben und tritt am 12. März 2018 – Stand März 2018 – in Kraft.
3. Die Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr über die Fortschreibung des Vergabehandbuchs Bayern für Bauleistungen vom 10. Mai 2016 (AllMBl. S. 1538) tritt mit Ablauf des 11. März 2018 außer Kraft.
4. Das Vergabehandbuch Bayern für Bauleistungen wird als Lesefassung fortgeschrieben und im Internet unter www.vergabehandbuch.bayern.de eingestellt.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

913-I

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2017, ZTV E-StB 17

Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

vom 16. Januar 2018, Az. IID9-43415-3-1

Regierungen
Autobahndirektionen
Staatliche Bauämter mit Straßenbauaufgaben

nachrichtlich
Bayerischer Landkreistag
Bayerischer Städtetag
Bayerischer Gemeindetag

1. Allgemeines

[1]Die „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau“, Ausgabe 2017 (ZTV E-StB 17), wurden in der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) von Vertretern der Industrie, der Straßenbauverwaltungen und der Wissenschaft erarbeitet. [2]Die überarbeiteten ZTV E-StB 17 enthalten die Umstellung der Einteilung von Boden und Fels in Homogenbereiche. [3]Hierdurch wird das bisher in der ZTV E-StB enthaltene System der Bodenklassen durch das in den ATV DIN 18300 „Erdbau“ beschriebene System der Homogenbereiche für die Erdarbeiten im Straßenbau ersetzt. [4]Für die Bodeneinteilung in Homogenbereiche ist ein ausreichender Umfang der erforderlichen Bodenerkundung essenziell. [5]Der Mindestumfang der durchzuführenden geotech-

nischen Untersuchungen ist durch die Anwendung des „Merkblatts über geotechnische Untersuchungen und Berechnungen im Straßenbau“ (M GUB) und dessen Ergänzungen für den Um- und Ausbau von Straßen (M GUB UA) definiert. [6]Für Bodenverfestigungen von fein- und gemischtkörnigen Böden mit hydraulischen Bindemitteln wurden die Druckfestigkeitsanforderungen nach Tabelle 7 für die Festlegung der Bindemittelmenge bei der Eignungsprüfung auf 4,0 MPa im Alter von 28 Tagen reduziert. [7]Ergänzend wurde eine Mindestbindemittelmenge von 3 M.-% zur Sicherstellung der Dauerhaftigkeit festgelegt. [8]Die Frostsicherheit ist über das Kriterium „Hebung der Probe“ auch bei diesen veränderten Anforderungen weiterhin sichergestellt. [9]Die Anforderungen an die Verfestigung von grobkörnigen Böden und von nicht frostempfindlichen Böden im Oberbau sind weiterhin in den ZTV Beton-StB definiert.

2. Anwendung

[1]Die ZTV E-StB 17 sind ab 1. Februar 2018 bei Straßenbaumaßnahmen im Zuge der Bundesfernstraßen, der Staatsstraßen und der von den Staatlichen Bauämtern betreuten Kreisstraßen anzuwenden und den Bauverträgen als Vertragsbestandteil zugrunde zu legen. [2]Im Interesse einer einheitlichen Handhabung empfehlen wir, diese Bekanntmachung auch für Baumaßnahmen im Zuständigkeitsbereich der Landkreise, Städte und Gemeinden anzuwenden.

3. Zu Abschnitt 14.2 der ZTV E-StB 17

[1]Gemäß Abschnitt 14.2 ZTV E-StB 17 können Eigenüberwachungsprüfungen und Kontrollprüfungen nur miteinander verglichen werden, wenn bei beiden die gleiche Methode angewendet wird. [2]In den Vorbemerkungen zum Leistungsbereich LB 904 der LB StB-By ist daher geregelt, dass als Prüfmethode für die Verdichtungskennwerte im Erdbau die Methode M3 festgelegt wird, sofern in der Leistungsbeschreibung nichts anderes angegeben ist.

4. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Februar 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 31. Januar 2018 tritt die Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern vom 21. Januar 2013 zur ZTV E-StB 09 (AllMBl. S. 51) außer Kraft.

5. Bezugsmöglichkeit

Die ZTV E-StB 17 können unter der FGSV-Nr. 599 bei der FGSV Verlag GmbH, Wesselinger Straße 17, 50999 Köln bezogen werden.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

7072.1-W

Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen (RÖFE)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

vom 12. Februar 2017, Az. 52–3305/45/9

[1]Der Freistaat Bayern gewährt Zuwendungen für Infrastrukturmaßnahmen des Tourismus nach Maßgabe

- dieser Richtlinien,
- der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften, insbesondere der Anlage 3 zu Art. 44 BayHO (VVK) sowie Art. 48, 49 und 49a des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG),
- der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung – AGVO),
- der Vorschriften des jeweils geltenden Koordinierungsrahmens der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), sofern die Förderung aus Mitteln der GRW (ko-)finanziert wird,
- der Vorschriften der einschlägigen EU-Bestimmungen, sofern die Förderung aus Mitteln des „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)“ (ko-)finanziert wird.

[2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

I. Allgemeine Beschreibung des Förderbereichs

1. Zweck der Förderung

1.1 Die Förderung soll der Attraktivitätssteigerung und Qualitätsverbesserung der Tourismusinfrastruktur in den Fördergebieten dienen, ihren Erholungswert erhöhen und damit ihre Wirtschaftskraft steigern.

1.2 Vor diesem Hintergrund wird hinsichtlich der Qualität der Vorhaben ein Fokus auf identifikations- und imagebildende Projekte sowie auf Vorhaben mit innovativen Ansätzen und ökologischer Ausrichtung gesetzt.

1.3 Besondere Berücksichtigung finden interkommunale Maßnahmen.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Auf der Grundlage des Tourismuspolitischen Konzepts der Bayerischen Staatsregierung und entsprechend dem unter Nr. 1 genannten Förderzweck werden öffentliche Einrichtungen des Tourismus gefördert.

2.2 Als öffentliche Einrichtungen des Tourismus im Sinne der Nr. 2.1 gelten Basiseinrichtungen der touristischen Infrastruktur, die von unmittelbarer Bedeutung für die Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Entwicklung von Tourismusgebieten sind und überwiegend dem regionalen Tourismus dienen.

2.3 Bei der Förderung touristischer Infrastruktureinrichtungen ist zwischen nicht einnahmeschaffenden

(d. h. beihilfefreien) Maßnahmen und einnahmeschaffenden (d. h. beihilferelevanten) Maßnahmen an bzw. von Basiseinrichtungen zu differenzieren.

2.4 [1]Als nicht einnahmeschaffende und nicht mit anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten verbundene Basiseinrichtungen sind insbesondere förderfähig:

die Errichtung, die Erweiterung, die Generalinstandsetzung, der Umbau und die Modernisierung von

- Kurparks,
- Kur- bzw. Wanderwegen, einschließlich unentgeltlichen Rastplätzen,
- unentgeltlichen Tourismusämtern und touristischen Informationszentren,
- innere Erschließungsmaßnahmen für die oben genannten Vorhaben.

[2]Die Anschaffung von Loipenspur- und Wegepflegegeräten ist ebenfalls förderfähig.

2.5 Als einnahmeschaffende Basiseinrichtungen sind insbesondere förderfähig:

die Errichtung, die Erweiterung, die Generalinstandsetzung, der Umbau und die Modernisierung von

- Tagungs- und Veranstaltungsräumen,
- Veranstaltungszentren,
- Sole- und Heilwasserleitungen,

sowie die Generalinstandsetzung, der Umbau und die Modernisierung von

- Häusern des Gastes,
- Kurhäusern,
- Kurmittelhäusern,
- Hallen- bzw. Thermalbädern.

2.6 [1]Sonstige Infrastrukturmaßnahmen können in Ausnahmefällen gefördert werden, sofern sie für den Tourismus in Bayern besonders bedeutsam sind und nicht nach anderen Förderrichtlinien förderfähig sind. [2]Betragen die zuwendungsfähigen Ausgaben der „sonstigen Infrastrukturmaßnahme“ mehr als 250 000 Euro oder beläuft sich die vorgesehene Förderung auf mehr als 100 000 Euro, ist die vorherige Zustimmung des Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie erforderlich.

2.7 [1]Die Förderung von einnahmeschaffenden Basiseinrichtungen nach Nr. 2.5 und ggf. Nr. 2.6 erfolgt in der Regel auf Grundlage von Art. 55 AGVO (Beihilfen für Sportinfrastrukturen und multifunktionalen Freizeitinfrastrukturen). [2]In Einzelfällen kommt auch eine Förderung nach Art. 53 AGVO (Beihilfen für Kultur und die Erhaltung des kulturellen Erbes) oder nach Art. 56 AGVO (Investitionsbeihilfen für lokale Infrastrukturen) in Betracht.

2.8 [1]Jedes einnahmeschaffende Vorhaben ist als gesonderter Einzelfall auf seine Förderfähigkeit nach diesen Richtlinien und den genannten beihilferechtlichen Vorschriften der AGVO zu prüfen, um die Beihilferechtskonformität nach Art. 107 und 108 AEUV sicherzustellen und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. [2]Dies gilt insbesondere für Bäder und Thermen sowie für Veranstaltungszentren (vgl. Nr. 5.4).

2.9 Bei einnahmeschaffenden Fördermaßnahmen im Sinne der AGVO sind alle öffentlichen Mittel (z. B. staatliche, kommunale oder EU-Förderungen) in die Beurteilung einzubeziehen.

3. Fördergebiet

Fördergebiete sind der ländliche Raum sowie die bayerischen Tourismusregionen im Sinne des Tourismuspolitischen Konzepts der Bayerischen Staatsregierung.

4. Zuwendungsempfänger und Maßnahmenträger

4.1 Zuwendungsempfänger sind ausschließlich kommunale Körperschaften.

4.2 Sofern ein nach Nr. 2 förderfähiges Vorhaben von einem anderen Maßnahmenträger durchgeführt wird und sich eine kommunale Körperschaft daran mit einem Zuschuss zu den Bau- oder Erwerbskosten beteiligt, kann der kommunalen Körperschaft hierzu eine Zuwendung gewährt werden, insbesondere unter der Voraussetzung, dass

- die kommunale Körperschaft bei der Vergabe des Vorhabens an den Maßnahmenträger die Regelungen des Abschnitts I der VOB/A bzw. der VOL/A beachtet,
- die kommunale Körperschaft maßgeblichen Einfluss auf die Ausgestaltung und den Betrieb des Vorhabens hat,
- die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung sichergestellt ist,
- dinglich sichergestellt ist, dass die geförderte Maßnahme während der 25-jährigen Bindungsfrist nicht zweckfremd genutzt wird,
- der Maßnahmenträger das Recht der zuständigen staatlichen und kommunalen Stellen zu einer Prüfung der Maßnahme anerkennt.

4.3 Auch im Fall der Nr. 4.2 bleibt die kommunale Körperschaft für die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung verantwortlich.

5. Zuwendungsvoraussetzungen

5.1 Es werden nur Vorhaben gefördert, für die ein überwiegend touristischer Bedarf vorliegt.

5.2 [1]Zuwendungen werden nur für solche Vorhaben bewilligt, mit denen noch nicht begonnen wurde, es sei denn, dass vor Vorhabensbeginn die Zustimmung zum vorzeitigen, zuwendungsunschädlichen Maßnahmenbeginn erteilt wurde. [2]Beginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrags. [3]Dies gilt im Fall der Nr. 4.2 auch für den Maßnahmenträger. [4]Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung, Grunderwerb und die Herrichtung des Grundstücks nicht als Beginn des Vorhabens.

5.3 Soweit geeignete und gleichwertige Einrichtungen aus dem Bereich der gewerblichen Wirtschaft vorhanden sind, erweitert oder geschaffen werden, werden eigene Einrichtungen kommunaler Körperschaften nicht gefördert.

5.4 [1]Bei Investitionsmaßnahmen von einnahmeschaffenden Einrichtungen ist vor Beginn der Maßnahme zunächst eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen, die die möglichen Handlungsoptionen (z. B. unveränderte Fortführung des Betriebs, Schließung der Einrichtung, Modernisierung) berücksichtigt. [2]Im Rahmen dieser Ex-ante-Bewertung sind alle Kosten zu berücksichtigen, die ein marktwirtschaftlich handelnder Investor im Fall der verschiedenen Szenarien zu tragen hätte. [3]Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob und inwieweit die Einbindung privater Unternehmer eine Kostenersparnis bei der Erbringung der öffentlichen Infrastrukturleistung ermöglicht. [4]Diese Prüfung ist grundsätzlich auf der Grundlage eines Interessenbekundungsverfahrens im Sinne von § 7 Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung (= strukturiertes Bieterverfahren außerhalb des förmlichen Vergaberechts) durchzuführen.

5.5 Die Förderung kann nur gewährt werden, wenn gegen das geplante Vorhaben keine öffentlich-rechtlichen Hinderungsgründe bestehen und den Belangen des Umweltschutzes sowie der Raumordnung und Landesplanung Rechnung getragen wird.

5.6 Es ist sicherzustellen, dass die geförderte Einrichtung zu transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen öffentlich zugänglich ist (z. B. durch eine allgemein gültige Benutzungsordnung) und überwiegend touristisch genutzt wird.

5.7 Bei der Umsetzung der Fördermaßnahme ist die Sicherstellung der Barrierefreiheit zu gewährleisten.

5.8 Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens muss gesichert sein.

5.9 [1]Nicht gefördert werden Ausgaben für den Betrieb oder die laufende Unterhaltung einer Tourismuseinrichtung. [2]Ausgaben für Betrieb und laufenden Unterhalt der Tourismuseinrichtung müssen für den Maßnahmenträger finanzierbar sein.

5.10 [1]Die Zuwendung ist zweckgebunden. [2]Die Dauer der Zweckbindungsfrist richtet sich nach dem Fördergegenstand und beträgt bei unbeweglichen Investitionsgütern 25 Jahre, in allen anderen Fällen zehn Jahre. [3]Für eine andere als eine zweckentsprechende überwiegende touristische Nutzung vor Ablauf der Bindungsfrist hat der Zuwendungsempfänger die gewährten Zuwendungen zeitanteilig zu erstatten.

5.11 Sofern der Maßnahmenträger nicht gleichzeitig Zuwendungsempfänger ist, wird dem Zuwendungsempfänger empfohlen, sich die anteilige Rückforderung gegenüber dem jeweiligen Träger vorzubehalten und entsprechend zu sichern.

5.12 Ein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 1 Abs. 4 Buchst. c in Verbindung mit Art. 2 Nr. 18 AGVO kann nicht Maßnahmenträger nach Nr. 4.2 sein.

5.13 Ein Unternehmen, das einer Rückforderung aufgrund einer früheren Kommissionsentscheidung zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem gemeinsamen Markt nicht Folge geleistet hat, darf nicht Maßnahmenträger nach Nr. 4.2 sein.

5.14 Die Veröffentlichung der Bewilligung von Vorhaben erfolgt nach Maßgabe von Art. 9 Abs. 1 Buchst. c AGVO in Verbindung mit Anhang III AGVO[1].

6. Art, Umfang und Höhe der Förderung

6.1 Die Zuwendung wird als Projektförderung im Weg der Anteilfinanzierung als Zuschuss gewährt.

6.2 Ein Zuschuss der kommunalen Körperschaft im Sinne von Nr. 4.2 ist nur bis zu der Höhe zuwendungsfähig, die auch bei einer unmittelbaren Trägerschaft der kommunalen Körperschaft anerkannt werden könnte.

6.3 [1]Sofern mit dem Vorhaben Betriebs(netto)einnahmen erzielt werden, darf die Höhe der Beihilfe (= Summe aller öffentlichen Mittel) nicht die Differenz zwischen den förderfähigen Ausgaben und dem (voraussichtlichen) Betriebsgewinn übersteigen; d. h. Bemessungsgrundlage für die Höhe der Zuwendung ist das zu ermittelnde Finanzierungsdefizit während der Dauer der Nutzungsbindung im Sinne von Nr. 5.10. [2]Der Betriebsgewinn ist nach Maßgabe von Art. 2 Abs. 39 AGVO zu ermitteln. [3]Der (voraussichtliche) Betriebsgewinn wird entweder vorab auf der Grundlage realistischer Projektionen oder über einen Rückzahlungsmechanismus von den förderfähigen Ausgaben abgezogen.

6.4 [1]Für touristische Infrastrukturvorhaben im Sinne von Nr. 2 können Investitionszuschüsse mit einem Subventionswert von bis zu 50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt werden. [2]Im Einzelfall kann unter Berücksichtigung der Lage des Investitionsortes in einem besonders strukturschwachen Gebiet und der finanziellen Leistungsfähigkeit des Maßnahmenträgers ein höherer Fördersatz gewährt werden.

6.5 Die Maßnahmenträger haben sich in jedem Fall angemessen, mindestens in Höhe von 20 % an der Finanzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben zu beteiligen.

6.6 [1]Ausgabenmehrungen werden grundsätzlich nicht gefördert. [2]Lediglich in Ausnahmefällen kann für nachträgliche Ausgabensteigerungen, die für den Zuwendungsempfänger unvermeidbar bzw. unvorhersehbar sind und mehr als 5 %, mindestens aber 100 000 Euro, der bewilligten zuwendungsfähigen Ausgaben ausmachen, eine Nachförderung gewährt werden. [3]Dabei sind die geltenden Auflagen insbesondere nach Nr. 5.3 ANBest-K (unverzügliche Anzeigepflicht) und Nr. 3.4 ANBest-K (Pflicht zur Einholung einer vorherigen Zustimmung bei wesentlichen Abweichungen von den Bauunterlagen) zu beachten.

7. Zuwendungsfähige Ausgaben

7.1 Zuwendungsfähig sind nur Ausgaben der Investitionen in materielle und immaterielle Vermögenswerte (bei einnahmeschaffenden Vorhaben vgl. Art. 55 Abs. 8, Art. 53 Abs. 4 sowie Art. 56 Abs. 5 AGVO), die in ursächlichem Zusammenhang mit

1 Nach Art. 9 Abs. 1 Buchst. c AGVO ist spätestens ab dem 1. Juli 2016 jede Einzelbeihilfe über 500 000 Euro mit den in Anhang III der AGVO genannten Informationen (u. a. Name des Empfängers und Beihilfehöhe) auf einer nationalen oder regionalen Website zu veröffentlichen.

dem stehen, zur Durchführung des Vorhabens erforderlich sind, den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechen und vom Maßnahmenträger zu tragen sind.

7.2 Für die Ermittlung der zuwendungsfähigen Hochbauausgaben ist die jeweils geltende Fassung der DIN 276 zugrunde zu legen.

7.3 Dabei sind folgende Ausgaben nicht zuwendungsfähig:

- Grundstückskosten (Kostengruppe 100),
- Herrichten und Erschließen (Kostengruppe 200), mit Ausnahme der Kosten für die nichtöffentliche Erschließung (Kostengruppe 230),
- Bauherrenaufgaben (Kostengruppe 710), Finanzierungskosten (Kostengruppe 760), allgemeine und sonstige Baunebenkosten (Kostengruppen 770 und 790),

darüber hinaus insbesondere

- Wohnräume für Hausmeister, Aufsichtspersonal u. Ä.,
- Garagen für nicht öffentliche Zwecke,
- Eigenregiearbeiten, freiwillige unentgeltliche Arbeiten, Sachleistungen,
- Ausgaben für die Beschaffung von Maschinen und Geräten zur Erstellung der Anlage einschließlich Unterstellmöglichkeiten,
- Ausgaben im Zusammenhang mit dem Betrieb oder dem laufenden Unterhalt einer Tourismuseinrichtung,
- Zuschaueranlagen bei Bädern,
- die Umsatzsteuer, soweit sie nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehbar ist.

7.4 Ausgaben für Förderanlagen (Kostengruppe 460), nutzungsspezifische Anlagen (Kostengruppe 470), Gebäudeautomation (Kostengruppe 480) und Außenanlagen (Kostengruppe 500) sind nur insoweit förderfähig, als sie für die Maßnahme unabdingbar erforderlich sind.

7.5 Ausgaben für die Ausstattung (Kostengruppe 610) sind grundsätzlich förderfähig, wenn diese für die Tourismuseinrichtung notwendig ist.

7.6 Ausgaben für Kunstwerke (Kostengruppe 600) sowie Ausgaben für künstlerische Leistungen (Kostengruppe 750) sind zuwendungsfähig, wenn Zweck und Bedeutung der Tourismuseinrichtung diese Ausgaben rechtfertigen.

7.7 Ausgaben zur Vorbereitung der Objektplanung, Architekten- und Ingenieurleistungen sowie Ausgaben für Gutachten und Beratung (Kostengruppen 720 bis 740) sind förderfähig, sofern diese Leistungen nicht durch kommunales Personal oder unentgeltlich von Dritten erbracht werden.

7.8 Die zuwendungsfähigen Ausgaben für Architekten, Landschaftsarchitekten und Ingenieurleistungen sowie die sonstigen Ausgaben aus Nr. 7.7 sind mit 16 % der zuwendungsfähigen Ausgaben der Kostengruppen 300, 400 und 500 gemäß DIN 276 zu pauschalieren.

7.9 Ausgaben zur Gewährleistung der Barrierefreiheit sind förderfähig.

7.10 Ausgaben für Maßnahmen zum Schutz vor Lärm und Erschütterungen, zur Luftreinhaltung, zur Abfallbeseitigung sowie für energiesparende Maßnahmen und Technologien können im fachtechnisch für notwendig erachteten Umfang als zuwendungsfähig anerkannt werden.

7.11 Notwendige Mehrausgaben aus Gründen des Denkmalschutzes oder aus städtebaulichen Gründen, denen keine erhebliche finanzielle Bedeutung zukommt, können in die Förderung einbezogen werden (vgl. Nr. 8.2).

7.12 [1]Die zuwendungsfähigen Ausgaben müssen mindestens 100 000 Euro betragen. [2]Loipenspur- und Wegepflegegeräte sind nur förderfähig, wenn sich die zuwendungsfähigen Ausgaben auf mindestens 50 000 Euro belaufen. [3]Ausgaben für gebrauchte mobile Wirtschaftsgüter können gefördert werden, sofern innerhalb der letzten zehn Jahre hierfür keine Zuwendung gewährt worden ist.

8. Mehrfachförderung

8.1 Grundsätzlich entfällt eine Förderung nach diesen Richtlinien, wenn für dieselben zuwendungsfähigen Ausgaben andere Fördermittel des Freistaates Bayern in Anspruch genommen werden können.

8.2 Durch Trennung der jeweiligen Ausgaben ist eine eventuelle Doppelförderung mit Städtebaufördermitteln bzw. mit Mitteln nach dem Bayerischen Denkmalschutzgesetz oder sonstigen Förderprogrammen auszuschließen.

8.3 [1]Die Summe aller öffentlichen Mittel darf die Summe der tatsächlich anfallenden zuwendungsfähigen Ausgaben nicht überschreiten. [2]Dabei darf die unter Nr. 6.5 geregelte Eigenbeteiligung der Maßnahmenträger oder des Maßnahmenträgers nicht unterschritten werden.

II. Verfahren

9. Antragsverfahren

9.1 [1]Für die Anträge auf Zuwendungsgewährung ist das Formblatt nach Muster 1a zu Art. 44 BayHO zu verwenden. [2]Die Formblätter sind auf der Internetseite des Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie elektronisch abrufbar bzw. bei den Regierungen erhältlich.

9.2 [1]Die Anträge sind bei der Regierung einzureichen, in deren Bezirk das Vorhaben durchgeführt wird. [2]Bei regierungsbezirksübergreifenden Vorhaben ist der Antrag bei der Regierung einzureichen, in deren Bezirk die federführende kommunale Körperschaft ansässig ist.

9.3 Den Anträgen sind insbesondere beizufügen:

9.3.1 Eine Begründung, in der insbesondere die strukturpolitische, regionalwirtschaftliche und tourismuspolitische Bedeutung des Vorhabens eingehend dargestellt wird,

9.3.2 ein Beschluss des zuständigen Organs des Maßnahmenträgers über die Durchführung der Maßnahme,

9.3.3 ggf. die in der Anlage 4a zu Art. 44 BayHO genannten Unterlagen für Baumaßnahmen,

9.3.4 bei Hochbauten eine Kostengliederung nach DIN 276 entsprechend Muster 5 zu Art. 44 BayHO, bei Tiefbauten eine entsprechende Kostengliederung,

9.3.5 ein Finanzierungsplan mit Beilagen gemäß Nr. 3.2.1 VVK,

9.3.6 eine Wirtschaftlichkeitsberechnung bzw. Angaben zur Höhe und zur Finanzierung der durch das Vorhaben ausgelösten Folgeausgaben,

9.3.7 Stellungnahmen der fachlich zuständigen technischen staatlichen Verwaltungsstellen mit Sichtvermerk auf den Bauunterlagen und Ausgabenberechnungen im Rahmen der Nr. 6 VVK.

9.3.8 bei einnahmeschaffenden Vorhaben eine Kosten-Nutzen-Analyse sowie das Ergebnis eines ggf. durchgeführten Interessenbekundungsverfahrens (vgl. Nr. 5.4);

9.4 Im Einzelfall kann die Bewilligungsbehörde auf die Vorlage bestimmter Unterlagen verzichten oder weitere Unterlagen anfordern.

9.5 Das Landratsamt bzw. die kreisfreie Stadt übersendet der zuständigen Regierung eine Stellungnahme, ob die Gesamtfinanzierung gesichert ist, die öffentlichrechtlichen Vorschriften beachtet sind, den Belangen des Umweltschutzes, der Raumordnung und Landesplanung Rechnung getragen wird und die Nachfolgelasten getragen werden können.

9.6 Über die Gewährung der Zuwendungen entscheiden die Regierungen im Rahmen der durch das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie erteilten Ermächtigung in eigenverantwortlicher Zuständigkeit.

9.7 Die Regierungen haben bei jedem Fördervorhaben vor Gewährung einer Zuwendung zu prüfen, ob das Vorhaben den EU-beihilferechtlichen Vorschriften entspricht und insbesondere die Vorgaben der AGVO eingehalten werden.

10. Auszahlungsverfahren und Verwendungsnachweis

10.1 [1]Die Auszahlungsanträge sind bei den Regierungen einzureichen. [2]Die Auszahlung erfolgt über die Regierungen.

10.2 Die Regierungen überwachen die ordnungsgemäße und zweckentsprechende Verwendung der Zuwendungen.

10.3 Die Verwendungsnachweise werden von den Regierungen abschließend überprüft.

11. Widerruf und Rückforderung

Zuwendungsbescheide können widerrufen und bereits gewährte Fördermittel ganz oder teilweise zurückgefordert werden, insbesondere dann, wenn die der Bewilligung zugrunde liegenden Fördervoraussetzungen nach Abschluss des Vorhabens nicht erfüllt sind oder eine Nutzungsänderung vor Ablauf der Bindungsfrist erfolgt (vgl. Nr. 5.10).

III. Hinweise und Schlussbestimmungen

12. Prüfung durch den ORH

Der Bayerische Oberste Rechnungshof ist berechtigt, bei den Zuwendungsempfängern bzw. Maßnahmenträgern (vgl. Nr. 4.2) zusätzlich zu prüfen.

13. Subventionserhebliche Tatsachen

Soweit Zuschüsse gemäß Nr. 4.2 gewährt werden, sind die VV Nr. 3.4 zu Art. 44 BayHO sowie die Bestimmungen des § 264 des Strafgesetzbuchs in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes und Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes zu beachten.

14. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Februar 2017 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2018 außer Kraft. [2]Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie über die Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen (RÖFE) vom 27. Februar 2015 (AllMBl. S. 170) tritt mit Ablauf des 31. Januar 2017 außer Kraft.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

7523-W

Änderung der Förderrichtlinien zur Durchführung des bayerischen 10 000-Häuser-Programms

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

vom 24. Januar 2018, Az. 91-9151/12/2

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie über Förderrichtlinien zur Durchführung des bayerischen 10 000-Häuser-Programms vom 16. März 2017 (AllMBl. S. 125) wird wie folgt geändert:

1.1 Nr. 1 wird wie folgt geändert:

1.1.1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
‚[1]Das 10 000-Häuser-Programm fördert mit dem „EnergieBonusBayern“ Bauherren, die Energieeffizienz und innovative Technik in ihrem Haus kombinieren wollen.‘

1.1.2 In Satz 2 werden die Wörter „beide Programmteile“ durch die Wörter ‚das „EnergieSystemHaus“‘ ersetzt.

1.1.3 In Nr. 1.1 Satz 1 werden die Wörter ‚im Rahmen des Programmteils „EnergieSystemHaus“‘ sowie die Wörter „sich“ und „gesetzt“ gestrichen.

1.1.4 Nr. 1.2 wird wie folgt gefasst:
‚Der Programmteil „Heizungstausch-Plus“ mit seinen bisherigen Fördertatbeständen ist mit dem Ablauf des Jahres 2017 ausgelaufen.‘

1.2 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

1.2.1 Die Nummerierung 2.1 wird gestrichen.

1.2.2 In Satz 1 werden die Wörter ‚im Programmteil „EnergieSystemHaus“‘ gestrichen.

1.2.3 Nach Satz 3 wird das Wort „oder“ gestrichen.

1.2.4 Nr. 2.2 wird aufgehoben.

1.3 Nr. 3 wird wie folgt geändert:

1.3.1 Die Nummerierung 3.1 wird gestrichen und der Wortlaut der bisherigen Nr. 3.1 wird wie folgt gefasst: „Antragsberechtigt sind:“.

1.3.2 Die bisherigen Nrn. 3.1.1 und 3.1.2 werden die Nrn. 3.1 und 3.2.

1.3.3 Die bisherige Nr. 3.2 wird aufgehoben.

1.4 Nr. 6 wird wie folgt geändert:

1.4.1 Nr. 6.1 wird aufgehoben.

1.4.2 Die bisherige Nr. 6.1.1 wird Nr. 6.1 und wird wie folgt geändert:

1.4.2.1 Nach Satz 4 wird folgender Satz 5 eingefügt:
„[5]Maßgeblicher Zeitpunkt ist grundsätzlich die bindende Willenserklärung des Antragsstellers zum Vertragsschluss.“

1.4.2.2 Die bisherigen Sätze 5 bis 8 werden die Sätze 6 bis 9.

1.4.3 Die bisherige Nr. 6.1.2 wird Nr. 6.2 und wird wie folgt geändert:

1.4.3.1 Nach Satz 4 wird folgender Satz 5 eingefügt:
„[5]Maßgeblicher Zeitpunkt ist grundsätzlich die bindende Willenserklärung des Antragstellers zum Vertragsschluss.“

1.4.3.2 Der bisherige Satz 5 wird Satz 6.

1.4.4 Die bisherige Nr. 6.2 wird aufgehoben.

1.5 Nr. 8 wird wie folgt geändert:

1.5.1 Nr. 8.1 wird aufgehoben.

1.5.2 Die bisherigen Nrn. 8.1.1 und 8.1.2 werden die Nrn. 8.1 und 8.2.

1.5.3 Die bisherige Nr. 8.2 wird aufgehoben.

1.6 Nr. 9 wird wie folgt geändert:

1.6.1 Nr. 9.1 wird wie folgt geändert:

1.6.1.1 In Satz 1 werden die Wörter ‚Im Rahmen des Programmteils „EnergieSystemHaus“ ist‘ durch die Wörter „Es wird“ ersetzt.

1.6.1.2 In Satz 3 wird die bisherige Fußnote 4 die Fußnote 3.

1.6.2 Nr. 9.2 wird aufgehoben.

1.6.3 Die bisherigen Nrn. 9.3 bis 9.5 werden die Nrn. 9.2 bis 9.4.

1.7 In der Überschrift des Teils 2 wird das Wort „Programmteil“ durch die Wörter „Besondere Anforderungen beim“ ersetzt.

1.8 Nr. 11 wird wie folgt geändert:

1.8.1 In Nr. 11.2 Satz 4 wird die Angabe „Tabelle 3“ durch die Angabe „Tabelle 2“ ersetzt.

1.8.2 Nr. 11.3.1 wird wie folgt geändert:

1.8.2.1 Tabelle 1 wird wie folgt geändert:

1.8.2.1.1 Die bisherige Fußnote 5 wird jeweils die Fußnote 4.

1.8.2.1.2 Die bisherige Fußnote 6 wird die Fußnote 5 und die Angabe „(vgl. Tabelle 2)“ wird durch die Wörter „(analog zur Bundesförderung, KfW 275) und werden ab 1. Juli 2018 abgesenkt.“ ersetzt.

1.8.2.1.3 Im Abschnitt „T3 Netzdienliche Photovoltaik“ wird im Spiegelstrich 2 die Angabe „1 900 €“ durch die Angabe „1 000 / 1 300 €“ und im Spiegelstrich 3 die Angabe „3 900 €“ durch die Angabe „3 000 / 3 300 €“ ersetzt.

1.8.2.2 Satz 3 mit Tabelle 2 wird aufgehoben.

1.8.3 In Nr. 11.4 Satz 2 wird die Angabe „Tabelle 3“ durch die Angabe „Tabelle 2“ ersetzt und die bisherige Fußnote 7 wird jeweils die Fußnote 6.

1.9 In Nr. 13.2.1 Satz 9 und in Nr. 13.2.2 Satz 4 wird jeweils die Angabe „Tabelle 3“ durch die Angabe „Tabelle 2“ ersetzt.

1.10 Die Überschrift ‚Teil 3: Programmteil „HeizungstauschPlus“‘ wird gestrichen.

1.11 Die bisherigen Nrn. 14 bis 16.2 werden aufgehoben.

1.12 Die bisherige Nr. 17 wird Nr. 14 und die bisherige Fußnote 8 wird aufgehoben.

2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 24. Januar 2018 in Kraft.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

7912.5-U

Richtlinien zur Förderung von Wanderwegen, von Unterkunftshäusern und von Grün- und Erholungsanlagen aus Anlass von Gartenschauen (Förderrichtlinien für Wanderwege, Unterkunftshäuser und Grün- und Erholungsanlagen – FöR-WaGa)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

vom 16. Februar 2018, Az. 64f-U8667.21-2013/1-50

[1]Der Freistaat Bayern gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinien und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (insbesondere Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung – BayHO) und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften Zuwendungen für Wanderwege, Unterkunftshäuser, dauerhafte Grün- und Erholungsanlagen im Zuge von Gartenschauen sowie Beiträge auf Gartenschauen. [2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Inhaltsübersicht

Teil 1 Beschreibung des Zuwendungsbereichs
1. Zweck und Ziel der Zuwendungen
2. Gegenstand der Förderung
2.1 Wanderwege
2.2 Unterkunftshäuser
2.3 Gartenschauen
2.4 Beiträge und Aktionen von Verbänden auf Gartenschauen
3. Zuwendungsempfänger
3.1 Wanderwege
3.2 Unterkunftshäuser
3.3 Gartenschauen
3.4 Beiträge und Aktionen auf Gartenschauen
4. Zuwendungsvoraussetzungen
4.1 Allgemeiner Zugang, öffentliches Interesse, Subsidiarität
4.2 Rechtliche Verpflichtungen, Genehmigungen, Zweckbindung
4.3 Barrierefreiheit, dauerhafte Nutzung der Grün- und Erholungsanlagen
5. Art und Umfang der Zuwendung
5.1 Art der Zuwendung
5.2 Zuwendungsfähigkeit von Ausgaben
5.3 Höhe der Zuwendung
5.4 Mehrfachförderung
5.5 Einnahmen bei Gartenschauen
5.6 Sonstige Regelungen
Teil 2 Verfahren
6. Zuständigkeit und Antragstellung
6.1 Wanderwege und Unterkunftshäuser
6.2 Gartenschauen
6.3 Antrag und Antragsunterlagen
7. Bewilligungsverfahren
7.1 Gartenschauen, Wanderwege, Unterkunftshäuser
7.2 Längere Beiträge und Aktionen auf Gartenschauen
7.3 Aufbewahrungsfrist
8. Beginn der Ausführung
8.1 Vorhabenbeginn
8.2 Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn
9. Auszahlungsantrag
10. Nachweis der Verwendung
10.1 Verwendungsnachweis
10.2 Kofinanzierung
10.3 Evaluation
11. Subventionserhebliche Angaben
12. Einvernehmen
Teil 3 Schlussbestimmungen
13. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Teil 1

Beschreibung des Zuwendungsbereichs

1. Zweck und Ziel der Zuwendungen

[1]Zweck der Zuwendungen ist die Förderung von Investitionen

- für eine umweltgerechte Erholung, für Naturerlebnis und Freizeitgestaltung in der freien Natur,
- für die Verbesserung der Naherholungsmöglichkeiten in Siedlungsräumen und der städteökologischen und -klimatischen Verhältnisse zur Unterstützung einer integrierten, nachhaltigen Stadt- und Stadt/Umland-Entwicklung sowie zum Erhalt beziehungsweise zur Verbesserung der Biodiversität und
- für die Beseitigung von städtebaulichen, ökologischen und/oder soziologischen Fehlentwicklungen und Defiziten bei Grünstrukturen.

[2]Ziel ist es, Wanderwege zu erhalten, die Ver- und Entsorgung von Unterkunftshäusern umweltgerecht zu optimieren sowie für die Bevölkerung dauerhafte und vorbildliche Grün- und Erholungsanlagen in Verbindung mit einer Gartenschau zu schaffen oder bestehende Anlagen weiterzuentwickeln und zu verbessern. [3]Gartenschauen stellen ein wichtiges Instrument der nachhaltigen Stadtentwicklung und ein Korrektiv bei städtebaulichen Fehlentwicklungen dar. [4]Sie tragen dazu bei, in bayerischen Städten eine nachhaltige, umwelt- und naturfreundliche Stadtentwicklung zu unterstützen, indem für die Bevölkerung attraktive Landschaftsräume und Freiflächen als bleibende Werte geschaffen werden. [5]Daneben dienen die temporären Veranstaltungen der Gartenschauen besonders dem gärtnerischen Berufsstand sowie zahlreichen weiteren Akteuren als herausragendes Präsentations- und

Informationsforum für vielfältige Gartenbau- und Umweltthemen.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Wanderwege

2.1.1 Gefördert werden die Generalinstandsetzung und die Beschilderung von bestehenden, umweltverträglichen und dauerhaften Wanderwegen in Bayern für Wanderer und Bergsteiger in der freien Natur beziehungsweise die Informationsgewinnung und -verarbeitung über diese Wanderwege.

2.1.2 Die Generalinstandsetzung umfasst Maßnahmen zur Wiederherstellung der Oberflächeneigenschaften, die deutlich über das Ausmaß der laufenden Unterhaltung durch Behebung von Mängeln kleineren Umfangs oder bauliche Sofortmaßnahmen in kleineren Flächen aufgrund gewöhnlicher Abnutzung, Alterung und Witterungseinflüsse hinausgehen.

2.1.3 Die Zuwendung für die Generalinstandsetzung kann frühestens drei Jahre nach Abschluss der erstmaligen Herstellung beziehungsweise wiederkehrend im Abstand von drei Jahren für dieselbe Strecke, oder wenn die Generalinstandsetzung aufgrund eines Naturereignisses zwingend erforderlich ist, beantragt werden.

2.2 Unterkunftshäuser

2.2.1 Gefördert werden Maßnahmen für eine umweltgerechtere Ver- und Entsorgung (Trinkwasser, Abwasser und regenerative Energie) von Unterkunftshäusern.

2.2.2 [1]Die Förderung beschränkt sich im alpinen Raum auf Hütten der DAV-Kategorie I oder Hütten entsprechender Ausstattung und im außeralpinen Raum auf nicht für längerfristige Aufenthalte geeignete Wanderheime. [2]Sie kann nur für in Bayern gelegene Unterkunftshäuser gewährt werden.

2.2.3 Eine Zuwendung kann frühestens nach Ablauf der Zweckbindungsfrist (vgl. Nr. 4.2.4) der vorhergehenden Förderung einer Maßnahme, oder wenn die Erneuerung aufgrund eines Naturereignisses oder technischen Fortschritts (zum Beispiel Digitalisierung, verbesserte Speichermöglichkeiten) zwingend erforderlich ist, beantragt werden.

2.3 Gartenschauen

2.3.1 Grün- und Erholungsanlagen

[1]Gefördert werden vorbildliche, dauerhafte Grün- und Erholungsanlagen ausschließlich aus Anlass der Durchführung einer Landesgartenschau oder einer Veranstaltung „Natur in der Stadt/Gemeinde“ (kurz: „Gartenschau“), die nach einer Bewerbung bei der Bayerischen Landesgartenschau GmbH, Sigmund-Riefler-Bogen 4, 81829 München, http://www.lgs.de/, vom Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) auf der Basis der nachfolgend aufgeführten Zielsetzungen und Kriterien den Zuschlag erhalten hat. [2]Es wird jährlich nur eine Veranstaltung „Natur in der Stadt/Gemeinde“ beziehungsweise Landesgartenschau gefördert. [3]Ab dem Jahr 2022 entfällt das Format „Natur in der Stadt/Gemeinde“. [4]Ab diesem Zeitpunkt wird jährlich, sofern der Zuschlag erteilt ist, eine Landesgartenschau mit der Bezeichnung „Bayerische Landesgartenschau“ durchgeführt. [5]Die Veranstaltungsdauer der Gartenschau wird von der jeweiligen Gartenschaukommune selbst bestimmt und beträgt zwölf bis 24 Wochen.

2.3.2 Zielsetzungen und Kriterien für die Zuschlagserteilung

[1]Im Rahmen des jeweiligen Bewerbungsverfahrens ist der Zuschlag derjenigen Kommune zu erteilen, die mit ihrem Gartenschaukonzept die nachfolgenden Zielsetzungen und Kriterien am besten erfüllt. [2]Den Zuschlag erteilt das StMUV im Benehmen mit dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF).

2.3.2.1 Zielsetzungen

- [1]In bayerischen Städten und Gemeinden wird eine nachhaltige Stadtentwicklung unterstützt, indem dauerhaft wertvolle Landschaftsräume und Freiflächen geschaffen oder bestehende optimiert und weiterentwickelt werden. [2]Dabei sollen Abstimmungen zwischen sozialen und ökologischen Erfordernissen erfolgen, Naherholungsangebote geschaffen, wertvolle Grünbestände und Landschaftselemente entwickelt und gesichert sowie die Versiegelung von Flächen minimiert, Brachflächen saniert und die Biodiversität gestärkt werden. [3]Es wird angestrebt, bei Gartenschauen die Verwendung von Torf zu vermeiden.
- Eine nachhaltige Verbesserung des Stadtklimas, unter anderem durch klimarelevante Freiflächen, und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel werden angestrebt.
- Die Bevölkerung soll durch beispielhafte Gestaltung und Pflege von Grünflächen, Gärten und benachbarten Ortsteilen, durch qualitätsvolle pflanzenbauliche Ausstellungen, Lehrschauen und sonstige Veranstaltungen über Fragen der natürlichen Lebensgrundlagen, des Umwelt- und Naturschutzes, der Landschaftspflege, des Gartenbaus und der nachhaltigen Orts- beziehungsweise Stadtentwicklung informiert werden.
- Die Region, die örtliche Wirtschaft, insbesondere der Tourismus sowie das gesamte lokale Handeln sollen gestärkt werden und neue Impulse erhalten zur Verbesserung der kommunalen Zusammenarbeit, des Zusammenhalts und der Identifikation der Bürger, der Institutionen und der Unternehmen vor Ort.
- Dem bayerischen Gartenbau wird die Möglichkeit gegeben, seine Beiträge zu gestalterischen und ökologischen Verbesserungen zu kreativem Grün in der Stadt vorzustellen.

2.3.2.2 Kriterien

- Die Zielsetzungen müssen in ein schlüssiges Gesamtkonzept eingebettet sein.
- Die Finanzierung der dauerhaften Grün- und Erholungsanlagen, der Durchführung der Gartenschau und der Folgekosten muss gesichert

sein und die finanzielle Leistungsfähigkeit muss nachgewiesen werden.

- Bei der Zuschlagsentscheidung sind die Eigentumsverhältnisse der Grün- und Erholungsflächen, die Nachnutzung und strukturpolitische Effekte zu berücksichtigen.
- [1]Intensive Anstrengungen der interessierten Kommune hinsichtlich einer frühzeitigen Beteiligung und Information der Bürgerinnen und Bürger, der regionalen Organisationen aus Wirtschaft, Landwirtschaft sowie aus dem Umwelt- und Sozialbereich während der Planungs- und Bewerbungsphase für eine Gartenschau. [2]Die Bürgerbeteiligung sowie die frühzeitige, transparente und strukturierte Information und Einbindung der Öffentlichkeit ist im Rahmen der Bewerbung darzustellen.
- [1]Im Übrigen gelten die mit Zustimmung des StMUV und des StMELF von der Bayerischen Landesgartenschau GmbH zum Bewerbungs- und Auswahlverfahren herausgegebenen weiteren Hinweise („Leitfaden") in ihrer jeweils geltenden Fassung. [2]Die bereits nach bisherigem Verfahren vom Vergabeausschuss beziehungsweise vom StMUV bis zum Durchführungsjahr 2022 erteilten Zuschläge an Kommunen zur Ausrichtung von Gartenschauen bleiben unberührt.

2.4 Beiträge und Aktionen von Verbänden auf Gartenschauen

2.4.1 Während des gesamten oder überwiegenden Gartenschaudurchführungszeitraums (längere Beiträge)

[1]Gefördert werden ab dem Jahr 2022 qualitätsvolle Beiträge und Aktionen, die mit ökologischer und umweltgerechter Zielsetzung im Rahmen der temporären Gartenschauveranstaltung während des gesamten oder überwiegenden Ausstellungszeitraums durchgeführt werden. [2]Die Beiträge sollen die ökologischen Schwerpunkte und Ziele der jeweiligen Gartenschau mit aufgreifen.

2.4.2 Während eines kürzeren Ausstellungszeitraums (kürzere Beiträge)

[1]Zur Unterstützung regionaler Vereine, Verbände und sonstiger Gruppierungen bietet das StMUV ausschließlich für Landesgartenschauen eine Plattform für eine Präsenz auf der Gartenschau über einen kurzen Zeitraum von einem Tag bis zu einer Woche im Aktionsformat an. [2]Das StMUV kann möglichen Aktionspartnern dazu auf Anfrage und nach Abstimmung des Aktionsprogramms Infrastruktur (Aktionsfläche mit Ausstattung) zur Verfügung stellen.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 Wanderwege

3.1.1 Zuwendungsempfänger sind der Landesverband Bayern der Deutschen Gebirgs- und Wandervereine e. V. und seine Mitglieder sowie die Hauptgeschäftsstelle und die Sektionen des Deutschen Alpenvereins e. V.

3.1.2 Der Landesverband Bayern der Deutschen Gebirgs- und Wandervereine e. V. und die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Alpenvereins e. V. können die Zuwendung, unter Beachtung der Voraussetzungen der VV Nr. 13 zu Art. 44 BayHO, an ihre Mitglieder beziehungsweise Sektionen weiterleiten, sofern dies im Zuwendungsbescheid vorgesehen ist.

3.2 Unterkunftshäuser

3.2.1 Zuwendungsempfänger sind die Hauptgeschäftsstelle und die Sektionen des Deutschen Alpenvereins e. V., der Landesverband Bayern der Deutschen Gebirgs- und Wandervereine e. V. und seine Mitglieder sowie der Landesverband Bayern der NaturFreunde Deutschlands e. V. und seine Mitglieder.

3.2.2 Der Landesverband Bayern der Deutschen Gebirgs- und Wandervereine e. V., der Landesverband Bayern der NaturFreunde Deutschlands e. V. und die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Alpenvereins e. V. können die Zuwendung, unter Beachtung der Voraussetzungen der VV Nr. 13 zu Art. 44 BayHO, an ihre Mitglieder beziehungsweise Sektionen weiterleiten, sofern dies im Zuwendungsbescheid vorgesehen ist.

3.3 Gartenschauen

3.3.1 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger ist jeweils die Kommune, auf deren Grundeigentum oder ihr kraft Vertrags langfristig (mindestens 25 Jahre) zur Verfügung stehenden Flächen die dauerhaften Grün- und Erholungsanlagen anlässlich einer Gartenschau hergestellt werden und die die Ausgaben trägt.

3.3.1.1 [1]Die Kommune ist als Adressatin des Zuwendungsbescheids verpflichtet, die darin enthaltenen Auflagen und Maßgaben (Nebenbestimmungen) zu beachten. [2]Die Berechtigung zur Mittelverwendung ist auf den Zuwendungsempfänger beschränkt. [3]In Ausnahmefällen kann auf Antrag des Zuwendungsempfängers eine Weiterleitung der Zuwendung im Zuwendungsbescheid gemäß Nr. 13 VVK (Anlage 3 zu Art. 44 BayHO) an einen Dritten gestattet werden, wenn die Grün- und Erholungsanlagen dauerhaft in dessen Verantwortungsbereich verbleiben, alle Rechte und Pflichten des Zuwendungsempfängers einschließlich der Sicherung der Gesamtfinanzierung (gleiche persönliche, fachliche und finanzielle Kriterien wie der ursprüngliche Zuwendungsempfänger) von diesem dauerhaft übernommen werden und dadurch der Zuwendungszweck ebenso erfüllt wird.

3.3.1.2 [1]Sofern die Weiterleitung der Mittel an Dritte erfolgt, hat das in öffentlich-rechtlicher Form zu erfolgen. [2]Geeignete Nachweise zur Einhaltung der oben genannten Kriterien sind der Bewilligungsbehörde unverzüglich und spätestens mit der Weiterleitung der Mittel zuzuleiten.

3.3.1.3 [1]Tritt ein Dritter im Auftrag der Kommune lediglich als Erfüllungsgehilfe für einzelne definierte Aufgaben auf, ist keine Gestattung der Weiterleitung notwendig. [2]Dies gilt auch für die örtliche Durchführungsgesellschaft als temporäre

Zweckgesellschaft, die aufgrund gesellschaftsrechtlicher Regelungen tätig wird.

3.4 Beiträge und Aktionen auf Gartenschauen

3.4.1 Zuwendungsempfänger bei längeren Beiträgen und Aktionen sind gemeinnützige Organisationen, die sich satzungsgemäß dem Natur- oder Umweltschutz widmen.

3.4.2 Begünstigte bei kürzeren Beiträgen sind regionale Verbände, Vereine und sonstige Gruppierungen, die sich im Rahmen der Gartenschau für Umwelt- und Naturschutz engagieren wollen.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Allgemeiner Zugang, öffentliches Interesse, Subsidiarität

Maßnahmen sind nur förderfähig, soweit sie an allgemein zugänglichen und öffentlichen Interessen dienenden Wegen, Unterkunftshäusern oder Grün- und Erholungsanlagen stattfinden und ohne Zuwendungen nicht oder nicht im notwendigen Umfang mithilfe des bürgerschaftlichen Engagements durchgeführt werden können.

4.2 Rechtliche Verpflichtungen, Genehmigungen, Zweckbindung

4.2.1 Maßnahmen, zu deren Durchführung der Antragsteller selbst oder Dritte rechtlich verpflichtet sind, können nicht gefördert werden.

4.2.2 Erforderliche behördliche Genehmigungen sowie gegebenenfalls notwendige Zustimmungen von Eigentümern oder sonstigen Berechtigten sind vom Zuwendungsempfänger jeweils eigenverantwortlich vor Beginn des Vorhabens einzuholen.

4.2.3 [1]Die Zweckbindungsfrist für Grün- und Erholungsanlagen beträgt 25 Jahre und beginnt zu dem Zeitpunkt, zu dem die Anlagen der Allgemeinheit unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. [2]Bei sonstigen investiven Anlagenteilen (zum Beispiel Erholungseinrichtungen wie Spielplätze, Ruhebänke etc.) ist ebenfalls grundsätzlich eine Nutzungsdauer von 25 Jahren zugrunde zu legen, soweit nicht in begründeten Ausnahmefällen von einer objektiv kürzeren Nutzungsdauer auszugehen ist.

4.2.4 [1]Für Maßnahmen in Zusammenhang mit Unterkunftshäusern und bei Wanderwegen gilt eine grundsätzliche Zweckbindungsfrist von zehn Jahren, soweit nicht in begründeten Ausnahmefällen von einer objektiv kürzeren Nutzungsdauer auszugehen ist. [2]Die Zweckbindungsfrist beginnt hier mit Fertigstellung der Maßnahme.

4.3 Barrierefreiheit, dauerhafte Nutzung der Grün- und Erholungsanlagen

4.3.1 Anforderungen, die sich aus der Barrierefreiheit des Zugangs zu den Grün- und Erholungsanlagen ergeben, sind bei der Realisierung und Nutzung zu berücksichtigen.

4.3.2 [1]Die Grün- und Erholungsanlagen müssen der Öffentlichkeit dauerhaft und unentgeltlich zur Verfügung stehen. [2]Temporäre Nutzungseinschränkungen, die auch durch eine allgemein gültige Benutzungsordnung geregelt werden können (zum Beispiel Öffnungszeiten, Sperrung aus Sicherheitsgründen, Veranstaltungen etc.), sind zulässig. [3]Nach Beendigung der Gartenschau können auf den geförderten Flächen Veranstaltungen durchgeführt werden, sofern in der jährlichen Gesamtschau der Hauptzweck der Flächen, der Allgemeinheit unentgeltlich zur Verfügung zu stehen, nicht im überwiegendem Maß eingeschränkt wird und die Anlagen durch die Veranstaltungen nicht nachhaltig geschädigt werden.

5. Art und Umfang der Zuwendung

5.1 Art der Zuwendung

5.1.1 Die Zuwendung für Investitionen wird als Projektförderung im Wege der Anteilfinanzierung als Zuschuss beziehungsweise Zuweisung zu den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben gewährt.

5.1.2 Die Zuwendung für längere Beiträge und Aktionen gemeinnütziger Organisationen auf Gartenschauen wird als Festbetragsfinanzierung gewährt.

5.1.3 Für kürzere Beiträge kann vom StMUV Infrastruktur bereitgestellt werden.

5.2 Zuwendungsfähigkeit von Ausgaben

5.2.1 Investive Maßnahmen

[1]Zuwendungsfähig sind investive Ausgaben, die zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme erforderlich sind. [2]Der Rechtsgrund muss innerhalb des Bewilligungszeitraums entstanden sein, soweit es sich nicht um Maßnahmen handelt, die im Sinn von Nr. 8.1.2 Satz 2 vor der Hauptmaßnahme ausgeführt werden müssen.

5.2.1.1 Wanderwege und Unterkunftshäuser

[1]Zuwendungsfähige Ausgaben umfassen

- Bau- und Baunebenkosten für die Generalinstandsetzung von Wanderwegen einschließlich Wegebrücken und kleinräumiger Umverlegungen von Wanderwegen, die aus baulichen oder technischen Gründen notwendig sind, soweit Bauweise und Bauausführung naturverträglich erfolgen;
- Ausgaben für die Beschilderung von Wanderwegen, sofern sie nach einheitlichen Vorgaben erfolgt, sowie für Vermessung und GPS-Dokumentation;
- Bau- und Baunebenkosten für Maßnahmen zur umweltgerechten Ver- und Entsorgung an bestehenden Unterkunftshäusern (auch im Zuge von Ersatzbauten);
- Umsatzsteuer, soweit sie nicht nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes als Vorsteuer abzugsfähig ist.

[2]Für die Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben ist die jeweils geltende DIN 276 beziehungsweise HOAI zugrunde zu legen. [3]Ausgaben für freiwillige Arbeiten und Sachleistungen einschließlich Sachspenden von Vereinsangehörigen sind zuwendungsfähig. [4]Freiwillige Arbeitsleistungen werden nach den vom StMELF bekannt gegebenen zuschussfähigen Höchstsätzen der Ländlichen Entwicklung (ZHLE) in der jeweils

geltenden Fassung anerkannt. [5]Folgende Ausgaben sind **nicht** zuwendungsfähig:

– Grunderwerb und öffentliche Erschließung;
– Anschaffung von beweglichen Sachen, ausgenommen Beschilderungen;
– Unterhalt und Betrieb der geförderten Maßnahme;
– Ausgaben für Leitungen oder Verbindungen ins Tal;
– Entwicklung von Konzepten, soweit sie nicht Teil der HOAI-Planungskosten der geförderten Maßnahme sind;
– Anlagenteile, die der Gewinnerzielung dienen (zum Beispiel Kiosk, Gaststätte);
– Ausgaben für kommunale Regiearbeiten;
– Baunebenkosten der Kostengruppen 710, 750, 760, 770 und 790 der DIN 276.

5.2.1.2 Grün- und Erholungsanlagen

[1]Zuwendungsfähige Ausgaben umfassen

– innerhalb des Gartenschaugeländes: Ausgaben für die Schaffung und die wesentliche Erweiterung von Grün- und Erholungsanlagen (zum Beispiel dauerhafte Pflanzbereiche, Ruhezonen, Teichanlagen, Lehrpfade, Wegesystem), die der Öffentlichkeit (nach Durchführung der Gartenschauveranstaltung) dauerhaft und unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden und nicht der Gewinnerzielung dienen;
– bei dezentralen Gartenschaukonzepten: Ausgaben für dauerhafte Verbindungswege, -brücken und Grünkorridore zwischen den dezentralen Grün- und Erholungsarealen;
– Ausgaben für das Anlegen von öffentlichen Wegen und Plätzen in der Regel in wassergebundener oder wasserdurchlässiger Bauweise; die Befestigung mit nicht wassergebundenen oder nicht wasserdurchlässigen Belägen ist nur dann förderfähig, wenn dies zwingend notwendig ist (zum Beispiel bei größeren Steigungen, Barrierefreiheit, Überschwemmungsgefahr, statischen Gründen etc.) und das Einvernehmen der zuständigen unteren Naturschutzbehörde hierfür vorliegt; dies gilt entsprechend auch für die Begrenzung von Wegen und Beeten;
– Baunebenkosten (zum Beispiel Kosten für Architekten- und Ingenieurleistungen einschließlich Gutachterkosten der Kostengruppen 720 bis 740 der DIN 276); diese sind grundsätzlich mit 16 % der förderfähigen Kostengruppen pauschal anzusetzen und entfallen insgesamt, wenn der Maßnahmenträger eine oder mehrere der Leistungsphasen der Architekten- und Ingenieurleistungen wie
  • Entwurfsplanung (HOAI-Leistungsphase 3),
  • Genehmigungsplanung (HOAI-Leistungsphase 4),
  • Ausführungsplanung (HOAI-Leistungsphase 5),
  • Vorbereitung der Vergabe (HOAI-Leistungsphase 6) und
  • Objektüberwachung – Bauüberwachung und Dokumentation (HOAI-Leistungsphase 8)

ganz oder teilweise durch eigenes kommunales Personal oder durch Personal einer anderen kommunalen Körperschaft oder Dritte unentgeltlich erbringen lässt;
– Ausgaben für die Erstellung eines Pflege- und Entwicklungsplans.

[2]Für die Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben ist die jeweils geltende DIN 276 beziehungsweise HOAI zugrunde zu legen. [3]Folgende Ausgaben sind **nicht** zuwendungsfähig:

– Grunderwerb und öffentliche Erschließung;
– Anlagenteile, die der Gewinnerzielung dienen (zum Beispiel Kiosk, Gaststätte, Küchenbereich);
– Beleuchtung (ausgenommen Effektbeleuchtung) und Toiletten;
– Altlastenbeseitigung einschließlich der entsprechenden Baunebenkosten;
– Fertigstellungs- und Entwicklungspflege, soweit sie bei dauerhaften Neuanpflanzungen nicht Teil der Ausschreibung war und als Voraussetzung für Gewährleistungsansprüche vereinbart wurde;
– Anpflanzungen unter Verwendung von Torf oder torfhaltigen Erden als Bodensubstrat;
– Anschaffung von beweglichen Sachen;
– Unterhalt und Betrieb der Grün- und Erholungsanlage;
– kommunale Regiearbeiten;
– Umsatzsteuer, aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung unabhängig von einer Vorsteuerabzugsberechtigung;
– Wettbewerbe (gemäß KG 725 nach DIN 276 zum Beispiel Ideen- oder Realisierungswettbewerb für Gartenschauen).

5.2.2 Nichtinvestive Maßnahmen

5.2.2.1 [1]Zuwendungsfähig sind Ausgaben für längere Beiträge oder Aktionen im Rahmen von Gartenschauen. [2]Dazu zählen Ausgaben für das fachliche Aktionsprogramm oder einzelne Fachbeiträge.

5.2.2.2 Zuwendungsfähig sind projektbezogene Personal- und Sachausgaben, Ausgaben für Aufbau, Material und Betrieb eines Aktionsstands sowie Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Informationsmaterial (unter anderem Faltblätter, Flyer etc.) im Zusammenhang mit der Gartenschau.

5.2.2.3 [1]Ausgaben für freiwillige Arbeiten und Sachleistungen einschließlich Sachspenden von Organisationsangehörigen sind zuwendungsfähig. [2]Freiwillige Arbeitsleistungen werden nach den vom StMELF bekannt gegebenen zuschussfähigen Höchstsätzen der ländlichen Entwicklung (ZHLE) in der jeweils geltenden Fassung anerkannt.

5.3 Höhe der Zuwendung

5.3.1 Wanderwege

[1]Der Fördersatz für Wanderwege beträgt maximal 50 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben,

die Zuwendungen für die Generalinstandsetzung und Beschilderung von Wanderwegen insgesamt höchstens je 150 000 Euro pro Jahr. [2]Die Bagatellgrenze der zuwendungsfähigen Ausgaben beträgt 2 000 Euro je Einzelmaßnahme.

5.3.2 Unterkunftshäuser

[1]Der Fördersatz für Maßnahmen der umweltgerechten Ver- und Entsorgung von Unterkunftshäusern beträgt maximal 25 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben, der Förderhöchstbetrag je Einzelmaßnahme eines Unterkunftshauses beträgt 25 000 Euro. [2]In begründeten Einzelfällen kann der Förderhöchstbetrag überschritten werden. [3]Die Bagatellgrenze der zuwendungsfähigen Ausgaben beträgt 10 000 Euro je Maßnahmenpaket für ein Unterkunftshaus.

5.3.3 Gartenschauen

5.3.3.1 Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen

– [1]Bei Grün- und Erholungsanlagen im Zuge von Gartenschauen beträgt der Fördersatz maximal 50 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben. [2]Die Zuwendung beträgt bis zum Durchführungsjahr 2021 höchstens 3,6 Millionen Euro pro Landesgartenschau und höchstens 1,6 Millionen Euro pro Veranstaltung „Natur in der Stadt/Gemeinde“. [3]Für dauerhafte Investitionen aus Anlass „Bayerischer Landesgartenschauen“ ab dem Jahr 2022 beträgt die Zuwendung maximal 5 Millionen Euro pro Landesgartenschau.

– [1]Für Kommunen in strukturschwachen Gebieten, die innerhalb der Gebietskulisse „Raum mit besonderem Handlungsbedarf in Bayern“ (kurz: RmbH) gelegen sind, erhöht sich ab dem Jahr 2022 der Fördersatz um zehn Prozentpunkte. [2]Der maximale Fördersatz beträgt somit 60 % pro Landesgartenschau bei gleich bleibendem Zuwendungshöchstbetrag von maximal 5 Millionen Euro. [3]Zur Bestimmung des Fördersatzes gilt die Einordnung der Kommune in die RmbH-Gebietskulisse zum Zeitpunkt des Zuschlags für die Gartenschau.

– [1]Die Ausschöpfung des Fördersatzes und Förderhöchstbetrags setzt voraus, dass das jeweilige Konzept der Kommune für die Grün- und Erholungsanlagen, das den Zuschlag bei der Bewerbung um eine Gartenschau erhalten hat, in allen wesentlichen Teilen umgesetzt wird. [2]Bei Defiziten soll im Zuge der Entscheidung über den Antrag auf Zuwendungsgewährung der beantragte Fördersatz und Förderhöchstbetrag von der Bewilligungsbehörde entsprechend dem Umfang der Nichtumsetzung des Konzepts gemindert werden.

5.3.3.2 Längere Beiträge und Aktionen auf Gartenschauen

[1]Ausgaben für längere Beiträge oder Aktionen werden ab 2022 mit 70 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben für den Einzelbeitrag oder das Aktionsprogramm gefördert. [2]Die Zuwendung beträgt höchstens 50 000 Euro. [3]Die Bagatellgrenze der zuwendungsfähigen Ausgaben beträgt 5 000 Euro je Beitrag oder Aktionsprogramm. [4]Werden die Beiträge oder das Aktionsprogramm nicht vollständig ausgeführt und die beantragten Ausgaben zu mehr als 10 % unterschritten, hat das eine Neuberechnung und anteilige Kürzung der Zuwendung zur Folge.

5.4 Mehrfachförderung

5.4.1 Förderkonkurrenz

[1]Eine Förderung nach diesen Richtlinien entfällt, wenn für die Maßnahme andere Fördermittel des Freistaates Bayern in Anspruch genommen werden können. [2]Zuwendungen von anderen Stellen, zum Beispiel von Bund oder EU, sind zulässig. [3]Werden neben der Förderung nach diesen Richtlinien zusätzlich Bundes- oder EU-Mittel bewilligt, sind die hierfür vorzusehenden zusätzlichen Nebenbestimmungen spätestens in den Zuwendungsbescheid aufzunehmen und zu beachten.

5.4.2 Kofinanzierungsfähigkeit der Investitionskosten

[1]Zu Zuwendungen des Freistaates Bayern nach diesen Richtlinien kann eine Kofinanzierung der Investitionskosten der dauerhaften Grün- und Erholungsanlage aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ (EFRE/IWB) Förderperiode 2014 bis 2020 für Gartenschauen bis zum Durchführungsjahr 2021 erfolgen. [2]Voraussetzung ist eine erfolgreiche Bewerbung im Rahmen des Auswahlverfahrens zur Förderung integrierter räumlicher Entwicklungsmaßnahmen (IRE) der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr. [3]Hinweise zum EFRE-Programm können unter http://www.efre-bayern.de/ und zum Auswahlverfahren unter http://www.staedtebaufoerderung.bayern.de abgerufen werden.

5.5 Einnahmen bei Gartenschauen

5.5.1 [1]Neben den Beiträgen von gemeinnützigen Organisationen ist nur die dauerhafte Schaffung von Grün- und Erholungsanlagen, nicht jedoch die Durchführung einer Gartenschauveranstaltung samt den damit im Zusammenhang stehenden Ausgaben (zum Beispiel für Personal, temporäre Pflanzenausstellungen, Werbung, Begleitveranstaltungen, Toiletten etc.) förderfähig. [2]Die Schaffung von dauerhaften Grün- und Erholungsanlagen stellt keine Einnahmen schaffende Maßnahme dar.

5.5.2 [1]Werden bei der Durchführung der Gartenschau durch die Kommune Überschüsse erwirtschaftet, sind diese von den zuwendungsfähigen Investitionsausgaben in Abzug zu bringen. [2]Bei erst späterer Abrechnung der Ausgaben der Gartenschaudurchführung sind bei Überschüssen die zuwendungsfähigen Ausgaben der Grün- und Erholungsanlagen nachträglich zu kürzen und die Zuwendung anteilig zurückzufordern. [3]Eine entsprechende Nebenbestimmung ist in den Zuwendungsbescheid aufzunehmen.

5.6 Sonstige Regelungen

5.6.1 Die Höhe der Zuwendung ist so zu bemessen, dass Eigenmittel der Zuwendungsempfänger von mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Ausgaben verbleiben.

5.6.2 [1]Spenden, nicht jedoch Preisnachlässe, werden als Eigenmittel anerkannt, soweit diese ohne Rechtsgrund erbracht werden. [2]Sachspenden können nur bis zu 80 % des angemessenen Unternehmerpreises angesetzt werden.

5.6.3 Für eine Erhöhung der zuwendungsfähigen Ausgaben nach Erlass des Zuwendungsbescheids oder nach schriftlicher Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn wird grundsätzlich keine Zuwendung gewährt.

Teil 2

Verfahren

6. Zuständigkeit und Antragstellung

6.1 Wanderwege und Unterkunftshäuser

6.1.1 Unabhängig von der örtlichen Zuständigkeit bewilligt die Regierung von Oberbayern alle Maßnahmen der Hauptgeschäftsstelle und der Sektionen des Deutschen Alpenvereins e. V. sowie die Regierung von Oberfranken alle Maßnahmen des Landesverbands Bayern der Deutschen Gebirgs- und Wandervereine e. V. einschließlich seiner Mitglieder und des Landesverbands Bayern der NaturFreunde Deutschlands e. V. einschließlich seiner Mitglieder.

6.1.2 Zuwendungsanträge für Wanderwege und Wanderheime der Mitglieder des Landesverbands Bayern der Deutschen Gebirgs- und Wandervereine e. V. sowie für Unterkunftshäuser der Mitglieder des Landesverbands Bayern der NaturFreunde Deutschlands e. V. sind über den jeweiligen Landesverband bei der Regierung von Oberfranken, Zuwendungsanträge für Wanderwege und Unterkunftshäuser der Sektionen des Deutschen Alpenvereins e. V. sind über die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Alpenvereins e. V. bei der Regierung von Oberbayern einzureichen.

6.1.3 [1]Sowohl der Landesverband Bayern der Deutschen Gebirgs- und Wandervereine e. V. als auch der Landesverband Bayern der NaturFreunde Deutschlands e. V. und die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Alpenvereins e. V. sollen die Anträge ihrer Mitglieder beziehungsweise Sektionen für ein Jahr sammeln und gebündelt einreichen. [2]Der Antragsteller und damit auch Zuwendungsempfänger ändert sich allein durch die Bündelung nicht.

6.2 Gartenschauen

6.2.1 Die Zuwendungen für Grün- und Erholungsanlagen im Zuge von Gartenschauen sowie für längere Beiträge und Aktionen auf den Gartenschauen bewilligt die jeweils örtlich zuständige Regierung, falls die Zuständigkeit nicht durch eine gesonderte Regelung auf eine andere Bewilligungsbehörde übertragen wird.

6.2.2 Zuwendungsanträge für Grün- und Erholungsanlagen im Zuge von Gartenschauen sind bei der zuständigen Regierung einzureichen.

6.2.3 Längere Beiträge und Aktionen

[1]Das Aktionsprogramm beziehungsweise die Beiträge auf den Gartenschauen sind mit der örtlichen Durchführungsgesellschaft abzustimmen. [2]Zuwendungsanträge sind bei der örtlichen Durchführungsgesellschaft einzureichen. [3]Die örtliche Durchführungsgesellschaft leitet die Anträge der gemeinnützigen Organisationen gebündelt mit einer beurteilenden Stellungnahme an die jeweils zuständige Regierung weiter. [4]Der Antragsteller und damit Zuwendungsempfänger ändert sich allein durch die Bündelung nicht.

6.3 Antrag und Antragsunterlagen

[1]Als Antrag auf Zuwendungsgewährung ist bei Kommunen das Formblatt nach Muster 1a zu Art. 44 BayHO und bei nicht kommunalen Antragstellern das Formblatt „Antrag auf Gewährung einer Zuwendung“ (abrufbar unter http://www.stmuv.bayern.de/ministerium/foerderung/) zu verwenden. [2]Der Antrag ist bei der nach Nr. 6.1 beziehungsweise Nr. 6.2 zuständigen Regierung einzureichen. [3]Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

6.3.1 Bei Wanderwegen und Unterkunftshäusern:

- eine Beschreibung des Vorhabens samt Planunterlagen;
- eine Ausgabengliederung und ein Finanzierungsplan;
- eine Stellungnahme zu den Fragen, ob die einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften beachtet sind und den Belangen des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Wasserwirtschaft Rechnung getragen wird;
- bei Baumaßnahmen die in der Anlage 4a zu Art. 44 BayHO genannten Unterlagen.

6.3.2 Bei Grün- und Erholungsanlagen:

- eine Beschreibung des Vorhabens samt Planunterlagen;
- Erklärung, ob und wie die dauerhafte Zurverfügungstellung der geförderten Anlagen beziehungsweise Einrichtungen für die Öffentlichkeit sichergestellt wird;
- Erläuterung, inwieweit das Bewerbungskonzept umgesetzt wird;
- ein Pflege- und Nachnutzungskonzept für die überplante Fläche, das der langfristigen ökologischen Zielsetzung Rechnung trägt;
- ein Beschluss des zuständigen Organs des Vorhabenträgers über die Durchführung der Maßnahme;
- ein Finanzierungsplan zur Sicherung der Gesamtfinanzierung des Vorhabens, einschließlich Muster 2 zu Art. 44 BayHO mit Beilagen gemäß Nr. 3.2.1 VVK und einer Wirtschaftlichkeitsberechnung beziehungsweise Angaben zu Höhe und Finanzierung der durch die Maßnahme ausgelösten Folgeausgaben, insbesondere für Betrieb und Unterhalt; im Fall der Bildung von Teilmaßnahmen umfasst die Prüfung der Gesamtfinanzierung die Summe aller Teilmaßnahmen;

– eine Stellungnahme zu den Fragen, ob die einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften beachtet sind und den Belangen des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Wasserwirtschaft Rechnung getragen wird;
– bei Baumaßnahmen die Unterlagen nach Nr. 3.2.2 VVK; bei Hochbauten eine Ausgabengliederung nach DIN 276 oder nach Muster 5 zu Art. 44 BayHO (bei Tiefbauten entsprechend).

6.3.3 Bei längeren Beiträgen und Aktionen auf Gartenschauen:
– Aktionsprogramm mit genauer Darstellung der einzelnen Aktivitäten oder Beschreibung des Fachbeitrags oder der Aktion;
– Aufstellung der Ausgaben beziehungsweise Ausgabengliederung.

6.3.4 Bei kürzeren Beiträgen und Aktionen auf Gartenschauen:
[1]Interessierte wenden sich unter Vorlage des Aktionsprogramms an das StMUV, Referat für Öffentlichkeitsarbeit. [2]Näheres wird von dort bestimmt.

6.3.5 Im Einzelfall kann die Bewilligungsbehörde auf die Vorlage bestimmter Unterlagen verzichten oder weitere Unterlagen anfordern.

7. Bewilligungsverfahren

7.1 Gartenschauen, Wanderwege, Unterkunftshäuser

[1]Die Bewilligungsbehörde prüft die Fördervoraussetzungen unter besonderer Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege, holt gegebenenfalls ergänzende Stellungnahmen der Kreisverwaltungsbehörden sowie gegebenenfalls von Fachbehörden (zum Beispiel Wasserwirtschaftsamt) ein und entscheidet über den Antrag durch Zuwendungsbescheid. [2]Bei Gartenschauen ist die besondere Bedeutung der Finanzkraft der antragstellenden Kommune zu berücksichtigen.

7.2 Längere Beiträge und Aktionen auf Gartenschauen

[1]Bei längeren Beiträgen und Aktionen auf Gartenschauen prüft und bewilligt die Regierung die einzelnen Anträge. [2]Der Zuwendungsbescheid ergeht an die einzelnen Organisationen.

7.3 Aufbewahrungsfrist

Die Förderakten der Bewilligungsbehörde sind bis zum Ablauf der jeweiligen im Zuwendungsbescheid festgesetzten Zweckbindungsfrist, mindestens jedoch zehn Jahre aufzubewahren.

8. Beginn der Ausführung

8.1 Vorhabenbeginn

8.1.1 Vorhaben, mit deren Ausführung vor Entscheidung über den Förderantrag beziehungsweise vor schriftlicher Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn begonnen worden ist, werden nicht gefördert.

8.1.2 [1]Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags. [2]Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (zum Beispiel Gebäudeabbruch, Planieren), die vor dem Beginn der Hauptmaßnahme ausgeführt werden müssen, nicht als Beginn des Vorhabens.

8.2 Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn

8.2.1 [1]Die Bewilligungsbehörde kann auf Antrag bei Vorliegen besonderer sachlicher Dringlichkeitsgründe die Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn schriftlich nach Maßgabe von VV Nr. 1.3 zu Art. 44 BayHO beziehungsweise Nr. 1.3 VVK erteilen und diese mit Hinweisen verbinden. [2]Dem vorzeitigen Vorhabenbeginn darf nur auf der Basis konkreter Pläne und Kostenaufstellungen sowie sachlicher Prüfung zugestimmt werden.

8.2.2 [1]Aus der Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn kann kein Anspruch auf Förderung abgeleitet werden; der Maßnahmenträger trägt das volle Finanzierungsrisiko. [2]Nach Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn ist binnen Jahresfrist über den Zuwendungsantrag zu entscheiden.

9. Auszahlungsantrag

[1]Auszahlungsanträge der Kommunen sind entsprechend Muster 3 zu Art. 44 BayHO mit einer Erklärung über den Stand der Ausgaben bei der Bewilligungsbehörde einzureichen. [2]Von nicht kommunalen Antragstellern ist das Formblatt „Auszahlungsantrag“ (abrufbar unter http://www.stmuv.bayern.de/ministerium/foerderung/) einzureichen. [3]Die Bewilligungsbehörde überwacht die ordnungsgemäße und zweckentsprechende Verwendung der Zuwendungen. [4]Für Vorhaben, die mit Mitteln der Europäischen Union (EU) kofinanziert werden, ist eine Erklärung über den Stand der tatsächlich getätigten Ausgaben mit den dazugehörigen Originalbelegen erforderlich.

10. Nachweis der Verwendung

10.1 Verwendungsnachweis

10.1.1 Bei Wanderwegen ist der Verwendungsnachweis innerhalb von sechs Monaten, bei Grün- und Erholungsanlagen und Unterkunftshäusern innerhalb eines Jahres nach Ende des Bewilligungszeitraums bei der Bewilligungsbehörde einzureichen.

10.1.2 Der Verwendungsnachweis für bewilligte längere Beiträge und Aktionen ist innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Gartenschau der Bewilligungsbehörde vorzulegen.

10.1.3 [1]Der Verwendungsnachweis ist bei kommunalen Zuwendungsempfängern mit Formblatt Muster 4 zu Art. 44 BayHO und bei nicht kommunalen Zuwendungsempfängern mit Formblatt „Verwendungsnachweis“ und Formblatt „Übersicht über die Ausgaben“ (abrufbar unter http://www.stmuv.bayern.de/ministerium/foerderung/) zu erbringen. [2]Bei längeren Beiträgen und Aktionen gemein-

nütziger Organisationen genügt die Vorlage einer Verwendungsbestätigung gemäß Muster 4a zu Art. 44 BayHO.

10.2 Kofinanzierung

[1]Bei Kofinanzierung der Maßnahme mit EU-Mitteln gelten folgende Besonderheiten: [2]Die Prüfung des Verwendungsnachweises erfolgt durch die Bewilligungsbehörde anhand der tatsächlich getätigten Ausgaben mit den dazugehörigen Originalbelegen. [3]Ein einfacher Verwendungsnachweis gemäß VV Nr. 10.2 zu Art. 44 BayHO beziehungsweise Nr. 10.2 VVK ist nicht zulässig.

10.3 Evaluation

[1]Für eine Evaluierung der Wirksamkeit des Fördermitteleinsatzes bei Grün- und Erholungsanlagen aus Anlass einer Gartenschau sind der Bewilligungsbehörde zum Zeitpunkt der Vorlage des Verwendungsnachweises noch weitere Informationen zu übermitteln. [2]Es sind Aussagen darüber zu treffen, inwieweit die jeweiligen städtebaulichen Zielsetzungen mit der Gartenschau erreicht werden konnten sowie weitere Angaben zur Besucherzahl der Gartenschau, zur Größe, zum Zustand, der Beschaffenheit und Nutzung der geförderten, dauerhaften Flächen, zur ökologischen Aufwertung sowie Nutzung durch die Bevölkerung zu machen. [3]Dazu wird ein gesondertes Formblatt zur Verfügung gestellt.

11. Subventionserhebliche Angaben

[1]Die Angaben im Förderantrag und im Verwendungsnachweis sowie in den dazu eingereichten ergänzenden (Antrags-)Unterlagen sind subventionserheblich im Sinn des § 264 des Strafgesetzbuchs (StGB) in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes (SubvG) und Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes (BayStrAG). [2]Unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben, die subventionserhebliche Tatsachen betreffen und dem Subventionsempfänger zum Vorteil gereichen, sind bei EU-kofinanzierten Maßnahmen gemäß § 264 StGB als Subventionsbetrug strafbar. [3]Auf die besonderen Mitteilungspflichten nach § 3 SubvG wird hingewiesen.

12. Einvernehmen

Diese Bekanntmachung ergeht im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat sowie nach Anhörung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs.

Teil 3

Schlussbestimmungen

13. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. März 2018 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft. [2]Mit Ablauf des 28. Februar 2018 treten die Richtlinien des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz zur Förderung von Wanderwegen und deren Beschilderung, von Unterkunftshäusern und von Grün- und Erholungsanlagen (Förderrichtlinien für Wanderwege, Unterkunftshäuser und Grün- und Erholungsanlagen – FöR-WaGa) vom 24. April 2014 (AllMBl. S. 315), die durch Bekanntmachung vom 12. Juni 2015 (AllMBl. S. 330) geändert worden sind, außer Kraft.

Dr. Christian Barth
Ministerialdirektor

7840-L

Änderung der Marktstrukturverbesserungs-Richtlinie

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 29. Januar 2018, Az. M-7601-1/229

1. In Nr. 6.5 Spiegelstrich 2 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Marktstrukturverbesserungs-Richtlinie – MStrVerbR) vom 9. Februar 2017 (AllMBl. S. 89) wird die Angabe „750 000 Euro“ durch die Angabe „1,5 Mio. Euro“ ersetzt.
2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 29. Januar 2018 in Kraft.

Hubert Bittlmayer
Ministerialdirektor

793-L

Druckfehlerberichtigung

In Nr. 25 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Änderung der Fischereiabgaberichtlinie vom 23. März 2015 (AllMBl. S. 209) muss es statt ‚wird die Zahl „2015“ durch die Zahl „2018“ ersetzt‘ richtig ‚wird die Angabe „März 2015“ durch die Angabe „Dezember 2018“ ersetzt‘ lauten.

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Erteilung eines erweiterten Exequaturs an Herrn Dr. Nikolaus Hipp

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 5. Februar 2018, Az. Prot 1067-3-27

Die Bundesregierung hat den Konsularbezirk des Honorarkonsuls von Georgien in München erweitert. Das erweiterte Exequatur wurde am 26. Januar 2018 erteilt.

Der neue Konsularbezirk umfasst die Freistaaten Bayern und Thüringen sowie das Land Baden-Württemberg.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Josef Saiger

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 8. Februar 2018, Az. Prot 1240-3185-4

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Republik Österreich in München ernannten Herrn Josef Saiger am 2. Februar 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Dr. Helmut Koller, am 19. August 2013 erteilte Exequatur ist erloschen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Pinthep Devakula

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 15. Februar 2018, Az. Prot 1240-3252-4

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung des Königreichs Thailand in München ernannten Herrn Pinthep Devakula am 9. Februar 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg.

Roland Krebs
Ministerialrat

Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Litauen in München

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 19. Februar 2018, Az. Prot 1067-42-4

Die Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Litauen in München hat sich wie folgt geändert:

Max-Bill-Straße 48, 80807 München

Die übrigen Kontaktdaten bleiben unverändert.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Yuriy Yarmilko

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 19. Februar 2018, Az. Prot 1240-453-10

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Ukraine in München ernannten Herrn Yuriy Yarmilko am 8. Februar 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Vadym Kostiuk, am 14. Mai 2012 erteilte Exequatur ist erloschen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr

vom 8. Februar 2018, Az. IB4-1517-8-56

Auf Grund des Art. 3 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wird die Stadt Goldkronach (Landkreis Bayreuth, Regierungsbezirk Oberfranken) mit Wirkung vom 1. März 2018 zum Mitglied des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands bestimmt.

Die Jahresrechnungen der Stadt Goldkronach sind noch bis einschließlich des Haushaltsjahres 2016 durch die staatliche Rechnungsprüfungsstelle des Landratsamts Bayreuth zu prüfen.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

2023-I

Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr

vom 16. Februar 2018, Az. IB4-1512-11-17

An
die Gemeinden
die Verwaltungsgemeinschaften
die Landkreise
die Bezirke
die kommunalen öffentlich-rechtlichen Verbände
die Rechtsaufsichtsbehörden

Inhaltsübersicht

1. Orientierungsdaten
1.1 Allgemeine finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen
1.2 Ergebnisse der Steuerschätzung
1.3 Entwicklung der Gewerbesteuerumlage
2. Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs
2.1 Volumen
2.2 Allgemeiner Steuerverbund/Schlüsselzuweisungen
2.3 Bedarfszuweisungen/Stabilisierungshilfen
2.4 Investitionsförderung
3. Rechtsaufsichtsbehörden

1. Orientierungsdaten

1.1 Allgemeine finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

1.1.1 [1]Im Jahr 2017 ist das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 2,2 Prozent gestiegen und verzeichnete damit den stärksten Zuwachs seit 2011. [2]Die Bundesregierung geht in ihrem aktuellen Jahreswirtschaftsbericht davon aus, dass sich der Aufschwung kräftig fortsetzt.

1.1.2 [1]Der Jahresproduktion liegt eine positive Einschätzung der wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen zugrunde. [2]Die Bundesregierung verweist in diesem Zusammenhang unter anderem auf die gute Entwicklung der vorausschauenden Konjunkturindikatoren für das verarbeitende Gewerbe, den anhaltenden Aufschwung am Arbeitsmarkt sowie die Belebung der Weltwirtschaft. [3]Der Euroraum, Deutschlands wichtigster Absatzmarkt, stehe dabei erst am Anfang der zyklischen Erholung. [4]Für das Jahr 2018 erwartet die Bundesregierung daher eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 2,4 Prozent.

1.1.3 [1]Der Arbeitsmarkt bleibt voraussichtlich ein wichtiger Treiber für das deutsche Wirtschaftswachstum. [2]Der Beschäftigungsaufbau hält nunmehr seit dem Jahr 2005 an und wird sich nach Einschätzung der Bundesregierung in diesem Jahr fortsetzen, wenn auch aufgrund des knapper werdenden Arbeitskräfteangebots weniger schwungvoll. [3]Für Arbeitgeber werde es in vielen Branchen und Regionen schwieriger, die offenen Stellen in ihren Unternehmen erfolgreich zu besetzen. [4]Der Jahreswirtschaftsbericht verweist in diesem Zusammenhang unter anderem darauf, dass angesichts der europaweiten konjunkturellen Erholung die Arbeitskräftenachfrage im europäischen Ausland steigen und somit die Arbeitsmigration nach Deutschland an Attraktivität verlieren wird. [5]Trotz intensiver Integrationsbemühungen und der hohen Nachfrage nach Arbeitskräften wird nach den Erfahrungen der Vergangenheit erwartet, dass die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt nur allmählich gelingen wird.

1.1.4 [1]Die Bundesregierung geht davon aus, dass aufgrund der guten Ertragslage der Unternehmen und einer zunehmenden Knappheit am Arbeitsmarkt deutlichere Lohnsteigerungen als in den Vorjahren vereinbart und die verfügbaren Einkommen insgesamt in diesem Jahr deutlich zunehmen werden. [2]Vor diesem Hintergrund wird mit einer kräftigen Ausweitung der privaten Konsumausgaben gerechnet, auch für Investitionen in Wohnbauten.

1.1.5 [1]Die Projektion der Bundesregierung zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte geht davon aus, dass die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote voraussichtlich bereits im Jahr 2019 auf weniger als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Maastricht-Referenzwert) sinken wird. [2]Mit einer Schuldenstandsquote von rund 64,75 Prozent im Jahr 2017 (2016: 68,1 Prozent, 2015: 70,9 Prozent, 2014: 74,6 Prozent) liegt Deutschland hier auf Kurs. [3]Allerdings stehen die öffentlichen Haushalte auch weiterhin vor mehrfachen Herausforderungen. [4]Aus Sicht der Bundesregierung gehören hierzu unter anderem eine Normalisierung des Zinsumfelds, die Versorgung und Integration aufgenommener Flüchtlinge sowie die Alterung der Gesellschaft mit ihren perspektivisch wachsenden finanziellen Belastungen insbesondere im Bereich der Sozialausgaben.

1.1.6 [1]Maßstab für eine kommunale (Neu-)Verschuldung bleibt die dauernde Leistungsfähigkeit, die es bei entsprechender Finanzausstattung der Kommune ermöglichen kann, durch zusätzliche Investitionen die örtliche Wirtschaft zu stärken. [2]Rechtsaufsichtlich beauflagte Sanierungskonzepte sind grundsätzlich fortzuführen. [3]Für Kommunen mit Haushaltsproblemen muss es weiterhin oberstes Ziel bleiben, durch Einsparungen einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und eine geordnete Haushaltswirtschaft bzw. die dauernde Leistungsfähigkeit sicherzustellen. [4]Sanierungskonzepte (zum Beispiel Verbot der Netto-Neuverschuldung) sollten nur dann ausnahmsweise kurzfristig ausgesetzt werden, wenn für unabweisbare Maßnahmen eine Kreditfinanzierung unumgänglich ist. [5]Die Genehmigung genehmigungspflichtiger Rechtsgeschäfte durch die Rechtsaufsicht darf den Zielen der Wiederherstellung einer geordneten Haushaltswirtschaft und der dauernden Leistungsfähigkeit nicht widersprechen (vergleiche auch Art. 69 Abs. 4 Satz 3 GO, Art. 63 Abs. 4 Satz 3 LKrO, Art. 61 Abs. 4 Satz 3 BezO); dies ist gegebenenfalls durch geeignete Bedingungen und Auflagen sicherzustellen.

1.2 Ergebnisse der Steuerschätzung

[1]Die Steuerschätzung vom November 2017 hat nach Auskunft des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat für die Kommunen Folgendes ergeben:

Geschätzte Entwicklung der Steuereinnahmen der Gemeinden	Steuerschätzung November 2017					
	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Grundsteuer A	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Grundsteuer B	3,5 %	1,6 %	1,6 %	1,5 %	1,5 %	1,5 %
Gewerbesteuer brutto	5,6 %	1,3 %	3,0 %	3,2 %	3,6 %	3,4 %
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	7,4 %	4,2 %	5,5 %	5,6 %	5,6 %	5,3 %
Gemeindeanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer	24,6 %	24,3 %	–2,2 %	2,2 %	2,2 %	2,3 %
Hinweise: Die geschätzte Entwicklung der Steuereinnahmen basiert auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November 2017. Die Steuerschätzung wurde – wie üblich – auf der Basis des geltenden Steuerrechts durchgeführt.						

[2]Die Orientierungsdaten sind stets Durchschnittswerte und können damit nur Anhaltspunkte für die individuelle kommunale Finanzplanung geben. [3]Es bleibt die Aufgabe jeder Kommune, anhand dieser Durchschnittswerte unter Berücksichtigung der örtlichen und strukturellen Gegebenheiten die für ihre Finanzplanung zutreffenden Einzelwerte zu ermitteln. [4]Das gilt insbesondere für die Schätzungen der Gewerbesteuereinnahmen, die je nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten teilweise deutlich von der bundesweit prognostizierten Entwicklung abweichen können.

1.3 Entwicklung der Gewerbesteuerumlage

[1]Die Basis-Gewerbesteuerumlage beträgt wie im Vorjahr 35 Prozentpunkte. [2]Die Erhöhungszahl für den Landesvervielfältiger der Gewerbesteuerumlage nach § 6 Abs. 5 des Gemeindefinanzreformgesetzes (GFRG) beträgt im Jahr 2018 neu 4,3 Prozentpunkte. [3]Der Vervielfältiger 2018 setzt sich damit wie folgt zusammen:

Bundesvervielfältiger (§ 6 Abs. 3 GFRG)		14,5 Prozentpunkte
Landesvervielfältiger (§ 6 Abs. 3 GFRG)		
Basisvervielfältiger	20,5 Prozentpunkte	
Erhöhungszahl[1]	29,0 Prozentpunkte	
	49,5 Prozentpunkte	
Erhöhungszahl (§ 6 Abs. 5 GFRG)	4,3 Prozentpunkte	
		53,8 Prozentpunkte
Vervielfältiger insgesamt		68,3 Prozentpunkte

1 Mitfinanzierung der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs

2. Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs

Der kommunale Finanzausgleich wird sich 2018 voraussichtlich wie folgt entwickeln:

Kommunaler Finanzausgleich	DHH 2017	NTHH 2018	Veränderung 2018 gegen 2017	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
A. Leistungen aus den Steuerverbünden				
I. Allg. Steuerverbund (12,75 % und ab 2018 inkl. 155 Mio. €)	(4.280,953 4)	(4.664,619 3)	(383,665 9)	(9,0 %)
abzgl. 1. Verstärkung Art. 10 FAG für Schulen u. a. (= B.8b)	(–354,542 0)	(–376,218 8)	(–21,676 8)	(6,1 %)
2. Verstärkung Art. 15 FAG für Bezirke (= B.13b)	(–40,600 0)	(–76,600 0)	(–36,000 0)	(88,7 %)
3. Verstärkung Investitionspauschale (= B.9)	(–406,000 0)	(–446,000 0)	(–40,000 0)	(9,9 %)
4. Verstärkung Bedarfszuweisungen (= B.12)	(–98,400 0)	(–98,400 0)	(0,000 0)	(0,0 %)
verbleiben für die Schlüsselmasse	3.381,411 4	3.667,400 5	285,989 1	8,5 %
davon 1. Schlüsselzuweisungen	(3.357,631 4)	(3.663,035 5)	(305,404 1)	(9,1 %)
2. Bayerischer Kommunaler Prüfungsverband	(4,080 0)	(4,165 0)	(0,085 0)	(2,1 %)
3. Bayerisches Selbstverwaltungskolleg	(0,200 0)	(0,200 0)	(0,000 0)	(0,0 %)
4. Schulkosten für Kinder abgelehnter Asylbewerber	(19,500 0)	(0,000 0)	(–19,500 0)	(–100,0 %)
II. Kfz-Steuerersatzverbund (52,5 %)	(813,030 3)	(813,030 3)	(0,000 0)	(0,0 %)
davon 1. Abwasserförderung (StMUV)	70,250 0	(70,250 0)	0,000 0	0,0 %
2. ÖPNV-Gesetz-Festbetrag (OBB)	51,300 0	(74,300 0)	23,000 0	44,8 %
3. ÖPNV-Investitionsförderung	67,300 0	67,300 0	0,000 0	0,0 %
4. kommunaler Straßenbau nach BayGVFG (OBB)	30,000 0	30,000 0	0,000 0	0,0 %
5. Straßenbau und -unterhalt	314,280 3	337,280 3	23,000 0	7,3 %
6. kommunale Umgehungsstraßen (OBB) (= B.18b)	(33,900 0)	(33,900 0)	(0,000 0)	(0,0 %)
7. Verstärkung Art. 15 FAG für Bezirke (= B.13c)	(246,000 0)	(200,000 0)	(–46,000 0)	(–18,7 %)
III. Grunderwerbsteuerverbund (8/21)	697,142 9	730,666 7	33,523 8	4,8 %
IV. Einkommensteuerersatz	583,409 6	602,708 8	19,299 2	3,3 %
B. Leistungen außerhalb der Steuerverbünde				
1. Finanzzuweisungen – Pro-Kopf-Beträge	462,000 0	468,500 0	6,500 0	1,4 %
2. Gebührenaufkommen der Landkreise	225,000 0	225,000 0	0,000 0	0,0 %
3. Geldbußen und Verwarnungsgelder	69,300 0	69,300 0	0,000 0	0,0 %
4. Nutzungsentgelt Datenbank BAYERN.RECHT	0,090 0	0,090 0	0,000 0	0,0 %
5. Zuweisungen für Verbraucherschutz und Heimaufsicht	59,500 0	60,500 0	1,000 0	1,7 %
6. Zuweisungen für Wasserwirtschaftsämter	2,400 0	2,450 0	0,050 0	2,1 %
7. Krankenhausfinanzierung nach dem BayKrG	503,432 2	643,432 0	140,000 0	27,8 %
8. Zuweisung nach Art. 10 FAG für Schulen, Kindertageseinrichtungen u. a.	500,000 0	500,000 0	0,000 0	0,0 %
davon a) allgemeine Haushaltsmittel	(145,458 0)	(123,781 2)	(–21,676 8)	(–14,9 %)
b) Verstärkung aus allg. Steuerverbund	(354,542 0)	(376,218 8)	(21,676 8)	(6,1 %)
9. Investitionspauschale	406,000 0	446,000 0	40,000 0	9,9 %
Verstärkung aus allg. Steuerverbund	(406,000 0)	(446,000 0)	(40,000 0)	(9,9 %)
10. Zuweisungen für Altlasten und Abfall (StMUV)	3,675 0	3,675 0	0,000 0	0,0 %
11. Zuweisungen zur Schülerbeförderung	316,000 0	320,000 0	4,000 0	1,3 %
12. Allgemeine Bedarfszuweisungen/Stabilisierungshilfen	150,000 0	150,000 0	0,000 0	0,0 %
davon a) allgemeine Haushaltsmittel	(51,600 0)	(51,600 0)	(0,000 0)	(0,0 %)
b) Verstärkung aus allg. Steuerverbund	(98,400 0)	(98,400 0)	(0,000 0)	(0,0 %)
13. Zuweisungen an die Bezirke	648,581 7	691,481 7	42,900 0	6,6 %
davon a) allgemeine Haushaltsmittel	(361,981 7)	(414,881 7)	(52,900 0)	(14,6 %)
b) Verstärkung aus allg. Steuerverbund	(40,600 0)	(76,600 0)	(36,000 0)	(88,7 %)
c) Verstärkung aus KfzSt-Ersatzverbund	(246,000 0)	(200,000 0)	(–46,000 0)	(–18,7 %)
14. Jugendhilfeausgleich	16,870 0	16,870 0	0,000 0	0,0 %
15. Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche (StMBW)	4,000 0	4,280 0	0,280 0	7,0 %
16. Zuweisung nach dem Entflechtungsgesetz	251,135 0	251,135 0	0,000 0	0,0%
davon a) Straßen (OBB)	(113,000 0)	(111,000 0)	(–2,000 0)	–1,8 %
b) ÖPNV (OBB)	(138,135 0)	(140,135 0)	(2,000 0)	1,4 %
17. Belastungsausgleich Hartz IV (StMAS)	65,300 0	65,300 0	0,000 0	0,0 %
18. kommunale Umgehungsstraßen (OBB)	36,000 0	36,000 0	0,000 0	0,0 %
davon a) allgemeine Haushaltsmittel	(2,100 0)	(2,100 0)	(0,000 0)	0,0 %
b) Mittel aus KfzSt-Ersatzverbund	(33,900 0)	(33,900 0)	(0,000 0)	(0,0 %)
C. FA-Leistungen insgesamt	**8.914,378 1**	**9.533,920 2**	**619,542 1**	**6,9 %**
Kommunalanteil am Krankenhausfinanzierungsgesetz	–246,817 4	–315,447 1	–68,629 7	27,8 %
Bundesleistungen nach dem Entflechtungsgesetz	–251,135 0	–251,135 0	0,000 0	0,0 %
D. Reine Landesleistungen	**8.416,425 7**	**8.967,338 1**	**550,912 4**	**6,5 %**

2.1 Volumen

Die Finanzausgleichsleistungen insgesamt steigen damit um knapp 620 Mio. € oder 6,9 Prozent auf eine neue Rekordsumme von rund 9,53 Mrd. €.

2.2 Allgemeiner Steuerverbund/Schlüsselzuweisungen

[1]Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund verbleibt bei 12,75 Prozent. [2]Hinzu kommt ab dem Jahr 2018 der auf Bayern entfallende Anteil am Entlastungsbetrag Länder-Umsatzsteuer in Höhe von 155 Mio. €. [3]Die Schlüsselzuweisungen sind ein wichtiger Baustein in der Finanzausstattung der Gemeinden und Landkreise. [4]Sie wachsen um über 300 Mio. € auf gut 3,66 Mrd. €.

2.3 Bedarfszuweisungen/Stabilisierungshilfen

[1]Der Ansatz für Bedarfszuweisungen/Stabilisierungshilfen wird mit 150 Mio. € auf dem hohen Vorjahresniveau fortgeführt. [2]Damit bleiben die Stabilisierungshilfen zur gezielten Unterstützung konsolidierungswilliger strukturschwacher bzw. von einer negativen Bevölkerungsentwicklung besonders betroffener Kommunen ein wirkungsvolles Instrument.

2.4 Investitionsförderung

[1]Die Investitionstätigkeit der Kommunen wird durch hohe Leistungen des Staates zu Investitions- und Unterhaltsmaßnahmen nachhaltig unterstützt:

- die Mittel für die Investitionspauschalen steigen auf 446 Mio. € (+40 Mio. €),
- die Mittel für die Krankenhausfinanzierung werden auf 643,4 Mio. € (+140 Mio. €) spürbar erhöht,
- für den Straßenbau und Straßenunterhalt stehen zusätzliche Mittel in Höhe von 23 Mio. € zur Verfügung, wodurch die Straßenunterhaltspauschalen um über 8 Prozent erhöht werden können,
- die Mittel für die Gewährung von ÖPNV-Zuweisungen nach Art. 27 BayÖPNVG werden auf 74,3 Mio. € (+23 Mio. €) erhöht.

[2]Die übrigen Investitionszuweisungen, wie zum Beispiel die zum kommunalen Hochbau nach Art. 10 FAG, werden auf dem hohen Niveau des Vorjahres fortgeführt.

3. Rechtsaufsichtsbehörden

Die Rechtsaufsichtsbehörden legen bei ihrer rechtsaufsichtlichen Tätigkeit die vorstehenden Ausführungen zugrunde, wobei örtliche Besonderheiten zu berücksichtigen sind.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

Studienzeiten 2019/2020 an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Sozialverwaltung

Bekanntmachung der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Sozialverwaltung

vom 29. Januar 2018, Az. L 232/01/2018

Im Vollzug des Art. 17 des HföD-Gesetzes (HföDG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Oktober 2003 (GVBl. S. 818, BayRS 2030-1-3-F), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 354) geändert worden ist, gibt der Fachbereich Sozialverwaltung im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration folgende Studienzeiten für das Fachstudium bekannt:

Erster Studienabschnitt vom 16. September 2019 bis 27. März 2020 für die Studierenden, die im Jahr 2022 die Qualifikationsprüfung ablegen werden:

Voraussichtliche Zahl der Studiengruppen:

- Fachrichtung Rentenversicherung: 4 Studiengruppen
- Fachrichtung Staatliche Sozialverwaltung: 1 Studiengruppe

Zweiter Studienabschnitt für die Studierenden, die im Jahr 2021 die Qualifikationsprüfung ablegen werden:

1. Teil vom 23. September 2019 bis 31. Dezember 2019

2. Teil vom 30. März 2020 bis 17. Juli 2020

Voraussichtliche Zahl der Studiengruppen:

- Fachrichtung Rentenversicherung: 4 Studiengruppen
- Fachrichtung Staatliche Sozialverwaltung: 1 Studiengruppe

Dritter Studienabschnitt vom 2. Januar 2020 bis 3. Juli 2020 für die Studierenden, die im Jahr 2020 die Qualifikationsprüfung ablegen werden:

Voraussichtliche Zahl der Studiengruppen:

- Fachrichtung Rentenversicherung: 3 Studiengruppen
- Fachrichtung Staatliche Sozialverwaltung: 1 Studiengruppe

Rainer Schmid
Fachbereichsleiter

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Literaturhinweise

Gemeinde- und Schulverlag Bavaria, München

Schulz/Wachsmuth/Zwick, **Kommunalverfassungsrecht Bayern,** Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern, Landkreisordnung für den Freistaat Bayern, Bezirksordnung für den Freistaat Bayern, Verwaltungsgemeinschaftsordnung für den Freistaat Bayern, Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit, Kommentar, 18. Lieferung, Stand Juli 2017, 444 Seiten, Preis 68,60 €, Loseblattwerk in 2 Ordnern, ca. 2196 Seiten, ISBN 978-3-89382-212-6.

Findeisen, **Bayerisches Disziplinargesetz (BayDG),** Kommentar, Loseblattwerk inkl. 1 Ordner, 3. Auflage, Stand Mai 2017, ca. 440 Seiten, Preis 49 €, ISBN 978-3-89382-214-0.

Mit der Föderalismusreform hat der Freistaat Bayern sein Disziplinarrecht novelliert, dadurch ist das Disziplinarverfahren stärker an das Verwaltungsverfahren angelehnt. Der Kommentar wurde an die geänderte Rechtslage angepasst, die sich mit der neu geregelten Gesetzgebungskompetenz im Dienstrecht ergeben hat. Soweit die Darstellung zu den materiellen Dienstpflichten und Pflichtverletzungen zum Verständnis des Verfahrensrechts erforderlich erschien, sind entsprechende Hinweise aufgenommen worden. Die aktuelle Rechtsprechung ist eingearbeitet.

Strunz/Findeisen, **Bayerisches Beamtengesetz (BayBG), Leistungslaufbahngesetz (LlbG), Bayerisches Disziplinargesetz (BayDG),** Kommentare, Loseblattwerk inkl. 1 Ordner, Stand Mai 2017, ca. 1632 Seiten, Preis 109 €, ISBN 978-3-89382-079-5.

Die Förderalismusreform hat eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Statusrechte und -pflichten der Länder- und Kommunalbeamten geschaffen. Damit werden die Zuständigkeiten für die Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern in den Bereichen des Beamtenrechts, des Laufbahnrechts, des Besoldungsrechts und des Versorgungsrechts neu verteilt. Der praxisorientierte Kommentar bezieht sämtliche durch das Bundesrecht geregelten Vorschriften ein und schafft damit eine Querverbindung zwischen Landes- und Bundesrecht. Wegen des engen beamtenrechtlichen Sachzusammenhangs sind das Bayerische Beamtengesetz, das Leistungslaufbahngesetz und das Bayerische Disziplinargesetz in einem Werk kommentiert.

Nomos Verlag, Baden-Baden

Kohte/Faber/Feldhoff (Hrsg.), **Gesamtes Arbeitsschutzrecht,** Arbeitsschutz, Arbeitszeit, Arbeitssicherheit, Arbeitswissenschaft, Handkommentar, 2. Auflage 2018, 1550 Seiten, gebunden, Preis 138 €, ISBN 978-3-8487-3840-3.

Der Handkommentar zum gesamten Arbeitsschutzrecht dokumentiert und kommentiert alle wesentlichen Gesetze und Verordnungen zum betrieblichen Gesundheitsschutz. In der Neuauflage wurden alle Teile überarbeitet und aktualisiert. Die wichtigsten Änderungen sind die neue Arbeitsstättenverordnung (mit den Vorschriften der früheren BildschirmarbV), die aktuelle Betriebssicherheitsverordnung und das neue Mutterschutzgesetz. Daneben werden aktuelle arbeitszeitrechtliche Fragen, z. B. zur ständigen Erreichbarkeit und zur mobilen Arbeit, Neuregelungen der betrieblichen Gesundheitsförderung im Präventionsgesetz und Entwicklungen im betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) abgehandelt. Die einschlägigen Normen sind auf aktuellstem Stand unter Berücksichtigung der internationalen und europäischen Rechtsentwicklung kommentiert. Der Kommentar verknüpft die Normen mit neusten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen und bezieht dabei auch straf-, verwaltungs- und sozialrechtliche Aspekte mit ein.

Düwell (Hrsg.), **Betriebsverfassungsgesetz,** BetrVG/WahlO/EBRG/SEBG, Handkommentar, 5. Auflage 2018, 2168 Seiten, gebunden, Preis 98 €, ISBN 978-3-8487-3902-8.

Die Neuauflage 2018 des HaKo-BetrVG erläutert, wie sich das neue AÜG- und Werkvertragsrecht auf die Rechte der Leiharbeitnehmer, des Entleiherbetriebsrats und der Selbstständigen auswirkt, wie der Betriebsrat die Einhaltung des Mindestlohns durchsetzen kann und welche neuen Aufgaben und Rechte zur Inklusion von Menschen mit Behinderung das BTHG dem Betriebsrat gebracht hat. Es wird geprüft, welche Veränderungen sich durch die EU-Datenschutz-Grundverordnung auf den Datenschutz im Betrieb und auf Betriebsvereinbarungen ergeben. Durch Crowdworking und digital vernetzte Produktion ergeben sich neue Herausforderungen für den Betriebsrat, ebenso wirkt sich das Tarifeinheitsgesetz auf die Betriebsverfassung aus. Zudem ist im Handbuch eine detaillierte Kommentierung der Wahlordnung und des Europäischen Betriebsräte-Gesetzes (EBRG) sowie die umfassende Erläuterung der Kosten bei außergerichtlicher und gerichtlicher Inanspruchnahme von Anwälten enthalten.

von Boetticher, **Das neue Teilhaberecht,** 1. Auflage 2018, 394 Seiten, broschiert, Preis 38 €, ISBN 978-3-8487-3356-9.

Das Bundesteilhabegesetz stellt die größte Reform des Behindertenrechts seit Einführung des SGB IX dar. Teile des umfangreichen Gesetzespaktes gelten bereits, die Schwerpunkte der Reform treten 2018 und 2020 in Kraft. Das Handbuch zum neuen Recht erklärt verständlich die Neuerungen. Insbesondere stellt es strukturiert dar, was in den neuen Teilen 1 (Allgemeine Regeln), 2 (Eingliederungshilfe) und 3 (Recht der schwerbehinderten Menschen/Mitbestimmungsrechte) des SGB IX neu geregelt ist. Es geht auf die vielen Abgrenzungs- und damit Zuständigkeitsfragen zum SGB XII ein, aber auch zum SGB VIII und XI, und erläutert das schrittweise Inkrafttreten der Neuregelungen und die insoweit schon jetzt zu beachtenden Vorwirkungen.

ecowin Verlag bei Benevento Publishing, Wals bei Salzburg

Neiman, **Widerstand der Vernunft,** ein Manifest in postfaktischen Zeiten, 2017, 79 Seiten, Preis 8 €, ISBN 978-3-7110-0154-2.

Das Buch zeigt, dass es neue politische Ideen braucht, um Populismus und konservativen Nationalismus aufzuhalten. Es ruft dazu auf, für Wahrheit und Moral öffentlich einzutreten, Alternativen zu denken und zu leben.

Hirzel Verlag, Stuttgart

Ehrlichmann, **Einfach ehrlich essen,** warum wir uns auf unseren Appetit verlassen sollten, 2017, 168 Seiten, Preis 19,80 €, ISBN 978-3-7776-2662-8.

Das Buch geht der Frage nach, warum die Deutschen trotz der Ernährungsinformationen in den Medien, Internet, Büchern etc. immer dicker und auch kränker werden. Es erklärt, dass der Mensch bei der Nahrungsaufnahme auf seinen Körper hören und das eigene Essen reflektieren sollte, um daraus dann notwendige Konsequenzen zu ziehen. Es wird die Wirkung der Hungerhormone und die Bedeutung von Stress, Diäten oder von Zusatzstoffen erörtert. In sechs Kapiteln geht es um Fragen der Gesundheit und die Bedeutung von individuellen Wünschen beim Essen.

Stotax, Stollfuß Medien, Bonn

Beermann/Gosch, **Abgabenordnung, Finanzgerichtsordnung,** mit Nebengesetzen, EuGH-Verfahrensrecht, Kommentar, 129. bis 133. Lieferung, Stand September 2017, inkl. Zugang zur laufend aktualisierten Online-Datenbank und CD-ROM, Preis 92,80 €, 92,80 €, 99,30 €, 99,30 € und 99,30 €, Loseblattwerk in 5 Ordnern, ca. 10500 Seiten, ISBN 978-3-08-253000-9.

Die Aktualisierungen bei der **129. Ergänzungslieferung** der AO betreffen § 93c Datenübermittlung durch Dritte, § 163 Abweichende Festsetzung von Steuern aus Billigkeitsgründen, § 169 Festsetzungsfrist, § 182 Wirkungen der gesonderten Feststellung, § 261 Niederschlagung. Bei der FGO ändert sich § 62 Bevollmächtigte und Beistände, § 133a Anhörungsrüge. Die **130. Aktualisierung** enthält die Neukommentierungen FGO § 19 Verletzung von Bundesrecht, bei der AO sind § 107 Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen, § 122 Bekanntgabe des Verwaltungsakts, § 171 Ablaufhemmung, § 239 Festsetzung der Zinsen aktualisiert. Bei der FGO sind § 66 Rechtshängigkeit und § 86 Vorlage- und Auskunftspflicht der Behörden erneuert. Bei der **131. Lieferung** sind in der AO § 72a Haftung Dritter bei Datenübermittlungen an Finanzbehörden, §§ 87b–87e Datenübermittlungen an Finanzbehörden und § 203a Außenprüfung bei Datenübermittlung durch Dritte neu kommentiert worden. Erneuert worden sind bei der AO § 68 Einzelne Zweckbetriebe, § 147a Vorschriften für die Aufbewahrung von Aufzeichnungen und Unterlagen bestimmter Steuerpflichtiger, § 155 Steuerfestsetzung und bei der FGO § 33 Zulässigkeit des Rechtsweges. Neuerungen in der **132. Ergänzung** gibt es bei der AO § 29a Unterstützung des örtlich zuständigen Finanzamts auf Anweisung der vorgesetzten Behörde, § 122a Bekanntgabe von Verwaltungsakten durch Bereitstellung zum Datenabruf. Neu kommentiert wurden § 150 AO Form und Inhalt von Steuererklärungen, §§ 93, 94, 94a FGO Verfahren im ersten Rechtszug. Weiterhin sind in der AO § 175 Änderung von Steuerbescheiden bei Datenübermittlung durch Dritte, § 361 Aussetzung der Vollziehung, § 378 Leichtfertige Steuerverkürzung, § 387 Sachlich zuständige Finanzbehörde, § 398a Absehen von der Strafverfolgung in besonderen Fällen auf den neuesten Stand gebracht. Die **133. Lieferung** enthält Kommentierungen neuer AO-Vorschriften zu § 88b Länderübergreifender Abruf und Verwendung von Daten zur Verhütung, Ermittlung und Verfolgung von Steuerverkürzungen, § 138a Länderbezogener Bericht multinationaler Unternehmensgruppen, §§ 146, 146b u. a. Kassen-Nachschau erneuert. In der AO neu kommentiert sind § 15 Angehörige, § 81 Bestellung eines Vertreters von Amts wegen. Aktualisiert sind § 2 Vorrang völkerrechtlicher Vereinbarungen, § 90 Mitwirkungspflichten der Beteiligten, § 196 Prüfungsanordnung, § 379 Steuergefährdung.

Strahl, **Ertragsteuern, Problemfelder der steuerlichen Beratung,** Problemanalysen, Problemlösungen, Gestaltungen, 21. und 22. Lieferung, Stand Mai 2017, Preis 63 € und 74,80 € inkl. Zugang zur laufend aktualisierten Online-Datenbank und CD-ROM, Preis 36 €, Loseblattwerk in 1 Ordner, ca. 2200 Seiten, ISBN 978-3-08-352200-3.

Die **21. Aktualisierung** enthält Neuerungen zu den Bereichen: Verlustnutzung bei Kapitalgesellschaften (neuer Beitrag), Verlustnutzung bei Personengesellschaften und ihren Gesellschaftern (neuer Beitrag), Wirtschaftsjahr. Die **22. Ergänzung** beinhaltet Neues zu den Themen betriebliche Altersversorgung, Rechtsformwahl, Spenden und Sponsoring, unionsrechtliche Einflüsse, Verlustnutzung bei Kapitalgesellschaften.

Erich Schmidt Verlag, Berlin

Gérard/Göbel/Horlemann, **Staatliche Förderung der Altersvorsorge und Vermögensbildung,** Kommentar zu den einschlägigen Regelungen der privaten Altersvorsorge und betrieblichen sowie gesetzlichen Altersversorgung, des Altersvermögensgesetzes, Alterseinkünftegesetzes und Eigenheimrentengesetzes, zum Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz, zum Fünften Vermögensbildungsgesetz, zum Wohnungsbau-Prämiengesetz und zu Vermögensbeteiligungen, 10., neu bearbeitete Auflage, Lieferung 01/17 bis 05/17, Stand August 2017, 3794 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 94 €, ISBN 978-3-503-06049-8.

Gerdelmann/Rostalski, **Arzneimittel – Rezeptprüfung, Beratung und Regress,** Ergänzbares Handbuch, Lieferung 01/17 bis 03/17, Stand September 2017, Gesamtwerk mit 3924 Seiten, Preis 112 €, ISBN 978-3-503-01550-4.

Dieter/Chorus/Krüger/Mendel, **Trinkwasser aktuell,** Handbuch, Loseblattwerk, 7. Lieferung, Stand August 2017, Loseblattgrundwerk 882 Seiten, einschl. 1 Ordner, Preis 78 €, mit Datenbank-Zugang für www.TRINKWASSER AKTUELLdigital.de für 1 € netto pro Monat, ISBN 978-3-503-14103-6.

Bachmann/König/Utermann, **Bodenschutz,** Ergänzbares Handbuch der Maßnahmen und Empfehlungen für Schutz, Pflege und Sanierung von Böden, Landschaft und Grundwasser, Loseblattwerk, Lieferung 01/17, Stand Juli 2017, 5990 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 156 €, ISBN 978-3-503-02718-7.

Schmatz/Nöthlichs, **Gefahrstoffe,** Kommentar zu Chemikaliengesetz und Gefahrstoffverordnung, Loseblattwerk, Lieferung 02/17, Stand Juni 2017, 3359 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 139 €, ISBN 978-3-503-02724-8.

Kalmbach, **Handbuch der Luftreinhaltung und des Lärmschutzes,** Immissionsschutz, Lieferung 03/17 bis 09/17, Stand September 2017, Loseblatt Grundwerk 9016 Seiten, inkl. 6 Ordnern, inkl. Online-Zugang zu einer umfangreichen, ständig aktualisierten umweltrechtlichen Vorschriftendatenbank, Preis 232 €, ISBN 978-3-503-05843-3.

Hösel/von Lersner/Wendenburg/Versteyl, **Recht der Abfall- und Kreislaufwirtschaft des Bundes, der Länder und der Europäischen Union,** Kommentierungen der Abfallrahmenrichtlinie, des KrWG und weiterer abfallrechtlicher Gesetze und Verordnungen, 2. Auflage, Lieferung 01/17 bis 06/17, Stand September 2017, Loseblatt Grundwerk 10671 Seiten, einschl. 6 Ordnern, Preis 164 €, inkl. Online-Zugang zu Teilen einer umfangreichen, ständig aktualisierten umweltrechtlichen Vorschriftendatenbank, ISBN 978-3-503-16536-0.

Reinert/Ellegast, **Messung von Gefahrstoffen – IFA-Arbeitsmappe,** Gefährdungsermittlung bei chemischen und biologischen Einwirkungen, herausgegeben von der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e. V. (DGUV), Loseblattgrundwerk, Stand April 2017, 1868 Seiten, inkl. 2 Ordnern, Preis 148 €, ISBN 978-3-503-13084-9.

Schmatz/Nöthlichs, **Sicherheitstechnik,** Ergänzbare Sammlung der Vorschriften nebst Erläuterungen für Unternehmen und Ingenieure, Lieferung 02/17 bis 10/17, Stand September 2017, Loseblattgrundwerk 28096 Seiten, inkl. 20 Ordnern, Preis 296 €, ISBN 978-3-503-00062-3.

Schmatz/Nöthlichs, **Produktsicherheit,** Lieferung 01/17 und 02/17, Stand August 2017, Loseblattgrundwerk 3282 Seiten, inkl. 2 Ordnern, Preis 99 €, ISBN 978-3-503-01838-3.

Kullmann/Pfister, **Produzentenhaftung,** Ergänzbares Handbuch zur gesamten Produkthaftpflicht für die juristische Praxis sowie für Hersteller, Händler, Importeure und Exporteure mit Erläuterungen und den einschlägigen Vorschriften und Entscheidungen im nationalen, supranationalen und internationalen Bereich, Lieferung 01/17 und 02/17, Stand August 2017, Gesamtwerk 5350 Seiten, einschl. 4 Ordnern, Preis 158 €, ISBN 978-3-503-01849-9.

Bielenberg/Runkel/Spannowsky, **Raumordnungs- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder,** Kommentar und Textsammlung, Loseblattwerk, Stand Juli 2017, 3581 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 104 €, ISBN 978-3-503-01362-3.

Schirmer/Kater/Schneider, **Aufsicht in der Sozialversicherung,** Ergänzbares Handbuch für die Praxis, 29. Lieferung, Stand Juni 2017.

Geyer u. a., **Entgeltfortzahlung – Krankengeld – Mutterschaftsgeld (EKM),** vormals Vergütung der Arbeitnehmer bei Krankheit und Mutterschaft, Erläuterungen zu den arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften, Lieferung 2/17, Stand August 2017.

Hauck, **Sozialgesetzbuch SGB IV – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung,** Kommentar, Lieferung 2/17 und 3/17, Stand Juni 2017.

Hauck, **Sozialgesetzbuch SGB VI – Gesetzliche Rentenversicherung einschl. Übergangsrecht für das Beitrittsgebiet,** Kommentar, Lieferung 4/17, Stand September 2017.

Hauck, **Sozialgesetzbuch, SGB VII – Gesetzliche Unfallversicherung,** Kommentar, Lieferung 3/17, Stand Juli 2017.

Hauck, **Sozialgesetzbuch SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe,** Kommentar, Lieferung 2/17, Stand August 2017.

Hauck/Noftz, **Sozialgesetzbuch SGB X – Verwaltungsverfahren, Schutz der Sozialdaten, Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten,** Kommentar, Lieferung 2/17, Stand August 2017.

Hauck/Wilde, **Sozialgesetzbuch SGB XI – Soziale Pflegeversicherung,** Kommentar, Lieferung 2/17, Stand August 2017.

Wolters Kluwer Deutschland, Carl Link, Kronach

Hickel/Wiedmann/Hetzel, **Gewerbe- und Gaststättenrecht,** Rechtssammlung mit Erläuterungen für die kommunale Praxis, 114. bis 120. Lieferung, Stand September 2017, Preis 123,48 €, 116,64 €, 94,10 €, 105,16 €, 94,26 €, 101,74 € und 109,64 €, ISBN 978-3-556-82010-0.

Schwenk/Frey, **Haushalts- und Wirtschaftsrecht / Kommunaler Finanzausgleich in Bayern,** Kommentar, Loseblattwerk inkl. 2 Ordnern, 171. bis 174. Lieferung, Stand Juni 2017, Preis 120,33 €, 123,46 €, 212,75 € und 62,02 € + JURION 14,87 €, 15,26 €, 26,29 € und 7,66 €, inkl. Leer-Ordner, Finanzrecht der Kommunen I, ISBN 978-3-556-90010-9.

Leonhardt, **Jagdrecht,** Bundesjagdgesetz, Bayerisches Jagdgesetz, Ergänzende Bestimmungen, Kommentar, Loseblattwerk, 83. bis 85. Lieferung, Stand August 2017, Preis 108,24 €, 126,28 € und 104,96 €, ISBN 978-3-556-75010-0.

Leonhardt, **Wild- und Jagdschadensersatz,** Handbuch zur Schadensabwicklung mit Berechnungsgrundlagen und Tabellen, Loseblattwerk inkl. CD-ROM, 16. Lieferung, Stand September 2017, Preis 65,28 €, ISBN 978-3-556-75400-9.

Stengel, **Kommunale Kostentabelle,** Kosten für Amtshandlungen der kreisgehörigen Gemeinden und Standesämter in alphabetischer Ordnung, Loseblattwerk, 45. Lieferung. Stand April 2017, Preis 132,99 € + JURION 16,35 €, ISBN 978-3-556-93000-7.

Nitsche/Baumann/Schwamberger, **Satzungen zur Abwasserbeseitigung,** mit Abgaberegelungen, kommentierte Ausgabe, 62. und 63. Lieferung, Stand März 2017, Preis 147,84 € und 144,76 €, ISBN 978-3-556-64400-3.

Nitsche/Baumann/Schwamberger, **Satzungen zur Wasserversorgung,** mit Abgaberegelungen, kommentierte Ausgabe, 54. und 55. Lieferung. Stand März 2017, Preis

134,32 € + JURION 16,60 € und 130,21 € + JURION 16,09 €, ISBN 978-3-556-86350-3.

Harrer/Kugele, **Verwaltungsrecht in Bayern,** Verwaltungsverfahren (BayVwVfG und VwVfG) – Verwaltungszustellung und Vollstreckung (VwZVG) – Verwaltungsprozess (VwGO), ergänzbare Rechtssammlung mit Kommentar, 114. und 115. Lieferung, Stand September 2017, Preis 119,87 € bzw. 163,60 €.

Schelter, **Verwaltungsverfahren in Deutschland und Europa,** Materialien und Rechtssammlung zum Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahrensrecht, 195. Lieferung, Stand September 2017, Preis 354,96 €.

C.H.Beck Verlag, München

Schmid/Spindler, **Handbuch der Bayerischen Geschichte, Band 1: Das Alte Bayern,** von der Vorgeschichte bis zum Hochmittelalter, 2017, 768 Seiten, Preis 49,95 €, ISBN 978-3-406-68325-1.

Der erste Band des Standardwerks ist auf dem modernsten Stand der Forschung vollständig neu geschrieben. Der Bogen der vielfältigen Themen spannt sich von den naturräumlichen Voraussetzungen und Umweltbedingungen, die die Entwicklung Bayerns von Anfang an geprägt haben, bis zum kulturellen Leben der Stauferzeit. Der Band beschreibt die erste Erwähnung der Bayern im 7. Jahrhundert und die Entwicklung Bayerns, die sich daran anschließenden Jahrhunderte unter der Agilolfingerherrschaft, die Stellung Bayerns im mittelalterlichen Reich, die Rolle der Karolinger, Liudolfinger, Salier und Welfen. Die Stellung aber auch die Ausbreitung des Christentums sowie die Bedeutung der Kirche, des Adels und der Juden in Bayern werden ebenso kundig beschrieben und anschaulich erläutert wie Entwicklungen von Recht, Wirtschaft, Literatur und Musik.

Küster, **Deutsche Landschaften,** von Rügen bis zum Donautal, 2017, 384 Seiten, Preis 29,95 €, ISBN 978-3-406-71387-3.

Die deutschen Landschaften sind so vielfältig wie außergewöhnlich und charakteristisch. Das Buch stellt die schönsten deutschen Landschaften vor. Dabei wird nicht nur deutlich Wahrnehmbares sichtbar, sondern auch schwer zu Entdeckendes und sogar Unsichtbares erkennbar. Es geht in diesem Band nicht nur um Geographie sondern auch um die vielfältigen kulturellen Bedeutungen.

Mey, **Darknet,** Waffen, Drogen, Whistleblower, wie digitale Unterwelt funktioniert, 2017, 239 Seiten, Preis 14,95 €, ISBN 978-3-406-71383-5.

Das Buch zeigt, wie viele der kursierenden Informationen Mythen sind und wie wenig an wirklichem Wissen existiert. In monatelangen Recherchen hat sich der Autor ein eigenes Bild gemacht, Dutzende wissenschaftlicher Darknet-Studien wurden nach verwertbaren Ergebnissen durchforstet. Der Band portraitiert diesen Ort, in dem illegaler Kommerz und ethische Abgründe, aber auch politischer Aktivismus nah beieinander liegen.

Müller/Richter/Ziekow, **Handbuch Zuwendungsrecht,** Rechtsgrundlagen, Verfahren, Rechtsschutz, 2017, XXXIII, 376 Seiten, Preis 99 €, ISBN 978-3-406-64009-4.

Das Zuwendungsrecht regelt die staatliche Förderung außerstaatlicher Stellen zu öffentlichen Zwecken, an denen der Staat ein erhebliches Interesse hat. Das breite Förderspektrum umfasst insbesondere kulturell, wirtschafts- und sozialpolitisch bedeutsame Vorhaben. Das in seiner Darstellung klar gegliederte praxisnahe Werk bietet u. a. Ausführungen zum Rechtsschutz, Checklisten und Muster für Zuwendungsanträge und -bescheide. Das Handbuch unterstützt alle mit dem Zuwendungsrecht Befassten mit umfassenden Informationen über die Voraussetzungen der Förderung und die Anforderungen des zuwendungsrechtlichen Verfahrens.

Asgard Verlag, Sankt Augustin

Löschau, **Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI) – Kommentar,** hervorgegangen aus dem „Handbuch der Sozialversicherung", 23. Lieferung, Preis 139,60 €, Stand August 2017, Umfang des Grundwerks 6144 Seiten, ISBN 978-3-537-55020-0.

Richard Boorberg Verlag, Stuttgart, München

Sozialhilfe SGB XII, Grundsicherung für Arbeitsuchende SGB II, Textausgabe mit Verordnungen und Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), 23., aktualisierte Auflage 2018, 226 Seiten, Preis 12,80 €, ISBN 978-3-415-06201-6.

Die 23., aktualisierte Auflage der Textausgabe enthält die Vorschriftentexte von SGB XII (Sozialhilfe) und SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) mit Rechtsstand 1. Januar 2018.

Bund-Verlag, Frankfurt a.M.

Däubler/Kittner/Klebe/Wedde (Hrsg.), **BetrVG – Betriebsverfassungsgesetz,** mit Wahlordnung und EBR-Gesetz, 16., neu bearbeitete Auflage 2018, 3062 Seiten, gebunden, Preis 99 €, ISBN 978-3-7663-6635-1.

Einige aktuell in Kraft getretene Gesetzesänderungen haben massive Auswirkungen auf das Betriebsverfassungsrecht. Insbesondere die neuen Regeln für Leiharbeit und Werkverträge im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, das neue Entgelttransparenzgesetz und die Änderungen im Schwerbehindertenrecht durch das Bundesteilhabegesetz. Auch die Änderungen durch die neuen gesetzlichen Regelungen in der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und im neuen Bundesdatenschutzgesetz (BDSG-neu), im Mutterschutzgesetz und in der Arbeitsstättenverordnung sind in die Neuauflage eingearbeitet. In der Rechtsprechung ergingen neue Urteile zur Mitbestimmung bei Überwachungsmaßnahmen, etwa zur Einrichtung einer Facebook-Seite durch den Arbeitgeber und zu Regelungsgrenzen für Betriebsvereinbarungen sowie zu Entgeltsystemen in tarifpluralen Betrieben. Die Entscheidung des BVerfG zur Tarifeinheit und deren Auswirkungen wurden ebenfalls berücksichtigt.

Wolters Kluwer Deutschland, Luchterhand Verlag, Köln

Dörner/Luczak/Wildschütz u. a. (Hrsg.), **Handbuch des Arbeitsrechts,** Arbeitsrechtliche, anwaltliche und gerichtliche Praxis, 14. Auflage 2018, gebunden, 2928 Seiten, 149 €, ISBN 978-3-472-08973-5.

Das Handbuch des Arbeitsrechts (ehemals Handbuch des Fachanwalts Arbeitsrecht) bietet – in allen Teilen überarbeitet, gestrafft und aktualisiert – auch in der 14. Auflage alles arbeitsrechtlich Relevante in einem Band: Individual- und kollektives Arbeitsrecht, das arbeitsgerichtliche Verfahren nebst unions- und sozialversicherungsrechtlichen Bezügen. Es ist auf dem neuesten Stand der Gesetzgebung mit Auswertung von Rechtsprechung und Literatur. Neu in der 14. Auflage sind u. a. die aktuelle Entwicklung zum Mindestlohn, das Gesetzesvorhaben Beschäftigtendatenschutz einschließlich der Entwicklung auf der Ebene der EU sowie die Gesetzesänderungen bei der Leiharbeit und zur Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen, die Änderung des § 309 Nr. 13 BGB mit Auswirkungen auf die Geltendmachung von Ansprüchen im Sinne von Ausschlussfristen, des § 16 Abs. 3 Satz 2 BetrAVG, die gesetzgeberischen weiteren Bemühungen zur Herstellung der Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern. Thematisiert werden die Vorlagen an den EuGH wegen der zweifelhaften unionsrechtlichen normativen Legitimität der nationalen Sonderbehandlung von Religionsgemeinschaften in nationaler arbeits- und verfassungsrechtlicher Hinsicht sowie wegen Einzelfragen aus dem Urlaubsrecht.

Verlagsgesellschaft Rudolf Müller, Köln

Hankammer, **Abnahme von Bauleistungen, Band 1,** Rechtliche und technische Grundlagen & praktische Hinweise zur Abnahme von Rohbau, Dach und Fassade, 5. Auflage 2017, 477 Seiten, Preis 59 €, ISBN 978-3-481-03664-5.

„Abnahme von Bauleistungen – Band 1" behandelt die rechtlichen sowie technischen Grundlagen der Abnahme und ermöglicht eine fachgerechte Beurteilung der erbrachten Bauleistungen in den Bereichen Rohbau, Dach und Fassade. Gegliedert nach den relevanten Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen liegt damit ein repräsentativer Mängelkatalog für die Bauabnahme vor. Das Buch stellt typische Fehler und Mängel bei der Durchführung von Baumaßnahmen in den Mittelpunkt. Das frühzeitige Erkennen dieser Fehler und Mängel hilft, Streitigkeiten und mögliche spätere Schäden an Bauwerken zu vermeiden. Mit zahlreichen Beispielen in Wort und Bild, Gerichtsurteilen und Verweisen auf Regelwerke und Fachliteratur bietet dieses Werk den mit der Abnahme von Bauleistungen Beauftragten praktische Entscheidungshilfen. Mit der fünften Auflage erscheint die „Abnahme von Bauleistungen" erstmals in zwei Bänden. Der vorliegende vollständig aktualisierte und erweiterte Band 1 umfasst neben den förmlichen Grundlagen detaillierte Informationen zur Abnahme von Rohbau-, Dach- und Fassadenarbeiten. Er berücksichtigt die VOB 2016 sowie die Novellierungen zahlreicher Normen und Regelwerke. Im Mittelpunkt stehen viele neue Beispiele aus Beanstandungsgruppen, die in der Abnahmepraxis aktuell verstärkt auftreten. Hinweise auf zu berücksichtigende Regelwerke dienen der systematischen Beurteilung der Beanstandungen. Ausführliche Checklisten erleichtern die Durchführung einer Abnahme.

Hankammer, **Abnahme von Bauleistungen, Band 2,** Messinstrumente und -verfahren & praktische Hinweise zur Abnahme von Innenausbau und Haustechnik, 2017, 423 Seiten, Preis 59 €, ISBN 978-3-481-03666-9.

„Abnahme von Bauleistungen – Band 2" ermöglicht eine fachgerechte Beurteilung der erbrachten Bauleistungen in den Bereichen Innenausbau und Haustechnik und behandelt die zur Abnahme notwendigen Messinstrumente und -verfahren. Gegliedert nach den relevanten Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen liegt damit ein repräsentativer Mängelkatalog für die Bauabnahme vor. Das Buch stellt typische Fehler und Mängel bei der Durchführung von Baumaßnahmen in den Mittelpunkt. Das frühzeitige Erkennen dieser Fehler und Mängel hilft, Streitigkeiten und mögliche spätere Schäden an Bauwerken zu vermeiden. Mit zahlreichen Beispielen in Wort und Bild, Gerichtsurteilen und Verweisen auf Regelwerke und Fachliteratur bietet dieses Werk den mit der Abnahme von Bauleistungen Beauftragten praktische Entscheidungshilfen. Mit der fünften Auflage erscheint die „Abnahme von Bauleistungen" erstmals in zwei Bänden. Der vorliegende vollständig aktualisierte und erweiterte Band 2 widmet sich der Abnahme von Ausbauarbeiten und Haustechnik und liefert einen Überblick über die für die Abnahme wichtigen Messinstrumente und -verfahren. Er berücksichtigt die VOB 2016 sowie die Novellierungen zahlreicher Normen und Regelwerke. Im Mittelpunkt stehen viele neue Beispiele aus Beanstandungsgruppen, die in der Abnahmepraxis aktuell verstärkt auftreten. Hinweise auf zu berücksichtigende Regelwerke dienen der systematischen Beurteilung der Beanstandungen. Ausführliche Checklisten erleichtern die Durchführung einer Abnahme.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern" www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern" ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern" entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN UND FÜR INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 4 **München, 29. März 2018** **31. Jahrgang**

Inhaltsübersicht

Datum Seite

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie

06.03.2018 2251-W
Richtlinien für die Vergabe des Bayerischen Fernsehpreises „Der Blaue Panther“ 270

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

14.03.2018 2231-A
Richtlinie zur Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege und zur Deckung von Finanzierungslücken bei den Betriebskosten integrativer Kindertageseinrichtungen 272

12.02.2018 360-A
Änderung der Bekanntmachung über das Kostenwesen und den Prüfungsbeamten in der Arbeitsgerichtsbarkeit 274

02.03.2018 360-A
Änderung der Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Ausgleich von Kosten in Verfahren vor den Gerichten 275

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatskanzlei

19.02.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Patrice Pélissier 276

III. Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen . . . . . entfällt

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibungen 277

Literaturhinweise 278

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

2251-W

Richtlinien für die Vergabe des Bayerischen Fernsehpreises „Der Blaue Panther“

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

vom 6. März 2018, Az. 76-7501a/502/5

Teil 1
Grundsätze

1. Zielsetzung, Grundlagen

1.1 Der Bayerische Fernsehpreis wird von der Staatsregierung für hervorragende Leistungen im deutschen Fernsehschaffen vergeben.

1.2 Der Bayerische Fernsehpreis besteht aus einer Urkunde, einem Symbol und, abgesehen vom Ehrenpreis, einem Geldbetrag nach Maßgabe der dafür im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel.

2. Bekanntgabe, Aushändigung

Der Ministerpräsident gibt die Beschlüsse des Auswahlausschusses (Teil 4) bekannt und händigt die Auszeichnung aus.

3. Symbol

Als Symbol wird eine Porzellanfigur „Der Blaue Panther“ vergeben.

4. Allgemeine Voraussetzungen

4.1 Für eine Preisverleihung kommen nur Produktionen, die als Eigen-, Co- oder Auftragsproduktionen hergestellt wurden, in Betracht.

4.2 [1]Die Produktionen müssen von einem deutschen Fernsehveranstalter im Zeitraum nach Nr. 4.5 ausgestrahlt worden sein. [2]Eine zeitlich frühere Online-Veröffentlichung ist unschädlich.

4.3 Die Ausstrahlung muss im Sendegebiet des Freistaates Bayern empfangbar gewesen sein.

4.4 Produktionen, die für den Bayerischen Filmpreis in Betracht kommen, können nicht Gegenstand des Bayerischen Fernsehpreises sein.

4.5 [1]Die Produktionen müssen zwischen dem 1. März des Kalenderjahres, das der Preisverleihung vorausgeht, und dem letzten Tag des Monats Februar im Jahr der Auszeichnung erstmals ausgestrahlt worden sein. [2]Nr. 4.2 Satz 2 gilt entsprechend.

Teil 2
Preise

5. Einzelpreise

5.1 [1]Im Rahmen des Bayerischen Fernsehpreises werden Auszeichnungen in fünf Kategorien verliehen:

1. Informationsprogramme
2. Fernsehfilme (fiktional)
3. Serien und Reihen (fiktional)
4. Unterhaltungsprogramme
5. Kultur- und Bildungsprogramme.

[2]Der Bayerische Fernsehpreis ist dotiert. [3]Die Höhe der Dotierung richtet sich nach den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln. [4]Die Anzahl der Preisträger einer Preisverleihung soll nicht mehr als 15 betragen.

5.2 [1]Der Auswahlausschuss ist im Rahmen der Dotation frei, in jeder der Kategorien einen oder mehrere Preise zu vergeben. [2]Die Preisträger können Rundfunkveranstalter, private Anbieter nach dem Bayerischen Mediengesetz, Redaktionen, Produktionsfirmen, vor allem aber auch Einzelpersonen sein, die in besonderer Weise mit der ausgezeichneten Sendung zu würdigen sind.

5.3 Es kann ein Sonderpreis vergeben werden.

5.4 Über die Anzahl und die Höhe der jeweiligen Dotierung der Preise entscheidet der Auswahlausschuss im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel (Nr. 5.1).

5.5 [1]Der Ministerpräsident kann einen Ehrenpreis vergeben. [2]Der Ehrenpreis bleibt ohne Dotation.

5.6 [1]Es wird ein von der LfA Förderbank Bayern gestifteter Nachwuchsförderpreis vergeben. [2]Mit ihm sollen herausragende Leistungen von Nachwuchskräften ausgezeichnet werden, die einen Bezug zu Bayern aufweisen. [3]Als Nachwuchskraft gilt, wer zum Zeitpunkt der Preisverleihung das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Teil 3
Verfahren

6. Vorschlagsverfahren

6.1 Die Auszeichnung mit dem Bayerischen Fernsehpreis erfolgt auf Vorschlag.

6.2 Vorschlagsberechtigt sind:

1. Rundfunkveranstalter
2. Bayerische Landeszentrale für neue Medien
3. Private Anbieter nach dem Bayerischen Mediengesetz
4. Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen e. V.
5. FilmFernsehFonds Bayern.

6.3 Die Vorschläge sind von den zuständigen Verantwortlichen (Intendantin oder Intendant, Vorstandsmitglied, Geschäftsführerin oder Geschäftsführer, Programmdirektorin oder Programmdirektor, Chefredakteurin oder Chefredakteur oder deren ständige Vertreter) zu unterzeichnen.

6.4 Jeder Vorschlagsberechtigte kann pro Kategorie bis zu drei Produktionen vorschlagen.

6.5 [1]Die Vorschläge müssen bis zu dem vom Komitee vorgegebenen Termin bei der in der Ausschreibung genannten Adresse zugegangen sein. [2]Der Zugang

der schriftlichen Unterlagen auf elektronischem Weg ist ausreichend, sofern die notwendigen schriftlichen Unterlagen und die physische Kopie der Sendung (DVD) binnen 14 Tagen nach Ende der Ausschreibungsfrist an der genannten Adresse zugegangen sind.

6.6 Jedes Mitglied des Auswahlausschusses kann weitere Produktionen einbringen.

7. Komitee Bayerischer Fernsehpreis

7.1 [1]Beim Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie wird ein Komitee Bayerischer Fernsehpreis gebildet. [2]Vertreter in das Komitee entsenden:

1. der Bayerische Rundfunk
2. das Zweite Deutsche Fernsehen
3. die Bayerische Landeszentrale für neue Medien
4. der FilmFernsehFonds Bayern
5. einzelne private Fernsehanbieter
6. die Verwertungsgesellschaft der Film- und Fernsehproduzenten mbH (VFF)
7. das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie
8. die Geschäftsstelle Bayerischer Fernsehpreis.

7.2 Das Komitee ist für die Einhaltung der Richtlinien verantwortlich.

7.3 Das Komitee regelt alle weiteren organisatorischen Einzelheiten für die Vergabe des Bayerischen Fernsehpreises.

7.4 Das Komitee schlägt sieben Mitglieder des Auswahlausschusses sowie bis zu sieben Stellvertreter zur Berufung durch das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie vor.

Teil 4
Auswahlausschuss

8. Berufung, Aufgaben

8.1 [1]Beim Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie wird ein Auswahlausschuss für den Bayerischen Fernsehpreis gebildet, dessen Mitglieder für eine jeweils dreijährige Amtszeit berufen werden. [2]Wiederberufungen sind zulässig.

8.2 Der Auswahlausschuss beurteilt die Qualität der eingereichten Fernsehproduktionen.

9. Rechte und Pflichten

9.1 Die Ausschussmitglieder sind unabhängig und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

9.2 Die Ausschussmitglieder sind zum Stillschweigen über den Inhalt der Beratungen und der Beschlüsse verpflichtet.

9.3 Mitglieder des Auswahlausschusses nehmen an Beratung und Entscheidung nicht teil, wenn sie selbst oder ein naher Angehöriger oder die Einrichtung, der sie angehören, von der Entscheidung betroffen sind.

10. Zusammensetzung

10.1 [1]Der Auswahlausschuss besteht aus zehn fachkundigen Persönlichkeiten, von denen sieben auf Vorschlag des Komitees Bayerischer Fernsehpreis berufen werden. [2]Die Berufung von drei weiteren Mitgliedern obliegt dem Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.

10.2 [1]Auf Vorschlag des Komitees Bayerischer Fernsehpreis werden Stellvertreter berufen. [2]Das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie kann ebenfalls Stellvertreter benennen.

10.3 Die Mitglieder des Auswahlausschusses wählen aus ihren Reihen eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden.

11. Beschlussfassung

11.1 Der Auswahlausschuss ist beschlussfähig, wenn sieben Mitglieder anwesend sind.

11.2 [1]Der Auswahlausschuss beschließt mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder. [2]In Verfahrensfragen genügt die einfache Mehrheit.

12. Sitzungen

12.1 Die Sitzungen des Auswahlausschusses werden von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden einberufen.

12.2 Die Sitzungen sind nicht öffentlich.

12.3 [1]Über die Sitzungen sind vertrauliche Niederschriften anzufertigen. [2]Darin sind Ort und Tag der Sitzung, deren Teilnehmer, das Ergebnis der Verhandlungen und die Beschlüsse anzugeben.

13. Vergütungen

[1]Die an Sitzungen teilnehmenden Mitglieder des Auswahlausschusses erhalten eine von dem Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat festzulegende Sitzungsvergütung. [2]Dies gilt nicht für Bedienstete des Freistaates Bayern, die kraft Amtes dem Auswahlausschuss angehören. [3]Reisekosten werden auf Antrag im Rahmen der für Beamte des Freistaates Bayern geltenden Reisekostenbestimmungen ersetzt.

Teil 5
Schlussbestimmungen

14. Ausschluss des Rechtsweges

Gegen die Auswahlentscheidungen ist der Rechtsweg ausgeschlossen.

15. Geschäftsstelle

Beim Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie wird eine Geschäftsstelle eingerichtet, die das Verfahren zur Vergabe des Bayerischen Fernsehpreises abwickelt.

16. Zweifelsfragen, Ausnahmen

16.1 In Zweifelsfragen bei Auslegung und Anwendung dieser Richtlinien entscheidet das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.

16.2 [1]Das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie kann Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Richtlinien zulassen. [2]Der Auswahlausschuss kann in besonderen Fällen Ausnahmen von den Nrn. 4.1 und 6.5 beschließen.

17. Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 6. März 2018 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

2231-A

Richtlinie zur Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege und zur Deckung von Finanzierungslücken bei den Betriebskosten integrativer Kindertageseinrichtungen

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

vom 14. März 2018, Az. II4/6511-1/203

[1]Der Freistaat Bayern gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie Zuwendungen zur Qualitätssicherung und -entwicklung in Kindertageseinrichtungen und zur Umsetzung der Inklusion in der Kindertagespflege. [2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der hierfür zweckbestimmt im Einzelplan 10 verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Förderung der Inklusion in der Tagespflege

1.1 Zweck der Zuwendung

[1]Im Vorgriff auf eine künftige Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) wird zur Umsetzung der Inklusion in der Kindertagespflege der einheitliche gesetzliche Gewichtungsfaktor 1,3 (Art. 21 Abs. 5 Satz 7 BayKiBiG) auf 4,5 für Kinder mit (drohender) Behinderung in der Kindertagespflege angehoben. [2]Die Förderung soll zur besseren Finanzierung der Ausgaben der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Umsetzung der Inklusion im Bereich der Tagespflege beitragen. [3]Dies betrifft die Qualifizierung, die Fortbildung, die fachliche Begleitung und Beratung der Tagespflegepersonen, die Vermittlung der Kinder, die Sicherstellung einer gleichermaßen geeigneten Ersatzbetreuung sowie die Auszahlung einer der Förderung angemessenen Geldleistung im Sinne des § 23 Abs. 2 Nr. 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII). [4]Die Tagespflegepersonen bedürfen zudem eines Ausgleichs bei der Feststellung des Tagespflegeentgelts (§ 23 Abs. 1 SGB VIII), weil sie in aller Regel wegen des höheren erzieherischen und pflegerischen Aufwands für die Betreuung von Kindern mit (drohender) Behinderung insgesamt weniger Kinder aufnehmen können.

1.2 Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung ist eine Erhöhung der kindbezogenen Förderung für behinderte oder von wesentlicher Behinderung bedrohte Kinder in der Tagespflege im Sinne der Art. 20 und 20a BayKiBiG.

1.3 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Art. 18 Abs. 3 Satz 1 BayKiBiG) beziehungsweise die Gemeinden (Art. 18 Abs. 2 Satz 1 BayKiBiG).

1.4 Zuwendungsvoraussetzungen

[1]Die Zuwendung erfasst behinderte oder von wesentlicher Behinderung bedrohte Kinder, die zusammen mit Regelkindern in der (Groß-)Tagespflege betreut werden. [2]Die Zuwendung erfolgt im Rahmen der kindbezogenen Förderung des BayKiBiG. [3]Der höhere Gewichtungsfaktor 4,5 wird für jedes Kind mit (drohender) Behinderung in der Kindertagespflege gewährt, wenn

a) die Tagespflegeperson weniger als vier Kinder gleichzeitig betreut,

b) die Großtagespflegestelle weniger als acht Kinder gleichzeitig betreut,

c) der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Betreuung des Kindes beziehungsweise der Kinder mit (drohender) Behinderung ein erhöhtes Tagespflegeentgelt festsetzt, wobei die Erhöhung des Tagespflegeentgelts mindestens der – um den Gewichtungsfaktor 4,5 erhöhten – staatlichen Förderung entsprechen muss.

[4]Zudem müssen die übrigen Voraussetzungen nach Art. 18 Abs. 3 Satz 1, Art. 20 und Art. 25 BayKiBiG beziehungsweise Art. 18 Abs. 2 Satz 1, Art. 20a und Art. 21 BayKiBiG erfüllt sein. [5]Die Tagespflegeperson muss über eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII mit einer Qualifizierung von mindestens 100 Stunden verfügen und nachweisen, dass sie für die Betreuung von Kindern mit (drohender) Behinderung geeignet ist. [6]Bei der Begrenzung der Elternbeteiligung nach Art. 20 Satz 1 Nr. 3 BayKiBiG bleibt die Erhöhung des Gewichtungsfaktors von 1,3 auf 4,5 außer Betracht.

1.5 Art und Umfang der Zuwendung

Die Zuwendung erfolgt als Anteilfinanzierung durch eine Erhöhung des Gewichtungsfaktors von 1,3 auf 4,5 im Rahmen des staatlichen Anteils der kindbezogenen Förderung (Art. 21 BayKiBiG).

2. Deckung von Finanzierungslücken bei den Betriebskosten integrativer Kindertageseinrichtungen

2.1 Zweck der Förderung

[1]Integrative Kindertageseinrichtungen erhalten eine gesetzliche Förderung nach Maßgabe des BayKiBiG. [2]Bei Einrichtungen mit einem hohen Anteil an behinderten oder von Behinderung bedrohten Kindern und dadurch bedingt höheren Personalausgaben und geringeren Einnahmen aus Elternbeiträgen ergeben sich im Einzelfall für den Träger und die Sitzgemeinde unzumutbare Finanzierungslücken. [3]Die Zuwendung dient dem teilweisen Ausgleich dieser Härtefälle bei Einrichtungen mit überörtlicher Bedeutung.

2.2 Gegenstand der Förderung

Gefördert werden die nicht durch die Förderung nach dem BayKiBiG gedeckten Betriebskosten integrativer Einrichtungen mit überörtlicher Bedeutung.

2.3 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind die Gemeinden und Träger von integrativen Kindertageseinrichtungen im Sinne des Art. 2 Abs. 3 BayKiBiG.

2.4 Zuwendungsvoraussetzungen

[1]Ausgleichsfähig sind Betriebskosten, die das 1,5-fache der staatlichen und kommunalen kindbezogenen Förderung nach dem BayKiBiG übersteigen. [2]Die Zuwendung setzt voraus, dass

a) der Zuwendungsempfänger im Bewilligungszeitraum Fördermittel nach Maßgabe des BayKiBiG erhält,

b) sich die betroffenen Gemeinden im Bewilligungszeitraum an dem auszugleichenden Betriebskostendefizit in mindestens gleicher Höhe wie die staatliche Zuwendung nach dieser Richtlinie beteiligen,

c) die integrative Einrichtung einen im Bewilligungszeitraum durchschnittlichen Anstellungsschlüssel von mindestens 1 : 10,0 einhält,

d) an mindestens sechs Monaten im Kindergartenjahr mindestens sieben behinderte oder von wesentlicher Behinderung bedrohte Kinder die Einrichtung gleichzeitig besuchen,

e) die Einrichtung überörtliche Bedeutung hat.

[3]Überörtliche Bedeutung hat die Einrichtung dann, wenn zumindest in einem Zeitraum von sechs Kalendermonaten im Bewilligungszeitraum die behinderten oder von wesentlicher Behinderung bedrohten Kinder gewöhnliche Aufenthaltsorte (§ 30 Abs. 3 Satz 2 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch) in mindestens drei verschiedenen Gemeinden haben.

2.5 Art und Umfang der Zuwendung

[1]Die Zuwendung erfolgt als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung und wird als Einmalzahlung ausgereicht. [2]Abschlagszahlungen sind nicht möglich. [3]Die Zuwendung soll bis zu 40 % des ausgleichsfähigen Betriebskostendefizits pro Bewilligungszeitraum und Einrichtung abdecken, darf aber 10 000 Euro nicht überschreiten.

3. Verfahren für alle Förderungen nach dieser Richtlinie

3.1 Bewilligungszeitraum

Der Bewilligungszeitraum ist das jeweilige Kalenderjahr.

3.2 Bewilligungsbehörde

Für die Förderung sind die Bewilligungsbehörden nach Art. 28 Satz 1 BayKiBiG zuständig.

3.3 Antragstellung

3.3.1 Die Anträge nach Nr. 1 werden durch den Zuwendungsempfänger gegenüber der Bewilligungsbehörde im Rahmen der Endabrechnung für die kindbezogene Förderung nach Art. 26 Abs. 1 BayKiBiG gestellt und können bis spätestens 30. April des auf den Bewilligungszeitraum folgenden Jahres beantragt werden.

3.3.2 Der Antrag auf Ausgleich des Betriebskostendefizits (Nr. 2) kann innerhalb von sechs Monaten nach Bestandskraft des Bescheids über die kindbezogene Förderung, jedenfalls aber bis spätestens 31. Dezember des auf den Bewilligungszeitraum folgenden Jahres gegenüber der Bewilligungsbehörde nach Art. 28 BayKiBiG gestellt werden.

3.3.3 Für die Berechnung der Fristen gelten die §§ 187 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechend.

3.4 Abschlagszahlungen

3.4.1 [1]Für die Förderung nach Nr. 1 erhalten die Zuwendungsempfänger auf Antrag Abschlagszahlungen in Höhe von 96 % der im Bewilligungszeitraum zu erwartenden Fördersumme nach dieser Richtlinie, die vierteljährlich zusammen mit der kindbezogenen Förderung nach § 22 der Kinderbildungsverordnung (AVBayKiBiG) ausgereicht werden. [2]Die Summe der für den Bewilligungszeitraum geleisteten Abschlagszahlungen wird auf die Förderung angerechnet.

3.4.2 [1]Differenzen sind auszugleichen, das heißt waren die Abschlagszahlungen gegenüber dem Endförderbetrag zu hoch, hat der Empfänger den überzahlten Betrag zu erstatten. [2]Ergibt sich hingegen ein höherer Förderbetrag als die Summe der Abschlagszahlungen, wird der Mehrbetrag ausgezahlt. [3]Der Zuwendungsempfänger hat die Abschlagszahlungen zu erstatten, wenn er den Antrag auf Förderung nicht innerhalb der in Nr. 3.3 festgelegten Frist stellt.

3.5 Nachweis und Prüfung der Verwendung

[1]Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen nach Nr. 1 sowie für deren Nachweis und deren Prüfung gelten Art. 26 BayKiBiG und § 23 AVBayKiBiG entsprechend. [2]Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen nach Nr. 2 sowie für deren Nachweis und deren Prüfung der Verwendung, die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheids und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften zu Art. 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) sowie die Art. 48 bis 49a des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes. [3]Im Zuwendungsbescheid ist insbesondere auf die Einhaltung der Bestimmungen der ANBest-P beziehungsweise ANBest-K, die dem Bescheid als Anlage beigefügt werden, hinzuweisen. [4]Das Prüfungsrecht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs ergibt sich aus Art. 91 BayHO.

4. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Dr. Markus Gruber
Ministerialdirektor

360-A

Änderung der Bekanntmachung über das Kostenwesen und den Prüfungsbeamten in der Arbeitsgerichtsbarkeit

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

vom 12. Februar 2018, Az. A5/0021.09-1/22

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen über das Kostenwesen und den Prüfungsbeamten in der Arbeitsgerichtsbarkeit (KPArbG) vom 18. April 2007 (AllMBl. S. 319) wird wie folgt geändert:

1.1 Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Kostenverfügung in der Arbeitsgerichtsbarkeit (KostVfg-ArbG)".

1.2 Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

1.2.1 Die Angabe zu Nr. 7 wird wie folgt gefasst:

„7. Kostenansatz bei Verweisung eines Rechtsstreits an ein anderes Gericht".

1.2.2 Die Angabe zu Nr. 18 wird wie folgt gefasst:

„18. (weggefallen)".

1.3 Nr. 1.2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Soweit nicht die Kostensachbearbeitung aufgrund des Organisationsplans für die Arbeitsgerichte vom 31. Oktober 2013 und für die Landesarbeitsgerichte vom 31. Oktober 2013 in der jeweils geltenden Fassung den Urkundsbeamten der dritten Qualifikationsebene oder den Urkundsbeamten mit besonderen Aufgaben vorbehalten ist, wird diese von den Urkundsbeamten der zweiten Qualifikationsebene oder von vergleichbaren Beschäftigten wahrgenommen."

1.4 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

1.4.1 In Nr. 2.2 wird die Angabe „Abs. 4" durch die Angabe „Abs. 3" ersetzt.

1.4.2 In Nr. 2.2.3 werden die Wörter „Gericht für Arbeitssachen eines anderen Landes oder an ein ordentliches Gericht" durch die Wörter „anderes Gericht" ersetzt.

1.4.3 Folgende Nr. 2.3 wird angefügt:

„2.3 Kostenvorschüsse werden nicht erhoben (§ 11 Satz 1 Halbsatz 1 GKG). Dies gilt nicht in Verfahren wegen überlanger Gerichtsverfahren (§ 11 Satz 2 GKG, § 9 Abs. 2 Satz 2 Arbeitsgerichtsgesetz – ArbGG – in Verbindung mit den §§ 198 ff. GVG)."

1.5 Nr. 5 wird wie folgt geändert:

1.5.1 In Nr. 5.1 wird nach den Wörtern „übernommen hat" die Angabe „(§ 29 GKG)", nach den Wörtern „eingeleitet hat" die Angabe „(§ 22 GKG)" und nach dem Wort „haftet" die Angabe „(§ 28 GKG)" eingefügt; nach dem Wort „Zwangsvollstreckung" wird die Angabe „(§§ 29, 22 GKG)" durch die Angabe „(§ 788 ZPO)" ersetzt.

1.5.2 In Nr. 5.2 Satz 1 wird nach dem Wort „wird" die Angabe „(§§ 31 f. GKG)" eingefügt.

1.6 Nr. 6 wird wie folgt geändert:

1.6.1 In Nr. 6.3 Abs. 1 Satz 1 werden nach der Angabe „BayHO" die Wörter „in Verbindung mit Nr. 1.1 der Anlage zu den VV zu Art. 59 BayHO" eingefügt.

1.6.2 Nr. 6.3 Abs. 1 Satz 2 wird aufgehoben.

1.6.3 In Nr. 6.3 Abs. 2 wird die Angabe „25" durch die Angabe „36" ersetzt.

1.6.4 Folgende Nr. 6.4 wird angefügt:

„6.4 Der Kostenbeamte darf vom Ansatz der Kosten nur dann absehen, wenn das dauernde Unvermögen des Kostenschuldners zur Zahlung offenkundig oder ihm aus anderen Vorgängen bekannt ist oder wenn sich der Kostenschuldner dauernd an einem Ort aufhält, an dem eine Beitreibung keinen Erfolg verspricht. Ohne Rücksicht auf das dauernde Unvermögen des Kostenschuldners sind die Kosten anzusetzen, wenn ein zahlungsfähiger Kostenschuldner für die Kosten mithaftet. Der Urkundsbeamte vermerkt in den Akten, dass er die Kosten nicht angesetzt hat; er gibt dabei die Gründe kurz an und verweist auf die Aktenstelle, aus der sie ersichtlich sind. Der Urkundsbeamte hat außer Ansatz gelassene Kosten anzusetzen, wenn Anhaltspunkte dafür bekannt werden, dass eine Einziehung Erfolg haben wird."

1.7 Nr. 7 wird wie folgt geändert:

1.7.1 Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Kostenansatz bei Verweisung eines Rechtsstreits an ein anderes Gericht".

1.7.2 In Nr. 7 Satz 1 wird das Wort „ordentliches" durch das Wort „anderes" ersetzt.

1.8 In Nr. 9.2 werden die Wörter „Beschwerdefähige gerichtliche Entscheidungen (§ 66 Abs. 2 GKG)" durch die Wörter „Alle beschwerdefähigen gerichtlichen Entscheidungen einschließlich der Wertfestsetzungen" ersetzt.

1.9 Der Nr. 10.1 wird folgender Satz 4 angefügt:

„Nr. 6.4 gilt entsprechend."

1.10 In Nr. 11 Satz 2 werden die Wörter „Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen" durch die Wörter „Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration" ersetzt.

1.11 In Nr. 12 werden die Wörter „Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen" durch die Wörter „Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration" ersetzt.

1.12 Nr. 18 wird aufgehoben.

1.13 In Nr. 21 wird die Angabe „§ 7a" durch die Angabe „§ 4a" ersetzt.

1.14 In Nr. 22.3 werden die Wörter „Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen“ durch die Wörter „Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration“ ersetzt.

1.15 Nr. 24.2 wird wie folgt geändert:

1.15.1 Der Wortlaut wird Satz 1 und wird wie folgt gefasst:

„Dem Prüfungsbeamten ist die Einsicht sämtlicher Akten, Bücher, Register, Verzeichnisse und Rechnungsbelege gestattet.“

1.15.2 Folgender Satz 2 wird angefügt:

„Sofern Verfahrensunterlagen mittels elektronischer Datenverarbeitung geführt werden, ist sicherzustellen, dass der Prüfungsbeamte Zugriff auf diese Daten erhält.“

1.16 In Nr. 25.1 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort „Unterlagen“ werden die Wörter „und elektronisch gespeicherten Daten“ eingefügt.

1.17 In Nr. 27.1 Satz 2 wird die Angabe „25“ durch die Angabe „36“ ersetzt.

1.18 In Nr. 30.3 werden die Wörter „Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen“ durch die Wörter „Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration“ ersetzt.

1.19 In Nr. 31.2 werden die Wörter „Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen“ durch die Wörter „Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration“ ersetzt.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 31. März 2018 in Kraft.

Michael Höhenberger
Ministerialdirektor

360-A

Änderung der Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Ausgleich von Kosten in Verfahren vor den Gerichten

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

vom 2. März 2018, Az. A5/0063.07-1/44

Die Bundesrepublik Deutschland und die Länder haben die nachstehende Vereinbarung über die Änderung der Vereinbarung über den Ausgleich von Kosten in Verfahren vor den Gerichten getroffen. Diese Änderungen, die nach Nr. 2 Satz 1 mit Wirkung vom 1. Januar 2017 in Kraft getreten sind, werden hiermit bekannt gemacht. Die Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Ausgleich von Kosten in Verfahren vor den Gerichten ist als Anlage zur Bekanntmachung vom 27. Juli 2001 (AllMBl. S. 318) veröffentlicht.

Vereinbarung des Bundes und der Länder über die Änderung der Vereinbarung über den Ausgleich von Kosten in Verfahren vor den Gerichten

1. Die Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Ausgleich von Kosten in Verfahren vor den Gerichten in der am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Fassung wird wie folgt geändert:

1.1 In der Überschrift in Abschnitt I werden die Worte „Verfahren vor den ordentlichen Gerichten, den Gerichten für Arbeitssachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ durch die Worte „gerichtlichen Verfahren“ ersetzt.

1.2 Abschnitt II wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Vergütungen der in gerichtlichen Verfahren im Wege der Verfahrens- oder Prozesskostenhilfe oder nach § 138 FamFG beigeordneten Rechtsanwälte sowie der nach § 73a Abs. 1 Satz 3 SGG, § 142 Abs. 2 Satz 1 FGO oder § 166 Abs. 1 Satz 2 VwGO beigeordneten Prozessvertreter bei Verweisung eines Verfahrens an ein anderes Gericht“.

b) In Nr. 1 werden jeweils nach dem Wort „Rechtsanwalts“ die Worte „oder beigeordneten Prozessvertreters“ eingefügt.

1.3 Abschnitt III wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Worte „der Arbeitsgerichtsbarkeit“ werden durch die Worte „einer Fachgerichtsbarkeit“ ersetzt.

bb) Nach dem Wort „Entschädigungen“ werden die Worte „und Vergütungen“ eingefügt.

b) In Satz 2 werden nach dem Wort „Auszahlungsanordnung“ ein Komma und die Worte „die auch elektronisch erfolgen kann“ eingefügt.

1.4 In Abschnitt VII werden nach dem Wort „Bundesarbeitsgerichts“ ein Komma und die Worte „des Bundesfinanzhofs, des Bundessozialgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts“ eingefügt.

1.5 Abschnitt VIII erhält folgende Fassung:

„**VIII.**
Schlussbestimmungen

Die Vereinbarung kann von jedem Beteiligten zum Ende eines Kalenderjahres mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden. Die Kündigung ist allen anderen Beteiligten gegenüber schriftlich zu erklären. Die Kündigung durch einen Beteiligten lässt die Gültigkeit der Vereinbarung zwischen den anderen Beteiligten unberührt.“

2. Diese Änderungsvereinbarung tritt mit dem Ersten des Monats in Kraft, der auf den Tag folgt, an dem die letzte unterzeichnete Vereinbarung beim Bayerischen Staatsministerium der Justiz eingegangen ist. Das Bayerische Staatsministerium der Justiz teilt den anderen Beteiligten den Zeitpunkt des Eingangs der letzten unterzeichneten Änderungsvereinbarung mit.

Michael Höhenberger
Ministerialdirektor

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Patrice Pélissier

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 19. Februar 2018, Az. Prot 1090-15-748

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der honorarkonsularischen Vertretung der Französischen Republik in Augsburg ernannten Herrn Patrice Pélissier am 20. Dezember 2017 das Exequatur als Honorarkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Regierungsbezirk Schwaben im Freistaat Bayern und die Regionen Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben im Land Baden-Württemberg.

Die Kontaktdaten lauten wie folgt:

c/o Kanzlei Lutz Abel
Depotstraße 5, 86199 Augsburg
Telefon: 0821 6609 7544
E-Mail: p.pelissier@consulhon-france-augsburg.de
Öffnungszeiten: dienstags 11 bis 15 Uhr und nach Absprache

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibungen

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit sind in nächster Zeit zu besetzen:

1. Die Stelle **des Präsidenten/der Präsidentin des Verwaltungsgerichts Regensburg** (Besoldungsgruppe R 3)

   Es können nur Bewerber/Bewerberinnen berücksichtigt werden, die über eine verwaltungsrichterliche Berufserfahrung von mindestens drei Jahren und Erfahrung als Jurist/Juristin in der öffentlichen Verwaltung verfügen.

   Vorrangig werden Bewerber/Bewerberinnen berücksichtigt, die zudem über eine ausreichend lange Berufserfahrung

   – von mindestens zwei Jahren als Richter/Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (oder einem Oberverwaltungsgericht), oder
   – von mindestens zwei Jahren als Jurist/Juristin in der Ministerialverwaltung (oder einer vergleichbaren Verwaltung auf europäischer/internationaler Ebene), oder
   – von mindestens zwei Jahren als Jurist/Juristin am Bundesverfassungsgericht oder Bundesverwaltungsgericht (oder einem anderen obersten Gerichtshof des Bundes oder einem vergleichbaren Gericht auf europäischer/internationaler Ebene)

   verfügen.

2. Eine Stelle **eines Richters/einer Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof** (Besoldungsgruppe R 2)

   Es wird darauf hingewiesen, dass die Stelle voraussichtlich bei den Senaten in Ansbach zu besetzen ist.

3. Zwei oder mehr Stellen **eines Vorsitzenden Richters/einer Vorsitzenden Richterin am Verwaltungsgericht Ansbach** (Besoldungsgruppe R 2)

   Für die in den Nrn. 2 und 3 ausgeschriebenen Stellen können nur Bewerber/Bewerberinnen berücksichtigt werden, die bereits über hinreichende verwaltungsrichterliche Berufserfahrung verfügen.

   Bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung werden die Bewerber/Bewerberinnen bevorzugt berücksichtigt, die über eine ausreichend lange Berufserfahrung als Jurist/Juristin in der Ministerialverwaltung, am Bundesverfassungsgericht, am Bundesverwaltungsgericht oder einer vergleichbaren Institution auf europäischer/internationaler Ebene verfügen.

Bewerbungen um diese Stellen sind bis **20. April 2018** auf dem Dienstweg beim Bayerischen Staatsministerium des Innern und für Integration einzureichen.

Die Bewerbung von Frauen wird begrüßt (Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Schwerbehinderte Bewerber/Bewerberinnen im Sinne von § 2 Abs. 2 SGB IX werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

*

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit sind in nächster Zeit zwei Stellen **eines Richters/einer Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof** (Besoldungsgruppe R 2) zu besetzen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Stellen voraussichtlich bei den Senaten in München zu besetzen sind.

Bewerbungen um diese Stellen sind bis **30. April 2018** auf dem Dienstweg beim Bayerischen Staatsministerium des Innern und für Integration einzureichen.

Es können nur Bewerber/Bewerberinnen berücksichtigt werden, die bereits über hinreichende verwaltungsrichterliche Berufserfahrung verfügen.

Bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung werden die Bewerber/Bewerberinnen bevorzugt berücksichtigt, die über eine ausreichend lange Berufserfahrung als Jurist/Juristin in der Ministerialverwaltung, am Bundesverfassungsgericht, am Bundesverwaltungsgericht oder einer vergleichbaren Institution auf europäischer/internationaler Ebene verfügen.

Die Bewerbung von Frauen wird begrüßt (Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Schwerbehinderte Bewerber/Bewerberinnen im Sinne von § 2 Abs. 2 SGB IX werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

*

Die Stelle **der Präsidentin/des Präsidenten des Bayerischen Landessozialgerichts** (BesGr R 8) ist demnächst neu zu besetzen.

Bis zum **18. April 2018** können auf dem Dienstweg Bewerbungen beim Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (Referat A 2) eingereicht werden.

Im Hinblick auf die Anforderungen des zu besetzenden Amtes wird die Erfüllung insbesondere folgender Kriterien vorausgesetzt:

– überdurchschnittliches Examensergebnis (Zweite Juristische Staatsprüfung),
– hinreichende sozialrichterliche Berufserfahrung und Bewährung auf verschiedenen Ebenen in der bayerischen Sozialgerichtsbarkeit,
– ausgeprägte Führungs- und Verwaltungserfahrung, Kommunikationsfähigkeit sowie Flexibilität bzgl. der Wahrnehmung neuer Aufgaben.

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht (Art. 2 Abs. 1, Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Auf das Antragsrecht zur Beteiligung der/des Gleichstellungsbeauftragten (Art. 18 Abs. 3 Satz 2 BayGlG) wird hingewiesen. Die Stelle ist aufgrund der besonderen Aufgabenstellung und der Amtsgebundenheit dieser Leitungsfunktion nicht teilzeitfähig.

Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Literaturhinweise

Verlagsgesellschaft Rudolf Müller, Köln

Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks (Hrsg.), **Deutsches Dachdeckerhandwerk – Regeln für Abdichtungen – mit Flachdachrichtlinie,** 7. Auflage 2017, 350 Seiten, Preis 62 €, ISBN 978-3-481-03697-3.

Die „Regeln für Abdichtungen" enthalten sämtliche Fachregeln, Merkblätter, Hinweise und Produktdatenblätter aus dem Gesamtregelwerk des Deutschen Dachdeckerhandwerks, Stand November 2017, die für Dachabdichtungsarbeiten relevant sind. Damit wendet sich das Nachschlagewerk an Dachdecker, Sachverständige und Planer. Das Taschenbuch umfasst die Grundregel für Dachdeckungen, Abdichtungen und Außenwandbekleidungen sowie die aktuelle Flachdachrichtlinie, Ausgabe Dezember 2016, mit den aktuellen Änderungen vom November 2017. Neben den ebenfalls im November 2017 aktualisierten „Hinweisen Holz und Holzwerkstoffe" sind noch die „Hinweise zur Lastenermittlung" und folgende Merkblätter enthalten: „Wärmeschutz bei Dach und Wand", „Äußerer Blitzschutz auf Dach und Wand", „Solartechnik für Dach und Wand" sowie „Bemessung von Entwässerungen". Den Abschluss bilden die fünf Produktdatenblätter Dampfsperrbahnen, Wärmedämmstoffe (11/2017), Bitumenbahnen, Kunststoff- und Elastomerbahnen sowie Flüssigkunststoffe. Eine Übersicht der Normen im Arbeitsgebiet des Dachdeckerhandwerks vom September 2017 vervollständigt das Fachinformationsangebot.

Bruderverlag Albert Bruder, Köln

Tabellen und Tafeln für den Holzbau, Arbeitshilfen für die tägliche Praxis, 2017, 68 Seiten, Preis 39 €, ISBN 978-3-87104-237-9.

Mal schnell die Sortierkriterien für Bauhölzer oder die Schwind- und Quellmaße einer bestimmten Holzart nachschlagen. Welche Holzwerkstoffplatten dürfen im Feuchtbereich verwendet werden? Welche Brandschutzanforderungen gelten für Wände in der Gebäudeklasse 3, 4 oder 5? Welche Mindestabstände müssen bei Klammern, Nägeln oder Schrauben eingehalten werden? Diese und viele weitere Grundlageninformationen für die tägliche Arbeit im Holzbau fasst die Broschüre „Tabellen und Tafeln für den Holzbau" in 71 ausgewählten und speziell aufbereiteten Übersichten zusammen. Schnell lassen sich so z. B. Zahlenwerte und sonstige Zusammenhänge, mit denen der im Holzbau Tätige häufig zu tun hat, erfassen. Die Tabellen und Tafeln sind konsequent auf das Wesentliche reduziert und bieten einen schnellen Einstieg in das Grundlagenwissen. Zusätzlich finden sich in nahezu jeder Tabelle Verweise auf weitere wichtige Quellen wie etwa Normen, die dann gezielt zurate gezogen werden können. Darüber hinaus filtert die Arbeitshilfe die für den Holzbau relevanten Aspekte aus Wärmeschutz, Feuchteschutz, Holzschutz und Brandschutz heraus. Hinzu kommen zahlreiche Informationen zu Baustoffen, ihrer Verwendung sowie zu konstruktiven Regeln im Holzbau.

Wolters Kluwer Deutschland, Werner Verlag, Neuwied

Werner/Pastor, **Der Bauprozess,** 16. Auflage 2018, Preis 219 €, ISBN 978-3-8041-5142-0.

Der Neue zum neuen Bauvertragsrecht! Das Gesetz zur Reform des Bauvertragsrechts, das am 1. Januar 2018 in Kraft getreten ist, führt zu zahlreichen Änderungen rund um den Bauvertrag und den Architekten- und Ingenieurvertrag. Die Autoren erläutern, wo die Baubeteiligten mit Veränderungen rechnen müssen und wie sie rechtssicher damit umgehen. Außerdem bietet die 16. Auflage eine Kombination aus Praxishandbuch und Lehrbuch, Orientierung an den möglichen bauvertraglichen Ansprüchen und Klagearten, Lösungen auch für schwierige und seltene Fragestellungen. Das Werk führt auch den Einsteiger verständlich in die Kernfragen des Baurechts ein und beinhaltet höchste Aktualität, unbedingte Praxisnähe, einen immensen Fundus an Urteilen und umfangreichen Literaturhinweisen, ein umfangreiches, detailliertes Stichwortverzeichnis und ist immer orientiert an der höchstrichterlichen Rechtsprechung.

Kulartz/Röwekamp/Portz/Prieß, **Kommentar zur UVgO,** 1. Auflage 2018, Preis 139 €, ISBN 978-3-8041-5151-2.

Die neue Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) wurde zum 2. September 2017 bereits für die gesamte Bundesverwaltung in Kraft gesetzt. Die Länder werden folgen. Die UVgO ersetzt die bisherige VOL/A, 1. Abschnitt. Die gesamte öffentliche Hand wird somit die Vergaben von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen nach den Vorschriften der UVgO abwickeln müssen. Deshalb sollten auch die Auftragnehmer mit diesem neuen Regelwerk vertraut sein. In der UVgO werden u. a. neu geregelt: Vergabe von freiberuflichen Leistungen, Kommunikation durch elektronische Datenübermittlung, Verfahrensarten, umfangreiche Regelungen zur Eignungsprüfung, neue Regelungen zu Zuschlag und Zuschlagskriterien, Vergabe von Aufträgen für soziale und andere besondere Dienstleistungen, Regelungen zu Auftragsänderungen.

Benevento Publishing, Red Bull Media House GmbH, Salzburg, München

Lohmann, **Ich mach das jetzt!,** Meine Reise zum Mittelpunkt der Erde, 2017, 246 Seiten, Preis 24 €, ISBN 978-3-7109-0023-5.

Das Buch beschreibt wie die Fotojournalistin und Dokumentarfilmerin Ulla Lohman in einen der größten aktiven Krater, den Benbow in der Südsee (dem weltweit größten Produzenten von vulkanischen Gasen), als erste Frau hinabgestiegen ist. Es wird nicht nur die bedeutende Forschungsreise zur Vermessung des Benbow berichtet, sondern auch ihre spannende, ereignisreiche Lebensgeschichte erzählt und wie die Leidenschaft zu den Vulkanen entstanden ist.

Richard Boorberg Verlag, Stuttgart und München

Blennemann/Frey/Höflich/Jenssen, **Die Energiewende erfolgreich umsetzen,** Ein Leitfaden mit Handlungsempfehlungen und Praxishinweisen, Herausgeber: Städtetag Baden-Württemberg, Landkreistag Baden-Württemberg, KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg und Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl, 2017, 182 Seiten, Preis 35 €, Energiewende in Kommunen; 1, ISBN 978-3-415-05895-8.

Der Leitfaden gibt zuverlässig Antworten, mit welchen Strategien die Energieversorgung klimafreundlich und bezahlbar gesichert werden kann. Er bietet einen detaillierten Überblick über die vielfältigen Gestaltungs- und

Umsetzungsinstrumente, passgenaue Daten und Fakten, zielführende Handlungskonzepte sowie Tipps und Best-Practice-Beispiele. Die Optionen und Chancen der regenerativen Energieerzeugung, wie z. B. Windenergie, Solarenergie oder Wasserkraft, werden verdeutlicht und praxisorientierte Empfehlungen gegeben.

Hoffmann/Fleckner/Budde, **TEHG / ZuV 2020,** Praxiskommentar zum Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz und zur Zuteilungsverordnung 2020, 2017, 424 Seiten, Preis 69,90 €, ISBN 978-3-415-05890-3.

Der Kommentar erläutert das TEHG und die ZuV 2020 und behandelt damit die relevanten Rechtsakte zur Umsetzung des Emissionshandels in Deutschland. Auf die in der Praxis relevantesten Fragen, wie den Anwendungsbereich, die Zuteilungsregeln sowie die Überwachung und Berichterstattung, wird umfassend eingegangen. Die Umsetzung der einheitlichen Zuteilungsregeln in Deutschland und deren Regelungszusammenhang werden systematisch dargestellt. Es wird der aktuelle Stand der Diskussion zur Mitte der dritten Handelsperiode wiedergegeben. Grundlegende Fragestellungen, die bereits höchstrichterlich entschieden sind, sowie aktuelle Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) sind bis einschließlich September 2016 berücksichtigt.

Kaufung, **Tätigkeitsbewertung nach TVöD und TV-L,** Eingruppierung, Bewertungsverfahren, Stellenbeschreibung, Arbeitshilfen, 2. Auflage 2017, 80 Seiten, Preis 35 €, edition moll, ISBN 978-3-415-06030-2.

Das Thema der angemessenen Bezahlung wird durch eine umfangreiche Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbarkeit bestimmt. Die unübersichtliche Rechtslage ist in diesem Werk systematisch aufbereitet, sodass es sich für die praktische Anwendung in Verwaltungen und öffentlichen Betrieben eignet. Übersichten und Checklisten erleichtern Personalverantwortlichen die Einarbeitung in die Tätigkeitsbewertung.

C.F. Müller, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg

Schwartmann, **Praxishandbuch Medien-, IT- und Urheberrecht,** 4., neu bearbeitete Auflage 2018, LXIII, 1723 Seiten, Preis 189,99 €, ISBN 978-3-8114-4662-5.

Das Werk deckt alle praxisrelevanten Probleme des Medien-, IT- und Urheberrechts anschaulich ab und stellt die drei Rechtsgebiete in einem Buch vereint anschaulich dar. Es ist inhaltlich streng auf die Erfordernisse der Unternehmens- und Beratungspraxis ausgerichtet, die sich in den Curricula der Fachanwaltsordnungen wiederfinden. Die Neuauflage des kompakten Handbuchs wurde an die sich aus der Digitalisierung ergebenden Neuerungen angepasst. Beim Datenschutzrecht mit der Datenschutz-Grundverordnung, beim Recht der IT-Sicherheit, im Jugendschutzrecht, beim Recht der Verwertungsgesellschaften mit dem neuen VGG und im IT-Vergaberecht waren grundlegende Überarbeitungen erforderlich. Der Band enthält Beispiele und Hinweise für die Praxis sowie Muster für typische Konstellationen der Beratungspraxis.

Bouska/Leue, **StVO – Straßenverkehrs-Ordnung,** Textausgabe mit Erläuterungen, Allgemeiner Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung, verkehrsrechtlichen Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Ferienreiseverordnung sowie ausgewählten Ausnahmeverordnungen, 25., neu bearbeitete Auflage, Stand Oktober 2017, 2018, X, 536 Seiten, Preis 39,99 €, ISBN 978-3-8114-4539-0.

In dem Werk sind die für die Teilnahme am Straßenverkehr wichtigsten geltenden Vorschriften auf aktuellem Stand sowie die ausführlichen Erläuterungen dazu enthalten. Die neue mit zahlreichen Erläuterungen versehene StVO sowie die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur StVO bilden die Schwerpunkte. Weiterhin sind die Ferienreiseverordnung, die Autobahn-Richtgeschwindigkeits-Verordnung, Auszüge aus dem BImSchG mit Handlungshinweisen für die StVO und viele weitere bedeutsame Vorschriften enthalten.

Keck/Michaelis, **Die Rentenversicherung im SGB,** Kommentar für die Praxis, 98. Lieferung, Stand Dezember 2017, Preis 97,99 €, ISBN 978-3-8114-6344-8.

Erich Schmidt Verlag, Berlin

Berendes/Frenz/Müggenborg, **WHG – Wasserhaushaltsgesetz,** Kommentar, 2., völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage 2017, LXII, 1947 Seiten, Preis 188 €, Berliner Kommentare, ISBN 978-3-503-15886-7.

Der Kommentar erläutert umfassend und praxisorientiert das WHG. Nach weitreichenden, insbesondere durch europäisches Recht notwendig gewordenen Neuregelungen des WHG finden sich alle Inhalte auf aktuellem Stand in der Neuauflage. Die neueste Rechtsprechung des EuGH sowie des BVerwG ist umfassend aufbereitet und das zuletzt stark weiterentwickelte untergesetzliche bundesrechtliche Regelwerk wird systematisch integriert. Abweichende bzw. ergänzende landesrechtliche Regelungen sind ebenso eingearbeitet wie umweltpolitische Hintergründe. Mit dem Bucherwerb kann auf eine ständig aktualisierte Internet-Datenbank mit wichtigen wasserrechtlichen Vorschriften der EU, des Bundes sowie der Länder zugegriffen werden.

Frenz/Müggenborg/Cosack/Henning/Scomerus, **EEG – Erneuerbare-Energien-Gesetz,** Kommentar, 5., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2018, LXXV, 2037 Seiten, Preis 224 €, Berliner Kommentare, ISBN 978-3-503-17664-9.

Die Neuauflage des praxisnahen und verständlichen Standardwerks wurde durch die beträchtliche Dynamik des Rechtsgebiets notwendig, da es sich laufend wie kaum ein anderes Gesetz verändert. Das Buch enthält die Umwälzungen des Gesetzes bis zu den jüngsten Änderungen wie z. B. die Beschneidung der Privilegien für Bürgerenergiegesellschaften, die praxisrelevanten Regelungsänderungen bei Anlagenzusammenfassungen, das bereits vollständig eingearbeitete Mieterstromgesetz vom 17. Juli 2017 u. v. m. Weiterhin bietet der Band um sich in der schwierigen Materie zurechtzufinden illustrierte naturwissenschaftlich-technische Einführungen in die wichtigsten Technologien erneuerbarer Energien (EE), Erläuterungen der genehmigungsrechtlichen Anforderungen an die Errichtung von EE-Anlagen, Grundstrukturen der Förderung etc. In der inkludierten, regelmäßig aktualisierten Vorschriftendatenbank sind wichtige energierechtliche Vorschriften der EU, des Bundes und der Länder sowie recherchierbare frühere Rechtsstände enthalten.

Kropp, **POP-Abfall-Überwachungs-Verordnung,** Praxiskommentar, 2018, XLIII, 192 Seiten, Preis 36 €, ISBN 978-3-503-17698-4.

Die POP-Abfall-Überwachungs-Verordnung ist Kern der am 1. August 2017 in Kraft getretenen Verordnung zur Überwachung von Abfällen mit persistenten organischen Schadstoffen und zur Änderung der Abfallverzeichnis-Verordnung. Die Verordnung soll eine dauerhafte und rechtskonforme Verwertung oder Beseitigung aller POP-haltigen Abfälle sicherstellen und zugleich Entsorgungsengpässe verhindern. Es soll eine Lücke bei der Überwachung geschlossen und eine Dokumentation sichergestellt werden.

Hebeler, **Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts 2017,** 2017, 216 Seiten, Preis 98 €, Umwelt- und Technikrecht; 134, ISBN 978-3-503-17615-1.

Das Jahrbuch bietet einen breit aufgestellten Themenkreis zu europarechtlichen und völkerrechtlichen Herausforderungen des Umweltrechts. Der Bogen der Beiträge des Bandes spannt sich über CETA, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, EEG, Windenergie, Umweltrecht bis zu dem bundesimmissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren. Die aktuellen Themenfelder spiegeln die Vielfalt des modernen Umweltrechts wider.

Bieger/Beritelli/Laesser, **Wettbewerb und Digitalisierung im alpinen Tourismus,** Schweizer Jahrbuch für Tourismus 2017/2018, 2018, 160 Seiten, Preis 39,95 €, St. Galler Schriften für Tourismus und Verkehr; 9, ISBN 978-3-503-17709-7.

Destinationen in der Alpenregion und ihre Akteure stehen heute unter beispiellosem Wettbewerbsdruck, sei es Konkurrenz oder zunehmende Alternativen in einer immer mobileren, digital vernetzten Welt. Das Buch befasst sich mit Branchenanalysen (ausgewählte Segmente wie Hotel, Bergbahn, Wellness), mit Wettbewerb und Nachhaltigkeit (innovative Analysetools und neue Arbeitsmodelle, Trends bei Kundenpräferenzen und Destinationsgestaltungen), der Digitalisierung (neue technische Möglichkeiten, digitale Kompetenzentwicklung) und der Qualität (Gast-Gastgeber-Beziehungen, Bewertung von Erlebnisqualität).

Kern/Diehm, **ZPO – Zivilprozessordnung,** Kommentar, 2017, XLIX, 2090 Seiten, Preis 128 €, Berliner Kommentare, ISBN 978-3-503-17493-5.

Der praxisorientierte Kommentar orientiert sich an der obergerichtlichen und höchstrichterlichen Rechtsprechung. Er enthält Arbeitshilfen mit zahlreichen Fallbeispielen aus der Praxis, hilfreiche Formulierungsvorschläge und Tenorierungsempfehlungen und viele Praxishinweise wie etwa zu Prozesstaktik, Kosten- und Gebührenfragen. Das Werk ist auf dem aktuellen Rechtsstand. Die EuKoPfVODG mit den neu einfügten §§ 946 bis 959 ZPO zur grenzüberschreitenden vorläufigen Kontenpfändung, das Gesetz zur Änderung von Vorschriften im Bereich des Internationalen Privat- und Zivilverfahrensrechts sind komplett eingearbeitet. In die Jahre gekommene Leitentscheidungen wurden auf ihre Aktualität hin überprüft und bei Bedarf durch Beispiele aus der neueren Rechtsprechung entweder bestätigt oder neue Tendenzen belegt.

Lwowski/Fischer/Gehrlein, **Das Recht der Kreditsicherung,** 10., völlig neu bearbeitete Auflage 2018, XLIII, 1171 Seiten, Preis 158 €, ISBN 978-3-503-17611-3.

Das Handbuch bietet einen schnellen Einstieg in die komplexe und dynamische Materie. Es stellt alle mit der Bestellung, Abtretung und Verwertung von Kreditsicherheiten auftauchenden Fragen und Probleme samt ihren Lösungsmöglichkeiten ausführlich dar. Auch die steuer-, insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Aspekte und die zunehmende Bedeutung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs werden umfassend behandelt. Die aktuellen Neuerungen wie gesetzliche Neuregelungen des Darlehensrechts durch Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie, Neuregelungen von Gesellschafterdarlehen in § 135 InsO, Verbraucherrechterichtlinie sowie die Änderungen der umsatzsteuerlichen Rahmenbedingungen für die Sicherheitenverwertung durch Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung u. v. m. sind eingearbeitet. Für das richtige Verständnis und die praktische Umsetzung der vorgestellten Lösungen gibt es Fallbeispiele und im Anhang zu den jeweiligen Kreditsicherungsformen kommentierte Musterformulare.

Wichmann, **Straßenreinigung und Winterdienst in der kommunalen Praxis,** 8., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2018, XLIX, 823 Seiten, Preis 104 €, ISBN 978-3-503-17643-4.

Das praxisorientierte und verständliche Standardwerk schildert neben einer umfassenden Darstellung der komplizierten Rechtslage von Straßenreinigung und Winterdienst die daraus resultierenden Schwierigkeiten des kommunalen Alltags und beschreibt Möglichkeiten zu ihrer Klärung. Wichtige Themen wie z. B. das Haftungsrecht werden vertieft dargestellt und für typische Probleme direkt umsetzbare Lösungen vorgeschlagen. Der Band enthält zahlreiche Beispiele, Checklisten, Vertrags- und Satzungsmuster sowie die aktuellen Urteile und Veröffentlichungen der Obergerichte und des Bundesgerichtshofs.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration
Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12,
86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern" www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern" ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern" entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN UND FÜR INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 8 **München, 29. Juni 2018** **31. Jahrgang**

Inhaltsübersicht

Datum Seite

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration

06.06.2018 1132-I
Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug des Feuerwehr- und Hilfsorganisationen-Ehrenzeichengesetzes 419

07.06.2018 2032.4-I
Änderung der Bestimmungen über die Abfindung bei Einsätzen und Übungen der Polizei 420

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

17.05.2018 2330-B
Änderung der Richtlinien für das Bayerische Modernisierungsprogramm 420

13.06.2018 912-B
Richtlinien für den Entwurf, die konstruktive Ausbildung und Ausstattung von Ingenieurbauwerken (RE-ING) 421

30.05.2018 913-B
Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING), Fortschreibung Dezember 2017 423

05.06.2018 914-B
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Zustandserfassung und -bewertung von Straßen, Ausgabe 2006, ZTV ZEB-StB 06; Korrekturblatt und Änderung Anhang 8 424

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

28.05.2018 7803.1-L
Änderung der Bekanntmachung über den Schulversuch der staatlichen Landwirtschaftsschule Abteilung Hauswirtschaft, Fachgebiet Ernährung, Haushalt und Betriebsführung in Rosenheim 424

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

04.06.2018 321-A
Dienstanweisung für die Geschäftsstellen der Gerichte für Arbeitssachen (Arbeitsgerichtsbarkeitsdienstanweisung – DAnw-ArbG) 425

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatskanzlei

23.05.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Matias Agustin Undurraga Abbott 442

13.06.2018 Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung von Georgien in München 442

Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration

07.06.2018 Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband 442

III. Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen . . . . . entfällt

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Literaturhinweise 443

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

1132-I

Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug des Feuerwehr- und Hilfsorganisationen-Ehrenzeichengesetzes

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 6. Juni 2018, Az. D3-0135-01-27

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern über den Vollzug des Feuerwehr- und Hilfsorganisationen-Ehrenzeichengesetzes vom 8. März 2013 (AllMBl. S. 127), die durch Bekanntmachung vom 21. Dezember 2016 (AllMBl. 2017 S. 4) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1.1 Der Eingangssatz wird aufgehoben.

1.2 Die Nrn. 1.1 und 1.1.1 werden wie folgt gefasst:

„1.1 Dienstzeitauszeichnungen (Art. 2 Abs. 1 Satz 1 FwHOEzG)

1.1.1 Als anrechenbare Dienstzeit gilt nur die Zeit der aktiven, ehrenamtlichen oder nebenberuflichen Dienstleistung bei einer Freiwilligen Feuerwehr oder bei einer Werkfeuerwehr. Bei einer Freiwilligen Feuerwehr ist maßgebend, wie lange der Feuerwehrdienstleistende der gemeindlichen Einrichtung Freiwillige Feuerwehr angehörte und aktiven Dienst – gegebenenfalls mit Unterbrechungen – geleistet hat; Dienstzeiten bei außerbayerischen Feuerwehren sind anrechenbar, wenn sie nachgewiesen werden können. Wehrdienst, Elternzeit, Schwangerschaft oder eine nachgewiesene Krankheitszeit gelten nicht als Unterbrechung.“

1.3 Nr. 1.1.2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Vorschläge für die Verleihung der Dienstzeitauszeichnungen sind der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde rechtzeitig vor dem vorgesehenen Zeitpunkt der Aushändigung vorzulegen.“

1.4 In Nr. 1.1.3 werden die Wörter „von Feuerwehr-Ehrenzeichen am Band für 25- und 40-jährige Dienstzeit“ durch die Wörter „der Dienstzeitauszeichnungen“ ersetzt.

1.5 Die Nrn. 1.1.4 und 1.1.5 werden wie folgt gefasst:

„1.1.4 Die Dienstzeitauszeichnungen werden durch die Landräte, in kreisfreien Städten durch die Oberbürgermeister, oder durch eine von ihnen beauftragte Person in einer dem Anlass angemessenen Form, möglichst in Feuerwehrversammlungen, ausgehändigt. Sie können auch noch innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach Ausscheiden aus dem aktiven Dienst verliehen werden.

1.1.5 Die Dienstzeitauszeichnungen dürfen auch in verkleinerter Ausführung in Form einer Anstecknadel mit oder ohne Bandschnalle getragen werden. Die verkleinerten Ausführungen können sich die Beliehenen auf eigene Kosten beschaffen.“

1.6 In Nr. 1.2 wird die Angabe „Art. 2 Abs. 1 Nr. 2 FwHOEzG“ durch die Angabe „Art. 2 Abs. 1 Satz 2 FwHOEzG“ ersetzt.

1.7 In Nr. 1.2.2 werden jeweils nach den Wörtern „des Innern“ die Wörter „und für Integration“ eingefügt.

1.8 In Nr. 2.1 wird die Angabe „Art. 2 Abs. 1 Nr. 1 FwHOEzG“ durch die Angabe „Art. 2 Abs. 1 Satz 1 FwHOEzG“ ersetzt.

1.9 Nr. 2.1.1 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 wird wie folgt gefasst:

„Wehrdienst, Elternzeit, Schwangerschaft oder eine nachgewiesene Krankheitszeit gelten nicht als Unterbrechung.“

1.10 Nr. 2.1.2.1 wird wie folgt gefasst:

„Vorschläge auf Verleihung der Dienstzeitauszeichnung sind jährlich zweimal, jeweils zum 1. April und zum 1. Oktober von der jeweiligen Organisation, bei der die oder der zu Beleihende ehrenamtlichen Dienst verrichtet, bei der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde einzureichen.“

1.11 In Nr. 2.1.2.3 Abs. 2 werden in der Tabelle in der Zeile „Dienstzeit“ die Wörter „nur 25 oder 40“ durch die Angabe „25, 40 oder 50“ ersetzt.

1.12 In Nr. 2.2 wird die Angabe „Art. 2 Abs. 1 Nr. 2 FwHOEzG“ durch die Angabe „Art. 2 Abs. 1 Satz 2 FwHOEzG“ ersetzt.

1.13 In Nr. 2.2.1 Satz 6 und in Nr. 2.2.2 Abs. 1 Satz 1 werden jeweils nach den Wörtern „des Innern“ die Wörter „und für Integration“ eingefügt.

1.14 Nr. 2.3.3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Dienstzeitauszeichnungen dürfen auch in verkleinerter Ausführung in Form einer Anstecknadel mit oder ohne Bandschnalle getragen werden.“

1.15 In Nr. 3 Satz 1 wird die Angabe „31. Dezember 2020“ durch die Angabe „31. Dezember 2025“ ersetzt.

1.16 In der Tabelle in Anlage 1 wird in der Überschrift der Spalte 7 die Angabe „oder 40“ durch die Angabe „ , 40 oder 50“ ersetzt.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Juli 2018 in Kraft.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

2032.4-I

Änderung der Bestimmungen über die Abfindung bei Einsätzen und Übungen der Polizei

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 7. Juni 2018, Az. C1-0557-32

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr bezüglich der Bestimmungen über die Abfindung bei Einsätzen und Übungen der Polizei vom 7. Mai 2015 (AllMBl. S. 271) wird wie folgt geändert:

1.1 In Nr. 1.1.2 und in Nr. 1.3 Satz 2 werden jeweils die Wörter „außerhalb des Dienstortes“ gestrichen.

1.2 Nr. 3 wird wie folgt gefasst:

„3. Versorgung bei Übungen

3.1 Die Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten sind verpflichtet, für die Dauer der Übung an der Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen und erforderlichenfalls in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen. Die Übungsleitung kann von dieser Verpflichtung in Ausnahmefällen befreien, wenn dienstliche oder zwingende persönliche Gründe es rechtfertigen. Die Gründe sind schriftlich festzuhalten.

3.2 Bei Übungen erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

3.2.1.1 bei Abwesenheit von mehr als sechs Stunden vom Dienstort unentgeltliche Gemeinschaftsverpflegung (die Nrn. 2.1.2 bis 2.1.5 gelten sinngemäß),

3.2.1.2 in allen übrigen Fällen unentgeltlich Gemeinschaftsverpflegung (die Nr. 2.1.2 Satz 1 und 2, Nrn. 2.1.3 und 2.1.4 gelten sinngemäß), wenn dies von der Übungsleitung und der Dienststelle, der die an der Übung teilnehmenden Dienstkräfte angehören, im Hinblick auf die Schwierigkeit der Übung für erforderlich gehalten wird und in dem Umfang, der zum Erreichen des Übungsziels erforderlich ist,

3.2.2 unentgeltliche Unterkunft, soweit es möglich und zweckmäßig ist und

3.2.3 Fahrkostenersatz (die Nr. 2.2.2 gilt sinngemäß).

3.3 Kann aus übungstechnischen Gründen im Fall einer nach Nr. 3.2.1.1 erforderlichen Verpflegung unentgeltliche Gemeinschaftsverpflegung ganz oder teilweise oder im Fall einer erforderlichen Übernachtung unentgeltlich bereitgestellte Unterkunft nicht gewährt werden, ist die Übung als Dienstreise nach den Vorschriften des BayRKG abzurechnen. Satz 1 gilt auch in den Ausnahmefällen der Nr. 3.1.“

2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 11. Juni 2018 in Kraft.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

2330-B

Änderung der Richtlinien für das Bayerische Modernisierungsprogramm

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 17. Mai 2018, Az. IIC1-4753-2-1

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern über die Richtlinien für das Bayerische Modernisierungsprogramm (BayModR) vom 30. März 2009 (AllMBl. S. 136), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 25. November 2015 (AllMBl. S. 544) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1.1 In der Präambel wird in Satz 1 nach den Wörtern „Bayerische Landesbodenkreditanstalt“ die Angabe „(BayernLabo)“ eingefügt.

1.2 Nr. 1 wird wie folgt geändert:

1.2.1 Nr. 1.2 wird wie folgt gefasst:

„1.2 Die BayernLabo reicht Darlehen mit 30-jähriger Laufzeit und zehnjähriger Zinsverbilligung auf Grundlage des KfW-Programms „Energieeffizient Sanieren“ aus. Die BayernLabo verbilligt das ohnehin schon günstige Darlehen der KfW Bankengruppe zusätzlich.“

1.2.2 Nr. 1.3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Liegen die Voraussetzungen für eine Förderung des in Nr. 1.2 genannten KfW-Programms nicht vor, kann die BayernLabo für die aus der Anlage ersichtlichen Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen zinsgünstige Darlehen ohne Mitwirkung der KfW ausreichen.“

1.2.3 Nr. 1.4 wird wie folgt geändert:

1.2.3.1 In Satz 1 werden die Wörter „Bayerischen Landesbodenkreditanstalt“ durch die Angabe „BayernLabo“ ersetzt.

1.2.3.2 In Satz 2 werden die Wörter „Bayerische Landesbodenkreditanstalt“ durch die Angabe „Bayern Labo“ ersetzt.

1.3 Nr. 3 wird wie folgt gefasst:

„3. Förderfähige Maßnahmen

Die einzelnen förderfähigen Maßnahmen und die dabei zu beachtenden technischen Mindestanforderungen für Darlehen nach dem Programmteil Nr. 1.2 sind im KfW-Merkblatt zum Programm „Energieeffizient Sanieren“ geregelt. Dieses kann bei den Bewilligungsstellen oder direkt im Internet unter www.kfw.de bezogen werden. Für Darlehen nach dem Programmteil Nr. 1.3 sind die einzelnen förderfähigen Maßnahmen in der Anlage aufgeführt.“

1.4 Nr. 5.1 wird wie folgt gefasst:

„5.1 Gefördert wird mit Darlehen und einem ergänzenden Zuschuss nach Nr. 5.2. Die Förderhöhe beträgt bis zu 100 v. H. der förderfähigen Kosten. Die im KfW-Programm „Energieeffizient Sanieren“ maßgeblichen

Darlehenshöchstbeträge je Wohnung/Wohnplatz gelten auch für Darlehen nach Nr. 1.2.“

1.5 In Nr. 7.1 Satz 1 wird nach der Angabe „Art. 11“ die Angabe „Abs. 1“ eingefügt.

1.6 In Nr. 8 wird in der Überschrift, in Nr. 8.1 und in Nr. 8.2 Satz 1 jeweils das Wort „Darlehensempfänger“ durch das Wort „Zuwendungsempfänger“ ersetzt.

1.7 Nr. 11 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Beizufügen in den Fällen nach Nr. 1.2 sind ferner zweifach die Antragsformblätter der KfW mit den Bestätigungen eines von der KfW zugelassenen Energieeffizienz-Experten.“

1.8 In Nr. 13.1 Satz 2 und 3 werden jeweils die Wörter „Bayerische Landesbodenkreditanstalt“ durch die Angabe „BayernLabo“ ersetzt.

1.9 Nr. 14 wird wie folgt geändert:

1.9.1 In der Überschrift werden die Wörter „Bayerischen Landesbodenkreditanstalt“ durch die Angabe „BayernLabo“ ersetzt.

1.9.2 In Nr. 14.1 werden die Wörter „Bayerische Landesbodenkreditanstalt“ durch die Angabe „BayernLabo“ ersetzt.

1.9.3 In Nr. 14.2 werden die Wörter „Bayerischen Landesbodenkreditanstalt“ durch die Angabe „BayernLabo“ ersetzt.

1.9.4 In Nr. 14.3 werden die Wörter „Bayerische Landesbodenkreditanstalt“ durch die Angabe „BayernLabo“ ersetzt.

1.10 In Nr. 19 Halbsatz 2 wird die Angabe „2018“ durch die Angabe „2019“ ersetzt.

1.11 Die Anlage zu Nr. 1.3 wird wie folgt gefasst:

„**Anlage**
(zu Nr. 1.3)

Im Rahmen der Wohnraumförderung und der Förderung von Pflegeplätzen in stationären Pflegeeinrichtungen nach Nr. 1.1 können folgende bauliche Maßnahmen gefördert werden:

- Instandsetzung und Modernisierung, z. B. Veränderung des Wohnungszuschnitts, Erneuerung von Sanitärinstallation, Wasserversorgung und Fußböden sowie bauliche Maßnahmen nach einem Teilrückbau, wie z. B. Dachaufbau,
- Barrierereduzierung, z. B. Nachrüstung von Aufzügen, Optimierung des Wohnungszuschnitts,
- Verbesserung der Außenanlagen, z. B. Schaffung von Grünanlagen, gebäudebezogenen Außenanlagen, Anlage von Spielplätzen,
- Verbesserung der Energieeffizienz unter Beachtung geltender baulicher Vorschriften der Energieeinsparverordnung, z. B. Dämmung, Fenstererneuerung, Austausch von Zentralheizungsanlagen oder deren Komponenten einschließlich der unmittelbar dadurch veranlassten Maßnahmen,
- sonstige Baumaßnahmen, z. B. Hochwasserschutz, Lärmschutz, Radonsanierung,
- Wege zu Gebäuden und Wohnumfeldmaßnahmen,
- Eingangsbereich und Wohnungszugang,
- vertikale Erschließung/Überwindung von Niveauunterschieden,
- Anpassung der Raumgeometrie,
- Maßnahmen an Sanitärräumen,
- Bedienelemente, Stütz- und Haltesysteme, Orientierung, Kommunikation,
- Gemeinschaftsräume, Mehrgenerationenwohnen,
- Standard Altersgerechte Wohnung/Altersgerechtes Haus,
- Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit entsprechend DIN 18040-2.“

2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 2018 in Kraft.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

912-B

Richtlinien für den Entwurf, die konstruktive Ausbildung und Ausstattung von Ingenieurbauwerken (RE-ING)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 13. Juni 2018, Az. IID8-4342.11-2-3

Regierungen

Autobahndirektionen

Staatliche Bauämter mit Straßenbauaufgaben

nachrichtlich

Bayerischer Landkreistag

Bayerischer Städtetag

Bayerischer Gemeindetag

1. Allgemeines

[1]Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat mit Allgemeinem Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 11/2017 vom 24. Mai 2017, veröffentlicht im Verkehrsblatt Nr. 12 vom 30. Juni 2017, die „Richtlinien für den Entwurf, die konstruktive Ausbildung und Ausstattung von Ingenieurbauwerken“ (RE-ING), Stand 12/2016 erstmals bekannt gegeben. [2]Die RE-ING wurde mit ARS Nr. 09/2018 vom 8. Mai 2018, veröffentlicht im Verkehrsblatt Nr. 11 vom 15. Juni 2018, fortgeschrieben. [3]Sie bündeln zum einen die Entwurfs- und Konstruktionsanforderungen für Ingenieurbauwerke, die bisher in einzelnen ARS veröffentlicht wurden, und bilden zum anderen ein umfassendes Werk für die Planung und den Entwurf, die konstruktive Ausbildung sowie die Ausstattung von Ingenieurbauwerken.

2. Anwendung

2.1 [1]Die RE-ING (Stand 12/2017) werden zur Anwendung eingeführt. [2]Sie sind bei allen neuen Vorhaben an Bundesfernstraßen, Staatsstraßen und Kreisstraßen,

die von den Staatlichen Bauämtern verwaltet werden, anzuwenden.

2.2 Den kommunalen Straßenbaulastträgern wird empfohlen, die RE-ING auch für ihre eigenen Vorhaben anzuwenden.

2.3 Hinweise zum Vollzug der RE-ING in der Staatsbauverwaltung werden mit gesonderten Ministerialschreiben des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr bekannt gegeben.

3. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 29. Juni 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 28. Juni 2018 werden die folgenden Ministerialschreiben des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr aufgehoben.

Datum	Az.	Betreff	Bezug zum ARS
19.07.1991	IID8-43420-030/90	Entwurfsgrundsätze für Brücken und andere Ingenieurbauwerke der Bundesfernstraßen; – Lichte Weiten und lichte Höhen	12/1991
03.09.1993	IID8-43420-004/93	Verwendung von Spannbeton-Fertigteilträgern für Brücken der Bundesfernstraßen	23/1993
22.03.1994	IID8-43420-004/93	Gestaltung von Brücken und anderen Ingenieurbauwerken der Bundesfernstraßen	08/1994
23.03.1995	IID8-43420-006/94	Kreuzungen zwischen Bundesfernstraßen und Bundeswasserstraßen mit Radarschifffahrt; – Maßnahmen an Brücken	02/1995
23.08.1995	IID8-43420-004/93	Brückenbeläge; – Betondeckschichten auf kurzen Brücken	14/1995
13.05.1996	IID8-43420-001/96	Vorlage von Bauwerksentwürfen für Bauvorhaben an Bundesfernstraßen	33/1995
23.09.1996	IID8-43420-006/94	Leitungen an Brücken; – Richtlinien für das Verlegen und Anbringen von Leitungen an Brücken, Ausgabe 1996 (Rl-LEl-BRÜ)	25/1996
28.07.1997	IID8-43420-006/94	Bauliche Durchbildung und Ausstattung von Brücken; – Richtlinien für die bauliche Durchbildung und Ausstattung von Brücken zur Überwachung, Prüfung und Erhaltung (RBA-BRÜ), Ausgabe 1997	18/1997
07.08.1998	IID8-43420-006-94	Kreuzungen zwischen Bundesfernstraßen und Bundeswasserstraßen; – Grundsätze für die lichten Durchfahrtshöhen und Durchfahrtsbreiten bei Brücken über Bundeswasserstraßen	20/1998
08.08.2003	IID8-4304.3-001/03	Richtlinie für Entwurf und Ausbildung von Brückenbauwerken an Kreuzungen zwischen Strecken einer Eisenbahn des Bundes und Bundesfernstraßen	25/2003 bzw. 07/2012
08.07.2014	IID8-4342-002/14	Anwendung der integralen Bauweise im Brückenbau (probehafte Einführung in Bayern)	

4. Bezugsmöglichkeit

[1]Die RE-ING ist als Loseblatt-Sammlung auf den Internetseiten der BASt (www.bast.de) unter dem Pfad > Brücken- und Ingenieurbau > Publikationen > Regelwerke Brücken- und Ingenieurbau > RE-ING veröffentlicht. [2]Sie ist zukünftig nach den „Austauschanweisungen“ zu aktualisieren. [3]In einem ersten Schritt werden die Teile 1, 2 und 8 eingeführt. [4]Der aktuelle Stand ist in der „Übersicht über den Stand der RE-ING“ dargestellt. [5]Das ARS Nr. 09/2018 wurde im Verkehrsblatt, Heft 11/2018, vom 15. Juni 2018 veröffentlicht.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

913-B

Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING), Fortschreibung Dezember 2017

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 30. Mai 2018, Az. IID8-4342.15-2-1

Regierungen

Autobahndirektionen

Staatliche Bauämter mit Straßenbauaufgaben

nachrichtlich

Bayerischer Landkreistag

Bayerischer Städtetag

Bayerischer Gemeindetag

1. Allgemeines

1.1 [1]Die „Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING)“ sind Teil der vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) bzw. der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) herausgegebenen „Sammlung Brücken- und Ingenieurbau“ und werden regelmäßig von einer Arbeitsgruppe der BASt überarbeitet und fortgeschrieben. [2]Mit dem Allgemeinen Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 19/2016 vom 2. August 2016 wurden die RiZ-ING, Ausgabe Dezember 2016, bekannt gegeben.

1.2 Die RiZ-ING, Ausgabe Dezember 2016, wurden mit Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr vom 12. Oktober 2016 (AllMBl. S. 2141) eingeführt.

1.3 Die RiZ-ING wurden inzwischen von der zuständigen BASt-Arbeitsgruppe überarbeitet und fortgeschrieben.

2. Anwendung

2.1 [1]Die neuen RiZ-ING, Ausgabe Dezember 2017, einschließlich Inhaltsverzeichnis und Änderungshinweisen wurden vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur mit ARS Nr. 05/2018 vom 12. April 2018 (Az. StB 17/7192.70/28-2968046) bekannt gegeben. [2]In diesem Zusammenhang wurde das ARS Nr. 19/2016 aufgehoben. [3]Die Hinweise zu den RiZ-ING, Stand Dezember 2013, wurden ebenfalls aufgehoben und durch die Ausgabe Dezember 2017 ersetzt.

2.2 Die RiZ-ING, Ausgabe Dezember 2017, sind künftig bei Baumaßnahmen im Zuge von Straßen in staatlicher Verwaltung anzuwenden.

3. Änderungen

3.1 Im Einzelnen sind folgende Richtzeichnungen geändert worden:

- Abs 3/Blatt 1
- Elt 2/Blatt 2
- Fug 3
- Gel 4, Gel 6, Gel 19/Blatt 1 und 2
- Int 1/Blatt 2
- Kap 1/Blatt 1 und 3, Kap 2/Blatt 1 und 3, Kap 3/Blatt 1 und 3, Kap 4, Kap 8
- Lag 6, Lag 9, Lag 10, Lag 11
- LS 11, LS 12, LS 14, LS 15/Blatt 1, 2 und 3, LS 19, LS 20, LS 22, LS 23, LS 24
- T Abs 1, T Dicht 10, T Drän 1, T Fug 1, T Fug 2, T Fug 3, T Fug 10, T Fug 11, T Fug 12, T Hyd 1, T Not 1, Tor 1/Blatt 1 und 2, T Tor 2, T Tür 1/Blatt 1 und 2, T Tür 2, T Was 1, T Was 2, T Was 3, T Was 4, T Was 5, T Was 6, T Was 10, T Was 11
- VES 1/Blatt 1
- VZB 4, VZB 5, VZB 10/Blatt 1, VZB 13/Blatt 1
- Was 5/Blatt 1 und 2, Was 6 Blatt 1 und 2
- Zug 1/Blatt 1 und 2, Zug 7/Blatt 1 und 2

3.2 Folgende Richtzeichnungen wurden neu aufgenommen:

- Kap 20
- T Rett 1, T Rü 1, T Rü 2, T Was 9
- VES 2/Blatt 2

3.3 Folgende Richtzeichnungen wurden zurückgezogen und sind nicht mehr anzuwenden:

- Elt 3/Blatt 1 und 2
- Was 0

4. Hinweise

4.1 Bei laufenden Bauverträgen bleibt jeweils der dem Bauvertrag zugrunde liegende Stand der RiZ-ING maßgebend, soweit im Einzelfall nichts anderes vereinbart wird.

4.2 [1]Bei den RiZ-ING Bösch 1 und Bösch 2 handelt es sich bei den Angaben zur Anzahl der Treppen um die Mindestanzahl, die nur in Sonderfällen, z. B. wegen baulichen oder topografischen Bedingungen, angewendet werden soll. [2]Der Regelfall sind vier Treppen, insbesondere bei Flügel- bzw. Widerlagerhöhen ab 2,50 m.

4.3 [1]Bei den Geländern mit Drahtgitterfüllung gemäß RiZ-ING Gel 6 wurde in Anpassung an ZTV-ING Teil 8, Abschnitt 4, Tabelle 8.4.1 der lichte Abstand zwischen Fußholm und Gesims auf 50 – 120 mm vergrößert. [2]Aus gestalterischen Gründen und sofern das Geländer zugleich als Schneeauffanggitter dient, wird empfohlen, den Abstand vertraglich auf 50 mm zu begrenzen.

5. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Juni 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 31. Mai 2018 tritt die Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr vom 12. Oktober 2016 (AllMBl. S. 2141) außer Kraft.

6. Bezugsmöglichkeit

6.1 Das ARS Nr. 05/2018 ist im Verkehrsblatt, Heft 9, vom 15. Mai 2018 veröffentlicht.

6.2 [1]Das ARS Nr. 05/2018 und die RiZ-ING, Ausgabe Dezember 2017, sind im Internet bereitgestellt. [2]Auf eine Bereitstellung in Papierform wird daher verzichtet.

6.3 Die RiZ-ING, Ausgabe Dezember 2017, können einschließlich Inhaltsverzeichnis und Änderungshinweisen von der Homepage der BASt kostenlos als PDF-Datei heruntergeladen werden: www.bast.de > Brücken- und Ingenieurbau > Publikationen > Regelwerke Brücken- und Ingenieurbau.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

914-B

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Zustandserfassung und -bewertung von Straßen, Ausgabe 2006, ZTV ZEB-StB 06; Korrekturblatt und Änderung Anhang 8

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 5. Juni 2018, Az. IID2-43415-11-1-2

Regierungen
Autobahndirektionen
Staatliche Bauämter mit Straßenbauaufgaben

nachrichtlich
Bayerischer Landkreistag
Bayerischer Städtetag
Bayerischer Gemeindetag

1. Allgemeines

1.1 [1]Die „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Zustandserfassung und -bewertung von Straßen, Ausgabe 2006, ZTV ZEB-StB 06“ wurden von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) erarbeitet und 2007 vom damaligen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) mit Allgemeinem Rundschreiben (ARS) Nr. 03/2007 vom 14. Februar 2007 bekannt gegeben. [2]Der zuständige FGSV-Arbeitskreis hat im Benehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) für die ZTV ZEB-StB 06 ein Korrekturblatt erstellt sowie den Anhang 8 „Zustandsbewertung“ überarbeitet. [3]Das BMVI hat mit ARS Nr. 06/2018 vom 11. April 2018 das Korrekturblatt und den überarbeiteten Anhang 8 bekannt gegeben.

1.2 Die Fortschreibung betrifft insbesondere einzelne neue Indikatoren für die Substanzmerkmale (Oberfläche), geänderte Normierungsfunktionen mit teilweise geänderten Normierungskennwerten und eine geänderte Wertesynthese mit neuen Teilwerten und einer neuen Verknüpfung und Gewichtung der Zustands- und Teilwerte.

2. Anwendung

Das Korrekturblatt und der überarbeitete Anhang 8 sind ab 1. Juli 2018 bei der Zustandserfassung und -bewertung im Zuge von Bundesfernstraßen, Staatsstraßen und der von den Staatlichen Bauämtern betreuten Kreisstraßen anzuwenden.

3. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Juli 2018 in Kraft.

4. Bezugsmöglichkeit

[1]Das Korrekturblatt und der überarbeitete Anhang 8 sind dem ARS Nr. 06/2018 als Anlagen 1 und 2 beigefügt. [2]Das ARS Nr. 06/2018 wurde im Verkehrsblatt Nr. 85 vom 30. Mai 2018 veröffentlicht.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

7803.1-L

Änderung der Bekanntmachung über den Schulversuch der staatlichen Landwirtschaftsschule Abteilung Hauswirtschaft, Fachgebiet Ernährung, Haushalt und Betriebsführung in Rosenheim

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 28. Mai 2018, Az. A5-7141-1/16

1. In Nr. 3 Satz 2 der Bekanntmachung über den Schulversuch der staatlichen Landwirtschaftsschule Abteilung Hauswirtschaft, Fachgebiet Ernährung, Haushalt und Betriebsführung in Rosenheim vom 30. Juni 2016 (AllMBl. S. 1677) wird die Angabe „2019“ durch die Angabe „2021“ ersetzt.
2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Juli 2018 in Kraft.

Hubert Bittlmayer
Ministerialdirektor

321-A

Dienstanweisung für die Geschäftsstellen der Gerichte für Arbeitssachen (Arbeitsgerichtsbarkeitsdienstanweisung – DAnw-ArbG)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

vom 4. Juni 2018, Az. A5/0063.01-1/73

Inhaltsübersicht

Teil 1 Aufnahme von Klagen, Anträgen, Gesuchen und Erklärungen

1. Zuständigkeit der Urkundsbeamten der Geschäftsstelle (UdG)
2. Klagen, Anträge, Gesuche und Erklärungen, die für andere Gerichte bestimmt sind (§ 129a der Zivilprozessordnung – ZPO)
3. Aufnahme und Form des Protokolls
4. Aufnahme von Anträgen auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beiordnung eines Rechtsanwalts
5. Behandlung von Schutzschriften

Teil 2 Zustellungen, formlose Mitteilungen, Benachrichtigungen und Tätigkeiten ohne besondere richterliche Anordnung

Abschnitt 1 Zustellungen

Unterabschnitt 1 Zustellungen von Amts wegen (§§ 166 ff. ZPO)

6. Allgemeines
7. Zuständigkeit
8. Herstellung der Schriftstücke
9. Zustellungsadressat
10. Formen der Zustellung
11. Wahl der Zustellungsform
12. Zeitpunkt der Zustellung
13. Fehlerhafte Zustellung und Heilung von Zustellungsmängeln

Unterabschnitt 2 Durchführung der Zustellung

14. Zustellung durch einen Gerichtsbediensteten oder durch die Post
15. Besonderheiten bei der Zustellung durch die Post
16. Zustellung durch den Gerichtsvollzieher oder durch eine andere Behörde
17. Zustellung durch Aushändigung an der Amtsstelle
18. Zustellung gegen Empfangsbekenntnis
19. Öffentliche Zustellung
20. Veröffentlichung der Benachrichtigung bei öffentlicher Zustellung, Belege
21. Zustellung an Gefangene in Justizvollzugsanstalten
22. Zustellung im Ausland

Unterabschnitt 3 Zustellungen auf Betreiben der Parteien (§§ 191 ff. ZPO)

23. Beauftragung des UdG
24. Geschäftsmäßige Behandlung

Abschnitt 2 Formlose Mitteilungen und Benachrichtigungen

25. Aufgaben des UdG

Teil 3 Ladungen und Terminsbekanntmachungen

Abschnitt 1 Ladung der Parteien beziehungsweise Prozessbevollmächtigten, Zeugen, Dolmetscher und Sachverständigen

26. Zuständigkeit
27. Form der Ladungen und Terminsbekanntmachungen
28. Inhalt der Ladungen
29. Ladung von Prozessbevollmächtigten
30. Terminsbekanntmachung
31. Ladung der Zeugen, Dolmetscher und Sachverständigen
32. Ladung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes als Zeugen oder Sachverständige
33. Ladungs- und Einlassungsfristen vor dem Arbeits- und Landesarbeitsgericht
34. Ladung in einer Justizvollzugsanstalt, Vorführung

Abschnitt 2 Ladung der ehrenamtlichen Richter

35. Form der Ladung

Teil 4 Protokoll

36. Vorbereitung der Sitzung
37. Protokollaufnahme, Verantwortlichkeit
38. Inhalt des Protokolls
39. Vorläufige Aufzeichnung, Entbehrlichkeit, Genehmigung
40. Unterschrift
41. Protokollberichtigung

Teil 5 Gerichtliche Entscheidungen

42. Geschäftsmäßige Behandlung der Urteile, Beschlüsse und Verfügungen; Vorlage von Entscheidungen
43. Berichtigung der Urteile, Beschlüsse und Verfügungen
44. Vorlage von Entscheidungen in Tarifvertragssachen und Beschlussverfahren in besonderen Fällen

Teil 6 Ausfertigungen, Abschriften und Auszüge von Urteilen, Beschlüssen, Vergleichen und von sonstigem Schriftgut

45. Zuständigkeit
46. Form der Ausfertigungen und Abschriften

Teil 7 Prozesskostenhilfe, Vergütung des beigeordneten Rechtsanwalts

47. Aktenmäßige Behandlung, Beiheft
48. Vergütungsfestsetzung des beigeordneten Rechtsanwalts aus der Staatskasse (§§ 45 ff. des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes – RVG), Verjährungseinrede

Teil 8 Mahnverfahren

49. Formulare
50. Zustellung des Mahnbescheids
51. Widerspruch gegen den Mahnbescheid
52. Zustellung des Vollstreckungsbescheids
53. Verfahren bei Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid

Teil 9 Zeugnisse über die Rechtskraft

54. Zuständigkeit
55. Eintritt der Rechtskraft
56 Rechtskraftzeugnis

Teil 10 Vollstreckbare Ausfertigung

57. Zuständigkeit
58. Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung von Urteilen
59. Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung von anderen Schuldtiteln
60. Vollstreckbare Ausfertigung in besonderen Fällen
61. Besonderheiten anlässlich Teilklausel, Schuldner- und Gläubigermehrheit
62. Form der vollstreckbaren Ausfertigung
63. Vermerke bei Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung

Teil 11 Zwangsvollstreckung

64. Zwangsvollstreckung

Teil 12 Beschlussverfahren

65. Geschäftsmäßige Behandlung
66. Beteiligte des Beschlussverfahrens
67. Ladung der Beteiligten

68. Ladung von Zeugen, Dolmetschern und Sachverständigen
69. Mitteilung und Zustellung der Entscheidungen im ersten und zweiten Rechtszug

Teil 13 Güterichterverfahren

70. Güterichterverfahren

Teil 14 Akteneinsicht und Aktenversendung

71. Zuständigkeit
72. Akteneinsicht auf der Geschäftsstelle
73. Akteneinsicht außerhalb der Geschäftsstelle (Aktenversendung)
74. Aktenversendung an das Rechtsmittelgericht

Teil 15 Schlussbestimmungen

75. Anzuwendende Rechts- und Verwaltungsvorschriften, elektronische Arbeitsmittel, Dokumentationspflicht
76. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Teil 1

Aufnahme von Klagen, Anträgen, Gesuchen und Erklärungen

1. Zuständigkeit der Urkundsbeamten der Geschäftsstelle (UdG)

Der oder die UdG hat alle Klagen, Anträge, Gesuche und Erklärungen von Rechtsuchenden und Prozessparteien zu Protokoll zu nehmen, soweit diese Geschäfte nicht nach § 24 des Rechtspflegergesetzes (RPflG) dem Rechtspfleger oder der Rechtspflegerin übertragen sind.

2. Klagen, Anträge, Gesuche und Erklärungen, die für andere Gerichte bestimmt sind (§ 129a der Zivilprozessordnung – ZPO)

2.1 Klagen, Anträge und sonstige Erklärungen, deren Abgabe vor dem oder der UdG zulässig ist, können zu Protokoll des oder der UdG eines jeden Arbeitsgerichts gegeben werden.

2.2 [1]Ist das aufgenommene Protokoll für ein anderes Gericht bestimmt, so ist es unverzüglich an dieses weiterzuleiten. [2]Muss eine Erklärung innerhalb einer Frist bei einem bestimmten Gericht eingereicht werden, so weist der oder die UdG, der oder die das Protokoll aufnimmt, die erklärende Person darauf hin, dass die Erklärung nur dann rechtzeitig abgegeben ist, wenn das Protokoll vor Ablauf der Frist bei diesem Gericht eingeht. [3]Bedarf das Protokoll zur Wahrung einer Frist der Zustellung (zum Beispiel bei einer Wiederaufnahmeklage, § 586 Abs. 1 ZPO), so weist der oder die UdG auch hierauf hin. [4]Die Erteilung dieser Hinweise wird im Protokoll vermerkt. [5]In besonders eiligen Fällen kann der oder die UdG das Protokoll an das zuständige Gericht vorab per Telefax übermitteln.

3. Aufnahme und Form des Protokolls

3.1 [1]Das Protokoll hat die Bezeichnung des Gerichts, den Ort und den Tag der Aufnahme sowie den Namen des oder der UdG zu enthalten. [2]Im Anschluss hieran sind die Angaben gemäß § 130 ZPO und gegebenenfalls die zur Glaubhaftmachung tatsächlicher Behauptungen erforderlichen Erklärungen (§ 294 ZPO) aufzunehmen. [3]Enthält das Protokoll eine Klageschrift, so ist außerdem § 253 ZPO zu beachten; der Klageantrag ist möglichst nach Art einer Urteilsformel zu fassen. [4]Soweit Vordrucke festgestellt oder Textbausteine freigegeben wurden, sind diese zu verwenden.

3.2 [1]Das Protokoll ist der erklärenden Person vorzulesen oder zur Durchsicht vorzulegen. [2]Am Schluss ist zu vermerken, dass dies geschehen ist und dass die Erklärung genehmigt wurde. [3]Das Protokoll wird von der erklärenden Person und von dem oder der UdG unterschrieben. [4]Ist die erklärende Person schreibunkundig oder sonst am Schreiben verhindert, so fügt sie ein Handzeichen an, das von dem oder der UdG unter Angabe des Grundes für die Verhinderung zu bestätigen ist.

3.3 Der oder die UdG veranlasst, dass die Partei die in ihren Händen befindlichen Urkunden, auf die im Protokoll Bezug genommen wird, in Urschrift oder in Abschrift, gegebenenfalls in Form eines Auszugs mit der für eine Zustellung oder Mitteilung erforderlichen Zahl von Abschriften vorlegt (§§ 131, 133 ZPO).

3.4 [1]Von jedem Protokoll ist die für die Zustellung oder sonstige Übermittlung an den Gegner erforderliche Zahl von Abdrucken herzustellen. [2]Der erklärenden Person ist ein Abdruck auszuhändigen, sofern sie dies beantragt. [3]Die durch die Herstellung von Abschriften entstandenen Kosten werden in den Akten vermerkt (Nr. 9000 des Kostenverzeichnisses des Gerichtskostengesetzes – KV-GKG). [4]Sie sind mit anderen Kosten möglichst sogleich einzuziehen.

3.5 Auf die Möglichkeit der Rechtsberatung nach dem Beratungshilfegesetz (BerHG) durch Anwälte kann im Bedarfsfall hingewiesen werden.

4. Aufnahme von Anträgen auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beiordnung eines Rechtsanwalts

4.1 [1]Dem Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beiordnung eines Rechtsanwalts oder einer Rechtsanwältin ist das amtliche Formular über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers oder der Antragstellerin beizufügen. [2]Der Antragsteller oder die Antragstellerin ist auf die Bedeutung der Prozesskostenhilfe durch Aushändigung des Hinweisblattes zum Formular hinzuweisen. [3]Der oder die UdG ist dem Antragsteller oder der Antragstellerin beim Ausfüllen des Formulars behilflich.

4.2 [1]Wird für ein Verfahren ein Bewilligungsantrag mit einer Klage verbunden, ist anzugeben, ob die Klage ohne Rücksicht auf die Bewilligung eingereicht sein soll. [2]Soll durch die Zustellung der Klage eine Frist gewahrt oder die Verjährung gehemmt werden (§§ 261, 167 ZPO), ist der Antragsteller oder die Antragstellerin darauf aufmerksam zu machen, dass möglicherweise die Klage nicht mehr rechtzeitig zugestellt werden kann oder sonstige nachteilige Folgen eintreten können.

4.3 Bei der Aufnahme eines Protokolls über den Antrag auf Beiordnung eines Rechtsanwalts oder einer Rechtsanwältin nach § 121 ZPO ist darauf hinzuwirken, dass der Antragsteller oder die Antragstellerin einen zur Vertretung bereiten Anwalt oder eine zur Vertretung bereite Anwältin seiner Wahl benennt.

4.4 Auf die Möglichkeit der Abänderung der PKH-Bewilligung bei Veränderung der persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb eines Zeitraums von vier Jahren nach der Beendigung des Rechtsstreits sowie auf die Verpflichtung, Anschriftenänderungen und die Verbesserung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unverzüglich anzuzeigen, ist hinzuweisen (§ 120a Abs. 1 und 2 ZPO).

5. Behandlung von Schutzschriften

5.1 Vorbeugende Verteidigungsschriften gegen erwartete Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz (Schutzschriften) können als elektronisches Dokument zum zentralen Schutzschriftenregister der Länder eingereicht werden (§ 945a ZPO).

5.2 [1]Schutzschriften, die in Papierform eingehen, werden als Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens in den Registern eingetragen (AR-Sachen, Arbeitssachen-Aktenordnung – AktO-ArbG). [2]Nach Eintragung werden die Schutzschriften in einem Sammelordner verwahrt.

5.3 [1]Geht ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung ein, so legt der oder die UdG diesen zusammen mit allen in den zurückliegenden sechs Monaten eingegangenen Schutzschriften dem oder der Vorsitzenden vor. [2]Dieser oder diese prüft, ob eine einschlägige Schutzschrift vorliegt; gegebenenfalls nimmt er oder sie diese zu den Verfahrensakten. [3]Das betreffende Aktenzeichen teilt er oder sie dem oder der UdG mit; es wird in geeigneter Weise vermerkt.

5.4 [1]Liegen im Fall der Nr. 5.3 die in Betracht kommenden Schutzschriften bereits einem oder einer Vorsitzenden vor, so vermerkt der oder die UdG dies auf dem Verfahrensantrag und legt diesen unverzüglich dem oder der zuständigen Vorsitzenden vor. [2]Entsprechendes gilt, wenn keine Schutzschriften vorhanden sind.

5.5 [1]Die Schutzschriften werden nach Ablauf des sechsten auf die Einreichung folgenden Kalendermonats weggelegt. [2]Die Dauer der Aufbewahrung richtet sich nach der Anlage zu § 1 der Aufbewahrungsverordnung – AufbewV.

Teil 2

Zustellungen, formlose Mitteilungen, Benachrichtigungen und Tätigkeiten ohne besondere richterliche Anordnung

Abschnitt 1

Zustellungen

Unterabschnitt 1

Zustellungen von Amts wegen (§§ 166 ff. ZPO)

6. Allgemeines

6.1 [1]In Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen sind die Zustellungen, soweit sich aus den folgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt, von Amts wegen zu veranlassen (§ 50 des Arbeitsgerichtsgesetzes – ArbGG, § 166 Abs. 2 ZPO). [2]Dies gilt auch für nicht verkündete Beschlüsse des Gerichts und nicht verkündete Verfügungen des oder der Vorsitzenden und des Rechtspflegers oder der Rechtspflegerin, wenn die Entscheidung

a) der sofortigen Beschwerde oder der befristeten Erinnerung unterliegt (§ 329 Abs. 3 ZPO),

b) eine Terminsbestimmung enthält (§ 329 Abs. 2 Satz 2 ZPO),

c) eine Frist in Lauf setzt (§ 329 Abs. 2 Satz 2 ZPO) oder

d) einen Vollstreckungstitel bildet (§ 329 Abs. 3 ZPO); ausgenommen hiervon ist der gerichtliche Vergleich.

6.2 [1]Versäumnisurteile werden nur der unterliegenden Partei in Abschrift zugestellt (§ 317 Abs. 1 Satz 1 ZPO). [2]Bei der Zustellung der Einspruchsschrift an die Gegenpartei ist mitzuteilen, wann das Versäumnisurteil zugestellt und der Einspruch eingelegt worden ist (§ 340a ZPO). [3]Gleiches gilt im Falle eines Vollstreckungsbescheids.

6.3 Beschlüsse, die einen Arrest oder eine einstweilige Verfügung enthalten, sind dem Antragsteller oder der Antragstellerin zuzustellen (§ 329 Abs. 2 Satz 2, § 922 Abs. 2, §§ 929, 936 ZPO); in Beschlussverfahren nach den §§ 80 ff. ArbGG sind jedoch Beschlüsse, die eine einstweilige Verfügung anordnen, auch dem Antragsgegner von Amts wegen zuzustellen (§ 85 Abs. 2 Satz 2 ArbGG).

6.4 [1]Schriftsätze sind immer dann zuzustellen, wenn sie Sachanträge (zum Beispiel Klage, Klageerweiterung, Widerklage) oder die Rücknahme der Klage nach streitiger Verhandlung (§ 269 Abs. 2 Satz 3 ZPO) enthalten oder wenn sich an deren Zustellung Rechtswirkungen knüpfen (zum Beispiel Aufnahme des Verfahrens, §§ 239 ff. ZPO). [2]Anträge auf Klageabweisung oder Zurückweisung der Berufung (Prozessanträge) sind nicht zuzustellen.

6.5 [1]Der Schriftsatz mit der Streitverkündung ist dem Dritten zuzustellen und dem Gegner des Streitverkündenden in Abschrift mitzuteilen (§ 73 Satz 2 ZPO). [2]Der Schriftsatz mit dem Beitritt des Nebenintervenienten ist beiden Parteien zuzustellen (§ 70 Abs. 1 Satz 2 ZPO). [3]Tritt der Streitverkündungsempfänger dem Rechtsstreit nicht bei, wird der Prozess ohne Rücksicht auf ihn fortgesetzt (§ 74 Abs. 2 ZPO); weitere Zustellungen an diesen unterbleiben.

7. Zuständigkeit

7.1 [1]Für die Bewirkung der Zustellungen im Inland sorgt der oder die UdG (§ 168 Abs. 1 Satz 1 ZPO). [2]Einer besonderen richterlichen Anordnung bedarf es nicht.

7.2 [1]Der oder die UdG überwacht die Durchführung der Zustellung. [2]Nach Eingang des Zustellungsnachweises prüft er oder sie die Ordnungsmäßigkeit der Zustellung. [3]Etwaige Mängel, deren Beseitigung keine Bedenken entgegenstehen, lässt er oder sie beheben; andernfalls führt er oder sie eine erneute Zustellung herbei. [4]Ordnungsgemäße Zustellungsnachweise werden nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen zu den Akten genommen (AktO-ArbG).

7.3 Der oder die UdG erteilt auf Antrag eine Bescheinigung über den Zeitpunkt der Zustellung (§ 169 Abs. 1 ZPO).

8. Herstellung der Schriftstücke

8.1 [1]Das bei der Zustellung zu übergebende Schriftstück wird von dem oder der UdG hergestellt. [2]Hierzu sind die von den Parteien oder den Prozessbevollmächtigten eingereichten Abschriften zu verwenden, sofern sie den Anforderungen genügen.

8.2 [1]Die Beglaubigung von zuzustellenden Schriftstücken ist von dem oder der UdG vorzunehmen. [2]Dies gilt nach § 169 Abs. 2 Satz 2 ZPO auch, soweit von einem Anwalt oder einer Anwältin eingereichte Schriftstücke nicht bereits von diesem oder dieser beglaubigt wurden. [3]Hinsichtlich der Form der Abschriften gilt § 46 Abs. 2 entsprechend.

8.3 [1]Wird ein Papierdokument eingescannt und elektronisch zugestellt, ist das elektronische Dokument nach dem Scannen qualifiziert zu signieren (§ 169 Abs. 4 Satz 2 ZPO). [2]Wird ein elektronisch eingegangenes Schriftstück in Papierform zugestellt, ist der Ausdruck zu beglaubigen.

8.4 Werden elektronisch eingegangene Schriftstücke (§ 130a ZPO) der Gegenseite ebenfalls elektronisch zugestellt, bedarf es keiner Signatur durch den oder die UdG (siehe auch Schlussbestimmungen in Teil 15).

8.5 Hat eine Partei oder ein sonstiger Beteiligter die erforderliche Zahl von Abschriften nicht beigefügt, kann der oder die UdG die Partei beziehungsweise deren Prozessbevollmächtigten oder Prozessbevollmächtigte unter Fristsetzung veranlassen, die benötigten Abschriften nachzureichen, wenn dadurch keine wesentliche Verzögerung eintritt; andernfalls sind die Abschriften kostenpflichtig anzufertigen (Nr. 9000 KV-GKG) und dies in den Akten zu vermerken.

9. Zustellungsadressat

9.1 Bei nicht prozessfähigen Personen ist an den gesetzlichen Vertreter zuzustellen (§ 170 ZPO).

9.2 [1]In einem anhängigen Rechtsstreit müssen Zustellungen an den für den Rechtszug bestellten Prozessbevollmächtigten oder an die für den Rechtszug bestellte Prozessbevollmächtigte erfolgen (§ 172 ZPO). [2]Hat eine Partei mehrere Prozessbevollmächtigte bestellt, genügt die Zustellung an einen oder eine von ihnen.

9.3 Bei der Zustellung einer Rechtsmittelschrift ist § 172 Abs. 2 ZPO zu beachten.

10. Formen der Zustellung

10.1 Die Zustellung im Inland kann bewirkt werden

a) durch einen Gerichtsbediensteten oder eine Gerichtsbedienstete (§ 168 Abs. 1 Satz 2 ZPO),

b) durch die Post (§ 168 Abs. 1 Satz 2 ZPO),

c) durch einen Gerichtsvollzieher oder eine Gerichtsvollzieherin oder eine andere Behörde nach Auftrag des Gerichts (§ 168 Abs. 2 ZPO),

d) durch Aushändigung an der Amtsstelle (§ 173 ZPO),

e) gegen Empfangsbekenntnis (§ 174 ZPO),

f) durch Einschreiben mit Rückschein (§ 175 ZPO),

g) durch Aufgabe zur Post (§ 184 ZPO) oder

h) durch öffentliche Zustellung (§ 185 ZPO).

10.2 Muss die Zustellung im Ausland bewirkt werden, ist Nr. 22 anzuwenden.

11. Wahl der Zustellungsform

11.1 Der oder die UdG bestimmt bei Inlandszustellungen im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen, ob durch die Post oder durch einen Gerichtsbediensteten oder eine Gerichtsbedienstete mittels Zustellungsurkunde, gegen Empfangsbekenntnis, durch Aushändigung an der Amtsstelle oder durch Einschreiben mit Rückschein zuzustellen ist.

11.2 An die in § 174 ZPO sowie in § 11 Abs. 2 ArbGG benannten Personen und Institutionen kann in der darin beschriebenen Form gegen Empfangsbekenntnis oder automatisierte Empfangsbestätigung zugestellt werden.

11.3 [1]Das Einschreiben mit Rückschein ist eine eigenständige Art der Zustellung (§ 175 ZPO). [2]Das Einwurfeinschreiben ist unzulässig.

11.4 [1]Gerichtsvollzieher oder Gerichtsvollzieherinnen und andere Behörden können nur durch gerichtliche Anordnung mit der Ausführung der Zustellung beauftragt werden (§ 168 Abs. 2 ZPO). [2]Der oder die UdG führt die Beauftragung durch.

11.5 Bei der Zustellung im Ausland sind die Bestimmungen des § 183 ZPO zu beachten.

11.6 Eine Zustellung durch Aufgabe zur Post ist nur nach Maßgabe des § 184 Abs. 1 ZPO zulässig.

11.7 Die öffentliche Zustellung findet nur auf gerichtliche Anordnung statt (§ 186 Abs. 1 ZPO).

12. Zeitpunkt der Zustellung

12.1 [1]Die Zustellung ist mit der Übergabe des zuzustellenden Schriftstücks an den Zustellungsadressaten bewirkt. [2]Gleiches gilt für die Zustellung an den rechtsgeschäftlichen Vertreter oder die rechtsgeschäftliche Vertreterin oder den Leiter oder die Leiterin. [3]Bei mehreren gesetzlichen Vertretern oder Vertreterinnen oder Leitern oder Leiterinnen genügt die Zustellung an einen oder eine von ihnen (§ 170 ZPO).

12.2 Im Falle der Ersatzzustellung gilt die Zustellung als bewirkt

a) durch Übergabe an eine der in § 178 ZPO genannten Personen,

b) mit dem Einlegen des Schriftstücks in den Briefkasten (§ 180 ZPO) oder

c) mit der Abgabe der schriftlichen Mitteilung über die Niederlegung des Schriftstücks (§ 181 Abs. 1 ZPO).

12.3 Bei unberechtigt verweigerter Annahme gilt die Zustellung durch Zurücklassen des Schriftstücks als bewirkt (§ 179 ZPO).

12.4 [1]Bei der öffentlichen Zustellung gilt das Schriftstück als zugestellt, wenn seit dem Aushang der Benachrichtigung ein Monat vergangen ist (§ 188 ZPO). [2]Das Gericht kann eine längere Frist bestimmen.

12.5 Die Zustellung durch Einschreiben mit Rückschein ist mit der Übergabe des zuzustellenden Dokuments an den Zustellungsadressaten bewirkt.

12.6 Bei der Zustellung durch Aufgabe zur Post gilt das Schriftstück zwei Wochen nach Aufgabe zur Post als zugestellt (§ 184 Abs. 2 ZPO).

13. Fehlerhafte Zustellung und Heilung von Zustellungsmängeln

13.1 Eine Zustellung ist unwirksam, wenn sich eine formgerechte Zustellung nicht nachweisen lässt oder die Zustellung unter Verletzung zwingender Vorschriften erfolgt ist.

13.2 Der Mangel kann geheilt werden, wenn das Schriftstück dem richtigen Zustellungsadressaten tatsächlich zugegangen ist (§ 189 ZPO).

Unterabschnitt 2

Durchführung der Zustellung

14. Zustellung durch einen Gerichtsbediensteten oder durch die Post

14.1 [1]Soll die Zustellung durch einen Gerichtsbediensteten oder durch die Post bewirkt werden, so wird das zu übergebende Schriftstück in einen Umschlag genommen, der zu verschließen ist („*PZU*“, vgl. Anlage 2 zur Zustellungsvordruckverordnung – ZustVV). [2]Die Sendung muss mit der Anschrift der Person, an die zugestellt werden soll, mit der Bezeichnung der absendenden Stelle und mit dem Aktenzeichen versehen sein.

14.2 Der Sendung ist das vorbereitete Formular einer Zustellungsurkunde nach Anlage 1 zur ZustVV beizufügen.

14.3 [1]Ferner ist auf der Sendung und auf dem Formular nach Nr. 14.2 das Aktenzeichen anzugeben und das zuzustellende Schriftstück zu bezeichnen. [2]Dabei sind Formulierungen zu verwenden, die keinen Rückschluss auf den Briefinhalt erlauben. [3]Dies können Abkürzungen sein oder Hinweise auf die Beurkundung der Zustellungsveranlassung in der Akte (zum Beispiel „*zu Bl. 15*“).

14.4 [1]Ist aus den Akten ersichtlich oder sonst bekannt, dass eine Person, an die gemäß § 178 Abs. 1 ZPO ersatzweise zugestellt werden könnte, an dem Rechtsstreit als Gegnerin des Zustellungsadressaten beteiligt ist, so ist auf dem Umschlag nach Nr. 14.1 zu vermerken: „*Keine Ersatzzustellung an ... (zum Beispiel die Ehefrau).*“ [2]Soll die Zustellung nicht durch Niederlegung gemäß § 181 ZPO ausgeführt werden, so ist zu vermerken: „*Nicht durch Niederlegung zustellen.*“ [3]Soll die Uhrzeit der Zustellung angegeben werden, so ist zu vermerken: „*Mit Angabe der Uhrzeit zustellen.*“

14.5 [1]Ist die Zustellung nicht durch persönliche Übergabe an den Zustellungsadressaten möglich, muss eine Ersatzzustellung in der Reihenfolge der §§ 178, 180, 181 ZPO vorgenommen werden. [2]Wird die Annahme des zuzustellenden Dokuments unberechtigt verweigert, so ist das Dokument in der Wohnung oder in dem Geschäftsraum zurückzulassen (§ 179 ZPO).

15. Besonderheiten bei der Zustellung durch die Post

15.1 [1]Wird die Post mit der Zustellung beauftragt, so ist die zuzustellende Sendung in einen Umschlag für den Postzustellungsauftrag nach Anlage 3 zur ZustVV einzulegen. [2]Auf dem Umschlag ist die Anschrift des Zustellstützpunkts der Post anzugeben und das Auftragsentgelt für den Zustellungsauftrag zu entrichten. [3]Die Verwendung von Fensterumschlägen ist zulässig.

15.2 [1]Für jeden Postzustellungsauftrag ist im Allgemeinen ein besonderer Umschlag zu verwenden. [2]Für mehrere Aufträge zur Zustellung an verschiedene Personen im Bereich desselben Zustellstützpunkts der Post genügt jedoch ein Umschlag. [3]In diesem Fall ist die Summe der Entgelte für die einliegenden Aufträge auf dem Umschlag anzugeben und dieser entsprechend freizumachen.

15.3 [1]Der Postzustellungsauftrag ist der Post in dem Umschlag zu übergeben. [2]Der Einwurf der vorschriftsmäßig beschrifteten und verschlossenen Sendung in den Briefkasten oder die Ablieferung bei einer Postannahmestelle gilt als Übergabe. [3]Dies ersetzt das Ersuchen des oder der UdG um Zustellung; es bedarf keines besonderen Anschreibens oder ausdrücklichen Ersuchens.

16. Zustellung durch den Gerichtsvollzieher oder durch eine andere Behörde

Beauftragt der oder die Vorsitzende oder der Rechtspfleger oder die Rechtspflegerin einen Gerichtsvollzieher oder eine Gerichtsvollzieherin oder eine andere Behörde mit der Ausführung der Zustellung, so übergibt der oder die UdG dem Beauftragten das zuzustellende Schriftstück in einem verschlossenen Umschlag nach Anlage 2 zur ZustVV und einen vorbereiteten Vordruck einer Zustellungsurkunde nach Anlage 1 zur ZustVV.

17. Zustellung durch Aushändigung an der Amtsstelle

17.1 [1]In den Geschäftsräumen des Gerichts kann durch Aushändigung des Dokuments zugestellt werden (§ 173 ZPO). [2]Die Zustellung an der Gerichtsstelle kann nur an den Zustellungsadressaten selbst oder nach Vollmachtvorlage an seinen rechtsgeschäftlich bestellten Vertreter (§ 171 ZPO) erfolgen. [3]Eine weitergehende Ersatzzustellung ist unzulässig. [4]In den Akten und auf dem auszuhändigenden Dokument ist der Tag der Aushändigung zu vermerken und der Vermerk von dem oder der UdG zu unterschreiben. [5]Die Feststellung der Zustellung im Protokoll entspricht einem Vermerk nach § 173 ZPO.

17.2 Die Vermerke können wie folgt lauten:

a) in den Akten: „*Beglaubigte Abschrift des Schriftstücks wurde heute am ... (Datum) an ... (, der / die eine schriftliche Vollmacht vom ... vorgelegt hat,) an der Amtsstelle ausgehändigt.*“

b) auf dem Schriftstück: „*Auf der Geschäftsstelle des Gerichts ausgehändigt am ... (Datum) an ... (, der / die eine schriftliche Vollmacht vom ... vorgelegt hat).*“

18. Zustellung gegen Empfangsbekenntnis

18.1 [1]Wird an die in § 174 ZPO sowie in § 11 Abs. 2 ArbGG benannten Personen und Institutionen gegen Empfangsbekenntnis oder automatisierte Empfangsbestätigung zugestellt, so übersendet der oder die UdG das zuzustellende Schriftstück mit einfachem Brief. [2]Mit dem Schriftstück ist dem Adressaten oder der Adressatin ein Vordruck für ein Empfangs-

bekenntnis zu übermitteln. [3]Nimmt er oder sie die Zustellung an, so ist er oder sie verpflichtet, das Empfangsbekenntnis auf seine oder ihre Kosten an das Gericht zurückzusenden (§ 174 Abs. 4 Satz 1 ZPO).

18.2 [1]Das Schriftstück kann den in Nr. 18.1 Genannten auch per Fax zugestellt werden. [2]Die Übermittlung wird in diesem Fall mit dem Hinweis *„Zustellung gegen Empfangsbekenntnis“* eingeleitet. [3]Die absendende Stelle, der Name und die Anschrift des Zustellungsadressaten sowie der Name des oder der UdG sind anzugeben.

18.3 [1]Elektronische Dokumente können an die in Nr. 18.1 Genannten sowie, wenn sie der Übermittlung elektronischer Dokumente ausdrücklich zugestimmt haben, auch an andere Verfahrensbeteiligte zugestellt werden. [2]Hinsichtlich Beglaubigung und Signatur der Schriftstücke gelten die Nrn. 8.2 bis 8.4 entsprechend. [3]Das Dokument ist gegen unbefugte Kenntnisnahme Dritter zu schützen.

18.4 [1]Der oder die UdG vermerkt in den Akten, in welcher Weise und an welchem Tag er oder sie die Zustellung veranlasst hat. [2]Er oder sie überwacht in geeigneter Weise, dass das Empfangsbekenntnis des Empfängers oder der Empfängerin rechtzeitig zu den Akten gelangt und dass es von ihm oder ihr selbst oder von seinem oder ihrem hierzu befugten Vertreter oder seiner oder ihrer hierzu befugten Vertreterin ausgestellt wurde. [3]Das Empfangsbekenntnis kann schriftlich, durch Telekopie oder als elektronisches Dokument (§ 130a ZPO) zurückgesandt werden.

19. Öffentliche Zustellung

19.1 [1]Unter den Voraussetzungen des § 185 ZPO kann die öffentliche Zustellung erfolgen. [2]Die öffentliche Zustellung muss für jedes Dokument gesondert angeordnet sein. [3]Sie erfolgt durch Aushang einer Benachrichtigung an der Gerichtstafel (§ 186 ZPO).

19.2 Hat der oder die Vorsitzende die Einspruchsfrist eines öffentlich zuzustellenden Versäumnisurteils nachträglich durch besonderen Beschluss bestimmt (§ 339 Abs. 3 ZPO), muss dieser Beschluss ebenfalls öffentlich zugestellt werden.

20. Veröffentlichung der Benachrichtigung bei öffentlicher Zustellung, Belege

20.1 Auf Anordnung des oder der Vorsitzenden sorgt der oder die UdG für die Veröffentlichung der Benachrichtigung im elektronischen Bundesanzeiger oder in anderen Blättern.

20.2 Die ausgehängte Benachrichtigung und die Nachweise über die Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger oder anderen Blättern sind zu den Akten zu nehmen.

21. Zustellung an Gefangene in Justizvollzugsanstalten

[1]Gefangenen und Untergebrachten soll in Justizvollzugsanstalten (JVA) nicht durch die Post zugestellt werden, sondern durch einen Beamten oder eine Beamtin des allgemeinen Vollzugsdienstes oder einen Bediensteten oder eine Bedienstete der Anstalt. [2]Nr. 16 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass ein an die Anstalt adressiertes Begleitschreiben beigefügt wird. [3]Aus dem Betreff des Ersuchens muss erkennbar sein, welche Angelegenheit das Ersuchen betrifft; hierzu ist das zuzustellende Schriftstück genau zu bezeichnen.

22. Zustellung im Ausland

22.1 [1]Zustellungen, die im Ausland bewirkt werden sollen (sogenannte *„ausgehende Ersuchen“*), sind von dem oder der UdG vorzubereiten, von dem Beamten oder der Beamtin der dritten Qualifikationsebene zu überprüfen (§ 6 Nr. 2 der Verordnung über die Geschäftsstellen der Gerichte für Arbeitssachen – GStVO-ArbG) und der Prüfungsstelle mit Begleitbericht zur verwaltungsmäßigen Prüfung vorzulegen. [2]Die Begleitberichte sind der Prüfungsstelle in doppelter Fertigung (Original und Abdruck) vorzulegen. [3]Die Prüfungsstelle setzt die nach der Rechtshilfeordnung für Zivilsachen (ZRHO) zu erhebende Prüfungsgebühr auf dem Abdruck des Begleitberichts fest und leitet diesen als Auslagenbeleg an das ersuchende Gericht zurück.

22.2 Für die Erledigung eingehender Rechtshilfeersuchen sind auch im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit die ordentlichen Gerichte zuständig.

22.3 Neben der ZRHO sind die §§ 183 bis 185 ZPO, die einschlägigen Bestimmungen der zwischenstaatlichen (bilateralen) Vereinbarungen und der Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 (EuZVO) in der jeweils geltenden Fassung in ihrem jeweiligen Geltungsbereich maßgebend.

22.4 Um die Aktualität zu gewährleisten, ist jedes Zustellungsersuchen mit Hilfe der elektronischen Medien individuell zu prüfen (Internet-Recherche); als stets aktuell hat sich das Justizportal des Landes Nordrhein-Westfalen *„Internationale Rechtshilfe-Online“* (http://www.ir-online.nrw.de) erwiesen.

22.5 [1]Im Geltungsbereich der EuZVO hat grundsätzlich die Zustellung durch die Post per Einschreiben mit internationalem Rückschein oberste Priorität (vgl. hierzu immer den aktuellen Länderteil der ZRHO in Verbindung mit Art. 14 EuZVO und § 183 Abs. 2 Satz 2 Alt. 1 ZPO). [2]Auch wenn die Wahl der Zustellungsform grundsätzlich im pflichtgemäßen Ermessen des oder der Vorsitzenden liegt, ist die in § 183 Abs. 2 und 3 ZPO vorgegebene Reihenfolge unbedingt zu beachten; diese entspricht auch der in den jeweiligen Länderteilen vorgegebenen Reihenfolge. [3]Zu beachten ist, dass die rechtsverbindliche Aufgabe eines Zustellungsbevollmächtigten gemäß § 184 Abs. 1 Satz 1 ZPO im Geltungsbereich der EuZVO nach gängiger Rechtsprechung nicht möglich ist; in Betracht käme hier aus Praktikabilitätsgründen höchstens ein Hinweis auf die grundsätzliche Möglichkeit der Benennung, jedoch ohne entsprechende Rechtsfolgen.

22.6 [1]Soweit bilaterale Vereinbarungen bestehen, die Zustellung aber außerhalb des Geltungsbereichs der EuZVO zu bewirken ist, findet in den meisten Fällen das Haager Zustellungsübereinkommen (HZÜ) Anwendung (siehe http://www.ir-online.nrw.de, Abschnitt I des jeweiligen Länderteils). [2]Im Gegensatz zu Nr. 22.5 Satz 3 kann der Partei bei Zustellungen außerhalb des Geltungsbereichs der EuZVO rechtsverbindlich aufgegeben werden, einen Zustellungsbevollmächtigten gemäß § 184 ZPO zu benennen. [3]Kommt die Partei dieser Aufforderung

nicht nach, können alle späteren Zustellungen bis zur nachträglichen Benennung oder der Bestellung eines Prozessbevollmächtigten durch Aufgabe zur Post bewirkt werden. [4]Das Schriftstück gilt dann zwei Wochen nach Aufgabe zur Post als zugestellt. [5]Der diesbezügliche Aktenvermerk kann zum Beispiel lauten:

„Zum Zweck der Zustellung durch Aufgabe zur Post wurde heute eine beglaubigte Abschrift des … vom … in verschlossenem und entsprechend adressiertem Umschlag als Einschreibsendung / als einfacher Brief / … der Post zur Aushändigung an den Empfänger übergeben. Ort, Datum, Unterschrift.“

22.7 [1]Soll an einen fremden Staat als Partei zugestellt werden, ist vor der Zustellung, über die Prüfungsstelle, beim Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (Staatsministerium) als der zuständigen Landesjustizverwaltung die Genehmigung zur beabsichtigten Zustellung einzuholen. [2]Zustellungen an einen fremden Staat dürfen nicht durch Übergabe an dessen Vertretung (zum Beispiel Botschaft, Konsulat) bewirkt werden; insoweit sind auch in diesen Fällen, gleichsam einer normalen Auslandszustellung, die eigens hierfür eingerichteten Zentral- und/oder Empfangsstellen in Anspruch zu nehmen. [3]Eine Denkschrift samt Übersetzung ist in jedem Fall beizufügen. [4]Soweit sich wesentliche Neuerungen (zum Beispiel für Zustellungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union als Partei) ergeben, ergehen Hinweise durch die Prüfungsstelle.

22.8 [1]An Personen, die nach den §§ 18 bis 20 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) der inländischen Gerichtsbarkeit nicht unterliegen (Exterritoriale), können Zustellungen nur auf dem diplomatischen Weg bewirkt werden (vgl. § 15 ZRHO). [2]Soll in der Wohnung oder in den Diensträumen einer in Satz 1 genannten Person an eine andere Person zugestellt werden, auf die sich die Befreiung von der inländischen Gerichtsbarkeit nicht erstreckt, so darf die Zustellung dort nur mit Zustimmung der befreiten Person (Exterritorialer) ausgeführt werden. [3]Erfolgt die Zustimmung nicht, so ist dem Staatsministerium zu berichten, sofern nicht die Annahme begründet ist, dass die Zustimmung verweigert und daher die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung zu bewirken ist (vgl. § 185 Nr. 4 ZPO).

22.9 [1]Ist eine Auslandszustellung nicht möglich oder verspricht keinen Erfolg (vgl. § 185 Nr. 3 und 4 ZPO), kann diese als ultima ratio durch eine öffentliche Zustellung ersetzt werden. [2]Keinen Erfolg verspricht die Auslandszustellung, wenn sie einen derart langen Zeitraum in Anspruch nehmen würde, dass ein Zuwarten der betreibenden Partei nicht zugemutet werden kann. [3]Dies stellt stets eine Einzelfallfrage dar, wobei eine Dauer von bis zu einem Jahr nicht ungewöhnlich sein kann. [4]In diesen Fällen kann Art. 103 Abs. 1 des Grundgesetzes eine zusätzliche Zusendung des Schriftstücks, gegebenenfalls auch formlos, gebieten.

22.10 [1]Muss ein Mahnbescheid im Ausland zugestellt werden, findet das Mahnverfahren nur insoweit statt, als das Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz (AVAG) dies vorsieht oder die Zustellung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union erfolgen soll (§ 688 Abs. 3 ZPO). [2]Die Widerspruchsfrist beträgt gemäß § 32 Abs. 3 AVAG einen Monat und ist, abweichend von der Standardfrist, gesondert zu bestimmen.

22.11 Stets zu beachten sind die verlängerten Einlassungsfristen nach § 274 Abs. 3 Satz 2 und 3 ZPO, die verlängerte Einspruchsfrist nach § 339 Abs. 2 ZPO sowie die verlängerte Frist nach § 276 Abs. 1 Satz 3 und 4 ZPO.

22.12 [1]Erhebt das Land, in dessen Hoheitsgebiet die Zustellung bewirkt werden soll, einen entsprechenden Vorschuss, so ist dieser vorab durch das Prozessgericht oder Verfahrensgericht zu entrichten. [2]Der Prüfungsstelle ist das Zustellungsersuchen mit den zuzustellenden Schriftstücken (gegebenenfalls inklusive Übersetzung) samt Überweisungsbeleg hinsichtlich der geleisteten Vorschusszahlung vorzulegen.

Unterabschnitt 3

Zustellungen auf Betreiben der Parteien (§§ 191 ff. ZPO)

23. Beauftragung des UdG

Schriftstücke, die auf Betreiben der Parteien zuzustellen sind (zum Beispiel vollstreckungsfähige Titel nach § 794 ZPO und Beschlüsse nach § 278 Abs. 6 ZPO, ohne mündliche Verhandlung ergangene Arreste und einstweilige Verfügungen nach § 922 Abs. 2 und § 936 ZPO mit Ausnahme solcher Beschlüsse im Beschlussverfahren, Schiedssprüche und schiedsgerichtliche Vergleiche nach § 109 Abs. 2 Satz 2 ArbGG), können auf Antrag durch Vermittlung des oder der UdG durch den Gerichtsvollzieher oder durch die Gerichtsvollzieherin zugestellt werden.

24. Geschäftsmäßige Behandlung

24.1 [1]Die Partei hat dem oder der UdG außer der Urschrift oder beglaubigten Abschrift des zuzustellenden Schriftstücks eine der Zahl der Personen, an die zugestellt werden soll, entsprechende Zahl von Abschriften zu übergeben (§ 192 Abs. 2 Satz 1 ZPO). [2]Reicht die Partei die erforderlichen Abschriften nicht ein oder entsprechen sie nicht den Anforderungen, werden fehlende Abschriften vom Gerichtsvollzieher oder von der Gerichtsvollzieherin kostenpflichtig hergestellt.

24.2 Die von der Partei eingereichten Schriftstücke sind dem Gerichtsvollzieher oder der Gerichtsvollzieherin zuzuleiten.

Abschnitt 2

Formlose Mitteilungen und Benachrichtigungen

25. Aufgaben des UdG

25.1 Der oder die UdG hat einfache Mitteilungen und Benachrichtigungen ohne besondere Anordnung von dem oder der Vorsitzenden beziehungsweise von dem Rechtspfleger oder der Rechtspflegerin auszuführen.

25.2 [1]Die Mitteilungen und Benachrichtigungen erfolgen formlos, sofern nicht im Einzelfall die Zustellung verfügt wird. [2]Wenn keine Verzögerung eintritt, können sie mit einer anstehenden Terminsladung verbunden werden.

25.3 [1]Bei der formlosen Übermittlung eines elektronischen Dokuments bedarf es keiner elektronischen Signatur. [2]Wird ein Papierdokument zuvor eingescannt und elektronisch übermittelt, ist das elektronische Dokument nach dem Scannen qualifiziert zu signieren. [3]Wird ein elektronisch eingegangenes Schriftstück ausgedruckt und übersandt, bedarf es keiner Beglaubigung.

Teil 3

Ladungen und Terminsbekanntmachungen

Abschnitt 1

Ladung der Parteien beziehungsweise Prozessbevollmächtigten, Zeugen, Dolmetscher und Sachverständigen

26. Zuständigkeit

Der oder die UdG ist zuständig, die Ladung von Amts wegen zu bewirken (§§ 214, 274 ZPO).

27. Form der Ladungen und Terminsbekanntmachungen

27.1 [1]Die Ladungen sind grundsätzlich zuzustellen. [2]Ausnahmen hierzu sind insbesondere:

a) Ladung der Aktivpartei zum Gütetermin oder zur Anhörung in der Güteverhandlung (§ 497 ZPO); dies gilt auch bei Verlegung des ersten Verhandlungstermins,

b) Ladung zum persönlichen Erscheinen unter Hinweis auf Säumnisfolgen (§§ 51, 64 Abs. 7 ArbGG, § 141 Abs. 2 ZPO),

c) Ladung von Dolmetschern und Dolmetscherinnen, Zeugen und Zeuginnen oder Sachverständigen (§ 185 GVG, §§ 377, 402 ZPO) und

d) Vernehmung einer Partei durch Beweisbeschluss (§ 450 ZPO).

[3]Der oder die Vorsitzende kann eine förmliche Zustellung anordnen.

27.2 [1]Die Ladung ist entbehrlich, wenn ein Termin in einer verkündeten Entscheidung bestimmt wird (§ 218 ZPO). [2]Dies gilt auch dann, wenn die Parteien bei der Verkündung nicht anwesend waren. [3]Eine Ladung der nicht erschienenen Partei ist jedoch notwendig, wenn nach Zurückweisung des Antrags auf Erlass eines Versäumnisurteils oder des Antrags auf Entscheidung nach Aktenlage die Verhandlung unter Bestimmung eines neuen Termins vertagt wird (§§ 335, 337 ZPO). [4]In den Fällen der §§ 251a, 331a ZPO ist der Verkündungstermin der nicht erschienenen Partei formlos mitzuteilen.

27.3 [1]Ist der Berufungsbeklagte nicht durch einen gemäß § 11 ArbGG zugelassenen Prozessbevollmächtigten vertreten, so ist die Ladung zur mündlichen Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht oder die Fristsetzung zur Berufungserwiderung mit der Belehrung zu versehen, dass der Berufungsbeklagte für eine geeignete Prozessvertretung zu sorgen hat (§ 215 Abs. 2 ZPO). [2]Ferner ist darauf hinzuweisen, dass bei Nichtbeachtung Versäumnisurteil ergehen kann (§ 521 Abs. 2 Satz 2, § 277 ZPO).

27.4 [1]Terminsbekanntmachungen sind:

a) Entscheidungsverkündungstermin,

b) Vergleichsprotokollierung,

c) Terminsnachricht an Streitverkündete und Nebenintervenienten (§§ 63, 71 Abs. 3, § 74 Abs. 1 ZPO) und

d) Beweisaufnahme vor dem ersuchten Richter (§ 357 Abs. 2 ZPO, § 58 Abs. 1 Satz 2 ArbGG).

[2]Sie bedürfen nicht der förmlichen Zustellung.

28. Inhalt der Ladungen

Für Ladungen und Terminsmitteilungen sind die jeweiligen Textbausteine zu verwenden.

29. Ladung von Prozessbevollmächtigten

29.1 [1]Ist eine Partei durch einen Prozessbevollmächtigten vertreten, ist die Ladung stets diesem zuzustellen (§ 172 ZPO). [2]Bei kurzfristigen Terminsverlegungen sind die Abladungen beziehungsweise Umladungen gegebenenfalls als Vorabinformation telefonisch, per Telefax oder durch sonstige Telekommunikationsmittel mitzuteilen.

29.2 Der Prozessbevollmächtigte ist auch dann zu laden, wenn das persönliche Erscheinen der Partei angeordnet ist.

29.3 Hat sich im Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht für den zweiten Rechtszug noch kein Prozessbevollmächtigter bestellt, ist bei der Ladung § 172 Abs. 2 ZPO entsprechend zu beachten.

30. Terminsbekanntmachung

Bei Terminsbekanntmachungen (zum Beispiel Beweisaufnahme vor dem ersuchten Richter, § 357 Abs. 2 ZPO, § 58 Abs. 1 Satz 2 ArbGG) sind die Parteien beziehungsweise die Prozessbevollmächtigten unter Beachtung der Ladungsfrist von Ort und Zeit des Termins formlos zu benachrichtigen.

31. Ladung der Zeugen, Dolmetscher und Sachverständigen

31.1 [1]Die Ladung der Zeugen und Zeuginnen, Dolmetscher und Dolmetscherinnen und Sachverständigen erfolgt durch den oder die UdG des Prozessgerichts oder des ersuchten Gerichts unter Beachtung des § 377 ZPO. [2]Der Zeugenladung sind die für die Vergütung oder Entschädigung erforderlichen Antragsformulare beizufügen. [3]Bei der Abladung oder Umladung von Dolmetschern und Dolmetscherinnen ist § 9 Abs. 3 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (JVEG) zu beachten.

31.2 Bei Mittellosigkeit von Zeugen oder Zeuginnen, Dolmetschern oder Dolmetscherinnen oder Sachverständigen ist Abschnitt V der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen über die Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Ausgleich von Kosten vom 27. Juli 2001 (AllMBl. S. 318) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz über die Gewährung von Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschusszahlungen an Zeugen und Sachverständige vom 14. Juni 2006 (JMBl. S. 90, 146) in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

31.3 Wird ein Arzt als Sachverständiger oder als sachverständiger Zeuge oder wird eine Ärztin als Sachverständige oder als sachverständige Zeugin geladen, ist diesem oder dieser die durch die Partei erteilte Befreiung von der ärztlichen Schweigepflicht (§ 385 Abs. 2 ZPO) mitzuteilen.

32. Ladung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes als Zeugen oder Sachverständige

[1]Ist die Ladung eines oder einer Angehörigen des öffentlichen Dienstes als Zeuge oder Zeugin oder Sachverständiger oder Sachverständige angeordnet, holt das Prozessgericht die erforderliche Aussagegenehmigung ein. [2]Der oder die UdG hat die Zeugen oder Zeuginnen oder Sachverständigen von der Aussagegenehmigung mit der Ladung oder, wenn diese später eingeht, nachträglich in Kenntnis zu setzen (§§ 376, 408 ZPO). [3]Zeugen oder Zeuginnen oder Sachverständige dürfen ohne Genehmigung der Dienstvorgesetzten über Angelegenheiten, die unter die Verschwiegenheitspflicht fallen, vor Gericht weder aussagen noch Erklärungen abgeben (Art. 6 des Bayerischen Beamtengesetzes in Verbindung mit § 37 des Beamtenstatusgesetzes, § 3 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder).

33. Ladungs- und Einlassungsfristen vor dem Arbeits- und Landesarbeitsgericht

33.1 [1]Die Ladungsfrist beträgt im ersten Rechtszug drei Tage (§ 217 ZPO). [2]Sie ist gegenüber beiden Parteien beziehungsweise ihren Vertretern zu wahren. [3]Sie wird jedoch, wenn es sich um die Ladung des Rechtsnachfolgers zur Aufnahme eines durch Tod der Partei unterbrochenen Rechtsstreits handelt, von dem oder der Vorsitzenden besonders bestimmt (§ 239 Abs. 3 ZPO).

33.2 Die Ladungsfrist braucht nicht eingehalten zu werden bei

a) Änderung der Terminstunde,

b) Anberaumung oder Änderung eines Entscheidungsverkündungstermins,

c) Anberaumung oder Änderung eines Termins zur Vergleichsprotokollierung,

d) Ladung zum persönlichen Erscheinen (§§ 51, 64 Abs. 2 ArbGG, § 141 ZPO),

e) Ladung von Dolmetschern und Dolmetscherinnen, Zeugen und Zeuginnen oder Sachverständigen (§ 185 GVG, §§ 377, 402 ZPO); bei Einvernahme im Wege der Rechtshilfe sind die Parteien beziehungsweise die Prozessbevollmächtigten unter Beachtung der Ladungsfrist von Ort und Zeit des Termins formlos zu benachrichtigen,

f) Vernehmung einer Partei durch Beweisbeschluss (§ 450 ZPO) und

g) verkündetem Verhandlungstermin.

33.3 [1]Die Einlassungsfrist beträgt im ersten Rechtszug mindestens eine Woche (§ 47 Abs. 1 ArbGG). [2]Sie ist nur gegenüber der beklagten Partei einzuhalten. [3]Liegt der Zustellungsort im Ausland, so gilt § 274 Abs. 3 Satz 2 und 3 ZPO (siehe auch Nr. 22.11).

33.4 Wird die Ladungs- oder Einlassungsfrist auf Antrag vom Gericht abgekürzt (§§ 224, 226 ZPO), ist den Parteien zugleich mit der Ladung eine Abschrift des Beschlusses mitzuteilen.

33.5 [1]Im Arrest- und einstweiligen Verfügungsverfahren ist in erster und zweiter Instanz nur die Ladungs-, nicht aber die Einlassungsfrist zu wahren. [2]Dasselbe gilt für die Ladung nach Widerspruch gegen einen Mahnbescheid, ferner für die mündliche Verhandlung über den Einspruch gegen ein Versäumnisurteil (§ 341a ZPO) oder gegen einen Vollstreckungsbescheid (§ 700 ZPO) sowie über den Zwischenstreit (§ 366 ZPO).

33.6 [1]Im Berufungsrechtszug beträgt die Ladungsfrist mindestens eine Woche (§ 217 ZPO). [2]Unabhängig von der Sondervorschrift des § 66 Abs. 1 Satz 3 ArbGG beträgt die Einlassungsfrist im Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht mindestens zwei Wochen (§ 523 Abs. 2, § 274 Abs. 3 ZPO).

34. Ladung in einer Justizvollzugsanstalt, Vorführung

34.1 [1]Ist eine Partei, ein Zeuge oder eine Zeugin oder ein sonstiger Prozessbeteiligter unter der Anschrift einer JVA zu laden, soll die Ladung mit einem Begleitschreiben an die JVA zur Aushändigung an den Gefangenen oder an die Gefangene übermittelt werden. [2]Ist die Vorführung des oder der Gefangenen gerichtlich angeordnet, wird die JVA mit der Vorführung beauftragt.

34.2 Ist die Vorführung eines Zeugen oder einer Zeugin gemäß § 380 Abs. 2 ZPO angeordnet, wird der oder die für den Wohnsitz des Zeugen oder der Zeugin zuständige Gerichtsvollzieher oder Gerichtsvollzieherin mit der Vorführung beauftragt.

34.3 In den Fällen der Nrn. 34.1 und 34.2 ist darauf zu achten, dass die ersuchte JVA oder der ersuchte Gerichtsvollzieher oder die ersuchte Gerichtsvollzieherin angemessene Zeit zur Ausführung des Auftrags erhält (zum Beispiel Verschubung eines Gefangenen).

Abschnitt 2

Ladung der ehrenamtlichen Richter

35. Form der Ladung

35.1 Die Ladung der ehrenamtlichen Richter und Richterinnen erfolgt nach dem richterlichen Geschäftsverteilungsplan.

35.2 In den Ladungen ist auf den Inhalt der §§ 28, 37 Abs. 2 ArbGG und ferner darauf hinzuweisen, dass jeder Wohnungswechsel rechtzeitig dem Gericht anzuzeigen ist.

Teil 4

Protokoll

36. Vorbereitung der Sitzung

[1]Vor Beginn der Sitzung ist ein Terminsverzeichnis zu erstellen und vor dem Sitzungszimmer auszuhängen. [2]Spätestens einen Tag vor der Sitzung sind dem oder der Vorsitzenden die Verfahrensakten und ein Exemplar des Terminsverzeichnisses zuzuleiten. [3]Ist ein ehrenamtlicher Richter oder eine ehrenamtliche Richterin zu vereidigen, ist ein vorbereitetes Protokoll beizufügen.

37. Protokollaufnahme, Verantwortlichkeit

37.1 [1]Über die Verhandlung und jede Beweisaufnahme ist ein Protokoll aufzunehmen (§ 159 Abs. 1 ZPO). [2]Ein Protokoll über die Verhandlung vor dem Güterichter oder vor der Güterichterin (§ 54 Abs. 6 ArbGG) ist nur auf übereinstimmenden Antrag der Parteien aufzunehmen (§ 159 Abs. 2 Satz 2 ZPO). [3]Für die Protokollierung kann ein oder eine UdG herangezogen werden.

37.2 [1]Für den Inhalt des Protokolls sind der oder die Vorsitzende und der oder die UdG gemeinsam verantwortlich. [2]Ein Diktat des oder der Vorsitzenden ist üblich und zulässig. [3]Der oder die UdG ist selbstständig dafür verantwortlich, dass das Protokoll den Gang der Verhandlung, soweit er in das Protokoll aufzunehmen ist, wahrheitsgetreu wiedergibt. [4]Der oder die Vorsitzende übernimmt durch seine oder ihre Unterschrift nur die Mitverantwortung für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit des Protokolls. [5]Wird kein oder keine UdG hinzugezogen, trägt der oder die UdG lediglich die Verantwortung für die wortgetreue Übertragung aus der vorläufigen Aufzeichnung.

38. Inhalt des Protokolls

38.1 [1]Die Beachtung der für die mündliche Verhandlung vorgeschriebenen Förmlichkeiten kann nur durch das Protokoll bewiesen werden (§ 165 Satz 1 ZPO). [2]Das Protokoll muss die in § 160 Abs. 1 und 3 ZPO aufgeführten Angaben und Feststellungen enthalten. [3]Die wesentlichen Vorgänge der Verhandlung sind in das Protokoll aufzunehmen, soweit das Gericht nicht entscheidet, dass es der Aufnahme nicht bedarf (§ 160 Abs. 2 und 4 ZPO). [4]Ferner sollen im Protokoll die Uhrzeit der Entlassung von Zeugen und Zeuginnen, Dolmetschern und Dolmetscherinnen und Sachverständigen sowie deren Erklärungen über einen Entschädigungs- beziehungsweise Gebührenverzicht aufgenommen werden. [5]Das Ende der Sitzung soll vermerkt werden.

38.2 [1]Wird ein Schriftstück als Anlage zum Protokoll genommen und als solche bezeichnet, wird der Inhalt des Schriftstücks Bestandteil des Protokolls (§ 160 Abs. 5 ZPO). [2]Die Formulierung im Protokoll kann zum Beispiel lauten:

„Der / die Beklagte erteilt und übersendet dem Kläger / der Klägerin ein qualifiziertes Arbeitszeugnis, das dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.“

39. Vorläufige Aufzeichnung, Entbehrlichkeit, Genehmigung

39.1 [1]Das Protokoll ist während der Sitzung aufzuzeichnen. [2]Wird der Inhalt des Protokolls vorläufig aufgezeichnet (§ 160a Abs. 1 ZPO), ist das Protokoll unverzüglich nach der Sitzung herzustellen (§ 160a Abs. 2 Satz 1 ZPO). [3]Eine nachträgliche Anfertigung des Protokolls ohne vorläufige Aufzeichnungen aus dem Gedächtnis ist unzulässig.

39.2 [1]Feststellungen über die Aussagen der Zeugen und Zeuginnen, Sachverständigen und vernommenen Parteien sowie über das Ergebnis eines Augenscheins brauchen nach Maßgabe des § 161 Abs. 1 ZPO nicht in das Protokoll aufgenommen zu werden. [2]Im Protokoll ist zu vermerken, dass die Vernehmung oder der Augenschein durchgeführt worden ist (§ 161 Abs. 2 Satz 1 ZPO). [3]Dieser Vermerk kann lauten:

„Der Zeuge / Die Zeugin … (vollständige Angaben zur Person) wurde vernommen. Von der Übertragung der Aussage wird gemäß § 161 Abs. 1 ZPO abgesehen.“

39.3 [1]Das Protokoll ist nach Maßgabe des § 162 Abs. 1 Satz 1 ZPO zum Zwecke der Genehmigung vorzulesen, vorzuspielen oder zur Durchsicht vorzulegen. [2]Im Protokoll wird vermerkt, dass die Genehmigung erteilt wurde oder welche Einwendungen erhoben wurden (§ 162 Abs. 1 Satz 2 und 3 ZPO). [3]Soweit die Beteiligten auf das Abspielen, das Vorlesen oder die Vorlage zur Durchsicht verzichtet haben, wird dies vermerkt (§ 162 Abs. 2 ZPO).

40. Unterschrift

40.1 [1]Das Protokoll ist von dem oder der Vorsitzenden und von dem oder der UdG zu unterschreiben (§ 163 Abs. 1 ZPO). [2]Ist der Inhalt des Protokolls ganz oder teilweise mit einem Tonträger vorläufig aufgezeichnet worden, ist von dem oder der UdG die Richtigkeit der Übertragung zu prüfen und durch seine oder ihre Unterschrift zu bestätigen. [3]Ein Wechsel in Person oder Art der Protokollierung während der Verhandlung ist im Protokoll festzuhalten.

40.2 [1]Bei einer nicht nur vorübergehenden Verhinderung ist gemäß § 163 Abs. 2 ZPO wie folgt zu verfahren: [2]Ist der oder die Vorsitzende verhindert, unterschreibt für ihn oder sie der oder die dienstälteste ehrenamtliche Richter oder Richterin; war nur ein Richter oder eine Richterin tätig und ist dieser oder diese verhindert, genügt die Unterschrift des oder der UdG. [3]Ist der oder die UdG verhindert, genügt die Unterschrift des oder der Vorsitzenden. [4]Der Grund der Verhinderung soll im Protokoll vermerkt werden (zum Beispiel „Wegen Erkrankung an der Unterschrift verhindert.“). [5]Keine Verhinderung liegt im Fall der Versetzung an ein anderes Gericht, jedoch bei Ausscheiden aus dem Amt vor. [6]Sind alle Unterschriftsberechtigten auf Dauer an der Unterschriftsleistung verhindert, kommt ein Protokoll nicht zustande.

40.3 [1]Nach Unterzeichnung des Protokolls erhält jede Partei beziehungsweise deren prozessbevollmächtigter Vertreter oder prozessbevollmächtigte Vertreterin je einen Ausdruck des Protokolls. [2]Bei einer Übersendung im elektronischen Rechtsverkehr ist das Protokoll vor der Übersendung in ein PDF-Dokument umzuwandeln. [3]Eine förmliche Zustellung ist nicht erforderlich.

41. Protokollberichtigung

41.1 Unrichtigkeiten des Protokolls können nach Maßgabe des § 164 ZPO berichtigt werden, sofern der oder die Vorsitzende und der oder die UdG, soweit er oder sie zur Protokollführung zugezogen war, die Unrichtigkeit übereinstimmend feststellen.

41.2 [1]Die Berichtigung wird auf dem Protokoll vermerkt; dabei kann auf eine mit dem Protokoll untrennbar zu verbindende Anlage mit der Überschrift *„Berichtigungsvermerk“* verwiesen werden. [2]Der Berichtigungsvermerk, der nicht auf das Protokoll gesetzt wird, ist gemäß AktO-ArbG laufend einzunummerieren und hinter dem berichtigten Protokoll auf-

zubewahren. [3]Anstelle des Berichtigungsvermerks ist ein Fehlblatt einzulegen. [4]Auf der Urschrift ist in einem Vermerk neben dem berichtigten Teil des Protokolls auf den Berichtigungsvermerk besonders hinzuweisen (zum Beispiel *„berichtigt mit Vermerk vom ...“*). [5]Dies gilt auch für Beschlüsse nach § 278 Abs. 6 ZPO.

41.3 [1]Die Berichtigung ist (auch bei vorheriger Verhinderung an der Unterschriftsleistung) von dem oder der Vorsitzenden und von dem oder der UdG, soweit er oder sie zur Protokollführung zugezogen war, zu unterschreiben. [2]Im Falle einer nicht nur vorübergehenden Verhinderung bei der Berichtigung gilt Nr. 40.2. [3]Im Falle einer unrichtigen Übertragung vom Tonträger ist die Protokollberichtigung auch von dem oder der UdG zu unterschreiben.

41.4 [1]Soweit das Protokoll bereits übersandt worden ist, ist den Parteien (entsprechend Nr. 40.3) eine Abschrift der Berichtigung formlos zu übermitteln. [2]Eine Rückforderung der übersandten Protokolle ist nicht erforderlich. [3]Wird die Protokollberichtigung abgelehnt, ist der richterliche Beschluss den Parteien formlos mitzuteilen.

Teil 5

Gerichtliche Entscheidungen

42. Geschäftsmäßige Behandlung der Urteile, Beschlüsse und Verfügungen; Vorlage von Entscheidungen

42.1 [1]Bei verkündeten Urteilen ist der Verkündungsvermerk, bei Urteilen, die im schriftlichen Verfahren ergehen, der Zustellungsvermerk aufzunehmen (§ 315 Abs. 3, § 310 Abs. 3 ZPO). [2]Wird die Verkündung des Urteils durch Zustellung ersetzt, ist das Datum der bewirkten Zustellung an die Parteien aufzunehmen. [3]Verkündungs- und Zustellungsvermerk sind von dem oder der UdG zu unterschreiben; die Funktionsbezeichnung ist beizufügen. [4]Den Vermerk kann auch ein anderer oder eine andere UdG unterschreiben als der Protokollführer oder derjenige, der die Zustellung durchgeführt hat.

42.2 [1]Der Verkündungsvermerk kann lauten: *„Verkündet am (Datum), Name des UdG, Funktionsbezeichnung.“* [2]Der Zustellungsvermerk kann lauten: *„Zugestellt an Kläger(vertreter) am (Datum), zugestellt an Beklagten(vertreter) am (Datum), Name des UdG, Funktionsbezeichnung.“*

42.3 Dies gilt in gleicher Weise für das Verfahren beendende Beschlüsse im Beschlussverfahren.

43. Berichtigung der Urteile, Beschlüsse und Verfügungen

43.1 [1]Beschlüsse über die Berichtigung sind auf die Entscheidung zu setzen oder mit dieser untrennbar zu verbinden (§§ 319, 320 ZPO). [2]Der Berichtigungsbeschluss, der nicht auf die Entscheidung gesetzt wird, ist gemäß AktO-ArbG laufend einzunummerieren und hinter der berichtigten Entscheidung aufzubewahren. [3]Anstelle des Berichtigungsbeschlusses ist ein Fehlblatt einzulegen. [4]Auf der Urschrift ist in einem Vermerk neben dem berichtigten Teil der Entscheidung auf den Berichtigungsbeschluss besonders hinzuweisen (zum Beispiel *„berichtigt mit Beschluss vom ...“*).

43.2 [1]Der Berichtigungsbeschluss nach § 319 ZPO ist zuzustellen, beim Landesarbeitsgericht genügt in der Regel die formlose Mitteilung. [2]Für einen Berichtigungsbeschluss nach § 320 ZPO ist die formlose Mitteilung ausreichend.

43.3 [1]Der oder die UdG fordert Ausfertigungen und Abschriften, die vor Erlass des Berichtigungsbeschlusses oder des Berichtigungsvermerks den Beteiligten erteilt wurden und auf denen die Berichtigung zu vermerken ist, unter Angabe des Grundes zurück. [2]Die Vorlage kann nicht erzwungen werden. [3]In diesem Fall wird der Berichtigungsbeschluss von Amts wegen zugestellt.

44. Vorlage von Entscheidungen in Tarifvertragssachen und Beschlussverfahren in besonderen Fällen

[1]Entscheidungen der Arbeitsgerichte und der Landesarbeitsgerichte in Tarifvertragssachen und Beschlussverfahren in besonderen Fällen (§§ 63, 97 ArbGG in Verbindung mit § 2a Abs. 1 Nr. 4 ArbGG) sind dem Staatsministerium auf dem Dienstweg vorzulegen. [2]In Abweichung von den Vorschriften der §§ 63, 97 ArbGG gilt dies auch für noch nicht rechtskräftige Urteile und Beschlüsse.

Teil 6

Ausfertigungen, Abschriften und Auszüge von Urteilen, Beschlüssen, Vergleichen und von sonstigem Schriftgut

45. Zuständigkeit

45.1 [1]Ausfertigungen, Abschriften und Auszüge von Urteilen, Beschlüssen, Vergleichen und von sonstigem Schriftgut erteilt der oder die UdG des Gerichts, bei dem oder der sich die Prozessakten befinden. [2]Aus beigezogenen Akten dürfen Abschriften nur mit Genehmigung des oder der Vorsitzenden oder des Gerichtsvorstands erteilt werden.

45.2 In den Fällen, in denen lediglich eine beglaubigte Abschrift der Entscheidung zu den Akten genommen ist (zum Beispiel des Bundesarbeitsgerichts), sind Abschriften und Auszüge von dieser beglaubigten Abschrift zu erteilen.

46. Form der Ausfertigungen und Abschriften

46.1 Ausfertigungen werden nur auf Antrag und nur in Papierform erstellt.

46.2 [1]Am Schluss des Schriftstücks ist der Ausfertigungs- oder Beglaubigungsvermerk anzubringen, von dem oder der UdG unter Angabe des Datums zu unterschreiben und mit dem Abdruck des Dienstsiegels zu versehen (§ 317 Abs. 4 ZPO); die Amts- und Funktionsbezeichnung ist beizufügen. [2]Bei Übermittlung im elektronischen Rechtsverkehr wird der Beglaubigungsvermerk durch die qualifizierte Signatur ersetzt.

46.3 Ausfertigungen von Urteilen ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe im Sinne der § 60 Abs. 4 Satz 3 ArbGG, § 317 Abs. 2 Satz 3 ZPO sind als *„abgekürzte Ausfertigung“* zu bezeichnen.

46.4 [1]Solange das Urteil nicht verkündet und nicht unterschrieben ist, dürfen Ausfertigungen, Abschriften

und Auszüge nicht erteilt werden (§ 317 Abs. 2 Satz 2 ZPO). [2]Gleiches gilt für Beschlüsse und Verfügungen (§ 329 Abs. 1 Satz 2 ZPO).

46.5 Aus der Ausfertigung oder Abschrift muss ersichtlich sein, von welchem oder welcher Vorsitzenden, vom welchem Rechtspfleger oder welcher Rechtspflegerin oder UdG die Urschrift unterschrieben wurde.

Teil 7

Prozesskostenhilfe, Vergütung des beigeordneten Rechtsanwalts

47. Aktenmäßige Behandlung, Beiheft

47.1 Alle Vorgänge über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse einer Partei im Prozesskostenhilfeverfahren sind in einem gesonderten Beiheft zu erfassen und beginnend mit Blatt 1 zu nummerieren.

47.2 [1]Die Erklärung unter Verwendung des Formulars und die zur Glaubhaftmachung eingereichten Belege über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der PKH-Partei dürfen dem Gegner sowie Dritten nur mit Zustimmung der Partei zugänglich gemacht werden (§ 117 Abs. 2 Satz 2 ZPO). [2]Hierzu gehören insbesondere auch

a) sonstige Schriftsätze, in denen die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse näher dargelegt werden,

b) Beschlüsse, Schreiben und Verfügungen des Gerichts, in denen auch Angaben über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse enthalten sind.

47.3 [1]Enthält ein Schriftsatz sowohl Vortrag zur Hauptsache als auch Angaben zu den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Partei, ist der Schriftsatz im Beiheft zu erfassen und in den Hauptakten entsprechend zu vermerken. [2]Geht auch nach Hinweis an den Absender der Schriftsatz nicht nochmals ohne die persönlichen Angaben ein, kann die Zustimmung der PKH-Partei gemäß § 117 Abs. 2 Satz 2 ZPO angenommen werden. [3]In diesen Fällen ist der Schriftsatz zur Hauptakte zu nehmen und im Beiheft ein Fehlblatt anzulegen.

47.4 Hat das Gericht Prozesskostenhilfe bewilligt, so vermerkt der oder die UdG auf dem Aktendeckel: *„Prozesskostenhilfe mit / ohne Zahlungsbestimmung bewilligt Blatt … PKH-Heft."*

47.5 In Beschwerdeverfahren über Prozesskostenhilfesachen gelten die Nrn. 47.1 und 47.2 sinngemäß.

47.6 Werden die Akten versandt, sind die Nrn. 73 und 74 zu beachten.

48. Vergütung des beigeordneten Rechtsanwalts (§§ 45 ff. des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes – RVG), Verjährungseinrede

48.1 [1]Für die Festsetzung der Vergütung des beigeordneten Rechtsanwalts oder der beigeordneten Rechtsanwältin ist der oder die UdG der dritten Qualifikationsebene des Gerichts des ersten Rechtszugs zuständig (§ 55 Abs. 1 Satz 1 RVG, § 6 Nr. 1 GStVO-ArbG). [2]§ 55 Abs. 2 RVG gilt, solange sich die Akten im Zugriffsbereich der höheren Instanz befinden.

48.2 [1]Die Festsetzung kann dem Anwalt oder der Anwältin mitgeteilt werden; soweit keine antragsgemäße Festsetzung erfolgt, muss der Vergütungsfestsetzungsbeschluss die Absetzung der Vergütung sowie die hierfür sprechenden Gründe enthalten. [2]Der Beschluss ist mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen und sodann dem beigeordneten Rechtsanwalt zu übersenden. [3]Formlose Übersendung genügt, da die Erinnerung an keine Frist gebunden ist.

48.3 [1]Der Antrag und die Festsetzung sind zum Kostenheft zu nehmen. [2]Dies gilt für ein anschließendes Erinnerungsverfahren entsprechend.

48.4 [1]Kommt Verjährung in Betracht (vgl. die §§ 195, 199 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, § 8 Abs. 2 RVG), sind vor der Entscheidung über den Festsetzungsantrag die Akten mit einem entsprechenden Hinweis dem Prüfungsbeamten oder der Prüfungsbeamtin vorzulegen. [2]Dieser oder diese hat zu prüfen, ob die Verjährungseinrede zu erheben ist oder ob mit Rücksicht auf die Umstände des Falles davon abgesehen werden soll.

Teil 8

Mahnverfahren

49. Formulare

Für das arbeitsgerichtliche Mahnverfahren sind ausschließlich die gesetzlich vorgeschriebenen Formulare zu verwenden (§ 46a Abs. 8 ArbGG).

50. Zustellung des Mahnbescheids

50.1 [1]Dem Antragsgegner wird der Mahnbescheid unter Beifügung des Formulars für den Widerspruch von Amts wegen zugestellt (§ 693 Abs. 1 ZPO). [2]Eine öffentliche Zustellung des Mahnbescheids ist nicht zulässig (§ 688 Abs. 2 Nr. 3 ZPO). [3]Bei einer Zustellung des Mahnbescheids im Ausland wird auf Nr. 22.10 verwiesen.

50.2 Der Antragsteller oder die Antragstellerin ist von der Zustellung des Mahnbescheids in Kenntnis zu setzen (§ 693 Abs. 2 ZPO); konnte der Mahnbescheid nicht zugestellt werden, ist dies unter Angabe der Gründe dem Antragsteller oder der Antragstellerin mitzuteilen.

51. Widerspruch gegen den Mahnbescheid

51.1 Nach Erhebung des Widerspruchs ist die Akte dem Rechtspfleger oder der Rechtspflegerin unverzüglich vorzulegen.

51.2 [1]Nach Abgabe in das Urteilsverfahren gibt der oder die UdG dem Antragsteller oder der Antragstellerin unverzüglich auf, seinen Anspruch binnen zwei Wochen schriftlich zu begründen (§ 46a Abs. 4 Satz 3 ArbGG). [2]Bei Eingang der Anspruchsbegründung ist die Akte dem Gericht vorzulegen. [3]Hat der Antragsgegner Termin beantragt, ist die Akte bereits nach Fristablauf vorzulegen (§ 46a Abs. 4 Satz 4 und 5 ArbGG).

51.3 [1]Betrifft der Widerspruch nur einen Teil des Streitgegenstandes des Mahnbescheids, so geht nur der durch den Widerspruch betroffene Teil des Streitgegenstandes in das streitige Verfahren über. [2]Hierfür ist eine Abschrift des Mahnbescheids zusammen mit dem Original des Teil-Widerspruchs an das zuständige Gericht (Registratur) zu geben. [3]Zur Fort-

führung des Mahnverfahrens ist eine Abschrift des Teil-Widerspruchs zur Akte zu nehmen.

52. Zustellung des Vollstreckungsbescheids

52.1 [1]Dem Antragsgegner ist der Vollstreckungsbescheid von Amts wegen zuzustellen, wenn nicht der Antragsteller oder die Antragstellerin die Zustellung auf Betreiben der Partei beantragt (§ 699 Abs. 4 Satz 1 ZPO). [2]Der Vollstreckungsbescheid kann auch durch öffentliche Bekanntmachung zugestellt werden, zum Beispiel wenn der Antragsgegner nach Zustellung des Mahnbescheids mit unbekanntem Aufenthalt verzogen ist. [3]Bei einer Zustellung des Vollstreckungsbescheids im Ausland gilt Nr. 22 entsprechend; eine Beschränkung wie für die Zustellung des Mahnbescheids (§ 688 Abs. 3 ZPO) besteht nicht.

52.2 [1]Dem Antragsteller oder der Antragstellerin ist eine Ausfertigung des Vollstreckungsbescheids zu übermitteln; im Falle der beantragten Zustellung nach § 699 Abs. 4 Satz 1 ZPO erhält der Antragsteller oder die Antragstellerin auch die für den Antragsgegner bestimmte Ausfertigung des Vollstreckungsbescheids. [2]Auf dieser ist das Datum der Zustellung an den Antragsgegner einzufügen. [3]Die Erteilung der Ausfertigung ist auf der Urschrift des Vollstreckungsbescheids zu vermerken. [4]Wurden in der gleichen Mahnsache Vollstreckungsbescheide gegen mehrere Antragsgegner erlassen, sind die für den Antragsteller oder die Antragstellerin bestimmten Ausfertigungen so zu verbinden, dass eine spätere Trennung eindeutig zu erkennen ist.

53. Verfahren bei Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid

53.1 Im Falle des Einspruchs gegen den Vollstreckungsbescheid ist die Akte dem Rechtspfleger oder der Rechtspflegerin unverzüglich zur Entscheidung über die Abgabe in das Urteilsverfahren vorzulegen (§ 700 Abs. 3 ZPO, § 20 Abs. 1 Nr. 1 RPflG).

53.2 [1]Nach Abgabe in das Urteilsverfahren wird die Akte dem oder der Vorsitzenden zur Entscheidung über die Zulässigkeit des Einspruchs vorgelegt (§ 46a Abs. 6 Satz 1 ArbGG). [2]Ist der Einspruch zulässig, gibt der oder die UdG dem Antragsteller oder der Antragstellerin unverzüglich auf, seinen Anspruch binnen zwei Wochen schriftlich zu begründen (§ 46a Abs. 6 Satz 3 ArbGG). [3]Nach Ablauf der Begründungsfrist ist die Akte unverzüglich dem oder der Vorsitzenden vorzulegen (§ 46a Abs. 6 Satz 4 ArbGG).

Teil 9

Zeugnisse über die Rechtskraft

54. Zuständigkeit

54.1 [1]Rechtskraftzeugnisse werden nur auf Antrag erteilt. [2]Sie können für alle Urteile beantragt werden, die der formellen Rechtskraft fähig sind. [3]Zuständig ist der oder die UdG des ersten Rechtszugs. [4]Ist der Rechtsstreit bei einem höheren Gericht anhängig, ist bis zur Rücksendung der Akten der oder die UdG des höheren Gerichts zuständig (§ 706 Abs. 1 ZPO).

54.2 [1]Vor der Erteilung eines Rechtskraftzeugnisses ist beim Rechtsmittelgericht ein Notfristzeugnis einzuholen. [2]Das Notfristzeugnis erteilt der oder die UdG des Rechtsmittelgerichts. [3]Es ist auch dann zu erteilen, wenn eine Rechtsmittelschrift verspätet eingegangen ist und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt wurde. [4]Hierauf ist bei der Erteilung hinzuweisen.

55. Eintritt der Rechtskraft

55.1 Ist ein Rechtsmittel oder Einspruch (im Folgenden: Rechtsmittel) gegen ein Urteil nicht zulässig, tritt die Rechtskraft mit der Urteilsverkündung ein.

55.2 Ein rechtsmittelfähiges Urteil wird rechtskräftig, wenn die Rechtsmittelfrist für die unterliegende Partei abgelaufen und kein Rechtsmittel eingelegt worden ist oder diese hierauf verzichtet hat.

55.3 [1]Wird das Rechtsmittel zurückgenommen oder als unzulässig verworfen, tritt die Rechtskraft erst nach Ablauf der Notfrist ein. [2]Ist das Rechtsmittel rechtzeitig erhoben worden, tritt die Rechtskraft nach rechtskräftiger Entscheidung hierüber ein.

55.4 [1]Die verspätete Einlegung des Rechtsmittels berührt den Eintritt der Rechtskraft auch dann nicht, wenn mit dem Rechtsmittel ein Wiedereinsetzungsgesuch verbunden ist. [2]Wird Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt, ist das Rechtsmittel als rechtzeitig eingelegt anzusehen.

55.5 Wird ein Urteil ohne oder mit unrichtiger Rechtsmittelbelehrung erteilt, tritt die Rechtskraft erst mit Ablauf eines Jahres nach Zustellung der Entscheidung ein, außer wenn die Einlegung vor Ablauf der Jahresfrist infolge höherer Gewalt unmöglich war oder die Belehrung dahin erfolgt ist, dass ein Rechtsmittel nicht gegeben sei (§ 9 Abs. 5 Satz 4 ArbGG).

55.6 Wird die Zustellung des Urteils unterlassen, tritt die Rechtskraft mit Ablauf von sechs Monaten nach der Urteilsverkündung ein (§ 66 Abs. 1 Satz 1 und 2 ArbGG).

55.7 Wird ein Urteil aufgrund einer Nichtigkeits- oder Restitutionsklage rechtskräftig aufgehoben, kann das Zeugnis über die Rechtskraft der aufgehobenen Entscheidung nicht mehr erteilt werden.

55.8 Die Vorschriften finden auch für andere gerichtliche Entscheidungen Anwendung (zum Beispiel Beschlüsse in Beschlussverfahren, Beschlüsse, die der sofortigen Beschwerde oder der befristeten Erinnerung unterliegen, Vollstreckungsbescheide).

56. Rechtskraftzeugnis

56.1 [1]Das Rechtskraftzeugnis wird auf die vom Antragsteller oder von der Antragstellerin vorgelegte beglaubigte Abschrift angebracht und ist von dem oder der UdG mit Datum, Unterschrift, Dienstbezeichnung und Dienstsiegel zu versehen. [2]Die Erteilung ist auf der Urschrift in den Akten zu vermerken und zu unterschreiben.

56.2 [1]Wird vom Antragsteller oder von der Antragstellerin die beglaubigte Abschrift nicht vorgelegt, kann der oder die UdG die Partei beziehungsweise deren Prozessbevollmächtigten unter Fristsetzung auffordern, die benötigte Abschrift nachzureichen. [2]Nach Fristablauf ist eine Abschrift der Entscheidung kostenpflichtig anzufertigen (Nr. 9000 KV-GKG) und dies in den Akten zu vermerken.

Teil 10

Vollstreckbare Ausfertigung

57. Zuständigkeit

57.1 [1]Die vollstreckbare Ausfertigung von Titeln mit vollstreckungsfähigem Inhalt wird auf Antrag erteilt. [2]Zuständig ist der oder die UdG des ersten Rechtszugs. [3]Ist der Rechtsstreit bei einem höheren Gericht anhängig, ist bis zur Rücksendung der Akten der oder die UdG des höheren Gerichts zuständig (§ 724 Abs. 2 ZPO).

57.2 Für die Erteilung einer qualifizierten Vollstreckungsklausel im Sinne der §§ 726 bis 729 ZPO oder einer weiteren vollstreckbaren Ausfertigung gemäß § 733 ZPO ist der Rechtspfleger oder die Rechtspflegerin zuständig (§ 20 Abs. 1 Nr. 12 RPflG).

58. Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung von Urteilen

58.1 Eine vollstreckbare Ausfertigung darf nur von Urteilen erteilt werden, die rechtskräftig oder vorläufig vollstreckbar sind (§ 704 ZPO, § 62 ArbGG).

58.2 Ein rechtskräftiges Urteil darf nicht mehr vollstreckbar ausgefertigt werden, wenn es infolge einer Nichtigkeits- oder Restitutionsklage, aus anderen Gründen (zum Beispiel infolge der Gewährung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen den Ablauf der Notfrist) oder gemäß § 302 Abs. 4 Satz 2 ZPO durch eine rechtskräftige oder vorläufig vollstreckbare Entscheidung aufgehoben worden ist.

58.3 Ein vorläufig vollstreckbares Urteil darf nicht mehr vollstreckbar ausgefertigt werden, wenn

a) ein Urteil im Berufungs- oder Revisionsverfahren aufgehoben worden ist,

b) ein Versäumnisurteil nach Einspruch aufgehoben worden ist,

c) die vorläufige Vollstreckbarkeit nach § 717 ZPO außer Kraft getreten ist,

d) die vorläufige Vollstreckbarkeit durch ein Ergänzungsurteil nach § 321 ZPO nachträglich ausgeschlossen worden ist,

e) die Klage nach dem Erlass des Urteils zurückgenommen worden ist (§ 269 Abs. 3 Satz 1 ZPO),

f) das Urteil durch einen späteren Vergleich hinfällig geworden ist oder

g) die Zwangsvollstreckung aufgrund einer Vollstreckungsabwehrklage (§ 767 ZPO) oder einer Klage gegen die Vollstreckungsklausel (§ 768 ZPO) unzulässig geworden oder vorläufig eingestellt worden ist (§ 769 ZPO).

58.4 [1]Ist die Geltendmachung des Anspruchs nur von dem Eintritt eines Kalendertages abhängig, kann die vollstreckbare Ausfertigung erteilt werden. [2]Dies gilt auch bei einer Zug um Zug zu bewirkenden Leistung, es sei denn das Urteil hat die Abgabe einer Willenserklärung zum Inhalt und der Beweis, dass der Schuldner befriedigt oder in Annahmeverzug ist, kann nicht erbracht werden (§ 726 Abs. 2 ZPO).

59. Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung von anderen Schuldtiteln

59.1 Soweit in den Nrn. 59.2 und 59.3 nichts anderes bestimmt ist, finden die Bestimmungen über die Erteilung vollstreckbarer Ausfertigungen von Urteilen entsprechend Anwendung auf

a) Titel nach § 794 Abs. 1 ZPO,

b) Arrestbefehle und einstweilige Verfügungen in den Fällen des § 929 Abs. 1 ZPO und

c) rechtskräftige Beschlüsse oder gerichtliche Vergleiche im Beschlussverfahren, durch die einem Beteiligten eine Verpflichtung auferlegt wird, sowie Beschlüsse in vermögensrechtlichen Streitigkeiten, die für vorläufig vollstreckbar erklärt worden sind (§ 85 ArbGG).

59.2 Zu den Titeln nach § 794 Abs. 1 ZPO gehören insbesondere

a) rechtswirksame Vergleiche (zum Beispiel auch gemäß den § 278 Abs. 6, § 118 Abs. 1 Satz 3 ZPO),

b) Kostenfestsetzungs- und Vergütungsfestsetzungsbeschlüsse (§ 794 Abs. 1 Nr. 2, § 795a ZPO),

c) Entscheidungen, gegen die das Rechtsmittel der Beschwerde stattfindet (§ 794 Abs. 1 Nr. 3 ZPO): die Einlegung der Beschwerde hindert die Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung, wenn sie die Festsetzung eines Ordnungs- oder Zwangsmittels zum Gegenstand hat (§ 570 Abs. 1 ZPO),

d) Vollstreckungsbescheide (§ 794 Abs. 1 Nr. 4 ZPO): hierbei ist grundsätzlich keine vollstreckbare Ausfertigung erforderlich außer in den Fällen des § 796 ZPO; zuständig für die Erteilung ist der Rechtspfleger oder die Rechtspflegerin (§ 20 Abs. 1 Nr. 12 RPflG) und

e) Schiedssprüche und schiedsrichterliche Vergleiche, die für vollstreckbar erklärt worden sind (§ 794 Abs. 1 Nr. 4 ZPO; §§ 109, 111 ArbGG).

59.3 [1]Für Arrestbefehle und einstweilige Verfügungen, auch wenn sie durch Urteil ausgesprochen sind, ist eine Vollstreckungsklausel nur dann erforderlich, wenn die Vollziehung für einen anderen als den in dem Schuldtitel bezeichneten Gläubiger oder gegen einen anderen als den in dem Schuldtitel bezeichneten Schuldner erfolgen soll (§§ 929, 936 ZPO). [2]Ansonsten ist eine einfache Ausfertigung durch den oder die UdG ausreichend.

60. Vollstreckbare Ausfertigung in besonderen Fällen

60.1 [1]Vollstreckbare Ausfertigungen sind auch von Entscheidungen zu erteilen, die eine Verurteilung zur Vornahme, Duldung oder Unterlassung einer Handlung oder zur Ermächtigung einer Ersatzvornahme oder einer Kostenvorauszahlung (§§ 887 bis 890 ZPO) oder zur Abgabe einer Willenserklärung, die von einer Gegenleistung abhängig ist (§ 894 ZPO), enthalten. [2]Gleiches gilt für Beschlüsse, die die Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung aus einem Schiedsspruch oder einem schiedsgerichtlichen Vergleich aussprechen (§ 109 ArbGG).

60.2 [1]Erwirkt der Gläubiger einen Zwangsgeldbeschluss gemäß § 888 ZPO (zum Beispiel wegen der Nichterteilung eines Zeugnisses), darf die Zwangsvollstreckung nur zu Gunsten der Staatskasse erfolgen. [2]In der Vollstreckungsklausel ist dies ausdrücklich aufzunehmen; diese kann wie folgt lauten:

„Ausfertigung des Beschlusses wurde der beklagten Partei am ... zugestellt. Vorstehende Ausfertigung

wird der Klagepartei zum Zwecke der Zwangsvollstreckung hinsichtlich des Zwangsgeldes zugunsten der Staatskasse – ... (Bankverbindung) – erteilt. Die Vollstreckung des Zwangsgeldes ist unzulässig, wenn die beklagte Partei die ihr obliegende Verpflichtung erfüllt hat.“

[3]Im Übrigen gilt Nr. 62.1.

60.3 [1]Ordnungsgelder (zum Beispiel die §§ 141, 380, 409, 890 ZPO) werden von Amts wegen beigetrieben. [2]Einer vollstreckbaren Ausfertigung bedarf es in diesen Fällen nicht.

61. Besonderheiten anlässlich Teilklausel, Schuldner- und Gläubigermehrheit

61.1 [1]Die vollstreckbare Ausfertigung kann auch nur wegen eines Teils des zuerkannten Anspruchs erteilt werden. [2]Enthält das Urteil mehrere Entscheidungen, ist die Beschränkung der Vollstreckbarkeit auf einzelne Ansprüche zulässig. [3]Dies muss in der Vollstreckungsklausel ausdrücklich hervorgehoben werden.

61.2 [1]Sind mehrere Schuldner nach bestimmten Anteilen (zum Beispiel nach Kopfteilen) verurteilt, sind auf Antrag so viele Ausfertigungen auslagenfrei zu erteilen, als Schuldner vorhanden sind. [2]Gegen jeden Schuldner ist nur eine Teil-Vollstreckungsklausel zu erteilen. [3]Werden mehrere Schuldner als Gesamtschuldner verurteilt, genügt eine vollstreckbare Ausfertigung.

61.3 [1]Hat von mehreren Gläubigern jeder einen Anspruch auf einen bestimmten Teil der Leistung, ist jedem eine vollstreckbare Ausfertigung hinsichtlich seines Teilanspruchs auslagenfrei zu erteilen. [2]Steht den Gläubigern der Anspruch gemeinschaftlich zu, ist nur eine vollstreckbare Ausfertigung zu erteilen.

62. Form der vollstreckbaren Ausfertigung

62.1 [1]Die vollstreckbare Ausfertigung ist in der Überschrift ausdrücklich als solche zu bezeichnen und mit der Vollstreckungsklausel zu versehen. [2]Diese lautet:

„Vorstehende Ausfertigung wird ... (Bezeichnung der Partei) zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt.“

[3]Die Vollstreckungsklausel ist mit Ort und Datum sowie mit dem Dienstsiegel zu versehen und von dem oder der UdG beziehungsweise dem Rechtspfleger oder der Rechtspflegerin unter Angabe der Dienstbezeichnung zu unterschreiben (§ 725 ZPO). [4]Wurde der Vollstreckungstitel bereits von Amts wegen zugestellt, ist der Tag der Zustellung in der Vollstreckungsklausel zu bescheinigen (§§ 750, 169 Abs. 1 ZPO).

62.2 [1]Übergibt der oder die Vorsitzende dem oder der UdG ein von ihm oder ihr unterschriebenes Urteil ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe, ist unabhängig davon, ob das Urteil in dem Termin, in dem die mündliche Verhandlung geschlossen worden ist, oder in einem besonderen Termin verkündet wurde, auf Antrag der Partei eine abgekürzte Ausfertigung zu erteilen und mit der Vollstreckungsklausel zu versehen. [2]Diese vollstreckbare Ausfertigung ist auf Betreiben der Partei zuzustellen (§ 750 Abs. 1 ZPO).

62.3 [1]Wird durch Urteil eines Gerichts des höheren Rechtszugs die Entscheidung des Erstgerichts bestätigt, ist diese mit der Vollstreckungsklausel zu versehen. [2]Soweit das Urteil durch das Rechtsmittelgericht abgeändert worden ist, wird das Urteil des höheren Rechtszugs ausgefertigt. [3]Ist das Urteil des höheren Rechtszugs jedoch so abgefasst, dass sich der Inhalt der Entscheidung erst aus dem Zusammenhang der Urteilsformel der in beiden Rechtszügen ergangenen Entscheidungen ergibt, wird der Urteilsausfertigung des höheren Rechtszugs die Urteilsformel der unteren Instanz in folgender Form angefügt:

„Die in dem vorstehenden Urteil in Bezug genommene Urteilsformel des unteren Rechtszugs hat folgenden Wortlaut: ...“

[4]In die Vollstreckungsklausel ist folgender Wortlaut aufzunehmen:

„Vorstehende Ausfertigung des Urteils des höheren Rechtszugs wird ... (Bezeichnung der Partei) zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt.“

63. Vermerke bei Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung

[1]Die Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung ist auf der Urschrift des Vollstreckungstitels zu vermerken. [2]In dem Vermerk ist zu bescheinigen, für wen, für welchen Teil des Anspruchs, gegen welchen Schuldner und wann die Ausfertigung erteilt worden ist (§ 734 ZPO).

Teil 11

Zwangsvollstreckung

64. Zwangsvollstreckung

64.1 [1]Für die Durchführung der Zwangsvollstreckung aus Urteilen, Vergleichen und anderen Schuldtiteln der Gerichte für Arbeitssachen sind die Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen (§ 753 ZPO) und die Amtsgerichte als Vollstreckungsgerichte (§ 764 ZPO) zuständig. [2]Auf Verlangen ist der Auftrag zur Zwangsvollstreckung zu Protokoll zu nehmen und mit den Vollstreckungsunterlagen an die zuständige Gerichtsvollzieherverteilungsstelle weiterzuleiten.

64.2 Die Zuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen als Vollstreckungsorgan ist nur in den Fällen gegeben, die in der ZPO ausdrücklich dem Prozessgericht der ersten Instanz zugewiesen sind (zum Beispiel unvertretbare Handlungen oder Vollziehung eines Arrestes).

Teil 12

Beschlussverfahren

65. Geschäftsmäßige Behandlung

Für die geschäftsmäßige Behandlung des Beschlussverfahrens gelten die Teile 1 bis 7, 9 bis 11, 13 bis 15 entsprechend, soweit nicht in den nachfolgenden Bestimmungen abweichende Vorschriften enthalten sind.

66. Beteiligte des Beschlussverfahrens

[1]Die am Beschlussverfahren Beteiligten (§ 83 ArbGG) sind nicht Parteien im Sinne des Urteilsverfahrens. [2]Die Beteiligten sind als „Antragsteller“ beziehungsweise „Beschwerdeführer“ und „Betei-

ligte“ zu bezeichnen und als solche jeweils gesondert aufzuführen.

67. Ladung der Beteiligten

67.1 [1]Die Ladung ist den Beteiligten unter Hinweis auf § 83 Abs. 4 ArbGG zuzustellen. [2]Eines weiteren Hinweises auf etwaige Säumnisfolgen bedarf es nicht. [3]In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn der Vorsitzende die Vernehmung eines Beteiligten anordnet.

67.2 Ist das persönliche Erscheinen eines Beteiligten angeordnet, gelten für die Ladung Nr. 27.1 Satz 2 Buchst. b und Nr. 29.2 entsprechend.

68. Ladung von Zeugen, Dolmetschern und Sachverständigen

[1]Für die Ladung von Zeugen und Zeuginnen, Dolmetschern und Dolmetscherinnen und Sachverständigen gelten die Bestimmungen der Nrn. 31 und 32. [2]Die Zeugen oder Zeuginnen und Sachverständigen sind auch im Beschlussverfahren nach Maßgabe der Vorschriften über die Vergütung von Zeugen und Sachverständigen zu entschädigen.

69. Mitteilung und Zustellung der Entscheidungen im ersten und zweiten Rechtszug

69.1 Die Mitteilung über die Einstellung des Beschlussverfahrens (§ 81 Abs. 2, § 83a ArbGG) erfolgt formlos an alle Beteiligten, soweit diese von dem Antrag durch das Gericht Kenntnis erhielten (zum Beispiel durch Mitteilung des Antrags, durch Aufforderung zur schriftlichen Äußerung oder durch Ladung zwecks mündlicher Anhörung).

69.2 [1]Im Beschlussverfahren sind alle Entscheidungen von Amts wegen zuzustellen. [2]Beschlüsse über die Besetzung der Einigungsstelle sollen den Beteiligten innerhalb von zwei Wochen nach Eingang des Antrags zugestellt werden, spätestens aber innerhalb von vier Wochen (§ 100 Abs. 1 Satz 6 ArbGG).

Teil 13

Güterichterverfahren

70. Güterichterverfahren

Zur Behandlung der Verfahrensakten im Güterichterverfahren wird auf die AktO-ArbG sowie die Bekanntmachung der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in der Arbeitsgerichtsbarkeit (ArbG-Statistik) verwiesen.

Teil 14

Akteneinsicht und Aktenversendung

71. Zuständigkeit

[1]Für den ordnungsgemäßen Vollzug der Akteneinsicht ist der oder die UdG verantwortlich. [2]Er oder sie hat sich nach Beendigung der Einsichtnahme von der Vollständigkeit der Akten zu überzeugen.

72. Akteneinsicht auf der Geschäftsstelle

72.1 [1]Parteien und deren Prozessbevollmächtigte können ohne besondere Erlaubnis des oder der Vorsitzenden ihre Prozessakten einsehen und sich Abschriften und Auszüge auslagenpflichtig erteilen lassen. [2]Bevollmächtigte, die für das betreffende Verfahren nicht bestellt sind, müssen ihre Berechtigung zur Akteneinsicht durch Übergabe einer Vollmacht nachweisen. [3]Dritten Personen kann nur der Gerichtsvorstand Akteneinsicht genehmigen (§ 299 ZPO).

72.2 [1]Entwürfe von Urteilen, Beschlüssen und Verfügungen sowie die zu deren Vorbereitung gefertigten Arbeiten sind vor der Akteneinsicht zu entfernen. [2]Die Unterlagen aus dem Beiheft *„Prozesskostenhilfe“* dürfen nur mit Zustimmung der Partei zugänglich gemacht werden (§ 117 Abs. 2 ZPO).

72.3 Die Einsichtnahme in beigezogene Akten darf nur mit vorheriger Genehmigung des oder der Vorsitzenden oder des Gerichtsvorstands gewährt werden.

73. Akteneinsicht außerhalb der Geschäftsstelle (Aktenversendung)

73.1 [1]Rechtsanwälten und Rechtsanwältinnen oder Bevollmächtigten gemäß § 11 Abs. 2 ArbGG können die Akten zur Einsichtnahme in ihre Büroräume nur mit Genehmigung des oder der Vorsitzenden oder des Gerichtsvorstands unter angemessener Fristsetzung überlassen werden. [2]Bei weggelegten Akten oder Versendung an Dritte entscheidet der Gerichtsvorstand. [3]Die Akten können abgeholt oder auslagenpflichtig übersandt werden (Nr. 9003 KV-GKG).

73.2 Beantragt ein zur Akteneinsicht Berechtigter, der nicht im Gerichtsbezirk wohnt, die Akten bei einem anderen Arbeits- oder Amtsgericht einzusehen, holt der oder die UdG die erforderliche Genehmigung ein und ersucht das zuständige Gericht im Wege der Amtshilfe um Gewährung der Akteneinsicht.

73.3 Bei der Akteneinsicht außerhalb der Geschäftsstelle gilt Nr. 72.2 gleichermaßen.

73.4 [1]Das Beiheft *„Prozesskostenhilfe“* ist zurückzubehalten, wenn die Akten an nicht beteiligte Gerichte oder Behörden versandt werden. [2]Gleiches gilt, wenn dem Verfahrensgegner, seinem Prozessbevollmächtigten, Dritten oder ihren Bevollmächtigten Akteneinsicht (auch in Form der Übersendung der Akten) gewährt wird.

74. Aktenversendung an das Rechtsmittelgericht

Werden die Prozessakten zur Entscheidung über ein Rechtsmittel dem Rechtsmittelgericht vorgelegt, so sind den Akten sämtliche Beihefte beizufügen.

Teil 15

Schlussbestimmungen

75. Anzuwendende Rechts- und Verwaltungsvorschriften, elektronische Arbeitsmittel, Dokumentationspflicht

75.1 Die Sachbearbeitung des oder der UdG erfolgt nach den Regeln der einschlägigen Verfahrensordnungen und Kostengesetze (zum Beispiel ArbGG, ZPO, GKG, JVEG) sowie Bekanntmachungen (zum Beispiel AktO-ArbG, ArbG-Statistik, KostVfg-ArbG).

75.2 [1]Die zur Verfügung stehenden elektronischen Arbeitsmittel sind zu nutzen. [2]Hierzu zählt insbesondere das Fachverfahren (siehe unter anderem *„EUREKA-Fach-News“*) einschließlich der hierzu verfügbaren Formulare, Textbausteine, Erfassungs-

regeln und Handlungsanweisungen. [3]Sämtliche Anschreiben im Kleinen Schreibwerk bedürfen keiner Unterschrift oder Signatur mehr. [4]Die förmliche Zustellung elektronischer Dokumente erfordert keine elektronische Signatur des oder der UdG, da sie über die elektronische Poststelle des Gerichts auf einem sicheren Übermittlungsweg erfolgt. [5]Dies gilt auch für Dokumente, die lediglich formlos übermittelt werden. [6]Mit eEB kann nur zugestellt werden, wenn der Empfänger ein beA oder beBPo besitzt. [7]Im Übrigen gelten für elektronische Dokumente die Bestimmungen der §§ 46c bis 46e ArbGG in Verbindung mit den §§ 130a und 130b ZPO.

75.3 [1]Der oder die UdG hat in den Akten sämtliche Arbeitsschritte so zu dokumentieren, dass diese jederzeit nachvollzogen werden können. [2]Sind Vermerke des oder der UdG gesetzlich vorgeschrieben (zum Beispiel die §§ 173, 310, 315, 317, 734 ZPO), ist auf die besondere Form zu achten.

76. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. Juli 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 30. Juni 2018 tritt die Bekanntmachung der Dienstanweisung für die Geschäftsstellen der Gerichte für Arbeitssachen (Arbeitsgerichtsbarkeitsdienstanweisung – DAnw-ArbG) vom 30. Juli 2014 (AllMBl. S. 398) außer Kraft.

Michael Höhenberger
Ministerialdirektor

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Matias Agustin Undurraga Abbott

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 23. Mai 2018, Az. Prot 1240-3255-4

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Republik Chile in München ernannten Herrn Matias Agustin Undurraga Abbott am 15. Mai 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Aldo Giovanni Famolaro Beytia, am 15. Februar 2013 erteilte Exequatur ist erloschen.

Roland Krebs
Ministerialrat

Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung von Georgien in München

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 13. Juni 2018, Az. Prot 1067-3-27

Die Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung von Georgien in München hat sich wie folgt geändert:

Luisenstraße 43 / 2. Etage, 80333 München

Die übrigen Kontaktdaten bleiben unverändert.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 7. Juni 2018, Az. B4-1517-8-36

Auf Grund des Art. 3 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wird der Markt Zapfendorf (Landkreis Bamberg, Regierungsbezirk Oberfranken) mit Wirkung vom 1. Juli 2018 zum Mitglied des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands bestimmt.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Literaturhinweise

C.H.Beck Verlag, München

Paal/Pauly, **DS-GVO, BDSG – Datenschutz-Grundverordnung, Bundesdatenschutzgesetz,** 2. Auflage 2018, XXXII, 1260 Seiten, Preis 129 €, Beck'sche Kompakt-Kommentare, ISBN 978-3-406-71838-0.

Die ab 25. Mai 2018 geltende Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679) und das zeitgleich in Kraft tretende neue Bundesdatenschutzgesetz vom 30. Juni 2017 betreffen den privaten und den öffentlichen Sektor sowie alle Wirtschaftsbereiche in Deutschland und der EU, auch mit Auswirkungen auf Drittstaaten. Schwerpunkte der Neuauflage liegen bei der datenschutzrechtlichen Einwilligung, dem Beschäftigtendatenschutz, der Haftung für Datenschutzverstöße (materielle und immaterielle Schäden) u. v. m. In dem Kommentar werden die vielfältigen Anwendungsfragen des neuen Rechts fundiert und praxisnah erläutert. Das Werk bietet eine schnelle und rechtssichere Orientierung sowie Hilfestellung bei der Klärung der vielfältigen Anwendungsfragen des neuen Rechts.

Stelkens/Bonk/Sachs, **VwVfG – Verwaltungsverfahrensgesetz,** Kommentar, 9. Auflage 2018, XLVIII, 2736 Seiten, Preis 199 €, ISBN 978-3-406-71095-7.

Der Standardkommentar gibt fundierte Antworten zu allen Verfahrensfragen. Die Neuauflage des Standardwerks erläutert die zahlreichen Neuerungen im Verfahrensrecht, einschließlich der Änderungen wichtiger Fachgesetze, etwa im Baurecht und Umweltrecht. Die aktuellen Entwicklungen zum eGovernment, insbesondere die neuen Regelungen zum automatisierten Erlass und zur Bekanntgabe von Verwaltungsakten über das Internet durch das Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens vom 18. Juli 2016, sind umfassend kommentiert. Die Auswirkungen der aktuellen Rechtsprechung des EuGH zur Präklusion auf Behördenpraxis und Gerichtsverfahren werden vertieft erörtert. Die Entwicklung eines europäischen Verwaltungsverfahrensrechts wird ausführlich erläutert. Erleichterung für die praktische Arbeit bieten die Hinweise zu Parallelbestimmungen in anderen Gesetzen.

Nomos Verlag, Baden-Baden

Schmahl, **Kinderrechtskonvention,** mit Zusatzprotokollen, Handkommentar, 2. Auflage 2017, 522 Seiten, gebunden, Preis 68 €, ISBN 978-3-8487-1439-1.

Der Kommentar erschließt die Kinderrechtskonvention mit den Zusatzprotokollen historisch, systematisch und rechtsvergleichend. Er zeigt auf, wo sich die Interpretation der nationalen Rechtsvorschriften durch die Konvention ändert. Die zweite Auflage des Handkommentars berücksichtigt das mit Inkrafttreten des 3. Zusatzprotokolls nun Anwendung findende Individualbeschwerdeverfahren zum UN-Kinderrechtsausschuss gegen Verletzungen der Kinderrechtskonvention sowie die neuen „General Comments" und „Concluding Observations" des Ausschusses. Im Zentrum der Neuauflage stehen Auslegungs- und nationale Anwendungsfragen zu aktuellen Themen wie zum Beispiel zu den Änderungen des Asyl- und Aufenthaltsgesetzes (Anhebung des Lebensalters für Verfahrenshandlungen; Familiennachzug zu unbegleiteten Minderjährigen, sog. „Ankerkinder"). Zudem werden die Bereiche Familienrecht, Schul-, Medienrecht, Ordnungs- und Strafrecht sowie die neuesten Entwicklungen im Kinder- und Jugendhilferecht behandelt.

Bieritz-Harder/Conradis/Thie (Hrsg.), **Sozialgesetzbuch XII,** Sozialhilfe, Lehr- und Praxiskommentar, 11. Auflage 2018, 1472 Seiten, gebunden, Preis 98 €, ISBN 978-3-8487-3700-0.

Die elfte Auflage reagiert auf die umwälzenden Änderungen wesentlicher Teile des Sozialrechts. So werden die Reform des Schwerbehindertenrechts durch das Bundesteilhabegesetz, die Reform des Pflegerechts durch die Pflegestärkungsgesetze I, II und insbesondere III, die Änderungen des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Novelle im Bereich der Regelsätze (Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz) behandelt. Die Reformen führen zu umfassenden Änderungen im SGB XII, u. a. im Bereich der Eingliederungshilfe, der Zuständigkeiten und der materiellen Ansprüche. Die Neuauflage behandelt alle Auswirkungen auf das Recht der Grundsicherung. Auch die zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft tretenden neuen Eingliederungshilfe-Regeln (dann im SGB IX) sind bereits berücksichtigt. Die aktuelle Auflage berücksichtigt die Flut neuer Entscheidungen deutscher wie europäischer Gerichte, insbesondere die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur „Noch"-Verfassungsmäßigkeit der Regelleistungen sowie die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes in der Sache „Dano" sowie „Alimanovic" und ihre Auswirkungen für vergleichbare Fälle.

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden in Gemeinschaft mit Dike Verlag Zürich/St. Gallen und facultas. wuv Verlag

Vedder/Heintschel von Heinegg, **Europäisches Unionsrecht,** EUV, AEUV, Grundrechte-Charta, Handkommentar, 2. Auflage 2018, 1665 Seiten, Preis 148 €, ISBN 978-3-8487-1079-9.

Das Werk bietet eine aktuelle Gesamtdarstellung des europäischen Primärrechts. Der Vertrag über die Europäische Union (EUV) und der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) werden Artikel für Artikel, die Grundrechtecharta mit einem Blick auf die anstehenden Herausforderungen analysiert. Die Schwerpunkte des Kommentars bilden der Brexit und die rechtlichen Konsequenzen, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, das rechtsstaatliche Überprüfungsverfahren nach Art. 7 EUV. Auf den jüngsten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts im OMT-Verfahren und den völkerrechtlichen Querbezügen, wie sie z. B. im TTIP-Verfahren deutlich werden, liegt ein besonderes Augenmerk. In die Neuauflage wurde auch eine einführende, erste Kommentierung des Euratom-Vertrags (EAGV) aufgenommen. Das Buch befindet sich auf dem aktuellen Stand und berücksichtigt bereits das Gutachten des EuGH zu den Rechtsfragen der Freihandelsabkommen.

Richard Boorberg Verlag, München

Baumgartner/Jäde/Kupfahl, **Das Bau- und Wohnungsrecht in Bayern,** Sammlung der in Bayern geltenden bundes- und landesrechtlichen Vorschriften mit Kommentaren zum Baugesetzbuch, zur Bayerischen Bauordnung und zur Baunutzungsverordnung, Loseblattwerk, 251. und 252. Lieferung, Stand Oktober 2017, etwa 6630 Seiten, einschl. 6 Ordnern, Preis 168 €, ISBN 978-3-415-00602-7.

Jäde/Dirnberger/Bauer/Weiß, **Die neue Bayerische Bauordnung,** Kommentar, 68. und 69. Lieferung, Stand September 2017, Loseblattwerk, etwa 2990 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 96 €, ISBN 978-3-415-01941-6.

Brandhuber/Theobald/Typelt, **Vorschriftensammlung für die Verwaltung in Bayern – VSV,** 163. bis 166. Lieferung, einschließlich Online-Dienst, Stand 14. November 2017, Loseblattwerk etwa 10080 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 88 €, ISBN 978-3-415-00590-7.

Brandhuber/Theobald/Typelt, **Vorschriftensammlung für die Verwaltung in Bayern – VSV Ergänzungsband,** 90. und 91. Lieferung, Stand 14. November 2017, Loseblattwerk, etwa 1140 Seiten, einschl. Ordner, Preis 24 €, ISBN 978-3-415-00620-1.

Clemens/Scheuring/Steingen/Wiese, **Kommentar zum Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD),** 96. bis 98. Lieferung, Stand November 2017, Loseblattwerk etwa 11710 Seiten, einschl. 10 Ordnern, Preis 238 €, ISBN 978-3-415-03622-2, edition moll.

Clemens/Scheuring/Steingen/Wiese, **Kommentar zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L),** 80. bis 83. Lieferung, Stand November 2017, Loseblattwerk etwa 9900 Seiten, einschl. 9 Ordnern, Preis 238 €, ISBN 978-3-415-03757-1, edition moll.

Schiffmann, **Sozialversicherungs-Vorschriften,** 72. und 73. Lieferung, Stand 20. August 2017, Loseblattwerk einschließlich Ordner, etwa 2280 Seiten, Preis 48 €, ISBN 978-3-415-01358-2.

Drost/Ell, **Das neue Wasserrecht,** Wasserhaushaltsgesetz (WHG) – Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (VAwS), Kommentar mit Vorschriftensammlung zum Europa- und Bundesrecht, 14. Lieferung inkl. Leer-Ordner, Stand Oktober 2017, Loseblattwerk etwa 4310 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 148 €, ISBN 978-3-415-04483-8.

Drost/Ell, **Das neue Wasserrecht in Bayern,** Wasserhaushaltsgesetz (WHG) – Bayerisches Wassergesetz (BayWG) – Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (VAwS). Kommentare mit Vorschriftensammlung zum Europa-, Bundes- und Landesrecht, 22. Lieferung, Stand Oktober 2017, inkl. 1 Leer-Ordner, Loseblattwerk etwa 6850 Seiten, einschl. 5 Ordnern, Preis 168 €, ISBN 978-3-415-04485-2.

Bedane, **Leitsatzsammlung zum bayerischen Kommunalabgabenrecht,** Loseblattwerk, 2. Auflage, 27. Lieferung, Stand April 2017, etwa 2470 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 86 €, ISBN 978-3-415-02742-8.

Gruber/Gruber, **Gemeindliche Steuern, Abgaben und Gebühren,** Vorschriftentexte mit Anmerkungen, 57. Lieferung, Stand August 2017, Loseblattwerk, etwa 1020 Seiten, einschl. 1 Ordner, Preis 78 €, ISBN 978-3-415-00596-9.

Bachofer/Frasch, **Kommunales Redehandbuch,** Mustereden mit einer Einführung in die Redetechnik für die kommunale Praxis, Loseblattwerk, 37. und 38. Lieferung, Stand Oktober 2017, etwa 1020 Seiten, einschl. 1 Ordner, mit Online-Anbindung, Preis 64 €, ISBN 978-3-415-00980-6.

Lademann, **Kommentar zum Einkommensteuergesetz mit Nebengesetzen,** In Zusammenarbeit mit Betriebs-Berater, Zeitschrift für Recht und Wirtschaft, Loseblattwerk, 230. bis 233. Lieferung, Stand November 2017, etwa 15420 Seiten, einschl. 14 Ordnern, inkl. Online-Dienst „Lademann EStG context", Preis 198 €, ISBN 978-3-415-02393-2.

Mrozynski, **Grundsicherung und Sozialhilfe,** Praxishandbuch zu SGB II und SGB XII, Loseblattwerk, 18. Lieferung, Stand Mai 2017, etwa 1610 Seiten, einschl. 1 Ordner, Preis 88 €, ISBN 978-3-415-03655-0.

Bergmann, **Datenschutzrecht,** Kommentar zum Bundesdatenschutzgesetz, den Datenschutzgesetzen der Länder und zum Bereichsspezifischen Datenschutz, Loseblattwerk, 53. Lieferung, Stand August 2017, etwa 3600 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 96 €, inkl. CD-ROM, ISBN 978-3-415-00616-4.

Wimmer, **Drogen- und Substanzmissbrauch in Unternehmen,** Fakten, Strategien, Hilfsangebote, 2018, 306 Seiten, 42 €, ISBN 978-3-415-06207-8.

Das Handbuch hilft Führungskräften, Personalsachbearbeitern und Fachkräften für Arbeitssicherheit präventive Konzepte zu erstellen, um die Herausforderungen in Bezug auf den zunehmenden Substanzmissbrauch im Arbeitsbereich zu bewältigen. Es behandelt die Themen Führungsverantwortung und Selbstkontrolle, Erkennen bedenklicher Substanzen im Arbeitsbereich, Prävention und allgemeine effektive Hilfsangebote.

Asgard Verlag, Sankt Augustin

Löschau, **Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI) – Kommentar,** hervorgegangen aus dem „Handbuch der Sozialversicherung", 24. und 25. Lieferung, Preis 80 € und 58 €, Stand Februar 2018, Umfang des Grundwerks 6178 Seiten, ISBN 978-3-537-55020-0.

Becker/Burchardt/Krasney/Kruschinsky, **Gesetzliche Unfallversicherung (SGB VII) – Kommentar,** hervorgegangen aus dem „Handbuch der Sozialversicherung", 29. und 30. Lieferung, Stand Januar 2018, Preis 38,40 € und 35,20 €, Umfang des Grundwerks 3870 Seiten, ISBN 978-3-537-55030-9.

Erich Schmidt Verlag, Berlin

Nöthlichs, **Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit,** Ergänzbarer Kommentar zum Arbeitsschutzgesetz und zum Arbeitssicherheitsgesetz, 34. Lieferung, Stand November 2017, Gesamtwerk 2734 Seiten, 2 Ordner, Preis 99 €, ISBN 978-3-503-04035-3.

Kalmbach, **Handbuch der Luftreinhaltung und des Lärmschutzes,** Immissionsschutz, Lieferung 10/17 bis 02/18, Stand Januar 2018, Loseblattgrundwerk 9238 Seiten, inkl. 6 Ordnern, inkl. Online-Zugang zu einer um-

fangreichen, ständig aktualisierten umweltrechtlichen Vorschriftendatenbank, Preis 238 €, ISBN 978-3-503-05843-3.

Schmatz/Nöthlichs, **Produktsicherheit,** Lieferung 03/17, Stand Oktober 2017, Loseblattgrundwerk 3354 Seiten, inkl. 2 Ordnern, Preis 99 €, ISBN 978-3-503-01838-3.

Schmatz/Nöthlichs, **Sicherheitstechnik,** Ergänzbare Sammlung der Vorschriften nebst Erläuterungen für Unternehmen und Ingenieure, Lieferung 11/17 bis 02/18, Stand Februar 2018, Loseblattgrundwerk 28272 Seiten, inkl. 20 Ordnern, Preis 296 €, ISBN 978-3-503-00062-3.

Schmatz/Nöthlichs, **Gefahrstoffe,** Kommentar zu Chemikaliengesetz und Gefahrstoffverordnung, Loseblattwerk, Lieferung 03/17 und 01/18, Stand Januar 2018, 3411 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 139 €, ISBN 978-3-503-02724-8.

Reinert/Ellegast, **Messung von Gefahrstoffen – IFA-Arbeitsmappe,** Gefährdungsermittlung bei chemischen und biologischen Einwirkungen, herausgegeben von der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e. V. (DGUV), Lieferung 02/17, Stand Dezember 2017, Loseblattwerk, 1880 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 148 €, ISBN 978-3-503-13084-9.

Hösel/von Lersner/Wendenburg/Versteyl, **Recht der Abfall- und Kreislaufwirtschaft des Bundes, der Länder und der Europäischen Union,** Kommentierungen der Abfallrahmenrichtlinie, des KrWG und weiterer abfallrechtlicher Gesetze und Verordnungen, 2. Auflage, Lieferung 07/17 bis 01/18, Stand Februar 2018, Loseblattgrundwerk 10428 Seiten, einschl. 6 Ordnern, Preis 164 €, inkl. Online-Zugang zu Teilen einer umfangreichen, ständig aktualisierten umweltrechtlichen Vorschriftendatenbank, ISBN 978-3-503-16536-0.

Gerdelmann/Rostalski, **Arzneimittel – Rezeptprüfung, Beratung und Regress,** Ergänzbares Handbuch, Lieferung 04/17 und 05/17, Stand November 2017, Gesamtwerk mit 3932 Seiten, Preis 112 €, ISBN 978-3-503-01550-4.

Gérard/Göbel/Horlemann, **Staatliche Förderung der Altersvorsorge und Vermögensbildung,** Kommentar zu den einschlägigen Regelungen der privaten Altersvorsorge und betrieblichen sowie gesetzlichen Altersversorgung, des Altersvermögensgesetzes, Altereinkünftegesetzes und Eigenheimrentengesetzes, zum Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz, zum Fünften Vermögensbildungsgesetz, zum Wohnungsbau-Prämiengesetz und zu Vermögensbeteiligungen, 10., neu bearbeitete Auflage, Lieferung 06/17 bis 01/18, Stand Februar 2018, 3730 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 94 €, ISBN 978-3-503-06049-8.

Bielenberg/Runkel/Spannowsky, **Raumordnungs- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder,** Kommentar und Textsammlung, Lieferung 02/17 und 01/18, Stand März 2018, Loseblattwerk 3505 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 104 €, ISBN 978-3-503-01362-3.

Schaffland/Wiltfang, **Datenschutz-Grundverordnung – DS-GVO, Bundesdatenschutzgesetz – BDSG,** Kommentar und Textsammlung, Loseblattwerk, Lieferung 08/17 bis 02/18, Stand Februar 2018, Loseblattgrundwerk 3406 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 118 €, ISBN 978-3-503-17404-1.

Wolters Kluwer Deutschland, Luchterhand, Neuwied

Schelter, **Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG),** Kommentar, 234. bis 239. Lieferung, Stand 15. Dezember 2017, Preis 410,80 €, 328,64 €, 309,68 €, 331,80 €, 341,04 € und 424,56 €, ISBN 978-3-7747-0132-8.

Schiwy, **Chemikaliengesetz,** Kommentar und Sammlung deutscher und internationaler Vorschriften, 321. bis 325. Lieferung, Stand Februar 2018, Preis 315,84 €, 481,28 €, 492,56 €, 417,36 € und 564 €, ISBN 978-3-7962-0381-7.

Schulz/Becker, **Deutsches Umweltschutzrecht,** Sammlung des gesamten Umweltschutzrechts des Bundes und der Länder, 313. bis 317. Lieferung, Stand Februar 2018, Preis 344,44 €, 322,32 €, 372,40 €, 410,40 € und 418 €, ISBN 978-3-7747-0142-7.

Eichenhofer/von Koppenfeld-Spies/Wenner, **Kommentar zum Sozialgesetzbuch I,** Allgemeiner Teil, 2. Auflage 2018, XXIX, 392 Seiten, Preis 99 €, ISBN 978-3-472-09532-3.

Das praxisorientierte und übersichtliche Werk enthält die Grundlagen des gesamten Sozialrechts. Es werden die Ziele des Sozialgesetzbuches umrissen und soziale Rechte, wie z. B. die Bildungs- und Arbeitsförderung, die Sozialversicherung, Schutz und Förderung der Familie, Abwendung und Ausgleich besonderer Belastungen des Lebens sowie die Bereitstellung der entsprechenden Dienste und Einrichtungen beschrieben. Zudem werden Grundbegriffe des Sozialrechts (z. B. Leistungsarten, Leistungsträger, Leistungsanspruch und dessen Entstehung) definiert und die Abläufe im Sozialrecht, auch in Bezug auf die Sozialleistungen, festgelegt. In die Neuauflage sind die Gesetzesänderungen wie z. B. Bundesteilhabegesetz, Gesetz zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts sowie die neueste Rechtsprechung eingearbeitet. Die einzelnen Vorschriften werden ausführlich kommentiert.

Dalichau, **SGB V – Gesetzliche Krankenversicherung,** Kommentar, mit Online-Datenbank, Loseblattwerk mit 3 Ordnern, 100. bis 104. Lieferung, Stand Februar 2018, Preis 195,20 €, 211,20 €, 212,80 €, 228,48 € und 286,08 €, ISBN 978-3-7747-0082-6.

Henning, **SGG – Sozialgerichtsgesetz,** Kommentar, mit Nebenrecht, Loseblattwerk, 38. Lieferung, Stand Oktober 2017, Preis 118,50 €, ISBN 978-3-472-02665-5.

Bachmeier/Müller/Rebler, **Straßenverkehrsordnung (StVO),** Kommentar, 78. und 79. Lieferung, Stand Dezember 2017, Preis 117,30 € und 102,12 €, ISBN 978-3-472-01930-5.

Adam/Bauer/Bettenhausen, **Das Tarifrecht der Beschäftigten im öffentlichen Dienst,** Kommentar zum Tarifvertrag öffentlicher Dienst Verwaltung, 58. Lieferung, Stand Dezember 2017, Preis 156,20 € + Preis JURION 19,30 €, ISBN 978-3-472-06282-0.

Wolters Kluwer Deutschland, Carl Link, Kronach

Hickel/Wiedmann/Hetzel, **Gewerbe- und Gaststättenrecht,** Rechtssammlung mit Erläuterungen für die kommunale Praxis, 121. bis 124. Lieferung, Stand 15. Januar 2018, Preis 108,60 €, 105,84 €, 123,48 € und 103,96 €, ISBN 978-3-556-82010-0.

Schwenk/Frey, **Haushalts- und Wirtschaftsrecht / Kommunaler Finanzausgleich in Bayern,** Kommentar, Loseblattwerk, 175. und 176. Lieferung, Stand Januar 2018, Preis 70,77 € und 142,76 € + JURION 8,75 € und 17,64 €, Finanzrecht der Kommunen I, ISBN 978-3-556-90010-9.

Stengel, **Kommunale Kostentabelle,** Kosten für Amtshandlungen der kreisgehörigen Gemeinden und Standesämter in alphabetischer Ordnung, Loseblattwerk, 46. Lieferung, Stand September 2017, Preis 127,95 € + JURION 15,81 €, ISBN 978-3-556-93000-7.

Leonhardt, **Jagdrecht,** Bundesjagdgesetz, Bayerisches Jagdgesetz, Ergänzende Bestimmungen, Kommentar, Loseblattwerk, 86. Lieferung, Stand Dezember 2017, Preis 104,96 €, ISBN 978-3-556-75010-0.

Nitsche/Baumann/Schwamberger, **Satzungen zur Abwasserbeseitigung,** mit Abgaberegelungen, kommentierte Ausgabe, 64. Lieferung, Stand August 2017, Preis 152,46 €, ISBN 978-3-556-64400-3.

Nitsche/Baumann/Schwamberger, **Satzungen zur Wasserversorgung,** mit Abgaberegelungen, kommentierte Ausgabe, 56. Lieferung, Stand August 2017, Preis 121,99 € + JURION 15,07 €, ISBN 978-3-556-86350-3.

De Gruyter Recht Verlag, Berlin

Bruck/Möller, **VVG – Versicherungsvertragsgesetz,** Großkommentar, 9., völlig neu bearbeitete Auflage.

Der traditionelle Großkommentar zum Versicherungsvertragsrecht hat ein hohes Ansehen, welches vor allem auf einer wissenschaftlich fundierten und zugleich praxisorientierten Kommentierung beruht. Die Neuauflage zeichnet sich durch zahlreiche konzeptionelle Neuerungen aus. Dazu gehört neben einer einheitlichen Struktur der einzelnen Kommentierungen eine größere Anzahl von Einzelbänden. Neben dem VVG werden auch die AVB der wesentlichen Sparten ausführlich kommentiert. Dabei wird das materielle Recht ebenso detailliert behandelt wie Verfahrensfragen. Zahlreiche Literaturhinweise helfen bei der Vertiefung in die Materie.

Band 12: Kraftfahrtversicherung, PflVG, KfzPflVV, AuslPflVG, AKB 2015 (außer Kfz-Unfallversicherung), 2018, XXVIII, 1256 Seiten, Preis 299 €, ISBN 978-3-11-056546-1.

Der Band beschäftigt sich eingehend mit dem Pflichtversicherungsrecht, hier im Besonderen mit der Pflichtversicherung, den Pflichten der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherer, Auskunftsstellen und Statistik, dem Entschädigungsfonds für Schäden aus Kraftfahrzeugunfällen und der Entschädigungsstelle für Auslandsunfälle und den Übergangs- und Schlussvorschriften. Weiterhin werden ausführlich die Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungs-Verordnung, die Haftpflichtversicherung für ausländische Kfz sowie die allgemeinen Bedingungen für die Kfz-Versicherung (AKB 2015) behandelt.

Wieczorek/Schütze, **ZPO – Zivilprozessordnung,** Großkommentar, 4., völlig neu bearbeitete Auflage, Großkommentare der Praxis.

Das Werk ist eine Institution auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts. In wissenschaftlich fundierter Tiefe hält der 14-bändige Großkommentar die Belange und Anforderungen der zivilprozessualen Praxis umfassend im Blick. Das Autorenteam besteht aus 33 renommierten Wissenschaftlern und Praktikern. Die Kommentierung umfasst neben der Zivilprozessordnung auch die relevanten Nebengesetze wie EGZPO, GVG, KapMuG und Mediationsgesetz sowie das europäische und internationale Zivilprozessrecht. Alle relevanten Gesetzesänderungen sowie die neuesten Entwicklungen in Rechtsprechung und Lehre sind berücksichtigt. Zahlreiche Literaturhinweise helfen bei der Vertiefung in die Materie.

Band 2,1: §§ 50–77, 2018, XXVIII, 679 Seiten, Preis 229,95 €, ISBN 978-3-11-024836-4.

Band 13,1: §§ 1110–1117, KapMuG, MediationsG, EGZPO, GVG, EGGVG, 2018, XXXVI, 815 Seiten, Preis 249 €, ISBN 978-3-11-028492-8.

Band 2,1 beinhaltet das erste Buch Allgemeine Vorschriften mit dem zweiten Abschnitt Parteien. Hier werden die drei Titel Parteifähigkeit; Prozessfähigkeit, Streitgenossenschaft, Beteiligung Dritter am Rechtsstreit detailliert erläutert.

Band 13,1 behandelt das elfte Buch Justizielle Zusammenarbeit in der Europäischen Union, siebter Abschnitt Anerkennung und Vollstreckung nach der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012. Er setzt sich mit den Titeln Bescheinigung über inländische Titel sowie Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Titel im Inland auseinander. Weiterhin beschäftigt er sich mit dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz, dem Mediationsgesetz und dem Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung. Das Gerichtsverfassungsgesetz wird mit allen Titeln ausführlich erläutert. Zum Abschluss widmet sich der Band detailliert dem Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz.

Löwe/Rosenberg, **StPO – Die Strafprozessordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz,** Großkommentar, 27., neu bearbeitete Auflage, Großkommentare der Praxis.

Das praxisorientierte Standardwerk ist der älteste deutschsprachige juristische Kommentar; die erste Auflage stammt aus dem Jahre 1879. Er enthält die umfassendste und grundlegendste Kommentierung des deutschen Strafprozessrechts und gibt dem Benutzer eine Hilfe zur Lösung nicht nur häufig auftauchender, sondern auch entlegener Sachfragen. Der gegenwärtige Erkenntnisstand und der Stand der rechtlichen Kontroversen sind vollständig dargestellt. Zahlreiche Literaturhinweise und ein umfangreiches Literaturverzeichnis bieten die Möglichkeit zur Vertiefung in die Materie.

Band 2: Einleitung; §§ 48–93, 2018, LXVI, 841 Seiten, Preis 249 €, ISBN 978-3-11-027474-5.

Band 2 beinhaltet das erste Buch Allgemeine Vorschriften. Er widmet sich ausführlich dem sechsten Abschnitt Zeugen, hier geht es u. a. um Zeugenpflichten, Aussageverweigerungsrecht, Vernehmung, Vereidigung etc. Im siebten Abschnitt Sachverständige und Augenschein befasst sich das Werk detailliert z. B. mit der Anwendung der Vorschriften über Zeugen und Sachverständige, Vereidigung des Sachverständigen, Unterbringung und Untersuchung des Beschuldigten, DNA-Identitätsfeststellung, richterlichen Augenschein, Leichenschau usw.

Mösle/Lambertz/Altenschmidt/Ingenhoven, **Praxishandbuch Green Building,** Recht, Technik, Architektur, 2018, LV, 650 Seiten, Preis 99,95 €, De Gruyter Praxishandbuch, ISBN 978-3-11-027517-9.

Nachhaltiges Bauen wird immer wichtiger. Das Buch betrachtet die ökonomischen und ökologischen Aspekte über den gesamten Immobilien-Lebenszyklus. Eine Berücksichtigung ganz unterschiedlicher Disziplinen in den Bereichen Recht, Technik und Architektur erfordern Planung, Bau und Betrieb von Green Buildings. Diese komplexen Zusammenhänge werden aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet. Durch zahlreiche Projektbeispiele und konkrete Praxistipps werden praxistaugliche Lösungen aufgezeigt.

Steinbach/Weise, **Kommentar zum Messstellenbetriebsgesetz – MsbG,** 2018, LVI, 523 Seiten, Preis 149,95 €, De Gruyter Kommentar, ISBN 978-3-11-055588-2.

Die digitalen Weichen im Energierecht sind mit dem am 2. September 2016 in Kraft getretenen Messstellenbetriebsgesetz gestellt worden. Damit sie den Vorgaben des Messstellenbetriebsgesetzes entsprechen, müssen sämtliche Stromzähler in dem Zeitraum von 2017 bis 2032 umgerüstet werden. Die Vertragsverhältnisse, Abrechnungsfragen, Datenkommunikation, Datenschutz und Datensicherheit werden ausführlich erläutert. Weiterhin widmet er sich auch den Befugnissen der Regulierungsbehörde. Der Kommentar zeigt auf, welche gesetzlichen Neuerungen es gibt und wie intelligente Messsysteme und moderne Messeinrichtungen in der Praxis einzurichten sind.

Hoeren, **Internetrecht,** ein Grundriss, 3., neu bearbeitete Auflage 2018, XIV, 739 Seiten, Preis 49,95 €, De Gruyter Studium, ISBN 978-3-11-055387-1.

Das Lehrbuch widmet sich den Kernbereichen der Querschnittsmaterie. Alle relevanten Themen für das juristische Studium und für die Qualifizierung als Fachanwalt in dem dynamischen Rechtsbereich sind aufgenommen. Der Band behandelt die aktuellste Rechtsprechung und berücksichtigt das Leistungsschutzrecht der Presseverleger, das Verwertungsgesellschaftengesetz sowie die DSGVO.

Pschyrembel Klinisches Wörterbuch, 267., neu bearbeitete Auflage 2017, XXII, 1998 Seiten, Preis 49,95 €, ISBN 978-3-11-049497-6.

Das Klinische Wörterbuch ist das Standard-Nachschlagewerk für aktuelles gesichertes medizinisches Fachwissen. Die Neuauflage hat eine umfassende Erweiterung und eine Aktualisierung der Fachgebiete Pädiatrie, Viszeral- und Neurochirurgie, Gynäkologie, Geburtshilfe und Urologie, Dermatologie, Infektionskrankheiten, Hämatologie und Onkologie, Nephrologie, Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie Neurologie. Die aktuellen Leitlinien der deutschen medizinischen Fachgesellschaften für Diagnostik und Therapie akuter und chronischer Erkrankungen sind berücksichtigt. Das Werk steht auch als App und als Onlineversion zur Verfügung.

Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh

Hofrichter, **Im Bann des Ozeans,** Expeditionen in die Wunderwelt der Tiefe, 240 Seiten, 2018, Preis 20 €, ISBN 978-3-579-08678-1.

Das Buch beschreibt die komplexen Zusammenhänge der Meeresbiologie und der Entwicklungsgeschichte der Ozeane und vermittelt die große Bedeutung diese zu schützen. In 16 Kapiteln spannt sich der Bogen über Wissenswertes und Erkenntnisse von der Meeresfauna, dem Klima, der Physik des Wassers, Monsterwellen u. v. m. Abschließend wird ein Ausblick auf die Zukunft der Ozeane gegeben und wie sie sich regenerieren können wenn Schutzmaßnahmen greifen.

Hofrichter, **Mensch 4.0,** frei bleiben in einer digitalen Welt, 255 Seiten, 2018, Preis 20 €, ISBN 978-3-579-08692-7.

Das Buch bietet überraschende Informationen und erhellende Details über die Pilze. In 17 Kapiteln wird erzählt, wie Pilze als Mediziner, Atomtechniker oder Verkehrsplaner fungieren, den Beginn der Beziehung zwischen Mensch und Pilz, welche Rolle Pilze in der Evolution, in der Chemie oder in der Medizin gespielt haben, wie Pilzsporen um die Welt reisen und sich verbreiten oder auf wie trickreiche Weise Ameisen und Termiten Pilzkolonien pflegen, von denen sogar die Menschen etwas haben.

Proroba Verlag, Düsseldorf

Monréal, **So menschlich kann Pflege sein,** Persönliches Budget kontra Fremdbestimmung, 159 Seiten, 2018, Preis 16,90 €, ISBN 978-3-96373-000-9.

Seit 2008 ist der Rechtsanspruch festgeschrieben, zwischen Sach- oder Geldleistungen in Form des Persönlichen Budgets wählen zu können. Das Buch zeigt, dass mehr Selbstbestimmtheit möglich wird, wenn als Finanzierungsinstrument das „Persönliche Budget" zur Verfügung steht. Es werden im ersten Teil sechzehn Geschichten von Betroffenen, denen diese Leistungsform enorm geholfen hat, einfühlsam geschildert. Der zweite Teil ist als Leitfaden angelegt und informiert über die aktuellen rechtlichen Grundlagen und die Modalitäten der Antragstellung.

Stotax, Stollfuß Medien, Bonn

Strahl, **Ertragsteuern,** Problemfelder der steuerlichen Beratung, Problemanalysen, Problemlösungen, Gestaltungen, 23. und 24. Lieferung, Stand Dezember 2017, Preis je 68,80 € inkl. Zugang zur laufend aktualisierten Online-Datenbank und CD-ROM, Preis 36 €, Loseblattwerk in 1 Ordner, ca. 2200 Seiten, ISBN 978-3-08-352200-3.

Die **23. Aktualisierung** enthält Neuerungen zu den Bereichen E-Bilanz, grenzüberschreitende Tätigkeiten, private Altersvorsorge, Verrechnungspreise. Die **24. Ergänzung** beinhaltet Neues zu den Themen Leasing, private Wertpapierveräußerungsgeschäfte, Rangrücktritt, Forderungsverzicht und Besserungsschein, Spaltung.

Gosch, **Abgabenordnung, Finanzgerichtsordnung,** mit Nebengesetzen, EuGH-Verfahrensrecht, Kommentar, 134. bis 137. Lieferung, Stand Februar 2018, inkl. Zugang zur laufend aktualisierten Online-Datenbank und DVD, Preis 89,30 €, 99,30 €, 99,30 € und 99,30 €, Loseblattwerk in 5 Ordnern, ca. 12500 Seiten, ISBN 978-3-08-253000-9.

Die Aktualisierungen und Neukommentierungen bei der **134. Ergänzungslieferung** der *AO* betreffen § 110 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, § 93a Allgemeine Mitteilungspflichten, § 109 Verlängerung von Fristen, § 174 Widerstreitende Steuerfestsetzungen, § 376 Verfolgungsverjährung, § 401 Antrag auf Anordnung von Nebenfolgen im selbständigen Verfahren. Bei der *FGO* § 56 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, § 43 Verbindung von Klagen, § 71 Zustellung der Klageschrift. Neu in der **135. Aktualisierung** ist bei der *AO* § 138b Mitteilungspflicht Dritter über Beziehungen inländischer Steuerpflichtiger

zu Drittstaat-Gesellschaften, § 138c Bevollmächtigte und Beistände, § 87a Elektronische Kommunikation, § 118 Begriff des Verwaltungsakts, § 139b Identifikationsnummer, § 371 Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung, und bei der *FGO* § 44 Außergerichtlicher Rechtsbehelf. Änderungen der **136. Ergänzung** bei der *AO* § 138 Anzeigen über die Erwerbstätigkeit, § 162 Schätzung von Besteuerungsgrundlagen, § 46 Abtretung, Verpfändung, Pfändung, § 146 Ordnungsvorschriften für die Buchführung und für Aufzeichnungen, § 173a Schreib- oder Rechenfehler bei Erstellung einer Steuererklärung. Der § 47 Frist für die Erhebung der Anfechtungsklage, § 50 Klageverzicht, die §§ 52a, 52b Übermittlung elektronischer Dokumente, Führung elektronischer Prozessakten und § 116 Nichtzulassungsbeschwerde werden in der *FGO* neu kommentiert. Die Neuerungen in der **137. Lieferung** sind bei der *AO* § 134 FGO Verweisung auf ZPO, § 47 Erlöschen, § 93 Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen, § 139c Wirtschafts-Identifikationsnummer, § 170 Beginn der Festsetzungsfrist, § 175b Änderung von Steuerbescheiden bei Datenübermittlung. Die *FGO* hat den § 41 Feststellungsklage, § 46 Untätigkeitsklage, § 64 Klageerhebung und § 133a Anhörungsrüge aktualisiert.

Jehle Verlag, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München

Wilde/Ehmann/Niese/Knoblauch, **Datenschutz in Bayern** (Datenschutz-Grundverordnung, Bayerisches Datenschutzgesetz), Kommentar und Handbuch für Datenschutzverantwortliche, 29. Aktualisierung, Stand Juni 2018, 474 Seiten, Preis 149,99 €; Gesamtwerk (1312 Seiten, 1 Ordner), 169,99 € mit Fortsetzungsbezug.

Schon einen Monat nach dem Erlass des neuen Bayerischen Datenschutzgesetzes ist die Gesamtkommentierung dieses Gesetzes erschienen. Zugleich wurden weitere Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung der EU erläutert, nämlich Art. 16 (Recht auf Berichtigung), 17 (Recht auf Löschung und auf Vergessenwerden), 18 (Recht auf Einschränkung der Verarbeitung), 19 (Mitteilung an Datenempfänger über Berichtigungen u. a.), 21 (Widerspruchsrecht), 22 (Profiling), 28 und 29 (Auftragsverarbeitung). Damit sind die für die Praxis wichtigen Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung ausführlich erläutert worden, die übrigen wurden mit Übersichten versehen. Die Datenschutz-Grundverordnung und das neue Bayerische Datenschutzgesetz gelten seit 25. Mai 2018.

Stegmüller/Schmalhofer/Bauer, **Beamtenversorgungsrecht des Bundes und der Länder,** Kommentar mit Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften, 130. Lieferung, Stand Januar 2018.

Linhart, **Schreiben, Bescheide und Vorschriften in der Verwaltung,** 46. Lieferung, Stand Februar 2018.

Adolph, **Sozialgesetzbuch II, Sozialgesetzbuch XII, Asylbewerberleistungsgesetz,** Kommentar, 103. Lieferung, Stand Januar 2018, auch online lieferbar.

Haufe Mediengruppe, Freiburg u. a.

Evertz, **Analysiere das Web!,** wie Sie Marketing und Kommunikation mit Social Media Monitoring verbessern, 2018, 263 Seiten, Preis 34,95 €, ISBN 978-3-648-10404-0.

Das Buch gibt einen Überblick über die Grundlagen der Web-Analyse und zeigt, wie digitale Kommunikation mit Hilfe von nützlichen Tools sowie praxiserprobten Methoden optimiert werden kann. Es bietet eine Einführung in grundsätzliche Begriffe und eine eigene Website zum Buch mit Arbeitshilfen, Checklisten und weiterführenden Informationen. Der Band behandelt die fünf Arbeitsfelder der Web-Analyse, bietet einen Marktüberblick über Tools und Technologien sowie zahlreiche Szenarien, Methoden und Metriken, zielorientierte Toolauswahl und kostenlose Tools für Analyse und Visualisierung.

Fröhlich, **Manage your boss,** die Kunst, den Chef mit Eleganz zu führen, 2018, 157 Seiten, Preis 19,95 €, ISBN 978-3-648-09197-5.

Das Buch informiert über den einwandfreien Umgang mit Vorgesetzten. Es erzählt Geschichten aus dem Alltag und bietet damit vielfältige Anregungen, Impulse und Tipps für den richtigen Ton mit der Chefetage. Der Band bietet Unterstützung, ein Gespür für das Gegenüber und Situationen zu entwickeln, zahlreiche Checklisten und Übungen helfen dabei.

Gerber, **Sicherer Umgang mit Handwerkern,** für Eigentümer und Vermieter, 2017, 181 Seiten, Preis 29,95 €, ISBN 978-3-648-08303-1.

Das Buch beantwortet u. a. Fragen zur Beachtung bei der Beauftragung von Handwerkern, der Reklamation von Mängeln und bietet Unterstützung bei der Planung, Überwachung und Endabnahme von Reparaturen und Baumaßnahmen. Es wird detailliert erklärt wie Angebote eingeholt, Rechnungen geprüft und welche Gewährleistungspflichten bekannt sein müssen, um Ansprüche durchzusetzen. Rechtssichere Formulare, Musterbriefe und Gesetze stehen zum Download zur Verfügung.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern" www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern" ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern" entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN UND FÜR INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 3 **München, 23. März 2018** **31. Jahrgang**

2020.1-I

Verzeichnis der Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und gemeindefreien Gebiete in Bayern nach dem Stand am 1. Januar 2018

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr

vom 21. März 2018, Az. IB3-1402-10-1

1. [1]Das nachfolgende Verzeichnis tritt an die Stelle des Verzeichnisses der Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und gemeindefreien Gebiete in Bayern nach dem Stand am 1. Januar 2013 (Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 13. Februar 2013, AllMBl. S. 65). [2]Es führt die Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und gemeindefreien Gebiete im Einzelnen auf, gegliedert nach Regierungsbezirken und Landkreisen. [3]Es berücksichtigt das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 349).

2. Nach dem Stand am 1. Januar 2018 gibt es in Bayern

71	Landkreise
2 056	Gemeinden
	davon
25	kreisfreie Gemeinden
29	Große Kreisstädte
982	Mitgliedsgemeinden in
311	Verwaltungsgemeinschaften
179	gemeindefreie Gebiete.

3. Die Abkürzungen und das Symbol nach dem Namen haben folgende Bedeutung:

GKSt	=	Große Kreisstadt
St	=	Stadt
M	=	Markt
*	=	Mitgliedsgemeinde einer Verwaltungsgemeinschaft.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

Verzeichnis der Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und gemeindefreien Gebiete in Bayern nach dem Stand am 1. Januar 2018

Regierungsbezirk Oberbayern

3 kreisfreie Gemeinden
20 Landkreise
497 kreisangehörige Gemeinden
davon
10 Große Kreisstädte
186 Mitgliedsgemeinden in
65 Verwaltungsgemeinschaften
19 gemeindefreie Gebiete

Kreisfreie Städte

Ingolstadt
München
Rosenheim

Landkreise

Landkreis Altötting

Gemeinden (24)

Altötting, St	Halsbach*	Reischach*
Burghausen, St	Kastl*	Stammham*
Burgkirchen a.d.Alz	Kirchweidach*	Teising
Emmerting*	Marktl, M*	Töging a.Inn, St
Erlbach*	Mehring*	Tüßling, M
Feichten a.d.Alz*	Neuötting, St	Tyrlaching*
Garching a.d.Alz	Perach*	Unterneukirchen*
Haiming	Pleiskirchen	Winhöring

Verwaltungsgemeinschaften (5)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (13)*
Emmerting	Emmerting	Emmerting Mehring
Kirchweidach	Kirchweidach	Feichten a.d.Alz Halsbach Kirchweidach Tyrlaching
Marktl	Marktl	Marktl, M Stammham
Reischach	Reischach	Erlbach Perach Reischach
Unterneukirchen	Unterneukirchen	Kastl Unterneukirchen

Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, Sitz: Bad Tölz

Gemeinden (21)

Bad Heilbrunn	Gaißach	Lenggries
Bad Tölz, St	Geretsried, St	Münsing
Benediktbeuern*	Greiling*	Reichersbeuern*
Bichl*	Icking	Sachsenkam*
Dietramszell	Jachenau	Schlehdorf*
Egling	Kochel a.See*	Wackersberg
Eurasburg	Königsdorf	Wolfratshausen, St

Verwaltungsgemeinschaften (3)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (7)*
Benediktbeuern	Benediktbeuern	Benediktbeuern Bichl
Kochel a.See	Kochel a.See	Kochel a.See Schlehdorf
Reichersbeuern	Reichersbeuern	Greiling Reichersbeuern Sachsenkam

Gemeindefreie Gebiete (2)

Pupplinger Au
Wolfratshauser Forst

Landkreis Berchtesgadener Land, Sitz: Bad Reichenhall

Gemeinden (15)

Ainring	Bischofswiesen	Ramsau b.Berchtesgaden
Anger	Freilassing, St	Saaldorf-Surheim
Bad Reichenhall, GKSt	Laufen, St	Schneizlreuth
Bayerisch Gmain	Marktschellenberg, M	Schönau a.Königssee
Berchtesgaden, M	Piding	Teisendorf, M

Gemeindefreie Gebiete (2)

Eck
Schellenberger Forst

Landkreis Dachau

Gemeinden (17)

Altomünster, M	Hilgertshausen-Tandern	Röhrmoos
Bergkirchen	Karlsfeld	Schwabhausen
Dachau, GKSt	Markt Indersdorf, M	Sulzemoos
Erdweg	Odelzhausen	Vierkirchen
Haimhausen	Petershausen	Weichs
Hebertshausen	Pfaffenhofen a.d.Glonn	

Landkreis Ebersberg

Gemeinden (21)

Anzing	Forstinning	Moosach*
Aßling*	Frauenneuharting*	Oberpframmern*
Baiern*	Glonn, M*	Pliening
Bruck*	Grafing b.München, St	Poing
Ebersberg, St	Hohenlinden	Steinhöring
Egmating*	Kirchseeon, M	Vaterstetten
Emmering*	Markt Schwaben, M	Zorneding

Verwaltungsgemeinschaften (2)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (9)*
Aßling	Aßling	Aßling Emmering Frauenneuharting
Glonn	Glonn	Baiern Bruck Egmating Glonn, M Moosach Oberpframmern

Gemeindefreie Gebiete (3)

Anzinger Forst
Ebersberger Forst
Eglhartinger Forst

Landkreis Eichstätt

Gemeinden (30)

Adelschlag*	Gaimersheim, M	Nassenfels, M*
Altmannstein, M	Großmehring	Oberdolling*
Beilngries, St	Hepberg	Pförring, M*
Böhmfeld*	Hitzhofen	Pollenfeld*
Buxheim	Kinding, M	Schernfeld*
Denkendorf	Kipfenberg, M	Stammham
Dollnstein, M	Kösching, M	Titting, M
Egweil*	Lenting	Walting*
Eichstätt, GKSt	Mindelstetten*	Wellheim, M
Eitensheim*	Mörnsheim, M	Wettstetten

Verwaltungsgemeinschaften (4)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (11)*
Eichstätt	Eichstätt	Pollenfeld Schernfeld Walting
Eitensheim	Eitensheim	Böhmfeld Eitensheim
Nassenfels	Nassenfels	Adelschlag Egweil Nassenfels, M
Pförring	Pförring	Mindelstetten Oberdolling Pförring, M

Gemeindefreies Gebiet (1)

Haunstetter Forst

Landkreis Erding

Gemeinden (26)

Berglern*	Hohenpolding*	Ottenhofen*
Bockhorn	Inning a.Holz*	Pastetten*
Buch a.Buchrain*	Isen, M	Sankt Wolfgang
Dorfen, St	Kirchberg*	Steinkirchen*
Eitting*	Langenpreising*	Taufkirchen (Vils)
Erding, GKSt	Lengdorf	Walpertskirchen*
Finsing	Moosinning	Wartenberg, M*
Forstern	Neuching*	Wörth*
Fraunberg	Oberding*	

Verwaltungsgemeinschaften (6)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (15)*
Hörlkofen	Hörlkofen, Gemeinde Wörth	Walpertskirchen Wörth
Oberding	Oberding	Eitting Oberding
Oberneuching	Oberneuching, Gemeinde Neuching	Neuching Ottenhofen
Pastetten	Pastetten	Buch a.Buchrain Pastetten
Steinkirchen	Steinkirchen	Hohenpolding Inning a.Holz Kirchberg Steinkirchen
Wartenberg	Wartenberg	Berglern Langenpreising Wartenberg, M

Landkreis Freising

Gemeinden (24)

Allershausen*	Hallbergmoos	Moosburg a.d.Isar, St
Attenkirchen*	Hörgertshausen*	Nandlstadt, M
Au i.d.Hallertau, M	Hohenkammer	Neufahrn b.Freising
Eching	Kirchdorf a.d.Amper	Paunzhausen*
Fahrenzhausen	Kranzberg	Rudelzhausen
Freising, GKSt	Langenbach	Wang*
Gammelsdorf*	Marzling	Wolfersdorf*
Haag a.d.Amper*	Mauern*	Zolling*

Verwaltungsgemeinschaften (3)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (10)*
Allershausen	Allershausen	Allershausen Paunzhausen
Mauern	Mauern	Gammelsdorf Hörgertshausen Mauern Wang
Zolling	Zolling	Attenkirchen Haag a.d.Amper Wolfersdorf Zolling

Landkreis Fürstenfeldbruck

Gemeinden (23)

Adelshofen*	Grafrath*	Mittelstetten*
Alling	Gröbenzell	Moorenweis
Althegnenberg*	Hattenhofen*	Oberschweinbach*
Egenhofen	Jesenwang*	Olching, St
Eichenau	Kottgeisering*	Puchheim, St
Emmering	Landsberied*	Schöngeising*
Fürstenfeldbruck, GKSt	Maisach	Türkenfeld
Germering, GKSt	Mammendorf*	

Verwaltungsgemeinschaften (2)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (11)*
Grafrath	Grafrath	Grafrath Kottgeisering Schöngeising
Mammendorf	Mammendorf	Adelshofen Althegnenberg Hattenhofen Jesenwang Landsberied Mammendorf Mittelstetten Oberschweinbach

Landkreis Garmisch-Partenkirchen

Gemeinden (22)

Bad Bayersoien*	Krün	Schwaigen*
Bad Kohlgrub	Mittenwald, M	Seehausen a.Staffelsee*
Eschenlohe*	Murnau a.Staffelsee, M	Spatzenhausen*
Ettal*	Oberammergau	Uffing a.Staffelsee
Farchant	Oberau	Unterammergau*
Garmisch-Partenkirchen, M	Ohlstadt*	Wallgau
Grainau	Riegsee*	
Großweil*	Saulgrub*	

Verwaltungsgemeinschaften (4)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (11)*
Ohlstadt	Ohlstadt	Eschenlohe Großweil Ohlstadt Schwaigen
Saulgrub	Saulgrub	Bad Bayersoien Saulgrub
Seehausen a.Staffelsee	Seehausen a.Staffelsee	Riegsee Seehausen a.Staffelsee Spatzenhausen
Unterammergau	Unterammergau	Ettal Unterammergau

Gemeindefreies Gebiet (1)

Ettaler Forst

Landkreis Landsberg am Lech

Gemeinden (31)

Apfeldorf*	Hurlach*	Scheuring*
Denklingen	Igling*	Schondorf am Ammersee*
Dießen am Ammersee, M	Kaufering, M	Schwifting*
Eching am Ammersee*	Kinsau*	Thaining*
Egling a.d.Paar	Landsberg am Lech, GKSt	Unterdießen*
Eresing*	Obermeitingen*	Utting am Ammersee
Finning*	Penzing	Vilgertshofen*
Fuchstal*	Prittriching*	Weil
Geltendorf	Pürgen*	Windach*
Greifenberg*	Reichling*	
Hofstetten*	Rott*	

Verwaltungsgemeinschaften (7)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (22)*
Fuchstal	Fuchstal	Fuchstal Unterdießen
Igling	Igling	Hurlach Igling Obermeitingen
Prittriching	Prittriching	Prittriching Scheuring
Pürgen	Pürgen	Hofstetten Pürgen Schwifting
Reichling	Reichling	Apfeldorf Kinsau Reichling Rott Thaining Vilgertshofen
Schondorf am Ammersee	Schondorf am Ammersee	Eching am Ammersee Greifenberg Schondorf am Ammersee
Windach	Windach	Eresing Finning Windach

Gemeindefreies Gebiet (1)

Ammersee

Landkreis Miesbach

Gemeinden (17)

Bad Wiessee	Irschenberg	Tegernsee, St
Bayrischzell	Kreuth	Valley
Fischbachau	Miesbach, St	Waakirchen
Gmund a.Tegernsee	Otterfing	Warngau
Hausham	Rottach-Egern	Weyarn
Holzkirchen, M	Schliersee, M	

Landkreis Mühldorf a.Inn

Gemeinden (31)

Ampfing	Lohkirchen*	Rattenkirchen*
Aschau a.Inn	Maitenbeth*	Rechtmehring*
Buchbach, M	Mettenheim	Reichertsheim*
Egglkofen*	Mühldorf a.Inn, St	Schönberg*
Erharting*	Neumarkt-Sankt Veit, St*	Schwindegg
Gars a.Inn, M*	Niederbergkirchen*	Taufkirchen*
Haag i.OB, M	Niedertaufkirchen*	Unterreit*
Heldenstein*	Oberbergkirchen*	Waldkraiburg, St
Jettenbach*	Oberneukirchen*	Zangberg*
Kirchdorf*	Obertaufkirchen	
Kraiburg a.Inn, M*	Polling*	

Verwaltungsgemeinschaften (9)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (22)*
Gars a.Inn	Gars a.Inn	Gars a.Inn, M Unterreit
Heldenstein	Heldenstein	Heldenstein Rattenkirchen
Kraiburg a.Inn	Kraiburg a.Inn	Jettenbach Kraiburg a.Inn, M Taufkirchen
Maitenbeth	Maitenbeth	Maitenbeth Rechtmehring
Neumarkt-Sankt Veit	Neumarkt-Sankt Veit	Egglkofen Neumarkt-Sankt Veit, St
Oberbergkirchen	Oberbergkirchen	Lohkirchen Oberbergkirchen Schönberg Zangberg
Polling	Polling	Oberneukirchen Polling
Reichertsheim	Reichertsheim	Kirchdorf Reichertsheim
Rohrbach	Rohrbach, Gemeinde Erharting	Erharting Niederbergkirchen Niedertaufkirchen

Gemeindefreies Gebiet (1)

Mühldorfer Hart

Landkreis München

Gemeinden (29)

Aschheim
Aying
Baierbrunn
Brunnthal
Feldkirchen
Garching b.München, St
Gräfelfing
Grasbrunn
Grünwald
Haar
Höhenkirchen-Siegertsbrunn
Hohenbrunn
Ismaning
Kirchheim b.München
Neubiberg
Neuried
Oberhaching
Oberschleißheim
Ottobrunn
Planegg
Pullach i.Isartal
Putzbrunn
Sauerlach
Schäftlarn
Straßlach-Dingharting
Taufkirchen
Unterföhring
Unterhaching
Unterschleißheim, St

Gemeindefreie Gebiete (3)

Forstenrieder Park
Grünwalder Forst
Perlacher Forst

Landkreis Neuburg-Schrobenhausen, Sitz: Neuburg a.d.Donau

Gemeinden (18)

Aresing
Berg im Gau*
Bergheim*
Brunnen*
Burgheim, M
Ehekirchen
Gachenbach*
Karlshuld
Karlskron
Königsmoos
Langenmosen*
Neuburg a.d.Donau, GKSt
Oberhausen
Rennertshofen, M
Rohrenfels*
Schrobenhausen, St
Waidhofen*
Weichering

Verwaltungsgemeinschaften (2)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (7)*
Neuburg a.d.Donau	Neuburg a.d.Donau	Bergheim Rohrenfels
Schrobenhausen	Schrobenhausen	Berg im Gau Brunnen Gachenbach Langenmosen Waidhofen

Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm

Gemeinden (19)

Baar-Ebenhausen	Jetzendorf	Rohrbach
Ernsgaden*	Manching, M	Scheyern
Geisenfeld, St*	Münchsmünster	Schweitenkirchen
Gerolsbach	Pfaffenhofen a.d.Ilm, St	Vohburg a.d.Donau, St
Hettenshausen*	Pörnbach*	Wolnzach, M
Hohenwart, M	Reichertshausen	
Ilmmünster*	Reichertshofen, M*	

Verwaltungsgemeinschaften (3)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (6)*
Geisenfeld	Geisenfeld	Ernsgaden Geisenfeld, St
Ilmmünster	Ilmmünster	Hettenshausen Ilmmünster
Reichertshofen	Reichertshofen	Pörnbach Reichertshofen, M

Landkreis Rosenheim

Gemeinden (46)

Albaching*
Amerang
Aschau i.Chiemgau
Babensham
Bad Aibling, St
Bad Endorf, M
Bad Feilnbach
Bernau a.Chiemsee
Brannenburg
Breitbrunn a.Chiemsee*
Bruckmühl, M
Chiemsee*
Edling
Eggstätt
Eiselfing
Feldkirchen-Westerham
Flintsbach a.Inn
Frasdorf
Griesstätt
Großkarolinenfeld
Gstadt a.Chiemsee*
Halfing*
Höslwang*
Kiefersfelden
Kolbermoor, St
Neubeuern, M
Nußdorf a.Inn
Oberaudorf
Pfaffing*
Prien a.Chiemsee, M
Prutting
Ramerberg*
Raubling
Riedering
Rimsting
Rohrdorf
Rott a.Inn*
Samerberg
Schechen
Schonstett*
Söchtenau
Soyen
Stephanskirchen
Tuntenhausen
Vogtareuth
Wasserburg a.Inn, St

Verwaltungsgemeinschaften (4)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (10)*
Breitbrunn a.Chiemsee	Breitbrunn a.Chiemsee	Breitbrunn a.Chiemsee Chiemsee Gstadt a.Chiemsee
Halfing	Halfing	Halfing Höslwang Schonstett
Pfaffing	Pfaffing	Albaching Pfaffing
Rott a.Inn	Rott a.Inn	Ramerberg Rott a.Inn

Gemeindefreie Gebiete (2)

Rotter Forst-Nord
Rotter Forst-Süd

Landkreis Starnberg

Gemeinden (14)

Andechs	Herrsching a.Ammersee	Starnberg, St
Berg	Inning a.Ammersee	Tutzing
Feldafing	Krailling	Weßling
Gauting	Pöcking	Wörthsee
Gilching	Seefeld	

Gemeindefreies Gebiet (1)

Starnberger See

Landkreis Traunstein

Gemeinden (35)

Altenmarkt a.d.Alz	Obing*	Tacherting
Bergen*	Palling	Taching a.See*
Chieming	Petting	Tittmoning, St
Engelsberg	Pittenhart*	Traunreut, St
Fridolfing	Reit im Winkl	Traunstein, GKSt
Grabenstätt	Ruhpolding	Trostberg, St
Grassau, M	Schleching	Übersee
Inzell	Schnaitsee	Unterwössen
Kienberg*	Seeon-Seebruck	Vachendorf*
Kirchanschöring	Siegsdorf	Waging a.See, M*
Marquartstein*	Staudach-Egerndach*	Wonneberg*
Nußdorf	Surberg	

Verwaltungsgemeinschaften (4)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (10)*
Bergen	Bergen	Bergen Vachendorf
Marquartstein	Marquartstein	Marquartstein Staudach-Egerndach
Obing	Obing	Kienberg Obing Pittenhart
Waging a.See	Waging a.See	Taching a.See Waging a.See, M Wonneberg

Gemeindefreie Gebiete (2)

Chiemsee (See)
Waginger See

Landkreis Weilheim-Schongau, Sitz: Weilheim i.OB

Gemeinden (34)

Altenstadt*	Iffeldorf*	Schongau, St
Antdorf*	Ingenried*	Schwabbruck*
Bernbeuren*	Oberhausen*	Schwabsoien*
Bernried am Starnberger See	Obersöchering*	Seeshaupt*
Böbing*	Pähl	Sindelsdorf*
Burggen*	Peißenberg, M	Steingaden*
Eberfing*	Peiting, M	Weilheim i.OB, St
Eglfing*	Penzberg, St	Wessobrunn
Habach*	Polling	Wielenbach
Hohenfurch*	Prem*	Wildsteig*
Hohenpeißenberg	Raisting	
Huglfing*	Rottenbuch*	

Verwaltungsgemeinschaften (7)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (22)*
Altenstadt	Altenstadt	Altenstadt Hohenfurch Ingenried Schwabbruck Schwabsoien
Bernbeuren	Bernbeuren	Bernbeuren Burggen
Habach	Habach	Antdorf Habach Obersöchering Sindelsdorf
Huglfing	Huglfing	Eberfing Eglfing Huglfing Oberhausen
Rottenbuch	Rottenbuch	Böbing Rottenbuch
Seeshaupt	Seeshaupt	Iffeldorf Seeshaupt
Steingaden	Steingaden	Prem Steingaden Wildsteig

Regierungsbezirk Niederbayern

3	kreisfreie Gemeinden
9	Landkreise
255	kreisangehörige Gemeinden
	davon
1	Große Kreisstadt
99	Mitgliedsgemeinden in
36	Verwaltungsgemeinschaften
15	gemeindefreie Gebiete

Kreisfreie Städte

Landshut
Passau
Straubing

Landkreise

Landkreis Deggendorf

Gemeinden (26)

Aholming	Hunding*	Osterhofen, St
Auerbach	Iggensbach	Otzing*
Außernzell*	Künzing	Plattling, St
Bernried	Lalling*	Schaufling*
Buchhofen*	Metten, M	Schöllnach, M*
Deggendorf, GKSt	Moos*	Stephansposching
Grafling	Niederalteich	Wallerfing*
Grattersdorf*	Oberpöring*	Winzer, M
Hengersberg, M	Offenberg	

Verwaltungsgemeinschaften (4)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (11)*
Lalling	Lalling	Grattersdorf Hunding Lalling Schaufling
Moos	Moos	Buchhofen Moos
Oberpöring	Oberpöring	Oberpöring Otzing Wallerfing
Schöllnach	Schöllnach	Außernzell Schöllnach, M

Landkreis Dingolfing-Landau, Sitz: Dingolfing

Gemeinden (15)

Dingolfing, St	Loiching	Niederviehbach
Eichendorf, M	Mamming*	Pilsting, M
Frontenhausen, M	Marklkofen	Reisbach, M
Gottfrieding*	Mengkofen	Simbach, M
Landau a.d.Isar, St	Moosthenning	Wallersdorf, M

Verwaltungsgemeinschaft (1)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (2)*
Mamming	Mamming	Gottfrieding Mamming

Landkreis Freyung-Grafenau, Sitz: Freyung

Gemeinden (25)

Eppenschlag*	Jandelsbrunn	Sankt Oswald-Riedlhütte
Freyung, St	Mauth	Schöfweg*
Fürsteneck*	Neureichenau	Schönberg, M*
Grafenau, St	Neuschönau	Spiegelau
Grainet	Perlesreut, M*	Thurmansbang*
Haidmühle	Philippsreut*	Waldkirchen, St
Hinterschmiding*	Ringelai	Zenting*
Hohenau	Röhrnbach, M	
Innernzell*	Saldenburg	

Verwaltungsgemeinschaften (4)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (10)*
Hinterschmiding	Hinterschmiding	Hinterschmiding Philippsreut
Perlesreut	Perlesreut	Fürsteneck Perlesreut, M
Schönberg	Schönberg	Eppenschlag Innernzell Schöfweg Schönberg, M
Thurmansbang	Thurmansbang	Thurmansbang Zenting

Gemeindefreie Gebiete (11)

Annathaler Wald	Mauther Forst	Schlichtenberger Wald
Frauenberger u. Duschlberger Wald	Philippsreuter Wald	Schönbrunner Wald
Graineter Wald	Pleckensteiner Wald	Waldhäuserwald
Leopoldsreuter Wald	Sankt Oswald	

Landkreis Kelheim

Gemeinden (24)

Abensberg, St
Aiglsbach*
Attenhofen*
Bad Abbach, M
Biburg*
Elsendorf*
Essing, M*
Hausen*
Herrngiersdorf*
Ihrlerstein*
Kelheim, St
Kirchdorf*
Langquaid, M*
Mainburg, St
Neustadt a.d.Donau, St
Painten, M
Riedenburg, St
Rohr i.NB, M
Saal a.d.Donau*
Siegenburg, M*
Teugn*
Train*
Volkenschwand*
Wildenberg*

Verwaltungsgemeinschaften (5)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (16)*
Ihrlerstein	Ihrlerstein	Essing, M Ihrlerstein
Langquaid	Langquaid	Hausen Herrngiersdorf Langquaid, M
Mainburg	Mainburg	Aiglsbach Attenhofen Elsendorf Volkenschwand
Saal a.d.Donau	Saal a.d.Donau	Saal a.d.Donau Teugn
Siegenburg	Siegenburg	Biburg Kirchdorf Siegenburg, M Train Wildenberg

Gemeindefreie Gebiete (4)

Dürnbucher Forst
Frauenforst
Hacklberg
Hienheimer Forst

Landkreis Landshut

Gemeinden (35)

Adlkofen
Aham*
Altdorf, M
Altfraunhofen*
Baierbach*
Bayerbach b.Ergoldsbach*
Bodenkirchen
Bruckberg
Buch a.Erlbach
Eching
Ergolding, M
Ergoldsbach, M*
Essenbach, M
Furth*
Geisenhausen, M
Gerzen*
Hohenthann
Kröning*
Kumhausen
Neufahrn i.NB
Neufraunhofen*
Niederaichbach
Obersüßbach*
Pfeffenhausen, M
Postau*
Rottenburg a.d.Laaber, St
Schalkham*
Tiefenbach
Velden, M*
Vilsbiburg, St
Vilsheim
Weihmichl*
Weng*
Wörth a.d.Isar*
Wurmsham*

Verwaltungsgemeinschaften (6)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (17)*
Altfraunhofen	Altfraunhofen	Altfraunhofen Baierbach
Ergoldsbach	Ergoldsbach	Bayerbach b.Ergoldsbach Ergoldsbach, M
Furth	Furth	Furth Obersüßbach Weihmichl
Gerzen	Gerzen	Aham Gerzen Kröning Schalkham
Velden	Velden	Neufraunhofen Velden, M Wurmsham
Wörth a.d.Isar	Wörth a.d.Isar	Postau Weng Wörth a.d.Isar

Landkreis Passau

Gemeinden (38)

Aicha vorm Wald
Aidenbach, M*
Aldersbach
Bad Füssing
Bad Griesbach i.Rottal, St
Beutelsbach*
Breitenberg
Büchlberg
Eging a.See, M
Fürstenstein
Fürstenzell, M
Haarbach
Hauzenberg, St
Hofkirchen, M
Hutthurm, M
Kirchham
Kößlarn, M
Malching*
Neuburg a.Inn
Neuhaus a.Inn
Neukirchen vorm Wald
Obernzell, M
Ortenburg, M
Pocking, St
Rotthalmünster, M*
Ruderting
Ruhstorf a.d.Rott, M
Salzweg
Sonnen
Tettenweis
Thyrnau
Tiefenbach
Tittling, M*
Untergriesbach, M
Vilshofen an der Donau, St
Wegscheid, M
Windorf, M
Witzmannsberg*

Verwaltungsgemeinschaften (3)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (6)*
Aidenbach	Aidenbach	Aidenbach, M Beutelsbach
Rotthalmünster	Rotthalmünster	Malching Rotthalmünster, M
Tittling	Tittling	Tittling, M Witzmannsberg

Landkreis Regen

Gemeinden (24)

Achslach*
Arnbruck
Bayerisch Eisenstein
Bischofsmais
Bodenmais, M
Böbrach
Drachselsried
Frauenau
Geiersthal
Gotteszell*
Kirchberg i.Wald
Kirchdorf i.Wald
Kollnburg
Langdorf
Lindberg
Patersdorf
Prackenbach
Regen, St
Rinchnach
Ruhmannsfelden, M*
Teisnach, M
Viechtach, St
Zachenberg*
Zwiesel, St

Verwaltungsgemeinschaft (1)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (4)*
Ruhmannsfelden	Ruhmannsfelden	Achslach Gotteszell Ruhmannsfelden, M Zachenberg

Landkreis Rottal-Inn, Sitz: Pfarrkirchen

Gemeinden (31)

Arnstorf, M
Bad Birnbach, M*
Bayerbach*
Dietersburg
Eggenfelden, St
Egglham
Ering*
Falkenberg*
Gangkofen, M
Geratskirchen*
Hebertsfelden
Johanniskirchen
Julbach
Kirchdorf a.Inn
Malgersdorf*
Massing, M*
Mitterskirchen
Pfarrkirchen, St
Postmünster
Reut*
Rimbach*
Roßbach
Schönau
Simbach a.Inn, St
Stubenberg*
Tann, M*
Triftern, M
Unterdietfurt
Wittibreut
Wurmannsquick, M
Zeilarn

Verwaltungsgemeinschaften (5)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (11)*
Bad Birnbach	Bad Birnbach	Bad Birnbach, M Bayerbach
Ering	Ering	Ering Stubenberg
Falkenberg	Falkenberg	Falkenberg Malgersdorf Rimbach
Massing	Massing	Geratskirchen Massing, M
Tann	Tann	Reut Tann, M

Landkreis Straubing-Bogen, Sitz: Straubing

Gemeinden (37)

Aholfing*	Konzell	Rain*
Aiterhofen*	Laberweinting	Rattenberg
Ascha*	Leiblfing	Rattiszell*
Atting*	Loitzendorf*	Salching*
Bogen, St	Mallersdorf-Pfaffenberg, M	Sankt Englmar
Falkenfels*	Mariaposching*	Schwarzach, M*
Feldkirchen	Mitterfels, M*	Stallwang*
Geiselhöring, St	Neukirchen*	Steinach
Haibach	Niederwinkling*	Straßkirchen*
Haselbach*	Oberschneiding	Wiesenfelden
Hunderdorf*	Parkstetten	Windberg*
Irlbach*	Perasdorf*	
Kirchroth	Perkam*	

Verwaltungsgemeinschaften (7)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (22)*
Aiterhofen	Aiterhofen	Aiterhofen Salching
Hunderdorf	Hunderdorf	Hunderdorf Neukirchen Windberg
Mitterfels	Mitterfels	Ascha Falkenfels Haselbach Mitterfels, M
Rain	Rain	Aholfing Atting Perkam Rain
Schwarzach	Schwarzach	Mariaposching Niederwinkling Perasdorf Schwarzach, M
Stallwang	Stallwang	Loitzendorf Rattiszell Stallwang
Straßkirchen	Straßkirchen	Irlbach Straßkirchen

Regierungsbezirk Oberpfalz

3 kreisfreie Gemeinden
7 Landkreise
223 kreisangehörige Gemeinden
davon
2 Große Kreisstädte
103 Mitgliedsgemeinden in
38 Verwaltungsgemeinschaften
7 gemeindefreie Gebiete

Kreisfreie Städte

Amberg
Regensburg
Weiden i.d.OPf.

Landkreise

Landkreis Amberg-Sulzbach, Sitz: Amberg

Gemeinden (27)

Ammerthal	Gebenbach*	Neukirchen b.Sulzbach-Rosenberg*
Auerbach i.d.OPf., St	Hahnbach, M*	Poppenricht
Birgland*	Hirschau, St	Rieden, M
Ebermannsdorf	Hirschbach*	Schmidmühlen, M
Edelsfeld	Hohenburg, M	Schnaittenbach, St
Ensdorf	Illschwang*	Sulzbach-Rosenberg, St
Etzelwang*	Kastl, M	Ursensollen
Freihung, M	Königstein, M*	Vilseck, St
Freudenberg	Kümmersbruck	Weigendorf*

Verwaltungsgemeinschaften (4)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (9)*
Hahnbach	Hahnbach	Gebenbach Hahnbach, M
Illschwang	Illschwang	Birgland Illschwang
Königstein	Königstein	Hirschbach Königstein, M
Neukirchen b.Sulzbach-Rosenberg	Neukirchen b.Sulzbach-Rosenberg	Etzelwang Neukirchen b.Sulzbach-Rosenberg Weigendorf

Gemeindefreies Gebiet (1)

Eichen

Landkreis Cham

Gemeinden (39)

Arnschwang	Lohberg	Schorndorf
Arrach	Michelsneukirchen*	Stamsried, M*
Bad Kötzting, St	Miltach	Tiefenbach*
Blaibach	Neukirchen b.Hl.Blut, M	Traitsching
Cham, St	Pemfling	Treffelstein*
Chamerau	Pösing*	Waffenbrunn
Eschlkam, M	Reichenbach*	Wald*
Falkenstein, M*	Rettenbach*	Walderbach*
Furth im Wald, St	Rimbach	Waldmünchen, St
Gleißenberg*	Roding, St	Weiding*
Grafenwiesen	Rötz, St	Willmering
Hohenwarth	Runding	Zandt
Lam, M	Schönthal	Zell*

Verwaltungsgemeinschaften (6)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (13)*
Falkenstein	Falkenstein	Falkenstein, M Michelsneukirchen Rettenbach
Stamsried	Stamsried	Pösing Stamsried, M
Tiefenbach	Tiefenbach	Tiefenbach Treffelstein
Wald	Wald	Wald Zell
Walderbach	Walderbach	Reichenbach Walderbach
Weiding	Weiding	Gleißenberg Weiding

Landkreis Neumarkt i.d.OPf.

Gemeinden (19)

Berching, St	Hohenfels, M	Postbauer-Heng, M
Berg b.Neumarkt i.d.OPf.	Lauterhofen, M	Pyrbaum, M
Berngau*	Lupburg, M	Sengenthal*
Breitenbrunn, M	Mühlhausen	Seubersdorf i.d.OPf.
Deining	Neumarkt i.d.OPf., GKSt	Velburg, St
Dietfurt a.d.Altmühl, St	Parsberg, St	
Freystadt, St	Pilsach*	

Verwaltungsgemeinschaft (1)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (3)*
Neumarkt i.d.OPf.	Neumarkt i.d.OPf.	Berngau Pilsach Sengenthal

Landkreis Neustadt a.d.Waldnaab

Gemeinden (38)

Altenstadt a.d.Waldnaab
Bechtsrieth*
Eschenbach i.d.OPf., St*
Eslarn, M
Etzenricht*
Floß, M
Flossenbürg
Georgenberg*
Grafenwöhr, St
Irchenrieth*
Kirchendemenreuth*
Kirchenthumbach, M*
Kohlberg, M*
Leuchtenberg, M*
Luhe-Wildenau, M
Mantel, M
Moosbach, M
Neustadt a.d.Waldnaab, St
Neustadt am Kulm, St*
Parkstein, M*
Pirk*
Pleystein, St*
Pressath, St*
Püchersreuth*
Schirmitz*
Schlammersdorf*
Schwarzenbach*
Speinshart*
Störnstein*
Tännesberg, M*
Theisseil*
Trabitz*
Vohenstrauß, St
Vorbach*
Waidhaus, M
Waldthurn, M
Weiherhammer*
Windischeschenbach, St

Verwaltungsgemeinschaften (8)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (25)*
Eschenbach i.d.OPf.	Eschenbach i.d.OPf.	Eschenbach i.d.OPf., St Neustadt am Kulm, St Speinshart
Kirchenthumbach	Kirchenthumbach	Kirchenthumbach, M Schlammersdorf Vorbach
Neustadt a.d.Waldnaab	Neustadt a.d.Waldnaab	Kirchendemenreuth Parkstein, M Püchersreuth Störnstein Theisseil
Pleystein	Pleystein	Georgenberg Pleystein, St
Pressath	Pressath	Pressath, St Schwarzenbach Trabitz
Schirmitz	Schirmitz	Bechtsrieth Irchenrieth Pirk Schirmitz
Tännesberg	Tännesberg	Leuchtenberg, M Tännesberg, M
Weiherhammer	Weiherhammer	Etzenricht Kohlberg, M Weiherhammer

Gemeindefreie Gebiete (3)

Heinersreuther Forst
Manteler Forst
Speinsharter Forst

Landkreis Regensburg

Gemeinden (41)

Alteglofsheim*	Holzheim a.Forst*	Pielenhofen*
Altenthann*	Kallmünz, M*	Regenstauf, M
Aufhausen*	Köfering	Riekofen*
Bach a.d.Donau*	Laaber, M*	Schierling, M
Barbing	Lappersdorf, M	Sinzing
Beratzhausen, M	Mintraching	Sünching*
Bernhardswald	Mötzing*	Tegernheim
Brennberg*	Neutraubling, St	Thalmassing
Brunn*	Nittendorf, M	Wenzenbach
Deuerling*	Obertraubling	Wiesent
Donaustauf, M*	Pentling	Wörth a.d.Donau, St*
Duggendorf*	Pettendorf	Wolfsegg*
Hagelstadt	Pfakofen*	Zeitlarn
Hemau, St	Pfatter	

Verwaltungsgemeinschaften (7)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (19)*
Alteglofsheim	Alteglofsheim	Alteglofsheim Pfakofen
Donaustauf	Donaustauf	Altenthann Bach a.d.Donau Donaustauf, M
Kallmünz	Kallmünz	Duggendorf Holzheim a.Forst Kallmünz, M
Laaber	Laaber	Brunn Deuerling Laaber, M
Pielenhofen-Wolfsegg	Wolfsegg	Pielenhofen Wolfsegg
Sünching	Sünching	Aufhausen Mötzing Riekofen Sünching
Wörth a.d.Donau	Wörth a.d.Donau	Brennberg Wörth a.d.Donau, St

Gemeindefreie Gebiete (2)

Forstmühler Forst
Kreuther Forst

Landkreis Schwandorf

Gemeinden (33)

Altendorf*	Neunburg vorm Wald, St	Stadlern*
Bodenwöhr	Niedermurach*	Steinberg am See*
Bruck i.d.OPf., M	Nittenau, St	Stulln*
Burglengenfeld, St	Oberviechtach, St	Teublitz, St
Dieterskirchen*	Pfreimd, St*	Teunz*
Fensterbach	Schmidgaden	Thanstein*
Gleiritsch*	Schönsee, St*	Trausnitz*
Guteneck*	Schwandorf, GKSt	Wackersdorf*
Maxhütte-Haidhof, St	Schwarzach b.Nabburg*	Weiding*
Nabburg, St*	Schwarzenfeld, M*	Wernberg-Köblitz, M
Neukirchen-Balbini, M*	Schwarzhofen, M*	Winklarn, M*

Verwaltungsgemeinschaften (7)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (21)*
Nabburg	Nabburg	Altendorf Guteneck Nabburg, St
Neunburg vorm Wald	Neunburg vorm Wald	Dieterskirchen Neukirchen-Balbini, M Schwarzhofen, M Thanstein
Oberviechtach	Oberviechtach	Gleiritsch Niedermurach Teunz Winklarn, M
Pfreimd	Pfreimd	Pfreimd, St Trausnitz
Schönsee	Schönsee	Schönsee, St Stadlern Weiding
Schwarzenfeld	Schwarzenfeld	Schwarzach b.Nabburg Schwarzenfeld, M Stulln
Wackersdorf	Wackersdorf	Steinberg am See Wackersdorf

Gemeindefreies Gebiet (1)

Wolferlohe

Landkreis Tirschenreuth

Gemeinden (26)

Bärnau, St
Brand*
Ebnath*
Erbendorf, St
Falkenberg, M*
Friedenfels
Fuchsmühl, M
Immenreuth
Kastl*
Kemnath, St*
Konnersreuth, M
Krummennaab*
Kulmain
Leonberg*
Mähring, M
Mitterteich, St*
Neualbenreuth, M
Neusorg*
Pechbrunn*
Plößberg, M
Pullenreuth*
Reuth b.Erbendorf*
Tirschenreuth, St
Waldershof, St
Waldsassen, St
Wiesau, M*

Verwaltungsgemeinschaften (5)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (13)*
Kemnath	Kemnath	Kastl Kemnath, St
Krummennaab	Krummennaab	Krummennaab Reuth b.Erbendorf
Mitterteich	Mitterteich	Leonberg Mitterteich, St Pechbrunn
Neusorg	Neusorg	Brand Ebnath Neusorg Pullenreuth
Wiesau	Wiesau	Falkenberg, M Wiesau, M

Regierungsbezirk Oberfranken

4 kreisfreie Gemeinden
9 Landkreise
210 kreisangehörige Gemeinden
davon
5 Große Kreisstädte
89 Mitgliedsgemeinden in
34 Verwaltungsgemeinschaften
44 gemeindefreie Gebiete

Kreisfreie Städte

Bamberg
Bayreuth
Coburg
Hof

Landkreise

Landkreis Bamberg

Gemeinden (36)

Altendorf	Heiligenstadt i.OFr., M	Rattelsdorf, M
Baunach, St*	Hirschaid, M	Reckendorf*
Bischberg	Kemmern	Scheßlitz, St
Breitengüßbach	Königsfeld*	Schlüsselfeld, St
Burgebrach, M*	Lauter*	Schönbrunn i.Steigerwald*
Burgwindheim, M*	Lisberg*	Stadelhofen*
Buttenheim, M	Litzendorf	Stegaurach
Ebrach, M*	Memmelsdorf	Strullendorf
Frensdorf	Oberhaid	Viereth-Trunstadt
Gerach*	Pettstadt	Walsdorf
Gundelsheim	Pommersfelden	Wattendorf*
Hallstadt, St	Priesendorf*	Zapfendorf, M

Verwaltungsgemeinschaften (5)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (13)*
Baunach	Baunach	Baunach, St Gerach Lauter Reckendorf
Burgebrach	Burgebrach	Burgebrach, M Schönbrunn i.Steigerwald
Ebrach	Ebrach	Burgwindheim, M Ebrach, M
Lisberg	Lisberg	Lisberg Priesendorf
Steinfeld	Stadelhofen	Königsfeld Stadelhofen Wattendorf

Gemeindefreie Gebiete (10)

Ebracher Forst	Koppenwinder Forst	Winklhofer Forst
Eichwald	Lindach	Zückshuter Forst
Geisberger Forst	Semberg	
Hauptsmoor	Steinachsrangen	

Landkreis Bayreuth

Gemeinden (33)

Ahorntal	Gesees*	Pegnitz, St
Aufseß*	Glashütten*	Plankenfels*
Bad Berneck i.Fichtelgebirge, St	Goldkronach, St	Plech, M*
Betzenstein, St*	Haag*	Pottenstein, St
Bindlach	Heinersreuth	Prebitz*
Bischofsgrün	Hollfeld, St*	Schnabelwaid, M*
Creußen, St*	Hummeltal*	Seybothenreuth*
Eckersdorf	Kirchenpingarten*	Speichersdorf
Emtmannsberg*	Mehlmeisel	Waischenfeld, St
Fichtelberg	Mistelbach*	Warmensteinach
Gefrees, St	Mistelgau*	Weidenberg, M*

Verwaltungsgemeinschaften (6)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (18)*
Betzenstein	Betzenstein	Betzenstein, St Plech, M
Creußen	Creußen	Creußen, St Haag Prebitz Schnabelwaid, M
Hollfeld	Hollfeld	Aufseß Hollfeld, St Plankenfels
Mistelbach	Mistelbach	Gesees Hummeltal Mistelbach
Mistelgau	Mistelgau	Glashütten Mistelgau
Weidenberg	Weidenberg	Emtmannsberg Kirchenpingarten Seybothenreuth Weidenberg, M

Gemeindefreie Gebiete (14)

Bischofsgrüner Forst	Heinersreuther Forst	Prüll
Fichtelberg	Langweiler Wald	Veldensteiner Forst
Forst Neustädtlein a.Forst	Lindenhardter Forst-Nordwest	Waidacher Forst
Glashüttener Forst	Lindenhardter Forst-Südost	Warmensteinacher Forst-Nord
Goldkronacher Forst	Neubauer Forst-Nord	

Landkreis Coburg

Gemeinden (17)

Ahorn
Bad Rodach, St
Dörfles-Esbach
Ebersdorf b.Coburg
Großheirath
Grub a.Forst*
Itzgrund
Lautertal
Meeder
Neustadt b.Coburg, GKSt
Niederfüllbach*
Rödental, St
Seßlach, St
Sonnefeld
Untersiemau
Weidhausen b.Coburg
Weitramsdorf

Verwaltungsgemeinschaft (1)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (2)*
Grub a.Forst	Grub a.Forst	Grub a.Forst Niederfüllbach

Gemeindefreie Gebiete (3)

Callenberger Forst-West
Gellnhausen
Köllnholz

Landkreis Forchheim

Gemeinden (29)

Dormitz*
Ebermannstadt, St*
Effeltrich*
Eggolsheim, M
Egloffstein, M
Forchheim, GKSt
Gößweinstein, M
Gräfenberg, St*
Hallerndorf
Hausen
Heroldsbach
Hetzles*
Hiltpoltstein, M*
Igensdorf, M
Kirchehrenbach*
Kleinsendelbach*
Kunreuth*
Langensendelbach
Leutenbach*
Neunkirchen a.Brand, M
Obertrubach
Pinzberg*
Poxdorf*
Pretzfeld, M
Unterleinleiter*
Weilersbach*
Weißenohe*
Wiesenthau*
Wiesenttal, M

Verwaltungsgemeinschaften (6)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (16)*
Dormitz	Dormitz	Dormitz Hetzles Kleinsendelbach
Ebermannstadt	Ebermannstadt	Ebermannstadt, St Unterleinleiter
Effeltrich	Effeltrich	Effeltrich Poxdorf
Gosberg	Pinzberg	Kunreuth Pinzberg Wiesenthau
Gräfenberg	Gräfenberg	Gräfenberg, St Hiltpoltstein, M Weißenohe

Kirchehrenbach	Kirchehrenbach	Kirchehrenbach Leutenbach Weilersbach

Landkreis Hof

Gemeinden (27)

Bad Steben, M	Konradsreuth	Schwarzenbach a.d.Saale, St
Berg	Leupoldsgrün*	Schwarzenbach a.Wald, St
Döhlau	Lichtenberg, St*	Selbitz, St
Feilitzsch*	Münchberg, St	Sparneck, M*
Gattendorf*	Naila, St	Stammbach, M
Geroldsgrün	Oberkotzau, M	Töpen*
Helmbrechts, St	Regnitzlosau	Trogen*
Issigau*	Rehau, St	Weißdorf*
Köditz	Schauenstein, St*	Zell im Fichtelgebirge, M

Verwaltungsgemeinschaften (4)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (10)*
Feilitzsch	Feilitzsch	Feilitzsch Gattendorf Töpen Trogen
Lichtenberg	Lichtenberg	Issigau Lichtenberg, St
Schauenstein	Schauenstein	Leupoldsgrün Schauenstein, St
Sparneck	Sparneck	Sparneck, M Weißdorf

Gemeindefreie Gebiete (4)

Forst Schwarzenbach a.Wald
Gerlaser Forst
Geroldsgrüner Forst
Martinlamitzer Forst-Nord

Landkreis Kronach

Gemeinden (18)

Kronach, St
Küps, M
Ludwigsstadt, St
Marktrodach, M
Mitwitz, M*
Nordhalben, M
Pressig, M
Reichenbach*
Schneckenlohe*
Steinbach a.Wald
Steinwiesen, M
Stockheim
Tettau, M
Teuschnitz, St*
Tschirn*
Wallenfels, St
Weißenbrunn
Wilhelmsthal

Verwaltungsgemeinschaften (2)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (5)*
Mitwitz	Mitwitz	Mitwitz, M Schneckenlohe
Teuschnitz	Teuschnitz	Reichenbach Teuschnitz, St Tschirn

Gemeindefreie Gebiete (2)

Birnbaum
Langenbacher Forst

Landkreis Kulmbach

Gemeinden (22)

Grafengehaig, M*
Guttenberg*
Harsdorf*
Himmelkron
Kasendorf, M*
Ködnitz*
Kulmbach, GKSt
Kupferberg, St*
Ludwigschorgast, M*
Mainleus, M
Marktleugast, M*
Marktschorgast, M
Neudrossenfeld
Neuenmarkt
Presseck, M
Rugendorf*
Stadtsteinach, St*
Thurnau, M
Trebgast*
Untersteinach*
Wirsberg, M
Wonsees, M*

Verwaltungsgemeinschaften (5)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (13)*
Kasendorf	Kasendorf	Kasendorf, M Wonsees, M
Marktleugast	Marktleugast	Grafengehaig, M Marktleugast, M
Stadtsteinach	Stadtsteinach	Rugendorf Stadtsteinach, St
Trebgast	Trebgast	Harsdorf Ködnitz Trebgast
Untersteinach	Untersteinach	Guttenberg Kupferberg, St Ludwigschorgast, M Untersteinach

Landkreis Lichtenfels

Gemeinden (11)

Altenkunstadt	Hochstadt a.Main*	Michelau i.OFr.
Bad Staffelstein, St	Lichtenfels, St	Redwitz a.d.Rodach*
Burgkunstadt, St	Marktgraitz, M*	Weismain, St
Ebensfeld, M	Marktzeuln, M*	

Verwaltungsgemeinschaften (2)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (4)*
Hochstadt-Marktzeuln	Marktzeuln	Hochstadt a.Main Marktzeuln, M
Redwitz a.d.Rodach	Redwitz a.d.Rodach	Marktgraitz, M Redwitz a.d.Rodach

Gemeindefreie Gebiete (2)

Breitengüßbacher Forst
Neuensorger Forst

Landkreis Wunsiedel i.Fichtelgebirge, Sitz: Wunsiedel

Gemeinden (17)

Arzberg, St	Marktredwitz, GKSt	Thiersheim, M*
Bad Alexandersbad*	Nagel*	Thierstein, M*
Höchstädt i.Fichtelgebirge*	Röslau	Tröstau*
Hohenberg a.d.Eger, St*	Schirnding, M*	Weißenstadt, St
Kirchenlamitz, St	Schönwald, St	Wunsiedel, St
Marktleuthen, St	Selb, GKSt	

Verwaltungsgemeinschaften (3)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (8)*
Schirnding	Schirnding	Hohenberg a.d.Eger, St Schirnding, M
Thiersheim	Thiersheim	Höchstädt i.Fichtelgebirge Thiersheim, M Thierstein, M
Tröstau	Tröstau	Bad Alexandersbad Nagel Tröstau

Gemeindefreie Gebiete (9)

Kaiserhammer Forst-Ost	Neubauer Forst-Süd	Vordorfer Forst
Martinlamitzer Forst-Süd	Tröstauer Forst-Ost	Weißenstadter Forst-Nord
Meierhöfer Seite	Tröstauer Forst-West	Weißenstadter Forst-Süd

Regierungsbezirk Mittelfranken

5 kreisfreie Gemeinden
7 Landkreise
205 kreisangehörige Gemeinden
davon
3 Große Kreisstädte
104 Mitgliedsgemeinden in
29 Verwaltungsgemeinschaften
31 gemeindefreie Gebiete

Kreisfreie Städte

Ansbach
Erlangen
Fürth
Nürnberg
Schwabach

Landkreise

Landkreis Ansbach

Gemeinden (58)

Adelshofen*
Arberg, M
Aurach
Bechhofen, M
Bruckberg*
Buch a.Wald*
Burgoberbach
Burk*
Colmberg, M
Dentlein a.Forst, M*
Diebach*
Dietenhofen, M
Dinkelsbühl, GKSt
Dombühl, M*
Dürrwangen, M
Ehingen*
Feuchtwangen, St
Flachslanden, M
Gebsattel*
Gerolfingen*
Geslau*
Heilsbronn, St
Herrieden, St
Insingen*
Langfurth
Lehrberg, M
Leutershausen, St
Lichtenau, M
Merkendorf, St
Mitteleschenbach*
Mönchsroth*
Neuendettelsau
Neusitz*
Oberdachstetten
Ohrenbach*
Ornbau, St*
Petersaurach
Röckingen*
Rothenburg ob der Tauber, GKSt
Rügland*
Sachsen b.Ansbach
Schillingsfürst, St*
Schnelldorf
Schopfloch, M
Steinsfeld*
Unterschwaningen*
Wassertrüdingen, St
Weidenbach, M*
Weihenzell*
Weiltingen, M*
Wettringen*
Wieseth*
Wilburgstetten*
Windelsbach*
Windsbach, St
Wittelshofen*
Wörnitz*
Wolframs-Eschenbach, St*

Verwaltungsgemeinschaften (8)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (32)*
Dentlein a.Forst	Dentlein a.Forst	Burk Dentlein a.Forst, M Wieseth
Hesselberg	Ehingen	Ehingen Gerolfingen Röckingen Unterschwaningen Wittelshofen
Rothenburg ob der Tauber	Rothenburg ob der Tauber	Adelshofen Gebsattel Geslau Insingen Neusitz Ohrenbach Steinsfeld Windelsbach
Schillingsfürst	Schillingsfürst	Buch a.Wald Diebach Dombühl, M Schillingsfürst, St Wettringen Wörnitz
Triesdorf	Weidenbach	Ornbau, St Weidenbach, M
Weihenzell	Weihenzell	Bruckberg Rügland Weihenzell
Wilburgstetten	Wilburgstetten	Mönchsroth Weiltingen, M Wilburgstetten
Wolframs-Eschenbach	Wolframs-Eschenbach	Mitteleschenbach Wolframs-Eschenbach, St

Gemeindefreies Gebiet (1)

Unterer Wald

Landkreis Erlangen-Höchstadt, Sitz: Erlangen

Gemeinden (25)

Adelsdorf	Heroldsberg, M	Oberreichenbach*
Aurachtal*	Herzogenaurach, St	Röttenbach
Baiersdorf, St	Heßdorf*	Spardorf*
Bubenreuth	Höchstadt a.d.Aisch, St	Uttenreuth*
Buckenhof*	Kalchreuth	Vestenbergsgreuth, M*
Eckental, M	Lonnerstadt, M*	Wachenroth, M
Gremsdorf*	Marloffstein*	Weisendorf, M
Großenseebach*	Möhrendorf	
Hemhofen	Mühlhausen, M*	

Verwaltungsgemeinschaften (4)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (12)*
Aurachtal	Aurachtal	Aurachtal Oberreichenbach
Heßdorf	Heßdorf	Großenseebach Heßdorf
Höchstadt a.d.Aisch	Höchstadt a.d.Aisch	Gremsdorf Lonnerstadt, M Mühlhausen, M Vestenbergsgreuth, M
Uttenreuth	Uttenreuth	Buckenhof Marloffstein Spardorf Uttenreuth

Gemeindefreie Gebiete (10)

Birkach	Forst Tennenlohe	Mark
Buckenhofer Forst	Geschaidt	Neunhofer Forst
Dormitzer Forst	Kalchreuther Forst	
Erlenstegener Forst	Kraftshofer Forst	

Landkreis Fürth

Gemeinden (14)

Ammerndorf, M	Obermichelbach*	Tuchenbach*
Cadolzburg, M	Puschendorf	Veitsbronn*
Großhabersdorf	Roßtal, M	Wilhermsdorf, M
Langenzenn, St	Seukendorf*	Zirndorf, St
Oberasbach, St	Stein, St	

Verwaltungsgemeinschaften (2)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (4)*
Obermichelbach-Tuchenbach	Obermichelbach	Obermichelbach Tuchenbach
Veitsbronn	Veitsbronn	Seukendorf Veitsbronn

Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim, Sitz: Neustadt a.d.Aisch

Gemeinden (38)

Bad Windsheim, St
Baudenbach, M*
Burgbernheim, St*
Burghaslach, M
Dachsbach, M*
Diespeck*
Dietersheim
Emskirchen, M
Ergersheim*
Gallmersgarten*
Gerhardshofen*
Gollhofen*
Gutenstetten*
Hagenbüchach*
Hemmersheim*
Illesheim*
Ippesheim, M*
Ipsheim, M
Langenfeld*
Marktbergel, M*
Markt Bibart, M*
Markt Erlbach, M
Markt Nordheim, M*
Markt Taschendorf, M*
Münchsteinach*
Neuhof a.d.Zenn, M*
Neustadt a.d.Aisch, St
Oberickelsheim*
Obernzenn, M
Oberscheinfeld, M*
Scheinfeld, St*
Simmershofen*
Sugenheim, M*
Trautskirchen*
Uehlfeld, M*
Uffenheim, St*
Weigenheim*
Wilhelmsdorf*

Verwaltungsgemeinschaften (7)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (30)*
Burgbernheim	Burgbernheim	Burgbernheim, St Gallmersgarten Illesheim Marktbergel, M
Diespeck	Diespeck	Baudenbach, M Diespeck Gutenstetten Münchsteinach
Hagenbüchach- Wilhelmsdorf	Wilhelmsdorf	Hagenbüchach Wilhelmsdorf
Neuhof a.d.Zenn	Neuhof a.d.Zenn	Neuhof a.d.Zenn, M Trautskirchen
Scheinfeld	Scheinfeld	Langenfeld Markt Bibart, M Markt Taschendorf, M Oberscheinfeld, M Scheinfeld, St Sugenheim, M
Uehlfeld	Uehlfeld	Dachsbach, M Gerhardshofen Uehlfeld, M
Uffenheim	Uffenheim	Ergersheim Gollhofen Hemmersheim Ippesheim, M Markt Nordheim, M Oberickelsheim Simmershofen Uffenheim, St Weigenheim

Gemeindefreies Gebiet (1)

Osing

Landkreis Nürnberger Land, Sitz: Lauf a.d.Pegnitz

Gemeinden (27)

Alfeld*
Altdorf b.Nürnberg, St
Burgthann
Engelthal*
Feucht, M
Happurg*
Hartenstein*
Henfenfeld*
Hersbruck, St
Kirchensittenbach
Lauf a.d.Pegnitz, St
Leinburg
Neuhaus a.d.Pegnitz, M
Neunkirchen a.Sand
Offenhausen*
Ottensoos
Pommelsbrunn
Reichenschwand
Röthenbach a.d.Pegnitz, St
Rückersdorf
Schnaittach, M
Schwaig b.Nürnberg
Schwarzenbruck
Simmelsdorf
Velden, St*
Vorra*
Winkelhaid

Verwaltungsgemeinschaften (3)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (8)*
Happurg	Happurg	Alfeld Happurg
Henfenfeld	Henfenfeld	Engelthal Henfenfeld Offenhausen
Velden	Velden	Hartenstein Velden, St Vorra

Gemeindefreie Gebiete (14)

Behringersdorfer Forst
Brunn
Engelthaler Forst
Feuchter Forst
Fischbach
Forsthof
Günthersbühler Forst
Haimendorfer Forst
Laufamholzer Forst
Leinburg
Rückersdorfer Forst
Schönberg
Winkelhaid
Zerzabelshofer Forst

Landkreis Roth

Gemeinden (16)

Abenberg, St
Allersberg, M
Büchenbach
Georgensgmünd
Greding, St
Heideck, St
Hilpoltstein, St
Kammerstein
Rednitzhembach
Röttenbach
Rohr
Roth, St
Schwanstetten, M
Spalt, St
Thalmässing, M
Wendelstein, M

Gemeindefreie Gebiete (5)

Abenberger Wald
Dechenwald
Forst Kleinschwarzenlohe
Heidenberg
Soos

Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, Sitz: Weißenburg i.Bay.

Gemeinden (27)

Absberg, M*	Haundorf*	Pfofeld*
Alesheim*	Heidenheim, M*	Pleinfeld, M
Bergen*	Höttingen*	Polsingen
Burgsalach*	Langenaltheim	Raitenbuch*
Dittenheim*	Markt Berolzheim, M*	Solnhofen
Ellingen, St*	Meinheim*	Theilenhofen*
Ettenstatt*	Muhr a.See	Treuchtlingen, St
Gnotzheim, M*	Nennslingen, M*	Weißenburg i.Bay., GKSt
Gunzenhausen, St	Pappenheim, St	Westheim*

Verwaltungsgemeinschaften (5)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (18)*
Altmühltal	Meinheim	Alesheim Dittenheim Markt Berolzheim, M Meinheim
Ellingen	Ellingen	Ellingen, St Ettenstatt Höttingen
Gunzenhausen	Gunzenhausen	Absberg, M Haundorf Pfofeld Theilenhofen
Hahnenkamm	Heidenheim	Gnotzheim, M Heidenheim, M Westheim
Nennslingen	Nennslingen	Bergen Burgsalach Nennslingen, M Raitenbuch

Regierungsbezirk Unterfranken

3	kreisfreie Gemeinden
9	Landkreise
305	kreisangehörige Gemeinden
	davon
2	Große Kreisstädte
179	Mitgliedsgemeinden in
49	Verwaltungsgemeinschaften
52	gemeindefreie Gebiete

Kreisfreie Städte

Aschaffenburg
Schweinfurt
Würzburg

Landkreise

Landkreis Aschaffenburg

Gemeinden (32)

Alzenau, St	Heinrichsthal*	Mömbris, M
Bessenbach	Hösbach, M	Rothenbuch
Blankenbach*	Johannesberg	Sailauf
Dammbach*	Kahl a.Main	Schöllkrippen, M*
Geiselbach	Karlstein a.Main	Sommerkahl*
Glattbach	Kleinkahl*	Stockstadt a.Main, M
Goldbach, M	Kleinostheim	Waldaschaff
Großostheim, M	Krombach*	Weibersbrunn
Haibach	Laufach	Westerngrund*
Heigenbrücken*	Mainaschaff	Wiesen*
Heimbuchenthal*	Mespelbrunn*	

Verwaltungsgemeinschaften (3)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (12)*
Heigenbrücken	Heigenbrücken	Heigenbrücken Heinrichsthal
Mespelbrunn	Heimbuchenthal	Dammbach Heimbuchenthal Mespelbrunn
Schöllkrippen	Schöllkrippen	Blankenbach Kleinkahl Krombach Schöllkrippen, M Sommerkahl Westerngrund Wiesen

Gemeindefreie Gebiete (9)

Forst Hain i.Spessart	Rohrbrunner Forst	Schöllkrippener Forst
Heinrichsthaler Forst	Rothenbucher Forst	Waldaschaffer Forst
Huckelheimer Wald	Sailaufer Forst	Wiesener Forst

Landkreis Bad Kissingen

Gemeinden (26)

Aura a.d.Saale*	Hammelburg, St	Rannungen*
Bad Bocklet, M	Maßbach, M*	Riedenberg*
Bad Brückenau, St	Motten	Schondra, M*
Bad Kissingen, GKSt	Münnerstadt, St	Sulzthal, M*
Burkardroth, M	Nüdlingen	Thundorf i.UFr.*
Elfershausen, M*	Oberleichtersbach*	Wartmannsroth
Euerdorf, M*	Oberthulba, M	Wildflecken, M
Fuchsstadt*	Oerlenbach	Zeitlofs, M
Geroda, M*	Ramsthal*	

Verwaltungsgemeinschaften (4)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (13)*
Bad Brückenau	Bad Brückenau	Geroda, M Oberleichtersbach Riedenberg Schondra, M
Elfershausen	Elfershausen	Elfershausen, M Fuchsstadt
Euerdorf	Euerdorf	Aura a.d.Saale Euerdorf, M Ramsthal Sulzthal, M
Maßbach	Maßbach	Maßbach, M Rannungen Thundorf i.UFr.

Gemeindefreie Gebiete (13)

Dreistelzer Forst	Kälberberg	Römershager Forst-Ost
Forst Detter-Süd	Mottener Forst-Süd	Roßbacher Forst
Geiersnest-Ost	Neuwirtshauser Forst	Waldfensterer Forst
Geiersnest-West	Omerz u. Roter Berg	
Großer Auersberg	Römershager Forst-Nord	

Landkreis Haßberge, Sitz: Haßfurt

Gemeinden (26)

Aidhausen*	Haßfurt, St	Rentweinsdorf, M*
Breitbrunn*	Hofheim i.UFr., St*	Riedbach*
Bundorf*	Kirchlauter*	Sand a.Main
Burgpreppach, M*	Knetzgau	Stettfeld*
Ebelsbach*	Königsberg i.Bay., St	Theres*
Ebern, St*	Maroldsweisach, M	Untermerzbach
Eltmann, St	Oberaurach	Wonfurt*
Ermershausen*	Pfarrweisach*	Zeil a.Main, St
Gädheim*	Rauhenebrach	

Verwaltungsgemeinschaften (4)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (16)*
Ebelsbach	Ebelsbach	Breitbrunn Ebelsbach Kirchlauter Stettfeld
Ebern	Ebern	Ebern, St Pfarrweisach Rentweinsdorf, M
Hofheim i.UFr.	Hofheim i.UFr.	Aidhausen Bundorf Burgpreppach, M Ermershausen Hofheim i.UFr., St Riedbach
Theres	Theres	Gädheim Theres Wonfurt

Landkreis Kitzingen

Gemeinden (31)

Abtswind, M*	Mainbernheim, St	Schwarzach a.Main, M
Albertshofen*	Mainstockheim*	Segnitz*
Biebelried*	Marktbreit, St*	Seinsheim, M*
Buchbrunn*	Markt Einersheim, M*	Sommerach*
Castell*	Marktsteft, St*	Sulzfeld a.Main*
Dettelbach, St	Martinsheim*	Volkach, St*
Geiselwind, M	Nordheim a.Main*	Wiesenbronn*
Großlangheim, M*	Obernbreit, M*	Wiesentheid, M*
lphofen, St*	Prichsenstadt, St	Willanzheim, M*
Kitzingen, GKSt	Rödelsee*	
Kleinlangheim, M*	Rüdenhausen, M*	

Verwaltungsgemeinschaften (6)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (25)*
Großlangheim	Großlangheim	Großlangheim, M Kleinlangheim, M Wiesenbronn
Iphofen	Iphofen	Iphofen, St Markt Einersheim, M Rödelsee Willanzheim, M
Kitzingen	Kitzingen	Albertshofen Biebelried Buchbrunn Mainstockheim Sulzfeld a.Main
Marktbreit	Marktbreit	Marktbreit, St Marktsteft, St Martinsheim Obernbreit, M Segnitz Seinsheim, M
Volkach	Volkach	Nordheim a.Main Sommerach Volkach, St
Wiesentheid	Wiesentheid	Abtswind, M Castell Rüdenhausen, M Wiesentheid, M

Landkreis Main-Spessart, Sitz: Karlstadt

Gemeinden (40)

Arnstein, St	Hasloch*	Rechtenbach*
Aura i.Sinngrund*	Himmelstadt*	Retzstadt*
Birkenfeld*	Karbach, M*	Rieneck, St
Bischbrunn*	Karlstadt, St	Roden*
Burgsinn, M*	Karsbach*	Rothenfels, St*
Erlenbach b.Marktheidenfeld*	Kreuzwertheim, M*	Schollbrunn*
Esselbach*	Lohr a.Main, St	Steinfeld*
Eußenheim	Marktheidenfeld, St	Thüngen, M*
Fellen*	Mittelsinn*	Triefenstein, M
Frammersbach, M	Neuendorf*	Urspringen*
Gemünden a.Main, St	Neuhütten*	Wiesthal*
Gössenheim*	Neustadt a.Main*	Zellingen, M*
Gräfendorf*	Obersinn, M*	
Hafenlohr*	Partenstein*	

Verwaltungsgemeinschaften (7)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (31)*
Burgsinn	Burgsinn	Aura i.Sinngrund Burgsinn, M Fellen Mittelsinn Obersinn, M
Gemünden a.Main	Gemünden a.Main	Gössenheim Gräfendorf Karsbach
Kreuzwertheim	Kreuzwertheim	Hasloch Kreuzwertheim, M Schollbrunn
Lohr a.Main	Lohr a.Main	Neuendorf Neustadt a.Main Rechtenbach Steinfeld
Marktheidenfeld	Marktheidenfeld	Birkenfeld Bischbrunn Erlenbach b.Marktheidenfeld Esselbach Hafenlohr Karbach, M Roden Rothenfels, St Urspringen
Partenstein	Partenstein	Neuhütten Partenstein Wiesthal
Zellingen	Zellingen	Himmelstadt Retzstadt Thüngen, M Zellingen, M

Gemeindefreie Gebiete (10)

Burgjoß
Forst Aura
Forst Lohrerstraße
Frammersbacher Forst
Fürstl. Löwenstein'scher Park
Haurain
Herrnwald
Langenprozeltener Forst
Partensteiner Forst
Ruppertshüttener Forst

Landkreis Miltenberg

Gemeinden (32)

Altenbuch*
Amorbach, St
Bürgstadt, M*
Collenberg
Dorfprozelten
Eichenbühl
Elsenfeld, M
Erlenbach a.Main, St
Eschau, M
Faulbach
Großheubach, M
Großwallstadt
Hausen*
Kirchzell, M
Kleinheubach, M*
Kleinwallstadt, M*
Klingenberg a.Main, St
Laudenbach*
Leidersbach
Miltenberg, St
Mömlingen
Mönchberg, M*
Neunkirchen*
Niedernberg
Obernburg a.Main, St
Röllbach*
Rüdenau*
Schneeberg, M
Stadtprozelten, St*
Sulzbach a.Main, M
Weilbach, M
Wörth a.Main, St

Verwaltungsgemeinschaften (5)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (11)*
Erftal	Bürgstadt	Bürgstadt, M Neunkirchen
Kleinheubach	Kleinheubach	Kleinheubach, M Laudenbach Rüdenau
Kleinwallstadt	Kleinwallstadt	Hausen Kleinwallstadt, M
Mönchberg	Mönchberg	Mönchberg, M Röllbach
Stadtprozelten	Stadtprozelten	Altenbuch Stadtprozelten, St

Gemeindefreie Gebiete (2)

Forstwald
Hohe Wart

Landkreis Rhön-Grabfeld, Sitz: Bad Neustadt a.d.Saale

Gemeinden (37)

Aubstadt*	Höchheim*	Schönau a.d.Brend*
Bad Königshofen i.Grabfeld, St	Hohenroth*	Sondheim v.d.Rhön*
Bad Neustadt a.d.Saale, St	Hollstadt*	Stockheim*
Bastheim	Mellrichstadt, St*	Strahlungen*
Bischofsheim a.d.Rhön, St	Niederlauer*	Sulzdorf a.d.Lederhecke*
Burglauer*	Nordheim v.d.Rhön*	Sulzfeld*
Fladungen, St*	Oberelsbach, M	Trappstadt, M*
Großbardorf*	Oberstreu*	Unsleben*
Großeibstadt*	Ostheim v.d.Rhön, St*	Willmars*
Hausen*	Rödelmaier*	Wollbach*
Hendungen*	Saal a.d.Saale, M*	Wülfershausen a.d.Saale*
Herbstadt*	Salz*	
Heustreu*	Sandberg	

Verwaltungsgemeinschaften (7)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (31)*
Bad Königshofen i.Grabfeld	Bad Königshofen i.Grabfeld	Aubstadt Großbardorf Herbstadt Höchheim Sulzdorf a.d.Lederhecke Sulzfeld Trappstadt, M
Bad Neustadt a.d.Saale	Bad Neustadt a.d.Saale	Burglauer Hohenroth Niederlauer Rödelmaier Salz Schönau a.d.Brend Strahlungen
Fladungen	Fladungen	Fladungen, St Hausen Nordheim v.d.Rhön
Heustreu	Heustreu	Heustreu Hollstadt Unsleben Wollbach
Mellrichstadt	Mellrichstadt	Hendungen Mellrichstadt, St Oberstreu Stockheim
Ostheim v.d.Rhön	Ostheim v.d.Rhön	Ostheim v.d.Rhön, St Sondheim v.d.Rhön Willmars
Saal a.d.Saale	Saal a.d.Saale	Großeibstadt Saal a.d.Saale, M Wülfershausen a.d.Saale

Gemeindefreie Gebiete (8)

Bundorfer Forst	Forst Schmalwasser-Süd	Sulzfelder Forst
Burgwallbacher Forst	Mellrichstadter Forst	Weigler
Forst Schmalwasser-Nord	Steinacher Forst a.d.Saale	

Landkreis Schweinfurt

Gemeinden (29)

Bergrheinfeld	Grettstadt	Schwebheim
Dingolshausen*	Kolitzheim	Sennfeld
Dittelbrunn	Lülsfeld*	Stadtlauringen, M
Donnersdorf*	Michelau i.Steigerwald*	Sulzheim*
Euerbach	Niederwerrn	Üchtelhausen
Frankenwinheim*	Oberschwarzach, M*	Waigolshausen
Geldersheim	Poppenhausen	Wasserlosen
Gerolzhofen, St*	Röthlein	Werneck, M
Gochsheim	Schonungen	Wipfeld*
Grafenrheinfeld	Schwanfeld*	

Verwaltungsgemeinschaften (2)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (10)*
Gerolzhofen	Gerolzhofen	Dingolshausen Donnersdorf Frankenwinheim Gerolzhofen, St Lülsfeld Michelau i.Steigerwald Oberschwarzach, M Sulzheim
Schwanfeld	Schwanfeld	Schwanfeld Wipfeld

Gemeindefreie Gebiete (7)

Bürgerwald	Nonnenkloster	Wustvieler Forst
Geiersberg	Stollbergerforst	
Hundelshausen	Vollburg	

Landkreis Würzburg

Gemeinden (52)

Altertheim*	Hausen b.Würzburg	Riedenheim*
Aub, St*	Helmstadt, M*	Rimpar, M
Bergtheim*	Hettstadt*	Röttingen, St*
Bieberehren*	Höchberg, M	Rottendorf
Bütthard, M*	Holzkirchen*	Sommerhausen, M*
Eibelstadt, St*	Kirchheim*	Sonderhofen*
Eisenheim, M*	Kist*	Tauberrettersheim*
Eisingen	Kleinrinderfeld	Theilheim
Erlabrunn*	Kürnach	Thüngersheim
Estenfeld*	Leinach	Uettingen*
Frickenhausen a.Main, M*	Margetshöchheim*	Unterpleichfeld
Gaukönigshofen	Neubrunn, M	Veitshöchheim
Gelchsheim, M*	Oberpleichfeld*	Waldbrunn
Gerbrunn	Ochsenfurt, St	Waldbüttelbrunn
Geroldshausen*	Prosselsheim*	Winterhausen, M*
Giebelstadt, M*	Randersacker, M	Zell a.Main, M
Greußenheim*	Reichenberg, M	
Güntersleben	Remlingen, M*	

Verwaltungsgemeinschaften (11)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (30)*
Aub	Aub	Aub, St Gelchsheim, M Sonderhofen
Bergtheim	Bergtheim	Bergtheim Oberpleichfeld
Eibelstadt	Eibelstadt	Eibelstadt, St Frickenhausen a.Main, M Sommerhausen, M Winterhausen, M
Estenfeld	Estenfeld	Eisenheim, M Estenfeld Prosselsheim
Giebelstadt	Giebelstadt	Bütthard, M Giebelstadt, M
Helmstadt	Helmstadt	Helmstadt, M Holzkirchen Remlingen, M Uettingen
Hettstadt	Hettstadt	Greußenheim Hettstadt
Kirchheim	Kirchheim	Geroldshausen Kirchheim
Kist	Kist	Altertheim Kist
Margetshöchheim	Margetshöchheim	Erlabrunn Margetshöchheim
Röttingen	Röttingen	Bieberehren Riedenheim Röttingen, St Tauberrettersheim

Gemeindefreie Gebiete (3)

Gramschatzer Wald
Guttenberger Wald
Irtenberger Wald

Regierungsbezirk Schwaben

4	kreisfreie Gemeinden
10	Landkreise
336	kreisangehörige Gemeinden
	davon
6	Große Kreisstädte
222	Mitgliedsgemeinden in
60	Verwaltungsgemeinschaften
11	gemeindefreie Gebiete

Kreisfreie Städte

Augsburg
Kaufbeuren
Kempten (Allgäu)
Memmingen

Landkreise

Landkreis Aichach-Friedberg, Sitz: Aichach

Gemeinden (24)

Adelzhausen*	Hollenbach	Pöttmes, M*
Affing	Inchenhofen, M	Rehling
Aichach, St	Kissing	Ried
Aindling, M*	Kühbach, M*	Schiltberg*
Baar (Schwaben)*	Merching	Schmiechen*
Dasing*	Mering, M*	Sielenbach*
Eurasburg*	Obergriesbach*	Steindorf*
Friedberg, St	Petersdorf*	Todtenweis*

Verwaltungsgemeinschaften (5)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (15)*
Aindling	Aindling	Aindling, M Petersdorf Todtenweis
Dasing	Dasing	Adelzhausen Dasing Eurasburg Obergriesbach Sielenbach
Kühbach	Kühbach	Kühbach, M Schiltberg
Mering	Mering	Mering, M Schmiechen Steindorf
Pöttmes	Pöttmes	Baar (Schwaben) Pöttmes, M

Landkreis Augsburg

Gemeinden (46)

Adelsried
Allmannshofen*
Altenmünster
Aystetten
Biberbach, M
Bobingen, St
Bonstetten*
Diedorf, M
Dinkelscherben, M
Ehingen*
Ellgau*
Emersacker*
Fischach, M
Gablingen
Gersthofen, St
Gessertshausen*
Graben
Großaitingen*
Heretsried*
Hiltenfingen*
Horgau
Kleinaitingen*
Klosterlechfeld*
Königsbrunn, St
Kühlenthal*
Kutzenhausen
Langenneufnach*
Langerringen*
Langweid a.Lech
Meitingen, M
Mickhausen*
Mittelneufnach*
Neusäß, St
Nordendorf*
Oberottmarshausen*
Scherstetten*
Schwabmünchen, St
Stadtbergen, St
Thierhaupten, M
Untermeitingen*
Ustersbach*
Walkertshofen*
Wehringen
Welden, M*
Westendorf*
Zusmarshausen, M

Verwaltungsgemeinschaften (7)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (24)*
Gessertshausen	Gessertshausen	Gessertshausen Ustersbach
Großaitingen	Großaitingen	Großaitingen Kleinaitingen Oberottmarshausen
Langerringen	Langerringen	Hiltenfingen Langerringen
Lechfeld	Untermeitingen	Klosterlechfeld Untermeitingen
Nordendorf	Nordendorf	Allmannshofen Ehingen Ellgau Kühlenthal Nordendorf Westendorf
Stauden	Langenneufnach	Langenneufnach Mickhausen Mittelneufnach Scherstetten Walkertshofen
Welden	Welden	Bonstetten Emersacker Heretsried Welden, M

Gemeindefreies Gebiet (1)

Schmellerforst

Landkreis Dillingen a.d.Donau

Gemeinden (27)

Aislingen, M*	Glött*	Mödingen*
Bachhagel*	Gundelfingen a.d.Donau, St*	Schwenningen*
Bächingen a.d.Brenz*	Haunsheim*	Syrgenstein*
Binswangen*	Höchstädt a.d.Donau, St*	Villenbach*
Bissingen, M	Holzheim*	Wertingen, St*
Blindheim*	Laugna*	Wittislingen, M*
Buttenwiesen	Lauingen (Donau), St	Ziertheim*
Dillingen a.d.Donau, GKSt	Lutzingen*	Zöschingen*
Finningen*	Medlingen*	Zusamaltheim*

Verwaltungsgemeinschaften (6)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (23)*
Gundelfingen a.d.Donau	Gundelfingen a.d.Donau	Bächingen a.d.Brenz Gundelfingen a.d.Donau, St Haunsheim Medlingen
Höchstädt a.d.Donau	Höchstädt a.d.Donau	Blindheim Finningen Höchstädt a.d.Donau, St Lutzingen Schwenningen
Holzheim	Holzheim	Aislingen, M Glött Holzheim
Syrgenstein	Syrgenstein	Bachhagel Syrgenstein Zöschingen
Wertingen	Wertingen	Binswangen Laugna Villenbach Wertingen, St Zusamaltheim
Wittislingen	Wittislingen	Mödingen Wittislingen, M Ziertheim

Landkreis Donau-Ries, Sitz: Donauwörth

Gemeinden (44)

Alerheim*	Harburg (Schwaben), St	Niederschönenfeld*
Amerdingen*	Hohenaltheim*	Nördlingen, GKSt
Asbach-Bäumenheim	Holzheim*	Oberndorf a.Lech
Auhausen*	Huisheim*	Oettingen i.Bay., St*
Buchdorf*	Kaisheim, M	Otting*
Daiting*	Maihingen*	Rain, St*
Deiningen*	Marktoffingen*	Reimlingen*
Donauwörth, GKSt	Marxheim	Rögling*
Ederheim*	Megesheim*	Tagmersheim*
Ehingen a.Ries*	Mertingen	Tapfheim
Forheim*	Mönchsdeggingen*	Wallerstein, M*
Fremdingen	Möttingen	Wechingen*
Fünfstetten*	Monheim, St*	Wemding, St*
Genderkingen*	Münster*	Wolferstadt*
Hainsfarth*	Munningen*	

Verwaltungsgemeinschaften (6)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (33)*
Monheim	Monheim	Buchdorf Daiting Monheim, St Rögling Tagmersheim
Oettingen i.Bay.	Oettingen i.Bay.	Auhausen Ehingen a.Ries Hainsfarth Megesheim Munningen Oettingen i.Bay., St
Rain	Rain	Genderkingen Holzheim Münster Niederschönenfeld Rain, St
Ries	Nördlingen	Alerheim Amerdingen Deiningen Ederheim Forheim Hohenaltheim Mönchsdeggingen Reimlingen Wechingen
Wallerstein	Wallerstein	Maihingen Marktoffingen Wallerstein, M
Wemding	Wemding	Fünfstetten Huisheim Otting Wemding, St Wolferstadt

Gemeindefreie Gebiete (2)

Dornstadt-Linkersbaindt
Esterholz

Landkreis Günzburg

Gemeinden (34)

Aichen*	Günzburg, GKSt	Offingen, M*
Aletshausen*	Gundremmingen*	Rettenbach*
Balzhausen*	Haldenwang*	Röfingen*
Bibertal	Ichenhausen, St*	Thannhausen, St*
Breitenthal*	Jettingen-Scheppach, M	Ursberg
Bubesheim*	Kammeltal	Waldstetten, M*
Burgau, St	Kötz*	Waltenhausen*
Burtenbach, M	Krumbach (Schwaben), St	Wiesenbach*
Deisenhausen*	Landensberg*	Winterbach*
Dürrlauingen*	Leipheim, St	Ziemetshausen, M*
Ebershausen*	Münsterhausen, M*	
Ellzee*	Neuburg a.d.Kammel, M	

Verwaltungsgemeinschaften (7)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (24)*
Haldenwang	Haldenwang	Dürrlauingen Haldenwang Landensberg Röfingen Winterbach
Ichenhausen	Ichenhausen	Ellzee Ichenhausen, St Waldstetten, M
Kötz	Kötz	Bubesheim Kötz
Krumbach (Schwaben)	Krumbach (Schwaben)	Aletshausen Breitenthal Deisenhausen Ebershausen Waltenhausen Wiesenbach
Offingen	Offingen	Gundremmingen Offingen, M Rettenbach
Thannhausen	Thannhausen	Balzhausen Münsterhausen, M Thannhausen, St
Ziemetshausen	Ziemetshausen	Aichen Ziemetshausen, M

Gemeindefreie Gebiete (2)

Ebershauser-Nattenhauser Wald
Winzerwald

Landkreis Lindau (Bodensee)

Gemeinden (19)

Bodolz
Gestratz*
Grünenbach*
Heimenkirch, M
Hergatz
Hergensweiler*
Lindau (Bodensee), GKSt
Lindenberg i.Allgäu, St
Maierhöfen*
Nonnenhorn
Oberreute*
Opfenbach
Röthenbach (Allgäu)*
Scheidegg, M
Sigmarszell*
Stiefenhofen*
Wasserburg (Bodensee)
Weiler-Simmerberg, M
Weißensberg*

Verwaltungsgemeinschaften (3)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (9)*
Argental	Röthenbach (Allgäu)	Gestratz Grünenbach Maierhöfen Röthenbach (Allgäu)
Sigmarszell	Sigmarszell	Hergensweiler Sigmarszell Weißensberg
Stiefenhofen	Stiefenhofen	Oberreute Stiefenhofen

Landkreis Neu-Ulm

Gemeinden (17)

Altenstadt, M*
Bellenberg
Buch, M*
Elchingen
Holzheim*
Illertissen, St
Kellmünz a.d.Iller, M*
Nersingen
Neu-Ulm, GKSt
Oberroth*
Osterberg*
Pfaffenhofen a.d.Roth, M*
Roggenburg
Senden, St
Unterroth*
Vöhringen, St
Weißenhorn, St

Verwaltungsgemeinschaften (3)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (8)*
Altenstadt	Altenstadt	Altenstadt, M Kellmünz a.d.Iller, M Osterberg
Buch	Buch	Buch, M Oberroth Unterroth
Pfaffenhofen a.d.Roth	Pfaffenhofen a.d.Roth	Holzheim Pfaffenhofen a.d.Roth, M

Gemeindefreie Gebiete (4)

Auwald
Oberroggenburger Wald
Stoffenrieder Forst
Unterroggenburger Wald

Landkreis Oberallgäu, Sitz: Sonthofen

Gemeinden (28)

Altusried, M	Fischen i.Allgäu*	Rettenberg
Bad Hindelang, M	Haldenwang	Sonthofen, St
Balderschwang*	Immenstadt i.Allgäu, St	Sulzberg, M
Betzigau	Lauben	Waltenhofen
Blaichach	Missen-Wilhams*	Weitnau, M*
Bolsterlang*	Obermaiselstein*	Wertach, M
Buchenberg, M	Oberstaufen, M	Wiggensbach, M
Burgberg i.Allgäu	Oberstdorf, M	Wildpoldsried
Dietmannsried, M	Ofterschwang*	
Durach	Oy-Mittelberg	

Verwaltungsgemeinschaften (2)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (7)*
Hörnergruppe	Fischen i.Allgäu	Balderschwang Bolsterlang Fischen i.Allgäu Obermaiselstein Ofterschwang
Weitnau	Weitnau	Missen-Wilhams Weitnau, M

Gemeindefreies Gebiet (1)

Kempter Wald

Landkreis Ostallgäu, Sitz: Marktoberdorf

Gemeinden (45)

Aitrang*	Jengen*	Rieden*
Baisweil*	Kaltental, M*	Rieden am Forggensee*
Bidingen*	Kraftisried*	Ronsberg, M
Biessenhofen*	Lamerdingen*	Roßhaupten*
Buchloe, St*	Lechbruck am See	Ruderatshofen*
Eggenthal*	Lengenwang*	Rückholz*
Eisenberg*	Marktoberdorf, St	Schwangau
Friesenried*	Mauerstetten	Seeg*
Füssen, St	Nesselwang, M	Stötten a.Auerberg*
Germaringen	Obergünzburg, M*	Stöttwang*
Görisried*	Oberostendorf*	Unterthingau, M*
Günzach*	Osterzell*	Untrasried*
Halblech	Pforzen*	Waal, M*
Hopferau*	Pfronten	Wald*
Irsee, M*	Rettenbach a.Auerberg*	Westendorf*

Verwaltungsgemeinschaften (10)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (35)*
Biessenhofen	Biessenhofen	Aitrang Bidingen Biessenhofen Ruderatshofen
Buchloe	Buchloe	Buchloe, St Jengen Lamerdingen Waal, M
Eggenthal	Eggenthal	Baisweil Eggenthal Friesenried
Obergünzburg	Obergünzburg	Günzach Obergünzburg, M Untrasried
Pforzen	Pforzen	Irsee, M Pforzen Rieden
Roßhaupten	Roßhaupten	Rieden am Forggensee Roßhaupten
Seeg	Seeg	Eisenberg Hopferau Lengenwang Rückholz Seeg Wald
Stötten a.Auerberg	Stötten a.Auerberg	Rettenbach a.Auerberg Stötten a.Auerberg
Unterthingau	Unterthingau	Görisried Kraftisried Unterthingau, M
Westendorf	Westendorf	Kaltental, M Oberostendorf Osterzell Stöttwang Westendorf

Landkreis Unterallgäu, Sitz: Mindelheim

Gemeinden (52)

Amberg*	Holzgünz*	Pfaffenhausen, M*
Apfeltrach*	Kammlach*	Pleß*
Babenhausen, M*	Kettershausen*	Rammingen*
Bad Grönenbach, M*	Kirchhaslach*	Salgen*
Bad Wörishofen, St	Kirchheim i.Schw., M*	Sontheim
Benningen*	Kronburg*	Stetten*
Böhen*	Lachen*	Trunkelsberg*
Boos*	Lauben*	Türkheim, M*
Breitenbrunn*	Lautrach*	Tussenhausen, M
Buxheim	Legau, M*	Ungerhausen*
Dirlewang, M*	Markt Rettenbach, M	Unteregg*
Egg a.d.Günz*	Markt Wald, M	Westerheim*
Eppishausen*	Memmingerberg*	Wiedergeltingen*
Erkheim, M*	Mindelheim, St	Winterrieden*
Ettringen	Niederrieden*	Wolfertschwenden*
Fellheim*	Oberrieden*	Woringen*
Hawangen*	Oberschönegg*	
Heimertingen*	Ottobeuren, M*	

Verwaltungsgemeinschaften (11)

Name	*Sitz*	*Mitgliedsgemeinden (44)*
Babenhausen	Babenhausen	Babenhausen, M Egg a.d.Günz Kettershausen Kirchhaslach Oberschönegg Winterrieden
Bad Grönenbach	Bad Grönenbach	Bad Grönenbach, M Wolfertschwenden Woringen
Boos	Boos	Boos Fellheim Heimertingen Niederrieden Pleß
Dirlewang	Dirlewang	Apfeltrach Dirlewang, M Stetten Unteregg
Erkheim	Erkheim	Erkheim, M Kammlach Lauben Westerheim
Illerwinkel	Legau	Kronburg Lautrach Legau, M
Kirchheim i.Schw.	Kirchheim i.Schw.	Eppishausen Kirchheim i.Schw., M

Memmingerberg	Memmingerberg	Benningen Holzgünz Lachen Memmingerberg Trunkelsberg Ungerhausen
Ottobeuren	Ottobeuren	Böhen Hawangen Ottobeuren, M
Pfaffenhausen	Pfaffenhausen	Breitenbrunn Oberrieden Pfaffenhausen, M Salgen
Türkheim	Türkheim	Amberg Rammingen Türkheim, M Wiedergeltingen

Gemeindefreies Gebiet (1)

Ungerhauser Wald

Literaturhinweise

Theiss Verlag, Stuttgart

Seitz, **Das Gesicht Deutschlands,** Unsere Landschaften und ihre Geschichte, 384 Seiten, 2017, Preis 49,95 **€**, ISBN 978-3-8062-3582-1.

Der reich bebilderte Band erklärt verständlich, wie Deutschlands Natur entstanden ist und zeigt die historische und kulturelle Entwicklung der unterschiedlichen Landschaften. Es wird dargestellt, wie die Landschaften vom Klima oder von Menschenhand geformt wurden. Das Buch befasst sich mit dem Klima, der Flora und Fauna der einzelnen Regionen Deutschlands sowie der Siedlungsgeschichte mit ihren Auswirkungen von Ackerbau, Viehzucht, Weinanbau oder Industrialisierung auf die Umwelt. Das Werk beschreibt umfassend die Nutzungs-, Kultur- und Erdgeschichte Deutschlands und hält überraschende Informationen bereit.

Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden

Thimet/Günthert, **Abwasserbeseitigung,** Technik und Recht, 2. Auflage 2017, XIII, 253 Seiten, Preis 49,80 **€**, Praxisreihe des Bayerischen Gemeindetags, 6, ISBN 978-3-8293-1311-7.

Die Abwasserbeseitigung erfüllt eine zentrale Rolle zum Schutz unserer Gewässer und der Daseinsvorsorge für die Bürger. Sie ist damit eine der bedeutsamsten kommunalen Pflichtaufgaben. Dies erfordert sowohl hohe technische (bau- und verfahrenstechnische) als auch vertiefte rechtliche (wasser- und kommunalabgabenrechtliche) Kenntnisse, um die Aufgabe im Interesse der Bürger technisch einwandfrei und wirtschaftlich zu erfüllen. Die Abwasseranlagen, allem voran Kanäle und Kläranlagen, stellen dabei in der Regel das größte Vermögen einer Gemeinde dar. Das Buch fasst sowohl die technische als auch die rechtliche Seite der Abwasserbeseitigung auf dem neuesten Stand zusammen.

Lieber, **Die Verantwortung der Gemeinden und Kreise bei der Schöffenwahl 2018,** 2017, 205 Seiten, Preis 19,80 **€**, KSV Kommunalpraxis, ISBN 978-3-8293-1340-7.

Das Buch beantwortet alle Fragen und löst Problemstellungen von Verwaltungsmitarbeitern, Gemeindevertretern, Mitgliedern von Jugendhilfeausschüssen und der Mitglieder in den Schöffenwahlausschüssen. Mustertexte und Formulare helfen, die typischen Fehler des Verfahrens zu vermeiden. Hinweise zur Verantwortung der Amtsinhaber setzen die am Verfahren Beteiligen in die Lage, alle Fragen der Interessenten nach den Anforderungen des Amtes klar und präzise zu beantworten.

Theißen/Pöhlker/Adrians, **HOAI – Honorarordnung für Architekten und Ingenieure,** Kommentar, 4. Auflage 2017, 499 Seiten, Preis 79 **€**, ISBN 978-3-8293-1279-0.

Die Neuauflage behandelt insbesondere das Bauvertragsgesetz mit den neuen Regelungen zum Architekten- und Ingenieurvertrag, die Vergaberechtsreform mit den umfangreichen Neuregelungen zur Planervergabe, die aktuelle Rechtsprechung zur HOAI sowie die TSP-Teilleistungstabellen zur HOAI 2013. Der Kommentar gibt dem kommunalen Auftraggeber anschaulich und praxisorientiert die nötigen Grundlagen, um Planerbeauftragungen rechtssicher vorzunehmen. Er richtet sich außerdem an Architekten und Ingenieure, die mit öffentlichen Auftraggebern und hier speziell auch den Kommunen zusammenarbeiten.

Sinner/Gassner/Hartlik, **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), Strategische Umweltprüfung (SUP),** Bearbeitung umweltrechtlicher Praxisfälle, Erläuterungswerk, 10. Lieferung, Stand Februar 2018, Preis 36,40 **€**, Loseblattgrundwerk inkl. 1 Ordner, ca. 754 Seiten, ISBN 978-3-8293-0541-9.

Strunz/Findeisen, **Bayerisches Beamtengesetz (BayBG), Leistungslaufbahngesetz (LlbG), Bayerisches Disziplinargesetz (BayDG),** Kommentare, Loseblattwerk inkl. 1 Ordner, 26. und 27. Lieferung, Stand Februar 2018, Preis 16,80 € und 59,60 €, Loseblattgesamtwerk ca. 1634 Seiten, ISBN 978-3-89382-079-5.

Richard Boorberg Verlag, Stuttgart und München

Gebler, **Management von Change-Projekten,** Schriftenreihe der Führungsakademie Baden-Württemberg, 2017, 176 Seiten, 19,80 €, ISBN 978-3-415-05987-0.

Das Buch behandelt das Thema Projektmanagement im besonderen Kontext des organisatorischen und kulturellen Wandels in und von Organisationen. Im Werk werden die wesentlichen Aspekte aufgegriffen, die bei dem Management und der Planung von Change-Projekten zu beachten sind. Es folgen Ausführungen zur Zusammensetzung und zur Entwicklung des Projektteams. Ein eigenes Kapitel befasst sich mit der internen und externen Kommunikation von Change-Projekten.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration
Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12,
86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern“ www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern“ ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern“ entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN UND FÜR INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 5 **München, 16. April 2018** **31. Jahrgang**

Inhaltsübersicht

Datum Seite

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration

26.03.2018 2023-I
Verwaltungsvorschriften über die Muster zum kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung (VV-Mu-KommHV-Doppik) 282

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblattes aufgenommen werden . . . . . entfällt

III. Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen . . . . . entfällt

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibung 334

Literaturhinweise 334

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

2023-I

Verwaltungsvorschriften über die Muster zum kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung (VV-Mu-KommHV-Doppik)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 26. März 2018, Az. IB4-1512-10-1

1. Auf Grund
   - des Art. 123 Abs. 2 Satz 1, 2 und 4 GO,
   - des Art. 109 Abs. 2 Satz 1, 2 und 4 LKrO und
   - des Art. 103 Abs. 2 Satz 1, 2 und 4 BezO

   wird im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat Folgendes bekannt gemacht:

1.1 [1]Die Muster für die Haushaltssatzung (Anlage 1) und für die Nachtragshaushaltssatzung (Anlage 2) werden für verbindlich erklärt. [2]Für Eigenbetriebe und Regiebetriebe, auf die die Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung über Wirtschaftsführung und Rechnungslegung angewendet werden, werden die Angaben in den §§ 2, 3 und 5 der Muster für die Haushaltssatzung/Nachtragshaushaltssatzung zum Wirtschaftsplan (Art. 63 Abs. 2 Satz 2 GO) jeweils in besonderen Absätzen festgesetzt. [3]Für Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen und Pflegeeinrichtungen mit kaufmännischem Rechnungswesen werden die Angaben in den §§ 1, 2, 3 und 5 der Muster für die Haushaltssatzung/Nachtragshaushaltssatzung zum Krankenhaus-Wirtschaftsplan (§ 2 Abs. 2 WkKV) bzw. zum Wirtschaftsplan (§ 2 Abs. 2 WkPV) jeweils in besonderen Absätzen festgesetzt. [4]Für die Landkreise und die Bezirke gelten die Muster entsprechend. [5]Landkreise und Bezirke setzen in § 4 der Muster das Umlagesoll und die Umlagesätze für die Kreis- und die Bezirksumlage fest, die Landkreise daneben noch die Steuersätze, die sie jeweils für ein Jahr festsetzen (Art. 57 Abs. 2 LKrO und Art. 55 Abs. 2 BezO).

1.2 [1]Die als Anlagen 3 bis 21.2 beigefügten Muster werden für verbindlich erklärt. [2]Von diesen Mustern kann abgewichen werden. [3]Wird von den Mustern abgewichen, so müssen die geänderten Formulare zumindest die Angaben enthalten, die in den verbindlichen Mustern vorgeschrieben sind. [4]Weitergehende Angaben, die über den Inhalt der vorgeschriebenen Muster hinausgehen, sind zulässig.

1.3 [1]Die in den Anlagen dargestellten Muster sind keine gebrauchsfertigen Vordrucke. [2]Es wird empfohlen, darauf zu achten, dass die Vordrucke schreibmaschinen- bzw. EDV-gerecht ausgearbeitet werden.

2. [1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. Mai 2018 in Kraft. [2]Sie ist erstmals auf die Planung, Ausführung und Rechnungslegung des Haushaltsjahres 2019 anzuwenden. [3]Sie tritt mit Ablauf des 30. April 2023 außer Kraft.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

Anlagen

Anlage 1:	Haushaltssatzung
Anlage 2:	Nachtragshaushaltssatzung
Anlage 3:	Ergebnishaushalt
Anlage 4:	Finanzhaushalt
Anlage 5:	Teilhaushalt (Vorblatt)
Anlage 5.1:	Teilergebnishaushalt
Anlage 5.2:	Teilfinanzhaushalt
Anlage 6:	Haushaltsquerschnitt
Anlage 7:	Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit
Anlage 8:	Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen
Anlage 9:	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften sowie aus Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO
Anlage 10:	Rücklagen- und Rückstellungsübersicht der Haushaltsplanung – voraussichtlicher Stand der Rücklagen und Rückstellungen
Anlage 11:	Übersicht über die aus Vorjahren / in das Nachjahr übertragenen Haushaltsermächtigungen, Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen für Aufwendungen
Anlage 12:	Stellenplan
Anlage 13:	Investitionsprogramm
Anlage 14:	Vermögensrechnung (Bilanz)
Anlage 15:	Anlagenübersicht
Anlage 16:	Forderungsübersicht des Jahresabschlusses
Anlage 17:	Eigenkapitalübersicht des Jahresabschlusses
Anlage 18:	Verbindlichkeitenübersicht des Jahresabschlusses und Übersicht über Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO
Anlage 19:	Ergebnisrechnung
Anlage 20:	Finanzrechnung
Anlage 21.1:	Teilergebnisrechnung
Anlage 21.2:	Teilfinanzrechnung

Anlage 1
Muster zu Art. 63 GO bei doppelter kommunaler Buchführung

Haushaltssatzung[1]

Haushaltssatzung der Gemeinde / der Stadt / des Marktes _____
(Landkreis _____) für das Haushaltsjahr 20___

Auf Grund der Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt die Gemeinde (Stadt, Markt) folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 20___ wird hiermit festgesetzt; er schließt

1. im Ergebnishaushalt mit
   dem Gesamtbetrag der Erträge von _____ €
   dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von _____ €
   und dem Saldo (Jahresergebnis) von _____ €

2. im Finanzhaushalt
   a) aus laufender Verwaltungstätigkeit mit
      dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von _____ €
      dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von _____ €
      und einem Saldo von _____ €

   b) aus Investitionstätigkeit mit
      dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von _____ €
      dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von _____ €
      und einem Saldo von _____ €

   c) aus Finanzierungstätigkeit mit
      dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von _____ €
      dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von _____ €
      und einem Saldo von _____ €

   d) und dem Saldo des Finanzhaushalts
      (Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag) von _____ €

ab.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf _____ Euro neu festgesetzt.

(oder:)

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren wird auf _____ Euro festgesetzt.

(oder:)

Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren werden nicht festgesetzt.

§ 4[2]

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
   a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) _____ v. H.
   b) für die Grundstücke (B) _____ v. H.
2. Gewerbesteuer _____ v. H.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen nach dem Haushaltsplan wird auf _____ Euro festgesetzt.

(oder:)

Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen werden nicht beansprucht.

§ 6[3]

_____

_____

§ 7

Die Haushaltssatzung tritt am 1. Januar 20___ in Kraft.

Ort, den _____ 20___

Gemeinde / Stadt / Markt _____

(Siegel)

_____
(Unterschrift)
Erster Bürgermeister / Oberbürgermeister

---

1 Bei Haushaltssatzungen für zwei Haushaltsjahre (Art. 63 Abs. 1 Satz 2 GO) sind Festsetzungen für die einzelnen Jahre jeweils nebeneinander oder untereinander anzugeben.

2 a) Falls die Hebesätze für die Grundsteuer in einer Hebesatz-Satzung festgesetzt wurden (§ 25 Abs. 2 GrStG), ist die Festsetzung in § 4 des Musters zu streichen. Die Hebesätze können in die nachrichtlichen Angaben (siehe Buchst. c) miteinbezogen werden.

b) Entsprechend ist zu verfahren, wenn die Hebesätze für die Gewerbesteuer in einer Hebesatz-Satzung festgesetzt wurden (§ 16 Abs. 2 GewStG).

c) Die hier nicht festzusetzenden gemeindlichen Abgaben können am Ende der Haushaltssatzung nachrichtlich aufgeführt werden.

3 Hier können weitere Vorschriften, die sich auf die Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen (so z. B. §§ 25 und 26 KommHV-Doppik) und den Stellenplan beziehen, aufgenommen werden.

Anlage 2
Muster zu Art. 68 GO bei doppelter kommunaler Buchführung

Nachtragshaushaltssatzung

Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde / der Stadt / des Marktes _____
(Landkreis _____) für das Haushaltsjahr 20___

Auf Grund des Art. 68 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt die Gemeinde / die Stadt / der Markt folgende Nachtragshaushaltssatzung:

§ 1[1, 2]

Der als Anlage beigefügte Nachtragshaushaltsplan[3] für das Haushaltsjahr 20___ wird hiermit festgesetzt; dadurch werden

	erhöht um Euro	vermindert um Euro	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschl. der Nachträge	
			gegenüber bisher Euro	auf nunmehr Euro verändert
1. im Ergebnishaushalt				
der Gesamtbetrag der Erträge				
der Gesamtbetrag der Aufwendungen				
und der Saldo (Jahresergebnis)				
2. im Finanzhaushalt				
a) aus laufender Verwaltungstätigkeit mit				
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von				
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von				
und einem Saldo von				
b) aus Investitionstätigkeit mit				
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von				
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von				
und einem Saldo von				
c) aus Finanzierungstätigkeit mit				
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von				
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von				
und einem Saldo von				
d) und dem Saldo des Finanzhaushalts (Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag) von				

§ 2[4]

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird von _____ Euro um _____ Euro erhöht / vermindert und damit auf _____ Euro neu festgesetzt.

§ 3[4]

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren wird von _____ Euro um _____ Euro erhöht / vermindert und damit auf _____ Euro neu festgesetzt.

§ 4[4, 5]

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt geändert:

	erhöht um v. H.	vermindert um v. H.	gegenüber bisher v. H.	auf nunmehr v. H.
1. Grundsteuer a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A)				
b) für die Grundstücke (B)				
2. Gewerbesteuer				

§ 5[4]

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen nach dem Haushaltsplan wird von _____ Euro um _____ Euro erhöht / vermindert und damit auf _____ Euro neu festgesetzt.

§ 6[6]

_____

_____

§ 7

Diese Nachtragshaushaltssatzung tritt am 1. Januar 20___ in Kraft.

Ort, den _____ 20___

Gemeinde / Stadt / Markt _____

(Siegel)

_____
(Unterschrift)
Erster Bürgermeister / Oberbürgermeister

---

1 Soweit sich durch die Änderungen im Nachtragshaushaltsplan die bisherige Endsumme nicht ändert (es stehen z. B. den Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gleich hohe Einsparungen gegenüber), kann § 1 wie folgt gefasst werden:

„Der als Anlage beigefügte Nachtragshaushaltsplan wird hiermit festgesetzt. Dadurch werden mehrere Ansätze für Erträge und Aufwendungen des Ergebnishaushalts beziehungsweise Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushalts geändert. In den Endsummen bleiben die Ansätze für Erträge und Aufwendungen beziehungsweise für Einzahlungen und Auszahlungen gegenüber dem Haushaltsplan unverändert."

2 Wird nur der Stellenplan geändert, ist § 1 wie folgt zu fassen: „Der Stellenplan wird in der Fassung der Anlage neu festgesetzt."

3 Der Nachtragshaushaltsplan muss nur die Bestandteile enthalten, in denen Änderungen vorgenommen werden. Das gleiche gilt für die Anlagen. Der Nachtragshaushaltsplan ist entsprechend § 1 dieses Musters zu gliedern. Daher sind bei jeder durch den Nachtragshaushaltsplan zu ändernden Position der bisherige Ansatz nach dem Haushaltsplan (ggf. unter Berücksichtigung bereits erlassener Nachtragshaushaltssatzungen), die Veränderung des Ansatzes durch den Nachtragshaushaltsplan und der neue Haushaltsansatz nach dem Nachtragshaushaltsplan darzustellen.

4 Soweit Regelungen über die Kreditaufnahmen, die Verpflichtungsermächtigungen, die Steuersätze und die Kassenkredite unverändert bleiben (§§ 2 bis 5 der Haushaltsatzung, evtl. in der Fassung einer Nachtragshaushaltssatzung), ist eine neue Aussage nicht notwendig. Die geltenden Regelungen können in die nachrichtlichen Angaben am Ende der Nachtragshaushaltssatzung miteinbezogen werden (vgl. Fußnote 2 zum Muster einer Haushaltssatzung, Anlage 1, und die folgende Fußnote 5). Die Nummernfolge der §§ der Nachtragshaushaltssatzung ist entsprechend zu ändern.

5 Falls Hebesätze der Realsteuern in einer Hebesatzsatzung seit dem Erlass der Haushaltssatzung neu festgesetzt wurden, ist entsprechend der Fußnote 2 zum Muster einer Haushaltssatzung (Anlage 1) zu verfahren.

6 Siehe Fußnote 3 zum Muster einer Haushaltssatzung (Anlage 1).

Anlage 3
Muster zu §§ 2 und 9 KommHV-Doppik

Ergebnishaushalt

		Ertrags- und Aufwandsarten[1, 2]	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres[3]	Ansatz des Haushaltsjahres[4]	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
			Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
			1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**
1		Steuern und ähnliche Abgaben						
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen						
3	+	Sonstige Transfererträge						
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte						
5	+	Auflösung von Sonderposten[5]						
6	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte						
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen						
8	+	Sonstige ordentliche Erträge[6]						
9	+	Aktivierte Eigenleistungen						
10	+/-	Bestandsveränderungen						
S1	**=**	**Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)**						
11	-	Personalaufwendungen[7]						
12	-	Versorgungsaufwendungen[8]						
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen						
14	-	Bilanzielle Abschreibungen[9]						
15	-	Transferaufwendungen						
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen[10]						
S2	**=**	**Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**						
S3	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)**						
17	+	Finanzerträge						
18	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen						
S4	**=**	**Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)**						
S5	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)**						
19	+	Außerordentliche Erträge						
20	-	Außerordentliche Aufwendungen						
S6	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)**						
S7	**=**	**Jahresergebnis (= S5 und S6)**						
Nachrichtlich: Gegenüberstellung der nach § 24 KommHV-Doppik abzudeckenden Jahresfehlbeträge (§ 2 Abs. 4 KommHV-Doppik)[11]								
21		Summe der vorgetragenen Jahresergebnisse aus Vorjahren						
22		im Haushaltsjahr abzudeckender Jahresfehlbetrag des Haushaltsjahres 20...						
23		im Haushaltsjahr abzudeckender Jahresfehlbetrag des Haushaltsjahres 20...						
24		im Haushaltsjahr abzudeckender Jahresfehlbetrag des Haushaltsjahres 20...						

1 Die im Muster ausgewiesenen Positionen sind aggregierte Größen, die sich aus einzelnen Konten des KommKR ergeben.

2 Soweit in einer Position zahlungswirksame und nicht zahlungswirksame Aufwendungen bzw. Erträge enthalten sind, können weitere Erläuterungen erforderlich und/oder sinnvoll sein (vgl. § 17 Abs. 2 KommHV-Doppik).

3 In Spalte 2 ist als Ansatz des Vorjahres der Haushaltsansatz nach dem Haushaltsplan unter Berücksichtigung von Änderungen durch Nachtragshaushaltspläne (Art. 68 GO, § 8 KommHV-Doppik) anzugeben.

4 In Spalte 3 ist ausschließlich der Ansatz des Haushaltsjahres darzustellen. Die ggf. hiervon abweichende Gesamtermächtigung des Haushaltsjahres ergibt sich aus dem Ansatz des Haushaltsjahres und den aus Vorjahren übertragenen Haushaltsermächtigungen. Insoweit wird auf die Übersicht über die aus Vorjahren übertragenen Haushaltsermächtigungen (Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 6 KommHV-Doppik – Anlage 11) verwiesen. Die aus Vorjahren übertragenen Haushaltsermächtigungen sind nachrichtlich in den Teilergebnishaushalten (Muster zu § 4 Abs. 4 und § 9 KommHV-Doppik – Anlage 5.1) gesondert darzustellen.

5 Hier sind Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen und von Sonderposten aus Beiträgen enthalten. Dagegen sind Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenausgleich unter Position „öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte“ zu erfassen.

6 Hier sind neben sonstigen laufenden zahlungswirksamen Erträgen insbesondere auch nicht zahlungswirksame Buchgewinne aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen, Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten sowie sonstige nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge wie z. B. Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen enthalten. Die Abgrenzung nach § 2 Abs. 3 KommHV-Doppik bleibt unberührt.

7 Hier sind zahlungswirksame und nicht zahlungswirksame Personalaufwendungen (z. B. Zuführung zu Rückstellungen für aktive Beamte) enthalten.

8 Hier sind zahlungswirksame und nicht zahlungswirksame Versorgungsaufwendungen (z. B. Zuführung zu Rückstellungen für passive Beamte) enthalten.

9 Hier sind sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige Abschreibungen von Vermögensgegenständen enthalten, soweit Letztere nicht als außerordentlich zu qualifizieren sind. Die Abgrenzung nach § 2 Abs. 3 KommHV-Doppik bleibt unberührt.

10 Hier sind neben sonstigen laufenden zahlungswirksamen Aufwendungen insbesondere auch nicht zahlungswirksame Buchverluste aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen enthalten. Die Abgrenzung nach § 2 Abs. 3 KommHV-Doppik bleibt unberührt.

11 In Position 21 ist die Summe der aus Vorjahren vorgetragenen Jahresergebnisse aufzuführen. In den Positionen 22 bis 24 sind – nach Jahren getrennt – die Fehlbeträge aus den drei vorangegangenen Haushaltsjahren in der Höhe darzustellen, in der sie nach Maßgabe des § 24 KommHV-Doppik im laufenden Haushaltsjahr abzudecken sind.

Anlage 4
Muster zu §§ 3 und 9 KommHV-Doppik

Finanzhaushalt

	Ein- und Auszahlungsarten[1]	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres[2]	Ansatz des Hauhaltsjahres[3]	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
		1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**
1	Steuern und ähnliche Abgaben						
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen						
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen						
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte						
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte						
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen						
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen						
S1	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)**						
9	- Personalauszahlungen						
10	- Versorgungsauszahlungen						
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen						
12	- Transferauszahlungen						
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen						
S2	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)**						
S3	**= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)**						
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u. ä. Entgelten für Investitionstätigkeit						
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen[4]						
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen[5]						
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit[6]						
S4	**= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)**						
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden[7]						
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen[8]						
22	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellem und beweglichem Sachvermögen[9]						
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen[10]						
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen[11]						
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit[12]						
S5	**= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)**						
S6	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Saldo S4 und S5)**						
S7	**= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Saldo S3 und S6)**						
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten[13]						
26b	+ Einzahlungen aus der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen						
26c	+ Einzahlungen aus Schuldendiensthilfen zur Tilgung von Krediten						
S8	**= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a bis 26c)**						
27a	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten						
27b	- Auszahlungen für die Tilgung von der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen						
S9	**= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)**						
S10	**= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Saldo S8 und S9)**						
S11	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Saldo S7 und S10)**						

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Hauhaltsjahres	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
		1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**
28	+ voraussichtlicher Anfangsbestand an Finanzmitteln[14]						
S12	**= voraussichtlicher Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= S11 und Zeile 28)**						
29	+ voraussichtlicher Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven[15]						
S13	**= voraussichtlicher Endbestand an Liquiditätsreserven (= S12 und Zeile 29)**						
Nachrichtlich: Differenzierung der Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen							
Konto	**Bezeichnung**						
792...4	Umschuldung						
792...5	ordentliche Tilgung						
792...6	außerordentliche Tilgung						

1 Die im Muster ausgewiesenen Positionen sind aggregierte Größen, die sich aus einzelnen Konten des KommKR ergeben.

2 In Spalte 2 ist als Ansatz des Vorjahres der Haushaltsansatz nach dem Haushaltsplan unter Berücksichtigung von Änderungen durch Nachtragshaushaltspläne (Art. 68 GO, § 8 KommHV-Doppik) anzugeben.

3 In Spalte 3 ist ausschließlich der Ansatz des Haushaltsjahres darzustellen. Die ggf. hiervon abweichende Gesamtermächtigung des Haushaltsjahres ergibt sich aus dem Ansatz des Haushaltsjahres und den aus Vorjahren übertragenen Haushaltsermächtigungen. Insoweit wird auf die Übersicht über die aus Vorjahren übertragenen Haushaltsermächtigungen (Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 6 KommHV-Doppik – Anlage 11) verwiesen. Die aus Vorjahren übertragenen Haushaltsermächtigungen sind nachrichtlich in den Teilfinanzhaushalten (Muster zu § 4 Abs. 5 und § 9 KommHV-Doppik – Anlage 5.2) gesondert darzustellen.

4 Hier sind Einzahlungen aus der Veräußerung immaterieller Vermögensgegenstände sowie aus der Veräußerung beweglicher und unbeweglicher Vermögensgegenstände des Sachvermögens enthalten. Auch Einzahlungen aus dem Verkauf von unbebauten und bebauten Grundstücken, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd der Aufgabenerfüllung zu dienen und daher dem Umlaufvermögen zuzuordnen sind (sog. Vorratsgrundstücke), begründen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit. Entsprechend zählen Auszahlungen für den Erwerb von Vorratsgrundstücken zu den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (vgl. Inhalt zu den Kontenarten 158, 682 und 782 der ZuVo-KommKR).

5 Hier sind nur Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen enthalten. Ausleihungen sind zwar Finanzanlagen; ihre Rückzahlung wird jedoch in Zeile 19 gesondert ausgewiesen. Die Veräußerung von Wertpapieren des Umlaufvermögens stellt keine Desinvestition dar.

6 Hier sind Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen, aus dem Rückfluss von Ausleihungen (Tilgungen der Schuldner) und aus dem Rückfluss von Anzahlungen (auf Investitionen) enthalten.

7 Hier sind Anschaffungskosten für Grundstücke und Gebäude, für bauliche Anlagen bzw. Aufbauten sowie für Grundstücke und bauliche Anlagen des Infrastrukturvermögens enthalten. Auch Auszahlungen für den Erwerb von unbebauten und bebauten Grundstücken, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd der Aufgabenerfüllung zu dienen und daher dem Umlaufvermögen zuzuordnen sind (sog. Vorratsgrundstücke), begründen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit. Entsprechend zählen Einzahlungen aus dem Verkauf von Vorratsgrundstücken zu den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (vgl. Inhalt zu den Kontenarten 158, 682 und 782 der ZuVoKommKR).

8 Hier sind Herstellungskosten für Gebäude, bauliche Anlagen bzw. Aufbauten sowie für bauliche Anlagen des Infrastrukturvermögens enthalten.

9 Hier sind Anschaffungskosten für immaterielle Vermögensgegenstände aufzunehmen, soweit es sich nicht um Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen im Sinne des § 98 Nr. 39 KommHV-Doppik handelt, die gesondert unter Zeile 24 auszuweisen sind; daneben sind hier Anschaffungskosten für bewegliche Vermögensgegenstände des Sachvermögens enthalten.

10 Hier sind nur die Anschaffungskosten von Finanzanlagen enthalten. Zwar zählen auch Ausleihungen zu Finanzanlagen; Auszahlungen für Ausleihungen werden jedoch gesondert unter Zeile 25 ausgewiesen. Die Geldanlage in Wertpapieren des Umlaufvermögens stellt keine Investition im Sinne des Art. 71 Abs. 1 GO dar.

11 Hier sind auch die örtliche Beteiligung nach Art. 10b Abs. 2 FAG sowie Investitionskostenumlagen auszuweisen.

12 Hier sind nur Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen an Dritte enthalten.

13 Hier sind nur Kredite im Sinne des Art. 71 Abs. 1 GO enthalten. Die Entwicklung der Kassenkredite (Liquiditätskredite) im Sinne des Art. 73 GO ist in der Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit (Muster zu § 1 Abs. 2 Nr. 4 KommHV-Doppik – Anlage 7) gesondert darzustellen.

14 Hier ist der Bank- und Kassenbestand auszuweisen (siehe auch Kontengruppe 18 des KommKR).

15 Hier ist der wertmäßige Bestand der Wertpapiere des Umlaufvermögens auszuweisen (= sonstige Liquiditätsreserven). Diese bilden zusammen mit den liquiden Mitteln aus Einlagen bei Banken und Kreditinstituten die Liquiditätsreserven, die als Geldanlagen im Sinne des Art. 74 Abs. 2 Satz 2 GO im Rahmen des Liquiditätsmanagements angelegt oder aufgelöst werden.

Anlage 5
Muster zu § 4 Abs. 4 und 5 KommHV-Doppik

Teilhaushalt *(Bezeichnung)*

1. Produktgruppen, Produkte/Leistungen unter Angabe der (Rechts-)Grundlage (Gesetz, Verordnung, Vertrag, Gemeinderatsbeschluss mit Datum):

2. Pflichtaufgabe (Rechtsbindungsgrad: muss/soll/kann)/Freiwillige Aufgabe:

3. Leistungsziele (§ 4 Abs. 3 KommHV-Doppik, § 10 Abs. 5 KommHV-Doppik)

4. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung (§ 4 Abs. 3 KommHV-Doppik, § 10 Abs. 5 KommHV-Doppik)

5. Zuordnung zum Verantwortungsbereich (§ 4 Abs. 2 Satz 2 KommHV-Doppik)

5.1 Verantwortliche Organisationseinheit:

5.2 Verantwortliche Person(en):

5.3 Mitarbeiter:

5.4 Auszug aus dem Stellenplan (vgl. Muster zu § 5 KommHV-Doppik – Anlage 12 Nr. II):

Hauptproduktbereich Produktbereich Produktgruppe Produkt	**Beamte**					
	Wahl-beamte	**Einteilung der Kopfspalte nach den Besoldungsgruppen**				**Erläuterungen**
1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt						
	Arbeitnehmer					
	Einteilung der Kopfspalte nach den Entgeltgruppen					**Erläuterungen**
Insgesamt						

6. Budgetregeln

7. Haushaltsvermerke, den Teilhaushalt betreffende Bewirtschaftungsregelungen

8. Sonstige Erläuterungen:

Werden Teilhaushalte nach der örtlichen Organisation produktorientiert gegliedert (§ 4 Abs. 1 Satz 2 KommHV-Doppik), ist dem Haushaltsplan eine Übersicht über die Budgets und die den einzelnen Budgets zugeordneten Produktgruppen als Anlage beizufügen (§ 4 Abs. 6 KommHV-Doppik).

Anlage 5.1
Muster zu § 4 Abs. 4 und § 9 KommHV-Doppik

Teilergebnishaushalt[1]

		Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Gesamtermächtigung des Haushaltsjahres[2]			Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
					Ansatz	übertragen[3]	Gesamt			
			Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
			1	**2**	**3**	**3a**	**3b**	**4**	**5**	**6**
1		Steuern und ähnliche Abgaben				X	X			
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen				X	X			
3	+	Sonstige Transfererträge				X	X			
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte				X	X			
5	+	Auflösung von Sonderposten				X	X			
6	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte				X	X			
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen				X	X			
8	+	Sonstige ordentliche Erträge				X	X			
9	+	Aktivierte Eigenleistungen				X	X			
10	+/-	Bestandsveränderungen				X	X			
S1	**=**	**Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)**				X	X			
11	-	Personalaufwendungen								
12	-	Versorgungsaufwendungen								
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen								
14	-	Bilanzielle Abschreibungen								
15	-	Transferaufwendungen								
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen								
S2	**=**	**Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**								
S3	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)**				X	X			
17	+	Finanzerträge				X	X			
18	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen				X	X			
S4	**=**	**Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)**				X	X			
S5	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)**				X	X			
19	+	Außerordentliche Erträge				X	X			
20	-	Außerordentliche Aufwendungen				X	X			
S6	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)**				X	X			
S7	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)**				X	X			
21	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen				X	X			
22	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen				X	X			
S8	**=**	**Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)**				X	X			
Nachrichtlich: Erläuterung der Differenzen zur Gebührenkalkulation[4]										
23	-	Differenz zwischen kalkulatorischer und bilanzieller Abschreibung				X	X			
24	-	Differenz zwischen kalkulatorischen Zinsen und effektiven Schuldzinsen				X	X			
25	+/-	sonstige Abweichungen zwischen Gebührenkalkulation und Teilergebnishaushalt				X	X			
S9	**=**	**Saldo der Gebührenkalkulation (= Saldo Zeilen 23 bis 25)**				X	X			

1 Auf die Fußnoten 1 bis 10 des Musters zu §§ 2 und 9 KommHV-Doppik (Anlage 3) wird verwiesen.

2 Die Gesamtermächtigung des Haushaltsjahres ergibt sich aus dem Ansatz des Haushaltsjahres und den aus Vorjahren übertragenen Haushaltsermächtigungen. Insoweit wird auf die Übersicht über die aus Vorjahren übertragenen Haushaltsermächtigungen (Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 6 KommHV-Doppik – Anlage 11) verwiesen. Die übertragenen Haushaltsermächtigungen sind nachrichtlich in den Teilergebnishaushalten gesondert darzustellen.

3 Hier sind nachrichtlich die aus Vorjahren übertragenen Haushaltsermächtigungen darzustellen. Soweit diese zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung noch nicht bzw. nicht endgültig bezifferbar sind, kann auf die Darstellung verzichtet werden; ggf. sind sie sorgfältig zu schätzen. Auf die Übersicht über die aus Vorjahren übertragenen Haushaltsermächtigungen (Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 6 KommHV-Doppik – Anlage 11) wird verwiesen. § 21 Abs. 6 KommHV-Doppik bleibt unberührt.

4 Die nachrichtlichen Angaben sind nur bei gebührenfinanzierten Teilhaushalten erforderlich.

Anlage 5.2
Muster zu § 4 Abs. 5 und § 9 KommHV-Doppik

Teilfinanzhaushalt[1, 2]

	Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Gesamtermächtigung des Haushaltsjahres[3]			Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
				Ansatz	übertragen[4]	Gesamt				
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
		1	**2**	**3**	**3a**	**3b**	**4**	**5**	**6**	**7**
1	Steuern und ähnliche Abgaben									
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen									
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen									
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte									
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte									
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen									
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen									
S1	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)**									
9	- Personalauszahlungen									
10	- Versorgungsauszahlungen									
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen									
12	- Transferauszahlungen									
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen									
S2	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)**									
S3	**= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)**									
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen									
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u. ä. Entgelten für Investitionstätigkeit									
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen									
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen									
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit									
S4	**= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)**									
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden									
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen									
22	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellem und beweglichem Sachvermögen									
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen									
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen									
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit									
S5	**= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)**									
S6	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Saldo S4 und S5)**									
S7	**= Finanzierungsmittelüberschuss/ -fehlbetrag (= Saldo S3 und S6)**									

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres	Gesamtermächtigung des Haushaltsjahres			Verpflichtungsermächtigungen	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3
				Ansatz	übertragen	Gesamt				
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
		1	**2**	**3**	**3a**	**3b**	**4**	**5**	**6**	**7**
26a 26b 26c	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten + Einzahlungen aus der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen + Einzahlungen aus Schuldendiensthilfen zur Tilgung von Krediten						X			
S8	**= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a bis 26c)**						X			
27a 27b	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten - Auszahlungen für die Tilgung von der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und die Tilgung innerer Darlehen				X	X	X			
S9	**= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)**				X	X	X			
S10	**= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Saldo S8 und S9)**				X	X	X			
S11	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Saldo S7 und S10)**[5]				X	X	X			
28	+ voraussichtlicher Anfangsbestand an Finanzmitteln				X	X	X			
S12	**= voraussichtlicher Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= S11 und Zeile 28)**				X	X	X			
29	+ voraussichtlicher Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven				X	X	X			
S13	**= voraussichtlicher Endbestand an Liquiditätsreserven (= S12 und Zeile 29)**				X	X	X			

1 Auf die Fußnoten 1 bis 15 des Musters zu §§ 3 und 9 KommHV-Doppik (Anlage 4) wird verwiesen.

2 Nach § 4 Abs. 5 Satz 2 KommHV-Doppik richtet sich die Darstellung der Ein- und Auszahlungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 14 und Nr. 26 und 27 KommHV-Doppik auf der Ebene der Teilfinanzhaushalte nach den örtlichen Verhältnissen, weshalb auf ihre Darstellung ggf. verzichtet werden kann.

3 Die Gesamtermächtigung des Haushaltsjahres ergibt sich aus dem Ansatz des Haushaltsjahres und den aus Vorjahren übertragenen Haushaltsermächtigungen. Insoweit wird auf die Übersicht über die aus Vorjahren übertragenen Haushaltsermächtigungen (Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 6 KommHV-Doppik – Anlage 11) verwiesen. Die übertragenen Haushaltsermächtigungen sind nachrichtlich in den Teilfinanzhaushalten gesondert darzustellen.

4 Hier sind nachrichtlich die aus Vorjahren übertragenen Haushaltsermächtigungen darzustellen. Soweit diese zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung noch nicht bzw. nicht endgültig bezifferbar sind, kann auf die Darstellung verzichtet werden; ggf. sind sie sorgfältig zu schätzen. Auf die Übersicht über die aus Vorjahren übertragenen Haushaltsermächtigungen (Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 6 KommHV-Doppik – Anlage 11) wird verwiesen. § 21 Abs. 6 KommHV-Doppik bleibt unberührt.

5 Die Zeilen 28 bis S13 sind nicht für alle Teilfinanzhaushalte verbindlich, da sie nur das Liquiditätsmanagement des Teilhaushalts „Allgemeine Finanzwirtschaft“ betreffen sollten (vgl. Produktgruppe 612 des KommPrR). Sie können jedoch nachrichtlich ausgewiesen werden. Diese Zeilen dienen insbesondere zur Darstellung der Deckung von Finanzmittelfehlbeträgen durch Einzahlungen aus der Veräußerung von Wertpapieren des Umlaufvermögens (= sonstige Liquiditätsreserven).

Haushaltsquerschnitt

a) in Euro / 1.000 Euro[1]
b) in Euro je Einwohner[2]

I. Haushaltsquerschnitt – Ergebnishaushalt

A. Produktbereiche 11 bis 57

		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Finanzerträge	Zinsen und sonstige Finanz-aufwendungen	Außer-ordentliche Erträge	Außer-ordentliche Aufwendungen	Erträge aus internen Leistungs-beziehungen	Aufwendungen aus internen Leistungs-beziehungen	Ergebnis des Teilhaushalts
	Kontengruppe	40–45, 47	50–54, 57	46	55	49	59	48	58	
Teilhaushalt		**1**	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**	**8**	**9**
Produktbereich	Bezeichnung									
11	Innere Verwaltung									
…										
57	Wirtschaft und Tourismus									

B. Produktbereich 61

		Steuern und ähnliche Abgaben	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	Sonstige Transfer-erträge	Sonstige ordentliche Erträge	Transfer-aufwendungen	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Außer-ordentliche Erträge	Außer-ordentliche Aufwendungen	Finanzerträge	Zinsen und sonstige Finanz-aufwendungen
	Kontengruppe	40	41	42	45	53	54	49	59	46	55
Teilhaushalt		**1**	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**	**8**	**9**	**10**
Produktgruppe	Bezeichnung										
611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen										
612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft										
613	Abwicklung der Vorjahre										

1 Nichtzutreffendes bitte streichen.

2 Es steht im Ermessen, die Angaben in Euro je Einwohner aufzunehmen.

II. Haushaltsquerschnitt – Finanzhaushalt

A. Produktbereiche 11 bis 57

		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Verpflichtungsermächtigungen
	Kontengruppe	60–66	70–75	68	78	69	79	
Teilhaushalt		**1**	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**
Produktbereich	Bezeichnung							
11	Innere Verwaltung							
…								
57	Wirtschaft und Tourismus							

B. Produktbereich 61

		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit
	Kontengruppe	60–66	70–75	68	78	69	79
Teilhaushalt		**1**	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**
Produktgruppe	Bezeichnung						
611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen						
612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft						
613	Abwicklung der Vorjahre						

Anlage 7
Muster zu § 1 Abs. 2 Nr. 4 KommHV-Doppik

Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit (§ 1 Abs. 2 Nr. 4 KommHV-Doppik)

Bezeichnung	Bezug[1]	Ausgewiesen unter	Vor-vor-jahr[2]	Vor-jahr[3]	HH-Plan[4]	HH-Plan +1[5]	HH-Plan +2[5]	HH-Plan +3[5]
			Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
			1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**
1. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit abzüglich	Finanz-haushalt	Saldo 3						
1.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungs-tätigkeit mit Zweckbindung für bestimmte Auszahlungen[6] (-)	Teilfinanz-haushalte	–						
1.2 Bedarfszuweisungen ohne Stabilisierungshilfen (-)	Konto	6121						
1.3 Ordentliche Tilgung von Krediten (-) zuzüglich	Konten	792x[7] (davon nur entspre-chender Teilbetrag)						
1.4 Rückflüsse von Ausleihungen (+)	Kontenart	686						
1.5 Investitionspauschalen nach Art. 12 FAG (+)	Konto	68119						
2. Bereinigtes Zahlungsergebnis	Saldo Nrn. 1 bis 1.5							
Nachrichtliche Angaben zum Finanzhaushalt[8]								
3. Auszahlungen für den Erwerb von immate-riellem und beweglichem Sachvermögen	Finanz-haushalt	Zeile 22						
4. Auszahlungen für Baumaßnahmen an Straßen	Konto Produktgr.	78512 541 bis 544						
5. Einzahlungen aus Zuwendungen, Beiträgen und ähnlichen Entgelten für Baumaßnahmen an Straßen	Konten Produktgr.	681x, 688x 541 bis 544						
6. Außerordentliche Tilgung von Krediten	Konten	792x (davon nur entspre-chender Teilbetrag)						
7. Tilgung zur Umschuldung	Konten	792x (davon nur entspre-chender Teilbetrag)						
8. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	Finanz-haushalt	Zeile 17						
9. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	Finanz-haushalt	Zeile 18						
10. Einzahlungen aus der Verminderung von Liquiditätsreserven[9]	Konten	699x						
11. Auszahlungen für Renten (Leibrenten) für die Abtretung von Grundstücken	Konten	782x (davon nur entspre-chender Teilbetrag)						
12. Leasingraten (soweit vermögenswirksam)	Konten	782x, 783x (davon nur entspre-chender Teilbetrag)						
13. Auszahlungen für ÖPP-Modelle und Ähnliches (soweit vermögenswirksam)	Konten	782x (davon nur entspre-chender Teilbetrag)						

Bezeichnung	Bezug	Ausgewiesen unter	Vor-vorjahr	Vor-jahr	HH-Plan	HH-Plan +1	HH-Plan +2	HH-Plan +3
			Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
			1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**
Nachrichtliche Angaben zum Ergebnishaushalt[10]								
14. Planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen abzüglich	Kontenart	571						
14.1 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (-)	Kontenart	416						
14.2 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten (-)	Kontenart	437						
15. Nettoabschreibungen	Saldo 14 bis 14.2							
16. Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zuzüglich	Kontenart	505 bis 507, 515 bis 517						
16.1 Zuführungen zu Umweltrückstellungen (+)	Konten	u. a. 54922 (davon nur entsprechender Teilbetrag)						
16.2 Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen (+) abzüglich	Kontenart / Konten	508, 509, 53722, 54922						
16.3 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (-)	Konten	4582x						
17. Nettozuführung zu Rückstellungen	Saldo 16 bis 16.3							
18.[11] **Buchgewinne bei Veräußerung – ordentlich**	Kontenart	454, 455						
19.[11] **Buchverluste bei Veräußerung – ordentlich**	Kontenart	547						
20.[11] **Außerplanmäßige Abschreibungen (ordentlich) – davon**	Kontenart	572, 573, 574						
auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	Kontenart	574						
auf Finanzanlagen	Kontenart	572						
auf Forderungen	Konto	5732						
auf sonstiges Umlaufvermögen	Konten	5731, 5739						
21.[11] **Außerordentliche Erträge – davon**	Ergebnishaushalt	Zeile 19						
Buchgewinne aus immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen	Konten	4911, 4912						
Buchgewinne aus Finanzanlagen	Konto	4913						
Buchgewinne aus Umlaufvermögen	Konto	4914						
Sonstige nicht zahlungswirksame außerordentliche Erträge	Konto	4922						
Zahlungswirksame außerordentliche Erträge	Konto	4921						
22.[11] **Außerordentliche Aufwendungen – davon**	Ergebnishaushalt	Zeile 20						
Buchverluste aus immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen	Konten	5911, 5912						
Buchverluste aus Finanzanlagen	Konto	5913						
Buchverluste aus Umlaufvermögen	Konto	5914						
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	Konten	59221, 59222						
Abschreibungen auf Finanzanlagen	Konto	59223						
Abschreibungen auf Umlaufvermögen	Konto	59224						
Sonstige nicht zahlungswirksame außerordentliche Aufwendungen	Konto	59225						
Zahlungswirksame außerordentliche Aufwendungen	Konto	5921						

Bezeichnung	Bezug	Ausgewiesen unter	Vor-vor-jahr	Vor-jahr	HH-Plan	HH-Plan +1	HH-Plan +2	HH-Plan +3
			Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
			1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**
Nachrichtliche Angaben zum Haushaltsausgleich[12]								
23. Ergebnisbezogener Haushaltsausgleich	Ergebnishaushalt	Jahresergebnis Saldo 7						
24. Allgemeine Rücklage (Nettoposition)	Kontenart Rücklagenübersicht Bilanz Eigenkapitalübersicht	201 Spalten 1, 2, 4 Spalten 1 bis 4, 6						
25. Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen	Kontenart Rücklagenübersicht Bilanz Eigenkapitalübersicht	202 Spalten 1, 2, 4 Spalten 1 bis 4, 6						
26. Ergebnisrücklagen	Kontenart Rücklagenübersicht Bilanz Eigenkapitalübersicht	203 Spalten 1, 2, 4 Spalten 1 bis 4, 6						
27. Ergebnisvortrag	Kontenart Rücklagenübersicht Bilanz Eigenkapitalübersicht	204 Spalten 1, 2, 4 Spalten 1 bis 4, 6						
28. nicht aufzulösende Sonderposten[13]	Konten Bilanz	2311, 2321						
29. aufzulösende Sonderposten[14]	Konten Bilanz	2312, 2322, 2331, 2341, 2342						
30. Liquiditätsreserven davon Wertpapiere des Umlaufvermögens davon Geldanlagen bei Banken und Kreditinstituten	Konten	142, 181, 182 142 181, 182						
Hinsichtlich weiterer Vorbelastungen (Verpflichtungsermächtigungen, Rückstellungen, Verbindlichkeiten) wird auf die Anlagen des Haushaltsplans nach § 1 Abs. 3 Nr. 3 und 4 KommHV-Doppik verwiesen								

31. Entwicklung der Kassenkredite

Im Vorjahr:
In der Haushaltssatzung festgesetzter Höchstbetrag: _____ Tsd. €

	Jan Tsd. €	Feb Tsd. €	März Tsd. €	Apr Tsd. €	Mai Tsd. €	Jun Tsd. €	Jul Tsd. €	Aug Tsd. €	Sep Tsd. €	Okt Tsd. €	Nov Tsd. €	Dez Tsd. €	Durchschnitt Tsd. €
Maximaler Betrag													
Niedrigste Ausschöpfung													
Durchschnittliche Inanspruchnahme[15]													

Im Vorvorjahr:
In der Haushaltssatzung festgesetzter Höchstbetrag: _____ Tsd. €

	Jan Tsd. €	Feb Tsd. €	März Tsd. €	Apr Tsd. €	Mai Tsd. €	Jun Tsd. €	Jul Tsd. €	Aug Tsd. €	Sep Tsd. €	Okt Tsd. €	Nov Tsd. €	Dez Tsd. €	Durchschnitt Tsd. €
Maximaler Betrag													
Niedrigste Ausschöpfung													
Durchschnittliche Inanspruchnahme[15]													

1 Die Angaben zur dauernden Leistungsfähigkeit nehmen auf die Haushaltsplanung (Ergebnis- und Finanzhaushalt) bzw. den Jahresabschluss (Ergebnis- und Finanzrechnung) Bezug und berücksichtigen neben den Zahlungs- und Erfolgsgrößen auch wesentliche Bestandsveränderungen der Vermögensrechnung (Bilanz). Insoweit ist es erforderlich, über die aggregierten Positionen des Ergebnis- und Finanzhaushalts hinaus einzelne Kontenbewegungen einzubeziehen. Soweit sich die Angaben aus Konten bestimmter Produktbereiche bzw. Produktgruppen ergeben, ist dies zu berücksichtigen. Die Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit fokussiert damit nicht allein auf wesentliche Positionen des Ergebnis- und Finanzhaushalts, sondern soll über die Angaben zu einzelnen Zahlungs- und Erfolgsgrößen auch deren Aussagewert in zusammenfassender Darstellung erhöhen. Im Übrigen ergeben sich diese Informationen auch aus den Teilhaushalten und den weiteren Anlagen, Übersichten und Erläuterungen zur Haushaltsplanung und zum Jahresabschluss.

2 Ergebnis des letzten Jahresabschlusses (Vorvorjahr des Haushaltsjahres).

3 Ansätze aus dem Haushaltsplan des Vorjahres einschließlich Nachtragshaushaltsplänen (§ 8 KommHV-Doppik).

4 Ansätze aus dem Haushaltsplan des Haushaltsjahres.

5 Ansätze aus der mittelfristigen Finanzplanung für die darauf folgenden Haushaltsjahre.

6 Hier sind insbesondere abzusetzen

- die Überschüsse fiduziarischer Stiftungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, soweit diese im Gesamthaushalt der Kommune enthalten sind und
- betragsmäßig wesentliche Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von Teilhaushalten, die für bestimmte Auszahlungen zweckgebunden sind.

7 Die Eintragungen der mit „x“ gekennzeichneten Konten ergeben sich nicht aus einem bestimmten Konto des KommKR; sie sind vielmehr – abhängig von der örtlichen Untergliederung im Kontenplan der Kommune bzw. von systemtechnischen Einstellungen der Software – in diesen Konten bzw. der Kontengruppe/-art enthalten.

8 Dargestellt werden sollen insbesondere

- der Eigenfinanzierungsanteil an der Anschaffung von beweglichem Vermögen sowie an den bei der Kommune nach Abzug der hierfür ggf. erhaltenen Zuwendungen, Beiträge und ähnlichen Entgelte verbleibenden Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Straßenbaumaßnahmen (Nrn. 3 bis 5),
- die außerordentliche Schuldentilgungskraft (Nr. 6) und die Tilgungen zur Umschuldung (Nr. 7),
- der Einsatz von Ersatzdeckungsmitteln aus der Desinvestition (Nrn. 8 bis 9) sowie von Liquiditätsreserven (Nr. 10) sowie
- die zahlungswirksame Belastung aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften (Nrn. 11 bis 13).

9 Auszuweisen ist die Auflösung von Liquiditätsreserven in Form von Bankeinlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens. Bei unterjähriger Bildung und Auflösung von Liquiditätsreserven ist der Saldo der Auflösung darzustellen.

10 Dargestellt werden sollen insbesondere

- die Aufteilung des nicht zahlungswirksamen Ressourcenverbrauchs in Nettoabschreibungen (Nrn. 14 bis 15) und Nettozuführungen an Rückstellungen (Nrn. 16 bis 17), wobei die Auflösung der Rückstellungen im Regelfall durch ihre zahlungswirksame Inanspruchnahme erfolgt und nicht über deren ertragswirksame Auflösung bei (teilweisem) Wegfall des Rückstellungstatbestands,
- Buchgewinne und -verluste aus der Veräußerung kommunalen Vermögens (Nrn. 18 bis 19); außerordentliche Sachverhalte sind abzugrenzen (Nrn. 21 bis 22),
- außerplanmäßige Abschreibungen (Nr. 20) von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens aufgrund dauernder Wertminderung bzw. von Vermögensgegenständen, die nicht dem planmäßigen Werteverzehr unterliegen (Grundstücke, Kunstgegenstände, Finanzanlagen, Wertpapiere des Umlaufvermögens, Vorräte, Forderungen und sonstiges Umlaufvermögen); außerordentliche Sachverhalte sind abzugrenzen (Nr. 22),
- außerordentliche Erträge und Aufwendungen (Nrn. 21 bis 22), wobei neben außerordentlichen Buchgewinnen bzw. -verlusten sowie außerordentlichen Zu- bzw. Abschreibungen rein zahlungswirksame außerordentliche Ein- und Auszahlungsvorgänge abzugrenzen sind (z. B. nachträgliche Schadensregulierung von Versicherungsschäden).

11 Die Positionen 18 bis 22 können zur Vereinfachung zusammengefasst werden. In diesem Fall sind einmalige Erträge und Aufwendungen zu erläutern.

12 Dargestellt werden sollen insbesondere

- ergebnisbezogene Jahresüberschüsse bzw. -fehlbeträge (Nr. 23) und deren Auswirkung auf die Entwicklung der Bilanzpositionen des Eigenkapitals (Nrn. 24 bis 27),
- die Entwicklung der Sonderposten für Zuwendungen, Beiträge und ähnliche Entgelte (Nrn. 28 bis 29).

13 für Vermögensgegenstände, die keiner Abnutzung unterliegen (z. B. Grundstücke, Kunstgegenstände)

14 für Vermögensgegenstände, die der Abnutzung unterliegen

15 Die durchschnittliche Inanspruchnahme ist wie folgt zu ermitteln:

Eine Gemeinde schöpft im März 2008 wie folgt ihren Kassenkredit aus:

maximaler Betrag:	6 Tage zu 600.000 €
niedrigste Ausschöpfung:	17 Tage zu 50.000 €
kein Kassenkredit	an 5 Tagen
Kassenkredithöhe an den restlichen 3 Tagen:	70.000 €, 100.000 €, 400.000 €

Ermittlung der durchschnittlichen Inanspruchnahme der Kassenkredite:

6 x 600.000 €	= 3.600.000 €
17 x 50.000 €	= 850.000 €
	70.000 €
	100.000 €
	+ 400.000 €
	5.020.000 €

Durchschnittliche Inanspruchnahme: 5.020.000 € / 31 Tage = 161.935 € = rund 162.000 €

Anlage 8
Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 3 KommHV-Doppik

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres[1]	voraussichtlich fällige Auszahlungen[2, 3] in 1.000 Euro				
	20....	20....	20....	20....	20....
1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**
20.…					
20….					
20….					
Haushaltsjahr 20….					
Summe[4]					
Nachrichtlich: in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen (ohne Umschuldungskredite)					

Auswirkungen auf den Haushaltsausgleich:

_____

_____

1 In Spalte 1 sind das Haushaltsjahr und alle früheren Jahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme noch Auszahlungen fällig werden.

2 In Spalte 2 sind das dem Haushaltsjahr folgende Jahr, in den Spalten 3 bis 6 sind die sich anschließenden Jahre einzutragen.

3 Werden Auszahlungen aus Verpflichtungsermächtigungen in Jahren fällig, auf die sich der Finanzplan noch nicht erstreckt, so sind weitere Kopfspalten in die Übersicht aufzunehmen; es ist darzustellen, dass der künftige Haushaltsausgleich nicht gefährdet ist (§ 1 Abs. 3 Nr. 3 Halbsatz 2 KommHV-Doppik). Auf die in diesen Jahren geplanten Kreditaufnahmen ist einzugehen.

4 Bei Nachtragshaushaltsplänen (§ 8 KommHV-Doppik) sollten in einer weiteren Zeile „Nachtrag + / - ...“ die Änderungen deutlich gemacht werden.

Anlage 9
Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 4 KommHV-Doppik

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften[1] sowie Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO

Arten der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften	Stand zu Beginn des Vorjahres	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	mit einer Restlaufzeit der Verbindlichkeiten von			Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushaltsjahres
			bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren		
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
	1	2	3	4	5	6	7
1. Anleihen (Wertpapierschulden)[2]							
2. Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten[3]							
2.1 vom Bund							
2.2 vom Land							
2.3 von Gemeinden und Gemeindeverbänden							
2.4 von Zweckverbänden u. dgl.							
2.5 von der gesetzlichen Sozialversicherung							
2.6 von Sondervermögen							
2.7 von verbundenen Unternehmen							
2.8 von Beteiligungen							
2.9 von sonstigen öffentlichen Sonder rechnungen							
2.10 vom Kreditmarkt[4]							
3. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen[5]							
3.1 Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden							
3.2 Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften							
3.3 Leasinggeschäfte							
3.4 ÖPP-/PPP-Projekte[6]							
3.5 Leibrentenverträge							
3.6 Verträge über die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen							
3.7 Verpflichtung zur Gewährung von Schuldendiensthilfen an Dritte							
3.8 Sonstige einer Kreditaufnahme wirtschaftlich gleichkommende Vorgänge							
4. Summe der Verbindlichkeiten							
Nachrichtlich:							
1. Innere Darlehen von rechtlich unselbstständigen Einrichtungen							
2. Verbindlichkeiten der Sondervermögen mit Sonderrechnung sowie fiduziarischen Stiftungen[7]							
2.1 aus Krediten							
2.2 aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften							

Übersicht über Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO, Art. 66 Abs. 2 LKrO, Art. 64 Abs. 2 BezO – voraussichtlicher Stand der eventuellen Zahlungsverpflichtungen und Vorbelastungen ohne Bilanzierung (Eventualverbindlichkeiten)

Arten der Eventualverbindlichkeiten[8]	Stand zu Beginn des Vorjahres	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushaltsjahres
	Euro	Euro	Euro	Euro
	1	**2**	**3**	**4**
1. Bürgschaften[9, 10]				
1.1 an Sondervermögen				
1.2 an verbundene Unternehmen				
1.3 an Beteiligungen				
1.4 an sonstigen öffentlichen Bereich				
1.5 an sonstigen privaten Bereich				
2. Sonstige kreditähnliche Rechtsgeschäfte ohne Bilanzierung[11]				
2.1–2.5 ... wie 1.1–1.5				
3. Weitere Haftungsverhältnisse nach § 75 KommHV-Doppik[12, 13]				
3.1–3.5 ... wie 1.1–1.5				

1 In der **Verbindlichkeitenübersicht der Haushaltplanung** nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 KommHV-Doppik sind auszuweisen:
- in Spalte 1 der Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des dem Haushaltsjahr vorhergehenden Jahres (= laufendes Haushaltsjahr);
- in Spalte 2 – nach dem zeitlichen Fortschritt der Haushaltsplanung – der voraussichtliche oder tatsächliche Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des Haushaltsjahres; dieser sollte mit dem Stand der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember des dem Haushaltsjahr vorhergehenden Jahres grundsätzlich übereinstimmen;
- in den Spalten 3 bis 5 der Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des Haushaltsjahres, gegliedert nach Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr, von einem bis fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren;
- in Spalte 6 der Saldo aus den voraussichtlichen Zu- und Abgängen an Verbindlichkeiten während des Haushaltsjahres (z. B. durch Kreditaufnahme und Kredittilgung);
- in Spalte 7 der voraussichtliche Stand der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Stand zum 1. Januar zuzüglich der Zugänge und abzüglich der Abgänge während des Haushaltsjahres).

2 Von der Kommune emittierte (langfristige) Anleihen stellen Wertpapierschulden dar (vgl. Inhalte zu den Kontenarten 301 „Anleihen“/ 371 „sonstige Wertpapierschulden“ der ZuVoKommKR). Soweit sonstige Verbindlichkeiten aus Wertpapierverschuldung bestehen (z. B. durch die Umwandlung von Krediten entstandene Wertpapiere), sind diese ebenfalls unter Nr. 1 bei den Anleihen auszuweisen und gesondert als „sonstige Wertpapierschulden“ zu kennzeichnen (als „Davon-Vermerk“ bei den Anleihen).

3 Endfällige Darlehen sind gesondert zu vermerken (als „Davon-Vermerk“ bei den Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten).

4 KfW-Kredite sowie Kredite von Landesbanken und Sparkassen sind unter Nr. 2.10 auszuweisen, da diese Einrichtungen als Kreditinstitute und nicht als sonstige öffentliche Sonderrechnungen gelten.

5 Unter Nr. 3 sind alle gewissen Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften auszuweisen (vgl. Art. 72 Abs. 1 GO); hierzu zählen z. B. Leasing- und Leibrentenverträge, Verlustübernahmen sowie Bürgschaftsverpflichtungen, soweit die Kommune tatsächlich in Anspruch genommen wird. Davon unbeschadet bleibt deren Ausweis als ungewisse Verbindlichkeiten unter den Rückstellungen bzw. – als nur mögliche Zahlungsverpflichtung ohne Bilanzansatz – unter den Haftungsverhältnissen (vgl. § 75 KommHV-Doppik). Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sind in Anlehnung an den KommKR nach Arten zu untergliedern. Im Übrigen gelten die Grundsätze der IMBek vom 5. Mai 1983 (MABl. S. 408).

6 Unter Nr. 3.4 sind jeweils die sich aus dem Wirtschaftlichkeitsvergleich (§ 12 KommHV-Doppik) ergebenden Projektkosten anzugeben (vgl. dazu auch Nr. 6 der IMBek vom 6. Februar 2007, AllMBl. S. 187); dabei sind der Gesamtbetrag und der investive Anteil gesondert darzustellen. Dies gilt auch, wenn im Vorjahr bzw. im Haushaltsjahr keine Zahlungen angefallen sind bzw. anfallen. Soweit die Kommune voraussichtlich nicht oder nicht in voller Höhe in Anspruch genommen wird (z. B. aus Geschäftsbesorgungsverträgen), gelten die Grundsätze zur Darstellung von Haftungsverhältnissen (vgl. § 75 KommHV-Doppik). Ergänzend wird auf die im Rahmen des Wirtschaftlichkeitsvergleichs erforderliche Risikoabschätzung verwiesen. Zur Risikoabschätzung vgl. Nr. 6 der IMBek vom 6. Februar 2007 (AllMBl. S. 187); bei ÖPP-Modellen vgl. PPP-Leitfaden Teil 2 „Rechtliche Rahmenbedingungen für PPP-Projekte in Bayern“, S. 8 ff.

7 Die Verbindlichkeiten der Eigenbetriebe, der Regiebetriebe, soweit sie als Sondervermögen nach Eigenbetriebsrecht geführt werden (Art. 88 Abs. 6 GO), unselbstständiger Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen sowie nichtrechtsfähiger (fiduziarischer) Stiftungen sind hier regelmäßig als Verbindlichkeiten der Sondervermögen darzustellen. Ist kommunales Vermögen an einen Sanierungstreuhänder im Sinne des § 159 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 in Verbindung mit § 160 BauGB übergeben (siehe Fußnote 4 des Musters zu § 85 KommHV-Doppik, Anlage 14), sind auch die Verbindlichkeiten dieses Sanierungstreuhandvermögens anhand der Treuhandbilanz des Sanierungstreuhänders in die Darstellung einzubeziehen. Abhängig von den örtlichen Verhältnissen kann eine Untergliederung nach Art der unselbstständigen Einrichtung (z. B. Eigenbetriebe, fiduziarische Stiftungen) angezeigt sein (als „Davon-Vermerk“).

8 Haftungsverhältnisse sind dadurch gekennzeichnet, dass sie eine Eventualverbindlichkeit begründen. Eventualverbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten, aus der die Kommune nur unter bestimmten Umständen, mit deren Eintritt sie nicht ernsthaft rechnet, in Anspruch genommen werden kann. Die Vermerkpflicht setzt voraus, dass die Eventualverbindlichkeiten betragsmäßig angegeben werden können. Sind diese quantifizierbar, so sind sie in Höhe der maximalen Inanspruchnahme aus den Haftungsverhältnissen zu vermerken. Die Risikoeinschätzung einer Zahlungsverpflichtung ist gesondert zu erläutern. Die Haftungsverhältnisse sind grundsätzlich nach Empfängerbereichen und Arten zu untergliedern. Weitergehende Erläuterungen können nach den örtlichen Verhältnissen geboten sein. Insbesondere empfiehlt es sich, bestellte Sicherheiten zugunsten der Kommune darzustellen. Im Übrigen gelten die Grundsätze der IMBek vom 5. Mai 1983 (MABl. S. 408).

9 Bürgschaften für Förderungen können zusammengefasst dargestellt werden; die Risikoeinschätzung ist zu erläutern.

10 Haftungsverhältnisse gegenüber Sondervermögen, verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind gesondert auszuweisen. Haftungsverhältnisse gegenüber Kommunalunternehmen sind dabei gesondert anzugeben (z. B. als „Davon-Vermerk“ bei verbundenen Unternehmen). Bürgschaften für den sonstigen privaten Bereich werden insbesondere für Vereine, aber auch für Privatpersonen vergeben (z. B. Alternative zu Mietkautionen).

11 Unter Nr. 2 (Übersicht zu Eventualverbindlichkeiten) sind insbesondere Gewährverträge und Sicherheiten zugunsten Dritter darzustellen.

12 Unter Nr. 3 (Übersicht zu Eventualverbindlichkeiten) sind insbesondere mögliche Verpflichtungen aus der Verlustabdeckung von Sondervermögen, verbundenen Unternehmen und Beteiligungen zu dokumentieren, soweit diese nicht bereits als Rückstellungen oder Verbindlichkeiten zu bilanzieren sind. Mögliche Verpflichtungen aus der Verlustabdeckung von Kommunalunternehmen sind dabei gesondert anzugeben (z. B. als „Davon-Vermerk“ bei verbundenen Unternehmen).

13 Verpflichtungsermächtigungen sind gesondert im Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 3 KommHV-Doppik (Anlage 8) darzustellen.

Anlage 10
Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 4 KommHV-Doppik

Rücklagen- und Rückstellungsübersicht der Haushaltsplanung – voraussichtlicher Stand der Rücklagen und Rückstellungen

Arten der Rücklagen	Stand zu Beginn des Vorjahres	Stand zu Beginn des Haushalts-jahres	Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand nach Ablauf des Haushaltsjahres
	Euro	Euro	Euro	Euro
	1	**2**	**3**	**4**
1. Allgemeine Rücklage (Nettoposition)				
2. Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen				
3. Ergebnisrücklagen				
4. Ergebnisvortrag				
5. Summe = Eigenkapital				

Arten der Rückstellungen[1]	Stand zu Beginn des Vorjahres	Stand zu Beginn des Haushalts-jahres	Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand nach Ablauf des Haushaltsjahres
	Euro	Euro	Euro	Euro
	1	**2**	**3**	**4**
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				
1.1 Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen				
1.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen				
2. Umweltrückstellungen				
3. Instandhaltungsrückstellungen				
4. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen				
5. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährverträgen und anhängigen Gerichts- und Widerspruchs-verfahren				
6. Sonstige Rückstellungen[2]				
7. Summe aller Rückstellungen				

1 Die Bildung und Auflösung von Rückstellungen unterliegt grundsätzlich der Haushaltsplanung. Soweit sich Rückstellungsarten der Planung entziehen, beschränkt sich der Eintrag auf die Spalten „Stand zu Beginn des Vorjahres“ sowie „Stand zu Beginn des Haushaltsjahres“.

2 Unter sonstige Rückstellungen fallen insbesondere Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub und Überstunden sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen. Insbesondere Letztere entziehen sich in der Regel der Haushaltsplanung. Soweit sonstige Rückstellungen planbar sind, sind diese ggf. nach dem KommKR nach Arten zu untergliedern und zu erläutern.

Anlage 11
Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 6
und § 86 Abs. 3 Nr. 5 KommHV-Doppik
i. V. m. § 21 KommHV-Doppik

Übersicht über die aus Vorjahren / in das Nachjahr übertragenen Haushaltsermächtigungen[1]

Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen für Aufwendungen

Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen für Aufwendungen					
Teilhaushalt/Produktgruppe			Übertrag aus dem Vorjahr / auf das folgende Haushaltsjahr[1]	davon gebunden[2]	davon frei verfügbar[2]
Nr.	**Teilhaushalt/ Produktgruppe**	**Konto/ Bezeichnung**	Euro	Euro	Euro
1					
2					
3					
4					
…					
Summe der übertragenen Haushaltsermächtigungen:					

Aufstellung der aus übertragenen Haushaltsermächtigungen für Aufwendungen resultierenden Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Aufstellung der aus übertragenen Haushaltsermächtigungen für Aufwendungen resultierenden Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit[3]					
Teilhaushalt/Produktgruppe			Übertrag aus dem Vorjahr / auf das folgende Haushaltsjahr[1]	davon gebunden[2]	davon frei verfügbar[2]
Nr.	**Teilhaushalt/ Produktgruppe**	**Konto/ Bezeichnung**	Euro	Euro	Euro
1					
2					
3					
4					
…					
Summe der übertragenen Haushaltsermächtigungen:					

Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen					
Teilhaushalt/Produktgruppe			Übertrag aus dem Vorjahr / auf das folgende Haushaltsjahr[1]	davon gebunden[2]	davon frei verfügbar[2]
Nr.	**Teilhaushalt/ Produktgruppe**	**Konto/ Bezeichnung**	Euro	Euro	Euro
1					
2					
3					
4					
…					
Summe der übertragenen Haushaltsermächtigungen:					

Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen für Einzahlungen (Übertragung von Kreditermächtigungen)

Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen für Einzahlungen					
Teilhaushalt/Produktgruppe			Übertrag aus dem Vorjahr / auf das folgende Haushaltsjahr[1]	davon gebunden[2]	davon frei verfügbar[2]
Nr.	**Teilhaushalt/ Produktgruppe**	**Konto/ Bezeichnung**	Euro	Euro	Euro
1					
2					
3					
4					
…					
Summe der übertragenen Haushaltsermächtigungen:					

Auswirkungen der Übertragung nach § 21 Abs. 6 KommHV-Doppik

1. Auswirkungen der Übertragungen auf den Ergebnishaushalt:

   _____

   _____

2. Auswirkungen der Übertragungen auf den Finanzhaushalt:

   _____

   _____

1 Nichtzutreffendes bitte streichen.

2 Die Spalten „davon gebunden“ und „davon frei verfügbar“ sind fakultativ.

3 Die „Aufstellung der aus übertragenen Haushaltsermächtigungen für Aufwendungen resultierenden Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit“ ist fakultativ. Sie dient in erster Linie der Darstellung der aus der Übertragung von Haushaltsermächtigungen für Aufwendungen resultierenden Liquiditätsbelastung im Haushaltsjahr bzw. im Folgejahr. Auf die Aufstellung kann insbesondere verzichtet werden, wenn nur Haushaltsermächtigungen für zahlungswirksame Aufwendungen übertragen werden und die Eintragung betragsmäßig mit der „Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen für Aufwendungen“ übereinstimmt.

Anlage 12
Muster zu § 5 KommHV-Doppik

I. Stellenplan

Gemeinde-/Stadt-/Marktverwaltung[1]

1. Beamte

Wahlbeamte und sonstige Beamte (Amtsbezeichnungen)[2]	Besoldungs-gruppe	Zahl der Stellen[5]			Zahl der Stellen 20…[6]	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30. Juni 20…[6]	Erläuterungen
		insgesamt	darunter				
			mit Amtszulage[3]	bei Stellenober-grenzen nicht berücksichtigt[4]			
1	2	3	4	5	6	7	8
Wahlbeamte	A…/B…						
sonstige Beamte	B						
	A 16						
	A 15						
	A 14						
	A 13						
	A 12						
	A 11						
	A 10						
	A 9						
	A 8						
	A 7						
	A 6						
Insgesamt							

2. Arbeitnehmer, soweit nicht Sozial- oder Erziehungsdienst

Entgeltgruppe/ Sondervergütung	Zahl der Stellen 20…[5]	Zahl der Stellen 20…[6]	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30. Juni 20…[6]	Erläuterungen
1	2	3	4	5
15				
14				
13				
12				
11				
10				
9				
8				
7				
6				
5[7]				
4				
3				
2				
1				
Insgesamt				

3. Arbeitnehmer im Sozial- oder Erziehungsdienst

Entgeltgruppe/ Sondervergütung	Zahl der Stellen 20…[5]	Zahl der Stellen 20…[6]	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30. Juni 20…[6]	Erläuterungen
1	2	3	4	5
S 18				
S 17				
S 16				
S 15				
S 14				
S 13				
S 12				
S 11				
S 10				
S 9				
S 8				
S 7				
S 6				
S 5				
S 4				
S 3				
Insgesamt				

II. Ergänzende nachrichtliche Angaben

Teilhaushalt	Hauptproduktbereich Produktbereich Produkt Produktgruppe[1]	Beamte[8]					
		Wahl-beamte	Einteilung der Kopfspalte nach den Besoldungsgruppen				Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Insgesamt							
		Arbeitnehmer[9]					
		Einteilung der Kopfspalte nach den Entgeltgruppen					Erläuterungen
Insgesamt							

III. Übersicht über die Bediensteten in Ausbildung

Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen für 20…[5]	beschäftigt 30. Juni 20…[6]	Erläuterungen
1	2	3	4	5
Anwärter Auszubildende	Anwärterbezüge Ausbildungsvergütung …… …… ……			
Insgesamt				

1 Die Stellen bei Unternehmen, auf die die Vorschriften der EBV über Wirtschaftsführung und Rechnungswesen angewendet werden, die Stellen bei Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen mit kaufmännischem Rechnungswesen und die Stellen, die nach § 44k SGB II der **gemeinsamen Einrichtung** zur Bewirtschaftung zugewiesen sind, sind jeweils in besonderen Abschnitten auszuweisen.

2 Die Angabe der Amtsbezeichnungen wird freigestellt.

3 Zahl der Stellen, die mit einer Amtszulage nach Anlage 4 zum BayBesG ausgestattet sind.

4 Zahl der Stellen, die nach Art. 26 Abs. 2 oder 3 BayBesG bei der Stellenobergrenzenberechnung unberücksichtigt bleiben.

5 Einzusetzen ist das Haushaltsjahr.

6 Einzusetzen ist das Vorjahr.

7 Arbeitnehmerstellen der Entgeltgruppen 1 bis 5 können in einer Summe ausgewiesen werden.

8 In den Laufbahnspalten sind die entsprechenden Besoldungsgruppen nach Bedarf anzugeben.

9 In den Spalten sind die entsprechenden Entgeltgruppen nach Bedarf anzugeben.

Investitionsprogramm

Investitionsmaßnahmen		Insgesamt	Ansatz des Vorjahres	Ansatz des Haushalts-jahres	Planung Haushaltsjahr + 1	Planung Haushaltsjahr + 2	Planung Haushaltsjahr + 3	Spätere Jahre	bereits eingezahlt/ ausgezahlt	Verpflichtungs-ermächtigun-gen
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Maßnahme (1–n)		**1**	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**	**8**	**9**
Teilhaushalt/ Produktgruppe	Bezeichnung, voraussichtlicher Beginn und voraussichtliches Ende der Maßnahme									
A	Gesamtinvestition									
A.1	davon Auszahlungen für									
	den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden[1]									
	Baumaßnahmen[1]									
	den Erwerb von immateriellem und beweglichem Sachvermögen[1]									
	den Erwerb von Finanzvermögen[1]									
	Investitionsförderungsmaßnahmen[1]									
	sonstige Investitionstätigkeit[1]									
A.2	Aktivierte Eigenleistungen[2]									
B	Finanzierung									
B.1	davon Einzahlungen aus									
	Investitionszuwendungen									
	Investitionsbeiträgen u. ä. Entgelten für Investitionstätigkeit									
	sonstige zweckgebundene Einzahlungen[3]									
B.2	**Durch vorstehende Beträge nicht gedeckter Teil der Gesamtkosten (aus Eigenmitteln[4] zu finanzieren)**									
C	Folgekosten[5]									
	Personelle Mehrkosten									
	Sonstige Folgekosten									

HH-Jahr + 1

HH-Jahr + 2

HH-Jahr + 3

1 Als Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden sind die Anschaffungskosten für Grundstücke und Gebäude, für bauliche Anlagen bzw. Aufbauten sowie für Grundstücke und bauliche Anlagen des Infrastrukturvermögens auszuweisen. Auch Auszahlungen für den Erwerb von als Vorräte auszuweisenden Grundstücken und/oder Gebäuden begründen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit. Entsprechend stellt der Verkauf von Vorratsgrundstücken Einzahlungen aus Investitionstätigkeit dar. Zu den Auszahlungspositionen A.1 siehe im Übrigen die Fußnoten 7 bis 12 des Musters zu §§ 3 und 9 KommHV-Doppik (Anlage 4).

2 Zum Herstellungskostenbegriff vgl. § 77 Abs. 3 KommHV-Doppik; aktivierte Eigenleistungen sind im Ergebnishaushalt und den Teilergebnishaushalten sowie in der Ergebnisrechnung und den Teilergebnisrechnungen auszuweisen (vgl. z. B. Zeile 9 des Musters zu §§ 2 und 9 KommHV-Doppik – Anlage 3).

3 Einschließlich zweckgebundener Kredite.

4 Ohne zweckgebundene Kredite.

5 Vgl. § 12 Abs. 2 und 3 KommHV-Doppik; hinsichtlich der im Investitionsprogramm auszuweisenden Folgekosten kann auf die Ergebnisse der Berechnungen nach § 12 Abs. 2 und 3 KommHV-Doppik abgestellt werden. Für Hochbauten wird ergänzend auf die DIN 276 verwiesen.

Anlage 14
Muster zu § 85 KommHV-Doppik

Vermögensrechnung (Bilanz)[1]

AKTIVA		PASSIVA	
A.	**Anlagevermögen**	**A.**	**Eigenkapital**
I.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**	**I.**	**Allgemeine Rücklage (Nettoposition)**
1.	Konzessionen, DV-Lizenzen, sonstige Rechte	**II.**	**Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen**
2.	Geleistete Zuwendungen für Investitionen	**III.**	**Ergebnisrücklagen**
3.	Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	**IV.**	**Ergebnisvortrag**
II.	**Sachanlagen**	**V.**	**Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag**
1.	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	**Summe Eigenkapital**	
a)	*Grünflächen*	**B.**	**Sonderposten**
b)	*Ackerland und Ähnliches*	**I.**	**Sonderposten aus Zuwendungen**
c)	*Wald und Forsten*	a)	Nicht aufzulösende Sonderposten aus Zuwendungen
d)	*Sonstige unbebaute Grundstücke*	b)	Aufzulösende Sonderposten aus Zuwendungen
e)	*Grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken*	**II.**	**Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten**
2.	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	a)	Nicht aufzulösende Sonderposten aus Beiträgen
a)	*Grundstücke mit Wohnbauten*	b)	Aufzulösende Sonderposten aus Beiträgen
b)	*Grundstücke mit sozialen Einrichtungen*	**III.**	**Sonstige Sonderposten**
c)	*Grundstücke mit Schulen*	**IV.**	**Gebührenausgleich**
d)	*Grundstücke mit Kulturanlagen*	**V.**	**Sonderposten für Abschreibungsmehrerlöse**
e)	*Grundstücke mit bebauten Sport- und Freizeitanlagen*	**Summe Sonderposten**	
f)	*Grundstücke mit bebauten Gartenanlagen*	**C.**	**Rückstellungen**
g)	*Grundstücke mit sonstigen Dienst- und Betriebsgebäuden*	**I.**	**Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**
h)	*Grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken*	1.	Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen
3.	Infrastrukturvermögen	2.	Rückstellungen für Altersteilzeit u. Ä.
a)	*Grund und Boden des Infrastrukturvermögens*	**II.**	**Umweltrückstellungen**
b)	*Brücken, Tunnel und sonstige Anlagen*	a)	Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorgeverpflichtung
c)	*Gleis- und Sicherheitsanlagen u. Ä.*	b)	Rückstellungen für Altlastensanierung
d)	*Energieversorgungsanlagen*	**III.**	**Instandhaltungsrückstellungen**
e)	*Wasserversorgungsanlagen*	**IV.**	**Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen**
f)	*Abfallentsorgungsanlagen*	a)	Finanzausgleichsrückstellungen
g)	*Abwasserbeseitigungsanlagen*	b)	Steuerrückstellungen
h)	*Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen*	**V.**	**Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährverträgen und verwandten Rechtsgeschäften sowie anhängigen Gerichts- und Widerspruchsverfahren**
i)	*Sonstiges Infrastrukturvermögen*	a)	*Rückstellungen für Bürgschaften*
4.	Bauten auf fremdem Grund und Boden	b)	*Rückstellungen für Gewährverträge u. Ä.*
5.	Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	c)	*Rückstellungen für Gerichts- und Widerspruchsverfahren*
a)	*Kunstgegenstände*	**VI.**	**Sonstige Rückstellungen**
b)	*Kulturdenkmäler (Bau- und Bodendenkmäler)*	a)	*Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub und Überstunden*
6.	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	b)	*Rückstellungen für ausstehende Rechnungen*
7.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	c)	*Weitere Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten*
8.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	d)	*Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften*
III.	**Finanzanlagen**	e)	*Rückstellungen für latente Steuern*
1.	Sondervermögen		
2.	Anteile an verbundenen Unternehmen		
3.	Beteiligungen		
4.	Ausleihungen		
a)	*Ausleihungen an Sondervermögen*		
b)	*Ausleihungen an verbundene Unternehmen*		
c)	*Ausleihungen an Beteiligungen*		
d)	*Sonstige Ausleihungen*		
5.	Wertpapiere des Anlagevermögens		
Summe Anlagevermögen		**Summe Rückstellungen**	

1 Die mit **Großbuchstaben und Ziffern** ausgewiesenen Bilanzpositionen stellen die **bilanzielle Mindestgliederung** dar. Die mit **Kleinbuchstaben** gekennzeichneten Bilanzpositionen sind fakultativ, d. h. diese Untergliederung richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Soweit in der Bilanzdarstellung auf diese Untergliederungen verzichtet wird, bilden diese Positionen die **Mindestgliederung für die Erläuterungen zu den Bilanzpositionen im Anhang** (§ 86 KommHV-Doppik). Eine tiefere Untergliederung der Bilanzpositionen in Anlehnung an den KommKR ist möglich, soweit dies örtlich notwendig oder sachdienlich ist. § 80 Abs. 5 und 6 KommHV-Doppik bleibt unberührt.

AKTIVA		PASSIVA	
B.	**Umlaufvermögen**	**D.**	**Verbindlichkeiten**
I.	**Vorräte**	**I.**	**Anleihen**
a)	*Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe, Waren*	**II.**	**Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen**
b)	*Unfertige Erzeugnisse und Leistungen / fertige Erzeugnisse und Leistungen*	a)	*Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen vom Bund*
c)	*Grundstücke als Vorräte (unbebaute und bebaute)*[2]	b)	*Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen vom Land*
d)	*Sonstige Vorräte*	c)	*Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden*
e)	*Geleistete Anzahlungen auf Vorräte*	d)	*Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von Zweckverbänden u. dgl.*
II.	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**	e)	*Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von der gesetzlichen Sozialversicherung*
1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	f)	*Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von Sondervermögen*
a)	*Gebührenforderungen*	g)	*Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von verbundenen Unternehmen*
b)	*Beitragsforderungen*	h)	*Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von Beteiligungen*
c)	*Steuerforderungen*	i)	*Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen*
d)	*Forderungen aus Transferleistungen*	j)	*Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen vom Kreditmarkt und sonstigen in- und ausländischen Bereichen*
e)	*Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen*	**III.**	**Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung**
2.	Privatrechtliche Forderungen	a bis j	*siehe Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen*
a)	*Forderungen gegenüber Sondervermögen*	**IV.**	**Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**
b)	*Forderungen gegenüber verbundene Unternehmen*	a)	*Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden*
c)	*Forderungen gegenüber Beteiligungen*	b)	*Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften*
d)	*Forderungen gegenüber dem sonstigen privaten Bereich*	c)	*Leasinggeschäfte u. Ä.*
e)	*Forderungen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich*	d)	*ÖPP-/PPP-Projekte*
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	e)	*Leibrentenverträge*
III.	**Wertpapiere des Umlaufvermögens**	f)	*Verträge über die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen*
IV.	**Liquide Mittel**	g)	*Verpflichtung zur Gewährung von Schuldendiensthilfen an Dritte*
a)	*Einlagen bei Banken und Kreditinstituten*	h)	*Sonstige einer Kreditaufnahme wirtschaftlich gleichkommende Vorgänge*
b)	*Bargeld / Kassenbestand*	**V.**	**Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**
		a)	*Verbindlichkeiten aus LuL von Sondervermögen*
		b)	*Verbindlichkeiten aus LuL von verbundenen Unternehmen*
		c)	*Verbindlichkeiten aus LuL von Beteiligungen*
		d)	*Verbindlichkeiten aus LuL vom sonstigen öffentlichen Bereich*
		e)	*Verbindlichkeiten aus LuL vom sonstigen privaten Bereich*
		VI.	**Verbindlichkeiten aus Transferleistungen**
		a)	*Verbindlichkeiten aus Transferleistungen an öffentlichen Bereich*
		b)	*Verbindlichkeiten aus Transferleistungen an privaten Bereich*
		VII.	**Sonstige Verbindlichkeiten**
		a)	*Verbindlichkeiten aus ausstehender zweckgerechter Verwendung von Zuwendungen sowie von Beiträgen und ähnlichen Entgelten*
		b)	*Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichem und privatem Bereich*
Summe Umlaufvermögen		**Summe Verbindlichkeiten**	
C.	**Aktive Rechnungsabgrenzung**	**E.**	**Passive Rechnungsabgrenzung**
D.	**Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**	**F.**	**Treuhandkapital (nichtrechtsfähige Stiftungen)**[3]
E.	**Treuhandvermögen (nichtrechtsfähige Stiftungen)**[3]	**G.**	**Vergabe Treuhandkapital (Sanierungstreuhandvermögen)**[4]
F.	**Vergabe Treuhandvermögen (Sanierungstreuhandvermögen)**[4]		
Summe Aktiva (Bilanzsumme)		**Summe Passiva (Bilanzsumme)**	

2 „Vorratsgrundstücke“ werden bilanziell dem Umlaufvermögen zugeordnet, ansonsten aber haushaltsrechtlich wie Anlagevermögen behandelt.

3 Die von der Gemeinde verwalteten, als Sondervermögen konstituierten nichtrechtsfähigen (fiduziarischen) Stiftungen werden bilanziell nicht als Finanzanlage ausgewiesen. Vielmehr sind die Aktiva und Passiva dieser Stiftungen in der Vermögensrechnung (Bilanz) betragsmäßig jeweils in einer Summe auf der Aktivseite unter der Bilanzposition E „Treuhandvermögen“ und auf der Passivseite unter der Bilanzposition F „Treuhandkapital“ auszuweisen (siehe hierzu auch die gesonderten Konten der Kontengruppe 84 des KommKR). Von dieser aggregierten bilanziellen Darstellung bleibt unberührt, dass die Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen dieser Stiftungen als Teilrechnungen im Sinne des § 84 KommHV-Doppik Bestandteil des kommunalen Jahresabschlusses sind (siehe Produktbereich 71 des KommPrR). In den Anhang sind gesonderte Angaben zu diesen Stiftungen im Sinne des § 86 Abs. 1 KommHV-Doppik aufzunehmen und die Stiftungsergebnisse entsprechend zu erläutern.

4 Das an einen Sanierungstreuhänder im Sinne des § 159 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 in Verbindung mit § 160 BauGB übergebene kommunale Vermögen (Sanierungstreuhandvermögen) und das Treuhandkapital sind in Höhe der in der Treuhandbilanz des Sanierungstreuhänders nachgewiesenen Bilanzsumme in der kommunalen Vermögensrechnung (Bilanz) betragsmäßig jeweils in einer Summe auf der Aktivseite unter der Bilanzposition F „Vergabe Treuhandvermögen“ und auf der Passivseite unter der Bilanzposition G „Vergabe Treuhandkapital“ auszuweisen (siehe hierzu auch die gesonderten Konten der Kontengruppe 85 des KommKR). In den Anhang sind gesonderte Angaben zum vergebenen Treuhandvermögen im Sinne des § 86 Abs. 1 KommHV-Doppik aufzunehmen und die Jahresergebnisse anhand der Jahresabschlüsse des Sanierungstreuhänders entsprechend zu erläutern.

Vermögensrechnung (Bilanz) – Mindestgliederung

AKTIVA				PASSIVA			
A.	**Anlagevermögen**	**HH-Jahr Euro**	**Vorjahr Euro**	**A.**	**Eigenkapital**	**HH-Jahr Euro**	**Vorjahr Euro**
I.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**			**I.**	**Allgemeine Rücklage (Nettoposition)**		
1.	Konzessionen, DV-Lizenzen, sonstige Rechte			**II.**	**Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen**		
2.	Geleistete Zuwendungen für Investitionen			**III.**	**Ergebnisrücklagen**		
3.	Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände			**IV.**	**Ergebnisvortrag**		
II.	**Sachanlagen**			**V.**	**Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag**		
1.	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			**B.**	**Sonderposten**		
2.	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			**I.**	**Sonderposten aus Zuwendungen**		
3.	Infrastrukturvermögen			**II.**	**Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten**		
4.	Bauten auf fremdem Grund und Boden			**III.**	**Sonstige Sonderposten**		
5.	Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler			**IV.**	**Gebührenausgleich**		
6.	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge			**V.**	**Sonderposten aus Abschreibungsmehrerlösen**		
7.	Betriebs- und Geschäftsausstattung			**C.**	**Rückstellungen**		
8.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			**I.**	**Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**		
III.	**Finanzanlagen**			1.	Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen		
1.	Sondervermögen			2.	Rückstellungen für Altersteilzeit u. Ä.		
2.	Anteile an verbundenen Unternehmen			**II.**	**Umweltrückstellungen**		
3.	Beteiligungen			**III.**	**Instandhaltungsrückstellungen**		
4.	Ausleihungen			**IV.**	**Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen**		
5.	Wertpapiere des Anlagevermögens			**V.**	**Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährverträgen und verwandten Rechtsgeschäften sowie anhängigen Gerichts- und Widerspruchsverfahren**		
B.	**Umlaufvermögen**			**VI.**	**Sonstige Rückstellungen**		
I.	**Vorräte**			**D.**	**Verbindlichkeiten**		
II.	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**			**I.**	**Anleihen**		
1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen			**II.**	**Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen**		
2.	Privatrechtliche Forderungen			**III.**	**Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung**		
3.	Sonstige Vermögensgegenstände			**IV.**	**Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**		
III.	**Wertpapiere des Umlaufvermögens**			**V.**	**Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**		
IV.	**Liquide Mittel**			**VI.**	**Verbindlichkeiten aus Transferleistungen**		
C.	**Aktive Rechnungsabgrenzung**			**VII.**	**Sonstige Verbindlichkeiten**		
D.	**Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**			**E.**	**Passive Rechnungsabgrenzung**		
E.	**Treuhandvermögen (nichtrechtsfähige Stiftungen)**			**F.**	**Treuhandkapital (nichtrechtsfähige Stiftungen)**		
F.	**Vergabe Treuhandvermögen (Sanierungstreuhandvermögen)**			**G.**	**Vergabe Treuhandkapital (Sanierungstreuhandvermögen)**		
Summe Aktiva (Bilanzsumme)				**Summe Passiva (Bilanzsumme)**			

Anlagenübersicht

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Zu- und Abschreibungen					Buchwert	
	Anfangs-bestand	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Um-buchungen im HH-Jahr	Endstand am 31.12. des HH-Jahres	Anfangs-bestand (kumuliert)	Abschrei-bungen im HH-Jahr	Zuschrei-bungen im HH-Jahr	Abschrei-bungen auf Abgänge	End-bestand (kumuliert)	am 31.12. des HH-Jahres	am 31.12. des Vorjahres
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
	1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**	**8**	**9**	**10**	**11**	**12**
1. Immaterielle Vermögens-gegenstände												
1.1 Konzessionen, Lizenzen, sonstige Rechte												
1.2 Geleistete Zuwendungen für Investitionen Dritter												
1.3 Anzahlungen auf immaterielle VG												
2. Sachanlagevermögen												
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte												
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte												
2.3 Infrastrukturvermögen												
2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden												
2.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler												
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge												
2.7 Betriebs- und Geschäfts-ausstattung												
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau												

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Zu- und Abschreibungen					Buchwert	
	Anfangs-bestand	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Um-buchungen im HH-Jahr	Endstand am 31.12. des HH-Jahres	Anfangs-bestand (kumuliert)	Abschrei-bungen im HH-Jahr	Zuschrei-bungen im HH-Jahr	Abschrei-bungen auf Abgänge	End-bestand (kumuliert)	am 31.12. des HH-Jahres	am 31.12. des Vorjahres
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
	1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**	**8**	**9**	**10**	**11**	**12**
3. Finanzanlagen												
3.1 Sondervermögen												
3.2 Anteile an verbundenen Unternehmen												
3.3 Beteiligungen												
3.4 Ausleihungen												
3.4.1 Ausleihungen an Sondervermögen												
3.4.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen												
3.4.3 Ausleihungen an Beteiligungen												
3.4.4 Sonstige Ausleihungen												
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens												
4. Summe Anlagevermögen												

Grundstücke des Umlaufvermögens[1]	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Zu- und Abschreibungen					Buchwert	
	Anfangs-bestand	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Um-buchungen im HH-Jahr	Endstand am 31.12. des HH-Jahres	Anfangs-bestand (kumuliert)	Abschrei-bungen im HH-Jahr	Zuschrei-bungen im HH-Jahr	Abschrei-bungen auf Abgänge	End-bestand (kumuliert)	am 31.12. des HH-Jahres	am 31.12. des Vorjahres
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
	1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**	**8**	**9**	**10**	**11**	**12**
Nachrichtlich:												
1. Grundstücke als Vorräte												
1.1 Unbebaute Grundstücke												
1.2 Bebaute Grundstücke												
2. Summe												

1 Nach der bayerischen Bewertungssystematik sind die zur Weiterveräußerung bestimmten unbebauten und bebauten Grundstücke als Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens auszuweisen (vgl. § 98 Nr. 62 KommHV-Doppik). Nachdem es sich in der Regel um beträchtliche Vermögenswerte handelt, erscheint es nicht zuletzt aus Steuerungsgesichtspunkten erforderlich, diese Grundstücke nachrichtlich darzustellen.

Passivposten der Finanzierung	Erhaltene Beträge					Auflösungen				Buchwert	
	Anfangs-bestand	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Um-buchungen im HH-Jahr	Endstand am 31.12. des HH-Jahres	Anfangs-bestand (kumuliert)	Auflösung im HH-Jahr	Auflösung wegen Abgängen	End-bestand (kumuliert)	am 31.12. des HH-Jahres	am 31.12. des Vorjahres
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
	1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**	**8**	**9**	**10**	**11**
Nachrichtlich:											
1. Nicht aufzulösende Sonderposten[1]											
1.1 aus Zuwendungen[2]											
1.2 aus Beiträgen u. ä. Entgelten											
1.3 aus sonstigen Sachverhalten[3]											
2. Aufzulösende Sonderposten											
2.1 aus Zuwendungen[2]											
2.2 aus Beiträgen u. ä. Entgelten											
2.3 aus sonstigen Sachverhalten[3]											
2.4 Gebührenausgleich											
2.5 Mehrerlöse aus Abschreibung von Wiederbeschaffungszeitwerten											
2.6 Mehrerlöse aus Abschreibung von nicht in Abzug gebrachten Zuwendungen											
3. Summe Sonderposten											

1 Nicht aufzulösende Sonderposten ergeben sich aus Zuwendungen, Beiträgen und ähnlichen Leistungen Dritter, die sich auf Vermögensgegenstände beziehen, die keinem regelmäßigen Werteverzehr und damit keiner planmäßigen Abschreibung unterliegen (insbesondere Grundstücke und Kunstgegenstände).

2 Es empfiehlt sich, insbesondere für die Neuzugänge an Sonderposten aus Zuwendungen nach Herkunftsarten zu unterscheiden (Anhangsangabe).

3 Vgl. Kontenart 239 des KommKR/ZuVoKommKR.

Anlage 16
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 2 KommHV-Doppik

Forderungsübersicht des Jahresabschlusses[1]

Arten der Forderungen	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand nach Ablauf des Haushaltsjahres mit einer Restlaufzeit von			Stand am Ende des Haushaltsjahres
			bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
	1	2	3	4	5	6
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen						
1.1 Gebührenforderungen						
1.2 Beitragsforderungen						
1.3 Steuerforderungen						
1.4 Forderungen aus Transferleistungen						
1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen						
2. Privatrechtliche Forderungen						
2.1 Forderungen gegenüber Sondervermögen						
2.2 Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen						
2.3 Forderungen gegenüber Beteiligungen						
2.4 Forderungen gegenüber dem sonstigen privaten Bereich						
2.5 Forderungen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich						
3. Sonstige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
4. Summe aller Forderungen						

1 In der Forderungsübersicht des Jahresabschlusses nach § 86 Abs. 3 Nr. 2 KommHV-Doppik sind auszuweisen:
- in Spalte 1 der Stand der Forderungen zum 1. Januar des Haushaltsjahres; dieser muss mit dem Endstand der Forderungen zum 31. Dezember des Vorjahres übereinstimmen;
- in Spalte 2 der Saldo aus den Forderungszu- und -abgängen während des Haushaltsjahres;
- in den Spalten 3 bis 5 der Stand der Forderungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres, gegliedert nach Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr, von einem bis zu fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren;
- in Spalte 6 der Stand der Forderungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres.

Anlage 17
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 3 KommHV-Doppik

Eigenkapitalübersicht des Jahresabschlusses

Eigenkapital[1]	Stand nach Ablauf Haushaltsjahres				Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand nach Ablauf des Haushaltsjahres
	20…	20…	20…	20…		
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
	1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**
1. Allgemeine Rücklage (Nettoposition)						
2. Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen						
3. Ergebnisrücklagen						
4. Ergebnisvortrag						
5. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
6. Summe = Eigenkapital						

1 Nach Nr. 3.4.3 BewertR ist in der Eigenkapitalübersicht die Entwicklung des Eigenkapitals gegliedert nach § 85 Abs. 3 Nr. 1.1 bis 1.5 KommHV-Doppik in den letzten fünf Jahren darzustellen. In den Spalten 1 bis 4 sind jeweils der Stand nach Ablauf der vier dem Haushaltsjahr vorhergehenden Haushaltsjahre, in Spalte 5 die Veränderungen im Haushaltsjahr und in Spalte 6 der Stand nach Ablauf des Haushaltsjahres anzugeben.

Anlage 18
Muster zu § 86 Abs. 3 Nr. 4 und § 75 KommHV-Doppik

I. Verbindlichkeitenübersicht des Jahresabschlusses und Übersicht über Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO[1]

Arten der Verbindlichkeiten	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand nach Ablauf des Haushaltsjahres mit einer Restlaufzeit von			Stand am Ende des Haushaltsjahres
			bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
	1	2	3	4	5	6
1. Anleihen (Wertpapierschulden)[2]						
2. Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten[3]						
2.1 vom Bund						
2.2 vom Land						
2.3 von Gemeinden und Gemeindeverbänden						
2.4 von Zweckverbänden u. dgl.						
2.5 von der gesetzlichen Sozialversicherung						
2.6 von Sondervermögen						
2.7 von verbundenen Unternehmen						
2.8 von Beteiligungen						
2.9 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen						
2.10 vom Kreditmarkt[4]						
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung						
3.1–3.10 ... wie 2.1–2.10						
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen[5]						
4.1 Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden						
4.2 Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften						
4.3 Leasinggeschäfte						
4.4 ÖPP-/PPP-Projekte[6]						
4.5 Leibrentenverträge						
4.6 Verträge über die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen						
4.7 Verpflichtung zur Gewährung von Schuldendiensthilfen an Dritte						
4.8 Sonstige einer Kreditaufnahme wirtschaftlich gleichkommende Vorgänge						

Arten der Verbindlichkeiten	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand nach Ablauf des Haushaltsjahres mit einer Restlaufzeit von			Stand am Ende des Haushaltsjahres
			bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
	1	2	3	4	5	6
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen						
5.1 von Sondervermögen						
5.2 von verbundenen Unternehmen						
5.3 von Beteiligungen						
5.4 vom sonstigen öffentlichen Bereich						
5.5 vom sonstigen privaten Bereich						
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen						
6.1 an öffentlichen Bereich[7]						
6.2 an privaten Bereich[8]						
7. Sonstige Verbindlichkeiten						
7.1 aus noch nicht zweckgerecht verwendeten Zuwendungen sowie Beiträgen und ähnlichen Entgelten[9]						
7.2 gegenüber dem sonstigen öffentlichen und privaten Bereich[10]						
8. Summe aller Verbindlichkeiten						
Nachrichtlich:						
1. Innere Darlehen von rechtlich unselbstständigen Einrichtungen						
2. Verbindlichkeiten der Sondervermögen mit Sonderrechnung sowie fiduziarischen Stiftungen[11]						
2.1 aus Krediten						
2.2 aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften						

II. Übersicht über Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO, Art. 66 Abs. 2 LKrO, Art. 64 Abs. 2 BezO – voraussichtlicher Stand der eventuellen Zahlungsverpflichtungen und Vorbelastungen ohne Bilanzierung (Eventualverbindlichkeiten)

Arten der Eventualverbindlichkeiten[12]	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushaltsjahres
	Euro	Euro	Euro
	1	**2**	**3**
1. Bürgschaften[13, 14]			
1.1 an Sondervermögen			
1.2 an verbundene Unternehmen			
1.3 an Beteiligungen			
1.4 an sonstigen öffentlichen Bereich			
1.5 an sonstigen privaten Bereich			
2. Sonstige kreditähnliche Rechtsgeschäfte ohne Bilanzierung[15]			
2.1–2.5 ... wie 1.1–1.5			
3. Weitere Haftungsverhältnisse nach § 75 KommHV-Doppik[16, 17]			
3.1–3.5 ... wie 1.1–1.5			

III. Übersicht über die in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen nach § 75 KommHV-Doppik[18]

Im Haushaltsplan veranschlagte Verpflichtungsermächtigungen	**Am Ende des Haushaltsjahres in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen**			
	Gesamt	**davon**		
		überplanmäßig bewilligt	außerplanmäßig bewilligt	im Rahmen der Deckungsfähigkeit in Anspruch genommen
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
1	**2**	**3**	**4**	**5**

1 In der **Verbindlichkeitenübersicht des Jahresabschlusses** nach § 86 Abs. 3 Nr. 4 KommHV-Doppik sind auszuweisen:

- in Spalte 1 der Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des Haushaltsjahres; dieser muss mit dem Endstand der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember des Vorjahres übereinstimmen;
- in Spalte 2 der Saldo aus den Zu- und Abgängen an Verbindlichkeiten während des Haushaltsjahres;
- in den Spalten 3 bis 5 der Stand der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember des Haushaltsjahres, gegliedert nach Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr, von einem bis zu fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren;
- in Spalte 6 der Stand der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember des Haushaltsjahres.

2 Von der Kommune emittierte (langfristige) Anleihen stellen Wertpapierschulden dar (vgl. Inhalte zu den Kontenarten 301 „Anleihen“/ 371 „sonstige Wertpapierschulden“ der ZuVoKommKR). Soweit sonstige Verbindlichkeiten aus Wertpapierverschuldung bestehen (z. B. durch die Umwandlung von Krediten entstandene Wertpapiere), sind diese ebenfalls unter Nr. 1 bei den Anleihen auszuweisen und gesondert als „sonstige Wertpapierschulden“ zu kennzeichnen (als „Davon-Vermerk“ bei den Anleihen).

3 Endfällige Darlehen sind gesondert zu vermerken (als „Davon-Vermerk“ bei den Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten).

4 KfW-Kredite sowie Kredite von Landesbanken und Sparkassen sind unter Nr. 2.10 auszuweisen, da diese Einrichtungen als Kreditinstitute und nicht als sonstige öffentliche Sonderrechnungen gelten.

5 Unter Nr. 4 sind alle gewissen Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften auszuweisen (vgl. Art. 72 Abs. 1 GO); hierzu zählen z. B. Leasing- und Leibrentenverträge, Verlustübernahmen sowie Bürgschaftsverpflichtungen, soweit die Kommune tatsächlich in Anspruch genommen wird. Davon unbeschadet bleibt deren Ausweis als ungewisse Verbindlichkeiten unter den Rückstellungen bzw. – als nur mögliche Zahlungsverpflichtung ohne Bilanzansatz – unter den Haftungsverhältnissen (vgl. § 75 KommHV-Doppik). Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sind in Anlehnung an den KommKR nach Arten zu untergliedern. Im Übrigen gelten die Grundsätze der IMBek vom 5. Mai 1983 (MABl. S. 408).

6 Unter Nr. 4.4 sind jeweils die sich aus dem Wirtschaftlichkeitsvergleich (§ 12 KommHV-Doppik) ergebenden Projektkosten anzugeben (vgl. dazu auch Nr. 6 der IMBek vom 6. Februar 2007, AllMBl. S. 187); dabei sind der Gesamtbetrag und der investive Anteil gesondert darzustellen. Dies gilt auch, wenn im Vorjahr bzw. im Haushaltsjahr keine Zahlungen angefallen sind bzw. anfallen. Soweit die Kommune voraussichtlich nicht oder nicht in voller Höhe in Anspruch genommen wird (z. B. aus Geschäftsbesorgungsverträgen), gelten die Grundsätze zur Darstellung von Haftungsverhältnissen (vgl. § 75 KommHV-Doppik). Ergänzend wird auf die im Rahmen des Wirtschaftlichkeitsvergleichs erforderliche Risikoabschätzung verwiesen. Zur Risikoabschätzung vgl. Nr. 6 der IMBek vom 6. Februar 2007 (AllMBl. S. 187); bei ÖPP-Modellen vgl. PPP-Leitfaden Teil 2 „Rechtliche Rahmenbedingungen für PPP-Projekte in Bayern“, S. 8 ff.

7 Als Transferverbindlichkeiten gegenüber dem öffentlichen Bereich sind im Wesentlichen ausstehende Zahlungsverpflichtungen für die Kreis- bzw. Bezirksumlage auszuweisen.

8 Transferverbindlichkeiten gegenüber dem privaten Bereich resultieren im Wesentlichen aus ausstehenden Zahlungsverpflichtungen im Rahmen der Sozial- und Jugendhilfe oder aus sonstigen verbindlichen Förderzusagen (z. B. für Investitionen) gegenüber privaten Dritten.

9 Hier sind noch nicht zweckgerecht verwendete Zuwendungen auszuweisen (z. B. für Anlagen im Bau). Dies kann auch Beiträge und ähnliche Entgelte betreffen. Insbesondere sind wiederkehrende Beiträge nach Art. 5b KAG bis zu deren investiver Verwendung als „sonstige Verbindlichkeiten“ darzustellen.

10 Als übrige sonstige Verbindlichkeiten sind neben den durchlaufenden Posten wie Umsatzsteuerzahllast, abzuführende Lohn- und Kirchensteuer der Beschäftigten, Sozialversicherungsbeiträge und an Dritte weiterzuleitende Durchlaufspenden insbesondere auch ausstehende Zahlungsverpflichtungen für fremde Finanzmittel auszuweisen (z. B. Abrechnung mit dem Staatshaushalt aus staatlicher Auftragsverwaltung).

11 Die Verbindlichkeiten der Eigenbetriebe, der Regiebetriebe, soweit sie als Sondervermögen nach Eigenbetriebsrecht geführt werden (Art. 88 Abs. 6 GO) unselbstständiger Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen sowie nichtrechtsfähiger (fiduziarischer) Stiftungen sind hier regelmäßig als Verbindlichkeiten der Sondervermögen darzustellen. Ist kommunales Vermögen an einen Sanierungstreuhänder im Sinne des § 159 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 in Verbindung mit § 160 BauGB übergeben (siehe Fußnote 4 des Musters zu § 85 KommHV-Doppik, Anlage 14), sind auch die Verbindlichkeiten dieses Sanierungstreuhandvermögens anhand der Treuhandbilanz des Sanierungstreuhänders in die Darstellung einzubeziehen. Abhängig von den örtlichen Verhältnissen kann eine Untergliederung nach Art der unselbstständigen Einrichtung (z. B. Eigenbetriebe, fiduziarische Stiftungen) angezeigt sein (als „Davon-Vermerk“).

12 Haftungsverhältnisse sind dadurch gekennzeichnet, dass sie eine Eventualverbindlichkeit begründen. Eventualverbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten, aus denen die Kommune nur unter bestimmten Umständen, mit deren Eintritt sie nicht ernsthaft rechnet, in Anspruch genommen werden kann. Die Vermerkpflicht setzt voraus, dass die Eventualverbindlichkeiten betragsmäßig angegeben werden können. Sind diese quantifizierbar, so sind sie in Höhe der maximalen Inanspruchnahme aus den Haftungsverhältnissen zu vermerken. Die Risikoeinschätzung einer Zahlungsverpflichtung ist gesondert zu erläutern. Die Haftungsverhältnisse sind grundsätzlich nach Empfängerbereichen und Arten zu untergliedern. Weitergehende Erläuterungen können nach den örtlichen Verhältnissen geboten sein; auf § 86 Abs. 2 Nr. 5 KommHV-Doppik wird verwiesen. Insbesondere empfiehlt es sich, bestellte Sicherheiten zugunsten der Kommune darzustellen. Im Übrigen gelten die Grundsätze der IMBek vom 5. Mai 1983 (MABl. S. 408).

13 Bürgschaften für Förderungen können zusammengefasst dargestellt werden; die Risikoeinschätzung ist zu erläutern.

14 Haftungsverhältnisse gegenüber Sondervermögen, verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind gesondert auszuweisen. Haftungsverhältnisse gegenüber Kommunalunternehmen sind dabei gesondert anzugeben (z. B. als „Davon-Vermerk“ bei verbundenen Unternehmen). Bürgschaften für den sonstigen privaten Bereich werden insbesondere für Vereine, aber auch für Privatpersonen vergeben (z. B. als Alternative zu Mietkautionen).

15 Unter Nr. 2 (Übersicht zu Eventualverbindlichkeiten) sind insbesondere Gewährverträge und Sicherheiten zugunsten Dritter darzustellen.

16 Unter Nr. 3 (Übersicht zu Eventualverbindlichkeiten) sind insbesondere mögliche Verpflichtungen aus der Verlustabdeckung von Sondervermögen, verbundenen Unternehmen und Beteiligungen zu dokumentieren, soweit diese nicht bereits als Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten zu bilanzieren sind. Mögliche Verpflichtungen aus der Verlustabdeckung von Kommunalunternehmen sind dabei gesondert anzugeben (z. B. als „Davon-Vermerk“ bei verbundenen Unternehmen).

17 Verpflichtungsermächtigungen sind gesondert in Teil III dieses Musters darzustellen.

18 In der **Übersicht über die in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen** nach § 75 KommHV-Doppik sind auszuweisen:

- in Spalte 1 die im Haushaltsplan veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen; dabei sind ggf. Veränderungen durch Nachtragshaushaltspläne (§ 8 KommHV-Doppik) zu berücksichtigen;
- in Spalte 2 der Gesamtbetrag der am Ende des Haushaltsjahres in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen;
- in den Spalten 3 bis 5 ist darzustellen, ob und inwieweit die in Spalte 2 ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigungen durch über- und/oder außerplanmäßige Bewilligungen nach Art. 67 Abs. 5 GO (Spalten 3 und 4) bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit nach § 11 Abs. 2 KommHV-Doppik oder § 20 Abs. 3 KommHV-Doppik (Spalte 5) in Anspruch genommen wurden. Es wird empfohlen, die durch über- und außerplanmäßige Bewilligungen bzw. im Rahmen der Deckungsfähigkeit in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen gesondert zu erläutern.

In der Übersicht können fakultativ die aus den in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen in den Folgejahren fällig werdenden Auszahlungen dargestellt werden; insoweit wird auf die Spalten 2 ff. des Musters zu § 1 Abs. 3 Nr. 3 KommHV-Doppik (Anlage 8) verwiesen.

Anlage 19
Muster zu § 82 KommHV-Doppik

Ergebnisrechnung[1]

		Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis des Vorjahres	Gesamtermächtigung des Haushaltsjahres			Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist / Fortgeschriebener Planansatz
				Ansatz[2]	übertragene Haushaltsermächtigungen aus Vorjahren	Fortgeschriebener Planansatz[3]		
			Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
			1	**2**	**2a**	**2b**	**3**	**4**
1		Steuern und ähnliche Abgaben			X			
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen			X			
3	+	Sonstige Transfererträge			X			
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			X			
5	+	Auflösung von Sonderposten			X			
6	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte			X			
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen			X			
8	+	Sonstige ordentliche Erträge			X			
9	+	Aktivierte Eigenleistungen			X			
10	+/-	Bestandsveränderungen			X			
S1	**=**	**Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)**			X			
11	-	Personalaufwendungen						
12	-	Versorgungsaufwendungen						
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen						
14	-	Bilanzielle Abschreibungen						
15	-	Transferaufwendungen						
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen						
S2	**=**	**Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**						
S3	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)**						
17	+	Finanzerträge						
18	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen						
S4	**=**	**Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)**						
S5	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)**						
19	+	Außerordentliche Erträge						
20	-	Außerordentliche Aufwendungen						
S6	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)**						
S7	**=**	**Jahresergebnis (= S5 und S6)**						

1 Auf die Fußnoten 1, 2 und 5 bis 10 des Musters zu §§ 2 und 9 KommHV-Doppik (Anlage 3) wird verwiesen.

2 Ansatz im Sinne dieses Musters ist der Haushaltsansatz nach dem Haushaltsplan unter Berücksichtigung von Änderungen durch
- Nachtragshaushaltspläne (§ 8 KommHV-Doppik),
- zweckgebundene Mehrerträge nach § 19 Abs. 1 KommHV-Doppik,
- zweckgebundene Mehr- oder Mindererträge nach § 19 Abs. 2 KommHV-Doppik,
- Inanspruchnahme der (echten) Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 5 KommHV-Doppik.

Über- und außerplanmäßige Bewilligungen (Art. 66 GO) ändern die Haushaltsansätze nicht. Es wird jedoch empfohlen, die durch über- und außerplanmäßige Bewilligungen gedeckten Aufwendungen in einer gesonderten Spalte zu erläutern.

3 Summe der Spalten 2 und 2a (vgl. auch § 98 Nr. 48 KommHV-Doppik).

Anlage 20
Muster zu § 83 KommHV-Doppik

Finanzrechnung[1]

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres	Gesamtermächtigung des Haushaltsjahres			Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist / Fortgeschriebener Planansatz
			Ansatz[2]	übertragene Haushaltsermächtigungen aus Vorjahren	Fortgeschriebener Planansatz[3]		
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
		1	**2**	**2a**	**2b**	**3**	**4**
1	Steuern und ähnliche Abgaben			X			
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			X			
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen			X			
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			X			
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			X			
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			X			
7	+ Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			X			
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen			X			
S1	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)**			X			
9	- Personalauszahlungen						
10	- Versorgungsauszahlungen						
11	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen						
12	- Transferauszahlungen						
13	- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen						
S2	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)**						
S3	**= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)**			X			
15	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			X			
16	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u. ä. Entgelten für Investitionstätigkeit			X			
17	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen			X			
18	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen			X			
19	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit			X			
S4	**= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)**			X			
20	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
21	- Auszahlungen für Baumaßnahmen						
22	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellem und beweglichem Sachvermögen						
23	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen						
24	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen						
25	- Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit						
S5	**= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)**						
S6	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Saldo S4 und S5)**			X			
S7	**= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Saldo S3 und S6)**			X			
26a	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten						
26b	+ Einzahlungen aus der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen						
26c	+ Einzahlungen aus Schuldendiensthilfen zur Tilgung von Krediten						

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres	Gesamtermächtigung des Haushaltsjahres			Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist / Fortgeschriebener Planansatz
			Ansatz[2]	übertragene Haushaltsermächtigungen aus Vorjahren	Fortgeschriebener Planansatz[3]		
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
		1	**2**	**2a**	**2b**	**3**	**4**
S8	**= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a bis 26c)**						
27a 27b	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten - Auszahlungen für die Tilgung von der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen			X			
S9	**= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)**			X			
S10	**= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Saldo S8 und S9)**			X			
S11	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Saldo S7 und S10)**			X			
28 29	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven - Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven			X			
S12	**= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo Zeilen 28 und 29)**			X			
30 31 32 33	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) - Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten + Einzahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten - Auszahlungen fremder Finanzmittel / durchlaufender Posten			X			
S13	**= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)**			X			
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln = Liquide Mittel zum 01.01.			X			
S14	**= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres = Liquide Mittel (= Saldo S11, S13 und Zeile 34)**			X			
Nachrichtlich: Differenzierung der Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen							
Konto	**Bezeichnung**			X			
792...4	Umschuldung			X			
792...5	ordentliche Tilgung			X			
792...6	außerordentliche Tilgung			X			

1 Auf die Fußnoten 1 und 4 bis 15 des Musters zu §§ 3 und 9 KommHV-Doppik (Anlage 4) wird verwiesen.

2 Ansatz im Sinne dieses Musters ist der Haushaltsansatz nach dem Haushaltsplan unter Berücksichtigung von Änderungen durch

– Nachtragshaushaltspläne (§ 8 KommHV-Doppik),

– zweckgebundene Mehreinzahlungen nach § 19 Abs. 1 und 4 KommHV-Doppik,

– Inanspruchnahme der (echten) Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 5 KommHV-Doppik.

Über- und außerplanmäßige Bewilligungen (Art. 66 GO) ändern die Haushaltsansätze nicht. Es wird jedoch empfohlen, die durch über- und außerplanmäßige Bewilligungen gedeckten Auszahlungen in einer gesonderten Spalte zu erläutern.

3 Summe der Spalten 2 und 2a (vgl. auch § 98 Nr. 48 KommHV-Doppik).

Anlage 21.1
Muster zu § 84 Abs. 1 KommHV-Doppik

Teilergebnisrechnung[1]

		Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis des Vorjahres	Gesamtermächtigung des Haushaltsjahres			Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist / Fortgeschriebener Planansatz
				Ansatz[2]	übertragene Haushaltsermächtigungen aus Vorjahren	Fortgeschriebener Planansatz[3]		
			Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
			1	**2**	**2a**	**2b**	**3**	**4**
1		Steuern und ähnliche Abgaben			X			
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen			X			
3	+	Sonstige Transfererträge			X			
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			X			
5	+	Auflösung von Sonderposten			X			
6	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte			X			
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen			X			
8	+	Sonstige ordentliche Erträge			X			
9	+	Aktivierte Eigenleistungen			X			
10	+/-	Bestandsveränderungen			X			
S1	**=**	**Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)**			X			
11	-	Personalaufwendungen						
12	-	Versorgungsaufwendungen						
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen						
14	-	Bilanzielle Abschreibungen						
15	-	Transferaufwendungen						
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen						
S2	**=**	**Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)**						
S3	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)**						
17	+	Finanzerträge						
18	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen						
S4	**=**	**Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)**						
S5	**=**	**Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)**						
19	+	Außerordentliche Erträge						
20	-	Außerordentliche Aufwendungen						
S6	**=**	**Außerordentliches Ergebnis (= Saldo Zeilen 19 und 20)**						
S7	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= S5 und S6)**						
21	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen						
22	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen						
S8	**=**	**Ergebnis des Teilhaushalts (= Saldo S7, Zeilen 21 und 22)**						
Nachrichtlich: Erläuterung der Differenzen zur Gebührenkalkulation[4]								
23	-	Differenz zwischen kalkulatorischer und bilanzieller Abschreibung						
24	-	Differenz zwischen kalkulatorischen Zinsen und effektiven Schuldzinsen						
25	+/-	sonstige Abweichungen zwischen Gebührenkalkulation und Teilergebnisrechnung						
S9	**=**	**Saldo der Gebührenkalkulation (= Saldo Zeilen 23 bis 25)**						

1 Auf die Fußnoten 1, 2 und 5 bis 10 des Musters zu §§ 2 und 9 KommHV-Doppik (Anlage 3) wird verwiesen.

2 Ansatz im Sinne dieses Musters ist der Haushaltsansatz nach dem Haushaltsplan unter Berücksichtigung von Änderungen durch

- Nachtragshaushaltspläne (§ 8 KommHV-Doppik),
- zweckgebundene Mehrerträge nach § 19 Abs. 1 KommHV-Doppik,
- zweckgebundene Mehr- oder Mindererträge nach § 19 Abs. 2 KommHV-Doppik,
- Inanspruchnahme der (echten) Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 5 KommHV-Doppik.

Über- und außerplanmäßige Bewilligungen (Art. 66 GO) ändern die Haushaltsansätze nicht. Es wird jedoch empfohlen, die durch über- und außerplanmäßige Bewilligungen gedeckten Aufwendungen in einer gesonderten Spalte zu erläutern.

3 Summe der Spalten 2 und 2a (vgl. auch § 98 Nr. 48 KommHV-Doppik).

4 Die nachrichtlichen Angaben sind nur bei gebührenfinanzierten Teilhaushalten erforderlich.

Anlage 21.2
Muster zu § 84 Abs. 1 KommHV-Doppik

Teilfinanzrechnung[1]

		Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis des Vorjahres	Gesamtermächtigung des Haushaltsjahres			Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist / Fortgeschriebener Planansatz
				Ansatz[2]	übertragene Haushaltsermächtigungen aus Vorjahren	Fortgeschriebener Planansatz[3]		
			Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
			1	**2**	**2a**	**2b**	**3**	**4**
1		Steuern und ähnliche Abgaben			X			
2	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen			X			
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen			X			
4	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			X			
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte			X			
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen			X			
7	+	Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			X			
8	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen			X			
S1	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)**			X			
9	-	Personalauszahlungen						
10	-	Versorgungsauszahlungen						
11	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen						
12	-	Transferauszahlungen						
13	-	Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
14	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen						
S2	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)**						
S3	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)**			X			
15	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			X			
16	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen u. ä. Entgelten für Investitionstätigkeit			X			
17	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen			X			
18	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen			X			
19	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit			X			
S4	**=**	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)**			X			
20	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden						
21	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen						
22	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellem und beweglichem Sachvermögen						
23	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen						
24	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen						
25	-	Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit						
S5	**=**	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)**						
S6	**=**	**Saldo aus Investitionstätigkeit (= Saldo S4 und S5)**			X			
S7	**=**	**Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Saldo S3 und S6)**			X			
26a	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten						
26b	+	Einzahlungen aus der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen						
26c	+	Einzahlungen aus Schuldendiensthilfen zur Tilgung von Krediten						

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres	Gesamtermächtigung des Haushaltsjahres			Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist / Fortgeschriebener Planansatz
			Ansatz[2]	übertragene Haushaltsermächtigungen aus Vorjahren	Fortgeschriebener Planansatz[3]		
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
		1	**2**	**2a**	**2b**	**3**	**4**
S8	**= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a bis 26c)**						
27a 27b	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten - Auszahlungen für die Tilgung von der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und die Tilgung innerer Darlehen			X			
S9	**= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)**			X			
S10	**= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Saldo S8 und S9)**			X			
S11	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Saldo S7 und S 10)[4]**			X			
28 29	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven - Auszahlungen für die Bildung von Liquiditätsreserven			X			
S12	**= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (= Saldo 28 und 29)**			X			
30 31 32 33	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) - Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten + Einzahlungen fremder Finanzmittel/ durchlaufender Posten - Auszahlungen fremder Finanzmittel/ durchlaufender Posten			X			
S13	**= Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen (= Saldo S12 bis Zeile 33)**			X			
34	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln = Liquide Mittel zum 01.01.			X			
S14	**= Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres (= S11, S13 und Zeile 34)**			X			

1 Auf die Fußnoten 1 und 4 bis 15 des Musters zu §§ 3 und 9 KommHV-Doppik (Anlage 4) sowie die Fußnote 2 des Musters zu § 4 Abs. 5 und § 9 KommHV-Doppik (Anlage 5.2) wird verwiesen.

2 Ansatz im Sinne dieses Musters ist der Haushaltsansatz nach dem Haushaltsplan unter Berücksichtigung von Änderungen durch

– Nachtragshaushaltspläne (§ 8 KommHV-Doppik),

– zweckgebundene Mehreinzahlungen nach § 19 Abs. 1 und 4 KommHV-Doppik,

– Inanspruchnahme der (echten) Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 5 KommHV-Doppik.

Über- und außerplanmäßige Bewilligungen (Art. 66 GO) ändern die Haushaltsansätze nicht. Es wird jedoch empfohlen, die durch über- und außerplanmäßige Bewilligungen gedeckten Auszahlungen in einer gesonderten Spalte zu erläutern.

3 Summe der Spalten 2 und 2a (vgl. auch § 98 Nr. 48 KommHV-Doppik).

4 Die Zeilen 28 bis S14 sind nicht für alle Teilfinanzrechnungen verbindlich, da sie nur das Liquiditätsmanagement des Teilhaushalts „Allgemeine Finanzwirtschaft“ betreffen sollten (vgl. Produktgruppe 612 des KommPrR). Sie können jedoch nachrichtlich ausgewiesen werden. Diese Zeilen dienen insbesondere zur Darstellung der Deckung von Finanzmittelfehlbeträgen und – unter zusätzlicher Berücksichtigung haushaltsunwirksamer Vorgänge – deren Auswirkung auf den Finanzmittelbestand der Kommune.

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibung

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit sind in nächster Zeit zu besetzen:

1. Eine Stelle **eines Vorsitzenden Richters/einer Vorsitzenden Richterin am Verwaltungsgericht München** (Besoldungsgruppe R 2)
2. Eine Stelle **eines Vorsitzenden Richters/einer Vorsitzenden Richterin am Verwaltungsgericht Regensburg** (Besoldungsgruppe R 2)
3. Eine Stelle **eines Vorsitzenden Richters/einer Vorsitzenden Richterin am Verwaltungsgericht Würzburg** (Besoldungsgruppe R 2)
4. Eine Stelle **eines Vorsitzenden Richters/einer Vorsitzenden Richterin am Verwaltungsgericht Bayreuth** (Besoldungsgruppe R 2)

Es können nur Bewerber/Bewerberinnen berücksichtigt werden, die bereits über hinreichende verwaltungsrichterliche Berufserfahrung verfügen.

Bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung werden die Bewerber/Bewerberinnen bevorzugt berücksichtigt, die über eine ausreichend lange Berufserfahrung als Jurist/Juristin in der Ministerialverwaltung, am Bundesverfassungsgericht, am Bundesverwaltungsgericht oder einer vergleichbaren Institution auf europäischer/internationaler Ebene verfügen.

Bewerbungen um diese Stellen sind bis **4. Mai 2018** auf dem Dienstweg beim Bayerischen Staatsministerium des Innern und für Integration einzureichen.

Die Bewerbung von Frauen wird begrüßt (Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Schwerbehinderte Bewerber/Bewerberinnen im Sinne von § 2 Abs. 2 SGB IX werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Literaturhinweise

Erich Schmidt Verlag, Berlin

Mehrtens/Perlebach, **Die Berufskrankheitenverordnung (BKV),** Sammlung, Kommentar, Lieferung 2/17 und 1/18, Stand Januar 2018.

Geyer u. a., **Entgeltfortzahlung – Krankengeld – Mutterschaftsgeld (EKM),** vormals Vergütung der Arbeitnehmer bei Krankheit und Mutterschaft, Erläuterungen zu den arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften, Lieferung 1/18, Stand Januar 2018.

Becher, **Selbstverwaltungsrecht der Sozialversicherung,** Kommentar, 29. Lieferung, Stand Januar 2018.

Hauck, **Sozialgesetzbuch SGB IV – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung,** Kommentar, Lieferung 3/17, Stand November 2017.

Hauck, **Sozialgesetzbuch SGB VI – Gesetzliche Rentenversicherung einschl. Übergangsrecht für das Beitrittsgebiet,** Kommentar, Lieferung 1/18, Stand Februar 2018.

Hauck, **Sozialgesetzbuch, SGB VII – Gesetzliche Unfallversicherung,** Kommentar, Lieferung 4/17 und 1/18, Stand Januar 2018.

Hauck, **Sozialgesetzbuch SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe,** Kommentar, Lieferung 1/18, Stand Januar 2018.

Hauck/Noftz, **Sozialgesetzbuch SGB X – Verwaltungsverfahren, Schutz der Sozialdaten, Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten,** Kommentar, Lieferung 3/17 und 4/17, Stand Dezember 2017.

Hauck/Wilde, **Sozialgesetzbuch SGB XI – Soziale Pflegeversicherung,** Kommentar, Lieferung 3/17, Stand November 2017.

Jehle Verlag, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München

Stegmüller/Schmalhofer/Bauer, **Beamtenversorgungsrecht des Bundes und der Länder,** Kommentar mit Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften, 128. und 129. Lieferung, Stand September 2017.

Linhart/Adolph, **Sozialgesetzbuch II, Sozialgesetzbuch XII, Asylbewerberleistungsgesetz,** Kommentar, 102. Lieferung, Stand Oktober 2017.

Pelhak, **Tierzuchtrecht,** Kommentar zum Bundesrecht und zum bayerischen Landesrecht, Loseblattwerk im Ordner, 29. Lieferung, Stand Dezember 2017, Preis 248,99 €, ISBN 978-3-7825-0330-3.

Wilde/Ehmann/Niese/Knoblauch, **Datenschutz in Bayern** (Datenschutz-Grundverordnung, Bayerisches Datenschutzgesetz), Kommentar und Handbuch für Datenschutzverantwortliche, 28. Aktualisierung, Stand Januar 2018, 256 Seiten, Preis 117,99 €; Gesamtwerk (1752 Seiten, 1 Ordner), 169,99 € mit Fortsetzungsbezug.

Mit der 28. Aktualisierung enthält das Werk nunmehr die Kommentierung der für die Praxis der bayerischen Behörden wesentlichen Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Die DSGVO ist ab 25. Mai 2018 unmittelbar geltendes Recht. Sobald der Landtag das neue Bayerische Datenschutzgesetz beschlossen hat, wird auch dieses Gesetz erläutert werden.

Rehm Verlag, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München

Zängl, **Bayerisches Disziplinarrecht,** Kommentar, 43. Lieferung, Stand August 2017.

Mildenberger, **Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen,** Kommentar, 170. und 171. Lieferung, Stand November 2017.

Uttlinger, **Das Reisekostenrecht in Bayern,** Kommentar, 135. Lieferung, Stand November 2017.

Weber/Banse, **Das Urlaubsrecht des öffentlichen Dienstes,** 90. Lieferung, Stand November 2017.

Breier/Thivessen/Dassau/Kiefer, **TV-L – Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst der Länder,** Kommentar zum Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst, 77. und 78. Lieferung, Stand Dezember 2017.

Breier u. a., **TVöD – Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst,** Kommentar, 99. und 100. Lieferung, Stand Januar 2018.

R. v. Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg

Krämer, **Zuwendungsrecht – Zuwendungspraxis,** Kommentar, 135. und 136. Lieferung, Stand November 2017.

Schadewitz/Röhrig, **Beihilfevorschriften,** Kommentar, 131. Lieferung, Stand November 2017.

von Roetteken, **Bundesgleichstellungsgesetz,** BGleiG, Kommentar mit Entscheidungssammlung einschließlich Kurzkommentar zum Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetz und zur Gleichstellungsbeauftragten-Wahlverordnung, 63. und 64. Lieferung, Stand Januar 2018.

von Roetteken, **Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz,** Kommentar zu den arbeits- und dienstrechtlichen Regelungen, 53. und 54. Lieferung, Stand Januar 2018, Preis 107,99 und 78,99 €, ISBN 978-3-7685-6344-4.

Sponer/Steinherr, **TV-L – Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder,** Kommentar, 98. bis 100. Lieferung, Stand Februar 2018, Preis 98,99 €, 97,99 € und 103,99 €, auch lieferbar als CD-ROM, Kombiversion (Loseblatt + CD-ROM) und Internetversion, ISBN 978-3-7685-8444-9.

Wolters Kluwer Deutschland, Carl Link, Kronach

Hillermeier, **Kommunale Haftung und Entschädigung,** Kommentar mit Sammlung höchstrichterlicher Entscheidungen, 92. Lieferung, Stand September 2017, Preis 193,85 €.

Harrer/Kugele, **Verwaltungsrecht in Bayern,** Verwaltungsverfahren (BayVwVfG und VwVfG) – Verwaltungszustellung und Vollstreckung (VwZVG) – Verwaltungsprozess (VwGO), ergänzbare Rechtssammlung mit Kommentar, 116. und 117. Lieferung, Stand Februar 2018, Preis 126,35 € bzw. 228,95 €.

Schelter, **Verwaltungsverfahren in Deutschland und Europa,** Materialien und Rechtssammlung zum Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahrensrecht, 196., 197., 198. und 199. Lieferung, Stand März 2018, Preis 327,42 €, 293,76 €, 448,96 € bzw. 327,52 €.

Wolters Kluwer Deutschland, Verlag R. S. Schulz, Unterschleißheim

Schieckel/Brandmüller, **Kindergeldrecht,** Sammlung des Kindergeldrechts des Bundes und der Länder, Kommentar zum Bundeskindergeldgesetz, 148. und 149. Lieferung, Stand September 2017, Preis 269,10 € bzw. 282,90 €.

Wolters Kluwer Deutschland, Verlag Luchterhand, Neuwied

Friauf, **Kommentar zur Gewerbeordnung – GewO, Arbeitsrechtlicher Teil,** 299., 300., 301., 302. und 303. Lieferung, Stand März 2018, Preis 335,28 €, 327,66 €, 407,36 €, 392,16 € bzw. 389,12 €.

Friauf, **Kommentar zur Gewerbeordnung – GewO, Gewerberechtlicher Teil,** 304., 305. und 306. Lieferung, Stand Februar 2018, Preis 132,68 €, 143,62 € bzw. 153,40 €.

Becker/Tiedemann, **Arbeitsförderungsrecht,** Europäisches Recht, 127., 128., 129. und 130. Lieferung, Stand Februar 2018, Preis 319,30 €, 300,70 €, 375,72 € bzw. 409,20 €.

Jung/Preuß, **Rechtsgrundlagen der Rehabilitation,** Sammlung des gesamten Rehabilitationsrechts, 257., 258. und 259. Lieferung, Stand August 2017, Preis 360,96 €, 466,44 € bzw. 446,16 €.

Knittel, **SGB IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen,** Kommentar und Rechtssammlung, 93. und 94. Lieferung, Stand Dezember 2017, Preis 151,52 € bzw. 147,46 €.

Krug/Riehle, **SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe,** Kommentar, 183. Lieferung, Stand Januar 2018, Preis 171,44 €.

Dalichau, **SGB X – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz,** Kommentar und Rechtssammlung, 199. und 200. Lieferung, Stand Januar 2018, Preis 280,60 € bzw. 297,66 €.

Grüner/Dalichau, **Sozialgesetzbuch,** Kommentar und Rechtssammlung, 378., 379. und 380. Lieferung, Stand März 2018, Preis 384,42 €, 366,54 € bzw. 396,34 €.

Gitter/Schmitt, **WBVG – Heimrecht des Bundes und der Länder,** Kommentar, 147., 148. und 149. Lieferung, Stand Januar 2018, Preis 199,56 €, 199,56 € und 209,54 €.

Knittel, **Betreuungsrecht,** Kommentar, 79. und 80. Lieferung, Stand Dezember 2017, Preis 210,08 € bzw. 183,82 €.

Luber/Schelter, **Deutsche Sozialgesetze,** Sammlung des gesamten Arbeits- und Sozialrechts der Bundesrepublik Deutschland, mit einer Zusammenstellung des europäischen Sozialrechts, 783. bis 787. Lieferung, Stand März 2018, Preis 344,44 €, 363,40 €, 383,80 €, 380 € bzw. 330,60 €.

Luber/Schock, **Deutsches Sozialrecht,** Textausgabe mit europäischem Sozialrecht, 364. bis 368. Lieferung, Stand März 2018, Preis 364,06 €, 384,10 €, 404 €, 400 € bzw. 348 €.

Hurlebaus, **Entscheidungssammlung zum Berufsbildungsrecht (EzB),** 43. Lieferung, Stand Dezember 2017, Preis 278,30 €.

Fieseler/Schleicher/Busch, **Kinder- und Jugendhilferecht,** Gemeinschaftskommentar zum SGB VIII (GK-SGB VIII), 69. und 70. Lieferung, Stand Januar 2018, Preis 191,26 € bzw. 172,48 €.

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Kunkel/Kepert/Pattar (Hrsg.), **Sozialgesetzbuch VIII,** Kinder- und Jugendhilfe, Lehr- und Praxiskommen-

tar, 7. Auflage 2018, 1562 Seiten, gebunden, Preis 98 €, ISBN 978-3-8487-4355-1.

Die Neuauflage kommentiert alle wichtigen Neuregelungen zur Unterhaltsvorschussreform 2017, die neuen Regelungen im Aufenthaltsgesetz und in § 42 Abs. 2 Satz 5 SGB VIII (verpflichtende Asylantragstellung durch das Jugendamt). Eingearbeitet sind die Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes auf die Jugendhilfe, insbesondere bei § 35a SGB VIII sowie alle Änderungen im Sozialdatenschutzrecht SGB I und SGB X durch die EU-Datenschutzgrundverordnung (Schwerpunkt Datenschutz bei Kindeswohlgefährdung) und das neue Datenschutz-Anpassungsgesetz. Die neueste Rechtsprechung (z. B. die aktuellen Streitstände zu §§ 42a, 42f SGB VIII) ist in allen Bereichen argumentativ einbezogen. Schwerpunkte liegen auf dem Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kita, der Schulsozialarbeit und dem Thema Nachrang der Jugendhilfe. Berücksichtigung findet auch die Diskussion um das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz. Die gesonderten Beiträge zum Verfahren und Rechtsschutz im Verwaltungsverfahren und im familiengerichtlichen Verfahren sowie zur Beistandschaft wurden nochmals vertieft. Der Leser ist damit in allen Bereichen auf dem aktuellen Stand.

Bergmann/Pauge/Steinmeyer, **Gesamtes Medizinrecht,** 3. Auflage 2018, 2202 Seiten, Preis 198 €, ISBN 978-3-8487-2318-8.

Zahlreiche Reformen, wie etwa das Gesetz zur Strafbarkeit der Korruption im Gesundheitswesen, das Hospiz- und Palliativgesetz, das Krankenhausstrukturgesetz u. v. m., haben das Medizinrecht seit der letzten Auflage verändert. Die Neuauflage greift die aktuellen Reformen und Novellierungen auf, die es in den vergangenen zwei Jahren erfahren hat und erläutert sie eingehend. In dem Werk werden zudem erstmals u. a. die neuen Vorschriften der Bundesärzteordnung und der Zulassungsverordnung, das Embryonenschutzgesetz, das Pflegeberufereformgesetz und weitere ausführlich kommentiert. Der kompakte Band bietet medizinrechtliches Know-how, ob es materiellrechtlich in den Kern- und Nebengebieten oder prozessrechtlich für die forensische Praxis ist. Die Strukturen der Kerngebiete des Medizinrechts werden vertieft dargestellt. Die zahlreichen Verknüpfungen zu den komprimiert aufbereiteten Nebengebieten erschließen die Querverbindungen des aus vielen Teilrechtsgebieten bestehenden und stark rechtsprechungsgeprägten Medizinrechts.

Brand/Baroch Castellvi, **Versicherungsaufsichtsgesetz,** Handkommentar, 2018, 1992 Seiten, Preis 189 €, ISBN 978-3-8487-2368-3.

Anwender müssen sich durch die komplexe Struktur des neuen Aufsichtsrechts in einem Normengeflecht aus europäischen und nationalen Vorschriften sowie der Behördenpraxis auf beiden Ebenen bewegen. Der Kommentar erläutert das völlig umgestaltete VAG praxisgerecht. Er baut auf dem Verständnis des vormaligen Rechts auf und entwickelt es vor dem Hintergrund der Änderungen von Solvency II weiter. Die Rahmenrichtlinie (RL 2009/138/EG), die Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 bzw. 2016/467, ferner die EIPOA-Leitlinien und die aktuellen Verlautbarungen der BaFin werden stets in Bezug genommen. Die neuen nationalen Verordnungen werden aufgegriffen. Jede VAG-Vorschrift enthält einen Hinweis, welche Altregelung sie aufgreift, welche sie abändert bzw. ob sie überhaupt eine Entsprechung im früheren VAG hat.

Hufen/Siegel, **Fehler im Verwaltungsverfahren,** 6. Auflage 2018, 440 Seiten, Preis 89 €, ISBN 978-3-8487-1082-9.

In dem bewährten Handbuch wird das Verwaltungsverfahren in systematischer Form dargestellt und denkbare Fehlerquellen und deren Folgen werden untersucht. Das Werk zeigt den chronologischen Ablauf des Verfahrens und integriert die jeweils wichtigen Aspekte des materiellen Verwaltungsrechts und des Verfassungsrechts. Es bietet Hilfe für die Ermittlung des korrekten Verfahrens, die Vermeidung von Verfahrensfehlern und die angemessene Behandlung von Fehlerfolgen. Berücksichtigt sind alle Gesetze der jüngsten Legislaturperiode, insbesondere die Neufassungen des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und des Gesetzes zur Umweltverträglichkeitsprüfung sowie im Bereich der Elektronisierung das eIDAS-Durchführungsgesetz und das neue Onlinezugangsgesetz.

Klowait/Gläßler, **Mediationsgesetz,** Handkommentar, 2. Auflage 2018, 1018 Seiten, Preis 98 €, ISBN 978-3-8487-3474-0.

Die Mediation als Verfahren zur alternativen Streitbeilegung betrifft neben den Konfliktparteien und den Mediatoren auch Rechtsanwälte, Richter und Notare. Das Werk bringt die Kommentierung des Mediationsgesetzes auf den aktuellen Stand und berücksichtigt die neuesten Rechtsentwicklungen. Sämtliche Regelungen der Verfahrensordnungen, u. a. ZPO, StPO, FamFG, und weitere Gesetze wie u. a. RDG, BGB werden in ihren Bezügen zur Mediation kommentiert. In praxisorientierten Beiträgen wird die Bedeutung der Regelungen für verschiedene Anwendungsfelder der Mediation, wie z. B. innerbetriebliche Mediation, Familien- und Scheidungs-Mediation, gerichtliche Mediation sowie Mediation aus notarieller Sicht, veranschaulicht.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern" www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern" ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern" entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN UND FÜR INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 6 **München, 30. April 2018** **31. Jahrgang**

Jobmotor Bayern

Maiaufruf von Staatsministerin Kerstin Schreyer

Bayerns Arbeitsmarkt ist ein Arbeitsmarkt der Rekorde. Bayern hat zum Tag der Arbeit die beste Arbeitsmarktlage aller Länder und so viel Menschen in guter sozialversicherungspflichtiger Arbeit wie nie zuvor. Die Konjunktur ist robust. Die Auftragsbücher unserer Unternehmen sind voll. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist hoch. Und der Wohlstand kommt bei den Menschen an. Es ist nicht lange her, da war die Spreizung der Arbeitslosenquoten zwischen den Regierungsbezirken hoch. Heute ist sie auf einen Prozentpunkt zusammengeschmolzen. Alle Regierungsbezirke lagen im Jahresdurchschnitt 2017 unter der Marke von vier Prozent. Mehr als die Hälfte der Landkreise und kreisfreien Städte hatte sogar eine Arbeitslosenquote unter drei Prozent. Das ist Vollbeschäftigung und ein großartiger Erfolg für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern.

Dieser Erfolg ist das Ergebnis einer Gemeinschaftsleistung. Mein Dank gilt unseren fleißigen und hervorragend ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, unseren innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern, aber auch unseren starken Gewerkschaften und Verbänden. Die Tarifpartnerschaft funktioniert und ist Grundlage des Erfolges.

Jetzt wollen wir die hervorragende Lage nutzen, um auch diejenigen in Arbeit zu bringen, die es bislang schwerer hatten. Wir werden dazu zu allererst unser einheimisches Potential heben: Jugendliche ohne Abschluss, Langzeitarbeitslose, Ältere, Menschen mit Behinderung. Wir greifen Jugendlichen mit Vermittlungshemmnissen mit unserem Programm „Fit for Work“ unter die Arme, damit Jede und Jeder einen Ausbildungsplatz findet. Wir investieren nachhaltig in Sprache und Bildung, damit Integration gelingt. So konnten wir in den vergangenen zwei Jahren im engen Schulterschluss mit der Wirtschaft mehr Flüchtlinge in Praktika, Ausbildung und Arbeit integrieren als jedes andere Land. Mit unserem Gesamtkonzept CURA unterstützen wir Langzeitarbeitslose und ihre Familien ganzheitlich. Und wir begleiten

Fortsetzung nächste Seite

Menschen mit Behinderung auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt durch unsere Werkstätten, durch die Ausgleichsabgabe, durch unsere Kampagne „Inklusion in Bayern – wir arbeiten miteinander“ und durch ein in Bayern um 20 Prozent höheres Budget für Arbeit.

Die Digitalisierung stellt uns alle vor große Herausforderungen. Sie verdichtet und beschleunigt unser Leben. Sie schafft neue Potentiale und enorme Produktivitätsgewinne entlang der Wertschöpfungsketten. Aber sie wird natürlich auch die Berufsbilder fundamental verändern. Unser Ziel ist ehrgeizig: Wir wollen die Menschen und das Land zu Gewinnern der digitalen Transformation machen. Wir machen dazu die Berufsausbildung fit für das digitale Zeitalter. Wir werden Bildungsschecks für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in kleineren und mittleren Unternehmen einführen. Und wir werden mit einem Weiterbildungspakt zusammen mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften gezielt Anreize für Investitionen in die Weiterbildung setzen. Aber wir belasten Unternehmen nicht, sondern helfen ihnen, die digitale Transformation zu meistern.

Ein wichtiges Thema ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aber wir müssen dieses Thema von der richtigen Seite her angehen. Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Wir brauchen deshalb keine berufsgerechten Familien, sondern familiengerechte Berufe. Wir werden den Familienpakt, der bereits über 540 Mitglieder und Netzwerkpartner für eine familienfreundliche Unternehmenskultur zusammenbringt, weiter vorantreiben. Wir haben mit unseren drei Investitionsprogrammen die Krippenplätze seit 2006 mehr als vervierfacht und schließen jetzt mit unserem vierten Sonderinvestitionsprogramm letzte Betreuungslücken im Übergang zur Schule. Wir schaffen nicht nur 30.000 zusätzliche Plätze bis 2020 sondern starten auch eine Qualitätsoffensive. Beides gehört zusammen.

Bayerns Markenzeichen ist Wertschätzung und Wahlfreiheit für Familien. Wir spielen Familienentwürfe nicht gegeneinander aus, sondern wollen alle Eltern noch besser unterstützen. Wir werden deshalb ein Bayerisches Familiengeld einführen. Mit dem Familiengeld bündeln wir das bayerische Betreuungsgeld und das Landeserziehungsgeld und legen noch etwas drauf. Wir werden so Eltern von ein- und zweijährigen Kindern künftig mit 250 Euro pro Monat und Kind – also insgesamt mit 6.000 Euro – unterstützen. Ab dem dritten Kind gibt es 300 Euro monatlich, also 7.200 Euro insgesamt. Wir wollen ab September mit der Auszahlung beginnen. Das Familiengeld wird unabhängig vom Einkommen gezahlt und unabhängig davon, ob das Kind eine Krippe besucht oder nicht. Damit gewährleisten wir echte Wahlfreiheit: Bayern unterstützt jede Familie, egal, wie sie ihr Leben gestalten will.

Kerstin Schreyer

Bayerische Staatsministerin
für Familie, Arbeit und Soziales

Inhaltsübersicht

Datum Seite

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatsregierung

17.04.2018 103-S, 1140-S, 2003-S
Änderung der Redaktionsrichtlinien und anderer Bekanntmachungen 341

17.04.2018 1102-S
Aufgaben und Stellung des Leiters der Staatskanzlei und Staatsministers für Bundesangelegenheiten (StMBBek) 342

17.04.2018 1102-S
Aufgaben und Stellung des Staatsministers für Digitales, Medien und Europa (StMDBek) 342

17.04.2018 1102-S
Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene (AuVBBek) 343

17.04.2018 1102-S
Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt (EhrBBek) 343

17.04.2018 1102-S
Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für staatliche Beteiligungen (BetBBek) 344

17.04.2018 1102-S
Stellung des Beauftragten für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung (BüABBek) 344

17.04.2018 1102-S
Stellung des Bürgerbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung (BürBBek) 345

17.04.2018 1102-S
Stellung des Patienten- und Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung (PPBek) 345

Bayerischer Ministerpräsident

17.04.2018 1102-S
Erlass über die Stellvertretung der Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung (Stellvertretererlass – StRVertrBek) 346

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

28.03.2018 912-B
Fortschreibung der Richtlinien für das Aufstellen von Bauwerksentwürfen (RAB-ING) 347

28.03.2018 913-B
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme (ZTV FRS 2013, Fassung 2017) 350

28.03.2018 962-B
Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in Landeplätze in Bayern (Förderrichtlinie Landeplätze) 374

Fortsetzung nächste Seite

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie

05.04.2018 7072.1-W
Änderung der Richtlinien zur Durchführung des bayerischen regionalen Förderprogramms für die gewerbliche Wirtschaft 375

08.04.2018 7072.1-W
Änderung der Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen 376

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

12.04.2018 7912.1-U
Änderung der Bekanntmachung über die Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien 376

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

20.03.2018 787-L
Richtlinie Bayerisches Sonderprogramm Landwirtschaft 377

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatskanzlei

23.03.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Martin Alexander Schoeller 393

III. Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen . . . . . entfällt

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibung 394

Literaturhinweise 395

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

103-S, 1140-S, 2003-S

Änderung der Redaktionsrichtlinien und anderer Bekanntmachungen

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung

vom 17. April 2018, Az. B II 2 – G 49/13-6

Auf Grund des Art. 43 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), die zuletzt durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642) geändert worden ist, macht die Bayerische Staatsregierung bekannt:

1. Änderung der Redaktionsrichtlinien

Die Redaktionsrichtlinien (RedR) vom 16. Juni 2015 (AllMBl. S. 319) werden wie folgt geändert:

1.1 In Nr. 7.1 werden die Wörter „des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Wörter „der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und für Wissenschaft und Kunst“ ersetzt.

1.2 Nr. 7.2 wird wie folgt gefasst:

„7.2 Bayerische Ministerialverwaltung

Ministerpräsident	MPr
Leiter der Staatskanzlei	LStK
Staatsminister für Digitales, Medien und Europa	StMD
Staatskanzlei	StK
Staatsministerium des Innern und für Integration	StMI
Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	StMB
Staatsministerium der Justiz	StMJ
Staatsministerium für Unterricht und Kultus	StMUK
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	StMWK
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	StMFLH
Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie	StMWi
Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	StMUV
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	StMELF
Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	StMAS
Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	StMGP“.

1.3 Nr. 9 wird wie folgt geändert:

1.3.1 In der Überschrift wird das Wort „ , Außerkrafttreten“ gestrichen.

1.3.2 Die Nummernbezeichnung „9.1“ wird gestrichen.

1.3.3 Nr. 9.2 wird aufgehoben.

2. Änderung der Veröffentlichungsbekanntmachung

Die Veröffentlichungsbekanntmachung (VeröffBek) vom 15. Dezember 2015 (AllMBl. S. 541) wird wie folgt geändert:

2.1 In Nr. 5 Satz 1 wird die Tabelle wie folgt gefasst:

„Nr.	Geschäftsbereich	Amtsblatt
1.	StMI, StMB, StMWi, StMUV, StMELF, StMAS, StMGP, StK	Allgemeines Ministerialblatt (AllMBl.)
2.	StMUK, StMWK	Amtsblatt der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und für Wissenschaft und Kunst (KWMBl.)
3.	StMJ	Bayerisches Justizministerialblatt (JMBl.)
4.	StMFLH	Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (FMBl.)“.

2.2 In Nr. 6.1 wird die Tabelle wie folgt gefasst:

„Nr.	Veröffentlichungsorgan	Redaktion
1.	GVBl.	StK
2.	AllMBl.	StMI
3.	KWMBl.	StMUK
4.	JMBl.	StMJ
5.	FMBl.	StMFLH“.

2.3 Nr. 8 wird wie folgt geändert:

2.3.1 In der Überschrift wird das Wort „ , Außerkrafttreten“ gestrichen.

2.3.2 Die Nummernbezeichnung „8.1“ wird gestrichen.

2.3.3 Nr. 8.2 wird aufgehoben.

3. Änderung der Organisationsrichtlinien

Die Organisationsrichtlinien (OR) vom 6. November 2001 (AllMBl. S. 634), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 4. Oktober 2017 (AllMBl. S. 455) geändert worden sind, werden wie folgt geändert:

3.1 In Nr. 2.4.4.1 Abs. 4 werden die Wörter „des Innern, für Bau und Verkehr“ durch die Wörter „des Innern und für Integration“ ersetzt.

3.2 In Nr. 2.4.4.4 werden die Sätze 1 und 2 aufgehoben.

4. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 22. März 2018 in Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus Söder

1102-S

Aufgaben und Stellung des Leiters der Staatskanzlei und Staatsministers für Bundesangelegenheiten (StMBBek)

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung

vom 17. April 2018, Az. B II 2 – G 43/13-2

Auf Grund des Art. 53 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), die zuletzt durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642) geändert worden ist, macht die Bayerische Staatsregierung bekannt:

1. [1]Der Leiter der Staatskanzlei ist zugleich Staatsminister für Bundesangelegenheiten. [2]Er nimmt als solcher folgende, der Staatskanzlei nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchst. a, b und d, Nr. 3 Buchst. d der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung übertragene Aufgaben wahr:
   a) Bundesangelegenheiten, Stimmführung und Vertretung Bayerns im Bundesrat,
   b) Vertretung des Freistaates Bayern beim Bund,
   c) Innerdeutsche Beziehungen Bayerns,
   d) Deregulierung und Entbürokratisierung.

   [3]Der Staatsminister ist organisatorisch der Staatskanzlei eingegliedert. [4]Er erfüllt seine Aufgaben in Übereinstimmung mit den vom Ministerpräsidenten bestimmten Richtlinien der Politik selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Landtag. [5]Sein erster Dienstsitz ist München, sein zweiter Berlin. [6]Er verfügt im Rahmen seiner Aufgaben über das Personal und die Haushaltsmittel der Staatskanzlei. [7]Aufgaben und Stellung des Bevollmächtigten des Freistaates Bayern beim Bund bleiben unberührt.
2. Diese Bekanntmachung ist Bestandteil der Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung.
3. [1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 22. März 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 21. März 2018 tritt die Bekanntmachung über Aufgaben und Stellung der Staatsministerin für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben (StMBBek) vom 28. Januar 2014 (AllMBl. S. 111) außer Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus Söder

1102-S

Aufgaben und Stellung des Staatsministers für Digitales, Medien und Europa (StMDBek)

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung

vom 17. April 2018, Az. B II 2 – G 41/13-3

Auf Grund des Art. 53 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), die zuletzt durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642) geändert worden ist, macht die Bayerische Staatsregierung bekannt:

1. [1]Der Staatsminister für Digitales, Medien und Europa nimmt folgende, der Staatskanzlei nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchst. c und d, Abs. 2 Nr. 1 bis 5 der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung übertragene Aufgaben wahr:
   a) Digitalisierung Bayerns: Grundsatzfragen und Koordinierung,
   b) Rundfunk, Rundfunkstaatsverträge,
   c) Medien, Medienförderung, Medien- und Filmpolitik,
   d) Europapolitik: Grundsatzfragen und Koordinierung,
   e) Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union,
   f) Auswärtige Beziehungen Bayerns,
   g) Entwicklungszusammenarbeit: Grundsatzfragen und Koordinierung.

   [2]Der Staatsminister ist organisatorisch der Staatskanzlei eingegliedert. [3]Er erfüllt seine Aufgaben in Übereinstimmung mit den vom Ministerpräsidenten bestimmten Richtlinien der Politik selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Landtag. [4]Sein erster Dienstsitz ist München, sein zweiter Brüssel. [5]Er verfügt im Rahmen seiner Aufgaben über das Personal und die Haushaltsmittel der Staatskanzlei.
2. Diese Bekanntmachung ist Bestandteil der Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung.
3. [1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 22. März 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 21. März 2018 tritt die Bekanntmachung über Aufgaben und Stellung der Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen (StMEBek) vom 28. Januar 2014 (AllMBl. S. 111) außer Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus Söder

1102-S

Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene (AuVBBek)

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung

vom 17. April 2018, Az. B II 2 – G 12/18-1

Auf Grund des Art. 43 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), die zuletzt durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642) geändert worden ist, macht die Bayerische Staatsregierung bekannt:

1. [1]Der Ministerpräsident beruft und entlässt eine Persönlichkeit zur Beratung und Unterstützung der Staatsregierung in den Belangen der Aussiedler und Vertriebenen (Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene). [2]Die Amtszeit des oder der Beauftragten endet außer mit Rücktritt oder Entlassung auch zum Ende einer Wahlperiode des Landtags.

2. [1]Der oder die Beauftragte ist ressortübergreifend tätig. [2]Er oder sie

   a) arbeitet hierzu mit allen Staatsministerien und der Staatskanzlei zusammen,

   b) regt Maßnahmen an, um die Belange der in Bayern lebenden Aussiedler und Vertriebenen zu wahren, ihre Aufnahme zu fördern und sie bei der Pflege ihres mitgebrachten Kulturgutes zu unterstützen,

   c) bearbeitet unbeschadet des Petitionsrechts und der Entscheidungsverantwortung der vollziehenden Stellen die an ihn gerichteten Anregungen von einzelnen Betroffenen, von Verbänden und anderen Organisationen im thematisch einschlägigen Bereich,

   d) soll bei allen Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen wichtigen Vorhaben der Staatsministerien eingebunden werden, soweit sie im Schwerpunkt thematisch einschlägige Fragen behandeln oder berühren.

   [3]Aussiedler und Vertriebene im Sinne dieser Bekanntmachung sind die in § 1 des Bundesvertriebenengesetzes genannten Personen.

3. Der oder die Beauftragte unterrichtet den Ministerrat mindestens einmal pro Legislaturperiode über die Ergebnisse seiner Beratungstätigkeit.

4. [1]Der oder die Beauftragte ist dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales zugeordnet, bei dem eine Geschäftsstelle eingerichtet wird. [2]Art. 55 der Verfassung bleibt unberührt. [3]Die für die Erfüllung der Aufgabe notwendigen Ausgaben richten sich nach Maßgabe des Staatshaushalts. [4]Die Tätigkeit des oder der Beauftragten ist ehrenamtlich.

5. [1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 21. März 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2023 außer Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus Söder

1102-S

Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt (EhrBBek)

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung

vom 17. April 2018, Az. B II 2 – G 13/18-1

Auf Grund des Art. 43 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), die zuletzt durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642) geändert worden ist, macht die Bayerische Staatsregierung bekannt:

1. [1]Der Ministerpräsident beruft und entlässt eine Persönlichkeit zur Beratung und Unterstützung der Staatsregierung in Fragen des ehrenamtlichen Engagements, seiner Förderung und seiner Würdigung (Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt). [2]Die Amtszeit des oder der Beauftragten endet außer mit Rücktritt oder Entlassung auch zum Ende einer Wahlperiode des Landtags.

2. [1]Der oder die Beauftragte ist ressortübergreifend tätig. [2]Er oder sie

   a) arbeitet hierzu mit allen Staatsministerien und der Staatskanzlei zusammen,

   b) regt Maßnahmen an, um das Ehrenamt in Bayern zu fördern, zu würdigen und zu erhalten,

   c) bearbeitet unbeschadet des Petitionsrechts und der Entscheidungsverantwortung der vollziehenden Stellen die an ihn gerichteten Anregungen von einzelnen Betroffenen, von Verbänden und anderen Organisationen, soweit sie sich auf das Ehrenamt beziehen,

   d) soll bei allen Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen wichtigen Vorhaben der Staatsministerien eingebunden werden, soweit sie im Schwerpunkt thematisch einschlägige Fragen behandeln oder berühren.

3. Der oder die Beauftragte unterrichtet den Ministerrat mindestens einmal pro Legislaturperiode über die Ergebnisse seiner Beratungstätigkeit.

4. [1]Der oder die Beauftragte ist dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales zugeordnet, bei dem eine Geschäftsstelle eingerichtet wird. [2]Art. 55 der Verfassung bleibt unberührt. [3]Die für die Erfüllung der Aufgabe notwendigen Ausgaben richten sich nach Maßgabe des Staatshaushalts. [4]Die Tätigkeit des oder der Beauftragten ist ehrenamtlich.

5. [1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 21. März 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2023 außer Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus Söder

1102-S

Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für staatliche Beteiligungen (BetBBek)

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung

vom 17. April 2018, Az. B II 2 – G 11/18-1

Auf Grund des Art. 43 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), die zuletzt durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642) geändert worden ist, macht die Bayerische Staatsregierung bekannt:

1. [1]Der Ministerpräsident beruft und entlässt eine Persönlichkeit zur Beratung und Unterstützung der Staatsregierung in Fragen der staatlichen Beteiligungspolitik (Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für staatliche Beteiligungen). [2]Die Amtszeit des oder der Beauftragten endet außer mit Rücktritt, Entlassung oder Außerkrafttreten dieser Bekanntmachung auch zum Ende einer Wahlperiode des Landtags.

2. [1]Der oder die Beauftragte ist ressortübergreifend tätig. [2]Er oder sie soll durch seine oder ihre Tätigkeit im staatlichen Vermögensinteresse und im Interesse der mit den staatlichen Beteiligungen verfolgten Ziele zu einer positiven wirtschaftlichen und nachhaltigen Entwicklung der staatlichen Beteiligungen beitragen. [3]Vertraulichkeitsbelange der Beteiligungen sowie von deren Kunden und Geschäftspartnern sind zu wahren. [4]Der Beauftragte
   a) arbeitet hierzu mit allen Staatsministerien und der Staatskanzlei zusammen,
   b) regt Maßnahmen zur Bewältigung künftiger strategischer Herausforderungen staatlicher Beteiligungen und zur Vermeidung von wesentlichen Beteiligungsrisiken des Freistaates Bayern an,
   c) bearbeitet unbeschadet des Petitionsrechts und der Entscheidungsverantwortung der vollziehenden Stellen die an ihn gerichteten Anregungen von einzelnen Betroffenen, von Verbänden und anderen Organisationen, die im thematisch einschlägigen Bereich tätig sind,
   d) soll bei allen Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen wichtigen Vorhaben der Staatsministerien eingebunden werden, soweit sie wesentlich für die staatliche Beteiligungspolitik sind.

3. Der oder die Beauftragte unterrichtet den Ministerrat mindestens einmal pro Legislaturperiode über die Ergebnisse seiner Beratungstätigkeit.

4. [1]Der oder die Beauftragte ist dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat zugeordnet, bei dem eine Geschäftsstelle eingerichtet wird. [2]Art. 55 der Verfassung bleibt unberührt. [3]Die für die Erfüllung der Aufgabe notwendigen Ausgaben richten sich nach Maßgabe des Staatshaushalts. [4]Die Tätigkeit des oder der Beauftragten ist ehrenamtlich.

5. [1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 21. März 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2023 außer Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus Söder

1102-S

Stellung des Beauftragten für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung (BüABBek)

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung

vom 17. April 2018, Az. B II 2 – G 6/17-2

Auf Grund des Art. 43 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), die zuletzt durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642) geändert worden ist, macht die Bayerische Staatsregierung bekannt:

1. [1]Der Ministerpräsident beruft und entlässt eine Persönlichkeit zur Beratung und Unterstützung der Staatsregierung in Fragen des Bürokratieabbaus (Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung). [2]Die Amtszeit des oder der Beauftragten endet außer mit Rücktritt oder Entlassung auch zum Ende einer Wahlperiode des Landtags.

2. [1]Der oder die Beauftragte ist ressortübergreifend tätig. [2]Er oder sie soll sich schwerpunktmäßig den Bereichen der Land- und Forstwirtschaft sowie des Umwelt- und Baurechts widmen und
   a) arbeitet hierzu mit allen Staatsministerien und der Staatskanzlei zusammen,
   b) regt Maßnahmen zum Bürokratieabbau an,
   c) bearbeitet unbeschadet des Petitionsrechts und der Entscheidungsverantwortung der vollziehenden Stellen die an ihn gerichteten Anregungen von einzelnen Betroffenen, von Verbänden und anderen Organisationen im thematisch einschlägigen Bereich,
   d) soll bei allen Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen wichtigen Vorhaben der Staatsministerien eingebunden werden, soweit sie im Schwerpunkt thematisch einschlägige Fragen behandeln oder berühren.

3. Der oder die Beauftragte unterrichtet den Ministerrat mindestens einmal pro Legislaturperiode hinsichtlich konkreter und abgestimmter Vorschläge zum Bürokratieabbau und über die Ergebnisse seiner Beratungstätigkeit.

4. [1]Der oder die Beauftragte ist der Staatskanzlei zugeordnet, bei der eine Geschäftsstelle eingerichtet wird. [2]Art. 55 der Verfassung bleibt unberührt. [3]Die für die Erfüllung der Aufgabe notwendigen Ausgaben richten sich nach Maßgabe des Staatshaushalts. [4]Die Tätigkeit des oder der Beauftragten ist ehrenamtlich.

5. [1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 21. März 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2023 außer Kraft. [3]Mit Ablauf des 20. März 2018 tritt die Bekanntmachung über die Stellung des Beauftragten für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung (BüABBek) vom 14. Februar 2017 (AllMBl. S. 82) außer Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus Söder

1102-S

Stellung des Bürgerbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung (BürBBek)

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung

vom 17. April 2018, Az. B II 2 – G 10/18-1

Auf Grund des Art. 43 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), die zuletzt durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642) geändert worden ist, macht die Bayerische Staatsregierung bekannt:

1. [1]Der Ministerpräsident beruft und entlässt eine Persönlichkeit zur Beratung und Unterstützung der Staatsregierung als zentraler Ansprechpartner aller Bürgerinnen und Bürger (Bürgerbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung). [2]Die Amtszeit des oder der Beauftragten endet außer mit Rücktritt oder Entlassung auch zum Ende einer Wahlperiode des Landtags.

2. [1]Der oder die Beauftragte ist ressortübergreifend tätig. [2]Er oder sie soll
   a) für die Bürgerinnen und Bürger ein leicht ansprechbarer Partner, Lotse und Berater im Verkehr mit der öffentlichen Verwaltung sein,
   b) ihre verfahrensrechtliche Stellung stärken,
   c) die betroffenen Behörden auf allgemein oder im Einzelfall bestehende Missstände hinweisen sowie
   d) die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der demokratischen Willensbildung fördern und auf kommunaler wie staatlicher Ebene begleiten.

   [3]Der Bürgerbeauftragte
   a) arbeitet hierzu mit allen Staatsministerien und der Staatskanzlei zusammen,
   b) regt Maßnahmen an, um die von ihm zu vertretenden Belange zu verbessern,
   c) bearbeitet unbeschadet des Petitionsrechts und der Entscheidungsverantwortung der vollziehenden Stellen die an ihn gerichteten Anregungen von einzelnen Betroffenen, von Verbänden und anderen Organisationen im thematisch einschlägigen Bereich,
   d) soll bei allen Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen wichtigen Vorhaben der Staatsministerien eingebunden werden, soweit sie im Schwerpunkt thematisch einschlägige Fragen behandeln oder berühren.

3. Der oder die Beauftragte unterrichtet den Ministerrat mindestens einmal pro Legislaturperiode über die Ergebnisse seiner Beratungstätigkeit.

4. [1]Der oder die Beauftragte ist der Staatskanzlei zugeordnet, bei der eine Geschäftsstelle eingerichtet wird. [2]Art. 55 der Verfassung bleibt unberührt. [3]Die für die Erfüllung der Aufgabe notwendigen Ausgaben richten sich nach Maßgabe des Staatshaushalts. [4]Die Tätigkeit des oder der Beauftragten ist ehrenamtlich.

5. [1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 21. März 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2023 außer Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus Söder

1102-S

Stellung des Patienten- und Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung (PPBek)

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung

vom 17. April 2018, Az. B II 2 – G 42/13-2

Auf Grund des Art. 43 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), die zuletzt durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642) geändert worden ist, macht die Bayerische Staatsregierung bekannt:

1. [1]Der Ministerpräsident beruft und entlässt eine Persönlichkeit zur Beratung und Unterstützung der Staatsregierung in Fragen der Patientenbelange und der Pflege (Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung). [2]Die Amtszeit des oder der Beauftragten endet außer mit Rücktritt oder Entlassung auch zum Ende einer Wahlperiode des Landtags.

2. [1]Der oder die Beauftragte ist ressortübergreifend tätig. [2]Er oder sie
   a) arbeitet hierzu mit allen Staatsministerien und der Staatskanzlei zusammen, insbesondere
      aa) bei Fragen der Patientenrechte, der Qualität in der medizinischen Versorgung und der Gesundheitspolitik und
      bb) in Fragen der Pflegequalität, im Hinblick auf die Belange pflegebedürftiger Menschen, ihrer Angehörigen sowie der Pflegekräfte,
   b) regt Maßnahmen an, um die Situation von Patienten und pflegebedürftigen Personen zu verbessern,
   c) bearbeitet unbeschadet des Petitionsrechts und der Entscheidungsverantwortung der vollziehenden Stellen die an ihn gerichteten Anregungen von einzelnen Betroffenen, von Verbänden und anderen Organisationen im thematisch einschlägigen Bereich,
   d) soll bei allen Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen wichtigen Vorhaben der Staatsministerien eingebunden werden, soweit sie im Schwerpunkt thematisch einschlägige Fragen behandeln oder berühren.

3. Der oder die Beauftragte unterrichtet den Ministerrat mindestens einmal pro Legislaturperiode über die Ergebnisse seiner Beratungstätigkeit.

4. [1]Der oder die Beauftragte ist dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege zugeordnet, bei dem eine Geschäftsstelle eingerichtet wird. [2]Art. 55 der Verfassung bleibt unberührt. [3]Die für die Erfüllung der Aufgabe notwendigen Ausgaben richten sich nach Maßgabe des Staatshaushalts. [4]Die Tätigkeit des oder der Beauftragten ist ehrenamtlich.

5. [1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 21. März 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2023 außer Kraft. [3]Mit Ablauf des 20. März 2018 tritt die Patienten- und Pflegebeauftragtenbekanntmachung (PPBek) vom 19. Dezember 2013 (AllMBl. 2014 S. 3) außer Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus Söder

1102-S

Erlass über die Stellvertretung der Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung (Stellvertretererlass – StRVertrBek)

Bekanntmachung des Bayerischen Ministerpräsidenten

vom 17. April 2018, Az. B II 2 – 1164-3-25

Auf Grund des § 15 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung (StRGeschO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. November 2006 (GVBl. S. 825, BayRS 1102-2-1-S), die zuletzt durch Änderung vom 28. Januar 2014 (GVBl. S. 58) geändert worden ist, macht der Bayerische Ministerpräsident bekannt:

1. [1]Im Fall der Verhinderung aller Mitglieder der Staatsregierung aus einem bestimmten Geschäftsbereich oder einer Sonderaufgabe werden vertreten
   a) der Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten durch den Staatsminister für Digitales, Medien und Europa,
   b) der Staatsminister für Digitales, Medien und Europa durch den Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten,
   c) der Staatsminister des Innern und für Integration durch die Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr,
   d) die Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr durch den Staatsminister des Innern und für Integration,
   e) der Staatsminister der Justiz durch den Staatsminister des Innern und für Integration,
   f) der Staatsminister für Unterricht und Kultus durch die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst,
   g) die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst durch den Staatsminister für Unterricht und Kultus,
   h) der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat durch den Staatsminister für Wirtschaft, Energie und Technologie,
   i) der Staatsminister für Wirtschaft, Energie und Technologie durch den Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat,
   j) der Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz durch die Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
   k) die Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten durch den Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz,
   l) die Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales durch die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege,
   m) die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege durch die Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales.

   [2]Ist auch der jeweilige Vertreter verhindert, kann die Stellvertretung ausnahmsweise auch von jedem anderen Staatsminister übernommen werden, wenn der zu vertretende Geschäftsbereich damit einverstanden ist. [3]In besonderen oder unaufschiebbaren Fällen kann der Ministerpräsident die Vertretung jedes Staatsministers übernehmen.
2. Bei Dienstgeschäften in Berlin können die Mitglieder der Staatsregierung auch durch den Staatsminister für Bundesangelegenheiten, bei Dienstgeschäften in Brüssel durch den Staatsminister für Digitales, Medien und Europa vertreten werden.
3. [1]In Angelegenheiten des Richterwahlausschusses für die obersten Gerichtshöfe des Bundes werden die Mitglieder der Staatsregierung durch den Staatsminister der Justiz vertreten. [2]Im Falle seiner Verhinderung gilt Nr. 1 entsprechend.
4. [1]Dieser Erlass tritt mit Wirkung vom 22. März 2018 in Kraft. [2]Der Stellvertreter-Erlass (StRVertrBek) vom 3. Dezember 2013 (AllMBl. S. 551), der zuletzt durch Nr. 2 der Bekanntmachung vom 7. Juli 2015 (AllMBl. S. 347) geändert worden ist, tritt mit Ablauf des 21. März 2018 außer Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Markus Söder

912-B

Fortschreibung der Richtlinien für das Aufstellen von Bauwerksentwürfen (RAB-ING)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 28. März 2018, Az. IID8-4342.12-3-1

Regierungen
Autobahndirektionen
Staatliche Bauämter mit Straßenbauaufgaben

nachrichtlich
Bayerischer Landkreistag
Bayerischer Städtetag
Bayerischer Gemeindetag

1. Allgemeines

1.1 [1]Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat mit Allgemeinem Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 14/2016 vom 13. Juni 2016, veröffentlicht im Verkehrsblatt Nr. 13 vom 15. Juli 2016, die „Richtlinien für das Aufstellen von Bauwerksentwürfen“ (RAB-ING) bekannt gegeben und mit dem ARS Nr. 02/2017 vom 3. Januar 2017 fortgeschrieben. [2]Die RAB-ING wurden mit Bekanntmachung vom 26. Oktober 2016 (AllMBl. S. 2159) in Bayern eingeführt und mit Bekanntmachung vom 17. Februar 2017 (AllMBl. S. 121) fortgeschrieben.

1.2 [1]Inzwischen wurden durch die Bund/Länder-Arbeitsgruppe RAB-ING weitere Musterbeispiele erarbeitet und mit ARS Nr. 04/2018 bekannt gegeben:

RAB-ING 6-1-1: Unterführungsbauwerk – Wirtschaftsweg

RAB-ING 6-2-1: Überführungsbauwerk – Wirtschaftsweg

2. Anwendung

2.1 [1]Hiermit wird die neue „Übersicht über den Stand der RAB-ING (Ausgabe Dezember 2017)“ **(Anlage)** bekannt gegeben. [2]Die RAB-ING sind bei allen Bauwerksentwürfen für Vorhaben an Bundesfernstraßen, Staatsstraßen und Kreisstraßen, die von den Staatlichen Bauämtern verwaltet werden, anzuwenden.

2.2 Den kommunalen Straßenbaulastträgern wird empfohlen, die RAB-ING auch für ihre eigenen Bauwerksentwürfe anzuwenden.

2.3 Hinweise zum Vollzug der RAB-ING in der Bayerischen Staatsbauverwaltung wurden gesondert mit dem Ministerialschreiben vom 26. Oktober 2016 der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (Az. llD8-4342-001/16) bekannt gegeben.

3. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 30. April 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 29. April 2018 treten die Bekanntmachungen der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr vom 26. Oktober 2016 (AllMBl. S. 2159) und vom 17. Februar 2017 (AllMBl. S. 121) außer Kraft.

4. Bezugsmöglichkeit

[1]Die RAB-ING ist als Loseblatt-Sammlung auf den Internetseiten der BASt (www.bast.de) unter dem Pfad „Brücken- und Ingenieurbau/Publikationen/Regelwerke Brücken- und Ingenieurbau/RAB-ING“ veröffentlicht. [2]Sie ist nach den „Austauschanweisungen“ zu aktualisieren. [3]Das ARS Nr. 04/2018 wurde im Verkehrsblatt Nr. 4 vom 28. Februar 2018 veröffentlicht.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

Anlage
(zu Nr. 2.1)

Richtlinien für das Aufstellen von Bauwerksentwürfen für Ingenieurbauten (RAB-ING)

Übersicht über den Stand der RAB-ING

Ausgabe Dezember 2017

Teil:		Abschnitt:		Stand:
1	**Allgemeines**	**1**	**Grundsätzliches**	04/2016
			Seite 1 – 3	
		2	**Bauwerksentwurf**	04/2016
			Seite 1 – 5	
		3	**Form der Entwurfsunterlagen**	04/2016
			Seite 1 – 29	
2	**Gliederung und Inhalt des Erläuterungsberichtes**	**1**	**Neubaumaßnahmen von Brücken**	12/2016
			Seite 1 – 5	
		2	**Instandsetzungs- und Ertüchtigungsmaßnahmen von Brücken**	12/2016
			Seite 1 – 5	
		3	**Ersatzneubau von Brücken**	12/2016
			Seite 1 – 7	
		4	**Neu- und Umbaubaumaßnahmen von Tunneln in offener Bauweise**	04/2016
			Seite 1 – 6	
		5	**Neu- und Umbaubaumaßnahmen von Tunneln in geschlossener Bauweise**	04/2016
			Seite 1 – 7	
		6	**Lärmschutzwände und ähnliche Schutzwände**	04/2016
			Seite 1 – 4	
		7	**Verkehrszeichenbrücken**	04/2016
			Seite 1 – 4	
3	**Aufstellen der Kostenberechnung**	**1**	**Form der Kostenberechnung**	04/2016
			Seite 1 – 3	
		2	**Mengenermittlung**	04/2016
			Seite 1 – 3	
4	**Aufstellen des Bauwerksplanes**	**1**	**Form und Inhalt des Bauwerksplanes für Neubaumaßnahmen von Brücken**	04/2016
			Seite 1 – 6	
		2	**Form und Inhalt des Bauwerksplanes für Instandsetzungs- und Ertüchtigungsmaßnahmen von Brücken**	04/2016
			Seite 1 – 4	

Anlage zum ARS 04/2018 vom 31.01.2018

Teil:	Abschnitt:	Stand:
	3 Form und Inhalt des Bauwerksplanes für Maßnahmen des Ersatzneubaus von Brücken Seite 1 – 4	04/2016
	4 Form und Inhalt des Bauwerksplanes für Neu- und Umbaumaßnahmen von Tunneln in offener Bauweise Seite 1 – 6	04/2016
	5 Form und Inhalt des Bauwerksplanes für Neu- und Umbaumaßnahmen von Tunneln in geschlossener Bauweise Seite 1 – 6	04/2016
	6 Form und Inhalt des Bauwerksplanes für Lärmschutzwände und ähnliche Schutzwände Seite 1 – 4	04/2016
	7 Form und Inhalt des Bauwerksplanes für Verkehrszeichenbrücken Seite 1 – 4	04/2016
5 Entwurfsstatik	**1 Grundsätzliches** Seite 1 – 3	04/2016
6 Musterbeispiele	**1 Unterführungsbauwerk**	
	1) Wirtschaftsweg	**12/2017**
	2) Einbahnige Bundesstraße	12/2016
	2 Überführungsbauwerke	
	1) Wirtschaftsweg	**12/2017**
	2) Integrales Bauwerk (Massivbau)	i. V
	3) Integrales Bauwerk (Stahl-Verbund)	i. V
	3 Talbrücke	
	1) Neubau in Spannbetonbauweise	12/2016
	2) Instandsetzung mit Verstärkung	12/2016
	3) Ersatzneubau in Verbundbauweise	i. V.
	4 Tunnel in offener Bauweise	In Vorbereitung
	5 Tunnel in geschlossener Bauweise	In Vorbereitung
	6 Lärmschutzwand	In Vorbereitung
	7 Verkehrszeichenbrücke	In Vorbereitung
	1) Geschlossener Rahmen	
	2) Kragarm	

913-B

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme (ZTV FRS 2013, Fassung 2017)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 28. März 2018, Az. IID9-43342-3-1

Regierungen

Autobahndirektionen

Staatliche Bauämter mit Straßenbauaufgaben

nachrichtlich

Bayerischer Landkreistag

Bayerischer Städtetag

Bayerischer Gemeindetag

Anlage: Allgemeines Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 21/2017 vom 1. Dezember 2017 mit Anlage 1 „Änderungen ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017 gegenüber Ausgabe 2013“

1. Allgemeines

[1]Mit Allgemeinem Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 04/2014 wurden die „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme“ (ZTV FRS 13) bekannt gegeben und mit Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr vom 29. Juli 2014 (AllMBl. S. 393) in Bayern eingeführt. [2]Die ZTV FRS 13 beschreiben Anforderungen und Verfahrensregeln bei der Errichtung und Reparatur von dauerhaft eingesetzten Fahrzeug-Rückhaltesystemen. [3]Zu den Fahrzeug-Rückhaltesystemen gehören Schutzeinrichtungen, Anpralldämpfer, Anfangs- und Endkonstruktionen sowie Übergangskonstruktionen. [4]Aufgrund verschiedener Änderungen im technischen Regelwerk hat die Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) eine Anpassung der ZTV FRS 13 in mehreren Punkten vorgenommen. [5]Die Änderungen sind dem ARS Nr. 21/2017 und der Anlage 1 zum ARS zu entnehmen. [6]Die ZTV FRS 2013, Fassung 2017 wurden mit dem Bund/Länder-Arbeitsgremium Schutzeinrichtungen (AG SE) und unter Beteiligung der Herstellerverbände abgestimmt.

2. Anwendung

2.1 Vertragsbestandteil

[1]Die ZTV FRS 2013, Fassung 2017 sind künftig bei Straßenbaumaßnahmen im Zuge der Bundesfernstraßen, der Staatsstraßen und der von den Staatlichen Bauämtern betreuten Kreisstraßen als Vertragsbestandteil zugrunde zu legen. [2]Die im Text mit Randstrich gekennzeichneten Absätze sind „Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen“ im Sinne von § 1 Abs. 2 Nr. 4 VOB Teil B – DIN 1961 –, wenn die ZTV FRS 2013, Fassung 2017 Bestandteil des Bauvertrags sind.

2.2 Richtlinien

[1]Die in der ZTV FRS 2013, Fassung 2017 kursiv und nicht mit Randstrich gekennzeichneten Absätze sind „Richtlinien“; sie sind vom Auftraggeber bei der Aufstellung der Leistungsbeschreibung sowie bei der Überwachung und Abnahme der Bau- und Montageleistungen zu beachten. [2]Von den Festlegungen in den Richtlinien darf nur bei Vorliegen wichtiger Gründe und nach sorgfältiger Abwägung aller Belange abgewichen werden. [3]Die ZTV FRS 2013, Fassung 2017 und die ZTV E-StB 17 verwenden unterschiedliche Bezeichnungen für die Homogenbereiche. [4]Bei Ausschreibungen von Fachlosen für Fahrzeug-Rückhaltesysteme sind für die Homogenbereiche die Bezeichnungen aus den ZTV FRS 2013, Fassung 2017 zu verwenden. [5]Wenn die Herstellung von Fahrzeug-Rückhaltesystemen Bestandteil einer Ausschreibung gemischter Fachlose ist, sind die Homogenbereiche der ZTV FRS den jeweiligen Bezeichnungen der Baumaßnahme zuzuordnen.

3. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. April 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 31. März 2018 tritt die Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr vom 29. Juli 2014 (AllMBl. S. 393) außer Kraft.

4. Bezugsmöglichkeit

Die ZTV FRS 2013, Fassung 2017 können unter der FGSV-Nr. 367 bei der FGSV Verlag GmbH, Wesselinger Straße 17, 50999 Köln, bezogen werden.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

Anlage

Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur • Postfach 20 01 00, 53170 Bonn

Dr. Stefan Krause
Leiter der Abteilung Straßenbau

HAUSANSCHRIFT
Robert-Schuman-Platz 1
53175 Bonn

POSTANSCHRIFT
Postfach 20 01 00
53170 Bonn

TEL +49 (0)228 99-300-5110
FAX +49 (0)228 99-300-807-5110

ref-stb11@bmvi.bund.de
www.bmvi.de

Oberste Straßenbaubehörden
der Länder

nachrichtlich:
Bundesanstalt für Straßenwesen

Bundesrechnungshof

DEGES Deutsche Einheit
Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH

Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 21/2017
Sachgebiet 07.4: Straßenverkehrstechnik und Straßenausstattung; Leit- und Schutzeinrichtungen

(Dieses ARS wird im Verkehrsblatt veröffentlicht)

Betreff: Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme (ZTV FRS 2013, Fassung 2017)

Bezug:
1. Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 04/2014 vom 03.02.2014, StB 11/7122.3/4-2138240
2. Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 14/2017 vom 21.08.2017, StB 14/7134.5/005-2865624
3. Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 15/2017 vom 23.08.2017, StB 11/7123.11/2-03-1/2824066
4. Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 16/2017 vom 23.08.2017, StB 11/7123.11/2-03/2833819

Aktenzeichen: StB 11/7122.3/4/2886386
Datum: Bonn, 01.12.2017
Seite 1 von 3

Zertifikat seit 2009
audit berufundfamilie

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT: Heinrich-von-Stephan-Straße
VERKEHRSANBINDUNG: Bus: 631, 637, 638, Bahn: 66, Haltestelle: Robert-Schuman-Platz

Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur

Mit Allgemeinem Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 04/2014 (Bezug Nr. 1) wurden die „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme“ (ZTV FRS 2013) bekannt gegeben. Die ZTV FRS 2013 beschreiben Anforderungen und Verfahrensregeln bei der Errichtung und Reparatur von dauerhaft eingesetzten Fahrzeug-Rückhaltesystemen. Zu den Fahrzeug-Rückhaltesystemen gehören Schutzeinrichtungen, Anpralldämpfer, Anfangs- und Endkonstruktionen sowie Übergangskonstruktionen.

Aufgrund verschiedener Änderungen im technischen Regelwerk hat die Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) eine Anpassung der ZTV FRS 2013 in mehreren Punkten vorgenommen:

- Umstellung von Bodenklassen auf Homogenbereiche in den DIN 18300 (Erdbau), dadurch Neufassung der Ausführungen zum Baugrund unter Verwendung von Homogenbereichen (Bezug Nr. 2).
- Ersatz des Einsatzfreigabeverfahrens für Fahrzeug-Rückhaltesysteme durch die Technischen Kriterien für den Einsatz von Fahrzeug-Rückhaltesystemen in Deutschland (Bezug Nr. 3).
- Anforderungen an die Dauerhaftigkeit von Betonschutzwänden in Ortbetonbauweise (BSW O) bei Verwendung von durchgehend korrosionsgeschützter Bewehrung.
- Änderung der Überprüfung der Verankerung von Schutzeinrichtungen auf Brücken (Eigenüberwachung) aufgrund geänderter Anforderungen der Ankerhersteller.
- Aktualisierung von Regelwerks- und Normenbezeichnungen.

Die ZTV FRS 2013, Fassung 2017, wurden mit dem Bund/Länder-Arbeitsgremium Schutzeinrichtungen (AG SE) und unter Beteiligung der Herstellerverbände abgestimmt.

Hiermit gebe ich die ZTV FRS 2013, Fassung 2017, für Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen bekannt und bitte, diese bei neu abzuschließenden Bauverträgen für Fahrzeug-Rückhaltesysteme zu Grunde zu legen. Das ARS Nr. 04/2014 hebe ich hiermit auf.

Ich bitte, mir von Ihrem Einführungserlass eine Kopie zu übersenden. Im Interesse einer einheitlichen Handhabung empfehle ich, die ZTV FRS 2013, Fassung 2017, auch für die in Ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Straßen anzuwenden.

Von den Festlegungen der Richtlinien darf nur bei Vorliegen wichtiger Gründe und nach sorgfältiger Abwägung aller Belange abgewichen werden.

Zertifikat seit 2009
audit berufundfamilie

Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur

Seite 3 von 3

Die ZTV FRS 2013, Fassung 2017, können beim FGSV-Verlag, Wesselinger Straße 17, 50999 Köln bezogen werden.

Im Auftrag
Dr. Stefan Krause

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur SD 12

Beglaubigt:
Angestellte

Anlage 1: Änderungen ZTV FRS 2013, Fassung 2017, gegenüber der Fassung 2013

Zertifikat seit 2009
audit berufundfamilie

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

Änderungen ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017 gegenüber Ausgabe 2013

Die Änderungen der Texte in den ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017 gegenüber der Ausgabe 2013 sind in der folgenden Tabelle gegenübergestellt.

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
1. Allgemeines	
(3) Fahrzeug-Rückhaltesysteme müssen den „Technischen Liefer- und Prüfbedingungen für Fahrzeug-Rückhaltesysteme“ (TLP FRS)[1] und den Einsatzfreigabekriterien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme (veröffentlicht auf der Homepage der Bundesanstalt für Straßenwesen, www.bast.de) entsprechen.	(3) Fahrzeug-Rückhaltesysteme müssen den „Technischen Liefer- und Prüfbedingungen für Fahrzeug-Rückhaltesysteme“ (TLP FRS)[1] und für die jeweilige Baumaßnahme relevanten und in der jeweiligen Ausschreibung geforderten Technischen Kriterien für den Einsatz von Fahrzeug-Rückhaltesystemen in Deutschland (veröffentlicht auf der Homepage der Bundesanstalt für Straßenwesen, www.bast.de) entsprechen.
(10) Die ZTV FRS enthalten nur Regelungen für Fahrzeug-Rückhaltesysteme aus Beton und Stahl. Fahrzeug-Rückhaltesysteme aus anderen Werkstoffen sind nicht Gegenstand dieser ZTV. Für Fahrzeug-Rückhaltesysteme, die ganz oder teilweise aus anderen Stoffen bestehen, sind die Regelungen dieser ZTV soweit möglich dem Wortlaut nach und ansonsten sinngemäß anzuwenden. Es ist vom Auftragnehmer nachzuweisen, dass das geforderte Schutzniveau – Sicherheit, Gesundheit, Gebrauchstauglichkeit – gleichermaßen dauerhaft erreicht wird.	(10) Die ZTV FRS enthalten nur Regelungen für den Einbau von Fahrzeug-Rückhaltesystemen aus Beton und Stahl. Fahrzeug-Rückhaltesysteme aus anderen Werkstoffen sind nicht Gegenstand dieser ZTV. Für Fahrzeug-Rückhaltesysteme, die ganz oder teilweise aus anderen Stoffen bestehen, sind die Regelungen dieser ZTV soweit möglich dem Wortlaut nach und ansonsten sinngemäß anzuwenden. Es ist vom Auftragnehmer nachzuweisen, dass das geforderte Schutzniveau – Sicherheit, Gesundheit, Gebrauchstauglichkeit – gleichermaßen dauerhaft erreicht wird.
2. Begriffe	
Einsatzfreigabeliste (EFL): Auf der Homepage der BASt veröffentlichte Liste mit Fahrzeug-Rückhaltesystemen, die die Einsatzfreigabekriterien erfüllen und in Deutschland eingesetzt werden können.	gestrichen

[1] Bis zur Veröffentlichung der TLP FRS gelten für Fahrzeug-Rückhaltesysteme aus Stahl die Anforderung der TL-SP 99, wobei anstelle des RSt 37-2 mindestens ein S 235 JR zu verwenden ist. Nur vollberuhigte Stähle (Mindestaluminiumgehalt 0,02 %) sind zulässig. Bauteile mit Kennzeichnung nach RAL RG 620 (Stand: 03/10) erfüllen diese Anforderung. Für Fahrzeug-Rückhaltesysteme aus Betonschutzwandfertigteilen gelten bis zur Veröffentlichung der TLP FRS die Anforderung der TL-BSWF 96, wobei anstelle des B35 mindestens ein mindestens ein Beton C30/37 XC4, XD3, XF4, WA nach DIN EN 206-1 und DIN 1045-2 zu verwenden ist.

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
Einsatzfreigabeverfahren: Verfahren mit einsatzspezifischen Kriterien, für den Einsatz von Fahrzeug-Rückhaltesystemen in Deutschland.	
Umrüstung: Austausch vorhandener Fahrzeug-Rückhaltesysteme im Bestand.	gestrichen
	Technische Kriterien für den Einsatz von Fahrzeug-Rückhaltesystemen in Deutschland: Auf der Homepage der BASt veröffentlichte Kriterien, die bei der Ausschreibung und Auswahl geeigneter Fahrzeug-Rückhaltesysteme zu berücksichtigen sind.
	Wartung, normal: Unterhaltungsarbeiten des Betriebsdienstes im Umfeld des Fahrzeug-Rückhaltesystems zur Erhaltung der Funktion des Fahrzeug-Rückhaltesystems (z.B. Grünpflege, Reinigung von Entwässerungsöffnungen). **Wartung, produktspezifisch:** Arbeiten am Fahrzeug-Rückhaltesystem, die zur Erhaltung der Funktion erforderlich sind.
Fußnote 2: *Anmerkung:* Zwischen der angenommenen, wirtschaftlich vernünftigen Gebrauchsdauer für ein Produkt auf Grundlage der Dauerhaftigkeit in technischen Beschreibungen und der tatsächlichen Gebrauchsdauer eines Produktes sollte eindeutig unterschieden werden. Die Letztere hängt von vielen Faktoren ab, auf die der Hersteller keinen Einfluss hat, z. B. Ausführung, Einbaulage (Beanspruchung) Einbaubedingungen, Verwendung und Wartung. Die angegebene Gebrauchsdauer kann folglich nicht als eine vom Hersteller angegebene Gebrauchsgarantie angesehen werden.	Fußnote 2: *Anmerkung:* Zwischen der angenommenen, wirtschaftlich vernünftigen Gebrauchsdauer für ein Produkt auf Grundlage der Dauerhaftigkeit in technischen Beschreibungen und der tatsächlichen Gebrauchsdauer eines Produktes sollte eindeutig unterschieden werden. Die Letztere hängt von vielen Faktoren ab, auf die der Hersteller keinen Einfluss hat, z. B. Ausführung, Einbaulage (Beanspruchung) Einbaubedingungen, Verwendung und normale Wartung. Die angegebene Gebrauchsdauer kann folglich nicht als eine vom Hersteller angegebene Gebrauchsgarantie angesehen werden.
3. Anwendung	
(4) Beim Aufstellen der Leistungsbeschreibung sind u.a. folgende Regelwerke zu beachten: • *Richtlinien für passiven Schutz an*	*(4) Beim Aufstellen der Leistungsbeschreibung sind u.a. folgende Regelwerke zu beachten:* • *Richtlinien für passiven Schutz an*

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme (RPS) • *Einsatzempfehlungen für Fahrzeug-Rückhaltesysteme* • *Technische Liefer- und Prüfbedingungen für Fahrzeug-Rückhaltesysteme (TLP FRS, in Bearbeitung)*[1] • *Einsatzfreigabeverfahren für Fahrzeug-Rückhaltesysteme in Deutschland* • *Einsatzfreigabeliste für Fahrzeug-Rückhaltesysteme in Deutschland* • *Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten (ZTV-ING)* • *Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING)* • *Hinweise zur Nutzung von FRS als Träger von Leiteinrichtungen (H FL)*	*Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme (RPS)* • *Einsatzempfehlungen für Fahrzeug-Rückhaltesysteme* • *Technische Liefer- und Prüfbedingungen für Fahrzeug-Rückhaltesysteme (TLP FRS, in Bearbeitung)*[1] • *Technische Kriterien für den Einsatz von Fahrzeug-Rückhaltesystemen in Deutschland* • *Technische Liefer- und Prüfbedingungen für Übergangskonstruktionen zur Verbindung von Schutzeinrichtungen (TLP ÜK)* • *Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten (ZTV-ING)* • *Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING)* • *Hinweise zur Nutzung von FRS als Träger von Leiteinrichtungen (H FL)* • *Merkblatt für Reparaturen von Stahlschutzplanken im Bestand (M RepS)*
4.2 Eigenüberwachung des Einbaus	
(4) Zusätzlich ist über das Ergebnis einer Eigenüberwachung des Einbaus arbeitstäglich ein Protokoll zu führen (s. Anhang A). Die Protokolle sind auf der Arbeitsstelle vorzuhalten, bis zum Ablauf der Verjährungsfrist für die Mängelansprüche aufzubewahren und dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen.	(4) Je Tag und Kolonne ist ein Eigenüberwachungsprotokoll (s. Anhang A1 bis A6) einer gebauten Konstruktion bei Reparaturen, Austausch und Neubau (für die technische komplizierteste Konstruktion) auszufüllen. Die Prüfung der Verbundanker gemäß Absatz (5) und ist beim Setzen von Ankern immer im Protokoll (Anhang A-7) zu dokumentieren. Beim Bau von BSWO ist die Checkliste im Anhang A8 immer auszufüllen.
	Neu anstelle der bisherigen Abschnitte 6.3.1, 7.3.1, 8.3.1 bzw. 10.3.1: (5) Der Ankersitz bei Fundamenten, Brücken und anderen Ingenieurbauwerken ist entsprechend den Angaben im Zulassungsbescheid für Anker durch kontrolliertes Aufbringen des maximalen Mon-

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
	tagedrehmomentes mit einem kalibrierten Anziehgerät/Akkubohrschrauber zu kontrollieren. Wird beim Anziehen der Ankerverschraubungen das gemäß Zulassungsbescheid erforderliche maximale Montagedrehmoment nicht erreicht, ist der Mangel unverzüglich zu beseitigen. Danach ist mit einem kalibrierten Anziehgerät das erreichte Drehmoment an mindestens 3% der Anker zu kontrollieren und in der Checkliste nach Anhang A 7 zu dokumentieren.
Absätze (5) und (6) werden zu	(6) und (7)
5 Fahrzeug-Rückhaltesysteme (FRS)	
(2) Anforderungen an die Fahrzeug-Rückhaltesysteme sind im „Einsatzfreigabeverfahren für Fahrzeug-Rückhaltesysteme in Deutschland“ geregelt. Das Einsatzfreigabeverfahren ist auf der Homepage der BASt (www.bast.de) veröffentlicht und kann frei eingesehen und heruntergeladen werden. Die Erfüllung der Anforderungen des Einsatzfreigabeverfahrens kann wie folgt nachgewiesen werden: 1. Auftragsunabhängig durch Aufnahme in die bei der BASt geführte „Einsatzfreigabeliste für Fahrzeug-Rückhaltesysteme“ (EFL). Die EFL ist auf der Homepage der BASt (www.bast.de) veröffentlicht und kann frei eingesehen und heruntergeladen werden. 2. Durch Einzelnachweis der Erfüllung aller zutreffenden Kriterien des Einsatzfreigabeverfahrens bei Angebotsabgabe.	(2) Fahrzeug-Rückhaltesysteme müssen die für die jeweilige Baumaßnahme relevanten in der jeweiligen Ausschreibung geforderten „Technischen Kriterien für den Einsatz von Fahrzeug-Rückhaltesystemen in Deutschland“ erfüllen. Die Technischen Kriterien für den Einsatz von Fahrzeug-Rückhaltesystemen in Deutschland sind auf der Homepage der BASt (www.bast.de) veröffentlicht und können frei eingesehen und heruntergeladen werden. Die Erfüllung der im konkreten Einzelfall von der Beschaffungsstelle geforderten technischen Kriterien kann durch Einzelnachweis erfolgen. Der Nachweis der Erfüllung technischer Kriterien kann alternativ auch durch Aufnahme in und Bezugnahme auf die Technische Übersichtsliste (veröffentlicht auf www.bast.de) erbracht werden.
	Neu: (4) Die Dauerhaftigkeit der Fahrzeug-Rückhaltesysteme muss unter durchschnittlichen Bedingungen in Deutschland für eine Dauer von mindestens 25 Jahren durch die Zertifizierung, Anerkennung bzw. Begutachtung nachgewiesen sein. (5) Es sind nur Fahrzeug-

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
	Rückhaltesysteme zulässig, zu deren betriebssicherer Nutzung keine produktspezifische Wartung erforderlich ist. Notwendige Instandsetzungen aufgrund von Anprallvorgängen gelten nicht als Wartung, sondern als Reparatur.
Absatz (4) wird zu	(6)
Fußnote (6) Für Anfangs- und Endkonstruktionen und Übergangskonstruktionen liegen derzeit noch keine harmonisierten Normen vor, so dass noch keine Zertifikate der Leistungsbeständigkeit [EG-Konformitätszertifikate] ausgestellt werden können. Bis zur Harmonisierung der europäischen Normen für Anfangs- und Endkonstruktionen und Übergangskonstruktionen gelten die Regelungen der RPS sowie des Einsatzfreigabeverfahrens für Fahrzeug-Rückhaltesysteme in Deutschland.	Fußnote (6) Für Anfangs- und Endkonstruktionen und Übergangskonstruktionen liegen derzeit noch keine harmonisierten Normen vor, so dass noch keine Zertifikate der Leistungsbeständigkeit [EG-Konformitätszertifikate] ausgestellt werden können. Bis zur Harmonisierung der europäischen Normen für Anfangs- und Endkonstruktionen und Übergangskonstruktionen gelten die Regelungen der RPS sowie die Technischen Kriterien für den Einsatz von Fahrzeug-Rückhaltesystemen in Deutschland.
5.2.5 Ausführung auf Brücken- und anderen Ingenieurbauwerken	
(5) Freiliegende Gewindebolzen der Fußverankerung dürfen nicht mehr als 15 mm über die Muttern herausragen.	(5) Zur Sicherstellung der Verankerungstiefe darf das Gewinde der Verankerung oberhalb der Mutter maximal 15 mm herausstehen.
5.2.6 Kennzeichnung	
(2) Die Kennzeichnung des Fahrzeug-Rückhaltesystems dient zur eindeutigen Identifizierung des Fahrzeug-Rückhaltesystems und umfasst mindestens: - das Jahr des Einbaus, sofern der Herstellzeitraum der kennzeichnungspflichtigen Bauteile nicht vorhanden ist - die Nummer des Zertifikats der Leistungsbeständigkeit [Zertifikatsnummer] bzw. die Nummer der Anerkennungsurkunde gemäß VGVF BSW O oder alternativ die Einsatzfreigabekennung (Modulnummer Mxx-yy) auf dem Fahrzeug-Rückhaltesystem.	(2) Die Kennzeichnung des Fahrzeug-Rückhaltesystems dient zur eindeutigen Identifizierung des Fahrzeug-Rückhaltesystems und umfasst mindestens: - das Jahr des Einbaus, sofern der Herstellzeitraum der kennzeichnungspflichtigen Bauteile nicht vorhanden ist - die Nummer des Zertifikats der Leistungsbeständigkeit [Zertifikatsnummer] bzw. die Nummer der Anerkennungsurkunde gemäß VGVF BSW O auf dem Fahrzeug-Rückhaltesystem. Alternativ ist die Kennzeichnung mit der Nummer aus der Technischen Übersichtsliste möglich.

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
6.2.2 Ausführung von Schutzeinrichtungen mit gerammten Pfosten	
	Neu: (2) Für die Funktionsweise von Schutzeinrichtungen mit gerammten Pfosten kann die Art des Bodens, in den gerammt wird, eine Rolle spielen. Der Boden, in den Pfosten gerammt werden sollen, soll daher anhand der folgenden Homogenbereiche HB1-FRS, HB2-FRS und HB3-FRS (Ersatz für die bisherigen Bodenklassen) in der Leistungsbeschreibung beschrieben werden: Homogenbereich **HB1-FRS** (Ersatz für Bodenklasse 3-5 nach DIN 18300 alt), bestehend aus • grobkörnigen Böden mit Lagerungsdichte $0{,}65 \geq D > 0{,}3$ und/oder • gemischtkörnigen Böden mit Konsistenzen $1{,}0 \geq I_c > 0{,}5$ und/oder • feinkörnigen Böden mit Konsistenzen $1{,}0 \geq I_c > 0{,}5$ und/oder • organogenen Böden und Böden mit organischen Beimengungen mit Lagerungsdichte $0{,}65 \geq D > 0{,}3$ bzw. mit Konsistenzen $1{,}0 \geq I_c > 0{,}5$ und/oder • Böden mit Steinanteil Homogenbereich **HB2-FRS** (Ersatz für Bodenklasse 6 nach DIN 18300 alt), bestehend aus • grobkörnigen Böden mit Lagerungsdichte $D > 0{,}65$ und/oder • gemischtkörnigen Böden mit Konsistenzen $I_c > 1{,}0$ und/oder • feinkörnigen Böden mit Konsistenzen $I_c > 1{,}0$ und/oder • Böden mit Blockanteil Homogenbereich **HB3-FRS** (Ersatz für Bodenklasse 7 nach DIN 18300 alt, Fels bzw. verfestigte Baustoffe (z.B. Schlacken)) mit einaxialer Druckfestigkeit $q_u > 15$ N/mm².
(2) Schutzeinrichtungen mit gerammten Pfosten werden in der Regel im ebenen Gelände geprüft. Dabei werden die Pfosten in der Regel in Böden der Bodenklasse 3 bis 5 gerammt. Bei Aufstellung	*(3) Schutzeinrichtungen mit gerammten Pfosten werden in der Regel im ebenen Gelände geprüft. Dabei werden die Pfosten in der Regel in Böden, die dem Homogenbereich **HB1-FRS** zugeordnet*

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
auf Böden, die von denen in der Anprallprüfung abweichen, kann es erforderlich sein, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. Die Beschreibung des vorhandenen Bodens sowie die Bankettneigung sollten daher in die Leistungsbeschreibung aufgenommen werden.	*werden können, gerammt. Bei Aufstellung auf Böden, die von denen in der Anprallprüfung abweichen, kann es erforderlich sein, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. Die Beschreibung des vorhandenen Bodens sowie die Bankettneigung sollten daher in die Leistungsbeschreibung aufgenommen werden. Wird in der Leistungsbeschreibung auf eine Beschreibung des Bodens verzichtet, ist von Böden, die dem Homogenbereich **HB1-FRS** zugeordnet werden können, auszugehen.*
Absätze (3) bis (6) werden zu	(4) bis (7)
(7) In den Bodenklassen 3 bis 5 nach DIN 18300 sind die Pfosten entsprechend der Anprallprüfung zu rammen.	(8) In Böden, die dem Homogenbereich HB1-FRS nach Absatz (2) zugeordnet werden können, sind die Pfosten entsprechend der Anprallprüfung zu rammen.
(8) Dauert das Rammen eines Pfostens bei den Bodenklassen 3 bis 5 nach DIN 18300 länger als die maximal zulässige Rammzeit gemäß Anhang D, liegt erschwertes Rammen vor. Hierbei handelt es sich um eine Besondere Leistung. Tritt eine Verformung bzw. Beschädigung der Pfostenköpfe auf, weicht der Pfosten aus oder ist nicht rammbar, sind die Pfostenlöcher zu bohren. Lässt sich ein Pfosten in weniger als der minimal zulässigen Rammzeit gemäß Anhang D rammen, ist wie in Bodenklasse 1 und 2 zu verfahren. Die Maßnahmen sind mit dem Auftraggeber abzusprechen.	(9) Dauert das Rammen eines Pfostens bei Böden, die dem Homogenbereich **HB1-FRS** zugeordnet werden können, länger als die maximal zulässige Rammzeit gemäß Anhang D, liegt erschwertes Rammen vor. Hierbei handelt es sich um eine Besondere Leistung. Tritt eine Verformung bzw. Beschädigung der Pfostenköpfe auf, weicht der Pfosten aus oder ist nicht rammbar, sind die Pfostenlöcher zu bohren.
(9) Bei Bodenklasse 1 und 2 nach DIN 18300 sind Sondermaßnahmen gemäß Einbauanleitung vorzunehmen, welche die Systemfunktion gewährleisten. Diese sind mit dem Auftraggeber abzusprechen. Werden diese Maßnahmen als nicht ausreichend angesehen, ist der Boden auszutauschen. Alternativ kann ein Streifenfundament mit einem entsprechend geprüften System eingesetzt werden.	(10) Bei Böden, die die Kenngrößen des Homogenbereichs **HB1-FRS** nicht erreichen, sind Sondermaßnahmen gemäß Einbauanleitung vorzunehmen, welche die Systemfunktion gewährleisten. Diese sind mit dem Auftraggeber abzusprechen. Werden diese Maßnahmen als nicht ausreichend angesehen, ist der Boden auszutauschen. Alternativ kann ein Streifenfundament mit einem entsprechend geprüften System eingesetzt werden.

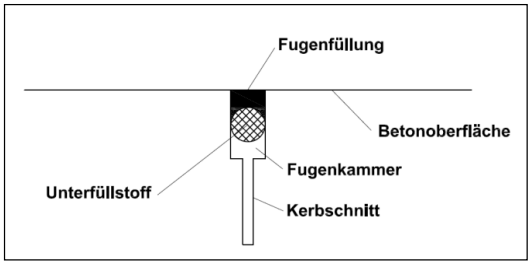
ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
(10) In Bodenklasse 6 und 7 nach DIN 18300, bei eingelagerter Schlacke, bei Beton und Asphaltbefestigungen sind Sondermaßnahmen gemäß Einbauanleitung vorzunehmen, welche die Systemfunktion gewährleisten. Diese sind mit dem Auftraggeber abzusprechen.	(11) Bei der Aufstellung in Fels bzw. verfestigten Baustoffen (z.B. Schlacken), die dem Homogenbereich **HB3-FRS** zugeordnet werden können oder bei Beton und Asphaltbefestigungen, sind Sondermaßnahmen gemäß Einbauanleitung vorzunehmen, welche die Systemfunktion gewährleisten. Diese sind mit dem Auftraggeber abzusprechen.
Absätze (11) bis (15) werden zu	(12) bis (16)
6.3.1 Eigenüberwachung des Einbaus	
(2) Der Ankersitz bei Brücken und anderen Ingenieurbauwerken ist an mindestens 3 % der Ankerverschraubungen entsprechend den Angaben im Zulassungsbescheid für Anker zu kontrollieren. Sind von den mindestens 3 % geprüften Ankerverschraubungen die Hälfte oder mehr fehlerhaft, sind alle Ankerverschraubungen des Bauwerks zu prüfen. Erfüllen hingegen weniger als die Hälfte der überprüften Ankerverschraubungen die Anforderungen nicht, sind bei den betroffenen Pfosten sowie bei den linken und rechten Nachbarpfosten jeweils mindestens zwei weitere Ankerverschraubungen zu prüfen. Falls dabei eine weitere Ankerverschraubung die Anforderungen nicht erfüllt, sind alle Ankerverschraubungen des betroffenen Pfostens sowie der Nachbarpfosten zu prüfen. Der Mangel ist unverzüglich zu beseitigen.	entfällt (Anm.: für alle Anker in Abschnitt 4.2 einheitlich geregelt)
7.3.1 Eigenüberwachung des Einbaus	
(2) Der Ankersitz bei Brücken und anderen Ingenieurbauwerken ist an mindestens 3 % der Ankerverschraubungen entsprechend den Angaben im Zulassungsbescheid für Anker zu kontrollieren. Sind von den mindestens 3 % geprüften Ankerverschraubungen die Hälfte oder mehr fehlerhaft, sind alle Ankerverschraubungen des Bauwerks zu prüfen. Erfüllen hingegen weniger als die Hälfte der überprüften Ankerverschraubungen die Anforderungen nicht, sind bei den betroffenen Ankern sowie bei	entfällt (Anm.: für alle Anker in Abschnitt 4.2 einheitlich geregelt)

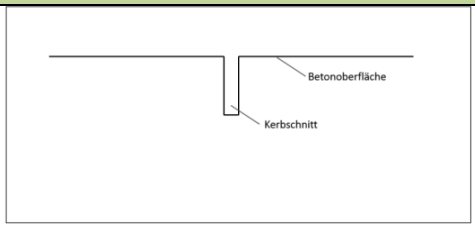
ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
den linken und rechten Nachbarankern jeweils mindestens zwei weitere Ankerverschraubungen zu prüfen. Falls dabei eine weitere Ankerverschraubung die Anforderungen nicht erfüllt, sind alle Ankerverschraubungen des betroffenen Ankers sowie der Nachbaranker zu prüfen. Der Mangel ist unverzüglich zu beseitigen.	
8 Schutzeinrichtungen in Ortbetonbauweise (BSW O)	
(2) Schutzeinrichtungen in Ortbetonbauweise sind entsprechend der Anerkennungsurkunde und Herstellererklärung zur Leistungsfähigkeit der Betonschutzwand in Ortbetonbauweise gemäß VGVF BSW O herzustellen.	(2) Schutzeinrichtungen in Ortbetonbauweise sind entsprechend der Anerkennungsurkunde einschließlich Nachweis der Dauerhaftigkeit und Herstellererklärung zur Leistungsfähigkeit der Betonschutzwand in Ortbetonbauweise gemäß VGVF BSW O herzustellen.
(4) Die Anerkennungsurkunde und Herstellererklärung sollten bei Angebotsabgabe, spätestens vor Zuschlagerteilung verlangt werden.	*(4) Die Anerkennungsurkunde einschließlich Nachweis der Dauerhaftigkeit und Herstellererklärung sollten bei Angebotsabgabe, spätestens vor Zuschlagerteilung verlangt werden.*
8.1 Stoffe	
(2) Die Dauerhaftigkeit von 25 Jahren für das gesamte FRS muss gewährleistet sein.	gestrichen
Absätze (3) bis (5) werden zu	(2) bis (4)
8.2.1 Personal	
(3) Die Verbindung von Bewehrung durch Schweißen darf nur durch qualifiziertes und zugelassenes Personal durchgeführt werden. Für das Schweißen von Betonstahl ist eine Schweißer-Prüfungsbescheinigung nach DIN EN ISO 17660-1 nachzuweisen.	(3) Die Verbindung von Bewehrung durch Schweißen darf nur durch qualifiziertes und zugelassenes Personal durchgeführt werden. Für das Schweißen muss ein Nachweis in Form eines Schweißzertifikats für den entsprechenden Bewehrungsstahl sowie das entsprechende Schweißverfahren vorliegen (z. B. nach DIN EN ISO 17660-1).
8.2.2 Allgemeine Ausführungsregeln	
(7) Die Bewehrungsstöße sind übergreifend auszuführen. Beim Einbau ist zu gewährleisten, dass die Mindestübergreifungslänge nicht unterschritten wird (z. B. Heftschweißung, Klemmung).	(7) Die Bewehrungsstöße sind übergreifend gemäß Einbauanleitung auszuführen. Beim Einbau ist zu gewährleisten, dass die Mindestübergreifungslänge nicht unterschritten wird (z. B. Heftschweißung, Klemmung).

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
(8) Der Mindestwert der Übergreifungslänge bei nicht verschweißten Bewehrungsstählen wird gemäß DIN EN 1992-1-1 und DIN EN 1992-1-1/NA Abschnitt 8.4.4 (mäßiger Verbundbereich) berechnet (z. B. bei einem Durchmesser von 12 mm und einem Abstand der Bewehrungsstähle von 15 cm beträgt die Übergreifungslänge der Bewehrungsstähle mindestens 86 cm) und ist einzuhalten. Bei verschweißten Bewehrungsstählen ist die Übergreifung gemäß DIN EN ISO 17660-1 auszuführen.	gestrichen
Absätze (9) bis (20) werden zu	(8) bis (19)
8.2.3 Ausführung von Entwässerungsöffnungen	
(2) Die Abstände und Querschnitte müssen so bemessen sein, dass anfallendes Oberflächen- oder Schmelzwasser einwandfrei abgeführt wird, sowie Wartung und Reinigung problemlos durchgeführt werden können.	(2) Die Abstände und Querschnitte müssen so bemessen sein, dass anfallendes Oberflächen- oder Schmelzwasser einwandfrei abgeführt wird, sowie normale Wartung und Reinigung problemlos durchgeführt werden können.
8.2.5 Ausführung von Fugen	
Gelöscht: **8.2.5 Ausführung von Fugen** (1) Um unplanmäßige Risse zu vermeiden und Längenänderungen im Zuge der Aushärtung auszugleichen, ist die Betonschutzwand durch senkrechte, rechtwinklig zur Längsachse geschnittene Scheinfugen in Abschnitte zu unterteilen. Scheinfugen (Bild 4) werden als geschnittene Fugenkerben hergestellt.  Bild 4: Prinzipskizze einer Fuge (2) Der Beton an den Fugenflanken darf durch das Schneiden von Scheinfugen nicht beschädigt werden. Die Herstellungsverfahren für die Fugenkerbe müssen Gewähr dafür bieten, dass die Fu-	**vollständig neu:** **8.2.5 Ausführung von Fugen bei BSW O mit durchgehend korrosionsgeschützter Bewehrung** (1) Um unplanmäßige Risse zu vermeiden und Längenänderungen im Zuge der Aushärtung auszugleichen, ist die Betonschutzwand durch senkrechte, rechtwinklig zur Längsachse geschnittene Scheinfugen in Abschnitte zu unterteilen. Scheinfugen (Bild 5) werden als geschnittene Fugenkerben hergestellt. (2) Der Beton an den Fugenflanken darf durch das Schneiden von Scheinfugen nicht beschädigt werden. Die Herstellungsverfahren für die Fugenkerbe müssen Gewähr dafür bieten, dass die Fugenkerben auf ihrer ganzen Tiefe und über den gesamten Querschnitt die vorgesehene Abmessung erhalten. Die Kerben müssen so rechtzeitig wirksam sein, dass die Betonschutzwand frei von unplanmäßigen Rissen bleibt.

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
genkerben auf ihrer ganzen Tiefe und über den gesamten Querschnitt die vorgesehene Abmessung erhalten. Die Kerben müssen so rechtzeitig wirksam sein, dass die Betonschutzwand frei von unplanmäßigen Rissen bleibt. (3) Für die erforderliche Fugenverfüllung ist der Kerbschnitt aufzuweiten (Herstellen der Fugenkammer). Die Fugenkammer soll 10 mm breit und 25 mm tief sowie mit sauberen glatten Schnittkanten ausgeführt werden. Für die Fugenfüllung muss der Beton mindestens 7 Tage alt sein. (4) Fugenfüllstoffe und Fugeneinlagen müssen den TL Fug-StB entsprechen. Als Fugenfüllstoff ist ein dauerelastischer Stoff nach TL Fug-StB zu verwenden, der eine Bewegungsaufnahme von insgesamt 25 % Dehn- und Stauchbewegung stand hält. Vor dem Verfüllen müssen die Fugenspalten gereinigt werden. Es ist der dazugehörige Primer zu verwenden. (5) Der Kerbschnitt ist maschinell herzustellen. In Ausnahmefällen können bei kurzen Abschnitten die Kerben manuell geschnitten werden. (6) Der Scheinfugenabstand beträgt zwischen 4 und 6 m. Zweckmäßig ist es, die Scheinfugen an vorhandenen Querschnittsschwächungen, wie z. B. Entwässerungsöffnungen, anzuordnen. (7) Bei Ausführung der Betonschutzwand auf einem Streifenfundament aus Beton muss die Lage der Scheinfugen in der Betonschutzwand mit der Lage der Kerben im Fundament übereinstimmen. (8) Die Scheinfugen in der Ortbetonschutzwand sollen bei der Aufstellung auf Betonfahrbahnen dort angeordnet werden, wo auch die Querfugen in der Betonfahrbahn sind. (9) Bei Scheinfugen sind die Kerbschnitte rundum zu schneiden, die Kerbschnittbreite beträgt 2 – 3 mm, die Kerbschnitttiefe beträgt 40 – 50 mm. Hierzu sind Geräte zu verwenden, die ein ge-	 Bild 4: Prinzipskizze einer Fuge (3) Der Kerbschnitt ist maschinell herzustellen. In Ausnahmefällen können bei kurzen Abschnitten die Kerben manuell geschnitten werden. (4) Der Scheinfugenabstand beträgt zwischen 3 und 6 m. Zweckmäßig ist es, die Scheinfugen an vorhandenen Querschnittsschwächungen, wie z. B. Entwässerungsöffnungen, anzuordnen. (5) Bei Ausführung der Betonschutzwand auf einem Streifenfundament aus Beton muss die Lage der Scheinfugen in der Betonschutzwand mit der Lage der Kerben im Fundament übereinstimmen. (6) Die Scheinfugen in der Ortbetonschutzwand sollen bei der Aufstellung auf Betonfahrbahnen dort angeordnet werden, wo auch die Querfugen in der Betonfahrbahn sind. (7) Bei Scheinfugen sind die Kerbschnitte rundum zu schneiden, die Kerbschnittbreite beträgt 2 bis 3 mm, die Kerbschnitttiefe beträgt 40 bis 50 mm. Hierzu sind Geräte zu verwenden, die ein geradliniges und scharfkantiges Schneiden ermöglichen. (8) Die Mindestbetondeckung der Bewehrung ist auch im Bereich der Fugen einzuhalten. (9) Tagesendfugen sind als senkrechte, rechtwinklig zur Längsachse verlaufende Pressfugen auszubilden. Es ist ein senkrechtes Ende herzustellen. An Tagesendfugen ist die Stirnfläche der Wand als raue Oberfläche (offene Kornstruktur) herzustellen. In der Tagesendfuge ist sicherzustellen, dass die Bewehrung durchläuft. Tagesendfugen sind wie Scheinfugen auszubilden. (10) Bei einem Rissabstand von max. 50

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
radliniges und scharfkantiges Schneiden ermöglichen. (10) Die Mindestbetondeckung der Bewehrung ist auch im Bereich der Fugen einzuhalten. (11) Tagesendfugen sind als senkrechte, rechtwinklig zur Längsachse verlaufende Pressfugen auszubilden. Es ist ein senkrechtes Ende herzustellen. An Tagesendfugen ist die Stirnfläche der Wand als raue Oberfläche (offene Kornstruktur) herzustellen. In der Tagesendfuge ist sicherzustellen, dass die Bewehrung durchläuft. Tagesendfugen sind wie Scheinfugen auszubilden. (12) Unplanmäßige profilumlaufende Risse > 0,2 mm gemessen an der breitesten Stelle des Risses (sichtbar auf Vorderseite, Oberseite und Rückseite) und unplanmäßige Risse mit Rissweiten > 0,9 mm bei einer Betondeckung von mindestens 8 cm und ungeschützten Betonstählen sind ein Mangel. Bei geringerer Betondeckung ist eine gesonderte Begutachtung erforderlich. Die Risse sind vom Auftragnehmer zu sanieren (z. B. wie planmäßige Risse zu schneiden und zu verfüllen oder fachgerecht zu verpressen/injizieren). (13) Bei mehr als 3 unplanmäßigen Rissen pro Feld (Abschnitt zwischen 2 Scheinfugen) gemäß Absatz 12, ist das Feld auszutauschen. Beim Wiederherstellen des Wandabschnittes muss die durchgehende Bewehrung wieder hergestellt werden. (14) Ablösungen oder Öffnungen zwischen dem dauerelastischen Fugenfüllstoff und dem Beton sind ein Mangel. Der vorhandene Fugenfüllstoff und der Unterfüllstoff sind zu entfernen und zu erneuern.	cm zur Scheinfuge oder zu einem benachbarten Riss sind alle Risse > 0,4 mm zu sanieren. Bei einem Rissabstand von mehr als 50 cm zur Scheinfuge oder zu einem benachbarten Riss sind alle Risse > 0,9 mm zu sanieren. Die Sanierung erfolgt durch eine Injektion mit Epoxidharz (EP-I) nach ZTV Ing unter Verwendung von Bohrpackern im Hochdruckinjektionsverfahren. (11) Bei mehr als 3 unplanmäßigen Rissen (Risse > 0,4 mm im Abstand von max. 50 cm zur Scheinfuge bzw. zu einem benachbarten Riss und Risse > 0,9 mm im Abstand von mehr als 50 cm zur Scheinfuge oder zu einem benachbarten Riss) pro Feld (Abschnitt zwischen 2 Scheinfugen) ist das Feld auszutauschen. Beim Wiederherstellen des Wandabschnittes muss die durchgehende Bewehrung wieder hergestellt werden.
8.3.1 Eigenüberwachung des Einbaus	
(2) Der Ankersitz bei Brücken und anderen Ingenieurbauwerken ist an mindestens 3 % der Ankerverschraubungen entsprechend den Angaben im Zulas-	entfällt (Anm.: für alle Anker in Abschnitt 4.2 einheitlich geregelt)

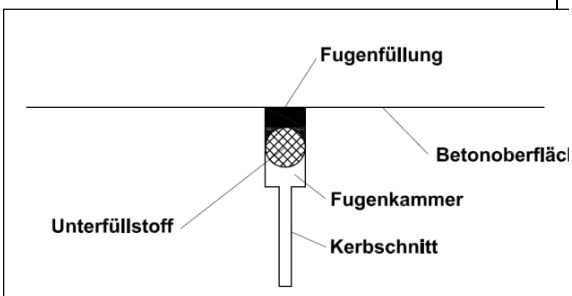
ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
sungsbescheid für Anker zu kontrollieren. Sind von den mindestens 3 % geprüften Ankerverschraubungen die Hälfte oder mehr fehlerhaft, sind alle Ankerverschraubungen des Bauwerks zu prüfen. Erfüllen hingegen weniger als die Hälfte der überprüften Ankerverschraubungen die Anforderungen nicht, sind bei den betroffenen Ankern sowie bei den linken und rechten Nachbarankern jeweils mindestens zwei weitere Ankerverschraubungen zu prüfen. Falls dabei eine weitere Ankerverschraubung die Anforderungen nicht erfüllt, sind alle Ankerverschraubungen des betroffenen Ankers sowie der Nachbaranker zu prüfen. Der Mangel ist unverzüglich zu beseitigen.	
10.3.1 Eigenüberwachung des Einbaus	
(3) Die Verankerung auf Fundamenten, Brücken und Ingenieurbauwerken ist an mindestens 6 der Ankerverschraubungen entsprechend den Angaben im Zulassungsbescheid für Anker und der Einbauanleitung zu prüfen.	entfällt (Anm.: für alle Anker in Abschnitt 4.2 einheitlich geregelt)
Absatz (4) wird zu	(3)
12 Übergangskonstruktionen	
	Neu: (3) Übergangskonstruktionen müssen die Anforderungen der Technischen Liefer- und Prüfbedingungen für Übergangskonstruktionen zur Verbindung von Schutzeinrichtungen (TLP ÜK) erfüllen.
13.1 Besonderheiten bei der Reparatur von „Altsystemen“	
(2) Vorhandene Schutzeinrichtungen werden in der Regel entsprechend der ursprünglichen Konstruktion wiedererrichtet. Dies gilt nicht für: • Kopfbögen und hochstehende Kopfstücke, die in Abstimmung mit dem Auftraggeber durch Anfangs- und Endkonstruktionen oder Anpralldämpfer zu ersetzen sind. • zweiteilige Steckpfosten, die durch zweiteilige Steckpfosten mit Zu-	(2) Vorhandene Schutzeinrichtungen werden in der Regel entsprechend der ursprünglichen Konstruktion wiedererrichtet. Dies gilt nicht für: • Kopfbögen und hochstehende Kopfstücke, die in Abstimmung mit dem Auftraggeber durch Anfangs- und Endkonstruktionen oder Anpralldämpfer zu ersetzen sind. • zweiteilige Steckpfosten, die durch zweiteilige Steckpfosten mit Zu-

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
satzschraube zu ersetzen sind. • IPE / INP-Pfosten, die durch Sigma-Pfosten zu ersetzen sind. • Übergangskonstruktionen von Stahl auf Beton gemäß Allgemeinem Rundschreiben Straßenbau Nr. 17/1996, bei denen der Übergang von der Ortbetonwand auf den Stahlteil mit einem BSWF ausgeführt und keine ausreichend kraftschlüssige Verbindung zur Ortbetonwand hergestellt wurde, die mit der „Sanierungslösung NRW“ (siehe www.bast.de) nachzurüsten sind. • Pfosten mit geringer Einspanntiefe (Bodenklasse 1 und 2: < 120 cm, bei Bodenklasse 3-5: < 100 cm und bei Bodenklasse 6 und 7: < 80 cm), die durch Pfosten mit ausreichender Einspannlänge oder geeignete Sondermaßnahmen (z. B. Streifenfundament) zu ersetzen sind.	satzschraube zu ersetzen sind. • IPE / INP-Pfosten, die durch Sigma-Pfosten zu ersetzen sind. • Übergangskonstruktionen von Stahl auf Beton gemäß Allgemeinem Rundschreiben Straßenbau Nr. 17/1996, bei denen der Übergang von der Ortbetonwand auf den Stahlteil mit einem BSWF ausgeführt und keine ausreichend kraftschlüssige Verbindung zur Ortbetonwand hergestellt wurde, die mit der „Sanierungslösung NRW“ (siehe www.bast.de) nachzurüsten sind. • Pfosten mit geringer Einspanntiefe (Böden mit Kennwerten außerhalb Homogenbereich **HB1-FRS**: < 120 cm, bei Homogenbereich **HB1-FRS**: < 100 cm und bei Homogenbereich **HB2-FRS** und **HB3-FRS**: < 80 cm), die durch Pfosten mit ausreichender Einspannlänge oder geeignete Sondermaßnahmen (z. B. Streifenfundament) zu ersetzen sind.
13.2 Reparatur von Schutzeinrichtungen aus Stahl	
	Neu: *(6) Liegen bei der Demontage oder im Zuge von Reparaturen Baugrundverhältnisse vor, durch die das Ziehen von Pfosten länger als die maximal zulässige Rammzeit gemäß Anhang D dauert, liegt erschwertes Ziehen vor. Dies tritt typischerweise bei Böden des Homogenbereichs **HB2-FRS** oder Fels bzw. verfestigten Baustoffen (z.B. Schlacken), also dem Homogenbereich **HB3-FRS**, oder Rammhindernissen, auf. Hierbei handelt es sich um eine Besondere Leistung. Die Maßnahmen sind mit dem Auftraggeber abzusprechen. Eine Möglichkeit zum Rückbau von mit vertretbarem Aufwand nicht ziehbaren Pfosten besteht nach vorherigem Abtrennen des Pfostens durch Freibohren. Dabei werden mehrere Zertrümmerungsbohrungen erforderlich, die um das Pfostenprofil umlaufend*

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
	ausgeführt werden.
13.4 Reparatur von Schutzeinrichtungen in Ortbetonbauweise	
(3) Risse werden nach Abschnitt 8.2.5 instand gesetzt.	(3) Fugen werden bei BSW O mit durchgehend korrosionsgeschützter Bewehrung nach Abschnitt 8.2.5 hergestellt. Risse werden bei BSW O mit durchgehend korrosionsgeschützter Bewehrung nach Abschnitt 8.2.5 instand gesetzt. (4) Fugen werden bei BSW O mit nicht durchgehend korrosionsgeschützter Bewehrung nach Abschnitt 13.4.1 hergestellt. Risse werden bei BSW O mit nicht durchgehend korrosionsgeschützter Bewehrung nach Abschnitt 13.4.1 instand gesetzt.
Absätze (4) und (5) werden zu	(5) und (6)
	Neu: (Anm.: alter Abschnitt 8.2.5) **13.4.1 Ausführung von Fugen mit Baustahlbewehrung im Bestand** (1) Um unplanmäßige Risse zu vermeiden und Längenänderungen im Zuge der Aushärtung auszugleichen, ist die Betonschutzwand durch senkrechte, rechtwinklig zur Längsachse geschnittene Scheinfugen in Abschnitte zu unterteilen. Scheinfugen (Bild 5) werden als geschnittene Fugenkerben hergestellt.  Bild 5: Prinzipskizze einer Fuge mit Baustahlbewehrung im Bestand (2) Der Beton an den Fugenflanken darf durch das Schneiden von Scheinfugen nicht beschädigt werden. Die Herstellungsverfahren für die Fugenkerbe müssen Gewähr dafür bieten, dass die Fugenkerben auf ihrer ganzen Tiefe und über den gesamten Querschnitt die vorgesehene Abmessung erhalten. Die

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
	Kerben müssen so rechtzeitig wirksam sein, dass die Betonschutzwand frei von unplanmäßigen Rissen bleibt. (3) Für die erforderliche Fugenverfüllung ist der Kerbschnitt aufzuweiten (Herstellen der Fugenkammer). Die Fugenkammer soll 10 mm breit und 25 mm tief sowie mit sauberen glatten Schnittkanten ausgeführt werden. Für die Fugenfüllung muss der Beton mindestens 7 Tage alt sein. (4) Fugenfüllstoffe und Fugeneinlagen müssen den TL Fug-StB entsprechen. Als Fugenfüllstoff ist ein dauerelastischer Stoff nach TL Fug-StB zu verwenden, der eine Bewegungsaufnahme von insgesamt 25 % Dehn- und Stauchbewegung stand hält. Vor dem Verfüllen müssen die Fugenspalten gereinigt werden. Es ist der dazugehörige Primer zu verwenden. (5) Der Kerbschnitt ist maschinell herzustellen. In Ausnahmefällen können bei kurzen Abschnitten die Kerben manuell geschnitten werden. (6) Der Scheinfugenabstand beträgt zwischen 4 und 6 m. Zweckmäßig ist es, die Scheinfugen an vorhandenen Querschnittsschwächungen, wie z. B. Entwässerungsöffnungen, anzuordnen. (7) Bei Ausführung der Betonschutzwand auf einem Streifenfundament aus Beton muss die Lage der Scheinfugen in der Betonschutzwand mit der Lage der Kerben im Fundament übereinstimmen. (8) Die Scheinfugen in der Ortbetonschutzwand sollen bei der Aufstellung auf Betonfahrbahnen dort angeordnet werden, wo auch die Querfugen in der Betonfahrbahn sind. (9) Bei Scheinfugen sind die Kerbschnitte rundum zu schneiden, die Kerbschnittbreite beträgt 2 – 3 mm, die Kerbschnitttiefe beträgt 40 – 50 mm. Hierzu sind Geräte zu verwenden, die ein geradliniges und scharfkantiges Schneiden ermöglichen. (10) Die Mindestbetondeckung der Be-

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
	wehrung ist auch im Bereich der Fugen einzuhalten. (11) Tagesendfugen sind als senkrechte, rechtwinklig zur Längsachse verlaufende Pressfugen auszubilden. Es ist ein senkrechtes Ende herzustellen. An Tagesendfugen ist die Stirnfläche der Wand als raue Oberfläche (offene Kornstruktur) herzustellen. In der Tagesendfuge ist sicherzustellen, dass die Bewehrung durchläuft. Tagesendfugen sind wie Scheinfugen auszubilden. (12) Unplanmäßige profilumlaufende Risse > 0,2 mm gemessen an der breitesten Stelle des Risses (sichtbar auf Vorderseite, Oberseite und Rückseite) und unplanmäßige Risse mit Rissweiten > 0,9 mm bei einer Betondeckung von mindestens 8 cm und ungeschützten Betonstählen sind ein Mangel. Bei geringerer Betondeckung ist eine gesonderte Begutachtung erforderlich. Die Risse sind vom Auftragnehmer zu sanieren (z. B. wie planmäßige Risse zu schneiden und zu verfüllen oder fachgerecht zu verpressen/injizieren). (13) Bei mehr als 3 unplanmäßigen Rissen pro Feld (Abschnitt zwischen 2 Scheinfugen) gemäß Absatz 12, ist das Feld auszutauschen. Beim Wiederherstellen des Wandabschnittes muss die durchgehende Bewehrung wieder hergestellt werden. (14) Ablösungen oder Öffnungen zwischen dem dauerelastischen Fugenfüllstoff und dem Beton sind ein Mangel. Der vorhandene Fugenfüllstoff und der Unterfüllstoff sind zu entfernen und zu erneuern.
Anhang A - Einbau-/Montageprotokolle/Eigenüberwachung	
Checklisten A-1 bis A-6: 04 Arbeitsstelle	**Checklisten A-1 bis A-6:** 04 Arbeitsstelle mit Stationierung der Kontrollstelle
Eigenüberwachung **A-7 Checkliste – Prüfung Verbundanker**	**Eigenüberwachung** **A-7 Checkliste – Prüfung Verbundanker** **Checkliste komplett überarbeitet (siehe angefügte Checkliste)**

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
Anhang B - Anforderungen an eine Montagefachkraft	
(3) Die Lehrgänge sollen wie folgt aufgebaut sein: ***a) Grundlehrgang Fahrzeug-Rückhaltesysteme*** • ***Entfall:*** *Einsatzfreigabeliste*	*(3) Die Lehrgänge sollen wie folgt aufgebaut sein:* ***a) Grundlehrgang Fahrzeug-Rückhaltesysteme*** • ***Ergänzung:*** *Technische Kriterien für den Einsatz von FRS in Deutschland* ***b) Baustein: Schutzeinrichtungen, ÜK und AEK aus Stahl*** ***c) Baustein: Schutzeinrichtungen, ÜK und AEK aus BSWF*** ***d) Baustein: Schutzeinrichtungen, ÜK und AEK aus Ortbeton*** • ***jeweils Ergänzung:*** *TLP ÜK*
(4) Die Schulungen werden von den Verbänden oder einzelnen Herstellern angeboten und müssen im Rahmen des Einsatzfreigabeverfahrens für Fahrzeug-Rückhaltesysteme anerkannt werden. Im Prüfungsausschuss müssen herstellerunabhängige Stellen (z. B. aus Verwaltungen oder nach BauPVO für Fahrzeug-Rückhaltesysteme notifizierte Stellen) vertreten sein. Die Grund-Lehrgänge müssen allen interessierten Monteuren zu vergleichbaren Bedingungen zugänglich sein.	*4) Die Schulungen werden von den Verbänden oder einzelnen Herstellern angeboten. Im Prüfungsausschuss müssen herstellerunabhängige Stellen (z. B. aus Verwaltungen oder nach BauPVO für Fahrzeug-Rückhaltesysteme notifizierte Stellen) vertreten sein. Die Grund-Lehrgänge müssen allen interessierten Monteuren zu vergleichbaren Bedingungen zugänglich sein.*
Anhang D1 - Mindestanforderungen an Rammgeräte und Anforderungen an Rammzeiten	
(4) Bei abweichenden Einspannlängen oder anderen Pfostenprofilen (Interpolation näherungsweise über die Querschnittsfläche) sind die o.g. Mindest- bzw. Maximalrammzeiten entsprechend anzupassen (s.a. Einbauanleitung des Herstellers).	(4) Bei abweichenden Einspannlängen oder anderen Pfostenprofilen (Interpolation näherungsweise über die Querschnittsfläche) sind die o.g. Rammzeiten entsprechend anzupassen (s.a. Einbauanleitung des Herstellers).
Tabelle D1 und D2 enthalten minimal zulässige Rammzeiten	Streichung der Spalten mit minimal zulässigen Rammzeiten
Anhang E – Abkürzungen und Technische Regelwerke	
EFL: Einsatzfreigabeliste für Fahrzeug-Rückhaltesysteme EFV: Einsatzfreigabeverfahren	gestrichen
ETA: Europäisch Technische Zulassung	ETA: Europäische Technische Bewertung

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

ZTV FRS Ausgabe 2013	ZTV FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017
DIN EN 206-1: Beton – Teil 1: Festlegung, Eigenschaften, Herstellung und Konformität	DIN EN 206: Beton – Festlegung, Eigenschaften, Herstellung und Konformität Anm: Änderung im gesamten Dokument
	Neu: DIN V ENV 1317-4: Rückhaltesysteme an Straßen - Teil 4: Leistungsklassen, Abnahmekriterien für Anprallprüfungen und Prüfverfahren für Anfangs-, End- und Übergangskonstruktionen von Schutzeinrichtungen Technische Kriterien (TK FRS): Technische Kriterien für den Einsatz von Fahrzeug-Rückhaltesystemen in Deutschland Technische Übersichtsliste FRS: Technische Übersichtsliste für Fahrzeug-Rückhaltesysteme in Deutschland TLP ÜK: Technische Liefer- und Prüfbedingungen für Übergangskonstruktionen zur Verbindung von Schutzeinrichtungen

ARS Nr. 21/2017, Anlage 1

Eigenüberwachung

A-7 Checkliste – Prüfung Verbundanker (neu 2017)

01	Auftraggeber:				
02	Ausführende Firma:				
03	Vertrag / Reparaturvertrag Nr. / vom:				
04	Arbeitsstelle / Bauwerk mit Stationierung der Kontrollstelle:				
05	Verantwortliche Montagefachkraft (Name, direkte Mobiltelefonnummer):				
06	Namen der Mitarbeiter:				
07	Installiertes Fahrzeug-Rückhaltesystem:				
	Art der Arbeit:	Lieferung: ☐ Lieferung & Montage: ☐ Montage/Umbau: ☐ Montage/Reparatur: ☐			
08	Witterung:	trocken: ☐	Regen: ☐	Schnee: ☐	Temperatur ca. _____°C

Einbau gemäß Einbauanleitung und ZTV FRS

09	**Angaben zu Ankern und Anziehgerät**	
a)	Dübeltyp und Abmessung	
b)	Spezifikation Anziehgerät	
c)	Kalibriernachweis Anziehgerät	
d)	Gesamtzahl der gesetzten Anker	
e)	Montagedrehmoment T_{max}	
f)	Anzahl der geprüften Anker (mind. 3%)	

10	**Drehmomentkontrolle und Dokumentation fehlerhafter Anker**		
Nr.	Beschreibung der Einbaustelle	PZ (T_{max} erreicht)	Bemerkungen / ergriffene Maß-nahmen

Vorgehensweise: Kontrolliertes Aufbringen des maximalen Montagedrehmomentes gemäß Zulassungsbescheid mit einem kalibrierten Anziehgerät/Akkubohrschrauber. Wird das Montagedrehmoment nicht erreicht, sind Korrekturmaßnahmen zu ergreifen. Danach ist mit einem kalibrierten Anziehgerät das erreichte Drehmoment an mindestens 3% der Anker zu kontrollieren. Sind von den geprüften Ankern mehr als die Hälfte fehlerhaft, sind alle Anker des Bauwerks zu prüfen. Sind weniger als die Hälfte der geprüften Anker fehlerhaft, dann sind bei den jeweiligen betroffenen Pfosten sowie den rechten und linken Nachbarpfosten mindestens zwei weitere Anker zu prüfen. Falls dabei ein weiterer Anker die Kontrollbedingungen nicht erfüllt, sind alle Anker des betroffenen Pfostens sowie alle Anker der Nachbarpfosten zu prüfen und die fehlerhaften Anker auszutauschen.

Bemerkungen:	
11	**Name und Unterschrift des Auftragnehmers:**
Ort/Datum:	

Prüfzeichen: + = in Ordnung, O = nicht in Ordnung, -- = nicht geprüft

962-B

Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in Landeplätze in Bayern (Förderrichtlinie Landeplätze)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 28. März 2018, Az. IIE7-3703-1-2

[1]Der Freistaat Bayern gewährt zur Bestandssicherung und zum bedarfsgerechten Ausbau einschließlich Modernisierung Zuwendungen für Investitionen in Landeplätze, die auf dem Gebiet des Freistaates Bayern liegen. [2]Die Förderung erfolgt gemäß der nachstehenden Richtlinie, den allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften, sowie nach Art. 56a der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26. Juni 2014, S. 1) – Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO). [3]Die Zuwendungen werden ohne Rechtspflicht im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bewilligt.

1. Zuwendungszweck

Die Zuwendung soll insbesondere zur Strukturverbesserung, zur Verbesserung der Verkehrsanbindung, zur Regionalentwicklung sowie zur Sicherheit im Luftverkehr gewährt werden.

2. Gegenstand der Zuwendung

2.1 [1]Gegenstand der Zuwendung sind Investitionen in die Infrastruktur und Ausrüstung, die der Abwicklung von Luftverkehr am Landeplatz dienen. [2]Zu den zuwendungsfähigen Investitionen zählen insbesondere

- Bau und Erneuerung befestigter und unbefestigter Flugplatzbetriebsflächen (zum Beispiel Start- und Landebahnen, Rollbahnen, Schutzstreifen, Vorfelder);
- ortsfeste Anlagen für die Flugverkehrskontrolle (zum Beispiel Kontrollturm);
- Befeuerungsanlagen (zum Beispiel Startbahnbefeuerung, Anflugbefeuerung);
- Flugplatzbauten (zum Beispiel Abfertigungsgebäude, Unterstellhallen für Flugplatzfahrzeuge und -geräte);
- Flugplatzeinzäunungen;
- flugplatzbezogene Anlagen für die Erschließung sowie für die Ver- und Entsorgung (zum Beispiel Tankanlagen);
- technische Anlagen zur Durchführung instrumentengestützter An- und Abflugverfahren sowie Anlagen des Wetterdienstes und vergleichbare technische Einrichtungen;
- Feuerlöschfahrzeuge, Schneeräumgeräte sowie vergleichbare Betriebsausrüstung.

2.2 Nicht zuwendungsfähig sind die Verlegung oder Errichtung eines Landeplatzes, der Betrieb des Landeplatzes, der Grunderwerb sowie Investitionen in Infrastruktur und Ausrüstung, die primär für nicht luftverkehrsbezogene Tätigkeiten benötigt werden (zum Beispiel Verkaufsräume und Pkw-Parkplätze).

3. Zuwendungsempfänger

3.1 [1]Zuwendungsempfänger ist grundsätzlich der Inhaber der luftrechtlichen Genehmigung. [2]Ausnahmsweise kann auch ein Maßnahmeträger, der nicht Inhaber der luftrechtlichen Genehmigung ist, Zuwendungsempfänger sein, sofern gewährleistet ist, dass auch in diesem Fall die luftrechtlichen Nebenbestimmungen im Zuwendungsbescheid erfüllt werden.

3.2 Ein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des Art. 2 Abs. 18 AGVO scheidet als Zuwendungsempfänger aus.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 [1]Zuwendungen können nur für Investitionen in Landeplätze gewährt werden,

- die nach § 6 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) genehmigt sind,
- für die, sofern erforderlich, ein Zeugnis oder eine Freistellung nach § 10a LuftVG erteilt wurde,
- deren durchschnittliches jährliches Passagieraufkommen bis zu 200 000 Passagiere beträgt,
- die allen potenziellen Nutzern offenstehen und
- Schwerpunktlandeplätze sind.

[2]Schwerpunktlandeplätze sind diejenigen Landeplätze, die in der Begründung zum Landesentwicklungsprogramm Bayern als Schwerpunktlandeplätze genannt sind oder als solche in Betracht kommen oder denen eine vergleichbare Bedeutung zukommt.

4.2 Ist für die Investition die Durchführung eines Verwaltungsverfahrens erforderlich, muss dieses unanfechtbar abgeschlossen sein.

4.3 [1]Die Zuwendung ist für eventuelle Rückforderungsansprüche dinglich abzusichern; dies gilt nicht, wenn es sich beim Zuwendungsempfänger um eine juristische Person des öffentlichen Rechts handelt, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren unzulässig ist. [2]In Ausnahmefällen kann eine andere Form der Sicherung (zum Beispiel eine selbstschuldnerische Bürgschaft) ausreichend sein.

4.4 Für die Dauer der Zweckbindung muss der Landeplatz allen potenziellen Nutzern offenstehen.

4.5 Nach Art. 1 Abs. 4 Buchst. a AGVO darf die Zuwendung nur gewährt werden, wenn der Zuwendungsempfänger keine Rückforderungsanordnung, die aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von einer deutschen Stelle gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt erlassen wurde, erhalten hat oder er einer solchen nachgekommen ist.

5. Art und Umfang der Zuwendung

5.1 Die Zuwendung wird als Projektförderung im Wege der Anteilfinanzierung gewährt.

5.2 Die Zuwendung erfolgt in Form eines Zuschusses.

5.3 [1]Zuwendungsfähig sind die Ausgaben für Investitionen in die Infrastruktur und Ausrüstung einschließlich Ausgaben für Planungsleistungen, soweit die

Investitionen nach Art und Umfang für den auf dem Landeplatz vorhandenen oder zu erwartenden Flugbetrieb erforderlich sind. [2]Planungsleistungen ohne Durchführung der Investition sind nicht zuwendungsfähig.

5.4 Eine Zuwendung kommt nur in Betracht, wenn die zuwendungsfähigen Ausgaben bei mindestens 25 000 Euro liegen.

5.5 [1]Der Fördersatz beträgt in der Regel 40 % der zuwendungsfähigen Ausgaben. [2]In begründeten Ausnahmefällen kann der Fördersatz bis zu dem nach Art. 56a Abs. 13 Buchst. b AGVO zulässigen Prozentsatz erhöht werden.

5.6 Sofern sich andere öffentliche Stellen an der Förderung des Vorhabens beteiligen, reduziert sich die Förderung des Freistaates entsprechend.

6. Verfahren

6.1 [1]Der Antrag ist bei der zuständigen Regierung einzureichen. [2]Die Regierung prüft den Förderantrag und erlässt den Zuwendungsbescheid. [3]Sie zahlt die Zuwendung aus und prüft die Verwendungsnachweise.

6.2 [1]Im Rahmen der Prüfung ist die fachliche Stellungnahme des zuständigen Luftamtes zur Flugplatzanlage sowie zur geplanten Investition einzuholen. [2]Vor der Bewilligung der Zuwendung hat das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr dem Einplanungsvorschlag zuzustimmen.

6.3 [1]Sollte vor Erlass des Zuwendungsbescheids mit den Arbeiten für das Vorhaben begonnen werden, muss vor Beginn der Arbeiten gemäß Art. 6 Abs. 2 AGVO ein schriftlicher Antrag vorliegen, der mindestens Angaben

- zum Namen und zur Unternehmensgröße des Zuwendungsempfängers,
- zur Beschreibung des Vorhabens unter Angabe des Beginns und des Abschlusses,
- zum Standort des Vorhabens,
- zu den Kosten des Vorhabens und
- zu der Art der Beihilfe und der Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung

enthält. [2]Daneben ist vor Beginn der Arbeiten die Zustimmung der Bewilligungsbehörde zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn erforderlich.

6.4 Zuwendungen von über 500 000 Euro sind gemäß Art. 9 Abs. 1 Buchst. c AGVO zu veröffentlichen.

6.5 Für eine mögliche Prüfung der Zuwendung durch die Europäische Kommission sind die entscheidungserheblichen Unterlagen für den Zeitraum bis zehn Jahre nach Außerkrafttreten dieser Richtlinie aufzubewahren.

6.6 Der Bayerische Oberste Rechnungshof ist berechtigt, bei dem Zuwendungsempfänger zu prüfen.

7. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Mai 2018 in Kraft und mit Ablauf des 30. Juni 2021 außer Kraft.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

7072.1-W

Änderung der Richtlinien zur Durchführung des bayerischen regionalen Förderprogramms für die gewerbliche Wirtschaft

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Energie und Technologie

vom 5. April 2018, Az. 52 – 3541/191/7

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie über die Richtlinien zur Durchführung des bayerischen regionalen Förderprogramms für die gewerbliche Wirtschaft vom 1. Juli 2014 (AllMBl. S. 376) wird wie folgt geändert:

1.1 In Nr. 4.3 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „15 %“ durch die Angabe „10 %“ ersetzt.

1.2 In Nr. 11.1 Satz 2 werden die Wörter „Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie“ durch die Wörter „Staatsministeriums für Wirtschaft, Energie und Technologie“ ersetzt.

1.3 Nr. 14 wird wie folgt gefasst:

„**14. Subventionserhebliche Tatsachen**

Die Angaben im Antrag sowie in den dazu eingereichten ergänzenden Unterlagen sind subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuchs in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes und Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes.“

1.4 In Nr. 15 wird die Angabe „31. Dezember 2018“ durch die Angabe „30. Juni 2021“ ersetzt.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Mai 2018 in Kraft.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

7072.1-W

Änderung der Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Energie und Technologie

vom 8. April 2018, Az. 52 – 3305/45/11

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie über die Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen (RÖFE) vom 12. Februar 2017 (AllMBl. 2018 S. 184) wird wie folgt geändert:

1.1 In Nr. 2.6 Satz 2 werden die Wörter „Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie“ durch die Wörter „Staatsministeriums für Wirtschaft, Energie und Technologie“ ersetzt.

1.2 In Nr. 4.2 wird der Schlusspunkt durch ein Komma ersetzt und es werden folgende Spiegelstriche 6 und 7 angefügt:

„– es sich bei dem Maßnahmenträger nicht um ein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 1 Abs. 4 Buchst. c in Verbindung mit Art. 2 Nr. 18 AGVO handelt,

– es sich bei dem Maßnahmenträger nicht um ein Unternehmen handelt, das einer Rückforderung aufgrund einer früheren Kommissionsentscheidung zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem gemeinsamen Markt nicht Folge geleistet hat.“

1.3 Nr. 5.1 wird wie folgt gefasst:

„5.1 Es werden nur Vorhaben gefördert, für die ein touristischer Bedarf vorliegt und die überwiegend touristisch genutzt werden.“

1.4 Nr. 5.11 wird wie folgt gefasst:

„5.11 Sofern der Maßnahmenträger nicht gleichzeitig Zuwendungsempfänger ist, hat der Zuwendungsempfänger (= kommunale Körperschaft) sich die anteilige Rückforderung gegenüber dem jeweiligen Träger vorzubehalten und entsprechend zu sichern.“

1.5 Die Nrn. 5.12 und 5.13 werden aufgehoben.

1.6 Die bisherige Nr. 5.14 wird Nr. 5.12.

1.7 Der Nr. 7.12 wird folgender Satz 4 angefügt:

„[4]Bei Ersatzbeschaffungen sind die Erlöse, die aus der Veräußerung der ausgesonderten Geräte erzielt werden, von den zuwendungsfähigen Kosten abzuziehen.“

1.8 In Nr. 9.1 Satz 2 werden die Wörter „Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie“ durch die Wörter „Staatsministeriums für Wirtschaft, Energie und Technologie“ ersetzt.

1.9 In Nr. 9.6 werden die Wörter „Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie“ durch die Wörter „Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie“ ersetzt.

1.10 In Nr. 14 Satz 1 wird die Angabe „31. Dezember 2018“ durch die Angabe „30. Juni 2021“ ersetzt.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Mai 2018 in Kraft.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

7912.1-U

Änderung der Bekanntmachung über die Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

vom 12. April 2018, Az. 64e-U8634-2018/2-3

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz zu den Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien (LNPR) vom 16. Januar 2014 (AllMBl. S. 34, 162), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 16. März 2017 (AllMBl. S. 131) geändert worden ist, wird im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wie folgt geändert:

1.1 In Nr. 2.2.1 wird nach Spiegelstrich 1 folgender Spiegelstrich eingefügt:

„– Neuschaffung von ökologisch wertvollen Strukturen für Insekten und andere Artengruppen,“.

1.2 In Nr. 3 Spiegelstrich 6 werden nach dem Wort „Naturparke“ die Wörter „und deren Koordinierungsstelle“ eingefügt.

1.3 Nr. 5.1 wird wie folgt geändert:

1.3.1 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

„Landschaftspflegeverbände als überörtlich koordinierende Maßnahmeträger erhalten grundsätzlich gegen Vorlage des mit der Bewilligungsbehörde vorab abgestimmten jährlichen Arbeitsprogramms eine jährliche Verwaltungskostenpauschale in Höhe von bis zu 40.000 €. Abweichungen von dieser Regelung werden mit gesondertem Vollzugsschreiben (UMS) bekannt gemacht.“

1.3.2 Abs. 5 wird wie folgt geändert:

1.3.2.1 In Satz 1 wird die Angabe „40.000 €“ durch die Wörter „bis zu 40.000 €“ ersetzt.

1.3.2.2 In Satz 2 wird die Angabe „60.000 €“ durch die Wörter „bis zu 60.000 €“ und die Angabe „80.000 €“ durch die Wörter „bis zu 80.000 €“ ersetzt.

1.4 In Abschnitt III wird die Angabe „2020“ durch die Angabe „2021“ ersetzt.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Mai 2018 in Kraft.

Dr. Christian Barth
Ministerialdirektor

787-L

Richtlinie Bayerisches Sonderprogramm Landwirtschaft

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 20. März 2018, Az. G4-7271-1/961

[1]Grundlagen dieser Richtlinie sind:

– die Bayerische Haushaltsordnung (BayHO), insbesondere Art. 23 und 44 BayHO sowie die zugehörigen Verwaltungsvorschriften,

– die Verordnung (EU) Nr. 702/2014.

[2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. [3]Diese Richtlinie wurde in Anwendung des Art. 14 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 erlassen und bei der EU-Kommission freigestellt.

1. Zuwendungszweck

Zur Unterstützung einer nachhaltigen, umweltschonenden, tiergerechten und multifunktionalen Landwirtschaft können Investitionen in landwirtschaftliche Unternehmen gefördert werden, die einen Beitrag leisten

– zur Verbesserung der Haltungsbedingungen von Nutztieren,

– zur Erbringung landschaftspflegerischer Leistungen durch die Nutztierhaltung,

– zur Unterstützung der Eiweißinitiative und zur Verbesserung der Versorgung mit einheimischem Saat- und Pflanzgut,

– zur sparsamen, nachhaltigen und wirtschaftlichen Nutzung der Wasserressourcen,

– zur Anpassung an die negativen Folgen des Klimawandels im Obst-, Garten-, Wein- und Sonderkulturbau oder

– zur Aufrechterhaltung einer möglichst flächendeckenden Landbewirtschaftung im Berggebiet und im Kerngebiet mit vergleichbaren Bewirtschaftungserschwernissen sowie in Steillagen des Weinbaus zur Erhaltung der biologischen Vielfalt, zur Schaffung und Erhaltung der regionalen Wirtschaftskraft sowie zur Entwicklung des ländlichen Raumes.

2. Begriffsbestimmungen

– Unternehmen im Berggebiet sind im Rahmen dieser Richtlinie Unternehmen im bayerischen Berggebiet sowie in Gemeinden bzw. Gemarkungen des Kerngebietes der benachteiligten Agrarzone, die im Durchschnitt auf über 800 m liegen oder für mindestens 50 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche eine Höhenlage zwischen 600 und 800 m und eine Hangneigung über 18 % aufweisen (= Kerngebiet mit vergleichbaren Bewirtschaftungserschwernissen gemäß Anlage 1).

– Unternehmen mit Steillagen des Weinbaus sind Unternehmen, die mindestens 0,25 ha Rebfläche innerhalb der von der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG) kartierten Steil- und Terrassenlagen bewirtschaften.

3. Gegenstand der Förderung

3.1 Förderfähige Investitionen

[1]Zuwendungsfähig sind Investitionen in Bayern, die der Verbesserung der Haltungsbedingungen von Nutztieren, der Verbesserung der Funktionsfähigkeit, der Arbeitsbedingungen oder der Abwehr von Witterungsschäden dienen. [2]Gefördert werden können

a) Investitionen zur Verbesserung des Tierwohls:
   – bauliche Investitionen zur erstmaligen Umstellung von Anbinde- auf Laufstallhaltung bei Milchvieh in kleinen Betrieben,
   – bauliche Investitionen in Betrieben, die sich in Umstellung auf eine ökologische Wirtschaftsweise befinden und die zur Anpassung an die Vorgaben der EG-Öko-Verordnung notwendig sind,
   – befestigte Tierausläufe/Laufhöfe einschließlich Kaltscharrräumen in allen Betrieben,
   – Investitionen zur Verbesserung des Tierwohls in bestehenden Schweineställen nach Anlage 2,
   – Weidemelkstände sowie mobile Weideunterstände (Weidezelte) für Rinder, Schafe und Ziegen;

b) Investitionen in betriebliche Heu-Belüftungstrocknungen mit angewärmter Luft auf Basis regenerativer Energien (Belüftungsboxen, Ballenbelüftungsanlagen) einschließlich technischer Einrichtungen nach Anlage 3; Umbaumaßnahmen in bestehenden Bergehallen sind ebenfalls förderfähig;

c) technische Einrichtungen zur Saat- und Pflanzgutaufbereitung nach Anlage 4;

d) Witterungsschutzeinrichtungen (zum Beispiel Hagelschutznetze, Regenschutzfolien) und Insektenschutzeinrichtungen (zum Beispiel Kirschessigfliegenabwehr) für Dauerkulturen im Obst-, Garten-, Weinbau und bei sonstigen Sonderkulturen und Absicherung vor Insekten für den Gewächshausanbau;

e) Wasserbevorratung einschließlich Pumpen in Sonderkulturen nach Anlage 8;

f) darüber hinaus in Unternehmen im Berggebiet und in Unternehmen mit Steillagen des Weinbaus bodenschonende und auf die Minimierung der Unfallgefahr ausgerichtete Spezialmaschinen zur Bewirtschaftung von Steillagen, die sich vor allem durch eine tiefe Lage des Schwerpunktes, eine entsprechende Spurbreite, eine leichte Bauweise sowie gute Wendigkeit und bodenschonende Bereifung auszeichnen nach Anlage 5 (Spezialmaschinen zur Bewirtschaftung von Steillagen im Berggebiet) bzw. Anlage 6 (Spezialmaschinen zur Bewirtschaftung von Steil- und Terrassenlagen im Weinbau).

3.2 Ausgaben für Betreuung

Die Ausgaben für die Betreuung von Investitionsvorhaben nach Nr. 3.1 Buchst. a Spiegelstrich 1 können nur bei zuwendungsfähigen Ausgaben von mehr als 100 000 Euro gefördert werden.

3.3 Förderausschlüsse

Von der Förderung ausgeschlossen sind

– Ersatzinvestitionen,

– der Erwerb gebrauchter Maschinen und Anlagen,

– Investitionen, die die Anpassung an bestehende rechtsverbindliche Standards zum Gegenstand haben,
– laufende Betriebsausgaben, Ablösung von Verbindlichkeiten, Erbabfindungen, Schuldzinsen, Kreditbeschaffungskosten und Gebühren für eine Beratung in Rechtssachen,
– Erschließungs- und Stromanschlusskosten,
– der Landankauf sowie der Erwerb von Bauten und baulichen Anlagen,
– bauliche Investitionen in Lager- oder Bergeräume, ausgenommen untergeordnete Umbaumaßnahmen bei Investitionen in Heutrocknungsanlagen nach Nr. 3.1 Buchst. b,
– Ausgaben für Betreuer, mit Ausnahme von Investitionsvorhaben nach Nr. 3.1 Buchst. a Spiegelstrich 1 mit zuwendungsfähigen Ausgaben von mehr als 100 000 Euro,
– Vorhaben von Mitgliedern einer Erzeugerorganisation, die gemäß deren operationellen Programmen auf der Basis der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 gefördert werden können.

4. Zuwendungsempfänger

4.1 Unternehmen der Landwirtschaft

[1]Gefördert werden:

a) Unternehmen der Landwirtschaft in Bayern, unbeschadet der gewählten Rechtsform, die im Sinne des Anhangs I der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 kleine oder mittlere Unternehmen sind und
   – mindestens 3 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) selbst bewirtschaften. Dies gilt nicht für Vorhaben nach Nr. 3.1 Buchst. f (Anlage 6);

   oder
   – unterhalb dieser Grenze laut aktuellem Mehrfachantrag mindestens 1 ha LF bewirtschaften und mindestens in den fünf Kalenderjahren vor der Antragstellung im Rahmen des Mehrfachantrags Fördermittel aus der Ersten oder Zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik beantragt haben. Dies gilt nicht für Vorhaben nach Nr. 3.1 Buchst. f (Anlage 6);
   Gartenbaubetriebe und Obstbaubetriebe sind ohne Mindestfläche förderfähig; diese Betriebe sind von der Stellung des Mehrfachantrags als Fördervoraussetzung befreit. Dies gilt nur für Vorhaben nach Nr. 3.1 Buchst. d und e;

   oder
   – mindestens 0,25 ha Rebfläche innerhalb der von der LWG kartierten Steil- und Terrassenlagen bewirtschaften und einen Nachweis über die Vermarktung der erzeugten Trauben bzw. Traubenerzeugnisse in den vergangenen drei Jahren erbringen (Nachweis des Erwerbscharakters). Dies gilt nur für Vorhaben nach Nr. 3.1 Buchst. f (Anlage 6);

   oder
   – mindestens 0,25 ha Rebfläche bewirtschaften und einen Nachweis über die Vermarktung der erzeugten Trauben bzw. Traubenerzeugnisse in den vergangenen drei Jahren erbringen (Nachweis des Erwerbscharakters). Dies gilt nur für Vorhaben nach Nr. 3.1 Buchst. d und e.

b) Kooperationen landwirtschaftlicher Unternehmer (zum Beispiel Alm-, Alp- und Weidegenossenschaften, Maschinengemeinschaften, Bewässerungsgemeinschaften) mit Sitz in Bayern, die im Sinne des Anhangs I der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 kleine oder mittlere Unternehmen sind und deren überbetriebliche Zusammenarbeit in einem schriftlichen Vertrag geregelt ist.
   – Die Mindestgröße der gemeinschaftlich bewirtschafteten Fläche muss dabei 10 ha Lichtweidefläche gemeinschaftlich genutzter Almen/Alpen bzw. 5 ha gemeinschaftlich genutzter Weiden betragen. Dies gilt für nur für Vorhaben nach Nr. 3.1 Buchst. f (Anlage 5);

   oder
   – die von den Mitgliedern bewirtschaftete Mindestfläche muss 4 ha Rebfläche innerhalb der von der LWG kartierten Steil- und Terrassenlagen betragen. Dies gilt für nur für Vorhaben nach Nr. 3.1 Buchst. f (Anlage 6);

   oder
   – bei Kooperationen zum Zwecke der Bewässerung ist eine Bewässerungsfläche von 5 ha LF bzw. 5 ha Rebfläche notwendig. Zudem muss jedes Mitglied eine der in Anlage 8 genannten Kulturen bei Antragstellung bewirtschaften. Dies gilt nur für Vorhaben nach Nr. 3.1 Buchst. e.

[2]Bei Personengesellschaften muss der Gesellschaftsvertrag schriftlich geschlossen sein. [3]Im Gesellschaftsvertrag muss vereinbart sein, dass ab dem Zeitpunkt der Antragstellung eine Auflösung der Gesellschaft frühestens nach sechs Jahren möglich ist. [4]Alternativ ist auch ein Abschluss auf unbegrenzte Dauer möglich. [5]Gefördert werden bei Personengesellschaften nur die Anteile von Gesellschaftern mit über 10 % Gesellschaftsanteil, die gleichzeitig die Voraussetzungen nach Nr. 5.2 (Prosperität) erfüllen. [6]Der Fördersatz wird um den Anteil reduziert, der dem Gesellschaftsanteil des nicht berücksichtigungsfähigen Gesellschafters entspricht.

4.2 Nicht förderfähige Unternehmen

Nicht gefördert werden
– Unternehmen, bei denen die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25 % des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt,
– Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 2 Nr. 14 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 sowie
– Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind.

5. Zuwendungsvoraussetzungen

Soweit keine abweichenden Regelungen getroffen werden, müssen die Zuwendungsvoraussetzungen zum Zeitpunkt der Bewilligung eingehalten werden.

5.1 Persönliche Voraussetzungen

[1]Der Zuwendungsempfänger hat zur Antragstellung berufliche Fähigkeiten für eine ordnungsgemäße Führung des Betriebes nachzuweisen. [2]Der Zuwendungsempfänger muss auch der Bewirtschafter des Investitionsobjekts sein.

5.2 Prosperität

[1]Die Summe der positiven Einkünfte (Prosperitätsgrenze) des Zuwendungsempfängers und seines Ehegatten darf im Durchschnitt der letzten drei von der Finanzverwaltung erlassenen Einkommensteuerbescheide 90 000 Euro je Jahr bei Ledigen und 120 000 Euro je Jahr bei Ehegatten nicht überschritten haben. [2]Die Einkommensprosperität betrifft bei Personengesellschaften einschließlich der GmbH & Co. KG alle Gesellschafter (jeweils einschließlich ihrer Ehegatten), die über einen Gesellschaftsanteil von mehr als 10 % verfügen. [3]Falls die Summe der positiven Einkünfte eines der oben genannten Gesellschafter 90 000 Euro je Jahr bei Ledigen und 120 000 Euro je Jahr bei Ehegatten überschreitet, wird der Fördersatz um den Anteil reduziert, der dem Gesellschaftsanteil dieses Gesellschafters entspricht. [4]Bei juristischen Personen wird die Kennziffer „Ordentliches Ergebnis plus Lohnaufwand" auf Grundlage des Durchschnitts der letzten beiden bei der Finanzverwaltung eingereichten Jahresabschlüsse für die Prüfung herangezogen. [5]Diese Kennziffer darf den Wert von 90 000 Euro je Voll-Arbeitskraft im Unternehmen nicht überschreiten.

5.3 Sonstige Zuwendungsvoraussetzungen

[1]Eine Förderung nach Nr. 3.1 Buchst. b, c, d, e und f kann nur nach Beratung und positiver Stellungnahme durch einen Technikfachberater (Landtechnik bzw. Gartenbautechnik bzw. Weinbautechnik) des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten oder der LWG erfolgen. [2]Für eine Förderung nach Nr. 3.1 Buchst. a Spiegelstrich 4 ist eine Beratung und positive Stellungnahme durch die Fachberatung des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Sachgebiet 3.7 erforderlich.

6. Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

6.1 Zuwendungs- und Finanzierungsart

Die Zuwendungen werden als Zuschuss (Projektförderung) im Wege der Anteilfinanzierung gewährt.

6.2 Zuschuss für Investitionen

[1]Für förderfähige Investitionen nach Nr. 3.1 Buchst. a wird ein Zuschuss in Höhe von bis zu 30 % der zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt. [2]Für alle anderen Maßnahmen nach Nr. 3.1 Buchst. b bis f beträgt der Zuschuss bis zu 25 % der zuwendungsfähigen Ausgaben.

6.3 Förderung der Betreuungskosten

[1]Bei Investitionen zur erstmaligen Umstellung von Anbinde- auf Laufstallhaltung (Nr. 3.1 Buchst. a Spiegelstrich 1) kann der Antragsteller zur Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung des Vorhabens einen fachkundigen, zugelassenen Betreuer in Anspruch nehmen und hierfür eine Förderung erhalten. [2]Die Ausgaben für die Betreuung werden bis zu einer Höhe von 2,5 % der zuwendungsfähigen Ausgaben von maximal 150 000 Euro als zuwendungsfähig anerkannt. [3]Die Betreuung wird mit einem Zuschuss von bis zu 50 % gefördert.

6.4 Höhe der Zuwendung

[1]Unterschreiten die zuwendungsfähigen bzw. die tatsächlich nachgewiesenen Ausgaben den Betrag von 5 000 Euro, wird keine Förderung gewährt. [2]Die Förderung wird bei Investitionen nach Nr. 3.1 Buchst. c und d begrenzt auf zuwendungsfähige Ausgaben von 50 000 Euro je Zuwendungsempfänger und Vorhaben, insgesamt für Investitionen nach Nr. 3.1 auf zuwendungsfähige Ausgaben von 100 000 Euro je Zuwendungsempfänger. [3]Davon ausgenommen sind Investitionen zur erstmaligen Umstellung von Anbinde- auf Laufstallhaltung gemäß Nr. 3.1 Buchst. a Spiegelstrich 1. [4]Hier wird die Förderung auf zuwendungsfähige Ausgaben von 150 000 Euro (ohne zuwendungsfähige Betreuergebühren) begrenzt. [5]Die genannten Obergrenzen von 100 000 Euro bzw. 150 000 Euro können von einem Unternehmen innerhalb der Förderperiode 2014 bis 2020 unabhängig voneinander höchstens einmal ausgeschöpft werden.

6.5 Zuwendungsfähige Ausgaben

[1]Zuwendungsfähig sind die durch Rechnungen im Sinne von § 14 des Umsatzsteuergesetzes nachgewiesenen Ausgaben abzüglich Umsatzsteuer und Preisnachlässen (Skonti, Boni, Rabatte). [2]Für Eigenleistungen (zum Beispiel Selbsthilfe durch Angehörige oder Angestellte des Betriebes, Holz, Kies und dergleichen aus dem eigenem Betrieb, Selbstanfertigungen und Ähnliches), Zahlungen an Privatpersonen, behördliche Kosten (Gebühren und Auslagen), Abgaben, satzungsgemäße Anschlussbeiträge und dergleichen an staatliche, kommunale oder übergebietliche Stellen und Einrichtungen sowie für Zölle werden keine Zuwendungen gewährt.

7. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

[1]Die Fördermittel sind Zuwendungen im Sinne der Art. 23 und 44 BayHO. [2]Es gelten deshalb die Verwaltungsvorschriften zu diesen Artikeln (VV) und die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P), soweit in diesen Richtlinien oder im jeweiligen Zuwendungsbescheid nicht etwas anderes bestimmt ist.

7.1 Mehrfachförderung

[1]Vorhaben, die aus Mitteln anderer öffentlicher Programme gefördert werden, dürfen nicht gleichzeitig nach dieser Richtlinie gefördert werden. [2]Eine Kumulation mit Mitteln der Landwirtschaftlichen Rentenbank und den Förderbanken des Landes Bayern ist möglich, sofern und soweit hierbei die Förderhöchstgrenze von 40 % nicht überschritten wird.

7.2 Brandfälle/Naturkatastrophen

Sind Investitionen als Folge eines Brandes oder einer Naturkatastrophe erforderlich, müssen bare Eigenleistungen mindestens in Höhe des Betrages in die Finanzierung eingebracht werden, der sich bei ordnungsgemäßer Versicherung nach den Bedingungen für die gleitende Neuwertversicherung von landwirtschaftlichen Gebäuden als Entschädigung errechnen würde.

7.3 Vergabe von Aufträgen

Die Nrn. 3.1 und 3.2 ANBest-P werden nicht angewandt.

8. Verfahren

8.1 Antragstellung

[1]Der Antrag ist vor Beginn des Vorhabens unter Verwendung der vorgesehenen Formulare beim zustän-

digen Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bzw. bei der LWG oder beim zuständigen Fachzentrum Einzelbetriebliche Investitionsförderung an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Abensberg, Kulmbach, Weiden i.d.Opf. oder Weilheim i.OB schriftlich einzureichen. [2]Er enthält mindestens folgende Angaben:

- Name und Größe des Unternehmens,
- Beschreibung des Vorhabens einschließlich beabsichtigten Beginn und Abschluss,
- Standort des Vorhabens,
- Aufstellung der beihilfefähigen Kosten,
- Höhe des benötigten Zuschusses.

8.2 Entscheidung über den Antrag

[1]Maßgeblich für die Entscheidung über den jeweiligen Antrag ist die zum Zeitpunkt der Antragstellung geltende Richtlinie. [2]Dies gilt auch für Anträge, die nach einer vorhergehenden Richtlinie gestellt wurden. [3]Mit dem Vorhaben darf vor Bewilligung nicht begonnen werden. [4]In begründeten Härtefällen (zum Beispiel Brandfall) können auch Vorhaben gefördert werden, die nach Antragstellung aber bereits vor der Bewilligung begonnen wurden.

8.3 Zahlungsantrag

[1]Fördermittel werden erst nach Einreichung und Prüfung eines Zahlungsantrags (Verwendungsnachweis) ausgezahlt. [2]Ein einfacher Verwendungsnachweis nach Nr. 6.1.5 ANBest-P ist nicht zugelassen. [3]Es kann nur ein Zahlungsantrag gestellt werden.

8.4 Zweckbindungsfrist

[1]Die Zweckbindungsfrist beträgt bei geförderten Bauten und baulichen Anlagen zwölf Jahre, bei technischen Einrichtungen und Maschinen fünf Jahre jeweils ab Schlusszahlung. [2]Werden die geförderten Investitionen innerhalb der genannten Fristen veräußert oder nicht mehr dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet, wird die Zuwendung grundsätzlich anteilig zurückgefordert.

8.5 Ausschlüsse

Wird festgestellt, dass ein Zuwendungsempfänger vorsätzlich falsche Angaben gemacht hat, so wird das betreffende Vorhaben von der Förderung ausgeschlossen und bereits für das Vorhaben gezahlte Beträge werden zurückgefordert.

8.6 Aufhebung des Zuwendungsbescheids, Rückforderungen

[1]Die Aufhebung (Rücknahme oder Widerruf) von Zuwendungsbescheiden und die Erstattung gewährter Zuschüsse richten sich nach den für die Förderung einschlägigen Rechtsvorschriften und den im jeweiligen Zuwendungsbescheid enthaltenen Nebenbestimmungen. [2]Die Erhebung von Kosten richtet sich nach dem Kostengesetz.

9. Veröffentlichung

Auf der Beihilfe-Website werden folgende Informationen veröffentlicht:

- Kurzbeschreibung,
- voller Wortlaut der Beihilfemaßnahme, einschl. Änderungen,
- Name der Bewilligungsbehörde,
- Informationen einzelner Beihilfeempfänger, deren Beihilfewerte den Schwellenwert von 60 000 Euro überschreiten.

10. Überwachung

[1]Die Bewilligungsstellen führen ausführliche Aufzeichnungen, um feststellen zu können, ob die Fördervoraussetzungen erfüllt sind. [2]Die Aufzeichnungen sind nach Beendigung der Zweckbindungsdauer noch zwei Jahre aufzubewahren.

11. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 3. April 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2018 außer Kraft.

Hubert Bittlmayer
Ministerialdirektor

Anlagen

Anlage 1:	Gemeinden bzw. Gemarkungen des Kerngebiets
Anlage 2:	Investitionen zur Verbesserung des Tierwohls in bestehenden Ställen
Anlage 3:	Investitionen in betriebliche Heu-Belüftungstrocknungen
Anlage 4:	Technische Einrichtungen zur Saat- und Pflanzgutaufbereitung
Anlage 5:	Spezialmaschinen zur Bewirtschaftung von Steillagen im Berggebiet
Anlage 6:	Spezialmaschinen zur Bewirtschaftung von Steil- und Terrassenlagen im Weinbau
Anlage 7:	Berufliche Qualifikation
Anlage 8:	Wasserbevorratung inkl. Pumpen in Kulturen des Weinbaus, Gartenbaus einschließlich Obstbaus sowie Hopfen und Kartoffeln
Anlage 9.1:	Zugelassene Betreuer
Anlage 9.2:	Betreuer-Aufgaben

Anlage 1
(zu Nr. 2)

Gemeinden bzw. Gemarkungen des Kerngebiets

der benachteiligten Agrarzone, die im Durchschnitt über 800 m liegen oder für mindestens 50 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche eine Höhenlage zwischen 600 und 800 m und eine Hangneigung über 18 % aufweisen.

Gemeinde-Name	Gemarkung-Name	Gemeinde-Nr.	Gemarkung-Nr.
Grafenau, Stadt	Grafenau	272120	5815
Grainet	Grainet	272121	5851
Haidmühle	Philippsreut	272122	5821
Haidmühle	Bischofsreut	272122	5822
Haidmühle	Frauenberg	272122	5852
Hinterschmiding	Herzogsreut	272126	5820
Mauth	Schönbrunn a.Lusen	272134	5808
Mauth	Mauth	272134	5809
Mauth	Annathal	272134	5810
Neureichenau	Frauenberg	272136	5852
Philippsreut	Annathal	272139	5810
Philippsreut	Philippsreut	272139	5821
Sankt Oswald-Riedlhütte	Sankt Oswald	272143	5803
Neuschönau	Neuschönau	272146	5806
Spiegelau	Klingenbrunn	272149	5802
Spiegelau	Oberkreuzberg	272149	5812
--	Bischofsreut	272455	5822
--	Philippsreut	272457	5821
--	Neureichenau	272458	5869
--	Annathal	272460	5810
--	Herzogsreut	272460	5820
--	Bischofsreut	272460	5822
--	Neuschönau	272463	5806
Sonnen	Sonnen	275148	6319
Bayerisch Eisenstein	Bayerisch Eisenstein	276115	5704
Bayerisch Eisenstein	Zwieslerwaldhaus	276115	5717
Bischofsmais	Habischried	276116	5752
Bodenmais, M	Bodenmais	276117	5710
Frauenau	Frauenau	276121	5746
Lindberg	Zwieslerwaldhaus	276130	5717
Lindberg	Lindberg	276130	5733
Sankt Englmar	Sankt Englmar	278184	5575
Lohberg	Lohberg	372178	5117

Anlage 2
(zu Nr. 3.1 Satz 2 Buchst. a Spiegelstrich 4)

Investitionen zur Verbesserung des Tierwohls in bestehenden Ställen

Förderfähig sind Investitionen in Schweineställen:

- zur Vergrößerung der Fensterflächen auf mindestens 1,5 % der Stallgrundfläche bei Ställen, die vor dem 1. August 2006 genehmigt oder in Betrieb genommen wurden,

  Anmerkung: Der Austausch bestehender Fenster ist nur förderfähig, wenn das Fenster insgesamt vergrößert wird. Die Fensterflächen müssen mindestens für ein Stallabteil vergrößert werden.

- in Einrichtungen zur Vorlage von Raufutter, organischem Beschäftigungsmaterial oder Wühlerde (einschließlich der damit ggf. verbundenen Änderungen des Entmistungsverfahrens),
- in automatische Luftkühlungsvorrichtungen und Kühlaggregate,
- in Scheuermöglichkeiten,
- in Schalen- oder Beckentränken,
- in Einrichtungen zur Verbesserung des Liegekomforts (z. B. Gummimatten, eingestreute Liegeflächen),
- in Elemente zur Strukturierung der Bucht (z. B. Trennwände, Teilflächen mit geringer Perforation oder Festflächen),
- in Buchten zur Gruppenhaltung im Deckbereich bzw. in tiergerechtere Kastenstände[1],
- in Bewegungsbuchten für Zuchtsauen im Abferkelbereich,
- in die Schaffung eines Mikroklimabereichs in der Ferkelaufzucht (z. B. Heizung, Abdeckung),
- in Umbauten, durch die Außenklimareize für die Tiere geschaffen werden.

1 Aufgrund möglicher Rechtsänderungen können Vorgaben zur tiergerechten Gestaltung von Kastenständen derzeit nicht gegeben werden.
Das Bundesverwaltungsgericht legt den Wortlaut von § 24 Abs. 4 der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung dahingehend aus, dass Kastenstände so beschaffen sein müssen, dass die Möglichkeit jedes Schweins, sich in einem Kastenstand hinzulegen und in Seitenlage die Gliedmaßen auszustrecken, jederzeit ungehindert gegeben sein muss und nicht auf eine Seite beschränkt werden darf.

Anmerkung:

Die Investitionen können auch nur für einzelne Stallbereiche durchgeführt werden.

Die Schaffung eines zusätzlich notwendigen Flächenbedarfes zur Aufrechterhaltung des bestehenden Tierbestandes ist in allen Bereichen förderfähig (auch Um- und Anbau).

Eine Förderung kann nur nach Beratung und positiver Stellungnahme durch die Fachberatung (AELF, SG 3.7) erfolgen. Dabei ist auch zu dokumentieren, dass es sich um keine Ersatzinvestition handelt.

Anlage 3
(zu Nr. 3.1 Satz 2 Buchst. b)

Investitionen in betriebliche Heu-Belüftungstrocknungen mit angewärmter Luft auf Basis regenerativer Energien

Förderfähig sind folgende technische Einrichtungen:

- Warmluft-Solarkollektoren (Unterdachabsaugung) zur Warmlufterzeugung,
- Wärmespeicher (Kiesspeicher, Wasserspeicher),
- Wärmetauscher,
- Luftentfeuchter,
- Ventilator (Radiallüfter),
- Steuerungs- und Messeinrichtungen,
- Krananlagen (schienengeführter Hängedrehkran) zur Beschickung und Entnahme.

Die Nutzung von Abwärme (z. B. eines BHKW) ist zulässig. In diesem Fall ist die Förderung ab Wärmetauscher möglich.

Eine Förderung betrieblicher Heu-Belüftungstrocknungen kann nur nach Beratung und positiver Stellungnahme durch einen Landtechnik-Fachberater des AELF erfolgen. Dabei ist auch zu dokumentieren, dass es sich um keine Ersatzinvestition handelt.

Anlage 4
(zu Nr. 3.1 Satz 2 Buchst. c)

Technische Einrichtungen zur Saat- und Pflanzgutaufbereitung

Die Förderung richtet sich an Unternehmen, die Z-Saatgut und Z-Pflanzgut erzeugen und aufbereiten.

Der Nachweis erfolgt durch:
- Vorlage eines gültigen Aufbereitungslizenzvertrages (Saatgut);
- Vorlage eines gültigen Vermehrungsvertrages (Pflanzgut).

Förderfähig sind folgende technische Einrichtungen:

1. Saatgutaufbereitung
- Siebreiniger (mit mehr als zwei Siebebenen oder mindestens zwei Ebenen und Aspirationsteil),
- Zellenausleser,
- Gewichtsausleser,
- optischer Sortierer,
- kontinuierlich arbeitendes Beizgerät oder Chargenbeizgerät,
- Abfülltechnik (z. B. Absackgerät, BigBag-Füller, Nähgerät, Wiegeeinrichtung),
- Sackstapelhilfe oder Sackstapelgerät,
- Staubabsauganlage (Aspiration) in der gesamten Fördertechnik (Gebläse, Windsichter, Zyklone),
- Entgranner,
- Trieur,
- Farbausleser,
- automatische Probenehmer,
- elektronische (elektro-pneumatische) Steuerung,
- Beizmischbehälter,
- Homogenisierungstechnik,
- saatgutspezifische Förderanlage (Elevatoren, Bänder),
- saatgutspezifische, selbstreinigende Silos.

2. Pflanzgutaufbereitung
- Sturz-/Annahmebunker,
- Zufuhrbänder,
- Kartoffelsortierer,
- Vorratsbehälter,
- Absackwaage,
- Knollenzählgerät,
- Kistenkippgerät,
- BigBag-Füller/Kistenfüller,
- Nähgerät,
- Palettierer,
- Folienwickelgerät.

Eine Förderung von Saat- und Pflanzgutaufbereitungsanlagen kann nur nach Beratung und positiver Stellungnahme durch einen Landtechnik-Fachberater des AELF erfolgen. Dabei ist auch zu dokumentieren, dass es sich um keine Ersatzinvestition handelt.

Anlage 5
(zu Nr. 3.1 Satz 2 Buchst. f)

Spezialmaschinen zur Bewirtschaftung von Steillagen im Berggebiet

Die Berglandwirtschaft erfordert eine spezielle, bodenschonende und auf Minimierung der Unfallgefahr ausgerichtete Mechanisierung der Futterernte, die mit hohen Kosten verbunden ist. Zum Ausgleich der Mehrkosten werden **Spezialmaschinen** gefördert, die sich durch eine tiefe Lage des Schwerpunktes, eine entsprechende Spurbreite, eine leichte Bauweise sowie gute Wendigkeit und bodenschonende Bereifung auszeichnen.

Folgende Maschinen und Geräte sind **förderfähig**, soweit sie **speziell** für den Einsatz in Steillagen konzipiert sind:

- von Hand geführte Motormäher inkl. Anbaugeräte wie z. B. Bandrechen, Mulcher etc.,
- leichte bodenschonende Spezialmaschinen inkl. Anbaugeräte für die Hangbewirtschaftung (max. 70 kW Leistung, max. 3 t Eigengewicht, max. zwei Anbauräume) mit vier gleich großen Reifen, die aufgrund einer besonderen technischen Ausstattung wie z. B. einem Mitteldrehgelenk bei einer Hangneigung von mindestens 40 % eingesetzt werden können,
- Zweiachsmäher,
- selbstfahrende Arbeits- und Erntemaschinen (z. B. Hangtransporter),
- Aufbaugeräte für Hangtransporter,
- Triebachsanhänger mit speziellen Aufbauten.

Folgende Maschinen sind von der Förderung **ausgeschlossen**:

- Schlepper, auch Spezialschlepper,
- Zweiachsfahrzeuge ohne spezielle Eignung für die Bewirtschaftung von Flächen im Berggebiet,
- Maschinen und Geräte, die sich lediglich durch relativ geringe Änderung der Ausrüstung (z. B. breitere Bereifung, größere Spurweite u. Ä.) von der in normalen Lagen verwendeten Standardausführung unterscheiden.

Eine fachliche Feststellung als Spezialmaschine für die Hangmechanisierung durch den Landtechnikfachberater ist **erforderlich**. Dabei ist auch zu dokumentieren, dass es sich um keine Ersatzinvestition handelt.

Anlage 6
(zu Nr. 3.1 Satz 2 Buchst. f)

Spezialmaschinen zur Bewirtschaftung von Steil- und Terrassenlagen im Weinbau

Die Bewirtschaftung von Steil- und Terrassenlagen erfordert eine spezielle, auf Arbeitszeiteinsparungen und Minimierung der Unfallgefahr ausgerichtete Mechanisierung, die mit hohen Kosten verbunden ist. Zum Ausgleich der Mehrkosten werden **Spezialmaschinen und Sonderausstattungen** gefördert, die für eine Bewirtschaftung von Steil- und Terrassenlagen konzipiert sind und die Sicherheit des Anwenders erhöhen.

Folgende Maschinen und Geräte sind **förderfähig**, soweit sie **speziell** für den Einsatz in Steillagen- und Terrassenlagen konzipiert sind:

- Steilhangsicherungen,
- Quadtrac-Weinbergschlepper (z. B. Antonio Carraro Mach 4),
- handgeführte und Aufsitzraupen inkl. hydraulisch angetriebener Anbaugeräte,
- Seilwinden inkl. Antrieb und Seil,
- Seilzugtransportschlitten, Sitzpflug etc.,
- Steillagenmechanisierungssystem (SMS) inkl. Trägereinrichtung, Anbaugeräten und Steuerungssystemen,
- Raupenmechanisierungssystem (RMS) inkl. Trägereinrichtung, Steuerungssystemen und Anbaugeräten, die speziell für dieses System konzipiert sind,
- Steillagenvollernter,
- Einschienenbahnen (komplettes System),
- Schrägaufzug mit Seilwindenantrieb,
- Schienensystem für RMS-Bewirtschaftung,
- ferngesteuerte Geräteträger,
- festinstallierte Versorgungseinrichtungen für die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln im Schlauchspritzverfahren.

Folgende Maschinen sind von der Förderung **ausgeschlossen**:

- Schlepper ohne die entsprechende technische Ausstattung,
- Zweiachsfahrzeuge ohne spezielle Eignung für die Bewirtschaftung von Flächen in Steil- und Terrassenlagen,
- Maschinen und Geräte, die sich lediglich durch relativ geringe Änderung der Ausrüstung (z. B. andere Bereifung, andere Spurweite u. Ä.) von der in normalen Lagen verwendeten Standardausführung unterscheiden.

Eine fachliche Feststellung als Spezialmaschine für die Hangmechanisierung durch den Weinbautechnikfachberater ist **erforderlich**. Dabei ist auch zu dokumentieren, dass es sich um keine Ersatzinvestition handelt.

Anlage 7
(zu Nr. 5.1)

Berufliche Qualifikation

Zur **Abschlussprüfung in einem anerkannten Agrarberuf** zählen folgende Berufsabschlüsse:

- Landwirt(in)
- Gärtner(in)
- Hauswirtschafter(in) im Beruf der Landwirtschaft, vormals Hauswirtschafter(in), Schwerpunkt ländliche Hauswirtschaft
- Tierwirt(in)
- Brenner(in)
- Pferdewirt(in)
- Fischwirt(in)
- Milchwirtschaftliche Laboranten
- Milchtechnologe/-in
- Forstwirt(in)
- Winzer(in)
- Revierjäger(in)
- Fachkraft Agrarservice
- Pflanzentechnologe/-in

und die schulische Ausbildung zum agrartechnischen Assistenten, vormals landwirtschaftlich-technischen Assistenten.

Bäuerinnen, die eine Abschlussprüfung als „städtische“ Hauswirtschafterin abgelegt haben, können, um die Voraussetzung eines Abschlusses in einem Agrarberuf zu erfüllen, an mindestens drei Seminaren aus dem Bildungsprogramm Landwirt teilnehmen.

Der geforderte Abschluss **einer agrar- und forstwirtschaftlichen Fachschule** wird in folgenden Fachschulen erreicht:

- Landwirtschaftsschule, dreisemestrig (bei der Abt. Hauswirtschaft auch zweisemestrig), mit den Abteilungen Landwirtschaft und Hauswirtschaft,
- staatliche Fachschulen für Agrarwirtschaft mit den Fachrichtungen Gartenbau, Garten- und Landschaftsbau, Weinbau und Kellerwirtschaft, ökologischer Landbau, Milchwirtschaft und Molkereiwesen, Milchwirtschaftliche Laboranten,
- staatliche Technikerschule mit den Fachrichtungen Landbau, ökologischer Landbau, Hauswirtschaft und Ernährung, Gartenbau, Garten- und Landschaftsbau, Weinbau und Kellerwirtschaft, Milchwirtschaft und Molkereiwesen, sowie die staatliche Bayerische Technikerschule für Waldwirtschaft,
- staatliche Höhere Landbauschule,
- die staatliche Fachakademie für Landwirtschaft, Fachrichtung Hauswirtschaft und Ernährung.

Die **gleichwertige berufliche Bildung** kann nachgewiesen werden durch die Meisterprüfung in einem Agrarberuf oder durch Studienabschlüsse der Fachhochschule bzw. Hochschule in der entsprechenden Fachrichtung.

Meisterinnen, die nach der Verordnung über die Anforderungen in der Meisterprüfung für den Beruf Hauswirtschafter/Hauswirtschafterin vom 28. Juli 2005 erfolgreich ihre Prüfung abgelegt haben und in der Situationsaufgabe den Haushaltstyp „Landwirtschaftlicher Unternehmerhaushalt“ gewählt haben, weisen ebenfalls den geforderten Bildungsabschluss nach.

Meister/innen der Hauswirtschaft ohne Bezug zur Landwirtschaft haben an mindestens drei Seminaren aus dem Bildungsprogramm Landwirt teilzunehmen.

Als gleichwertige Berufsbildung sind auch der/die Fachagrarwirt/in und weitere Fortbildungsabschlüsse (z. B. geprüfter Natur- und Landschaftspfleger/in) sowie der/die Staatlich geprüfte Dorfhelfer/Dorfhelferin anzusehen.

Anlage 8
(zu Nr. 3.1 Satz 2 Buchst. e)

Wasserbevorratung inkl. Pumpen in Kulturen des Weinbaus, Gartenbaus einschließlich Obstbaus sowie Hopfen und Kartoffeln

Eine Bewässerung ist aufgrund des Klimawandels gerade in den oben genannten Kulturen notwendig. Aufgrund der Verschiebung von Wasserverfügbarkeit in den Wintermonaten und Wasserbedarf in den Sommermonaten ist eine Wasserbevorratung notwendig, die mit hohen Kosten verbunden ist.
Als eine weitere Folge des Klimawandels entwickelt sich die Vegetation (z. B. Obstplantagen) zunehmend früher und wird anfälliger gegen Spätfröste. Eine effiziente Risikovorsorgemaßnahme, vor allem im Obstbau, ist die Frostschutzberegnung. Sie ist die effektivste Methode, um Pflanzen sicher vor Frostschäden zu schützen. Auch für die dazu benötigte Wassermenge ist eine Wasserbevorratung notwendig.
Zum Ausgleich der Mehrkosten wird die Schaffung von Einrichtungen zur Wasserbevorratung einschl. Pumpen in den oben genannten Kulturen gefördert.

Folgende Bauten und technische Anlagen sind förderfähig, sofern sich die Investition nicht auf einen Grund- oder Oberflächenwasserkörper auswirkt:

- Wasserbevorratungsbehälter einschl. Pumpen
- Erdfolienspeicher einschl. Pumpen

Eine fachliche Beurteilung des Vorhabens ist durch Technikfachberater **erforderlich**. Dabei ist auch zu dokumentieren, dass es sich um keine Ersatzinvestition handelt.

Voraussetzung für eine Förderung der Wasserbevorratung ist das Vorliegen der **erforderlichen baurechtlichen sowie wasserrechtlichen Genehmigungen**[1] bzw. bei genehmigungsfreien Vorhaben das Ergebnis einer offiziellen Voranfrage bei der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde.
Die Einhaltung von EU-Richtlinien bei der wasserrechtlichen Genehmigung von Wasservorratsbehältern und die Sicherstellung, dass die Zielvorgaben der Wasserrahmenrichtlinie auch bei einer Errichtung von Wasservorratsbehältern eingehalten werden, werden im wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren geprüft.

1 Grundlage: Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22. Dezember 2000, S. 1).

Anlage 9.1
(zu Nr. 6.3)

Zugelassene Betreuer

BBV LandSiedlung GmbHn Karolinenplatz 2 80333 München EIF@bbv-ls.de www.bbv-ls.de Telefon: (089) 590 6829-10 Telefax: (089) 590 6829-33
BBA Beratung Betreuung Agrarstruktur GmbH Am Gumpen 2 83123 Amerang info@bba-baubetreuung.de www.bba-baubetreuung.de Telefon: (08075) 91409-0 Telefax: (08075) 91409-29
Junker Agrarkonzepte Waldburger Str. 5 88279 Amtzell info@junker-agrarkonzepte.de www.junker-agrarkonzepte.de Telefon: (07520) 966710-0 Telefax: (07520) 966710-29
Dipl. Ing. Berthold Just, Architekt Weinbergstraße 5 95461 Bindlach info@just-bindlach.de www.just-bindlach.de Telefon: (09208) 6222 Telefax: (09208) 6224

Anlage 9.2
(zu Nr. 6.3)

Betreuer-Aufgaben

1. Betreueraufgaben

1.1 Allgemeines

Der Betreuer hat den Antragsteller bei der Vorbereitung und Durchführung des Vorhabens fachkundig zu unterstützen und zur Sicherstellung des Förderungszweckes die nachfolgend beschriebenen Aufgaben wahrzunehmen. Die Betreueraufgaben müssen so erledigt werden, dass sie den jeweils geltenden Prüfungsanforderungen gerecht werden.

Sämtliche Leistungen, die im Rahmen der Betreuung erbracht und abgerechnet werden, müssen nachvollziehbar dokumentiert sein.

Antragstellung

Bei der Antragstellung hat der Betreuer insbesondere zu gewährleisten, dass die dem **Förderantrag beizulegenden Unterlagen bzw. Anlagen vollständig** sind. Soweit Formblätter vorhanden sind, sind diese zu verwenden.

Der Betreuer wirkt bei der Betriebsdatenerhebung und der Baukostenschätzung mit. **Vor Beginn der Maßnahmen** sind mit dem Antragsteller wesentliche Inhalte (vor allem Finanzierbarkeit und Durchführbarkeit des Vorhabens betreffend) nochmals eingehend zu besprechen (**Baubeginnbesprechung**). Dabei wird der Antragsteller unter anderem auch über die zu beachtenden allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) informiert.

1.2 Objektüberwachung

Der Betreuer begleitet die Abwicklung der Baumaßnahme im Rahmen von **mindestens einem zu dokumentierenden Betriebsbesuch während der Bauphase**. Der Bericht hierüber ist mit dem Endverwendungsnachweis in Kopie der Bewilligungsstelle zuzuleiten.

Zeichnen sich nennenswerte **Abweichungen vom beantragten Konzept ab,** hat **umgehend eine schriftliche Mitteilung an die Bewilligungsstelle** (mit Beschreibung und Begründung) zu erfolgen. Abweichungen von der Planung dürfen nur mit Genehmigung der Bewilligungsstelle vorgenommen werden.

Nach **Fertigstellung des Vorhabens** führt der Betreuer gemeinsam mit dem Bauherrn und ggf. der beauftragten Baufirma eine dokumentierte **Objektbegehung** und eine Schlussbesprechung durch. Der Betreuer weist dabei den Zuwendungsempfänger auch auf die während der Zweckbindungsfrist einzuhaltenden Auflagen hin (zum Beispiel Meldung von Betriebsinhaberwechsel).

Der Bewilligungsstelle ist ein **Schlussprotokoll** vorzulegen, das neben einer Dokumentation der durchgeführten Investitionen und dem zusammenfassenden Ergebnis der vom Betreuer vorgenommenen Belegprüfung auch eine Auflistung der erbrachten Betreuerleistungen enthält, die dem Antragsteller nachweislich (Unterschrift) zur Kenntnis gebracht wurde.

1.3 Zahlungsantrag

Es ist zum Abschluss der Maßnahme ein Zahlungsantrag (er ist gleichzeitig Endverwendungsnachweis) zu erstellen.

Der Betreuer überprüft alle bei der Durchführung der Fördermaßnahme(n) angefallenen Einzelbelege und Zahlungsnachweise auf **Vollständigkeit sowie sachliche Richtigkeit** und gewährleistet, dass der **Zahlungsantrag mit Belegliste** einschließlich einer **Excel-Belegliste** nach Vorgaben der Zahlstelle korrekt erstellt und unter Beifügung aller Originalrechnungen (auch förderrelevante Kaufverträge) sowie dazugehöriger Zahlungsnachweise fristgerecht vorgelegt wird, spätestens jedoch bis zu dem im Zuwendungsbescheid vorgegebenen Enddatum. Der Verwendungsnachweis ist vom Betreuer nach den im Bescheid genannten genehmigten Investitionen (Baubereiche) zu gliedern und die Rechnungsbelege sind entsprechend zuzuordnen.

2. Betreuervertrag, Evaluierung, Weitergabe von Daten

Die Bewilligung einer Betreuerförderung setzt den Abschluss eines Vertrages zwischen Betreuer und Betreutem voraus. In diesem Vertrag sind die unter Nr. 1 genannten Betreuungsaufgaben aufzuführen und deren Bezahlung zu regeln. Folgende Klausel ist zwingend in die Betreuungsverträge aufzunehmen:

„Hinweise zum Datenschutz/Einwilligungserklärung

Der Betreuer ist berechtigt, betriebsbezogene und persönliche Daten des Auftraggebers im Rahmen der Zweckbestimmung dieses Vertrages zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen. Der Betreuer ist weiter berechtigt, die im Zusammenhang mit dem Betreuungsvertrag erhobenen Daten zum Zwecke der Evaluierung des Bayerischen Sonderprogramms Landwirtschaft sowie zum Zwecke der Überprüfung der Fördermaßnahme an den Bayerischen Obersten Rechnungshof, das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die Landesanstalt für Landwirtschaft und die Bewilligungsstelle weiterzugeben.“

Ein Muster-Betreuungsvertrag ist dem Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unverzüglich vorzulegen. Der Betreuungsvertrag für jede Fördermaßnahme ist der zuständigen Bewilligungsstelle mit dem Antrag vorzulegen.

Der Betreuer ist bei vorliegender Einwilligungserklärung verpflichtet, die oben genannten Daten an das StMELF, den ORH, die LfL und die Bewilligungsstelle weiterzugeben.

3. Abschluss der Betreuung

Die Betreuungsaufgaben enden mit dem Abschluss der Investitionsmaßnahme. Die Festsetzung der endgültigen Höhe der Zuwendung durch die Bewilligungsstelle stellt den Abschluss der Investitionsmaßnahme dar.

4. Aufbewahrungsfristen

Die dem geförderten Vorhaben zugrundeliegenden Unterlagen sind für den im Förderantrag genannten Zeitraum aufzubewahren.

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Martin Alexander Schoeller

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 23. März 2018, Az. Prot 1090-228-43

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Togo in Pullach ernannten Herrn Martin Alexander Schoeller am 23. Februar 2018 das Exequatur als Honorarkonsul erteilt. Das Exequatur seines Vorgängers, Herrn Prof. Dr. Dr. Joseph Rudolf Kastenbauer, ist mit Ablauf des 22. Februar 2018 erloschen.

Der Konsularbezirk umfasst die Freistaaten Bayern und Sachsen sowie das Land Baden-Württemberg.

Die Kontaktdaten lauten wie folgt: Zugspitzstraße 15, 82049 Pullach.

Die weiteren Kontaktdaten werden nachgereicht.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibung

Die Bayerische Staatsregierung sucht zum 1. November 2018 eine

beauftragte Person der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode ist die **beauftragte Person der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung (beauftragte Person)** hauptamtlich zu bestellen. Die beauftragte Person wird für die Dauer der Legislaturperiode bestellt.

Das Amt der beauftragten Person ist in Art. 17 Bayerisches Behindertengleichstellungsgesetz (BayBGG) festgelegt und näher beschrieben. Die beauftragte Person berät die Bayerische Staatsregierung bei der Fortentwicklung und Umsetzung der Behindertenpolitik. Hierzu arbeitet sie mit allen Staatsministerien zusammen, regt Maßnahmen zur verbesserten Teilhabe von Menschen mit Behinderung an und greift Anregungen von einzelnen Betroffenen, Selbsthilfegruppen und Behindertenverbänden und von Beauftragten auf kommunalen Ebenen für die Belange von Menschen mit Behinderung auf. Sie ist bei allen Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen wichtigen Vorhaben zu beteiligen, soweit diese Belange der Menschen mit Behinderungen berühren. Sie ist unabhängig und weisungsungebunden tätig. In ihrer Arbeit wird sie von einer Geschäftsstelle unterstützt, die beim Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales angesiedelt ist.

Neben einschlägigen Erfahrungen aus dem Engagement für die Belange von Menschen mit Behinderung erfordert diese Aufgabe:

- Soziale und kommunikative Kompetenz im Umgang mit Betroffenen, mit Vertretern der politischen Gremien (u. a. Landtag, Kommunale Spitzenverbände), der Staatsministerien, der Behörden und Verbände als auch mit den Beschäftigten der Geschäftsstelle
- Besonderes Interesse an einer Politik von und für Menschen mit Behinderung als Querschnittsaufgabe und den damit verbundenen gesamtpolitischen Fragestellungen
- Gute Kenntnisse in der bayerischen Verbands- und Landespolitik, im Sozialrecht sowie möglichst in weiteren Rechtsgebieten
- Sicheres Auftreten in der Öffentlichkeit
- Langjähriges Engagement an herausgehobener Stelle für Menschen mit Behinderung, z. B. im Bereich der Selbsthilfe oder Verbandsarbeit
- Bereitschaft zu Dienstreisen und Tätigkeit auch außerhalb der üblichen Arbeitszeiten
- Hochschulabschluss in einem für die fachlichen Aufgaben förderlichen Studiengang wäre wünschenswert

Menschen mit Behinderung werden besonders aufgefordert sich zu bewerben und werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt.

Wir bieten Ihnen:

- Eine interessante und angesehene Aufgabe, die für die Dauer einer Legislaturperiode befristet ist
- Eine unabhängige, weisungsungebundene Tätigkeit
- Eine gut ausgestattete Geschäftsstelle

Die Tätigkeit der beauftragten Person wird außertariflich vergleichbar in Höhe des Grundgehalts der BesGr B 3 der Anlage 1 zum BayBesG vergütet.

Vollständige Bewerbungen (u. a. lückenlose Darstellung und Nachweise der schulischen und beruflichen Bildung, der bisherigen beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeit sowie Referenzen zum bisherigen Engagement für Menschen mit Behinderung) bitten wir bis **28. Mai 2018** an das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, Abteilung A, Winzererstraße 9, 80797 München, zu richten.

Literaturhinweise

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Roßnagel, **Das neue Datenschutzrecht,** Europäische Datenschutz-Grundverordnung und deutsche Datenschutzgesetze, 2018, 477 Seiten, Preis 58 €, ISBN 978-3-8487-4411-4.

Die Neuregelungen im neuen Datenschutzgesetz werfen zahlreiche neue Anwendungsfragen insbesondere im Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung auf. Der Band bietet eine Einführung in das neue Recht und informiert über alle Neuregelungen. Die entscheidenden Regelungen des neuen BDSG hinsichtlich ihres Regelungsgehalts werden Kapitel für Kapitel ausführlich untersucht und mit den Referenzregelungen der DSGVO-Regelungen verglichen. Der Anwender erkennt auf einen Blick, welche Vorränge bestehen, nach welchen Anwendungsregeln neues Bundesdatenschutzgesetz und Datenschutz-Grundverordnung funktionieren und wie Freiräume genutzt werden können.

Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden

Meyer/Ritgen/Schäfer (Hrsg.), **Flüchtlingsrecht und Integration,** Handbuch, 2. Auflage 2018, 502 Seiten, 59 €, ISBN 978-3-8293-1325-4.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat seit der Erstauflage des Handbuchs so viele Entscheidungen wie nie zuvor getroffen. Flüchtlinge, die einen ablehnenden Bescheid des BAMF bekommen haben, müssen Deutschland freiwillig oder ggf. auch gezwungenermaßen wieder verlassen. Neben der Integration kommt daher auch dem Rückkehrmanagement eine wichtige Bedeutung zu. Die Neuauflage trägt diesen Akzentverschiebungen Rechnung durch Aktualisierung und Aufnahme neuer Beiträge zur Integration.

Gieseking Verlag, Bielefeld

Basedow/Coester-Waltjen/Mansel, **IPG,** Gutachten zum internationalen und ausländischen Privatrecht, **2009/2011,** 2017, X, 698 Seiten, Preis 98 €, ISBN 978-3-7694-1187-4.

Der Jahresband enthält eine repräsentative Auswahl von 50 Gutachten spezialisierter Universitätsinstitute und des Max-Planck-Instituts Hamburg zu fast 30 Rechtsordnungen wie z. B. Schuldrecht, Erbrecht, Sachenrecht und Kulturgüterschutz, Handelsrecht. Das systematische Gesamtregister der Jahrgänge 1985 bis 2008 verschafft einen Überblick über den Inhalt der vorhergehenden Bände.

Drehsen, **Der gerichtliche Augenschein im Zivilprozess,** 2017, LXXVII, 786 Seiten, Preis 138 €, Schriften zum deutschen, europäischen und vergleichenden Zivil-, Handels- und Prozessrecht; 261, ISBN 978-3-7694-1173-7.

Das Werk stellt den gerichtlichen Augenschein im Zivilprozessrecht als Ganzes zusammenhängend dar. Die betreffenden Probleme werden umfassend untersucht und einer in sich geschlossenen Lösung zugeführt. Außer dem Augenscheinsbeweis wird auch der bisher nur wenig beachtete informatorische Augenschein berücksichtigt. Behandelt werden auch einzelne Problemfelder wie Ort der Augenscheinseinnahme, Protokollierung, Auslandsberührungen und Kosten. Spezifische, sich aus den einzelnen Normen der ZPO ergebende Fragen wie die Mitwirkungspflichten bei Anordnungen nach § 144 ZPO, die Systematik von § 371 Abs. 1 und 2 ZPO sowie die Regelungen elektronische Dokumente betreffend usw. stehen dabei im Mittelpunkt. Das Verhältnis des Augenscheinsmittlers zu Sachverständigen und Zeugen, seine Einsatzgebiete sowie die auf ihn anwendbaren Regelungen werden erörtert.

Kurth, **Der gewöhnliche Aufenthalt in Art. 4, 21 Abs. 1 EuErb-VO,** 2017, XLVI, 254 Seiten, Preis 58 €, Schriften zum deutschen, europäischen und vergleichenden Zivil-, Handels- und Prozessrecht; 263, ISBN 978-3-7694-1190-4.

Die deutsche Erbrechtspraxis steht vor Herausforderungen, nachdem bei Erbfällen mit Auslandsbezug nicht mehr auf die Staatsangehörigkeit, sondern auf den gewöhnlichen Aufenthalt des Erblassers im Zeitpunkt seines Todes abgestellt wird. Denn ein gefestigtes Begriffsverständnis zum gewöhnlichen Aufenthalt im Sinne der Verordnung hat sich bislang nicht herausgebildet. Unter Rückgriff auf klassische Auslegungsmethoden nimmt die Arbeit dies zum Anlass, ein dogmatisch begründetes Begriffsverständnis zum gewöhnlichen Aufenthalt in Art. 4, 21 Abs. 1 EuErb-VO zu entwickeln und sich zugleich mit der Rechtsprechung zu ebendieser Anknüpfung in anderen Rechtsakten sowie mit den von der Literatur zum Aufenthaltsprinzip in der EuErb-VO vertretenen Ansichten auseinanderzusetzen.

Baronin von König, **Zivilprozess- und Kostenrecht,** Praxiskurzlehrbuch, 3., völlig neu bearbeitete Auflage 2017, XXXVI, 425 Seiten, Preis 59 €, ISBN 978-3-7694-1153-9.

Das Praxiskurzlehrbuch ist gezielt auf das Zusammenspiel von Kostenrecht und dem jeweiligen Verfahrensrecht ausgerichtet. Es werden Zivilprozess und begleitend das Kostenverfahren dargestellt. Es geht u. a. um wesentliche Prozessgrundsätze, register-/aktenmäßige Behandlung der Klage, Einführung in die Kosten des Rechtsstreits, weitere Prozessvoraussetzungen, Ablauf des Prozesses, gerichtliche Entscheidungen u. v. m. Das Buch bietet dazu zahlreiche Beispiele, Fälle, Übersichten, Entscheidungsentwürfe.

Wever, **Vermögensauseinandersetzung der Ehegatten außerhalb des Güterrechts,** FamRZ-Buch Band 8, 7., völlig neu bearbeitete Auflage 2018, XXXII, 612 Seiten, Preis 69 €, ISBN 978-3-7694-1189-8.

Dieser Band bietet alles, was der Familienrechtspraktiker in puncto Vermögensauseinandersetzung wissen muss. Die Neuauflage berücksichtigt die neue BGH-/OLG-Rechtsprechung u. a. zu den Themenbereichen Schwiegereltern, Nutzungsvergütung, Teilungsversteigerung, Schulden, Bankkonten und Wertpapiere, Ehegattenzuwendungen, Ehegatteninnengesellschaft sowie familienrechtlicher Ausgleichsanspruch.

Schlünder/Nickel, **Das familiengerichtliche Verfahren,** FamRZ-Buch, Band 29, 2., völlig neu bearbeitete Auflage 2018, XX, 359 Seiten, Preis 49 €, ISBN 978-3-7694-1192-8.

Das familiengerichtliche Verfahren macht selbst dem Praktiker durch immer wieder neue Problemstellungen zu schaffen. Hier setzt das FamRZ-Buch mit seiner praxisorientierten Gliederung (Allgemeiner Teil – FG-Familiensachen – Familienstreitsachen – Ehe-/Scheidungssachen) an. Systematisch und verständlich geht es samt Beispielen, Praxistipps und gebührenrechtlichen Hinweisen durch alle denkbaren Verfahrenskonstellationen. Rechtsstand der Neuauflage ist Anfang 2018, d. h. alle aktuellen Gesetzesänderungen (z. B. Kenntnis der Abstammung, Durchsetzung der Ausreisepflicht, Bekämpfung von Kinderehen und „Ehe für alle") sind berücksichtigt.

Giers, **Einstweiliger Rechtsschutz in der familienrechtlichen Praxis,** FamRZ-Buch, Band 41, 2., neu bearbeitete Auflage 2018, XXII, 250 Seiten, Preis 49 €, ISBN 978-3-7694-1191-1.

Schwerpunkte der Neuauflage sind u. a. das selbstständige Beweisverfahren und Arrest, die einstweilige Anordnung in Sorgerechtssachen (BVerfG-Rechtsprechung) sowie Verfahrenswerte und Kosten bzw. Rechtsmittel in Eilverfahren. Neu aufgenommen wurden die Bereiche Beschleunigungsrüge und -beschwerde, bestätigter Vergleich in Gewaltschutzsachen und die Genehmigung freiheitsentziehender Maßnahmen bei Minderjährigen.

Mohr Siebeck, Tübingen

Mathis, **Nachhaltige Entwicklung und Generationengerechtigkeit,** Eine interdisziplinäre Studie aus rechtlicher, ökonomischer und philosophischer Sicht, 2017, XXXIV, 694 Seiten, Preis 129 €, Recht der nachhaltigen Entwicklung; 19, ISBN 978-3-16-155166-6.

Die Nachhaltigkeitsdebatte hat einen gesellschaftlichen Lernprozess angestoßen, der den Blick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft richtet. Die Thematik der nachhaltigen Entwicklung und Generationengerechtigkeit wird aus rechtlicher, ökonomischer und philosophischer Sicht ausgeleuchtet. Angesichts der globalen Tragweite des Themas wird dabei nicht nur die schweizerische, sondern auch die internationale Debatte abgebildet. Von Bedeutung sind dabei aus rechtsvergleichender Perspektive insbesondere die mannigfaltige rechtliche Verankerung der nachhaltigen Entwicklung in der schweizerischen Bundesverfassung und ihre Umsetzung in der Gesetzgebung und Rechtsanwendung.

Roden, **Urbane Biodiversität als städtebaurechtliches Nachhaltigkeitskonzept,** Analyse, Umsetzung und Perspektiven, 2017, XXI, 389 Seiten, Preis 74 €, Recht der nachhaltigen Entwicklung; 20, ISBN 978-3-16-155635-7.

Die Erhaltung der Biodiversität im Siedlungsraum trägt aufgrund der Vielfalt der dort vorkommenden Arten und Lebensräume zum nachhaltigen Biodiversitätsschutz bei, ist aber durch die städtebauliche Innenentwicklung bedroht. Die Untersuchung analysiert die derzeitige Rechtslage im Städtebau- und Naturschutzrecht. Unter Beachtung der Bedürfnisse von Tieren und Pflanzen im Siedlungsraum werden Vorschläge zur Anpassung der Rechtslage für eine bessere Berücksichtigung des urbanen Biodiversitätsschutzes einerseits und den Ausgleich mit der Innenentwicklung andererseits entwickelt.

Ferreau, **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und ökonomischer Wettbewerb,** Analyse und Perspektiven rechtlicher Spielräume zur Entfaltung kommerzieller Tätigkeiten durch die Rundfunkanstalten, 2017, XX, 404 Seiten, Preis 74 €, Schriften zum Medienrecht und Kommunikationsrecht; 1, ISBN 978-3-16-155049-2.

Die kommerzielle Betätigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, wie z. B. in Form des Werbezeitenverkaufs, steht in einem Spannungsverhältnis sowohl zum Wettbewerb mit privaten Anbietern als auch zu der Erfüllung seines beitragsfinanzierten Rundfunkauftrags. In dem Werk wird untersucht, ob der Gesetzgeber bei der einfachrechtlichen Ausgestaltung kommerzieller Betätigungsmöglichkeiten der Anstalten und ihrer Beteiligungsunternehmen die beihilfenrechtlichen und verfassungsrechtlichen Vorgaben hinreichend berücksichtigt hat.

Rüberg, **Die Preisbestimmung in der Telekommunikation,** Ein rechtshistorischer Vergleich der Preissetzungsverfahren des deutschen und US-amerikanischen Fernmeldewesens von den Anfängen bis zum Beginn der Liberalisierung des Marktes, 2017, XVI, 271 Seiten, Preis 99 €, Rechtsordnung und Wirtschaftsgeschichte; 17, ISBN 978-3-16-154550-4.

Anhand eines rechtshistorischen Vergleichs des deutschen und US-amerikanischen Fernmeldewesens werden die bis zum Aufbrechen der monopolistischen Marktstrukturen bestehenden Preissetzungsverfahren in der Telekommunikation beleuchtet. Dabei wird der Frage nachgegangen, durch wen und wie die Telefongebühren festgelegt wurden. Es werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der institutionellen Ausgestaltung der Preissetzungsverfahren in diesem seit jeher hochdynamischen Markt aufgezeigt.

Tewes, **Netze im Postdienstsektor,** Eine rechtlich-ökonomische Untersuchung von Aufbau und Struktur – zur Feststellung des Regulierungsbedarfs auf den deutschen Briefmärkten und zur wirkungsvollen Fortentwicklung des Postgesetzes, 2017, XXXI, 390 Seiten, Preis 84 €, Studien zum Regulierungsrecht; 9, ISBN 978-3-16-155201-4.

In dem Werk werden die Eigenheiten der postalischen Briefbeförderung und ihres gesetzlichen Ordnungsrahmens beleuchtet. Dabei wird unter Einbezug der Netzwirtschaften Energie, Telekommunikation und Eisenbahnen eine umfassende Netzablaufanalyse der Briefbeförderung vorgenommen und anhand dessen die neue Netzkategorie der Arbeitsprozessnetze entwickelt. Die umfangreichen ökonomischen und juristischen Untersuchungen haben das Ziel, die Ursachen der Wettbewerbsprobleme vor allem auf den Briefmärkten zu erforschen. Unter Einbezug aktueller Entwicklungen wird ein facettenreiches Bild des aktuellen Regulierungsbedarfs auf den Postmärkten erarbeitet und konkrete Reformvorschläge für das deutsche Postrecht werden angeboten.

Sommer, **Die Geschichte des Werkbegriffs im deutschen Urheberrecht,** 2017, XVIII, 295 Seiten, Preis 79 €, Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht; 130, ISBN 978-3-16-155507-7.

Über den urheberrechtlichen Werkbegriff herrscht bei Weitem keine Einigkeit, wie die Diskussion um einen „europäischen Werkbegriff" im Urheberrecht zeigt. In dem Werk

wird die historische Entwicklung der Werkbegriffe vom Literatururheberrechtsgesetz von 1871 bis zum einheitlichen Werkbegriff des Urheberrechtsgesetzes von 1965 untersucht. Die im Ausblick der Arbeit gewonnenen rechtshistorischen Erkenntnisse machen sie exemplarisch für die aktuelle Diskussion um den urheberrechtlichen Werkbegriff fruchtbar.

Kempny, **Verwaltungskontrolle,** Zur Systematisierung der Mittel zur Sicherung administrativer Rationalität unter besonderer Berücksichtigung der Gerichte und der Rechnungshöfe, 2017, XXIV, 344 Seiten, Preis 89 €, Jus Publicum; Beiträge zum Öffentlichen Recht; 267, ISBN 978-3-16-154945-8.

Der Begriff der Kontrolle ist in der rechts- und verwaltungswissenschaftlichen Diskussion gegenwärtig, aber seine Konturen sind unscharf. In dem Buch wird die Kontrolle der Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union untersucht und ihre Erscheinungsformen werden in rechtstheoretischer, rechtsdogmatischer und verwaltungswissenschaftlicher Hinsicht systematisiert. Jeweils unter einer von sieben Leitfragen wird zunächst der rechtstheoretische Zusammenhang ausgeleuchtet, sodann der Rechtsstoff dogmatisch aufgearbeitet und schließlich unter verwaltungswissenschaftlichem Blickwinkel gezeigt, inwieweit Kontrolle zur Herstellung und Sicherung administrativer Rationalität beitragen kann.

Schwind, **Netzwerke im Europäischen Verwaltungsrecht,** Ein Beitrag zu Theorie und Dogmatik der Behördenkooperation der EU, 2017, XXII, 375 Seiten, Preis 74 €, Beiträge zum Verwaltungsrecht; 4, ISBN 978-3-16-155620-3.

Die flexible, grenz- und ebenenüberschreitende Zusammenarbeit nationaler und europäischer Behörden scheint geeignet, das nicht selten defizitäre Vollzugshandeln der Mitgliedstaaten zu unterstützen und einen einheitlichen Vollzug im Unionsraum zu fördern. In dem Buch wird die Bedeutung des Netzwerkkonzepts aus der Sicht der Systemtheorie, Governancelehre und Steuerungswissenschaft untersucht und Risiken und Potenziale einer Verwendung des Netzwerks als Rechtsbegriff werden aufgezeigt. Das EU-Sekundärrecht wird auf Formen netzwerkartiger Behördenkooperation mit dem Ziel der Herausbildung von Grundbausteinen eines europäischen Netzwerkverständnisses analysiert.

Riegner, **Informationsverwaltungsrecht internationaler Institutionen,** Dargestellt am Entwicklungsverwaltungsrecht der Weltbank und Vereinten Nationen, 2017, XXI, 540 Seiten, Preis 114 €, Jus Internationale et Europaeum; 135, ISBN 978-3-16-155614-2.

Internationale Institutionen agieren und regieren durch Informationen und Wissen und geraten dabei durch ihre Informationsbeziehungen zu Staaten und Individuen in den Fokus politischer und rechtlicher Auseinandersetzungen. In dem Werk wird das Informationsverwaltungsrecht internationaler Institutionen konturiert, seine Genese untersucht und dogmatische Strukturen und Prinzipien werden entwickelt. Es wird ein rechtswissenschaftlicher Zugriff auf Global Governance vorgeschlagen, der das internationale Verwaltungsrecht nicht nur rechtssetzungs- und gerichtsbezogen, sondern auch informationsbasiert konzeptioniert. Die Arbeit wurde mit dem Promotionspreis der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Bibliotheksgesellschaft e. V. 2017 ausgezeichnet.

Leuschner, **Sicherheit als Grundsatz,** Eine grundrechtsdogmatische Rekonstruktion im Unionsrecht am Beispiel der Cybersicherheit, 2017, XVIII, 250 Seiten, Preis 64 €, Internet und Gesellschaft; 10, ISBN 978-3-16-155515-2.

Das Buch geht der Frage nach, wie Sicherheit grundrechtlich neu gedacht werden kann. Der EuGH hat in seinem Urteil zur Vorratsdatenspeicherung aus Art. 6 GRCh jüngst ein eigenständiges Grundrecht auf Sicherheit abgeleitet. Sicherheit erweist sich soziologisch und politologisch betrachtet als besonders aushandlungsbedürftiges Schutzgut. Vor diesem Hintergrund im Allgemeinen und mit Blick auf die Cybersicherheit im Besonderen wird die Idee von der Sicherheit als Inhalt grundrechtlicher Schutzansprüche im Unionsrecht kritisiert. Es werden die Widersprüche zu den unionsverfassungsrechtlichen Prinzipien der Demokratie und Gewaltenteilung aufgezeigt und hierzu eine grundrechtsdogmatische Alternative, der unionsrechtliche Sicherheitsgrundsatz als Grundsatz im Sinne des Art. 52 Abs. 5 GRCh, entwickelt.

Wendland, **Mediation und Zivilprozess,** Dogmatische Grundlagen einer allgemeinen Konfliktbehandlungslehre, 2017, XXVIII, 1093 Seiten, Preis 149 €, Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht; 143, ISBN 978-3-16-154129-2.

Die Mediation gewinnt in Wissenschaft und Praxis zunehmend an Bedeutung. Das Verhältnis zum Zivilprozess sowie ihr dogmatischer Standort sind noch weitgehend ungeklärt, ihre rechtsphilosophischen Grundlagen unbekanntes Terrain. Das Spannungsverhältnis mit den enthaltenen Widersprüchlichkeiten beider Verfahren, die in der gerichtsverbundenen Mediation aufeinandertreffen, wirft Fragen von grundsätzlicher dogmatischer Bedeutung auf. Indem die Zusammenhänge zwischen Mediation und der Goldenen Regel nachgewiesen werden, zeigt der Band Wege zu einer Dogmatik der alternativen Streitbeilegung auf.

Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart

Baetzgen, **Brand Design,** Strategien für die digitale Welt, IX, 402 Seiten, 2017, Preis 39,95 €, ISBN 978-3-7910-3917-6.

Bei Marken reichen inhaltliche und formale Konsistenz bei Design und Kommunikation in Zeiten von digitalen Medien nicht mehr aus um Kunden zu begeistern. Sie müssen ihr Repertoire erweitern und mit den Nutzern digitaler Medien in Interaktion treten, um sie für sich zu gewinnen. Das Buch zeigt, welche Herausforderungen und Möglichkeiten die digitale Welt bereithält und welche Strategien zum Erfolg führen. Es plädiert dafür, dass Marken Mut beweisen und aktuelle Entwicklungen und Trends einbeziehen, ohne sich zu sehr an die Ästhetik von Instagram und Snapchat anzugleichen, für eine Markenführung zwischen Tradition und Moderne.

Jaquemoth/Hufnagel, **Verbraucherpolitik,** Ein Lehrbuch mit Beispielen und Kontrollfragen, IX, 312 Seiten, 2018, Preis 24,95 €, ISBN 978-3-7910-3423-2.

Durch die Globalisierung und Digitalisierung der Konsum- und Lebenswelt ist die Verbraucherpolitik unentbehrlich. Diverse Bachelor- und Masterstudienprogramme sind in den letzten Jahren entstanden, die sich mit verbraucherpolitischen Fragestellungen befassen. Das Lehrbuch gibt anhand von zahlreichen leicht verständlichen Fallstudien und Anwendungen einen systematischen Überblick über Theorie und Praxis der Verbraucherpolitik.

Steiner/Bruns/Stöckl, **Wertpapiermanagement,** Professionelle Wertpapieranalyse und Portfoliostrukturierung, 11., überarbeitete Auflage, XXVI, 660 Seiten, 2017, Preis 39,95 €, ISBN 978-3-7910-3476-8.

Das Buch stellt eine umfassende Kapitalanlagekonzeption vor, zeigt u. a. wie Wertpapierportfolios zusammengestellt und Risiken beurteilt werden und bietet einen umfassenden und verständlichen Überblick zu dem Thema Wertpapiermanagement. Die Bereiche Aktien, Anleihen, Optionsscheine, zahlreiche Sonderformen sowie Terminmarktinstrumente werden eingehend behandelt. Die Neuauflage ist um Themen wie die Auswirkungen der Niedrigzinspolitik und den Handel mit Commodities (Warentermingeschäften) erweitert. Zahlreiche Rechenbeispiele, Grafiken sowie ein umfangreiches Stichwortverzeichnis ermöglichen den schnellen Zugriff auf alle Themen.

Ullah/Witt/Ortner/Hawliczek, **Erfolgsfaktor Sourcing,** Such- und Ansprachestrategien im World Wide Web, VII, 141 Seiten, 2017, Preis 39,95 €, ISBN 978-3-7910-3681-6.

Die Personalsuche erlebt einen Kulturwandel. Moderne Personaler müssen nicht nur Profis für Talentmanagement, sondern auch für Netzwerke, Foren und Blogs im Internet sein. Das Buch greift dies auf und erklärt anhand von Fallbeispielen aus der Praxis, wie sich erfolgreiche Suchstrategien aufbauen und Plattformen analytisch durchdringen lassen. Es prognostiziert, dass aktives Sourcing im Internet die zukunftsweisende Strategie ist und zeigt, warum und wie es sich umsetzen lässt. Das Recruiting der Zukunft steht im Zeichen von Virtual Reality und Big Data.

Baetge/Wollmert/Kirsch, **Rechnungslegung nach IFRS,** Kommentar auf der Grundlage des deutschen Bilanzrechts, 33. und 34. Lieferung, Stand Februar 2018, Loseblattwerk in 3 Ordnern, ca. 3900 Seiten, Preis inkl. Online-Zugang 249,95 €, ISBN 978-3-7910-3653-3.

Duncker & Humblot Verlag, Berlin

Bauer, **Soziale Netzwerke und strafprozessuale Ermittlungen,** 2018, 406 Seiten, Preis 89,90 €, Strafrechtliche Abhandlungen, Neue Folge; 281, ISBN 978-3-428-15235-3.

Soziale Netzwerke zählen zu den meistgenutzten Kommunikationsdiensten des Internets und sind unlängst in den Fokus der Strafverfolgungsbehörden gerückt. Die Arbeit hat es sich zum Ziel gesetzt, de lege lata und de lege ferenda die rechtlichen Herausforderungen zu bewältigen, welche soziale Netzwerke verfassungs- und strafprozessrechtlich aufwerfen. Der Zugriff auf öffentlich zugängliche Daten, verdeckte Ermittlungen und der Zugriff auf nicht öffentlich zugängliche Daten bilden den Kern dieser Abhandlung.

Hachmeister, **Internetbetrieb und Kartellrecht,** Unter besonderer Berücksichtigung des Vertriebskartellrechts, 2017, 234 Seiten, Preis 79,90 €, Schriften zum Bürgerlichen Recht; 474, ISBN 978-3-428-15172-1.

Der Internetvertrieb entwickelt sich rasant und schafft neue rechtliche Herausforderungen. Im Zentrum der Arbeit steht die rechtliche Einordnung von Internetvertriebsbeschränkungen wie Totalverbote, qualitative/quantitative Vorgaben, Doppelpreissysteme, Plattformverbote, Preisparitäts- und Bestpreisklauseln. Die Beschränkungen des Internetvertriebs, insbesondere für den Vertrieb von Luxusprodukten eingesetzt, u. a. auch der Stellenwert des Images werden näher beleuchtet. Die Arbeit gibt einen Ausblick, ob das allgemeine Kartellrecht an die sog. Distributionsrevolution angepasst werden muss, ein Paradigmenwechsel stattfinden sollte oder ein Sonderkartellrecht für den Internetvertrieb eingeführt werden muss.

Kim, **Umweltprüfungen als Vorsorgeinstrument,** Deutsch-koreanischer Rechtsvergleich, 2017, 412 Seiten, Preis 99,90 €, Studien zum vergleichenden Öffentlichen Recht; 1, ISBN 978-3-428-15205-6.

Die Umweltprüfungen haben eine Berücksichtigung von Umweltanliegen zum Ziel, um ein möglichst hohes Umweltschutzniveau zu erreichen. Der Fokus des Buchs ist auf die Strategische Umweltprüfung (SUP) gerichtet, die später als die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in das jeweilige nationale Recht integriert wurde. Die Arbeit beleuchtet Umweltprüfungen im deutschen und koreanischen Recht und formuliert mit Hilfe der rechtsvergleichenden Analyse rechtspolitische Reformüberlegungen für die Novellierung des deutschen und des koreanischen UVPG.

Kloepfer/Kluge, **Die tierschutzrechtliche Verbandsklage,** 2017, 127 Seiten, Preis 59,90 €, Schriften zum Umweltrecht; 186, ISBN 978-3-428-15258-2.

Der Tagungsband enthält Beiträge zu umweltrechtlichen Positionen zu einem tierschutzrechtlichen Verbandsklagerecht. Die Vorträge der Berliner Tagung vom Juni 2016 befassen sich mit rechtsphilosophischen Fragen der Tierschutzethik, rechtspolitischen und föderalen Erwägungen zu Regelungsbefugnissen für tierschutzrechtliche Verbandsklagerechte, Stellungnahmen zu aktuellen und praktischen Problemen im Bereich des Vollzugs des Tierschutzrechts sowie weiteren relevanten Fragestellungen aus Rechtspraxis und Wissenschaft wie z. B. das Tierschutzstrafrecht.

Bundesanzeiger Verlag, Köln

Deinert, **Die Haftung des Betreuers,** Ein Praxishandbuch, 3., überarbeitete Auflage 2018, XXIX, 492 Seiten, Preis 54 €, Familie, Betreuung, Soziales, ISBN 978-3-8462-0187-9.

Betreuer unterliegen zahlreichen Haftungsrisiken. Neben zivilrechtlichen Haftungstatbeständen wie z. B. im Bereich der Vermögensverwaltung, der Gesundheitssorge etc. können sie auch strafbewehrten Vorwürfen ausgesetzt sein. In dem Buch wird das Thema in allen Facetten verständlich und übersichtlich aufbereitet. Einschlägige Haftungsfälle werden mit wertvollen Hinweisen für die tägliche Praxis anschaulich dargestellt. Die Neuauflage

befindet sich auf dem neuesten Stand von Recht, Rechtsprechung und Literatur und enthält Muster für Anschreiben und Anträge.

Führer/Kober, **Schimmel und andere Schadfaktoren am Bau,** Chemische und physikalische Einflüsse, Schimmelpilze und Feuchtigkeit, Rechtsfragen bei Schadstoffeinwirkungen, 2018, 410 Seiten, Preis 56 €, ISBN 978-3-8462-0691-1.

Das Problem der Schimmelpilzbelastung erhält Vorschub durch die energieeinsparende immer dichtere Bebauung und die kürzeren Trocknungs-/Ausgasungszeiten der Bauteile beim schnelleren Bauen. Das Buch beschreibt die Behandlung innenraumhygienischer Gesichtspunkte tiefgehend und umfassend. Bei dem Thema „Innenraumhygiene" werden die Gesamtzusammenhänge beschrieben. Die fachübergreifende Betrachtung der Grundlagen wird sowohl unter praxisrelevanten technisch-wissenschaftlichen als auch (bau-)rechtlichen Gesichtspunkten dargestellt.

Konzak/Suhl, **Die neue Gewerbeabfallverordnung,** Neue Anforderungen an Recycling und Vorbehandlung von Gewerbe-, Bau- und Abbruchabfällen, 2018, 229 Seiten, Preis 34,80 €, Betrieb und Umwelt, ISBN 978-3-8462-0822-9.

Die neue Gewerbeabfallverordnung enthält zahlreiche neue Anforderungen und Pflichten für die Abfallerzeuger. Die getrennte Erfassung von Gewerbe- und Bauabfällen soll gestärkt werden, da sich sortenreine Abfallfraktionen besser recyceln lassen. Der kompakte und übersichtliche Band bietet einen Kurzüberblick für den Praktiker, konzentriert sich auf die Änderungen und hilft bei der Klärung wesentlicher Rechtsfragen und Probleme.

Gierschmann/Schlender/Stentzel/Veil, **Kommentar Datenschutz-Grundverordnung,** 2018, XXI, 1613 Seiten, Preis 149 €, Unternehmen und Wirtschaft, ISBN 978-3-8462-0638-6.

Der Kommentar diskutiert offen Auslegungsfragen, Wertungswidersprüche und Anwendungsprobleme der DS-GVO. Er macht praktikable Umsetzungsvorschläge und enthält Argumentationshilfen für die kommenden rechtlichen Auseinandersetzungen. Das Werk bietet eine verständliche Kommentierung eines sehr komplexen Verordnungstextes und erschließt das Regelungsgefüge vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte. Es gibt Orientierung im Hinblick auf das Zusammenspiel der Artikel mit der Vielzahl an Erwägungsgründen. Die aktuelle Rechtslage der am 25. Mai 2018 in Kraft tretenden neuen BDSG-Vorschriften ist bereits berücksichtigt. Diese werden im Kontext mit den relevanten Vorschriften der DS-GVO erläutert.

Kulartz/Opitz/Steding, **Vergabe von IT-Leistungen,** Fehlerfreie Ausschreibungen und rechtssichere Vertragsinhalte, 2., vollständig neu bearbeitete Auflage 2015, XIX, 323 Seiten, Preis 69 €, Praxisratgeber Vergaberecht, Vergabe, ISBN 978-3-89817-485-5.

Das Buch bietet einen praxisorientierten Überblick vom Vergabeverfahren bis zum Vertragsmanagement für IT-Leistungen und über die Rahmenbedingungen für die Leistungsbeschreibung von IT-Leistungen (z. B. zu Standardsoftware, technischen Normen und Zertifizierungen sowie Netzwerken und Systemen). Es widmet sich der systematischen Aufarbeitung der Entscheidungspraxis und behandelt die besonderen Fragen und Fallgestaltungen, die bei der Vergabe von komplexen technologischen Systemen und technischen Leistungen auftreten. Der Band hilft mit seiner konkreten Darstellung, die Stolpersteine und Gestaltungsmöglichkeiten, die in der Praxis auftretenden Probleme der Beschaffung von ITK-Produkten und Leistungen umfassend zu analysieren und sinnvollen Lösungen zuzuführen.

Plauth, **Die Rechtspflicht zur Transparenz im europäisierten Vergaberecht,** 2018, 210 Seiten, Preis 59 €, Schriftenreihe des forum vergabe e. V.; 60, ISBN 978-3-8462-0789-5.

Der Transparenzgrundsatz gehört zu den zentralen Grundsätzen des Vergaberechts und wird wesentlich durch europäisches Recht geprägt. Die inhaltliche Vielgestaltigkeit des Transparenzgrundsatzes ist vor allem durch seine Herleitung aus einem vielschichtigen Rechtsquellensystem bedingt. Zunächst wird in dem Buch der rechtsdogmatische Hintergrund des Transparenzgrundsatzes beleuchtet. Darauf aufbauend werden Grundlagen und Grenzen für die Ableitung konkreter Verhaltenspflichten aus dem allgemeinen Grundsatz herausgearbeitet. Die nationale und europäische Rechtsprechung wird dargestellt und kritisch analysiert. Das Werk ist auf dem neuesten Stand und berücksichtigt die Vergaberechtsreform 2016.

Bundesanzeiger Verlag, **Das große Vorsorge-Handbuch,** Vorsorgen mit System, 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2018, ca. 350 Seiten, Werk in einem Ordner, Preis 39,80 €, ISBN 978-3-8462-0846-5.

Der Ordner bietet eine unkomplizierte und durchdachte Organisationshilfe, deren Aufteilung in zehn Kapitel (meine Familie, unser Zuhause, wichtige Personen, Arbeit, Finanzen, sicher ins Alter, Gesundheit, Fahrzeug und Reisen, letzter Wille, Muster) es ermöglicht, Schritt für Schritt alle Lebensbereiche systematisch zu erfassen. In übersichtlichen Formularen können Fakten der privaten und rechtlichen Lebenssituation sowie der Vermögensumstände eingetragen werden. Weiterhin sind rechtssichere Vorlagen, mit denen nötige Verfügungen getroffen werden können, sowie eine fachkundige Einleitung mit wertvollen Tipps und Hinweisen zu jedem Kapitel enthalten.

Kahl/Schlüter, **Gefahrstoffrecht,** Materialien zur Einstufung und Kennzeichnung, Chemikaliengesetz, Gefahrstoffverordnung, Chemikalien-Verbotsverordnung, EG-Gesetzgebung, CLP-Verordnung, REACH-Verordnung, alle einschlägigen EG-Richtlinien, 34. und 35. Lieferung, Stand November 2017, Grundwerk mit ca. 1800 Seiten, einschl. 2 Ordnern, inkl. Daten-Download, Preis 168 €, ISBN 978-3-935064-24-8.

Buchwald/Mayrhofer, **Arzneimittelrecht,** Sammlung von amtlichen Veröffentlichungen zum Arzneimittelgesetz und zum EU-Arzneimittelrecht, Loseblattwerk, 116. Lieferung, Stand September 2017, Grundwerk mit ca. 2200 Seiten, Preis 158 €, ISBN 978-3-89817-352-6.

Springer Spektrum, Berlin u. a.

Behr/Seidensticker, **Einführung in die Chemie nachwachsender Rohstoffe,** Vorkommen, Konversion, Verwendung, 2018, XI, 392 Seiten, Preis 34,99 €, ISBN 978-3-662-55254-4.

Im Rahmen des Rohstoffwandels gewinnt die chemische Nutzung nachwachsender Rohstoffe immer mehr an Bedeutung. Das Lehrbuch führt in die industrielle Gewinnung und Verarbeitung natürlicher Ressourcen ein. Es ist in sechs große Themenbereiche (Fette und Öle, Kohlenhydrate, Lignin, Terpenoide, weitere Naturprodukte, Bioraffinerie) gegliedert, die in insgesamt 20 Kapitel unterteilt sind. Jedes Kapitel wird durch zehn kurze Testfragen ergänzt, die sich nach dem Durcharbeiten des Kapitels schnell lösen lassen; die Antworten stehen am Ende des Buches. Zu allen Kapiteln sind Literaturangaben vorhanden.

Biedermann/Ripperger, **Urban Gardening und Stadtentwicklung,** neue Orte für konflikthafte Aushandlungsprozesse um städtischen Raum, 2017, XIV, 220 Seiten, Preis 54,99 €, ISBN 978-3-658-18697-5.

Das Buch untersucht das Phänomen Urban Gardening unter Bezugnahme auf relevante Konzepte der Kritischen Stadtgeographie. Die widersprüchliche und ambivalente Raumproduktion in den Urban-Gardening-Projekten Frankfurter Garten und Hafengarten Offenbach wird davon ausgehend diskutiert. Die empirischen Ergebnisse geben über die Fallbeispiele hinaus einen Einblick in aktuelle Stadtentwicklungsprozesse.

Brasseur/Jacob/Schuck-Zöller, **Klimawandel in Deutschland,** Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven, 2017, XX, 348 Seiten, Preis 53,49 €, ISBN 978-3-662-50396-6.

Mit dem Buch liegt das Ergebnis einer ersten nationalen Untersuchung vor, die den Forschungsstand zum Klimawandel zum Thema hat, umfassend für alle Themenbereiche und gesellschaftlichen Sektoren: 126 Autoren aus ganz Deutschland äußern sich zu Themen wie bereits beobachtete und zukünftige Veränderungen, Wetterkatastrophen und deren Folgen. Das Werk soll die öffentliche Diskussion zum Thema Klimawandel, mit Blick auf deutsche Herausforderungen, vorantreiben. Der Titel ist als Buch und als eine Open-Access-Publikation frei verfügbar und erlaubt Forschern, Meinungsbildnern oder allen am Thema Interessierten einen kostenfreien elektronischen Zugang.

Fischer/Patzelt/Achrainer, **Gletscher im Wandel,** 125 Jahre Gletschermessdienst des Alpenvereins, 2018, XI, 139 Seiten, Preis 39,99 €, ISBN 978-3-662-55539-2.

In dem Buch wird der Umfang und das Ergebnis der Gletschermessungen seit der kleinen Eiszeit beschrieben und so der heutige Stellenwert der in den Ostalpen gemessenen Daten für die Klimaforschung verdeutlicht. Es werden frühe Forschungsleistungen des Alpenvereins, wie der Nachweis der Existenz der Eiszeiten oder die Entdeckung des Fließgesetzes für Gletschereis, vorgestellt. Österreichs größter Gletscher, die Pasterze im Glocknergebiet, ist ausführlich beschrieben. Spannende Blicke ins Archiv zeigen exemplarisch die Mechanismen und Auswirkungen des Gletscherrückgangs.

Meyer, **Ökologie mitteleuropäischer Flussauen,** 2017, VII, 162 Seiten, Preis 44,99 €, ISBN 978-3-662-55454-8.

Das Buch bietet einen fundierten Überblick über die geomorphologische Formung und vegetationsgeschichtliche Entstehung der mitteleuropäischen Auenlandschaften. Es behandelt mit einem interdisziplinären Ansatz die ökologischen Zusammenhänge von Auenbiotopen. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf der Darstellung der Lebensgemeinschaften und es wird die außerordentliche Biodiversität dieser stark bedrohten Lebensräume betont. Der Band vertritt einen wissenschaftlichen Anspruch in der Beschreibung der Tier- und Pflanzengemeinschaften in Auenbiotopen, verzichtet dabei aber nicht auf die Darstellung der Schönheit dieser Landschaften.

Springer Gabler, Springer DE, Berlin u. a.

Stark, **Korruptionsprävention,** klassische und ganzheitliche Ansätze, 2017, XIV, 161 Seiten, Preis 39,99 €, ISBN 978-3-658-06313-9.

Das Werk stellt personalwirtschaftliche und organisatorische Instrumente der Korruptionsprävention dar und untersucht sie auf ihre praktische Wirksamkeit. Es wird dabei vor allem auf die Probleme der Implementation und wirtschaftlichen Umsetzung eingegangen. Es geht darum, den Bezug einzelner Maßnahmen zu grundlegenden wissenschaftlichen Theorien und Erkenntnissen der jeweiligen Disziplinen herzustellen und die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Implementation der präventiven Maßnahmen zu klären.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern" www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern" ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern" entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN UND FÜR INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 7 **München, 30. Mai 2018** **31. Jahrgang**

Inhaltsübersicht

Datum Seite

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatsregierung

15.05.2018 1102-S
Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe (Antisemitismusbeauftragten-Bekanntmachung – AsemBBek) 402

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

24.04.2018 7815-L
Aufbewahrung und Archivierung von Flurbereinigungsunterlagen 403

04.04.2018 792-L
Aufhebung der Bekanntmachung über die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln der Jagdabgabe 404

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatskanzlei

20.04.2018 Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Portugiesischen Republik in München 405

Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration

26.04.2018 Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband 405

03.05.2018 Verbandssatzung des Zweckverbandes Bayerische Landschulheime – Träger öffentlicher Heimschulen in Bayern – Körperschaft des öffentlichen Rechts, München 406

III. Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen . . . . . entfällt

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibungen 411

Literaturhinweise 412

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

1102-S

Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe (Antisemitismusbeauftragten-Bekanntmachung – AsemBBek)

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung

vom 15. Mai 2018, Az. A II 3-G20/18-1

Auf Grund des Art. 43 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), die zuletzt durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642) geändert worden ist, macht die Bayerische Staatsregierung bekannt:

1. [1]Der Ministerpräsident beruft und entlässt eine Persönlichkeit zur Beratung und Unterstützung der Staatsregierung in Fragen der Förderung jüdischen Lebens, zur Bekämpfung des Antisemitismus sowie zur Pflege der Erinnerungskultur und des historischen Erbes (Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe – Antisemitismusbeauftragter). [2]Die Amtszeit des oder der Beauftragten endet außer mit Rücktritt oder Entlassung auch zum Ende einer Wahlperiode des Landtags.

2. [1]Der oder die Beauftragte ist ressortübergreifend tätig. [2]Er oder sie

   a) arbeitet hierzu mit allen Staatsministerien und der Staatskanzlei zusammen,

   b) regt Maßnahmen an und unterstützt bei Aufgaben, um das jüdische Leben in Bayern zu fördern und zu würdigen, um jede Form des Antisemitismus zu bekämpfen und präventiv entgegenzuwirken sowie die Erinnerungsarbeit und die Pflege des historischen Erbes zu stärken,

   c) soll bei allen Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen wichtigen Vorhaben der Staatsministerien eingebunden werden, soweit sie im Schwerpunkt thematisch einschlägige Fragen behandeln oder berühren.

3. Der oder die Beauftragte unterrichtet den Ministerrat mindestens einmal pro Legislaturperiode über die Ergebnisse seiner Beratungstätigkeit.

4. [1]Der oder die Beauftragte ist dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus zugeordnet, bei dem eine Geschäftsstelle eingerichtet wird. [2]Art. 55 der Verfassung bleibt unberührt. [3]Die für die Erfüllung der Aufgabe notwendigen Ausgaben richten sich nach Maßgabe des Staatshaushalts. [4]Die Tätigkeit des oder der Beauftragten ist ehrenamtlich.

5. [1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 8. Mai 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2023 außer Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Markus Söder

7815-L

Aufbewahrung und Archivierung von Flurbereinigungsunterlagen

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 24. April 2018, Az. E4-0245-1/36

Auf Grund des Art. 25 des Gesetzes zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes (AGFlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Februar 1994 (GVBl. S. 127, BayRS 7815-1-L), das zuletzt durch § 39 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (GVBl. S. 689) geändert worden ist, und Nr. 7.2 der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Aussonderung, Anbietung, Übernahme und Vernichtung von Unterlagen (Aussonderungsbekanntmachung – Aussond-Bek) vom 19. November 1991 (AllMBl. S. 884, StAnz. Nr. 48), die durch Bekanntmachung vom 6. November 2001 (AllMBl. S. 658, StAnz. Nr. 46) geändert worden ist, erlässt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst zur Aufbewahrung und Archivierung von Flurbereinigungsunterlagen folgende Bekanntmachung:

1. Grundsätze

1.1 Flurbereinigungsunterlagen sind die bei der Durchführung von Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) in der jeweils geltenden Fassung anfallenden Karten, Risse, Pläne, Niederschriften, Verzeichnisse, elektronischen Daten und das gesammelte Schriftgut.

1.2 [1]Keine Flurbereinigungsunterlagen im Sinne dieser Bekanntmachung sind Organisations- und Personalakten sowie sonstige Verwaltungsakten. [2]Diese sind dem zuständigen Staatsarchiv zum Zeitpunkt der Entbehrlichkeit gemäß den Bestimmungen der Aussond-Bek zur Übernahme anzubieten.

1.3 Die Abgabe von Flurbereinigungsunterlagen während der Laufzeit und zum Abschluss der Verfahren richtet sich nach den Vorschriften über die Zusammenarbeit mit den Behörden und Stellen, die an Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz mitwirken, nach der Verordnung über die Ämter für Ländliche Entwicklung (ALEV), nach den Arbeitshilfen und Vorschriften für die Ländliche Entwicklung in Bayern (AVLE) sowie nach dem Qualitätsmanagement der Verwaltung für Ländliche Entwicklung.

1.4 Diese Vorschrift regelt den Verbleib der nach der Schlussfeststellung (§ 149 FlurbG) und nach der Abgabe an mitwirkende Stellen noch vorhandenen Flurbereinigungsunterlagen sowie die Archivierung und Vernichtung von Daten.

2. Aufbewahrung

[1]Für jedes Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz sind die folgenden Unterlagen zu erhalten und dauernd aufzubewahren:

- Gebietskarte mit Änderungskarten und „Stand Ausführungsanordnung“,
- Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen mit Bescheid, Karte, Anlagen- und Maßnahmenverzeichnis sowie Erläuterungsbericht,
- Wertermittlungskarte,
- Flurbuch (Einlage),
- Bestandsblatt (Einlage),
- Bestandskarte,
- Verzeichnis der Flurstücke (Einlage) mit den Anteilen zu den Landabzügen bzw. Vorausleistungen,
- Zusammenstellung I,
- Abfindungskarte mit Änderungskarte,
- Textteil zum Flurbereinigungsplan,
- Auszüge aus dem Flurbereinigungsplan (Eigentümer-, Forderungs- und Abfindungsnachweis),
- Verzeichnis der Flurstücke mit den Anteilen zur Beitragspflicht (§ 19 FlurbG),
- Flurbuch,
- Förderanträge mit den begründenden Unterlagen (Bauentwurf etc.) und Schlussfinanzierung mit Verwendungsnachweis und Schlussbescheid, jedoch ohne Ausschreibungsunterlagen, ohne den damit verbundenen Schriftverkehr und ohne die Massenberechnungen,
- Dorferneuerungsplan,
- fortlaufende Niederschriften,
- Verfahrensakt mit Vollmachten, Bekanntmachungen und Ladungen.

[2]Die dauernde Aufbewahrung der oben beschriebenen Unterlagen ist auch für den Fall sicherzustellen, dass diese noch unter einer früheren Bezeichnung geführt oder in einem anderen Ordnungszustand verwahrt werden. [3]Dem zuständigen Staatsarchiv sind ferner Luftbild- und Kartenmaterialien zur Übernahme anzubieten, die als Hilfsmittel für die Durchführung der Flurbereinigung beschafft wurden (Luftbilder, Luftbildkarten, Luftbildauswertungen, Schrägaufnahmen, Flur- und Katasterkarten).

3. Vernichtung

3.1 Die auf Datenträgern gespeicherten Eigentümer- und Flurstücksdaten sind zu löschen, wenn diese zur Verfahrensdurchführung, für Auskunftszwecke oder zur Durchführung der Aussonderung und Archivierung nicht mehr benötigt werden.

3.2 Alle Flurbereinigungsunterlagen, die nicht unter den Nrn. 2 und 3.1 aufgeführt sind, dürfen fünf Jahre nach der Schlussfeststellung vernichtet werden, soweit nach anderen Vorschriften (zum Beispiel der Europäischen Union) keine längeren Aufbewahrungszeiten vorgeschrieben sind.

4. Abgabe

4.1 [1]Die Unterlagen nach Nr. 2 sind dem zuständigen Staatsarchiv jeweils gesammelt für mehrere Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz zuzuleiten. [2]Die Zuständigkeit der Staatsarchive bemisst sich nach der Lage der Flurbereinigungsgebiete in den Regierungsbezirken. [3]Demnach sind zuständig für

- Regierungsbezirk Oberbayern das Staatsarchiv München, Schönfeldstraße 3, 80539 München,
- Regierungsbezirk Niederbayern das Staatsarchiv Landshut, Schlachthofstraße 10, 84034 Landshut,
- Regierungsbezirk Oberpfalz das Staatsarchiv Amberg, Archivstraße 3, 92224 Amberg,

– Regierungsbezirk Oberfranken (ohne kreisfreie Stadt und Landkreis Coburg) das Staatsarchiv Bamberg, Hainstraße 39, 96047 Bamberg,

– kreisfreie Stadt und Landkreis Coburg das Staatsarchiv Coburg, Herrngasse 11, 96450 Coburg,

– Regierungsbezirk Mittelfranken das Staatsarchiv Nürnberg, Archivstraße 17, 90408 Nürnberg,

– Regierungsbezirk Unterfranken das Staatsarchiv Würzburg, Residenzplatz 2, Residenz-Nordflügel, 97070 Würzburg,

– Regierungsbezirk Schwaben das Staatsarchiv Augsburg, Salomon-Idler-Straße 2, 86159 Augsburg.

[4]Über das zur Abgabe vorgesehene Archivgut ist ein elektronisches Verzeichnis in Tabellenform zu übersenden, in dem die zur Abgabe vorgesehenen Unterlagen einzeln und unter Angabe der laufenden Nummer, des Aktenzeichens, des Betreffs, des Laufzeitanfangs und des Laufzeitendes aufgeführt sind (siehe Anlage 2 der Aussond-Bek). [5]Ergänzend ist das Datum der jeweiligen Schlussfeststellung anzugeben. [6]Zur Erleichterung von Nachforschungen bei den Staatsarchiven ist gleichzeitig mit dem Verzeichnis eine Zusammenstellung der Flurbereinigungsunterlagen, die während der Laufzeit und zum Abschluss des einzelnen Verfahrens für dauernd an andere Behörden abgegeben wurden (Nr. 1.3), zu übermitteln. [7]Die Anschrift der jeweiligen Behörde ist anzugeben.

4.2 [1]Die Entscheidung über die Vernichtungen nach Nr. 3 trifft das zuständige Amt für Ländliche Entwicklung. [2]Die Entscheidung über die Löschung zentraler Datenbestände trifft der Bereich Zentrale Aufgaben am Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern.

5. Schlussbestimmungen

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. Juni 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 31. Mai 2018 tritt die Bekanntmachung über die Aussonderung von Flurbereinigungsunterlagen vom 16. Juni 1986 (LMBl. S. 131) außer Kraft.

Hubert Bittlmayer
Ministerialdirektor

792-L

Aufhebung der Bekanntmachung über die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln der Jagdabgabe

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 4. April 2018, Az. F8-7904/291

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln der Jagdabgabe vom 4. Dezember 1992 (StAnz. Nr. 52/53) wird aufgehoben.
2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Februar 2017 in Kraft.

Hubert Bittlmayer
Ministerialdirektor

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Portugiesischen Republik in München

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 20. April 2018, Az. Prot 1092-11-24

Die Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Portugiesischen Republik in München hat sich wie folgt geändert:

Möhlstraße 6, 81675 München
Telefon: 0178 18893040
E-Mail: vs@consul-honorario.bayern

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 26. April 2018, Az. IB4-1517-8-46

Auf Grund des Art. 3 Abs. 1 Nr. 6 des Gesetzes über den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wird der Zweckverband Wasserversorgung Frankenwaldgruppe (Landkreis Kronach, Regierungsbezirk Oberfranken) mit Wirkung vom 1. Juni 2018 zum Mitglied des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands bestimmt.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

Verbandssatzung des Zweckverbandes Bayerische Landschulheime – Träger öffentlicher Heimschulen in Bayern – Körperschaft des öffentlichen Rechts, München

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 3. Mai 2018, Az. IB3-1444-2-2

Auf Grund des Beschlusses der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Bayerische Landschulheime – Träger öffentlicher Heimschulen in Bayern – Körperschaft des öffentlichen Rechts vom 1. März 2018 und der rechtsaufsichtlichen Genehmigung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration vom 3. Mai 2018 (Az. IB3-1444-2-2) wird die Verbandssatzung des Zweckverbandes Bayerische Landschulheime – Träger öffentlicher Heimschulen in Bayern – Körperschaft des öffentlichen Rechts in der Anlage neu bekannt gemacht.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

Anlage

Verbandssatzung des Zweckverbandes Bayerische Landschulheime – Träger öffentlicher Heimschulen in Bayern – Körperschaft des öffentlichen Rechts, München

in der Fassung der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration vom 3. Mai 2018 (AllMBl. S. 406)

Inhaltsübersicht

I. Allgemeine Vorschriften
§ 1 Rechtsstellung
§ 2 Verbandsmitglieder
§ 3 Austritt von Verbandsmitgliedern
§ 4 Räumlicher Wirkungsbereich
§ 5 Aufgaben und Befugnisse
§ 6 Aufsichtsbehörde und Bekanntmachungen

II. Verfassung und Verwaltung
§ 7 Verbandsorgane
§ 8 Zusammensetzung der Verbandsversammlung
§ 9 Einberufung der Verbandsversammlung, Beschlüsse und Wahlen
§ 10 Zuständigkeit der Verbandsversammlung
§ 11 Zusammensetzung des Verbandsausschusses
§ 12 Einberufung des Verbandsausschusses, Beschlüsse
§ 13 Zuständigkeit des Verbandsausschusses
§ 14 Der Verbandsvorsitzende
§ 15 Rechtsstellung und Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden
§ 16 Der Geschäftsleiter
§ 17 Rechtsstellung und Zuständigkeit des Geschäftsleiters

III. Verbandswirtschaft
§ 18 Deckung des Finanzbedarfs
§ 19 Verlustumlage
§ 20 Haushaltswirtschaft
§ 21 Kassen- und Rechnungswesen
§ 22 Anzuwendende Vorschriften

IV. Sonstiges
§ 23 Auflösung des Zweckverbandes
§ 24 Inkrafttreten

Hinweis:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1
Rechtsstellung

(1) Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband Bayerische Landschulheime – Träger öffentlicher Heimschulen in Bayern – Körperschaft des öffentlichen Rechts“.

(2) Er dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinn des Steuerrechts.

(3) Er hat seinen Sitz in München.

§ 2
Verbandsmitglieder

(1) Die Verbandsmitglieder sind

Freistaat Bayern	80	Anteile
Landeshauptstadt München	10	Anteile
Stadt Kelheim	5	Anteile
Landkreis Schweinfurt	15	Anteile
Stadt Gerolzhofen	10	Anteile
Stadt Volkach	10	Anteile
Markt Wiesentheid	15	Anteile
Landkreis Kelheim	16	Anteile
Stadt Mainburg	3	Anteile
Stadt Würzburg	1	Anteil
Bezirk Oberbayern	5	Anteile
Bezirk Niederbayern	5	Anteile
Bezirk Unterfranken	5	Anteile
Landkreis Traunstein	15	Anteile
Landkreis Starnberg	15	Anteile
Landkreis Kitzingen	15	Anteile
Markt Ebrach	2	Anteile
Gemeinde Berg	5	Anteile
Gemeinde Chieming	5	Anteile
Gemeinde Seeon-Seebruck	5	Anteile
	242	Anteile

(2) Jedes Verbandsmitglied ist zur Leistung eines Jahresbeitrags verpflichtet. Dieser beträgt je Anteil 260 € und ist am 1. März des jeweiligen Jahres zur Zahlung fällig.

(3) Auf Antrag können juristische Personen des öffentlichen Rechts als Verbandsmitglieder aufgenommen werden.

(4) Über die Aufnahme und ihre Bedingungen beschließt die Verbandsversammlung.

§ 3
Austritt von Verbandsmitgliedern

(1) Auf Antrag eines Verbandsmitgliedes entscheidet die Verbandsversammlung über seinen Austritt. Der Beschluss, mit dem dem Antrag entsprochen wird, bedarf einer Dreiviertelmehrheit der bei der Beschlussfassung vertretenen stimmberechtigten Stimmen, mindestens jedoch der Zweidrittelmehrheit der satzungsgemäßen Stimmen gemäß § 8 Abs. 2 sowie der Genehmigung der Aufsichtsbehörde; er bedarf einer Änderung der Verbandssatzung. Der Austritt kann nur zum Ende eines Rechnungsjahres erfolgen und ist spätestens drei Monate vor Ablauf des Rechnungsjahres schriftlich gegenüber dem Verband zu erklären.

(2) Dem ausscheidenden Verbandsmitglied steht wegen der besonderen realen Wertstellung des Vermögens eines Schulträgers kein Auseinandersetzungsguthaben zu. Für die Auseinandersetzung von Verbandsschulden gilt § 23 Abs. 2 Satz 3 entsprechend. Als Ausgleich für die nicht erfolgende Aktivvermögensauseinandersetzung mindert sich der gemäß § 23 ermittelte Anteil an den ungedeckten Verbindlichkeiten um 25 v. H. Dies gilt auch bei einer Kündigung der Verbandsmitgliedschaft aus wichtigem Grund nach Art. 44 Abs. 3 KommZG.

§ 4
Räumlicher Wirkungsbereich

Der räumliche Wirkungsbereich des Zweckverbandes umfasst die Gebiete der Landkreise, in denen Zweckverbandsschulen betrieben werden.

§ 5
Aufgaben und Befugnisse

(1) Der Zweckverband hat die Aufgabe, Heimschulen und Schülerheime zu errichten, zu betreiben und zu erhalten. Im Rahmen dieser Aufgabe können auch Externschüler mitbeschult werden. Externschüler im Sinn von Satz 2 sind alle vom Zweckverband beschulten Schüler, die nicht in der Heimschule bzw. im Schülerheim untergebracht sind.

(2) Der Zweckverband hat das Recht, über die Finanzierung der von ihm betriebenen Heimschulen und sonstigen Institute, insbesondere über die Erhebung von Gebühren und Beiträgen, Satzungen zu erlassen. Sein Recht, daneben bürgerlich-rechtliche Verträge abzuschließen, bleibt davon unberührt.

(3) Der Zweckverband legt die Bedingungen für die Beschulung von Externschülern fest. Hinsichtlich der Externschüler aus den Schulsitzlandkreisen geschieht dies in Form öffentlich-rechtlicher Verträge zwischen dem Zweckverband und den Schulsitzlandkreisen.

§ 6
Aufsichtsbehörde und Bekanntmachungen

(1) Aufsichtsbehörde des Zweckverbandes ist das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr.

(2) Satzungen und Verordnungen werden im Allgemeinen Ministerialblatt bekannt gemacht. Bekanntmachungen des Zweckverbandes werden im Bayerischen Staatsanzeiger veröffentlicht.

II. Verfassung und Verwaltung

§ 7
Verbandsorgane

Die Organe des Zweckverbandes sind

1. die Verbandsversammlung,
2. der Verbandsausschuss,
3. der Verbandsvorsitzende,
4. der Geschäftsleiter.

§ 8
Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus dem Verbandsvorsitzenden und den übrigen Verbandsräten. Jedes Verbandsmitglied entsendet einen Verbandsrat und benennt einen Stellvertreter sowie einen weiteren Stellvertreter.

(2) Jeder Verbandsrat hat so viele Stimmen, wie das von ihm vertretene Mitglied Anteile besitzt.

(3) Die Verbandsräte üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Sie erhalten Auslagenersatz bzw. Entschädigung im Rahmen einer gesonderten Entschädigungssatzung.

§ 9
Einberufung der Verbandsversammlung, Beschlüsse und Wahlen

(1) Die Verbandsversammlung ist vom Verbandsvorsitzenden einzuberufen, so oft die Geschäftslage es erfordert. Sie wird jährlich mindestens einmal einberufen. Sie muss einberufen werden, wenn Verbandsräte, welche zusammen wenigstens ein Drittel der gesamten Anteile der Verbandsmitglieder vertreten, die Einberufung schriftlich unter Angabe der Gründe beim Verbandsvorsitzenden beantragen. Die Einladung muss spätestens eine Woche vor der Sitzung unter Angabe der Tagesordnung zugehen. In dringenden Fällen kann der Verbandsvorsitzende die Frist bis auf 24 Stunden verkürzen. Falls die Verbandsversammlung auf besonderen Antrag einberufen wird, ist dies unter Angabe der Gründe in der Tagesordnung zu erwähnen.

(2) Den Vorsitz in der Verbandsversammlung führt der Verbandsvorsitzende, im Fall seiner Verhinderung sein Stellvertreter.

(3) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Verbandsräte ordnungsgemäß geladen sind und wenn mehr als die Hälfte der Stimmen vertreten und stimmberechtigt ist. Wird die Versammlung wegen Beschlussunfähigkeit, die nicht auf der persönlichen Beteiligung der Mehrheit der Verbandsräte beruht, innerhalb von vier Wochen zum zweitenmal zur Verhandlung über denselben Gegenstand einberufen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Auf diese Folge ist in der zweiten Einberufung ausdrücklich hinzuweisen.

(4) Ein Verbandsrat kann an Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn der Beschluss ihm selbst, seinem Ehegatten, seinem Lebenspartner, einem Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten Grad oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person des privaten Rechts einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. Gleiches gilt, wenn ein Verbandsrat in anderer als öffentlicher Eigenschaft sein Gutachten

abgegeben hat. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet die Verbandsversammlung ohne Mitwirkung des persönlich Beteiligten.

(5) Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Gesetz oder die Verbandssatzung nicht etwas anderes vorschreibt. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Es wird offen abgestimmt. Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

(6) Die von der Verbandsversammlung durchzuführenden Wahlen erfolgen geheim durch Abgabe von Stimmzetteln. Die Vorschriften über die persönliche Beteiligung gelten nicht. Gewählt ist wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

(7) Über die Verhandlungen in der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift zu führen, die alles Wesentliche enthalten muss. Die Führung dieser Niederschrift erfolgt unter der Verantwortung des Geschäftsleiters des Zweckverbandes. Die Niederschriften sind vom Verbandsvorsitzenden und vom Geschäftsleiter des Zweckverbandes oder dessen Beauftragten zu unterzeichnen. Die Niederschriften werden den Mitgliedern der Verbandsversammlung nach Ausfertigung zugestellt. Sie gelten als von diesen genehmigt, wenn binnen 14 Tagen nach erfolgter Zustellung nicht widersprochen wird. Im Fall eines Widerspruchs muss in der nächsten Verbandsversammlung über die erhobenen Einwendungen gegen die Niederschrift Beschluss gefasst werden.

§ 10
Zuständigkeit der Verbandsversammlung

(1) Der Beschlussfassung der Verbandsversammlung unterliegen alle grundsätzlichen Angelegenheiten des Verbandes, insbesondere die folgenden:

1. die Entscheidung über die Errichtung, wesentliche Erweiterungen und die Auflösung der den Verbandsaufgaben dienenden Einrichtungen;
2. die Beschlussfassung über den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung von Satzungen;
3. die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung, über die Nachtragshaushaltssatzungen, über Einwendungen gegen die Haushaltssatzung und die Nachtraghaushaltssatzungen sowie die Beschlussfassung über die Aufnahme von zusätzlichen Krediten während der vorläufigen Haushaltsführung;
4. die Beschlussfassung über den Finanzplan;
5. die Feststellung der Jahresrechnung oder des Jahresabschlusses und die Entlastung;
6. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter, die Bestellung der Mitglieder des Verbandsausschusses und die Festsetzung von Entschädigungen;
7. die Bildung, Besetzung und Auflösung weiterer Ausschüsse;
8. der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung der Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung;
9. die Beschlussfassung über die Änderung der Verbandssatzung, die Auflösung des Zweckverbandes und die Bestellung von Abwicklern;
10. die Bestellung des Geschäftsleiters;
11. die Festlegung der Bedingungen für die Beschulung von Externschülern sowie der Abschluss der entsprechenden öffentlich-rechtlichen Verträge mit den Schulsitzlandkreisen.

(2) Beschlüsse gemäß Abs. 1 Nrn. 2,3,9 (hier nur im Falle der Änderung der Verbandssatzung und dann auch nur im Falle der Änderung der Verbandsaufgabe) und 11 (hier nur im Falle des § 5 Abs. 3 Satz 2) bedürfen einer Dreiviertelmehrheit der bei der Beschlussfassung vertretenen stimmberechtigten Stimmen, mindestens jedoch der Zweidrittelmehrheit der satzungsgemäßen Stimmen gemäß § 8 Abs. 2.

(3) Die Zuständigkeit der Verbandsversammlung gemäß Art. 38 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 KommZG wird dem Verbandsausschuss übertragen.

§ 11
Zusammensetzung des Verbandsausschusses

(1) Mitglieder des Verbandsausschusses sind

1. der Verbandsvorsitzende,
2. der vom Freistaat Bayern entsandte Verbandsrat,
3. die von den Schulsitzlandkreisen entsandten Verbandsräte,
4. zwei weitere Verbandsräte.

Die weiteren Verbandsräte werden von der Verbandsversammlung auf die Dauer von drei Jahren bestellt. Ihr Amt endet unabhängig von der Dauer der Bestellung mit der Beendigung des Amtes als Verbandsrat.

(2) Die Mitglieder des Verbandsausschusses gemäß Abs. 1 Nr. 1 mit Nr. 3 werden durch ihre amtlichen Vertreter bzw. durch ihre vom entsendenden Verbandsmitglied gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2 benannten Stellvertreter vertreten. Für die weiteren Mitglieder im Verbandsausschuss gemäß Abs. 1 Nr. 4 bestellt die Verbandsversammlung aus der Mitte der Verbandsräte je einen Stellvertreter sowie einen weiteren Stellvertreter.

(3) Wird ein weiterer Verbandsrat gemäß Abs. 1 Nr. 4, ein Stellvertreter oder ein weiterer Stellvertreter gemäß Abs. 2 Satz 2 während des Laufs der dreijährigen Amtsdauer bestellt, so endet seine Amtszeit mit der Amtszeit der übrigen.

(4) Jedes Mitglied des Verbandsausschusses hat unabhängig von der Zahl der Anteile, welche das von ihm gemäß § 8 Abs. 1 vertretene Mitglied besitzt, eine Stimme.

(5) § 8 Abs. 3 gilt auch für die Mitglieder des Verbandsausschusses.

§ 12
Einberufung des Verbandsausschusses, Beschlüsse

(1) Der Verbandsausschuss ist vom Verbandsvorsitzenden einzuberufen, so oft die Geschäftslage es erfordert. Er muss einberufen werden, wenn zwei ordentliche Mitglieder des Verbandsausschusses dies beim Verbandsvorsitzenden beantragen. Die Einladung hat spätestens eine Woche vor der Sitzung unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. In dringenden Fällen kann der Verbandsvorsitzende die Frist bis auf 24 Stunden verkürzen.

(2) Den Vorsitz im Verbandsauschuss führt der Verbandsvorsitzende, im Fall seiner Verhinderung sein Stellvertreter.

(3) Der Verbandsausschuss ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder des Verbandsausschusses ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit anwesend und stimmberechtigt ist.

(4) § 9 Abs. 4 gilt für die Mitglieder des Verbandsausschusses entsprechend.

(5) Für Beschlüsse im Verbandsausschuss gilt § 9 Abs. 5 entsprechend.

(6) § 9 Abs. 7 gilt für die Sitzungen des Verbandsausschusses entsprechend.

§ 13
Zuständigkeit des Verbandsausschusses

Der Verbandsausschuss ist zur Beschlussfassung über alle Angelegenheiten zuständig, welche nicht der Zuständigkeit der Verbandsversammlung vorbehalten sind und welche nicht unmittelbar in die Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden oder des Geschäftsleiters fallen.

§ 14
Der Verbandsvorsitzende

(1) Die Verbandsführung des Zweckverbandes wird gebildet vom Verbandsvorsitzenden und drei Stellvertretern. Der Verbandsvorsitzende und seine drei Stellvertreter sind die geborenen Verbandsräte der mit einem Schulsitz beteiligten Landkreise (Kitzingen, Schweinfurt, Starnberg, Traunstein). Art. 35 Abs. 1 und 2 KommZG finden keine Anwendung.

(2) Der Verbandsvorsitzende und seine drei Stellvertreter lösen sich jährlich in der Amtsführung in Form eines roulierenden Systems in der Reihenfolge Kitzingen, Traunstein, Schweinfurt, Starnberg ab; erstmals mit Wirkung zum 10.07.2008 mit Verbandsvorsitz: Kitzingen, erster Stellvertreter: Traunstein, zweiter Stellvertreter: Schweinfurt, dritter Stellvertreter: Starnberg. Sodann rücken die Stellvertreter jeweils zum 01.07. des Jahres in der Reihenfolge gemäß Satz 1 nach.

(3) Der Verbandsvorsitzende und seine Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig. Der Verbandsvorsitzende und sein erster Stellvertreter haben Anspruch auf Aufwandsentschädigung. Diese ist in einer gesonderten Entschädigungssatzung zu regeln.

§ 15
Rechtsstellung und Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband nach außen.

(2) Der Verbandsvorsitzende führt den Vorsitz in der Verbandsversammlung und im Verbandsausschuss.

(3) Der Verbandsvorsitzende vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verbandsausschusses. Diese Zuständigkeit kann die Verbandsversammlung dem Geschäftsleiter durch Beschluss mit Zustimmung des Verbandsvorsitzenden zur selbstständigen Erledigung übertragen. Der Verbandsvorsitzende kann einzelne seiner Befugnisse seinen Stellvertretern und in Angelegenheiten der laufenden Verwaltung dem Geschäftsleiter übertragen.

(4) Der Verbandsvorsitzende ist zuständig für die Entscheidung in Personalangelegenheiten gemäß Art. 38 Abs. 2 KommZG. Er kann einzelne seiner Befugnisse seinen Stellvertretern und in Angelegenheiten der laufenden Verwaltung dem Geschäftsleiter übertragen.

§ 16
Der Geschäftsleiter

Der Geschäftsleiter und sein ständiger Vertreter werden durch Beschluss von der Verbandsversammlung bestellt. Sie sollen in der Regel in das Beamtenverhältnis berufen werden.

§ 17
Rechtsstellung und Zuständigkeit des Geschäftsleiters

(1) Der Geschäftsleiter führt die Geschäftsstelle des Zweckverbandes

(2) Der Geschäftsleiter ist zuständig für Angelegenheiten, die ihm die Verbandsversammlung mit Zustimmung des Verbandsvorsitzenden gemäß § 15 Abs. 3 Satz 2 zur selbstständigen Erledigung übertragen hat. Insoweit ist er zur Vertretung des Zweckverbands nach außen berechtigt.

(3) Der Geschäftsleiter übt die Befugnisse aus, die ihm der Verbandsvorsitzende gemäß § 15 Abs. 3 Satz 3 und Abs. 4 Satz 2 übertragen hat.

(4) Der Geschäftsleiter ist Dienststellenleiter im Sinn des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes.

(5) Er sowie sein ständiger Stellvertreter nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung und des Verbandsausschusses beratend teil. Art. 33 Abs. 4 KommZG gilt entsprechend.

III. Verbandswirtschaft

§ 18
Deckung des Finanzbedarfs

(1) Die Kosten des Verbandes werden aus den Einnahmen gedeckt.

(2) Die Einnahmen setzen sich insbesondere wie folgt zusammen:

1. aus den Jahresbeiträgen der Verbandsmitglieder;
2. aus den Zuwendungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie Zuwendungen von Vereinigungen oder Einzelpersonen;
3. aus den Einnahmen der Verbandseinrichtungen.

§ 19
Verlustumlage

(1) Von den zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben des Zweckverbandes benötigten Mitteln, welche aus Mitteln nach § 18 Abs. 2 nicht gedeckt sind, trägt der Freistaat Bayern 85 v. H. Darauf wird sein Jahresbeitrag gemäß § 2 Abs. 2 angerechnet.

(2) Den Restbetrag von 15 v. H. tragen die Mitgliedslandkreise, in deren Gebiet sich Zweckverbandsschulen befinden, im Wege der Umlage gemäß Art. 42 KommZG. Umlegungsschlüssel ist das Verhältnis der Anzahl der Externschüler gemäß § 5 aus dem jeweiligen Landkreisgebiet zur Gesamtzahl der Externschüler gemäß § 5 aus den vier Landkreisen, die am 01.10. des jeweili-

gen Rechnungsjahres eine Zweckverbandsschule besuchen. Maßgebend ist jeweils der gewöhnliche Aufenthalt im Sinn von § 10 SchulFG.

(3) Die Höhe der Umlage ist in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr festzusetzen. Der Zweckverband erhebt angemessene Abschlagszahlungen.

§ 20
Haushaltswirtschaft

(1) Das Haushaltsjahr des Zweckverbandes ist das Kalenderjahr.

(2) Der Verbandsvorsitzende gibt den Entwurf der Haushaltssatzung und den Entwurf des Haushaltsplans rechtzeitig, jedoch mindestens einen Monat vor dem Beschluss über die Haushaltssatzung den Verbandsmitgliedern bekannt. Die Verbandsversammlung beschließt über die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen in öffentlicher Sitzung.

§ 21
Kassen- und Rechnungswesen

(1) Die Jahresrechnung ist der Verbandsversammlung innerhalb der Frist des Art. 102 Abs. 2 GO vorzulegen.

(2) Die Verbandsversammlung bildet aus ihrer Mitte einen Rechnungsprüfungsausschuss, der aus drei Mitgliedern besteht, und bestimmt ein Ausschussmitglied zum Vorsitzenden des Ausschusses. Weiterhin werden ein Stellvertreter des Vorsitzenden und zwei stellvertretende Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses bestellt. Der Vorsitzende des Ausschusses beruft den Prüfungsausschuss ein. Zur Prüfung können Sachverständige hinzugezogen werden.

(3) Nach Durchführung der örtlichen Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss gemäß Abs. 2 und Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten stellt die Verbandsversammlung die Jahresrechnung in öffentlicher Sitzung alsbald fest und beschließt über die Entlastung des Verbandsvorsitzenden und des Geschäftsleiters.

§ 22
Anzuwendende Vorschriften

Für die Zweckverbandswirtschaft gelten die Vorschriften des KommZG über die Verbandswirtschaft, hilfsweise die Vorschriften über die Gemeindewirtschaft.

IV. Sonstiges

§ 23
Auflösung des Zweckverbandes

(1) Die Auflösung des Zweckverbandes bedarf der Zustimmung aller Verbandsmitglieder und der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Bei Auflösung des Verbandes findet eine Auseinandersetzung über dessen Vermögen und Verbindlichkeiten statt. Die Auseinandersetzung wird durch die Verbandsversammlung vorgenommen, wenn diese nicht besondere Abwickler bestellt. Das Vermögen oder die ungedeckten Verbindlichkeiten werden unter den Verbandsmitgliedern im Verhältnis der Mitgliedsleistungen (d. h. des Jahresbeitrages gemäß § 2 Abs. 2 und der Verlustumlagen gemäß § 19 Abs. 1 und Abs. 2) aufgeteilt, die sie in den letzten fünf Rechnungsjahren vor der Auflösung erbracht haben.

(3) Wollen einzelne Verbandsmitglieder die in ihrem Gebiet gelegenen Heimschulen übernehmen, so soll dem nach Sachlage entsprochen werden. Die Dienstkräfte dieser Heimschulen sind von dem Verbandsmitglied mit ihren bisherigen Rechten und Anwartschaften zu übernehmen. Das gleiche gilt für die Versorgungslasten für die Beamten und Arbeitnehmer, die an diesen Heimschulen vor der Versetzung in den Ruhestand oder dem Ausscheiden aus dem Dienst tätig gewesen sind, sowie für die Versorgungslasten für die Hinterbliebenen dieser Beamten und Arbeitnehmer.

(4) Heimschulen, die von den einzelnen Verbandsmitgliedern nicht übernommen werden, sind, soweit irgendwie möglich, einem anderen Träger zuzuführen; Abs. 3 Sätze 2 und 3 gilt sinngemäß. Heimschulen, die weder von den Verbandsmitgliedern noch von einem anderen Träger übernommen werden, sind aufzulösen.

(5) Wird unter den Verbandsmitgliedern keine Einigung über die Übernahme der Beamten und unkündbaren Arbeitnehmer der Verbandsverwaltung und der aufzulösenden Heimschulen und über die Verteilung der Versorgungslasten für die früheren Dienstkräfte der Verbandsverwaltung und der aufzulösenden Heimschulen sowie über die Verteilung der Versorgungslasten für die Hinterbliebenen dieser Dienstkräfte erzielt, wird der Verband zum Zweck der Aufbringung der Dienst- und Versorgungsbezüge dieser Beamten und Arbeitnehmer und ihrer Hinterbliebenen fortgeführt. Die Verbandsmitglieder haben die entsprechenden Aufwendungen nach den in Abs. 2 Satz 3 angegebenen Verhältnissen zu tragen.

§ 24
Inkrafttreten

Diese Verbandssatzung tritt am Tag nach der amtlichen Bekanntmachung im Allgemeinen Ministerialblatt (AllMBl.) in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung in der Fassung der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 13. März 2008 (AllMBl. S. 221) außer Kraft.

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibungen

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit sind in nächster Zeit zu besetzen:

1. Die Stelle **der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichts München** (Besoldungsgruppe R 3)

   Es können nur Bewerberinnen/Bewerber berücksichtigt werden, die über eine verwaltungsrichterliche Berufserfahrung von mindestens drei Jahren und Erfahrung als Juristin/Jurist in der öffentlichen Verwaltung verfügen.

   Vorrangig werden Bewerberinnen/Bewerber berücksichtigt, die zudem über eine ausreichend lange Berufserfahrung

   – von mindestens zwei Jahren als Richterin/Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (oder einem Oberverwaltungsgericht) oder
   – von mindestens zwei Jahren als Juristin/Jurist in der Ministerialverwaltung (oder einer vergleichbaren Verwaltung auf europäischer/internationaler Ebene) oder
   – von mindestens zwei Jahren als Juristin/Jurist am Bundesverfassungsgericht oder Bundesverwaltungsgericht (oder einem anderen obersten Gerichtshof des Bundes oder einem vergleichbaren Gericht auf europäischer/internationaler Ebene)

   verfügen.

2. Eine oder mehr Stellen **einer Vorsitzenden Richterin/eines Vorsitzenden Richters am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof** (Besoldungsgruppe R 3)

   Es wird darauf hingewiesen, dass die Stellen voraussichtlich bei den Senaten in München zu besetzen sind.

   Es können nur Bewerberinnen/Bewerber berücksichtigt werden, die bereits eine ausreichend lange Berufserfahrung (mindestens drei Jahre) als Richterin/Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof haben.

   Bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung werden die Bewerberinnen/Bewerber bevorzugt berücksichtigt, die über eine ausreichend lange Berufserfahrung als Juristin/Jurist in der Ministerialverwaltung, am Bundesverfassungsgericht, am Bundesverwaltungsgericht oder einer vergleichbaren Institution auf europäischer/internationaler Ebene verfügen.

3. Eine oder mehr Stellen **einer Richterin/eines Richters am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof** (Besoldungsgruppe R 2)

   Es wird darauf hingewiesen, dass die Stellen voraussichtlich bei den Senaten in München zu besetzen sind.

   Es können nur Bewerberinnen/Bewerber berücksichtigt werden, die bereits über hinreichende verwaltungsrichterliche Berufserfahrung verfügen.

   Bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung werden die Bewerberinnen/Bewerber bevorzugt berücksichtigt, die über eine ausreichend lange Berufserfahrung als Juristin/Jurist in der Ministerialverwaltung, am Bundesverfassungsgericht, am Bundesverwaltungsgericht oder einer vergleichbaren Institution auf europäischer/internationaler Ebene verfügen.

Bewerbungen um diese Stellen sind bis **8. Juni 2018** auf dem Dienstweg beim Bayerischen Staatsministerium des Innern und für Integration einzureichen.

Die Bewerbung von Frauen wird begrüßt (Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber im Sinne von § 2 Abs. 2 SGB IX werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

✶

Die Stelle **der Präsidentin/des Präsidenten des Sozialgerichts Würzburg** (BesGr R 3) ist demnächst neu zu besetzen.

Bis zum **19. Juni 2018** können auf dem Dienstweg Bewerbungen bei der Präsidentin des Bayerischen Landessozialgerichts eingereicht werden.

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht (Art. 2 Abs. 1, Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Auf das Antragsrecht zur Beteiligung der/des Gleichstellungsbeauftragten (Art. 18 Abs. 3 Satz 2 BayGlG) wird hingewiesen. Die Stelle ist aufgrund der besonderen Aufgabenstellung und der Amtsgebundenheit dieser Leitungsfunktion nicht teilzeitfähig.

Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Literaturhinweise

Springer Gabler, Springer DE, Berlin u. a.

Gutzmer, **Marken in der Smart City,** wie die Cyber-Urbanisierung das Marketing verändert, 2018, VII, 156 Seiten, Preis 34,99 €, ISBN 978-3-658-19138-2.

Das Buch zeigt, welche neuen Chancen sich durch die Digitalisierung und die momentan entstehenden Smart Cities für das Marketing ergeben. Für Marketing und Markenführung bringt die digitale Erschließung der Stadt zwei zentrale Herausforderungen, nämlich wie der Informations-Reichtum des urbanen Raumes zu neuen, kreativen Markenansätzen inspirieren kann und wie das die Idee der Marken-Positionierung und -Kommunikation insgesamt langfristig verändern wird. Der Band liefert Ideen, wie der urbane Raum als Resonanzfläche in Kampagnen integriert werden kann.

Heuermann/Tomenendal/Bressem, **Digitalisierung in Bund, Ländern und Gemeinden,** IT-Organisation, Management und Empfehlungen, 2018, XVI, 335 Seiten, Preis 49,99 €, ISBN 978-3-662-54097-8.

Das Buch stellt die Gesamtsituation des IT-Managements der Digitalisierung im öffentlichen Bereich Deutschlands vor. Die Digitalisierung spielt aufgrund ihrer Schlüsselfunktion für die Verbesserungen in der Verwaltung selbst, aber auch der möglichen innovativen Impulse für unsere Gesellschaft eine sehr wichtige Rolle in Politik und Verwaltungsmanagement. Der Band beschreibt systematisch alle Digitalisierungsaspekte im öffentlichen Bereich und analysiert Trends und Wirkungen der Digitalisierung auf Bund, Länder und Kommunen.

Springer VS, Springer DE, Wiesbaden

Anheier/Förster/Mangold/Striebing, **Stiftungen in Deutschland,** 2017.

Deutschland zeichnet sich durch ein stark gewachsenes und vielfältiges Stiftungswesen aus. Je nach Stiftungstyp üben Stiftungen unterschiedliche Rollen aus und leisten spezifische Beiträge, die jeweils andere Handlungsempfehlungen nahelegen. Eine Forschungsgruppe der Hertie School of Governance und des Centre for Social Investment der Universität Heidelberg hat in einem mehrjährigen Projekt das deutsche Stiftungswesen systematisch und auf Grundlage einer breiten empirischen Basis untersucht.

Band 1 Eine Verortung, XIV, 268 Seiten, ISBN 978-3-658-13368-9.

Auf Grundlage einer umfangreichen Datenbasis wurde, im bisher größten Forschungsprojekt zum deutschen Stiftungswesen, eine Einschätzung der Rollen, Positionierungen und Beiträge deutscher Stiftungen vorgenommen. Der Band zeigt Wirklichkeit und Potenzial der deutschen Stiftungslandschaft auf und bietet einen Überblick über ein schnell wachsendes, aufstrebendes Feld.

Band 2 Wirkungsfelder, XIV, 401 Seiten, ISBN 978-3-658-11750-4.

Dieser Teil befasst sich mit den Wirkungsfeldern deutscher Stiftungen und geht auf ihre Rolle, Position und ihren Beitrag in Deutschland ein. Viele Stiftungen sehen sich als eigenständige innovative Kraft, andere als Förderer der Zivilgesellschaft oder als karitative Einrichtungen. Es wird analysiert, ob Stiftungen staatliches Handeln ersetzen, welche Rollen sie verfolgen und was ihr gesellschaftlicher Beitrag ist.

Band 3 Portaits und Themen, VIII, 179 Seiten, ISBN 978-3-658-13383-2.

Der Band widmet sich den deutschen Stiftungen in der internationalen Perspektive. Er stellt die Vielfalt der deutschen Stiftungslandschaft vor, behandelt typische Stärken und Schwächen verschiedener Stiftungstypen und geht auf ausgewählte Themen wie strategische Philanthropie, Advocacy, Vergleich Stiftungen in Ost- und Westdeutschland sowie Internationales ein.

Baur, **Die Legitimität von Stiftungen im Handlungsfeld Umwelt,** Verständnis und Praktiken, 2018, 361 Seiten, Preis 49,99 €, Studien der NRW School of Governance, ISBN 978-3-658-18719-4.

Die Untersuchung behandelt inwiefern praktisches und in die Gesellschaft hineinwirkendes Handeln privater Akteure einer besonderen Legitimation bedarf und inwiefern Stiftungen eine Legitimitätspolitik verfolgen. Um Steuerungswissen zum Legitimitätsmanagement von Stiftungen zu analysieren, wird handlungstheoretische Perspektive eingenommen. Es wird u. a. anhand einer Kategorisierung von Stiftungstypen aufgezeigt, wie sich Stiftungen aus dem Bereich der Politikberatung von solchen, die sich von Themenanwaltschaft distanzieren, in ihren angewendeten Praktiken unterscheiden.

Kühne/Weber, **Bausteine der Energiewende,** 2018, IX, 772 Seiten, Preis 99,99 €, RaumFragen: Stadt, Region, Landschaft, ISBN 978-3-658-19508-3.

Mit dem Ausstieg aus der Kernkraft und dem Ausbau erneuerbarer Energien verändert die Energiewende in Deutschland in weitreichender Weise bisherige Strukturen der Energieversorgung und wirkt sich dabei räumlich stark aus. Einige der physisch sichtbaren Manifestationen stellen Biomasse-, Windkraft- und Photovoltaikanlagen sowie neue Stromtrassen dar. Diese Entwicklungsprozesse führen aber auch immer wieder zu Konflikten. Das Buch gibt Einblicke in unterschiedliche Facetten, unterschiedliche Bausteine der Energiewende und ordnet diese ein.

Wolf/Graeff, **Korruptionsbekämpfung vermitteln,** Didaktische, ethische und inhaltliche Aspekte in Lehre, Unterricht und Weiterbildung, 2018, XIII, 306 Seiten, Preis 29,99 €, ISBN 978-3-658-19015-6.

Der Band widmet sich der Vermittlung von Kompetenzen und Wissen zu den Themen Korruption und Korruptionsbekämpfung in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen und Wissenschaftsdisziplinen. Er behandelt übergreifende methodische, empirische und theoretische Themen ebenso wie verschiedene Anwendungsfelder und Veranstaltungsformate. Die Bereiche Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft werden praxisnah angesprochen.

Springer Vieweg, Springer Fachmedien, Wiesbaden

Ghaib, **Das Power-to-Methane-Konzept,** von den Grundlagen zum gesamten System, 2017, IX, 47 Seiten, Preis 9,99 €, essentials, ISBN 978-3-658-19725-4.

Der Band stellt die technischen Aspekte des Power-to-Methane-Konzeptes vor und geht auf die einzelnen Glieder der Prozesskette ein, bevor einige Power-to-Methane-Konzept-Anlagen gezeigt werden.

Schumann/Mitschang, **Luftbildeinsatz in der ländlichen Bodenordnung,** ein Praxisbeispiel aus Rheinland-Pfalz, 2018, IX, 25 Seiten, Preis 9,99 €, essentials, ISBN 978-3-658-19859-6.

Der Band stellt die Bedeutung der Luftbilder für die Planung von Landesentwicklungsmaßnahmen dar. Luftbilder werden für unterschiedliche Zwecke seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts eingesetzt, wobei sich die Qualität der Aufnahmen sowie Auswertungsmöglichkeiten verändert haben.

Hau, **Windkraftanlagen,** Grundlagen, Technik, Einsatz, Wirtschaftlichkeit, 2016, XXII, 996 Seiten, Preis 199,99 €, ISBN 978-3-662-53153-2.

In dem bewährten Handbuch wird die Technologie moderner Windkraftanlagen systematisch und umfassend behandelt. Nach einem Abriss der historischen Entwicklung der Windenergietechnik werden die physikalisch-technischen Grundlagen der Windenergiewandlung, der konstruktive Aufbau, die Einsatzkonzeptionen und Betriebseigenschaften der Windkraftanlagen, ihre Umweltverträglichkeit sowie die Wirtschaftlichkeit der Stromerzeugung aus Windenergie analysiert und an konkreten Beispielen dargestellt. Durch die ingenieurwissenschaftliche Tätigkeit des Autors wird die Summe seiner Erfahrungen, ausgehend von der Entwicklung von Windkraftanlagen bis zur Planung und Finanzierung von Projekten auf dem Gebiet der Windenergienutzung in den letzten Jahren, in dem Werk vereint. Die Inhalte sind so dargestellt, dass sich auch, obwohl es sich in erster Linie an Fachleute wendet, interessierte Laien in die Materie einarbeiten können. Die Neuauflage befindet sich auf dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik.

Kranert, **Einführung in die Kreislaufwirtschaft,** 5. Auflage 2017, XXII, 832 Seiten, Preis 49,99 €, ISBN 978-3-8348-1837-9.

Das Buch bietet einen Überblick auf dem neuesten Stand zu Ressourcen- und Klimaschutz durch Kreislaufwirtschaft und zur Verwertung von Altprodukten und Altstoffen (inkl. Papier, LVP, Glas, Metall, RDF, Elektronikschrott und seltene Metalle). Im Kapitel Aufbereitung fester Abfallstoffe werden Schredder- und Zerkleinerungstechnik behandelt. Zahlreiche Kontroll- und Übungsaufgaben befinden sich am Ende des jeweiligen Kapitels. Weiterhin sind aktuelle Entwicklungen, unter anderem aus der abfallwirtschaftlichen Planung, dem Umweltmanagement und der betrieblichen Abfallwirtschaft, enthalten. Ein umfassendes Glossar mit Erläuterungen zu den Fachbegriffen sowie ergänzende Tabellen runden das Lehrbuch ab.

Nordhues, **Die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV 2017),** Wortlaut, Begründung, Synopse, AwSV und Muster-VAwS, 2017, XI, 349 Seiten, Preis 49,99 €, ISBN 978-3-658-06670-3.

Das Buch ist in die drei Abschnitte Verordnungstext, Begründung, Synopse gegliedert. Im ersten Abschnitt befindet sich der genaue Wortlaut der neuen Verordnung AwSV 2017. Im zweiten Abschnitt ist die offizielle Begründung abgedruckt, die die Zielsetzung der AwSV für den Fachmann erläutert. Im dritten Abschnitt, der Synopse, ist der Text der neuen AwSV der alten Muster-VAwS (Anlagenverordnung wassergefährdende Stoffe) gegenübergestellt. Durch die tabellarische Gegenüberstellung AwSV – VAwS erhält der Anwender einen schnellen Überblick zu den Änderungen und Erweiterungen der neuen Verordnung.

Porth/Schüttrumpf, **Wasser, Energie und Umwelt,** Aktuelle Beiträge aus der Zeitschrift Wasser und Abfall I, 2017, XI, 540 Seiten, Preis 49,99 €, ISBN 978-3-658-15921-4.

In dem Buch werden unter anderem Handlungsempfehlungen für die Überflutungsvorsorge gegeben. Es werden die Hebung des energetischen Potenzials von Abwasser besprochen und Praxisbeispiele zur ökologischen Sanierung oder ökologischen Baubegleitung dargestellt. Der Band umfasst die kommunale Abwasserbehandlung, Energiegewinnung aus Abwässern, Diskussionsstand zu Mikroschadstoffen in Gewässern sowie deren Ökosystemfunktionen und Klimaanpassungsstrategien. Damit wird das komplette Spektrum wasserwirtschaftlicher Themen geboten und die aktuelle fachliche Diskussion widergespiegelt.

Springer, Berlin

Dietlein/Froese, **Jagdliches Eigentum,** 2018, XII, 330 Seiten, Preis 89,99 €, Bibliothek des Eigentums, ISBN 978-3-662-54770-0.

Das Buch befasst sich mit den rechtlichen, kulturellen und ökonomischen Grundlagen des Jagdwesens. Es werden die geschichtlichen Hintergründe für die Anerkennung der Jagd als Bestandteil des Grundeigentums sowie die Bedeutung dieser bis heute gültigen Entscheidung für die neuzeitliche Ordnung der Jagd beleuchtet. Das Werk bietet einen kompetenten Überblick zu einem tagespolitisch immer wieder hochumstrittenen Thema und bündelt wissenschaftlichen Sachverstand aus den Bereichen der Kulturgeschichte, der Ökonomie und der Rechtswissenschaften zu einem Gesamtbild über die Jagd.

Voigtländer, **Luxusgut Wohnen,** Warum unsere Städte immer teurer werden und was jetzt zu tun ist, 2017, XVII, 274 Seiten, Preis 19,99 €, ISBN 978-3-658-16154-5.

Der knappe Wohnraum macht das Leben in Großstädten und begehrten Universitätsstädten immer teurer. Das Buch bereitet das hochaktuelle Thema allgemeinverständlich auf und analysiert die Hintergründe (Immobilienspekulation, Mietpreisbremse, Urbanisierung etc.) fundiert. Um das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wieder herzustellen werden zehn Maßnahmen vorgeschlagen.

Köhnke/Reichardt/Semper, **Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle,** Randbedingungen und Lösungsansätze zu den aktuellen Herausforderungen, 2017, XVI, 207 Seiten, Preis 34,99 €, ISBN 978-3-658-19039-2.

Das Buch behandelt die technischen, rechtlichen und ethischen Hintergründe zur Lagerung radioaktiver, Wärme entwickelnder Abfälle. Es befasst sich mit der Rolle der Oberflächenlagerung in einer Entsorgungsstrategie wie

mit den Arten und prognostizierten Mengen an hoch radioaktiven Reststoffen, dem Transport und den Lagerbehältern oder den Anforderungen an ein Zwischenlagerbauwerk als langfristig wirksame, vollwertige mechanische Barriere. Das Thema Gerechtigkeit wird thematisiert und die Rechtslage erörtert.

Stegmann/Schröder, **Anders Gesund – Psychische Krisen in der Arbeitswelt,** Prävention, Return-to-Work und Eingliederungsmanagement, 2018, X, 169 Seiten, Preis 29,99 €, ISBN 978-3-658-17881-9.

Das Thema psychische Gesundheit im Betrieb von der Prävention und Früherkennung bis hin zur Rückkehr in den Betrieb nach einer psychischen Krise wird in dem Buch praxisnah behandelt. Es werden Möglichkeiten zu einem umfassenden Return-to-Work-Ansatz, der die Bedingungen für eine professionelle Koordination und erfolgreiche Begleitung der zurückkehrenden Mitarbeiter beschreibt, aufgezeigt. Der RTW-Prozess wird anschaulich anhand eines Vier-Phasen-Modells der Wiedereingliederung beschrieben.

Oertel/Matura, **Bewegung und Sport gegen Burnout, Depressionen und Ängste,** 2017, XIX, 135 Seiten, Preis 19,99 €, ISBN 978-3-662-53937-8.

Der Band erklärt, weshalb gerade für psychisch erkrankte Menschen Bewegung wichtig ist und wie diese trotz aller Barrieren aktiver werden können. Er gibt Beispiele für effektive Wege zu mehr Bewegung im Alltag.

Pleyer/Raidl, **Ernährung im Alter,** Praxishandbuch mit Checklisten für Pflege und Betreuung, 2018, XIV, 282 Seiten, Preis 24,99 €, ISBN 978-3-662-54888-2.

Das Buch behandelt die veränderte Ernährungssituation im fortgeschrittenen Alter. Die physiologischen und psychologischen Veränderungen werden mit hilfreichen Maßnahmen für den Alltag aus der Trias Ernährung, Bewegung und Psyche übersichtlich dargestellt. Auswahl, Einkauf, Portionsgrößen und Zubereitung werden ebenso wie die Küchenausstattung und das altersadaptierte Anrichten von Speisen erläutert. Beispiele und zahlreiche Checklisten bieten dabei eine Unterstützung.

Straub, **Altern, Müdigkeit und Entzündungen verstehen,** wenn Immunsystem und Gehirn um die Energie im Körper ringen, 2018, XVII, 209 Seiten, Preis 29,99 €, ISBN 978-3-662-55786-0.

In dem Sachbuch wird aus ganzheitlicher Sicht ein zentraler Konflikt im Körper erklärt. Es erläutert was der Streit um die Energie für den Körper bedeutet und die daraus resultierenden Auswirkungen. Der Band hilft, die Zusammenhänge zwischen Entzündungsprozessen und Energieregulation im Körper zu verstehen und spannt den Bogen von der Evolutionstheorie bis zum zukunftsweisenden Gebiet der Psychoneuroimmunologie.

Wiley-VCH Verlag, Weinheim

Bender, **Sicherer Umgang mit Gefahrstoffen,** unter Berücksichtigung von REACH und GHS, 5., vollständig überarbeitete Auflage, XXI, 270 Seiten, 2018, Preis 49,90 €, ISBN 978-3-527-34009-5.

Das anschaulich geschriebene Standardwerk bietet praxisbezogenes Wissen über alle Gesetze und Verordnungen beim Umgang mit gefährlichen Stoffen in Ausbildung und Beruf. Die komplett überarbeitete Neuauflage enthält alle wichtigen Änderungen und stellt ergänzend ein Risikokonzept für krebserregende Stoffe vor. Die praktische Umsetzung der Gesetze und Verordnungen, die für den täglichen Umgang mit Gefahrstoffen von Bedeutung sind, wird verständlich erklärt. Die Rechtsgrundlagen, einschließlich der neuen Einstufungen und Kennzeichnungen der CLP-Verordnung und GHS sowie der wesentlichen Vorschriften der REACH-Verordnung, sind aktuell abgebildet. Das Buch wurde um zusätzliche Übungsaufgaben und Musterlösungen erweitert.

Hites/Raff/Wiesen, **Umweltchemie,** eine Einführung mit Aufgaben und Lösungen, XI, 226 Seiten, 2017, Preis 39,90 €, ISBN 978-3-527-33523-7.

Das Lehrbuch vermittelt nicht nur Grundlagen, sondern auch die Anwendung des Wissens über das Verhalten von Stoffen in der Umwelt, anhand aktueller Beispiele aus der Praxis. Das Buch bietet zahlreiche Übungen und Beispiele zu aktuellen Themen. Schwerpunkte wie z. B. Klimaerwärmung, Ozon und die Ökotoxikologie von schwer abbaubaren organischen Substanzen werden ausführlich behandelt und bilden die Grundlage für Übungen zur Vertiefung. Die Lösungen zu den 125 Übungsaufgaben finden sich im Anhang.

Herres-Pawlis/Klüfers, **Bioanorganische Chemie,** Metallproteine, Methoden und Konzepte, XVI, 329 Seiten, 2017, Preis 55 €, ISBN 978-3-527-33615-9.

Das Buch bietet eine Synthese aus aktuellen Arbeiten an Metalloenzymzentren und den Grundlagen der Koordinationschemie, was eine umfassende Einführung in das Thema ermöglicht. Im ersten Teil des Lehrbuchs wird anhand ausgewählter Metalloproteine erläutert, dass die Natur die koordinationschemischen Prinzipien in einer Weise nutzt, die vorbildhaft für die Entwicklung synthetischer Katalysatoren sein können. Im zweiten Teil werden die Grundlagen der verschiedenen instrumentellen Methoden für die Untersuchung von Metalloproteinen vorgestellt und untersucht. Das Lehrbuch enthält zahlreiche Fallbeispiele und besitzt einen modularen Aufbau und kann damit bei den unterschiedlichsten Lehrveranstaltungen eingesetzt werden.

Schütt, **Enzyklopädie der Holzgewächse,** Handbuch und Atlas der Dendrologie, 69. Lieferung, Stand Januar 2017, Preis 75,90 €, Loseblattwerk in 7 Ordnern, ISBN 978-3-527-32141-4.

Ecomed Sicherheit, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg

Born/Carl/Schneider, **Fachkunde Gefahrstoffe,** Wissen, Grundlagen und Tipps für die Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung nach TRGS 400, 2017, 208 Seiten, Preis 34,99 €, ISBN 978-3-609-69183-1.

Laut § 6 der Gefahrstoffverordnung muss, wer eine Gefährdungsbeurteilung für Tätigkeiten mit Gefahrstoffen erstellt, fachkundig sein. Das Buch greift alle wichtigen Themen der Fachkunde nach TRGS 400 auf und vermittelt notwendiges Basiswissen zur Durchführung der fachkundigen

Gefährdungsbeurteilung, unabhängig von Branche oder Tätigkeit. Mit seinen Erläuterungen und Merksätzen hilft es bei der Einarbeitung in das Thema.

Müller, **Die neue AwSV – Das ändert sich für Sie!,** Leitfaden für Betreiber von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, 2017, 238 Seiten, Preis 39,99 €, ISBN 978-3-609-68784-1.

Mit der neuen Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) werden die Anforderungen an diese Anlagen bundesweit vereinheitlicht. Damit die aktuellen Anforderungen schnell erkannt werden können enthält das Buch für 16 Anlagenarten/Anlagentypen jeweils eine übersichtliche Checkliste mit den zentralen formalen und materiellen Anforderungen, die eingehalten werden müssen. Es kommentiert die Anforderungen ausführlich, skizziert die rechtlichen Grundlagen und nimmt Begriffsbestimmungen vor.

Leichnitz, **Gefahrstoff-Analytik,** Messtechnische Überwachung von MAK- und Arbeitsplatzgrenzwerten, Emissionskontrolle, Prozessgasanalyse, 116. Lieferung, Stand Dezember 2017, Preis 147,99 €, ISBN 978-3-609-73270-9.

Hofmann/Jäckel, **Merkblätter biologische Arbeitsstoffe,** 53. Lieferung inkl. CD-ROM, Stand November 2017, Preis 105,99 €, ISBN 978-3-609-62150-0.

Rehm, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München

Weiß/Niedermaier/Summer/Zängl, **Beamtenrecht in Bayern,** Kommentar, 202. und 203. Lieferung, Stand Dezember 2017, Preis 100,99 € und 113,99 €, ISBN 978-3-8073-0005-4.

Feldhaus, **Bundesimmissionsschutzrecht,** Kommentar, 198. bis 200. Lieferung, Stand Oktober 2017, Preis 118,99 €, 109,99 € und 119,99 €, ISBN 978-3-8073-2410-4.

Schiwy, **Deutsche Tierschutzgesetze,** Kommentar zum Tierschutzgesetz und Sammlung deutscher und internationaler Bestimmungen, 234. bis 236. Lieferung, Stand Dezember 2017, Preis 171,99 €, 196,99 € und 139,99 €, ISBN 978-3-8073-2492-0.

Bätza/Jentsch, **Tierseuchenrecht in Deutschland und Europa,** 235. Lieferung, Stand 15. August 2017, Preis 185,99 €, ISBN 978-3-8073-2491-3.

Zrenner/Grove, **Veterinär-Vorschriften in Bayern,** Vorschriftensammlung, 143. bis 145. Lieferung, Stand Dezember 2017, Preis 120,99 €, 117,99 € und 102,99 €, Veterinär-Vorschriften-Online, Alle Vorschriften für Veterinärwesen und Verbraucherschutz in aktueller Fassung, 5. Update, Preis 99,99 €, ISBN 978-3-8073-0376-5.

Grove, **EU-Hygienepaket,** Vorschriftensammlung mit Glossar, 38. Lieferung, Stand August 2017, Preis 87,99 €, ISBN 978-3-8073-2317-6.

Raschke/Kobelt, **Fleischhygienerecht,** Sammlung deutscher und internationaler Vorschriften mit Hinweisen, 146. Lieferung, Stand 20. September 2017, Preis 122,99 €, ISBN 978-3-8073-2493-7.

Engelhardt, **Naturschutzrecht in Bayern,** 42. Lieferung, Stand Dezember 2017, Preis 102,99 €, ISBN 978-3-8073-0115-0.

Dr. Otto Schmidt Verlag, Köln

Martis/Winkhart-Martis, **Arzthaftungsrecht,** Fallgruppenkommentar, 5., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2018, XXXVII, 157 Seiten, Preis 119 €, ISBN 978-3-504-18055-3.

Das Standardwerk berücksichtigt gleichermaßen den Blickwinkel der Patientenanwälte wie den der Ärzte und ihrer Haftpflichtversicherungen. Anhand alphabetisch geordneter Fallgruppen erschließt es wiederum systematisch die unübersichtliche Kasuistik des gesamten Arzthaftungsrechts. Mehr als 600 neue Rechtsentscheidungen sind ausgewertet und in das Werk aufgenommen worden. Die Leitlinien der Rechtsprechung für den konkreten Fall erschließen sich schnell und sicher über Stichworte und detaillierte Inhaltsverzeichnisse. Ausgebaut wurden die Erläuterungen zu medizinischen Begriffen, Diagnostik und Therapie, die sich nun bei vielen weiteren Fallgruppen unter dem Hinweis „Medizinischer Hintergrund" finden. Zudem bietet das Werk zwei umfangreiche Muster zu Klage und Klageerwiderung. Das Buch befindet sich auf dem aktuellen Stand von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur.

Prütting/Helms, **FamFG – Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit,** Kommentar, 4. Auflage 2018, XXIX, 3009 Seiten, Preis 159 €, ISBN 978-3-504-47952-7.

Die Neuauflage des praxisorientierten Kommentars wurde durch zahlreiche Änderungen unumgänglich und ist grundlegend überarbeitet. Kurze, dezidierte Hinweise zu den gerichtlichen und anwaltlichen Kosten sind allen einschlägigen Vorschriften angefügt. Rechtsprechung und Literatur zum FamFG sind umfassend gesichtet, aufbereitet und eingearbeitet. Einen Schwerpunkt bildet weiterhin die Bearbeitung internationaler Familiensachen. Das Werk hat den aktuellen Rechtsstand 1. Oktober 2017. Somit sind alle relevanten Gesetze der 18. Legislaturperiode eingearbeitet wie z. B. das Gesetz zur Verbesserung des Schutzes gegen Nachstellungen, das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz, das Gesetz zur Einführung eines familiengerichtlichen Genehmigungsvorbehalts für freiheitsentziehende Maßnahmen bei Kindern, das Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen u. v. m.

Reidt/Stickler/Glahs, **Vergaberecht,** Kommentar, 4., neu bearbeitete Auflage 2018, XXIV, 1668 Seiten, Preis 169 €, ISBN 978-3-504-40074-3.

Der gut strukturierte Kommentar bildet die grundlegende Neufassung des GWB-Vergaberechts durch das Vergaberechtsmodernisierungsgesetz mit umfangreichen Neuerungen von der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung, der Digitalisierung der Auftragsvergabe, der Verlagerung vom offenen zum nicht offenen Verfahren oder der nun wesentlich stärker möglichen Berücksichtigung umweltbezogener und sozialer Aspekte komplett in der

Kommentierung ab. Die Rechtsprechung des EuGH, des BGH, der OLG-Vergabesenate und die Entscheidungen der Vergabekammern sind eingearbeitet. Der gleichbleibende Aufbau der einzelnen Bearbeitungen verschafft eine schnelle Orientierung. Die Neuauflage ist spürbar erweitert und bietet die Qualität eines Standardwerks.

Scholz, **Kommentar zum GmbH-Gesetz – GmbHG,** Kommentar mit Anhang Konzernrecht, 12., neu bearbeitete und erweiterte Auflage, ISBN 978-3-504-32567-1 (I.–III. Band).

Das Standardwerk stellt alle für die Praxis bedeutsamen Rechtsfragen auf wissenschaftlichem Niveau dar und bietet einen Überblick über das gesamte Meinungsspektrum.

Band 1: §§ 1–34, Anh. § 13 Konzernrecht, Anh. § 34 Austritt und Ausschließung eines Gesellschafters, 2018, XXVIII, 1744 Seiten, Preis 189 €, ISBN 978-3-504-32564-0.

In dem ersten Band des Praxiskommentars wird das Gesetz zur Umsetzung der 4. EU-Geldwäscherichtlinie umfassend erläutert. Er setzt sich mit der Strafbarkeit von Sportwettbetrug auseinander, behandelt GmbH im internationalen Privatrecht (Anh. § 4a GmbHG), die Einziehung von Geschäftsanteilen (§ 34 GmbHG) und widmet sich eingehend den praktischen Fragen zur Firmierung als gGmbH (§ 4 GmbHG). Weiterhin wird die Treuepflicht der Gesellschafter (§ 14 GmbHG) sowie die Kapitalerhaltung (§ 30 GmbHG) aktuell erläutert.

C.H.Beck Verlag, München

Elmenhorst/Wiese, **KGSG – Kulturgutschutzgesetz,** Kommentar, 2018, XXIV, 552 Seiten, Preis 139 €, ISBN 978-3-406-70769-8.

Die bisher bestehenden Gesetze zum Kulturgutschutz (Kulturgutschutzgesetz, Kulturgüterrückgabegesetz, Kulturgutsicherungsgesetz, Kulturgüterverzeichnis-Verordnung) werden in dem neuen KGSG zu einem Gesetz zusammengeführt. Der praxisgerechte und wissenschaftlich fundierte Kommentar bietet Museen, privaten Sammlern und dem Kunsthandel sowie ihren anwaltlichen Beratern, den Behörden und Gerichten erste Orientierung bei der Anwendung des Gesetzes. Das Werk gibt eine Einführung zur Systematik des Kulturgutschutzes und zu den völker- und europarechtlichen Grundlagen. Der Schutz von Kulturgut vor Abwanderung, die Aus- und Einfuhr von Kulturgütern, die Rückgabe unrechtmäßig eingeführten und ausgeführten Kulturguts und der Datenschutz bilden die Schwerpunkte. Die einschlägige Rechtsprechung und Literatur wurde zuverlässig ausgewertet.

Gerten, **Wasser,** Knappheit, Klimawandel, Welternährung, 2018, 207 Seiten, Preis 14,95 €, ISBN 978-3-406-68133-2.

Wasserkrisen gehören zu den größten globalen Risiken für Wirtschaft und Gesellschaft, Zusammenhänge mit Nahrungsmittelknappheit und mangelnder Anpassung an den Klimawandel sind offenkundig. Für das lebensnotwendige Wasser braucht es ein neues Wasserethos, das den gerechten Zugang aller Menschen zu sauberem Wasser einschließt.

Macdonald, **Falke,** Biographie eines Räubers, 2017, 239 Seiten, Preis 19,95 €, ISBN 978-3-406-70574-8.

Falken haben dem Menschen seit Urzeiten als Gefährten gedient und sind trotzdem immer undurchdringlich fremde Wesen geblieben. Das Buch schildert in einer Verbindung von Natur- und Kulturgeschichte das Eigenleben der Falken ebenso wie unser Leben mit ihnen. Es erklärt die Lebens- und Jagdweise des Vogels sowie Mythen um ihn.

Meincke, **ErbStG – Erbschaftsteuer und Schenkungsteuergesetz,** Kommentar, 17., neu bearbeitete Auflage 2018, XVIII, 790 Seiten, Preis 95 €, ISBN 978-3-406-69486-8.

Der bewährte Kommentar erläutert gleichermaßen das Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz und die damit zusammenhängenden zivilrechtlichen Vorschriften des Schenkungsrechts, des Gesellschaftsrechts und des Erbrechts sowie die erbschaftsteuerliche Bewertung und das Verfahrensrecht. Das praxisorientierte Werk setzt sich intensiv mit der Rechtsprechung, Verwaltungsmeinung und Schrifttum auseinander und stellt die jeweiligen gesetzlichen Regelungen kritisch dar. Einen Schwerpunkt bildet die Umsetzung der Erbschaftsteuerreform 2016. In der Praxis relevante Themen wie z. B. die Verschonungsregeln für Betriebsvermögen, die gesellschaftlichen Nachfolgeregelungen u. v. m. werden vertieft.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern" www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern" ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern" entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN UND FÜR INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 12 **München, 27. September 2018** **31. Jahrgang**

2132.3-B

Vollzug des Art. 81a Abs. 1 Satz 1 der Bayerischen Bauordnung; Bayerische Technische Baubestimmungen* (BayTB)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 20. September 2018, Az. 29-4130-3-1

Anlage: Bayerische Technische Baubestimmungen (BayTB) – Ausgabe Oktober 2018

1. Auf Grund des Art. 81a Abs. 1 Satz 1 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) werden die in der Anlage enthaltenen Bayerischen Technischen Baubestimmungen (BayTB) bauaufsichtlich eingeführt.

2. Die BayTB beruhen auf dem Muster einer Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (MVV TB), die vom Deutschen Institut für Bautechnik (DIBt) nach Anhörung der beteiligten Kreise im Einvernehmen mit den obersten Baurechtsbehörden der Länder als Ausgabe 2017 am 31. August 2017 in den Mitteilungen des DIBt (einschließlich des Berichtigungsblatts vom 11. Dezember 2017) veröffentlicht wurde.

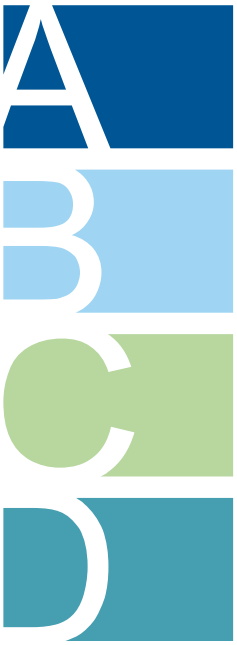
3. [1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 2018 in Kraft. [2]Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vom 26. November 2014 (AllMBl. S. 537) tritt mit Ablauf des 30. September 2018 außer Kraft.

4. Auf Bauvorhaben, für die das Baugenehmigungsverfahren vor dem 1. Oktober 2018 eingeleitet worden ist (Art. 64 Abs. 1 Satz 1 BayBO) oder die bis zu diesem Zeitpunkt der Gemeinde vorgelegt worden sind (Art. 58 Abs. 3 Satz 1 BayBO) sowie auf verfahrensfreie Bauvorhaben mit Baubeginn vor dem 1. Oktober 2018 dürfen die Technischen Baubestimmungen nach der bisherigen Fassung (Bekanntmachung vom 26. November 2014, AllMBl. S. 537) angewendet werden.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

---

* Die Verpflichtungen aus der Richtlinie (EU) 2015/1535 sind beachtet.



Bayerische
Technische Baubestimmungen (BayTB)
Ausgabe Oktober 2018

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen 4



Technische Baubestimmungen, die bei der Erfüllung der Grundanforderungen an Bauwerke zu beachten sind

A 1	Mechanische Festigkeit und Standsicherheit	8
A 2	Brandschutz	33
A 3	Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz	55
A 4	Sicherheit und Barrierefreiheit bei der Nutzung	60
A 5	Schallschutz	63
A 6	Wärmeschutz	66

Technische Baubestimmungen für Bauteile und Sonderkonstruktionen, die zusätzlich zu den in Abschnitt A aufgeführten Technischen Baubestimmungen zu beachten sind

B 1	Allgemeines	72
B 2	Technische Regelungen für Sonderkonstruktionen und Bauteile gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	72
B 3	Technische Gebäudeausrüstungen und Teile von Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Stoffen, die die CE-Kennzeichnung nicht nach der Bauproduktenverordnung tragen	88
B 4	Bauprodukte und Bauarten, die Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften unterliegen, für die nach Art. 80 Abs. 5 Nr. 5 BayBO eine Rechtsverordnung erlassen wurde	97



Technische Baubestimmungen für Bauprodukte, die nicht die CE-Kennzeichnung tragen, und für Bauarten

C 1	Allgemeines	101
C 2	Voraussetzungen zur Abgabe der Übereinstimmungserklärung für Bauprodukte nach Art. 21 BayBO	103
C 3	Bauprodukte, die nur eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses nach Art. 19 Abs. 1 Satz 2 BayBO bedürfen	141
C 4	Bauarten, die nur eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses nach Art. 15 Abs. 3 BayBO bedürfen	149



Bauprodukte, die keines Verwendbarkeitsnachweises bedürfen

D 1	Allgemeines	155
D 2	Liste nach Art. 81a Abs. 2 Nr. 4 BayBO	155
D 3	Technische Dokumentation nach Art. 81a Abs. 2 Nr. 7 BayBO	159

Anhänge 160

Anhang 1	Nachträgliche Bewehrungsanschlüsse mit eingemörtelten Bewehrungsstäben – Anforderung an Planung, Bemessung und Ausführung: 2016-06	161
Anhang 2	Verankerungen in Beton mit einbetonierten oder nachträglich eingesetzten Befestigungsmitteln – Anforderung an Planung, Bemessung und Ausführung: 2016-06	172
Anhang 3	Verankerungen in Mauerwerk mit nachträglich gesetzten Befestigungsmitteln – Anforderung an Planung, Bemessung und Ausführung: 2016-06	174
Anhang 4	Bauaufsichtliche Anforderungen, Zuordnung der Klassen, Verwendung von Bauprodukten, Anwendung von Bauarten: 2016-06	175
Anhang 5	WDVS mit EPS, Sockelbrandprüfverfahren: 2016-06	223
Anhang 6	Hinterlüftete Außenwandbekleidungen: 2016-06	228
Anhang 7	Anforderungen an Feststellanlagen: 2017-07	230
Anhang 8	Anforderungen an bauliche Anlagen bezüglich des Gesundheitsschutzes (ABG) : 2017-05	248
Anhang 9	Textile Bodenbeläge: 2017-05	263
Anhang 10	Anforderungen an bauliche Anlagen bezüglich der Auswirkungen auf Boden und Gewässer (ABuG): 2017-07	271
Anhang 11	WDVS mit ETA nach ETAG 004: 2017-02	295
Anhang 12	Anwendungsregeln für nicht lasttragende verlorene Schalungsbausätze/-systeme und Schalungssteine für die Erstellung von Ortbeton-Wänden: 2016-06	303
Anhang 13	Richtlinie über Rollladenkästen – RokR: 2016-07	314

Bezugsquellennachweis 316

Vorbemerkungen

1 Bauordnungsrechtliche Vorgaben

Die Bayerische Bauordnung (BayBO) enthält in Art. 81a Abs. 1 BayBO die Ermächtigung, die allgemeinen Anforderungen an bauliche Anlagen, Bauprodukte und andere Anlagen und Einrichtungen durch Technische Baubestimmungen zu konkretisieren (Bayerische Technische Baubestimmungen).

Art. 81a Abs. 2 BayBO gibt detailliert vor, zu welchen bauaufsichtlichen Anforderungen Konkretisierungen vorgenommen werden können. Die Konkretisierungen können durch Bezugnahme auf technische Regeln und deren Fundstellen oder auf andere Weise erfolgen, insbesondere in Bezug auf:

- die Planung, Bemessung und Ausführung baulicher Anlagen und ihrer Teile,
- Merkmale und Leistungen von Bauprodukten in bestimmten baulichen Anlagen oder ihren Teilen,
- Verfahren für die Feststellung der Leistung eines Bauproduktes, das nicht das CE-Zeichen nach Bauproduktenverordnung trägt,
- zulässige und unzulässige besondere Verwendungszwecke für Bauprodukte,
- Festlegungen von Klassen und Stufen, die Bauprodukte für bestimmte Verwendungszwecke aufweisen sollen,
- Voraussetzungen für die Abgabe der Übereinstimmungserklärung für nicht harmonisierte Produkte,
- Angaben zu nicht harmonisierten Bauprodukten sowie zu Bauarten, die eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses bedürfen sowie
- Art, Inhalt und Form der technischen Dokumentation.

Die Bayerischen Technischen Baubestimmungen (BayTB) basieren auf der Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (MVV TB), die vom Deutschen Institut für Bautechnik nach Anhörung der beteiligten Kreise im Einvernehmen mit den obersten Baurechtsbehörden der Länder veröffentlicht wurde. Es gilt der Grundsatz, dass nur solche Inhalte in die BayTB als Technische Baubestimmungen aufgenommen werden, die zur Erfüllung der Anforderungen der Bauordnungen an bauliche Anlagen, Bauprodukte und andere Anlagen und Einrichtungen unerlässlich sind. Anlagen mit spezifisch bayerischen Konkretisierungen sind mit /Bay gekennzeichnet.

Die Bauaufsichtsbehörden können jedoch im Rahmen ihrer Entscheidungen zur Ausfüllung unbestimmter Rechtsbegriffe auch auf allgemein anerkannte Regeln der Technik zurückgreifen, die keine Technischen Baubestimmungen sind.

Die MVV TB ist notifiziert gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

Vorbemerkungen

2 Struktur und Gliederung der BayTB

2.1 Die Technischen Baubestimmungen sind in vier Teile gegliedert:

A Technische Baubestimmungen, die bei der Erfüllung der Grundanforderungen an Bauwerke zu beachten sind

Teil A gliedert sich nach den Grundanforderungen für Bauwerke gem. Anhang I der Europäischen Bauproduktenverordnung (EU-BauPVO) wie folgt:

A 1 – Mechanische Festigkeit und Standsicherheit,
A 2 – Brandschutz,
A 3 – Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz,
A 4 – Sicherheit und Barrierefreiheit bei der Nutzung,
A 5 – Schallschutz und
A 6 – Wärmeschutz.

B Technische Baubestimmungen für Bauteile und Sonderkonstruktionen, die zusätzlich zu den in Teil A aufgeführten Technischen Baubestimmungen zu beachten sind

C Technische Baubestimmungen für Bauprodukte, die nicht die CE-Kennzeichnung tragen, und für Bauarten

D Bauprodukte, die keines Verwendbarkeitsnachweises bedürfen

2.2 Wesentliche Inhalte der Kapitel in Teil A sind:

Kapitel A 1 – Mechanische Festigkeit und Standsicherheit – umfasst u. a. die Eurocodes zu den Grundlagen für die Tragwerksplanung, zu den Einwirkungen auf Bauwerke sowie zur Bemessung. Aus deren Anwendung ergibt sich, welche Merkmale und konkreten Leistungen die verwendeten Produkte am Bauwerk zur Erfüllung der bauwerksbezogenen Anforderungen ausweisen müssen.

Kapitel A 2 – Brandschutz – konkretisiert die in der BayBO und in den aufgrund der BayBO erlassenen Rechtsverordnungen enthaltenen brandschutztechnischen Anforderungen an bauliche Anlagen oder Teile baulicher Anlagen insbesondere im Hinblick auf das Brandverhalten und den Feuerwiderstand.

In Kapitel A 3 – Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz – sind die Anforderungen an bauliche Anlagen in Form der technischen Regeln „Anforderungen an bauliche Anlagen bezüglich des Gesundheitsschutzes“ (ABG) sowie „Anforderungen an bauliche Anlagen bezüglich der Auswirkungen auf Boden und Gewässer“ (ABuG) konkretisiert.

2.3 Teil B betrifft Sonderkonstruktionen und besondere Bauteile, die einerseits den Anforderungen von Teil A nicht eindeutig zugeordnet werden können und andererseits teilweise einen anderen Rechtshintergrund haben.

Teil B enthält dabei Technische Baubestimmungen für Bauteile und Sonderkonstruktionen, die zusätzlich zu den in Abschnitt A aufgeführten Technischen Baubestimmungen beachtet werden müssen. Die hier für bestimmte Sonderkonstruktionen und Bauteile aufgeführten technischen Regeln dienen der Konkretisierung mehrerer Grundanforderungen und sind materialübergreifend.

Kapitel B 2 beinhaltet technische Regeln für Sonderkonstruktionen und Bauteile im Hinblick auf deren Planung, Bemessung und Ausführung.

Kapitel B 3 bezieht sich auf technische Gebäudeausrüstungen und Teile von Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Stoffen, die anderen Harmonisierungsrechtsvorschriften (z. B. Maschinenrichtlinie, Niederspannungsrichtlinie, Druckgeräterichtlinie) unterliegen, aber hinsichtlich eines bestimmten Verwendungszwecks Grundanforderungen nach Artikel 3 Absatz 1 der EU-BauPVO an bauliche Anlagen und ihre Teile nicht erfüllen. Für diese Produkte ist zum Nachweis der fehlenden Wesentlichen Merkmale ein Verwendbar-

keitsnachweis erforderlich, sofern nicht festgelegt wurde, dass eine Übereinstimmungserklärung zu den fehlenden Wesentlichen Merkmalen nach Art. 21 BayBO aufgrund vorheriger Prüfung der Bauprodukte durch eine hierfür bauaufsichtlich anerkannte Prüfstelle ausreichend ist.

Kapitel B 4 beinhaltet Technische Anforderungen für Bauprodukte und Bauarten, die Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften unterliegen, für die nach Art. 80 Abs. 5 Nr. 5 BayBO eine Rechtsverordnung erlassen wurde. Dabei handelt es sich um Technische Anforderungen an ortsfest verwendete Anlagen und Anlagenteile in Lager-, Abfüll- und Umschlaganlagen (LAU-Anlagen) zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sowie an den Einbau, Betrieb und die Wartung von Anlagen mit Bauprodukten zur Abwasserbehandlung.

2.4 Teil C – Technische Baubestimmungen für Bauprodukte, die nicht die CE-Kennzeichnung tragen, und für Bauarten – bestimmt die Angaben zu nicht harmonisierten Bauprodukten sowie zu Bauarten, die nur eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses bedürfen sowie die Anforderungen zur Abgabe der Übereinstimmungserklärung für ein Bauprodukt nach Art. 21 BayBO.

Teil C gilt daher nicht für Bauprodukte, für die eine harmonisierte Norm oder eine Europäische Technische Bewertung (ETA) im Geltungsbereich der EU-BauPVO vorliegt.

In Kapitel C 2 sind die technischen Regeln sowie die Anforderungen an die Übereinstimmungsbestätigung für nicht harmonisierte Bauprodukte bestimmt.

Kapitel C 3 führt Bauprodukte auf, die lediglich eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses bedürfen. An dieser Stelle sind auch die jeweils anerkannten Prüfverfahren und die Art der erforderlichen Übereinstimmungsbestätigung aufgeführt.

In Kapitel C 4 sind die Bauarten ausgewiesen, die lediglich eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses bedürfen. Auch hier sind die anerkannten Prüfverfahren jeweils aufgelistet.

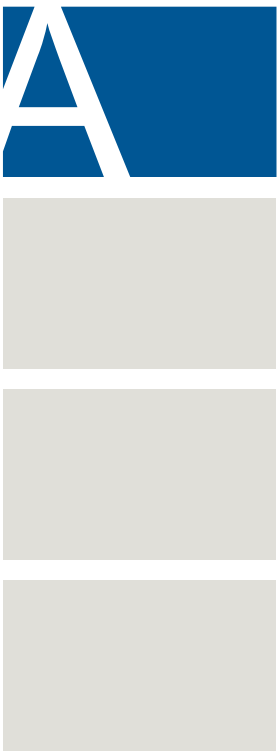
Sofern von der maßgebenden technischen Regel abgewichen wird, ist für Bauprodukte eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung oder eine Zustimmung im Einzelfall und für Bauarten eine allgemeine oder vorhabenbezogene Bauartgenehmigung erforderlich.

Bei Bauprodukten und Bauarten, die (nur) eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses (abP) bedürfen, wird das Vorliegen einer maßgebenden Prüfnorm zwingend vorausgesetzt. Dabei können auch weitere technische Bestimmungen, die für die Erteilung des abP erforderlich sind, angegeben werden. Dazu gehören z. B. ergänzende Angaben zu Prüfumfang, Prüfaufbau, Prüfhäufigkeit.

2.5 Teil D enthält die nach Art. 81a Abs. 2 Nr. 4 BayBO vorgesehene Liste von Bauprodukten, welche keines Verwendbarkeitsnachweises bedürfen. Hierunter fallen Bauprodukte, für die es allgemein anerkannte Regeln der Technik gibt, jedoch auf Verwendbarkeitsnachweise verzichtet wird sowie Bauprodukte, für die es weder Technische Baubestimmungen noch allgemein anerkannte Regeln der Technik gibt und die bauordnungsrechtlich von untergeordneter Bedeutung sind. Die Liste hat klarstellenden Charakter und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Im Kapitel D 3 wird ein Weg aufgezeigt, wie mit lückenhaften und unvollständigen harmonisierten Spezifikationen umgegangen werden kann. Für den Vollzug ist das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr zuständig.

Technische Baubestimmungen, die bei der Erfüllung der Grundanforderungen an Bauwerke zu beachten sind



A 1 Mechanische Festigkeit und Standsicherheit
A 2 Brandschutz
A 3 Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz
A 4 Sicherheit und Barrierefreiheit bei der Nutzung
A 5 Schallschutz
A 6 Wärmeschutz

Technische Baubestimmungen, die bei der Erfüllung der Grundanforderungen an Bauwerke zu beachten sind

A 1 Mechanische Festigkeit und Standsicherheit

A 1.1 Allgemeines

Gemäß Art. 3 und Art. 10 Abs. 1 BayBO muss jede bauliche Anlage im Ganzen, in ihren einzelnen Teilen und für sich allein standsicher sein. Die Standsicherheit anderer baulicher Anlagen und die Tragfähigkeit des Baugrundes der Nachbargrundstücke dürfen nicht gefährdet werden. Darüber hinaus dürfen die während der Errichtung und Nutzung möglichen Einwirkungen keine Beschädigungen anderer Teile des Bauwerks oder Einrichtungen und Ausstattungen infolge zu großer Verformungen der tragenden Baukonstruktion zur Folge haben.

Zur Erfüllung dieser Anforderungen an bauliche Anlagen sind die technischen Regeln nach Abschnitt A 1.2 zu beachten.

A 1.2 Technische Anforderungen hinsichtlich Planung, Bemessung und Ausführung an bestimmte bauliche Anlagen und ihre Teile gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO

Ausgenommen von der Beachtung der technischen Regeln nach Abschnitt 1.2 sind:

1 Bekleidungselemente für Innenwandbekleidungen;

2 Bekleidungselemente für Außenwandbekleidungen und Dachelemente für Dacheindeckungen, die nach allgemein anerkannten Regeln der Technik befestigt werden und folgende Kriterien erfüllen:

- kleinformatige Wandbekleidungs- oder Dachelemente mit ≤ 0,4 m² Fläche und ≤ 5 kg Eigengewicht oder
- brettformatige Wandbekleidungselemente mit ≤ 0,3 m Breite und Unterstützungsabständen durch die Unterkonstruktion von ≤ 0,8 m oder
- Dachelemente mit einem Unterstützungsabstand durch die Unterkonstruktion von ≤ 1,0 m (außer aus Glas) oder
- Wandbekleidungselemente, deren Verwendung durch das Regelwerk des Dachdeckerhandwerks geregelt ist;

3 Dach- und Formziegelelemente für Dacheindeckungen, die nach allgemein anerkannten Regeln der Technik befestigt werden und folgende Merkmale aufweisen:

- Dachziegel und -steine: Fläche ≤ 0,4 m² und Eigengewicht ≤ 7 kg,
- Formziegel und -steine: Fläche ≤ 0,4 m² und Eigengewicht ≤ 13 kg;

4 Dachlichtbänder mit folgenden Merkmalen:

- ebene Dachlichtbänder mit Dachelementen, deren Unterstützungsabstand durch die Unterkonstruktion ≤ 1,0 m ist oder
- nach oben gekrümmte Dachlichtbänder mit Dachelementen, deren Unterstützungsabstand durch die Unterkonstruktion in Haupttragrichtung (bei nur einachsig gekrümmten Dachelementen in Richtung der Krümmung) ≤ 2,0 m ist;

5 vorgefertigte Lichtkuppeln aus Kunststoff mit einem Unterstützungsabstand durch die Unterkonstruktion in Haupttragrichtung ≤ 2,0 m.

Teil A

Lfd. Nr.	Anforderungen an Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Technische Regeln/Ausgabe	Weitere Maßgaben gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3	4
A 1.2.1	**Grundlagen der Tragwerksplanung und Einwirkungen auf Tragwerke**		
A 1.2.1.1	Grundlagen der Tragwerksplanung	DIN EN 1990:2010-12 DIN EN 1990/NA:2010-12	Anlage A 1.2.1/1
A 1.2.1.2	Einwirkungen auf Tragwerke	DIN EN 1991	
	Wichten, Eigengewicht und Nutzlasten im Hochbau	DIN EN 1991-1-1:2010-12 DIN EN 1991-1-1/NA:2010-12 DIN EN 1991-1-1/NA/A1:2015-05	Anlage A 1.2.1/2
	Brandeinwirkungen auf Tragwerke	DIN EN 1991-1-2:2010-12 DIN EN 1991-1-2 Ber. 1:2013-08 DIN EN 1991-1-2/NA:2015-09	Anlage A 1.2.1/3
	Schneelasten	DIN EN 1991-1-3:2010-12 DIN EN 1991-1-3/NA:2010-12	Anlage A 1.2.1/4
	Windlasten	DIN EN 1991-1-4:2010-12 DIN EN 1991-1-4/NA:2010-12	Anlage A 1.2.1/5
	Außergewöhnliche Einwirkungen	DIN EN 1991-1-7:2010-12 DIN EN 1991-1-7/NA:2010-12	Anlage A 1.2.1/6
	Einwirkungen infolge von Kranen und Maschinen	DIN EN 1991-3:2010-12 DIN EN 1991-3 Ber.1:2013-08 DIN EN 1991-3/NA:2010-12	
	Einwirkungen auf Silos und Flüssigkeitsbehälter	DIN EN 1991-4:2010-12 DIN EN 1991-4 Ber. 1:2013-08 DIN EN 1991-4/NA:2010-12 DIN FB 140:2005-01	Anlage A 1.2.1/7
A 1.2.1.3	Bauteile, die gegen Absturz sichern	ETB-Richtlinie – „Bauteile, die gegen Absturz sichern“, Juni 1985	Anlage A 1.2.1/8
A 1.2.2	**Bauliche Anlagen im Erd- und Grundbau**		
A 1.2.2.1	Entwurf, Berechnung und Bemessung in der Geotechnik	DIN EN 1997-1:2009-09 DIN EN 1997-1/NA:2010-12	Anlage A 1.2.2/1
	Baugrund - Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau	DIN 1054:2010-12 DIN 1054/A1:2012-08 DIN 1054/A2:2015-11	
A 1.2.2.2	Ausführung von Bohrpfählen	DIN EN 1536:2010-12 DIN SPEC 18140:2012-02	
A 1.2.2.3	Ausführung von Verdrängungspfählen	DIN EN 12699:2001-05 DIN EN 12699 Ber. 1:2010-11 DIN SPEC 18538:2012-02	Anlage A 1.2.2/2
A 1.2.2.4	Ausschachtungen, Gründungen und Unterfangungen im Bereich bestehender Gebäude	DIN 4123:2013-04	
A 1.2.2.5	Ausführung von Verpressankern	DIN EN 1537:2001-01 DIN EN 1537 Ber.1:2011-12 DIN SPEC 18537:2012-02	Anlage A 1.2.2/3
A 1.2.2.6	Ausführung von besonderen geotechnischen Arbeiten (Spezialtiefbau) - Pfähle mit kleinen Durchmessern (Mikropfähle)	DIN EN 14199:2012-01 DIN SPEC 18539:2012-02	

Teil A

Lfd. Nr.	Anforderungen an Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Technische Regeln/Ausgabe	Weitere Maßgaben gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3	4
A 1.2.2.7	Ausführung von besonderen geotechnischen Arbeiten (Spezialtiefbau) - Injektionen Bemessung von verfestigten Bodenkörpern - Hergestellt mit Düsenstrahl-, Deep-Mixing- oder Injektions-Verfahren	DIN EN 12715:2000-10 DIN SPEC 18187:2015-08 DIN 4093:2015-11	
A 1.2.3	**Bauliche Anlagen im Beton-, Stahlbeton- und Spannbetonbau**		
A 1.2.3.1	Bemessung und Konstruktion von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken	DIN EN 1992	
	Allgemeine Bemessungsregeln und Regeln für den Hochbau	DIN EN 1992-1-1:2011-01 DIN EN 1992-1-1/A1:2015-03 DIN EN 1992-1-1/NA:2013-04 DIN EN 1992-1-1/NA/A1:2015-12	Anlagen A 1.2.3/1 und A 1.2.3/2
	Tragwerksbemessung für den Brandfall	DIN EN 1992-1-2:2010-12 DIN EN 1992-1-2/NA:2010-12 DIN EN 1992-1-2/NA/A1:2015-09	Anlage A 1.2.3/3
	Beton, Stahlbeton und Spannbeton	DIN 1045-2:2008-08 DIN EN 206-1:2001-07 DIN EN 206-1/A1:2004-10 DIN EN 206-1/A2:2005-09 DIN EN 206-9:2010-09	Anlage A 1.2.3/4
	Ausführung von Tragwerken aus Beton	DIN 1045-3:2012-03 DIN 1045-3 Ber. 1:2013-07 DIN EN 13670:2011-03	Anlage A 1.2.3/4
	Fertigteile	DIN 1045-4:2012-02	
	Ziegeldecken	DIN 1045-100:2011-12	
A 1.2.3.2	Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen	DAfStb-Richtlinie - Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen: 2001-10 Ber. 2:2005-12 Ber. 3:2014-09	Anlage A 1.2.3/5
A 1.2.3.3	Spritzbeton	DIN EN 14487-1:2006-03 DIN EN 14487-2:2007-01 DIN 18551:2014-08	
A 1.2.3.4	Schweißen von Betonstahl	DIN EN ISO 17660-1:2006-12 DIN EN ISO 17660-1 Ber. 1:2007-08 DIN EN ISO 17660-2:2006-12 DIN EN ISO 17660-2 Ber. 1:2007-08	Anlage A 1.2.3/6
A 1.2.3.5	Anwendung von vorgefertigten bewehrten Bauteilen aus dampfgehärtetem Porenbeton	DIN 4223-101:2014-12 DIN 4223-102:2014-12 DIN 4223-103:2014-12	Anlage A 1.2.3/1 Abschnitte 1, 2.2, 2.3, 4
A 1.2.3.6	Anwendung von vorgefertigten Bauteilen aus haufwerksporigem Leichtbeton mit statisch anrechenbarer oder nicht anrechenbarer Bewehrung in Bauwerken	DIN 4213:2015-10	Anlage A 1.2.3/1 Abschnitte 1, 2.2, 2.3, 4

Teil A

Lfd. Nr.	Anforderungen an Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Technische Regeln/Ausgabe	Weitere Maßgaben gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3	4
A 1.2.3.7	Nachträgliche Bewehrungsanschlüsse mit eingemörtelten Bewehrungsstäben	Nachträgliche Bewehrungsanschlüsse mit eingemörtelten Bewehrungsstäben – Anforderung an Planung, Bemessung und Ausführung: 2016-06 (siehe Anhang 1)	
A 1.2.3.8	Verankerungen in Beton mit einbetonierten oder nachträglich gesetzten Befestigungsmitteln	Verankerungen in Beton mit einbetonierten oder nachträglich eingesetzten Befestigungsmitteln – Anforderung an Planung, Bemessung und Ausführung: 2016-06 (siehe Anhang 2)	
A 1.2.4	**Bauliche Anlagen im Metall- und Verbundbau**		
A 1.2.4.1	Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten	DIN EN 1993-1-1:2010-12 DIN EN 1993-1-1/A1:2014-07 DIN EN 1993-1-1/NA:2015-08	Anlagen A 1.2.3/2 und A 1.2.4/1
	Tragwerksbemessung für den Brandfall	DIN EN 1993-1-2:2010-12 DIN EN 1993-1-2/NA:2010-12	Anlage A 1.2.3/3
	Ergänzende Regeln für kaltgeformte Bauteile und Bleche	DIN EN 1993-1-3:2010-12 DIN EN 1993-1-3/NA:2010-12	Anlage A 1.2.4/2
	Ergänzende Regeln zur Anwendung von nichtrostenden Stählen	DIN EN 1993-1-4:2015-10 DIN EN 1993-1-4/NA:2017-01	
	Plattenförmige Bauteile	DIN EN 1993-1-5:2010-12 DIN EN 1993-1-5/NA:2010-12	
	Festigkeit und Stabilität von Schalen	DIN EN 1993-1-6:2010-12 DIN EN 1993-1-6/NA:2010-12	
	Plattenförmige Bauteile mit Querbelastung	DIN EN 1993-1-7:2010-12 DIN EN 1993-1-7/NA:2010-12	
	Bemessung von Anschlüssen	DIN EN 1993-1-8:2010-12 DIN EN 1993-1-8/NA:2010-12	
	Ermüdung	DIN EN 1993-1-9:2010-12 DIN EN 1993-1-9/NA:2010-12	
	Stahlsortenauswahl im Hinblick auf Bruchzähigkeit und Eigenschaften in Dickenrichtung	DIN EN 1993-1-10:2010-12 DIN EN 1993-1-10/NA:2010-12	
	Bemessung und Konstruktion von Tragwerken mit Zuggliedern aus Stahl	DIN EN 1993-1-11:2010-12 DIN EN 1993-1-11/NA:2010-12	Anlage A 1.2.4/3
	Zusätzliche Regeln zur Erweiterung von EN 1993 auf Stahlgüten bis S700	DIN EN 1993-1-12:2010-12 DIN EN 1993-1-12/NA:2011-08	
	Türme und Maste	DIN EN 1993-3-1:2010-12 DIN EN 1993-3-1/NA:2015-11	
	Schornsteine	DIN EN 1993-3-2:2010-12 DIN EN 1993-3-2/NA:2010-12	Anlage A 1.2.4/4
	Silos	DIN EN 1993-4-1:2010-12 DIN EN 1993-4-1/NA:2010-12	
	Pfähle und Spundwände	DIN EN 1993-5:2010-12 DIN EN 1993-5/NA:2010-12	

Teil A

Lfd. Nr.	Anforderungen an Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Technische Regeln/Ausgabe	Weitere Maßgaben gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3	4
	Kranbahnen	DIN EN 1993-6:2010-12 DIN EN 1993-6/NA:2010-12	
	Ausführung von Stahltragwerken	DIN EN 1090-2:2011-10	Anlage A 1.2.4/5
A 1.2.4.2	Bemessung und Konstruktion von Verbundtragwerken aus Stahl und Beton	DIN EN 1994	
	Allgemeine Bemessungsregeln und Anwendungsregeln für den Hochbau	DIN EN 1994-1-1:2010-12 DIN EN 1994-1-1/NA:2010-12	Anlagen A 1.2.3/2 und A 1.2.4/1
	Tragwerksbemessung für den Brandfall	DIN EN 1994-1-2:2010-12 DIN EN 1994-1-2/A1:2014-06 DIN EN 1994-1-2/NA:2010-12	Anlage A 1.2.3/3
A 1.2.4.3	Bemessung und Konstruktion von Aluminiumtragwerken	DIN EN 1999	
	Allgemeine Bemessungsregeln	DIN EN 1999-1-1:2014-03 DIN EN 1999-1-1/NA:2013-05 DIN EN 1999-1-1/NA/A1:2014-06 DIN EN 1999-1-1/NA/A2:2015-03 DIN EN 1999-1-1/NA/A3:2015-11	Anlage A 1.2.4/1
	Tragwerksbemessung für den Brandfall	DIN EN 1999-1-2:2010-12 DIN EN 1999-1-2/NA:2011-04	Anlage A 1.2.3/3
	Ermüdungsbeanspruchte Tragwerke	DIN EN 1999-1-3:2011-11 DIN EN 1999-1-3/NA:2013-01	
	Kaltgeformte Profiltafeln	DIN EN 1999-1-4:2010-05 DIN EN 1999-1-4/A1:2011-11 DIN EN 1999-1-4/NA:2010-12	Anlage A 1.2.4/2
	Schalentragwerke	DIN EN 1999-1-5:2010-05 DIN EN 1999-1-5/NA:2010-12	
	Ausführung von Aluminiumtragwerken	DIN EN 1090-3:2008-09	Anlage A 1.2.4/6
A 1.2.4.4	Oberirdische zylindrische Flachboden-Tankbauwerke aus metallischen Werkstoffen	DIN 4119-1:1979-06 DIN 4119-2:1980-02	Anlage A 1.2.4/7
A 1.2.5	**Bauliche Anlagen im Holzbau**		
A 1.2.5.1	Bemessung und Konstruktion von Holzbauten	DIN EN 1995-1-1:2010-12 DIN EN 1995-1-1/A2:2014-07 DIN EN 1995-1-1/NA:2013-08	Anlage A 1.2.5/1
	Tragwerksbemessung für den Brandfall	DIN EN 1995-1-2:2010-12 DIN EN 1995-1-2/NA:2010-12	Anlage A 1.2.3/3
	Brücken	DIN EN 1995-2:2010-12 DIN EN 1995-2/NA:2011-08	Anlage A 1.2.5/1
	Herstellung und Ausführung von Holzbauwerken	DIN 1052-10:2012-05	
A 1.2.5.2	Holzschutz	DIN 68800-1:2011-10 DIN 68800-2:2012-02	Anlage A 1.2.5/2
A 1.2.6	**Bauliche Anlagen im Mauerwerksbau**		
A 1.2.6.1	Bemessung und Konstruktion von Mauerwerksbauten	DIN EN 1996	

Teil A

Lfd. Nr.	Anforderungen an Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Technische Regeln/Ausgabe	Weitere Maßgaben gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3	4
	Allgemeine Regeln für bewehrtes und unbewehrtes Mauerwerk	DIN EN 1996-1-1:2013-02 DIN EN 1996-1-1/NA:2012-05 DIN EN 1996-1-1/NA/A1:2014-03 DIN EN 1996-1-1/NA/A2:2015-01	Anlage A 1.2.6/1
	Tragwerksbemessung für den Brandfall	DIN EN 1996-1-2:2011-04 DIN EN 1996-1-2/NA:2013-06	Anlage A 1.2.6/2
	Planung, Auswahl der Baustoffe und Ausführung von Mauerwerk	DIN EN 1996-2:2010-12 DIN EN 1996-2/NA:2012-01	
	Vereinfachte Berechnungsmethoden für unbewehrte Mauerwerksbauten	DIN EN 1996-3:2010-12 DIN EN 1996-3/NA:2012-01 DIN EN 1996-3/NA/A1:2014-03 DIN EN 1996-3/NA/A2:2015-01	
A 1.2.6.2	Fertigbauteile	DIN 1053-4:2013-04	Anlage A 1.2.6/3
A 1.2.6.3	Verankerungen in Mauerwerk mit nachträglich gesetzten Befestigungsmitteln	Verankerungen in Mauerwerk mit nachträglich gesetzten Befestigungsmitteln – Anforderung an Planung, Bemessung und Ausführung: 2016-06 (siehe Anhang 3)	
A 1.2.7	**Glaskonstruktionen**		
A 1.2.7.1	Glas im Bauwesen - Bemessungs- und Konstruktionsregeln	DIN 18008-1:2010-12	Anlagen A 1.2.7/1 und A 1.2.7/2
	Linienförmig gelagerte Verglasungen	DIN 18008-2:2010-12	Anlage A 1.2.7/3
	Punktförmig gelagerte Verglasungen	DIN 18008-3:2013-07	
	Zusatzanforderungen an absturzsichernde Verglasungen	DIN 18008-4:2013-07	
	Zusatzanforderungen an begehbare Verglasungen	DIN 18008-5:2013-07	
A 1.2.8	**Sonderkonstruktionen**		
A 1.2.8.1	Freistehende Schornsteine	DIN 1056:2009-01	Anlagen A 1.2.4/4 und A 1.2.8/1
		DIN EN 13084-1:2007-05	Anlage A 1.2.8/1
		DIN EN 13084-2:2007-08	
		DIN EN 13084-4:2005-12	
		DIN EN 13084-6:2005-03	Anlage A 1.2.8/2
		DIN EN 13084-8:2005-08	Anlage A 1.2.8/2
A 1.2.8.2	Glockentürme	DIN 4178:2005-04	
A 1.2.8.3	Gewächshäuser	DIN V 11535-1:1998-02	Anlage A 1.2.7/2
A 1.2.8.4	In Bayern nicht besetzt.		
A 1.2.8.5	In Bayern nicht besetzt.		
A 1.2.8.6	Gärfuttersilos und Güllebehälter	DIN 11622-1:2006-01 DIN 11622-2:2004-06 DIN 11622-4:1994-07	
A 1.2.8.7	Windenergieanlagen; Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung	Richtlinie für Windenergieanlagen; Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung, März 2015	Anlage A 1.2.8/6

Teil A

Lfd. Nr.	Anforderungen an Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Technische Regeln/Ausgabe	Weitere Maßgaben gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3	4
A 1.2.8.8	Lehmbauten für Wohngebäude der Gebäudeklasse 1 und 2 mit höchstens zwei Vollgeschossen	Lehmbau Regeln, Februar 2008	
A 1.2.8.9	Ortsfeste liegende zylindrische ein- und doppelwandige Behälter (Tanks) aus Stahl zur oberirdischen Lagerung von wassergefährdenden flüssigen Brennstoffen für die energetische Versorgung von Heiz- und Kühlanlagen für Gebäude		Anlage A 1.2.8/7
A 1.2.8.10	Ortsfeste Tanks aus Thermoplasten zur oberirdischen Lagerung von flüssigen Brennstoffen für die energetische Versorgung von Heiz- und Kühlsystemen in Gebäuden		Anlage A 1.2.8/8
A 1.2.9 Bauliche Anlagen in Erdbebengebieten			
A 1.2.9.1	Bauten in deutschen Erbebengebieten	DIN 4149:2005-04	Anlage A 1.2.9/1

Anlagen | Teil A

Anlage A 1.2.1/1

Zu DIN EN 1990 in Verbindung mit DIN EN 1990/NA

Die informativen Anhänge B, C und D sind nicht anzuwenden.

Anlage A 1.2.1/2

Zu DIN EN 1991-1-1 in Verbindung mit DIN EN 1991-1-1/NA

Zu Abschnitt 6.4:
Ergänzend gilt für Horizontallasten für Hubschrauberlandeplätze auf Dachdecken:

1 In der Ebene der Start- und Landefläche und des umgebenden Sicherheitsstreifens ist eine horizontale Nutzlast q_k= 1,0 kN/m an der für den untersuchten Querschnitt eines Bauteils jeweils ungünstigsten Stelle anzunehmen.

2 Für den mindestens 10 cm hohen Überrollschutz ist am oberen Rand eine Horizontallast von 10 kN anzunehmen.

Anlage A 1.2.1/3

Zu DIN EN 1991-1-2 in Verbindung mit DIN EN 1991-1-2/NA

Bei Anwendung des Abschnittes 3.3 ist Folgendes zu beachten:
Werden Naturbrandmodelle angewendet, so ist Nr. 6 des Kriterienkatalogs nach § 15 Abs. 3 BauVorlV nicht erfüllt; der Standsicherheitsnachweis muss nach Art. 62a Abs. 1 BayBO geprüft/bescheinigt werden.

Bei der Anwendung von Naturbrandmodellen ist zudem zu beachten:

1 Das Ergebnis der Bemessung des Feuerwiderstands (Brandeinwirkung und Nachweis) tragender oder aussteifender Bauteile auf der Grundlage von Naturbrandmodellen (Abschnitt 3.3 DIN EN 1991-1-2:2010-12) bedarf einer Abweichung nach Art. 63 Abs. 1 BayBO es kann auch im Rahmen des Art. 54 Abs. 3 Satz 2 BayBO zugelassen werden.

Anmerkung:
Die Beurteilung der Feuerwiderstandsfähigkeit von Bauteilen in bauaufsichtlichen Verfahren erfolgt auf der Grundlage von Brandprüfungen nach der Einheits-Temperaturzeitkurve (ETK) und führt zu Einstufungen in Feuerwiderstandsklassen (DIN 4102-2:1977-09, DIN EN 13501-2), die den bauaufsichtlichen Anforderungen zugeordnet werden.
Bauteilbemessungen auf der Grundlage von Naturbrandmodellen stellen auf die jeweilige konkrete Nutzung und Ausgestaltung eines Raums oder Gebäudes unter Berücksichtigung der vorhandenen brandschutztechnischen Infrastruktur ab.
Eine solche Bauteilbemessung deckt das auf Feuerwiderstandsklassen ausgerichtete globale bauaufsichtliche Anforderungssystem (Gebäudeklassen, Höhenlage der Geschosse, Gebäudeart) nicht vollständig ab.
Über die Anwendbarkeit von Naturbrandmodellen ist daher im Rahmen einer Abweichung nach Art. 63 bzw. einer Erleichterung nach Art. 54 Abs. 3 Satz 2 BayBO zu entscheiden. Dazu ist im Bauantrag oder in den Bauvorlagen anzugeben, weshalb es einer ETK-Brandbeanspruchung nicht bedarf und darzustellen, dass (und weshalb) das gewählte Brandmodell für das Vorhaben geeignet ist und wie die damit zwangsläufig verbundene eingeschränkte Nutzung der Anlage (z.B. aufgrund begrenzter Brandlasten) sichergestellt werden soll (Art. 63 Abs. 1 BayBO, § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, Satz 2 BauVorlV vgl. Nr. 5).

2 Für den Nachweis der Standsicherheit (§10 Abs. 1 BauVorlV) sind die für die Beurteilung der Brandeinwirkungen erforderlichen Unterlagen, insbesondere für die Ermittlung der thermischen Einwirkungen und die bemessungsrelevanten Brandszenarien einschließlich der entsprechenden Bemessungsbrände, als zusätzliche Bauvorlage (§ 1 Abs. 4 BauVorlV) vorzulegen. Die erforderlichen Unterlagen müssen vollständig, nachvollziehbar und prüfbar sein; die thermischen Einwirkungen sind raumbezogen zu ermitteln und zu dokumentieren. Die Ein-

gangsparameter sind repräsentativ und konservativ zu wählen; dabei sind auch Brandeinwirkungen von außen und spezifische Nutzungszustände zu berücksichtigen (z.B. Fahrzeuge in Ausstellungshallen im Rahmen der Auf- und Abbauphase von Messeständen).

Der mit der Prüfung/Bescheinigung des Standsicherheitsnachweises nach Art. 62a Abs. 2 BayBO beauftragte Prüfingenieur/Prüfsachverständige muss entweder zugleich Prüfsachverständiger für Brandschutz sein oder für die Beurteilung der Brandeinwirkungen einen mit derartigen Brandmodellen erfahrenen Prüfsachverständigen für Brandschutz heranziehen. Im Rahmen der Beurteilung der Brandeinwirkung sind alle Eingangsparameter auf Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen; nur stichprobenartige oder Plausibilitätsprüfungen sind nicht ausreichend.

3 Für den Nachweis des Brandschutzes (§11 BauVorlV) ist in den Bauvorlagen auch darzustellen, wie die nach Naturbrandmodellen bemessenen Bauteile des Tragwerks mit den erforderlichen (klassifizierten) raumabschließenden Bauteilen (wie Brand- und Trennwände, Decken, Wände notwendiger Treppenräume und Flure) zu einem geeigneten Brandschutzkonzept zusammengeführt werden sollen. Dazu gehören auch Aussagen zu den Anschlüssen brandschutztechnisch unterschiedlich bemessener Bauteile.
Die bauordnungsrechtlichen Anforderungen (der BayBO oder aufgrund der BayBO erlassener Rechtsverordnungen) an raumabschließende Bauteile bleiben unberührt.

4 Die Feuerwiderstandsfähigkeit des Tragwerks ist für die Durchführung wirksamer Löscharbeiten von wesentlicher Bedeutung. Vor der Entscheidung über die Abweichung/Erleichterung ist die zuständige Brandschutzdienststelle im Hinblick auf die Belange des abwehrenden Brandschutzes zu hören; § 19 Abs. 1 PrüfVBau bleibt unberührt.

5 Die zulässige Art der Nutzung des Bauvorhabens (z. B. Bürogebäude) wird durch die – gewählten und durch die Baugenehmigung festgelegten – Eingangsparameter für die Ermittlung der Brandbeanspruchung (raumbezogen) konkretisiert und begrenzt. Es sind daher geeignete Maßnahmen festzulegen, die die Einhaltung dieser Nutzungsbeschränkung sicherstellen. Dazu kommen insbesondere die Bestellung eines Brandschutzbeauftragten für die diesbezügliche Überwachung des laufenden Betriebs sowie eine Überprüfung der Brandlastannahmen innerhalb des ersten Jahres nach Aufnahme der Nutzung und wiederkehrende Überprüfungen (z. B. in Abständen von 3 - 5 Jahren) durch einen Prüfsachverständigen für Brandschutz in Betracht.

Die Nutzungsbeschränkung und die zu ihrer Einhaltung vorgesehenen Maßnahmen sind durch entsprechende Nebenbestimmungen in der Baugenehmigung festzulegen. In der Baugenehmigung ist darauf hinzuweisen, dass Änderungen des genehmigten Nutzungskonzepts, die zu einer höheren Brandbeanspruchung führen (z. B. veränderte Brandlasten), eine Überprüfung der Standsicherheit und gegebenenfalls die Beantragung und Erteilung einer neuen Baugenehmigung erforderlich machen.

Anmerkung:
Gebäude, deren Standsicherheit auf der Grundlage von Naturbrandmodellen bemessen ist, unterliegen Nutzungsbegrenzungen, die durch betriebliche Maßnahmen und externe Überprüfungen sicherzustellen sind. Die Anwendung solcher Modelle kann daher nur bei bestimmten Gebäudenutzungen sachgerecht sein. Sie kann bei Nutzungen mit geringen und beständigen Brandlasten insbesondere in großen Raumstrukturen angemessen sein; anders verhält es sich bei Räumen mit veränderlichen Brandlasten und Nutzungen oder Gebäuden mit besonderen Sicherheitsanforderungen (z. B. Hochhäuser); die Erforderlichkeit betrieblicher Maßnahmen schließt eine Anwendung bei Wohnungen oder ähnlichen Nutzungen grundsätzlich aus.

6 Zu DIN EN 1991-1-2/NA:2015-09, Anhang BB (NA.BB)
6.1 Die Brandlastdichten nach Abschnitt NA.BB.3.2, Tabelle BB.1, Spalte 3, dürfen auch bei Ermittlungen im Einzelfall nach Abschnitt NA.BB.3.3 nicht unterschritten werden; die Werte beziehen sich nur auf eine für die jeweilige Gebäudeart typische Raumnutzung und nicht auf die Raumnutzungen des gesamten Gebäudes (vgl. NA.BB.3.2 Absatz 3 bezüglich Bürogebäude); dies gilt für Tabelle BB.2 entsprechend.

6.2 Die maximale Wärmefreisetzungsrate $Q_{max,k}$ nach Abschnitt NA.BB.4, Gleichung (BB.7) ist auch für Räume mit mehr als 400 m² unter Ermittlung zunächst der Wärmefreisetzungsrate $Q_{max,f,k}$ für einen angenommenen brandlastgesteuerten Brand nach Gleichung (BB.5) und der Ermittlung der Wärmefreisetzungsrate $Q_{max,v,k}$ unter der Annahme eines ventilationsgesteuerten Brandes nach Gleichung (BB.6) zu bestimmen. Der so aus Gleichung (BB.7) gebildete Wert (charakteristischer Wert $Q_{max,k}$) liegt stets auf der sicheren Seite.

Anlagen | Teil A

6.3 Für die Auftretenswahrscheinlichkeit p_1 eines Entstehungsbrandes je Jahr und Nutzungseinheit ist nach Abschnitt NA.BB.5.1 der größere und damit ungünstigere Wert aus den Angaben nach Tabelle BB.3 zur Bestimmung der Auftretenswahrscheinlichkeit p_{fi} eines Schadenfeuers nach Gleichung (BB.9) in Ansatz zu bringen.
Für die Ausfallwahrscheinlichkeit der öffentlichen Feuerwehr ist der Wert $p_{2,2} = 0,5$ nach Tabelle BB.4 anzusetzen.

6.4 Für die Ermittlung der bedingten Versagenswahrscheinlichkeit $p_{f,fi}$ nach Abschnitt NA.BB.5.2 ist in Gleichung (BB.13) die Versagenswahrscheinlichkeit p_f für Bauteile des Tragwerks stets zumindest aus der Zuordnung zur Schadensfolge „mittel“ nach Tabelle BB.5 in Ansatz zu bringen.
Für Gebäude, die einer Büro- oder vergleichbaren Nutzung dienen und deren Nutzungseinheiten mehr als 400 m² Brutto-Grundfläche haben (vgl. Art. 34 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 BayBO), ist für den Zuverlässigkeitsindex β der Wert 4,7 und für die zugehörige Versagenswahrscheinlichkeit p_f der Wert 1,3E-6 nach Tabelle BB.5 in Ansatz zu bringen.
Sonderbauten, bei denen die Auswirkungen des Versagens oder der Funktionsbeeinträchtigung eines Tragwerks zu schweren Folgen für Leben, Gesundheit und die natürlichen Lebensgrundlagen (vgl. DIN EN 1990:2010-12, Anhang B) führen können, sind der Schadensfolge „hoch“ nach Tabelle BB.5 zuzuordnen.

Anlage A 1.2.1/4

Zu DIN EN 1991-1-3 in Verbindung mit DIN EN 1991-1-3/NA

1 Hinsichtlich der Zuordnung der Schneelastzonen nach Verwaltungsgrenzen wird auf die Tabelle „Zuordnung der Schneelastzonen nach Verwaltungsgrenzen“ hingewiesen. Die Tabelle „Zuordnung der Schneelastzonen nach Verwaltungsgrenzen“ ist über http://www.is-argebau.de oder http://www.dibt.de/de/Geschaeftsfelder/BRL-TB.htm abrufbar.

2 Abschnitt 6 Eislasten und Anhang A der DIN 1055-5:2005-07 sind zu beachten.

Anlage A 1.2.1/5

Zu DIN EN 1991-1-4 in Verbindung mit DIN EN 1991-1-4/NA

1 Zu Abschnitt NA.B.3.2 Tabelle NA.B.3, Spalte 2:
Bei Gebäuden (Reihenmittelhäuser) mit einer Gesamthöhe $h \leq 10,0$ m, an die beidseitig im Wesentlichen profilgleich angebaut und bei denen (rechtlich) gesichert ist, dass die angebauten Gebäude nicht dauerhaft beseitigt werden, darf die Einwirkung des Windes als veränderliche Einwirkung aus Druck oder Sog nachgewiesen werden. Dabei ist der ungünstigere Wert maßgebend. Die Einwirkung von Druck und Sog gemeinsam muss dann als außergewöhnliche Einwirkung angesetzt werden.

2 Hinsichtlich der Zuordnung der Windzonen nach Verwaltungsgrenzen der Länder wird auf die Tabelle „Zuordnung der Windzonen nach Verwaltungsgrenzen der Länder“ hingewiesen. Die ist auch über www.is-argebau.de oder www.dibt.de/de/Geschaeftsfelder/BRL-TB.html#TB abrufbar.

Anlagen | Teil A

Tabelle: Zuordnung der Windzonen nach Verwaltungsgrenzen

Bayern			
A	B	C	D
1.	**Unterfranken**	Windzone **1**	alle Gemeinden
2.	**Oberfranken**	Windzone **1**	alle Gemeinden
3.	**Mittelfranken**	Windzone **1**	alle Gemeinden
4.	**Niederbayern**	Windzone **1**	alle Gemeinden
5.	**Oberpfalz**	Windzone **1**	alle Gemeinden
6.	**Schwaben**		
6.1	**Kreise Donau-Ries, Dillingen a.d.Donau**	Windzone **1**	alle Gemeinden
6.2	**Kreise Neu-Ulm, Augsburg, Aichach-Friedberg, Unterallgäu, Lindau (Bodensee), kreisfreie Städte Memmingen, Kaufbeuren, Augsburg**	Windzone **2**	alle Gemeinden
6.3	**Kreis Oberallgäu**	Windzone **1**	alle Gemeinden, soweit nicht in Windzone 2
		Windzone **2**	Gemeinden Altusried, Dietmannsried, Haldenwang
6.4	**Kreis Ostallgäu**	Windzone **1**	Gemeinden Pfronten, Hopferau, Nesselwang, Füssen, Schwangau, Rieden, Roßhaupten, Seeg, Görisried, Wald, Lengenwang, Stötten a.Auerberg
		Windzone **2**	alle Gemeinden, soweit nicht in Windzone 1
7.	**Oberbayern**		
7.1	**Kreise Eichstätt, Freising, Neuburg-Schrobenhausen, Erding, Pfaffenhofen a.d.Ilm, Mühldorf a.Inn, Berchtesgadener Land, Garmisch-Partenkirchen, Altötting, kreisfreie Stadt Ingolstadt**	Windzone **1**	alle Gemeinden
7.2	**Kreise Dachau, München, Fürstenfeldbruck, Landsberg am Lech, Ebersberg, Starnberg, Landeshauptstadt München**	Windzone **2**	alle Gemeinden
7.3	**Kreis Weilheim-Schongau**	Windzone **1**	Verwaltungsgemeinschaft Steingaden, Gemeinde Bernbeuren
		Windzone **2**	alle Gemeinden, soweit nicht in Windzone 1
7.4	**Kreis Bad Tölz-Wolfratshausen**	Windzone **1**	alle Gemeinden, soweit nicht in Windzone 2
		Windzone **2**	Gemeinden Wolfratshausen, Icking, Münsing, Egling, Geretsried, Eurasburg, Königsdorf, Bad Tölz, Reichersbeuern, Dietramszell, Bad Heilbrunn, Sachsenkam
7.5	**Kreis Miesbach**	Windzone **1**	alle Gemeinden, soweit nicht in Windzone 2
		Windzone **2**	Gemeinden Holzkirchen, Otterfing, Warngau, Valley, Weyarn, Irschenberg, Miesbach, Gmund a.Tegernsee, Waakirchen, Hausham
7.6	**Kreis Traunstein**	Windzone **1**	Gemeinden Grassau, Schleching, Staudach-Egerndach, Marquartstein, Unterwössen, Reit im Winkl, Ruhpolding, Bergen, Siegsdorf, Inzell, Surberg, Petting, Wonneberg, Waging a.See, Kirchanschöring, Fridolfing, Taching a.See, Palling, Tittmoning, Engelsberg, Tacherting
		Windzone **2**	alle Gemeinden, soweit nicht in Windzone 1
7.7	**Kreis Rosenheim**	Windzone **1**	Gemeinden Kiefersfelden, Oberaudorf, Flintsbach a.Inn, Brannenburg, Nußdorf a.Inn, Samerberg, Aschau i.Chiemgau
		Windzone **2**	alle Gemeinden, soweit nicht in Windzone 1

Anlagen | Teil A

Anlage A 1.2.1/6

Zu DIN EN 1991-1-7 in Verbindung mit DIN EN 1991-1-7/NA

Die informativen Anhänge sind nicht anzuwenden.

Anlage A 1.2.1/7

Zu DIN EN 1991-4 in Verbindung mit DIN EN 1991-4/NA und DIN-Fachbericht 140

1 Bei Silozellen bis zu einem Behältervolumen von 4000 m³ und einer Schlankheit (Verhältnis Zellenhöhe h_c zu Zellendurchmesser d_c) $h_c/d_c < 4{,}0$ können neben dem DIN-Fachbericht 140 auch die Regeln von DIN EN 14491 angewendet werden, sofern die Masse des Entlastungssystems den Wert von $m_E = 50$ kg/m² nicht überschreitet.

2 Bei Anwendung der technischen Regel DIN-Fachbericht 140 ist Folgendes zu beachten:
Sofern keine sphärischen Explosionsbedingungen vorliegen, darf bei der Anwendung der Nomogramme des DIN-Fachberichts 140 für niedrige Silozellen mit Schlankheiten von $h_c/d_c < 2{,}0$ eine Extrapolation der Nomogrammwerte mit den Schlankheiten H/D=2 und H/D=4 vorgenommen werden.

Anlage A 1.2.1/8

Zur ETB-Richtlinie „Bauteile, die gegen Absturz sichern“

1 zu Abschnitt 3.1; 1. Absatz:
Sofern sich nach DIN EN 1991-1-1 in Verbindung mit DIN EN 1991-1-1/NA größere horizontale Linienlasten ergeben, müssen diese berücksichtigt werden.

2 zu Abschnitt 3.1, 4. Absatz:
Anstelle des Satzes „Windlasten sind diesen Lasten zu überlagern.“ gilt:
„Windlasten sind diesen Lasten zu überlagern, ausgenommen für Brüstungen von Balkonen und Laubengängen, die nicht als Fluchtwege dienen.“

3 Die ETB-Richtlinie ist nicht bei Bauteilen aus Glas anzuwenden.

Anlage A 1.2.2/1

1 Für folgende Bauprodukte/Bausätze mit einer ETA[1] gibt es keine abschließenden technischen Regeln[2] für die Bemessung und Ausführung:

- Gabionen
- Pfähle aus duktilen Gusseisenrohren
- Fels- und Bodennägel
- Verpresspfähle (Verbundpfähle) mit kleinem Durchmesser (Mikropfähle)
- Fels- und Bodenanker.

2 Zu DIN 1054, Abschnitt A 11.5.4:
Erdbauwerke müssen dauerhaft standsicher sein. Werden bei der Errichtung von Erdbauwerken Geokunststoffe nach EN 13251 mit der Funktion Bewehren verwendet, so kann die Bemessung nach „Empfehlungen für den Entwurf und die Berechnung von Erdkörpern mit Bewehrungen aus Geokunststoffen (EBGEO)“ durchgeführt werden.

3 Zu ETAs für „Bausatz für Fels- und Bodennägeln, Bausätze mit Hohlstäben für selbstbohrende Nägel“:
Die Anwendung von Fels- und Bodennägeln ist nur für vorübergehenden Einsatz (≤ 2 Jahre) zulässig.

Anlagen | Teil A

4 Zu ETAs für „Bausatz für Verpresspfähle mit kleinem Durchmesser“, „Bausätze mit Hohlstäben für selbstbohrende Verpresspfähle“: Die Anwendung der Verpresspfähle ist nur für vorübergehenden Einsatz (≤ 2 Jahre) zulässig.

1 nach ETAG/CUAP/EAD
2 Anwendung von Art. 15 BayBO

Anlage A 1.2.2/2

Zu DIN EN 12699

Zu DIN EN 12699, Abschnitt 6.2.1 und 7.7.4 und DIN SPEC 18538, A 6.2.1.1:
Bei der Ausführung von Pfählen oder Segmentpfählen nach EN 12794 müssen die einschlägigen Bestimmungen und Maßgaben nach Anlage A 1.2.3/1 eingehalten werden.

- Die Pfähle und Segmentpfähle müssen der Klasse 1 nach Tabelle 3 von EN 12794 entsprechen.
- Die Tragfähigkeit gekuppelter Pfähle mit Pfahlverbindungen der Klassen A bis C nach Tabelle 4 von EN 12794 muss der eines ungekuppelten Pfahls entsprechen.
- Gekuppelte Pfähle dürfen nur durch vorwiegend ruhende Einwirkungen beansprucht werden.

Anlage A 1.2.2/3

Zu DIN EN 1537

Für die Bemessung und Ausführung der Daueranker enthält die Norm, insbesondere für bestimmte Aspekte der Dauerhaftigkeit, keine abschließende Regelung.[1]

1 Anwendung von Art. 15 BayBO

Anlage A 1.2.3/1

1 Der Abschnitt C 2.1 dieser BayTB regelt die Anforderungen an Bauprodukte des Beton-, Stahlbeton- bzw. Spannbetonbaus.

2 Fertigteile
2.1 Für Tragstrukturen aus Fertigteilen nach harmonisierten Normen ist zusätzlich DIN V 20000-120:2006-04 Anwendung von Bauprodukten in Bauwerken – Teil 120: Anwendungsregeln zu DIN EN 13369:2004-09 – zu beachten.

2.2 Bei der Verwendung von nicht harmonisierten Ausgangsstoffen gelten die technischen Regelungen nach Abschnitt C 2.1. Die verwendeten Ausgangsstoffe sind anzugeben.

2.3 Werden Tragfähigkeitsmerkmale von Bauteilen oder Bausätzen in Form von rechnerisch ermittelten Tragfähigkeitswerten, mechanischen Festigkeiten oder komplette statische Berechnungen im Rahmen der Leistungserklärung angegeben, so gehören diese zu den bautechnischen Nachweisen.

2.4 Auch die Bemessung und konstruktive Durchbildung von Betonfertigteilen in baulichen Anlagen muss nach A 1.2.3.1 erfolgen.

2.5 Bei Einzelgaragen nach DIN EN 13978-1 darf zusätzlich DIN V 20000-125:2006-12 hinsichtlich Planung, Bemessung und Ausführung angewendet werden. Anstelle der DIN 1045-1:2001-07 gelten dann die Regeln nach A 1.2.3.1 entsprechend.

2.6 Bei Verwendung von Ziegeln nach DIN EN 15037-3 in Deckensystemen ist zusätzlich DIN 20000-129:2014-10 – Anwendung von Bauprodukten in Bauwerken – Teil 129: Regeln für die Verwendung von keramischen Zwischenbauteilen nach DIN EN 15037-3:2011-07 – zu beachten.

Anlagen | Teil A

3 Für Planung, Bemessung und Ausführung von baulichen Anlagen unter Verwendung von Spannverfahren mit Ausnahme der Spannbett-Verfahren für Vorspannung mit sofortigem Verbund nach DIN EN 1992-1-1:2011-01, Abschnitt 5.10, gibt es in Abschnitt A 1.2.3 und C 2.1 keine abschließende technische Regel.

4 Zu DIN EN 1992-1-1, Abschnitt 2.5:
Die Bemessung von Tragwerken auf der Grundlage von Versuchen ist nicht anzuwenden.

Anlage A 1.2.3/2

Für die Planung, Bemessung und Konstruktion von Brücken sind die Regelungen gemäß Allgemeinem Rundschreiben Straßenbau Nr. 22/2012 des BMVBS (veröffentlicht im Verkehrsblatt 2012, Heft 24, S. 995) anzuwenden.

Anlage A 1.2.3/3

Zu DIN EN 1992-1-2, DIN EN 1993-1-2, DIN EN 1994-1-2, DIN EN 1995-1-2 und DIN EN 1999-1-2

Für spezielle Ausbildungen (z.B. Anschlüsse, Fugen etc.) sind die Anwendungsregeln nach DIN 4102-4:2016-05 zu beachten, sofern die Eurocodes dazu keine Angaben enthalten.

Anlage A 1.2.3/4

1 Es gelten die Festlegungen von C 2.1.4.3.

2 Für die Bestimmung der Druckfestigkeit von Beton in bestehenden Gebäuden kann DIN EN 13791 (einschließlich nationaler Anhang) angewendet werden.

3 Bei der Verwendung von selbstverdichtendem Beton ist die „DAfStb-Richtlinie Selbstverdichtender Beton (SVB-Richtlinie)“ (2012-09) anzuwenden.

4 Für massige Bauteile aus Beton gilt die „DAfStb-Richtlinie Massige Bauteile aus Beton“ (2010-04).

5 Grundsätzlich ist die Druckfestigkeit zur Einteilung in die geforderte Druckfestigkeitsklasse nach DIN EN 206-1, Abschnitt 4.3.1 und zur Bestimmung der charakteristischen Festigkeit nach DIN EN 206-1, Abschnitt 5.5.1.2 an Probekörpern im Alter von 28 Tagen zu bestimmen. Hierbei ist auch im Rahmen der Konformitätskontrolle für die Druckfestigkeit nach DIN EN 206-1, Abschnitt 8.2.1 die Konformität an Probekörpern zu beurteilen, die im Alter von 28 Tagen geprüft werden. Von diesem Grundsatz darf nur abgewichen werden, wenn entweder

I) die DAfStb-Richtlinie „Massige Bauteile aus Beton“ angewendet werden darf und angewendet wird oder
II) die folgenden Bedingungen erfüllt werden:

a. Es besteht ein technisches Erfordernis für den Nachweis der Druckfestigkeit in höherem Prüfalter. Dies ist beispielsweise der Fall bei manchen Hochfesten Betonen, bei fugenarmen/fugenfreien Konstruktionen und bei Bauteilen mit hohen Anforderungen an die Rissbreitenbegrenzung.
b. Die Verwendung des Betons wird mindestens den Regelungen der Überwachungsklasse 2 nach DIN 1045-3 unterworfen, sofern sich nicht aufgrund der Druckfestigkeitsklasse höhere Anforderungen ergeben. Dabei muss im Rahmen der Überwachung des Einbaus von Beton nach DIN 1045-3, Anhang C die Notwendigkeit des erhöhten Prüfalters von der Überwachungsstelle bestätigt sein.
c. Es liegt ein vom Bauunternehmen erstellter Qualitätssicherungsplan vor, in dem projektbezogen dargelegt wird, wie das veränderte Prüfalter im Hinblick auf Ausschalfristen, Nachbehandlungsdauer und Bauablauf berücksichtigt wird. Dieser Qualitätssicherungsplan ist der Überwachungsstelle im Rahmen der Überwachung nach DIN 1045-3, Anhang C vor Bauausführung zur Genehmigung vorzulegen.
d. Im Lieferverzeichnis sowie auf dem Lieferschein wird besonders angegeben, dass die Druckfestigkeit des Betons nach mehr als 28 Tagen bestimmt wird. Unbeschadet dieser Regelung bleibt das Werk für die von der Norm geforderte Vereinbarung mit dem Abnehmer verantwortlich. Dabei ist auf die Auswir-

kungen auf den Bauablauf, insbesondere hinsichtlich Nachbehandlungsdauer, Dauerhaftigkeit und Ausschalfristen, einzelfallbezogen hinzuweisen.

6 Bei Verwendung von Stahlfaserbeton ist die „DAfStb-Richtlinie Stahlfaserbeton“ (2012-11) zu beachten.

Anlage A 1.2.3/5

Zur DAfStb-Richtlinie - Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen

Wenn in der DAfStb-Instandsetzungsrichtlinie Produktmerkmale angesprochen werden, die als wesentliche Merkmale nach der EU-Bauproduktenverordnung europäisch harmonisiert sind, so ist die für die Erfüllung der jeweiligen Bauwerksanforderungen erforderliche Leistung vom sachkundigen Planer gemäß der jeweiligen harmonisierten technischen Spezifikation festzulegen. Für die betroffenen Produkte sind die Festlegungen zum Übereinstimmungsnachweis und zur Kennzeichnung mit dem Ü-Zeichen nicht anzuwenden.

Anlage A 1.2.3/6

Zu DIN EN ISO 17660-1 und -2

1 Zu Abschnitt 7:
1.1 Es sind schweißgeeignete Betonstähle nach DIN 488-1 und -2:2009-08 zu verwenden.
1.2 Es sind Baustähle nach DIN EN 10025-1:2005-02 zu verwenden.
1.3 Es sind Schweißzusätze nach DIN EN 13479:2005-03 zu verwenden.

2 Zu den Abschnitten 8 und 9:
Es ist die DVS-Richtlinie DVS 1708:2009-09 zu beachten.

Anlage A 1.2.4/1

Bei der Ausführung von Bauteilen oder Bausätzen aus Stahl nach DIN EN 1993 im Zusammenhang mit DIN EN 1993/NA, aus Aluminium nach DIN EN 1999 im Zusammenhang mit DIN EN 1999/NA oder von Verbundtragwerken oder -bauteilen nach DIN EN 1994 im Zusammenhang mit DIN EN 1994/NA ist Folgendes zu beachten:

1 Werden Tragfähigkeitsmerkmale von Bauteilen oder Bausätzen in Form von rechnerisch ermittelten Tragfähigkeitswerten, mechanischen Festigkeiten oder komplette statische Berechnungen im Rahmen der Leistungserklärung angegeben, so gehören diese zu den bautechnischen Nachweisen.

2 Die Bemessung von Tragwerken auf der Grundlage von Versuchen ist nicht anzuwenden.

Anlage A 1.2.4/2

1 Für die konstruktive Ausbildung von Dächern, Decken und Wänden sowie deren Bekleidung aus Trapez- und Wellprofilen aus Stahl gelten DIN 18807-3:1987-06 in Verbindung mit DIN 18807-3/A1:2001-05.

2 Für die konstruktive Ausbildung von Dächern, Decken und Wänden, sowie deren Bekleidung aus Trapez- und Wellprofilen aus Aluminium gilt DIN 18807-9:1998-06.

Anlage A 1.2.4/3

Für Seilnetzkonstruktionen und vorgefertigte Drahtseile aus Stahl und nichtrostendem Stahl mit Endverankerungen nach ETA gilt:

Anlagen | Teil A

1 Abhängig von der Werkstoffnummer können offene Spiralseile und Rundlitzenseile aus nichtrostendem Stahl den in Tabelle 1 angegebenen Korrosionsbeständigkeitsklassen (CRC) nach DIN EN 1993-1-4:2015-10 zugeordnet werden.

Tabelle 1: Korrosionsbeständigkeitsklassen

Werkstoffnummer	Korrosionsbeständigkeitsklassen (CRC) nach DIN EN 1993-1-4:2015-10
1.4401	II
1.4404	II
1.4436	III
1.4462	III

2 Die Kriechdehnungen ε_k sind bei der Bemessung zu berücksichtigen, wenn die Beanspruchung durch die ständigen Einwirkungen, ermittelt mit 1,0-fachen charakteristischen Werten, mehr als 40 % des 1,65-fachen Wertes der in der zugehörigen ETA angegebenen Grenzzugkraft ist. Hierbei sind die Werte für ε_k entsprechend Tabelle 2 zu berücksichtigen.

Tabelle 2: Kriechdehnungen ε_k in %

Temperatur in °C	ε_k in %
20	$2{,}5 \times 10^{-2}$
40	$3{,}0 \times 10^{-2}$
70	$3{,}5 \times 10^{-2}$

Anlage A 1.2.4/4

Zu DIN EN 1993-3-2

Zusätzlich gilt DIN EN 13084-1 in Verbindung mit Anlage A 1.2.8/1.

Anlage A 1.2.4/5

Zu DIN EN 1090-2

Die technische Regel ist wie folgt anzuwenden:

1 Die Herstellung von tragenden Bauteilen aus Stahl in den genannten Ausführungsklassen darf nur durch solche Hersteller erfolgen, deren werkseigene Produktionskontrolle durch eine notifizierte Stelle entsprechend DIN EN 1090-1:2012-02 zertifiziert ist.

2 Die Ausführung von geschweißten Bauteilen, Tragwerken und Bauwerken aus Stahl in den genannten Ausführungsklassen darf nur durch solche Betriebe auf der Baustelle erfolgen, die über einen Eignungsnachweis für die Ausführung von Schweißarbeiten in den entsprechenden Ausführungsklassen verfügen. Als Eignungsnachweis gilt alternativ:

- ein durch eine notifizierte Stelle ausgestelltes oder bestätigtes Schweißzertifikat nach DIN EN 1090-1:2012-02, wenn die werkseigene Produktionskontrolle des Betriebs durch diese Stelle entsprechend DIN EN 1090-1:2012-02 zertifiziert ist;
- ein auf Grundlage von DIN EN 1090-2 in Verbindung mit DIN EN 1090-1:2012-02, Tabelle B.1 durch eine bauaufsichtlich anerkannte Stelle ausgestelltes Schweißzertifikat;
- während der verbleibenden Gültigkeitsdauer eine bestehende Bescheinigung über die Herstellerqualifikation nach DIN 18800-7 entsprechend folgender Übersicht:

Beanspruchungsart	Ausführungsklasse nach DIN EN 1090-2	Herstellerqualifikation nach DIN 18800-7
statisch oder quasi-statisch	EXC 1	mindestens Klasse B
	EXC 2	mindestens Klasse B, C oder D unter Beachtung der zu den Klassen angegebenen Geltungsbereiche
	EXC 3 EXC 4	mindestens Klasse D
ermüdungsrelevant	EXC 1 EXC 2 EXC 3 EXC 4	Klasse E

§ 3 der Verordnung über bauordnungsrechtliche Regelungen für Bauprodukte und Bauarten (Bauprodukte- und Bauartenverordnung – BauPAV) bleibt unberührt.

Anlage A 1.2.4/6

Zu DIN EN 1090-3

Die technische Regel ist wie folgt anzuwenden:

1 Die Herstellung von tragenden Bauteilen aus Aluminium in den genannten Ausführungsklassen darf nur durch solche Hersteller erfolgen, deren werkseigene Produktionskontrolle durch eine notifizierte Stelle entsprechend DIN EN 1090-1:2012-02 zertifiziert ist.

2 Die Ausführung von geschweißten Bauteilen, Tragwerken und Bauwerken aus Aluminium in den genannten Ausführungsklassen darf nur durch solche Firmen auf der Baustelle erfolgen, die über einen Eignungsnachweis für die Ausführung von Schweißarbeiten in den entsprechenden Ausführungsklassen verfügen. Als Eignungsnachweis gilt alternativ:

- ein durch eine notifizierte Stelle ausgestelltes oder bestätigtes Schweißzertifikat nach DIN EN 1090-1:2012-02, wenn die werkseigene Produktionskontrolle des Betriebs durch diese Stelle entsprechend DIN EN 1090-1:2012-02 zertifiziert ist;
- ein auf Grundlage von DIN EN 1090-3 in Verbindung mit DIN EN 1090-1:2012-02, Tabelle B.1 durch eine bauaufsichtlich anerkannte Stelle ausgestelltes Schweißzertifikat;
- bei nicht ermüdungsrelevanten Beanspruchungen während der verbleibenden Gültigkeitsdauer eine bestehende Bescheinigung über die Herstellerqualifikation nach DIN V 4113-3 entsprechend folgender Übersicht:

Ausführungsklasse nach DIN EN 1090-3	Herstellerqualifikation nach DIN V 4113-3
EXC 1	mindestens Klasse B
EXC 2 EXC 3 EXC 4	mindestens Klasse C

§ 3 der Verordnung über bauordnungsrechtliche Regelungen für Bauprodukte und Bauarten (Bauprodukte- und Bauartenverordnung – BauPAV) bleibt unberührt.

Anlagen | Teil A

Anlage A 1.2.4/7

Zu DIN 4119

1 Bei Anwendung der technischen Regel ist die „Anpassungsrichtlinie Stahlbau mit Änderung und Ergänzung“ Ausgabe Dezember 2001, zu beachten.

2 Sofern für die Ausführung von Stahl- oder Aluminiumtragwerken oder Stahl- oder Aluminiumbauteilen auf DIN 18800-7 oder auf DIN V 4113-3 verwiesen wird, gilt dafür DIN EN 1090-2:2011-10 bzw. DIN EN 1090-3:2008-09.

Anlage A 1.2.5/1

1 Neben DIN EN 1995-1-1 sind für Planung, Bemessung und Ausführung noch folgende Anwendungsnormen zu beachten:

DIN 20000-1:2017-06	Anwendung von Bauprodukten in Bauwerken – Teil 1: Holzwerkstoffe
DIN 20000-3:2015-02	Anwendung von Bauprodukten in Bauwerken – Teil 3: Brettschichtholz und Balkenschichtholz nach DIN EN 14080
DIN 20000-4:2013-08	Anwendung von Bauprodukten in Bauwerken – Teil 4: Vorgefertigte tragende Bauteile mit Nagelplattenverbindungen nach DIN EN 14250:2010-05
DIN 20000-5:2012-03	Anwendung von Bauprodukten in Bauwerken – Teil 5: Nach Festigkeit sortiertes Bauholz für tragende Zwecke mit rechteckigem Querschnitt
DIN 20000-6:2015-02	Anwendung von Bauprodukten in Bauwerken – Teil 6: Stiftförmige und nicht stiftförmige Verbindungsmittel nach DIN EN 14592 und DIN EN 14545
DIN 20000-7:2015-08	Anwendung von Bauprodukten in Bauwerken – Teil 7: Keilgezinktes Vollholz für tragende Zwecke nach DIN EN 15497.

1a DIN EN 1995-1-1 mit DIN EN 1995-1-1/NA enthalten für die Planung, Bemessung und Ausführung von Bauteilen mit Furnierschichtholz, insbesondere für Verbindungen, keine abschließenden Regelungen.[1]

2 Zu DIN EN 1995-1-1/NA:2013-08, Abschnitt 3.6 „Klebstoffe“:
Holzbauteile mit geklebten tragenden Verbindungen dürfen nur verwendet werden, wenn diese Verbindungen mit Klebstoffen hergestellt worden sind, die als Klebstoffe des Typs I nach DIN EN 301:2013-12 oder nach DIN EN 15425:2008-06 in Verbindung mit DIN EN 14080:2013-09, Anhang B.2 oder nach DIN EN 16254:2014-02 klassifiziert sind. Dies gilt nicht für die Verbindung der Komponenten in Holzwerkstoffen, sofern die Holzwerkstoffe im Sinne einer Beplankung oder als aufgeklebte Verstärkungen nach DIN 1052-10:2012-05, Abschnitt 6.3, verwendet werden.
Für die Herstellung geklebter tragender Verbindungen von Holzbauteilen auf der Baustelle gilt Satz 1 sinngemäß.
Für die Planung, Bemessung und Ausführung von Holzbauprodukten und geklebten Anschlüssen an Holzbauteile, die mit Klebstoffen für allgemeine Anwendungen in strukturellen Klebverbunden nach EN 15274 hergestellt oder mit diesen Klebstoffen instandgesetzt wurden, gibt es keine technischen Regeln.[1]

3 Zu ETAs für „Balken aus ein bis vier auf Zugfestigkeit geprüften keilgezinkten Hölzern“:
Bei der Bemessung der Balken ist der Prüflastbeiwert mit einem Wert von k_{pl} = 1,0 in Rechnung zu stellen.

4 Zu ETAs für „Bausatz für Holzbeton-Verbunddecken“:
Für die Planung, Bemessung und Ausführung gibt es keine abschließende technische Regel.[1]

5 Zum EAD 130022-00-03.04:
Vollholz und Brettschichtholz mit Keilzinkenverbindung darf in den Nutzungsklassen 1 und 2 verwendet werden.
Es dürfen nur Balken vom Typ „beam log“ verwendet werden.

6 Werden Tragfähigkeitsmerkmale von Bauteilen oder Bausätzen in Form von rechnerisch ermittelten Tragfähigkeitswerten, mechanischen Festigkeiten oder komplette statische Berechnungen im Rahmen der Leistungserklärung angegeben, so gehören diese zu den bautechnischen Nachweisen.

1 Anwendung von Art. 15 BayBO

Anlagen | Teil A

Anlage A 1.2.5/2

1 Für die Verwendung und die Einstufung in Gebrauchsklassen gelten ausschließlich DIN 68800-1 und DIN 68800-2. Voraussetzung für Aussagen zur Verwendung von Bauprodukten aus Holz (z.B. Vollholz, Brettschichtholz, Balkenschichtholz, Brettsperrholz) ohne Schutzmittelbehandlung ist die Angabe der Dauerhaftigkeit nach EN 350.

2 Bauwerksteile aus Holz, bei denen chemischer Holzschutz verwendet wird, sind so zu planen und auszuführen, dass das verwendete Mittel zum chemischen Holzschutz und seine Anwendungsbedingungen anhand der Zulassungsnummer der BAuA oder des DIBt nachvollziehbar sind.
Hinweis: Bis zum Vorliegen der Biozid-Zulassung, die von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) erteilt wird, ist für das jeweilige Holzschutzmittel eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung erforderlich.

3 Zu DIN 68800-2:2012-02, Abschnitt 5.2.1.2:
Offene Außenwandbekleidungen auf senkrechter Lattung mit dahinterliegender dauerhaft wirksamer, Wasser ableitender und UV-beständiger Schicht dürfen nur ausgeführt werden, wenn entsprechend Abschnitt 5.2.1.2 Buchstabe e der Norm die ausreichende UV-Beständigkeit von Folien nach DIN EN 13859-2:2010-11, Abschnitt 4.3.9 nachgewiesen ist. Diese Folien müssen für eine Einwirkung von UV-Strahlung geeignet sein, einen s_d-Wert ≤ 1,0 m haben und einen Widerstand gegen Wasserdurchgang der Klasse W1 aufweisen.

Anlage A 1.2.6/1

1 Zu DIN EN 1996-1-1, Abschnitt 2.5:
Die Bemessung von Mauerwerk auf der Grundlage von Versuchen ist nicht anzuwenden.

2 Zu DIN EN 1996-1-1, Abschnitt 6.1.2.2:
Für die Ermittlung des Bemessungswertes des Tragwiderstandes ist der Abminderungsfaktor Φ_m zur Berücksichtigung von Schlankheit und Ausmitte gemäß DIN EN 1996-1-1/NA, NCI zu Anhang NA.G, zu berechnen.

3 Neben DIN EN 1996 sind folgende Normen zu beachten:

DIN 20000-401:2012-11	Anwendung von Bauprodukten in Bauwerken – Teil 401: Regeln für die Verwendung von Mauerziegeln nach DIN EN 771-1:2011-07
DIN V 20000-402:2005-06	Anwendung von Bauprodukten in Bauwerken - Teil 402: Regeln für die Verwendung von Kalksandsteinen nach DIN EN 771-2:2005-05
DIN V 20000-403:2005-06	Anwendung von Bauprodukten in Bauwerken - Teil 403: Regeln für die Verwendung von Mauersteinen aus Beton nach DIN EN 771-3:2005-05
DIN 20000-404:2015-12	Anwendung von Bauprodukten in Bauwerken – Teil 404: Regeln für die Verwendung von Porenbetonsteinen nach DIN EN 771-4: 2011-07
DIN V 20000-412:2004-03	Anwendung von Bauprodukten in Bauwerken - Teil 412: Regeln für die Verwendung von Mauermörtel nach DIN EN 998-2:2003-09
oder	
DIN 105-100:2012-01	Mauerziegel – Teil 100: Mauerziegel mit besonderen Eigenschaften
DIN V 106:2005-10	Kalksandsteine mit besonderen Eigenschaften
DIN V 18151-100:2005-10	Hohlblöcke aus Leichtbeton - Teil 100: Hohlblöcke mit besonderen Eigenschaften
DIN V 18152-100:2005-10	Vollsteine und Vollblöcke aus Leichtbeton - Teil 100: Vollsteine und Vollböcke mit besonderen Eigenschaften
DIN V 18153-100:2005-10	Mauersteine aus Beton (Normalbeton) - Teil 100: Mauersteine mit besonderen Eigenschaften
DIN V 18580:2007-03	Mauermörtel mit besonderen Eigenschaften

4 Für Ergänzungsbauteile nach EN 845 gibt es keine abschließenden technischen Regeln für Planung, Bemessung und Ausführung.[1]

1 Anwendung von Art. 15 BayBO

Anlagen | Teil A

Anlage A 1.2.6/2

Zu DIN EN 1996-1-2 in Verbindung mit DIN EN 1996-1-2/NA

Für spezielle Ausbildungen (z. B. Anschlüsse, Fugen etc.) sind die Anwendungsregeln nach DIN 4102-4:2016-05 zu beachten, sofern der Eurocode dazu keine Angaben enthält.

Anlage A 1.2.6/3

Zu DIN 1053-4

Bei Anwendung der technischen Regel sind zusätzlich DIN EN 1996-1-1/NA/A1, DIN EN 1996-1-1/NA/A2, DIN EN 1996-3/NA/A1 und DIN EN 1996-3/NA/A2 sowie die Anlage A 1.2.6/1 zu beachten.

Für die brandschutztechnische Bemessung des Mauerwerks gelten die Bestimmungen von DIN EN 1996-1-2 in Verbindung mit DIN EN 1996-1-2/NA für das entsprechende nicht vorgefertigte Mauerwerk, wobei für die Klassifizierung Brandwand (Kriterium REI-M und EI-M) zusätzlich Folgendes zu berücksichtigen ist:

Sofern das Mauerwerk nicht aus raumbreiten Mauertafeln ausgeführt wird, sind vertikale Stoßfugen in Wandebene wie folgt auszubilden.

In den Einzeltafeln ist werkseitig in den Drittelspunkten und in halber Wandhöhe eine Schlaufenbewehrung aus Betonstahl ∅ 6 mm – wie im Bild dargestellt – in den Lagerfugen so anzuordnen, dass die Schlaufen nach dem Versetzen der Mauertafeln in der Stoßfuge übereinander greifen. Durch die so gebildeten Bewehrungsringe ist von oben ein Betonstabstahl ∅ 8 mm zu stecken. Die Anforderungen von Abschnitt 8.2.1 der Norm sind zu beachten. Anschließend ist die Fuge hohlraumfrei mit Mörtel nach Abschnitt 5.3.3 der Norm zu verfüllen.

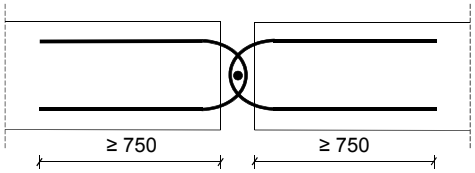


Bild: Vertikale Stoßfuge in Wandebene bei Brandwänden

Anlage A 1.2.7/1

Bei der Ausführung von Glasbauteilen und Glaskonstruktionen nach ETA oder harmonisierten Normen ist zusätzlich zu den Technischen Regeln nach A 1.2.7.1 in Abhängigkeit von der jeweiligen Konstruktion Folgendes zu beachten:

1 Geklebte Glaskonstruktionen in Fassaden und Dächern:
1.1 Bis zu einer Einbauhöhe von 8 m über Gelände sind entweder Typ I oder Typ II nach ETAG 002 Teil 1, ab einer Einbauhöhe von 8 m ist Typ I zu verwenden.

1.2 Geklebte Glaskonstruktionen nach ETAG 002 Teil 2 (beschichtetes Aluminium) sind nur bis zu einer Einbauhöhe von 8 m über Gelände und nur unter Verwendung von Typ I zu verwenden.

1.3 Die Bemessung der Klebefuge nach ETAG 002 Teil 1 ist mit einem globalen Sicherheitsfaktor von $\gamma_{tot} = 6$ durchzuführen.

1.4 Für die Planung, Bemessung und Ausführung von Glaskonstruktionen mit Acrylat-Klebeband gibt es keine abschließende technische Regel.[1]
Die Verwendung auf U-PVC-Oberflächen ist nicht zulässig.

2 Für die Planung, Bemessung und Ausführung von spezial gezogenem Flachglas gibt es keine abschließende technische Regel.[1]

3 Bei der Planung, Bemessung und Ausführung von Glaskonstruktionen von nichttragenden inneren Trennwänden nach ETAG 003 sind die Bestimmungen von B 2.2.1.7 zu beachten.

4 Bei der Planung, Bemessung und Ausführung von Glaskonstruktionen in Vorhangfassaden nach DIN EN 13830 und in Fenstern und Außentüren nach DIN EN 14351-1 sind die Bestimmungen von A 1.2.7 zu beachten.

---

1 Anwendung von Art. 15 BayBO

Anlage A 1.2.7/2

1 Zu DIN 18008-1:2010-12, Abschnitt 9:
Soweit die Normenreihe Regelungen zum konstruktiven Nachweis der Resttragfähigkeit enthält, gelten diese unter der Voraussetzung, dass VSG mit einer PVB-Folie mit folgenden Eigenschaften verwendet wird: Reißfestigkeit ≥ 20 N/mm^2 und Bruchdehnung ≥ 250% bei einer Prüftemperatur von 23°C, Prüfgeschwindigkeit: 50mm/min (DIN EN ISO 527-3:2003-07). Bei beschichteten Gläsern nach DIN EN 1096-4 muss die Beschichtung auf der von der PVB-Folie abgewandten Seite erfolgen.

Verbund-Sicherheitsglas muss nach DIN EN 12600 mindestens mit 2(B)2 eingestuft sein.

Zur Anwendung von Konstruktionen nach DIN 18008-4 Tabelle B.1 und DIN 18008-5 Tabelle B.1 werden die vorgenannten Eigenschaften vorausgesetzt.

2 Werden Scheiben nach DIN EN 14179-2 derart eingebaut, dass deren Oberkante mehr als 4 m über Verkehrsflächen liegt, dürfen sie nur in Mehrscheiben-Isolierverglasungen Verwendung finden. Alternativ sind konstruktiv Maßnahmen zur Gefahrenabwehr im Versagensfall, wie eine Splittersicherung, Vordächer o.ä. vorzusehen.

Anlage A 1.2.7/3

Zu DIN 18008-2

1 Bei der Anwendung ist DIN 18008-2 Berichtigung 1:2011-04 zu berücksichtigen.

2 Die technische Regel braucht nicht angewendet zu werden für:

- Dachflächenfenster in Wohnungen und Räumen ähnlicher Nutzung (z.B. Hotelzimmer, Büroräume) mit einer Lichtfläche (Rahmen-Innenmaß) bis zu 1,6 m²,
- Verglasungen von Kulturgewächshäusern/Produktionsgewächshäusern.

Anlage A 1.2.8/1

Zu DIN EN 13084-1

Zu Abschnitt 5.2.4.1:
Die Ermittlung der Einwirkungen aus Erdbeben erfolgt nach Abschnitt 1.2.9.

Anlage A 1.2.8/2

Zu DIN EN 13084-6 und DIN EN 13084-8

Zusätzlich ist DIN EN 13084-1 in Verbindung mit Anlage A 1.2.8/1 anzuwenden.

Anlagen | Teil A

Anlage A 1.2.8/6

Zur „Richtlinie für Windenergieanlagen“

Die Einhaltung der Anforderungen an die Standsicherheit des Turms und des Fundaments der Windenergieanlage kann als erfüllt angesehen werden, wenn die Nachweisführung nach der hier in Bezug genommenen Richtlinie für Windenergieanlagen vorgenommen wird.

Bei Anwendung der technischen Regel ist Folgendes zu beachten:

1 Sofern in Normen bei der Ausführung von Stahl- oder Aluminiumtragwerken oder Stahl- oder Aluminiumbauteilen auf DIN 18800-7 bzw. auf DIN V 4113-3 verwiesen wird, gilt dafür DIN EN 1090-2:2011-10 bzw. DIN EN 1090-3:2008-09.

2 Abstände zu Verkehrswegen und Gebäuden sind unbeschadet der Anforderungen aus anderen Rechtsbereichen wegen der Gefahr des Eisabwurfs einzuhalten, soweit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht auszuschließen ist. Abstände, gemessen von der Turmachse, größer als 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) gelten im Allgemeinen in nicht besonders eisgefährdeten Regionen als ausreichend. In anderen Fällen ist die Stellungnahme eines Sachverständigen erforderlich.

3 Ergänzende Unterlagen zu den im Abschnitt 3, Buchstaben A bis L der Richtlinie aufgeführten bautechnischen Unterlagen:

3.1 die gutachterliche Stellungnahme eines Sachverständigen über die örtlich auftretende Turbulenzintensität und über die Zulässigkeit von vorgesehenen Abständen zu benachbarten Windenergieanlagen in Bezug auf die Standsicherheit der bestehenden und möglicherweise vorgesehenen Anlagen sowie der beantragten Anlage, soweit die Abstände gemäß Abs. 7.3.3 der Richtlinie nicht eingehalten werden,

3.2 die gutachterliche Stellungnahme eines Sachverständigen zur Funktionssicherheit von Einrichtungen, durch die der Betrieb der Windenergieanlage bei Eisansatz sicher ausgeschlossen werden kann oder durch die ein Eisansatz verhindert werden kann (z.B. Rotorblattheizung), soweit erforderliche Abstände wegen der Gefahr des Eisabwurfes nicht eingehalten werden,
3.3 das Baugrundgutachten nach Abschnitt 3, Buchstabe H der Richtlinie zur Bestätigung, dass die der Auslegung der Anlage zugrundeliegenden Anforderungen an den Baugrund am Aufstellort vorhanden sind,
3.4 die Angabe der Entwurfslebensdauer nach Abschnitt 9.6.1 der Richtlinie.

4 Für Windenergieanlagen, deren überstrichene Rotorfläche geringer als 200 m² ist und die eine Spannung erzeugen, die unter 1000 V Wechselspannung oder 1500 V Gleichspannung liegt, sind folgende unter Abschnitt 3, Buchstaben A bis L der Richtlinie aufgeführten bautechnischen Unterlagen nicht erforderlich: die gutachterlichen Stellungnahmen nach Abschnitt 3, Buchstaben I sowie J, K und L der Richtlinie.

5 Für Windenergieanlagen bis zu 10 m Höhe gemessen von der Geländeoberfläche bis zum höchsten Punkt der vom Rotor bestrichenen Fläche und einem Rotordurchmesser bis zu drei Metern gelten Ziffern 3.1 bis 3.4 nicht.

Anlage A 1.2.8/7

Für die Verwendung von ortsfesten liegenden zylindrischen Tanks aus Stahl nach EN 12285-2:2005 gilt:

- In Überschwemmungsgebieten sind die Tanks so aufzustellen, dass sie von der Flut nicht erreicht werden können.
- Sie dürfen nicht in Erdbebengebieten der Erdbebenzonen 1 bis 3 (DIN 4149) aufgestellt werden.

Anlage A 1.2.8/8

Für die Verwendung von ortsfesten Tanks aus Thermoplasten nach EN 13341:2005+A1:2011 gilt:

Anlagen | Teil A

- In Überschwemmungsgebieten sind die Behälter so aufzustellen, dass sie von der Flut nicht erreicht werden können.
- Sie dürfen nicht in Erdbebengebieten der Erdbebenzonen 1 bis 3 (DIN 4149) aufgestellt werden.
- Anforderungen an den Brandschutz (Brandeinwirkungsdauer) können von diesen Tanks nicht erfüllt werden.

Anlage A 1.2.9/1

Zu DIN 4149

Bei Anwendung der technischen Regel ist Folgendes zu beachten:

1 In Erdbebenzone 3 sind die Dachdeckungen bei Dächern mit mehr als 35° Neigung und in den Erdbebenzonen 2 und 3 die freistehenden Teile der Schornsteine über Dach durch geeignete Maßnahmen gegen die Einwirkungen von Erdbeben so zu sichern, dass keine Teile auf angrenzende öffentlich zugängliche Verkehrsflächen sowie die Zugänge zu den baulichen Anlagen herabfallen können.

2 Hinsichtlich der Zuordnung von Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen wird auf die Tabelle „Zuordnung der Erdbebenzonen nach Verwaltungsgrenzen“ hingewiesen. Die Tabelle ist über www.is-argebau.de oder www.dibt.de/de/Geschaeftsfelder/BRL-TB.html abrufbar.

2a Im gesamten Normtext werden die Verweise auf DIN 1045-1:2001-07 und DIN 1052:2004-08 wie folgt ersetzt:
DIN 1045-1:2001-07 ersetzt durch Verweis auf DIN EN 1992-1-1 in Verbindung mit DIN EN 1992-1-1/NA
DIN 1052:2004-08 ersetzt durch Verweis auf DIN EN 1995-1-1 in Verbindung mit DIN EN 1995-1-1/NA.

2b Für Verankerungen in baulichen Anlagen unter seismischer Einwirkung dürfen in den Erdbebenzonen Deutschlands alle Dübel mit allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung (abZ) verwendet werden, die im Hinblick auf die Bemessung der Befestigungen auf den Annex C der ETAG 001 verweisen. Die Verankerungen sind entsprechend den in den abZ angegebenen Bemessungsverfahren für statische und quasi-statische Einwirkungen zu bemessen.

3 Zu Abschnitt 5.5:
Bei der Ermittlung der wirksamen Massen zur Berechnung der Erdbebenlasten sind Schneelasten in Gleichung (12) mit dem Kombinationsbeiwert $\Psi_2 = 0{,}5$ zu multiplizieren. Diese reduzierten Schneelasten sind auch beim Standsicherheitsnachweis zu berücksichtigen.

4 Zu Abschnitt 6:
- In 6.2.2.4.2 (8) ist der Bezug auf „Abschnitt (7)“ durch den Bezug auf „Abschnitt (6)“ zu ersetzen.
- Im ersten Satz von 6.2.4.1(5), ist die Bedingung „oder“ durch „und“ zu ersetzen.

5 Zu Abschnitt 8:
Bei Erdbebennachweisen von Stahl- und Spannbetonbauten nach dieser Norm ist DIN EN 1992-1-1:2011-01 in Verbindung mit DIN EN 1992-1-1/NA:2013-04 anzuwenden.

- Absatz 8.2 (3) erhält folgende Fassung:
  „Es gelten die in DIN EN 1992-1-1:2011-01 angegebenen Vorschriften für Bemessung und bauliche Durchbildung. Dabei dürfen die zur Ermittlung der Schnittgrößen in 5.5 und 5.6 der DIN EN 1992-1-1:2011-01 angegebenen Verfahren nicht angewandt werden, es sei denn, die doppelte Ausnutzung der plastischen Reserven (infolge q > 1 und nichtlinearer Rechenannahmen) wird dabei ausgeschlossen.“
- Absatz 8.2 (5) a) und Absatz 8.3.2 (2) erhalten folgende Fassung:
  „In Bauteilen, die zur Abtragung von Einwirkungen aus Erdbeben genutzt werden, sind Stähle mit erhöhter Duktilität des Typs B500B zu verwenden. Hierauf darf verzichtet werden, wenn sichergestellt ist, dass die betroffenen Bereiche im Erdbebenfall, ohne Berücksichtigung eines die rechnerische Erdbebeneinwirkung reduzierenden Verhaltensbeiwertes (d. h. q = 1,0), nicht plastizieren.“
- Absatz 8.3.5.3 (4), 1. Satz erhält folgende Fassung:
  „Die bei Übergreifungsstößen vorzusehende Querbewehrung ist nach DIN EN 1992-1-1, Abschnitt 8.7.4 zu bemessen.“

Anlagen | Teil A

- Absatz 8.4 (2), 2. Satz erhält folgende Fassung:
  „Hierbei sind die Regelungen nach DIN EN 1992-1-1, Abschnitt 9.4.1 (3) zu berücksichtigen.“
- Absatz 8.4 (3), 2. Satz erhält folgende Fassung:
  „Der Mindestbewehrungsgrad der Querkraftbewehrung ist nach DIN EN 1992-1-1, Abschnitt 9.2.2 (5) einschließlich DIN EN 1992-1-1/NA, NDP zu 9.2.2 (5) zu bestimmen.“

6 Zu Abschnitt 9:

- Bei Erdbebennachweisen von Stahlbauten sind die Verweise auf DIN 18800-1 bis 18800-4 und DIN V ENV 1993-1-1 mit DASt-Richtlinie 103 durch DIN EN 1993-1-1 in Verbindung mit DIN EN 1993-1-1/NA sowie DIN EN 1993-1-8 in Verbindung mit DIN EN 1993-1-8/NA zu ersetzen.
- In Absatz 9.3.4 (1) ist der Verweis auf DIN 18800-7 durch den Verweis auf DIN EN 1090-2 zu ersetzen.
- Die Duktilitätsklassen 2 und 3 dürfen nur dann zur Anwendung kommen, wenn der Höchstwert der Streckgrenze $f_{y,\,max}$ (siehe DIN 4149:2005-04, Abschnitt 9.3.1.1) und die in Absatz 9.3.1.1 (2) geforderte Mindestkerbschlagarbeit des zu verwendenden Stahles in den Bauvorlagen dokumentiert sind.
- Abschnitt 9.3.5.1 (2) c) erhält folgende Fassung:
  „c) bei zugbeanspruchten Bauteilen ist an Stellen von Lochschwächungen die Bedingung von DIN EN 1993-1-1:2010-12, 6.2.3 (3) einzuhalten ($N_{u,R,d} > N_{pl,R,d}$)“
- In Absatz 9.3.5.4 (7) wird der Verweis auf den Absatz „9.3.3.3 (10)“ durch den Verweis „9.3.5.3 (10)“ ersetzt.
- In Absatz 9.3.5.5 (5) erhält Formel (87) folgende Fassung:

$$\Omega_i = \frac{M_{pl,\,Verb,\,i}}{M_{sdi}}$$

- In Absatz 9.3.5.8 (1) wird der Verweis auf die Abschnitte „8 und 11“ durch den Verweis „8 und 9“ ersetzt.

7 Zu Abschnitt 10:

- Bei Erdbebennachweisen von Holzbauten nach dieser Norm ist DIN EN 1995-1-1:2010-12 in Verbindung mit DIN EN 1995-1-1/NA:2013-08 anzuwenden.
- Absatz 10.1 (5) erhält folgende Fassung:
  „(5) In den Erdbebenzonen 2 und 3 darf bei der Berechnung eine Kombination von Tragwerksmodellen der Duktilitätsklassen 1 und 3 für die beiden Hauptrichtungen des Bauwerks nicht angesetzt werden.“
- Absatz 10.3 (1) erhält folgende Fassung:
  „(1) Die Bedingungen der DIN EN 1995-1-1:2010-12, Abschnitt 3 in Verbindung mit DIN EN 1995-1-1/NA:2013-08 sind einzuhalten.“
- In Absatz 10.3 (2) erhält der mit dem 4. Spiegelstrich markierte Unterabsatz folgende Fassung:
  „– die Verwendbarkeit von mehrschichtigen Massivholzplatten und deren Verbindungsmitteln muss nachgewiesen sein;“
- In Absatz 10.3 (3) erhält der mit dem 2. Spiegelstrich markierte Unterabsatz folgende Fassung:
  „– die Erhöhung des Nagelabstandes bei gleicher Tragfähigkeit gemäß DIN EN 1995-1-1:2010-12, Abschnitt 9.2.3.2 (4) wird in den Erdbebenzonen 2 und 3 nicht angesetzt;“
- In Absatz 10.3 (3) erhält der mit dem 3. Spiegelstrich markierte Unterabsatz folgende Fassung:
  „– die Anwendung geklebter Tafeln führt auch bei gleichzeitiger Verwendung mechanischer Verbindungsmittel zur Einstufung in Duktilitätsklasse 1.“
- Absatz 10.3 (6) erhält folgende Fassung:
  „(6) Bei Anwendung der Gleichungen zur Ermittlung der Tragfähigkeit von stiftförmigen Verbindungsmitteln auf Abscheren nach DIN EN 1995-1-1/NA:2013-08, Abschnitt NCI Zu 8.2 bis NCI Zu 8.7 ist eine Unterschreitung der Mindestdicken von Holzbauteilen, wie sie in DIN EN 1995-1-1/NA:2013-08 NCI NA.8.2.4 (NA.2) und NCI NA.8.2.5 (NA.4) gestattet ist, in den Erdbebenzonen 2 und 3 nicht zulässig.“
- Absatz 10.3 (7) ist wie folgt zu ergänzen:
  „(7) Eine Erhöhung der Tragfähigkeit der Verbindungsmittel nach DIN EN 1995-1-1:2010-12, Abschnitt 9.2.4.2(5) ist nicht zulässig.“

8 Zu Abschnitt 11:

Die Absätze 11.7.3 (1), 11.7.3 (2) und 11.7.3 (3) erhalten folgende Fassung (Tab. 16 ist zu streichen):
„(1) Der Bemessungswert E_d der jeweilig maßgebenden Schnittgröße in der Erdbebenbemessungssituation ist nach Gleichung (37) zu ermitteln. Dabei darf abhängig von den vorliegenden Randbedingungen entweder das vereinfachte oder das genauere Berechnungsverfahren nach DIN 1053-1:1996-11 zur Anwendung kommen.“
„(2) Bei der Anwendung des vereinfachten Berechnungsverfahrens nach DIN 1053-1:1996-11 darf die Bemessungstragfähigkeit R_d aus den um 50 % erhöhten zulässigen Spannungen ermittelt werden. Auf einen expliziten rechnerischen Nachweis der ausreichenden räumlichen Steifigkeit darf nicht verzichtet werden.“

Anlagen | Teil A

„(3) Bei Anwendung des genaueren Berechnungsverfahrens, ist der Bemessungswert E_d der jeweilig maßgebenden Schnittgröße unter γ-fachen Einwirkungen gemäß DIN 1053-1:1996-11 zu ermitteln. Der maßgebende Sicherheitsbeiwert γ darf hierbei auf 2/3 der in Abschnitt 7 der DIN 1053-1:1996-11 festgelegten Werte reduziert werden.
Als Bemessungstragfähigkeit R_d sind die in DIN 1053-1:1996-11 angegebenen rechnerischen Festigkeitswerte anzusetzen."

9 Zu Abschnitt 12:

- Bei Erdbebennachweisen von Gründungen und Stützbauwerken nach dieser Norm ist DIN 1054:2005-01 einschließlich DIN 1054 Berichtigung 1:2005-04, DIN 1054 Berichtigung 2:2007-04, DIN 1054 Berichtigung 3:2008-01 und DIN 1054 Berichtigung 4:2008-10 sowie DIN 1054/A1:2009-07 anzuwenden.
- Die Absätze 12.1.1 (1) und 12.1.1 (2) erhalten folgende Fassung:
  „(1) Werden die Nachweise auf Basis der Kapazitätsbemessung geführt, so ist Abschnitt 7.2.5 zu beachten."
  „(2) Der Nachweis unter Einwirkungskombinationen nach Abschnitt 7.2.2 umfasst:
  (a) den Nachweis der ausreichenden Tragfähigkeit der Gründungselemente nach den baustoffbezogenen Regeln dieser Norm und den jeweiligen Fachnormen;
  (b) die einschlägigen Nachweise der Gründungen nach DIN 1054. Einschränkungen hinsichtlich der generellen Anwendbarkeit von Nachweisverfahren im Lastfall Erdbeben in DIN 1054 oder in diese begleitenden Berechnungsnormen müssen nicht beachtet werden, wenn keine ungünstigen Bodenverhältnisse (Hangschutt, lockere Ablagerungen, künstliche Auffüllungen, usw.) vorliegen."
- Absatz 12.1.1 (4) erhält folgende Fassung:
  „(4) Beim Nachweis der Gleitsicherheit darf der charakteristische Wert des Erdwiderstands (passiver Erddruck) nur mit maximal 30% seines nominellen Wertes angesetzt werden."
- Absatz 12.2.1 (2) erhält folgende Fassung:
  „Vereinfacht kann die Einwirkung durch Erddruck bei Erdbeben ermittelt werden, indem der Erddruckbeiwert k ersetzt wird durch $k_e = k + a_g \bullet \gamma_I \bullet \frac{S}{g}$."

Technische Baubestimmungen, die bei der Erfüllung der Grundanforderungen an Bauwerke zu beachten sind

A 2 Brandschutz

A 2.1 Allgemeine Anforderungen an bauliche Anlagen aus Gründen des Brandschutzes

Bauliche Anlagen sind gemäß Art. 3 BayBO i. V. m. Art. 12 MBO so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass

- der Entstehung eines Brandes vorgebeugt wird
- der Ausbreitung von Feuer und Rauch (Brandausbreitung) vorgebeugt wird
- bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren möglich ist und
- wirksame Löscharbeiten möglich sind.

Konkretisiert werden die schutzzielbezogenen Brandschutzanforderungen für bauliche Anlagen mit den Festlegungen der Art. 5, 24 bis 34, 37 bis 40, 44 und 45 BayBO und den technischen Anforderungen der nachfolgenden Abschnitte. Bei Sonderbauten nach Art. 2 Abs. 4 BayBO i. V. m. Art. 54 Abs. 3 BayBO können sich weitergehende oder geringere Anforderungen aus Rechtsverordnungen oder bauaufsichtlichen Richtlinien ergeben.

Abschnitt A 2.2, Tabelle A 2.2.1 listet die in Bayern bekannt gemachten Technischen Baubestimmungen zum Brandschutz auf. Abschnitt A 2.2, Tabelle A 2.2.2 enthält Hinweise auf in Bayern erlassene Rechtsverordnungen und Bekanntmachungen für Sonderbauten und Garagen sowie für Feuerungsanlagen und elektrische Betriebsräume.

Für Bauprodukte nach derzeit vorhandenen europäisch harmonisierten Spezifikationen, deren Verwendung Einfluss bei der Erfüllung von Brandschutzanforderungen an bauliche Anlagen hat, sind für die bauordnungsrechtlichen Anforderungen und auf der Grundlage der Konkretisierungen zum Brandschutz (A 2.1.1 ff.) die notwendigen Zuordnungen von Angaben zu Leistungen sowie zugehörige Verwendbarkeits- und Ausführungsbestimmungen ausschließlich in der Technischen Regel A 2.2.1.2 enthalten.

A 2.1.1 Anforderungen an die Zugänglichkeit baulicher Anlagen

Zur Durchführung von Lösch- und Rettungsmaßnahmen ergeben sich Anforderungen an Zugänge, Durchgänge oder Durchfahrten sowie Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr aus Art. 5 BayBO; die Technische Regel A 2.2.1.1 ist zu beachten.

A 2.1.2 Anforderungen an das Brandverhalten von Teilen baulicher Anlagen

A 2.1.2.1 Allgemeines

Zur Erfüllung der Grundanforderungen werden in Art. 24 Abs. 1 BayBO allgemeine Anforderungen an das Brandverhalten von Teilen baulicher Anlagen formuliert. Art. 24 Abs. 1 BayBO enthält dazu bestimmte Begriffsbestimmungen:

- nichtbrennbar
- schwerentflammbar
- normalentflammbar.

Bei baulichen Anlagen oder Teilen von baulichen Anlagen, bei denen die Anforderungen nichtbrennbar oder schwerentflammbar gestellt werden, sind geeignete Vorkehrungen zu treffen, dass es nicht durch unbemerktes fortschreitendes Glimmen und/oder Schwelen zu einer Brandausbreitung kommen kann.
Zur Erfüllung nachfolgender Anforderungen ist die Technische Regel A 2.2.1.2 zu beachten.

Teil A

A 2.1.2.2 Nichtbrennbar

Bei der Verwendung in baulichen Anlagen muss bei Einwirkung eines Brandes, insbesondere eines fortentwickelten teilweise vollentwickelten Brandes, gewährleistet sein, dass die Teile baulicher Anlagen keinen Beitrag zum Brand leisten. Dabei dürfen je nach Verwendung keine oder eine begrenzt bleibende Entzündung, geringstmögliche Rauchentwicklung, kein fortschreitendes Glimmen und/oder Schwelen und kein Abtropfen oder Abfallen auftreten; die Art der Bestandteile, Formstabilität sowie Schmelzpunkt/Schmelztemperatur sind zu berücksichtigen.

Hinweis:
Die Anforderungen können mit Baustoffen erfüllt werden, die dauerhaft bei Einwirkung eines Brandes nach DIN 4102-1:1998-05, Abschnitt 5.1 oder 5.2, die dort angegebenen Kriterien einhalten und nach Abschnitt 4.1 klassifiziert sind, ggf. mit der Angabe zum Schmelzpunkt von mindestens 1000°C nach DIN 4102-17:1990-12.

A 2.1.2.3 Schwerentflammbar

Bei der Verwendung in baulichen Anlagen muss bei Einwirkung eines Entstehungsbrandes oder eines sich entwickelnden Brandes gewährleistet sein, dass die Teile baulicher Anlagen nur einen begrenzten Beitrag zum Brand leisten und dass nur eine begrenzte Brandausbreitung während und bei Wegfall der Brandeinwirkung vorliegt. Als Brandeinwirkung ist mit Ausnahme von Außenwandbekleidungen und Bodenbelägen der Brand eines Gegenstandes in einem Raum (z. B. Papierkorb in einer Raumecke) anzunehmen, bei Außenwandbekleidungen die aus einer Wandöffnung schlagenden Flammen (siehe auch A 2.1.5). Bei Bodenbelägen ist von einer Brandsituation auszugehen, bei der Flammen aus der Türöffnung zu einem benachbarten Raum schlagen und bei der die waagerechte Flammenausbreitung und die Rauchentwicklung unbedenklich sind.

Dabei dürfen je nach Verwendung des Bauteils eine Entzündung erst nach einer bestimmten Zeit der Flammeneinwirkung, nur eine begrenzte Temperatur der entstehenden Rauchgase, eine begrenzte Freisetzung von Energie, begrenzte Rauchentwicklung, kein selbstständiges Weiterbrennen, kein fortschreitendes Glimmen und/oder Schwelen, ggf. kein brennendes Abfallen oder Abtropfen auftreten.

Hinweis:
Diese Anforderungen können mit Baustoffen erfüllt werden, die dauerhaft bei Einwirkung eines Brandes nach DIN 4102-1:1998-05, Abschnitt 6.1, die dort angegebenen Kriterien einhalten und nach Abschnitt 4.1 klassifiziert sind.

Für Teile baulicher Anlagen, die nicht brennend abtropfen oder abfallen dürfen, müssen zusätzlich die Kriterien gemäß DIN 4102-16:2015-09, Abschnitt 9.3, erfüllt sein.

A 2.1.2.4 Normalentflammbar

Bei der Verwendung in der baulichen Anlage muss bei Einwirkung eines Entstehungsbrandes gewährleistet sein, dass die Teile der baulichen Anlage nur einen begrenzten Beitrag zum Brand leisten. Dabei muss bei der Brandeinwirkung durch eine kleine, definierte Flamme (Streichholzflamme) die Entzündbarkeit und die Flammenausbreitung innerhalb einer bestimmten Zeit begrenzt sein, ggf. darf kein brennendes Abfallen oder Abtropfen auftreten. Die Anforderungen können mit Baustoffen erfüllt werden, die dauerhaft bei Einwirkung eines Brandes nach DIN 4102-1:1981-05, Abschnitt 6.2, die dort angegebenen Kriterien erfüllen.

Für Teile baulicher Anlagen, die nicht brennend abtropfen oder abfallen dürfen, müssen zusätzlich die Kriterien gemäß DIN 4102-16:2015-09, Abschnitt 9.3, ebenfalls erfüllt sein.

Soweit für die bauliche Anlage ein Bestandteil verwendet werden soll, das nicht mindestens der Anforderung „normalentflammbar“ entspricht (leichtentflammbar), ist Art. 24 Abs. 1 Satz 2 BayBO einzuhalten.

Teil A

A 2.1.3 Anforderungen an die Feuerwiderstandsfähigkeit von Teilen baulicher Anlagen

A 2.1.3.1 Allgemeines

Zur Erfüllung der Grundanforderungen werden in Art. 24 Abs. 2 BayBO allgemeine Anforderungen an die Feuerwiderstandfähigkeit im Brandfall von Bauteilen baulicher Anlagen gestellt und in:

- feuerbeständige
- hochfeuerhemmende
- feuerhemmende

Bauteile unterschieden.
Die Feuerwiderstandsfähigkeit bezieht sich bei tragenden und aussteifenden Bauteilen baulicher Anlagen auf deren Standsicherheit im Brandfall, bei raumabschließenden Bauteilen, wie Wänden und Decken, auf deren Widerstand gegen eine Brandausbreitung (Raumabschluss).

Feuerwiderstandsfähige Bauteile müssen zusätzlich die folgenden Mindestanforderungen an das Brandverhalten ihrer Baustoffe erfüllen:

a) feuerbeständige Bauteile:

   Tragende und aussteifende Teile müssen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen, raumabschließende Bauteile müssen zusätzlich eine in Bauteilebene durchgehende Schicht aus nichtbrennbaren Baustoffen haben.

b) hochfeuerhemmende Bauteile:

   Bestehen tragende und aussteifende Teile aus brennbaren Baustoffen, müssen sie allseitig eine brandschutztechnisch wirksame Bekleidung aus nichtbrennbaren Baustoffen (Brandschutzbekleidung) und – sofern vorhanden – nichtbrennbaren Dämmstoffen haben.

   Wenn raumabschließende hochfeuerhemmende Bauteile in ihren tragenden und aussteifenden Teilen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen und eine in Bauteilebene durchgehende Schicht aus nichtbrennbaren Baustoffen angeordnet ist, ist eine brandschutztechnisch wirksame Bekleidung nicht erforderlich; sie können auch insgesamt aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.

c) feuerhemmende Bauteile:

   Tragende und aussteifende Bauteile können aus brennbaren Baustoffen ausgeführt werden. Dies gilt auch für raumabschließende Bauteile.

Grundsätzlich richtet sich die Feuerwiderstandsfähigkeit von Bauteilen nach dem geltenden bauaufsichtlichen Anforderungssystem (Gebäudeklassen, Höhenlage der Geschosse, Gebäudeart). Die Feuerwiderstandsklassen ergeben sich (auf der Grundlage von Brandprüfungen nach der Einheitstemperaturzeitkurve (ETK)) aus der Technischen Regel A 2.2.1.2.

A 2.1.3.2 Anforderungen an die Standsicherheit im Brandfall

A 2.1.3.2.1 Allgemeines

Um die Anforderungen des Art. 10 BayBO i. V. m Art. 12 BayBO zu erfüllen, müssen tragende Teile baulicher Anlagen dauerhaft auch unter Brandeinwirkung über eine bestimmte Zeitdauer standsicher sein.
Querschnittsänderungen und Durchdringungen – auch nachträglicher Art – sowie Verformungen durch die Brandeinwirkung müssen berücksichtigt werden, soweit sie Einfluss auf die Standsicherheit haben können.

A 2.1.3.2.2 Feuerbeständig

Die Standsicherheit muss bei Brandeinwirkung nach der ETK gemäß DIN 4102-2:1977-09, Abschnitt 6.2.4, über mindestens 90 Minuten gewährleistet sein.

A 2.1.3.2.3 Hochfeuerhemmend

Die Standsicherheit muss bei Brandeinwirkung nach der ETK gemäß DIN 4102-2:1977-09, Abschnitt 6.2.4, über mindestens 60 Minuten gewährleistet sein.

Teil A

Für hochfeuerhemmende tragende Bauteile in Holzbauweise ist die Technische Regel A 2.2.1.4 zu beachten.

A 2.1.3.2.4 Feuerhemmend

Die Standsicherheit muss bei Brandeinwirkung nach der ETK gemäß DIN 4102-2:1977-09, Abschnitt 6.2.4, über mindestens 30 Minuten gewährleistet sein.

A 2.1.3.2.5 Feuerwiderstandsfähigkeit von 120 Minuten

Die Standsicherheit muss bei Brandeinwirkung nach der ETK gemäß DIN 4102-2:1977-09, Abschnitt 6.2.4, über mindestens 120 Minuten gewährleistet sein. Dieses Teil darf keinen Beitrag zum Brand leisten (nichtbrennbar).

A 2.1.3.3 Anforderungen an den Raumabschluss im Brandfall

A 2.1.3.3.1 Allgemeines

Teile baulicher Anlagen sind raumabschließend feuerwiderstandsfähig, wenn sie dauerhaft mindestens für eine bestimmte, nachfolgend angegebene Zeitdauer die Brandausbreitung verhindern, der Raumabschluss auch im Bereich von Verbindungen und Anschlüssen zu angrenzenden Teilen baulicher Anlagen nicht beeinträchtigt ist und wenn auf der brandabgewandten Seite keine wesentliche Rauchentwicklung und kein wesentliches Abfallen oder Abtropfen von Bestandteilen zu verzeichnen ist.

Soweit nicht anders bestimmt, bezieht sich die Feuerwiderstandsfähigkeit auf jede der möglichen Brandeinwirkungsrichtungen (z.B. von innen nach außen sowie von außen nach innen).

Grenzen Bauteile, die raumabschließend feuerwiderstandsfähig sein müssen, an Bauteile ohne Feuerwiderstandsfähigkeit (z. B. Außenwand oder Dach), so müssen sie bei Brandeinwirkung über die jeweils erforderliche Zeitdauer standsicher bleiben. Querschnittsänderungen und Durchdringungen – auch nachträglicher Art – sowie Verformungen während der Brandeinwirkung sind zu berücksichtigen, soweit sie Einfluss auf den Raumabschluss haben können.

Dürfen in Bauteilen, die raumabschließend feuerwiderstandsfähig sein müssen, lichtdurchlässige Flächen als Brandschutzverglasung eingebaut werden, die den Durchtritt der Wärmestrahlung nicht verhindert, müssen sie bei Brandeinwirkung nach DIN 4102-13:1990-05, Abschnitt 6.1, über die jeweils erforderliche Zeitdauer die Ausbreitung von Feuer und Rauch verhindern und die Kriterien nach DIN 4102-13:1990-05 einhalten. Die Technische Regel A 2.2.1.2 ist zu beachten.

Dürfen in Bauteilen, die raumabschließend feuerwiderstandsfähig sein müssen, Nachströmöffnungen ausgeführt werden, müssen die Verschlüsse dieser Öffnungen mit einer Rauchauslöseeinrichtung versehen sein und bei Zugrundelegung des Normbrandes nach DIN 4102-2:1977-09 den Durchtritt von Feuer und Rauch verhindern. Die Technische Regel A 2.2.1.2 ist zu beachten.

Fugen der Bauteile müssen zur Sicherung des Raumabschlusses während der Brandeinwirkung geschlossen bleiben. Diese Anforderung kann mit nichtbrennbaren mineralischen Baustoffen (wie Mörtel, Beton) oder mineralischen Dämmstoffen mit einem Schmelzpunkt von mindestens 1000 °C nach DIN 4102-17:1990-12 und mit Produkten, die bei Brandeinwirkung den Restquerschnitt sicher verschließen, erfüllt werden.

A 2.1.3.3.2 Feuerbeständig

Der Raumabschluss muss bei Brandeinwirkung nach der ETK gemäß DIN 4102-2:1977-09, Abschnitt 6.2.4, über mindestens 90 Minuten gewährleistet sein. Damit ist auch die Standsicherheit von nichttragenden Bauteilen im Brandfall unter Eigengewicht nachgewiesen.

Die Anforderungen an das Brandverhalten ergeben sich aus Art. 24 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 BayBO.

Teil A

A 2.1.3.3.3 Hochfeuerhemmend

Der Raumabschluss muss bei Brandeinwirkung nach der ETK gemäß DIN 4102-2:1977-09, Abschnitt 6.2.4, über mindestens 60 Minuten gewährleistet sein. Damit ist auch die Standsicherheit von nichttragenden Bauteilen im Brandfall unter Eigengewicht nachgewiesen.

Die Anforderungen an das Brandverhalten ergeben sich aus Art. 24 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 BayBO.

Für hochfeuerhemmende raumabschließende Bauteile in Holzbauweise ist die Technische Regel A 2.2.1.4 zu beachten.

A 2.1.3.3.4 Feuerhemmend

Der Raumabschluss muss bei Brandeinwirkung nach der ETK gemäß DIN 4102-2:1977-09, Abschnitt 6.2.4, über mindestens 30 Minuten gewährleistet sein. Damit ist auch die Standsicherheit von nichttragenden Bauteilen im Brandfall unter Eigengewicht nachgewiesen.

Die Anforderungen an das Brandverhalten ergeben sich aus Art. 24 Abs. 1 Satz 2 BayBO.

A 2.1.3.3.5 Feuerwiderstandsfähigkeit von 120 Minuten

Der Raumabschluss muss bei Brandeinwirkung nach der ETK gemäß DIN 4102-2:1977-09, Abschnitt 6.2.4, über mindestens 120 Minuten gewährleistet sein. Damit ist auch die Standsicherheit von nichttragenden Bauteilen im Brandfall unter Eigengewicht nachgewiesen.

Hinsichtlich des Brandverhaltens sind nur Bestandteile zulässig, die keinen Beitrag zum Brand leisten (nichtbrennbar).

A 2.1.4 Tragende und aussteifende Bauteile

Die einschlägigen Anforderungen ergeben sich je nach Gebäudeklasse aus Art. 25 BayBO.

Werden tragende Teile der baulichen Anlage aus Beton, Stahl, Aluminium, Holz oder Mauerwerk ausgeführt, sind die technischen Regeln zur Tragwerksbemessung für den Brandfall in A 1.2.3, A 1.2.4, A 1.2.5 und A 1.2.6 zu beachten. Wird die Standsicherheit im Brandfall rechnerisch nachgewiesen, gilt:

- für tragende Bauteile, die feuerbeständig sein müssen, ist die Tragfähigkeit rechnerisch für mindestens 90 Minuten Brandbeanspruchung nach ETK nachzuweisen,
- für tragende Bauteile, die hochfeuerhemmend sein müssen, ist die Tragfähigkeit rechnerisch für mindestens 60 Minuten Brandbeanspruchung nach ETK nachzuweisen,
- für tragende Bauteile, die feuerhemmend sein müssen, ist die Tragfähigkeit rechnerisch für mindestens 30 Minuten Brandbeanspruchung nach ETK nachzuweisen, und
- für tragende Bauteile, die eine Feuerwiderstandsfähigkeit von 120 Minuten haben müssen, ist die Tragfähigkeit rechnerisch für mindestens 120 Minuten Brandbeanspruchung nach ETK nachzuweisen.

Werden tragende und aussteifende Teile baulicher Anlagen unter Anwendung von Naturbrandmodellen bemessen, ist Anlage A 1.2.1/3 zu beachten.

A 2.1.5 Außenwände

Die einschlägigen Anforderungen ergeben sich je nach Gebäudeklasse aus Art. 26 BayBO.

Abweichend von den Festlegungen in Abschnitt A 2.1.3.3.4 (zu Art. 24 BayBO) ist es für die Brandeinwirkung von außen nach innen zulässig, dass ein Versagen frühestens nach 30 Minuten gemäß DIN 4102-3:1977-09, Abschnitt 5.3.2 (abgeminderte Einheits-Temperaturkurve), eintreten darf.

Müssen Oberflächen von Außenwänden sowie Außenwandbekleidungen ausgenommen Unterkonstruktionen nach Art. 26 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 5 BayBO schwerentflammbar sein, gilt dies auch für ihre einzelnen Bestandteile.

Teil A

Für schwerentflammbare Außenwandbekleidungen sind die Kriterien bei Brandeinwirkung gemäß DIN 4102-20:2017-10 Abschnitt 4.2 einzuhalten.

Außenwandbekleidungen in der Ausführung als Wärmedämmverbundsystem (WDVS) mit EPS-Dämmstoffen erfüllen die Anforderungen schwerentflammbar, wenn an vorhandenen Öffnungen in der Außenwand im Bereich der Stürze oberhalb der Öffnung auch bei Brandeinwirkung standsichere und formstabile, nichtbrennbare konstruktive Maßnahmen angeordnet werden. Darauf kann verzichtet werden, wenn umlaufend horizontal angeordnete, auch bei Brandeinwirkung standsichere und formstabile, nichtbrennbare konstruktive Maßnahmen angeordnet werden.

Für solche Außenwandbekleidungen in der Ausführung als Wärmedämmverbundsystem (WDVS) mit EPS-Dämmstoffen ist zusätzlich eine Brandeinwirkung von außen, die unmittelbar im unteren Bereich der Fassade einwirkt, zu berücksichtigen. Dazu sind geeignete nichtbrennbare konstruktive Maßnahmen vorzusehen, damit das Schutzziel gemäß Art. 24 Abs. 1 Satz 1 BayBO erfüllt ist oder es ist die Technische Regel A 2.2.1.5 einzuhalten.

Sind bei Außenwänden mit hinterlüfteten Bekleidungen, die geschossübergreifende Hohlräume haben oder die über Brandwände hinweggeführt werden, Vorkehrungen zur Begrenzung der Brandausbreitung zu treffen, ist die Technische Regel A 2.2.1.6 zu beachten.

A 2.1.6 Trennwände

Die einschlägigen Anforderungen ergeben sich je nach Gebäudeklasse aus Art. 27 BayBO.

Anschlüsse einschließlich Fugenausbildungen, Durchdringungen von Leitungen sowie Querschnittsverringerungen bei Einbau von Steckdosen, Schaltkästen, Leitungsverteilern etc. dürfen den Raumabschluss und, bei tragenden Wänden, die Standsicherheit nicht beeinträchtigen.

Soweit nicht anders geregelt (s. Rechtsverordnungen oder Richtlinien in Tabelle A 2.2.2) sind Öffnungen in Trennwänden nur zulässig, wenn sie auf die für die Nutzung erforderliche Zahl und Größe beschränkt sind und feuerhemmende, dicht und selbstschließende Abschlüsse aufweisen.

Zur Erfüllung dieser Anforderungen ist die Technische Regel A 2.2.1.2 zu beachten.

Ein Feuerschutzabschluss darf dann offengehalten werden, wenn er zur Verhinderung der Brandausbreitung mit einer Einrichtung versehen ist, die bei Einwirkung eines Brandes, insbesondere bereits bei Raucheinwirkung, dauerhaft das unverzügliche und sichere Schließen des Feuerschutzabschlusses gewährleistet (Feststellanlage). Dies gilt auch für den Fall, dass eine dafür notwendige Stromversorgung unterbrochen ist. Um vorbeugend eine Brandausbreitung zu verhindern, darf das Schließen durch zusätzliche andere Sicherheitseinrichtungen (z. B. Brandmeldeanlagen) ausgelöst werden; die Technische Regel A 2.2.1.7 ist zu beachten.

Sofern Trennwände als Brandschutzverglasungen ausgeführt werden sollen, sind die Anforderungen an raumabschließende Bauteile erfüllt, wenn bei Brandeinwirkung nach DIN 4102-13:1990-05, Abschnitt 6.1, über die mindestens erforderliche Zeitdauer die Ausbreitung von Feuer und Rauch sowie der Durchtritt der Wärmestrahlung verhindert und die Kriterien gemäß DIN 4102-13:1990-05 eingehalten werden. Zur Erfüllung dieser Anforderungen ist die Technische Regel A 2.2.1.2 zu beachten. Damit die Verhinderung der Brandausbreitung nicht beeinträchtigt wird, müssen Abschlüsse von notwendigen Öffnungen in einer als Brandschutzverglasung ausgeführten Trennwand der Feuerwiderstandsdauer der Brandschutzverglasung entsprechen; im Übrigen gelten die genannten Anforderungen an Feuerschutzabschlüsse.

A 2.1.7 Brandwände

Die einschlägigen Anforderungen ergeben sich je nach Gebäudeklasse aus Art. 28 BayBO.

Brandwände sind im Brandfall nur standsicher und raumabschließend, wenn sie ohne zusätzliche Maßnahmen den Anforderungen der Abschnitte A 2.1.3.2 und A 2.1.3.3 entsprechen und ergänzend den Einwirkungen nach DIN 4102-3:1977-09, Abschnitte 4.2.2 bis 4.2.5, widerstehen. Dies gilt mit Ausnahme der Einwirkungen nach DIN 4102-3:1977-09, Abschnitt 4.2.3, auch für hochfeuerhemmende Wände anstelle von Brandwänden.

Teil A

In Brandwände und Wände anstelle von Brandwänden eingreifende andere Bauteile, Anschlüsse einschließlich Fugenausbildungen, Durchdringungen von Leitungen sowie Querschnittsverringerungen bei Einbau von Steckdosen, Schaltkästen, Leitungsverteilern etc. dürfen den Raumabschluss und die Standsicherheit nicht beeinträchtigen.

Öffnungen sind nur in inneren Brandwänden und Wänden anstelle von Brandwänden und nur dann zulässig, wenn sie auf die für die Nutzung erforderliche Zahl und Größe beschränkt sind; sie müssen eine der Wand entsprechende Feuerwiderstandsdauer aufweisen sowie dicht- und selbstschließend sein. Zur Erfüllung dieser Anforderung ist die Technische Regel A.2.2.1.2 zu beachten. Die Anforderungen nach Abschnitt A 2.1.6, hinsichtlich des Offenhaltens von Feuerschutzabschlüssen, gelten entsprechend.

Verglasungen sind in inneren Brandwänden und Wänden anstelle von Brandwänden nach Art. 28 Abs. 9 BayBO nur zulässig, wenn sie auf die für die Nutzung erforderliche Zahl und Größe beschränkt sind; sie müssen eine der Wand entsprechende Feuerwiderstandsdauer aufweisen. Diese Anforderung wird mit Brandschutzverglasungen erfüllt, die bei Brandeinwirkung nach DIN 4102-13:1990-05, Abschnitt 6.1, über die mindestens erforderliche Zeitdauer die Ausbreitung von Feuer und Rauch sowie der Durchtritt der Wärmestrahlung verhindern und die Kriterien gemäß DIN 4102-13:1990-05 einhalten. Zur Erfüllung dieser Anforderungen ist die Technische Regel A 2.2.1.2 zu beachten.

A 2.1.8 Decken

Die einschlägigen Anforderungen ergeben sich je nach Gebäudeklasse aus Art. 29 BayBO.
Decken zwischen Geschossen, die feuerwiderstandsfähig sein müssen, müssen auch bei einer Brandeinwirkung von oben nach unten den Anforderungen der Abschnitte A 2.1.3.2 und A 2.1.3.3 entsprechen

Anschlüsse einschließlich Fugenausbildungen an andere Bauteile, auch an Außenwände, müssen so ausgebildet sein, dass die Standsicherheit und der Raumabschluss gewahrt bleiben, um die Brandausbreitung zu verhindern.

Die Anforderungen nach Abschnitt A 2.1.6, auch hinsichtlich des Offenhaltens von Feuerschutzabschlüssen, gelten entsprechend.

A 2.1.9 Dächer

Die einschlägigen Anforderungen ergeben sich je nach Gebäudeklasse aus Art. 30 BayBO.
Die Anforderung nach einer gegen Flugfeuer und strahlende Wärme widerstandsfähigen Bedachung (harte Bedachung) wird bei der Verwendung von Bedachungen erfüllt, die unter Einwirkung eines Brandes nach DIN 4102-7:1998-07, Abschnitte 6.1 bis 6.5, unter Berücksichtigung von Abschnitt 7 mindestens die in DIN 4102-7:1998-07, Abschnitt 4 Buchst. a bis e, genannten Kriterien erfüllen.

Für bestimmte brennbare lichtdurchlässige Flächen oder Abschlüsse von Öffnungen, für die kein Nachweis der harten Bedachung vorliegt, ist eine Brandentstehung bei Brandbeanspruchung von außen durch Flugfeuer und strahlende Wärme nicht zu befürchten (Art. 30 Abs. 4 BayBO), wenn:

- die Summe der Teilflächen höchstens 30 % der Dachfläche beträgt,
- die Teilflächen einen Abstand von mindestens 5 m zu Brandwänden unmittelbar angrenzender höherer Gebäude oder Gebäudeteile aufweisen

  und die Teilflächen
- als Lichtbänder höchstens 2 m breit und maximal 20 m lang sind, untereinander und zu den Dachrändern einen Abstand von mindestens 2 m haben oder
- als Lichtkuppeln eine Fläche von nicht mehr als je 6 m², untereinander und von den Dachrändern einen Abstand von mindestens 1 m und von Lichtbändern aus brennbaren Baustoffen einen Abstand von 2 m haben.

Begrünte Bedachungen gelten als harte Bedachung, wenn sie den einschlägigen Kriterien der unter A 2.2.1.3 genannten Technischen Regel entsprechen.

A 2.1.10 Treppen

Die einschlägigen Anforderungen an die tragenden Teile notwendiger Treppen ergeben sich je nach Gebäudeklasse aus Art. 32 Abs. 4 BayBO.

Teil A

A 2.1.11 Notwendige Treppenräume

Die einschlägigen Anforderungen an notwendige Treppenräume ergeben sich aus Art. 33 BayBO.

Rauchdicht sind Türen, die die Kriterien der DIN 18095-1:1988-12 erfüllen (Rauchschutzabschlüsse). Selbstschließend sind Türen, die die Kriterien der Dauerfunktion nach DIN 4102-18:1991-03 erfüllen. Zur Erfüllung der Anforderungen an Feuer- und Rauchschutzabschlüsse sowie an Abschlüsse, die selbstschließend sein müssen, ist die Technische Regel A 2.2.1.2 zu beachten. Hinsichtlich des Offenhaltens solcher Abschlüsse gelten die Anforderungen nach Abschnitt A 2.1.6 sinngemäß.

Vollwandig sind Türen, deren Türblatt keine Öffnungen und auch keine Hohlräume hat und bei Hitzebeaufschlagung nicht leicht durchbrennt oder zerstört wird. Türen schließen dicht mit dreiseitig umlaufender dauerelastischer Dichtung oder dreiseitig umlaufendem Falz. Anders als feuerwiderstandsfähige oder rauchdichte Abschlüsse bedürfen Abschlüsse, die vollwandig und dichtschließend oder nur dichtschließend sein müssen, keiner Prüfung hinsichtlich Feuerwiderstandsfähigkeit und Rauchdurchlässigkeit.

A 2.1.12 Notwendige Flure und offene Gänge

Die einschlägigen Anforderungen an notwendige Flure ergeben sich aus Art. 34 BayBO.

Hinsichtlich der Anforderungen an Türen, die feuerwiderstandsfähig, rauchdicht und selbstschließend sein oder nur dicht schließen müssen, gilt Abschnitt A 2.1.11 entsprechend. Die Technische Regel A 2.2.1.2 ist zu beachten. Hinsichtlich des Offenhaltens von Feuer- und Rauchschutzabschlüssen gelten die Anforderungen nach Abschnitt A 2.1.6 sinngemäß.

Sofern Wände notwendiger Flure als Brandschutzverglasungen ausgeführt werden sollen, sind die Anforderungen mit Brandschutzverglasungen erfüllt, die bei Brandeinwirkung nach DIN 4102-13:1990-05, Abschnitt 6.1, über die mindestens erforderliche Zeitdauer die Ausbreitung von Feuer und Rauch sowie den Durchtritt der Wärmestrahlung verhindern und die Kriterien gemäß DIN 4102-13:1990-05 einhalten. Abweichend von Art. 34 Abs. 4 Satz 4 BayBO müssen Abschlüsse von Öffnungen mindestens der Feuerwiderstandsdauer der Brandschutzverglasung entsprechen.

A 2.1.13 Fahrschächte, Aufzüge

Die einschlägigen Anforderungen an Fahrschachtwände und Türen in Fahrschachtwänden ergeben sich je nach Gebäudeklasse aus Art. 37 BayBO.

Die Fahrschächte müssen so beschaffen sein, dass Feuer und Rauch nicht in andere Geschosse übertragen werden können. Diese Anforderung kann nur dann erfüllt werden, wenn die Fahrschächte ausreichend lang feuerwiderstandsfähig sind und

a) die Fahrschachttüren nachfolgenden Anforderungen genügen:
   - sie sind nach DIN 4102-5:1977-09 nachgewiesen und als Fahrschachtür klassifiziert und
   - sie werden in massive Wände aus Mauerwerk oder Beton eingebaut,

b) die Fahrkörbe überwiegend aus nichtbrennbaren Baustoffen hergestellt werden (Fahrkörbe gelten als überwiegend aus nichtbrennbaren Baustoffen hergestellt, wenn die tragenden und aussteifenden Teile des Fahrkorbs aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen und die übrigen Teile des Fahrkorbs (wie Wand- und Deckenbekleidungen, Fußbodenbeläge, Lüftungs- und Beleuchtungsabdeckungen) keinen höheren Anteil an brennbaren, mindestens normalentflammbaren Baustoffen aufweisen als 2,5 kg je m^2 Fahrkorbinnenfläche),

c) die Türen so gesteuert werden, dass sie nur so lange offen bleiben, wie es das Betreten oder Verlassen des Fahrkorbs erfordert; jeweils zwei übereinanderliegende Türen verhindern im geschlossenen Zustand eine Brandübertragung vom Brandgeschoss ins darüber liegende Geschoss,

d) die Türen, falls mehrere nebeneinander angeordnet werden, durch feuerbeständige Bauteile getrennt und an diesen befestigt werden, und

e) der Fahrschacht eine Öffnung zur Rauchableitung gemäß Art. 37 Abs. 3 Satz 1 BayBO aufweist.

Zur Erfüllung dieser Anforderungen ist die Technische Regel A 2.2.1.2 zu beachten.

Teil A

A 2.1.14 Leitungsanlagen, Installationsschächte und Kanäle

In baulichen Anlagen dürfen Leitungen, Installationsschächte und Kanäle gemäß Art. 38 BayBO durch raumabschließende Bauteile, für die eine Feuerwiderstandsfähigkeit vorgeschrieben ist, nur hindurchgeführt werden, wenn eine Brandausbreitung ausreichend lang nicht zu befürchten ist oder Vorkehrungen hiergegen getroffen werden. Für die Leitungsanlagen in Rettungswegen und für die Führung von Leitungsanlagen durch raumabschließende Bauteile gilt die Technische Regel A 2.2.1.8. Elektrische Leitungsanlagen für bestimmte sicherheitstechnische Anlagen in baulichen Anlagen müssen so beschaffen oder durch Bauteile abgetrennt sein, dass die sicherheitstechnischen Anlagen im Brandfall ausreichend lang funktionsfähig bleiben; die Technische Regel A 2.2.1.8 ist zu beachten.

Werden in baulichen Anlagen Installationen in Hohlräumen von Systemböden geführt, ist die Technische Regel A 2.2.1.9 zu beachten. Zur Erfüllung dieser Anforderungen ist die Technische Regel A 2.2.1.2 zu beachten.

A 2.1.15 Lüftungsanlagen

Lüftungsanlagen in baulichen Anlagen müssen gemäß Art. 39 Abs. 1 BayBO betriebs- und brandsicher sein; sie dürfen den ordnungsgemäßen Betrieb von Feuerungsanlagen nicht beeinträchtigen. Zur Konkretisierung dieser Anforderungen an Lüftungsanlagen sind die Anforderungen nach der Technischen Regel A 2.2.1.11 zu beachten. Zur Erfüllung dieser Anforderungen ist die Technische Regel A 2.2.1.2 zu beachten.

A 2.1.16 Anforderungen an Feuerungsanlagen, sonstige Anlagen zur Wärmeversorgung, Brennstoffversorgung

Feuerstätten und Abgasanlagen (Feuerungsanlagen) sowie ortsfeste Verbrennungsmotoren, Blockheizkraftwerke, Brennstoffzellen und Verdichter in baulichen Anlagen müssen gemäß Art. 40 BayBO betriebs- und brandsicher sein; sie dürfen nur dann in Räumen aufgestellt werden, wenn Gefahren nicht entstehen. Anlagen zur Ableitung von Verbrennungsgasen müssen gemäß Art. 40 BayBO so ausgeführt werden, dass keine Gefahren oder unzumutbare Belästigungen entstehen. Die einschlägigen Anforderungen ergeben sich aus der Feuerungsverordnung (FeuV). Die Technische Regel A 2.2.1.2 ist zu beachten.

A 2.1.17 Blitzschutzanlagen

Blitzschutzanlagen nach Art. 44 BayBO sollen die Brandentstehung an der baulichen Anlage und eine Gefährdung von Personen durch Blitzeinschläge verhindern.

A 2.1.18 Bauliche Anlagen zur Lagerung von wassergefährdenden Stoffen und von Sekundärstoffen aus Kunststoff

Werden in baulichen Anlagen wassergefährdende Stoffe gelagert, müssen zum Schutz der Gewässer vor verunreinigtem Löschwasser, das beim Brand anfällt, die Anforderungen an die Löschwasser-Rückhaltung nach der Technischen Regel A 2.2.1.13 beachtet werden.

Dienen bauliche Anlagen zur Lagerung von Sekundärstoffen aus Kunststoff, muss der Ausbreitung von Feuer vorgebeugt und wirksame Löscharbeiten ermöglicht werden. Die Technische Regel A 2.2.1.14 ist zu beachten.

A 2.1.19 Garagen

Die einschlägigen Anforderungen an Gebäude oder Gebäudeteile zum Abstellen von Kraftfahrzeugen (Garagen nach Art. 2 Abs. 8 BayBO) ergeben sich aus der Verordnung über den Bau und Betrieb von Garagen sowie über die Zahl der notwendigen Stellplätze (Garagen-und Stellplatzverordnung [GaStellV]).

A 2.1.20 Sonderbauten

Bei Sonderbauten nach Art. 2 Abs. 4 BayBO können sich weitergehende oder geringere Anforderungen aus einer Rechtsverordnung oder Technischen Baubestimmung ergeben oder es kann im Rahmen der Genehmigung/Bescheinigung des Brandschutznachweises die Beachtung der einschlägigen Anforderungen einer bauaufsichtlich bekannt gemachten Richtlinie festgelegt werden.

Teil A

Das betrifft in Bayern

- Beherbergungsstätten (Beherbergungsstättenverordnung [BStättV]),
- Hochhäuser (Richtlinie über die bauaufsichtliche Behandlung von Hochhäusern [HHR]),
- Fliegende Bauten (Richtlinie über den Bau und Betrieb Fliegender Bauten [FlBauR]),
- Verkaufsstätten (Bayerische Verkaufsstättenverordnung [BayVkV]),
- Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung [VStättV]),
- Industriebauten (Industriebaurichtlinie [IndBauR]).

Bei anderen Sonderbauten können weitergehende Anforderungen zur Abwehr von Gefahren oder Nachteilen einzelfallbezogen im Rahmen der Genehmigung/Bescheinigung des Brandschutznachweises gestellt werden.

A 2.1.21 Anforderungen an sicherheitstechnische Einrichtungen und Anlagen

A 2.1.21.1 Allgemeines

Insbesondere bei Sonderbauten können nach Art. 54 Abs. 3 BayBO entsprechend der Art oder Nutzung der baulichen Anlage zur Erfüllung der Schutzziele ergänzend zu den baulichen Maßnahmen sicherheitstechnische Einrichtungen und Anlagen zur Abwehr von Gefahren oder Nachteilen im Brandfall erforderlich sein. Sicherheitstechnische Einrichtungen und Anlagen können auch im Rahmen einer bauordnungsrechtlichen Abweichungsentscheidung gemäß Art. 63 BayBO für bauliche Anlagen, die gemäß Art. 2 Abs. 4 BayBO keine Sonderbauten sind (sog. Standardgebäude), gefordert werden. Sicherheitstechnische Einrichtungen und Anlagen müssen wirksam und betriebssicher sein, auch bei Zusammenwirken mehrerer Einrichtungen und Anlagen, und den Anforderungen der nachfolgenden Abschnitten entsprechen.

A 2.1.21.2 Rauchabzugsgeräte und Rauchabzugsanlagen

Sofern Rauchabzugsgeräte oder Rauchabzugsanlagen für Räume verlangt werden, sollen wirksame Löscharbeiten der Feuerwehr durch die Ableitung von Rauch unterstützt werden.

Öffnungen zur Rauchableitung (z. B. in notwendigen Treppenräumen nach Art. 33 Abs. 8 Satz 2 Nr. 2 BayBO) oder Rauchabzugsvorrichtungen müssen nicht zwingend Rauchabzugsgeräte oder Rauchabzugsanlagen sein. Bei Sonderbauten und Garagen können sich Anforderungen aus den einschlägigen bauordnungsrechtlichen Regelungen ergeben (s. A 2.2.1.15 sowie A 2.2.2.1 bis A 2.2.2.7) oder einzelfallbezogen im Brandschutzkonzept festgelegt werden.

Rauchabzugsanlagen müssen sowohl von Hand als auch automatisch ausgelöst werden können. Rauchabzugsanlagen können als natürlich wirkende Rauchabzugsanlagen oder maschinelle Rauchabzugsanlagen verlangt sein.

Maschinelle Rauchabzugsanlagen müssen so errichtet werden, dass sie den Temperaturen der abzuführenden Brandgase ausreichend lang widerstehen.

Als Rauchabzugsgeräte sowie als Geräte in natürlich wirkenden Rauchabzugsanlagen sind die Rauchabzugsgeräte in Abhängigkeit von der Lage in der baulichen Anlage, der erforderlichen aerodynamisch wirksamen Öffnungsfläche und des Standortes der baulichen Anlage hinsichtlich des Funktionserhalts und der Einwirkungen u.a. von Wind, Schnee, den Umgebungstemperaturen auszuwählen und zu verwenden. Für die Verwendung gilt die Technische Regel A 2.2.1.2 mit den Leistungsanforderungen.

Als maschinelle Rauchabzugsgeräte sind die Rauchabzugsgeräte in Abhängigkeit von Lage in der baulichen Anlage und den erforderlichen Luftvolumenströmen hinsichtlich der Temperaturbeständigkeit auszuwählen und zu verwenden. Für die Verwendung gilt die Technische Regel A 2.2.1.2 mit den genannten Leistungsanforderungen.

Rauchabzugsanlagen bestehen mindestens aus den Bedien- und Auslöseeinrichtungen, den jeweiligen Rauchabzugsgeräten und bei den maschinellen Rauchabzugsanlagen auch aus den Entrauchungsleitungen einschließlich notwendiger Abschlüsse (Entrauchungsklappen) zur Steuerung der Rauchabführung und der Steuerung der Luftvolumenströme. Für Rauchabzugsanlagen muss die für die Funktion notwendige Zuluft vorhanden sein; Abschlüsse von Zuluftöffnungen müssen von der Feuerwehr leicht geöffnet werden können. Bei maschinellen Rauchabzugsanlagen muss die Öffnung von Abschlüssen der Zuluftzuführung automatisch spätestens gleichzeitig mit Inbetriebnahme der maschinellen Rauchabzugsgeräte erfolgen.

Teil A

Entrauchungsleitungen müssen so dicht und temperaturbeständig sein, dass Rauch nicht aus ihnen in andere Bereiche der baulichen Anlage außerhalb des Brandbereiches austreten kann; sie müssen so angeordnet und so beschaffen sein, dass Temperaturerhöhungen auf der Außenseite der Leitungen nicht zu einer Brandentstehung außerhalb des Brandbereiches führen und auch bei Temperaturerhöhungen keine wesentlichen Querschnittsreduzierungen auftreten. Dies gilt auch für Kanäle und Schächte zu Rauchabführung, soweit sie bei natürlich wirkenden Rauchabzugsanlagen vorgesehen werden.

Automatische Rauchabzugsanlagen müssen automatische Branderkennungs- und Übertragungseinrichtungen zur Auslösung haben; sie dürfen auch durch automatische Brandmeldeanlagen ausgelöst werden können.

A 2.1.21.3 Wärmeabzugsgeräte

Sofern Wärmeabzugsgeräte verlangt werden, soll der Brandausbreitung im Hinblick auf einen Vollbrand in bestimmten Bereichen einer baulichen Anlage entgegen gewirkt werden, um eine Entzündung brennbarer Teile der baulichen Anlage außerhalb des eigentlichen Brandbereiches durch heiße Brandgase zu verhindern. Für vorhandene Bauteile im Brandbereich soll eine Reduzierung der thermischen Einwirkungen erreicht werden, damit die Standsicherheit oder der Raumabschluss im Brandfall gewährleistet bleibt. Damit können auch wirksame Löscharbeiten unterstützt werden.

Erforderliche Wärmeabzugsgeräte sind in Abhängigkeit von Lage in der baulichen Anlage, vorgeschriebener geometrischer Abmessungen, der erforderlichen geometrischen Öffnungsfläche und des Standortes der baulichen Anlage hinsichtlich des Funktionserhalts und der Einwirkungen u.a. von Wind, Schnee, den Umgebungstemperaturen auszuwählen und zu verwenden. Für die Verwendung gilt die Technische Regel A 2.2.1.2 mit den Leistungsanforderungen.

A 2.1.21.4 Druckbelüftungsanlagen (Anlagen zur Rauchfreihaltung)

Druckbelüftungsanlagen dienen dazu, bestimmte Rettungswege (innen liegende Sicherheitstreppenräume) sowie Aufzugsschächte von Feuerwehraufzügen von Rauch frei zu halten, damit sich Personen retten und wirksame Löscharbeiten unterstützt werden können. Die Anordnung von Druckbelüftungsanlagen ist nur zulässig, wenn vor dem jeweiligen Rettungsweg oder Aufzugsschacht Räume (Vorräume) angeordnet sind und diese Räume von der Druckbelüftungsanlage mit erfasst werden. Die Wände und Decken des Vorraumes müssen nichtbrennbar sein und sie müssen im Brandfall ausreichend lang raumabschließend sein. Die Abschlüsse notwendiger Öffnungen in den Vorräumen müssen ausreichend lang raumabschließend und rauchdicht sein. Soweit nicht anders geregelt, dürfen die Vorräume nur über notwendige Flure zugänglich sein.

Dabei müssen Druckbelüftungsanlagen den Eintritt von Rauch in den Rettungsweg oder Aufzugsschacht und deren jeweiligen Vorraum ausreichend lang, auch bei Öffnung von Türen zu Räumen, verhindern.

Der Betrieb der Druckbelüftungsanlage darf nicht dazu führen, dass sich Türen in Rettungswegen wegen zu hoher Druckdifferenzen nicht mehr öffnen lassen. Für Druckbelüftungsanlagen sind ausreichende Überströmöffnungen oder -einrichtungen vorzusehen. Druckbelüftungsanlagen für einen innenliegenden Sicherheitstreppenraum als einzigem Rettungsweg müssen so geplant und betrieben werden, dass der Ausfall eines Lüftungsgerätes nicht zum Ausfall der Druckbelüftung führt.

Druckbelüftungsanlagen müssen im Brandfall automatisch auslösen. Sie dürfen auch über eine automatische Brandmeldeanlage ausgelöst werden können. Der notwendige Druck muss sich unverzüglich nach dem Auslösen aufbauen.

Druckbelüftungsanlagen bestehen mindestens aus automatischen Branderkennungs- und Übertragungseinrichtungen zur Auslösung der Anlage, Lüftungsgeräten, Lüftungsleitungen und einer Steuerung der Luftvolumenströme und erforderlichen Abströmeinrichtungen.

Druckbelüftungsanlagen müssen auch bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung ausreichend lang mit Strom versorgt werden und funktionsfähig bleiben (Sicherheitsstromversorgung).

Teil A

A 2.1.21.5 Feuerlöschanlagen

Mit Feuerlöschanlagen soll die Brandausbreitung mindestens begrenzt werden und damit wirksame Löscharbeiten unterstützt werden.

Feuerlöschanlagen können als automatische (selbsttätige), halbstationäre oder Sprühwasserlöschanlagen, Anlagen mit Wandhydranten für die Feuerwehr (Typ F) und Anlagen mit trockenen Löschwasserleitungen erforderlich sein.

Feuerlöschanlagen sind mindestens in Abhängigkeit von der raumbildenden Struktur der baulichen Anlage sowie vorhandener Baustoffe und Brandgüter, deren Verteilung und Anordnung im Raum, deren Abbrandverhalten und hinsichtlich der Branderkennungs- und Auslöseeinrichtungen, der geeigneten Löschmittel, Löschmittelmengen und notwendiger Wirkbereiche für die Löschmittel zu planen und zu errichten. Soweit erforderlich, sind Druckerhöhungsanlagen zu errichten.

Für Feuerlöschanlagen, die ggf. in bauordnungsrechtlichen Regelungen für Garagen oder Sonderbauten verlangt sind (s. A 2.2.1.15 sowie A 2.2.2.1 bis A 2.2.2.7), gilt: Bei Auslösen automatischer (selbsttätiger) Feuerlöschanlagen muss eine Brandmeldung automatisch über eine geeignete Brandmeldeeinrichtung an die Leitstelle der örtlich zuständigen Feuerwehr erfolgen, soweit die Bauaufsichtsbehörde nichts Anderes gestattet hat. Automatische (selbsttätige) Feuerlöschanlagen, die für die Brandbekämpfung technische Gase als Löschmittel verwenden, dürfen nach der Branderkennung erst dann ausgelöst werden, wenn die Nutzer alarmiert wurden und ausreichend Zeit zum Verlassen des betroffenen Bereiches (Raumes) hatten; die Weiterleitung der Brandmeldung bleibt davon unberührt.

A 2.1.21.6 Brandmeldeanlagen

Mit Brandmeldeanlagen sollen Brände in der Entstehungsphase des Brandes unverzüglich erkannt werden, damit wirksame Löscharbeiten unterstützt werden können. Brandmeldeanlagen bestehen aus Brandmeldern (z. B. Rauchmelder, Wärmemelder, Flammenmelder, Handmelder), Übertragungseinrichtungen der Brandmeldung innerhalb der baulichen Anlage, der Brandmeldezentrale und der Übertragungseinrichtung zur Alarmierung von Löschkräften. Rauchwarnmelder, auch funkvernetzte Rauchwarnmelder, sind keine Brandmeldeanlagen. Bauordnungsrechtlich notwendige Brandmeldeanlagen zur Alarmierung der Feuerwehr sind nach Art. 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Errichtung und den Betrieb Integrierter Leitstellen (ILSG) auf die zuständige alarmauslösende Stelle aufzuschalten. Automatische Brandmeldeanlagen müssen automatische Brandmelder und Übertragungseinrichtungen haben. Brandmeldeanlagen dürfen weitere Übertragungseinrichtungen haben, wenn andere sicherheitstechnische Anlagen damit automatisch aktiviert oder deaktiviert werden sollen.

A 2.1.21.7 Alarmierungseinrichtungen und Alarmierungsanlagen

Alarmierungseinrichtungen und Alarmierungsanlagen dienen der frühzeitigen Warnung von Personen in der baulichen Anlage über einen Gefahrenfall. Die Auslösung kann manuell oder automatisch erforderlich sein. Die Informationsabgabe kann akustisch oder optisch (Signal) erfolgen; Kombinationen davon und unterschiedliche Signalfolgen in Abhängigkeit von der Art des Gefahrenfalls sind zulässig. Die Übertragung der Information kann auch an einen nur begrenzten Personenkreis in der baulichen Anlage zulässig sein.

Für diese Einrichtungen und Anlagen sind deshalb fallweise ergänzende Anweisungen in schriftlicher oder grafischer Form zu erstellen, wie sich in Abhängigkeit des Signales oder der Signalfolge die Personen in der baulichen Anlage verhalten sollen. Die Anweisungen sind in allen relevanten Bereichen der baulichen Anlage deutlich sichtbar anzubringen. Ist die Alarmierung nur für einen begrenzten Personenkreis bestimmt, kann sich die zu erstellende Anweisung und die Bekanntmachung auf diesen Personenkreis beschränken.
Damit soll erreicht werden, dass Personen sich frühzeitig selbst retten oder ein bestimmter Personenkreis mit der Rettung anderer Personen beginnt oder dass eine bauliche Anlage nach einem bestimmten Schema (Räumungskonzept) verlassen wird.

Die Alarmierungsanlagen bestehen aus manuellen Bedien- oder Auslösestellen, den Übertragungseinrichtungen der Signale in verschiedene Bereiche der oder an bestimmte Personen in der baulichen Anlage, den Signalgebern und sofern unterschiedliche Signalfolgen erforderlich sind, aus einer Steuereinheit für die unterschiedlichen Signalfolgen. Sind automatische Alarmierungsanlagen verlangt, müssen zusätzlich die notwendigen automatischen Gefahrenmelder, deren automatische Übertragungseinrichtungen, eine Einrichtung zur Auswertung der

Teil A

Gefahrenmeldung und eine automatische Auslöseeinrichtung für den Signalgeber vorhanden sein. Alarmierungsanlagen für den Brandfall dürfen auch durch eine Brandmeldeanlage ausgelöst werden können.

A 2.1.21.8 Feuerwehraufzüge

Feuerwehraufzüge dienen insbesondere bei baulichen Anlagen großer Höhe der Unterstützung wirksamer Löscharbeiten. Feuerwehraufzüge sollen im Brandfall durch die Feuerwehr nutzbar bleiben.

Für Hochhäuser ergeben sich die einschlägigen bauordnungsrechtlichen Anforderungen an Feuerwehraufzüge, die Fahrschächte von Feuerwehraufzügen und deren Vorräume aus Abschnitt 6. 1 und (für Hochhäuser mit nicht mehr als 60 m Höhe) Abschnitt 8.4 der Richtlinie über die bauaufsichtliche Behandlung von Hochhäusern (s. A 2.2.2.7, Bekanntmachung vom 21. April 2015, AllMBl S. 274).

Im normalen Betrieb ist die Nutzung zur Personen- und Lastenbeförderung zulässig.

Feuerwehraufzüge müssen auch bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung ausreichend lang mit Strom versorgt werden und funktionsfähig bleiben (Sicherheitsstromversorgung).

A 2.1.21.9 Sicherheitsbeleuchtungen

Sicherheitsbeleuchtungen sollen bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung eine ausreichende Mindestbeleuchtungsstärke auf Rettungswegen, in Räumen und für die Beleuchtung von erforderlichen Sicherheitszeichen ermöglichen, damit Personen die bauliche Anlage bis zur öffentlichen Verkehrsfläche hin verlassen und ggf. zu Gefahren führende Tätigkeiten sicher abgeschlossen werden können. Die Sicherheitsbeleuchtung ist in Abhängigkeit von der Art und Nutzung der baulichen Anlage anzuordnen und kann auch nur in Teilen der baulichen Anlage erforderlich sein. Soweit die Sicherheitsbeleuchtung in Bereitschaftsschaltung ausgeführt wird, muss die Bereitschaftsschaltung die Sicherheitsbeleuchtung ohne Verzögerung in Betrieb nehmen.

A 2.1.21.10 CO-Warnanlagen

CO-Warnanlagen dienen dazu, Gefahr drohende Mengen von Kohlenmonoxid (CO) in baulichen Anlagen sicher zu erkennen und Warnungen an Personen abzugeben, damit diese Personen bestimmte Handlungen ausführen (z. B. Motor abstellen) und die bauliche Anlage oder den betroffenen Teil sofort verlassen; sie dürfen auch genutzt werden, um vorhandene Lüftungsanlagen im betroffenen Bereich der baulichen Anlage zur Reduzierung des CO-Gehaltes in der Luft in Betrieb zu nehmen. CO-Warnanlagen bestehen mindestens aus den automatischen Messeinrichtungen, den automatischen Übertragungseinrichtungen der Messsignale, einem Auswerte- und Steuerungssystem und Einrichtungen zur automatischen Abgabe von optischen und akustischen Signalen an Personen im betroffenen Bereich der baulichen Anlage.

CO-Warnanlagen müssen auch bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung ausreichend lang mit Strom versorgt werden und funktionsfähig bleiben (Sicherheitsstromversorgung).

A 2.1.21.11 Sicherheitsstromversorgungen

Sicherheitsstromversorgungen sind elektrische Anlagen einschließlich Stromerzeugung oder Stromspeicherung, die bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung die Versorgung von anderen sicherheitstechnischen Einrichtungen und Anlagen mit Strom für den Weiterbetrieb über einen bestimmten Zeitraum sicherstellen, soweit dies für die jeweilige sicherheitstechnische Einrichtung oder Anlage verlangt ist.

Die Sicherheitsstromversorgung besteht aus mindestens einer für den Weiterbetrieb ausreichenden leistungsfähigen Stromquelle (Sicherheitsstromaggregat, Batterien) und den zugehörigen elektrischen Leitungsanlagen zur Versorgung der anderen sicherheitstechnischen Einrichtungen und Anlagen.

Eine ausreichende Stromquelle liegt auch dann vor, wenn neben dem eigentlichen Anschluss an das öffentliche Versorgungsnetz für die bauliche Anlage zusätzlich ein Anschluss an ein weiteres unabhängiges öffentliches Versorgungsnetz vorhanden ist; Anschlüsse aus benachbarten baulichen Anlagen sind regelmäßig nicht unabhängige öffentliche Versorgungsnetze.

Teil A

A 2.1.21.12 Objektfunkanlagen für die Feuerwehr

Objektfunkanlagen für die Feuerwehr dienen der Unterstützung wirksamer Löscharbeiten. Die Anlagen sollen die Funkkommunikation der Einsatzkräfte der Feuerwehr untereinander in der baulichen Anlage und mit den unmittelbar an der baulichen Anlage vorhandenen Einsatzkräften der Feuerwehr während des Einsatzes unterstützen, wenn dies wegen der räumlichen Struktur, der Ausdehnung oder wegen der die Funkkommunikation abschirmender Eigenschaften der baulichen Anlage mit den von der Feuerwehr mitgeführten Geräte zur Funkkommunikation nicht ausreichend möglich ist. Sie bestehen mindestens aus Sende-, Empfangs- und Übertragungseinrichtungen.

Objektfunkanlagen müssen auch bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung ausreichend lang mit Strom versorgt werden und funktionsfähig bleiben (Sicherheitsstromversorgung).

Für die Funktion von Objektfunkanlagen notwendige elektrische Leitungsanlagen müssen so beschaffen oder durch Bauteile abgetrennt sein, dass die Anlagen im Brandfall ausreichend lang funktionsfähig bleiben.

A 2.1.21.13 Druckerhöhungsanlagen für die Löschwasserversorgung

Druckerhöhungsanlagen für die Löschwasserversorgung dienen der Unterstützung wirksamer Löscharbeiten in der baulichen Anlage. Druckerhöhungsanlagen für die bauliche Anlage sollen unabhängig von der allgemeinen Wasserversorgung gewährleisten, dass die für den Betrieb entsprechender Anlagen unter Verwendung von Löschwasser nach A 2.1.21.5 notwendigen Betriebsdrücke für die gesamte Bereitstellungszeit vorhanden sind und die notwendigen Löschwassermengen entnommen oder verteilt werden können.

Druckerhöhungsanlagen bestehen mindestens aus dem Druckerzeugungsaggregat, dem für die Löschwassermenge ausreichend großen Vorratsbehälter, dem zugehörigen Leitungssystem, dem Steuerungs- und Regelsystem sowie den für die Druckerhöhung notwendigen Stromversorgungseinrichtungen.

A 2.1.21.14 Brandfallsteuerung von Aufzügen

Brandfallsteuerungen sollen bewirken, dass bei Erkennung eines Brandes der Aufzug mit darin befindlichen Personen nicht mehr das vom Brand betroffene Geschoss anfahren kann und die Personen den Aufzug in einem anderen Geschoss verlassen, um sich zu retten. Außerdem wird sichergestellt, dass danach der Aufzug außer Betrieb geht.

Brandfallsteuerungen bestehen mindestens aus automatischen Brandmeldern zur Branderkennung in jedem Geschoss mit Haltestelle, den automatischen Übertragungseinrichtungen der Brandmeldung und dem Auswerte- und Steuerungssystem für den Aufzug. Das Auslösen der Brandfallsteuerung ist auch durch eine automatische Brandmeldeanlage zulässig.

A 2.1.21.15 Blitzschutzanlagen zum Schutz sicherheitstechnischer Einrichtungen und Anlagen im Innern von baulichen Anlagen

Diese Blitzschutzanlagen dienen zum Schutz sicherheitstechnischer Einrichtungen und Anlagen im Innern von baulichen Anlagen zur Sicherung der Personenrettung und der Unterstützung wirksamer Löscharbeiten. Sie sollen gegen Auswirkungen des Blitzstromes und der Blitzspannung auf Installationen sowie elektrische und elektronische Teile der anderen sicherheitstechnischen Einrichtungen und Anlagen in der baulichen Anlage bei unmittelbarem oder mittelbarem Blitzeinschlag schützen. Dazu sind Maßnahmen gegen Überspannung (äußerer und innerer Blitzschutz) und gefährliche Funkenbildung zu treffen.

Teil A

A 2.2 Technische Anforderungen hinsichtlich Planung, Bemessung und Ausführung und Technische Anforderungen an Bauteile gemäß Art. 81a Abs. 2 BayBO

Lfd. Nr.	Anforderungen an Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Technische Regeln/Ausgabe	Weitere Maßgaben gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3	4
A 2.2.1 Planung, Bemessung und Ausführung			
A 2.2.1.1	Flächen für die Feuerwehr	Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr: 2009-10	Anlage A 2.2.1.1/1
A 2.2.1.2	Bauprodukte und Bauarten	Bauaufsichtliche Anforderungen, Zuordnung der Klassen, Verwendung von Bauprodukten, Anwendung von Bauarten: 2016-06 (siehe Anhang 4)	
A 2.2.1.3	Klassifizierte Baustoffe und Bauteile, Ausführungsregeln	DIN 4102-4:2016-05	Anlage A 2.2.1.3/1
A 2.2.1.4	Hochfeuerhemmende Bauteile in Holzbauweise	Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an hochfeuerhemmende Bauteile in Holzbauweise – HFHHolzR: 2004-07	Anlage A 2.2.1.4/1Bay
A 2.2.1.5	Wärmedämmverbundsysteme	WDVS mit EPS, Sockelbrandprüfverfahren: 2016-06 (siehe Anhang 5)	
A 2.2.1.6	Hinterlüftete Außenwandbekleidungen	Hinterlüftete Außenwandbekleidungen: 2016-06 (siehe Anhang 6)	
A 2.2.1.7	Feststellanlagen	Anforderungen an Feststellanlagen: 2017-07 (siehe Anhang 7)	
A 2.2.1.8	Leitungsanlagen	Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Leitungsanlagen (Leitungsanlagenrichtlinie – LAR): 2015-02, Redaktionsstand 05.04.2016	Anlage A 2.2.1.8/1Bay
A 2.2.1.9	Systemböden	Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Systemböden (SysBöR): 2005-09	Anlage A 2.2.1.9/1Bay
A 2.2.1.10	In Bayern nicht besetzt		
A 2.2.1.11	Lüftungsanlagen	Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Lüftungsanlagen (Lüftungsanlagen-Richtlinie LüAR): 2005-09, zuletzt geändert am 11.12.2015	Anlage A 2.2.1.11/1Bay
A 2.2.1.12	In Bayern nicht besetzt		
A 2.2.1.13	Löschwasser-Rückhalteanlagen	Richtlinie zur Bemessung von Löschwasser-Rückhalteanlagen beim Lagern wassergefährdender Stoffe (LöRüRL): 1992-08	Anlage A 2.2.1.13/1Bay
A 2.2.1.14	Lagerung von Sekundärstoffen aus Kunststoff	Richtlinie über den Brandschutz bei der Lagerung von Sekundärstoffen aus Kunststoff (Kunststofflagerrichtlinie – KLR): 1996-06	
A 2.2.1.15	Industriebau	Richtlinie über den baulichen Brandschutz im Industriebau (Industriebaurichtlinie – IndBauR): 2014-07	Anlage A 2.2.1.15/1Bay

Teil A

Lfd. Nr.	Gebäude/Nutzungen, für die Spezialregelungen erlassen oder bekannt gemacht sind	Rechtsverordnung oder bauaufsichtliche Richtlinie	
1	2	3	4
A 2.2.2 Garagen, Sonderbauten, Betriebsräume für elektrische Anlagen und Feuerungsanlagen			
A 2.2.2.1	Garagen	Verordnung über den Bau und Betrieb von Garagen sowie über die Zahl der notwendigen Stellplätze (Garagen- und Stellplatzverordnung – GaStellV): 1993-11	
A 2.2.2.2	Beherbergungsstätten	Verordnung über den Bau und Betrieb von Beherbergungsstätten (Beherbergungsverordnung – BStättV): 2007-07	
A 2.2.2.3	Verkaufsstätten	Verordnung über den Bau und Betrieb von Verkaufsstätten (Bayerische Verkaufsstättenverordnung – BayVkV): 1997-11	
A 2.2.2.4	Versammlungsstätten	Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung – VStättV): 2007-11	
A 2.2.2.5	In Bayern nicht besetzt		
A 2.2.2.6	In Bayern nicht besetzt		
A 2.2.2.7	Hochhäuser	Richtlinie über die bauaufsichtliche Behandlung von Hochhäusern (HHR): 2015-04	
A 2.2.2.8	In Bayern nicht besetzt		
A 2.2.2.9	Betriebsräume für elektrische Anlagen	Verordnung über den Bau von Betriebsräumen für elektrische Anlagen (EltBauV):1977-04	
A 2.2.2.10	Feuerungsanlagen	Feuerungsverordnung (FeuV): .2007-11	
A 2.2.2.11	Fliegende Bauten	Richtlinie über den Bau und Betrieb Fliegender Bauten (FlBauR): 2010-06	

Anlagen | Teil A

Anlage A 2.2.1.1/1

Zur Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr

Bei der Anwendung der technischen Regel ist Folgendes zu beachten:

1 Zu Abschnitt 1
Zufahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen sind mindestens entsprechend der Straßen-Bauklasse VI (Richtlinie für Standardisierung des Oberbaues von Verkehrsflächen – RStO 01) zu befestigen.
Anstelle von DIN 1055-3:2006-03 ist DIN EN 1991-1-1:2010-12 in Verbindung mit DIN EN 1991-1-1/NA:2010-12 anzuwenden.

Sofern durch geeignete Unterhaltung der Neuaufbau von Humus vermieden wird, sind auch Pflasterrasendecken, Rasengittersteine oder Einfachbauweisen entsprechender Tragfähigkeit zulässig, ausgenommen Schotterrasen.

2 Hinweisschilder
2.1 Hinweisschilder für Zu- oder Durchfahrten haben die Aufschrift „Feuerwehrzufahrt“, die Schilder für Aufstell- oder Bewegungsflächen die Aufschrift „Flächen für die Feuerwehr“.
Die Hinweisschilder für Flächen für die Feuerwehr müssen der DIN 4066 entsprechen; die Hinweisschilder „Feuerwehrzufahrt“ müssen eine Größe von mindestens B/H = 594/210 mm haben und von der öffentlichen Verkehrsfläche aus erkennbar sein. Flächen für die Feuerwehr müssen eine jederzeit deutlich sichtbare Randbegrenzung haben.

2.2 Nach § 12 Abs. 1 Nr. 8 StVO ist das Halten vor und in Feuerwehrzufahrten unzulässig, wenn diese Zufahrten amtlich gekennzeichnet sind.
Ist die Anordnung eines Halteverbots nach StVO im öffentlichen Verkehrsraum im Bereich der Feuerwehrzufahrt notwendig, so muss das Hinweisschild „Feuerwehrzufahrt“ von der zuständigen Behörde gekennzeichnet sein (amtliches Hinweisschild).
Anstelle des amtlichen Hinweisschildes „Feuerwehrzufahrt“ kann die zuständige Behörde die Aufstellung des Verkehrszeichens 283 (Halteverbot) nach StVO mit dem Zusatzschild „Feuerwehrzufahrt“ anordnen (Schutzzone im Sinne von § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 StVO).

Anlage A 2.2.1.3/1

Zu DIN 4102-4

Bei Anwendung der technischen Regel ist Folgendes zu beachten:

1 Zu Abschnitt 4.2
Bei brandschutztechnischen Anforderungen und brandschutztechnischen Bewertungen der Baustoffklasse bleiben nachträglich aufgebrachte Beschichtungen bis 0,5 mm Dicke auf Bauteilen unberücksichtigt, soweit die Beschichtungen vollständig ohne Hohlräume auf nichtbrennbarem Untergrund aufgebracht sind.

2 zu Abschnitt 11.4

Zusammenstellung von gegen Flugfeuer und strahlende Wärme widerstandsfähigen Dachdeckungsprodukten (oder -materialien) gemäß Entscheidung der Kommission 2000/553/EG, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 235/19, von denen ohne Prüfung angenommen werden kann, dass sie den Anforderungen entsprechen; die zusätzlichen Bedingungen zu angrenzenden Schichten sind ebenfalls einzuhalten.

Dachdeckungsprodukte/ -materialien	**Besondere Voraussetzung für die Konformitätsvermutung**
Decksteine aus Schiefer oder anderem Naturstein	Entsprechen den Bestimmungen der Entscheidung 96/603/EG der Kommission
Dachsteine aus Stein, Beton, Ton oder Keramik, Dachplatten aus Stahl	Entsprechen den Bestimmungen der Entscheidung 96/603/EG der Kommission. Außenliegende Beschichtungen müssen anorganisch sein oder müssen einen Brennwert PCS ≤ 4,0 MJ/m^2 oder eine Masse ≤ 200 g/m^2 haben
Faserzementdeckungen: - Ebene und profilierte Platten - Faserzement-Dachplatten	Entsprechen den Bestimmungen der Entscheidung 96/603/EG der Kommission oder haben einen Brennwert PCS ≤ 3,0 MJ/kg
Profilblech aus Aluminium, Aluminiumlegierung, Kupfer, Kupferlegierung, Zink, Zinklegierung, unbeschichtetem Stahl, nichtrostendem Stahl, verzinktem Stahl, beschichtetem Stahl oder emailliertem Stahl	Dicke ≥ 0,4 mm Außenliegende Beschichtungen müssen anorganisch sein oder müssen einen Brennwert PCS ≤ 4,0 MJ/m^2 oder eine Masse ≤ 200 g/m^2 haben
Ebenes Blech aus Aluminium, Aluminiumlegierung, Kupfer, Kupferlegierung, Zink, Zinklegierung, unbeschichtetem Stahl, nichtrostendem Stahl, verzinktem Stahl, beschichtetem Stahl oder emailliertem Stahl	Dicke ≥ 0,4 mm Außenliegende Beschichtungen müssen anorganisch sein oder müssen einen Brennwert PCS ≤ 4,0 MJ/m^2 oder eine Masse ≤ 200 g/m^2 haben
Produkte, die im Normalfall voll bedeckt sind (von den rechts aufgeführten anorganischen Materialien)	Lose Kiesschicht mit einer Mindestdicke von 50 mm oder eine Masse ≥ 80 kg/m^2; Mindestkorngröße 4 mm, maximale Korngröße 32 mm; Sand-/Zementbelag mit einer Mindestdicke von 30 mm. Betonwerksteine oder mineralische Platten mit einer Mindestdicke von 40 mm

Zusätzliche Bedingungen:
Für alle Dachdeckungsprodukte/-materialien aus Metall gilt, dass sie auf geschlossenen Schalungen aus Holz oder Holzwerkstoffen mit einer Trennlage aus Bitumenbahn mit Glasvlies- oder Glasgewebeeinlage auch in Kombination mit einer strukturierten Trennlage mit einer Dicke ≤ 8 mm zu verwenden sind.
Abweichend hiervon erfüllen bestimmte Dachdeckungsprodukte/-materialien die Anforderungen an gegen Flugfeuer und strahlende Wärme widerstandsfähige Bedachungen, wenn die Ausführungsbedingungen gemäß DIN 4102-4:2016-05 zu 11.4 erfüllt sind.

Anlage A 2.2.1.4/1Bay

zur Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an hochfeuerhemmende Bauteile in Holzbauweise (HFHHolzR)

Die Richtlinie entspricht der Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an hochfeuerhemmende Bauteile in Holzbauweise – M-HFHHolzR.

Bei Anwendung der technischen Regel ist Folgendes zu beachten:

01. Die zitierten Vorschriften der MBO entsprechen folgenden Vorschriften der BayBO in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007, die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2018 (GVBl. S. 523) geändert worden ist:

- § 26 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 MBO (s. Nrn. 1 und 3.2) entspricht Art. 24 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 BayBO,
- § 17 Abs. 3 MBO (s. Nr. 5.1) entspricht Art. 17 BayBO,
- § 24 MBO (s. Nr. 5.2) entspricht Art. 21 BayBO,

- § 55 MBO (s. Nr. 6) entspricht Art. 52 BayBO,
- § 81 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 MBO (s. Nr. 6) entspricht Art. 77 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBO.

02. zu Nr. 6:
Im Rahmen der Bauüberwachung nach Art. 77 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBO ist zusätzlich die ordnungsgemäße Bauausführung nach dieser Richtlinie zu überwachen und zu bescheinigen.

Anlage A 2.2.1.8/1Bay

zur Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Leitungsanlagen (LAR)

Die Richtlinie entspricht der Muster-Leitungsanlagen-Richtlinie – M-LAR.

Bei Anwendung der technischen Regel ist Folgendes zu beachten:

Die zitierten Vorschriften entsprechen folgenden Vorschriften der BayBO in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007, die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2018 (GVBl. S. 523) geändert worden ist:
- § 40 Abs. 2 MBO (s. Nr. 3.1.1) entspricht Art. 38 Abs. 2 BayBO,
- § 35 Abs. 1 MBO (s. Nr. 3.1.1) entspricht Art. 33 Abs. 1 BayBO,
- § 35 Abs. 3 Satz 2 MBO (s. Nr. 3.1.1) entspricht Art. 33 Abs. 3 Satz 2 BayBO,
- § 36 Abs. 1 MBO (s. Nr. 3.1.1) entspricht Art. 34 Abs. 1 BayBO,
- § 33 Abs. 2 Satz 3 MBO (s. Nr. 3.1.3) entspricht Art. 31 Abs. 2 Satz 3 BayBO,
- § 40 Abs. 1 MBO (s. Nr. 4.1.1) entspricht Art. 38 Abs. 1 BayBO.

Nr. 4.1.1 Satz 1 Buchst. a wird wie folgt gefasst: „innerhalb von Gebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2“.

Anlage A 2.2.1.9/1Bay

zur Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Systemböden (SysBöR)

Die Richtlinie entspricht der Muster-Systemböden-Richtlinie – M-SysBöR.

Bei Anwendung der technischen Regel ist Folgendes zu beachten:

Die zitierten Vorschriften entsprechen folgenden Vorschriften der BayBO in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007, die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2018 (GVBl. S. 523) geändert worden ist:
- § 30 Abs. 3 Satz 2 MBO (s. Nr. 5.1) entspricht Art. 28 Abs. 3 Satz 2 BayBO,
- § 29 Abs. 2 Nr. 1 MBO (s. Nr. 5.1) entspricht Art. 27 Abs. 2 Nr. 1 BayBO.

Anlage A 2.2.1.11/1Bay

zur Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Lüftungsanlagen (LüAR)

Die Richtlinie entspricht der Muster-Lüftungsanlagen-Richtlinie – M-LüAR.

Bei Anwendung der technischen Regel ist Folgendes zu beachten:

Die zitierten Vorschriften entsprechen folgenden Vorschriften der BayBO in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007, die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2018 (GVBl. S. 523) geändert worden ist:
- § 41 MBO (s. Nr. 1) entspricht Art. 39 BayBO,
- §§ 17 ff. MBO (s. Nr. 1) entsprechen Art. 15 ff. BayBO,
- § 41 Abs. 2 MBO (s. Nrn. 3.1 und 4) entspricht Art. 39 Abs. 2 BayBO,
- § 41 Abs. 4 Satz 1 MBO (s. Nr. 9.1) entspricht Art. 39 Abs. 4 Satz 1 BayBO.

Anlagen | Teil A

Nr. 5.1.1 wird wie folgt gefasst (entspricht der bisherigen Fassung):
„**5.1.1 Lüftungsleitungen mit erhöhter Brand-, Explosions- oder Verschmutzungsgefahr**
Lüftungsleitungen, in denen sich in besonderem Maße brennbare Stoffe ablagern können (z. B: Abluftleitungen von Dunstabzugshauben in Wohnungsküchen) oder die der Lüftung von Räumen mit erhöhter Brand- oder Explosionsgefahr dienen, dürfen untereinander und mit anderen Lüftungsleitungen nicht verbunden sein, es sei denn, die Übertragung von Feuer und Rauch ist durch geeignete Brandschutzklappen verhindert."

In Bild 4 entfällt der Verweis auf Abschnitt 5.1.1

Anlage A 2.2.1.13/1Bay

zur Richtlinie zur Bemessung von Löschwasser-Rückhalteanlagen beim Lagen wassergefährdender Stoffe (LöRüRl)

Bei Anwendung der technischen Regel ist Folgendes zu beachten:

1. Abschnitt 1.2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
„Das Erfordernis der Rückhaltung verunreinigten Löschwassers ergibt sich ausschließlich aus dem Besorgnisgrundsatz des Wasserrechts (§ 19g Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz – WHG) in Verbindung mit der Regelung des § 3 Nr. 4 Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung – VAwS). Danach muss im Schadensfall anfallendes Löschwasser, das mit ausgetretenen wassergefährdenden Stoffen verunreinigt sein kann, zurückgehalten und ordnungsgemäß entsorgt werden können."

2. Nach Abschnitt 1.4 wird folgender neuer Abschnitt 1.5 eingefügt:
„1.5 Eine Löschwasserrückhaltung ist nicht erforderlich für das Lagern von Calciumsulfat und Natriumchlorid."

3. Abschnitt 1.5 wird Abschnitt 1.6 neu.

4. In Abschnitt 3.2 wird die Zeile „WGK 0: im Allgemeinen nicht wassergefährdende Stoffe" gestrichen.

5. Satz 2 des Hinweises in Fußnote 4 wird gestrichen. Satz 1 erhält folgenden neuen Wortlaut:
„Vergleiche Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Wasserhaushaltsgesetz über die Einstufung wassergefährdender Stoffe und ihre Einstufung in Wassergefährdungsklassen (Verwaltungsvorschrift wassergefährdender Stoffe – 17. Mai 1999, Bundesanzeiger Nr. 98a vom 29. Mai 1999, geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 23. Juni 2005, Bundesanzeiger Nr. 126a vom 8. Juli 2005)."

Zusätzlich gilt Folgendes:

01. Die Richtlinie regelt ausschließlich die Bemessung von Löschwasser-Rückhalteanlagen beim Lagern wassergefährdender Stoffe.

02. Eine Löschwasser-Rückhalteanlage ist nicht erforderlich, wenn wassergefährdende Stoffe unterhalb der Schwellenwerte nach Abschnitt 2.1 der Richtlinie gelagert werden.

03. Für bauliche Anlagen in oder auf denen mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird und auf die die Richtlinie nach den Abschnitten 2.2 und 2.3 keine Anwendung findet, ist eine allgemeine Bemessungsregel für Löschwasser-Rückhalteanlagen nicht möglich. Sofern für solche Anlagen die Zurückhaltung verunreinigten Löschwassers erforderlich ist, muss über die Anordnung und Bemessung von Löschwasser-Rückhalteanlagen im Einzelfall entschieden werden.

04. Der Nachweis ausreichend bemessener Löschwasser-Rückhalteanlagen ist durch den Bauherrn zu erbringen. Dieser ist auch für die Angaben zu den Lagermengen und zur Wassergefährdungsklasse der gelagerten Stoffe verantwortlich; eine bauaufsichtliche Prüfung dieser Angaben findet nicht statt.

Anlagen | Teil A

Anlage A 2.2.1.15/1Bay

zur Richtlinie über den baulichen Brandschutz im Industriebau (IndBauRL)

Die Richtlinie entspricht der Muster-Industriebau-Richtlinie – M-IndBauRL.

Bei Anwendung der technischen Regel gilt zusätzlich Folgendes:

01. Die Richtlinie gilt für Industriebauten, die Sonderbauten nach Art. 2 Abs. 4 Nr. 3 Bayerische Bauordnung (BayBO) sind (Gebäude mit mehr als 1.600 m^2 Fläche des Geschosses mit der größten Ausdehnung). Die Richtlinie stellt sowohl weitergehende als auch geringere Anforderungen im Sinn des Art. 54 Abs. 3 BayBO an Industriebauten; im Übrigen bleiben die Anforderungen der BayBO unberührt.
Für Industriebauten, die keine Sonderbauten sind, kann die Richtlinie bei der Entscheidung über Abweichungen nach Art. 63 Abs. 1 BayBO von den entsprechenden Vorschriften der BayBO herangezogen werden; sie ist dann insgesamt anzuwenden.

02. Soweit der Wortlaut der Richtlinie auf Regelungen der Musterbauordnung (MBO) verweist, sind die entsprechenden Regelungen der BayBO in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007, die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2018 (GVBl. S. 523) geändert worden ist, zugrunde zu legen:

- in Abschnitt 1 anstelle von § 14 Abs. 1 MBO Art. 12 BayBO,
- in Abschnitt 2 anstelle von § 2 Abs. 3 Satz 2 MBO Art. 2 Abs. 3 Satz 2 BayBO und anstelle von § 2 Abs. 5 MBO Art. 2 Abs. 5 BayBO,
- in Abschnitt 4.3 anstelle von § 3 Abs. 3 Satz 3 MBO Art. 81a Abs. 1 Satz 2 BayBO,
- in Abschnitt 5.2.3 anstelle von § 5 MBO Art. 5 BayBO,
- in Abschnitt 5.6.10 anstelle von § 35 MBO Art. 33 BayBO,
- in Abschnitt 5.10.1 anstelle von § 30 Abs. 3 Satz 2 MBO Art. 28 Abs. 3 Satz 2 BayBO,
- in Abschnitt 5.12.1 anstelle von § 28 Abs. 2 bis 4 MBO Art. 26 Abs. 2 bis 4 BayBO, anstelle von § 28 Abs. 5 MBO Art. 26 Abs. 5 BayBO und anstelle von § 28 Abs. 3 MBO Art. 26 Abs. 3 BayBO,
- in Abschnitt 5.13.4 anstelle von § 32 Abs. 1 MBO Art. 30 Abs. 1 BayBO,
- in Tabelle 2 Fußnote 3 anstelle von § 27 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und 3 in Verbindung mit § 30 Abs. 2 Nr. 2 MBO Art.
  25 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und 3 in Verbindung mit Art. 28 Abs. 2 Nr. 2 BayBO.

03. Zu Abschnitt 3.12, Sicherheitskategorien:
Die Sicherheitskategorien K 2 bis K 3.4 sind nur anzunehmen, wenn die Brandmeldeanlage den einschlägigen technischen Regeln entspricht (z. B. DIN 14675).
Aufgrund der Vorgaben des bayerischen Feuerwehrrechts (Art. 15 des Bayerischen Feuerwehrgesetzes – BayFwG – in Verbindung mit § 14 der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes – AV-BayFwG) muss eine Werkfeuerwehr während des Betriebs über eine Mindestschichtstärke von neun Feuerwehrangehörigen (Gruppenstärke) verfügen. Die Sicherheitskategorie K 3.1 ist daher nur anzunehmen, wenn die nach BayFwG anerkannte Werkfeuerwehr während des Betriebs über eine Mindestschichtstärke von neun Feuerwehrangehörigen verfügt, von denen sechs Feuerwehrangehörige, darunter der Gruppenführer, hauptberuflich für die Werkfeuerwehr tätig sind.

04. Zu Abschnitt 3.13, Werkfeuerwehr:
Die Werkfeuerwehr muss nach Art. 15 Abs. 2 BayFwG anerkannt oder angeordnet sein. Die nach IndBauRL anzurechnenden Kräfte einer Werkfeuerwehr müssen darüber hinaus die Anforderungen nach Abschnitt 3.13 Satz 1 Halbsatz 2 erfüllen und jederzeit (auch außerhalb der Betriebszeiten) spätestens fünf Minuten nach ihrer Alarmierung die Einsatzstelle erreichen können. Diese zusätzlichen Anforderungen gelten als erfüllt, wenn zumindest die erste Staffel (sechs Feuerwehrangehörige) mit hauptberuflichen Kräften besetzt ist.
Als die Stelle des Industriebaus, von der aus vor Ort erste Brandbekämpfungsmaßnahmen vorgetragen werden, ist jeder Punkt des Industriebaus zu verstehen.

05. Zu Abschnitt 5.6.4:
Werden Rettungswege in andere Brandabschnitte oder Brandbekämpfungsabschnitte geführt, so müssen sie dort auf Rettungswege führen.

06. Zu Abschnitt 5.9:
Der nach Satz 4 zulässige Ersatz einer automatischen Brandmeldeanlage durch eine ständige Personalbesetzung setzt voraus, dass die Personen von ihren Arbeitsplätzen aus den gesamten Brandabschnitt oder Brandbekämpfungsabschnitt ständig einsehen können und über die technischen Mittel verfügen, einen Brand zu melden.

Zusammenstellung der Mindeststärken einer nach BayFwG anerkannten Werkfeuerwehr bei Anwendung der Sicherheitskategorien K 3.1 bis K 3.4:

Sicherheits-kategorie	während der Betriebszeit		außerhalb der Betriebszeit	
	hauptberufliche Kräfte	nebenberufliche Kräfte	hauptberufliche Kräfte	nebenberufliche Kräfte
K 3.1	6	3	6	0
K 3.2	6	3	6	3
K 3.3	6	6	6	6
K 3.4	6	12	6	12

Technische Baubestimmungen, die bei der Erfüllung der Grundanforderungen an Bauwerke zu beachten sind

A 3 Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz

A 3.1 Allgemeines

Gemäß Art- 3 und Art. 11 BayBO sind bauliche Anlagen so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit und die natürlichen Lebensgrundlagen, nicht gefährdet werden und durch pflanzliche und tierische Schädlinge sowie andere chemische, physikalische oder biologische Einflüsse keine Gefahren oder unzumutbaren Belästigungen entstehen.

Zum Nachweis der Einhaltung dieser Anforderungen sind bauliche Anlagen im Ganzen und in ihren Teilen so zu entwerfen und auszuführen, dass die Anforderungen bezüglich des Gesundheitsschutzes und des Schutzes von Boden und Gewässer aus Abschnitt A 3.2 erfüllt werden.

A 3.2 Technische Anforderungen hinsichtlich Planung, Bemessung und Ausführung an bestimmte bauliche Anlagen und ihre Teile gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO

Die Anforderungen zur bauwerksseitigen Beschränkung gesundheitsschädlicher Emissionen in Aufenthaltsräumen gemäß lfd. Nr. A 3.2.1 und A 3.2.2 sowie zur Sicherstellung der Umweltverträglichkeit von Außenbauteilen gemäß lfd. Nr. A 3.2.3 sind in den Regelwerken beschrieben. Sie sind einzuhalten. Werden für die betroffenen Bereiche stattdessen konstruktive Maßnahmen (z.B. Deckschichten, Ummantelungen) vorgesehen, so ist deren Schutzwirkung nachzuweisen.

Lfd. Nr.	Anforderungen an Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Technische Regeln/Ausgabe	Weitere Maßgaben gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3	4
A 3.2.1	Anforderungen an bauliche Anlagen bezüglich des Gesundheitsschutzes	ABG - Anforderungen an bauliche Anlagen bezüglich des Gesundheitsschutzes: 2017-05 (siehe Anhang 8)	
A 3.2.2	Textile Bodenbeläge	TR Textile Bodenbeläge: 2017-05 (siehe Anhang 9)	
A 3.2.3	Anforderung an bauliche Anlagen bezüglich der Auswirkungen auf Boden und Gewässer	ABuG - Anforderung an bauliche Anlagen bezüglich der Auswirkungen auf Boden und Gewässer: 2017-07 (siehe Anhang 10)	Anlage A 3.2/3
A 3.2.4	Bewertung und Sanierung PCB-belasteter Baustoffe und Bauteile in Gebäuden	Richtlinie für die Bewertung und Sanierung PCB-belasteter Baustoffe und Bauteile in Gebäuden, Ausgabe September 1994, Abschnitte 1, 2, 3, 4.1, 4.2, 5.1, 5.2, 5.4 und 6	Anlage A 3.2/1
A 3.2.5	Bewertung und Sanierung schwach gebundener Asbestprodukte in Gebäuden	Richtlinie für die Bewertung und Sanierung schwach gebundener Asbestprodukte in Gebäuden, Ausgabe Januar 1996	Anlage A 3.2/2Bay
A 3.2.6	Lüftung fensterloser Küchen, Bäder und Toilettenräume in Wohnungen	Bauaufsichtliche Richtlinie über die Lüftung fensterloser Küchen, Bäder und Toilettenräume in Wohnungen, Ausgabe April 2009	Anlage A 3.2/4Bay

Teil A

Lfd. Nr.	Anforderungen an Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Technische Regeln/Ausgabe	Weitere Maßgaben gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3	4
A 3.2.7	Bewertung und Sanierung Pentachlorphenol (PCP)-belasteter Baustoffe und Bauteile in Gebäuden	Richtlinie für die Bewertung und Sanierung Pentachlorphenol (PCP)-belasteter Baustoffe und Bauteile in Gebäuden, Ausgabe Oktober 1996, Abschnitte 1, 2, 3, 4, 5, 6.1 und 6.2	Anlage A 3.2/5Bay
A 3.2.8	Begrenzung der Formaldehydemission in der Raumluft bei Verwendung von Harnstoff-Formaldehydharz-Ortschaum	ETB-Richtlinie zur Begrenzung der Formaldehydemission in der Raumluft bei Verwendung von Harnstoff-Formaldehydharz-Ortschaum, Ausgabe April 1985	

Anlagen | Teil A

Anlage A 3.2/1

Zur PCB-Richtlinie

Zusätzlich gilt Folgendes:

1 Zur Abwehr möglicher Gefahr für Leben oder Gesundheit sind in dauerhaft genutzten Räumen Sanierungsmaßnahmen durchzuführen, wenn die zu erwartende Raumluftkonzentration - unabhängig von der täglichen Aufenthaltsdauer - im Jahresmittel mehr als 3000 ng PCB/m³ Luft beträgt. Der letzte Satz in Kapitel 3 der Richtlinie wird aufgehoben.

2 Die Richtlinie ist ansonsten in der Fassung September 1994 in vollem Umfang zu befolgen, solange es sich bei den PCB-haltigen Primärquellen ausschließlich um nicht dioxin-ähnliche PCB-Quellen wie Fugendichtstoffe handelt. Sind jedoch bei den PCB-Primärquellen nur oder auch dioxin-ähnliche PCB-Quellen wie Deckenplatten, Anstriche sowie nicht sicher einzuordnende PCB-Quellen zu berücksichtigen, so ist zusätzlich die Bestimmung der Raumluftkonzentration von PCB 118 erforderlich, wenn die Gesamtkonzentration an PCB über 1000 ng PCB/m³ Luft liegt. Beträgt die Raumluftkonzentration dabei mehr als 10 ng PCB 118/m³ Luft, sind umgehend expositionsmindernde Maßnahmen gemäß den Abschnitten 3 und 4 der Richtlinie zur Verringerung der Raumluftkonzentration von PCB durchzuführen. Bei Raumluftkonzentrationen gleich oder unter 10 ng PCB 118/m³ Luft wird empfohlen, in Abhängigkeit von der Belastung zumindest das Lüftungsverhalten zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern.

3 Sollen bauliche Anlagen abgebrochen werden, die PCB-haltige Produkte enthalten, so sind diese Produkte vor Beginn der Abbrucharbeiten aus der baulichen Anlage zu entfernen.

Hinweis:
Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass der in Abschnitt 5.3 der Richtlinie genannte Sanierungsleitwert von 300 ng PCB/m³ Luft einen Wert aus dem Vorsorgebereich darstellt, der nicht exakt abgrenzbar ist und deshalb der Größenordnung nach erreicht werden sollte. Maßnahmen zur Reduzierung der PCB-Raumluftkonzentration werden in Abhängigkeit vom Maß der Überschreitung des Sanierungsleitwerts und unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit empfohlen.

Anlage A 3.2/2Bay

Zur Asbest-Richtlinie

Bei Anwendung der technischen Regel gilt Folgendes:

1 Eine Erfolgskontrolle der Sanierung nach Abschnitt 4.3 durch Messungen der Konzentration von Asbestfasern in der Raumluft nach Abschnitt 5 ist nicht erforderlich bei Sanierungsverfahren, die nach dieser Richtlinie keiner Abschottung des Arbeitsbereiches bedürfen.

2 Abschnitt 4.3.3 „Beschichten (Methode 2)“ ist nicht anzuwenden.

Zusätzlich gilt Folgendes:

01. In bestehenden Gebäuden können von Asbestprodukten mit einer Rohdichte unter 1000 kg/m^3 – sogenannte schwachgebundene Asbestprodukte – durch Alterung, Erschütterungen, Luftbewegungen oder Beschädigungen in erheblichem Umfang Asbestfasern in atembarer Form freigesetzt werden, die beim Menschen schwere Erkrankungen auslösen können.

    Die Verantwortung für die Durchführung der erforderlichen Untersuchungen und Sanierungsmaßnahmen obliegt den jeweiligen Eigentümern bzw. Verfügungsberechtigten der betroffenen Gebäude im Rahmen ihrer Unterhaltspflicht.

02. Wird der Bauaufsichtsbehörde bekannt, dass in einem Gebäude schwachgebundene Asbestprodukte ungeschützt vorhanden sind, so hat sie dem Eigentümer der baulichen Anlage bzw. dem Verfügungsberechtigten aufzugeben,

    1. die Bewertung der Sanierungsdringlichkeit nach Abschnitt 3.2 der Richtlinie innerhalb von vier Wochen vornehmen zu lassen,
    2. das Ergebnis der Bewertung der Bauaufsichtsbehörde unverzüglich schriftlich mitzuteilen und,

3. soweit die Sanierung nach Abschnitt 3.2 der Richtlinie unverzüglich erforderlich ist, Angaben über das vorgesehene Sanierungskonzept und den vorgesehenen zeitlichen Ablauf der Sanierung zu machen.

Die Bauaufsichtsbehörde kann im Zweifel eine erneute Bewertung durch einen von ihr benannten Sachverständigen verlangen.

Bei einer Bewertung von 80 Punkten oder mehr ist mit hohen Asbestfaserkonzentrationen oder mit einem kurzfristigen und unvorhersehbaren, extremen Anstieg der Asbestfaserkonzentrationen zu rechnen. Diese Asbestfaserkonzentrationen stellen eine konkrete Gefahr im Sinn des Art. 3 BayBO dar.

03. Bedarf die Sanierungsmaßnahme der Baugenehmigung, so müssen die Bauvorlagen Angaben enthalten über

– das Ergebnis der Bewertung der Dringlichkeit der Sanierung (Abschnitt 3.2 der Richtlinie),

– das vorgesehene Sanierungskonzept (Abschnitt 4 der Richtlinie).

04. Die sanierten Räume dürfen erst dann wieder benützt werden, wenn nachgewiesen wird, dass die durch die Messungen ermittelte Asbestfaserkonzentration in der Raumluft die in Abschnitt 5.3 der Richtlinie angegebenen Werte nicht überschreitet. Ein Nachweis durch Messungen ist nicht erforderlich, wenn Sanierungsverfahren ohne abgeschotteten Arbeitsbereich (siehe Abschnitt 4.4.2 Nr. 2 der Richtlinie) durchgeführt werden konnten.

05. Sollen bauliche Anlagen abgebrochen werden, die schwachgebundene Asbestprodukte enthalten, so sind diese Produkte vor Beginn der Abbrucharbeiten aus der baulichen Anlage zu entfernen.

Anlage A 3.2/3

Bei der Verwendung von siliciumreichen Flugaschen für die Herstellung von Beton ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen für solche Flugaschen zu erbringen, die aus Wärmekraftwerken, in denen nur Kohle und keine Sekundärbrennstoffe, mit Ausnahme von kommunalem Klärschlamm (mit dem Abfallschlüssel 19 08 05 nach der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis) in einem Anteil von bis zu 5 M.-% (Trockenmasse), bezogen auf trockene Kohle, mitverbrannt werden, stammen.

Anlage A 3.2/4Bay

Zur bauaufsichtlichen Richtlinie über die Lüftung fensterloser Küchen, Bäder und Toilettenräume in Wohnungen

Die bauaufsichtliche Richtlinie entspricht der gleichnamigen Muster-Richtlinie.
Bei Anwendung der technischen Regel ist Folgendes zu beachten:
Die zitierten Vorschriften entsprechen folgenden Vorschriften der BayBO in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007, die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2018 (GVBl. S. 523) geändert worden ist, und der Feuerungsverordnung (FeuV) vom 11. November 2007, geändert durch § 1 der Verordnung vom 8. Juli 2009:

- § 15 Abs. 2 MBO entspricht Art. 13 Abs. 2 BayBO,
- § 41 Abs. 2 MBO entspricht Art. 39 Abs. 2 BayBO,
- § 43 Abs. 1 MBO entspricht Art. 42 BayBO,
- § 48 Abs. 1 Satz 2 MBO entspricht Art. 46 Abs. 1 Satz 2 BayBO,
- § 4 Abs. 2 MFeuV entspricht § 4 Abs. 2 FeuV.

Anlage A 3.2/5Bay

Zur PCP-Richtlinie

Zusätzlich gilt Folgendes:

01. In bestehenden Gebäuden kann Pentachlorphenol (PCP) von belasteten Bauprodukten und Bauteilen in die Atemluft freigesetzt werden und beim Menschen Gesundheitsschädigungen auslösen. Die Verantwortung für die Durchführung der erforderlichen Untersuchungen und Sanierungsmaßnahmen obliegt den jeweiligen Eigentümern bzw. Verfügungsberechtigten der betroffenen Gebäude.

02. Sollen bauliche Anlagen abgebrochen werden, die mit PCP-haltigen Zubereitungen behandelte Bauprodukte und Bauteile enthalten, so sind diese Bauprodukte und Bauteile vor Beginn der Abbrucharbeiten aus der baulichen Anlage zu entfernen.

Anlagen | Teil A

03. Hinweis zu Abschnitt 7.2

Bei der in der Luft am Arbeitsplatz vorliegenden Gesamtstaubkonzentration liegen die Massenanteile von PCP in der Regel unterhalb des in § 35 Abs. 3 GefStoffV festgelegten Grenzwertes von 0,1 %, sodass die PCP-haltigen Stäube in diesen Konzentrationen nicht als krebserzeugend anzusehen sind. Der Sechste Abschnitt der GefStoffV findet deshalb nur bei Überschreiten dieser Konzentration in vollem Umfang Anwendung.

04. Ausreichend fachkundig für PCP-Raumluftmessungen sind insbesondere die bekannt gemachten Stellen nach § 26 Bundesimmissionsschutzgesetz (AllMBl 1994 S. 704), die in einem Verzeichnis geführten Messstellen nach § 18 Abs. 2 GefStoffV (Bundesarbeitsblatt Nr. 1/1996 S. 63 ff.) sowie die Institute mit einer Akkreditierung für Innenraummessungen nach DAP (Auskünfte beim Deutschen Akkreditierungsrat DAR, c/o Bundesanstalt für Materialprüfung BAM, Unter den Eichen 87, 12205 Berlin).

Technische Baubestimmungen, die bei der Erfüllung der Grundanforderungen an Bauwerke zu beachten sind

A 4 Sicherheit und Barrierefreiheit bei der Nutzung

A 4.1 Allgemeines

Gemäß Art 3 BayBO sind bauliche Anlagen so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit und die natürlichen Lebensgrundlagen, nicht gefährdet werden.

Die Anforderungen an die Nutzungssicherheit und die Barrierefreiheit sind insbesondere gemäß Art. 14 und 48 BayBO umgesetzt, wenn bauliche Anlagen im Ganzen und in ihren Teilen entsprechend den technischen Regeln bezüglich der Sicherheit und Barrierefreiheit bei der Nutzung gemäß Abschnitt A 4.2 entworfen und ausgeführt werden.

A 4.2 Technische Anforderungen hinsichtlich Planung, Bemessung und Ausführung an bestimmte bauliche Anlagen und ihre Teile gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO

Lfd. Nr.	Anforderungen an Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Technische Regeln/Ausgabe	Weitere Maßgaben gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3	4
A 4.2.1	Gebäudetreppen	DIN 18065:2015-03	Anlage A 4.2/1
A 4.2.2	Barrierefreies Bauen	DIN 18040	
	Öffentlich zugängliche Gebäude	DIN 18040-1:2010-10	Anlage A 4.2/2Bay
	Wohnungen	DIN 18040-2:2011-09	Anlage A 4.2/3Bay

Anlagen | Teil A

Anlage A 4.2/1

Zu DIN 18065

1 Von der Einführung ausgenommen ist die Anwendung auf Treppen in Wohngebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2 und in Wohnungen.

2 Bauaufsichtliche Anforderungen an den Einbau von Treppenliften in Treppenräumen notwendiger Treppen in bestehenden Gebäuden:
Durch den nachträglichen Einbau eines Treppenlifts im Treppenraum darf die Funktion der notwendigen Treppe als Teil des ersten Rettungswegs und die Verkehrssicherheit der Treppe grundsätzlich nicht beeinträchtigt werden. Der nachträgliche Einbau eines Treppenlifts ist zulässig, wenn folgende Kriterien erfüllt sind:

1. Die Treppe erschließt nur Wohnungen und/oder vergleichbare Nutzungen.
2. Die Mindestlaufbreite der Treppe von 100 cm darf durch die Führungskonstruktion nicht wesentlich unterschritten werden; eine untere Einschränkung des Lichtraumprofils (s. Bild A.7) von höchstens 20 cm Breite und höchstens 50 cm Höhe ist hinnehmbar, wenn die Treppenlauflinie (s. Ziffer 3.6) oder der Gehbereich (s. Ziffer 8) nicht verändert wird. Ein Handlauf muss zweckentsprechend genutzt werden können.
3. Wird ein Treppenlift über mehrere Geschosse geführt, muss mindestens in jedem Geschoss eine ausreichend große Wartefläche vorhanden sein, um das Abwarten einer begegnenden Person bei Betrieb des Treppenlifts zu ermöglichen. Das ist nicht erforderlich, wenn neben dem benutzten Lift eine Restlaufbreite der Treppe von 60 cm gesichert ist.
4. Der nicht benutzte Lift muss sich in einer Parkposition befinden, die den Treppenlauf nicht einschränkt. Im Störfall muss sich der Treppenlift auch von Hand ohne größeren Aufwand in die Parkposition fahren lassen.
5. Während der Leerfahrten in die bzw. aus der Parkposition muss der Sitz des Treppenlifts hochgeklappt sein. Neben dem hochgeklappten Sitz muss eine Restlaufbreite der Treppe von 60 cm verbleiben.
6. Gegen die missbräuchliche Nutzung muss der Treppenlift gesichert sein.
7. Der Treppenlift muss aus nichtbrennbaren Materialien bestehen, soweit das technisch möglich ist.

3 Bei einer notwendigen Treppe in einem bestehenden Gebäude darf durch den nachträglichen Einbau eines zweiten Handlaufs die nutzbare Mindestlaufbreite um höchstens 10 cm unterschritten werden. Diese Ausnahmeregelung bezieht sich nur auf Treppen mit einer Mindestlaufbreite von 100 cm nach den Festlegungen der DIN 18065. Abweichende Festlegungen und Anforderungen an die Laufbreite bleiben davon unberührt.

Anlage A 4.2/2Bay

Zu DIN 18040-1

Die Einführung bezieht sich auf die baulichen Anlagen oder die Teile baulicher Anlagen, die nach Art. 48 Abs. 2 BayBO barrierefrei sein müssen.

Bei der Anwendung der Technischen Baubestimmung ist Folgendes zu beachten:

01. Die Norm ist regelmäßig anzuwenden, wenn bauaufsichtliche Anforderungen an das barrierefreie Bauen gestellt werden.
02. Abschnitt 4.3.7 ist von der Einführung ausgenommen.
03. Die in den Abschnitten 4.4 und 4.7 genannten Hinweise und Beispiele können im Einzelfall berücksichtigt werden.
04. Das in Abschnitt 4.3.3.2, Tabelle 1, Zeile 6 festgelegte Achsmaß der Greifhöhe für Türdrücker ist grundsätzlich nur bei Türen zu den barrierefreien Sanitärräumen auszuführen. Die Greifhöhe aller anderen Türen kann in Abhängigkeit von der Nutzung und mit Blick auf den Nutzerkreis des öffentlich zugänglichen Bereichs zwischen 85 cm und 105 cm festgelegt werden.
05. Abschnitt 4.3.6 muss nur auf notwendige Treppen im Sinn des Art. 32 BayBO angewendet werden.
06. Mindestens ein Toilettenraum für den allgemeinen Besucher- und Benutzerverkehr muss Abschnitt 5.3.3 entsprechen; Abschnitt 5.3.3 Satz 1 ist nicht anzuwenden.
07. Mindestens 1 v. H., mindestens jedoch einer der notwendigen Stellplätze für den allgemeinen Besucher- und Benutzerverkehr müssen Abschnitt 4.2.2 Sätze 1 und 2 entsprechen.

08. Mindestens 1 v. H., mindestens jedoch einer der Besucherplätze in Versammlungsräumen mit festen Stuhlreihen müssen Abschnitt 5.2.1 entsprechen; sie können auf die nach § 10 Abs. 7 VStättV erforderlichen Plätze für Rollstuhlbenutzer angerechnet werden.

09. Barrierefreie Beherbergungsräume und die zugehörigen Sanitärräume müssen den Abschnitten 5.1 und 5.3 entsprechen; für die Bewegungsflächen in den Wohn- und Schlafräumen ist DIN 18040-2 Abschnitt 5, Anforderungen mit der Kennzeichnung „R“ anzuwenden. Soweit nur Mindeststandards für die barrierefreie Nutzbarkeit gefordert sind, genügt es, wenn die Beherbergungsräume einschließlich der zugehörigen Sanitärräume DIN 18040-2 Abschnitt 5 ohne Anforderungen mit der Kennzeichnung „R“ entsprechen.

010. DIN 18040-1 berücksichtigt Plattformaufzüge nicht. Vertikale Plattformaufzüge sind bei Änderungen baulicher Anlagen für die barrierefreie Erreichbarkeit zur Überwindung von höchstens einem Geschoss zulässig, wenn folgende Kriterien erfüllt sind:
- Die Förderplattform muss mindestens 110 cm x 140 cm groß sein und mindestens 110 cm hoch sicher umkleidet sein (Innenkabine); ein Durchblick muss auch in sitzender Position möglich sein,
- die Nennlast ist auf mindestens 360 kg auszulegen,
- die Benutzbarkeit muss ohne fremde Hilfe und nicht ausschließlich für Rollstuhlnutzer möglich sein und
- die räumlichen Bedingungen außerhalb des Plattformaufzugs sind entsprechend Abschnitt 4.3.5 auszuführen.

Hinweis:
Technische Regeln, auf die in dieser Norm verwiesen wird, sind von der Einführung nicht erfasst.

Anlage A 4.2/3Bay

Zu DIN 18040-2

Die Einführung bezieht sich auf Wohnungen, soweit sie nach Art. 48 Abs. 1 BayBO barrierefrei sein müssen.

Bei der Anwendung der Technischen Baubestimmung ist Folgendes zu beachten:

01. Die Norm ist regelmäßig anzuwenden, wenn bauaufsichtliche Anforderungen an das barrierefreie Bauen gestellt werden.

02. Die Abschnitte 4.3.6 und 4.4 und 5.6 sowie alle Anforderungen mit der Kennzeichnung „R“ sind von der Einführung ausgenommen.

03. Für Wohnungen nach Art. 48 Abs. 1 BayBO genügt es, wenn ein Fenster eines Aufenthaltsraums je Wohnung Abschnitt 5.3.2 Satz 2 entspricht. Zulässig sind auch Fenster, deren Brüstungen aufgrund der Anforderungen an die Kindersicherheit eine Höhe von 70 cm über OFF aufweisen.

04. Abweichend von Abschnitt 5.5.6 ist im Sanitärraum eine Badewanne anstelle eines Duschplatzes schon bei der Errichtung zulässig, sofern der Raum so dimensioniert und bauseits vorbereitet ist, dass ein barrierefreier Duschplatz nachträglich möglich ist.

Hinweis:
Technische Regeln, auf die in dieser Norm verwiesen wird, sind von der Einführung nicht erfasst.

Technische Baubestimmungen, die bei der Erfüllung der Grundanforderungen an Bauwerke zu beachten sind

A 5 Schallschutz

A 5.1 Allgemeines

Gemäß Art 3 und Art. 13 Abs. 2 BayBO sind bauliche Anlagen so zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass sie einen ihrer Nutzung entsprechenden Schallschutz haben.

Zur Erfüllung dieser Anforderung sind die technischen Regeln bezüglich des Schallschutzes aus Abschnitt A 5.2 zu beachten.

A 5.2 Technische Anforderungen hinsichtlich Planung, Bemessung und Ausführung an bestimmte bauliche Anlagen und ihre Teile gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO

Lfd. Nr.	Anforderungen an Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Technische Regeln/Ausgabe	Weitere Maßgaben gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3	4
A 5.2.1	Schallschutz im Hochbau	DIN 4109-1:2016-07	Anlagen A 5.2/1 bis A 5.2/4

Anlagen | Teil A

Anlage A 5.2/1

Zu DIN 4109-1

1 Zu Abschnitt 7.2, Tabelle 7, Fußnote b:
Die Anforderungen sind im Einzelfall von der Bauaufsichtsbehörde festzulegen.

2 Zu Abschnitt 8, Tabelle 8:
Die Anforderungen in Tabelle 8, Zeilen 3.3, 3.4, 5.1 und 5.2 sind nur einzuhalten, sofern es sich bei den schutzbedürftigen Räumen um Wohn-, Schlaf- oder Bettenräume gemäß DIN 4109-1, Abschnitt 3.16 handelt.

3 Zu den Abschnitten 7, 8 und 9:
Bei baulichen Anlagen, die nach Tabelle 9, Zeilen 3 und 4 einzuordnen sind, ist die Einhaltung des geforderten Schalldruckpegels durch Vorlage von Messergebnissen nachzuweisen. Das Gleiche gilt für die Einhaltung des geforderten Schalldämm-Maßes bei Bauteilen nach Tabelle 8 und bei Außenbauteilen, an die Anforderungen entsprechend Tabelle 7, Spalten 3 und 4 gestellt werden, sofern das bewertete Schalldämm-Maß $R'_{w,res} \geq 50$ dB betragen muss. Diese Messungen sind unter Beachtung von DIN 4109-4:2016-07 von bauakustischen Prüfstellen durchzuführen, die entweder nach Art. 23 Abs. 3 Nr. 1 BayBO anerkannt sind oder in einem Verzeichnis über „anerkannte Schallschutzprüfstellen" bei dem Verband der Materialprüfungsanstalten VMPA[1] geführt werden.

4 Die informativen Anhänge A und B sind nicht anzuwenden.

5 E DIN 4109-1/A1:2017-01 darf für bauaufsichtliche Nachweise herangezogen werden. In diesem Fall gelten die Ziffern 1 und 3 sinngemäß.

1 Verband der Materialprüfungsanstalten (VMPA) e. V. Berlin, Littenstraße 10, 10179 Berlin (www.vmpa.de)

Anlage A 5.2/2

Der schalltechnische Nachweis kann nach DIN 4109-2:2016-07 in Verbindung mit DIN 4109-31:2016-07, DIN 4109-32:2016-07, DIN 4109-33:2016-07, DIN 4109-34:2016-07, DIN 4109-35:2016-07 und DIN 4109-36:2016-07 geführt werden.
Für Bauteile im Massivbau kann Beiblatt 1 zu DIN 4109:1989-11 herangezogen werden. Wenn Mauerwerk aus Lochsteinen zur Anwendung kommt, gilt dies nur für Mauerwerk, welches den Bedingungen in DIN 4109-32, Abschnitt 4.1.4.2.1, entspricht.

Zu DIN 4109-2
Die informativen Anhänge B, C und D sind nicht anzuwenden.
Zu DIN 4109-36
Der informative Anhang A ist nicht anzuwenden.

Anlage A 5.2/3

Bei der Ausführung von Bauteilen mit Dämmstoffen aus granuliertem Polystyrol und Bindemittelgemisch[1] gilt Folgendes:
Das Produkt darf als Trittschalldämmstoff unter unbeheizten schwimmenden Estrichen nach DIN 18560-2 verwendet werden, wenn hinsichtlich der Zusammendrückbarkeit die Anforderungen der DIN 18560-2 erfüllt werden. Darüber hinaus ist entweder für die Verformung unter Druck- und Temperaturbeanspruchung eine maximale Differenz der relativen Stauchungen von 5 % einzuhalten oder der deklarierte Wert der Druckspannung bei 10 % Stauchung muss mindestens 30 kPa betragen. Im letzteren Fall muss die Dimensionsstabilität unter definierten Temperatur- und Feuchtebedingungen ausgewiesen sein.
Der Nachweis des Schallschutzes ist nach DIN 4109-2 mit dem Nennwert der bewerteten Trittschallminderung zu führen.

1 nach EAD/ETAG/CUAP

Anlagen | Teil A

Anlage A 5.2/4

Bei der Ausführung von Bauteilen mit Gummifasermatten und/oder Polyurethan(PU)-Schaummatten zur Trittschalldämmung[1] gilt Folgendes:

Die Bauprodukte dürfen als Trittschalldämmung auf Massivdecken unter schwimmendem Estrich nach DIN 18560-2 entsprechend dem Anwendungsgebiet DES nach DIN 4108-10 verwendet werden, wenn hinsichtlich der Zusammendrückbarkeit die Anforderungen der DIN 18560-2 erfüllt werden und für die Verformung unter Druck- und Temperaturbeanspruchung die maximale Differenz der relativen Stauchungen 5 % beträgt. Der Nachweis des Schallschutzes ist nach DIN 4109-2 mit dem für den Konstruktionsaufbau angegebenen Nennwert ΔL_w zu führen.

1 nach EAD/ETAG/CUAP

Technische Baubestimmungen, die bei der Erfüllung der Grundanforderungen an Bauwerke zu beachten sind

A 6 Wärmeschutz

A 6.1 Allgemeines

Gemäß Art. 3 und Art. 13 Abs. 1 BayBO sind bauliche Anlagen so zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass sie einen ihrer Nutzung und den klimatischen Verhältnissen entsprechenden Wärmeschutz haben.
Zur Erfüllung dieser Anforderung an bauliche Anlagen im Ganzen und in ihren Teilen sind die technischen Regeln bezüglich des Wärmeschutzes aus Abschnitt A 6.2 zu beachten.

A 6.2 Technische Anforderungen hinsichtlich Planung, Bemessung und Ausführung an bestimmte bauliche Anlagen und ihre Teile gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO

Lfd. Nr.	Anforderungen an Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Technische Regeln/Ausgabe	Weitere Maßgaben gem. § 85a Abs. 2 MBO[1]
1	2	3	4
A 6.2.1	Wärmeschutz in Gebäuden	DIN 4108	
		DIN 4108-2:2013-02	Anlage A 6.2/1
		DIN 4108-3:2014-11	Anlage A 6.2/2
		DIN 4108-4:2017-03	Anlagen A 6.2/3 und A 6.2/4
		DIN 4108-10:2015-12	Anlage A 6.2/5
A 6.2.2	Harnstoff-Formaldehydharz-Ortschaum für die Wärmedämmung	DIN 18159-2:1978-06	

Anlagen | Teil A

Anlage A 6.2/1

Zu DIN 4108-2

1 Der sommerliche Wärmeschutz erfolgt über die Regelungen der Energieeinsparverordnung.

2 Zu Abschnitt 5.2.2:
Die aufgeführten Ausnahmen sind nur für einlagig hergestellte Dämmstoffplatten anzuwenden.

Anlage A 6.2/2

Zu DIN 4108-3

Der Abschnitt 6 und die Anhänge B und D sind nicht anzuwenden.

Anlage A 6.2/3

Zu DIN 4108-4

Für Dämmstoffe mit ETA[1] ist der Bemessungswert der Wärmeleitfähigkeit wie folgt zu ermitteln:
Auf Grundlage des in der ETA angegebenen Nennwertes, der 90 % der Produktion mit einer Aussagewahrscheinlichkeit von 90 % repräsentiert, ergibt sich der Bemessungswert der Wärmeleitfähigkeit durch Umrechnung auf einen Feuchtegehalt bei 23 °C und 80 % relative Luftfeuchte und Multiplikation mit dem Sicherheitsbeiwert $\gamma = 1{,}03$. Zur Umrechnung für die Feuchte sind die in der ETA angegebenen Umrechnungsfaktoren zu verwenden.

_____
1 nach EAD/ETAG/CUAP

Anlage A 6.2/4

Bei der Ausführung von Bauteilen mit Bauprodukten nach harmonisierten Normen ist Folgendes zu beachten:

1 An der Verwendungsstelle hergestellte Wärmedämmung aus Blähton-Leichtzuschlagstoffen nach EN 14063-1[1] darf entsprechend den Anwendungsgebieten DZ und DI nach DIN 4108-10 als nicht druckbelastbare (dk) Wärmedämm-Schüttung verwendet werden.

Bei der Berechnung des Wärmedurchlasswiderstandes ist die Nenndicke der Wärmedämmschicht anzusetzen. Die Nenndicke ist die um 20 % verminderte Einbaudicke.

2 An der Verwendungsstelle hergestellte Wärmedämmung aus Produkten mit expandiertem Perlite nach EN 14316-1[2] darf entsprechend den Anwendungsgebieten DZ und DI nach DIN 4108-10 als nicht druckbelastbare (dk) Wärmedämmschüttung verwendet werden.

Bei der Berechnung des Wärmedurchlasswiderstandes ist die Nenndicke der Wärmedämmschicht anzusetzen. Die Nenndicke ist die um 20 % verminderte Einbaudicke.

3 An der Verwendungsstelle hergestellte Wärmedämmung mit Produkten aus expandiertem Vermiculite nach EN 14317-1[3] darf entsprechend den Anwendungsgebieten DZ und DI nach DIN 4108-10 als nicht druckbelastbare (dk) Wärmedämmschüttung verwendet werden. Bei der Berechnung des Wärmedurchlasswiderstandes ist die Nenndicke der Wärmedämmschicht anzusetzen. Die Nenndicke ist die um 20 % verminderte Einbaudicke.

4 An der Verwendungsstelle hergestellte Wärmedämmung aus Mineralwolle nach EN 14064-1[5] darf entsprechend den Anwendungsgebieten DZ und DI nach DIN 4108-10 als nicht druckbelastbare (dk) Wärmedämm-Schüttung verwendet werden.

Bei der Berechnung des Wärmedurchlasswiderstandes ist die Nenndicke der Wärmedämmschicht anzusetzen. Die Nenndicke ist die um 20 % verminderte Einbaudicke.

Anlagen | Teil A

5 An der Verwendungsstelle hergestellter Wärmedämmstoff aus Polyurethan (PUR)- und Polyisocyanurat (PIR)-Spritzschaum nach EN 14315-1:2013[6] darf zur Herstellung von nicht druckbelastbaren Wärmedämmschichten entsprechend dem Anwendungsgebiet DZ nach DIN 4108-10 verwendet werden, wenn folgende Eigenschaften nach DIN EN 14315-1 ausgewiesen sind:

Eigenschaft	**gemäß DIN EN 14315-1, Abschnitt**	**Stufe (mindestens)**
Dichte	4.2.4 / E.5	FRC50(20) oder FRB50(20)
Anteil an geschlossenen Zellen	4.2.6	CCC4
Haftfestigkeit	4.3.8	A3
Dimensionsstabilität	4.3.12	DS(TH)3

6 An der Verwendungsstelle hergestellter Wärmedämmstoff aus dispensiertem Polyurethan (PUR)- und Polyisocyanurat (PIR)-Hartschaum nach EN 14318-1:2013[7] darf zur Herstellung von nicht druckbelastbaren Wärmedämmschichten entsprechend dem Anwendungsgebiet WH nach DIN 4108-10 verwendet werden, wenn folgende Eigenschaften nach EN 14318-1 ausgewiesen sind:

Eigenschaft	**gemäß DIN EN 14318-1, Abschnitt**	**Stufe (mindestens)**
Dichte	4.2.3 / E.5	FRC50(20) oder FRB50(20)
Anteil an geschlossenen Zellen	4.2.8	CCC4
Haftfestigkeit	4.3.4	TS2
Dimensionsstabilität	4.3.7	DS(TH)3

7 Werkmäßig hergestellte Dämmstoffe aus Polyethylenschaum (PEF) nach EN 16069:2012[8] dürfen entsprechend den Anwendungsgebieten WI und DI nach DIN 4108-10 als nicht druckbelastete Wärmedämmstoffe verwendet werden, wenn sie hinsichtlich der Dimensionsstabilität mindestens die Anforderungen für die Stufe DS(N)2 erfüllen.

1 In Deutschland umgesetzt durch DIN EN 14063-1:2004-11
2 In Deutschland umgesetzt durch DIN EN 14316-1:2004-11
3 In Deutschland umgesetzt durch DIN EN 14317-1:2004-11
5 In Deutschland umgesetzt durch DIN EN 14064-1:2010-06
6 In Deutschland umgesetzt durch DIN EN 14315-1:2013-04
7 In Deutschland umgesetzt durch DIN EN 14318-1:2013-04
8 In Deutschland umgesetzt durch DIN EN 16069:2015-04

Anlage A 6.2/5

Bei der Ausführung von Bauteilen mit Dämmprodukten mit ETA[1] ist Folgendes zu beachten:

1 Werkmäßig hergestellte Dämmprodukte aus pflanzlichen oder tierischen Fasern zur Wärme- und/oder Schalldämmung:

Für die Anwendung gilt DIN 4108-10, Tabelle 13. Die Anforderungen an den längenbezogenen Strömungswiderstand gelten dabei nur für Produkte mit einer Rohdichte ≤ 20 kg/m³. Hinsichtlich der Grenzabmaße für die Dicke ist bei den Anwendungsgebieten DAD (dk), DZ, DI (zk), WH, WI (zk) und WTR die Stufe T2 ausreichend.

Hinsichtlich des Widerstandes gegenüber Schimmelpilz müssen die Dämmprodukte in die Klasse 0 eingestuft sein.

2 Lose Wärme- und/oder Schalldämmprodukte aus Pflanzenfasern:
Die Dämmprodukte dürfen zur Herstellung nicht druckbelastbarer Dämmschichten entsprechend den Anwendungsgebieten WH, WI, WTR, DZ und DI nach DIN 4108-10 verwendet werden.

Bei der Berechnung des Wärmedurchlasswiderstandes des Bauteils ist die Nenndicke der Wärmedämmschicht bei der Anwendung in Decken/Dächern unter Berücksichtigung der in der ETA angegebenen Abminderung der Einbaudicke anzusetzen. Enthält die ETA hierzu keine Angaben, ergibt sich die Nenndicke aus der um 20 % verminderten Einbaudicke.

Anlagen | Teil A

Bei der Anwendung in Wänden muss das Setzmaß unter Schwingungen ≤ 1 % betragen.

Hinsichtlich des Widerstandes gegenüber Schimmelpilz müssen die Dämmprodukte in die Klasse 0 eingestuft sein.

Werden die Dämmprodukte trocken verarbeitet, dürfen sie auch für Außenbauteile GK 0 (Gebrauchsklasse 0 nach DIN 68800-2:2012-02) mit Ausnahme von Bild A.8, Schicht Nr. 7 in Fällen verwendet werden, in denen nach DIN 68800-2:2012-02 Dämmstoffe mit Verwendbarkeitsnachweis für bestimmte Anwendungen gefordert sind, wenn folgende Leistungen ausgewiesen sind:

- Dichte im eingebauten Zustand 25 kg/m³ bis 155 kg/m³
- Wasserdampfdiffusionswiderstandszahl μ ≤ 3
- Massebezogener Feuchtegehalt nach EN ISO 12571 bei 23 °C/80 % relative Luftfeuchtigkeit ≤ 0,19 kg/kg.

3 Wärmedämmplatten aus mineralischem Material:
Für die Anwendungsgebiete WI und DI nach DIN 4108-10 müssen folgende Wesentliche Merkmale erklärt sein:

- Grenzabmaße für Länge, Breite, Dicke, Rechtwinkligkeit und Ebenheit
- Dimensionsstabilität
- Wasserdampfdiffusionswiderstand

sowie darüber hinaus für das Anwendungsgebiet DEO nach DIN 4108-10 eine Druckfestigkeit von mindestens 150 kPa.

4 Dämmprodukte aus expandiertem Perlit (EPB), abweichend von EN 13169:
Für die Anwendung gilt DIN 4108-10, Tabelle 11 mit Ausnahme der Anforderung an die Biegefestigkeit.

5 Dämmstoffe aus granuliertem Polystyrol und Bindemittelgemisch:
Das Produkt darf als Wärmedämmstoff entsprechend den Anwendungsgebieten DEO, DAD und DAA(dm) nach DIN 4108-10 verwendet werden, wenn der deklarierte Wert der Druckspannung bei 10 % Stauchung mindestens 100 kPa beträgt und für die Verformung unter Druck- und Temperaturbeanspruchung eine maximale Differenz der relativen Stauchungen von 5 % eingehalten wird.

6 Produkte mit reflektierenden Schichten zur Wärmedämmung der Gebäudehülle:

6.1 Anwendung
Die Produkte dürfen entsprechend den Anwendungsgebieten DI und WI nach der Norm DIN 4108-10 als nicht druckbelastete, zusätzliche Wärmedämmung auf der Innenseite wärmeübertragender Bauteile verwendet werden.
Sie dürfen nur in Konstruktionen eingebaut werden, in denen sie vor Niederschlag, Bewitterung und Durchfeuchtung geschützt sind.

6.2 Bemessungswert des Wärmedurchlasswiderstandes
Die Berechnung des Wärmeschutzes ist mit dem Bemessungswert des Wärmedurchlasswiderstandes zu führen. Der Bemessungswert des Wärmedurchlasswiderstandes ist wie folgt zu ermitteln:

Auf Grundlage des in der ETA angegebenen Nennwertes („Core thermal resistance“ ohne benachbarte Lufträume) ergibt sich der Bemessungswert des Wärmedurchlasswiderstandes mittels Division durch den Sicherheitsbeiwert γ = 1,03. Bei Produkten auf Basis von Naturfaserdämmstoffen hat zusätzlich eine Umrechnung auf einen Feuchtegehalt bei 23 °C und 80 % relative Luftfeuchte unter Verwendung der in der ETA angegebenen Umrechnungsfaktoren zu erfolgen.

In Bereichen, in denen die Produkte zusammengedrückt werden (z. B. Befestigungsbereiche auf der Tragkonstruktion) ist der Wärmedurchlasswiderstand der Produkte nicht für den Nachweis anzusetzen.

Anlagen | Teil A

6.3 Wärmedurchlasswiderstand von benachbarten, unbelüfteten Lufträumen
Bei der Berechnung des Wärmedurchlasswiderstandes von durch die Produkte begrenzten, unbelüfteten Lufträumen mit einer Länge und Breite von mehr als dem 10-fachen der Dicke nach DIN EN ISO 6946, Anhang B, sind folgende Werte in Ansatz zu bringen:

- Emissionsgrad ε der Oberfläche der Produkte gemäß ETA
- h_a nach DIN EN ISO 6946, Tabelle B.2, mit $\Delta T = 10$ K
- $h_{ro} = 5{,}7$ W/(m²·K) nach DIN EN ISO 6946, Tabelle A.1

Es dürfen nur luftdichte Konstruktionsaufbauten berücksichtigt werden, bei denen die Produkte vor Verschmutzung und Witterung geschützt auf der Innenseite der Konstruktion eingebaut werden.

6.4 Klimabedingter Feuchteschutz
Beim rechnerischen Nachweis des klimabedingten Feuchteschutzes nach DIN 4108-3 sind für die Produkte die in der ETA angegebenen Werte in Ansatz zu bringen.

7 Bausätze für die Dämmung von Umkehrdächern nach ETAG 031 Teil 1 mit Dämmstoffen aus XPS und EPS dürfen zur Wärmedämmung oberhalb der Dachabdichtung angeordnet werden, wenn der Bausatz den in DIN 4108-2 für das Wärmedämmsystem Umkehrdach aufgeführten Aufbauten und Anwendungsbedingungen entspricht.

Der Nachweis des Wärmeschutzes ist mit dem Bemessungswert der Wärmeleitfähigkeit bzw. des Wärmedurchlasswiderstandes des im Bausatz enthaltenen Dämmstoffes zu führen.

Der Bemessungswert der Wärmeleitfähigkeit ist aus dem in der Europäischen Technischen Zulassung für Stufe 1 angegebenen korrigierten Wert der Wärmeleitfähigkeit λ_{cor} durch Multiplikation mit dem Sicherheitsbeiwert $\gamma = 1{,}03$ zu ermitteln. Dementsprechend ergibt sich der Bemessungswert des Wärmedurchlasswiderstandes aus dem in der Europäischen Technischen Zulassung für Stufe 1 angegebenen korrigierten Wert des Wärmedurchlasswiderstandes R_{cor} durch Division durch den Sicherheitsbeiwert $\gamma = 1{,}03$.

Bei der Berechnung des Wärmedurchgangskoeffizienten des Daches ist der errechnete Wärmedurchgangskoeffizient um den Zuschlagwert ΔU gemäß DIN 4108-2 zu erhöhen.

1 nach EAD/ETAG/CUAP

B

Technische Baubestimmungen für Bauteile und Sonderkonstruktionen, die zusätzlich zu den in Abschnitt A aufgeführten Technischen Baubestimmungen zu beachten sind

B 1 Allgemeines
B 2 Technische Regelungen für Sonderkonstruktionen und Bauteile gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
B 3 Technische Gebäudeausrüstungen und Teile von Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Stoffen, die die CE-Kennzeichnung nicht nach der Bauproduktenverordnung tragen
B 4 Bauprodukte und Bauarten, die Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften unterliegen, für die nach Art. 80 Abs. 5 Nr. 5 BayBO eine Rechtsverordnung erlassen wurde

Technische Baubestimmungen für Bauteile und Sonderkonstruktionen, die zusätzlich zu den in Abschnitt A aufgeführten Technischen Baubestimmungen zu beachten sind

B 1 Allgemeines

Dieser Abschnitt enthält Technische Baubestimmungen, die bei der Erstellung bestimmter Sonderkonstruktionen und Bauteile beachtet werden müssen. Die Technischen Baubestimmungen werden zur Erleichterung der Anwendung zu jeder Sonderkonstruktion/jedem Bauteil gebündelt dargestellt, weil sie der Konkretisierung mehrerer Grundanforderungen dienen.

Bauliche Anlagen müssen über den gesamten Zeitraum ihrer Nutzung im Ganzen und in ihren einzelnen Teilen für sich allein standsicher sein. Sie müssen so angeordnet, beschaffen und gebrauchstauglich sein, dass keine Gefahrenlage oder unzumutbare Belästigungen entstehen.

B 2 Technische Regelungen für Sonderkonstruktionen und Bauteile gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO

Lfd. Nr.	Anforderungen an die Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Bestimmungen/Festlegungen gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3
B 2.1	**Sonderkonstruktionen**	
B 2.1.1	Fliegende Bauten - Zelte	DIN EN 13782:2015-06 Anlage B 2.1/1
B 2.1.2	Fliegende Bauten und Anlagen für Veranstaltungsplätze und Vergnügungsparks	DIN EN 13814:2005-06 Anlage B 2.1/2
B 2.2	**Bauteile**	
B 2.2.1	**Bauteile für Wände, Dächer, Decken und Fassadenkonstruktionen**	
B 2.2.1.1	Außenwandbekleidungen, hinterlüftet	DIN 18516-1:2010-06 Anlage B 2.2.1/1 DIN 18516-3:2013-09 DIN 18516-5:2013-09 Anlage B 2.2.1/2 Zusätzlich gilt: A 2.2.1.6
B 2.2.1.2	Aus Bausätzen hergestellte tragende Außenwände	Anlage B 2.2.1/3
B 2.2.1.3	Vorhangfassaden	Anlage B 2.2.1/4
B 2.2.1.4	Wände und Decken aus selbsttragenden Sandwich-Elementen mit beidseitigen Metalldeckschichten	Anlage B 2.2.1/5
B 2.2.1.5	Außenseitige Wärmedämmverbundsysteme	WDVS mit ETA nach ETAG 004: 2017-02 (siehe Anhang 11)
B 2.2.1.6	Ortbeton-Wände aus Schalungssteinen	Anwendungsregeln für nicht lasttragende verlorene Schalungsbausätze/-systeme und Schalungssteine für die Erstellung von Ortbeton-Wänden: 2016-06 (siehe Anhang 12)
B 2.2.1.7	Bausätze für innere Trennwände zur Verwendung als nicht tragende Wände[1]	Anlage B 2.2.1/6

1 nach EAD/ETAG/CUAP

Teil B

Lfd. Nr.	Anforderungen an die Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Bestimmungen/Festlegungen gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3
B 2.2.1.8	Bausätze für Gebäude aus Holz, Metall und Stahlbeton[2]	Anlage B 2.2.1/3
B 2.2.1.9	Vorgefertigte Raumzellen für Gebäude[2]	Anlage B 2.2.1/3
B 2.2.1.10	Bauteile aus Gipsplatten, Gipsplattenprodukten aus der Weiterverarbeitung, Gipsplatten mit Vliesarmierung, Gipsfaserplatten und Gipsplatten-Wandbaufertigtafeln mit einem Kartonwabenkern	Anlage B 2.2.1/7
B 2.2.1.11	Leichte tragende Stahl/Holz – Dachelemente[2]	Anlage B 2.2.1/8
B 2.2.2 Unterdeckenkonstruktionen		
B 2.2.2.1	Gipsplatten-Deckenbekleidungen und Unterdecken	DIN 18168-1:2007-04
B 2.2.2.2	Abgehängte Decken mit Bauprodukten aus Faserzement bzw. mit zementgebundenen Bauplatten	Anlage B 2.2.2/1
B 2.2.3 Bauteile aus Dämmstoffen für Wärme- und Schallschutz		
B 2.2.3.1	Werkmäßig hergestellte Schüttungen aus Schaumglasschotter	Anlage B 2.2.3/1
B 2.2.4 Lager		
B 2.2.4.1	Lager im Bauwesen	DIN EN 1337-1:2001-02 Anlage B 2.2.4/1
B 2.2.5 Bauteile zur Abdichtung von baulichen Anlagen Bauliche Anlagen müssen nach Art. 11 Abs. 1 BayBO so angeordnet, beschaffen und gebrauchstauglich sein, dass durch Wasser und Feuchtigkeit Gefahren oder unzumutbare Belästungen nicht entstehen.		
B 2.2.5.1	Dachabdichtungen aus Bitumenbahnen mit Trägereinlage	DIN SPEC 20000-201:2015-08 Abschnitt 5.1
B 2.2.5.2	Dachabdichtungen aus Kunststoff- und Elastomerbahnen	DIN SPEC 20000-201:2015-08 Abschnitt 5.3
B 2.2.5.3	Bauwerksabdichtungen aus Kunststoff- und Elastomer-Mauersperrbahnen	DIN SPEC 20000-202:2016-03 Abschnitt 5.3
B 2.2.5.4	Bauwerksabdichtungen aus Bitumen- und Mauersperrbahnen	DIN SPEC 20000-202:2016-03 Abschnitt 5.2
B 2.2.5.5	Bauwerksabdichtungen gegen Bodenfeuchte und Wasser aus Kunststoff- und Elastomerbahnen	DIN SPEC 20000-202:2016-03 Abschnitt 5.3
B 2.2.5.6	Bauwerksabdichtungen gegen Bodenfeuchte und Wasser aus Bitumenbahnen	DIN SPEC 20000-202:2016-03 Abschnitt 5.2
B 2.2.5.7	Abdichtungen von Betonbrücken und anderen Verkehrsflächen aus Beton aus Bitumenbahnen mit Trägereinlage	DIN V 20000-203:2010-05 Abschnitt 5
B 2.2.5.8	Flächenabdichtungen für Behälter und Nassräume mit flüssig zu verarbeitenden wasserundurchlässigen Produkten im Verbund mit keramischen Fliesen und Plattenbelägen	Anlage B 2.2.5/1

2 nach EAD/ETAG/CUAP

Teil B

Lfd. Nr.	Anforderungen an die Planung, Bemessung und Ausführung gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO	Bestimmungen/Festlegungen gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3
B 2.2.5.9	Bauwerksabdichtungen aus polymermodifizierten Bitumendickbeschichtungen	Anlage B 2.2.5/2
B 2.2.5.10	Dachabdichtungssysteme aus flüssig aufzubringenden Stoffen	Anlage B 2.2.5/3
B 2.2.5.11	Dachabdichtungssysteme aus mechanisch befestigten Dachabdichtungsbahnen	Anlage B 2.2.5/4
B 2.2.5.12	Systeme zur Abdichtung von Wänden und Böden in Nassräumen	Anlage B 2.2.5/5
B 2.2.5.13	Brücken- und Parkdeckabdichtungen aus flüssig aufzubringenden Stoffen	Anlage B 2.2.5/6
B 2.2.5.14	Dachabdichtungen aus flüssigen und bahnenförmigen Stoffen im Verbund	Anlage B 2.2.5/7
B 2.2.5.15	Dach- und Bauwerksabdichtungen aus Abdichtungsbahnen im Verbund mit weiteren Stoffen	Anlage B 2.2.5/8
B 2.2.5.16	Abdichtungen von vertikalen Wandanschlüssen bei Bitumendachabdichtungen mit einkomponentiger Bitumen-Polyurethan-Mischung	Anlage B 2.2.5/9
B 2.2.6 Grundstücksentwässerungsanlagen Grundstücksentwässerungsanlagen müssen so beschaffen sein, dass sie standsicher sind und von ihrer Nutzung keine Gefahren oder unzumutbare Belästigungen ausgehen, insbesondere keine gesundheits- oder umweltgefährdenden Stoffe entweichen. Zur Erfüllung der Anforderungen an die Beschaffenheit von Grundstücksentwässerungsanlagen müssen für Bauprodukte nach harmonisierten technischen Spezifikationen alle in der hEN enthaltenen Merkmale in der Leistungserklärung angegeben werden.		
B 2.2.6.1	Rückstauverschlüsse für Gebäude	Anlage B 2.2.6/1
B 2.2.6.2	Rohre und Formstücke aus Beton, Stahlfaserbeton und Stahlbeton	Anlage B 2.2.6/2
B 2.2.6.3	Einstieg- und Kontrollschächte aus Beton, Stahlfaserbeton und Stahlbeton	Anlage B 2.2.6/3
B 2.2.6.4	Rohre und Fittings aus unlegiertem Stahl für den Transport von Wasser und anderen wässrigen Flüssigkeiten	Anlage B 2.2.6/4

Anlage B 2.1/1

Zu DIN EN 13782

Bei Anwendung der technischen Regel ist Folgendes zu beachten:

1 Zu Abschnitt 7.4.2.2:
Für den Standsicherheitsnachweis von Zelten, die als Fliegende Bauten auch für Aufstellorte mit $v_{b,0}$ > 28 m/s bemessen werden sollen, sind die Böengeschwindigkeitsdrücke nach Tabelle NA.B.3 oder Abschnitt NA.B.3.3 der Norm DIN EN 1991-1-4/NA:2010-12 anzuwenden. Diese dürfen gemäß Abschnitt 7.4.2.2 abgemindert werden. Andere Abminderungen der Böengeschwindigkeitsdrücke dürfen nicht in Ansatz gebracht werden.

2 Der Abschnitt 12 und die Anhänge B und C sind von der Einführung ausgenommen.

Anlage B 2.1/2

Zu DIN EN 13814

Bei Anwendung der technischen Regel ist Folgendes zu beachten:

1.1 Abschnitt 1 erhält folgende Fassung:
„Diese Norm ist anzuwenden für Fliegende Bauten nach Art. 72 BayBO, z. B. Karusselle, Schaukeln, Boote, Riesenräder, Achterbahnen, Rutschen, Tribünen, textile und Membrankonstruktionen, Buden, Bühnen, Schaugeschäfte und Aufbauten für artistische Vorstellungen in der Luft. Sie gilt auch für die Bemessung entsprechender baulicher Anlagen, die in Vergnügungsparks für einen längeren Zeitraum aufgestellt werden, mit Ausnahme der Windlastansätze sowie der Bemessung der Gründung. Diese Norm gilt nicht für Zelte. Ortsfeste Tribünen, Baustelleneinrichtungen, Baugerüste und versetzbare landwirtschaftliche Konstruktionen gehören nicht zu den Fliegenden Bauten.“

1.2 Für die Anwendung der Norm sind die Auslegungen, Stand: März 2010, zu beachten, die vom Arbeitsausschuss Fliegende Bauten NA 005-11-15 AA (http://www.nabau.din.de) veröffentlicht wurden.

2.1 Bei undatierten Verweisen auf Normen der Reihe ENV 1991 bis ENV 1997 sind die entsprechenden technischen Regeln nach Abschnitt A anzuwenden.

2.2 Bei Verweisen auf „relevante Europäische Normen“ bzw. „EN-Normen“ sind zutreffende technische Regeln der Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen anzuwenden.

3 Die Abschnitte 3.1 bis 3.7 sind von der Einführung ausgenommen.

4.1 Zu Abschnitt 5.2:
Bei der Auswahl der Werkstoffe sind die in der BayBO und in den Vorschriften aufgrund der BayBO vorgegebenen Verwendungsbedingungen zu beachten.

4.2 Zu Abschnitt 5.3.3.1.2.2:
Für Tribünen ohne feste Sitzplätze und deren Zugänge und Podeste sind vertikale Verkehrslasten mit q_k = 7,5 kN/m² anzunehmen.

4.3 Zu Abschnitt 5.3.3.4:
Bei Anwendung von Tabelle 1 ist der durch erforderliche Schutz- und Verstärkungsmaßnahmen ertüchtigte Fliegende Bau im Zustand außer Betrieb für die höchste vorgesehene Windzone mit den Geschwindigkeitsdrücken nach Tabelle NA.B.3 oder Abschnitt NA.B.3.3 der Norm DIN EN 1991-1-4/NA:2010-12 zu bemessen. Diese dürfen mit dem Faktor 0,7 abgemindert werden. Andere Abminderungen der Geschwindigkeitsdrücke dürfen nicht in Ansatz gebracht werden.
Alternativ darf die Standsicherheit von Fliegenden Bauten im Zustand außer Betrieb, auch für Aufstellorte mit $v_{b,0}$ > 28 m/s, mit den Böengeschwindigkeitsdrücken nach Tabelle NA.B.3 oder Abschnitt NA.B.3.3 der Norm DIN EN 1991-1-4/NA:2010-12 nachgewiesen werden. Diese dürfen mit dem Faktor 0,7 abgemindert werden. Andere Abminderungen der Böengeschwindigkeitsdrücke dürfen nicht in Ansatz gebracht werden.

Bild 1 ist von der Einführung ausgenommen.

4.4 Zu Abschnitt 5.3.6.2:
Für günstig wirkende ständige Einwirkungen ist der Teilsicherheitsbeiwert γ_G = 1,0 zu verwenden.

4.5 Zu Abschnitt 5.6.5.3:
Fußriemenverschnallungen in Überschlagschaukeln, einschließlich deren Befestigungen und Verbindungen, müssen eine Bruchlast von mindestens 2 kN aufweisen.

5 Zu Abschnitt 6:
Anstelle der nachfolgend von der Einführung ausgenommenen Abschnitte der Norm gelten die Anforderungen der Richtlinie über den Bau und Betrieb Fliegender Bauten, Fassung Juni 2010.

5.1 Die Abschnitte 6.1.3.2, 6.1.3.3, 6.1.4.1, 6.1.4.5 und 6.1.5.2 sind von der Einführung ausgenommen.

5.2 zu Abschnitt 6.1.6.4:
Bei Kettenfliegerkarussellen darf insbesondere das Versagen einer Tragkette nicht zum Ausfall der Fahrgastsicherung (Schließkette, -stange, etc.) führen.

5.3 Zu Abschnitt 6.2.1.2:
Rotoren müssen eine geschlossene Zylinderwand haben. Der Boden und die Innenseite der Zylinderwand sind ohne vorstehende oder vertiefte Teile auszuführen. Der obere Rand der Zylinderwand darf weder vom Benutzer noch von Zuschauern erreicht werden können. Der höhenverschiebbare Boden ist mit geringer Fuge in den Zylinder einzupassen und mit der Zylinderdrehung gleichlaufend zu führen. Die Türen sind mit geringen Fugen in die Zylinderwand einzupassen. Rotoren sind so auszubilden, dass sie nicht bei offenen Türen anfahren können.

5.4 Zu Abschnitt 6.2.2.2:
Die Höhe der Umwehrung offener Gondeln von Riesenrädern, in denen Fahrgäste während des Betriebs aufstehen können, muss, gemessen ab Oberkante Sitzfläche, mindestens 0,55 m betragen. Ein- und Aussteigeöffnungen müssen in Höhe der Umwehrung durch feste Vorrichtungen geschlossen werden können. Sie müssen mit nicht selbsttätig lösbaren Verschlüssen gesichert werden können.

5.5 Zu Abschnitt 6.2.3.1:
Achterbahnen sind ringsum mit einer Flächenabsperrung der Anforderungsklasse J3 auszustatten.

Die Fahrbahnen von Geisterbahnen sind bis auf die Ein- und Aussteigestellen mindestens mit Bereichsabsperrungen der Anforderungsklasse J2 gegenüber Zuschauern abzuschranken.

5.6 Zu Abschnitt 6.2.3.5.1:
Bei Geisterbahnen mit langsam fahrenden Fahrzeugen (Geschw. ≤ 3 m/s) und geeigneten Anpralldämpfern kann auf ein Blocksystem verzichtet werden.

5.7 Zu Abschnitt 6.2.3.5.2:
Stockwerksgeisterbahnen müssen Rücklaufsicherungen in den Steigungsstrecken haben. In den Gefällestrecken sind erforderlichenfalls Bremsen zur Regelung der Geschwindigkeit und Kippsicherungen vorzusehen.

5.8 Zu Abschnitt 6.2.5.1.1:
Zwischen Drehscheibe und Stoßbande muss eine feststehende, waagerechte und glatte Rutschfläche von mindestens 2 m Breite vorhanden sein.

5.9 In Abschnitt 6.2.5.2 ist der 1. Absatz von der Einführung ausgenommen.

5.10 Abschnitt 6.2.6 ist von der Einführung ausgenommen.

5.11 Zu Abschnitt 6.2.7.5:
Schießtische sind unverrückbar zu befestigen. Die Entfernung zu einzelnen flächenmäßig begrenzten Zielen von höchstens 0,40 m Tiefe (z. B. Häuschen für Walzenschießen) darf bis auf 2,40 m verringert werden.

5.12 Abschnitte 6.4, 6.5 und 6.6 sind von der Einführung ausgenommen.

6 Abschnitt 7 ist von der Einführung ausgenommen.

7 Die Anhänge A, C, E, F, H und I sind von der Einführung ausgenommen.

Anlage B 2.2.1/1

Zu DIN 18516-1

1 Zu Abschnitt 7.1.1, Absatz a):
Für Bekleidungen dürfen auch nichtrostende Stähle der Korrosionsbeständigkeitsklasse II (CRC) nach DIN EN 1993-1-4:2015-10 verwendet werden.

2 Auf folgende Druckfehlerberichtigung wird hingewiesen:
Zu Anhang A, Abschnitt A 3.1:
Im 4. Absatz muss es anstelle von „... nach Bild A.1.b) ...“ richtig „... nach Bild A.1.c) ...“ und anstelle von „... nach Bild A.1.c) ...“ richtig „... nach Bild A.1.d) ...“ heißen.
Zu Anhang A, Bild A.4:
Es muss heißen: anstelle von „vorh. $F_{Q,Ed}$“ richtig „vorh. F_Q“, anstelle von „vorh. $F_{Z,Ed}$“ richtig „vorh. F_Z“, anstelle von „zul. $F_{Q,Rd}$“ richtig „zul. F_Q“, anstelle von „zul. $F_{Z,Rd}$“ richtig „zul. F_Z“, anstelle von „max. $F_{Q,Rd}$“ richtig „max. zul. F_Q“ und anstelle von „max. $F_{Z,Rd}$“ richtig „max. zul. F_Z“.

Anlage B 2.2.1/2

Zu DIN 18516-5

Zu Abschnitt 5.4.2:
Gleichung (11) muss wie folgt lauten:

$$V_{Rk,red} = V_{Rk} \cdot \frac{d}{d + 2 \cdot z_A}$$

Anlage B 2.2.1/3

1 Standsicherheit
Werden Tragfähigkeitsmerkmale von Bauteilen oder Bausätzen nach ETA[1] in Form von rechnerisch ermittelten Tragfähigkeitswerten, mechanischen Festigkeiten oder komplette statische Berechnungen im Rahmen der Leistungserklärung angegeben, so gehören diese zu den Bauvorlagen.

2 Wärmeschutz
Beim Nachweis des Wärmeschutzes sind die Bemessungswerte gemäß DIN 4108-4 zu verwenden. Die im Bausatz verwendeten Dämmstoffe müssen die Anforderungen nach DIN 4108-10 entsprechend dem jeweiligen Anwendungsgebiet erfüllen.

1 nach EAD/ETAG/CUAP

Anlage B 2.2.1/4

Standsicherheit
Zur Erfüllung der Anforderung nach Abschnitt A 1.1 sind für den Tragsicherheitsnachweis der mit dem Vorhangfassadenbausatz hergestellten Fassaden die in den Abschnitten A 1.2 genannten relevanten Bestimmungen anzuwenden.

Anlage B 2.2.1/5

1 Standsicherheit

Bauteile aus Sandwichelementen nach EN 14509 dürfen nicht zur Aussteifung von Gebäuden, Gebäudeteilen und baulichen Anlagen herangezogen werden.

Bei der Bemessung und Ausführung ist Folgendes zu beachten: Die Bemessung und Ausführung der Sandwichelemente ist gemäß Abschnitt E.2, E.3, E.5 und E.7 der Norm EN 14509 vorzunehmen. Abschnitt E.4.2 und E.4.3 kommen nicht zur Anwendung. Die Durchbiegungsbegrenzungen nach EN 14509, Abschnitt E.5.4, sind einzuhalten. Die Temperaturdifferenzen zwischen den Deckschichten sind zu berücksichtigen. Als maximale Temperaturdifferenz der gleichzeitig in beiden Deckschichten wirkenden Temperaturen ist mit $\Delta T = T_1 – T_2$ wie folgt anzusetzen:

- Deckschichttemperatur der Innenseite T_2
  Im Regelfall ist von T_2 = +20 °C im Winter und von T_2 = +25 °C im Sommer auszugehen; dies gilt für den Standsicherheitsnachweis und für den Gebrauchsfähigkeitsnachweis.
  In besonderen Anwendungsfällen (z.B. Hallen mit Klimatisierung - wie Reifehallen, Kühlhäuser) ist T_2 entsprechend der Betriebstemperatur im Innenraum anzusetzen.

- Deckschichttemperatur der Außenseite T_1
  Im Winter ist für T_1 = -20 °C anzusetzen; für schneebedeckte Dachelemente gilt für T_1 die Regelung der Norm.
  Im Sommer sind für den Gebrauchstauglichkeitsnachweis die Deckschichttemperatur T_1 gemäß der Norm sowie für den Standsicherheitsnachweis T_1 = +80 °C (bei direkter Sonneneinstrahlung) bzw. T_1 = +40 °C (bei keiner direkten Sonneneinstrahlung) anzusetzen.

Die Befestigung der Sandwichelemente hat direkt (sichtbar), durch beide Deckschichten hindurch mit Schrauben, deren Verwendbarkeit hierfür nachgewiesen ist, zu erfolgen. Die Knitterspannungen an den Zwischenauflagern gelten nur bei Befestigung mit maximal 3 Schrauben pro Meter. Für mehr als 3 Schrauben pro Meter sind die Knitterspannungen mit dem Faktor K = (11 – n) / 8 (n = Anzahl der Schrauben pro Meter) abzumindern.

Der Nachweis der Tragfähigkeit der Schrauben sowie der Schraubenkopfauslenkungen hat nach den Technischen Baubestimmungen oder dem Verwendbarkeitsnachweis der Schrauben zu erfolgen, wobei die Einwirkungen und deren Kombinationen analog zu EN 14509, Abschnitt E.5.3, zu ermitteln sind. Bei der Ermittlung der Einwirkungen für die Befestigungen darf bei durchlaufenden Sandwichelementen der Ansatz von Knittergelenken über den Innenstützen (Traglastverfahren nach EN 14509, E.7.2.1 und E.7.2.3) nicht angesetzt werden (keine Kette von Einfeldelementen).
Die Kombinationskoeffizienten ψ_0 und ψ_1 sind Tabelle E.6, die Lastfaktoren γ_F der Tabelle E.8 der Norm EN 14509 zu entnehmen. Die materialbezogenen Sicherheitsbeiwerte γ_M sind in folgender Tabelle aufgeführt:

Eigenschaften, für die γ_M gilt	**Grenzzustand**	
	Tragfähigkeit	**Gebrauchstauglichkeit**
Fließen einer Metalldeckschicht	1,10	1,00
Knittern einer Metalldeckschicht im Feld und an einem Mittelauflager (Interaktion mit der Auflagerreaktion)	2,80	1,40
Schubversagen des Kerns	2,40	1,30
Schubversagen einer profilierten Deckschicht	1,10	1,00
Druckversagen des Kerns	2,40	1,30
Versagen der profilierten Deckschicht am Mittelauflager	1,10	1,00

2 Brandschutz/Feuerwiderstand

Die Feuerwiderstandsfähigkeit von Bauteilen (Bauarten) ist nicht geregelt.

Anlage B 2.2.1/6

Für die Verwendung von Bausätzen von vollständig oder teilweise verglasten Trennwänden der Kategorie IV nach ETA[1] gelten die Bestimmungen von A 1.2.7.1.

1 nach EAD/ETAG/CUAP

Anlage B 2.2.1/7

1 Gipsplatten nach EN 520 zur Verwendung bei tragenden (einschließlich aussteifenden) Bauteilen müssen die Bestimmungen von DIN 18180:2014-09 erfüllen. Gipsplatten aus der Weiterverarbeitung, die durch die Weiterverarbeitung von Gipsplatten nach EN 520 hergestellt wurden, dürfen bei tragenden Bauteilen nur verwendet werden, sofern die Weiterverarbeitung nicht zu einer Tragfähigkeitsminderung führt.

2 Wärmeschutz
Der Nachweis des Wärmeschutzes ist mit dem Bemessungswert des Wärmedurchlasswiderstandes zu führen. Der Bemessungswert des Wärmedurchlasswiderstandes ist gleich dem Nennwert des Wärmedurchlasswiderstandes R dividiert durch den Umrechnungsfaktor für den Feuchtegehalt von $F_m = 1{,}25$.

Anlage B 2.2.1/8

Der Nachweis des Grenzzustandes der Gebrauchstauglichkeit ist ohne Ansatz der Verklebung der Stahlprofile mit den Holzbauteilen zu führen. Die Bildung von Wassersäcken ist auszuschließen.
Die Einhaltung eines ausreichenden Holzschutzes (insbesondere Tauwasser) der Dachelemente ist gemäß DIN 68800-2 nachzuweisen.

Anlage B 2.2.2/1

Für die Verwendung von Faserzementplatten nach EN 12467 bzw. zementgebundenen Bauplatten nach ETA[1] als abgehängte Decke im Innenbereich ist EN 13964 mit folgenden Einschränkungen zu beachten:

1 Die Verankerung in Beton, Porenbeton, haufwerksporigem Beton, Ziegeln, Stahl, Holz oder ähnlichen Verankerungsgründen erfolgt mit Verankerungselementen wie z. B. Dübeln, Setzbolzen oder Schrauben, deren Verwendung in den Technischen Baubestimmungen geregelt ist.

2 Der Nachweis des Wärmeschutzes ist mit dem Bemessungswert der Wärmeleitfähigkeit zu führen. Der Bemessungswert der Wärmeleitfähigkeit ergibt sich aus dem in der ETA[1] angegebenen Nennwert durch Umrechnung auf einen Feuchtegehalt bei 23 °C und 80 % relative Luftfeuchte. Zur Umrechnung sind die in der Europäischen Technischen Zulassung/Bewertung angegebenen Umrechnungsfaktoren zu verwenden.

1 nach EAD/ETAG/CUAP

Anlage B 2.2.3/1

Für die Planung, Bemessung und Ausführung von werkmäßig hergestellten Schüttungen aus Schaumglasschotter unter lastabtragenden Gründungsplatten gibt es keine technische Regel[1].

1 Anwendung von Art 15 BayBO

Anlage B.2.2.4/1

Lager mit Naturkautschuk (NR) nach EN 1337-3 dürfen nur in Bereichen ohne Ozoneinfluss verwendet werden.

Anlage B 2.2.5/1

Die Flächenabdichtungen nach EN 14891 dürfen zur Abdichtung von Wand- und Bodenflächen sowie Schwimmbecken verwendet werden, die im Außenbereich liegen und nicht mit Gebäuden verbunden sind.

Anlage B 2.2.5/2

Tabelle: Anforderungen an polymermodifizierte Bitumendickbeschichtungen nach DIN EN 15814 für die Anwendung

Produkteigenschaft gemäß EN 15814	**Anforderungen an Stufen und Klassen für die Anwendung**	
	Anwendungsbereich 1: Abdichtung von erdberührten Bauteilen gegen Bodenfeuchte und nichtstauendes Sickerwasser	**Anwendungsbereich 2: Abdichtung von erdberührten Bauteilen gegen aufstauendes Sickerwasser bis zu einer Gründungstiefe von 3,0 m unter Geländeoberkante und gegen nichtdrückendes Wasser auf Deckenflächen mit mäßiger Beanspruchung**
Rissüberbrückungsfähigkeit	Verfahren A: CB2	Verfahren A: CB2
Regenfestigkeit	mindestens R2 (≤ 8 h)	mindestens R2 (≤ 8 h)
Beständigkeit gegen Wasser	bestanden	bestanden
Biegsamkeit bei niedrigen Temperaturen	bestanden	bestanden
Maßhaltigkeit bei hohen Temperaturen	bestanden	bestanden
Schichtdickenabnahme bei Durchtrocknung	Wertangabe (≤ 50 %)	Wertangabe (≤ 50 %)
Brandverhalten	mindestens E	mindestens E
Wasserdichtheit	W 1, W 2A oder W 2B	W 2A
Druckfestigkeit	C 1, C 2A oder C 2B	C 2A

Anlage B 2.2.5/3

Produkte mit einer ETA nach ETAG 005/EAD xyz „Flüssig aufzubringende Dachabdichtungen“ dürfen für die Abdichtung von genutzten und nicht genutzten Dachflächen im Sinne der DIN 18531 in Abhängigkeit von den Anwendungsbereichen und den Beanspruchungsklassen verwendet werden, wenn mindestens folgende Leistungsstufen durch eine ETA nachgewiesen sind:

Tabelle 1: Nicht genutzte Dachflächen

Nicht genutzte Dachflächen	**Technische Leistungsstufen nach ETAG 005**					
Beanspruchungs-klasse nach DIN 18531	Klimazone	Dauer-haftigkeit W	Nutzlast P	minimale Oberflächen-temperatur TL	maximale Oberflächen-temperatur TH	Mindestschicht-dicke[1] [mm]
I A	M	W2	P4	TL 3	TH 3	Neigung ≥ 2 %: 1,5 mm Neigung < 2 %: 2,0 mm
I B			P4	TL 2	TH 2	
II A			P3	TL 3	TH 3	
II B			P3	TL 2	TH 2	

Tabelle 2: Genutzte Dachflächen

Genutzte Dach-flächen	**Technische Leistungsstufen nach ETAG 005**					
Nutzungsart	Klimazo-ne	Dauer-haftigkeit W	Nutzlast P	minimale Oberflächen-temperatur TL	maximale Oberflächen-temperatur TH	Mindestschicht-dicke[1] [mm]
direkt genutzt	S	W3	P4	TL 3	TH 3	2,0
indirekt genutzt	M			TL 2	TH 2	2,0

Zusätzlich gilt:
Bei extensiv und intensiv begrünten Flächen muss die Abdichtung wurzelbeständig sein oder der Schutz gegen Durchwurzelung ist durch andere Maßnahmen sicherzustellen.

1 Der Mittelwert der aufgebrachten Schichtdicke darf die geforderte Mindestschichtdicke nicht unterschreiten, wobei kein Einzelwert die Mindestschichtdicke um mehr als 5 % unterschreiten darf. Wenn die in der Europäischen Technischen Zulassung angegebene Mindestschichtdicke höher ist als die in dieser Anlage geforderte Mindestschichtdicke, so gilt der höhere Wert.

Anlage B 2.2.5/4

Die Abdichtungsbahnen der mechanisch befestigten Abdichtungssysteme mit einer ETA nach ETAG 006/EAD xyz können als Dachabdichtung für nicht genutzte Dachflächen verwendet werden, wenn die Abdichtungsbahnen den Anforderungen von DIN SPEC 20000-201:2015-08 Abschnitte 5.1 oder 5.3 entsprechen.

Anlage B 2.2.5/5

Die Bausätze zur Nassraumabdichtung mit einer ETA nach ETAG 022/EAD xyz können verwendet werden, wenn mindestens die folgenden Leistungsmerkmale nachgewiesen sind:

Lfd. Nr.	**Produkteigenschaft gemäß ETAG 022 Teil ... (Abschnitt)**	**Anforderungen für die Anwendung in Beanspruchungsklasse A für Abdichtungen mit ETA nach ETAG 022/EAD xyz**		
		ETAG 022 Teil 1/ EAD xyz	**ETAG 022 Teil 2/ EAD xyz**	**ETAG 022 Teil 3/ EAD xyz**
1	2	3	4	5
1	Brandverhalten Teil 1, 2, 3 (2.4.1)	E	E	E
2	Freisetzung gefährlicher Stoffe Teil 1, 2, 3 (2.4.2)	Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen an Stoffe, die im eingebauten Zustand freigesetzt werden können	Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen an Stoffe, die im eingebauten Zustand freigesetzt werden können	Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen an Stoffe, die im eingebauten Zustand freigesetzt werden können
3	Wasserdampfdurchlässigkeit Teil 1, 2, 3 (2.4.3)	Angabe des Wertes	Angabe des Wertes	Angabe des Wertes
4	Wasserdichtheit Teil 1, 2, 3 (2.4.4.1)	wasserdicht	wasserdicht	wasserdicht
5	Rissüberbrückungsfähigkeit Teil 1, 2, 3 (2.4.4.2)	Nachweis nur bei rissgefährdeten Unterlagen: ≥ 0,4 mm	Nachweis für mit der Unterlage verklebte Bahnen und nur bei rissgefährdeten Unterlagen: ≥ 0,4 mm	Nachweis für dünne und spröde Platten, die mit der Unterlage verklebt sind und nur bei rissgefährdeten Unterlagen: ≥ 0,4 mm
6	Haftzugfestigkeit Teil 1, 2, 3 (2.4.4.3)	≥ 0,5 MPa	≥ 0,3 MPa	≥ 0,3 MPa
7	Kratzfestigkeit Teil 1, 2, 3 (2.4.4.4)	Nachweis nur bei Systemen ohne Nutzschicht: kratzfest	Nachweis nur bei Systemen ohne Nutzschicht: kratzfest	Nachweis nur bei Systemen ohne Nutzschicht: kratzfest
8	Fugenüberbrückungsfähigkeit Teil 1, 2, 3 (2.4.4.5)	Nachweis nur bei Unterlagen mit Fugen: Beurteilungskategorie 2: Prüfung bestanden	Nachweis nur bei Unterlagen mit Fugen: Beurteilungskategorie 0: Die Prüfung ist nicht erforderlich oder Beurteilungskategorie 2: Prüfung bestanden	Nachweis nur bei Unterlagen mit Fugen: Beurteilungskategorie 0: Die Prüfung ist nicht erforderlich oder Beurteilungskategorie 2: Prüfung bestanden
9	Undurchlässigkeit an Fugen Teil 3 (2.4.4.6)	Nachweis nicht vorgesehen	Nachweis nicht vorgesehen	wasserdicht
10	Wasserdichtheit an Durchdringungen Teil 1, 2 (2.4.4.6) Teil 3 (2.4.4.7)	Beurteilungskategorie 2: Prüfung bestanden	Beurteilungskategorie 2: Prüfung bestanden	Beurteilungskategorie 2: Prüfung bestanden

Lfd. Nr.	Produkteigenschaft gemäß ETAG 022 Teil ... (Abschnitt)	Anforderungen für die Anwendung in Beanspruchungsklasse A für Abdichtungen mit ETA nach ETAG 022/EAD xyz		
		ETAG 022 Teil 1/ EAD xyz	ETAG 022 Teil 2/ EAD xyz	ETAG 022 Teil 3/ EAD xyz
1	2	3	4	5
11	Temperaturbeständigkeit Teil 1 (2.4.6.1) Teil 2, 3 (2.4.6.2)	Beurteilungskategorie 2: Haftzugfestigkeit ≥ 0,5 MPa Zusätzlicher Nachweis bei rissgefährdeten Unterlagen: Rissüberbrückung ≥ 0,4 mm oder bei Unterlagen mit Fugen: Nachweis der Fugenüberbrückungsfähigkeit	Änderung der Zugfestigkeit und Dehnung: ≤ 20 %	Änderung der Biegesteifigkeit: ≤ 20 % Haftzugfestigkeit: ≥ 0,3 MPa
12	Wasserbeständigkeit Teil 1 (2.4.6.2) Teil 2, 3 (2.4.6.3)	Haftzugfestigkeit: ≥ 0,5 MPa	Haftzugfestigkeit: ≥ 0,3 MPa	nachgewiesen, wenn Anforderungen gemäß Zeile 10 und Zeile 6 erfüllt sind
13	Alkalibeständigkeit Teil 1 (2.4.6.3) Teil 2, 3 (2.4.6.4)	Haftzugfestigkeit: ≥ 0,5 MPa	Änderung der Zugfestigkeit und Dehnung: ≤ 20 % nach Lagerung bei 50 °C über 16 Wochen	Haftzugfestigkeit: ≥ 0,3 MPa
14	Reparierbarkeit Teil 1, 2, 3 (2.4.7.2)	Haftzugfestigkeit: ≥ 0,5 MPa	reparierbar	reparierbar
15	Dicke der Dichtungsschicht Teil 1, 2, 3 (2.4.7.3)	≥ 2,0 mm bei mineralischen Dichtschlämmen ≥ 1,0 mm bei Reaktionsharzsystemen ≥ 0,5 mm bei Dispersionen	≥ 0,20 mm mit Nutzschicht ≥ 0,70 mm ohne Nutzschicht	≥ 5 mm
16	Verarbeitbarkeit Teil 1, 2, 3 (2.4.7.3)	verarbeitbar	verarbeitbar	Nachweis nicht vorgesehen

Polymerdispersionen dürfen nur auf Wandflächen eingesetzt werden.

Abdichtungen, die nach ETAG 022 Anhang H (Anstrichsysteme für Wände ohne Nutzschicht)/EAD xyz beurteilt worden sind, dürfen nicht in der Beanspruchungsklasse A angewendet werden.

Anlage B 2.2.5/6

Die Bausätze für flüssig aufzubringende Abdichtungen mit ETA nach ETAG 033/EAD xyz dürfen für Abdichtungen von Brücken und anderen Verkehrsflächen aus Beton verwendet werden. Sie müssen in Abhängigkeit der genannten Nutzungsbereiche, die in der Tabelle aufgeführten Nachweise zu den Eigenschaften erbringen und die dafür die in der Tabelle festgelegten Anforderungen erfüllen.

Für folgende Nutzungsbereiche dürfen Produkte mit einer ETA nach ETAG 033/EAD xyz als Abdichtung verwendet werden:

(I) Verkehrsflächen für den Fahrzeugverkehr mit sehr hoher Belastung wie z.B. Brücken, Hofkellerdecken und Zufahrtrampen für Fahrzeuge aller Art
Es dürfen Produkte der Nutzungskategorie (A: A.1 - A.4) verwendet werden.

(II) Verkehrsflächen für Fahrzeugverkehr mit geringer und hoher Belastung wie z. B. Brücken für Fußgänger und Fahrradfahrer sowie Hofkellerdecken, Parkdecks und deren Zufahrtsrampen mit Fahrzeugverkehr bis 160 kN
Es dürfen Produkte der Nutzungskategorie (A) oder (B) verwendet werden. Produkte der Nutzungskategorie (B) dürfen nur in Verbindung mit einer Deckschicht verwendet werden.

Eigenschaft gemäß ETAG 033 mit Nachweismethode nach Abschnitt 5/EAD xyz	Nachweis erbracht für Prüfkategorien (P,S,T) gemäß ETAG 033, Anhang D/EAD xyz	Anforderung
5.1.1.1 Haftzugfestigkeit zur Unterlage	P1, S0, T5	> 1,3 MPa (Ausgangswert)
Hitzeeinwirkung und Wärmealterung	P1, MA/LMA/CBM, T5	> 1,3 MPa (für A.1, A.2, A.3)
Frost-Tau-Wechsel	P1, FT, T5	> 1,3 MPa und <30% Abfall vom Ausgangswert
Verarbeitungsklima	$P2_{min}$, S0, T5	> 1,3 MPa und <30% Abfall vom Ausgangswert
Feuchter Beton	P3, S0, T5	> 1,3 MPa und <30% Abfall vom Ausgangswert
Arbeitsfuge	P4, S0, T5	> 1,3 MPa und <30% Abfall vom Ausgangswert
Abschnittsfuge	P4, S0, T5	> 1,3 MPa und <30% Abfall vom Ausgangswert
5.1.1.2 Rissüberbrückungsfähigkeit	P1, MA/LMA_{max}/CBM, HA, T2/T1	bestanden (für A)
	P1, UV, T2/T1	bestanden (für B)
5.1.1.4.1 Widerstand gegen Verdichtung von Walzasphalt	P1, CBM, T5	bestanden (für A.1)
5.1.1.5 Widerstand gegen Hitzeeinwirkung		
Zugfestigkeit / Dehnverhalten	P1, S0, T5	≥ 3,0 MPa / ≥ 350 % (Ausgangswert)
Änderung der Zugfestigkeit	P1, MA/LMA_{max}/CBM, T5	< 30% Abweichung vom Ausgangswert (für A.1, A.2, A.3)
Änderung des Dehnverhaltens		< 30% Abweichung vom Ausgangswert (für A.1, A.2, A.3)
5.1.1.6 Widerstand gegen Perforation	P1, S0, T5	bestanden mit I_4 (für B)
5.1.1.7/5.1.4.2 Scherfestigkeit des zusammengefügten Systems	P1, LMA_{min}, T5	> 0,45 MPa (für A.1, A.2, A.3) (Ausgangswert)
	P1, LMA_{min}, FT, T5	> 0,45 MPa und < 20% Abfall vom Ausgangswert (für A.1, A.2, A.3)
5.1.1.8 Wasserdichtheit	P1, S0, T5	wasserdicht (für A und B)
	P1, UV, T5	wasserdicht (für B)

Eigenschaft gemäß ETAG 033 mit Nachweismethode nach Abschnitt 5/EAD xyz	Nachweis erbracht für Prüfkategorien (P,S,T) gemäß ETAG 033, Anhang D/EAD xyz	Anforderung
5.1.4.1 Haftzugfestigkeit zur Schutzschicht	P1, MA/LMA$_{min}$/CBM ,T5	> 0,4 MPa (für A.1, A.2, A.3) (Ausgangswert)
	P1, MA/LMA$_{min}$/CBM, FT, T5	> 0,4 MPa (für A.1, A.2, A.3) < 30% Abfall vom Ausgangswert
5.1.4.3 Rutschhemmung	Deklarierter Wert	> 55 (für B)
5.1.7.1.2 Verträglichkeit der Materialien mit einwirkenden Stoffen:	P1, T5	
Wasser	Änderung der Mikrohärte	> -15 IHRD
Alkali	Masseänderung	< 2,5 %*
	Änderung der Mikrohärte	Wert > -7 IHRD + Wert nach Wasserbeanspruchung
	Masseänderung	< 0,5 %*
Öl, Benzin, Diesel, Tausalz	--------	bestanden
Bitumen	Änderung der Mikrohärte	-16 IHRD < Wert < 6 IHRD
5.1.7.1 Aspekte der Dauerhaftigkeit Zugfestigkeit/Dehnverhalten	P1, S0, T5	≥ 3,0 MPa / ≥ 350 % (Ausgangswert)
Beständigkeit gegen Wärmealterung	P1, HA, T5	
Änderung der Zugfestigkeit		< 30% Abweichung vom Ausgangswert (für A)
Änderung des Dehnverhaltens		< 30% Abweichung vom Ausgangswert (für A)
Beständigkeit gegen UV-Strahlung	P1, UV, T5	
Änderung der Zugfestigkeit		< 30% Abweichung vom Ausgangswert (für B)
Änderung des Dehnverhaltens		< 30% Abweichung vom Ausgangswert (für B)
Widerstand gegen Verschleiß	Deklarierter Wert	bestanden (für B)
5.1.7.2 Aspekte der Gebrauchstauglichkeit:		
Widerstand gegen Ablaufen	Deklarierter Wert für Masseänderung	bestanden (≤ 10,0 %)
Mindestschichtdicke / maximale Schichtdicke	Deklarierte Werte	2,0 mm/6,0 mm
* Der kombinierte Einfluss aus Wasser, Temperatur und Alkali darf bei der Ermittlung der Masseänderung berücksichtigt werden		

Anlage B 2.2.5/7

Das Abdichtungssystem mit einer ETA[1] kann als zweilagige Verbundabdichtung für genutzte und nicht genutzte Dachflächen auf Betonuntergrund verwendet werden, wenn Leistungen zu folgenden im EAD 030065-0402 genannten wesentlichen Merkmalen erklärt wurden:

	Wesentliches Merkmal	**Anforderung**
1.	Brandverhalten	Klasse E
2.	Wasserdichtheit	bestanden
3.	Widerstand gegen mechanische Beschädigung	beständig gegen mechanische Beschädigung (P4)
4.	Widerstand gegen Ermüdung	beständig gegen Ermüdung
5.	Widerstand gegen niedrige und hohe Oberflächentemperaturen	beständig bei niedrigen (-20°C) und hohen (+60°C)
6.	Nutzungsdauer	25 Jahre
7.	Widerstand gegen Wärmealterung	beständig bei Wärmealterung
8.	Widerstand gegen Wasseralterung	beständig bei Wasseralterung
9.	Widerstand gegen Durchwurzelung	durchwurzelungsfest (nur für Gründächer)
10.	Effekte aus Herstellungsbedingungen	keine Effekte

1 nach EAD/ETAG/CUAP

Anlage B 2.2.5/8

Die Abdichtungsbahnen mit einer ETA[1] können zur Abdichtung von nicht genutzten Dachflächen im Sinne der DIN 18531 als einlagige Dachabdichtung verwendet werden, wenn die wesentlichen Merkmale den Anforderungen an Elastomerbahnen gemäß DIN SPEC 20000-201:2015-08, Tabelle 17, entsprechen.

Die Abdichtungsbahnen können auch zur Herstellung von Bauwerksabdichtungen gegen Bodenfeuchte, nichtdrückendes oder von außen drückendes Wasser im Sinne der DIN 18195 Teile 4, 5 und 6 verwendet werden, wenn die wesentlichen Merkmale den Anforderungen an Elastomerbahnen gemäß DIN SPEC 20000-202:2016-03, Tabelle 26, entsprechen.

1 nach EAD/ETAG/CUAP

Anlage B 2.2.5/9

Das Abdichtungssystem zur Herstellung von Anschüssen an aufgehenden Bauteilen oder Durchdringungen in Verbindung mit einer Flächenabdichtung aus Bitumenbahnen darf auf nicht genutzten oder extensiv begrünten Dächern verwendet werden, wenn Leistungen zu folgenden im EAD 030155-0402 genannten wesentlichen Merkmalen erklärt wurden:

	Wesentliches Merkmal	**Anforderung**
1.	Brandverhalten	mindestens Klasse E
2.	Wasserdichtheit	bestanden
3.	Freisetzen gefährlicher Stoffe	ohne chemische Zusatzstoffe für den Durchwurzelungsschutz
4.	Haftzugfestigkeit zum Untergrund	> 50 kPa
5.	Widerstand gegen dynamischen Eindruck	bestanden bei 2,0 m Fallhöhe
6.	Widerstand bei Bewegung in der Wärmedämmschicht	bestanden
7.	Widerstand bei unterschiedlicher Bewegung von horizontaler und vertikaler Fläche	bestanden
8.	Widerstand gegen Abrutschen	< 2 mm

	Wesentliches Merkmal	Anforderung
9.	Verträglichkeit mit dem vertikalen Untergrund und der Bitumenbahn	> 25 N/50 mm
10.	Flexibilität bei Kälte	≤ -35°C
11.	durchwurzelungsfest	bestanden (nur für Gründächer)
12.	Widerstand gegen Wärmealterung	< 15 % Leistungsverlust
13.	Widerstand gegen UV-Alterung	< 20 % Leistungsverlust
14.	Widerstand gegen Wasseralterung	< 20 % Leistungsverlust

Eine Mindestschichtdicke der erhärteten Dichtungsschicht von 1,5 mm ist einzuhalten. Bei geringeren Neigungen in der Abdichtungsebene der Dachfläche als 2 % ist eine Mindestschichtdicke bei Anschlüssen und Durchdringungen von 2,0 mm einzuhalten.

1 nach EAD/ETAG/CUAP

Anlage B 2.2.6/1

Für fäkalienfreies Abwasser sind nach DIN EN 13564-1:2002-10 Rückstauverschlüsse der Typen 2, 3 und 5 zu verwenden. Für fäkalienhaltiges Abwasser sind nach DIN EN 13564-1:2002-10 Rückstauverschlüsse Typ 3 mit der Kennzeichnung „F“ zu verwenden.

Anlage B 2.2.6/2

Für die Verwendung der Rohre und Formstücke für die Grundstücksentwässerung können die in DIN EN 1916:2003-04, Tabelle 1, nicht erfassten Eigenschaften entsprechend DIN V 1201:2004-08 nachgewiesen werden.

Anlage B 2.2.6/3

Für die Verwendung der Einstieg- und Kontrollschächte für die Grundstücksentwässerung können die in DIN EN 1917:2003-04, Tabelle 1, nicht erfassten Eigenschaften entsprechend DIN V 4034-1:2004-08 nachgewiesen werden.

Anlage B 2.2.6/4

Rohre und Fittings sind mit Beschichtungsstoffen zum Korrosionsschutz mit einem Gehalt < 50 ppm Benzo(a)pyren verwendbar.

B Technische Baubestimmungen für Bauteile und Sonderkonstruktionen, die zusätzlich zu den in Abschnitt A aufgeführten Technischen Baubestimmungen zu beachten sind

B 3 Technische Gebäudeausrüstungen und Teile von Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Stoffen, die die CE-Kennzeichnung nicht nach der Bauproduktenverordnung tragen

B 3.1 Allgemeines

Technische Gebäudeausrüstungen und Teile von Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Stoffen, die hinsichtlich ihres Verwendungszwecks bestimmte Grundanforderungen nach Art. 3 Abs. 1 der Bauproduktenverordnung an bauliche Anlagen und ihre Teile nicht erfüllen (und die weiteren harmonisierten Rechtsbereichen unterliegen).

Für diese Produkte ist zum Nachweis der fehlenden wesentlichen Merkmale unter den Voraussetzungen des Art. 17 BayBO ein Verwendbarkeitsnachweis erforderlich. Dies gilt nicht, sofern in Spalte 4, Buchst. d, eine andere Festlegung getroffen wurde. Hier ist eine Übereinstimmungserklärung zu den fehlenden wesentlichen Merkmalen nach Art. 21 BayBO des Herstellers aufgrund vorheriger Prüfung der Bauprodukte durch eine hierfür bauaufsichtlich anerkannte Prüfstelle ausreichend.

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Maßgebende Harmonisierungsrechtsvorschriften	a: Konkreter Verwendungszweck b: Gemäß BayBO bestehende Grundanforderung, ggf. mit Konkretisierung c: Fehlendes Wesentliches Merkmal d: Verfahren zum Nachweis des fehlenden wesentlichen Merkmals
1	2	3	4
B 3.2	**Bestimmungen nach Art. 81a Abs. 2 Nr. 3 BayBO**		
B 3.2.1	**Technische Gebäudeausrüstungen, die Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften unterliegen**		
B 3.2.1.1	Amalgamabscheider	2014/35/EU 2014/30/EU 93/42/EWG 2006/42/EG	a: Verwendung in der Gebäudeentwässerung b: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz c: Dichtheit, Verhinderung des Rückflusses, Geruchsdichtheit und ausreichender Abscheidegrad
B 3.2.1.2	Kleinkläranlagen mit motorischen Antrieben	2014/35/EU 2014/30/EU 2006/42/EG	a: Verwendung in der Gebäudeentwässerung b: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz c: Dichtheit, Verhinderung des Rückflusses, Geruchsdichtheit und biologische Klärwirkung
B 3.2.1.3	Anlagen zur Begrenzung von Schwermetallen in Abwässern, die bei der Herstellung keramischer Erzeugnisse anfallen und die mit motorischen Antrieben ausgestattet sind	2014/35/EU 2014/30/EU 2006/42/EG	a: Verwendung in der Gebäudeentwässerung b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Nutzungssicherheit c.1: Dichtheit, Begrenzungswirkung c.2: Funktionssicherheit der Mess-, Steuer- und Regelungseinrichtungen

Teil B

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Maßgebende Harmonisierungsrechtsvorschriften	a: Konkreter Verwendungszweck b: Gemäß BayBO bestehende Grundanforderung, ggf. mit Konkretisierung c: Fehlendes Wesentliches Merkmal d: Verfahren zum Nachweis des fehlenden wesentlichen Merkmals
1	2	3	4
B 3.2.1.4	Anlagen zur Begrenzung von abfiltrierbaren Stoffen, Arsen, Antimon, Barium, Blei und anderen Schwermetallen, die für einen Anfall von bei der Herstellung und Verarbeitung von Glas und künstlichen Mineralfasern anfallenden Abwässern bis zu acht Kubikmetern pro Tag bemessen sind und die mit motorischen Antrieben ausgestattet sind	2014/35/EU 2014/30/EU 2006/42/EG	a: Verwendung in der Gebäudeentwässerung b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Nutzungssicherheit c.1: Dichtheit, Begrenzungswirkung c.2: Funktionssicherheit der Mess-, Steuer- und Regelungseinrichtungen
B 3.2.1.5	Anlagen zur Begrenzung von Kohlenwasserstoffen in mineralölhaltigen Abwässern, die mit motorischen Antrieben ausgestattet sind	2014/35/EU 2014/30/EU 2006/42/EG	a: Verwendung in der Gebäudeentwässerung b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Nutzungssicherheit c.1: Dichtheit, Begrenzungswirkung c.2: Funktionssicherheit der Mess-, Steuer- und Regelungseinrichtungen
B 3.2.1.6	Anlagen zur Begrenzung des Silbergehaltes in Abwässern aus fotografischen Verfahren, die mit motorischen Antrieben ausgestattet sind	2014/35/EU 2014/30/EU 2006/42/EG	a: Verwendung in der Gebäudeentwässerung b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Nutzungssicherheit c.1: Dichtheit, Begrenzungswirkung c.2: Funktionssicherheit der Mess-, Steuer- und Regelungseinrichtungen
B 3.2.1.7	Anlagen zur Begrenzung von Halogenkohlenwasserstoffen in Abwässern von chemischen Reinigungen, die mit motorischen Antrieben ausgestattet sind	2014/35/EU 2014/30/EU 2006/42/EG	a: Verwendung in der Gebäudeentwässerung b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Nutzungssicherheit c.1: Dichtheit, Begrenzungswirkung c.2: Funktionssicherheit der Mess-, Steuer- und Regelungseinrichtungen
B 3.2.1.8	Brandschutzklappen für Lüftungsleitungen, die nicht vom Anwendungsbereich der DIN EN 15650 erfasst werden	2014/35/EU 2014/30/EU 2006/42/EG	a: Verwendung in Lüftungsanlagen b: Brandschutz c: Dichtheit, Oberflächentemperatur, Auslöseeinrichtung und Rauchmelder
B 3.2.1.9	Rauchschutzklappen für Lüftungsleitungen	2014/35/EU 2014/30/EU 2006/42/EG	a: Verwendung in Lüftungsanlagen b: Brandschutz c: Dichtheit, Rauchmelder und Schließen bei Unterbrechung der Hilfsenergiezufuhr

Teil B

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Maßgebende Harmonisierungsrechtsvorschriften	a: Konkreter Verwendungszweck b: Gemäß BayBO bestehende Grundanforderung, ggf. mit Konkretisierung c: Fehlendes Wesentliches Merkmal d: Verfahren zum Nachweis des fehlenden wesentlichen Merkmals
1	2	3	4
B 3.2.1.10	Lüftungsgeräte mit einem Volumenstrom von ≤ 1000 m^3/h	2014/35/EU 2014/30/EU 2006/42/EG 2009/125/EG Verordnung (EU) Nr. 1253/2014 2010/30/EU Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1254/2014	a: Be- und Entlüftung von Wohn- und Nichtwohngebäuden b.1: Brandschutz b.2: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.3: Energieeinsparung und Wärmeschutz c.1: Brandverhalten c.2: Kennlinienverlauf, Mindestvolumenstrom, Dichtheit, Luftqualität (Filter), Sicherheitseinrichtungen c.3: Energetische Kennwerte
B 3.2.1.11	Raumluftunabhängige Feuerstätten für feste Brennstoffe mit motorisch betriebenen Teilen	2014/35/EU 2014/30/EU 2006/42/EG	a: Beheizung von Räumen b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Sicherheit und Barrierefreiheit bei der Nutzungssicherheit b.3: Energieeinsparung und Wärmeschutz c.1: CO-Konzentration im Abgas, notwendiger Förderdruck c.2: Funktionssicherheit für diese Betriebsweise, selbstschließende Feuerraumtüren, Aufstellbedingungen c.3: Energetische Kennwerte; Mindestluftbedarf, Dichtheit, energetische Kennwerte (wenn die Feuerstätte nicht der Beheizung einzelner Räume oder Raumgruppen dient, Einzelfeuerstätte)
B 3.2.1.12	Raumluftunabhängige Feuerstätten für flüssige Brennstoffe mit motorisch betriebenen Teilen	2014/35/EU 2014/30/EU 92/42/EWG 2006/42/EG	a: Beheizung von Räumen b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Sicherheit und Barrierefreiheit bei der Nutzungssicherheit b.3: Energieeinsparung und Wärmeschutz c.1: CO-Konzentration im Abgas, notwendiger Förderdruck c.2: Funktionssicherheit für diese Betriebsweise, selbstschließende Feuerraumtüren, Aufstellbedingungen c.3: Mindestluftbedarf, Dichtheit, energetische Kennwerte
B 3.2.1.13	Schnellregelbare Feuerstätten für feste Brennstoffe mit motorisch betriebenen Teilen für einzelne Räume oder Raumgruppen (Einzelfeuerstätte)	2014/35/EU 2014/30/EU 2006/42/EG	a: Beheizung von Räumen b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Sicherheit und Barrierefreiheit bei der Nutzungssicherheit b.3: Energieeinsparung und Wärmeschutz c.1: CO-Konzentration im Abgas, notwendiger Förderdruck c.2: Funktionssicherheit für diese Betriebsweise, Abschaltzeit, Brennstoffdosierung, Aufstellbedingungen c.3: Mindestluftbedarf, Dichtheit

Teil B

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Maßgebende Harmonisierungsrechtsvorschriften	a: Konkreter Verwendungszweck b: Gemäß BayBO bestehende Grundanforderung, ggf. mit Konkretisierung c: Fehlendes Wesentliches Merkmal d: Verfahren zum Nachweis des fehlenden wesentlichen Merkmals
1	2	3	4
B 3.2.1.14	Öl- und gasbefeuerte Feuerstätten 4 kW bis max. 400 kW	Je nach Ausführung 2014/35/EU 2014/30/EU 2009/142/EG 92/42/EWG 2014/68/EU 2006/42/EG	a: Beheizung von Räumen b: Energieeinsparung und Wärmeschutz c: Energetische Kennwerte d: Übereinstimmungserklärung nach C 2.14.1.6
B 3.2.1.15	Öl- und gasbefeuerte Feuerstätten < 4 kW und > 400 kW	Je nach Ausführung 2014/35/EU 2014/30/EU 2009/142/EG 2014/68/EU 2006/42/EG	a: Beheizung von Räumen b: Energieeinsparung und Wärmeschutz c: Energetische Kennwerte d: Übereinstimmungserklärung nach C 2.14.1.7
B 3.2.1.16	Baugruppen für die Erzeugung von Warmwasser, die von Hand mit festen Brennstoffen beschickt werden	2014/68/EU	a: Beheizung von Räumen b.1: Brandschutz b.2: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.3: Sicherheit und Barrierefreiheit bei der Nutzungssicherheit b.4: Energieeinsparung und Wärmeschutz c.1: Brandsicherheit der Feuerstätte c.2: Soweit erforderlich: Eignung für den Kontakt mit Trinkwasser, hygienische Verbrennung c.3: Nutzungssicherheit der Feuerstätte c.4: Energetische Kennwerte
B 3.2.1.17	Heizkessel mit motorischem Antrieb für feste Brennstoffe	2014/35/EU 2014/30/EU 2006/42/EG	a: Beheizung von Räumen b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Energieeinsparung und Wärmeschutz c: Energetische Kennwerte d: Übereinstimmungserklärung nach C 2.14.1.5
B 3.2.1.18	Eigenständige Sicherheitseinrichtungen zur Gewährleistung eines gefahrlosen gemeinsamen Betriebes von Lüftungsanlagen und raumluftabhängigen Feuerstätten	2014/35/EU 2014/30/EU	a: Gewährleistung eines gefahrlosen gemeinsamen Betriebes von Lüftungsanlagen und raumluftabhängigen Feuerstätten b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Sicherheit und Barrierefreiheit bei der Nutzungssicherheit c.1: Verhinderung eines gefährlichen Unterdruckes im Aufstellraum der Feuerstätte während des Betriebes der Feuerstätte c.2: Funktionssicherheit

Teil B

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Maßgebende Harmonisierungsrechtsvorschriften	a: Konkreter Verwendungszweck b: Gemäß BayBO bestehende Grundanforderung, ggf. mit Konkretisierung c: Fehlendes Wesentliches Merkmal d: Verfahren zum Nachweis des fehlenden wesentlichen Merkmals
1	2	3	4
B 3.2.1.19	Wärmepumpen elektr.	2014/35/EU 2014/30/EU 2009/142/EG 2006/42/EG	a: Energiegewinnung zur Erwärmung von Heizmedien und Trinkwasser b: Energieeinsparung und Wärmeschutz c: Energetische Kennwerte d: Übereinstimmungserklärung nach C 2.13.1
B 3.2.1.20	Nicht elektrisch betriebene Wärmepumpen (Sorptions- oder motorisch betriebene WP)	Je nach Ausführung 2014/35/EU 2014/30/EU 2009/142/EG 2014/68/EU 2006/42/EG	a: Energiegewinnung zur Erwärmung von Heizmedien und Trinkwasser b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Energieeinsparung und Wärmeschutz c: Energetische Kennwerte
B 3.2.1.21	Thermische Solaranlagen, vorgefertigte Anlagen und Teilanlagen[3] ausgenommen Solarkollektoren nach B 3.2.1.22 und B 3.2.1.23	Je nach Ausführung 2014/35/EU 2014/30/EU 2014/68/EU	a: Energiegewinnung zur Erwärmung von Trinkwasser b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Energieeinsparung und Wärmeschutz c: Energetische Kennwerte d: Übereinstimmungserklärung nach C 2.13.2
B 3.2.1.22	Solarkollektoren[3] mit mechanisch gehaltenen Glasdeckflächen mit einer maximalen Einzelglasfläche bis 3.0 m^2 für die Verwendung: - im Dachbereich mit einem Neigungswinkel ≤ 75[4] - bei gebäudeunabhängigen Solaranlagen im öffentlich unzugänglichen Bereich	2014/68/EU	a: Energiegewinnung zur Erwärmung von Heizwasser b.1: Brandschutz b.2: Energieeinsparung und Wärmeschutz c.1: Brandverhalten der Bauteile, wenn schwerentflammbar oder nichtbrennbar gefordert c.2: Energetische Kennwerte d: Übereinstimmungserklärung nach C 2.13.3
B 3.2.1.23	Solarkollektoren abweichend von B 3.2.1.22	2014/68/EU	a: Energiegewinnung zur Erwärmung von Heizwasser b.1: Mechanische Festigkeit und Standsicherheit b.2: Energieeinsparung und Wärmeschutz c.1: Je nach Einbausituation sind die Bestimmungen von A 1.2.7 zu erfüllen c.2: Energetische Kennwerte

3 Nur Bauprodukte, die auf Wunsch des Herstellers bessere energetische Kennwerte als nach DIN V 4701-10:2003-08 ausweisen sollen, unterliegen dieser Regelung.

4 Hinweis: Bei Verwendung über Verkehrsflächen, die durch herabfallende Glasteile gefährdet werden können (Überkopfverglasung), sind die Bestimmungen von Abschnitt A 1.2.7 zu beachten.

Teil B

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Maßgebende Harmonisierungsrechtsvorschriften	a: Konkreter Verwendungszweck b: Gemäß BayBO bestehende Grundanforderung, ggf. mit Konkretisierung c: Fehlendes Wesentliches Merkmal d: Verfahren zum Nachweis des fehlenden wesentlichen Merkmals
1	2	3	4
B 3.2.1.24	Solarspeicher[3]	2014/68/EU	a: Energiegewinnung zur Erwärmung von Trink- und Heizwasser b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Energieeinsparung und Wärmeschutz c: Energetische Kennwerte d: Übereinstimmungserklärung nach C 2.13.4
B 3.2.1.25	Photovoltaische Module mit mechanisch gehaltenen Glasdeckflächen mit einer maximalen Einzelmodulfläche bis 2,0 m^2 für die Verwendung: - im Dachbereich mit einem Neigungswinkel < 75°[5] - bei gebäudeunabhängigen Solaranlagen im öffentlich unzugänglichen Bereich	2014/35/EU	a: Stromerzeugung für Gebäude b: Brandschutz c: Brandverhalten der Bauteile, wenn schwerentflammbar oder nichtbrennbar gefordert
B 3.2.1.26	Photovoltaische Module ohne Glasdeckflächen für die Verwendung im Dachbereich	2014/35/EU	a: Stromerzeugung für Gebäude b: Brandschutz c: Brandverhalten der Bauteile, wenn schwerentflammbar oder nichtbrennbar gefordert
B 3.2.1.27	Photovoltaische Module abweichend von B 3.2.1.25 oder B 3.2.1.26	2014/35/EU	a: Stromerzeugung für Gebäude b.1: Mechanische Festigkeit und Standsicherheit b.2: Brandschutz c.1: Je nach Einbausituation sind die Bestimmungen von A 1.2.7 zu erfüllen c.2: Brandverhalten der Bauteile, wenn schwerentflammbar oder nichtbrennbar gefordert
B 3.2.1.28	Trinkwasserspeicher[6], direkt/indirekt (elektr./Gas) beheizte und Pufferspeicher[6]	Je nach Ausführung 2014/35/EU 2014/30/EU 2009/142/EG 2014/68/EU 2006/42/EG	a: Erwärmung und Speicherung von Trinkwasser b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Energieeinsparung und Wärmeschutz c: Energetische Kennwerte d: Übereinstimmungserklärung nach C 2.13.5

5 Hinweis: Bei Verwendung über Verkehrsflächen, die durch herabfallende Glasteile gefährdet werden können (Überkopfverglasung), sind die Bestimmungen von Abschnitt A 1.2.7 zu beachten.

6 Nur Bauprodukte, die auf Wunsch des Herstellers bessere energetische Kennwerte als nach DIN V 4701-10:2003-08 ausweisen sollen, unterliegen dieser Regelung.

Teil B

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Maßgebende Harmonisierungsrechtsvorschriften	a: Konkreter Verwendungszweck b: Gemäß BayBO bestehende Grundanforderung, ggf. mit Konkretisierung c: Fehlendes Wesentliches Merkmal d: Verfahren zum Nachweis des fehlenden wesentlichen Merkmals
1	2	3	4
B 3.2.1.29	Blockheizkraftwerke, BHKW's	Je nach Ausführung 2014/35/EU 2014/30/EU 2009/142/EG 2014/68/EU 2006/42/EG	a: Erwärmung von Heizwasser und Stromerzeugung zur Beheizung von Gebäuden b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Energieeinsparung und Wärmeschutz c: Energetische Kennwerte
B 3.2.1.30	Fern- und Nahwärmeübergabestationen	Je nach Ausführung 2014/35/EU 2014/30/EU 2014/68/EU 2006/42/EG	a: Energieübergabe zur Beheizung von Gebäuden b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Energieeinsparung und Wärmeschutz c: Energetische Kennwerte
B 3.2.1.31	Abgaswärmeübertrager[7]	2014/68/EU	a: Wärmerückgewinnung zur Beheizung von Gebäuden b.1: Brandschutz b.2: Sicherheit und Barrierefreiheit bei der Nutzungssicherheit b.3: Energieeinsparung und Wärmeschutz c.1: Brandverhalten des Abgaswärmerübertragers c.2: Funktionssicherheit der Feuerungsanlage mit Abgaswärmeübertrager c.3: Energetische Kennwerte
B 3.2.1.32	Verteiler in elektrischen Leitungsanlagen mit Anforderungen an den Funktionserhalt im Brandfall	2014/35/EU 2014/30/EU 2006/42/EG	a: Verwendung in elektrischen Leitungsanlagen b: Brandschutz c: Funktionserhalt im Brandfall
B 3.2.2	**Teile von Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Stoffen, die Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften unterliegen**		
B 3.2.2.1	Überfüllsicherungen für Behälter	2014/35/EU 2014/30/EU 2014/34/EU	a: Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Flüssigkeiten b: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz c: Funktionssicherheit, Erkennbarkeit der Alarmanzeige, Korrosionsbeständigkeit und Störungsanzeige

7 Heizseitig Warmwasser als Wärmeträgermedium

Teil B

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Maßgebende Harmonisierungsrechtsvorschriften	a: Konkreter Verwendungszweck b: Gemäß BayBO bestehende Grundanforderung, ggf. mit Konkretisierung c: Fehlendes Wesentliches Merkmal d: Verfahren zum Nachweis des fehlenden wesentlichen Merkmals
1	2	3	4
B 3.2.2.2	Leckanzeigegeräte für Behälter und Rohrleitungen[8]	2014/35/EU 2014/30/EU 2014/34/EU	a: Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Flüssigkeiten b.1: Festigkeit und Standsicherheit b.2: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz c.1: Standsicherheit des Überwachungsraums c.2: Eignung des Leckanzeigemediums, Korrosionsbeständigkeit, Durchgängigkeit und Dichtigkeit des Überwachungsraums und Funktionssicherheit des Leckanzeigers
B 3.2.2.3	Leckageerkennungssysteme[8]	2014/35/EU 2014/30/EU	a: Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Flüssigkeiten b: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz c: Funktionssicherheit, Erkennbarkeit der Alarmanzeige, Korrosionsbeständigkeit und Störungsanzeige
B 3.2.2.4	Behälter mit im planmäßigen Betrieb auf den Atmosphärendruck bezogenen Überdrücken über 0,5 bar	2014/68/EU	a: Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Flüssigkeiten b.1: Festigkeit und Standsicherheit b.2: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.3: Nutzungssicherheit (nur bei Behältern zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Flüssigkeiten mit Flammpunkt ≤ 55°C) c.1: Standsicherheit des Überwachungsraums (nur bei doppelwandigen Behältern) c.2: - Leckerkennung (nur bei Behältern mit Leckschutzauskleidung und bei doppelwandigen Behältern) - Permeation (nur bei unterirdischen Kunststoffbehältern) c.3: - Explosionsfestigkeit (nur bei Behältern ohne Ausrüstung mit Flammendurchschlagsicherung) - Elektrostatische Aufladung (nur bei Behältern ohne eine Einrichtung zur Ableitung elektrostatischer Aufladungen)

8 Für Leckanzeiger bzw. Leckageerkennungssysteme gibt es für die Anwendung in Einrichtungen zur Lagerung von Brennstoffen mit einem Flammpunkt > 55 °C, die für die Versorgung von Heizsystemen in Gebäuden bestimmt sind, eine technische Spezifikation nach EU-BauPVO. Die Verwendung bereits in Verkehr gebrachter Bauprodukte bleibt unberührt.

Teil B

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Maßgebende Harmonisierungsrechtsvorschriften	a: Konkreter Verwendungszweck b: Gemäß BayBO bestehende Grundanforderung, ggf. mit Konkretisierung c: Fehlendes Wesentliches Merkmal d: Verfahren zum Nachweis des fehlenden wesentlichen Merkmals
1	2	3	4
B 3.2.2.5	Rohre, Schläuche, zugehörige Formstücke, Dichtmittel, Armaturen für Rohrleitungen mit im planmäßigen Betrieb auf den Atmosphärendruck bezogenen Überdrücken über 0,5 bar	2014/68/EU	a: Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Flüssigkeiten b.1: Festigkeit und Standsicherheit b.2: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.3: Nutzungssicherheit (nur bei Rohrleitungen für Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Flüssigkeiten mit Flammpunkt ≤ 55°C) c.1: Standsicherheit des Überwachungsraums (nur bei doppelwandigen Rohrleitungen) c.2: - Leckerkennung (nur bei doppelwandigen Rohrleitungen) - Permeation (nur bei unterirdischen Rohrleitungen aus Kunststoff) c.3: Elektrostatische Aufladung (nur bei Rohrleitungen ohne eine Einrichtung zur Ableitung elektrostatischer Aufladungen)
B 3.2.2.6	Selbsttätig schließende Zapfventile	2014/34/EU 2006/42/EG	a: Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Flüssigkeiten b: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz c: Funktionssicherheit
B 3.2.2.7	Kupplungen mit Nottrennfunktion (Abreißkupplungen) für flexible Rohrleitungen mit auf den Atmosphärendruck bezogenen Überdrücken über 0,5 bar	2014/68/EU	a: Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Flüssigkeiten b.1: Hygiene, Gesundheit, Umweltschutz b.2: Nutzungssicherheit c.1: Leckagemenge c.2: Nottrennfunktion
B 3.2.3 Zubehörteile für den Brandschutz, die Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften unterliegen			
B 3.2.3.1	Elektrische Kabelanlagen mit Anforderungen an den Funktionserhalt im Brandfall	2014/35/EU	a: Verwendung in elektrischen Leitungsanlagen b: Brandschutz c: Funktionserhalt unter Brandeinwirkung d: Übereinstimmungserklärung nach C 4.9

B Technische Baubestimmungen für Bauteile und Sonderkonstruktionen, die zusätzlich zu den in Abschnitt A aufgeführten Technischen Baubestimmungen zu beachten sind

B 4 Bauprodukte und Bauarten, die Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften unterliegen, für die nach Art. 80 Abs. 5 Satz 5 BayBO eine Rechtsverordnung erlassen wurde

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bestimmungen/Festlegungen gem. Art. 81a Abs. 2 BayBO
1	2	3
B 4.1	**Technische Anforderungen an ortsfest verwendete Anlagen und Anlagenteile in Lager-, Abfüll- und Umschlaganlagen (LAU-Anlagen) zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen**	
B 4.1.1	- Auffangwannen und -vorrichtungen sowie vorgefertigte Teile für Auffangräume und -flächen, - Abdichtungsmittel für Auffangwannen, -vorrichtungen, -räume und für Flächen, - Behälter, - Innenbeschichtungen und Auskleidungen für Behälter und Rohre, - Rohre, zugehörige Formstücke, Dichtmittel, Armaturen und - Sicherheitseinrichtungen	Anlage B 4.1/1
B 4.2	**Technische Anforderungen an Einbau, Betrieb und Wartung von Anlagen mit Bauprodukten zur Abwasserbehandlung**	
BB 4.2.1	Anlagen mit Bauprodukten zur Behandlung von Abwasser mit Anteilen von Leichtflüssigkeiten mineralischen Ursprungs (Abscheideranlagen für Leichtflüssigkeiten)	Anlagen B 4.2/1 und B 4.2/2
B 4.2.2	Anlagen mit Bauprodukten zur Rückhaltung von Leichtflüssigkeiten mineralischen Ursprungs (Abscheideranlagen für Leichtflüssigkeiten)	Anlagen B 4.2/1 und B 4.2/2
B 4.2.3	Anlagen mit Bauprodukten zur Behandlung von fetthaltigem Abwasser (Abscheideranlagen für Fette)	Anlagen B 4.2/1 und B 4.2/3

Anlage B 4.1/1

LAU-Anlagen sowie darin verwendete Bauprodukte und Bauarten müssen zusätzlich zur Standsicherheit und Gebrauchstauglichkeit aufgrund der wasserrechtlichen Anforderungen gegenüber wassergefährdenden Stoffen (Chemikalien und deren Gemische) über die jeweilige Dauer der Chemikalienbeanspruchung beständig, flüssigkeitsundurchlässig bzw. dicht sein. Das gilt in gleichem Maße auch für Dichtkonstruktionen in LAU-Anlagen, deren Flüssigkeitsundurchlässigkeit bzw. Dichtheit wiederhergestellt wurde. Im Besonderen gelten die Anforderungen auch für Schweiß- und Klebenähte von Abdichtungen und Bauteilen mit dichtender Funktion sowie für Verbindungen von Rohrleitungen.

LAU-Anlagen, die mit Fahrzeugen befahren werden können, dürfen unter Berücksichtigung der jeweiligen Nutzungsbedingungen (Häufigkeit der Befahrung, Radmaterialien) während der Zeitdauer der Beanspruchung mit wassergefährdenden Stoffen ihre Dicht- und Tragfunktion nicht verlieren.

Für den Standsicherheitsnachweis sind u.a. folgende Einwirkungen zu berücksichtigen:
Temperatur, Prüf- und Betriebsdrücke bzw. Füllhöhen, Eigen- und Fülllasten, Verkehrslasten, Anprall, Wind, Schnee, Erdbeben (außergewöhnliche Last), Überflutung, chemische Beanspruchung durch Umwelteinflüsse sowie durch das Lager- oder Abfüllmedium (wassergefährdende Stoffe).
Es gelten mindestens die Schadensfolgeklasse CC2 und die Zuverlässigkeitsklasse RC2 gemäß Anhang B von EN 1990.

Rissbreitenbeschränkung bei Betonbauteilen in LAU-Anlagen:

- unbeschichtete Bauteile: $w_{cal} \leq 0{,}1$ mm
- ausgekleidete oder beschichtete Bauteile: Rissbreite w abgestimmt auf die Leistung des jeweiligen Abdichtungsmittels.

Für Schweißnähte von Stahlteilen mit Dichtfunktion gilt die Ausführungsklasse EXC 2 nach DIN EN 1090-2 unter zusätzlicher Erfüllung von Anforderungen an die Schweißausführung und die Rückverfolgbarkeit der Werkstoffe.

Anlage B 4.2/1

Der Nachweis der Tragfähigkeit und Gebrauchstauglichkeit der Anlagen ist auf der Grundlage von DIN 19901:2012-12 durch eine Typenstatik oder einen statischen Nachweis im Einzelfall zu erbringen. Dabei ist Folgendes zu beachten:

- Für Behälter aus Beton ohne Innenbeschichtung/Innenauskleidung ist das Eindringverhalten von Fetten bzw. Leichtflüssigkeiten im Abwasser in den Beton zu berücksichtigen.
- Für Behälter aus Kunststoff sind für die statische Berechnung die erforderlichen Kennwerte unter Berücksichtigung des Medien-, Zeit- und Temperatureinflusses zu ermitteln.

Anlage B 4.2/2

Die Anlagen sind so zu errichten und zu betreiben, dass Leichtflüssigkeit nicht in Boden und Gewässer austritt. Es gilt DIN 1999-100:2016-12, Abschnitt 1 ausgenommen Absatz 2 und 3, Abschnitt 2, Abschnitt 3, Abschnitt 5 ausgenommen Ziffer 5.4, Ziffer 5.8, Ziffer 5.7.2 und Ziffer 5.10, Abschnitt 9, Abschnitt 10, Abschnitt 11, Abschnitt 12, Anhang A und Anhang B.

Ergänzend zu DIN 1999-100:2016-12, Abschnitt 10, Ziffer 10.1, sind im Rahmen der Bemessung von Schlammfängen die Volumina zusätzlicher Einbauten in Abzug zu bringen.

Für die Verwendung der Anlagen mit Bauprodukten zur Behandlung von Abwasser mit Anteilen von Leichtflüssigkeiten mineralischen Ursprungs, dessen Schadstofffracht im Wesentlichen aus Betriebsstätten stammt, in denen bei Entkonservierung, Reinigung, Instandhaltung, Instandsetzung sowie Verwertung von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen regelmäßig mineralölhaltiges Abwasser anfällt und bei denen das Abwasser nicht weitestgehend im Kreislauf geführt werden kann, sind Abscheideranlagen für Leichtflüssigkeiten Klasse I nach DIN EN 858-1:2005-02, Abschnitt 4, mit Koaleszenzeinrichtung einzusetzen.

Anlage B 4.2/3

Die Anlagen sind so zu errichten und zu betreiben, dass Fett nicht in Boden und Gewässer austritt.

Es gilt DIN 4040-100:2016-12, Abschnitt 1, Abschnitt 2, Abschnitt 3, Abschnitt 4 ausgenommen Ziffer 4.2, Abschnitt 5 ausgenommen Ziffer 5.4, Ziffer 5.6, Ziffer 5.7.2, Ziffer 5.8 und Ziffer 5.9, Abschnitt 8, Abschnitt 9, Abschnitt 10, Anhang A und Anhang B.

Bei der Wahl der Nenngröße gelten zusätzlich zu DIN EN 1825-2:2002-05, Abschnitt 6, folgende Anforderungen:

- Im Rahmen der Bemessung von Schlammfängen sind die Volumina zusätzlicher Einbauten in Abzug zu bringen.

In Verbindung mit DIN EN 1825-1:2004-12, Abschnitt 5.5.3, gilt:

- Die Mindestoberfläche des Fettabscheideraumes entspricht der Gesamtwasseroberfläche des Fettabscheiders abzüglich der Oberflächen des Zu- und Ablaufraumes und der Einbauten. Das Mindestvolumen des Fettabscheideraumes ist das erforderliche Füllvolumen des Fettabscheiders an Wasser und gespeichertem Fett, d. h. einschließlich Fettsammelraum, jedoch ohne Zu- und Ablaufraum. Für den rechnerischen Nachweis des Mindestvolumens des Fettsammelraumes ist von einer Dichte der abgeschiedenen Fettstoffe von 1,0 g/cm^3 auszugehen.

Technische Baubestimmungen für Bauprodukte, die nicht die CE-Kennzeichnung tragen, und für Bauarten

Technische Baubestimmungen für Bauprodukte, die nicht die CE-Kennzeichnung tragen, und für Bauarten

C 1 Allgemeines
C 2 Voraussetzungen zur Abgabe der Übereinstimmungserklärung für Bauprodukte nach Art. 21 BayBO
C 3 Bauprodukte, die nur eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses nach Art. 81a Abs. 2 Nr. 5 BayBO bedürfen
C 4 Bauarten, die nur eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses nach Art. 15 Abs. 3 BayBO bedürfen

Teil C

Voraussetzungen zur Abgabe der Übereinstimmungserklärung für Bauprodukte sowie Angaben zu Bauarten und Bauprodukten, die nur eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses bedürfen

C 1 Allgemeines

Bauprodukte dürfen nur verwendet werden, wenn bei ihrer Verwendung die baulichen Anlagen die bauaufsichtlichen Anforderungen erfüllen.

Zur Konkretisierung der bauaufsichtlichen Anforderungen durch Technische Baubestimmungen werden im Einvernehmen mit den obersten Bauaufsichtsbehörden der Länder technische Regeln in Bezug genommen, die zu beachten sind (vgl. Art. 81a BayBO). Diese technischen Regeln für Bauprodukte, die nicht die CE-Kennzeichnung nach der EU-BauPVO tragen, sind in Kapitel C 2 Spalte 3 niedergelegt. Der Hersteller hat die Übereinstimmung mit diesen technischen Regeln zu bestätigen und zwar durch Abgabe einer Übereinstimmungserklärung, die mittels Kennzeichnung der Bauprodukte mit dem Übereinstimmungszeichen (Ü-Zeichen) erfolgt. Kapitel C 2 legt gemäß Art. 81a Abs. 2 Nr. 6 BayBO in Spalte 4 die Anforderungen fest, die an die Abgabe einer Übereinstimmungserklärung des Herstellers (Art. 21 BayBO) gestellt werden:

- Übereinstimmungserklärung des Herstellers (ÜH),
- Übereinstimmungserklärung des Herstellers nach vorheriger Prüfung des Bauprodukts durch eine anerkannte Prüfstelle (ÜHP) oder
- Übereinstimmungszertifikat durch eine anerkannte Zertifizierungsstelle (ÜZ).

In Kapitel C 2 werden die bisher in Bauregelliste A Teil 1 getroffenen Regelungen fortgeführt.

Gibt es für Bauprodukte, die nicht die CE-Kennzeichnung nach der Bauproduktenverordnung tragen, keine Technische Baubestimmung und keine allgemein anerkannte Regel der Technik oder weicht das Bauprodukt von einer Technischen Baubestimmung wesentlich ab, dann ist eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung (Art. 18 BayBO) oder eine Zustimmung im Einzelfall (Art. 20 BayBO) erforderlich.

Davon ausgenommen sind die in Kapitel C 3 aufgeführten Bauprodukte, für die die in Spalte 2 genannten anerkannten Prüfverfahren vorliegen und anstelle einer allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung nur eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses (Art. 19 BayBO) bedürfen. In Spalte 4 werden gemäß Art. 81a Abs. 2 Nr. 6 BayBO die Anforderungen festgelegt, die an die Abgabe einer Übereinstimmungserklärung des Herstellers im Hinblick auf das allgemeine bauaufsichtliche Prüfzeugnis gestellt werden.

In Kapitel C 3 werden die bisher in Bauregelliste A Teil 2 getroffenen Regelungen fortgeführt.

Die jeweils erforderliche Art der Übereinstimmungsbestätigung ist für Bauprodukte in Kapitel C 2 und C 3 bestimmt.

Maßgebend ist die öffentlich-rechtlich geforderte Art des Nachweises, auch wenn unter Umständen in der technischen Regel etwas anderes vorgesehen sein kann. Eine in einer technischen Regel vorgesehene Fremdüberwachung ist daher öffentlich-rechtlich nicht zu beachten, wenn in der Spalte 4 kein Übereinstimmungszertifikat vorgeschrieben ist.

Sind in den technischen Regeln nach Kapitel C2 und C3 Prüfungen von Bauprodukten, insbesondere Eignungsprüfungen, Erstprüfungen oder Prüfungen zur Erlangung von Prüfzeugnissen oder Werksbescheinigungen vorgesehen, so sind diese Prüfungen im Rahmen der vorgeschriebenen Übereinstimmungsnachweise durchzuführen.

Teil C

Die werkseigene Produktionskontrolle ist die vom Hersteller vorzunehmende kontinuierliche Überwachung der Produktion, die sicherstellen soll, dass die von ihm hergestellten Bauprodukte den maßgebenden technischen Regeln entsprechen. Sie erfolgt nach DIN 18200:2000-05, Abschnitt 3. Im Übrigen sind für die werkseigene Produktionskontrolle die in den technischen Regeln enthaltenen Bestimmungen maßgebend. Dabei gelten Bestimmungen für die Eigenüberwachung als Bestimmungen für die werkseigene Produktionskontrolle.

Werden Bauprodukte nicht in Serie von Betrieben hergestellt, deren Betreiber in die Handwerksrolle eingetragen sind, gelten die Anforderungen an die werkseigene Produktionskontrolle im Sinne von DIN 18200:2000-05, Abschnitt 3, bei Einhaltung der handwerklichen Regeln als erfüllt.

Die Fremdüberwachung erfolgt nach DIN 18200:2000-05, Abschnitte 4.1 und 4.3. Im Übrigen sind die für die Fremdüberwachung in den technischen Regeln enthaltenen Bestimmungen maßgebend.

Bauarten, die von Technischen Baubestimmungen wesentlich abweichen oder für die es allgemein anerkannte Regeln der Technik im Hinblick auf Planung, Bemessung und Ausführung nicht gibt, dürfen nur angewendet werden, wenn eine allgemeine Bauartgenehmigung oder eine vorhabenbezogene Bauartgenehmigung vorliegt.

Davon ausgenommen sind die in Kapitel C 4 aufgeführten Bauarten, für die anerkannte Prüfverfahren (Spalte 2) vorliegen und anstelle einer allgemeinen Bauartgenehmigung nur eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses bedürfen. Der Anwender hat die Übereinstimmung der Bauart mit dem allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnis durch Übereinstimmungserklärung zu bestätigen.

In Kapitel C 4 werden die bisher in Bauregelliste A Teil 3 getroffenen Regelungen fortgeführt.

Nach dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gilt ein Bauprodukt, das nicht Gegenstand gemeinschaftsweiter Harmonisierung ist und in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, des Europäischen Wirtschaftsraums, in der Türkei oder in der Schweiz nach deren nationalen technischen Vorschriften rechtmäßig in den Verkehr gebracht worden ist, als den in und aufgrund der BayBO gestellten Anforderungen entsprechend, sofern die nach den anderen nationalen technischen Vorschriften gestellten und erfüllten Anforderungen den in Deutschland in und aufgrund der BayBO gestellten Anforderungen für die vorgesehene Verwendung entsprechen. Dies schließt Anforderungen an das Verfahren und die Stellen der Konformitätsbewertung ein.

Teil C

C 2 Voraussetzungen zur Abgabe der Übereinstimmungserklärung für Bauprodukte nach Art. 21 BayBO

Aufgrund Art. 81a Abs. 2 Nr. 6 BayBO wird Folgendes bestimmt:

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.1	**Bauprodukte für den Beton-, Stahlbeton- und Spannbetonbau**		
C 2.1.1	**Bindemittel**		
C 2.1.1.1	Zement mit frühem Erstarren (FE-Zement) und schnell erstarrender Portland- und Portlandkompositzement (SE-Zement)	DIN 1164-11:2003-11 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.1.1	ÜZ
C 2.1.1.2	Zement mit einem erhöhten Anteil an organischen Bestandteilen	DIN 1164-12:2005-06	ÜZ
C 2.1.2	**Betonzusätze**		
C 2.1.2.1	Trass	DIN 51043:1979-08	ÜZ
C 2.1.3	**Betonstähle**		
C 2.1.3.1	Betonstabstahl	DIN 488-2:2009-08 DIN 488-6:2010-01 Zusätzlich gilt: DIN 488-1:2009-08	ÜZ
C 2.1.3.2	Betonstahlmatten	DIN 488-4:2009-08 DIN 488-6:2010-01 Zusätzlich gilt: DIN 488-1:2009-08	ÜZ
C 2.1.3.3	Betonstahl in Ringen/Bewehrungsdraht	DIN 488-3:2009-08 DIN 488-6:2010-01 Zusätzlich gilt: DIN 488-1:2009-08	ÜZ
C 2.1.3.4	Gitterträger	DIN 488-5:2009-08 DIN 488-6:2010-01 Zusätzlich gilt: DIN 488-1:2009-08	ÜZ
C 2.1.4	**Beton**		
C 2.1.4.1	Spritzbeton	DIN EN 14487-1:2006-03 Zusätzlich gilt: DIN 18551:2014-08	ÜZ[9]
C 2.1.4.2	Standardbeton	DIN EN 206-1:2001-07 DIN EN 206-1/A1:2004-10 DIN EN 206-1/A2:2005-09 und DIN 1045-2:2008-08 Zusätzlich gilt:	ÜH

9 Die Übereinstimmung ÜZ wird durch die Prüfung bzw. Überwachung durch anerkannte Stellen nach Maßgabe der Verordnung über bauordnungsrechtliche Regelung für Bauprodukte und Bauarten (Bauprodukte- und Bauartenverordnung – BauPAV) und der jeweils betreffenden Norm ersetzt.

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
		DIN 1045-3:2012-03 und DIN EN 1008:2002-10	
C 2.1.4.3	Beton nach Eigenschaften, Beton nach Zusammensetzung	DIN EN 206-1:2001-07, DIN EN 206-1/A1:2004-10, DIN EN 206-1/A2:2005-09, DIN EN 206-9:2010-09 und DIN 1045-2:2008-08 Zusätzlich gilt: DIN 1045-3:2012-03, DIN EN 1008:2002-10 und Anlagen C 2.1.2 und C 2.1.3 Je nach Bauprodukt gilt: DAfStb-Richtlinie für Beton mit verlängerter Verarbeitbarkeitszeit (Verzögerter Beton) (2006-11), DAfStb-Richtlinie für vorbeugende Maßnahmen gegen schädigende Alkalireaktion im Beton (Alkali-Richtlinie) - AlkR - (2013-10), DAfStb-Richtlinie Beton nach DIN EN 206-1 und DIN 1045-2 mit rezyklierten Gesteinskörnungen nach DIN EN 12620; Teil 1 - RBrezG/1 - (2010-09), DAfStb-Richtlinie für die Herstellung und Verwendung von Trockenbeton und Trockenmörtel (Trockenbeton-Richtlinie) - TrBMR - (2005-06), DAfStb-Richtlinie Selbstverdichtender Beton - SVBR - (2012-09), DAfStb-Richtlinie Massige Bauteile aus Beton (2010-04) und DAfStb-Richtlinie Stahlfaserbeton (2012-11)	ÜZ
C 2.1.4.4	Einpressmörtel für Spannglieder	DIN EN 447:1996-07 Zusätzlich gilt: DIN EN 445:1996-07, DIN EN 446:1996-07 und Anlagen C 2.1.4 und C 2.1.5	ÜZ
C 2.1.4.5	Vergussmörtel, Vergussbeton	DAfStb-Richtlinie für die Herstellung und Verwendung von zementgebundenem Vergussbeton und Vergussmörtel - VeBMR - (2011-11)	ÜZ
C 2.1.5 Vorgefertigte Bauteile aus Beton und Stahlbeton, Betongläser und Ziegel			
C 2.1.5.1	Betonfenster	DIN 18057:2005-08 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.1.6	ÜZ
C 2.1.5.2	Statisch mitwirkende Ziegel für Decken mit nicht vorgefertigten Trägern	DIN 4159:2014-05	ÜZ

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.1.5.3	Statisch nicht mitwirkende Ziegel für Decken mit nicht vorgefertigten Trägern	DIN 4160:2000-04 mit Ausnahme der Bestimmungen für die Fremdüberwachung	ÜHP
C 2.1.5.4	Tragende Fertigteile aus Beton, Stahlbeton oder Spannbeton, welche nicht den harmonisierten Produktnormen entsprechen	DIN 1045-4:2012-02 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.1.7	ÜZ, gilt auch für Nichtserienfertigung
C 2.1.5.5	Vorgefertigte Ziegeldecken	DIN 1045-100:2011-12	ÜZ, gilt auch für Nichtserienfertigung
C 2.1.5.6	Tragende Fertigteile aus Stahlfaserbeton	DAfStb-Richtlinie Stahlfaserbeton (2012-11), DIN 1045-4:2012-02 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.1.7	ÜZ, gilt auch für Nichtserienfertigung
C 2.2	**Bauprodukte für den Mauerwerksbau**		
C 2.2.1	Statisch mitwirkende Ziegel für Vergusstafeln	DIN 4159:2014-05 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.2.1	ÜZ
C 2.2.2	Mauertafeln und Vergusstafeln	DIN 1053-4:2013-04	ÜZ, gilt auch für Nichtserienfertigung
C 2.3	**Bauprodukte für den Holzbau**		
C 2.3.1	**Vorgefertigte Bauteile**		
C 2.3.1.1	Geklebte tragende Holzbauteile nach DIN 1052-10:2012-05, Abschnitte 6.2 bis 6.5 und 6.7 außer Bauprodukte nach lfd. Nr. C 2.3.1.5	DIN 1052-10:2012-05 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.3.1 Je nach Bauprodukt gilt: DIN 4102-4:1994-03, DIN 4102-4/A1:2004-11 und DIN 4102-22:2004-11 in Verbindung mit lfd. Nr. A 2.2.1.2	ÜH
C 2.3.1.2	Tragwerke aus Balkenschichtholz, Brettschichtholz oder Furnierschichtholz aus Nadelholz mit Nagelplattenverbindungen	DIN 1052:2008-12 und DIN 1052/Berichtigung 1:2010-05 Je nach Bauprodukt gilt: DIN 4102-4:1994-03, DIN 4102-4/A1:2004-11 und DIN 4102-22:2004-11 in Verbindung mit lfd. Nr. A 2.2.1.2	ÜZ, gilt auch für Nichtserienfertigung
C 2.3.1.3	Geklebte Verbundbauteile aus Brettschichtholz, sofern nicht durch DIN EN 14080 erfasst, und Brettsperrholz	DIN 1052-10:2012-05 Je nach Bauprodukt gilt: DIN 4102-4:1994-03, DIN 4102-4/A1:2004-11 und DIN 4102-22:2004-11 in Verbindung mit lfd. Nr. A 2.2.1.2	ÜZ

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.3.1.4	Beidseitig bekleidete oder beplankte nicht geklebte Wand-, Decken- und Dachelemente, z. B. Tafelelemente für Holzhäuser in Tafelbauart	DIN 1052:2008-12 und DIN 1052/Berichtigung 1:2010-05 Zusätzlich gilt sinngemäß: Richtlinie für die Überwachung von Wand-, Decken- und Dachtafeln für Holzhäuser in Tafelbauart nach DIN 1052 Teil 1 bis Teil 3 (1992-06) Je nach Bauprodukt gilt: DIN 4102-4:1994-03, DIN 4102-4/A1:2004-11 und DIN 4102-22:2004-11 in Verbindung mit lfd. Nr. A 2.2.1.2	ÜZ, gilt auch für Nichtserienfertigung
C 2.3.1.5	Beidseitig bekleidete oder beplankte geklebte Wand-, Decken- und Dachelemente, z.B. Tafelelemente für Holzhäuser in Tafelbauart	DIN 1052-10:2012-05 Zusätzlich gilt sinngemäß: Richtlinie für die Überwachung von Wand-, Decken- und Dachtafeln für Holzhäuser in Tafelbauart nach DIN 1052 Teil 1 bis Teil 3 (1992-06) Je nach Bauprodukt gilt: DIN 4102-4:1994-03, DIN 4102-4/A1:2004-11 und DIN 4102-22:2004-11 in Verbindung mit lfd. Nr. A 2.2.1.2	ÜZ, gilt auch für Nichtserienfertigung
C 2.3.2 Verbindungsmittel			
C 2.3.2.1	Betonrippenstähle, Gewindestangen und Stahlstäbe mit Holzschraubengewinde für den Holzbau	DIN 1052-10:2012-05 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.3.2	ÜH
C 2.3.2.2	Klammern, sofern nicht durch DIN EN 14592 erfasst	DIN 1052-10:2012-05	ÜHP
C 2.3.3 Klebstoffe für tragende Holzbauteile			
C 2.3.3.1	Phenoplaste und Aminoplaste des Klebstofftyps I für geklebte tragende Verbindungen in und von Holzbauteilen	DIN EN 301:2013-12, DIN 68141:2008-01 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.3.3	ÜHP
C 2.4 Bauprodukte für den Metallbau			
C 2.4.1 Bauprodukte aus unlegierten Baustählen			
C 2.4.1.1	Blankstahl	DIN EN 10278:1999-12 Zusätzlich gilt: DIN EN 10277-2:2008-06 und Anlagen C 2.4.1 und C 2.4.2	ÜHP
C 2.4.1.2	Blanker gleichschenkliger scharfkantiger Winkelstahl	DIN 59370:2008-06 Zusätzlich gilt: DIN EN 10277-2:2008-06 und Anlagen C 2.4.1, C 2.4.2 und C 2.4.3	ÜHP
C 2.4.1.3	Warmgewalzte nahtlose Stahlrohre aus unlegierten Stählen für die Verwendung bei Tankbauwerken	DIN 1629:1984-10 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.4.2, C 2.4.3 und C 2.4.4	ÜHP

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.4.1.4	Kaltgewalztes Band und Blech	DIN 1623:2009-05 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.2	ÜHP
C 2.4.1.5	Drahtseile aus Stahldrähten	DIN 3051-4:1972-03 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.2	ÜHP
C 2.4.1.6	Warmgewalzte Spundbohlen aus unlegierten Stählen	DIN EN 10248-1:1995-08 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.4.2 und C 2.4.3	ÜHP
C 2.4.1.7	Kaltgeformte Spundbohlen aus unlegierten Stählen	DIN EN 10249-1:1995-08 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.4.2 und C 2.4.3	ÜHP
C 2.4.2	**Bauprodukte aus geschmiedetem Stahl**		
C 2.4.2.1	Schmiedestücke aus Stahl	DIN EN 10222-4:2001-12 DIN EN 10250-2:1999-12 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.4.2 und C 2.4.5	ÜHP
C 2.4.3	**Bauprodukte aus Gusswerkstoffen**		
C 2.4.3.1	Erzeugnisse aus Stahlguss	DIN EN 10293:2015-04 DIN 18800-1:2008-11 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.2	ÜHP
C 2.4.4	**Bauprodukte aus nichtrostendem Stahl**		
C 2.4.4.1	Schmiedestücke aus nichtrostenden Stählen für die Verwendung bei Tankbauwerken und Stahlschornsteinen	DIN EN 10250-4:2000-02 DIN EN 10250-4 Berichtigung 1:2008-12 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.4.2 und C 2.4.6	ÜZ
C 2.4.4.2	Flachzeuge, Stäbe und Drähte zur Verwendung bei Stahlschornsteinen	SEW 400, 7. Ausgabe (1997-02) Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.4.2 und C 2.4.7	ÜZ
C 2.4.4.3	Geschweißte kreisförmige Rohre aus nichtrostenden Stählen für die Verwendung bei Stahlschornsteinen	DIN EN 10296-2:2006-02 Zusätzlich gilt: DIN 18800-7:2008-11 und Anlagen C 2.4.2, C 2.4.3, C 2.4.6 und C 2.4.8	ÜZ
C 2.4.4.4	Nahtlose kreisförmige Rohre aus nichtrostenden Stählen für die Verwendung bei Stahlschornsteinen	DIN EN 10297-2:2006-02 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.4.2, C 2.4.3 und C 2.4.6	ÜZ
C 2.4.4.5	Warm- oder kaltgewalztes Blech und Band, warm- oder kaltumgeformte Stäbe, Walzdraht und Profile aus nicht rostenden, hitzebeständigen Stählen für die Verwendung bei Stahlschornsteinen	DIN EN 10095:1999-05 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.4.2 und C 2.4.9	ÜZ

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.4.5	**Verbindungsmittel (Niete, Schrauben, Bolzen, Muttern und Scheiben), Schweißzusätze, Schweißhilfstoffe**		
C 2.4.5.1	Scheiben (vierkant und keilförmig) für U-Träger	DIN 434:2000-04	ÜH
C 2.4.5.2	Scheiben (vierkant und keilförmig) für I-Träger	DIN 435:2000-01	ÜH
C 2.4.5.3	Scheiben für Stahlkonstruktionen	DIN 7989-1, -2:2001-04	ÜH
C 2.4.5.4	Keilförmige Vierkantscheiben für HV-Schrauben an I-Profilen	DIN 6917:1989-10	ÜH
C 2.4.5.5	Keilförmige Vierkantscheiben für HV-Schrauben an U-Profilen	DIN 6918:1990-04	ÜH
C 2.4.5.6	Halbrundniete aus Stahl mit Durchmessern ≥ 10 mm	DIN 124:2011-03 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.10	ÜZ
C 2.4.5.7	Senkniete aus Stahl	DIN 302:2011-03 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.10	ÜZ
C 2.4.5.8	Halbrundniete aus Aluminium	DIN 660:2012-01 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.10	ÜZ
C 2.4.5.9	Halbrundniete aus Stahl mit Durchmessern von < 10 mm	DIN 660:2012-01 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.10	ÜZ
C 2.4.5.10	Hammerschrauben mit Vierkant	DIN 186:2010-09 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.11	ÜZ
C 2.4.5.11	Hammerschrauben mit Nase	DIN 188:2011-02 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.11	ÜZ
C 2.4.5.12	Hammerschrauben	DIN 261:1987-01 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.11	ÜZ
C 2.4.5.13	Hammerschrauben mit großem Kopf	DIN 7992:2010-09 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.11	ÜZ
C 2.4.5.14	Ankerplatten für Hammerschrauben	DIN 24539-2:1985-05	ÜHP
C 2.4.5.15	Bügelschrauben	DIN 3570:1968-10 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.11	ÜZ
C 2.4.5.16	Augenschrauben	DIN 444:1983-04 in Verbindung mit DIN EN 22340:1992-10 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.11	ÜZ

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.4.5.17	Spannschlösser aus Stahlrohr oder Rundstahl	DIN 1478:2005-09	ÜZ
C 2.4.5.18	Spannschlossmuttern geschmiedet (offene Form)	DIN 1480:2005-09	ÜZ
C 2.4.5.19	Anschweißenden für Spannschlösser	DIN 34828:2005-09	ÜZ
C 2.4.5.20	Sechskantspannschlossmuttern	DIN 1479:2005-09	ÜZ
C 2.4.5.21	Feuerverzinkte Garnituren aus hochfesten Sechskantschrauben mit großen Schlüsselweiten der Größen M 39 bis M 72	DASt-Richtlinie 021 (2013-09) Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.11, DIN EN 1090-2:2011-10 und DIN EN ISO 10684:2011-09	ÜZ
C 2.4.5.22	Senkschrauben mit Innensechskant der Festigkeitsklassen 8.8 und 10.9	DIN EN ISO 10642:2004-06 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.11	ÜZ
C 2.4.5.23	Gewindestangen	DIN 976-1:2002-12 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.11	ÜZ
C 2.4.6	**Korrosionsschutzstoffe und korrosionsgeschützte Bauprodukte (ohne mechanische Verbindungsmittel)**		
C 2.4.6.1	Bauteile aus Stahl und Stahlguss mit thermisch gespritzten Schichten aus Zink und Aluminium und ihren Legierungen	DIN EN ISO 2063:2005-05 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.12	ÜHP
C 2.4.6.2	Feuerverzinkte tragende Bauteile aus Stahl und Stahlguss (Stückverzinken)	DASt-Richtlinie 022 (2009-08) Zusätzlich gilt: Anlage C 2.4.13	ÜZ
C 2.5	**Dämmstoffe für den Wärme- und Schallschutz**		
C 2.5.1	Harnstoff-Formaldehydharz-Ortschaum für die Wärmedämmung	DIN 18159-2:1978-06 Zusätzlich gilt: ETB-Richtlinie zur Begrenzung der Formaldehydemission in die Raumluft bei Verwendung von Harnstoff-Formaldehydharz-Ortschaum (1985-04) und DIN 4102-1:1998-05 DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜZ
C 2.6	**Türen und Tore**		
C 2.6.1	Mineralfaserplatten als Einlagen für Feuerschutztüren	DIN 18089-1:1984-01	ÜZ
C 2.6.2	Fahrschacht-Dreh- und -Falttüren für Aufzüge in Fahrschächten mit Wänden der Feuerwiderstandsklasse F 90	DIN 18090:1997-01 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.6.1	ÜZ, gilt auch für Nichtserienfertigung

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.6.3	Horizontal- und Vertikal-Schiebetüren für Aufzüge in Fahrschächten mit feuerbeständigen Wänden	DIN 18091:1993-07 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.6.1	ÜZ, gilt auch für Nichtserienfertigung
C 2.6.4	Vertikal-Schiebetüren für Kleingüteraufzüge in Fahrschächten mit Wänden der Feuerwiderstandsklasse F 90	DIN 18092:1992-04 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.6.1	ÜZ, gilt auch für Nichtserienfertigung
C 2.6.5	Einsteckschlösser für Feuerschutz- und Rauchschutztüren	DIN 18250:2003-10	ÜZ
C 2.6.6	Türschließmittel mit kontrolliertem Schließablauf - Obentürschließer mit Kurbeltrieb und Spiralfeder	DIN 18263-1:2015-04 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.6.2	ÜZ
C 2.6.7	Türschließmittel mit kontrolliertem Schließablauf - Drehflügelantriebe mit Selbstschließfunktion	DIN 18263-4:2015-04	ÜZ
C 2.6.8	Federband und Konstruktionsband für Feuerschutztüren	DIN 18272:1987-08	ÜZ
C 2.6.9	Türdrückergarnituren für Feuerschutztüren und Rauchschutztüren	DIN 18273:1997-12	ÜZ
C 2.6.10	Automatische Schiebetüren in Rettungswegen	Richtlinie über automatische Schiebetüren in Rettungswegen - AutSchR - (1997-12)	ÜHP
C 2.6.11	Elektrische Verriegelungssysteme für Türen in Rettungswegen	Richtlinie über elektrische Verriegelungssysteme von Türen in Rettungswegen - EltVTR - (1997-12)	ÜHP
C 2.6.12	Innentüren an die Anforderungen hinsichtlich des Schallschutzes gestellt werden, ausgenommen Feuer- und Rauchschutzabschlüsse	Anlage C 2.6.3	ÜHP
C 2.6.13	Automatische Türsysteme	DIN 18650-1, -2:2005-12 Zusätzlich gilt: lfd. Nr. C 2.6.10	ÜHP
C 2.7	**Lager**		
C 2.7.1	Gleitpaarung Stahl/Stahl bei Führungslagern und Festhaltekonstruktionen	DIN 4141-13:2010-07 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.7.1	ÜZ
C 2.8	**Sonderkonstruktionen**		
C 2.8.1	Rollladenkästen mit Anforderungen an den Wärme- und Schallschutz	Richtlinie über Rollladenkästen (RokR): 2016-07 (siehe Anhang 13)	ÜHP
C 2.8.2	PVC-beschichtete Polyestergewebe	DIN 18204-1:2007-05	ÜZ
C 2.8.3	Textile Flächengebilde (Planen) für Hallen und Zelte	DIN 18204-1:2007-05	ÜHP
C 2.8.4	Kunststoffgitterroste nach DIN 24537-3	Anlage C 2.8.1	-

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.9	**Bauprodukte für Dächer und Bedachungen, Wände und Wandbekleidungen sowie Decken und Deckenbekleidungen und nichttragende innere Trennwände**		
C 2.9.1	Porenbeton-Bauplatten und Porenbeton-Planbauplatten, die nicht in den Geltungsbereich der EN 12602 fallen	DIN 4166:1997-10 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.1.5	ÜH
C 2.9.2	Hohlwandplatten aus Leichtbeton	DIN 18148:2000-10 mit Ausnahme der Bestimmungen für die Fremdüberwachung Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.1.5, C 2.1.6 und C 2.9.1	ÜH
C 2.9.3	Unbewehrte Wandbauplatten aus Leichtbeton	DIN 18162:2000-10 mit Ausnahme der Bestimmungen für die Fremdüberwachung Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.1.6 und C 2.9.2	ÜH
C 2.9.4	Betonwerksteinplatten für hinterlüftete Außenwandbekleidungen	DIN 18516-5:2013-09	ÜHP
C 2.9.5	Werksmäßig im Nassverfahren hergestellte Mineralplatten	DIN 18177:2012-11 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.9.3	ÜH
C 2.10	**Bauprodukte für die Bauwerksabdichtung und Dachabdichtung**		
C 2.10.1	Nackte Bitumenbahnen	DIN 52129:2014-11 Zusätzlich gilt: DIN 52144:2014-11	ÜH
C 2.10.2	Normalentflammbare Elastomer-Fugenbänder zur Abdichtung von Fugen in Beton	DIN 7865-1, -2:2015-02 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.10.1 und DIN 4102-1:1998-05 DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜH
C 2.10.3	Normalentflammbare Fugenbänder aus thermoplastischen Kunststoffen zur Abdichtung von Fugen in Ortbeton	DIN 18541-1, -2:2014-11 mit Ausnahme der Bestimmungen für die Fremdüberwachung Zusätzlich gilt: DIN 4102-1:1998-05 DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜH
C 2.10.4	Normalentflammbare Klebemassen und Deckaufstrichmittel für Bauwerksabdichtungen	DIN 18195-2:2009-04, Tabelle 1 Zusätzlich gilt: DIN 4102-1:1998-05 DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜH
C 2.10.5	Asphaltmastix und Gussasphalt für Bauwerksabdichtungen	DIN 18195-2:2009-04, Tabelle 3	ÜH

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.10.6	Kalottengeriffelte Metallbänder für Bauwerksabdichtungen	DIN 18195-2:2009-04, Tabelle 5	ÜH
C 2.11 Bauprodukte aus Glas			
C 2.11.1	Vorgefertigte absturzsichernde Verglasung	DIN 18008-4:2013-07 mit Ausnahme Anhang A, Anhang D (bei versuchstechnisch ermittelter Tragfähigkeit) und Anhang E	ÜH
C 2.11.2	Vorgefertigte begehbare Verglasung	DIN 18008-5:2013-07, mit Ausnahme Anhang A	ÜH
C 2.12 Bauprodukte der Grundstücksentwässerung			
C 2.12.1 Rohre, Formstücke und Dichtmittel für Leitungen und Kanäle			
C 2.12.1.1	Kalt verarbeitbare plastische Dichtstoffe für Abwasserkanäle und -leitungen aus Beton	DIN 4062:1978-09	ÜZ
C 2.12.1.2	Kunststoff-Rohrleitungssysteme aus weichmacherfreiem Polyvinylchlorid (PVC-U) zum Ableiten von Abwasser innerhalb von Gebäuden	DIN EN 1329-1:2014-07 in Verbindung mit DIN CEN/TS 1329-2:2012-09 Zusätzlich gilt: DIN 4102-1:1998-05 und DIN 4102-4:1994-03, DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜZ
C 2.12.1.3	Rohre, Formstücke und Rohrleitungen aus weichmacherfreiem Polyvinylchlorid (PVC-U) für erdverlegte drucklose Abwasserkanäle und -leitungen und für Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle und Silagesickersäften	DIN EN 1401-1:2009-07 in Verbindung mit DIN CEN/TS 1401-2:2012-09 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.12.2	ÜZ
C 2.12.1.4	Rohre und Formstücke aus Polyethylen hoher Dichte (PE-HD) für heißwasserbeständige Abwasserleitungen (HT) innerhalb von Gebäuden	DIN EN 1519-1:2000-01 in Verbindung mit DIN CEN/TS 1519-2:2012-05 Zusätzlich gilt: DIN 4102-1:1998-05 und DIN 4102-4:1994-03, DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜZ
C 2.12.1.5	Rohre und Formstücke aus Polyethylen hoher Dichte (PE) für Abwasserkanäle und -leitungen	DIN EN 12666-1:2011-11 in Verbindung mit DIN CEN/TS 12666-2:2012-11	ÜZ
C 2.12.1.6	Schächte und Zubehörteile aus weichmacherfreiem Polyvinylchlorid (PVC-U), Polypropylen (PP) und Polyethylen (PE) für erdverlegte drucklose Abwasserkanäle und -leitungen	DIN EN 13598-1:2011-02 in Verbindung mit DIN CEN/TS 13598-3:2012-07	ÜZ

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.12.1.7	Einsteig- und Kontrollschächte aus weichmacherfreiem Polyvinylchlorid (PVC-U), Polypropylen (PP) und Polyethylen (PE) für erdverlegte drucklose Abwasserkanäle und -leitungen	DIN EN 13598-2:2010-05 in Verbindung mit DIN CEN/TS 13598-3:2012-07	ÜZ
C 2.12.1.8	Kunststoff-Rohrleitungssysteme aus chloriertem Polyvinylchlorid (PVC-C) zum Ableiten von Abwasser innerhalb von Gebäuden	DIN EN 1566-1:1999-12 in Verbindung mit DIN CEN/TS 1566-2:2012-09 Zusätzlich gilt: DIN 4102-1:1998-05 und DIN 4102-4:1994-03, DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜZ
C 2.12.1.9	Rohre und Formstücke aus glasfaserverstärktem Polyesterharz (UP-GFK) für erdverlegte Abwasserkanäle und -leitungen und für Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle und Silagesickersäften	DIN EN 14364:2013-05 in Verbindung mit DIN CEN/TS 14632:2012-05	ÜZ
C 2.12.1.10	Einsteig- und Kontrollschächte aus glasfaserverstärkten duroplastischen Kunststoffen (GFK) auf der Basis von Polyesterharz (UP)	DIN EN 15383:2014-02 in Verbindung mit DIN CEN/TS 14632:2012-05	ÜZ
C 2.12.1.11	Faserzementrohre, -formstücke für Hausentwässerungssysteme	DIN EN 12763:2000-10 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.1.5	ÜZ
C 2.12.1.12	Faserzement-Rohre und -Formstücke für Abwasserkanäle	DIN EN 588-1:1996-11 Zusätzlich gilt: DIN 19850-1:1996-11 und Anlagen C 2.1.5 und C 2.12.3	ÜZ
C 2.12.1.13	Faserzementschächte für erdverlegte Abwasserkanäle und -leitungen	DIN 19850-3:1990-11 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.1.6	ÜZ
C 2.12.1.14	Kunststoff-Rohrleitungssysteme aus Polypropylen (PP) zum Ableiten von Abwasser innerhalb von Gebäuden	DIN EN 1451-1:1999-03 in Verbindung mit DIN CEN/TS 1451-2:2012-05 Zusätzlich gilt: DIN 4102-1:1998-05 und DIN 4102-4:1994-03, DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜZ

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.12.1.15	Kunststoff-Rohrleitungssysteme aus Acrylnitril-Butadienstyrol (ABS) zum Ableiten von Abwasser innerhalb von Gebäuden	DIN EN 1455-1:1999-12 in Verbindung mit DIN CEN/TS 1455-2:2012-09 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.12.1 und DIN 4102-1:1998-05 und DIN 4102-4:1994-03, DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜZ
C 2.12.1.16	Kunststoff-Rohrleitungssysteme aus Styrol-Copolymer-Blends (SAN+PVC) zum Ableiten von Abwasser innerhalb von Gebäuden	DIN EN 1565-1:1999-12 in Verbindung mit DIN CEN/TS 1565-2:2012-09 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.12.1 und DIN 4102-1:1998-05 und DIN 4102-4:1994-03, DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜZ
C 2.12.1.17	Kunststoff-Rohrleitungssysteme mit Rohren mit profilierter Wandung und glatten Rohroberflächen aus weichmacherfreiem Polyvinylchlorid (PVC-U) zum Ableiten von Abwasser innerhalb von Gebäuden	DIN EN 1453-1:2000-03 in Verbindung mit DIN 19531-10:1999-12 Zusätzlich gilt: DIN 4102-1:1998-05, DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜZ
C 2.12.1.18	Abwasserrohre und Formstücke aus Polypropylen für erdverlegte Abwasserkanäle und -leitungen	DIN EN 1852-1:2009-07 in Verbindung mit DIN SPEC 1020:2009-08	ÜZ
C 2.12.1.19	Kunststoff-Rohrleitungssysteme aus Polypropylen mit mineralischen Additiven (PP-MD) zum Ableiten von Abwasser außerhalb von Gebäuden	DIN EN 14758-1:2012-05 in Verbindung mit DIN CEN/TS 14758-2:2007-10 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.12.4	ÜZ
C 2.12.1.20	Kunststoff-Rohrleitungssysteme für drucklose erdverlegte Abwasserkanäle und -leitungen mit profilierter Wandung aus Polyvinylchlorid (PVC-U), Polypropylen (PP) und Polyethylen (PE) - Rohre und Formstücke mit glatter Innen- und Außenfläche, Rohrtyp A -	DIN EN 13476-2:2007-08 in Verbindung mit DIN CEN/TS 13476-4:2013-07	ÜZ
C 2.12.1.21	Kunststoff-Rohrleitungssysteme für drucklose erdverlegte Abwasserkanäle und -leitungen mit profilierter Wandung aus Polyvinylchlorid (PVC-U), Polypropylen (PP) und Polyethylen (PE) - Rohre und Formstücke mit glatter Innen- und profilierter Außenfläche, Rohrtyp B -	DIN EN 13476-3:2009-04 in Verbindung mit DIN CEN/TS 13476-4:2013-07	ÜZ

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.12.1.22	Rohre und Formstücke aus Polyesterharzformstoff für erdverlegte Abwasserkanäle und -leitungen	DIN EN 14636-1:2010-04 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.12.5	ÜZ
C 2.12.1.23	Einsteig- und Kontrollschächte aus Polyesterharzformstoff für erdverlegte Abwasserkanäle und -leitungen	DIN EN 14636-2:2010-04 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.12.5	ÜZ
C 2.12.1.24	Halbzeuge für das Close-Fit-Lining zur Renovierung von erdverlegten Entwässerungsnetzen (Freispiegelleitungen)	DIN EN ISO 11296-3:2011-07 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.12.6	ÜZ
C 2.12.1.25	Halbzeuge für das vor Ort härtende Schlauch-Lining zur Renovierung von erdverlegten Entwässerungsnetzen (Freispiegelleitungen)	DIN EN ISO 11296-4:2011-07 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.12.6	ÜZ
C 2.12.1.26	Halbzeuge für das Wickelrohr-Lining zur Renovierung von erdverlegten Entwässerungsnetzen (Freispiegelleitungen)	DIN EN ISO 11296-7:2013-05 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.12.6	ÜZ
C 2.12.1.27	Halbzeuge für das Lining mit fest verankerten Kunststoffauskleidungen zur Renovierung von erdverlegten Entwässerungsnetzen (Freispiegelleitungen)	DIN EN 16506:2014-12 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.12.6	ÜZ
C 2.12.2 Sanitärausstattungsgegenstände und Absperreinrichtungen			
C 2.12.2.1	Ablaufgarnituren für Sanitärausstattungsgegenstände	DIN EN 274-1, -2, -3:2002-05 mit Ausnahme der Bestimmungen für die Fremdüberwachung	ÜHP
C 2.12.2.2	Urinalanschlussstücke	DIN 1380:2001-05	ÜHP
C 2.12.2.3	Klosettanschlussstücke	DIN 1389:2001-05	ÜHP
C 2.12.2.4	Geruchsverschlüsse für besondere Verwendungszwecke	DIN 19541:2004-12 mit Ausnahme der Bestimmungen für die Fremdüberwachung	ÜHP
C 2.12.2.5	Abläufe für Gebäude	DIN EN 1253-1:2003-09 Zusätzlich gilt: DIN EN 1253-4:2000-02	ÜHP
C 2.12.2.6	Abläufe mit Leichtflüssigkeitssperren	DIN EN 1253-5:2004-03 in Verbindung mit DIN EN 1253-3:1999-06 mit Ausnahme der Bestimmungen für die Fremdüberwachung Zusätzlich gilt: DIN 4102-1:1998-05 und DIN 4102-4:1994-03, DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜHP

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.13	**Technische Gebäudeausrüstung**		
C 2.13.1	Wärmepumpen[10], elektr.	DIN V 4701-10:2003-08 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.13.1	ÜHP
C 2.13.2	Thermische Solaranlagen, vorgefertigte Anlagen und Teilanlagen[10]	DIN V 4701-10:2003-08 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.13.2	ÜHP
C 2.13.3	Solarkollektoren[10]	DIN V 4701-10:2003-08 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.13.3	ÜHP
C 2.13.4	Solarspeicher[10]	DIN V 4701-10:2003-08 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.13.4	ÜHP
C 2.13.5	Trinkwasserspeicher[10], direkt/indirekt (elektr./Gas) beheizte und Pufferspeicher	DIN V 4701-10:2003-08 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.13.5	ÜHP
C 2.13.6	Lüftungsgeräte nach DIN 4719	Anlage C 2.6.4	-
C 2.14	**Feuerungsanlagen**		
C 2.14.1	**Feuerstätten und Feuerungseinrichtungen**		
C 2.14.1.1	Ölheizeinsätze mit Verdampfungsbrennern	DIN 4731:1989-07 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.14.1	ÜHP
C 2.14.1.2	Ölherde mit Verdampfungsbrennern	DIN 4732:1990-01 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.14.1	ÜHP
C 2.14.1.3	Öl-Speicher-Wasserheizer mit Verdampfungsbrennern	DIN 4733:1990-01 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.14.1	ÜHP
C 2.14.1.4	Speicher-Kohle-Wasserheizer	DIN 18889:1956-11 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.14.1	ÜHP
C 2.14.1.5	Raumluftunabhängige Feuerstätten nach DIN 18897	Anlage C 2.6.4	-
C 2.14.1.6	Öl- und gasbefeuerte Feuerstätten[10] 4 bis max. 400 kW	DIN V 4701-10:2003-08 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.14.2	ÜHP
C 2.14.1.7	Öl- und gasbefeuerte Feuerstätten[10] < 4 kW und > 400 kW	DIN V 4701-10:2003-08 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.14.3	ÜHP
C 2.14.1.8	Heizkessel mit motorischem Antrieb für feste Brennstoffe[10]	DIN V 4701-10:2003-08	ÜHP

10 Nur Bauprodukte, die auf Wunsch des Herstellers bessere energetische Kennwerte als nach DIN V 4701-10:2003-08 ausweisen sollen, unterliegen dieser Regelung.

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.14.1.9	Heizkessel ohne motorischen Antrieb für feste Brennstoffe	DIN EN 303-5:2012-10 und für die energetischen Kennwerte DIN V 4701-10:2003-08[10]	ÜHP
C 2.14.2 Abgasanlagen			
C 2.14.2.1	Nebenluftvorrichtungen für Hausschornsteine ohne motorischen Antrieb	DIN 4795:1991-04	ÜHP
C 2.14.2.2	Elastomere Dichtungen für Abgasanlagen	DIN EN 14241-1:2013-11 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.14.4, DIN 4102-1:1998-05, DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜZ
C 2.15 Bauprodukte für ortsfest verwendete Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Stoffen			
C 2.15.1	Liegende Behälter (Tanks) aus Stahl, einwandig, für die unterirdische Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten	DIN 6608-1:1989-09 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.15.1, C 2.15.2 und C 2.15.3	ÜZ
C 2.15.2	Liegende Behälter (Tanks) aus Stahl, doppelwandig, für die unterirdische Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten	DIN 6608-2:1989-09 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.15.1, C 2.15.2 und C 2.15.3	ÜZ
C 2.15.3	Liegende zylindrische ein- und doppelwandige Behälter (Tanks) aus Stahl zur oberirdischen Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten, die nicht flüssige Brennstoffe zur energetischen Versorgung von Heiz- und Kühlanlagen für Gebäude sind, bzw. zur Lagerung von wassergefährdenden Brennstoffen mit Dichten > 1,0 kg/l und/oder Flammpunkten ≤ 55 °C zur energetischen Versorgung von Heiz- und Kühlanlagen für Gebäude	DIN 6616:1989-09 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.15.3 und C 2.15.4	ÜZ
C 2.15.4	Stehende Behälter (Tanks) aus Stahl, einwandig, mit weniger als 1000 Liter Volumen für die oberirdische Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten	DIN 6623-1:1989-09 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.15.1, C 2.15.3 und C 2.15.5	ÜZ
C 2.15.5	Stehende Behälter (Tanks) aus Stahl, doppelwandig, mit weniger als 1000 Liter Volumen für die oberirdische Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten	DIN 6623-2:1989-09 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.15.1, C 2.15.3 und C 2.15.5	ÜZ
C 2.15.6	Liegende Behälter (Tanks) aus Stahl von 1000 bis 5000 Liter Volumen, einwandig, für die oberirdische Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten	DIN 6624-1:1989-09 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.15.1, C 2.15.3 und C 2.15.5	ÜZ

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.15.7	Liegende Behälter (Tanks) aus Stahl von 1000 bis 5000 Liter Volumen, doppelwandig, für die oberirdische Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten	DIN 6624-2:1989-09 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.15.1, C 2.15.3 und C 2.15.5	ÜZ
C 2.15.8	Einwandige vorgefertigte Behälter mit ebenen Wänden und Böden für die oberirdische Lagerung von wassergefährdenden Flüssigkeiten mit Flammpunkten > 55°C	DIN 6625-1, -2:2013-06 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.15.6	ÜZ
C 2.15.9	Als Sammel- oder Entnahmebehälter verwendete, einwandige Transportbehälter, die nach den verkehrsrechtlichen Vorschriften für die Beförderung gefährlicher Güter baumusterzugelassen sind	TRbF 20 (2001-04), Anhang J Zusätzlich gilt: Anlage C 2.15.7	ÜH
C 2.15.10	Als Sammel- oder Entnahmebehälter verwendete, einwandige Transportbehälter aus metallischen Werkstoffen, die nicht nach den verkehrsrechtlichen Vorschriften für die Beförderung gefährlicher Güter baumusterzugelassen sind	TRbF 20 (2001-04), Anhang J Zusätzlich gilt: Anlage C 2.15.8	ÜZ
C 2.15.11	Als ortsfeste Lagerbehälter verwendete, einwandige Transportbehälter aus metallischen Werkstoffen, die nach den verkehrsrechtlichen Vorschriften für die Beförderung gefährlicher Güter baumusterzugelassen sind	TRbF 20 (2001-04), Anhang M für wassergefährdende Flüssigkeiten mit Flammpunkten ≤ 55°C, TRbF 20 (2001-04), Anhang N für wassergefährdende Flüssigkeiten mit Flammpunkten > 55°C Zusätzlich gilt: Anlage C 2.15.3	ÜH
C 2.15.12	Auffangwannen und -vorrichtungen aus Stahl mit Rauminhalten bis 1000 l	Richtlinie über die Anforderungen an Auffangwannen aus Stahl mit einem Rauminhalt bis 1000 Liter - StawaR - (September 2011)	ÜHP
C 2.15.13	Einwandige metallische Rohre, zugehörige Formstücke, Dichtmittel, Armaturen für Rohrleitungen in Anlagen zur Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten mit Ausnahme der Bauteile für Ölversorgungsanlagen für Ölbrenner	TRbF 50 (2002-06), Anhang A Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.15.3, C 2.15.9 und C 2.15.10	ÜH
C 2.15.14	Stehende vorgefertigte zylindrische Behälter aus metallischen Werkstoffen mit flachem Boden und festem Dach zur oberirdischen Lagerung von Flüssigkeiten oder von gekühlten Gasen	DIN 4119-1:1979-06 und DIN 4119-2:1980-02 in Verbindung mit der Anpassungsrichtlinie Stahlbau (1998-10) mit Änderung und Ergänzung (2001-12) Zusätzlich gilt: Anlage C 2.15.3	ÜZ
C 2.15.15	Betonschalungssteine für Gärfuttersilos und Güllebehälter in Biogas-Lager- und Abfüllanlagen	DIN 11622-22:2015-09 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.1.5 und C 2.1.6	ÜZ

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	Technische Regeln/Ausgabe	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 2.15.16	Beton als Abdichtungsmittel für Auffangräume und Flächen	DIN 1045-2:2008-08 in Verbindung mit DIN EN 206-1:2001-07, DIN EN 206-1/A1:2004-10, DIN EN 206-1/A2:2005-09 Zusätzlich gilt: DIN 1045-3:2012-03 in Verbindung mit DIN EN 13670:2011-03, DAfStb-Richtlinie „Betonbau beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (BUmwS)“, Teil 2 (2011-03), DAfStb-Richtlinie Stahlfaserbeton (2012-11) und Anlage C 2.15.11	ÜZ
C 2.15.17	Domschächte aus Stahl	DIN 6626:1989-09	ÜHP
C 2.15.18	Domschachtkragen aus Stahl für gemauerte Domschächte	DIN 6627:1989-09	ÜHP
C 2.15.19	Fugenbleche zur Abdichtung von Arbeits- und Bewegungsfugen in Ortbetondichtkonstruktionen	DAfStb-Richtlinie Betonbau beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (BUmwS) (2011-03), Teil 1 Abschnitte 7.3.3 (1) bis (3) und (6) bis (12), Teil 2 Abschnitt 3.4 (1) und (5) Zusätzlich gilt: Anlage C 2.15.12	ÜH
C 2.15.20	Schläuche, zugehörige Formstücke, Dichtmittel, Armaturen für Leitungen in Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe	TRbF 50 (2002-06), Anhang B Zusätzlich gilt: Anlage C 2.15.9	ÜH
C 2.15.21	Als Sammelbehälter für Altöle und sonstige Abfallstoffe verwendete, einwandige Transportbehälter aus metallischen Werkstoffen, die nach den verkehrsrechtlichen Vorschriften für die Beförderung gefährlicher Güter baumusterzugelassen sind	TRbF 20 (2001-04), Anhang K	ÜH
C 2.15.22	Ölförderungsaggregate, Regel- und Sicherheitseinrichtungen für Ölversorgungsanlagen für Ölbrenner	DIN EN 12514-1:2000-05 Zusätzlich gilt: Anlage C 2.15.13	ÜHP
C 2.15.23	Bauelemente, Armaturen, Leitungen, Filter, Heizölentlüfter, Zähler für Ölversorgungsanlagen für Ölbrenner	DIN EN 12514-2:2000-05 Zusätzlich gilt: Anlagen C 2.15.13 und C 2.15.14	ÜHP
C 2.15.24	Leckdetektoren für Unter- und Überdrucksysteme zur Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten[11]	Anlage C 2.15.15	ÜHP
C 2.15.25	Leckdetektoren für Flüssigkeitssysteme zur Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten[11]	Anlage C 2.15.16	ÜHP

11 Ausgenommen sind Leckdetektoren für Einrichtungen zur Lagerung von Brennstoffen, die für die Versorgung von Heizsystemen in Gebäuden bestimmt sind.

Anlagen | Teil C

Anlage C 2.1.1

Der Hersteller hat der Zertifizierungsstelle die Art und den prozentualen Anteil der (Zement) Zusätze nach DIN 1164-11:2003-11, Abschnitt 5 anzugeben.

Anlage C 2.1.2

Beton für tausalzbeanspruchte Kappen an Brücken darf in der Expositionsklasse XD3 abweichend von DIN 1045-2:2008-08, Anhang F, Tabelle F.2.1 mit einem höchstzulässigen w/z-Wert von 0,50 hergestellt werden. Abweichend von Tabelle F.2.1 und Tabelle F.2.2 beträgt in den Expositionsklassen XD3 und XF4 die Mindestdruckfestigkeitsklasse des Luftporenbetons C25/30 nach 28 Tagen.

Für Bauteile von Straßenbrücken, Tunneln und Trögen beträgt in den Expositionsklassen XD2, XS2, XF2, XF3 oder XA2 abweichend von DIN 1045-2:2008-08, Abschnitt 5.3, Tabellen F.2.1 und F.2.2 die Mindestdruckfestigkeitsklasse des Betons C30/37 nach 28 Tagen.

Anlage C 2.1.3

1 Zu DIN 1045-2:2008-08

1.1 Abschnitt 5.1.2:
Es ist zu ändern: „Als geeignet gelten Zemente nach DIN EN 197-1, DIN 1164-10, DIN 1164-11, DIN 1164-12 und DIN EN 14216."

1.2 Abschnitt 5.1.6:
Es ist zu ergänzen: „Für Hüttensandmehl nach DIN EN 15167-1 gilt die Eignung als Zusatzstoff Typ II als nachgewiesen."

1.3 Abschnitt 5.2.3.4:
Es ist zu ergänzen: „Die Alkaliempfindlichkeitsklasse nach der Alkali-Richtlinie des DAfStb der Gesteinskörnung nach DIN EN 12620 kann der Leistungserklärung entnommen werden."

1.4 Abschnitt 5.2.3.5:
Der Absatz wird ersetzt durch: „Für die Verwendung von rezyklierten Gesteinskörnungen nach DIN EN 12620:2008-07 ist die DAfStb-Richtlinie „Beton nach DIN EN 206-1 und DIN 1045-2 mit rezyklierten Gesteinskörnungen nach DIN EN 12620" zu beachten."

1.5 Abschnitt 5.2.5.1:
Es ist zu ergänzen: „Die Eignung des k-Wert-Ansatzes gilt für Hüttensandmehl als nachgewiesen."
Hinter dem 8. Absatz ist zu ergänzen: „Es dürfen nur Silikastäube mit einem Gehalt an Siliziumdioxid der Klasse 1 verwendet werden."

1.6 Abschnitt 5.2.5.2.1:
Es ist zu ergänzen: „Für die Anwendung des k-Wert-Ansatzes auf Hüttensandmehl gelten sinngemäß die Festlegungen von DIN 1045-2, 5.2.5.2.2 für Flugasche. Die Absenkung des Mindestzementgehaltes und die Anrechnung auf den Wasserzementwert sind für die Expositionsklassen XF2 und XF4 nicht zulässig.
Die gleichzeitige Verwendung von Hüttensandmehl und Flugasche und/oder Silikastaub ist nicht zulässig."

1.7 Abschnitt 5.2.5.2.2:
Es ist zu ergänzen: „Für die Höchstmenge Hüttensandmehl h, die auf den Wasserzementwert angerechnet werden darf, kann bei allen Zementen gemäß 5.2.5.2.2 die Bedingung $h/z \leq 0{,}33$ in Massenanteilen angewendet werden.

Bei Zementen mit dem Hauptbestandteil D darf eine über $h/z = 0{,}15$ hinausgehende Menge Hüttensandmehl verwendet werden.

Die Regelungen in 5.2.5.2.2 für Flugasche zur Herstellung von Beton mit hohem Sulfatwiderstand dürfen für Hüttensandmehl nicht angewendet werden."

Es ist zu ändern: „ANMERKUNG: Die Anforderungen an HS-Zemente sind für CEM I-SR 0, CEM I-SR 3, CEM III/B-SR und CEM III/C-SR nach DIN EN 197-1:2011-11 erfüllt."

Es ist zu ergänzen: „Die Regelungen in 5.3.4 für die Verwendung von Flugasche in Unterwasserbeton gelten nicht für Hüttensandmehl."

1.8 Tabelle F.3.1
Tabellenüberschrift:
Es ist zu ändern: „Anwendungsbereiche für Zemente nach DIN EN 197-1, DIN 1164-11, DIN 1164-12 und FE-Zemente sowie CEM I-SE und CEM II-SE nach DIN 1164-11 zur Herstellung von Beton nach DIN 1045-2"

Fußnote d:
Es ist zu ändern: „ANMERKUNG: Die Anforderungen an HS-Zemente sind für CEM I-SR 0, CEM I-SR 3, CEM III/B-SR und CEM III/C-SR nach DIN EN 197-1:2011-11 erfüllt."

2 Zur Alkali-Richtlinie – AlkR – (2013-10)

Abschnitt 7.1.1:
Es ist zu ergänzen: „Für Zement mit niedrigem wirksamen Alkaligehalt (NA-Zement) ist die Übereinstimmung mit DIN 1164-10 vom Hersteller zu erklären."

Anlage C 2.1.4

Bei der Anwendung der technischen Regeln ist Folgendes zu beachten:

1 Die Spannglieder dürfen mit einem Einpressmörtel bestehend aus Portlandzement CEM I nach DIN EN 197-1:2011-11 oder nach DIN 1164-10:2013-03, Wasser und einer Einpresshilfe nach DIN EN 934-4:2009-09 oder mit allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung verpresst werden. Die Verwendung von Einpresshilfen muss DIN V 20000-101:2002-11 entsprechen. Das Korrosionsverhalten darf alternativ zu DIN V 20000-101:2002-11, Abschnitt 7, auch nach DIN EN 934-1 nachgewiesen sein. Die Verwendung anderer Einpressmörtel bedarf der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung.

2 Zu DIN EN 445:1996-07

2.1 Abschnitt 2:
Es ist mit letztem Ausgabedatum zu zitieren „DIN EN 196-1:2005-05".

2.2 Abschnitt 3.2.2.3:
Der letzte Satz „Es sind zwei ... durchzuführen." ist durch folgende Sätze zu ersetzen: „Es sind drei Prüfungen durchzuführen; die erste Prüfung ist unmittelbar nach dem Mischen des Einpressmörtels und die verbleibenden zwei Prüfungen 30 min nach dem Mischen des Einpressmörtels durchzuführen. Während der Durchführung der Prüfungen ist der Einpressmörtel in Bewegung zu halten."

2.3 Abschnitt 3.4.2.3:
Statt „(siehe 3.4)" ist „(siehe 3.3.3)" zu schreiben.

2.4 Abschnitt 3.4.3:
Statt „Gefäßverfahren" ist „Dosenverfahren" zu schreiben. Entsprechend sind in den Unterabschnitten bei „Behältern" immer „Dosen" gemeint. In den Unterabschnitten ist statt „Messschieber" immer „Tiefenmesser" zu schreiben.

2.5 Abschnitt 3.4.3.2:
Unter a) sind im ersten Absatz die ersten beiden Sätze durch folgende Fassung zu ersetzen: „Die erste Messung ist unmittelbar nach dem Füllen der Dosen mit Einpressmörtel durchzuführen, indem der Abstand zwischen der Oberfläche des Einpressmörtels und dem oberen Rand der Dose mit der Abdeckplatte auf der Dose an mindestens sechs Stellen mit dem Tiefenmesser oder mit anderen Messvorrichtungen abzulesen ist. Die Markierung auf der Abdeckplatte muss mit der Markierung am Rand der Dose übereinstimmen (Referenzpunkt)."

Unter a) ist der zweite Absatz durch die folgende Fassung zu ersetzen: „Bei der zweiten Messung wird der Abstand zwischen der festen Oberfläche des Einpressmörtels und dem oberen Rand des Behälters an denselben sechs Messstellen der ersten Messung und mit demselben Messverfahren gemessen."

Unter a) ist am Ende „(siehe 3.6)" zu streichen.

2.6 Abschnitt 3.5.1.2:
„b)..." ist durch folgende Fassung zu ersetzen: „b) Einrichtungen für die Lagerung gemäß Abschnitt 4.1 von DIN EN 196-1".

2.7 Abschnitt 3.5.1.3.1:
Der dritte Absatz ist am Ende zu ergänzen: „Dann sind die Proben mit einer Glasplatte abzudecken."

3 Zu DIN EN 446:1996-07

3.1 Abschnitt 0:
Statt „Anforderungen an den Einpressmörtel" ist „Anforderungen an das Einpressen mit Einpressmörtel" und statt „Eurocode 2" ist „DIN ENV 1992-1-1" zu schreiben.

3.2 Abschnitt 3:
Die in den Unterabschnitten 3.2 und 3.3 angegebenen Definitionen der Einpressvorgänge sind durch die folgende Fassung zu ersetzen:

„3.2 Nachpressen: Zusätzliches Einpressen, um Luft- oder Wasserblasen durch Einpressmörtel in den Spannkanälen zu ersetzen, bevor der ursprüngliche Einpressmörtel erhärtet ist.

3.3 Nachverfüllen: Zusätzliches Einpressen, um Luft- oder Wasserblasen durch Einpressmörtel in den Spannkanälen zu ersetzen, nachdem der ursprüngliche Einpressmörtel erhärtet ist."

3.3 Abschnitt 4:
Zu Abschnitt 4 ist klarzustellen: „Die Vorprüfung nach DIN EN 446:1996-07, Abschnitt 4, gilt für die Stoffe nach DIN EN 447:1996-07, Abschnitt 4, bauaufsichtlich als erfüllt, wenn die Stoffe den in Abschnitt C 2 angegebenen technischen Regeln entsprechen oder bei wesentlichen Abweichungen der geforderte Verwendbarkeitsnachweis vorliegt und für sie der Übereinstimmungsnachweis geführt wurde."

3.4 Abschnitt 7.3:
Statt „Verpress- und Nachverpressverfahren" ist zu schreiben „Verfahren beim Einpressen und Nachpressen".

3.5 Abschnitt 7.6:
Es ist zu streichen: „ohne Abbindeverzögerer".

3.6 Abschnitt 7.8:
Statt „Nacheinspritzen" und „Nacheinpressen" ist in der Überschrift und im Text „Nachpressen" zu schreiben.

3.7 Abschnitt 7.9:
Statt „Nachpressen" ist in der Überschrift und im Text „Nachverfüllen" und statt „bilden" ist im ersten Satz des Textes „gebildet haben" zu schreiben.

3.8 Abschnitt 8.1:
Nach dem ersten Spiegelstrich ist „Abnehmer" durch „Auftraggeber" zu ersetzen und nach dem zweiten Spiegelstrich ist der zweite Satz durch folgende Fassung zu ersetzen: „Die zuständige Stelle darf zusätzliche Überprüfungen fordern."

3.9 Abschnitt 8.4:
Im Text nach „Wasserabsonderung:" ist ergänzt zu schreiben: „...Fließvermögen des Einpressmörtels dort den Anforderungen...".
Statt „Einpressung" ist „Auftrag zum Einpressen" zu schreiben.

4 Zu DIN EN 447:1996-07

4.1 Abschnitt 0:
Im zweitem Absatz ist vor den Spiegelstrichen „vor allem“ zu streichen.

4.2 Tabelle 1:
Die Tabelle 1 ist durch folgende Fassung zu ersetzen:

Prüfverfahren nach DIN EN 445	**Unmittelbar nach dem Mischen Zeit (in s)**	**30 Minuten nach dem Mischen[1)] oder nach dem Einpressen Zeit (in s)**	**an der Austrittsöffnung des Hüllrohrs Zeit (in s)**
Eintauchversuch	≥ 30	≤ 80 (200)[2)]	≥ 30
Trichterverfahren	≤ 25 (50)[2)]	≤ 25 (50)[2)]	≥ 10
1 Die Mischzeit ist zu messen, wenn sich alle erforderlichen Stoffmengen im Mischer befinden. 2 Für Einpressmörtel, die in gewissen Mischern mit hoher Rührwerksgeschwindigkeit vorbereitet werden, dürfen die oben in Tabelle 1 angegebenen Grenzen bis 200 s beim Eintauchversuch und bis 50 s beim Trichterverfahren erhöht werden. Der Mischer und diese Grenzwerte müssen mit der zuständigen Behörde vereinbart werden.			

4.3 Abschnitt 4.2:
In der Anmerkung 2 ist statt „Hochofenschlacke“ „Hüttensand“ zu schreiben.

4.4 Abschnitt 4.4:
Abweichend von Abschnitt 4.4 dürfen nur für Einpressmörtel zugelassene Zusatzmittel (Einpresshilfen) verwendet werden.

4.5 Abschnitt 5.2:
Im zweiten Satz ist statt „den Abschnitten 3.2 und 3.3“ zu schreiben „Abschnitt 3.2“.

Die Prüfung des Fließvermögens darf abweichend von Abschnitt 5.2 für Einpressmörtel mit Einpresshilfen nur mit dem Eintauchversuch nach Abschnitt 3.2.1 der DIN EN 445 durchgeführt werden, da die Grenzwerte nach Tabelle 1 für den Auslauftrichter für diesen Einpressmörtel nicht gelten. Werden bei der Eignungsprüfung eines Einpressmörtels mit Einpresshilfen die Grenzwerte für den Auslauftrichter mit dem Eintauchversuch kalibriert, darf auch nach Abschnitt 3.2.2 der DIN EN 445 mit dem Trichterverfahren gemessen werden. Die ermittelten Grenzwerte sind anstelle der in Tabelle 1 für das Trichterverfahren angegebenen Werte einzuhalten.

4.6 Abschnitt 5.3:
Es ist auf „Abschnitt 3.3“ statt auf „Abschnitt 3.4“ zu verweisen.

4.7 Abschnitt 5.4:
Es ist auf „Abschnitt 3.4“ statt auf „Abschnitt 3.5 oder 3.6“ zu verweisen. Der letzte Satz ist ergänzt zu schreiben: „Einpressmörtel mit Treibmitteln dürfen in der Eignungsprüfung keine Volumenverringerung aufweisen.“

4.8 Abschnitt 5.5:
Abweichend von Abschnitt 5.5 darf die Druckfestigkeit von Einpressmörtel mit Einpresshilfen nur an den in Tabelle 2 angegebenen Zylindern geprüft werden.

4.9 Tabelle 2:
In Tabelle 2 sind die Verweise wie folgt zu ändern:

Auf „Abschnitt 3.5.1“ statt auf „Abschnitt 3.7“,
auf „Abschnitt 3.5.2“ statt auf „Abschnitt 3.8“ und
in der Fußnote 1) auf „Abschnitt 3.5.2“ statt auf „Abschnitt 3.6“.

4.10 Abschnitt 6:
Abweichend von Abschnitt 6 wird die Mischzeit auf 4 min begrenzt.

Anlage C 2.1.5

Tabelle: Verwendung von Zement nach EN 197-1:2011[1]

Die Norm DIN 1164-1:1994-10 wurde durch die Europäische Norm EN 197-1:2011[1] sowie die Norm DIN 1164-10:2013-03 ersetzt. Soweit in den technischen Regeln der Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen Bezug auf DIN 1164 (frühere Ausgaben) genommen wird, sind Zemente nach EN 197-1:2011[1] nach folgender Tabelle verwendbar. Verwendungsbeschränkungen in den technischen Regeln bleiben unberührt.

Lfd. Nr.	**Technische Regel**		**Verwendbare Zemente (Zementart) nach EN 197-1:2011[1]**
1	2	3	4
1	DIN EN 447	1996-07	CEM I
2	DIN EN 588-1	1996-11	Entsprechend den Verwendungsregeln für die Expositionsklasse XF 1 in DIN 1045-2:2008-08
3	DIN 4166	1997-10	Alle
4	DIN 18148	2000-10	Alle
5	DIN 18162	2000-10	
6	DIN EN 12763	2000-10	Wie lfd. Nr. 2

1 In Deutschland umgesetzt durch DIN EN 197-1:2011-11

Tabelle A: Zuordnung der Betoneigenschaften nach DIN 1045:1988-07 zu Beton nach DIN EN 206-1[2]

Lfd. Nr.	**Abschnitt DIN 1045:1988-07**		**DIN EN 206-1 bzw. DIN 1045-2 Expositionsklasse bzw. Abschnitt**
1	2	3	4
1	6.5.5.1	Unbewehrter Beton	X0
2	6.5.1, 6.5.5.1	Innenbauteil	XC1
3	6.5.1, 6.5.5.1	Außenbauteil	XC4/XF1
4	6.5.7.2	Wasserundurchlässiger Beton	DIN 1045-2, 5.5.3
5	6.5.7.3	Beton mit hohem Frostwiderstand	XC4/XF1
6	6.5.7.4	Beton mit hohem Frost- und Tausalzwiderstand	XF4
7	6.5.7.4	Beton mit hohem Frost- und Tausalzwiderstand, sehr starker Frost-, Tausalzangriff	XF4
8	6.5.7.5	Beton mit hohem Widerstand gegen schwachen chemischen Angriff	XA1
9	6.5.7.5	Beton mit hohem Widerstand gegen starken chemischen Angriff	XA2
10	6.5.7.5	Beton mit hohem Widerstand gegen sehr starken chemischen Angriff	XA2
11	6.5.7.6	Beton mit hohem Verschleißwiderstand	XM1
12	6.5.7.7	Beton für hohe Gebrauchstemperaturen bis 250°C	DIN 1045-2, 5.3.6
13	6.5.7.8	Beton für Unterwasserschüttung (Unterwasserbeton)	DIN 1045-2, 5.3.4

2 Hartz, U.: Neues Normenwerk im Betonbau, veröffentlicht in den DIBt Mitteilungen Nr. 1/2001, S. 2

Anlage C 2.1.6

Dem Beton dürfen Betonzusatzmittel nur zugegeben werden, wenn deren Verwendbarkeit gemäß DIN EN 934-2:2012-08 oder durch eine Europäische Technische Zulassung/Bewertung nachgewiesen ist.

Anlagen | Teil C

Anlage C 2.1.7

Bei der Herstellung von Fertigteilen aus Beton, Stahlbeton und Spannbeton oder Stahlfaserbeton gelten für den Beton die technischen Regeln der lfd. Nr. C 2.1.4.3.

Anlage C 2.2.1

Verfahren zur Festlegung eines alternativen Bemessungswertes λ der Wärmeleitfähigkeit für Mauerwerk im Rahmen des Übereinstimmungsnachweises

– Fassung Juli 2003 –

1 Verfahren

Für die Bestimmung von Bemessungswerten λ der Wärmeleitfähigkeit für Mauerwerk eines bestimmten Formats gelten die Verfahren entsprechend DIN V 4108-4:2004-07, Anhang A, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist.

Ergänzend zu DIN V 4108-4:2004-07, Abschnitt A.3.3 ist bei Probekörpern mit einer Dicke von weniger als 15 mm das Messverfahren nach dem Heizstreifenverfahren gemäß der „DIBt-Richtlinie zur Messung der Wärmeleitfähigkeit $\lambda_{10,tr}$ von Mauerstein-Probekörpern“, Fassung Oktober 2002[1], durchzuführen.

2 Prüfbericht

Im Prüfbericht sind für die Angaben im Übereinstimmungszertifikat aufzuführen:

- Verfahren zur Bestimmung des Bemessungswertes λ der Wärmeleitfähigkeit für Mauerwerk
- Steinart nach DIN, Zuschlagsart
- Format(e), Angaben zum Lochbild und zur Fuge (schematische Darstellung)
- Rohdichteklasse, Rohdichte des Steinmaterials, Festigkeitsklasse
- Mörtelart(en)
- Umrechnungsfaktor F_m
- Adsorptionsfeuchtegehalt $u_{m,80}$
- Wärmeleitfähigkeit der Steinmaterialien (λ oder $\lambda_{z,extr.}$ oder $\lambda_{u,extr.}$) bei Ermittlung nach DIN V 4108-4:2004-07, Abschnitte A.3 und A.4
- äquivalente Wärmeleitfähigkeit des Mauerwerks
- Bemessungswert λ der Wärmeleitfähigkeit für Mauerwerk.

3 Festlegungen für die Überwachung und das Ü-Zeichen

Sofern für Mauersteine bestimmter Rohdichteklassen ein alternativer Bemessungswert λ der Wärmeleitfähigkeit nach DIN V 4108-4:2004-07, Abschnitte A.2 oder A.3 oder A.4 ermittelt wurde, ist im Ü-Zeichen zusätzlich zur Kennzeichnung nach der jeweiligen Mauersteinnorm der alternative Bemessungswert „λ = ... W/(m • K)“ als wesentliches Merkmal anzugeben.

Die Festlegung des Bemessungswertes λ der Wärmeleitfähigkeit für Mauerwerk gilt so lange, wie sie durch mindestens jährliche Wiederholung der folgenden Messungen überprüft wird:

- Wärmeleitfähigkeit $\lambda_{10,tr}$ nach DIN V 4108-4:2004-07, Abschnitt A.2.6, an Wandprobekörpern oder nach DIN V 4108-4:2004-07, Abschnitt A.3.5, an Steinmaterialien
- Adsorptionsfeuchtegehalt nach DIN EN ISO 12571:2000-04 bei von DIN V 4108-4:2004-07 abweichendem Umrechnungsfaktor F_m (aus z. B. DIN EN ISO 10456:2000-08).

1 Veröffentlicht in den DIBt Mitteilungen, Nr. 2/2003

Anlage C 2.3.1

Werden Bauprodukte über den Handel an den Verwender geliefert und die gelieferten Bauprodukte beim Händler geteilt, so sind die Teile durch Beipackzettel, Farbauftrag, Anhängeschilder o. ä. unverwechselbar zu kennzeichnen. Alle Teilungen sind zu dokumentieren.

Anlage C 2.3.2

Sofern die Norm DIN 1052 mehrere Metallsorten vorsieht, ist bei metallenen Verbindungsmitteln im Ü-Zeichen als für den Verwendungszweck wesentliches Merkmal auch die Legierung, die Werkstoffnummer, die Stahlgüte oder die Festigkeitsklasse anzugeben.

Anlage C 2.3.3

Klebstoffe für tragende Holzbauteile müssen für eine Verwendung der verklebten Holzbauteile in Deutschland die Anforderungen des Klebstofftyps I nach DIN EN 301:2013-12 erfüllen. Für diese Klebstoffe müssen zusätzlich die Gebrauchseigenschaften nach DIN EN 301:2013-12, Abschnitt 6, ermittelt und dokumentiert sein, wobei die offene Antrockenzeit nach DIN 68141:2008-01, Abschnitt 3.2.2 zu bestimmen ist.

Im Ü-Zeichen sind darüber hinaus mögliche Anwendungserweiterungen (z. B. Verklebung von Laubholz oder von chemisch behandeltem Holz) anzugeben.

Anlage C 2.4.1

Die technischen Regeln gelten nur für die den nachstehenden Stahlsorten zugeordneten Werkstoffnummern:

S 235	1.0037, 1.0036, 1.0038, 1.0114, 1.0116, 1.0117, 1.0120, 1.0121, 1.0122, 1.0115, 1.0118, 1.0119
S 275	1.0044, 1.0143, 1.0144, 1.0145, 1.0128, 1.0140, 1.0141, 1.0142
S 355	1.0045, 1.0553, 1.0570, 1.0577, 1.0595, 1.0596, 1.0551, 1.0554, 1.0569, 1.0579, 1.0593, 1.0594

Anlage C 2.4.2

Als wesentliches Merkmal sind im Ü-Zeichen die Werkstoffnummer oder der Kurzname anzugeben.

Wird in Technischen Baubestimmungen eine Prüfbescheinigung nach DIN EN 10204:2005-01 verlangt, ist diese Prüfbescheinigung dem Lieferschein als Anlage beizufügen und mit dem Ü-Zeichen zu versehen. Sie genügt als Angabe der wesentlichen Merkmale nach der Ü-Zeichen-Verordnung.

Werden Metallbauprodukte über den Handel an den Verwender geliefert und die gelieferten Bauprodukte beim Händler geteilt, so sind die Teile durch Umstempelung, Farbauftrag, Klebezettel oder Anhängeschilder unverwechselbar zu kennzeichnen. Alle Teilungen sind zu dokumentieren. Bei Metallbauprodukten, die wiederholt verwendet werden, gilt dies entsprechend.

Anlage C 2.4.3

Bei planmäßigen Abweichungen von den Nennmaßen der Metallprofile ist im Ü-Zeichen als technische Regel die Profilnorm mit dem Zusatz „Sonderprofil“ anzugeben. Die in den Profilnormen angegebenen Grenzabmaße und Formtoleranzen bleiben hiervon unberührt. Die Einhaltung der Grenzabmaße und Formtoleranzen ist in die werkseigene Produktionskontrolle einzubeziehen.

Anlage C 2.4.4

Die technischen Regeln gelten nur für die Stahlsorten mit den Werkstoffnummern: 1.0254, 1.0256, 1.0421.

Anlage C 2.4.5

Die technischen Regeln gelten für die Stahlsorten nach DIN EN 10250-2:1999-12 mit den Werkstoffnummern: 1.0038, 1.0116, 1.0570 und nach DIN EN 10222-4:2001-12 mit den Werkstoffnummern: 1.0565 und 1.0571.

Anlage C 2.4.6

Die technischen Regeln gelten nur für die Stahlsorten mit den Werkstoffnummern: 1.4301, 1.4435, 1.4539, 1.4541 und 1.4571.

Anlage C 2.4.7

Die technischen Regeln gelten nur für die Stahlsorte mit der Werkstoffnummer: 1.4561.

Anlage C 2.4.8

Wenn Vorprodukte (Blech, Band) mit dem Übereinstimmungsnachweis ÜZ verwendet werden, ist für das Bauprodukt der Übereinstimmungsnachweis ÜHP ausreichend. In diesem Fall ist beim Ü-Zeichen für das Bauprodukt auf das Ü-Zeichen des Vorproduktes hinzuweisen.

Anlage C 2.4.9

Die technischen Regeln gelten nur für die Stahlsorte mit der Werkstoffnummer: 1.4878.

Anlage C 2.4.10

Prüfungsumfang und -art bei Nieten im Rahmen der Fremdüberwachung

Zeitpunkt	**Prüfungsart**	**Prüfungsumfang**
Erstprüfung	verschärfte Prüfung	übliche und besondere Eigenschaften
Fremdüberwachung im 1. Jahr	normale Prüfung	übliche Eigenschaften
Fremdüberwachung ab 2. Jahr	reduzierte Prüfung	übliche Eigenschaften

Im Rahmen der Fremdüberwachung werden im Abstand von 6 Monaten Proben so entnommen, dass wechselweise alle Produktarten geprüft werden.

Übliche Eigenschaften

Merkmal	**geprüftes Produkt**	**Charakter des Prüfumfanges**		
		reduziert	normal	verschärft
		L P Pr	L P Pr	L P Pr
Maße	alle	1 x 3 x 1	2 x 3 x 1	4 x 3 x 1
Scherversuch	alle	1 x 3 x 1	2 x 3 x 1	4 x 3 x 1
Härteprüfung	alle	1 x 3 x 3	2 x 3 x 3	4 x 3 x 3
Kopfschlagzähigkeit	alle	1 x 3 x 1	2 x 3 x 1	4 x 3 x 1

Besondere Eigenschaften

Merkmal	**Charakter des Prüfumfangs verschärft**		
	L	P	Pr
Schichtdicke	1 x	3 x	3
Zugversuch	1 x	3 x	1
Kerbschlagarbeit	1 x	3 x	1

L = Los
P = Probe
Pr = Prüfung

Anlage C 2.4.11

Prüfungsumfang und -art bei Schrauben und Muttern im Rahmen der Fremdüberwachung

Zeitpunkt	**Prüfungsart**	**Prüfungsumfang**
Erstprüfung	verschärfte Prüfung	übliche und besondere Eigenschaften
Fremdüberwachung im 1. Jahr	normale Prüfung	übliche Eigenschaften
Fremdüberwachung ab 2. Jahr	reduzierte Prüfung	übliche Eigenschaften

Im Rahmen der Fremdüberwachung werden im Abstand von 6 Monaten Proben so entnommen, dass wechselweise alle Produktarten geprüft werden.

Übliche Eigenschaften

Merkmal	**geprüftes Produkt**	**Charakter des Prüfumfanges**		
		reduziert	normal	verschärft
		L P Pr	L P Pr	L P Pr
Maße	alle Produkte	1 x 3 x 1	2 x 3 x 1	4 x 3 x 1
Schrägzugversuch oder Zugversuch an der Ganzschraube	Schrauben 8.8 und 10.9	1 x 3 x 1	2 x 3 x 1	4 x 3 x 1
Zugversuch an der abgedrehten Probe	Schrauben 4.6 und 5.6	1 x 3 x 1	2 x 3 x 1	4 x 3 x 1
Prüfkraftversuch	alle Muttern	1 x 3 x 1	2 x 3 x 1	4 x 3 x 1
Anziehversuch	Garnituren 8.8 und 10.9	1 x 6 x 1	2 x 12 x 1	4 x 12 x 1
Härte HV 30	alle Produkte	1 x 1 x 3	2 x 2 x 3	4 x 2 x 3
Härte HV 0,3	Schrauben 8.8 und 10.9	1 x 1 x 3	2 x 2 x 3	4 x 2 x 3
Schliff (Randzustand)	Schrauben 10.9	1 x 1 x 3	2 x 2 x 3	4 x 2 x 3
Schichtdicke	alle Produkte	1 x 1 x 3	2 x 2 x 3	4 x 2 x 3

Anlagen | Teil C

Besondere Eigenschaften

Merkmal	**geprüftes Produkt**	**Charakter des Prüfumfangs verschärft**		
		L	P	Pr
Chemische Zusammensetzung	Schrauben und Muttern	2 x	2 x	1
Anlassversuch	Schrauben 8.8 und 10.9	4 x	3 x	1
Kerbschlagarbeit	Schrauben	4 x	3 x	1
Rissanzeige	Schrauben und Muttern	1*) x +4 x	100 x 20 x	1 1
*) Prüfungsumfang bei einem beanstandeten Los bzw. beim Auftreten von Mängeln				

L = Los
P = Probe
Pr = Prüfung

Anlage C 2.4.12

Stahlbauteile und Gussbauteile müssen den zugehörigen lfd. Nrn. des Abschnitts C 2 entsprechen.

Anlage C 2.4.13

Stahlbauteile und Gussbauteile müssen den zugehörigen lfd. Nrn. des Abschnitts C 2 entsprechen.

Für das Feuerverzinken tragender Stahlbauteile und Gussbauteile ist nur die Zinkbadklasse 1 gemäß Tabelle 8 nach DASt-Richtlinie 022 zulässig. Es ist der vereinfachte Nachweis nach Abschnitt 4.2.2 der DASt-Richtlinie 022 zu führen. Rechnerische Nachweise nach Anlage 4 dürfen nicht herangezogen werden.

Für Stahlgussbauteile gilt die DASt-Richtlinie 022 sinngemäß.

Anlage C 2.6.1

Bei Verwendung von Fahrschachttüren nach

DIN 18090:1997-01
DIN 18091:1993-07
DIN 18092:1992-04

müssen

1. die Türen in massive Wände aus Mauerwerk oder Beton eingebaut sein;

2. die Fahrkörbe überwiegend aus nichtbrennbaren Baustoffen (Baustoffklasse A nach DIN 4102-1:1998-05) hergestellt sein; Fahrkörbe gelten als überwiegend aus nichtbrennbaren Baustoffen hergestellt, wenn

- die tragenden und aussteifenden Teile des Fahrkorbs aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen

und

- die übrigen Teile des Fahrkorbs (wie Wand- und Deckenbekleidungen, Fußbodenbeläge, Lüftungs- und Beleuchtungsabdeckungen) keinen höheren Anteil an brennbaren Baustoffen (mindestens der Baustoffklasse B 2) aufweisen als 2,5 kg je m2 Fahrkorbinnenfläche;

3. die Türen so gesteuert sein, dass sie nur so lange offen bleiben, wie es das Betreten oder Verlassen des Fahrkorbs erfordert;

4. die Türen, falls mehrere nebeneinander angeordnet werden, durch feuerbeständige Bauteile getrennt und an diesen befestigt sein.

Anlage C 2.6.2

Türschließer nach DIN 18263-1:2015-04 dürfen nur als Ersatzteile verwendet werden. Sie sind nur für Feuer- und/oder Rauchschutzabschlüsse geeignet, sofern diese einflügelige Drehflügeltüren sind.

Anlage C 2.6.3

1 Allgemeines

Folgendes gilt für Innentüren, an die Anforderungen hinsichtlich des Schallschutzes gestellt werden. Innentüren bestehen jeweils aus Blatt und Zarge.

Innentüren müssen aus mindestens normalentflammbaren Baustoffen bestehen.

2 Bewertetes Schalldämm-Maß

Sollen je nach Verwendungszweck schalldämmende Eigenschaften ausgewiesen werden, so ist das bewertete Schalldämm-Maß R_w nach DIN EN ISO 10140-1:2012-05, DIN EN ISO 10140-2, -4 und -5:2010-12 und DIN EN ISO 717-1:2013-06 zu bestimmen.

Prüfberichte nach DIN EN 20140-3:1995-05 und DIN EN ISO 140-3:2005-03 in Verbindung mit DIN EN ISO 717-1:1997-01, DIN EN ISO 717-1:2006-11 bzw. DIN EN ISO 717-1:2013-06, die vor dem Inkrafttreten dieser Ausgabe der Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen erstellt wurden, dürfen weiterhin verwendet werden.

3 Wesentliche Merkmale für das Ü-Zeichen

Im Ü-Zeichen einer Innentür, die den Anforderungen nach Abschnitt 2 entspricht, ist das bewertete Schalldämm-Maß R_w anzugeben sowie die Kombinationen von Blättern mit Zargen, für welche dieses gilt.

Anlage C 2.6.4

Es ist ein Verwendbarkeitsnachweis gemäß Art. 17 BayBO erforderlich.

Anlage C 2.7.1

Für Führungslager und Festhaltekonstruktionen gilt DIN EN 1337-8:2008-01. Für die Gleitpaarung Stahl/Stahl bei Führungslagern und Festhaltekonstruktionen kann der entsprechende Abschnitt von DIN 4141-13:2010-07 angewendet werden.

Anlage C 2.8.1

Begehbare Kunststoffgitterroste nach DIN 24537-3:2007-08 bedürfen als Verwendbarkeitsnachweis einer allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, sofern die Fallhöhe mehr als 0,5 m beträgt oder die Stützweiten der Roste mehr als 0,5 m betragen.

Anlagen | Teil C

Anlage C 2.9.1

Zu DIN 18148:2000-10

Zu Abschnitt 1: Hohlwandplatten aus Leichtbeton dürfen nur für die Herstellung von leichten Trennwänden nach DIN 4103-1:2015-06 verwendet werden.

Anlage C 2.9.2

Zu DIN 18162:2000-10

Zu Abschnitt 1: Unbewehrte Wandbauplatten aus Leichtbeton dürfen nur für die Herstellung von leichten Trennwänden nach DIN 4103-1:2015-06 verwendet werden.

Anlage C 2.9.3

Das Brandverhalten von nichtbrennbaren und schwerentflammbaren werksmäßig im Nassverfahren hergestellten Mineralplatten ist nach lfd. Nr. C 3.9 bzw. C 3.11 nachzuweisen.

Bei Produkten, die in die Klasse TVOC 3 nach Tabelle 3 und/oder FH Klasse 3 nach Tabelle 4 eingestuft sind und daher nicht in Innenräumen verwendet werden dürfen, ist im Ü-Zeichen anzugeben: „Das Produkt darf nicht in Innenräumen verwendet werden."

Anlage C 2.10.1

Zu DIN 7865-1 und DIN 7865-2

DIN 7865-2 gilt mit Ausnahme von Abschnitt 8.1 Absatz 2 und 4, Abschnitt 8.3 und Anhang A.

Die Baustoffklasse ist im Rahmen der Produktkennzeichnung anzugeben.

Anlage C 2.12.1

Die Rohre und Formstücke dürfen nur verklebt werden, wenn:

1 der Klebstoff die Anforderungen von DIN EN 14680:2006-10 oder einer Europäischen Technischen Bewertung erfüllt, die CE-Kennzeichnung trägt und der Hersteller des Klebstoffes diese Kunststoffrohrnorm in Bezug nimmt oder

2 wenn der Klebstoff, sofern er von o. g. harmonisierten technischen Spezifikationen wesentlich abweicht, für diesen Verwendungszweck allgemein bauaufsichtlich zugelassen ist.

Anlage C 2.12.2

Die Verwendung von Abwasserrohren und Formstücken mit einer geringeren Nenn-Ringsteifigkeit als SN 4 (geprüft nach DIN EN ISO 9969) bedarf einer allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung.

Anlage C 2.12.3

Zu DIN 588-1:1996-11

Zu Abschnitt 4.1 Allgemeine Werkstoffzusammensetzung

Die technische Regel gilt nur für die unter Typ NT (asbestfreie Technologie) aufgeführten Produkte.

Anlage C 2.12.4

Für mehrschichtige Abwasserrohre und Formstücke mit mineralischem Füllstoffanteil ist der Nachweis der Verwendbarkeit durch allgemeine bauaufsichtliche Zulassungen erforderlich.

Anlage C 2.12.5

Es dürfen nur natürliche mineralische Zuschläge und Füllstoffe gemäß DIN EN 12620:2008-07 zugegeben werden. Die Verwendung anderer natürlicher mineralischer Zuschläge und Füllstoffe bedarf der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung.

Anlage C 2.12.6

Für die abschließende Feststellung der Verwendbarkeit der aus Halbzeugen auf der Baustelle hergestellten Bauprodukte zur Renovierung von erdverlegten Entwässerungsnetzen ist eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung erforderlich.

Anlage C 2.13.1

Anstelle der in DIN V 4701-10:2003-08, Anhang C, Abschnitt C.1.4.2, Tabelle C.1-4d und Abschnitt C.3.4.2, Tabelle C.3-4c genannten Werte sind produktbezogene Kennwerte, die im Rahmen des detaillierten Rechenverfahrens Anwendung finden, zu verwenden und im Ü-Zeichen anzugeben.

Hierbei ist Folgendes zu beachten:

1 Unter den in DIN V 4701-10:2003-08 aufgeführten Randbedingungen sind die in den oben genannten Tabellen aufgeführten Werte für die Aufwandszahlen der Wärmeerzeugung zu unterbieten.

2 Die günstigeren produktbezogenen Kennwerte muss der Hersteller im Rahmen einer Erstprüfung durch eine bauaufsichtlich anerkannte Prüfstelle nachweisen. Grundlage des Nachweises ist die Ermittlung der Leistungszahl unter den Randbedingungen der DIN V 4701-10:2003-08 hinsichtlich Quellen- und Heizkreistemperatur entsprechend den Ausführungen der Normenreihe DIN EN 14511 und dem vom Hersteller angegebenen Einsatzbereich.

3 Im Ü-Zeichen ist die Leistungszahl einschließlich der der Messung zugrunde liegenden Temperaturdifferenz am Verflüssiger zahlenmäßig so anzugeben, dass eine produkt- und einsatzspezifische Berechnung der Aufwandszahl unter Nutzung der DIN V 4701-10:2003-08 durch Dritte möglich ist.

4 Zusätzlich sind im Ü-Zeichen die für die Ermittlung der produktbezogenen Kennwerte zugrunde gelegten Prüfnormen anzugeben.

Anlage C 2.13.2

1 Anstelle der in DIN V 4701-10:2003-08, Tabelle 5.1-10 bzw. Anhang C, Abschnitt C.1.4.1, Tabelle C.1-4a und Abschnitt C.3.4.1, Tabelle C.3-4a genannten Werte sind produktbezogene Kennwerte, die im Rahmen des detaillierten Rechenverfahrens Anwendung finden, zu verwenden und im Ü-Zeichen anzugeben.

1.1 Unter den in DIN V 4701-10:2003-08 aufgeführten Randbedingungen sind die in den oben genannten Tabellen aufgeführten Werte für den Deckungsanteil der Wärmeerzeugung durch Solarenergie zu überbieten.

1.2 Die günstigeren produktbezogenen Kennwerte muss der Hersteller im Rahmen einer Erstprüfung durch eine bauaufsichtlich anerkannte Prüfstelle nachweisen. Grundlage des Nachweises ist für den Kollektor die Ermittlung entweder

- des Konversionsfaktors η_0
- des Wärmedurchgangskoeffizienten k_1

- des Wärmedurchgangskoeffizienten k_2
- des Einstrahlwinkelkorrekturfaktors IAM (50°)
- der effektiven Wärmekapazität C und
- der Kollektorfläche (Apertur) A_c

unter den Randbedingungen der DIN V 4701-10:2003-08 nach DIN EN 12975 oder

- des Referenz-Jahresenergieertrags des Solarkollektors nach DIN EN 12976-2 für den Standort Würzburg und
- der Kollektorfläche (Apertur) A_c

und für den Solarspeicher

- des Volumens des Solarteils des Speichers
- des Volumens des Bereitschaftsteils des Speichers
- des Bereitschafts-Wärmeverlustes des Speichers

unter den Randbedingungen der DIN V 4701-10:2003-08 nach DIN EN 12977-3.

Im Ü-Zeichen sind die o. g. Werte zahlenmäßig so anzugeben, dass eine produkt- und einsatzspezifische Berechnung des Deckungsanteils unter Nutzung der DIN V 4701-10:2003-08 durch Dritte möglich ist.

Zusätzlich sind im Ü-Zeichen die für die Ermittlung der produktbezogenen Kennwerte zugrunde gelegten Prüfnormen anzugeben.

Anlage C 2.13.3

Anstelle der in DIN V 4701-10:2003-08, Tabelle 5.1-10 bzw. Anhang C, Abschnitt C.1.4.1, Tabelle C.1-4a und Abschnitt C.3.4.1, Tabelle C.3-4a genannten Werte sind produktbezogene Kennwerte, die im Rahmen des detaillierten Rechenverfahrens Anwendung finden, zu verwenden und im Ü-Zeichen anzugeben.

Hierbei ist Folgendes zu beachten:

1 Unter den in DIN V 4701-10:2003-08 aufgeführten Randbedingungen sind die in den oben genannten Tabellen aufgeführten Werte für den Deckungsanteil der Wärmeerzeugung durch Solarenergie zu überbieten.

2 Die günstigeren produktbezogenen Kennwerte muss der Hersteller im Rahmen einer Erstprüfung durch eine bauaufsichtlich anerkannte Prüfstelle nachweisen. Grundlage des Nachweises ist die Ermittlung

- des Konversionsfaktors η_0
- des Wärmedurchgangskoeffizienten k_1
- des Wärmedurchgangskoeffizienten k_2
- des Einstrahlwinkelkorrekturfaktors IAM (50°)
- der effektiven Wärmekapazität C und
- der Kollektorfläche (Apertur) A_c

unter den Randbedingungen der DIN V 4701-10:2003-08 nach DIN EN ISO 9806.

Im Ü-Zeichen sind die o. g. Werte zahlenmäßig so anzugeben, dass eine produkt- und einsatzspezifische Berechnung des Deckungsanteils unter Nutzung der DIN V 4701-10:2003-08 durch Dritte möglich ist.

Zusätzlich sind im Ü-Zeichen die für die Ermittlung der produktbezogenen Kennwerte zugrunde gelegten Prüfnormen anzugeben.

Anlage C 2.13.4

1 Anstelle der in DIN V 4701-10:2003-08, Tabelle 5.1-10 bzw. Anhang C, Abschnitt C.1.4.1, Tabelle C.1-4a und/oder Abschnitt C.3.4.1, Tabelle C.3-4a genannten Werte sind produktbezogene Kennwerte, die im Rahmen des detaillierten Rechenverfahrens Anwendung finden, zu verwenden und im Ü-Zeichen anzugeben.

1.1 Unter den in DIN V 4701-10:2003-08 aufgeführten Randbedingungen sind die in den oben genannten Tabellen aufgeführten Werte für den Deckungsanteil der Wärmeerzeugung durch Solarenergie zu überbieten.

1.2 Die günstigeren produktbezogenen Kennwerte muss der Hersteller im Rahmen einer Erstprüfung durch eine bauaufsichtlich anerkannte Prüfstelle nachweisen. Grundlage des Nachweises ist die Ermittlung des

- Volumens des Solarteils des Speichers
- Volumens des Bereitschaftsteils des Speichers
- Bereitschafts-Wärmeverlusts des Speichers

unter den Randbedingungen der DIN V 4701-10:2003-08 nach DIN EN 12977-3.

1.3 Im Ü-Zeichen sind das Volumen des Solarteils des Speichers, das Volumen des Bereitschaftsteils des Speichers und der Bereitschafts-Wärmeverlust des Speichers zahlenmäßig so anzugeben, dass eine produkt- und einsatzspezifische Berechnung des Deckungsanteils unter Nutzung der DIN V 4701-10:2003-08 durch Dritte möglich ist.

1.4 Zusätzlich sind im Ü-Zeichen die für die Ermittlung der produktbezogenen Kennwerte zugrunde gelegten Prüfnormen anzugeben.

Anlage C 2.13.5

1 Anstelle der in DIN V 4701-10:2003-08, Anhang C, Abschnitt C.1.3, Tabelle C.1-3a, Abschnitt C.1.4.2, Tabelle C.1-4c und Abschnitt C.3.3, Tabelle C.3-3 genannten Werte sind produktbezogene Kennwerte, die im Rahmen des detaillierten Rechenverfahrens Anwendung finden, zu verwenden und im Ü-Zeichen anzugeben.

1.1 Unter den in DIN V 4701-10:2003-08 aufgeführten Randbedingungen sind die in den oben genannten Tabellen aufgeführten Werte für die Aufwandszahlen der Wärmeerzeugung bzw. die flächenbezogenen Wärmeverluste zu unterbieten.

1.2 Die günstigeren produktbezogenen Kennwerte muss der Hersteller im Rahmen einer Erstprüfung durch eine bauaufsichtlich anerkannte Prüfstelle nachweisen. Grundlage des Nachweises ist die Ermittlung des Bereitschafts-Wärmeverlusts des Speichers ggf. in Abhängigkeit der Anzahl der Anschlussstutzen unter den Randbedingungen der DIN V 4701-10:2003-08 nach DIN V 4753-7 und DIN EN 12897 bzw. DIN EN 89 bzw. DIN EN 60379.

1.3 Im Ü-Zeichen ist der Bereitschafts-Wärmeverlust des Speichers zahlenmäßig so anzugeben, dass eine produkt- und einsatzspezifische Berechnung der Aufwandszahl der Wärmeerzeugung bzw. der flächenbezogenen Wärmeverluste unter Nutzung der DIN V 4701-10:2003-08 durch Dritte möglich ist.

1.4 Zusätzlich sind im Ü-Zeichen die für die Ermittlung der produktbezogenen Kennwerte zugrunde gelegten Prüfnormen anzugeben.

Anlage C 2.14.1

Eine Kennzeichnung mit dem DIN-Prüf- und Überwachungszeichen mit Registriernummer ist zur Erfüllung der Anforderungen der in Spalte 3 genannten technischen Regeln und zur Kennzeichnung mit dem Übereinstimmungszeichen nach den Bauordnungen der Länder nicht erforderlich.

Anlage C 2.14.2

Anstelle der in DIN V 4701-10:2003-08, Anhang C, Abschnitt C.1.4.2, Tabelle C.1-4b und Abschnitt C.3.4.2, Tabelle C.3-4b genannten Werte sind produktbezogene Kennwerte, die im Rahmen des detaillierten Rechenverfahrens Anwendung finden, zu verwenden und im Ü-Zeichen anzugeben.

Hierbei ist Folgendes zu beachten:

1 Unter den in DIN V 4701-10:2003-08 aufgeführten Randbedingungen sind die in den oben genannten Tabellen aufgeführten Werte für die Aufwandszahlen der Wärmeerzeugung zu unterbieten.

2 Die günstigeren produktbezogenen Kennwerte muss der Hersteller im Rahmen einer Erstprüfung durch eine bauaufsichtlich anerkannte Prüfstelle nachweisen. Grundlage des Nachweises ist die Ermittlung des

- Wirkungsgrads bei Nennwärmeleistung,
- Wirkungsgrads (Nutzungsgrads) bei 30 % Teillast und
- Betriebsbereitschaftswärmeverlustes,

gemessen unter den Randbedingungen der DIN V 4701-10:2003-08 nach

- DIN EN 297 einschließlich DIN EN 297/A2,
- DIN EN 303-3 einschließlich DIN EN 303-3/prA2,
- DIN EN 15502-2-1,
- DIN EN 15502-2-2,
- DIN EN 656 oder
- DIN EN 677 für gasbefeuerte Wärmeerzeuger bzw.
- DIN EN 304 für ölbefeuerte Wärmeerzeuger.

Soweit diese oder gleichwertige Prüfungen im Rahmen der Nachweise zur CE-Kennzeichnung nach Richtlinie 92/42/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 über die Wirkungsgrade von mit flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen beschickten neuen Warmwasserheizkesseln bereits durchgeführt worden sind, sind deren Ergebnisse von der bauaufsichtlich anerkannten Prüfstelle zu übernehmen.

3 Im Ü-Zeichen sind der Wirkungsgrad bei Nennwärmeleistung, der Wirkungsgrad (Nutzungsgrad) bei 30 % Teillast und der Betriebsbereitschaftswärmeverlust zahlenmäßig so anzugeben, dass eine produkt- und einsatzspezifische Berechnung der Aufwandszahl unter Nutzung der DIN V 4701-10:2003-08 durch Dritte möglich ist.

Zusätzlich sind im Ü-Zeichen die für die Ermittlung der produktbezogenen Kennwerte zugrunde gelegten Prüfnormen anzugeben.

Anlage C 2.14.3

Anstelle der in DIN V 4701-10:2003-08, Anhang C, Abschnitt C.1.4.2, Tabelle C.1-4b und Abschnitt C.3.4.2, Tabelle C.3-4b genannten Werte sind produktbezogene Kennwerte, die im Rahmen des detaillierten Rechenverfahrens Anwendung finden, zu verwenden und im Ü-Zeichen anzugeben.

Hierbei ist Folgendes zu beachten:

1 Unter den in DIN V 4701-10:2003-08 aufgeführten Randbedingungen sind die in den oben genannten Tabellen aufgeführten Werte für die Aufwandszahlen der Wärmeerzeugung zu unterbieten.

2 Die günstigeren produktbezogenen Kennwerte muss der Hersteller im Rahmen einer Erstprüfung durch eine bauaufsichtlich anerkannte Prüfstelle nachweisen. Grundlage des Nachweises ist die Ermittlung des

- Wirkungsgrads bei Nennwärmeleistung,
- Wirkungsgrads (Nutzungsgrads) bei 30 % Teillast und
- Betriebsbereitschaftswärmeverlustes,

gemessen unter den Randbedingungen der DIN V 4701-10:2003-08 nach

- DIN EN 297 einschließlich DIN EN 297/A2,
- DIN EN 303-3 einschließlich DIN EN 303-3/prA2,
- DIN EN 15502-2-1,
- DIN EN 15502-2-2,
- DIN EN 656 oder
- DIN EN 677 für gasbefeuerte Wärmeerzeuger bzw.
- DIN EN 304 für ölbefeuerte Wärmeerzeuger.

Soweit diese oder gleichwertige Prüfungen bereits durchgeführt worden sind, sind deren Ergebnisse von der bauaufsichtlich anerkannten Prüfstelle zu übernehmen.

3 Im Ü-Zeichen sind der Wirkungsgrad bei Nennwärmeleistung, der Wirkungsgrad (Nutzungsgrad) bei 30 % Teillast und der Betriebsbereitschaftswärmeverlust zahlenmäßig so anzugeben, dass eine produkt- und einsatzspezifische Berechnung der Aufwandszahl unter Nutzung der DIN V 4701-10:2003-08 durch Dritte möglich ist.

Zusätzlich sind im Ü-Zeichen die für die Ermittlung der produktbezogenen Kennwerte zugrunde gelegten Prüfnormen anzugeben.

Anlage C 2.14.4

Die Bestätigung der Übereinstimmung der Dichtungen muss für das Herstellwerk mit einem Übereinstimmungszertifikat auf der Grundlage einer werkseigenen Produktionskontrolle nach DIN EN 14241-1:2013-11, Abschnitt 8.4, und einer regelmäßigen Fremdüberwachung einschließlich einer Erstprüfung des Bauprodukts nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen erfolgen.

Für die Erteilung des Übereinstimmungszertifikats und die Fremdüberwachung einschließlich der dabei durchzuführenden Produktprüfungen hat der Hersteller des Bauprodukts eine hierfür anerkannte Zertifizierungsstelle sowie eine hierfür anerkannte Überwachungsstelle einzuschalten. In dem Herstellwerk ist die werkseigene Produktionskontrolle durch eine Fremdüberwachung regelmäßig zu überprüfen, mindestens jedoch zweimal jährlich. Im Rahmen der Fremdüberwachung ist eine Erstprüfung des Bauprodukts entsprechend Abschnitt 6 der Norm durchzuführen. Außerdem sind Proben für Stichprobenprüfungen zu entnehmen und an mindestens fünf Proben die Werkstoffkennwerte gemäß Abschnitt 8.3, Tabelle 8, der Norm zu prüfen.

Die Probenahme und Prüfungen obliegen jeweils der anerkannten Überwachungsstelle. Die Ergebnisse der Zertifizierung und Fremdüberwachung sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren.

Anlage C 2.15.1

Einwirkungen aus Überschwemmungen sind in der Norm nicht berücksichtigt.

Anlage C 2.15.2

Einwirkungen aus einem Erdbeben sind in der Norm nicht berücksichtigt.

Für ungekammerte Behälter, die vollständig im Erdreich eingebettet sind, sind die Einwirkungen aus einem Erdbeben nicht standsicherheitsrelevant und damit von der Norm abgedeckt, wenn durch geeignete konstruktive Maßnahmen eine Übertragung von Einwirkungen aus der Stutzenverbindung auf den Behälter verhindert wird. Nach einem Erdbebenereignis mit der Intensität, die für die Erdbebenzone 1 und höher nach DIN 4149 angenommen wird, ist eine Funktionsprüfung des Behälters durchzuführen.

Im Erdreich eingebettete Behälter, bei denen einer der Böden oder beide Böden zwecks Zugänglichkeit in Räumen von Gebäuden münden oder Behälter im Sinne der sog. Hünengrablagerung (erdüberschüttete Einlagerungsart, bei der der Behälter sich ganz oder teilweise über der Geländeoberkante befindet) gelten nicht als vollständig im Erdreich eingebettet. Einwirkungen aus Erdbeben sind nachzuweisen.

Anlage C 2.15.3

Der Nachweis der Beständigkeit der zur Herstellung des Bauproduktes verwendeten Stahlwerkstoffe gegenüber der wassergefährdenden Flüssigkeit ist nach DIN 6601:2007-04 / Berichtigung 1:2007-08 zu führen.

Der Hersteller muss die für die ordnungsgemäße Herstellung des Bauproduktes erforderlichen Verfahren nachweislich beherrschen. Der Nachweis ist durch ein Schweißzertifikat für die Ausführungsklasse EXC 2 oder höher nach DIN EN 1090-2 für Bauprodukte aus Stahl bzw. nach DIN EN 1090-3 für Bauprodukte aus Aluminium zu führen. Abweichend von DIN EN 1090-2, Tabelle 14 bzw. DIN EN 1090-3, Tabelle 7 muss das für die Koordinierung der Herstellungsprozesse des Bauproduktes verantwortliche Schweißaufsichtspersonal mindestens über spezielle technische Kenntnisse nach DIN EN ISO 14731 verfügen.

Für die zur Herstellung des Bauproduktes verwendeten Konstruktionsmaterialien ist die vollständige Rückverfolgbarkeit sicherzustellen.

Anlage C 2.15.4

- Die Behälter sind für die Aufstellung in Gebäuden und im Freien geeignet.
- Einwirkungen aus Erdbeben und Überschwemmungen sind in der Norm nicht berücksichtigt.
- Domstutzen sind mit einer lichten Weite von mindestens 600 mm auszuführen.
- Für andere Abmessungen als in der DIN 6616 angegeben, kann die Standsicherheit nach folgenden AD 2000-Merkblättern in Zusammenhang mit den AD 2000-Merkblättern B 0:2007-05 und S 3/0:2007-11 nachgewiesen werden:

  B 1:2000-10 (Zylinder- und Kugelschalen unter innerem Überdruck)
  B 3:2000-10 (Gewölbte Böden unter innerem und äußerem Überdruck)
  B 6:2006-10 (Zylinderschalen unter äußerem Überdruck)
  B 8:2007-05 (Flansche)
  B 9:2007-11 (Ausschnitte in Zylindern, Kegeln, Schalen, Kugeln)
  S 3/2:2001-09 (Nachweis für liegende Behälter auf Sätteln)

- Die Bemessung der Behälterwände nach AD 2000-Merkblättern ist nur für Überdrücke zulässig, die aus dem zulässigen Betriebsüberdruck bis maximal +0,5 bar auf die Flüssigkeitssäule und aus dem Prüfüberdruck von +0,6 bar im Überwachungsraum bei doppelwandigen Behältern auf die Behälterwände einwirken.
- Die nach AD 2000-Merkblättern bemessenen Behälter sind abweichend von Abschnitt 7 der DIN 6616 nach AD-2000 Merkblatt HP30:2003-01 jedoch mit dem 1,3-fachen des maximal zulässigen Druckes der Lagerflüssigkeit auf die Innenwand zu prüfen. Der Überwachungsraum ist generell mit einem Prüfüberdruck von +0,6 bar zu prüfen.

Anlage C 2.15.5

Einwirkungen aus einem Erdbeben sind in der Norm nicht berücksichtigt.

Anlage C 2.15.6

Abweichend von Abschnitt 5.4.2, 1. Satz der DIN 6625-1 ist der Nachweis der Herstellerqualifikation durch ein Schweißzertifikat für die Ausführungsklasse EXC 2 nach DIN EN 1090-2 oder höher zu führen. Das für die Koordinierung der Herstellungsprozesse des Bauproduktes verantwortliche Schweißaufsichtspersonal muss in Bezug auf die zu beaufsichtigenden Schweißarbeiten mindestens über spezielle technische Kenntnisse nach DIN EN ISO 14731 verfügen.

Für die zur Herstellung des Bauproduktes verwendeten Konstruktionsmaterialien ist die vollständige Rückverfolgbarkeit sicherzustellen.

Anlage C 2.15.7

TRbF 20, Anhang J Nr. 5(3) entfällt.

Bei der Lagerung von Flüssigkeiten mit Flammpunkten > 55 °C:

- entfällt TRbF 20, Anhang J Nr. 3(7),
- entfallen die Verweise auf explosionsgefährdete Bereiche in Anhang K TRbF 20 Nr. 3.

Anlage C 2.15.8

TRbF 20, Anhang J Nr. 5(3) entfällt.

Zulässige Lagerflüssigkeiten ergeben sich aus DIN 6601:1991-10.

Die Überwachung hat nach DIN 6600:1989-09 zu erfolgen.

Anlage C 2.15.9

Der Nachweis der Übereinstimmung mit dieser technischen Regel entfällt, wenn Rohre oder Schläuche sowie zugehörige Formstücke, Dichtmittel und Armaturen die Anforderungen der Druckgeräte-Richtlinie (DGRL) erfüllen und deshalb das CE-Zeichen tragen.

Anlage C 2.15.10

Zu TRbF 50 (2002-06), Anhang A

Nr. 3.21 (5) von Anhang A entfällt.

Anlage C 2.15.11

1 Die DAfStb-Richtlinie „Betonbau beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (BUmwS)“ regelt nicht, wie Bauteile transportiert, zwischengelagert oder montiert werden müssen, damit sie für die anschließende Nutzung als Teil der Dichtfläche geeignet sind.

2 Die Bestimmungen der technischen Regeln wassergefährdender Stoffe (TRwS):

- DWA-A 786 „Ausführung von Dichtflächen“ und
- DWA-A 781 bis 784 für Tankstellen für die Betankung von Kraft-, Schienen-, Wasser- und Luftfahrzeugen

sind zu berücksichtigen.

3 Die DAfStb-Richtlinie „Betonbau beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (BUmwS)“ gilt nicht für die Verwendung in Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle und Silagesickersäften.

Anlage C 2.15.12

Für einbetonierte Fugenbleche gelten zusätzlich die Bestimmungen der DAfStb-Richtlinie „Betonbau beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen“, Anhang B: Erläuterungen zu Abschnitt 7.3.3.

Anlage C 2.15.13

Für Schläuche ist der Bunsenbrennertest erforderlich (entgegen der Angabe im Abschnitt 4.5 der DIN EN 12514-1). Druckbeanspruchte Bauteile müssen der Nenndruckstufe PN10 entsprechen. Die Regelung der Heberschutzventile ist ausgenommen.

Anlage C 2.15.14

Können die aufgeführten Leitungen den unter lfd. Nr. C 2.15.13 genannten einwandigen metallischen Rohrleitungen, zugehörigen Formstücken und Armaturen für Rohrleitungen zur Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten zugeordnet werden, so gilt die dort aufgeführte technische Regel mit dem Übereinstimmungsnachweis ÜH.

Anlage C 2.15.15

1 Anforderungen an das Bauprodukt

Die Leckdetektoren sind entsprechend DIN EN 13160-2:2003-09 in Verbindung mit DIN EN 13160-1:2003-09 auszubilden.
Die Teile eines Leckdetektors, die für den Einbau im Freien gedacht sind, müssen in einem Temperaturbereich von -20°C bis +60°C betriebsfähig sein.

Die gegebenenfalls von der Lagerflüssigkeit bzw. deren Dämpfen oder Kondensat berührten Teile der Leckdetektoren müssen aus hinreichend beständigen Werkstoffen bestehen. Zur Nachweisführung der Werkstoffeignung sind Angaben der Werkstoffhersteller, Veröffentlichungen in der Fachliteratur, eigene Erfahrungswerte oder entsprechende Prüfergebnisse heranzuziehen. Für Stähle gilt die DIN 6601.

2 Festlegungen für die werkseigene Produktionskontrolle und die Erstprüfung

Für die werkseigene Produktionskontrolle und die Erstprüfung gilt DIN EN 13160-1, Anhang ZA, Tabelle ZA.1 und Tabelle ZA.3. Bei der Erstprüfung ist auch die Betriebsanleitung nach DIN EN 13160, Abschnitt 5.7, zu prüfen.
Die anderen Abschnitte des Anhangs ZA gelten nicht.

3 Festlegungen für die Kennzeichnung

Im Rahmen der Ü-Kennzeichnung ist als maßgebende technische Regel die Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen, Abschnitt C 2, Anlage C 2.15.15, anzugeben.
Weiterhin sind bei der Kennzeichnung der Bauprodukte, deren Verpackung oder deren Begleitpapiere mindestens die Typbezeichnung, das Herstellungsjahr, Material und die Leistungsfähigkeit des Produkts (Druck- und Temperaturbereiche, geeignet für folgende Medien: …) anzugeben.

4 Festlegungen für den Einbau

Die Leckdetektoren für Unter- und Überdrucksysteme als Teil von Leckanzeigesystemen der Klasse I dürfen für folgende Anwendungsbereiche verwendet werden:

- doppelwandige Behälter,
- doppelwandige Rohrleitungen,
- einwandige Behälter mit Leckschutzauskleidung,
- einwandige Rohre mit Leckschutzauskleidung,
- einwandige Behälter mit Leckschutzummantelung,
- einwandige Rohre mit Leckschutzummantelung.

Anlage C 2.15.16

1 Anforderungen an das Bauprodukt

Die Leckdetektoren sind entsprechend DIN EN 13160-3:2003-09 in Verbindung mit DIN EN 13160-1:2003-09 auszubilden.
Die Teile eines Leckdetektors, die für den Einbau im Freien gedacht sind, müssen in einem Temperaturbereich von -20°C bis +60°C betriebsfähig sein.

Die gegebenenfalls von der Leckanzeigeflüssigkeit, der Lagerflüssigkeit bzw. deren Dämpfen oder Kondensat berührten Teile der Leckdetektoren müssen aus hinreichend beständigen Werkstoffen bestehen. Zur Nachweisführung der Werkstoffeignung sind Angaben der Werkstoffhersteller, Veröffentlichungen in der Fachliteratur, eigene Erfahrungswerte oder entsprechende Prüfergebnisse heranzuziehen. Für Stähle gilt die DIN 6601.

Die Leckanzeigeflüssigkeit muss der „Liste der Leckanzeigeflüssigkeiten für Überwachungsräume doppelwandiger Behälter oder doppelwandiger Rohrleitungen (Stand Dezember 2010)“, veröffentlicht auf der DIBt-Homepage, entsprechen.

2 Festlegungen für die werkseigene Produktionskontrolle und die Erstprüfung

Für die werkseigene Produktionskontrolle und die Erstprüfung gilt DIN EN 13160-1, Anhang ZA, Tabelle ZA.1 und Tabelle ZA.3. Bei der Erstprüfung ist auch die Betriebsanleitung nach DIN EN 13160, Abschnitt 5.7, zu prüfen.
Die anderen Abschnitte des Anhangs ZA gelten nicht.

3 Festlegungen für die Kennzeichnung

Im Rahmen der Ü-Kennzeichnung ist als maßgebende technische Regel die Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen, Abschnitt C 2, Anlage C 2.15.16, anzugeben.
Weiterhin sind bei der Kennzeichnung der Bauprodukte, deren Verpackung oder deren Begleitpapiere mindestens die Typbezeichnung, das Herstellungsjahr, Material und die Leistungsfähigkeit des Produkts (Druck- und Temperaturbereiche, geeignet für folgende Medien: …) anzugeben.

4 Festlegungen für den Einbau

1 Die Leckdetektoren für Flüssigkeitssysteme als Teil von Leckanzeigesystemen der Klasse II dürfen für folgende Anwendungsbereiche verwendet werden:

- doppelwandige, drucklose, oberirdische Behälter,
- einwandige, drucklose, oberirdische Behälter mit Leckschutzauskleidung,
- einwandige, drucklose, oberirdische Behälter mit Leckschutzummantelung.

2 Das Volumen des Überwachungsraumes der Anlage darf max. 1 m^3 betragen.

Technische Baubestimmungen für Bauprodukte, die nicht die CE-Kennzeichnung tragen, und für Bauarten

C 3 Bauprodukte, die nur eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses nach Art. 81a Abs. 2 Nr. 5 BayBO bedürfen

Aufgrund Art. 81a Abs. 2 Nr. 5 BayBO wird Folgendes bestimmt:

Lfd. Nr.	Bauprodukt	anerkanntes Prüfverfahren nach	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 3.1	Vorgefertigte Lüftungsleitungen, an die Anforderungen an die Feuerwiderstandsdauer und/oder den Schallschutz gestellt werden	Je nach Bauprodukt gilt: für die Feuerwiderstandsdauer: DIN 4102-6:1977-09 und - sofern zutreffend - in Verbindung mit DIN V 4102-21:2002-08 oder DIN EN 1363-1:2012-10, DIN EN 1366-1:2014-12 und – sofern zutreffend – in Verbindung mit DIN V 4102-21:2002-08 und Anlage C 3.1 A 2.2.1.2 ist zusätzlich zu beachten für den Schallschutz: DIN EN ISO 10140-1:2014-09, DIN EN ISO 10140-2, -4:2010-12, DIN EN ISO 10140-5:2014-09, DIN EN ISO 717-1:2013-06	ÜH
C 3.2	Baustoffe, an die nur Anforderungen an das Brandverhalten gestellt werden und - die nichtbrennbar sein müssen, ohne brennbare Bestandteile, - die normalentflammbar sein müssen. Ausgenommen sind Baustoffe des Abschnitts D 2.2.	DIN 4102-1:1998-05 in Verbindung mit DIN 4102-16:2015-09 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜH
C 3.3	Baustoffe, an die nur Anforderungen an das Brandverhalten gestellt werden und die normalentflammbar sein müssen. Ausgenommen sind Baustoffe des Abschnitts D 2.2.	DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜH
C 3.4	Baustoffe, an die nur Anforderungen an das Brandverhalten gestellt werden und - die nichtbrennbar sein müssen, mit brennbaren Bestandteilen, - die schwerentflammbar sein müssen, ausgenommen Bodenbeläge	DIN 4102-1:1998-05 in Verbindung mit DIN 4102-16:2015-09 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜZ
C 3.5	Bodenbeläge, die schwerentflammbar sein müssen, die nicht für die Verwendung in Aufenthaltsräumen vorgesehen sind und die nicht EN 13813 oder EN 14041 oder EN 14904 oder EN 14342 oder EN 15285 entsprechen	DIN 4102-1:1998-05 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1 oder DIN EN ISO 11925-2:2011-02 und DIN EN ISO 9239-1:2010-11 in Verbindung mit Anlage 3.8 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜZ
C 3.6	Schornsteinreinigungsverschlüsse und Rußabsperrer	Prüfgrundsätze für Schornsteinreinigungsverschlüsse und Rußabsperrer (2012-11)	ÜHP

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	anerkanntes Prüfverfahren nach	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 3.7	Armaturen und Geräte der Wasserinstallation, an die hinsichtlich des Geräuschverhaltens Anforderungen gestellt werden	DIN EN ISO 3822-1:2009-07 DIN EN ISO 3822-2:1995-05 DIN EN ISO 3822-3:2010-04 DIN EN ISO 3822-4:1997-03	ÜHP
C 3.8	Beschichtungsstoffe zum Beschichten von Beton-, Putz- und Estrichflächen in Auffangwannen und Auffangräumen für die Lagerung von - Heizöl EL, - ungebrauchten Verbrennungsmotoren- und Kraftfahrzeuggetriebeölen sowie - Gemischen aus gesättigten und aromatischen Kohlenwasserstoffen mit einem Aromatengehalt von ≤ 20 Masse-% und einem Flammpunkt von > 55°C	Bau- und Prüfgrundsätze (BPG) Beschichtungen von Auffangräumen (2009-02)	ÜZ
C 3.9	Niet- und schraubenartige Verbindungen und niet- und schraubenartige Befestigungen für geregelte Außenwandbekleidungen	DIN 18516-1:2010-06 Zusätzlich gilt: Anlage C 3.2	ÜHP
	in Bayern nicht besetzt		
C 3.11	Metall-Kunststoff-Verbundprofile für Rahmen von Fenstern und Türen nach DIN 18056:1966-06 sowie für Haupttragglieder	Richtlinie für den Nachweis der Standsicherheit von Metall-Kunststoff-Verbundprofilen, Abschnitt 3.2 (1986-08)	ÜH
C 3.12	Oberflächenbeschichtungsstoffe OS 7 und OS 10 für Beton für Instandsetzungen, die für die Erhaltung der Standsicherheit von Betonbauteilen erforderlich sind	DAfStb-Richtlinie Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen (Instandsetzungs-Richtlinie) - SIBR, Teil 2 (2001-10) und Teil 4 (2001-10) Zusätzlich gilt: Anlage C 3.4 und DIN 4102-1:1998-05 oder DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜZ
C 3.13	Baustützen aus Stahl mit Ausziehvorrichtung, deren Tragfähigkeit mit Hilfe von Versuchen ermittelt wird	DIN EN 1065:1998-12	ÜZ
C 3.14	Türen und Tore als Rauchschutzabschlüsse, ausgenommen Vorhänge	DIN 18095-1:1988-10 DIN 18095-3:1999-06	ÜH
C 3.15	Zubehörteile (nicht geregelte) für Rauchschutzabschlüsse, ausgenommen einachsige Türbänder und absenkbare Bodendichtung	DIN 4102-18:1991-03 in Verbindung mit DIN 18095-1:1988-10	ÜH

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	anerkanntes Prüfverfahren nach	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 3.16	Flüssig zu verarbeitende Abdichtungsstoffe für die Abdichtung von befahrbaren Flächen	TL/TP-BEL-B Teil 3 (Ausgabe 1995) und TL/TP-BEL-EP (Ausgabe 1999) Zusätzlich gilt: DIN 4102-1:1998-05 oder DIN EN ISO 11925-2:2011-02 in Verbindung mit Anlage C 3.7 unter Beachtung von A 2.2.1.2, Tabelle 1.2.1	ÜZ
C 3.17	Selbsttätig schließende Zapfventile	DIN EN 13012:2002-03	ÜHP
C 3.18	Vorgefertigte absturzsichernde Verglasung mit versuchstechnisch ermittelter Tragfähigkeit unter stoßartiger Einwirkung	DIN 18008-4:2013-07, nach Anhang A, Anhang D und Anhang E; Zusätzlich gilt: Anlage C 3.5	ÜH
C 3.19	Punkthalter ohne Kugelgelenk mit versuchstechnisch ermittelter Tragfähigkeit	DIN 18008-3:2013-07, Anhang D	ÜH
C 3.20	Vorgefertigte begehbare Verglasungen mit versuchstechnisch ermittelter Tragfähigkeit unter stoßartiger Einwirkung und Resttragfähigkeit	DIN 18008-5:2013-07, Anhang A	ÜH
C 3.21	Hochfeuerhemmende Bauteile, deren tragende, aussteifende und raumabschließende Teile aus Holz oder Holzwerkstoffen bestehen und die allseitig eine brandschutztechnisch wirksame Bekleidung aus nichtbrennbaren Baustoffen (Brandschutzbekleidung) und Dämmstoffe aus nichtbrennbaren Baustoffen haben	für die Anforderungen des Brandschutzes: Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an hochfeuerhemmende Bauteile in Holzbauweise - HFHHolzR (2004-07) unter Beachtung von A 2.2.4 für den Schallschutz: DIN EN ISO 10140-1:2014-09, DIN EN ISO 10140-2, -4:2010-12, DIN EN ISO 10140-3:2015-11, DIN EN ISO 10140-5:2014-09, DIN EN ISO 717-1, -2:2013-06 für die Absturzsicherung: ETB-Richtlinie „Bauteile, die gegen Absturz sichern“ (1985-06)	ÜZ
C 3.22	Beschichtungs- und Einhausungssysteme zur Sanierung Pentachlorphenol (PCP)-belasteter Holzbauteile	Prüfplan für Beschichtungs- und Einhausungssysteme zur Sanierung Pentachlorphenol (PCP)-belasteter Holzbauteile (2006-01)	ÜHP
C 3.23	Nahtlose kreisförmige Rohre aus unlegiertem Stahl nach EN 10216-1 für die Verwendung bei Stahlschornsteinen	DIN EN 10045-1:1991-04	ÜHP
C 3.24	Geschweißte kreisförmige Rohre aus unlegiertem Stahl nach EN 10217-1 für die Verwendung bei Stahlschornsteinen	DIN EN 10045-1:1991-04	ÜHP

Teil C

Lfd. Nr.	Bauprodukt	anerkanntes Prüfverfahren nach	Übereinstimmungsbestätigung
1	2	3	4
C 3.25	Stoffe zur Abdichtung erdberührter Bauteile gegen drückendes Wasser und im Übergang auf wasserundurchlässige Bauteile	Prüfgrundsätze zur Erteilung von allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen für Übergänge von Bauwerksabdichtungen auf Bauteile aus Beton mit hohem Wassereindringwiderstand (PG-ÜBB) (2010-09)	ÜHP
C 3.26	Mineralische Dichtungsschlämmen für Bauwerksabdichtungen	Prüfgrundsätze zur Erteilung von allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen für Bauwerksabdichtungen mit mineralischen Dichtungsschlämmen (PG-MDS) (2014-01)	ÜHP
C 3.27	Abdichtungen im Verbund mit Fliesen und Plattenbelägen - für Wände und Böden im Innenbereich oder im Außenbereich, wenn diese mit Gebäuden verbunden sind, gegen nichtdrückendes Wasser bei hoher Beanspruchung wie z.B. in Nassräumen im öffentlichen und gewerblichen Bereich - für Behälter und Becken im Innenbereich oder im Außenbereich, wenn diese mit Gebäuden verbunden sind, gegen Füllwasser wie z. B. bei Schwimmbecken	Prüfgrundsätze zur Erteilung von allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen für Abdichtungen im Verbund mit Fliesen- und Plattenbelägen - Teil 1: Flüssig zu verarbeitende Abdichtungen (PG AIV-F) (2014-05), - Teil 2: Bahnenförmige Abdichtungen (PG AIV-B) (2014-05), - Teil 3: Plattenförmige Abdichtungen (PG AIV-P) (2012-08)	ÜHP
C 3.28	Bauwerksabdichtungen mit Flüssigkunststoffen	Prüfgrundsätze zur Erteilung eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses für Bauwerksabdichtungen mit Flüssigkunststoffen (PG-FLK) (2010-06)	ÜHP
C 3.29	Dachabdichtungen mit Flüssigkunststoffen	Prüfgrundsätze zur Erteilung von allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen für Dachabdichtungen mit Flüssigkunststoffen Anlage C 3.6	ÜHP
C 3.30	Abdichtungen für Arbeitsfugen und Sollrissquerschnitte in Bauteilen aus Beton mit hohem Wassereindringwiderstand, die nicht den Produkten C 2.10.2 und C 2.10.3 in Abschnitt C 2 zugeordnet werden können	Prüfgrundsätze zur Erteilung von allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen für Fugenabdichtungen in Bauteilen aus Beton mit hohem Wassereindringwiderstand im erdberührten Bereich (PG-FBB Teil 1: Abdichtungen für Arbeitsfugen und Sollrissquerschnitte (2012-10))	ÜHP

Anlage C 3.1

1 Nichttragende raumabschließende Trennwände

Eine nichttragende raumabschließende Trennwand kann als F ... nach DIN 4102-2:1977-09 klassifiziert werden, wenn sie entweder

- die Bedingungen nach DIN 4102-2:1977-09 eingehalten hat

oder

- nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1364-1:1999-10 geprüft wurde und dabei für ... Minuten die Anforderungen nach DIN EN 1363-1:2012-10, Abschnitt 11.2, Raumabschluss und Abschnitt 11.3, Wärmedämmung erfüllt hat.

Für die Prüfung nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1364-1:1999-10 ist bei symmetrischen Bauteilen ein Brandversuch erforderlich.

2 Tragende raumabschließende Wände

Eine tragende raumabschließende Wand kann als F ... nach DIN 4102-2:1977-09 klassifiziert werden, wenn sie entweder

- die Bedingungen nach DIN 4102-2:1977-09 eingehalten hat

oder

- nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1365-1:2013-08 geprüft wurde und während einer Prüfdauer von ... Minuten die Anforderungen nach DIN EN 1363-1:2012-10, Abschnitt 11.1, Tragfähigkeit, Ziffer II sowie nach Abschnitt 11.2, Raumabschluss und Abschnitt 11.3, Wärmedämmung erfüllt hat.

Für die Prüfung nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1365-1:2013-08 ist bei symmetrischen Bauteilen ein Versuch erforderlich.

3 Unterdecke (als selbständiges Bauelement)

Eine Unterdecke als selbständiges Bauelement kann als F ... nach DIN 4102-2:1977-09 klassifiziert werden, wenn sie entweder

- die Bedingungen nach DIN 4102-2:1977-09 eingehalten hat

oder

- nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1364-2:1999-10 geprüft wurde und während einer Prüfdauer von ... Minuten die Anforderungen nach DIN EN 1364-2:1999-10, Abschnitt 11.2, Raumabschluss und Abschnitt 11.3, Wärmedämmung erfüllt hat.

Für die Prüfung nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1364-2:1999-10 ist ein Versuch mit Beanspruchung der Unterseite und ein Versuch mit Beanspruchung der Oberseite erforderlich. Wenn die Klassifizierung nur von einer Seite erfolgen soll, ist ein Versuch mit Beanspruchung dieser Seite erforderlich.

4 Stützen

Eine Stütze kann als F ... nach DIN 4102-2:1977-09 klassifiziert werden, wenn sie entweder

- die Bedingungen nach DIN 4102-2:1977-09 eingehalten hat

oder

- nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1365-4:1999-10 geprüft wurde und während einer Prüfdauer von ... Minuten die Anforderungen nach DIN EN 1363-1:2012-10, Abschnitt 11.1, Tragfähigkeit, Ziffer II erfüllt hat.

Für die Prüfung nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1365-4:1999-10 ist ein Versuch erforderlich.

5 Brandwände

Eine Brandwand kann als solche nach DIN 4102-2:1977-09 klassifiziert werden, wenn sie entweder

- die Bedingungen nach DIN 4102-3:1977-09 eingehalten hat

oder

- nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1365-1:2013-08 und DIN EN 1363-2:2000-02, Abschnitt 7, geprüft wurde und während einer Prüfdauer von 90 Minuten die Anforderungen nach DIN EN 1363-1:2012-10, Abschnitt 11.1, Tragfähigkeit, Ziffer II sowie nach Abschnitt 11.2, Raumabschluss und Abschnitt 11.3, Wärmedämmung erfüllt hat.

Die Wände müssen diese Anforderungen ohne Bekleidungen erfüllen. Sie müssen außerdem ausschließlich aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.

Für die Prüfung nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1365-1:2013-08 und DIN EN 1363-2:2000-02, Abschnitt 7, ist bei symmetrischen Bauteilen ein Versuch erforderlich.

6 Lüftungsleitungen

Eine runde oder vierseitige rechteckige Lüftungsleitung mit maximalen Abmessungen nach DIN EN 1366-1:2014-12, Tabelle 6, kann als L … nach DIN 4102-6:1977-09 klassifiziert werden, wenn sie während einer Prüfdauer von … Minuten die Anforderungen nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1366-1:2014-12, Abschnitt 11, erfüllt hat.

Eine Lüftungsleitung mit einer äußeren Abmessung von 1250 mm x 1000 mm < B x H ≤ 2500 mm x 1250 mm bzw. einem äußeren Durchmesser von 1000 mm < D ≤ 1250 mm kann als L ... nach DIN 4102-6:1977-09 klassifiziert werden, wenn

- sie nach DIN V 4102-21:2002-08 geprüft wurde und während einer Prüfdauer von ... Minuten die Anforderungen nach DIN V 4102-21:2002-08, Abschnitt 5.2, und - sofern zutreffend - nach Abschnitt 5.3 erfüllt hat

und wenn

- zuvor eine Lüftungsleitung gleicher Konstruktionsart (Material, Materialdicke, Verbindungstechnik, Befestigung) nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1366-1:2014-12 für die in DIN EN 1366-1:2014-12 genannte Abmessung geprüft wurde.

7 Balken/Unterzüge

Ein Balken/Unterzug kann als F ... nach DIN 4102-2:1977-09 klassifiziert werden, wenn er entweder

- die Bedingungen nach DIN 4102-2:1977-09 eingehalten hat

oder

- nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1365-3:2000-02 geprüft wurde und während einer Prüfdauer von ... Minuten die Anforderungen nach DIN EN 1363-1:2012-10, Abschnitt 11.1, Tragfähigkeit, Ziffer I erfüllt hat.

Für die Prüfung nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1365-3:2000-02 ist ein Versuch erforderlich.

8 Decken/Dächer

Eine Decke/ein Dach kann als F ... nach DIN 4102-2:1977-09 klassifiziert werden, wenn sie/es entweder

- die Bedingungen nach DIN 4102-2:1977-09 eingehalten hat

oder

- nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1365-2:2000-02 geprüft wurde und während einer Prüfdauer von ... Minuten die Anforderungen nach DIN EN 1363-1:2012-10, Abschnitt 11.1, Tragfähigkeit, Ziffer I sowie nach Abschnitt 11.2, Raumabschluss und Abschnitt 11.3, Wärmedämmung erfüllt hat.

Für die Prüfung nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1365-2:2000-02 ist ein Versuch erforderlich.

9 Installationsschächte und -kanäle

Ein Installationsschacht/-kanal kann als I ... nach DIN 4102-11:1985-12 klassifiziert werden, wenn er entweder

- die Bedingungen nach DIN 4102-11:1985-12 eingehalten hat

oder

- als Installationsschacht aus Wänden besteht, die nach DIN 4102-2:1977-09 geprüft wurden

oder

- als Installationsschacht aus Wänden besteht, die nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1364-1:1999-10 geprüft wurden und dabei für ... Minuten die Anforderungen nach DIN EN 1363-1:2012-10, Abschnitt 11.2, Raumabschluss und Abschnitt 11.3, Wärmedämmung erfüllt hat.

Für die Prüfung nach DIN EN 1363-1:2012-10 in Verbindung mit DIN EN 1364-1:1999-10 ist bei symmetrischen Bauteilen ein Brandversuch erforderlich.

Anlage C 3.2

Der charakteristische Wert der Tragfähigkeit für die Verbindungen und Befestigungen ist jeweils das aus den Prüfergebnissen ermittelte 5 % Quantil mit 75%iger Aussagewahrscheinlichkeit.

Anlage C 3.4

Das allgemeine bauaufsichtliche Prüfzeugnis für die unterschiedlichen Oberflächenbeschichtungsstoffe kann auch auf der Grundlage des Regelwerkes TL/TP OS (Ausgabe 1996) erteilt werden.

Anlage C 3.5

Für den versuchstechnischen Nachweis der Tragfähigkeit von punktförmigen Lagerungskonstruktionen (Punkthalter) gilt lfd. Nr. C 3.19.

Für zweiseitig linienförmig gelagerte Einfachverglasungen der Kategorie A darf anstelle des im letzten Satzes des Kapitels A.1.9. geforderten Versuches alternativ auch nur die stoßzugewandte Glastafel mit dem Körner gebrochen werden, welche dann jedoch durch einen Pendelschlag mit einer Fallhöhe von 450 mm zu prüfen ist.

Anlage C 3.6

Die Prüfgrundsätze bestehen aus dem in den Kapiteln 2 - 7 beschriebenen Prüfverfahren der ETAG 005 „Flüssig aufzubringende Dachabdichtungen“, Teile 1 bis 8, veröffentlicht im Bundesanzeiger, Jg. 53, Nr. 200a, 25.10.2001 und Jg. 57, Nr. 102a, 04.06.2005. Weiterhin sind die in Abschnitt B 2.2.10 genannten Anwendungsregelungen zu beachten.

Anlage C 3.7

Ein Baustoff kann nach B2 nach DIN 4102-1:1998-05 klassifiziert werden, wenn die Prüfergebnisse nach DIN EN ISO 11925-2 die Voraussetzung von DIN 4102-1:1998-05, Abschnitt 6.2.2, erfüllen.

Die Prüfung nach DIN EN ISO 11925-2 ist bei Kantenbeflammung (Abschnitt 7.3.3.2 der Norm) und, sofern hierbei ein Versagen zu erwarten ist, auch bei Flächenbeflammung (Abschnitt 7.3.3.1 der Norm) durchzuführen. Bei der Durchführung sind die Festlegungen der DIN 4102-1:1998-05, Abschnitte 6.2.5.2, 6.2.5.5 und 6.2.5.6 zu beachten.

Anlage C 3.8

Ein Baustoff kann nach B1 nach DIN 4102-1:1998-05 klassifiziert werden, wenn die Prüfergebnisse nach DIN EN ISO 11925-2 die Voraussetzungen von DIN 4102-1:1998-05, Abschnitt 6.2.2, und die Prüfergebnisse nach DIN EN ISO 9239-1 die Voraussetzungen von DIN 4102-1:1998-05, Abschnitt 6.1.2.3, erfüllen.

Die Prüfung nach DIN EN ISO 11925-2 ist bei Kantenbeflammung (Abschnitt 7.3.3.2 der Norm) und, sofern hierbei ein Versagen zu erwarten ist, auch bei Flächenbeflammung (Abschnitt 7.3.3.1 der Norm) durchzuführen. Bei der Durchführung sind die Festlegungen der DIN 4102-1:1998-05, Abschnitte 6.2.5.2, 6.2.5.5 und 6.2.5.6 zu beachten.

Technische Baubestimmungen für Bauprodukte, die nicht die CE-Kennzeichnung tragen, und für Bauarten

C 4 Bauarten, die nur eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses nach Art. 15 Abs. 3 BayBO bedürfen

Aufgrund Art. 81a Abs. 2 Nr. 5 BayBO wird Folgendes bestimmt:

Lfd. Nr.	Bauart	anerkanntes Prüfverfahren nach
1	2	3
C 4.1	Bauarten zur Errichtung von Decken, Dächern, Unterdecken, Doppelböden, Hohlraumestrichen, Stützen, Trägern, Unterzügen, Treppen und tragenden Wänden, an die Anforderungen an die Feuerwiderstandsdauer und/oder den Schallschutz gestellt werden. Das gilt nicht für die Teile baulicher Anlagen, an die weitere Anforderungen gestellt werden, wenn die maßgebenden Bauarten von Technischen Baubestimmungen wesentlich abweichen oder wenn es für die maßgebenden Bauarten keine allgemein anerkannten Regeln der Technik gibt.	Je nach Bauart gilt: für die Feuerwiderstandsdauer: DIN 4102-2:1977-09 außer den Abschnitten 6.2.7, 6.2.9 und 6.2.10 (für Brandwände DIN 4102-3:1977-09), oder DIN EN 1363-1:2012-10, DIN EN 1363-2:1999-10, DIN EN 1364-2:1999-10, DIN EN 1365-1:2013-08, DIN EN 1365-2, -3:2000-02, DIN EN 1365-4:1999-10 in Verbindung mit Anlage C 3.1 des Abschnitts C 3 A 2.2.1.2 ist zusätzlich zu beachten für den Schallschutz: DIN EN ISO 10140-1:2014-09, DIN EN ISO 10140-2, -4:2010-12, DIN EN ISO 10140-3:2015-11, DIN EN ISO 10140-5:2014-09, DIN EN ISO 717-1, -2:2013-06 sowie DIN EN ISO 10848-1, -2, -3:2006-08
C 4.2	Bauarten zur Errichtung von nichttragenden inneren Trennwänden, einschließlich Einbauten (Sanitäreinrichtungen), deren Absturzsicherheit experimentell nachgewiesen werden soll und/oder an die Anforderungen an die Feuerwiderstandsdauer und/oder den Schallschutz gestellt werden mit Ausnahme von solchen aus Glas. Satz 2 aus lfd. Nr. C 4.1 gilt entsprechend.	Je nach Bauart gilt: für die Absturzsicherung: DIN 4103-1:2015-06 Die folgenden Eigenschaften sind jeweils zusammen mit den Anforderungen der DIN 4103-1:2015-06 zu erfüllen: für die Feuerwiderstandsdauer: DIN 4102-2:1977-09 außer den Abschnitten 6.2.7 und 6.2.9 oder DIN EN 1363-1:2012-10, DIN EN 1363-2:1999-10, DIN EN 1364-1:1999-10 in Verbindung mit Anlage C 3.1 des Abschnitts C 3 A 2.2.1.2 ist zusätzlich zu beachten für den Schallschutz: DIN EN ISO 10140-1:2014-09, DIN EN ISO 10140-2, -4:2010-12, DIN EN ISO 10140-5:2014-09, DIN EN ISO 717-1:2013-06 sowie DIN EN ISO 10848-1, -2, -3:2006-08

Teil C

Lfd. Nr.	Bauart	anerkanntes Prüfverfahren nach
1	2	3
C 4.3	Bauarten zur Errichtung von nichttragenden Außenwänden, an die Anforderungen an die Feuerwiderstandsdauer und/oder den Schallschutz gestellt werden. Satz 2 aus lfd. Nr. C 4.1 gilt entsprechend.	Je nach Bauart gilt: für die Feuerwiderstandsdauer: DIN 4102-3:1977-09 oder DIN EN 1363-1:2012-10, DIN EN 1363-2:1999-10, DIN EN 1364-1:1999-10 in Verbindung mit Anlage C 3.1 des Abschnitts C 3 A 2.2.1.2 ist zusätzlich zu beachten für den Schallschutz: DIN EN ISO 10140-1:2014-09, DIN EN ISO 10140-2, -4:2010-12, DIN EN ISO 10140-5:2014-09, DIN EN ISO 717-1:2013-06 sowie DIN EN ISO 10848-1, -2, -3:2006-08 für die Absturzsicherung: ETB-Richtlinie „Bauteile, die gegen Absturz sichern“ (1985-06)
C 4.4	Bauarten zur Errichtung von Lüftungsleitungen, an die Anforderungen an die Feuerwiderstandsdauer und/oder den Schallschutz gestellt werden. Satz 2 aus lfd. Nr. C 4.1 gilt entsprechend.	Je nach Bauart gilt: für die Feuerwiderstandsdauer: DIN 4102-6:1977-09 und - sofern zutreffend - in Verbindung mit DIN V 4102-21:2002-08 oder DIN EN 1363-1:2012-10, DIN EN 1366-1:2014-12 und - sofern zutreffend - in Verbindung mit DIN V 4102-21:2002-08 und Anlage C 3.1 des Abschnitts C 3 A 2.2.1.2 ist zusätzlich zu beachten für den Schallschutz: DIN EN ISO 10140-1:2014-09, DIN EN ISO 10140-2, -4:2010-12, DIN EN ISO 10140-5:2014-09, DIN EN ISO 717-1:2013-06
C 4.5	Bauarten für Abschottungen an Rohrleitungen aus (ggf. wärmeisolierten) Metallrohren, - deren Funktion auf der Anordnung einer Rohrummantelung/Streckenisolierung beruht und - an die nur Anforderungen an die Feuerwiderstandsdauer gestellt werden. Satz 2 aus lfd. Nr. C 4.1 gilt entsprechend.	DIN 4102-11:1985-12 in Verbindung mit Anlage C 4.5 und Anlage C 4.1

Teil C

Lfd. Nr.	Bauart	anerkanntes Prüfverfahren nach
1	2	3
C 4.6	Bauarten für Abschottungen an Rohrleitungen aus (ggf. wärmeisolierten) thermoplastischen Kunststoffrohren, - deren Funktion auf der Anordnung einer Rohrummantelung/Streckenisolierung beruht, - bei denen keine dämmschichtbildenden Baustoffe eingesetzt werden und - an die nur Anforderungen an die Feuerwiderstandsdauer gestellt werden. Satz 2 aus lfd. Nr. C 4.1 gilt entsprechend.	DIN 4102-11:1985-12 in Verbindung mit Anlage C 4.5 und Anlage C 4.1
C 4.7	Bauarten zur Herstellung von Installationsschächten und -kanälen einschließlich der Abschlüsse ihrer Revisionsöffnungen, an die Anforderungen an die Feuerwiderstandsdauer und/oder den Schallschutz gestellt werden. Satz 2 aus lfd. Nr. C 4.1 gilt entsprechend.	Je nach Bauart gilt: für die Feuerwiderstandsdauer: DIN 4102-11:1985-12 bzw. als Prüfverfahren für Installationsschachtwände von Installationsschächten auch DIN 4102-2:1977-09, außer den Abschnitten 6.2.7 und 6.2.9, in Verbindung mit Anlage C 3.1 des Abschnitts C 3 oder DIN EN 1363-1:2012-10, DIN EN 1363-2:1999-10, DIN EN 1364-1:1999-10 in Verbindung mit Anlage C 3.1 des Abschnitts C 3 A 2.2.1.2 ist zusätzlich zu beachten für den Schallschutz: DIN EN ISO 10140-1:2014-09, DIN EN ISO 10140-2, -4:2010-12, DIN EN ISO 10140-5:2014-09, DIN EN ISO 717-1:2013-06
C 4.8	Bauarten zur Herstellung von Bedachungen, an die Anforderungen hinsichtlich Widerstandsfähigkeit gegen Flugfeuer und strahlende Wärme gestellt werden. Satz 2 aus lfd. Nr. C 4.1 gilt entsprechend.	DIN 4102-7:1998-07 in Verbindung mit DIN SPEC 4102-23:2011-10 Abschnitte 1, 2, 3, 4 und 7 oder DIN CEN/TS 1187:2012-03 Prüfverfahren 1 in Verbindung mit DIN SPEC 4102-23:2011-10 Abschnitte 1, 2, 3, 4 und 7 oder DIN CEN/TS 1187:2012-03 Prüfverfahren 1 in Verbindung mit DIN CEN/TS 16459:2014-03 Abschnitte 1, 2, 3, 4, 7 und Anhang A A 2.2.1.2 ist zusätzlich zu beachten
C 4.9	Bauarten zur Herstellung von elektrischen Kabelanlagen, an die Anforderungen hinsichtlich des Funktionserhalts unter Brandeinwirkung gestellt werden. Satz 2 aus lfd. Nr. C 4.1 gilt entsprechend.	DIN 4102-12:1998-11

Teil C

Lfd. Nr.	Bauart	anerkanntes Prüfverfahren nach
1	2	3
C 4.10	Bauarten zur Errichtung von Entrauchungsleitungen, an die Anforderungen an die Feuerwiderstandsdauer und/oder den Schallschutz gestellt werden. Satz 2 aus lfd. Nr. C 4.1 gilt entsprechend.	Je nach Bauart gilt: für die Feuerwiderstandsdauer: DIN 4102-6:1977-09 DIN V 18232-6:1997-10 in Verbindung mit Anlage C 4.2 oder DIN EN 1363-1:2012-10, DIN EN 1366-1:2014-12 in Verbindung mit DIN EN 1366-8:2004-10 in Verbindung mit Anlage C 4.3 A 2.2.1.2 ist zusätzlich zu beachten für den Schallschutz: DIN 52210-6:2013-07
C 4.11	Bauarten zur Errichtung von Entrauchungsleitungen, an die keine Anforderungen an die Feuerwiderstandsdauer und/oder den Schallschutz gestellt werden. Satz 2 aus lfd. Nr. C 4.1 gilt entsprechend.	DIN V 18232-6:1997-10 in Verbindung mit Anlage C 4.4
C 4.12	Absturzsichernde Verglasung mit versuchstechnisch ermittelter Tragfähigkeit unter stoßartiger Einwirkung	DIN 18008-4:2013-07 Anhang A, Anhang D und Anhang E Zusätzlich gilt: Anlage C 3.5 des Abschnitts C 3
C 4.13	Begehbare Verglasung mit versuchstechnisch ermittelter Tragfähigkeit unter stoßartiger Einwirkung und Resttragfähigkeit	DIN 18008-5:2013-07 Anhang A

Anlage C 4.1

Zu DIN 4102-11:1985-12

Zu Abschnitt 3.1 Nachweis mit Brandversuchen
Abweichend von Abschnitt 3.1 genügt ein Probekörper für die Brandprüfung.

Zu Abschnitt 4.2.3 Probekörper und Prüfanordnung
Abweichend von Abschnitt 4.2.3 wird auf die Durchführung von Brandprüfungen an Rohrpost- und Staubsaugleitungen bei einem Arbeitsdruck von -0,5 bar verzichtet.

Zu Abschnitt 4.2.4.1 Brandversuch mit minimaler Beanspruchung
Der Abschnitt 4.2.4.1 entfällt.

Zu Abschnitt 4.2.4.2 Brandversuch mit der Einheits-Temperaturzeitkurve
Abweichend von Abschnitt 4.2.4.2 entfallen die Messstellen zur Ermittlung der mittleren Temperaturerhöhung in 10 cm und 60 cm Abstand von Wand oder Decke.

Zu Abschnitt 4.2.4.3 Brandversuch mit Schwelfeuerbeanspruchung
Der Abschnitt 4.2.4.3 entfällt.

Anlage C 4.2

Abweichend von DIN V 18232-6 ist die Leckage der Entrauchungsleitung der Kategorie 3 der vorgenannten Norm bei Brandbeanspruchung mit der Sauerstoff-Messmethode nach DIN EN 1366-8:2004-10 für die darin aufgeführten Druckstufen 1 oder 2 oder 3 zu bestimmen.

Anlage C 4.3

Eine Entrauchungsleitung kann als Kategorie 3 nach DIN V 18232-6 klassifiziert werden, wenn sie die Prüfungen nach DIN EN 1366-1 (Leitung A bei einem Druck von -500 Pa) bestanden hat und während einer Prüfdauer von ≥ 30 Minuten bei einer Temperaturbeanspruchung nach DIN EN 1363-1 die Anforderungen nach DIN EN 1366-8, Abschnitt 11.3.2, Dichtheit; nach Abschnitt 11.3.3, Raumabschluss; nach Abschnitt 11.3.4, Wärmedämmung und nach Abschnitt 11.3.5, Querschnittsverringerung erfüllt hat.

Anlage C 4.4

Abweichend von DIN V 18232-6 ist die Leckage der Entrauchungsleitung der Kategorie 2 der vorgenannten Norm bei Brandbeanspruchung mit der Sauerstoff-Messmethode nach DIN EN 1366-8:2004-10 für die darin aufgeführten Druckstufen 1 oder 2 oder 3 zu bestimmen.

Anlage C 4.5

Eine Rohrummantelung/Rohrabschottung kann als R ... nach DIN 4102-11:1985-12 klassifiziert werden, wenn sie die Bedingungen nach DIN 4102-11 eingehalten hat, wobei die Prüfung

- nach DIN 4102-11 (inkl. Anlage C 4.1) durchgeführt wurde

oder

- nach DIN 4102-11 jedoch mit modifizierten Prüfbedingungen in Anlehnung an DIN EN 1366-3:2009-07, Abschnitt 5 durchgeführt wurde: Die Steuerung der Ofentemperatur erfolgte gemäß DIN 1363-1:1999-10, Abschnitt 5.1 mit Ofenthermoelementen nach Abschnitt 4.5.1.1 und der Beginn der Prüfung erfolgte gemäß DIN EN 1363-1:1999-10, Abschnitt 10.3. Die Druckbedingungen im Brandraum entsprachen DIN EN 1366-3:200-07, Abschnitt 5.2.

D

Bauprodukte, die keines Verwendbarkeitsnachweises bedürfen

D 1 Allgemeines
D 2 Liste nach Art. 81a Abs. 2 Nr. 4 BayBO
D 3 Technische Dokumentation nach Art. 81a Abs. 2 Nr. 7 BayBO

Bauprodukte, die keines Verwendbarkeitsnachweises bedürfen

D 1 Allgemeines

Abschnitt D 2 enthält eine nicht abschließende Liste von Bauprodukten, die keines Verwendbarkeitsnachweises nach Art. 17 BayBO bedürfen.

Entsprechend Art. 17 BayBO ist ein Verwendbarkeitsnachweis für Bauprodukte nicht erforderlich, für die es allgemein anerkannte Regeln der Technik gibt, auch wenn an sie Anforderungen nach Art. 3 BayBO gestellt werden (ehemals „sonstige Bauprodukte“). Eine Verwendbarkeit der Bauprodukte i. S. d. Art. 16 Abs. 2 BayBO muss damit materiell zwar vorliegen, jedoch ist diese nach Bauordnungsrecht nicht nachzuweisen. Hierunter fallen insbesondere Bauprodukte, die durch andere Zertifizierungs- und Zulassungssysteme abgedeckt werden (z.B. DVGW und VDE).

In dieser Liste sind auch Bauprodukte aufgeführt, für die es weder Technische Baubestimmungen noch allgemein anerkannte Regeln der Technik gibt und die für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO nicht von Bedeutung sind. Für diese Bauprodukte wird durch den Verzicht auf bauaufsichtliche Verwendbarkeitsnachweise die bauordnungsrechtlich untergeordnete Bedeutung kenntlich gemacht.

D 2 Liste von Bauprodukten, die keines Verwendbarkeitsnachweises nach Art. 17 BayBO bedürfen (Art. 81a Abs. 2 Nr. 4 BayBO)

D 2.1 Beispiele für Produkte, für die es allgemein anerkannte Regeln der Technik gibt

- Absperrarmaturen in Anlagen zur Wasserver- und -entsorgung
- Absperranlagen in Anlagen zur Gasversorgung
- Strömungswächter
- Sicherheitseinrichtungen der Gas-Installation
- Sicherheits-Gasschlauchleitungen für den Anschluss von Haushalts-Gasgeräten
- Mehrschichtverbundrohre für die Gas-Inneninstallation
- Flüssiggasdruckregelgeräte
- Trinkwassererwärmer und Speicher-Trinkwassererwärmer
- Warmwasser-Flächenheizungen und Heizkörperanbindungen
- Kunststoff-Rohrleitungssysteme für Warmwasser-Fußbodenheizung
- Wärmeübertragungsanlagen
- Sanitärausstattungsgegenstände
  - Waschtische
  - Klosetts
- Schächte für Brunnen und Sickeranlagen
- Sickerrohre für Deponien
- Blitzschutzanlagen
- Elektroinstallationen wie Leitungen, Schalter, Steckdosen u. Ä. zur Allgemeinstromversorgung unter Normalbedingungen von baulichen Anlagen
- Telekommunikation-, Fernseh- und Radioinstallationen

Teil D

D 2.2 Produkte, für die es keine allgemein anerkannten Regeln der Technik gibt

Diese Liste gilt nur für solche Bauprodukte und Verwendungen, für die nach bauaufsichtlichen Vorschriften nur die Anforderung normalentflammbar vorausgesetzt wird und an die keine weitergehenden Brandschutzanforderungen und keine Anforderungen an den Sachall- und Wärmeschutz gestellt werden.

D 2.2.1 Bauprodukte für den Rohbau

D 2.2.1.1 Kellerlichtschächte mit Lichtschachtöffnungen bis 1,50 m (lichtes Maß parallel zur Kellerwand) x 1,0 m (lichtes Maß normal zur Kellerwand)

D 2.2.1.2 Dränelemente

D 2.2.1.3 Außenwandausfachungen einschließlich ihrer Befestigungen mit einem Unterstützungsabstand von ≤ 1,0 m, wenn sie nicht für die Standsicherheit einer baulichen Anlage oder deren Teilen dienen

D 2.2.1.4 Mauerwerksbewehrung, die nicht für die Standsicherheit des Mauerwerks erforderlich ist

D 2.2.1.5 Hilfsstoffe für Bauwerks- und Dachabdichtungen wie z. B. Grundierungen, Deckaufstrichmittel, Trennlagen, Schutzlagen, Fugenverfüllungen sowie Hilfsstoffe für An- und Abschlüsse

D 2.2.1.6 Abdichtungen von Fassaden zum Schutz gegen Wind und Schlagregen

D 2.2.1.7 Hydrophobiermittel gegen kapillare(n) Aufnahme und Transport von Wasser mit Ausnahme solcher, die für die Erhaltung der Standsicherheit von Betonbauteilen erforderlich sind

D 2.2.1.8 Bauprodukte zur Trockenlegung von feuchten Mauern, ausgenommen Produkte, die im direkten Kontakt mit Grundwasser oder Boden aushärten

D 2.2.1.9 Schalungsplatten und Schalungstafeln sowie Schalungskörper als verlorene Schalung

D 2.2.1.10 Elastische Lager zur Auflagerung von Treppen

D 2.2.1.11 Wand- und Dachbauteile, einschließlich der Befestigungen, für eingeschossige bauliche Anlagen mit einem umbauten Raum ≤ 30 m^3

D 2.2.1.12 Mehrlagige Trennschichten (z. B. „Gleitfolien“) zur Ermöglichung von Relativverschiebungen zwischen Bauteilen für Verwendungen, bei denen der Ausfall oder die Beeinträchtigung der Funktion des Bauprodukts keinen Einfluss auf die Standsicherheit des Tragwerks oder auf die Dichtheit des Tragwerks bezüglich der Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten hat

D 2.2.1.13 Bentonitmatten als zusätzliche Dichtungsmaßnahme bei Bauteilen aus Beton mit hohem Wassereindringwiderstand

D 2.2.1.14 Spaltenböden aus Kunststoff mit einem lichten Abstand zur tragenden Bodenplatte oder tragenden Decke von ≤ 0,5 m

D 2.2.1.15 Produkte zur Abdichtung von Fugen, Stößen und Anschlüssen von Dampfsperrbahnen und anderen Luftdichtheitsschichten (z. B. Dichtbänder, Klebebänder)

D 2.2.1.16 Trennlagen zwischen schwimmendem Estrich und Trittschalldämmschichten sowie Trennlagen zwischen Bauteilen und Bauteilen zur akustischen Entkopplung

D 2.2.2 Bauprodukte für den Ausbau

D 2.2.2.1 Fassadenelemente (einschließlich ihrer Befestigungen) für Außenwandbekleidungen, die nach allgemein anerkannten Regeln der Technik befestigt werden:
- mit kleinformatigen Fassadenelementen mit ≤ 0,4 m² Fläche und ≤ 5 kg Eigengewicht
- mit brettformatigen Fassadenelementen mit ≤ 0,3 m Breite und Unterstützungsabständen durch die Unterkonstruktion von ≤ 0,8 m

D 2.2.2.2 Dachelemente (einschließlich ihrer Befestigungen) für Dacheindeckungen, die nach allgemein anerkannten Regeln der Technik befestigt werden:
- mit kleinformatigen Elementen mit ≤ 0,4 m² Fläche und ≤ 5 kg Eigengewicht
- mit anderen Elementen mit einem Unterstützungsabstand durch die Unterkonstruktion von ≤ 1,0 m, außer aus Glas

Teil D

D 2.2.2.3 Innentüren einschließlich Zubehör

D 2.2.2.4 Nichttragende und nichtaussteifende Einfassungen von Fenster- und Türöffnungen, Fensterbänke und ihre Befestigungen

D 2.2.2.5 Doppelböden und Hohlraumestriche mit einem lichten Abstand zur tragenden Decke von ≤ 0,5 m

D 2.2.2.6 Außenwandbeschichtungen mit einer Dicke bis 2 cm

D 2.2.2.7 Bodenbeläge, die nicht für die Verwendung in Aufenthaltsräumen vorgesehen sind

D 2.2.2.8 Ausfachungen für Umwehrungen einschließlich Befestigungen:
- plattenförmige Ausfachungen mit Unterstützungsabständen ≤ 1,0 m, mit Ausnahme von solchen aus Glas
- unterhalb eines tragenden Handlaufs oder Brüstungsriegels angebrachte ausfachende Spannseilsysteme mit Spannweiten ≤ 2,0 m

D 2.2.2.9 Randdämmstreifen für Estriche

D 2.2.2.10 Träger und Schürzen für Bade- und Duschwannen

D 2.2.2.11 Abdichtungsstoffe gegen nicht drückendes Wasser bei mäßiger oder geringer Beanspruchung, wie z. B. für die Abdichtung von Balkonen, spritzwasserbelasteten Fußboden- und Wandflächen in Nassräumen bzw. in häuslichen Bädern

D 2.2.2.12 Ringdichtungen für Rohrdurchführungen und Abdichtungen von Schalungsspannstellen bei erdberührten Außenbauteilen, an die hinsichtlich des Brandschutzes keine Anforderungen gestellt werden

D 2.2.2.13 Schneefangvorrichtungen, die nicht Lasten nach DIN EN 1991-1-3:2010, Abschnitt 6.4 sowie DIN EN 1991-1-3/NA:2010, NCI zu 6.4 (1) aufnehmen

D 2.2.2.14 Bauprodukte aus mineralischen Baustoffen sowie Polymerbeton für die Bekleidung von Wänden in Innenräumen

D 2.2.2.15 Keile und Klötze zum Justieren von Bauteilen, die nicht als Lager im Sinne von DIN EN 1337-1 verwendet werden

D 2.2.2.16 Elastische Dehnungselemente für metallische Bauteile im Dach- und Wandbereich

D 2.2.2.17 Haftbrücken für Gipsputzsysteme

D 2.2.2.18 Aussteifungen von Fassadenelementen für Außenwandbekleidungen, wenn diese Aussteifungen nicht für deren Standsicherheit erforderlich sind

D 2.2.2.19 Mobile Trennwände

D 2.2.2.20 Luftdurchlässige Gewebe (Eigenlast ≤ 1,0 kg/m^2) einschließlich der Befestigung, angeordnet auf einer für sich standsicheren Unterkonstruktion zur Anordnung als Windnetze an Hallen, als Bedachung an eingeschossigen Gebäuden und baulichen Anlagen oder zum Anbringen an der Außenseite. Die Unterkonstruktion muss in der Lage sein, die unter der Annahme eines luftundurchlässigen Gewebes ausgeübten Lasten sicher abzutragen.

D 2.2.2.21 Befestigungsmittel von an Wänden angebrachten Dämmprodukten im Innenbereich, ausgenommen Klebstoffe auf Kunstharzbasis

D 2.2.2.22 Kleber und/oder Dübel (Verankerungsmittel) von an Decken angebrachten Dämmstoffen im Innenbereich, wenn das Gesamtgewicht aus Wärmedämmung und Beschichtung 15 kg/m^2 nicht übersteigt; ausgenommen ist die Verwendung von Klebstoffen auf Kunstharzbasis im Innenbereich.

D 2.2.2.23 Einschubtreppen mit Abschluss der Öffnung

D 2.2.3 Bauprodukte der Haustechnik

D 2.2.3.1 Flammenkatalysatoren

D 2.2.3.2 Öl-Nassbrenner

D 2.2.3.3 Lüftungsleitungen einschließlich Zubehör

Teil D

D 2.2.3.4 Vorgefertigte Installationsschächte und -kanäle einschließlich ihrer Revisionsöffnungen

D 2.2.3.5 Ummantelungen und Verkleidungen von Abgasanlagen zum Freien einschließlich zugehöriger Unterkonstruktionen sowie Abdeckplatten und Fugendichtungen für Mündungen von Abgasanlagen aus nichtbrennbaren Baustoffen nach DIN 4102-4:1994-03, Abschnitt 2

D 2.2.3.6 Nicht abgasberührte untergeordnete Zubehörteile von Abgasanlagen (Bauteile für Kondensatableitung oder Hinterlüftung, Abstandshalter, Wandbefestigungen u. ä.)

D 2.2.3.7 Befestigungsmittel für Rohrummantelungen

D 2.2.3.8 Latent-Wärmespeicherelemente aus gekapseltem Calcium-Chlorid ($CaCl_2$ x 6 H_2O) für Fußbodenheizungen, soweit die Kapselung baustoffmäßig für den Verwendungszweck geeignet ist

D 2.2.3.9 Abschlüsse von Öffnungen zur Rauchableitung in notwendigen Treppenräumen, die nicht zur Rauchfreihaltung, sondern der Entrauchung nach Evakuierung dienen, sowie deren Vorrichtungen zum Öffnen

D 2.2.3.10 Heiz- und Kühlflächen an Decken und Wänden

D 2.2.3.11 Heizkörperabdeckungen

D 2.2.3.12 Bauteile, außerhalb von Gebäuden, für die Be- und Entlüftung der Gebäude- und Grundstücksentwässerung (ausgenommen Belüftungsventile nach DIN EN 12380)

D 2.2.3.13 Tageslichtführungssysteme mit Querschnittsflächen ≤ 0,4 m^2

D 2.2.4 Bauprodukte für Deponien

D 2.2.4.1 Entwässerungsrohre für Deponieabdichtungen

D 2.2.4.2 Dränelemente für Deponieabdichtungen

D 2.2.4.3 Dichtungselemente für Deponieabdichtungen

D 2.2.4.4 Schutzschichten für Deponie-Dichtungselemente

D 2.2.5 Bauprodukte für die Instandsetzung

D 2.2.5.1 Bauprodukte zur Instandsetzung von Bauwerksabdichtungen sowie der zugehörigen Einbauteile, ausgenommen Produkte, die im direkten Kontakt mit Grundwasser oder Boden aushärten

D 2.2.5.2 Bauprodukte zur Instandsetzung von Dachabdichtungen sowie der zugehörigen Einbauteile

D 2.2.6 Andere Bauprodukte

D 2.2.6.1 Bauteile für Wasserbecken mit Inhalten ≤ 100 m^3

D 2.2.6.2 Drucklose Behälter bis 50 m^3 Rauminhalt und bis 3 m Höhe zur Lagerung von Regen- und Trinkwasser

D 2.2.6.3 Muster- und Rastergeber und Abstandhalter für Pflasterungen

D 2.2.6.4 Stützelemente zur Verwendung bei Geländesprüngen bis zu 1,0 m Höhe

D 2.2.6.5 Bauteile aus Kunststoffen für Wasserrutschen bis zu 2,0 m Höhe

D 2.2.6.6 Starre und flexible Schüttgutsilos bis 3 m^3 Rauminhalt und bis 3 m Höhe (Oberkante des Silos über Gelände)

D 2.2.6.7 Nichtbegehbare Abdeckungen für Behälter, unter denen sich keine Verkehrsflächen befinden und die nicht der Standsicherheit von baulichen Anlagen oder deren Teilen dienen. Die Abdeckungen dürfen einem maximalen Innendruck von 50 mbar ausgesetzt sein.

D 2.2.6.8 Bauprodukte für gebäudeunabhängige Solaranlagen im öffentlich unzugänglichen Bereich mit einer Höhe bis zu 3 m

Teil D

D 3 Technische Dokumentation nach Art. 81a Abs. 2 Nr. 7 BayBO

In Bezug auf die Wesentlichen Merkmale eines Bauproduktes, die von der der CE-Kennzeichnung zugrundeliegenden harmonisierten technischen Spezifikation erfasst sind, ist die CE-Kennzeichnung die einzige Kennzeichnung (Art. 8 Abs. 3 UAbs. 1 EU-BauPVO). Ansonsten sind weitere freiwillige Angaben zu dem Produkt möglich. In diesem Fall ist deren Korrektheit in einer technischen Dokumentation darzulegen. Hierzu kann es je nach Produkt, Einbausituation und Verwendungszweck erforderlich sein, in der Technischen Dokumentation anzugeben, welche technische Regel der Prüfung zugrunde gelegt wurde sowie ob und welche Stellen eingeschaltet wurden. Zum Beispiel kann es insbesondere sinnvoll sein, eine entsprechend Art. 30 EU-BauPVO qualifizierte Stelle einzuschalten, sofern es keine anwendbare, anerkannte technische Regel gibt oder eine entsprechend Art. 43 EU-BauPVO qualifizierte Stelle, sofern lediglich eine unabhängige Drittprüfung anhand einer anwendbaren technischen Regel durchgeführt werden soll.

Anhänge

1	Anhang 1 zu Lfd. Nr. A 1.2.3.7	Nachträgliche Bewehrungsanschlüsse mit eingemörtelten Bewehrungsstäben – Anforderung an Planung, Bemessung und Ausführung: 2016-06	161
2	Anhang 2 zu Lfd. Nr. A 1.2.3.8	Verankerungen in Beton mit einbetonierten oder nachträglich eingesetzten Befestigungsmitteln – Anforderung an Planung, Bemessung und Ausführung: 2016-06	172
3	Anhang 3 zu Lfd. Nr. A 1.2.6.3	Verankerungen in Mauerwerk mit nachträglich gesetzten Befestigungsmitteln – Anforderung an Planung, Bemessung und Ausführung: 2016-06	174
4	Anhang 4 zu Lfd. Nr. A 2.2.1.2	Bauaufsichtliche Anforderungen, Zuordnung der Klassen, Verwendung von Bauprodukten, Anwendung von Bauarten: 2016-06	175
5	Anhang 5 zu Lfd. Nr. A 2.2.1.5	WDVS mit EPS, Sockelbrandprüfverfahren: 2016-06	223
6	Anhang 6 zu Lfd. Nr. A 2.2.1.6	Hinterlüftete Außenwandbekleidungen: 2016-06	228
7	Anhang 7 zu Lfd. Nr. A 2.2.1.7	Anforderungen an Feststellanlagen: 2017-07	230
8	Anhang 8 zu Lfd. Nr. A 3.2.1	Anforderungen an bauliche Anlagen bezüglich des Gesundheitsschutzes (ABG) : 2017-05	248
9	Anhang 9 zu Lfd. Nr. A 3.2.2	Textile Bodenbeläge: 2017-05	263
10	Anhang 10 zu Lfd. Nr. A 3.2.3	Anforderungen an bauliche Anlagen bezüglich der Auswirkungen auf Boden und Gewässer (ABuG): 2017-07	271
11	Anhang 11 zu Lfd. Nr. B 2.2.1.5	WDVS mit ETA nach ETAG 004: 2017-02	295
12	Anhang 12 zu Lfd. Nr. B 2.2.1.6	Anwendungsregeln für nicht lasttragende verlorene Schalungsbausätze/-systeme und Schalungssteine für die Erstellung von Ortbeton-Wänden: 2016-06	303
13	Anhang 13 zu Lfd. Nr. C 2.8.1	Richtlinie über Rollladenkästen – RokR: 2016-07	314

Anhang 1

Nachträgliche Bewehrungsanschlüsse mit eingemörtelten Bewehrungsstäben – Anforderung an Planung, Bemessung und Ausführung

Stand: Juni 2016

1 Anwendungsbereich

Diese Technische Regel gilt für Bewehrungsstäbe aus Stahl nach DIN 488 oder nach allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung, die mit Injektionssystemen mit einer Europäischen Technischen Bewertung/Zulassung (ETA) nach EOTA Technical Report TR 023 „Bewertung von nachträglichen Bewehrungsanschlüssen“ oder EAD 330087-00-0601 „Systeme für nachträgliche Bewehrungsanschlüsse mit Mörtel“ eingemörtelt werden.

Die möglichen Anwendungsbereiche sind im Anhang 1, Bild 1 bis Bild 5 dargestellt.

2 Planung

Die Bewehrungsanschlüsse sind ingenieurmäßig zu planen. Unter Beachtung der nachfolgenden Punkte sind prüfbare Konstruktionszeichnungen anzufertigen.

- Bewehrungsanschlüsse dürfen nur für die Übertragung von Zugkräften in Richtung der Stabachse verwendet werden.
- Die Lage der einbetonierten Bewehrung ist auf Grundlage der Planungsunterlagen und ggf. durch Bewehrungssuchgeräte festzustellen und auf der Betonoberfläche zu kennzeichnen.
- Die Betonfestigkeitsklasse des Verankerungsgrundes ist auf Grundlage der Planungsunterlagen und ggf. durch Bohrkernentnahme festzustellen.
- Die Übertragung von Querkräften zwischen vorhandenem und neuem Beton ist entsprechend DIN EN 1992-1-1/NA:2011-01 nachzuweisen. Die Betonierfugen sind mindestens derart aufzurauen, dass die Zuschlagstoffe herausragen. Anmerkung: In den Konstruktionszeichnungen sind Angaben zu machen, wie (z. B. nach DIN EN 1992-1-1) aufgeraut werden muss.
- Bei einer karbonatisierten Oberfläche des bestehenden Betons ist die karbonatisierte Schicht vor dem Anschluss des neuen Stabes im Bereich des nachträglichen Bewehrungsanschlusses mit dem Durchmesser ϕ + 6 cm zu entfernen. Die Tiefe des zu entfernenden Betons muss mindestens der Mindestbetondeckung für die entsprechenden Umweltbedingungen nach DIN EN 1992-1-1 und DIN EN 1992-1-1/NA entsprechen. Dies entfällt bei neuen, nicht karbonatisierten Bauteilen und bei Bauteilen in trockener Umgebung.
- allgemeine Konstruktionsregeln nach Anhang 2
- minimale Betondeckung c_{min} nach Tabelle 1 und minimaler lichter Abstand a nach Tabelle 2
- Bohrverfahren

Tabelle 1: Mindestbetondeckung c_{min} [mm] in Abhängigkeit vom Bohrverfahren, Stabdurchmesser und von der Verwendung einer Bohrhilfe

Bohrverfahren	Stabdurchmesser	Ohne Bohrhilfe	Mit Bohrhilfe
Hammerbohren Hohlbohren Diamantbohren	ϕ < 25 mm	c_{min} = 30 mm + 0,06 $\ell_v \geq 2\ \phi$	c_{min} = 30 mm + 0,02 $\ell_v \geq 2\ \phi$
	$\phi \geq$ 25 mm	c_{min} = 40 mm + 0,06 $\ell_v \geq 2\ \phi$	c_{min} = 40 mm + 0,02 $\ell_v \geq 2\ \phi$
Pressluftbohren	ϕ < 25 mm	c_{min} = 50 mm + 0,08 ℓ_v	c_{min} = 50 mm + 0,02 ℓ_v
	$\phi \geq$ 25 mm	c_{min} = 60 mm + 0,08 $\ell_v \geq 2\ \phi$	c_{min} = 60 mm + 0,02 $\ell_v \geq 2\ \phi$

Tabelle 2: minimaler lichter Abstand a [mm] in Abhängigkeit von der Verwendung einer Bohrhilfe und vom Stabdurchmesser

Ohne Bohrhilfe	Mit Bohrhilfe
a = 40 mm ≥ 4 ϕ	a ≥ 2 ϕ

3 Bemessung

Die Bewehrungsanschlüsse sind ingenieurmäßig zu bemessen. Unter Berücksichtigung der zu verankernden Lasten sind prüfbare Berechnungen anzufertigen.

Die Bemessung der Bewehrungsanschlüsse richtet sich nach DIN EN 1992-1-1 und DIN EN 1992-1-1/NA.
In der Europäischen Technischen Bewertung/Zulassung (ETA) sind die Bemessungswerte der Verbundspannung f_{bd} oder der Abminderungsfaktor für die Bemessungswerte der Verbundspannung k_b angegeben, mit dem der Bemessungswert der Verbundspannung nach DIN EN 1992-1-1 und DIN EN 1992-1-1/NA zu multiplizieren ist.

Für Bewehrungsanschlüsse mit Anforderungen an den Feuerwiderstand ist der Bemessungswert der Verbundspannung unter Brandbeanspruchung $f_{bd,fi}$ gemäß den Bestimmungen der jeweiligen ETA zu ermitteln.
Die minimale Verankerungslänge $l_{b,min}$ und die minimale Übergreifungslänge $l_{0,min}$ entsprechend DIN EN 1992-1-1 und DIN EN 1992-1-1/NA müssen mit dem in der ETA angegebenen Faktor α_{lb} multipliziert werden.
Der Nachweis der unmittelbaren örtlichen Krafteinleitung in den Beton gilt bei Beachtung der Bestimmungen der jeweiligen ETA als erbracht.

Die Weiterleitung der zu verankernden Lasten im Bauteil ist nachzuweisen.

4 Ausführung

4.1 Allgemeines

Die Bewehrungsanschlüsse dürfen nur durch Betriebe ausgeführt werden, die die Anforderungen nach Abschnitt 5 erfüllen.

Die Bewehrungsanschlüsse sind entsprechend den Konstruktionszeichnungen sowie der Montageanweisung (Bohrlochherstellung, Bohrlochreinigung, Vorbereitung des Bewehrungsstabes, Injektion des Verbundmörtels und Setzen des Bewehrungsstabes) des jeweiligen Injektionssystemherstellers auszuführen. Für die Bohrlochherstellung, -reinigung und die Injektion des Mörtels dürfen nur die dafür vorgesehenen Geräte verwendet werden.

4.2 Dokumentation der Ausführung

Für jeden Bewehrungsanschluss ist ein Montageprotokoll über die Ausführung anzufertigen. Die Dokumentation der Ausführung richtet sich nach Tabelle 3. Die Montageprotokolle müssen während der

Bauzeit auf der Baustelle bereitliegen. Sie sind ebenso wie die Lieferscheine nach Abschluss der Arbeiten mindestens 5 Jahre vom Unternehmen aufzubewahren.

4.3 Kontrolle der Ausführung

Die ordnungsgemäße Vorbereitung und Ausführung der Arbeiten ist zu überwachen. Dafür ist das erstellte Montageprotokoll zu überprüfen und gegenzuzeichnen. Bei Abweichungen von den Planungsvorgaben ist der verantwortliche Planungsingenieur zu kontaktieren.

Tabelle 3: Montageprotokoll – Prüfungen, Anforderungen und Häufigkeit

Zeile	Gegenstand der Prüfung	Art der Prüfung	Anforderungen	Häufigkeit, Zeitpunkt
	Vorbereitung			
1	Mörtelgebinde	Verpackungsaufdruck	Verfallsdatum nicht abgelaufen	jede Lieferung
		Sichtprüfung	keine auffälligen Veränderungen	laufend
		Lagerungsbedingungen	Vorgaben des Herstellers	bei Ein-/Auslagerung
2	Verarbeitungsgeräte	Funktionskontrolle	einwandfreie Funktion	bei Inbetriebnahme und täglich
3	Arbeitsplan (erstellt aus den Planungsunterlagen)	Anweisung für Herstellen und Verarbeiten	Einhaltung der Vorgaben	vor Beginn der Arbeiten
	Verarbeitung			
4	Witterung	Temperatur (im Verankerungsgrund)	Einhaltung Arbeitsplan und Montageanweisung	vor dem Verfüllen des Bohrloches
		Schutz des Bohrloches vor Wasserzutritt	kein Wasser im Bohrloch	vor dem Verfüllen des Bohrloches
5	Bohrlochherstellung	Überdeckung, Randabstände, Achsabstände	Einhaltung Arbeitsplan und Montageanweisung keine Bewehrungstreffer bei den Bohrarbeiten im Fall von Treffern Planer involvieren	jedes Bohrloch
6	Bohrlochreinigung	Sichtkontrolle und Ausblaskontrolle	staubfrei; saubere Bohrloch-Oberfläche	jedes Bohrloch vor dem Verfüllen
7	Bewehrungsstäbe	Zustand, Markierung, Gängigkeit im Bohrloch	nur Flugrost, Setztiefe markiert, gängig	jeden Stab vor dem Verfüllen des Bohrloches
8	Arbeitssicherheit	Persönliche Schutzausrüstung	geeignete Schutzkleidung, Schutzhandschuhe und Schutzbrille/Gesichtsschutz tragen	bei der Arbeit mit dem Injektionsmörtel
9	Verfüllung	Mörtel-Füllmarke auf der Mischerverlängerung	entsprechend Arbeitsplan und Montageanweisung	jeden Stab beim Setzen
		hohlraumfrei	kein Rückfedern des Stabes, kein Mörtelspritzen	
10	Eingemörtelte Bewehrungsanschlüsse	Setztiefe	Setzmarkierung am Bohrlochmund	jeden Stab nach dem Setzen
		Verfüllung	Mörtel tritt am Bohrlochmund sichtbar aus	

5 Anforderungen an den Betrieb

5.1 Allgemeines

Der mit der Herstellung des Bewehrungsanschlusses betraute Betrieb muss über

1 einen gültigen Eignungsnachweis entsprechend Abschnitt 6,
2 eine qualifizierte und im Eignungsnachweis benannte Führungskraft,
3 einen verantwortlichen Bauleiter,
4 Baustellenfachpersonal, das für die Ausführung des Bewehrungsanschlusses besonders ausgebildet ist und hierfür eine Bescheinigung über die erfolgreiche Schulungsteilnahme nachweist und
5 die notwendige Geräteausstattung verfügen.

Der Betrieb hat dafür zu sorgen, dass das eingesetzte Baustellenfachpersonal über die Herstellung von nachträglichen Bewehrungsanschlüssen mit eingemörtelten Bewehrungsstäben geschult wird.

5.2 Qualifizierte Führungskraft

Die qualifizierte Führungskraft muss ausreichende Kenntnisse im Stahlbetonbau und Erfahrungen bei der Herstellung von nachträglichen Bewehrungsanschlüssen mit eingemörtelten Bewehrungsstäben haben. Sie muss mindestens die Qualifikation aufweisen, welche zur selbständigen Ausführung von Stahlbetonarbeiten und zur Leitung eines Betriebes in diesem Bereich notwendig ist.
Die qualifizierte Führungskraft ist zuständig und verantwortlich für die Herstellung der Bewehrungsanschlüsse auf der Baustelle.

Zu den Aufgaben der qualifizierten Führungskraft gehören u.a.:

- Beurteilen von Konstruktionszeichnungen im Hinblick auf die Vollständigkeit der Angaben für nachträglich eingemörtelte Bewehrungsstäbe,
- Erstellen und ggf. Prüfen von Leistungsbeschreibungen und Beurteilen der Durchführbarkeit der Bewehrungsanschlüsse,
- Erstellen von Arbeitsplänen (Arbeitsanweisungen),
- Beurteilen der fachlichen Qualifikation des eingesetzten Baustellenfachpersonals,
- Auswertung der Ergebnisse des Montageprotokolls.

5.3 Verantwortlicher Bauleiter

Bei der Herstellung der nachträglichen Bewehrungsanschlüsse mit eingemörtelten Bewehrungsstäben muss ein verantwortlicher und im Eignungsnachweis benannter Bauleiter auf der Baustelle darüber wachen, dass die Bewehrungsanschlüsse mit nachträglich eingemörtelten Bewehrungsstäben entsprechend den Bestimmungen dieser Richtlinie hergestellt werden.

Er hat für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Ausführung der Arbeiten zu sorgen und die Ausführung der Arbeiten zu überwachen. Dafür ist das vom Baustellenfachpersonal erstellte Montageprotokoll zu überprüfen und gegenzuzeichnen.

Der Bauleiter muss betontechnische und andere werkstofftechnische Kenntnisse, Fertigkeiten und praktische Erfahrung besitzen. Der Bauleiter muss entweder genauso qualifiziert wie die qualifizierte Führungskraft sein oder wie das Baustellenfachpersonal geschult sein.

5.4 Baustellenfachpersonal

Die Arbeiten müssen von einem im Eignungsnachweis benannten und gemäß Abschnitt 7 geschulten Baustellenfachpersonal ausgeführt werden, das insbesondere handwerklich ausgebildet ist und entsprechende Fertigkeiten und praktische Erfahrung besitzt.

Zu den Aufgaben des Baustellenfachpersonals gehören u. a.:

- praktisches Durchführen der Bohr-, Reinigungs-, Verfüll- und Versetzarbeiten nach Arbeitsplan. Bei Abweichungen ist dies im Montageprotokoll zu dokumentieren und der verantwortliche Bauleiter umgehend zu informieren.
- Führen des Montageprotokolls.

5.5 Geräteausstattung

Für die Herstellung von Bewehrungsanschlüssen mit nachträglich eingemörtelten Bewehrungsstäben müssen auf der Baustelle die in der Montageanweisung genannten Einrichtungen und Geräte vorhanden sein, welche eine fachgerechte Ausführung dieser Arbeiten ermöglichen. Es ist sicherzustellen, dass alle Geräte und Einrichtungen auf der Baustelle einwandfrei funktionieren.

Zu den Geräten und Einrichtungen gehören:

- Geräte für die lagegetreue Durchführung der Bohrung, (Bohrhilfe) Bohrständer für Diamantkernbohrgeräte,
- Geräte für die Reinigung der Bohrlöcher,
- Einrichtungen für die saubere und temperaturgerechte Lagerung des Injektionsmörtels,
- Funktionstüchtige Auspressgeräte und Mischerverlängerungen,
- Kompressor für ölfreie Druckluft von mindestens 6 bar.

6 Eignungsnachweis

Der Eignungsnachweis (siehe MHAVO) wird von einer anerkannten Prüfstelle (siehe PÜZ-Verzeichnis Teil IV) ausgestellt.

Hat diese Prüfstelle festgestellt, dass die Anforderungen an den Betrieb entsprechend Abschnitt 5.1, Ziffern (2) bis (4) erfüllt sind, so stellt sie hierüber einen Eignungsnachweis aus.

Der Eignungsnachweis wird für drei Jahre widerruflich erteilt. Auf Antrag an die Prüfstelle kann die Geltungsdauer des Eignungsnachweises um jeweils drei Jahre verlängert werden.

Vor jeder Verlängerung ist der Prüfstelle darzulegen, dass die o. g. Anforderungen an den Betrieb weiterhin eingehalten werden. Jeder Wechsel des im Eignungsnachweis benannten Personals ist der Prüfstelle anzuzeigen.

7 Schulung und Prüfung des Baustellenfachpersonals

7.1 Allgemeines

Das Baustellenfachpersonal ist gemäß den nachfolgenden Inhalten zu schulen. Nach erfolgter Schulung ist der ausreichende Kenntnisstand durch eine anerkannte Prüfstelle (siehe PÜZ-Verzeichnis Teil IV, lfd. Nr. ...) zu überprüfen.

Hat diese Prüfstelle festgestellt, dass die Schulung mit Erfolg durchgeführt wurde, so stellt sie dem Baustellenfachpersonal eine Bescheinigung über die erfolgreiche Schulungsteilnahme aus.

7.2 Inhalt der Schulung

- Sicherheitsvorkehrungen (Schutzbrille, Handschuhe usw.)
- Sicherstellen der Funktion der Geräte (wann ist ein Gerät nicht mehr in Ordnung)
- Bohrmethoden (welche sind für das System gültig und wie funktionieren sie, welche Eigenheiten usw.)
- Verwendung der Bohrhilfe (wann notwendig, warum notwendig, wie anzuwenden)
- Reinigungsmethoden (welche sind für das System gültig und wie funktionieren sie, welche Eigenheiten usw.)
- Spezielle Montagebedingungen (z. B. Überkopf, extreme Temperaturen)
- Arbeitsablauf (Hierarchie und Aufgaben der an der Planung und Herstellung beteiligten Personen; Mindestanforderungen an den Arbeitsplan; durchzuführende Kontrollen während und nach dem Setzvorgang; Verhalten bei Bewehrungstreffern, Fehlbohrungen oder fehlenden Informationen bzw. unvollständigem Arbeitsplan; Anforderungen und Kontrollen an die zusätzlichen benötigten Gerätschaften; Lagerung und Schutz der Gerätschaften und der Injektionsmasse; Führen des Montageprotokolls; Verhalten bei Unterbrechung der Arbeiten)

7.3 Inhalt der theoretischen Prüfung

Im Rahmen der theoretischen Prüfung ist durch das Baustellenfachpersonal in schriftlicher Form nachzuweisen, dass für das jeweilige System ausreichende Kenntnisse über die o. g. Inhalte der Schulung vorliegen.

7.4 Inhalt der praktischen Prüfung

Im Rahmen der praktischen Prüfung für das Baustellenfachpersonal sind folgende Aufgaben durchzuführen:

- Ausführung eines kompletten randnahen Übergreifungsstoßes ϕ = 12 mm, ℓ_v = 1,0 m in bewehrtem Beton nach Konstruktionszeichnungen mit Montageprotokoll
  - Loch bohren mit Bohrhilfe
  - Reinigen des Bohrloches entsprechend Montageanweisung des Herstellers (MPII)
  - Injektion mit akku- oder pneumatisch betriebenen Auspressgeräten
  - Einsetzen des Stabes
  - Schlusskontrolle und Selbstbewertung

- Einmörteln eines Bewehrungsstabes ϕ = 12 mm im verdeckten, transparenten Schaurohr mit ℓ_v = 60 cm
  - Die benötigte Zeit für die Injektion des Mörtels und das Einsetzen des Stabes ist jeweils zu messen.

Im Rahmen der praktischen Prüfung ist durch das Baustellenfachpersonal nachzuweisen, dass unter anderem ausreichende Kenntnisse zu folgenden Fragestellungen vorliegen:

- Wurde der Arbeitsplan auf die Vollständigkeit aller benötigten Angaben kontrolliert?
- Liegt vor Beginn der Arbeiten ein ausreichendes Verständnis für die auszuführende Arbeit vor?
- Entsprechen die verwendeten Geräte den Anforderungen der Zulassung und werden diese Geräte sicher beherrscht?
- Wird das Bohrloch an der richtigen Stelle gesetzt?
- Wird bei randnahen Bohrungen die Führungseinrichtung sicher gehandhabt?
- Entspricht die Winkelabweichung beim Bohren den zulässigen Toleranzen?
- Erfolgt die Bohrlochreinigung entsprechend den Montageanweisungen?
- Wird die Verankerungslänge des Bewehrungsstabes richtig markiert und die Gängigkeit im Bohrloch kontrolliert?

- Werden die Foliengebinde hinsichtlich Temperatur und Verfallsdatum überprüft?
- Werden die Foliengebinde korrekt aufgebrochen und für den Gebindewechsel vorbereitet?
- Werden die Injektionsgeräte entsprechend den Montageanweisungen gehandhabt? Wird die Füllmarke auf der Mischerverlängerung richtig angebracht?
- Liegt der markierte Bewehrungsstab vor Beginn der Injektion griffbereit?
- Wird die erforderliche Menge Mörtel beim Aufbrechen eines neuen Gebindes verworfen?
- Entspricht die Injektion des Mörtels den Vorgaben der Montageanweisung für ein vollständiges und hohlraumfreies Verfüllen?
- Wird der Bewehrungsstab ordnungsgemäß bis zur Markierung der Verankerungstiefe gesetzt?
- Tritt Mörtel am Bohrlochmund aus?
- Wurde vom Beginn des Injizierens bis zum Setzen des Bewehrungsstabes die zulässige Verarbeitungszeit eingehalten?
- Wurden Mängel während oder nach Herstellung des Bewehrungsanschlusses erkannt und fachgerecht korrigiert?
- Wurde das Montageprotokoll vollständig und richtig geführt?

Anlage 1 – Anwendungsbereiche

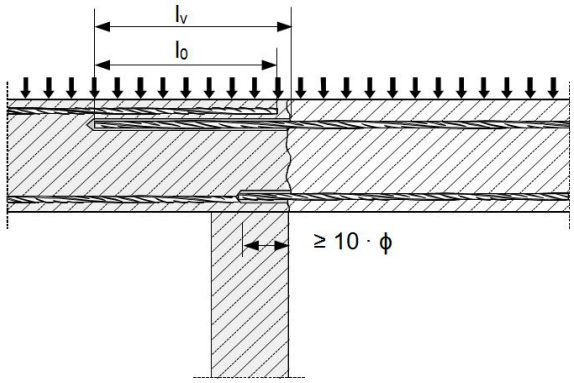


Bild 1: Übergreifungsstoß mit bestehender Bewehrung für Bewehrungsanschlüsse von Platten und Balken

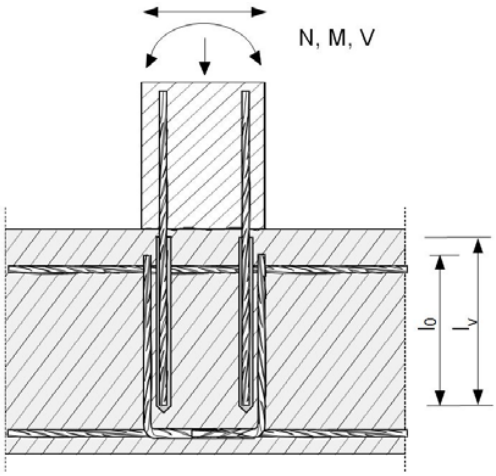


Bild 2: Übergreifungsstoß mit bestehender Bewehrung einer biegebeanspruchten Stütze oder Wand an ein Fundament. Die Bewehrungsstäbe sind zugbeansprucht.

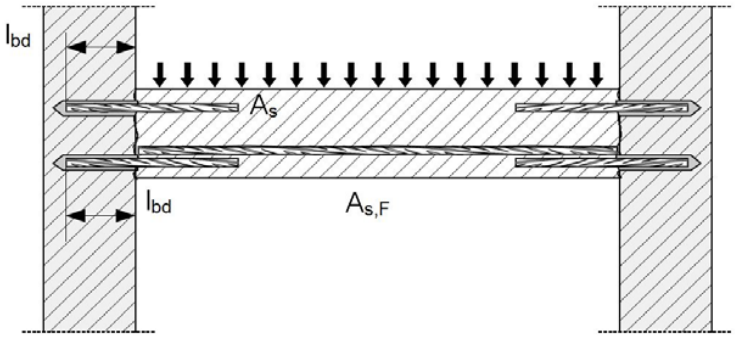


Bild 3: Endverankerung von Platten oder Balken

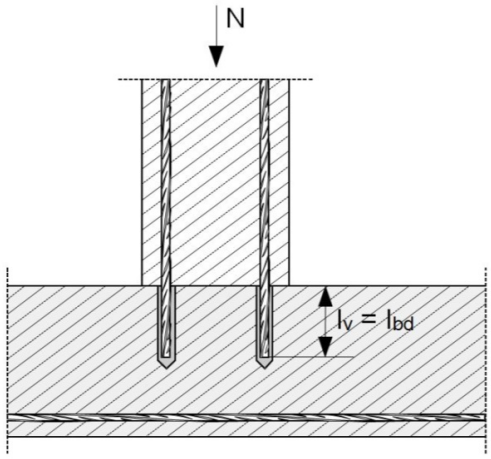


Bild 4: Bewehrungsanschlüsse überwiegend auf Druck beanspruchter Bauteile

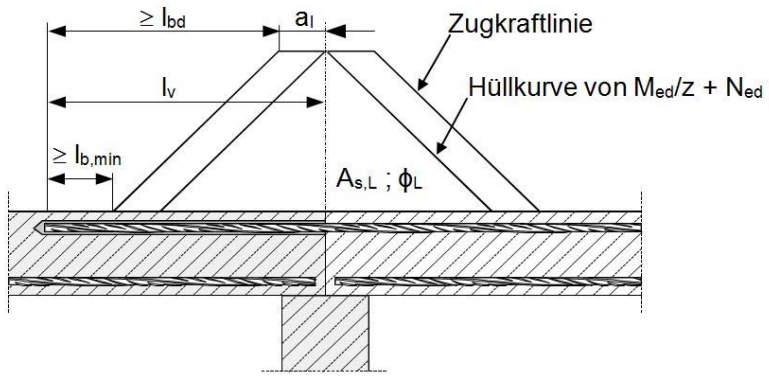
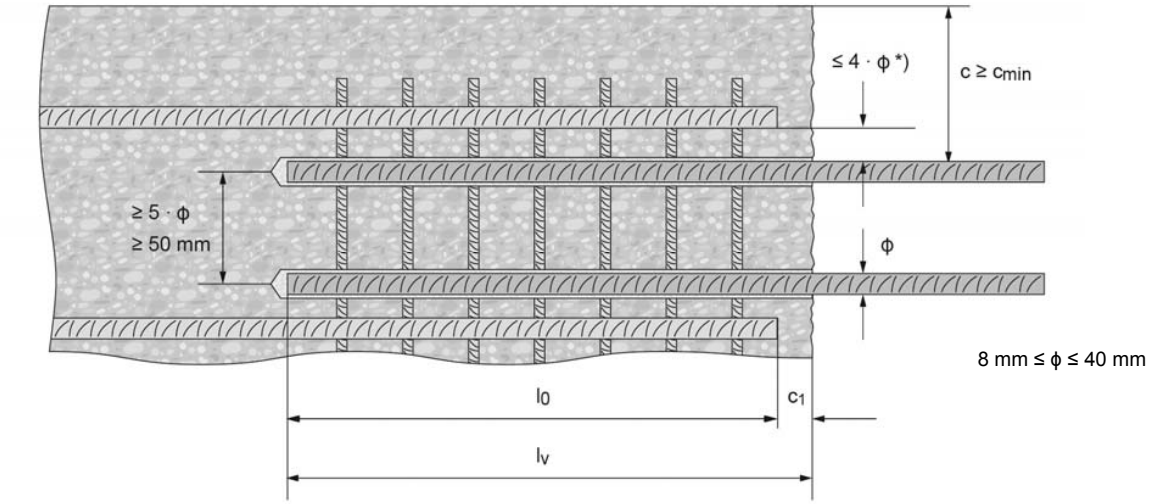


Bild 5: Verankerung von Bewehrung zur Abdeckung der Zugkraftlinie im auf Biegung beanspruchten Bauteil

Bemerkungen:

- In Bild 1 bis Bild 5 ist keine Querbewehrung dargestellt. Die nach DIN EN 1992-1-1:2004+AC:2010 erforderliche Querbewehrung muss vorhanden sein.
- Die Querkraftübertragung zwischen bestehendem und neuem Beton ist gemäß DIN EN 1992-1-1:2004+AC:2010 zu bemessen.

Anlage 2 – Allgemeine Konstruktionsregeln



*) Ist der lichte Abstand der gestoßenen Stäbe größer als 4 · ϕ, so muss die Übergreifungslänge um die Differenz zwischen dem vorhandenen lichten Stababstand und 4 · ϕ vergrößert werden.

c Betondeckung des eingemörtelten Betonstabs
c_1 Betondeckung an der Stirnseite des einbetonierten Betonstabs
c_{min} Mindestbetondeckung gemäß Tabelle 1 und DIN EN 1992-1-1:2004+AC:2010, Abschnitt 4.4.1.2
ϕ Durchmesser des Betonstabs
l_0 Länge des Übergreifungsstoßes gemäß der DIN EN 1992-1-1:2004+AC:2010, Abschnitt 8.7.3
l_v Setztiefe ≥ $l_0 + c_1$
d_0 Bohrernenndurchmesser

Anhang 2

Verankerungen in Beton mit einbetonierten oder nachträglich gesetzten Befestigungsmitteln – Anforderung an Planung, Bemessung und Ausführung

Stand: Juni 2016

1 Anwendungsbereich

Diese Technische Regel gilt für Verankerungen in Beton, die mit Befestigungsmitteln ausgeführt werden, die eine Europäische Technische Bewertung/Zulassung (ETA) nach folgenden technischen Spezifikationen haben:

- EAD 330008-02-0601 „Ankerschienen“
- EAD 330084-00-0601 „Ankerplatten mit Kopfbolzen“
- EAD 330232-00-0601 „Mechanische Dübel zur Verwendung im Beton“
- EAD 330499-00-0601 „Verbunddübel zur Verwendung im Beton“
- EAD 330747-00-0601 „Dübel zur Verwendung im Beton zur Verankerung von redundanten, nichttragenden Systemen“
- ETAG 001 „Metalldübel zur Verankerung in Beton“
- ETAG 020 „Kunststoffdübel“.

2 Planung

2.1 Allgemeines

Die Verankerungen sind ingenieurmäßig zu planen. Unter Berücksichtigung der zu verankernden Lasten sind prüfbare Konstruktionszeichnungen anzufertigen.

Dabei sind die Bestimmungen der jeweiligen ETA zu beachten. Insbesondere sind dies:

- Unterscheidung in gerissenen oder ungerissenen Beton
- Betonfestigkeitsklasse des Verankerungsgrundes
- minimale Bauteildicke
- minimale Achs- und Randabstände
- Grenzwerte für Umgebungs- und Bauteiltemperaturen.

2.2 Verankerungen von redundanten, nichttragenden (non-structural) Systemen

Redundante, nichttragende (non-structural) Systeme sind wie folgt definiert:
$n_1 \geq 4$; $n_2 \geq 1$ und $n_3 \leq 3{,}0$ kN oder
$n_1 \geq 3$; $n_2 \geq 1$ und $n_3 \leq 2{,}0$ kN.
n_1 = Anzahl von Befestigungsstellen
n_2 = Anzahl von Dübeln je Befestigungsstelle
n_3 = Bemessungswert der Einwirkungen N_{Sd} (kN) einer Befestigungsstelle

2.3 Verankerungen in baulichen Anlagen unter seismischer Einwirkung

Für Verankerungen in baulichen Anlagen unter seismischer Einwirkung dürfen in den Erdbebenzonen Deutschlands alle unter Abschnitt 1 genannten Befestigungsmittel verwendet werden. Die Verankerungen sind entsprechend den in Abschnitt 3 genannten Bemessungsverfahren für statische und quasi-statische Einwirkungen zu bemessen.

2.4 Verankerungen in Kernkraftwerken und anderen kerntechnischen Anlagen

Für Verankerungen in Kernkraftwerken und anderen kerntechnischen Anlagen sind die Bestimmungen des DIBt Leitfadens „Dübelbefestigungen in Kernkraftwerken und anderen kerntechnischen Anlagen“ zu beachten.

3 Bemessung

3.1 Allgemeines

Die Verankerungen sind ingenieurmäßig zu bemessen. Unter Berücksichtigung der zu verankernden Lasten sind prüfbare Berechnungen anzufertigen.

Abhängig von der Art des Befestigungsmittels sind für die Bemessung der Verankerungen folgende Bemessungsmethoden anzuwenden:

- ETAG 001, Anhang C oder
- DIN SPEC 1021-4 oder
- EOTA TR 029 oder
- ETAG 020, Anhang C.

Eine Vermischung der oben genannten Bemessungsmethoden ist nicht zulässig.
Die für die Bemessung erforderlichen Produktmerkmale (charakteristischen Werte der Tragfähigkeit, Achs- und Randabstände, Montagekennwerte) sind den entsprechenden ETA zu entnehmen.
Der Nachweis der unmittelbaren örtlichen Krafteinleitung in den Beton gilt unter Beachtung der Bestimmungen der jeweiligen ETA als erbracht.
Die Weiterleitung der zu verankernden Lasten im Bauteil ist nachzuweisen.

3.2 Verankerungen in Kernkraftwerken und anderen kerntechnischen Anlagen

Bei der Bemessung von Verankerungen in Kernkraftwerken und anderen kerntechnischen Anlagen sind zusätzlich die Bestimmungen des DIBt Leitfadens „Dübelbefestigungen in Kernkraftwerken und anderen kerntechnischen Anlagen“ zu beachten.

3.3 Verankerungen mit Anforderungen an den Feuerwiderstand

Bei der Bemessung von Verankerungen mit Anforderungen an den Feuerwiderstand sind zusätzlich die Bestimmungen des EOTA TR 020 zu beachten.

4 Ausführung

Bezüglich Ausführung sind die Bestimmungen des DIBt-Papiers „Hinweise für die Montage von Dübelverankerungen" vom Oktober 2010 (www.dibt.de) zu beachten.

Anhang 3

Verankerungen in Mauerwerk mit nachträglich gesetzten Befestigungsmitteln – Anforderung an Planung, Bemessung und Ausführung

Stand: Juni 2016

1 Anwendungsbereich

Diese Technische Regel gilt für Verankerungen in Mauerwerk, die mit Befestigungsmitteln ausgeführt werden, die eine Europäische Technische Bewertung/Zulassung (ETA) nach folgenden technischen Spezifikationen haben:

- EAD 330076-00-0604 „Metall-Injektionsdübel zur Verankerung in Mauerwerk“
- ETAG 029 „Metall-Injektionsdübel zur Verankerung in Mauerwerk“
- ETAG 020 „Kunststoffdübel“.

2 Planung

Die Verankerungen sind ingenieurmäßig zu planen. Unter Berücksichtigung der zu verankernden Lasten sind prüfbare Konstruktionszeichnungen anzufertigen.

Dabei sind die Bestimmungen der jeweiligen ETA zu beachten. Insbesondere sind dies:

- Unterscheidung der Verankerungsgründe
- Festigkeitsklasse des Verankerungsgrundes
- minimale Bauteildicke
- minimale Achs- und Randabstände
- Grenzwerte für Umgebungs- und Bauteiltemperaturen.

3 Bemessung

Die Verankerungen sind ingenieurmäßig zu bemessen. Unter Berücksichtigung der zu verankernden Lasten sind prüfbare Berechnungen anzufertigen.

Abhängig von der Art des Befestigungsmittels sind für die Bemessung der Verankerungen folgende Bemessungsmethoden anzuwenden:

- ETAG 029, Anhang C oder
- ETAG 020, Anhang C.

Eine Vermischung der oben genannten Bemessungsmethoden ist nicht zulässig.
Die für die Bemessung erforderlichen Produktmerkmale (charakteristischen Werte der Tragfähigkeit, Achs- und Randabstände, Montagekennwerte) sind den entsprechenden ETA zu entnehmen.
Der Nachweis der unmittelbaren örtlichen Krafteinleitung in das Mauerwerk gilt unter Beachtung der Bestimmungen der jeweiligen ETA als erbracht.
Die Weiterleitung der zu verankernden Lasten im Bauteil ist nachzuweisen.

4 Ausführung

Bezüglich Ausführung sind die Bestimmungen des DIBt-Papiers „Hinweise für die Montage von Dübelverankerungen" vom Oktober 2010 (www.dibt.de) zu beachten.

Anhang 4

Bauaufsichtliche Anforderungen, Zuordnung der Klassen, Verwendung von Bauprodukten, Anwendung von Bauarten

Stand: Juni 2016

1 Teile von baulichen Anlagen, an die Anforderungen an das Brandverhalten gestellt werden

1.1 Allgemeines

Zum Nachweis des Brandverhaltens von Teilen baulicher Anlagen nach Technischen Baubestimmungen, die in C 2 genannt sind, oder nach Verwendbarkeitsnachweisen gemäß Art. 17 BayBO, erfolgt die Zuordnung der Baustoffklassen nach DIN 4102-1:1998-05 zu den Anforderungen nach A 2.1.2 in Abschnitt 1.2.

Zum Nachweis des Brandverhaltens von Teilen baulicher Anlagen, bei denen Bauprodukte nach harmonisierten technischen Spezifikationen nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 verwendet werden, erfolgt die Zuordnung der Klassen nach DIN EN 13501-1:2010-01 zu den Anforderungen nach A 2.1.2 in Abschnitt 1.3.

1.2 Bauaufsichtliche Anforderungen und Baustoffklassen nach DIN 4102-1:1998-05 und weitere Angaben

Tabelle 1.2.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Baustoffklassen nach DIN 4102-1:1998-05 für Baustoffe (einschließlich Bodenbeläge und lineare Rohrdämmstoffe) und weitere Angaben

Bauaufsichtliche Anforderung nach A 2.1.2	Mindestens geeignete Baustoffklassen nach DIN 4102-1:1998-05 und weitere Angaben
nichtbrennbar[1]	A 2
schwerentflammbar	B 1 und begrenzte Rauchentwicklung (I ≤ 400 % x Min. bei Prüfung nach DIN 4102-15:1990-05)
schwerentflammbar und nicht brennend abfallend oder abtropfend	B 1 und nicht brennend abfallend oder abtropfend sowie begrenzte Rauchentwicklung (I ≤ 400 % x Min. bei Prüfung nach DIN 4102-15:1990-05)
schwerentflammbar und geringe Rauchentwicklung	B1 und geringe Rauchentwicklung (I ≤ 100 % x Min. bei Prüfung nach DIN 4102-15:1990-05)
schwerentflammbar und nicht brennend abfallend oder abtropfend sowie geringe Rauchentwicklung	B1 und nicht brennend abfallend oder abtropfend sowie geringe Rauchentwicklung (I ≤ 100 % x Min. bei Prüfung nach DIN 4102-15:1990-05)
normalentflammbar nicht brennend abfallend oder abtropfend	B 2
normalentflammbar	B 2 (auch brennend abfallend oder abtropfend)
[1] ggf. zusätzlich Schmelzpunkt > 1000 °C	Angabe: Schmelzpunkt von mindestens 1000 °C nach DIN 4102-17:1990-12

Für schwerentflammbare und normalentflammbare Bauprodukte – ausgenommen Bodenbeläge – werden bei den Prüfungen nach DIN 4102-1:1998-05 Ergebnisse über das brennende Abtropfen oder das Abfallen brennender Probenteile festgestellt, bei den schwerentflammbaren Bauprodukten außerdem Werte über die Rauchentwicklung. Tritt brennendes Abtropfen/Abfallen auf bzw. wird bei schwerentflammbaren Bauprodukten – ausgenommen Bodenbeläge – der Grenzwert für die Rauchentwicklung überschritten, ist dies zusätzlich zur Baustoffklassifizierung mit dem Ü-Zeichen anzugeben.

1.3 Bauaufsichtliche Anforderungen und Klassen nach DIN EN 13501-1:2010-01

Für die Verwendung in baulichen Anlagen ist für Bauprodukte, einschließlich deren Bestandteile, nach den europäisch harmonisierten Normen, nach den Europäischen Technischen Bewertungen bzw. Europäischen Technischen Zulassungen, die bis zum Zeitpunkt der Bekanntmachung dieser technischen Regel gemäß Verordnung (EU) 305/2011 veröffentlicht sind, die Tabelle 1.3.1 zu beachten.

Tabelle 1.3.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Klassen nach DIN EN 13501-1:2010-01

Bauaufsichtliche Anforderungen, konkretisiert durch A 2.1.2	**Mindestens geeignete Klassen nach DIN EN 13501-1:2010-01**		
	Bauprodukte, ausgenommen lineare Rohrdämmstoffe und Bodenbeläge	lineare Rohrdämmstoffe	Bodenbeläge
nichtbrennbar[1]	A2 – s1,d0	$A2_L$ – s1,d0	$A2_{fl}$ – s1
schwerentflammbar und nicht brennend abfallend oder abtropfend, sowie geringe Rauchentwicklung	C – s1,d0	C_L – s1,d0	-
schwerentflammbar und nicht brennend abfallend oder abtropfend	C – s3,d0	C_L – s3,d0	-
schwerentflammbar und geringe Rauchentwicklung	C – s1,d2	C_L – s1,d2	C_{fl} – s1
schwerentflammbar	C – s3,d2	C_L – s3,d2	C_{fl} – s1
normalentflammbar und nicht brennend abfallend oder abtropfend	E	E_L	-
normalentflammbar	E – d2	E_L – d2	E_{fl}
[1] ggf. zusätzlich Schmelzpunkt > 1000 °C	-	-	-

Erläuterungen zu Tabelle 1.3.1:

Herleitung des Kurzzeichens	**Kriterium**	**Anwendungsbereich**
s (Smoke)	Rauchentwicklung	Anforderungen an die Rauchentwicklung ■ s1: geringe Rauchentwicklung ■ s2, s3: begrenzte Rauchentwicklung
d (Droplets)	brennendes Abtropfen/Abfallen	Anforderungen an das brennende Abtropfen/Abfallen ■ d0: kein brennendes Abtropfen/Abfallen ■ d1, d2: brennendes Abtropfen/Abfallen
....fl (Floorings)		Brandverhaltensklasse für Bodenbeläge
…L (Linear Pipe Thermal Insulation Products)		Brandverhaltensklasse für Produkte zur Wärmedämmung von linearen Rohren

Bauprodukte können aufgrund von EU-Rechtsvorschriften (Entscheidungen, Delegierte Rechtsakte) ohne weitere Prüfung hinsichtlich des Brandverhaltens klassifiziert werden.
Fundstelle: http://eur-lex.europa.eu, www.dibt.de → Geschäftsfelder → Das DIBt in Europa → Kommission-Brandschutz

2 Elektrische Kabel und elektrische Kabelanlagen

2.1 Elektrische Kabel

2.1.1 Bauaufsichtliche Anforderungen und Baustoffklassen nach DIN 4102-1:1998-05 und weitere Angaben

Zum Nachweis des Brandverhaltens für elektrische Kabel nach Technischen Baubestimmungen oder nach Verwendbarkeitsnachweisen gemäß Art. 17 BayBO können die Zuordnung der Baustoffklassen nach DIN 4102-1:1998-05 zu den Anforderungen nach A 2.1.2 der Tabelle 2.1.1 und weitere Angaben entnommen werden.

Tabelle 2.1.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Baustoffklasse nach DIN 4102-1:1998-05 und weitere Angaben

Bauaufsichtliche Anforderung, konkretisiert durch A 2.1.2	Mindestens geeignete Baustoffklasse nach DIN 4102-1:1998-05 und weitere Angaben
nichtbrennbar	A2
schwerentflammbar	B1 und begrenzte Rauchentwicklung (I ≤ 400 % x Min. bei Prüfung nach DIN 4102-15:1990-05)
schwerentflammbar und mit geringer Rauchentwicklung	B1 und geringe Rauchentwicklung (I ≤ 100 % x Min. bei Prüfung nach DIN 4102-15:1990-05)
normalentflammbar	B2 (auch brennend abfallend oder abtropfend)

2.1.2 Bauaufsichtliche Anforderungen und Klassen nach DIN EN 13501-6:2014-07

Für die Verwendung in baulichen Anlagen ist für elektrische Kabel, nach den europäisch harmonisierten Normen, nach den Europäischen Technischen Bewertungen oder nach den europäischen technischen Zulassungen, die bis zum Zeitpunkt der Bekanntmachung dieser technischen Regel gemäß Verordnung (EU) 305/2011 veröffentlicht sind, die Tabelle 2.1.2 zu beachten.

Tabelle 2.1.2: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Brandverhaltensklasse nach-DIN EN 13501-6:2014-07

Bauaufsichtliche Anforderung, konkretisiert durch A 2.1.2	Mindestens geeignete Klassen nach DIN EN 13501-6:2014-07 und weitere Angaben
nichtbrennbar	A_{ca}
schwerentflammbar	$B1_{ca}$ –s3
schwerentflammbar und mit geringer Rauchentwicklung	$B1_{ca}$ -s1
normalentflammbar	E_{ca}

2.2 Elektrische Kabelanlagen

Zum Nachweis des Funktionserhalts elektrischer Kabelanlagen unter Brandeinwirkung für Bauarten gemäß Art. 15 BayBO kann die Zuordnung der Funktionserhaltsklassen nach DIN 4102-12:1998-11 zu den Anforderungen nach A 2.1.14 in Verbindung mit der technischen Regel A 2.2.1.8 der Tabelle 2.2.1 entnommen werden.

Tabelle 2.2.1: Bauaufsichtliche Anforderungen und Zuordnung der Funktionserhaltsklasse nach DIN 4102-12:1998-11

Funktionserhalt in Minuten konkretisiert durch A 2.2.1.8	Funktionserhaltsklasse nach DIN 4102-12:1998-11
≥ 30	E 30
≥ 60	E 60
≥ 90	E 90

3 Bedachungen

Zum Nachweis der Eigenschaft einer Bedachung als Teil der baulichen Anlage bei einer Brandbeanspruchung von außen gegen Flugfeuer und strahlende Wärme (harte Bedachung) erfolgt die Zuordnung als widerstandsfähig gegen Flugfeuer und strahlende Wärme geltende Bedachung nach DIN 4102-7:1987-03 in Verbindung mit DIN SPEC 4102-23:2011-10.

Tabelle 3.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Klasse nach DIN 4102-7:1987-03

Bauaufsichtliche Anforderung	DIN 4102-7:1987-03
Brandbeanspruchung von außen durch Flugfeuer und strahlende Wärme (harte Bedachung)	Widerstandsfähigkeit von Bedachungen gegen Flugfeuer und strahlende Wärme

Zum Nachweis einer harten Bedachung unter Verwendung von Bauprodukten (DIN EN 494, DIN EN 534, DIN EN 13707, DIN EN 13956, DIN EN 14351-1 und DIN EN 14963), die die CE-Kennzeichnung aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 tragen, ist Tabelle 3.2 zu beachten.

Tabelle 3.2: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Bauteilklasse nach DIN EN 13501-5:2010-02

Bauaufsichtliche Anforderung	DIN EN 13501-5:2010-02
Brandbeanspruchung von außen durch Flugfeuer und strahlende Wärme (harte Bedachung)	$B_{ROOF}(t1)$*

* Wenn im Rahmen der CE-Kennzeichnung die Klasse $B_{ROOF}(t1)$, Beanspruchung durch Feuer von außen gemäß DIN EN 13501-5, angegeben wird, gilt diese für die Bedachung nur, wenn die Ausführung der Bedachung den Ausführungen im zugehörigen Klassifizierungsdokument, in delegierten Rechtsakten oder in einer Entscheidung der Europäischen Kommission hinsichtlich des Brandverhaltens entspricht. Ist dies nicht der Fall, bedarf es für die harte Bedachung als Bauart eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses.

4 Bauteile

4.1 Tragende Bauteile

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von tragenden Teilen baulicher Anlagen nach Technischen Baubestimmungen, die in C 2 genannt sind, oder nach Verwendbarkeitsnachweisen gemäß Art. 17 BayBO oder für Bauarten gemäß Art. 15 BayBO, kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN 4102 zu den Anforderungen A 2.1.3 dem Abschnitt 4.2 Tabelle 4.2.3 entnommen werden.

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von tragenden Teilen baulicher Anlagen für Bauteile und Bauprodukte, nach den europäisch harmonisierten Normen, nach den Europäischen Technischen Bewertungen oder nach den Europäischen Technischen Zulassungen, die bis zum Zeitpunkt der Bekanntmachung dieser technischen Regel gemäß Verordnung (EU) 305/2011 veröffentlicht sind, sind die Tabellen 4.1.1, 4.1.2, 4.2.1 und 4.2.2 zu beachten.

Tabelle 4.1.1: Bauaufsichtliche Anforderung zur Feuerwiderstandsfähigkeit an tragende Teile und die Bemessung nach Eurocode

Bauaufsichtliche Anforderung	**Eurocode 1992-1999** rechnerisch ermittelter Wert x bei Einwirkung ETK in Min.***	**Anwendungsregel für rechnerisch bemessene Bauarten unter Verwendung bestimmter Baustoffe**
feuerhemmend	≥ 30 und < 60	DIN 4102-4:2016-05
feuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	≥ 30 und < 60, für Eurocode 1995 nicht ermittelbar (Baustoff)	DIN 4102-4:2016-05
hochfeuerhemmend (tragende Teile brennbar, Dämmstoffe nichtbrennbar* mit brandschutztechnisch wirksamer Bekleidung aus nichtbrennbaren* Baustoffen)	≥ 60 und < 90	-****
hochfeuerhemmend und in den wesentlichen Teilen aus nichtbrennbaren* Baustoffen hochfeuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	≥ 60 und < 90	DIN 4102-4:2016-05
feuerbeständig (tragende und aussteifende Teile nichtbrennbar*) feuerbeständig und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	≥ 90	DIN 4102-4:2016-05
Brandwand (feuerbeständig und aus nichtbrennbaren* Baustoffen) Wand anstelle einer Brandwand (hochfeuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung standsicher)	nicht ermittelbar	-
Gebäudeabschlusswände, die jeweils von innen nach außen die Feuerwiderstandsfähigkeit der tragenden und aussteifenden Teile des Gebäudes, mindestens jedoch feuerhemmende Bauteile, und von außen nach innen die Feuerwiderstandsfähigkeit feuerbeständiger Bauteile haben	nicht ermittelbar (aber zulässig, wenn ≥ 90 ermittelt)	-
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Min	≥ 120	-

* Hinsichtlich der Anforderungen gilt Tabelle 1.2.1.
** DIN EN 1992-1-2:2010-12, DIN EN 1993-1-2:2010-12, DIN EN 1994-1-2:2010-12, DIN EN 1999-1-2:2010-12, DIN EN 1996-1-2:2011-04
*** Die Bemessung nach Eurocode berücksichtigt das Brandverhalten der Baustoffe nicht. Es gilt Tabelle 1.3.1.
**** Für DIN EN 1995 nicht zutreffend.

Tabelle 4.1.2: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung von Festlegungen von Klassen gemäß Eurocode DIN EN 1992-1-2:2010-12, DIN EN 1994-1-2:2010-12, DIN EN 1996-1-2/NA:2012-01

Bauaufsichtliche Anforderung	Klassen nach Eurocode**	Festlegungen und Anwendungsregeln unter Verwendung bestimmter Baustoffe***
feuerhemmend	R30	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 DIN EN 1994-1-2:2010-12, Abschnitt 4 DIN EN 1996-1-2/NA2012-01, zu Anhang B und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05
feuerhemmend und aus nicht-brennbaren* Baustoffen	R30	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 DIN EN 1994-1-2:2010-12, Abschnitt 4 DIN EN 1996-1-2/NA:2012-01, zu Anhang B und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05
hochfeuerhemmend (tragende Teile brennbar, Dämm-stoffe nichtbrennbar* mit brand-schutztechnisch wirksamer Bekleidung aus nichtbrennbaren* Baustoffen)	-	-
hochfeuerhemmend und in den wesentlichen Teilen aus nichtbrennbaren* Baustoffen hochfeuerhemmend und aus nicht-brennbaren* Baustoffen	R60	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 DIN EN 1994-1-2:2010-12, Abschnitt 4 DIN EN 1996-1-2/NA:2012-01, zu Anhang B und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05
feuerbeständig (tragende und aus-steifende Teile nichtbrennbar*) feuerbeständig und aus nichtbrenn-baren* Baustoffen	R90	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 DIN EN 1994-1-2:2010-12, Abschnitt 4 DIN EN 1996-1-2/NA:2012-01, zu Anhang B und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Min	R120	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 DIN EN 1994-1-2:2010-12, Abschnitt 4 DIN EN 1996-1-2/NA:2012-01, zu Anhang B und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05

* Hinsichtlich der Anforderungen gilt Tabelle 1.2.1.
** Die Klasse nach Eurocode berücksichtigt das Brandverhalten der Baustoffe nicht. Es gilt Tabelle 1.3.1.
*** Hinsichtlich der Anforderungen gilt Tabelle 1.2.1 oder Tabelle 1.3.1.

4.2 Raumabschließende Bauteile

Tabelle 4.2.1: Bauaufsichtliche Anforderung zur Feuerwiderstandsfähigkeit an raumabschließende Wände und die Zuordnung von Festlegungen von Klassen gemäß Eurocode

Bauaufsichtliche Anforderung	Klassen nach Eurocode**	Festlegungen und Anwendungsregeln unter Verwendung bestimmter Baustoffe***
feuerhemmend	EI30	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 DIN EN 1996-1-2/NA:2012-01, zu Anhang B und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05
feuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	EI30	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 DIN EN 1996-1-2/NA:2012-01, zu Anhang B und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05
hochfeuerhemmend (tragende Teile brennbar, Dämmstoffe nichtbrennbar* mit brandschutztechnisch wirksamer Bekleidung aus nichtbrennbaren* Baustoffen)	-	-
hochfeuerhemmend und in den wesentlichen Teilen aus nichtbrennbaren* Baustoffen hochfeuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	EI60	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 DIN EN 1996-1-2/NA:2012-01, zu Anhang B und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05
feuerbeständig (tragende und aussteifende Teile nichtbrennbar*) feuerbeständig und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	EI90	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 DIN EN 1996-1-2/NA2012-01, zu Anhang B und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Min	EI120	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 DIN EN 1996-1-2/NA:2012-01, zu Anhang B und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05

* Hinsichtlich der Anforderungen gilt Tabelle 1.2.1.
** Die Klasse nach Eurocode berücksichtigt das Brandverhalten der Baustoffe nicht. Es gilt Tabelle 1.3.1.
*** Hinsichtlich der Anforderungen gilt Tabelle 1.2.1 oder Tabelle 1.3.1.

Tabelle 4.2.2: Bauaufsichtliche Anforderung zur Feuerwiderstandsfähigkeit an tragende und raumabschließende Decken und die Zuordnung von Festlegungen von Klassen gemäß Eurocode

Bauaufsichtliche Anforderung	Klassen nach Eurocode**	Festlegungen und Anwendungsregeln unter Verwendung bestimmter Baustoffe***
feuerhemmend	REI30	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05
feuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	REI30	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05
hochfeuerhemmend (tragende Teile brennbar, Dämmstoffe nichtbrennbar* mit brandschutztechnisch wirksamer Bekleidung)	-	-
hochfeuerhemmend und in den wesentlichen Teilen aus nichtbrennbaren* Baustoffen hochfeuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	REI60	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05
feuerbeständig (tragende und aussteifende Teile nichtbrennbar*) feuerbeständig und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	REI90	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Min	REI120	DIN EN 1992-1-2:2010-12, Abschnitt 5 und zusätzlich gilt DIN 4102-4:2016-05

* Hinsichtlich der Anforderungen gilt Tabelle 1.2.1.
** Die Klasse nach Eurocode berücksichtigt das Brandverhalten der Baustoffe nicht. Es gilt Tabelle 1.3.1.
*** Hinsichtlich der Anforderungen gilt Tabelle 1.2.1 oder Tabelle 1.3.1.

Tabelle 4.2.3: Bauaufsichtliche Anforderungen und Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach DIN 4102-2:1977-09, -3:1977-09 für tragende Bauteile, Innenwände, Außenwände, selbstständige Unterdecken, Dächer, Treppen, Doppelböden, Brandwände

Bauaufsichtliche Anforderung	Klassen nach DIN 4102-2:1977-09	Kurzbezeichnung nach DIN 4102-2:1977-09
feuerhemmend	Feuerwiderstandsklasse F 30	F 30 - B[1]
feuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	Feuerwiderstandsklasse F 30 und aus nichtbrennbaren Baustoffen	F 30 - A[1]
hochfeuerhemmend und in den wesentlichen Teilen aus nichtbrennbaren Baustoffen**	Feuerwiderstandsklasse F 60 und in den wesentlichen Teilen aus nichtbrennbaren Baustoffen	F 60 – AB[2,3]
hochfeuerhemmend (tragende Teile brennbar, Dämmstoffe nichtbrennbar* mit brandschutztechnisch wirksamer Bekleidung)	-	-
hochfeuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	Feuerwiderstandsklasse F 60 und aus nichtbrennbaren Baustoffen	F 60 - A[2,3]
feuerbeständig (tragende und aussteifende Teile nicht brennbar*)	Feuerwiderstandsklasse F 90 und in den wesentlichen Teilen aus nichtbrennbaren Baustoffen	F 90 - AB[4,5]
feuerbeständig und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	Feuerwiderstandsklasse F 90 und aus nichtbrennbaren Baustoffen	F 90 - A[4,5]
Brandwand (feuerbeständig und aus nichtbrennbaren* Baustoffen)	Brandwand	-
Wand anstelle einer Brandwand (hochfeuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung standsicher)	hochfeuerhemmende Wand anstelle einer Brandwand und aus nichtbrennbaren Baustoffen auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung standsicher (Wand anstelle einer Brandwand)	-
Gebäudeabschlusswände, die jeweils von innen nach außen die Feuerwiderstandsfähigkeit der tragenden und aussteifenden Teile des Gebäudes, mindestens jedoch feuerhemmende Bauteile, und von außen nach innen die Feuerwiderstandsfähigkeit feuerbeständiger Bauteile haben	Gebäudeabschlusswände, die jeweils von innen nach außen die Feuerwiderstandsfähigkeit der tragenden und aussteifenden Teile des Gebäudes, mindestens jedoch feuerhemmende Bauteile, und von außen nach innen die Feuerwiderstandsfähigkeit feuerbeständiger Bauteile haben	F 30 - B (von innen) und F90 - B (von außen)

1 Bei nichttragenden Außenwänden auch W 30 zulässig.
2 Der Nachweis und die Zuordnung erfolgen nach Tabelle 4.3.1.
3 Bei nichttragenden Außenwänden auch W 60 zulässig.
4 Bei nichttragenden Außenwänden auch W 90 zulässig.
5 Tragende Bauteile müssen nach DIN 4102-2:1977-09, Abschnitt 6.2.2.6, unter entsprechender Last geprüft sein.
* Hinsichtlich der Anforderungen gilt Tabelle 1.2.1.
** In Bauteilebene durchgehende Schicht aus nichtbrennbaren Baustoffen.

4.3 Verwendung von Bauprodukten und Bausätzen nach harmonisierten technischen Spezifikationen für tragende und raumabschließende Bauteile

Hinweis:
Die europäische Klassifizierung der Feuerwiderstandsfähigkeit berücksichtigt nicht das Brandverhalten der Teile der baulichen Anlage.

Tabelle 4.3.1: Bauaufsichtliche Anforderungen zur Feuerwiderstandsfähigkeit einschließlich Brandverhalten; Angaben zu (*erforderlichen)* Leistungen von Bauprodukten und Bausätzen nach harmonisierten technischen Spezifikationen, Klassifizierung nach DIN EN 13501-2:2010-02

Bauaufsichtliche Anforderung	**Tragende Bauteile**		
	ohne Raumabschluss[1]	**mit Raumabschluss**	**Brandverhalten, mindestens geeignete Klassen nach DIN EN 13501-1:2010-01**
feuerhemmend	R 30	REI 30	E – d2
feuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	R 30	REI 30	A2 – s1,d0**
hochfeuerhemmend (tragende Teile brennbar, Dämmstoffe nichtbrennbar* mit brandschutztechnisch wirksamer Bekleidung)	R 60-$K_2$60	REI 60-$K_2$60	tragende und aussteifende Teile E, im Übrigen A2 – s1,d0**
hochfeuerhemmend und in den wesentlichen Teilen aus nichtbrennbaren* Baustoffen	R 60	REI 60[2]	A2 – s1,d0**
Wand anstelle einer Brandwand (hochfeuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung standsicher)	-	REI 60-M	A2 – s1,d0**
Wand anstelle einer Brandwand (hochfeuerhemmend (tragende Teile brennbar, Dämmstoffe nichtbrennbar* mit brandschutztechnisch wirksamer Bekleidung) auch unter zusätzlicher mechanische Beanspruchung standsicher)		REI 60-M-$K_2$60	tragende und aussteifende Teile E, im Übrigen A2 – s1,d0**
feuerbeständig (tragende und aussteifende Teile nicht brennbar*)	R 90	REI 90[2]	A2 – s1,d0**; im Übrigen E
feuerbeständig und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	R 90	REI 90	A2 – s1,d0**
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Min. und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	R 120	REI 120	A2 – s1,d0**
Brandwand***	-	REI 90-M	A2 – s1,d0**

1 Für die mit reaktiven Brandschutzsystemen beschichteten Stahlbauteile ist die Angabe IncSlow gemäß DIN EN 13501-2:2010-02 in der Leistungserklärung zusätzlich zu nennen.
2 Eine in Bauteilebene durchgehende, nichtbrennbare Schicht: A2 – s1,d0**
* Hinsichtlich der Anforderungen gilt Tabelle 1.2.1.
** Hinsichtlich der Anforderungen gilt Tabelle 1.3.1.
*** Die Brandwand muss aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.

Tabelle 4.3.2: Bauaufsichtliche Anforderungen zur Feuerwiderstandsfähigkeit einschließlich Brandverhalten; Angaben zu (*erforderlichen*) Leistungen von Bauprodukten und Bausätzen nach harmonisierten technischen Spezifikationen, Klassifizierung nach DIN EN 13501-2:2010-02

Bauaufsichtliche Anforderung	**Nichttragende Innenwände und deren Brandverhalten**	
	mit Raumabschluss	**Brandverhalten, mindestens geeignete Klassen nach DIN EN 13501-1:2010-01**
feuerhemmend	EI30	E – d2
feuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	EI30	A2 – s1,d0**
hochfeuerhemmend (tragende Teile brennbar, Dämmstoffe nichtbrennbar* mit brandschutztechnisch wirksamer Bekleidung)[3]	EI 60-$K_2$60	Dämmstoff und brandschutztechnisch wirksame Bekleidung: A2 – s1,d0**, im Übrigen: E
hochfeuerhemmend und in den wesentlichen Teilen aus nichtbrennbaren* Baustoffen (tragende und aussteifende Teile nichtbrennbar)[2,3]	EI 60	Wesentliche Teile: A2 – s1,d0**, im Übrigen: E
hochfeuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen, auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung standsicher (Wand anstelle einer Brandwand)[3,4]	EI 60-M	A2 – s1,d0**
feuerbeständig (tragende und aussteifende Teile nicht brennbar*)[2,3]	EI 90	A2 – s1,d0**, im Übrigen E
feuerbeständig und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	EI 90	A2 – s1,d0**
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Min. und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	EI 120	A2 – s1,d0**

2 Eine in Bauteilebene durchgehende, nichtbrennbare Schicht: A2 – s1,d0** .
3 Teile innerhalb des Bauteils zur Gewährleistung der Standsicherheit (Eigengewicht) und Gebrauchstauglichkeit.
4 Derzeit nur gemäß ETA nach ETAG 003 nachweisbar.
* Hinsichtlich der Anforderungen gilt Tabelle 1.2.1.
** Hinsichtlich der Anforderungen gilt Tabelle 1.3.1.

Tabelle 4.3.3: Bauaufsichtliche Anforderungen zur Feuerwiderstandsfähigkeit einschließlich Brandverhalten; Angaben zu (erforderlichen) Leistungen von Bauprodukten und Bausätzen nach harmonisierten technischen Spezifikationen, Klassifizierung nach DIN EN 13501-2:2010-02

Bauaufsichtliche Anforderung	**Nichttragende Außenwände**	
	mit Raumabschluss	**Brandverhalten, mindestens geeignete Klassen nach DIN EN 13501-1:2010-02**
feuerhemmend	E 30 (i→o) und EI 30-ef (i←o)	E – d2
feuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	EI 30	A2 – s1,d0**
hochfeuerhemmend (tragende Teile brennbar, Dämmstoffe nichtbrennbar* mit brandschutztechnisch wirksamer Bekleidung)[3]	E 60 (i→o) und EI 60-$K_2$60ef (i←o)	Dämmstoff und brandschutztechnisch wirksame Bekleidung: A2 – s1,d0** ; im Übrigen: E
hochfeuerhemmend und in den wesentlichen Teilen aus nichtbrennbaren* Baustoffen (tragende und aussteifende Teile nichtbrennbar*)[2,3]	E 60 (i→o) und EI 60-ef (i←o)	Wesentliche Teile: A2 – s1,d0**, im Übrigen: E
hochfeuerhemmend und aus nichtbrennbaren* Baustoffen, auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung standsicher (Wand anstelle einer Brandwand)[3]	EI 60-M	A2 – s1,d0**
feuerbeständig (tragende und aussteifende Teile nichtbrennbar*)[2,3]	E 90 (i→o) und EI 90-ef (i←o)	A2 – s1,d0**, im Übrigen: E
feuerbeständig und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	EI 90	A2 – s1,d0**
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Min. und aus nichtbrennbaren* Baustoffen	EI 120	A2 – s1,d0**
Brandwand***	EI 90-M	A2 – s1,d0**

2 Eine in Bauteilebene durchgehende, nichtbrennbare Schicht: A2 – s1,d0** .
3 Teile innerhalb des Bauteils zur Gewährleistung der Standsicherheit (Eigengewicht) und Gebrauchstauglichkeit.
* Hinsichtlich der Anforderungen gilt Tabelle 1.2.1.
** Hinsichtlich der Anforderungen gilt Tabelle 1.3.1.
*** Die Brandwand muss aus nichtbrennbaren Stoffen bestehen.

5 Abschlüsse, Feststellanlagen

5.1 Feuer- und/oder Rauchschutzabschlüsse

5.1.1 Allgemeines

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen bei Verwendung von Feuer- und Rauchschutzabschlüssen nach Verwendbarkeitsnachweisen gemäß Art. 17 BayBO, kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN 4102 zu den Anforderungen nach A 2.1.6, A 2.1.7, A 2.1.8, A 2.1.11, A 2.1.12 und A 2.1.13 dem Abschnitt 5.1.2 entnommen werden.

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen bei Verwendung von Feuer- und Rauchschutzabschlüssen, für die harmonisierte technische Spezifikationen nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 gemäß Amtsblatt der Europäischen Union C 209/03 vom 10. Juni 2016 und C 172/4 vom 13. Mai 2016 vorliegen, kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN EN 13501 zu Anforderungen nach A 2.1.6, A 2.1.7, A 2.1.8, A 2.1.11, A 2.1.12 und A 2.1.13 dem Abschnitt 5.1.3 entnommen werden.

5.1.2 Feuer- und Rauchschutzabschlüsse klassifiziert nach DIN 4102-5:1977-05

Tabelle 5.1.2.1: Bauaufsichtliche Anforderungen und Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach DIN 4102-5 für Feuer- und Rauchschutzabschlüsse, ausgenommen Förderanlagenabschlüsse

Bauaufsichtliche Anforderungen	**Produkt**	**Kurzbezeichnung nach DIN 4102-5**	**dichtschließend**[1]
feuerhemmend selbstschließend dichtschließend	Feuerschutzabschluss	T 30	X
feuerhemmend selbstschließend rauchdicht	Feuerschutzabschluss mit Rauchschutzeigenschaft	T 30-RS	
hochfeuerhemmend selbstschließend dichtschließend	Feuerschutzabschluss	T 60	X
hochfeuerhemmend selbstschließend rauchdicht	Feuerschutzabschluss mit Rauchschutzeigenschaft	T 60-RS	
feuerbeständig selbstschließend dichtschließend	Feuerschutzabschluss	T 90	X
feuerbeständig selbstschließend rauchdicht	Feuerschutzabschluss mit Rauchschutzeigenschaft	T 90-RS	
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Minuten selbstschließend dichtschließend	Feuerschutzabschluss	T 120	X
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Minuten selbstschließend rauchdicht	Feuerschutzabschluss mit Rauchschutzeigenschaft	T 120-RS	
rauchdicht selbstschließend	Rauchschutzabschluss	RS	

1 Siehe Abschnitt 5.4.

5.1.3 Feuer- und/oder Rauchschutzabschlüsse nach DIN EN 16034 und Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen

Tabelle 5.1.3.1: Zuordnung der Klassifizierungen nach DIN EN 13501-2:2010-02 für Feuer- und Rauchschutzabschlüsse nach DIN EN 16034

Bauaufsichtliche Anforderungen	Feuerschutzabschlüsse		Rauchschutzabschlüsse
	ohne Rauchschutzeigenschaft	mit Rauchschutzeigenschaft	
feuerhemmend, dichtschließend selbstschließend	EI_2 30-S_aC.. [1]		
hochfeuerhemmend, dichtschließend selbstschließend	EI_2 60-S_aC.. [1]		
feuerbeständig, dichtschließend selbstschließend	EI_2 90-S_aC.. [1]		
feuerhemmend, rauchdicht selbstschließend	-	EI_2 30-S_{200}C.. [1]	
hochfeuerhemmend, rauchdicht selbstschließend		EI_2 60-S_{200}C.. [1]	
feuerbeständig, rauchdicht selbstschließend		EI_2 90-S_{200}C.. [1]	
rauchdicht und selbstschließend			S_{200}C [1]
dicht- und selbstschließend			S_aC [1]

1 Festlegungen zur Prüfzyklenanzahl für die Dauerfunktionsprüfungen:
C5 (200.000 Zyklen) für Feuerschutz-/Rauchschutztüren (Drehflügelabschlüsse)
C2 (10.000 Zyklen) für sonstige Feuerschutz-/Rauchschutzabschlüsse (z. B. Klappen, Tore)

Hinsichtlich des Brandverhaltens der Komponenten des Bauproduktes gilt Abschnitt 1.3.

Für die Verwendung von Feuer- und Rauchschutzabschlüssen sowie Feuer- und Rauchschutzvorhängen gelten die folgenden bauaufsichtlichen Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen für Feuer- und/oder Rauchschutzabschlüsse nach DIN EN 16034, die die Erfüllung der Bauwerksanforderungen bei der Verwendung dieser Produkte sicherstellen sollen.

Mit Beginn der Koexistenzperiode gemäß der Veröffentlichung der vorgenannten Produktnorm im Europäischen Amtsblatt ist der Weg für die CE-Kennzeichnung von Feuer- und/oder Rauchschutzabschlüssen eröffnet.

5.1.3.2 Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen

5.1.3.2.1 Allgemeines

5.1.3.2.1.1 Einbau-, Montage- und Betriebsanleitung

Für Einbau, Montage und Betrieb von Feuer- und/oder Rauschschutzabschlüssen ist eine vom Hersteller oder seinem Vertreter angefertigte, detaillierte Einbau-, Montage- und Betriebsanleitung zur Verfügung zu stellen. Der Hersteller oder sein Vertreter hat darin ausführlich die für Einbau, Inbetriebnahme und Inspektion der Feuer- und Rauschschutzabschlüsse notwendigen Angaben darzustellen.

Im Einzelnen muss diese Einbau-, Montage- und Betriebsanleitung – in Übereinstimmung mit dem Klassifizierungsbericht und den entsprechenden EXAP-Regeln nach DIN EN 15269 – mindestens folgende Angaben enthalten:

- Art, Ausführung und Mindestdicke der Wände, in die das Bauprodukt eingebaut werden darf
- Art, Ausführung und Mindestdicke der Bauteile, an die das Bauprodukt angeschlossen werden darf
- Grundsätze für den Einbau des Bauproduktes und die Ausfüllung der Fugen mit Angaben über die dafür zu verwendenden Baustoffe (z. B. Mörtel)
- Hinweise auf Zargenformen, -dicken und -materialien
- Anleitung zum Zusammenbau von ggf. aus Transportgründen zerlegten Zargen
- Hinweise auf die zu verwendenden Brandschutzscheiben
- Anleitung zum Einbau von ggf. aus Transportgründen getrennt angelieferten feuerwiderstandsfähigen Scheiben
- Hinweise zur Kürzbarkeit und den dazu erforderlichen Randbedingungen
- Hinweise zum Einbau in größerer Höhe
- Hinweise auf zulässige Verankerungsmittel
- Anleitung für die Anwendung mitgelieferter Dübel oder Hinweise zur Verwendung zulässiger Dübel bei Montage mit Zargenankern (z. B. Dübelgrund und Mindestabstände der Dübel)
- Anleitung zum Einziehen von Dichtungs- oder Dämpfungsprofilen sowie dämmschichtbildenden Baustoffen
- Hinweise auf zulässige Zubehörteile (z. B. Konstruktionsbänder, Schlösser, Schließmittel, Drückergarnituren)
- Hinweise auf die Türschließereinstellung/Federbandeinstellung
- Hinweise bezüglich der Verwendung von Feststellanlagen
- Angabe zum Typ einer ggf. bereits herstellerseitig eingebauten Feststellvorrichtung
- Hinweise auf das funktionsgerechte Zusammenspiel aller Teile (z. B. Angaben zu Spaltmaßen)
- Hinweise auf die Reihenfolge der Arbeitsgänge

5.1.3.2.1.2 Wartungsanleitung

Die Brandschutzwirkung der Feuer- und/oder Rauschschutzabschlüsse ist auf Dauer nur sichergestellt, wenn diese stets in ordnungsgemäßem Zustand gehalten werden (z. B. Wartung, Instandhaltung, keine mechanische Beschädigung, keine Verschmutzung).

Für Feuer- und/oder Rauschschutzabschlüsse ist eine vom Hersteller oder seinem Vertreter angefertigte, detaillierte Wartungsanleitung in deutscher Sprache zur Verfügung zu stellen. Der Hersteller oder Vertreter hat darin ausführlich die für Wartung, Instandhaltung sowie Überprüfung der Funktion der Feuer- und/oder Rauschschutzabschlüsse notwendigen Angaben darzustellen. Insbesondere muss ersichtlich sein, welche Arbeiten auszuführen sind, damit sichergestellt ist, dass der eingebaute Feuer- und/oder Rauchschutzabschluss auch nach längerer Nutzung seine Aufgabe erfüllt (z. B. Wartung von Verschleißteilen, Schließmitteln).

5.1.3.2.2 Planung und Bemessung

5.1.3.2.2.1 Angrenzende Wände und Bauteile

Der Feuer- und/oder Rauchschutzabschluss darf nur in Wände eingebaut werden bzw. an Bauteile anschließen, die den Bestimmungen der Einbauanleitung entsprechen.

Beim Einbau des Feuer- und/oder Rauchschutzabschlusses bleiben die Nachweise der Standsicherheit und Gebrauchstauglichkeit der angrenzenden Wände und Bauteile davon unberührt und sind entsprechend zu führen, z. B. nach DIN 4103-1.

Der Feuer- und/oder Rauchschutzabschluss muss mit den angrenzenden Bauteilen so fest verbunden sein, dass die beim selbsttätigen Schließen des Feuer- und/oder Rauchschutzabschlusses auftretenden Kräfte sowie die aus Verformungen beim Brand herrührenden Kräfte auf Dauer von den Verankerungsmitteln aufgenommen werden. Diese Kräfte dürfen die Standsicherheit der angrenzenden Wand nicht gefährden.

Die Sicherheit der baulichen Anlage ist nur gewährleistet, wenn die an den Feuer- und/oder Rauchschutzabschluss angrenzenden Bauteile entsprechend der Feuerwiderstandsfähigkeit des Feuer- und/oder Rauchschutzabschlusses mindestens feuerhemmend, hochfeuerhemmend oder feuerbeständig sind.

Der Sturz/Das Bauteil über dem Feuer- und/oder Rauchschutzabschluss muss statisch und brandschutztechnisch so bemessen werden, dass der Feuer- und/oder Rauchschutzabschluss (außer seinem Eigengewicht) keine zusätzliche Belastung erhält.

Der Boden im Bereich von Feuerschutzvorhängen mit einer Breite ≥ 2,5 m muss nichtbrennbar sein.

Werden Feuer- und/oder Rauchschutzabschlüsse in feuerwiderstandsfähige Wände eingebaut, gelten die Erleichterungen hinsichtlich des Einbaus gemäß Art. 27 Abs. 5 BayBO (z. B. feuerbeständige Wand mit feuerhemmender, dicht- und selbstschließender Tür) grundsätzlich nur für den Abschluss. Die Festlegungen des Art. 33 Abs. 6 Satz 2 BayBO bleiben dabei unberührt.

5.1.3.2.2.2 Einbau in Rettungswegen

Da Schiebe, Hub- oder Rollabschlüsse sowie Feuerschutzvorhänge nicht in Fluchtrichtung öffnen, ist eine Fluchttür ggf. in unmittelbarer Nähe anzuordnen.

5.1.3.2.2.3 Einbau in Außenwände

Wenn der Einbau von Feuer- und/oder Rauchschutzabschlüssen in Außenwänden erforderlich ist, werden die Anforderungen an bauliche Anlagen nur erfüllt, wenn zusätzlich die Leistungsmerkmale nach DIN EN 14351-1 nachgewiesen sind.

5.1.3.2.2.4 Einbau in größerer Höhe

Feuer- und/oder Rauchschutzabschlüssen für den nichtfußbodengleichen Einbau (Höhe > 500 mm über OKF) sind von der Norm nicht erfasst.

5.1.3.2.2.5 Feuerschutzvorhänge

Die Beurteilung eines Feuerschutzvorhangs hinsichtlich

- der Stoßsicherheit gegenüber einstürzenden oder umfallenden Trümmerteilen, Bauteilen oder Gegenständen,

- der Rauchdichtigkeit und
- des Verhaltens bei Druckverhältnissen, die von denen nach DIN EN 1634-1 abweichen,

liegt im Ermessen der zuständigen Bauaufsichtsbehörde.

Das Abrollen des Feuerschutzvorhangs nach Auslösen der Feststellanlage infolge der Wirkung der Schwerkraft ist dauerhaft abzusichern.

Die Funktionsfähigkeit und die Wirksamkeit des Feuerschutzvorhangs dürfen nicht durch abgehängte Deckenkonstruktionen oder andere Einbauten beeinträchtigt werden.

5.1.3.2.2.6 Schiebe-, Hub- und Rollabschlüsse

So genannte Seiten- und/oder Sturzklappen in Verbindung mit Feuer- und/oder Rauchschutzabschlüssen sind von der Norm nicht erfasst.

5.1.3.2.2.7 Feststellanlagen

Unabhängig von der Deklaration der "Fähigkeit zur Freigabe“ des Abschlusses gilt:

Der Feuer- und/oder Rauchschutzabschluss darf mit einer für den Feuer- und/oder Rauchschutzabschluss geeigneten Feststellanlage ausgeführt werden, deren Anwendbarkeit nachgewiesen ist, z. B. durch eine allgemeine Bauartgenehmigung.

Sofern der Feuer- und/oder Rauchschutzabschluss bereits herstellerseitig mit einer Feststellvorrichtung ausgestattet ist, muss diese den Bestimmungen des Anwendbarkeitsnachweises, z. B. der allgemeinen Bauartgenehmigung der verwendeten Feststellanlage entsprechen.

5.1.3.2.2.8 Weitergehende Anforderungen

Wenn nach bauaufsichtlichen Vorschriften an bauliche Anlagen Anforderungen an den Wärme- und/oder Schallschutz sowie weitergehende Anforderungen an die Gebrauchstauglichkeit und die Dauerhaftigkeit gestellt werden, die auch Abschlüsse von Öffnungen umfassen, sind diese Nachweise für den speziellen Verwendungsfall für die Feuer- und/oder Rauchschutzabschlüsse zu führen.

5.1.3.2.3 Einbau und Errichtung

5.1.3.2.3.1 Übereinstimmungsbestätigung

Der Unternehmer, der den Feuer- und/oder Rauchschutzabschluss bzw. die Feuer- und/oder Rauchschutzabschlüsse eingebaut hat, muss für jedes Bauvorhaben eine Übereinstimmungsbestätigung ausstellen, mit der er bescheinigt, dass der Feuer- und/oder Rauchschutzabschluss bzw. die Feuer- und/oder Rauchschutzabschlüsse hinsichtlich aller Einzelheiten fachgerecht und unter Einhaltung aller Bestimmungen der Montage- und Betriebsanleitung, die der Hersteller des Feuer- und/oder Rauchschutzabschlusses bereit gestellt hat, eingebaut wurde(n). Für diese Bestätigung ist ein Muster (s. unter www.dibt.de) zugrunde zu legen. Diese Bestätigung ist dem Bauherrn zur ggf. erforderlichen Weiterleitung an die zuständige Bauaufsichtsbehörde auszuhändigen.

5.1.3.2.3.2 Schließbereich

Auf beiden Seiten von Schiebe-, Hub- und Rollabschlüssen sowie Feuerschutzvorhängen sind vom Einbauer sichtbare Hinweise anzubringen, dass der Schließbereich dauerhaft von jeglichen Gegenständen freigehalten werden muss, die den Schließvorgang des jeweiligen Abschlusses behindern könnten.

5.1.3.2.3.3 Feuerschutzvorhänge

Feuerschutzvorhänge dürfen nur von Unternehmen ausgeführt werden, die durch den Hersteller geschult und unterrichtet wurden.

Nach Montage aller Bestandteile ist die einwandfreie Funktion des Feuerschutzvorhangs in Verbindung mit der Feststellanlage durch eine Funktionsprobe (vollständiges Öffnen und Schließen) durch den Einbauer/Errichter zu kontrollieren.

Die für den Feuerschutzvorhang nachgewiesene (z. B. Bauartgenehmigung) Feststellanlage ist nach dem betriebsfertigen Einbau des Feuerschutzvorhangs am Anwendungsort einer Abnahmeprüfung durch eine bauaufsichtlich anerkannte Überwachungsstelle zu unterziehen, mit der die einwandfreie Funktion im Zusammenwirken mit dem Feuerschutzvorhang zu prüfen ist.

5.1.3.2.3.4 Schweißarbeiten

Schweißarbeiten an der Aufhängung dürfen nur von geprüften Schweißern[12] durchgeführt werden.

5.1.3.2.4 Nutzung

5.1.3.2.4.1 Nutzungssicherheit

Ein einmal eingeleiteter Schließvorgang bei einem Feuer- und/oder Rauchschutzabschluss darf nur zum Zwecke des Personenschutzes unterbrochen werden können. Der Schließvorgang muss sich nach Freiwerden des Schließbereichs selbstständig fortsetzen. Weitergehende Anforderungen, insbesondere des Unfall- und Arbeitsschutzes, bleiben unberührt.

5.1.3.2.4.2 Planmäßig offen stehende Schiebe-, Hub- und Rollabschlüsse sowie Feuerschutzvorhänge

Der Betreiber ist vom Hersteller schriftlich darauf hinzuweisen, dass der Abschluss nur im geschlossenen Zustand die Anforderungen erfüllt.

Die Schutzwirkung des Abschlusses ist auf die Dauer nur sichergestellt, wenn dieser stets in ordnungsgemäßem Zustand gehalten wird (z. B. Instandhaltung, Wartung, keine mechanische Beschädigung, keine Verschmutzung).

Der Abschluss muss ständig betriebsfähig gehalten werden.

5.1.3.2.4.3 Einbau von Warnanlagen

Schiebe-, Hub- und Rollabschlüsse sowie Feuerschutzvorhänge sind mit einer akustischen Warnanlage auszurüsten, die das Schließen ankündigt.

Außer der selbsttätigen Auslösevorrichtung muss eine Möglichkeit für die Notauslösung von Hand gegeben sein.

5.2 Feuerschutzabschlüsse im Zuge bahngebundener Förderanlagen

5.2.1 Allgemeines

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen bei Verwendung von Feuerschutzabschlüssen im Zuge bahngebundener Förderanlagen nach Verwendbarkeitsnachweisen ge-

12 DIN EN ISO 9606-1 – Prüfung von Schweißern; Schmelzschweißen (jeweils geltende Ausgabe)

mäß Art. 17 BayBO, kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN 4102 zu den Anforderungen nach A 2.1.7 und A 2.1.8 dem Abschnitt 5.2.2 entnommen werden.

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen bei Verwendung von Feuerschutzabschlüssen im Zuge bahngebundener Förderanlagen, für die harmonisierte technische Spezifikationen nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 gemäß Amtsblatt der Europäischen Union C 209/03 vom 10. Juni 2016 und C 172/4 vom 13. Mai 2016 vorliegen, kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN EN 13501 zu den Anforderungen nach A 2.1.7 und A 2.1.8 dem Abschnitt 5.2.3 entnommen werden.

5.2.2 Feuerschutzabschlüsse im Zuge bahngebundener Förderanlagen klassifiziert nach DIN 4102-5:1977-05

Tabelle 5.2.2.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Klassifizierungen nach DIN 4102-5 für Feuerschutzabschlüsse im Zuge bahngebundener Förderanlagen

Bauaufsichtliche Anforderung	Feuerschutzabschlüsse in Förderanlagen
feuerbeständig selbstschließend	T 90

5.2.3 Bausätze für Feuerschutzabschlüsse im Zuge bahngebundener Förderanlagen nach harmonisierten technischen Spezifikationen, klassifiziert nach DIN EN 13501-2, und Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen

Tabelle 5.2.3.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Klassifizierungen nach DIN EN 13501-2:2010-02 für Feuerschutzabschlüsse im Zuge bahngebundener Förderanlagen

Bauaufsichtliche Anforderung	Feuerschutzabschlüsse in Förderanlagen
feuerhemmend selbstschließend[2]	EI_2 30-C..[1]
hochfeuerhemmend selbstschließend[2]	EI_2 60-C..[1]
feuerbeständig selbstschließend[2]	EI_2 90-C..[1]

1 Festlegungen zur Prüfzyklenanzahl für die Dauerfunktionsprüfungen:
C5 (200.000 Zyklen) für Feuerschutzabschlüsse im Zuge bahngebundener Förderanlagen als planmäßig geschlossene Abschlüsse
C2 (10.000 Zyklen) für Feuerschutzabschlüsse im Zuge bahngebundener Förderanlagen als planmäßig offene Abschlüsse

2 Die Eigenschaft „selbstschließend“ (Beständigkeit der Selbstschließung) nach DIN EN 13501-2 ist für Feuerschutzabschlüsse für Förderanlagen mit elektromotorischen Antriebssystemen für das Öffnen und Schließen [aufgrund der Zurückziehung der DIN EN 14600] wie folgt zu untersetzen:

Tabelle 5.2.3.2: Elektromotorische Öffnungshilfen für mechanisch schließende Förderanlagenabschlüsse

Lfd. Nr.	Eigenschaft	Anforderung
1	Funktionale Sicherheit der Selbstschließung	Die elektromotorische Öffnungshilfe darf den Schließvorgang (auch bei Ausfall der Öffnungshilfe) nicht behindern ■ Risikoanalyse zur Möglichkeit der Behinderung des Schließvorganges durch die elektromotorische Öffnungshilfe durch Hersteller und Bewertung der Risikoanalyse durch Prüfstelle ■ Bei der Verwendung unterschiedlicher Antriebe einer Baureihe für verschiedene Abschlussgrößen ist die höchste Leistungsstufe (am größten Abschluss) zu prüfen. Die Ergebnisse dieser Prüfung sind ggf. auf die Antriebe kleinerer Leistung aber der gleichen Baureihe übertragbar (gutachtliche Stellungnahme der Prüfstelle).

Tabelle 5.2.3.3: Elektromotorische Antriebssysteme zum Öffnen und Schließen von Förderanlagenabschlüssen

Lfd. Nr.	Eigenschaft	Anforderung
1	Elektrische Sicherheit	Erfüllung der 2014/35/EU über folgende Normen ■ EN 60335-1 ■ EN 60335-2-103
2	EMV	Erfüllung der 2014/35/EU über folgende Normen ■ EN 61000-6-2 ■ EN 61000-6-3 ■ EN 61000-3-2 ■ EN 61000-3-3
3	Funktionale Sicherheit ■ Kompatibilität der Systemteile	Kompatibilität aller zum System gehörigen Geräte ■ Vergleich der Betriebsbedingungen auf Grundlage der Produktdatenblätter des Herstellers ■ Stichprobenprüfungen an Gerätekombinationen, die die Prüfstelle aussucht
4	Funktionale Sicherheit ■ Sicherheitsniveau der Gesamtanlage (siehe Begriffe)	Sicherheitsniveau der Selbstschließung ist PL d nach EN ISO 13849-1 (z. B. überwachte Redundanz mit automatischer Prüfung mindestens alle 24 h)
5	Funktionelle Sicherheit ■ Methode der Wiederherstellung der Funktionsbereitschaft nach Auslösung	Einfache (aber nicht automatische) Wiederherstellung der Funktionsbereitschaft nach Auslösung (keine Spezialwerkzeuge)
6	Funktionelle Sicherheit ■ Schließkraft / Schließmoment	Angabe der Schließkraft/des Schließmomentes
7	Funktionelle Sicherheit ■ Schwankung der Versorgungsspannung	Funktionsfähigkeit bei Schwankung der Versorgungsspannung um ± 15 %
8	Funktionelle Sicherheit, Verhalten <u>ohne Brandalarm</u> bei ■ Ausfall der öffentlichen Stromversorgung (> 2 s) a) Art der Aktivierung der zweiten Energieversorgung b) Status der Öffnungsbefehlsgeber c) Dauer bis zur Einleitung des Schließvorganges und Status der Schließbereichsüberwachung d) Verhalten bei Auftreffen auf ein Hindernis	a) Automatisches Umschalten auf Akkubetrieb (Bereitschaftsparallelbetrieb), z. B. Energieversorgung nach EN 54-4 b) Öffnungsbefehlsgeber wirkungslos schalten c) Schließvorgang innerhalb von 3 s unter Berücksichtigung der Schließbereichsüberwachung einleiten d) Schließvorgang unterbrechen (Zurückfahren möglich); danach mindestens 5 weitere Schließversuche innerhalb von 120 s Die Energiebilanz ist so auszulegen, dass ■ bei geringstem betriebsmäßigen Ladezustand der Akkumulatoren[1] und ■ nach einer 8-stündigen Temperaturbeanspruchung bei der niedrigsten Temperatur des vorgesehenen Anwendungsbereiches gewährleistet ist, dass das Antriebssystem für das bewegliche Element[2] im Falle eines Brandalarmes mindestens 5 Schließversuche (vollständige Öff-

Lfd. Nr.	Eigenschaft	Anforderung
		nungs- und Schließzyklen[3]) innerhalb von 30 min durchführt. Die Entladeschlussspannung für die Akkumulatoren darf dabei in keinem Betriebszustand unterschritten werden. Bei Erreichen des geringsten betriebsmäßigen Ladezustandes der Akkumulatoren muss ein Schließvorgang des beweglichen Elementes ausgelöst werden. Bis zum Zeitpunkt der Abschaltung aufgrund des Erreichens der Entladeschlussspannung sind alle benötigten Komponenten des Antriebssystems innerhalb ihrer Versorgungsparameter zu betreiben.
	Störung der 2. Energieversorgung	
	a) Dauer bis zum Erkennen und Anzeige der Störung	a) 15 s
	b) Methode und Zeitabstand für die Überprüfung des Ladezustandes der 2. Energieversorgung	b) Kapazitätsprüfung alle 24 h
	■ Störung des Antriebssystems und der Überwachung des Antriebssystems	
	a) Dauer bis zum Erkennen und Anzeige der Störung	a) 15 s
	b) Status der Öffnungsbefehlsgeber	b) Öffnungsbefehlsgeber wirkungslos schalten
	c) Dauer bis zur Einleitung des Schließvorganges nach Störungserkennung und Status der Schließbereichsüberwachung	c) Schließvorgang innerhalb von 3 s nach Störungserkennung unter Berücksichtigung der Schließbereichsüberwachung einleiten
	d) Verhalten bei Auftreffen auf ein Hindernis	d) Schließvorgang unterbrechen (Zurückfahren möglich); danach dauerhaft alle 20 s ein Schließversuch
	■ Störung der Schließbereichsüberwachung (soweit vorhanden)	
	a) Dauer bis zum Erkennen und zur Anzeige der Störung	a) 15 s
	b) Art der Störungsanzeige	b) Optisch (gut sichtbar bei Umgebungsbeleuchtung 500 lx) und akustisch in der Nähe des Abschlusses
	■ dauerhafter Belegung des Schließbereiches	optische und akustische Anzeige in der Nähe des Abschlusses nach Zeitdauer, die durch zuständige Bauaufsicht im Einzelfall festgelegt wird (u.a. abhängig vom Fördergut)
9	Funktionelle Sicherheit, Verhalten mit Brandalarm ohne Schließbereichsüberwachung (Zwangsschließung nach eingestellter Zeit) bei	
	■ Alarmmeldung über Brandmelder, aufgeschaltete Brandmeldeanlage oder durch Betätigung des Handauslösetasters	

Lfd. Nr.	Eigenschaft	Anforderung
	a) Dauer bis zum Erkennen der Störung	a) unverzögert
	b) Status der Öffnungsbefehlsgeber und rauchempfindlichen optischen Sicherheitseinrichtungen	b) wirkungslos schalten
	c) Status der ggf. vorhandenen Schlossfallenentriegelung	c) Türöffner nach dem Arbeitsstromprinzip steht in Sperrwirkung
	d) Dauer bis zur Einleitung des Schließvorganges nach Alarmerkennung	d) Schließvorgang innerhalb der festgelegten Zwangsschließzeit einleiten
	e) Verhalten bei Auftreffen auf ein Hindernis ■ zusätzlicher Ausfall der öffentlichen Stromversorgung (> 2 s) nach Brandalarmmeldung	e) Schließvorgang unterbrechen (Zurückfahren möglich); danach dauerhaft alle 20 s ein Schließversuch
	a) Art der Aktivierung der zweiten Energieversorgung	a) Automatisches Umschalten auf Akkubetrieb (Bereitschaftsparallelbetrieb)
	b) Verhalten bei Auftreffen auf ein Hindernis	b) Schließvorgang unterbrechen (Zurückfahren möglich); danach mindestens 5 weitere Schließversuche innerhalb von 120 s
10	Funktionelle Sicherheit, Verhalten mit Brandalarm mit Schließbereichsüberwachung bei ■ Alarmmeldung über Brandmelder, aufgeschaltete Brandmeldeanlage oder durch Betätigung des Handauslösetasters	
	a) Dauer bis zum Erkennen der Störung	a) unverzögert
	b) Status der Öffnungsbefehlsgeber und rauchempfindlichen optischen Sicherheitseinrichtungen	b) wirkungslos schalten
	c) Status der ggf. vorhandenen Schlossfallenentriegelung	c) Türöffner nach dem Arbeitsstromprinzip steht in Sperrwirkung
	d) Dauer bis zur Einleitung des Schließvorganges nach Alarmerkennung und Status der Schließbereichsüberwachung	d) Schließvorgang erst einleiten, wenn, die Schließbereichsüberwachung den Schließbereich frei gibt
	e) Verhalten bei Auftreffen auf ein Hindernis ■ zusätzlicher Ausfall der öffentlichen Stromversorgung (> 2 s) nach Brandalarmmeldung	e) Schließvorgang unterbrechen (Zurückfahren möglich); danach dauerhaft alle 20 s ein Schließversuch
	a) Art der Aktivierung der zweiten Energieversorgung	a) Automatisches Umschalten auf Akkubetrieb (Bereitschaftsparallelbetrieb)

Lfd. Nr.	Eigenschaft	Anforderung
	b) Verhalten bei Auftreffen auf ein Hindernis	b) Schließvorgang unterbrechen (Zurückfahren möglich); danach mindestens 5 weitere Schließversuche innerhalb von 120 s
11	Branderkennung	■ Rauchmelder nach EN 54-7 ■ Wärmemelder nach EN 54 Teil 5 (Melderklasse A1, A1R oder A1S; bei der Verwendung von Wärmemeldern mit höheren Melderklassen sind ggf. Maßnahmen zum thermischen Schutz der Geräte des Antriebssystems erforderlich) ■ Rauchansaugsysteme nach EN 54-20 ■ Brandmelder mit Funkübertragung nach EN 54-25
12	Optische Sicherheitseinrichtungen für die Schließbereichsüberwachung	Anforderungen an optische Sensoren: Diese Sensoren müssen bei Schwankungen der Versorgungsparameter so unempfindlich gegen Rauch sein, dass sie bei einem Erprobungstest gemäß DIN EN 54-12 bei keinem der Prüfbrände TF2 bis TF5 klassifiziert werden. Nachweis der Rauchunempfindlichkeit: a) Ermittlung des Ansprechschwellenwertes der optischen Sensoren in Anlehnung an DIN EN 54-12 (je Sensortyp vier Prüflinge) b) Die optischen Sensoren werden in Höhe der Vergleichsmessgeräte installiert. Die Entfernung zwischen Sender und Empfänger bzw. Sender/Empfänger und Reflektor beträgt bei der Prüfung 10 m (kürzere Entfernungen als 10 m können vereinbart werden). c) Ermittlung der Brandempfindlichkeit in Anlehnung an DIN EN 54-12 mit Nennspannung; nach einer Funktionsprobe (Ansprechen der optischen Sensoren bei lichtundurchlässigem Hindernis in der Lichtstrecke) dürfen die optischen Sensoren (je Sensortyp jeweils drei der unter a) genannten vier Prüflinge) bis zum Ende der jeweiligen Prüfbrände TF2 bis TF5 (m = 2 dB/m, bzw. y = 6) nicht ansprechen. d) Prüfung der Empfindlichkeit der optischen Sensoren bei Schwankungen der Versorgungsparameter in Anlehnung an DIN EN 54-12 (je Sensortyp jeweils einer der unter a) genannten vier Prüflinge)

1 entspricht einem Wert zwischen Betriebsspannung und Entladeschlussspannung der Akkumulatoren; vom Hersteller der Steuerung festzulegen
2 Ausführung mit maximalem Gewicht und maximaler Lauflänge
3 Als Schließgeschwindigkeit ist der Mittelwert des im Anwendungsbereich vorgesehenen Schließgeschwindigkeitsbereiches zu wählen.

Hinsichtlich des Brandverhaltens der Komponenten des Bausatzes gilt Abschnitt 1.3.

5.2.3.4 Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen

5.2.3.4.1 Allgemeines

Der Feuerschutzabschluss im Zuge bahngebundener Förderanlagen (im Folgenden Förderanlagenabschluss genannt) muss am Verwendungsort zusammengesetzt und eingebaut werden. Der Zusammenbau und Einbau des Förderanlagenabschlusses am Verwendungsort erfolgt i. d. R. durch fachkundiges Personal des Herstellers.

Anderenfalls ist zu beachten, dass Förderanlagenabschlüsse nach dieser Europäischen Technischen Zulassung/Bewertung nur von Unternehmen zusammengesetzt und eingebaut werden dürfen, die

ausreichende Erfahrungen auf diesem Gebiet haben, die durch den Zulassungs-/Bewertungsinhaber geschult und unterrichtet wurden und die als Nachweis ihrer Fachkunde vom Zulassungs-/Bewertungsinhaber darüber eine Bestätigung vorlegen können.

5.2.3.4.2 Übereinstimmungsbestätigung für den Einbau des Förderanlagenabschlusses

Der Unternehmer, der den Förderanlagenabschluss/die Förderanlagenabschlüsse eingebaut hat, muss für jedes Bauvorhaben eine Übereinstimmungsbestätigung ausstellen, mit der er bescheinigt, dass die von ihm eingebauten Förderanlagenabschlüsse den Bestimmungen der jeweils geltenden Einbauanleitung entsprechen (ein Muster für diese Bescheinigung s. www.dibt.de). Diese Erklärung ist dem Bauherrn zur ggf. erforderlichen Weiterleitung an die zuständige Bauaufsichtsbehörde auszuhändigen.

5.2.3.4.3 Steuerung von Förderanlagenabschluss und Förderanlage im Schließbereich der Wandöffnung

Durch geeignete Maßnahmen, die mit dem Hersteller der Feststellanlage abgestimmt sein müssen, ist dafür Sorge zu tragen, dass bei Ansprechen der Brandmelder der Fördervorgang unterbrochen wird und im Öffnungsbereich des Förderanlagenabschlusses befindliches Fördergut diesen Bereich verlässt. Beim Ansprechen der Auslösevorrichtung der Feststellanlage durch Feuer oder Rauch bzw. bei Kurzschluss oder Stromausfall muss das Schließen des Förderanlagenabschlusses solange verzögert werden, bis im Öffnungsbereich befindliches Fördergut die Wandöffnung ggf. mit einer unabhängigen Stromversorgung (Notstromanlage) durchfahren hat, bzw. durch eine Abräumvorrichtung, die für das Fördergut geeignet sein muss, aus dem Bereich entfernt worden ist. Anschließend muss der Schließvorgang selbstständig einsetzen und darf nicht unterbrochen werden.

5.2.3.4.4 Abnahmeprüfung

Nach dem betriebsfertigen Einbau des Förderanlagenabschlusses am Verwendungsort ist dessen einwandfreie Funktion im Zusammenwirken mit der Feststellanlage und der Förderanlage durch einen Sachverständigen[13] zu prüfen (Abnahmeprüfung). Auf diese Abnahmeprüfung sind der Unternehmer, der den Förderanlagenabschluss einbaut (Errichter), und der Betreiber der Förderanlage vom Hersteller des Förderanlagenabschlusses hinzuweisen.

Die Abnahmeprüfung ist vom Unternehmer, der den Förderanlagenabschluss eingebaut hat (Errichter), zu veranlassen. Hierauf ist der Unternehmer, der den Förderanlagenabschluss eingebaut hat (Errichter), vom Hersteller des Förderanlagenabschlusses hinzuweisen. Über die Abnahmeprüfung ist ein Abnahmeprotokoll anzufertigen. Eine Ausfertigung ist beim Betreiber aufzubewahren; eine zweite Ausfertigung ist an die Bauaufsichtsbehörde weiterzuleiten.

5.2.3.4.5 Instandhaltung

Wartungsanleitung
Zu jedem Förderanlagenabschluss ist vom Hersteller eine Wartungsanleitung zu liefern. Aus der Wartungsanleitung muss ersichtlich sein, welche Arbeiten auszuführen sind, damit sichergestellt ist, dass der eingebaute Förderanlagenabschluss auch nach längerer Nutzung seine Aufgabe erfüllt (z. B. Angaben über die Wartung von Verschleißteilen und Schließmitteln).

13 Als Sachverständige kommen insbesondere Folgende in Betracht:
– VdS Schadensverhütung GmbH, Amsterdamer Straße 174, 50735 Köln
– Jörg Richtermeier, Am Holderbrunnen 1, 74372 Sersheim
– Dietmar Schleicher, Banslebenring 25, 38170 Kneitlingen

5.3 Fahrschachttüren

Fahrschachttüren für Aufzüge für Fahrschächte mit Wänden der Feuerwiderstandsklasse F 90 nach den technischen Regeln gemäß VV TB Teil C lfd. Nrn. C 2.6.2 bis C 2.6.4 erfüllen die Anforderungen an feuerbeständige Abschlüsse in Fahrschachtwänden.

Fahrschachtabschlüsse mit der Klassifizierung „E 30/60/90“ nach DIN EN 81-58 zum Einbau in feuerhemmende, hochfeuerhemmende oder feuerbeständige Fahrschachtwände erfüllen die Anforderungen an den Raumabschluss, eine Übertragung von Wärme (unter Brandeinwirkung) wird nicht behindert; daher sind die Anforderungen nach A 2.1.13 für den Fahrschacht zu beachten.

Hinsichtlich des Brandverhaltens der Komponenten der Fahrschachttüren gilt Abschnitt 1.3.

5.4 Dichtschließende Innentüren

Türen sind dann dichtschließend, wenn sie formstabile Türblätter haben und mit dreiseitig umlaufendem Falz oder dreiseitig umlaufenden dauerelastischen Dichtungen ausgestattet sind.

Türblätter sind dann formstabil, wenn sie geschlossen sind und Verformungen ≤ 2 mm aufweisen.

6 Kabel- und Rohrabschottungen

6.1 Allgemeines

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen, die Kabel- und Rohrabschottungen enthalten, zu deren Errichtung Bauarten mit Anwendbarkeitsnachweisen gemäß Art. 15 BayBO angewendet werden, kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN 4102 zu den Anforderungen nach A 2.1.14 dem Abschnitt 6.2 entnommen werden.

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen, die Kabel- und Rohrabschottungen enthalten, zu deren Errichtung Bauprodukte oder Bausätze nach harmonisierten technischen Spezifikationen nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 gemäß Amtsblatt der Europäischen Union C 209/03 vom 10. Juni 2016 und C 172/4 vom 13. Mai 2016 verwendet werden, kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN EN 13501 zu den Anforderungen nach A 2.1.14 dem Abschnitt 6.3 entnommen werden.

Für die Verwendung von Bauprodukten oder Bausätzen, für die harmonisierte technische Spezifikationen nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 vorliegen, gelten die Anwendungsregeln des Abschnitts 6.3.

6.2 Kabel- und Rohrabschottungen klassifiziert nach DIN 4102-9:1990-05 bzw. DIN 4102-11:1985-12

Tabelle 6.2.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach DIN 4102-9 bzw. DIN 4102-11

Bauaufsichtliche Anforderung	Feuerwiderstandsklasse	
	Kabelabschottung (DIN 4102-9)	Rohrabschottung (DIN 4102-11)
feuerhemmend	S30	R30
hochfeuerhemmend	S60	R60
feuerbeständig	S90	R90
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Minuten	S120	R120

Der Nachweis des Feuerwiderstandes der Abschottung in der baulichen Anlage ist im Rahmen einer Bauartgenehmigung zu führen.

6.3 Kabel- und Rohrabschottungen nach harmonisierten technischen Spezifikationen

6.3.1 Bauaufsichtliche Anforderung und Klassifizierungen

Tabelle 6.3.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Klassifizierungen nach DIN EN 13501-2:2010-02

Bauaufsichtliche Anforderung	Feuerwiderstandsklasse		Brandverhalten, mindestens geeignete Klasse nach DIN EN 13501-1:2010-01
	Kabelabschottung	Rohrabschottung	
feuerhemmend	EI 30	EI 30-U/U[1] EI 30-C/U[2]	E
hochfeuerhemmend	EI 60	EI 60-U/U[1] EI 60-C/U[2]	
feuerbeständig	EI 90	EI 90-U/U[1] EI 90-C/U[2]	
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Minuten	EI 120	EI 120-U/U[1] EI 120-C/U[2]	

1 Für die Abschottung von brennbaren Rohren oder Rohren mit einem Schmelzpunkt < 1000 °C; für Trinkwasser-, Heiz-und Kälteleitungen mit Durchmessern ≤ 110 mm ist auch die Klasse EI ...-U/C zulässig.
2 Für die Abschottung von Rohrleitungen aus nichtbrennbaren Rohren mit einem Schmelzpunkt ≥ 1000 °C, Ausführung der Rohrleitung ohne Anschlüsse von brennbaren Rohren.

Hinsichtlich des Brandverhaltens der Komponenten des Bauproduktes, des Bausatzes gilt Abschnitt 1.3.

6.3.2 Anwendungs- und Ausführungsbestimmungen

Tabelle 6.3.2: Bauprodukte oder Bausätze nach harmonisierten technischen Spezifikationen nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011

6.3.2.1	Brandschutzprodukte oder Bausätze aus Brandschutzprodukten zum Abdichten und Verschließen von Fugen und Öffnungen und zum Aufhalten von Feuer im Brandfall – Abschottungen	Anwendungs- und Ausführungsbestimmungen 6.3.2.1/1
6.3.2.2	Im Brandfall aufschäumende Produkte für brandabdichtende und brandhemmende Verwendungen	Anwendungs- und Ausführungsbestimmungen 6.3.2.2/1

Anwendungs- und Ausführungsbestimmungen 6.3.2.1/1

Die Anwendung eines Bauproduktes oder Bausatzes mit ETA nach ETAG 026-1 und -2[14] für Abschottungen in feuerwiderstandsfähigen Bauteilen bedarf einer Bauartgenehmigung nach Art. 15 BayBO.

Für die Anwendung eines Bauproduktes oder Bausatzes mit ETA nach ETAG 026-1 und -2[15] gilt:
Jede Abschottung ist vom Verarbeiter mit einem Schild dauerhaft zu kennzeichnen, das folgende Angaben enthalten muss:

- Kabel-, Rohr- bzw. Kombiabschottung (wie zutreffend) „...“ der Feuerwiderstandsklasse EI... nach ETA Nr.: ...
- Name des Herstellers der Abschottung (Verarbeiter)
- Herstellungsjahr: …

14 Gilt für Europäische Technische Bewertungen, die nach dem 1.7.2013 erteilt worden sind.
15 Gilt für Europäische Technische Zulassungen, die vor dem 1.7.2013 erteilt worden sind.

Das Schild ist jeweils neben der Abschottung am Bauteil zu befestigen.

Der Verarbeiter, der die Abschottung ausführt oder Änderungen an der Abschottung vornimmt (Nachbelegung), muss für jedes Bauvorhaben eine Übereinstimmungsbestätigung ausstellen, mit der er bescheinigt, dass die von ihm hergestellte Abschottung den Bestimmungen der ETA entspricht (ein Muster für diese Bestätigung s. unter www.dibt.de). Diese Bestätigung ist dem Bauherrn zur ggf. erforderlichen Weiterleitung an die zuständige Bauaufsichtsbehörde auszuhändigen.

Bei jeder Ausführung der Abschottung hat der Verarbeiter den Bauherrn schriftlich darauf hinzuweisen, dass die Brandschutzwirkung der Abschottung auf die Dauer nur sichergestellt ist, wenn die Abschottung stets in ordnungsgemäßem Zustand gehalten und nach evtl. vorgenommener Belegungsänderung der bestimmungsgemäße Zustand der Abschottung wieder hergestellt wird.

Kombiabschottungen dürfen nur von Unternehmen ausgeführt werden, die durch den Zulassungsinhaber geschult und unterrichtet wurden und die als Nachweis über ihre Fachkunde vom Zulassungsinhaber darüber eine Bestätigung vorlegen können.

Anwendungs- und Ausführungsbestimmungen 6.3.2.2/1

Die Anwendung eines Bauproduktes oder Bausatzes mit ETA nach EAD 13-350005-00-1104, Ausgabe Mai 2015, für Abschottungen in feuerwiderstandsfähigen Bauteilen bedarf einer Bauartgenehmigung nach Art. 15 BayBO.
Ausgenommen davon sind Bauprodukte oder Bausätze:

- nach Verwendungszweck IU 1 (EAD, Abschnitt 1.2.1):
  für Einbausituationen, die den Anwendungen nach A 2.2.1.9 oder den Anwendungen gemäß dem jeweiligen Feuerwiderstandsnachweis nach Fußnote 1 des EAD entsprechen,
- nach Verwendungszwecken IU 2 bis IU 5 (EAD, Abschnitt 1.2.1):
  für Einbausituationen, die dem Bewertungslevel 1 oder 2 (EAD, Abschnitt 2.2.2.1) entsprechen.

Für deren Anwendung gilt:

Jede Abschottung ist vom Verarbeiter mit einem Schild dauerhaft zu kennzeichnen, das folgende Angaben enthalten muss:

- Kabel-, Rohr- bzw. Kombiabschottung (wie zutreffend) „...“ der Feuerwiderstandsklasse EI...nach ETA Nr.: ...
- Name des Herstellers der Abschottung (Verarbeiter)
- Herstellungsjahr: ...

Das Schild ist jeweils neben der Abschottung am Bauteil zu befestigen.

Der Verarbeiter, der die Abschottung ausführt oder Änderungen an der Abschottung vornimmt (Nachbelegung), muss für jedes Bauvorhaben eine Übereinstimmungsbestätigung ausstellen, mit der er bescheinigt, dass die von ihm hergestellte Abschottung den Bestimmungen der ETA entspricht (ein Muster für diese Bestätigung s. unter www.dibt.de). Diese Bestätigung ist dem Bauherrn zur ggf. erforderlichen Weiterleitung an die zuständige Bauaufsichtsbehörde auszuhändigen.

Bei jeder Ausführung der Abschottung hat der Verarbeiter den Bauherrn schriftlich darauf hinzuweisen, dass die Brandschutzwirkung der Abschottung auf die Dauer nur sichergestellt ist, wenn die Abschottung stets in ordnungsgemäßem Zustand gehalten und nach evtl. vorgenommener Belegungsänderung der bestimmungsgemäße Zustand der Abschottung wieder hergestellt wird.

Kombiabschottungen dürfen nur von Unternehmen ausgeführt werden, die geschult und unterrichtet wurden und die als Nachweis über ihre Fachkunde darüber eine Bestätigung vorlegen können.

7 Lüftungsanlagen

7.1 Allgemeines

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen bei Verwendung/Anwendung von Bauprodukten oder Bauteilen für Lüftungsanlagen mit Verwendbarkeitsnachweisen gemäß Art. 17 BayBO oder für Bauarten gemäß Art. 15 BayBO, kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN 4102 bzw. den Verwendbarkeitsnachweisen zu den Anforderungen nach A 2.1.15 den Abschnitten 7.2 und 7.4 entnommen werden.

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen bei Verwendung von Bauprodukten oder Bausätzen für Lüftungsanlagen, für die harmonisierte technische Spezifikationen nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 vorliegen, kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN EN 13501 zu den Anforderungen nach A 2.1.15 den Abschnitten 7.3 und 7.5 entnommen werden.

Für die Verwendung von Bauprodukten oder Bausätzen, für die harmonisierte technische Spezifikationen nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 gemäß Amtsblatt der Europäischen Union C 209/03 vom 10. Juni 2016 und C 172/4 vom 13. Mai 2016 vorliegen, gelten die Anwendungsregeln der Abschnitte 7.3 und 7.5.

7.2 Lüftungsleitungen klassifiziert nach DIN 4102-6:1977-09 und DIN V 4102-21:2002-08

Tabelle 7.2.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach DIN 4102-6 und DIN V 4102-21

Bauaufsichtliche Anforderung	Feuerwiderstandsklasse
feuerhemmend	L 30
hochfeuerhemmend	L 60
feuerbeständig	L 90
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Minuten	L 120

7.3 Lüftungsleitungen nach harmonisierten technischen Spezifikationen

Tabelle 7.3.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Klassifizierungen nach DIN EN 13501-3:2010-02

Bauaufsichtliche Anforderung	Feuerwiderstandsklasse	Brandverhalten, mindestens geeignete Klassen nach DIN EN 13501-1:2010-01
feuerhemmend	EI 30 ($v_e h_o$ i↔o)S	gemäß A 2.2.1.11, Abschnitt 3.2 C-s3, d2, sonst A2 - s1,d0
hochfeuerhemmend	EI 60 ($v_e h_o$ i↔o)S	A2 - s1,d0
feuerbeständig	EI 90 ($v_e h_o$ i↔o)S	A2 - s1,d0
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Minuten	EI 120 ($v_e h_o$ i↔o)S	A2 - s1,d0

Anwendungsregel

Für Lüftungsleitungen, die feuerwiderstandsfähige Bauteile in baulichen Anlagen durchdringen und die aus Brandschutzprodukten (Brandschutzbekleidungen) nach ETAG 018-1 und -4 vor Ort errichtet werden, gibt es für die Anwendung in mechanischen Lüftungsanlagen keine abschließende technische Regel.

7.4 Brandschutzklappen und Absperrvorrichtungen nach Verwendbarkeitsnachweis

Tabelle 7.4.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen für Brandschutzklappen in Unterdecken

Bauaufsichtliche Anforderung	Feuerwiderstandsklasse nach DIN 4102-6:1977-09 und zusätzliche Bezeichnung für Unterdecke gemäß Verwendbarkeitsnachweis
feuerhemmend	K 30 U
hochfeuerhemmend	K 60 U
feuerbeständig	K 90 U

Tabelle 7.4.2: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen für Brandschutzklappen in Ab- oder Fortluftleitungen von gewerblichen Küchen

Bauaufsichtliche Anforderung	Feuerwiderstandsklasse nach DIN 4102-6:1977
feuerhemmend	K 30
hochfeuerhemmend	K 60
feuerbeständig	K 90

Tabelle 7.4.3: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen für Absperrvorrichtungen gemäß MLüAR, Abschnitt 7.2

Bauaufsichtliche Anforderung	Feuerwiderstandsklasse
feuerhemmend	K30-18017
hochfeuerhemmend	K60-18017
feuerbeständig	K90-18017

7.5 Brandschutzklappen nach DIN EN 15650:2010-09, Zuordnung und Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen

Tabelle 7.5.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Klassifizierungen nach DIN EN 13501-3:2010-02

Bauaufsichtliche Anforderung	Feuerwiderstandsklasse
feuerhemmend	EI 30 ($v_e h_o$ i↔o)-S
hochfeuerhemmend	EI 60 ($v_e h_o$ i↔o)-S
feuerbeständig	EI 90 ($v_e h_o$ i↔o)-S
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Minuten	EI 120 ($v_e h_o$ i↔o)-S

Hinweis:
Gemäß Anwendungsbereich gilt die Norm nicht für Brandschutzklappen in Atmosphären, die planmäßig oder außerplanmäßig aufgrund chemischer Reaktionen eine schädigende und/oder korrosive Wirkung auf diese ausüben. Dazu gehören Atmosphären in Ab- oder Fortluftleitungen von gewerblichen Küchen.

Die Anforderungen an Lüftungsanlagen in baulichen Anlagen nach A 2.1.15 in Verbindung mit der Technischen Regel A 2.2.1.11 werden bei der Verwendung von Brandschutzklappen nach DIN EN 15650:2010-09 erfüllt, wenn zusätzlich zur Tabelle 7.5.1 folgende Bestimmungen eingehalten werden:

Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen

1 Die Anforderungen an bauliche Anlagen werden nur von Brandschutzklappen mit mindestens einseitig angeschlossenen Lüftungsleitungen in mechanischen Lüftungsanlagen erfüllt.

2 Brandschutzklappen mit mechanischem Absperrelement dürfen in Lüftungsleitungen von mechanischen Lüftungsanlagen nur verwendet werden,

- wenn die nach DIN EN 15650:2010-09, Abschnitt 5.2.5, in Verbindung mit ISO 10294-4 nachgewiesene Nennauslösetemperatur der thermischen Auslöseeinrichtung maximal 72 °C oder für Zuluftleitungen in Warmluftheizungsanlagen maximal 95 °C beträgt,
- wenn die Dauerhaftigkeit der Betriebssicherheit für einen bedarfsgemäß und unabhängig von der Schutzfunktion geöffneten oder geschlossenen Betrieb der Brandschutzklappen mit motorischem Antrieb für mindestens 10.000 Betätigungen (Öffnungs- und Schließzyklen) nach DIN EN 15650:2010-09, Abschnitt 5.4.2, in Verbindung mit Anhang C nachgewiesen wurde,
- in der nach DIN EN 1366-2:2015-09 nachgewiesenen Achslage des mechanischen Absperrelements.

3 Brandschutzklappen dürfen zusätzlich zur thermischen Auslösung mit Auslöseeinrichtungen angesteuert werden, die auf Rauch ansprechen (Rauchauslöseeinrichtungen). Die Eignung der Rauchauslöseeinrichtungen muss für den vorgesehenen Verwendungszweck nachgewiesen sein. Sie müssen in Lüftungsleitungen installiert sein.

4 Die detaillierte, den Leistungsnachweisen entsprechende Montageanleitung und die Betriebsanleitung des Herstellers oder seines Vertreters müssen zur Verfügung stehen. Der Hersteller oder sein Vertreter hat schriftlich in der Betriebsanleitung ausführlich die für die Inbetriebnahme, Inspektion, Wartung, Instandsetzung sowie Überprüfung der Funktion der Brandschutzklappe notwendigen Angaben darzustellen.

8 Feuerungsanlagen

8.1 Allgemeines

Feuerungsanlagen (Feuerstätten und Abgasanlagen) müssen so aufgestellt und betrieben werden, dass sie aufgrund ihrer Beschaffenheit betriebs- und brandsicher sind und von ihnen sowie durch ihre Nutzung keine Gefahren oder unzumutbare Belästigungen ausgehen.

Für die Anwendung von Bauprodukten oder Bauteilen, die zur Verwendung in Feuerungsanlagen geeignet sind und für die harmonisierte technische Spezifikationen nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 vorliegen, sind die technischen Anforderungen A 2.1.16 und den nachfolgenden Regeln der Abschnitte 8.2 bis 8.4 zu entnehmen.

8.2 Feuerstätten

Tabelle 8.2.: Bauprodukte nach harmonisierter technischen Spezifikationen (hEN)

lfd. Nr.	Bauprodukte nach hEN	Planung, Bemessung, Ausführung
8.2.1	Heizkessel für feste Brennstoffe bis 50 kW, für offene Systeme bis max. 2 bar EN 12809:2001+A1:2004, EN 12809:2001/AC:2006 und EN 12809:2001/A1:2004/AC:2007 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 12809:2005-08 und DIN EN 12809/Berichtigung 1:2008-06	8.2.1/1
8.2.2	Herde für feste Brennstoffe EN 12815:2001+A1:2004, EN 12815:2001/AC:2006 und EN 12815:2001/A1:2004/AC:2007 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 12815:2005-09 und DIN EN 12815/Berichtigung 1:2008-06	8.2.1/1
8.2.3	Kamineinsätze einschließlich offene Kamine für feste Brennstoffe EN 13229:2001+A1:2003 +A2:2004, EN 13229:2001/AC:2006 und EN 13229:2001/A2:2004/AC:2007 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 13229:2005-10 und DIN EN 13229/Berichtigung 1:2008-06	8.2.1/1 und /2
8.2.4	Raumheizer für feste Brennstoffe EN 3240:2001+A2:2004, EN 13240:2001/AC:2006 und EN 13240:2001/A2:2004/AC:2007 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 13240:2005-10 und DIN EN 13240/Berichtigung 1:2008-06	8.2.1/1
8.2.5	Heizöfen für flüssige Brennstoffe mit Verdampfungsbrennern und Schornsteinanschluss EN 1:2007 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 1:2007-12	8.2.1/3
8.2.6	Raumheizer zur Verfeuerung von Holzpellets EN 14785:2006 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 14785:2006-09 und DIN EN 14785/Berichtigung 1:2007-10	8.2.1/1 und 8.2.1/4

8.2.7	Speicherfeuerstätten für feste Brennstoffe EN 15250:2007 in Deutschland umgesetzt durch DIN EN 15250:2007-06	8.2.1/1

8.2.1/1

Die Verwendung der Feuerstätten ist nur zulässig, wenn der mit der CE-Kennzeichnung angegebene Abstand zu Bauteilen aus brennbaren Baustoffen eingehalten wird und die angrenzenden Bauteile einen Wärmedurchlasswiderstand ≤ 1,2 m²K/W aufweisen.

8.2.1/2

Für die Verwendung der Kamineinsätze in Feuerstätten sind die Bestimmungen der „Fachregel des Ofen- und Luftheizungsbauhandwerks TR-OL 2009, Ausgabe 2010“ zu beachten.

8.2.1/3

Die Verwendung der Feuerstätten ist nur zulässig, wenn der mit der CE-Kennzeichnung angegebene Abstand zu Bauteilen aus brennbaren Baustoffen eingehalten wird und die angrenzenden Bauteile einen Wärmedurchlasswiderstand ≤ 0,127 m²K/W aufweisen.

8.2.1/4

Für die Feuerstätten zur Verfeuerung von Holzpellets gibt es für die Anwendung hinsichtlich Aufstellung und Betrieb keine abschließende technische Regel. Ausgenommen davon sind die Feuerstätten mit automatischer Beschickungseinrichtung, die anschlussfertig sind und ein Verbrennungsluftgebläse haben.

8.3 Abgasanlagen

Für die Ausführung von Abgasanlagen sind die Bestimmungen der Landesbauordnungen und die der Feuerungsverordnungen der Länder zu beachten. Zusätzlich gelten die Anforderungen der DIN V 18160-1:2006-01 mit Ausnahme der Abschnitte 6.2, 6.5, 6.9, 6.10.1 und 6.10.2. Die nachstehenden Abschnitte sind mit folgenden Änderungen und Ergänzungen anzuwenden:

8.3.1 Neufassung des Abschnittes 1 von DIN V 18160-1:2006-01

Diese Norm gilt für die Planung und Ausführung von Abgasanlagen für die Abführung von Abgasen von Feuerstätten, die mit festen, flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen betrieben werden, sowie z. B. für die Abführung von Abgasen von Wärmepumpen, Blockheizkraftwerken und ortsfesten Verbrennungsmotoren. Die Norm regelt die Verwendung von Bauprodukten für Abgasanlagen.

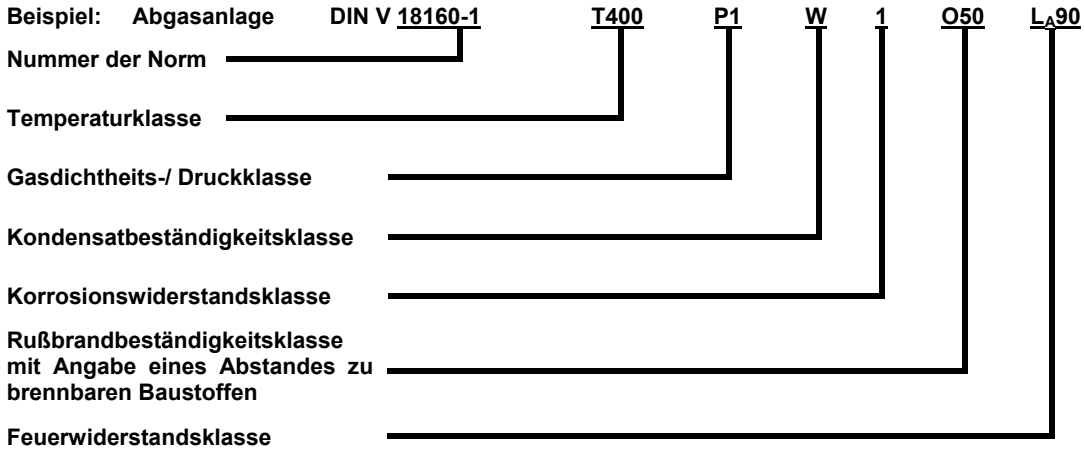
Die auf der Basis der EN 13216-1:2004-11 geprüften Bauprodukte für Abgasanlagen sind hinsichtlich des Abstandes zu brennbaren Baustoffen nur in Gebäuden mit angrenzenden Wänden, die einen Wärmedurchlasswiderstand R bis max. 2,7 m^2K/W (entspricht ca. 10 cm Mineralfaser) aufweisen und zu durchdringenden Decken und Dächer, die einen Wärmedurchlasswiderstand R bis max. 5,4 m^2K/W aufweisen, geeignet.

Die Verwendung von Abgasanlagen in Gebäuden mit Wand-, Decken- und Dachkonstruktionen aus oder mit brennbaren Baustoffen, die höhere Wärmedurchlasswiderstände aufweisen, sind in den harmonisierten Produktnormen noch nicht berücksichtigt.

Die Anwendungsnorm gilt nicht für:
Luft-Abgas-Schornsteine, mehrfach belegte Abgasanlagen für raumluftunabhängige Feuerstätten für feste Brennstoffe, Schornsteine im Überdruckbetrieb, Verbindungsstücke für Feuerstätten für feste Brennstoffe im Überdruckbetrieb, freistehenden Abgasanlage (Höhe über der obersten statisch wirksamen Abstützung > 3 m) und Montageabgasanlagen mit einer höheren Temperaturklasse als T400.

8.3.2 Neufassung des Abschnittes 5.2.1 Kennzeichnung von DIN V 18160-1:2006-01

Die Kennzeichnung einer ausgeführten Abgasanlage muss je nach Anwendungsbereich mindestens aus folgenden Leistungskenngrößen bestehen:



Jeder Zug der Abgasanlage muss gut sichtbar dauerhaft (z. B. Aluminium-Klebschild) mit einer vollständigen Anlagenkennzeichnung versehen werden. Mögliche Stellen für das Anbringen sind die Reinigungsverschlüsse (Türen) im Aufstellraum der Feuerstätte oder an der Stelle des Abgaseintritts in die Abgasanlage.

Jede Leistungskenngröße muss mindestens der geforderten Klasse oder einer höheren Klasse nach folgender Reihenfolge entsprechen:

T600 > T450 > T400 > T300 > T250 > T200 > T160 > T140 > T120 > T100 > T080;

H > P > N; Wx > Dx; D3 > D2 > D1; W3 > W2 > W1; G > O.

Temperaturklasse

Die Temperaturklasse gibt an, bis zu welcher Nennbetriebstemperatur die ausgeführte Abgasanlage einsetzbar ist.

Gasdichtheitsklassen/Druckklasse

Die Gasdichtheitsklasse nach DIN EN 1443/Druckklasse gibt an, für welche Betriebsweise die Abgasanlage geeignet ist.

Kondensatbeständigkeitsklasse

W, für Abgasanlagen, die planmäßig feucht betrieben werden dürfen;

D, für Abgasanlagen, die planmäßig unter Trocken-Bedingungen betrieben werden müssen.

Korrosionswiderstandsklasse

Die brennstoffabhängigen Korrosionswiderstandsklassen für Abgasanlagen sind DIN EN 1443 zu entnehmen.

Rußbrandbeständigkeitsklasse

Oxx für Abgasanlagen ohne Rußbrandbeständigkeit;

Gxx für Abgasanlagen mit Rußbrandbeständigkeit.

Die Bezeichnung des Abstands der äußeren Oberfläche der Abgasanlage zu brennbaren Stoffen erfolgt durch xx, wobei xx der Zahlenwert des Abstandes in gerundeten Millimetern ist.

Feuerwiderstandsklasse

Die Feuerwiderstandklasse L_A gibt die Zeitspanne an, der die Abgasanlage bei Brandbeanspruchung (Wirkrichtung von außen nach außen/Raumabschluss und Wärmedämmung) widersteht. Die möglichen Klassen sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

Feuerwiderstandsklassen nach DIN 18160-60:2014-02

Bauaufsichtliche Anforderung	**Feuerwiderstandsklassen**	
feuerhemmend	L_A30*	Feuerwiderstandsdauer ≥ 30 Min
feuerbeständig	L_A90*	Feuerwiderstandsdauer ≥ 90 Min
* **Der angegebene Feuerwiderstand muss entsprechend der gewählten Temperaturklasse (z.B. T400) mit thermischer Vorbehandlung geprüft worden sein.**		

Dabei kann die Abgasanlage selbst den geforderten Feuerwiderstand aufweisen oder die Abgasanlage erfüllt zusammen mit einem Schacht den erforderlichen Feuerwiderstand.
Bei Abgasleitungen mit einer Abgastemperatur ≤ 160°C kann auf die thermische Vorbehandlung bei der Prüfung des Feuerwiderstands der Schächte verzichtet werden.

8.3.3 Neufassung des Abschnittes 7.2.3 Bauprodukte für die Außenschale von DIN V 18160-1:2006-01

Außenschalen müssen Leistungsmerkmale aufweisen, die mindestens den Leistungsklassen entsprechen, die gleich oder höher sind als für die angestrebte Kennzeichnung der Montageschornsteine erforderlich sind. Dafür dürfen Bauprodukte nach DIN EN 1858, DIN EN 12446, DIN EN 13069 und DIN EN 1806 verwendet werden und müssen mindestens mit T400 und G gekennzeichnet sein. Sofern bei der Verwendung Anforderungen an den Feuerwiderstand gestellt werden, ist dieser nach DIN 18160-60:2014-02 nachzuweisen. Der Nachweis kann für die Außenschale allein oder für mehrschalige Konstruktionen gemeinsam erbracht werden.

Zur Herstellung der Außenschalen aus Mauerwerk dürfen auch verwendet werden:

- Mauerziegel nach EN 771-1 in Verbindung mit DIN 20000-401 oder alternativ DIN 105-100 mit einer Wanddicke ≥ 11,5 cm;
- Hochlochziegel B und C nach DIN EN 771-1 mit einer Wanddicke ≥ 24 cm
- Kalksandsteine nach DIN EN 771-2 in Verbindung mit DIN V 20000-402 oder DIN V 106 mit einer Wanddicke ≥ 11,5 cm;
- Hüttensteine nach DIN 398 mit einer Wanddicke ≥ 11,5 cm

- Porenbeton-Blocksteine nach DIN EN 771-4 in Verbindung mit DIN V 20000-403 oder DIN V 4165-100 mit einer Wanddicke ≥ 10 cm;
- Hohlblocksteine aus Leichtbeton nach DIN 18151 mit einer Wanddicke ≥ 17,5 cm;
- Vollsteine aus Leichtbeton nach DIN EN 771-3 in Verbindung mit DIN V 20000-403 oder DIN V 18152-100:2005-10 mit einer Wanddicke ≥ 11,5 cm gelten als gleichwertig.

Außenschalen aus vorgenanntem Mauerwerk entsprechen der Klassifizierung T400 G50 L_A90.
Für die Bauart der Außenschale gilt Abschnitt 7.1, Absatz 2, sinngemäß.

8.3.4 Neufassung des Abschnittes 7.2.4 und 8.1.1.4 Bauprodukte für die Dämmschale von DIN V 18160-1:2006-01

Für Montageabgasanlagen dürfen Dämmstoffe nach DIN EN 14303 entsprechend den jeweiligen Anforderungen der vorgesehenen Abgasanlage verwendet werden.

1. Dämmstoffe für Montage-Schornsteine

Die Dämmstoffe für Schornsteine müssen einer Temperatureinwirkung durch Rußbrand widerstehen. Nach DIN EN 14303 ist die Rußbrandbeständigkeit nicht nachweisbar.

Dämmschalen aus Dämmstoffen nach DIN EN 14303 müssen mindestens eine Dicke von 3 cm und mindestens einen Wärmedurchlasswiderstand von 0,4 m²K/W bei 300 °C aufweisen.

Auf eine Dämmschale kann bei Innenschalen nach DIN EN 1856-1:2009-09 mit einer Wärmedämmung von mindestens 3 cm in Verbindung mit den in 7.2.3 benannten Außenschalen verzichtet werden.

2. Dämmstoffe für Montage-Abgasleitungen

Dämmstoffe nach DIN EN 14303 dürfen für Montage-Abgasleitungen verwendet werden. Die obere Anwendungsgrenztemperatur des Dämmstoffes muss größer oder gleich der benötigten Temperaturklasse der vorgesehenen Abgasanlage liegen.

3. Dämmstoffe für Verbindungsstücke und einschalige metallische Abgasanlagen

Dämmstoffe, die direkt auf den Oberflächen von metallischen Abgasanlagen oder Verbindungsstücken angeordnet sind, müssen nichtbrennbar sein. Die obere Anwendungsgrenztemperatur des Dämmstoffes muss größer oder gleich der benötigten Temperaturklasse der vorgesehenen Abgasanlage liegen.

8.3.5 Brandverhalten von Abgasanlagen

Die Bauteile von Abgasanlagen müssen nach den Landesbauordnungen hinsichtlich ihres Brandverhaltens mindestens normalentflammbar sein.

Sofern Bauteile für Abgasanlagen in die Klasse A1 gemäß Entscheidung 96/602/EG der Kommission (geändert durch Entscheidungen 2000/605/EG und 2003/424/EG der Kommission) eingestuft sind oder wenn diese Bauteile nach DIN 4102-4:2016-05 klassifiziert sind, dürfen sie im Hinblick auf das Brandverhalten ohne zusätzlichen Nachweis entsprechend ihrer Klassifikation verwendet werden.

Tabelle 8.3: Bauprodukte oder Bausätze nach harmonisierten technischen Spezifikationen (hEN)

lfd. Nr.	Bauprodukte nach hEN	Planung, Bemessung, Ausführung
8.3.1	Innenrohre und Verbindungsstücke aus Metall für Abgasanlagen EN 1856-2:2009 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 1856-2:2009-09	DIN V 18160-1:2006-01 und zusätzlich Beiblatt 1 von DIN V 18160-1:2006-01 und DIN V 18160-1 Beiblatt 1 Berichtigung 1:2007-10 in Verbindung mit 8.3
8.3.2	Betoninnenrohre für Abgasanlagen EN 1857:2010 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 1857:2010-08	DIN V 18160-1:2006-01 in Verbindung mit 8.3
8.3.3	Betonformblöcke für Abgasanlagen EN 1858:2008+A1:2011 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 1858:2011-09	DIN V 18160-1:2006-01 in Verbindung mit 8.3
8.3.4	Außenschalen aus Beton für Abgas-anlagen EN 12446:2011 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 12446:2011-09	DIN V 18160-1:2006-01 in Verbindung mit 8.3
8.3.5	Rußbrandbeständige Systemabgas-anlagen mit Keramik-Innenrohren EN 13063-1:2005 und EN 13063-1/A1:2007 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 13063-1:2007-10	DIN V 18160-1:2006-01 in Verbindung mit 8.3
8.3.6	Systemabgasanlagen mit Keramik-Innenrohren EN 13063-2:2005 und EN 13063-2/A1:2007 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 13063-2:2007-10	DIN V 18160-1:2006-01 in Verbindung mit 8.3 und 8.3.1/1
8.3.7	Keramik-Außenschalen für Systemabgasanlagen EN 13069:2005 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 13069:2005-12	DIN V 18160-1:2006-01 in Verbindung mit 8.3
8.3.8	Systemabgasanlagen mit Kunststoff-Innenrohren EN 14471:2005 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 14471:2005-11	DIN V 18160-1:2006-01 in Verbindung mit 8.3
8.3.9	Keramik-Formblöcke für Abgasanlagen EN 1806:2006 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 1806:2006-10	DIN V 18160-1:2006-01 in Verbindung mit 8.3
8.3.10	Aufsätze für raumluftunabhängige Abgas-anlagen von Gasgeräten des Typs C6 EN 14989-1:2007 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 14989-1:2007-05	DIN V 18160-1:2006-01 und zusätzlich Beiblatt 1 von DIN V 18160-1:2006-01 in Verbindung mit 8.3 und 8.3.1/2
8.3.11	Luft-Abgas-Systeme mit Keramik-Innenrohren EN 13063-3:2007 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 13063-3:2007-10	DIN V 18160-1:2006-01 in Verbindung mit 8.3

lfd. Nr.	Bauprodukte nach hEN	Planung, Bemessung, Ausführung
8.3.12	Abgas- und Luftleitungen für raumluft-unabhängige Feuerstätten EN 14989-2:2007 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 14989-2:2008-03	DIN V 18160-1:2006-01 sowie zusätzlich Beiblatt 1 von DIN V 18160-1:2006-01 in Verbindung mit 8.3 und 8.3.1/2
8.3.13	Keramik-Innenrohre für Abgasanlagen; –Nassbetrieb – EN 1457-2:2012 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 1457-2:2012-04	DIN V 18160-1:2006-01 in Verbindung mit 8.3 und 8.3.1/3
8.3.14	Keramik-Innenrohre für Abgasanlagen – Trockenbetrieb – EN 1457-1:2012 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 1457-1:2012-04	DIN V 18160-1:2006-01 in Verbindung mit 8.3
8.3.15	Bauteile und Abschnitte von System-Abgasanlagen mit Metallinnenrohren EN 1856-1:2009-09 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 1856-1:2009-09	DIN V 18160-1:2006-01 in Verbindung mit 8.3

8.3.1/1

Systemabgasanlagen mit Keramik-Innenrohren der Klassifizierung W 3 O sind nicht verwendbar.

8.3.1/2

Aufsätze, Bauteile, Abgas- und Luftleitungen aus Metallen nach DIN EN 14989-1:2007-05 und DIN EN 14989-2:2007-05 der Klasse 80 oder 99 müssen der Korrosionsklasse V1, V2 oder V3 nach DIN EN 1856-1:2009-09 entsprechen.

8.3.1/3

Innenrohre nach EN 1457-2 mit der Kondensationsbeständigkeitsklasse WA dürfen nur in einer dauerhaft hinterlüfteten Außenschale gemäß DIN V 18160-1:2006-01, Abschnitt 8.2.1, dritter Spiegelstrich verwendet werden. Für diese Abgasanlagen ist ein Kondensatablauf erforderlich.

Bauarten von Montageschornsteinen mit Innenschalen der Klasse WB, WC oder WD sind für die feuchte Betriebsweise nicht verwendbar.

8.4 Dämmstoffe für Feuerungsanlagen (Feuerstätten und Abgasanlagen)

Tabelle 8.4.: Bauprodukte nach harmonisierten technischen Spezifikationen (hEN)

lfd. Nr.	Bauprodukte nach hEN	Planung, Bemessung, Ausführung
8.4.1	Wärmedämmstoffe für die technische Gebäudeausrüstung und für betriebstechnische Anlagen in der Industrie - werkmäßig hergestellte Produkte aus Mineralwolle (MW) EN 14303 in Deutschland umgesetzt durch: DIN EN 14303:2010-04	Abschnitt 8.3

9 Wärmeabzugsgeräte

Tabelle 9.1: Mindestwerte der wesentlichen Eigenschaften von Wärmeabzugsgeräten nach DIN EN 12101-2:2003-09 zur Verwendung in Dächern gemäß A 2.1.21.3:

DIN EN 12101-2:2003-09	mindestens erforderliche Leistung
4.1	4.1.1 a) Thermoelement und Handauslösung
4.2	erfüllt
4.4.	Angabe (m²), Breite ≥ 1,0 m
7.1.1	Re 50
7.1.3	Re 50
7.2.1.1	SL 500
7.3.1	T (0)
7.4.1	WL 1500
7.5.1	B 300
7.5.2	E – d2

Für die Verwendung der Wärmeabzugsgeräte in der Bedachung in Dächern ist A 2.1.9 hinsichtlich der Lage und Anordnung als lichtdurchlässige Flächen einzuhalten, wenn die Leistung nach Abschnitt 7.5.2 der DIN EN 12101-2:2003-09 nicht mit mindestens A2 – s1,d0 erklärt ist; anderenfalls ist bei der Verwendung in der Bedachung für die Bedachung der Nachweis gemäß A 2.1.9 für eine gegen Flugfeuer und strahlende Wärme widerstandsfähige Bedachung zu führen (s. Abschnitt 3, Tabelle 3.2) oder die bauliche Anlage hat die Abstände nach Art. 30 Abs. 2 BayBO einzuhalten. Die Verwendung in lichtdurchlässigen Bedachungen, die schwerentflammbar sein dürfen und nicht brennend abtropfen, ist zulässig, wenn die Leistungsanforderung nach Abschnitt 7.5.2 der DIN EN 12101-2:2003-09 mindestens als C – s3,d0 erklärt ist.

10 Rauchabzugsanlagen

10.1 Allgemeines

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen bei Verwendung von Bauprodukten oder Bauteilen für Rauchabzugsanlagen mit Verwendbarkeitsnachweisen gemäß Art. 17 BayBO oder für Bauarten gemäß Art. 15 BayBO kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN 4102 zu den Anforderungen nach A 2.1.21.2 dem Abschnitt 10.4 entnommen werden.

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen bei Verwendung von Bauprodukten oder Bausätzen für Rauchabzugsanlagen, für die harmonisierte technische Spezifikationen nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 gemäß Amtsblatt der Europäischen Union C 209/03 vom 10. Juni 2016 und C 179/4 vom 13. Mai 2016 vorliegen, kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN EN 13501 zu den Anforderungen nach A 2.1.21.2 den Abschnitten 10.5 und 10.6 entnommen werden.

10.2 Rauchabzugsgeräte nach DIN EN 12101-2:2003-09 in Rauchabzugsanlagen nach Versammlungsstättenverordnung, Verkaufsstättenverordnung und Industriebaurichtlinie gemäß A 2.1.21.2, soweit bauordnungsrechtlich verlangt, Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen

Die Anforderungen an die Rauchableitung aus baulichen Anlagen mittels natürlicher Rauchabzugsanlagen gemäß A 2.1.21.2 werden bei Verwendung natürlicher Rauchabzugsgeräte nach DIN EN 12101-2:2003-09 erfüllt, wenn die Mindestwerte der wesentlichen Merkmale der Tabelle 10.2.1 eingehalten und die Rauchabzugsgeräte verwendungsabhängig geplant, bemessen und ausgeführt werden.

Tabelle 10.2.1: Mindestwerte der wesentlichen Eigenschaften von Rauchabzugsgeräten nach DIN EN 12101-2:2003-09 zur Verwendung gemäß A 2.1.21.2

Wesentliche Eigenschaft	Verwendung in	
	notwendigen Treppenräumen Leistungsanforderung	Rauchabzugsanlagen Leistungsanforderung
4.1	Thermoelement und Handauslösung	Thermoelement und Auslöseeinrichtung nach 4.1.1 b) oder c) oder d)
4.2	erfüllt	erfüllt
6	Angabe (m²)	Angabe ≥ 1,5 m², für Industriebauten Angabe (m^2)
7.1.1	Re 50	Re 50
7.1.3	Re 50	Re 50
7.2.1.1	SL 500	SL 500
7.3.1	T (-05)	T (-05)
7.4.1	WL 1500	WL 1500
7.5.1	B 300	B 300
7.5.2	E – d2	E – d2

Für die Verwendung der Rauchabzugsgeräte in der Bedachung von Dächern ist A 2.1.9 hinsichtlich der Lage und Anordnung als lichtdurchlässige Flächen einzuhalten, wenn die Leistungsanforderung nach Abschnitt 7.5.2 der DIN EN 12101-2 nicht mindestens als A2 – s1,d0 erklärt ist; andernfalls ist bei der Verwendung in der Bedachung für die Bedachung der Nachweis gemäß A 2.1.9 für eine gegen Flugfeuer und strahlende Wärme widerstandsfähige Bedachung zu führen (s. Abschnitt 3, Tabelle 3.2) oder die bauliche Anlage hat die Abstände nach Art. 30 Abs. 2 BayBO einzuhalten.

10.3 Maschinelle Rauchabzugsgeräte nach DIN EN 12101-3:2015-12 in Rauchabzugsanlagen nach Versammlungsstättenverordnung, Verkaufsstättenverordnung und Industriebaurichtlinie gemäß A 2.1.21.2, Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen

Maschinelle Rauchabzugsanlagen müssen so errichtet werden, dass sie den Temperaturen der abzuführenden Brandgase ausreichend lang widerstehen.

In maschinellen Rauchabzugsanlagen sind maschinelle Rauchabzugsgeräte nach DIN EN 12101-3:2015-12 zu verwenden. Für die Verwendung der maschinellen Rauchabzugsgeräte gibt es keine abschließende technische Regel.

Für die Verwendung der maschinellen Rauchabzugsgeräte gelten die Leistungsanforderungen der Tabelle 10.3.1.

Tabelle 10.3.1: Leistungsanforderungen an maschinelle Rauchabzugsgeräte

Wesentliche Eigenschaft	Verwendung in maschinellen Rauchabzugsanlagen von Räumen	
	Luftvolumenstrom der Rauchabzugsanlage	
	≤ 40 000 m³/h	> 40 000 m³/h
Temperaturbeständigkeit	≥ 600 °C mindestens 30 Minuten	≥ 300 °C mindestens 30 Minuten

10.4 Entrauchungsleitungen, geprüft und klassifiziert nach DIN V 18232-6:1997-10

Tabelle 10.4.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Feuerwiderstandsklasse nach DIN V 18232-6:1997-10 in Verbindung mit DIN 4102-6:1977-09

Bauaufsichtliche Anforderung	Feuerwiderstandsklasse, Kategorie, Druckstufe
feuerhemmend	L 30, Kategorie 3 und Druckstufe 1/2/3[1]
hochfeuerhemmend	L 60, Kategorie 3 und Druckstufe 1/2/3[1]
feuerbeständig	L 90, Kategorie 3 und Druckstufe 1/2/3[1]
1 je nach erforderlicher Druckstufe	

10.5 Entrauchungsleitungen nach harmonisierten technischen Spezifikationen

Tabelle 10.5.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Klassifizierungen nach DIN EN 13501-4:2010-01

Bauaufsichtliche Anforderung	Feuerwiderstandsklasse
feuerhemmend	EI 30 (v_e – h_o) S *[1] multi
hochfeuerhemmend	EI 60 (v_e – h_o) S *[1] multi
feuerbeständig	EI 90 (v_e – h_o) S *[1] multi
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Minuten	EI 120 (v_e – h_o) S *[1] multi
1 je nach vorgesehener Verwendung: 500 Pa, 1000 Pa oder 1500 Pa	

Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen

Die Anforderungen an die Rauchableitung aus baulichen Anlagen nach A 2.1.21.2 mittels maschineller Rauchabzugsanlagen werden bei der Verwendung von Entrauchungsleitungen aus Entrauchungskanalstücken nach DIN EN 12101-7:2011-08 erfüllt, wenn folgende Anwendungsbestimmungen eingehalten werden:

1 Die Entrauchungsleitungen müssen aus nichtbrennbaren Baustoffen (mindestens Klasse A 2-s1, d0 nach DIN EN 13501-1:2010-01) bestehen.

2 Nach EN 1366-9:2008-09 geprüfte Entrauchungskanalstücke dürfen nur für horizontal angeordnete Entrauchungsleitungen von Rauchabzugsanlagen eines einzelnen Brandabschnitts verwendet werden.

3 Die detaillierte, den Leistungsnachweisen entsprechende Montageanleitung und die Betriebsanleitung des Herstellers oder seines Vertreters müssen zur Verfügung stehen.

Für Entrauchungsleitungen, die feuerwiderstandsfähige Bauteile in baulichen Anlagen durchdringen und die aus Brandschutzprodukten (Brandschutzbekleidungen) nach ETAG 018-1 und -4 vor Ort errichtet werden, gibt es für die Anwendung in Rauchabzugsanlagen keine abschließende technische Regel.

10.6 Entrauchungsklappen nach DIN EN 12101-8:2011-08

Tabelle 10.6.1: Bauaufsichtliche Anforderung und Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach DIN EN 13501-4:2010-01

Bauaufsichtliche Anforderung	Feuerwiderstandsklasse
feuerhemmend	EI 30 (v_e[1] - h_o[2] - i↔o) S *[3] C_{xx}[4] MA[5] multi
hochfeuerhemmend	EI 60 (v_e[1] - h_o[2] - i↔o) S *[3] C_{xx}[4] MA[5] multi
feuerbeständig	EI 90 (v_e[1] - h_o[2] - i↔o) S *[3] C_{xx}[4] MA[5] multi
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Minuten	EI 120 (v_e[1] - h_o[2] - i↔o) S *[3] C_{xx}[4] MA[5] multi

1 je nach vorgesehener Verwendung: v_{ew}, v_{edw}, v_{ed}
2 je nach vorgesehener Verwendung: h_{ow}, h_{odw}, h_{od}
3 je nach vorgesehener Verwendung: 500 Pa, 1000 Pa oder 1500 Pa
4 je nach vorgesehener Verwendung: C_{300} oder C_{10000}
5 für die Verwendung in maschinellen Rauchabzugsanlagen

Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen

Die Anforderungen an die Rauchableitung aus baulichen Anlagen nach A 2.1.21.2 mittels maschineller Rauchabzugsanlagen werden bei der Verwendung von Entrauchungsklappen nach DIN EN 12101-8: 2011-08 erfüllt, wenn folgende Anwendungsbestimmungen eingehalten werden:

Entrauchungsklappen zur Verwendung in maschinellen Rauchabzugsanlagen eines Brandabschnitts müssen mindestens die Klassifizierung $E_{300}30(v_e\text{-}h_o\text{-}i\leftrightarrow o)$ S500 C_{xx}[16]MA single nach DIN EN 13501-4:2010-01 aufweisen.

Entrauchungsklappen mit mechanischem Absperrelement dürfen in maschinellen Rauchabzugsanlagen nur verwendet werden,

16 je nach Verwendungszweck C_{300} oder C_{1000}

- wenn die wesentlichen Komponenten aus nichtbrennbaren Baustoffen (mindestens A 2-s1, d0 nach DIN EN 13501-1:2010-01) bestehen,
- in der Achslage des mechanischen Absperrelements, die
  - nach der Feuerwiderstandsprüfung gemäß EN 1366-2:2015-09 für Entrauchungsklappen in Rauchabzugsanlagen für Mehrfachabschnitte bzw.
  - bei der Brandbeanspruchung unter konstanter Temperatur für Entrauchungsklappen in Rauchabzugsanlagen von Einzelabschnitten

nachgewiesen wurde.

Die detaillierte, den Leistungsnachweisen entsprechende Montageanleitung und die Betriebsanleitung des Herstellers oder seines Vertreters müssen zur Verfügung stehen. Der Hersteller oder sein Vertreter hat schriftlich in der Betriebsanleitung ausführlich die für die Inbetriebnahme, Inspektion, Wartung, Instandsetzung sowie Überprüfung der Funktion der Entrauchungsklappe notwendigen Angaben darzustellen.

11 Druckbelüftungsanlagen (Anlagen zur Rauchfreihaltung)

Druckbelüftungsanlagen müssen automatisch ausgelöst werden. Der notwendige Druckunterschied muss sich spätestens 60 *Sekunden* nach dem Auslösen eingestellt haben.

12 Installationskanäle und –schächte, einschließlich der Abschlüsse ihrer Öffnungen

12.1 Allgemeines

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen mit Installationsschächten und -kanälen, einschließlich der Abschlüsse ihrer Öffnungen, mit Verwendbarkeitsnachweisen gemäß Art. 17 BayBO oder für Bauarten gemäß Art. 15 BayBO, kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN 4102 zu den technischen Anforderungen nach A 2.1.14 dem Abschnitt 12.2 entnommen werden.

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen mit Installationskanälen, für die harmonisierte technische Spezifikationen nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 gemäß Amtsblatt der Europäischen Union C 209/03 vom 10. Juni 2016 und C 179/4 vom 13. Mai 2016 vorliegen, kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN EN 13501 zu den Anforderungen nach A 2.1.14 dem Abschnitt 12.3 entnommen werden.

12.2 Installationskanäle und-schächte, einschließlich der Abschlüsse ihrer Öffnungen, klassifiziert nach DIN 4102-11:1985-12

Tabelle 12.2.1: Zuordnung der Klassifizierungen nach DIN 4102-11:1985-12

Bauaufsichtliche Anforderung	Installationsschacht und -kanal
feuerhemmend und aus nichtbrennbaren Baustoffen	I 30
hochfeuerhemmend und aus nichtbrennbaren Baustoffen	I 60
feuerbeständig und aus nichtbrennbaren Baustoffen	I 90
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Minuten und aus nichtbrennbaren Baustoffen	I 120

12.3 Bausätze für Installationskanäle aus werkseitig vorgefertigten Formstücken und Zubehörteilen nach harmonisierten technischen Spezifikationen, einer Europäischen Technischen Bewertung (ETA) gemäß EAD 350003.00-1109, klassifiziert nach DIN EN 13501-2:2010-02, und Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen

Tabelle 12.3.1: Zuordnung der Klassifizierungen nach DIN EN 13501-2:2010-02 für Installationskanäle

Bauaufsichtliche Anforderung	Installationskanal	Brandverhalten, mindestens geeignete Klassen nach DIN EN 13501-2:2010-01
feuerhemmend und aus nichtbrennbaren Baustoffen	EI 30($v_e h_o$ i↔o)	A2 – s1, d0
hochfeuerhemmend und aus nichtbrennbaren Baustoffen	EI 60($v_e h_o$ i↔o)	
feuerbeständig und aus nichtbrennbaren Baustoffen	EI 90($v_e h_o$ i↔o)	
Feuerwiderstandfähigkeit 120 Minuten	EI 120($v_e h_o$ i↔o)	

13 Brandschutzverglasungen

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen mit Brandschutzverglasungen mit Verwendbarkeitsnachweisen gemäß Art. 17 BayBO oder für Bauarten gemäß Art. 15 BayBO kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN 4102 zu den Anforderungen nach A 2.1.6, A 2.1.7, A 2.1.8, A 2.1.9 und A 2.1.12 den nachfolgenden Bestimmungen entnommen werden.

Tabelle 13.1: Zuordnung der Klassifizierungen nach DIN 4102-13:1990-05

Bauaufsichtliche Anforderung	Brandschutzverglasung
feuerhemmend	F 30
hochfeuerhemmend	F 60
feuerbeständig	F 90
Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Minuten	F 120

Brandschutzverglasungen der Klassifizierungen G 30, G 60, G 90 oder G 120 nach DIN 4102-13:1990-05 erfüllen nicht die Anforderungen „feuerhemmend“, „hochfeuerhemmend“, „feuerbeständig“ oder „Feuerwiderstandsfähigkeit 120 Minuten“.

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen mit Brandschutzverglasungen, für die als Bausätze für nichttragende innere Trennwände harmonisierte technische Spezifikation nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 vorliegen, kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN EN 13501 zu den Anforderungen nach A 2.1.6, A 2.1.7, A 2.1.8, A 2.1.9 und A 2.1.12 dem Abschnitt 4.3, Tabelle 4.3.1, entnommen werden.

14 Spezielle Brandschutzprodukte

14.1 Feuerschutzmittel

14.1.1 Allgemeines

Zum Nachweis des Brandverhaltens von baulichen Anlagen bei Verwendung von Feuerschutzmitteln nach Verwendbarkeitsnachweisen gemäß Art. 17 BayBO kann die Zuordnung der Brandverhaltensklassen nach der Normenreihe DIN 4102-1 zu den Anforderungen nach A 2.1.2 dem Abschnitt 1.2 entnommen werden.

Zum Nachweis des Brandverhaltens von baulichen Anlagen bei Verwendung von Feuerschutzmitteln, für die harmonisierte technische Spezifikationen nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 gemäß Amtsblatt der Europäischen Union C 209/03 vom 10. Juni 2016 und C 179/4 vom 13. Mai 2016 vorliegen, kann die Zuordnung der Brandverhaltensklassen nach der Normenreihe DIN EN 13501 zu den technischen Anforderungen nach A 2.1.2 dem Abschnitt 1.3 entnommen werden.

14.1.2 Bauprodukte, die mit Feuerschutzmitteln nach harmonisierten Spezifikationen (ETA) ausgestattet werden

Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen

Feuerschutzmittel sind auf Bodenbelägen und/oder Untergründen, die durch Nässe und/oder UV-Bestrahlung beansprucht werden, nicht nachgewiesen.

14.2 Reaktive Brandschutzbeschichtungen auf Stahlbauteilen

14.2.1 Allgemeines

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen bei Verwendung von Reaktiven Brandschutzbeschichtungen auf Stahlbauteilen nach Verwendbarkeitsnachweisen gemäß Art. 17 BayBO kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN 4102-2:1977-09 zu den Anforderungen nach A 2.1.3 und A 2.1.4 den Abschnitten 4.1 und 4.2 entnommen werden.

Zum Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit von baulichen Anlagen bei Verwendung von Reaktiven Brandschutzbeschichtungen auf Stahlbauteilen, für die harmonisierte technische Spezifikationen nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 gemäß Amtsblatt der Europäischen Union C 209/03 vom 10. Juni 2016 und C 179/4 vom 13. Mai 2016 vorliegen, kann die Zuordnung der Feuerwiderstandsklassen nach der Normenreihe DIN EN 13501 zu den Anforderungen nach A 2.1.3 und A 2.1.4 dem Abschnitt 4.3 entnommen werden.

14.2.2 Reaktive Brandschutzbeschichtungen auf Stahlbauteilen nach harmonisierten technischen Spezifikationen (ETA)

Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen

Für die Verwendung eines Bauproduktes oder Bausatzes nach ETAG 018-1 und -2 / EAD für feuerwiderstandsfähige Bauteile gibt es keine abschließende technische Regel.

14.3 Lineare Fugenabdichtungen

Für die Verwendung von Brandschutzprodukten bzw. Bausätzen aus Brandschutzprodukten zum Abdichten und Verschließen von Fugen und Öffnungen und zum Aufhalten von Feuer im Brandfall als lineare Fugenabdichtungen nach ETAG 026-3 gelten die folgenden bauaufsichtlichen Verwendungs- und Ausführungsbestimmungen, die die Erfüllung der Bauwerksanforderungen bei der Verwendung dieser Produkte sicherstellen sollen:

Fugenabdichtungen dürfen zum Verschließen von konstruktionsbedingten horizontalen und vertikalen linienförmigen Fugen (Anschluss-, Bauwerks- und Bewegungsfugen) in oder zwischen feuerwiderstandsfähigen, raumabschließenden Bauteilen verwendet werden.

Fugen werden bauordnungsrechtlich nicht eigenständig betrachtet.

Die Deklaration des Leistungsmerkmals „Feuerwiderstand“ für die Fugenabdichtung ersetzt nicht den notwendigen Nachweis der Feuerwiderstandsfähigkeit des gesamten Bauteils, einschließlich der Fuge(n).

Anlage: Erläuterungen der Klassifizierungskriterien und der zusätzlichen Angaben zur Klassifizierung

Herleitung des Kurzzeichens	**Kriterium**	**Anwendungsbereich**
R (Résistance)	Tragfähigkeit	zur Beschreibung der Feuerwiderstandsfähigkeit
E (Étanchéité)	Raumabschluss	
I (Isolation)	Wärmedämmung (unter Brandeinwirkung)	
W (Radiation)	Begrenzung des Strahlungsdurchtritts	
M (Mechanical)	Mechanische Einwirkung auf Wände (Stoßbeanspruchung)	
S_a (Smoke)	Begrenzung der Rauchdurchlässigkeit (Dichtheit, Leckrate), erfüllt die Anforderungen bei Umgebungstemperatur	dichtschließende Abschlüsse
S_{200} ($Smoke_{max.\ leakage\ rate}$)	Begrenzung der Rauchdurchlässigkeit (Dichtheit, Leckrate), erfüllt die Anforderungen sowohl bei Umgebungstemperatur als auch bei 200°C	Rauchschutzabschlüsse (als Zusatzanforderung auch bei Feuerschutzabschlüssen)
S (Smoke)	Rauchdichtheit (Begrenzung der Rauchdurchlässigkeit)	Entrauchungsleitungen, Entrauchungsklappen, Lüftungsleitungen, Brandschutzklappen
C... (Closing)	Selbstschließende Eigenschaft (ggf. mit Anzahl der Lastspiele) einschl. Dauerfunktion	Rauchschutztüren, Feuerschutzabschlüsse (einschließlich Abschlüsse für Förderanlagen)
C_{xx}	Dauerhaftigkeit der Betriebssicherheit (Anzahl der Öffnungs- und Schließzyklen)	Entrauchungsklappen
P	Aufrechterhaltung der Energieversorgung und/oder Signalübermittlung	Elektrische Kabelanlagen allgemein
K_1, K_2	Brandschutzvermögen	Wand- und Deckenbekleidungen (Brandschutzbekleidungen)
I_1, I_2	unterschiedliche Wärmedämmungskriterien	Feuerschutzabschlüsse (einschließlich Abschlüsse für Förderanlagen)
i→o i←o i↔o (in - out)	Richtung der klassifizierten Feuerwiderstandsdauer	Nichttragende Außenwände, Installationsschächte/-kanäle, Lüftungsleitungen/Brandschutzklappen; Entrauchungsklappen, lt. Tab. b)
a↔b (above - below)	Richtung der klassifizierten Feuerwiderstandsdauer	Unterdecken
ve, ho (vertical, horizontal)	für vertikalen/horizontalen Einbau klassifiziert	Lüftungsleitungen, Brandschutzklappen, Entrauchungsleitungen
v_{ew}, h_{ow}	für vertikalen/horizontalen Einbau in Wände klassifiziert	Entrauchungsklappen
v_{ed}, h_{od}	für vertikalen/horizontalen Einbau in Leitungen klassifiziert	Entrauchungsklappen
v_{edw}, h_{odw}	für vertikalen/horizontalen Einbau in Wände und Leitungen klassifiziert	Entrauchungsklappen
U/U (uncapped/uncapped)	Rohrende offen innerhalb des Prüfofens/Rohrende offen außerhalb des Prüfofens	Rohrabschottungen

Anhang 4 Bauaufsichtliche Anforderungen, Zuordnung der Klassen

Herleitung des Kurzzeichens	**Kriterium**	**Anwendungsbereich**
C/U (capped/uncapped)	Rohrende geschlossen innerhalb des Prüfofens/Rohrende offen außerhalb des Prüfofens	Rohrabschottungen
U/C	Rohrende offen innerhalb des Prüfofens/Rohrende geschlossen außerhalb des Prüfofens	Rohrabschottungen
MA	Manuelle Auslösung	Entrauchungsklappen
multi	Eignung, ein oder mehrere feuerwiderstandsfähige Bauteile zu durchdringen bzw. darin einzubauen	Entrauchungsleitungen, Entrauchungsklappen

Anhang 5

WDVS mit EPS, Sockelbrandprüfverfahren

Stand: Juni 2016

1 Prüfstand

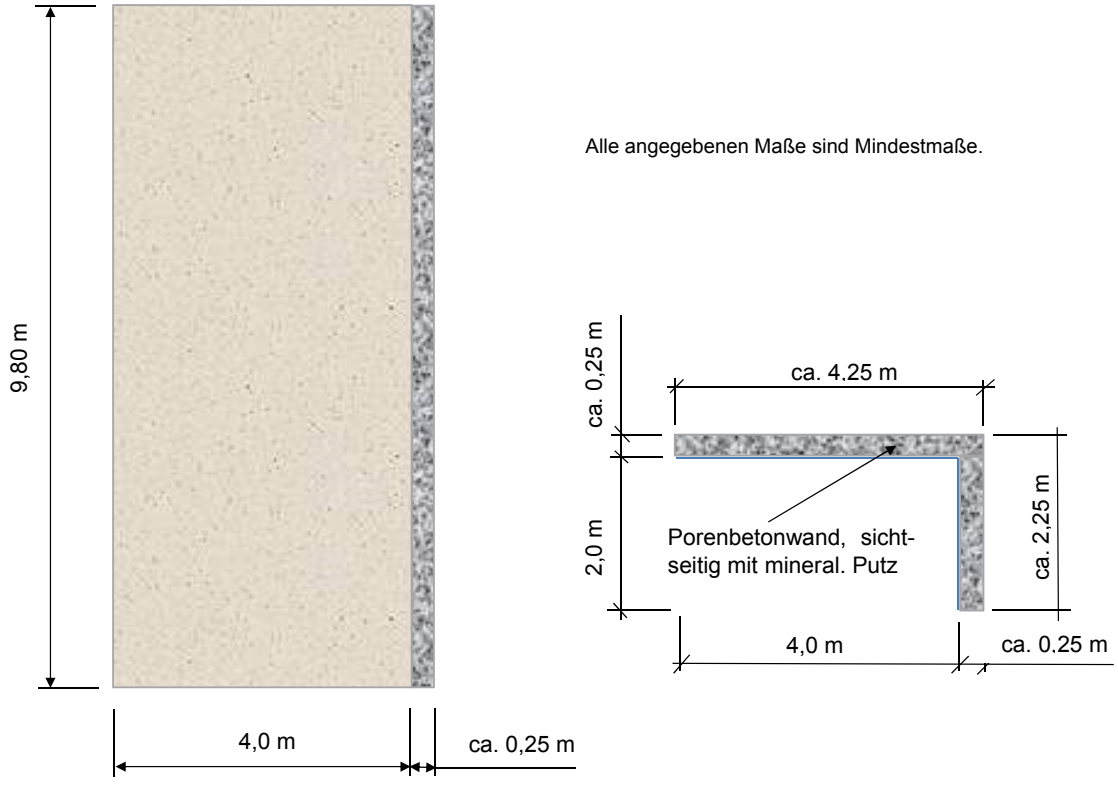
Der Versuchsstand ist vor Witterungseinflüssen zu schützen und besteht aus zwei miteinander verbundenen Wänden, die im rechten Winkel aneinandergrenzen. Die Abmessungen der Wände des Prüfstandes, auf denen der Prüfkörper aufgebaut wird, sind:

- langer Schenkel ist mindestens 4,0 m breit
- kurzer Schenkel ist mindestens 2,0 m breit
- die Höhe des Versuchsstandes beträgt mindestens 9,8 m.

Die Wände des Prüfstandes sind aus ca. 25 cm dicken Porenbetonplansteinen mit einer Rohdichte ≥ 600 kg/m³ herzustellen, die auf der Applikationsfläche für das WDVS mit einem mineralisch gebundenen Putz beschichtet sind.

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Ansicht und den Grundriss des Prüfstandes.

Abbildung 1



Ansicht des Prüfstandes, Blick auf die Rückwand

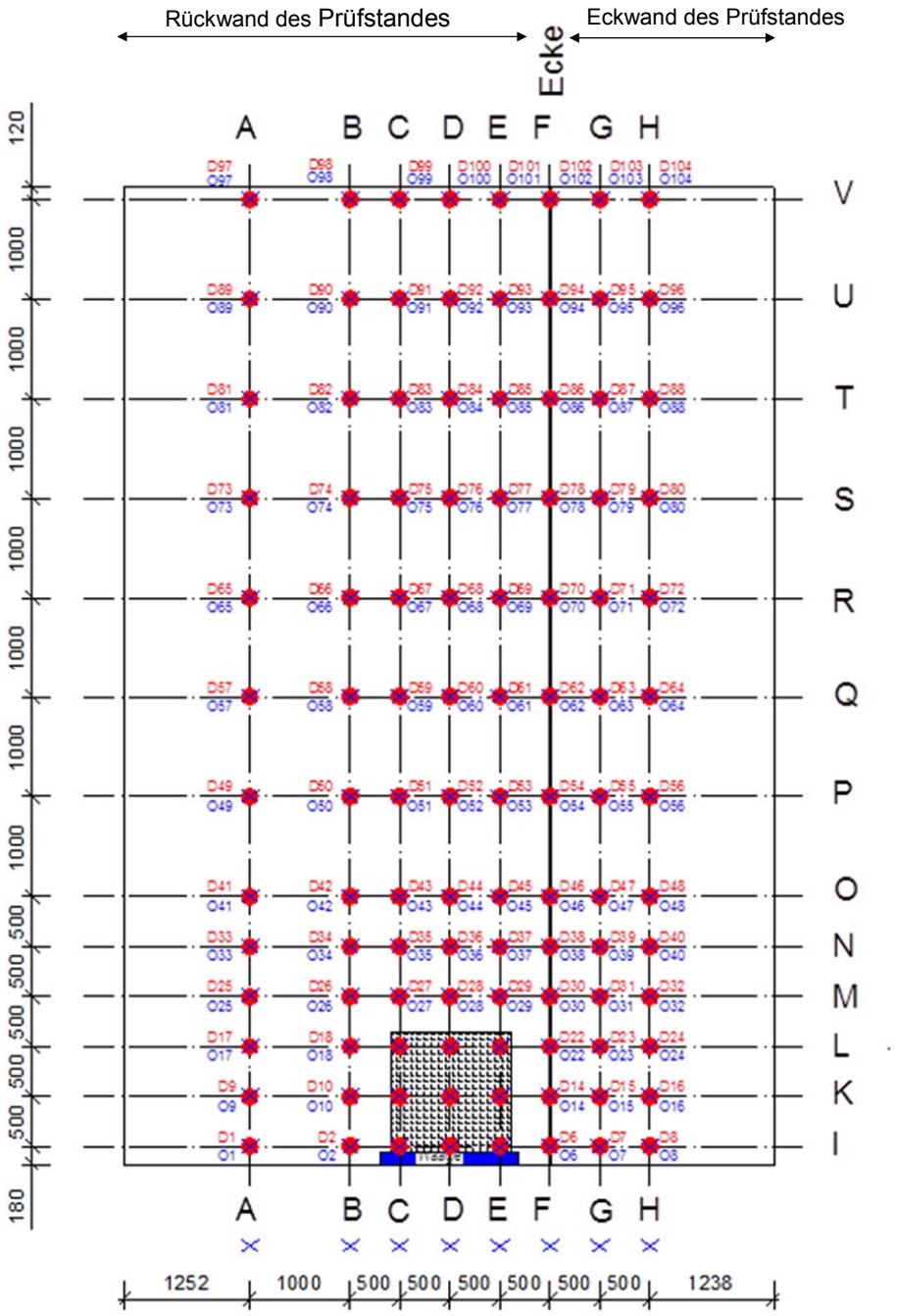
Grundriss des Prüfstandes

Für die Prüfung von WDVS, die auf Wänden aus Rahmentragwerken (z. B. aus Holz oder Stahl) mit außenseitiger Beplankung appliziert werden sollen, sind gesonderte Festlegungen für den Prüfstand erforderlich.

2 Messtechnische Ausrüstung des Versuchsstandes

Für die Versuchsdurchführung sind der Prüfstand und das applizierte WDVS mit Thermoelementen (Typ K gemäß EN 60684, Ø 3 mm) gemäß Abbildung 2 auszurüsten.

Abbildung 2



● D1 bis D104 Mess-Stellen in Dämmstoffmitte (TE von der Rückseite des Prüfstands eingeführt)

X O1 bis O104 Mess-Stellen 20 mm vor der Oberfläche des applizierten WDVS

Zudem ist eine Versuchserfassung mit Fotokamera und Videoaufzeichnung (HD-Standard) durchzuführen.

3 Primärbrandquelle

Als Primärbrandquelle für die Prüfung ist eine Holzkrippe aus 200 kg (± 5 kg) Fichtenholz (Rohdichte 475 ± 25 kg/m³) mit einer Grundfläche von ca. 1,1 x 1,1 m zu verwenden. Sie ist aus Holzstäben mit den Abmessungen B x H x L = 40 (± 2) x 40 (± 2) x 1100 (± 10) mm herzustellen.

Die Holzstäbe werden in kreuzweise (90°) zueinander angeordneten Lagen mit einem Verhältnis Holz : Luft ≈ 1 : 1 aufgestapelt, wobei die unterste Lage parallel zur Rückwand anzuordnen ist. In der obersten Lage der Holzkrippe ist die Zahl der benötigten Holzstäbe ggf. soweit zu verringern und gleichmäßig zu verteilen, dass das o. a. Holzgewicht eingehalten ist. Die Schichten sind untereinander zu vernageln.

Das Holz muss bis zum Erreichen der Gewichtskonstanz in einem Klimaraum im Normalklima nach DIN EN 13238 gelagert und darf erst am Tag vor dem Versuch für den Aufbau der Holzkrippe herausgeholt werden.

Die Unterkante der Holzkrippe soll sich ca. 15–20 cm über dem Fußboden des Prüfraumes befinden, und der Abstand der Holzkrippe zur Oberfläche des applizierten WDVS an Rück- und Eckwand des Versuchsstands muss ca. 10 cm betragen. Für die Zündung sind vier, mit je 400 ml Isopropanol gefüllte Wannen (Breite 25 mm x Länge 1100 mm x Höhe 20 mm) zu verwenden, die über der untersten Lage der Holzstäbe in die Krippe hineingeschoben werden. Als Zündmittel dient eine offene Flamme.

4 Konditionierung der zu prüfenden WDVS

Bei WDVS ist eine Konditionierungszeit des vollständig applizierten Prüfkörpers am Versuchsstand von 21 Tagen erforderlich. Diese Zeit darf unterschritten werden, wenn die Feuchte des Putzsystems einen Wert von 6 % (ca. doppelte Ausgleichsfeuchte) unterschreitet und eine Mindeststandzeit von 14 Tagen eingehalten wird. Die Bestimmung der Feuchte kann an einem Referenzkörper vorgenommen werden, der in gleicher Atmosphäre lagert.

Die Umgebungstemperatur während der Konditionierungszeit muss 1 m vor dem Versuchsstand und in einer Höhe von 1 m über dem Boden des Prüfraumes zwischen 10 °C und 30 °C betragen.

5 Versuchsdurchführung

Vor Beginn der Prüfung muss die Umgebungstemperatur im Prüfraum 1,5 m vor dem Versuchsstand in einer Höhe von 1,5 m über dem Prüfraumboden im Bereich zwischen 5 °C und 30 °C liegen.

Der Abbrand des Prüffeuers als auch der des Prüfkörpers soll unter freiventilierten Lüftungsbedingungen erfolgen. Eine Beeinflussung des Versuchsablaufes durch Wind oder eine maschinelle Rauchabsaugung ist zu vermeiden bzw. auf ein vertretbares Minimum zu reduzieren. Dies kann als sichergestellt gelten, wenn bei der Prüfung mit einem Flügelrad-Anemometer unmittelbar vor Versuchsbeginn im Mittel eine Strömungsgeschwindigkeit von 0,5 m/s – kurzzeitig maximal 1 m/s – mittig in 1 m Höhe über der Oberkante der Holzkrippe und in 100 mm Abstand zur Oberfläche des WDVS nicht überschritten wird.
Alle Änderungen der Abzugsbedingungen während der Prüfzeit sind zu dokumentieren (z. B. Erhöhung der Abzugsgeschwindigkeit bei mechanischer, steuerbarer Rauchabsaugung, Vergrößerung/Verkleinerung der Zuluft-/Abluftöffnungen bei natürlicher Entrauchung).
Die Prüfzeit beträgt mindestens 25 Minuten (eine direkte Brandbeaufschlagung des WDVS ≥ 20 Minuten ist einzuhalten). Sie beginnt mit der Entzündung der Holzkrippe mittels des Isopropanols. Nach Ablauf der Prüfzeit ist die Holzkrippe so abzulöschen, dass der Prüfkörper nicht beeinträchtigt wird. Daran schließt sich eine Beobachtungszeit an, die frühestens 60 Minuten nach Versuchsbeginn beendet werden darf.

Während der Prüfung sind folgende Messdaten zu erfassen:

- Temperaturen vor der Oberfläche des WDVS und in der Mitte der Dämmstoffebene in Zeitintervallen von ≤ 10 Sekunden,
- maximale Flammenhöhen in Zeitintervallen von ≤ 2 Minuten anhand von Messmarken im Abstand von 0,5 m am Prüfstand sowie kontinuierlich mittels der Videoaufzeichnung (der ganze Prüfkörper ist zu filmen),
- kontinuierlich alle relevanten Beobachtungen zum Verhalten des Prüfkörpers infolge der Brandbeanspruchung durch die Primärbrandquelle (s. auch Abschnitt 6).

Nach Versuchsende sind Art und Ausmaß der Brandschädigung am Probekörper zu ermitteln.
Der Versuch darf vorzeitig beendet werden, sofern es zu einem Vollbrand des applizierten WDVS – Brandausbreitung bis zu den seitlichen Rändern und der Oberkante des Prüfkörpers – kommt bzw. ernsthafte Gefahr für die während des Versuchs anwesenden Personen auftritt.

6 Beurteilung

Über die Durchführung und Ergebnisse der Prüfung ist ein Prüfbericht zu erstellen. Der Prüfbericht enthält:

- Name und Adresse der Prüfstelle
- Datum und Registriernummer des Prüfberichtes
- Name und Adresse des Auftraggebers
- Datum der Prüfung
- Beschreibung des angewandten Prüfverfahrens, der verwendeten Brandlast und der Beflammungsdauer
- Beschreibung des applizierten WDVS und seiner Komponenten sowie der berücksichtigten Brandschutzmaßnahmen:
  - Beschreibung des Untergrundes
  - Abmessungen des Prüfkörpers
  - Lage der Brandschutzmaßnahmen
  - ausgeführte Sockelausbildung
  - Systemabschlüsse und -anschlüsse
  - Name und Art der Komponenten des WDVS sowie Angabe der vorliegenden Verwendbarkeitsnachweise
  - Eigenschaften der Komponenten des WDVS (Rohdichte, Flächengewicht, Auftragsmengen bzw. Schichtdicken, Form und Farbe)
  - Brandverhalten (Klassifizierung) der verwendeten eigenständigen Baustoffe, soweit vorhanden
- die Konditionierungszeit und die Konditionierungsbedingungen
- die Prüfbedingungen (Temperatur, relative Luftfeuchte, Luftdruck etc.)
- Strömungsgeschwindigkeit der Luft vor Beginn der Prüfung, mittig in 1 m Höhe über der Oberkante der Holzkrippe und in 100 mm Abstand zur Oberfläche des WDVS und Zeit und Art von Änderungen der Lüftungsbedingungen während der Versuchszeit
- ausführliche Beschreibung des Ablaufs des Versuchs mit allen relevanten Beobachtungen:
  - Zeitpunkt der Beanspruchung des Prüfkörpers durch die Flammen der Holzkrippe
  - Zeitpunkt der Entflammung des Prüfkörpers
  - Flammenausbreitung am oder im Prüfkörper
  - Vergrößerung der Flammen des Prüffeuers durch Pyrolysegase
  - maximale Flammenhöhe in Intervallen von höchstens 2 Minuten
  - Abfallen brennender Teile bzw. brennendes Abtropfen mit Angabe des Zeitpunkts des Auftretens und der Dauer
  - Zeitpunkt, Größe und Dauer eines Sekundärbrandes auf dem Prüfraumboden

  - Abfallen und Abtropfen nicht brennender Teile
  - Veränderungen des Prüfaufbaus, Wölbungen der Oberfläche, Verfärbungen etc.
  - verbale Beschreibung der Rauchentwicklung
- die aufgezeichneten Temperaturverläufe an den Mess-Stellen und deren Auswertung (z. B. in Form von Isothermen-Darstellungen)
- ausführliche Beschreibung des Zustands des WDVS nach Versuchsende, u. a.:
  - Aussehen des Prüfkörpers unmittelbar nach Versuchsende
  - während des Versuchs entstandene Öffnungen an der Prüfkörperoberfläche (Lage und Größe)
  - Art und Ausmaß der Schädigungen (u. a. verbrannte Bereiche der einzelnen Schichten, Verrußungen, Verfärbungen, Gefügeänderungen)
  - ggf. noch vorhandener Verbund zwischen den einzelnen Schichten
  - Zustand der Brandschutzmaßnahmen und deren Befestigung
- eine ausführliche Fotodokumentation, die sowohl die Herstellung des Prüfkörpers als auch den Versuchsablauf und den Zustand nach Versuchsende dokumentiert.

Die Beurteilung der Versuchsergebnisse erfolgt auf der Basis folgender Gesichtspunkte:

- ein Öffnen des applizierten und geprüften WDVS
- die beobachtete Verlängerung der Flammen der Primärbrandquelle vor der Oberfläche des WDVS
- ein Brennen in der Dämmstoffebene
- ein Überspringen von ausgeführten Brandschutzmaßnahmen durch die Flammen in der Dämmstoffebene des WDVS
- die Brandausbreitung auf der Oberfläche des WDVS
- der Zeitpunkt eines etwaigen Versagens der Brandschutzmaßnahmen und ein darauf folgender Abbrand des WDVS
- Gesamtzustand des WDVS nach Beendigung der Prüfung.

Anhang 6

Hinterlüftete Außenwandbekleidungen

Stand: Juni 2016

1 Anwendungsbereich

Bei hinterlüfteten Außenwandbekleidungen, die

- geschossübergreifende Hohl- oder Lufträume haben

oder

- über Brandwände hinweggeführt werden,

sind nach Art. 26 Abs. 4 in Verbindung mit Abs. 5 sowie nach Art. 28 Abs. 7 BayBO besondere Vorkehrungen gegen die Brandausbreitung zu treffen. Nachfolgend werden mögliche Vorkehrungen beschrieben.

2 Begriffe

2.1 Hinterlüftete Außenwandbekleidungen bestehen aus:

- Bekleidungen mit offenen oder geschlossenen Fugen, sich überdeckenden Elementen bzw. Stößen
- Unterkonstruktionen (z. B. Trag- und gegebenenfalls Wandprofilen aus Metall, Holzlatten (Traglatten), Konterlatten (Grundlatten))
- Halterungen (Verankerungs-, Verbindungs-, Befestigungselementen)
- Zubehörteilen (z. B. Anschlussprofile, Dichtungsbänder, thermische Trennelemente)
- Hinterlüftungsspalt
- ggf. Wärmedämmung mit Dämmstoffhaltern.

2.2 Hinterlüftungsspalt ist der Luftraum zwischen der Bekleidung und der Wärmedämmung oder zwischen der Bekleidung und der Wand, soweit keine außenliegende Wärmedämmung vorgesehen ist.

2.3 Brandsperren dienen der Begrenzung der Brandausbreitung im Hinterlüftungsspalt über eine ausreichend lange Zeit durch Unterbrechung oder partielle Reduzierung des freien Querschnitts des Hinterlüftungsspalts.

3 Dämmstoffe, Unterkonstruktionen, Hinterlüftungsspalt

3.1 Abweichend von Art. 26 Abs. 3 Satz 1 BayBO muss die Wärmedämmung nichtbrennbar sein. Die Dämmstoffe sind entweder mechanisch oder mit einem Klebemörtel, der schwerentflammbar ist oder einen Anteil von nicht mehr als 7,5 % an organischen Bestandteilen aufweist, auf dem Untergrund zu befestigen. Stabförmige Unterkonstruktionen aus Holz sind zulässig (Art. 28 Abs. 3 Satz 1, Halbsatz 2 BayBO).

3.2 Die Tiefe des Hinterlüftungsspalts darf nicht größer sein als

- 50 mm bei Verwendung einer Unterkonstruktion aus Holz und
- 150 mm bei Verwendung einer Unterkonstruktion aus Metall.

4 Horizontale Brandsperren

4.1 In jedem zweiten Geschoss sind horizontale Brandsperren im Hinterlüftungsspalt anzuordnen. Die Brandsperren sind zwischen der Wand und der Bekleidung einzubauen. Bei einer außenliegenden Wärmedämmung genügt der Einbau zwischen dem Dämmstoff und der Bekleidung, wenn der Dämmstoff im Brandfall formstabil ist und einen Schmelzpunkt von > 1.000 °C aufweist.

4.2 Unterkonstruktionen aus brennbaren Baustoffen müssen im Bereich der horizontalen Brandsperren vollständig unterbrochen werden.

4.3 Die Größe der Öffnungen in den horizontalen Brandsperren ist insgesamt auf 100 cm²/lfm Wand zu begrenzen. Die Öffnungen können als gleichmäßig verteilte Einzelöffnungen oder als durchgehender Spalt angeordnet werden.

4.4 Die horizontalen Brandsperren müssen über mindestens 30 Minuten hinreichend formstabil sein (z. B. aus Stahlblech mit einer Dicke von d ≥ 1 mm). Sie sind in der Außenwand in Abständen von ≤ 0,6 m zu verankern. Die Stahlbleche sind an den Stößen mindestens 30 mm zu überlappen.

4.5 Laibungen von Außenwandöffnungen (Türen, Fenster) dürfen integraler Bestandteil von Brandsperren sein, soweit der Hinterlüftungsspalt durch Bekleidung der Laibungen und Stürze der Außenwandöffnungen verschlossen ist; die Bekleidung muss den Anforderungen nach Ziffer 4.4 entsprechen, Unterkonstruktionen und eine ggf. vorhandene Wärmedämmung müssen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.

4.6 Horizontale Brandsperren sind nicht erforderlich:

1. bei öffnungslosen Außenwänden,
2. wenn durch die Art der Fensteranordnung eine Brandausbreitung im Hinterlüftungsspalt ausgeschlossen ist (z. B. durchgehende Fensterbänder, geschossübergreifende Fensterelemente) und
3. bei Außenwänden mit hinterlüfteten Bekleidungen, die einschließlich ihrer Unterkonstruktionen, Wärmedämmung und Halterungen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen, wenn der Hinterlüftungsspalt im Bereich der Laibung von Öffnungen umlaufend im Brandfall über mindestens 30 Minuten formstabil (z. B. durch Stahlblech mit einer Dicke von d ≥ 1 mm) verschlossen ist.

5 Vertikale Brandsperren im Bereich von Brandwänden

Der Hinterlüftungsspalt darf über die Brandwand nicht hinweggeführt werden. Der Hinterlüftungsspalt ist mindestens in Brandwanddicke mit einem im Brandfall formstabilen Dämmstoff mit einem Schmelzpunkt von > 1.000 °C auszufüllen.

Art. 28 Abs. 7 Satz 1 BayBO bleibt unberührt.

Anhang 7
Anforderungen an Feststellanlagen

Stand: Juli 2017

Für bauordnungsrechtliche Anforderungen in dieser Technischen Baubestimmung ist eine Abweichung nach Art. 81a Abs. 1 Satz 2 BayBO ausgeschlossen; eine Abweichung von bauordnungsrechtlichen Anforderungen kommt nur nach Art. 63 BayBO in Betracht. Art. 15 Abs. 2 und Art. 17 BayBO bleiben unberührt.

1 Anwendungsbereich

In diesem Dokument werden die grundsätzlichen allgemeinen bauaufsichtlichen Anforderungen für Feststellanlagen zur Verwendung innerhalb von Gebäuden für Feuerschutzabschlüsse, Rauchschutzabschlüsse und Feuerschutzabschlüsse im Zuge bahngebundener Förderanlagen sowie andere Abschlüsse, die die Eigenschaft „selbstschließend“ aufweisen (im Folgenden "Abschlüsse" genannt) konkretisiert.

Die Kompatibilität aller zu einer Feststellanlage gehörenden Geräte ist in einer Bauartgenehmigung nachzuweisen. In der jeweiligen Bauartgenehmigung sind außerdem Festlegungen zur Planung, Bemessung und Ausführung der Feststellanlage zu treffen.

Hinweis:
Kraftbetätigte Abschlüsse müssen bei Ausfall der Energieversorgung oder bei einem anderen Störfall mittels gespeicherter mechanischer Energie sicher geschlossen werden.
Für die Antriebe, Steuerung und Energieversorgung von kraftbetätigten Abschlüssen, die auch elektromotorisch, pneumatisch oder hydraulisch geschlossen werden, sind im bauaufsichtlichen Verfahren auf den Einzelfall abgestimmte Vereinbarungen festzulegen und nachzuweisen.

2 Begriffe

2.1 Feststellanlage

Feststellanlage ist ein System bestehend aus Geräten oder Gerätekombinationen, das geeignet ist, die Funktion von Schließmitteln kontrolliert unwirksam zu machen.

Anmerkung:
Beim Ansprechen der zugehörigen Auslösevorrichtung im Fall eines Brandalarmes, einer Störung oder durch Handauslösung werden offenstehende Abschlüsse selbsttätig durch die Schließmittel geschlossen. Eine Feststellanlage besteht aus mindestens einem Brandmelder, einer Auslösevorrichtung, einer Feststellvorrichtung, einer Energieversorgung, einem Handauslösetaster[17] und ggf. Sicherheitseinrichtungen.

2.2 Brandmelder

Brandmelder ist das Gerät einer Feststellanlage, das eine geeignete physikalische und/oder chemische Kenngröße zur Erkennung eines Brandes in dem zu überwachenden Bereich ständig oder in

17 Auf den Handauslösetaster kann unter bestimmten Bedingungen verzichtet werden (s. entsprechende Zustimmungsbescheide)

aufeinander folgenden Zeitintervallen misst und bei Überschreitung eines eingestellten Grenzwertes mittels überwachter Übertragungswege eine Meldung an die Auslösevorrichtung leitet.

2.3 Auslösevorrichtung

Auslösevorrichtung ist das Gerät einer Feststellanlage, das die von anderen Geräten dieser Feststellanlage (z. B. Brandmeldern) abgegebenen Signale verarbeitet und bei Erfüllung bestimmter Kriterien die angeschlossene Feststellvorrichtung auslöst[18].

2.4 Feststellvorrichtung

Feststellvorrichtung ist das Gerät einer Feststellanlage, das die zum Schließen erforderliche Energie in gespeichertem Zustand hält und den Abschluss bei entsprechendem Signal der Auslösevorrichtung oder des Handauslösetasters (der Handauslöseeinrichtung) zum Schließen freigibt.

2.5 Schließmittel

Schließmittel ist das Zubehörteil eines Abschlusses, das bewegliche Abschlüsse mittels gespeicherter Energie[19] selbsttätig schließt.

2.6 Energieversorgung

Energieversorgung ist das Gerät einer Feststellanlage, das der elektrischen Versorgung von Brandmeldern, Auslösevorrichtungen, Feststellvorrichtungen und ggf. Sicherheitseinrichtungen dient.

2.7 Sicherheitseinrichtungen

2.7.1 Sicherheitseinrichtungen für den Personenschutz an Abschlüssen

Sicherheitseinrichtungen für den Personenschutz an Abschlüssen sind Geräte einer Feststellanlage (Schutzeinrichtungen, die die Anforderungen der geltenden Unfallverhütungsvorschriften erfüllen, z. B. Kontaktleisten nach DIN EN 12978), die im Fall eines Brandalarmes, einer Störung oder einer Handauslösung nicht abgeschaltet werden. Sie müssen Personen oder Gegenstände, die sich im Schließbereich des Abschlusses befinden, vor unzulässigen Krafteinwirkungen bewahren (z. B. durch Unterbrechung des Schließvorganges).

2.7.2 Sicherheitseinrichtungen für die Schließbereichsüberwachung bei Feuerschutzabschlüssen im Zuge bahngebundener Förderanlagen

Sicherheitseinrichtungen für die Schließbereichsüberwachung bei Feuerschutzabschlüssen im Zuge bahngebundener Förderanlagen sind Geräte einer Feststellanlage (geeignete Sensoren, z. B. Lichtschranken), die im Fall eines Brandalarmes, einer Störung oder einer Handauslösung nicht abgeschaltet werden. Sie müssen das Einleiten eines Schließvorganges verzögern oder den eingeleiteten Schließvorgang unterbrechen, wenn sich Gegenstände im Schließbereich des Abschlusses befinden.

18 Teile einer automatischen Brandmeldeanlage können als Auslösevorrichtung im Rahmen einer Feststellanlage dienen.

19 Erfolgt das selbsttätige Schließen eines Feuerschutzabschlusses anders als mit mechanischer Energie, so ist mit dem DIBt die jeweilige Nachweisführung abzustimmen.

2.8 Brandmeldeanlage

Brandmeldeanlage ist eine Gruppe von Bestandteilen nach DIN EN 54-x einschließlich einer Brandmelderzentrale, die bei Anordnung in einer festgelegten Konfiguration in der Lage ist, einen Brand zu erkennen, zu melden und Signale zur Einleitung entsprechender Aktionen abzugeben.

2.9 Störung der Sicherheitseinrichtungen

Störung der Sicherheitseinrichtungen ist die Beeinträchtigung der funktionalen Sicherheit der Schutzfunktion oder der Ausfall der Sicherheitseinrichtung.

2.10 Freigabe des Abschlusses

Freigabe des Abschlusses ist die Aufhebung der Feststellung des Abschlusses, sodass das Schließmittel den Abschluss in Schließrichtung bewegen kann.

Anmerkung:
Die Dauer von der Branddetektion durch die zugehörigen Brandmelder oder dem Auftreten einer Störung oder der Betätigung des Handauslösetasters bis zur Freigabe des Abschlusses setzt sich wie folgt zusammen:
Zeit von der Branddetektion durch die zugehörigen Brandmelder oder dem Auftreten einer Störung oder der Betätigung des Handauslösetasters bis zur Auslösung der Feststellvorrichtung (siehe Abschnitt 3.3.1, max. 10 s).
+
Zeit für die Überwindung der Remanenz in der Feststellvorrichtung bis zur Freigabe des Abschlusses (siehe Abschnitt 3.4.2, max. 3 s).

2.11 Abkürzungen

BM	Brandmelder
BMA	Brandmeldeanlage
FstA	Feststellanlage
FstV	Feststellvorrichtung
HAT	Handauslösetaster
PS	Personenschutz
SBÜ	Schließbereichsüberwachung
SE	Sicherheitseinrichtungen

3 Anforderungen an die Feststellanlage und deren Komponenten

3.1 Feststellanlage

3.1.1 Allgemeines

(1) Jede Gerätekombination einer Feststellanlage muss die Anforderungen der Normen zur Umsetzung der Richtlinie 2006/95/EG (hier DIN EN 60950-1 oder DIN EN 60335-1) und der Richtlinie 2004/108/EG (hier DIN EN 61000-6-2, DIN EN 61000-6-3 und DIN EN 61000-3-2, DIN EN 61000-3-3) erfüllen.

(2) Falls die brandschutz- und/oder sicherheitsrelevanten Funktionen der Feststellanlage, die im Brandfall nicht abgeschaltet werden, mittels Software gesteuert werden, muss diese die Anforderungen nach DIN EN 54-2, Abschnitt 13, sinngemäß erfüllen.

(3) Für jedes Gerät der Feststellanlage muss der Antragsteller Angaben zu den zulässigen Umgebungsbedingungen (mindestens Lufttemperatur und relative Feuchte oder alternativ Klimaklasse nach DIN EN 60721-3-3) während des Betriebes vom jeweiligen Hersteller einholen

(sofern er die Geräte nicht selbst herstellt) und zur Verfügung stellen[20]. Diese Angaben werden in die Zulassung aufgenommen.

(4) Für jedes Gehäuse der Feststellanlage oder Gehäuse eines Gerätes der Feststellanlage muss der Antragsteller den Schutzgrad nach DIN EN 60529 angeben.

(5) Geräte der Feststellanlage, die unmittelbar auf den Feuerschutzabschluss (einschl. Zarge) montiert werden, müssen durch die Prüfstelle bzgl. der am Montageort im Brandfall zulässigen Oberflächentemperaturen (siehe DIN 4102-5 bzw. DIN EN 1634-1) bewertet werden (Beratung im Zuge der Bauartgenehmigung erforderlich).

3.1.2 Feststellanlagen, die nur in Verbindung mit einer bestimmten Brandmeldeanlage verwendet werden dürfen

Bei diesen Feststellanlagen ist die Auslösevorrichtung Bestandteil einer Brandmeldeanlage. Die Auslösevorrichtung mit den angeschlossenen Brandmeldern wird durch die Energieversorgung der Brandmeldeanlage versorgt. Für die Feststellvorrichtungen ist eine separate Energieversorgung erforderlich.

3.1.3 Feststellanlagen für Abschlüsse, bei denen der Personenschutz im Brandfall berücksichtigt werden muss

Bei Feststellanlagen für Abschlüsse, bei denen der Personenschutz im Brandfall berücksichtigt werden muss, darf der Schließvorgang unterbrochen werden. Nach Freiwerden des Schließbereiches muss sich der Schließvorgang aus jeder Öffnungsstellung selbsttätig fortsetzen.

Diese Feststellanlagen sind mit Sicherheitseinrichtungen nach Abschnitt 2.7.1 auszuführen und müssen mit einer zweiten Energieversorgung nach Abschnitt 3.5.3 ausgestattet sein.

3.1.4 Feststellanlagen für Feuerschutzabschlüsse im Zuge bahngebundener Förderanlagen

Bei Feststellanlagen für Feuerschutzabschlüsse im Zuge bahngebundener Förderanlagen darf die Freigabe des Schließvorganges durch die Feststellvorrichtung verzögert oder der Schließvorgang unterbrochen werden. Nach Freiwerden des Schließbereiches muss sich der Schließvorgang aus jeder Öffnungsstellung selbsttätig fortsetzen. Bei einer dauerhaften Belegung des Schließbereiches über 120 s muss eine Zwangsschließung eingeleitet werden[21].
Bei planmäßig dauerhafter Belegung der Förderbahn mit Fördergut (z. B. Schüttgüter, Transportgüter, die in dichter Folge transportiert werden) darf bei Brandalarm ohne Verwendung von Sicherheitssensoren eine verzögerte Zwangsschließung nach Freiräumung des Schließbereiches erfolgen.
Diese Feststellanlagen sind mit Sicherheitseinrichtungen nach Abschnitt 2.7.2 auszuführen und müssen mit einer zweiten Energieversorgung nach Abschnitt 3.5.3 ausgestattet sein.

3.2 Brandmelder

3.2.1 Rauchmelder

Rauchmelder müssen DIN EN 54-7 entsprechen. Andere Rauchmelder sind nach Abstimmung mit dem DIBt in Anlehnung an die v. g. Norm bzgl. der Einhaltung der Anforderungen zu prüfen (siehe

20 Für den Fall, dass die angegebenen zulässigen Umgebungslufttemperaturen außerhalb des Bereiches „normaler Umgebungsbedingungen“ (+5°C ≤ t ≤ +40°C) liegen, ist vom Hersteller das verwendete Nachweisverfahren anzugeben.

21 Abweichungen von dieser Zwangsschließzeit können im Einzelfall mit der zuständigen Bauaufsichtsbehörde vereinbart werden.

auch Abschnitt 3.2.7). Für Melder, die radioaktive Präparate enthalten, muss zusätzlich die Strahlenschutzverordnung beachtet werden.

3.2.2 Wärmemelder

Wärmemelder müssen DIN EN 54-5, Melderklasse A1, A1R oder A1S entsprechen. Bei der Verwendung von Wärmemeldern mit höheren Melderklassen sind ggf. Maßnahmen zum thermischen Schutz der Geräte der Feststellanlage erforderlich.
Andere Wärmemelder sind nach Abstimmung mit dem DIBt in Anlehnung an die v. g. Norm bzgl. der Einhaltung der Anforderungen zu prüfen.

3.2.3 Maßnahmen gegen Verstellen der Melder

Der eingestellte Schwellenwert ist durch entsprechende Maßnahmen gegen fahrlässige Verstellung sowie gegen Eingriffe Unbefugter zu schützen.

3.2.4 Rückstellen der Melder

Nach dem Ansprechen eines Melders muss die Wiederherstellung der Funktionsbereitschaft einfach möglich sein. Eine automatische Rückstellung des Melders ist zulässig.

3.2.5 Rauchansaugsysteme

Rauchansaugsysteme müssen DIN EN 54-20 und den folgenden Anforderungen entsprechen:

- Störungen (u. a. Verstopfungen und Leckagen) im Rauchansaugsystem müssen innerhalb von 100 s erkannt und angezeigt werden sowie zur Auslösung der Feststellvorrichtung führen.
- Die Verstopfung von mindestens einer Ansaugöffnung oder das Auftreten einer Leckage am Rohrsystem muss als Störung erkannt werden und zur Auslösung der Feststellvorrichtung führen.

3.2.6 Rauchmelder in Gehäusen zur Montage an senkrechten Bauteilen

Rauchmelder in Gehäusen zur Montage an senkrechten Bauteilen müssen die Anforderungen nach DIN EN 54-7 bei den vom DIBt festgelegten Prüfbedingungen einhalten.

3.2.7 Verwendung verschiedener Brandmeldertypen (Mischinstallation)

Sollen bei der Ausführung der Feststellanlage verschiedene Brandmeldertypen gleichzeitig in einer Anlage verwendet werden können (Mischinstallation), ist dies für die entsprechenden Brandmelder nachzuweisen und in der Bauartgenehmigung anzugeben.

3.3 Auslösevorrichtung

3.3.1 Allgemeine Anforderungen

(1) Verhalten bei Alarmmeldungen und Störungen

Einwirkung		Anforderung an das Verhalten der Auslösevorrichtung		
lfd. Nr.	Szenario	Anzeige		Auslöseverhalten (Zeit vom Beginn der Einwirkung bis zur Auslösung der Feststellvorrichtung)
		optisch	akustisch[22]	
1	**Alarmmeldungen**			
1a	Branddetektion durch zugehörigen BM	ja	nicht erforderlich	unverzögert (innerhalb 10 s)
1b	Alarmmeldung durch aufgeschaltete BMA (optional)	ja	nicht erforderlich	
1c	Betätigung des HATs	ja	nicht erforderlich	
2	**Störungen**			
2a	Störung eines BMs, mindestens ■ Drahtbruch/Kurzschluss in den Zuleitungen eines BMs ■ fehlender BM	nicht erforderlich	nicht erforderlich	unverzögert (innerhalb 10 s)
2b	Störung eines HATs, mindestens ■ Drahtbruch/Kurzschluss in den Zuleitungen des HATs	nicht erforderlich	nicht erforderlich	
2c	Störung im Programmablauf (analog zu DIN EN 54-2, Abschnitt 13.4)	nicht erforderlich	nicht erforderlich	unverzögert (innerhalb 10 s)
2d	Ausfall der 1. Energieversorgung (öffentliches Stromnetz bzw. interne Energieversorgung)	nicht erforderlich	nicht erforderlich	unverzögert (innerhalb 10 s)

(2) Die Auslösevorrichtung muss das Auslösesignal für die Feststellvorrichtung über mindestens 3 s aufrechterhalten[23].

(3) Eine Auslösung durch die Brandmelder ist optisch (rotes Leuchtmittel) durch eine Leuchtdiode oder ein anderes Bauteil mit vergleichbarer Zuverlässigkeit anzuzeigen. Die optische Anzeige muss bei einer Umgebungsbeleuchtungsstärke bis 500 lx in einem Abstand von 6 m sichtbar sein.

(4) Unbeabsichtigt leitende Verbindungen[24] außerhalb von Gehäusen müssen wie eine Störung behandelt werden. Alternativ kann eine getrennte Leitungsführung oder eine Verlegung der Leitungen im Schutzrohr/Kabelkanal in der Zulassung vorgeschrieben werden.

22 Eine akustische Anzeige während des Schließens des Abschlusses kann aufgrund anderer Vorschriften erforderlich sein.

23 Für technische Lösungen, bei denen das Auslösesignal nicht über mindestens 3 s aufrecht gehalten werden kann, muss auf andere Weise nachgewiesen werden, dass eine maximale Betätigungszeit des Handauslösetasters von 500 ms ausreicht, um alle in der Bauartgenehmigung aufgeführten Feststellvorrichtungen sicher auszulösen.

24 Als unbeabsichtigt leitende Verbindungen gelten hier Verbindungen zwischen den Leitungen eines geschlossenen Öffnerkontaktes (keine elektrische Potentialdifferenz) mit der Folge, dass ein Öffnen des Öffnerkontaktes wirkungslos ist.

(5) Auslösevorrichtungen unter Verwendung von BUS-Systemen, die brandschutz- und/oder sicherheitsrelevante Funktionen der Feststellanlage, die im Brandfall nicht abgeschaltet werden, umsetzen, müssen
- die Datenpakete richtig und sicher übertragen und
- bei einer Störung der Kommunikation der beteiligten Sender/Empfänger die Feststellvorrichtung auslösen.

(6) Die Wiederherstellung der Funktionsbereitschaft nach dem Ansprechen der Auslösevorrichtung muss einfach und ohne Spezialwerkzeug möglich sein.

(7) Eine automatische Wiederherstellung der Funktionsbereitschaft oder eine Fernrückstellung zur Wiederherstellung der Funktionsbereitschaft ist bei Feststellanlagen für Feuerschutzabschlüsse mit motorischer Öffnungshilfe nicht zulässig.

3.3.2 Auslösevorrichtungen in Brandmeldeanlagen

Die Auslösevorrichtung darf Bestandteil einer vorhandenen automatischen Brandmeldeanlage sein, wenn dies in der allgemeinen Bauartgenehmigung für die Feststellanlage so festgelegt ist und zusätzlich zu den Punkten (2) bis (7) des Abschnittes 3.3.1 folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Brandmelder, die der Überwachung von Abschlüssen dienen, müssen so in Meldergruppen zusammengefasst werden, dass bei Alarm- oder Störungsmeldung an der Brandmelderzentrale eine Unterscheidung zwischen Brandmeldern der Feststellanlage und anderen Brandmeldern möglich ist.
- Brandmelder von Feststellanlagen dürfen keine weiterleitenden Alarmierungseinrichtungen (z. B. Übertragungseinrichtungen für Brandmeldungen an die Feuerwehr) ansteuern.
- Die Anzeigeeinrichtungen von Auslösevorrichtungen an der Brandmelderzentrale müssen DIN EN 54-2 entsprechen.
- Die Feststellvorrichtungen dürfen nicht durch die Energieversorgung der Brandmeldeanlage gespeist werden. Hierfür ist eine eigene Energieversorgung notwendig.
- Die Feststellvorrichtungen müssen zusätzlich an der Auslösevorrichtung der Brandmeldeanlage ausgelöst werden können.

Abweichend von Abschnitt 3.3.1 (1) gilt folgendes Verhalten bei Alarmmeldungen und Störungen:

Einwirkung		**Anforderung an das Verhalten der Auslösevorrichtung**		
lfd. Nr.	**Szenario**	**Anzeige**		**Auslöseverhalten**
		optisch	**akustisch[25]**	
1	**Alarmmeldungen**			
1a	Branddetektion durch zugehörigen BM	ja	nicht erforderlich	gemäß DIN EN 54-2, Abschnitt 7.1
1b	Alarmmeldung durch aufgeschaltete BMA (optional)	ja	nicht erforderlich	
1c	Betätigung des HATs	ja	nicht erforderlich	
2	**Störungen**			
2a	Störung eines BMs, mindestens ■ Drahtbruch/Kurzschluss in den Zuleitungen eines BMs ■ fehlender BM	nicht erforderlich	nicht erforderlich	gemäß DIN EN 54-2, Abschnitt 8.1
2b	Störung eines HATs, mindestens ■ Drahtbruch/Kurzschluss in den Zuleitungen des HATs	nicht erforderlich	nicht erforderlich	Auslösung unverzögert (innerhalb 10 s)
2c	Störung im Programmablauf	nicht erforderlich	nicht erforderlich	gemäß DIN EN 54-2, Abschnitt 13.4
2d	Ausfall der 1. Energieversorgung (öffentliches Stromnetz bzw. interne Energieversorgung)	nicht erforderlich	nicht erforderlich	gemäß DIN EN 54-4, Abschnitt 5.4

3.3.3 Auslösevorrichtungen für Feststellanlagen mit Sicherheitseinrichtungen für den Personenschutz

Die Anforderungen der Punkte (2) bis (7) des Abschnittes 3.3.1 sind ebenso zu erfüllen.
Abweichend von Abschnitt 3.3.1 gilt folgendes Verhalten bei Alarmmeldungen, Störungen und besonderen Situationen:

Einwirkung		**Anforderung an das Verhalten der Auslösevorrichtung**		
lfd. Nr.	**Szenario**	**Anzeige**		**Auslöseverhalten (u.a. Zeit vom Beginn der Einwirkung bis zur Auslösung der Feststellvorrichtung)**
		optisch	**akustisch[25]**	
1	**Alarmmeldungen**			
1a	Branddetektion durch zugehörigen BM	ja	nicht erforderlich	unverzögert (innerhalb 10 s) unter Berücksichtigung der SE für den PS
1b	Alarmmeldung durch aufgeschaltete BMA (optional)	ja	nicht erforderlich	
1c	Betätigung des HATs	ja	nicht erforderlich	

25 Eine akustische Anzeige während des Schließens des Abschlusses kann aufgrund anderer Vorschriften erforderlich sein.

Einwirkung		Anforderung an das Verhalten der Auslösevorrichtung		
lfd. Nr.	Szenario	Anzeige		Auslöseverhalten (u.a. Zeit vom Beginn der Einwirkung bis zur Auslösung der Feststellvorrichtung)
		optisch	akustisch[25]	
2	**Störungen**			
2a	Störung eines BMs siehe Tabelle unter 3.3.1, 2a	nicht erforderlich	nicht erforderlich	unverzögert (innerhalb 10 s) unter Berücksichtigung der SE für den PS
2b	Störung eines HATs siehe Tabelle unter 3.3.1, 2b	nicht erforderlich	nicht erforderlich	
2c	Störung im Programmablauf (analog zu DIN EN 54-2, Abschnitt 13.4)	nicht erforderlich	nicht erforderlich	unverzögert (innerhalb 10 s) unter Berücksichtigung der SE für den PS
		ja	ja	■ keine Auslösung, wenn die Funktionen der FstA, die im Brandfall nicht abgeschaltet werden, auch weiterhin gewährleistet sind (Redundanz) ■ Auslösung unter Berücksichtigung der SE für den PS, wenn auch der redundante Pfad ausfällt
2d	Ausfall der 1. Energieversorgung (öffentliches Stromnetz bzw. interne Energieversorgung)	nicht erforderlich	nicht erforderlich	■ automatische unterbrechungsfreie Umschaltung auf die 2. Energieversorgung (Bereitschaftsparallelbetrieb) ■ Auslösen der FstV nach Erreichen der festgelegten Grenzspannung der 2. Energieversorgung unter Berücksichtigung der SE für den PS
2e	Störung der 2. Energieversorgung ■ Drahtbruch/Kurzschluss in den Zuleitungen ■ Ausfall der Akkumulatoren ■ erhöhter Innenwiderstand der Akkus[26], (Prüfung alle 4 h) ■ Unterschreitung der festgelegten Grenzspannung	ja	ja	unverzögert (innerhalb 10 s) unter Berücksichtigung der SE für den PS
2f	Störung der SE für den PS ■ Drahtbruch/Kurzschluss in den Zuleitungen ■ Störung der SE ■ dauerhafte Belegung des Schließbereiches (z. B. verstellte SE)	ja	ja	■ keine Auslösung der FstV ■ bei zusätzlicher Auslösung durch Brandalarm oder HAT oder eine Störung der FstA erfolgt der Schließvorgang ggf. ohne Berücksichtigung der SE für den PS ■ bei Auftreten einer Störung der SE, nachdem die FstV ausgelöst wurde, wird der Schließvorgang fortgesetzt (ggf. ohne Berücksichtigung der SE für den PS)

26 Prüfverfahren nach Anhang A, DIN EN 54-4:2006

Einwirkung		Anforderung an das Verhalten der Auslösevorrichtung		
lfd. Nr.	Szenario	Anzeige		Auslöseverhalten (u.a. Zeit vom Beginn der Einwirkung bis zur Auslösung der Feststellvorrichtung)
		optisch	akustisch[25]	
3	**Betätigung/Belegung der Sicherheitseinrichtung**			
3a	Betätigung/Belegung der SE, nachdem die FstV ausgelöst wurde			■ der Schließvorgang darf unterbrochen werden können ■ der Schließvorgang muss sich nach Freiwerden des Schließbereiches aus jeder Öffnungsstellung selbsttätig fortsetzen

3.3.4 Auslösevorrichtungen für Feststellanlagen für Feuerschutzabschlüsse im Zuge bahngebundener Förderanlagen (FAA)

Die Anforderungen der Punkte (2) bis (7) des Abschnittes 3.3.1 sind ebenso zu erfüllen. Abweichend von Abschnitt 3.3.1 gilt folgendes Verhalten bei Alarmmeldungen und Störungen:

Einwirkung		Anforderung an das Verhalten der Auslösevorrichtung		
lfd. Nr.	Szenario	Anzeige		Auslöseverhalten (u.a. Zeit vom Beginn der Einwirkung bis zur Auslösung der Feststellvorrichtung)
		optisch	akustisch[27]	
1	**Alarmmeldungen**			
1a	Branddetektion durch zugehörigen BM	ja	nicht erforderlich	unverzögert (innerhalb 10 s) unter Berücksichtigung der SE für die SBÜ
1b	Alarmmeldung durch aufgeschaltete BMA (optional)	ja	nicht erforderlich	
1c	Betätigung des HATs	ja	nicht erforderlich	
2	**Störungen**			
2a	Störung eines BMs siehe Tabelle unter 3.3.1, 2a	nicht erforderlich	nicht erforderlich	unverzögert (innerhalb 10 s) unter Berücksichtigung der SE für die SBÜ
2b	Störung eines HATs siehe Tabelle unter 3.3.1, 2b	nicht erforderlich	nicht erforderlich	
2c	Störung im Programmablauf (analog zu DIN EN 54-2, Abschnitt 13.4)	nicht erforderlich	nicht erforderlich	unverzögert (innerhalb 10 s) unter Berücksichtigung der SE für die SBÜ
		ja	ja	■ keine Auslösung, wenn die Funktionen der FstA, die im Brandfall nicht abgeschaltet werden, auch weiterhin gewährleistet sind ■ Auslösung unter Berücksichtigung der SE für die SBÜ, wenn auch der redundante Pfad ausfällt

27 Eine akustische Anzeige während des Schließens des Abschlusses kann aufgrund anderer Vorschriften erforderlich sein.

Einwirkung		Anforderung an das Verhalten der Auslösevorrichtung		
lfd. Nr.	Szenario	Anzeige		Auslöseverhalten (u.a. Zeit vom Beginn der Einwirkung bis zur Auslösung der Feststellvorrichtung)
		optisch	akustisch[27]	
2d	Ausfall der 1. Energieversorgung (öffentliches Stromnetz bzw. interne Energieversorgung)	nicht erforderlich	nicht erforderlich	■ automatische unterbrechungsfreie Umschaltung auf die 2. Energieversorgung (Bereitschaftsparallelbetrieb) ■ Auslösen der FstV nach Erreichen der festgelegten Grenzspannung der 2. Energieversorgung unter Berücksichtigung der SE für die SBÜ
2e	Störung der 2. Energieversorgung ■ Drahtbruch/Kurzschluss in den Zuleitungen ■ Ausfall der Akkumulatoren ■ erhöhter Innenwiderstand der Akkus[28], (Prüfung alle 4 h) ■ Unterschreitung der festgelegten Grenzspannung	ja	ja	unverzögert (innerhalb 10 s) unter Berücksichtigung der SE für die SBÜ
2f	Störung der SE für die SBÜ an FAA ■ Drahtbruch/Kurzschluss in den Zuleitungen ■ Dauerhafte Belegung des Schließbereiches (z. B. verstellte SE)	ja	ja	■ keine Auslösung der FstV ■ bei zusätzlicher Auslösung durch Brandalarm oder HAT oder eine Störung der FstA erfolgt der Schließvorgang ggf. ohne Berücksichtigung der SE für die SBÜ ■ bei Auftreten einer Störung der SE, nachdem die FstV ausgelöst wurde, wird der Schließvorgang fortgesetzt (ggf. ohne Berücksichtigung der SE für die SBÜ)
3	**Betätigung/Belegung der Sicherheitseinrichtung**			
3a	Betätigung/Belegung der SE für die SBÜ, nachdem die FstV ausgelöst wurde			■ Unterbrechung des Schließvorganges und Zwangsschließung nach 120 s[29] ohne Berücksichtigung der SE für die SBÜ

3.4 Feststellvorrichtung

3.4.1 Feststellvorrichtungen für Drehflügeltüren

- Feststellvorrichtungen nach DIN EN 1155
  Diese Feststellvorrichtungen müssen DIN EN 1155 entsprechen.
- Drehflügelantriebe nach DIN 18263-4
  Drehflügelantriebe müssen der Norm DIN 18263-4 entsprechen. Bei Brand, Störung oder Handauslösung muss die Feststellung aufgehoben, die Schlossfallenentriegelung (Türöffner nach dem

28 Prüfverfahren nach Anhang A, DIN EN 54-4:2006
29 Zur Zwangsschließzeit eines Abschlusses siehe Abschnitt 3.1.4

Arbeitsstromprinzip) in Sperrwirkung stehen und alle Öffnungsbefehlsgeber wirkungslos geschaltet werden.
Die Drehflügelantriebe dürfen an ein- und zweiflügeligen Türen nur verwendet werden, wenn die Türzarge bzw. der Standflügel zweiflügeliger Türen mit einem elektrischen Türöffner zur Schlossfallenentriegelung und/oder Entriegelung eines Schnappriegels mit gefederter Falle ausgerüstet ist. Die Verwendbarkeit dieser Türöffner muss bauaufsichtlich nachgewiesen sein. Die zweiflügeligen Türen müssen außerdem mit einem Schließfolgeregler nach DIN EN 1158 ausgerüstet sein.
Soll der Drehflügelantrieb auch die Funktion der Auslösevorrichtung und/oder der Energieversorgung für die Feststellanlage übernehmen, so müssen die entsprechenden Anforderungen (Abschnitt 3.3 und/oder 3.5) erfüllt werden.

3.4.2 Feststellvorrichtungen für andere Abschlüsse als nach Abschnitt 3.4.1

Die Feststellvorrichtung muss den festgehaltenen Teil des Abschlusses sicher innerhalb von 3 s freigeben, nachdem die Auslösevorrichtung die Feststellvorrichtung ausgelöst hat.

Ein einmal eingeleiteter Schließvorgang des Abschlusses darf nur dann unterbrochen werden, wenn sich im Schließbereich Personen oder Gegenstände befinden (siehe Abschnitt 3.1.3 und 3.1.4). In diesem Fall muss – nach Freiwerden des Schließbereiches – die Feststellvorrichtung den Abschluss aus jeder Öffnungsstellung selbsttätig für die Fortsetzung des Schließvorganges freigeben können.

Die dauerhafte Funktionsfähigkeit der Feststellvorrichtung muss im Zusammenhang mit einer Dauerfunktionsprüfung nach DIN 4102-18 oder DIN EN 1191 bzw. DIN EN 12605 für einen geeigneten Abschluss über mindestens 10.000 Zyklen (Tore) bzw. 50.000 Zyklen (Türen) nachgewiesen werden. Wenn das Herausziehen des Abschlusses aus der Feststellung per Hand vorgesehen ist, so sind 50 % aller Zyklen in dieser Weise durchzuführen.

Werden Elektromagnete als Feststellvorrichtung verwendet, so müssen die folgenden Anforderungen bei Spannungsschwankungen von ±15 % vom Nennwert erfüllt werden:

(1) Es müssen geeignete Maßnahmen zur dauerhaften Überwindung der Remanenz getroffen werden.

(2) Die Strom- bzw. Leistungsaufnahme und die Gehäusetemperatur dürfen unter Dauerbeanspruchung bei Nennspannung +15 % nach Einstellung eines Beharrungszustandes[30] die vom Hersteller angegebenen Werte nicht überschreiten. Dazu ist der Verlauf der
- Strom- bzw. Leistungsaufnahme und
- Gehäusetemperatur

aufzuzeichnen.

(3) Die Haltekraft bzw. das Haltemoment bei Nennspannung -15 % muss größer oder gleich der/des vom Hersteller angegebenen Nennhaltekraft/Nennhaltemomentes sein. Die minimalen und maximalen Haltekräfte/Haltemomente sind anzugeben.

30 Ob bzw. wann ein Beharrungszustand erreicht ist, entscheidet die Zulassungsprüfstelle. Die Entscheidung ist zu begründen und im Prüfbericht zu dokumentieren.

3.5 Energieversorgung

3.5.1 Allgemeine Anforderungen

(1) Die Energieversorgungen müssen folgende Anforderungen der DIN EN 54-4 erfüllen:
- Zur Unterstützung der Prüfung der Ausführung muss der Hersteller eine schriftliche Erklärung[31] abgeben, dass alle Bauteile der Energieversorgung ihrem Verwendungszweck entsprechend ausgesucht wurden und innerhalb ihrer Grenzwerte betrieben werden, wenn die Umgebungsbedingungen außerhalb des Gehäuses der Energieversorgung der Klasse 3k5 nach DIN EN 60721-3-3 entsprechen.
- Alle Bedienelemente, Sicherungen, Einstellelemente und Anschlussklemmen für Kabel müssen deutlich gekennzeichnet sein (z. B. Funktion, elektrische Werte oder Verweis auf entsprechende Zeichnungen).

(2) In der Installationsanleitung der Feststellanlage muss die höchstmögliche Anschlusslast angegeben werden.

(3) Zusätzlich muss die Energieversorgung bei Abweichungen der Eingangsspannung von +10 % bis -15 % (230 V Wechselspannung) folgende Bedingungen erfüllen:
- Die Ausgangsspannung darf bei Leerlauf und Volllast höchstens um +15 % bis -10 % vom Nennwert (Vorzugswert 24 V Gleichspannung) abweichen.
- Die Energieversorgung darf bei den Betriebszuständen Leerlauf, Volllast und Kurzschluss keine Überlastungs- oder Überhitzungserscheinungen zeigen. Nach einem Kurzschluss muss die Energieversorgung – ggf. nach Auswechseln einer Schmelzsicherung – wieder betriebsbereit sein.

(4) Der ordnungsgemäße Betrieb ist durch eine grüne Leuchtdiode oder ein anderes Bauteil mit vergleichbarer Zuverlässigkeit anzuzeigen.

3.5.2 Energieversorgung ohne Batterien (Netzanschlussbetrieb)

Bei Ausfall des Stromversorgungsnetzes wird die gesamte Feststellanlage spannungslos; die angeschlossenen Feststellvorrichtungen müssen die Abschlüsse freigeben.

3.5.3 Energieversorgung mit wieder aufladbaren Batterien als zweite Energiequelle (Bereitschaftsparallelbetrieb)

(1) In Fällen, in denen eine Verzögerung oder Unterbrechung des Schließvorganges vorgesehen ist (siehe Abschnitt 3.1.2 bis 3.1.4), muss die Energieversorgung für die Feststellanlage mit einer zweiten Energiequelle durch wartungsfreie Bleibatterien, die die Anforderungen der Richtlinie VdS 2102 erfüllen (Zertifikat einer im Zulassungsverfahren für Feststellanlagen benannten Prüfstelle), ausgerüstet werden. Bei Ausfall der 1. Energieversorgung (öffentliches Stromversorgungsnetz) muss eine automatische Umschaltung auf die 2. Energieversorgung (wieder aufladbare Batterien) erfolgen (Bereitschaftsparallelbetrieb).

(2) Die gesamte Energieversorgung muss die Anforderungen der DIN EN 54-4 (ausgenommen die Abschnitte 9.4 bis 9.15) erfüllen.

(3) Die Ausgangsspannungen müssen den Kriterien des Abschnittes 3.5.1 entsprechen, um die verschiedenen Komponenten der Feststellanlage jederzeit innerhalb ihrer Versorgungsparameter betreiben zu können.

(4) Für die Ermittlung der notwendigen Kapazität der wiederaufladbaren Batterien ist durch den Antragsteller eine entsprechende Energiebilanz zu erstellen und der Prüfstelle vorzulegen. Dabei ist die Kapazität der Batterie bei den Umgebungsbedingungen entsprechend Klasse 3k5 gemäß DIN EN 60721-3-3 zu berücksichtigen.

31 Ein Muster für eine Herstellererklärung ist unter www.dibt.de abrufbar.

(5) Die ermittelte Kapazität muss bei Maximalausbau der Feststellanlage das kontrollierte Schließen des Abschlusses sicherstellen.

(6) Die Energiebilanz ist so auszulegen, dass die Auslösung der Feststellvorrichtung spätestens dann erfolgt, wenn die zu diesem Zeitpunkt noch vorhandene Batteriekapazität dazu ausreicht eine Verzögerung oder Unterbrechung des Schließvorganges für mindestens 30 Minuten zu gewährleisten (Unterschreitung der durch den Hersteller festgelegten Grenzspannung).

(7) Bis zum Zeitpunkt der Abschaltung aufgrund des Erreichens der Entladeschlussspannung sind alle benötigten Komponenten der Feststellanlage innerhalb ihrer Versorgungsparameter zu betreiben.

Hinweis:
Eine ggf. vorhandene Freiräumeinrichtung gehört in der Regel nicht zur Feststellanlage und wird daher nicht über deren wiederaufladbare Batterien mit Energie versorgt. Eine Ausnahme bilden ggf. solche Freiräumeinrichtungen, die über die Bauartgenehmigung der Feststellanlage mit beurteilt werden. In diesem Fall ist die Funktion der Freiräumeinrichtung im Rahmen der Nachweisprüfungen zu überprüfen und der Energiebedarf bei der Erstellung der Energiebilanz zu berücksichtigen. Derartige Freiräumeinrichtungen sind im Rahmen einer Dauerfunktionsprüfung für einen Förderanlagenabschluss mit gleicher Zyklenzahl zu prüfen.

3.5.4 Kennzeichnung der Energieversorgung

Die Energieversorgung muss wie folgt gekennzeichnet sein:

- Name des Herstellers
- Typenbezeichnung
- Herstellungsjahr
- Technische Daten: Leistungsabgabe, Stromaufnahme, Ein- und Ausgangsspannung.

Die Kennzeichnung muss auf dem Gehäuse erfolgen und dauerhaft gut lesbar sein.

3.6 Handauslösetaster

3.6.1 Allgemeines

(1) Die Abmessungen des Gehäuses des Handauslösetasters müssen mindestens B x H = 40 mm x 40 mm betragen. Das Betätigungsfeld muss mindestens einen Durchmesser von 15 mm bzw. eine Fläche von B x H = 15 mm x 15 mm aufweisen.
Das Betätigungsfeld des Handauslösetasters muss rot sein. Sein Gehäuse muss die Aufschrift tragen: „Tür schließen“. Für „Tür“ darf auch eine genauere Bezeichnung (z. B. Rolltor) gewählt werden. Die Beschriftung muss gut lesbar sein.

(2) Durch eine kurze Betätigung dieses Tasters (maximal 500 ms) muss der Schließvorgang automatisch eingeleitet werden.

(3) Die Verwendung von Tastern nach DIN EN 54-11 ist nicht zulässig.

3.6.2 Folientaster

(1) Bei Handauslösetastern als Folientaster muss auf der Folie ein vom Untergrund farblich abgehobener Bereich (40 mm x 40 mm) für die Handauslösung markiert werden. Innerhalb dieses Bereiches muss das (aktive) Betätigungsfeld (Durchmesser von 15 mm bzw. eine Fläche von 15 mm x 15 mm) als vollständig begrenzte und deutlich abgehobene rote Fläche angeordnet sein.

Auf das (aktive) Betätigungsfeld ist durch Symbole aufmerksam zu machen (siehe Bild 1).

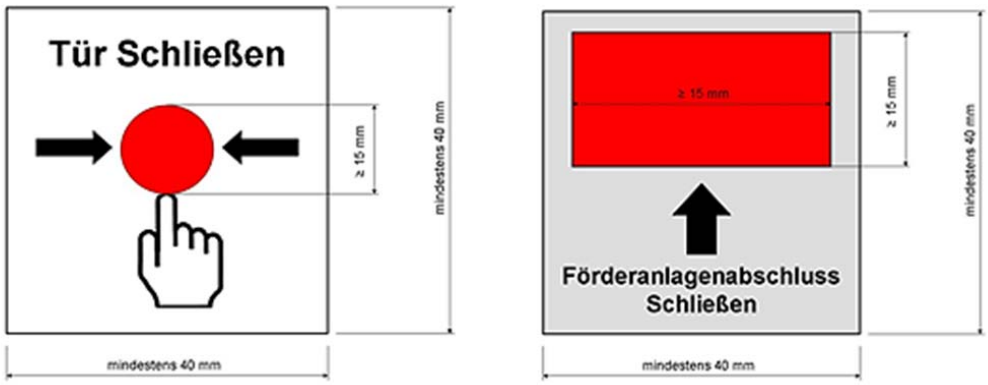


Bild 1: Beispiele für die Gestaltung von Handauslösetastern als Folientaster

Die Beschriftung muss in dem für die Handauslösung markierten Feld, aber nicht zwingend innerhalb des (aktiven) Betätigungsfeldes und nicht über die Begrenzung des (aktiven) Betätigungsfeldes hinaus angeordnet werden. Das Aufbringen von zusätzlichen Symbolen (Flammen) sollte im Sinne der Übersichtlichkeit unterlassen werden.

(2) Die Betätigungskräfte sind wie folgt zu begrenzen:
- kleinste zulässige Betätigungskraft, bei der eine Auslösung erfolgen darf: 1 N
- größte erforderliche Betätigungskraft, bei der eine Auslösung erfolgen muss: 20 N

(3) Die Mindestanzahl der notwendigen Druckpunkte auf dem aktiven Betätigungsfeld beträgt:
- 1 Druckpunkt für das aktive Betätigungsfeld mit Mindestabmessungen (Durchmesser von 15 mm bzw. eine Fläche von 15 mm x 15 mm)
- 1 Druckpunkt je cm^2 für aktive Betätigungsfelder mit größeren Abmessungen.

3.7 Sicherheitseinrichtungen

3.7.1 Sicherheitseinrichtungen für den Personenschutz an Abschlüssen nach Abschnitt 2.7.1

Bei der Ausführung des Abschlusses, der mit der Feststellanlage ausgerüstet werden soll, sind die Anforderungen der geltenden Unfallverhütungsvorschriften zu berücksichtigen. Außerdem gilt Folgendes:

(1) Die Sicherheitseinrichtungen müssen im Fall eines Brandalarmes, einer Störung oder einer Handauslösung den eingeleiteten Schließvorgang unterbrechen, wenn sich Personen oder Gegenstände im Schließbereich des Abschlusses befinden.

(2) Die Sicherheitseinrichtungen und die zugehörigen Zuleitungen müssen auf Störungen überwacht werden. Diese Störungen dürfen nicht dazu führen, dass die Auslösung der Feststellung behindert wird.

(3) Werden zur Unterbrechung des Schließvorgangs optische Sensoren (z. B. Lichtschranken) verwendet, so müssen diese Sensoren bei Schwankungen der Versorgungsparameter so unempfindlich gegen Rauch sein, dass sie bei einem Erprobungstest in Anlehnung an DIN EN 54-12 bei keinem der Prüfbrände TF2 bis TF5 klassifiziert werden.

3.7.2 Sicherheitseinrichtungen für die Schließbereichsüberwachung bei Feuerschutzabschlüssen im Zuge bahngebundener Förderanlagen nach Abschnitt 2.7.2

(1) Die Sicherheitseinrichtungen müssen im Fall eines Brandalarmes, einer Störung oder einer Handauslösung das Einleiten eines Schließvorganges verzögern oder den eingeleiteten

Schließvorgang unterbrechen, wenn sich Gegenstände im Schließbereich des Abschlusses befinden.

(2) Die Zuleitungen der Sicherheitseinrichtungen müssen auf Drahtbruch und Kurzschluss überwacht werden. Diese Störungen dürfen nicht dazu führen, dass die Auslösung der Feststellung behindert wird.

(3) Werden zur Unterbrechung des Schließvorgangs optische Sensoren (z. B. Lichtschranken) verwendet, so müssen diese Sensoren bei Schwankungen der Versorgungsparameter so unempfindlich gegen Rauch sein, dass sie bei einem Erprobungstest gemäß DIN EN 54-12 bei keinem der Prüfbrände TF2 bis TF5 klassifiziert werden.

4 Zitierte Normen, Verordnungen und Richtlinien

DIN EN 54-2	Brandmeldeanlagen; Teil 2: Brandmelderzentralen
DIN EN 54-4	Brandmeldeanlagen; Teil 4: Energieversorgungseinrichtungen
DIN EN 54-5	Brandmeldeanlagen; Teil 5: Wärmemelder – Punktförmige Melder
DIN EN 54-7	Brandmeldeanlagen; Teil 7: Rauchmelder – Punktförmige Melder nach dem Streulicht-, Durchlicht- oder Ionisationsprinzip
DIN EN 54-11	Brandmeldeanlagen; Teil 11: Handfeuermelder
DIN EN 54-12	Brandmeldeanlagen; Teil 12: Rauchmelder – Linienförmige Melder nach dem Durchlichtprinzip
DIN EN 54-20	Brandmeldeanlagen; Teil 20: Ansaugrauchmelder
DIN EN 54-25	Brandmeldeanlagen; Teil 25: Bestandteile, die Hochfrequenz-Verbindungen nutzen
DIN EN 1155	Schlösser und Baubeschläge – Elektrisch betriebene Feststellvorrichtungen für Drehflügeltüren – Anforderungen und Prüfverfahren
DIN EN 1158	Schlösser und Baubeschläge – Schließfolgeregler – Anforderungen und Prüfverfahren
DIN EN 1191	Fenster und Türen – Dauerfunktionsprüfung – Prüfverfahren
DIN EN 1634-1	Feuerwiderstandsprüfungen und Rauchschutzprüfungen für Türen, Tore, Abschlüsse, Fenster und Baubeschläge; Teil 1: Feuerwiderstandsprüfungen für Türen, Tore, Abschlüsse und Fenster
DIN 4102-5	Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen; Teil 5: Feuerschutzabschlüsse, Abschlüsse in Fahrschachtwänden und gegen feuerwiderstandsfähige Verglasungen, Begriffe, Anforderungen und Prüfungen
DIN 4102-18	Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen; Teil 18: Feuerschutzabschlüsse – Nachweis der Eigenschaft „selbstschließend“ (Dauerfunktionsprüfung)
DIN EN 12605	Tore – Mechanische Aspekte – Prüfverfahren
DIN EN 12978	Türen und Tore – Schutzeinrichtungen für kraftbetätigte Türen und Tore – Anforderungen und Prüfverfahren
DIN 18263-4	Schlösser und Baubeschläge – Türschließer mit hydraulischer Dämpfung; Teil 4: Türschließer mit Öffnungsautomatik (Drehflügelantrieb)
DIN EN 60335-1	Sicherheit elektrischer Geräte für den Hausgebrauch und ähnliche Zwecke; Teil 1: Allgemeine Anforderungen
DIN EN 60529	Schutzarten durch Gehäuse (IP-Code)
DIN EN 60721-3-3	Klassifizierung von Umweltbedingungen; Teil 3: Klassen von Umwelteinflussgrößen und deren Grenzwerte, Hauptabschnitt 3: ortsfester Einsatz, wettergeschützt
DIN EN 60950-1	Einrichtungen der Informationstechnik – Sicherheit; Teil 1: Allgemeine Anforderungen
DIN EN 61000-3-2	Elektromagnetische Verträglichkeit (EMV); Teil 3-2: Grenzwerte – Grenzwerte für Oberschwingungsströme (Geräte-Eingangsstrom ≤ 16 A je Leiter)

DIN EN 61000-3-3	Elektromagnetische Verträglichkeit (EMV); Teil 3-3: Grenzwerte – Begrenzung von Spannungsänderungen, Spannungsschwankungen und Flicker in öffentlichen Niederspannungs-Versorgungsnetzen für Geräte mit einem Bemessungsstrom ≤ 16 A je Leiter, die keiner Sonderanschlussbedingung unterliegen
DIN EN 61000-6-2	Elektromagnetische Verträglichkeit (EMV); Teil 6-2: Fachgrundnormen – Störfestigkeit für Industriebereiche
DIN EN 61000-6-3	Elektromagnetische Verträglichkeit (EMV); Teil 6-3: Fachgrundnormen – Störaussendung für Wohnbereich, Geschäfts- und Gewerbebereiche sowie Kleinbetriebe
DIN EN VDE 61032	Schutz von Personen und Ausrüstung durch Gehäuse
VdS 2102	Richtlinien für Gefahrenmeldeanlagen – Wartungsfreie Blei-Batterien – Anforderungen und Prüfmethoden
305/2011/EU	Verordnung (EU) Nr. 305/2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten und zur Aufhebung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates
2004/108/EG	Richtlinie 2004/108/EG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die elektromagnetische Verträglichkeit (EMV-Richtlinie) In Deutschland umgesetzt durch das Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten (EMVG).
2006/95/EG	Richtlinie 2006/95/EG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen (Niederspannungsrichtlinie) In Deutschland umgesetzt durch das Produktsicherheitsgesetz (ProdSG) und die 1. Verordnung zum Produktsicherheitsgesetz (Verordnung über die Bereitstellung elektrischer Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen – 1. ProdSV).
2014/53/EU	Richtlinie 2014/53/EU über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/5/EG

Anhang 8

Anforderungen an bauliche Anlagen bezüglich des Gesundheitsschutzes (ABG)

Stand: Mai 2017

1 Gegenstand und Geltungsbereich

In diesem Dokument werden die allgemeinen Anforderungen an bauliche Anlagen hinsichtlich des Gesundheitsschutzes konkretisiert. Die Luftqualität in Innenräumen spielt dabei eine wesentliche Rolle für die Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen. In zahlreichen wissenschaftlichen Studien ist mittlerweile belegt, dass die Ausbildung von Atemwegserkrankungen, Entzündungsreaktionen und Reizschädigungen am Atemtrakt und den Augen, systemische Schädigungen, Sensibilisierungen/Allergien sowie eine Reihe unspezifischer Symptome (Unwohlsein, Kopfschmerzen, Übelkeit, zentralnervöse Störungen, Schwindel usw.) in direktem Zusammenhang mit der Innenraumluftqualität und Luftverunreinigungen stehen. Unter den gesundheitsschädigenden Wirkungen erfordern karzinogene, mutagene und reproduktionstoxische Auswirkungen eine besondere Beachtung.

Die Gesundheits- und Hygieneanforderungen an bauliche Anlagen leiten sich aus den gesundheitsrelevanten Eigenschaften der verwendeten Bauteile, Bausätze und Baustoffe ab. Diese können in entscheidendem Maß durch Emissionen zu den Raumluftverunreinigungen beitragen und erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit verursachen. Sie müssen daher im Hinblick auf den Gesundheitsschutz Anforderungen an Inhaltsstoffe und an die Freisetzung schädlicher Stoffe erfüllen. Dazu gehören potentielle Emissionen flüchtiger anorganischer und organischer Verbindungen ebenso wie von Partikeln. Zu berücksichtigen sind sowohl bauliche Anlagen, Bauteile und Baustoffe mit direktem als auch indirektem Kontakt zum Innenraum, das heißt auch solche Produkte, die zwar mit anderen Produkten verkleidet oder abgedeckt, aber nicht diffusionsdicht abgeschottet sind. Auch der Gehalt nicht oder wenig flüchtiger chemischer Stoffe ist für die gesundheitliche Bewertung von Bedeutung, da diese z.B. durch das Bearbeiten der Produkte auch in partikel- oder staubgebundener Form freigesetzt und für den menschlichen Körper verfügbar gemacht oder durch direkten Hautkontakt aufgenommen werden können.

2 Anforderungen

2.1 Anforderungen an bauliche Anlagen

- Geltende gesetzliche Regelungen für spezielle Stoffe sind einzuhalten (insbesondere: REACH-Verordnung (EU) Nr. 1907/2006 Anhang XVII, Chemikalienverbotsverordnung, Altholzverordnung).
- Der Einsatz von kanzerogenen (H350; H350i) und mutagenen (H340) Stoffen der Kategorie 1A und 1B nach der CLP-Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 ist unzulässig, es sei denn, es ist sichergestellt, dass von ihrer Verwendung keine potentielle Gefährdung für die Gesundheit der Nutzer der baulichen Anlage ausgeht.
- Gemäß den Anforderungen des § 7 Abs. 3 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) an die Schadlosigkeit der Abfallverwertung dürfen nach der Beschaffenheit der Abfälle, dem Ausmaß der Verunreinigungen und der Art der Verwertung Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit nicht zu erwarten sein, insbesondere darf keine Schadstoffanreicherung im Wertstoffkreislauf erfolgen. Das heißt, bei der Bewertung von Bauprodukten ist – sofern Abfälle für die Herstellung des Bauproduktes verwendet werden – sicherzustellen, dass es durch den Einsatz belasteter Abfälle nicht zu einer Verschleppung von Schadstoffen in Bauwerke und damit zu einer Schadstoffanreicherung kommt.

2.2 Besondere Anforderungen an Aufenthaltsräume und baulich nicht davon abgetrennte Räume

Da sich in solchen Räumen auch Risikogruppen, wie Kinder, alte Menschen, Schwangere oder (chronisch) kranke Menschen aufhalten können und die gesundheitliche Gefährdung durch einen Stoff von der Exposition, d.h. der Art und Dauer der Aufnahme eines Stoffes abhängt, sind an solche Räume neben den allgemeinen Anforderungen an bauliche Anlagen besondere Anforderungen hinsichtlich der Freisetzung gefährlicher Stoffe zu stellen. Die besonderen Anforderungen an Aufenthaltsräume und baulich nicht davon abgetrennte Räume werden in Anlage 3 konkretisiert.

Der Einsatz von Stoffen, die nach der CLP-Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 in der jeweils aktuell geltenden Fassung als Acute Tox. 1, 2 oder 3, Repr 1A oder 1B sowie STOT SE 1 oder STOT RE 1 klassifiziert werden, ist nur zulässig, wenn sichergestellt ist, dass eine gesundheitsgefährdende Exposition der Gebäudenutzer ausgeschlossen wird.

Die Verwendung von Holzschutzmitteln ist unzulässig, es sei denn es liegt eine Zulassung gemäß der Biozid-Verordnung (EU) Nr. 528/2012 vor.

2.2.1 Anforderungen an Emissionen

Im Folgenden sind die Anforderungen im Hinblick auf die Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen sowie von Ammoniak und Nitrosaminen beschrieben.

Generell gilt, dass keine kanzerogenen, mutagenen oder reproduktionstoxischen Stoffe der EU-Kategorie 1A und 1B nach der CLP-Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 in Aufenthaltsräume emittiert werden sollen.

2.2.1.1 Anforderungen an VOC-Emissionen

Die Emission flüchtiger organischer Verbindungen wird anhand von Prüfkammertests nach der DIN EN 16516:2018-01 bestimmt.

Als Zielverbindungen (target compounds) sind die in der NIK-Liste in Anlage 2 dieses Dokumentes aufgeführten Substanzen heranzuziehen.

Die zu bestimmenden Parameter sind wie folgt definiert:

- VVOC (leichtflüchtige organische Verbindung, Retentionsbereich < C6): flüchtige organische Verbindung, die aus einer gaschromatographischen Trennsäule (5% Phenyl-/95% Methyl-Polysiloxan-Kapillarsäule) vor n-Hexan eluiert.
- VOC (flüchtige organische Verbindung, Retentionsbereich C6 bis C16): flüchtige organische Verbindung, die aus einer gaschromatographischen Trennsäule (5% Phenyl-/95% Methyl-Polysiloxan-Kapillarsäule) zwischen und einschließlich n-Hexan und n-Hexadecan eluiert.
- SVOC (schwerflüchtige organische Verbindung, Retentionsbereich > C16 bis C22): flüchtige organische Verbindung, die aus einer gaschromatographischen Trennsäule (5% Phenyl-/95% Methyl-Polysiloxan-Kapillarsäule) nach n-Hexadecan eluiert.
- $TVOC_{spez}$ (Summe der flüchtigen organischen Verbindungen): Summe der Konzentrationen der substanzspezifisch quantifizierten Zielverbindungen (NIK-Stoffe) sowie der über das Toluoläquivalent quantifizierten nicht identifizierten und nicht-Zielverbindungen mit jeweils einer Konzentration ab 5 µg/m³).
- TSVOC (Summe der Konzentrationen der schwerflüchtigen organischen Verbindungen): Summe der identifizierten und nicht identifizierten und über das Toluoläquivalent quantifizierten SVOC mit einer Konzentration ab 5 µg/m³.

Folgende Anforderungen gelten für VOC-Emissionen:

- Kanzerogene Stoffe
  Nach 3 Tagen darf kein Kanzerogen der EU-Kategorie 1A und 1B nach der CLP-Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 einen Emissionswert von 0,01 mg/m³ übersteigen. Nach 28 Tagen darf kein Kanzerogen der EU-Kategorie 1A und 1B einen Emissionswert von 0,001 mg/m³ übersteigen.
  Ausgenommen von dieser Regelung sind definierte, als kanzerogen 1A oder 1B eingestufte Stoffe, für die hinsichtlich des empfindlichsten Endpunktes ein Schwellenwert abgeleitet werden kann, bei dem kein krebserzeugendes Potential mehr anzunehmen ist und für die auf dieser Basis ein NIK-Wert abgeleitet und in Anlage 2 genannt ist. Diese Stoffe werden in gleicher Weise wie andere VOC-Stoffe mit NIK-Werten behandelt (siehe Einzelstoffbewertung).

- $TVOC_{spez}$
  Die Anforderungen sind erfüllt, wenn nach 3 Tagen der $TVOC_{spez}$-Wert bei $\leq$ 10 mg/m³ liegt und wenn nach 28 Tagen der $TVOC_{spez}$-Wert bei $\leq$ 1,0 mg/m³ liegt.

- TSVOC Summe der schwerflüchtigen organischen Verbindungen
  Die Anforderungen sind erfüllt, wenn die Summe der SVOC in der Kammerluft nach 28 Tagen eine Konzentration von 0,1 mg/m³ nicht überschreitet. Dies entspricht einem zusätzlichen Beitrag von 10 % der maximal zulässigen $TVOC_{spez}$-Konzentration nach 28 Tagen von 1,0 mg/m³. In Einzelfällen sind für SVOC NIK-Werte abgeleitet.
  Die SVOC, für die NIK-Werte festgelegt wurden, sind in die R-Wertbildung (siehe unten) und in den TVOC-Werten rechnerisch einzubeziehen und unterliegen nicht mehr dem Summenwert SVOC von 0,1 mg/m³ nach 28 Tagen.

- Einzelstoffbewertung
  Neben der Bewertung der Emissionen über den Summenwert $TVOC_{spez}$ ist die Bewertung von einzelnen flüchtigen organischen Verbindungen nach 28 Tagen erforderlich. Hierzu werden in der Analyse der Kammerluft zunächst alle Verbindungen, deren Konzentration 1 µg/m³ erreicht oder übersteigt, identifiziert und mit der Angabe ihrer CAS-Nummer ausgewiesen sowie je nach Zugehörigkeit quantifiziert.

  - VVOC, VOC und SVOC mit Bewertungsmaßstäben nach NIK / Bildung des R-Werts
    Für eine Vielzahl von innenraumrelevanten flüchtigen organischen Verbindungen sind in Anlage 2 als gesundheitsbezogene Hilfsgrößen sogenannte NIK-Werte (Niedrigste interessierende Konzentrationen) gelistet. Hier gelistete Stoffe, deren Konzentration in der Prüfkammer ≥ 5 µg/m³ beträgt, gehen in die Bewertung nach NIK ein. Ihre Quantifizierung erfolgt substanzspezifisch.

Zur Bewertung wird für jede Verbindung $_i$ das in Gleichung (2) definierte Verhältnis R_i gebildet.

$$R_i = C_i / NIK_i . \qquad (2)$$

Hierin ist C_i die Stoffkonzentration in der Kammerluft. Es wird angenommen, dass keine Wirkung auftritt, wenn R_i den Wert 1 unterschreitet. Werden mehrere Verbindungen mit Konzentrationen $\geq$ 5 µg/m³ festgestellt, so wird Additivität der Wirkungen angenommen und festgelegt, dass R, also die Summe aller R_i, den Wert 1 nicht überschreiten darf

$$R = \text{Summe aller } R_i = \text{Summe aller Quotienten } (C_i / NIK_i) \leq 1 \qquad (3)$$

- VOC ohne Bewertungsmaßstäbe nach NIK

Um zu vermeiden, dass ein Produkt positiv bewertet wird, obwohl es größere Mengen an nicht bewertbaren VOC emittiert, wird für VOC, die nicht identifizierbar sind oder keinen NIK-Wert haben, eine Mengenbegrenzung festgelegt, die für die Summe solcher Stoffe 10 % des zulässigen TVOC-Wertes ausmacht. Die Anforderungen sind erfüllt, wenn die nicht bewertbaren VOC ab einer Konzentration von ≥ 5 µg/m³ in ihrer Summe 0,1 mg/m³ nicht übersteigen.

- Leichtflüchtige organische Verbindungen (VVOC)

Die VVOC-Konzentrationen in der Kammerluft müssen berücksichtigt werden. In Einzelfällen sind für VVOC NIK-Werte abgeleitet. Die VVOC, für die NIK-Werte festgelegt wurden, sind in die R-Wertbildung rechnerisch einzubeziehen, werden aber nicht in der Bildung des TVOC-Wertes berücksichtigt.

2.2.1.2 Anforderungen an Ammoniak-Emissionen

Die Ermittlung der Ammoniak-Emissionen erfolgt entsprechend den gleichen Bedingungen wie in der VOC-Emissionsprüfung (Prüfkammer und Kammerbedingungen nach DIN EN 16516:2018-01).

Die Anforderungen sind erfüllt, wenn in der Emissionsprüfung nach 28 Tagen ein Ammoniak-Wert von ≤ 0,1 mg/m³ eingehalten wird.

2.2.1.3 Anforderungen an Nitrosamin-Emissionen

Die Ermittlung von Nitrosamin-Emissionen erfolgt in Anlehnung an die BGI-Vorschrift (Berufsgenossenschaftliche Information für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit).

BGI 505-23 ist ein von den Berufsgenossenschaften anerkanntes Analyseverfahren zur Feststellung der Konzentration krebserzeugender Arbeitsstoffe in der Luft in Arbeitsbereichen (Verfahren zur Bestimmung von N-Nitrosaminen).

Die Anforderungen sind erfüllt, wenn in der Emissionsprüfung nach 28 Tagen ein Nitrosamin-Wert von ≤ 0,2 µg/m³ eingehalten ist.

2.2.2 Anforderungen an den Gehalt von PAK, Nitrosaminen und PCP

Im Folgenden sind die Anforderungen im Hinblick auf den Gehalt von PAK, Nitrosaminen und PCP für Bauprodukte beschrieben, die solche Stoffe enthalten oder freisetzen können. Es ist produktspezifisch festzulegen, welche Parameter jeweils relevant sind.

2.2.2.1 PAK

Der analytische Nachweis der PAK erfolgt in Anlehnung an die Methode des AfPS GS 2014:01 PAK unter Verwendung eines internen Standards. Die Anforderungen sind erfüllt, wenn der Gehalt an BaP als Leitsubstanz 5 mg/kg und für 16 PAK nach EPA (Environmental Protection Agency) 50 mg/kg nicht überschreitet. Für verbrauchernahe Verwendungen sind die Anforderungen entsprechend der REACH-Verordnung einzuhalten.

2.2.2.2 Nitrosamine

Der analytische Nachweis der Nitrosamine (gem. TRGS 552) erfolgt nach einer Methode des DIK (Deutsches Institut für Kautschuktechnologie e.V.), veröffentlicht in "Kautschuk Gummi Kunststoffe, Nr. 6/91, pp. 514-521). Die Anforderungen sind erfüllt, wenn der Gehalt an Nitrosaminen 11 µg/kg nicht überschreitet.

2.2.2.3 PCP

Der analytische Nachweis für PCP erfolgt nach CEN/TR 14823. Die Anforderungen sind erfüllt, wenn der Gehalt an PCP 5 mg/kg nicht überschreitet.

2.2.3 Anforderungen an den Gehalt und die Freisetzung weiterer Stoffe

Je nach Produktgruppe kann der Gehalt oder die Freisetzung weiterer Stoffe gesundheitlich relevant sein und sich aus der chemischen Zusammensetzung der Produkte ableiten. In diesen Fällen ist auszuschließen, dass durch die Verwendung solcher Stoffe eine schädliche Wirkung auf die Gesundheit des Menschen entsteht.

Anlage 1 – Normenverzeichnis

DIN EN ISO 16000-9:2008-04	Innenraumluftverunreinigungen – Teil 9: Bestimmung der Emission von flüchtigen organischen Verbindungen aus Bauprodukten und Einrichtungsgegenständen – Emissionsprüfkammer-Verfahren (ISO 16000-9:2006); Deutsche Fassung EN ISO 16000-9:2006
DIN EN ISO 16000-11:2006-06	Innenraumluftverunreinigungen – Teil 11: Bestimmung der Emission von flüchtigen organischen Verbindungen aus Bauprodukten und Einrichtungsgegenständen – Probenahme, Lagerung der Proben und Vorbereitung der Prüfstücke (ISO 16000-11:2006)
DIN EN 16516:2018-01	Bauprodukte – Bewertung der Freisetzung von gefährlichen Stoffen – Bestimmung von Emissionen in die Innenraumluft (CEN/TS 16516:2013)

Anlage 2 – NIK-Werte (target compounds)

Die bauaufsichtlich geltenden NIK-Werte werden vom DIBt regelmäßig in aktualisierter Fassung auf der Internetseite des DIBt veröffentlicht und sind in Tabelle 1 abgedruckt. Die jeweilige Fassung gilt ab dem Datum ihrer Bekanntmachung. Die hiermit ersetzte vorherige Fassung gilt ab diesem Datum noch ein Jahr weiter. Alte und neue Fassungen sind jedoch jeweils in sich vollständig zu verwenden, sie dürfen nicht kombiniert werden.

Tabelle 1: NIK-Werte-Liste 2015

[1)]	**Substanz**	**CAS-Nr.**	**NIK [µg/m³]**	**Bemerkungen**
1	**Aromatische Kohlenwasserstoffe**			
1-1*	Toluol	108-88-3	**2.900**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-2*	Ethylbenzol	100-41-4	**850**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-3*	Xylol, Gemisch aus den Isomeren o-, m- und p-Xylol	1330-20-7	**500**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-4*	p-Xylol	106-42-3	**500**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-5*	m-Xylol	108-38-3	**500**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-6*	o-Xylol	95-47-6	**500**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-7*	Isopropylbenzol	98-82-8	**500**	MAK: 50.000 µg/m³
1-8*	n-Propylbenzol	103-65-1	**950**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-9	1-Propenylbenzol (ß-Methylstyrol)	637-50-3	**2.400**	Read across von α-Methylstyrol
1-10*	1,3,5-Trimethylbenzol	108-67-8	**450**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-11*	1,2,4-Trimethylbenzol	95-63-6	**450**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-12*	1,2,3-Trimethylbenzol	526-73-8	**450**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-13*	2-Ethyltoluol	611-14-3	**550**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-14*	1-Isopropyl-2-methylbenzol (o-Cymol)	527-84-4	**1.000**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-15*	1-Isopropyl-3-methylbenzol (m-Cymol)	535-77-3	**1.000**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-16*	1-Isopropyl-4-methylbenzol (p-Cymol)	99-87-6	**1.000**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-17*	1,2,4,5-Tetramethylbenzol	95-93-2	**500**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-18*	n-Butylbenzol	104-51-8	**1.100**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-19*	1,3-Diisopropylbenzol	99-62-7	**750**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-20*	1,4-Diisopropylbenzol	100-18-5	**750**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-21*	Phenyloctan und Isomere	2189-60-8	**1.100**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-22*	1-Phenyldecan und Isomere	104-72-3	**1.100**	Read across von Ethylbenzol
1-23*	1-Phenylundecan und Isomere	6742-54-7	**1.100**	Read across von Ethylbenzol
1-24*	4-Phenylcyclohexen (4-PCH)	4994-16-5	**300**	Read across von Styrol
1-25*	Styrol	100-42-5	**250**	Übernahme EU-LCI-Wert
1-26*	Phenylacetylen	536-74-3	**200**	Read across von Styrol
1-27	2-Phenylpropen (α-Methylstyrol)	98-83-9	**2.500**	EU-OEL: 246.000 µg/m³
1-28	Vinyltoluol (alle Isomeren: o-, m-, p-Methylstyrole)	25013-15-4	**4.900**	AGW: 490.000 µg/m³
1-29*	andere Alkylbenzole, sofern Einzelisomere nicht anders zu bewerten sind		**450**	Read across von Trimethylbenzol
1-30	Naphthalin	91-20-3	**5**	AGW: 500 µg/m³
1-31*	Inden	95-13-6	**450**	Übernahme EU-LCI-Wert
2	**Aliphatische Kohlenwasserstoffe (n-, iso- und cyclo-)**			
2-1	3-Methylpentan	96-14-0		VVOC
2-2	n-Hexan	110-54-3	**72**	EU-OEL: 72.000 µg/m³
2-3*	Cyclohexan	110-82-7	**6.000**	Übernahme EU-LCI-Wert
2-4*	Methylcyclohexan	108-87-2	**8.100**	Übernahme EU-LCI-Wert

[1)]	**Substanz**	**CAS-Nr.**	**NIK [µg/m³]**	**Bemerkungen**
2-5	-			[1)]
2-6	-			[1)]
2-7	-			[1)]
2-8	n-Heptan	142-82-5	**21.000**	EU-OEL: 2.085.000 µg/m³
2-9	andere gesättigte aliphatische Kohlenwasserstoffe C6 bis C8		**15.000**	AGW: 1.500.000 µg/m³
2-10*	andere gesättigte aliphatische Kohlenwasserstoffe C9 bis C16		**6.000**	Übernahme EU-LCI-Wert
2-11*	andere gesättigte aliphatische Kohlenwasserstoffe C17 bis C22		**1.000**	SVOC Einzelstoffbetrachtung
3	**Terpene**			
3-1*	3-Caren	498-15-7	**1.500**	Übernahme EU-LCI-Wert
3-2*	α-Pinen	80-56-8	**2.500**	Übernahme EU-LCI-Wert
3-3*	ß-Pinen	127-91-3	**1.400**	Übernahme EU-LCI-Wert
3-4*	Limonen	138-86-3	**5.000**	Übernahme EU-LCI-Wert
3-5*	Terpene, sonstige		**1.400**	Übernahme EU-LCI-Wert (zur Gruppe gehören alle Monoterpene und Sesquiterpene und deren Sauerstoffderivate)
4*	**Aliphatische mono-Alkohole (n-, iso- und cyclo-) und Dialkohole**			
4-1	Ethanol	64-17-5		VVOC
4-2	1-Propanol	71-23-8		VVOC
4-3	2-Propanol	67-63-0		VVOC
4-4*	tert-Butanol, 2-Methyl-2-propanol	75-65-0	**620**	Übernahme EU-LCI-Wert
4-5	2-Methyl-1-propanol	78-83-1	**3.100**	AGW: 310.000 µg/m³
4-6*	1-Butanol	71-36-3	**3.000**	Übernahme EU-LCI-Wert
4-7*	Pentanol (alle Isomere)	71-41-0 30899-19-5 94624-12-1 6032-29-7 584-02-1 137-32-6 123-51-3 598-75-4 75-85-4 75-84-3	**730**	Übernahme EU-LCI-Wert
4-8*	1-Hexanol	111-27-3	**2.100**	Übernahme EU-LCI-Wert
4-9*	Cyclohexanol	108-93-0	**2.000**	Übernahme EU-LCI-Wert
4-10*	2-Ethyl-1-hexanol	104-76-7	**300**	Übernahme EU-LCI-Wert
4-11	1-Octanol	111-87-5	**500**	Einzelstoffbetrachtung
4-12*	4-Hydroxy-4-methyl-pentan-2-on (Diacetonalkohol)	123-42-2	**960**	Übernahme EU-LCI-Wert
4-13	andere C4-C10 gesättigte n- und iso-Alkohole		**500**	Read across von 1-Octanol, ausgenommen sind die cyclischen Verbindungen
4-14	andere C11-C13 gesättigte n- und iso-Alkohole		**500**	Read across von 1-Octanol, ausgenommen sind die cyclischen Verbindungen

[1)]	**Substanz**	**CAS-Nr.**	**NIK [µg/m³]**	**Bemerkungen**
4-15*	1,4-Cyclohexandimethanol	105-08-8	**1.600**	Einzelstoffbetrachtung
5	**Aromatische Alkohole (Phenole)**			
5-1	Phenol	108-95-2	**10**	Einzelstoffbetrachtung
5-2*	BHT (2,6-di-tert-butyl-4-methyl-phenol)	128-37-0	**100**	Übernahme EU-LCI-Wert
5-3*	Benzylalkohol	100-51-6	**440**	Übernahme EU-LCI-Wert
6	**Glykole, Glykolether, Glykolester**			
6-1	Propylenglykol (1,2-Dihydroxypropan)	57-55-6	**2.500**	Einzelstoffbetrachtung
6-2	Ethylenglykol (Ethandiol)	107-21-1	**260**	AGW: 26.000 µg/m³
6-3*	Ethylenglykolmonobutylether	111-76-2	**1.100**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-4*	Diethylenglykol	111-46-6	**440**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-5*	Diethylenglykolmonobutylether	112-34-5	**670**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-6*	2-Phenoxyethanol	122-99-6	**1.100**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-7	Ethylencarbonat	96-49-1	**370**	Read across von Ethylenglykol
6-8	1-Methoxy-2-propanol	107-98-2	**3.700**	AGW: 370.000 µg/m³
6-9*	2,2,4-Trimethyl-1,3-pentandiolmonoisobutyrat	25265-77-4	**600**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-10	Glykolsäurebutylester (Hydroxyessigsäurebutylester)	7397-62-8	**550**	Read across von Ethylenglykol
6-11*	Butyldiglykolacetat (Ethanol, 2-(2-butoxyethoxy)acetat, BDGA)	124-17-4	**850**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-12*	Dipropylenglykolmonomethylether	34590-94-8	**3.100**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-13	2-Methoxyethanol	109-86-4	**3**[#]	EU-OEL: 3.110 µg/m³
6-14	2-Ethoxyethanol	110-80-5	**8**	EU-OEL: 8.000 µg/m³
6-15*	2-Propoxyethanol	2807-30-9	**860**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-16*	2-Methylethoxyethanol	109-59-1	**220**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-17*	2-Hexoxyethanol	112-25-4	**1.400**	Read across von Ethylenglykol-monobutylether
6-18	1,2-Dimethoxyethan	110-71-4	**4**[#]	Read across von 2-Methoxy-ethanol
6-19	1,2-Diethoxyethan	629-14-1	**10**	Read across von 2-Ethoxyethanol
6-20	2-Methoxyethylacetat	110-49-6	**5**	AGW: 4.900 µg/m³
6-21	2-Ethoxyethylacetat	111-15-9	**11**	EU-OEL: 11.000 µg/m³
6-22	2-Butoxyethylacetat	112-07-2	**1.300**	AGW: 130.000 µg/m³
6-23	2-(2-Hexoxyethoxy)-ethanol	112-59-4	**740**	Read across von Diethylenglykolmonobutylether
6-24*	1-Methoxy-2-(2-methoxyethoxy)-ethan	111-96-6	**28**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-25*	2-Methoxy-1-propanol	1589-47-5	**19**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-26*	2-Methoxy-1-propylacetat	70657-70-4	**28**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-27	Propylenglykoldiacetat	623-84-7	**5.300**	Read across von Propylenglykol
6-28*	Dipropylenglykol	110-98-5 25265-71-8	**670**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-29	Dipropylenglykol-monomethyletheracetat	88917-22-0	**3.900**	Read across von Dipropylenglykolmonomethylether

[1)]	**Substanz**	**CAS-Nr.**	**NIK [µg/m³]**	**Bemerkungen**
6-30	Dipropylenglykolmono-n-propylether	29911-27-1	**740**	Read across von Dipropylenglykolmonomethylether
6-31	Dipropylenglykolmono-n-butylether	29911-28-2 35884-42-5	**810**	Read across von Dipropylenglykolmonomethylether
6-32	Dipropylenglykolmono-t-butylether	132739-31-2 (Gemisch)	**810**	Read across von Dipropylenglykolmonomethylether
6-33*	1,4-Butandiol	110-63-4	**2.000**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-34	Tripropylenglykolmonomethylether	20324-33-8 25498-49-1	**2.000**	Einzelstoffbetrachtung
6-35	Triethylenglykoldimethyether	112-49-2	**7**	Read across von 2-Methoxyethanol
6-36	1,2-Propylenglykoldimethylether	7778-85-0	**25**	Read across von 2-Methoxy-1-propanol
6-37*	2,2,4-Trimethylpentandiol-1,3-diisobutyrat	6846-50-0	**450**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-38*	Ethyldiglykol	111-90-0	**350**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-39*	Dipropylenglykoldimethylether	63019-84-1 89399-28-0 111109-77-4	**1.300**	Übernahme EU-LCI-Wert
6-40	Propylencarbonat	108-32-7	**250**	Einzelstoffbetrachtung
6-41	Hexylenglykol (2-Methyl-2,4-pentandiol)	107-41-5	**490**	MAK: 49.000 µg/m³
6-42	3-Methoxy-1-butanol	2517-43-3	**500**	Einzelstoffbetrachtung
6-43	1,2-Propylenglykol-n-propylether	1569-01-3 30136-13-1	**1.400**	Einzelstoffbetrachtung
6-44	1,2-Propylenglykol-n-butylether	5131-66-8 29387-86-8 15821-83-7 63716-40-5	**1.600**	Einzelstoffbetrachtung
6-45	Diethylenglykolphenylether	104-68-7	**1.450**	Read across von 2-Phenoxyethanol
6-46	Neopentylglykol (2,2-Dimethylpropan-1,3-diol)	126-30-7	**1.000**	Einzelstoffbetrachtung
7	**Aldehyde**			
7-1*	Butanal	123-72-8	**650**	VVOC Übernahme EU-LCI-Wert
7-2*	Pentanal	110-62-3	**800**	Übernahme EU-LCI-Wert
7-3*	Hexanal	66-25-1	**900**	Übernahme EU-LCI-Wert
7-4*	Heptanal	111-71-7	**900**	Übernahme EU-LCI-Wert
7-5*	2-Ethylhexanal	123-05-7	**900**	Übernahme EU-LCI-Wert
7-6*	Octanal	124-13-0	**900**	Übernahme EU-LCI-Wert
7-7*	Nonanal	124-19-6	**900**	Übernahme EU-LCI-Wert
7-8*	Decanal	112-31-2	**900**	Übernahme EU-LCI-Wert
7-9	2-Butenal (Crotonaldehyd, cis-trans-Gemisch)	4170-30-3 123-73-9 15798-64-8	**1**[#]	Einzelstoffbetrachtung
7-10	2-Pentenal	1576-87-0 764-39-6 31424-04-1	**12**	Read across von 2-Butenal, aber keine EU-Mutagenitätseinstufung

[1)]	**Substanz**	**CAS-Nr.**	**NIK [µg/m³]**	**Bemerkungen**
7-11	2-Hexenal	16635-54-4 6728-26-3 505-57-7 1335-39-3	**14**	Read across von 2-Pentenal
7-12	2-Heptenal	2463-63-0 18829-55-5 29381-66-6	**16**	Read across von 2-Pentenal
7-13	2-Octenal	2363-89-5 25447-69-2 20664-46-4 2548-87-0	**18**	Read across von 2-Pentenal
7-14	2-Nonenal	2463-53-8 30551-15-6 18829-56-6 60784-31-8	**20**	Read across von 2-Pentenal
7-15	2-Decenal	3913-71-1 2497-25-8 3913-81-3	**22**	Read across von 2-Pentenal
7-16	2-Undecenal	2463-77-6 53448-07-0	**24**	Read across von 2-Pentenal
7-17	Furfural	98-01-1	**20**	Einzelstoffbetrachtung
7-18	Glutaraldehyd	111-30-8	**2#**	AGW: 200 µg/m³
7-19	Benzaldehyd	100-52-7	**90**	WEEL (AIHA): 8.800 µg/m³
7-20*	Acetaldehyd	75-07-0	**1.200**	VVOC Übernahme EU-LCI-Wert
7-21	Propanal	123-38-6		VVOC
7-22*	Formaldehyd	50-00-0	**100**	Einzelstoffbetrachtung
8	**Ketone**			
8-1*	Ethylmethylketon	78-93-3	**5.000**	Übernahme EU-LCI-Wert
8-2*	3-Methyl-2-butanon	563-80-4	**7.000**	Übernahme EU-LCI-Wert
8-3	Methylisobutylketon	108-10-1	**830**	AGW: 83.000 µg/m³
8-4*	Cyclopentanon	120-92-3	**900**	Übernahme EU-LCI-Wert
8-5*	Cyclohexanon	108-94-1	**410**	Übernahme EU-LCI-Wert
8-6	2-Methylcyclopentanon	1120-72-5	**1.000**	Read across von Cyclopentanon
8-7*	2-Methylcyclohexanon	583-60-8	**2.300**	Übernahme EU-LCI-Wert
8-8*	Acetophenon	98-86-2	**490**	Übernahme EU-LCI-Wert
8-9	1-Hydroxyaceton (1-Hydroxy-2-propanon)	116-09-6	**2.400**	Read across von Propylenglykol
8-10*	Aceton	67-64-1	**1.200**	VVOC AGW: 1.200.000 µg/m³
9	**Säuren**			
9-1	Essigsäure	64-19-7	**1.250**	Einzelstoffbetrachtung
9-2*	Propionsäure	79-09-4	**310**	Übernahme EU-LCI-Wert
9-3	Isobuttersäure	79-31-2	**370**	Read across von Propionsäure
9-4	Buttersäure	107-92-6	**370**	Read across von Propionsäure
9-5	Pivalinsäure	75-98-9	**420**	Read across von Propionsäure
9-6	n-Valeriansäure	109-52-4	**420**	Read across von Propionsäure
9-7	n-Capronsäure	142-62-1	**490**	Read across von Propionsäure

[1)]	**Substanz**	**CAS-Nr.**	**NIK [µg/m³]**	**Bemerkungen**
9-8	n-Heptansäure	111-14-8	**550**	Read across von Propionsäure
9-9	n-Octansäure	124-07-2	**600**	Read across von Propionsäure
9-10*	2-Ethylhexansäure	149-57-5	**150**	Read across von Propionsäure
10	**Ester und Lactone**			
10-1	Methylacetat	79-20-9		VVOC
10-2	Ethylacetat	141-78-6		VVOC
10-3	Vinylacetat	108-05-4		VVOC
10-4*	Isopropylacetat	108-21-4	**4.200**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-5*	Propylacetat	109-60-4	**4.200**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-6*	2-Methoxy-1-methylethylacetat	108-65-6	**2.700**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-7	n-Butylformiat	592-84-7	**2.000**	Read across von Methylformiat (AGW: 120.000 µg/m³)
10-8	Methylmethacrylat	80-62-6	**2.100**	AGW: 210.000 µg/m³
10-9	andere Methacrylate		**2.100**	Read across von Methylmethacrylat
10-10*	Isobutylacetat	110-19-0	**4.800**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-11*	1-Butylacetat	123-86-4	**4.800**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-12*	2-Ethylhexylacetat	103-09-3	**350**	Read across von 2-Ethyl-1-hexanol
10-13*	Methylacrylat	96-33-3	**180**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-14*	Ethylacrylat	140-88-5	**210**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-15*	n-Butylacrylat	141-32-2	**110**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-16*	2-Ethylhexylacrylat	103-11-7	**380**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-17*	andere Acrylate (Acrylsäureester)		**110**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-18*	Adipinsäuredimethylester	627-93-0	**50**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-19*	Fumarsäuredibutylester	105-75-9	**50**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-20*	Bernsteinsäuredimethylester	106-65-0	**50**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-21*	Glutarsäuredimethylester	1119-40-0	**50**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-22*	Hexandioldiacrylat	13048-33-4	**10**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-23*	Maleinsäuredibutylester	105-76-0	**50**	Übernahme EU-LCI-Wert
10-24	Butyrolacton	96-48-0	**2.700**	Einzelstoffbetrachtung
10-25	Glutarsäurediisobutylester	71195-64-7	**100**	Einzelstoffbetrachtung
10-26	Bernsteinsäurediisobutylester	925-06-4	**100**	Einzelstoffbetrachtung
11	**Chlorierte Kohlenwasserstoffe**			
	Derzeit nicht belegt.			
12	**Andere**			
12-1	1,4-Dioxan	123-91-1	**73**	AGW: 73.000 µg/m³
12-2*	Caprolactam	105-60-2	**300**	Übernahme EU-LCI-Wert
12-3	N-Methyl-2-pyrrolidon	872-50-4	**400**	EU-OEL: 40.000 µg/m³
12-4*	Octamethylcyclotetrasiloxan (D4)	556-67-2	**1.200**	Übernahme EU-LCI-Wert
12-5*	Methenamin, Hexamethylentetramin (Formaldehydabspalter)	100-97-0	**30**	Übernahme EU-LCI-Wert
12-6	2-Butanonoxim	96-29-7	**20**	Einzelstoffbetrachtung
12-7	Tributylphosphat	126-73-8		SVOC

[1)]	**Substanz**	**CAS-Nr.**	**NIK [µg/m³]**	**Bemerkungen**
12-8	Triethylphosphat	78-40-0	**75**	Read across von Tributylphosphat (MAK: 11.000 µg/m³)
12-9*	5-Chlor-2-methyl-4-isothiazolin-3-on (CIT)	26172-55-4	**1[#]**	Übernahme EU-LCI-Wert
12-10*	2-Methyl-4-isothiazolin-3-on (MIT)	2682-20-4	**100**	Übernahme EU-LCI-Wert
12-11	Triethylamin	121-44-8	**42**	AGW: 4.200 µg/m³
12-12	Decamethylcyclopentasiloxan (D5)	541-02-6	**1.500**	Read across von Octamethyl-cyclotetrasiloxan
12-13	Dodecamethylcyclohexasiloxan (D6)	540-97-6	**1.200**	Read across von Octamethyl-cyclotetrasiloxan
12-14	Tetrahydrofuran	109-99-9	**1.500**	AGW: 150.000 µg/m³
12-15	Dimethylformamid	68-12-2	**15**	AGW: 15.000 µg/m³
12-16*	Tetradecamethylcyclohepta-siloxan (D7)	107-50-6	**1.200**	Read across von Octamethyl-cyclotetrasiloxan

* Neuaufnahme/Änderungen 2015
\# Erst ab einer gemessenen Emission von 5 µg/m³ findet eine Bewertung im Rahmen des NIK-Werte-Konzepts statt.
VVOC leichtflüchtige organische Verbindungen (englisch, very volatile organic compounds)
SVOC schwerflüchtige organische Verbindungen (englisch, semivolatile organic compounds)
[1)] Um die Kompatibilität zur Auswertungsmaske ADAM zu wahren, können vormals belegte laufende Nummern der NIK-Liste bei Wegfall oder Umsortierung von Stoffen oder Stoffgruppen nicht mehr neu belegt werden.

Anlage 3

Die Innenraumluftzusammensetzung in baulichen Anlagen wird primär von Produkten beeinflusst, die nennenswerte Anteile organischer Natur enthalten und daher zur Freisetzung flüchtiger organischer Verbindungen führen können. Dies sind insbesondere die nachfolgend aufgeführten Produkte:

- Bodenbeläge und -konstruktionen, wie
  - textile Bodenbeläge
  - elastische Bodenbeläge
  - Laminatbodenbeläge
  - Parkette und Holzfußböden
  - Bodenbeschichtungen
  - Kunstharzestriche und -mörtel
  - künstlich hergestellter Stein auf Kunstharzbasis
- Sportböden
- Bodenbelagskleber und Kleber für strukturelle Verbunde
- Verlegeunterlagen
- Oberflächenbeschichtungen für Holzfußböden und elastische Bodenbeläge
- Dekorative Wandbekleidungen und dickschichtige Wandbeschichtungen auf Kunststoffbasis
- Brandschutzbeschichtungen für Stahlbauteile
- Deckenverkleidungen und -konstruktionen mit den oben genannten Eigenschaften
- Dämmstoffe mit den oben genannten Eigenschaften, wie z. B. Phenolharzschäume, UF-Ortschäume
- behandelte oder verklebte Hölzer
- nachträglich aufgebrachte organische Feuerschutzmittel.

Die Liste der genannten Produkte ist nicht abschließend. Neue innovative Produkte oder wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Auswirkungen solcher Produkte machen gegebenenfalls Änderungen erforderlich.

Anhang 9
Textile Bodenbeläge

Stand: Mai 2017

1 Gegenstand und Geltungsbereich

Im Dokument „Anforderungen an bauliche Anlagen bezüglich des Gesundheitsschutzes“ (ABG) finden sich die allgemeinen Grundlagen für die gesundheitliche Bewertung von baulichen Anlagen, Bauteilen, Bausätzen und Baustoffen, die zur Einhaltung der notwendigen Anforderungen an Gebäude erforderlich sind, während in der technischen Regel „Textile Bodenbeläge“ die produktspezifischen Anforderungen an textile Bodenbeläge konkretisiert werden.

Dieses Dokument spezifiziert die Prüfbedingungen (Anforderungen an den Prüfkörper, Beladung der Prüfkammer etc.) sowie die Parameter zur Einteilung von Einzelprodukten in Gruppen und der Auswahl des für die jeweilige Gruppe repräsentativen Produkts (*worst case*).

Diese technische Regel gilt nicht:

- für gewebte textile Bodenbeläge mit einer Nutzschicht auf PVC-Basis
- für textile Bodenbeläge, die Abfälle zur Verwertung enthalten, es sei denn es handelt sich um materialidentische Produktionsabfälle
- für textile Bodenbeläge, welche auch vertikal verwendet werden.

2 Anforderungen

Die Anforderungen, die im Dokument „Anforderungen an bauliche Anlagen bezüglich des Gesundheitsschutzes“ (ABG), Kapitel 2, ausgeführt sind, sind einzuhalten. Danach sind die Inhaltsstoffe, die Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen sowie Anforderungen an den Gehalt zu bewerten.

2.1 Ermittlung und Bewertung der flüchtigen organischen Emissionen (VVOC-, VOC- und SVOC-Emissionen) sowie ggf. weiterer Emissionen textiler Bodenbeläge

Die Emission gefährlicher Stoffe wird anhand von Prüfkammer-Tests von einer sachverständigen Prüfstelle (siehe Abschnitt 2.4) gemäß ABG, Abschnitt 2.2.1.1, bestimmt und bewertet. Diese Prüfkammertests sind für jedes Einzelprodukt oder für ein repräsentatives Produkt einer Gruppe von chemisch ähnlichen Einzelprodukten entsprechend nachfolgender Gruppenbildungsparameter durchzuführen.

2.1.1 Gruppenbildungsparameter und Auswahl des repräsentativen Produkts (worst case-Szenario)

Einzelne textile Bodenbeläge sind nacheinander entsprechend:

- dem Herstellungsverfahren,
- der chemischen Basis des Polmaterials / der Nutzschicht,
- Klebeschichten / Verfestigung und Rückenbasis sowie
- der chemischen Zusatzausrüstung

in Gruppen einzuteilen (siehe Abbildung 1).

Als repräsentativ für eine Gruppe wird das Produkt angesehen, für welches die höchsten Emissionen zu erwarten sind – in der Regel handelt es sich hierbei um das schwerste und dickste Produkt, wobei im Zweifel das schwerste Produkt auszuwählen ist. Ggf. müssen mehrere Produkte einer Gruppe geprüft werden. Die Werte werden als repräsentativ für die Gruppe angenommen.

2.1.1.1 Einteilung entsprechend dem Herstellungsverfahren

Die Einzelprodukte werden zunächst entsprechend dem Herstellungsverfahren nach DIN EN 1307:2014-07 in:

- getuftet
- gewebt
- genadelt

unterteilt.

2.1.1.2 Einteilung entsprechend der chemischen Basis des Polmaterials / der Nutzschicht

Die nach dem Herstellungsverfahren unterteilten Einzelprodukte werden entsprechend der chemischen Basis des Polmaterials / der Nutzschicht in:

- Polypropylen (PP)
- Polyester (PES)
- Polyamid (PA 6 und PA 6.6, wobei in der worst case-Betrachtung PA 6 auszuwählen ist)
- Wolle
- pflanzliche Naturfasern
- etc.

weiter gegliedert. Bei Materialmischungen ist die chemische Basis des Polmaterials mit mindestens 50 % Gewichtsanteil zur Einteilung ausschlaggebend.

2.1.1.3 Einteilung entsprechend der Klebeschicht / Verfestigung und der Rückenbasis

Die bisher nach Herstellverfahren und Polschicht unterteilten textilen Bodenbeläge werden entsprechend des Rückenmaterials:

- textiler Rücken
- Schaumrücken (gleiche chemische Basis)
- Schwerbeschichtung (gleiche chemische Basis)
- etc.

weiter eingeteilt. Hierbei ist darauf zu achten, dass bei Produkten mit gleichen Rücken auch die Klebeschichten / Verfestigungen jeweils auf gleicher chemischer Basis beruhen müssen, um in dieselbe Gruppe eingeteilt werden zu können.

2.1.1.4 Einteilung entsprechend der chemischen Zusatzausrüstung

Zuletzt werden die textilen Bodenbeläge anhand der chemischen Zusatzausrüstung in:

- ohne oder mit Flammschutzausrüstung (mit gleicher chemischer Basis)
- ohne oder mit antimikrobieller/antifungaler Ausrüstung (mit gleicher chemischer Basis)
- ohne oder mit antistatischer Ausrüstung (mit gleicher chemischer Basis)
- etc.

final unterteilt.

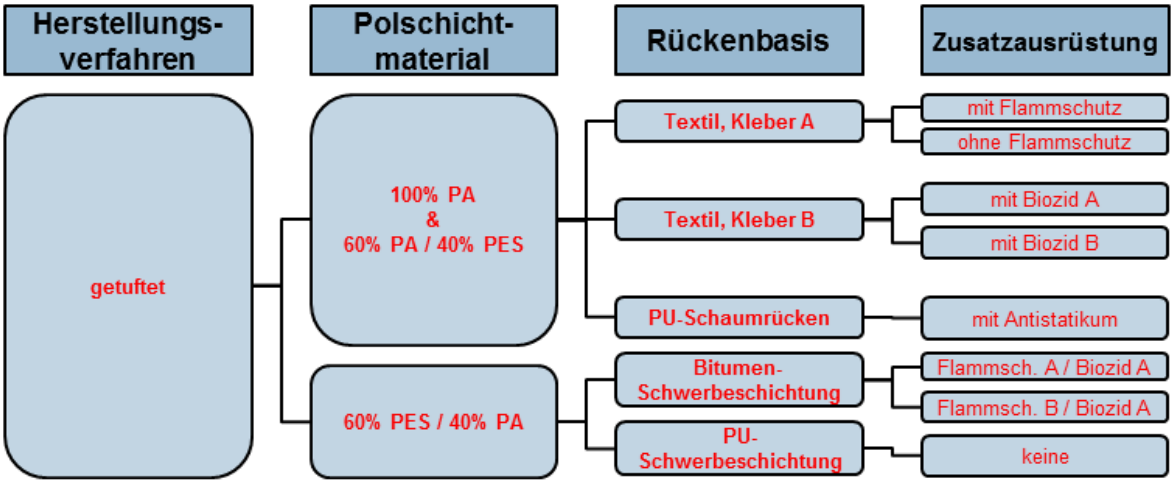


Abbildung 1: Beispiel einer Gruppeneinteilung

Es ist zu beachten, dass Änderungen der chemischen Zusammensetzung eine neue Bewertung der Produkte / der Gruppe erfordert, welche erneute Emissionsprüfungen zur Folge haben kann.

2.1.2 Probenahme des Produkts, Transport und Lagerung der Probe

Die Probenahme, Transport und Lagerung der Probe erfolgt grundsätzlich gemäß DIN EN 16516:2018-01 und CEN/TR 16220:2011. Die Proben sind produktionsfrisch bzw. mit Erreichen der frühesten Handelsfähigkeit zu entnehmen und es ist ein Probenahmeprotokoll mit allen wesentlichen Daten anzufertigen (Beispiel siehe Anlage 1) und der Probe beizufügen.

Grundsätzlich ist zu beachten, dass Einflüsse wie:

- Hitze,
- intensives Licht,
- übermäßige Feuchtigkeit,
- Reinigungsmittel,
- Abgase aus Fahrzeugen oder Maschinen sowie
- Lösemittel aus Farben, Lacken, Treibstoffen bzw. Abgasen u. ä.

das Untersuchungsergebnis verfälschen bzw. die Probe kontaminieren können.

2.1.2.1 Probengröße / Probenahme

Zur Entnahme der Probe bei Rollenware wird ein Meter oder mindestens die äußere Lage der Rolle abgerollt. Von der sich anschließenden Fläche werden 1 bis 1,5 laufende Meter als Probe entnommen. Die Probe sollte in ihrer Breite 2 m möglichst nicht überschreiten. Gegebenenfalls ist die Breite der Probe entsprechend einzukürzen. Nach Entnahme der Probe wird diese quer zur ursprünglichen Rollrichtung mit der Belagsunterseite nach außen aufgerollt. Die Probe ist nach dem Aufrollen mit Klammern oder Kordel, keinesfalls aber mit Klebebändern, gegen Entrollen zu sichern.

Bei der Probenahme von Fliesen textiler Beläge ist eine vollständige Verpackungseinheit zu entnehmen. Ist der Versand der Verpackungseinheit aufgrund ihrer Größe nicht möglich, so sind vier Fliesen (ggf. bei kleinen Fliesen mehr) paarweise – Oberseite auf Oberseite liegend – aus der Mitte einer Verpackungseinheit zu entnehmen. Textile Fliesenbeläge dürfen nicht gerollt werden.

2.1.2.2 Verpackung

Nach der Gewinnung der Probe muss diese innerhalb einer Stunde in Aluminiumfolie gewickelt und anschließend in einen emissionsarmen Polyethylen-Beutel verpackt und verschlossen werden. Alternativ kann dazu auch aluminiertes Verpackungsmaterial verwendet werden. Um eine Kontamination von außen zu vermeiden, wird die Verpackung entweder mit einem Folienschweißgerät oder mit emissionsarmem Klebeband möglichst luftdicht verschlossen. Verschiedene Proben müssen auch getrennt voneinander verpackt werden.

2.1.2.3 Transport / Versand / Lagerung

Zum Versand können die üblichen Paket- und Kurierdienste beauftragt werden. Beim Transport ist darauf zu achten, dass die Probe nicht in der Nähe von lösemittelhaltigen Stoffen gelagert wird (z. B. Reservekanister).

2.1.3 Herstellung und Vorbereitung des Prüfstücks

Das Prüfstück wird grundsätzlich nach DIN EN ISO 16000-11, Anhang A, hergestellt und vorbereitet. Abweichend von der Norm kann das Prüfstück auch ausgestanzt werden. Eine Kantenabdichtung ist nicht erforderlich, da der Einfluss der Kanten textiler Bodenbeläge auf die Emission vernachlässigbar ist.

Nach der Fertigstellung des Prüfstücks wird dieses sofort in die Emissionsprüfkammer überführt. Dieser Zeitpunkt wird als Startpunkt der Emissionsprüfung (t_0) angesehen.

2.1.4 Prüfkammerbedingungen für Emissionsmessung von textilen Bodenbelagsproben

Auf Basis der Abmessungen des Referenzraums (DIN EN 16516:2018-01) wird für einen textilen Bodenbelag der folgende Beladungsfaktor festgelegt:

- 0,4 m²/m³ für Boden.

Entsprechend DIN EN 16516:2018-01 werden für die Emissionsprüfung eine Luftwechselrate von 0,5/h und die klimatischen Bedingungen mit 23 °C ± 1 °C und 50 % ± 5 % relative Luftfeuchte festgelegt. Das Prüfkammervolumen darf 20 l nicht unterschreiten.

2.1.5 Emissionsmessung von textilen Bodenbelagsproben

Die Messung der Emissionen von textilen Bodenbelagsproben erfolgt entsprechend den Bestimmungen der ABG und der Norm DIN EN 16516:2018-01 und ist nach 3 Tagen und 28 Tagen auszuwerten.

Die Emissionsprüfung kann 7 Tage nach Beladung der Prüfkammer vorzeitig beendet werden, wenn die ermittelten Werte unterhalb von 50 % der in den ABG vorgegebenen 28-Tage-Werte liegen und im Vergleich zur Messung am 3. Tag kein signifikanter Konzentrationsanstieg einzelner Substanzen festzustellen ist. Die Erfüllung dieser Kriterien ist durch die Prüfstelle hinreichend zu begründen. Die 50 %-Marke gilt für alle Parameter, somit auch für den R-Wert.

2.2 Bewertung der flüchtigen organischen Emissionen (VVOC-, VOC- und SVOC-Emissionen)

Die Ergebnisse der Emissionsmessungen auf VVOC, VOC und SVOC sind nach ABG, Kapitel 2.2.1.1, zu bewerten und in einem Prüfbericht detailliert anzugeben.

2.3 Bestimmung des Gehaltes von polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK)

Beim Einsatz von bitumenhaltigen Schwerbeschichtungen ist die Prüfung des PAK-Gehaltes des Bitumens erforderlich. Der analytische Nachweis der PAK erfolgt nach Vorgaben der Environmental Protection Agency (EPA) in Anlehnung an AfPS GS 2014:01 PAK unter Verwendung eines internen Standards. Der Gehalt an BaP als Leitsubstanz wird auf 5 mg/kg und für PAK auf 50 mg/kg beschränkt.

2.4 Anforderungen an die Prüfstellen zur Durchführung von Emissionsprüfungen für textile Bodenbeläge

Prüfstellen für die Emissionsprüfungen müssen folgende Anforderungen erfüllen:

- Unabhängigkeit, d. h. sie müssen frei von wirtschaftlichen Interessen einzelner Hersteller handeln
- akkreditiert nach EN ISO/IEC 17025[32], einschließlich Prüfkammeruntersuchungen
- notifiziert für CEN/TS 16516[33] (bis zur Veröffentlichung im europäischen Amtsblatt der EN 16516 ist eine Notifizierung nach CEN/TS 16516:2013 ausreichend)
- Vorhandensein der technischen Ausstattung für die VOC, VVOC und SVOC-Emissionsprüfung nach DIN EN 16516:2018-01
- Vorhandensein der NIK-Substanzen als Standards (ABG Anhang 2)
- Vorhandensein der als kanzerogen 1A und 1B eingestuften Substanzen, welche potentiell von textilen Bodenbelägen emittiert werden können, als Standards. Die „Indicative List of Regulated Dangerous Substances possibly associated with Construction Products under the CPD“ (Dokument der European Commission, Enterprise and Industry Directorate-General, Dokumentennummer „DS 041/051“ in der jeweils aktuellen Fassung) kann hierfür als Orientierung zu Grunde gelegt werden.
- Mindestens eine Teilnahme pro Jahr an Ringversuchen für VOC Thermodesorptions-Messungen nach DIN EN 16516:2018-01. Es wird die Teilnahme an den von der BAM und dem IFA angebotenen Ringversuchen empfohlen (siehe:
  - http://www.bam.de/de/fachthemen/ringversuche/
  - http://www.dguv.de/ifa/Fachinfos/Ringversuche/index.jsp)

32 In Deutschland umgesetzt durch DIN EN ISO/UEC 17025
33 In Deutschland umgesetzt durch DIN CEN/TS 16516

Anlage 1: Probenahmeprotokoll für Emissionsprüfungen von textilen Bodenbelägen

Name des Antragstellers (Adresse / Stempel):		**Produkthersteller** (falls abweichend vom Antragsteller):	
Werk, in dem die Probe entnommen wird:		**Probenehmer** (bitte markieren): Name, Firma, Telefon:	
Produktname:		**Belagstyp** textiler Bodenbelag:	
Modell / Programm / Serie:		**Chargen-Nr.:**	
Artikel-Nr.:		**Datum der Produktion der Charge:**	
Datum der Probenahme:		**Uhrzeit:**	
Probe wird entnommen	□ aus der laufenden Produktion □ aus Lagerbeständen □ aus Rückstellproben	**Wie wurde das Produkt vor Probenahme gelagert?**	□ offen □ verpackt
Ort der Lagerung:		**Verpackungsart und -material:**	
Besonderheiten (mögliche negative Einflüsse durch Emissionen am Probenahmeort, Benzin-Abgase, Lösemittelemissionen aus der Fertigung, Unklarheiten, Fragen, etc.):			
Vorgesehene Prüfungen:			
□ Emissionsprüfung □ Konstruktionsmerkmale □ andere / weitere (PAK, Nitrosamine etc.)			
Bestätigung Hiermit bestätigt der Unterzeichner die Richtigkeit der oben gemachten Angaben. Die Probe wurde eigenhändig gemäß Probenahmeanleitung ausgewählt, entnommen und verpackt.			
Datum:	Unterschrift: (Stempel)		
* Bitte pro Probe ein Probenahmebegleitblatt ausfüllen!			

Abkürzungsverzeichnis

ABG	Anforderungen an bauliche Anlagen bezüglich des Gesundheitsschutzes
BAM	Bundesanstalt für Materialforschung
BaP	Benzo(a)pyren
BauPVO	Bauproduktenverordnung
CPD	Construction Product Directive (abgelöst seit 01.07.2013 durch die CPR – Construction Product Regulation)
DIN	Deutsches Institut für Normung
EN	Europäische Norm
EPA	Environmental Protection Agency
IFA	Institut für Arbeitsschutz
LBO	Landesbauordnung
NIK	Niedrigste interessierende Konzentration
PAK	Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe
PA 6	Polyamid 6 (Nylon)
PA 6.6	Polyamid 6.6 (Dederon)
PES	Polyester
PP	Polypropylen
prEN	Normentwurf
PVC	Polyvinylchlorid
R-Wert	Summe aller R_i wobei $R_i = c_i / NIK_i$
SVOC	Schwerflüchtige organische Verbindungen
t_0	Beginn der Emissionsmessung
VOC	Flüchtige organische Verbindungen
VVOC	Leichtflüchtige organische Verbindungen

Literatur- und Normenverzeichnis

CEN/TR 16220:2011	Bauprodukte – Bewertung der Freisetzung von gefährlichen Stoffen – Ergänzung zur Probenahme
DIN CEN/TS 16516:2013-12/ DIN SPEC 18023:2013-12	Bauprodukte – Bewertung der Freisetzung von gefährlichen Stoffen – Bestimmung von Emissionen in die Innenraumluft
DIN EN 1307:2014-07	Textile Bodenbeläge – Einstufung
DIN EN 16516:2018-01	Bauprodukte – Bewertung der Freisetzung von gefährlichen Stoffen – Bestimmung von Emissionen in die Innenraumluft
DIN EN ISO 16000-11:2006-06	Innenraumluftverunreinigungen – Teil 11: Bestimmung der Emission von flüchtigen organischen Verbindungen aus Bauprodukten und Einrichtungsgegenständen – Probenahme, Lagerung der Proben und Vorbereitung der Prüfstücke
DIN EN ISO/IEC 17025:2005-08	Allgemeine Anforderungen an die Kompetenz von Prüf- und Kalibrierlaboratorien
AfPS GS 2014:01 PAK	Prüfung und Bewertung von Polyzyklischen Aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) bei der Zuerkennung des GS-Zeichens

Anhang 10

Anforderungen an bauliche Anlagen bezüglich der Auswirkungen auf Boden und Gewässer (ABuG)

Stand: Juli 2017

1 Gegenstand und Geltungsbereich

Die Bayerische Bauordnung (BayBO) bestimmt in Art. 3, dass Anlagen so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten sind, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit und die natürlichen Lebensgrundlagen, nicht gefährdet werden und sie die Anforderungen u. a. an den Umweltschutz erfüllen.

Zur Erfüllung der in der BayBO formulierten Anforderungen ist bei baulichen Anlagen oder Teilen von baulichen Anlagen, die in Boden und Grundwasser eingebaut bzw. durch Niederschlag beaufschlagt werden, sicherzustellen, dass die verwendeten Bauteile weder eine schädliche Boden-veränderung noch eine Grundwasserverunreinigung hervorrufen können.

In diesem Dokument werden die allgemeinen Anforderungen an bauliche Anlagen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Boden und Gewässer konkretisiert.

Baulichen Anlagen, deren Bauteilen und den in ihnen verwendeten Bauprodukten, die in Boden und Grundwasser eingebaut bzw. durch Niederschlag beaufschlagt werden, kommt eine besondere Bedeutung hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden und Wasser zu. Aus ihnen können bei Kontakt mit Wasser Stoffe ausgewaschen werden und in Grundwasser, Meeresgewässer, Oberflächengewässer und/oder in den Boden gelangen, die negative Einflüsse auf deren Beschaffenheit haben und damit zur Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen beitragen können.

Bauliche Anlagen, deren Bauteile und die in ihnen verwendeten Bauprodukte müssen daher im Hinblick auf den Umweltschutz Anforderungen an Inhaltsstoffe (Art und Menge) und an die Freisetzung gefährlicher Stoffe[34] erfüllen. Diesbezüglich relevant ist insbesondere eine Bewertung der Freisetzung von Schwermetallen und organischen Stoffen. Zu berücksichtigen ist dabei auch die jeweilige Einbausituation (direkter bzw. indirekter Kontakt zu Boden und Grundwasser). Wenn durch konstruktive Maßnahmen eine Freisetzung von gefährlichen Stoffen ausgeschlossen ist, müssen keine Nachweise über die Freisetzung von gefährlichen Stoffen erbracht werden.

Gemäß § 1 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) sollen bei Einwirkungen auf den Boden, hier bedingt durch bauliche Anlagen oder Teile von baulichen Anlagen, Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden.

Beim Einsatz von Abfällen in baulichen Anlagen, Bauteilen und den in ihnen verwendeten Bauprodukten dürfen generell (unabhängig vom Kontakt zu Boden, Niederschlag oder Wasser) Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit nicht zu erwarten sein; insbesondere darf keine Schadstoffanreicherung im Wertstoffkreislauf erfolgen.

Der Erlaubnisvorbehalt der zuständigen Wasserbehörden, insbesondere in Wasserschutzzonen, bleibt durch die Regelungen der ABuG unberührt.

34 Der Begriff „gefährliche Stoffe“ wird in der Bauproduktenverordnung verwendet und bezeichnet Stoffe, die in Bezug auf Bauprodukte relevant sind und aufgrund des Risikos schädlicher Auswirkungen durch Vorschriften der EU und/oder der Mitgliedstaaten beschränkt oder verboten sind.

Tabelle 1 enthält die Bauteile, die im Kontakt mit Boden, Grundwasser und/oder Niederschlag stehen und für die derzeit die Erfüllung der Anforderungen an den Umweltschutz nach den Landesbauordnungen zu erbringen ist (umweltrelevante Bauteile).

Tabelle 1: Umweltrelevante Bauteile (Bauteile mit Kontakt zu Boden, Grundwasser und/oder Niederschlag)

Bauteile		**Anforderung s. Abschnitt**
Dach	Dachbauteile aus Metall	4.1
	Dachbauteile aus Beton	4.2
	Dachbauteile aus Holz	4.3
	Abdichtungen	4.4
Außenwand einschließlich Träger und Stützen	Bauteile für Außenwände aus Metall	5.1
	Bauteile für Außenwände aus Beton	5.2
	Bauteile für Außenwände aus Holz	5.3
	Abdichtungen	5.4
	Brandschutzprodukte zum Aufhalten von Feuer im Brandfall	5.5
Flächenbeläge	Bauteile für Flächenbeläge aus Beton	6.1
	Bauteile für Flächenbeläge aus Holz	6.2
	Abwasserbehandelte Flächenbeläge	6.3
Gründungen inkl. Pfähle	Injektions- und Verpressmaterialien	7.2
	Bauteile aus Beton	7.3
	Abdichtungen	7.4
Baugrubenabdichtung	Injektions- und Verpressmittel aus Bindemittelsuspensionen oder Einpressmörtel	8.2
	Injektions- und Verpressmittel auf Silikatbasis	8.3
Körnige Schüttungen	Schüttungen unter Verwendung von Abfällen	9.1
	Schaumglasschotter als Schüttung unter Gründungsplatten	9.2
	Filtermaterialien zur Behandlung von Niederschlagsabwasser, das versickert werden soll	9.3
Unterirdische Rohre und Behälter	Unterirdische Behälter und Rohre aus Beton	10.1
	Kanalsanierungsmittel	10.2

2 Anforderungen an den Gehalt an gefährlichen Stoffen

Umweltrelevante Bauteile müssen folgende Anforderungen bezüglich ihres Gehaltes an gefährlichen Stoffen erfüllen:

Geltende gesetzliche Verwendungsverbote und Beschränkungen für spezielle Stoffe sind einzuhalten (z. B. Chemikalienverbotsverordnung, REACH-Verordnung (EU) Nr. 1907/2006 Anhang XVII).

Bei Verwendung von Altholz als Bestandteil von Bauteilen sind die Anforderungen der Altholzverordnung (AltHolzV) zu erfüllen und insbesondere die dort festgelegten stofflichen Grenzwerte einzuhalten.

Es dürfen nur Biozide eingesetzt werden, die gemäß der Anforderungen der Biozid-Verordnung (EU) Nr. 528/2012 und den entsprechenden nationalen Umsetzungsregelungen je nach Einbauszenario in erdberührten und/oder in direkt mit Wasser in Kontakt kommenden Bauteilen verwendet werden dürfen.

Der Einsatz von Stoffen, die nach der CLP-Verordnung (EU) Nr. 1272/2008 in der jeweils aktuell geltenden Fassung mit H400, H410, H411, H300, H301, H310, H311, H370, H372 gekennzeichnet werden müssen, ist zu vermeiden. Sind solche Stoffe technisch unvermeidbar, ist nachzuweisen, dass die genannten Schutzgüter durch den Einsatz in der baulichen Anlage nicht gefährdet werden.

Persistente Stoffe [„Persistent Organic Pollutants (POPs)"] aus der jeweils aktuellen ICCA-Liste[35] dürfen nicht aktiv[36] eingesetzt werden.

Karzinogene (H350) und keimzellmutagene (H340) Stoffe gemäß der CLP-Verordnung (EU) Nr. 1272/2008 dürfen nicht aktiv[36] eingesetzt werden, es sei denn, es kann belegt werden, dass sie bei der Herstellung des Bauteils vollständig zu Verbindungen ausreagieren, von denen keine potentielle Gefährdung für Boden und Gewässer ausgeht.

Reproduktionstoxische Stoffe (H360D und/oder H360F) gemäß der CLP-Verordnung (EU) Nr. 1272/2008 dürfen nicht > 0,3 Gew.-% aktiv[36] eingesetzt werden, es sei denn, es kann belegt werden, dass sie bei der Herstellung des Bauteils vollständig zu Verbindungen ausreagieren, von denen keine potentielle Gefährdung für Boden und Gewässer ausgeht.

Gemäß den Anforderungen des § 7 Abs. 3 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) an die Schadlosigkeit der Abfallverwertung dürfen nach der Beschaffenheit der Abfälle, dem Ausmaß der Verunreinigungen und der Art der Verwertung Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit nicht zu erwarten sein und insbesondere keine Schadstoffanreicherung im Wertstoffkreislauf erfolgen. Das heißt, bei der Bewertung von Bauprodukten ist – sofern Abfälle für die Herstellung des Bauproduktes verwendet werden – sicherzustellen, dass es durch den Einsatz belasteter Abfälle nicht zu einer Verschleppung von Schadstoffen in Bauprodukte und damit zu einer Schadstoffanreicherung in baulichen Anlagen kommt.

Werden mineralische Abfälle in Bauprodukten eingesetzt, müssen die grundsätzlichen Anforderungen der LAGA-Mitteilung 20 „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen – Technische Regeln" (Stand: 06.11.2003) erfüllt werden. Die Stoffgehalte im Eluat müssen mindestens die Zuordnungswerte Z 2 der jeweiligen abfallspezifischen Technischen Regeln dieses Regelwerkes einhalten. Wenn für einen Abfall keine abfallspezifische Technische Regel in der LAGA-Mitteilung 20 existiert, sind die Zuordnungswerte Z 2 der Technischen Regel Boden (Stand: 05.11.2004) heranzuziehen. Für die Stoffgehalte im Feststoff sind die Werte der Tabelle A-1 (Anhang A) einzuhalten. Abweichungen sind möglich, wenn die Stoffgehalte im durch den Abfall substituierten, bisher für die Herstellung des Bauproduktes verwendeten Primärrohstoff höher liegen, oder – bei organischen Stoffen – diese Stoffe beim Herstellungsprozess des Bauproduktes soweit zerstört werden, dass die Anforderungswerte der Tabelle A-1 (Anhang A) eingehalten werden.

3 Anforderungen an die Freisetzung gefährlicher Stoffe

Die Konzentration freigesetzter gefährlicher Stoffe aus baulichen Anlagen darf:

- die Gewässer in nur unerheblichem Ausmaß in ihrer chemischen Beschaffenheit verändern,
- keine relevanten ökotoxischen Auswirkungen auf die Gewässer haben und
- die natürlichen Bodenfunktionen, hier vor allem die Funktion des Bodens als Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen auf Grund der Filter-, Puffer- und Stoffumwand-

35 International Council of Chemical Associations (ICCA) gemäß United Nations Environment Programme-Vereinbarung 2004 (UNEP-Vereinbarung hhtp://www.pops.int)

36 Aktiver Einsatz ist der gezielte Einsatz von Stoffen zur Erreichung spezifischer Produkteigenschaften. Als nicht „aktiv eingesetzt" sind Stoffe anzusehen, die als Verunreinigung und/oder als Nebenbestandteil im Produkt vorliegen.

lungseigenschaften (Filter- und Pufferfunktion), insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers, nicht beeinträchtigen bzw. überanspruchen.

Dies gilt als erfüllt, wenn z. B. die Geringfügigkeitsschwellen[37] sowie die weiteren in diesem Abschnitt aufgeführten Anforderungen eingehalten werden.

Hinweis:
In Laborversuchen ermittelte Stoffkonzentrationen im Eluat sind in der Regel nicht direkt mit den Anforderungswerten am Ort der Beurteilung unter realen Bedingungen vergleichbar. Die Einbausituation und ggf. Transportpfade sind, z. B. mit Übertragungsfunktionen, zu berücksichtigen.

Die Freisetzung von gefährlichen Stoffen aus baulichen Anlagen darf keine dauerhaften Änderungen der elektrischen Leitfähigkeit, des pH-Wertes sowie anderer Veränderungen im Wasser wie Färbung, Trübung, Schaumbildung oder Geruch hervorrufen.

Wenn die Anforderungswerte (Anhang A) bezüglich der Freisetzung gefährlicher Stoffe aus einem bestimmten Bauteil/Bauprodukt – sofern diese explizit angegeben sind – eingehalten werden, gelten diese Anforderungen als erfüllt.

Falls organische Stoffe aus baulichen Anlagen freigesetzt werden können, für die keine Prüfwerte existieren, sind zusätzlich die Anforderungen aus Tabelle 2 einzuhalten.

Tabelle 2: Anforderungen an umweltrelevante Bauteile aus organischen Materialien bezüglich biologischer Auswirkungen im Grundwasser

Parameter	**Prüfung während der Reaktion der Materialien***	**Prüfung von ausreagierten Materialien***
TOC	Angabe in mg/l	Angabe in mg/l
Scenedesmus-Chlorophyll-Fluoreszenztest nach DIN 38412-33	$G_A^{**} \leq 8$	$G_A^{**} \leq 4$
Beweglichkeitshemmtest mit *Daphnia magna Straus* nach DIN 38412-30 bzw. ISO 6341	$G_D \leq 8$	$G_D \leq 4$
Leuchtbakterien-Lumineszenz-Hemmtest mit V*ibrio fischeri* nach DIN EN ISO 11348-1 bis DIN EN ISO 11348-3 oder $G_L > 8$, dann Leuchtbakterien-Zellvermehrungs-Hemmtest nach DIN 38412-37	$G_L \leq 8$ $G_{LW} \leq 2$	$G_L \leq 8$ $G_{LW} \leq 2$
Fischeitest mit *Danio rerio* nach DIN 38415-6	$G_{EI} \leq 6$	$G_{EI} \leq 6$
umu-Test auf erbgutveränderndes Potenzial nach DIN 38415-3	$G_{EU} \leq 1{,}5$	$G_{EU} \leq 1{,}5$
Biologische Abbaubarkeit, wenn TOC > 10 mg/l	„leicht biologisch abbaubar“ gemäß OECD 301	„leicht biologisch abbaubar“ gemäß OECD 301

* Die Anforderungen beziehen sich auf die Elutionsprüfung des jeweiligen Bauteils/Bauprodukts.
** Gemäß der Prüfvorschrift wird eine Hemmung der Zellvermehrung von Grünalgen von 20 % und mehr als akut toxische Wirkung eingestuft. Die für eine unter 20 %ige Hemmung notwendige Verdünnungsstufe des Originaleluats (Verdünnungsstufe G_A) wird bestimmt. Die weiteren G-Werte sind analog definiert.

37 Den in der ABuG aufgeführten Prüfwerten für die Freisetzung gefährlicher Stoffe liegen die Geringfügigkeitsschwellen der LAWA zugrunde: LAWA: „Ableitung von Geringfügigkeitsschwellen für das Grundwasser“, Dezember 2004. Erhältlich bei Kulturbuch-Verlag GmbH, Postfach 47 04 49, 12313 Berlin oder herunterzuladen von der LAWA-Homepage: www.lawa.de.

4 Anforderungen an Dachbauteile

Für kleinteilige Bauteile, z. B. Befestigungen, Blitzableiter, ist kein Nachweis bezüglich der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

4.1 Dachbauteile aus Metall

Hinweis:
Von großflächigen Metallblechen können Umweltbelastungen für Boden und Wasser ausgehen. Für die dezentrale Versickerung von Regenwasser wird auf die planungsrechtlichen und wasserrechtlichen Anforderungen sowie auf andere örtliche Rechtsvorschriften verwiesen, nach denen gegebenenfalls Niederschlagswasser nicht unbehandelt versickert werden darf.

4.2 Dachbauteile aus Beton

Betonausgangsstoffe, die in Dachbauteilen verwendet werden, müssen die in den folgenden Abschnitten aufgeführten Anforderungen erfüllen.

Beim Einsatz von natürlichen Gesteinskörnungen ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

Bauprodukte, die unter Einsatz von Bildschirmglas hergestellt wurden, dürfen nicht verwendet werden.

4.2.1 Rezyklierte Gesteinskörnungen

Dachbauteile aus Beton, der unter Verwendung von rezyklierter Gesteinskörnung hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die rezyklierte Gesteinskörnung die folgenden Anforderungen erfüllt:

- Als Eingangsmaterialien in einer Bauschuttrecyclinganlage dürfen zur Herstellung der rezyklierten Gesteinskörnung nur Abfälle angenommen werden, die bei Bautätigkeiten (z. B. Rückbau, Abriss, Umbau, Ausbau, Neubau und Erhaltung von Hoch- und Tiefbauten, Straßen, Wegen, Flugplätzen und sonstigen Verkehrsflächen) angefallen sind und zuvor als natürliche oder künstliche mineralische Baustoffe in gebundener oder ungebundener Form im Hoch- und Tiefbau eingesetzt waren. Die Abfälle müssen den in der Tabelle A-2 (Anhang A) genannten Abfallarten entsprechen. Vor Umbau, Rückbau oder Abriss eines Bauwerkes ist zunächst durch Inaugenscheinnahme und Auswertung vorhandener Unterlagen festzustellen, ob mit einer Schadstoffbelastung des dabei anfallenden Materials gerechnet werden muss. Wenn eine Schadstoffbelastung über den in der Tabelle A-3 aufgeführten Parameterumfang hinaus bestehen könnte, ist das Material gesondert abfallrechtlich zu bewerten. Kontaminierte Baustoffe und Bauteile sind während des Rückbaus eines Bauwerks zu separieren und einer geordneten Entsorgung zuzuführen. Dies betrifft insbesondere Brandschutt, Bauteile mit Isolierungen und Anstrichen auf Pechbasis, Innenwandungen von Industrieschornsteinen, asbest- und PCB-haltige Stoffe, mit Schadstoffen kontaminierte Gebäudeteile von Gaswerken, Tankstellen, Galvanikbetrieben und Produktionsanlagen der chemischen Industrie.
- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß DIN EN 12457-4 der rezyklierten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-3 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffgehalte im Feststoff der rezyklierten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-3 (Anhang A) einhalten.
- Für Beton nach DIN 1045-2 muss die stoffliche Zusammensetzung der rezyklierten Gesteinskörnung den Liefertypen gemäß der DAfStb-Richtlinie „Beton nach DIN EN 206-1 und DIN 1045-2 mit rezyklierter Gesteinskörnung nach DIN EN 12620“ entsprechen.

Beim Einsatz von Fehlchargen von Fertigbetonteilen direkt im Herstellwerk als rezyklierte Gesteinskörnung ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

4.2.2 Industriell hergestellte Gesteinskörnungen

Dachbauteile aus Beton, der unter Verwendung industriell hergestellter Gesteinskörnungen hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die industriell hergestellten Gesteinskörnungen die folgenden Anforderungen einhalten:

- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß DIN EN 12457-4 der industriell hergestellten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-4 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffgehalte im Feststoff der industriell hergestellten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-4 (Anhang A) einhalten.

Beim Einsatz von kristalliner Hochofenstückschlacke, Hüttensand, Schmelzkammergranulat, Blähglimmer (Vermikulit), Blähperlit, Blähschiefer, Blähton, Ziegelsplitt aus ungebrauchten Ziegeln sowie gesinterter Steinkohlenflugasche und Kesselasche (Kesselsand) aus solchen Wärmekraftwerken, in denen nur Kohle und keine Sekundärbrennstoffe mitverbrannt werden, als Gesteinskörnung (oder Gesteinsmehl) in Beton ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

Industriell hergestellte Gesteinskörnungen, die weder in dem vorangegangen Absatz noch in der Tabelle A-4 genannt sind, sind für die Verwendung in Beton unzulässig.

4.2.3 Flugaschen

Dachbauteile aus Beton, der unter Verwendung von siliciumreicher Flugasche (i. d. R. Steinkohlenflugasche) hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die siliciumreiche Flugasche die folgenden Anforderungen einhält:

- Die Stoffgehalte im Feststoff der siliciumreichen Flugasche müssen die Anforderungen der Tabelle A-5 (Anhang A) einhalten.

Für calciumreiche Flugaschen (i. d. R. Braunkohlenflugasche) für Dachbauteile aus Beton gibt es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik, nach denen ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer bewertet werden können. Sie sind aber für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

4.3 Dachbauteile aus Holz

Für Dachbauteile (einschließlich Fenstern) dürfen holzschutzmittelbehandelte Holzbauteile nur eingesetzt werden, wenn die Holzschutzmittel (Biozidprodukte) den Anforderungen der Biozid-Verordnung (EU) Nr. 528/2012 entsprechen. Bei der Verwendung von Biozidprodukten sind die in der Zulassung nach Biozid-Verordnung genannten Auflagen gemäß Artikel 22, Absatz 1, der Biozid-Verordnung bzw. national geltende Übergangsvorschriften nach der Verordnung über die Meldung von Biozid-Produkten nach dem Chemikaliengesetz (Biozid-Meldeverordnung) einzuhalten. Holzbauteile, die mit Schutzmitteln gegen biologischen Befall behandelt sind, müssen nach DIN EN 15228:2009, Abschnitt 6, gekennzeichnet sein.

Bei der Verwendung von Dachbauteilen aus Altholz müssen die Anforderungen der Altholzverordnung eingehalten werden.

Holzbauteile für Dachbauteile, die mit Flammschutzmitteln behandelt sind, müssen die Anforderungen aus Abschnitt 2 bezüglich des Gehaltes an gefährlichen Stoffen einhalten. Die im Produkt enthaltenen gefährlichen Stoffe sind zu deklarieren.

4.4 Abdichtungen für Dachbauteile

Abdichtungen für Dachbauteile, die Stoffe enthalten, die eine Durchwurzelung hemmen oder verhindern sollen (Wurzelschutzmittel), dürfen nur eingebaut werden, wenn die Anforderungen gemäß Abschnitt 2 und für die Konzentration des Wurzelschutzmittels im Eluat die Anforderungen gemäß Abschnitt 3 eingehalten werden.

5 Anforderungen an Außenwände (einschließlich Träger und Stützen)

Für kleinteilige Bauteile, z. B. Befestigungen, ist kein Nachweis bezüglich der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

Insbesondere für Bauteile für Außenwände aus Natursteinen, Glas oder Keramik ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

5.1 Bauteile für Außenwände aus Metall

Hinweis:
Von großflächigen Metallblechen können Umweltbelastungen für Boden und Wasser ausgehen. Für die dezentrale Versickerung von Regenwasser wird auf die planungsrechtlichen und wasserrechtlichen Anforderungen sowie auf andere örtliche Rechtsvorschriften verwiesen, nach denen ggf. Niederschlagswasser nicht unbehandelt versickert werden darf.

5.2 Bauteile für Außenwände aus Beton

Betonausgangsstoffe, die in Bauteilen für Außenwände verwendet werden, müssen die in den folgenden Abschnitten aufgeführten Anforderungen erfüllen.

Beim Einsatz von natürlichen Gesteinskörnungen ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

Bauprodukte, die unter Einsatz von Bildschirmglas hergestellt wurden, dürfen nicht verwendet werden.

5.2.1 Rezyklierte Gesteinskörnungen

Bauteile für Außenwände aus Beton, der unter Verwendung von rezyklierter Gesteinskörnung hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die rezyklierte Gesteinskörnung die folgenden Anforderungen erfüllt:

- Als Eingangsmaterialien in einer Bauschuttrecyclinganlage dürfen zur Herstellung der rezyklierten Gesteinskörnung nur Abfälle angenommen werden, die bei Bautätigkeiten (z. B. Rückbau, Abriss, Umbau, Ausbau, Neubau und Erhaltung von Hoch- und Tiefbauten, Straßen, Wegen, Flugplätzen und sonstigen Verkehrsflächen) angefallen sind und zuvor als natürliche oder künstliche mineralische Baustoffe in gebundener oder ungebundener Form im Hoch- und Tiefbau eingesetzt waren. Die Abfälle müssen den in der Tabelle A-2 (Anhang A) genannten Abfallarten entsprechen. Vor Umbau, Rückbau oder Abriss eines Bauwerkes ist zunächst durch Inaugenscheinnahme und Auswertung vorhandener Unterlagen festzustellen, ob mit einer Schadstoffbelastung des dabei anfallenden Materials gerechnet werden muss. Wenn eine Schadstoffbelastung über den in der Tabelle A-3 aufgeführten Parameterumfang hinaus bestehen könnte, ist das Material gesondert abfallrechtlich zu bewerten. Kontaminierte Baustoffe und Bauteile sind während des Rückbaus eines Bauwerks zu separieren und einer geordneten Entsorgung zuzuführen. Dies betrifft insbeson-

dere Brandschutt, Bauteile mit Isolierungen und Anstrichen auf Pechbasis, Innenwandungen von Industrieschornsteinen, asbest- und PCB-haltige Stoffe, mit Schadstoffen kontaminierte Gebäudeteile von Gaswerken, Tankstellen, Galvanikbetrieben und Produktionsanlagen der chemischen Industrie.

- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß DIN EN 12457-4 der rezyklierten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-3 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffgehalte im Feststoff der rezyklierten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-3 (Anhang A) einhalten.
- Für Beton nach DIN 1045-2 muss die stoffliche Zusammensetzung der rezyklierten Gesteinskörnung den Liefertypen gemäß der DAfStb-Richtlinie „Beton nach DIN EN 206-1 und DIN 1045-2 mit rezyklierter Gesteinskörnung nach DIN EN 12620“ entsprechen.

Beim Einsatz von Fehlchargen von Fertigbetonteilen direkt im Herstellwerk als rezyklierte Gesteinskörnung ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

5.2.2 Industriell hergestellte Gesteinskörnungen

Bauteile für Außenwände aus Beton, der unter Verwendung industriell hergestellter Gesteinskörnungen hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die industriell hergestellten Gesteinskörnungen die folgenden Anforderungen einhalten:

- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß DIN EN 12457-4 der industriell hergestellten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-4 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffgehalte im Feststoff der industriell hergestellten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-4 (Anhang A) einhalten.

Für Außenwände aus Beton, der unter Verwendung industriell hergestellter Gesteinskörnungen hergestellt wird, gilt, dass bei Verwendung in Kontakt mit Boden und Grundwasser die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 (an Festbetonprobekörpern) die Obergrenzen gemäß Tabelle A-6 (Anhang A) einhalten müssen.

Der Nachweis, dass die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 die Obergrenzen gemäß Tabelle A-6 (Anhang A) einhalten, entfällt, falls durch konstruktive Maßnahmen ein direkter Kontakt mit Boden oder Grundwasser verhindert wird.

Beim Einsatz von kristalliner Hochofenstückschlacke, Hüttensand, Schmelzkammergranulat, Blähglimmer (Vermikulit), Blähperlit, Blähschiefer, Blähton, Ziegelsplitt aus ungebrauchten Ziegeln sowie gesinterter Steinkohlenflugasche und Kesselasche (Kesselsand) aus solchen Wärmekraftwerken, in denen nur Kohle und keine Sekundärbrennstoffe mitverbrannt werden, als Gesteinskörnung (oder Gesteinsmehl) in Beton ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

Industriell hergestellte Gesteinskörnungen, die weder in dem vorangegangen Absatz noch in der Tabelle A-4 genannt sind, sind für die Verwendung in Beton unzulässig.

5.2.3 Flugaschen

Bauteile für Außenwände aus Beton, der unter Verwendung von siliciumreicher Flugasche (i. d. R. Steinkohlenflugasche) hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die siliciumreiche Flugasche die folgenden Anforderungen einhält:

- Die Stoffgehalte im Feststoff der siliciumreichen Flugasche müssen die Anforderungen der Tabelle A-5 (Anhang A) einhalten.

Für Außenwände aus Beton, der unter Verwendung von siliciumreicher Flugasche hergestellt wird, gilt, dass bei Verwendung in Kontakt mit Boden und Grundwasser die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 (an Festbetonprobekörpern) die Obergrenzen gemäß Tabelle A-6 (Anhang A) einhalten müssen.

Der Nachweis, dass die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 die Obergrenzen gemäß Tabelle A-6 (Anhang A) einhalten, entfällt, falls durch konstruktive Maßnahmen ein direkter Kontakt mit Boden oder Grundwasser verhindert wird.

Für calciumreiche Flugaschen (i. d. R. Braunkohlenflugasche) für Außenwandbauteile aus Beton gibt es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik, nach denen ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer bewertet werden können. Sie sind aber für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

5.2.4 Sulfathüttenzement und Calciumaluminatsulfatzement

Bauteile für Außenwände aus Beton, der unter Verwendung von Sulfathüttenzement oder Calciumaluminatsulfatzement hergestellt wird, dürfen in Kontakt mit Boden oder Grundwasser nur eingebaut werden, wenn die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 (an Festbetonprobekörpern) die Obergrenzen gemäß Tabelle A-7 (Anhang A) einhalten.

Der Nachweis dieser Anforderungen entfällt, falls durch konstruktive Maßnahmen ein direkter Kontakt mit Boden oder Grundwasser auszuschließen ist.

5.2.5 Betonzusatzmittel für Außenwände aus Beton

Betonzusatzmittel, die in Beton für Außenwände in Kontakt mit Boden oder Grundwasser eingesetzt werden, und für die es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik gibt, sind für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

5.3 Bauteile für Außenwände aus Holz

Für Außenwände (einschließlich Fenstern und Türen) dürfen holzschutzmittelbehandelte Holzbauteile nur eingesetzt werden, wenn die Holzschutzmittel (Biozidprodukte) den Anforderungen der Biozid-Verordnung (EU) Nr. 528/2012 entsprechen. Bei der Verwendung von Biozidprodukten sind die in der Zulassung nach Biozid-Verordnung genannten Auflagen gemäß Artikel 22, Absatz 1, der Biozid-Verordnung bzw. national geltende Übergangsvorschriften nach der Verordnung über die Meldung von Biozid-Produkten nach dem Chemikaliengesetz (Biozid-Meldeverordnung) einzuhalten. Holzbauteile, die mit Schutzmitteln gegen biologischen Befall behandelt sind, müssen nach DIN EN 15228:2009, Abschnitt 6, gekennzeichnet sein.

Bei der Verwendung von Altholz für Bauteile für Außenwände müssen die Anforderungen der Altholzverordnung eingehalten werden.

Holzbauteile für Bauteile für Außenwände, die mit Flammschutzmitteln behandelt sind, müssen die Anforderungen aus Abschnitt 2 bezüglich des Gehaltes an gefährlichen Stoffen einhalten. Die im Produkt enthaltenen gefährlichen Stoffe sind zu deklarieren.

5.4 Abdichtungen für Außenwände

Für Schleierinjektionen als nachträgliche Bauwerksabdichtung gibt es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik, nach denen ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer bewertet werden können. Sie sind aber für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

5.5 Brandschutzprodukte zum Aufhalten von Feuer im Brandfall

Reaktive Brandschutzbeschichtungen auf Stahlbauteilen, Brandschutzputzbekleidungen sowie linienförmige Fugenabdichtungen müssen die Anforderungen aus Abschnitt 2 bezüglich des Gehaltes an gefährlichen Stoffen einhalten. Die im Produkt enthaltenen gefährlichen Stoffe sind zu deklarieren.

6 Anforderungen an Flächenbeläge im Außenbereich

Für kleinteilige Bauteile, z. B. Befestigungen, ist kein Nachweis bezüglich der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

6.1 Bauteile für Flächenbeläge im Außenbereich aus Beton

Betonausgangsstoffe, die in Bodenbelägen oder Stufenbelägen verwendet werden, müssen die in den folgenden Abschnitten aufgeführten Anforderungen erfüllen.

Beim Einsatz von natürlichen Gesteinskörnungen ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

Bauprodukte, die unter Einsatz von Bildschirmglas hergestellt wurden, dürfen nicht verwendet werden.

6.1.1 Rezyklierte Gesteinskörnungen

Flächenbeläge aus Beton, der unter Verwendung von rezyklierter Gesteinskörnung hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die rezyklierte Gesteinskörnung die folgenden Anforderungen erfüllt:

- Als Eingangsmaterialien in einer Bauschuttrecyclinganlage dürfen zur Herstellung der rezyklierten Gesteinskörnung nur Abfälle angenommen werden, die bei Bautätigkeiten (z. B. Rückbau, Abriss, Umbau, Ausbau, Neubau und Erhaltung von Hoch- und Tiefbauten, Straßen, Wegen, Flugplätzen und sonstigen Verkehrsflächen) angefallen sind und zuvor als natürliche oder künstliche mineralische Baustoffe in gebundener oder ungebundener Form im Hoch- und Tiefbau eingesetzt waren. Die Abfälle müssen den in der Tabelle A-2 (Anhang A) genannten Abfallarten entsprechen. Vor Umbau, Rückbau oder Abriss eines Bauwerkes ist zunächst durch Inaugenscheinnahme und Auswertung vorhandener Unterlagen festzustellen, ob mit einer Schadstoffbelastung des dabei anfallenden Materials gerechnet werden muss. Wenn eine Schadstoffbelastung über den in der Tabelle A-3 aufgeführten Parameterumfang hinaus bestehen könnte, ist das Material gesondert abfallrechtlich zu bewerten. Kontaminierte Baustoffe und Bauteile sind während des Rückbaus eines Bauwerks zu separieren und einer geordneten Entsorgung zuzuführen. Dies betrifft insbesondere Brandschutt, Bauteile mit Isolierungen und Anstrichen auf Pechbasis, Innenwandungen von Industrieschornsteinen, asbest- und PCB-haltige Stoffe, mit Schadstoffen kontaminierte Gebäudeteile von Gaswerken, Tankstellen, Galvanikbetrieben und Produktionsanlagen der chemischen Industrie.

- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß DIN EN 12457-4 der rezyklierten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-3 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffgehalte im Feststoff der rezyklierten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-3 (Anhang A) einhalten.
- Für Beton nach DIN 1045-2 muss die stoffliche Zusammensetzung der rezyklierten Gesteinskörnung den Liefertypen gemäß der DAfStb-Richtlinie „Beton nach DIN EN 206-1 und DIN 1045-2 mit rezyklierter Gesteinskörnung nach DIN EN 12620“ entsprechen.

Beim Einsatz von Fehlchargen von Fertigbetonteilen direkt im Herstellwerk als rezyklierte Gesteinskörnung ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

6.1.2 Industriell hergestellte Gesteinskörnungen

Flächenbeläge aus Beton, der unter Verwendung industriell hergestellter Gesteinskörnungen hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die industriell hergestellten Gesteinskörnungen die folgenden Anforderungen einhalten:

- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß DIN EN 12457-4 der industriell hergestellten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-4 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffgehalte im Feststoff der industriell hergestellten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-4 (Anhang A) einhalten.

Beim Einsatz von kristalliner Hochofenstückschlacke, Hüttensand, Schmelzkammergranulat, Blähglimmer (Vermikulit), Blähperlit, Blähschiefer, Blähton, Ziegelsplitt aus ungebrauchten Ziegeln sowie gesinterter Steinkohlenflugasche und Kesselasche (Kesselsand) aus solchen Wärmekraftwerken, in denen nur Kohle und keine Sekundärbrennstoffe mitverbrannt werden, als Gesteinskörnung (oder Gesteinsmehl) in Beton ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

Industriell hergestellte Gesteinskörnungen, die weder in dem vorangegangen Absatz noch in der Tabelle A-4 genannt sind, sind für die Verwendung in Beton unzulässig.

6.1.3 Flugaschen

Flächenbeläge aus Beton, der unter Verwendung von siliciumreicher Flugasche (i. d. R. Steinkohlenflugasche) hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die siliciumreiche Flugasche die folgenden Anforderungen einhält:

- Die Stoffgehalte im Feststoff der siliciumreichen Flugasche müssen die Anforderungen der Tabelle A-5 (Anhang A) einhalten.

Für calciumreiche Flugaschen (i. d. R. Braunkohlenflugasche) für Flächenbeläge aus Beton gibt es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik, nach denen ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer bewertet werden können. Sie sind aber für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

6.2 Flächenbeläge aus Holzbauteilen

Als Flächenbeläge dürfen holzschutzmittelbehandelte Holzbauteile nur eingesetzt werden, wenn die Holzschutzmittel (Biozidprodukte) den Anforderungen der Biozid-Verordnung (EU) Nr. 528/2012 entsprechen. Bei der Verwendung von Biozidprodukten sind die in der Zulassung nach Biozid-Verordnung genannten Auflagen gemäß Artikel 22, Absatz 1, der Biozid-Verordnung bzw. national

geltende Übergangsvorschriften nach der Verordnung über die Meldung von Biozid-Produkten nach dem Chemikaliengesetz (Biozid-Meldeverordnung) einzuhalten. Holzbauteile, die mit Schutzmitteln gegen biologischen Befall behandelt sind, müssen nach DIN EN 15228:2009, Abschnitt 6, gekennzeichnet sein.

Bei der Verwendung von Altholz für Flächenbeläge müssen die Anforderungen der Altholzverordnung eingehalten werden.

Holzbauteile für Flächenbeläge, die mit Flammschutzmitteln behandelt sind, müssen die Anforderungen aus Abschnitt 2 bezüglich des Gehaltes an gefährlichen Stoffen einhalten. Die im Produkt enthaltenen gefährlichen Stoffe sind zu deklarieren.

6.3 Abwasserbehandelnde Flächenbeläge

Für wasserdurchlässige Beläge für KFZ-Verkehrsflächen für die Behandlung des Abwassers zur anschließenden Versickerung gibt es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik, nach denen ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer bewertet werden können. Sie sind aber für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

7 Anforderungen an Gründungen inklusive Pfähle

7.1 Allgemeines

In Injektionsmitteln und Verpressmaterialien, die für Gründungen und Pfähle direkt im Grundwasser eingesetzt werden, dürfen keine rezyklierten oder industriell hergestellten Gesteinskörnungen verwendet werden.

7.2 Injektions- und Verpressmaterialien für Gründungen inklusive Pfähle

7.2.1 Flugasche

Gründungen inklusive Pfähle aus Bindemittelsuspensionen, Einpressmörtel (Zementmörtel) oder Beton, die unter Verwendung von siliciumreicher Flugasche (i. d. R. Steinkohlenflugasche) hergestellt werden, dürfen nur eingebaut werden, wenn die Flugasche die folgenden Anforderungen einhält:

- Die Stoffgehalte im Feststoff der siliciumreichen Flugasche müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-5 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 von Mörtel bzw. Beton, der unter Verwendung von siliciumreicher Flugasche hergestellt ist, müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-6 (Anhang A) einhalten.

Der Nachweis, dass die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 von Mörtel bzw. Beton, der unter Verwendung von siliciumreicher Flugasche hergestellt ist, die Obergrenzen gemäß Tabelle A-5 (Anhang A) einhalten, entfällt, falls durch konstruktive Maßnahmen ein direkter Kontakt mit Boden und/oder Grundwasser auszuschließen ist.

Für calciumreiche Flugaschen (i. d. R. Braunkohlenflugasche) für Gründungen inklusive Pfähle aus Bindemittelsuspensionen, Einpressmörtel (Zementmörtel) oder Beton gibt es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik, nach denen ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer bewertet werden können. Sie sind aber für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

7.3 Gründungen aus Beton

Betonausgangsstoffe, die in Gründungen verwendet werden, die Kontakt zu Grundwasser oder Boden haben, müssen die in den folgenden Abschnitten aufgeführten Anforderungen erfüllen.

Beim Einsatz von natürlichen Gesteinskörnungen ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

7.3.1 Rezyklierte Gesteinskörnungen

Gründungen aus Beton, der unter Verwendung von rezyklierter Gesteinskörnung hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die rezyklierte Gesteinskörnung die folgenden Anforderungen erfüllt:

- Als Eingangsmaterialien in einer Bauschuttrecyclinganlage dürfen zur Herstellung der rezyklierten Gesteinskörnung nur Abfälle angenommen werden, die bei Bautätigkeiten (z. B. Rückbau, Abriss, Umbau, Ausbau, Neubau und Erhaltung von Hoch- und Tiefbauten, Straßen, Wegen, Flugplätzen und sonstigen Verkehrsflächen) angefallen sind und zuvor als natürliche oder künstliche mineralische Baustoffe in gebundener oder ungebundener Form im Hoch- und Tiefbau eingesetzt waren. Die Abfälle müssen den in der Tabelle A-2 (Anhang A) genannten Abfallarten entsprechen. Vor Umbau, Rückbau oder Abriss eines Bauwerkes ist zunächst durch Inaugenscheinnahme und Auswertung vorhandener Unterlagen festzustellen, ob mit einer Schadstoffbelastung des dabei anfallenden Materials gerechnet werden muss. Wenn eine Schadstoffbelastung über den in der Tabelle A-3 aufgeführten Parameterumfang hinaus bestehen könnte, ist das Material gesondert abfallrechtlich zu bewerten. Kontaminierte Baustoffe und Bauteile sind während des Rückbaus eines Bauwerks zu separieren und einer geordneten Entsorgung zuzuführen. Dies betrifft insbesondere Brandschutt, Bauteile mit Isolierungen und Anstrichen auf Pechbasis, Innenwandungen von Industrieschornsteinen, asbest- und PCB-haltige Stoffe, mit Schadstoffen kontaminierte Gebäudeteile von Gaswerken, Tankstellen, Galvanikbetrieben und Produktionsanlagen der chemischen Industrie.
- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß DIN EN 12457-4 der rezyklierten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-3 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffgehalte im Feststoff der rezyklierten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-3 (Anhang A) einhalten.
- Für Beton nach DIN 1045-2 muss die stoffliche Zusammensetzung der rezyklierten Gesteinskörnung den Liefertypen gemäß der DAfStb-Richtlinie „Beton nach DIN EN 206-1 und DIN 1045-2 mit rezyklierter Gesteinskörnung nach DIN EN 12620“ entsprechen.

Beim Einsatz von Fehlchargen von Fertigbetonteilen direkt im Herstellwerk als rezyklierte Gesteinskörnung ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

7.3.2 Industriell hergestellte Gesteinskörnungen

Gründungen aus Beton, der unter Verwendung industriell hergestellter Gesteinskörnungen hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die industriell hergestellten Gesteinskörnungen die folgenden Anforderungen einhalten:

- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß DIN EN 12457-4 der industriell hergestellten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-4 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffgehalte im Feststoff der rezyklierten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-4 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 (an Festbetonprobekörpern) müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-6 (Anhang A) einhalten.

Der Nachweis, dass die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 die Obergrenzen gemäß Tabelle A-6 (Anhang A) einhalten, entfällt, falls durch konstruktive Maßnahmen ein direkter Kontakt mit Boden und/oder Grundwasser auszuschließen ist.

Beim Einsatz von kristalliner Hochofenstückschlacke, Hüttensand, Schmelzkammergranulat, Blähglimmer (Vermikulit), Blähperlit, Blähschiefer, Blähton, Ziegelsplitt aus ungebrauchten Ziegeln sowie gesinterter Steinkohlenflugasche und Kesselasche (Kesselsand) aus solchen Wärmekraftwerken, in denen nur Kohle und keine Sekundärbrennstoffe mitverbrannt werden, als Gesteinskörnung (oder Gesteinsmehl) in Beton ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

Industriell hergestellte Gesteinskörnungen, die weder in dem vorangegangen Absatz noch in der Tabelle A-4 genannt sind, sind für die Verwendung in Beton unzulässig.

7.3.3 Flugaschen

Gründungen aus Beton, der unter Verwendung von siliciumreicher Flugasche (i. d. R. Steinkohlenflugasche) hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die Flugasche die folgenden Anforderungen einhält:

- Die Stoffgehalte im Feststoff der siliciumreichen Flugasche müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-5 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 (an Festbetonprobekörpern) müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-6 (Anhang A) einhalten.

Der Nachweis, dass die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 die Obergrenzen gemäß Tabelle A-6 (Anhang A) einhalten, entfällt, falls durch konstruktive Maßnahmen ein direkter Kontakt mit Boden und/oder Grundwasser auszuschließen ist.

Für calciumreiche Flugaschen (i. d. R. Braunkohlenflugasche) für Gründungen aus Beton gibt es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik, nach denen ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer bewertet werden können. Sie sind aber für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

7.3.4 Sulfathüttenzement und Calciumaluminatsulfatzement

Gründungen aus Beton, der unter Verwendung von Sulfathüttenzement oder Calciumaluminatsulfatzement hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 (an Festbetonprobekörpern) die Obergrenzen gemäß Tabelle A-7 (Anhang A) einhalten.

Der Nachweis, dass die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 die Obergrenzen gemäß Tabelle A-7 (Anhang A) einhalten, entfällt, falls durch konstruktive Maßnahmen ein direkter Kontakt mit Boden und/oder Grundwasser auszuschließen ist.

7.3.5 Betonzusatzmittel

Betonzusatzmittel, die für Gründungen aus Beton verwendet werden und für die es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik gibt, sind für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

7.4 Abdichtungen für Gründungen

Für Schleierinjektionen als nachträgliche Bauwerksabdichtung gibt es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik, nach denen ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer bewertet werden können. Sie sind aber für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

8. Anforderungen an Sohlabdichtungen zur Herstellung von Baugruben

8.1 Allgemeines

In Injektionsmitteln aus Bindemittelsuspensionen oder Einpressmörtel (Zementmörtel), die direkt im Grundwasser eingesetzt werden, dürfen keine rezyklierten oder industriell hergestellten Gesteinskörnungen verwendet werden. Injektionsmittel mit dem Bestandteil bzw. dem Reaktionsprodukt Acrylamid dürfen nicht verwendet werden.

8.2 Injektions- und Verpressmittel für Sohlabdichtungen aus Bindemittelsuspensionen oder Einpressmörtel

8.2.1 Flugasche für zementgebundene Sohlabdichtungen

Injektionsmittel aus Bindemittelsuspensionen oder Einpressmörtel (Zementmörtel), die unter Verwendung von siliciumreicher Flugasche (i. d. R. Steinkohlenflugasche) hergestellt werden, dürfen nur eingebaut werden, wenn die Flugasche die folgenden Anforderungen einhält:

- Die Stoffgehalte im Feststoff der siliciumreichen Flugasche müssen die Obergrenzen der Tabelle A-5 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 (an Mörtel- bzw. Betonprobekörpern) müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-6 (Anhang A) einhalten.

Für calciumreiche Flugaschen (i. d. R. Braunkohlenflugasche) für Injektionsmittel aus Bindemittelsuspensionen oder Einpressmörtel (Zementmörtel) gibt es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik, nach denen ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer bewertet werden können. Sie sind aber für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

8.3 Injektions- und Verpressmittel für Sohlabdichtungen auf Silikatbasis

Für Injektions- und Verpressmittel für Sohlabdichtungen auf Silikatbasis gibt es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik, nach denen ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer bewertet werden können. Sie sind aber für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

9 Anforderungen an Schüttungen

9.1 Schüttungen unter Verwendung von Abfällen

Schüttungen, die unter Verwendung von Abfällen hergestellt werden, müssen die Anforderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, des Bundes-Bodenschutzgesetzes, der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung und des Wasserhaushaltsgesetzes einhalten. Der genaue Prüfumfang ist hierbei je nach Material sowie der Bauweise (wasserundurchlässige/wasserdurchlässige Bauweise) im Einzelfall festzulegen. Bauprodukte, die unter Einsatz von Bildschirmglas hergestellt wurden, dürfen nicht verwendet werden.

9.2 Schaumglasschotter als Schüttungen unter Gründungsplatten

Schüttungen, die aus Schaumglasschotter bestehen, dürfen unterhalb von Gründungsplatten dann eingebaut werden, wenn der Schaumglasschotter die folgenden Anforderungen erfüllt, und die Schüttung oberhalb der gesättigten Bodenzone sowie oberhalb des Kapillarsaumes des Grundwassers (i. d. R. 30 cm über HGW (höchster gemessener Grundwasserstand)) eingebaut ist:

- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß DIN EN 12457-4 des Glasmehls, aus dem Schaumglasschotter hergestellt wird, müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-8 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffgehalte im Feststoff des Glasmehls, aus dem Schaumglasschotter hergestellt wird, müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-8 (Anhang A) einhalten.

Bauprodukte, die unter Einsatz von Bildschirmglas hergestellt wurden, dürfen nicht verwendet werden.

9.3 Filtermaterialien zur Behandlung von Niederschlagsabwasser, das versickert werden soll

Für Filtermaterialien, die von Niederschlagswasser durchströmt werden, gibt es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik, nach denen ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer bewertet werden können. Sie sind aber für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

10 Anforderungen an unterirdische Behälter und Rohre

10.1 Unterirdische Behälter und Rohre aus Beton

Betonausgangsstoffe, die in unterirdischen Behältern und Rohren verwendet werden, die Kontakt zu Grundwasser oder Boden haben, müssen die in den folgenden Abschnitten aufgeführten Anforderungen erfüllen.

Beim Einsatz von natürlichen Gesteinskörnungen ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

Bauprodukte, die unter Einsatz von Bildschirmglas hergestellt wurden, dürfen nicht verwendet werden.

10.1.1 Rezyklierte Gesteinskörnungen

Unterirdische Behälter und Rohre aus Beton, der unter Verwendung von rezyklierter Gesteinskörnung hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die rezyklierte Gesteinskörnung die folgenden Anforderungen erfüllt:

- Als Eingangsmaterialien in einer Bauschuttrecyclinganlage dürfen zur Herstellung der rezyklierten Gesteinskörnung nur Abfälle angenommen werden, die bei Bautätigkeiten (z. B. Rückbau, Abriss, Umbau, Ausbau, Neubau und Erhaltung von Hoch- und Tiefbauten, Straßen, Wegen, Flugplätzen und sonstigen Verkehrsflächen) angefallen sind und zuvor als natürliche oder künstliche mineralische Baustoffe in gebundener oder ungebundener Form im Hoch- und Tiefbau eingesetzt waren. Die Abfälle müssen den in der Tabelle A-2 (Anhang A) genannten Abfallarten entsprechen. Vor Umbau, Rückbau oder Abriss eines Bauwerkes ist zunächst durch Inaugenscheinnahme und Auswertung vorhandener Unterlagen festzustellen, ob mit einer Schadstoffbelastung des dabei anfallenden Materials gerechnet werden muss. Wenn eine Schadstoffbelastung über den in der Tabelle A-3 aufgeführten Parameterumfang hinaus bestehen könnte, ist das Material gesondert abfallrechtlich zu bewerten. Kontaminierte Baustoffe und Bauteile sind während des Rückbaus eines Bauwerks zu separieren und einer geordneten Entsorgung zuzuführen. Dies betrifft insbesondere Brandschutt, Bauteile mit Isolierungen und Anstrichen auf Pechbasis, Innenwandungen von Industrieschornsteinen, asbest- und PCB-haltige Stoffe, mit Schadstoffen kontaminierte Gebäudeteile von Gaswerken, Tankstellen, Galvanikbetrieben und Produktionsanlagen der chemischen Industrie.
- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß DIN EN 12457-4 der rezyklierten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-3 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffgehalte im Feststoff der rezyklierten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-3 (Anhang A) einhalten.
- Für Beton nach DIN 1045-2 muss die stoffliche Zusammensetzung der rezyklierten Gesteinskörnung den Liefertypen gemäß der DAfStb-Richtlinie „Beton nach DIN EN 206-1 und DIN 1045-2 mit rezyklierter Gesteinskörnung nach DIN EN 12620“ entsprechen.

Beim Einsatz von Fehlchargen von Fertigbetonteilen direkt im Herstellwerk als rezyklierte Gesteinskörnung ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

10.1.2 Industriell hergestellte Gesteinskörnungen

Unterirdische Behälter und Rohre aus Beton, der unter Verwendung industriell hergestellter Gesteinskörnungen hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die industriell hergestellten Gesteinskörnungen die folgenden Anforderungen einhalten:

- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß DIN EN 12457-4 der industriell hergestellten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-4 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffgehalte im Feststoff der industriell hergestellten Gesteinskörnung müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-4 (Anhang A) einhalten.
- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 (an Festbetonprobekörpern) müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-6 (Anhang A) einhalten.

Der Nachweis, dass die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 die Obergrenzen gemäß Tabelle A-6 (Anhang A) einhalten, entfällt, falls durch konstruktive Maßnahmen ein direkter Kontakt mit Boden und/oder Grundwasser auszuschließen ist.

Beim Einsatz von kristalliner Hochofenstückschlacke, Hüttensand, Schmelzkammergranulat, Blähglimmer (Vermikulit), Blähperlit, Blähschiefer, Blähton, Ziegelsplitt aus ungebrauchten Ziegeln sowie gesinterter Steinkohlenflugasche und Kesselasche (Kesselsand) aus solchen Wärmekraftwerken, in

denen nur Kohle und keine Sekundärbrennstoffe mitverbrannt werden, als Gesteinskörnung (oder Gesteinsmehl) in Beton ist kein Nachweis bezüglich der Stoffgehalte und der Freisetzung gefährlicher Substanzen zu erbringen.

Industriell hergestellte Gesteinskörnungen, die weder in dem vorangegangen Absatz noch in der Tabelle A-4 genannt sind, sind für die Verwendung in Beton unzulässig.

10.1.3 Flugaschen

Unterirdische Behälter und Rohre aus Beton, der unter Verwendung von siliciumreicher Flugasche (i. d. R. Steinkohlenflugasche) hergestellt wird, dürfen nur eingebaut werden, wenn die siliciumreiche Flugasche die folgenden Anforderungen einhält:

- Die Stoffgehalte im Feststoff der siliciumreichen Flugasche müssen die Anforderungen der Tabelle A-5 (Anhang A) einhalten.

Für Bauteile für unterirdische Behälter und Rohre aus Beton, die im Kontakt mit Grundwasser eingebaut werden, gilt:

- Die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 von Festbeton, der unter Verwendung von siliciumreicher Flugasche hergestellt ist, müssen die Obergrenzen gemäß Tabelle A-6 (Anhang A) einhalten.

Der Nachweis, dass die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 die Obergrenzen gemäß Tabelle A-6 (Anhang A) einhalten, entfällt, falls durch konstruktive Maßnahmen ein direkter Kontakt mit Boden und/oder Grundwasser auszuschließen ist.

Für calciumreiche Flugaschen (i. d. R. Braunkohlenflugasche) für unterirdische Behälter und Rohre gibt es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik, nach denen ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer bewertet werden können. Sie sind aber für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

10.1.4 Sulfathüttenzement und Calciumaluminatsulfatzement

Unterirdische Behälter und Rohre aus Beton, der unter Verwendung von Sulfathüttenzement oder Calciumaluminatsulfatzement hergestellt wird, dürfen in Kontakt mit Boden und/oder Grundwasser nur eingebaut werden, wenn die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 von Festbeton, der unter Verwendung von Sulfathüttenzement oder Calciumaluminatsulfatzement hergestellt ist, die Obergrenzen gemäß Tabelle A-7 (Anhang A) einhalten.

Der Nachweis, dass die Stoffkonzentrationen im Eluat gemäß CEN/TS 16637-2 die Obergrenzen gemäß Tabelle A-7 (Anhang A) einhalten, entfällt, falls durch konstruktive Maßnahmen ein direkter Kontakt mit Boden und/oder Grundwasser auszuschließen ist.

10.1.5 Betonzusatzmittel

Betonzusatzmittel, die in unterirdischen Behältern und Rohren aus Beton in Kontakt mit Grundwasser eingesetzt werden, und für die es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik gibt, sind für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

10.2 Kanalsanierungsmittel

Für Kanalsanierungsmittel gibt es keine Technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannten Regeln der Technik, nach denen ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer bewertet werden können. Sie sind aber für die Erfüllung der Anforderungen nach Art. 3 BayBO, auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Boden und Gewässer, von Bedeutung.

Anhang A – Anforderungswerte

Tabelle A-1: Anforderungswerte an den Feststoffgehalt von Abfällen für den Einsatz in Bauprodukten

	Parameter	Dimension	Obergrenze
Feststoffgehalt	Arsen (As)	mg/kg	150
	Blei (Pb)	mg/kg	700
	Cadmium (Cd)	mg/kg	10
	Chrom, gesamt (Cr)	mg/kg	600
	Kupfer (Cu)	mg/kg	400
	Nickel (Ni)	mg/kg	500
	Quecksilber (Hg)	mg/kg	5
	Thallium (Tl)	mg/kg	7
	Zink (Zn)	mg/kg	1500
	PAK_{16}	mg/kg	30
	PCB_6	mg/kg	0,5

Tabelle A-2: Zulässige Eingangsmaterialien in eine Bauschuttrecyclinganlage zur Herstellung von rezyklierter Gesteinskörnung

1	Beton (Abfallschlüssel 17 01 01 gemäß AVV*)
2	Ziegel (Abfallschlüssel 17 01 02 gemäß AVV*)
3	Fliesen, Ziegel, Keramik (Abfallschlüssel 17 01 03 gemäß AVV*)
4	Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik, die keine gefährlichen Stoffe enthalten (Abfallschlüssel 17 01 07 gemäß AVV*)
5	Bitumengemische mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 03 01 fallen (Abfallschlüssel 17 03 02 gemäß AVV*) (hier: Asphalt, teerfrei)
6	Betonabfälle, hier jedoch ohne Betonschlämme (Abfallschlüssel 10 13 14 gemäß AVV*)
7	Boden und Steine, die keine gefährlichen Stoffe enthalten (Abfallschlüssel 17 05 04 gemäß AVV*)
*	Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (AVV) vom 10.12.2001, zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 04.03.2016 (BGBl. I S. 382).

Tabelle A-3: Anforderungswerte an die Eluatkonzentration und die Feststoffgehalte von rezyklierten Gesteinskörnungen

	Parameter	Dimension	Obergrenze
Eluatkonzentration	Arsen (As)	µg/l	50
	Blei (Pb)	µg/l	100
	Cadmium (Cd)	µg/l	5
	Chrom, gesamt (Cr)	µg/l	100
	Kupfer (Cu)	µg/l	200
	Nickel (Ni)	µg/l	100
	Quecksilber (Hg)	µg/l	2
	Zink (Zn)	µg/l	400
	Chlorid (Cl^-)	mg/l	150
	Sulfat (SO_4^{2-})	mg/l	600
	Phenolindex	µg/l	100
	pH-Wert	-	7,0-12*
	Leitfähigkeit	µS/cm	3000*
Feststoffgehalt	Kohlenwasserstoffe	mg/kg	1000**
	PAK_{16}	mg/kg	25
	PCB_6	mg/kg	1

* Überschreitungen stellen kein Ausschlusskriterium dar, wenn der Betonanteil des untersuchten Materials mindestens 60 Masse-% beträgt.

** Überschreitungen, die auf Asphaltanteile zurückzuführen sind, stellen kein Ausschlusskriterium dar.

Tabelle A-4: Anforderungswerte an die Eluatkonzentration und die Feststoffgehalte von industriell hergestellten Gesteinskörnungen

	Parameter	Dimension	Stahlwerksschlacke (SWS)	Kesselasche (Kesselsand) aus Steinkohlekraftwerken mit Mitverbrennung	Schlacke aus der Kupfererzeugung (CUS/CUG)	Gießereisand (Gießereirestsand GRS)	Gesteinskörnung aus gebrochenem Altglas
Eluatkonzentration	Arsen (As)	µg/l		40		60	60
	Blei (Pb)	µg/l			100	200	200
	Cadmium (Cd)	µg/l				10	6
	Chrom, gesamt (Cr)	µg/l	100			150	60
	Kupfer (Cu)	µg/l			100	300	100
	Nickel (Ni)	µg/l				150	70
	Quecksilber (Hg)	µg/l		1			2
	Vanadium	µg/l	250				
	Zink (Zn)	µg/l			200	600	600
	Chlorid (Cl^-)	mg/l		50			
	Sulfat (SO_4^{2-})	mg/l		200			
	Fluorid	mg/l	5			1	
	Phenolindex	µg/l				100	
	DOC	µg/l				20000	
	pH-Wert	-	10-13	8-12	6,0-10	5,5-12	5,5-12
	Leitfähigkeit	µS/cm	1500	1000	700	1000	2000
Feststoffgehalt	Arsen	mg/kg	150	150	150	150	150
	Blei	mg/kg	700	700	700	700	700
	Cadmium	mg/kg	10	10	10	10	10
	Chrom, gesamt	mg/kg	600	600	600	600	600
	Kupfer	mg/kg	400	400	400	400	400
	Nickel	mg/kg	500	500	500	500	500
	Thallium	mg/kg	7	7	7	7	7
	Quecksilber	mg/kg	5	5	5	5	5
	Zink	mg/kg	1500	1500	1500	1500	1500
	Cyanide, gesamt	mg/kg	10	10	10	10	10
	EOX	mg/kg	10	10	10	10	10
	BTX	mg/kg	1	1	1	1	1
	LHKW	mg/kg	1	1	1	1	1
	Benzo(a)pyren	mg/kg	3	3	3	3	3
	Kohlenwasserstoffe	mg/kg	1000	1000	1000	1000	1000
	PAK_{16}	mg/kg	20	20	20	20	20
	PCB_6	mg/kg	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
	TOC	(Masse)%	5	5	5	5	5

Tabelle A-5: Anforderungswerte an die Feststoffgehalte von siliciumreichen Flugaschen für die Verwendung in Beton

	Parameter	Dimension	Obergrenze
Feststoffgehalt	Arsen (As)	mg/kg	150
	Blei (Pb)	mg/kg	700
	Cadmium (Cd)	mg/kg	10
	Chrom, gesamt (Cr)	mg/kg	600
	Kupfer (Cu)	mg/kg	400
	Nickel (Ni)	mg/kg	500
	Quecksilber	mg/kg	5
	Thallium (Tl)	mg/kg	7
	Vanadium (V)	mg/kg	1500
	Zink (Zn)	mg/kg	1500
	PAK_{16}	mg/kg	30
	PCB_6	mg/kg	0,5
	PCDD/PCDF	ng/kg TE	100
	Glühverlust	(Masse-)%	5

Tabelle A-6: Anforderungen an die Stofffreisetzung im Eluat von Festbeton unter Verwendung von siliciumreichen Flugaschen oder industriell hergestellten Gesteinskörnungen

Parameter	Dimension	Obergrenze
Antimon (Sb)	mg/m²	5,5
Arsen (As)	mg/m²	11
Barium (Ba)	mg/m²	375
Blei (Pb)	mg/m²	7,7
Cadmium (Cd)	mg/m²	0,56
Chrom VI (Cr)	mg/m²	6,6
Chrom, gesamt (Cr)	mg/m²	7,7
Kobalt (Co)	mg/m²	8,8
Kupfer (Cu)	mg/m²	15,4
Molybdän (Mo)	mg/m²	38,6
Nickel (Ni)	mg/m²	15,4
Quecksilber (Hg)	mg/m²	0,22
Thallium (Tl)	mg/m²	0,88
Vanadium (V)	mg/m²	4,4*
Zink (Zn)	mg/m²	63,9
Chlorid (Cl^-)	mg/m²	275515
Fluorid (F-)	mg/m²	826
Sulfat (SO_4^{2-})	mg/m²	264495

* derzeit ausgesetzt

Tabelle A-7: Anforderungen an die Stofffreisetzung im Eluat von Festbeton, der unter Verwendung von Sulfathüttenzement oder Calciumaluminatsulfatzement hergestellt wird

Parameter	Dimension	Obergrenze
Antimon (Sb)	mg/m²	5,5
Arsen (As)	mg/m²	11
Barium (Ba)	mg/m²	375
Blei (Pb)	mg/m²	7,7
Cadmium (Cd)	mg/m²	0,56
Chrom VI (Cr)	mg/m²	6,6
Chrom, gesamt (Cr)	mg/m²	7,7
Kobalt (Co)	mg/m²	8,8
Kupfer (Cu)	mg/m²	15,4
Molybdän (Mo)	mg/m²	38,6
Nickel (Ni)	mg/m²	15,4
Quecksilber (Hg)	mg/m²	0,22
Thallium (Tl)	mg/m²	0,88
Vanadium (V)	mg/m²	4,4*
Zink (Zn)	mg/m²	63,9
Chlorid (Cl^-)	mg/m²	275515
Fluorid (F-)	mg/m²	826
Sulfat (SO_4^{2-})	mg/m²	264495
* derzeit ausgesetzt		

Tabelle A-8: Anforderungswerte an die Eluatkonzentrationen und die Feststoffgehalte von Glasmehl, für die Herstellung von Schaumglasschotter für Schüttungen

	Parameter	Dimension	Obergrenze
Eluatkonzentration	Arsen (As)	µg/l	20
	Blei (Pb)	µg/l	80
	Cadmium (Cd)	µg/l	3
	Chrom, gesamt (Cr)	µg/l	25
	Kupfer (Cu)	µg/l	60
	Nickel (Ni)	µg/l	20
	Quecksilber (Hg)	µg/l	1
	Zink (Zn)	µg/l	200
Feststoffgehalt	Arsen (As)	mg/kg	45
	Blei (Pb)	mg/kg	210
	Cadmium (Cd)	mg/kg	3
	Chrom, gesamt (Cr)	mg/kg	180
	Kupfer (Cu)	mg/kg	120
	Nickel (Ni)	mg/kg	150
	Quecksilber (Hg)	mg/kg	1,5
	Zink (Zn)	mg/kg	450

Anhang 11
WDVS mit ETA nach ETAG 004

Stand: Februar 2017

1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich bezieht sich auf geklebte oder gedübelte und geklebte Wärmedämm-Verbundsysteme (WDVS) mit einer ETA nach ETAG 004 mit Dämmstoffen aus Polystyrol (EPS) nach DIN EN 13163 oder Mineralwolle (MW) nach DIN EN 13162.

Für die Ausführung des WDVS ist DIN 55699:2005-02 zu beachten, sofern im Folgenden nichts anderes bestimmt ist.

2 Standsicherheit und Gebrauchstauglichkeit

2.1 Allgemeine Voraussetzungen

Der Untergrund, auf dem das WDVS angebracht wird, sind Wände aus Mauerwerk oder Beton mit oder ohne Putz oder mit festhaftenden keramischen Belägen.

Die WDVS dürfen unter den folgenden Randbedingungen verwendet werden.

2.1.1 WDVS mit geklebten Polystyrol-(EPS)-Platten

- Der Untergrund (Wand) weist mindestens eine Abreißfestigkeit von 80 kN/m^2 auf.
- Die Dicke der EPS-Platten ist nicht größer als 400 mm.
- Die Abreißfestigkeit EPS-Platten/Klebemörtel und EPS-Platten/Unterputz ist mindestens 80 kN/m².
- Die EPS-Platten sind so verklebt, dass mindestens 0,03 N/mm^2 horizontale Flächenlast über die Klebung auf den Untergrund abgeleitet wird.
- Bei Dämmstoffdicken über 200 mm beträgt die Gesamtauftragsmenge von Unterputz und Schluss-beschichtung maximal 22 kg/m^2.
- Die Bewehrung des Unterputzes ist ein Textilglas-Gittergewebe.
- Der Winddruck w_e (Windsoglast) überschreitet in Abhängigkeit von der Querzugfestigkeit nicht folgende Werte:

EPS-Platten (Zugfestigkeit senkrecht zur Plattenebene)		**Winddruck w_e (Windsoglast)**
Mittelwert nach Dämmstoffnorm	≥ TR 100	-1,1 kN/m^2

2.1.2 WDVS mit geklebten Mineralwolle-(MW)-Lamellen (Fasern senkrecht zum Untergrund)

- Der Untergrund (Wand) weist mindestens eine Abreißfestigkeit von 80 kN/m^2 auf.
- Die MW-Lamellen sind nicht dicker als 400 mm und weisen einen Schubmodul von mindestens 1,0 N/mm^2 auf.
- Die Abreißfestigkeit MW-Lamellen/Klebemörtel und MW-Lamellen/Unterputz ist mind. 80 kN/m².
- Die MW-Lamellen sind so verklebt, dass mindestens 0,03 N/mm^2 horizontale Flächenlast über die Klebung auf den Untergrund abgeleitet wird; bei Dicken > 200 mm werden mindestens 0,05 N/mm^2 horizontale Flächenlast über die Klebung auf den Untergrund abgeleitet.

- Bei Dämmstoffdicken über 200 mm beträgt die Gesamtauftragsmenge von Unterputz und Schlussbeschichtung maximal 22 kg/m² und die Festigkeit der MW-Lamelle ist ≥ TR 100.
- Die Bewehrung des Unterputzes ist ein Textilglas-Gittergewebe.
- Auch bei ausreichender Abreißfestigkeit der Wandoberfläche sind die MW-Lamellen in Abhängigkeit vom Winddruck w_e mit zusätzlichen Dübeln befestigt:

MW-Lamellen mit einer Zugfestigkeit in Faserrichtung ≥ TR 80				
Putzsystem			**Windsoglast w_e [kN/m²]**	**Mindestdübelanzahl [Dübel/m²]**
Dicke [mm]		**Flächengewicht [kg/m²]**		
beliebig			< -0,8	0
≤ 10	und	≤ 10	-0,8 bis -1,1	3
> 10	oder	> 10	-0,8 bis -1,1	5

- Die MW-Lamellen sind mit Dübeln nach ETAG 014 (Dübeltellerdurchmesser ≥ 60 mm; Tellersteifigkeit ≥ 0,3 kN/mm; Tragfähigkeit des Dübeltellers ≥ 1,0 kN) befestigt. Der Einbau der Dübel ist ober-flächenbündig mit dem Dämmstoff (Dübelteller liegt auf dem Dämmstoff) erfolgt. Dübel mit einem Tellerdurchmesser < 140 mm sind durch das Bewehrungsgewebe gesetzt worden. Dübel mit einem Tellerdurchmesser ≥ 140 mm können unter dem Bewehrungsgewebe gesetzt sein.
- MW-Lamellen mit Dämmstoffdicken > 200 mm sind wie folgt ausgeführt:
  Eine ausreichende Montagesicherheit ist durch geeignete Abstützungsmaßnahmen sichergestellt. Die Verlegung der Dämmplatten erfolgt im Verband. An Gebäudeecken sind ausschließlich ganze Dämmplatten in voller Länge angeordnet, soweit die geometrischen Randbedingungen dies erlauben.

  In den folgenden Bereichen sind die Dämmplatten mit 3 Dübeln/Dämmplatte bzw. 2,5 Dübeln/m befestigt:

  - bei Unterschreitung einer Mindesthöhe einer zu dämmenden Teilfläche von min H ≤ 2 x $d_{Dämmstoff}$
  - bei Unterschreitung einer Mindestbreite einer zu dämmenden Teilfläche von min B ≤ 2 x $d_{Dämmstoff}$
  - die letzte obere ungestörte Dämmplattenlage (oberer Gebäudeabschluss)
  - am seitlichen Gebäudeabschluss, in einem Streifen bis maximal 2 m Breite, ist mindestens eine vertikale Verdübelungsreihe mit 2,5 Dübeln/m anzuordnen.

  Eine Sturzhöhe min H < $d_{Dämmstoff}$ ist nicht ohne zusätzliche Auflagerkonstruktionen ausgeführt.
  Die Feldgrößen ohne Dehnungsfugen betragen

  - für Dickschichtsysteme (Unterputz + Schlussbeschichtung = Gesamtputzdicke > 10 mm) 9 m x 9 m bzw. 80 m².
  - für Dünnschichtsysteme (Unterputz + Schlussbeschichtung = Gesamtputzdicke ≤ 10 mm) 50 m x 25 m.

2.1.3 WDVS mit Polystyrol-(EPS)-Platten oder mit Mineralwolle-(MW)-Platten (Fasern parallel zum Untergrund) oder mit Mineralwolle-(MW)-Lamellen (Fasern senkrecht zum Untergrund), die mit Dübeln mechanisch befestigt und zusätzlich verklebt sind

- Die Dicke des Dämmstoffs hält die folgenden Werte ein:

	EPS-Platten	**MW-Lamellen**	**MW-Platten**
Dämmstoffdicke [mm]	≤ 400	≤ 200	≤ 340

- Bei Dämmstoffdicken über 200 mm beträgt die Gesamtauftragsmenge von Unterputz und Schluss-beschichtung maximal 22 kg/m^2.
- Die Bewehrung des Unterputzes ist ein Textilglas-Gittergewebe.
- Der Dämmstoff ist mit Dübeln nach ETAG 014 (Dübeltellerdurchmesser ≥ 60 mm; Tellersteifigkeit ≥ 0,3 kN/mm; Tragfähigkeit des Dübeltellers ≥ 1,0 kN) befestigt. Der Einbau der Dübel ist ober-flächenbündig mit dem Dämmstoff (Dübelteller liegt auf dem Dämmstoff) erfolgt.

Folgende Nachweise nach a) bis c) sind geführt:

a) Der Nachweis der Verankerung der Dübel im Untergrund (Wand):

$$S_d \leq N_{Rd}$$

dabei ist

$$S_d = \gamma_F \cdot W_e$$
$$N_{Rd} = N_{Rk} / \gamma_{M,U}$$

mit

S_d : Bemessungswert der Windsoglast

N_{Rd} : Bemessungswert der Beanspruchbarkeit des Dübels

W_e : Einwirkungen aus Wind

N_{Rk} : charakteristische Zugtragfähigkeit des Dübels (gemäß Anhang der jeweiligen Dübel-ETA)

γ_F : 1,5 (Sicherheitsbeiwert für die Einwirkungen aus Wind)

$\gamma_{M,U}$: Sicherheitsbeiwert des Ausziehwiderstands der Dübel aus dem Untergrund (s. jeweilige Dübel-ETA)

b) Der Nachweis des WDVS:

$$S_d \leq R_d$$

dabei ist

S_d = Bemessungswert der Windsoglast

$$R_d = \frac{R_{\text{Fläche}} \cdot n_{\text{Fläche}} + R_{\text{Fuge}} \cdot n_{\text{Fuge}}}{\gamma_{M,S}}$$

mit

R_d : Bemessungswert des Widerstands des WDVS

R_{Fuge}, $R_{Fläche}$: Die aus dem WDVS resultierende Versagenslast (Mindestwert) im Bereich bzw. nicht im Bereich der Plattenfugen (s. jeweilige WDVS-ETA)

n_{Fuge}, $n_{Fläche}$: Anzahl der Dübel (je m^2) die im Bereich bzw. nicht im Bereich der Plattenfugen gesetzt werden.

$\gamma_{M,S}$: 4,0

c) Der Nachweis des Dämmstoffs bei Verdübelung unter dem Bewehrungsgewebe:

$$S_d \leq R_d$$

dabei ist

S_d = (s. vorstehenden Abschnitt)
$R_d = N_{Rk} / \gamma_{M,D}$

mit

N_{Rk} : Bemessungswert des Widerstands des Dämmstoffs (Platten: Zugfestigkeit senkrecht zur Plattenebene, Lamellen: Zugfestigkeit in Faserrichtung)

$\gamma_{M,D}$: 5,0

Die größere Dübelanzahl ist maßgebend, wobei mindestens 4 Dübel/m^2 eingebaut sind. Bei MW-Platten mit Dicken > 200 mm sind mindestens 6 Dübel/m² vorhanden.

3 Brandschutz

Für die nachstehenden bauaufsichtlichen Anforderungen zum Brandverhalten von Außenwänden gemäß Kapitel A 2.1.5 i.V.m. A 2.2.1.2 der Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (MVV TB) werden für bestimmte WDVS Klassen nach DIN EN 13501-1:2010-01 zugeordnet und Verwendungsregeln angegeben.

3.1 WDVS mit Mineralwolle-(MW)-Dämmstoff nach DIN EN 13162

Bauaufsichtliche Anforderung	**Klasse nach DIN EN 13501-1: 2010-01**	**Bestimmungen für die Verwendung**
WDVS: nichtbrennbar	A1 A2 - s1,d0	■ Mineralisch gebundene Unter- und Oberputze (Bindemittel Kalk u./o. Zement) mit ≤ 5 % organische Bestandteile in der Trockenmasse oder ■ Organisch gebundene Unter- und Oberputze (Bindemittel Kunst- oder Silikonharz bzw. Silikatdispersion) mit Gesamtputzdicke (Unter- und Oberputz) ≤ 10 mm, Gehalt an organischen Bestandteilen in der Trockenmasse von Unter- und Oberputz jeweils ≤ 10 % ■ PCS-Wert des Unterputzes ≤ 3,0 MJ/kg ■ PCS-Wert des Oberputzes ≤ 2,6 MJ/kg
Dämmstoff: nichtbrennbar	A1 A2 - s1,d0	

Bauaufsichtliche Anforderung	**Klasse nach DIN EN 13501-1: 2010-01**	**Bestimmungen für die Verwendung**
WDVS: schwerentflammbar	C	-
Dämmstoff: schwerentflammbar	C	

Bauaufsichtliche Anforderung	**Klasse nach DIN EN 13501-1: 2010-01**	**Bestimmungen für die Verwendung**
WDVS: normalentflammbar	E	-
Dämmstoff: normalentflammbar	E	

3.2 WDVS mit expandiertem Polystyrol-(EPS)-Dämmstoff nach DIN EN 13163

Bauaufsichtliche Anforderung	Klasse nach DIN EN 13501-1: 2010-01	Bestimmungen für die Verwendung
WDVS: schwerentflammbar	C	-
Dämmstoff: schwerentflammbar	C	Rohdichte: ≤ 25 kg/m³, Dämmstoffdicke: ≤ 300 mm
konstruktive Maßnahmen (Brandriegel): nichtbrennbar, formstabil bis 1000 °C, Rohdichte ≥ 60 kg/m², standsicher, auch im Brandfall: Querzugfestigkeit ≥ 5 kPa Mindestabmessungen: Höhe: ≥200 mm	A2-s1,d0	**Brandschutzmaßnahmen gegen <u>Brandeinwirkung von außen</u>:** 1. ein Brandriegel an der Unterkante des WDVS bzw. maximal 90 cm über Geländeoberkante oder genutzten angrenzenden horizontalen Gebäudeteilen (z. B. Parkdächer u. a.), 2. ein Brandriegel in Höhe der Decke des 1. Geschosses über Geländeoberkante oder angrenzenden horizontalen Gebäudeteilen nach Nr. 1, jedoch zu dem darunter angeordneten Brandriegel mit einem Achsabstand von nicht mehr als 3 m. Bei größeren Abständen sind zusätzliche Brandriegel einzubauen, 3. ein Brandriegel in Höhe der Decke des 3. Geschosses über Geländeoberkante oder angrenzender horizontaler Gebäudeteile nach Nr. 1, jedoch zu dem darunter angeordneten Brandriegel mit einem Achsabstand von nicht mehr als 8 m. Bei größeren Abständen sind zusätzliche Brandriegel einzubauen, 4. weitere Brandriegel an Übergängen der Außenwand zu horizontalen Flächen (z. B. Durchgänge, -fahrten, Arkaden), soweit diese in dem durch einen Brand von außen beanspruchten Bereich des 1. bis 3. Geschosses liegen. Weiterhin ist ein Brandriegel (wie vorstehend beschrieben) maximal 1,0 m unterhalb von angrenzenden brennbaren Bauprodukten (z. B. am oberen Abschluss des WDVS unterhalb eines Daches) in der Dämmebene des WDVS anzuordnen. Das applizierte WDVS muss von der Unterkante des WDVS bis mindestens zur Höhe des Brandriegels nach Nr. 3 folgende Anforderungen erfüllen: ■ Mindestdicke des Putzsystems (Oberputz und Unterputz) 4 mm, bei Ausführung vorgefertigter, klinkerartiger Putzteile („Flachverblender“) Dicke des Unterputzes ≥ 4 mm, ■ an Gebäudeinnenecken sind in den bewehrten Unterputz Eckwinkel aus Glasfasergewebe, Flächengewicht 280 g/m² und Reißfestigkeit > 2,3 kN/5 cm (im Anlieferungszustand) einzuarbeiten und ■ Verwendung eines Bewehrungsgewebes mit einem Flächengewicht von ≥ 150 g/m². **Brandschutzmaßnahmen bei <u>Brandbeanspruchung aus Außenwandöffnungen</u>, oberhalb des Brandriegels nach Nr. 3:** 1) Dämmstoffdicken d > 100 mm bis d ≤ 300 mm bei geklebten bzw. geklebt-gedübelten WDVS Bei Verwendung von: ■ ausschließlich mineralisch oder organisch gebundenen Klebemörteln (keine Klebeschäume) ■ mineralisch gebundenen Unter- und Oberputzen (Bindemittel Zement/Kalk) mit ■ Gehalt an organischen Bestandteilen in der Trockenmasse von Unter- und Oberputz jeweils ≤ 5 %,

		■ Nassauftragsmenge jeweils ≥ 2,5 kg/m^2, ■ Gesamtputzdicke (Unter- + Oberputz) ≥ 4 mm ■ organisch gebundenen Unter- und Oberputz (Bindemittel: Kunstharz-, Silikonharz- oder Silikatdispersion) mit ■ Gehalt an organischen Bestandteilen in der Trockenmasse von Unter- und Oberputz jeweils ≤ 10 %, ■ Nassauftragsmenge jeweils 2,5 bis 8 kg/m^2, ■ Gesamtputzdicke (Unter- + Oberputz) 4 bis 14 mm sind in folgenden Bereichen Brandschutzmaßnahmen auszuführen: a) Oberhalb jeder Öffnung im Bereich der Stürze, mindestens 300 mm seitlich überstehend (links und rechts der Öffnung) und im Bereich gedämmter Laibungen, b) beim Einbau von Rollladen oder Jalousien unmittelbar oberhalb von Öffnungen bzw. bei der Montage von Fenstern in der Dämmebene sind diese dreiseitig – oberhalb und an beiden Seiten, mindestens 200 mm hoch bzw. breit, wie unter a) beschrieben – zu umschließen. Die Ausführung nach a) und b) darf entfallen, wenn mindestens in jedem 2. Geschoss ein horizontal das Gebäude umlaufender Brandriegel angeordnet wird. Der Brandriegel ist so anzuordnen, dass ein maximaler Abstand von 0,5 m zwischen Unterkante Sturz und Unterkante Brandriegel eingehalten wird. 2) Dämmstoffdicken ≤ 100 mm: Der Einbau der Fenster erfolgt bündig mit oder hinter der Rohbaukante.

Bauaufsichtliche Anforderung	**Klasse nach DIN EN 13501-1:2010-01**	**Bestimmungen für die Verwendung**
WDVS: normalentflammbar	E	-
Dämmstoff: normalentflammbar	E	

4 Schallschutz

Ist kein Nennwert angegeben, so ist das WDVS mit einem Wert von ΔR_w = -6 dB beim Nachweis des Schallschutzes in Ansatz zu bringen.

5 Wärmeschutz

Der rechnerische Nachweis des Wärmeschutzes ist mit den Bemessungswerten der Wärmeleitfähigkeit nach DIN 4108-4:2017-03 zu führen.

6 Bescheinigung für den Einbau des WDVS

Der Unternehmer, der das WDVS vor Ort einbaut, muss für jedes Bauvorhaben eine Bescheinigung ausstellen, mit der er bestätigt, dass die von ihm eingebauten Bauprodukte (Komponenten) den Bestimmungen der europäischen technischen Zulassung bzw. der Europäischen Technischen Bewertung sowie der jeweils geltenden Einbauanleitung entsprechen und die Bestimmungen dieser Techni-

schen Regel eingehalten sind; die entsprechenden Einstufungen und Eigenschaften sind darin anzugeben. Diese Bescheinigung ist dem Bauherrn zur ggf. erforderlichen Weiterleitung an die zuständige Bauaufsichtsbehörde auszuhändigen.

Anhang 12

Anwendungsregeln für nicht lasttragende verlorene Schalungsbausätze/-systeme und Schalungssteine für die Erstellung von Ortbeton-Wänden

Stand: Juni 2016

Vorwort
Diese Technische Regel gilt für die Verwendung bzw. Anwendung von Bauprodukten bzw. Bausätzen, die in den folgenden technischen Spezifikationen geregelt sind:

I) nicht lasttragende verlorene Schalungssteine nach ETA erstellt auf der Grundlage von ETAG 009 [1],

II) nicht lasttragende verlorene Schalungssteine aus Normalbeton und Leichtbeton nach DIN EN 15435 [2],

III) nicht lasttragende verlorene Schalungssteine aus Holzspanbeton nach DIN EN 15498 [3].

Gemeinsam ist den o. g. Bauprodukten bzw. Bausätzen, dass sie ein nicht lasttragendes verlorenes Schalungssystem ausbilden, das die Erstellung von Ortbeton-Wänden ermöglicht. Die Schalungssteine bzw. Schalungsbausätze/-systeme nach I) , II) und III) – im Weiteren Schalungsbausteine genannt – bleiben nach der Betonage des Kernbetons Bestandteil der Wand.

A Spezielle Definitionen

Geometrische Ausbildung des tragenden Kernbetons:
Durch die (nicht lasttragenden) Schalungsbausteine und deren Anordnung wird die geometrische Ausbildung des tragenden Kernbetons definiert. Der Betonkörper darf bewehrt sein.
Die Kernbetondicke ist definiert als kleinste über die Wandhöhe durchgehende Dicke der geometrischen Ausbildung des tragenden Kernbetons.

Typen je nach geometrischer Ausbildung des Kernbetons:

1. **Scheibenartiger Typ**
   Der tragende Kernbeton des Scheibenartigen Typs ist eine Betonwand, die nur an einzelnen Stellen von Abstandhaltern punktförmig unterbrochen ist. Die Abstandhalter sind im Allgemeinen regelmäßig angeordnet. Die Summe der Querschnittsflächen der Abstandhalter darf dabei nur maximal 1 % der Wandfläche betragen.

2. **Gittertyp**
   Der tragende Kernbeton des Gittertyps besteht aus Betonstützen, die durch horizontale Beton-Riegel verbunden sind. Die Stützen und Riegel entstehen durch das Ausbetonieren der Hohlräume der Schalungsbausteine. Die vertikalen Stützen verlaufen über die gesamte Höhe der Wand, und zwar ohne Unterbrechung oder Verringerung der Querschnittsfläche.

3. **Säulentyp**
   Der tragende Kernbeton des Säulentyps besteht aus regelmäßig angeordneten Beton-Stützen ohne horizontale Beton-Riegel oder mit Beton-Riegeln, die keine rechnerisch tragende Verbindung zu den Beton-Stützen aufweisen. Die Stützen entstehen durch das Ausbetonieren der verti-

kalen Hohlräume der Schalungsbausteine. Die vertikalen Stützen verlaufen über die gesamte Höhe der Wand, und zwar ohne Unterbrechung oder Verringerung der Querschnittsfläche.

4. Sonstige Typen
Sämtliche Typen, die vorstehend nicht definiert sind.

B Standsicherheit und Gebrauchstauglichkeit

B1 Bemessung, Konstruktion und Ausführung

Bemessung, Konstruktion und Ausführung der mit verlorenen Schalungsbausystemen nach o. g. technischen Spezifikationen hergestellten Ortbetonwände erfolgt nach A 1.2.3.1 der MVV TB.

Schalungsbausteine dürfen nur trocken verlegt werden.

Außenwände, die mit Schalungsbausteinen errichtet werden, sind durch Putz oder Bekleidungen vor Umwelteinflüssen zu schützen.

Zur Sicherstellung des Verbunds der Betonstabstähle dürfen die Schalungsbausteine nicht auf die Betondeckung angerechnet werden.

Bei Schalungsbausätzen/-systemen nach ETA basierend auf der ETAG 009 [1] sind die Aussagen zum Widerstand gegen den Schalungsdruck und/oder die Aussagen zur maximalen zulässigen Füllhöhe der ETA zu entnehmen. Bei Schalungssteinen nach DIN EN 15435 [2] bzw. DIN EN 15498 [3] sind die Widerstände gegen den Schalungsdruck (charakteristische Zugfestigkeit der Stege, charakteristische Biegezugfestigkeit der Wandungen) der Leistungserklärung bzw. den begleitenden Dokumenten zu entnehmen.

Sofern keine maximal zulässige Füllhöhe angegeben ist, sind geeignete statische Systeme zu wählen, um die Beanspruchungen der Schalung mit den Lastannahmen infolge des Frischbetondrucks aus DIN 18218 [4] realitätsnah zu ermitteln, dabei ist Abschnitt B2 dieser Technischen Regel zu beachten. Für den Nachweis gegen den Schalungsdruck sind die Bemessungswerte der Widerstände (z. B. Stegzugfestigkeit, Biegezugfestigkeit der Wandungen und ggf. Ausreißfestigkeit des Steges aus der Wandung) den Bemessungswerten der Beanspruchungen gegenüberzustellen. Die Teilsicherheitsbeiwerte sind entsprechend DIN EN 1990 [5, 6] festzulegen.

B1.1 Bei der Bemessung und Konstruktion nach DIN EN 1992-1-1 [7] in Verbindung mit DIN EN 1991-1-1/NA [8] einer aus Schalungsbausteinen hergestellten Ortbetonwand des Gittertyps, des Säulentyps bzw. des Sonstigen Typs gilt zusätzlich Folgendes:

1. Es sind nur vorwiegend ruhende Einwirkungen erlaubt. Die Bemessung und Konstruktion von Tragwerken unter Erdbebeneinwirkung sind mit dieser Technischen Regel nicht geregelt.
2. Die Schlankheit der Wand bzw. der Kernbetonstützen darf den Wert λ = 85 nicht überschreiten.
3. Höhere Betondruckfestigkeitsklassen des Ortbetons als C30/37 bzw. LC30/33 dürfen rechnerisch nicht in Ansatz gebracht werden.

B1.2 Beim Nachweis des Widerstandes gegen horizontale Einwirkungen (H_{Ed}) in Wandebene für Wände des Gittertyps und des Säulentyps gilt zusätzlich:

- Die Wände dürfen nach Anlage 1 bemessen werden, wenn der Querschnitt der horizontalen Beton- Riegel zwischen den vertikalen Stützen mindestens 100 cm² beträgt, deren kleinste Dicke mindestens dem dreifachen Größtkorndurchmesser entspricht und pro m Wandhöhe mindestens vier solcher Riegel angeordnet sind. Wird diese Bedingung nicht erfüllt, können die Bemessungsmodelle von Anlage 1 nicht verwendet werden. In diesem Fall ist der statische Nachweis des Wi-

derstandes gegen die horizontale Einwirkung in Wandebene so zu führen, als wenn es sich um nebeneinanderstehende Stützen handelte. Die Definition der Stegaussparungen ist der ETA bzw. DIN EN 15435, Abschnitt 3.1.10 [2] bzw. DIN EN 15498, Bild 3.b [3], zu entnehmen.

- Die Querschnittsabmessungen der durchgehenden Stützen bei Wänden des Gitter- und Säulentyps müssen für tragende Wände über die gesamte Wandhöhe in jeder Querschnittsrichtung mindestens 120 mm betragen. Schalungsbausteine, für die diese Bedingung im Endzustand nicht zutrifft, sind damit für tragende Wände ausgeschlossen.
- Die Standsicherheit nichttragender Wände mit Abmessungen kleiner 120 mm in einer Querschnittsrichtung ist nach DIN 4103-1 [9] nachzuweisen.
- Für die Bemessung der Wände bei Querkraftbeanspruchung des Gittertyps in Wandebene gilt Anlage 1 dieser Technischen Regel.
- Bei Beanspruchungen senkrecht zur Wandebene müssen Wände des Gitter- und Säulentyps immer zweiseitig gehalten sein, d. h. sie dürfen in der Regel nur in Bauwerken verwendet werden, in denen die Decken als Scheiben wirken.
- Es dürfen folgende Bewehrungen angeordnet werden:
  - in jedem Beton-Riegel der Systeme des Gittertyps maximal 2 Betonstäbe
  - in jeder Stütze der Systeme des Gitter- oder Säulentyps je Seite des Betonquerschnitts ein Vertikalstab oder zu einer Matte zusammengefasste Vertikalstäbe oder für den ganzen Betonquerschnitt ein Bewehrungskorb.
- Bei der Planung und Ausführung der Bewehrung ist Folgendes zu beachten:
  - Die horizontalen Abmessungen der Bewehrungsmatten und -körbe für die vertikale Bewehrung müssen einschließlich Abstandhalter um ein geeignetes Maß kleiner als die entsprechenden minimalen Abmessungen des Betonkerns sein.
  - Für die Betondeckungen gilt DIN EN 1992-1-1 [7] in Verbindung mit DIN EN 1992-1-1/NA [8].
  - Für den Abstand der Bewehrungsstäbe untereinander gelten die Regelungen nach DIN EN 1992-1-1 [7] in Verbindung mit DIN EN 1992-1-1/NA [8].
  - Wird mehr als ein Betonstabstahl auf einer Seite des Betonquerschnitts der Stütze angeordnet, sind diese zu einer Matte zu verbinden (z. B. durch aufgeschweißte oder angebundene Querstäbe).
  - Die Vertikalbewehrung darf nur statisch angerechnet werden, wenn sie den zugehörigen Bewehrungs- und Konstruktionsregeln für normalkraft- und/oder biegebeanspruchte Balken oder Stützen nach DIN EN 1992-1-1 [7] in Verbindung mit DIN EN 1992-1-1/NA [8] entspricht.

B2 Zusätzlich zu DIN EN 1992-1-1 [7] in Verbindung mit DIN EN 1992-1-1/NA [8] gilt Folgendes:

1. Die mindestens einzuhaltende Ausbreitmaßklasse und das Größtkorn der Gesteinskörnung des verwendeten Frischbetons müssen für alle Systeme (auch für Systeme des scheibenartigen Typs) den Angaben der folgenden Tabelle 1 entsprechen.

Tabelle 1

	1	2	3
	Mindestabmessung des Füllbereichs	Größtkorn der Gesteinskörnung	Ausbreitmaßklasse
1	< 120 mm	≤ 16 mm	F5
2	120 bis 140 mm	≤ 16 mm	≥ F3
3	≥ 140 mm	≤ 32 mm	≥ F2

Die maximale Ausbreitmaßklasse darf F5 nicht überschreiten.

Frischbeton im unteren Bereich der Ausbreitmaßklasse F3 und darunter muss durch Rütteln verdichtet werden.

Frischbeton im oberen Bereich der Ausbreitmaßklasse F3 und darüber darf durch Stochern verdichtet werden.

Die Festigkeitsentwicklung des Frischbetons muss "mittel" bis "schnell" nach DIN EN 206-1 [10] in Verbindung mit DIN 1045-2 [11], Tabelle 12 sein.

2. Waagerechte Arbeitsfugen sind vorzugsweise in Höhe der Geschossdecken anzuordnen. Sofern darüber hinausgehende Arbeitsunterbrechungen nicht vermieden werden können, sind vertikale Betonstabstähle (Steckeisen) in den Arbeitsfugen wie folgt anzuordnen:

- Die Steckeisen müssen zueinander versetzt sein und der Abstand voneinander darf nicht größer als 500 mm sein.
- Der Gesamtquerschnitt muss mindestens 1/2000 der Querschnittsfläche des anzuschließenden Betonkerns betragen, jedoch sind je Meter Wandlänge mindestens zwei Betonstabstähle B500 Ø 8 mm (oder gleichwertig) anzuordnen.
- Die Steckeisen müssen jeweils mindestens 200 mm in die miteinander zu verbindenden Betonschichten reichen.

3. Der Beton darf frei nur bis zu einer Höhe von 2 m fallen, darüber hinaus ist der Beton durch Schüttrohre oder Betonierschläuche von maximal 100 mm Durchmesser zusammenzuhalten und bis kurz vor die Einbaustelle zu führen. Schüttkegel sind durch kurze Abstände der Einfüllstellen zu vermeiden.

Es muss genügend Zwischenraum in der Bewehrung für Schüttrohre oder Betonierschläuche vorgesehen werden. Das DBV-Merkblatt „Betonierbarkeit von Bauteilen aus Beton und Stahlbeton“ [12] ist zu beachten.

4. Die Wände dürfen nach dem Betonieren nicht mehr als 5 mm pro laufendem Meter Wandhöhe von der Lotrechten abweichen, ab einer Wandhöhe von 3 m allerdings insgesamt maximal 15 mm, und müssen den Ebenheitstoleranzen für Wandoberflächen nach DIN 18202, Tabelle 3, Zeile 6 [13], entsprechen.

C Brandschutz

C1 Feuerwiderstand

Bei tragenden Wandkonstruktionen, die unter Verwendung von vorher genannten Schalungssteinen oder Schalungsbausätzen/-systemen erstellt werden, kann der Feuerwiderstand hinsichtlich der Standsicherheit (Tragfähigkeitskriterium R) für die i. d. R. innenliegende, tragende Betonkonstruktion nach DIN EN 1992-1-2 [14] unter Berücksichtigung von DIN EN 1992-1-2/NA [15] erfolgen, wenn der Nachweis der Standsicherheit unter normalen Temperaturen auf Grundlage von DIN EN 1992-1-1 [7] unter Berücksichtigung von DIN EN 1992-1-1/NA [8] vollumfänglich möglich ist. In welchem Rahmen eine Beurteilung des Feuerwiderstandes hinsichtlich Raumabschluss und Isolation (EI) oder Tagfähigkeit, Raumabschluss und Isolation (REI) möglich ist, hängt von den entsprechenden dazu erforderlichen Randbedingungen der Nachweisführung nach DIN EN 1992-1-2 [14] unter Berücksichtigung von DIN EN 1992-1-2/NA [15] ab.

Für den prüftechnischen Nachweis gibt es keine abschließende technische Regel.

C2 Brandverhalten

Für nicht lasttragende verlorene Schalungsbausteine, die aus expandiertem Polystyrol-(EPS)-Dämmstoff nach DIN EN 13163 [16] hergestellt werden, ist hinsichtlich der Zuordnung der Klassifizierung nach DIN EN 13501-1:2010-01 [17] zu den bauaufsichtlichen Anforderungen die TR „WDVS mit ETA nach ETAG 004“ (Juni 2016) Abschnitt 3.2[38] sinngemäß anzuwenden.

D Schallschutz

Werden Schalungsbausteine in Fällen verwendet, in denen Anforderungen an den Schallschutz bestehen, ist der Nachweis des Schallschutzes nach DIN 4109-1 [18] und DIN 4109-32 [20] zu führen.

E Wärmeschutz

Der auf Basis der o. g. technischen Spezifikationen nach [1], [2] und [3] angegebene Nennwert des Wärmedurchlasswiderstandes des Schalungsbausteins ist für den Nachweis des Wärmeschutzes in einen Bemessungswert umzurechnen. Der Bemessungswert ist gleich dem Nennwert dividiert durch einen Sicherheitsbeiwert = 1,2.

Für Schalungsbausteine darf der Nachweis des Wärmeschutzes alternativ mit den Bemessungswerten der Wärmeleitfähigkeit der einzelnen Komponenten nach DIN 4108-4 [21] geführt werden.

Als integrierte Wärmedämmung – das sind Wärmedämmstoff-Einlagen im Inneren des Schalungsbausteins, die direkt dem Frischbetondruck ausgesetzt sind – dürfen nur Dämmstoffe verwendet werden, deren Druckspannung bei 10 % Stauchung mindestens der Stufe ≥ 100 kPa [16] entspricht.

38 Bei der sinngemäßen Anwendung der TR „WDVS mit ETA nach ETAG 004“ bzgl. des Brandverhaltens von verlorenen Schalungsbausätzen aus Polystyrol ist zu beachten, dass nach der BayBO „schwerentflammbar“ nur für die Oberflächen von Außenwänden der Gebäude nach den Gebäudeklassen 4 und 5 gefordert wird. Für Gebäudeklassen 1 bis 3 reicht „normalentflammbar“ aus.

Literatur

[1]	ETAG 009:2002-06	Nicht lasttragende verlorene Schalungsbausätze/-systeme bestehend aus Schalungs-/Mantelsteinen oder -elementen aus Wärmedämmstoffen und – mitunter – aus Beton
[2]	DIN EN 15435:2008-10	Betonfertigteile – Schalungssteine aus Normal- und Leichtbeton – Produkteigenschaften und Leistungsmerkmale
[3]	DIN EN 15498:2008-08	Betonfertigteile – Holzspanbeton-Schalungssteine – Produkteigenschaften und Leistungsmerkmale
[4]	DIN 18218:2010-01	Frischbetondruck auf lotrechte Schalungen
[5]	DIN EN 1990:2010-12	Eurocode: Grundlagen der Tragwerksplanung; Deutsche Fassung EN 1990:2002
[6]	DIN EN 1990/NA:2010-12	Nationaler Anhang – National festgelegte Parameter – Eurocode: Grundlagen der Tragwerksplanung
[7]	DIN EN 1992-1-1:2011-01	Eurocode 2: Bemessung und Konstruktion von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken – Teil 1-1: Allgemeine Bemessungsregeln und Regeln für den Hochbau; Deutsche Fassung EN 1992-1-1:2004 + AC:2010
	DIN EN 1992-1-1/A1:2015-03	
[8]	DIN EN 1992-1-1/NA:2013-4	Nationaler Anhang – National festgelegte Parameter – Eurocode 2: Bemessung und Konstruktion von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken – Teil 1-1: Allgemeine Bemessungsregeln und Regeln für den Hochbau
	DIN EN 1992-1-1/NA/A1:2015-12	
[9]	DIN 4103-1:2015-06	Nichttragende innere Trennwände – Teil 1: Anforderungen und Nachweise
[10]	DIN EN 206-1:2001-07	Beton – Teil 1: Festlegung, Eigenschaften, Herstellung und Konformität; Deutsche Fassung EN 206-1:2000
	DIN EN 206-1/A1:2004-10	
	DIN EN 206-1/A2:2005-09	
[11]	DIN 1045-2:2008-08	Tragwerke aus Beton, Stahlbeton und Spannbeton – Teil 2: Beton – Festlegung, Eigenschaften, Herstellung und Konformität – Anwendungsregeln zu DIN EN 206-1
[12]	DBV-Merkblatt	„Betonierbarkeit von Bauteilen aus Beton und Stahlbeton“ – 01/2014
[13]	DIN 18202:2013-04	Toleranzen im Hochbau – Bauwerke
[14]	DIN EN 1992-1-2:2010-12	Bemessung und Konstruktion von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken – Teil 1-2: Allgemeine Regeln – Tragwerksbemessung für den Brandfall; Deutsche Fassung EN 1992-1-2:2004 + AC:2008
[15]	DIN EN 1992-1-2/NA:2010-12	Nationaler Anhang – National festgelegte Parameter – Eurocode 2: Bemessung und Konstruktion von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken – Teil 1-2: Allgemeine Regeln – Tragwerksbemessung für den Brandfall

[16] DIN EN 13163:2015-04	Wärmedämmstoffe für Gebäude – Werkmäßig hergestellte Produkte aus expandiertem Polystyrol (EPS) – Spezifikation; Deutsche Fassung EN 13163:2008
[17] DIN EN 13501-1:2010-01	Klassifizierung von Bauprodukten und Bauarten zu ihrem Brandverhalten – Teil 1: Klassifizierung mit den Ergebnissen aus den Prüfungen zum Brandverhalten von Bauprodukten; Deutsche Fassung EN 13501-1:2007+A1:2009
[18] DIN 4109-1:2016-07	Schallschutz im Hochbau – Teil 1: Mindestanforderungen
[19] DIN 4109-2:2016-07	Schallschutz im Hochbau – Teil 2: Rechnerische Nachweise der Erfüllung der Anforderungen
[20] DIN 4109-32:2016-07	Schallschutz im Hochbau – Teil 32: Daten für die rechnerischen Nachweise des Schallschutzes (Bauteilkatalog) – Massivbau
[21] DIN 4108-4:2017-03	Wärmeschutz und Energie-Einsparung in Gebäuden – Teil 4: Wärme- und feuchteschutztechnische Bemessungswerte

Anlage 1

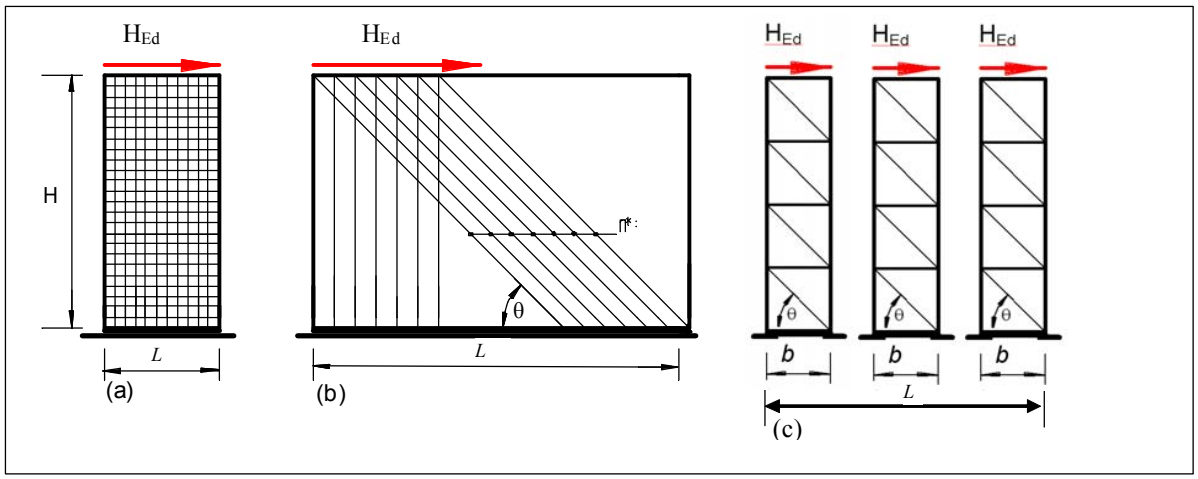
Nachweis des Widerstandes gegen horizontale Einwirkungen (H_{Ed}), in Wandebene für Wände des Gittertyps und des Säulentyps, ausgenommen Einwirkungen aus Erdbeben

Die Ermittlung des Bemessungswiderstandes ist unter Wahl eines zutreffenden Modells (siehe nachfolgend, hier: Abb. a, b oder c) und des verwendeten Betons (Normalbeton oder Leichtbeton) vorzunehmen. Bei der Ermittlung der relevanten Einwirkungen ist DIN EN 1992-1 1 [7] in Verbindung mit DIN EN 1992-1-1/NA [8] zu berücksichtigen.

Die Teilsicherheitsbeiwerte für die „außergewöhnliche Bemessungssituation“ sind entsprechend denen für die „ständige und vorübergehende Bemessungssituation“ zu wählen.

Dabei können drei statische Modelle gemäß Abb. 1 angewandt werden:

a) Rahmenmodell (unbewehrter Beton)
b) Modell mit durchgehenden Streben (unbewehrter Beton)
c) Balkenmodell (bewehrter Beton)



a) Rahmenmodell b) Modell mit durchgehenden Streben c) Balkenmodell

Abb. 1: Statische Modelle für horizontale Scherkräfte H_{Ed}

Der Nachweis von Horizontalkräften in Wandlängsrichtung (Scherkräften) H_{Ed} ist wie folgt zu führen:

$$H_{\mathrm{Ed}} \leq H_{\mathrm{Rd,i}} \quad \text{mit i = 1 bis 3 } \textit{(Bemessungswiderstände der u. g. einzelnen Modelle)}$$

Unter der kombinierten Einwirkung von horizontalen und vertikalen Lasten müssen die Beton-Stützen in Zustand I bleiben, d. h. es darf keine Zugspannung auftreten, andernfalls muss der Planer in den Stützen vertikale Bewehrung zur Deckung der Zugkräfte anordnen.

Die Nachweise $H_{\mathrm{Ed}} \leq H_{\mathrm{Rd,i}}$ der vorgeschlagenen statischen Modelle dürfen mittels folgender Ansätze geführt werden:

A Rahmenmodell

Der Bemessungswiderstand $H_{\mathrm{Rd,1}}$ des Rahmenmodells hängt von der Zugfestigkeit der Beton-Riegel ab. Nimmt man eine parabolische Schubflussverteilung über die Wandlänge *L* gemäß der Balkentheorie und einen Nullpunkt des Moments in der Mitte der Beton-Riegel an, so ist die Tragfähigkeit eines Beton-Riegels erreicht, wenn die Zugspannung auf Grund des maximalen Biegemoments am Schnittpunkt Riegel/Stütze die Zugfestigkeit des Betons überschreitet. Der maximale Wert der Schubbeanspruchung $H_{\mathrm{Ed}}^{'}$ ergibt sich aus Gleichung (1):

$$\max H_{\mathrm{Ed}}^{'} = \frac{3}{2}\frac{H_{\mathrm{Ed}}}{L} \quad , \tag{1}$$

und führt so zu einer maximalen Schubkraft $\max V_{\mathrm{Ed,r}}$ in einem Beton-Riegel von

$$\max V_{\mathrm{Ed,r}} = \max H_{\mathrm{Ed}}^{'} h_{\mathrm{s}} = \frac{3}{2}\frac{H_{\mathrm{Ed}}}{L} h_{\mathrm{s}} \tag{2}$$

Das anliegende maximale Biegemoment $\max M_{\mathrm{Ed,r}}$ in einem Beton-Riegel ist

$$\max M_{\mathrm{Ed,r}} = \max V_{\mathrm{Ed,r}} \frac{l_r}{2} = \frac{3}{4}\frac{H_{\mathrm{Ed}}}{L} h_{\mathrm{s}}\, l_r \tag{3}$$

Mit einem vorgegebenen Widerstandsmoment Z_{r} des Beton-Riegels und einer charakteristischen Betonzugfestigkeit $f_{\mathrm{ctk;0,05}}$ ergibt sich für eine Wand folgender Bemessungswiderstand:

$$H_{\mathrm{Rd,1}} = \frac{4}{3}\frac{L}{h_{\mathrm{s}}}\frac{Z_{\mathrm{r}}}{l_{\mathrm{r}}}\frac{f_{\mathrm{ctk;0,05}}}{\gamma_{\mathrm{ct}}} \tag{4}$$

In Gleichung (4) gelten folgende Bezeichnungen (vgl. Bild 2):

$H_{\mathrm{Rd,1}}$ Bemessungsscherfestigkeit gemäß Rahmenmodell;

L Wandlänge;

h_{s} Abstand zwischen den Achsen der Beton-Riegel;

l_{r} lichte Länge des Beton-Riegels;

Z_{r} Widerstandsmoment des Beton-Riegels;

$f_{\mathrm{ctk;0,05}}$ charakteristische Betonzugfestigkeit;

$$f_{\mathrm{ctk;0,05}} = \eta_1 \cdot 0{,}7 \cdot 0{,}3 \cdot f_{\mathrm{ck}}^{2/3} = \eta_1 \cdot 0{,}21 \cdot f_{\mathrm{ck}}^{2/3} \text{ [MN/m²];}$$

f_{ck} charakteristische Druckfestigkeit des Betons (Zylinder);

γ_{ct} mit $1{,}5$ Teilsicherheitsbeiwert für die Betonzugfestigkeit des Ortbetons;

η_1 mit $1{,}0$ für Normal-Ortbeton;

$0{,}40 + 0{,}60 \cdot \rho / 2200$ für Ortbeton aus Leichtbeton mit einem Rechenwert der Trockenrohdichte ρ in [kg/m³].

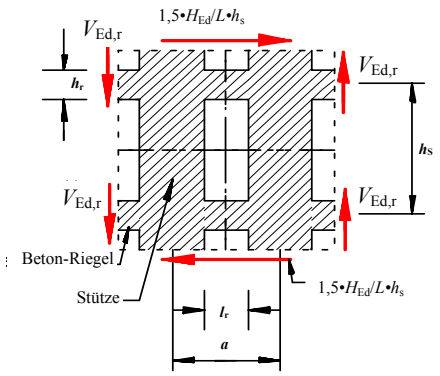


Abb. 2: Bezeichnungen

B Modell mit durchgehenden Druck-Streben

Der Bemessungswiderstand $H_{\mathrm{Rd,2}}$ des Modells mit durchgehenden Streben hängt von der Festigkeit der *n* Streben ab, die durchgehend von einem Geschoss zum nächsten durch die Wand verlaufen (vgl. Abb. 1 und 3).

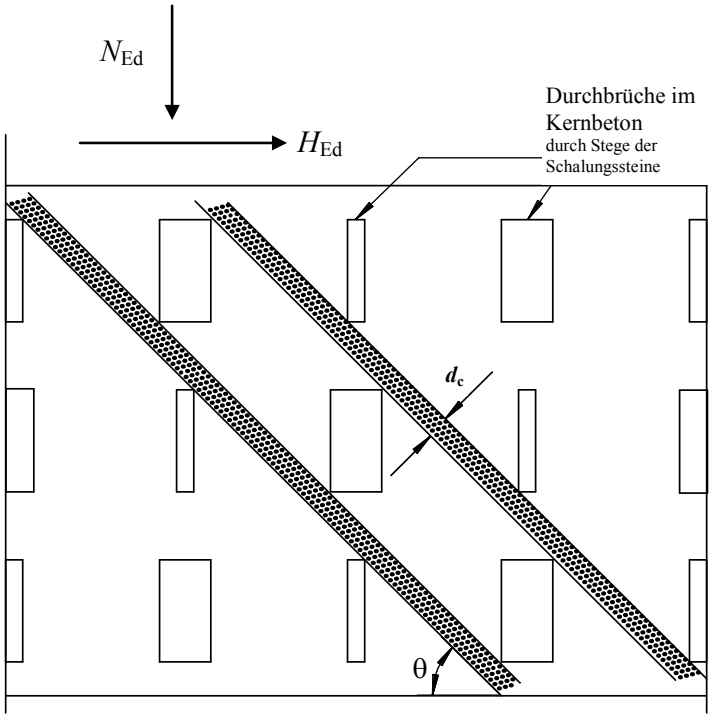


Abb. 3: Höhe d_c einer durchgehenden Strebe

Der Bemessungswiderstand einer Strebe wird gemäß Gleichung (5) ermittelt. Der Neigungswinkel θ der Streben ergibt sich aus Abb. 3.

Der Bemessungswiderstand $H_{\mathrm{Rd,2}}$ ergibt sich aus Gleichung (5):

$$H_{\mathrm{Rd,2}} = n^{*} \cdot \nu \cdot f_{\mathrm{cd}} \cdot b_{\mathrm{c}} \cdot d_{\mathrm{c}} \cdot \cos\theta \le N_{\mathrm{Ed}} \cdot \cot\theta \qquad (5)$$

mit

$H_{\mathrm{Rd,2}}$ = Bemessungswiderstand gemäß dem Modell mit durchgehenden Streben;

n^{*} = Anzahl der durchgehenden Streben in einer Wand;

f_{cd} = Bemessungswert der Druckfestigkeit des Betons;

ν = $0{,}6\left(1 - f_{\mathrm{ck}}[\mathrm{MN/m^2}/250]\right)$ (entspricht Gleichung 6.6N in [8] bzw. [9]);

b_{c} = Dicke der Strebe;

d_{c} = Höhe der Strebe (mindestens 70 mm);

θ = Neigungswinkel der Streben $30° \le \theta \le 60°$;

N_{Ed} = Bemessungswert der einwirkenden Normalkraft.

C Balkenmodell

Der Bemessungswiderstand $H_{Rd,3}$ gemäß dem Balkenmodell kann mit Hilfe der Bemessungsregeln bestimmt werden, die für Stahlbetonbalken gelten. Dabei verläuft die Beton-Druckstrebe nicht über das ganze Geschoss, sondern nur innerhalb der Beton-Stütze. Die Beton-Druckstrebe wird dabei mit Hilfe der Bewehrung zurückgehängt. Diese „Rückhänge-Bewehrung“ wird dabei durch horizontale Betonstabstähle gebildet, die innerhalb der Beton-Riegel des Stützen/Riegel-Systems verlaufen. Eine ausreichende Endverankerung der horizontalen Stäbe – z. B. durch Schlaufen der Bewehrung – ist gemäß DIN EN 1992-1-1 [7] in Verbindung mit DIN EN 1992-1-1/NA [8], Abschnitt 8, sicherzustellen.

Der Bemessungswiderstand $H_{Rd,3a}$ der Rückhänge-Bewehrung ergibt sich aus Gleichung (6):

$$H_{Rd,3a} = \min(A_{sh,r} \cdot f_{yd}; A_{sv,r} \cdot f_{yd} \cdot \frac{H}{b}) \quad (6)$$

mit

$H_{Rd,3a}$ = Bemessungswiderstand der Rückhänge-Bewehrung gemäß dem Balkenmodell;

$A_{sh,r}$ = Querschnitt der horizontalen Rückhänge-Bewehrung;

$A_{sv,r}$ = Querschnitt der vertikalen Betonstab-Bewehrung;

b = Breite der betrachteten Beton-Stütze;

f_{yd} = Bemessungswert der Festigkeit des Stahls der Rückhänge-Bewehrung.

Der Bemessungswiderstand $H_{Rd,3b}$ der Druckstrebe ergibt sich in Analogie zu (5) aus Gleichung (7):

$$H_{Rd,3b} = n^* \cdot \nu \cdot f_{cd} \cdot b_c \cdot d_c \cdot \cos\theta \quad (7)$$

mit

n^* = 1;

θ = Neigungswinkel der Strebe $30° \leq \theta \leq 60°$.

Der Bemessungswiderstand $H_{Rd,3}$ des Balkenmodells nach Abb. 1c) ergibt sich nach Gleichung (8):

$$H_{Rd,3} = \min(H_{Rd,3a}; H_{Rd,3b}) \quad (8)$$

Anhang 13

Richtlinie über

Rollladenkästen (RokR)

Stand: Juli 2016

1 Geltungsbereich

Diese Richtlinie gilt für werkmäßig hergestellte Rollladenkästen (einschließlich Rollladenkastendeckel), an die Anforderungen hinsichtlich des Wärme- oder Schallschutzes gestellt werden.

Die Bestandteile des Rollladenkastens müssen aus mindestens normalentflammbaren Baustoffen bestehen.

Für werkmäßig hergestellte Rollladenkästen mit statisch tragender Funktion im Bauwerk ist zusätzlich die in Abschnitt C 2 bekannt gemachte technische Regel für das jeweilige Bauprodukt zu beachten.

2 Wärmeschutz

2.1 Anforderungen an den Mindestwärmeschutz

Es werden Anforderungen an die Begrenzung des Wärmedurchgangs sowie an die Oberflächentemperatur gestellt.

Der Rollladenkasten muss die Anforderung des Mindestwärmeschutzes nach DIN 4108-2:2013-02, Abschnitt 5.1.3, erfüllen.

Diese Anforderung gilt als erfüllt, wenn der nach Abschnitt 2.2 berechnete oder der nach Abschnitt 2.3 gemessene Wärmedurchgangskoeffizient U_{sb} des Rollladenkastens $U_{sb} \leq 0{,}85$ W/(m² · K) und der nach Abschnitt 2.2 berechnete Temperaturfaktor $f_{Rsi} \geq 0{,}70$ beträgt.

2.2 Berechnung des Wärmedurchgangskoeffizienten U_{sb} und des Temperaturfaktors f_{Rsi}

Der Wärmedurchgangskoeffizient U_{sb} des Rollladenkastens ist zweidimensional nach DIN EN ISO 10077-2:2012-06 zu berechnen und auf zwei Wert anzeigende Ziffern zu runden. Die Berechnung ist mit einem Blendrahmen mit 60 mm Bautiefe, der für die Zwecke dieser Richtlinie als adiabat zu betrachten ist, durchzuführen. Der Blendrahmen ist bündig mit der Außenseite des tatsächlichen oder geplanten Fensterrahmens anzusetzen, unabhängig von dessen Breite.

Bei der zweidimensionalen Berechnung ist die Wärmestromdichte auf die maßgebliche Höhe b_{sb} nach DIN EN ISO 10077-2:2012-06 zu beziehen.

Der Temperaturfaktor f_{Rsi} des Rollladenkastens ist zweidimensional nach DIN EN ISO 10211:2008-04 in Verbindung mit DIN EN ISO 10077-2:2012-06 zu berechnen und auf zwei Wert anzeigende Ziffern zu runden. Die Berechnung ist mit einem Blendrahmen mit 70 mm Bautiefe aus Holz der Wärmeleitfähigkeit $\lambda = 0{,}13$ W/(m · K) unter den Randbedingungen aus DIN 4108-2:2013-02 durchzuführen. Für die Übergangswiderstände sind die Randbedingungen nach Beiblatt 2 zu DIN 4108:2006-03 anzusetzen. Der obere Baukörperanschluss wird für die Zwecke dieser Richtlinie als adiabat betrachtet.

Für die Bestandteile des Rollladenkastens sind bei den Berechnungen die jeweiligen Bemessungswerte der Wärmeleitfähigkeit nach DIN EN ISO 10456:2010-05, DIN EN ISO 10077-2:2012-06 oder

DIN 4108-4:2017-03 anzusetzen. Für eingeschäumte Dämmschichten aus Polyurethan-Schaum ist als Bemessungswert der Wärmeleitfähigkeit λ = 0,035 W/(m · K) anzusetzen. Die äquivalente Wärmeleitfähigkeit des Rollraums ist nach DIN EN ISO 10077-2:2012-06 zu bestimmen. Geeignete Dichtungen, z.B. Bürstendichtungen, dürfen zur Verringerung der Schlitzbreite in Ansatz gebracht werden.

2.3 Messung des Wärmedurchgangskoeffizienten U_{sb}

Der Wärmedurchgangskoeffizient U_{sb} des Rollladenkastens ist nach DIN EN 12412-4:2003-11 zu bestimmen.

3 Schallschutz

Sollen für den Rollladenkasten schalldämmende Eigenschaften ausgewiesen werden, so ist der zugehörige Rechenwert für das bewertete Schalldämm-Maß entweder:

- aufgrund seiner konstruktiven Merkmale nach DIN 4109-35:2016-07, Tabelle 6, oder
- durch Messung nach DIN EN ISO 10140-1:2012-05, DIN EN ISO 10140-2, -4 und -5:2010-12 und Bewertung nach DIN EN ISO 717-1:2013-06 und DIN 4109-2:2016-07, Abschnitt 4.4.2,

zu ermitteln.

Prüfberichte nach DIN EN 20140-3:1995-05 und DIN EN ISO 140-3:2005-03 in Verbindung mit DIN EN ISO 717-1:1997-01, DIN EN ISO 717-1:2006-11 bzw. DIN EN ISO 717-1:2013-06, die vor dem Inkrafttreten dieser Ausgabe der Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen erstellt wurden, dürfen weiterhin verwendet werden.

4 Wesentliche Merkmale für das Ü-Zeichen

Im Ü-Zeichen eines Rollladenkastens, der den Anforderungen der Abschnitte 1 und 2 entspricht, ist als wesentliches Merkmal der Wärmedurchgangskoeffizient U_{sb}, bei Rollladenkästen mit schalldämmenden Eigenschaften nach Abschnitt 3 zusätzlich das bewertete Schalldämm-Maß „R_W = ...“ anzugeben.

Zu den im Ü-Zeichen anzugebenden wesentlichen Merkmalen gehört auch die Angabe, für welche Kombination von Rollladenkasten mit Rollladenkastendeckel diese wesentlichen Merkmale gelten.

Für Rollladenkästen mit statisch tragender Funktion im Bauwerk sind die Regelungen zur Kennzeichnung gemäß der in Bezug genommenen Technischen Regel zusätzlich zu beachten.

Bezugsquellennachweis

In den BayTB wird neben den aufgelisteten Anhängen 1 bis 13 auf folgende Sonderbauverordnungen, -vorschriften und Technische Regeln Bezug genommen (Bezugsquellennachweis):

Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (MVV TB) Ausgabe August 2017, veröffentlicht in den Mitteilungen des DIBt vom 31. August 2017, einschließlich Berichtigungsblatt vom 11. Dezember 2017

Normen (DIN, DIN V, DIN V ENV, DIN EN, DIN EN ISO, DIN CEN/TS, DIN SPEC, Eurocode), AD-Merkblätter, DIN-Fachberichte
Beuth Verlag GmbH
Burggrafenstraße 6
10787 Berlin

EADs (European Assessment Documents)
Amtsblatt der Europäischen Union
eur-lex.europa.eu

ETAGs (European Technical Approvals Guidelines)
www.eota.eu

Anpassungsrichtlinie Stahlbau mit Änderung und Ergänzung
Ausgabe Dezember 2001
DIBt Mitteilungen, Sonderheft Nr. 11, Nov. 2002
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)
Kolonnenstraße 30 B
10829 Berlin

Bau- und Prüfgrundsätze Beschichtungen von Auffangräumen
Ausgabe Februar 2009
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Prüfgrundsätze für Schornsteinreinigungsverschlüsse und Rußabsperrer
Ausgabe November 2012
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Bauaufsichtliche Richtlinie über die Lüftung fensterloser Küchen, Bäder und Toilettenräume in Wohnungen
Ausgabe April 2009
www.is-argebau.de

DAfStb-Richtlinie Beton nach DIN EN 206-1 und DIN 1045-2 mit rezyklierten Gesteinskörnungen nach DIN 4226 100; Teil 1 – RBrezG/1
Ausgabe September 2010
Beuth Verlag GmbH

DAfStb-Richtlinie Betonbau beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen – BUmwS
Ausgabe März 2011
Deutscher Ausschuss für Stahlbeton e. V. – DAfStb
Beuth Verlag GmbH

DAfStb-Richtlinie für Beton mit verlängerter Verarbeitbarkeitszeit (Verzögerter Beton)
Ausgabe November 2006
Deutscher Ausschuss für Stahlbeton e. V. – DAfStb
Beuth Verlag GmbH

Bezugsquellennachweis

DAfStb-Richtlinie für die Herstellung und Verwendung von Trockenbeton und Trockenmörtel (Trockenbeton-Richtlinie) – TrBMR
Ausgabe Juni 2005
Beuth Verlag GmbH

DAfStb-Richtlinie für die Herstellung und Verwendung von zementgebundenem Vergussbeton und Vergussmörtel – VeBMR
Ausgabe November 2011
Beuth Verlag GmbH

DAfStb-Richtlinie Massige Bauteile aus Beton
Ausgabe April 2010
Deutscher Ausschuss für Stahlbeton e. V. – DAfStb
Beuth Verlag GmbH

DAfStb-Richtlinie Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen (Instandsetzungsrichtlinie)
Ausgabe Oktober 2001
Teil 1: Allgemeine Regelungen und Planungsgrundsätze
Teil 2: Bauprodukte und Anwendung einschl. 2. Berichtigung 2005-12
Teil 3: Anforderungen an die Betriebe und Überwachung der Ausführung
Teil 4: Prüfverfahren
sowie 2. Berichtigung 2005-12
und 3. Berichtigung 2014-09
Beuth Verlag GmbH

DAfStb-Richtlinie Selbstverdichtender Beton – SVBR
Ausgabe September 2012
Beuth Verlag GmbH

DAfStb-Richtlinie – Stahlfaserbeton
Ergänzungen und Änderungen zu DIN EN 1992 1 1/NA, DIN EN 206-1 in Verbindung mit DIN 1045-2 und DIN EN 13670 in Verbindung mit DIN 1045-3, Teil 1 bis 3
Ausgabe November 2012
Deutscher Ausschuss für Stahlbeton e. V. – DAfStb
Beuth Verlag GmbH

DAfStb-Richtlinie Vorbeugende Maßnahmen gegen schädigende Alkalireaktion im Beton (Alkali-Richtlinie)
Ausgabe Oktober 2013
Deutscher Ausschuss für Stahlbeton e. V. – DAfStb
Beuth Verlag GmbH

DASt-Richtlinie 021
Schraubenverbindungen aus feuerverzinkten Garnituren M39 bis M72 entsprechend DIN EN 14399 4, DIN EN 14399-6
Ausgabe September 2013
Stahlbau Verlags- und Service GmbH

DASt-Richtlinie 022
Feuerverzinken von tragenden Stahlbauteilen
Ausgabe August 2009
Stahlbau Verlags- und Service GmbH

DVS-Richtlinie DVS 1708:2009-09
Beuth Verlag GmbH

Bezugsquellennachweis

Empfehlungen für den Entwurf und die Berechnung von Erdkörpern mit Bewehrungen aus Geokunststoffen – EBGEO
Deutsche Gesellschaft für Geotechnik
Ausgabe 2010
Ernst & Sohn Verlag für Architektur und technische Wissenschaften GmbH & Co. KG

ETB-Richtlinie „Bauteile, die gegen Absturz sichern“
Ausgabe Juni 1985
Mitteilungen IfBt Heft 2/1987
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

ETB-Richtlinie zur Begrenzung der Formaldehydemission in die Raumluft bei Verwendung von Harnstoff-Formaldehydharz-Ortschaum
Ausgabe April 1985
Beuth Verlag GmbH

Fachregel des Ofen- und Luftheizungsbau-handwerks – TR-OL 2009
Ausgabe 2010
Zentralverband Sanität Heizung Klima
Rathausallee 6
53757 St. Augustin

Hinweise für die Montage von Dübelverankerungen
Ausgabe Oktober 2010
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Lehmbau Regeln
Ausgabe Februar 2008
Dachverband Lehm e. V.

Verordnung über den Bau und Betrieb von Garagen sowie über die Zahl der notwendigen Stellplätze (Garagen- und Stellplatzverordnung – GaStellV) vom 30. November 1993 (GVBl. S. 910, BayRS 2132-1-4-B), zuletzt geändert durch § 3 der Verordnung vom 7. August 2018 (GVBl. S. 694)

Verordnung über den Bau von Betriebsräumen für elektrische Anlagen (EltBauV) vom 13. April 1977 (BayRS 2132-1-8-B)

Feuerungsverordnung (FeuV) vom 11. November 2007 (GVBl. S. 800, BayRS 2132-1-3-B), zuletzt geändert durch § 2 der Verordnung vom 7. August 2018 (GVBl. S. 694)

Bauprodukte- und Bauartenverordnung (BauPAV) vom 20. September 1999 (GVBl. S. 424, BayRS 2132-1-23-B), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 181 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286)

Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Leitungsanlagen (Leitungsanlagen-Richtlinie – LAR):2015-02, Redaktionsstand 5. April 2016
www.is-argebau.de

Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Lüftungsanlagen – LüAR
Ausgabe Dezember 2015
www.is-argebau.de

Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Systemböden – SysBöR
Ausgabe September 2005
www.is-argebau.de

Richtlinie über die bauaufsichtliche Behandlung von Hochhäusern (HHR), Bekanntmachung vom 21. April 2015 (AllMBl. S. 274)

Bezugsquellennachweis

Richtlinie über den baulichen Brandschutz im Industriebau – IndBauRL
Ausgabe Juli 2014
www.is-argebau.de

Richtlinie über den Brandschutz bei der Lagerung von Sekundärstoffen aus Kunststoff – KLR
Ausgabe Juni 1996
www.is-argebau.de

Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr
Ausgabe Oktober 2009
www.is-argebau.de

Verordnung über den Bau und Betrieb von Beherbergungsstätten (Beherbergungsverordnung – BStättV) vom 2. Juli 2007 (GVBl. S. 538, BayRS 2132-1-19-B), zuletzt geändert durch § 7 der Verordnung vom 7. August 2018 (GVBl. S. 694)

Verordnung über den Bau und Betrieb von Verkaufsstätten (Bayerische Verkaufsstättenverordnung – BayVkV) vom 6. November 1997 (GVBl. S. 751, BayRS 2132-1-6-B), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. Dezember 2017 (GVBl. S. 595)

Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten (Versammlungsstättenverordnung – VStättV) vom 2. November 2007 (GBVl. S. 736, BayRS 2132-1-5-B), zuletzt geändert durch § 4 der Verordnung vom 7. August 2018 (GVBl. S. 694)

Prüfgrundsätze zur Erteilung von allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen für Abdichtungen im Verbund mit Fliesen- und Plattenbelägen
Teil 1: Flüssig zu verarbeitende Abdichtungen – PG AIV-F
Ausgabe Mai 2014
Teil 2: Bahnenförmige Abdichtungen – PG AIV-B
Ausgabe Mai 2014
Teil 3: Plattenförmige Abdichtungen – PG AIV-P
Ausgabe August 2012
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Prüfgrundsätze zur Erteilung von allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen für Bauwerksabdichtungen mit Flüssigkunststoffen – PG-FLK
Ausgabe Juni 2010
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Prüfgrundsätze zur Erteilung von allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen für Bauwerksabdichtungen mit mineralischen Dichtungsschlämmen – PG-MDS
Ausgabe Januar 2014
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Prüfgrundsätze zur Erteilung von allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen für Fugenabdichtungen in Bauteilen aus Beton mit hohem Wassereindringwiderstand im erdberührten Bereich – PG-FBB
Teil 1: Abdichtungen für Arbeitsfugen und Sollrissquerschnitte
Ausgabe Oktober 2012
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Prüfgrundsätze zur Erteilung von allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen für Übergänge von Bauwerksabdichtungen auf Bauteile aus Beton mit hohem Wassereindringwiderstand – PG-ÜBB
Ausgabe September 2010
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Prüfplan für Beschichtungs- und Einhausungssysteme zur Sanierung Pentachlorphenol(PCP)-belasteter Holzbauteile
Stand: Januar 2006
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Richtlinie für den Nachweis der Standsicherheit von Metall-Kunststoff-Verbundprofilen
Ausgabe August 1986
Mitteilungen IfBt Heft 6/1986
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Richtlinie für die Bewertung und Sanierung PCB-belasteter Baustoffe und Bauteile in Gebäuden
Ausgabe September 1994
Mitteilungen DIBt Heft 2/1995
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Richtlinie für die Bewertung und Sanierung PCP-belasteter Baustoffe und Bauteile in Gebäuden
Ausgabe Oktober 1996
Mitteilungen DIBt Heft 1/1997
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Richtlinie für die Bewertung und Sanierung schwach gebundener Asbestprodukte in Gebäuden
Ausgabe Januar 1996
Mitteilungen DIBt Heft 3/1996
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Richtlinie für die Herstellung und Verwendung von Trockenbeton und Trockenmörtel – TrBMR
Ausgabe Juni 2005
Deutscher Ausschuss für Stahlbeton e. V. – DAfStb
Beuth Verlag GmbH

Richtlinie für die Überwachung von Wand-, Decken- und Dachtafeln für Holzhäuser in Tafelbauart nach DIN 1052 Teil 1 bis Teil 3
Fassung Juni 1992
Mitteilungen IfBt Heft 1/1993
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Richtlinie für Standardisierung des Oberbaues von Verkehrsflächen – RStO 01
FGSV Verlag GmbH
Wesselinger Str. 17
50999 Köln

Richtlinie für Windenergieanlagen
Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung
Fassung Oktober 2012, Korrigierte Fassung März 2015
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Richtlinie über automatische Schiebetüren in Rettungswegen – AutSchR
Ausgabe Dezember 1997
www.is-argebau.de

Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an hochfeuerhemmende Bauteile in Holzbauweise – HFHHolzR
Fassung Juli 2004
www.is-argebau.de

Richtlinie über die Anforderungen an Auffangwannen aus Stahl mit einem Rauminhalt bis 1000 Liter – StawaR
Ausgabe September 2011
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Bezugsquellennachweis

Richtlinie über elektrische Verriegelungssysteme von Türen in Rettungswegen – EltVTR
Ausgabe Dezember 1997
www.is-argebau.de

Richtlinie zur Bemessung von Löschwasser-Rückhalteanlagen beim Lagern wassergefährdender Stoffe – LöRüRL
Ausgabe August 1992
www.is-argebau.de

Stahl-Eisen-Werkstoffblätter (SEW) des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute (Stahlinstitut VDEh)
SEW 400, 7. Ausgabe, Februar 1997
Verlag Stahleisen GmbH
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Technische Lieferbedingungen/Technische Prüfvorschriften für Baustoffe zur Herstellung von Brückenbelägen auf Beton mit einer Dichtungsschicht aus Flüssigkunststoff
(TL/TP BEL-B, Teil 3)
Ausgabe 1995
Bundesministerium für Verkehr, Abteilung Straßenbau
Verkehrsblatt-Verlag Borgmann GmbH & Co KG
Schleefstraße 14
44287 Dortmund

Technische Lieferbedingungen/Technische Prüfvorschriften für Oberflächenschutzsysteme (TL/TP OS)
Ausgabe 1996
Verkehrsblatt-Verlag Borgmann GmbH & Co KG

Technische Regeln für brennbare Flüssigkeiten (TRbF)
UWS Umweltmanagement GmbH
Grotendonker Str. 61
47626 Kevelaer
www.umwelt-online.de

Verzeichnis der Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen nach den Landesbauordnungen (PÜZ-Verzeichnis)
Deutsches Institut für Bautechnik (DIBt)

Literaturhinweise

Erich Schmidt Verlag, Berlin

Hirsch/Weber/Schäfer, **Kennzahlen als Mess- und Steuerungsinstrument in Behörden,** Herausforderungen, Praxiserfahrungen, Handlungsempfehlungen, 2018, XIV, 139 Seiten, Preis 29,95 €, ISBN 978-3-503-17745-5.

In immer mehr Behörden spielen Zielvorgaben, die durch Kennzahlen ausgedrückt werden, eine wichtige Rolle. Neben den technischen gilt es auch kulturelle Herausforderungen zu bewältigen. Der Arbeitskreis „Steuerung und Controlling in öffentlichen Institutionen" widmet sich u. a. den Themen wie dem Stand der kennzahlenbasierten Steuerung in öffentlichen Institutionen, den Möglichkeiten und Grenzen der Einführung und Nutzung von Kennzahlen im Verwaltungskontext, der Integration von Kennzahlen in den laufenden Steuerungsprozess. Der Arbeitskreis ist ein Teilprojekt des Regierungsprogramms „Digitale Verwaltung 2020" der Bundesregierung.

Joachim, **Erbenhaftung,** 4., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2018, XXXII, 520 Seiten, Preis 84 €, Berliner Handbücher, ISBN 978-3-503-17780-6.

Das Handbuch stellt die Haftung des Erben für Nachlassverbindlichkeiten grundlegend und gut verständlich dar. Es bietet einen Überblick über die verschiedenen Arten von Nachlassverbindlichkeiten und die Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung bis hin zur prozessualen Durchsetzung. Die Haftung des Alleinerben steht im Mittelpunkt der Erläuterungen und ist der Gesetzessystematik folgend umfassend mit Rechtsprechung und Literatur belegt. Auf die Besonderheiten der Haftung von Miterben, von Vor- und Nacherben und beim Erbschaftskauf wird zusätzlich eingegangen. Die Neuauflage beinhaltet die Änderungen im Kostenrecht, das Gesetz zur Übertragung von Aufgaben im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Notare sowie die Europäische Erbrechtsverordnung und das Internationale Erbrechtsverfahrensgesetz. Das Werk wird durch eine Darstellung ausländischer Rechtsordnungen und der Besonderheiten des landwirtschaftlichen Erbrechts abgerundet. Hilfreich für ein besseres Verständnis sind die 40 Musterschriftsätze im Anhang sowie das umfangreiche Literaturverzeichnis und die umfassende Fußnoten.

Kunschke/Schaffelhuber, **FinTech,** Grundlagen, Regulierung, Finanzierung, Case Studies, 2018, 280 Seiten, Preis 48 €, ISBN 978-3-503-17725-7.

Das Werk nimmt die Regulierung, Finanzierung und rechtliche Ausgestaltung von FinTechs systematisch und praktikabel in den Blick. Es informiert über aktuelle Anwendungen und typische Risiken im FinTech-Sektor. Es erkundet, welche praktischen Anwendungsfelder es gibt und wie FinTech den traditionellen Bankensektor verändert. Die regulatorischen Aspekte, die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, Kreditplattformen, Investition in FinTech: Finanzierungsformen, steuerrechtliche Aspekte des FinTech-Sektors u. v. m. werden behandelt. Weiterhin befasst sich der Band mit dem Thema Bitcoin und Kryptowährungen und wie neue Finanzierungswege entstehen.

Schläger/Thode, **Handbuch Datenschutz und IT-Sicherheit,** 2018, XXXVI, 627 Seiten, Preis 94 €, ISBN 978-3-503-17727-1.

Seit dem 25. Mai 2018 sind Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und das neue BDSG geltendes Recht. Neben erweiterten Informations-, Rechenschafts- bzw. Meldepflichten sind künftig u. a. Datenschutz-Folgenabschätzungen oder das Führen eines Verarbeitungsverzeichnisses relevant. Das Handbuch unterstützt bei der Umsetzung der anspruchsvollen Regelungen und verknüpft juristische und IT-sicherheitsrelevante Fragen. Es behandelt den Themenbereich der Informationssicherheit ausführlich. Das Werk beinhaltet u. a. die Anwendungsbereiche insbesondere von DSGVO und BDSG (neu), das Datenschutzmanagement und die Datenverarbeitung, die Verantwortlichkeiten des Datenschutzbeauftragten, den Umgang mit Beschäftigten- und Kundendaten sowie Dokumentation und Meldepflichten. Weiterhin befasst es sich mit den sicherheitstechnischen Aspekten, dem IT-Sicherheitsmanagement und dem IT-Grundschutz etc.

Dieterle, **Praxishandbuch Interne Revision in der öffentlichen Verwaltung,** 2018, 379 Seiten, Preis 54,95 €, ISBN 978-3-503-17682-3.

Das Werk behandelt die Unterschiede der Revisionspraxis zwischen öffentlichen Verwaltungen von Internen Revisionen in Versicherungen, Banken, Industrie- oder Dienstleistungsunternehmen. Es geht der Frage nach welche Themen und Risikolagen in öffentlichen Institutionen typisch sind und wie Prüfungsansätze konkret aussehen können. Der Band informiert, wie Aufbau- und Ablauforganisation der Internen Revision im öffentlichen Sektor unter Einhaltung der anerkannten Berufsstandards (IPPF) gestaltet werden kann. Grundlagen und Besonderheiten einer verwaltungsspezifischen Internen Revision werden am Beispiel der Bundesagentur für Arbeit dargestellt, Organisation und Aufgaben von der Geschäftsordnung bis zur Qualitätssicherung gezeigt und Ausführungsstandards von der Vorbereitung eines Prüfauftrags über die Berichterstattung bis zum Projektreview beschrieben.

Bünis/Gossens, **Das 1x1 der Internen Revision,** Bausteine eines erfolgreichen Revisionsprozesses, 2., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2018, 229 Seiten, Preis 44,95 €, DIIR-Forum; 10, ISBN 978-3-503-17741-7.

Das Werk beleuchtet alle wesentlichen Anforderungen und Funktionen professioneller Revisionstätigkeit unter Einbeziehung der Berufsstandards des Institute of Internal Auditors (IIA). Die jüngst neu gefassten und um die Implementierungsleitlinien ergänzten internationalen Grundlagen sowie die aktuellen regulatorischen Anforderungen sind bereits berücksichtigt. Die Checklisten für die praktische Umsetzung lassen sich in allen Branchen anwenden und weiterentwickeln.

Berendes, **WHG – Wasserhaushaltsgesetz,** Kurzkommentar, 2., völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage 2018, XXII, 564 Seiten, Preis 98 €, ISBN 978-3-503-15624-5.

Der Kommentar erläutert prägnant und praxisorientiert das WHG und berücksichtigt auch die landesrechtlichen Abweichungs- und Ergänzungsmöglichkeiten. Die umfangreiche Einleitung des Werks verschafft nicht nur einen informativen Einblick in die Entstehungsgeschichte des heutigen WHG. Es bündelt auch die einzelnen Wassergesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern, bezieht die sonstigen wasserbezogenen Gesetze praxisge-

recht ein und stellt sie übersichtlich dar. Der Band bietet über das komplizierte Regelungsgeflecht einen kompakten und umfassenden Überblick.

Elspas/Graßmann/Rasbach, **EnWG – Energiewirtschaftsgesetz,** mit AbLaV, ARegV, GasGVV, GasHDrLtgV, GasNEV, GasNZV, KAV, KraftNAV, LSV, MaStRV, NAV, NDAV, NetzResV, StromGVV, StromNEV, StromNZV, SysStabV, ÜNSchutzV, Kommentar, 2018, LVIII, 2499 Seiten, Preis 284 €, mit Onlinezugang zu energierechtlicher Vorschriftendatenbank, Berliner Kommentare, ISBN 978-3-503-17648-9.

Das EnWG hat sich vom überschaubaren Ordnungsrahmen hin zu einem der komplexesten und dynamischsten Rechtsgebiete entwickelt. Das Werk bietet die Gesamtkommentierung des EnWG und 18 auf seiner Grundlage erlassenen Verordnungen. Der praxisorientierte Kommentar ist übersichtlich gestaltet und befindet sich auf dem neuesten Stand. Im Fokus stehen dabei u. a. die Regulierungspraxis der Aufsichtsbehörde (BNetzA), die Entscheidungspraxis der Gerichte, das Netzentgeltmodernisierungsgesetz u. v. m. Er enthält viele Auslegungs- und Gestaltungshinweise sowie praktische Lösungsvorschläge. Jedem Erwerber des Kommentars steht eine umfangreiche Onlinedatenbank für Recherchen offen. Hier sind wichtige energierechtliche Vorschriften der EU, des Bundes und der Länder jeweils auf dem neuestem Stand beinhaltet. Der Zugang zu früheren Gesetzesfassungen bietet die Möglichkeit zum Vergleich mit aktuellen Vorschriften.

Schwintowski/Scholz/Schuler, **Handbuch Energiehandel,** 4., völlig neu bearbeitete Auflage 2018, XXVI, 645 Seiten, Preis 104 €, ISBN 978-3-503-17613-7.

Die stetig wechselnden rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Unwägbarkeiten sowie die hohe Regulierungsdichte und der intensive globale Wettbewerb machen den Handel mit knappen Energierohstoffen so vielseitig, risikobehaftet und dynamisch wie kaum einen anderen Wirtschaftszweig. Das Standardwerk zeigt den Energiehandel sowohl aus empirisch-ökonomischer als auch aus juristischer Perspektive. Im Zentrum stehen dabei die Geschäftsfelder des Energiehandels wie der OTC-Handel und der Handel an der Börse. Daneben werden Risikomanagementsysteme und ihr effizienter Einsatz mit vielen Umsetzungsbeispielen dargestellt. Die Neuauflage greift die neuesten Entwicklungen wie z. B. die Weiterentwicklung der Netting-Konzepte seit der Änderung von § 104 InsO, den Energiehandel an der EEX, die Anpassung der MaRisk u. v. m. zum nationalen und supranationalen Energiehandel auf. Die Erläuterungen zu den Standard-Handelsverträgen (EFET) sind aktualisiert.

Schafhausen/Hofmann/Ziehm, **Die Zukunft der Energiewende,** 32. Trierer Kolloquium zum Umwelt- und Technikrecht vom 28. bis 29. September 2017, 2018, 171 Seiten, Preis 74 €, Umwelt- und Technikrecht; 135, ISBN 978-3-503-17668-7.

Der Band enthält die Beiträge des 32. Trierer Kolloquiums zum Umwelt- und Technikrecht, bei dem die gegenwärtigen Schwierigkeiten und Fortschritte der Energiewende im Fokus standen. Er dokumentiert die Herausforderungen, die durch die Verknüpfung mit dem Klimaschutz in politischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht bestehen. Der Bogen der Vorträge spannt sich dabei vom Klimaschutzplan 2050 bis zum Ausschreibungsverfahren im Windenergie-aus-See-Gesetz.

Hettich, **Versammlungsrecht in der Praxis,** 2., völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage 2018, 341 Seiten, Preis 46,80 €, ISBN 978-3-503-17733-2.

Das praxisorientierte Werk ist eine systematische Gesamtdarstellung des Versammlungsrechts einschließlich seiner verfassungsrechtlichen und verwaltungsprozessualen Bezüge. Fragestellungen wie z. B. zu Protestcamps, Versammlungen auf Grundstücken Privater, Aufrufe von Amtsträgern zur Teilnahme an Gegendemonstrationen, Wahlkampfauftritte ausländischer Amtsträger etc. werden unter vollständiger Auswertung der jüngsten höchstrichterlichen Rechtsprechung und Einbeziehung der Literatur erörtert. Fallbeispiele aus der Rechtsprechung veranschaulichen die Kernfragen des Versammlungsrechts. Im Anhang enthaltene Musterbescheide geben den Versammlungsbehörden Orientierungshilfen.

Springer Spektrum, Springer DE, Berlin u. a.

Stein, **Steuerungswirkung der kommunalen Landschaftsplanung,** ausgewählte Aspekte der Qualität und Struktur der Landschaft sowie des Landschaftswandels, 2018, XX, 224 Seiten, Preis 54,99 €, Research, ISBN 978-3-658-21884-3.

Anhand einer deutschlandweiten repräsentativen Stichprobe von 600 Gemeinden wurde untersucht, ob das Vorliegen eines Landschaftsplans einen positiven, d. h. steuernden Einfluss auf Landschaftszustand und -wandel innerhalb der Kommune hat. Weiterhin wurde geprüft, inwieweit die kommunale Landschaftsplanung den Landschaftswandel im Sinne einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung positiv beeinflusst. Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass die kommunale Landschaftsplanung zu einer Verbesserung vor allem von Struktur und Qualität der Landschaft beiträgt.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern" www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern" ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern" entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN UND FÜR INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 9 **München, 31. Juli 2018** **31. Jahrgang**

Inhaltsübersicht

Datum Seite

Aufruf des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration an die Beschäftigten der Allgemeinen Inneren Verwaltung – Übernahme von Wahlämtern durch Angehörige des öffentlichen Dienstes 451

Veröffentlichung gemäß Ministerratsbeschluss vom 5. Juni 2018 – Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO): Der Bayerische Weg zu einer bürgernahen und mittelstandsfreundlichen Anwendung 451

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatskanzlei

20.07.2018 1132-S
Änderung der Bekanntmachung über die Ehrung von Alters- und Ehejubilaren 452

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

02.07.2018 913-B
Technische Lieferbedingungen und Technische Prüfvorschriften für Ingenieurbauten, TL/TP-ING, Fortschreibung Oktober 2017 455

10.07.2018 913-B
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten, ZTV-ING, Ausgabe Oktober 2017 456

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie

25.06.2018 7523-W
Änderung der Förderrichtlinien zur Durchführung des bayerischen 10 000-Häuser-Programms . . 458

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

29.06.2018 7803.1-L
Änderung der Bekanntmachung über den Schulversuch der staatlichen Technikerschule für Agrarwirtschaft, Fachrichtung Ernährungs- und Versorgungsmanagement in Kaufbeuren 459

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

16.07.2018 2174-A
Richtlinie für die Förderung von Frauenhäusern in Bayern 460

16.07.2018 2174-A
Richtlinie zur Förderung von Notrufen/Fachberatungsstellen für von sexualisierter und/oder häuslicher Gewalt betroffene Frauen und von sexualisierter Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche in Bayern ... 464

16.07.2018 2231-A
Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswertes gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG – ... 466

16.07.2018 2231-A
Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Qualitätsbonus gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 3 BayKiBiG – ... 466

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatskanzlei

27.06.2018 Mitteilung der Kontaktdaten der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Togo ... 467

28.06.2018 Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung des Unabhängigen Staates Samoa in Hamburg ... 467

16.07.2018 Erlöschen des Exequaturs von Herrn Dirk Steffens ... 467

19.07.2018 Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Portugiesischen Republik in München ... 467

19.07.2018 Erteilung eines Exequaturs an Frau Meghan Gregonis ... 467

Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration

21.06.2018 Vollzug der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO); Parkerleichterungen für Dienstfahrzeuge der Bayerischen Eich- und Beschussverwaltung, Parkerleichterungen für Gerichtsvollzieher im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz, Befreiungen und Ausnahmen bei der Durchführung von Vermessungsarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum durch die Vermessungsverwaltung, Befreiungen und Ausnahmen bei der Durchführung von Arbeiten im öffentlichen Verkehrsraum durch die Wasserwirtschaftsverwaltung im Rahmen ihrer zugewiesenen Aufgaben ... 468

21.06.2018 Vollzug der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO); Sonderrechte für Einsatzfahrzeuge von örtlichen Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (Ersthelfergruppen) ... 471

02.07.2018 Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband ... 471

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie

03.07.2018 Festlegung volatiler Kostenanteile zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten im Strombereich für die dritte Regulierungsperiode der Anreizregulierung gegenüber den Betreibern von Elektrizitätsversorgungsnetzen im Sinne des § 3 Nr. 2 EnWG in der Zuständigkeit der Regulierungskammer des Freistaates Bayern ... 472

III. Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen

08.06.2018 605-F
Steuerkraftzahlen aus der Grundsteuer und der Gewerbesteuer für 2019 (Steuerkraftzahlenbekanntmachung 2019 – StKraftBek 2019) ... 474

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibung ... 476

Literaturhinweise ... 476

Aufruf des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration an die Beschäftigten der Allgemeinen Inneren Verwaltung

vom 27. Juni 2018

Übernahme von Wahlämtern durch Angehörige des öffentlichen Dienstes; Landtags- und Bezirkswahl am 14. Oktober 2018

Am 14. Oktober 2018 finden die Wahlen zum Bayerischen Landtag und zu den Bezirkstagen statt. Für die Bildung der Wahlvorstände benötigen die Gemeinden eine große Zahl ehrenamtlicher Wahlhelferinnen und -helfer.

Besonders die Angehörigen des öffentlichen Dienstes sind aufgrund ihrer Stellung und ihrer Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Staat aufgerufen, sich für das unsere Demokratie prägende Element der Wahl als ehrenamtliche Helferinnen und Helfer einzusetzen. Es wäre daher sehr zu begrüßen, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Allgemeinen Inneren Verwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und sich für die Übernahme von Wahlehrenämtern bereit erklären würden.

Angehörigen der Allgemeinen Inneren Verwaltung, die als Wahlhelferinnen oder -helfer bei der Landtags- und Bezirkswahl mitgewirkt haben, kann für die Beanspruchung am Wahlsonntag Freizeitausgleich von einem Tag gewährt werden, sofern dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Beschäftigte, die nur zur Stimmenauszählung nach Schließung der Wahllokale eingesetzt waren, können einen halben Tag Freizeitausgleich erhalten.

Bei Interesse zur Übernahme des Wahlehrenamts wenden Sie sich an das Wahlamt Ihrer Wohnsitzgemeinde (diese bietet eine Anmeldung möglicherweise auch direkt über ihre Internetseite an), sofern nicht Ihre Personalstelle die Anmeldung bei der Gemeinde übernimmt.

Wie bisher bleiben von diesem Appell allerdings Polizeivollzugsbeamte und Angehörige des luK-Betriebspersonals der Polizei ausgenommen, da deren Einsatzstärke nicht durch die Übernahme eines Wahlehrenamtes beeinträchtigt werden darf. Übernehmen Beschäftigte aus diesem Bereich gleichwohl freiwillig ein Wahlehrenamt, können sie dafür später keinen Freizeitausgleich erhalten.

Vielen Dank für die Bereitschaft zum staatsbürgerlichen Engagement.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

Veröffentlichung gemäß Ministerratsbeschluss vom 5. Juni 2018

Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO): Der Bayerische Weg zu einer bürgernahen und mittelstandsfreundlichen Anwendung

Der Ministerrat beschließt nachfolgenden Bayerischen Weg zu einer bürgernahen und mittelstandsfreundlichen Anwendung des Datenschutzrechts, die die Ziele der Datenschutz-Grundverordnung sachgerecht und mit Augenmaß verfolgt und damit auch ihre Akzeptanz in der Bevölkerung fördert:

- Kein Amateursportverein, keine Musikkapelle oder sonstige vor allem durch ehrenamtliches Engagement getragene Vereine müssen einen Datenschutzbeauftragten bestellen.
- Bei einem Erstverstoß im Dickicht der Datenschutzregeln drohen keine Bußgelder; Hinweise und Beratung haben Vorrang vor Sanktionen.
- Wir werden eine Praxis von Abmahnanwälten, die glauben bei Unternehmen formelle Datenschutzverstöße rechtsmissbräuchlich abmahnen und abkassieren zu können, nicht hinnehmen.
- Wir werden mit den Betroffenen weitere Bestimmungen im Datenschutzrecht identifizieren, bei deren Anwendung im Besonderen darauf hinzuwirken ist, dass die Ziele der Datenschutz-Grundverordnung sachgerecht und mit Augenmaß verfolgt werden.
- Hierzu werden wir weitere Gespräche mit Vereinen und Mittelständlern anbieten.

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

1132-S

Änderung der Gemeinsamen Bekanntmachung über die Ehrung von Alters- und Ehejubilaren

Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei und des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 20. Juli 2018, Az. B II 5 – 1009-1-205

1. Die Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei und des Bayerischen Staatsministeriums des Innern über die Ehrung von Alters- und Ehejubilaren vom 1. Dezember 2004 (AllMBl. 2005 S. 3, StAnz. Nr. 52/53) wird wie folgt geändert:

1.1 In Nr. 2 Satz 1 und 4 wird jeweils vor der Angabe „95." die Angabe „80., 85., 90.," eingefügt.

1.2 Der Nr. 3 werden die folgenden Sätze 5 bis 7 angefügt:

„Gemeinden, die keinen Anschluss an das Behördennetz haben, benutzen dazu das im Internet unter https://q.bayern.de/jubilare abrufbare Online-Formular. Die Zugangsdaten werden per Post an die Gemeinden übermittelt. In Ausnahmefällen können Gemeinden das im Internet unter http://www.bayern.de/unser-bayern/orden-und-ehrenzeichen/ehrung-von-ehe-und-altersjubilaren/ abrufbare Offline-Formular verwenden, welches per Fax an die Bayerische Staatskanzlei zu senden ist."

1.3 Die Anlagen 1 und 2 erhalten die aus dem **Anhang** zu dieser Bekanntmachung ersichtliche Fassung.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 2018 in Kraft.

Karolina Gernbauer
Staatsrätin

Günter Schuster
Ministerialdirektor

Anhang (zu Nr. 1.3)

Anlage 1
(zu Nr. 3)

Bundesverwaltungsamt
Referat ZMV II 6

50728 Köln

Absender
Bearbeiter/in
Telefon (bitte mit Vorwahl)

Ehrung von Alters-/Ehejubilaren

Aus Anlass der Vollendung des

☐ 100. ☐ 105. . Lebensjahres | ☐ 65. ☐ 70. ☐ 75. Ehejubiläums

wird ein Glückwunschschreiben des Herrn Bundespräsidenten beantragt.

Hierzu werden folgende Angaben über die zu ehrende(n) Person(en) gemacht:

Frau/Herr Familienname, ggf. akademischer Grad	zusätzlich bei Ehejubilaren Geburtsname der Ehefrau, ggf. akademischer Grad
Vorname	Vorname
Geburtsdatum	Datum der standesamtlichen Eheschließung

Gesundheitliches Befinden des Altersjubilars (falls bekannt)
Anschrift des Hauptwohnsitzes (Straße und Hausnummer, Postleitzahl und Ort, Bundesland)

Postleitzahl, Ort, Datum	
Unterschrift	Stempel

Antrag bitte auf dem Postweg an das Bundesverwaltungsamt, Referat ZMV II 6, 50728 Köln
oder per Fax an 0228 99358-2893 oder per E-Mail an ehrungsaufgaben@bva.bund.de
Telefon 0228 99358-4011/-5011

Anlage 2
(zu Nr. 3)

Name und Postanschrift des Absenders
Name, Telefonnummer, E-Mail-Adresse des zuständigen Sachbearbeiters

_____
Datum

Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München
Telefon 089 2165-2640 – Telefax 089 2165-2108

Beantragung im Behördennetz: https://anw.stk.bybn.de/wwwantrag/

Antrag auf Übersendung eines Glückwunschschreibens

zur Feier des:

□ 80. Geburtstages	□ 101. Geburtstages	□ ___. Geburtstages
□ 85. Geburtstages	□ 102. Geburtstages	□ 60. Hochzeitstages
□ 90. Geburtstages	□ 103. Geburtstages	□ 65. Hochzeitstages
□ 95. Geburtstages	□ 104. Geburtstages	□ 70. Hochzeitstages
□ 100. Geburtstages	□ 105. Geburtstages	□ 75. Hochzeitstages

	zusätzlich bei Ehejubiläen:
Familienname und Vorname (ggf. akademischer Grad)	**Name, Vorname der Ehefrau** (ggf. akademischer Grad)
Anschrift des Hauptwohnsitzes	**Tag der standesamtlichen Eheschließung**
Geburtsdatum	
Amtsbezeichnung, Name des (Ober)Bürgermeisters	
Hinweis: Glückwünsche zum 80. bis 95. Geburtstag und 60. Hochzeitstag werden direkt den Jubilaren zugestellt.	

_____
Unterschrift

913-B

Technische Lieferbedingungen und Technische Prüfvorschriften für Ingenieurbauten, TL/TP-ING, Fortschreibung Oktober 2017

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 2. Juli 2018, Az. 48-4342.22-2-1

Regierungen
Autobahndirektionen
Staatliche Bauämter

nachrichtlich
Bayerischer Landkreistag
Bayerischer Städtetag
Bayerischer Gemeindetag
Bayerischer Oberster Rechnungshof

1. Allgemeines

[1]Die Technischen Lieferbedingungen (TL) und Technischen Prüfvorschriften (TP) für Ingenieurbauten wurden ab 2003 in einem Ordner als „Technische Lieferbedingungen und Technische Prüfvorschriften für Ingenieurbauten (TL/TP-ING)“ zusammengefasst und im Rahmen der sukzessiv stattfindenden Überarbeitung als Loseblattsammlung fortgeschrieben. [2]Mit dem Allgemeinen Rundschreiben Straßenbau (ARS) Nr. 13/2007 vom 5. Dezember 2007 wurden anhand der „Übersicht über den Stand der TL/TP-ING“ sowohl Einordnungshinweise für die bestehenden TL und TP mit dem jeweiligen Ausgabejahr als auch neu erarbeitete TL und TP bekannt gegeben und entsprechend der Struktur der „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten (ZTV-ING)“ dem Ordner TL/TP-ING zugeordnet. [3]Die TL/TP-ING, Ausgabe Oktober 2017, ersetzen die mit Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr vom 24. August 2017 (AllMBl. S. 397) eingeführten TL/TP-ING, Ausgabe Februar 2017.

2. Änderungen

[1]Die Aktualisierung der TL/TP-ING betrifft die folgenden Abschnitte:

3-2 Massivbau – Bauausführung
5-3 Tunnelbau – Maschinelle Schildvortriebsverfahren
5-5 Tunnelbau – Abdichtung.

[2]Die wesentlichen Änderungen in den TL/TP-ING, Ausgabe Oktober 2017, sind in Anlage 2 zum ARS Nr. 19/2017 dargestellt.

3. Ergänzende Festlegungen

[1]Bei laufenden Bauverträgen bleibt jeweils die dem Bauvertrag zugrunde liegende Fassung der TL/TP-ING maßgebend, soweit im Einzelfall nichts anderes vereinbart wird. [2]Daher sind die bisherigen Fassungen der TL/TP-ING in geeigneter Weise zu archivieren.

4. Anwendung

[1]Die TL/TP-ING, Ausgabe Oktober 2017, wurde vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mit ARS Nr. 19/2017 vom 9. November 2017 (Az. StB 17/7192.70/32-2903590) bekannt gegeben. [2]Die TL/TP-ING, Ausgabe Oktober 2017, sind künftig bei Baumaßnahmen im Zuge von Straßen in staatlicher Verwaltung anzuwenden. [3]Die Festlegungen im ARS Nr. 19/2017 sind zu beachten.

5. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 31. Juli 2018 tritt die Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr vom 24. August 2017 (AllMBl. S. 397) außer Kraft.

6. Bezugsmöglichkeiten

[1]Das ARS Nr. 19/2017 ist im Verkehrsblatt, Heft 22/2017, vom 30. November 2017 veröffentlicht. [2]Das ARS Nr. 19/2017 und die TL/TP-ING, Ausgabe Oktober 2017, werden im Internet auf der Homepage der BASt bereitgestellt. [3]Auf eine Bereitstellung in Papierform wird verzichtet. [4]Die Bereitstellung der ZTV-ING und der Hinweise zu den ZTV-ING erfolgt auch ausschließlich digital über das Internet. [5]Sie können von der Homepage der BASt kostenlos heruntergeladen werden: www.bast.de (unter Brücken- und Ingenieurbau/Publikationen/Regelwerke Brücken- und Ingenieurbau). [6]Aus urheberrechtlichen Gründen sind davon zurzeit allerdings die Abschnitte der ZTV-ING und die zugehörigen TL und TP ausgenommen, die von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) bearbeitet werden. [7]Dies betrifft die TL und TP, die den folgenden Abschnitten der ZTV-ING zugeordnet sind:

ZTV-ING 5-4	Tunnelbau – Betriebstechnische Ausstattung
ZTV-ING 7-1 bis 7-5	Brückenbeläge auf Beton und Stahl
ZTV-ING 8-2	Bauwerksausstattung – Fahrbahnübergänge aus Asphalt.

[8]Diese können über die Homepage des FGSV-Verlags kostenpflichtig heruntergeladen werden.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

913-B

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten, ZTV-ING, Ausgabe Oktober 2017

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 10. Juli 2018, Az. 48-4342.21-2-1

Regierungen
Autobahndirektionen
Staatliche Bauämter

nachrichtlich
Bayerischer Landkreistag
Bayerischer Städtetag
Bayerischer Gemeindetag
Bayerischer Oberster Rechnungshof

1. Allgemeines

1.1 [1]Die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten (ZTV-ING) wurden in einigen Abschnitten aktualisiert und ergänzt. [2]Die neuen ZTV-ING, Ausgabe Oktober 2017, ersetzen die mit Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr vom 18. August 2017 (AllMBl. S. 395) eingeführten ZTV-ING, Ausgabe Februar 2017.

1.2 Das ARS Nr. 14/2003 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (BMVBW) vom 7. März 2003 und das Schreiben der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern vom 14. April 2003 (Az. IID8-43420-004/03) bleiben jedoch bezüglich der grundlegenden Ausführungen zum Inhalt und zur Handhabung weiterhin bestehen.

1.3 Die mit ARS Nr. 22/2012 vom 26. November 2012 erfolgte Umstellung der Regelwerke für die Berechnung und Bemessung von Brücken auf die europäischen Regelungen der Eurocodes ist mit Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern vom 10. April 2013 (AllMBl. S. 178) eingeführt worden.

2. Ergänzende Festlegungen

2.1 Soweit die „Hinweise zu den ZTV-ING“ entsprechend der „Liste der Hinweise zu den ZTV-ING – Stand: 15. Oktober 2017“ für eine Maßnahme zutreffend sind und vertragsrechtliche Bedeutung haben, sind entsprechende Textpassagen in die Vergabeunterlagen aufzunehmen.

2.2 [1]Bei laufenden Bauverträgen bleibt jeweils die dem Bauvertrag zugrunde liegende Fassung der ZTV-ING maßgebend, soweit im Einzelfall nichts anderes vereinbart wird. [2]Daher sind die bisherigen Fassungen der ZTV-ING in geeigneter Weise zu archivieren.

3. Anwendung

3.1 Die ZTV-ING, Ausgabe Oktober 2017, wurden vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mit ARS Nr. 20/2017 vom 16. November 2017 (Az. StB 17/7192.70/31-2899597) bekannt gegeben.

3.2 [1]Die ZTV-ING, Ausgabe Oktober 2017, sind künftig bei Baumaßnahmen im Zuge von Straßen in staatlicher Verwaltung anzuwenden. [2]Die Festlegungen im ARS Nr. 20/2017 sind zu beachten.

3.3 Zur Anwendung der ZTV-ING ist im ARS Nr. 20/2017 in Teil B und Teil C dargestellt, in welchen Abschnitten Aktualisierungen im Vergleich der Ausgabe Oktober 2017 zur Ausgabe Februar 2017 vorliegen.

3.4 [1]Der Europäische Gerichtshof erklärt in seinem Urteil C-100/13 vom 16. Oktober 2014 das Vorgehen Deutschlands für unzulässig, nationale Zusatzanforderungen an Bauprodukte mit CE-Kennzeichnung zu stellen. [2]Zur Berücksichtigung dieses EuGH-Urteils wurde die Musterbauordnung (MBO) durch Beschluss der Bauministerkonferenz vom 13. Mai 2016 geändert. [3]Mit einer entsprechenden Novellierung des Bauordnungsrechts durch Neugestaltung der MBO und Erstellung einer Verwaltungsvorschrift technischer Baubestimmungen (VVTB) können sich aber projektspezifische Anforderungen an Bauprodukte in jedem Fall unmittelbar aus den Anforderungen an das betroffene Bauwerk ergeben.

3.5 [1]Im Oktober 2016 ist als Reaktion auf das Urteil C-100/13 der Verweis auf nationale Restregelungen zu den Schutz- und Instandsetzungsprodukten für Betontragwerke aus der Bauregelliste A Teil 1 und 2 entfallen. [2]Somit stehen für die ZTV-ING Teil 3 Abschnitt 4 und 5 derzeit keine technischen Regeln für anforderungsgemäße Produkte für die Bereiche Schutz und Instandsetzung sowie das Füllen von Rissen und Hohlräumen auf der Grundlage harmonisierter Normen der Reihe DIN EN 1504 zur Verfügung. [3]Der sich hieraus für den Bereich des Bundesfernstraßennetzes ergebende Regelungsbedarf wird bis auf Weiteres von der ZTV-ING übernommen.

3.6 [1]Bislang waren ausschließlich Baustoffe und Baustoffsysteme zur Verwendung vorgesehen, welche nach den bisherigen nationalen Restregelungen grundgeprüft wurden. [2]Mit der Überarbeitung der **ZTV-ING Teil 3 Abschnitt 4 und 5** erfolgen alle Festlegungen zur Qualitätssicherung der Baustoffe und Baustoffsysteme nun nicht mehr in standardisierter Form, sondern projektspezifisch durch den Auftraggeber bzw. den von diesem beauftragten sachkundigen Planer. [3]In diesem Zusammenhang sind künftig in der Leistungsbeschreibung projektspezifisch in Abhängigkeit von den spezifischen Bauwerksrahmenbedingungen festzulegen:

- Art und Umfang des Nachweises der Verwendbarkeit,
- Art und Umfang des Nachweises der Übereinstimmung der Baustoffe und Baustoffsysteme mit der im Hinblick auf ihre Verwendbarkeit geprüften Charge,
- Aufbau und Inhalt der verbindlichen Angaben zur Ausführung des Herstellers.

3.7 [1]Prüffähige Bescheinigungen einer entsprechend Art. 30 BauPVO qualifizierten Stelle werden regelmäßig als gleichwertige Alternative zu projektspezifischen Nachweisen nach Nr. 3.6 anerkannt, wenn diese den Anforderungen der Leistungsbeschreibung vollumfänglich genügen. [2]Für Deutschland ist das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) die nach Art. 30 BauPVO für alle Produktbereiche benannte technische Bewertungsstelle.

3.8 Zur Unterstützung bei der Erstellung der Leistungsbeschreibung sowie der Baudurchführung sind die Hinweise zu den **ZTV-ING Teil 3 Abschnitt 4 und 5** zu beachten.

3.9 [1]Für Instandsetzungsmaßnahmen an Betonbauteilen von Bauwerken an Bundesfernstraßen kann im Hinblick auf die Instandsetzungssysteme regelmäßig davon ausgegangen werden, dass die bauaufsichtlichen Aspekte berücksichtigt sind, wenn für die jeweiligen projektspezifischen Randbedingungen die **Hinweise zu den Abschnitten 4 bzw. 5 des Teils 3 der ZTV-ING** vollumfänglich eingehalten werden. [2]Andernfalls ist eine Zustimmung im Einzelfall (ZIE) erforderlich.

3.10 [1]Für nach dem bisherigen Stand der ZTV-ING Teil 3 Abschnitt 4 und 5 (2013/12) in der Durchführung befindliche Projekte kann noch auf die bislang gelisteten Baustoffe und Baustoffsysteme aus den Zusammenstellungen der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) zurückgegriffen werden. [2]Diese Zusammenstellungen stehen zudem für auf Grundlage des nun aktuell eingeführten Standes der ZTV-ING Teil 3 Abschnitt 4 und 5 (2017/10) durchzuführende Instandsetzungsmaßnahmen für einen Übergangszeitraum bis zum 31. Dezember 2018 als alternativer Nachweis der Verwendbarkeit (und Übereinstimmung) zur Verfügung. [3]Für Altprojekte kann auf geeignete Konformitätsbewertungsstellen u. a. im Verzeichnis der P-, Ü-, Z-Stellen der BASt zurückgegriffen werden.

4. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 31. Juli 2018 tritt die Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr vom 18. August 2017 (AllMBl. S. 395) außer Kraft.

5. Bezugsmöglichkeiten

5.1 Das ARS Nr. 20/2017 ist im Verkehrsblatt, Heft 23/2017, vom 15. November 2017 veröffentlicht.

5.2 [1]Die Bereitstellung der ZTV-ING und der Hinweise zu den ZTV-ING erfolgt ausschließlich digital über das Internet. [2]Sie können von der Homepage der BASt kostenlos heruntergeladen werden: www.bast.de (unter Brücken- und Ingenieurbau/Publikationen/Regelwerke Brücken- und Ingenieurbau).

5.3 Aus urheberrechtlichen Gründen sind davon zurzeit allerdings die Abschnitte der ZTV-ING und der zugehörigen TL/TP-ING ausgenommen, die von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) bearbeitet werden.

5.4 [1]Dies betrifft folgende Abschnitte:

ZTV-ING 5-4	Tunnelbau – Betriebstechnische Ausstattung
ZTV-ING 7-1 bis 7-5	Brückenbeläge auf Beton und Stahl
ZTV-ING 8-2	Bauwerksausstattung – Fahrbahnübergänge aus Asphalt
ZTV-ING 9-3	Bauwerke – Lärmschutzwände.

[2]Diese können über www.fgsv.de kostenpflichtig heruntergeladen werden.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

7523-W

Änderung der Förderrichtlinien zur Durchführung des bayerischen 10 000-Häuser-Programms

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Energie und Technologie

vom 25. Juni 2018, Az. 91-9151/15/2

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie über Förderrichtlinien zur Durchführung des bayerischen 10 000-Häuser-Programms vom 16. März 2017 (AllMBl. S. 125), die durch Bekanntmachung vom 24. Januar 2018 (AllMBl. S. 189) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1.1 Satz 1 der Vorbemerkung wird wie folgt gefasst:

„[1]Der Freistaat Bayern gewährt nach Maßgabe dieser Förderrichtlinien und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV), Zuwendungen für natürliche Personen, die energetische Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden (Ein- und Zweifamilienhäuser) durchführen oder energieeffiziente Wohngebäude (Ein- und Zweifamilienhäuser) neu errichten."

1.2 Nr. 1.1 wird wie folgt geändert:

1.2.1 Satz 4 wird wie folgt gefasst:

‚[4]Eine Förderung oder die Förderfähigkeit eines aktuellen Bauvorhabens als „KfW-Effizienzhaus" bilden die Grundvoraussetzungen für die Zuwendung.'

1.2.2 Satz 8 wird wie folgt gefasst:

„[8]Zudem sollen technische Neuentwicklungen, zum Beispiel in der Speichertechnik oder bei intelligenten Stromnetzen, angestoßen werden."

1.3 Nr. 3 wird wie folgt geändert:

1.3.1 Nr. 3.1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„[2]Der Zuwendungsempfänger muss nach Fertigstellung jedenfalls eine der Wohneinheiten als Erstwohnsitz selbst bewohnen."

1.3.2 Nr. 3.2 wird wie folgt geändert:

1.3.2.1 In Satz 1 werden die Wörter „im Freistaat Bayern" gestrichen.

1.3.2.2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„[2]Der Zuwendungsempfänger muss im neu zu errichtenden Wohngebäude nach Fertigstellung jedenfalls eine der Wohneinheiten als Erstwohnsitz selbst bewohnen."

1.4 Nr. 4 Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„[5]Gefördert werden nur Maßnahmen, für die der Bewilligungsstelle bis spätestens 31. Dezember 2018 ein elektronischer Förderantrag vorliegt."

1.5 Nr. 6.1 Satz 9 wird wie folgt gefasst:

„[9]Der unterschriebene Förderantrag sowie die KfW-Antragsunterlagen und die Förderzusage der KfW[2] (jeweils in Kopie) oder alternativ die Bestätigung der Förderfähigkeit durch die KfW sind innerhalb einer Frist von vier Monaten nach dem bestätigten Eingang des elektronischen Antrags in Papierform bei der Bewilligungsstelle einzureichen."

1.6 Nr. 9 wird wie folgt geändert:

1.6.1 Der Nr. 9.1 werden die folgenden Sätze 4 und 5 angefügt:

„[4]Wird das Bauvorhaben ohne KfW-Förderung durchgeführt, sind vergleichbare Nachweise zu erstellen und vom Sachverständigen zu bestätigen. [5]Bei Sanierungsvorhaben ergeben sich die förderfähigen Maßnahmen aus der entsprechenden KfW-Liste."

1.6.2 In Nr. 9.3 Satz 2 werden die Wörter „und Medien" gestrichen.

1.7 Nr. 11 wird wie folgt geändert:

1.7.1 Nr. 11.1 wird wie folgt gefasst:

‚11.1 [1]Damit eine Förderung gewährt wird, muss das Wohngebäude zeitgleich als „KfW-Effizienzhaus" gefördert werden (KfW-Programme 151 bzw. 430 „Energieeffizientes Sanieren" oder 153 „Energieeffizient Bauen") oder förderfähig sein. [2]Beim Neubau muss nach Abschluss der Maßnahme mindestens das Niveau eines KfW-Effizienzhauses 55 und nach Abschluss der Sanierung von bestehenden Wohngebäuden eines KfW-Effizienzhauses 115 erreicht werden. [3]Maßgeblich sind die zum Zeitpunkt der Antragstellung gültigen technischen Definitionen der KfW.'

1.7.2 Nr. 11.2 Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„[5]Die Förderung ist mit der Förderung aus den oben genannten Programmen der KfW kombinierbar."

1.8 Nr. 13.2 wird wie folgt geändert:

1.8.1 Nr. 13.2.1 Satz 11 wird wie folgt gefasst:

‚[11]Der „EnergieeffizienzBonus" darf bei Sanierung maximal 10 % der förderfähigen Kosten der möglichen KfW-Förderung zum Effizienzhaus betragen.'

1.8.2 Nr. 13.2.2 Satz 5 wird wie folgt gefasst:

‚[5]Der „EnergieeffizienzBonus" darf bei Sanierung maximal 10 % der förderfähigen Kosten der möglichen KfW-Förderung zum Effizienzhaus betragen.'

2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 25. Juni 2018 in Kraft.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

7803.1-L

Änderung der Bekanntmachung über den Schulversuch der staatlichen Technikerschule für Agrarwirtschaft Fachrichtung Ernährungs- und Versorgungsmanagement in Kaufbeuren

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 29. Juni 2018, Az. A5-7154.8-13

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über den Schulversuch der staatlichen Technikerschule für Agrarwirtschaft Fachrichtung Ernährungs- und Versorgungsmanagement in Kaufbeuren vom 26. August 2016 (AllMBl. S. 2128) wird wie folgt geändert:

1.1 Nr. 2.2 wird wie folgt gefasst:

„2.2 Zu Anlage 3b

Anstelle der Anlage 3b gilt folgende Stundentafel:

Stundentafel Technikerschule für Agrarwirtschaft Ernährungs- und Versorgungsmanagement (§ 1 Satz 2 Nr. 1 Buchst. c) (dreijährige Form)

		1. Schuljahr	2. Schuljahr	3. Schuljahr
		Wochenstunden	Wochenstunden	Wochenstunden
1.	**PFLICHTFÄCHER**			
1.1	**Allgemeinbildung**			
1.1.1	Deutsch[1]	2	2	2
1.1.2	Mathematik	3	3	–
1.1.3	Englisch[1, 2]	2	2	3
		7	**7**	**5**
1.2	**Ernährungs- und Versorgungsmanagement**			
1.2.1	Produktion und Organisation im Bereich Ernährung: Ernährung, Lebensmittelverarbeitung, Diätetik, Gemeinschaftsverpflegung, Catering	9	9	8
1.2.2	Produktion und Organisation im Bereich Hauswirtschaft: Objektreinigung und Wäscheversorgung, Objektgestaltung, Service	9	9	8
		18	**18**	**16**
1.3	**Dienstleistung und Unternehmensführung**			
1.3.1	Informationstechnik und Büroorganisation	2	2	2
1.3.2	Recht und Soziales[1]	-	-	2
1.3.3	Berufsausbildung und Mitarbeiterführung	3	3	3
1.3.4	Unternehmens- und Qualitätsmanagement in Diversifizierungs- und Großhaushaltsbetrieben	4	4	4
1.3.5	Betriebspraktikum und fächerübergreifende Projekte	3	3	3
		12	**12**	**14**
	Mindestpflichtstunden	**37**	**37**	**35**
2.	**WAHLFÄCHER**			
2.1	Englisch-Vertiefung[1, 2]	-	-	2
2.2	Mathematik-Vertiefung[1]	-	-	3
2.3	Service und Gestalten	2	2	-
2.4	Business-Etikette	-	-	2
2.5	Rehabilitationspädagogische Zusatzqualifizierung	-	-	2
3.	**SCHULISCHE UND BETRIEBLICHE PRAXIS**	Wochen	Wochen	Wochen
3.1	**Betriebspraktikum**			
	Großküche	11		
	Hotel/Gästebeherbergung		11	
	Hausreinigung/Wäsche			7
3.2	**Praxisunterricht an der Schule**		9	

1 Das Fach ist in die Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife einzubringen.

2 Im Fach Englisch ist zum Erwerb der Fachhochschulreife eine schriftliche Ergänzungsprüfung abzulegen.“

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. September 2018 in Kraft.

Hubert Bittlmayer
Ministerialdirektor

2174-A

Richtlinie für die Förderung von Frauenhäusern in Bayern

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

vom 16. Juli 2018, Az. R3/6865.01-1/86

[1]Der Freistaat Bayern gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (insbesondere Art. 23, 44 der Bayerischen Haushaltsordnung – BayHO und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften) Zuschüsse zur Förderung von Frauenhäusern. [2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Zweck der Zuwendung

1.1 Um physischer und psychischer Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder schnell und wirksam entgegenwirken zu können, sind, entsprechend dem örtlichen Bedarf, Frauenhäuser notwendig, die misshandelten oder von Misshandlung bedrohten Frauen und ihren Kindern jederzeit eine vorübergehende, schützende und sichere Unterkunft und beratende Hilfe bieten.

1.2 Zweck der Förderung ist es, durch staatliche Zuwendungen ein flächendeckendes Angebot zur Beratung und Hilfe für misshandelte Frauen und ihre Kinder in Frauenhäusern zu unterstützen.

2. Gegenstand der Förderung

Förderfähig sind Frauenhäuser, die der Aufnahme physisch oder psychisch misshandelter oder von Misshandlung bedrohter Frauen und ihrer Kinder dienen.

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege oder Träger von Frauenhäusern, die Mitglied eines Spitzenverbandes sind.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Das Frauenhaus muss

- mindestens fünf Plätze für Frauen und mindestens eine gleiche Anzahl Plätze für Kinder anbieten,
- so ausgestattet sein, dass es den Bedürfnissen und dem Schutz der Hilfe Suchenden gerecht werden kann,
- eine Konzeption haben, wonach aufgenommene Frauen sich und ihre Kinder eigenverantwortlich versorgen sowie die Erziehungsaufgabe gegenüber ihren Kindern mit Unterstützung geeigneten Fachpersonals wahrnehmen können,
- Fachpersonal für die Betreuung der Frauen nach folgender Maßgabe vorhalten:

Anzahl der Frauenplätze	Fachkräfte
5 bis 7 (bei Auslastung unter 75 % gemäß Nr. 5.4)	1,00
5 bis 7	1,25
8 bis 9	1,50
10 bis 14	2,00
15 bis 20	2,25
21 bis 25	2,50
26 bis 30	3,25
über 30	3,75

- Fachpersonal für die Kinderbetreuung in der Regel nach folgender Maßgabe vorhalten: 0,75 Fachkraftstellen für ein Frauenhaus mit fünf Plätzen für Frauen, und für jeden weiteren Frauenplatz zusätzlich 0,1 Fachkraftstellen pro Platz.

4.2 Zum Aufgabengebiet des Frauenhauses gehören insbesondere

- telefonische und persönliche Beratung von hilfesuchenden Frauen (unabhängig von einer Aufnahme in das Frauenhaus),
- Rufbereitschaft „Rund-um-die-Uhr“,
- fachliche Beratung und Begleitung der im Haus oder in der Wohnung lebenden Frauen und Kinder,
- Hilfestellung bei gewünschter Kontaktaufnahme mit dem Ehemann oder Partner,
- nachgehende Arbeit mit ehemaligen Frauenhausbewohnerinnen in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Beratungsstellen sowie den zuständigen Einrichtungen und Diensten,
- präventive Arbeit sowie
- Öffentlichkeitsarbeit.

4.3 [1]Zuwendungsfähige Fachkräfte für die Beratung der Frauen sind diplomierte beziehungsweise graduierte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Personen mit vergleichbarer abgeschlossener Ausbildung. [2]Fachkräfte für die Kinder sind zum Beispiel Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger, Erzieherinnen und Erzieher sowie Personen mit vergleichbarer abgeschlossener pädagogischer Ausbildung. [3]Bei Fachpersonal, das bei Inkrafttreten der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen über die Richtlinie für die Förderung von Frauenhäusern in Bayern vom 3. Dezember 2012 (AllMBl. S. 1085) bereits angestellt ist, kann die Bewilligungsbehörde im Einzelfall Ausnahmen zulassen.

4.4 Vom Zuwendungsempfänger ist ein angemessener Eigenanteil von grundsätzlich mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Ausgaben (vgl. Nr. 5.2) zu erbringen.

4.5 [1]Eine staatliche Förderung erfolgt nur, wenn sich mindestens ein Landkreis oder eine kreisfreie Stadt an den Kosten, die für den Betrieb des Frauenhauses erforderlich sind, beteiligt. [2]Die Einzelheiten der kommunalen Förderung werden zwischen den an der Finanzierung beteiligten Landkreisen und kreisfreien Städten und dem Träger des Frauenhauses vereinbart. [3]Grundsätzlich soll die kommunale Förderung in Form eines pauschalen Zuschusses erfolgen. [4]Andere Finanzierungssysteme können vereinbart werden. [5]Eine staatliche Förderung erfolgt dann aber nur, wenn auch bei dieser Finanzierungsart der Betrieb des Frauenhauses gesichert ist und die im Frauenhaus aufgenommenen Frauen nicht schlechter gestellt werden als bei Finanzierung in Form eines pauschalen Zuschusses. [6]Die Finanzierung des Frauenhauses muss auf Dauer gesichert sein.

4.6 Der Träger des Frauenhauses soll für eine qualifizierte Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen, insbesondere durch Erfahrungsaustausch, Fortbildung und Supervision.

4.7 Das Frauenhaus arbeitet mit allen örtlichen Beratungsangeboten, zum Beispiel Ehe-, Familien-, Erziehungs- und Schwangerenberatungsstellen sowie den weiteren zuständigen Einrichtungen, Ämtern, zum Beispiel der Sozialhilfeverwaltung und dem Jugendamt und Diensten (zum Beispiel Ärztinnen und Ärzten, Psychologinnen und Psychologen) fachlich zusammen.

4.8 Die Aufenthaltsdauer richtet sich nach der individuellen Situation der Frau; sie soll in der Regel sechs Wochen nicht überschreiten.

5. Art und Umfang der Förderung

5.1 Die staatliche Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Festbetragsfinanzierung gewährt.

5.2 [1]Zuwendungsfähig sind die Personalkosten für notwendige (vgl. Nr. 4.1 Spiegelstrich 4) Fachkräfte zur Beratung und Betreuung der Frauen und notwendige (vgl. Nr. 4.1 Spiegelstrich 5) Fachkräfte zur Betreuung der Kinder. [2]Dies gilt auch für zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie bereits vorgehaltenes Personal.

5.3 [1]Die Höhe der Zuwendung setzt sich zusammen aus einem Sockelbetrag für ein Frauenhaus mit fünf Plätzen für Frauen in Höhe von 36 000 Euro jährlich und einem Erhöhungsbetrag in Höhe von 3 500 Euro jährlich für jeden weiteren Frauenplatz. [2]Die maximale Zuwendung beträgt 130 000 Euro jährlich. [3]Die Zuwendung darf 50 % der tatsächlichen Personalkosten für die förderfähigen Fachkräfte nicht überschreiten.

5.4 [1]Liegt die durchschnittliche Auslastung eines Frauenhauses in drei aufeinander folgenden Kalenderjahren unter 75 % wird in der Regel ab dem vierten Kalenderjahr der Sockelbetrag auf 31 000 Euro gekürzt. [2]Ausnahmen sind in begründeten Einzelfällen möglich.

6. Mehrfachförderung

Eine Förderung nach dieser Richtlinie entfällt, wenn für den gleichen Zuwendungszweck andere Mittel des Freistaates Bayern sowie des Bundes oder der EU in Anspruch genommen werden.

7. Antragstellung und Bewilligung

7.1 Bewilligungsbehörde ist die Regierung von Mittelfranken.

7.2 Bewilligungszeitraum ist das Kalenderjahr.

7.3 [1]Die erstmalige Aufnahme in das Förderprogramm beantragt der Träger des Frauenhauses bei der zuständigen Bewilligungsbehörde. [2]Diese holt eine Stellungnahme des zuständigen Trägers der Sozialhilfe ein. [3]Zusammen mit einer gutachtlichen Äußerung zum Gesamtbedarf innerhalb des Regierungsbezirkes und der Stellungnahme des Sozialhilfeträgers leitet die Bewilligungsbehörde die Antragsunterlagen dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales zu. [4]Dieses entscheidet nach Anhörung der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, des Bayerischen Landkreistages und des Bayerischen Städtetages über die grundsätzliche Aufnahme des Frauenhauses in das staatliche Förderprogramm.

7.4 Die weitere Förderung erfolgt auf Antrag des Trägers des Frauenhauses.

7.5 [1]Der Antrag ist schriftlich unter Verwendung der bei der Bewilligungsbehörde erhältlichen Vordrucke bis zum 31. März des laufenden Haushaltsjahres dort einzureichen. [2]Für die Förderungen mit Bewilligungszeitraum ab dem Kalenderjahr 2019 ist der Antrag bis zum 1. Dezember des Jahres vor Beginn des Bewilligungszeitraumes (siehe Nr. 7.2) bei der Bewilligungsbehörde einzureichen. [3]Dem Antrag sind beizufügen:

- Übersicht über die Personalkosten,
- Kostenzusagen der Kommunen im Einzugsbereich (bei Erstantrag oder prozentualer Beteiligungsänderung),
- Vereinssatzung, Gesellschaftsvertrag oder entsprechende Verträge (bei Erstantrag oder Änderungen),
- Nachweis über die Zugehörigkeit zu einem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege (bei Erstantrag oder Änderungen).

7.6 Die erforderlichen Haushaltsmittel sind durch die Bewilligungsbehörde beim Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales anzufordern.

8. Nachweis und Prüfung der Verwendung

8.1 [1]Der Zuwendungsempfänger hat in Form einer Verwendungsbestätigung (Nr. 6.2 ANBest-P) zu versichern, dass die Zuschüsse entsprechend den Vorgaben dieser Richtlinie verwendet worden sind. [2]Die Verwendungsbestätigung erstreckt sich nur auf die zuwendungsfähigen Personalkosten. [3]Sie ist in einfacher Ausfertigung bis 31. März des auf den Bewilligungszeitraum folgenden Jahres bei der Bewilligungsbehörde einzureichen.

8.2 [1]Darüber hinaus sind eine anonyme Statistik nach einheitlichem Raster (vgl. **Anlage**) und ein eingehender Sachbericht, der auch über die Zusammenarbeit mit den örtlichen Beratungsstellen und Kinderbetreuungseinrichtungen berichtet, beizufügen. [2]Jeweils ein Exemplar reicht die Bewilligungsbehörde an das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales weiter. [3]Einblick in diese Statistik dürfen auf Anfrage nur die Kostenträger, der Bayerische Oberste Rechnungshof und der Bayerische Kommunale Prüfungsverband nehmen, soweit dies zur Überprüfung der Mittelverwendung notwendig ist.

8.3 [1]Die Bewilligungsbehörde prüft die Verwendungsbestätigungen in eigener Zuständigkeit und Verantwortung; sie ist auch zuständig für die Rücknahme und den Widerruf von Zuwendungsbescheiden und die Rückforderung von Zuwendungen. [2]Für das Verwaltungsverfahren gelten die Vorschriften des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) sowie die ANBest-P.

9. Übergangsregelung

[1]Für die Erfüllung des nach Nr. 4.1 Spiegelstrich 5 vorzuhaltenden Personals gilt eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2018. [2]Darüber hinaus sind in begründeten Einzelfällen Ausnahmen bis längstens 30. Juni 2019 möglich. [3]Solange der Personalschlüssel während der Übergangsfrist beziehungsweise in begründeten Einzelfällen bis 30. Juni 2019 noch nicht erfüllt wird, erfolgt die staatliche Förderung nach Nr. 5 der Bekanntmachung des Bayerischen Staats-

ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen über die Richtlinie für die Förderung von Frauenhäusern in Bayern vom 3. Dezember 2012 (AllMBl. S. 1085), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 18. Dezember 2016 (AllMBl. 2017 S. 76) geändert worden ist. [4]Die staatliche Förderung wird jeweils anteilig auf volle Kalendermonate berechnet.

10. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.

Dr. Markus Gruber
Ministerialdirektor

Anlage
(zu Nr. 8.2)

Statistische Anlage zum Verwendungsnachweis

Frauenhaus .....

Statistik für das Kalenderjahr .....

Plätze für Frauen: ..... Kinder: ..... insgesamt: .....

Zahl der Übernachtungen vom 01.01.-31.12.20.....

Frauen: ..... Kinder: ..... insgesamt: .....

von den im Kalenderjahr aufgenommenen Frauen waren
– nicht Zutreffendes bitte immer streichen –

aus dem Einzugsgebiet:

Landkreis/kreisfreie Stadt .....Frauen: .....
Landkreis/kreisfreie Stadt ..... Frauen: .....
Landkreis/kreisfreie Stadt ..... Frauen: .....
Landkreis/kreisfreie Stadt ..... Frauen: .....
Landkreis/kreisfreie Stadt ..... Frauen: .....

aus dem übrigen Bayern:

Landkreis/kreisfreie Stadt ..... Frauen: .....
Landkreis/kreisfreie Stadt ..... Frauen: .....
Landkreis/kreisfreie Stadt ..... Frauen: .....
Landkreis/kreisfreie Stadt ..... Frauen: .....
Landkreis/kreisfreie Stadt ..... Frauen: .....
Landkreis/kreisfreie Stadt ..... Frauen: .....

außerhalb Bayerns: Frauen: .....

Länge des Aufenthalts	**Zahl der ausgezogenen Frauen**	**Kinder**
bis zu 14 Tagen	.....	.....
bis zu 6 Wochen	.....	.....
bis zu 3 Monaten	.....	.....
bis zu 6 Monaten	.....	.....
über 6 Monate	.....	.....
am 31.12. noch im Frauenhaus	.....	.....

2174-A

Richtlinie zur Förderung von Notrufen/Fachberatungsstellen für von sexualisierter und/oder häuslicher Gewalt betroffene Frauen und von sexualisierter Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche in Bayern

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

vom 16. Juli 2018, Az. R3/6865.02-1/53

[1]Der Freistaat Bayern gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (insbesondere Art. 23, 44 der Bayerischen Haushaltsordnung – BayHO und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften) Zuschüsse zur Förderung von Notrufen/Fachberatungsstellen bei sexualisierter und häuslicher Gewalt. [2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Zweck der Zuwendung

1.1 [1]Für von sexualisierter und häuslicher Gewalt (physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt) betroffene Frauen und von sexualisierter Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche ist ein Beratungsangebot erforderlich, das die erlebte Gewaltsituation auffängt und umfassende Hilfe gewährt. [2]Diese Beratung wird durch Notrufe/Fachberatungsstellen geleistet. [3]Sie informieren über die erforderlichen ärztlichen Untersuchungen, den Ablauf des Strafverfahrens und die Möglichkeiten der anwaltschaftlichen Hilfe. [4]Auf Wunsch begleiten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Notrufe die Frau/das Kind/den beziehungsweise die Jugendliche oder Jugendlichen zur Polizei, zur ärztlichen Untersuchung oder zur anwaltschaftlichen Beratung.

1.2 Zweck der Förderung ist es, durch staatliche Zuwendungen ein flächendeckendes Angebot zur Beratung und Hilfe für misshandelte Frauen und Kinder zu unterstützen.

1.3 [1]Ziel ist es, dass in jedem Regierungsbezirk mindestens drei – in Oberbayern aufgrund seiner höheren Bevölkerungsdichte mindestens fünf – personalkostengeförderte (Nr. 5.2.1) Notrufe/Fachberatungsstellen vorgehalten werden. [2]Die Erfüllung dieser Mindestzielvorgabe in jedem Regierungsbezirk hat Vorrang vor einem darüber hinausgehenden Ausbau.

2. Gegenstand der Förderung

Zuwendungsfähig sind Notrufe/Fachberatungsstellen, die von sexualisierter und/oder häuslicher Gewalt betroffene Frauen und von sexualisierter Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche beraten.

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege oder Träger von Notrufen/Fachberatungsstellen, die Mitglied eines Spitzenverbandes sind.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Zum Aufgabengebiet eines Notrufs/einer Fachberatungsstelle gehören

- telefonische und persönliche Beratung von Hilfe suchenden Frauen und Kindern,
- telefonische und persönliche Beratung von Bezugspersonen des Opfers, wie zum Beispiel Angehörige, Freunde und Freundinnen sowie Fachkräfte aus sozialen Einrichtungen,
- in der Regel Rufbereitschaft „Rund-um-die-Uhr“,
- nach Möglichkeit angeleitete längerfristige Selbsthilfegruppen für die betroffenen Frauen,
- einzelfallbezogene Kooperation und Vernetzung, zum Beispiel mit der Polizei,
- einzelfallübergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung, zum Beispiel in Vernetzungsgremien wie den Runden Tischen gegen Gewalt gegen Frauen,
- im Einzelfall Zeugenbegleitung, ausgenommen die psychosoziale Prozessbegleitung nach § 406g der Strafprozessordnung (StPO),
- zielgruppenspezifische und -übergreifende Präventionsarbeit,
- Öffentlichkeitsarbeit mit den Zielgruppen Fachöffentlichkeit und allgemeine Öffentlichkeit.

4.2 [1]Jeder/jede personalkostengeförderte Notruf/Fachberatungsstelle muss mindestens eine Vollzeitkraft oder zwei Kräfte in hälftiger Teilzeit, die durch Jobsharing die ganztägige Besetzung des Notrufs gewährleisten, beschäftigen. [2]Für die Aufgabenbereiche Prävention und Geschäftsführung/Leitung

- müssen bei personalkostengeförderten Notrufen/Fachberatungsstellen Fachkräfte in dem Wochenstundenumfang vorgehalten werden, der mit dem unter Nr. 5.3 geregelten staatlichen Zuschuss abgedeckt werden kann; für Präventionsmaßnahmen können alternativ auch Honorarkräfte beschäftigt werden,
- können bei sachkostengeförderten Notrufen/Fachberatungsstellen Fachkräfte in dem Wochenstundenumfang vorgehalten werden, der mit dem unter Nr. 5.3 geregelten staatlichen Zuschuss abgedeckt werden kann; für Präventionsmaßnahmen können alternativ auch Honorarkräfte beschäftigt werden.

4.3 [1]Zuwendungsfähige Fachkräfte im Sinn dieser Richtlinie sind diplomierte beziehungsweise graduierte Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen sowie Personen mit vergleichbarer abgeschlossener Ausbildung. [2]Bei Fachpersonal, das bei Inkrafttreten der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen über die Richtlinie zur Förderung von Notrufen für von sexualisierter und/oder häuslicher Gewalt betroffene Frauen und von sexualisierter Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche in Bayern vom 3. Dezember 2012 (AllMBl. S. 1089) bereits angestellt ist, kann die Bewilligungsbehörde im Einzelfall Ausnahmen zulassen.

4.4 Vom Zuwendungsempfänger ist ein angemessener Eigenanteil von grundsätzlich mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Ausgaben (vgl. Nr. 5.2) zu erbringen.

4.5 [1]Eine staatliche Förderung erfolgt nur, wenn sich mindestens ein Landkreis, eine kreisfreie

Stadt oder eine andere Kommune an den Gesamtkosten des Notrufs/der Fachberatungsstelle beteiligt. [2]Bei sachkostengeförderten Notrufen/Fachberatungsstellen nach Nr. 5.2.2, die bei Inkrafttreten der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen über die Richtlinie zur Förderung von Notrufen für von sexualisierter und/oder häuslicher Gewalt betroffene Frauen und von sexualisierter Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche in Bayern vom 3. Dezember 2012 (AllMBl. S. 1089) bereits eine staatliche Förderung ohne kommunale Beteiligung erhalten, kann die Bewilligungsbehörde in Einzelfällen Ausnahmen zulassen. [3]Die Einzelheiten der kommunalen Förderung werden zwischen den an der Finanzierung beteiligten Kommunen und dem Träger des Notrufs/der Fachberatungsstelle vereinbart. [4]Die Finanzierung des Notrufs/der Fachberatungsstelle muss auf Dauer gesichert sein.

5. Art und Umfang der Zuwendung

5.1 Die staatliche Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Festbetragsfinanzierung gewährt.

5.2 Zuwendungsfähig sind

5.2.1 die Personalkosten für notwendige (vgl. Nr. 4.2 Satz 1) Fachkräfte (Personalkostenförderung) oder,

5.2.2 wenn keine Personalkostenförderung nach Nr. 5.2.1 erfolgt, die Kosten für Fortbildung, Supervision und Öffentlichkeitsarbeit (Sachkostenförderung),

5.2.3 die Personalkosten für die notwendigen Fachkräfte und Sachkosten für Honorarkräfte (vgl. Nr. 4.2 Satz 2) für die Aufgaben Prävention und Geschäftsführung/Leitung; dies gilt auch für zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Richtlinie bereits vorgehaltenes Personal.

5.3 Die Zuwendung beträgt

- bei Personalkostenförderung nach Nr. 5.2.1 19 650 Euro jährlich, maximal jedoch 50 % der tatsächlichen Personalkosten,
- bei Sachkostenförderung nach Nr. 5.2.2 maximal 2 320 Euro jährlich; dabei sind im Rahmen von Fortbildungsmaßnahmen oder Supervision Honorarkosten von maximal 80 Euro je Stunde zuwendungsfähig; für auswärtige Fortbildungsmaßnahmen sind bis zu 40 Euro pro Tag und Person für Verpflegung und Unterkunft zuwendungsfähig,
- für Ausgaben nach Nr. 5.2.3 13 350 Euro jährlich, maximal jedoch 90 % der tatsächlichen Personalkosten beziehungsweise der Sachkosten für Honorarkräfte.

5.4 Anträge unter 250 Euro Zuwendungshöhe können aus verwaltungstechnischen Gründen nicht berücksichtigt werden.

6. Mehrfachförderung

Eine Förderung nach dieser Richtlinie entfällt, wenn für den gleichen Zuwendungszweck andere Mittel des Freistaates Bayern sowie des Bundes oder der EU in Anspruch genommen werden.

7. Antragstellung und Bewilligung

7.1 Bewilligungsbehörde ist die Regierung von Mittelfranken.

7.2 Bewilligungszeitraum ist das Kalenderjahr.

7.3 [1]Die erstmalige Aufnahme in die Personalkostenförderung beantragt der Träger des Notrufs/der Fachberatungsstelle unter Vorlage der kommunalen Stellungnahmen bei der Bewilligungsbehörde. [2]Diese leitet mit einer fachlichen Bewertung zum flächendeckenden Aufbau innerhalb der Regierungsbezirke die Antragsunterlagen dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales zu. [3]Dieses entscheidet über die Aufnahme in das staatliche Förderprogramm.

7.4 Die weitere Förderung erfolgt auf Antrag des Trägers des Notrufs/der Fachberatungsstelle.

7.5 [1]Der Antrag ist schriftlich unter Verwendung der bei der Bewilligungsbehörde erhältlichen Vordrucke bis zum 31. März des laufenden Jahres dort einzureichen. [2]Für die Förderungen mit Bewilligungszeitraum ab dem Kalenderjahr 2019 ist der Antrag bis zum 1. Dezember des Jahres vor Beginn des Bewilligungszeitraumes (siehe Nr. 7.2) bei der Bewilligungsbehörde einzureichen. [3]Dem Antrag sind beizufügen:

- Kosten- und Finanzierungsplan,
- Übersicht über die Personalkosten (nur bei Personalkostenförderung),
- Kostenzusagen der Kommunen im Einzugsbereich und sonstiger Zuwendungsgeber (bei Erstantrag oder Beteiligungsänderung),
- Vereinssatzung (bei Erstantrag oder Änderungen),
- Konzept (bei Erstantrag oder Änderungen).

7.6 Die erforderlichen Haushaltsmittel sind durch die Bewilligungsbehörde beim Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales anzufordern.

8. Nachweis und Prüfung der Verwendung

8.1 [1]Der Zuwendungsempfänger hat in Form einer Verwendungsbestätigung (Nr. 6.2 ANBest-P) zu versichern, dass die Zuschüsse entsprechend den Vorgaben dieser Richtlinie verwendet worden sind. [2]Die Verwendungsbestätigung ist in einfacher Ausfertigung bis 31. März des auf den Bewilligungszeitraum folgenden Jahres bei der Bewilligungsbehörde einzureichen.

8.2 [1]Darüber hinaus sind eine anonymisierte Statistik über die Zahl der Beratungsfälle und den Umfang der dafür geleisteten Tätigkeit der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ein eingehender Sachbericht beizufügen. [2]Für die Statistik ist die vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales vorgegebene Datenerfassungsdatei zu verwenden. [3]Die Statistik sendet der Zuwendungsempfänger zudem direkt auf elektronischem Weg an das Staatsministerium. [4]Ein Exemplar des Sachberichts reicht die Bewilligungsbehörde an das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales weiter.

8.3 [1]Die Bewilligungsbehörde prüft die Verwendungsbestätigung in eigener Zuständigkeit und Verantwortung. [2]Sie ist auch zuständig für die Rücknahme und den Widerruf von Zuwendungsbescheiden und die Rückforderung von Zuwendungen. [3]Für das Verwaltungsverfahren gelten die Vorschriften des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) sowie die ANBest-P.

8.4 Von einer Geltendmachung von Zinsen ist abzusehen, soweit diese 250 Euro nicht übersteigen.

9. Übergangsregelung

[1]Für die Erfüllung des nach Nr. 4.2 Satz 2 Spiegelstrich 1 vorzuhaltenden Personals gilt eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2018. [2]Darüber hinaus sind in begründeten Einzelfällen Ausnahmen bis längstens 30. Juni 2019 möglich. [3]Solange dieses Personal während der Übergangsfrist beziehungsweise in begründeten Einzelfällen bis 30. Juni 2019 noch nicht vorgehalten wird, erfolgt ausschließlich eine Personalkostenförderung nach Nr. 5.3 Spiegelstrich 1.

10. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.

Dr. Markus Gruber
Ministerialdirektor

2231-A

Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswertes gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG –

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

vom 16. Juli 2018, Az. IV4/6512.01-1/1185

Gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) vom 8. Juli 2005 (GVBl. S. 236, BayRS 2231-1-A), das zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist, gibt das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales unter Berücksichtigung der Entwicklung der Personalkosten den für die Berechnung der kindbezogenen Förderung maßgebenden Basiswert bekannt.

1. Der Basiswert für **Kindertageseinrichtungen** beträgt bei einer täglichen Buchungszeit von mehr als drei bis einschließlich vier Stunden

   – für die Endabrechnungen der kindbezogenen Förderung für den Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018

   1.161,65 €

   – und für die Förderabschläge vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019

   1.191,63 €.

2. Der Basiswert für **Kindertagespflege** beträgt bei einer täglichen Buchungszeit von mehr als drei bis einschließlich vier Stunden

   – für die Endabrechnungen der kindbezogenen Förderung für den Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018

   1.102,76 €

   – und für die Förderabschläge vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019

   1.131,22 €.

Dr. Markus Gruber
Ministerialdirektor

2231-A

Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Qualitätsbonus gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 3 BayKiBiG –

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

vom 16. Juli 2018, Az. IV4/6512.01-1/1186

[1]Gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 3 des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) vom 8. Juli 2005 (GVBl. S. 236, BayRS 2231-1-A), das zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist, gibt das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales den entsprechend der Entwicklung des Basiswerts angepassten Qualitätsbonus bekannt. [2]Der Qualitätsbonus beträgt

– für die Endabrechnungen der kindbezogenen Förderung für den Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018

61,03 €

– und für die Förderabschläge vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019

62,60 €.

Dr. Markus Gruber
Ministerialdirektor

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Mitteilung der Kontaktdaten der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Togo

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 27. Juni 2018, Az. Prot 1090-228-43

Nachstehend werden die nun vollständigen Kontaktdaten von Herrn Martin Alexander Schoeller, Honorarkonsul der Republik Togo in Pullach, mitgeteilt:

Zugspitzstraße 15, 82049 Pullach
Telefon: 089 7240-8490
Telefax: 089 7240-8499
E-Mail: info@togo-honorarkonsul.de
Öffnungszeiten: dienstags 16 bis 18 Uhr,
donnerstags 16 bis 19 Uhr

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung des Unabhängigen Staates Samoa in Hamburg

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 28. Juni 2018, Az. Prot 1518-77-8

Die Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung des Unabhängigen Staates Samoa in Hamburg hat sich wie folgt geändert:

Rothenbaumchaussee 80c, 20148 Hamburg
Telefon: 040 3611-1841
Telefax: 040 3611-18422

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erlöschen des Exequaturs von Herrn Dirk Steffens

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 16. Juli 2018, Az. Prot 1090-285-1

Das Herrn Dirk Steffens erteilte Exequatur als Honorarkonsul der Republik Palau in Hamburg mit dem Konsularbezirk gesamtes Bundesgebiet ist mit Ablauf des 27. Juni 2018 erloschen.

Die honorarkonsularische Vertretung der Republik Palau in Hamburg ist somit geschlossen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Portugiesischen Republik in München

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 19. Juli 2018, Az. Prot 1092-11-24

Die Postanschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Portugiesischen Republik in München hat sich wie folgt geändert:

Schulstraße 2, 86938 Schondorf

Die übrigen Kontaktdaten bleiben unverändert. Bis auf Weiteres findet kein Parteiverkehr statt.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Frau Meghan Gregonis

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 19. Juli 2018, Az. Prot 1240-3244-4

Die Bundesregierung hat der zur Leiterin der berufskonsularischen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika in München ernannten Frau Meghan Gregonis am 17. Juli 2018 das Exequatur als Generalkonsulin erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern.

Das der bisherigen Generalkonsulin, Frau Jennifer Gavito, am 16. August 2015 erteilte Exequatur ist erloschen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Vollzug der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO); Parkerleichterungen für Dienstfahrzeuge der Bayerischen Eich- und Beschussverwaltung, Parkerleichterungen für Gerichtsvollzieher im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz, Befreiungen und Ausnahmen bei der Durchführung von Vermessungsarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum durch die Vermessungsverwaltung, Befreiungen und Ausnahmen bei der Durchführung von Arbeiten im öffentlichen Verkehrsraum durch die Wasserwirtschaftsverwaltung im Rahmen ihrer zugewiesenen Aufgaben

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 21. Juni 2018, Az. C4-3612-36-10

Regierungen
Landratsämter
Gemeinden
Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie
Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

nachrichtlich
Präsidien der Bayerischen Landespolizei
Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei
Bayerisches Polizeiverwaltungsamt
Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern – Fachbereich Polizei –
Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei

Auf der Grundlage des § 46 Abs. 2 Satz 1 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) in Verbindung mit Art. 1 des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (ZustGVerk) wird vom Bayerischen Staatsministerium des Innern und für Integration folgende Allgemeinverfügung bekannt gegeben:

1. Parkerleichterungen für Dienstfahrzeuge der Bayerischen Eich- und Beschussverwaltung

1.1 Aufgaben der Eich- und Beschussverwaltung

Der Eichverwaltung obliegen folgende Vollzugsaufgaben:

- Marktaufsicht beim Inverkehrbringen von Messgeräten,
  - Verwendungsüberwachung von Messgeräten und Messwerten,
  - Eichung und Kalibrierung von Messgeräten,
- Anerkennung und Überwachung von staatlich anerkannten Prüfstellen, Instandsetzerbetrieben und Wartungsdiensten,
- Überwachung
  - von Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Medizin und bei Messgeräteherstellern,
  - der Füllmengen von Fertigpackungen,
  - von Einheiten- und Größenangaben.

Die Beschussverwaltung führt

- die beschusstechnische Prüfung von Waffen und Böllern,
- die Zulassung von Munition und Fabrikationskontrollen bei Munitionsherstellern sowie
- die ballistische Materialprüfung von durchschuss-, durchwurf- und durchbruchhemmenden Eigenschaften (Schutzwesten, Gläser, Panzerungen)

durch.

1.2 Ausnahmen

Zur Durchführung der der Eich- und Beschussverwaltung obliegenden Aufgaben werden die Bediensteten dieser Verwaltung zur Ausübung ihrer Tätigkeit von folgenden Vorschriften der StVO, die das Halten und Parken sowie die Benutzung von Fußgängerzonen regeln, befreit:

a) Verbot des Parkens auf Gehwegen (§ 12 Abs. 4 Satz 1 StVO),

b) Pflicht zur Betätigung der Parkuhren und zum Lösen eines Parkscheins an Parkscheinautomaten (§ 13 Abs. 1 StVO),

c) Verbot des Befahrens von Fußgängerzonen (Anlage 2 zu § 41 Abs. 1 StVO Abschnitt 5 Zeichen 242.1),

d) Verbote des Haltens oder Parkens, die auf Grund
   - der Anlage 2 zu § 41 Abs. 1 StVO Abschnitt 8 Zeichen 286 (ortsfest), Zeichen 283 (ortsfest), Zeichen 290.1,
   - der Anlage 3 zu § 42 Abs. 2 StVO Abschnitt 3 Zeichen 314, Zeichen 314.1 und Zeichen 315 (jeweils mit Zusatzzeichen) und Zeichen 325.1

   angeordnet sind.

1.3 Auflagen und Bedingungen

a) Die verwendeten Fahrzeuge müssen eindeutig als Dienstfahrzeuge der Eich- und Beschussverwaltung gekennzeichnet sein. Das zum Fahrzeug gehörende Personal muss sich als Personal der Eich- und Beschussverwaltung ausweisen können.

b) Die Inanspruchnahme der unter Nr. 1.2 genannten Parkerleichterungen ist nur dann zulässig, wenn schwere und sperrige technische Prüfausrüstungen und Gerätschaften transportiert werden und in zumutbarer Entfernung keine andere Parkmöglichkeit zur Verfügung steht oder Maßnahmen der Marktüberwachung unmittelbar und ohne Verzug vor Ort vorgenommen werden müssen.

c) Durch die Inanspruchnahme der Ausnahmen und Befreiungen dürfen Dritte weder gefährdet noch erheblich behindert werden.

d) Auf Gehwegen muss stets eine vollständig nutzbare Durchgangsbreite von mindestens 1,5 m verbleiben.

e) Parkplätze, die durch entsprechende Kennzeichnung für Schwerbehinderte mit außergewöhnlicher Gehbehinderung oder für Blinde (Zusatzzeichen 1020-11, 1044-10, 1044-11 und 1044-12 StVO oder Zusatzzeichen BY 14-04) reserviert sind, dürfen nicht benutzt werden.

f) Das Halten oder Parken vor oder in gekennzeichneten Rettungswegen, Feuerwehrzufahrten oder

Feuerwehranfahrtszonen (§ 12 Abs. 1 Nr. 5 StVO) ist unzulässig. Dies gilt ebenso für die mit Zeichen 283 oder Zeichen 299 gekennzeichneten Bereiche.

2. Parkerleichterungen für Gerichtsvollzieher im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz

2.1 Aufgaben der Gerichtsvollzieher

Die im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz beschäftigten Gerichtsvollzieher werden im Zusammenhang mit

- Verhaftungsaufträgen,
- Vorführungen,
- Kindsherausgaben,
- Maßnahmen zur Durchführung des Gewaltschutzgesetzes

tätig.

2.2 Ausnahmen

Wenn in zumutbarer Entfernung keine andere Parkmöglichkeit zur Verfügung steht, werden sie in dem unter Nr. 1.2 genannten Umfang von den Vorschriften der StVO befreit.

2.3 Auflagen und Bedingungen

a) Die verwendeten Fahrzeuge müssen eindeutig als Dienstfahrzeuge der Justiz gekennzeichnet sein. Das zum Fahrzeug gehörende Personal muss sich als Personal der Justiz ausweisen können.

b) Die Auflagen und Bedingungen der Nr. 1.3 Buchst. c bis f gelten entsprechend.

3. Befreiungen und Ausnahmen bei der Durchführung von Vermessungsarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum durch die Vermessungsverwaltung

3.1 Aufgaben der Vermessungsverwaltung

Vermessungsverwaltung im Sinne dieser Regelung sind folgende in Art. 3 des Abmarkungsgesetzes (AbmG) und in Art. 12 Abs. 5 bis 7 des Vermessungs- und Katastergesetzes (VermKatG) genannte Stellen:

- untere Vermessungsbehörden,
- Flurbereinigungsbehörden,
- Geodaten-Service München,
- Feldgeschworene,
- Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung.

3.2 Befreiung von der Einholung einer verkehrsrechtlichen Anordnung nach StVO

Die Vermessungsverwaltung ist für die Durchführung von Vermessungsarbeiten von kurzer Dauer (Arbeitsstellen, die in der Regel nicht länger als einen Tag dauern und nur in den Tagesstunden bestehen) von der Einholung einer verkehrsrechtlichen Anordnung gemäß § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 45 Abs. 6 StVO befreit, sofern sich die Arbeitsstellen nicht auf den Autobahnen oder autobahnähnlich ausgebauten, zweibahnigen Straßen befinden und die Kennzeichnung und Sicherung nach den Sicherheitsrichtlinien für Vermessungen auf Straßen in Bayern (BaySichRiVerm) und den darin enthaltenen Verkehrszeichenplänen erfolgt. Verantwortlich ist der Leiter der Vermessungsgruppe.

3.3 Einholung einer Sondernutzungserlaubnis nach dem BayStrWG oder FStrG

Einer Sondernutzungserlaubnis (Art. 18 Abs. 1, Art. 21 BayStrWG, § 8 Abs. 1, 6 FStrG) bedarf es in den Fällen der Nr. 3.2 nicht.

3.4 Ausnahmen

Soweit es zur Erfüllung hoheitlicher Vermessungsarbeiten dringend geboten ist, wird es genehmigt, von den nachgenannten Vorschriften der StVO abzuweichen:

a) Die Ausnahmen der Nr. 1.2 Buchst. a bis d gelten entsprechend.

b) Parkverbot auf Vorfahrtstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften (Anlage 3 zu § 42 Abs. 2 StVO Abschnitt 1 Nr. 2 Zeichen 306),

c) Verbot der Benutzung von Sonderwegen (Anlage 2 zu § 41 Abs. 1 StVO Abschnitt 5 Nr. 16, 18 bis 21 und 23 Zeichen 237, 239, 240, 241, 242.1, 244.1),

d) Verbot des Parkens auf Schutzstreifen für den Radverkehr (Anlage 3 zu § 42 Abs. 2 StVO Abschnitt 8 Nr. 22 Erläuterungen zu Zeichen 340),

e) Haltverbot auf Kraftfahrstraßen (§ 18 Abs. 8 StVO),

f) Verbot des Betretens von Kraftfahrstraßen (§ 18 Abs. 9 StVO),

g) Pflicht zum Anlegen vorgeschriebener Sicherheitsgurte; jedoch nur, wenn im Arbeitsbereich regelmäßig in kurzen Zeitabständen das Fahrzeug verlassen werden muss (§ 21a Abs. 1 StVO),

h) Verbote, die durch Anlage 2 zu § 41 Abs. 1 StVO Abschnitt 6 Nr. 28, 29 und 34 Zeichen 250, 251 oder 260, jeweils mit Zusatzzeichen 1020-30, angeordnet sind.

3.5 Auflagen und Bedingungen

a) Die Auflagen und Bedingungen der Nr. 1.3 Buchst. c bis f gelten entsprechend.

b) Von der Befreiung und von den Ausnahmen darf nur unter gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Gebrauch gemacht werden.

c) Bei der Kennzeichnung und Sicherung der Arbeitsstellen sind die Vorgaben der BaySichRiVerm in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

d) Die verwendeten Fahrzeuge müssen durch weißrot-weiße Warneinrichtungen nach DIN 30710 gekennzeichnet und eindeutig als Dienstfahrzeuge der Vermessungsverwaltung erkennbar sein.

e) Das zum Fahrzeug gehörende Personal muss auffällige Warnkleidung nach EN ISO 20471 tragen und sich als Personal der Vermessungsverwaltung ausweisen können. Die Warnkleidung muss innerhalb geschlossener Ortschaften mindestens die Schutzklasse 2, außerhalb geschlossener Ortschaften die Schutzklasse 3 erfüllen.

4. Befreiungen und Ausnahmen bei der Durchführung von Arbeiten im öffentlichen Verkehrsraum durch die Wasserwirtschaftsverwaltung im Rahmen ihrer zugewiesenen Aufgaben

4.1 Aufgaben der Wasserwirtschaftsverwaltung

Wasserwirtschaftsverwaltung im Sinne dieser Regelung sind folgende in Art. 63 Abs. 3 Satz 1 des

Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) genannte Behörden:

– Wasserwirtschaftsämter,
– Landesamt für Umwelt (als wasserwirtschaftliche Fachbehörde).

Die nachfolgend beschriebenen Befreiungen und Ausnahmen gelten bei der Wahrnehmung folgender gesetzlicher Aufgaben durch die Wasserwirtschaftsverwaltung:

– technische Gewässeraufsicht gemäß Art. 58 Abs. 1 Satz 4 BayWG einschließlich Sondereinsätzen (insbesondere Beratung der Kreisverwaltungsbehörden bei Unfällen) und Vermessungsarbeiten,
– Gewässerunterhaltung gemäß § 39 Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in Verbindung mit Art. 22 Abs. 1 Nr. 1 und 2 und Abs. 2 BayWG sowie Art. 24 Abs. 1 BayWG einschließlich der Anlagenunterhaltung gemäß Art. 37 BayWG.

4.2 Befreiung von der Einholung einer verkehrsrechtlichen Anordnung nach StVO

Die Wasserwirtschaftsverwaltung ist für die Durchführung ihrer Aufgaben bei Tätigkeiten und Arbeiten von kurzer Dauer (Arbeitsstellen, die nicht länger als einen Tag dauern und in der Regel während der Tageshelligkeit eines Kalendertages bestehen) und beschränktem Umfang (Sperrung von maximal einer Fahrspur und dem Geh- und Radweg) von der Einholung einer verkehrsrechtlichen Anordnung gemäß § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 4 in Verbindung mit § 45 Abs. 6 StVO befreit, sofern sich die Arbeitsstellen nicht auf den Autobahnen oder autobahnähnlich ausgebauten, zweibahnigen Straßen befinden und die Kennzeichnung und Sicherung nach den Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA) in der jeweils geltenden Fassung und den darin enthaltenen Verkehrszeichenplänen erfolgt.

4.3 Sondernutzungserlaubnis nach dem BayStrWG oder FStrG

Einer Sondernutzungserlaubnis (Art. 18 Abs. 1, Art. 21 BayStrWG, § 8 Abs. 1, 6 FStrG) bedarf es in den Fällen der Nr. 4.2 nicht.

4.4 Ausnahmen

Soweit es zur Erfüllung der unter Nr. 4.1 genannten Aufgaben der Wasserwirtschaftsverwaltung dringend geboten ist, wird es genehmigt, von den nachgenannten Vorschriften der StVO abzuweichen:

a) Die Ausnahmen der Nr. 3.4 Buchst. a bis g gelten entsprechend.
b) Verbote, die durch Anlage 2 zu § 41 Abs. 1 StVO Abschnitt 6 Nr. 28, 29, 30 und 34 Zeichen 250, 251, 253 oder 260, jeweils mit Zusatzzeichen 1020-30, 1026-36, 1026-37 oder 1026-38 angeordnet sind.

4.5 Auflagen und Bedingungen

a) Die Auflagen und Bedingungen der Nr. 3.5 Buchst. a und b gelten entsprechend.
b) Bei der Kennzeichnung und Sicherung der Arbeitsstellen sind die Vorgaben der RSA in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.
c) Bei Inanspruchnahme der Befreiung von verkehrsrechtlichen Anordnungen nach Nr. 4.2 ist die zuständige Straßenverkehrsbehörde möglichst frühzeitig von der Maßnahme zu benachrichtigen.
   – Bei planbaren Maßnahmen hat die Benachrichtigung mindestens 48 Werktagsstunden vor Maßnahmenbeginn zu erfolgen.
   – Bei nichtplanbaren Maßnahmen ist während der Bürozeiten die zuständige Straßenverkehrsbehörde, außerhalb der Bürozeiten die örtlich zuständige Polizeidienststelle zu verständigen, sofern eine Verkehrsbehinderung nicht ausgeschlossen werden kann.
d) Die verwendeten Fahrzeuge müssen eindeutig als Dienstfahrzeuge der Wasserwirtschaftsverwaltung erkennbar sein.
e) Die Fahrzeuge müssen nach DIN 30710 gekennzeichnet sein. Diese Kennzeichnung ist nicht erforderlich, wenn nur die Ausnahme nach Nr. 4.4 Buchst. a in Verbindung mit Nr. 3.4 Buchst. a und Nr. 1.2 Buchst. b – Pflicht zur Betätigung der Parkuhren bzw. Lösen eines Parkscheins – in Anspruch genommen wird.
f) Das zum Fahrzeug gehörende Personal muss beim Aufenthalt im Straßenraum auffällige Warnkleidung nach ISO EN 20471 tragen und sich als Personal der Wasserwirtschaftsverwaltung ausweisen können. Die Warnkleidung hat den Empfehlungen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (BGI/GUV-I 8591) zu entsprechen.
g) Das Befahren von und Parken auf Geh- und Radwegen, die nach Anlage 2 zu § 41 Abs. 1 StVO Abschnitt 5 Nr. 16, 18 bis 21 mit Zeichen 237, 239, 240, 241, 242.1 oder 244.1 gekennzeichnet sind, ist beschränkt auf Fahrzeuge mit einer zulässigen Gesamtmasse von höchstens 2,8 t. Bei Fahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von höchstens 3,5 t sind die Vorgaben des § 35 Abs. 6 Satz 2 und 3 StVO zu beachten. Ein Befahren mit schwereren Fahrzeugen ist nur zulässig, wenn die Zustimmung des Straßenbaulastträgers vorliegt.

5. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Allgemeinverfügung ergeht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs und tritt am 1. Oktober 2018 in Kraft. Sie gilt längstens bis zum 30. September 2021. Mit Ablauf des 30. September 2018 tritt die Allgemeinverfügung vom 6. August 2015 (AllMBl. S. 427) außer Kraft.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

Vollzug der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO); Sonderrechte für Einsatzfahrzeuge von örtlichen Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (Ersthelfergruppen)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 21. Juni 2018, Az. C4-3612-26-4

Regierungen
Landratsämter
Gemeinden
Hilfsorganisationen im Rettungsdienst
Zweckverbände für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung

nachrichtlich
Präsidien der Bayerischen Landespolizei
Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei
Bayerisches Polizeiverwaltungsamt
Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern – Fachbereich Polizei –
Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei
Bayerischer Landkreistag
Bayerischer Städtetag
Bayerischer Gemeindetag

Auf der Grundlage des § 46 Abs. 2 Satz 1 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) in Verbindung mit Art. 1 des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (ZustGVerk) wird vom Bayerischen Staatsministerium des Innern und für Integration folgende Allgemeinverfügung bekannt gegeben:

1. Sonderrechte für Einsatzfahrzeuge von Ersthelfergruppen der Feuerwehr und der im Rettungsdienst tätigen Hilfsorganisationen

1.1 Einsatzfahrzeuge von örtlichen Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (Ersthelfergruppen) der Feuerwehr und der im Rettungsdienst tätigen Hilfsorganisationen sind wie Fahrzeuge des Rettungsdienstes von den Vorschriften der StVO befreit, wenn höchste Eile geboten ist, um Menschenleben zu retten oder schwere gesundheitliche Schäden abzuwenden.

1.2 Berechtigt sind nur solche Ersthelfergruppen, die auf Dauer angelegt, planmäßig Erste Hilfe am Notfallort bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes leisten. Die Ersthelfergruppe muss dazu in die Alarmierungsplanung des örtlich zuständigen Zweckverbands für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung eingebunden sein. Die Alarmierung darf nur durch die Integrierte Leitstelle/Rettungsleitstelle und nur dann erfolgen, wenn höchste Eile geboten ist, um Menschenleben zu retten oder schwere gesundheitliche Schäden abzuwenden.

1.3 Der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung muss der Alarmierung allgemein zugestimmt haben. Die Zustimmung darf nur erteilt werden, wenn die die Ersthelfergruppe tragende Feuerwehr oder Hilfsorganisation die Bedingungen und Standards des Leitfadens für die Tätigkeit örtlicher Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (Ersthelfergruppen) in Bayern vom 27. April 2011 (AllMBl. S. 191), der durch Bekanntmachung vom 7. Februar 2013 (AllMBl. S. 60) geändert worden ist, einhält.

1.4 Das verwendete Einsatzfahrzeug muss nach Anstrich und Beschriftung als Einsatzfahrzeug der Feuerwehr oder des Rettungsdienstes erkennbar sein. Es muss dauerhaft mit Sonderwarneinrichtungen (blaues Blinklicht und Einsatzhorn) ausgerüstet sein. Die im Leitfaden (Nr. 1.3) vorgegebene Mindestausrüstung ist im Einsatzfahrzeug vorzuhalten.

1.5 Eine Inanspruchnahme der Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr und Rettungsdienst ist nur zulässig, wenn bei der Feuerwehr die Gemeinde und beim Rettungsdienst die Hilfsorganisation dem allgemein oder für den Einzelfall zugestimmt hat. Diese haben vorher sicherzustellen, dass Kraftfahrzeug-Versicherungsschutz auch für die Ausübung von Sonderrechten im Straßenverkehr durch die Ersthelfergruppe besteht.

1.6 Die Sonderrechte dürfen nur unter gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgeübt werden.

2. Sonderrechte für Einsatzfahrzeuge von Ersthelfergruppen anderer Organisationen

Die Regierungen sind zuständig zur Entscheidung über Anträge auf Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Gewährung von Sonderrechten im Straßenverkehr durch andere Organisationen, welche dauerhaft Ersthelfergruppen betreiben (§ 46 Abs. 2 Satz 1 StVO in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. e der Verordnung über Zuständigkeiten im Verkehrswesen – ZustVVerk).

3. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Allgemeinverfügung ergeht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs und tritt am 1. Oktober 2018 in Kraft. Sie gilt längstens bis zum 30. September 2021. Mit Ablauf des 30. September 2018 tritt die Allgemeinverfügung vom 6. August 2015 (AllMBl. S. 430) außer Kraft.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 2. Juli 2018, Az. B4-1517-8-57

Auf Grund des Art. 3 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wird die Gemeinde Eggstätt (Landkreis Rosenheim, Regierungsbezirk Oberbayern) mit Wirkung vom 1. August 2018 zum Mitglied des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands bestimmt.

Die Jahresrechnungen der Gemeinde Eggstätt sind noch bis einschließlich des Haushaltsjahres 2016 durch die staatliche Rechnungsprüfungsstelle des Landratsamts Rosenheim zu prüfen.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

Festlegung volatiler Kostenanteile zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten im Strombereich für die dritte Regulierungsperiode der Anreizregulierung gegenüber den Betreibern von Elektrizitätsversorgungsnetzen im Sinne des § 3 Nr. 2 EnWG in der Zuständigkeit der Regulierungskammer des Freistaates Bayern

Mitteilung der Regulierungskammer des Freistaates Bayern

Mitteilung Nr. 1/2018 vom 3. Juli 2018, Az. GR-5932a/54/97

§ 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 4a, § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3, § 11 Abs. 5 Satz 2 ARegV; Tenor des Beschlusses zur Festlegung volatiler Kostenanteile zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten im Strombereich für die dritte Regulierungsperiode der Anreizregulierung gegenüber den Betreibern von Elektrizitätsversorgungsnetzen in der Zuständigkeit der Regulierungskammer des Freistaates Bayern.

In dem energiewirtschaftsrechtlichen Verwaltungsverfahren gemäß § 29 Abs. 1 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 4a und § 11 Abs. 5 Satz 2 der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) betreffend die **Festlegung volatiler Kostenanteile nach § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3, § 11 Abs. 5 Satz 2 ARegV zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten in der dritten Regulierungsperiode im Strombereich (vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2023)** für die Elektrizitätsverteilernetze aller Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen in der Zuständigkeit der Regulierungskammer des Freistaates Bayern, die in der dritten Regulierungsperiode im Strombereich an der Anreizregulierung teilnehmen, hat die Regulierungskammer des Freistaates Bayern als Landesregulierungsbehörde am 3. Juli 2018 beschlossen:

1. Die Kosten des jeweils von der Festlegung adressierten Netzbetreibers für die Beschaffung von Verlustenergie (nachfolgend die **„Verlustenergiekosten"**) werden für den Zeitraum ab der dritten Regulierungsperiode der Anreizregulierung, beginnend ab dem 1. Januar 2019, als volatile Kostenanteile im Sinne des § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 ARegV festgelegt.

2. Der jeweils von der Festlegung adressierte Netzbetreiber wird ab der dritten Regulierungsperiode – beginnend am 1. Januar 2019 – dazu verpflichtet, seine kalenderjährlichen Erlösobergrenzen jährlich zum 1. Januar des jeweiligen Kalenderjahres gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 ARegV dergestalt anzupassen, dass die Differenz der Verlustenergiekosten zwischen dem Basisjahr für die dritte Regulierungsperiode (VK_0) und den ansatzfähigen Verlustenergiekosten, die sich infolge der nachfolgend vorgegebenen Berechnungsmethodik kalenderjährlich ergeben (VK_t) als volatiler Kostenanteil berücksichtigt wird.

3. Die Berechnungsmethodik für den im Rahmen der Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 ARegV ansatzfähigen Planwert der Verlustenergiekosten des jeweiligen Kalenderjahres (VK_t) wird wie folgt festgelegt: Der ansatzfähige Planwert der Verlustenergiekosten des jeweiligen Kalenderjahres ergibt sich aus dem Produkt des Referenzpreises und der ansatzfähigen Menge.

   a) Die Berechnung des Referenzpreises erfolgt anteilig aus dem Baseload-Preis (zu einem Anteil von 69 %) und dem Peakload-Preis (zu einem Anteil von 31 %).

      (1) Der Baseload-Preis ergibt sich dabei als tagesgenauer (ungewichteter) Durchschnittspreis aller im Zeitraum 1. Juli t-2 bis 30. Juni t-1 gehandelten Phelix-Year-Futures (Baseload) für das Lieferjahr t.

      (2) Der Peakload-Preis ergibt sich als tagesgenauer (ungewichteter) Durchschnittspreis aller im Zeitraum 1. Juli t-2 bis 30. Juni t-1 gehandelten Phelix-Year-Futures (Peakload) für das Lieferjahr t.

      (3) Der Durchschnittspreis für das Jahr 2019 wird auf Basis des Phelix-DE/AT-Year-Future gebildet. Der Durchschnittspreis für die Jahre 2020 bis 2023 wird auf Basis des Phelix-DE-Year-Future gebildet.

   b) Die ansatzfähige Menge ergibt sich aus dem im Rahmen der Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 Abs. 1 ARegV für den jeweils von der Festlegung adressierten Netzbetreiber anerkannten Wert des Basisjahres 2016. Die ansatzfähige Menge wird für die Dauer der dritten Regulierungsperiode festgesetzt. Eine jährliche Anpassung der ansatzfähigen Menge findet nicht statt.

   c) Ein Plan-Ist-Abgleich über das Regulierungskonto (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ARegV) findet nicht statt.

4. Nebenbestimmung:

   Die Festlegungen in den Nrn. 1 bis 3 des Tenors dieses Beschlusses sind bis zum 31. Dezember 2023 befristet.

5. Für die Festlegungen in den Nrn. 1 bis 4 des Tenors dieses Beschlusses werden keine Kosten erhoben.

Die vollständige Entscheidung kann auf der Internetseite der Regulierungskammer des Freistaates Bayern (www.regulierungskammer-bayern.de, Entscheidungen > Entscheidungen zur Erlösobergrenze) abgerufen werden. Gemäß § 73 Abs. 1a EnWG ergeht hiermit der Hinweis, dass die Festlegung mit dem Tag als zugestellt gilt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt der Regulierungskammer des Freistaates Bayern, dem Allgemeinen Ministerialblatt, zwei Wochen verstrichen sind.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Entscheidung ist nach § 75 Abs. 1 EnWG die Beschwerde zulässig. Sie ist **schriftlich** binnen einer mit der Zustellung der Entscheidung beginnenden **Frist von einem Monat** bei der Regulierungskammer des Freistaates Bayern, Prinzregentenstraße 28, 80538 München (Postanschrift: 80525 München) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem zuständigen Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht München, eingeht (§ 75 Abs. 4, § 78 Abs. 1 EnWG).

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beshwerdegerichts verlängert werden (§ 78 Abs. 3 EnWG). Die Beschwerdebegründung muss enthalten (§ 78 Abs. 4 EnWG):

1. die Erklärung, inwieweit die Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, sowie
2. die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt.

Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein (§ 78 Abs. 5 EnWG).

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG). Auf Antrag kann das Beschwerdegericht die aufschiebende Wirkung anordnen (§ 77 Abs. 3 Satz 4 EnWG).

III. Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen

605-F

Steuerkraftzahlen aus der Grundsteuer und der Gewerbesteuer für 2019 (Steuerkraftzahlenbekanntmachung 2019 – StKraftBek 2019)

Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat und des Innern und für Integration

vom 8. Juni 2018, Az. 63-FV 6110-2/4

Die Ermittlung der Steuerkraftzahlen aus der Grundsteuer und der Gewerbesteuer für das Jahr 2019 richtet sich nach:

– Art. 4 des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes (BayFAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2013 (GVBl. S. 210, BayRS 605-1-F) in der am 1. Januar 2019 geltenden Fassung,
– der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (FAGDV) vom 19. Juli 2002 (GVBl. S. 418, BayRS 605-10-F) in der am 1. Januar 2019 geltenden Fassung,
– der Gemeinsamen Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien der Finanzen und des Innern über die Erhebung der Gewerbesteuerumlage, Auszahlung der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer, der Umsatzsteuer und des Einkommensteuerersatzes vom 4. April 2008 (FMBl. S. 125, AllMBl. S. 338, StAnz. Nr. 17, Nr. 20).

1. **Allgemeines**

1.1 Für die Festsetzung der Steuerkraftzahlen 2019 sind die Isteinnahmen 2017 und die für 2017 festgesetzten Realsteuerhebesätze maßgebend (Gewerbesteuer- und Grundsteuergrundbeträge 2017).

1.2 [1]Soweit im Jahr 2017 die Hebesätze in einer Gemeinde für einzelne Steuerarten nicht für das gesamte Gemeindegebiet einheitlich festgesetzt waren, sind die Grundbeträge für die einzelnen Gemeindegebiete gesondert zu ermitteln. [2]Maßgebend sind die Isteinnahmen, die im Jahr 2017 für das Gebiet der jeweiligen am 1. Januar 2019 bestehenden Gemeinde angefallen sind.

1.3 Soweit sich das Gebiet einer am 1. Januar 2019 bestehenden Gemeinde nach dem 1. Januar 2017 verändert hat, sind zunächst die Grundbeträge der an der Änderung beteiligten Gemeinden nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 2016 einzeln festzustellen und dann entsprechend der Aufteilung der Einwohnerzahl hinzuzurechnen beziehungsweise abzuziehen.

1.4 [1]Falls die an der Gebietsänderung beteiligten Gemeinden sich einigen, kann abweichend von der Einwohnerzahl aufgeteilt werden. [2]Eine entsprechende Mitteilung, die von den beteiligten Gemeinden unterzeichnet sein muss, ist dem Landesamt für Statistik bis spätestens 1. September 2018 zu übersenden.

2. **Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer**

2.1 [1]Grundlage für die Berechnung der Gewerbesteuergrundbeträge sind die Meldungen über die Gewerbesteueristeinnahmen 2017 an das Finanzamt München sowie die im Jahr 2017 gemeldeten Berichtigungen früherer Jahre. [2]Soweit Berichtigungen, die im Jahr 2017 gemeldet wurden, bereits bei der Ermittlung der Grundbeträge 2016 berücksichtigt wurden, werden die Gewerbesteuereinnahmen 2017 vom Landesamt für Statistik entsprechend bereinigt.

2.2 Berichtigungen von Gewerbesteuereinnahmen, die bei der Mitteilung für die Gewerbesteuerumlage 2018 gemeldet werden, sind grundsätzlich erst bei der Ermittlung der Gewerbesteuerkraftzahlen für das Jahr 2020 zu berücksichtigen.

2.3 Bei gemeindefreien Gebieten werden die Gewerbesteuergrundbeträge nach den Meldungen über die Gewerbesteueristeinnahmen für die Vierteljahresstatistik 2017 ermittelt.

2.4 Bei der Ermittlung der Gewerbesteuerkraftzahlen werden auch die in 2017 zugeflossenen Einnahmen aus der Spielbankabgabe zur Hälfte berücksichtigt (§ 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 FAGDV).

3. **Steuerkraftzahlen der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) und von den Grundstücken (Grundsteuer B)**

3.1 Grundlage für die Berechnung der Grundsteuergrundbeträge sind die Meldungen für die Vierteljahresstatistik 2017.

3.2 Berichtigungen der Meldungen über Grundsteuereinnahmen früherer Jahre, die 2018 gemeldet werden, werden grundsätzlich erst bei der Ermittlung der Grundsteuerkraftzahlen 2020 berücksichtigt.

3.3 Grundsteueraufkommensbeträge des Jahres 2017, die erst im Laufe des Jahres 2018 kassenwirksam geworden sind, brauchen nicht gesondert gemeldet zu werden, da diese automatisch in der Vierteljahresstatistik 2018 erfasst und damit bei der Berechnung der Grundsteuerkraftzahlen 2020 berücksichtigt werden.

4. **Interkommunale Gewerbegebiete**

4.1 Bei der Berechnung der Grundsteuerkraftzahl und der Gewerbesteuerkraftzahl können von der Ertragshoheit abweichende Verteilungsregelungen der an einem interkommunalen Gewerbegebiet beteiligten Gemeinden unter folgenden Voraussetzungen berücksichtigt werden:

a) Die interne Aufteilung des Grundsteueraufkommens oder des Gewerbesteueraufkommens zwischen den beteiligten Gemeinden eines interkommunalen Gewerbegebietes muss in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag nach Art. 7 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) oder in einer Verbandssatzung nach Art. 19 KommZG verbindlich festgelegt sein.

b) An dem interkommunalen Gewerbegebiet dürfen nur bayerische Gemeinden beteiligt sein und es darf sich nicht auf Gebiete außerhalb Bayerns erstrecken; denn der kommunale Finanzausgleich wirkt nicht grenzüberschreitend.

c) [1]Die beteiligten bayerischen Gemeinden eines interkommunalen Gewerbegebietes müssen einen gemeinsamen Antrag auf abweichende Realsteuerverteilung stellen, an den sie auf die Dauer von fünf Jahren gebunden sind. [2]Eine Berücksichtigung ist erstmals ab dem auf die Antragstellung folgenden Jahr möglich. [3]Rückwirkende Änderungen der Steuerkraftzahlen sind ausgeschlossen. [4]Der Antrag und die zugrunde liegenden Regelungen, Vereinbarungen sowie etwaige Änderungen dieser Grundlagen sind bis spätestens 1. September 2018 beim Landesamt für Statistik schriftlich vorzulegen, wenn er in die Berechnung der Steuerkraft 2019 eingehen soll. [5]Auf die Übermittlung kann verzichtet werden, soweit der Antrag oder die Unterlagen dem Landesamt für Statistik bereits vorliegen.

4.2 [1]Soweit die Voraussetzungen für die Berücksichtigung einer Vereinbarung über eine abweichende Steuerverteilung erfüllt sind, sind jährlich die betroffenen Realsteueristeinnahmen aus dem interkommunalen Gewerbegebiet zu melden. [2]Die beteiligten Gemeinden teilen dem Landesamt für Statistik bis zum 1. September 2018 in einem gemeinsamen Schreiben die Realsteueristeinnahmen aus dem interkommunalen Gewerbegebiet und deren Aufteilung auf die beteiligten Gemeinden mit. [3]Bei der Gewerbesteuer sind die Beträge zu melden, die in den Meldungen für die Berechnung der Gewerbesteuerumlage 2017 enthalten sind; bei der Grundsteuer sind es die in den Meldungen zur Vierteljahresstatistik 2017 enthaltenen Beträge.

4.3 Anschließend werden für die Berechnung der Realsteuerkraftzahlen der beteiligten Gemeinden durch das Landesamt für Statistik folgende Korrekturen vorgenommen:

a) Korrektur der maßgebenden Grundbeträge

[1]Die im interkommunalen Gewerbegebiet vereinnahmten Realsteuern werden anhand des Hebesatzes der steuererhebenden Gemeinde auf den Grundbetrag heruntergerechnet. [2]Danach wird dieser Grundbetrag entsprechend der im öffentlich-rechtlichen Vertrag nach Art. 7 KommZG oder in der Verbandssatzung nach Art. 19 KommZG festgelegten Anteile der beteiligten bayerischen Gemeinden aufgeteilt. [3]Die sich insgesamt für die beteiligten bayerischen Gemeinden ergebenden Grundbeträge werden um diese jeweiligen Beträge korrigiert. [4]Der für jede Gemeinde korrigierte Grundbetrag wird sodann mit dem Nivellierungshebesatz der jeweiligen Steuerart, beim Gewerbesteuergrundbetrag abzüglich des Vervielfältigers der Gewerbesteuer-Umlage, multipliziert.

b) Korrektur des maßgebenden Zuschlags

[1]Der Zuschlag auf die Realsteuereinnahmen nach Art. 4 Abs. 2 Satz 2 BayFAG richtet sich für die im interkommunalen Gewerbegebiet vereinnahmten Realsteuern nach den Verhältnissen der steuererhebenden Gemeinde. [2]Der so ermittelte Zuschlag wird entsprechend der im öffentlich-rechtlichen Vertrag nach Art. 7 KommZG oder in der Verbandssatzung nach Art. 19 KommZG festgelegten Anteile der beteiligten bayerischen Gemeinden aufgeteilt. [3]Die sich insgesamt für die beteiligten bayerischen Gemeinden ergebenden Zuschläge werden um diese jeweiligen Beträge korrigiert.

4.4 [1]Für die Zurechnung ist das Jahr der Vereinnahmung der Realsteuern aus dem interkommunalen Gewerbegebiet durch die steuererhebende Gemeinde maßgeblich. [2]Auf den Zeitpunkt der Weiterleitung von Steuerbeträgen an die übrigen beteiligten Gemeinden kommt es dabei nicht an.

5. **Behandlung negativer Steuerkraftzahlen**

5.1 [1]Wenn bei einer Gemeinde im Ermittlungsjahr bei einer Steuerart die Steuerrückzahlungen höher waren als die Steuereinnahmen, führt das zu einem negativen Grundbetrag und damit zu einer negativen Steuerkraftzahl. [2]Der Zuschlag auf die Realsteuereinnahmen nach Art. 4 Abs. 2 Satz 2 BayFAG gilt auch im Falle einer negativen Steuerkraftzahl. [3]In diesem Fall hat auch der Zuschlag ein negatives Vorzeichen und erhöht damit den negativen Wert der Steuerkraftzahl. [4]Wenn die negative Steuerkraftzahl durch die Steuerkraftzahlen aus den anderen Realsteuern, der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer nicht voll ausgeglichen wird, so geht in die Berechnung der Schlüsselzuweisungen die negative Steuerkraftmesszahl ein.

5.2 Bei der Festsetzung der Kreisumlage ist wie folgt zu verfahren:

a) [1]Auf die Steuerkraftzahlen und die anzurechnenden Schlüsselzuweisungen sind die jeweiligen Kreisumlagesätze anzuwenden. [2]Etwaige negative Beträge sind gegen positive Beträge aufzurechnen. [3]Der überschießende positive Betrag bildet die von der Gemeinde zu entrichtende Kreisumlage.

b) [1]Ergibt sich nach Aufrechnung für die Kreisumlage ein negativer Betrag, so ist dieser mit der Kreisumlage der Gemeinde im darauffolgenden Haushaltsjahr zu verrechnen. [2]Durch diese Verrechnung werden Zahlungen der Landkreise an kreisangehörige Gemeinden aufgrund negativer Steuerkraftzahlen vermieden.

5.3 Entsprechendes gilt für die Bezirksumlage.

6. **Schlussbestimmungen**

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Juli 2018 in Kraft; sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft.

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration
Hübner	Schuster
Ministerialdirektor	Ministerialdirektor

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibung

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit sind in nächster Zeit zu besetzen:

1. Die Stelle **der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichts Regensburg** (Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage)

   Es können nur Bewerberinnen/Bewerber berücksichtigt werden, die über eine verwaltungsrichterliche Berufserfahrung von mindestens drei Jahren und Erfahrung als Juristin/Jurist in der öffentlichen Verwaltung verfügen.

   Vorrangig werden Bewerberinnen/Bewerber berücksichtigt, die zudem über eine ausreichend lange Berufserfahrung
   - von mindestens zwei Jahren als Richterin/Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (oder einem Oberverwaltungsgericht) oder
   - von mindestens zwei Jahren als Juristin/Jurist in der Ministerialverwaltung (oder einer vergleichbaren Verwaltung auf europäischer/internationaler Ebene) oder
   - von mindestens zwei Jahren als Juristin/Jurist am Bundesverfassungsgericht oder Bundesverwaltungsgericht (oder einem anderen obersten Gerichtshof des Bundes oder einem vergleichbaren Gericht auf europäischer/internationaler Ebene)

   verfügen.

2. Zwei Stellen **einer Vorsitzenden Richterin/eines Vorsitzenden Richters am Verwaltungsgericht Ansbach** (Besoldungsgruppe R 2)

   Es können nur Bewerberinnen/Bewerber berücksichtigt werden, die bereits über hinreichende verwaltungsrichterliche Berufserfahrung verfügen.

   Bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung werden die Bewerberinnen/Bewerber bevorzugt berücksichtigt, die über eine ausreichend lange Berufserfahrung als Juristin/Jurist in der Ministerialverwaltung, am Bundesverfassungsgericht, am Bundesverwaltungsgericht oder einer vergleichbaren Institution auf europäischer/internationaler Ebene verfügen.

Bewerbungen um diese Stellen sind bis **10. August 2018** auf dem Dienstweg beim Bayerischen Staatsministerium des Innern und für Integration einzureichen.

Die Bewerbung von Frauen wird begrüßt (Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber im Sinne von § 2 Abs. 2 SGB IX werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Literaturhinweise

Haufe Mediengruppe, Freiburg u. a.

Jiranek/Edmüller, **Konfliktmanagement,** Konflikten vorbeugen, sie erkennen und lösen, 5. Auflage 2017, 350 Seiten, Preis 19,95 €, ISBN 978-3-648-10610-5.

In dem Buch wird die Entstehung von Konflikten mit den einzelnen Phasen, die durchlaufen werden, und deren Lösung behandelt. Praxisbeispiele helfen, die eigene Situation zu analysieren und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Es werden Hinweise und Hilfen zum Thema Mobbing gegeben. Zahlreiche Fragebögen und Checklisten zur Konfliktanalyse, -moderation und -lösung sind enthalten.

Mentzel/Grotzfeld/Haub, **Mitarbeitergespräche erfolgreich führen,** Einzelgespräche, Teamgespräche, Zielvereinbarungen und Mitarbeiterbeurteilungen, 12. Auflage 2017, 217 Seiten, Preis 29,95 €, ISBN 978-3-648-10545-0.

Das Mitarbeitergespräch dient der Verbesserung des Vorgesetzten-Mitarbeiter-Verhältnisses, fördert Offenheit sowie gegenseitiges Verständnis und erleichtert die Zusammenarbeit. Das Buch unterstützt bei der Vorbereitung von Mitarbeitergesprächen und hilft Fehler zu vermeiden. Es enthält Grundlagenwissen, Anleitungen, Leitfäden und Checklisten für die Vorbereitung und Durchführung der wichtigsten Gesprächssituationen, ob Zielvereinbarungsgespräche, Mitarbeiterbeurteilungen oder Gehaltsverhandlungen, gibt praktische Tipps für wirkungsvolle Gesprächstechniken, Gesprächsarten und den Ablauf. Arbeitshilfen wie Gesprächsleitfäden, Protokollmuster, Formulare und Checklisten stehen online zum Download bereit.

Müller-Thurau, **Knigge für Berufseinsteiger,** 2017, 155 Seiten, Preis 19,95 €, ISBN 978-3-648-09642-0.

Die Gründe, warum der Start ins Berufsleben schwierig ist oder gar missglückt, können vielfältig sein. Das Buch bietet Hilfestellung, die erste Zeit im Job unfallfrei zu meistern und sich in den ersten 100 Tagen optimal zu präsentieren sowie die wichtigsten Benimmregeln zu beherrschen. Als Unterstützung stehen Arbeitshilfen wie ein Knigge-Test, Test zu den Fragearten, ein Quiz zum Arbeitsrecht etc. zum Download online bereit.

Nöllke, **Schlagfertigkeit,** 4., überarbeitete und erweiterte Auflage 2018, 235 Seiten, Preis 19,95 €, ISBN 978-3-648-10613-6.

Spitze Bemerkungen, Diskussionen im Team oder unsachliche Kritik – mit schlagfertigen Antworten können die unterschiedlichsten Situationen gemeistert werden. Das Buch vermittelt die Techniken, die für eine schlagfertige Situation benötigt werden. Das Werk bietet ein einprägsames, kurzweiliges Trainingsprogramm für mehr Schlagfertigkeit und Tipps für die richtige Körpersprache mit vielen praktischen Übungen.

Tillmanns/Mutschler, **Mutterschutzgesetz, Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – MuSchG / BEEG,** Praxiskommentar zum MuSchG und BEEG sowie zu angrenzenden Vorschriften mit Gestaltungshinweisen und Beispielen, 2. Auflage 2018, 1168 Seiten, Preis 82 €, ISBN 978-3-648-08793-0.

Der Kommentar beantwortet alle Fragen zu Mutterschutz und Elternzeit schnell und rechtssicher. Sämtliche Paragrafen des MuSchG und des BEEG sind ausführlich kommentiert und verständlich aufbereitet. Die gesetzlichen Änderungen ab 1. Januar 2018 mit dem komplett neu gefassten Mutterschutzgesetz (MuSchG) und dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) sind ausführlich kommentiert und verständlich aufbereitet. Die relevanten Vorschriften aus dem Aufwendungsausgleichsgesetz (AAG) sowie Vorschriften zum Mutterschaftsgeld aus dem SGB V werden detailliert erläutert. Die aktuelle Rechtsprechung des BAG, EuGH und zahlreicher Landesarbeitsgerichte ist eingearbeitet. Durch die zahlreichen Beispiele und Hinweise wird die Auslegung und Anwendung aller Vorschriften erleichtert.

Trost/Menebröcker, **Umsatzsteuer in der öffentlichen Verwaltung,** 2018, 420 Seiten, Preis 59 €, ISBN 978-3-648-09913-1.

Durch zahlreiche Gesetzesänderungen muss die öffentliche Verwaltung mit immer komplizierteren und aufwändigeren Abrechnungen fertig werden. Das Buch erläutert anschaulich alles Wissenswerte für die öffentliche Hand, wie die Grundsätze der Besteuerung der öffentlichen Verwaltung, die allgemeinen Grundlagen des Umsatzsteuerrechts sowie die umsatzsteuerlichen Besonderheiten der Besteuerung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Es werden Tipps zum Umgang mit Betätigungen, die Schwerpunkte von Betriebsprüfungen sind, gegeben und anhand von vielen praxisnahen Beispielen die aktuellen und künftigen Steuerpflichten aufgezeigt. In den Arbeitshilfen online finden sich Anweisungen der Finanzverwaltung und Gesetze.

Ulbricht, **Praxishandbuch Social Media und Recht,** Rechtssichere Kommunikation und Werbung in sozialen Netzwerken, 4. Auflage 2018, 368 Seiten, Preis 39,95 €, ISBN 978-3-648-10220-6.

Das Buch informiert ausführlich über die rechtlichen Risiken der verschiedenen Kommunikationsmedien. Es zeigt wie wichtig die Auseinandersetzung mit dem Urheberrecht, der neuen Datenschutzgrundverordnung, den Dokumentationspflichten oder das Einbinden der Mitarbeiter mithilfe Social Media Guidelines ist, nicht zuletzt wegen des erheblich erhöhten Bußgeldrahmens. Der Band bietet Antworten auf Fragen zum Urheber-, Marken- und Wettbewerbsrecht und Informationen zur Datenschutzgrundverordnung 2018. Checklisten zu Urheberrecht, Social-Media-Präsenz des Unternehmens sowie Social Media Guidelines helfen in der Praxis.

Weigand, **Green Marketing,** Erfolgsstrategien für kleine mittelständische Unternehmen, 2017, 239 Seiten, Preis 39,95 €, ISBN 978-3-648-09596-6.

Bio-Erzeugnisse, der Einsatz alternativer Energieformen, nachhaltig produzierte Kleidung wird dem Verbraucher immer wichtiger und er fordert ökologisch und ethisch einwandfreie Produkte. Das Buch zeigt auf, wie Unternehmen unterschiedlicher Branchen erfolgreich grüne Marketingstrategien umsetzen. Es werden konkrete Handlungsanweisungen, wie kleine und mittelständische Unternehmen ihre eigene Bio-Marketing-Strategie entwickeln und anwenden, dargestellt. Online werden Arbeitshilfen zur Potenzialanalyse, Checklisten u. v. m. zur Verfügung gestellt.

Wolf, **Zielvereinbarungen in der Praxis,** Aufwand reduzieren, Nutzen maximieren, Chancen realisieren, 2018, 321 Seiten, Preis 39,95 €, ISBN 978-3-648-10586-3.

Zielvereinbarungen sind fester Bestandteil der Personalführung und dienen als Instrument der Steuerung und Kontrolle. In dem Buch wird praxisnah erläutert, wie der Aufwand für Zielvereinbarungsgespräche gesenkt werden kann und Zielsysteme sinnvoll und zum unmittelbaren Nutzen für Führungskräfte und Mitarbeiter angewendet werden können. Mit praktischen Tipps, innovativen Methoden und vielen Beispielen bietet der Band Lösungen für alle Praxis- und Umsetzungsprobleme.

Gieseking Verlag, Bielefeld

Bergschneider, **Verträge in Familiensachen,** Eheverträge, Trennungs- und Scheidungsvereinbarungen, FamRZ-Buch, Band 9, 6., neu bearbeitete Auflage 2018, XXXIV, 350 Seiten, Preis 59 €, ISBN 978-3-7694-1196-6.

Schwerpunkte des Werks sind die allgemeinen Wirksamkeitsvoraussetzungen (insbes. richterliche Inhaltskontrolle!), die Herausnahme von Vermögen aus dem Zugewinn (partielle Zugewinngemeinschaft) sowie Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich. Neu bzw. besonders aktuell in der sechsten Auflage sind u. a. die Themen Wechselmodell, Kinder und Auslandsreisen und die Unterstützung bei Wohnungssuche nach Trennung.

Fröschle, **Sorge und Umgang in der Rechtspraxis,** FamRZ-Buch, Band 37, 2., neu bearbeitete Auflage 2018, XXIII, 303 Seiten, Preis 49 €, ISBN 978-3-7694-1197-3.

Das FamRZ-Buch bietet einen komprimierten und verständlichen Zugang zu sämtlichen praxisrelevanten Fragen des Sorge- und Umgangsrechts. Die Neuauflage berücksichtigt neben neuer Literatur und Rechtsprechung auch zahlreiche Gesetzesänderungen, u. a. zur Regelung der vertraulichen Geburt, zur Bekämpfung von Kinderehen sowie zur Einführung eines familiengerichtlichen Genehmigungsvorbehaltes für freiheitsentziehende Maßnahmen bei Kindern. Den kinderschutzrechtlichen Maßnahmen ist nunmehr ein eigenes Kapitel gewidmet.

Rehm Verlag, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München

Mildenberger, **Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen,** Kommentar, 172. Lieferung, Stand Januar 2018.

Breier, **Eingruppierung und Tätigkeitsmerkmale für Angestellte im öffentlichen Dienst,** Kommentar, 113. Lieferung, Stand März 2018.

Uttlinger, **Das Reisekostenrecht in Bayern,** Kommentar, 136. Lieferung, Stand Dezember 2017.

Breier/Thivessen/Dassau/Kiefer, **TV-L – Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst der Länder,** Kommentar zum Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst, 79. und 80. Lieferung, Stand April 2018.

Breier u. a., **TVöD Entgeltordnung VKA,** Eingruppierung in der Praxis, 18. Lieferung, Stand Februar 2018.

Breier u. a., **TVöD – Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst,** Kommentar, 101. und 102. Lieferung, Stand April 2018.

Dassau/Langenbrinck, **Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst – TVöD Textausgabe,** 35. Lieferung, Stand April 2018.

Uttlinger/Baisch/Biermeier, **Das Umzugskostenrecht in Bayern,** Kommentar, 91. Lieferung, Stand Januar 2018.

R. v. Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg

Krämer/Schmidt, **Zuwendungsrecht – Zuwendungspraxis,** Textsammlung, Kommentar und Rechtsprechungssammlung zum Recht der Zuwendungen und Subventionen der öffentlichen Hand mit Verfahrenshinweisen für die Behörden und Zuwendungsempfänger, 137. und 138. Lieferung, Stand Februar 2018.

Schadewitz/Röhrig, **Beihilfevorschriften,** Kommentar, 132. Lieferung, Stand März 2018.

von Roetteken, **Bundesgleichstellungsgesetz – BGleiG,** Kommentar mit Entscheidungssammlung einschließlich Kurzkommentar zum Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetz und zur Gleichstellungsbeauftragten-Wahlverordnung, 65. Lieferung, Stand April 2018.

Wiley-VCH, Weinheim

Schütt, **Enzyklopädie der Holzgewächse,** Handbuch und Atlas der Dendrologie, 70. Lieferung, Stand Januar 2018, Preis 89,90 €, Loseblattwerk in 7 Ordnern, ISBN 978-3-527-32141-4.

Storhas, **Angewandte Bioverfahrensentwicklung,** Praxisbeispiele für Auslegung, Betrieb und Kostenanalyse, XX, 439 Seiten, 2018, Preis 89 €, ISBN 978-3-527-33878-8.

Die Grundlagen, um Produkte nachhaltig herzustellen und die Menschen mit notwendigen Gütern wie Nahrungsmitteln und Medikamenten zu versorgen, liefert die Biotechnologie. Die Bioverfahrenstechnik ist ein wichtiger Bereich der Biotechnologie. Das Buch deckt alle relevanten industriellen Fragestellungen ab. Es bietet eine praxisorientierte Einführung, eine integrierte Formelsammlung sowie Einblicke in die gängigen Software-Programme CAD und SuperPro Designer. Mit Hilfe von bewährten Faustformeln werden die Aufgaben exemplarisch gelöst und Hochschullehre und industrielle Praxis miteinander verbunden. Die anwendungsbezogenen Aufgaben ergänzen das Standardwerk „Bioverfahrensentwicklung".

Theiss Verlag, Stuttgart

Bojs, **Meine europäische Familie,** die ersten 54 000 Jahre, 431 Seiten, 2018, Preis 29,95 €, ISBN 978-3-8062-3674-3.

Anhand ihrer sequenzierten DNA erforscht die Autorin die eigene Familiengeschichte bis zur Steinzeit. Das eingängige und gut verständliche Buch zeigt daneben, wie die Menschen in Europa durch Generationen von Müttern, Vätern, Tanten und Cousins miteinander über alle Grenzen heutiger Nationalstaaten und oft sogar Kontinente hinweg verbunden sind. In Schweden wurde das Werk u. a. mit dem renommierten August-Preis als bestes schwedisches Sachbuch ausgezeichnet.

Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Blumenthal, **Kaspar Hausers Geschwister,** auf der Suche nach dem wilden Menschen, 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2018, 442 Seiten, Preis 26 €, ISBN 978-3-515-11646-6.

Das Buch widmet sich der Frage was den Menschen zum Menschen macht. Es beschäftigt sich mit der Grenze zwischen Mensch und Tier. Anhand von über 100 Beispielen aus den letzten 1500 Jahren werden Lebens- und Leidensgeschichten um „wilde Menschen" beleuchtet.

ecowin Verlag bei Benevento Publishing, Wals bei Salzburg

Engelbrecht/Linden, **Lass los!,** Es reicht – Wege aus der Verbitterung, 2018, 226 Seiten, Preis 24 €, ISBN 978-3-7110-138-2.

Aufgrund diverser negativer Ereignisse können Menschen verbittern. Nach einer eingehenden Analyse der Verbitterung werden verschiedene Strategien zur Vorbeugung und zur Rückgewinnung der Lebensfreude aufgezeigt.

Kosmos Verlag, Stuttgart

Strauß, **Artgerecht,** 13 Thesen zur Zukunft des Homo Sapiens, 319 Seiten, 2018, Preis 24 €, ISBN 978-3-440-15970-5.

Das Buch zeigt die selbstzerstörerische Entwicklung der Menschheit auf, die sich immer weiter von den natürlichen Bedürfnissen entfernt hat. In 13 Thesen wird verdeutlicht, wie der Wandel konkret eingeleitet werden kann und durch Rückbesinnung ein artgerechtes Leben zu führen möglich ist.

Claudius Verlag, München

Scheel/Engel, **Weit-Blick,** Einsichten auf dem Weg über die Alpen, 2018, 134 Seiten, Preis 14 €, ISBN 978-3-532-62814-0.

Auf Bergtouren weiten und klären sich Gedanken und der Blick auf die Dinge des Lebens und die Umwelt. Das Buch verknüpft die großen politischen Fragestellungen unserer Zeit mit den existenziellen Fragen des Lebens.

Dölling und Galitz Verlag, München u. a.

Straaß/Lieckfeld/Ottawa/Mecke, **Wandlungskünstler,** die geheime Erfolgsgeschichte der Insekten, 2018, 119 Seiten, Preis 19,90 €, ISBN 978-3-86218-087-5.

Mit Hilfe der Rasterelektronenmikroskop-Fotografie werden alle möglichen Kokons, Larven, Raupen, Käfer, Falter und andere Insekten und ihre eigenwilligen Methoden der Metamorphose in dem Band so nah für den Betrachter herangezoomt, dass sich eine völlig neue Welt eröffnet.

Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden

Barthel, **Bestattungsgesetz Bayern,** Kommentar, 2. Auflage 2017, XLVI, 193 Seiten, Preis 39 €, ISBN 978-3-89382-224-9.

Das bayerische Bestattungsgesetz ist in die vier Abschnitte Leichenwesen und Bestattung, Bestattungseinrichtungen, Aufsicht und Ermächtigungen sowie im letzten Abschnitt Ordnungswidrigkeiten, Übergangs- und Schlussvorschriften aufgegliedert. Der praxisnahe Kom-

mentar erläutert die Rechtsmaterie, die Bezüge zu vielen anderen Gebieten des öffentlichen Rechts und Privatrechts aufweist, klar und verständlich.

Edhofer/Willmitzer, **Bayerisches Straßen- und Wegegesetz,** Kommentar, 16. Auflage 2018, 870 Seiten, Preis 69 €, ISBN 978-3-8293-1371-1.

Anlass für die wesentlich geänderte und ergänzte Neuauflage des bewährten Kommentars sind insbesondere die Änderungen des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes zur Planfeststellung bei Störfallrisiko und zu Schnellstraßen, die gravierenden Änderungen des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung und des Gesetzes über ergänzende Vorschriften zu Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten sowie die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes und des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs. Das praxisorientierte Werk ist klar und übersichtlich gegliedert. Die Hervorhebung von Stichwörtern hilft, die Antworten und Lösungen zu den einzelnen Fragen und Problemfeldern leicht aufzufinden. Die für die Praxis wichtigsten Auszüge aus Gesetzen, Verordnungen, Vollzugsbekanntmachungen und Satzungsmustern befinden sich im Anhang.

Schink/Queitsch/Bleicher, **Abfallrecht,** Darstellung, 2. Auflage 2018, XXI, 666 Seiten, Preis 79 €, ISBN 978-3-8293-1351-3.

Das Abfallrecht hat in den letzten Jahren zahlreiche Änderungen erfahren. Das verständliche Werk bietet einen Überblick und erläutert die wichtigsten rechtlichen Aspekte der Abfallentsorgung praxisnah. Es behandelt neben dem KrWG, der VerpackV, dem ElektroG, dem BattG, der DepV weitere praxisrelevante Vorschriften. Die im Oktober 2017 bekannt gemachte neue Klärschlammverordnung und das Verpackungsgesetz, welches im Wesentlichen am 1. Januar 2019 in Kraft treten wird, sind ebenso enthalten. Erläuterungen zu spezifisch kommunalen Aspekten des Abfallrechts wurden neu aufgenommen.

Körner/Mehringer/Johannsen, **Gesetz über das Landesstrafrecht und das Verordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraf- und Verordnungsgesetz – LStVG),** Kommentar, 4. Auflage, Loseblattwerk inkl. 1 Ordner, Stand Januar 2017, ca. 480 Seiten, Preis 59 €, ISBN 978-3-921385-25-8.

Aufgaben und Befugnisse sowie Organisation und Zuständigkeiten der Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden werden in Bayern vom LStVG geregelt. Der praxisorientierte Kommentar ist logisch aufgebaut, präsentiert aktuell alle wesentlichen Vorschriften und ermöglicht eine umfassende und zuverlässige Orientierungs- und Arbeitshilfe. Das Werk bietet einen auch an höchstrichterlicher Rechtsprechung und neuestem Schrifttum orientierten Rechtsstand. Im Anhang befinden sich weitere abgedruckte Vorschriften.

Schulz/Ellmayer, **Brand- und Katastrophenschutz in Bayern,** Darstellung, Kommentare, Loseblattwerk inkl. 1 Ordner, Stand Oktober 2017, ca. 480 Seiten, Preis 69 €, ISBN 978-3-8293-1036-9.

Das Werk vereint die beiden Bereiche der Gefahrenabwehr, die in engster Beziehung zueinander stehen. Erstmals werden sie in Bayern in einem Erläuterungswerk zusammen dargestellt und so den Bedürfnissen der Praxis wie der inhaltlichen Verflechtung entsprochen. Die bestehenden Rechtsvorschriften sowie die derzeit geltenden Verwaltungsvorschriften und grundsätzlichen Regelungen des Innenministeriums werden berücksichtigt. Der praxisnahe Kommentar bietet mit Sachverstand eine übersichtliche und zuverlässige Arbeits- und Orientierungshilfe.

Sinner/Gassner/Hartlik, **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), Strategische Umweltprüfung (SUP),** Bearbeitung umweltrechtlicher Praxisfälle, Erläuterungswerk, 11. Lieferung, Stand März 2018, Preis 39 €, Loseblattgrundwerk inkl. 1 Ordner, ca. 870 Seiten, ISBN 978-3-8293-0541-9.

Pöhlker/Lausen, **Vergaberecht (VOB, VOL, VOF und RPW, SektVO, VgV und GWB),** Kommentar, Texte mit den amtlichen Hinweisen, 2. Auflage, 5. Lieferung, Stand April 2018, 270 Seiten, Preis 48,80 €, Gesamtwerk 1168 Seiten, ISBN 978-3-8293-0884-7.

Strunz/Findeisen, **Bayerisches Beamtengesetz (BayBG), Leistungslaufbahngesetz (LlbG), Bayerisches Disziplinargesetz (BayDG),** Kommentare, Loseblattwerk inkl. 1 Ordner, 28. Lieferung, Stand März 2018, 336 Seiten, Preis 57,10 €, Loseblattgesamtwerk ca. 1620 Seiten, ISBN 978-3-89382-079-5.

Endres/Herold/Reither, **Bayerisches Fischereigesetz (BayFiG),** Kommentar, Loseblattwerk inkl. 1 Ordner, 14. Lieferung, Stand Februar 2018, 212 Seiten, Preis 37,60 €, Loseblattgesamtwerk ca. 334 Seiten, ISBN 978-3-921385-95-1.

Schaetzell/Busse/Dirnberger/Stange, **Baugesetzbuch (BauGB) / Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO),** Kommentar, 26. und 27. Lieferung, Stand April 2018, 384 und 446 Seiten, Preis 59,50 € und 68,90 **€**, Loseblattwerk in 2 Ordnern, Gesamtwerk ca. 2700 Seiten, ISBN 978-3-86115- 922-3.

Wolters Kluwer Deutschland, Verlag Luchterhand, Neuwied

Becker/Tiedemann, **Arbeitsförderungsrecht,** Europäisches Recht, 131. Lieferung, Stand März 2018, Preis 394,32 €.

Hurlebaus, **Entscheidungssammlung zum Berufsbildungsrecht (EzB),** 44. Lieferung, Stand April 2018, Preis 350,90 €.

Jung/Preuß, **Rechtsgrundlagen der Rehabilitation,** Sammlung des gesamten Rehabilitationsrechts, 260., 261. und 262. Lieferung, Stand Februar 2018, Preis 412,36 €, 378,56 € bzw. 368,42 €.

Knittel, **Betreuungsrecht,** Kommentar, 81. Lieferung, Stand April 2018, Preis 186,34 €.

Luber/Schelter, **Deutsche Sozialgesetze,** Sammlung des gesamten Arbeits- und Sozialrechts der Bundesrepublik Deutschland, mit einer Zusammenstellung des Europäischen Sozialrechts, 788. und 789. Lieferung, Stand Mai 2018, Preis 448,40 € bzw. 383,80 €.

Luber/Schock, **Deutsches Sozialrecht,** Textausgabe mit Europäischem Sozialrecht, 369. und 370. Lieferung, Stand Mai 2018, Preis 472 € bzw. 404 €.

Grüner/Dalichau, **Sozialgesetzbuch,** Kommentar und Rechtssammlung, 381. und 382. Lieferung, Stand Mai 2018, Preis 375,48 € bzw. 423,16 €.

Fieseler/Schleicher/Busch, **Kinder- und Jugendhilferecht,** Gemeinschaftskommentar zum SGB VIII (GK-SGB VIII), 71. Lieferung, Stand März 2018, Preis 177,10 €.

Krug/Riehle, **SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe,** Kommentar, 184. und 185. Lieferung, Stand Mai 2018, Preis je 171,44 €.

Dalichau, **SGB X – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz,** Kommentar und Rechtssammlung, 201. und 202. Lieferung, Stand April 2018, Preis 319,44 € bzw. 302,50 €.

Friauf, **Kommentar zur Gewerbeordnung – GewO, Arbeitsrechtlicher Teil,** 304. und 305. Lieferung, Stand Mai 2018, Preis 376,96 € bzw. 380 €.

Erich Schmidt Verlag, Berlin

Geyer u. a., **Entgeltfortzahlung – Krankengeld – Mutterschaftsgeld (EKM),** vormals Vergütung der Arbeitnehmer bei Krankheit und Mutterschaft, Erläuterungen zu den arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften, Lieferung 2/18, Stand Mai 2018.

Hauck, **Sozialgesetzbuch SGB IV – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung,** Kommentar, Lieferung 1/18, 2/18 und 3/18, Stand Mai 2018.

Hauck, **Sozialgesetzbuch SGB VI – Gesetzliche Rentenversicherung einschl. Übergangsrecht für das Beitrittsgebiet,** Kommentar, Lieferung 2/18, Stand April 2018.

Hauck, **Sozialgesetzbuch SGB VII – Gesetzliche Unfallversicherung,** Kommentar, Lieferung 2/18, Stand Mai 2018.

Hauck, **Sozialgesetzbuch SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe,** Kommentar, Lieferung 2/18, Stand April 2018.

Hauck/Noftz, **Sozialgesetzbuch SGB X – Verwaltungsverfahren, Schutz der Sozialdaten, Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten,** Kommentar, Lieferung 1/18, Stand April 2018.

Hauck/Wilde, **Sozialgesetzbuch SGB XI – Soziale Pflegeversicherung,** Kommentar, Lieferung 1/18 und 2/18, Stand Mai 2018.

Duncker & Humblot Verlag, Berlin

Dikaios, **Überindividueller Umweltrechtsschutz am Beispiel der altruistischen Verbandsklage in der deutschen, griechischen und europäischen Rechtsordnung,** 2018, 2 Teilbände, Teilband 1: XXXVI, 688 Seiten, Teilband II: XVIII, 604 Seiten, Preis 159,90 €, Studien zum vergleichenden Öffentlichen Recht; 3, ISBN 978-3-428-15250-6.

Unter dem Begriff „überindividueller Umweltrechtsschutz" wird der gerichtliche Schutz umweltbezogener öffentlicher Interessen (wie Boden, Luft, Wasser, klimatische Bedingungen, Biosphäre) verstanden. Im rechtsvergleichenden Zugriff wagt sich das Werk innovativ an dieses vieldiskutierte Thema heran. Die Rechtsentwicklung des überindividuellen Umweltrechtsschutzes wird, zusammen mit den Grundlagen und Schwachstellen des Umweltrechtsschutzes, im deutschen (Teil 1), griechischen (Teil 2) und europäischen Recht (Teil 3) umfassend untersucht und analysiert. Weiterführende Reformvorschläge werden zu den genannten Rechtsordnungen entwickelt und dadurch Wege zu einem effektiven überindividuellen Umweltrechtsschutz auf nationaler und unionaler Ebene aufgezeigt.

Ley, **Das Instrument der Tierschutz-Verbandsklage,** Hintergründe, theoretische Grundlagen und praktische Umsetzung, 2018, 208 Seiten, Preis 74,90 €, Tübinger Schriften zum Staats- und Verwaltungsrecht; 101, ISBN 978-3-428-15422-7.

Das Instrument der Tierschutz-Verbandsklage konnte sich auf Bundesebene bislang nicht durchsetzen, auf Landesebene hingegen wurde es in der Hälfte der Bundesländer eingeführt. In dem Buch werden Hintergründe, theoretische Grundlagen und die praktische Umsetzung des Instruments beleuchtet. Die Tierschutz-Verbandsklage wird in einem sozialen, politischen und ethischen Kontext sowie vor dem Hintergrund der Geschichte und der Gegenwart des Tierschutzrechts eingeordnet. Daneben werden verwaltungs- und verfassungsrechtliche Gesichtspunkte des Instruments behandelt und die bestehenden landesrechtlichen Tierschutz-Verbandsklage-Gesetze einer näheren Betrachtung unterzogen sowie die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung zu Tierschutz-Verbandsklagen untersucht.

Ludwigs, **Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit in der Energiewende,** 2018, 196 Seiten, Preis 64,90 €, Schriften zum Deutschen und Europäischen Infrastrukturrecht; 8, ISBN 978-3-428-15252-0.

Die Grundpfeiler der nationalen und europäischen Energiepolitik sind Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit. Auf nationaler Ebene bilden neben dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017 das Strommarktgesetz und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz 2017 den jüngsten Entwicklungsschritt. Der Sammelband dokumentiert die Beiträge der Tagung an der Universität Würzburg vom 31. März 2017, die im Rahmen eines von der Fritz Thyssen Stiftung geförderten Drittmittelprojekts zum Thema „Das Recht der Energiewende" stattfand.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern" www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern" ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern" entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN UND FÜR INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 10 **München, 30. August 2018** **31. Jahrgang**

2132.0-B

Vollzug der Bauvorlagenverordnung

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 22. August 2018, Az. 24-4101-2-1

Regierungen
Untere Bauaufsichtsbehörden
Gemeinden

Verzeichnis der Anlagen

Anlage 1	Bauantrag und Abgrabungsantrag mit Erläuterungen
Anlage 1a	Erklärung über die Erfüllung des Kriterienkatalogs gemäß Anlage 2 der BauVorlV
Anlage 2	Baubeschreibung
Anlage 3	Stellungnahme der Gemeinde
Anlage 4	Beseitigungsanzeige mit Erläuterungen
Anlage 5	Zustimmung zur Abstandsflächenübernahme mit Erläuterungen
Anlage 6	Verantwortlicher für die Bauausführung mit Erläuterungen
Anlage 7	Baubeginnsanzeige mit Erläuterungen
Anlage 8	Anzeige der Nutzungsaufnahme
Anlage 9	Bescheinigung Standsicherheit I
Anlage 10	Bescheinigung Standsicherheit II
Anlage 11	Bescheinigung Brandschutz I
Anlage 12	Bescheinigung Brandschutz II
Anlage 13	Bescheinigung Brandschutz III
Anlage 14	Bescheinigung über die Einhaltung der festgelegten Grundfläche und Höhenlage
Anlage 15	Bescheinigung Baugrund
Anlage 16	Bescheinigung sicherheitstechnische Anlagen

1. [1]Auf Grund von § 1 Abs. 3 der Verordnung über Bauvorlagen und bauaufsichtliche Anzeigen (Bauvorlagenverordnung – BauVorlV) vom 10. November 2007 (GVBl. S. 792, BayRS 2132-1-2-B), die zuletzt durch § 1 der Verordnung vom 7. August 2018 (GVBl. S. 694) geändert worden ist, werden die anliegenden Vordrucke

   – Bauantrag und Abgrabungsantrag mit Erläuterungen
   – Erklärung über die Erfüllung des Kriterienkatalogs gemäß Anlage 2 der BauVorlV
   – Baubeschreibung
   – Stellungnahme der Gemeinde
   – Beseitigungsanzeige mit Erläuterungen
   – Zustimmung zur Abstandsflächenübernahme mit Erläuterungen
   – Verantwortlicher für die Bauausführung mit Erläuterungen
   – Baubeginnsanzeige mit Erläuterungen
   – Anzeige der Nutzungsaufnahme
   – Bescheinigung Standsicherheit I
   – Bescheinigung Standsicherheit II
   – Bescheinigung Brandschutz I
   – Bescheinigung Brandschutz II
   – Bescheinigung Brandschutz III
   – Bescheinigung über die Einhaltung der festgelegten Grundfläche und Höhenlage
   – Bescheinigung Baugrund
   – Bescheinigung sicherheitstechnische Anlagen

   bekannt gemacht und verbindlich eingeführt. [2]Die Anlage 3 (Stellungnahme der Gemeinde) wird zur Verwendung empfohlen.

2. [1]Anträge auf Baugenehmigung, auf Abgrabungsgenehmigung und auf Vorbescheid, die Vorlage im Verfahren der Genehmigungsfreistellung, die Beseitigungsanzeige sowie die Anzeige des Baubeginns und der Nutzungsaufnahme sind nur unter Verwendung dieser Vordrucke einzureichen. [2]Die aufgeführten Sachverständigen-Bescheinigungen dürfen nur unter Verwendung dieser Vordrucke ausgestellt werden.

3. [1]Inhalt und grafische Anordnung sind verbindlich. [2]Die drucktechnische Ausführung (Farbgebung, Durchschreibeblätter etc.) bleibt den Behörden oder Verlagen überlassen. [3]Anträge, Anzeigen und Bescheinigungen, die in der Form des bekannt gemachten Vordrucks gestellt bzw. erstellt werden, sind unabhängig von der drucktechnischen Ausführung von allen Gemeinden und Bauaufsichtsbehörden entgegenzunehmen. [4]Dies gilt insbesondere auch für computergestützt hergestellte Vordrucke.

4. [1]Planmappen dürfen auch künftig verwendet werden. [2]Sie sollen in den Farben grün (Urschrift), rot (Ausfertigung für den Bauherrn) und beige (Ausfertigung für die Gemeinde, die nicht untere Bauaufsichtsbehörde ist) gehalten sein. [3]In der rechten oberen Ecke des Deckblatts sind Felder für den Namen des Antragstellers, das Aktenzeichen und den Namen der Gemeinde vorzusehen. [4]Weitere Angaben der Bau- bzw. Abgrabungsantragsvordrucke oder Angaben für die Stellungnahme der Gemeinde dürfen nicht auf die Planmappen gedruckt werden.

5. Die mit Bekanntmachung vom 31. Oktober 2012 (AllMBl. S. 898) verbindlich eingeführten Vordrucke dürfen daneben noch bis zum 1. Oktober 2018 weiter verwendet werden, maßgeblich ist der Tag der Einleitung des bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahrens (Art. 64 Abs. 1 Satz 1 BayBO).

6. [1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. September 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 31. August 2018 tritt die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 31. Oktober 2012 (AllMBl. S. 898) außer Kraft.

Brigitta Brunner
Ministerialdirektorin

Anlage 1

Über die Gemeinde	Nr. im Bau- / Abgrabungsantragsverzeichnis der Gemeinde	Nr. im Bau- / Abgrabungsantragsverzeichnis des Landratsamts
An (untere Bauaufsichts- / Abgrabungsbehörde)	Eingangsstempel der Gemeinde	Eingangsstempel des Landratsamts
☐ Erstschrift ☐ Zweitschrift ☐ Drittschrift ☐ weitere Ausfertigung		Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen

☐ **Antrag auf Baugenehmigung** (Art. 64 BayBO)

☐ **Antrag auf Abgrabungsgenehmigung** (Art. 7 BayAbgrG)

☐ **Änderungsantrag zu einem beantragten / genehmigten Verfahren**

Aktenzeichen des bisherigen Antrags: Genehmigungsdatum:

☐ **Antrag auf Vorbescheid** (Art. 71 BayBO, Art. 9 Abs. 1 Satz 4 BayAbgrG)

☐ **Vorlage im Genehmigungsfreistellungsverfahren** (Art. 58 BayBO, Art. 6 Abs. 2 BayAbgrG)

☐ Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich eines Bebauungsplans i. S. v. § 12 / § 30 Abs. 1 oder 2 BauGB. Es hält alle Festsetzungen ein.
Nr. des Bebauungsplanes / Bezeichnung:

☐ Es wird beantragt, die Vorlage als Antrag auf Baugenehmigung weiter zu behandeln, falls die Gemeinde erklärt, dass das Genehmigungsverfahren durchgeführt werden soll.

1. Antragsteller / Bauherr

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

Vertreter des Antragstellers / Bauherrn

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Vorhaben

Genaue Bezeichnung des Vorhabens

☐ **Gebäudeklasse** nach Art. 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. BayBO

☐ **Sonderbau** nach Art. 2 Abs. 4 Nr. BayBO

☐ **Mittelgarage** (§ 1 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 GaStellV) ☐ **Großgarage** (§ 1 Abs. 7 Satz 1 Nr. 3 GaStellV)

☐ Eine Prüfung des Standsicherheitsnachweises ist nicht erforderlich; die Erklärung des Tragwerksplaners über die Prüffreiheit nach dem Kriterienkatalog gemäß Anlage 2 der BauVorlV (s. Anlage 1a) liegt bei.

Brandschutznachweis (Angabe nur erforderlich bei Bauvorhaben i. S. v. Art. 62b Abs. 2 Satz 1 BayBO)	☐ soll bauaufsichtlich geprüft werden ☐ wird durch Prüfsachverständigen bescheinigt
☐ **bauliche Anlage mit Arbeitsstätte mit einem höheren Gefährdungspotential** (§ 2 Satz 3 BauVorlV) ☐ Ein zusätzlicher Plansatz zur Weiterleitung an das Gewerbeaufsichtsamt liegt bei	
Das Bauvorhaben bedarf einer	☐ **Ausnahme** (§ 31 Abs. 1 BauGB) ☐ **Befreiung** (§ 31 Abs. 2 BauGB) ☐ **Abweichung** (Art. 63 Abs. 1 BayBO – soweit nicht Bescheinigung durch Prüfsachverständigen erfolgt oder in den Fällen des Art. 63 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 das Vorliegen der Voraussetzung für eine Abweichung durch ihn bescheinigt wird) ☐ **denkmalschutzrechtlichen Erlaubnis** (Art. 6 Abs. 1 DSchG) ☐ Einzelbaudenkmal ☐ Ensemble ☐ Nähe Denkmal
Vorbescheid zu diesem Antrag wurde	☐ beantragt ☐ erteilt ☐ abgelehnt Aktenzeichen:

3. Baugrundstück

Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

Bestehende Dienstbarkeiten auf dem Baugrundstück

☐ Abstandsflächen ☐ Geh- und Fahrtrechte ☐ Überbaurechte ☐ Stellplätze

☐ andere Rechte:

Bestehende Abstandsflächenübernahme

☐ Auf das Grundstück wurden Abstandsflächen aufgrund einer Erklärung i. S. v. Art. 6 Abs. 2 Satz 3 BayBO übernommen.
Flur-Nr. und Gemarkung des herrschenden Grundstücks / Bezeichnung des Begünstigten:

4. Entwurfsverfasser

Name			Vorname
Straße, Hausnummer			PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)			Fax
E-Mail			
☐ bauvorlageberechtigt nach Art. 61 BayBO			☐ keine Bauvorlageberechtigung
☐ Abs. 2 Nr. 1	☐ Abs. 2 Nr. 2	☐ Abs. 3	☐ Abs. 4
Listen- / Architektennummer			Land
Berufsbezeichnung			

☐ Abs. 6 – 8	Land der Niederlassung	Anzeige / Bescheinigung ist erfolgt in (Bundesland)
☐ Abs. 9	Bauvorlageberechtigter	☐ sog. „Besitzständler“ (Art. 61 Abs. 5 BayBO in der bis zum 31.07.2009 geltenden Fassung)

5. Nachbarn

Allen Eigentümern benachbarter Grundstücke sind die Bauzeichnungen und der Lageplan zur Unterschrift vorzulegen.
Bitte angeben: Flur-Nr., Gemarkung, alle Eigentümer mit Name, Vorname, Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort, Telefon

a)		Unterschrift wurde erteilt ☐ ja ☐ nein
b)		Unterschrift wurde erteilt ☐ ja ☐ nein
c)		Unterschrift wurde erteilt ☐ ja ☐ nein
d)		Unterschrift wurde erteilt ☐ ja ☐ nein
e)		Unterschrift wurde erteilt ☐ ja ☐ nein
f)		Unterschrift wurde erteilt ☐ ja ☐ nein
g)		Unterschrift wurde erteilt ☐ ja ☐ nein
h)		Unterschrift wurde erteilt ☐ ja ☐ nein

☐ weitere Nachbarn siehe Beiblatt

Antrag auf Benachrichtigung der Eigentümer benachbarter Grundstücke, deren Unterschriften fehlen, durch die Gemeinde gem. Art. 66 Abs. 1 Satz 3 BayBO	☐ ja ☐ nein
Antrag auf Absehen von der Nachbarbeteiligung bei Vorbescheidsantrag gem. Art. 71 Satz 4 Halbsatz 2 BayBO	☐ ja ☐ nein
Verpflichtende Öffentlichkeitsbeteiligung nach Art. 66a Abs. 2 BayBO (Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung eines Vorhabens nach Art. 58 Abs. 2 Nr. 4 BayBO oder um die Errichtung oder Erweiterung eines Sonderbaus nach Art. 2 Abs. 4 Nr. 9 Buchst. c, Nr. 10 bis 13, 15, 16 BayBO)	☐ ja ☐ nein

6. Bei Antrag auf Vorbescheid:

Konkrete Frage(n), über die im Vorbescheid zu entscheiden ist, siehe Beiblatt

Wird keine Frage gestellt, ist die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit des in Ziff. 2 beschriebenen Vorhabens Gegenstand der Anfrage

7. Anlagen

	Anzahl		Anzahl
☐ Amtlicher Lageplan (§ 3 Nr. 1 BauVorlV)		☐ Zustimmung zur Abstandsflächenübernahme / Abstandsübernahme (§ 3 Nr. 8 BauVorlV)	
☐ Bauzeichnungen (§ 3 Nr. 2 BauVorlV)		☐ Antrag auf Ausnahme / Befreiung / Abweichung mit Begründung (§ 3 Nr. 9 BauVorlV)	
☐ Baubeschreibung (§ 3 Nr. 3 BauVorlV)		☐ UVP-Unterlagen	
☐ Standsicherheitsnachweis (§ 3 Nr. 4 BauVorlV)		☐ statistischer Erhebungsbogen	
☐ Kriterienkatalog gemäß (§ 3 Nr. 4 BauVorlV) Anlage 2 der BauVorlV		☐ Weitere Anlagen	
☐ Brandschutznachweis (§ 3 Nr. 5 BauVorlV)			
☐ Berechnungen (§ 3 Nr. 7 BauVorlV)			
☐ GFZ ☐ GRZ ☐ BMZ			

8. Hinweise zum Arbeitsschutz

Bei der Planung und Ausführung des Bauvorhabens sind die Anforderungen der Baustellenverordnung zu beachten.
Sofern es sich bei dem Bauvorhaben um die Errichtung oder Änderung einer Arbeitsstätte zur Beschäftigung von Mitarbeitern handelt, sind zusätzlich die Anforderungen der Arbeitsstättenverordnung zu beachten.

9. Hinweise zum Datenschutz nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Verantwortlich für die Verarbeitung dieser Daten ist Ihre zuständige untere Bauaufsichtsbehörde.

Die Daten werden erhoben, um das bauaufsichtliche Verfahren durchzuführen.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit Art. 4 Bayer. Datenschutzgesetz (BayDSG) in Verbindung mit dem anzuwendenden Fachgesetz.

Weitergehende Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten und Ihre Rechte bei der Verarbeitung Ihrer Daten können Sie im Internet auf der Homepage der für die Genehmigung zuständigen unteren Bauaufsichtsbehörde abrufen. Alternativ erhalten Sie diese Informationen auch von Ihrem zuständigen Sachbearbeiter oder vom behördlichen Datenschutzbeauftragten.

10. Vollmacht

Mit nachstehender Unterschrift bevollmächtigt der Antragsteller / Bauherr den Entwurfsverfasser, Verhandlungen mit der Bauaufsichtsbehörde im Zusammenhang mit diesem Antrag zu führen und Schriftverkehr mit Ausnahme von Bescheiden und Verfügungen bis zur Entscheidung über den Antrag in Empfang zu nehmen.

☐ ja ☐ nein

11. Unterschriften

Entwurfsverfasser

Datum, Unterschrift

☐ Antragsteller / Bauherr

☐ Vertreter

Datum, Unterschrift

zu Anlage 1

Erläuterungen zum Ausfüllen des Bau- oder Abgrabungsantrags

Vorbemerkung

Reicht der auf den Vordrucken vorgesehene Raum für die erforderlichen Angaben nicht aus, verwenden Sie bitte gesonderte Blätter und legen Sie diese dem Antrag bei.

Abkürzungen:

BayBO:	Bayerische Bauordnung
BayAbgrG:	Bayerisches Abgrabungsgesetz
BayVwVfG:	Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz
BauVorlV:	Verordnung über Bauvorlagen und bauaufsichtliche Anzeigen
BauGB:	Baugesetzbuch
ZQualVBau:	Verordnung über den Erwerb der Zusatzqualifikation zur Erstellung der bautechnischen Nachweise im Sinn des Art. 62 der Bayerischen Bauordnung – ZusatzqualifikationsverordnungBau

Grundsätzliches

Der Antrag ist bei der für das Baugrundstück zuständigen Gemeinde einzureichen. Diese legt ihn, sofern sie nicht selbst untere Bauaufsichts- bzw. Abgrabungsbehörde ist, der unteren Bauaufsichts- bzw. Abgrabungsbehörde vor. Der Antrag ist grundsätzlich in dreifacher Ausfertigung einzureichen. Die Erstschrift verbleibt bei der Bauaufsichts- bzw. Abgrabungsbehörde. Die Zweitschrift erhält der Antragsteller mit dem Bescheid über seinen Antrag zurück. Die Drittschrift erhält die Gemeinde. Ist die Gemeinde zugleich untere Bauaufsichts- bzw. Abgrabungsbehörde, genügt es, den Antrag in zweifacher Ausfertigung einzureichen (Art. 64 Abs. 1 BayBO, § 2 Satz 1 BauVorlV; Art. 7 Abs. 1 BayAbgrG, § 14 BauVorlV). Bei baulichen Anlagen mit Arbeitsstätten mit einem höheren Gefährdungspotential ist gemäß § 2 Satz 3 BauVorlV eine weitere Ausfertigung vorzulegen, die die Bauaufsichtsbehörde an das Gewerbeaufsichtsamt der zuständigen Regierung weiterleitet (vgl. Nrn. 2 und 9 des Antrags).

Anträge auf Genehmigung einer Werbeanlage (soweit sie nicht gem. Art. 57 Abs. 1 Nr. 12 oder Abs. 2 Nr. 6 BayBO verfahrensfrei ist) sind Anträge auf Baugenehmigung, da nach Art. 2 Abs. 1 Satz 2 BayBO Werbeanlagen bauliche Anlagen sind.

Die Genehmigungsfreistellung bebauungsplankonformer Abgrabungen nach Art. 6 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayAbgrG setzt voraus, dass der Antragsteller bei der Gemeinde geeignete Unterlagen vorlegt, die ihr ermöglichen, zu entscheiden, ob ein Antrag auf vorläufige Untersagung des Vorhabens nach § 15 Abs. 1 Satz 2 BauGB gestellt werden soll.

Zu 1. – Antragsteller / Bauherr

Ein Vertreter des Antragstellers/Bauherrn ist immer in den Fällen gesetzlicher Vertretung anzugeben. Eine solche liegt insbesondere vor, wenn der Bauherr eine juristische Person ist (z. B. AG, GmbH usw.) oder wenn der Bauherr nicht verhandlungsfähig ist. Treten mehrere Personen als Bauherren auf, so können sie zur Vereinfachung des Verfahrens einen verantwortlichen Vertreter benennen. Die Bauaufsichtsbehörde kann auch von sich aus verlangen, dass ein Vertreter bestellt wird, der ihr gegenüber die Verpflichtungen des Bauherrn erfüllt (Art. 50 Abs. 2 BayBO); im abgrabungsaufsichtlichen Verfahren gelten insoweit die Regelungen der Art. 17, 18 Abs. 1 BayVwVfG.

Zu 2. – Vorhaben

a) Gebäudeklassen / Sonderbau

Art. 2 Abs. 3 BayBO sieht eine Gliederung der Gebäude in fünf Gebäudeklassen vor. Art. 2 Abs. 4 BayBO bestimmt, welche Vorhaben Sonderbauten sind. Je nachdem, um was für ein Vorhaben es sich handelt, ergeben sich unterschiedliche Konsequenzen für das Verfahren (z. B. keine Genehmi-

gungsfreistellung und kein vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren bei Sonderbauten) und für die Ersteller der bautechnischen Nachweise bzw. deren Bescheinigung durch einen Prüfsachverständigen. Diese Festlegungen hinsichtlich der bautechnischen Nachweise gelten auch bei der Genehmigungsfreistellung (Art. 58 Abs. 5 Satz 1 BayBO).

Werden bei einem Antrag auf Abgrabungsgenehmigung auch dem Abgrabungsbetrieb dienende Gebäude (Art. 1 BayAbgrG) mit umfasst, so gelten hierfür die bauordnungsrechtlichen Anforderungen (Art. 9 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 BayAbgrG). In diesen Fällen sind daher auch für den Abgrabungsantrag Angaben zur Einordnung des Bauvorhabens nach Art. 2 Abs. 3 und 4 BayBO erforderlich.

b) Bautechnische Nachweise

Grundsätzlich ist der Entwurfsverfasser im Rahmen seiner Bauvorlageberechtigung auch dazu berechtigt, die bautechnischen Nachweise zur Einhaltung der Anforderungen an die Standsicherheit, den Brand-, Schall- und Erschütterungsschutz zu erstellen (Art. 62 Abs. 2 BayBO). Hierdurch wird die Gesamtverantwortung des bauvorlageberechtigten Entwurfsverfassers für die Planung insgesamt betont.

Für die Erstellung und die Überprüfung der Nachweise der Standsicherheit und des Brandschutzes enthalten Art. 62a und Art. 62b BayBO jedoch für bestimmte Bauvorhaben abweichende Regelungen, auf die nachfolgend näher eingegangen wird.

Standsicherheitsnachweis:

Bei
- Gebäuden der Gebäudeklassen 1 bis 3 und
- sonstigen baulichen Anlagen, die keine Gebäude sind,

muss der Standsicherheitsnachweis von einer hierfür besonders qualifizierten Person erstellt sein, da dieser Nachweis nicht in jedem Fall durch die Bauaufsichtsbehörde, einen Prüfingenieur oder ein Prüfamt zu prüfen oder durch einen Prüfsachverständigen zu bescheinigen ist.

Die Berechtigung zur **Erstellung des Standsicherheitsnachweises** in den oben genannten Fällen haben nach Art. 62a Abs. 1 BayBO
- Personen mit einem berufsqualifizierenden Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Architektur, Hochbau (i. S. v. Art. 49 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG) oder des Bauingenieurwesens mit einer mindestens dreijährigen Berufserfahrung in der Tragwerksplanung, die in eine entsprechende Liste der Bayerischen Architektenkammer oder der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau eingetragen sind,
- staatlich geprüfte Bautechniker und Handwerksmeister des Maurer-, Betonbauer- oder Zimmererfachs mit dreijähriger zusammenhängender Berufserfahrung und Zusatzqualifikation im

Rahmen ihrer Bauvorlageberechtigung (Liste bei der Handwerkskammer Mittelfranken, § 10 Abs. 3 ZQualVBau) sowie
– Absolventen eines – durch das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr als gleichwertig anerkannten – Studiengangs der Fachrichtung Holzbau und Ausbau für bestimmte Bauvorhaben in Holzbauweise im Rahmen ihrer Bauvorlageberechtigung.

In Anwendung des Vier-Augen-Prinzips ist darüber hinaus je nach Bauvorhaben zusätzlich eine **Überprüfung des Standsicherheitsnachweises** erforderlich:

Bei
– Gebäuden der Gebäudeklassen 4 und 5
findet stets eine Überprüfung des Standsicherheitsnachweises statt; bei Sonderbauten wird der Nachweis durch die Bauaufsichtsbehörde oder durch einen Prüfingenieur oder ein Prüfamt im Auftrag der Bauaufsichtsbehörde geprüft, im Übrigen im Auftrag des Bauherrn durch einen Prüfsachverständigen bescheinigt (Art. 62a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBO).

Bei
– Wohngebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2 und
– nicht oder nur zum vorübergehenden Aufenthalt einzelner Personen bestimmten eingeschossigen Gebäuden mit freien Stützweiten von nicht mehr als 12 m und nicht mehr als 1.600 m^2 Fläche
findet keine Überprüfung des Standsicherheitsnachweises statt.

Im Übrigen werden bei
– Gebäuden der Gebäudeklassen 1 bis 3,
– Behältern, Brücken, Stützmauern und Tribünen und
– sonstigen baulichen Anlagen, die keine Gebäude sind, mit einer Höhe von mehr als 10 m,
die Bauvorhaben unter Anwendung des **Kriterienkatalogs** gemäß Anlage 2 der BauVorlV einer Einzelfallbetrachtung nach Maßgabe der jeweiligen statisch-konstruktiven Schwierigkeit unterzogen. Sofern die Kriterien nicht ausnahmslos erfüllt sind, ist auch hier eine Bescheinigung durch einen Prüfsachverständigen im Auftrag des Bauherrn erforderlich, bei Sonderbauten eine Prüfung durch die Bauaufsichtsbehörde oder durch einen Prüfingenieur oder ein Prüfamt im Auftrag der Bauaufsichtsbehörde. Sofern es sich hierbei um Sonderbauten handelt, ist der verbindlich eingeführte Kriterienkatalog (Anlage 1a) bereits mit dem Bauantrag vorzulegen. In den anderen Fällen reicht dagegen die Vorlage mit der Baubeginnsanzeige.

Brandschutznachweis:

Der **Brandschutznachweis** nach Art. 62b Abs. 1 BayBO muss erstellt worden sein von
– für das Bauvorhaben Bauvorlageberechtigten,
– Personen, die zur Bescheinigung von Brandschutznachweisen befugt sind oder

– Personen, die nach Abschluss der Ausbildung mindestens zwei Jahre auf dem Gebiet der brandschutztechnischen Planung und Ausführung von Gebäuden oder deren Prüfung praktisch tätig gewesen sind und die erforderlichen Kenntnisse des Brandschutzes nachgewiesen haben wie Angehörige eines Studiengangs der Fachrichtung Architektur, Hochbau (Art. 49 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG), Bauingenieurwesen oder eines Studiengangs mit Schwerpunkt Brandschutz, die ein Studium an einer deutschen Hochschule oder ein gleichwertiges Studium an einer ausländischen Hochschule abgeschlossen haben oder als Absolvent einer Ausbildung für Ämter mit Einstieg in der dritten und vierten Qualifikationsebene in der Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik, Schwerpunkt feuerwehrtechnischer Dienst.

Eine **Überprüfung des Brandschutznachweises** muss bei
– Sonderbauten,
– Mittel- und Großgaragen und
– Gebäuden der Gebäudeklasse 5
erfolgen. Entweder muss der Brandschutznachweis durch einen Prüfsachverständigen für Brandschutz bescheinigt sein oder er wird bauaufsichtlich geprüft (Art. 62b Abs. 2 BayBO). Die Entscheidung über die Art der Prüfung hat der Antragsteller/Bauherr im Bauantrag zu treffen.

c) Ausnahme / Befreiung / Abweichung

Sofern für ein genehmigungspflichtiges Bauvorhaben eine Ausnahme, Befreiung oder Abweichung erforderlich ist, ist der Abweichungsantrag mit dem Bauantrag zu stellen (Art. 63 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 BayBO). Der Zulassung einer Abweichung bedarf es jedoch nicht, wenn bautechnische Nachweise durch einen Prüfsachverständigen bescheinigt werden oder in den Fällen des Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 das Vorliegen der Voraussetzung für eine Abweichung durch ihn bescheinigt wird (Art. 63 Abs. 1 Satz 2 BayBO).

Zu 3. – Baugrundstück

Gemäß Art. 6 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 1 BayBO können sich Abstandsflächen ganz oder teilweise auf das Nachbargrundstück erstrecken, wenn der Nachbar gegenüber der Bauaufsichtsbehörde schriftlich zustimmt. Diese Zustimmung gilt nach Art. 6 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 BayBO auch für und gegen seinen Rechtsnachfolger. Die übernommenen Abstandsflächen müssen zusätzlich zu den für die Bebauung des Nachbargrundstücks vorgeschriebenen Abstandsflächen von der Bebauung freigehalten werden (Art. 6 Abs. 2 Satz 4 BayBO). Dies gilt entsprechend auch für die Übernahme von Abständen aus Gründen des Brandschutzes nach Art. 28 Abs. 2 BayBO oder Art. 30 Abs. 2 BayBO. Der Nachbar hat seine Zustimmung gegenüber der unteren Bauaufsichtsbehörde abzugeben. Dabei gilt die bloße Unterschrift nach Art. 66 Abs. 1 Satz 1 und 2 BayBO nicht zugleich als Zustimmung zur Übernahme der Abstandsflächen.

Für diese Zustimmung hat das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr einen Vordruck vorgeschrieben (s. Anlage 5).

Zu 5. – Nachbarbeteiligung

a) Baugenehmigungsverfahren und vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren

Hier ist eine (förmliche) Nachbarbeteiligung nach Art. 66 Abs. 1 bis 3 BayBO durchzuführen: Der Bauherr oder sein Beauftragter legt den Nachbarn den Lageplan und die Bauzeichnungen zur Unterschrift vor. Die Unterschrift gilt als Zustimmung.

Gemäß Art. 66 Abs. 1 Satz 3 BayBO kann die Gemeinde auf Antrag des Bauherrn Eigentümer (bzw. Erbbauberechtigte) benachbarter Grundstücke, deren Unterschriften fehlen, benachrichtigen. Ob sie das tut, entscheidet die Gemeinde nach pflichtgemäßem Ermessen. Der Bauherr ist also für die Durchführung der Nachbarbeteiligung grundsätzlich selbst verantwortlich.

b) Genehmigungsfreistellung

aa) Der Bauherr kann auch bei der Genehmigungsfreistellung die normale (förmliche) Nachbarbeteiligung entsprechend Art. 66 Abs. 1 Satz 1 und 2 BayBO durchführen und den Nachbarn die Eingabepläne zur Unterschrift vorlegen. Dann gilt die Nachbarunterschrift als Zustimmung (Art. 58 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 2 i. V. m. Art. 66 Abs. 1 Satz 2 BayBO).

bb) Gemäß Art. 58 Abs. 3 Satz 2 BayBO genügt es im Genehmigungsfreistellungsverfahren aber auch, wenn der Bauherr die Nachbarn spätestens gleichzeitig mit der Vorlage bei der Gemeinde benachrichtigt. Wie diese Information erfolgt, steht dem Bauherrn frei.

c) Nachbarbeteiligung bei Vorbescheidsantrag

Bei einem Vorbescheidsantrag kann die Bauaufsichtsbehörde auf Antrag des Bauherrn nach Art. 71 Satz 4 Halbsatz 2 BayBO von der Anwendung des Art. 66 BayBO absehen. Dies kann z. B. dann sinnvoll sein, wenn der Bauherr die mit dem Vorbescheid zu entscheidenden Fragen zunächst nur „intern“ mit der Bauaufsichtsbehörde – ohne Einschaltung des Nachbarn – klären will. Diese Verfahrensweise scheidet aber aus, wenn über den Vorbescheid nicht ohne den Nachbarn entschieden werden kann, beispielsweise wenn mit dem Vorbescheid bereits über eine Abweichung von einer nachbarschützenden Vorschrift entschieden werden soll.

d) Nachbarbeteiligung durch öffentliche Bekanntmachung

Nach Art. 66a Abs. 1 BayBO kann die Bauaufsichtsbehörde auf Antrag des Bauherrn bei baulichen Anlagen, die auf Grund ihrer Beschaffenheit oder ihres Betriebes geeignet sind, die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft zu gefährden, zu benachteiligen oder zu belästigen (z. B. Massentierhaltungsbetriebe), die Nachbarbeteiligung durch öffentliche Bekanntmachung durchführen. In Art. 66a Abs. 2 BayBO wird die nach Art. 15 der Seveso-III-Richtlinie erforderliche Öffentlichkeitsbeteiligung

geregelt. Die Neuregelung gilt somit zum einen für Vorhaben entsprechend Art. 58 Abs. 2 Nr. 4 BayBO, zum anderen auch für die Errichtung oder Erweiterung von Sonderbauten nach Art. 2 Abs. 4 Nr. 9 Buchst. c, Nr. 10 bis 13, 15 und 16 BayBO. Hierbei handelt es sich nicht nur um Nutzungen mit einem umfangreichen Besucherverkehr, sondern auch um Nutzungen, bei denen die Nutzer z. B. aufgrund ihres Gesundheitszustandes oder ihres Alters besonders schutzwürdig sind.

e) Abgrabungsaufsichtliches Verfahren

Sofern die Abgrabung nicht nach Art. 8 BayAbgrG den besonderen Anforderungen der Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Fünften Teil Abschnitt III des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) unterliegt, gelten die Ausführungen zur Nachbarbeteiligung im bauaufsichtlichen Verfahren grundsätzlich entsprechend (Art. 9 Abs. 2 Satz 1 BayAbgrG); die Möglichkeit, auf Antrag von der Nachbarbeteiligung im Vorbescheidsverfahren abzusehen (siehe oben Buchst. c), besteht jedoch nicht.

Zu 7. – Anlagen

Ist für die Abgrabung nach Art. 8 BayAbgrG eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Fünften Teil Abschnitt III des BayVwVfG durchzuführen, so ist Art. 78a BayVwVfG zu beachten.

Anlage 1a

An (untere Bauaufsichts- / Abgrabungsbehörde)	Nr. im Bau- / Abgrabungsantragsverzeichnis der unteren Bauaufsichtsbehörde	Eingangsstempel der unteren Bauaufsichtsbehörde

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen

Erklärung über die Erfüllung des Kriterienkatalogs gemäß Anlage 2 der BauVorlV

1. Antragsteller / Bauherr

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

Vertreter des Antragstellers / Bauherrn

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Ersteller des Standsicherheitsnachweises

(Werden die Standsicherheitsnachweise durch mehrere Tragwerksplaner erstellt, erfolgt die Koordinierung durch den Unterzeichner)

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

Nachweisberechtigung nach Art. 62a Abs. 1 BayBO

☐ nein ☐ ja	Beruf

3. Baugrundstück

Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

4. Vorhaben

(Besteht ein Vorhaben aus mehreren baulichen Anlagen, so ist der Kriterienkatalog für jede bauliche Anlage gesondert auszufüllen)

Genaue Bezeichnung des Vorhabens

5. Kriterienkatalog gemäß Anlage 2 der BauVorlV

Nr. 1	a)	Die Baugrundverhältnisse sind eindeutig und erlauben eine übliche Flachgründung entsprechend DIN 1054.	☐ ja	☐ nein
	b)	Es liegen keine Gründungen auf setzungsempfindlichem Baugrund vor.	☐ ja	☐ nein
Nr. 2	a)	Bei erddruckbelasteten Gebäuden beträgt die Höhendifferenz zwischen Gründungssohle und Erdoberfläche maximal 4 m.	☐ ja	☐ nein
	b)	Einwirkungen aus Wasserdruck müssen rechnerisch nicht berücksichtigt werden.	☐ ja	☐ nein
Nr. 3	a)	Angrenzende bauliche Anlagen oder öffentliche Verkehrsflächen werden nicht beeinträchtigt.	☐ ja	☐ nein
	b)	Nachzuweisende Unterfangungen oder Baugrubensicherungen sind nicht erforderlich.	☐ ja	☐ nein
Nr. 4	a)	Die tragenden und aussteifenden Bauteile gehen im Wesentlichen bis zu den Fundamenten unversetzt durch.	☐ ja	☐ nein
	b)	Ein rechnerischer Nachweis der Gebäudeaussteifung, auch für Teilbereiche, ist nicht erforderlich.	☐ ja	☐ nein
Nr. 5	a)	Die Geschossdecken sind linienförmig gelagert und dürfen für gleichmäßig verteilte Lasten (kN/m²) und Linienlasten aus nichttragenden Wänden (kN/m) bemessen werden.	☐ ja	☐ nein
	b)	Geschossdecken ohne ausreichende Querverteilung erhalten keine Einzellasten.	☐ ja	☐ nein
Nr. 6	a)	Die Bauteile der baulichen Anlage oder die bauliche Anlage selbst können mit einfachen Verfahren der Baustatik berechnet oder konstruktiv festgelegt werden. Räumliche Tragstrukturen müssen rechnerisch nicht nachgewiesen werden.	☐ ja	☐ nein
	b)	Besondere Stabilitäts-, Verformungs- und Schwingungsuntersuchungen sind nicht erforderlich.	☐ ja	☐ nein
Nr. 7	a)	Außergewöhnliche sowie dynamische Einwirkungen sind nicht vorhanden.	☐ ja	☐ nein
	b)	Beanspruchungen aus Erdbeben müssen rechnerisch nicht verfolgt werden.	☐ ja	☐ nein
Nr. 8		Besondere Bauarten wie Spannbetonbau, Verbundbau, Leimholzbau und geschweißte Aluminiumkonstruktionen werden nicht angewendet.	☐ ja	☐ nein

Die vorgenannten Kriterien wurden ausnahmslos mit ja beantwortet.	☐ ja ☐ nein
Eine Prüfung des Standsicherheitsnachweises ist daher	☐ nicht erforderlich. ☐ erforderlich.

6. Unterschriften

Ersteller des Standsicherheitsnachweises

Datum, Unterschrift

☐ Antragsteller / Bauherr
☐ Vertreter

Datum, Unterschrift

Anlage 2

An (untere Bauaufsichts- / Abgrabungsbehörde)	Nr. im Bau- / Abgrabungsantragsverzeichnis der unteren Bauaufsichtsbehörde	Eingangsstempel der unteren Bauaufsichtsbehörde

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen

Baubeschreibung zum Bauantrag vom (Datum)

1. Antragsteller / Bauherr

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

Vertreter des Antragstellers / Bauherrn

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Vorhaben

Genaue Bezeichnung des Vorhabens

Gebäudeklasse: Gebäudehöhe: (Art. 2 Abs. 3 Satz 2 BayBO) ☐ Sonderbau (Art. 2 Abs. 4 BayBO)

☐ Einzelbaudenkmal / Ensemble

Teile des Baues	**Zu verwendende Baustoffe, Bauteile, Bauarten** (nur auszufüllen, soweit die Angaben nicht den Bauzeichnungen entnommen werden können)
Außenwände einschl. Putz, Dämmstoffe, Bekleidungen	
Tragende Wände, Stützen	
Trennwände	
Brandwände, Wände anstelle von Brandwänden	
Decken	
Fußbodenaufbau	
Tragwerk des Daches	
Dachhaut, Dämmstoffe	

Treppen	
Treppenraumwände einschl. Türen	
Wände notw. Flure einschl. Türen	
Sonstige ergänzende Angaben	

3. Baugrundstück

Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

(nur auszufüllen, soweit die Angaben nicht den Bauzeichnungen entnommen werden können)

Höchstgrundwasserstand:	Baugrund:

4. Angaben zum Vorhaben

☐ **öffentlich zugängliche bauliche Anlage**	Art der öffentlichen Nutzung:	
	☐ Besucher- und Benutzerbereiche barrierefrei	
	☐ Ausnahmetatbestände, aufgrund derer nicht barrierefrei gebaut werden kann (Art. 48 Abs. 2 Satz 5 und Abs. 4 Satz 1 BayBO):	
☐ **Verkaufsstätte**	Fläche der Verkaufsräume einschließlich Ladenstraßen	m²
	☐ Verkaufsstätte nach VkV	
☐ **Versammlungsstätte**	Fläche der Versammlungsräume insgesamt	m²
	Anzahl der Besucherplätze	
	☐ Versammlungsstätte nach VStättV	
☐ **Gaststätte**	Fläche der Gasträume:	m²
	Anzahl der Gastplätze in den Gasträumen	
	Freischankfläche:	m²
	Gastplätze der Freischankfläche	
	☐ Versammlungsstätte nach VStättV	
☐ **Beherbergungsstätte**	Anzahl der Beherbergungsräume:	
	Anzahl der Betten:	
	☐ Beherbergungsstätte nach BStättV	
☐ **Arbeitsstätte mit höherem Gefährdungspotential**	Zahl der Beschäftigten:	
	Art der Tätigkeit:	
	Art der zu verwendenden Rohstoffe:	
	Art der herzustellenden Erzeugnisse:	
	Lagerung der Rohstoffe und Erzeugnisse, soweit sie explosionsgefährlich oder gesundheitsgefährdend sind:	
	Chemische und physikalische Einwirkungen auf die Beschäftigten und die Nachbarschaft:	

☐ **weitere Angaben siehe Anlage**

5. Feuerungsanlagen und Brennstofflagerung

5.1 Feuerstätten
(Art, Verwendungszweck, Brennstoffart, Nennleistung in kW)

5.2 Abgasleitungen und Kamine (Schornsteine)

Abgasleitung oder Kamin	Bauart, Baustoffe	Anzuschließende Feuerstätten		Lichter Querschnitt	
		Art	Zahl	Rechteckig: cm x cm	Rund: Durchmesser cm
1					
2					
3					

5.3 Brennstofflagerung

Art des Brennstoffes	Lagermenge	Lagerort

6. Stellplätze

☐ Es werden Stellplätze errichtet

- ☐ auf dem Baugrundstück
- ☐ auf dem Grundstück Fl.Nr. ;
  Sicherung durch
- ☐ Anzahl der Stellplätze für Menschen mit Behinderung:

☐ Es werden Stellplätze abgelöst.

7. Kinderspielplätze

☐ Es wird / werden Kinderspielplatz / -plätze mit der Größe von m² errichtet;

- ☐ auf dem Baugrundstück
- ☐ auf dem Grundstück Fl.Nr. ;
  Sicherung durch

8. Grundflächenzahl / Geschossflächenzahl / Baumassenzahl

☐ Berechnungen siehe Beiblatt

Grundstücksfläche (nach § 19 Abs. 3 BauNVO)	m²	
Grundfläche (nach § 19 Abs. 2 und 4 BauNVO)	m²	Grundflächenzahl
Geschossfläche (nach § 20 Abs. 2 und 3 BauNVO)	m²	Geschossflächenzahl
Baumasse (nach § 21 BauNVO)	m³	Baumassenzahl

9. Wohnfläche / Gewerbliche Nutzfläche / Brutto-Rauminhalt / Fläche der Nutzungseinheiten

Wohnfläche (nach Wohnflächenverordnung) m²	Gewerbliche Nutzfläche m²
Brutto-Rauminhalt nach DIN 277-1 in m³ (Gebäude, Gebäudeteil)	
Brutto-Grundfläche der Nutzungseinheiten nach DIN 277-1 in m^2	
Anzahl der Wohnungen:	davon barrierefreie Wohnungen nach Art. 48 Abs. 1 BayBO:

10. Abbaufläche (bei Abgrabungen)

Beantragte Abbaufläche: m²	Noch nicht rekultivierte/renaturierte Fläche: (bei Erweiterungsvorhaben) m²

11. Baukosten

Baukostenberechnung nach DIN 276, Kostengruppen 300, 400, 500, 620, 700, getrennt nach Gebäuden

Gebäude		Grundfläche	Bruttorauminhalt	€ je m³ bzw. € je m²	Gesamtkosten inkl. MWSt.
a)		m²	m³	€	€
b)		m²	m³	€	€
c)		m²	m³	€	€
d)		m²	m³	€	€
e)		m²	m³	€	€
f)		m²	m³	€	€
g)		m²	m³	€	€
Gesamtkosten					**€**

☐ Berechnungen siehe gesonderte Anlage

12. Sonstige ergänzende Angaben siehe Beiblatt

(z. B. Erläuterung der Werbeanlage, des Abbruchs, der Rekultivierung/Renaturierung usw.)

13. Unterschriften

Entwurfsverfasser

Datum, Unterschrift

☐ Antragsteller / Bauherr

☐ Vertreter

Datum, Unterschrift

Anlage 3

An (untere Bauaufsichts- / Abgrabungsbehörde)	Nr. im Bau- / Abgrabungsantragsverzeichnis der unteren Bauaufsichtsbehörde	Eingangsstempel der unteren Bauaufsichtsbehörde
	Nr. im Bau- / Abgrabungsantragsverzeichnis der Gemeinde	

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen

Stellungnahme der Gemeinde

(§ 36 BauGB, Art. 64 Abs. 1 BayBO und Art. 7 Abs. 1 BayAbgrG)

1. Antragsteller / Bauherr

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. § 12 / § 30 BauGB

☐ Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich folgenden qualifizierten Bebauungsplans (§ 30 Abs. 1 BauGB) / vorhabenbezogenen Bebauungsplans (§§ 12, 30 Abs. 2 BauGB):

Nr. / Bezeichnung	Gebietsart nach BauNVO

Das Bauvorhaben entspricht den Festsetzungen	☐ ja	☐ nein
Im Bebauungsplanverfahren wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt	☐ ja	☐ nein

3. § 34 BauGB

☐ Das Vorhaben liegt innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB)

☐ in einem Gebiet ohne Bebauungsplan (§ 34 Abs. 1 BauGB)

☐ im Geltungsbereich eines einfachen Bebauungsplans (§ 30 Abs. 3, § 34 Abs. 1 BauGB);

Das Bauvorhaben entspricht den Festsetzungen dieses Bebauungsplans ☐ ja ☐ nein

Die Eigenart der näheren Umgebung entspricht einem der Baugebiete nach der BauNVO (§ 34 Abs. 2 BauGB)

☐ ja ☐ nein Wenn ja, welchem?

Das Bauvorhaben fügt sich in die Eigenart der näheren Umgebung ein, wahrt die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und beeinträchtigt das Ortsbild nicht (§ 34 Abs. 1 BauGB)	☐ ja	☐ nein

Es liegt eine Satzung vor nach

☐ § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BauGB ☐ § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB ☐ § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB

4. § 35 BauGB

☐ Das Vorhaben liegt im Außenbereich (§35 BauGB)

☐ im Geltungsbereich eines Flächennutzungsplans — Gebietsart nach BauNVO:

☐ Das Vorhaben ist privilegiert nach § 35 Abs. 1 Nr. BauGB	Öffentliche Belange stehen entgegen ☐ ja ☐ nein
☐ Das Vorhaben fällt unter § 35 Abs. 2 BauGB	Öffentliche Belange werden beeinträchtigt ☐ ja ☐ nein
☐ Das Vorhaben fällt unter § 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. BauGB	Öffentliche Belange, ausgenommen die in § 35 Abs. 4 Satz 1 BauGB genannten, werden beeinträchtigt ☐ ja ☐ nein
☐ Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich einer Satzung nach § 35 Abs. 6 BauGB	Öffentliche Belange, ausgenommen die in § 35 Abs. 6 Satz 1 BauGB genannten, werden beeinträchtigt ☐ ja ☐ nein

5. § 33 BauGB

☐ Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich folgenden Bebauungsplans, für den die Aufstellung beschlossen ist (§ 33 BauGB):

Nr. / Bezeichnung — Gebietsart nach BauNVO

Besitzt der Bebauungsplan die formelle Planreife nach § 33 Abs. 1 Nr. 1 BauGB?	☐ ja	☐ nein
Das Bauvorhaben entspricht den künftigen Festsetzungen	☐ ja	☐ nein
Der Antragsteller hat die künftigen Festsetzungen für sich und seine Rechtsnachfolger anerkannt (Erklärung nach § 33 BauGB liegt bei)	☐ ja	☐ nein
Das Bauvorhaben kann vor Durchführung der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zugelassen werden (§ 33 Abs. 2 und 3 BauGB)	☐ ja	☐ nein
Die Beteiligung nach § 33 Abs. 3 Satz 2 BauGB wurde durchgeführt	☐ ja	☐ nein

6. § 31 BauGB

Das Einvernehmen wird erteilt zu	Ausnahmen nach § 31 Abs. 1 BauGB	☐ ja	☐ nein
	Befreiungen nach § 31 Abs. 2 BauGB	☐ ja	☐ nein

7. §§ 14, 15 BauGB

Zu Ausnahmen von der Veränderungssperre wird das Einvernehmen erteilt	☐ ja	☐ nein

☐ Zurückstellung nach § 15 Abs. 1 Satz 1 BauGB wird beantragt

☐ Aussetzung der Entscheidung nach § 15 Abs. 3 BauGB wird beantragt

☐ Vorläufige Untersagung nach § 15 Abs. 1 Satz 2 BauGB, Art. 58 Abs. 2 Nr. 5 BayBO, Art. 6 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 Buchst. e BayAbgrG wird beantragt

8. Örtliche Bauvorschriften (Art. 81 BayBO)

☐ Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich folgender örtlicher Bauvorschriften nach Art. 81 BayBO:

Nr. / Bezeichnung

Zu Abweichungen wird das Einvernehmen erteilt	☐ ja	☐ nein

9. Abstandsflächen (Art. 6 Abs. 7 BayBO)

☐ Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich einer Satzung nach Art. 6 Abs. 7 BayBO

☐ die Vorgaben der Satzung werden eingehalten

☐ die Vorgaben der Satzung werden nicht eingehalten ☐ einer Abweichung von der Satzung wird zugestimmt

10 Zufahrt

Die Zufahrt ist gesichert

☐ durch die Lage des Grundstücks in angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche (Art. 4 Abs. 1 Nr. 2 BayBO)

☐ nach Art. 4 Abs. 2 Nr. 1 BayBO ☐ nach Art. 4 Abs. 2 Nr. 2 BayBO ☐ nach Art. 4 Abs. 3 BayBO

☐ Die Zufahrt ist nicht gesichert ☐ Die Zufahrt ist nicht erforderlich

11 Wasserversorgung

Die Wasserversorgung ist gesichert durch ☐ Zentrale Wasserversorgung ☐ eigenen Brunnen ☐ sonstige Wasserversorgung

☐ Die Wasserversorgung ist nicht gesichert ☐ Die Wasserversorgung ist nicht erforderlich

12 Abwasserbeseitigung

Die Abwasserbeseitigung ist gesichert durch

☐ Kanalisation im ☐ Mischsystem ☐ Trennsystem

☐ Kleinkläranlage ☐ sonstige Abwasserbeseitigung

☐ Die Abwasserbeseitigung ist nicht gesichert ☐ Die Abwasserbeseitigung ist nicht erforderlich

13 Schutzgebiete

Das zur Bebauung vorgesehene Grundstück liegt in einem

☐ Naturschutz-/Landschaftsschutzgebiet ☐ Wasserschutzgebiet

☐ Überschwemmungsgebiet ☐ sonstigen Schutzgebiet

14. Sonstige Angaben

Das Vorhaben betrifft Belange des Denkmalschutzes	☐ ja	☐ nein
Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 142 BauGB	☐ ja	☐ nein
Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 165 BauGB	☐ ja	☐ nein
Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 171d BauGB	☐ ja	☐ nein
Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 172 BauGB	☐ ja	☐ nein
Das Vorhaben liegt im Bereich des Flurbereinigungsverfahrens	☐ ja	☐ nein

Das zur Bebauung vorgesehene Grundstück liegt in der Nähe (bitte jeweils Entfernung in Metern angeben)

☐ einer Bundesautobahn	m	☐ einer Bundesstraße	m
☐ einer Staatsstraße	m	☐ einer Kreisstraße	m
☐ einer Eisenbahnanlage	m	☐ einer kV-Starkstromleitung	m
☐ eines Waldes	m	☐ eines öffentlichen Gewässers	m
☐ eines Flughafens	m	☐ einer Flugsicherungsanlage	m
☐ eines militärischen Schutzbereiches	m	☐ Sonstiges:	m

15. Verfahren

Der Lageplan weist folgende Mängel auf:

Die Nachbarunterschriften sind vollständig	Auf Antrag des Antragstellers / Bauherrn wurden Nachbarn, deren Unterschrift fehlt, benachrichtigt
☐ ja ☐ nein	☐ ja (Nachweis bzw. Verweigerung liegt bei) ☐ nein

16. Schlussfeststellung

Das Vorhaben wurde behandelt

☐ mit Beschluss vom ☐ als Angelegenheit der laufenden Verwaltung

Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt ☐ ja ☐ nein

Auf die beigefügten Unterlagen (Anl. 1 bis) wird Bezug genommen.

17. Unterschrift

Datum	Gemeinde
Unterschrift	(Siegel)

Anlage 4

An die Gemeinde	Nr. im Bauantragsverzeichnis der Gemeinde	Nr. im Bauantragsverzeichnis des Landratsamts
An (untere Bauaufsichts- / Abgrabungsbehörde)	Eingangsstempel der Gemeinde	Eingangsstempel des Landratsamts
☐ Erstschrift ☐ Zweitschrift ☐ Drittschrift		Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen

☐ **Anzeige der Beseitigung**
(Art. 57 Abs. 5 BayBO)

☐ **Antrag auf denkmalschutzrechtliche Erlaubnis zur Beseitigung eines Baudenkmals**
(Art. 6 Abs. 1 DSchG)

1. Antragsteller / Bauherr

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

Vertreter des Antragstellers / Bauherrn

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Qualifizierter Tragwerksplaner

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	
Nachweisberechtigung nach Art. 62a Abs. 1 BayBO	
☐ nein ☐ ja	Beruf

3. Vorhaben

Genaue Bezeichnung des Vorhabens

4. Baugrundstück

Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

5. Angaben zum Vorhaben

5.1 Gebäudeklasse der zu beseitigenden Anlage:

5.2 Die zu beseitigende Anlage ist

☐ **ein Baudenkmal**

☐ **in die Denkmalliste eingetragen**

5.3 Bei nicht freistehenden Gebäuden:

Standsicherheit des Gebäudes, an das das zu beseitigende Gebäude angebaut ist, ist gewährleistet: ☐ ja ☐ nein

5.4 Überwachung der Beseitigung durch qualifizierten Tragwerksplaner ist erforderlich

☐ ja ☐ nein

6. Anlagen

☐ Amtlicher Lageplan

7. Unterschriften

Qualifizierter Tragwerksplaner

Datum, Unterschrift

☐ Antragsteller / Bauherr

☐ Vertreter

Datum, Unterschrift

zu Anlage 4

Erläuterungen zum Ausfüllen der Beseitigungsanzeige

Vorbemerkung

Reicht der auf dem Vordruck „Beseitigungsanzeige“ vorgesehene Raum für die erforderlichen Angaben nicht aus, verwenden Sie bitte gesonderte Blätter und legen Sie diese dem Antrag bei.

Die Beseitigung baulicher Anlagen ist – sofern diese nicht gemäß Art. 57 Abs. 5 Satz 1 BayBO gänzlich verfahrensfrei ist – mindestens einen Monat vorher der Gemeinde und der unteren Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen. Vor Ablauf des Monats darf mit der Beseitigung nicht begonnen werden.

Der Beginn der Beseitigung ist der Bauaufsichtsbehörde mindestens eine Woche vorher anzuzeigen, Art. 57 Abs. 5 Satz 5 i. V. m. Art. 68 Abs. 5 Nr. 3, Abs. 7 BayBO; hierfür ist der Vordruck „Baubeginnsanzeige“ zu verwenden.

Die für die Beseitigung eines Baudenkmals erforderliche denkmalschutzrechtliche Erlaubnis kann mit diesem Vordruck ebenfalls beantragt werden.

Zu 5. und 6. – Angaben zum Vorhaben und Anlagen:

Für die Beantwortung der Frage, welche Anforderungen an die Beurteilung und den Nachweis der (fortdauernden) Standsicherheit zu stellen sind, stellt Art. 57 Abs. 5 BayBO auf das fortbestehende Gebäude ab, da es auf dessen Standsicherheit ankommt.

Bei allen nicht freistehenden Gebäuden muss durch einen qualifizierten Tragwerksplaner im Sinn des Art. 62a Abs. 1 beurteilt und im erforderlichen Umfang nachgewiesen werden, dass das Gebäude, an das das zu beseitigende Gebäude angebaut ist, während und nach der Beseitigung standsicher ist. Wie die Beurteilung der Standsicherheit erfolgt, steht grundsätzlich in der Verantwortung des qualifizierten Tragwerksplaners; ggfs. kann auch die Erstellung eines Standsicherheitsnachweises erforderlich sein. Je nach dem Ergebnis der Beurteilung der Standsicherheit hat der qualifizierte Tragwerksplaner den Beseitigungsvorgang zu überwachen und ist hierzu vom Bauherrn zu beauftragen, Art. 50 Abs. 1 Satz 1 BayBO.

Der Bauherr als Auftraggeber muss gegenüber der Bauaufsichtsbehörde den Tragwerksplaner benennen, der die Standsicherheit beurteilt und den Beseitigungsvorgang überwacht. Der qualifizierte Tragwerksplaner bestätigt gegenüber der Bauaufsichtsbehörde mit seiner Unterschrift, dass die Standsicherheit im erforderlichen Umfang nachgewiesen ist (ggfs. durch Erstellung eines Standsicherheitsnachweises) und dass er, soweit notwendig, mit der Überwachung des Beseitigungsvorgans durch den Bauherrn beauftragt ist.

Eine Beurteilung und der Nachweis der Standsicherheit sind nicht erforderlich, wenn es sich um einen Anbau an ein verfahrensfreies Gebäude handelt.

Anlage 5

An (untere Bauaufsichtsbehörde)	Nr. im Bauantragsverzeichnis der unteren Bauaufsichtsbehörde	Eingangsstempel der unteren Bauaufsichtsbehörde

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen

Zustimmung gem. Art. 6 Abs. 2 BayBO zur

☐ **Abstandsflächenübernahme** ☐ **Abstandsübernahme**

1. Antragsteller / Bauherr

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

Vertreter des Antragstellers / Bauherrn

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Baugrundstück und Beschreibung der baulichen Anlage

Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		
Länge der baulichen Anlage		
Abstand zur Nachbargrenze Minimaler Abstand	Maximaler Abstand	

3. Nachbar

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

4. Nachbargrundstück

Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

5. Beschreibung und Darstellung der erforderlichen Abstandsflächen

Erforderliche Abstandsflächen der baulichen Anlage	Auf dem Baugrundstück einhaltbare Abstandsflächen	Auf das Nachbargrundstück zu übernehmende Abstandsflächen

☐ **Darstellung siehe Anlage** (In dem Plan sind im Maßstab 1:200 (1 cm = 2 m) darzustellen: Grenzverlauf zwischen Grundstück und Nachbargrundstück, auf den Grundstücken bereits vorhandene Gebäude, geplante(s) Gebäude (in rot), notwendige Abstandsflächen)

6. Beschreibung und Darstellung der erforderlichen Abstände

Erforderliche Abstände nach ☐ Art. 28 Abs. 2 BayBO ☐ Art. 30 Abs. 2 BayBO	Auf dem Baugrundstück einhaltbare Abstände	Auf das Nachbargrundstück zu übernehmende Abstände

☐ **Darstellung siehe Anlage** (In dem Plan sind im Maßstab 1:200 (1 cm = 2 m) darzustellen: Grenzverlauf zwischen Grundstück und Nachbargrundstück, auf den Grundstücken bereits vorhandene Gebäude, geplante(s) Gebäude (in rot), notwendige Abstände)

(Die Unterschrift des bauvorlagenberechtigten Entwurfsverfassers ist auf der Anlage erforderlich)

7. Erklärung der Abstandsflächen- / Abstandsübernahme durch den Nachbarn

☐ Ich bin verfügungsberechtigter (Allein-)Eigentümer des unter 4. näher bezeichneten Grundstücks.

☐ Ich bin verfügungsberechtigter Miteigentümer des unter 4. näher bezeichneten Grundstücks.

☐ Ich bin Miteigentümer des unter 4. näher bezeichneten Grundstücks und handle für die übrigen Miteigentümer mit Vollmacht (liegt bei).

☐ Ich verpflichte mich gegenüber dem Bauherrn unter 1., die Erstreckung der unter 5. beschriebenen Abstandsflächen auf mein unter 4. näher bezeichnetes Grundstück zu dulden, soweit sie auf dieses zu liegen kommen, also mit einer Tiefe von m.

Mir ist bekannt, dass

- diese Flächen von solchen baulichen Anlagen freizuhalten sind, die nach der Bayer. Bauordnung innerhalb der Abstandflächen nicht zulässig sind und Gebäude auf meinem Grundstück die zusätzliche erforderlichen Abstandsflächen einzuhalten haben,
- diese Zustimmung gem. Art. 6 Abs. 2 BayBO für und gegen meine Rechtsnachfolger gilt.

☐ Ich verpflichte mich gegenüber dem Bauherrn unter 1., die Erstreckung der unter 6. beschriebenen Abstände auf mein unter 4. näher bezeichnetes Grundstück zu dulden, soweit sie auf dieses zu liegen kommen, also mit einer Tiefe von m.

Mir ist bekannt, dass

- Gebäude auf meinem Grundstück die dadurch zusätzlich erforderlichen Abstände einzuhalten haben, sofern sie von der entsprechenden Anforderung der Bayer. Bauordnung nicht ausdrücklich ausgenommen sind,
- diese Zustimmung gem. Art. 6 Abs. 2 BayBO für und gegen meine Rechtsnachfolger gilt.

8. Unterschriften

☐ Antragsteller / Bauherr

☐ Vertreter

Datum, Unterschrift

Nachbar

Datum, Unterschrift

zu Anlage 5

Erläuterungen zur Zustimmung gem. Art. 6 Abs. 2 BayBO zur Abstandsflächenübernahme / Abstandsübernahme

Vorbemerkung

Gemäß Art. 6 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 1 BayBO dürfen sich Abstandsflächen sowie Brandschutzabstände nach Art. 28 Abs. 2 Nr. 1 und Art. 30 Abs. 2 BayBO ganz oder teilweise auf das Nachbargrundstück erstrecken, wenn der Nachbar gegenüber der Bauaufsichtsbehörde schriftlich zustimmt. Die Zustimmung gilt auch für und gegen seinen Rechtsnachfolger, Art. 6 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 BayBO.

Der Nachbar hat seine Zustimmung gesondert gegenüber der unteren Bauaufsichtsbehörde abzugeben. Die bloße Unterschrift auf dem Lageplan und den Bauzeichnungen im Rahmen des Art. 66 Abs. 1 BayBO genügt nicht als Zustimmung zur Übernahme der Abstandsflächen/Abstände. Die Zustimmung hat zur Folge, dass die Fläche, auf die eine Abstandsfläche übernommen wird, von solchen baulichen Anlagen freizuhalten ist, die nach der BayBO innerhalb der Abstandsflächen nicht zulässig sind, und Gebäude auf diesem Grundstück die zusätzlich erforderliche Abstandsfläche einzuhalten haben, Art. 6 Abs. 2 Satz 4 BayBO. Gebäude auf dem Nachbargrundstück haben die zusätzlich erforderlichen Brandschutzabstände einzuhalten, sofern sie von der entsprechenden Anforderung der BayBO nicht ausdrücklich ausgenommen sind. Zudem ist darauf zu achten, dass die auf dem Nachbargrundstück bereits vorhandenen Gebäude noch die erforderlichen Abstandsflächen/Abstände einhalten; andernfalls würden diese nachträglich bauordnungswidrig.

Die untere Bauaufsichtsbehörde hat die Zustimmung zu den Bauakten zu nehmen und zusätzlich in geeigneter Form auf Dauer so aufzubewahren, dass für ein Grundstück jederzeit das Bestehen derartiger Erklärungen schnell geklärt werden kann. Wer ein berechtigtes Interesse glaubhaft macht, hat Anspruch auf Auskunft, ob eine Abstandsflächen-/Abstandsübernahmeerklärung vorhanden ist.

Zu 5. und 6. – Beschreibung und Darstellung der erforderlichen Abstandsflächen / Abstände

Die geforderten Maße sind genau anzugeben.

Die erforderlichen Abstandsflächen ergeben sich entweder aus dem Gesetz (Art. 6 Abs. 5 und 6 BayBO), aus den Festsetzungen eines Bebauungsplans oder aus einer Satzung nach Art. 6 Abs. 7 oder Art. 81 Abs. 1 Nr. 6 BayBO. Art. 6 Abs. 5 Satz 3 und Abs. 7 BayBO enthalten den grundsätzlichen Vorrang der Festsetzungen in Satzungen gegenüber den Abstandsflächen nach Art. 6 Abs. 5 und 6 BayBO. Will die Gemeinde trotz Festsetzungen, die Auswirkungen auf die Abstandsflächen haben, an den bauordnungsrechtlichen Regelungen festhalten, muss das im Bebauungsplan bzw. in der Satzung ausdrücklich angeordnet sein.

Die erforderlichen Brandschutzabstände ergeben sich aus Art. 28 Abs. 2 Nr. 1 und Art. 30 Abs. 2 BayBO.

Auf eine sorgfältige und in jeglicher Hinsicht eindeutige Darstellung ist zu achten. Die Darstellung der für die Abstandsflächen/Abstände relevanten Teile der Gebäude und Grundstücke im Maßstab 1 : 200 ist ausreichend; sie muss jedoch durch einen bauvorlageberechtigten Entwurfsverfasser erfolgen. Die unteren Bauaufsichtsbehörden stehen für Beratung und Hilfestellung zur Verfügung.

Der bauvorlagenberechtigte Entwurfsverfasser muss die Plandarstellungen unterschreiben.

Zu 7. und 8. – Erklärung und Unterschrift

Liegt das Nachbargrundstück, auf das Abstandsflächen/Abstände übernommen werden, im Miteigentum mehrerer Personen, ist entweder die Unterschrift sämtlicher Miteigentümer oder die Unterschrift eines für die übrigen Miteigentümer mit Vollmacht handelnden Miteigentümers erforderlich. Der Bauherr trägt das Risiko, dass eine ordnungsgemäße Zustimmungserklärung vorliegt.

Anlage 6

An (untere Bauaufsichtsbehörde)	Nr. im Bauantragsverzeichnis der unteren Bauaufsichtsbehörde	Eingangsstempel der unteren Bauaufsichtsbehörde

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen

Bestimmung des Verantwortlichen für die Einhaltung der bauaufsichtlichen Anforderungen an die Standsicherheit bei der Bauausführung gem. Art. 77 Abs. 3 Satz 1 BayBO bei Vorhaben im Sinn des Art. 62a Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 Alt. 2 BayBO

1. Antragsteller / Bauherr

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

Vertreter des Antragstellers / Bauherrn

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Vorhaben

Genaue Bezeichnung des Vorhabens

☐ Das Vorhaben erfüllt die Voraussetzungen des Art. 62a Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 Alt. 2 BayBO

3. Baugrundstück

Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

4. Verantwortlicher gemäß Art. 77 Abs. 3 Satz 1 BayBO

☐ Ersteller des Standsicherheitsnachweises (Art. 77 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 1 BayBO)

☐ Anderer Tragwerksplaner (Art. 77 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 BayBO)

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	
Listen- / Architektennummer	Land
Berufsbezeichnung	

5. Unterschriften

Verantwortlicher

Datum, Unterschrift

☐ Antragsteller / Bauherr

☐ Vertreter

Datum, Unterschrift

zu Anlage 6

Erläuterungen zum Ausfüllen des Vordrucks

**„Bestimmung des Verantwortlichen
für die Einhaltung der bauaufsichtlichen Anforderungen an die Standsicherheit
bei der Bauausführung gem. Art. 77 Abs. 3 Satz 1 BayBO
bei Vorhaben im Sinn des Art. 62a Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 Alt. 2 BayBO“**

1. Bei den Vorhaben im Sinn von Art. 62a Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 Alt. 2 BayBO handelt es sich um nicht oder nur zum vorübergehenden Aufenthalt einzelner Personen bestimmte oberirdische eingeschossige Gebäude mit freien Stützweiten von nicht mehr als 12 m und nicht mehr als 1.600 m^2 Fläche. In den Anwendungsbereich dieser Vorschrift fallen beispielsweise landwirtschaftliche Viehställe und gewerbliche Lagergebäude.

   Wer für diese Vorhaben berechtigt ist, den Standsicherheitsnachweis zu führen, ist in Art. 62a Abs. 1 BayBO geregelt.

2. Bei Vorhaben im Sinn des Art. 62a Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 Alt. 2 BayBO verlangt Art. 77 Abs. 3 Satz 1 BayBO darüber hinaus einen Verantwortlichen für die Einhaltung der bauaufsichtlichen Anforderungen an die Standsicherheit auch bei der Bauausführung. Das ist grundsätzlich der Ersteller des Standsicherheitsnachweises nach Art. 62a Abs. 1 BayBO. Gem. Art. 77 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 BayBO kann der Bauherr der Bauaufsichtsbehörde auch einen anderen verantwortlichen Tragwerksplaner im Sinn des Art. 62a Abs. 1 BayBO benennen.

   Nicht erforderlich ist ein derartiger Verantwortlicher für die Bauausführung bei land- oder forstwirtschaftlichen Betriebs- sowie gewerblichen Lagergebäuden mit freien Stützweiten von nicht mehr als 12 m und Grundflächen von nicht mehr als 500 m^2 oder mit Grundflächen von nicht mehr als 1.600 m², sofern sie statisch einfach sind (Art. 77 Abs. 3 Satz 2 BayBO).

3. Bei Bauvorhaben im Sinn des Art. 62a Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 Alt. 2 BayBO ist dieser Vordruck spätestens zusammen mit der Baubeginnsanzeige der Bauaufsichtsbehörde vorzulegen.

Anlage 7

An (untere Bauaufsichts- / Abgrabungsbehörde)	Nr. im Bau- / Abgrabungsantragsverzeichnis der unteren Bauaufsichtsbehörde	Eingangsstempel der unteren Bauaufsichtsbehörde

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen

Baubeginnsanzeige (Art. 68 Abs. 5 BayBO)

Der Bauherr hat den Ausführungsbeginn genehmigungspflichtiger Vorhaben und die Wiederaufnahme der Bauarbeiten nach einer Unterbrechung von mehr als sechs Monaten mindestens eine Woche vorher der Bauaufsichtsbehörde schriftlich mitzuteilen (Art. 68 Abs. 7 BayBO). Dies gilt auch für Vorhaben, die unter das Genehmigungsfreistellungsverfahren (Art. 58 BayBO) fallen und für die Beseitigung baulicher Anlagen (Art. 57 Abs. 5 BayBO).

1. Antragsteller / Bauherr

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

Vertreter des Antragstellers / Bauherrn

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Vorhaben

Genaue Bezeichnung des Vorhabens

3. Baugrundstück

Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

Tag des Baubeginns / Wiederaufnahme:

4. Standsicherheitsnachweis

4.1 Ersteller des Standsicherheitsnachweises

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	
Listen- / Architektennummer	Land
Berufsbezeichnung	
Datum, Unterschrift des Erstellers des Standsicherheitsnachweises	

4.2

☐ Eine Prüfung des Standsicherheitsnachweises ist nicht erforderlich; die Bestätigung des Tragwerksplaners über die Prüffreiheit nach dem Kriterienkatalog gemäß Anlage 2 der BauVorlV (s. Anlage 1a) liegt bei.

☐ Eine Prüfung des Standsicherheitsnachweises ist nicht erforderlich.
(Bauvorhaben nach Art. 62a Abs. 2 Satz 3 und 4 BayBO)

☐ Eine Bescheinigung des Standsicherheitsnachweises durch einen Prüfsachverständigen liegt bei.
(Bauvorhaben nach Art. 62a Abs. 2 Satz 1 BayBO)

4.3 Prüfsachverständiger für Standsicherheit

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	
Listen- / Architektennummer	Land
Berufsbezeichnung	

4.4 Beseitigung
(Art. 57 Abs. 5 Satz 3)

☐ Eine Bestätigung der Standsicherheit des Gebäudes, an das das zu beseitigende Gebäude angebaut ist, durch einen qualifizierten Tragwerksplaner liegt vor.
(vgl. Nr. 5.3 der Beseitigungsanzeige)

5. Brandschutznachweis

5.1 Ersteller des Brandschutznachweises

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	
Listen- / Architektennummer	Land
Berufsbezeichnung	
Datum, Unterschrift des Erstellers des Brandschutznachweises	

5.2 ☐ Eine Bescheinigung des Brandschutznachweises durch einen Prüfsachverständigen liegt bei.
(Bauvorhaben nach Art. 62b Abs. 2 Satz 1 BayBO)

5.3 Prüfsachverständiger für Brandschutz

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	
Listen- / Architektennummer	Land
Berufsbezeichnung	

6. Anlagen

- ☐ Kriterienkatalog gemäß Anlage 2 der BauVorlV (Anlage 1a)
- ☐ Bescheinigung Standsicherheit I (Anlage 9)
- ☐ Bescheinigung Brandschutz I (Anlage 11)
- ☐ Bestimmung des Verantwortlichen für die Bauausführung (Anlage 6)

7. Unterschrift

☐ Antragsteller / Bauherr
☐ Vertreter

Datum, Unterschrift

zu Anlage 7

Erläuterungen zum Ausfüllen der Baubeginnsanzeige

Zu 4. – Standsicherheitsnachweis

4.1 – Ersteller des Standsicherheitsnachweises

Grundsätzlich schließt die Bauvorlageberechtigung nach Art. 61 Abs. 2, 3 und 4 Nr. 2 bis 6 BayBO die Berechtigung zur Erstellung des Standsicherheitsnachweises mit ein.

Bei Gebäuden der Gebäudeklassen 1 bis 3 und sonstigen baulichen Anlagen, die keine Gebäude sind, muss der Standsicherheitsnachweis jedoch von einer hierfür besonders qualifizierten Person erstellt sein, da dieser Nachweis nicht in jedem Fall durch die Bauaufsichtsbehörde, einen Prüfingenieur oder ein Prüfamt zu prüfen oder durch einen Prüfsachverständigen zu bescheinigen ist.

Die Berechtigung zur Erstellung des Standsicherheitsnachweises bei den oben genannten Fällen haben nach Art. 62a Abs. 1 BayBO

– Personen mit einem berufsqualifizierenden Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Architektur, Hochbau (i. S. v. Art. 49 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG) oder des Bauingenieurwesens mit einer mindestens dreijährigen Berufserfahrung in der Tragwerksplanung, die in eine entsprechende Liste der Bayerischen Architektenkammer oder der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau eingetragen sind,
– staatlich geprüfte Techniker der Fachrichtung Bautechnik und Handwerksmeister des Maurer-, Betonbauer- oder Zimmererfachs mit dreijähriger zusammenhängender Berufserfahrung und Zusatzqualifikation im Rahmen ihrer Bauvorlageberechtigung (Liste bei der Handwerkskammer Mittelfranken, § 10 Abs. 3 ZQualVBau) sowie
– Absolventen eines – durch das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr als gleichwertig anerkannten – Studiengangs der Fachrichtung Holzbau und Ausbau für bestimmte Bauvorhaben in Holzbauweise im Rahmen ihrer Bauvorlageberechtigung.

4.2 – Prüfung / Bescheinigung des Standsicherheitsnachweises

Eine Prüfung des Standsicherheitsnachweises ist bei Gebäuden der Gebäudeklassen 1 bis 3, Behältern, Brücken, Stützmauern und Tribünen und sonstigen baulichen Anlagen, die keine Gebäude sind, mit einer Höhe von mehr als 10 m nicht erforderlich, sofern dies ein qualifizierter Tragwerksplaner im Sinn des Art. 62a Abs. 1 BayBO anhand des Kriterienkatalogs (Anlage 1a) bestätigt.

Bei Wohngebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2 und nicht oder nur zum vorübergehenden Aufenthalt einzelner Personen bestimmten oberirdischen eingeschossigen Gebäuden mit freien Stützweiten von nicht mehr als 12 m und nicht mehr als 1.600 m^2 Fläche findet keine Überprüfung des Standsicherheitsnachweises statt.

Bei Gebäuden der Gebäudeklassen 4 und 5 oder sofern in den anderen Fällen die Kriterien des verbindlich eingeführten Kriterienkatalogs (Anlage 1a) nicht ausnahmslos erfüllt sind, hat eine Überprüfung des Standsicherheitsnachweises zu erfolgen. Bei Sonderbauten wird der Standsicherheitsnachweis durch die Bauaufsichtsbehörde oder durch einen Prüfingenieur oder ein Prüfamt für Standsicherheit im Auftrag der Bauaufsichtsbehörde überprüft; in den übrigen Fällen muss der Standsicherheitsnachweis im Auftrag des Bauherrn durch einen Prüfsachverständigen für Standsicherheit bescheinigt sein.

Zu 5. – Brandschutznachweis

5.1 – Ersteller des Brandschutznachweises

Grundsätzlich schließt die Bauvorlageberechtigung nach Art. 61 Abs. 2, 3 und 4 Nr. 2 bis 6 BayBO die Berechtigung zur Erstellung des Brandschutznachweises mit ein.

Die Berechtigung zur Erstellung des Brandschutznachweises haben nach Art. 62b Abs. 1 BayBO

- für das Bauvorhaben Bauvorlageberechtigte,
- Personen, die zur Bescheinigung von Brandschutznachweisen befugt sind oder
- Personen, die nach Abschluss der Ausbildung mindestens zwei Jahre auf dem Gebiet der brandschutztechnischen Planung und Ausführung von Gebäuden oder deren Prüfung praktisch tätig gewesen sind und die erforderlichen Kenntnisse des Brandschutzes nachgewiesen haben wie Angehörige eines Studiengangs der Fachrichtung Architektur, Hochbau (Art. 49 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG), Bauingenieurwesen oder eines Studiengangs mit Schwerpunkt Brandschutz, die ein Studium an einer deutschen Hochschule oder ein gleichwertiges Studium an einer ausländischen Hochschule abgeschlossen haben oder als Absolvent einer Ausbildung für Ämter mit Einstieg in der dritten und vierten Qualifikationsebene in der Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik, Schwerpunkt feuerwehrtechnischer Dienst.

5.2 – Prüfung / Bescheinigung des Brandschutznachweises

Bei Sonderbauten, Mittel- und Großgaragen und Gebäuden der Gebäudeklasse 5 muss eine zusätzliche Überprüfung des Brandschutznachweises erfolgen. Entweder muss der Brandschutznachweis durch einen Prüfsachverständigen für Brandschutz bescheinigt sein oder er wird bauaufsichtlich geprüft (Art. 62b Abs. 2 BayBO). Die Entscheidung über die Art der Überprüfung hatte der Antragsteller/Bauherr bereits im Bauantrag zu treffen.

Anlage 8

An (untere Bauaufsichts- / Abgrabungsbehörde)	Nr. im Bau- / Abgrabungsantragsverzeichnis der unteren Bauaufsichtsbehörde	Eingangsstempel der unteren Bauaufsichtsbehörde

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen

Anzeige der Nutzungsaufnahme (Art. 78 Abs. 2 BayBO)

Die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung einer nicht verfahrensfreien baulichen Anlage hat der Bauherr mindestens zwei Wochen vorher der Bauaufsichtsbehörde schriftlich mitzuteilen (Art. 78 Abs. 2 BayBO)

1. Antragsteller / Bauherr

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

Vertreter des Antragstellers / Bauherrn

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Vorhaben

Genaue Bezeichnung des Vorhabens

3. Baugrundstück

Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

Tag der Nutzungsaufnahme

4. Anlagen

☐ Eine Bescheinigung des Prüfsachverständigen über die ordnungsgemäße Bauausführung hinsichtlich der Standsicherheit liegt bei (Art. 78 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 BayBO).

☐ Eine Bescheinigung des Prüfsachverständigen über die ordnungsgemäße Bauausführung hinsichtlich des Brandschutzes liegt bei (Art. 78 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 BayBO).

☐ Bestätigung des Nachweiserstellers oder eines anderen Nachweisberechtigten im Sinn des Art. 62b Abs. 1 BayBO über die mit dem Brandschutznachweis übereinstimmende Bauausführung liegt bei (Art. 78 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 BayBO).

5. Hinweise zum Brandschutz

Die Bayerische Bauordnung enthält in Art. 46 Abs. 4 die Verpflichtung, Wohnungen in den Schlafräumen, Kinderzimmern und Fluren, die zu Aufenthaltsräumen führen, mit Rauchwarnmeldern auszustatten. Eigentümer vorhandener Wohnungen sind verpflichtet, jede Wohnung bis zum 31. Dezember 2017 entsprechend auszustatten.
Der Alarm der Rauchwarnmelder ermöglicht bei Bränden die rechtzeitige Flucht und schnelle und wirksame Gegenmaßnahmen, noch bevor ein Raum völlig verraucht ist. Hierdurch können Leben gerettet werden.

6. Unterschrift

☐ Antragsteller / Bauherr
☐ Vertreter

Datum, Unterschrift

Anlage 9

Bescheinigung Standsicherheit I
(Vollständigkeit und Richtigkeit des Standsicherheitsnachweises nach Art. 62 Abs. 1 Satz 4 BayBO, Art. 62a Abs. 2 und § 13 Abs. 4 PrüfVBau)

Bescheinigung über die Standsicherheit

☐ **Teil**bescheinigung
☐ **Abschließende** Bescheinigung

Auftragsnummer/-jahr: _____/_____

I. Angaben zum Bauvorhaben

1. Bauherr	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Vorhaben
Genaue Bezeichnung des Vorhabens, evtl. Bauabschnitt

3. Baugrundstück		
Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

4. Zuständige Bauaufsichtsbehörde	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

5. Entwurfsverfasser	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

6.	**Ersteller des Standsicherheitsnachweises**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

	Ggf. Ersteller der Konstruktionszeichnungen	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

7.	**Prüfsachverständiger für Standsicherheit**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

II. Ergebnis der Prüfung

1. Prüfberichte:

(Auflistung der Prüfberichte gegebenenfalls als Anhang, mit jeweiligem Datum; die Prüfberichte müssen i. d. R. Angaben über Baubeschreibung bzw. Inhalt der geprüften Unterlagen, Lastannahmen einschließlich Feuerwiderstandsfähigkeit der tragenden Bauteile, Bauprodukte, Baugrund und Grundwasserverhältnisse, Prüfbemerkungen, Besonderheiten, Abweichungen enthalten, Erklärung über die Übereinstimmung der geprüften Pläne mit den Plänen des Entwurfsverfassers); bei **Teilbescheinigungen** muss ersichtlich sein, welche Bauteile überprüft wurden.

Nr.	Datum	Anzahl Pläne	Bemerkungen (z. B. bei Teilbescheinigung überprüfte Bauteile)

2. Die Bescheinigung beinhaltet folgende Abweichung(en) von materiell-rechtlichen Anforderungen:

Artikel BayBO	Gegenstand der Abweichung

3. Bescheinigung nach § 27 PrüfVBau durch einen Prüfsachverständigen für Erd- und Grundbau (§ 13 Abs. 4 Satz 3 PrüfVBau)

☐ Die Bescheinigung des Prüfsachverständigen für Erd- und Grundbau vom liegt vor.

☐ ist nicht erforderlich.

III. Bescheinigung, Unterschrift Prüfsachverständiger

☐ **Die Vollständigkeit und Richtigkeit der Nachweise über die Standsicherheit wird bei Beachtung der Prüfbemerkungen bescheinigt (Art. 62 Abs. 1 Satz 4 BayBO, Art. 62a Abs. 2 BayBO, § 13 Abs. 4 PrüfVBau).**

Datum, Unterschrift / ggf. Stempel

Anlage 10

Bescheinigung Standsicherheit II
(ordnungsgemäße Bauausführung nach Art. 77 Abs. 2 BayBO i. V. m. § 13 Abs. 5 PrüfVBau)

Auftragsnummer/-jahr: _____/_____

I. Angaben zum Bauvorhaben

1. Bauherr	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Vorhaben
Genaue Bezeichnung des Vorhabens, evtl. Bauabschnitt

3. Baugrundstück		
Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

4. Zuständige Bauaufsichtsbehörde	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

5. Entwurfsverfasser	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

6.	**Ersteller des Standsicherheitsnachweises**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

	Ggf. Ersteller der Konstruktionszeichnungen	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

7.	**Prüfsachverständiger für Standsicherheit**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

II. Für die Bauausführung maßgebende Unterlagen:

	Bescheinigung Standsicherheit I	
	Nr.	Datum
	Bemerkung	
	Ggf. abweichender Prüfsachverständiger (sofern ein Fall des § 13 Abs. 5 Satz 2 PrüfVBau vorliegt)	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

III. Ergebnis der Prüfung

1. Bericht(e) über stichprobenhafte Kontrollen während der Bauausführung:
(Auflistung der Kontrollen mit jeweiligem Datum und Ergebnis, ggf. als Anhang)

Datum	Art der Kontrolle	Ergebnis / Bemerkungen

2. Sonstige Bemerkungen

IV. Bescheinigung, Unterschrift Prüfsachverständiger

☐ **Die ordnungsgemäße Bauausführung der im Sinn des § 13 Abs. 5 PrüfVBau überwachten Bauteile und Bauarten wird bescheinigt (Art. 77 Abs. 2 BayBO).**

Datum, Unterschrift / ggf. Stempel

Anlage 11

Bescheinigung Brandschutz I
(Vollständigkeit und Richtigkeit des Brandschutznachweises nach Art. 62 Abs. 1 Satz 4, Art. 62b Abs. 2 BayBO und § 19 PrüfVBau)

Auftragsnummer/-jahr: _____/_____

I. Angaben zum Bauvorhaben

1. Bauherr

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Vorhaben

Genaue Bezeichnung des Vorhabens, evtl. Bauabschnitt

3. Baugrundstück

Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

4. Zuständige Bauaufsichtsbehörde

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

5. Entwurfsverfasser

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

6.	**Ersteller des Brandschutznachweises**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

7.	**Prüfsachverständiger für Brandschutz**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

II. Ergebnis der Prüfung

1. Angaben zu Unterlagen, Brandschutznachweis
(Auflistung der Dokumente, die zur Bescheinigung vorgelegt wurden, ggf. als Anhang)

Nr.	Datum	Seiten	Bezeichnungen/Bemerkungen

2. Die Bescheinigung beinhaltet folgende Abweichung(en) von materiell-rechtlichen Anforderungen:

Artikel BayBO	Gegenstand der Abweichung

3. Angaben zum Prüfbericht (im Anhang)

(Seitenzahl, Auflistung der Dokumente, die Bestandteil des Prüfberichts sind; z. B. Pläne, Beschreibungen, Berechnungen, Äußerung der örtlichen Feuerwehr, Prüfbemerkungen z. B. über weitergehende/reduzierte Anforderungen gemäß Art. 54 Abs. 3 BayBO, festgelegte Maßgaben)

4. Weitere erforderliche Nachweise, Bescheinigungen oder Prüfungen

4.1 Die Bescheinigung eines Prüfsachverständigen für die Prüfung sicherheitstechnischer Anlagen und Einrichtungen nach § 24 PrüfVBau ist erforderlich für:

Nr.	Bezeichnung der Gegenstände

4.2 Vor (der jeweiligen) Bauausführung sind neben den Verwendbarkeitsnachweisen (allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis, allgemeine bauaufsichtliche Zulassung, Zustimmung im Einzelfall) folgende Unterlagen zu erbringen:

Nr.	Bezeichnung der Unterlagen

4.3 Die **ordnungsgemäße Bauausführung** ist nach § 19 Abs. 1 Satz 2 PrüfVBau durch den Prüfsachverständigen für Brandschutz zu **bescheinigen**.

III. Bescheinigung, Unterschrift Prüfsachverständiger

☐ **Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Brandschutznachweises wird bei Beachtung der im Prüfbericht enthaltenen Prüfbemerkungen bescheinigt (Art. 62 Abs. 1 Satz 4, Art. 62b Abs. 2 BayBO, § 19 PrüfVBau).**

Datum, Unterschrift / ggf. Stempel

Anlage 12

Bescheinigung Brandschutz II
(ordnungsgemäße Bauausführung nach Art. 77 Abs. 2 BayBO i. V. m. § 19 PrüfVBau)

Auftragsnummer/-jahr: _____ / _____

I. Angaben zum Bauvorhaben

1. Bauherr	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Vorhaben
Genaue Bezeichnung des Vorhabens, evtl. Bauabschnitt

3. Baugrundstück		
Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

4. Zuständige Bauaufsichtsbehörde	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

5. Entwurfsverfasser	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

6.	**Ersteller des Brandschutznachweises**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

7.	**Prüfsachverständiger für Brandschutz**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

II. Ergebnis der Prüfung

1. Angaben zu den für die Bauausführung maßgebenden Unterlagen
(Bescheinigungen, Prüfungsergebnisse und Nachweise nach Nr. II 4 der Bescheinigung Brandschutz I)

1.1 Bescheinigung über den Nachweis des vorbeugenden Brandschutzes

Datum	Auftragsnr. / Jahr

1.2 Prüfung der Feuerwiderstandsfähigkeit der tragenden Teile

Datum	Name des Prüfingenieurs/des Prüfamts/des Prüfsachverständigen

1.3 Bescheinigungen über sicherheitsrelevante technische Anlagen und Einrichtungen

Datum	Bezeichnung

1.4 Sonstige

Datum	Bezeichnung

2. Angaben zum Prüfbericht über die Bauausführung (ggf. im Anhang)

(Seitenzahl, Auflistung der Dokumente, die Bestandteil des Prüfberichts sind oder auf die Bezug genommen wird; z. B. Pläne, Beschreibungen, Berechnungen, Verwendbarkeitsnachweise, sonstige Nachweise, Berichte über Baubegehungen während der Bauausführung usw.)

3. Prüfergebnis

Die Bauausführung entspricht unter Beachtung folgender Maßgaben zur späteren Nutzung (z. B. besondere Betriebsvorschriften, Nutzungsbeschränkungen) dem bescheinigten Brandschutznachweis;
die erforderlichen Bescheinigungen und Nachweise haben vorgelegen

III. Bescheinigung, Unterschrift Prüfsachverständiger

☐ **Die Übereinstimmung der Bauausführung mit dem bescheinigten Brandschutznachweis wird bescheinigt (Art. 77 Abs. 2 BayBO, § 19 Abs. 1 Satz 2 PrüfVBau).**

Datum, Unterschrift / ggf. Stempel

Anlage 13

Bescheinigung Brandschutz III
(Vorliegen der Voraussetzungen für eine Abweichung nach Art. 63 Abs. 1 BayBO)

Auftragsnummer/-jahr: _____/_____

I. Angaben zum Bauvorhaben

1. Bauherr

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Vorhaben

Genaue Bezeichnung des Vorhabens, evtl. Bauabschnitt

3. Baugrundstück

Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

4. Zuständige Bauaufsichtsbehörde

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

5. Entwurfsverfasser

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

6.	**Ersteller des Brandschutznachweises**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

7.	**Prüfsachverständiger für Brandschutz**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

II. Ergebnis der Prüfung

1. Angaben zu Unterlagen, Brandschutznachweis
(Auflistung der Dokumente, die zur Bescheinigung vorgelegt wurden, ggf. als Anhang)

Nr.	Datum	Seiten	Bezeichnungen/Bemerkungen

2. Angaben zu den Abweichungen

Artikel BayBO	Gegenstand der Abweichung

3. Angaben zum Prüfbericht (im Anhang)

(Seitenzahl, Auflistung der Dokumente, die Bestandteil des Prüfberichts sind; z. B. Pläne, Beschreibungen, Berechnungen, Prüfbemerkungen, festgelegte Maßgaben)

4. Ggf. weitere erforderliche Nachweise, Bescheinigungen oder Prüfungen
(z. B. Bescheinigung eines Prüfsachverständigen für die Prüfung sicherheitstechnischer Anlagen und Einrichtungen nach § 24 PrüfVBau)

Nr.	Bezeichnung

III. Bescheinigung, Unterschrift Prüfsachverständiger

☐ **Das Vorliegen der Voraussetzungen für eine Abweichung nach Art. 63 Abs. 1 BayBO wird bescheinigt.**

Datum, Unterschrift / ggf. Stempel

Anlage 14

Bescheinigung über die Einhaltung der festgelegten Grundfläche und Höhenlage nach Art. 68 Abs. 6 Satz 2 BayBO i. V. m. § 21 Satz 1 PrüfVBau

Auftragsnummer/-jahr: _____/_____

I. Angaben zum Bauvorhaben

1. Bauherr

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Vorhaben

Genaue Bezeichnung des Vorhabens, evtl. Bauabschnitt

3. Baugrundstück

Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

4. Zuständige Bauaufsichtsbehörde und zuständiges Vermessungsamt

Bauaufsichtsbehörde	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	
Vermessungsamt	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

5. Entwurfsverfasser	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

6. Prüfsachverständiger für Vermessung	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

II. Vermessung

1. Angaben zu den Unterlagen
(ggf. Baugenehmigung, Bauvorlagen, Bebauungsplan)

2. Angaben zur Vermessung
(Datum, Ergebnis, Bemerkungen)

III. Bescheinigung, Unterschrift Prüfsachverständiger

☐ **Die im** (Bescheid, Datum, Nr.) **festgelegte Grundfläche**
und die im (Bescheid, Datum, Nr.) **festgelegte Höhenlage**
sind eingehalten und werden hiermit bescheinigt (Art. 62 Abs. 1 Satz 4 BayBO entsprechend).

Datum, Unterschrift / ggf. Stempel

Anlage 15

Bescheinigung über die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben über den Baugrund und dessen Tragfähigkeit nach § 27 PrüfVBau

Auftragsnummer/-jahr: _____/_____

I. Angaben zum Bauvorhaben

1. Bauherr	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Vorhaben
Genaue Bezeichnung des Vorhabens, evtl. Bauabschnitt

3. Baugrundstück		
Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

4. Zuständige Bauaufsichtsbehörde	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

5. Entwurfsverfasser	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

6.	**Ersteller des Standsicherheitsnachweises**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

	Ggf. Ersteller der Konstruktionszeichnungen	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

7.	**Ersteller des geotechnischen Berichts (Baugrundgutachten)**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

8.	**Prüfsachverständiger für Erd- und Grundbau**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

II. Unterlagen

Unterlagen für die Bescheinigung (ggf. als Anhang)
(Auflistung der Unterlagen, die der Bescheinigung zugrunde liegen, z. B. Boden- oder Baugrundgutachten oder andere Unterlagen wie Bodenaufschlüsse mit Angabe der Bohrfirma, Angaben zum Grundwasser, Beurteilung der Bodenbeschaffenheit mit Angabe des Baugrundlabors, Auswirkungen auf das Bauwerk einschließlich der erforderlichen Pläne, Beschreibungen und Berechnungen, jeweils mit Angabe der Anzahl, Seiten, Datum usw.)

III. Bescheinigung, Unterschrift Prüfsachverständiger

☐ **Die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben über den Baugrund, dessen Tragfähigkeit und die getroffenen Annahmen zur Gründung oder Einbettung der baulichen Anlage wird bescheinigt (§ 27 PrüfVBau, Art. 62 Abs. 1 Satz 4 BayBO entsprechend).**
Datum, Unterschrift / ggf. Stempel

Anlage 16

Bescheinigung der Wirksamkeit und Betriebssicherheit der sicherheitstechnischen Anlagen und Einrichtungen

(§ 2 Abs. 1 SPrüfV, § 24 PrüfVBau)

☐ **Prüfung und Bescheinigung vor der ersten Inbetriebnahme**

☐ **Prüfung und Bescheinigung nach einer wesentlichen Änderung**

☐ **Bescheinigung nach einer wiederkehrenden Prüfung**

Auftragsnummer/-jahr: _____/_____

I. Angaben zum Objekt, Bauvorhaben

1. Auftraggeber	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

2. Betreiber bzw. Bauherr	
Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
Telefon (mit Vorwahl)	Fax
E-Mail	

3. Vorhaben
Genaue Bezeichnung der sicherheitstechnischen Anlage oder Einrichtungen

4. Baugrundstück		
Gemarkung	Flur-Nr.	Gemeinde
Straße, Hausnummer	Gemeindeteil	
Verwaltungsgemeinschaft		

5.	**Zuständige Bauaufsichtsbehörde**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

6.	**Entwurfsverfasser**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

7.	**Baugenehmigung**		
	Behörde	Aktenzeichen	Datum

8.	**Prüfsachverständiger für die Prüfung sicherheitstechnischer Anlagen und Einrichtungen**	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax
	E-Mail	

9.	**Bei Wiederholungsprüfungen** **Bescheinigung vor der ersten Inbetriebnahme / Bescheinigung der letzten Prüfung**		
	Datum Bescheinigung	Auftragsdatum	Auftragsnummer
	Prüfsachverständiger: Name	Vorname	
	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort	
	Telefon (mit Vorwahl)	Fax	
	E-Mail		

II. Ergebnis der Prüfung

1.	**Angaben zu den Unterlagen**
	(Auflistung der Dokumente, die zur Prüfung und Bescheinigung vorgelegt wurden, Art, Anzahl, Seiten, Datum usw.)

2.	**Angaben zum Prüfbericht (ggf. als Anhang)**
	(Seitenzahl, Auflistung der Dokumente, die Bestandteil des Prüfberichts sind oder auf die Bezug genommen wird, z. B. Baugenehmigungsbescheid, Pläne, Beschreibungen, Berechnungen, Brandschutznachweis, Bescheinigungen / Prüfbemerkungen des Prüfsachverständigen für Brandschutz usw.)
	Grundlagen, nach denen geprüft wurde; Berichte über Messungen usw.
	Prüfbemerkungen (ggf. im Anhang)

3.	**Ggf. weitere erforderliche Nachweise, Bescheinigungen oder Prüfungen**
	(Weitere erforderliche Nachweise, Bescheinigungen, Prüfungen, Datum der nächsten Prüfung)

III. Bescheinigung, Unterschrift Prüfsachverständiger

☐	**Die Wirksamkeit und Betriebssicherheit der sicherheitstechnischen Anlagen wird bei Beachtung der Prüfbemerkungen unter Abschnitt II. 2 bescheinigt (§ 2 Abs. 1 SPrüfV, § 24 PrüfVBau).**
	Datum, Unterschrift / ggf. Stempel

Literaturhinweise

Wolters Kluwer Deutschland, Carl Link Verlag, Kronach

Harrer/Kugele, **Verwaltungsrecht in Bayern,** Verwaltungsverfahren (BayVwVfG und VwVfG) – Verwaltungszustellung und Vollstreckung (VwZVG) – Verwaltungsprozess (VwGO), ergänzbare Rechtssammlung mit Kommentar, 118. Lieferung, Stand Juni 2018, Preis 263,87 €.

Schelter, **Verwaltungsverfahren in Deutschland und Europa,** Materialien und Rechtssammlung zum Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahrensrecht, 200., 201. und 202. Lieferung, Stand Juli 2018, Preis 437,92 €, 570,40 € bzw. 493,12 €.

Leonhardt, **Jagdrecht,** Bundesjagdgesetz, Bayerisches Jagdgesetz, Ergänzende Bestimmungen, Kommentar, Loseblattwerk, 87. Lieferung, Stand Mai 2018, Preis 135,88 €, ISBN 978-3-556-75010-0.

Nitsche/Baumann/Schwamberger, **Satzungen zur Wasserversorgung,** mit Abgaberegelungen, kommentierte Ausgabe, 57. und 58. Lieferung, Stand April 2018, Preis 132,65 € und 135,53 €+ JURION 16,39 € und 16,75 €, ISBN 978-3-556-86350-3.

Nitsche/Baumann/Schwamberger, **Satzungen zur Abwasserbeseitigung,** mit Abgaberegelungen, kommentierte Ausgabe, 65. und 66. Lieferung, Stand April 2018, Preis 171,72 € und 155,52 €, ISBN 978-3-556-64400-3.

Hickel/Wiedmann/Hetzel, **Gewerbe- und Gaststättenrecht,** Rechtssammlung mit Erläuterungen für die kommunale Praxis, 125. bis 128. Lieferung, Stand Juli 2018, Preis 111,12 €, 125,08 €, 134,64 € und 122,28 €, ISBN 978-3-556-82010-0, inkl. Buch Hetzel/Hickel/Wiedmann: ProstSchG, Leitfaden zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes, 196 Seiten, 2018, Preis 30 €, ISBN 978-3-556-07739-9.

Schwenk/Frey, **Haushalts- und Wirtschaftsrecht / Kommunaler Finanzausgleich in Bayern,** Kommentar, Loseblattwerk, 177. Lieferung, Stand Juli 2018, Preis 145,29 € + JURION 17,95 €, Finanzrecht der Kommunen I, ISBN 978-3-556-90010-9.

Wolters Kluwer Deutschland, Verlag Luchterhand, Neuwied

Becker/Tiedemann, **Arbeitsförderungsrecht,** Europäisches Recht, 132. Lieferung, Stand Mai 2018, Preis 394,32 €.

Hurlebaus, **Entscheidungssammlung zum Berufsbildungsrecht (EzB),** 45. Lieferung, Stand Juni 2018, Preis 272,60 €.

Knittel, **Betreuungsrecht,** Kommentar, 82. Lieferung, Stand Juni 2018, Preis 249,26 €.

Luber/Schelter, **Deutsche Sozialgesetze,** Sammlung des gesamten Arbeits- und Sozialrechts der Bundesrepublik Deutschland, mit einer Zusammenstellung des Europäischen Sozialrechts, 790. Lieferung, Stand Mai 2018, Preis 402,80 €.

Luber/Schock, **Deutsches Sozialrecht,** Textausgabe mit Europäischem Sozialrecht, 371. Lieferung, Stand Mai 2018, Preis 424 €.

Fieseler/Schleicher/Busch, **Kinder- und Jugendhilferecht,** Gemeinschaftskommentar zum SGB VIII (GK-SGB VIII), 72. Lieferung, Stand Juli 2018, Preis 210,14 €.

Jung/Preuß, **Rechtsgrundlagen der Rehabilitation,** Sammlung des gesamten Rehabilitationsrechts, 263. Lieferung, Stand März 2018, Preis 432,64 €.

Krug/Riehle, **SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe,** Kommentar, 186. Lieferung, Stand Juli 2018, Preis 171,44 €.

Knittel, **SGB IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen,** Kommentar und Rechtssammlung, 95. Lieferung, Stand Mai 2018, Preis 204,70 €.

Dalichau, **SGB X – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz,** Kommentar und Rechtssammlung, 203. Lieferung, Stand Juni 2018, Preis 324,28 €.

Grüner/Dalichau, **Sozialgesetzbuch,** Kommentar und Rechtssammlung, 383. und 384. Lieferung, Stand Juni 2018, Preis 312,90 € bzw. 342,70 €.

Gitter/Schmitt, **WBVG – Heimrecht des Bundes und der Länder,** Kommentar, 150. Lieferung, Stand Juni 2018, Preis 209,54 €.

Friauf, **Kommentar zur Gewerbeordnung – GewO, Arbeitsrechtlicher Teil,** 306. und 307. Lieferung, Stand Juli 2018, Preis 383,04 € bzw. 380 €.

Asgard Verlag, Sankt Augustin

Löschau, **Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI),** Kommentar, hervorgegangen aus dem „Handbuch der Sozialversicherung", 26. Lieferung, Stand April 2018, Preis 111,60 €, Umfang des Grundwerks 6202 Seiten, ISBN 978-3-537-55020-0.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern" www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern" ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern" entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN UND FÜR INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 11 **München, 31. August 2018** **31. Jahrgang**

Inhaltsübersicht

Datum — Seite

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatsregierung

24.07.2018 2003-S
Änderung der Organisationsrichtlinien 547

Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration

31.07.2018 73-I
Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich 547

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

07.08.2018 2330-B
Richtlinien für die Gewährung eines Zuschusses zum Bau oder Erwerb von Wohnraum zu eigenen Wohnzwecken (Bayerische Eigenheimzulagen-Richtlinien – EHZR) 554

08.08.2018 2330-B
Änderung der Wohnraumförderungsbestimmungen 2012 555

08.08.2018 2330-B
Richtlinien für das Darlehensprogramm der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt zur Förderung der Modernisierung von Gebäuden von Wohnungseigentümergemeinschaften (WEG-Modernisierungsprogramm – BayModWEG) 558

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie

08.08.2018 2038.3.7-W
Abkommen über einheitliche Ausbildung, Prüfung und Zusammenarbeit im Bereich des gesetzlichen Messwesens (Akademie-Abkommen) 560

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

03.08.2018 793-L
Verfahrensvorschriften zur Erprobung des elektronischen Ausstellens des Erlaubnisscheins 563

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

25.07.2018 2126.0-G
Änderung der Richtlinie zur Förderung der Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten sowie von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im ländlichen Raum 564

Fortsetzung nächste Seite

30.07.2018 2126.0-G
Richtlinie über die Gewährung eines Bonus zur Sicherstellung der Geburtshilfe durch freiberuflich tätige Hebammen und Entbindungspfleger (Hebammenbonusrichtlinie – HebBonR) 564

08.08.2018 2175.4-G
Richtlinie zur Förderung neuer ambulant betreuter Wohngemeinschaften sowie zur Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Lebensqualität und der Rahmenbedingungen in der Pflege (Förderrichtlinie Pflege – WoLeRaF) 565

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatskanzlei

30.07.2018 Erteilung eines Exequaturs an Frau Miriam Beatriz Chaves 571

08.08.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Simon Philip Kendall 571

09.08.2018 Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung von Belize in Stuttgart 571

10.08.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Mohammad Zahir Aghbar 571

Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration

16.07.2018 Feuerwehr-Aktionswoche 2018 572

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

01.08.2018 Öffentlichkeitsbeteiligung zu den Managementmaßnahmenblättern nach den §§ 40e und 40f BNatSchG in Verbindung mit § 42 UVPG 572

III. Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen ..... entfällt

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibung 573

Literaturhinweise 573

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

2003-S

Änderung der Organisationsrichtlinien

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung

vom 24. Juli 2018, Az. BII5-G53/10-10

1. Die Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Organisationsrichtlinien (OR) vom 6. November 2001 (AllMBl. S. 634, StAnz. Nr. 50), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 17. April 2018 (AllMBl. S. 341) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1.1 Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:

1.1.1 Nach der Angabe zu Nr. 2.2 wird folgende Angabe eingefügt:

„2.3 Praktische Tauglichkeit einer Regelung im Vollzug (Praxis-Check)“.

1.1.2 Die Angaben zu den bisherigen Nrn. 2.3 bis 2.8 werden die Angaben zu den Nrn. 2.4 bis 2.9.

1.2 Nach Nr. 2.2 wird folgende Nr. 2.3 eingefügt:

„**2.3 Praktische Tauglichkeit einer Regelung im Vollzug (Praxis-Check)**

[1]In geeigneten Fällen sollen Vorschriften und Vollzugshilfen unbeschadet ihrer Bezeichnung im Einzelfall – z. B. als Merkblatt, Handreichung, Leitfaden – vorab im Zusammenspiel mit Anwendern und Betroffenen modellhaft einer praktischen Anwendung unterzogen und auf ihre Tauglichkeit hin überprüft werden (Praxis-Check). [2]Der Praxis-Check soll den Erlass leicht verständlicher und für Bürger und Wirtschaft gut anwendbarer Vorschriften und Vollzugshilfen unterstützen. [3]Der Beauftragte für Bürokratieabbau ist bei der Durchführung des Praxis-Checks eng einzubeziehen. [4]Er kann Vorschriften und Vollzugshilfen dem jeweils zuständigen Staatsministerium für einen Praxis-Check vorschlagen. [5]Die Auswahl der an dem Praxis-Check teilnehmenden Unternehmen erfolgt im Einvernehmen mit dem Beauftragten für Bürokratieabbau.“

1.3 Die bisherigen Nrn. 2.3 bis 2.8 werden die Nrn. 2.4 bis 2.9.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. September 2018 in Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Markus Söder

73-I

Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 31. Juli 2018, Az. B3-1512-31-19

An
die Gemeinden
die Verwaltungsgemeinschaften
die Landkreise
die Bezirke
die Zweckverbände
die Regierungen
die Landratsämter

[1]§ 31 KommHV-Kameralistik und § 30 KommHV-Doppik regeln die Vergabe von Aufträgen und den Abschluss von Verträgen, soweit nicht Bundesrecht vorgeht. [2]Das Bayerische Staatsministerium des Innern und für Integration gibt dazu im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat die nachfolgenden Grundsätze, Empfehlungen und Hinweise bekannt.

1. Verbindliche Vergabegrundsätze nach § 31 Abs. 2 KommHV-Kameralistik und § 30 Abs. 2 KommHV-Doppik

1.1 Verpflichtend anzuwendende Bestimmungen

Die nachfolgend genannten Bestimmungen sind anzuwenden, soweit sich aus dieser Bekanntmachung nichts anderes ergibt.

1.1.1 Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB)

– Anzuwenden sind:
  - Teil A: Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen (Abschnitt 1) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Juni 2016 (BAnz. AT 01.07.2016 B4);
  - Teil B: Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BAnz. Nr. 155a vom 15. Oktober 2009, BAnz. 2010 S. 940), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 7. Januar 2016 (BAnz. AT 19.01.2016 B3, BAnz. AT 01.04.2016 B1) geändert worden ist;
  - Teil C: Allgemeine Technische Vertragsbedingungen (ATV) in der Fassung der DIN-Normen Ausgabe September 2016.
– Die Verpflichtung zur Anwendung der VOB/A gilt für Verträge über die Ausführung oder die gleichzeitige Planung und Ausführung
  - eines Bauvorhabens oder eines Bauwerks für den öffentlichen Auftraggeber, das Ergebnis von Tief- oder Hochbauarbeiten ist und eine wirtschaftliche oder technische Funktion erfüllen soll, oder
  - einer dem öffentlichen Auftraggeber unmittelbar wirtschaftlich zugutekommenden Bauleis-

tung, die Dritte gemäß den vom Auftraggeber genannten Erfordernissen erbringen, wobei der Auftraggeber einen entscheidenden Einfluss auf Art und Planung der Bauleistung hat.

1.1.2 Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen (öAUmwR).

1.1.3 Bestimmungen zur Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen gemäß Nr. 2 der Verwaltungsvorschrift zum öffentlichen Auftragswesen (VVöA).

1.1.4 Bestimmungen zur Berücksichtigung bevorzugter Bieter gemäß Nr. 3 VVöA.

1.2 Wahl des Vergabeverfahrens

1.2.1 Nach § 31 Abs. 1 KommHV-Kameralistik und § 30 Abs. 1 KommHV-Doppik muss der Vergabe von Aufträgen eine Öffentliche Ausschreibung oder eine Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb vorausgehen, sofern nicht die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb oder eine Verhandlungsvergabe rechtfertigen.

1.2.2 Bei einer **Öffentlichen Ausschreibung** fordert der Auftraggeber eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich auf, ein Angebot in Textform abzugeben.

1.2.3 [1]Bei einer **Beschränkten Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb** fordert der Auftraggeber eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen auf. [2]Nach der Eignungsprüfung fordert der Auftraggeber mehrere geeignete Bewerber auf, ein Angebot in Textform abzugeben. [3]Er kann die Zahl der aufgeforderten Bewerber begrenzen.

1.2.4 Bei einer **Beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb** fordert der Auftraggeber ohne vorherige Durchführung eines Teilnahmewettbewerbs mehrere Unternehmen nach Prüfung ihrer Eignung auf, ein Angebot in Textform abzugeben.

1.2.5 [1]Bei einer **Verhandlungsvergabe** fordert der Auftraggeber mehrere, grundsätzlich mindestens drei Unternehmen nach Prüfung ihrer Eignung auf, ein Angebot in Textform abzugeben. [2]Der Verhandlungsvergabe kann ein Teilnahmewettbewerb vorgeschaltet werden. [3]Bei Verhandlungen über den Angebotsinhalt, die im Ermessen des Auftraggebers stehen, sind alle Bieter gleich zu behandeln. [4]Begrifflich entspricht die Verhandlungsvergabe der in der VOB/A geregelten Freihändigen Vergabe.

1.2.6 [1]Dem Auftraggeber stehen die Öffentliche Ausschreibung und die Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb nach seiner Wahl zur Verfügung. [2]Dies gilt auch für die Vergabe von Bauaufträgen.

1.2.7 [1]Bei den nachfolgenden Vergaben steht dem Auftraggeber neben der Öffentlichen Ausschreibung und der Beschränkten Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb auch die Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb nach seiner Wahl zur Verfügung:

- Vergabe von sozialen und anderen besonderen Dienstleistungen im Sinne von § 130 Abs. 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB);
- Abweichend von § 23 Abs. 2 VOB/A Vergabe von Verträgen über die Durchführung eines Bauauftrags, bei dem die Gegenleistung für die Bauarbeiten statt in einem Entgelt in einem befristeten Recht auf Nutzung der baulichen Anlage, gegebenenfalls zuzüglich der Zahlung eines Preises besteht (Baukonzessionen);
- Vergabe von Aufträgen durch Sektorenauftraggeber zum Zweck der Ausübung einer Sektorentätigkeit nach § 102 GWB im Bereich des Verkehrs, der Trinkwasserversorgung und der Energieversorgung.

[2]Sofern in diesen Fällen nicht die Wertgrenzenregelungen nach den Nrn. 1.2.8 und 1.2.9 angewendet werden, ist ein Verzicht auf einen Teilnahmewettbewerb im Einzelfall zu begründen. [3]In diesem Fall müssen die Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 KommHV-Kameralistik, § 30 Abs. 1 KommHV-Doppik und bei Baukonzessionen die Voraussetzungen nach § 3a Abs. 2 Nr. 2 oder Nr. 3 oder Abs. 4 VOB/A vorliegen.

1.2.8 [1]Eine Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb ist bei der Vergabe von Bauaufträgen abweichend von § 3a Abs. 2 Nr. 1 VOB/A bis zu folgenden Wertgrenzen (jeweils ohne Umsatzsteuer) ohne weitere Einzelbegründung zulässig:

- 500 000 Euro im Tief-, Verkehrswege- und Ingenieurbau;
- 125 000 Euro für Ausbaugewerke (ohne Energie- und Gebäudetechnik) sowie für Landschaftsbau und Straßenausstattung;
- 250 000 Euro für alle übrigen Gewerke.

[2]Bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen ist eine Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb bis zu einer Wertgrenze von 100 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) zulässig.

1.2.9 Eine Verhandlungsvergabe ist bei der Vergabe von Bauaufträgen (abweichend von § 3a Abs. 4 Satz 2 VOB/A) und bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen bis zu einer Wertgrenze von 50 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) ohne weitere Einzelbegründung zulässig.

1.2.10 [1]Bis zu einem voraussichtlichen Auftragswert von 1 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) bei Liefer- und Dienstleistungen und von 5 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) bei Bauleistungen ist ein Direktauftrag ohne Durchführung eines Vergabeverfahrens zulässig. [2]Der Haushaltsgrundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ist zu beachten. [3]Der Auftraggeber soll zwischen den beauftragten Unternehmen wechseln.

1.2.11 [1]Förderrechtliche Bestimmungen im Einzelfall bleiben unberührt. [2]Dies gilt insbesondere für EU-kofinanzierte Projekte.

1.3 Ex-ante-Veröffentlichung bei Inanspruchnahme der Wertgrenzenregelung

[1]Die Wertgrenzenregelungen für Beschränkte Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb dürfen ab einem voraussichtlichen Auftragswert von 50 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) nur nach einer ex-ante-Veröffentlichung in Anspruch genommen werden. [2]Dabei sind vor der Einleitung des Verfahrens folgende Daten zu veröffentlichen:

- Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer und E-Mail-Adresse des Auftraggebers,
- Auftragsgegenstand,
- Ort der Ausführung,
- Art und voraussichtlicher Umfang der Leistung,
- voraussichtlicher Zeitraum der Ausführung,
- Tag der Veröffentlichung.

[3]Zwischen der ex-ante-Veröffentlichung und der Aufforderung zur Abgabe von Angeboten ist eine Wartefrist von sieben Kalendertagen einzuhalten, um interessierten Bewerbern die Möglichkeit zu geben, ihr Interesse zu bekunden. [4]Die Informationen müssen auf einer zentralen Bekanntmachungsplattform abrufbar sein, die vom Staatsministerium des Innern und für Integration durch Rundschreiben bekannt gegeben wird.

1.4 Ex-post-Veröffentlichung

1.4.1 Unabhängig von der Inanspruchnahme der Wertgrenzenregelungen ist bei folgenden Vergabeverfahren eine ex-post-Veröffentlichung erforderlich:

- bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb ab einem Auftragswert von 25 000 Euro (ohne Umsatzsteuer);
- bei Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb ab einem Auftragswert von 15 000 Euro (ohne Umsatzsteuer), wenn Bauaufträge vergeben werden;
- bei Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb ab einem Auftragswert von 25 000 Euro (ohne Umsatzsteuer), wenn Liefer- und Dienstleistungsaufträge vergeben werden.

1.4.2 Dabei sind nach der Zuschlagserteilung folgende Daten zu veröffentlichen:

- Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer und E-Mail-Adresse des Auftraggebers,
- gewähltes Vergabeverfahren,
- Auftragsgegenstand, Art und Umfang der Leistung,
- Ort der Ausführung,
- Zeitraum der Leistungserbringung,
- Name des beauftragten Unternehmens; soweit es sich um eine natürliche Person handelt, ist deren Einwilligung einzuholen oder deren Name zu anonymisieren,
- Auftragswert.

1.4.3 Die Informationen müssen auf der zentralen Bekanntmachungsplattform nach Nr. 1.3 Satz 4 für die Dauer von sechs Monaten bei Bauaufträgen und für die Dauer von drei Monaten bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen abrufbar sein.

1.4.4 Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, einzelne Daten zu veröffentlichen, wenn deren Veröffentlichung

- den Gesetzesvollzug behindern,
- dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen,
- den berechtigten geschäftlichen Interessen eines Unternehmens schaden oder
- den lauteren Wettbewerb beeinträchtigen würde.

1.5 Mindestanforderungen an eine Beschränkte Ausschreibung und an eine Verhandlungsvergabe

[1]In jedem Vergabeverfahren sind Wettbewerb und Transparenz zu gewährleisten. [2]Der Haushaltsgrundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ist zu beachten und die Manipulationsgefahr zu minimieren. [3]Daher sind bei allen Beschränkten Ausschreibungen und Verhandlungsvergaben die nachfolgenden Mindestanforderungen zu beachten. [4]Die weiteren Verfahrensvorschriften des ersten Abschnitts der VOB/A für Bauaufträge bleiben unberührt.

1.5.1 Aufforderung einer ausreichenden Anzahl von Bewerbern

[1]Bei Verhandlungsvergaben sind in der Regel drei, bei Beschränkten Ausschreibungen sind in der Regel mindestens drei bis zehn Bewerber zur Abgabe eines Angebots aufzufordern. [2]Die Anzahl der aufzufordernden Bewerber ist unter Berücksichtigung von Marktsituation und Auftragswert festzulegen. [3]Besondere Umstände, etwa Besonderheiten des Auftragsgegenstands oder die Wettbewerbssituation auf dem relevanten Markt, können im Einzelfall – auch bei einer Verhandlungsvergabe – Anlass dazu geben, mehr als drei Angebote einzuholen.

1.5.2 Ausreichende Streuung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

[1]Eine Beschränkung des Wettbewerbs auf ortsansässige Unternehmen ist nicht zulässig. [2]In der Regel ist mindestens ein Bewerber, ab einem Auftragswert von 75 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) sind mindestens drei Bewerber aufzufordern, die ihre Niederlassung nicht im eigenen Landkreis des kommunalen Auftraggebers bzw. bei kreisfreien Städten im eigenen Stadtgebiet haben. [3]Abhängig von der Marktsituation, dem Wert des Auftrags und der Natur der ausgeschriebenen Leistung kann es zur Wahrung eines ausreichenden Wettbewerbs notwendig sein, den räumlichen Umkreis der aufzufordernden Unternehmen weiter auszudehnen. [4]Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn die Leistungserbringung einen hohen Spezialisierungsgrad erfordert und es nur wenige Wettbewerber am Markt gibt.

1.5.3 Regelmäßiger Wechsel der Bieter.

1.5.4 Dokumentation aller wesentlichen Maßnahmen und Entscheidungen nach Maßgabe der Nr. 1.10.

1.5.5 Vermeidung von Manipulation und Korruption durch organisatorische und personelle Maßnahmen (zum Beispiel im Sinne der Korruptionsbekämpfungsrichtlinie)

[1]Bei der gesamten Kommunikation sowie beim Austausch und der Speicherung von Informationen

muss der Auftraggeber die Integrität der Daten und die Vertraulichkeit der Teilnahmeanträge und Angebote einschließlich ihrer Anlagen gewährleisten. [2]Die Teilnahmeanträge und Angebote einschließlich ihrer Anlagen sowie die Dokumentation über Öffnung und Wertung der Teilnahmeanträge und Angebote sind auch nach Abschluss des Vergabeverfahrens vertraulich zu behandeln.

1.6 Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots

[1]Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt, das sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis bestimmt. [2]Zu dessen Ermittlung können neben dem Preis oder den Kosten auch qualitative, umweltbezogene oder soziale Aspekte berücksichtigt werden. [3]Die Zuschlagskriterien müssen mit dem Auftragsgegenstand in Verbindung stehen. [4]Sind neben dem Preis oder den Kosten zusätzliche Kriterien beabsichtigt, sind diese vor der Aufforderung zur Angebotsabgabe festzulegen und in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen anzugeben. [5]Eine spätere Änderung der Zuschlagskriterien während des Vergabeverfahrens ist nicht zulässig.

1.7 Berücksichtigung von bevorzugten Bewerbern

1.7.1 [1]Über die in Nr. 3 VVöA eröffneten Möglichkeiten hinaus kann die Teilnahme am Vergabeverfahren folgenden Auftragnehmern vorbehalten werden:

- Werkstätten für Menschen mit Behinderung,
- Unternehmen, deren Hauptzweck die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Behinderung oder von benachteiligten Personen ist.

[2]Voraussetzung ist, dass mindestens 30 % der in diesen Werkstätten oder Unternehmen Beschäftigten Menschen mit Behinderung oder benachteiligte Personen sind.

1.7.2 Soll der Auftrag ausschließlich an die Auftragnehmer nach Nr. 1.7.1 oder ausschließlich an Justizvollzugsanstalten vergeben werden, ist die Durchführung einer Verhandlungsvergabe zulässig.

1.7.3 Der Auftraggeber kann auch bestimmen, dass öffentliche Aufträge im Rahmen von Programmen mit geschützten Beschäftigungsverhältnissen durchzuführen sind.

1.8 Berücksichtigung von sozialen und umweltbezogenen Kriterien

1.8.1 [1]In der **Leistungsbeschreibung** können neben Aspekten der Qualität auch soziale, innovative und umweltbezogene Merkmale gefordert werden. [2]Diese können sich auch auf den Prozess oder die Methode zur Herstellung oder Erbringung der Leistung oder auf ein anderes Stadium im Lebenszyklus des Auftragsgegenstands einschließlich der Produktions- und Lieferkette beziehen. [3]Dies gilt auch, wenn derartige Faktoren keine materiellen Bestandteile der Leistung sind, sofern sie in Verbindung mit dem Auftragsgegenstand stehen und zu dessen Wert und Beschaffungszielen verhältnismäßig sind.

1.8.2 Bei der **Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots** können neben dem Preis und qualitativen Aspekten auch umweltbezogene und soziale Zuschlagskriterien verwendet werden.

1.8.3 Die **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags** können neben wirtschaftlichen und innovationsbezogenen Gesichtspunkten auch umweltbezogene, soziale und beschäftigungspolitische Belange umfassen.

1.9 Vergabe über zentrale Beschaffungsstellen

1.9.1 [1]Kommunale Auftraggeber können Liefer- und Dienstleistungen von zentralen Beschaffungsstellen erwerben oder Liefer-, Bau- und Dienstleistungsaufträge durch zentrale Beschaffungsstellen vergeben. [2]Aufträge zur Ausübung zentraler Beschaffungstätigkeiten können an eine zentrale Beschaffungsstelle vergeben werden, ohne ein Vergabeverfahren durchzuführen.

1.9.2 [1]Eine zentrale Beschaffungsstelle nach Nr. 1.9.1 ist ein öffentlicher Auftraggeber im Sinne des § 99 GWB, der dauerhaft für kommunale Auftraggeber tätig wird, indem er Liefer- und Dienstleistungen beschafft, öffentliche Aufträge vergibt oder Rahmenvereinbarungen abschließt (zentrale Beschaffungstätigkeit). [2]Dabei beachtet er die für kommunale Auftraggeber geltenden verbindlichen Grundsätze der Nr. 1.

1.10 Dokumentation

1.10.1 Das Vergabeverfahren ist so zu dokumentieren, dass die einzelnen Maßnahmen und die Begründung der einzelnen Entscheidungen festgehalten sind.

1.10.2 Die Dokumentation muss mindestens folgende Angaben enthalten:

- Gründe für die Wahl der Beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb oder der Verhandlungsvergabe, sofern nicht die unter den Nrn. 1.2.8 und 1.2.9 genannten Wertgrenzenregelungen in Anspruch genommen werden und kein Fall der Nr. 1.2.7 vorliegt,
- Namen der berücksichtigten Bewerber oder Bieter und die Gründe für ihre Auswahl,
- Namen der nicht berücksichtigten Bewerber oder Bieter und die Gründe für ihre Ablehnung (einschließlich von Unternehmen, die auf eine ex-ante-Veröffentlichung nach Nr. 1.3 ihr Interesse bekundet haben),
- Angebotssummen der Bieter, die ein Angebot abgegeben haben,
- Gründe für eine eventuelle Zusammenfassung von Fach- oder Teillosen,
- Name des erfolgreichen Bieters und die Gründe für die Auswahl seines Angebots.

1.10.3 Die Dokumentation sowie die Angebote, Teilnahmeanträge und ihre Anlagen sind sowohl bei Bauaufträgen als auch bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren.

1.10.4 Bei Bauaufträgen bleibt § 20 VOB/A im Übrigen unberührt.

1.11 Vergabe von freiberuflichen Dienstleistungen

1.11.1 [1]Bei der Vergabe von freiberuflichen Dienstleistungen gelten abschließend die nachfolgenden Bestimmungen. [2]Förderrechtliche Bestimmungen im Einzelfall bleiben unberührt. [3]Dies gilt insbesondere für EU-kofinanzierte Projekte.

1.11.2 Freiberufliche Dienstleistungen sind Leistungen, die im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit im Sinne von § 18 Abs. 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) erbracht oder im Wettbewerb mit freiberuflich Tätigen angeboten werden.

1.11.3 [1]Aufträge für freiberufliche Dienstleistungen sind grundsätzlich im Wettbewerb und unter Beachtung des Haushaltsgrundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu vergeben. [2]Ein ausreichender Wettbewerb ist gewährleistet, wenn mindestens drei Bewerber aufgefordert werden, ein Angebot in Textform abzugeben, oder unter den Voraussetzungen der Nrn. 1.11.4 bis 1.11.8 eine vereinfachte Vergabe durchgeführt wird. [3]Die Gründe für die Auswahl des erfolgreichen Bewerbers sind zu dokumentieren.

1.11.4 Aufträge mit einem voraussichtlichen Gesamtwert (einschließlich Nebenkosten) bis 10 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) können unter Beachtung des Haushaltsgrundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit direkt an einen geeigneten Bewerber vergeben werden.

1.11.5 [1]Freiberufliche Dienstleistungen, deren Honorare verbindlich in der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) geregelt sind, können unter Beachtung des Haushaltsgrundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bis zu einem voraussichtlichen Gesamtauftragswert (einschließlich Nebenkosten, einem eventuellen Umbauzuschlag und zusätzlichen und/oder besonderen Leistungen) unterhalb des zum Zeitpunkt der Einleitung des Vergabeverfahrens geltenden EU-Schwellenwertes für Liefer- und Dienstleistungen (ohne Umsatzsteuer) nach Verhandlung mit nur einem geeigneten Bewerber vergeben werden. [2]Voraussetzung ist, dass der Aufforderung dieses Bewerbers zur Angebotsabgabe eine Eignungsanfrage bei mindestens drei möglichen Bewerbern vorausgegangen ist. [3]Der Bewerber, mit dem verhandelt werden soll, muss nach sachgerechten Kriterien ausgewählt werden. [4]Die für die Auswahl maßgeblichen Erwägungen sind zu dokumentieren. [5]Mögliche Anforderungen in einer Eignungsanfrage sind zum Beispiel:

- geeignete Referenzen über früher, insbesondere für öffentliche Auftraggeber ausgeführte Aufträge (zum Beispiel Einhaltung der Kostenprognosen, termingerechte Lieferung der Pläne, mangelfreie Planung, VOB-konforme Ausschreibungen),
- Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen,
- Maßnahmen zur Qualitätskontrolle der eigenen Leistung,
- Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung,
- durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl in den letzten drei Jahren,
- Angaben zur Ausstattung, über die der Bewerber für die Ausführung des Auftrags verfügt,
- Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in geeigneter Höhe.

[6]Die Anforderungen sind bei geeigneten Aufgabenstellungen so zu wählen, dass kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger sich beteiligen können.

1.11.6 Bis zu einem geschätzten Gesamtauftragswert (einschließlich Nebenkosten, einem eventuellen Umbauzuschlag und zusätzlichen und/oder besonderen Leistungen) von 100 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) können die in Nr. 1.11.5 genannten Dienstleistungen nach Eignungsanfrage und Auftragsverhandlung mit nur einem geeigneten Bewerber vergeben werden.

1.11.7 Die vereinfachte Vergabe nach den Nrn. 1.11.5 und 1.11.6 ist nur unter folgenden Voraussetzungen zulässig:

- die Grundleistungen werden nach den Mindestsätzen der entsprechenden Honorarzone honoriert,
- Nebenkosten werden höchstens mit einem Anteil von 4 % und ein Umbauzuschlag wird höchstens mit einen Anteil von 20 % des Honorars für die Grundleistungen vereinbart,
- zusätzliche und/oder besondere Leistungen dürfen einen Anteil von 10 % des Gesamtauftragswertes nicht überschreiten,
- der Bewerberkreis ist regional zu streuen und regelmäßig zu wechseln und dies ist zu dokumentieren.

1.11.8 [1]Freiberufliche Dienstleistungen von Prüfingenieuren und Prüfsachverständigen, deren Gebühren und Honorare verbindlich in der Verordnung über die Prüfingenieure, Prüfämter und Prüfsachverständigen im Bauwesen (PrüfVBau) geregelt sind, können bis zu einem Gesamtauftragswert unterhalb des zum Zeitpunkt der Einleitung des Vergabeverfahrens geltenden EU-Schwellenwertes für Liefer- und Dienstleistungen (ohne Umsatzsteuer) nach Verhandlung mit nur einem geeigneten Bewerber vergeben werden. [2]Zusätzliche und/oder besondere Leistungen dürfen einen Anteil von 10 % des Gesamtauftragswertes nicht überschreiten. [3]Der Bewerberkreis ist regional zu streuen und regelmäßig zu wechseln und dies ist zu dokumentieren.

1.11.9 [1]Die Möglichkeit, Planungswettbewerbe durchzuführen, bleibt unberührt. [2]Hierfür wird die Richtlinie für Planungswettbewerbe in der durch Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern vom 1. Oktober 2013 (AllMBl. S. 404) eingeführten Fassung zur Anwendung empfohlen.

2. Ausnahmebestimmungen

[1]Die Vergabegrundsätze nach Nr. 1 sind nicht anzuwenden auf folgende Sachverhalte, für die das GWB Ausnahmen vorsieht:

- Schiedsgerichts- und Schlichtungsdienstleistungen im Sinne des § 107 Abs. 1 Nr. 1 GWB,
- Grundstücksgeschäfte im Sinne des § 107 Abs. 1 Nr. 2 GWB, soweit sie nicht den Charakter eines Bauauftrags aufweisen,
- Arbeitsverträge im Sinne des § 107 Abs. 1 Nr. 3 GWB,

– Dienstleistungen des Katastrophenschutzes, des Zivilschutzes und der Gefahrenabwehr, die von gemeinnützigen Organisationen oder Vereinigungen erbracht werden, im Sinne von § 107 Abs. 1 Nr. 4 GWB,
– öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit im Sinne von § 108 GWB,
– Vergaben auf der Grundlage internationaler Verfahrensregeln im Sinne von § 109 GWB,
– Rechtsdienstleistungen im Sinne von § 116 Abs. 1 Nr. 1 GWB,
– Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen im Sinne von § 116 Abs. 1 Nr. 2 GWB,
– finanzielle Dienstleistungen im Sinne von § 116 Abs. 1 Nr. 4 GWB,
– Kredite und Darlehen im Sinne von § 116 Abs. 1 Nr. 5 GWB,
– Dienstleistungen, die an einen öffentlichen Auftraggeber nach § 99 Nr. 1 bis 3 GWB vergeben werden, der ein auf Gesetz oder Verordnung beruhendes ausschließliches Recht hat, die Leistung zu erbringen (§ 116 Abs. 1 Nr. 6 GWB),
– Aufträge, die den hauptsächlichen Zweck haben, dem Auftraggeber die Bereitstellung oder den Betrieb öffentlicher Kommunikationsnetze oder die Bereitstellung elektronischer Kommunikationsdienste für die Öffentlichkeit zu ermöglichen (§ 116 Abs. 2 GWB).

[2]Der Haushaltsgrundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ist zu beachten.

3. Geltung von europäischem Primärrecht

3.1 [1]Bei binnenmarktrelevanten Aufträgen unterhalb der EU-Schwellenwerte sind die aus den primärrechtlichen Vorgaben des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon vom 13. Dezember 2007 abgeleiteten Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung zu beachten. [2]Damit sind insbesondere ein angemessener Grad von Öffentlichkeit und Dokumentation sowie ein diskriminierungsfreies Vorgehen bei der Auftragsvergabe sicherzustellen. [3]Auch bei Beschränkten Ausschreibungen und Verhandlungsvergaben ist in diesen Fällen eine vorherige, ausreichend zugängliche Veröffentlichung der Vergabeabsicht und von Informationen zur Vergabe erforderlich. [4]Dabei müssen mindestens die wesentlichen Punkte des zu erteilenden Auftrags veröffentlicht werden, die ein potenzieller Bieter für die Entscheidung, ob er Interesse an dem Auftrag bekunden will, benötigt. [5]Das sind mindestens die Informationen nach Nr. 1.3 Satz 2. [6]Eine vorherige Veröffentlichung auf einer zentralen Veröffentlichungsplattform im Internet ist ausreichend zugänglich und genügt insoweit den Transparenzanforderungen.

3.2 [1]Ein Auftrag ist binnenmarktrelevant, wenn er von eindeutigem grenzüberschreitendem Interesse ist. [2]Vor der Einleitung des Vergabeverfahrens muss anhand objektiver Tatsachen eine Prognose angestellt werden, ob der Auftrag nach den konkreten Marktverhältnissen für ausländische Anbieter interessant sein könnte. [3]Es ist zu beurteilen, ob von der jeweiligen Branche wegen des Auftragsvolumens in Verbindung mit dem Leistungsort oder wegen der technischen Merkmale des Auftragsgegenstands eine Bereitschaft bestehen könnte, den Auftrag auch grenzüberschreitend auszuführen.

4. Empfehlungen

4.1 [1]Zur Vermeidung von rechtlichen Risiken wird bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen unterhalb der EU-Schwellenwerte die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) zur Anwendung empfohlen. [2]In der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen ist anzugeben, ob die UVgO bei der Vergabe zur Anwendung kommen und auf welchem Weg die Kommunikation erfolgen soll.

4.2 [1]Eine elektronische Kommunikation bei der Durchführung von Vergabeverfahren unterhalb der Schwellenwerte wird empfohlen. [2]Eine Verpflichtung zur elektronischen Kommunikation unterhalb der EU-Schwellenwerte besteht auch bei Anwendung der UVgO nicht.

4.3 Folgende Bekanntmachungen der Staatsregierung werden zur Anwendung empfohlen:

– Korruptionsbekämpfungsrichtlinie (KorruR),
– Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung zum öffentlichen Auftragswesen – Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit,
– Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über das öffentliche Auftragswesen – Scientology-Organisation; Verwendung von Schutzerklärungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

4.4 Die in der Bayerischen Staatsbauverwaltung eingeführten Vergabehandbücher werden zur Anwendung empfohlen:

– Vergabehandbuch für die Durchführung von Bauaufgaben durch Behörden des Freistaates Bayern – VHB Bayern,
– Vergabehandbuch für Lieferungen und Leistungen durch Behörden der Staatsbauverwaltung des Freistaates Bayern – VHL Bayern,
– Vergabehandbuch für freiberufliche Dienstleistungen (VHF Bayern), soweit sich aus Nr. 1.11 nichts anderes ergibt.

5. Bundesrechtliche Verpflichtungen

5.1 Nach Bundesrecht anzuwendende Vergabebestimmungen

[1]Für die Vergabe von Aufträgen ist das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) einschlägig, wenn der geschätzte Auftragswert (ohne Umsatzsteuer) die Schwellenwerte nach § 106 GWB erreicht oder überschreitet. [2]In diesen Fällen gelten außerdem die mit der Vergaberechtsmodernisierungsverordnung auf der Grundlage von § 113 GWB erlassene Vergabeverordnung (VgV), Sektorenverordnung (SektVO) und Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV). [3]Zusätzlich ist nach § 2 VgV für die Vergabe von Bauleistungen oberhalb des Schwellenwertes Abschnitt 2 der VOB/A anzuwenden.

5.2 Bekanntmachungen

Die zur Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union vorgesehenen Bekanntmachungen (zum Beispiel Offene und Nichtoffene Verfahren, Verhandlungsverfahren, Vorinformationen, Informationen über vergebene Aufträge) sind nach den Mustern, die in den Verordnungen nach Nr. 5.1 vorgeschrieben sind, dem Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union[1] zu übermitteln.

5.3 Statistikmeldepflichten

Auftraggeber im Sinne von § 98 GWB haben statistische Meldungen nach § 8 der Vergabestatistikverordnung (VergStatVO) zu erstatten.

6. Hinweise

6.1 Einführung der elektronischen Kommunikation

[1]Im Falle einer Anwendung der UVgO mit Einführung der elektronischen Kommunikation können Teilnahmeanträge und Angebote im Rahmen von Verhandlungsvergaben bis zu einem geschätzten Auftragswert von 50 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) abweichend von § 7 Abs. 4, § 39 Satz 1 und § 40 UVgO durch einfache E-Mail übermittelt werden. [2]Dies gilt auch bei der Vergabe von Bauaufträgen. [3]Nr. 1.5.5 gilt entsprechend.

6.2 Eignungsprüfung durch Präqualifikation

6.2.1 [1]Für Bauaufträge können die kommunalen Auftraggeber das vom Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. bundesweit geführte Präqualifikationsverzeichnis kostenlos nutzen. [2]Die Eintragung in diesem Verzeichnis ist gemäß § 6b Abs. 1 VOB/A als Nachweis der Bietereignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) als gleichwertig anstelle der geforderten Einzelnachweise anzuerkennen. [3]Sie ist im Internet[2] bei Eingabe der im Angebot mitgeteilten Registriernummer des Unternehmens und ggf. des beim Verein anzufordernden Passworts des Auftraggebers einsehbar.

6.2.2 [1]Die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern führt für Bayern ein amtliches Verzeichnis für Unternehmen aus dem Liefer- und Dienstleistungsbereich. [2]Es ist im Internet einsehbar[3]. [3]Die dort eingetragenen Angaben über Bewerber und Bieter sind nur in begründeten Fällen in Zweifel zu ziehen (Eignungsvermutung).

6.3 Nachprüfungsverfahren

6.3.1 [1]Ab den EU-Schwellenwerten ist bei allen Aufträgen die Möglichkeit des Nachprüfungsverfahrens nach den §§ 155 ff. GWB gegeben. [2]Zuständige Nachprüfungsbehörden für den kommunalen Bereich sind in erster Instanz die Vergabekammern. [3]Sie sind in Bayern bei der Regierung von Oberbayern (zuständig für Vergabestellen mit Sitz in den Regierungsbezirken Oberbayern, Niederbayern und Schwaben) und bei der Regierung von Mittelfranken (zuständig für Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken) eingerichtet.

6.3.2 [1]Unterhalb der EU-Schwellenwerte sind die Regierungen Nachprüfungsstellen (VOB-Stellen) im Sinne des § 21 VOB/A. [2]Die zuständigen Rechtsaufsichtsbehörden entscheiden auf Grundlage der von den Nachprüfungsstellen getroffenen Entscheidungen über aufsichtliche Maßnahmen, soweit dies erforderlich ist. [3]Für die Bezirke ist das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr Nachprüfungsstelle.

6.4 Förderrechtliche Folgen von schweren Verstößen gegen Vergabegrundsätze

[1]Bei schweren Vergabeverstößen können staatliche Zuwendungen zurückgefordert werden. [2]Auf die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat über die Richtlinien zur Rückforderung von Zuwendungen bei schweren Vergabeverstößen wird hingewiesen. [3]Die dortigen Ausführungen sind auf schwere Verstöße gegen die Vergabegrundsätze dieser Bekanntmachung entsprechend anzuwenden.

6.5 Weitergehende Informationen für kommunale Auftraggeber

Informationen und vergaberechtliche Arbeitshilfen für kommunale Auftraggeber sind im Internetangebot des Staatsministeriums des Innern und für Integration verfügbar[4].

7. Übergangsvorschrift

Für die vor dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung begonnenen Vergabeverfahren finden die Vergabegrundsätze Anwendung, die zum Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens gegolten haben.

8. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

8.1 [1]Diese Bekanntmachung tritt am 2. September 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 1. September 2022 außer Kraft.

8.2 Mit Ablauf des 1. September 2018 tritt die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern über die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich vom 14. Oktober 2005 (AllMBl. S. 424), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 7. Dezember 2016 (AllMBl. S. 2190) geändert worden ist, außer Kraft.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

1 Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2 rue Mercier, L-2985 Luxemburg, Tel. +352 2929-1, E-Mail: info@publications.europa.eu
2 Abrufbar unter www.pq-verein.de
3 Abrufbar unter www.amtliches-verzeichnis.ihk.de
4 Abrufbar unter www.vergabeinfo.bayern.de (Vergaben im kommunalen Bereich)

2330-B

Richtlinien für die Gewährung eines Zuschusses zum Bau oder Erwerb von Wohnraum zu eigenen Wohnzwecken (Bayerische Eigenheimzulagen-Richtlinien – EHZR)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 7. August 2018, Az. 31-4740-7-2

[1]Im Namen und im Auftrag des Freistaates Bayern gewährt die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo) nach Maßgabe dieser Richtlinien Zuwendungen für den Bau und Erwerb von Wohnraum zu eigenen Wohnzwecken. [2]Für die Zuwendung gelten die nachstehenden Richtlinien und die allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Verwaltungsvorschriften zu Art. 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (VV zu Art. 44 BayHO). [3]Gefördert wird ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Zweck der Zuwendung

[1]Zweck der Zuwendung ist es, die Bildung von Wohneigentum in Bayern zu unterstützen. [2]Damit soll zusätzlicher Wohnraum geschaffen und zugleich die Eigentumsquote angehoben werden. [3]Wohneigentum stärkt die Identifikation mit dem Wohnort und die Verbundenheit mit dem Wohnumfeld. [4]Auf diese Weise trägt Wohneigentum auch zur Schaffung sozial stabiler Bewohnerstrukturen bei.

2. Gegenstand der Zuwendung

Gefördert wird das Schaffen von Eigenwohnraum zur Selbstnutzung durch

- Neubau in Form von Ein- oder Zweifamilienhäusern oder Eigentumswohnungen,
- die Änderung oder Erweiterung eines bestehenden Gebäudes, soweit dadurch eine zusätzliche Wohnung neu geschaffen wird,
- den Erwerb von neuen oder bestehenden Ein- oder Zweifamilienhäusern oder Eigentumswohnungen.

3. Zuwendungsempfänger

[1]Antragsberechtigt ist, wer zum Zeitpunkt der Antragstellung seit mindestens einem Jahr seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Bayern hat. [2]Dies gilt auch für Personen, die, ohne die Voraussetzung nach Satz 1 zu erfüllen,

1. zum Zeitpunkt der Antragstellung seit mindestens einem Jahr dauerhaft einer Erwerbstätigkeit in Bayern nachgehen, oder
2. im Zeitraum vom 1. Juli 2018 bis zum Inkrafttreten dieser Richtlinien (Nr. 12) die baurechtliche Genehmigung erhalten oder einen notariellen Kaufvertrag abgeschlossen haben; Gleiches gilt, wenn es sich um ein genehmigungsfreies Vorhaben handelt und innerhalb des genannten Zeitraums die Frist nach Art. 58 Abs. 3 Satz 3 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) abgelaufen ist oder die Gemeinde eine Mitteilung nach Art. 58 Abs. 3 Satz 4 BayBO erteilt hat.

[3]Die Voraussetzungen des Satzes 1 kann ein Antragsteller, der

1. im Rahmen seines in Deutschland bestehenden Beschäftigungsverhältnisses vom Freistaat Bayern aus vorübergehend in ein anderes Land oder ins Ausland entsandt ist,
2. im Rahmen seines in Deutschland bestehenden öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses vorübergehend in ein Gebiet außerhalb des Freistaates Bayern abgeordnet, versetzt oder kommandiert ist, oder
3. Entwicklungshelfer im Sinne des § 1 des Entwicklungshelfer-Gesetzes ist,

auch durch Zeiten vor Beginn dieser Tätigkeit erfüllen.

4. Einkommensgrenzen, Einkommensermittlung

4.1 [1]Das zu versteuernde jährliche Haushaltseinkommen darf folgende Beträge nicht überschreiten:

1. für einen Einpersonenhaushalt	50 000 Euro,
2. für einen Zwei- oder Mehrpersonenhaushalt ohne Kind	75 000 Euro,
3. für einen Haushalt mit einem Kind	90 000 Euro

zuzüglich 15 000 Euro für jedes weitere zum Haushalt rechnende Kind. [2]Zum Haushalt rechnen Personen, die miteinander eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen. [3]Kinder im Sinne des Satzes 1 sind solche, für die zum Zeitpunkt der Antragstellung die Kindergeldberechtigung vorliegt, oder die aufgrund von körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen außerstande sind, sich selbst zu unterhalten.

4.2 [1]Zum Haushaltseinkommen zählen die zu versteuernden Einkommen des Antragstellers und des Ehegatten oder Lebenspartners oder des Partners einer sonstigen auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft. [2]§ 2 Abs. 5a des Einkommensteuergesetzes (EStG) ist nicht anzuwenden. [3]Zur Ermittlung des Haushaltseinkommens wird der Durchschnitt aus den in den Einkommensteuerbescheiden ausgewiesenen zu versteuernden Einkommen des zweiten und dritten Jahres vor Antragseingang herangezogen. [4]Der Nachweis erfolgt anhand der Einkommensteuerbescheide des Finanzamtes.

5. Zuwendungsvoraussetzungen

5.1 Gefördert werden Maßnahmen nach Nr. 2, für die nach dem 30. Juni 2018

- die baurechtliche Genehmigung erteilt wurde,
- sofern es sich um ein genehmigungsfreies Vorhaben handelt, die Frist nach Art. 58 Abs. 3 Satz 3 BayBO abgelaufen ist oder die Gemeinde eine Mitteilung gemäß Art. 58 Abs. 3 Satz 4 BayBO erteilt hat, oder
- ein notarieller Kaufvertrag abgeschlossen wurde.

5.2 Die Wohnung nach Nr. 2 muss den Anforderungen des Art. 46 BayBO entsprechen und abgeschlossen sein.

5.3 Nicht gefördert werden

- Personen, die bereits eine Förderung nach diesen Richtlinien erhalten haben,
- einzelne Wohnräume,
- eine Ferien- oder Wochenendwohnung,
- die Übertragung im Wege der Erbfolge, testamentarischen Verfügung oder Schenkung,
- der Erwerb oder die Eigentumsübertragung zwischen Ehegatten, Lebenspartnern und Partnern

einer sonstigen auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft oder Verwandten in gerader Linie.

6. Art und Umfang der Zuwendung

[1]Die Zuwendung erfolgt mittels eines Zuschusses in Höhe von 10 000 Euro als objektabhängiger Festbetrag. [2]Auf eine dingliche Sicherung wird verzichtet.

7. Selbstnutzung, Übertragung auf andere Objekte

7.1 Wird die Selbstnutzung innerhalb von fünf Jahren nach dem Bezug durch sämtliche Haushaltsangehörige nach Nr. 4.1 aufgegeben, ist für jedes volle Kalenderjahr der nicht zweckentsprechenden Nutzung ein Fünftel des Förderbetrags zurückzuerstatten.

7.2 [1]Wird in den Fällen der Nr. 7.1 anstelle des geförderten Objekts durch eine andere Maßnahme nach Nr. 2 Eigenwohnraum zur Selbstnutzung geschaffen, unterbleibt die Rückerstattung, sofern die Zuwendung auf das Ersatzobjekt übertragen wird. [2]Über eine Übertragung entscheidet die BayernLabo.

8. Kumulierungsausschluss

Eine Zuwendung nach diesen Richtlinien ist ausgeschlossen, wenn ein solcher Ausschluss nach den Bestimmungen anderer Programme vorgesehen ist.

9. Verfahren

9.1 Bewilligungsstelle ist die BayernLabo.

9.2 [1]Die Antragstellung ist ab Bezug des Wohnraums nach Nr. 2 und bis spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt zulässig. [2]Hat der Zuwendungsempfänger den Wohnraum zwischen dem 1. Juli 2018 und dem Inkrafttreten dieser Richtlinien (Nr. 12) bezogen, ist der Förderantrag innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Richtlinien zulässig.

9.3 [1]Der Antrag ist bei der BayernLabo zu stellen. [2]Diese informiert und unterstützt den Zuwendungsempfänger bei der Antragstellung und prüft die Zuwendungsvoraussetzungen. [3]Sie führt das Bewilligungsverfahren durch und erlässt den Zuwendungsbescheid.

9.4 Der Zuschuss wird in einem Betrag ausgezahlt.

10. Formblätter

Die zu verwendenden Formblätter sowie weitere Unterlagen werden in elektronischer Form bereitgestellt und sind im Internet unter www.bayernlabo.de erhältlich.

11. Abweichungen

Abweichungen von diesen Richtlinien bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr.

12. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. September 2018 in Kraft; sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

2330-B

Änderung der Wohnraumförderungsbestimmungen 2012

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 8. August 2018, Az. 31-4731.1-2-1

1. Die Wohnraumförderungsbestimmungen 2012 (WFB 2012) vom 11. Januar 2012 (AllMBl. S. 20), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 1. Dezember 2015 (AllMBl. S. 545) geändert worden sind, werden wie folgt geändert:

1.1 In der Inhaltsübersicht werden der Angabe zu Nr. 31 die Wörter „und ergänzender Zuschuss“ angefügt.

1.2 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

1.2.1 In Nr. 2.2 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.

1.2.2 In Nr. 2.3 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

1.2.3 Es werden die folgenden Nrn. 2.4 und 2.5 angefügt:

„2.4 der Erwerb von neugeschaffenem Mietwohnraum zur erstmaligen Belegung (Ersterwerb) im Rahmen der Einkommensorientierten Förderung (EOF) sowie

2.5 die Verlängerung von Belegungs- und Mietbindungen an bestehendem im Rahmen der EOF gefördertem Mietwohnraum im unmittelbaren Anschluss an den bisherigen Bindungszeitraum, sofern die bestehenden Bindungen spätestens fünf Kalenderjahre nach Antragstellung enden.“

1.3 In Nr. 3.5 Satz 1 werden die Wörter „der Verordnung zur Durchführung des Wohnraumförderungs- und Wohnungsbindungsrechts – DVWoR – vom 8. Mai 2007, GVBl. S. 326, BayRS 2330-4-I“ durch die Wörter „der Durchführungsverordnung Wohnungsrecht – DVWoR“ ersetzt.

1.4 In Nr. 4.4 werden die Wörter „für Eigenwohnraum“ gestrichen.

1.5 In Nr. 7.1 Satz 2 wird die Angabe „2 v. H.“ durch die Angabe „4 v. H.“ ersetzt.

1.6 Nr. 9 wird wie folgt geändert:

1.6.1 Der Wortlaut wird Satz 1.

1.6.2 Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„[2]Mehrfamilienhäuser sind Gebäude mit mindestens drei Mietwohnungen; dabei darf an keiner Wohnung Wohnungseigentum begründet sein.“

1.6.3 In Nr. 9.1 wird die Angabe „Abs. 2“ durch die Angabe „Abs. 3“ ersetzt.

1.7 Nr. 14.2 wird wie folgt gefasst:

„14.2 [1]Mieterhöhungen sind gemäß §§ 558 und 559 BGB zulässig, jedoch frühestens nach Ablauf des fünften Kalenderjahres ab dem Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit und nicht um mehr als 7,5 v. H. [2]Spätere Mieterhöhungen sind innerhalb des Bindungszeitraums nach jeweils

drei Kalenderjahren nach Maßgabe von Satz 1 zulässig. [3]Beteiligt sich eine Gemeinde an der Finanzierung mit eigenen Fördermitteln, insbesondere durch ein vergünstigtes Grundstück, kann die Bewilligungsstelle im Einvernehmen mit der Gemeinde zur Berücksichtigung wohnungswirtschaftlicher Belange von Satz 1 abweichende Regelungen treffen; unabdingbare mietrechtliche Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs bleiben unberührt."

1.8 Nr. 16 wird wie folgt geändert:

1.8.1 In Nr. 16.1 Satz 1 wird nach der Angabe „25" die Angabe „oder 40" eingefügt.

1.8.2 In Nr. 16.2 Satz 1 wird die Angabe „Abs. 2" durch die Angabe „Abs. 3" ersetzt.

1.8.3 Es wird folgende Nr. 16.3 angefügt:

„16.3 [1]Werden die Darlehen nach den Nrn. 17 und 18 ohne rechtliche Verpflichtung vorzeitig vollständig zurückgezahlt, enden die Bindungen mit Ablauf des zehnten Kalenderjahres nach dem Jahr der Rückzahlung, spätestens mit Ablauf der planmäßigen Bindungsdauer. [2]Im Fall einer vorzeitigen Beendigung der Bindungen gemäß Satz 1 ist der Zuschuss nach Nr. 17a unter Berücksichtigung der zehnjährigen Nachwirkungsfrist anteilig zu kürzen. [3]Bei einer Rückzahlung des Darlehens nach Nr. 18 findet für die Zusatzförderung und für die Miete Nr. 19.9 Anwendung."

1.9 Der Nr. 17.5 wird folgender Satz 3 angefügt:

„[3]Die Vereinbarung einer höheren Tilgung von höchstens 4 v. H. jährlich unter Zuwachs der ersparten Zinsen ist zulässig."

1.10 In Nr. 18.3 Satz 4 wird nach der Angabe „25" die Angabe „oder 40" eingefügt.

1.11 Nr. 19 wird wie folgt geändert:

1.11.1 In Nr. 19.1 wird die Angabe „Nr. 2" durch die Angabe „Nr. 1 Buchst. b" ersetzt.

1.11.2 Die Tabelle in Nr. 19.3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

Haushaltsgröße	**Grenzen für die Einkommensstufen**		
	Stufe I €	Stufe II €	Stufe III €
Einpersonenhaushalt	14.000	18.300	22.600
Zweipersonenhaushalt	22.000	28.250	34.500
Zuzüglich für jede weitere haushaltsangehörige Person	4.000	6.250	8.500
Zuzüglich für jedes Kind im Sinn des Art. 11 Abs. 1 Satz 2 BayWoFG; das Gleiche gilt, wenn die Voraussetzungen des Art. 11 Abs. 1 Satz 3 BayWoFG vorliegen	1.000	1.750	2.500

1.11.3 In Nr. 19.5 wird Satz 5 aufgehoben.

1.11.4 In Nr. 19.6 Satz 1 wird die Angabe „Nr. 2" durch die Angabe „Nr. 1 Buchst. b" ersetzt.

1.11.5 Nr. 19.10 wird aufgehoben.

1.12 Nr. 20 wird wie folgt geändert:

1.12.1 In Satz 1 wird die Angabe „Nr. 2" durch die Angabe „Nr. 1 Buchst. b" ersetzt.

1.12.2 Satz 6 wird wie folgt gefasst:

„[6]Die Regierungen erhalten vom Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr auf Anforderung die Bewirtschaftungsbefugnis für die Mittel in Höhe der voraussichtlich benötigten Beträge."

1.13 In Nr. 22.7 Satz 1 wird die Angabe „18 v. H." durch die Angabe „20 v. H." ersetzt.

1.14 In Nr. 23.1 Satz 4 werden die Wörter „Art. 11 BayWoFG bestimmten Einkommensgrenzen" durch die Wörter „Art. 11 Abs. 1 BayWoFG bestimmten Einkommenshöchstgrenzen" ersetzt.

1.15 Nr. 25.1 wird wie folgt geändert:

1.15.1 Dem Wortlaut wird folgender Satz 1 vorangestellt:

„[1]Der Zuwendungsempfänger hat der Bewilligungsstelle spätestens innerhalb von sechs Monaten nach der Bezugsfertigkeit der Baumaßnahme den Nachweis über die Einnahmen und Ausgaben (Formblatt Stabau IV) als Verwendungsnachweis vorzulegen, sofern er nach den Bestimmungen des Bewilligungsbescheids zur Führung des Nachweises verpflichtet ist."

1.15.2 Der bisherige Wortlaut wird Satz 2 und die Wörter „als Verwendungsnachweis" werden gestrichen.

1.16 In Nr. 26.1 Satz 3, in Nr. 26.2 Satz 3 und in Nr. 27.3 Satz 1 Spiegelstrich 1 wird jeweils nach der Angabe „Art. 11" die Angabe „Abs. 1" eingefügt.

1.17 Nr. 29 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„[1]Gefördert wird mit einem Darlehen, einem einmaligen Zuschuss für Haushalte mit Kindern sowie einem ergänzenden Zuschuss bei Zweiterwerb, Ersatzneubau oder Neubau auf einer Konversionsfläche oder innerörtlichen Brachfläche."

1.18 Nr. 31 wird wie folgt geändert:

1.18.1 Der Überschrift werden die Wörter „und ergänzender Zuschuss" angefügt.

1.18.2 In Nr. 31.1 wird die Angabe „2.500 €" durch die Angabe „5.000 €" ersetzt.

1.18.3 Es werden die folgenden Nrn. 31.4 und 31.5 angefügt:

„31.4 [1]Beim Zweiterwerb von bestehenden Familienheimen und Eigentumswohnungen wird ein das Darlehen ergänzender Zuschuss in Höhe von 10 v. H. der förderfähigen Kosten, höchstens 30.000 € gewährt. [2]Dies gilt auch, wenn das erworbene Gebäude durch einen Neubau ersetzt oder wenn ein Neubau auf einer Konversionsfläche oder innerörtlichen Brachfläche errichtet wird. [3]Konversions- oder Brachflächen sind ehemals für Gewer-

be, Industrie, Militär oder von der Bahn genutzte innerörtliche Flächen, deren Nutzung aufgegeben wurde und die einer Wohnnutzung zugeführt werden sollen. [4]Der Zuschuss wird in diesen Fällen nur gewährt, wenn der Antragsteller selbst die Umnutzung vornimmt (z. B. Abbrüche, Entsiegelungen oder Umbauten beauftragt) und nicht die Gemeinde oder ein sonstiger Dritter.

31.5 [1]Die Gewährung des Zuschusses nach Nr. 31.4 ist nur in Verbindung mit dem Darlehen nach Nr. 30.1 zulässig. [2]Der sich insgesamt ergebende Zuschussbetrag ist auf volle hundert Euro zu runden. [3]Das nach Maßgabe der Nr. 30.1 ermittelte Darlehen darf nicht deshalb gekürzt werden, weil ein ergänzender Zuschuss zu bewilligen ist.“

1.19 In Nr. 32.1 Satz 4 werden die Wörter „der Zuschuss“ durch die Wörter „die Zuschüsse“ ersetzt.

1.20 Nr. 33.9 wird wie folgt geändert:

1.20.1 In Satz 1 wird die Satznummerierung gestrichen.

1.20.2 Die Sätze 2 bis 4 werden aufgehoben.

1.21 Nr. 35 wird wie folgt geändert:

1.21.1 Nr. 35.1 wird wie folgt gefasst:

„35.1 [1]Der Förderempfänger hat die Auszahlung bei der Bewilligungsstelle zu beantragen. [2]Entsprechend dem Bewilligungsbescheid kann nach der Erfüllung der im Bewilligungsschreiben der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt genannten Bedingungen die Auszahlung der jeweiligen Ratenzahlungen bei der Bewilligungsstelle beantragt werden.“

1.21.2 Nr. 35.3 wird wie folgt gefasst:

„35.3 Bei Darlehen für den Zweiterwerb können die folgenden beiden Ratenzahlungen geleistet werden:

– 90 v. H. und

– 10 v. H.“

1.21.3 In Nr. 35.4 wird die Angabe „Nr. 31“ durch die Wörter „den Nrn. 31.1 und 31.4“ ersetzt.

1.22 Nr. 37 wird wie folgt geändert:

1.22.1 In Nr. 37.4 wird die Angabe „Abs. 2“ durch die Angabe „Abs. 3“ ersetzt.

1.22.2 Der Nr. 37.5 werden die folgenden Sätze 3 und 4 angefügt:

„[3]Wird die Nutzung des für eigene Wohnzwecke geförderten Wohnraums vor Ablauf der Belegungsbindung aufgegeben, ist für jedes volle Kalenderjahr der nicht zweckentsprechenden Belegung der ergänzende Zuschuss für den Zweiterwerb, Ersatzneubau oder Neubau auf Konversionsflächen oder innerörtlichen Brachflächen anteilig zurückzufordern. [4]Wird die zweckentsprechende Nutzung bereits nach weniger als fünf Jahren nach Bezugsfertigkeit des geförderten Wohnraums aufgegeben, ist der Zuschuss für Kinder anteilig für jedes volle Kalenderjahr der nicht zweckentsprechenden Belegung zurückzufordern.“

1.23 Nr. 42 wird wie folgt geändert:

1.23.1 Nr. 42.1 wird wie folgt gefasst:

„42.1 Förderempfänger ist der Eigentümer, der Erbbauberechtigte oder der Nießbraucher der Wohnung, zu dessen Nutzung die bauliche Maßnahme durchgeführt werden soll.“

1.23.2 In Nr. 42.3 wird nach der Angabe „Art. 11“ die Angabe „Abs. 1“ eingefügt.

1.24 Nr. 45 wird wie folgt geändert:

1.24.1 In Nr. 45.2 wird die Angabe „Abs. 2“ durch die Angabe „Abs. 3“ ersetzt.

1.24.2 Der Nr. 45.3 wird folgender Satz 3 angefügt:

„[3]Bei Eigenwohnraum gilt dies insbesondere dann, wenn die begünstigte Person verstirbt oder die Wohnung aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr nutzen kann.“

1.25 In Nr. 49.4 Satz 2 werden die Wörter „die Oberste Baubehörde im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr“ durch die Wörter „das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr“ ersetzt.

1.26 Nr. 51 wird wie folgt geändert:

1.26.1 In Satz 1 wird nach der Angabe „Nr. 1“ die Angabe „Buchst. c“ eingefügt.

1.26.2 In Satz 2 werden die Wörter „der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr“ durch die Wörter „des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr“ ersetzt.

1.27 Nr. 52.5 wird wie folgt geändert:

1.27.1 In Satz 1 wird die Satznummerierung gestrichen.

1.27.2 Satz 2 wird aufgehoben.

2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2018 in Kraft.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

2330-B

Richtlinien für das Darlehensprogramm der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt zur Förderung der Modernisierung von Gebäuden von Wohnungseigentümergemeinschaften (WEG-Modernisierungsprogramm – BayModWEG)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 8. August 2018, Az. 31-4764-3

[1]Im Auftrag des Freistaates Bayern fördert die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo) nach diesen Richtlinien, teilweise mit Unterstützung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), bauliche Maßnahmen zur energetischen Modernisierung und Erneuerung (Instandsetzung) sowie zur barrierearmen und barrierefreien Anpassung des Gemeinschaftseigentums von Wohnungseigentümergemeinschaften. [2]Gefördert wird ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Mittel.

1. Zweck der Förderung

Das Darlehensprogramm soll es Wohnungseigentümergemeinschaften ermöglichen, Modernisierungsmaßnahmen und Instandsetzungen sowie bauliche Maßnahmen zur barrierearmen und barrierefreien Anpassung des Gemeinschaftseigentums von überwiegend zu Wohnzwecken genutzten Gebäuden durchzuführen.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Gefördert werden nach dem KfW-Programm „Energieeffizient Sanieren“ die folgenden baulichen Maßnahmen:

- zur Wiederherstellung bzw. Erhöhung des Gebrauchswerts des Gebäudes,
- zur Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse,
- zur Energie- und Wassereinsparung,
- zur CO_2-Minderung infolge einer Modernisierung sowie
- zur Erhaltung und Wiederherstellung der städtebaulichen Funktion älterer Wohnviertel.

2.2 Gefördert werden außerdem Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen, auch wenn die Voraussetzungen für eine Förderung nach dem KfW-Programm „Energieeffizient Sanieren“ nicht vorliegen, insbesondere:

- Erneuerung von Sanitärinstallation, Wasserversorgung und Fußböden sowie bauliche Maßnahmen nach einem Teilrückbau (z. B. Dachaufbau),
- Abbau von Barrieren (z. B. Nachrüstung von Aufzügen, vertikale Erschließung/Überwindung von Niveauunterschieden),
- Verbesserung der Außenanlagen (z. B. Schaffung von Grünanlagen, gebäudebezogene Außenanlagen, Anlage von Spielplätzen),
- Verbesserung der Energieeffizienz unter Beachtung geltender baulicher Vorschriften der Energieeinsparverordnung (z. B. Dämmung, Fenstererneuerung, Austausch von Zentralheizungsanlagen oder deren Komponenten einschließlich der unmittelbar dadurch veranlassten Maßnahmen),
- sonstige Baumaßnahmen (z. B. Hochwasserschutz, Lärmschutz, Radonsanierung),
- Wege zu Gebäuden und Wohnumfeldmaßnahmen,
- Maßnahmen an Sanitärräumen,
- Bedienelemente, Stütz- und Haltesysteme, Orientierung, Kommunikation,
- Gemeinschaftsräume, Mehrgenerationenwohnen,
- Standard „Altersgerechtes Haus“,
- Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit entsprechend DIN 18040-2 und
- sonstige Instandsetzungen.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 Zuwendungsempfänger ist die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer, für die nach Maßgabe des Wohnungseigentumsgesetzes (WEG) Wohnungseigentum an dem zu fördernden Gebäude begründet wurde, vertreten durch den bestellten Verwalter.

3.2 [1]Die Wohnungseigentümergemeinschaft muss über die erforderliche Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit verfügen. [2]Hiervon kann insbesondere dann ausgegangen werden, wenn keine oder nur geringfügige Hausgeldrückstände bestehen und diesbezüglich mit keiner negativ zu bewertenden Entwicklung zu rechnen ist.

4. Förderungsvoraussetzungen

4.1 Das Gebäude soll am 31. Dezember des Jahres der Antragstellung mindestens 15 Jahre alt sein.

4.2 Das Gebäude muss mindestens drei Wohnungen umfassen.

4.3 [1]Maßnahmen mit förderfähigen Kosten von im Durchschnitt weniger als 5 000 Euro je Wohnung eines Gebäudes werden nicht gefördert. [2]Wird eine Maßnahme in Abschnitten durchgeführt, gilt diese Grenze für die Kosten der Gesamtmaßnahme.

4.4 Mit der Ausführung der Maßnahmen darf erst nach Darlehenszusage durch die BayernLabo begonnen werden.

5. Art und Umfang der Förderung

5.1 [1]Die Förderung erfolgt mittels eines Darlehens als Verbandskredit mit zehnjähriger Laufzeit und zehnjähriger Zinsverbilligung auf Grundlage des KfW-Programms „Energieeffizient Sanieren“. [2]Die BayernLabo verbilligt das ohnehin schon günstige Darlehen der KfW Bankengruppe zusätzlich.

5.2 Für Maßnahmen nach der Nr. 2.2 reicht die BayernLabo zinsgünstige Darlehen ohne Mitwirkung der KfW aus.

5.3 [1]Die jeweils aktuellen Zinssätze für die Darlehen nach den Nrn. 5.1 und 5.2 – nominal und effektiv – veröffentlicht die BayernLabo im Internet unter www.bayernlabo.de. [2]Die BayernLabo kann die Darlehen nur mit dem Zinssatz anbieten, der aufgrund der Kapitalmarktzinsentwicklung zum Zeitpunkt ihres Darlehensangebotes maßgeblich ist.

5.4 Die Darlehen sind nach dem ersten tilgungsfreien Jahr innerhalb der zehnjährigen Laufzeit in gleich hohen monatlichen Annuitäten vollständig zu tilgen (Volltilgerdarlehen).

5.5 Der Auszahlungskurs beträgt 100 %.

5.6 [1]Das Darlehen beträgt bis zu 85 % der der Förderzusage (Nr. 7) zugrunde gelegten Modernisierungs- und Instandsetzungskosten. [2]Für die Darlehen nach der Nr. 5.1 gilt der im KfW-Programm „Energieeffizient Sanieren“ maßgebliche Darlehenshöchstbetrag je Wohnung.

5.7 Die Wohnungseigentümergemeinschaft hat einen angemessenen Eigenkapitalanteil von mindestens 15 % der der Förderzusage (Nr. 7) zugrunde gelegten Modernisierungs- und Instandsetzungskosten zu erbringen.

5.8 Eine nachträgliche Erhöhung des Förderdarlehens ist ausgeschlossen.

5.9 [1]Auf eine dingliche Sicherung der Darlehen wird verzichtet. [2]Die persönliche Haftung der Mitglieder der Wohnungseigentümergemeinschaft nach den zivilrechtlichen Vorschriften bleibt unberührt.

6. Kumulierungsausschluss

Eine Förderung nach diesen Richtlinien mit einem Darlehen nach der Nr. 5.1 ist ausgeschlossen, wenn für dieselbe bauliche Maßnahme zugleich Fördermittel aus dem KfW-Programm „Energieeffizient Sanieren“ in Anspruch genommen werden.

7. Bewilligungsstelle

[1]Bewilligungsstelle ist die BayernLabo. [2]Sie informiert und unterstützt den Zuwendungsempfänger bei der Antragstellung, prüft die Zuwendungsvoraussetzungen und wählt die Maßnahmen im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Mittel aus. [3]Sie führt das Bewilligungsverfahren durch und erteilt die Förderzusage.

8. Verfahren

8.1 [1]Der Förderantrag ist vom Verwalter der Wohnungseigentümergemeinschaft unter Verwendung des Antragsformblatts mit den dort bezeichneten Unterlagen (z. B. Plangrundlagen, Erläuterungen, Kosten- und Finanzierungsplan) bei der BayernLabo einzureichen. [2]Dieser bestätigt, dass der der Maßnahme zugrunde liegende Beschluss der Wohnungseigentümergemeinschaft, insbesondere auch über die Darlehensaufnahme, ordnungsgemäß zustande gekommen und nicht angefochten oder unanfechtbar ist. [3]Für ein Darlehen nach der Nr. 5.1 ist ferner das Antragsformblatt der KfW mit den Bestätigungen eines von der KfW zugelassenen sachverständigen Energieberaters beizufügen. [4]Anerkannte Energieeffizienz-Experten sind die in der Expertenliste unter www.energie-effizienz-experten.de in den Kategorien für „Energieeffizient Bauen und Sanieren“ geführten Personen.

8.2 Sofern ein einzelner Eigentümer Miteigentumsanteile von mehr als einem Drittel der Wohnungseigentümergemeinschaft besitzt, ist eine positive Bonitätsprüfung dieses Eigentümers erforderlich.

9. Auszahlung

Die Darlehen werden in Raten entsprechend dem Fortschritt der Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten ausgezahlt; die Arbeiten sind spätestens innerhalb von zwei Jahren, vom Tag des Darlehensangebotes gerechnet, abzuschließen.

10. Verwendungsnachweis

10.1 Innerhalb von sechs Monaten nach vollständiger Auszahlung des Förderdarlehens ist der zweckentsprechende Einsatz der Mittel nachzuweisen.

10.2 Für Maßnahmen nach der Nr. 2.1 ist der BayernLabo die Bestätigung des Energieeffizienz-Experten über die Umsetzung des geförderten Vorhabens gemäß der Anlage „Technische Mindestanforderungen“ zum KfW-Merkblatt sowie die Höhe der angefallenen Kosten vorzulegen.

10.3 Für Maßnahmen nach der Nr. 2.2 ist der BayernLabo eine Bestätigung des von der Wohnungseigentümergemeinschaft beauftragten Architekten oder Bauleiters über die antragsgemäße Durchführung des geförderten Vorhabens sowie die Höhe der angefallenen Kosten vorzulegen.

11. Formblätter

Die zu verwendenden Formblätter sowie weitere Unterlagen werden in elektronischer Form bereitgestellt und sind im Internet unter www.bayernlabo.de erhältlich.

12. Abweichungen

Abweichungen von diesen Richtlinien bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr.

13. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. September 2018 in Kraft; sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

2038.3.7-W

Abkommen über einheitliche Ausbildung, Prüfung und Zusammenarbeit im Bereich des gesetzlichen Messwesens (Akademie-Abkommen)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Energie und Technologie

vom 8. August 2018, Az. 35-6902/13/3

1. Die Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland haben das Abkommen über einheitliche Ausbildung, Prüfung und Zusammenarbeit im Bereich des gesetzlichen Messwesens (Akademie-Abkommen) abgeschlossen, das an die Stelle des Abkommens über einheitliche Ausbildung und Prüfung im Bereich des gesetzlichen Messwesens – Akademie-Abkommen – vom 1. Januar 1992 tritt. Das am 8. März 2018 in Kraft getretene Abkommen, ergänzt um eine Protokollnotiz, wird in der **Anlage** bekannt gemacht.
2. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr über das Abkommen über einheitliche Ausbildung und Prüfung im Bereich des gesetzlichen Messwesens – Akademie-Abkommen – vom 30. Juni 1992 (AllMBl. S. 563) tritt mit Ablauf des 7. März 2018 außer Kraft.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

Anlage

Abkommen über einheitliche Ausbildung, Prüfung und Zusammenarbeit im Bereich des gesetzlichen Messwesens (Akademie-Abkommen)

Die unterzeichnenden Regierungen der Länder schließen folgendes Abkommen:

§ 1

(1) Für die einheitliche Ausbildung, Prüfung und die Zusammenarbeit im Bereich des gesetzlichen Messwesens wird im Bayerischen Landesamt für Maß und Gewicht die Deutsche Akademie für Metrologie (im Folgenden: DAM) mit Sitz in München (nach Verlagerung des Hauptsitzes des Bayerischen Landesamts für Maß und Gewicht: in Bad Reichenhall) eingerichtet.

(2) Die DAM führt Lehrgänge und die theoretische Fachausbildung für den eichtechnischen Dienst mit abschließenden schriftlichen und mündlichen Prüfungen durch.

(3) Die vertragschließenden Länder nutzen diese einheitliche theoretische Fachausbildung für die Laufbahnausbildung im eichtechnischen Dienst.

(4) [1]Für die fachliche Fortbildung der Bediensteten im eichtechnischen Dienst der Länder werden Lehrgänge und Vortragsveranstaltungen durchgeführt. [2]Die Eichverwaltungen der Länder entsenden zur Durchführung der Lehrgänge und Vortragsveranstaltungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten geeignete Dozentinnen und Dozenten.

(5) Bei Bedarf können weitere Veranstaltungen für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet des gesetzlichen Messwesens durchgeführt werden.

(6) Die Teilnahme an den Lehrgängen, Vortragsveranstaltungen und Prüfungen sowie an den Veranstaltungen nach Abs. 5 kann auch sonstigen Personen, die mit dem Mess- und Eichwesen befasst sind, nach näherer Vereinbarung zwischen den dafür zuständigen Stellen und der Leitung der DAM gestattet werden.

(7) [1]In der Akademietagung sind die vertragsschließenden Länder vertreten. [2]Die Akademietagung gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der vertragsschließenden Länder bedarf.

(8) [1]An der DAM wird eine Geschäftsstelle zur Koordinierung der bundesweiten Zusammenarbeit eingerichtet. [2]Die Geschäftsstelle erbringt im Auftrag der Länder Serviceleistungen für die Eichverwaltungen. [3]Der Umfang der Leistungen der DAM wird von den vertragsschließenden Ländern in der jährlichen Akademietagung festgelegt. [4]Diese umfassen insbesondere:

1. Normenmanagement für die Eichverwaltungen,
2. Realisierung der in § 32 Abs. 3 MessEG geforderten einheitlichen Telefax- und Postadresse der Eichverwaltungen sowie der elektronischen Anzeigeplattform,
3. administrative Betreuung einer gemeinsamen IuK-Plattform der Eichverwaltungen,
4. Koordinierung der Mitwirkung von Eichbediensteten in internationalen Gremien,
5. Lizenzverwaltung für Software und Datenbanken, die von allen Eichverwaltungen genutzt werden,
6. Koordinierung gemeinsamer Fachinformationen der Eichverwaltungen,
7. administrative Unterstützung des vorsitzenden Mitglieds der AGME.

§ 2

(1) Die Lehrgänge und Prüfungen für den eichtechnischen Dienst werden bei der DAM durchgeführt.

(2) Die Prüfungen werden auf Grund der vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie erlassenen Prüfungsordnung für die Deutsche Akademie für Metrologie (DAM) beim Bayerischen Landesamt für Maß und Gewicht für den mittleren und den gehobenen eichtechnischen Dienst (POEich) in der jeweils geltenden Fassung durchgeführt.

(3) Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie wird Prüfungsordnungen und deren Änderungen gemäß Abs. 2 nur im Einvernehmen mit den für das Eichwesen zuständigen obersten Landesbehörden der beteiligten Länder erlassen oder ändern.

§ 3

(1) Für die Durchführung der Prüfungen wird gemäß den Bestimmungen der Abs. 2 und 3 ein Prüfungsausschuss an der DAM gebildet.

(2) [1]Der Prüfungsausschuss besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und vier Beisitzenden.

1. Das vorsitzende Mitglied ist die Leiterin oder der Leiter des Bayerischen Landesamtes für Maß und Gewicht.
2. Die Beisitzenden sind:
   a) die Leiterin oder der Leiter der DAM, für den Fall der Übernahme des Prüfungsvorsitzes oder der Verhinderung eine Beamtin oder ein Beamter, die oder der

sich für ein Amt der Besoldungsgruppe A 14 in der Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik, fachlicher Schwerpunkt eichtechnischer Dienst, qualifiziert hat und entsprechende Tätigkeiten wahrnimmt,

b) eine Beamtin oder ein Beamter des eichtechnischen Dienstes, die oder der sich für ein Amt der Besoldungsgruppe A 11 in der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen, fachlicher Schwerpunkt nichttechnischer Verwaltungsdienst, qualifiziert hat und entsprechende Tätigkeiten wahrnimmt,

c) eine Beamtin oder ein Beamter des Verwaltungsdienstes, die oder der mindestens ein Amt der Besoldungsgruppe A 11 innehat und

d) eine Beamtin oder ein Beamter des eichtechnischen Dienstes, die oder der mindestens ein Amt der Besoldungsgruppe A 13 innehat.

[2]Soweit für die Beisitzenden keine geeigneten Beamtinnen oder Beamten zur Verfügung stehen, können Beschäftigte mit vergleichbaren Qualifikationen benannt werden.

(3) [1]Die in Abs. 2 Nr. 2 Buchst. a und c aufgeführten Beisitzenden und ihre Stellvertreter werden vom Bayerischen Landesamt für Maß und Gewicht bestellt. [2]Die in Abs. 2 Nr. 2 Buchst. b und d genannten Beisitzenden und ihre Stellvertreter werden von den Eichbehörden der Länder benannt. [3]Die Länder stellen Beisitzende und Stellvertreter abwechselnd in alphabetischer Reihenfolge. [4]Dabei ist sowohl für Beisitzende nach Abs. 2 Nr. 2 Buchst. b als auch für Beisitzende nach Abs. 2 Nr. 2 Buchst. d sowie getrennt nach den Prüfungen für den gehobenen Dienst bzw. die 3. Qualifikationsebene und für den mittleren Dienst bzw. die 2. Qualifikationsebene eine jeweils gesonderte Reihenfolge zu beachten. [5]Die Stellvertreter werden vom jeweils in der Liste nächstfolgenden Land benannt. [6]Verzichtet ein Land auf die Bestellung, so rückt das im Alphabet nächstfolgende an seine Stelle. [7]Bei Verhinderung eines Beisitzenden und dessen Stellvertreters nach Abs. 2 Nr. 2 Buchst. b und d benennt das Bayerische Landesamt für Maß und Gewicht den Beisitzenden und den Stellvertreter.

(4) [1]Ein Recht auf Anwesenheit haben:

1. je ein Mitglied des Bayerischen Landespersonalausschusses und vergleichbarer Institutionen der anderen Länder oder von dort beauftragte Beamtinnen oder Beamte, bei allen Prüfungen,
2. je ein Bediensteter der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt und der zuständigen Landesbehörden bei den mündlichen Prüfungen,
3. je ein Mitglied des für den Prüfungsteilnehmer zuständigen Personalrats bei den mündlichen Prüfungen, wenn das Landesrecht dies vorsieht.

[2]Sie sind berechtigt, Einsicht in die bewerteten Prüfungsarbeiten zu nehmen, Mitglieder eines Personalrats jedoch nur, soweit durch Landesrecht vorgeschrieben.

(5) [1]An der Beratung dürfen nur Mitglieder des Prüfungsausschusses teilnehmen. [2]Die Anwesenheit weiterer Personen ist ausgeschlossen, wenn sie nicht durch Landesrecht vorgeschrieben ist.

§ 4

(1) [1]Die für die Durchführung dieses Abkommens entstehenden Kosten werden von den Vertragsschließenden gemeinsam getragen. [2]Ausgenommen hiervon sind Veranstaltungen im Sinne des § 1 Abs. 5, die durch Teilnahmeentgelte oder sonstige Finanzierungsleistungen Dritter kostendeckend durchgeführt werden müssen.

(2) Zu diesem Zweck stellen die Vertragsschließenden jährlich in der Akademietagung der DAM den Gesamtbetrag der für die Deckung dieser Kosten aufzubringenden Mittel fest.

(3) [1]Der Freistaat Bayern übernimmt hiervon – vorbehaltlich der Regelung in Abs. 4 – den zehnten Teil (nach Verlagerung der DAM nach Bad Reichenhall: den fünften Teil) als Grundbeitrag. [2]Der Restbetrag wird auf die unterzeichnenden Länder oder die jeweiligen Partner des Abkommens nach dem Königsteiner Schlüssel ermittelt und umgelegt.

(4) [1]Für die Umlage der Sachkosten für Leistungen nach § 1 Abs. 8 (Serviceleistungen) können in der Akademietagung abweichende Festlegungen getroffen werden. [2]Entsprechende Beschlüsse sind einstimmig zu fassen.

§ 5

Die Teilnahme am Abkommen kann unter Einhaltung einer zwölfmonatigen Kündigungsfrist zum Schluss eines Haushaltsjahres von jedem Vertragsteil gekündigt werden.

§ 6

(1) Dieses Abkommen tritt nach seiner Unterzeichnung durch sämtliche Vertragspartner mit Wirkung vom 8. März 2018 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt das Abkommen über die einheitliche Ausbildung und Prüfung im Bereich des gesetzlichen Messwesens – Akademie-Abkommen –, unterzeichnet vom 28. November 1991 bis 18. Mai 1992, außer Kraft.

Für das Land Baden-Württemberg
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau des Landes Baden-Württemberg
Stuttgart, den 9. November 2017
Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut

Für den Freistaat Bayern
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie
München, den 5. September 2017
Ilse Aigner

Für das Land Berlin
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin
Berlin, den 8. November 2017
Ramona Pop

Für das Land Brandenburg
Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg
Potsdam, den 19. Oktober 2017
Albrecht Gerber

Für die Freie Hansestadt Bremen
Senat für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien Hansestadt Bremen
Bremen, den 15. Dezember 2017
Prof. Dr. Eva Quante-Brandt

Für die Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg
Hamburg, den 12. Oktober 2017
Frank Horch

Für das Land Hessen
Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung des Landes Hessen
Wiesbaden, den 17. Oktober 2017
Tarek Al-Wazir

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Schwerin, den 27. Februar 2018
Harry Glawe

Für das Land Niedersachsen
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Niedersachsen
Hannover, den 11. Oktober 2017
Olaf Lies

Für das Land Nordrhein-Westfalen
Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf, den 7. Dezember 2017
Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Für das Land Rheinland-Pfalz
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz
Mainz, den 23. Oktober 2017
Dr. Volker Wissing

Für das Saarland
Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz des Saarlandes
Saarbrücken, den 27. September 2017
Reinhold Jost

Für den Freistaat Sachsen
Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz des Freistaates Sachsen
Dresden, den 16. Oktober 2017
Barbara Klepsch

Für das Land Sachsen-Anhalt
Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt
Magdeburg, den 19. Oktober 2017
Prof. Dr. Armin Willingmann

Für das Land Schleswig-Holstein
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein
Kiel, den 8. März 2018
Dr. Bernd Buchholz

Für den Freistaat Thüringen
Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Freistaates Thüringen
Erfurt, den 16. Oktober 2017
Heike Werner

Protokollnotiz

§ 3 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. b des Abkommens wird gemäß Beschluss der Akademietagung vom 21. März 2018 wie folgt berichtigt:

Die Formulierung:

„b) eine Beamtin oder ein Beamter des eichtechnischen Dienstes, die oder der sich für ein Amt der Besoldungsgruppe A 11 in der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen, fachlicher Schwerpunkt nichttechnischer Verwaltungsdienst, qualifiziert hat und entsprechende Tätigkeiten wahrnimmt,“

wird durch folgende Formulierung ersetzt:

„b) eine Beamtin oder ein Beamter des eichtechnischen Dienstes, die oder der mindestens ein Amt der Besoldungsgruppe A 11 innehat,“

Begründung:

Es handelt sich um ein redaktionelles Versehen.

793-L

Verfahrensvorschriften zur Erprobung des elektronischen Ausstellens des Erlaubnisscheins

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 3. August 2018, Az. Z5-7971.1-1/12

Auf Grund des § 29a Satz 1 der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Fischereigesetzes (AVBayFiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Mai 2004 (GVBl. S. 177, 270, BayRS 793-3-L), die zuletzt durch Verordnung vom 17. Juli 2018 (GVBl. S. 633) geändert worden ist, erlässt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Bekanntmachung:

1. Zeitlich befristete Einführung des elektronisch ausgestellten Erlaubnisscheins

1.1 [1]Auf Grund des mit Verordnung vom 17. Juli 2018 (GVBl. S. 633) eingefügten § 29a AVBayFiG kann ab 1. September 2018 der Erlaubnisschein nach Art. 29 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Fischereigesetzes (BayFiG) auch in elektronischer Form beantragt und ausgestellt werden (elektronischer Erlaubnisschein). [2]Dieses Verfahren ist zeitlich befristet bis 31. August 2021. [3]Nach diesem Datum dürfen vorbehaltlich anderweitiger Regelungen keine elektronischen Erlaubnisscheine mehr ausgestellt werden; elektronische Erlaubnisscheine verlieren spätestens am 31. August 2021 ihre Gültigkeit (§ 29a Satz 3 AVBayFiG).

1.2 [1]Das Ausstellen von schriftlichen Erlaubnisscheinen nach Maßgabe des Art. 29 BayFiG bleibt weiterhin möglich. [2]Der Fischereiberechtigte oder mit dessen Einwilligung der Fischereipächter oder der Vorstand einer Fischereigenossenschaft entscheiden, ob von der Möglichkeit des elektronischen Verfahrens Gebrauch gemacht wird. [3]Ein Anspruch auf ein elektronisches Verfahren besteht nicht.

2. Anforderungen an das elektronische Erlaubnisschein-Verfahren

Wer Verfahren verwenden will, mit denen elektronische Erlaubnisscheine ausgestellt werden, muss Folgendes sicherstellen:

2.1 [1]Das Online-Verfahren zur Beantragung und Ausstellung der Erlaubnisscheine muss fälschungssicher sein. [2]Es muss gewährleistet sein, dass die elektronischen Erlaubnisscheine ausschließlich von dem in Art. 29 Abs. 1 Satz 1 BayFiG genannten Personenkreis bzw. auf deren Veranlassung ausgestellt werden können. [3]Die Erlaubnisscheine dürfen nicht vervielfältigt oder auf andere Personen oder andere Zeiträume erweitert werden können.

2.2 [1]Die ausgestellte Erlaubnis muss vor Ort, d. h. am Gewässer, kontrollierbar sein. [2]Die Erlaubnisscheine müssen entweder in Papierform (ausgedruckter Erlaubnisschein) oder auf einem elektronischen Gerät lesbar Aufsichtspersonen in einer sicher überprüfbaren Version vorgezeigt werden können (§ 29a Satz 4 AVBayFiG). [3]Die Fischereiaufseher oder sonst mit der Kontrolle am Gewässer beauftragten Personen müssen Zugriff auf Art, Anzahl und Inhalt der ausgegebenen Erlaubnisscheine haben, die der nach Nr. 1.2 Satz 2 Berechtigte dort ausgegeben hat.

2.3 [1]Die erforderliche Genehmigung der Kreisverwaltungsbehörde muss vorliegen. [2]Es muss sichergestellt sein, dass nicht mehr Erlaubnisscheine ausgestellt werden, als von der Kreisverwaltungsbehörde genehmigt worden sind. [3]Sofern von einem nach Nr. 1.2 Satz 2 Berechtigten Erlaubnisscheine in schriftlicher und elektronischer Form ausgestellt werden, darf die Gesamtzahl der schriftlich und elektronisch ausgestellten Erlaubnisscheine das Kontingent nicht übersteigen.

2.4 Elektronische Erlaubnisscheine, die gemäß Art. 29 Abs. 1 Satz 1 BayFiG mit Genehmigung der Kreisverwaltungsbehörde ausgestellt worden sind, bedürfen keiner Bestätigung (Siegelung) durch die Kreisverwaltungsbehörde (§ 29a Satz 2 AVBayFiG).

2.5 Im Übrigen gelten für den elektronischen Erlaubnisschein die Vorgaben des Art. 29 BayFiG.

3. Inhalt des elektronischen Erlaubnisscheins

[1]Mindestinhalte des elektronischen Erlaubnisscheins sind:

- Vor- und Zuname oder Bezeichnung der ausgebenden Person und ihre genaue Anschrift (gewöhnlicher Aufenthalt oder Sitz),
- Vor- und Zuname und genaue Anschrift des Erlaubnisnehmers mit dem Hinweis, dass der Erlaubnisschein nicht übertragbar ist,
- Art und Geltungsdauer des Erlaubnisscheins sowie eventuell Bestimmungen über Fangarten, Fanggeräte und Fangbeschränkungen,
- genaue Bezeichnung des oder der Fischwasser bzw. der Fischwasserstrecken, auf die sich die Erlaubnis bezieht; beim Sammelerlaubnisschein gegebenenfalls Raum für die Eintragung der genutzten Fangtage.

[2]Ergänzend wird auf das Muster eines Erlaubnisscheins in Anlage 1 der Verwaltungsvorschriften zum Vollzug fischereirechtlicher Bestimmungen (VwVFiR), Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 12. November 1999 (AllMBl. S. 939), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 27. November 2007 (AllMBl. S. 780) geändert worden ist, Bezug genommen.

4. Überwachung

[1]Die Einhaltung der Anforderungen, die in Nrn. 2 und 3 genannt sind, ist von demjenigen nachzuweisen, der ein elektronisches Verfahren nutzen möchte. [2]Mit der Kontrolle des Nachweises wird der Landesfischereiverband Bayern e. V. (LFV) beauftragt. [3]Dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Staatsministerium) ist über den LFV vor dem erstmaligen Einsatz eine Beschreibung des Verfahrens zur Genehmigung vorzulegen, aus der ersichtlich ist, dass die Einhaltung der Anforderungen gewährleistet ist. [4]Dem Staatsministerium sowie dem LFV muss zu Kontrollzwecken Zugang zu dem elektronischen Verfahren gewährt werden. [5]Der LFV informiert das Staatsministerium erstmalig bis zum 30. April 2019 und dann regelmäßig zum Ende jeden Jahres über Anzahl und Berechtigte nach Nr. 1.2 Satz 2, die das Verfahren nutzen.

5. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. September 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. August 2021 außer Kraft.

Hubert Bittlmayer
Ministerialdirektor

2126.0-G

Änderung der Richtlinie zur Förderung der Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten sowie von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im ländlichen Raum

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

vom 25. Juli 2018, Az. 31d-G8060-2018/9-9

1. Die Richtlinie des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit zur Förderung der Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten sowie von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im ländlichen Raum vom 2. Oktober 2013 (AllMBl. S. 420), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 9. November 2015 (AllMBl. S. 529) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1.1 Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

1.1.1 Nach der Angabe zu Nr. 5.2 wird folgende Angabe eingefügt:

„6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen“.

1.1.2 Die Angaben zu den Nrn. 5.3 bis 5.5 werden die Angaben zu den Nrn. 6.1 bis 6.3.

1.1.3 Nach der Angabe zu Nr. 6.3 wird folgende Angabe eingefügt:

„6.4 Vergabe von Aufträgen“.

1.1.4 Die Angaben zu den bisherigen Nrn. 6 bis 11 werden die Angaben zu den Nrn. 7 bis 12.

1.2 Nach Nr. 5.2 wird folgende Nr. 6 eingefügt:

„6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen“.

1.3 Die Nrn. 5.3 bis 5.5 werden die Nrn. 6.1 bis 6.3.

1.4 Nach Nr. 6.3 wird folgende Nr. 6.4 eingefügt:

„6.4 Vergabe von Aufträgen

Die Nrn. 3.1 und 3.2 ANBest-P werden nicht angewandt. Ab einem Netto-Auftragswert von 1.000 Euro ist eine dokumentierte Markterkundung (in der Regel mindestens drei Angebote) notwendig.“

1.5 Die bisherigen Nrn. 6 bis 11 werden die Nrn. 7 bis 12.

2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. August 2018 in Kraft.

Ruth Nowak
Ministerialdirektorin

2126.0-G

Richtlinie über die Gewährung eines Bonus zur Sicherstellung der Geburtshilfe durch freiberuflich tätige Hebammen und Entbindungspfleger (Hebammenbonusrichtlinie – HebBonR)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

vom 30. Juli 2018, Az. 32a-G8571.88-2017/10-76

Vorbemerkung

[1]Der Freistaat Bayern gewährt einen Hebammenbonus für freiberuflich tätige Hebammen und Entbindungspfleger, die in Bayern in der Geburtshilfe tätig sind. [2]Der Hebammenbonus ist eine freiwillige Leistung und wird nach Maßgabe dieser Richtlinie und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Freistaates Bayern als Billigkeitsleistung ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gewährt.

1. Zweck des Hebammenbonus

[1]Aktuell sind nur knapp 50 % der freiberuflichen Hebammen und Entbindungspfleger in Bayern in der Geburtshilfe tätig, und das bei stetig steigenden Geburtenzahlen. [2]Viele Hebammen und Entbindungspfleger denken aufgrund der gestiegenen Arbeitsbelastung an eine Aufgabe des Berufs oder haben dies bereits getan. [3]60 % der Kliniken in Bayern arbeiten mit freiberuflich tätigen Beleghebammen. [4]Seit 2017 mussten mehrere Geburtshilfestationen ihren Betrieb aufgrund fehlender Hebammen bzw. Entbindungspfleger einstellen. [5]Nach Art. 3 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung fördert und sichert der Staat gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern. [6]Hierzu gehört auch die Sicherstellung einer flächendeckenden Geburtshilfe. [7]Um seinem Verfassungsauftrag und seiner sozialen Verantwortung gerecht zu werden, unterstützt der Staat mit dem Bonus von jährlich 1 000 Euro die in der Geburtshilfe in Bayern tätigen freiberuflichen Hebammen und Entbindungspfleger. [8]Ziel ist es, eine Tätigkeit in der Geburtshilfe attraktiver zu machen und wieder mehr Hebammen und Entbindungspfleger für die Geburtshilfe zu gewinnen, um werdenden Müttern in Bayern auch in Zukunft ein flächendeckendes Angebot in der Geburtshilfe gewährleisten zu können.

2. Begünstigte

[1]Den Hebammenbonus können ausschließlich Hebammen und Entbindungspfleger mit einer Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung nach § 2 des Hebammengesetzes erhalten, die die nachfolgenden Voraussetzungen erfüllen. [2]Die Hebamme oder der Entbindungspfleger muss:

a) ihren bzw. seinen Hauptwohnsitz in Bayern haben,

b) den Beruf in Bayern ausüben,

c) freiberuflich tätig sein und dabei

d) in dem der Antragstellung vorangehenden Kalenderjahr mindestens vier Geburten pro Jahr bzw. mindestens eine Geburt pro Quartal verantwortlich betreut haben.

3. Höhe des Bonus

3.1 Die Höhe des Hebammenbonus beträgt bis zu 1 000 Euro pro Kalenderjahr.

3.2 „De-minimis"-Beihilfe

Die Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission über die Anwendung der Art. 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen ist zu beachten.

3.3 Subvention

[1]Der Hebammenbonus ist eine Subvention gemäß § 264 des Strafgesetzbuchs. [2]Die für die Gewährung des Hebammenbonus maßgeblichen Tatsachen sind subventionserheblich im Sinne des Subventionsgesetzes in Verbindung mit Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes. [3]Mit dem Antrag ist eine entsprechende Erklärung abzugeben.

4. Antragstellung

[1]Der Antrag auf Gewährung des Hebammenbonus ist einzureichen beim Landesamt für Pflege (im Folgenden: Landesamt) mit dem auf der Internetseite des Landesamts bereitgestellten Formblatt. [2]Dem Antrag sind beizufügen:

a) ein Identitätsnachweis mit Angabe des aktuellen Hauptwohnsitzes,

b) ein Nachweis über die Erlaubnis nach § 2 des Hebammengesetzes,

c) ein Nachweis über eine freiberufliche geburtshilfliche Tätigkeit in Bayern durch

aa) Nachweis des persönlichen Institutionskennzeichens (IK) nach § 293 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) oder

bb) Nachweis der Anmeldung beim zuständigen Gesundheitsamt nach Art. 12 des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes (GDVG),

d) ein Nachweis über die Betreuung von mindestens vier Geburten in Bayern in dem der Antragstellung vorangehenden Kalenderjahr durch

aa) Nachweis über die Gewährung des Sicherstellungszuschlags nach dem Vertrag gemäß § 134a SGB V oder

bb) Nachweis über abgerechnete geburtshilfliche Leistungen jeweils durch schriftlichen Behandlungsvertrag,

e) eine „De-minimis"-Erklärung und

f) eine Erklärung zu subventionserheblichen Tatsachen.

[3]Der Antrag für das Jahr 2017 ist bis zum 31. März 2019 zu stellen. [4]Im Übrigen ist der Antrag bis spätestens 30. Juni eines Jahres für das vorherige Jahr zu stellen.

5. Auszahlung

[1]Das Landesamt prüft die Anträge, teilt den Begünstigten die Gewährung des Bonus schriftlich mit und zahlt diesen aus. [2]Sofern dem Antrag nicht entsprochen werden kann, wird dies den Antragstellern ebenfalls schriftlich mitgeteilt.

6. Übergangsvorschrift

Für den Vollzug dieser Richtlinie leistet das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Amtshilfe und hat dabei die gleichen Aufgaben und Befugnisse wie das Landesamt.

7. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. September 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Ruth Nowak
Ministerialdirektorin

2175.4-G

Richtlinie zur Förderung neuer ambulant betreuter Wohngemeinschaften sowie zur Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Lebensqualität und der Rahmenbedingungen in der Pflege (Förderrichtlinie Pflege – WoLeRaF)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

vom 8. August 2018, Az. 43c-G8300-2018/146-33

Vorbemerkung

[1]Der Freistaat Bayern gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (insbesondere der Verwaltungsvorschriften zu Art. 44 der Bayerischen Haushaltsordnung – BayHO) Zuwendungen zur Förderung neuer ambulant betreuter Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Erwachsene sowie zur Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Lebensqualität und der Rahmenbedingungen in der Pflege, soweit die Leistungen innerhalb des Freistaates Bayern erbracht werden. [2]Hierunter zu verstehen sind:

a) Maßnahmen zum weiteren und möglichst flächendeckenden Auf- und Ausbau neuer ambulant betreuter Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Erwachsene,

b) Maßnahmen der baulichen Innen- und Außenraumgestaltung für ein demenzsensibles Umfeld in eigenständig betriebenen Einrichtungen der Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege,

c) Maßnahmen zur Schaffung von Kurzzeitpflegeplätzen in vollstationären Einrichtungen der Pflege und

d) Maßnahmen, die der Verbesserung der Lebensqualität und der Rahmenbedingungen in der Pflege dienen.

[3]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Teil 1
Allgemeine Beschreibung der Zuwendungsbereiche

1. Ambulant betreute Wohngemeinschaften

1.1 Zweck der Zuwendung

[1]Der demografische Wandel, sich ändernde Familienstrukturen und die Heterogenität der individuellen Lebenslagen von pflegebedürftigen

Menschen erfordern eine alternative Wohn-, Pflege- und Betreuungsform für ein würdevolles Altern. [2]Ambulant betreute Wohngemeinschaften tragen dem überwiegenden Wunsch von pflegebedürftigen Menschen Rechnung, ihr Leben in der vertrauten Umgebung „zu Hause“ verbringen zu können. [3]Diesen Bedürfnissen entsprechend ist Zweck der Zuwendung, den weiteren, möglichst flächendeckenden Auf- und Ausbau neuer ambulant betreuter Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Menschen ab Volljährigkeit voranzutreiben.

1.2 Gegenstand der Förderung

[1]Gegenstand der Förderung ist der Aufbau einer neuen ambulant betreuten Wohngemeinschaft. [2]Eine neue ambulant betreute Wohngemeinschaft im Sinne dieser Richtlinie sind Wohngemeinschaften, die erstmalig initiiert werden.

1.3 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind Initiatorinnen und Initiatoren einer neuen ambulant betreuten Wohngemeinschaft.

1.4 Zuwendungsvoraussetzungen

1.4.1 Förderfähig sind neue ambulant betreute Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Erwachsene im Sinne des Art. 2 Abs. 3 des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (PfleWoqG).

1.4.2 Voraussetzung für eine Förderung ist, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller ein ausgewogenes Konzept der ambulant betreuten Wohngemeinschaft vorlegt, aus dem

a) Ziel und Zweck des Vorhabens, die geplanten Strukturen in der ambulant betreuten Wohngemeinschaft, insbesondere Aussagen zum Stand der Planung, den Räumlichkeiten, der Organisation, der Personalausstattung sowie der Qualifikation des Personals,

b) die Entwicklungsperspektive sowie die Nachhaltigkeit,

c) die Sicherstellung der Selbstbestimmung der Mieterinnen und Mieter (Gremium der Selbstbestimmung),

d) die konkrete Ausgestaltung von Leistungen und Gegenleistungen, die Einbindung vorhandener Ressourcen insbesondere durch bürgerschaftliches Engagement sowie die aktive Rolle der Angehörigen bzw. gesetzlichen Vertreter und

e) die Einhaltung der Kriterien der vom Staatsministerium für Gesundheit und Pflege herausgegebenen Broschüre „Selbstbestimmt leben in ambulant betreuten Wohngemeinschaften“ hervorgehen.

1.5 Art, Umfang, Dauer und Höhe der Zuwendung

1.5.1 Art der Zuwendung

Die Zuwendung wird als Festbetragsfinanzierung im Rahmen einer Projektförderung gewährt.

1.5.2 Umfang der Zuwendung

Zuwendungsfähige Ausgaben, die durch den Aufbau einer neuen ambulant betreuten Wohngemeinschaft entstehen, sind:

1.5.2.1 [1]Personal- und Sachausgaben für eine sozialpädagogische Fachkraft oder eine Fachkraft mit vergleichbarer Berufsausbildung im Umfang von bis zu einer halben Stelle für den Aufbau, insbesondere für die Koordination und Organisation sowie kontinuierliche fachliche Begleitung der neuen ambulant betreuten Wohngemeinschaft. [2]Hierzu zählen auch Personal- und Sachausgaben für Vorbereitungstätigkeiten zur Initiierung und zum Aufbau der neuen ambulant betreuten Wohngemeinschaft. [3]Zuwendungsfähig sind höchstens die Ausgaben, wie sie für vergleichbare staatliche Beschäftigte entstehen würden. [4]Dabei sind die Personalausgaben bis maximal Entgeltgruppe 9 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) zuwendungsfähig. [5]Die Höhe der zuwendungsfähigen Personalausgaben bemisst sich nach den Kostenpauschalen, die im Rahmen der Projektförderungen des Arbeitsmarktfonds vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales jährlich herausgegeben werden.

1.5.2.2 Notwendige Ausgaben für externe Beratungsleistungen zur Koordination und Organisation sowie zur vorübergehenden fachlichen Begleitung.

1.5.2.3 Notwendige Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit.

1.5.2.4 Notwendige Ausgaben für erforderliche Ausstattungsgegenstände für Gemeinschaftsräume (Flächen bzw. Bereiche im Innen- und Außenbereich, die gemeinschaftlich genutzt werden) und die den besonderen Bedürfnissen oder dem Schutz der Mieterinnen und Mieter dienen.

1.5.3 Dauer der Zuwendung

1.5.3.1 [1]Der Bewilligungszeitraum beträgt höchstens 24 Monate. [2]Die zuwendungsfähigen Ausgaben sind frühestens sechs Monate vor Bezugsfertigkeit der ambulant betreuten Wohngemeinschaft förderfähig.

1.5.3.2 Die Zuwendung wird einmalig als Anschubfinanzierung bewilligt.

1.5.4 Höhe der Zuwendung

Die Zuwendung beträgt je Projekt bis zu 40 000 Euro, höchstens 90 % der erforderlichen zuwendungsfähigen Ausgaben.

2. Demenzsensibler Ausbau von Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen

2.1 Zweck der Zuwendung

2.1.1 [1]Versorgungsformen wie stationäre Kurzzeit- und insbesondere teilstationäre Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen werden auch von demenzerkrankten Pflegebedürftigen nachgefragt, die in der Obhut häuslich Pflegender stehen. [2]Damit kann ein längerer Verbleib in der Häuslichkeit, einhergehend mit einer zielgerichteten Entlastung pflegender Angehöriger zur Erhöhung deren Pflegebereitschaft, bewirkt werden. [3]Zudem tragen diese Versorgungsformen als ergänzende Angebote zur Absicherung der häuslichen Pflege dazu bei, dass selbstständiges Handeln und Leben so lange wie möglich sichergestellt bleiben. [4]Somatisch Pfle-

gebedürftige und vor allem gerontopsychiatrisch und demenziell Erkrankte können dort finden, was ihnen in ihrer häuslichen Umgebung vielfach fehlt: für eine begrenzte Zeit intensive Betreuung, andere Menschen um sie, Ansprache und strukturierendes Alltagserleben.

2.1.2 [1]Zweck der Zuwendung ist, in bestehenden Einrichtungen mit baulichen und gestalterischen Maßnahmen ein demenzsensibles Betreuungsumfeld zu schaffen oder zu verbessern, sowie Träger neuer derartiger Einrichtungen finanziell darin zu unterstützen, von Betriebsbeginn an für eine demenzsensible Innen- und Außenraumgestaltung Sorge zu tragen. [2]Im Vordergrund steht eine baustrukturelle Gestaltung, die physischen, sensorischen und kognitiven Einschränkungen demenzerkrankter Gäste Rechnung zu tragen vermag.

2.2 Gegenstand der Förderung

[1]Gegenstand der Förderung sind bauliche oder gestalterische Maßnahmen der demenzsensiblen Innen- und Außenraumgestaltung von eigenständig betriebenen Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen. [2]Die geförderten Maßnahmen müssen geeignet sein, einem demenzfreundlichen Lebensumfeld im Innen- und Außenbereich der genannten Einrichtungen gerecht zu werden. [3]Dazu zählen beispielsweise:

a) baustrukturelle Veränderungen, die der Orientierung, Geborgenheit oder Sicherheit der demenzkranken Pflegebedürftigen dienen,

b) die Errichtung einer geschützten Grundstückszufahrt oder eines geschützten Zugangs mit Orientierungshilfen,

c) Maßnahmen, die die Orientierung der demenziell erkrankten Menschen steuern, visuelle Barrieren aufheben bzw. vermeiden, zu einer Reduzierung von Angstzuständen beitragen und Geborgenheit vermitteln können,

d) Maßnahmen, die der Sinnesanregung dienen und milieutherapeutische Ansätze umsetzen,

e) Maßnahmen aus dem Bereich der intelligenten Assistenzsysteme,

f) besonders widerstandsfähige Ausführungen der Installationen im Sanitär- und sichtbaren Heizungsbereich, Gemeinschaftswohnküchen einschließlich der erforderlichen Sicherheits- und Geräteausstattung sowie ortsfestes Gartenmobiliar.

[4]Nicht gefördert werden:

a) vollstationäre Dauerpflegeeinrichtungen mit situativ belegbaren Plätzen der Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege,

b) mobile Gegenstände, die mit der Gebäude- oder Außenstruktur nicht fest verbunden sind, d. h. entnehm- oder verrückbar im Innen- oder Außenbereich der genannten Einrichtungen verbaut oder beschafft werden,

c) Maßnahmen, die im Rahmen der technischen Baubestimmung für barrierefreies Bauen DIN 18040-2:2011-09 vorzusehen sind,

d) Ausgaben für ggf. erforderlichen Grunderwerb und Erschließungskosten.

2.3 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind Träger von eigenständig betriebenen Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen, die einen Versorgungsvertrag mit den Pflegekassen nach §§ 72 ff. SGB XI geschlossen haben oder schließen werden.

2.4 Zuwendungsvoraussetzungen

2.4.1 Nachweis eines bereits bestehenden oder in Aussicht gestellten Versorgungsvertrags mit einer Pflegekasse nach §§ 72 ff. SGB XI.

2.4.2 [1]Vorlage eines Gesamtkonzepts über das nach Abschluss der Fördermaßnahme geplante Pflege- und Betreuungsangebot für demenzerkrankte Gäste. [2]Bereits bestehende Einrichtungen haben die Verbesserungen gegenüber dem bestehenden Konzept darzulegen.

2.4.3 Die zur Förderung beantragten Maßnahmen der demenzsensiblen Innen- und Außenraumgestaltung und deren baufachliche Umsetzung sind in einem Erläuterungsbericht darzustellen.

2.5 Art und Höhe der Zuwendung

2.5.1 Art der Zuwendung

Die Zuwendung wird als Anteilfinanzierung im Rahmen einer Projektförderung gewährt.

2.5.2 Höhe der Zuwendung

[1]Die Zuwendung beträgt je Projekt bis zu 75 000 Euro, höchstens 90 % der erforderlichen zuwendungsfähigen Ausgaben. [2]Die Zuwendung ist auf volle zehn Euro zu runden.

2.6 Zuwendungsfähige Ausgaben

2.6.1 [1]Zuwendungsfähig sind Ausgaben, die für bauliche Maßnahmen gemäß Nr. 2.2 in einer bestehenden Einrichtung oder für den Ausbau im Rahmen der Neuerrichtung anfallen und die geeignet sind, einem demenzfreundlichen Lebensumfeld im Innen- und Außenbereich der genannten Einrichtungen baulich gerecht zu werden. [2]Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben zählen auch die nachgewiesenen Ausgaben für die von Dritten erbrachten Planungsleistungen.

2.6.2 Eigenleistungen sind nicht zuwendungsfähig.

2.6.3 [1]Die für die Gesamtmaßnahme sowie für die zur Förderung beantragten Maßnahmen voraussichtlich anfallenden Ausgaben sind bei Antragstellung in einer Kostenschätzung auszuweisen. [2]Die Gliederung der Kostenschätzung (für Hochbaumaßnahmen in Anlehnung an Muster 5 zu Art. 44 BayHO oder nach DIN 276) für die zur Förderung beantragten Maßnahmen muss mit dem Erläuterungsbericht übereinstimmen.

2.7 Bewilligungszeitraum

Die Maßnahme ist innerhalb von 24 Monaten ab Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids vollständig durchzuführen.

2.8 Bindungsfrist

[1]Die Einrichtung ist mindestens zehn Jahre ab Neu-Inbetriebnahme der Einrichtung oder ab Umbau-Fertigstellung des demenzsensiblen Um-

felds zweckentsprechend als Kurz-, Tages- oder Nachtpflegeeinrichtung zu nutzen, sonstige zur Ausstattung beschaffte Gegenstände fünf Jahre. [2]Innerhalb dieses Zeitraums eintretende Änderungen der zweckentsprechenden Nutzung sind der unter Nr. 6.3 aufgeführten Bewilligungsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

3. Schaffung von Kurzzeitpflegeplätzen in vollstationären Einrichtungen der Pflege

3.1 Zweck der Zuwendung

[1]Das Erste Pflegestärkungsgesetz hat die Unterstützung der häuslich Pflegenden erweitert und in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Kurzzeitpflege verbessert. [2]Kurzzeitpflege kann danach insbesondere in Anspruch genommen werden, um eine Krisensituation in der häuslichen Pflege zu bewältigen oder im Anschluss an einen Krankenhausaufenthalt eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. [3]Kurzzeitpflege soll dem häuslich Pflegenden aber auch ermöglichen, sich eine Auszeit von der Pflege zu nehmen. [4]Zweck der Zuwendung ist es, Träger von vollstationären Pflegeeinrichtungen von den mit der Bereitstellung von Kurzzeitpflegeplätzen einhergehenden besonderen finanziellen Risiken zu entlasten und Hemmnisse bei der Schaffung von Kurzzeitpflegeplätzen abzubauen.

3.2 Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung ist die dauerhafte Umwandlung von Langzeitpflegeplätzen in Kurzzeitpflegeplätze sowie die Schaffung und der Betrieb fester Kurzzeitpflegeplätze in vollstationären Einrichtungen der Pflege.

3.3 Zuwendungsempfänger

Träger vollstationärer Einrichtungen der Pflege, die einen Versorgungsvertrag gemäß §§ 72 ff. SGB XI sowie eine Vergütungsvereinbarung gemäß § 85 SGB XI nachweisen können.

3.4 Zuwendungsvoraussetzungen

3.4.1 [1]Gefördert wird die Neuschaffung von dauerhaften Kurzzeitpflegeplätzen oder die Umwandlung von Langzeitpflegeplätzen in dauerhafte Kurzzeitpflegeplätze in einer vollstationären Einrichtung der Pflege für einen Zeitraum von mindestens drei Jahren ab Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids. [2]Dabei gelten folgende Obergrenzen: maximal zwei Plätze in Einrichtungen mit bis zu 99 Plätzen, maximal drei Plätze in Einrichtungen mit bis zu 199 Plätzen, maximal vier Plätze in Einrichtungen ab 200 Plätzen.

3.4.2 Voraussetzung für eine Förderung ist

a) die Vorlage einer Verpflichtungserklärung über die Schaffung einer entsprechenden Anzahl von Kurzzeitplätzen gemäß Nr. 3.4.1; die Verpflichtungserklärung ist dem Antrag beizufügen,

b) der Nachweis über den im entsprechenden Landkreis oder den in der entsprechenden kreisfreien Stadt bestehenden Bedarf an Kurzzeitpflegeplätzen; die Bestätigung des Bedarfs erfolgt seitens der Kreisverwaltungsbehörden mittels eines den Antragsunterlagen zugehörigen Formblatts; das Formblatt ist dem Antrag beizufügen und

c) die Vorlage des zum Zeitpunkt der Antragstellung gültigen Versorgungsvertrags gemäß §§ 72 ff. SGB XI sowie der entsprechenden Vergütungsvereinbarung gemäß § 85 SGB XI (Tagessatz).

d) Zum Zeitpunkt der Antragstellung darf noch keine Verpflichtung für „Fix plus x" im Sinne des LPSK-Beschlusses vom 12. Oktober 2017 gegenüber der Pflegekasse erklärt worden sein.

3.5 Art, Umfang, Höhe und Dauer der Zuwendung

3.5.1 Art der Zuwendung

Die Zuwendung wird als Festbetragsfinanzierung im Rahmen einer Projektförderung gewährt.

3.5.2 Umfang, Höhe und Dauer der Zuwendung

[1]Die Zuwendung beträgt 90 % des Tagessatzes und maximal 100 Euro je nichtbelegtem Tag bis zu einer Höchstgrenze in Höhe von 10 000 Euro je Platz und Jahr. [2]Der Bewilligungszeitraum beträgt höchstens 36 Monate.

3.6 Kombination mit anderen Leistungen

[1]Gesetzliche Leistungen sind vorrangig in Anspruch zu nehmen. [2]Eine Förderung nach dieser Richtlinie entfällt, soweit für den gleichen Zuwendungszweck Mittel des Bundes, des Freistaates Bayern oder der Kommunen in Anspruch genommen werden.

3.7 Antragstellung und Auszahlung der Zuwendung

3.7.1 Antragstellung

[1]Über die bis zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember eingegangenen Anträge wird jeweils nach diesen Stichtagen entschieden. [2]Reichen die Haushaltsmittel zum jeweiligen Stichtag nicht aus, alle Anträge, die die Fördervoraussetzungen erfüllen, zu bewilligen, wird eine Priorisierung vorgenommen.

3.7.2 Auszahlung

[1]Auszahlungen können halbjährlich für den vorangegangen Halbjahreszeitraum der Bewilligung beantragt werden. [2]Dabei ist dem Auszahlungsantrag jeweils der Nachweis über nicht belegte Tage eines jeden einzelnen Platzes im Abrechnungszeitraum anhand einer kalendarischen Dokumentation, ein Sachbericht über Bestrebungen, die Kurzzeitpflegeplätze bestmöglich zu belegen (z. B. durch Werbemaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit), ein für den Abrechnungszeitraum gültiger Versorgungsvertrag gemäß §§ 72 ff. SGB XI sowie die entsprechende Vergütungsvereinbarung gemäß § 85 SGB XI beizufügen.

4. Einzelprojekte zur Verbesserung der Lebensqualität und der Rahmenbedingungen in der Pflege

4.1 Zweck der Zuwendung

[1]Die Betreuung und Versorgung in stationären Einrichtungen der Pflege kommt für Pflegebedürftige in Betracht, wenn die Voraussetzungen für eine ambulante oder teilstationäre Pflege nicht gegeben sind oder die Besonderheiten der individuel-

len Pflegesituation eine ambulante oder teilstationäre Pflege nicht ermöglichen. [2]Vordringlicher Wunsch der Pflegebedürftigen bleibt aber die ambulante oder teilstationäre Pflege. [3]Stationäre, teilstationäre und ambulante Versorgungsformen müssen deshalb weiterentwickelt, die Rahmenbedingungen den sich ändernden soziostrukturellen Gegebenheiten und damit einhergehend auch den pflegerischen Anforderungen angepasst werden. [4]Zweck der Zuwendung ist es, notwendige konzeptionelle Änderungen in der Versorgungsstruktur umzusetzen, die durch den demografischen Wandel sowie durch die sich ändernden sozialen und pflegerischen Strukturen bedingt sind. [5]Das Ziel ist dabei, die besonderen Bedürfnisse Pflegebedürftiger abzubilden.

4.2 Gegenstand der Förderung

Maßnahmen, die Änderungen in der Versorgungsstruktur von Pflegebedürftigen erwarten lassen.

4.2.1 Entwicklung oder Fortentwicklung von richtungsweisenden Konzepten, deren Einführung, die Begleitung der Umsetzung und deren Evaluierung.

4.2.2 Projektmanagement, Koordination und Organisation und ggf. zu beschaffende Ausrüstungsgegenstände bei der Umsetzung und Einführung von innovativen und ggf. modellhaften Projekten aufgrund neu entwickelter Konzepte.

4.2.3 Wissenschaftliche Begleitung bei der Umsetzung von innovativen und ggf. modellhaften Projekten.

4.2.4 Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere die Durchführung von Fachtagungen und Symposien.

4.2.5 Die unter den Nrn. 4.2.1 bis 4.2.4 genannten Maßnahmen sind auch kumulativ förderfähig.

4.3 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind insbesondere Träger von stationären Einrichtungen der Pflege, Initiatorinnen und Initiatoren von ambulant betreuten Wohngemeinschaften im Sinne des Art. 2 Abs. 3 des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (PfleWoqG) sowie Institutionen, die geeignet sind, Projekte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Pflege wissenschaftlich zu begleiten.

4.4 Zuwendungsvoraussetzungen

4.4.1 [1]Projekte müssen in der Praxis umsetzbar sein und dem jeweils anerkannten Stand fachlicher Erkenntnisse entsprechen. [2]Die Projekte müssen dokumentiert und ausgewertet werden. [3]Soweit sinnvoll soll das Projekt wissenschaftlich begleitet werden sowie die Dokumentation der Projekte einen Leitfaden enthalten, der in der Regel veröffentlicht wird. [4]Dies soll sicherstellen, dass Interessierte, die nicht an dem Projekt beteiligt sind, von den gewonnenen Erkenntnissen profitieren können.

4.4.2 [1]Der Antragsteller hat mit dem Antrag das Ziel seines Projekts zu skizzieren (Projektskizze). [2]Weiter sind Ziel und Zweck des Vorhabens, der innovative und ggf. modellhafte Ansatz, der geplante Projektumfang und die Dauer des Vorhabens zu erläutern.

4.4.3 Soweit Zuwendungen nach Nr. 4.2.2 die Umsetzung baulicher Maßnahmen beinhalten, sind Unterlagen entsprechend Nr. 2.6.3 beizufügen.

4.5 Art, Umfang, Dauer und Höhe der Zuwendung

4.5.1 Art der Zuwendung

Die Zuwendung wird als Anteilfinanzierung im Rahmen einer Projektförderung gewährt.

4.5.2 Umfang der Zuwendung

[1]Zuwendungsfähig sind Personal- und Sachausgaben, die im Zusammenhang mit dem jeweils geförderten Projekt anfallen. [2]In Eigenleistung erbrachte Personalanteile sind anhand von Einzelstundennachweisen zu belegen. [3]Soweit Zuwendungen nach Nr. 4.2.2 die Umsetzung baulicher Maßnahmen beinhalten, zählen auch die nachgewiesenen Ausgaben für die von Dritten erbrachten Planungsleistungen zu den zuwendungsfähigen Ausgaben. [4]Ausgaben für Maßnahmen, die im Rahmen der technischen Baubestimmung für barrierefreies Bauen DIN 18040-2:2011-09 vorzusehen sind, sowie Ausgaben für ggf. erforderlichen Grunderwerb und Erschließungskosten sind nicht zuwendungsfähig.

4.5.3 Dauer der Zuwendung

Der Bewilligungszeitraum umfasst maximal 36 Monate.

4.5.4 Höhe der Zuwendung

[1]Die Zuwendung beträgt je Projekt bis zu 60 000 Euro, höchstens 90 % der erforderlichen zuwendungsfähigen Ausgaben. [2]Die Zuwendung ist auf volle zehn Euro zu runden.

5. Verhältnis zu anderen Leistungen

[1]Gesetzliche Leistungen sind vorrangig in Anspruch zu nehmen. [2]Eine Förderung nach dieser Richtlinie entfällt, soweit für den gleichen Zuwendungszweck andere Mittel des Freistaates Bayern, Mittel des Bundes, der Pflegekassen oder Mittel der Europäischen Union in Anspruch genommen werden.

Teil 2
Verfahren

6. Antrags- und Bewilligungsverfahren

6.1 [1]Der Antrag ist unter Verwendung der im Internetauftritt des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege erhältlichen Vordrucke vollständig und schriftlich einzureichen. [2]Dem Antrag nach den Nrn. 1, 2 und 4 sind ein Finanzierungsplan für die beantragten Ausgaben sowie bei Maßnahmen nach Nr. 1 ein mittelfristiger Finanzierungsplan (fünf Jahre) beizufügen.

6.2 Zuständig für die Antragsentgegennahme ist beziehungsweise sind

a) bei Maßnahmen nach den Nrn. 1 und 3: das Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS),

b) bei Maßnahmen nach Nr. 2: die Regierungen,

c) bei Maßnahmen nach Nr. 4: das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege.

6.3 Bewilligungsbehörden sind

a) bei Maßnahmen nach den Nrn. 1, 3 und 4: das ZBFS,

b) bei Maßnahmen nach Nr. 2: die Regierungen.

6.4 Bagatellgrenze

[1]Zuwendungen können nur beantragt werden, soweit die zuwendungsfähigen Ausgaben nach den Nrn. 1, 2 und 4 mindestens 10 000 Euro betragen. [2]Ein Auszahlungsantrag nach Nr. 3 kann nur gestellt werden, wenn Pauschalen für mindestens 25 nicht belegte Tage angefallen sind (25 x 100 Euro = 2 500 Euro).

7. Verwendungsnachweis

[1]Ein einfacher Verwendungsnachweis gemäß VV Nr. 10.2 zu Art. 44 BayHO ist zugelassen. [2]Der Verwendungsnachweis einschließlich des Sachberichts ist spätestens sechs Monate nach Ende des Bewilligungszeitraums der Bewilligungsbehörde vorzulegen.

8. Sonstiges

8.1 Sachlich zuständig für die Rücknahme oder den Widerruf von Zuwendungsbescheiden und die Rückforderung von Zuwendungen ist beziehungsweise sind

a) bei Maßnahmen nach den Nrn. 1, 3 und 4: das ZBFS,

b) bei Maßnahmen nach Nr. 2: die Regierungen.

8.2 Die Bewilligungsbehörde kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege in besonders gelagerten Einzelfällen Ausnahmen von den in der Richtlinie getroffenen Festlegungen zulassen.

Teil 3
Schlussbestimmungen

9. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. September 2018 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft. [2]Mit Ablauf des 31. August 2018 tritt die Förderrichtlinie Pflege (WoLeRaF) vom 11. Januar 2016 (AllMBl. S. 15) außer Kraft.

Ruth Nowak
Ministerialdirektorin

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Erteilung eines Exequaturs an Frau Miriam Beatriz Chaves

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 30. Juli 2018, Az. Prot 1090-247-18

Die Bundesregierung hat der zur Leiterin der berufskonsularischen Vertretung der Republik Argentinien in Frankfurt am Main ernannten Frau Miriam Beatriz Chaves am 23. Juli 2018 das Exequatur als Generalkonsulin erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern sowie die Länder Baden-Württemberg und Hessen.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Edgardo Mario Malaroda, am 29. März 2016 erteilte Exequatur ist erloschen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung von Belize in Stuttgart

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 9. August 2018, Az. Prot 1240-2576-1

Die Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung von Belize in Stuttgart hat sich wie folgt geändert:

Falkertstraße 10, 70176 Stuttgart
Telefon: 0711 907 109 52
Telefax: 0711 907 109 99
E-Mail: wolfkahles@gmail.com

Der Konsularbezirk umfasst weiterhin das gesamte Bundesgebiet ohne das Land Hessen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Simon Philip Kendall

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 8. August 2018, Az. Prot 1240-365-10

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in München ernannten Herrn Simon Philip Kendall am 19. Juli 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Paul Heardman, am 20. Juli 2012 erteilte Exequatur ist erloschen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Mohammad Zahir Aghbar

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 10. August 2018, Az. Prot 1240-3278-4

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Islamischen Republik Afghanistan in München ernannten Herrn Mohammad Zahir Aghbar am 9. August 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Bashir Aman, am 26. September 2011 erteilte Exequatur ist erloschen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Feuerwehr-Aktionswoche 2018

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 16. Juli 2018, Az. D1-2237-1-3

An
die Regierungen
die Staatlichen Feuerwehrschulen
die Landratsämter
die Gemeinden
die Präsidien der Bayerischen Polizei
das Bayerische Landeskriminalamt
die Zweckverbände für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung/Rettungszweckverband München
das THW

Die diesjährige Aktionswoche der bayerischen Feuerwehren findet in der Zeit vom 15. bis 23. September 2018 statt.

Das Motto der diesjährigen Aktionswoche lautet:

„Begegnen – Bewegen – Bewirken"

Im Einzelnen wird zur Aktionswoche 2018 auf Folgendes hingewiesen:

1. Die zentrale Eröffnungsveranstaltung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e. V. wird am 14. September 2018 in Bindlach stattfinden.
2. Der Landesfeuerwehrverband Bayern e. V. wird zur Aktionswoche Plakate und Informationsmaterial auch für die Social-Media-Auftritte herausgeben. Unter der Internetadresse www.ich-will-zur-jugendfeuerwehr.de wird es einen speziellen Auftritt zur gezielten Werbung von Interessierten geben.
3. Die Feuerwehren sollen im Rahmen der Aktionswoche geeignete Veranstaltungen (z. B. Einsatz-, Lehr- und Schauübungen, Besichtigungen, Vorführungen, Ausbildungs- und Informationsveranstaltungen, Filmvorführungen, Werbefahrten, Tage der offenen Tür) durchführen. Ziel aller Veranstaltungen der diesjährigen Aktion sollte entsprechend dem Motto insbesondere sein, Jugendliche zur Mitarbeit und Mitwirkung in der Feuerwehr aufzurufen.
4. Presse, Hörfunk und Fernsehen sollen zu den Veranstaltungen der Feuerwehren anlässlich der Aktionswoche 2018 eingeladen und gebeten werden, die Anliegen der Aktionswoche zu unterstützen und zu verbreiten. Träger der Veranstaltungen zur Aktionswoche sind die Feuerwehren. Überörtliche Veranstaltungen werden von den Stadt- und Kreisbrandräten oder -inspektoren durchgeführt.
5. Die Gemeinden und Landratsämter werden gebeten, die Kommandanten bzw. die Stadt- und Kreisbrandräte über diese Bekanntmachung zu unterrichten und sie bei ihren Vorhaben zu unterstützen.
6. Die Bayerische Polizei wird gebeten, im Rahmen ihrer Aufgaben die Veranstaltungen aus Anlass der Aktionswoche, soweit notwendig und möglich, zu unterstützen. Hierzu werden die Feuerwehren zeitgerecht mit den örtlichen Polizeidienststellen in Kontakt treten.
7. Die im Rettungsdienst und Katastrophenschutz mitwirkenden freiwilligen Hilfsorganisationen und das THW werden gebeten, die Darstellung ihres Zusammenwirkens mit der Feuerwehr zu unterstützen.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

Öffentlichkeitsbeteiligung zu den Managementmaßnahmenblättern nach den §§ 40e und 40f BNatSchG in Verbindung mit § 42 UVPG

Bekanntmachung des Bayerischen Landesamts für Umwelt

vom 1. August 2018

Im Vollzug der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten (IAS-VO) müssen die Mitgliedstaaten nach Art. 19 innerhalb von 18 Monaten nach Aufnahme einer invasiven gebietsfremden Art in die nach Art. 4 von der Kommission erstellte Liste invasiver gebietsfremder Arten von unionsweiter Bedeutung (Unionsliste) über wirksame Managementmaßnahmen für diejenigen invasiven gebietsfremden Arten verfügen, die nach Feststellung der Mitgliedstaaten in ihrem Hoheitsgebiet weit verbreitet sind. Die jeweils geplanten Managementmaßnahmen für im Bundesgebiet weit verbreitete Arten müssen nach § 40f BNatSchG vorab öffentlich ausgelegt werden, sodass die Öffentlichkeit frühzeitig und in effektiver Weise die Möglichkeit erhält, sich an der Vorbereitung, Änderung oder Überarbeitung der Managementmaßnahmen zu beteiligen.

Die Entwürfe der Managementmaßnahmenblätter werden zentral für alle Bundesländer online in einem Öffentlichkeitsbeteiligungsportal unter https://www.anhoerungsportal.de von Montag, den 17. September 2018 bis Mittwoch, den 17. Oktober 2018 öffentlich ausgelegt. Auf diesem Portal besteht auch die Möglichkeit, online Einwendungen oder Änderungswünsche bis zum 19. November 2018 abzugeben. Weitere Informationen hierzu entnehmen Sie bitte zu gegebener Zeit dem Öffentlichkeitsportal.

Zusätzlich findet noch eine örtliche Auslegung in Papierform statt. Die Entwürfe der Managementmaßnahmenblätter können am Sitz des Landesamts für Umwelt in Augsburg und Hof sowie den Amtssitzen der Regierungen von Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben[1] ab Montag, den 17. September 2018 bis Mittwoch, den 17. Oktober 2018 zu den üblichen Dienstzeiten eingesehen werden. Bis zum 19. November 2018 kann jedermann Einwendungen oder Änderungswünsche entweder bei den genannten Behörden oder über das oben genannte Internetportal vorbringen. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können unberücksichtigt bleiben.

Dr. Richard Fackler
Vizepräsident

1 Adressen:
Bayerisches Landesamt für Umwelt, Bürgermeister-Ulrich-Str. 160, 86179 Augsburg
Bayerisches Landesamt für Umwelt, Hans-Högn-Straße 12, 95030 Hof
Regierung von Oberbayern, Maximilianstraße 39, 80538 München
Regierung von Niederbayern, Regierungsplatz 540, 84028 Landshut
Regierung der Oberpfalz, Emmeramsplatz 8, 93047 Regensburg
Regierung von Oberfranken, Ludwigstraße 20, 95444 Bayreuth
Regierung von Mittelfranken, Promenade 27, 91522 Ansbach
Regierung von Unterfranken, Peterplatz 9, 97070 Würzburg
Regierung von Schwaben, Fronhof 10, 86152 Augsburg

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibung

Die Stelle der **Präsidentin/des Präsidenten des Sozialgerichts München** (BesGr R 4) ist demnächst neu zu besetzen.

Bis zum **20. September 2018** können auf dem Dienstweg Bewerbungen beim Präsidenten des Bayerischen Landessozialgerichts eingereicht werden.

Im Hinblick auf die Anforderungen des zu besetzenden Amtes werden eine ausgeprägte Führungs- und Verwaltungserfahrung, mindestens zwei Jahre sozialrichterliche Tätigkeit und Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung vorausgesetzt.

Vorrangig werden Bewerberinnen/Bewerber berücksichtigt, die über eine ausreichend lange Berufserfahrung als Juristin/Jurist in der Ministerialverwaltung in leitender Funktion, am Bundesverfassungsgericht, am Bundessozialgericht oder einer vergleichbaren Institution auf europäischer oder internationaler Ebene verfügen.

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht (Art. 2 Abs. 1, Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Auf das Antragsrecht zur Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten (Art. 18 Abs. 3 Satz 2 BayGlG) wird hingewiesen. Die Stelle ist aufgrund der besonderen Aufgabenstellung und der Amtsgebundenheit dieser Leitungsfunktion nicht teilzeitfähig.

Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Literaturhinweise

Richard Boorberg Verlag, Stuttgart

Mrozynski, **Grundsicherung und Sozialhilfe,** Praxishandbuch zu SGB II und SGB XII, Grundwerk einschließlich 19. Lieferung, Stand 25. Januar 2018, Grundwerkpreis 88 €.

Jäde/Dirnberger/Bauer/Weiß, **Die neue Bayerische Bauordnung,** Kommentar, 69. und 70. Lieferung, Stand Februar 2018, Grundwerkpreis 96 €.

Wagner, **Verein und Verband,** Praktikerhandbuch, 2018, 724 Seiten, Preis 98 €, ISBN 978-3-415-06224-5.

Das Vereinsrecht wird durch die Rechtsprechung ständig weiterentwickelt und damit an den gesellschaftlichen Wandel angepasst. Das praxisorientierte Werk stellt das Vereinsrecht in seiner Vielfalt dar. Behandelt werden Themen wie Vereinsschiedsgerichte, Sportverbände, Vereinskonzernrecht, Organisationsrecht u. v. m. Das Handbuch berücksichtigt die Gestaltungsanforderungen der Vereinspraxis und legt dabei einen Schwerpunkt auf zivilrechtliche Fragestellungen und Probleme. Die steuerrechtlichen Bezüge sind durch die Einarbeitung der neuesten Literatur und Rechtsprechung auf dem aktuellen Stand. Das Thema wird durch zahlreiche praktische Beispiele und Lösungen, Tipps und Empfehlungen anschaulich verdeutlicht.

Bergmann, **Datenschutzrecht,** Kommentar zum Bundesdatenschutzgesetz, den Datenschutzgesetzen der Länder und zum Bereichsspezifischen Datenschutz, Loseblattwerk, 54. Lieferung, Stand Februar 2018, etwa 3760 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 96 €, inkl. CD-ROM, ISBN 978-3-415-00616-4.

Jäger, **Tierschutzrecht,** Eine Einführung für die praktische Anwendung aus amtstierärztlicher Sicht, 2., aktualisierte Auflage 2018, 207 Seiten, Preis 27,80 €, ISBN 978-3-415-06257-3.

In dem Leitfaden werden anschaulich Grundkenntnisse im Tierschutzrecht vermittelt. Es werden die Besonderheiten des Tierschutzrechts von den verschiedenen Tierarten ausgehend dargestellt. Es werden tierschutzrechtliche Fragen zu Nutztieren, Haustieren, Wildtieren, Gattertieren, Pelztieren und Versuchstieren beantwortet. Spezielle Fragen zu Zucht und Handel, Tiertransporten, Jagd und Angelsport u. v. m. werden eingehend erörtert. Der Anhang enthält u. a. ein Glossar und die Definitionen zentraler Begriffe, Hinweise auf Rechtstexte sowie Empfehlungen, Gutachten und Leitlinien.

Lademann, **Kommentar zum Einkommensteuergesetz mit Nebengesetzen,** In Zusammenarbeit mit Betriebs-Berater, Zeitschrift für Recht und Wirtschaft, Loseblattwerk, 234. und 235. Lieferung, Stand März 2018, etwa 15330 Seiten, einschl. 14 Ordnern, inkl. Online-Dienst „Lademann EStG *context*", Preis 198 €, ISBN 9783-415-02393-2.

Clemens/Scheuring/Steingen/Wiese, **Kommentar zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L),** 84. Lieferung, Stand Januar 2018, Loseblattwerk etwa 10010 Seiten, einschl. 9 Ordnern, Preis 238 €, ISBN 978-3-415-03757-1, edition moll.

Clemens/Scheuring/Steingen/Wiese, **Kommentar zum Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD),** 99. und 100. Lieferung, Stand Februar 2018, Loseblattwerk etwa 11930 Seiten, einschl. 10 Ordnern, Preis 238 €, ISBN 978-3-415-03622-2, edition moll.

Drost/Ell, **Das neue Wasserrecht,** Wasserhaushaltsgesetz (WHG) – Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (VAUwS), Kommentar mit Vorschriftensammlung zum Europa- und Bundesrecht, 15. Lieferung, Stand Oktober 2017, Loseblattwerk etwa 4610 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 148 €, ISBN 978-3-415-04483-8.

Drost/Ell, **Das neue Wasserrecht in Bayern,** Wasserhaushaltsgesetz (WHG) – Bayerisches Wassergesetz (BayWG) – Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (VAUwS), Kommentare mit Vorschriftensammlung zum Europa-, Bundes- und Lan-

desrecht, 23. Lieferung, Stand Oktober 2017, Loseblattwerk etwa 7160 Seiten, einschl. 5 Ordnern, Preis 168 €, ISBN 978-3-415-04485-2.

Brandhuber/Theobald/Typelt, **Vorschriftensammlung für die Verwaltung in Bayern – VSV,** 167. Lieferung, einschließlich Online-Dienst, Stand 25.01.2018, Loseblattwerk etwa 10160 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 88 €, ISBN 978-3-415-00590-7.

De Gruyter Verlag, Berlin

Böttcher/Nagel, **Batteriespeicher,** rechtliche, technische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, 2018, XI, 574 Seiten, Preis 99,95 €, ISBN 978-3-11-045577-9.

Neue Marktchancen, insbesondere im Bereich der Speichermöglichkeiten, werden durch die Preisschwankungen in der Stromerzeugung erneuerbarer Energien eröffnet. Der Speichermarkt bietet ein beachtliches Potenzial für größere Stadtwerke und im Hausspeichersegment. Der Sammelband gibt einen Überblick über den Markt und zeigt Einstiegsmöglichkeiten auf. Die technischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte von Batteriespeichern werden geschlossen dargestellt. Weiterhin werden umfassende Hilfestellungen zu relevanten Fragen im Umfeld eines neu zu erschließenden Marktes angeboten.

Franz, **Der digitale Pranger,** Bewertungsportale im Internet, 2018, 32 Seiten, Preis 29,95 €, Schriftenreihe der Juristischen Gesellschaft zu Berlin; 196, ISBN 978-3-11-059679-3.

Bewertungsportale sind für Verbraucher zur Beurteilung der Qualität von Waren und Dienstleistungen sinnvoll. Wenn allerdings anonym existenzvernichtende Kritik geäußert wird, stellt dies für die Portale ein Problem dar. Das Buch zeigt rechtliche Möglichkeiten auf, wie Betroffene gegen unberechtigte Kritik auf einem Bewertungsportal vorgehen und sich zur Wehr setzen können.

Moos/Schefzig/Arning, **Die neue Datenschutzgrundverordnung,** mit Bundesdatenschutzgesetz, 2018, LV, 773 Seiten, Preis 89,95 €, De Gruyter Praxishandbuch, ISBN 978-3-11-033850-8.

Die Umsetzung der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des BDSG (2018) bedeutet eine große Herausforderung. Das Werk ermöglicht einen Einstieg in die neue Rechtsmaterie und stellt die ab Mai 2018 geltende Rechtslage umfänglich dar. Für eine Vielzahl an Fragestellungen, die sich praktisch bei der Einhaltung der DSGVO ergeben, werden umfassende Lösungen geliefert. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf wichtige Fragen zu Cloud Computing, Web Tracking oder Customer Relationship Management gelegt.

Staub, **HGB – Handelsgesetzbuch,** Großkommentar, 5., völlig neu bearbeitete Auflage.

Das Werk zählt als einer der ältesten deutschsprachigen Kommentare zum Handelsrecht. Er gilt als der umfassendste, vollständigste und bedeutendste Großkommentar zum Handelsrecht einschließlich zahlreicher Nebengebiete. Die zahlreichen Literaturhinweise helfen bei der Vertiefung in die Materie.

Band 11,2: Bankvertragsrecht, Investment Banking II, 2018, XXX, 1044 Seiten, Preis 179,95 **€,** ISBN 978-3-11-049451-8.

Der Teilband widmet sich dem Investment Banking mit den Bereichen Marktregeln, Organisationsanforderungen an Marktteilnehmer und Marktinfrastruktur sowie der Kundenbeziehung (Wertpapierhandel/Effektengeschäft). Hier befasst er sich insbesondere mit den Marktverhaltensregeln, den Regulierungsrahmen, den Organisationspflichten, dem WPG sowie dem Depotgesetz.

Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart

Baetge/Wollmert/Kirsch, **Rechnungslegung nach IFRS,** Kommentar auf der Grundlage des deutschen Bilanzrechts, 35. Lieferung, Stand Juni 2018, Loseblattwerk in 3 Ordnern, ca. 3900 Seiten, Preis inkl. Online-Zugang 249,95 €, ISBN 978-3-7910-3653-3.

Kor/Bos/van der Tak, **Project Canvas,** innovative Methoden für professionelles Projektmanagement, 159 Seiten, 2018, Preis 29,95 €, ISBN 978-3-7910-4120-9.

Das Buch stellt eine ganzheitliche Methode vor, die die wesentlichen Bausteine des Projekts und die Einbeziehung des Teams in den Fokus nimmt. Der Band hilft, einen schnellen Überblick der Eckdaten und Rahmenbedingungen eines Projekts zu gewinnen und das Wesentliche dabei im Blick zu behalten. Es werden konkrete Praxisbeispiele und Vorlagen, auch zum Download auf sp-mybook.de, angeboten.

Disselkamp/Heinemann, **Digital-Transformation-Management,** den digitalen Wandel erfolgreich umsetzen, VII, 178 Seiten, 2018, Preis 19,95 €, ISBN 978-3-7910-4151-3.

In dem Band werden die Herausforderungen der digitalen Transformation beleuchtet und gezeigt, wie der Wandel erfolgreich gemeistert werden kann. Zahlreiche Praxisbeispiele und Definitionen, Begriffserklärungen, Herausforderungen und Lösungsansätze bieten Hilfestellung dabei.

Domsch/Regnet/von Rosenstiel, **Führung von Mitarbeitern,** Fallstudien zum Personalmanagement, 4., überarbeitete und erweiterte Auflage, XV, 583 Seiten, 2018, Preis 49,95 €, ISBN 978-3-7910-4165-0.

Die umfangreiche Fallsammlung bietet die Möglichkeit, rund um das Personalmanagement bewährtes Wissen zu erwerben, Trends zu verstehen und Fertigkeiten für die tägliche Führungsarbeit zu entwickeln. Die Fallbeispiele aus der Personal- und Führungspraxis sind lebensnah und branchenübergreifend. Es setzt sich mit Fragestellungen wie Flexibilisierung, interkulturelle Zusammenarbeit, Führungskräftefeedback, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben oder Digitalisierung u. v. m. auseinander.

Eppler/Kernbach, **Meet up!,** einfach bessere Besprechungen durch Nudging, ein Impulsbuch für Leiter, Moderatoren und Teilnehmer von Sitzungen, 174 Seiten, 2018, Preis 19,95 €, ISBN 978-3-7910-3974-9.

Das Buch gibt Impulse und liefert neue innovative Ansätze für produktivere Besprechungen. Es ist auf Ergebnissen der aktuellen Meetingforschung aufgebaut, deren Ansatz auf einer erfolgreichen Verbesserung von Besprechungen basiert. Tipps für Leitung und Teilnehmer sowie zahlreiche Hinweise zur Umsetzung helfen dabei.

Morgan, **Bilder der Organisation,** Sonderausgabe Management-Klassiker, 620 Seiten, 2018, Preis 19,95 €, ISBN 978-3-7910-4169-8.

Das Buch zeigt wie Metaphern unser Denken über Organisationen bestimmen und unser Handeln in Unternehmen beeinflussen. Es gibt einen Überblick über die

Theorien, auf deren Oberfläche sich diese entscheidenden Metaphern von Organisationen gebildet haben. In einem Fallbeispiel wird erläutert, wie es gelingt, eine wirkliche Diagnostik von Organisationen zu entwickeln und anzuwenden.

Argyris/Schön, **Die lernende Organisation,** Grundlagen, Methode, Praxis, Sonderausgabe Management-Klassiker, 313 Seiten, 2018, Preis 19,95 €, ISBN 978-3-7910-4164-3.

In dem Buch werden die wegweisenden Ideen zur Lernenden Organisation vertieft. Dabei wird grundlegenden Fragen nach der Denkungsart und -weise um die Fähigkeit des Lernens zuschreiben zu können, der Lernfähigkeit real existierender Organisationen sowie der Entwicklung der Fähigkeiten der Lernarten nachgegangen. Neben den theoretischen Lernmodellen enthält das Buch zahlreiche Fallbeispiele aus der Praxis.

Kaplan/Norton, **Balanced Scorecard,** Strategien erfolgreich umsetzen, Sonderausgabe Management-Klassiker, 309 Seiten, 2018, Preis 19,95 €, ISBN 978-3-7910-4168-1.

Mit der Balanced Scorecard können strategische Aktivitäten eines Unternehmens oder einer Organisation gemessen, gesteuert und dokumentiert werden. Finanzielle Symptome werden durch die vernetzte Mehrdimensionalität der Steuerungsgrößen mit den dahinterliegenden Ursachen verknüpft. Es wird neben dem Aufbau des Systems die Integration der Balanced Scorecard in die Planung und Steuerung des Unternehmens / der Organisation erläutert. Der Praxiserfolg wird anhand zahlreicher Beispiele belegt.

Mohr Siebeck, Tübingen

Dreier, **Grundgesetz, Kommentar, Band III: Artikel 83–146,** 3. Auflage 2018, L, 2127 Seiten, Preis 264 €, ISBN 978-3-16-150495-2.

Die Neuauflage bringt die Kommentierung der Art. 83 bis 146 durchweg auf den aktuellen Stand von Literatur und Judikatur. Wegen der seit dem ersten Band der dritten Auflage vorgenommenen Veränderungen im Autorenkreis gibt es zahlreiche komplette Neubearbeitungen. Der Abschlussband berücksichtigt bereits die 2017 verabschiedeten GG-Änderungen zum Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern sowie zu Art. 90 und 91c GG. Die Normen aus den Übergangs- und Schlussvorschriften wie Art. 122 ff., 137 ff. GG sind komplett neu kommentiert. Zahlreiche Literaturhinweise helfen bei der Vertiefung in die Materie.

Kahl, **Nachhaltigkeitsverfassung,** Reformüberlegungen, 2018, VII, 170 Seiten, Preis 59 €, Recht der Nachhaltigen Entwicklung; 21, ISBN 978-3-16-155971-6.

Deutschland ist auf dem politischen Weg zum Nachhaltigkeitsstaat, die Verfassungslage kann bisher noch nicht Schritt halten. In dem Werk wird zur Beseitigung des Nachhaltigkeitsdefizits des Grundgesetzes die Einführung eines Staatsziels Nachhaltigkeit/Generationsgerechtigkeit in das Grundgesetz vorgeschlagen. Dieses sollte durch Elemente direkter Demokratie, einen Nachhaltigkeitsrat und einen Ausbau der Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung ergänzt werden. Grundlegende Reformperspektiven für eine Optimierung der deutschen Nachhaltigkeitsverfassung werden aufgezeigt.

Marsch, **Das europäische Datenschutzgrundrecht,** Grundlagen, Dimensionen, Verflechtungen, 2018, XXIV, 407 Seiten, Preis 99 €, Jus Publicum; 270, ISBN 978-3-16-155422-3.

Das Datenschutzgrundrecht in Art. 8 EU-Grundrechtecharta wird vielfach als ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung nach deutschem Vorbild verstanden. Neben entstehungsgeschichtlichen und systematischen sprechen auch grundrechtstheoretische Argumente gegen ein solches Verständnis. Das Datenschutzgrundrecht in Art. 8 EU-Grundrechtecharta wird als eine den Gesetzgeber treffende Pflicht zum Erlass und zur grundrechtsadäquaten Ausgestaltung von datenschützenden Regeln rekonstruiert.

Grisse, **Internetangebotssperren,** Zivilrechtliche Vermittlerhaftung von Internetzugangsanbietern, 2018, XLIV, 612 Seiten, Preis 89 €, Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht; 131, ISBN 978-3-16-155695-1.

Es wird die Zulässigkeit und Umsetzungsmöglichkeit von Internetangebotssperren zur Bekämpfung von Rechtsverletzungen im Internet, speziell bei Verletzungen des geistigen Eigentums, untersucht. Laut EU-Recht müssen Vermittler, deren Dienste Dritte zur Verletzung von geistigen Eigentumsrechten nutzen, zu Maßnahmen verpflichtet werden, die Rechtsverletzung zu beenden. In dem Band werden die europäischen Vorgaben mit Blick auf Anordnungen gegen Zugangsanbieter untersucht. Es wird eine Regelung entworfen, die als gesetzliche Grundlage für angemessene gerichtliche Sperranordnungen sicherstellen soll, dass Internetangebotssperren nur in Fällen gravierender Rechtsverletzungen, nach Abwägung aller betroffenen Interessen im Einzelfall und nur in verhältnismäßiger Ausgestaltung zum Einsatz kommen.

Flöter, **Der wettbewerbsrechtliche Schutz von Investitionen vor Marktversagen,** Eine rechtsvergleichende und rechtsökonomische Untersuchung zum unmittelbaren Leistungsschutz im US-amerikanischen und deutschen Recht, 2018, XX, 527 Seiten, Preis 84 €, Beiträge zum Arbeitsrecht; 4, ISBN 978-3-16-155876-4.

Durch die Entwicklung der Medien- und Informationsgüterindustrie werden wiederholt neuartige Immaterialgüter und Verwertungsformen hervorgebracht. Die Frage nach rechtlicher Schutzgewährung stellt sich bei Verlust der physischen oder technologischen Herrschaft über unkörperliche Güter. Mittels rechtsvergleichender und rechtsökonomischer Methoden werden die Schutzbegründungen für Immaterialgüter im deutschen und US-amerikanischen Wettbewerbsrecht untersucht. Es wird auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse ein wettbewerbsrechtlicher Investitionsschutztatbestand für neuartige Immaterialgüter im deutschen Recht vorgeschlagen.

Freyler, **Arbeitszeit- und Urlaubsrecht im Mobile Office,** Eine Untersuchung der Flexibilität des Arbeitsrechts hinsichtlich technischer Entwicklungen, 2018, XXVIII, 328 Seiten, Preis 89 €, Beiträge zum Arbeitsrecht; 4, ISBN 978-3-16-155865-8.

Das digitale Zeitalter ermöglicht durch die betriebliche Nutzung mobiler Kommunikationsgeräte Arbeitsleistungen von jedem Ort und zu jeder Zeit zu erbringen. Durch diesen technischen Wandel ergeben sich arbeitszeit- und urlaubsrechtliche, aber auch grundlegende Fragen. In dem Buch wird die rechtliche Qualität von ständiger

Erreichbarkeit und mobilen Arbeitsleistungen im Hinblick auf den Arbeitszeitbegriff, die Bedeutung hoher Arbeitszeitsouveränität des Arbeitnehmers bei der Einhaltung von Höchstarbeits- und Ruhezeiten sowie die Auswirkungen gestörter Erholungsmöglichkeiten auf die Erfüllung des Urlaubsanspruchs untersucht.

C.H.Beck Verlag, München

Jarass/Pieroth, **Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – GG,** Kommentar, 15. Auflage 2018, XXVI, 1433 Seiten, Preis 59 €, ISBN 978-3-406-72369-8.

Der zuverlässige Standardkommentar enthält die vollständige und systematische Auswertung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, der Landesverfassungsgerichte und soweit sie Bezüge zum Grundgesetz aufweisen auch der obersten Bundesgerichte. Die Rechtsprechung von EuGH und EGMR ist berücksichtigt. Die Neuauflage berücksichtigt die Verfassungsreform 2017 mit der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern und der Verbesserung der Verteilung der staatlichen Aufgaben zwischen Bund und Ländern, die Ergänzung des Art. 21 GG, der jetzt den Ausschluss verfassungswidriger Parteien von staatlicher Finanzierung und steuerlicher Entlastung zulässt. Zudem sind sämtliche wichtigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts eingearbeitet.

Sodan, **Grundgesetz – GG,** 4., wesentlich überarbeitete Auflage 2018, XXX, 901 Seiten, Preis 49 €, Beck'sche Kompakt-Kommentare, ISBN 978-3-406-70977-7.

In seiner Darstellungsweise konzentriert sich der Kommentar auf das Wesentliche. Komplizierte Regelungszusammenhänge werden mit präzisen Formulierungen gut verständlich auf den Punkt gebracht. Die Neuauflage berücksichtigt die höchstrichterliche Rechtsprechung bis Mitte 2017, darunter die Entscheidungen des BVerfG zum Parlamentsvorbehalt für den Einsatz von Streitkräften bei drohender Gefahr oder zur Überwachung der Internetnutzung im Ermittlungsverfahren. Die Grundgesetz-Änderung 2017 ist bereits eingearbeitet. Mit dieser Novelle sollen das bundesstaatliche Finanzsystem neu geregelt und die Voraussetzungen für die Verbesserung staatlicher Aufgaben in der föderalen Ordnung geschaffen werden.

Kopp/Schenke, **VwGO – Verwaltungsgerichtsordnung,** Kommentar, 24., neu bearbeitete Auflage 2018, XXX, 2075 Seiten, Preis 65 €, ISBN 978-3-406-72535-7.

Der zuverlässige Handkommentar ist eng mit dem Werk Kopp/Ramsauer, VwVfG, abgestimmt. Unterschiedliche Auffassungen beider Werke zu gleichen Sachfragen werden klar gekennzeichnet. Ein besonderes Augenmerk wird in den Erläuterungen auf die Entwicklungen des Europäischen Gemeinschaftsrechts gelegt. Die Neuauflage des Standardwerks berücksichtigt die aktuellen Gesetzesänderungen u. a. zu Art. 5 des Gesetzes zur Anpassung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und anderer Vorschriften an europa- und völkerrechtliche Vorgaben, Art. 4 des Hochwasserschutzgesetzes II, Art. 20 und 21 des Gesetzes zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs etc. Die neueste Rechtsprechung und Literatur zum Verwaltungsprozessrecht ist verständlich und prägnant eingearbeitet, darunter die Auswirkungen der neuen EuGH-Rechtsprechung zum Umweltrecht.

Thomas/Putzo, **ZPO – Zivilprozessordnung,** FamFG Verfahren in Familiensachen, EGZPO, GVG, EGGVG, EU-Zivilverfahrensrecht, Kommentar, 39. Auflage 2018, XXXIX, 2510 Seiten, Preis 63 €, ISBN 978-3-406-71928-8.

Das Standardwerk ist durch seine klare Systematik übersichtlich, prägnant und zeigt die Zusammenhänge auf. Es bietet Hilfe durch umfassende aktuelle Hinweise auf die Rechtsprechung und das Schrifttum und ermöglicht den zeitsparenden Umgang. Die Neuauflage des bewährten Kommentars berücksichtigt die Änderungen u. a. zum EGGVG und des Internationalen Familienrechtsverfahrensgesetzes durch das Gesetz zur Änderung von Vorschriften im Bereich des Internationalen Privat- und Zivilverfahrensrechts, zum FamFG und des GVG durch das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs etc. Der Band ist als Hilfsmittel in der Zweiten Juristischen Staatsprüfung mit systematischer Kommentierung zugelassen.

Nassall, **Nichtzulassungsbeschwerde und Revision,** 2018, XXVI, 282 Seiten., Preis 45 €, NJW Praxis; 14, ISBN 978-3-406-70782-7.

Die meisten Verfahren im Zivil-, Verwaltungs-, Finanz-, Arbeits- und Sozialrechtsstreit enden in der Tatsacheninstanz. Die Revisionsinstanz ist, wenn die Vorinstanz die Revision nicht zugelassen hat, allenfalls über die Nichtzulassungsbeschwerde erreichbar. Das Buch befasst sich eingehend mit dem Verfahren vor dem Revisionsgericht. Dabei liegt der Schwerpunkt der Darstellung auf der Nichtzulassungsbeschwerde und den Revisionszulassungsgründen in den Verfahren der ZPO, der VwGO, der FGO, des ArbGG und des SGG. Weiterhin sind praktische Hinweise und Tipps schon für die Vorinstanz enthalten.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern“ www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern“ ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern“ entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN UND FÜR INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 13 **München, 28. September 2018** **31. Jahrgang**

Inhaltsübersicht

Datum Seite

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration

16.08.2018 2011-I
Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug des Gesetzes über die Sicherheitswacht in Bayern . 903

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

14.09.2018 2330-B
Richtlinien für die Gewährung des Baukindergelds Plus zum Bau oder Erwerb von selbstgenutztem Wohnraum für Familien mit Kindern und Alleinerziehende in Bayern (Baukindergeld-Plus-Richtlinien – BayBauKGPR) 905

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie

06.09.2018 7523-W
Richtlinien zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien und der Vermeidung von Kohlendioxidemissionen durch Biomasseheizwerke (Förderprogramm BioKlima) 906

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

06.09.2018 2120-U
Änderung der Gemeinsamen Bekanntmachung über die Zusammenarbeit der Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung von Verstößen im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes 911

11.09.2018 7912.1-U
Änderung der Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien 911

06.09.2018 7912.5-U
Richtlinien zur Förderung von umwelt- und klimaverträglichen Naturerlebnis- und Naturtourismusangeboten in bayerischen Kommunen (FöRNatKom) 912

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

21.08.2018 7815-L
Änderung der Geschäftsordnung für die Ämter für Ländliche Entwicklung in Bayern 917

Fortsetzung nächste Seite

03.09.2018 7840-L
Änderung der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Stärkung der Verarbeitung und Vermarktung von regionalen landwirtschaftlichen Erzeugnissen (VuVregio) und von regionalen ökologischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen (VuVöko) 919

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

13.09.2018 321-A
Amtstracht bei den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit und den Gerichten für Arbeitssachen 920

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

10.09.2018 2126.0-G
Berichtigung der Bekanntmachung zur Änderung der Richtlinie zur Förderung der Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum 920

14.09.2018 2126.0-G
Richtlinie zur Förderung der Geburtshilfe in Bayern (GebHilfR) 920

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatskanzlei

30.08.2018 Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Französischen Republik in Nürnberg 923

Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration

28.08.2018 Verwaltungsvereinfachung; Ergebnisse des Vorschlagswesens 2017; Vollzug der Innovationsrichtlinie Moderne Verwaltung 923

III. Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen . . . . . entfällt

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibung 925

Literaturhinweise 925

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

2011-I

Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug des Gesetzes über die Sicherheitswacht in Bayern

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 16. August 2018, Az. C2-2700-4-3

An alle Polizeidienststellen

nachrichtlich
Regierungen
Landratsämter
Gemeinden

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zum Vollzug des Gesetzes über die Sicherheitswacht in Bayern (Sicherheitswachtgesetz – SWG) vom 2. Januar 1997 (AllMBl. S. 103), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 13. Oktober 2016 (AllMBl. S. 2140) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1.1 Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„**Vollzug des Sicherheitswachtgesetzes in Bayern (VollzBekSWG)**“.

1.2 Nr. 1.2 wird wie folgt geändert:

1.2.1 In Satz 1 werden die Wörter „die Person wohnhaft ist und bei der“ gestrichen und die Angabe „11“ wird durch die Angabe „10“ ersetzt.

1.2.2 In Satz 3 wird die Angabe „11“ durch die Angabe „10“ ersetzt.

1.3 In Nr. 1.3 Satz 1 wird die Angabe „12“ durch die Angabe „11“ ersetzt.

1.4 In Nr. 1.4 Abs. 5 Satz 1 wird die Angabe „11“ durch die Angabe „10“ ersetzt.

1.5 In Nr. 2.1 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „Art. 12 Abs. 4“ durch die Angabe „Art. 11 Abs. 3“ ersetzt.

1.6 Die Nrn. 2.3.1 bis 2.3.3 werden wie folgt gefasst:

„**2.3.1 Materielles Recht (9 UE)**

Um die Sicherheitswachtangehörigen in die Lage zu versetzen deliktisches Verhalten zu erkennen, erfolgt die Behandlung insbesondere von

- Grundzügen des Strafrechts (allgemeiner Teil),
- Gewaltdelikten wie Raub, Körperverletzung, Nötigung,
- Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wie Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und exhibitionistische Handlungen,
- Diebstahl allgemein, Einbruchsdiebstahl, Diebstähle rund um das Kraftfahrzeug und von Fahrrädern,
- Sachbeschädigung allgemein, Beschädigung von Fahrzeugen und öffentlichen Einrichtungen,
- Grundzügen des Waffenrechts (Führen von Waffen und verbotenen Gegenständen),
- Ortsrecht.

Eine Unterrichtseinheit kann für eigene Themen, regionale Besonderheiten oder zur Vertiefung verwendet werden.

2.3.2 Eingriffsrecht (9 UE)

Zur Vermittlung der Eingriffsbefugnisse und der im Zusammenhang mit der Dienstausübung zu beachtenden Vorschriften erfolgt insbesondere die Behandlung von

- Befragung und Identitätsfeststellung,
- Platzverweisung,
- jedermann zustehenden Rechtfertigungsgründen wie Notwehr und Notstand nach dem BGB und dem StGB,
- vorläufiger Festnahme nach § 127 Abs. 1 StPO,
- Datenübermittlung und Datenschutz, Verschwiegenheitspflicht von Amtsträgern,
- Ausweispflicht,
- Ermessen/Grundsatz der Verhältnismäßigkeit,
- Stellung als Zeuge vor Gericht/Staatsanwaltschaft.

Eine Unterrichtseinheit kann zur besonderen Verwendung genutzt werden.

2.3.3 Dienstkunde (22 UE)

Behandlung insbesondere von

- Organisation der Polizei und innerer Dienstbetrieb einer Polizeiinspektion,
- Weisungsrecht der Polizeibehörden gegenüber den Angehörigen der Sicherheitswacht,
- praktischen und psychologischen Verhaltensweisen für den Einsatz und beim Einschreiten gegenüber Personen (Kommunikation und Konfliktbewältigung),
- Auftreten in der Öffentlichkeit und gegenüber der Bevölkerung (Kommunikation und Konfliktbewältigung),
- Absetzen von mündlichen und fernmündlichen Meldungen, Abfassen schriftlicher Berichte,
- Grundsätzen der Eigensicherung,
- Gebrauch der zugewiesenen Sachausstattung, insbesondere der Bedienung des Handsprechfunkgeräts und des Reizstoffsprühgeräts,
- Erste Hilfe,
- interkultureller Kompetenz,

– Dienstunfallschutz.

Eine Unterrichtseinheit kann zur besonderen Verwendung, wie zur Einweisung in Dienst-Kfz bei Bedarf, genutzt werden.“

1.7 Nr. 3 Satz 2 wird durch die folgenden Sätze 2 bis 4 ersetzt:

„Zur Erhöhung der Handlungssicherheit sind vom Polizeipräsidium jährlich vier Pflichtfortbildungen durchzuführen (Art. 11 Abs. 3 SWG). Vorgesehen sind die Themen

– Kommunikation, Konfliktbewältigung und Eigensicherung,

– Erste Hilfe,

– eigene Themen nach Erfordernis.

Ein Fortbildungstermin soll der allgemeinen Aussprache innerhalb von Verbünden oder auf Verbandsebene sowie dem gegenseitigen Austausch der Sicherheitswachtangehörigen dienen.“

1.8 Die Überschrift der Nr. 4 wird wie folgt gefasst:

„**4. Erkennbarkeit, Erscheinungsbild und Ausweispflicht (Art. 14 Abs. 1 SWG)**“.

1.9 Nr. 4.1 wird wie folgt gefasst:

„**4.1 Erkennbarkeit**

Die Angehörigen der Sicherheitswacht tragen während des Dienstes (witterungsangepasst) die dienstlich zur Verfügung gestellte Oberbekleidung (Einsatzjacke, Mehrzweckjacke, Pikee-Kurzarmhemd, Warnweste).

Optional werden die Angehörigen der Sicherheitswacht zusätzlich mit einer Einsatzmütze (Basecap) ohne Polizeistern ausgerüstet, die mit der Aufschrift „Sicherheitswacht“ versehen ist.

Das Tragen von politischen Abzeichen während des Dienstes ist den Angehörigen der Sicherheitswacht untersagt.“

1.10 Nach Nr. 4.1 wird folgende Nr. 4.2 eingefügt:

„**4.2 Erscheinungsbild**

Während der Dienstverrichtung ist auf ein ordentliches und sauberes, dem Ehrenamt angemessenes Erscheinungsbild zu achten. Ein ungepflegtes Äußeres bzw. unordentliche Bekleidung sowie die Dienstverrichtung in unvollständiger Dienstkleidung kann sich negativ auf die Akzeptanz auswirken und das Ansehen der Sicherheitswacht nachhaltig negativ beeinflussen. Näheres zu Bekleidung, Haar- und Barttracht, Tätowierungen, Schmuck und Sonstigem wird durch IMS geregelt.

Die seitens der Polizei benannten Ansprechpartner für die Sicherheitswacht agieren als Vorbilder und sorgen im Rahmen ihrer Dienstaufsicht für die Einhaltung dieser Leit- und Grundsätze.“

1.11 Die bisherige Nr. 4.2 wird Nr. 4.3 und wird wie folgt geändert:

1.11.1 In der Überschrift wird die Angabe „16“ durch die Angabe „15“ ersetzt.

1.11.2 In Abs. 1 werden nach dem Wort „einen“ die Wörter „einheitlich gestalteten“ eingefügt und die Angabe „Anlage 4“ wird durch die Angabe „Anlage 2“ ersetzt.

1.11.3 In Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „11“ durch die Angabe „10“ ersetzt.

1.12 Nr. 5 wird wie folgt gefasst:

„**5. Ausstattung**

Verwendet werden darf nur die dienstlich zugelassene Ausstattung. Die Standardausrüstung der Sicherheitswacht besteht aus

– einem Reizstoffsprühgerät,

– einem Handsprechfunkgerät mit Hörgarnitur,

– einer Taschenlampe mit Holster,

– einem Erste-Hilfe-Set.

Als optionale Ausstattung können bei Bedarf Kartenmaterial, Fahrräder, Digitalkameras, Umhängetaschen, Ferngläser, Signalpfeifen, Mobiltelefone, Einmalhandschuhe und Fahrscheine verwendet werden. Die Verwendung weiterer Ausstattung bedarf der Genehmigung des jeweils zuständigen Polizeipräsidiums.“

1.13 Nach Nr. 5 wird folgende Nr. 6 eingefügt:

„**6. Nutzung von Dienstfahrzeugen**

Den Angehörigen der Sicherheitswacht kann bei Nachweis der erforderlichen Fahrerlaubnis sowie nach entsprechender Einweisung der Gebrauch von zivilen Dienstfahrzeugen ausschließlich zur Erreichung der Einsatzörtlichkeit gestattet werden, wenn kein öffentlicher Personennahverkehr genutzt werden kann. Die Angehörigen der Sicherheitswacht sind bei der Einweisung darauf hinzuweisen, dass ihnen die Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten nicht gestattet ist.

Die eigentliche Dienstverrichtung ist grundsätzlich zu Fuß durchzuführen.“

1.14 Die bisherige Nr. 6 wird Nr. 7 und in der Überschrift wird die Angabe „17“ durch die Angabe „16“ ersetzt.

1.15 Die bisherigen Nrn. 7 und 7.1 werden die Nrn. 8 und 8.1.

1.16 Die bisherige Nr. 7.2 wird Nr. 8.2 und in der Überschrift wird die Angabe „17“ durch die Angabe „16“ ersetzt.

1.17 Die bisherige Nr. 7.3 wird Nr. 8.3 und in der Überschrift wird die Angabe „18“ durch die Angabe „17“ ersetzt.

1.18 Die bisherige Nr. 8 wird Nr. 9 und in Satz 2 wird die Angabe „2019“ durch die Angabe „2021“ ersetzt.

1.19 Die Anlagen 2 und 3 werden aufgehoben, die bisherige Anlage 4 wird Anlage 2.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 2018 in Kraft.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

2330-B

Richtlinien für die Gewährung des Baukindergelds Plus zum Bau oder Erwerb von selbstgenutztem Wohnraum für Familien mit Kindern und Alleinerziehende in Bayern (Baukindergeld-Plus-Richtlinien – BayBauKGPR)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 14. September 2018, Az. 31-4740.4-2-2

[1]Im Namen und im Auftrag des Freistaates Bayern gewährt die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo) nach Maßgabe dieser Richtlinien Zuwendungen für den Bau und Erwerb von Wohnraum für Familien mit Kindern und Alleinerziehende zu eigenen Wohnzwecken. [2]Für die Zuwendung gelten die nachstehenden Richtlinien und die allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Verwaltungsvorschriften zu Art. 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (VV zu Art. 44 BayHO). [3]Gefördert wird ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Zweck der Zuwendung

[1]Zweck der Zuwendung ist es, die Bildung von Wohneigentum in Bayern für Familien mit Kindern und Alleinerziehende durch Verstärkung des Baukindergelds des Bundes zu unterstützen. [2]Damit soll zusätzlicher Wohnraum geschaffen und zugleich die Eigentumsquote angehoben werden. [3]Wohneigentum stärkt die Identifikation mit dem Wohnort und die Verbundenheit mit dem Wohnumfeld. [4]Auf diese Weise trägt Wohneigentum auch zur Schaffung sozial stabiler Bewohnerstrukturen bei.

2. Gegenstand der Zuwendung

Gefördert wird das Schaffen von Eigenwohnraum zur Selbstnutzung durch

- Neubau in Form von Ein- oder Zweifamilienhäusern oder Eigentumswohnungen,
- den Erwerb von neuen oder bestehenden Ein- oder Zweifamilienhäusern oder Eigentumswohnungen,

soweit dafür das Baukindergeld des Bundes gewährt wird.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 [1]Zuwendungsberechtigt ist, wer das Baukindergeld des Bundes erhält. [2]Der Nachweis ist durch die Auszahlungsbestätigung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für das Baukindergeld des Bundes zu erbringen.

3.2 [1]Jeder Zuwendungsempfänger wird nur einmal gefördert. [2]Für jedes Kind, für das das Baukindergeld des Bundes gewährt wird, kann diese Zuwendung nur einmalig beantragt werden.

3.3 [1]Der Zuwendungsempfänger muss zum Zeitpunkt der Antragstellung seit mindestens einem Jahr seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Bayern haben. [2]Dies gilt auch für Personen, die, ohne die Voraussetzung nach Satz 1 zu erfüllen,

a) zum Zeitpunkt der Antragstellung seit mindestens einem Jahr dauerhaft einer Erwerbstätigkeit in Bayern nachgehen, oder

b) im Zeitraum ab dem 1. Januar 2018 bis zum Inkrafttreten dieser Richtlinien (Nr. 11) die baurechtliche Genehmigung erhalten oder einen notariellen Kaufvertrag abgeschlossen haben; Gleiches gilt, wenn es sich um ein genehmigungsfreies Vorhaben handelt und innerhalb des genannten Zeitraums die Frist nach Art. 58 Abs. 3 Satz 3 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) abgelaufen ist oder die Gemeinde eine Mitteilung nach Art. 58 Abs. 3 Satz 4 BayBO erteilt hat.

[3]Die Voraussetzungen des Satzes 1 kann ein Zuwendungsempfänger, der

a) im Rahmen seines in Deutschland bestehenden Beschäftigungsverhältnisses vom Freistaat Bayern aus vorübergehend in ein anderes Land oder ins Ausland entsandt ist,

b) im Rahmen seines in Deutschland bestehenden öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses vorübergehend in ein Gebiet außerhalb des Freistaates Bayern abgeordnet, versetzt oder kommandiert ist, oder

c) Entwicklungshelfer im Sinne des § 1 des Entwicklungshelfer-Gesetzes ist,

auch durch Zeiten vor Beginn dieser Tätigkeit erfüllen.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

Gefördert werden Maßnahmen nach Nr. 2 in Bayern, für die zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 31. Dezember 2020

- die baurechtliche Genehmigung erteilt wurde,
- sofern es sich um ein genehmigungsfreies Vorhaben handelt, die Frist nach Art. 58 Abs. 3 Satz 3 BayBO abgelaufen ist oder die Gemeinde eine Mitteilung gemäß Art. 58 Abs. 3 Satz 4 BayBO erteilt hat, oder
- ein notarieller Kaufvertrag abgeschlossen wurde.

5. Art und Umfang der Zuwendung

[1]Die Zuwendung erfolgt mittels eines Zuschusses in Höhe von 300 Euro pro Jahr für jedes Kind, für das Baukindergeld des Bundes gezahlt wird, über einen Zeitraum von maximal zehn Jahren. [2]Auf eine dingliche Sicherung wird verzichtet.

6. Mitteilungspflicht, Rückforderung

6.1 [1]Wird die Selbstnutzung innerhalb von zehn Jahren nach dem Bezug aufgegeben, ist dies der BayernLabo unverzüglich schriftlich mitzuteilen. [2]Der Anspruch auf die Zahlung von Zuschussraten endet zu dem Zeitpunkt, an dem die Selbstnutzung des Wohneigentums beendet wurde.

6.2 [1]Unwirksamkeit, Nichtigkeit, Rücknahme oder Widerruf der Förderzusage richten sich nach Art. 43 ff. des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG). [2]Die Förderzusage kann insbesondere auch dann zurückgenommen oder widerrufen werden, wenn das Baukindergeld des Bundes zurückgefordert wird. [3]Dies ist der BayernLabo vom Zuwendungsempfänger unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

7. Kumulierungsausschluss

Eine Zuwendung nach diesen Richtlinien ist ausgeschlossen, wenn ein solcher Ausschluss nach den Bestimmungen anderer Programme vorgesehen ist.

8. Verfahren

8.1 Bewilligungsstelle ist die BayernLabo.

8.2 Die Antragstellung ist ab Bezug des Wohnraums nach Nr. 2 und bis spätestens drei Monate nach dem Datum der Auszahlungsbestätigung der KfW für das Baukindergeld des Bundes zulässig.

8.3 [1]Der Antrag ist bei der BayernLabo zu stellen. [2]Diese informiert und unterstützt den Zuwendungsempfänger bei der Antragstellung und prüft die Zuwendungsberechtigung nach Nr. 3. [3]Sie führt das Bewilligungsverfahren durch und erlässt den Zuwendungsbescheid.

8.4 Der Zuschuss wird jährlich ausgezahlt.

9. Formblätter

Die zu verwendenden Formblätter sowie weitere Unterlagen werden in elektronischer Form bereitgestellt und sind im Internet unter www.bayernlabo.de erhältlich.

10. Abweichungen

Abweichungen von diesen Richtlinien bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr.

11. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. September 2018 in Kraft; sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

7523-W

Richtlinien zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien und der Vermeidung von Kohlendioxidemissionen durch Biomasseheizwerke (Förderprogramm BioKlima)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Energie und Technologie

vom 6. September 2018, Az. 93-9302a/122/11

Präambel

[1]Die Stärkung der Wärmeversorgung mit erneuerbaren Energien ist ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende und des Klimaschutzes. [2]Wenn heimische Bioenergie genutzt wird, können Versorgungssicherheit und regionale Wertschöpfungskreisläufe gestärkt werden. [3]Daher fördert der Freistaat Bayern Investitionen in neue, umweltschonende Biomasseheizwerke zur effizienten energetischen Nutzung fester Biomasse, Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen sowie in die Nutzung solarer Wärme und Abwärme in Verbindung mit der Neuinvestition in Biomasseheizwerke nach Maßgabe

– dieser Richtlinien,

– der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften,

– der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung – AGVO),

um den Anteil fester Biomasse als speicherbare und flexible erneuerbare Energiequelle am Wärmeenergiemarkt im Hinblick auf die energiepolitischen Ziele Bayerns weiter zu erhöhen. [4]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel.

1. Zweck der Förderung

[1]Durch die Errichtung von Biomasseheizwerken soll ein Beitrag zur Umsetzung des Bayerischen Energieprogramms[1] und zum Klimaschutz geleistet werden. [2]Mit den geförderten Projekten sollen jährlich bis zu 5 000 Tonnen Kohlendioxid eingespart werden.

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden nach Art. 41 AGVO

2.1 Investitionen in neue, umweltschonende Biomasseheizwerke zur effizienten energetischen Nutzung fester Biomasse mit einer Nennwärmeleistung von mindestens 60 Kilowatt bis 200 Kilowatt,

2.2 Investitionen in neue, umweltschonende Biomasseheizwerke zur Wärmeerzeugung durch effiziente energetische Nutzung fester Biomasse mit einer Nennwärmeleistung größer 200 Kilowatt,

2.3 Investitionen in neue, umweltschonende Biomasseheizsysteme mit einer Nennwärmeleistung von mindestens 60 Kilowatt, deren Wärme in ein Wärmenetz eingespeist wird, in das auch Abwärme und/oder Solarenergie eingespeist wird; der Anteil der Abwärme bzw. solarer Wärme am Jahres-Wärmeenergiebedarf muss mindestens zehn Prozent betragen.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 Antragsberechtigt sind:

Natürliche Personen, juristische Personen des Privatrechts, Personengesellschaften, kirchliche Einrichtungen und juristische Personen des öffentlichen Rechts der mittelbaren Landes- und Bundesverwaltung mit eigener Rechtsträgerschaft (insbesondere kommunale Gebietskörperschaften, Anstalten, Stiftungen, Kammern).

3.2 Ausgeschlossen von einer Förderung sind:

3.2.1 Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 1 Abs. 4 Buchst. c in Verbindung mit Art. 2 Nr. 18 AGVO,

3.2.2 Antragsberechtigte nach Nr. 3.1, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund einer früheren Kommissionsentscheidung zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem gemeinsamen Markt nicht Folge geleistet haben,

1 „Wir wollen bis 2025 eine weitere deutliche Reduzierung der energiebedingten CO_2-Emissionen auf 5,5 Tonnen pro Kopf erreichen. Umweltverträglichkeit heißt für uns: Runter mit den CO_2-Emissionen!“ Bayerisches Energieprogramm für eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung, 2/2016, S. 18.

3.2.3 Hersteller von Anlagen oder Anlagenkomponenten gemäß Nr. 2,

3.2.4 Einrichtungen des Freistaates Bayern und des Bundes,

3.2.5 Projekte, die über Leasing, Raten- oder Mietkauf finanziert werden,

3.2.6 Projekte zur Wärmeversorgung außerhalb fester Gebäude, von Betriebsgebäuden, die nach ihrem Verwendungszweck großflächig und langanhaltend offengehalten werden müssen, von Traglufthallen oder Zelten und von Gebäuden, die dazu bestimmt sind, wiederholt aufgestellt und zerlegt zu werden sowie Projekte zur Wärmeversorgung provisorischer Gebäude.

4. Allgemeine Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 [1]Eine Zuwendung wird nur für neue Anlagen gewährt. [2]Ersatzinvestitionen, gebrauchte Anlagen, Eigenbauanlagen und Prototypen werden nicht gefördert. [3]Um keine Ersatzinvestition im Sinne dieser Richtlinien handelt es sich, wenn ein Biomasseheizwerk, das zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits älter als zehn Jahre ist, durch ein neues automatisch beschicktes Biomasseheizwerk ersetzt wird. [4]Als Prototyp gelten Anlagen, die in weniger als drei Exemplaren betrieben werden oder betrieben worden sind.

4.2 Der Biomassekessel muss automatisch beschickt werden und für die Verwendung der gewählten Brennstoffe geeignet sein.

4.3 [1]Als Brennstoffe dürfen ausschließlich naturbelassene Holzbrennstoffe und naturbelassene halmgutartige Biomasse eingesetzt werden. [2]Im Einzelnen sind dies die in der DIN EN ISO 17225-1:2014 (D) in Tabelle 1 Nr. 1.1, 1.2.1, 2.1 und 2.2.1 aufgeführten biogenen Brennstoffe.

4.4 [1]Die rechtlichen Voraussetzungen sind zu erfüllen. [2]Die ggf. erforderlichen behördlichen Genehmigungen für die Errichtung und den Betrieb der Anlage müssen vorliegen.

4.5 Es ist ein schlüssiger und abgesicherter Finanzierungsplan vorzulegen.

4.6 [1]Bei der Antragstellung muss der prognostizierte Jahresenergiebedarf plausibel nachgewiesen werden. [2]Es müssen für 100 Prozent des prognostizierten Energieverkaufs Wärmelieferverträge oder -vorverträge vorgelegt werden. [3]Der Jahresenergiebedarf für eine mögliche Biomassebrennstofftrocknung wird bei der Überprüfung der Zuwendungsvoraussetzungen nicht berücksichtigt.

4.7 Ein Wärmespeicher („Pufferspeicher“) mit einem Mindestspeichervolumen von 30 Litern pro Kilowatt Nennwärmeleistung ist grundsätzlich zu installieren.

4.8 Die Wärmebelegungsdichte muss – bezogen auf den prognostizierten Jahresenergiebedarf – mindestens 1,5 Megawattstunden je Meter neu errichteter Wärmetrasse betragen (= Trasse zwischen freistehenden Gebäuden).

4.9 [1]Die technische Machbarkeit und ökonomische Tragfähigkeit der Maßnahme ist nachzuweisen. [2]Eine Bewilligung ist nur nach fachlicher Begutachtung mit Förderempfehlung durch eine von der Bewilligungsstelle beauftragte Einrichtung möglich.

4.10 [1]Zuwendungsempfänger müssen zur Sicherstellung des Anreizeffektes vor Beginn der Arbeiten für die Maßnahme oder die Tätigkeit einen schriftlichen Antrag (Art. 6 Abs. 2 AGVO) gestellt haben. [2]Als Beginn der Arbeiten oder Tätigkeit (Maßnahmenbeginn) gilt bereits der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages (z. B. Bestellung, Kaufvertrag) (vgl. Art. 2 Nr. 23 AGVO). [3]Planungsleistungen dürfen vor Antragstellung erbracht werden. [4]Eine eventuelle Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn ist vom Antragsteller schriftlich zu beantragen und wird ausschließlich schriftlich erteilt. [5]Maßnahmen, mit denen vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids bzw. der Zustimmung zum förderunschädlichen Maßnahmenbeginn begonnen wurde, sind von der Förderung ausgeschlossen.

4.11 [1]Die geförderte Anlage muss innerhalb Bayerns errichtet werden. [2]Die geförderte Anlage muss an dem im Antrag benannten Standort mindestens acht Jahre nach der Inbetriebnahme zweckentsprechend betrieben werden (Zweckbindung). [3]Sofern der Antragsteller Mieter oder Pächter des Anwesens ist, auf dem die Biomasseanlage errichtet wird, ist bei Antragstellung zu bestätigen, dass eine schriftliche Erlaubnis des Eigentümers für die Errichtung und den Betrieb der Anlage zur energetischen Nutzung fester Biomasse vorliegt.

5. Besondere Zuwendungsvoraussetzungen

5.1 Für Projekte nach Nr. 2.1 (Biomasseheizanlagen mit einer Nennwärmeleistung von mindestens 60 Kilowatt bis 200 Kilowatt) gilt:

5.1.1 [1]Das Projekt muss mindestens eine prognostizierte Kohlendioxidvermeidung bei einer Laufzeit von acht Jahren in Höhe von 216 Tonnen Kohlendioxid erreichen. [2]Die Berechnung erfolgt anhand eines Umrechnungsfaktors (0,3 Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent pro Megawattstunde), der aus den Daten des Globalen Emissions-Modells integrierter Systeme (GEMIS-Daten) abgeleitet wird.

5.1.2 [1]Die Biomassekessel müssen kalkulatorisch gemäß Antragskonzept eine Auslastung von mindestens 2 000 Vollbetriebsstunden pro Jahr erreichen. [2]Bei monovalenten Anlagen muss diese Auslastung mindestens 1 500 Vollbetriebsstunden pro Jahr betragen.

5.1.3 Wärmebelegungsdichte:

Abweichend von Nr. 4.8 kann ein effizienter Netzbetrieb auch dann nachgewiesen werden, wenn die laut Antragskonzept kalkulierten Netzverluste weniger als 15 Prozent des prognostizierten Jahresenergiebedarfs betragen.

5.1.4 Berichtspflicht:

Vom Zuwendungsempfänger ist über die Dauer der Nutzung, jedoch höchstens über acht Jahre, eine

jährliche Erhebung zum Biomassebrennstoffeinsatz und zur erzeugten Wärmemenge der Biomassekessel durchzuführen, schriftlich zu dokumentieren und für den Zeitraum der Zweckbindungsfrist aufzubewahren (ggf. für eine Vor-Ort-Kontrolle).

5.2 Für Projekte nach Nr. 2.2 (Biomasseheizwerke mit einer Nennwärmeleistung größer 200 Kilowatt) gilt:

5.2.1 [1]Das Projekt muss mindestens eine prognostizierte Kohlendioxid-Vermeidung bei einer Laufzeit von acht Jahren in Höhe von 723 Tonnen Kohlendioxid erreichen. [2]Die Berechnung erfolgt anhand eines Umrechnungsfaktors (0,3 Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent pro Megawattstunde), der aus den GEMIS-Daten abgeleitet wird.

5.2.2 [1]Die Biomassekessel müssen kalkulatorisch gemäß Antragskonzept eine Auslastung von mindestens 2 500 Vollbetriebsstunden pro Jahr erreichen. [2]Bei monovalenten Anlagen muss diese Auslastung mindestens 2 000 Vollbetriebsstunden pro Jahr betragen. [3]Ausnahme bei überwiegender Prozesswärmeerzeugung (Wärme für technische Prozesse und Verfahren, z. B. Brauerei, Wäscherei, Lebensmittelindustrieanlage): die Biomassekessel müssen kalkulatorisch gemäß Antragskonzept eine Auslastung von mindestens 2 000 Vollbetriebsstunden pro Jahr erreichen, bei monovalenten Anlagen muss diese Auslastung grundsätzlich mindestens 1 500 Vollbetriebsstunden pro Jahr betragen.

5.2.3 Berichtspflicht:

Vom Zuwendungsempfänger ist über die Dauer der Nutzung, jedoch höchstens über acht Jahre, eine jährliche Erhebung zum Biomassebrennstoffeinsatz und zur erzeugten Wärmemenge der Biomassekessel durchzuführen, schriftlich zu dokumentieren und für den Zeitraum der Zweckbindungsfrist aufzubewahren (ggf. für eine Vor-Ort-Kontrolle).

5.3 Für Projekte nach Nr. 2.3 gilt (Kombinationsprojekte mit Abwärme und/oder solarer Nutzung):

5.3.1 [1]Das Projekt muss mindestens eine prognostizierte Kohlendioxid-Vermeidung bei einer Laufzeit von acht Jahren in Höhe von 216 Tonnen Kohlendioxid erreichen. [2]Die Berechnung erfolgt anhand eines Umrechnungsfaktors (0,3 Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent pro Megawattstunde), der aus den GEMIS-Daten abgeleitet wird.

5.3.2 [1]Biomasseheizwerke mit einer Wärmeeinspeisung aus Abwärme und/oder Solarenergie im Sinne dieser Richtlinien umfassen Biomasseheizwerke mit nachgelagertem Wärmenetz, die mit solarer Unterstützung betrieben werden und/oder Abwärme zur Versorgung des Wärmenetzes nutzen. [2]Das Wärmenetz dient dabei der Warmwasserbereitung, der Raumheizung, der Prozesswärmebereitstellung oder der Kälteerzeugung. [3]Der Anteil von Abwärme bzw. solarer Wärme am Jahresenergiebedarf muss dabei mindestens zehn Prozent betragen. [4]Abwärme ist Wärme, die in der Industrie oder bei einem Stromerzeugungsprozess zunächst ohne Verwertung als Beiprodukt anfällt.

5.3.3 [1]Der prognostizierte Jahresenergiebedarf und die Anteile an der Jahres-Wärmeerzeugung aller Wärmequellen, einschließlich der Abwärme und des solaren Deckungsbeitrages zum Jahresenergiebedarf, müssen nachgewiesen werden (Ingenieurbüro, Energieberater). [2]Für eine thermische Solaranlage ist der erwartete spezifische Kollektorwärmeertrag (kWh/m²×a) anzugeben.

5.3.4 Die Biomassekessel müssen kalkulatorisch gemäß Antragskonzept eine Auslastung von mindestens 1 500 Vollbetriebsstunden pro Jahr erreichen.

5.3.5 Abweichend von Nr. 4.8 gilt bei Nutzung von Abwärme und/oder Solarwärme: die Wärmebelegungsdichte muss – bezogen auf den prognostizierten Jahresenergiebedarf – die folgenden Werte haben:

- mindestens 1,00 Megawattstunden je Meter neu errichteter Wärmetrasse, wenn der Anteil von Abwärme und/oder Solarwärme am prognostizierten Jahresendenergiebedarf mindestens zehn Prozent beträgt;
- mindestens 0,70 Megawattstunden je Meter neu errichteter Wärmetrasse, wenn der Anteil von Abwärme und/oder Solarwärme am prognostizierten Jahresendenergiebedarf mindestens 20 Prozent beträgt;
- mindestens 0,50 Megawattstunden je Meter neu errichteter Wärmetrasse, wenn der Anteil von Abwärme am prognostizierten Jahresendenergiebedarf mindestens 30 Prozent beträgt.

5.3.6 [1]Bei solarunterstützter Nahwärme wird der kalkulatorische Solarwärmeertrag über die installierte Solarwärmeleistung im Endausbau bestimmt. [2]Das sogenannte Nachheizen hat überwiegend mit dem Biomasseheizsystem zu erfolgen.

5.3.7 Bei Nutzung von Solarwärme: Die Solaranlage ist mit einem ausreichend dimensionierten Wärmespeicher zu betreiben.

5.3.8 Im Fall, dass Abwärme in das Wärmenetz eingespeist wird, hat die zusätzliche Wärmebereitstellung überwiegend mit dem Biomasseheizsystem zu erfolgen.

5.3.9 Berichtspflicht:

Vom Zuwendungsempfänger ist für die Dauer der Nutzung, jedoch höchstens über acht Jahre, eine jährliche Erhebung von Betriebsdaten durchzuführen und der Bewilligungsstelle vorzulegen.

6. Zuwendungsfähige Kosten

[1]Zuwendungsfähig sind die Investitionsmehrkosten des Biomasseheizsystems bzw. des Biomasseheizwerks nach Art. 41 Abs. 6 Buchst. b AGVO. [2]Zur Berechnung der Investitionsmehrkosten werden die Kosten anhand eines Vergleichs mit einer ähnlichen, weniger umweltschonenden Investition ermittelt, die ohne Beihilfe durchaus hätte durchgeführt werden können. [3]Die Differenz zwischen den Kosten dieser beiden Investitionen entspricht den zuwendungsfähigen Kosten. [4]Diese können im Einzelnen die Kosten für folgende Maßnahmen bzw. Arbeiten sein:

- biomassespezifische Anlagenteile (biomassespezifische Mehrkosten für Biomassekessel, Filteranlage, Abgaswärmetauscher, Abgaskondensationsanlage, Wärmespeicher etc.),

– Hydraulik (biomassespezifische Mehrkosten),
– bauliche Anlagen und Erschließung (biomassespezifische Mehrkosten),
– Planungskosten (anteilig für biomassespezifische Mehrkosten).

[5]Die Investitionskosten für das Wärmenetz, für die Solarkollektoranlage und für die Abwärmeeinspeisung sind nicht zuwendungsfähige Kosten im Sinne dieser Richtlinien.

7. Art und Umfang der Förderung

7.1 Art der Förderung

Die Förderung erfolgt in Form nicht rückzahlbarer Zuwendungen (Projektförderung) als Anteilfinanzierung.

7.2 Umfang der Förderung

[1]Die Beihilfeintensität beträgt für Investitionen in neue umweltschonende Biomasseheizwerke höchstens 30 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten (Art. 41 Abs. 7 Buchst. a AGVO), bei mittleren Unternehmen (gemäß Anhang I AGVO) beträgt die Beihilfeintensität nach diesen Richtlinien höchstens 35 Prozent, bei kleinen Unternehmen (gemäß Anhang I AGVO) höchstens 40 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten (Art. 41 Abs. 8 AGVO). [2]Zusätzlich zur genannten Grundförderung sind folgende kumulierbare Förderungen möglich. [3]Dabei beträgt die kumulierbare Förderung innerhalb dieser Richtlinien höchstens 50 % der zuwendungsfähigen Kosten:

a) Förderung für Biomasseheizsysteme bei Projekten mit Nutzung von neuinstallierter solarer Wärme nach Nr. 2.3:
   – fünf Prozent der zuwendungsfähigen Kosten bei mindestens 10 Prozent solarer Deckung,
   – zehn Prozent der zuwendungsfähigen Kosten bei mindestens 20 Prozent solarer Deckung.
b) Förderung für Biomasseheizsysteme mit Abgaswärmetauscher oder Abgaskondensationsanlage:

   fünf Prozent der zuwendungsfähigen Kosten; Feuerungsanlagen zur Dampferzeugung werden nicht gefördert.

7.3 Förderobergrenzen

[1]Die Förderobergrenze für Maßnahmen nach den Nrn. 2.1 und 2.2 beträgt 200 000 Euro. [2]Für Maßnahmen, bei denen die Förderung nach Nr. 7.2 Satz 2 Buchst. b in Anspruch genommen wird, erhöht sich die Förderobergrenze auf 250 000 Euro. [3]Die Förderobergrenze für Maßnahmen nach Nr. 2.3 beträgt 300 000 Euro.

7.4 Von der Förderung ausgeschlossen sind Maßnahmen mit einer Nennwärmeleistung gemäß Nr. 2.1 sowie Maßnahmen gemäß Nr. 2.3 im Nennwärmeleistungsbereich von mindestens 60 Kilowatt bis 200 Kilowatt, bei denen der Förderbetrag von 5 000 Euro nicht erreicht wird (Bagatellgrenze).

7.5 Von der Förderung ausgeschlossen sind Maßnahmen mit einer Nennwärmeleistung gemäß Nr. 2.2 sowie Maßnahmen gemäß Nr. 2.3 mit einer Nennwärmeleistung größer 200 Kilowatt, bei denen der Förderbetrag von 10 000 Euro nicht erreicht wird (Bagatellgrenze).

8. Nicht zuwendungsfähige Kosten

Nicht zuwendungsfähig sind insbesondere:

8.1 Allgemeine Investitionskosten, die nicht mit Umweltschutzmaßnahmen und der unmittelbaren baulichen Investition des Biomasseheizwerks zusammenhängen (z. B. Gestaltung der Außenanlagen, Radlader, Waage etc.),

8.2 Kosten für Grunderwerb,

8.3 Kosten für Demontage- und Abbrucharbeiten,

8.4 Umsatzsteuer, Preisnachlässe (z. B. Rabatte und Skonti),

8.5 Aufwendungen, die nicht durch Zahlungsnachweise belegt werden können,

8.6 Eigenleistungen,

8.7 Planungsleistungen, sofern sie zehn Prozent der zuwendungsfähigen Investitionsmehrkosten überschreiten,

8.8 Machbarkeitsstudien,

8.9 Behördliche Gebühren (z. B. Baugenehmigung).

9. Kumulierung

[1]Eine Kumulierung mit anderen Fördermitteln für dasselbe Vorhaben ist zulässig, wenn die Beihilfeintensität kumuliert höchstens 45 Prozent, bei mittleren Unternehmen 55 Prozent, bei kleinen Unternehmen 65 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten beträgt (vgl. Art. 41 Abs. 7 und 8 AGVO). [2]Für den Fall, dass diese Höchstgrenzen überschritten würden, werden die Zuwendungen nach diesen Richtlinien auf die vorstehenden Förderhöchstgrenzen gekürzt.

10. Bewilligungsbehörde

Bewilligungsbehörde ist gemäß der Verordnung über das Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe das

Technologie- und Förderzentrum
im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe
Schulgasse 18
94315 Straubing
Telefon: 09421 300-214, Telefax: 09421 300-211
Internet: www.tfz.bayern.de
E-Mail: foerderung@tfz.bayern.de

11. Verfahren

11.1 Antragstellung

[1]Anträge auf Förderung sind auf dem Vordruck zu stellen, der bei der Bewilligungsbehörde angefordert werden kann, und bei der Bewilligungsbehörde einzureichen. [2]Der Antrag kann nicht mittels Telefax oder E-Mail gestellt werden.

11.2 Antragsprüfung

11.2.1 Die Bewilligungsbehörde prüft die Vollständigkeit der Antragsunterlagen und die Übereinstimmung des Antrags mit diesen Bestimmungen.

11.2.2 Im Einzelfall kann die Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen anfordern.

11.2.3 Wird der Förderantrag abgelehnt, hat der Antragsteller die ihm bisher entstandenen Kosten selbst zu tragen.

11.3 Die Zuwendungsbescheide werden in der Reihenfolge des Eingangs der vollständigen Anträge bei der Bewilligungsbehörde erteilt.

11.4 Auszahlung der Fördermittel, Prüfung der Verwendung

11.4.1 Die Auszahlungsanträge sind von den Zuwendungsempfängern anhand eines dem Zuwendungsbescheid beigefügten Formblatts zu erbringen und bei der vom Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie beauftragten Behörde (siehe Nr. 10) einzureichen.

11.4.2 Die Auszahlung der Fördermittel an die Zuwendungsempfänger erfolgt durch die Bewilligungsbehörde nach Vorlage und Prüfung eines Verwendungsnachweises.

11.4.3 [1]Ein einfacher Verwendungsnachweis gemäß Nr. 6.1.5 ANBest-P oder Nr. 6.1.1 ANBest-K kann zugelassen werden. [2]Dieser besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis ohne Vorlage von Belegen, in dem Einnahmen und Ausgaben für die Errichtung der Fördermaßnahme summarisch zusammengestellt sind.

11.4.4 Der Zuwendungsempfänger hat die Belege (Einnahme- und Ausgabebelege) über die Einzelzahlungen und die Verträge über die Vergabe von Aufträgen zehn Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren, soweit nach anderen Rechtsvorschriften keine längere Aufbewahrungspflicht verlangt wird.

11.4.5 Die Bewilligungsbehörde, das Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie, der Bayerische Oberste Rechnungshof sowie die Prüfungsorgane der Europäischen Union haben das Recht, die Voraussetzungen für die Gewährung der Förderung durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in Bücher und sonstige Belege entweder selbst zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.

11.4.6 [1]Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung, die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheids und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften zu Art. 44 BayHO sowie Art. 48 bis Art. 49a des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG), soweit nicht in diesen Richtlinien Abweichungen zugelassen sind. [2]Das Prüfungsrecht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs ergibt sich aus Art. 91 BayHO.

12. Sonstige Bestimmungen

[1]Bei Antragstellern, für die die ANBest-P einschlägig sind (natürliche Personen, Personengesellschaften, juristische Personen des Privatrechts, kirchliche Einrichtungen und juristische Personen des öffentlichen Rechts mit Ausnahme kommunaler Körperschaften), werden die Nrn. 3.1 und 3.2 ANBest-P nicht angewendet. [2]Diese Antragsteller sind aber verpflichtet, bei der Vergabe von Aufträgen über mehr als 1 000 Euro für Bauleistungen, Lieferungen und Leistungen mindestens drei Vergleichsangebote einzuholen.

13. Hinweise

13.1 Missbrauch

[1]Zur Vorbeugung von Missbrauch gleichen die Bewilligungsbehörde und das Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie alle Daten über die eingegangenen Anträge auf Zuschuss in regelmäßigen Abständen ab. [2]Das Verfahren legt das Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie im Einvernehmen mit der Bewilligungsbehörde fest. [3]Der Antragsteller erklärt sich im Antrag damit einverstanden, dass die Daten der Antragstellung von der Bewilligungsbehörde dem Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie übermittelt werden dürfen.

13.2 Auskunftspflichten, Prüfung

[1]Die Antragsunterlagen werden zur Prüfung auf wirtschaftliche Tragfähigkeit, ökologische Sinnhaftigkeit und technische Machbarkeit des Projektes an die durch die Bewilligungsbehörde beauftragten Institutionen weitergegeben. [2]Darüber hinaus sind dem Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie, der Bewilligungsbehörde sowie durch die Bewilligungsbehörde beauftragten Institutionen auf Verlangen erforderliche Auskünfte zu erteilen, u. a. zur Evaluierung der geförderten Biomasseheizwerke, und Einsicht in Bücher und Unterlagen sowie Prüfungen zu gestatten.

13.3 Der Bayerische Oberste Rechnungshof ist gemäß Art. 91 BayHO berechtigt, bei den Zuschussempfängern zu prüfen.

14. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft. [2]Sofern nicht aufgrund einer Änderung der AGVO eine frühere Anpassung geboten ist, tritt sie mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

2120-U

Änderung der Gemeinsamen Bekanntmachung über die Zusammenarbeit der Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung von Verstößen im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien für Umwelt und Verbraucherschutz, des Innern und für Integration und der Justiz

vom 6. September 2018, Az. 42b-G8901-2018/4-5, Z3-0310-33-11 und E2-4640-1297/2006

1. Die Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien für Umwelt und Gesundheit, der Justiz und für Verbraucherschutz und des Innern über die Zusammenarbeit der Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung von Verstößen im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes vom 23. April 2012 (AllMBl. S. 346) wird wie folgt geändert:

1.1 In den Adressaten wird nach der Zeile „das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit“ die Zeile „die Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen“ eingefügt.

1.2 In Nr. 2 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Kreisverwaltungsbehörden“ die Wörter „ , der Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen“ und nach den Wörtern „Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit“ die Angabe „(LGL)“ eingefügt.

1.3 Nr. 4 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Nach § 3 der Ermittlungspersonen-Verordnung Staatsanwaltschaft sind Verwaltungsangehörige, die mit der Lebensmittelüberwachung im Außendienst beschäftigt sind, sofern sie mindestens zwei Jahre im Dienst dieser Verwaltung tätig sind, sowie Verwaltungsangehörige des LGL, sofern sie im Außendienst bei Lebensmittelkontrollen eingesetzt werden und mindestens zwei Jahre im Dienst der Verwaltung im Bereich gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärwesen tätig sind, Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft.“

1.4 In Nr. 5.1 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 42 Abs. 5“ durch die Angabe „§ 42 Abs. 6“ ersetzt.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 2018 in Kraft.

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Dr. Christian Barth
Ministerialdirektor

Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration

Günther Schuster
Ministerialdirektor

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Prof. Dr. Frank Arloth
Ministerialdirektor

7912.1-U

Änderung der Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

vom 11. September 2018, Az. 64e-U8634-2018/4-2

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz zu den Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien (LNPR) vom 16. Januar 2014 (AllMBl. S. 34, 162), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 12. April 2018 (AllMBl. S. 376) geändert worden ist, wird im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wie folgt geändert:

1.1 Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

1.1.1 Nach der Angabe zu Nr. 10 wird folgende Angabe eingefügt:

„11. Auszahlung der Zuwendung“.

1.1.2 Die Angaben zu den bisherigen Nrn. 11 bis 13 werden die Angaben zu den Nrn. 12 bis 14.

1.2 In der Einleitung werden in Satz 1 die Wörter „Vorschriften zu Art. 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO)“ durch die Wörter „Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften“ ersetzt.

1.3 Nr. 1 wird wie folgt geändert:

1.3.1 Satz 1 Spiegelstrich 4 wird wie folgt gefasst:

„– die Naturparke gestärkt und ihre natürliche Erholungseignung sowie ihre Funktion für Arten- und Biotopvielfalt erhalten und verbessert sowie“.

1.3.2 In Satz 2 wird nach Spiegelstrich 5 folgender Spiegelstrich eingefügt:

„– Naturparke durch die Einrichtung von Naturparkrangern zu stärken,“.

1.4 Nr. 2.2.2 wird wie folgt geändert:

1.4.1 In dem Satzteil vor Spiegelstrich 1 werden die Wörter „der Naturparke als Vorbildlandschaften“ durch die Wörter „und Stärkung der Naturparke als Vorbildlandschaften sowie ihrer Funktion für Arten- und Biotopvielfalt“ ersetzt.

1.4.2 Spiegelstrich 2 wird wie folgt gefasst:

„– Einrichtung von Naturparkrangern als Ansprechpartner vor Ort in den Bereichen Naturschutz und Landschaftspflege, naturbezogene Erholung, Besucherlenkung, naturparkspezifische Bildungs- und Informationsarbeit und Monitoring sowie Mitwirkung bei naturschutzrelevanten Forschungsaktivitäten,“

1.4.3 Spiegelstrich 5 wird wie folgt gefasst:

„– Beschilderung der Naturparke und sonstige naturbezogene Lenkungsmaßnahmen,“.

1.5 In Nr. 4.1 Satz 2 werden nach dem Wort „Erholungseignung“ die Wörter „und der Stärkung der Naturparke“ eingefügt.

1.6 In Nr. 5.1 werden nach Abs. 5 die folgenden Abs. 6 und 7 eingefügt:

„Zudem erhalten die Verwaltungen der Naturparkvereine gegen Vorlage des mit der Bewilligungsbehörde vorab abgestimmten jährlichen Ranger-Arbeitsprogramms eine jährliche Personalkostenpauschale in Höhe von bis zu 65.000 € je Ranger in Vollzeit. Die Pauschale deckt sämtliche Kosten (z. B. Kosten für Unterbringung, Reisen, Dienstkleidung, Sachkosten etc.) mit ab. Je nach Größe des Naturparks können bis maximal vier Ranger gefördert werden. Die Pauschale wird nur gewährt, wenn die in einem gesonderten Vollzugsschreiben definierten Vorgaben insbesondere in Bezug auf Qualifikation, Dotierung, Weiterbildung und Dienstkleidung eingehalten werden.

Die Verwaltungs- und Personalkostenpauschalen werden als Festbetrag gewährt."

1.7 Der Nr. 5.4.2 werden nach Satz 2 die folgenden Sätze 3 und 4 angefügt:

„Bei der Kalkulation der Personalkostenpauschale für Naturparkranger (vgl. Nr. 5.1 Abs. 6) wird ein Förderhöchstsatz von 90 % zugrunde gelegt. Beim Zuwendungsempfänger verbleibt der haushaltsrechtlich erforderliche, angemessene Eigenanteil."

1.8 Nach Nr. 5.4.2 wird folgende Nr. 5.4.3 eingefügt:

„5.4.3 Der Eigenanteil kann nicht oder nur im besonders begründeten Ausnahmefall vollständig durch Eigenleistungen ersetzt werden. Vom Zuwendungsempfänger müssen – entsprechend der gängigen Verwaltungspraxis – in angemessenem Umfang (bare) Eigenmittel in die Projektfinanzierung eingebracht werden."

1.9 In Nr. 8.3.1 Satz 1 wird im Klammerzusatz nach dem Wort „Fachgutachten," das Wort „Arbeitsprogramme," eingefügt.

1.10 In Nr. 8.3.2 Spiegelstrich 4 wird das Wort „Maßnahme" durch die Wörter „einzelnen Maßnahmen bzw. des gesamten Vorhabens" ersetzt.

1.11 Nach Nr. 10 wird folgende Nr. 11 eingefügt:

„**11. Auszahlung der Zuwendung**

Zuwendungen werden grundsätzlich erst nach Vorlage und Prüfung des Verwendungsnachweises ausgezahlt (vgl. VV Nr. 7.3 zu Art. 44 BayHO, Nr. 7.3 VVK)."

1.12 Die bisherige Nr. 11 wird Nr. 12 und nach Nr. 12.4 wird folgende Nr. 12.5 angefügt:

„12.5 Für eine Evaluierung der Wirksamkeit des Fördermitteleinsatzes sind der Bewilligungsbehörde im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung auf Anforderung gegebenenfalls noch weitere Informationen zu übermitteln. Es sind insbesondere Angaben erforderlich, aus denen ersichtlich wird, inwieweit die jeweiligen mit der Förderung angestrebten Zielsetzungen erreicht wurden."

1.13 Die bisherige Nr. 12 wird Nr. 13 und in Abs. 1 wird die Angabe „Subventionsgesetzes (BayRS 453-1-W)" durch das Wort „Strafrechtsausführungsgesetzes" ersetzt.

1.14 Die bisherige Nr. 13 wird Nr. 14.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 2018 in Kraft.

Dr. Christian Barth
Ministerialdirektor

7912.5-U

Richtlinien zur Förderung von umwelt- und klimaverträglichen Naturerlebnis- und Naturtourismusangeboten in bayerischen Kommunen (FöRNatKom)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

vom 6. September 2018, Az. 22b-U8030-2017/106-31

[1]Der Freistaat Bayern gewährt Zuwendungen für naturtouristische Vorhaben nach Maßgabe

- dieser Richtlinien,
- der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften, insbesondere der Anlage 3a zu Art. 44 BayHO, sowie Art. 48, 49 und 49a des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG),
- der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (Allgemeine De-minimis-Verordnung),
- der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 (DAWI-De-minimis-Verordnung) und
- des Beschlusses 2012/21/EU (DAWI-Freistellungsbeschluss).

[2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Teil 1 Beschreibung des Zuwendungsbereichs

1. Allgemeine Beschreibung des Zuwendungsbereichs

1.1 Zweck der Zuwendungen

[1]Zweck der Zuwendung ist die Förderung kommunaler Maßnahmen für die Schaffung, den Ausbau und die Weiterentwicklung umwelt- und klimaverträglicher Naturerlebnis- und Naturtourismusangebote im Rahmen einer naturtouristischen Gesamtkonzeption. [2]Maßnahmen mit erheblichen negativen Auswirkungen auf Natur und Umwelt können nicht gefördert werden.

1.2 Ziel der Zuwendungen

Ziel der Zuwendung ist es,

- die Attraktivität und Erlebnisqualität von naturverträglichen Tourismus-, Freizeit- und Erholungsangeboten in bayerischen Kommunen zu steigern und zu verbreiten,

– den Nutzungsdruck auf den Naturraum zu verringern,
– die Abhängigkeit von Schneeverfügbarkeit im Wintertourismus zu verringern und
– einen Beitrag zur Inwertsetzung von Naturkapital zu leisten.

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden:

2.1 Ausgaben für die Entwicklung von Naturtourismus- und Naturerlebniskonzepten sowie Maßnahmen zur Förderung eines sanften, natur- und klimaverträglichen Tourismus

2.1.1 Projektstelle (begrenzt auf zwei Jahre).

2.1.2 Externe Beratungsleistungen.

2.2 Personalausgaben für Naturtourismuskoordinatoren (begrenzt auf drei Jahre)

Aufgaben:

2.2.1 Erarbeitung einer naturtouristischen Gesamtkonzeption und Entwicklungsstrategie,

2.2.2 Koordination und Realisierung neuer beziehungsweise qualitativ substanziell verbesserter Naturtourismusangebote in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren (zum Beispiel Grundeigentümer, Land-, Alm- beziehungsweise Alp- und Forstwirtschaft, Jagd, Gastgewerbe, öffentlicher Personenverkehr, Naturschutz-, Wander- und Sportverbände); dies kann auch die Erarbeitung von Broschüren mit dem öffentlichen Personenverkehr und die Begleitung einer Wegezertifizierung umfassen,

2.2.3 Konzeption und Realisierung geeigneter digitaler Präsentationsformen sowie von Printmedien für das regionale naturtouristische Angebot (zum Beispiel digitale Übersicht über naturtouristische Angebote, Apps, Websites, Audioguides, Broschüren),

2.2.4 Integration naturtouristischer Angebote ins regionale Tourismusmarketing.

2.3 Sachmittel für die Konzeption und Realisierung von naturtouristischen Angeboten im Rahmen eines einzureichenden naturtouristischen Gesamtkonzepts

2.3.1 Planung, Anlage beziehungsweise Modernisierung und Aufwertung von (wintergeeigneten) Naturinformations- und Naturerlebnispfaden und sonstigen Einrichtungen zur Naturbeobachtung und -vermittlung.

2.3.2 [1]Konzeption und Realisierung von naturverträglichen, allgemein entgeltfrei nutzbaren Naturerlebnisrouten und -wegen; einschließlich Maßnahmen der Nutzersensibilisierung und allgemein entgeltfrei zugänglichen (multi-)medialen Informationsangeboten wie beispielsweise Broschüren, online zur Verfügung stehendes Kartenmaterial, GPS-Daten zu diesen Routen. [2]Gefördert werden können insbesondere naturnah gestaltete:

– Routen und Trails für geländegängige, mit Muskelkraft betriebene Fahrzeuge (zum Beispiel Mountainbikes); hiervon erfasst sind auch Fahrzeuge vergleichbar mit solchen im Sinne von § 1 Abs. 3 des Straßenverkehrsgesetzes,
– Schneeschuh-, Rodel- und Skitourenrouten,
– sonstige Wege und Pfade (zum Beispiel Reitwege, Winterwanderwege),
– Naturerlebnisrouten in und auf Gewässern (zum Beispiel für Boote, Stand-up-Paddling).

2.3.3 Konzeption und Erstellung von Führungen, Audioguides, Apps und Websites zur Naturbeobachtung und -vermittlung, die zu maximal 50 % einnahmefinanziert und jedermann zugänglich sind.

2.3.4 Naturlagerplätze, Waldzeltplätze, Trekkingcamps.

2.3.5 Einrichtungen und Investitionen für Naturtourismusangebote zur Nutzung der Einrichtungen nach den Nrn. 2.3.1 bis 2.3.4 (zum Beispiel Erstausstattung kommunaler Verleihstationen für Sportgeräte etc.).

2.3.6 Naturnah gestaltete Fitness- und Spielstationen an Einrichtungen nach den Nrn. 2.3.1 bis 2.3.4.

2.4 Sachmittel für Machbarkeitsstudien und Modellprojekte für das Angebot von Wander- und Rufbussen.

3. Zuwendungsempfänger

[1]Zuwendungsempfänger ist jeweils die bayerische Kommune oder der Zusammenschluss mehrerer bayerischer Kommunen nach Art. 17 bis 48 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit, auf deren Gebiet das naturtouristische Angebot eingerichtet oder durchgeführt wird. [2]Bei einem interkommunalen Vorhaben, bei dem nicht ein Zusammenschluss mehrerer bayerischer Kommunen als Antragsteller auftritt, ist Zuwendungsempfänger die antragstellende Kommune.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Vorhabenbeginn

[1]Zuwendungen werden nur für solche Vorhaben bewilligt, mit denen noch nicht begonnen wurde, es sei denn, dass seitens der Bewilligungsbehörde vor Vorhabenbeginn die Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn erteilt wurde. [2]Als Beginn gilt grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrags.

4.2 Kein öffentlich-rechtliches Hindernis

Die Förderung kann nur gewährt werden, wenn gegen das geplante Vorhaben keine öffentlich-rechtlichen Hinderungsgründe bestehen und den Belangen des Umweltschutzes sowie der Raumordnung und Landesplanung Rechnung getragen wird.

4.3 Zugang, Entgelte

[1]Es ist sicherzustellen, dass die geförderten Einrichtungen und Angebote zu transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen öffentlich zugänglich sind (zum Beispiel durch eine allgemein gültige Benutzungsordnung) und der Öffentlichkeit dauerhaft zur Verfügung stehen. [2]Temporäre Benutzungseinschränkungen, die auch durch eine allgemein gültige Benutzungsordnung geregelt werden können (zum Beispiel Öffnungszeiten, Sperrung aus Sicherheitsgründen, Beschränkung aus Kapazitätsgründen etc.), sind zulässig. [3]Ebenso zulässig ist für Maßnahmen nach den Nrn. 2.3.4, 2.3.5 sowie 2.4 die Erhebung von nicht kostendeckenden Entgelten und Pfändern.

4.4 Gesamtfinanzierung

[1]Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens muss gesichert sein. [2]Ausgaben für Betrieb und laufenden Unterhalt einer Einrichtung müssen für den Maßnahmenträger finanzierbar sein.

4.5 Zweckbindungsfrist

[1]Die Zweckbindungsfrist für Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt wurden und geistige Leistungen, die im Rahmen des Projekts erarbeitet wurden, beträgt fünf Jahre und beginnt zu dem Zeitpunkt, an dem sie der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. [2]In begründeten Ausnahmefällen (zum Beispiel Informations- und Kommunikationstechnik, schnell verschleißende Geräte) ist von einer objektiv kürzeren Nutzungsdauer auszugehen. [3]Die bewilligten Gelder und angeschafften Sachmittel dürfen ausschließlich zur Umsetzung des jeweiligen Vorhabens verwendet werden.

4.6 Beihilfe, Einnahmen

[1]Handelt es sich bei der Förderung eines Vorhabens um eine Beihilfe im Sinne von Art. 107 Abs. 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), so kann die Förderung bei Vorliegen der jeweiligen Voraussetzungen nach der Allgemeinen De-minimis-Verordnung, der DAWI-De-minimis-Verordnung oder des DAWI-Freistellungsbeschlusses gewährt werden. [2]Handelt es sich bei dem Vorhaben ganz oder teilweise um eine nichtwirtschaftliche (das heißt beihilfefreie) Tätigkeit oder erfolgt eine Förderung unter den Voraussetzungen des DAWI-Freistellungsbeschlusses, ist zur Vermeidung einer Quersubventionierung eine buchhalterische Trennung der Kosten, Finanzierung und Erlöse vorzusehen. [3]Vorhabenbezogene Einnahmen (zum Beispiel aus Teilnehmergebühren, Fahrkartenverkauf) stellen mit dem Zuwendungszweck zusammenhängende Einnahmen nach Nr. 1.2 ANBest-K dar.

4.7 Weitere Voraussetzungen

[1]Maßnahmen, zu deren Durchführung der Antragsteller selbst oder ein Dritter rechtlich verpflichtet ist, können nicht gefördert werden. [2]Erforderliche behördliche Genehmigungen oder Zustimmungen von Eigentümern oder sonstigen Berechtigten sind jeweils vor Beginn des Vorhabens einzuholen. [3]Die nach Nr. 6 einzureichenden Unterlagen müssen vorliegen. [4]Dazu zählen insbesondere:

4.7.1 [1]Gesamtkonzept über die Umsetzung der geplanten Maßnahmen und zur Erreichung der Zuwendungsziele. [2]Im Gesamtkonzept ist insbesondere darzulegen:

- Beschreibung der nach dieser Richtlinie geförderten und ergänzenden Vorhaben sowie Zielsetzungen des Antragstellers,
- Bedeutung für den Standort und erhoffte Auswirkungen für die Region,
- Übersicht über geplante weitere touristische Vorhaben in der Gebietskörperschaft, die in sachlichem Zusammenhang mit den beantragten Maßnahmen stehen,
- Ansatzpunkte für eine natursensible touristische Entwicklung in der Region (zum Beispiel Verzicht auf den Gesamtcharakter des Gebiets erheblich beeinträchtigende Eingriffe ins Landschaftsbild),
- sofern beantragt, konkretes Arbeitsprogramm des Naturtourismusmanagements,
- Einbindung lokaler Interessensgruppen in die Konzeptentwicklung und -umsetzung (zum Beispiel Naturschutzvereine, Sportvereine, Naturparkvereine),
- bei Naturparkgemeinden ist das Einvernehmen des Naturparkvereins sowie die Vereinbarkeit mit dessen Pflege- und Entwicklungsplan darzulegen.

4.7.2 Stellungnahme der fachlich zuständigen Stellen des Landratsamts, sofern betroffen des Wasserwirtschaftsamts.

5. Art und Umfang der Zuwendung

5.1 Art der Zuwendung

Die Zuwendung wird als Projektförderung im Wege der Anteilfinanzierung gewährt.

5.2 Höhe der Zuwendung

[1]Die Förderung ist auf insgesamt maximal 200 000 Euro je Antragsteller beschränkt. [2]Die Antragsteller haben die Möglichkeit, verschiedene Förderungen nach Nr. 2 zu kombinieren und bis zum Erreichen des Höchstbetrags mehrere Anträge zu stellen. [3]Nach Erreichen des Höchstbetrags können innerhalb von fünf Jahren keine weiteren Förderungen nach diesen Richtlinien bewilligt werden. [4]Die Bagatellgrenze je Antrag beträgt 50 000 Euro. [5]Für Anträge, die nur Vorhaben nach den Nrn. 2.1 oder 2.4 zum Gegenstand haben, beträgt die Bagatellgrenze abweichend von Satz 4 30 000 Euro. [6]Die Förderhöchstbeträge zu den einzelnen Vorhaben betragen

- zu Nr. 2.1 30 000 Euro,
- zu Nr. 2.2 100 000 Euro,
- zu Nr. 2.3 100 000 Euro,
- zu Nr. 2.4 30 000 Euro.

[7]Vorhaben nach den Nrn. 2.1.1, 2.2 und 2.3.1 bis 2.3.3 werden mit einem Fördersatz von bis zu 50 % Prozent gefördert. [8]Für Maßnahmen nach den Nrn. 2.2.2, 2.3.4 bis 2.3.6 sowie nach Nr. 2.4 beträgt der Fördersatz 30 %. [9]Im Einzelfall kann unter Berücksichtigung der Lage des Investitionsortes in einem besonders strukturschwachen Gebiet und der finanziellen Leistungsfähigkeit des Maßnahmenträgers ein höherer Fördersatz gewährt werden. [10]Die Vorhabenträger haben sich in jedem Fall angemessen, mindestens in Höhe von 20 %, an der Finanzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben zu beteiligen (Eigenmittel).

5.3 Zuwendungsfähigkeit von Ausgaben

5.3.1 Zuwendungsfähige Ausgaben

- Soweit es nicht Nr. 2 ausdrücklich anders bestimmt, sind ausschließlich investive Ausgaben, die zur Umsetzung der zu fördernden Maßnahme erforderlich sind, zuwendungsfähig.
- Für Nr. 2.4 ist auch der Ausgleich von Betriebskostendefiziten, die beim Betrieb der im Rahmen

von Modellprojekten umgesetzten Wander- und Rufbusse entstehen, zuwendungsfähig.

– Für die Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben bei Baumaßnahmen ist die jeweils geltende DIN 276 beziehungsweise HOAI zugrunde zu legen.

– Die Neuanlage von Wegen und Routen ist nur in begründeten Einzelfällen förderfähig.

5.3.2 Nicht zuwendungsfähige Ausgaben

Nicht zuwendungsfähig sind insbesondere

– Erstellung und Durchführung kommerzieller Angebote,

– Buchungsplattformen für Hotels und Gaststätten,

– nicht neutrale Darstellung kommerzieller Angebote,

– Plattformen zur Angebotsdarstellung, die kommerziell betrieben werden, nicht allgemein zugänglich sind oder der Zahlungsabwicklung dienen,

– Einrichtungen und Angebote, die nicht diskriminierungsfrei zugänglich sind,

– Umweltbildungsangebote, die zu mehr als 50 % einnahmefinanziert sind,

– Vermessung und GPS-Dokumentationen, die bereits nach anderen Programmen gefördert wurden,

– Beschneiungsanlagen sowie Nebeneinrichtungen hierzu,

– Grunderwerb und öffentliche Erschließung,

– kommunale Regiearbeiten (insbesondere Personalausgaben innerhalb der öffentlichen Verwaltung),

– nicht projektbezogene Sach-, Personal- und Betriebsausgaben,

– Ausgaben für die Beschaffung von Maschinen und Geräten zur Erstellung von Anlagen einschließlich Unterstellmöglichkeiten,

– Ausgaben für den Bauunterhalt,

– Ausgaben für laufende Raummieten,

– Betrieb und laufende Unterhaltung einer Tourismuseinrichtung,

– Ausgabenerhöhungen nach Erlass des Bewilligungsbescheids oder nach Zulassung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns (Nachförderung),

– Ausgaben, die ein anderer zu tragen verpflichtet ist,

– Ausgaben für Geschenke und sonstige Repräsentation, Bewirtungskosten,

– Umsatzsteuer, die nach § 15 UStG als Vorsteuer abzugsfähig ist,

– Maßnahmen nach Nr. 2.1.1, wenn bereits Maßnahmen nach Nr. 2.2.1 bewilligt wurden.

5.4 Verbot der Mehrfachförderung

Förderfähig sind nur für die Erreichung des Zuwendungszwecks erforderliche Ausgaben, die nicht bereits durch den Freistaat Bayern oder Dritte (zum Beispiel Bund, EU) gefördert werden.

5.5 Vorrang anderer Richtlinien

Maßnahmen, die nach den Förderrichtlinien für Wanderwege, Unterkunftshäuser und Grün- und Erholungsanlagen (FöR-WaGa) oder nach den Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinien (LNPR) gefördert werden können – insbesondere Wanderwege – sind grundsätzlich im Rahmen dieser Richtlinien zu fördern.

Teil 2 Verfahren

6. Zuständigkeit und Antragstellung

[1]Bewilligungsbehörde ist die jeweils örtlich zuständige Regierung. [2]Als Antrag auf Zuwendungsgewährung ist bei Kommunen das Formblatt nach Muster 1a zu Art. 44 BayHO (abrufbar unter http://www.stmuv.bayern.de/ministerium/foerderung/) zu verwenden. [3]Der Antrag ist bei der Bewilligungsbehörde einzureichen. [4]Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

– eine Beschreibung des Vorhabens mit einem Gesamtkonzept nach Nr. 4.7.1; für Maßnahmen nach den Nrn. 2.3 und 2.4 kann auch ein Konzept eingereicht werden, das im Rahmen von nach diesen Richtlinien geförderten Maßnahmen entstanden ist,

– ein Antrag nach Muster 1a zu Art. 44 BayHO,

– ein Beschluss des zuständigen Organs des Vorhabenträgers über die Durchführung des Vorhabens (Gremienbeschluss),

– ein Finanzierungsplan zur Sicherung der Gesamtfinanzierung des Vorhabens (bei Kommunen zusätzlich Muster 2 zu Art. 44 BayHO mit Beilagen gemäß Nr. 3.2.1 VVK) einschließlich einer Wirtschaftlichkeitsberechnung beziehungsweise Angaben zu Höhe und Finanzierung der durch das Vorhaben ausgelösten Folgeausgaben, insbesondere für Betrieb und Unterhalt; im Fall der Bildung von Teilmaßnahmen umfasst die Prüfung der Gesamtfinanzierung die Summe aller Teilmaßnahmen,

– eine Erklärung, dass nach Prüfung des Antragstellers für die Durchführung derselben Maßnahme keine anderen Fördermittel – auch nicht von Dritten nach anderen Förderrichtlinien – in Anspruch genommen werden,

– eine Stellungnahme des örtlich zuständigen regionalen Tourismusverbands (Allgäu/Bayerisch-Schwaben, Franken, Oberbayern München oder Ostbayern),

– bei Maßnahmen nach den Nrn. 2.3 und 4 eine Stellungnahme des Landratsamts beziehungsweise der kreisfreien Stadt dazu, ob die öffentlich-rechtlichen Vorschriften beachtet sind, den Belangen des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Wasserwirtschaft Rechnung getragen wird und die Nachfolgelasten getragen werden können,

– bei Baumaßnahmen die in Anlage 4a zu Art. 44 BayHO genannten Unterlagen.

[5]Im Einzelfall kann die Bewilligungsbehörde auf die Vorlage bestimmter Unterlagen verzichten oder weitere Unterlagen anfordern, zum Beispiel bei Vorliegen einer Beihilfe die Abgabe einer Allgemeinen oder DAWI-De-minimis-Erklärung. [6]In Fällen von

Nr. 3 Satz 2 ist eine schriftliche Vereinbarung zwischen den Kommunen über Art und Umfang der Kooperation beizufügen.

7. Bewilligungsverfahren

7.1 [1]Die Bewilligungsbehörde prüft die Fördervoraussetzungen unter besonderer Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege, holt gegebenenfalls ergänzende Stellungnahmen der Kreisverwaltungsbehörden sowie gegebenenfalls von Fachbehörden (zum Beispiel Wasserwirtschaftsamt) und regionalen Tourismusverbänden ein und entscheidet über den Antrag durch Zuwendungsbescheid. [2]Dabei ist auch die Finanzkraft der antragstellenden Kommune zu berücksichtigen.

7.2 [1]Die Förderakten der Bewilligungsbehörde sind bis zum Ablauf der jeweiligen im Zuwendungsbescheid festgesetzten Zweckbindungsfrist, mindestens jedoch zehn Jahre aufzubewahren. [2]Bei der Bewilligung einer Förderung bezieht sie die Empfehlung eines Beratergremiums mit ein.

7.3 [1]Der Zuwendungsbescheid wird durch die Bewilligungsbehörde erteilt, die auch das weitere Förderverfahren abwickelt. [2]Einen Abdruck des Zuwendungsbescheids und eventueller Änderungsbescheide übermittelt die Bewilligungsbehörde dem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz.

7.4 Jedes Fördervorhaben ist von der zuständigen Behörde vor Gewährung einer Zuwendung auf das Vorliegen einer Beihilfe im Sinne von Art. 107 Abs. 1 AEUV und, wenn eine Beihilfe vorliegt, auf die Einhaltung der Voraussetzungen der Allgemeinen beziehungsweise DAWI-De-minimis-Verordnung oder des DAWI-Freistellungsbeschlusses zu prüfen.

7.5 [1]Wird eine Baumaßnahme beantragt, sind die Nrn. 1.2 und 1.3 der NBest-Bau zur Auflage zu machen. [2]Soweit zweckmäßig kann ergänzend bestimmt werden, dass der Verwendungsnachweis nach Anlage 4b zu Art. 44 BayHO zu führen ist.

8. Beginn des Vorhabens

8.1 [1]Maßnahmen, mit deren Ausführung vor Entscheidung über den Förderantrag beziehungsweise vor schriftlicher Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn begonnen worden ist, werden nicht gefördert. [2]Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags.

8.2 [1]Die Bewilligungsbehörde kann auf Antrag bei Vorliegen besonderer sachlicher Dringlichkeitsgründe die Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn schriftlich nach Maßgabe von VV Nr. 1.3 zu Art. 44 BayHO beziehungsweise Nr. 1.3 VVK erteilen und diese mit Hinweisen verbinden. [2]Dem vorzeitigen Vorhabenbeginn darf aber nur auf der Basis konkreter Pläne und Kostenaufstellungen sowie sachlicher Prüfung zugestimmt werden. [3]Aus der Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn kann kein Anspruch auf Förderung abgeleitet werden; der Maßnahmenträger trägt das volle Finanzierungsrisiko. [4]Nach Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn ist binnen Jahresfrist über den Zuwendungsantrag zu entscheiden.

9. Auszahlungsantrag

[1]Auszahlungsanträge der Kommunen sind entsprechend Muster 3 zu Art. 44 BayHO mit einer Erklärung über den Stand der Ausgaben bei der Bewilligungsbehörde einzureichen. [2]Die Bewilligungsbehörde überwacht die ordnungsgemäße und zweckentsprechende Verwendung der Zuwendungen.

10. Nachweis der Verwendung

10.1 Verwendungsnachweis

[1]Der Verwendungsnachweis (einfacher Verwendungsnachweis) ist innerhalb eines Jahres nach Ende des Bewilligungszeitraums bei der Bewilligungsbehörde einzureichen. [2]Der Verwendungsnachweis ist bei kommunalen Maßnahmeträgern mit Formblatt Muster 4 zu Art. 44 BayHO (abrufbar unter http://www.stmuv.bayern.de/ministerium/foerderung/) zu erbringen.

10.2 Verwendungsnachweisprüfung

[1]Die zuständige Regierung prüft den Verwendungsnachweis, erstellt einen Prüfvermerk und die Abschlussverfügung und übernimmt auch die evtl. Geltendmachung von Erstattungsansprüchen. [2]Für eine Evaluierung der Wirksamkeit des Fördermitteleinsatzes sind der Bewilligungsbehörde zum Zeitpunkt der Vorlage des Verwendungsnachweises noch weitere Informationen zur Dokumentation realisierter Maßnahmen und erreichter Ziele im Rahmen des naturtouristischen Gesamtkonzepts zu übermitteln. [3]Dazu wird ein gesondertes Formblatt zur Verfügung gestellt.

11. Subventionserhebliche Angaben

[1]Die Angaben im Förderantrag und im Verwendungsnachweis sowie in den dazu eingereichten ergänzenden (Antrags-)Unterlagen sind subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuchs (StGB) in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes (SubvG) und Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes. [2]Unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben, die subventionserhebliche Tatsachen betreffen und dem Subventionsempfänger zum Vorteil gereichen, sind gemäß § 264 StGB als Subventionsbetrug strafbar. [3]Auf die besonderen Mitteilungspflichten nach § 3 SubvG wird hingewiesen.

12. Einvernehmen

Diese Bekanntmachung ergeht im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat sowie nach Anhörung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs.

Teil 3 Schlussbestimmungen

13. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 2018 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Dr. Christian Barth
Ministerialdirektor

7815-L

Änderung der Geschäftsordnung für die Ämter für Ländliche Entwicklung in Bayern

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 21. August 2018, Az. E7-0203-1/49

1. Die Geschäftsordnung für die Ämter für Ländliche Entwicklung in Bayern (ALEGO) vom 27. Januar 2009 (AllMBl. S. 76), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 26. April 2013 (AllMBl. S. 200) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1.1 In Nr. 1.1 Abs. 3 werden die Wörter „Organisation und die Benutzungsgebühren sowie über die Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer in den Spruchausschüssen der“ gestrichen und die Angabe „LEV“ wird durch die Angabe „ALEV“ ersetzt.

1.2 Der Nr. 3.3.3 wird folgender Buchst. e angefügt:

„e) Wahrnehmung der Aufgaben der dezentralen Vergabe- und Beschaffungsstelle im Liefer- und Dienstleistungsbereich“.

1.3 Der Nr. 3.3.5 wird folgender Buchst. g angefügt:

„g) Wahrnehmung der Aufgaben des Verantwortlichen für den Datenschutz“.

1.4 In Nr. 3.3.6 Buchst. e werden die Wörter „der Intranet- und Internetpräsentation des Amtes“ durch die Wörter „des Intranets (Mitarbeiterportal) des Amtes, Erstellung von Beiträgen für die Internetpräsentation, Zusammenarbeit mit dem BZA“ ersetzt.

1.5 In Nr. 4.1 Abs. 3 Satz 3 werden nach dem Wort „Amtes“ die Wörter „für Ländliche Entwicklung“ eingefügt.

1.6 Der Nr. 4.2.3 wird folgender Buchst. f angefügt:

„f) Analyse und Definition der Anforderungen und Prozesse der IT-Fachanwendungen und des Qualitätsmanagements“.

1.7 In Nr. 4.3.1 Satz 3 wird die Angabe „und I 3“ durch die Angabe „, I 3 und I 4“ ersetzt.

1.8 In Nr. 4.3.3 Buchst. h wird die Angabe „RZ Süd“ durch die Wörter „dem IT-Dienstleistungszentrum“ ersetzt.

1.9 Nr. 4.3.4 wird wie folgt geändert:

1.9.1 In Buchst. g wird die Angabe „RZ Süd“ durch das Wort „IT-Dienstleistungszentrum“ ersetzt.

1.9.2 Buchst. h wird aufgehoben.

1.10 Nach Nr. 4.3.5 wird folgende Nr. 4.3.6 eingefügt:

„4.3.6 Sachgebiet Digitalisierung, E-Government (I 4)

Zum Aufgabengebiet des Sachgebiets I 4 gehören insbesondere:

a) Durchführung von Projekten (konzeptionelle Arbeiten, Entwicklung, Wartung und Weiterentwicklung von Software) zur Digitalisierung von Verwaltungsprozessen

b) Aufbau von Online-Diensten, Integration in Verwaltungsportale

c) Aufbau und Führung der Datenstrukturen und der Schnittstellen zu Systemen anderer Organisationen

d) Weiterentwicklung und zentrale technische Betreuung des Qualitätsmanagements

e) Technische Betreuung des Intranets (Mitarbeiterportal) der Verwaltung

f) Zentralredaktion der Internetauftritte der Ämter

g) Schulung, Beratung und Unterstützung der Anwenderbetreuer an den Ämtern“.

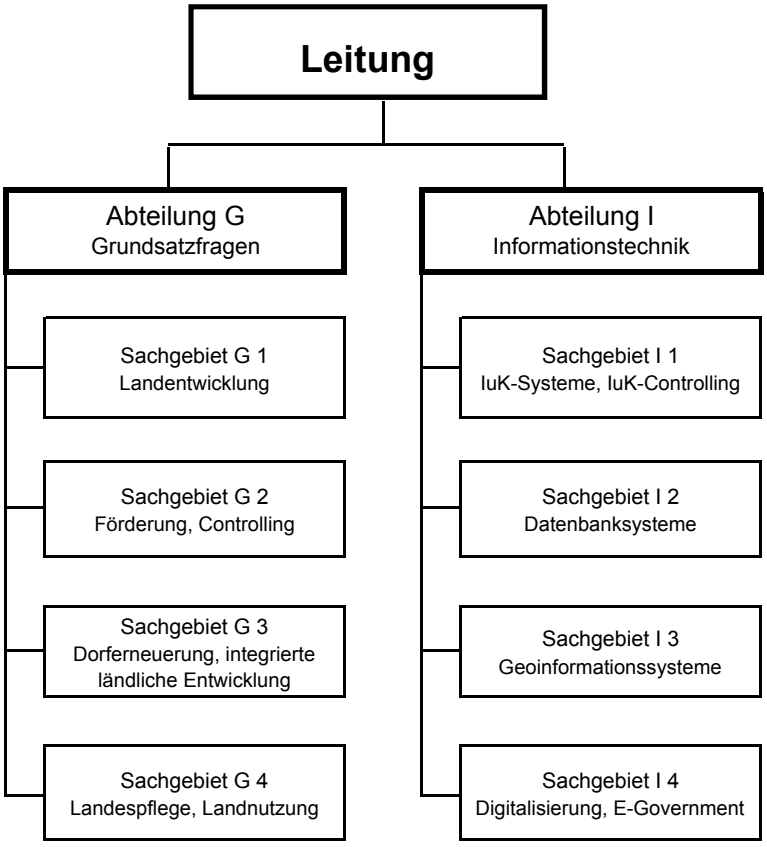
1.11 Anlage 2 wird nach Maßgabe der dieser Bekanntmachung als Bestandteil beigefügten **Anlage** neu gefasst.

2. Diese Änderungen treten mit Wirkung vom 3. September 2018 in Kraft.

Maximilian Geierhos
Ministerialdirigent

Anlage 2

Bereich Zentrale Aufgaben der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung (BZA) am ALE Oberbayern



7840-L

Änderung der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Stärkung der Verarbeitung und Vermarktung von regionalen landwirtschaftlichen Erzeugnissen (VuVregio) und von regionalen ökologischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen (VuVöko)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 3. September 2018, Az. M-7601-1/296

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Stärkung der Verarbeitung und Vermarktung von regionalen landwirtschaftlichen Erzeugnissen (VuVregio) und von regionalen ökologischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen (VuVöko) vom 21. August 2017 (AllMBl. S. 437) wird wie folgt geändert:

1.1 Nr. 6.4 wird wie folgt geändert:

1.1.1 Nach Satz 2 wird folgender Satz 3 eingefügt:

„[3]Abweichend davon beträgt das förderfähige Mindestinvestitionsvolumen für Investitionen in die Betäubung von Schlachttieren 5 000 Euro, wenn der Antragsteller nicht mehr als 1 000 Großvieheinheiten im Jahr schlachtet.“

1.1.2 Die bisherigen Sätze 3 bis 6 werden die Sätze 4 bis 7.

1.2 Nr. 12.4 wird wie folgt geändert:

1.2.1 Nach Satz 2 wird folgender Satz 3 eingefügt:

„[3]Abweichend davon beträgt das förderfähige Mindestinvestitionsvolumen für Investitionen in die Betäubung von Schlachttieren 5 000 Euro, wenn der Antragsteller nicht mehr als 1 000 Großvieheinheiten im Jahr schlachtet.“

1.2.2 Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden die Sätze 4 und 5.

2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 3. September 2018 in Kraft.

Georg Windisch
Ministerialdirigent

321-A

Amtstracht bei den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit und den Gerichten für Arbeitssachen

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

vom 13. September 2018, Az. A5/0062-1/17

1. Art und Ausgestaltung der Amtstracht

1.1 Die Amtstracht besteht aus einer schwarzen Robe mit schwarzem Besatz.

1.2 Der Besatz besteht

a) bei Berufsrichterinnen und Berufsrichtern, Richterinnen und Richtern kraft Auftrags sowie Richterinnen und Richtern auf Probe aus Samt,

b) bei Urkundsbeamtinnen und Urkundsbeamten der Geschäftsstelle sowie mit deren Aufgaben betrauten Personen aus Wollstoff.

1.3 [1]Die Robe bedeckt die Kleidung bis mindestens eine Hand breit unterhalb des Knies und bis zum Handgelenk. [2]Material, Schnitt und Gestaltung der Robe müssen mit dem Ansehen der Rechtspflege vereinbar sein.

1.4 [1]Männer tragen zur Robe ein weißes Hemd mit weißer Krawatte oder weißer Fliege. [2]Für Frauen ist eine andere weiße Bekleidung (z. B. Bluse oder Schal, der ein Kleidungsstück anderer Farbe verdeckt) zulässig. [3]Urkundsbeamtinnen und Urkundsbeamte der Geschäftsstelle und mit deren Aufgaben betraute Personen können auch Blusen oder Hemden in anderer unauffälliger Farbe tragen.

1.5 Abgeordnete Richterinnen und Richter können ihre bisherige Amtstracht tragen.

2. Verpflichtung zum Tragen der Amtstracht

2.1 Die Amtstracht ist in den zur Verhandlung oder zur Verkündung einer Entscheidung bestimmten Sitzungen der Gerichte zu tragen.

2.2 [1]Bei anderen Amtshandlungen ist die Amtstracht zu tragen, wenn es wegen der Art oder der Bedeutung der Handlung oder aus sonstigen Gründen mit Rücksicht auf das Ansehen der Rechtspflege angemessen ist. [2]Ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet die oder der die Amtshandlung Leitende.

2.3 § 11 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetzes ist zu beachten.

2.4 Ehrenamtliche Richterinnen und Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit und der Sozialgerichtsbarkeit tragen keine Amtstracht.

2.5 Für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte gilt § 20 der Berufsordnung für Rechtsanwälte.

3. Beschaffung der Amtstracht

[1]Die Beschaffung der Amtstracht ist Sache der Trägerin und des Trägers. [2]Für Urkundsbeamtinnen und Urkundsbeamte der Geschäftsstelle sowie für mit deren Aufgaben betraute Personen werden von den Gerichten staatseigene Amtstrachten beschafft.

4. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 30. September 2018 tritt die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge über die Amtstracht bei den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit und den Gerichten für Arbeitssachen vom 23. Dezember 1953 (BayBSVA S. 10), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 10. März 1970 (AMBl. S. 106) geändert worden ist, außer Kraft.

Michael Höhenberger
Ministerialdirektor

2126.0-G

Berichtigung der Bekanntmachung zur Änderung der Richtlinie zur Förderung der Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

vom 10. September 2018, Az. 31e-G8060-2013/83-79

In Nr. 1.5.2 Abs. 2 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege zur Änderung der Richtlinie zur Förderung der Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum vom 9. November 2015 (AllMBl. S. 529) wird Satz 1 gestrichen.

Gabriele Hörl
Ministerialdirigentin

2126.0-G

Richtlinie zur Förderung der Geburtshilfe in Bayern (GebHilfR)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

vom 14. September 2018, Az. 24-K9000-2017/189-94

[1]Der Freistaat Bayern gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (vor allem Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung – BayHO) und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften Zuweisungen zum Zweck der Stärkung und Sicherung der geburtshilflichen Versorgung. [2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Unterstützung, Stärkung und Sicherung der geburtshilflichen Hebammenversorgung

1.1 Zweck der Zuweisung

[1]Krankenhäuser haben zunehmend Probleme, Hebammen und Entbindungspfleger für die geburtshilfliche Tätigkeit im Kreißsaal zu gewinnen und dort zu halten. [2]Dies gilt auch in der Wochenbettbetreuung.

[3]Zweck der Zuweisung ist die Unterstützung, Stärkung und Sicherung der Hebammenversorgung in der Geburtshilfe und in der Wochenbettbetreuung im Sinne der Buchst. B und C der Anlage 1.3 (Vergütungsverzeichnis) zum Vertrag nach § 134a SGB V.

1.2 Gegenstand der Zuweisung

[1]Gefördert werden Maßnahmen und Projekte, die die geburtshilfliche Hebammenversorgung sowie die Wochenbettbetreuung durch Hebammen und Entbindungspfleger stärken und sichern. [2]Dies können insbesondere sein:

- Werbemaßnahmen zur Personalgewinnung,
- Entwicklung und Unterstützung der Einrichtung von Koordinierungsstellen, Vermittlungszentralen oder eines Hebammennotfalldienstes für kurzfristig auftretende Bedarfslagen in der Geburtshilfe oder der Wochenbettbetreuung,
- Entwicklung und Umsetzung von Wohnraumkonzepten,
- Teambuilding-Maßnahmen,
- Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Tätigkeit im Kreißsaal und in der Wochenbettbetreuung,
- Verträge mit Hebammen und Entbindungspflegern, zum Beispiel zur Organisation einer mobilen Reserve für die Geburtshilfe oder die Wochenbettbetreuung,
- Entwicklung und Unterstützung von Personalfindungskonzepten,
- finanzielle Unterstützung von Hebammen und Entbindungspflegern, wenn sich diese verpflichten, für einen angemessenen Zeitraum und zeitlichen Umfang im Landkreis oder der kreisfreien Stadt für die Tätigkeit in der Geburtshilfe oder der Wochenbettbetreuung zur Verfügung zu stehen,
- zusätzlich erforderliche Personal- und Sachausgaben beim Landkreis oder der kreisfreien Stadt oder im Krankenhaus zur Durchführung von Maßnahmen zur Erreichung des Förderzwecks.

[3]Vom Förderzweck ausdrücklich miterfasst und erwünscht sind Kooperationen zwischen Landkreisen und zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten bei der Konzeption und der Durchführung von Maßnahmen im Sinne von Satz 2. [4]Dies gilt insbesondere, wenn ein benachbarter Landkreis oder eine benachbarte kreisfreie Stadt eines Förderempfängers nicht über eine Geburtshilfestation verfügt oder wenn anzunehmen ist, dass ein erheblicher Teil der in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt gemeldeten Neugeborenen in einer benachbarten Kommune geboren werden.

1.3 Zuweisungsempfänger

Zuweisungsempfänger sind die für die stationäre Versorgung und die Hebammenhilfe sicherstellungsverpflichteten Landkreise und kreisfreien Städte im Freistaat Bayern (Art. 51 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 LKrO und Art. 9 Abs. 1 Satz 2 GO).

1.4 Zuweisungsvoraussetzungen

1.4.1 [1]Die Zuweisung wird unter der Voraussetzung gewährt, dass der Förderzweck eingehalten wird und die Weitergabe staatlicher Mittel mit dem EU-Beihilferecht vereinbar ist. [2]Bei der Weitergabe staatlicher Mittel an Unternehmen im Sinne von Art. 107 Abs. 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ist von den Kommunen das EU-Beihilferecht mit seinen De-minimis-Verordnungen in der jeweils geltenden Fassung zu beachten oder eine marktkonforme Gegenleistung nach den geltenden rechtlichen Vorgaben festzustellen.

1.4.2 [1]Abweichend von VV Nr. 1.3 zu Art. 44 BayHO wird der vorzeitige Maßnahmenbeginn für die Förderung der Jahre 2018 und 2019 mit Eingang des Antragsschreibens bei der Bewilligungsbehörde zugelassen. [2]Ab der Förderung für das Jahr 2020 darf mit der Durchführung der Maßnahmen begonnen werden, wenn der Eingang des vollständigen Förderantrags von der Bewilligungsbehörde bestätigt wurde. [3]Als Maßnahmenbeginn gilt der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags. [4]Mit der Erlaubnis des vorzeitigen Maßnahmenbeginns entsteht kein Rechtsanspruch auf Förderung.

1.4.3 Die Bewilligungsbehörde kann im Zuwendungsbescheid die Weiterleitung von Zuweisungen durch den Zuweisungsempfänger nach Nr. 13 der Anlage 3 zu Art. 44 BayHO (VVK) zulassen.

1.5 Art, Umfang und Höhe der Zuweisung

1.5.1 Art der Zuweisung

Die Zuweisung wird im Wege der Festbetragsfinanzierung als Projektförderung gewährt.

1.5.2 Zuwendungsfähige Ausgaben

[1]Zuwendungsfähig sind Personal- und Sachausgaben, die im Zusammenhang mit dem jeweils geförderten Projekt anfallen. [2]Zuwendungsfähig sind höchstens die Ausgaben, die für vergleichbar Beschäftigte des Staates entstehen würden. [3]Nicht zuwendungsfähig sind Gemeinkosten sowie Investitionen für Bau- und Sanierungsmaßnahmen. [4]Für die Anschaffung von Gegenständen und Geräten, deren Anschaffungswert 410 Euro (ohne Umsatzsteuer) übersteigt, die Anschaffung von Fahrzeugen oder für ähnliche Anschaffungen gilt eine Zweckbindungsfrist von drei Jahren.

1.5.3 Höhe der Zuweisung

[1]Die maximale Höhe der Zuweisung bemisst sich nach der Anzahl der Geburten in Krankenhäusern im Gebiet des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt im Jahr vor dem Bewilligungszeitraum multipliziert mit dem Faktor 40. [2]Für den Bewilligungszeitraum 2018 wird der Faktor vom Staatsministerium für Gesundheit und Pflege gesondert festgesetzt, nachdem die Meldungen der Krankenhäuser nach Art. 24 des Bayerischen Krankenhausgesetzes (BayKrG) für das Jahr 2017 vollständig vorliegen.

1.5.4 [1]Maßgeblich für die Berechnung des maximalen Zuweisungsbetrags sind alle Geburten (Lebend- und Totgeburten) im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt, die von Krankenhäusern für den Landkreis bzw. die kreisfreie Stadt jeweils für das dem Bewilligungszeitraum vorangehende Jahr gemeldet werden. [2]Geburten außerhalb solcher

Einrichtungen werden nicht in die Berechnung einbezogen. [3]Eine etwaige Differenz der in diesem Verfahren gemeldeten Zahlen zu später veröffentlichten Zahlen des Landesamts für Statistik bleibt unbeachtlich. [4]Zwischen natürlichen Geburten und Geburten durch Kaiserschnitt wird nicht unterschieden. [5]Mehrlingsgeburten werden der Zahl nach berücksichtigt. [6]Der Wohnsitz der entbindenden Frauen ist unbeachtlich.

1.5.5 [1]Der Zuweisungsempfänger muss sich angemessen, mindestens jedoch zu 10 %, mit eigenen Mitteln beteiligen. [2]Kreisfreie Städte und Landkreise (insbesondere wenn sie mangels Geburtshilfestation die Voraussetzungen nach Nr. 1.5.4 nicht erfüllen) können sich an der Aufbringung der Eigenmittel eines Zuweisungsempfängers nach Satz 1 beteiligen, wenn sich eine geförderte Maßnahme einer Nachbarkommune im Bereich der Wochenbettbetreuung auch auf ihr Gebiet auswirkt; der Zuweisungsempfänger soll auf Verlangen einem solchen Beteiligungswunsch Rechnung tragen.

1.6 Verfahren

1.6.1 Bewilligungsbehörde

Bewilligungsbehörde ist die Regierung von Oberfranken.

1.6.2 Antrag

[1]Der Antrag ist nach Muster 1a zu Art. 44 BayHO bei der Bewilligungsbehörde einzureichen. [2]Für das Jahr 2018 gilt eine Antragsfrist bis 31. Oktober 2018. [3]Für das Jahr 2019 gilt eine Antragsfrist bis 31. Dezember 2018. [4]Für die Folgejahre ist der Antrag jeweils bis 15. November des dem Bewilligungszeitraum vorangehenden Kalenderjahres zu stellen. [5]Der Antrag muss insbesondere folgende Angaben enthalten:

– für den Bewilligungszeitraum 2018 die Zahl der nach Nr. 1.5.4 von den Krankenhäusern gemeldeten Geburten des Jahres 2017,

– Beschreibung der geplanten Maßnahmen im Sinne von Nr. 1.2,

– Kosten- und Finanzierungsplan.

[6]Für den Bewilligungszeitraum 2019 und spätere Bewilligungszeiträume ist die Zahl der nach Nr. 1.5.4 von den Krankenhäusern gemeldeten Geburten bis spätestens 31. Mai des auf die Antragstellung folgenden Jahres einzureichen (Ausschlussfrist). [7]Die Bewilligungsbehörde kann zur Prüfung der geplanten Vorhaben weitere Unterlagen anfordern.

1.6.3 Die Regierung prüft für jeden Antrag, ob die Voraussetzungen des Beschlusses 2012/21/EU der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Art. 106 Abs. 2 AEUV auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. L 7 vom 11. Januar 2012, S. 3 – sog. DAWI-Freistellungsbeschluss) vorliegen.

1.6.4 Soweit nicht ausgeschlossen ist, dass Maßnahmen der Landkreise und kreisfreien Städte nach Nr. 1.2 als wirtschaftliche Tätigkeiten im Sinne des EU-Beihilferechts anzusehen sind, hat die Regierung zur Freistellung der Fördermaßnahme von der Anmeldepflicht bei der Kommission den DAWI-Freistellungsbeschluss anzuwenden.

1.6.5 Bewilligungszeitraum

[1]Für Bescheide, die im Jahr 2018 erlassen werden, endet der Bewilligungszeitraum am 30. Juni 2019; ab dem Jahr 2019 endet der Bewilligungszeitraum mit Ablauf des Haushaltsjahres (Kalenderjahr). [2]Die Bewilligungsbehörde kann den Bescheid ganz oder teilweise widerrufen, falls die bewilligten Mittel im laufenden Haushaltsjahr nicht oder nicht vollständig zweckentsprechend verwendet werden können.

1.6.6 Auszahlung der Mittel

Der Auszahlungsantrag ist bei der Bewilligungsbehörde einzureichen.

1.6.7 Verwendungsnachweis

[1]Der Zuweisungsempfänger hat die bestimmungsgemäße Verwendung der Zuweisungen der Bewilligungsbehörde gegenüber nachzuweisen. [2]Im Verwendungsnachweis soll zudem angegeben werden, wie viele Hebammen und Entbindungspfleger durch die Maßnahme in der geförderten Tätigkeit gehalten oder dafür gewonnen werden konnten.

2. Mehrfachförderung

Soweit der Zuweisungsempfänger hinsichtlich desselben Fördergegenstandes eine Förderung nach einem anderen Förderprogramm in Anspruch nehmen kann, scheidet eine Förderung nach dieser Richtlinie aus.

3. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 28. September 2018 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Ruth Nowak
Ministerialdirektorin

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Französischen Republik in Nürnberg

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 30. August 2018, Az. Prot 1090-298-5

Die Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Französischen Republik in Nürnberg hat sich wie folgt geändert:

Königstorgraben 1, 90402 Nürnberg
Telefon: 0151 25373367
Öffnungszeiten: mittwochs und donnerstags 9 bis 12 Uhr, freitags 9 bis 14 Uhr

Die übrigen Kontaktdaten bleiben unverändert.

Roland Krebs
Ministerialrat

Verwaltungsvereinfachung; Ergebnisse des Vorschlagswesens 2017; Vollzug der Innovationsrichtlinie Moderne Verwaltung

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 28. August 2018, Az. Z1-0218-2-512

Der Innovationszirkel Moderne Verwaltung beim Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr hat im Jahr 2017 in seinen Sitzungen über 19 Vorschläge aus seinem damaligen Zuständigkeitsbereich (Bereiche „Allgemeine Innere Verwaltung“ und „Oberste Baubehörde“) entschieden. Für die folgenden zehn Vorschläge konnten Prämien in Höhe von insgesamt 12 700 Euro zuerkannt werden.

1. Folgende vier Vorschläge wurden angenommen und mit einer Prämie belohnt:

Nr.	Einreicher	Kennwort	Vorschlagsinhalt	Prämie (Euro)
1930	PHK Johannes Giglmeier, **Polizeipräsidium Oberbayern Süd**	**Kassenverwaltungs-programm**	EDV-Programm zur Erfassung und Verwaltung von Sicherheitsleistungen, Verwarnungen, Gebühren etc. bei Polizeidienststellen.	**6 400**
2200	Eugen Wagenpfeil, Thomas Treffer, **Autobahndirektion Südbayern**	**Hydraulischer Streuteller – Winterdienst**	Hydraulische Hubvorrichtung zum Hochschwenken des Streustoffverteiler-systems (Streuteller mit Sprüheinrichtung) am Winterdienst-Streugerät.	**2 100**
2189	**Bayerisches Landeskriminalamt**	**MultiDecoder**	Software zur Überprüfung digitaler Sicherheitsmerkmale auf ausländischen Identifikationspapieren.	**2 000**
2166	POK Philipp Lehr, **Verkehrspolizeiinspektion Nürnberg**	**Gefahrgutbeförderung durch bayerische Behörden – Beförderungspapier**	Excel-Formblatt für die Gefahrgut-beförderung durch bayerische Behörden.	**400**

2. Für folgende sechs nicht angenommene Vorschläge wurde eine Anerkennungsprämie ausgesprochen:

Nr.	Einreicher	Kennwort	Vorschlagsinhalt	Prämie (Euro)
2168	RA Christian Wolf, **Zentrum Bayern Familie und Soziales Region Unterfranken**	**Fernwärmeliefervertrag Würzburg**	Abschluss eines Rahmenvertrags bzw. einer Preisvereinbarung mit dem örtlichen Energieversorger für alle staatlichen Liegenschaften im Einzugsbereich des Energieversorgers.	**500**
2185	Elmar Schäfer, **Autobahndirektion Nordbayern**	**Sediment aus RRR – Regenrückhalteräume**	Zwischenlagerung von belastetem Sediment/Boden aus Regenrückhalteräumen zur Reduzierung der Kontaminierung.	**500**
2195	Oberstraßenmeisterin Natalie Kienmüller-Stadler, **Staatliches Bauamt Landshut**	**Baumkontrolle – Baumbeobachtung**	Einheitliches Erfassungs- und Auswertungsgerät für alle notwendigen Kontrollen im Straßenbetriebsdienst.	**500**
2176	PA Harald Kappelbauer, **Polizeipräsidium München**	**WebRadio-Digitalfunk**	Webbasierte Anwendung zum Mithören des polizeilichen Digitalfunks am Standard-Arbeitsplatz der Polizei.	**100**
2188	Jürgen Hilmer, **Polizeiinspektion Immenstadt i. Allgäu**	**Schutzwesten im Streifenwagen**	Kostengünstige Lösung für das Verstauen der neuen ballistischen Schutzweste SK 4 im BMW 3er Kofferraum.	**100**
2192	**Polizeiinspektion München 31**	**IGVP / INPOL – Datenübernahme**	Technische Übertragung/Zuordnung von Daten aus der INPOL-Recherche ins IGVP.	**100**

An dieser Stelle spreche ich den innovativen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ihre Ideen eingebracht und damit dazu beigetragen haben, Abläufe in der bayerischen Staatsverwaltung zu vereinfachen, kosteneffizienter auszugestalten oder in anderer Weise zu verbessern, große Anerkennung und meinen herzlichen Dank aus. Dies gilt natürlich auch für das engagierte Mitwirken derjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Vorschläge von unserem Innovationszirkel nicht angenommen wurden.

Die Bekanntgabe der im Jahr 2017 prämierten Vorschläge ist für mich ein willkommener Anlass, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Freistaates Bayern zu bitten, sich weiterhin am Vorschlagswesen in der bayerischen Staatsverwaltung zu beteiligen. Auch Ihre Vorschläge könnten bald prämiert und bekannt gemacht werden.

Verbessern Sie mit – es lohnt sich: Für Sie und für uns.

Bitte unterrichten Sie sich auch über alle bayerischen Vorschläge in der Datenbank „Innovative Moderne Verwaltung", die unter der Adresse http://www.bybn.de/stk/iz abrufbar ist.

Nähere Einzelheiten entnehmen Sie bitte insbesondere der Innovationsrichtlinie Moderne Verwaltung (Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 30. September 2008, AllMBl. S. 623). Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an das für Ihren Vorschlag zuständige Staatsministerium oder an den Innovationszirkel Moderne Verwaltung in Ihrer Behörde. Im Bayerischen Staatsministerium des Innern und für Integration erreichen Sie einen Ansprechpartner unter der Telefonnummer 089 2192-01 bzw. E-Mail innovation@stmi.bayern.de.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibung

Die Stelle **der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des Sozialgerichts Würzburg** (BesGr R 2 + AZ) ist neu zu besetzen.

Bis zum **18. Oktober 2018** können auf dem Dienstweg Bewerbungen beim Präsidenten des Bayerischen Landessozialgerichts eingereicht werden.

Im Hinblick auf die Anforderungen des zu besetzenden Amtes werden eine ausgeprägte Führungs- und Verwaltungserfahrung, mindestens zwei Jahre sozialrichterliche Tätigkeit und Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung vorausgesetzt.

Vorrangig werden Bewerberinnen/Bewerber berücksichtigt, die über eine ausreichend lange Berufserfahrung als Juristin/Jurist in der Ministerialverwaltung in leitender Funktion, am Bundesverfassungsgericht, am Bundessozialgericht oder einer vergleichbaren Institution auf europäischer oder internationaler Ebene verfügen.

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht (Art. 2 Abs. 1, Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Auf das Antragsrecht zur Beteiligung der/des Gleichstellungsbeauftragten (Art. 18 Abs. 3 Satz 2 BayGlG) sowie auf die Möglichkeit einer Ermäßigung des Dienstes unter den gesetzlichen Voraussetzungen des BayRiG wird hingewiesen.

Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Literaturhinweise

C.H.Beck Verlag, München

Rehmann/Wagner, **MPG, MP-VO – Medizinproduktegesetz, Verordnung (EU) 2017/745 über Medizinprodukte,** Kommentar, 3. Auflage 2018, XXXII, 625 Seiten, Preis 109 €, ISBN 978-3-406-71125-1.

Der Kommentar erläutert das Medizinproduktegesetz aktuell, praxisbezogen und lösungsorientiert. Er berücksichtigt dabei das für das MPG relevante Gemeinschaftsrecht, beleuchtet die Bezüge zu anderen, in diesem Zusammenhang bedeutsamen Rechtsgebieten und bündelt im Anhang für die tägliche Arbeit wichtige Texte der nationalen Vorschriften. Das Literaturverzeichnis bietet einen Überblick über die in diesem Rechtsbereich bisher erfolgten Veröffentlichungen, die ausgewerteten und zitierten Entscheidungen sind im Entscheidungsverzeichnis aufgelistet. Die Neuauflage wurde um einen völlig neuen Teil zu den zukünftigen neuen europäischen Rechtsvorschriften – Medizinprodukte-VO (EU) und IVD-VO (EU) – erweitert. Die Kommentierung zum nationalen, bis auf Weiteres geltenden Recht befindet sich auf dem neuesten Stand der Rechtsprechung.

de Bok, **Beute,** mein Jahr auf der Jagd, 2018, 272 Seiten, Preis 19,95 €, ISBN 978-3-406-72112-0.

Das Buch behandelt die Jagd von der ersten Spur bis zum Schuss, vom Aufbrechen des Wildes bis zum Verzehr und zugleich eine Reflexion über die Natur des Menschen als Jäger, die Lust am Beutemachen, das Essen von Tieren und die moralische Verantwortung. Es beschreibt wie sich der Jäger in die Tiere hineinversetzen und sich selbst kennen muss. Zugleich hält die Jagd einer Gesellschaft den Spiegel vor, die immer mehr Tiere „verbraucht", aber vom Töten nichts wissen will. Das Buch regt an über das Verhältnis von Mensch und Tier und den Platz des Menschen in der Natur nachzudenken.

Göldenboog, **Die Weisheit des Misthaufens,** Expeditionen in die biodynamische Landwirtschaft, 2018, 201 Seiten, Preis 14,95 €, ISBN 978-3-406-72044-4.

Das Buch geht dem Prinzip einer naturnahen Landwirtschaft mit Respekt vor den Tieren, den Pflanzen und dem Boden nach. Es schildert wie Menschen denken und handeln, die die Welt retten und unser Essen zugleich besser und schmackhafter machen wollen. Dabei wird der Bogen vom Demeter-Bund über Rudolf Steiner zum Weinbau gespannt und kommt zu dem Ergebnis, dass Biodynamiker eine Alternative zur herkömmlichen EU-Landwirtschaft haben, deren Vorzüge man sehen, schmecken und riechen kann.

Mauch, **Die Präsidenten der USA,** 45 historische Porträts von George Washington bis Donald Trump, 1., fortgeführte und aktualisierte Auflage 2018, 560 Seiten, Preis 19,95 €, ISBN 978-3-406-70048-4.

Der Band bietet eine kleine Geschichte der USA im Spiegel ihrer Präsidenten. In biografischen Porträts werden Leben und Amtszeit der 45 Präsidenten geschildert, die wichtigsten Entwicklungen, Ereignisse und Entscheidungen skizziert und abschließend Leistungen und Versäumnisse der jeweiligen Präsidentschaft betrachtet. Ein Panorama der US-amerikanischen Geschichte von der Unabhängigkeit am Ende des 18. Jahrhunderts bis zur globalen Supermacht unserer Tage.

Volkert, **Geschichte Bayerns,** 5., aktualisierte und durchgesehene Auflage 2017, 128 Seiten, Preis 8,95 €, C.H.Beck Wissen; 2602, ISBN 978-3-406-55159-8.

Das Buch beschreibt die wichtigsten Ereignisse und prägenden Strukturen der historischen Entwicklung Bayerns, aus den einzelnen Stammesterritorien zum Freistaat unserer Tage. Der Bogen spannt sich von den vorgeschichtlichen Epochen über die Kelten- und Römerherrschaft bis zum heutigen Föderalismus.

Althaus/Niedermeier/Niescken, **Zwangsstörungen,** wenn die Sucht nach Sicherheit zur Krankheit wird, 3., überarbeitete Auflage 2018, 247 Seiten, Preis 19,95 €, ISBN 978-3-406-70024-8.

Das Buch erläutert den aktuellen Forschungsstand und die erfolgreichsten Therapieansätze. Es macht Betroffe-

nen Mut, sich Ihrer Zwangserkrankung zu stellen und durch die anschauliche Schilderung individueller Bewältigungsstrategien Auswege aus dem vertrauten, aber starren System ihres Zwangs zu finden. Angehörige bekommen einen Einblick in die Welt des Zwangskranken und erfahren viel zu dem Umgang mit Betroffenen.

Spannowsky/Runkel/Goppel, **ROG – Raumordnungsgesetz,** Kommentar, 2. Auflage 2018, XL, 553 Seiten, Preis 99 €, ISBN 978-3-406-71936-3.

Das ROG regelt die allgemeinen Grundsätze und Leitziele für alle Raumplanungen, Grundaussagen für die Planungen der Länder, die Regeln für die Planungen des Bundes sowie Regelungen über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Der Kommentar bietet eine ausführliche und praxisnahe Kommentierung. Er erläutert eingehend die Grundsätze der Raumordnung und Regelungen über die Planerhaltung, die erweiterten Möglichkeiten der Kooperation von Regionen, Kommunen und Privaten, die Regelungen über den Planungs- und Koordinierungsauftrag des Bundes, die sich aus der neuen Kompetenzlage ergebenden Folgen für die Gesetzgebung der Länder. Die Neuauflage bringt Rechtsprechung und Literatur auf den Stand von Anfang 2018. Sie berücksichtigt insbesondere die Änderungsnovelle vom 23. Mai 2017.

Reich, **BeamtStG – Beamtenstatusgesetz,** Kommentar, 3. Auflage 2018, XXVII, 497 Seiten, Preis 79 €, ISBN 978-3-406-71819-9.

Das Beamtenstatusgesetz legt bundeseinheitliche Strukturen für die beamtenrechtlichen Angelegenheiten von Landes- und Kommunalbeamten fest. Der Kommentar erläutert praxisorientiert das Beamtenstatusgesetz mit Blick auf die Verzahnung des BeamtStG und der Landesbeamtengesetze. Schwerpunkte sind u. a. die Begründung und Beendigung eines Beamtenverhältnisses, die Abordnung und Versetzung und die rechtliche Stellung im Beamtenverhältnis sowie beim Rechtsschutz. Ausführungen zum Rechtsschutz sind ebenso beinhaltet. Die Neuauflage berücksichtigt alle seit der Vorauflage ergangenen Gesetzesänderungen, wie z. B. zuletzt durch Art. 6 Abs. 3 des Gesetzes zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung, durch Art. 3 des Gesetzes zur Neuregelung des Mutterschutzrechts und durch Art. 2 des Gesetzes zu bereichsspezifischen Regelungen der Gesichtsverhüllung und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften.

Verlag Franz Vahlen, München

Doepner/Reese, **Heilmittelwerbegesetz,** Kommentar, 3., überarbeitete Auflage 2018, XLII, 1309 Seiten, Preis 189 €, ISBN 978-3-8006-5523-6.

Das Abschätzen der besonderen gesundheitlichen Risiken, Nebenwirkungen, Wechselwirkungen und Kontraindikationen, aber auch Gewöhnungs-, Sucht- und Missbrauchsgefahren ist für den Endverbraucher oft mangels Sachkenntnis, aber auch aufgrund der spezifischen psychischen Notlage und der Vielfalt der beworbenen Waren und Leistungen sehr schwierig. Deshalb sind im Hinblick auf die beworbenen Waren verschiedene produkt-, werbeverhaltens- und anwendungsbezogene Verbote und Einschränkungen der Publikumswerbung gerechtfertigt. In dem Kommentar wird das HWG ausführlich und objektiv mit seinen Bezügen zum europäischen Recht sowie zu den wettbewerbsrechtlichen Grundlagen des UWG erläutert. Die Neuauflage enthält die zahlreichen Änderungen die sich, zuletzt durch das Vierte Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften vom 20. Dezember 2016, selbst ergeben haben. Begriffe wie z. B. das Verbraucherleitbild haben auch im UWG eine abschließende Klärung erfahren. Zu den modernen Vertriebsformen wird ausführlich Stellung genommen.

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Mohr, **Energierecht im Wandel,** Kolloquium zu Ehren des 75. Geburtstags von Franz Jürgen Säcker, 2018, 149 Seiten, Preis 39 €, Kartell- und Regulierungsrecht; 23, ISBN 978-3-8487-4438-1.

Zum Anlass des 75. Geburtstags von Franz Jürgen Säcker fand im Januar 2017 im Oberlandesgericht Düsseldorf ein Festkolloquium statt. Der Band enthält die diversen Beiträge zu dem Thema „Energierecht im Wandel". Es werden die unterschiedlichen Facetten der Materie beleuchtet, dabei spannt sich der Bogen von der wirtschaftlichen über die verwaltungstechnische zur juristischen Ebene. Das Schlusswort hatte der Jubilar mit einem Plädoyer für das Energierecht „in den guten Händen der ordentlichen Gerichtsbarkeit".

Riedle, **Überwachung der Offshore-Haftungsregelungen,** Untersuchung zur Überwachung der Haftungs- und Kostenverteilungsregelungen für die Netzanbindung von Windenergieanlagen auf See, 2018, 450 Seiten, Preis 109 €, Forum Energierecht; 22, ISBN 978-3-8487-4776-4.

In dem Buch wird der Entschädigungsmechanismus, der bei Verzögerung, Störung oder Wartung der Netzanbindung von Offshore-Windparks greift, und seine Überwachung untersucht. Offshore-Windparkbetreiber sind gegen Investitionsrisiken durch die Offshore-Haftungsregelungen abgesichert; die Haftungsrisiken der Übertragungsnetzbetreiber, die zu Errichtung und Betrieb der Anbindungsleitungen verpflichtet sind, werden dadurch ebenfalls begrenzt. Die Letztverbraucher finanzieren über eine Offshore-Haftungsumlage die Entschädigungszahlungen. In der Arbeit wird mit Hilfe einer Prinzipal-Agent-Betrachtung geprüft, ob die Regelungen ausreichend überwacht werden, um den Schutz der Letztverbraucher vor überhöhten Umlagenzahlungen zu gewährleisten. Auf dieser Grundlage werden Verbesserungsmöglichkeiten für die künftige Gestaltung von Umlagemechanismen erarbeitet.

Klasen, **Alternative Streitbeilegung beim Bau von Offshore-Windparks,** Dispute Boards, Schiedsgutachten, Mediation, 2018, 225 Seiten, Preis 59 €, Veröffentlichungen zum deutschen und europäischen Energierecht; 192, ISBN 978-3-8487-4520-3.

Offshore-Windparkprojekte sind in besonderem Maße konfliktanfällig. Meistens werden Dispute Boards vereinbart, um Konflikte bereits projektbegleitend beizulegen, was international erfolgreich eingesetzt wird. Bei deutschen Offshore-Windparks gestalten sich die Dispute-Board-Verfahren oft schwierig, da eine projektbegleitende Streitbeilegung oft nicht existiert oder die Ernennung des Dispute Boards zu spät erfolgt, zu lange dauert und die projektbegleitende Durchführung zu arbeitsintensiv ist. In dem Buch werden die Ursachen für diese Phänomene untersucht und Handlungsempfehlungen, welche auf andere Branchen übertragbar sind, entwickelt.

Sauer, **Klausurtraining,** Allgemeines Verwaltungsrecht und Verwaltungsprozessrecht, 2018, 264 Seiten, Preis 24 €, NomosStudium, ISBN 978-3-8487-7534-0.

Das Buch hilft bei der Examensvorbereitung, um sich mit dem Anforderungsprofil verwaltungsrechtlicher Klausuren vertraut zu machen. Der Einführung in die verwaltungsrechtliche Fallbearbeitung ist ein breiter Teil gewidmet. 13 Fallbeispiele decken den gesamten examensrelevanten Stoff des allgemeinen Verwaltungsrechts einschließlich des Staatshaftungsrechts und des Verwaltungsprozessrechts ab.

Rott/Tonner, **Online-Vermittlungsplattformen in der Rechtspraxis,** Sharing Economy, Online-Vertrieb, Geschäftsmodelle, 2018, 167 Seiten, Preis 39 €, NomosPraxis, ISBN 978-3-8487-4827-3.

Beim Vertrieb von Waren und Dienstleistungen haben Online-Plattformen zunehmende Bedeutung, sei es als Ergänzung der Vertriebswege oder als Vermittler, z. B. AirBnB oder Uber. Es muss für den Streitfall eine tragfähige Abgrenzung zwischen Vermittlung, eigener Leistungserbringung und Haftung einer Online-Plattform herausgearbeitet werden. Das Buch bietet Unterstützung bei Streitfällen und bei der Gestaltung von Vertragsbeziehungen. Problemlagen der Praxis werden aufgezeigt und Lösungen innerhalb des geltenden, noch unzureichend gewappneten Rechts auf die neuen Herausforderungen dargestellt.

Heberlein, **Datenschutz im Social Web,** Materiell-rechtliche Aspekte der Verarbeitung personenbezogener Daten durch Private in sozialen Netzwerken, 2018, 319 Seiten, Preis 84 €, Recht der Informationsgesellschaft; 36, ISBN 978-3-8487-4607-1.

In dem Werk werden die materiell-rechtlichen Aspekte der Verarbeitung personenbezogener Daten durch Private im Social Web im Licht der aktuellen Entwicklungen im Datenschutzrecht analysiert, insbesondere die der Veränderungen durch die Datenschutzgrundverordnung. Es wird aufgezeigt, unter welchen Voraussetzungen sich zum einen Plattformbetreiber, die ihren Hauptsitz meist in den USA haben, und zum anderen Nutzer dem europäischen Datenschutzregime unterwerfen müssen und wie die mitgliedstaatlichen Datenschutzregimes voneinander abzugrenzen sind. Eine Bewertung der Zulässigkeit der Datenverarbeitung in sozialen Netzwerken erfolgt auf dieser Grundlage durch die Nutzer selbst, durch die Plattformbetreiber und durch Dritte.

Schneidereit, **Haftung für Datenverlust im Cloud Computing,** 2018, 437 Seiten, Preis 114 €, Internet und Recht; 16, ISBN 978-3-8487-4525-8.

In der modernen IT-Landschaft ist Cloud Computing besonders weitläufig verbreitet. Die Fragestellung, wer im Falle von Datenverlust haftet, ist wissenschaftlich bisher noch weitestgehend ungeklärt. Die unterschiedlichen hierfür maßgeblichen Rechtsfragen von der Anwendbarkeit des maßgeblichen Zivilrechts bis hin zum Nachweis der Haftungsvoraussetzungen durch den Geschädigten werden in dem Band untersucht. Es wird nicht nur die vertragliche Haftung des Cloud Providers, sondern auch die deliktische Haftung des externen Hackers für unbefugte Datenlöschung durchleuchtet. Schließlich wird der Frage nachgegangen, welche Datensätze bei Verlust überhaupt einen Schadenseintritt begründen und wie dessen Höhe in diesem Fall rechtssicher quantifiziert werden kann.

Rancke (Hrsg.), **Mutterschutz, Elterngeld, Elternzeit, Betreuungsgeld,** Handkommentar, 5. Auflage 2018, 2592 Seiten, gebunden, Preis 119 €, ISBN 978-3-8487-3401-6.

Die Probleme der zum 1. Januar 2018 in Kraft getretenen umfangreichen Änderungen des völlig neu strukturierten MuSchG, wie z. B. der erweiterte Geltungsbereich auf sozialversicherungsrechtliche Beschäftigungsverhältnisse, arbeitnehmerähnliche Frauen, Studentinnen und Praktikantinnen, die neugestalteten Beschäftigungsverbote zur Verbesserung/Erleichterung von Tätigkeiten von Frauen während der Schwangerschaft und der vorverlagerte und gänzlich neue Kündigungsschutz nach einer Fehlgeburt werden detailgenau für die Praxis erläutert. Zudem sind die verlängerten Mutterschutzfristen bei der Geburt eines behinderten Kindes, die neu eingeführte Höchstdauer für die Gewährung von Stillzeiten, die Vereinfachung der Leistungen Mutterschutzlohn und Mutterschutzgeld sowie die Änderung bei Beamtinnen durch Aufhebung der Eigenverwaltung des MuSchG behandelt. Die am 1. Juli 2017 in Kraft getretenen Änderungen des Unterhaltvorschussgesetzes mit der Ausweitung des Vorschusses auf Kinder bis zum 18. Lebensjahr sind in den Kommentierungen ebenso berücksichtigt wie die Änderungen des EStG, des BKGG, des PflegeZG und des FPflZG. Mitkommentiert ist außerdem das neue Bayerische Betreuungsgeldgesetz mit Referenzcharakter für zukünftige Landesgesetze auch in anderen Bundesländern.

Kirchhof/Kreuter-Kirchhof, **Waldeigentum und Naturschutz,** der verfassungsrechtliche Schutz des Waldeigentums im Landesnaturschutzgesetz Nordrhein-Westfalen, 2017, 188 Seiten, Preis 47 €, ISBN 978-3-8487-4439-8.

Durch gute forstwirtschaftliche Praxis der Eigentümer ist der Wald heute Grundlage einer wirtschaftlichen Nutzung, der Erholung, der Entfaltung von Natur und Umwelt. Ein Naturschutzrecht droht gegenwärtig den Waldeigentümer aus seinen Rechten zu verdrängen. Um die Baumarten im Wald auszuwählen und über das Totholz zu bestimmen muss der Eigentümer das Recht behalten. Die Fremdnutzung des Waldes durch diverse Freizeitaktivitäten ist mit den Erfordernissen des Waldes in Einklang zu halten. Der Arten- und Biotopschutz muss auf die nachhaltige Waldbewirtschaftung abgestimmt werden. Die Beteiligung von Naturschutzorganisationen muss neu geregelt werden.

Ales/Bell/Deinert/Robin-Olivier (Hrsg.), **International and European Labour Law,** Article-by-Article Commentary, part of IEBL International and European Business Law, 1. Auflage 2018, 1678 Seiten, gebunden, Preis 280 €, ISBN 978-3-8487-2460-4. Nomos Verlag in Gemeinschaft mit Verlag C.H.Beck und Hart Publishing.

Das internationale und europäische Arbeitsrecht wird immer wichtiger. Grenzüberschreitende Sachverhalte nehmen in einer globalisierten Wirtschaftsumgebung ständig zu, Entsendungen sind an der Tagesordnung, das Zusammenspiel von nationalen, europäischen und internationalen Regeln ist vielfach schwer zu verstehen. Der neue Großkommentar trägt dem durch eine englischsprachige Kommentierung aller relevanten Regelungen auf internationaler und europäischer Ebene Rechnung. Artikel für Artikel werden die wesentlichen Vorschriften systematisch erfasst, im Einzelnen erläutert und damit für die Beratung verständlich gemacht. Ausgehend von den europäischen Vorschriften werden alle wichtigen internationalen Arbeitsrechtsregeln, vom internationa-

len Privatrecht bis hin zum Datenschutz, integriert dargestellt. Kommentiert werden auch die relevanten Vorschriften der europäischen Menschenrechtskonvention, der europäischen Sozialcharta und alle relevanten ILO-Vorgaben. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf den Themen Grundrechte, Arbeitnehmerfreizügigkeit, Gleichbehandlung, Beilegung von Streitigkeiten sowie Individual- und Kollektivarbeitsrecht.

Erich Schmidt Verlag, Berlin

Spielbauer/Schneider, **Mietrecht,** Kommentar, 2., neu bearbeitete Auflage 2018, 2157 Seiten, Preis 158 €, Berliner Kommentare, ISBN 978-3-503-17778-3.

Die Neuauflage behandelt alle praxisrelevanten Probleme aus Mietrecht und Leasing ausführlich und führt sie rechtssicheren Lösungen zu. Da Mietrecht Fallrecht ist, ist der Einfluss der Rechtsprechung und die Flut an neuen Entscheidungen der Instanzgerichte und der zuständigen BGH-Senate entsprechend groß. Der Kommentar bietet kompetente Informationen zu den Themen wie u. a. die praktischen Auswirkungen der „Mietpreisbremse", die Wirksamkeit von Schönheitsreparaturklauseln bei unrenoviertem Wohnraum, den Anforderungen an die formelle Wirksamkeit von Betriebskostenabrechnungen, den Folgen der Verletzung der Anbietpflicht nach Eigenbedarfskündigung etc. Die gezielte Suche nach Lösungen wird durch ein detailliertes Stichwortverzeichnis, separate Schlagwortverzeichnisse vor sehr umfangreichen Kommentierungen und ausgedehnte Anhänge zu besonders praxisrelevanten Themen wie z. B. Schönheitsreparaturen oder Mietminderung erleichtert.

Steup, **Grundbuchrang und Grundbuchvormerkung,** Rechtsprechung und Vertragsgestaltung, 2., neu bearbeitete Auflage 2018, 239 Seiten, Preis 34 €, ISBN 978-3-503-17782-0.

Das Werk gibt mit den rechtlichen Grundkenntnissen eingehenden Einblick in die spezielle Materie des Grundstücksrechts und hilft bei der Lösung konkreter Rechtsfragen. In die historischen, rechtsvergleichenden und sachlichen Grundzüge des Grundbuchverfahrensrechts und Zwangsversteigerungsrechts wird kurz eingeführt, um sich dann ausführlich der Darstellung der Themen Grundbuchrang und Vormerkung mit ihren rechtlichen Bezügen zu widmen. Das Buch befindet sich auf dem aktuellen Stand und stellt die Materie anhand vieler Beispiele, Hinweise sowie umfangreicher Lösungs- und Formulierungsvorschläge verständlich dar.

Rolfs, **Gesundheit als Aufgabe des Sozialrechts,** Bundestagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes e. V. 12./13. Oktober 2017 in Leipzig, 2018, 204 Seiten, Preis 29,80 €, Schriftenreihe des Deutschen Sozialrechtsverbandes, SDSRV; 67, ISBN 978-3-503-18129-2.

Im Mittelpunkt der Bundestagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes am 12./13. Oktober 2017 in Leipzig standen die Prävention im Sozialstaat und aktuelle Fragen der Gesundheitsversorgung. Der Tagungsband dokumentiert die Beiträge um die Diskussion der vier großen Themenkomplexe: Gesundheitsprävention, Versorgung mit Arzneimitteln, Weiterentwicklung der stationären Versorgung und Bürgerversicherung.

Lepke, **Kündigung bei Krankheit,** Handbuch für die betriebliche, anwaltliche und gerichtliche Praxis, 16., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2018, XCIV, 848 Seiten, Preis 162 €, ISBN 978-3-503-18118-6.

Das Standardwerk befasst sich mit allen wichtigen rechtlichen Aspekten krankheitsbedingter Entlassungen. Die kaum noch überschaubare Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, des Bundesarbeitsgerichts und der Instanzgerichte sowie die maßgebliche arbeitsrechtliche Literatur wird sorgfältig ausgewertet. Die Neuauflage erläutert die Neuregelung des Beschäftigtendatenschutzes auf der Grundlage der EU-DSGVO sowie die Änderungen durch das Bundesteilhabegesetz. Weiterhin beschäftigt sich der Band mit den Fragen zum betrieblichen Eingliederungsmanagement, den Problemen der Fettleibigkeit, der Benutzung von E-Zigaretten sowie der Bedeutung psychischer Erkrankungen infolge der Digitalisierung der Arbeitswelt. Er wendet sich auch den kündigungsrelevanten Gesichtspunkten wegen Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit einer krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit und der Bedeutung und dem Beweiswert ärztlicher Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen zu. Die Entlassungen wegen Nikotin- und Internetabhängigkeit, Glücksspiel-, Alkohol-, Drogen-, Arbeits- und Kaufsucht, Essstörungen sowie Aids nehmen einen breiten Raum ein.

Schneider, **Arbeitsbedingte psychische Belastung,** Eine grundlegende Einführung, 2018, 170 Seiten, Preis 24,90 €, ISBN 978-3-503-17768-4.

Die Zunahme der psychischen Belastungen bestimmt das Arbeitsleben in bislang kaum gekannter Form: Zeitdruck und Aufgabenvielfalt, Führungsschwächen, ungeeignete Führungskonzepte offenbaren, wie der Mensch psychisch beeinträchtigt werden kann. Das Buch bietet u. a. Gestaltungsgrundsätze für psychisch gesunde Arbeit, Maßnahmengestaltung und Vorschläge für die Wirkungsprüfung u. v. m. Es zeigt wie sich die maßgeblichen Vorgaben der GDA-Empfehlungen in der betrieblichen Praxis umsetzen lassen.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern" www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern" ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern" entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN UND FÜR INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 14 **München, 30. Oktober 2018** **31. Jahrgang**

7538-U

Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2018)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

vom 8. Oktober 2018, Az. 58g-U4454.10-2016/1-75

[1]Die Richtlinien des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2016) vom 15. März 2016 (AllMBl. S. 1425), die durch Bekanntmachung vom 27. März 2017 (AllMBl. S. 181) geändert worden sind, sind aufgrund der Ergebnisse der Anfang 2018 durchgeführten Evaluierung der Härtefallförderung im Teil B der RZWas 2016 anzupassen. [2]Insbesondere werden folgende Punkte geändert:

- Verlängerung der Geltungsdauer der RZWas bis 31. Dezember 2021,
- Absenkung der Härtefallschwellen in drei Bereichen:
  - im Raum mit besonderen Handlungsbedarf nach LEP,
  - für die Anlagenförderung nach Nr. 2.2.3 RZWas 2016,
  - für Verbundleitungen und -kanäle sowie Sanierungs- und Strukturkonzepte,
- Anhebung der Förderpauschalen für die Sanierung von Wasserleitungen und Kanälen,
- Entfall der Deckelung der Gesamt-Zuwendungen auf 1,4 bzw. 1,95 Mio. Euro.

[3]Mit dieser Bekanntmachung werden die RZWas 2018 bekannt gegeben.

Inhaltsübersicht

Allgemeiner Teil
I. Beschreibung des Zuwendungsbereichs
1. Anwendungsbereich, Zweck der Zuwendung
2. Gegenstand der Förderung
3. Zuwendungsempfänger
4. Zuwendungsvoraussetzungen
5. Art und Umfang der Zuwendung
II. Zuwendungsverfahren
6. Zuständige Bauverwaltung und Bewilligungsbehörde
7. Anmeldung von Vorhaben zur Aufnahme in ein Förderprogramm
8. Zuwendungsanträge
9. Zuwendungsbescheid (zu den Nrn. 4.1 und 4.2 VVK)
10. Bewilligung und Auszahlung der Zuwendung (zu Nr. 7 VVK)
11. Baurechnung (zu Nr. 6.3 ANBest-K)
12. Verwendungsnachweis, Verwendungsbestätigung (nach Nr. 10 VVK)
13. Abschluss der Förderung
III. Schlussvorschriften
14. Einvernehmen
15. Inkrafttreten, Außerkrafttreten
16. Übergangsregelungen

Anhang
Teil A Förderung nichtstaatlicher Wasserbauvorhaben
Teil B Härtefälle der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
Teil C Vorhaben zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie bei Anlagen der öffentlichen Abwasserentsorgung

Verzeichnis der Anlagen

Anlage 1 Nebenbestimmungen für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (NBest-Was 2018)
Anlage 2 Ermittlung der Pro-Kopf-Belastung (PKB)
Anlage 3 Baustandsbericht
Anlage 4 Verwendungsnachweis
Anlage 5 Verwendungsbestätigung

Allgemeiner Teil

I. Beschreibung des Zuwendungsbereichs

1. Anwendungsbereich, Zweck der Zuwendung

[1]Der Freistaat Bayern fördert nach diesen Richtlinien und den allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung – BayHO) wasserwirtschaftliche Vorhaben durch Zuwendungen. [2]Die RZWas 2018 sind ergänzende oder abweichende Verwaltungsvorschriften (Förderrichtlinien) zu den Nrn. 1 bis 11 und 13 der Verwaltungsvorschriften für Zuwendungen des Freistaates Bayern an kommunale Körperschaften (VVK) gemäß Nr. 15.3 VVK (Anlage 3 zu Art. 44 BayHO). [3]Gefördert wird ohne Rechtspflicht im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. [4]Durch Zuwendungen sollen wasserwirtschaftliche Vorhaben von öffentlichem Interesse gefördert werden, die ohne Zuwendungen nicht oder nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden könnten. [5]Unbeschadet des Art. 8 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) werden die notwendigen Vorhaben zur Sicherstellung der Wasserversorgung und der Bau von Abwasseranlagen mit Zuwendungen gefördert, um insbesondere unzumutbar hohe Gebühren- und Beitragsbelastungen für die Bürger zu vermeiden. [6]Die Förderrichtlinien sollen einen wirksamen Anreiz für kostengünstige Lösungen bieten. [7]Das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) und die nachgeordneten Behörden führen gemäß Nr. 12 VVK Erfolgskontrollen von Förderprogrammen (Zielerreichungs-, Wirkungs- und Wirtschaftlichkeitskontrollen) durch. [8]Nachfolgend werden im Allgemeinen Teil die Bestimmungen aufgeführt, die für die Förderung nichtstaatlicher Wasserbauvorhaben, öffentlicher Wasserversorgungsanlagen und öffentlicher Abwasserentsorgungsanlagen gemeinsam gelten. [9]In den Teilen A bis C werden ergänzende Regelungen für die jeweiligen Förderbereiche aufgeführt. [10]Sonderregelungen eines Förderbereichs gelten nicht für einen anderen Förderbereich.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Nichtstaatlicher Wasserbau

Gefördert werden in Förderprogrammen nach Nr. 7:

2.1.1 Ausbauvorhaben zur Erstellung oder Verbesserung des Hochwasserschutzes bebauter Gebiete,

2.1.2 Ausbauvorhaben zur naturnahen Entwicklung und Gestaltung von Gewässern und/oder ihrer Auen, insbesondere zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (besonders Vorhaben, die im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit umgesetzt werden) sowie Vorhaben zur Schaffung, Verbesserung bzw. Reaktivierung von Rückhalteräumen an Gewässern,

2.1.3 Gewässerpflege- und -unterhaltungsvorhaben, insbesondere zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (besonders Vorhaben, die im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit umgesetzt werden),

2.1.4 Beseitigung von Hochwasserschäden an Gewässern und Wasserbauten,

2.1.5 Vorhaben zur Verbesserung des Boden- und Landschaftswasserhaushalts,

2.1.6 Hochwasserschutz- und Rückhaltekonzepte, Gefährdungsbetrachtungen Hochwasser sowie Gewässerentwicklungskonzepte mit Gewässerstrukturkartierung und WRRL-Umsetzungskonzepte (besonders Vorhaben, die im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit umgesetzt werden), Ereignisdokumentation zu Hochwasser- und Starkregenereignissen und

2.1.7 Koordinierung der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Erstellung von Konzepten und Durchführung von Vorhaben zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie.

Details zur Förderung siehe Teil A.

2.2 Härtefälle der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Gefördert werden in Förderprogrammen nach Nr. 7 ausnahmsweise in Härtefällen, wenn diese zu einer unzumutbaren Belastung von Gebietskörperschaften sowie Bürgerinnen und Bürgern führen, folgende bauliche Vorhaben zur Sanierung bestehender Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung:

2.2.1 die bauliche Sanierung (Erneuerung und Renovierung, nicht Reparatur) bestehender Trinkwasserleitungen und Abwasserkanäle (Misch-, Schmutz- und Niederschlagswasserkanäle),

2.2.2 der erstmalige Bau von Verbundleitungen für Wasserversorgungsanlagen sowie der erstmalige Bau von Verbundkanälen anstelle der Sanierung von Kläranlagen,

2.2.3 die bauliche Sanierung bestehender Trinkwassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen, Trinkwasserspeicher, Kläranlagen, Pumpwerke und Regenbecken sowie

2.2.4 der Beitritt des Einrichtungsträgers zu einem Zweckverband und

2.2.5 die Erstellung von Sanierungs- und Strukturkonzepten.

Details zur Förderung siehe Teil B.

2.3 Vorhaben zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie bei Anlagen der öffentlichen Abwasserentsorgung

Gefördert werden in Förderprogrammen nach Nr. 7 Vorhaben zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie, die bei Anlagen der öffentlichen Abwasserentsorgung durchzuführen sind (nur in Maßnahmenprogrammen aufgeführte ergänzende Maßnahmen).

Details zur Förderung siehe Teil C.

2.4 Sonderprogramme und kommunale Pilotvorhaben im Sinn der Zweckbestimmung nach Nr. 1.

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungen können erhalten:

– Gebietskörperschaften (einschließlich deren Eigenbetriebe),

– öffentlich-rechtliche Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften,
– Kommunalunternehmen nach Art. 89 der Gemeindeordnung und
– gemeinsame Kommunalunternehmen nach Art. 49 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 [1]Die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit eines Vorhabens ist nachzuweisen (Nr. 6.2.6 VVK). [2]Wenn mehrere Lösungen möglich sind, kann nur die wirtschaftlichste und sparsamste Lösung gefördert werden.

4.2 [1]Es können nur Vorhaben gefördert werden, die noch nicht begonnen worden sind (Nr. 1.3 VVK). [2]Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags zu werten. [3]Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchungen, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z. B. Gebäudeabbruch, Planieren), naturschutzfachliche Erhebungen sowie naturschutzfachliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die vor dem Beginn der Hauptmaßnahme ausgeführt werden müssen, nicht als Beginn des Vorhabens. [4]Das Wasserwirtschaftsamt kann im Ausnahmefall dem vorzeitigen Baubeginn schriftlich zustimmen.

5. Art und Umfang der Zuwendung

5.1 Art der Zuwendung

[1]Die Zuwendungen werden projektbezogen im Wege der Anteilfinanzierung als Zuweisungen gewährt. [2]Mittel des Bundes und des Freistaates werden im nichtstaatlichen Bereich für Vorhaben nach den Nrn. 2.1 bis 2.4 im Rahmen der RZWas 2018 bewilligt. [3]Die jeweiligen Förderbestimmungen, z. B. die der GAK, sind dabei zu beachten.

5.2 Zuwendungsfähige Ausgaben

Es gelten folgende Grundsätze:

– Alle Ausgaben, die für die Durchführung der Maßnahme unabdingbar erforderlich sind (z. B. Gebäudeabbruch, Planieren), sind zuwendungsfähig, außer sie sind entsprechend Nr. 5.3 nicht zuwendungsfähig.
– [1]Die im Rahmen der Inaussichtstellung nach Nr. 9 durch das Wasserwirtschaftsamt getroffenen Festlegungen zur technischen Bemessung bzw. Zuwendungsfähigkeit von Anlagenteilen bleiben bei der Abrechnung unverändert. [2]Das Wasserwirtschaftsamt entscheidet, z. B. auch bei Feststellungen der Rechnungsprüfung, als Bewilligungsbehörde über die Förderhöhe oder die Zuwendungsfähigkeit einer Ausgabe, in Fällen von grundsätzlicher Bedeutung unter Beteiligung von Regierung und StMUV.

Zuwendungsfähig sind:

a) [1]Ausgaben für Investitionen, die
   – in den geprüften, dem Zuwendungsbescheid zugrunde liegenden Bauunterlagen vor Ausführung veranschlagt sind (REWas-Ausgaben),
   – nach Ausführung der Maßnahme im Bauausgabebuch belegt sind (Ausführungskosten).

   [2]Der Wert unbarer Leistungen (freiwillige Arbeits- und Sachleistungen von Gemeinde-, Verbands- oder Gemeinschaftsangehörigen) gehört zu den Investitionsausgaben. [3]Folgende Sätze werden anerkannt:
   – Arbeitsleistungen bis zu den Höchstsätzen, die vom Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für die Vergütung von Eigenleistungen in der Flurbereinigung jeweils bekannt gemacht werden,
   – Sachleistungen bis zu 80 % des angemessenen Unternehmerpreises,

   soweit die eingesetzten Personen über ausreichende Fachkenntnisse verfügen und die Leistungen nachgewiesen werden.

b) die Ausgaben für Architekten- und Ingenieurleistungen.

   Diese Ausgaben entfallen insgesamt, wenn der Vorhabensträger eine oder mehrere der HOAI-Leistungsphasen drei bis sechs oder acht ganz oder teilweise durch eigenes Personal oder durch Personal einer anderen kommunalen Körperschaft oder Dritte unentgeltlich erbringen lässt.

5.3 Nicht zuwendungsfähige Ausgaben

Nicht zuwendungsfähig sind:

a) [1]Ausgaben, die ein anderer als der Träger des Vorhabens zu tragen verpflichtet ist. [2]Dazu zählen nicht Beiträge nach der kommunalen Beitrags- und Gebührensatzung oder vergleichbare Beiträge Dritter sowie Beiträge nach Art. 26 und 42 BayWG.

b) Ausgaben der Grundstücksbereitstellung, wie Wert, Erwerb und Freimachen der Grundstücke einschließlich Dienstbarkeiten oder Benutzungsentschädigungen bei nur teil- oder zeitweiser Beanspruchung der Grundstücke.

c) Umsatzsteuerbeträge, die der Vorhabensträger oder ein Dritter, der von ihm unmittelbar oder mittelbar beauftragt ist, im Rahmen des zu fördernden Vorhabens Investitionen zu tätigen, nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes als Vorsteuer abziehen kann.

d) Ausgaben für Eigenregieleistungen (das sind Leistungen, die der Vorhabensträger durch eigenes Personal oder durch Personal einer anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaft erbringen lässt), ausgenommen für Vorhaben, bei denen das Wasserwirtschaftsamt ausdrücklich zugestimmt hat.

e) Ausgaben, die das Wasserwirtschaftsamt in der baufachlichen Stellungnahme als nicht zuwendungsfähig erklärt.

f) Ausgaben, deren Rechtsgrund außerhalb des Bewilligungszeitraums entstanden ist mit Ausnahme von Leistungen nach Nr. 4.2 Satz 3, soweit im Zuwendungsbescheid auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurde.

5.4 Höhe der Zuwendung

[1]Siehe Teile A bis C. [2]Der Anteil aller Zuwendungen (auch aus anderen Förderprogrammen) darf maximal 90 % der zuwendungsfähigen Ausgaben nicht übersteigen.

II. Zuwendungsverfahren

6. Zuständige Bauverwaltung und Bewilligungsbehörde

[1]Das zuständige Wasserwirtschaftsamt ist die fachlich zuständige technische staatliche Verwaltung nach Nr. 6.1 VVK und Nr. 3.2 ANBest-K. [2]Es prüft alle Vorhaben, für die Zuwendungen beantragt werden, in baufachlicher Hinsicht. [3]Für die baufachliche Prüfung aller Vorhaben gelten die Baufachlichen Ergänzungsbestimmungen gemäß Nr. 6.2 VVK. [4]Das zuständige Wasserwirtschaftsamt ist außerdem Bewilligungsbehörde und entscheidet über die Zuwendungsfähigkeit der Ausgaben nach Nr. 5.2, die Inaussichtstellung der Zuwendungen nach Nr. 9, die Bewilligung der Zuwendungen nach Nr. 10 sowie über die Schlussabrechnung nach Nr. 13 dieser Richtlinien.

7. Anmeldung von Vorhaben zur Aufnahme in ein Förderprogramm

[1]Für die einzelnen Förderbereiche und Haushaltsjahre können Förderprogramme aufgestellt werden. [2]Die Aufnahme eines Vorhabens in die Dringlichkeitsliste und in ein Förderprogramm ist Voraussetzung für den Erlass eines Zuwendungsbescheids.

7.1 Anmeldung zur Aufnahme in die Ämter- und Dringlichkeitsliste

Zur Aufnahme in die Ämter- und Dringlichkeitsliste können baureife Vorhaben beim zuständigen Wasserwirtschaftsamt angemeldet werden, die noch nicht begonnen wurden oder für die die Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn nach Nr. 1.3 VVK bereits erteilt wurde.

7.2 Aufstellung der Ämter- und Dringlichkeitslisten

[1]Anhand der von den Wasserwirtschaftsämtern (WWA) baufachlich vorgeprüften Anmeldungen stellen die WWA Ämterlisten auf und melden diese den Regierungen. [2]Die Regierungen erstellen daraus Dringlichkeitslisten. [3]Für die Dringlichkeit der Vorhaben in den Ämter- und Dringlichkeitslisten sind in nachstehender Reihenfolge maßgebend:

- die wasserwirtschaftliche Bedeutung des Vorhabens,
- eine Bindung an andere Vorhaben im öffentlichen Interesse,
- der Planungs- und Verfahrensstand,
- eine bereits erteilte Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn,
- der bereits erreichte Baufortschritt,
- die demografische Entwicklung und
- die interkommunale Zusammenarbeit.

7.3 Aufstellen der Förderprogramme

[1]Das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz stellt auf der Grundlage der Dringlichkeitslisten der Regierungen die Förderprogramme auf. [2]Die Zuwendungsempfänger werden vom Wasserwirtschaftsamt über die Aufnahme ihres Vorhabens in das Förderprogramm unterrichtet und dabei aufgefordert, den Zuwendungsantrag nach Nr. 8 dieser Richtlinien zu stellen.

8. Zuwendungsanträge

8.1 Antragsverfahren (zu Nr. 3 VVK)

[1]Der Antrag mit dem Formblatt Muster 1a zu Art. 44 BayHO und den erforderlichen Antragsunterlagen ist beim zuständigen Wasserwirtschaftsamt einzureichen. [2]Vorhaben, die voraussichtlich nicht in drei Jahren verwirklicht und bei denen technisch selbstständige Abschnitte gebildet werden können, sind in Bauabschnitte zu unterteilen. [3]Jeder Bauabschnitt bildet im Zuwendungsverfahren ein eigenes Vorhaben.

8.2 Antragsunterlagen

Folgende Bauunterlagen sind erforderlich:

– Entwurf für das Vorhaben bzw. den Bauabschnitt, aufgestellt nach den Richtlinien für den Entwurf von wasserwirtschaftlichen Vorhaben (REWas) in der jeweils geltenden Fassung	2-fach
– für Vorhaben, die Teil eines Gesamtvorhabens sind: Entwurf für das Gesamtvorhaben, aufgestellt nach den Richtlinien für den Entwurf von wasserwirtschaftlichen Vorhaben (REWas) in der jeweils geltenden Fassung, wenn er nicht bereits früher beim Wasserwirtschaftsamt eingereicht wurde und dort noch vorliegt	2-fach
– Erläuterung (Kurzfassung für den im Bauabschnitt zu fördernden Teil)	2-fach
– Lageplan, in dem die zu fördernden Teile rot gekennzeichnet sind	2-fach
– Beschluss des zuständigen Organs des Zuwendungsempfängers, das Vorhaben durchführen zu wollen	2-fach
– Erklärung des Vorhabensträgers, ob er die Zuwendung an einen Dritten weiterleitet	2-fach
– Erklärung des Vorhabensträgers, ob er bzw. der Letztempfänger vorsteuerabzugsberechtigt ist (Nr. 9 des Musters 1a zu Art. 44 BayHO)	2-fach

9. Zuwendungsbescheid (zu den Nrn. 4.1 und 4.2 VVK)

[1]Mit dem Zuwendungsbescheid werden aufgrund des Antrags nach Nr. 8 die Zuwendungen in einer vorläufigen Größenordnung festgesetzt und dem Zuwendungsempfänger die Auszahlung der Zuwendungen nach Nr. 10 schriftlich oder in elektronischer Form in Aussicht gestellt. [2]Die endgültige Festsetzung der Zuwendung erfolgt mit Schlussbescheid nach Nr. 13. [3]Die Inaussichtstellung beinhaltet:

- die Festlegung/Anerkennung der zuwendungsfähigen Ausgaben,
- die Zusage, dass der Staat vorbehaltlich der Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel Zuwendungen in dieser Höhe leisten wird, wenn das Vorhaben entsprechend dem geprüften Antrag verwirklicht wird,
- die Festlegung der Schlussrate nach Nr. 10,
- die Zustimmung zum Beginn des Vorhabens nach Nr. 1.3 VVK und

– die Möglichkeit der Vorlage einer Verwendungsbestätigung (nach Anlage 5),
– soweit der Zuwendungsempfänger ein gefördertes Vorhaben nicht selbst ausführt, sondern die Zuwendung an einen Dritten weiterleiten möchte, eine Weiterleitungsgenehmigung nach Nr. 13 VVK.

[4]Nebenbestimmungen aller Zuwendungsbescheide sind:
– die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K),
– die Nebenbestimmungen für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (NBest-Was 2018),
– etwaige Nebenbestimmungen aus der baufachlichen Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamts und
– der Bewilligungszeitraum; das ist der Zeitraum, innerhalb dessen der Zuwendungsempfänger Rechtsgründe für die Leistung von zuwendungsfähigen Ausgaben schaffen darf; er kann insbesondere bei Zuwendungen zur Projektförderung über das laufende Haushaltsjahr hinausgehen, soweit hierfür eine haushaltsrechtliche Ermächtigung vorhanden ist.

[5]Der Zuwendungsbescheid soll spätestens fünf Monate nach Eingang der vollständigen Unterlagen nach Nr. 8.2 erlassen werden. [6]Wird in begründeten Einzelfällen hiervon abgewichen, ist der Antragsteller zu informieren.

10. Bewilligung und Auszahlung der Zuwendung (zu Nr. 7 VVK)

[1]Der Zuwendungsempfänger fordert die Zuwendung nach Baufortschritt mit einem Baustandsbericht nach Anlage 3 zweifach beim Wasserwirtschaftsamt an. [2]Die Zuwendung wird vom Wasserwirtschaftsamt aufgrund des Zuwendungsbescheids nach Nr. 9 nach Anforderung und Bereitstellung der Haushaltsmittel in Raten bewilligt und ausbezahlt[1]. [3]Davon darf die Schlussrate mit einem Anteil von bis zu 5 % der Zuwendungen gemäß Zuwendungsbescheid erst mit Vorlage des Verwendungsnachweises bzw. der Verwendungsbestätigung angefordert werden. [4]Die Auszahlungsbeträge werden centgenau abgerundet.

11. Baurechnung (zu Nr. 6.3 ANBest-K)

[1]In dem nach Nr. 6.3.1 ANBest-K vom Zuwendungsempfänger regelmäßig zu führenden Bauausgabebuch sind alle Einnahmen und Ausgaben für das Vorhaben in zeitlicher Reihenfolge aufzuführen. [2]Die Ausgaben sind in zuwendungsfähige und nicht zuwendungsfähige Ausgaben aufzugliedern (siehe Anlage 1 Nr. 4). [3]Nach Abschluss der Arbeiten sind im Bauausgabebuch die Summen der Einnahmen und Ausgaben für das Vorhaben einzutragen. [4]Auf der Einnahmeseite ist anzugeben, welche Einnahmen nach Art und Höhe noch erwartet werden. [5]Die Aufstellung ist vom Zuwendungsempfänger mit Orts- und Tagesangabe zu unterschreiben.

12. Verwendungsnachweis, Verwendungsbestätigung (nach Nr. 10 VVK)

[1]Der Verwendungsnachweis nach Anlage 4 bzw. die Verwendungsbestätigung nach Anlage 5 und Nr. 4 NBest-Was 2018 ist dem Wasserwirtschaftsamt dreifach vorzulegen. [2]Die Verwendungsbestätigung anstelle eines Verwendungsnachweises kann nur für Vorhaben zugelassen werden, bei denen ausschließlich Mittel des Freistaates Bayern vergeben werden (Nr. 10.3 VVK). [3]Die Möglichkeit der Verwendungsbestätigung erstreckt sich nicht auf Fördermaßnahmen, die ganz oder teilweise mit Mitteln der Europäischen Union, des Bundes oder anderer Dritter finanziert werden. [4]Seit 1. August 2008 ist die Verwendungsbestätigung nur möglich, wenn das Vorhaben auf der Grundlage von Kostenpauschalen gefördert wird.

13. Abschluss der Förderung

[1]Die Förderung wird durch Schlussbescheid abgeschlossen. [2]Das Wasserwirtschaftsamt setzt mit dem Schlussbescheid die Zuwendungen auf der Grundlage der nach Nr. 9 erteilten Inaussichtstellung und des nach Nr. 12 vorgelegten Verwendungsnachweises bzw. der Verwendungsbestätigung endgültig fest. [3]Die Schlusszahlung erfolgt aufgrund eines gesonderten Bewilligungsbescheids gemäß Nr. 10. [4]Der im Rahmen der Inaussichtstellung ermittelte Zuwendungssatz bleibt unverändert. [5]Die im Rahmen der Inaussichtstellung in Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt getroffenen Festlegungen zur Bemessung bzw. Zuwendungsfähigkeit von Anlagenteilen bleiben ebenso unverändert. [6]Das Wasserwirtschaftsamt entscheidet, z. B. auch bei Feststellungen der Rechnungsprüfung, als Bewilligungsbehörde über die Förderhöhe oder die Zuwendungsfähigkeit einer Aufwendung, in Fällen von grundsätzlicher Bedeutung unter Beteiligung von Regierung und StMUV.

III. Schlussvorschriften

14. Einvernehmen

Die Bekanntmachung ergeht, soweit erforderlich, im Einvernehmen mit den Staatsministerien der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, des Innern und für Integration und für Wohnen, Bau und Verkehr sowie nach Anhörung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs.

15. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. November 2018 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft. [2]Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz über die Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2016) vom 15. März 2016 (AllMBl. S. 1425), die durch Bekanntmachung vom 27. März 2017 (AllMBl. S. 181) geändert worden ist, tritt mit Ablauf des 31. Oktober 2018 außer Kraft.

16. Übergangsregelungen

Für die Bewilligungen von Vorhaben aus früheren Förderrichtlinien gelten die Festlegungen der Nr. 10 entsprechend.

Dr. Rüdiger Detsch
Ministerialdirektor

1 Hinweis: Je nach Haushaltslage können sich Wartezeiten bei der Auszahlung ergeben.

Anhang

Teil A – Förderung nichtstaatlicher Wasserbauvorhaben

Ergänzungen zum Allgemeinen Teil

[1]Hinweis: Werden Mittel des Bundes im Rahmen der RZ-Was 2018 bewilligt, so können ergänzende Bestimmungen notwendig werden. [2]Diese werden mit dem Zuwendungsbescheid gemäß Nr. 9 festgelegt.

Zu Nr. 3 Zuwendungsempfänger

[1]Zuwendungen können im Rahmen ihrer Zuständigkeit neben den in Nr. 3 genannten Zuwendungsempfängern auch erhalten

- Wasser- und Bodenverbände,
- Landschaftspflegeverbände.

[2]Werden Zuwendungen nichtkommunalen Trägern gewährt, so gelten anstelle der für kommunale Träger geltenden Bestimmungen die entsprechenden Regelungen der VV zu Art. 44 BayHO sowie der ANBest-P.

Zu Nr. 4 Zuwendungsvoraussetzungen

[1]In Abweichung zu Nr. 4.2 können Gewässerpflege- und Unterhaltungsmaßnahmen nach Nr. 2.1.3 sowie Vorhaben zur Beseitigung von Hochwasserschäden nach Nr. 2.1.4 auch nach bereits erfolgtem Baubeginn gefördert werden. [2]Zu beachten ist:

- eine Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn ist nicht erforderlich,
- die Antragsunterlagen für Zuwendungen sind spätestens drei Monate nach Vorhabensbeginn dem WWA vorzulegen,
- der Vorhabensbeginn darf zum Zeitpunkt der Aufnahme ins Förderprogramm nicht mehr als zwei Jahre zurückliegen.

4.3 [1]Ausbauvorhaben zur Erstellung oder Verbesserung des Hochwasserschutzes bebauter Gebiete nach Nr. 2.1.1 werden nur gefördert, wenn die zuwendungsfähigen Ausgaben mehr als 50 000 Euro betragen. [2]Vorhaben nach den Nrn. 2.1.2 bis 2.1.7 werden nur gefördert, wenn die zu erwartenden Zuwendungen 5 000 Euro übersteigen.

4.4 Vor der Beantragung einer Zuwendung nach Nr. 2.1.6 hat ein Abstimmungsgespräch zwischen Wasserwirtschaftsamt und dem Zuwendungsempfänger zu erfolgen.

Zu Nr. 5.1 Art der Zuwendung

[1]Zuwendungen werden kommunalen Trägern projektbezogen im Wege der Anteilfinanzierung als Zuweisungen, den nichtkommunalen Trägern als Zuschuss gewährt.

Zu Nr. 5.2 Zuwendungsfähige Ausgaben

5.2 Buchst. a Zuwendungsfähig sind in Ergänzung zu Nr. 5.2:

- Ausgaben für die Bautafel
- Ausgaben für die künstlerische Ausgestaltung nach Kostengruppe 750 der DIN 276-1 im Rahmen der Kostenrichtwerte, jedoch höchstens nach Maßgabe der Nr. 5.2.1.2 FAZR (Richtlinie über die Zuweisungen des Freistaates Bayern zu kommunalen Bauvorhaben im kommunalen Finanzausgleich), gemäß Muster 5 zu Art. 44 BayHO
- Ausgaben der Projektsteuerung (Kostengruppe 713) bei Vergabe an Dritte und Zustimmung der Bewilligungsbehörde

Zuwendungsfähig sind in Ausnahme zu Nr. 5.3:

- der Grundstückswert beim Grunderwerb im Rahmen von Vorhaben nach den Nrn. 2.1.1, 2.1.2 und 2.1.3 (Näheres wird vom StMUV mit UMS bekanntgegeben).
- [1]Ausgaben für Eigenregieleistungen bei Vorhaben nach den Nrn. 2.1.3 und 2.1.4 sowie für Vorhaben nach Nr. 2.1.2, bei denen das Wasserwirtschaftsamt ausdrücklich zugestimmt hat (nur tatsächliche Bau- und Pflegeleistungen). [2]Ausgaben für Eigenregieleistungen werden bis zu den Höchstsätzen, die vom Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für die Vergütung von Eigenleistungen in der Flurbereinigung jeweils bekannt gegeben werden, anerkannt. [3]Für den ggf. erforderlichen Einsatz von Eigengeräten gelten die Ausführungen dieses Schreibens entsprechend. [4]Ausgaben für Eigenregieleistungen zur Vorbereitung und Begleitung von Vorhaben nach den Nrn. 2.1.2 bis 2.1.4 können als förderfähig anerkannt werden. [5]Die Eigenregieleistungen können durch einen pauschalen Aufschlag auf die zuwendungsfähigen Ausgaben gefördert werden. [6]Die Anerkennung der Zuwendungsfähigkeit von vorbereitenden und Vorhaben begleitenden Leistungen des Vorhabensträgers in Eigenregie setzt deren ausdrückliche Beantragung durch den Vorhabensträger voraus. [7]Nur wenn die o. g. Leistungen beantragt wurden, können diese bei der Abrechnung im Verwendungsnachweis berücksichtigt werden.

5.2 Buchst. b [1]Die Ausgaben für Architekten- und Ingenieurleistungen können pauschal mit einem Zuschlag von 15 % auf die zuwendungsfähigen Investitionsausgaben gefördert werden. [2]Die Ausgaben für den Grunderwerb werden bei der Berechnung des Zuschlags nicht einbezogen. [3]Bei Investitionsausgaben über 5 Millionen Euro beträgt der Zuschlag 10 %.

Zu Nr. 5.3 Nicht zuwendungsfähige Ausgaben

Nicht zuwendungsfähig sind in Ergänzung zur Nr. 5.3:

- Ausgaben für die Unterhaltung und den Betrieb (ausgenommen Unterhaltungsvorhaben nach den Nrn. 2.1.3 und 2.1.4) sowie für die Instandsetzung bestehender Anlagen infolge ungenügender Unterhaltung oder unsachgemäßer Benutzung;
- Baunebenkosten, unbeschadet für Leistungen nach Nr. 5.2 Buchst. a und b.

Zu Nr. 5.4 Höhe der Zuwendung

[1]Die Zuwendung wird berechnet als Produkt aus den zuwendungsfähigen Ausgaben und dem Zuwendungssatz.

[2]Der Anteil aller Zuwendungen (auch aus anderen Förderprogrammen) darf 75 % der zuwendungsfähigen Ausgaben nicht übersteigen. [3]Vorhaben im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit werden bevorzugt gefördert. [4]Die Fördersätze für die Fördergegenstände nach den Nrn. 2.1.1 bis 2.1.7 werden vom StMUV mit UMS bekannt gegeben.

Zu Nr. 7 Anmeldung von Vorhaben zur Aufnahme in ein Förderprogramm

[1]Der Zuwendungsantrag nach Nr. 8.1 gilt auch als Anmeldung zum Förderprogramm. [2]Falls der endgültige Zuwendungsantrag bei Aufstellung der Dringlichkeitsliste dem WWA noch nicht vorliegt, reichen für Vorhaben nach Nr. 2.1 vereinfachte Antragsunterlagen (formloser Antrag, Ausgabenberechnung mit Ermittlung der Gesamt- und der zuwendungsfähigen Ausgaben, ggf. Übersichtslageplan mit Kennzeichnung der zu fördernden Maßnahme).

Zu Nr. 8 Zuwendungsanträge

Ergänzend zu Nr. 8.1 Antragsverfahren:

Zuwendungsanträge können nur für Vorhaben eingereicht und bearbeitet werden, für die die Baureife gegeben ist (bei Bauvorhaben: öffentlich-rechtliche Genehmigung, Grundstücksverfügbarkeit, im Haushaltsplan des Vorhabensträgers enthalten).

Ergänzend zu Nr. 8.2 Antragsunterlagen:

für Vorhaben nach Nr. 2.1: Übersicht über die finanziellen Verhältnisse des Vorhabensträgers (Muster 2 zu Art. 44 BayHO)	nur auf Anforderung
Für Vorhaben nach Nr. 2.1.1, die Teil eines Gesamtvorhabens sind, gilt ein vorliegendes Hochwasserschutz- und Rückhaltekonzept nach Nr. 2.1.6 mit beschlossener Vorzugsvariante (Gesamtkonzept für HQ100+15%-Schutz) als Entwurf für das Gesamtvorhaben.	2-fach

Zu Nr. 9 Zuwendungsbescheid

Für den Fall, dass der Vorhabensträger ein Wasser- und Bodenverband oder Landschaftspflegeverband ist, sind anstelle der ANBest-K die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) in die Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheids mit aufzunehmen.

Zu Nr. 10 Bewilligung und Auszahlung der Zuwendungen

Der Mindestrückbehalt beträgt 5 % der Zuwendungen, mindestens jedoch 5 000 Euro.

Zu Nr. 12 Verwendungsnachweis, Verwendungsbestätigung

Behandlung von Mehrausgaben:

– [1]Erkennbare wesentliche Mehrausgaben sind bei der Bewilligungsbehörde umgehend anzuzeigen. [2]Die Anerkennung von Mehrausgaben erfolgt im Rahmen der Prüfung des Verwendungsnachweises.
– [1]Erhöhungen der Bauausgaben bei plankonformer Ausführung können grundsätzlich nach Vorlage des Verwendungsnachweises gefördert werden. [2]Dieser Grundsatz steht unter dem Vorbehalt ausreichend verfügbarer Haushaltsmittel. [3]Notwendige Abweichungen von diesem Grundsatz werden vom StMUV zentral und für alle Vorhaben gültig festgelegt. [4]Auf die vorab zu erfüllenden Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers nach Nr. 5 ANBest-K wird hingewiesen.

Teil B – Härtefälle der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Begriffsbestimmungen:

[1]Bei einer Reparatur werden nur punktuelle, örtlich begrenzte Schäden behoben, die keine wesentliche Verlängerung der Nutzungsdauer einer ganzen (Kanal-)Haltung erwarten lässt (z. B. bei Abdichtung einer einzelnen Rohrverbindung). [2]Bei der Renovierung wird eine Nutzungsdauer von 25 bis 50 Jahren für eine ganze (Kanal-)Haltung, z. B. durch Auskleidung mit einem Inliner wiederhergestellt, ohne dass eine Erneuerung in offener Bauweise oder Rohrvortriebsverfahren erfolgt. [3]Erneuerung bedeutet Neubau einer ganzen (Kanal-)Haltung in offener Bauweise oder Rohrvortriebsverfahren bzw. Berstlining-Verfahren.

Ergänzungen zum Allgemeinen Teil

Zu Nr. 3 Zuwendungsempfänger

Gefördert werden Zuwendungsempfänger nach Nr. 3, die Beiträge und/oder Gebühren erheben.

Ausgenommen sind die Fernwasserversorgungsunternehmen:

– Wasserversorgung Bayerischer Wald,
– Wasserversorgung Steinwaldgruppe,
– Fernwasserversorgung Oberfranken,
– Fernwasserversorgung Franken,
– Fernwasserversorgung Mittelmain,
– Fernwasserversorgung Oberes Allgäu.

Zu Nr. 4.1 Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

[1]Bei der baufachlichen Prüfung der Vorhaben nach Nr. 2.2 entfällt die Prüfung auf Angemessenheit der Ausgaben nach Nr. 6.2.6.1 VVK. [2]Bei Vorhaben nach den Nrn. 2.2.1, 2.2.4 und 2.2.5 entfällt zusätzlich die Prüfung auf Wirtschaftlichkeit. [3]Vorhaben nach den Nrn. 2.2.2 und 2.2.3 können nur gefördert werden, wenn die Planung vor Auftragsvergabe vom Wasserwirtschaftsamt baufachlich auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geprüft wurde.

Zu Nr. 4.2 Baubeginn

[1]Auftragsvergaben ab 1. Januar 2016 sind förderunschädlich. [2]Davon abweichend kann bei Vorhaben nach den Nrn. 2.2.2 und 2.2.3 erst dann förderunschädlich mit dem Bau begonnen werden, wenn die Planung vom Wasserwirtschaftsamt auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geprüft und freigegeben wurde.

Zu Nr. 4 Zuwendungsvoraussetzungen

Zusätzlich zu den Nrn. 4.1 und 4.2 gibt es folgende Zuwendungsvoraussetzungen:

4.3 Härtefallschwellen

[1]Die Härtefallförderung wird für Vorhaben nach den Nrn. 2.2.1, 2.2.3 und 2.2.4 gewährt, wenn die nach Anlage 2 ermittelte Pro-Kopf-Belastung der Vergangenheit (Vergangenheits-PKB) für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung getrennt oder gemeinsam (bei deckungsgleichem Satzungsgebiet) berechnet eine der in Nr. 4.3.1 ge-

nannten Härtefallschwellen überschreitet. [2]Die Pro-Kopf-Belastung ist für das gesamte Satzungsgebiet zu ermitteln. [3]Das Satzungsgebiet im Sinne der RZWas 2018 entspricht dem räumlichen Geltungsbereich, in dem einheitliche Beiträge und Gebühren erhoben werden. [4]Ein deckungsgleiches Satzungsgebiet ist gegeben, wenn sich das Satzungsgebiet der öffentlichen Wasserversorgung und das Satzungsgebiet der kommunalen Abwasserentsorgung bei 75 % der angeschlossenen Einwohner zum Datum Stichtag auf Seite 2 der Anlage 2 überschneiden; dies ist vom Antragsteller nachzuweisen. [5]Ein deckungsgleiches Satzungsgebiet ist außerdem gegeben, wenn 75 % der Einwohner in Satzungsgebieten liegen, deren Pro-Kopf-Belastung in gemeinsamer Betrachtung über der Härtefallschwelle liegt.

4.3.1 Härtefallschwellen 1 für Vorhaben nach den Nrn. 2.2.1, 2.2.3 und 2.2.4:

Vergangenheits-PKB:	PKB Wasserversorgung	PKB Abwasserentsorgung
Gemeinsame Betrachtung	> 4 100 Euro/EZD	
Getrennte Betrachtung	> 2 150 Euro/EZD	> 3 350 Euro/EZD

Im Raum mit besonderem Handlungsbedarf nach dem Landesentwicklungsprogramm[2] gelten davon abweichend folgende Härtefallschwellen:

Vergangenheits-PKB:	PKB Wasserversorgung	PKB Abwasserentsorgung
Gemeinsame Betrachtung	> 3 100 Euro/EZD	
Getrennte Betrachtung	> 1 600 Euro/EZD	> 2 500 Euro/EZD

4.3.2 Härtefallschwellen 2 für Vorhaben nach Nr. 2.2.1 für die höheren Förderpauschalen nach Nr. 5.4.1:

Vergangenheits-PKB:	PKB Wasserversorgung	PKB Abwasserentsorgung
Gemeinsame Betrachtung	> 6 150 Euro/EZD	
Getrennte Betrachtung	> 3 200 Euro/EZD	> 5 000 Euro/EZD

Im Raum mit besonderem Handlungsbedarf nach dem Landesentwicklungsprogramm[2] gelten davon abweichend folgende Härtefallschwellen:

Vergangenheits-PKB:	PKB Wasserversorgung	PKB Abwasserentsorgung
Gemeinsame Betrachtung	> 4 600 Euro/EZD	
Getrennte Betrachtung	> 2 400 Euro/EZD	> 3 750 Euro/EZD

Zu Nr. 5.3 Nicht zuwendungsfähige Ausgaben

Zusätzlich zu Nr. 5.3 Buchst. a bis f sind nicht zuwendungsfähig:

g) Ausgaben für die Reparatur, die Unterhaltung und den Betrieb,

h) Ausgaben für die Erschließung neuer Baugebiete mit Wasserleitungen und Kanälen,

i) Ausgaben für Anschlussleitungen (DIN 4046) und Anschlusskanäle (DIN 1986 Teil 100), soweit sie nicht Teil der öffentlichen Einrichtung sind,

j) Ausgaben für Verwaltungsgebäude, Dienst- und Werkdienstwohnungen und

k) die verrechnete Abwasserabgabe nach § 10 Abs. 3 Abwasserabgabengesetz (AbwAG).

Zu Nr. 5.4 Höhe der Zuwendung

[1]Es sind im Folgenden für die Berechnung der Zuwendungen jeweils nur diejenigen Längen bzw. diejenigen Ausgaben ab dem Zeitpunkt ansetzbar, ab dem die Berechnung der Pro-Kopf-Belastung für die Vergangenheit erstmalig zur Überschreitung einer Härtefallschwelle nach Nr. 4.3 führt. [2]Die folgenden Festbeträge sind für Anlagen der Wasserversorgung Nettobeträge (ohne Umsatzsteuer) und für Anlagen der Abwasserentsorgung Bruttobeträge (mit Umsatzsteuer).

5.4.1 Höhe der Zuwendung für Vorhaben nach Nr. 2.2.1:

[1]Die Förderung von Wasserleitungen und Abwasserkanälen erfolgt längenabhängig. [2]Der Festbetrag beträgt für Vorhaben nach Nr. 2.2.1 über der Härtefallschwelle 1 nach Nr. 4.3.1:

- 120 Euro Zuwendung pro saniertem Meter Wasserleitung,
- 180 Euro Zuwendung pro renoviertem Meter Abwasserkanal und
- 360 Euro pro erneuertem oder im Trennsystem erstmalig gebautem Meter Abwasserkanal;

mindestens jedoch 50 % bzw. maximal 90 % der Ausgaben nach Ausführung.

[3]Der Festbetrag beträgt davon abweichend für Vorhaben nach Nr. 2.2.1 ab Erreichen der Härtefallschwelle 2 nach Nr. 4.3.2:

- 180 Euro Zuwendung pro saniertem Meter Wasserleitung,
- 270 Euro Zuwendung pro renoviertem Meter Abwasserkanal und
- 540 Euro pro erneuertem oder im Trennsystem erstmalig gebautem Meter Abwasserkanal;

mindestens jedoch 80 % bzw. maximal 90 % der Ausgaben nach Ausführung.

[4]Die Längen werden in ganzen Metern ermittelt; Schächte werden übermessen. [5]Bei Trennsystemen zählen sowohl die sanierten Längen des Schmutz- als auch des Niederschlagswasserkanals. [6]Es sind nur die Längen in dem Umfang förderfähig, in dem bestehende Leitungen und Kanäle saniert werden.

5.4.2 Höhe der Zuwendung für Vorhaben nach Nr. 2.2.2

[1]Die Förderung von Wasserleitungen und Abwasserkanälen erfolgt längenabhängig. [2]Der Festbetrag beträgt für Vorhaben nach Nr. 2.2.2:

- 80 Euro Zuwendung pro erstmalig gebautem Meter Wasserleitung und
- 150 Euro Zuwendung pro erstmalig gebautem Meter Abwasserkanal;

mindestens jedoch 50 % bzw. maximal 90 % der Ausgaben nach Ausführung.

2 Liste der Landkreise und Gemeinden siehe unter: www.landesentwicklung-bayern.de

[3]Die Längen werden in ganzen Metern ermittelt; Schächte werden übermessen. [4]Beim Bau von Verbundleitungen und -kanälen sind nur die Leitungs- und Kanallängen ansetzbar, die im notwendigen und sparsamen Umfang erforderlich sind.

5.4.3 Höhe der Zuwendung für Vorhaben nach Nr. 2.2.3

Die Zuwendung beträgt, jeweils für Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, 250 Euro je angeschlossenen Einwohner[3] einmalig im Zeitraum 2016 bis 2021, maximal 70 % der Ausgaben nach Ausführung.

5.4.4 Höhe der Zuwendung für Vorhaben nach Nr. 2.2.4

[1]Der aufnehmende Zweckverband erhält, jeweils für Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, 40 Euro je aufgenommenen Einwohner[4] einmalig im Zeitraum 2016 bis 2021, maximal 100 000 Euro. [2]Zusätzlich erhält der aufnehmende Zweckverband die Zuwendung, die der aufgenommene Einrichtungsträger nach den Nrn. 2.2.1 bis 2.2.3 erhalten würde, wenn er noch eigenständig wäre.

5.4.5 Höhe der Zuwendung für Vorhaben nach Nr. 2.2.5

Die Zuwendung beträgt, jeweils für Konzepte der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, 20 Euro je angeschlossenen Einwohner[5] einmalig im Zeitraum 2016 bis 2021, maximal 70 % der Ausgaben und maximal 50 000 Euro.

5.5 Förderausschluss

Nach Art. 16 Abs. 1 Satz 3 BayAbwAG ist für Zuführungsanlagen eine Förderung gänzlich ausgeschlossen, wenn für diese gemäß § 10 Abs. 4 AbwAG eine Verrechnung nach dem 1. Januar 2007 erklärt worden ist.

Zu Nr. 7.1 Anmeldung zur Aufnahme in die Ämterliste

[1]Wenn für Vorhaben nach den Nrn. 2.2.1, 2.2.3 und 2.2.4 die Gesamt-Pro-Kopf-Belastung (Summe aus Vergangenheits- und Zukunfts-PKB entsprechend Anlage 2) im Satzungsgebiet über einer der Härtefallschwellen nach Nr. 4.3 liegt, kann der Vorhabensträger mit den Antragsunterlagen nach Nr. 8 einen Antrag auf Aufnahme des Satzungsgebiets in das Härtefallprogramm stellen. [2]Dieser Antrag auf Aufnahme in das Härtefallprogramm ist für Vorhaben nach den Nrn. 2.2.1 und 2.2.4 gleichzeitig der Zuwendungsantrag nach Nr. 8.

Zu Nr. 7.2 Aufstellung der Ämterlisten

[1]Abweichend von Nr. 7.2 erstellen die Wasserwirtschaftsämter die Ämterliste und legen diese unmittelbar dem StMUV vor. [2]Bei der Aufstellung der Ämterlisten nach Nr. 7.2 ist die Höhe der Pro-Kopf-Belastung das maßgebliche Kriterium.

Zu Nr. 8.1 Antragsverfahren

Alle Vorhaben nach den Nrn. 2.2.1, 2.2.3 und 2.2.4, die ein Antragsteller ab Überschreiten der Härtefallschwelle nach Nr. 4.3.1, frühestens ab dem 1. Januar 2016, bis zum 31. Dezember 2021 verwirklicht, werden in einem Vorhaben gefördert.

Zu Nr. 8.2 Antragsunterlagen

[1]Für Vorhaben nach den Nrn. 2.2.1, 2.2.3 und 2.2.4 ist vom Antragsteller zusätzlich die Anlage 2 vorzulegen. [2]Für Vorhaben nach den Nrn. 2.2.1 und 2.2.4 sind keine Entwürfe nach REWas vorzulegen.

Zu Nr. 9 Zuwendungsbescheid

[1]Der Bewilligungszeitraum wird auf 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2021 festgesetzt. [2]Eine Schlussrate entfällt. [3]Anstelle von Baustandsberichten und Verwendungsnachweisen sind Verwendungsbestätigungen nach Anlage 5 vorzulegen. [4]In Abhängigkeit vom Fördergegenstand und der Pro-Kopf-Belastung können folgende Zuwendungsbescheide erlassen werden:

9.1 Zusage der Härtefallförderung für Vorhaben nach den Nrn. 2.2.1, 2.2.3 und 2.2.4 ab Überschreiten der Härtefallschwelle 1 nach Nr. 4.3.1

[1]Wenn für Vorhaben nach den Nrn. 2.2.1, 2.2.3 und 2.2.4 eine der Härtefallschwellen nach Nr. 4.3.1 überschritten ist, wird mit Zuwendungsbescheid der Mittelabruf für den Zeitraum bis 31. Dezember 2021 in Aussicht gestellt. [2]Der Vorhabensträger kann jährlich Zuwendungen nach den Nrn. 5.4.1, 5.4.3 und 5.4.4 für diejenigen Längen abrufen, die ab dem Datum kassenwirksam wurden, ab dem die Berechnung der Pro-Kopf-Belastung für die Vergangenheit erstmalig zur Überschreitung der Härtefallschwelle nach Nr. 4.3.1 geführt hat, frühestens ab 1. Januar 2016, spätestens bis 31. Dezember 2021.

9.2 Zusage der Härtefallförderung für Vorhaben nach Nr. 2.2.1 ab Überschreiten der Härtefallschwelle 2 nach Nr. 4.3.2

[1]Wenn für Vorhaben nach Nr. 2.2.1 eine der Härtefallschwellen nach Nr. 4.3.2 überschritten ist, wird mit Zuwendungsbescheid der Mittelabruf für den Zeitraum bis 31. Dezember 2021 in Aussicht gestellt. [2]Der Vorhabensträger kann jährlich Zuwendungen nach Nr. 5.4.1 für diejenigen Längen bzw. diejenigen Ausgaben abrufen, die ab dem Datum kassenwirksam wurden, ab dem die Berechnung der Pro-Kopf-Belastung für die Vergangenheit erstmalig zur Überschreitung einer Härtefallschwelle nach Nr. 4.3.2 geführt hat, frühestens ab 1. Januar 2016, spätestens bis 31. Dezember 2021.

9.3 Inaussichtstellung der Härtefallförderung

[1]Wenn keine der Härtefallschwellen nach Nr. 4.3.1 im Antragsjahr überschritten wird, durch Einrechnung der nach Anlage 2 erklärten zukünftigen Investitionen aber erwartet werden kann, dass eine der Härtefallschwellen in künftigen Jahren überschritten wird, wird ein zukünftiger Mittelabruf für den Zeitraum bis 31. Dezember 2021 in Aussicht gestellt. [2]Der Antragsteller hat mit aktualisierter Anlage 2 die Überschreitung einer der Härtefallschwellen nach Nr. 4.3.1 nachzuweisen; er erhält dann einen Zuwendungsbescheid nach Nr. 9.1.

9.4 Zuwendungsbescheide für Vorhaben nach den Nrn. 2.2.2 und 2.2.5

Für Vorhaben nach den Nrn. 2.2.2 und 2.2.5 werden Zuwendungen für das beantragte Projekt in Aussicht gestellt.

3 Einwohner mit Hauptwohnsitz, die im Satzungsgebiet zum Stichtag 30. Juni 2013 an die öffentliche Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung angeschlossen waren.

4 Einwohner mit Hauptwohnsitz, die erstmalig dem Zweckverband angegliedert werden.

5 Einwohner mit Hauptwohnsitz, die im Konzept erfasst sind.

Zu Nr. 10 Bewilligungen und zu Nr. 12 Verwendungsbestätigung und zu Nr. 13 Abschluss der Förderung

[1]Die Zuwendungen können maximal einmal jährlich mit Verwendungsbestätigung nach Anlage 5 bis spätestens 31. Dezember 2021 abgerufen werden. [2]Erdiente Zuwendungen, die in einem Kalenderjahr nicht zur Auszahlung beantragt oder ausgezahlt wurden, können auch in den Folgejahren beantragt oder ausgezahlt werden.

Zu Nr. 16 Übergangsregelungen

[1]Der Demografiefaktor auf Seite 1 der Anlage 2 berechnet sich ab 1. Januar 2020 aus dem Verhältnis der Einwohnerzahlen zum Stand 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2018. [2]Die Berechnung der Einwohnerzahl mit Demografiefaktor berechnet sich ab 1. Januar 2020 aus den Einwohnerzahlen zum Stand 30. Juni 2016. [3]Der auf Seite 2 in Anlage 2 genannte Betrachtungszeitraum für die Investitionen der Vergangenheit vom 1. Januar 1992 bis zum Datum Stichtag ändert sich

– ab 1. Januar 2020 auf 1. Januar 1993 bis Datum Stichtag und
– ab 1. Januar 2021 auf 1. Januar 1994 bis Datum Stichtag.

Teil C – Vorhaben zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie bei Anlagen der öffentlichen Abwasserentsorgung

Ergänzungen zum Allgemeinen Teil

Zu Nr. 4 Zuwendungsvoraussetzungen

4.3 Es werden nur Vorhaben gefördert, deren zuwendungsfähige Ausgaben mehr als 50 000 Euro betragen.

Zu Nr. 5.2 Buchst. b Ausgaben für Architekten- und Ingenieurleistungen

[1]Die Ausgaben für Architekten- und Ingenieurleistungen werden mit einem pauschalen Zuschlag von 10 % auf die Summe der ermittelten Investitionsausgaben nach Nr. 5.2 Buchst. a der Planungs- und Ausführungsausgaben zugerechnet, sofern die Pauschale nicht entfällt (siehe Nr. 5.2 Buchst. b). [2]Liegt die Summe der ermittelten Investitionsausgaben über 5 Millionen Euro, beträgt der Zuschlag 9 %. [3]Für gesonderte Alternativplanungen (wenigstens Leistungsphase 1 und 2) erhöht sich der Pauschalzuschlag je beauftragtes weiteres Ingenieurbüro um 1,5, maximal um 3,0 Prozentpunkte. [4]Die tatsächlich angefallenen Ausgaben für Architekten- und Ingenieurleistungen sind, soweit sie im Bauausgabebuch erfasst werden, dort als nicht zuwendungsfähig auszuweisen.

Zu Nr. 5.3 Nicht zuwendungsfähige Ausgaben

Zusätzlich zu Nr. 5.3 Buchst. a bis f sind nicht zuwendungsfähig:

g) Baunebenkosten, unbeschadet für Leistungen nach Nr. 5.2 Buchst. b,

h) Ausgaben für die Unterhaltung und den Betrieb sowie für die Instandsetzung bestehender Anlagen infolge ungenügender Unterhaltung oder unsachgemäßer Benutzung,

i) die verrechnete Abwasserabgabe nach § 10 Abs. 3 AbwAG.

Zu Nr. 5.4 Höhe der Zuwendung

Die Zuwendung beträgt 50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, maximal 1 Million Euro.

Nr. 5.5 Förderausschluss

Nach Art. 16 Abs. 1 Satz 3 BayAbwAG ist für Zuführungsanlagen eine Förderung gänzlich ausgeschlossen, wenn für diese gemäß § 10 Abs. 4 AbwAG eine Verrechnung nach dem 1. Januar 2007 erklärt worden ist.

Anlage 1
RZWas 2018

Nebenbestimmungen für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (NBest-Was 2018)

Diese Nebenbestimmungen ergänzen die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K), Anlage 3a zu Art. 44 BayHO und – soweit einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P), Anlage 2 zu Art. 44 BayHO.

1. Anforderung und Verwendung der Zuwendung
(zu Nr. 1 ANBest-K)

1.1 [1]Als fachbezogene Ausgabengliederung gemäß Nr. 1.2 ANBest-K werden alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben als ein Einzelansatz definiert. [2]Das sind die zuwendungsfähigen Ausgaben nach Zuwendungsbescheid. [3]Eine Prüfung der Ansätze der Ausgabengliederung gemäß REWas hinsichtlich der 20-%-Regel ist deshalb nicht notwendig.

1.2 [1]Die Zuwendung wird entsprechend dem Baufortschritt in Raten bewilligt und ausbezahlt. [2]Die Raten sind mit dem Formular „Baustandsbericht“ gemäß Anlage 3 RZWas 2018 bzw. mit Verwendungsbestätigungen nach Anlage 5 RZWas 2018 beim Wasserwirtschaftsamt anzufordern. [3]Die Schlussrate gemäß Nr. 10 RZWas 2018 kann erst nach Vorlage des Verwendungsnachweises nach Anlage 4 RZWas 2018 bzw. der Verwendungsbestätigung nach Anlage 5 RZWas 2018 angefordert werden.

1.3 [1]Der Bewilligungsbehörde ist anzuzeigen, wenn die Zuwendungen durch den Zuwendungserstempfänger weitergeleitet werden. [2]In diesem Fall behält sich die Bewilligungsbehörde vor, zusätzliche Auflagen zur Weiterleitung der Zuwendung entsprechend Nr. 13 VVK festzusetzen.

2. Vergabe von Aufträgen und Ausführung
(zu Nr. 3 ANBest-K)

2.1 Der Zuwendungsbescheid erlischt, wenn das Vorhaben nicht spätestens drei Jahre nach Erlass der Inaussichtstellung begonnen ist.

2.2 Das Vorhaben ist entsprechend dem geprüften Entwurf und den nach Nr. 6.2.6.2 VVK in der baufachlichen Stellungnahme festgelegten Auflagen auszuführen.

2.3 [1]Bei schweren Verstößen gegen die Vergabegrundsätze nach Nr. 3 ANBest-K bleiben grundsätzlich die Ausgaben für die jeweilige Auftragseinheit, bei der der Verstoß festgestellt wurde, bei der Festsetzung der zuwendungsfähigen Ausgaben unberücksichtigt. [2]Würde der Ausschluss der jeweiligen Auftragseinheit zu einem völligen oder sehr weitgehenden Förderausschluss für das Gesamtvorhaben und damit zu einer erheblichen Härte für den Zuwendungsempfänger führen, kann der Kürzungsbetrag auf 20 bis 25 % der Gesamtzuwendung beschränkt werden. [3]Es handelt sich hierbei um einen Rahmen, der bei Vorliegen besonderer Gründe sowohl über- als auch unterschritten werden kann.

2.4 Bei Zuwendungen von mehr als 250 000 Euro ist eine Bautafel aufzustellen, die den jeweils geltenden Vorgaben entspricht.

3. Zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschaffte Gegenstände
(zu Nr. 4 ANBest-K)

3.1 Der Zuwendungsempfänger hat die geförderten Anlagen ordnungs- und sachgemäß zu unterhalten und zu betreiben.

3.2 Werden geförderte Gegenstände nach der Inbetriebnahme weniger Jahre für den Zuwendungszweck genutzt als nachstehend festgelegt, ermäßigen sich die dafür festgelegten Zuwendungen je fehlendem vollen Jahr um den angegebenen Prozentsatz:
- 20 Jahre bei Grundstücken, also um 5 % je Jahr,
- 12,5 Jahre bei Bauten und baulichen Anlagen, also um 8 % je Jahr und
- 5 Jahre bei technischen Einrichtungen, Maschinen und Geräten, also um 20 % je Jahr.

4. Nachweis der Verwendung
(zu Nr. 6 ANBest-K)

4.1 [1]Der Verwendungsnachweis ist nach Anlage 4 bzw. die Verwendungsbestätigung nach Anlage 5 RZWas 2018 zu erstellen und dreifach dem Wasserwirtschaftsamt vorzulegen. [2]Dem Verwendungsnachweis bzw. der Verwendungsbestätigung ist ein Lageplan nach dem Stand der Ausführung des Vorhabens (Bestandslageplan) beizugeben.

4.2 Dem Verwendungsnachweis ist das Bauausgabebuch beizugeben; im Falle der Verwendungsbestätigung ist das Bauausgabebuch nur auf Anforderung der Bewilligungsbehörde vorzulegen.

4.2.1 Im Bauausgabebuch sind alle Einnahmen und Ausgaben für das Vorhaben in zeitlicher Reihenfolge aufzuführen und am Ende aufzusummieren.

4.2.2 Der Einnahmeteil ist mindestens zu gliedern in die Spalten:
- laufende Nr. des Belegs,
- Tag der Wertstellung,
- Einzahler (für Zuwendungen genügt die Angabe „Staat“),
- Betrag,
- Aufschlüsselung des Betrags in weiteren Spalten nach der Aufgliederung der Finanzierung in der Zusicherung,
- von den zuwendungsfähigen Ausgaben abzusetzende Einnahmen und
- Bemerkungen.

4.2.3 Der Ausgabeteil ist mindestens zu gliedern in die Spalten:
- laufende Nr. des Belegs,
- Tag der Zahlungsanordnung (kann, wenn der Tag der Rechnungsfeststellung eingetragen wird, vor der Vorlage des Verwendungsnachweises nachgetragen werden),
- Tag der Rechnungsfeststellung, nur soweit für Zwecke des Zuwendungsabrufs notwendig, weil der Tag der Zahlungsanordnung zunächst nicht eingetragen werden soll,
- Datum der Auftragsvergabe,

- Empfänger, Zweck der Ausgaben,
- Betrag,
- Abschlagszahlungen,
- Aufschlüsselung nach den Kostengruppen der Kostenermittlung,
- anteilige nach Nr. 5.3 RZWas 2018 nicht zuwendungsfähige Beträge,
- zuwendungsfähige Ausgaben,
- Bemerkungen.

4.2.4 [1]Nach Abschluss der Arbeiten sind im Bauausgabebuch die Einnahmen und Ausgaben für die Finanzierungsabschnitte und für das Vorhaben aufzurechnen. [2]Unter den Aufrechnungen ist auf der Einnahmeseite anzugeben, welche Einnahmen nach Art und Höhe noch erwartet werden. [3]Auf der Ausgabeseite ist zu bestätigen, dass weitere Ausgaben für den Finanzierungsabschnitt oder für das Vorhaben nicht mehr in die zuwendungsfähigen Ausgaben aufgenommen werden[1]. [4]Die Aufrechnungen sind vom Zuwendungsempfänger mit Orts- und Tagesangabe zu unterschreiben.

4.2.5 Die Baurechnung ist, solange im Zuwendungsbescheid nichts anderes geregelt ist, fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren.

5. Zusätzliche Nebenbestimmungen für die Härtefallförderung öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

5.1 [1]Für Vorhaben nach Nr. 2.2 RZWas 2018 ist anstelle eines Verwendungsnachweises eine Verwendungsbestätigung nach Anlage 5 vorzulegen (Nr. 10.3 VVK). [2]Mit der Verwendungsbestätigung hat der Vorhabensträger einen Bestandsplan nach Ausführung mit Darstellung der sanierten/erneuerten/neu erstellten Leitungen, Kanäle und Anlagen vorzulegen. [3]Für Vorhaben nach den Nrn. 2.2.1 bis 2.2.3 und 2.2.5 RZWas 2018 sind die Ausführungskosten mitzuteilen, für den Beitritt zu einem Zweckverband nach Nr. 2.2.4 RZWas 2018 ist der Vertrag vorzulegen.

5.2 [1]Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, die Vorteile aus der Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen an die Beitrags- und Gebührenpflichtigen der Einrichtung nach den hierfür maßgeblichen Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes weiterzugeben. [2]Bei der Verzinsung des Anlagekapitals bleibt der aus Zuwendungen aufgebrachte Kapitalanteil außer Betracht (Art. 8 Abs. 3 Satz 2 KAG).

5.3 [1]Der Zuwendungsempfänger hat die technische Betriebsführung der Wasserversorgung so zu organisieren, dass sie den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht. [2]Das WWA benennt in der baufachlichen Stellungnahme konkret vorzunehmende Schritte.

5.4 [1]Der Zuwendungsempfänger hat für Vorhaben nach den Nrn. 2.2.1, 2.2.3 und 2.2.4 RZWas 2018 mit der Verwendungsbestätigung einen Nachweis der Teilnahme an einem Benchmarking-Projekt innerhalb der letzten drei Jahre vorzulegen bzw. die Selbstverpflichtung zu erklären, innerhalb von drei Jahren an einem Benchmarking-Projekt teilzunehmen.

6. Zusätzliche Nebenbestimmungen für Zuwendungen zu Vorhaben an Gewässern dritter Ordnung

6.1 Bei Vorhaben zur Unterhaltung und Pflege von Gewässern sind mit den Zuwendungen auch etwaige auf den Freistaat Bayern als Beteiligten entfallende Ausgabenbeiträge nach Art. 26 Abs. 2 BayWG abgegolten.

6.2 Bei Gewässerausbauvorhaben sind mit den Zuwendungen auch etwaige auf den Freistaat Bayern als Vorteilziehenden entfallende Ausgabenbeiträge nach Art. 42 Abs. 2 BayWG abgegolten.

7. Zusätzliche Nebenbestimmungen für Zuwendungen zu Vorhaben nichtkommunaler Träger

7.1 [1]Die Gewährung bzw. Rückforderung der Zuwendung sind subventionserheblich im Sinn von § 264 Strafgesetzbuch. [2]Der Antragssteller/die Antragstellerin wird auf die Bestimmungen des Subventionsgesetzes in Verbindung mit Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes hingewiesen. [3]Entsprechend § 4 des Subventionsgesetzes sind Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich. [4]Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist. [5]Der Antragsteller/die Antragstellerin wird darauf hingewiesen, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.

7.2 Bei der Vergabe von Aufträgen sind die Umweltrichtlinien für das öffentliche Auftragswesen in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

7.3 Für nichtkommunale Träger gelten anstelle der Bestimmungen der ANBest-K die Bestimmungen der ANBest-P.

1 Für den Fall, dass Ausgaben noch strittig sind, wird auf die Möglichkeit eines vorläufigen Verwendungsnachweises gemäß Nr. 6.1 ANBest-K hingewiesen.

Anlage 2
RZWas 2018

Ermittlung der Pro-Kopf-Belastung (PKB)

(zu Nr. 4.3 Teil B RZWas 2018)

Zum Ausfüllen bitte die Erläuterungen der Seiten 3 und 4 beachten.

Eingang WWA

Antragsteller: (Gemeinde oder Zweckverband)	
Satzungsgebiet, für das die PKB ermittelt wird:	
Gemeindekennziffer:	

Berechnung des Demografiefaktors

Einwohner mit Hauptwohnsitz zum 31. Dezember 2004 (EZ 2004)[1]	Einwohner mit Hauptwohnsitz zum 31. Dezember 2014 (EZ 2014)[1]	Demografiefaktor = $\frac{EZ\ 2014}{EZ\ 2004}$

Berechnung der Einwohnerzahl mit Demografiefaktor (EZD)

	zum 30. Juni 2013[2]	x Demografie-faktor[3]	EZD	
An eine öffentliche Wasserversorgung angeschlossene Einwohner:		x	=	= EZD_{WV}
An eine kommunale Abwasseranlage angeschlossene Einwohner:		x	=	= EZD_{AW}

Geplante Sanierungsvorhaben in den künftigen Jahren

Alle Angaben in ganzen Zahlen	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021
Wasserleitung Sanierung Nr. 2.2.1 in Meter				
Wasserleitung Verbund Nr. 2.2.2 in Meter				
Investitionen in Wasser-Anlagen Nr. 2.2.3 Euro				
Abwasserkanal Renovierung Nr. 2.2.1 in Meter				
Abwasserkanal Erneuerung Nr. 2.2.1 in Meter				
Abwasserkanal Verbund Nr. 2.2.2 in Meter				
Investitionen in Abwasseranlagen Nr. 2.2.3 Euro				
Beitritt zu einem Zweckverband Nr. 2.2.4 Jahr				

1 Ab 1. Januar 2020 zählen die Einwohnerzahlen zum Stand 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2018.
2 Ab 1. Januar 2020 zählen die Einwohnerzahlen zum Stand 30. Juni 2016.
3 Wenn der Demografiefaktor kleiner 1,00 ist, wird der Demografiefaktor im Quadrat (^2) genommen.

Alle Angaben in ganzen Zahlen.	Investitionen der **Vergangenheit** 1. Januar 1992 – _____ (Datum Stichtag)		Investitionen der **Zukunft** _____ (Datum Stichtag) – 31. Dezember 2021	
Wasserversorgung (WV)	Investitionen der Vergangenheit	Euro	Investitionen der Zukunft	Euro
	abzgl. erhaltener Zuwendungen	– Euro	abzgl. ausstehender Zuwendungen	– Euro
	Investitionen ohne Zuwendungen	Euro	Investitionen ohne Zuwendungen	Euro
	Einwohnerzahl EZD_{WV}		Einwohnerzahl EZD_{WV}	
	$\frac{\text{Investitionen ohne Zuwendungen}}{\text{Einwohnerzahl } EZD_{WV}}$	= Euro/EZD_{WV}	$\frac{\text{Investitionen ohne Zuwendungen}}{\text{Einwohnerzahl } EZD_{WV}}$	= Euro/EZD_{WV}
Abwasserentsorgung (AW)	Investitionen der Vergangenheit	Euro	Investitionen der Zukunft	Euro
	abzgl. erhaltener Zuwendungen	– Euro	abzgl. ausstehender Zuwendungen	– Euro
	Investitionen ohne Zuwendungen	Euro	Investitionen ohne Zuwendungen	Euro
	Einwohnerzahl EZD_{AW}		Einwohnerzahl EZD_{AW}	
	$\frac{\text{Investitionen ohne Zuwendungen}}{\text{Einwohnerzahl } EZD_{AW}}$	= Euro/EZD_{AW}	$\frac{\text{Investitionen ohne Zuwendungen}}{\text{Einwohnerzahl } EZD_{AW}}$	= Euro/EZD_{AW}
zusammengefasst	Vergangenheits-PKB $_{WV+AW}$	Euro/EZD	Zukunfts-PKB $_{WV+AW}$	Euro/EZD
			Gesamt-Pro-Kopf-Belastung (PKB) $_{WV + AW}$ =	Euro/EZD

☐ Antragsteller beantragt getrennte Betrachtung ☐ WV ☐ AW

☐ Antragsteller beantragt gemeinsame Betrachtung WV + AW

Datum, Unterschrift Antragsteller:

Erläuterungen

Die Pro-Kopf-Belastung (PKB) wird **pro Satzungsgebiet** ermittelt, indem die Pro-Kopf-Belastungen
– getrennt für die Wasserversorgung (WV) und Abwasserentsorgung (AW) und
– getrennt nach Ausgaben der Vergangenheit und der Zukunft
ermittelt und anschließend addiert werden. Dabei gelten folgende Ansätze:

– **Demografiefaktor:**
Aus der demografischen Entwicklung der Einwohnerzahlen im Zeitraum 31. Dezember 2004 bis 31. Dezember 2014 (ab 1. Januar 2020 gilt der Zeitraum 31. Dezember 2008 bis 31. Dezember 2018) wird wie folgt der Demografiefaktor errechnet.

$$\text{Demografiefaktor} = \frac{\text{Einwohner zum 31. Dezember 2014}}{\text{Einwohner zum 31. Dezember 2004}}$$

Dabei ist die Gesamtzahl der Einwohner mit Hauptwohnsitz im betrachteten **Gemeindegebiet** anzusetzen, wie sie jeweils zum Zeitpunkt 31. Dezember 2014 bzw. 31. Dezember 2004 im statistischen Jahrbuch des Landesamts für Statistik (LfStat) angegeben ist. Der Demografiefaktor wird auf zwei Stellen nach dem Komma berechnet. Der Demografiefaktor eines Zweckverbands oder einer Zweckvereinbarung wird errechnet, indem die am Zweckverband bzw. der Zweckvereinbarung angeschlossenen Einwohner der jeweiligen Mitgliedsgemeinden zum Stand 31. Dezember 2014 mit dem Demografiefaktor der jeweiligen Mitgliedsgemeinde multipliziert und durch die Gesamtzahl aller am Zweckverband angeschlossenen Einwohner dividiert werden.

– **Einwohnerzahl mit Demografiefaktor [EZD]:**
Der Demografiefaktor wird dann mit der jeweiligen Zahl der im **Satzungsgebiet** wasserversorgten bzw. abwasserentsorgten Einwohner zum Zeitpunkt 30. Juni 2013 (ab 1. Januar 2020 gilt der Zeitpunkt 30. Juni 2016) multipliziert. Dabei ist die Gesamtzahl der wasserver- bzw. abwasserentsorgten Einwohner mit Hauptwohnsitz im betrachteten Satzungsgebiet anzusetzen. Die Einwohnerzahl mit Demografiefaktor wird ganzzahlig berechnet. Wenn der Demografiefaktor kleiner 1,00 ist, wird der Demografiefaktor im Quadrat (^2) genommen.

EZD_{WV} = an eine öffentliche Wasserversorgung angeschlossene Einwohner x Demografiefaktor
EZD_{AW} = an eine kommunale Abwasseranlage angeschlossene Einwohner x Demografiefaktor

Auf Gemeindeebene sind die Zahlen in Spalte 4 der Erhebung über die Wassereigenversorgung und -entsorgung privater Haushalte 2013 (§ 7 Abs. 3 Umweltstatistikgesetz) in der Statistik 7P.1 „Gemeinden mit öffentlicher und privater Wasserversorgung 2013“ bzw. in der Statistik 7P.2 „Gemeinden mit öffentlicher und privater Abwasserentsorgung 2013“ des LfStat zum Stand 30. Juni 2013 angegeben. Ab 1. Januar 2020 gelten die Statistiken zum Stand 30. Juni 2016.

Zur Seite 2:

– **Investitionen der Vergangenheit [Euro]:**
Dies sind alle bisherigen baulichen Investitionen in öffentliche Trink- und Abwasseranlagen, einschließlich Anschlussentgelte, die seit 1. Januar 1992 (ab 1. Januar 2020 siehe Nr. 16 RZWas) bis zum Stichtags-Datum (24:00 Uhr) im betrachteten Satzungsgebiet kassenwirksam angefallen sind. Es gehen neben den baulichen Investitionen des Vermögens- bzw. Finanzhaushalts[4] auch Ausgaben bzw. Auszahlungen für die bauliche Unterhaltung[5] in die Investitionen der Vergangenheit ein. Der in dieser Anlage verwendete Begriff der „Investitionen“ weicht insoweit vom haushaltsrechtlichen Investitionsbegriff ab. Zu den baulichen Investitionen zählen auch die dazugehörigen Architekten- und Ingenieurleistungen, Ausgaben für Baugebiete und Anschlussentgelte sowie für maschinen- und elektrotechnische Ausrüstungen. Bei Abwasseranlagen können auch bauliche Investitionen für Blockheizkraftwerke und Klärschlammtrocknungsanlagen angesetzt werden, die über Beiträge und Gebühren finanziert worden sind. Ausgaben für Spülfahrzeuge oder Ähnliches sind keine baulichen Investitionen. Von den angefallenen Investitionen (brutto) sind die erstattete Mehrwertsteuer, die erhaltenen Zuwendungen (EU, Bund, Freistaat), verrechnete Abwasserabgabe und Beiträge von Straßenbaulastträgern abzuziehen. Darlehen und FAG-Stabilisierungshilfen sind nicht in Abzug zu bringen. Die Pro-Kopf-Belastung der Vergangenheit nimmt von 2016 bis 2021 zu, wenn Investitionen getätigt werden. Investitionen, die z. B. im Jahr 2017 getätigt werden, gehören bei Antragstellung im Jahr 2016 noch zu den Investitionen der Zukunft, bei Antragstellung im Jahr 2018 jedoch zu den Investitionen der Vergangenheit.

– **Investitionen der Zukunft [Euro]:**
Hier sind alle anstehenden Investitionen in bauliche Sanierungen von öffentlichen Trink- und Abwasseranlagen in den Jahren bis einschließlich 2021 im betrachteten Satzungsgebiet zu erfassen, die sich künftig auf Beiträge und Gebühren auswirken werden. Hierbei sind von den zu erwartenden Investitionen (brutto) die zu erstattende Mehrwertsteuer und noch ausstehende Zuwendungen (EU, Bund, Freistaat, verrechnete Abwasserabgabe und Beiträge von Straßenbaulastträgern) abzuziehen. Zu erwartende Zuwendungen nach diesem Härtefallprogramm, Darlehen und FAG-Stabilisierungshilfen sind nicht in Abzug zu bringen.

– **Getrennte oder gemeinsame Betrachtung WV und AW**
Die Härtefallförderung wird für Vorhaben nach den Nrn. 2.2.1, 2.2.3 und 2.2.4 gewährt, wenn die nach Anlage 2 ermittelte Pro-Kopf-Belastung der Vergangenheit (Vergangenheits-PKB) für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gemeinsam (bei deckungsgleichem Satzungsgebiet) oder getrennt berechnet die in Nr. 4.3.1 genannten Härtefallschwellen überschreitet. Ein deckungsgleiches Satzungsgebiet ist gegeben, wenn sich die Satzungsgebiete der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung bei 75 % der angeschlossenen Einwohner zum Stichtags-Datum überschneiden; dies ist vom Antragsteller nachzuweisen.

---

4 Vgl. die Gruppen 94 bis 96 der Zuordnungsvorschriften zum Gruppierungsplan für die Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände (ZVKommGrPl), Anlage 4 zu Nr. 2.1 der Vorschriften über die kommunale Haushaltssystematik nach den Grundsätzen der Kameralistik (VVKommHSyst-Kameralistik) bzw. die Kontenart 785 der Zuordnungsvorschrift zum Kommunalen Kontenrahmen Bayern (ZuVoKommKR), Anlage 5 zu Nr. 2.5 der Vorschriften über die kommunale Haushaltssystematik nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung (VVKommHSyst-Doppik).

5 Vgl. die Gruppe 51 der ZVKommGrPl bzw. die Kontenart 722 der ZuVoKommKR.

Baustandsbericht – Nr.

Anlage 3
RZWas 2018

zum Anfordern von Zuwendungen

1. Allgemeine Angaben zum Vorhaben

Vorhaben		
Zuwendungsempfänger		
Bankverbindung (IBAN, BIC)		
Zuwendungsbescheid des WWA ..... Az.:	Datum	Ende Bewilligungszeitraum

2. Angaben zur Finanzierung und Baustand zum Berichtstag

		Ausgaben des Vorhabens in €		Zuwendungen in €		
		insgesamt	zuwendungsfähig	Soll	Ist	Differenz
		2	3	4	5	6
1	Vorhaben (gem. Zuwendungs-bescheid)					
2	Kostenanfall bis:					

3. Erklärung des Zuwendungsempfängers

Das o. g. Vorhaben ist zu .....% fertiggestellt. Entsprechend dem erreichten Baufortschritt werden Zuwendungen in Höhe von .....€ angefordert.

Datum Unterschrift

_____ _____

4. Vermerk zur Bewilligung (vom zuständigen WWA auszufüllen)

Kennzeichen	V-Art	Gebiet	Nr.	Verfahrensschritt	

Vorläufige Festsetzung der Zuwendung durch das WWA:

Zuwendung	K-Typ	€	Cent	Datum / Unterschrift

Endgültige Festsetzung durch das StMUV:

Zuwendung	K-Typ	€	Cent	aus Kap./Titel
Zuwendung	K-Typ	€	Cent	aus Kap./Titel
Name				Datum, Unterschrift

Hinweise zum Baustandsbericht

Der Baustandsbericht ist nach Nr. 10 RZWas 2018 vom Zuwendungsempfänger auszufüllen und zweifach dem Wasserwirtschaftsamt zu übergeben.

Die Zuwendungen werden vom Wasserwirtschaftsamt aufgrund des Zuwendungsbescheids nach Nr. 9 RZWas 2018 entsprechend der Bereitstellung der Haushalts- und Betriebsmittel in Raten bewilligt und ausbezahlt. Davon soll die Schlussrate mit einem Anteil von bis zu 5 % der Zuwendungen, jedoch mindestens 5 000 € bei Vorhaben nach Nr. 2.1 RZWas 2018, erst nach Vorlage des Verwendungsnachweises angefordert werden. Die Zahlung steht unter dem Vorbehalt der Bewilligung nach Nr. 10 der RZWas 2018.

Die Auszahlungsbeträge werden centgenau abgerundet.

Zu Nr. 2 Angaben zu Finanzierung und Baustand zum Berichtstag

In der Zeile „Vorhaben“ sind die Ausgaben und Zuwendungen nach dem im Zuwendungsbescheid festgelegten Finanzierungsplan einzutragen. In die Spalte 3 sind die zuwendungsfähigen Ausgaben laut Planung (Ausgabenberechnung nach REWas) einzutragen.

In der Zeile „Ausgabenanfall bis“ sind folgende Angaben einzutragen:

- Spalte 1: der Berichtstag
- Spalte 2: die angefallenen Gesamtausgaben des Vorhabens zum Berichtstag laut Bauausgabebuch
- Spalte 3: die angefallenen zuwendungsfähigen Ausgaben zum Berichtstag laut Bauausgabebuch
- Spalte 4: die erdienten Zuwendungen aufgrund des Baufortschritts ermitteln sich aus dem Verhältnis der angefallenen zuwendungsfähigen Ausgaben nach Bauausgabebuch zu den zuwendungsfähigen Ausgaben des Vorhabens laut Zuwendungsbescheid (Ausgabenberechnung nach REWas) multipliziert mit den im Zuwendungsbescheid in Aussicht gestellten Zuwendungen:

$$\text{Erdiente Zuwendung} = \frac{\text{Zeile 2, Spalte 3}}{\text{Zeile 1, Spalte 3}} \times \text{Zeile 1, Spalte 4}$$

- Spalte 5: bereits ausbezahlte Zuwendungen für das Vorhaben
- Spalte 6: die sich aus den Spalten 4 und 5 ergebende Differenz

Zu Nr. 3 Erklärung des Zuwendungsempfängers

Hier ist die erbetene Zuwendung einzutragen. Der Baustandsbericht ist vom Vorhabensträger rechtsverbindlich zu unterschreiben. Der Zuwendungsempfänger kann die Bauoberleitung mit dem Aufstellen des Baustandsberichts beauftragen. Das Wasserwirtschaftsamt ist von der Ermächtigung der Bauoberleitung schriftlich zu unterrichten.

Anlage 4
RZWas 2018

Verwendungsnachweis

_____ Bewilligungsbehörde _____ Anschrift _____ Anschrift

_____
Ort, Datum

1. Zuwendungsempfänger

Stadt	Markt	Gemeinde	VG	Zweck-verband	Landschafts-pflegeverband	Sonstige
Name				Landkreis		
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)						
Bankverbindung (IBAN, BIC)						
Auskunft erteilt (Name, Telefon-Nr., Fax)						
Region				amtl. Gemeindekennziffer		

2. Finanzierung des Vorhabens

Vorhaben		
Zuwendungsbescheid des		
vom	Az.:	Summe der in Aussicht gestellten Zuwendungen €

3. Sachlicher Bericht über Art und Umfang des geförderten Vorhabens

Entwurfsverfasser	Bauoberleitung	örtl. Bauleitung	Baubeginn[1]	Bauende

1 Baubeginn ist das Datum der Vergabe des ersten Bauauftrags.

4. Zahlenmäßiger Nachweis

4.1 Zuwendungsfähige Ausgaben

nach Zuwendungsbescheid	**nach Ausführung des Vorhabens** nach Bauausgabebuch
€	€

Nur für Vorhaben nach den Nrn. 2.1 und 2.4 RZWas 2018:

Die zuwendungsfähigen Ausgaben nach Bauausgabebuch übersteigen die zuwendungsfähigen Ausgaben nach Zuwendungsbescheid. Die Mehrausgaben wurden angezeigt.

4.2 Einnahmen zur Deckung der zuwendungsfähigen Ausgaben (zfK)

Art		**nach Zuwendungsbescheid**		**nach Ausführung des Vorhabens**	
				SOLL	**IST**
		€	%	€	€
Zuwendung Freistaat Bayern	(K71..)				
Zuwendung EU	(K7...)				
Zuwendung GemAgr	(K73..)				
Zuwendung (Ursprung).....	(K7...)				
Zinsgünstige Darlehen	(K5...)				
Eigenleistung	(K5...)				
Summe zfK Nach Bauausgabebuch	(K4...)				

5. Bestätigung des Zuwendungsempfängers

Die Gewährung bzw. Rückforderung der Zuwendung sind subventionserheblich im Sinn von § 264 des Strafgesetzbuchs. Der Antragssteller/die Antragstellerin wird auf die Bestimmungen des Subventionsgesetzes in Verbindung mit Art.1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes hingewiesen. Entsprechend § 4 des Subventionsgesetzes sind Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist. Der Antragsteller/die Antragstellerin wird darauf hingewiesen, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.

In Kenntnis der strafrechtlichen Bedeutung unvollständiger oder falscher Angaben wird versichert, dass:

a) die Einnahmen und Ausgaben nach den Rechnungsunterlagen im Zusammenhang mit dem geförderten Vorhaben angefallen sind und mit der Baurechnung übereinstimmen,
b) die nicht zuwendungsfähigen Beträge, Rückforderungen und Rückzahlungen abgesetzt wurden,
c) die Zuwendung ausschließlich zur Erfüllung des im Bewilligungsbescheid näher bezeichneten Zuwendungszwecks verwendet wurde und die im Zuwendungsbescheid genannten Auflagen und Bedingungen eingehalten wurden.

Der Zuwendungsempfänger

- hat die geförderte Anlage antragsgemäß erstellt und am ..... in Betrieb genommen.
- hat dem Verwendungsnachweis als Anlage einen Bestandslageplan und das Bauausgabebuch beigefügt.

Alle mit der Zuwendung zusammenhängenden Belege, Verträge und sonstigen Unterlagen können während der im Zuwendungsbescheid (einschließlich Nebenbestimmungen) festgelegten Aufbewahrungsfrist jederzeit zum Zwecke der Verwendungsprüfung oder Prüfung durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof oder die EU eingesehen oder zur Vorlage bei der prüfenden Stelle angefordert werden.

Dem Zuwendungsempfänger ist bekannt, dass die Zuwendung im Falle ihrer zweckwidrigen Verwendung der Rückforderung und Verzinsung unterliegt.

Zuwendungsempfänger	Ort, Datum	Unterschrift

6. Prüfung der Verwendung durch die Bewilligungsbehörde

6.1 Prüfung und Anerkennung von Mehrausgaben für Vorhaben nach den Nrn. 2.1 und 2.4 RZWas 2018

Die zuwendungsfähigen Ausgaben nach Bauausgabebuch übersteigen die zuwendungsfähigen Ausgaben nach Zuwendungsbescheid. Die Mehrausgaben werden als zuwendungsfähig anerkannt.

Dienststelle	Ort, Datum	Unterschrift

6.2 Prüfung gemäß Nr. 11 VV zu Art. 44 BayHO bzw. Nr. 11 VVK

Der Verwendungsnachweis wurde im vereinfachten Verfahren gemäß Nr. 11.1 VV zu Art. 44 BayHO bzw. Nr. 11.1 VVK auf Anhaltspunkte für die Geltendmachung eines Erstattungsanspruchs geprüft.

Der Verwendungsnachweis wurde in die stichprobenweise Auswahl der vertieft zu prüfenden Verwendungsnachweise aufgenommen und auf Anhaltspunkte für die Geltendmachung eines Erstattungsanspruchs sowie auf die Anforderungen in Nrn. 11.1.1 bis 11.1.3 VV zu Art. 44 BayHO bzw. Nrn. 11.1.1 bis 11.1.3 VVK geprüft. Das Ergebnis ist beiliegendem Prüfungsvermerk zu entnehmen.

Dienststelle	Ort, Datum	Unterschrift

6.3 Prüfung in baufachlicher Hinsicht

Der Verwendungsnachweis wurde in die stichprobenweise Auswahl der nach Nr. 6.2 VV zu Art. 44 BayHO in Verbindung mit Nr. 7 BayZBau bzw. Nr. 6.2.8.1 VVK baufachlich zu prüfenden Verwendungsnachweise aufgenommen. Das Ergebnis ist beiliegendem Prüfungsvermerk zu entnehmen.

Dienststelle	Ort, Datum	Unterschrift

6.4 Die zuwendungsfähigen Ausgaben ändern sich durch die Prüfung nicht auf: _____ Euro

Vermerke zur Bewilligung der Schlussrate

Kennzeichen	V-Art	Gebiet	Nr.	Verfahrensschritt	

Vorläufige Festsetzung der Zuwendung durch das WWA:

Zuwendung	K-Typ	€ Cent	Datum / Unterschrift

Endgültige Festsetzung durch das StMUV:

Zuwendung	K-Typ	€ Cent	aus Kap./Titel
Zuwendung	K-Typ	€ Cent	aus Kap./Titel
Name			Datum, Unterschrift

Anlage 5
RZWas 2018

Verwendungsbestätigung

Für Vorhaben nach Nr. 2.2 RZWas 2018 sind die Zuwendungen entsprechend der Ergänzung zu den Nrn. 10, 12 und 13 RZWas 2018 im Teil B RZWas 2018 maximal einmal jährlich mit diesem Formblatt „Verwendungsbestätigung“ abzurufen.

_____ Bewilligungsbehörde oder im Zuwendungsbescheid genannte Behörde	Eingang WWA

1. Zuwendungsempfänger

☐ Stadt	☐ Markt	☐ Gemeinde	☐ Verwaltungs-gemeinschaft	☐ Zweckverband	☐ _____
Name (bei kreisangehörigen Zuwendungsempfängern mit Angabe des Landkreises)					
Anschrift					
Bankverbindung (IBAN, BIC)					
Auskunft erteilt (Name, Telefon-Nr., E-Mail)					
Satzungsgebiet, für das dieser Antrag gestellt wird					
Zuwendungsbescheid vom, Az.					
Vorsteuerabzugsberechtigung ☐ Ja ☐ Nein				Teilnahme am Benchmarking im Jahr	

2. Vorhaben

Bezeichnung des Vorhabens Fördergegenstand: ☐ Nr. 2.2.1 ☐ Nr. 2.2.2 ☐ Nr. 2.2.3 ☐ Nr. 2.2.4 ☐ Nr. 2.2.5 ☐ Nr. 2.4 RZWas 2018

3. Sachlicher Bericht und Zahlennachweis

In der folgenden Aufstellung ist jeweils die Differenz der Längen und Ausgaben gegenüber der letzten Verwendungsbestätigung (VB) anzugeben bzw. ab dem Datum, ab dem die Berechnung der Pro-Kopf-Belastung für die Vergangenheit erstmalig zur Überschreitung einer der Härtefallschwellen geführt hat, frühestens ab 1. Januar 2016.

Für folgende Leistungen wird erstmalig eine Förderung nach Nr. 2.2 bzw. 2.4 RZWas 2018 beantragt:	Längen in Meter	Euro pro Meter	Zuwendungsfähige Ausgaben im Bauausgabebuch in Euro	Beantragte Zuwendung in Euro
Spalte	1	2	3	4
Sanierungsvorhaben nach Nr. 2.2.1 RZWas 2018 über der Härtefallschwelle 1 nach Nr. 4.3.1 RZWas 2018:				
Meter sanierte Wasserleitung		120		[1]
Meter renovierter Abwasserkanal		180		[1]
Meter erneuerter Abwasserkanal		360		[1]
Sanierungsvorhaben nach Nr. 2.2.1 RZWas 2018 über der Härtefallschwelle 2 nach Nr. 4.3.2 RZWas 2018:				
Meter sanierte Wasserleitung		180		[2]
Meter renovierter Abwasserkanal		270		[2]
Meter erneuerter Abwasserkanal		540		[2]
Verbundvorhaben nach Nr. 2.2.2 RZWas 2018				
Meter Verbundleitung Wasserleitung		80		[1]
Meter Verbundleitung Abwasserkanal		150		[1]
Folgende Einwohner sind maßgebend bzw. folgende Ausführungsausgaben sind angefallen:	Einwohner EZ	Euro / EZ		
für Anlagensanierungen nach Nr. 2.2.3 RZWas 2018		250		[3]
für Beitritt zu einem Zweckverband nach Nr. 2.2.4 RZWas 2018		40		[4]
für Sanierungskonzepte nach Nr. 2.2.5 RZWas 2018		20		[5]
Vorhaben nach Nr. 2.4 RZWas 2018	Längen in Meter	Euro / Meter		
Sonderprogramm „Kanalkataster“		1		
Ausgaben, die ein anderer Vorhabensträger zu tragen verpflichtet ist und Sonstiges				-
Summe der beantragten Zuwendung				

1 Spalten 1 x 2, mindestens 50 %, maximal 90 % der Spalte 3

2 Spalten 1 x 2, mindestens 80 %, maximal 90 % der Spalte 3

3 Spalten 1 x 2, maximal 70 % der Spalte 3

4 Spalten 1 x 2, maximal 100 000 Euro

5 Spalten 1 x 2, maximal 70 % der Spalte 3 und maximal 50 000 Euro

4. Bestätigung

Die Gewährung bzw. Rückforderung der Zuwendung sind subventionserheblich im Sinn von § 264 des Strafgesetzbuchs. Der Antragssteller/die Antragstellerin wird auf die Bestimmungen des Subventionsgesetzes in Verbindung mit Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes hingewiesen. Entsprechend § 4 des Subventionsgesetzes sind Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist. Der Antragsteller/die Antragstellerin wird darauf hingewiesen, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.

In Kenntnis, dass die Verwendungsbestätigung einen Verwendungsnachweis darstellt, und der strafrechtlichen Bedeutung unvollständiger oder falscher Angaben wird versichert:

a) Die Zuwendung wurde ausschließlich zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid näher bestimmten Zuwendungszwecks verwendet; die im Zuwendungsbescheid genannten Bedingungen und Auflagen wurden eingehalten.

b) Alle mit der Zuwendung zusammenhängenden Belege, Verträge und sonstigen Unterlagen können während der im Zuwendungsbescheid (einschließlich Nebenbestimmungen) festgelegten Aufbewahrungsfrist jederzeit zum Zwecke der Verwendungsprüfung oder Prüfung durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof eingesehen oder zur Vorlage bei der prüfenden Stelle angefordert werden.

c) Dem Zuwendungsempfänger ist bekannt, dass die Zuwendung im Falle ihrer zweckwidrigen Verwendung der Rückforderung und Verzinsung unterliegt und ihm bei Abgabe einer unrichtigen Verwendungsbestätigung der Beweis für die zweck- und fristgerechte Verwendung obliegt.

.....
(Datum, Unterschrift) Dienstsiegel

5. Prüfung der Verwendung gemäß Nr. 11 VVK durch die Bewilligungsbehörde

Die Verwendungsbestätigung wurde im vereinfachten Verfahren gemäß Nr. 11.1 VVK auf Anhaltspunkte für die Geltendmachung eines Erstattungsanspruchs geprüft.

Die Verwendungsbestätigung wurde in die stichprobenweise Auswahl der vertieft zu prüfenden Verwendungsbestätigungen aufgenommen und auf Anhaltspunkte für die Geltendmachung eines Erstattungsanspruchs sowie auf die Anforderungen in Nrn. 11.1.1 bis 11.1.3 VVK geprüft. Das Ergebnis ist beiliegendem Prüfungsvermerk zu entnehmen.

Dienststelle	Ort, Datum	Unterschrift

Die zuwendungsfähigen Ausgaben ändern sich durch die Prüfung nicht auf: _____ Euro

Vermerke zur Bewilligung der Schlussrate

Kennzeichen	V-Art	Gebiet	Nr.	Verfahrensschritt	

Vorläufige Festsetzung der Zuwendung durch das WWA:

Zuwendung bislang bewilligt	K-Typ	€ Cent		
Zuwendung dieses Antrags	K-Typ	€ Cent	Datum / Unterschrift	
Zuwendung bewilligt+beantragt	K-Typ	€ Cent		

Endgültige Festsetzung durch das StMUV:

Zuwendung	K-Typ	€ Cent	aus Kap./Titel
Zuwendung	K-Typ	€ Cent	aus Kap./Titel
Name			Datum, Unterschrift

Literaturhinweise

Springer Spektrum, Springer DE, Berlin u. a.

Lucius/Loss-Frank/Lane, **Biologie von Parasiten,** 3., aktualisierte und überarbeitete Auflage 2018, XVII, 546 Seiten, Preis 39,99 €, Lehrbuch, ISBN 978-3-662-54861-5.

Das Buch führt in die Biologie parasitärer Einzeller, Würmer und Arthropoden ein und deckt den gesamten Stoff des Fachgebiets Parasitologie ab. Es befasst sich mit parasitären Krankheiten von Mensch und Tier und geht ausführlich auf wichtige Infektionserreger (Malaria, Wurminfektionen) ein. Die Parasit/Wirt-Koevolution, die Zellbiologie sowie die Immunologie und Genome werden gründlich dargestellt. Anhand häufiger Vertreter werden exemplarisch typische Lebenszyklen, die Immunreaktionen und die resultierenden Krankheitsbilder erklärt.

Clauser, **Grundlagen der angewandten Geophysik – Seismik, Gravimetrie,** 2018, XII, 375 Seiten, Preis 29,99 €, Lehrbuch, ISBN 978-3-662-55309-1.

Das Lehrbuch führt in die Grundlagen der Seismik und Gravimetrie ein und erklärt, wie elastische Wellen und Unterschiede der Gesteinsdichte zur Sichtbarmachung von Strukturen im Untergrund genutzt werden können. Weiterhin werden die Grundlagen der Verarbeitung digitaler seismischer Signale erläutert und die verschiedenen Methoden der Bearbeitung und Interpretation seismischer und gravimetrischer Daten detailliert beschrieben. Es bietet zur Dateninterpretation eine anschauliche Hilfestellung.

Frey, **Nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen,** Erfolgsfaktoren in komplexen sozial-ökologischen Systemen, 2018, XI, 287 Seiten, Preis 44,99 €, ISBN 978-3-662-55445-6.

Der Mensch betreibt an vielen natürlichen Ressourcen Raubbau, aber es gibt auch Gegenbeispiele nachhaltiger Nutzung von Gemeingütern. Das Buch zeigt die Erfolgsfaktoren für eine ökologische Nutzung von natürlichen Ressourcen auf und diskutiert, welche Hauptfaktoren die Steuerung sozial-ökologischer Systeme beeinflussen. Es werden verschiedene Methoden der Datenanalyse erörtert und neue prognosestarke und empirisch fundierte Modelle vorgestellt.

Bauer/Freeden/Jacobi/Neu, **Handbuch Oberflächennahe Geothermie,** 2018, XXXIII, 819 Seiten, Preis 149,99 €, ISBN 978-3-662-503006-5.

Grundlagen wie das thermische Regime der Erde, die oberflächennahe Geologie, geologisch-geophysikalische Grundlagen, zugrunde liegende mathematische Methoden, Risikomanagement und Bohrtechniken werden in dem Handbuch vermittelt. Es werden in den angewandten Kapiteln Geothermieprojekte aus der Sicht eines Bauherrn beleuchtet und z. B. Heizlastberechnung, hydraulische Abgleichung, Projektmanagement, zu berücksichtigende Umweltaspekte, Finanzierung und Fördermöglichkeiten und Anlagendimension behandelt. Das Werk befasst sich auch mit den verfahrenstechnischen Grundlagen, der Maschinentechnik, der Qualitätssicherung, der Arbeitssicherheit und dem Gesundheitsschutz etc. Obwohl der Schwerpunkt auf Deutschland, Österreich und der Schweiz liegt, wird auch auf die oberflächennahe Geothermiebranche weltweit eingegangen und die Herausforderungen, die Chancen und die Perspektiven werden aufgezeigt.

Herrmann/Sieglerschmidt, **Umweltgeschichte und Kausalität,** Entwurf einer Methodenlehre, 2018, IX, 49 Seiten, Preis 9,99 €, essentials, ISBN 978-3-658-20920-9.

Der Band konzentriert sich auf wissenschaftstheoretische und wissenschaftsmethodische Fragen in der Umweltgeschichte. Er beginnt mit den umwelthistorischen Anfangs- bzw. Erstereignissen und berücksichtigt die unterschiedlichen Kausalitätsmodelle (Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft).

Robert/Bousquet, **Geowissenschaften,** die Dynamik des Systems Erde, 2018, XXIII, 1017 Seiten, Preis 89,99 €, Lehrbuch, ISBN 978-3-662-50392-8.

Das Lehrbuch bildet mit über 800 erklärenden Grafiken und anschaulichen Fotos eine Synthese aller Themen rund um die Geowissenschaften. Es wird ein umfassendes und kohärentes Bild der Entwicklung unseres Planeten von seinen Anfängen bis hin zu seinem heutigen Zustand entworfen. Das Werk bietet einen ausführlichen Rohstoff-/Ressourcen-Teil und beschreibt umfangreich den Gesteinskreislauf und die Prozesse dahinter. Der Band behandelt nach der Einführung die vier großen Themen Entstehungsgeschichte, Dynamik der Erde und deren Untersuchung mit geophysikalischen und strukturgeologischen Methoden, Gesteinskreislauf und Gebirgsbildungsprozesse und abschließend Ressourcen der Erde. Die zahlreichen Literaturhinweise am jeweiligen Themenende helfen bei der Vertiefung in die Materie.

Weyer, **Geschichte der Chemie,** 2018, Extras online.

Band 1, Altertum, Mittelalter, 16. bis 18. Jahrhundert, XIV, 576 Seiten, Preis 89,99 €, ISBN 978-3-662-55797-6.

Band 2, 19. bis 20. Jahrhundert, X, 462 Seiten, Preis 89,99 €, ISBN 978-3-662-55801-0.

Das zweibändige Werk umfasst die gesamte Geschichte der Chemie von den Anfängen der Zivilisation bis hin zum 20. Jahrhundert. Die Darstellung beschreibt den Wandel und das verbindende Element der Chemie im Laufe der Jahrhunderte und integriert dabei aktuelle Forschungsergebnisse. Band 1 behandelt im ersten Teil die frühe Chemie im Altertum und Mittelalter, die im Wesentlichen aus den drei Komponenten praktische Chemie, Naturphilosophie und Alchemie bestand. Im zweiten Teil folgt die Beschreibung der Epoche der neuzeitlichen Chemie vom 16. bis 18. Jahrhundert, in der sich die Chemie in einem komplexen Prozess zu einer Wissenschaft entwickelte. Band 2 behandelt die moderne Chemie vom 19. und 20. Jahrhundert. Hier werden die vielseitigen Fakten und Tendenzen beschrieben, die diese kennzeichnet: die Entwicklung von der Idee massiver Atome bis zu den Elementarteilchen, die Erforschung der Lebensvorgänge, die Ordnungssysteme für die Elemente und die organischen Verbindungen u. v. m. Die chemische Industrie sowie die Ausbildung und das Berufsbild des Chemikers sind enthalten.

Dörfelt/Ruske, **Die pileaten Porlinge Mitteleuropas,** Morphologie, Anatomie, Bestimmung, 2018, XIX, 380 Seiten, Preis 37,99 €, Lehrbuch, ISBN 978-3-662-56759-3.

Der Band hilft mit seinen zahlreichen farbigen und detaillierten Abbildungen bei der Bestimmung der pileaten Porlinge (Holz bewohnende Baumpilze mit röhrenartigen Fruchtschichten) Mitteleuropas. Im ersten Teil wird die

Morphologie und Anatomie der Porlinge vorgestellt, bevor im zweiten Teil näher auf die einzelnen Arten eingegangen wird. Zwischen den Artbeschreibungen fließen interessante Fakten über die Verbreitung, die Nutzung oder auch Erklärungen zu ungewöhnlichen Namensgebungen wie Zunderschwamm, Apothekerschwamm etc. ein.

Glandt, **Praxisleitfaden Amphibien- und Reptilienschutz,** schnell, präzise, hilfreich, 2018, XIII, 308 Seiten, Preis 24,99 €, Research, ISBN 978-3-662-55726-6.

Der Band bietet in übersichtlicher Form schnelle und zuverlässige Informationen über alle mitteleuropäischen Amphibien- und Reptilienarten. Der Schwerpunkt liegt bei der Gefährdung der Arten, deren Ursachen und besonders auf den praktischen Schutz- und Hilfsmaßnahmen. Der Amphibien- und Reptilienschutz wird eingebettet in den Gesamtkomplex Naturschutz, wozu ein vorangestelltes allgemeines Kapitel dient.

Gradmann, **Robert Koch,** ausgewählte Texte, 2018, V, 212 Seiten, Preis 29,99 €, Klassische Texte der Wissenschaft, ISBN 978-3-662-56453-0.

Der Band gibt einen guten Überblick über die wichtigsten Arbeitsgebiete von Robert Koch. Er enthält, neben einer Einleitung, eine Reihe von Aufsätzen zu seinen wichtigsten Arbeitsgebieten: Ätiologie, Epidemiologie und die Technik und Methodik des Labors. Das Buch versucht den Leser mit dem Autor Koch vertraut zu machen, der es verstand, auch weitreichende Erkenntnisse in klarer und anschaulicher Weise zu Papier zu bringen und durch Reiseberichte den Kontakt mit der Öffentlichkeit seiner Zeit zu pflegen.

Springer Gabler, Springer DE, Berlin u. a.

North/Reinhardt/Sieber-Suter, **Kompetenzmanagement in der Praxis,** Mitarbeiterkompetenzen systematisch identifizieren, nutzen und entwickeln, mit vielen Praxisbeispielen, 3., aktualisierte und erweiterte Auflage 2018, XVI, 342 Seiten, Preis 34,99 €, ISBN 978-3-658-16871-1.

In dem Fachbuch wird beschrieben, wie Institutionen und Personen Kompetenzen systematisch identifizieren, nutzen, entwickeln und absichern können. Aus Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen, Bildungseinrichtungen und Verbänden werden zahlreiche Beispiele von praxiserprobten Lösungen und Werkzeugen gezeigt. Neben vielen nützlichen Tipps und einem hilfreichen Glossar wird auf Veränderungen des Kompetenzmanagements durch die Digitalisierung und den demografischen Wandel sowie auf die Entwicklung agiler Organisationen eingegangen.

Hillebrecht, **Sabbaticals für die Personalentwicklung,** Arbeitshilfen für Arbeitnehmer und Personalabteilung, 2018, XII, 43 Seiten, Preis 9,99 €, essentials, ISBN 978-3-658-20647-5.

Sabbaticals sind im Zeichen der Work-Life-Balance ein wichtiges Instrument der Mitarbeiterbindung und der Erholung. In dem Band werden die Anlässe für Sabbaticals strukturiert und Arbeitnehmern wie auch Personalabteilungen die Möglichkeiten für eine faire, karriereförderndе Gestaltung aufgezeigt.

Kreutzer, **Führungs- und Organisationskonzepte im digitalen Zeitalter kompakt,** Agilität erreichen, Prozesse beschleunigen, Change-Management implementieren, 2018, X, 91 Seiten, Preis 32,99 €, ISBN 978-3-658-21447-0.

Das Buch vermittelt wichtige Denkanstöße zur Weiterentwicklung der Unternehmensorganisation und der Führungsprozesse, die wegen der tiefgreifenden Veränderungen im digitalen Zeitalter unerlässlich sind. Weiterhin wird aufgezeigt, dass durch ein stärkeres Empowerment der Mitarbeiter Prozesse beschleunigt werden können. Es wird erläutert, warum in Unternehmen die dominierende Performance-Engine durch eine Innovations-Engine zu ergänzen ist. Zentrale Fragen zur Bewältigung dieser Aufgaben werden kompetent beantwortet.

Dörig, **Chefsache Präsenzielle Führung,** 2018, XVIII, 196 Seiten, Preis 28,99 €, E-Book inside, ISBN 978-3-658-20464-8.

Das Buch behandelt die Frage, wie Manager und Führungskräfte ein Unternehmen bzw. sich selbst und ihre Mitarbeiter richtig und erfolgreich führen können. Eine anspruchsvolle Führung braucht Präsenz und Essenz auf allen Stufen des Managements. Das Buch regt an Führungsverhalten zu hinterfragen und gibt viele nützliche Tipps aus dem Alltag, in den wichtigen und sensiblen Bereichen der Führung im Sicherheits-, Notfall- und Krisenmanagement. Beispiele aus der Praxis werden mit unkonventionellen Anregungen aus dem Alltag kombiniert.

Vogel/Weißer/Hartmann, **Smart City – Digitalisierung in Stadt und Land,** Herausforderungen und Handlungsfelder, 2018, 81 Seiten, Preis 44,99 €, ISBN 978-3-658-19045-3.

Wie Kommunen die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen und umsetzen können wird am Beispiel der Stadt Arnsberg dargestellt. Eine digitale Agenda für Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Stadt der Zukunft wird in dem Buch anhand der vollzogenen und der noch anstehenden Schritte der Stadt Arnsberg und der Region exemplarisch gezeigt.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern“ www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern“ ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern“ entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN UND FÜR INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Nr. 15 **München, 31. Oktober 2018** **31. Jahrgang**

Inhaltsübersicht

Datum Seite

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatsregierung

25.09.2018 103-S, 1140-S
Änderung der Redaktionsrichtlinien und der Veröffentlichungsbekanntmachung 959

Bayerischer Ministerpräsident

24.09.2018 1132-S
Ehrenpatenschaften des Bayerischen Ministerpräsidenten bei Mehrlingsgeburten (Ehrenpatenschafts-Bekanntmachung – PatenBek) 960

Bayerische Staatskanzlei

12.10.2018 1132-S
Verleihung einer Medaille für besondere Verdienste um den Freistaat Bayern in Europa und der Welt (Europamedaillen-Bekanntmachung – EuMedBek) 962

Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration

08.10.2018 3121.0-I
Änderung der Gemeinsamen Bekanntmachung zur Feststellung von Alkohol-, Medikamenten- und Drogeneinfluss bei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten; Sicherstellung und Beschlagnahme von Führerscheinen 963

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

10.10.2018 2330-B
Änderung des Bayerischen Zinsverbilligungsprogramms zur Förderung von Eigenwohnraum . . . 964

17.10.2018 2330-B
Änderung der Richtlinien für die Förderung von Wohnraum für Studierende 964

Fortsetzung nächste Seite

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

25.09.2018 7531-U
Aufhebung der Bekanntmachung zum Vollzug des Wasserrechts; Analysen- und Messverfahren für Abwasser 964

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

24.09.2018 7815-L
Zuschussfähige Höchstsätze in der Ländlichen Entwicklung (ZHLE) 965

26.09.2018 7815-L
Richtlinie für die Dorferneuerungs- und Infrastrukturprojekte zur Umsetzung des ELER-Programms 2014 bis 2020 in Bayern 967

22.12.2017 7904-L
Richtlinie für Zuwendungen zu waldbaulichen Maßnahmen im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms (WALDFÖPR 2018) 970

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

07.10.2018 320-A
Zahl der Kammern bei den Arbeitsgerichten und bei den Landesarbeitsgerichten 982

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatskanzlei

18.09.2018 Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Volksrepublik Bangladesch in München 983

27.09.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Dragomir Zdravkov Dimitrov 983

27.09.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Suleiman Dauda Umar 983

15.10.2018 Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Liberia in München 983

15.10.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Khalid Bader Th Almutairi 983

Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration

01.10.2018 Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband 983

III. Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen . . . . . entfällt

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibung 984

Literaturhinweise 984

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

103-S, 1140-S

Änderung der Redaktionsrichtlinien und der Veröffentlichungsbekanntmachung

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung

vom 25. September 2018, Az. BII4-1528-7-102

1. Änderung der Redaktionsrichtlinien

Nr. 7.1 der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Redaktionsrichtlinien (RedR) vom 16. Juni 2015 (AllMBl. S. 319), die durch Nr. 1 der Bekanntmachung vom 17. April 2018 (AllMBl. S. 341) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1.1 Die Zeile „Allgemeines Ministerialblatt AllMBl.“, die Zeile „Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat FMBl.“ und die Zeile „Amtsblatt der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und für Wissenschaft und Kunst KWMBl.“ wird jeweils gestrichen.

1.2 Die Zeile „Bayerisches Justizministerialblatt JMBl.“ wird durch die Zeile „Bayerisches Ministerialblatt BayMBl.“ ersetzt.

2. Änderung der Veröffentlichungsbekanntmachung

Die Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Veröffentlichungsbekanntmachung (VeröffBek) vom 15. Dezember 2015 (AllMBl. S. 541), die durch Nr. 2 der Bekanntmachung vom 17. April 2018 (AllMBl. S. 341) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

2.1 In Nr. 2 Satz 2 werden die Wörter „in dem nach Nr. 5 einschlägigen Amtsblatt“ durch die Wörter „im Bayerischen Ministerialblatt (BayMBl.)“ ersetzt.

2.2 Nr. 3 wird wie folgt geändert:

2.2.1 Nr. 3.1 wird wie folgt geändert:

2.2.1.1 In Satz 1 werden die Wörter „in dem nach Nr. 5 einschlägigen Amtsblatt.“ durch die Angabe „im BayMBl.“ ersetzt.

2.2.1.2 In Satz 4 werden die Wörter „Im einschlägigen Amtsblatt“ durch die Angabe „Im BayMBl.“ ersetzt.

2.2.2 In Nr. 3.3 Satz 2 werden die Wörter „Im einschlägigen Amtsblatt“ durch die Angabe „Im BayMBl.“ ersetzt.

2.3 Die Nrn. 5 und 6 werden wie folgt gefasst:

„**5. Amtsblatt der Bayerischen Staatsregierung**

[1]Das Amtsblatt der Bayerischen Staatsregierung ist das BayMBl. [2]Es wird auf der Verkündungsplattform Bayern ausschließlich in elektronischer Form geführt und dort dauerhaft abrufbar gehalten. [3]Ausdrucke können kostenpflichtig bei einer im Amtsblatt angegebenen Stelle bestellt werden. [4]Bei der Staatsbibliothek ist mindestens ein Ausdruck zur Einsicht für jeden auf Dauer bereitzuhalten und aufzubewahren; sie gilt als die Veröffentlichung veranlassende Stelle im Sinne des Art. 4 Abs. 2 Satz 2 des Bayerischen E-Government-Gesetzes.

6. Redaktion

6.1 [1]Das GVBl. wird von der Staatskanzlei redigiert und herausgegeben. [2]Die zur Veröffentlichung im GVBl. bestimmten Vorschriften sind der Staatskanzlei in der von ihr näher bestimmten Form zu übermitteln.

6.2 [1]Herausgeber des BayMBl. ist die Staatskanzlei. [2]Sie entscheidet in Zweifelsfällen über die Reihenfolge der Veröffentlichungen. [3]Veröffentlichungen im BayMBl. auf der von der Staatsbibliothek betriebenen Verkündungsplattform Bayern werden im Übrigen vom jeweils federführenden Staatsministerium oder der Staatskanzlei eigenverantwortlich und in eigener Redaktion veranlasst. [4]In den Fällen der Nr. 2 Satz 2 und 3 werden Veröffentlichungen ausschließlich von der Staatskanzlei veranlasst. [5]Die zur Veröffentlichung im BayMBl. bestimmten Vorschriften und sonstigen Bekanntmachungen sind der Staatsbibliothek ausschließlich über das Bayerische Vorschriftenverwaltungssystem (BayVVS) zu übermitteln.

6.3 Die nach Nr. 3.1 Satz 3, Nr. 6.1 oder Nr. 6.2 veröffentlichende Stelle hat sicherzustellen, dass die Bestimmungen dieser Bekanntmachung sowie der Redaktionsrichtlinien eingehalten werden.“

3. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Markus Söder

1132-S

Ehrenpatenschaften des Bayerischen Ministerpräsidenten bei Mehrlingsgeburten (Ehrenpatenschafts-Bekanntmachung – PatenBek)

Bekanntmachung des Bayerischen Ministerpräsidenten

vom 24. September 2018, Az. Prot3-1360-2-66

1. Zielsetzung und Voraussetzungen

[1]Der Bayerische Ministerpräsident übernimmt auf Antrag der Personensorgeberechtigten die Ehrenpatenschaft für Mehrlinge ab Drillingen, die ab dem 1. Januar 2018 geboren sind, die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union besitzen und ihren Hauptwohnsitz im Freistaat Bayern haben. [2]Die Übernahme der Patenschaft erfolgt durch Aushändigung einer vom Ministerpräsidenten unterzeichneten Urkunde. [3]Mit der Übernahme der Patenschaft erkennt der Freistaat Bayern die besonderen Herausforderungen für die Familie an, die sich aus einer Mehrlingsgeburt ergeben. [4]Zweck der Zuwendung ist es, die einer Mehrlingsfamilie nach der Geburt entstehenden Sonderaufwendungen zu decken, die nicht von den gewöhnlichen Aufwendungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes umfasst sind. [5]Verpflichtungen für den Ehrenpaten entstehen aus der Ehrenpatenschaft nicht.

2. Art und Höhe der finanziellen Zuwendung

[1]Die Zuwendung wird einmalig in Höhe von 1000 Euro je Mehrlingskind gewährt. [2]Sie ist eine freiwillige Leistung und erfolgt einkommensunabhängig im Rahmen der bereitgestellten Haushaltsmittel. [3]Ein Rechtsanspruch auf die Zuwendung besteht nicht.

3. Verfahren

3.1 Die Personensorgeberechtigten sollen von der Wohnsitzgemeinde auf die Möglichkeit der Übernahme der Ehrenpatenschaft hingewiesen werden.

3.2 Der Antrag auf Übernahme der Ehrenpatenschaft ist von den Personensorgeberechtigten unter Nutzung des Antragsformulars in der **Anlage** innerhalb eines Jahres nach der Geburt der Mehrlinge zu stellen.

3.3 [1]Der von der Wohnsitzgemeinde bestätigte Antrag ist bei der Staatskanzlei einzureichen. [2]Die Wohnsitzgemeinde bestätigt das Vorliegen der Antragsvoraussetzungen. [3]Dazu sind ihr zusammen mit dem Antrag Kopien der Geburtsurkunden oder der beglaubigten Ausdrucke aus dem Geburtenregister vorzulegen. [4]Die Staatskanzlei entscheidet über den Antrag und zahlt die Zuwendung aus. [5]Die Auszahlung erfolgt ausschließlich unbar auf ein im Antrag angegebenes Konto der Personensorgeberechtigten.

3.4 [1]Die vom Ministerpräsidenten unterzeichneten Urkunden über die Ehrenpatenschaft werden vom Bürgermeister der jeweiligen Wohnsitzgemeinde ausgehändigt. [2]Der Ministerpräsident kann sich im Einzelfall die Aushändigung selbst vorbehalten.

4. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 24. September 2018 in Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Markus Söder

Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

Anlage
(zu Nr. 3.2)

Antrag auf Übernahme der Ehrenpatenschaft durch den Bayerischen Ministerpräsidenten bei Mehrlingsgeburten (ab Drillingen)

1. Angaben über die Eltern

Familienname / Vorname(n) der Mutter	Familienname / Vorname(n) des Vaters
Geburtsdatum	Geburtsdatum
Postleitzahl, Wohnort	Postleitzahl, Wohnort (soweit abweichend)
Straße, Hausnummer	Straße, Hausnummer (soweit abweichend)
telefonische Erreichbarkeit	telefonische Erreichbarkeit (soweit abweichend)

2. Angaben über die Kinder

	Familienname, Vorname(n)	Geschlecht	Staatsangehörigkeit
Kind 1			
Kind 2			
Kind 3			
Kind 4			
Geburtsdatum der Kinder			
Hauptwohnsitz der Kinder			

3. Angaben für die Überweisung der Zuwendung

Kontoinhaber
Bank / Sparkasse
IBAN

4. Bestätigung der Angaben

Die Richtigkeit der o. g. Angaben wird versichert. Wir sind einverstanden, dass die o. g. personenbezogenen Angaben zur Abwicklung der Patenschaft von der Bayerischen Staatskanzlei als Verantwortlichem verarbeitet werden. Die Einwilligung in die Datenverarbeitung ist freiwillig. Sie können sie jederzeit gegenüber der Bayerischen Staatskanzlei widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Weitere Informationen zur Datenverarbeitung und zu Ihren Rechten nach Datenschutz-Grundverordnung finden Sie in der Datenschutzerklärung der Internetseite der Bayerischen Staatskanzlei (http://www.bayern.de/service/datenschutz).

Ort, Datum	Unterschrift der Mutter / des Vaters

Durch die Wohnsitzgemeinde auszufüllen:

Es wird bestätigt, dass die Voraussetzungen für die Ehrenpatenschaft i. S. der Bekanntmachung des Bayerischen Ministerpräsidenten vom 24.09.2018 vorliegen und die Angaben der Richtigkeit entsprechen.	
Zuständige Wohnsitzgemeinde	
Ansprechpartner für Rückfragen (Name / Telefon)	
Ort, Datum	Stempel / Unterschrift

1132-S

Verleihung einer Medaille für besondere Verdienste um den Freistaat Bayern in Europa und der Welt (Europamedaillen-Bekanntmachung – EuMedBek)

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 12. Oktober 2018, Az. C I 4-1265-28-17

1. [1]Die Staatskanzlei verleiht für besondere Verdienste um den Freistaat Bayern in Europa und der Welt eine Medaille. [2]Sie trägt die Bezeichnung „Europamedaille“.

2. [1]Die Europamedaille hat einen Durchmesser von 50 mm und besteht aus vergoldetem Feinsilber. [2]Auf der Vorderseite trägt sie das große bayerische Staatswappen mit der Umschrift „Bayerische Staatskanzlei“, auf der Rückseite die Inschrift „Für besondere Verdienste um den Freistaat Bayern in Europa und der Welt“. [3]Die Medaille wird zusammen mit einer Anstecknadel in vergoldetem Feinsilber verliehen. [4]Diese hat einen Durchmesser von 14 mm. [5]Sie zeigt das große bayerische Staatswappen und die Umschrift „Europamedaille der Bayerischen Staatskanzlei“.

3. [1]Die Europamedaille ist kein Orden oder Ehrenzeichen im Sinn des Art. 118 Abs. 5 der Verfassung. [2]Sie ist nicht zum Tragen in der Öffentlichkeit bestimmt.

4. Mit der Europamedaille werden in der Regel nicht mehr als acht Persönlichkeiten im Jahr ausgezeichnet.

5. [1]Vorschlagsberechtigt sind der Ministerpräsident und für ihre Geschäftsbereiche die Staatsminister. [2]Die Vorschläge werden von einem Medaillenbeirat geprüft und mit seiner Empfehlung dem für Europaangelegenheiten zuständigen Mitglied der Staatsregierung zur Entscheidung unterbreitet. [3]Der Medaillenbeirat besteht aus

   a) dem vorsitzenden Mitglied des für Europaangelegenheiten zuständigen Ausschusses des Landtags,

   b) der Präsidentin oder dem Präsidenten der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien und

   c) einer von dem für Europaangelegenheiten zuständigen Mitglied der Staatsregierung bestimmten Persönlichkeit, der die Europamedaille bereits verliehen wurde.

   [4]Das Mitglied nach Satz 3 Buchst. c wird für die Dauer von fünf Jahren in den Medaillenbeirat entsandt. [5]Der Medaillenbeirat trifft seine Empfehlungen mit der Mehrheit der Stimmen der Mitgliederzahl.

6. [1]Europamedaille und Anstecknadel werden von dem für Europaangelegenheiten zuständigen Mitglied der Staatsregierung verliehen. [2]Sie gehen in das Eigentum des Empfängers über.

7. Über die Verleihung wird eine Urkunde ausgestellt, die gleichzeitig ausgehändigt wird.

8. [1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. November 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 31. Oktober 2018 tritt die Europa-Medaillen-Bekanntmachung (EuMedBek) vom 6. März 2008 (AllMBl. S. 171), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 10. Dezember 2014 (AllMBl. S. 621) geändert worden ist, außer Kraft.

Karolina Gernbauer
Staatsrätin

3121.0-I

Änderung der Gemeinsamen Bekanntmachung zur Feststellung von Alkohol-, Medikamenten- und Drogeneinfluss bei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten; Sicherstellung und Beschlagnahme von Führerscheinen

Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien des Innern und für Integration, der Justiz und für Gesundheit und Pflege

vom 8. Oktober 2018, Az. C4-3608.12-1, 4103-II-2067/93 und VII 1/5297-3/1/00

1. Die Gemeinsame Bekanntmachung zur Feststellung von Alkohol-, Medikamenten- und Drogeneinfluss bei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten; Sicherstellung und Beschlagnahme von Führerscheinen vom 5. April 2001 (AllMBl. S. 165), die durch Bekanntmachung vom 30. Oktober 2015 (AllMBl. S. 500) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1.1 In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu Nr. 10 wie folgt gefasst:

„10. Inkrafttreten, Außerkrafttreten“.

1.2 Nr. 3.4 wird wie folgt geändert:

1.2.1 Nach Satz 1 werden die folgenden Sätze eingefügt:

„Die Entnahme einer Blutprobe bedarf dann keiner richterlichen Anordnung, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass eine Straftat nach § 315a Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und 3, § 315c Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a, Abs. 2 und 3 oder § 316 StGB oder eine Ordnungswidrigkeit nach §§ 24a und 24c StVG begangen worden ist. Die Anordnungskompetenz liegt in diesen Fällen bei den Staatsanwaltschaften und ihren Ermittlungspersonen bzw. in Bußgeldverfahren bei den Verfolgungsbehörden.“

1.2.2 In dem neuen Satz 4 wird die Angabe „§ 46 Abs. 1 und 2“ durch die Wörter „§ 46 Abs. 1, 2 und 4 Satz 2“ ersetzt.

1.3 Nr. 10 wird wie folgt geändert:

1.3.1 Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„10. Inkrafttreten, Außerkrafttreten“.

1.3.2 Folgender Satz 3 wird angefügt:

„Die Gemeinsame Bekanntmachung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2023 außer Kraft.“

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Dezember 2018 in Kraft.

Schuster
Ministerialdirektor

Prof. Dr. Arloth
Ministerialdirektor

Nowak
Ministerialdirektorin

2330-B

Änderung des Bayerischen Zinsverbilligungsprogramms zur Förderung von Eigenwohnraum

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 10. Oktober 2018, Az. 31-4764-1-1

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern über das Bayerische Zinsverbilligungsprogramm zur Förderung von Eigenwohnraum vom 3. Januar 2005 (AllMBl. S. 9), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 9. Dezember 2015 (AllMBl. S. 550) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1.1 In Nr. 2 wird nach der Angabe „Art. 11“ die Angabe „Abs. 1“ eingefügt.

1.2 Nr. 6.5 wird wie folgt gefasst:

„Die Nrn. 33.1 bis 33.8 WFB 2012 sind entsprechend anzuwenden. Wird ergänzend ein Darlehen nach dem Dritten Teil der WFB 2012 für dasselbe Objekt bewilligt (Kombiförderung), ist hinsichtlich dieses Darlehens Nr. 33.9 WFB 2012 zu beachten.“

1.3 Nr. 12 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Ausnahmen von diesen Richtlinien bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr.“

2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 2018 in Kraft.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

2330-B

Änderung der Richtlinien für die Förderung von Wohnraum für Studierende

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 17. Oktober 2018, Az. 31-4741-2-3

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr über Richtlinien für die Förderung von Wohnraum für Studierende vom 4. Dezember 2015 (AllMBl. S. 546) wird wie folgt geändert:

1.1 In Nr. 3.3 werden die Wörter „die Oberste Baubehörde im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr“ durch die Wörter „das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr" und die Wörter „§ 1 Abs. 1 Nr. 3 der Verordnung zur Durchführung des Wohnungsrechts und des Besonderen Städtebaurechts (DVWoR)“ durch die Wörter „§ 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a der Durchführungsverordnung Wohnungsrecht (DVWoR)“ ersetzt.

1.2 In Nr. 7.1 Satz 5 wird die Angabe „§ 1 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 1 Abs. 3“ ersetzt.

1.3 Nr. 10 wird wie folgt gefasst:

„**10. Ende der Bindungen bei vorzeitiger vollständiger Rückzahlung**

Wird das Darlehen bzw. der nach Abzug des Kapitalerlasses noch verbliebene Darlehensbetrag ohne rechtliche Verpflichtung vorzeitig vollständig zurückgezahlt, enden die Bindungen mit Ablauf des zehnten Kalenderjahres nach dem Jahr der Rückzahlung, spätestens mit Ablauf der planmäßigen Bindungsdauer.“

1.4 In Nr. 11.1 Satz 4 werden die Wörter „die Oberste Baubehörde im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr“ durch die Wörter „das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr“ ersetzt.

1.5 In Nr. 17 werden die Wörter „Die Oberste Baubehörde im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr“ durch die Wörter „Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr“ ersetzt.

1.6 In Nr. 18 Satz 2 werden die Wörter „der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr“ durch die Wörter „dem Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr“ ersetzt.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. November 2018 in Kraft.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

7531-U

Aufhebung der Bekanntmachung zum Vollzug des Wasserrechts; Analysen- und Messverfahren für Abwasser

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

vom 25. September 2018, Az. 52d-U4514-2015/1-5

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz zum Vollzug des Wasserrechts; Analysen- und Messverfahren für Abwasser vom 6. Juli 2015 (AllMBl. S. 349) wird aufgehoben.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. November 2018 in Kraft.

Dr. Rüdiger Detsch
Ministerialdirektor

7815-L

Zuschussfähige Höchstsätze in der Ländlichen Entwicklung (ZHLE)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 24. September 2018, Az. E5-7554-1/598

Die „Zuschussfähigen Höchstsätze in der Ländlichen Entwicklung" (ZHLE) wurden überarbeitet und dem allgemeinen Lohn- und Preisgefüge angepasst.

1. Entschädigung ehrenamtlicher Mitglieder des Vorstands der Teilnehmergemeinschaft und landwirtschaftlicher Sachverständiger

Als zuschussfähige Ausführungskosten werden in Ergänzung zu den Arbeitshilfen und Vorschriften für die Ländliche Entwicklung in Bayern (AVLE), Heft 3, Nr. 3.2.4 anerkannt:

1.1 Entschädigung für Zeitversäumnis und Verdienstausfall

für landwirtschaftliche Sachverständige	je Stunde 15,50 €
für ehrenamtliche Mitglieder des Vorstands der Teilnehmergemeinschaft sowie im Vertretungsfall deren Stellvertreter	je Stunde 12,15 €

Die Ämter für Ländliche Entwicklung können in begründeten Ausnahmefällen, z. B. zur Entschädigung von Sachverständigen bei der Wertermittlung von Sonderkulturen, höhere als die vorstehend genannten Sätze als zuschussfähig anerkennen.

1.2 Erstattung entstandener notwendiger Mehraufwendungen

Fahrtkosten, Tage- und Übernachtungsgeld u. Ä. werden nach dem Bayerischen Reisekostengesetz (BayRKG) erstattet.

2. Entschädigung der ehrenamtlichen Feldgeschworenen

[1]Die Gebühren für die Tätigkeit der ehrenamtlichen Feldgeschworenen bei Abmarkungs- und Vermessungsarbeiten werden als zuschussfähig anerkannt. [2]Sie werden gemäß Feldgeschworenenbekanntmachung (FBek) nach der aufgewendeten Zeit verrechnet. [3]Die Höhe des Stundensatzes wird nach Maßgabe der vom jeweiligen Kreistag, in kreisfreien Städten vom jeweiligen Stadtrat, erlassenen Gebührenordnung bemessen.

3. Vergütung von Leistungen der Teilnehmer

Als zuschussfähige Ausführungskosten werden anerkannt:

3.1 Vergütung für Arbeitsleistungen

von Messgehilfen, Pflasterern, Arbeitern u. Ä.	je Stunde 12,15 €

[1]Für handwerkliche Leistungen, die eine besondere fachliche Qualifikation voraussetzen, kann die zuschussfähige Vergütung angemessen erhöht werden. [2]Zur Erhöhung der Sätze sind ein Vorstandsbeschluss der Teilnehmergemeinschaft und die Genehmigung des Amtes für Ländliche Entwicklung erforderlich.

3.2 Vergütung für Fuhrleistungen

Die nachfolgenden Vergütungen gelten für Zugmaschinen (einschließlich Fahrer) mit Anhänger oder Anbaugerät.

3.2.1 Transport schüttbarer Güter / Einsatz von Schlepperzubehör (Anbaugeräten)

[1]Der Stundensatz für den Transport schüttbarer Güter oder den Einsatz von Schlepperzubehör ergibt sich aus der Summe von Stundensatz der Zugmaschine und Stundensatz des Anhängers bzw. des Anbaugerätes. [2]Beim Transport schüttbarer Güter wird der Stundensatz des Anhängers nach Art und Größe des jeweiligen Anhängers (zulässiges Gesamtgewicht) bemessen. [3]Die Größe des Zugfahrzeugs bzw. des Anhängers oder Anbaugerätes sind dem Verwendungszweck anzupassen. [4]Die Abrechnung des Einsatzes von Zugmaschine, Anhänger oder Schlepperzubehör erfolgt nach festgelegten Stundensätzen. [5]Für die Berechnung der Vergütung sind die aktuell gültigen Netto-Verrechnungsätze des Maschinenrings zu verwenden, in dessen Zuständigkeitsbereich das Verfahrensgebiet liegt. [6]Liegt ein Verfahrensgebiet im Zuständigkeitsbereich mehrerer Maschinenringe, so sind die Stundensätze des Maschinenrings zu verwenden, dessen Einsatzgebiet den größten Teil am Verfahrensgebiet einnimmt. [7]Dies ist in einem Vorstandsbeschluss der Teilnehmergemeinschaft zu dokumentieren.

Berechnungsbeispiel für den Stundensatz eines Anhängers:

- Kipper mit Druckluft, 8 t zulässiges Gesamtgewicht
- Verrechnungssatz Maschinenring: 1,00 € pro t und Std.

→ 8 t x 1,00 € (pro t und Std.) = 8,00 € pro Std.

3.2.2 Vergütung für Sonderfahrzeuge oder -geräte

[1]Für Sonderfahrzeuge oder -geräte (z. B. Motorhandsägen, Motorsensen, Häcksler, Fräsen, Rüttelplatten o. Ä.) sind ebenfalls die aktuell geltenden Netto-Sätze des örtlichen Maschinenrings zu verwenden. [2]Für Sonderfahrzeuge oder -geräte, die nicht nach Vergütungssätzen des örtlichen Maschinenrings verrechnet werden können, sind gesonderte Sätze festzusetzen. [3]Für diese gesonderten Sätze sind ein Vorstandsbeschluss der Teilnehmergemeinschaft und die Genehmigung des Amtes für Ländliche Entwicklung erforderlich.

3.2.3 Vergütung für Fahrten mit dem PKW

[1]Für Fahrten mit PKW kann eine Wegstreckenentschädigung pro Kilometer nach den Sätzen des BayRKG verrechnet werden; damit sind alle entstehenden Aufwendungen einschließlich der Kosten für Vollkaskoversicherung abgegolten. [2]Zuschläge für Mitfahrer werden nicht vergütet.

4. Vergütung des Einsatzes nicht zuschussfähig beschaffter Geräte der Teilnehmergemeinschaft

4.1 Abrechnung nach Einsatzstunden

[1]Abhängig vom Anschaffungswert (= Kosten zum Zeitpunkt der Anschaffung) des Gerätes können je Einsatzstunde als zuschussfähig anerkannt werden:

Anschaffungswert in €	**Vergütung in € je Einsatzstunde**
bis 2.500	1,60
2.500 – 5.000	3,30
5.000 – 7.500	4,90
7.500 – 10.000	6,50

[2]Die Vergütung beinhaltet die Betriebskosten und die jährlich anfallenden Festkosten (z. B. jährliche Abschreibung, Zinskosten, Reparaturkosten, Unterbringungskosten und gegebenenfalls Versicherungskosten). [3]Besondere Verschleißteile können zuschussfähig beschafft werden.

4.2 Abrechnung nach Einsatzjahren

Für Geräte, bei denen eine Abrechnung nach Einsatzstunden nur schwer durchführbar ist (z. B. Magnetsuchgerät, Erdbohrer, Bohrhammer, Wegepflegegerät o. Ä.), können je Einsatzjahr als zuschussfähig anerkannt werden:

im 1. Jahr nach Anschaffung	20 % des Anschaffungswertes
im 2. und 3. Jahr nach Anschaffung	15 % des Anschaffungswertes
im 4. bis 8. Jahr nach Anschaffung	10 % des Anschaffungswertes

5. Sonstiges

5.1 Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer ist für Dienstleistungen bei Eigenbetriebsarbeiten der Teilnehmergemeinschaften im Rahmen des § 19 FlurbG nicht zu verrechnen.

5.2 Vergütung der Leistungen von freiberuflich tätigen Architekten und Ingenieuren

Die zuschussfähige Vergütung von Leistungen freiberuflich tätiger Architekten und Ingenieure ist in der Ländlichen Entwicklung entsprechend der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) zu ermitteln.

6. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 30. September 2018 tritt die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten über Zuschussfähige Höchstsätze in der Ländlichen Entwicklung (ZHLE) vom 12. Dezember 2006 (AllMBl. S. 702) außer Kraft.

Georg Windisch
Ministerialdirigent

7815-L

Richtlinie für die Dorferneuerungs- und Infrastrukturprojekte zur Umsetzung des ELER-Programms 2014 bis 2020 in Bayern

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 26. September 2018, Az. E5-7554-1/606

Grundlagen dieser Richtlinie sind:

– Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 sowie die hierzu ergangenen einschlägigen Durchführungsverordnungen und delegierten Verordnungen,

– Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie die hierzu ergangenen einschlägigen Durchführungsverordnungen und delegierten Verordnungen,

– Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 sowie die hierzu ergangenen einschlägigen Durchführungsverordnungen und delegierten Verordnungen,

– Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 sowie die hierzu ergangenen einschlägigen Durchführungsverordnungen und delegierten Verordnungen,

– Nationale Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland (NRR) in der jeweils geltenden Fassung,

– Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum in Bayern 2014–2020 (EPLR Bayern 2020) in der jeweils geltenden Fassung,

– Beschluss der Europäischen Kommission vom 4. Februar 2016: SA.41935 (2015/N) Dorferneuerungs- und Infrastrukturprojekte in ländlichen Gebieten,

– Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) und die Verwaltungsvorschriften hierzu.

Präambel

[1]Ziel dieser Richtlinie ist die Umsetzung von ELER-geförderten Projekten in der Ländlichen Entwicklung auf Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013. [2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. [3]Insbesondere gelten die Art. 23 und 44 BayHO sowie die entsprechenden Verwaltungsvorschriften (VV) zur BayHO.

1. Dorferneuerung

1.1 Zweck der Zuwendung

[1]Projekte der Dorferneuerung dienen der nachhaltigen Verbesserung der Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem Lande. [2]Durch die Förderung dieser Projekte sollen die Innenentwicklung der Dörfer und der sparsame Umgang mit Grund und Boden unterstützt und der eigenständige Charakter der ländlichen Siedlungen und der Kulturlandschaft erhalten werden. [3]Damit sollen die Dörfer und ländlich strukturierten Gemeinden vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen, insbesondere des demografischen Wandels und des Klimawandels, auf künftige Erfordernisse vorbereitet werden.

1.2 Gegenstand der Förderung

1.2.1 [1]Nach dieser Richtlinie können Investitionen in die Schaffung, Verbesserung oder Ausdehnung nachfolgender Projekte gefördert werden:

1.2.1.1 [1]Kleine Infrastrukturen, wie

a) die dorf- und bedarfsgerechte Verbesserung der Verkehrsverhältnisse,

b) dorfgerechte Freiflächen und Plätze einschließlich ihrer Ausstattung.

[2]Hierzu gehören auch gestalterische Verbesserungen im Übergangsbereich der öffentlichen zu den privaten Flächen.

1.2.1.2 Lokale Basisdienstleistungen für die ländliche Bevölkerung, einschließlich Freizeit und Kultur, und die dazugehörige Infrastruktur, wie

a) dorfgerechte öffentliche Einrichtungen zur Förderung der Dorfgemeinschaft oder der Dorfkultur,

b) die Erhaltung, Umnutzung und Gestaltung von Gebäuden für gemeinschaftliche oder gemeindliche Zwecke und von ortsplanerisch, kulturhistorisch oder denkmalpflegerisch besonders wertvollen öffentlichen Gebäuden.

1.2.2 Fördervoraussetzungen

– Der Gemeindeteil darf nicht mehr als 2 000 Einwohner haben.

– Der Zuwendungsempfänger muss mindestens während der Zweckbindungsfrist nach Nr. 3.4.8 der Nutzer oder Betreiber der Einrichtung nach Nr. 1.2.1.2 sein. Eine kommerzielle Nutzung sowie eine Vermietung oder Verpachtung der Einrichtung ist nicht zulässig.

1.2.3 Von der Förderung ausgeschlossen sind

– Projekte der dorf- und bedarfsgerechten Verbesserung der Verkehrsverhältnisse (vgl. Nr. 1.2.1.1 Buchst. a)

  • zur erstmaligen Herstellung von Erschließungsanlagen im Sinn von § 127 BauGB mit Ausnahme der Ausgaben für Erschließungsprojekte im Altortbereich, soweit diese zur Innenentwicklung erforderlich und die Ausgaben von der Gemeinde zu tragen sind,

  • an Ortsdurchfahrten im Zuge von Kreis-, Staats- oder Bundesstraßen, soweit sie nicht in der Baulast der Gemeinde liegen, nicht in deren Baulast übergehen, sich nicht auf die Einbindung in das dörfliche Umfeld beschränken oder nicht unmittelbar durch das beantragte Projekt verursacht sind,

– die Ausgaben für Planungen,

– kommunale Eigenregiearbeiten.

2. Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturprojekte

2.1 Zweck der Zuwendung

[1]Die Förderung zielt darauf ab, die Entwicklung der ländlichen Räume als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturräume durch dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturprojekte zu sichern

und weiterzuentwickeln. [2]Die Projekte sollen zu einer positiven Entwicklung der Agrarstruktur und einer nachhaltigen Stärkung der Wirtschaftskraft beitragen.

2.2 Gegenstand der Förderung

2.2.1 Nach dieser Richtlinie können Investitionen in die Schaffung, Verbesserung oder Ausdehnung aller Arten von kleinen Infrastrukturen, nämlich die Herstellung von Verbindungswegen zu Einzelhöfen und Weilern sowie – wenn hierfür ein Gesamtkonzept vorliegt – von Feld- und Waldwegen, jeweils einschließlich grüner Infrastruktur, gefördert werden.

2.2.2 Von der Förderung ausgeschlossen sind

- Projekte zur Erschließung von Neubau-, Gewerbe- und Industriegebieten,
- die Ausgaben für Planungen,
- kommunale Eigenregiearbeiten.

3. Übergreifende Regelungen zu den Nrn. 1 und 2

3.1 Voraussetzungen für die Zuwendungsfähigkeit

Gefördert werden können nur

- Projekte, die in ländlichen Gebieten liegen. Das ländliche Gebiet umfasst grundsätzlich das gesamte Staatsgebiet ohne die Gemeinden mit mehr als 65 000 Einwohnern. Ländlich geprägte Teile von Gemeinden mit mehr als 65 000 Einwohnern zählen jedoch zum ländlichen Gebiet, wenn mindestens zwei Drittel der Fläche der Gemarkung, in der der Gemeindeteil liegt, land- und forstwirtschaftliche Fläche ist.
- Projekte in Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern.
- kleine Infrastrukturen, das sind Anlagen, die von ihrem Wesen her von den Gemeinden zu schaffen und zu unterhalten sind. Anpassungen an Anlagen (wie z. B. höher klassifizierten Straßen), auf die dies nicht zutrifft, können gefördert werden, wenn diese durch die Herstellung oder Verbesserung kleiner Infrastrukturprojekte veranlasst sind. Die zuwendungsfähigen Ausgaben (ohne Umsatzsteuer) dürfen maximal 1,5 Millionen Euro, müssen aber mindestens 25 000 Euro (Bagatellgrenze für Bewilligungen) betragen.
- Projekte, die mit den Plänen für die Entwicklung der Gemeinden und Dörfer in ländlichen Gebieten übereinstimmen, wenn sie existieren, oder im Einklang mit allen relevanten lokalen Entwicklungsstrategien stehen.
- Projekte, die nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zur Ausführung kommen.

3.2 Art, Umfang und Höhe der Förderung

3.2.1 Art der Förderung

[1]Die Zuwendungen werden als Zuschuss (Projektförderung) im Wege der Anteilfinanzierung gewährt. [2]Dazu werden Fördermittel der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Bayern eingesetzt.

3.2.2 Zuwendungsfähige öffentliche Ausgaben

Zuwendungsfähig sind die im Rahmen der Ausführung des Projekts tatsächlich entstandenen öffentlichen Ausgaben ohne Umsatzsteuer, Preisnachlässe (z. B. Rabatte, Skonti) und ohne unbare Eigenleistungen (z. B. Sachleistungen einschließlich Sachspenden).

3.2.3 Höhe der Förderung

[1]Der öffentliche Beitrag gemäß Art. 2 Abs. 1 Buchst. d der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 umfasst bei allen Projekten die gesamte Höhe der zuwendungsfähigen öffentlichen Ausgaben. [2]Die Beteiligung der Europäischen Union beträgt 50 % der zuwendungsfähigen öffentlichen Ausgaben. [3]Weitere 10 % sind Mittel des Bundes und/oder des Freistaates Bayern. [4]Die restlichen 40 % werden durch öffentliche Mittel der Zuwendungsempfänger (sonstige [kommunale] öffentliche Mittel) aufgebracht. [5]Die zuwendungsfähigen öffentlichen Ausgaben der Zuwendungsempfänger werden demnach mit 60 % bezuschusst.

3.3 Weitere Zuwendungsbestimmungen

3.3.1 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger nach dieser Richtlinie sind bayerische Gemeinden.

3.3.2 Bagatellgrenze für Auszahlungen

Unterschreiten die tatsächlichen zuwendungsfähigen öffentlichen Ausgaben den Betrag von 25 000 Euro, wird keine Förderung gewährt (vgl. Nr. 3.4.7).

3.3.3 Mehrfachförderung

Projekte, die aus Mitteln anderer öffentlicher Förderprogramme bezuschusst werden, dürfen nicht gleichzeitig nach dieser Richtlinie gefördert werden.

3.4 Verfahren

3.4.1 Antrags- und Bewilligungsbehörde

Antrags- und Bewilligungsbehörde ist das örtlich zuständige Amt für Ländliche Entwicklung (ALE).

3.4.2 Antragstellung

[1]Die offiziellen Antragsvordrucke und weitere Details zur Antragstellung (Einreichungsfristen, Auswahlsystem, im Rahmen der Haushaltsmittel zur Verfügung stehender Plafond, Mindestqualität für die Auswahl u. a.) werden veröffentlicht. [2]Der Antrag auf Förderung ist unter Verwendung der offiziellen Antragsvordrucke beim ALE schriftlich einzureichen und muss mindestens folgende Angaben enthalten:

- Name der Gemeinde,
- Angaben zur Einwohnerzahl,
- Beschreibung des Projekts einschließlich Angabe des Umsetzungsorts/-gebiets,
- geplanter Zeitpunkt des Beginns und des Abschlusses des Projekts,
- Aufstellung der zuwendungsfähigen öffentlichen Ausgaben für das Projekt und
- Angabe der Höhe des daraus resultierenden Zuschusses.

3.4.3 Entscheidung über den Antrag

[1]Die Anträge werden nach Prüfung der Fördervoraussetzungen einem bayernweiten Auswahlverfahren unterzogen. [2]Die Auswahl erfolgt auf Grundlage einer Rangliste. [3]Sie basiert auf der erreichten Punktzahl, die auf der Grundlage von Auswahlkriterien für das jeweilige Projekt ermittelt wurde. [4]Alle Projekte, die die vorgegebene Mindestpunktzahl erreichen oder überschreiten, werden einer absteigend sortierten bayernweiten Reihung unterzogen. [5]Ausgewählt werden die Projekte mit den höchsten Punkten, bis der für die Auswahl vorgegebene Plafond ausgeschöpft ist. [6]Anträge, die die Fördervoraussetzungen nicht erfüllen, die vorgegebene Mindestpunktzahl nicht erreichen oder wegen des ausgeschöpften Plafonds nicht berücksichtigt werden können, werden abgelehnt. [7]Die Gemeinden haben die Möglichkeit, einen erneuten Antrag in eventuell abgeänderter Form zu einem späteren Einreichungstermin zu stellen.

3.4.4 Beginn des Projekts

[1]Das Projekt darf vor Bewilligung nicht begonnen sein. [2]Eine vorherige Zustimmung zum Beginn ist nicht zulässig.

3.4.5 Bewilligung

Nach durchgeführter Prüfung der Fördervoraussetzungen und Auswahl gemäß Nr. 3.4.3 erfolgt die Bewilligung des Projekts (Zuwendungsbescheid) durch das jeweils örtlich zuständige ALE.

3.4.6 Zahlungsantrag

[1]Der Zuwendungsempfänger hat der Bewilligungsbehörde den Zahlungsantrag vorzulegen. [2]Voraussetzung hierfür ist die Fertigstellung und erfolgte Schlussabrechnung des Projekts.

3.4.7 Auszahlung

[1]Die Auszahlung der Fördermittel erfolgt nach Prüfung des Zahlungsantrags (Bagatellgrenze siehe Nr. 3.3.2). [2]Teilzahlungen sind nicht zulässig.

3.4.8 Zweckbindungsfrist

[1]Die Zweckbindungsfrist beträgt bei geförderten Bauten und baulichen Anlagen zwölf Jahre, bei sonstigen geförderten Gegenständen fünf Jahre. [2]Die Zweckbindungsfrist beginnt mit der Schlusszahlung. [3]Wird das geförderte Projekt innerhalb der genannten Fristen veräußert oder nicht mehr dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet, kann die Zuwendung zumindest anteilig zurückgefordert werden.

3.4.9 Prüfungsrecht

[1]Der Bewilligungsbehörde, dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einschließlich seiner nachgeordneten Behörden, dem Bayerischen Obersten Rechnungshof sowie den Prüfungsorganen der Europäischen Union steht das Prüfungsrecht gegenüber dem Zuwendungsempfänger zu. [2]Der Zuwendungsempfänger hat dazu alle prüfungsrelevanten Unterlagen mindestens bis zum Ablauf der Zweckbindungsfrist aufzubewahren.

3.5 Aufhebung des Zuwendungsbescheides, Rückforderung

[1]Die Aufhebung (Rücknahme oder Widerruf) von Zuwendungsbescheiden, die Erstattung von zu Unrecht ausgereichten Zuwendungen und die Verhängung von Sanktionen richten sich nach den für die Förderung einschlägigen Rechtsvorschriften und den im jeweiligen Zuwendungsbescheid enthaltenen Nebenbestimmungen. [2]Die Erhebung von Gebühren richtet sich nach dem Kostengesetz.

3.6 Veröffentlichung der Begünstigten

Die Veröffentlichung der Begünstigten erfolgt gemäß Art. 111 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013.

3.7 Information und Öffentlichkeitsarbeit

Die im Anhang III der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 808/2014 genannten Durchführungsvorschriften zu Art. 66 Abs. 1 Buchst. i der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 zur Regelung der Informations- und Publizitätsverpflichtungen sind zu beachten.

3.8 Sonstige Bestimmungen

Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K) sind, soweit nicht in dieser Richtlinie oder im Zuwendungsbescheid etwas anderes bestimmt ist, anzuwenden.

4. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft. [3]Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Richtlinie für die Dorferneuerungs- und Infrastrukturprojekte zur Umsetzung des ELER-Programms 2014 bis 2020 in Bayern vom 16. Februar 2016 (AllMBl. S. 1481) tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2017 außer Kraft. [4]Maßgeblich für die Entscheidung über den Antrag gemäß Nr. 3.4.3 ist die zum Zeitpunkt der Auswahl des jeweiligen Projekts geltende Richtlinie.

Maximilian Geierhos
Ministerialdirigent

7904-L

Richtlinie für Zuwendungen zu waldbaulichen Maßnahmen im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms (WALDFÖPR 2018)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 22. Dezember 2017, Az. F2-7752.1-1/142

1. Rechtsgrundlagen und Zuwendungszweck

1.1 Rechtsgrundlagen

Grundlagen dieser Richtlinie sind:

- die Rahmenregelung der Europäischen Union für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten 2014–2020 (2014/C 204/01),
- der Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ 2014–2017 gemäß § 5 des GAK-Gesetzes,
- das Gesetz zu dem Übereinkommen vom 7. November 1991 zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention),
- die Art. 1, 2, 14, 20, 21 und 22 des Waldgesetzes für Bayern (BayWaldG).

1.2 Rechtliche Bestimmungen

[1]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. [2]Die Fördermittel sind Zuwendungen im Sinn der Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO). [3]Es gelten deshalb die Verwaltungsvorschriften zur Bayerischen Haushaltsordnung (VV-BayHO) zu diesen Artikeln sowie die jeweils anzuwendenden Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) und Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K), soweit im Zuwendungsbescheid und in dieser Richtlinie nicht etwas anderes bestimmt ist. [4]Die in den allgemeinen Nebenbestimmungen genannten Prüfrechte stehen im Fall einer Kofinanzierung mit Bundesmitteln auch den Organen des Bundes zu.

1.3 Zuwendungszweck

[1]Zweck der Förderung ist es,

- die Waldfläche zu erhalten und zu vermehren,
- einen standortgemäßen, klimatoleranten und möglichst naturnahen Zustand des Waldes zu bewahren oder herzustellen,
- die Waldfunktionen dauerhaft zu sichern,
- den Wald nachhaltig zu bewirtschaften,
- die biologische Vielfalt des Waldes zu erhalten und zu verbessern und
- einen Ausgleich zwischen den Belangen der Allgemeinheit und der Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer herbeizuführen.

[2]Bei der Vergabe der Mittel können forstpolitische Förderschwerpunkte gebildet werden. [3]Als solche gelten insbesondere Maßnahmen zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel sowie zur Beseitigung oder Verhinderung von Schadereignissen und Folgeschäden. [4]Dazu kann das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF) Fördersätze reduzieren oder Fördermaßnahmen aussetzen.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Kulturbegründung

2.1.1 Erstaufforstung (Nrn. 4.1.1 bis 4.1.8)

[1]Gefördert wird die Begründung neuer klimatoleranter Misch- und Laubwälder durch Pflanzung oder Saat standortgemäßer Baum- und Straucharten auf bisher nicht forstwirtschaftlich genutzten Flächen einschließlich Sicherung und Nachbesserung der Kultur. [2]Bei Verwendung von Forstpflanzen mit überprüfbarer Herkunft (zertifiziertes Pflanzgut), Ballenpflanzen, Sträuchern, seltenen Baumarten, Großpflanzen, Markierungsstäben oder Wuchshilfen werden Zuschläge gewährt.

2.1.2 Wiederaufforstung (Nrn. 4.1.1 bis 4.1.7, 4.1.9)

[1]Gefördert wird die Verjüngung von Wald durch Pflanzung oder Saat von standortgemäßen Baum- und Straucharten zur Schaffung von klimatoleranten Misch- und Laubbeständen einschließlich Sicherung und Nachbesserung der Kultur. [2]Zur Wiederaufforstung zählen auch Vorbau, Unterbau, Umbau, Ergänzungspflanzung und Nachbesserung. [3]Bei Verwendung von Forstpflanzen mit überprüfbarer Herkunft (zertifiziertes Pflanzgut), Ballenpflanzen, Sträuchern, seltenen Baumarten, Großpflanzen, Markierungsstäben, Wuchshilfen oder dem Entfernen kulturhinderlicher Bestockung werden Zuschläge gewährt.

2.1.3 Naturverjüngung (Nr. 4.1.10)

Gefördert wird die Verjüngung von Wald durch natürliche Verjüngung von standortgemäßen Baumarten zur Schaffung von klimatoleranten Misch- und Laubbeständen, insbesondere Sicherung und Pflege der Verjüngung.

2.2 Bestands- und Bodenpflege

2.2.1 Jungbestandspflege (Nr. 4.2.1)

Gefördert wird die Pflege junger Nadel-, Misch- und Laubbestände durch Mischungs- und Standraumregulierung ohne Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zum Erhalt standortgemäßer Mischbaumarten und zur Verbesserung der Bestandsstabilität und -vitalität.

2.2.2 Bodenschutzkalkung (Nr. 4.2.2)

Gefördert wird die Kalkung von Waldbeständen auf versauerten oder zur Versauerung neigenden Standorten zur Behebung von Nährstoffmängeln und zur Verbesserung der Bestandsstabilität und -vitalität.

2.3 Waldschutzmaßnahmen (Nr. 4.3)

2.3.1 Vorbeugung und Bekämpfung rindenbrütender Insekten (Nr. 4.3.1)

2.3.1.1 Vorbeugung und Bekämpfung im Schutzwald (Nr. 4.3.1.1)

Gefördert wird die insektizidfreie, waldschutzwirksame Aufarbeitung von Schadholz im Schutzwald nach Art. 10 Abs. 1 BayWaldG.

2.3.1.2 Vorbeugung und Bekämpfung außerhalb des Schutzwaldes (Nr. 4.3.1.2)

Gefördert wird die insektizidfreie, waldschutzwirksame Aufarbeitung von Schadholz außerhalb des Schutzwaldes, wenn hierfür eine gesonderte Genehmigung durch das StMELF in Abstimmung mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (StMFLH) vorliegt.

2.3.2 Vorbeugung und Bekämpfung von Larvenfraß (Nr. 4.3.2)

Gefördert werden Vorbeugung und Bekämpfung von Larvenfraß waldschädlicher Insekten, wenn durch die zuständige Behörde die Bekämpfungsnotwendigkeit festgestellt und eine Genehmigung erteilt wurde.

2.3.3 Vorbeugung und Bekämpfung schädlicher Organismen (Nr. 4.3.3)

Gefördert werden Vorbeugung und Bekämpfung von bestandsbedrohenden Schadorganismen, wenn hierfür eine gesonderte Genehmigung durch das StMELF vorliegt.

2.4 Bewirtschaftung von Sonderstandorten (Nr. 4.4)

Gefördert wird der Einsatz von Seilbahnanlagen im Schutzwald und auf Sonderstandorten, wenn dies zur Verbesserung der Waldfunktionen oder aus Waldschutzgründen notwendig ist.

2.5 Vorarbeiten (Nr. 4.5)

[1]Gefördert werden Vorarbeiten, die dem Waldumbau, der Umstellung auf eine klimaangepasste Waldbewirtschaftung, der Beurteilung waldbaulicher Maßnahmen (z. B. Kalkung), dem Waldschutz oder der Schadensbehebung dienen. [2]Zu den Vorarbeiten gehören Gutachten, fachliche Stellungnahmen und die Anlage von Weiserflächen. [3]Darüber hinausgehende Maßnahmen sind im Einzelfall nur förderfähig, wenn das StMELF in Abstimmung mit dem StMFLH vor Maßnahmenbeginn seine Zustimmung erteilt hat.

2.6 Integrative Waldbewirtschaftung (Nr. 4.6)

2.6.1 Waldlebensgemeinschaften (Nr. 4.6.1)

[1]Gefördert werden Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung der Artenvielfalt und genetischen Vielfalt im Wald. [2]Förderfähig sind der Erhalt seltener Baumarten, die Anlage und Pflege von Feuchtbiotopen im Wald und der Erhalt alter Samenbäume. [3]Darüber hinausgehende Maßnahmen sind im Einzelfall nur förderfähig, wenn das StMELF in Abstimmung mit dem StMFLH vor Maßnahmenbeginn seine Zustimmung erteilt hat.

2.6.2 Bodenschonende Bringung (Nr. 4.6.2)

Gefördert wird das Rücken mit Pferden, der Einsatz von Traktionswinden oder von leichten Seilkränen in Steillagen.

2.7 Waldbrand- und Hochwasserschäden (Nr. 4.7)

Anteilig erstattet wird der durch Feuer oder Hochwasser am Bestand entstandene Schadenswert, sofern vom Schädiger oder von einem Dritten kein Ersatz erlangt werden kann.

2.8 Förderschwerpunkte (Nr. 4.8)

Zum Ausgleich erschwerter Arbeitsbedingungen und als Anreiz für einen verstärkten Waldumbau wird in

- Schutzwäldern,
- Bergwäldern,
- Natura 2000-Gebieten,
- Wäldern mit erhöhtem Klimarisiko und
- Kleinstprivatwäldern

eine erhöhte Förderung für Kultur- und Pflegemaßnahmen gewährt.

2.9 Überregionale Schadereignisse (Nr. 4.9)

Zum Ausgleich erschwerter Arbeitsbedingungen und höherer Kosten kann im Falle überregionaler Schadereignisse ein Zuschlag für die Maßnahmen Wiederaufforstung (Nr. 2.1.2) und Jungbestandspflege (Nr. 2.2.1) gewährt werden.

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind die Antragsberechtigten bzw. die oder der Antragsberechtigte.

3.1 Antragsberechtigte

[1]Antragsberechtigt sind

- Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter forstwirtschaftlich genutzter Flächen,
- Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter nicht forstwirtschaftlich genutzter Flächen, auf denen Wald neu begründet werden soll,
- Träger überbetrieblich durchgeführter Maßnahmen.

[2]Träger einer überbetrieblichen Maßnahme im Körperschafts- oder Privatwald können sein

- an der Maßnahme beteiligte Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer,
- kommunale Körperschaften,
- anerkannte forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse, wenn sie satzungsgemäß dazu geeignet sind, für ihre Mitglieder,
- das Land.

[3]Maßnahmenträger und Antragstellerinnen bzw. Antragsteller, die nicht Eigentümerin oder Eigentümer der beantragten Förderfläche(n) sind, werden nur mit schriftlicher Einverständniserklärung der Eigentümerin oder des Eigentümers gefördert.

3.2 Nicht Antragsberechtigte

Nicht antragsberechtigt sind

- der Bund,
- das Land (außer als Maßnahmenträger),

– juristische Personen, deren Kapitalvermögen sich zu mindestens 25 % in Händen von Bund oder Ländern befindet.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

[1]Die Maßnahmen müssen nach Art und Umfang forstfachlich notwendig sein. [2]Bei der Planung der Fördermaßnahmen sind vorhandene Standortinformationen, Operate und Gutachten zu berücksichtigen. [3]Die Umsetzung der Fördermaßnahmen muss mit geeigneten Verfahren und Geräten erfolgen. [4]Maßnahmen, die der Forschung und Lehre dienen, sind in Absprache mit dem StMELF im Einzelfall förderfähig. [5]In Natura 2000-Gebieten ist die Vereinbarkeit mit den Erhaltungszielen zu beachten. [6]Das gilt auch für sonstige Schutzgebiete, gesetzlich geschützte Biotope sowie Lebensraumtypen und Arten im Sinn des § 19 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG).

4.1 Kulturbegründungen (Nrn. 2.1.1 und 2.1.2)

4.1.1 Allgemeine Bestimmungen

[1]Fördervoraussetzung ist die Begründung standortgemäßer, klimatoleranter Wälder aus Laub- und Nadelhölzern. [2]In Fällen fehlender standörtlicher Eignung für Laubhölzer ist auch das Begründen von Nadelbeständen förderfähig. [3]Im Falle der Förderung einer Erst- oder Wiederaufforstung mit Bindefrist dürfen während der Bindefrist maximal 20 % der Pflanzen ausfallen oder durch andere Baumarten ersetzt werden. [4]Förderfähig ist die Nachbesserung einer geförderten Erst- oder Wiederaufforstung während der Bindefrist, wenn aufgrund eines natürlichen Ereignisses, das die Antragstellerin bzw. der Antragsteller nicht zu vertreten hat (z. B. Frost, Trockenheit, Überschwemmung, Pilze, Insekten), mehr als 30 % der Kulturpflanzen bzw. bei Saat der Kulturfläche ausgefallen sind und die Waldbesitzerin bzw. der Waldbesitzer keine Ersatzansprüche gegen Dritte geltend machen kann. [5]Nicht förderfähig sind Nachbesserungen, die wegen Schäden durch Wild erforderlich werden.

4.1.2 Herkünfte

[1]Bei Kulturbegründungen durch Pflanzung oder Saat müssen standortgerechte Baumarten und geeignete Herkünfte verwendet werden (vgl. Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten [Hrsg.]: Herkunftsempfehlungen für forstliches Vermehrungsgut in Bayern in der jeweils geltenden Fassung, http://www.asp.bayern.de/074380/index.php). [2]Dabei sind standortheimische Baumarten angemessen zu beteiligen. [3]Die Verwendung von Wildlingen oder Saatgut aus dem eigenen Wald ist förderfähig, sofern der Ausgangsbestand hierfür qualitativ geeignet ist. [4]Ihre Gewinnung ist bereits vorab der Bewilligungsbehörde für Kontrollzwecke anzuzeigen.

4.1.3 Pflanzenzahl

[1]Die Verjüngungen müssen eine nach Standort und Zielbaumarten angemessene Pflanzenzahl und Pflanzenverteilung aufweisen. [2]Die Entscheidung über eine waldbaulich sinnvolle Pflanzenzahl und Pflanzenverteilung trifft die Bewilligungsbehörde. [3]Der Herkunfts-/Mengennachweis ist durch Vorlage der Rechnung zu erbringen. [4]Die Rechnung muss einen eindeutigen Bezug zur Fördermaßnahme haben.

4.1.4 Laub- und Mischbestände

[1]Bei der Erst- und Wiederaufforstung von Mischbeständen müssen mindestens 50 % der Förderfläche mit Laubholz aufgeforstet werden. [2]Das Laubholz muss ökologisch wirksam verteilt sein und ist möglichst gruppen- bis horstweise einzubringen. [3]Bei der Begründung von Laubbeständen ist Nadelholz nicht förderfähig. [4]Weißtanne, Eibe und Sträucher sind bei standörtlicher Eignung dem Laubholz gleichgestellt. [5]Außer in Fällen fehlender standörtlicher Eignung für Laubhölzer dürfen bei der Begründung von Mischbeständen maximal 20 % der Förderfläche mit Fichte bestockt sein.

4.1.5 Saat

[1]Förderfähig ist die Saat von Eiche, Buche, Edellaubholz oder Weißtanne. [2]Die Entscheidung über die notwendige Saatgutmenge trifft die Bewilligungsbehörde. [3]Art und Menge des Saatgutes sind durch Vorlage der Rechnung zu belegen. [4]Bei Verwendung selbst gewonnenen Saatgutes im eigenen Wald muss die örtlich zuständige Revierleiterin bzw. der örtlich zuständige Revierleiter die Saatguteignung und -menge bestätigen.

4.1.6 Beschränkungen

[1]Bestandsbegründungen in Einwirkungsbereichen von Bibern sind grundsätzlich nicht förderfähig. [2]Bei der Verwendung von Pappeln können nur für den Hochwaldanbau geeignete Sorten gefördert werden. [3]Die Begründung reiner Pappelkulturen über ein Hektar Größe ist nicht förderfähig. [4]Die Verwendung von Stecklingen oder unbewurzelten Setzstangen ist nicht förderfähig.

4.1.7 Zuschläge bei Erst- und Wiederaufforstungen

[1]Aufgrund der damit verbundenen höheren Kosten wird für nachfolgende Maßnahmen ein Zuschlag gewährt. [2]Die Maßnahmen sind, sofern nichts anderes vermerkt ist, miteinander kombinierbar. [3]Die Entscheidung über die Notwendigkeit der mit Zuschlägen versehenen Maßnahmen trifft die Bewilligungsbehörde.

4.1.7.1 Forstpflanzen mit überprüfbarer Herkunft (zertifiziertes Vermehrungsgut)

[1]Für die Baum- und Straucharten, die verstärkt gefördert werden sollen, darf ausschließlich Pflanzgut mit überprüfbarer Herkunft zur Verwendung kommen. [2]Der Nachweis über die Verwendung von Pflanzen mit überprüfbarer Herkunft ist grundsätzlich durch Vorlage von Einzelzertifikaten zu erbringen.

4.1.7.2 Ballenpflanzen

[1]Gefördert wird die Verwendung von Ballenpflanzen, wenn dies zur Bestandsbegründung notwendig ist. [2]Gefördert werden nur Container-/Ballenpflanzen aus Systemen, die fehlerhafte Wurzelkrümmungen inklusive Drehwuchs aus-

schließen. [3]Die gleichzeitige Gewährung eines Zuschlages für Großpflanzen ist nicht möglich.

4.1.7.3 Großpflanzen

[1]Gefördert wird die Verwendung von Großpflanzen, wenn dies zur Bestandsbegründung notwendig ist. [2]Großpflanzen müssen eine Sprosslänge von mindestens 80 cm aufweisen. [3]Die gleichzeitige Gewährung eines Zuschlages für Ballenpflanzen, Markierungsstäbe oder Wuchshilfen ist nicht möglich.

4.1.7.4 Sträucher

Gefördert wird die Verwendung gebietseigener Sträucher zur Gestaltung von Waldrändern.

4.1.7.5 Seltene Baumarten

Gefördert wird die Verwendung seltener, heimischer und standortgerechter Baumarten.

4.1.7.6 Markierungsstäbe

[1]Die Verwendung von Markierungsstäben dient dem leichteren Auffinden der Pflanzen und damit der Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Kulturpflege. [2]Die gleichzeitige Gewährung eines Zuschlages für Wuchshilfen oder Großpflanzen ist nicht möglich.

4.1.7.7 Wuchshilfen

[1]Gefördert wird die Verwendung von Wuchshilfen in stark bewachsenen Kulturflächen, bei Ergänzungspflanzungen oder kleinflächigen Kulturbegründungen. [2]Es dürfen nur geeignete Wuchshilfen mit stabilen Befestigungsstäben verwendet werden. [3]Die gleichzeitige Gewährung eines Zuschlages für Markierungsstäbe oder Großpflanzen ist nicht möglich.

4.1.7.8 Kulturhinderliche Bestockung

[1]Gefördert wird die Beseitigung kulturhinderlicher Bestockung ohne Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, soweit dies zur Vorbereitung der Kulturfläche forstfachlich zwingend erforderlich ist. [2]Der Zuschlag wird nur bei Wiederaufforstungen gewährt.

4.1.8 Erstaufforstung (Nr. 2.1.1)

[1]Die Förderung beinhaltet neben den Kosten der Anlage einer Kultur auch die Kosten für Maßnahmen zu deren Sicherung und Pflege während der Bindefrist. [2]Ausgeschlossen von der Förderung sind

- die Anlage von Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen,
- die Anlage von Kurzumtriebsflächen mit einer Umtriebszeit bis 20 Jahre,
- Anpflanzungen mit schnellwachsenden Baumarten,
- Aufforstungen von landschaftsprägenden Wiesentälern,
- Aufforstungen, die zu einer Beseitigung, Beschädigung oder erheblichen Beeinträchtigung von Naturschutzgebieten im Sinn von § 23 BNatSchG, von Nationalparken im Sinn von § 24 BNatSchG, von gesetzlich geschützten Biotopen im Sinn von § 30 BNatSchG oder von Natura 2000-Gebieten im Sinn von § 33 BNatSchG führen,
- Aufforstungen, die zu einer Beseitigung, Beschädigung oder erheblichen Beeinträchtigung von gesetzlich geschützten Biotopen im Sinne von Art. 23 des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) oder von geschützten Landschaftsbestandteilen, von Naturdenkmälern und von Lebensraumtypen und Arten im Sinne des § 19 BNatSchG führen.

4.1.9 Wiederaufforstung (Nr. 2.1.2)

[1]Es wird unterschieden zwischen einer planmäßigen Wiederaufforstung und einer Wiederaufforstung nach Schadereignis. [2]Nach einer planmäßigen Holzernte muss durch die Wiederaufforstung eine Verbesserung des Waldzustandes erreicht werden. [3]Nach einem vorangegangenen Kahlhieb (Art. 4 BayWaldG) ist eine planmäßige Wiederaufforstung nicht förderfähig. [4]Ausgenommen ist der Umbau von Beständen, bei denen die Bewilligungsbehörde bereits vor Durchführung des Kahlhiebs die Notwendigkeit eines Kahlhiebs zum Umbau ausdrücklich befürwortet hat. [5]Während der Bindefrist ist eine Förderung nach Nr. 2.2.1 (Jungbestandspflege) nicht möglich.

4.1.10 Naturverjüngung (Nr. 2.1.3)

[1]Die Naturverjüngung muss zum Ende der Bindefrist ausreichend und gesichert sein. [2]Naturverjüngungen müssen, außer in Fällen fehlender standörtlicher Eignung für Laubhölzer, zum Ende der Bindefrist einen gesicherten, vorherrschenden Laubholzanteil von mindestens 30 % aufweisen. [3]Bereits geförderte Naturverjüngungen sowie Kulturbegründungen (z. B. Vorbau oder Ergänzungspflanzung) können nicht erneut mitgefördert, jedoch bei der Berechnung des Laubholzanteils berücksichtigt werden. [4]In Zweifelsfällen ist der Laubholzanteil über ein geeignetes Stichprobenverfahren zu ermitteln. [5]Nicht förderfähig sind Naturverjüngungen, die überwiegend aus Stockausschlag hervorgegangen sind. [6]Die Förderung beinhaltet Pflegemaßnahmen, Waldschutzmaßnahmen und Eingriffe in den beschattenden Altbestand im notwendigen Umfang.

4.2 Bestands- und Bodenpflege (Nr. 2.2)

4.2.1 Jungbestandspflege (Nr. 2.2.1)

[1]Die Maßnahme muss forstfachlich notwendig und darauf ausgerichtet sein, standortgemäße, klimaangepasste Mischbestände zu schaffen. [2]Dabei ist der vor Durchführung der Maßnahme festgestellte Laubholz-/Tannenanteil wenn möglich zu erhöhen. [3]Die Entscheidung über Notwendigkeit und Pflegeziel trifft die Bewilligungsbehörde. [4]Das bei der Pflege anfallende Material ist, soweit notwendig, waldschutzwirksam insektizidfrei zu behandeln oder zu beseitigen. [5]Eine gleichzeitige Förderung gemäß Nr. 2.3.1 (insektizidfreie Bekämpfung rindenbrütender Insekten) ist nicht möglich.

4.2.1.1 Bestände bis zu einem Alter von 15 Jahren

[1]Förderfähig sind Pflegemaßnahmen in Beständen bis zu einem Durchschnittsalter von 15 Jah-

ren. [2]Bis zum Alter von 15 Jahren sind Pflegemaßnahmen, soweit erforderlich, frühestens nach drei Jahren erneut förderfähig.

4.2.1.2 Bestände mit einem Alter über 15 Jahre

[1]Förderfähig sind Pflegemaßnahmen in älteren Beständen bis zu einer durchschnittlichen Oberhöhe von 15 m

- in Naturverjüngungen,
- in Laubbeständen,
- in besonders pflegedringlichen Beständen, wenn die Pflege dem Erhalt der klimatoleranten Mischbaumarten dient,
- wenn die Pflege der Erhaltung und Verbesserung eines Lebensraumtyps in einem Natura 2000-Gebiet dient.

[2]In Beständen über 15 Jahren sind Pflegemaßnahmen frühestens nach zehn Jahren erneut förderfähig.

4.2.2 Bodenschutzkalkung (Nr. 2.2.2)

[1]Die Kalkung muss der strukturellen Verbesserung der Bodenstreu, des Bodens oder des Nährstoffhaushalts und damit einer Verbesserung der Vitalität der Bestände dienen. [2]Förderfähig ist nur die Bestandskalkung. [3]In den roten Bereichen der „Kalkungskulisse Bayern (Anlage zu LMS vom 30. März 2010 Gz. F3-NW 264-2314) ist eine Bodenschutzkalkung grundsätzlich förderfähig. [4]In den grünen Bereichen kommt eine Förderung der Bodenschutzkalkung nur in begründeten Ausnahmefällen – nach einer fachlichen Prüfung durch die Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF) – in Betracht. [5]Die Bewilligungsbehörde legt Art und Menge des auszubringenden Kalkes fest. [6]Sie bestätigt die Zweckmäßigkeit und Unbedenklichkeit der geplanten Maßnahme. [7]Wiederholte Kalkungsmaßnahmen sind auf gleicher Fläche frühestens nach zehn Jahren erneut förderfähig.

4.3 Waldschutzmaßnahmen (Nr. 2.3)

4.3.1 Vorbeugung und Bekämpfung rindenbrütender Insekten (Nr. 2.3.1)

[1]Bei dem aufzuarbeitenden oder zu bringenden Holz muss es sich um Schadholz (gebrochenes, geworfenes oder bereits befallenes Holz) handeln. [2]Regulär eingeschlagenes Holz ist nicht förderfähig. [3]Die Holzverwertung ist förderunschädlich. [4]Das Holz ist aufzuarbeiten, vor Ort zu entrinden (eventuell zusätzliches Verbrennen der Rinde) oder umgehend waldschutzwirksam aus dem Wald zu verbringen. [5]Das Restholz mit Rinde ist zu häckseln oder auf andere Weise waldschutzwirksam insektizidfrei zu behandeln.

4.3.1.1 Insektizidfreie waldschutzwirksame Aufarbeitung im Schutzwald (Nr. 2.3.1.1)

[1]Förderfähig sind nur Maßnahmen in Schutzwäldern nach Art. 10 Abs. 1 BayWaldG. [2]Für die Förderfähigkeit ist entscheidend, dass die überwiegende Holzmenge im Schutzwald anfällt. [3]Soweit möglich und erforderlich sind bergseits ca. 1 m hohe Stöcke zu belassen. [4]Ist zur Sicherung der Schutzfunktionen des Waldes ein Belassen des Holzes oder von Teilmengen des Holzes notwendig, so ist dieses als Querleger auf Dauer im Bestand zu belassen. [5]Die Bewilligungsbehörde entscheidet über den Umfang der Maßnahme. [6]Hierfür wird eine erhöhte Förderung gewährt.

4.3.1.2 Insektizidfreie waldschutzwirksame Aufarbeitung außerhalb von Schutzwald (Nr. 2.3.1.2)

Das StMELF entscheidet in Abstimmung mit dem StMFLH aufgrund einer überregionalen Kalamität oder eines überregionalen Schadereignisses aus Waldschutzgründen über Inhalt, Dauer und Umfang der Maßnahmen.

4.3.2 Vorbeugung und Bekämpfung von Larvenfraß (Nr. 2.3.2)

[1]Grundlage für die Förderfähigkeit ist die Feststellung der Bekämpfungsnotwendigkeit durch die dafür zuständige Behörde. [2]Gesetzliche Grundlage für die Bekämpfung ist die Waldschadinsektenverordnung (WaldSchadInV) in Verbindung mit der Genehmigung der Bekämpfung durch die zuständige Behörde gemäß § 18 des Pflanzenschutzgesetzes (PflSchG). [3]Art und Umfang der Bekämpfung richten sich nach dem Genehmigungsbescheid der hierfür zuständigen Behörde.

4.3.3 Vorbeugung und Bekämpfung schädlicher Organismen (Nr. 2.3.3)

[1]Gefördert werden Vorbeugungs- und Bekämpfungsmaßnahmen, die eine Ausbreitung der schädlichen Organismen verhindern sollen. [2]Über Art und Dauer der Maßnahme entscheidet das StMELF. [3]Die Förderung kann gekürzt werden, wenn die Antragstellerin bzw. der Antragsteller es unterlassen hat, einen Schaden abzuwenden oder zu mindern. [4]Sie ist zu versagen, wenn die Antragstellerin bzw. der Antragsteller den Schaden selbst verursacht hat.

4.4 Bewirtschaftung von Sonderstandorten (Nr. 2.4)

[1]Die Bewilligungsbehörde prüft und bestätigt die Notwendigkeit des Einsatzes einer Seilbahnanlage. [2]Die Ernte des Holzes, das mit einer Seilbahnanlage gebracht werden soll, muss der Verbesserung der Waldfunktionen dienen. [3]Bei zu starken Eingriffen, auch auf Teilflächen, ist eine Förderung zu versagen. [4]Dies gilt nicht, wenn eine Seilkranbringung im Rahmen einer Waldschutzmaßnahme (waldschutzwirksames Verbringen) oder zur Aufarbeitung von Schadholz erfolgt. [5]Aus Gründen des Bestands- und Bodenschutzes kann die Länge des zu bringenden Holzes begrenzt oder die Bringung auf Bergaufverfahren beschränkt werden. [6]Eine verstärkte Förderung erfolgt, wenn das Ast-/Giebelholz zum Bodenschutz überwiegend im Bestand verbleibt und waldschutzwirksam behandelt wird. [7]Falls erforderlich, kann das Belassen des Kronen-/Astholzes im Bestand auch zur Auflage gemacht werden. [8]Sofern es sich nicht um flächig angefallenes Schadholz handelt, muss der Bestand vor Antragstellung ausgezeichnet werden. [9]Die Förderhöhe hängt von der Eingriffsstärke ab. [10]Bereits bei Antragstellung ist daher der geplante Entnahmesatz anzugeben. [11]Wesentliche Abweichungen der Seiltrassenführung und/

oder der Holzentnahme gegenüber den geplanten Mengen (z. B. aus Waldschutzgründen) müssen der Bewilligungsbehörde unverzüglich und möglichst noch während der Maßnahme angezeigt werden.

4.5 Vorarbeiten (Nr. 2.5)

[1]Die Erstellung von Gutachten oder fachlichen Stellungnahmen muss durch forstfachlich qualifiziertes Personal erfolgen. [2]Als solches gelten grundsätzlich Forsttechnikerinnen und Forsttechniker, Personen, die erfolgreich ein forstwirtschaftliches oder forstwissenschaftliches Studium absolviert haben sowie Personen mit gleichwertigen forstfachlichen Qualifikationen.

4.5.1 Gutachten

[1]Gefördert wird die Erstellung von Forstwirtschaftsplänen (Forstbetriebsgutachten) und von Gutachten zur naturnahen Bewirtschaftung im Privatwald. [2]Voraussetzung für die Förderung ist, dass die Antragstellerin bzw. der Antragsteller nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen (z. B. Steuerrecht) zu einem derartigen Gutachten verpflichtet ist. [3]Darstellung und Inhalt müssen den von der Bewilligungsbehörde geforderten Vorgaben entsprechen. [4]In Zusammenhang mit dem Gutachten stehende Vorerhebungen sind als Teil des Gutachtens mit, jedoch nicht gesondert förderfähig. [5]Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller muss der Forstverwaltung eine Kopie des Gutachtens zur dienstlichen Nutzung – möglichst in elektronischer Form – überlassen. [6]Wiederholte Gutachten sind auf gleicher Fläche frühestens nach zehn Jahren erneut förderfähig.

4.5.2 Fachliche Stellungnahmen

Gefördert wird die Erstellung von fachlichen Stellungnahmen, die z. B. zur Feststellung der Bekämpfungsnotwendigkeit bei Larvenfraß (Nr. 2.3.2) oder der Kalkungsnotwendigkeit/-möglichkeit (Nr. 2.2.2) erforderlich sind.

4.5.3 Weiserflächen

[1]Gefördert wird die Errichtung von Weiserflächen zur Beurteilung der Verjüngungsfähigkeit des Waldes. [2]Dies soll im Anhalt an das von der LWF 2013 herausgegebene Merkblatt Nr. 25 „Wildverbiss mit Weiserflächen beurteilen“ (https://www.lwf.bayern.de/mam/cms04/service/dateien/mb25_weiserflächen_bf_rz.pdf) geschehen. [3]Die Förderung umfasst die Anlage und den mindestens fünfjährigen Unterhalt einer gezäunten Beobachtungsfläche (Weiserzaun z. B. mit 10 m × 10 m) sowie die dauerhafte Markierung der ungezäunten Vergleichsfläche. [4]Die Anlage einer Weiserfläche im Schutz- und Bergwald wird verstärkt gefördert.

4.6 Integrative Waldbewirtschaftung (Nr. 2.6)

4.6.1 Waldlebensgemeinschaften (Nr. 2.6.1)

4.6.1.1 Erhalt seltener Baumarten

[1]Gefördert wird der Erhalt seltener, heimischer und standortgerechter Baumarten. [2]Die Bäume müssen fruktifikationsfähig sein und dürfen nicht gefällt, genutzt oder wesentlich beschädigt werden. [3]Der Erhalt umfasst auch eventuell notwendige Pflegemaßnahmen im umgebenden Bestand. [4]Welche Baumarten im Einzelfall als selten anzusehen sind, entscheidet die Bewilligungsbehörde. [5]Eine gleichzeitige Förderung gemäß Nr. 4.6.1.3 (Erhalt alter Samenbäume) ist während der Bindefrist nicht möglich. [6]Eine bestehende Förderung als Biotopbaum im Rahmen des Vertragsnaturschutzprogramms Wald (VNP-Wald) schließt eine Förderung nach dieser Richtlinie aus.

4.6.1.2 Anlage und Pflege von Feuchtbiotopen

[1]Gefördert wird die Anlage und/oder Pflege von

- Waldmooren,
- Feuchtbiotopen im Wald,
- Kleingewässern im Wald und deren Uferbereichen,

sofern keine Förderung im Rahmen der Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien (LNPR) möglich ist. [2]Fördervoraussetzung ist das Vorliegen eines Renaturierungs- bzw. eines Maßnahmenplanes.

4.6.1.3 Erhalt alter Samenbäume

[1]Gefördert wird der Erhalt von fruktifikationsfähigen alten Bäumen zur Sicherung der genetischen Variabilität und standortangepassten Verjüngung. [2]Förderfähig sind Bäume der potenziell natürlichen Vegetation, die entweder ein Mindestalter von 150 Jahren aufweisen oder deren Brusthöhendurchmesser (BHD) über 60 cm liegt. [3]Die Bäume dürfen nicht gefällt oder genutzt werden. [4]Maßnahmen zur Verkehrssicherung bleiben davon unberührt, wenn sie von der Bewilligungsbehörde zuvor genehmigt wurden. [5]Bäume, bei denen die Gefahr des Abbrechens einzelner Kronenteile besteht (z. B. wegen großer Faulstellen, Höhlen, großer Totäste), dürfen im Verkehrssicherungsbereich von Straßen, Bahnlinien, Wegen, markierten Wanderwegen oder ähnlich frequentierten Einrichtungen nicht gefördert werden. [6]Eine gleichzeitige Förderung gemäß Nr. 4.6.1.1 (Erhalt seltener Baumarten) ist während der Bindefrist nicht möglich. [7]Eine bestehende Förderung als Biotopbaum im Rahmen des VNP-Wald schließt eine Förderung nach dieser Richtlinie aus.

4.6.2 Bodenschonende Bringung (Nr. 2.6.2)

[1]Gefördert werden das Rücken mit Pferden vom Einschlagsort zur Rückegasse oder zur Abfuhrstelle sowie der Einsatz von Traktionswinden oder leichten Seilkränen zur bodenschonenden Holzbringung in kurzen Steilhanglagen. [2]Förderfähig sind nur Maßnahmen, bei denen die mit Pferden bzw. mit Traktionswinde oder leichtem Seilkran gerückte Holzmenge durch eine Rückerechnung mit entsprechender Holzmengenangabe nachgewiesen ist.

4.7 Waldbrand- und Hochwasserschäden (Nr. 2.7)

[1]Teilweise erstattet wird der durch einen Waldbrand oder durch Hochwasser entstandene Schadenswert am Waldbestand ohne Kulturkosten (gesondert förderfähig). [2]Die Förderung kann gekürzt werden, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller es unterlassen hat, einen Schaden abzuwenden oder zu mindern. [3]Sie ist zu versagen,

wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller den Schaden selbst verursacht hat. [4]Die Zuwendungsempfängerin bzw. der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, Ersatzansprüche gegen Dritte (ggf. auch Träger einer Versicherung) geltend zu machen. [5]Ersatzleistungen und freiwillige Leistungen Dritter sowie bei Hochwasserschäden auch die Erlöse, die nach Abzug der Kosten für die Holzernte verbleiben („holzerntefreie Erlöse"), werden vor Ermittlung des Schadenswertes in Abzug gebracht. [6]Jegliche Ersatzleistungen, die die Antragstellerin oder der Antragsteller auch nach Auszahlung der Zuwendung erhält, sind der Bewilligungsbehörde mitzuteilen; es erfolgt eine (Teil-)Rückforderung im erforderlichen Umfang. [7]Als Hochwasserschäden gelten auch Schäden, die durch Starkregen, Lawinen, Muren etc. entstanden sind.

4.8 Förderschwerpunkte (Nr. 2.8)

[1]Für eine erhöhte Förderung ist entscheidend, dass die Maßnahme im Kleinstprivatwald, in einem Natura 2000-Gebiet und/oder überwiegend im Schutzwald, Bergwald oder Wald mit erhöhtem Klimarisiko erfolgt und die angrenzenden, außerhalb dieser Gebietskulissen liegenden Flächen nicht eigenständig gefördert werden können. [2]Die erhöhte Förderung wird als prozentualer Zuschlag auf den Grundfördersatz gewährt. [3]Die erhöhte Förderung wird gewährt bei Wiederaufforstung (Nr. 2.1.2), Naturverjüngung (Nr. 2.1.3) und Jungbestandspflege (Nr. 2.2.1).

4.8.1 Erschwerniszuschlag

[1]Ein Erschwerniszuschlag wird entweder gewährt für

- Maßnahmen in Schutzwäldern nach Art. 10 Abs. 1 BayWaldG oder
- Maßnahmen in Höhenlagen über 800 m (Bergwald).

[2]Die beiden Erschwerniszuschläge dürfen nicht nebeneinander gewährt werden.

4.8.2 Anreizzuschlag

[1]Ein Anreizzuschlag wird gewährt für

- Maßnahmen in Beständen, in denen die derzeit vorherrschenden Baumarten als nicht klimatolerant einzustufen sind,
- Maßnahmen in Kleinstprivatwäldern, wenn die Antragstellerin bzw. der Antragsteller weniger als zwei Hektar Wald im Bereich der Bewilligungsbehörde bewirtschaftet,
- Maßnahmen in Natura 2000-Gebieten, die der Erhaltung/Wiederherstellung des Lebensraumtyps oder Arthabitats dienen.

[2]Anreizzuschläge dürfen auch nebeneinander gewährt werden, es erfolgt jedoch eine Reduktion der Zuschlagshöhe.

4.9 Überregionale Schadereignisse (Nr. 2.9)

[1]Das StMELF entscheidet in Abstimmung mit dem StMFLH im Falle eines überregionalen Schadereignisses über Art und Dauer der Zuschlagsgewährung. [2]Voraussetzung ist, dass durch die Art des Schadens erhöhte Kosten bei der Kulturbegründung (z. B. durch Sturmwurf) oder bei der Pflege (z. B. durch Schneebruch, Eisanhang) entstehen.

4.10 Ausschluss der Förderung

[1]Eine Förderung nach dieser Richtlinie ist in folgenden Fällen ausgeschlossen:

- Der Maßnahme ist auf der beantragten Förderfläche ein Verstoß gegen waldgesetzliche oder andere, der Erhaltung des Waldbestandes und der Sicherung der Forstwirtschaft dienende Rechtsvorschriften vorausgegangen und die Waldbesitzerin/die Waldeigentümerin bzw. der Waldbesitzer/der Waldeigentümer hat dies zu verantworten. Der Förderausschluss gilt (z. B. bei Eigentümerwechsel) auch gegenüber deren Rechtsnachfolgern. Mehr als fünf Jahre zurückliegende Verstöße werden nicht mehr berücksichtigt.
- Die Maßnahme dient der Erfüllung einer behördlichen Auflage aus einem Verwaltungsakt, z. B. einer Anordnung nach Art. 41 BayWaldG oder von Ersatzaufforstungen, Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen nach Art. 8 BayNatSchG. Dies trifft auch bei Änderungen während der Bindefrist (z. B. Einbringen von Ökokontoflächen) zu.
- Die Maßnahme soll auf Waldflächen erfolgen, die, obwohl Wald im Sinn des Art. 2 BayWaldG, vorrangig zu landwirtschaftlichen Zwecken genutzt werden und die bei den entsprechenden Aufnahmen der Landwirtschaftsverwaltung digital in einer landwirtschaftlichen Förderkulisse erfasst wurden. Diese Waldflächen stellen keinen Wald im förderrechtlichen Sinn dar. Auf ihnen können keine Maßnahmen im Rahmen dieser Richtlinie gefördert werden.
- Die Maßnahme besteht in dem Begründen oder Pflegen von Beständen mit einer Umtriebszeit von bis zu 20 Jahren oder Christbaumkulturen.

[2]Eine Förderung nach dieser Richtlinie ist weiterhin ausgeschlossen, wenn die Maßnahme

- auf einer Fläche außerhalb Bayerns stattfinden soll,
- auf einer Fläche stattfinden soll, die der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller zum Zwecke des Naturschutzes unentgeltlich übertragen worden ist,
- auf einer Fläche einer oder eines nach Nr. 3.2 nicht Antragsberechtigten stattfinden soll.

[3]Eine Förderung nach dieser Richtlinie ist ebenso ausgeschlossen, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller

- die Maßnahme oder einen Teil der Maßnahme im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung durchführen lässt,
- für die Durchführung der Maßnahme weitere Beihilfen oder zweckgebundene Spenden erhält, die bei Fördermaßnahmen mit Festbetragsfinanzierung mehr als 30 % der Fördersumme betragen,

– ein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinn von Randnummer 35 Ziffer 15 der Rahmenregelung der Europäischen Union für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten 2014–2020 (2014/C 204/01) ist,

– eine durch Kommissionsbeschluss für mit dem Binnenmarkt nicht vereinbar erklärte Beihilfe erhalten hat, die noch nicht vollumfänglich erstattet wurde.

5. Art und Umfang der Zuwendung

5.1 Art der Förderung

[1]Die Förderung wird als Projektförderung gewährt. [2]Die Förderung der Wiederaufforstung durch Saat (Nr. 2.1.2), der Erstaufforstung durch Saat (Nr. 2.1.1), der Bodenschutzkalkung (Nr. 2.2.2), der Vorbeugung und Bekämpfung von Larvenfraß (Nr. 2.3.2), der Vorbeugung und Bekämpfung schädlicher Organismen (Nr. 2.3.3), von Gutachten (Nr. 4.5.1), von fachlichen Stellungnahmen (Nr. 4.5.2), von Anlage und Pflege von Feuchtbiotopen (Nr. 2.6.1) und nach Waldbrand- und Hochwasserschäden (Nr. 2.7) erfolgt im Wege der Anteilfinanzierung, in den übrigen Fällen im Wege der Festbetragsfinanzierung.

5.2 Zuwendungsfähige Ausgaben

5.2.1 Festbetragsfinanzierung

[1]In den Fällen, in denen die Förderung im Wege einer Festbetragsfinanzierung erfolgt, liegen den Zuwendungen durchschnittliche Kostenpauschalen zugrunde. [2]Die Förderung

– der Erstaufforstung (Nr. 2.1.1), der Wiederaufforstung (Nr. 2.1.2) und einiger Maßnahmen nach Nr. 2.6.1 (Waldlebensgemeinschaften) erfolgt stückzahlbezogen,

– der Naturverjüngung (Nr. 2.1.3) und der Jungbestandspflege (Nr. 2.2.1) flächenbezogen,

– der Bekämpfung rindenbrütender Insekten (Nr. 2.3.1), der Bewirtschaftung von Sonderstandorten (Nr. 2.4) und der bodenschonenden Bringung (Nr. 2.6.2) festmeterbezogen.

[3]Die Gewährung von Zuschlägen bei Erstaufforstung (Nr. 2.1.1) und Wiederaufforstung (Nr. 2.1.2) erfolgt aufgrund der Mehrkosten dieser Pflanzen bzw. Maßnahmen stückzahlbezogen. [4]Die Gewährung einer erhöhten Förderung bei der Bewirtschaftung von Sonderstandorten (Nr. 2.4) erfolgt aufgrund der höheren Kosten, die mit dem Verbleib der Biomasse auf der Fläche verbunden sind. [5]Die erhöhte Förderung in Förderschwerpunkten (Nr. 2.8) und bei überregionalen Schadereignissen (Nr. 2.9) dient dem Ausgleich erhöhter Kosten und dem Erreichen forstpolitischer Ziele.

5.2.2 Anteilfinanzierung

[1]In allen Fällen, in denen die Förderung im Wege einer Anteilfinanzierung erfolgt,

– sind Eigenleistungen privater Zuwendungsempfängerinnen bzw. Zuwendungsempfänger, ihrer Familienangehörigen und ihrer Arbeitskräfte bis zu 80 % der Kosten (ohne Umsatzsteuer), die sich bei Vergabe der Arbeiten an Unternehmer oder den örtlichen Maschinenring ergeben würden, förderfähig; bei Gutachten (Nr. 4.5.1) und fachlichen Stellungnahmen (Nr. 4.5.2) sind Eigenleistungen und Sachleistungen nicht förderfähig,

– sind Sachleistungen der Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger bis zu 80 % des Marktwertes (ohne Umsatzsteuer) förderfähig,

– vermindern sich die förderfähigen Kosten um die Zuschüsse und Sachleistungen Dritter aufgrund besonderer Verpflichtungen,

– sind Preisnachlässe (unabhängig davon, ob sie in Anspruch genommen wurden) und die Umsatzsteuer nicht förderfähig,

– können Eigenleistungen auch ohne Stundennachweis anhand von Richtwerten ermittelt werden.

[2]Bei der Saat (Nrn. 2.1.1 und 2.2.1) sind die nachgewiesenen Kosten für das Saatgut und das Ausbringen des Saatgutes förderfähig. [3]Kosten der Kultursicherung und Pflege während der Bindefrist werden pauschal kalkuliert und sind nicht gesondert nachzuweisen. [4]Bei der Vorbeugung und Bekämpfung von Larvenfraß (Nr. 2.3.2) sind die Kosten innerhalb des räumlich zusammenhängenden Bekämpfungsgebietes gleichmäßig zu verteilen. [5]Bei der Abgeltung von Waldbrand- und Hochwasserschäden (Nr. 2.7) ist der Schadenswert im Anhalt an die jeweils gültige Tabelle „Waldbrandschaden“ zu ermitteln, die den Bewilligungsbehörden gesondert zur Verfügung gestellt wird. [6]Der Schadenswert beinhaltet dabei nicht die gesondert förderfähigen notwendigen Kulturkosten. [7]Falls das Räumen von unverwertbarem Material auf der Schadfläche in bis zu 30-jährigen Beständen für eine folgende Kulturbegründung durch die Bewilligungsbehörde für erforderlich gehalten wird, kann dies ebenfalls gefördert werden. [8]Der ermittelte Schadenswert ist dann um 1 000 Euro pro Hektar zu erhöhen.

5.2.3 Maßnahmenträgerschaft

Kosten für die Durchführung einer Trägerschaft sind nicht förderfähig.

5.3 Höhe der Zuwendung

5.3.1 Höhe der Fördersätze

[1]Die Höhe der Fördersätze ist in der Anlage aufgeführt. [2]Es handelt sich um Förderhöchstsätze. [3]Die tatsächliche Förderhöhe richtet sich nach den verfügbaren Haushaltsmitteln.

5.3.2 Begrenzung der Förderung

[1]Die zur Förderung beantragte Fläche einer Antragstellerin bzw. eines Antragstellers (auch im Falle der Antragstellung durch einen Maßnahmenträger) darf für die Maßnahmen Wiederaufforstung (Nr. 2.1.2), Naturverjüngung (Nr. 2.1.3) und Jungbestandspflege (Nr. 2.2.1) im Bereich der Bewilligungsbehörde 30 Hektar je Maßnahme und Jahr nicht übersteigen. [2]Im Falle von Schadereignissen kann das StMELF im Einzelfall oder generell über eine vorübergehende Aufhebung dieser

Höchstgrenze entscheiden. [3]Die zur Förderung beantragte Fläche einer Antragstellerin bzw. eines Antragstellers (auch im Falle der Antragstellung durch einen Maßnahmenträger) darf im Bereich der Bewilligungsbehörde für die Bodenschutzkalkung (Nr. 2.2.2) 500 Hektar im Jahr nicht übersteigen. [4]Die zur Förderung beantragte Menge einer Antragstellerin bzw. eines Antragstellers (bzw. für jede einzelne Antragstellerin und jeden einzelnen Antragsteller bei Antragstellung durch einen Maßnahmenträger) darf für die Maßnahmen Bewirtschaftung von Sonderstandorten (Nr. 2.4) und bodenschonende Bringung (Nr. 2.6.2) im Bereich der Bewilligungsbehörde jeweils 2 000 Festmeter im Jahr nicht übersteigen. [5]Im Falle von Schadereignissen kann das StMELF im Einzelfall über eine kalamitätsbedingt notwendige Anhebung dieser Höchstgrenze auf maximal 5 000 Festmeter entscheiden.

5.3.3 Förderhöchstsatz

Der Förderhöchstsatz beträgt im Bereich der Bewilligungsbehörde bei der Maßnahme

- Bodenschutzkalkung (Nr. 2.2.2) 200 Euro/Hektar,
- Vorbeugung und Bekämpfung von schädlichen Organismen (Nr. 2.3.3) 500 Euro/Hektar,
- Gutachten (Nr. 4.5.1): bei Gutachten bis 10 Hektar 100 Euro/Hektar, bei Gutachten über 10 Hektar bis 50 Hektar 50 Euro/Hektar, bei Gutachten über 50 Hektar bis 200 Hektar 35 Euro/Hektar und bei Gutachten über 200 Hektar 25 Euro/Hektar, insgesamt jedoch höchstens 25 000 €/Jahr,
- fachliche Stellungnahmen (Nr. 4.5.2) 5 000 Euro/Jahr,
- Weiserflächen (Nr. 4.5.3) 1 000 Euro/Jahr,
- Erhalt seltener Baumarten (Nr. 4.6.1.1) 5 000 Euro/Jahr,
- Anlage und Pflege von Feuchtbiotopen (Nr. 4.6.1.2) 10 000 Euro/Jahr,
- Erhalt alter Samenbäume (Nr. 4.6.1.3) 5 000 Euro/Jahr.

5.3.4 Kumulation

[1]Erschwerniszuschlag (Nr. 4.8.1) und Anreizzuschläge (Nr. 4.8.2) können nebeneinander gewährt werden. [2]Bei Zusammentreffen mehrerer Anreizzuschläge (Nr. 4.8.2) erfolgt jedoch eine anteilige Reduktion der jeweiligen Zuschlagshöhe.

5.3.5 Bagatellgrenze

Förderbeträge unter 250 Euro je Maßnahme bzw. unter 100 Euro je Maßnahme bei der Jungbestandspflege (Nr. 2.2.1) werden nicht bewilligt.

5.3.6 Mehrfachförderung

Die gleichzeitige Inanspruchnahme von Zuwendungen aus verschiedenen Förderprogrammen ist nur zulässig, wenn mit der Förderung unterschiedliche Zwecke verfolgt werden oder hierauf ein Rechtsanspruch besteht.

6. Sonstige Bestimmungen

6.1 Bindefrist

[1]Die zeitliche Bindung des Zuwendungszweckes nach Nr. 4.2.3 der Verwaltungsvorschrift (VV) zu Art. 44 BayHO und sämtliche sonstigen mit der Maßnahme verbundenen Verpflichtungen enden

- bei Erstaufforstung – Pflanzung oder Saat mit Sicherung und Pflege der Kultur – (Nr. 2.1.1), Wiederaufforstung – Pflanzung oder Saat mit Sicherung und Pflege der Kultur – (Nr. 2.1.2), Naturverjüngung (Nr. 2.1.3), insektizidfreie Waldschutzmaßnahme im Schutzwald mit Belassen des Holzes (Nr. 2.3.1), Bewirtschaftung von Sonderstandorten (Nr. 2.4) und Vorarbeiten auf Weiserflächen (Nr. 2.5) fünf Jahre nach Abnahme der Maßnahme durch die Bewilligungsbehörde,
- bei Wiederaufforstung und Erstaufforstung – Nachbesserung – (Nr. 4.1.9) mit der verbleibenden Bindefrist der Maßnahme, in der die Nachbesserung erfolgt.

[2]Die Verpflichtung zum Erhalt und zur Pflege der geförderten Maßnahmen oder zum Nutzungsverzicht beträgt für die Maßnahmen Erhalt seltener Baumarten (Nr. 4.6.1.1), Anlage und Pflege von Feuchtbiotopen (Nr. 4.6.1.2) und Erhalt alter Samenbäume (Nr. 4.6.1.3) zehn Jahre. [3]Die übrigen Maßnahmen unterliegen keiner zeitlichen Bindung.

6.2 Verzicht auf Rückforderungen

[1]Eine Zuwendung kann ganz oder teilweise zurückgefordert werden, wenn während der zeitlichen Bindung des Zuwendungszwecks gegen Auflagen oder Nebenbestimmungen des Bescheides verstoßen wird. [2]Von einer Rückforderung kann grundsätzlich abgesehen werden, wenn die Maßnahme aufgrund höherer Gewalt (Sturm, Hochwasser, Trockenheit, Brand etc.) vernichtet wurde oder der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller eine erneute Investition in die Fördermaßnahme wirtschaftlich nicht mehr zuzumuten ist und sie oder er für das Nichterreichen des Förderzieles nicht verantwortlich ist.

7. Verfahren

7.1 Antragstellung

[1]Zuwendungen werden nur auf schriftlichen Antrag gewährt. [2]Die Anträge sind vor Beginn der Maßnahme bei der zuständigen Bewilligungsbehörde auf den jeweils aktuell gültigen Antragsformularen einzureichen. [3]Dem Antrag sind die geforderten Unterlagen beizufügen. [4]Anträge, die auf Grundlage dieser Richtlinie bewilligt werden sollen, müssen spätestens bis zum 1. Dezember des Jahres, in dem die Gültigkeit dieser Richtlinie endet, bei der Bewilligungsbehörde eingegangen sein. [5]Bewilligungsbehörde ist das örtlich zuständige Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

7.2 Antragsprüfung

[1]Unvollständig oder unzureichend erstellte Anträge und Antragsunterlagen sind der Antragstel-

lerin bzw. dem Antragsteller unter Fristsetzung zur Vervollständigung zurückzugeben. [2]Soweit die Vervollständigung nicht oder nicht fristgerecht erfolgt, sind die Anträge abzulehnen. [3]Abzulehnen sind Anträge, bei denen die Förderhöchstgrenze gemäß Nr. 5.3.2 überschritten wird. [4]Abzulehnen sind Anträge, bei denen die Bagatellgrenze gemäß Nr. 5.3.5 unterschritten wird.

7.3 Maßnahmenbeginn

[1]Mit der Maßnahme darf erst begonnen werden, wenn ein Bewilligungsbescheid vorliegt. [2]Dies gilt nicht bei Gefahr im Verzug, wenn bei der zuständigen Bewilligungsbehörde unverzüglich nach Maßnahmenbeginn ein entsprechender Antrag eingereicht wird. [3]Bei waldbaulichen Maßnahmen, bei denen die Maßnahmenausführung aus dem Pflanzen von Bäumen oder dem Ausbringen von Saatgut besteht, ist noch nicht die Bestellung von Pflanzmaterial oder Saatgut, sondern erst das Einbringen des Pflanzmaterials bzw. das Ausbringen des Saatgutes in den Boden als Maßnahmenbeginn zu werten. [4]Voraussetzung für diese Ausnahmeregelung ist, dass die Pflanzenbestellung auf Grundlage eines von der Bewilligungsbehörde festgesetzten/erstellten Arbeits- und Kulturplanes erfolgt. [5]Zum Zeitpunkt des Einbringens der Pflanzen bzw. Ausbringens des Saatgutes in den Boden muss der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller ein Bewilligungsbescheid vorliegen.

7.4 Bewilligung von Fördermaßnahmen

[1]Die Bewilligung erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. [2]Wird eine Maßnahme nicht bis zu dem im Bewilligungsbescheid angegebenen Verfallstag fertiggestellt, kann vor Fristablauf Antrag auf Verlängerung der Gültigkeit der Bewilligung gestellt werden.

7.5 Verwendungsnachweis

[1]Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller hat die ordnungsgemäße Verwendung der Fördermittel gegenüber der Bewilligungsbehörde mittels eines Vordrucks „Fertigstellungsanzeige/Verwendungsnachweis“ anzuzeigen. [2]Abweichungen gegenüber der Bewilligung sind anzugeben. [3]Diese Regelung gilt nicht für die Naturverjüngung (Nr. 2.1.3), den Erhalt seltener Baumarten (Nr. 4.6.1.1) und den Erhalt alter Samenbäume (Nr. 4.6.1.3). [4]Soweit im Zuwendungsbescheid nicht anders geregelt, sind Originalbelege nur auf Verlangen der Behörde vorzulegen.

7.6 Abweichungen gegenüber der Bewilligung

Bei Abweichungen der Maßnahme gegenüber der Bewilligung sind der Bewilligungsbehörde die Aufhebung des Bewilligungsbescheides bzw. Kürzungen der Zuwendung nach den einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorbehalten.

7.7 Auszahlung der Fördermittel

[1]Eine Zuwendung wird grundsätzlich erst dann zur Auszahlung freigegeben, wenn die Maßnahme fertiggestellt ist bzw. durchgeführt und abgenommen wurde. [2]Die Zuwendung wird durch die zuständige Behörde auf die im Antrag bzw. Verwendungsnachweis/Zuschussabruf angegebene Bankverbindung ausgezahlt. [3]Abschlagzahlungen oder Teilzahlungen werden nicht gewährt.

7.8 Sanktionierung

[1]Wird festgestellt, dass eine Antragstellerin oder ein Antragsteller vorsätzlich oder grob fahrlässig falsche Angaben gemacht hat, werden die Fördermittel vollständig zurückgefordert. [2]Darüber hinaus wird eine Antragstellerin oder ein Antragsteller, die oder der vorsätzlich falsche Angaben gemacht hat, für das Kalenderjahr, in dem der Verstoß festgestellt wird, und für das folgende Jahr von jeder weiteren Förderung nach dieser Richtlinie ausgeschlossen.

7.9 Aufhebung eines Bewilligungsbescheides, Rückforderungen

[1]Rücknahme, Widerruf oder Unwirksamkeit von Bewilligungsbescheiden und die Erstattung gewährter Zuwendungen einschließlich Zinsen richten sich nach den für die Förderung einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und den im jeweiligen Bewilligungsbescheid enthaltenen Auflagen und Nebenbestimmungen. [2]Die Erhebung von Kosten richtet sich nach dem Kostengesetz. [3]Zuständig für die Aufhebung eines Bewilligungsbescheides ist die Bewilligungsbehörde.

7.10 Subventionsbetrug

[1]Die Zuwendungen nach dieser Richtlinie sind Subventionen im Sinn des § 264 des Strafgesetzbuchs (StGB) in Verbindung mit Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes (BayStrAG). [2]Subventionserhebliche Tatsachen im Sinn von § 264 Abs. 8 StGB und § 2 des Subventionsgesetzes (SubvG) sind insbesondere

- die Angaben im Antrag einschließlich der Anlagen,
- die Angaben in Zuschussabrufen und im Verwendungsnachweis,
- die Angaben in Belegen,
- die Sachverhalte, die Mitteilungspflichten nach Nr. 5 ANBest-P begründen,
- die Tatsachen, von denen gemäß Nrn. 8.1 bis 8.3 ANBest-P die Rückzahlung der Zuwendung abhängig ist.

[3]Bei Verdacht auf Subventionsbetrug erfolgt eine Mitteilung an die zuständige Staatsanwaltschaft.

8. Schlussbestimmungen

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.

Georg Windisch
Ministerialdirigent

Anlagen

Anlage 1: Förderhöchstsätze

Anlage 2: Fördersätze bei Seilbahnförderung

Förderhöchstsätze

Anlage 1
WALDFÖPR 2018
Stand 01.01.2018

Fördermaßnahmen			Grundfördersatz	Förderschwerpunkte (2.8 + 4.8)					Förderzuschläge in €/Stück (4.1.7 + 4.9)									
Maßnahme Einzelmaßnahme		**GAK** fähig	**außerhalb Förder-schwerpunkten**	**Schutz-wald** entweder	**Berg-wald** ... oder	**Klima-risiko** ***	**Kleinst-privatwald** ***	**N2000-Gebiete** ***	**zertif. Pflanze**	**Ballen-pflanze** entweder	**Groß-pflanze** ... oder	**selt. Baumart**	**Sträucher**	**Mark. stab** entweder	**Wuchs-hilfe** ... oder	**kulturh. Bestock. Flora** entweder	**<15 Jahre** ... oder	**Schad-ereignis**
2.1	**Kulturbegründung**																	
2.1.1	**Erstaufforstung**																	
	Pflanzung Laubholz	x	**1,35 €/Stk**						0,06	0,30	0,15	0,90	0,40	0,15	1,00			
	Pflanzung Mischbestand	x	**1,25 €/Stk**						0,04	0,30	0,15	0,90	0,40	0,15	1,00			
	Pflanzung Nadelbestand*	x	**1,25 €/Stk**						0,04	0,30	0,15	0,90	0,40	0,15	1,00			
	Saat Laubholz	x	**50%**															
	Nachbesserung Pflanzung Laubholz	x	**1,35 €/Stk**						0,06	0,30	0,15	0,90	0,40	0,15	1,00			
	Nachbesserung Pflanzung Mischbestand	x	**1,25 €/Stk**						0,04	0,30	0,15	0,90	0,40	0,15	1,00			
	Nachbesserung Pflanzung Nadelbestand*	x	**1,25 €/Stk**						0,04	0,30	0,15	0,90	0,40	0,15	1,00			
2.1.2	**Wiederaufforstung**																	
	Pflanzung Laubholz	x	**1,10 €/Stk**	40%	40%	20% (15%, 10%)	20% (15%, 10%)	20% (15%, 10%)	0,06	0,30	0,15	0,90	0,40	0,15	1,00	0,05	0,10	0,07
	Pflanzung Mischbestand	x	**0,85 €/Stk**	40%	40%	20% (15%, 10%)	20% (15%, 10%)	20% (15%, 10%)	0,04	0,30	0,15	0,90	0,40	0,15	1,00	0,04	0,09	0,06
	Pflanzung Nadelbestand*		**0,85 €/Stk**	40%	40%	20% (15%, 10%)	20% (15%, 10%)	20% (15%, 10%)	0,04	0,30	0,15	0,90	0,40	0,15	1,00	0,04	0,09	0,06
	Saat Laubholz	x	**50%**															
	Nachbesserung Pflanzung Laubholz	x	**1,10 €/Stk**	40%	40%		20%		0,06	0,30	0,15	0,90	0,40	0,15	1,00			0,07
	Nachbesserung Pflanzung Mischbestand	x	**0,85 €/Stk**	40%	40%		20%		0,04	0,30	0,15	0,90	0,40	0,15	1,00			0,06
	Nachbesserung Pflanzung Nadelbestand*		**0,85 €/Stk**	40%	40%		20%		0,04	0,30	0,15	0,90	0,40	0,15	1,00			0,06
2.1.3	**Naturverjüngung**																	
	NVJ Laubholz	x	**1100 €/ha**	40%	40%		20%											
	NVJ Mischbestand	x	**1000 €/ha**	40%	40%		20%											
	NVJ Nadelbestand*		**1000 €/ha**	40%	40%		20%											
2.2	**Bestands- und Bodenpflege**																	
2.2.1	**Jungbestandspflege**																	
	JbP < 15 Jahre	x	**400 €/ha**	40%	40%	20% (15%, 10%)	20% (15%, 10%)	20% (15%, 10%)										100 €/ha
	JbP > 15 Jahre (mit 4 „Untermaßnahmen“)		**400 €/ha**	40%	40%	20% (15%, 10%)	20% (15%, 10%)	20% (15%, 10%)										100 €/ha
2.2.2	**Bodenschutzkalkung**																	
	Bestandskalkung Überbetrieblich	x	**90%**															
	Bestandskalkung Einzelbetrieblich	x	**90%**															
2.3	**Waldschutzmaßnahmen**																	
2.3.1	**Bekämpfung rindenbrütender Insekten**																	
4.3.1.1	SW mit Holzverwert.		**15 €/fm**															
	SW ohne Holzverwert.		**30 €/fm**															
	SW Hubschrauber		**30 €/fm**															
4.3.1.2	außerhalb SW**		**5 € / fm**															
2.3.2	**Bekämpfung Larvenfraß**		**100%**															
2.3.3	**Bekämpfung schädlicher Organismen**		**100%**															
2.4	**Bewirtschaftung Sonderstandorte****																	
	Seilbahnanlage mit Verbleib Biomasse		**5 € + 0,15 €/0,01fm/lfm**															
	Seilbahnanlage ohne Verbleib Biomasse		**5 € + 0,10 €/0,01fm/lfm**															
2.5	**Vorarbeiten**																	
4.5.1	Gutachten	x	**50%**															
4.5.2	fachliche Stellungnahmen	x	**50%**															
4.5.3	Weiserflächen	x	**150 €/Stk**	500 €/Stk	500 €/Stk													
	Sonstige Maßnahme Einzelfall	x	**50%**															
2.6	**Integrative Waldbewirtschaftung**																	
2.6.1	**Waldlebensgemeinschaften**																	
4.6.1.1	Erhalt seltener BA		**40 €/Stk**	40%	40%													
4.6.1.2	Waldmoore		**50%**															
	Feuchtbiotope		**50%**															
4.6.1.3	Erhalt alter Samenbäume >60 cm		**60 €/Stk**	40%	40%													
	Sonstige Maßnahme Einzelfall		**50%**															
2.6.2	**Bodenschonende Bringung**																	
	Rücken mit Pferd		**3 €/fm**															
	Rücken mit Traktionswinde		**3 €/fm**															
	Rücken mit leichtem Seilkran		**10 €/fm**															
2.7	**Waldbrand- und Hochwasserschäden**																	
	Waldbrandschaden		**75%**															
	Hochwasserschaden		**50%**															

* nur bei Nadelholz auf Zwangsstandorten ** Maßnahmen werden bei Bedarf gesondert festgesetzt *** Fördersätze in Klammern gelten, wenn beide oder alle drei Förderschwerpunkte zutreffen ****siehe Tabelle Seilbahn

Anlage 2
WALDFÖPR 2018
Stand 01.01.2018

Fördersätze bei Seilbahnförderung in Euro je fm

fm/lfm	ohne	mit
Seillinie	Verbleib Biomasse	
über 1,3 fm	5,00 €	5,00 €
1,30	5,00 €	5,00 €
1,29	5,10 €	5,15 €
1,28	5,20 €	5,30 €
1,27	5,30 €	5,45 €
1,26	5,40 €	5,60 €
1,25	5,50 €	5,75 €
1,24	5,60 €	5,90 €
1,23	5,70 €	6,05 €
1,22	5,80 €	6,20 €
1,21	5,90 €	6,35 €
1,20	6,00 €	6,50 €
1,19	6,10 €	6,65 €
1,18	6,20 €	6,80 €
1,17	6,30 €	6,95 €
1,16	6,40 €	7,10 €
1,15	6,50 €	7,25 €
1,14	6,60 €	7,40 €
1,13	6,70 €	7,55 €
1,12	6,80 €	7,70 €
1,11	6,90 €	7,85 €
1,10	7,00 €	8,00 €
1,09	7,10 €	8,15 €
1,08	7,20 €	8,30 €
1,07	7,30 €	8,45 €
1,06	7,40 €	8,60 €
1,05	7,50 €	8,75 €
1,04	7,60 €	8,90 €
1,03	7,70 €	9,05 €
1,02	7,80 €	9,20 €
1,01	7,90 €	9,35 €
1,00	8,00 €	9,50 €
0,99	8,10 €	9,65 €
0,98	8,20 €	9,80 €
0,97	8,30 €	9,95 €
0,96	8,40 €	10,10 €
0,95	8,50 €	10,25 €
0,94	8,60 €	10,40 €
0,93	8,70 €	10,55 €
0,92	8,80 €	10,70 €
0,91	8,90 €	10,85 €
0,90	9,00 €	11,00 €
0,89	9,10 €	11,15 €
0,88	9,20 €	11,30 €
0,87	9,30 €	11,45 €
0,86	9,40 €	11,60 €
0,85	9,50 €	11,75 €
0,84	9,60 €	11,90 €
0,83	9,70 €	12,05 €
0,82	9,80 €	12,20 €
0,81	9,90 €	12,35 €
0,80	10,00 €	12,50 €

fm/lfm	ohne	mit
Seillinie	Verbleib Biomasse	
0,79	10,10 €	12,65 €
0,78	10,20 €	12,80 €
0,77	10,30 €	12,95 €
0,76	10,40 €	13,10 €
0,75	10,50 €	13,25 €
0,74	10,60 €	13,40 €
0,73	10,70 €	13,55 €
0,72	10,80 €	13,70 €
0,71	10,90 €	13,85 €
0,70	11,00 €	14,00 €
0,69	11,10 €	14,15 €
0,68	11,20 €	14,30 €
0,67	11,30 €	14,45 €
0,66	11,40 €	14,60 €
0,65	11,50 €	14,75 €
0,64	11,60 €	14,90 €
0,63	11,70 €	15,05 €
0,62	11,80 €	15,20 €
0,61	11,90 €	15,35 €
0,60	12,00 €	15,50 €
0,59	12,10 €	15,65 €
0,58	12,20 €	15,80 €
0,57	12,30 €	15,95 €
0,56	12,40 €	16,10 €
0,55	12,50 €	16,25 €
0,54	12,60 €	16,40 €
0,53	12,70 €	16,55 €
0,52	12,80 €	16,70 €
0,51	12,90 €	16,85 €
0,50	13,00 €	17,00 €
0,49	13,10 €	17,15 €
0,48	13,20 €	17,30 €
0,47	13,30 €	17,45 €
0,46	13,40 €	17,60 €
0,45	13,50 €	17,75 €
0,44	13,60 €	17,90 €
0,43	13,70 €	18,05 €
0,42	13,80 €	18,20 €
0,41	13,90 €	18,35 €
0,40	14,00 €	18,50 €
0,39	14,10 €	18,65 €
0,38	14,20 €	18,80 €
0,37	14,30 €	18,95 €
0,36	14,40 €	19,10 €
0,35	14,50 €	19,25 €
0,34	14,60 €	19,40 €
0,33	14,70 €	19,55 €
0,32	14,80 €	19,70 €
0,31	14,90 €	19,85 €
0,30	15,00 €	20,00 €
unter 0,30	15,00 €	20,00 €

320-A

Zahl der Kammern bei den Arbeitsgerichten und bei den Landesarbeitsgerichten

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

vom 7. Oktober 2018, Az. A5/0063.01-1/77

1. Zahl der Kammern bei den Landesarbeitsgerichten

Aufgrund des § 17 Abs. 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes (ArbGG) wird die Zahl der Kammern bei den Landesarbeitsgerichten wie folgt festgesetzt:

a)	Landesarbeitsgericht München:	12 Kammern
b)	Landesarbeitsgericht Nürnberg:	9 Kammern

2. Zahl der Kammern bei den Arbeitsgerichten

Aufgrund des § 35 Abs. 3 ArbGG wird die Zahl der Kammern bei den Arbeitsgerichten wie folgt festgesetzt:

a)	Arbeitsgericht Augsburg:	11 Kammern
b)	Arbeitsgericht Bamberg:	5 Kammern
c)	Arbeitsgericht Bayreuth:	5 Kammern
d)	Arbeitsgericht Kempten:	6 Kammern
e)	Arbeitsgericht München:	47 Kammern
f)	Arbeitsgericht Nürnberg:	18 Kammern
g)	Arbeitsgericht Passau:	5 Kammern
h)	Arbeitsgericht Regensburg:	10 Kammern
i)	Arbeitsgericht Rosenheim:	5 Kammern
j)	Arbeitsgericht Weiden:	5 Kammern
k)	Arbeitsgericht Würzburg:	12 Kammern

3. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. November 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 31. Oktober 2018 treten die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen über die Zahl der Kammern bei den Landesarbeitsgerichten vom 28. April 2006 (AllMBl. S. 171) und die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration über die Zahl der Kammern bei den Arbeitsgerichten vom 11. August 2014 (AllMBl. S. 398) außer Kraft.

Michael Höhenberger
Ministerialdirektor

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Volksrepublik Bangladesch in München

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 18. September 2018, Az. Prot 1090-351-2

Die Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Volksrepublik Bangladesch in München hat sich wie folgt geändert:

Residenzstraße 18, 80333 München

Telefon: 089 215 585 112

E-Mail: brauch.hcgbangla@gmail.com

Die übrigen Kontaktdaten bleiben unverändert.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Dragomir Zdravkov Dimitrov

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 27. September 2018, Az. Prot 1240-3304-4

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der Vertretung der Republik Bulgarien in München ernannten Herrn Dragomir Zdravkov Dimitrov am 21. September 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg.

Das der bisherigen Generalkonsulin, Frau Antoaneta Nikolaeva Baycheva, am 21. September 2011 erteilte Exequatur ist erloschen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Suleiman Dauda Umar

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 27. September 2018, Az. Prot 1090-302-6

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Bundesrepublik Nigeria in Frankfurt am Main ernannten Herrn Suleiman Dauda Umar am 21. September 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern sowie die Länder Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Dayo Olu Falowo, am 28. April 2017 erteilte Exequatur ist erloschen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Änderung der Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Liberia in München

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 15. Oktober 2018, Az. Prot 1090-377-7

Die Anschrift der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Liberia in München hat sich wie folgt geändert:

Karl-Schmid-Straße 9, 81829 München

Die übrigen Kontaktdaten bleiben unverändert.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Khalid Bader Th Almutairi

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 15. Oktober 2018, Az. Prot 1090-28-18

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung des Staates Kuwait in Frankfurt am Main ernannten Herrn Khalid Bader Th Almutairi am 8. Oktober 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern sowie die Länder Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Dherar Naser I Alnajran Altuwaijri, am 11. Dezember 2015 erteilte Exequatur ist erloschen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Mitgliedschaft beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 1. Oktober 2018, Az. B4-1517-8-38

Auf Grund des Art. 3 Abs. 1 Nr. 6 des Gesetzes über den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wird der Zweckverband zur Wasserversorgung der Reckendorfer Gruppe (Landkreis Bamberg, Regierungsbezirk Oberfranken) mit Wirkung vom 1. November 2018 zum Mitglied des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands bestimmt.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibung

Die Stelle **der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des Sozialgerichts Bayreuth** (BesGr R 2 + AZ) ist neu zu besetzen.

Bis zum **20. November 2018** können auf dem Dienstweg Bewerbungen beim Präsidenten des Bayerischen Landessozialgerichts eingereicht werden.

Im Hinblick auf die Anforderungen des zu besetzenden Amtes werden eine ausgeprägte Führungs- und Verwaltungserfahrung, mindestens zwei Jahre sozialrichterliche Tätigkeit und Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung vorausgesetzt.

Vorrangig werden Bewerberinnen/Bewerber berücksichtigt, die über eine ausreichend lange Berufserfahrung als Juristin/Jurist in der Ministerialverwaltung in leitender Funktion, am Bundesverfassungsgericht, am Bundessozialgericht oder einer vergleichbaren Institution auf europäischer oder internationaler Ebene verfügen.

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht (Art. 2 Abs. 1, Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Auf das Antragsrecht zur Beteiligung der/des Gleichstellungsbeauftragten (Art. 18 Abs. 3 Satz 2 BayGlG) sowie auf die Möglichkeit einer Ermäßigung des Dienstes unter den gesetzlichen Voraussetzungen des BayRiG wird hingewiesen.

Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Literaturhinweise

Springer Gabler, Springer DE, Berlin u. a.

Arndt/Gómez/Wohlgemuth, **Nachhaltige Betriebliche Umweltinformationssysteme,** Konferenzband zu den 9. BUIS-Tagen, 2018, X, 306 Seiten, Preis 59,99 €, Research, ISBN 978-3-658-20379-5.

Im Rahmen der 9. BUIS-Tage, die auch gleichzeitig die 19. Tagung der Fachgruppe Betriebliche Umweltinformationssysteme der Gesellschaft für Informatik e. V. waren, sind aktuelle Themen des nachhaltigen Einsatzes von IT-Lösungen präsentiert worden. Der Tagungsband dokumentiert die diversen Beiträge, die sich neben Fragen der nachhaltigen Gestaltung von und mit betrieblichen Umweltinformationssystemen, Green Events, Nachhaltigkeit in der Lehre auseinandersetzen. Mit dem Fokus auf Automatisierung, Wirtschaft & Politik, Wissen & Datenaustausch, Soziales und Bildung wurden Lebensbereiche thematisiert, in denen Nachhaltigkeit bereits intensiv diskutiert wird.

Sturm/Vogt, **Umweltökonomik,** eine anwendungsorientierte Einführung, 2. Auflage 2018, XII, 242 Seiten, Preis 29,99 €, Lehrbuch, ISBN 978-3-662-54126-5.

Die Umweltökonomik sucht nach Mitteln zur möglichst effizienten Bereitstellung von Umweltgütern wie sauberes Wasser und Klimaschutz. Das Buch bietet eine Einführung in die Grundlagen der Umweltökonomik und stellt aktuelle Forschungsfragen vor. Es werden die Theorie externer Effekte sowie die Besonderheiten von Umweltgütern ausführlich erläutert. Auch die umweltpolitischen Instrumente, wie Steuern, Emissionshandel und Auflagen, die zur Lösung von umweltrelevantem Marktversagen beitragen, werden eingehend behandelt.

Springer, Berlin

Plewig/Landthaler/Burgdorf, **Braun-Falco's Dermatologie, Venerologie und Allergologie,** 7., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage 2018, Preis 249 €, ISBN 978-3-662-49543-8. **Band 1,** XXVI, 1126 Seiten. **Band 2,** XXVI, Seiten 1127–2265.

Das Standardwerk konzentriert die wichtigen Informationen auf das Nötigste und stellt eine praxisnahe Übersicht über das Fachgebiet dar. Alle relevanten Krankheitsbilder der Dermatologie, Venerologie und Allergologie sind dargestellt. Das Werk enthält die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse, die praxistauglich aufbereitet sind. Die aktuellen Leitlinien und Standards sind berücksichtigt. Zahlreiche klinische Farbabbildungen unterstützen bei der Diagnose. Durch viele neue oder aktualisierte Kapitel zu Grundlagen, diagnostischen und therapeutischen Verfahren und durch neue klinische Kapitel wird die Neuauflage der Dynamik des Fachgebiets gerecht.

Felser, **Konsum im Alter,** das höhere Lebensalter und seine Relevanz für den Verbraucherschutz, 2018, XV, 147 Seiten, Preis 39,99 €, Research, ISBN 978-3-658-20242-2.

Das im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz erstellte Gutachten zeigt, dass unterschiedliche Lebenserfahrungen und Alterungsprozesse dafür sorgen, dass ältere Konsumentinnen und Konsumenten eine besonders vielfältige Zielgruppe bilden und es dennoch charakteristische Entwicklungen gibt, die das höhere Lebensalter unweigerlich mit sich bringt. Die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse wurden ausgewertet und es wird erklärt, warum man der älteren Zielgruppe besondere Aufmerksamkeit widmen sollte.

Schallbruch, **Schwacher Staat im Netz,** wie die Digitalisierung den Staat in Frage stellt, 2018, VI, 271 Seiten, Preis 19,99 €, ISBN 978-3-658-19946-3.

Die Entstehung der Netz- und Digitalpolitik seit dem Jahr 2000 in Deutschland wird in dem Band dargestellt. Anhand von Beispielen werden die Mühen von Politik und Verwaltung im Umgang mit der Digitalisierung beschrieben. Die Ursachen der digitalen Schwäche des Staates werden herausgearbeitet und konkrete Vorschläge, wie die Politik die Wirksamkeit des Staates auch in der digitalen Welt erhalten kann, präsentiert.

Wolff/Göbel, **Digitalisierung: Segen oder Fluch?,** wie die Digitalisierung unsere Lebens- und Arbeitswelt verändert, 2018, XIX, 263 Seiten, Preis 24,99 €, ISBN 978-3-662-54840-0.

Anhand anschaulicher Beispiele wird aufgezeigt, wie die Digitalisierung Arbeitsplätze und privates Umfeld verändert, welche Gefahren damit verbunden sind, aber auch welche Zukunftschancen darin liegen. Basierend auf aktuellen Erkenntnissen und mit zahlreichen anschaulichen Beispielen wird die Materie verständlich erklärt.

Knoepfler, **Genmanipulierte Menschheit,** Evolution selbst gemacht, 2018, XVIII, 264 Seiten, Preis 24,99 €, ISBN 978-3-662-56000-6.

Es werden in dem Buch die neuesten Technologien im Bereich Genmanipulation, Gentherapie und Klonierungen, insbesondere auch beim Menschen, die in den kommenden Jahren zunehmend in der Praxis eingesetzt werden könnten, verständlich erläutert. Über die Gentechnik-Debatte und ihre medizinischen wie gesellschaftlichen Auswirkungen wird ein umfassender Überblick geboten und über das Potenzial und die Gefahren der sich anbahnenden Genmanipulation beim Menschen aufgeklärt.

Elleuche, **Extreme Lebensräume,** wie Mikroben unseren Planeten erobern, 2018, XV, 314 Seiten, Preis 19,99 €, ISBN 978-3-662-56014-3.

Mikroben sind Überlebenskünstler, sie siedeln an den unwirtlichsten und extremsten Orten, sei es Packeis, die Tiefsee, heiße Quellen oder die salzigsten Seen. Aufgrund ihrer enormen Anpassungsfähigkeit und ihres Talents, kaum vorstellbare Lebensräume zu erobern wie den ölbelasteten Boden der Meere, vergiftete Industrieabwässer oder durch radioaktive Strahlung verseuchte Tümpel, lassen sie sich nicht aufhalten. Das Buch bietet einen Überblick über diese interessanten Lebewesen und kombiniert Geschichte, Anekdoten und Fakten der Wissenschaft.

Lelley, **No fungi no future,** wie Pilze die Welt retten können, 2018, XII, 268 Seiten, Preis 24,99 €, ISBN 978-3-662-56506-3.

Das Buch klärt über den bisher allgemein kaum bekannten Nutzen der sogenannten Großpilze auf. Dies sind Pilze, die von Spaziergängen in Wald und Wiese bekannt sind und im Handel verkauft werden. Der Band geht z. B. Fragen nach ob Großpilze das Potenzial haben, Ernährungsprobleme armer Länder zu lösen oder geschädigte Wälder zu revitalisieren. Es werden Einblicke in die ungeahnten Fähigkeiten der Großpilze gewährt.

Lenz, **Rechtliche Stellung von App-Stores,** eine zivil- und wettbewerbsrechtliche Analyse, 2018, XXI, 315 Seiten, Preis 59,99 €, Research, ISBN 978-3-658-20981-0.

In dem Band werden Rechte und Pflichten der App-Stores, der Entwickler und ihrer Nutzer in zivil-, lauterkeits- und kartellrechtlicher Hinsicht untersucht. Das Fundament der Arbeit bildet die zivilrechtliche Einordnung und unterscheidet in kostenpflichtige, kostenlose und solche Apps mit In-App-Käufen. Neben Informationspflichten müssen insbesondere die werbenden Ansprachen bei In-App-Käufen beachtet werden. Die Stellung der App-Stores auf den Betriebssystemen wird auch kartellrechtlich betrachtet, um die wettbewerbsrechtliche Bedeutung der App-Stores zu erfassen.

Schade/Jokusch, **Betörend, berauschend, tödlich,** Giftpflanzen in unserer Umgebung, 2. Auflage 2018, XII, 256 Seiten, Preis 29,99 €, ISBN 978-3-662-56047-1.

Das Buch behandelt die giftigen Pflanzen in unserer Umgebung und informiert über botanische, biochemische und toxikologische Fakten, die durch die Darstellungen historischer Rückblicke, Anekdoten und eigene Erfahrungen aufgelockert werden. Der Band folgt in der Anordnung der Arten in etwa der jahreszeitlichen Abfolge des ersten Auftretens auffälliger giftiger Pflanzenteile. In die Neuauflage wurden zwölf neue Pflanzenarten aufgenommen, von denen einige derzeit die Öffentlichkeit beschäftigen.

Weber, **Biodiversität,** warum wir ohne Vielfalt nicht leben können, 2018, XVIII, 346 Seiten, Preis 19,99 €, ISBN 978-3-662-55623-8.

Die Biodiversität setzt sich aus der Vielfalt der Arten in einem Lebensraum, der Vielfalt der Ökosysteme und Lebensräume selbst und der Vielfalt der Gene in den Lebewesen zusammen. Der Band erklärt leicht verständlich und mit anschaulichen Beispielen die Zusammenhänge und Hintergründe der Biodiversität und macht deutlich, warum wir von biologischer Vielfalt abhängig sind und ohne sie nicht von Ökosystemdienstleistungen wie sauberem Wasser oder der Regulierung des Klimas profitieren könnten.

Voigt/von dem Bussche, **EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO),** unter vollständiger Berücksichtigung des deutschen Datenschutz-Anpassungs- und -Umsetzungsgesetzes EU (DSAnpUG-EU), Praktikerhandbuch, 2018, XII, 531 Seiten, Preis 69,99 €, ISBN 978-3-662-56186-7.

Das Werk enthält Hinweise zur praktischen Umsetzung der DSGVO und eine systematische Analyse der neuen Vorschriften. Es widmet sich u. a. den organisatorischen und materiellen Datenschutzanforderungen, den Rechten der betroffenen Personen, der Rolle der Aufsichtsbehörden, der Rechtsdurchsetzung und den Bußgeldern nach der Verordnung sowie nationalen Besonderheiten. Das deutsche DSAnpUG-EU ist umfassend berücksichtigt. Es wird ein kompakter Überblick zu den Konsequenzen der Neuregelung für ausgewählte Verarbeitungssituationen mit hoher Praxisrelevanz, wie Cloud Computing, Big Data und Internet of Things gewährt. Der Schwerpunkt liegt auf praktischen Fragestellungen einschließlich Vorschlägen zur Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen. Zum Verständnis der Auswirkungen der neuen Regelungen sind zahlreiche Praxishinweise und Beispiele enthalten.

Heyne/Schmiedgen, **Autolust! Dieselfrust?,** E-Mobilität, Autonomes Fahren, Auto-Vision 2030, 2018, VII, 148 Seiten, Preis 12,99 €, ISBN 978-3-658-21608-5.

Der Band informiert neutral über die Automobile von heute und morgen, über ihre Antriebe, die Elektromobilität, das autonome Fahren, die Schadstoffe und den Klimaschutz. Er räumt mit manchen Meinungen, Ideologien, Vorurteilen und Zukunftsängsten auf und stellt in allgemein verständlicher Form die Hintergründe und Fakten des Autos und seiner Antriebe dar.

Zimber, **Führen und gesund bleiben,** ein Präventionsprogramm für Führungskräfte in Sandwich-Positionen, 2018, XV, 158 Seiten, Preis 14,99 €, ISBN 978-3-658-56456-1.

Wie Untersuchungen zeigen sind Menschen in Sandwich-Positionen mit wenig Entscheidungsspielraum hoch gefährdet, psychische Probleme zu entwickeln. Das Buch stellt in fünf Schritten das PsyGeMa-Präventionsprogramm vor, um mit Stress und Belastung möglichst gesund umgehen zu können.

Schrödel, **Der digitale Tod,** warum ich das Handy eines toten Mädchens knackte, 2018, IX, 190 Seiten, Preis 14,99 €, ISBN 978-3-658-15651-0.

Um uns herum ist die digitale Welt längst im Leben angekommen und stellt uns nun aber auch nach dem Tod eines Menschen vor ungeahnte Herausforderungen und Überlegungen. Das Buch liefert keine Direktanleitung im Umgang mit Daten nach dem Tod und auch ebenso keine juristische Beratung. Es stellt die (teils gegensätzlichen) Ansichten verschiedener Standpunkte dar.

Reif/Spieß/Stadler, **Effektiver Umgang mit Stress,** Gesundheitsmanagement im Beruf, 2018, XL, 176 Seiten, Preis 24,99 €, ISBN 978-3-662-55680-1.

Das auf Erkenntnissen aus Wissenschaft und Praxis basierende Buch zeigt auf, was beruflicher Stress aus Menschen macht und wie man besser mit Stress umgehen kann. Klassische und aktuelle Erkenntnisse aus der psychologischen Stressforschung werden auf den Punkt gebracht und das mit Stress verbundene komplexe Ursachengefüge anhand eines praxisrelevanten Modells verdeutlicht. Durch zahlreiche Fall- und Praxisbeispiele, Checklisten, Fragebögen, Ansätze zur Gestaltung sowie Tipps und Tricks wird gezeigt, wie eine Arbeitsatmosphäre geschaffen werden kann, in der Menschen ohne gesundheitliche Schädigung und psychische Gefährdungen arbeiten können.

Endriss, **Die psychische Gewalt der Ignoranzfalle,** Selbstcoaching und Prävention für Betroffene, 2018, X, 46 Seiten, Preis 17,99 €, essentials ISBN 978-3-658-21834-8.

Ignoranz ist eine besondere Form des Mobbings, die im Berufs- und im Privatleben stattfinden kann. Das Buch hilft bei der Aufdeckung diverser, häufig schwer zu durchschauender Formen von subtiler seelischer Gewalt und bietet Maßnahmen zur Gegenwehr in Eigenregie durch Selbstcoaching.

Ternés/Hagemes, **Die Digitalisierung frisst Ihre User,** der digitale Wahnsinn und wie Sie ihn beherrschen, 2018, XII, 213 Seiten, Preis 19,99 €, ISBN 978-3-658-21360-2.

Der Band bietet Unterstützung, um in der nahen Zukunft einen vernünftigen und möglichst sicheren Umgang mit der digitalen Welt zu ermöglichen. Er hilft die Hintergründe von Apps und Gadgets und der smarten Welt zu verstehen und zeigt, was Daten wirklich bedeuten und wie man sich durch schlaue Anwendungen schützen kann, damit man sich selbstverständlich und furchtlos in ihr bewegen kann.

Kaluza, **Gelassen und sicher im Stress,** das Stresskompetenz-Buch: Stress erkennen, verstehen, bewältigen, 7., korrigierte Auflage 2018, IX, 212 Seiten, Preis 19,99 €, ISBN 978-3-662-55985-7.

Das Buch zeigt vielfältige Handlungsmöglichkeiten auf und macht Mut für den eigenen Weg zu einem gelassenen und gesunden Umgang mit Stressbelastungen in Beruf und Alltag. Es gibt alltagstaugliche Tipps um Stress zu erkennen, zu verstehen und zu bewältigen. Fragebögen, Anleitungen zur Selbstbeobachtung, Übungen und Checklisten helfen dabei.

Springer VS, Springer DE, Wiesbaden

Berr, **Transdisziplinäre Landschaftsforschung,** Grundlagen und Perspektiven, 2018, VI, 218 Seiten, Preis 39,99 €, RaumFragen: Stadt, Region Landschaft, ISBN 978-3-658-20780-9.

Der demografische Wandel, die Energiewende, die diversen sonstigen Veränderungen sowie neue private und öffentliche Nutzungsansprüche an Raum und Landschaft schaffen neue vielfältige Herausforderungen. Um die Herausforderungen der Zukunft bei der nachhaltigen Gestaltung, Nutzung und Schonung einer weiterhin bewohnbaren Welt annehmen, begleiten und mitsteuern zu können sind die architektonischen und planerischen Disziplinen zur Zusammenarbeit aufgerufen. Die Beiträge des Bandes sind die schriftlichen Fassungen eines von DFG geförderten Workshops vom Februar 2017 an der Universität Vechta zum Thema „Transdisziplinäre Landschaftsforschung".

Unverzagt, **Handbuch PR-Recht,** 2., überarbeitete Auflage, LII, 624 Seiten, 69,99 €, Research, ISBN 978-3-658-17899-4.

Das grundlegend überarbeitete und anschauliche Handbuch vermittelt einen systematischen Überblick über Möglichkeiten und rechtliche Fallstricke im Bereich der PR-Arbeit online wie offline. Neben Vertrags-, Haftungs- und Vergütungsfragen, u. a. auch der Pitch und das rechtliche Vorgehen in Krisenfällen, werden in 17 Kapiteln und mehr als 2.000 Fundstellen die für die PR-Kommunikation täglich relevanten Themen behandelt. Das Auffinden der praxisrelevanten Keywords wird durch ein umfangreiches Sachwortverzeichnis erleichtert. Die praxisorientierte Darstellung enthält Checklisten, Tabellen, Grafiken und Verträge.

Fütterer, **Logik und Problematik der Antikorruption,** Deutschland und Italien im Vergleich, XX, 440 Seiten, 59,99 €, Research, ISBN 978-3-658-21850-8.

Das Thema Korruption wird meist mit undemokratischen Staaten in Verbindung gebracht. Empirische Befunde belegen, dass dieses Phänomen durchaus auch in konsolidierten westlichen Demokratien auftritt, wo korrupte Verhaltensweisen aufgrund des herrschenden Selbstverständnisses einer modernen politischen Kultur dem demokratischen Grundkonsens entgegenstehen. Das Buch charakterisiert vor diesem Hintergrund Korruption

und Antikorruption und legt eine Abgrenzung zwischen unterschiedlichen Ebenen, Sektoren und Reichweiten vor. Um Korruption langfristig zu minimieren, wird der Frage nachgegangen, inwieweit Antikorruption funktional gewählt ist und gezeigt, wie diese auf Eigenschaften und Prämissen westlicher Demokratien abgestimmt werden kann.

Endres, **Ernährung in Sozialen Medien,** Inszenierung, Demokratisierung, Trivialisierung, IX, 186 Seiten, 44,99 €, Research, ISBN 978-3-658-21987-1.

Die neuen Kommunikationsstrukturen in den Sozialen Medien machen es möglich, dass Laien sich selbst zu Ernährungsexperten erklären, einander beraten und so eine Dynamik der Selbstreferenz entstehen lassen. In dem Buch wird der Frage nachgegangen, wie Ernährungskommunikation alltagsnah und politisch-partizipativ stattfinden kann. Es wird die Notwendigkeit für Vertreter der Ernährungswissenschaft betont, sich angesichts der großen Dominanz von Laienwissen vermehrt in Sozialen Medien zu beteiligen, um ein realistischeres Verbraucherbild zu gewinnen.

von Alemann/Erbentraut/Walther, **Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland,** eine Einführung, 5., aktualisierte und überarbeitete Auflage, VIII, 300 Seiten, 27,99 €, Lehrbuch, Grundwissen Politik, ISBN 978-3-658-21158-5.

Im Zentrum der aktualisierten Neuauflage stehen die Parteien und das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Das Werk widmet sich neben der Parteienforschung auch den aktuellen Herausforderungen, wie z. B. der Parteienverdrossenheit, dem Aufstieg populistischer Parteien oder der Diskussion um eine faire Parteienfinanzierung. Damit bietet das Standardwerk eine fundierte und verständlich geschriebene Einführung in das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland.

Kleinert, **Die AfD und ihre Mitglieder,** eine Analyse mit Auswertung einer exemplarischen Mitgliederbefragung hessischer Kreisverbände, V, 131 Seiten, 29,99 €, ISBN 978-3-658-21715-0.

Das Buch beschäftigt sich zunächst mit der Problematik der sozialwissenschaftlichen Zu- und Einordnung der AfD und ihrer Mitglieder. Eine empirische Untersuchung der politischen Einstellungen von AfD-Mitgliedern in zwei hessischen Kreisverbänden bildet dabei die Grundlage der Analyse. Die kompakte Argumentation wird durch weitere Kapitel zur Geschichte und zur Programmatik der Partei abgerundet.

Wolters Kluwer Deutschland, Carl Heymanns Verlag, Köln

Auernhammer, **DSGVO, BDSG – Datenschutz-Grundverordnung, Bundesdatenschutzgesetz mit Nebengesetzen,** Kommentar, 6. Auflage 2018, XLV, 2381 Seiten, Preis 149 €, ISBN 978-3-452-28990-2.

Die Neuauflage aktualisiert die bereits in der Vorauflage kommentierte DSGVO. Ebenfalls erläutert sind die Datenschutzvorschriften, insbesondere das Telemediengesetz, das Telekommunikationsgesetz und das Informationsfreiheitsgesetz aus den wichtigsten Nebengesetzen (bereichsspezifische Datenschutzvorschriften). Das Werk wird mit einer Einführung in die EU-Datenschutzrichtlinie für Polizei und Justiz abgerundet. Der Kommentar bietet sach- und praxisgerechte Lösungen mit wissenschaftlicher Gründlichkeit. Neu aufgenommen sind z. B. die Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume, die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten, der Beschäftigtendatenschutz, Geheimhaltungspflichten, Recht auf Löschung sowie die Datenschutzfolgenabschätzung u. v. m.

Bund Verlag, Frankfurt am Main

Däubler/Wedde/Weichert/Sommer, **EU-Datenschutz-Grundverordnung und BDSG-neu,** Kompaktkommentar, EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO). neues Bundesdatenschutzgesetz (BDSG-neu), weitere datenschutzrechtliche Vorschriften, 2018, 1379 Seiten, Preis 99 €, Kompaktkommentar, ISBN 978-3-7663-6615-3.

Seit dem 25. Mai 2018 gilt, mit der in Kraft getretenen neuen EU-Datenschutz-Grundverordnung, in ganz Europa ein neues Datenschutzrecht. Das bisherige Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) wurde durch die DSGVO und ein deutsches Anpassungsgesetz (BDSG-neu) ersetzt. Der Kommentar bietet eine kompakte Einführung in das neue Datenschutzrecht und gibt Hinweise für die betriebliche Praxis. Die Schwerpunkte bilden dabei u. a. der Beschäftigtendatenschutz nach neuem Recht, die Auswirkungen auf die Arbeit von Interessenvertretungen, Cloud Computing, Big Data, Social Media, Telemedien etc. Das Werk unterstützt beim Verständnis und der Anwendung der oft komplizierten Vorschriften.

Bolwig/Conrad-Giese/Groskreutz, **Behindertenrecht in der Arbeitswelt,** Gesetze, Verordnungen, Einleitungen, Übersichten, 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2018, 711 Seiten, Preis 39,90 €, ISBN 978-3-7663-6717-4.

Es werden in dem Buch wichtige Gesetze (AGG, Behindertengleichstellungsgesetz, UN-Behindertenrechtskonvention), Verordnungen (Eingliederungshilfe-Verordnung, Kraftfahrzeughilfe-Verordnung, Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung) und Vorschriften aus dem Recht der Menschen mit Behinderungen vorgestellt. Seit 1. Januar 2018 ist eine der wesentlichen Stufen des Bundesteilhabegesetzes in Kraft getreten. Der Einschub des Eingliederungshilferechts und weitere neue Regelungen führen zu einer neuen Nummerierung im SGB IX. Die alte und neue Zählung wird in einer Synopse gegenübergestellt, um den Umgang mit der neuen Nummerierung vertraut zu machen und die Auffindung der gesuchten Paragrafen zu erleichtern.

Feldes/Helbig/Krämer, **Schwerbehindertenrecht,** Basiskommentar zum SGB IX mit Wahlordnung, 14., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2018, 544 Seiten, Preis 39,90 €, Basiskommentar, ISBN 978-3-7663-6723-5.

Der praxisorientierte Basiskommentar informiert umfassend über die aktuellen Änderungen durch das Bundesteilhabegesetz. Der Band setzt sich ausführlich mit den neuen Regelungen für die Schwerbehindertenvertretungen auseinander wie z.B. mit der vorherigen Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung bei Kündigungen, dem Anspruch auf eine Bürokraft oder dem Schulungsanspruch von Stellvertretern. Er berücksichtigt die neue Paragraphenzählung im SGB IX, die zum 1. Januar 2018 in Kraft getreten ist. Die Orientierung wird durch eine Synopse mit alter und neuer Paragraphenzählung erleichtert. Die Neuauflage berücksichtigt Gesetzesänderungen und Rechtsprechung bis Januar 2018.

Görg/Guth, **Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder – TV-L,** Basiskommentar zum TV-L mit dem Überleitungstarifvertrag TVÜ-Länder, 5., aktualisierte Auflage 2018, 476 Seiten, Preis 39,90 €, Basiskommentar, ISBN 978-3-7663-6629-0.

Der Kommentar erläutert sämtliche Neuerungen fundiert und mit Blick für die Probleme der Praxis. Die Neuauflage stellt sämtliche Änderungen im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) praxisgerecht und anschaulich dar. Im Mittelpunkt stehen die Erläuterungen zum Allgemeinen Teil des Tarifvertrags. Auch die Sonderregelungen und der Text des Überleitungstarifvertrags TVÜ-Länder sind abgedruckt.

Klebe/Ratayczak/Heilmann, **Betriebsverfassungsgesetz,** Basiskommentar mit Wahlordnung, 20., neu bearbeitete Auflage 2018, 975 Seiten., Preis 39,90 €, Basiskommentar, ISBN 978-3-7663-6703-7.

Die Neuauflage des Basiskommentars berücksichtigt die aktuellen Gesetzesänderungen wie das Entgelttransparenzgesetz (EntgTranspG), das Bundesteilhabegesetz (BTHG), die EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und die für den Betriebsrat wichtige Rechtsprechung u. v. m. Alle wichtigen Entscheidungen der Arbeitsgerichte werden erläutert. Konkrete Beispiele mit Empfehlungen helfen in der täglichen Praxis.

Bundesanzeiger Verlag, Köln

Kraus-Johnsen, **Schimmelpilz-Handbuch,** Praxiswissen zu Schimmelpilzschäden in Gebäuden, Mikrobiologie + Gesundheit, Bautechnik + Arbeitsschutz, Versicherung, Bewertung + Recht, 2018, 626 Seiten, Preis 79 €, ISBN 978-3-8462-0784-0.

Das Konzept des Schimmelpilz-Handbuchs ist interdisziplinär, da bei dem komplexen Thema der Schimmelpilzschäden Vertreter mehrerer Fachdisziplinen zusammenarbeiten müssen, um Ursachen zu klären, Auswirkungen zu erkunden und den Schaden zu beseitigen. Das Buch bietet eine umfassende Übersicht zum aktuellen Stand der Schimmelpilz-Problematik in Gebäuden. Es berücksichtigt den neuen UBA-Schimmelleitfaden und das neue, seit 1. Januar 2018 geltende Bauvertragsrecht. Durch die Darstellungen zahlreicher Schadens- und Sanierungsfälle wird ein Praxisbezug hergestellt. Neben Grundlagenwissen werden neue Tendenzen, Forschungs- und Umfrageergebnisse vorgestellt.

Müller-Wrede, **SektVO einschließlich VergStatVO,** Kommentar, 2., vollständig überarbeitete Auflage 2018, LII, 1233 Seiten, Preis 159 €, Vergabe, ISBN 978-3-8462-0554-9.

Der deutsche Gesetzgeber hat im Jahr 2016 das deutsche Vergaberecht aufgrund der neuen EU-Vergaberichtlinien grundlegend reformiert und im Zuge dessen die SektVO umfassend überarbeitet. Die Neuauflage des praxisorientierten Standardwerks kommentiert nicht nur die SektVO mit ihren Neuerungen der Vergaberechtsreform 2016, sondern auch die neue Vergabestatistikverordnung übersichtlich und fundiert. Die einzelnen Kommentierungen beinhalten ergänzend die jeweiligen Verordnungsbegründungen (BR-Drs. 87/16). Praxisrelevante Problemstellungen und praxisgerechte Lösungswege werden umfassend dargestellt. Das Werk befindet sich auf dem neuesten Stand der Regelwerke und der Rechtsprechung.

Buchwald/Mayrhofer, **Arzneimittelrecht,** Sammlung von amtlichen Veröffentlichungen zum Arzneimittelgesetz und zum EU-Arzneimittelrecht, Loseblattwerk, 117. Lieferung, Stand Februar 2018, Grundwerk mit ca. 2900 Seiten, Preis 158 €, ISBN 978-3-89817-352-6.

Busch/Niesen/Veit, **Gefahrgutvorschriften für alle Verkehrsträger,** Richtlinien, Bekanntmachungen und sonstige Veröffentlichungen für den Transport gefährlicher Güter bei allen Verkehrsträgern mit Erläuterungen, 49. und 50. Lieferung, Stand Januar 2018, Loseblattgrundwerk ca. 1700 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 150 €, ISBN 978-3-923106-73-8.

Kahl/Schlüter, **Gefahrstoffrecht,** Materialien zur Einstufung und Kennzeichnung, Chemikaliengesetz, Gefahrstoffverordnung, Chemikalien-Verbotsverordnung, EG-Gesetzgebung, CLP-Verordnung, REACH-Verordnung, alle einschlägigen EG-Richtlinien, 36. Lieferung, Stand März 2018, Grundwerk mit ca. 1800 Seiten, einschl. 2 Ordnern, inkl. Daten-Download, Preis 168 €, ISBN 978-3-935064-24-8.

Dodegge/Roth, **Systematischer Praxiskommentar Betreuungsrecht,** 5., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2018, LVIII, 892 Seiten, Preis 64 €, Familie, Betreuung, Soziales, ISBN 978-3-8462-0854-0.

Der bewährte Praxiskommentar erläutert umfassend alle relevanten materiell- und verfahrensrechtlichen Vorschriften aus BGB, FamFG, GNotKG, RPflG und weiteren Gesetzen.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern und für Integration, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern" www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern" ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern" entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR DIGITALES

Nr. 16 **München, 29. November 2018** **31. Jahrgang**

787-L

Gebietsverzeichnis der benachteiligten landwirtschaftlichen Gebiete im Sinne des Art. 32 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 18. Oktober 2018, Az. G3-7275-1/160

1. [1]Mit dem nachfolgenden Verzeichnis werden die benachteiligten landwirtschaftlichen Gebiete gemäß Art. 32 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 bestimmt. [2]Es ersetzt das Verzeichnis der benachteiligten Gebiete gemäß Richtlinie 86/465/EWG. [3]Das nachfolgende Verzeichnis führt die Gemarkungen im Einzelnen auf, die in den drei Gebietskategorien Berggebiet, aus erheblichen naturbedingten Gründen benachteiligtes Gebiet und aus anderen spezifischen Gründen benachteiligtes Gebiet gemäß Art. 32 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 abgegrenzt und mit Durchführungsbeschluss (EU) 2018/2124 zur Änderung des Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums von Bayern vom 4. April 2018 von der Europäischen Kommission genehmigt wurden.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Hubert Bittlmayer
Ministerialdirektor

Anlage

Benachteiligte Gebiete im Freistaat Bayern

– Gebietsverzeichnis –

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
1	Huflar	673	Rhön-Grabfeld	1
2	Leubach	673	Rhön-Grabfeld	1
3	Oberfladungen	673	Rhön-Grabfeld	2
4	Brüchs	673	Rhön-Grabfeld	2
5	Weimarschmieden	673	Rhön-Grabfeld	2
6	Rüdenschwinden	673	Rhön-Grabfeld	1
7	Fladungen	673	Rhön-Grabfeld	2
8	Sands	673	Rhön-Grabfeld	2
9	Mellrichstadter Forst	673	Rhön-Grabfeld	2
10	Filke	673	Rhön-Grabfeld	2
11	Hausen	673	Rhön-Grabfeld	2
12	Heufurt	673	Rhön-Grabfeld	2
13	Neustädtles	673	Rhön-Grabfeld	2
14	Willmars	673	Rhön-Grabfeld	2
15	Roth	673	Rhön-Grabfeld	1
16	Altenfeld	673	Rhön-Grabfeld	1
17	Stetten	673	Rhön-Grabfeld	2
18	Nordheim v.d.Rhön	673	Rhön-Grabfeld	3
19	Forst Ostheim v.d.Rhön	673	Rhön-Grabfeld	2
20	Völkershausen	673	Rhön-Grabfeld	2
21	Ginolfs	673	Rhön-Grabfeld	1
22	Oberelsbach	673	Rhön-Grabfeld	2
23	Urspringen	673	Rhön-Grabfeld	2
24	Sondheim v.d.Rhön	673	Rhön-Grabfeld	2
25	Ostheim v.d.Rhön	673	Rhön-Grabfeld	2
26	Stockheim	673	Rhön-Grabfeld	2
27	Eußenhausen	673	Rhön-Grabfeld	2
28	Oberweißenbrunn	673	Rhön-Grabfeld	1
29	Frankenheim	673	Rhön-Grabfeld	1
30	Bischofsheim a.d.Rhön	673	Rhön-Grabfeld	1
31	Weisbach	673	Rhön-Grabfeld	2
32	Sondernau	673	Rhön-Grabfeld	2
33	Unterelsbach	673	Rhön-Grabfeld	2
34	Oberwaldbehrungen	673	Rhön-Grabfeld	2
35	Unterwaldbehrungen	673	Rhön-Grabfeld	2
36	Mellrichstadt	673	Rhön-Grabfeld	2
37	Mühlfeld	673	Rhön-Grabfeld	2
38	Roßrieth	673	Rhön-Grabfeld	3
39	Haselbach i.d.Rhön	673	Rhön-Grabfeld	1
40	Unterweißenbrunn	673	Rhön-Grabfeld	2
41	Wegfurt	673	Rhön-Grabfeld	2
42	Schönau a.d.Brend	673	Rhön-Grabfeld	2

1 1 = Berggebiet
2 = aus erheblichen naturbedingten Gründen benachteiligt
3 = aus anderen spezifischen Gründen benachteiligt

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
43	Reyersbach	673	Rhön-Grabfeld	2
44	Bastheim	673	Rhön-Grabfeld	3
45	Frickenhausen	673	Rhön-Grabfeld	2
46	Oberstreu	673	Rhön-Grabfeld	3
48	Wechterswinkeler Forst	673	Rhön-Grabfeld	2
49	Rödles	673	Rhön-Grabfeld	2
50	Braidbach	673	Rhön-Grabfeld	2
51	Wechterswinkel	673	Rhön-Grabfeld	3
53	Mittelstreu	673	Rhön-Grabfeld	3
55	Hendungen	673	Rhön-Grabfeld	3
56	Rappershausen	673	Rhön-Grabfeld	3
57	Rothausen	673	Rhön-Grabfeld	2
58	Sandberg	673	Rhön-Grabfeld	1
59	Forst Schmalwasser-Nord	673	Rhön-Grabfeld	1
60	Burgwallbacher Forst	673	Rhön-Grabfeld	3
61	Burgwallbach	673	Rhön-Grabfeld	2
62	Lebenhan	673	Rhön-Grabfeld	2
63	Wollbach	673	Rhön-Grabfeld	3
64	Heustreu	673	Rhön-Grabfeld	2
69	Gollmuthhausen	673	Rhön-Grabfeld	2
70	Höchheim	673	Rhön-Grabfeld	3
71	Irmelshausen	673	Rhön-Grabfeld	3
72	Breitensee	673	Rhön-Grabfeld	2
73	Langenleiten	673	Rhön-Grabfeld	1
74	Waldberg	673	Rhön-Grabfeld	1
75	Schmalwasser	673	Rhön-Grabfeld	2
76	Forst Schmalwasser-Süd	673	Rhön-Grabfeld	1
77	Steinacher Forst r.d.Saale	673	Rhön-Grabfeld	2
78	Windshausen	673	Rhön-Grabfeld	2
79	Leutershausen	673	Rhön-Grabfeld	2
81	Herschfeld	673	Rhön-Grabfeld	2
82	Wülfershausen a.d.Saale	673	Rhön-Grabfeld	3
83	Waltershausen	673	Rhön-Grabfeld	2
86	Herbstadt	673	Rhön-Grabfeld	2
87	Unterebersbach	673	Rhön-Grabfeld	1
88	Hohenroth	673	Rhön-Grabfeld	2
89	Bad Neustadt a.d.Saale	673	Rhön-Grabfeld	3
90	Mühlbach	673	Rhön-Grabfeld	1
91	Bad Neuhaus	673	Rhön-Grabfeld	2
92	Dürrnhof	673	Rhön-Grabfeld	2
93	Rödelmaier	673	Rhön-Grabfeld	3
94	Eichenhausen	673	Rhön-Grabfeld	3
95	Saal a.d.Saale	673	Rhön-Grabfeld	3
96	Großeibstadt	673	Rhön-Grabfeld	3
97	Bad Königshofen i.Grabfeld	673	Rhön-Grabfeld	2
98	Ipthausen	673	Rhön-Grabfeld	2
99	Eyershausen	673	Rhön-Grabfeld	2
100	Trappstadt	673	Rhön-Grabfeld	2
101	Oberebersbach	673	Rhön-Grabfeld	3
102	Niederlauer	673	Rhön-Grabfeld	3
103	Salz	673	Rhön-Grabfeld	3
104	Löhrieth	673	Rhön-Grabfeld	2
105	Kleineibstadt	673	Rhön-Grabfeld	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
106	Kleinbardorf	673	Rhön-Grabfeld	2
107	Merkershausen	673	Rhön-Grabfeld	2
108	Alsleben	673	Rhön-Grabfeld	2
110	Burglauer	673	Rhön-Grabfeld	3
111	Strahlungen	673	Rhön-Grabfeld	3
112	Großbardorf	673	Rhön-Grabfeld	2
113	Sulzfeld	673	Rhön-Grabfeld	2
114	Althausen	673	Rhön-Grabfeld	2
115	Aub	673	Rhön-Grabfeld	2
116	Gabolshausen	673	Rhön-Grabfeld	2
117	Untereßfeld	673	Rhön-Grabfeld	2
118	Obereßfeld	673	Rhön-Grabfeld	2
119	Sternberg i.Grabfeld	673	Rhön-Grabfeld	2
120	Zimmerau	673	Rhön-Grabfeld	2
121	Leinach	673	Rhön-Grabfeld	2
122	Sulzfelder Forst	673	Rhön-Grabfeld	2
123	Bundorfer Forst	673	Rhön-Grabfeld	2
124	Sulzdorf a.d.Lederhecke	673	Rhön-Grabfeld	3
125	Schwanhausen	673	Rhön-Grabfeld	3
126	Serrfeld	673	Rhön-Grabfeld	3
150	Steinach – gemeindefrei	673	Rhön-Grabfeld	1
151	Motten	672	Bad Kissingen	2
152	Mottener Forst-Nord	672	Bad Kissingen	1
153	Neuwildflecken	672	Bad Kissingen	1
154	Mottener Forst-West	672	Bad Kissingen	1
155	Kothen	672	Bad Kissingen	2
156	Wildflecken	672	Bad Kissingen	1
157	Oberwildflecken	672	Bad Kissingen	1
158	Speicherz	672	Bad Kissingen	1
159	Mottener Forst-Süd	672	Bad Kissingen	1
160	Oberbach	672	Bad Kissingen	1
161	Römershager Forst-Nord	672	Bad Kissingen	1
162	Großer Auersberg	672	Bad Kissingen	1
163	Volkers	672	Bad Kissingen	2
164	Oberriedenberg	672	Bad Kissingen	1
165	Römershager Forst-West	672	Bad Kissingen	1
166	Römershag	672	Bad Kissingen	1
167	Bad Brückenau	672	Bad Kissingen	1
168	Römershager Forst-Ost	672	Bad Kissingen	1
169	Unterriedenberg	672	Bad Kissingen	1
170	Salzforst	672	Bad Kissingen	1
171	Gefäll	672	Bad Kissingen	2
172	Premich	672	Bad Kissingen	2
173	Wernarz	672	Bad Kissingen	2
174	Römershager Forst-Süd	672	Bad Kissingen	1
175	Breitenbach	672	Bad Kissingen	2
176	Mitgenfeld	672	Bad Kissingen	2
177	Geroda	672	Bad Kissingen	2
178	Stangenroth	672	Bad Kissingen	2
179	Steinach	672	Bad Kissingen	2
180	Nickersfelden	672	Bad Kissingen	1
181	Eckarts-Rupboden	672	Bad Kissingen	1
182	Dreistelzer Forst	672	Bad Kissingen	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
183	Oberleichtersbach	672	Bad Kissingen	2
184	Roth a.d.Saale	672	Bad Kissingen	2
185	Bildhausen-Nordost	672	Bad Kissingen	2
186	Schondra	672	Bad Kissingen	2
187	Platz	672	Bad Kissingen	2
188	Burkardroth	672	Bad Kissingen	2
189	Wollbach	672	Bad Kissingen	2
190	Klauswald-Nord	672	Bad Kissingen	2
191	Hohn	672	Bad Kissingen	1
193	Bildhausen-Südwest	672	Bad Kissingen	2
194	Zeitlofs	672	Bad Kissingen	1
195	Rupbodener Forst	672	Bad Kissingen	1
196	Forst Detter-Nord	672	Bad Kissingen	2
197	Modlos	672	Bad Kissingen	2
198	Unterleichtersbach	672	Bad Kissingen	2
199	Waldfensterer Forst	672	Bad Kissingen	2
200	Waldfenster	672	Bad Kissingen	2
201	Zahlbach	672	Bad Kissingen	2
202	Frauenroth	672	Bad Kissingen	2
203	Aschach	672	Bad Kissingen	3
204	Bad Bocklet	672	Bad Kissingen	3
205	Windheim/Münnerstadt	672	Bad Kissingen	3
206	Reichenbach	672	Bad Kissingen	3
207	Fridritt	672	Bad Kissingen	3
208	Kleinwenkheim	672	Bad Kissingen	3
209	Großwenkheim	672	Bad Kissingen	3
210	Singenrain	672	Bad Kissingen	2
211	Oehrberg	672	Bad Kissingen	2
212	Roßbach	672	Bad Kissingen	2
213	Weißenbach	672	Bad Kissingen	2
214	Schönderling	672	Bad Kissingen	2
215	Lauter	672	Bad Kissingen	2
216	Großenbrach	672	Bad Kissingen	3
218	Althausen	672	Bad Kissingen	3
219	Geiersnest-West	672	Bad Kissingen	2
220	Katzenbach	672	Bad Kissingen	2
221	Stralsbach	672	Bad Kissingen	2
222	Haard	672	Bad Kissingen	2
223	Münnerstadt	672	Bad Kissingen	3
224	Brünn	672	Bad Kissingen	2
225	Roßbacher Forst	672	Bad Kissingen	2
226	Detter	672	Bad Kissingen	2
227	Geiersnest-Ost	672	Bad Kissingen	2
228	Kleinbrach	672	Bad Kissingen	3
229	Wermerichshausen	672	Bad Kissingen	3
230	Hassenbach	672	Bad Kissingen	2
231	Poppenroth	672	Bad Kissingen	2
232	Klauswald-Süd	672	Bad Kissingen	2
233	Hausen	672	Bad Kissingen	2
234	Seubrigshausen	672	Bad Kissingen	3
235	Forst Detter-Süd	672	Bad Kissingen	2
236	Neuwirtshauser Forst	672	Bad Kissingen	2
237	Schlimpfhof	672	Bad Kissingen	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
238	Nüdlingen	672	Bad Kissingen	2
239	Gressertshof	672	Bad Kissingen	2
242	Theinfeld	672	Bad Kissingen	2
243	Heiligkreuz	672	Bad Kissingen	1
244	Oberthulba	672	Bad Kissingen	2
245	Albertshausen	672	Bad Kissingen	3
246	Bad Kissingen	672	Bad Kissingen	3
247	Winkels	672	Bad Kissingen	1
248	Völkersleier	672	Bad Kissingen	3
249	Schwärzelbach	672	Bad Kissingen	2
250	Hetzlos	672	Bad Kissingen	2
251	Frankenbrunn	672	Bad Kissingen	2
252	Reith	672	Bad Kissingen	2
253	Euerdorfer Forst	672	Bad Kissingen	3
254	Garitz	672	Bad Kissingen	3
255	Reiterswiesen	672	Bad Kissingen	3
256	Thundorf i.UFr.	672	Bad Kissingen	3
257	Thulba	672	Bad Kissingen	3
258	Wittershausen	672	Bad Kissingen	3
259	Dittlofsroda	672	Bad Kissingen	3
260	Wartmannsroth	672	Bad Kissingen	2
261	Windheim/Wartmannsroth	672	Bad Kissingen	3
262	Untererthal	672	Bad Kissingen	2
263	Obererthal	672	Bad Kissingen	3
264	Feuerthal	672	Bad Kissingen	1
265	Elfershausen	672	Bad Kissingen	3
266	Aura a.d.Saale	672	Bad Kissingen	3
268	Arnshausen	672	Bad Kissingen	2
270	Rottershausen	672	Bad Kissingen	3
271	Rannungen	672	Bad Kissingen	3
273	Maßbach	672	Bad Kissingen	2
274	Rothhausen	672	Bad Kissingen	3
275	Volkershausen	672	Bad Kissingen	2
276	Waizenbach	672	Bad Kissingen	2
277	Wirmsthal	672	Bad Kissingen	1
278	Diebach	672	Bad Kissingen	3
279	Hammelburg	672	Bad Kissingen	3
280	Westheim	672	Bad Kissingen	3
281	Trimberg	672	Bad Kissingen	3
282	Engenthal	672	Bad Kissingen	1
284	Morlesau	672	Bad Kissingen	1
285	Untereschenbach	672	Bad Kissingen	3
286	Langendorf	672	Bad Kissingen	3
287	Machtilshausen	672	Bad Kissingen	3
288	Sulzthal	672	Bad Kissingen	3
289	Ramsthal	672	Bad Kissingen	3
290	Ebenhausen	672	Bad Kissingen	3
291	Obereschenbach	672	Bad Kissingen	1
292	Pfaffenhausen	672	Bad Kissingen	1
293	Fuchsstadt	672	Bad Kissingen	3
294	Hundsfeld	672	Bad Kissingen	3
295	Bonnland	672	Bad Kissingen	2
296	Gauaschach	672	Bad Kissingen	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
301	Geiselbacher Forst	671	Aschaffenburg	1
303	Geiselbach	671	Aschaffenburg	3
304	Huckelheim	671	Aschaffenburg	1
305	Oberwestern	671	Aschaffenburg	3
306	Alzenau i.UFr.	671	Aschaffenburg	3
307	Kälberau	671	Aschaffenburg	1
308	Michelbach	671	Aschaffenburg	3
309	Dörnsteinbach	671	Aschaffenburg	1
310	Omersbach	671	Aschaffenburg	1
311	Hofstädten	671	Aschaffenburg	3
313	Unterwestern	671	Aschaffenburg	3
314	Großlaudenbach	671	Aschaffenburg	3
315	Kleinlaudenbach	671	Aschaffenburg	2
316	Kleinkahl	671	Aschaffenburg	3
317	Großkahl	671	Aschaffenburg	1
318	Edelbach	671	Aschaffenburg	3
319	Wiesener Forst	671	Aschaffenburg	2
320	Wiesen	671	Aschaffenburg	2
321	Kahl a.Main	671	Aschaffenburg	3
322	Wasserlos	671	Aschaffenburg	3
323	Hemsbach	671	Aschaffenburg	1
324	Niedersteinbach	671	Aschaffenburg	1
325	Mömbris	671	Aschaffenburg	1
326	Mensengesäß	671	Aschaffenburg	1
327	Krombach	671	Aschaffenburg	3
328	Schöllkrippen	671	Aschaffenburg	2
329	Sommerkahl	671	Aschaffenburg	2
330	Schöllkrippener Forst	671	Aschaffenburg	1
331	Heinrichsthal	671	Aschaffenburg	2
332	Großwelzheim	671	Aschaffenburg	3
333	Hörstein	671	Aschaffenburg	3
334	Hohl	671	Aschaffenburg	1
335	Schimborn	671	Aschaffenburg	1
336	Königshofen a.d.Kahl	671	Aschaffenburg	3
337	Großblankenbach	671	Aschaffenburg	2
338	Kleinblankenbach	671	Aschaffenburg	2
339	Eichenberg	671	Aschaffenburg	2
340	Jakobsthal	671	Aschaffenburg	1
341	Heinrichsthaler Forst	671	Aschaffenburg	2
342	Dettingen a.Main	671	Aschaffenburg	3
343	Rückersbach	671	Aschaffenburg	1
344	Reichenbach	671	Aschaffenburg	1
345	Oberafferbach	671	Aschaffenburg	1
346	Johannesberg	671	Aschaffenburg	1
347	Breunsberg	671	Aschaffenburg	1
348	Daxberg	671	Aschaffenburg	1
349	Wenighösbach	671	Aschaffenburg	3
350	Feldkahl	671	Aschaffenburg	3
351	Rottenberg	671	Aschaffenburg	1
352	Sailaufer Forst	671	Aschaffenburg	1
353	Steinbach	671	Aschaffenburg	1
354	Glattbach	671	Aschaffenburg	1
355	Unterafferbach	671	Aschaffenburg	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
356	Sailauf	671	Aschaffenburg	3
357	Laufach	671	Aschaffenburg	1
358	Hain i.Spessart	671	Aschaffenburg	1
359	Heigenbrücken	671	Aschaffenburg	1
360	Kleinostheim	671	Aschaffenburg	3
362	Damm	671	Aschaffenburg	3
363	Goldbach	671	Aschaffenburg	3
364	Hösbach	671	Aschaffenburg	3
365	Forst Hain i.Spessart	671	Aschaffenburg	1
366	Mainaschaff	671	Aschaffenburg	3
367	Leider	671	Aschaffenburg	3
368	Aschaffenburg	671	Aschaffenburg	3
369	Haibach	671	Aschaffenburg	3
370	Winzenhohl	671	Aschaffenburg	1
371	Keilberg	671	Aschaffenburg	1
372	Waldaschaff	671	Aschaffenburg	1
373	Waldaschaffer Forst	671	Aschaffenburg	1
374	Rothenbuch	671	Aschaffenburg	1
375	Schweinheim	671	Aschaffenburg	3
376	Gailbach	671	Aschaffenburg	1
377	Grünmorsbach	671	Aschaffenburg	1
378	Dörrmorsbach	671	Aschaffenburg	1
379	Straßbessenbach	671	Aschaffenburg	1
380	Oberbessenbach	671	Aschaffenburg	1
381	Rothenbucher Forst	671	Aschaffenburg	1
383	Obernau	671	Aschaffenburg	3
384	Hessenthal	671	Aschaffenburg	1
385	Weibersbrunn	671	Aschaffenburg	1
386	Pflaumheim	671	Aschaffenburg	3
387	Mespelbrunn	671	Aschaffenburg	1
388	Rohrbrunner Forst	671	Aschaffenburg	1
389	Wenigumstadt	671	Aschaffenburg	3
390	Heimbuchenthal	671	Aschaffenburg	1
391	Wintersbach	671	Aschaffenburg	1
392	Krausenbach	671	Aschaffenburg	1
393	Krausenbacher Forst	671	Aschaffenburg	1
402	Sulzbach a.Main	676	Miltenberg	2
403	Soden	676	Miltenberg	1
404	Ebersbach	676	Miltenberg	1
405	Leidersbach	676	Miltenberg	1
406	Hohe Wart	676	Miltenberg	1
407	Dornau	676	Miltenberg	2
408	Volkersbrunn	676	Miltenberg	1
410	Kleinwallstadt	676	Miltenberg	3
411	Hausen	676	Miltenberg	3
412	Roßbach	676	Miltenberg	1
413	Mömlingen	676	Miltenberg	3
414	Eisenbach	676	Miltenberg	3
415	Obernburg a.Main	676	Miltenberg	3
416	Elsenfeld	676	Miltenberg	3
417	Hofstetten	676	Miltenberg	1
418	Eichelsbach	676	Miltenberg	3
419	Hobbach	676	Miltenberg	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
421	Forstwald	676	Miltenberg	3
422	Rück	676	Miltenberg	1
423	Schippach/Els	676	Miltenberg	3
424	Sommerau	676	Miltenberg	3
425	Oberaulenbach	676	Miltenberg	1
426	Altenbucher Forst	676	Miltenberg	1
427	Eschau	676	Miltenberg	1
428	Wildensee	676	Miltenberg	1
429	Oberaltenbuch	676	Miltenberg	1
430	Unteraltenbuch	676	Miltenberg	1
431	Wörth a.Main	676	Miltenberg	3
432	Klingenberg a.Main	676	Miltenberg	1
433	Mechenhard	676	Miltenberg	3
434	Streit	676	Miltenberg	3
435	Schmachtenberg	676	Miltenberg	3
436	Mönchberg	676	Miltenberg	3
437	Fechenbach	676	Miltenberg	1
439	Dorfprozelten	676	Miltenberg	1
440	Stadtprozelten	676	Miltenberg	1
441	Neuenbuch	676	Miltenberg	1
442	Hoher Berg	676	Miltenberg	1
443	Breitenbrunn	676	Miltenberg	1
444	Faulbach	676	Miltenberg	3
445	Trennfurt	676	Miltenberg	3
446	Röllfeld	676	Miltenberg	3
447	Röllbach	676	Miltenberg	3
448	Reistenhausen	676	Miltenberg	1
449	Laudenbach	676	Miltenberg	1
450	Großheubach	676	Miltenberg	3
451	Kleinheubach	676	Miltenberg	3
452	Bürgstadt	676	Miltenberg	1
453	Rüdenau	676	Miltenberg	1
454	Mainbullau	676	Miltenberg	1
455	Breitendiel	676	Miltenberg	1
456	Miltenberg	676	Miltenberg	1
457	Eichenbühl	676	Miltenberg	1
460	Richelbach	676	Miltenberg	3
461	Ohrenbach	676	Miltenberg	1
462	Weckbach	676	Miltenberg	1
463	Weilbach	676	Miltenberg	1
464	Wenschdorf	676	Miltenberg	2
465	Schippach/Mil	676	Miltenberg	3
466	Heppdiel	676	Miltenberg	3
467	Boxbrunn i.Odenwald	676	Miltenberg	2
468	Amorbach	676	Miltenberg	1
469	Schneeberg	676	Miltenberg	1
470	Reichartshausen	676	Miltenberg	2
471	Windischbuchen	676	Miltenberg	3
472	Riedern	676	Miltenberg	3
473	Otterbach	676	Miltenberg	1
474	Watterbach	676	Miltenberg	1
475	Kirchzell	676	Miltenberg	1
476	Ottorfszell	676	Miltenberg	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
477	Preunschen	676	Miltenberg	1
478	Beuchen	676	Miltenberg	2
479	Zittenfelden	676	Miltenberg	1
480	Hambrunn	676	Miltenberg	2
501	Burgjoß	677	Main-Spessart	2
502	Obersinn	677	Main-Spessart	1
503	Forst Aura	677	Main-Spessart	1
504	Mittelsinn	677	Main-Spessart	1
505	Aura i.Sinngrund	677	Main-Spessart	1
506	Fellen	677	Main-Spessart	1
507	Burgsinn	677	Main-Spessart	1
508	Rengersbrunn	677	Main-Spessart	1
509	Herrnwald	677	Main-Spessart	1
510	Rieneck	677	Main-Spessart	1
511	Schaippach	677	Main-Spessart	1
512	Wolfsmünster	677	Main-Spessart	3
513	Schonderfeld	677	Main-Spessart	1
514	Gräfendorf	677	Main-Spessart	3
515	Michelau a.d.Saale	677	Main-Spessart	1
516	Weickersgrüben	677	Main-Spessart	1
517	Aschenroth	677	Main-Spessart	3
518	Weyersfeld	677	Main-Spessart	3
519	Seifriedsburg	677	Main-Spessart	3
520	Höllrich	677	Main-Spessart	3
521	Habichsthal	677	Main-Spessart	1
522	Frammersbacher Forst	677	Main-Spessart	1
523	Frammersbach	677	Main-Spessart	1
524	Haurain	677	Main-Spessart	1
525	Ruppertshüttener Forst	677	Main-Spessart	1
526	Ruppertshütten	677	Main-Spessart	1
527	Langenprozeltener Forst	677	Main-Spessart	1
528	Langenprozelten	677	Main-Spessart	1
529	Hofstetten	677	Main-Spessart	1
530	Gemünden a.Main	677	Main-Spessart	1
531	Heßdorf	677	Main-Spessart	3
532	Karsbach	677	Main-Spessart	3
533	Wiesthal	677	Main-Spessart	1
534	Neuhütten	677	Main-Spessart	1
535	Krommenthal	677	Main-Spessart	1
536	Partensteiner Forst	677	Main-Spessart	1
537	Partenstein	677	Main-Spessart	1
538	Neuendorf	677	Main-Spessart	1
539	Massenbuch	677	Main-Spessart	2
540	Wernfeld	677	Main-Spessart	1
541	Harrbach	677	Main-Spessart	1
542	Adelsberg	677	Main-Spessart	2
543	Sachsenheim	677	Main-Spessart	3
544	Gössenheim	677	Main-Spessart	3
545	Aschfeld	677	Main-Spessart	2
547	Münster	677	Main-Spessart	2
548	Bühler	677	Main-Spessart	2
549	Hundsbach	677	Main-Spessart	2
550	Obersfeld	677	Main-Spessart	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
551	Forst Lohrerstraße	677	Main-Spessart	1
552	Rechtenbach	677	Main-Spessart	1
553	Rothenberg	677	Main-Spessart	1
554	Wombach	677	Main-Spessart	3
555	Lohr a.Main	677	Main-Spessart	1
556	Sackenbach	677	Main-Spessart	1
557	Sendelbach	677	Main-Spessart	2
558	Rodenbach	677	Main-Spessart	3
559	Pflochsbach	677	Main-Spessart	1
560	Steinbach	677	Main-Spessart	1
561	Halsbach	677	Main-Spessart	3
562	Wiesenfeld	677	Main-Spessart	3
566	Gainfurter Markung	677	Main-Spessart	3
567	Gambach	677	Main-Spessart	3
568	Karlburg	677	Main-Spessart	3
569	Mühlbach	677	Main-Spessart	1
570	Karlstadt	677	Main-Spessart	2
571	Laudenbach	677	Main-Spessart	3
572	Heßlar	677	Main-Spessart	2
573	Stetten	677	Main-Spessart	3
574	Fürstl.Löwenstein'scher Park	677	Main-Spessart	1
575	Neustadt a.Main	677	Main-Spessart	1
576	Erlach a.Main	677	Main-Spessart	1
577	Ansbach	677	Main-Spessart	3
578	Waldzell	677	Main-Spessart	3
580	Bergrothenfels	677	Main-Spessart	3
581	Rothenfels	677	Main-Spessart	1
582	Windheim	677	Main-Spessart	1
583	Zimmern	677	Main-Spessart	2
584	Roden	677	Main-Spessart	3
586	Bischbrunner Forst	677	Main-Spessart	2
587	Bischbrunn	677	Main-Spessart	2
588	Oberndorf	677	Main-Spessart	2
589	Steinmark	677	Main-Spessart	3
590	Esselbach	677	Main-Spessart	3
591	Kredenbach	677	Main-Spessart	3
592	Marienbrunn	677	Main-Spessart	3
593	Hafenlohr	677	Main-Spessart	3
594	Karbach	677	Main-Spessart	3
597	Schollbrunn	677	Main-Spessart	1
598	Michelrieth	677	Main-Spessart	3
599	Altfeld	677	Main-Spessart	3
600	Marktheidenfeld	677	Main-Spessart	3
601	Glasofen	677	Main-Spessart	3
602	Hasselberg	677	Main-Spessart	2
603	Hasloch	677	Main-Spessart	1
604	Röttbach	677	Main-Spessart	3
607	Kreuzwertheim	677	Main-Spessart	1
610	Lengfurt	677	Main-Spessart	3
611	Erlenbach b.Marktheidenfeld	677	Main-Spessart	3
614	Homburg a.Main	677	Main-Spessart	1
652	Himmelstadt	677	Main-Spessart	3
653	Zellingen	677	Main-Spessart	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
654	Markt Retzbach	677	Main-Spessart	2
655	Thüngen	677	Main-Spessart	3
656	Retzstadt	677	Main-Spessart	2
657	Gramschatzer Wald	679	Würzburg	3
663	Unterleinach	679	Würzburg	3
664	Oberleinach	679	Würzburg	3
665	Erlabrunn	679	Würzburg	1
667	Güntersleben	679	Würzburg	3
668	Rimpar	679	Würzburg	3
673	Untereisenheim	679	Würzburg	3
674	Obereisenheim	679	Würzburg	3
676	Maidbronn	679	Würzburg	3
683	Greußenheim	679	Würzburg	3
685	Veitshöchheim	679	Würzburg	2
691	Holzkirchen	679	Würzburg	3
692	Uettingen	679	Würzburg	3
695	Zell a.Main	679	Würzburg	3
696	Unterdürrbach	679	Würzburg	2
697	Würzburg	679	Würzburg	2
702	Waldbrunn	679	Würzburg	3
706	Guttenberger Wald	679	Würzburg	3
710	Theilheim	679	Würzburg	3
712	Unteraltertheim	679	Würzburg	3
713	Oberaltertheim	679	Würzburg	3
714	Irtenberger Wald	679	Würzburg	3
716	Reichenberg	679	Würzburg	3
718	Steinbach	679	Würzburg	3
719	Kleinrinderfeld	679	Würzburg	3
737	Goßmannsdorf a.Main	679	Würzburg	3
743	Hohestadt	679	Würzburg	3
744	Ochsenfurt	679	Würzburg	3
801	Oberlauringen	678	Schweinfurt	2
802	Bundorf	674	Haßberge	3
803	Mailes	678	Schweinfurt	2
804	Wetzhausen	678	Schweinfurt	2
805	Birnfeld	678	Schweinfurt	2
806	Kimmelsbach	674	Haßberge	2
807	Neuses	674	Haßberge	3
808	Stadtlauringen	678	Schweinfurt	2
809	Sulzdorf	678	Schweinfurt	2
810	Nassach	674	Haßberge	2
811	Rottensteiner Forst	674	Haßberge	2
812	Stöckach	674	Haßberge	3
813	Schweinshaupten	674	Haßberge	3
818	Aidhausen	674	Haßberge	3
819	Happertshausen	674	Haßberge	2
820	Friesenhausen	674	Haßberge	2
821	Reckertshausen	674	Haßberge	2
822	Eichelsdorf	674	Haßberge	2
823	Walchenfeld	674	Haßberge	3
824	Manau	674	Haßberge	3
825	Sulzbach	674	Haßberge	3
826	Erlsdorf	674	Haßberge	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
827	Ueschersdorf	674	Haßberge	3
828	Birkach	674	Haßberge	3
829	Gemeinfeld	674	Haßberge	3
830	Pfersdorf	678	Schweinfurt	2
831	Pfändhausen	678	Schweinfurt	2
833	Madenhausen	678	Schweinfurt	2
834	Ebertshausen	678	Schweinfurt	3
837	Hofheim i.UFr.	674	Haßberge	2
838	Goßmannsdorf	674	Haßberge	2
839	Fitzendorf	674	Haßberge	3
840	Ibind	674	Haßberge	3
841	Burgpreppach	674	Haßberge	3
842	Leuzendorf i.UFr.	674	Haßberge	3
843	Hain	678	Schweinfurt	2
844	Holzhausen	678	Schweinfurt	3
845	Weipoltshausen	678	Schweinfurt	2
846	Hesselbach	678	Schweinfurt	2
847	Reichmannshausen	678	Schweinfurt	3
848	Humprechtshausen	674	Haßberge	3
849	Kleinsteinach	674	Haßberge	3
851	Ostheim	674	Haßberge	2
852	Hohnhausen	674	Haßberge	3
853	Goßmannsdorfer Forst	674	Haßberge	2
854	Wasserlosen	678	Schweinfurt	3
855	Poppenhausen	678	Schweinfurt	3
856	Kronungen	678	Schweinfurt	3
858	Hambach	678	Schweinfurt	3
859	Zell	678	Schweinfurt	3
860	Üchtelhausen	678	Schweinfurt	3
861	Löffelsterz	678	Schweinfurt	3
862	Kleinmünster	674	Haßberge	3
863	Mechenried	674	Haßberge	3
864	Junkersdorf	674	Haßberge	2
865	Unfinden	674	Haßberge	2
866	Greßthal	678	Schweinfurt	3
867	Schwemmelsbach	678	Schweinfurt	3
868	Rütschenhausen	678	Schweinfurt	3
869	Obbach	678	Schweinfurt	3
870	Kützberg	678	Schweinfurt	3
875	Hausen	678	Schweinfurt	1
876	Marktsteinach	678	Schweinfurt	2
877	Abersfeld	678	Schweinfurt	3
878	Holzhausen	674	Haßberge	3
881	Hellingen	674	Haßberge	2
882	Königsberg i.Bay.	674	Haßberge	2
883	Hofstetten	674	Haßberge	3
884	Neubessingen	677	Main-Spessart	3
887	Kaisten	678	Schweinfurt	3
888	Brebersdorf	678	Schweinfurt	3
889	Sömmersdorf	678	Schweinfurt	3
892	Sennfeld	678	Schweinfurt	2
893	Mainberg	678	Schweinfurt	3
894	Schonungen	678	Schweinfurt	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
895	Waldsachsen	678	Schweinfurt	3
896	Buch	674	Haßberge	3
897	Sailershausen	674	Haßberge	2
899	Unterhohenried	674	Haßberge	3
901	Prappach	674	Haßberge	2
902	Sechsthal	674	Haßberge	1
903	Altershausen	674	Haßberge	2
904	Windberger Forst	674	Haßberge	3
905	Kottenbrunn	674	Haßberge	3
906	Köslau	674	Haßberge	3
907	Pettstadt	674	Haßberge	3
909	Schwebenried	677	Main-Spessart	3
913	Weyer	678	Schweinfurt	2
914	Forst	678	Schweinfurt	3
915	Gädheim	674	Haßberge	3
916	Greßhausen	674	Haßberge	3
917	Wülflingen	674	Haßberge	2
918	Haßfurt	674	Haßberge	3
919	Krum	674	Haßberge	1
920	Bischofsheim	674	Haßberge	3
921	Bischofsheimer Forst-Südwest	674	Haßberge	3
922	Bischofsheimer Forst-Nordost	674	Haßberge	3
923	Dörflis	674	Haßberge	3
924	Neubrunn	674	Haßberge	3
925	Kirchlauter	674	Haßberge	3
934	Gochsheim	678	Schweinfurt	2
936	Obereuerheim	678	Schweinfurt	2
937	Ottendorf	674	Haßberge	3
938	Untertheres	674	Haßberge	3
939	Horhausen	674	Haßberge	3
940	Obertheres	674	Haßberge	3
941	Wonfurt	674	Haßberge	3
943	Zeil a.Main	674	Haßberge	3
944	Schmachtenberg	674	Haßberge	3
945	Schönbach	674	Haßberge	3
946	Breitbrunn	674	Haßberge	3
947	Hermannsberg	674	Haßberge	3
948	Lußberg	674	Haßberge	3
949	Heugrumbach	677	Main-Spessart	3
950	Arnstein	677	Main-Spessart	2
954	Röthlein	678	Schweinfurt	2
955	Schwebheim	678	Schweinfurt	2
956	Grettstadt	678	Schweinfurt	2
958	Pusselsheim	678	Schweinfurt	3
959	Dampfach	674	Haßberge	3
960	Steinsfeld	674	Haßberge	3
961	Hainert	674	Haßberge	2
962	Knetzgau	674	Haßberge	2
963	Sand a.Main	674	Haßberge	3
964	Ziegelanger	674	Haßberge	3
965	Limbach	674	Haßberge	2
966	Steinbach	674	Haßberge	3
968	Gleisenau	674	Haßberge	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
969	Schönbrunn	674	Haßberge	3
970	Rudendorf	674	Haßberge	3
971	Halsheim	677	Main-Spessart	3
972	Müdesheim	677	Main-Spessart	3
973	Reuchelheim	677	Main-Spessart	3
974	Gänheim	677	Main-Spessart	3
980	Heidenfeld	678	Schweinfurt	2
981	Tugendorf	678	Schweinfurt	3
982	Donnersdorf	678	Schweinfurt	2
983	Falkenstein	678	Schweinfurt	2
984	Reinhardswinden	674	Haßberge	2
985	Wohnau	674	Haßberge	2
986	Unterschwappach	674	Haßberge	3
987	Oberschwappach	674	Haßberge	2
988	Eschenau	674	Haßberge	2
989	Westheim	674	Haßberge	2
990	Zell a.Ebersberg	674	Haßberge	1
991	Zeller Forst-West	674	Haßberge	1
992	Eltmann	674	Haßberge	3
993	Eschenbach	674	Haßberge	3
994	Stettfeld	674	Haßberge	3
995	Binsfeld	677	Main-Spessart	3
999	Hirschfeld	678	Schweinfurt	2
1004	Kleinrheinfeld	678	Schweinfurt	3
1005	Traustadt	678	Schweinfurt	3
1006	Neuhauser Forst	674	Haßberge	1
1007	Neuschleichach	674	Haßberge	3
1008	Oberschleichach	674	Haßberge	3
1009	Unterschleichach	674	Haßberge	3
1010	Zeller Forst-Ost	674	Haßberge	2
1011	Dippach a.Main	674	Haßberge	3
1012	Roßstadt	674	Haßberge	3
1015	Lindach	678	Schweinfurt	3
1019	Mönchstockheim	678	Schweinfurt	3
1020	Vögnitz	678	Schweinfurt	2
1021	Bischwind	678	Schweinfurt	3
1022	Hundelshausen	678	Schweinfurt	2
1023	Altmannsdorf	678	Schweinfurt	2
1024	Fabrik-Schleichacher Forst-SW	674	Haßberge	1
1025	Fabrik-Schleichacher Forst-NO	674	Haßberge	1
1026	Fabrikschleichach	674	Haßberge	2
1027	Fatschenbrunn	674	Haßberge	3
1029	Tretzendorf	674	Haßberge	3
1030	Trossenfurt	674	Haßberge	3
1031	Weisbrunn	674	Haßberge	2
1032	Lembach	674	Haßberge	3
1033	Stammheim	678	Schweinfurt	3
1038	Dingolshausen	678	Schweinfurt	2
1039	Michelau i.Steigerwald	678	Schweinfurt	2
1040	Prüßberg	678	Schweinfurt	2
1041	Wustvieler Forst	678	Schweinfurt	2
1042	Karbach	674	Haßberge	2
1043	Obersteinbach	674	Haßberge	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
1045	Kirchaich	674	Haßberge	3
1046	Dankenfeld	674	Haßberge	3
1048	Wiebelsberg	678	Schweinfurt	2
1049	Geusfeld	674	Haßberge	2
1050	Wustviel	674	Haßberge	3
1051	Untersteinbach	674	Haßberge	3
1052	Theinheim	674	Haßberge	3
1053	Falsbrunn	674	Haßberge	3
1054	Fürnbach	674	Haßberge	3
1058	Oberschwarzach	678	Schweinfurt	2
1059	Handthal	678	Schweinfurt	1
1060	Koppenwind	674	Haßberge	2
1061	Prölsdorf	674	Haßberge	3
1062	Breitbach	678	Schweinfurt	2
1063	Siegendorf	678	Schweinfurt	2
1101	Fahr	675	Kitzingen	3
1103	Escherndorf	675	Kitzingen	1
1104	Astheim	675	Kitzingen	3
1109	Köhler	675	Kitzingen	1
1110	Nordheim a.Main	675	Kitzingen	3
1111	Hallburg	675	Kitzingen	3
1115	Brünnau	675	Kitzingen	2
1118	Neudorf	675	Kitzingen	2
1124	Sommerach	675	Kitzingen	3
1125	Gerlachshausen	675	Kitzingen	2
1126	Dimbach	675	Kitzingen	2
1127	Reupelsdorf	675	Kitzingen	2
1128	Laub	675	Kitzingen	2
1129	Stadelschwarzach	675	Kitzingen	2
1130	Prichsenstadt	675	Kitzingen	2
1131	Kirchschönbach	675	Kitzingen	2
1132	Altenschönbach	675	Kitzingen	2
1136	Mainsondheim	675	Kitzingen	2
1137	Schwarzenau	675	Kitzingen	3
1139	Stadtschwarzach	675	Kitzingen	2
1140	Düllstadt	675	Kitzingen	2
1141	Atzhausen	675	Kitzingen	2
1142	Feuerbach	675	Kitzingen	2
1143	Wiesentheid	675	Kitzingen	2
1144	Geesdorf	675	Kitzingen	2
1145	Rüdern	675	Kitzingen	2
1146	Gräfenneuses	675	Kitzingen	2
1147	Ebersbrunn	675	Kitzingen	2
1150	Albertshofen	675	Kitzingen	2
1151	Klosterforst	675	Kitzingen	2
1152	Hörblach	675	Kitzingen	2
1153	Haidt	675	Kitzingen	2
1154	Kleinlangheim	675	Kitzingen	2
1155	Rüdenhausen	675	Kitzingen	2
1156	Abtswind	675	Kitzingen	2
1157	Untersambach	675	Kitzingen	2
1158	Langenberg	675	Kitzingen	3
1159	Geiselwind	675	Kitzingen	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
1160	Füttersee	675	Kitzingen	2
1161	Ilmenau	675	Kitzingen	3
1162	Burggrub	675	Kitzingen	2
1163	Holzberndorf	675	Kitzingen	2
1169	Großlangheim	675	Kitzingen	2
1170	Wiesenbronn	675	Kitzingen	2
1171	Greuth	675	Kitzingen	2
1172	Castell	675	Kitzingen	2
1173	Herper	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1174	Rehweiler	675	Kitzingen	3
1175	Dürrnbuch	675	Kitzingen	3
1176	Wasserberndorf	675	Kitzingen	2
1177	Burghöchstadt	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1178	Freihaslach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1179	Fürstenforst	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
1181	Hohenfeld	675	Kitzingen	2
1182	Sickershausen	675	Kitzingen	2
1188	Birklingen	675	Kitzingen	2
1189	Wüstenfelden	675	Kitzingen	2
1190	Mannhofer Forst	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	1
1191	Stierhöfstetten	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1192	Krettenbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1193	Oberscheinfeld	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1194	Prühl	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1195	Appenfelden	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1196	Oberrimbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1197	Seitenbuch	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1198	Markt Taschendorf	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
1199	Burghaslach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1200	Breitenlohe	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1201	Niederndorf	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
1202	Gleißenberg	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
1204	Marktsteft	675	Kitzingen	2
1205	Michelfeld	675	Kitzingen	2
1207	Markt Einersheim	675	Kitzingen	2
1208	Possenheim	675	Kitzingen	2
1209	Ziegenbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1210	Schönaich	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1211	Herpersdorf	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1212	Erlabronn	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1213	Schnodsenbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1214	Kornhöfstadt	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
1215	Frankfurt	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
1216	Hombeer	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1223	Altmannshausen	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1224	Burgambach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1225	Grappertshofen	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1226	Scheinfeld	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1227	Schwarzenberg	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1228	Thierberg	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
1229	Obersteinbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
1230	Gnodstadt	675	Kitzingen	3
1238	Hüttenheim i.Bay.	675	Kitzingen	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
1239	Nenzenheim	675	Kitzingen	2
1240	Dornheim	675	Kitzingen	2
1241	Limpurgerforst	675	Kitzingen	2
1242	Neundorf	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1243	Markt Bibart	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1244	Oberlaimbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1245	Unterlaimbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1246	Ruthmannsweiler	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
1247	Krassolzheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1248	Ingolstadt	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1249	Ezelheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1250	Krautostheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1251	Deutenheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1252	Sugenheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1253	Ullstadt	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1254	Langenfeld	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
1255	Altmannshausen Nordwest	675	Kitzingen	2
1256	Freihaslach Nordwest	675	Kitzingen	2
1301	Ahlstadt	473	Coburg	2
1302	Ahorn	473	Coburg	3
1303	Aicha	473	Coburg	3
1304	Altenbanz	478	Lichtenfels	3
1305	Altenhof	473	Coburg	3
1306	Autenhausen	473	Coburg	3
1307	Beiersdorf b.Coburg	473	Coburg	2
1308	Bertelsdorf	473	Coburg	2
1309	Beuerfeld	473	Coburg	2
1310	Bieberbach	473	Coburg	3
1313	Birkig	473	Coburg	3
1314	Bischwind	473	Coburg	3
1315	Blumenrod	473	Coburg	3
1316	Boderndorf	473	Coburg	2
1317	Breitenau	473	Coburg	2
1320	Brüx	473	Coburg	2
1321	Brüxer Forst	473	Coburg	2
1322	Buch a.Forst	478	Lichtenfels	3
1326	Callenberger Forst-West	473	Coburg	2
1328	Coburger Forst-Nordwest	473	Coburg	1
1329	Coburger Forst-Südost	473	Coburg	3
1330	Cortendorf	473	Coburg	3
1332	Dietersdorf	473	Coburg	3
1333	Dittersbrunn	478	Lichtenfels	1
1335	Döringstadt	478	Lichtenfels	3
1336	Draisdorf	478	Lichtenfels	3
1337	Drossenhausen	473	Coburg	2
1338	Ebensfeld	478	Lichtenfels	3
1339	Ebersdorf b.Coburg	473	Coburg	2
1340	Ebersdorf	473	Coburg	2
1341	Eggenbach	478	Lichtenfels	3
1342	Einberg	473	Coburg	3
1345	Fechheim	473	Coburg	3
1346	Fischbach	473	Coburg	1
1347	Fornbach	473	Coburg	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
1348	Forst Buch a.Forst	478	Lichtenfels	3
1349	Frauendorf	478	Lichtenfels	2
1350	Freiberg	478	Lichtenfels	3
1351	Friesendorf	473	Coburg	3
1352	Frohnlach	473	Coburg	3
1354	Gauerstadt	473	Coburg	2
1355	Gellnhausen	473	Coburg	2
1356	Gemünda i.OFr.	473	Coburg	3
1357	Gestungshausen	473	Coburg	3
1358	Gleismuthhausen	473	Coburg	3
1360	Gossenberg	473	Coburg	3
1361	Grattstadt	473	Coburg	2
1362	Großgarnstadt	473	Coburg	3
1365	Grub a.Forst	473	Coburg	3
1366	Grundfeld	478	Lichtenfels	3
1367	Haarbrücken	473	Coburg	2
1368	Haarth	473	Coburg	3
1369	Hähnles	473	Coburg	3
1370	Hassenberg	473	Coburg	2
1371	Hattersdorf	473	Coburg	3
1372	Heilgersdorf	473	Coburg	3
1374	Herbartsdorf	473	Coburg	2
1375	Herreth	473	Coburg	3
1376	Hochstadt a.Main	478	Lichtenfels	3
1377	Höhn	473	Coburg	2
1378	Hohensteiner Forst	473	Coburg	3
1379	Horb b.Fürth a.Berg	473	Coburg	3
1380	Horsdorf	478	Lichtenfels	3
1381	Isling	478	Lichtenfels	3
1382	Kaltenbrunn	473	Coburg	2
1383	Kemmaten	473	Coburg	2
1384	Ketschenbach	473	Coburg	2
1386	Kipfendorf	473	Coburg	3
1388	Kleingarnstadt	473	Coburg	3
1390	Kleukheim	478	Lichtenfels	3
1392	Kösfeld	473	Coburg	2
1393	Kösten	478	Lichtenfels	3
1394	Köttel	478	Lichtenfels	2
1395	Kümmel	478	Lichtenfels	1
1396	Lahm b.Lichtenfels	478	Lichtenfels	2
1397	Lahm	473	Coburg	2
1398	Langheim	478	Lichtenfels	3
1399	Lauterburg	473	Coburg	1
1400	Lechenroth	473	Coburg	3
1402	Lettenreuth	478	Lichtenfels	3
1403	Lichtenfels	478	Lichtenfels	3
1404	Lützelbuch	473	Coburg	2
1405	Mährenhausen	473	Coburg	3
1407	Marktgraitz	478	Lichtenfels	3
1408	Marktzeuln	478	Lichtenfels	3
1409	Meilschnitz	473	Coburg	2
1410	Meeder	473	Coburg	2
1411	Merlach	473	Coburg	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
1412	Messenfeld	478	Lichtenfels	3
1413	Meschenbach	473	Coburg	3
1414	Michelau i.OFr.	478	Lichtenfels	3
1415	Mirsdorf	473	Coburg	2
1416	Mistelfeld	478	Lichtenfels	2
1417	Mittelberg	473	Coburg	1
1418	Mittelwasungen	473	Coburg	3
1419	Mönchkröttendorf	478	Lichtenfels	3
1420	Mönchröden	473	Coburg	2
1421	Mönchrödener Forst	473	Coburg	1
1422	Moggenbrunn	473	Coburg	2
1423	Nedensdorf	478	Lichtenfels	3
1424	Neida	473	Coburg	2
1425	Neuensee	478	Lichtenfels	3
1426	Neuensorg	473	Coburg	3
1427	Neuensorger Forst	478	Lichtenfels	2
1428	Neukirchen	473	Coburg	1
1429	Neundorf	473	Coburg	3
1430	Neuses a.Brand	473	Coburg	3
1433	Neustadt b.Coburg	473	Coburg	2
1434	Neustadter Forst	473	Coburg	1
1435	Neu- u.Neershof	473	Coburg	2
1438	Oberelldorf	473	Coburg	3
1439	Oberküps	478	Lichtenfels	1
1440	Oberfüllbach	473	Coburg	3
1441	Oberlangheim	478	Lichtenfels	2
1442	Oberlauter	473	Coburg	2
1443	Obersdorf	478	Lichtenfels	3
1444	Obersiemau	473	Coburg	3
1445	Oberwohlsbach	473	Coburg	2
1446	Oberwallenstadt	478	Lichtenfels	3
1447	Oberwasungen	473	Coburg	3
1449	Oettingshausen	473	Coburg	2
1450	Ottowind	473	Coburg	2
1451	Plesten	473	Coburg	1
1452	Prächting	478	Lichtenfels	3
1454	Reundorf	478	Lichtenfels	3
1456	Rögen	473	Coburg	3
1457	Rohrbach	473	Coburg	2
1459	Roßfeld	473	Coburg	2
1460	Roth	478	Lichtenfels	3
1461	Roth a.Forst	473	Coburg	2
1462	Rothenberg	473	Coburg	3
1463	Rothenhof	473	Coburg	2
1464	Rothmannsthal	478	Lichtenfels	2
1465	Rottenbach	473	Coburg	2
1466	Rüttmannsdorf	473	Coburg	1
1467	Rudelsdorf	473	Coburg	2
1468	Schafhof	473	Coburg	2
1469	Scherneck	473	Coburg	3
1470	Scheuerfeld	473	Coburg	3
1471	Schney	478	Lichtenfels	3
1473	Schönstädt	473	Coburg	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
1474	Schottenstein	473	Coburg	3
1475	Schorkendorf	473	Coburg	3
1476	Schwabthal	478	Lichtenfels	1
1477	Schwürbitz	478	Lichtenfels	3
1478	Seidmannsdorf	473	Coburg	1
1479	Seßlach	473	Coburg	3
1480	Seubelsdorf	478	Lichtenfels	3
1481	Sonnefeld	473	Coburg	3
1482	Sonnefelder Forst-Nord	473	Coburg	3
1483	Sonnefelder Forst-Süd	473	Coburg	3
1484	Sonnefelder Forst-West	473	Coburg	3
1485	Spittelstein	473	Coburg	3
1486	Stadel	478	Lichtenfels	3
1487	Bad Staffelstein	478	Lichtenfels	3
1488	Stetten	478	Lichtenfels	3
1489	Stöppach	473	Coburg	3
1490	Stublang	478	Lichtenfels	2
1491	Sülzfeld	473	Coburg	3
1492	Sulzdorf	473	Coburg	2
1494	Thann	473	Coburg	2
1495	Tiefenlauter	473	Coburg	1
1497	Tremersdorf	473	Coburg	2
1498	Trieb	478	Lichtenfels	3
1499	Trübenbach	473	Coburg	3
1500	Uetzing	478	Lichtenfels	1
1501	Unnersdorf	478	Lichtenfels	3
1503	Unterelldorf	473	Coburg	3
1505	Unterlauter	473	Coburg	2
1506	Unterneuses	478	Lichtenfels	3
1507	Untersiemau	473	Coburg	3
1508	Unterwasungen	473	Coburg	3
1510	Unterzettlitz	478	Lichtenfels	3
1511	Waldsachsen	473	Coburg	3
1512	Waltersdorf	473	Coburg	2
1513	Watzendorf	473	Coburg	3
1514	Weickenbach	473	Coburg	2
1515	Weidach	473	Coburg	3
1516	Weidhausen b.Coburg	473	Coburg	3
1517	Weimersdorf	473	Coburg	2
1518	Weingarten	478	Lichtenfels	3
1519	Weischau	473	Coburg	3
1520	Weitramsdorf	473	Coburg	3
1521	Weißenbrunn a.Forst	473	Coburg	3
1522	Weißenbrunn vorm Wald	473	Coburg	2
1523	Wellmersdorf	473	Coburg	2
1525	Wiesen	478	Lichtenfels	3
1526	Wiesenfeld b.Coburg	473	Coburg	2
1527	Wildenheid	473	Coburg	2
1528	Witzmannsberg	473	Coburg	3
1529	Wörlsdorf	473	Coburg	2
1531	Wolfsdorf	478	Lichtenfels	3
1532	Wolfsloch	478	Lichtenfels	3
1533	Wüstenahorn	473	Coburg	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
1534	Zedersdorf	473	Coburg	3
1535	Zeickhorn	473	Coburg	2
1536	Zettlitz	478	Lichtenfels	3
1551	Lauenstein	476	Kronach	1
1552	Steinbach a.d.Haide	476	Kronach	1
1553	Ebersdorf	476	Kronach	1
1554	Ludwigsstadt	476	Kronach	1
1555	Ottendorf	476	Kronach	1
1556	Lauenhain	476	Kronach	1
1557	Tettau	476	Kronach	1
1558	Kleintettau	476	Kronach	1
1559	Kehlbach	476	Kronach	1
1560	Langenau	476	Kronach	1
1561	Windheim	476	Kronach	1
1562	Steinbach a.Wald	476	Kronach	1
1563	Buchbach	476	Kronach	1
1564	Hirschfeld	476	Kronach	1
1565	Haßlach	476	Kronach	2
1566	Reichenbach	476	Kronach	1
1567	Teuschnitz	476	Kronach	1
1568	Rappoltengrün	476	Kronach	1
1569	Wickendorf	476	Kronach	1
1570	Tschirn	476	Kronach	1
1571	Förtschendorf	476	Kronach	1
1572	Friedersdorf	476	Kronach	1
1573	Rothenkirchen	476	Kronach	1
1574	Marienroth	476	Kronach	1
1575	Welitsch	476	Kronach	2
1576	Pressig	476	Kronach	1
1577	Brauersdorf	476	Kronach	2
1578	Eila	476	Kronach	2
1579	Posseck i.Bay.	476	Kronach	1
1580	Grössau	476	Kronach	1
1581	Effelter	476	Kronach	1
1582	Lahm	476	Kronach	1
1583	Gifting	476	Kronach	1
1584	Hesselbach	476	Kronach	1
1585	Wilhelmsthal	476	Kronach	1
1586	Steinberg	476	Kronach	1
1587	Eibenberg	476	Kronach	1
1588	Roßlach	476	Kronach	1
1589	Nordhalben	476	Kronach	1
1590	Heinersberg	476	Kronach	1
1591	Langenbacher Forst	476	Kronach	1
1592	Birnbaum	476	Kronach	1
1593	Nurn	476	Kronach	1
1594	Neufang	476	Kronach	1
1595	Steinwiesen	476	Kronach	1
1596	Neukenroth	476	Kronach	3
1597	Stockheim	476	Kronach	1
1598	Wolfersdorf	476	Kronach	3
1599	Burggrub	476	Kronach	2
1600	Reitsch	476	Kronach	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
1601	Haßlach b.Kronach	476	Kronach	3
1602	Haig	476	Kronach	2
1603	Glosberg	476	Kronach	2
1604	Gundelsdorf	476	Kronach	2
1605	Knellendorf	476	Kronach	1
1606	Friesen	476	Kronach	2
1607	Dörfles	476	Kronach	2
1608	Rotschreuth	476	Kronach	2
1609	Seelach	476	Kronach	1
1610	Gehülz	476	Kronach	2
1611	Kronach	476	Kronach	2
1612	Dobersgrund	476	Kronach	2
1613	Ziegelerden	476	Kronach	2
1614	Neuses	476	Kronach	3
1615	Vogtendorf	476	Kronach	1
1616	Höfles	476	Kronach	2
1617	Fischbach	476	Kronach	2
1618	Wötzelsdorf	476	Kronach	2
1619	Wolfersgrün	476	Kronach	1
1620	Neuengrün	476	Kronach	1
1621	Schnaid	476	Kronach	1
1622	Wallenfels	476	Kronach	1
1623	Dörnach	476	Kronach	1
1624	Geuser	476	Kronach	1
1625	Zeyern	476	Kronach	1
1626	Oberrodach	476	Kronach	2
1627	Unterrodach	476	Kronach	2
1628	Großvichtach	476	Kronach	2
1629	Seibelsdorf	476	Kronach	1
1630	Schwärzdorf	476	Kronach	3
1631	Neundorf	476	Kronach	2
1632	Steinach a.d.Steinach	476	Kronach	2
1633	Mitwitz	476	Kronach	2
1634	Kaltenbrunn	476	Kronach	2
1635	Burgstall	476	Kronach	1
1636	Hof a.d.Steinach	476	Kronach	2
1637	Horb a.d.Steinach	476	Kronach	1
1638	Leutendorf	476	Kronach	1
1639	Mödlitz	476	Kronach	2
1640	Schneckenlohe	476	Kronach	3
1641	Beikheim	476	Kronach	2
1642	Theisenort	476	Kronach	1
1643	Schmölz	476	Kronach	2
1645	Tüschnitz	476	Kronach	3
1647	Oberlangenstadt	476	Kronach	3
1649	Burkersdorf	476	Kronach	3
1650	Hain	476	Kronach	3
1651	Thonberg	476	Kronach	1
1652	Hummendorf	476	Kronach	2
1653	Reuth	476	Kronach	1
1654	Eichenbühl	476	Kronach	3
1655	Weißenbrunn	476	Kronach	1
1656	Wildenberg	476	Kronach	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
1657	Gössersdorf	476	Kronach	2
1701	Reichenbach	477	Kulmbach	1
1702	Köstenberg	477	Kulmbach	1
1703	Heinersreuth	477	Kulmbach	1
1704	Oberehesberg	477	Kulmbach	1
1705	Wartenfels	477	Kulmbach	1
1706	Presseck	477	Kulmbach	1
1707	Schnebes	477	Kulmbach	1
1708	Schlackenreuth	477	Kulmbach	1
1709	Wildenstein	477	Kulmbach	1
1710	Rodecker Forst-West	477	Kulmbach	1
1711	Rugendorf	477	Kulmbach	2
1712	Schwand	477	Kulmbach	1
1713	Zaubach	477	Kulmbach	2
1714	Stadtsteinacher Forst	477	Kulmbach	1
1715	Triebenreuth	477	Kulmbach	1
1716	Stadtsteinach	477	Kulmbach	2
1717	Vogtendorf	477	Kulmbach	1
1718	Grafengehaig	477	Kulmbach	1
1719	Eppenreuth	477	Kulmbach	1
1720	Schlockenau	477	Kulmbach	1
1721	Walberngrün	477	Kulmbach	2
1722	Horbach	477	Kulmbach	2
1723	Rappetenreuth	477	Kulmbach	2
1724	Grünlas	477	Kulmbach	1
1725	Weidmes	477	Kulmbach	1
1726	Neuensorg	477	Kulmbach	2
1727	Hohenberg	477	Kulmbach	2
1728	Marktleugast	477	Kulmbach	2
1729	Traindorf	477	Kulmbach	2
1730	Marienweiher	477	Kulmbach	2
1731	Schimmendorf	477	Kulmbach	2
1732	Danndorf	477	Kulmbach	3
1733	Schmeilsdorf	477	Kulmbach	3
1734	Veitlahm	477	Kulmbach	2
1736	Wernstein	477	Kulmbach	3
1737	Motschenbach	477	Kulmbach	3
1740	Dörfles	477	Kulmbach	3
1741	Buchau	477	Kulmbach	3
1742	Wüstendorf	477	Kulmbach	3
1743	Proß	477	Kulmbach	3
1744	Kirchleus	477	Kulmbach	2
1745	Lösau	477	Kulmbach	2
1746	Lehenthal	477	Kulmbach	2
1747	Oberdornlach	477	Kulmbach	1
1748	Ziegelhüttener Forst	477	Kulmbach	1
1749	Höferänger	477	Kulmbach	2
1750	Burghaig	477	Kulmbach	3
1751	Metzdorf	477	Kulmbach	3
1752	Blaich	477	Kulmbach	2
1753	Kauernburg	477	Kulmbach	1
1754	Kulmbach	477	Kulmbach	1
1756	Mangersreuth	477	Kulmbach	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
1757	Kulmbacher Forst	477	Kulmbach	1
1758	Katschenreuth	477	Kulmbach	3
1760	Untersteinach	477	Kulmbach	2
1761	Guttenberg	477	Kulmbach	1
1762	Kupferberg	477	Kulmbach	1
1763	Ludwigschorgast	477	Kulmbach	2
1764	Kauerndorf	477	Kulmbach	2
1765	Ködnitz	477	Kulmbach	2
1766	Trebgaster Forst	477	Kulmbach	1
1767	Lindau	477	Kulmbach	2
1768	Trebgast	477	Kulmbach	2
1769	Harsdorf	477	Kulmbach	2
1770	Hegnabrunn	477	Kulmbach	3
1771	Neuenmarkt	477	Kulmbach	3
1772	Neufang	477	Kulmbach	1
1773	Wirsberg	477	Kulmbach	1
1774	Ziegenburg	477	Kulmbach	1
1775	Marktschorgast	477	Kulmbach	1
1776	Pulst	477	Kulmbach	1
1777	Himmelkroner Forst	477	Kulmbach	1
1778	Himmelkron	477	Kulmbach	3
1779	Gössenreuth	477	Kulmbach	2
1780	Lanzendorf	477	Kulmbach	3
1781	Lopp	477	Kulmbach	3
1782	Peesten	477	Kulmbach	3
1783	Döllnitz	477	Kulmbach	3
1784	Azendorf	477	Kulmbach	2
1785	Kasendorf	477	Kulmbach	1
1787	Wonsees	477	Kulmbach	2
1788	Schirradorf	477	Kulmbach	2
1789	Sanspareil	477	Kulmbach	2
1790	Hutschdorf	477	Kulmbach	3
1791	Thurnau	477	Kulmbach	3
1792	Menchau	477	Kulmbach	2
1793	Berndorf	477	Kulmbach	3
1794	Limmersdorf I	477	Kulmbach	3
1795	Limmersdorf II	477	Kulmbach	3
1796	Limmersdorf III	477	Kulmbach	2
1797	Felkendorf	477	Kulmbach	3
1798	Tannfeld	477	Kulmbach	2
1799	Alladorf	477	Kulmbach	2
1800	Limmersdorfer Forst	477	Kulmbach	2
1803	Brücklein	477	Kulmbach	3
1805	Pechgraben	477	Kulmbach	3
1807	Altdrossenfeld	477	Kulmbach	2
1808	Ebneth	478	Lichtenfels	3
1809	Kirchlein	478	Lichtenfels	3
1810	Gärtenroth	478	Lichtenfels	3
1812	Weidnitz	478	Lichtenfels	3
1813	Burgkunstadt	478	Lichtenfels	3
1815	Mainroth	478	Lichtenfels	3
1816	Zeublitz	478	Lichtenfels	3
1817	Strössendorf	478	Lichtenfels	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
1818	Burkheim	478	Lichtenfels	3
1819	Pfaffendorf	478	Lichtenfels	1
1820	Altenkunstadt	478	Lichtenfels	3
1821	Maineck	478	Lichtenfels	3
1822	Mainecker Forst (West)	478	Lichtenfels	2
1823	Kaspauer	478	Lichtenfels	1
1824	Weismain	478	Lichtenfels	1
1825	Geutenreuth	478	Lichtenfels	3
1826	Wallersberg	478	Lichtenfels	1
1827	Modschiedel	478	Lichtenfels	2
1828	Neudorf	478	Lichtenfels	2
1829	Arnstein	478	Lichtenfels	1
1830	Weiden	478	Lichtenfels	2
1831	Großziegenfeld	478	Lichtenfels	2
1832	Kleinziegenfeld	478	Lichtenfels	2
1833	Fesselsdorf	478	Lichtenfels	2
1834	Buckendorf	478	Lichtenfels	2
1851	Geroldsgrün	475	Hof	2
1852	Dürrenwaid	475	Hof	1
1853	Steinbach b.Geroldsgrün	475	Hof	2
1854	Langenbach	475	Hof	2
1855	Bad Steben	475	Hof	2
1856	Thierbach	475	Hof	2
1857	Bobengrün	475	Hof	2
1858	Obersteben	475	Hof	2
1859	Carlsgrün	475	Hof	2
1860	Lichtenberg	475	Hof	1
1861	Issigau	475	Hof	2
1862	Eichenstein	475	Hof	1
1863	Kemlas	475	Hof	1
1864	Reitzenstein	475	Hof	2
1865	Berg	475	Hof	2
1866	Hadermannsgrün	475	Hof	2
1867	Eisenbühl	475	Hof	1
1868	Rudolphstein	475	Hof	1
1869	Tiefengrün	475	Hof	2
1870	Schnarchenreuth	475	Hof	2
1871	Gottsmannsgrün	475	Hof	2
1872	Bug b.Berg	475	Hof	2
1873	Bruck	475	Hof	2
1874	Köditz	475	Hof	2
1875	Schlegel	475	Hof	2
1876	Joditz	475	Hof	2
1877	Brunnenthal	475	Hof	2
1878	Töpen	475	Hof	2
1879	Isaar	475	Hof	2
1880	Münchenreuth	475	Hof	2
1881	Zedtwitz	475	Hof	2
1882	Feilitzsch	475	Hof	2
1883	Trogen	475	Hof	2
1884	Gattendorf	475	Hof	2
1885	Leimitz	475	Hof	2
1886	Haidt	475	Hof	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
1887	Hof	475	Hof	2
1888	Unterkotzau	475	Hof	2
1889	Hofeck	475	Hof	2
1890	Moschendorf	475	Hof	2
1891	Wölbattendorf	475	Hof	2
1892	Föhrenreuth	475	Hof	2
1893	Martinsreuth	475	Hof	2
1894	Konradsreuth	475	Hof	2
1895	Silberbach	475	Hof	2
1896	Gottfriedsreuth	475	Hof	2
1897	Markersreuth	475	Hof	2
1898	Ahornberg	475	Hof	2
1899	Helmbrechts	475	Hof	2
1900	Kleinschwarzenbach	475	Hof	2
1901	Baiergrün	475	Hof	1
1902	Enchenreuth	475	Hof	1
1903	Gösmes	475	Hof	2
1904	Oberweißenbach	475	Hof	2
1905	Wüstenselbitz	475	Hof	2
1906	Dörnthal	475	Hof	2
1907	Neuhaus	475	Hof	2
1908	Rodesgrün	475	Hof	2
1909	Selbitz	475	Hof	2
1910	Weidesgrün	475	Hof	2
1911	Froschgrün	475	Hof	1
1912	Naila	475	Hof	2
1913	Marxgrün	475	Hof	1
1914	Culmitz	475	Hof	2
1915	Lippertsgrün	475	Hof	2
1916	Marlesreuth	475	Hof	2
1917	Bernstein a.Wald	475	Hof	1
1918	Löhmar	475	Hof	1
1919	Räumlas	475	Hof	1
1920	Meierhof	475	Hof	1
1921	Schwarzenstein	475	Hof	1
1922	Kleindöbra	475	Hof	1
1923	Forst Schwarzenbach a.Wald	475	Hof	1
1924	Straßdorf	475	Hof	2
1925	Schwarzenbach a.Wald	475	Hof	1
1926	Döbra	475	Hof	1
1927	Rodecker Forst-Ost	475	Hof	1
1928	Rodeck	475	Hof	1
1929	Windischengrün	475	Hof	2
1930	Volkmannsgrün	475	Hof	2
1931	Schauenstein	475	Hof	2
1932	Neudorf	475	Hof	2
1933	Haidengrün	475	Hof	2
1934	Leupoldsgrün	475	Hof	2
1935	Lipperts	475	Hof	2
1936	Poppenreuth	475	Hof	2
1937	Meierhof b.Münchberg	475	Hof	2
1938	Münchberg	475	Hof	2
1939	Mechlenreuth	475	Hof	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
1940	Sauerhof	475	Hof	2
1941	Straas	475	Hof	2
1942	Gundlitz	475	Hof	1
1943	Stammbach	475	of	2
1944	Fleisnitz	475	Hof	2
1945	Förstenreuth	475	Hof	2
1946	Grossenau	475	Hof	2
1947	Walpenreuth	475	Hof	2
1948	Zell	475	Hof	2
1949	Kleinlosnitz	475	Hof	2
1950	Friedmannsdorf	475	Hof	2
1951	Sparneck	475	Hof	2
1952	Weißdorf	475	Hof	2
1953	Bug	475	Hof	2
1954	Wulmersreuth	475	Hof	2
1955	Seulbitz	475	Hof	2
1956	Hallerstein	475	Hof	2
1957	Schwarzenbach a.d.Saale	475	Hof	2
1958	Martinlamitz	475	Hof	2
1959	Quellenreuth	475	Hof	2
1960	Stobersreuth	475	Hof	2
1961	Förbau	475	Hof	2
1962	Hallersteiner Forst-Nordwest	475	Hof	2
1963	Fattigau	475	Hof	2
1964	Autengrün	475	Hof	2
1965	Oberkotzau	475	Hof	2
1966	Martinlamitzer Forst-Nord	475	Hof	2
1967	Neuhausen	475	Hof	2
1968	Fohrenreuth	475	Hof	2
1969	Pilgramsreuth	475	Hof	2
1970	Rehau	475	Hof	2
1971	Wurlitz	475	Hof	2
1972	Faßmannsreuth	475	Hof	2
1973	Rehauer Forst	475	Hof	2
1974	Kautendorf	475	Hof	2
1975	Döhlau	475	Hof	2
1976	Tauperlitz	475	Hof	2
1977	Draisendorf	475	Hof	2
1978	Vierschau	475	Hof	2
1979	Regnitzlosau	475	Hof	2
1980	Schwesendorf	475	Hof	2
1981	Prex	475	Hof	2
1982	Kühschwitz	475	Hof	2
1983	Nentschau	475	Hof	2
1984	Gerlaser Forst	475	Hof	1
1985	Geroldsgrüner Forst	475	Hof	1
1986	Sparnecker Forst	475	Hof	1
2001	Schönwald	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2002	Lauterbach	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2003	Buchbach	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2004	Vielitz	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2005	Selb-Plößberg	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2006	Erkersreuth	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2007	Mühlbach	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2008	Selb	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2009	Längenau	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2010	Buchwald	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2011	Steinselb	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2012	Oberweißenbach	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2013	Unterweißenbach	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2014	Spielberg	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2015	Heidelheim	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2016	Silberbach	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2017	Hallersteiner Forst-Nordost	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2018	Unterschieda	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2019	Dörflas b.Kirchenlamitz	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2020	Kirchenlamitz	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2021	Niederlamitz	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2022	Raumetengrün	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2023	Reicholdsgrün	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2024	Martinlamitzer Forst-Süd	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2025	Hallersteiner Forst-Süd	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	1
2027	Selber Forst	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2028	Hohenberger Forst	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	1
2029	Kaiserhammer Forst-Ost	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2030	Weißenstadter Forst-Nord	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	1
2031	Großwendern	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2032	Marktleuthen	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2033	Schwarzenhammer	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2034	Neudes	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2035	Thierstein	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2036	Birkenbühl	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2037	Hendelhammer	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2038	Höchstädt i.Fichtelgebirge	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2039	Neuhaus a.d.Eger	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	1
2040	Hohenberg a.d.Eger	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2041	Fischern	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2042	Schirnding	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2043	Kothigenbibersbach	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2044	Seedorf	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2045	Arzberger Forst	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2046	Weißenstadt	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2047	Voitsumra	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2048	Franken	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2049	Oberröslau	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2050	Bödlas	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2051	Dürnberg	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2052	Grün	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2053	Thiersheim	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2054	Grafenreuth	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2055	Stemmas	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2056	Weißenstadter Forst-Süd	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	1
2057	Meierhöfer Seite	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	1
2058	Vordorfer Forst	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	1
2059	Neubauer Forst-Süd	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	1
2060	Tröstauer Forst-West	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2061	Tröstauer Forst-Ost	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	1
2062	Vordorf	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2063	Tröstau	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2064	Nagel	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2065	Bad Alexandersbad	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2066	Leutendorf	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2067	Hildenbach	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2068	Wunsiedel	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2069	Bernstein	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2070	Holenbrunn	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2071	Schönbrunn	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2072	Bergnersreuth	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2073	Schlottenhof	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2074	Oschwitz	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2075	Röthenbach	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2076	Arzberg	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	1
2077	Seußen	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2078	Haid	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2079	Thölau	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2080	Lorenzreuth	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2081	Brand	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2082	Oberredwitz	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2083	Marktredwitz	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2084	Wölsau	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2085	Wölsauerhammer	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2087	Haingrün	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2088	Dörflas	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2096	Korbersdorf	479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	2
2101	Albersdorf	674	Haßberge	3
2102	Allertshausen	674	Haßberge	3
2104	Altenstein	674	Haßberge	2
2105	Amlingstadt	471	Bamberg	3
2106	Ampferbach	471	Bamberg	3
2107	Appendorf	471	Bamberg	3
2108	Aschbach	471	Bamberg	2
2110	Baunach	471	Bamberg	3
2111	Birkach	471	Bamberg	3
2113	Birkenfeld	674	Haßberge	3
2114	Bischwind a.Raueneck	674	Haßberge	3
2115	Bischberg	471	Bamberg	3
2116	Bojendorf	471	Bamberg	2
2117	Bramberg	674	Haßberge	3
2118	Bramberger Wald	674	Haßberge	2
2119	Breitengüßbach	471	Bamberg	3
2120	Brünn	674	Haßberge	3
2121	Bruderwald	471	Bamberg	2
2122	Brunn	471	Bamberg	2
2123	Buch	471	Bamberg	3
2125	Burgebrach	471	Bamberg	3
2126	Burgellern	471	Bamberg	3
2127	Burggrub	471	Bamberg	1
2129	Burglesau	471	Bamberg	1
2130	Burgwindheim	471	Bamberg	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2131	Busendorf	471	Bamberg	3
2133	Daschendorf	471	Bamberg	3
2134	Daschendorfer Forst	471	Bamberg	3
2135	Demmelsdorf	471	Bamberg	3
2136	Deusdorf	471	Bamberg	3
2137	Dippach	674	Haßberge	3
2138	Ditterswind	674	Haßberge	3
2139	Dörfleins	471	Bamberg	3
2140	Dörrnwasserlos	471	Bamberg	2
2141	Dorgendorf	471	Bamberg	3
2144	Dürrenried	674	Haßberge	3
2145	Ebern	674	Haßberge	2
2146	Ebing	471	Bamberg	3
2147	Ebrach	471	Bamberg	2
2148	Eckartshausen	674	Haßberge	3
2149	Eckersbach	471	Bamberg	3
2150	Ehrl	471	Bamberg	3
2151	Eichelberg	674	Haßberge	3
2152	Eichwald	471	Bamberg	1
2153	Elsendorf	471	Bamberg	3
2154	Erlach	471	Bamberg	3
2155	Erlau	471	Bamberg	3
2156	Ermershausen	674	Haßberge	3
2157	Eyrichshof	674	Haßberge	3
2158	Fischbach	674	Haßberge	3
2159	Frankendorf	471	Bamberg	1
2160	Frensdorf	471	Bamberg	3
2161	Friesen	471	Bamberg	3
2163	Geisberger Forst	471	Bamberg	2
2164	Geisfeld	471	Bamberg	3
2165	Gerach	471	Bamberg	3
2166	Gereuth	674	Haßberge	2
2167	Gleusdorf	674	Haßberge	3
2168	Gräfenhäusling	471	Bamberg	2
2169	Grasmannsdorf	471	Bamberg	2
2170	Großbirkach	471	Bamberg	3
2171	Großgressingen	471	Bamberg	2
2172	Grub	471	Bamberg	3
2173	Grumbach	471	Bamberg	3
2174	Gückelhirn	674	Haßberge	3
2175	Gundelsheim	471	Bamberg	3
2176	Gunzendorf	471	Bamberg	3
2177	Hafenpreppach	674	Haßberge	3
2178	Halbersdorf	471	Bamberg	3
2179	Hallstadt	471	Bamberg	2
2180	Hartlanden	471	Bamberg	3
2181	Haßwald-Nord	674	Haßberge	1
2182	Haßwald-Süd	674	Haßberge	2
2183	Haube	674	Haßberge	1
2184	Hauptsmoor	471	Bamberg	2
2185	Heiligenstadt i.OFr.	471	Bamberg	2
2186	Herrnsdorf	471	Bamberg	3
2187	Herzogenreuth	471	Bamberg	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2188	Heubach	674	Haßberge	3
2189	Heuchelheim	471	Bamberg	3
2191	Höfen	471	Bamberg	3
2192	Höfen b.Rattelsdorf	471	Bamberg	3
2193	Hohenhäusling	471	Bamberg	2
2194	Hohengüßbach	471	Bamberg	3
2195	Hohenpölz	471	Bamberg	2
2196	Huppendorf	471	Bamberg	2
2197	Jesserndorf	674	Haßberge	3
2198	Junkersdorf a.d.Weisach	674	Haßberge	3
2199	Kalteneggolsfeld	471	Bamberg	2
2200	Kemmern	471	Bamberg	3
2201	Ketschendorf	471	Bamberg	1
2202	Kirchschletten	471	Bamberg	3
2203	Königsfeld	471	Bamberg	2
2204	Kötsch	471	Bamberg	3
2205	Kolmsdorf	471	Bamberg	3
2206	Kraisdorf	674	Haßberge	3
2207	Kremmeldorf	471	Bamberg	3
2208	Laimbach	471	Bamberg	2
2210	Lauter	471	Bamberg	3
2211	Leesten	471	Bamberg	3
2212	Lichtenstein	674	Haßberge	3
2213	Lindach	471	Bamberg	2
2214	Lindach b.Maroldsweisach	674	Haßberge	3
2215	Lisberg	471	Bamberg	3
2216	Litzendorf	471	Bamberg	3
2217	Lohndorf	471	Bamberg	1
2218	Lohr	674	Haßberge	3
2219	Losbergsgereuth	674	Haßberge	3
2220	Ludwag	471	Bamberg	2
2221	Lußberger Forst	471	Bamberg	1
2222	Marbach	674	Haßberge	3
2223	Maroldsweisach	674	Haßberge	3
2224	Medlitz	471	Bamberg	3
2225	Meedensdorf	471	Bamberg	3
2226	Melkendorf	471	Bamberg	3
2227	Memmelsdorf	471	Bamberg	3
2228	Memmelsdorf i.UFr.	674	Haßberge	2
2230	Mistendorf	471	Bamberg	2
2231	Mönchherrnsdorf	471	Bamberg	3
2232	Mönchsambach	471	Bamberg	3
2233	Mühlendorf	471	Bamberg	3
2234	Mürsbach	471	Bamberg	3
2236	Neudorf b.Scheßlitz	471	Bamberg	2
2237	Neudorf b.Ebrach	471	Bamberg	2
2238	Neudorf	471	Bamberg	2
2239	Neuhausen	471	Bamberg	3
2240	Neuses a.Raueneck	674	Haßberge	3
2241	Oberhaid	471	Bamberg	3
2242	Oberharnsbach	471	Bamberg	2
2243	Oberköst	471	Bamberg	3
2244	Oberleinleiter	471	Bamberg	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2246	Obermerzbach	674	Haßberge	2
2247	Oberngrub	471	Bamberg	1
2248	Oberndorf	471	Bamberg	3
2249	Oberoberndorf	471	Bamberg	3
2250	Pettstadt	471	Bamberg	3
2251	Peulendorf	471	Bamberg	3
2252	Pfaffendorf	674	Haßberge	3
2253	Pfarrweisach	674	Haßberge	3
2254	Pödeldorf	471	Bamberg	3
2255	Pommersfelden	471	Bamberg	3
2256	Poxdorf	471	Bamberg	2
2257	Priegendorf	471	Bamberg	3
2258	Priesendorf	471	Bamberg	3
2259	Rabelsdorf	674	Haßberge	2
2260	Rattelsdorf	471	Bamberg	3
2261	Recheldorf	674	Haßberge	3
2262	Reckendorf	471	Bamberg	3
2263	Reckenneusig	471	Bamberg	3
2264	Reichmannsdorf	471	Bamberg	3
2267	Reundorf	471	Bamberg	3
2269	Reutersbrunn	674	Haßberge	3
2270	Röbersdorf	471	Bamberg	2
2271	Roschlaub	471	Bamberg	1
2273	Rothensand	471	Bamberg	3
2274	Salmsdorf	674	Haßberge	3
2275	Sambach	471	Bamberg	3
2276	Sassanfahrt	471	Bamberg	2
2277	Sassendorf	471	Bamberg	3
2279	Schederndorf	471	Bamberg	2
2280	Scheßlitz	471	Bamberg	3
2281	Schlüsselfeld	471	Bamberg	3
2282	Schönbrunn i.Steigerwald	471	Bamberg	3
2283	Schweisdorf	471	Bamberg	3
2284	Seigendorf	471	Bamberg	3
2285	Semberg	471	Bamberg	1
2286	Sendelbach	674	Haßberge	3
2288	Siegritz	471	Bamberg	2
2289	Stackendorf	471	Bamberg	3
2290	Stadelhofen	471	Bamberg	2
2291	Staffelbach	471	Bamberg	2
2292	Stappenbach	471	Bamberg	3
2293	Stegaurach	471	Bamberg	3
2294	Steinfeld	471	Bamberg	2
2295	Steinsdorf	471	Bamberg	2
2296	Steppach	471	Bamberg	3
2297	Stiefenberg	471	Bamberg	1
2300	Stübig	471	Bamberg	1
2301	Stücht	471	Bamberg	2
2302	Teuchatz	471	Bamberg	2
2303	Thüngfeld	471	Bamberg	3
2304	Tiefenellern	471	Bamberg	2
2305	Tiefenhöchstadt	471	Bamberg	1
2306	Tiefenpölz	471	Bamberg	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2307	Trabelsdorf	471	Bamberg	3
2308	Traindorf	471	Bamberg	1
2309	Treinfeld	674	Haßberge	2
2311	Treunitz	471	Bamberg	2
2312	Trosdorf	471	Bamberg	3
2313	Trunstadt	471	Bamberg	3
2314	Tütschengereuth	471	Bamberg	3
2315	Unterhaid	471	Bamberg	3
2316	Unterleiterbach	471	Bamberg	3
2317	Untermelsendorf	471	Bamberg	3
2319	Unterneuses	471	Bamberg	3
2320	Unteroberndorf	471	Bamberg	2
2321	Unterpreppach	674	Haßberge	3
2322	Untersteinach	471	Bamberg	3
2323	Unterweiler	471	Bamberg	3
2324	Viereth	471	Bamberg	3
2325	Voccawind	674	Haßberge	3
2326	Voitmannsdorf	471	Bamberg	2
2327	Vollmannsdorf	471	Bamberg	3
2328	Vorbach	674	Haßberge	3
2329	Walsdorf	471	Bamberg	3
2330	Wasmuthhausen	674	Haßberge	3
2331	Wattendorf	471	Bamberg	2
2332	Weichendorf	471	Bamberg	3
2333	Weichenwasserlos	471	Bamberg	1
2334	Weißenbrunn	674	Haßberge	1
2335	Welkendorf	674	Haßberge	3
2340	Wölkendorf	471	Bamberg	2
2341	Würgau	471	Bamberg	2
2342	Wüstenwelsberg	674	Haßberge	3
2343	Zapfendorf	471	Bamberg	2
2344	Zeckendorf	471	Bamberg	2
2345	Zeegendorf	471	Bamberg	1
2346	Zettmannsdorf	471	Bamberg	3
2347	Ziegelsambach	471	Bamberg	2
2348	Zoggendorf	471	Bamberg	2
2349	Zückshut	471	Bamberg	3
2350	Zückshuter Forst	471	Bamberg	2
2351	Streitau	472	Bayreuth	2
2352	Zettlitz	472	Bayreuth	2
2353	Falls	472	Bayreuth	2
2354	Witzleshofen	472	Bayreuth	2
2355	Wundenbach	472	Bayreuth	2
2356	Gefrees	472	Bayreuth	2
2357	Kornbach	472	Bayreuth	2
2358	Lützenreuth	472	Bayreuth	1
2359	Grünstein	472	Bayreuth	1
2360	Metzlersreuth	472	Bayreuth	2
2361	Wasserknoden	472	Bayreuth	1
2362	Rimlas	472	Bayreuth	1
2363	Bad Berneck i.Fichtelgebirge	472	Bayreuth	1
2364	Bärnreuth	472	Bayreuth	1
2365	Nenntmannsreuth	472	Bayreuth	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2366	Neudorf	472	Bayreuth	2
2367	Goldmühl	472	Bayreuth	1
2368	Escherlich	472	Bayreuth	1
2369	Wülfersreuth	472	Bayreuth	2
2370	Bischofsgrün	472	Bayreuth	1
2371	Bischofsgrüner Forst	472	Bayreuth	1
2372	Neubauer Forst-Nord	472	Bayreuth	1
2373	Benk	472	Bayreuth	2
2374	Ramsenthal	472	Bayreuth	3
2375	Crottendorf	472	Bayreuth	3
2376	Euben	472	Bayreuth	3
2377	Bindlach	472	Bayreuth	2
2378	Leisau	472	Bayreuth	2
2379	Brandholz	472	Bayreuth	1
2380	Goldkronach	472	Bayreuth	2
2381	Dressendorf	472	Bayreuth	2
2382	Nemmersdorf	472	Bayreuth	2
2383	Goldkronacher Forst	472	Bayreuth	1
2384	Warmensteinacher Forst-Nord	472	Bayreuth	1
2385	Warmensteinach	472	Bayreuth	1
2386	Oberwarmensteinach	472	Bayreuth	1
2387	Mähring	472	Bayreuth	1
2388	Fichtelberg	472	Bayreuth	1
2389	Neugrün	472	Bayreuth	1
2390	Mehlmeisel	472	Bayreuth	2
2391	Krögelstein	472	Bayreuth	2
2392	Wiesentfels	472	Bayreuth	2
2393	Freienfels	472	Bayreuth	2
2394	Kainach	472	Bayreuth	2
2395	Weiher	472	Bayreuth	2
2396	Hollfeld	472	Bayreuth	2
2397	Schönfeld	472	Bayreuth	2
2398	Drosendorf a.d.Aufseß	472	Bayreuth	2
2399	Treppendorf	472	Bayreuth	3
2400	Stechendorf	472	Bayreuth	3
2401	Sachsendorf	472	Bayreuth	3
2402	Neuhaus	472	Bayreuth	2
2403	Aufseß	472	Bayreuth	2
2404	Hochstahl	472	Bayreuth	2
2405	Zochenreuth	472	Bayreuth	2
2406	Schressendorf	472	Bayreuth	3
2407	Plankenfels	472	Bayreuth	2
2408	Obernsees	472	Bayreuth	1
2409	Seitenbach	472	Bayreuth	2
2410	Truppach	472	Bayreuth	2
2411	Mengersdorf	472	Bayreuth	1
2412	Frankenhaag	472	Bayreuth	2
2413	Mistelgau	472	Bayreuth	2
2414	Wohnsgehaig	472	Bayreuth	1
2415	Plösen	472	Bayreuth	2
2416	Glashütten	472	Bayreuth	3
2417	Neustädtlein a.Forst	472	Bayreuth	3
2418	Busbach	472	Bayreuth	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2419	Eschen	472	Bayreuth	2
2420	Oberwaiz	472	Bayreuth	3
2421	Donndorf	472	Bayreuth	3
2422	Eckersdorf	472	Bayreuth	3
2423	Forst Neustädtlein a.Forst	472	Bayreuth	2
2424	Heinersreuther Forst	472	Bayreuth	3
2427	Cottenbach	472	Bayreuth	3
2429	Laineck	472	Bayreuth	2
2430	Oberpreuschwitz	472	Bayreuth	3
2431	Bayreuth	472	Bayreuth	3
2432	Sankt Johannis	472	Bayreuth	3
2433	Meyernberg	472	Bayreuth	2
2434	Colmdorf	472	Bayreuth	3
2435	Seulbitz	472	Bayreuth	2
2436	Aichig	472	Bayreuth	2
2437	Oberkonnersreuth	472	Bayreuth	2
2438	Thiergarten	472	Bayreuth	2
2439	Wolfsbach	472	Bayreuth	3
2440	Schamelsberg	472	Bayreuth	1
2441	Emtmannsberg	472	Bayreuth	2
2442	Hauendorf	472	Bayreuth	3
2443	Birk	472	Bayreuth	3
2444	Untersteinach	472	Bayreuth	1
2445	Döhlau	472	Bayreuth	1
2446	Görschnitz	472	Bayreuth	1
2447	Sophienthal	472	Bayreuth	1
2448	Lankendorf	472	Bayreuth	2
2449	Weidenberg	472	Bayreuth	2
2450	Mengersreuth	472	Bayreuth	1
2451	Neunkirchen a.Main	472	Bayreuth	2
2452	Lessau	472	Bayreuth	2
2453	Fischbach	472	Bayreuth	1
2454	Lehen	472	Bayreuth	2
2455	Kirchenpingarten	472	Bayreuth	2
2456	Lienlas	472	Bayreuth	2
2457	Reislas	472	Bayreuth	2
2458	Tressau	472	Bayreuth	2
2459	Seybothenreuth	472	Bayreuth	2
2460	Sophienthaler Forst	472	Bayreuth	1
2461	Warmensteinacher Forst-Süd	472	Bayreuth	1
2462	Mistelbach	472	Bayreuth	3
2463	Forkendorf	472	Bayreuth	3
2464	Gesees	472	Bayreuth	3
2465	Pittersdorf	472	Bayreuth	2
2466	Pettendorf	472	Bayreuth	3
2467	Creez	472	Bayreuth	2
2468	Hinterkleebach	472	Bayreuth	2
2469	Forst Thiergarten	472	Bayreuth	2
2470	Seybothenreuther Forst	472	Bayreuth	2
2471	Breitenlesau	472	Bayreuth	3
2472	Nankendorf	472	Bayreuth	2
2473	Löhlitz	472	Bayreuth	1
2474	Waischenfeld	472	Bayreuth	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2475	Hannberg	472	Bayreuth	2
2476	Seelig	472	Bayreuth	2
2477	Gösseldorf	472	Bayreuth	2
2478	Langenloh	472	Bayreuth	2
2479	Eichenbirkig	472	Bayreuth	1
2480	Köttweinsdorf	472	Bayreuth	1
2481	Löhlitzer Wald	472	Bayreuth	1
2482	Langweiler Wald	472	Bayreuth	1
2483	Glashüttener Forst	472	Bayreuth	1
2484	Lindenhardter Forst-Nordwest	472	Bayreuth	2
2485	Obernschreez	472	Bayreuth	1
2486	Unternschreez	472	Bayreuth	2
2487	Haag	472	Bayreuth	2
2488	Boden	472	Bayreuth	2
2489	Seidwitz	472	Bayreuth	2
2490	Creußen	472	Bayreuth	2
2491	Gottsfeld	472	Bayreuth	2
2492	Bühl	472	Bayreuth	3
2493	Neuhof	472	Bayreuth	2
2494	Lindenhardt	472	Bayreuth	2
2495	Stockmühle	472	Bayreuth	1
2496	Haidhof	472	Bayreuth	2
2497	Prebitz	472	Bayreuth	2
2498	Schnabelwaid	472	Bayreuth	2
2499	Preunersfeld	472	Bayreuth	2
2502	Zeulenreuth	472	Bayreuth	2
2503	Haidenaab	472	Bayreuth	2
2504	Kirchenlaibach	472	Bayreuth	2
2505	Speichersdorf	472	Bayreuth	2
2506	Wirbenz	472	Bayreuth	2
2507	Windischenlaibach	472	Bayreuth	3
2508	Roslas	472	Bayreuth	2
2509	Nairitz	472	Bayreuth	2
2510	Plössen	472	Bayreuth	2
2511	Kodlitz	472	Bayreuth	2
2512	Ramlesreuth	472	Bayreuth	2
2513	Guttenthau	472	Bayreuth	2
2514	Volsbach	472	Bayreuth	2
2515	Körzendorf	472	Bayreuth	2
2516	Reizendorf	472	Bayreuth	3
2517	Poppendorfer Wald	472	Bayreuth	1
2518	Freiahorn	472	Bayreuth	3
2519	Kirchahorn	472	Bayreuth	1
2520	Christanz	472	Bayreuth	2
2521	Poppendorf	472	Bayreuth	3
2522	Adlitz	472	Bayreuth	3
2523	Oberailsfeld	472	Bayreuth	1
2524	Vorderkleebach	472	Bayreuth	2
2525	Hohenmirsberg	472	Bayreuth	2
2526	Haßlach	472	Bayreuth	2
2527	Püttlach	472	Bayreuth	1
2528	Tüchersfeld	472	Bayreuth	1
2529	Pottenstein	472	Bayreuth	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2530	Elbersberg	472	Bayreuth	2
2531	Kirchenbirkig	472	Bayreuth	2
2532	Kühlenfels	472	Bayreuth	2
2533	Regenthal	472	Bayreuth	2
2534	Leienfels	472	Bayreuth	1
2535	Prüll	472	Bayreuth	1
2536	Trockau	472	Bayreuth	2
2537	Leups	472	Bayreuth	1
2538	Büchenbach	472	Bayreuth	1
2539	Buchau	472	Bayreuth	2
2540	Zips	472	Bayreuth	2
2541	Körbeldorf	472	Bayreuth	1
2542	Troschenreuth	472	Bayreuth	2
2543	Pegnitz	472	Bayreuth	2
2544	Hainbronn	472	Bayreuth	2
2545	Penzenreuth	472	Bayreuth	2
2546	Bronn	472	Bayreuth	2
2547	Waidacher Forst	472	Bayreuth	2
2548	Ottenberg	472	Bayreuth	2
2549	Weidensees	472	Bayreuth	2
2550	Leupoldstein	472	Bayreuth	2
2551	Stierberg	472	Bayreuth	1
2552	Betzenstein	472	Bayreuth	1
2553	Spies	472	Bayreuth	1
2554	Ottenhof	472	Bayreuth	2
2555	Plech	472	Bayreuth	1
2556	Veldensteinerforst	472	Bayreuth	2
2601	Wüstenstein	474	Forchheim	2
2602	Oberfellendorf	474	Forchheim	2
2603	Albertshof	474	Forchheim	2
2604	Streitberg	474	Forchheim	1
2605	Muggendorf	474	Forchheim	1
2606	Engelhardsberg	474	Forchheim	1
2607	Birkenreuth	474	Forchheim	1
2608	Wohlmannsgesees	474	Forchheim	3
2609	Tiefenstürmig	474	Forchheim	1
2610	Götzendorf	474	Forchheim	1
2611	Drügendorf	474	Forchheim	3
2612	Drosendorf a.Eggerbach	474	Forchheim	3
2613	Unterstürmig	474	Forchheim	3
2614	Weigelshofen	474	Forchheim	3
2617	Kauernhofen	474	Forchheim	3
2618	Rettern	474	Forchheim	3
2619	Bammersdorf	474	Forchheim	3
2620	Dürrbrunn	474	Forchheim	2
2621	Unterleinleiter	474	Forchheim	1
2622	Eschlipp	474	Forchheim	2
2623	Gasseldorf	474	Forchheim	1
2624	Breitenbach	474	Forchheim	1
2625	Niedermirsberg	474	Forchheim	2
2626	Ebermannstadt	474	Forchheim	1
2627	Neuses	474	Forchheim	2
2628	Rüssenbach	474	Forchheim	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2629	Wohlmuthshüll	474	Forchheim	2
2630	Burggaillenreuth	474	Forchheim	1
2631	Moggast	474	Forchheim	1
2632	Pretzfeld	474	Forchheim	3
2633	Lützelsdorf	474	Forchheim	3
2634	Hagenbach	474	Forchheim	3
2635	Wannbach	474	Forchheim	1
2636	Hetzelsdorf	474	Forchheim	2
2637	Zaunsbach	474	Forchheim	1
2638	Unterailsfeld	474	Forchheim	1
2639	Behringersmühle	474	Forchheim	1
2640	Gößweinstein	474	Forchheim	1
2641	Stadelhofen	474	Forchheim	2
2642	Leutzdorf	474	Forchheim	2
2643	Morschreuth	474	Forchheim	2
2644	Wichsenstein	474	Forchheim	1
2645	Kleingesee	474	Forchheim	2
2648	Trailsdorf	474	Forchheim	3
2649	Schlammersdorf	474	Forchheim	3
2650	Pautzfeld	474	Forchheim	3
2651	Willersdorf	474	Forchheim	2
2652	Untere Mark	474	Forchheim	2
2653	Buckenhofen	474	Forchheim	2
2654	Forchheim	474	Forchheim	3
2655	Reuth	474	Forchheim	3
2656	Burk	474	Forchheim	2
2657	Kersbach	474	Forchheim	2
2659	Oberweilersbach	474	Forchheim	1
2660	Unterweilersbach	474	Forchheim	3
2661	Reifenberg	474	Forchheim	1
2662	Kirchehrenbach	474	Forchheim	3
2663	Leutenbach	474	Forchheim	1
2664	Mittelehrenbach	474	Forchheim	2
2665	Oberehrenbach	474	Forchheim	2
2666	Bieberbach	474	Forchheim	2
2667	Hundshaupten	474	Forchheim	2
2668	Egloffstein	474	Forchheim	1
2669	Affalterthal	474	Forchheim	1
2670	Geschwand	474	Forchheim	2
2671	Wolfsberg	474	Forchheim	1
2672	Obertrubach	474	Forchheim	1
2673	Oesdorf	474	Forchheim	2
2674	Heroldsbach	474	Forchheim	2
2675	Thurn	474	Forchheim	3
2676	Wimmelbach	474	Forchheim	2
2677	Hausen	474	Forchheim	3
2678	Wiesenthau	474	Forchheim	3
2679	Schlaifhausen	474	Forchheim	3
2680	Gosberg	474	Forchheim	3
2681	Pinzberg	474	Forchheim	3
2682	Dobenreuth	474	Forchheim	3
2683	Kunreuth	474	Forchheim	3
2684	Ermreus	474	Forchheim	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2685	Poxdorf	474	Forchheim	2
2686	Gaiganz	474	Forchheim	3
2687	Effeltrich	474	Forchheim	3
2688	Langensendelbach	474	Forchheim	2
2689	Thuisbrunn	474	Forchheim	2
2690	Walkersbrunn	474	Forchheim	2
2691	Gräfenberg	474	Forchheim	2
2692	Guttenburg	474	Forchheim	2
2693	Lilling	474	Forchheim	2
2694	Schossaritz	474	Forchheim	1
2695	Kappel	474	Forchheim	2
2696	Hiltpoltstein	474	Forchheim	1
2697	Pommer	474	Forchheim	2
2698	Dachstadt	474	Forchheim	3
2699	Igensdorf	474	Forchheim	3
2700	Stöckach	474	Forchheim	3
2701	Pettensiedel	474	Forchheim	3
2702	Rüsselbach	474	Forchheim	3
2703	Weißenohe	474	Forchheim	2
2704	Hetzles	474	Forchheim	3
2705	Ermreuth	474	Forchheim	3
2706	Rödlas	474	Forchheim	2
2707	Neunkirchen a.Brand	474	Forchheim	2
2708	Großenbuch	474	Forchheim	3
2709	Rosenbach	474	Forchheim	2
2710	Dormitz	474	Forchheim	3
2711	Kleinsendelbach	474	Forchheim	3
2751	Adelsdorf	572	Erlangen-Höchstadt	2
2752	Adlitz	572	Erlangen-Höchstadt	2
2753	Aisch	572	Erlangen-Höchstadt	3
2754	Atzelsberg	572	Erlangen-Höchstadt	3
2755	Baiersdorf	572	Erlangen-Höchstadt	2
2756	Benzendorf	572	Erlangen-Höchstadt	3
2757	Biengarten	572	Erlangen-Höchstadt	2
2758	Boxbrunn	572	Erlangen-Höchstadt	3
2759	Brand	572	Erlangen-Höchstadt	3
2761	Bubenreuth	572	Erlangen-Höchstadt	2
2762	Buch	572	Erlangen-Höchstadt	3
2765	Büchenbach	572	Erlangen-Höchstadt	2
2766	Büg	572	Erlangen-Höchstadt	2
2767	Burgstall	572	Erlangen-Höchstadt	2
2768	Dormitzer Forst	572	Erlangen-Höchstadt	2
2769	Dutendorf	572	Erlangen-Höchstadt	3
2770	Eckenhaid	572	Erlangen-Höchstadt	3
2774	Eschenau	572	Erlangen-Höchstadt	2
2775	Etzelskirchen	572	Erlangen-Höchstadt	3
2776	Falkendorf	572	Erlangen-Höchstadt	2
2777	Fetzelhofen	572	Erlangen-Höchstadt	3
2778	Forst Tennenlohe	572	Erlangen-Höchstadt	3
2779	Forth	572	Erlangen-Höchstadt	3
2781	Frickenhöchstadt	572	Erlangen-Höchstadt	2
2782	Frimmersdorf	572	Erlangen-Höchstadt	3
2784	Gremsdorf	572	Erlangen-Höchstadt	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2785	Greuth	572	Erlangen-Höchstadt	2
2786	Großdechsendorf	572	Erlangen-Höchstadt	2
2787	Großenseebach	572	Erlangen-Höchstadt	2
2788	Großgeschaidt	572	Erlangen-Höchstadt	3
2789	Hammerbach	572	Erlangen-Höchstadt	2
2790	Hannberg	572	Erlangen-Höchstadt	2
2791	Haundorf	572	Erlangen-Höchstadt	2
2793	Heppstädt	572	Erlangen-Höchstadt	2
2794	Heroldsberg	572	Erlangen-Höchstadt	3
2795	Herpersdorf	572	Erlangen-Höchstadt	2
2796	Herzogenaurach	572	Erlangen-Höchstadt	2
2797	Heßdorf	572	Erlangen-Höchstadt	2
2798	Hesselberg	572	Erlangen-Höchstadt	2
2799	Höchstadt a.d.Aisch	572	Erlangen-Höchstadt	3
2802	Kairlindach	572	Erlangen-Höchstadt	2
2803	Kalchreuth	572	Erlangen-Höchstadt	3
2804	Kalchreuther Forst	572	Erlangen-Höchstadt	2
2805	Kleingeschaidt	572	Erlangen-Höchstadt	3
2806	Kleinseebach	572	Erlangen-Höchstadt	2
2807	Kleinweisach	572	Erlangen-Höchstadt	2
2808	Klosterwald	572	Erlangen-Höchstadt	2
2809	Kosbach	572	Erlangen-Höchstadt	2
2810	Kraftshofer Forst	572	Erlangen-Höchstadt	2
2812	Lonnerstadt	572	Erlangen-Höchstadt	3
2813	Mailach	572	Erlangen-Höchstadt	3
2814	Mark	572	Erlangen-Höchstadt	2
2815	Marloffstein	572	Erlangen-Höchstadt	3
2816	Möhrendorf	572	Erlangen-Höchstadt	2
2817	Mönau	572	Erlangen-Höchstadt	2
2818	Mühlhausen	572	Erlangen-Höchstadt	3
2819	Münchaurach	572	Erlangen-Höchstadt	2
2820	Neuhaus	572	Erlangen-Höchstadt	3
2821	Neundorf	572	Erlangen-Höchstadt	3
2822	Neunhofer Forst	572	Erlangen-Höchstadt	2
2824	Oberlindach	572	Erlangen-Höchstadt	3
2826	Oberschöllenbach	572	Erlangen-Höchstadt	3
2827	Reinersdorf	572	Erlangen-Höchstadt	3
2828	Rezelsdorf	572	Erlangen-Höchstadt	3
2829	Röckenhof	572	Erlangen-Höchstadt	3
2830	Röttenbach	572	Erlangen-Höchstadt	3
2831	Sauerheim	572	Erlangen-Höchstadt	3
2832	Schirnsdorf	572	Erlangen-Höchstadt	3
2833	Schwarzenbach	572	Erlangen-Höchstadt	2
2834	Spardorf	572	Erlangen-Höchstadt	3
2835	Sterpersdorf	572	Erlangen-Höchstadt	3
2836	Tennenlohe	572	Erlangen-Höchstadt	2
2837	Unterreichenbach	572	Erlangen-Höchstadt	2
2838	Unterschöllenbach	572	Erlangen-Höchstadt	2
2839	Uttenreuth	572	Erlangen-Höchstadt	2
2840	Uttstadt	572	Erlangen-Höchstadt	2
2841	Vestenbergsgreuth	572	Erlangen-Höchstadt	2
2842	Wachenroth	572	Erlangen-Höchstadt	3
2843	Warmersdorf	572	Erlangen-Höchstadt	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2844	Weiher	572	Erlangen-Höchstadt	2
2845	Weingartsgreuth	572	Erlangen-Höchstadt	3
2846	Weisendorf	572	Erlangen-Höchstadt	2
2847	Wellerstadt	572	Erlangen-Höchstadt	3
2848	Weppersdorf	572	Erlangen-Höchstadt	2
2849	Wiesendorf	572	Erlangen-Höchstadt	3
2850	Zeckern	572	Erlangen-Höchstadt	2
2851	Zentbechhofen	572	Erlangen-Höchstadt	2
2852	Zweifelsheim	572	Erlangen-Höchstadt	2
2903	Aichau	571	Ansbach	2
2904	Aichenzell	571	Ansbach	2
2905	Altheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2907	Bad Windsheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2908	Banzenweiler	571	Ansbach	2
2909	Beerbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
2910	Bellershausen	571	Ansbach	2
2911	Berolzheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2912	Bettenfeld	571	Ansbach	3
2913	Bettwar	571	Ansbach	1
2914	Bockenfeld	571	Ansbach	2
2916	Breitenau	571	Ansbach	2
2917	Buch a.Wald	571	Ansbach	2
2919	Bullenheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
2921	Burk	571	Ansbach	2
2922	Burghausen	571	Ansbach	2
2923	Cadolzhofen	571	Ansbach	2
2925	Deffersdorf	571	Ansbach	2
2926	Dentlein a.Forst	571	Ansbach	2
2927	Dickersbronn	571	Ansbach	3
2928	Diebach	571	Ansbach	2
2929	Dietersheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2930	Dinkelsbühl	571	Ansbach	3
2931	Dombühl	571	Ansbach	2
2932	Dorfgütingen	571	Ansbach	2
2933	Dornhausen	571	Ansbach	2
2934	Dottenheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2935	Dürrwangen	571	Ansbach	3
2936	Egenhausen	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2937	Eichelberg	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
2941	Ermetzhof	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2943	Erzberg	571	Ansbach	2
2944	Esbach	571	Ansbach	3
2945	Faulenberg	571	Ansbach	3
2946	Feuchtwangen	571	Ansbach	2
2947	Schloß Frankenberg	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2948	Gailnau	571	Ansbach	2
2949	Gailroth	571	Ansbach	2
2951	Gastenfelden	571	Ansbach	2
2953	Gebsattel	571	Ansbach	2
2956	Geslau	571	Ansbach	2
2961	Gunzendorf	571	Ansbach	2
2963	Hagenau	571	Ansbach	2
2964	Halsbach	571	Ansbach	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
2965	Hartershofen	571	Ansbach	2
2966	Haundorf	571	Ansbach	2
2967	Haslach	571	Ansbach	2
2968	Heilbronn	571	Ansbach	2
2969	Hellenbach	571	Ansbach	3
2971	Herbolzheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2974	Humprechtsau	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2975	Ickelheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2978	Ippesheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
2979	Ipsheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2980	Kaubenheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2981	Kirnberg	571	Ansbach	2
2982	Kloster Sulz	571	Ansbach	2
2983	Krapfenau	571	Ansbach	2
2984	Külsheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2986	Langensteinbach	571	Ansbach	3
2987	Larrieden	571	Ansbach	2
2988	Lehengütingen	571	Ansbach	2
2989	Lenkersheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2993	Mailheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2994	Marktbergel	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2995	Markt Nordheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
2996	Meierndorf	571	Ansbach	2
2998	Mosbach	571	Ansbach	2
3000	Neuses	571	Ansbach	3
3001	Neusitz	571	Ansbach	2
3002	Neustädtlein	571	Ansbach	3
3004	Nordenberg	571	Ansbach	2
3005	Oberaltenbernheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3006	Oberampfrach	571	Ansbach	2
3008	Oberndorf	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3009	Obernesselbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3010	Oberntief	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3011	Obernzenn	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3012	Oberradach	571	Ansbach	2
3013	Oberroßbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3015	Oestheim	571	Ansbach	2
3018	Ottenhofen	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3021	Preuntsfelden	571	Ansbach	2
3022	Reusch	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3025	Rüdisbronn	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3027	Schillingsfürst	571	Ansbach	2
3028	Schopfloch	571	Ansbach	2
3029	Schwabsroth	571	Ansbach	2
3031	Schweinsdorf	571	Ansbach	2
3033	Segringen	571	Ansbach	3
3034	Seidelsdorf	571	Ansbach	3
3037	Steinach a.d.Ens	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3038	Stettberg	571	Ansbach	2
3040	Stilzendorf	571	Ansbach	2
3041	Sulzach	571	Ansbach	3
3042	Tauberscheckenbach	571	Ansbach	1
3043	Tauberzell	571	Ansbach	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
3044	Thürnhofen	571	Ansbach	2
3047	Unteraltenbernheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3048	Unterampfrach	571	Ansbach	2
3049	Unternesselbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3050	Unternzenn	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3052	Urphertshofen	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3054	Vorderbreitenthann	571	Ansbach	2
3055	Walddachsbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3056	Waldeck	571	Ansbach	3
3057	Waldhäuslein	571	Ansbach	3
3060	Weidelbach	571	Ansbach	2
3061	Weigenheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3062	Westheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3064	Wettringen	571	Ansbach	2
3065	Wiebelsheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3066	Wieseth	571	Ansbach	2
3067	Wildenholz	571	Ansbach	2
3068	Windelsbach	571	Ansbach	2
3069	Wörnitz	571	Ansbach	2
3070	Wolfertsbronn	571	Ansbach	3
3071	Zwernberg	571	Ansbach	2
3101	Aich	571	Ansbach	2
3102	Alberndorf	571	Ansbach	2
3103	Altendettelsau	571	Ansbach	2
3104	Anfelden	571	Ansbach	2
3105	Ansbach	571	Ansbach	2
3106	Arberg	571	Ansbach	2
3107	Auerbach	571	Ansbach	2
3108	Aurach	571	Ansbach	2
3109	Bechhofen	571	Ansbach	2
3110	Bechhofen b.Neuendettelsau	571	Ansbach	2
3111	Bernhardswinden	571	Ansbach	2
3112	Bertholdsdorf	571	Ansbach	2
3113	Betzendorf	571	Ansbach	3
3114	Biederbach	571	Ansbach	2
3115	Binzwangen	571	Ansbach	2
3116	Birkach	571	Ansbach	3
3117	Bonnhof	571	Ansbach	3
3118	Brodswinden	571	Ansbach	3
3119	Bruckberg	571	Ansbach	2
3120	Brünst	571	Ansbach	3
3121	Brunn	571	Ansbach	2
3122	Brunst	571	Ansbach	2
3123	Büchelberg	571	Ansbach	2
3124	Bürglein	571	Ansbach	3
3125	Burgoberbach	571	Ansbach	2
3126	Claffheim	571	Ansbach	2
3127	Colmberg	571	Ansbach	2
3128	Dierersdorf	571	Ansbach	3
3129	Dietenhofen	571	Ansbach	3
3130	Ebersdorf	571	Ansbach	3
3131	Eckartsweiler	571	Ansbach	2
3132	Elbersroth	571	Ansbach	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
3133	Elpersdorf b.Ansbach	571	Ansbach	2
3134	Elpersdorf b.Windsbach	571	Ansbach	2
3135	Erlach	571	Ansbach	2
3136	Erlbach	571	Ansbach	2
3137	Eyb	571	Ansbach	2
3138	Fischbach	571	Ansbach	2
3139	Flachslanden	571	Ansbach	3
3140	Forst	571	Ansbach	2
3141	Frommetsfelden	571	Ansbach	2
3142	Gebersdorf	571	Ansbach	2
3143	Gerbersdorf	571	Ansbach	3
3144	Gern	571	Ansbach	2
3145	Götteldorf	571	Ansbach	2
3146	Gräfenbuch	571	Ansbach	2
3147	Großbreitenbronn	571	Ansbach	3
3148	Großenried	571	Ansbach	2
3149	Großhaslach	571	Ansbach	3
3150	Großlellenfeld	571	Ansbach	2
3151	Haag	571	Ansbach	2
3152	Haasgang	571	Ansbach	2
3153	Heglau	571	Ansbach	2
3154	Heilsbronn	571	Ansbach	3
3155	Hennenbach	571	Ansbach	3
3156	Hergersbach	571	Ansbach	2
3158	Herpersdorf	571	Ansbach	3
3159	Herrieden	571	Ansbach	2
3160	Heßbach	571	Ansbach	2
3161	Heuberg	571	Ansbach	2
3163	Höfstetten	571	Ansbach	3
3164	Hohenberg	571	Ansbach	2
3165	Immeldorf	571	Ansbach	2
3166	Ismannsdorf	571	Ansbach	2
3167	Jochsberg	571	Ansbach	2
3168	Kaudorf	571	Ansbach	3
3169	Kehlmünz	571	Ansbach	2
3170	Kemmathen	571	Ansbach	2
3172	Kettenhöfstetten	571	Ansbach	2
3173	Kleinhaslach	571	Ansbach	3
3174	Kleinlellenfeld	571	Ansbach	3
3175	Königshofen a.d.Heide	571	Ansbach	2
3176	Lammelbach	571	Ansbach	2
3177	Lehrberg	571	Ansbach	2
3178	Leidendorf	571	Ansbach	3
3179	Leonrod	571	Ansbach	3
3181	Lichtenau	571	Ansbach	2
3182	Liebersdorf	571	Ansbach	2
3183	Malmersdorf	571	Ansbach	2
3184	Merkendorf	571	Ansbach	3
3185	Mitteldachstetten	571	Ansbach	2
3186	Mitteleschenbach	571	Ansbach	2
3187	Mittelramstadt	571	Ansbach	2
3188	Mörlach	571	Ansbach	2
3189	Mörsach	571	Ansbach	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
3190	Moosbach	571	Ansbach	2
3193	Neuendettelsau	571	Ansbach	2
3195	Neunstetten	571	Ansbach	2
3196	Neuses	571	Ansbach	2
3197	Neuses b.Ansbach	571	Ansbach	2
3198	Neustetten	571	Ansbach	3
3199	Niederoberbach	571	Ansbach	2
3200	Oberdachstetten	571	Ansbach	2
3201	Oberfelden	571	Ansbach	2
3202	Oberschönbronn	571	Ansbach	2
3203	Obersulzbach	571	Ansbach	2
3204	Ornbau	571	Ansbach	2
3205	Petersaurach	571	Ansbach	3
3206	Poppenbach	571	Ansbach	2
3207	Ratzenwinden	571	Ansbach	3
3208	Rauenbuch	571	Ansbach	2
3209	Rauenzell	571	Ansbach	2
3210	Retzendorf	571	Ansbach	2
3211	Reutern	571	Ansbach	3
3212	Rügland	571	Ansbach	3
3213	Sachsbach	571	Ansbach	2
3214	Sachsen b.Ansbach	571	Ansbach	2
3215	Sauernheim	571	Ansbach	3
3216	Schalkhausen	571	Ansbach	2
3217	Schlauersbach	571	Ansbach	2
3218	Seitendorf	571	Ansbach	3
3219	Selgenstadt	571	Ansbach	3
3221	Sommersdorf	571	Ansbach	2
3222	Sondernohe	571	Ansbach	2
3223	Stadel	571	Ansbach	2
3224	Suddersdorf	571	Ansbach	2
3225	Thann	571	Ansbach	2
3226	Untereschenbach	571	Ansbach	2
3227	Unternbibert	571	Ansbach	2
3228	Unterrottmannsdorf	571	Ansbach	3
3229	Veitsaurach	571	Ansbach	2
3230	Vestenberg	571	Ansbach	3
3231	Virnsberg	571	Ansbach	2
3232	Volkersdorf	571	Ansbach	2
3233	Waizendorf	571	Ansbach	2
3234	Wattenbach	571	Ansbach	2
3235	Weidenbach	571	Ansbach	2
3236	Weihenzell	571	Ansbach	2
3237	Weinberg	571	Ansbach	2
3238	Weißenbronn	571	Ansbach	2
3239	Weiterndorf	571	Ansbach	3
3240	Wernsbach	571	Ansbach	2
3241	Wernsbach b.Ansbach	571	Ansbach	2
3242	Wiedersbach	571	Ansbach	2
3243	Wiesethbruck	571	Ansbach	3
3244	Windsbach	571	Ansbach	2
3245	Winkelhaid	571	Ansbach	2
3246	Wolframs-Eschenbach	571	Ansbach	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
3247	Wollersdorf	571	Ansbach	2
3251	Baudenbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3252	Frankenfeld	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3253	Roßbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3254	Mönchsberg	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3255	Hambühl	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3256	Münchsteinach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3257	Abtsgreuth	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3258	Altershausen	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3259	Neuebersbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3260	Gutenstetten	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3261	Rockenbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3262	Bergtheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3263	Reinhardshofen	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3265	Diespeck	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3266	Stübach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3268	Uehlfeld	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3269	Schornweisach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3270	Tragelhöchstädt	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3271	Demantsfürth	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3272	Peppenhöchstädt	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3274	Rauschenberg	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3275	Oberhöchstädt	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3276	Traishöchstädt	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3277	Gerhardshofen	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3278	Birnbaum	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3279	Kästel	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3280	Willmersbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3281	Göttelhöf	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3282	Neustadt a.d.Aisch	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3284	Schauerheim	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3285	Birkenfeld	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3286	Unterschweinach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3287	Herrnneuses	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3288	Schellert	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3289	Emskirchen	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3290	Hohholz	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3291	Brunn	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3292	Eckenberg	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3293	Rennhofen	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3294	Buchklingen	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3295	Schauerberg	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3296	Gunzendorf	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3297	Mausdorf	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3298	Pirkach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3299	Neidhardswinden	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3300	Dürrnbuch	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3301	Wilhelmsdorf	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3302	Ebersbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3303	Hagenbüchach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3304	Bräuersdorf	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3305	Markt Erlbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3306	Klausaurach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
3307	Buchen	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3308	Losaurach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3309	Kotzenaurach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3310	Siedelbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3311	Jobstgreuth	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3312	Linden	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3313	Altselingsbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3314	Eschenbach	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3315	Trautskirchen	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3316	Buch	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3317	Neuhof a.d.Zenn	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3318	Neuziegenrück	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	2
3319	Oberfeldbrecht	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3320	Hirschneuses	575	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3
3321	Wilhermsdorf	573	Fürth	3
3323	Katterbach	573	Fürth	2
3324	Kirchfarrnbach	573	Fürth	2
3326	Laubendorf	573	Fürth	3
3327	Kirchfembach	573	Fürth	3
3328	Horbach	573	Fürth	3
3329	Keidenzell	573	Fürth	2
3331	Tuchenbach	573	Fürth	3
3334	Seukendorf	573	Fürth	2
3341	Ronhof	573	Fürth	2
3346	Roßendorf	573	Fürth	3
3347	Deberndorf	573	Fürth	3
3351	Weinzierlein	573	Fürth	2
3352	Leichendorf	573	Fürth	2
3353	Oberasbach	573	Fürth	2
3354	Großhabersdorf	573	Fürth	3
3355	Unterschlauersbach	573	Fürth	3
3356	Fernabrünst	573	Fürth	3
3357	Ammerndorf	573	Fürth	3
3358	Roßtal	573	Fürth	3
3359	Weitersdorf	573	Fürth	3
3360	Buchschwabach	573	Fürth	3
3402	Altdorf b.Nürnberg	574	Nürnberger Land	2
3403	Altenthann	574	Nürnberger Land	2
3406	Brunn	573	Fürth	2
3406	Brunn	574	Nürnberger Land	2
3408	Burgthann	574	Nürnberger Land	2
3409	Diepersdorf	574	Nürnberger Land	2
3410	Dörlbach	574	Nürnberger Land	3
3412	Eibacher Forst	573	Fürth	2
3413	Eismannsberg	574	Nürnberger Land	2
3414	Entenberg	574	Nürnberger Land	1
3416	Ezelsdorf	574	Nürnberger Land	2
3417	Feucht	574	Nürnberger Land	2
3418	Fischbach b.Nürnberg	573	Fürth	2
3418	Fischbach b.Nürnberg	574	Nürnberger Land	2
3422	Gersdorf	574	Nürnberger Land	3
3426	Großgründlach	573	Fürth	2
3429	Grub	574	Nürnberger Land	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
3430	Grünsberg	574	Nürnberger Land	3
3431	Hagenhausen	574	Nürnberger Land	2
3438	Kornburg	573	Fürth	2
3440	Langwasser	573	Fürth	2
3441	Laufamholz	573	Fürth	2
3442	Leinburg	574	Nürnberger Land	2
3443	Lindelburg	574	Nürnberger Land	2
3446	Moosbach	574	Nürnberger Land	2
3447	Mühlhof	573	Fürth	3
3448	Neunhof	573	Fürth	2
3451	Oberferrieden	574	Nürnberger Land	2
3452	Oberhaidelbach	574	Nürnberger Land	2
3453	Penzenhofen	574	Nürnberger Land	2
3455	Pühlheim	574	Nürnberger Land	1
3456	Rasch	574	Nürnberger Land	3
3459	Rieden	574	Nürnberger Land	2
3460	Röthenbach b.Altdorf	574	Nürnberger Land	2
3467	Schwarzenbruck	574	Nürnberger Land	3
3473	Unterferrieden	574	Nürnberger Land	3
3474	Unterhaidelbach	574	Nürnberger Land	2
3475	Weißenbrunn	574	Nürnberger Land	2
3477	Winkelhaid	574	Nürnberger Land	2
3479	Worzeldorf	573	Fürth	2
3480	Ziegelstein	573	Fürth	2
3481	Engelthaler Forst	574	Nürnberger Land	1
3482	Feuchter Forst	574	Nürnberger Land	2
3483	Forsthof	574	Nürnberger Land	2
3484	Haimendorfer Forst	574	Nürnberger Land	2
3486	Zerzabelshofer Forst	574	Nürnberger Land	2
3501	Alfalter	574	Nürnberger Land	1
3502	Alfeld	574	Nürnberger Land	1
3503	Algersdorf	574	Nürnberger Land	1
3504	Altensittenbach	574	Nürnberger Land	3
3505	Artelshofen	574	ürnberger Land	1
3506	Arzlohe	574	Nürnberger Land	1
3507	Aspertshofen	574	Nürnberger Land	2
3508	Beerbach	574	Nürnberger Land	3
3510	Bondorf	574	Nürnberger Land	1
3511	Breitenbrunn	574	Nürnberger Land	2
3512	Bullach	574	Nürnberger Land	3
3513	Dehnberg	574	Nürnberger Land	3
3514	Diepoltsdorf	574	Nürnberger Land	1
3515	Ellenbach	574	Nürnberger Land	1
3516	Engelthal	574	Nürnberger Land	3
3517	Enzendorf	574	Nürnberger Land	1
3518	Eschenbach	574	Nürnberger Land	1
3519	Förrenbach	574	Nürnberger Land	1
3520	Freiröttenbach	574	Nürnberger Land	2
3521	Germersberg	574	Nürnberger Land	3
3522	Großbellhofen	574	Nürnberger Land	3
3523	Großengsee	574	Nürnberger Land	1
3524	Grünreuth	574	Nürnberger Land	1
3525	Günthersbühl	574	Nürnberger Land	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
3526	Günthersbühler Forst	574	Nürnberger Land	3
3527	Haidling	574	Nürnberger Land	1
3528	Haimendorf	574	Nürnberger Land	2
3529	Happurg	574	Nürnberger Land	2
3530	Hartenstein	574	Nürnberger Land	1
3531	Hartmannshof	574	Nürnberger Land	1
3532	Hedersdorf	574	Nürnberger Land	3
3533	Heldmannsberg	574	Nürnberger Land	1
3534	Henfenfeld	574	Nürnberger Land	2
3535	Hersbruck	574	Nürnberger Land	3
3536	Heuchling	574	Nürnberger Land	3
3537	Höfen	574	Nürnberger Land	2
3538	Hohenstadt	574	Nürnberger Land	1
3539	Hormersdorf	574	Nürnberger Land	1
3540	Hubmersberg	574	Nürnberger Land	1
3541	Hüttenbach	574	Nürnberger Land	1
3542	Kainsbach	574	Nürnberger Land	1
3543	Kersbach	574	Nürnberger Land	2
3544	Kirchensittenbach	574	Nürnberger Land	1
3545	Kirchröttenbach	574	Nürnberger Land	3
3546	Kleedorf	574	Nürnberger Land	2
3547	Krottensee	574	Nürnberger Land	2
3548	Kruppach	574	Nürnberger Land	1
3549	Kucha	574	Nürnberger Land	1
3550	Lauf a.d.Pegnitz	574	Nürnberger Land	3
3551	Neuhaus a.d.Pegnitz	574	Nürnberger Land	3
3552	Neunhof	574	Nürnberger Land	3
3553	Neunkirchen a.Sand	574	Nürnberger Land	3
3554	Oberkrumbach	574	Nürnberger Land	1
3555	Oberndorf	574	Nürnberger Land	2
3556	Oedenberg	574	Nürnberger Land	3
3557	Offenhausen	574	Nürnberger Land	2
3558	Osternohe	574	Nürnberger Land	1
3559	Ottensoos	574	Nürnberger Land	2
3560	Pollanden	574	Nürnberger Land	1
3561	Pommelsbrunn	574	Nürnberger Land	1
3562	Rabenshof	574	Nürnberger Land	1
3563	Reichenschwand	574	Nürnberger Land	3
3565	Rollhofen	574	Nürnberger Land	2
3566	Rothenbruck	574	Nürnberger Land	2
3567	Rückersdorf	574	Nürnberger Land	3
3568	Rückersdorfer Forst	574	Nürnberger Land	2
3569	Schnaittach	574	Nürnberger Land	2
3570	Schönberg	574	Nürnberger Land	2
3571	Sendelbach	574	Nürnberger Land	3
3572	Siegersdorf	574	Nürnberger Land	1
3573	Simmelsdorf	574	Nürnberger Land	3
3574	Simonshofen	574	Nürnberger Land	3
3575	Speikern	574	Nürnberger Land	2
3576	Thalheim	574	Nürnberger Land	1
3577	Treuf	574	Nürnberger Land	2
3578	Utzmannsbach	574	Nürnberger Land	1
3579	Velden	574	Nürnberger Land	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
3580	Veldershof	574	Nürnberger Land	2
3581	Viehhofen	574	Nürnberger Land	1
3582	Vorra	574	Nürnberger Land	2
3583	Wallsdorf	574	Nürnberger Land	1
3584	Weigenhofen	574	Nürnberger Land	2
3585	Wetzendorf	574	Nürnberger Land	2
3586	Wildenfels	574	Nürnberger Land	1
3587	Püscheldorf	574	Nürnberger Land	1
3601	Streudorf	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3602	Wald	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3603	Büchelberg	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3604	Laubenzedel	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3605	Schlungenhof	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3606	Gunzenhausen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3607	Frickenfelden	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3608	Cronheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3609	Unterwurmbach	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3611	Oberasbach	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3612	Stetten	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3613	Nordstetten	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3615	Unterasbach	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3616	Altenmuhr	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3617	Neuenmuhr	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3618	Haundorf	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3619	Obererlbach	577	Weißenburg-Gunzenhausen	1
3620	Gräfensteinberg	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3621	Kalbensteinberg	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3622	Absberg	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3623	Pfofeld	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3624	Thannhausen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3626	Wachstein	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3628	Gundelsheim a.d.Altmühl	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3631	Sammenheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3632	Dittenheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3633	Kurzenaltheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	1
3634	Meinheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3635	Wachenhofen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3636	Alesheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3637	Trommetsheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3638	Markt Berolzheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3639	Gnotzheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3642	Hüssingen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3643	Heidenheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3644	Hohentrüdingen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3645	Hechlingen a.See	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3646	Degersheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3647	Ursheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3648	Döckingen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3649	Trendel	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3650	Polsingen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3651	Langfurth	571	Ansbach	2
3652	Ammelbruch	571	Ansbach	3
3653	Dorfkemmathen	571	Ansbach	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
3654	Beyerberg	571	Ansbach	3
3656	Dambach	571	Ansbach	3
3658	Dennenlohe	571	Ansbach	3
3667	Gerolfingen	571	Ansbach	2
3672	Knittelsbach	571	Ansbach	2
3673	Diederstetten	571	Ansbach	3
3674	Mönchsroth	571	Ansbach	3
3675	Wilburgstetten	571	Ansbach	2
3676	Wittenbach	571	Ansbach	3
3677	Greiselbach	571	Ansbach	3
3678	Rühlingstetten	571	Ansbach	3
3682	Veitsweiler	571	Ansbach	2
3687	Schobdach	571	Ansbach	2
3701	Allmannsdorf	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3702	Stirn	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3703	Ramsberg	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3704	Dorsbrunn	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3705	Sankt Veit	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3706	Pleinfeld	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3707	Mischelbach	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3708	Mannholz	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3710	Stopfenheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3711	Massenbach	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3712	Ellingen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3713	Höttingen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3714	Fiegenstall	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3715	Weiboldshausen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3716	Ettenstatt	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3717	Reuth unter Neuhaus	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3718	Hundsdorf	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3719	Geyern	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3720	Bergen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3721	Thalmannsfeld	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3722	Kaltenbuch	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3723	Indernbuch	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3724	Pfraunfeld	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3725	Burgsalach	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3726	Nennslingen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3727	Wengen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3728	Gersdorf	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3729	Biburg	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3730	Bechthal	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3731	Raitenbucher Forst	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3732	Raitenbuch	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3734	Weimersheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3735	Weißenburg i.Bay.	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3736	Wülzburg	577	Weißenburg-Gunzenhausen	1
3737	Oberhochstatt	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3741	Dettenheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3742	Haardt	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3743	Suffersheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3744	Wettelsheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3745	Bubenheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
3747	Graben	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3748	Auernheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3749	Windischhausen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3750	Treuchtlingen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3751	Schambach	577	Weißenburg-Gunzenhausen	2
3752	Möhren	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3753	Haag b.Treuchtlingen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3754	Dietfurt i.MFr.	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3755	Gundelsheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3756	Osterdorf	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3757	Geislohe	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3758	Neudorf	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3759	Pappenheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	1
3760	Göhren	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3761	Bieswang	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3762	Übermatzhofen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3763	Zimmern	577	Weißenburg-Gunzenhausen	1
3764	Ochsenhart	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3765	Rehlingen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3766	Büttelbronn	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3767	Langenaltheim	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3768	Oberholz	577	Weißenburg-Gunzenhausen	1
3769	Solnhofen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	1
3770	Eßlingen	577	Weißenburg-Gunzenhausen	3
3801	Abenberg	576	Roth	2
3802	Abenberger Wald	576	Roth	2
3803	Aberzhausen	576	Roth	3
3804	Alfershausen	576	Roth	3
3805	Allersberg	576	Roth	2
3806	Altenfelden	576	Roth	2
3807	Aue	576	Roth	2
3808	Aurau	576	Roth	2
3809	Barthelmesaurach	576	Roth	2
3810	Beerbach	576	Roth	2
3811	Belmbrach	576	Roth	2
3812	Bernlohe	576	Roth	2
3813	Birkach	576	Roth	2
3814	Brunnau	576	Roth	2
3815	Büchenbach	576	Roth	2
3816	Dixenhausen	576	Roth	2
3817	Dürrenmungenau	576	Roth	2
3818	Ebenried	576	Roth	3
3819	Ebersbach	576	Roth	2
3820	Eckersmühlen	576	Roth	2
3821	Enderndorf	576	Roth	3
3822	Esselberg	576	Roth	3
3823	Euerwang	576	Roth	3
3825	Forst Kleinschwarzenlohe	576	Roth	2
3826	Fünfbronn	576	Roth	3
3827	Georgensgmünd	576	Roth	2
3828	Göggelsbuch	576	Roth	3
3830	Greding	576	Roth	2
3831	Großhöbing	576	Roth	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
3832	Großschwarzenlohe	576	Roth	2
3833	Großweingarten	576	Roth	3
3834	Günzersreuth	576	Roth	2
3835	Gustenfelden	576	Roth	3
3836	Hagenbuch	576	Roth	2
3837	Hagenich	576	Roth	3
3838	Harrlach	576	Roth	2
3839	Hausen	576	Roth	2
3840	Heideck	576	Roth	3
3841	Heimbach	576	Roth	2
3842	Herrnsberg	576	Roth	3
3843	Heuberg	576	Roth	2
3844	Hilpoltstein	576	Roth	2
3845	Hofstetten	576	Roth	2
3848	Kammerstein	576	Roth	2
3850	Kleinhöbing	576	Roth	3
3851	Kleinnottersdorf	576	Roth	3
3853	Kraftsbuch	576	Roth	3
3854	Laffenau	576	Roth	2
3855	Laibstadt	576	Roth	3
3856	Lampersdorf	576	Roth	3
3857	Landersdorf	576	Roth	3
3858	Landerzhofen	576	Roth	3
3860	Leerstetten	576	Roth	2
3861	Liebenstadt	576	Roth	3
3862	Lohen	576	Roth	3
3863	Mäbenberg	576	Roth	2
3865	Mettendorf	576	Roth	1
3867	Mörlach	576	Roth	3
3868	Mosbach	576	Roth	2
3869	Mühlstetten	576	Roth	2
3870	Obermässing	576	Roth	2
3871	Obersteinbach ob Gmünd	576	Roth	2
3872	Österberg	576	Roth	2
3873	Offenbau	576	Roth	3
3874	Ohlangen	576	Roth	3
3875	Ottersdorf	576	Roth	2
3876	Patersholz	576	Roth	2
3877	Penzendorf	576	Roth	3
3878	Petersgmünd	576	Roth	2
3879	Pfaffenhofen	576	Roth	2
3880	Pierheim	576	Roth	3
3881	Prünst	576	Roth	2
3882	Pyras	576	Roth	2
3883	Raubersried	576	Roth	2
3884	Rednitzhembach	576	Roth	2
3885	Regelsbach	576	Roth	3
3886	Reinwarzhofen	576	Roth	3
3887	Rittersbach	576	Roth	2
3888	Röckenhofen	576	Roth	2
3889	Röthenbach b.Sankt Wolfgang	576	Roth	3
3890	Röttenbach	576	Roth	2
3891	Rohr	576	Roth	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
3892	Roth	576	Roth	2
3893	Rothaurach	576	Roth	2
3895	Ruppmannsburg	576	Roth	2
3896	Schloßberg	576	Roth	2
3897	Schutzendorf	576	Roth	3
3898	Schwabach	576	Roth	2
3899	Schwand b.Nürnberg	576	Roth	2
3900	Schwimbach	576	Roth	3
3903	Solar	576	Roth	3
3904	Spalt	576	Roth	2
3905	Stauf	576	Roth	3
3906	Thalmässing	576	Roth	3
3907	Untermässing	576	Roth	2
3908	Tiefenbach	576	Roth	3
3909	Wallesau	576	Roth	2
3910	Unterrödel	576	Roth	2
3911	Waizenhofen	576	Roth	2
3912	Unterreichenbach	576	Roth	2
3913	Walpersdorf	576	Roth	2
3914	Wassermungenau	576	Roth	2
3915	Weinsfeld	576	Roth	3
3916	Wendelstein	576	Roth	2
3917	Wernfels	576	Roth	2
3918	Wolkersdorf	576	Roth	3
3919	Zell	576	Roth	2
3952	Biberbach	176	Eichstätt	1
3953	Kevenhüll	176	Eichstätt	3
3955	Hirschberg	176	Eichstätt	1
3956	Beilngries	176	Eichstätt	3
3957	Kottingwörth	176	Eichstätt	3
3958	Paulushofen	176	Eichstätt	3
3959	Irfersdorf	176	Eichstätt	3
3961	Amtmannsdorf	176	Eichstätt	3
3962	Aschbuch	176	Eichstätt	3
3965	Grampersdorf	176	Eichstätt	3
3967	Großnottersdorf	176	Eichstätt	3
3968	Stadelhofen	176	Eichstätt	3
3969	Mantlach	176	Eichstätt	3
3970	Morsbach	176	Eichstätt	3
3971	Kesselberg	176	Eichstätt	3
3972	Titting	176	Eichstätt	3
3973	Emsing	176	Eichstätt	3
3974	Altdorf	176	Eichstätt	3
3975	Kaldorf	176	Eichstätt	3
3976	Erkertshofen	176	Eichstätt	3
3978	Haunstetten	176	Eichstätt	3
3980	Kirchanhausen	176	Eichstätt	1
3981	Erlingshofen	176	Eichstätt	1
3982	Berletzhausen	176	Eichstätt	3
3983	Enkering	176	Eichstätt	1
3984	Kinding	176	Eichstätt	1
3985	Pfraundorf	176	Eichstätt	1
3986	Unteremmendorf	176	Eichstätt	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
3987	Schafhausen	176	Eichstätt	1
3988	Ilbling	176	Eichstätt	1
3989	Hirnstetten	176	Eichstätt	3
3990	Pfahldorf	176	Eichstätt	3
3991	Kipfenberg	176	Eichstätt	1
3992	Kemathen	176	Eichstätt	3
3993	Irlahüll	176	Eichstätt	3
3996	Grösdorf	176	Eichstätt	3
3997	Böhming	176	Eichstätt	3
3998	Arnsberg	176	Eichstätt	1
3999	Schambach	176	Eichstätt	3
4002	Dunsdorf	176	Eichstätt	3
4005	Workerszell	176	Eichstätt	3
4006	Schernfeld	176	Eichstätt	3
4008	Sappenfeld	176	Eichstätt	3
4009	Schönau	176	Eichstätt	3
4010	Schönfeld	176	Eichstätt	3
4012	Pollenfeld	176	Eichstätt	3
4013	Wachenzell	176	Eichstätt	3
4014	Sornhüll	176	Eichstätt	3
4015	Weigersdorf	176	Eichstätt	3
4016	Preith	176	Eichstätt	3
4017	Rapperszell	176	Eichstätt	3
4018	Rieshofen	176	Eichstätt	3
4019	Isenbrunn	176	Eichstätt	3
4020	Pfalzpaint	176	Eichstätt	3
4021	Gungolding	176	Eichstätt	3
4022	Walting	176	Eichstätt	3
4023	Inching	176	Eichstätt	3
4024	Pfünz	176	Eichstätt	3
4026	Dörndorf	176	Eichstätt	3
4028	Denkendorf	176	Eichstätt	3
4029	Altenberg	176	Eichstätt	3
4030	Zandt	176	Eichstätt	3
4031	Schönbrunn	176	Eichstätt	3
4032	Wintershof	176	Eichstätt	1
4033	Buchenhüll	176	Eichstätt	3
4034	Marienstein	176	Eichstätt	3
4035	Eichstätt	176	Eichstätt	1
4036	Landershofen	176	Eichstätt	3
4037	Wasserzell	176	Eichstätt	1
4038	Park	176	Eichstätt	1
4039	Hofstetten	176	Eichstätt	3
4042	Böhmfeld	176	Eichstätt	3
4046	Mühlheim	176	Eichstätt	1
4047	Mörnsheim	176	Eichstätt	1
4048	Altendorf	176	Eichstätt	3
4049	Haunsfeld	176	Eichstätt	3
4050	Ensfeld	176	Eichstätt	1
4051	Eberswang	176	Eichstätt	3
4052	Obereichstätt	176	Eichstätt	1
4053	Dollnstein	176	Eichstätt	2
4054	Breitenfurt	176	Eichstätt	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
4055	Pietenfeld	176	Eichstätt	3
4063	Konstein	176	Eichstätt	3
4064	Biesenhard	176	Eichstätt	3
4065	Wellheim	176	Eichstätt	1
4101	Münchenreuth	377	Tirschenreuth	2
4102	Kondrau	377	Tirschenreuth	2
4103	Konnersreuth	377	Tirschenreuth	2
4104	Waldsassen	377	Tirschenreuth	2
4105	Querenbach	377	Tirschenreuth	2
4106	Kössain	377	Tirschenreuth	1
4107	Rodenzenreuth	377	Tirschenreuth	2
4108	Waldershof	377	Tirschenreuth	2
4109	Lengenfeld b.Groschlattengrün	377	Tirschenreuth	2
4110	Helmbrechts	377	Tirschenreuth	2
4111	Walbenreuth	377	Tirschenreuth	2
4112	Poppenreuth	377	Tirschenreuth	2
4113	Hohenhard	377	Tirschenreuth	1
4114	Pleußen	377	Tirschenreuth	2
4115	Groschlattengrün	377	Tirschenreuth	2
4116	Pechbrunn	377	Tirschenreuth	2
4117	Mitterteich	377	Tirschenreuth	2
4118	Leonberg	377	Tirschenreuth	2
4119	Pfaffenreuth	377	Tirschenreuth	2
4120	Großensees	377	Tirschenreuth	2
4121	Großensterz	377	Tirschenreuth	2
4122	Wernersreuth	377	Tirschenreuth	2
4123	Ottengrün	377	Tirschenreuth	2
4124	Neualbenreuth	377	Tirschenreuth	2
4125	Fuchsmühl	377	Tirschenreuth	2
4126	Wiesau	377	Tirschenreuth	2
4127	Schönhaid	377	Tirschenreuth	2
4128	Bärnhöhe	377	Tirschenreuth	2
4129	Friedenfels	377	Tirschenreuth	2
4130	Voitenthan	377	Tirschenreuth	2
4131	Gumpen	377	Tirschenreuth	2
4132	Falkenberg	377	Tirschenreuth	2
4133	Pfaben	377	Tirschenreuth	2
4134	Wetzldorf	377	Tirschenreuth	2
4135	Erbendorf	377	Tirschenreuth	2
4136	Hauxdorf	377	Tirschenreuth	2
4137	Wildenreuth	377	Tirschenreuth	2
4138	Thumsenreuth	377	Tirschenreuth	2
4139	Krummennaab	377	Tirschenreuth	2
4140	Sassenhof	377	Tirschenreuth	2
4141	Trautenberg	377	Tirschenreuth	2
4142	Röthenbach a.Steinwald	377	Tirschenreuth	2
4143	Reuth b.Erbendorf	377	Tirschenreuth	2
4144	Rosall	377	Tirschenreuth	2
4145	Wondreb	377	Tirschenreuth	2
4146	Pilmersreuth a.Wald	377	Tirschenreuth	2
4147	Großklenau	377	Tirschenreuth	2
4148	Hohenwald	377	Tirschenreuth	2
4149	Tirschenreuth	377	Tirschenreuth	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
4150	Matzersreuth	377	Tirschenreuth	2
4151	Lengenfeld b.Tirschenreuth	377	Tirschenreuth	2
4152	Großkonreuth	377	Tirschenreuth	2
4153	Mähring	377	Tirschenreuth	2
4154	Dippersreuth	377	Tirschenreuth	2
4155	Griesbach	377	Tirschenreuth	2
4156	Schwarzenbach	377	Tirschenreuth	2
4157	Ellenfeld	377	Tirschenreuth	2
4158	Bärnau	377	Tirschenreuth	2
4159	Hohenthan	377	Tirschenreuth	2
4160	Thanhausen	377	Tirschenreuth	2
4161	Liebenstein	377	Tirschenreuth	2
4162	Betzenmühle	377	Tirschenreuth	2
4163	Schönficht	377	Tirschenreuth	2
4164	Beidl	377	Tirschenreuth	2
4165	Schönkirch	377	Tirschenreuth	2
4166	Wildenau	377	Tirschenreuth	2
4167	Plößberg	377	Tirschenreuth	2
4201	Brand	377	Tirschenreuth	2
4202	Ebnath	377	Tirschenreuth	2
4203	Neusorg	377	Tirschenreuth	2
4204	Riglasreuth	377	Tirschenreuth	2
4205	Höll u.Haid	377	Tirschenreuth	2
4206	Langentheilen	377	Tirschenreuth	2
4207	Pilgramsreuth	377	Tirschenreuth	2
4208	Mengersreuth	377	Tirschenreuth	2
4209	Dechantsees	377	Tirschenreuth	2
4210	Pullenreuth	377	Tirschenreuth	2
4211	Lochau	377	Tirschenreuth	2
4212	Trevesen	377	Tirschenreuth	2
4213	Neuköslarn	377	Tirschenreuth	2
4214	Ahornberg	377	Tirschenreuth	1
4215	Punreuth	377	Tirschenreuth	1
4216	Immenreuth	377	Tirschenreuth	2
4217	Lenau	377	Tirschenreuth	1
4218	Oberbruck	377	Tirschenreuth	2
4219	Kulmain	377	Tirschenreuth	2
4220	Zinst	377	Tirschenreuth	2
4221	Oberwappenöst	377	Tirschenreuth	2
4222	Kötzersdorf	377	Tirschenreuth	2
4223	Berndorf	377	Tirschenreuth	2
4224	Schlackenhof	377	Tirschenreuth	2
4225	Höflas	377	Tirschenreuth	2
4226	Kemnath	377	Tirschenreuth	2
4227	Eisersdorf	377	Tirschenreuth	2
4228	Schönreuth	377	Tirschenreuth	2
4229	Waldeck	377	Tirschenreuth	1
4230	Zwergau	377	Tirschenreuth	1
4231	Fortschau	377	Tirschenreuth	2
4232	Kaibitz	377	Tirschenreuth	2
4233	Löschwitz	377	Tirschenreuth	2
4234	Atzmannsberg	377	Tirschenreuth	2
4235	Guttenberg	377	Tirschenreuth	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
4237	Reuth b.Kastl	377	Tirschenreuth	2
4238	Wolframshof	377	Tirschenreuth	3
4239	Kastl	377	Tirschenreuth	2
4240	Unterbruck	377	Tirschenreuth	3
4241	Heinersreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4242	Thurndorf	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4243	Sassenreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4244	Neuzirkendorf	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4245	Treinreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4246	Kirchenthumbach	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4247	Fronlohe	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4248	Metzenhof	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4249	Schlammersdorf	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4250	Moos	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4251	Höflas	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4252	Vorbach	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4253	Oberbibrach	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4254	Mockersdorf	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4255	Neustadt am Kulm	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4256	Filchendorf	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4257	Speinshart	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4258	Seitenthal	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4259	Tremmersdorf	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4260	Stegenthumbach	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4261	Eschenbach i.d.OPf.	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4262	Thomasreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4263	Preißach	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4264	Pichlberg	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4265	Feilersdorf	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4266	Weihersberg	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4267	Pressath	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4268	Hessenreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4269	Riggau	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4270	Dießfurt	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4271	Grafenwöhr	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4272	Gmünd	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4273	Hütten	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4274	Ranzenthal	371	Amberg-Sulzbach	2
4275	Gunzendorf	371	Amberg-Sulzbach	2
4276	Nasnitz	371	Amberg-Sulzbach	2
4277	Steinamwasser	371	Amberg-Sulzbach	2
4278	Degelsdorf	371	Amberg-Sulzbach	2
4279	Zogenreuth	371	Amberg-Sulzbach	2
4280	Michelfeld	371	Amberg-Sulzbach	2
4281	Ranna	371	Amberg-Sulzbach	3
4282	Auerbach i.d.OPf.	371	Amberg-Sulzbach	3
4283	Nitzlbuch	371	Amberg-Sulzbach	2
4284	Ebersberg	371	Amberg-Sulzbach	2
4301	Bernstein	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4302	Naabdemenreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4303	Neuhaus	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4304	Windischeschenbach	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4305	Dietersdorf	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
4306	Schwand	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4307	Oed	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4308	Hammerles	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4309	Parkstein	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4310	Altenparkstein	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4311	Kirchendemenreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4312	Döltsch	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4313	Wendersreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4314	Klobenreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4315	Wurz	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4316	Eppenreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4317	Ilsenbach	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4318	Püchersreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4319	Lanz	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4320	Störnstein	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4321	Roschau	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4322	Edeldorf	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4323	Letzau	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4324	Schlattein	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4325	Gailertsreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4326	Floß	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4327	Kalmreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4328	Gösen	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4329	Diepoltsreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4330	Schönbrunn	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4331	Bergnetsreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4332	Grafenreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4333	Flossenbürg	374	Neustadt a.d.Waldnaab	1
4334	Spielberg	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4335	Lennesrieth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4336	Waldthurn	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4337	Bernrieth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	1
4338	Waldkirch	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4339	Neudorf	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4340	Georgenberg	374	Neustadt a.d.Waldnaab	1
4341	Dimpfl	374	Neustadt a.d.Waldnaab	1
4342	Brünst	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4343	Reinhardsrieth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4344	Miesbrunn	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4345	Pleystein	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4346	Lohma	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4347	Burkhardsrieth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4348	Waidhaus	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4349	Pfrentsch	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4350	Pechhof	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4351	Schwarzenbach	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4352	Manteler Forst	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4353	Meerbodenreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4354	Altenstadt a.d.Waldnaab	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4355	Neustadt a.d.Waldnaab	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4356	Neunkirchen b.Weiden	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4357	Frauenricht	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4358	Mallersricht	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
4359	Rothenstadt	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4360	Weiden i.d.OPf.	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4361	Matzlesrieth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4362	Muglhof	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4363	Waldau	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4364	Altenstadt b.Vohenstrauß	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4365	Vohenstrauß	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4366	Weißenstein	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4367	Burgtreswitz	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4368	Roggenstein	374	Neustadt a.d.Waldnaab	1
4369	Lämersdorf	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4370	Kaimling	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4371	Oberlind	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4372	Obernankau	374	Neustadt a.d.Waldnaab	1
4373	Böhmischbruck	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4374	Gröbenstädt	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4375	Heumaden	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4376	Moosbach	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4377	Niederland	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4378	Etzgersrieth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4379	Tröbes	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4380	Rückersrieth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4381	Gaisheim	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4382	Eslarn	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4383	Gmeinsrieth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4384	Steinfels	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4385	Rupprechtsreuth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4386	Mantel	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4387	Kaltenbrunn	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4388	Röthenbach	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4389	Etzenricht	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4390	Thannhof	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4391	Kohlberg	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4392	Hannersgrün	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4393	Oberwildenau	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4394	Unterwildenau	374	Neustadt a.d.Waldnaab	3
4395	Engleshof	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4396	Neudorf b.Luhe	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4397	Luhe	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4398	Schirmitz	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4399	Bechtsrieth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4400	Trebsau	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4401	Irchenrieth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4402	Pirk	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4403	Enzenrieth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4404	Michldorf	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4405	Leuchtenberg	374	Neustadt a.d.Waldnaab	1
4406	Lerau	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4407	Preppach	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4408	Döllnitz	374	Neustadt a.d.Waldnaab	1
4409	Woppenrieth	374	Neustadt a.d.Waldnaab	1
4410	Kleinschwand	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4411	Großenschwand	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
4412	Tännesberg	374	Neustadt a.d.Waldnaab	2
4451	Königstein	371	Amberg-Sulzbach	1
4452	Gaißach	371	Amberg-Sulzbach	2
4453	Kürmreuth	371	Amberg-Sulzbach	2
4454	Namsreuth	371	Amberg-Sulzbach	2
4455	Sigras	371	Amberg-Sulzbach	2
4456	Langenbruck	371	Amberg-Sulzbach	2
4457	Sigl	371	Amberg-Sulzbach	2
4458	Schlicht	371	Amberg-Sulzbach	3
4459	Vilseck	371	Amberg-Sulzbach	2
4460	Gressenwöhr	371	Amberg-Sulzbach	2
4461	Seugast	371	Amberg-Sulzbach	2
4462	Tanzfleck	371	Amberg-Sulzbach	2
4463	Thansüß	371	Amberg-Sulzbach	2
4464	Freihung	371	Amberg-Sulzbach	2
4465	Massenricht	371	Amberg-Sulzbach	2
4466	Achtel	371	Amberg-Sulzbach	2
4467	Eschenfelden	371	Amberg-Sulzbach	1
4468	Mittelreinbach	371	Amberg-Sulzbach	2
4469	Holnstein	371	Amberg-Sulzbach	2
4470	Edelsfeld	371	Amberg-Sulzbach	2
4471	Steinling	371	Amberg-Sulzbach	2
4472	Weißenberg	371	Amberg-Sulzbach	2
4473	Irlbach	371	Amberg-Sulzbach	2
4474	Adlholz	371	Amberg-Sulzbach	2
4475	Großschönbrunn	371	Amberg-Sulzbach	2
4476	Ehenfeld	371	Amberg-Sulzbach	2
4477	Hirschbach	371	Amberg-Sulzbach	1
4478	Schmidtstadt	371	Amberg-Sulzbach	1
4479	Kirchenreinbach	371	Amberg-Sulzbach	1
4480	Neidstein	371	Amberg-Sulzbach	1
4481	Neukirchen b.Sulzbach-Rosenberg	371	Amberg-Sulzbach	2
4482	Röckenricht	371	Amberg-Sulzbach	2
4483	Großalbershof	371	Amberg-Sulzbach	2
4484	Iber	371	Amberg-Sulzbach	3
4485	Süß	371	Amberg-Sulzbach	2
4486	Hahnbach	371	Amberg-Sulzbach	2
4487	Schalkenthan	371	Amberg-Sulzbach	2
4488	Gebenbach	371	Amberg-Sulzbach	2
4489	Mimbach	371	Amberg-Sulzbach	3
4490	Hirschau	371	Amberg-Sulzbach	3
4491	Scharhof	371	Amberg-Sulzbach	2
4492	Schnaittenbach	371	Amberg-Sulzbach	2
4493	Forst	371	Amberg-Sulzbach	3
4494	Holzhammer	371	Amberg-Sulzbach	2
4495	Weigendorf	371	Amberg-Sulzbach	1
4496	Bachetsfeld	371	Amberg-Sulzbach	2
4497	Trondorf	371	Amberg-Sulzbach	3
4498	Sulzbach	371	Amberg-Sulzbach	3
4499	Rosenberg	371	Amberg-Sulzbach	3
4500	Kötzersricht	371	Amberg-Sulzbach	2
4501	Ursulapoppenricht	371	Amberg-Sulzbach	3
4502	Steiningloh	371	Amberg-Sulzbach	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
4503	Weiher	371	Amberg-Sulzbach	3
4504	Fürnried	371	Amberg-Sulzbach	1
4505	Sunzendorf	371	Amberg-Sulzbach	1
4506	Frechetsfeld	371	Amberg-Sulzbach	2
4507	Augsberg	371	Amberg-Sulzbach	2
4508	Angfeld	371	Amberg-Sulzbach	3
4509	Illschwang	371	Amberg-Sulzbach	3
4510	Poppenricht	371	Amberg-Sulzbach	3
4511	Dietersberg	371	Amberg-Sulzbach	3
4512	Ammerthal	371	Amberg-Sulzbach	3
4513	Eichen	371	Amberg-Sulzbach	3
4514	Karmensölden	371	Amberg-Sulzbach	2
4515	Traßlberg	371	Amberg-Sulzbach	2
4516	Ammersricht	371	Amberg-Sulzbach	2
4517	Amberg	371	Amberg-Sulzbach	3
4518	Raigering	371	Amberg-Sulzbach	3
4519	Aschach	371	Amberg-Sulzbach	3
4520	Lintach	371	Amberg-Sulzbach	3
4521	Pursruck	371	Amberg-Sulzbach	2
4522	Freudenberg	371	Amberg-Sulzbach	1
4523	Wutschdorf	371	Amberg-Sulzbach	1
4524	Kemnath a.Buchberg	371	Amberg-Sulzbach	3
4525	Eckeltshof	371	Amberg-Sulzbach	2
4526	Poppberg	371	Amberg-Sulzbach	2
4527	Schwend	371	Amberg-Sulzbach	2
4528	Leiten u.Schottenbühl	371	Amberg-Sulzbach	1
4529	Wolfsfeld	371	Amberg-Sulzbach	2
4530	Götzendorf	371	Amberg-Sulzbach	3
4531	Ullersberg	371	Amberg-Sulzbach	2
4532	Ursensollen	371	Amberg-Sulzbach	2
4533	Hohenkemnath	371	Amberg-Sulzbach	2
4534	Haag	371	Amberg-Sulzbach	3
4535	Gailoh	371	Amberg-Sulzbach	3
4536	Köfering	371	Amberg-Sulzbach	3
4537	Theuern	371	Amberg-Sulzbach	3
4538	Ebermannsdorf	371	Amberg-Sulzbach	3
4539	Gärmersdorf	371	Amberg-Sulzbach	2
4540	Hiltersdorf	371	Amberg-Sulzbach	3
4541	Etsdorf	371	Amberg-Sulzbach	2
4542	Pfaffenhofen	371	Amberg-Sulzbach	1
4543	Kastl	371	Amberg-Sulzbach	2
4544	Winkl	371	Amberg-Sulzbach	2
4545	Hausen	371	Amberg-Sulzbach	2
4546	Zant	371	Amberg-Sulzbach	2
4547	Garsdorf	371	Amberg-Sulzbach	2
4548	Sauheim	371	Amberg-Sulzbach	2
4549	Wolfsbach	371	Amberg-Sulzbach	3
4550	Ensdorf	371	Amberg-Sulzbach	3
4551	Thanheim	371	Amberg-Sulzbach	3
4552	Diebis	371	Amberg-Sulzbach	3
4553	Pittersberg	371	Amberg-Sulzbach	2
4554	Au	371	Amberg-Sulzbach	3
4555	Breitenbrunn	371	Amberg-Sulzbach	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
4556	Utzenhofen	371	Amberg-Sulzbach	2
4557	Ransbach	371	Amberg-Sulzbach	2
4558	Allersburg	371	Amberg-Sulzbach	2
4559	Thonhausen	371	Amberg-Sulzbach	2
4560	Hohenburg	371	Amberg-Sulzbach	2
4561	Adertshausen	371	Amberg-Sulzbach	3
4562	Mendorferbuch	371	Amberg-Sulzbach	2
4563	Egelsheim	371	Amberg-Sulzbach	3
4564	Taubenbacher Forst	371	Amberg-Sulzbach	3
4565	Winbuch	371	Amberg-Sulzbach	3
4566	Rieden	371	Amberg-Sulzbach	3
4567	Siegenhofen	371	Amberg-Sulzbach	3
4568	Vilshofen	371	Amberg-Sulzbach	3
4569	Schmidmühlen	371	Amberg-Sulzbach	3
4570	Emhof	371	Amberg-Sulzbach	1
4602	Aßlschwang	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4603	Bachhausen	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4604	Berching	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4605	Berg b.Neumarkt i.d.OPf.	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4606	Berngau	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4607	Brunn	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4609	Burggriesbach	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4610	Deining	373	Neumarkt i.d.OPf.	1
4611	Deinschwang	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4612	Deusmauer	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4613	Dietkirchen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4614	Döllwang	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4615	Engelsberg	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4616	Erasbach	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4617	Ernersdorf	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4619	Forst	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4620	Freystadt	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4621	Fribertshofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4622	Gebertshofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4623	Geroldsee	373	Neumarkt i.d.OPf.	1
4625	Großalfalterbach	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4626	Großberghausen	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4627	Günching	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4629	Haimburg	373	Neumarkt i.d.OPf.	1
4630	Häuselstein	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4631	Hausheim	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4632	Helena	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4633	Heng	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4634	Höfen	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4635	Holnstein	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4636	Holzheim	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4637	Kruppach	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4638	Laaber	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4639	Labersricht	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4640	Lauterbach	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4641	Lauterhofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4642	Lengenfeld	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4643	Leutenbach	373	Neumarkt i.d.OPf.	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
4644	Lippertshofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4645	Litzlohe	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4646	Loderbach	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4647	Mantlach b.Velburg	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4648	Michelbach	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4649	Mittelricht	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4650	Mittersthal	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4651	Möning	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4652	Mörsdorf	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4653	Mühlen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4654	Mühlhausen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4655	Neumarkt i.d.OPf.	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4656	Oberbuchfeld	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4657	Oberhembach	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4659	Oberölsbach	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4660	Oberweiling	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4661	Oberwiesenacker	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4663	Pavelsbach	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4664	Pelchenhofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4665	Pettenhofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4666	Pfeffertshofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4667	Pilsach	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4668	Plankstetten	373	Neumarkt i.d.OPf.	1
4669	Pollanten	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4670	Pölling	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4671	Postbauer	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4672	Prönsdorf	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4673	Pyrbaum	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4675	Reichertshofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4676	Reichertswinn	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4677	Rengersricht	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4678	Röckersbühl	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4679	Ronsolden	373	Neumarkt i.d.OPf.	1
4680	Rudertshofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4681	Schmellnricht	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4682	Seligenporten	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4683	Sengenthal	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4684	Sindlbach	373	Neumarkt i.d.OPf.	1
4685	Sollngriesbach	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4686	Sondersfeld	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4687	Stauf	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4688	Staufersbuch	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4690	Stöckelsberg	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4691	Sulzbürg	373	Neumarkt i.d.OPf.	1
4693	Thann	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4694	Thannhausen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4695	Thundorf	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4696	Traunfeld	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4697	Trautmannshofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4698	Unterbuchfeld	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4699	Velburg	373	Neumarkt i.d.OPf.	1
4700	Wallnsdorf	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
4701	Waltersberg	373	Neumarkt i.d.OPf.	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
4702	Wappersdorf	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4703	Wattenberg	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4704	Woffenbach	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4706	Weidenwang	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
4751	Fronberg	376	Schwandorf	2
4752	Krondorf	376	Schwandorf	2
4753	Kronstetten	376	Schwandorf	2
4754	Haselbach	376	Schwandorf	3
4756	Wackersdorf	376	Schwandorf	2
4757	Rauberweiherhaus	376	Schwandorf	2
4758	Neukirchen	376	Schwandorf	3
4759	Gögglbach	376	Schwandorf	3
4760	Schwandorf	376	Schwandorf	2
4761	Alberndorf	376	Schwandorf	2
4762	Wolferlohe	376	Schwandorf	3
4763	Büchheim	376	Schwandorf	3
4764	Naabeck	376	Schwandorf	3
4765	Dachelhofen	376	Schwandorf	2
4766	Pilsheim	376	Schwandorf	3
4767	Wiefelsdorf	376	Schwandorf	2
4768	Klardorf	376	Schwandorf	2
4769	Oder	376	Schwandorf	2
4770	Steinberg	376	Schwandorf	2
4771	Höchensee	376	Schwandorf	3
4772	Hackelberg	376	Schwandorf	3
4773	Bubach a.d.Naab	376	Schwandorf	3
4774	Katzdorf	376	Schwandorf	2
4775	Lanzenried	376	Schwandorf	3
4776	Pottenstetten	376	Schwandorf	3
4777	Premberg	376	Schwandorf	3
4778	Münchshofen	376	Schwandorf	3
4779	Saltendorf a.d.Naab	376	Schwandorf	2
4780	Teublitz	376	Schwandorf	2
4781	Dietldorf	376	Schwandorf	3
4782	Burglengenfelder Forst	376	Schwandorf	3
4783	Burglengenfeld	376	Schwandorf	2
4784	Maxhütte-Haidhof	376	Schwandorf	2
4785	See	376	Schwandorf	3
4786	Leonberg	376	Schwandorf	2
4787	Pirkensee	376	Schwandorf	2
4788	Ponholz	376	Schwandorf	2
4789	Ponholzer Forst	376	Schwandorf	2
4801	Glaubendorf	376	Schwandorf	3
4802	Deindorf	376	Schwandorf	2
4803	Oberköblitz	376	Schwandorf	2
4804	Wernberg	376	Schwandorf	2
4805	Woppenhof	376	Schwandorf	2
4806	Neunaigen	376	Schwandorf	3
4807	Saltendorf	376	Schwandorf	3
4808	Losau	376	Schwandorf	2
4809	Söllitz	376	Schwandorf	2
4810	Trausnitz	376	Schwandorf	1
4811	Weihern	376	Schwandorf	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
4812	Iffelsdorf	376	Schwandorf	3
4813	Stein	376	Schwandorf	1
4814	Hohentreswitz	376	Schwandorf	3
4815	Fuchsendorf	376	Schwandorf	1
4816	Pfreimd	376	Schwandorf	2
4817	Pamsendorf	376	Schwandorf	3
4818	Bernhof	376	Schwandorf	2
4819	Gleiritsch	376	Schwandorf	2
4820	Wildstein	376	Schwandorf	2
4821	Zeinried	376	Schwandorf	2
4822	Fuchsberg	376	Schwandorf	2
4823	Teunz	376	Schwandorf	2
4824	Rottendorf	376	Schwandorf	2
4825	Niedermurach	376	Schwandorf	3
4826	Nottersdorf	376	Schwandorf	2
4827	Pertolzhofen	376	Schwandorf	2
4828	Wagnern	376	Schwandorf	3
4829	Schneeberg	376	Schwandorf	2
4830	Pondorf	376	Schwandorf	2
4831	Nunzenried	376	Schwandorf	2
4832	Winklarn	376	Schwandorf	2
4833	Muschenried	376	Schwandorf	3
4834	Haag	376	Schwandorf	2
4835	Mitterlangau	376	Schwandorf	2
4836	Wildeppenried	376	Schwandorf	2
4837	Pullenried	376	Schwandorf	2
4838	Pirkhof	376	Schwandorf	2
4839	Hof	376	Schwandorf	2
4840	Oberviechtach	376	Schwandorf	2
4841	Lind	376	Schwandorf	2
4842	Obermurach	376	Schwandorf	1
4843	Eigelsberg	376	Schwandorf	2
4844	Friedrichshäng	376	Schwandorf	1
4845	Dietersdorf	376	Schwandorf	1
4846	Schwand	376	Schwandorf	1
4847	Schönsee	376	Schwandorf	2
4848	Gaisthal	376	Schwandorf	2
4849	Weiding	376	Schwandorf	2
4850	Stadlern	376	Schwandorf	2
4851	Rottendorf	376	Schwandorf	3
4852	Gösselsdorf	376	Schwandorf	2
4853	Trisching	376	Schwandorf	3
4854	Schmidgaden	376	Schwandorf	3
4855	Högling	376	Schwandorf	2
4856	Wolfring	376	Schwandorf	2
4857	Dürnsricht	376	Schwandorf	2
4858	Frotzersricht	376	Schwandorf	2
4859	Haindorf	376	Schwandorf	2
4860	Perschen	376	Schwandorf	2
4861	Neusath	376	Schwandorf	2
4862	Brudersdorf	376	Schwandorf	3
4863	Nabburg	376	Schwandorf	3
4864	Diendorf	376	Schwandorf	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
4865	Unteraich	376	Schwandorf	3
4866	Guteneck	376	Schwandorf	2
4867	Pischdorf	376	Schwandorf	2
4868	Willhof	376	Schwandorf	3
4869	Dürnersdorf	376	Schwandorf	2
4870	Altendorf	376	Schwandorf	3
4871	Fronhof	376	Schwandorf	2
4872	Stulln	376	Schwandorf	3
4873	Schwarzenfeld	376	Schwandorf	2
4874	Pretzabruck	376	Schwandorf	2
4875	Sonnenried	376	Schwandorf	2
4876	Schwarzach b.Nabburg	376	Schwandorf	3
4877	Altfalter	376	Schwandorf	2
4878	Unterauerbach	376	Schwandorf	2
4879	Weiding in Schwarzach	376	Schwandorf	2
4901	Schwarzhofen	376	Schwandorf	3
4902	Demeldorf	376	Schwandorf	2
4903	Haag b.Schwarzhofen	376	Schwandorf	3
4904	Schwarzeneck	376	Schwandorf	2
4905	Uckersdorf	376	Schwandorf	3
4906	Zangenstein	376	Schwandorf	3
4907	Dieterskirchen	376	Schwandorf	2
4908	Bach	376	Schwandorf	2
4909	Prackendorf	376	Schwandorf	3
4910	Weislitz	376	Schwandorf	2
4911	Thanstein	376	Schwandorf	2
4912	Berg	376	Schwandorf	3
4913	Dautersdorf	376	Schwandorf	1
4914	Kulz	376	Schwandorf	2
4915	Neunburg vorm Wald	376	Schwandorf	2
4916	Eixendorf	376	Schwandorf	1
4917	Fuhrn	376	Schwandorf	2
4918	Katzdorf	376	Schwandorf	3
4919	Kemnath b.Fuhrn	376	Schwandorf	2
4920	Kröblitz	376	Schwandorf	3
4921	Lengfeld	376	Schwandorf	2
4922	Meißenberg	376	Schwandorf	3
4923	Mitteraschau	376	Schwandorf	2
4924	Penting	376	Schwandorf	3
4925	Seebarn	376	Schwandorf	3
4926	Thann	376	Schwandorf	1
4927	Kleinwinklarn	376	Schwandorf	3
4928	Bodenwöhr	376	Schwandorf	2
4929	Bodenwöhrer Forst	376	Schwandorf	2
4930	Erzhäuser	376	Schwandorf	2
4931	Taxöldern	376	Schwandorf	2
4932	Altenschwand	376	Schwandorf	2
4933	Neukirchen-Balbini	376	Schwandorf	3
4934	Boden	376	Schwandorf	3
4935	Egelsried	376	Schwandorf	3
4936	Hansenried	376	Schwandorf	3
4937	Alletsried	376	Schwandorf	3
4938	Bruck i.d.OPf.	376	Schwandorf	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
4939	Mappach	376	Schwandorf	2
4940	Mögendorf	376	Schwandorf	2
4941	Schöngras	376	Schwandorf	2
4942	Vorderthürn	376	Schwandorf	2
4943	Sollbach	376	Schwandorf	2
4944	Kaspeltshub	376	Schwandorf	3
4945	Nittenau	376	Schwandorf	3
4946	Bergham	376	Schwandorf	3
4947	Bleich	376	Schwandorf	3
4948	Bodenstein	376	Schwandorf	2
4949	Fischbach	376	Schwandorf	2
4950	Hof a.Regen	376	Schwandorf	1
4951	Neuhaus	376	Schwandorf	2
4952	Stefling	376	Schwandorf	1
4953	Treidling	376	Schwandorf	2
4954	Untermainsbach	376	Schwandorf	1
4955	Rötz	372	Cham	3
4956	Berndorf	372	Cham	3
4957	Bernried	372	Cham	2
4958	Fahnersdorf	372	Cham	2
4959	Diepoltsried	372	Cham	2
4960	Gmünd	372	Cham	3
4961	Grassersdorf	372	Cham	3
4962	Heinrichskirchen	372	Cham	3
4963	Hetzmannsdorf	372	Cham	2
4964	Hillstett	372	Cham	1
4965	Pillmersried I	372	Cham	3
4966	Pillmersried II	372	Cham	3
4967	Schatzendorf	372	Cham	2
4968	Flischbach	372	Cham	3
4969	Steegen	372	Cham	3
4970	Schönthal	372	Cham	3
4971	Döfering	372	Cham	3
4972	Hiltersried	372	Cham	3
4973	Loitendorf	372	Cham	3
4974	Premeischl	372	Cham	3
4975	Öd	372	Cham	3
4976	Thurau	372	Cham	2
4977	Neubäuer Forst	376	Schwandorf	2
5001	Schönau	372	Cham	2
5002	Hannesried	372	Cham	2
5003	Breitenried	372	Cham	2
5004	Steinlohe	372	Cham	2
5005	Altenschneeberg	372	Cham	1
5006	Tiefenbach	372	Cham	2
5007	Irlach	372	Cham	2
5008	Katzelsried	372	Cham	2
5009	Treffelstein	372	Cham	2
5010	Biberbach	372	Cham	2
5011	Untergrafenried	372	Cham	3
5012	Spielberg	372	Cham	2
5013	Höll	372	Cham	2
5014	Arnstein	372	Cham	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
5015	Schäferei	372	Cham	2
5016	Ast	372	Cham	2
5017	Hocha	372	Cham	2
5018	Waldmünchen	372	Cham	1
5019	Ulrichsgrün	372	Cham	1
5020	Englmannsbrunn	372	Cham	2
5021	Albernhof	372	Cham	2
5022	Prosdorf	372	Cham	1
5023	Rannersdorf	372	Cham	2
5024	Herzogau	372	Cham	1
5025	Sinzendorf	372	Cham	3
5026	Geigant	372	Cham	2
5027	Katzbach	372	Cham	1
5028	Häuslarn	372	Cham	1
5029	Großenzenried	372	Cham	3
5030	Diebersried	372	Cham	2
5031	Friedersried	372	Cham	3
5032	Stamsried	372	Cham	3
5033	Asbach	372	Cham	3
5034	Hitzelsberg	372	Cham	3
5035	Kollenzendorf	372	Cham	3
5036	Pösing	372	Cham	3
5037	Grafenkirchen	372	Cham	2
5038	Engelsdorf	372	Cham	3
5039	Kager	372	Cham	2
5040	Pemfling	372	Cham	3
5041	Pitzling	372	Cham	3
5042	Obernried	372	Cham	1
5043	Kolmberg	372	Cham	2
5044	Waffenbrunn	372	Cham	3
5045	Rhanwalting	372	Cham	3
5046	Willmering	372	Cham	3
5047	Gleißenberg	372	Cham	1
5048	Habersdorf	372	Cham	2
5049	Dalking	372	Cham	3
5050	Weiding	372	Cham	3
5051	Walting	372	Cham	3
5052	Arnschwang	372	Cham	3
5053	Nößwartling	372	Cham	2
5054	Zenching	372	Cham	2
5055	Lixenried	372	Cham	1
5056	Grabitz	372	Cham	1
5057	Furth i.Wald	372	Cham	3
5058	Ränkam	372	Cham	3
5059	Sengenbühl	372	Cham	3
5060	Großaign	372	Cham	3
5061	Kleinaign	372	Cham	3
5062	Eschlkam	372	Cham	3
5063	Stachesried	372	Cham	3
5064	Warzenried	372	Cham	3
5065	Schwarzenberg	372	Cham	3
5066	Vorderbuchberg	372	Cham	2
5067	Neukirchen b.Hl.Blut	372	Cham	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
5068	Atzlern	372	Cham	1
5069	Rittsteig	372	Cham	1
5070	Kolmstein	372	Cham	1
5071	Fronau	372	Cham	3
5072	Strahlfeld	372	Cham	2
5073	Neubäu	372	Cham	2
5074	Wetterfeld	372	Cham	2
5075	Altenkreith	372	Cham	2
5076	Mitterdorf	372	Cham	2
5077	Roding	372	Cham	2
5078	Braunried	372	Cham	3
5079	Ziehring	372	Cham	3
5080	Regenpeilstein	372	Cham	1
5081	Wiesing	372	Cham	1
5082	Zimmering	372	Cham	2
5083	Trasching	372	Cham	1
5084	Obertrübenbach	372	Cham	3
5085	Kalsing	372	Cham	2
5086	Loibling	372	Cham	3
5087	Katzberg	372	Cham	3
5088	Windischbergerdorf	372	Cham	3
5089	Cham	372	Cham	2
5090	Thierlstein	372	Cham	2
5091	Altenmarkt	372	Cham	2
5092	Chameregg	372	Cham	3
5093	Chammünster	372	Cham	2
5094	Hof	372	Cham	2
5095	Gutmaning	372	Cham	2
5096	Haderstadl	372	Cham	2
5097	Vilzing	372	Cham	2
5098	Schachendorf	372	Cham	2
5099	Raindorf	372	Cham	2
5100	Niederrunding	372	Cham	2
5101	Runding	372	Cham	2
5102	Chamerau	372	Cham	1
5103	Bärndorf	372	Cham	2
5104	Lederdorn	372	Cham	1
5105	Thenried	372	Cham	1
5106	Rimbach	372	Cham	1
5107	Voggendorf	372	Cham	2
5108	Grafenwiesen	372	Cham	3
5109	Ansdorf	372	Cham	1
5110	Hohenwarth	372	Cham	1
5111	Gotzendorf	372	Cham	1
5112	Hoher Bogen	372	Cham	1
5113	Haibühl	372	Cham	1
5114	Arrach	372	Cham	1
5115	Engelshütt	372	Cham	1
5116	Lam	372	Cham	1
5117	Lohberg	372	Cham	1
5118	Haus	372	Cham	2
5119	Dieberg	372	Cham	2
5120	Walderbach	372	Cham	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
5121	Kirchenrohrbach	372	Cham	3
5122	Katzenrohrbach	372	Cham	1
5123	Tiefenbach	372	Cham	1
5124	Reichenbach	372	Cham	2
5125	Wald	372	Cham	2
5126	Buchendorf	372	Cham	1
5127	Mainsbauern	372	Cham	1
5128	Süssenbach	372	Cham	1
5129	Siegenstein	372	Cham	2
5130	Beucherling	372	Cham	2
5131	Zell	372	Cham	1
5133	Schillertswiesen	372	Cham	1
5134	Au	372	Cham	1
5135	Falkenstein	372	Cham	1
5136	Arrach	372	Cham	2
5137	Rettenbach	372	Cham	2
5138	Ebersroith	372	Cham	2
5139	Haag	372	Cham	1
5140	Michelsneukirchen	372	Cham	2
5141	Obertraubenbach	372	Cham	2
5142	Penting	372	Cham	3
5143	Hötzing	372	Cham	3
5144	Schorndorf	372	Cham	2
5145	Thierling	372	Cham	2
5146	Neuhaus	372	Cham	1
5147	Loifling	372	Cham	2
5148	Traitsching	372	Cham	3
5149	Sattelpeilnstein	372	Cham	1
5150	Obergoßzell	372	Cham	1
5151	Sattelbogen	372	Cham	1
5152	Atzenzell	372	Cham	1
5153	Birnbrunn	372	Cham	1
5154	Zandt	372	Cham	2
5155	Harrling	372	Cham	3
5156	Wolfersdorf	372	Cham	3
5157	Grub	372	Cham	3
5158	Miltach	372	Cham	1
5159	Oberndorf	372	Cham	2
5160	Eismannsberg	372	Cham	1
5161	Altrandsberg	372	Cham	2
5162	Blaibach	372	Cham	3
5163	Kreuzbach	372	Cham	2
5164	Allmannsdorf	372	Cham	3
5165	Liebenstein	372	Cham	2
5166	Haus	372	Cham	3
5167	Gehstorf	372	Cham	2
5168	Bad Kötzting	372	Cham	3
5169	Arndorf	372	Cham	1
5170	Weißenregen	372	Cham	2
5171	Traidersdorf	372	Cham	1
5172	Sackenried	372	Cham	1
5173	Wettzell	372	Cham	1
5201	Adlmannstein	375	Regensburg	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
5204	Altenthann	375	Regensburg	3
5207	Bach a.d.Donau	375	Regensburg	1
5209	Bergmatting	375	Regensburg	3
5210	Bernhardswald	375	Regensburg	3
5211	Birkenzant	375	Regensburg	1
5212	Brennberg	375	Regensburg	1
5213	Bruckbach	375	Regensburg	1
5219	Demling	375	Regensburg	3
5221	Diesenbach	375	Regensburg	3
5222	Dietersweg	375	Regensburg	1
5223	Donaustauf	375	Regensburg	3
5225	Eichhofen	375	Regensburg	3
5226	Eilsbrunn	375	Regensburg	3
5227	Eitlbrunn	375	Regensburg	3
5229	Erlbach	375	Regensburg	3
5230	Etterzhausen	375	Regensburg	1
5231	Forstmühler Forst	375	Regensburg	1
5232	Frankenberg	375	Regensburg	1
5233	Frauenzell	375	Regensburg	1
5239	Glapfenberg	375	Regensburg	1
5241	Göppenbach	375	Regensburg	3
5242	Grafenwinn	375	Regensburg	1
5246	Großberg	375	Regensburg	2
5249	Grünthal II	375	Regensburg	2
5250	Hackenberg	375	Regensburg	3
5252	Hagenau	375	Regensburg	2
5257	Haugenried	375	Regensburg	3
5258	Hauzendorf	375	Regensburg	3
5259	Hauzenstein	375	Regensburg	2
5260	Heilinghausen	375	Regensburg	1
5262	Hirschling	375	Regensburg	1
5263	Hofdorf	375	Regensburg	3
5265	Hungersacker	375	Regensburg	1
5269	Karlstein	375	Regensburg	1
5271	Kleinprüfening	375	Regensburg	3
5272	Kneiting	375	Regensburg	3
5274	Kreuth	375	Regensburg	1
5276	Kürn	375	Regensburg	1
5277	Lambertsneukirchen	375	Regensburg	3
5280	Lichtenwald	375	Regensburg	1
5284	Matting	375	Regensburg	3
5292	Nittendorf	375	Regensburg	3
5297	Pentling	375	Regensburg	3
5299	Pettenreuth	375	Regensburg	3
5301	Pfaffenfang	375	Regensburg	3
5303	Pfatter	375	Regensburg	3
5306	Pielenhofer Wald l.d.Naab	375	Regensburg	1
5307	Plitting	375	Regensburg	3
5311	Ramspau	375	Regensburg	1
5312	Regendorf	375	Regensburg	2
5314	Regenstauf	375	Regensburg	1
5315	Reichenstetten	375	Regensburg	3
5324	Schneitweg	375	Regensburg	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
5325	Schönach	375	Regensburg	2
5326	Schönhofen	375	Regensburg	1
5327	Schönleiten	375	Regensburg	2
5329	Schwaighauser Forst	375	Regensburg	3
5331	Sinzing	375	Regensburg	3
5333	Steinsberg	375	Regensburg	3
5336	Sulzbach a.d.Donau	375	Regensburg	1
5338	Tegernheim	375	Regensburg	3
5341	Tiefenthal	375	Regensburg	1
5344	Viehhausen	375	Regensburg	3
5347	Weihern	375	Regensburg	1
5349	Wenzenbach	375	Regensburg	3
5351	Winzer	375	Regensburg	3
5352	Wörth a.d.Donau	375	Regensburg	3
5353	Wolfersdorf	375	Regensburg	3
5354	Wolfsegg	375	Regensburg	3
5356	Wulkersdorf	375	Regensburg	3
5358	Zeitlarn	375	Regensburg	2
5401	Batzhausen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
5402	Eichenhofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
5403	Ittelhofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
5404	Schnufenhofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
5406	Wissing	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5407	Daßwang	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
5408	Hörmannsdorf	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
5409	Rudenshofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
5410	Darshofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5411	Parsberg	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5412	Willenhofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
5414	Degerndorf	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5416	See	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5418	Hohenfels	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5421	Gimpertshausen	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5422	Dürn	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5423	Kemnathen	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
5424	Buch	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5425	Hamberg	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
5429	Erggertshofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5431	Unterbürg	373	Neumarkt i.d.OPf.	1
5432	Muttenhofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5433	Mallerstetten	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5434	Hainsberg	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5435	Ottmaring	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
5436	Dietfurt a.d.Altmühl	373	Neumarkt i.d.OPf.	2
5437	Wildenstein	373	Neumarkt i.d.OPf.	1
5438	Predlfing	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5439	Eutenhofen	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5441	Töging	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5442	Griesstetten	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5443	Mühlbach	373	Neumarkt i.d.OPf.	1
5445	Vogelthal	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5446	Arnsdorf	373	Neumarkt i.d.OPf.	3
5447	Zell	373	Neumarkt i.d.OPf.	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
5452	Mausheim	375	Regensburg	3
5455	Beilnstein	375	Regensburg	1
5457	Dallackenried	375	Regensburg	3
5458	Rohrbach	375	Regensburg	3
5459	Traidendorf	375	Regensburg	1
5460	Eich	375	Regensburg	3
5461	Kallmünz	375	Regensburg	2
5462	Fischbach	375	Regensburg	2
5463	Krachenhausen	375	Regensburg	3
5466	Hochdorf	375	Regensburg	3
5467	Wischenhofen	375	Regensburg	3
5468	Duggendorf	375	Regensburg	1
5469	Heitzenhofen	375	Regensburg	3
5470	Endorf	375	Regensburg	3
5471	Bergstetten	375	Regensburg	3
5472	Großetzenberg	375	Regensburg	3
5473	Laaber	375	Regensburg	3
5474	Brunn	375	Regensburg	3
5475	Deuerling	375	Regensburg	3
5476	Pielenhofer Wald r.d.Naab	375	Regensburg	1
5477	Berletzhof	375	Regensburg	2
5479	Neukirchen	375	Regensburg	3
5480	Thonlohe	375	Regensburg	3
5481	Langenkreith	375	Regensburg	3
5482	Hemau	375	Regensburg	3
5486	Aichkirchen	375	Regensburg	3
5487	Klingen	375	Regensburg	3
5488	Hohenschambach	375	Regensburg	3
5501	Deising	273	Kelheim	1
5502	Meihern	273	Kelheim	1
5503	Perletzhofen	273	Kelheim	3
5504	Otterzhofen	273	Kelheim	3
5505	Jachenhausen	273	Kelheim	3
5506	Altmühlmünster	273	Kelheim	1
5507	Thann	273	Kelheim	3
5508	Eggersberg	273	Kelheim	3
5509	Riedenburg	273	Kelheim	1
5510	Dieterzhofen	273	Kelheim	3
5511	Schaitdorf	273	Kelheim	3
5513	Keilsdorf	273	Kelheim	3
5514	Prunn	273	Kelheim	3
5515	Hattenhausen	273	Kelheim	3
5516	Buch	273	Kelheim	3
5517	Echendorf	273	Kelheim	3
5518	Neulohe	273	Kelheim	3
5519	Painten	273	Kelheim	3
5520	Rothenbügl	273	Kelheim	3
5521	Paintner Forst	273	Kelheim	3
5522	Klingen – Painten	273	Kelheim	3
5551	Zinzenzell	278	Straubing-Bogen	1
5552	Schönstein	278	Straubing-Bogen	1
5553	Loitzendorf	278	Straubing-Bogen	1
5554	Gittensdorf	278	Straubing-Bogen	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
5555	Gossersdorf	278	Straubing-Bogen	1
5556	Rattenberg	278	Straubing-Bogen	1
5557	Landorf	278	Straubing-Bogen	1
5558	Auggenbach	278	Straubing-Bogen	1
5559	Konzell	278	Straubing-Bogen	1
5560	Siegersdorf	278	Straubing-Bogen	1
5561	Höhenberg	278	Straubing-Bogen	2
5562	Wiesenfelden	278	Straubing-Bogen	2
5563	Geraszell	278	Straubing-Bogen	2
5564	Haunkenzell	278	Straubing-Bogen	3
5565	Stallwang	278	Straubing-Bogen	1
5566	Herrnfehlburg	278	Straubing-Bogen	1
5567	Irschenbach	278	Straubing-Bogen	2
5568	Prünstfehlburg	278	Straubing-Bogen	1
5569	Elisabethszell	278	Straubing-Bogen	1
5570	Pilgramsberg	278	Straubing-Bogen	1
5571	Eggerszell	278	Straubing-Bogen	3
5572	Rattiszell	278	Straubing-Bogen	3
5573	Haselbach	278	Straubing-Bogen	2
5574	Haibach	278	Straubing-Bogen	1
5575	Sankt Englmar	278	Straubing-Bogen	1
5576	Waxenberg	278	Straubing-Bogen	1
5577	Saulburg	278	Straubing-Bogen	1
5578	Falkenfels	278	Straubing-Bogen	3
5579	Bärnzell	278	Straubing-Bogen	3
5580	Ascha	278	Straubing-Bogen	3
5581	Landasberg	278	Straubing-Bogen	1
5582	Dachsberg	278	Straubing-Bogen	3
5588	Gschwendt	278	Straubing-Bogen	3
5589	Mitterfels	278	Straubing-Bogen	1
5590	Neukirchen	278	Straubing-Bogen	1
5591	Obermühlbach	278	Straubing-Bogen	1
5597	Gaishausen	278	Straubing-Bogen	3
5598	Steinburg	278	Straubing-Bogen	1
5599	Au vorm Wald	278	Straubing-Bogen	3
5600	Perasdorf	278	Straubing-Bogen	1
5601	Schwarzacher Hochwald	278	Straubing-Bogen	1
5607	Parkstetten	278	Straubing-Bogen	3
5608	Oberalteich	278	Straubing-Bogen	3
5609	Hunderdorf	278	Straubing-Bogen	3
5610	Windberg	278	Straubing-Bogen	1
5612	Unterzeitldorn	278	Straubing-Bogen	3
5613	Reibersdorf	278	Straubing-Bogen	3
5614	Bogen	278	Straubing-Bogen	3
5616	Degernbach	278	Straubing-Bogen	3
5617	Schwarzach	278	Straubing-Bogen	3
5618	Albertsried	278	Straubing-Bogen	1
5622	Kagers	278	Straubing-Bogen	3
5623	Hornstorf	278	Straubing-Bogen	3
5629	Niederwinkling	278	Straubing-Bogen	3
5643	Waltendorf	278	Straubing-Bogen	3
5644	Mariaposching	278	Straubing-Bogen	3
5702	Niederndorf	276	Regen	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
5703	Arnbruck	276	Regen	1
5704	Bayerisch Eisenstein	276	Regen	1
5705	Moosbach	276	Regen	2
5706	Ruhmannsdorf	276	Regen	2
5707	Blossersberg	276	Regen	1
5708	Wiesing	276	Regen	1
5709	Drachselsried	276	Regen	1
5710	Bodenmais	276	Regen	1
5713	Rabenstein	276	Regen	1
5714	Neunußberg	276	Regen	1
5715	Prackenbach	276	Regen	1
5716	Viechtach	276	Regen	2
5717	Zwieslerwaldhaus	276	Regen	1
5718	Schönau	276	Regen	1
5719	Rechertsried	276	Regen	1
5720	Kollnburg	276	Regen	1
5721	Schlatzendorf	276	Regen	1
5722	Kirchaitnach	276	Regen	1
5723	Allersdorf	276	Regen	1
5724	Geiersthal	276	Regen	1
5725	Böbrach	276	Regen	1
5728	Teisnach	276	Regen	1
5729	Langdorf	276	Regen	1
5730	Brandten	276	Regen	1
5731	Klautzenbach	276	Regen	1
5732	Zwiesel	276	Regen	1
5733	Lindberg	276	Regen	1
5735	Achslach	276	Regen	1
5736	Patersdorf	276	Regen	1
5737	Ruhmannsfelden	276	Regen	1
5738	Gotteszell	276	Regen	1
5739	Zachenberg	276	Regen	1
5740	March	276	Regen	1
5741	Obermitterdorf	276	Regen	1
5742	Bärndorf	276	Regen	1
5743	Regen	276	Regen	1
5744	Rinchnachmündt	276	Regen	1
5745	Bärnzell	276	Regen	1
5746	Frauenau	276	Regen	1
5747	Oberneumais	276	Regen	1
5748	Reinhartsmais	276	Regen	1
5749	Eggenried	276	Regen	1
5750	Kasberg	276	Regen	1
5751	Rinchnach	276	Regen	1
5752	Habischried	276	Regen	1
5753	Bischofsmais	276	Regen	1
5754	Hochdorf	276	Regen	1
5755	Zell	276	Regen	1
5756	Reichertsried	276	Regen	1
5757	Ellerbach	276	Regen	1
5758	Kirchberg	276	Regen	1
5759	Schlag	276	Regen	1
5760	Kirchdorf i.Wald	276	Regen	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
5761	Raindorf	276	Regen	1
5762	Abtschlag	276	Regen	1
5802	Klingenbrunn	272	Freyung-Grafenau	1
5803	Sankt Oswald	272	Freyung-Grafenau	1
5806	Neuschönau	272	Freyung-Grafenau	1
5807	Mauther Forst	272	Freyung-Grafenau	1
5808	Schönbrunn a.Lusen	272	Freyung-Grafenau	1
5809	Mauth	272	Freyung-Grafenau	1
5810	Annathal	272	Freyung-Grafenau	1
5811	Eppenschlag	272	Freyung-Grafenau	1
5812	Oberkreuzberg	272	Freyung-Grafenau	1
5813	Großarmschlag	272	Freyung-Grafenau	1
5814	Rosenau	272	Freyung-Grafenau	1
5815	Grafenau	272	Freyung-Grafenau	1
5816	Neudorf	272	Freyung-Grafenau	1
5817	Wasching	272	Freyung-Grafenau	1
5818	Hohenau	272	Freyung-Grafenau	1
5819	Kreuzberg	272	Freyung-Grafenau	1
5820	Herzogsreut	272	Freyung-Grafenau	1
5821	Philippsreut	272	Freyung-Grafenau	1
5822	Bischofsreut	272	Freyung-Grafenau	1
5823	Gmünd	272	Freyung-Grafenau	1
5824	Großmisselberg	272	Freyung-Grafenau	1
5825	Hartmannsreit	272	Freyung-Grafenau	1
5826	Bärnstein	272	Freyung-Grafenau	1
5827	Schlag	272	Freyung-Grafenau	1
5828	Allhartsmais	272	Freyung-Grafenau	1
5829	Schöfweg	272	Freyung-Grafenau	1
5831	Hilgenreith	272	Freyung-Grafenau	1
5832	Innernzell	272	Freyung-Grafenau	1
5833	Mitternach	272	Freyung-Grafenau	1
5834	Schönberg	272	Freyung-Grafenau	1
5835	Liebersberg	272	Freyung-Grafenau	1
5836	Zenting	272	Freyung-Grafenau	1
5837	Solla	272	Freyung-Grafenau	1
5838	Kirchberg	272	Freyung-Grafenau	1
5839	Eberhardsreuth	272	Freyung-Grafenau	1
5840	Nendlnach	272	Freyung-Grafenau	1
5841	Haus i.Wald	272	Freyung-Grafenau	1
5842	Heinrichsreit	272	Freyung-Grafenau	1
5843	Ringelai	272	Freyung-Grafenau	1
5844	Kumreut	272	Freyung-Grafenau	1
5845	Ahornöd	272	Freyung-Grafenau	1
5846	Ort	272	Freyung-Grafenau	1
5847	Freyung	272	Freyung-Grafenau	1
5848	Wolfstein	272	Freyung-Grafenau	1
5849	Hinterschmiding	272	Freyung-Grafenau	1
5850	Rehberg	272	Freyung-Grafenau	1
5851	Grainet	272	Freyung-Grafenau	1
5852	Frauenberg	272	Freyung-Grafenau	1
5853	Ranfels	272	Freyung-Grafenau	1
5854	Thurmansbang	272	Freyung-Grafenau	1
5855	Saldenburg	272	Freyung-Grafenau	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
5856	Forstöd	272	Freyung-Grafenau	1
5857	Lembach	272	Freyung-Grafenau	1
5858	Waldenreut	272	Freyung-Grafenau	1
5859	Perlesreut	272	Freyung-Grafenau	1
5860	Niederperlesreut	272	Freyung-Grafenau	1
5861	Praßreut	272	Freyung-Grafenau	3
5862	Harsdorf	272	Freyung-Grafenau	1
5863	Karlsbach	272	Freyung-Grafenau	1
5864	Böhmzwiesel	272	Freyung-Grafenau	1
5865	Fürholz	272	Freyung-Grafenau	1
5866	Vorderfreundorf	272	Freyung-Grafenau	1
5867	Hintereben	272	Freyung-Grafenau	3
5868	Altreichenau	272	Freyung-Grafenau	1
5869	Neureichenau	272	Freyung-Grafenau	1
5870	Lackenhäuser	272	Freyung-Grafenau	1
5871	Fürsteneck	272	Freyung-Grafenau	1
5872	Wilhelmsreut	272	Freyung-Grafenau	1
5873	Oberndorf	272	Freyung-Grafenau	1
5874	Röhrnbach	272	Freyung-Grafenau	3
5875	Außernbrünst	272	Freyung-Grafenau	2
5876	Schiefweg	272	Freyung-Grafenau	1
5877	Stadl	272	Freyung-Grafenau	1
5878	Jandelsbrunn	272	Freyung-Grafenau	3
5879	Gsenget	272	Freyung-Grafenau	3
5880	Klafferstraß	272	Freyung-Grafenau	2
5881	Unterhöhenstetten	272	Freyung-Grafenau	1
5882	Waldkirchen	272	Freyung-Grafenau	1
5883	Ratzing	272	Freyung-Grafenau	3
5884	Oberfrauenwald	272	Freyung-Grafenau	1
5885	Heindlschlag	272	Freyung-Grafenau	1
5901	Bernried	271	Deggendorf	1
5902	Edenstetten	271	Deggendorf	1
5903	Egg	271	Deggendorf	3
5904	Bergern	271	Deggendorf	1
5905	Hirschberg	271	Deggendorf	1
5906	Grafling	271	Deggendorf	1
5907	Alberting	271	Deggendorf	1
5909	Buchberg	271	Deggendorf	2
5910	Offenberg	271	Deggendorf	3
5911	Metten	271	Deggendorf	3
5913	Fischerdorf	271	Deggendorf	3
5914	Schaching	271	Deggendorf	3
5915	Deggendorf	271	Deggendorf	3
5916	Mietraching	271	Deggendorf	1
5917	Greising	271	Deggendorf	1
5918	Deggenau	271	Deggendorf	1
5919	Seebach	271	Deggendorf	1
5920	Schaufling	271	Deggendorf	1
5921	Urlading	271	Deggendorf	2
5922	Lalling	271	Deggendorf	1
5923	Hunding	271	Deggendorf	1
5924	Nabin	271	Deggendorf	1
5925	Oberaign	271	Deggendorf	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
5926	Grattersdorf	271	Deggendorf	3
5927	Winsing	271	Deggendorf	3
5933	Plattling	271	Deggendorf	3
5934	Pielweichs	271	Deggendorf	3
5937	Moos	271	Deggendorf	3
5940	Niederalteich	271	Deggendorf	3
5941	Altenufer	271	Deggendorf	3
5942	Hengersberg	271	Deggendorf	3
5943	Schwarzach	271	Deggendorf	3
5944	Auerbach	271	Deggendorf	3
5945	Engolling	271	Deggendorf	3
5948	Schöllnach	271	Deggendorf	3
5949	Taiding	271	Deggendorf	3
5950	Riggerding	271	Deggendorf	1
5951	Iggensbach	271	Deggendorf	3
5952	Außernzell	271	Deggendorf	3
5953	Winzer	271	Deggendorf	3
5954	Neßlbach	271	Deggendorf	3
6001	Abensberg	273	Kelheim	2
6005	Altdürnbuch	273	Kelheim	2
6006	Altessing	273	Kelheim	1
6015	Biburg	273	Kelheim	2
6017	Dürnbucher Forst	273	Kelheim	2
6019	Eining	273	Kelheim	3
6021	Einwald	273	Kelheim	2
6022	Frauenforst	273	Kelheim	3
6024	Geibenstetten	273	Kelheim	2
6025	Gronsdorf	273	Kelheim	2
6035	Hienheimer Forst	273	Kelheim	3
6040	Irlbrunn	273	Kelheim	3
6055	Mauern	273	Kelheim	2
6060	Mühlhausen	273	Kelheim	2
6061	Neuessing	273	Kelheim	1
6062	Neukelheim	273	Kelheim	3
6063	Neustadt a.d.Donau	273	Kelheim	2
6068	Oberndorf	273	Kelheim	2
6071	Oberulrain	273	Kelheim	2
6073	Offenstetten	273	Kelheim	2
6076	Peterfecking	273	Kelheim	1
6081	Randeck	273	Kelheim	3
6089	Sandharlanden	273	Kelheim	3
6093	Staudach	273	Kelheim	2
6095	Stausacker	273	Kelheim	3
6104	Walddorf	273	Kelheim	3
6105	Weltenburg	273	Kelheim	3
6188	Moosthenning	279	Dingolfing-Landau	3
6251	Eging a.See	275	Passau	3
6252	Aicha vorm Wald	275	Passau	3
6253	Hofkirchen	275	Passau	3
6254	Hilgartsberg	275	Passau	1
6255	Garham	275	Passau	3
6256	Albersdorf	275	Passau	1
6257	Rathsmannsdorf	275	Passau	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
6258	Otterskirchen	275	Passau	3
6259	Windorf	275	Passau	3
6260	Pleinting	275	Passau	3
6261	Alkofen	275	Passau	3
6264	Zeitlarn	275	Passau	3
6301	Fürstenstein	275	Passau	1
6302	Tittling	275	Passau	3
6303	Witzmannsberg	275	Passau	1
6304	Neukirchen vorm Wald	275	Passau	3
6305	München	275	Passau	1
6306	Prag	275	Passau	3
6307	Hutthurm	275	Passau	3
6308	Leoprechting	275	Passau	3
6309	Nirsching	275	Passau	3
6310	Raßberg	275	Passau	1
6311	Wotzdorf	275	Passau	1
6312	Hauzenberg	275	Passau	1
6313	Raßreuth	275	Passau	1
6314	Oberdiendorf	275	Passau	1
6315	Jahrdorf	275	Passau	1
6316	Germannsdorf	275	Passau	1
6317	Windpassing	275	Passau	3
6318	Oberneureuth	275	Passau	1
6319	Sonnen	275	Passau	1
6320	Gegenbach	275	Passau	1
6321	Breitenberg	275	Passau	3
6322	Schönberg	275	Passau	1
6323	Gollnerberg	275	Passau	3
6324	Ruderting	275	Passau	3
6325	Haselbach	275	Passau	3
6326	Kirchberg	275	Passau	3
6327	Tiefenbach	275	Passau	3
6328	Straßkirchen	275	Passau	3
6329	Salzweg	275	Passau	3
6331	Thyrnau	275	Passau	3
6332	Kellberg	275	Passau	1
6333	Schaibing	275	Passau	3
6334	Oberötzdorf	275	Passau	1
6335	Untergriesbach	275	Passau	1
6336	Lämmersdorf	275	Passau	1
6337	Gottsdorf	275	Passau	1
6338	Thalberg	275	Passau	1
6339	Möslberg	275	Passau	1
6340	Kasberg	275	Passau	1
6341	Meßnerschlag	275	Passau	3
6342	Thurnreuth	275	Passau	1
6343	Wildenranna	275	Passau	1
6344	Wegscheid	275	Passau	1
6345	Eidenberg	275	Passau	1
6346	Ederlsdorf	275	Passau	1
6347	Obernzell	275	Passau	1
6349	Hacklberg	275	Passau	1
6350	Ries	275	Passau	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
6351	Hals	275	Passau	1
6352	Grubweg	275	Passau	1
6353	Passau	275	Passau	1
6356	Beiderwies	275	Passau	1
6363	Neuburg a.Inn	275	Passau	3
6366	Sachsenham	275	Passau	3
6367	Uttlau	275	Passau	3
6403	Asenham	277	Rottal-Inn	3
6414	Gangerbauer	277	Rottal-Inn	3
6442	Mitterskirchen	277	Rottal-Inn	3
6445	Neukirchen	277	Rottal-Inn	3
6457	Rogglfing	277	Rottal-Inn	3
6464	Schmiedorf	277	Rottal-Inn	3
6501	Walburgskirchen	277	Rottal-Inn	3
6505	Schildthurn	277	Rottal-Inn	3
6506	Gumpersdorf	277	Rottal-Inn	3
6509	Taubenbach	277	Rottal-Inn	1
6512	Stubenberg	277	Rottal-Inn	3
6513	Münchham	277	Rottal-Inn	1
6515	Eggstetten	277	Rottal-Inn	1
6516	Kirchberg a.Inn	277	Rottal-Inn	3
6517	Simbach a.Inn	277	Rottal-Inn	3
6518	Erlach	277	Rottal-Inn	3
6610	Gündlkofen	274	Landshut	2
6616	Münchnerau	274	Landshut	2
6618	Achdorf	274	Landshut	1
6701	Fremdingen	779	Donau-Ries	3
6702	Schopflohe	779	Donau-Ries	3
6705	Hochaltingen	779	Donau-Ries	3
6707	Dornstadt-Linkersbaindt	779	Donau-Ries	2
6710	Lochenbach	779	Donau-Ries	3
6720	Steinhart	779	Donau-Ries	3
6721	Megesheim	779	Donau-Ries	2
6723	Schwörsheim	779	Donau-Ries	2
6724	Laub	779	Donau-Ries	2
6744	Wechingen	779	Donau-Ries	3
6749	Rudelstetten	779	Donau-Ries	2
6753	Ederheim	779	Donau-Ries	3
6754	Hürnheim	779	Donau-Ries	3
6755	Christgarten	779	Donau-Ries	1
6760	Kleinsorheim	779	Donau-Ries	3
6761	Niederaltheim	779	Donau-Ries	3
6762	Hohenaltheim	779	Donau-Ries	3
6763	Forheim	779	Donau-Ries	3
6768	Mönchsdeggingen	779	Donau-Ries	3
6769	Ziswingen	779	Donau-Ries	3
6770	Untermagerbein	779	Donau-Ries	3
6772	Rohrbach	779	Donau-Ries	3
6773	Amerbach	779	Donau-Ries	3
6774	Wemding	779	Donau-Ries	3
6776	Huisheim	779	Donau-Ries	3
6803	Fronhofen	773	Dillingen a.d.Donau	3
6804	Burgmagerbein	773	Dillingen a.d.Donau	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
6808	Zoltingen	773	Dillingen a.d.Donau	3
6809	Unterringingen	773	Dillingen a.d.Donau	3
6810	Leiheim	773	Dillingen a.d.Donau	3
6813	Hochstein	773	Dillingen a.d.Donau	3
6818	Unterbissingen	773	Dillingen a.d.Donau	3
6824	Höchstädt a.d.Donau	773	Dillingen a.d.Donau	3
6828	Blindheim	773	Dillingen a.d.Donau	3
6830	Gremheim	773	Dillingen a.d.Donau	3
6835	Staufen	773	Dillingen a.d.Donau	3
6852	Bächingen a.d.Brenz	773	Dillingen a.d.Donau	3
6854	Peterswörth	773	Dillingen a.d.Donau	3
6855	Echenbrunn	773	Dillingen a.d.Donau	3
6858	Lauingen (Donau)	773	Dillingen a.d.Donau	3
6862	Steinheim	773	Dillingen a.d.Donau	3
6864	Dillingen a.d.Donau	773	Dillingen a.d.Donau	3
6866	Kicklingen	773	Dillingen a.d.Donau	3
6868	Lauterbach	773	Dillingen a.d.Donau	3
6869	Unterthürheim	773	Dillingen a.d.Donau	3
6870	Oberthürheim	773	Dillingen a.d.Donau	3
6871	Buttenwiesen	773	Dillingen a.d.Donau	3
6873	Frauenstetten	773	Dillingen a.d.Donau	3
6901	Zwerchstraß	779	Donau-Ries	3
6902	Hagau	779	Donau-Ries	3
6903	Wolferstadt	779	Donau-Ries	3
6904	Otting	779	Donau-Ries	3
6905	Nußbühl	779	Donau-Ries	3
6906	Fünfstetten	779	Donau-Ries	3
6907	Weilheim	779	Donau-Ries	3
6908	Rehau	779	Donau-Ries	3
6909	Wittesheim	779	Donau-Ries	3
6910	Monheim	779	Donau-Ries	3
6911	Flotzheim	779	Donau-Ries	3
6912	Ried	779	Donau-Ries	3
6913	Warching	779	Donau-Ries	3
6914	Itzing	779	Donau-Ries	3
6915	Kölburg	779	Donau-Ries	3
6916	Rögling	779	Donau-Ries	1
6917	Tagmersheim	779	Donau-Ries	3
6918	Blossenau	779	Donau-Ries	3
6919	Natterholz	779	Donau-Ries	3
6920	Hochfeld	779	Donau-Ries	3
6921	Daiting	779	Donau-Ries	3
6922	Baierfeld	779	Donau-Ries	3
6925	Heroldingen	779	Donau-Ries	3
6926	Hoppingen	779	Donau-Ries	3
6927	Ronheim	779	Donau-Ries	3
6928	Mündling	779	Donau-Ries	3
6929	Großsorheim	779	Donau-Ries	3
6930	Harburg (Schwaben)	779	Donau-Ries	3
6931	Brünsee	779	Donau-Ries	3
6932	Mauren	779	Donau-Ries	3
6933	Ebermergen	779	Donau-Ries	3
6934	Sulzdorf	779	Donau-Ries	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
6935	Gunzenheim	779	Donau-Ries	3
6937	Hafenreut	779	Donau-Ries	3
6938	Leitheim	779	Donau-Ries	3
6939	Altisheim	779	Donau-Ries	3
6940	Burgmannshofen	779	Donau-Ries	3
6941	Gansheim	779	Donau-Ries	3
6942	Graisbach	779	Donau-Ries	3
6943	Schweinspoint	779	Donau-Ries	3
6945	Marxheim	779	Donau-Ries	3
6948	Donauwörth	779	Donau-Ries	3
6949	Schäfstall	779	Donau-Ries	3
6950	Zirgesheim	779	Donau-Ries	3
6951	Riedlingen	779	Donau-Ries	3
6953	Zusum	779	Donau-Ries	3
6957	Erlingshofen	779	Donau-Ries	3
6960	Feldheim	779	Donau-Ries	3
6981	Mertingen	779	Donau-Ries	2
6982	Druisheim	779	Donau-Ries	3
7007	Emskeim	185	Neuburg-Schrobenhausen	3
7008	Ammerfeld	185	Neuburg-Schrobenhausen	3
7009	Hütting	185	Neuburg-Schrobenhausen	3
7010	Rohrbach	185	Neuburg-Schrobenhausen	3
7011	Trugenhofen	185	Neuburg-Schrobenhausen	3
7012	Mauern	185	Neuburg-Schrobenhausen	3
7018	Riedensheim	185	Neuburg-Schrobenhausen	3
7038	Walda	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
7039	Rettingen	779	Donau-Ries	3
7065	Oberfahlheim	775	Neu-Ulm	3
7067	Straß	775	Neu-Ulm	2
7075	Beuren	775	Neu-Ulm	3
7080	Erbishofen	775	Neu-Ulm	3
7087	Attenhofen	775	Neu-Ulm	3
7088	Oberhausen	775	Neu-Ulm	3
7089	Wallenhausen	775	Neu-Ulm	3
7093	Biberachzell	775	Neu-Ulm	3
7094	Grafertshofen	775	Neu-Ulm	3
7096	Bubenhausen	775	Neu-Ulm	3
7097	Biberach	775	Neu-Ulm	3
7098	Schießen	775	Neu-Ulm	3
7101	Stoffenrieder Forst	775	Neu-Ulm	3
7102	Unterroggenburger Wald	775	Neu-Ulm	3
7103	Oberroggenburger Wald	775	Neu-Ulm	2
7105	Leipheim	774	Günzburg	3
7106	Riedhausen b.Günzburg	774	Günzburg	3
7107	Günzburg	774	Günzburg	3
7108	Reisensburg	774	Günzburg	2
7109	Denzingen	774	Günzburg	3
7111	Wasserburg	774	Günzburg	3
7112	Deffingen	774	Günzburg	3
7133	Landensberg	774	Günzburg	3
7135	Bühl	774	Günzburg	3
7148	Burgau	774	Günzburg	3
7150	Hochwang	774	Günzburg	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
7159	Hammerstetten	774	Günzburg	3
7165	Ettenbeurer Wald	774	Günzburg	3
7169	Behlingen	774	Günzburg	3
7171	Scheppach	774	Günzburg	3
7172	Jettingen	774	Günzburg	3
7175	Schönenberg	774	Günzburg	2
7177	Kemnat	774	Günzburg	3
7178	Burtenbach	774	Günzburg	3
7179	Wattenweiler	774	Günzburg	3
7182	Edelstetten	774	Günzburg	3
7215	Zusamzell	772	Augsburg	3
7216	Eppishofen	772	Augsburg	3
7221	Emersacker	772	Augsburg	3
7235	Edenbergen	772	Augsburg	3
7238	Zusmarshausen	772	Augsburg	3
7243	Gabelbach	772	Augsburg	3
7244	Steinekirch	772	Augsburg	3
7245	Streitheim	772	Augsburg	3
7246	Auerbach	772	Augsburg	3
7247	Horgau	772	Augsburg	3
7248	Horgauergreut	772	Augsburg	3
7249	Aystetten	772	Augsburg	3
7251	Hammel	772	Augsburg	3
7253	Ottmarshausen	772	Augsburg	3
7254	Hainhofen	772	Augsburg	3
7256	Schlipsheim	772	Augsburg	3
7261	Lindach	772	Augsburg	3
7262	Häder	772	Augsburg	3
7266	Breitenbronn	772	Augsburg	3
7267	Holzara	772	Augsburg	3
7268	Ried	772	Augsburg	2
7269	Gessertshausen	772	Augsburg	3
7270	Deubach	772	Augsburg	3
7271	Wollishausen	772	Augsburg	3
7272	Margertshausen	772	Augsburg	3
7273	Döpshofen	772	Augsburg	3
7274	Kutzenhausen	772	Augsburg	2
7276	Rommelsried	772	Augsburg	3
7277	Buch	772	Augsburg	2
7278	Ustersbach	772	Augsburg	2
7279	Diedorf	772	Augsburg	3
7280	Biburg	772	Augsburg	3
7281	Willishausen	772	Augsburg	3
7282	Anhausen	772	Augsburg	3
7284	Deuringen	772	Augsburg	3
7296	Meringerau	772	Augsburg	3
7297	Schmellerforst	772	Augsburg	3
7298	Fischach	772	Augsburg	3
7299	Reitenbuch	772	Augsburg	3
7300	Aretsried	772	Augsburg	3
7301	Wollmetshofen	772	Augsburg	2
7302	Willmatshofen	772	Augsburg	3
7303	Siegertshofen	772	Augsburg	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	Name	Nummer	Name	
7305	Kreuzanger	772	Augsburg	3
7306	Waldberg	772	Augsburg	2
7307	Reinhartshausen	772	Augsburg	3
7308	Straßberg	772	Augsburg	3
7310	Langenneufnach	772	Augsburg	2
7311	Habertsweiler	772	Augsburg	2
7312	Walkertshofen	772	Augsburg	2
7313	Mickhausen	772	Augsburg	3
7314	Münster	772	Augsburg	3
7315	Grimoldsried	772	Augsburg	3
7316	Mittelneufnach	772	Augsburg	3
7317	Reichertshofen	772	Augsburg	3
7318	Scherstetten	772	Augsburg	3
7319	Konradshofen	772	Augsburg	2
7321	Reinhartshofen	772	Augsburg	2
7328	Klimmach	772	Augsburg	2
7329	Mittelstetten	772	Augsburg	3
7330	Schwabegg	772	Augsburg	3
7331	Untermeitingen	772	Augsburg	2
7334	Gennach	772	Augsburg	3
7337	Maingründel	772	Augsburg	3
7366	Derching	771	Aichach-Friedberg	2
7367	Derchinger Forst	771	Aichach-Friedberg	1
7403	Schorn	771	Aichach-Friedberg	2
7406	Pöttmes	771	Aichach-Friedberg	2
7434	Unterbernbach	771	Aichach-Friedberg	2
7448	Mühlhausen	771	Aichach-Friedberg	2
7507	Auwald	775	Neu-Ulm	3
7510	Tiefenbach	775	Neu-Ulm	3
7513	Gannertshofen	775	Neu-Ulm	2
7514	Dietershofen b.Illertissen	775	Neu-Ulm	2
7515	Obenhausen	775	Neu-Ulm	2
7516	Nordholz	775	Neu-Ulm	3
7518	Buch	775	Neu-Ulm	3
7519	Ritzisried	775	Neu-Ulm	3
7521	Unterroth	775	Neu-Ulm	3
7522	Oberroth	775	Neu-Ulm	2
7526	Kellmünz a.d.Iller	775	Neu-Ulm	2
7535	Olgishofen	778	Unterallgäu	3
7536	Herretshofen	778	Unterallgäu	3
7537	Kirchhaslach	778	Unterallgäu	3
7538	Greimeltshofen	778	Unterallgäu	3
7539	Winterrieden	778	Unterallgäu	2
7540	Klosterbeuren	778	Unterallgäu	3
7541	Babenhausen	778	Unterallgäu	3
7542	Weinried	778	Unterallgäu	3
7543	Oberschönegg	778	Unterallgäu	3
7544	Dietershofen b.Babenhausen	778	Unterallgäu	3
7546	Inneberg	778	Unterallgäu	3
7549	Pleß	778	Unterallgäu	2
7552	Reichau	778	Unterallgäu	2
7555	Lauben	778	Unterallgäu	3
7556	Frickenhausen	778	Unterallgäu	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
7557	Arlesried	778	Unterallgäu	3
7558	Daxberg	778	Unterallgäu	3
7559	Erkheim	778	Unterallgäu	3
7560	Schlegelsberg	778	Unterallgäu	3
7561	Günz	778	Unterallgäu	3
7562	Westerheim	778	Unterallgäu	3
7563	Attenhausen	778	Unterallgäu	3
7564	Sontheim	778	Unterallgäu	3
7568	Eisenburg	778	Unterallgäu	2
7580	Lachen	778	Unterallgäu	3
7581	Ungerhauser Wald	778	Unterallgäu	2
7582	Hawangen	778	Unterallgäu	3
7583	Haitzen	778	Unterallgäu	1
7584	Ottobeuren	778	Unterallgäu	3
7585	Guggenberg	778	Unterallgäu	3
7586	Betzisried	778	Unterallgäu	1
7587	Ollarzried	778	Unterallgäu	1
7588	Böhen	778	Unterallgäu	1
7589	Frechenrieden	778	Unterallgäu	3
7590	Gottenau	778	Unterallgäu	3
7591	Mussenhausen	778	Unterallgäu	3
7592	Markt Rettenbach	778	Unterallgäu	3
7593	Lannenberg	778	Unterallgäu	1
7594	Eutenhausen	778	Unterallgäu	3
7595	Engetried	778	Unterallgäu	1
7596	Wineden	778	Unterallgäu	1
7597	Holzerwald	778	Unterallgäu	1
7605	Bad Grönenbach	778	Unterallgäu	1
7609	Filzingen	775	Neu-Ulm	2
7651	Frauenzell	780	Oberallgäu	1
7652	Muthmannshofen	780	Oberallgäu	1
7653	Hohentanner Wald	780	Oberallgäu	1
7654	Kimratshofen	780	Oberallgäu	1
7655	Altusried	780	Oberallgäu	1
7656	Krugzell	780	Oberallgäu	1
7657	Reicholzried	780	Oberallgäu	1
7658	Schrattenbach	780	Oberallgäu	1
7659	Probstried	780	Oberallgäu	1
7660	Dietmannsried	780	Oberallgäu	1
7661	Überbach	780	Oberallgäu	1
7662	Lauben	780	Oberallgäu	1
7663	Haldenwang	780	Oberallgäu	1
7664	Wildpoldsried	780	Oberallgäu	1
7665	Betzigau	780	Oberallgäu	1
7666	Kreuzthal	780	Oberallgäu	1
7667	Kürnacher u.Buchenberger Wald	780	Oberallgäu	1
7668	Buchenberg	780	Oberallgäu	1
7669	Wiggensbach	780	Oberallgäu	1
7670	Kempten (Allgäu)	780	Oberallgäu	1
7671	Sankt Lorenz	780	Oberallgäu	1
7672	Sankt Mang	780	Oberallgäu	1
7673	Durach	780	Oberallgäu	1
7674	Bodelsberg	780	Oberallgäu	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
7675	Kempter Wald	780	Oberallgäu	1
7676	Wengen	780	Oberallgäu	1
7677	Weitnau	780	Oberallgäu	1
7678	Rechtis	780	Oberallgäu	1
7679	Waltrams	780	Oberallgäu	1
7680	Waltenhofen	780	Oberallgäu	1
7681	Memhölz	780	Oberallgäu	1
7682	Niedersonthofen	780	Oberallgäu	1
7683	Martinszell i.Allgäu	780	Oberallgäu	1
7684	Sulzberg	780	Oberallgäu	1
7685	Ottacker	780	Oberallgäu	1
7686	Moosbach	780	Oberallgäu	1
7687	Petersthal	780	Oberallgäu	1
7688	Mittelberg	780	Oberallgäu	1
7689	Wertach	780	Oberallgäu	1
7690	Untrasried	777	Ostallgäu	1
7691	Hopferbach	777	Ostallgäu	1
7692	Ronsberg	777	Ostallgäu	1
7693	Willofs	777	Ostallgäu	1
7694	Burg	777	Ostallgäu	1
7695	Obergünzburg	777	Ostallgäu	1
7696	Ebersbach	777	Ostallgäu	1
7697	Günzach	777	Ostallgäu	1
7703	ObereggGZ	774	Günzburg	3
7704	Unterbleichen	774	Günzburg	3
7706	Deisenhausen	774	Günzburg	3
7708	Nattenhausen	774	Günzburg	3
7709	Seifertshofen	774	Günzburg	3
7711	Hairenbuch	774	Günzburg	3
7713	Weiler	774	Günzburg	2
7714	Aletshausen	774	Günzburg	3
7715	Winzer	774	Günzburg	2
7716	Haupeltshofen	774	Günzburg	2
7718	Edenhausen	774	Günzburg	2
7719	Attenhausen	774	Günzburg	2
7721	Hürben	774	Günzburg	3
7724	Hagenried	774	Günzburg	3
7728	Oberrohr	774	Günzburg	3
7729	Ursberg	774	Günzburg	2
7730	Bayersried	774	Günzburg	2
7731	Premach	774	Günzburg	2
7732	Mindelzell	774	Günzburg	2
7733	Balzhausen	774	Günzburg	2
7734	Ziemetshausen	774	Günzburg	3
7736	Schönebach	774	Günzburg	3
7737	Schellenbach	774	Günzburg	2
7738	Muttershofen	774	Günzburg	2
7739	Hellersberg	774	Günzburg	1
7740	Lauterbach	774	Günzburg	3
7741	Memmenhausen	774	Günzburg	3
7742	Aichen	774	Günzburg	3
7743	Obergessertshausen	774	Günzburg	1
7744	Hasberg	778	Unterallgäu	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
7745	Derndorf	778	Unterallgäu	3
7746	Tiefenried	778	Unterallgäu	2
7747	Kirchheim i.Schw.	778	Unterallgäu	3
7748	Spöck	778	Unterallgäu	3
7750	Könghausen	778	Unterallgäu	2
7752	Mörgen	778	Unterallgäu	3
7754	Breitenbrunn	778	Unterallgäu	3
7755	Bedernau	778	Unterallgäu	3
7757	Weilbach	778	Unterallgäu	3
7758	Pfaffenhausen	778	Unterallgäu	2
7759	Egelhofen	778	Unterallgäu	3
7761	Oberrieden	778	Unterallgäu	3
7765	Immelstetten	778	Unterallgäu	2
7766	Oberneufnach	778	Unterallgäu	2
7767	Anhofen	778	Unterallgäu	2
7768	Markt Wald	778	Unterallgäu	2
7769	Zaisertshofen	778	Unterallgäu	3
7770	Tussenhausen	778	Unterallgäu	3
7771	Mattsies	778	Unterallgäu	3
7772	Traunried	778	Unterallgäu	3
7774	Ettringen	778	Unterallgäu	3
7775	Unterkammlach	778	Unterallgäu	3
7776	Oberkammlach	778	Unterallgäu	3
7777	Westernach	778	Unterallgäu	3
7782	Gernstall	778	Unterallgäu	3
7783	Heimenegg	778	Unterallgäu	3
7784	Mindelau	778	Unterallgäu	3
7786	Oberrammingen	778	Unterallgäu	3
7787	Türkheim	778	Unterallgäu	2
7788	Irsingen	778	Unterallgäu	3
7789	Amberg	778	Unterallgäu	2
7792	Stetten	778	Unterallgäu	3
7793	Erisried	778	Unterallgäu	3
7794	Apfeltrach	778	Unterallgäu	3
7796	Köngetried	778	Unterallgäu	3
7797	Dirlewang	778	Unterallgäu	3
7798	Altensteig	778	Unterallgäu	3
7799	Helchenried	778	Unterallgäu	3
7800	Unteregg	778	Unterallgäu	3
7801	Warmisried	778	Unterallgäu	3
7802	ObereggMN	778	Unterallgäu	1
7804	Dorschhausen	778	Unterallgäu	3
7805	Bad Wörishofen	778	Unterallgäu	3
7806	Stockheim	778	Unterallgäu	3
7825	Buchloe	777	Ostallgäu	3
7826	Lindenberg	777	Ostallgäu	3
7833	Bronnen	777	Ostallgäu	3
7835	Emmenhausen	777	Ostallgäu	3
7836	Waalhaupten	777	Ostallgäu	3
7837	Lauchdorf	777	Ostallgäu	3
7838	Baisweil	777	Ostallgäu	3
7839	Bayersried	777	Ostallgäu	1
7840	Eggenthal	777	Ostallgäu	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
7841	Blöcktach	777	Ostallgäu	1
7842	Friesenried	777	Ostallgäu	1
7843	Ingenried	777	Ostallgäu	3
7845	Rieden	777	Ostallgäu	3
7846	Irsee	777	Ostallgäu	1
7848	Untergermaringen	777	Ostallgäu	3
7849	Obergermaringen	777	Ostallgäu	3
7850	Mauerstetten	777	Ostallgäu	1
7851	Frankenried	777	Ostallgäu	1
7852	Gutenberg	777	Ostallgäu	3
7857	Dösingen	777	Ostallgäu	3
7858	Blonhofen	777	Ostallgäu	3
7859	Aufkirch	777	Ostallgäu	1
7860	Frankenhofen	777	Ostallgäu	1
7861	Linden	777	Ostallgäu	1
7862	Thalhofen a.d.Gennach	777	Ostallgäu	1
7863	Stöttwang	777	Ostallgäu	1
7864	Reichenbach	777	Ostallgäu	1
7865	Osterzell	777	Ostallgäu	1
7866	Kleinkemnat	777	Ostallgäu	1
7868	Oberbeuren	777	Ostallgäu	1
7869	Hirschzell	777	Ostallgäu	1
7870	Huttenwang	777	Ostallgäu	1
7871	Aitrang	777	Ostallgäu	1
7872	Apfeltrang	777	Ostallgäu	1
7873	Ruderatshofen	777	Ostallgäu	1
7874	Ebenhofen	777	Ostallgäu	1
7875	Altdorf	777	Ostallgäu	1
7876	Bernbach	777	Ostallgäu	1
7877	Bidingen	777	Ostallgäu	1
7878	Kraftisried	777	Ostallgäu	1
7879	Reinhardsried	777	Ostallgäu	1
7880	Unterthingau	777	Ostallgäu	1
7881	Oberthingau	777	Ostallgäu	1
7882	Görisried	777	Ostallgäu	1
7883	Marktoberdorf	777	Ostallgäu	1
7884	Bertoldshofen	777	Ostallgäu	1
7885	Geisenried	777	Ostallgäu	1
7886	Thalhofen a.d.Wertach	777	Ostallgäu	1
7887	Leuterschach	777	Ostallgäu	1
7888	Rieder	777	Ostallgäu	1
7889	Sulzschneid	777	Ostallgäu	1
7890	Rettenbach a.Auerberg	777	Ostallgäu	1
7891	Remnatsried	777	Ostallgäu	1
7892	Stötten a.Auerberg	777	Ostallgäu	1
7893	Steinbach	777	Ostallgäu	1
7894	Wald	777	Ostallgäu	1
7895	Lengenwang	777	Ostallgäu	1
7896	Rückholz	777	Ostallgäu	1
7897	Seeg	777	Ostallgäu	1
7898	Osterwald	777	Ostallgäu	1
7899	Senkelewald	777	Ostallgäu	1
7900	Enzenstetten	777	Ostallgäu	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
7901	Langegg	777	Ostallgäu	1
7902	Eisenberg	777	Ostallgäu	1
7903	Hopferau	777	Ostallgäu	1
7904	Lechbruck	777	Ostallgäu	1
7905	Roßhaupten	777	Ostallgäu	1
7906	Zwieselberg	777	Ostallgäu	1
7907	Rieden am Forggensee	777	Ostallgäu	1
7908	Schneidbach	777	Ostallgäu	1
7909	Nesselwang	777	Ostallgäu	1
7910	Bergpfronten	777	Ostallgäu	1
7911	Steinachpfronten	777	Ostallgäu	1
7912	Hopfen am See	777	Ostallgäu	1
7913	Eschach	777	Ostallgäu	1
7914	Weißensee	777	Ostallgäu	1
7915	Füssen	777	Ostallgäu	1
7916	Schwangau	777	Ostallgäu	1
7917	Trauchgau	777	Ostallgäu	1
7918	Buching	777	Ostallgäu	1
7919	Hack	777	Ostallgäu	1
7920	Weinhausen	777	Ostallgäu	3
7921	Wenglingen	777	Ostallgäu	1
7931	Nonnenhorn	776	Lindau (Bodensee)	3
7932	Hege	776	Lindau (Bodensee)	3
7933	Wasserburg (Bodensee)	776	Lindau (Bodensee)	3
7934	Bodolz	776	Lindau (Bodensee)	3
7935	Unterreitnau	776	Lindau (Bodensee)	3
7936	Oberreitnau	776	Lindau (Bodensee)	3
7941	Weißensberg	776	Lindau (Bodensee)	3
7942	Bösenreutin	776	Lindau (Bodensee)	3
7943	Sigmarszell	776	Lindau (Bodensee)	3
7944	Niederstaufen	776	Lindau (Bodensee)	1
7945	Hergensweiler	776	Lindau (Bodensee)	3
7946	Opfenbach	776	Lindau (Bodensee)	1
7947	Wohmbrechts	776	Lindau (Bodensee)	3
7948	Maria-Thann	776	Lindau (Bodensee)	3
7949	Heimenkirch	776	Lindau (Bodensee)	3
7950	Scheidegg	776	Lindau (Bodensee)	1
7951	Scheffau	776	Lindau (Bodensee)	1
7952	Lindenberg i.Allgäu	776	Lindau (Bodensee)	1
7953	Röthenbach (Allgäu)	776	Lindau (Bodensee)	1
7954	Gestratz	776	Lindau (Bodensee)	1
7955	Maierhöfen	776	Lindau (Bodensee)	1
7956	Grünenbach	776	Lindau (Bodensee)	1
7957	Ebratshofen	776	Lindau (Bodensee)	1
7958	Harbatshofen	776	Lindau (Bodensee)	1
7959	Stiefenhofen	776	Lindau (Bodensee)	1
7960	Ellhofen	776	Lindau (Bodensee)	1
7961	Weiler i.Allgäu	776	Lindau (Bodensee)	1
7962	Simmerberg	776	Lindau (Bodensee)	1
7963	Oberreute	776	Lindau (Bodensee)	1
7964	Oberstaufen	780	Oberallgäu	1
7965	Aach i.Allgäu	780	Oberallgäu	1
7966	Thalkirchdorf	780	Oberallgäu	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
7967	Wilhams	780	Oberallgäu	1
7968	Missen	780	Oberallgäu	1
7969	Diepolz	780	Oberallgäu	1
7970	Akams	780	Oberallgäu	1
7971	Eckarts	780	Oberallgäu	1
7972	Stein i.Allgäu	780	Oberallgäu	1
7973	Bühl a.Alpsee	780	Oberallgäu	1
7974	Immenstadt i.Allgäu	780	Oberallgäu	1
7975	Untermaiselstein	780	Oberallgäu	1
7976	Vorderburg	780	Oberallgäu	1
7977	Rettenberg	780	Oberallgäu	1
7978	Burgberg i.Allgäu	780	Oberallgäu	1
7979	Blaichach	780	Oberallgäu	1
7980	Gunzesried	780	Oberallgäu	1
7981	Sonthofen	780	Oberallgäu	1
7982	Altstädten	780	Oberallgäu	1
7983	Ofterschwang	780	Oberallgäu	1
7984	Bolsterlang	780	Oberallgäu	1
7985	Balderschwang	780	Oberallgäu	1
7986	Obermaiselstein	780	Oberallgäu	1
7987	Fischen i.Allgäu	780	Oberallgäu	1
7988	Schöllang	780	Oberallgäu	1
7989	Tiefenbach b.Oberstdorf	780	Oberallgäu	1
7990	Oberstdorf	780	Oberallgäu	1
7991	Bad Hindelang	780	Oberallgäu	1
7992	Unterjoch	780	Oberallgäu	1
7993	Rauhenzell	780	Oberallgäu	1
8002	Pondorf	176	Eichstätt	3
8003	Thannhausen	176	Eichstätt	3
8004	Breitenhill	176	Eichstätt	3
8005	Megmannsdorf	176	Eichstätt	3
8006	Schamhaupten	176	Eichstätt	3
8007	Schafshill	176	Eichstätt	3
8008	Hexenagger	176	Eichstätt	3
8009	Steinsdorf	176	Eichstätt	3
8010	Sandersdorf	176	Eichstätt	3
8011	Neuenhinzenhausen	176	Eichstätt	3
8012	Berghausen	176	Eichstätt	3
8014	Altmannstein	176	Eichstätt	1
8029	Bettbrunn	176	Eichstätt	3
8062	Winden	176	Eichstätt	2
8067	Manching	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8070	Heimberg	185	Neuburg-Schrobenhausen	3
8077	Feldkirchen	185	Neuburg-Schrobenhausen	3
8078	Zell	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8083	Lichtenau	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8088	Wagenhofen	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8089	Rohrenfels	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8091	Untermaxfeld	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8092	Ludwigsmoos	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8093	Grasheim	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8094	Karlshuld	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8095	Karlskron	185	Neuburg-Schrobenhausen	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
8096	Pobenhausen	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8097	Adelshausen	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8098	Edelshausen	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8099	Sandizell	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8101	Steingriff	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8102	Schrobenhausen	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8105	Berg im Gau	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8106	Brunnen	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8107	Hohenried	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8109	Langenmosen	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8110	Wangen	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8111	Waidhofen	185	Neuburg-Schrobenhausen	2
8112	Diepoltshofen	185	Neuburg-Schrobenhausen	3
8156	Rockolding	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8159	Ernsgaden	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8160	Geisenfeld	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8161	Ilmendorf	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8162	Nötting	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8163	Feilenforst	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8165	Parleiten	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8166	Schillwitzried	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8167	Engelbrechtsmünster	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8168	Gaden b.Geisenfeld	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8169	Zell	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8173	Reichertshofen	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8174	Hög	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8175	Winden a.Aign	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8176	Gotteshofen	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	3
8177	Langenbruck	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8178	Puch	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8179	Pörnbach	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8180	Raitbach	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	3
8181	Freinhausen	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	3
8182	Deimhausen	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	3
8183	Hohenwart	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8184	Haidforst	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8185	Klosterberg	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8186	Weichenried	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8189	Gambach	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2
8238	Langwaid	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	3
8239	Paindorf	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	3
8240	Reichertshausen	186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	3
8303	Aiterbach	178	Freising	3
8304	Tünzhausen	178	Freising	3
8315	Haindlfing	178	Freising	3
8323	Pulling	178	Freising	3
8324	Attaching	178	Freising	2
8331	Giggenhausen	178	Freising	2
8334	Eching	178	Freising	2
8335	Hallbergmoos	178	Freising	2
8336	Goldach	178	Freising	2
8379	Notzing	177	Erding	2
8393	Watzling	177	Erding	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
8397	Finsing	177	Erding	2
8401	Isen	177	Erding	3
8403	Sollacher Forst	177	Erding	3
8404	Tann	177	Erding	3
8405	Lappach	177	Erding	3
8409	Schönbrunn	177	Erding	3
8456	Maisach	179	Fürstenfeldbruck	2
8461	Olching	179	Fürstenfeldbruck	2
8462	Esting	179	Fürstenfeldbruck	2
8463	Geiselbullach	179	Fürstenfeldbruck	2
8464	Gröbenzell	179	Fürstenfeldbruck	2
8483	Emmering	179	Fürstenfeldbruck	2
8492	Kottgeisering	179	Fürstenfeldbruck	2
8493	Unteralting	179	Fürstenfeldbruck	2
8494	Wildenroth	179	Fürstenfeldbruck	3
8495	Schöngeising	179	Fürstenfeldbruck	2
8500	Puchheim	179	Fürstenfeldbruck	2
8501	Germering	179	Fürstenfeldbruck	2
8580	Dachau	174	Dachau	2
8581	Etzenhausen	174	Dachau	3
8612	Eisolzried	174	Dachau	2
8614	Feldgeding	174	Dachau	2
8620	Günding	174	Dachau	3
8621	Haimhausen	174	Dachau	3
8624	Karlsfeld	174	Dachau	2
8660	Allach	184	München	2
8661	Aschheim	184	München	2
8666	Daglfing	184	München	2
8668	Feldkirchen	184	München	2
8669	Feldmoching	184	München	2
8670	Freimann	184	München	2
8672	Garching b.München	184	München	2
8673	Gräfelfing	184	München	2
8674	Grasbrunn	184	München	2
8676	Grünwald	184	München	2
8677	Haar	184	München	2
8678	Heimstetten	184	München	2
8683	Kirchheim b.München	184	München	2
8685	Langwied	184	München	2
8686	Ludwigsfeld	184	München	2
8694	Obermenzing	184	München	2
8695	Oberschleißheim	184	München	2
8696	Pasing	184	München	2
8697	Peiß	184	München	2
8698	Perlach	184	München	2
8700	Pullach i.Isartal	184	München	2
8705	Taufkirchen	184	München	2
8706	Thalkirchen	184	München	2
8707	Trudering	184	München	2
8709	Unterföhring	184	München	2
8711	Untermenzing	184	München	2
8712	Unterschleißheim	184	München	2
8713	Helfendorf	184	München	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
8715	Grünwalder Forst	184	München	3
8717	Forstenrieder Park	184	München	2
8720	Perlacher Forst	184	München	2
8752	Aßling	175	Ebersberg	2
8753	Baiern	175	Ebersberg	2
8754	Bruck	175	Ebersberg	3
8755	Ebersberg	175	Ebersberg	3
8757	Elkofen	175	Ebersberg	2
8759	Frauenneuharting	175	Ebersberg	2
8761	Glonn	175	Ebersberg	3
8762	Grafing b.München	175	Ebersberg	2
8765	Kronau	175	Ebersberg	3
8766	Loitersdorf	175	Ebersberg	3
8767	Moosach	175	Ebersberg	3
8768	Nettelkofen	175	Ebersberg	2
8769	Oberndorf	175	Ebersberg	2
8771	Oexing	175	Ebersberg	3
8772	Parsdorf	175	Ebersberg	2
8773	Pliening	175	Ebersberg	2
8776	Schalldorf	175	Ebersberg	2
8778	Steinhöring	175	Ebersberg	2
8779	Straußdorf	175	Ebersberg	3
8781	Sankt Christoph	175	Ebersberg	3
8782	Anzinger Forst	175	Ebersberg	3
8783	Ebersberger Forst	175	Ebersberg	3
8784	Eglhartinger Forst	175	Ebersberg	2
8818	Weilkirchen	183	Mühldorf a.Inn	3
8829	Oberornau	183	Mühldorf a.Inn	3
8836	Rattenkirchen	183	Mühldorf a.Inn	3
8845	Mühldorfer Hart	183	Mühldorf a.Inn	2
8848	Waldkraiburg	183	Mühldorf a.Inn	2
8903	Arbing	171	Altötting	3
8908	Emmerting	171	Altötting	3
8909	Endlkirchen	171	Altötting	3
8910	Erlbach	171	Altötting	3
8919	Marktl	171	Altötting	1
8920	Marktlberg	171	Altötting	1
8929	Perach	171	Altötting	1
8933	Reischach	171	Altötting	1
8934	Schützing	171	Altötting	3
8946	Altöttinger Forst	171	Altötting	2
8947	Alzgerner Forst	171	Altötting	2
8949	Holzfelder Forst	171	Altötting	2
9001	Apfeldorf	181	Landsberg am Lech	2
9005	Denklingen	181	Landsberg am Lech	1
9006	Dettenhofen	181	Landsberg am Lech	3
9007	Dettenschwang	181	Landsberg am Lech	3
9008	Dienhausen	181	Landsberg am Lech	1
9009	Dießen a.Ammersee	181	Landsberg am Lech	2
9010	Dornstetten	181	Landsberg am Lech	2
9011	Eching a.Ammersee	181	Landsberg am Lech	2
9014	Entraching	181	Landsberg am Lech	3
9017	Eresing	181	Landsberg am Lech	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
9018	Erpfting	181	Landsberg am Lech	2
9022	Hagenheim	181	Landsberg am Lech	3
9024	Hechenwang	181	Landsberg am Lech	3
9028	Hurlach	181	Landsberg am Lech	2
9029	Issing	181	Landsberg am Lech	1
9036	Ludenhausen	181	Landsberg am Lech	1
9040	Oberfinning	181	Landsberg am Lech	3
9042	Obermeitingen	181	Landsberg am Lech	3
9043	Obermühlhausen	181	Landsberg am Lech	2
9052	Pürgen	181	Landsberg am Lech	3
9054	Reichling	181	Landsberg am Lech	3
9056	Rieden a.Ammersee	181	Landsberg am Lech	3
9057	Rott	181	Landsberg am Lech	1
9058	Sankt Georgen	181	Landsberg am Lech	2
9060	Schöffelding	181	Landsberg am Lech	3
9063	Seestall	181	Landsberg am Lech	2
9066	Thaining	181	Landsberg am Lech	3
9070	Unterigling	181	Landsberg am Lech	2
9072	Unterschondorf	181	Landsberg am Lech	3
9074	Utting a.Ammersee	181	Landsberg am Lech	3
9078	Bayerdießen	181	Landsberg am Lech	2
9079	Kingholz	181	Landsberg am Lech	1
9081	Altenstadt	190	Weilheim-Schongau	1
9082	Auerberg	190	Weilheim-Schongau	1
9083	Bernbeuren	190	Weilheim-Schongau	1
9084	Birkland	190	Weilheim-Schongau	1
9085	Böbing	190	Weilheim-Schongau	1
9086	Burggen	190	Weilheim-Schongau	1
9087	Echerschwang	190	Weilheim-Schongau	1
9088	Fronreiten	190	Weilheim-Schongau	1
9089	Hohenfurch	190	Weilheim-Schongau	1
9090	Ingenried	190	Weilheim-Schongau	1
9091	Lauterbach	190	Weilheim-Schongau	1
9092	Peiting	190	Weilheim-Schongau	1
9093	Prem	190	Weilheim-Schongau	1
9094	Rottenbuch	190	Weilheim-Schongau	1
9095	Sachsenried	190	Weilheim-Schongau	1
9096	Schongau	190	Weilheim-Schongau	1
9097	Schönberg	190	Weilheim-Schongau	1
9098	Schwabbruck	190	Weilheim-Schongau	1
9099	Schwabniederhofen	190	Weilheim-Schongau	1
9100	Schwabsoien	190	Weilheim-Schongau	1
9101	Tannenberg	190	Weilheim-Schongau	1
9102	Urspring	190	Weilheim-Schongau	1
9103	Wildsteig	190	Weilheim-Schongau	1
9104	Fronreitener Forst	777	Ostallgäu	1
9151	Gilching	188	Starnberg	2
9153	Krailling	188	Starnberg	2
9154	Inning a.Ammersee	188	Starnberg	3
9155	Etterschlag	188	Starnberg	3
9156	Weßling	188	Starnberg	2
9157	Oberpfaffenhofen	188	Starnberg	3
9159	Buch a.Ammersee	188	Starnberg	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
9160	Steinebach a.Wörthsee	188	Starnberg	3
9161	Meiling	188	Starnberg	3
9162	Hochstadt	188	Starnberg	2
9164	Gauting	188	Starnberg	2
9166	Oberalting-Seefeld	188	Starnberg	3
9168	Breitbrunn a.Ammersee	188	Starnberg	3
9170	Drößling	188	Starnberg	3
9171	Unering	188	Starnberg	3
9172	Hadorf	188	Starnberg	3
9173	Hanfeld	188	Starnberg	3
9175	Wangen	188	Starnberg	3
9176	Herrsching a.Ammersee	188	Starnberg	3
9177	Widdersberg	188	Starnberg	3
9178	Frieding	188	Starnberg	2
9179	Perchting	188	Starnberg	2
9180	Söcking	188	Starnberg	3
9181	Starnberg	188	Starnberg	2
9182	Percha	188	Starnberg	3
9183	Erling-Andechs	188	Starnberg	2
9184	Landstetten	188	Starnberg	2
9185	Maising	188	Starnberg	2
9188	Aschering	188	Starnberg	2
9189	Pöcking	188	Starnberg	3
9190	Berg	188	Starnberg	3
9191	Bachhausen	188	Starnberg	3
9192	Machtlfing	188	Starnberg	1
9193	Traubing	188	Starnberg	2
9194	Feldafing	188	Starnberg	2
9195	Höhenrain	188	Starnberg	2
9196	Tutzing	188	Starnberg	2
9197	Starnberger See	188	Starnberg	2
9201	Fischen a.Ammersee	190	Weilheim-Schongau	2
9202	Pähl	190	Weilheim-Schongau	2
9203	Raisting	190	Weilheim-Schongau	2
9204	Wielenbach	190	Weilheim-Schongau	2
9205	Haunshofen	190	Weilheim-Schongau	2
9206	Haid	190	Weilheim-Schongau	2
9207	Wessobrunn	190	Weilheim-Schongau	3
9208	Forst	190	Weilheim-Schongau	1
9209	Weilheim i.OB	190	Weilheim-Schongau	2
9210	Unterhausen	190	Weilheim-Schongau	3
9211	Deutenhausen	190	Weilheim-Schongau	2
9212	Bernried am Starnberger See	190	Weilheim-Schongau	2
9213	Magnetsried	190	Weilheim-Schongau	2
9214	Seeshaupt	190	Weilheim-Schongau	2
9215	Iffeldorf	190	Weilheim-Schongau	2
9216	Hohenpeißenberg	190	Weilheim-Schongau	1
9217	Peißenberg	190	Weilheim-Schongau	2
9218	Ammerhöfe	190	Weilheim-Schongau	1
9219	Oderding	190	Weilheim-Schongau	2
9220	Polling	190	Weilheim-Schongau	2
9221	Etting	190	Weilheim-Schongau	3
9222	Arnried	190	Weilheim-Schongau	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
9223	Eberfing	190	Weilheim-Schongau	3
9224	Oberhausen	190	Weilheim-Schongau	2
9225	Huglfing	190	Weilheim-Schongau	2
9226	Eglfing	190	Weilheim-Schongau	2
9227	Frauenrain	190	Weilheim-Schongau	2
9228	Antdorf	190	Weilheim-Schongau	2
9229	Obersöchering	190	Weilheim-Schongau	2
9230	Habach	190	Weilheim-Schongau	1
9231	Sindelsdorf	190	Weilheim-Schongau	2
9232	Penzberg	190	Weilheim-Schongau	2
9233	Schöffau	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9234	Uffing a.Staffelsee	180	Garmisch-Partenkirchen	2
9235	Spatzenhausen	180	Garmisch-Partenkirchen	3
9236	Aidling	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9237	Riegsee	180	Garmisch-Partenkirchen	2
9238	Seehausen a.Staffelsee	180	Garmisch-Partenkirchen	2
9239	Bad Bayersoien	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9240	Saulgrub	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9241	Bad Kohlgrub	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9242	Murnau a.Staffelsee	180	Garmisch-Partenkirchen	2
9243	Weindorf	180	Garmisch-Partenkirchen	2
9244	Hechendorf	180	Garmisch-Partenkirchen	2
9245	Kleinweil	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9246	Großweil	180	Garmisch-Partenkirchen	2
9247	Schwaigen	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9248	Ohlstadt	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9249	Eschenlohe	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9250	Unterammergauer Forst	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9251	Unterammergau	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9252	Oberammergau	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9253	Ettal	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9254	Ettaler Forst	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9255	Oberau	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9256	Farchant	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9257	Wallgau	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9258	Krün	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9259	Garmisch	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9260	Partenkirchen	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9261	Mittenwald	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9262	Grainau	180	Garmisch-Partenkirchen	1
9301	Baierbrunn	184	München	1
9302	Schäftlarn	184	München	3
9303	Straßlach	184	München	3
9309	Icking	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	3
9310	Dorfen	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	3
9311	Deining	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	3
9312	Ergertshausen	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	3
9313	Neufahrn	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	3
9314	Egling	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	3
9315	Thanning	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	3
9317	Moosham	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9318	Münsing	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	3
9319	Holzhausen a.Starnberger See	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
9320	Degerndorf	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9321	Wolfratshausen	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9322	Weidach	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	3
9323	Gelting	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9324	Geretsried	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9325	Wolfratshauser Forst	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	3
9326	Ascholding	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9327	Föggenbeuern	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9328	Linden	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9329	Baiernrain	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9330	Manhartshofen	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9331	Dietramszell	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9332	Hechenberg	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9333	Eurasburg	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9334	Herrnhausen	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9335	Beuerberg	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9336	Königsdorf	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9337	Osterhofen	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9338	Schönrain	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9401	Mürnsee	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9402	Bad Heilbrunn	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9403	Oberbuchen	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9404	Unterfischbach	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9405	Oberfischbach	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9406	Wackersberg	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9407	Bad Tölz	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9408	Kirchbichl	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	2
9409	Sachsenkam	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9410	Greiling	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9411	Reichersbeuern	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9412	Gaißach	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9413	Bichl	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9414	Benediktbeuern	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9415	Schlehdorf	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9416	Kochel a.See	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9417	Jachenau	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9418	Lenggries	173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1
9419	Schaftlach	182	Miesbach	1
9420	Waakirchen	182	Miesbach	1
9421	Dürnbach	182	Miesbach	1
9422	Gmund a.Tegernsee	182	Miesbach	1
9423	Bad Wiessee	182	Miesbach	1
9424	Tegernsee	182	Miesbach	1
9425	Kreuth	182	Miesbach	1
9426	Rottach-Egern	182	Miesbach	1
9502	Hartpenning	182	Miesbach	1
9504	Föching	182	Miesbach	3
9505	Valley	182	Miesbach	3
9506	Holzolling	182	Miesbach	1
9507	Warngau	182	Miesbach	1
9508	Wall	182	Miesbach	1
9509	Gotzing	182	Miesbach	1
9510	Wattersdorf	182	Miesbach	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
9511	Reichersdorf	182	Miesbach	1
9512	Irschenberg	182	Miesbach	1
9513	Wies	182	Miesbach	1
9514	Miesbach	182	Miesbach	1
9515	Parsberg	182	Miesbach	1
9516	Niklasreuth	182	Miesbach	1
9517	Hausham	182	Miesbach	1
9518	Wörnsmühl	182	Miesbach	1
9519	Hundham	182	Miesbach	1
9520	Fischbachau	182	Miesbach	1
9521	Schliersee	182	Miesbach	1
9522	Bayrischzell	182	Miesbach	1
9602	Altenbeuern	187	Rosenheim	1
9603	Au b.Bad Aibling	187	Rosenheim	3
9604	Bad Aibling	187	Rosenheim	3
9605	Bernau a.Chiemsee	187	Rosenheim	1
9606	Beyharting	187	Rosenheim	2
9607	Brannenburg	187	Rosenheim	1
9608	Breitbrunn a.Chiemsee	187	Rosenheim	3
9609	Bruckmühl	187	Rosenheim	2
9610	Chiemsee	187	Rosenheim	2
9611	Degerndorf a.Inn	187	Rosenheim	3
9612	Dettendorf	187	Rosenheim	3
9613	Eggstätt	187	Rosenheim	2
9614	Ellmosen	187	Rosenheim	2
9615	Bad Endorf	187	Rosenheim	3
9616	Bad Feilnbach	187	Rosenheim	1
9618	Flintsbach a.Inn	187	Rosenheim	1
9619	Frasdorf	187	Rosenheim	1
9620	Götting	187	Rosenheim	3
9621	Grainbach	187	Rosenheim	1
9622	Greimharting	187	Rosenheim	3
9623	Großbrannenberg	187	Rosenheim	1
9624	Großholzhausen	187	Rosenheim	3
9625	Großkarolinenfeld	187	Rosenheim	2
9626	Gstadt a.Chiemsee	187	Rosenheim	3
9627	Halfing	187	Rosenheim	3
9628	Happing	187	Rosenheim	3
9629	Harthausen	187	Rosenheim	3
9631	Hemhof	187	Rosenheim	3
9632	Hirnsberg	187	Rosenheim	2
9633	Hittenkirchen	187	Rosenheim	3
9634	Hochstätt	187	Rosenheim	3
9635	Höhenmoos	187	Rosenheim	1
9636	Höhenrain	187	Rosenheim	2
9638	Höslwang	187	Rosenheim	3
9639	Hohenaschau i.Chiemgau	187	Rosenheim	1
9640	Hohenthann	187	Rosenheim	2
9641	Holzham	187	Rosenheim	3
9642	Kiefersfelden	187	Rosenheim	1
9643	Kleinholzhausen	187	Rosenheim	2
9644	Kolbermoor	187	Rosenheim	2
9645	Lauterbach	187	Rosenheim	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
9646	Litzldorf	187	Rosenheim	1
9648	Marienberg	187	Rosenheim	3
9649	Mauerkirchen i.Chiemgau	187	Rosenheim	1
9650	Mietraching	187	Rosenheim	3
9651	Neubeuern	187	Rosenheim	3
9652	Neukirchen a.Simssee	187	Rosenheim	3
9653	Niederaschau i.Chiemgau	187	Rosenheim	1
9654	Niederaudorf	187	Rosenheim	1
9655	Nußdorf a.Inn	187	Rosenheim	1
9656	Oberaudorf	187	Rosenheim	1
9657	Pang	187	Rosenheim	3
9658	Pfraundorf	187	Rosenheim	2
9659	Pietzing	187	Rosenheim	3
9660	Prien a.Chiemsee	187	Rosenheim	3
9661	Prutting	187	Rosenheim	3
9662	Raubling	187	Rosenheim	2
9663	Reischenhart	187	Rosenheim	3
9664	Riedering	187	Rosenheim	3
9665	Rimsting	187	Rosenheim	3
9666	Rohrdorf	187	Rosenheim	2
9667	Rosenheim	187	Rosenheim	3
9668	Roßholzen	187	Rosenheim	1
9669	Rotter Forst-Süd	187	Rosenheim	2
9670	Sachrang	187	Rosenheim	1
9671	Söchtenau	187	Rosenheim	3
9672	Söllhuben	187	Rosenheim	3
9673	Steinkirchen	187	Rosenheim	1
9674	Stephanskirchen	187	Rosenheim	3
9675	Tattenhausen	187	Rosenheim	3
9676	Törwang	187	Rosenheim	1
9677	Tuntenhausen	187	Rosenheim	2
9678	Umrathshausen	187	Rosenheim	3
9679	Vagen	187	Rosenheim	3
9680	Vogtareuth	187	Rosenheim	3
9681	Westerndorf St.Peter	187	Rosenheim	3
9682	Wiechs	187	Rosenheim	1
9683	Wildenwart	187	Rosenheim	3
9684	Willing	187	Rosenheim	2
9685	Lampferding	187	Rosenheim	2
9702	Großhaager Forst	183	Mühldorf a.Inn	2
9703	Innach	183	Mühldorf a.Inn	3
9706	Haag i.OB	183	Mühldorf a.Inn	3
9708	Rosenberg	183	Mühldorf a.Inn	3
9709	Allmannsau	183	Mühldorf a.Inn	3
9712	Fürholzen	183	Mühldorf a.Inn	3
9721	Gars a.Inn	183	Mühldorf a.Inn	1
9722	Lengmoos	183	Mühldorf a.Inn	3
9726	Rechtmehring	183	Mühldorf a.Inn	2
9727	Schleefeld	183	Mühldorf a.Inn	2
9732	Wald	183	Mühldorf a.Inn	3
9734	Elsbeth	183	Mühldorf a.Inn	2
9736	Pfaffing	187	Rosenheim	3
9737	Albaching	187	Rosenheim	2

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
9738	Springlbach	187	Rosenheim	2
9739	Utzenbichl	187	Rosenheim	3
9740	Rettenbach	187	Rosenheim	2
9741	Ramerberg	187	Rosenheim	3
9746	Wasserburg a.Inn	187	Rosenheim	3
9747	Steppach	187	Rosenheim	2
9748	Edling	187	Rosenheim	3
9749	Attel	187	Rosenheim	3
9751	Soyen	187	Rosenheim	3
9752	Schlicht	187	Rosenheim	3
9753	Buchsee	187	Rosenheim	2
9756	Babensham	187	Rosenheim	3
9757	Schambach	187	Rosenheim	3
9758	Penzing	187	Rosenheim	3
9760	Kling	187	Rosenheim	2
9762	Loibersdorf	187	Rosenheim	3
9767	Bachmehring	187	Rosenheim	2
9769	Schönberg	187	Rosenheim	3
9770	Aham	187	Rosenheim	2
9771	Rott a.Inn	187	Rosenheim	3
9772	Feldkirchen	187	Rosenheim	3
9775	Rotter Forst-Nord	187	Rosenheim	2
9777	Kolbing	187	Rosenheim	3
9778	Holzhausen	187	Rosenheim	3
9781	Schonstett	187	Rosenheim	3
9782	Zillham	187	Rosenheim	2
9786	Amerang	187	Rosenheim	3
9787	Evenhausen	187	Rosenheim	3
9788	Kirchensur	187	Rosenheim	3
9789	Unterratting	187	Rosenheim	2
9821	Seebruck	189	Traunstein	3
9823	Ising	189	Traunstein	2
9833	Traunwalchen	189	Traunstein	3
9834	Otting	189	Traunstein	3
9835	Freimann	189	Traunstein	3
9842	Chiemsee (See)	189	Traunstein	3
9844	Übersee	189	Traunstein	2
9845	Grabenstätt	189	Traunstein	2
9846	Oberhochstätt	189	Traunstein	3
9849	Kammer	189	Traunstein	3
9850	Traunstein	189	Traunstein	3
9853	Hochberg	189	Traunstein	1
9854	Surberg	189	Traunstein	2
9855	Lauter	189	Traunstein	2
9856	Rottau	189	Traunstein	1
9857	Grassau	189	Traunstein	1
9858	Marquartstein	189	Traunstein	1
9859	Staudach-Egerndach	189	Traunstein	1
9860	Bergen	189	Traunstein	1
9861	Bergener Forst	189	Traunstein	1
9862	Holzhausen	189	Traunstein	2
9863	Vachendorf	189	Traunstein	2
9864	Untersiegsdorf	189	Traunstein	1

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
9865	Obersiegsdorf	189	Traunstein	1
9866	Eisenärzt	189	Traunstein	1
9867	Vogling	189	Traunstein	1
9868	Hammer	189	Traunstein	1
9870	Schlechinger Forst	189	Traunstein	1
9871	Schleching	189	Traunstein	1
9872	Oberwössen	189	Traunstein	1
9873	Unterwössen	189	Traunstein	1
9874	Urschlauer Forst	189	Traunstein	1
9875	Ruhpolding	189	Traunstein	1
9876	Vachenau	189	Traunstein	1
9877	Zell	189	Traunstein	1
9878	Seehauser Forst	189	Traunstein	1
9879	Zeller Forst	189	Traunstein	1
9880	Inzell	189	Traunstein	1
9881	Reit im Winkl	189	Traunstein	1
9882	Forst Reit im Winkl	189	Traunstein	1
9904	Asten	189	Traunstein	3
9905	Tittmoning	189	Traunstein	3
9910	Taching a.See	189	Traunstein	3
9915	Waginger See	189	Traunstein	2
9916	Petting	189	Traunstein	2
9917	Ringham	189	Traunstein	2
9918	Schönramer Filz	189	Traunstein	2
9919	Wiedmais	172	Berchtesgadener Land	2
9920	Laufen	172	Berchtesgadener Land	3
9921	Leobendorf	172	Berchtesgadener Land	3
9923	Triebenbach	172	Berchtesgadener Land	3
9924	Rückstetten	172	Berchtesgadener Land	3
9925	Holzhausen b.Teisendorf	172	Berchtesgadener Land	3
9926	Weildorf	172	Berchtesgadener Land	3
9927	Oberteisendorf	172	Berchtesgadener Land	3
9928	Teisendorf	172	Berchtesgadener Land	3
9929	Neukirchen a.Teisenberg	172	Berchtesgadener Land	1
9930	Freidling	172	Berchtesgadener Land	1
9931	Roßdorf	172	Berchtesgadener Land	3
9932	Saaldorf	172	Berchtesgadener Land	3
9934	Freilassing	172	Berchtesgadener Land	3
9935	Straß	172	Berchtesgadener Land	2
9936	Ainring	172	Berchtesgadener Land	3
9937	Staufenecker Forst	172	Berchtesgadener Land	1
9938	Anger	172	Berchtesgadener Land	1
9939	Aufham	172	Berchtesgadener Land	1
9940	Högl	172	Berchtesgadener Land	1
9941	Piding	172	Berchtesgadener Land	1
9942	Karlsteiner Forst	172	Berchtesgadener Land	1
9943	Weißbach a.d.Alpenstraße	172	Berchtesgadener Land	1
9944	Weißbacher Forst	172	Berchtesgadener Land	1
9945	Ristfeucht	172	Berchtesgadener Land	1
9946	Jettenberg	172	Berchtesgadener Land	1
9947	Karlstein	172	Berchtesgadener Land	1
9948	Sankt Zeno	172	Berchtesgadener Land	3
9949	Marzoll	172	Berchtesgadener Land	3

Gemarkung		Landkreis		Gebiets-kategorie[1]
Nummer	**Name**	**Nummer**	**Name**	
9950	Bad Reichenhall	172	Berchtesgadener Land	1
9952	Bayerisch Gmain	172	Berchtesgadener Land	1
9953	Forst Sankt Zeno	172	Berchtesgadener Land	1
9954	Bischofswiesener Forst	172	Berchtesgadener Land	1
9956	Bischofswiesen	172	Berchtesgadener Land	1
9957	Schellenberger Forst	172	Berchtesgadener Land	1
9958	Marktschellenberg	172	Berchtesgadener Land	1
9959	Landschellenberg	172	Berchtesgadener Land	1
9960	Ettenberg	172	Berchtesgadener Land	1
9961	Scheffau	172	Berchtesgadener Land	1
9962	Maria Gern	172	Berchtesgadener Land	1
9963	Au	172	Berchtesgadener Land	1
9964	Salzberg	172	Berchtesgadener Land	1
9965	Berchtesgaden	172	Berchtesgadener Land	1
9966	Eck	172	Berchtesgadener Land	1
9967	Jettenberger Forst	172	Berchtesgadener Land	1
9968	Forst Taubensee	172	Berchtesgadener Land	1
9969	Ramsau b.Berchtesgaden	172	Berchtesgadener Land	1
9970	Schönau	172	Berchtesgadener Land	1
9971	Königssee	172	Berchtesgadener Land	1
9972	Forst Königssee	172	Berchtesgadener Land	1
9973	Forst Hintersee	172	Berchtesgadener Land	1
9974	Ramsauer Forst	172	Berchtesgadener Land	1
9975	Forst Sankt Bartholomä	172	Berchtesgadener Land	1

Literaturhinweise

Springer Vieweg, Springer DE, Wiesbaden

Desoi, **Big Data und allgemein zugängliche Daten im Krisenmanagement,** Exemplarische technische und normative Gestaltung von Analysen zur Entscheidungsunterstützung, 2018, XXVIII, 279 Seiten, Preis 54,99 €, Research DuD-Fachbeiträge, ISBN 978-3-658-21291-9.

Das Buch ist eine rechtswissenschaftliche Studie zum Datenschutzrecht. Es beleuchtet die Risiken und Chancen des Einsatzes von Big-Data-Analysen vornehmlich durch die öffentliche Verwaltung. Eine exemplarische rechtliche Betrachtung der Analyse allgemein zugänglicher Daten im Internet in Form von Microblogs, die über das Datenschutzgrundrecht der informationellen Selbstbestimmung hinausgeht, bildet den Schwerpunkt der Arbeit. Technisch-organisatorische Gestaltungsvorschläge und normative Vorschläge, die einen rechtsgemäßen Einsatz eines konkreten Analysesystems aufzeigen, werden auf den grundrechtlichen Rahmenbedingungen basierend erarbeitet.

Schwichtenberg, **Datenschutz in drei Stufen,** ein Auslegungsmodell am Beispiel des vernetzten Automobils, 2018, XVI, 167 Seiten, Preis 52,99 €, Research, DuD-Fachbeiträge, ISBN 978-3-658-22015-0.

Die rechtswissenschaftliche Studie entwickelt ein dreistufiges allgemeingültiges Konzept, mittels dessen sich grundlegende datenschutzrechtliche Streitfragen klären lassen, ohne zentrale Schutzziele und Grundwerte des Datenschutzes zu vernachlässigen. Am Beispiel des vernetzten Automobils, einem der prominentesten Beispiele für das Internet der Dinge, wird das Konzept erläutert.

Laufs, **Reaktorsicherheit für Leistungskernkraftwerke,** Die Entwicklung im politischen und technischen Umfeld der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage 2018. **Band 1,** XXXII, 866 Seiten, Preis 124,99 €, ISBN 978-3-662-53452-6. **Band 2,** XXXII, 624 Seiten, Preis 124,99 €, ISBN 978-3-662-54163-0.

Das Werk beschreibt die Grundlagen der Kerntechnik, die wesentlichen Tätigkeitsfelder der Entwicklung der Kernenergienutzung im politischen und technischen Umfeld der Bundesrepublik Deutschland und zeigt insbesondere die Entwicklung der Reaktorsicherheit deutscher Leichtwasser-Kernkraftwerke aus den Anfängen heraus mit ihren vielfältigen Bezügen zu ausländischen Vorbildern. Die Inhalte schließen auch Ergebnisse nationaler und internationaler Risikostudien ein. **Band 1** behandelt die Entwicklung der Sicherheitstechnik von den historischen Anfängen bis zur alles umfassenden Sicherheits-Konzeption. Er setzt sich mit der Berstsicherheit der druckführenden Umschließung, der Sicherstellung der Notkühlung sowie der notwendigen Leittechnik und dem Umgebungsschutz auseinander. **Band 2** befasst sich mit den Sicherheitsfragen in Bezug auf die zentrale und wichtigste Komponente eines Kernkraftwerks, den Reaktordruckbehälter. Das Alterungsmanagement langjährig betriebener Anlagen, der Rückbau und die Entsorgung radioaktiver Abfälle sind in der Auflage neu bearbeitet.

Hansjürgens/Moesenfechtel, **Ökonomische Inwertsetzung zur Erhaltung des Naturkapitals,** wie eine ökonomische Perspektive helfen kann, 2017, IX, 23 Seiten, Preis 9,99 €, essentials, ISBN 978-3-658-20615-4.

Der Band beschreibt die Dringlichkeit eines Perspektivenwechsels bei dem Umgang mit der Natur und hält ein starkes Plädoyer für eine nachhaltige Ökonomie. Es werden Beispiele für die Wirksamkeit des TEEB DE-Ansatzes aufgezeigt.

Reich/Reppich, **Regenerative Energietechnik,** Überblick über ausgewählte Technologien zur nachhaltigen Energieversorgung, 2. Auflage 2018, XIX, 269 Seiten, Preis 32,99 €, Lehrbuch, ISBN 978-3-658-20607-9.

Das Lehrbuch beschreibt die Grundlagen ausgewählter Technologien zur Nutzung regenerativer Energiequellen, denen global langfristig das größte Potenzial eingeräumt wird. Die Umwandlung der Solarstrahlung und der Windenergie bilden dabei den Schwerpunkt, da beide Technologien unverzichtbare Bestandteile einer nachhaltigen Energieversorgung darstellen. Der Band vermittelt grundlegende Kenntnisse zur Bewertung regenerativer und konventioneller Energieumwandlungstechnologien.

Liebl, **Der Antrieb von morgen 2018,** der Wandel im Ökosystem, prägend für den Antrieb, 12. Internationale MTZ-Fachtagung Zukunftsantriebe, 2018, X, 144 Seiten, Preis 109,99 €, ISBN 978-3-658-21418-0.

Der Klimaschutz und die Luftreinhaltung stellen eine Herausforderung für die Automobilindustrie dar. Der Tagungsband enthält die Beiträge zur ATZlive-Veranstaltung, bei der einer der inhaltlichen Schwerpunkte „Der Antrieb von morgen 2018“ war. Dies betrifft Energieträger, insbesondere optimierte Kraftstoffe, Hybridantriebe sowie Elektroantriebe.

Förtsch/Meinholz, **Handbuch Betriebliches Umweltmanagement,** 3. Auflage 2018, XXIV, 1026 Seiten, Preis 59,99 €, ISBN 978-3-658-19150-4.

Das Handbuch ist zur Einführung und Fortschreibung eines Umweltmanagementsystems als Nachschlagewerk konzipiert. In Bezug auf die Grundaspekte des betrieblichen Umweltmanagements kann es darüber hinaus als Lehrbuch verwendet werden.

Haufe Mediengruppe, Freiburg u. a.

Stürzer/Onischke, **Einbruchsicherung,** so schützen Eigentümer, Vermieter und Mieter ihre Immobilie, 2018, 160 Seiten, Preis 14,95 €, ISBN 978-3-648-10768-3.

Das Buch weist auf Basis neuester Sicherheitstechnik Eigentümern, Vermietern und Mietern den Weg zu professioneller Einbruchprävention. Es informiert über wichtige Verhaltensregeln und über die Abschreckung potenzieller Täter und gibt Antworten auf häufig gestellte Haftungs- und Versicherungsfragen.

Schmidt/Schweißguth/Hoffmann/Hummel, **Datenschutz in der Wohnungswirtschaft,** 2018, 320 Seiten, Preis 49,95 €, inklusive Arbeitshilfen, ISBN 978-3-648-10882-6.

Das Buch zeigt die Auswirkungen der Verordnung auf Wohnungsunternehmen. Es wird dargestellt, wie die Daten von Mitgliedern oder Mietern künftig rechtskonform zu behandeln sind. Bei Verstoß gegen die neuen Regeln drohen empfindliche Bußgelder. Die Online-Arbeitshilfen enthalten eine Checkliste, Muster und das aktualisierte Gesetz.

von Walter, **Datenschutz im Betrieb,** die DS-GVO in der Personalarbeit, 2018, 404 Seiten, Preis 44,95 €, inklusive Arbeitshilfen, ISBN 978-3-648-11138-3.

Am 25. Mai 2018 ist die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) in Kraft getreten. Das Buch ist ein Praxisleitfaden und bietet Unterstützung bei der Umsetzung der Anforderungen der DS-GVO, insbesondere in der Personalarbeit und zum korrekten Umgang mit personenbezogenen Daten nach dem reformierten Recht.

Wilk, **Stellenbeschreibungen und Anforderungsprofile,** Kompetente Unterstützungen für erfolgreiche Personalarbeit, 2. Auflage 2018, 233 Seiten, Preis 39,95 €, inklusive Arbeitshilfen, ISBN 978-3-648-11105-5.

Für die Personalgewinnung und -entwicklung sind aussagekräftige Stellenbeschreibungen und klare Anforderungsprofile das Wesentliche. Das Buch zeigt Schritt für Schritt, wie eine vollständige Beschreibung verfasst wird und wie Profile übersichtlich gegliedert und konkrete Anforderungskriterien formuliert werden. Checklisten, Muster von Stellenbeschreibungen und Anforderungsprofilen sowie Textbausteine finden sich in den Online-Arbeitshilfen.

Mumm/Jähnichen, **Auszeit vom Job,** Elternzeit, Pflegezeit, Sabbatical & Co, 2018, 125 Seiten, Preis 7,95 €, Taschen Guide, ISBN 978-3-648-10756-0.

Das Buch enthält Tipps zu allen rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Aspekten sowie Hilfe für die Umsetzung der Auszeit.

Schlerit/Fischer, **Stressmanagement,** Ihr Weg zu mehr innerer Ruhe, 2018, 238 Seiten, Preis 9,95 €, Taschen Guide, ISBN 978-3-648-10753-9.

Das Buch beschreibt verständlich und praxisnah, wie es in Stresssituationen gelingt, gelassen und souverän zu bleiben. Es gibt alltagstaugliche Strategien an die Hand, zeigt Auswirkungen von Stress, hilft Stresssituationen zu analysieren und Stress zu vermeiden.

Auch-Schwelk, **Wut und Ärger,** gut umgehen mit starken Gefühlen, 2018, 128 Seiten, Preis 7,95 €, Taschen Guide, ISBN 978-3-648-10762-1.

Das Buch unterstützt bei einem konstruktiven Umgang mit der Wut. Es zeigt warum Wut helfen kann und gibt Tipps für typische Situationen.

Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden

Pöhlker/Lausen, **Vergaberecht (VOB, VOL, VOF und RPW, SektVO, VgV und GWB),** Kommentar, Texte mit den amtlichen Hinweisen, 2. Auflage, 6. Lieferung, Stand Mai 2018, 280 Seiten, Preis 47,70 €, Gesamtwerk 1284 Seiten, ISBN 978-3-8293-0884-7.

Schaetzell/Busse/Dirnberger/Stange, **Baugesetzbuch (BauGB) / Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO),** Kommentar, 26. bis 28. Lieferung, Stand Juli 2018, 384, 446 und 456 Seiten, Preis 59,50 €, 68,90 € und 70,40 €, Loseblattwerk in 2 Ordnern, Gesamtwerk ca. 2790 Seiten, ISBN 978-3-86115-922-3.

Schulz/Wachsmuth/Zwick, **Kommunalverfassungsrecht Bayern,** Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern, Landkreisordnung für den Freistaat Bayern, Bezirksordnung für den Freistaat Bayern, Verwaltungsgemeinschaftsordnung für den Freistaat Bayern, Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit, Kommentar, 19. und 20. Lieferung, Stand September 2018, 394 und 184 Seiten, Preis 61,10 € und 36,50 €, Loseblattwerk in 2 Ordnern, ca. 2234 Seiten, ISBN 978-3-89382-212-6.

Thomas, **Bundeswaldgesetz,** Kommentar, 3. Auflage, 2018, 434 Seiten, Preis 79 €, ISBN 978-3-8293-1375-9.

Die Europäische Union hat die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen als eines ihrer Ziele definiert. Bei der Auslegung waldrechtlicher Begriffe sind diese Regelungen und Ziele zu berücksichtigen.

Erich Schmidt Verlag, Berlin

Rehbinder/Schink, **Grundzüge des Umweltrechts,** Kommentar, 5., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2018, XXXVI, 1386 Seiten, Preis 174 €, ISBN 978-3-503-17721-9.

Das Buch liefert einen umfassenden Überblick zum gegenwärtigen Stand des Umweltrechts. Systematisch in der Darstellung der einzelnen Teilgebiete des Umweltschutzrechts und inklusive der Aufbereitung verfassungsrechtlicher Hintergründe, europäischer und völkerrechtlicher Aspekte.

Gérard/Göbel/Horlemann, **Staatliche Förderung der Altersvorsorge und Vermögensbildung,** Kommentar zu den einschlägigen Regelungen der privaten Altersvorsorge und betrieblichen sowie gesetzlichen Altersversorgung, des Altersvermögensgesetzes, Alterseinkünftegesetzes und Eigenheimrentengesetzes, zum Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz, zum Fünften Vermögensbildungsgesetz, zum Wohnungsbau-Prämiengesetz und zu Vermögensbeteiligungen, 10., neu bearbeitete Auflage, Lieferung 02/18 bis 05/18, Stand Juni 2018, 3966 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 94 €, ISBN 978-3-503-06049-8.

Schaffland/Wiltfang, **Datenschutz-Grundverordnung – DS-GVO, Bundesdatenschutzgesetz – BDSG,** Kommentar und Textsammlung, Loseblattwerk, Lieferung 03/18 bis 10/18, Stand Oktober 2018, Loseblattgrundwerk 3108 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 122 €, ISBN 978-3-503-17404-1.

Nöthlichs, **Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit,** Ergänzbarer Kommentar zum Arbeitsschutzgesetz und zum Arbeitssicherheitsgesetz, 35. bis 37. Lieferung, Stand Oktober 2018, Gesamtwerk 2844 Seiten, 2 Ordner, Preis 99 €, ISBN 978-3-503-04035-3.

Schmatz/Nöthlichs, **Gefahrstoffe,** Kommentar zu Chemikaliengesetz und Gefahrstoffverordnung, Loseblattwerk, Lieferung 02/18, Stand April 2018, 3415 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 139 €, ISBN 978-3-503-02724-8.

Schmatz/Nöthlichs, **Sicherheitstechnik,** Ergänzbare Sammlung der Vorschriften nebst Erläuterungen für Unternehmen und Ingenieure, Lieferung 03/18 bis 12/18, Stand Oktober 2018, Loseblattgrundwerk 28890 Seiten, inkl. 20 Ordnern, Preis 296 €, ISBN 978-3-503-00062-3.

Schmatz/Nöthlichs, **Produktsicherheit,** Lieferung 01/18 bis 03/18, Stand September 2018, Loseblattgrundwerk 3364 Seiten, inkl. 2 Ordnern, Preis 109 €, ISBN 978-3-503-01838-3.

Kullmann/Pfister, **Produzentenhaftung,** Ergänzbares Handbuch zur gesamten Produkthaftpflicht für die juristische Praxis sowie für Hersteller, Händler, Importeure und Exporteure mit Erläuterungen und den einschlägigen Vorschriften und Entscheidungen im nationalen,

supranationalen und internationalen Bereich, Lieferung 01/18, Stand Juli 2018, Gesamtwerk 5374 Seiten, einschl. 4 Ordnern, Preis 164 €, ISBN 978-3-503-01849-9.

Reinert/Ellegast, **Messung von Gefahrstoffen – IFA-Arbeitsmappe,** Gefährdungsermittlung bei chemischen und biologischen Einwirkungen, herausgegeben von der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e. V. (DGUV), Lieferung 01/18, Stand April 2018, Loseblattwerk, 1908 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 148 €, ISBN 978-3-503-13084-9.

Kalmbach, **Handbuch der Luftreinhaltung und des Lärmschutzes,** Immissionsschutz, Lieferung 03/18 bis 10/18, Stand Oktober 2018, Loseblattgrundwerk 9267 Seiten, inkl. 6 Ordnern, inkl. Online-Zugang zu einer umfangreichen, ständig aktualisierten umweltrechtlichen Vorschriftendatenbank, Preis 238 €, ISBN 978-3-503-05843-3.

Bachmann/König/Utermann, **Bodenschutz,** Ergänzbares Handbuch der Maßnahmen und Empfehlungen für Schutz, Pflege und Sanierung von Böden, Landschaft und Grundwasser, Loseblattwerk, Lieferung 01/18, Stand März 2018, 6098 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 156 €, ISBN 978-3-503-02718-7.

Dieter/Chorus/Krüger/Mendel, **Trinkwasser aktuell,** Handbuch, Loseblattwerk, 8. und 9. Lieferung, Stand September 2018, Loseblattgrundwerk 1100 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 78 €, mit Datenbank-Zugang für www.TRINKWASSERAKTUELLdigital.de für 1 Euro netto pro Monat, ISBN 978-3-503-14103-6.

Hösel/von Lersner/Wendenburg/Versteyl, **Recht der Abfall- und Kreislaufwirtschaft des Bundes, der Länder und der Europäischen Union,** Kommentierungen der Abfallrahmenrichtlinie, des KrWG und weiterer abfallrechtlicher Gesetze und Verordnungen, 2. Auflage, Lieferung 02/18 bis 07/18, Stand Oktober 2018, Loseblattgrundwerk 10896 Seiten, einschl. 6 Ordnern, Preis 168 €, inkl. Online-Zugang zu Teilen einer umfangreichen, ständig aktualisierten umweltrechtlichen Vorschriftendatenbank, ISBN 978-3-503-16536-0.

Schirmer/Kater/Schneider, **Aufsicht in der Sozialversicherung,** Ergänzbares Handbuch für die Praxis, 30. Lieferung, Stand Juli 2018.

Hauck, **Sozialgesetzbuch SGB VI – Gesetzliche Rentenversicherung einschl. Übergangsrecht für das Beitrittsgebiet,** Kommentar, Lieferung 3/18 und 4/18, Stand August 2018.

Hauck/Noftz, **Sozialgesetzbuch SGB VII – Gesetzliche Unfallversicherung,** Kommentar, Lieferung 3/18 und 4/18, Stand August 2018.

Gerdelmann/Rostalski, **Arzneimittel – Rezeptprüfung, Beratung und Regress,** Ergänzbares Handbuch**,** Lieferung 01/18 bis 03/18, Stand September 2018, Gesamtwerk mit 3762 Seiten, Preis 112 €, ISBN 978-3-503-01550-4.

Bielenberg/Runkel/Spannowsky, **Raumordnungs- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder,** Kommentar und Textsammlung, Lieferung 02/18 und 03/18, Stand September 2018, Loseblattwerk 3587 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 107 €, ISBN 978-3-503-01362-3.

Wiley-VCH Verlag, Weinheim

Blume-Peytavi/Albrecht-Nebe/Hillmann/Sterry, **Atlas der Pädiatrischen Dermatologie,** XXII, 633 Seiten, 2018, Preis 89 €, ISBN 978-3-527-33774-3.

Das Werk bietet weitreichende und ausführliche Informationen zu allen bekannten Krankheitsbildern sowie zu sehr seltenen Hauterkrankungen und ihren speziellen Ausformungen bei Kindern und Jugendlichen. Es werden u. a. Erkrankungen der Haare, Nagelveränderungen und andere artifiziell bedingte Hautveränderungen einschließlich Misshandlungen eingehend beleuchtet. Symptome, Krankheitsverlauf und mögliche Therapien werden beschrieben und erörtert.

Schwedt, **Chemie der Arzneimittel,** einfache Experimente mit Medikamenten aus der Apotheke, XIV, 150 Seiten, 2018, Preis 29,90 €, ISBN 978-3-527-34503-8.

Das Lehrbuch stellt traditionelle und moderne Arzneimittel sowie Arzneimittelformen mit ihren Ingredien zien vor. Wirkung und Herstellung von Arzneimitteln, die jeder schon einmal verwendet hat, werden durch einfache Experimente veranschaulicht.

Duncker & Humblot Verlag, Berlin

Reclam, **Stichtagsklauseln bei arbeitsrechtlichen Sonderzahlungen,** 2018, 297 Seiten, Preis 84,90 €, Schriften zum Bürgerlichen Recht; 491, ISBN 978-3-428-15382-4.

Es werden die noch zulässigen Gestaltungsmöglichkeiten in AGB, Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen dargestellt. Neben der Erörterung von Bindungshöchstgrenzen erfolgt eine Auseinandersetzung mit den praxisrelevanten Besonderheiten zu den einzelnen Sonderzahlungsarten, der Arbeitnehmerüberlassung, den befristeten Arbeitsverhältnissen und den Aktienoptionen.

Herder Verlag, Freiburg im Breisgau

Kirchhof, **Beherzte Freiheit,** 368 Seiten, 2018, Preis 26 €, ISBN 978-3-451-38178-2.

Anhand zahlreicher Beispiele wird gezeigt, wie Recht und Politik aus falschem Wohlmeinen einschränken und wie wir uns dem fügen, wie uns Globalisierung und Digitalisierung von handelnden Subjekten zu lenkbaren Objekten machen. Das Buch weist einen neuen Weg zu einer beherzten und verantworteten Freiheit.

Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Mayer-Tasch, **Kleine Philosophie der Macht,** 2018, 130 Seiten, Preis 19,90 €, ISBN 978-3-515-12035-7.

Das Buch beleuchtet das Thema Macht und untersucht deren Entstehung, Wirken, Faszination, Verehrung und geht der Frage nach, ob Recht, Ethik oder Religion ihr Grenzen setzen können.

RWS Verlag, Köln

Wachter, **AktG**, Kommentar, 3., neu bearbeitete Auflage 2018, XVII, 1814 Seiten, Preis 199 €, RWS-Skript; 226, ISBN 978-3-8145-1011-8.

In der Neuauflage werden neben der Einarbeitung von aktueller Gesetzeslage, Rechtsprechung und Schrifttum u. a. auch Themen wie die „Managerhaftung", Investorenvereinbarungen und/oder Business Combination Agreements, Neuregelungen des Deutschen Corporate

Governance Kodex, Mitbestimmungsrecht, Rechtsformwahl vertieft behandelt.

Medhochzwei-Verlag, Heidelberg

Matusiewicz/Nürnberg/Nobis, **Gesundheit und Arbeit 4.0,** wenn Digitalisierung auf Mitarbeitergesundheit trifft, 2018, XII, 495 Seiten, Preis 79,99 €, ISBN 978-3-86216-413-4.

Das Buch verknüpft das Betriebliche Gesundheitsmanagement mit der Digitalisierung in der Arbeitswelt und beleuchtet anhand zahlreicher Beiträge aus unterschiedlichen Bereichen und Branchen die aktuellen Entwicklungen und Forschungsergebnisse der Gesundheit und Arbeit.

C.H.Beck Verlag, München

Burhop/Kißener/Schäfer/Scholtyseck, **Merck,** 1668–2018, von der Apotheke zum Weltkonzern, 2018, 719 Seiten, Preis 49,95 €, ISBN 978-3-406-70037-8.

Das Buch erzählt die 350jährige Geschichte der Firma Merck in ihrer Gesamtheit, in dem wechselvollen Verlauf der Weltgeschichte und auf der Grundlage aller verfügbaren Quellen sowie der neuesten unternehmensgeschichtlichen Forschung.

Harari, **21 Lektionen für das 21. Jahrhundert,** 2018, 459 Seiten, Preis 24,95 €, ISBN 978-3-406-72778-8.

Das Buch geht auf diverse aktuelle Fragen der Gegenwart und der Zukunft ein und regt an, über Werte, Bedeutung und persönliches Engagement in einer Zeit voller Lärm und Ungewissheit nachzudenken.

Ipsen, **ParteienG,** Kommentar, 2. Auflage 2018, XX, 510 Seiten, Preis 109 €, ISBN 978-3-406-71938-7.

Der Kommentar arbeitet das Recht der politischen Parteien wissenschaftlich auf und ordnet es in seinen verfassungsrechtlichen Rahmen ein. Die Neuauflage enthält alle wichtigen Neuerungen wie z. B. Parteienfinanzierung, Rechenschaftslegung etc.

Kopp/Ramsauer, **VwVfG – Verwaltungsverfahrensgesetz,** Kommentar, 19., vollständig überarbeitete Auflage 2018, XXXII, 2022 Seiten, Preis 65 €, ISBN 978-3-406-72536-4.

Das Standardwerk kommentiert das VwVfG zuverlässig, prägnant und verständlich. Das Werk behandelt dabei die Besonderheiten des Landesrechts ebenso wie die Entwicklungen des europäischen Verwaltungsverfahrensrechts und ist inhaltlich mit dem Kopp/Schenke, VwGO abgestimmt.

Leitzmann, **Veganismus,** Grundlagen, Vorteile, Risiken, 2018, 127 Seiten, Preis 9,95 €, Wissen, ISBN 978-3-406-72684-2.

Es werden Entwicklung und Formen des Veganismus dargestellt und die Motive von Veganern untersucht.

Pauli, **Size Zero,** Essstörungen verstehen, erkennen, behandeln, 2018, 224 Seiten, Preis 16,95 €, ISBN 978-3-406-72667-5.

Das Buch geht Zusammenhängen von Essstörungen auf den Grund, benennt Ursachen und Verantwortliche und zeigt Auswege aus der Essstörungsfalle auf.

Séville, **Der Sound der Macht,** eine Kritik der dissonanten Herrschaft, 2018, 192 Seiten, Preis 14,95 €, ISBN 978-3-406-72722-1.

Das Buch erklärt den Verfall der politischen Sprache in Deutschland und welche Folgen das für die Demokratie hat. Es fordert von unseren Abgeordneten den Mut, sich dem Verfall der politischen Sprache in Deutschland offensiv entgegenzustellen.

Sundermeyer, **Gauland,** Die Rache des alten Mannes, 2018, 176 Seiten, Preis 14,95 €, ISBN 978-3-406-72710-8.

Das Buch beschreibt den Werdegang von Alexander Gauland, ergründet das Vorleben des AfD-Frontmanns und zeigt, was ihn antreibt.

Mohr Siebeck, Tübingen

Traub, **Nebenbestimmungsfeindliche Verwaltungsakte,** 2018, XXV, 336 Seiten, Preis 89 €, Beiträge zum Verwaltungsrecht; 5, ISBN 978-3-16-155822-1.

Das Buch führt die Dogmatik nebenbestimmungsfeindlicher Verwaltungsakte weg von der Fokussierung auf Fallgruppen und prinzipiengeleitetes Rechtsdenken und grundiert sie begrifflich, normativ und methodologisch neu. So werden für die behördliche Entscheidungspraxis erheblich flexibilisierte Möglichkeiten eigenständiger Gestaltung eröffnet.

Benz, **Der Teileschutz im Urheberrecht,** 2018, XXI, 526 Seiten, Preis 109 €, Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht; 143, ISBN 978-3-16-155900-6.

Auf der Grundlage einer rechtsvergleichenden Untersuchung wird ein allgemeiner Lösungsansatz für das Problem des Teileschutzes entwickelt. Ansatzpunkte bilden dabei grundrechtliche Erwägungen, das Erfordernis einer angemessenen Vergütung der Schutzberechtigten sowie der wettbewerbsrechtliche Charakter der verwandten Schutzrechte.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern“ www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern“ ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern“ entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR DIGITALES

Nr. 17 **München, 30. November 2018** **31. Jahrgang**

Inhaltsübersicht

Datum Seite

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

08.11.2018 7071-W
Richtlinien für die staatliche Förderung der Betreuung von Existenzgründern und Betriebsübernehmern in der Vorgründungsphase (Richtlinien Vorgründungscoaching) 1099

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

13.11.2018 2129.2-U
Richtlinien für Darlehen an mittelständische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freiberuflich Tätige zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen (Bayerisches Umweltkreditprogramm) 1103

28.10.2018 7912.5-U
Berichtigung der Richtlinien zur Förderung von umwelt- und klimaverträglichen Naturerlebnis- und Naturtourismusangeboten in bayerischen Kommunen 1106

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

24.10.2018 7815-L
Richtlinie zum 27. Wettbewerb 2019 bis 2022 „Unser Dorf hat Zukunft“ 1106

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

16.10.2018 301-A
Leistung des Richtereides durch Berufsrichter und Verpflichtung der ehrenamtlichen Richter auf ihr Amt in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit 1111

24.10.2018 330-A
Festsetzung der Zahl der ehrenamtlichen Richter in der bayerischen Sozialgerichtsbarkeit 1112

Fortsetzung nächste Seite

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatskanzlei

22.10.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Dr. Wulf-Dietrich Köpke 1114
26.10.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Paul Jeroen Ijmkers 1114
30.10.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Vladimir Duvnjak 1114
08.11.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Mehmet Günay 1114
20.11.2018 Erteilung eines Exequaturs an Frau Evelyn Austria-Garcia 1114
20.11.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Pham Truong Giang 1114

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

05.11.2018 Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen; Ergebnisse der Steuerschätzung . . . 1115
05.11.2018 Haushaltssatzung des Zweckverbandes Bayerische Musikakademie Alteglofsheim für das Haushaltsjahr 2018 1116

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

08.10.2018 Zweite Berichtigung der Verzeichnisse der Gewässer zweiter Ordnung und der Wildbäche. 1116

III. Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen . . . . . entfällt

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibung 1220
Literaturhinweise 1220

Ab 1. Januar 2019 werden die vier bestehenden Amts- und Ministerialblätter (AllMBl., JMBl., FMBl. und KWMBl.) durch das Bayerische Ministerialblatt (BayMBl.) ersetzt. Das BayMBl. wird elektronisch als Amtsblatt der Bayerischen Staatsregierung geführt und ist für jedermann kostenfrei auf der Verkündungsplattform Bayern unter www.verkündung.bayern.de verfügbar. Die ab 2009 bis Ende 2018 herausgegebenen Amts- und Ministerialblätter bleiben auf der Verkündungsplattform dauerhaft kostenlos abrufbar. Das Gesetz- und Verordnungsblatt (GVBl.) bleibt von dieser Umstellung unberührt.

Der bekannte Infodienst der Verkündungsplattform bleibt weiter bestehen. Ab Jahresbeginn 2019 wird er per E-Mail auf das Erscheinen von Veröffentlichungen im BayMBl. hinweisen. Die Abonnenten des Infodienstes erhalten eine gesonderte Information über die bevorstehende Umstellung.

Eine Papierfassung des elektronisch geführten BayMBl. kann als Jahresabonnement bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, gegen Entgelt bezogen werden. Weiterführende Informationen zu den Nachdrucken des BayMBl. erhalten Sie ab Jahresbeginn 2019 unter www.verkuendung.bayern.de im Bereich Service / Print-On-Demand.

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

7071-W

Richtlinien für die staatliche Förderung der Betreuung von Existenzgründern und Betriebsübernehmern in der Vorgründungsphase (Richtlinien Vorgründungscoaching)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Energie und Technologie

vom 8. November 2018, Az. 31-4205/14/12

Präambel

[1]Die Förderung erfolgt aufgrund

– dieser Richtlinien,
– des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (insbesondere Art. 162 und 174) und der aufgrund des AEU-Vertrags erlassenen Rechtsakte, insbesondere der jeweils geltenden Verordnungen und Leitlinien zur Strukturförderung,
– der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013,
– der delegierten Verordnungen und Ausführungsverordnungen aufgrund der vorgenannten Rechtsgrundlagen,
– der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO), insbesondere der Art. 23 und 44 in Verbindung mit den hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften sowie der Art. 48, 49 und 49a des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG),
– des Europäischen Beihilfenrechts, insbesondere der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (De-minimis-Verordnung).

[2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Zweck der Zuwendung

[1]Die Vorgründungsberatung ist ein wichtiges Instrument zur Erhöhung der Erfolgsaussichten und nachhaltigen Sicherung von Existenzgründungen und Unternehmensübernahmen. [2]Ziel ist es, Gründerinnen und Gründern sowie Betriebsübernehmerinnen und Betriebsübernehmern (im Folgenden Gründer genannt) eine Möglichkeit zu geben, Coachingleistungen rechtzeitig in Anspruch zu nehmen, um erfolgreich in den Markt zu starten. [3]Um Gründern die Finanzierung von Coachingmaßnahmen zu erleichtern und den Bestand von Existenzgründungen zu stärken und zu erhöhen, können Zuschüsse zu den Ausgaben für Coachingmaßnahmen nach Maßgabe dieser Richtlinien aus Mitteln der Bayerischen Existenzgründerinitiative sowie des Europäischen Sozialfonds (ESF) gewährt werden.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Gefördert werden Coachingmaßnahmen für plausible und wahrscheinliche Gründungsvorhaben oder geplante Betriebsübernahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft (Handel, Handwerk, Industrie, Gast- und Fremdenverkehrsgewerbe, Handelsvertreter und -makler, sonstiges Dienstleistungsgewerbe, Verkehrsgewerbe) sowie im Bereich der Freien Berufe, sofern dem nicht eine der nachstehenden Regelungen (insbesondere Nrn. 3 und 4) entgegenstehen.

2.2 Förderfähig sind Coachingmaßnahmen zu wirtschaftlichen, finanziellen und organisatorischen Fragen vor der geplanten Existenzgründung bzw. Betriebsübernahme.

2.3 [1]Die betriebswirtschaftliche Beratung hat im Vordergrund zu stehen. [2]Von der Förderung ausgeschlossen sind daher Coachingleistungen, die

– überwiegend Rechts-, Versicherungs-, Steuer- oder Datenschutzfragen,
– die Ausarbeitung von Verträgen, die Aufstellung von Jahresabschlüssen (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung), Buchführungsarbeiten, die Erarbeitung von EDV-Software inklusive z. B. der Erstellung einer Homepage sowie die Erstellung von Werbematerial (z. B. Flyer),
– überwiegend gutachterliche Stellungnahmen

zum Inhalt haben, oder Inhalte, die mit anderen öffentlichen Zuschüssen finanziert werden (Kumulierungsverbot).

3. Zuwendungsempfänger

3.1 Antragsberechtigt sind:

3.1.1 [1]Gründer mit Wohnsitz und geplantem künftigen Firmensitz oder zumindest künftiger Niederlassung in Bayern vor erfolgter Existenzgründung bzw. vor Anmeldung eines Gewerbes im Haupterwerb im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe, die die Definition der EU für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der jeweils geltenden Fassung erfüllen. [2]Bei Gesellschaften gilt das Datum der notariellen Beurkundung als Gründungsdatum. [3]Der Antragsteller darf noch keine Geschäftstätigkeit aufgenommen haben.

3.1.2 [1]Darüber hinaus Gründer mit Wohn- und geplantem künftigen Firmensitz oder zumindest künftiger Niederlassung in Bayern, die vom bereits angemeldeten Nebenerwerb in den Haupterwerb wechseln wollen. [2]Als selbstständige Nebenerwerbstätigkeit im Sinne dieser Richtlinien gilt jede unternehmerische Tätigkeit, die einen Umfang von 15 Stunden pro Woche nicht überschreitet.

3.2 Als antragsberechtigte Existenzgründung wird auch die geplante Beteiligung an einem Unternehmen in Bayern angesehen, wenn mindestens 15 % der Kapitalanteile übernommen werden und der Gründer Geschäftsführungsbefugnis besitzen wird.

3.3 Bei einer Beteiligung im Sinne von Nr. 3.2 und der Übernahme eines sich bereits in Bayern befindlichen Betriebs kann sich der Wohnsitz auch außerhalb Bayerns befinden.

3.4 Nicht antragsberechtigt sind Gründer,

3.4.1 die in den letzten zwölf Monaten vor der Antragstellung ein Gewerbe oder eine freiberufliche Tätigkeit im Haupterwerb betrieben haben oder bei einer geplanten Unternehmensbeteiligung im Sinne

von Nr. 3.2 an diesem Unternehmen in den letzten zwölf Monaten bereits mit mindestens 50 % beteiligt waren,

3.4.2 an deren Unternehmen Religionsgemeinschaften oder juristische Personen des öffentlichen Rechts mit Mehrheit beteiligt sind oder sein sollen,

3.4.3 die als Unternehmens- oder Wirtschaftsberater, als Wirtschaftsprüfer, als Steuerberater, als vereidigte Buchprüfer oder als Rechtsanwalt tätig sind oder tätig werden wollen,

3.4.4 sowie Personen, die in der landwirtschaftlichen Primärerzeugung, Fischerei und Aquakultur tätig sind oder tätig sein wollen.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 [1]Die Projekte müssen den allgemeinen Projektauswahlkriterien Methodik und Kriterien für die Auswahl von Vorhaben aus dem Programm „Perspektiven in Bayern – Perspektiven in Europa" Europäischer Sozialfonds Bayern 2014–2020 und diesen Förderrichtlinien sowie den Vorgaben des operationellen ESF-Programms „Perspektiven in Bayern – Perspektiven in Europa" Europäischer Sozialfonds Bayern 2014–2020 entsprechen. [2]Bei der Auswahl der Vorhaben ist stets darauf zu achten, dass das jeweilige Vorhaben nicht vorrangig in den Anwendungsbereich eines anderen Strukturfonds (EFRE, ELER, EMF) bzw. in die geltenden Programme im Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit" oder in andere EU-Programme oder EU-Bildungsprogramme wie „Erasmus+" fällt. [3]Zum ESF-Programm des Bundes ist eine Abgrenzung der bayerischen Aktion durch den Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz vom 7./8. Dezember 2006 gewährleistet (Beschränkung auf die Vorgründungsphase).

4.2 Mit dem Coaching darf erst nach Erteilung der Bewilligung durch die Bewilligungsstelle (Nr. 7.1) und Abschluss des Beratervertrags (Nr. 7.3) begonnen werden.

4.3 Der Zuschuss kann nur gezahlt werden, wenn

4.3.1 die Zahlung der Beraterrechnung vollständig erfolgt ist und der Gründer dies durch Vorlage eines Kontoauszuges im Original oder einer Umsatzanzeige nachgewiesen hat, wobei die zu erbringende finanzielle Eigenleistung nicht aus ESF-geförderten Mitteln anderer Maßnahmen stammen darf, und

4.3.2 die hierfür notwendigen Abrechnungsunterlagen fristgerecht im genehmigten Bewilligungszeitraum vorgelegen haben.

4.4 Gründer, die vom bereits angemeldeten Nebenerwerb in den Haupterwerb wechseln wollen, haben zusätzlich folgende Regelungen zu beachten:

4.4.1 Die Zuschüsse werden auf Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 als De-minimis-Beihilfen ausgezahlt.

4.4.2 [1]Gründer, die im laufenden Steuerjahr sowie den beiden vorangegangenen Steuerjahren bereits De-minimis-Beihilfen in einem Gesamtumfang von 200 000 Euro erhalten haben, sind von der Förderung ausgeschlossen. [2]Für Gründer im Straßengüterverkehrssektor gilt eine „De-minimis"-Höchstgrenze von 100 000 Euro.

4.4.3 Würde der Gesamtbetrag der De-minimis-Beihilfen, die ein Zuwendungsempfänger im laufenden Steuerjahr sowie in den beiden vorangegangenen Steuerjahren erhalten hat, aufgrund der Förderung den unter Nr. 4.4.2 genannten De-minimis-Höchstbetrag übersteigen, kann ein Zuschuss nicht gewährt werden.

4.4.4 Als Bewilligungsvoraussetzung gilt auch das unter Nr. 7.10 dargelegte Bescheinigungsverfahren nach De-minimis.

4.5 Nicht gefördert werden Coachingmaßnahmen, die durch

- Betriebsangehörige des zu beratenden Unternehmens,
- Berater, die mit dem zu beratenden Unternehmen durch eine direkte oder indirekte Beteiligung verbunden sind,
- Angehörige des Gründers im Sinne von § 11 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a StGB,
- Subberater des Coaches

durchgeführt werden sollen.

5. Beratereigenschaft

5.1 Die Beratung erfolgt in der Regel durch Berater mit Sitz oder Niederlassung in Bayern, deren überwiegender Geschäftszweck auf die Durchführung entgeltlicher Unternehmensberatung gerichtet ist.

5.2 [1]Die Berater müssen die für die Beratung nach Nr. 2 erforderliche Eignung für das jeweilige Coaching kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) besitzen. [2]Hierzu wird entweder ein abgeschlossenes Hochschulstudium oder ein vergleichbarer Abschluss (z. B. Meister) oder eine gültige Listung beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gemäß der Rahmenrichtlinie zur Förderung unternehmerischen Know-hows vorausgesetzt. [3]In allen Fällen ist außerdem eine mindestens zweijährige Berufserfahrung sowie zusätzlich eine mindestens zweijährige Berufserfahrung in der Gründungsberatung von KMU Voraussetzung, die maximal vier Jahre alt sein darf.

5.3 [1]Jeder Berater muss persönlich in der Beraterdatenbank Bayern gelistet sein. [2]Hierfür ist ein entsprechender Aufnahmeantrag inkl. Nachweisen zu den unter Nr. 5.2 aufgeführten Voraussetzungen bei einer der Bewilligungsstellen (siehe Nr. 7.1 Satz 2) einzureichen. [3]Auf Anforderung der jeweiligen Bewilligungsstelle sind vom Berater weitere Nachweise vorzulegen.

5.4 [1]Von der Förderung ausgeschlossen sind außerdem Coachingmaßnahmen, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder von privatrechtlichen Unternehmen, an denen juristische Personen des öffentlichen Rechts mit Mehrheit beteiligt sind, durchgeführt werden. [2]Dasselbe gilt für Coachingmaßnahmen durch Berater, die für ihre Tätigkeit gegenüber dem geförderten Gründer Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln erhalten.

6. Art und Umfang der Zuwendung

6.1 Die Förderung besteht in der Gewährung eines anteiligen Zuschusses (Anteilfinanzierung) zum Beraterhonorar.

6.2 [1]Der Zuschuss beträgt 70 % des zuwendungsfähigen Tageshonorars. [2]Soweit der Zuschuss aus ESF-Mitteln kofinanziert wird, setzt er sich zusammen aus 50 % Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds und 20 % aus bayerischen Landesmitteln, jeweils in Bezug auf das Tageshonorar, ansonsten rein aus Landesmitteln.

6.3 [1]Das maximal zuwendungsfähige Tageshonorar beträgt 800 Euro. [2]Ein Tagewerk umfasst acht Stunden pro Tag.

6.4 Es können maximal zehn Tagewerke bezuschusst werden.

6.5 Nicht zuwendungsfähig sind die Umsatzsteuer des Rechnungsbetrags, die Fahrtkosten sowie sonstige Nebenkosten.

6.6 [1]Die Umsatzsteuer ist zuwendungsfähig, soweit keine Vorsteuerabzugsberechtigung durch den Gründer besteht. [2]Der Gründer hat hierfür einen geeigneten Nachweis zu erbringen. [3]Bei typischerweise umsatzsteuerfreien Berufen ohne Vorsteuerabzugsberechtigung und ohne Optionsmöglichkeit nach § 9 UStG (z. B. heilberuflichen Tätigkeiten) kann nach pflichtgemäßem Ermessen der Bewilligungsstelle auf den Nachweis verzichtet werden. [4]Die Bewilligungsstelle kann eine entsprechende Selbsterklärung des Gründers gemäß einem von ihr erstellten Vordruck/Muster anfordern. [5]Die Höhe der Bemessungsgrundlage ändert sich dadurch nicht.

6.7 [1]Vom Berater gewährte Rabatte oder Nachlässe auf die Ausgaben für die Coachingmaßnahme sind von den förderfähigen Ausgaben abzuziehen. [2]Werden Rabatte oder Nachlässe nachträglich gewährt, so ist dies der Bewilligungsstelle unverzüglich mitzuteilen. [3]Die Zuschussberechnung erfolgt auf der Basis des entsprechend verminderten Rechnungsbetrags. [4]Ergibt sich danach ein geringerer Zuschuss, ist die Differenz gegenüber dem bereits ausgezahlten Zuschuss vom Antragsteller zurückzuerstatten.

7. Verfahren

7.1 [1]Das Coaching ist vor Beginn der Beratung bei der jeweils zuständigen Stelle (örtlich zuständige Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer oder Institut für Freie Berufe) zu beantragen. [2]Bewilligungsstellen sind die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, die Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken, die Handwerkskammern (ausgenommen HWK Schwaben) und das Institut für Freie Berufe. [3]Sie unterstützen den Gründer im Antragsprozess bei der Beraterwahl, bewilligen den Zuschuss und veranlassen die Auszahlung.

7.2 Rechtsgrundlage für die Weiterleitung an die Gründer sind die VV Nr. 13 zu Art. 44 BayHO.

7.3 Das Coaching wird aufgrund eines Beratervertrags durchgeführt, der zwischen dem Gründer und dem in der Bewilligung genannten Berater nach Maßgabe eines Mustervertrags der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer bzw. des Instituts für Freie Berufe abzuschließen ist.

7.4 Die Inhalte des Coachings sind im Beratervertrag zu vereinbaren und müssen den Vorgaben der Nr. 2 dieser Richtlinien entsprechen.

7.5 Der Coachingzeitraum (= Bewilligungszeitraum), innerhalb dessen die Beratungsleistung erbracht werden muss, wird durch die Bewilligungsstelle festgelegt.

7.6 [1]Inhalt des Coachings sowie dessen wesentliche Ergebnisse sind in einem schriftlichen Abschlussbericht wiederzugeben. [2]Der Abschlussbericht ist dem Gründer auszuhändigen und muss die individuellen Beratungsinhalte ausführlich darlegen (z. B. Situations- oder Schwachstellenanalyse, Handlungsempfehlungen, erstellte Konzepte usw.). [3]Ggf. sind auf Anforderung der jeweiligen Bewilligungsstelle die Ergebnisse der Beratung (z. B. fertiger Businessplan, Finanzierungskonzept, Marketingstrategie, Standortanalyse etc.) nachzuweisen.

7.7 Die Abrechnungsunterlagen (Rechnung des Beraters im Original, Abrechnungsformular, Abschlussbericht sowie Kontoauszug im Original bzw. Kontoumsatzanzeige als Zahlungsbeleg) entsprechend Art. 140 Abs. 3 bis 6 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 sind bei der Bewilligungsstelle als Verwendungsnachweis einzureichen.

7.8 [1]Der Bayerische Oberste Rechnungshof ist zur Prüfung bei der Bewilligungsstelle und beim Gründer berechtigt. [2]Des Weiteren sind im Rahmen der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) die Europäische Kommission einschließlich des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF), der Europäische Rechnungshof, die Bescheinigungsbehörde des Freistaates Bayern, die Prüfbehörde des Freistaates Bayern sowie die ESF-Verwaltungsbehörde des Freistaates Bayern entsprechend Art. 139 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 prüfberechtigt. [3]Bei ESF-geförderten Projekten sind sämtliche projektbezogenen Dokumente und Unterlagen von der jeweiligen Bewilligungsstelle im Original, in beglaubigter Kopie oder auf allgemein üblichen Datenträgern, die den Anforderungen des Art. 140 Abs. 3 bis 6 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 entsprechen, bis zum 31. Dezember 2028 aufzubewahren, sofern dem nicht nach steuerlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist entgegensteht. [4]Für nicht aus dem ESF kofinanzierte Projekte gilt ein Aufbewahrungszeitraum von fünf Jahren, bei De-Minimis-Beihilfen ein solcher von zehn Jahren, jeweils gerechnet ab dem Ende des Jahres, in dem das entsprechenden Projekt geendet hat.

7.9 Die in Nr. 7.7 genannten Unterlagen gelten gleichzeitig als Verwendungsnachweis gegenüber dem ESF.

7.10 [1]Gründer, für die die Vorschriften der Nr. 4.4 gelten, haben mit dem Antrag eine De-minimis-Erklärung auszufüllen und erhalten mit Bewilligung des Zuschusses eine De-minimis-Bescheinigung. [2]Diese Bescheinigung ist zehn Jahre ab Erhalt aufzubewahren und auf Anforderung der Europäischen Kommission, einer mit der Programmabwicklung und

-kontrolle befassten Behörde des Freistaates Bayern oder der bewilligenden Stelle innerhalb einer Woche oder einer in der Anforderung festgesetzten längeren Frist vorzulegen. [3]Wird die Bescheinigung innerhalb der Frist nicht vorgelegt, entfällt rückwirkend die Bewilligungsvoraussetzung und die Zuschüsse zuzüglich Zinsen können in diesem Fall zurückgefordert werden. [4]Die Bescheinigung ist bei zukünftigen Anträgen als Nachweis für eine frühere De-minimis-Beihilfe vorzulegen.

7.11 [1]Der Gründer ist verpflichtet, im Rahmen der Finanzkontrolle durch die Europäische Kommission, den Europäischen Rechnungshof sowie den Bayerischen Obersten Rechnungshof mitzuwirken und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. [2]Die im Zusammenhang mit dem beantragten Zuschuss stehenden Daten werden elektronisch gespeichert. [3]Mit seinem Antrag erklärt sich der Antragsteller damit einverstanden, dass die Daten an die Europäische Kommission und/oder an die mit der Evaluierung beauftragten Stellen weitergegeben werden können.

7.12 [1]Unvollständige oder fehlende Angaben führen dazu, dass Teilnehmende nicht in die Berichterstattung gegenüber der Europäischen Kommission aufgenommen werden können. [2]Die Bewilligungsstellen haben daher sicherzustellen, dass jeder Teilnehmende vor Projektteilnahme eine Einwilligungserklärung über seine Mitwirkung an den Monitoring- und Evaluierungsmaßnahmen abgibt. [3]Teilnehmende, die keine Einwilligungserklärung unterzeichnen, können nicht an der ESF-geförderten Maßnahme teilnehmen und müssen von der ESF-Förderung ausgeschlossen werden.

7.13 [1]Die Bewilligungsstellen und die BIHK Service GmbH sind als Erstempfänger der Zuwendung dazu verpflichtet, an Maßnahmen des Monitorings, der Begleitung, der Bewertung und der Evaluierung mitzuwirken, die vom Zuwendungsgeber oder der Verwaltungsbehörde für das Gesamt- oder ein Teilprogramm veranlasst werden. [2]Soweit ESF-Förderung besteht, trifft diese Pflicht auch den Endbegünstigten im Sinne von Art. 2 Nr. 10 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013.

7.14 Zum Monitoring der Förderung sind statistische Daten und Informationen über das Projekt und über den Teilnehmenden in einem Stammblatt online zu erfassen und dem Zuwendungsgeber bzw. dem von ihm oder der Verwaltungsbehörde beauftragten Dritten zur Verfügung zu stellen.

8. Subventionserhebliche Tatsachen

[1]Zuwendungen, die aufgrund dieser Förderrichtlinie bewilligt werden, sind Subventionen im Sinne von § 264 StGB. [2]Tatsachen, von denen Bewilligung, Gewährung, Rückforderung oder Weitergewährung abhängig sind, sind sämtliche im Antrag des Zuwendungsempfängers enthaltene Angaben zur Person und zum Projekt sowie insbesondere die Angaben in der De-minimis-Erklärung. [3]Die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern bzw. das Institut für Freie Berufe nennen den Zuwendungsempfängern vor der Bewilligung oder Gewährung der Leistung die subventionserheblichen Tatsachen. [4]Auf VV Nr. 3.4.6 zu Art. 44 BayHO wird verwiesen.

9. Informations- und Publizitätsmaßnahmen bei ESF-Förderung

[1]Beim Einsatz von ESF-Mitteln ist auf die Unterstützung des Vorhabens durch den Europäischen Sozialfonds deutlich sichtbar hinzuweisen. [2]Es wird auf die verpflichtenden Bestimmungen des Merkblatts „Information und Publizität“ verwiesen. [3]Das Merkblatt „Information und Publizität“ steht zum Herunterladen bereit unter: http://www.esf.bayern.de/imperia/md/content/stmas/esf/merkblattinfopublizitaet.pdf. [4]Besonders hervorzuheben ist, dass die Teilnehmer von Projekten dieser Förderaktion über die Voraussetzungen und Ziele der ESF-Förderung informiert werden müssen. [5]Das ESF-Logo kann unter http://www.esf.bayern.de/downloads.php heruntergeladen werden. [6]Der Slogan „ESF in Bayern – Investition in Ihre Zukunft“ oder „ESF in Bayern – Wir investieren in Menschen“ ist bei allen Informations- und Publizitätsmaßnahmen als Hinweis auf den gemeinschaftlichen Mehrwert aufzunehmen. [7]Im Sachbericht des Erstattungsverfahrens zum Projekt ist über die durchgeführten Informations- und Publizitätsmaßnahmen zu berichten.

10. Antragsverfahren und zuständige Stelle bei ESF-Förderung

[1]Das Antragsverfahren für die Bewilligungsstellen für die gewerblichen Berufe (BIHK Service GmbH) erfolgt über die Software ESF Bavaria 2014. [2]Solange noch kein Verfahren zur sicheren Übermittlung und Dokumentation des Antrags mit eindeutiger Identifikation des Antragsstellers über die genannte Software implementiert worden ist, ist der Antrag zusätzlich unterschrieben per Post einzureichen. [3]Der Link zu ESF Bavaria 2014 lautet: https://esf2014p.pass-consulting.com/esf/. [4]Voranfragen zu Projektmöglichkeiten können jederzeit gestellt werden.

11. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft und mit Ablauf des 30. Juni 2021 außer Kraft, sofern nicht aufgrund einer Änderung der De-minimis-Verordnung eine frühere Anpassung geboten ist.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

2129.2-U

Richtlinien für Darlehen an mittelständische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freiberuflich Tätige zur Förderung von Umweltschutzmaßnahmen (Bayerisches Umweltkreditprogramm)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

vom 13. November 2018, Az. 71d-A0730.7-2012/20-101

Inhaltsübersicht

Teil 1 Allgemeine Beschreibung des Förderbereichs
1. Zweck der Förderung
2. Gegenstand der Förderung
2.1 Förderbereiche
2.2 Rechtliche Grundlagen
2.3 Förderfähige Vermögenswerte
3. Zuwendungsempfänger
3.1 Unternehmen und freiberuflich Tätige
3.2 Öffentliche Unternehmen
4. Zuwendungsvoraussetzungen
4.1 Vermögens- und Ertragslage des Zuwendungsempfängers beziehungsweise Darlehensnehmers
4.2 Vorhabensbeginn
5. Art und Umfang der Förderung
5.1 Art der Förderung
5.2 Umfang der Förderung
5.3 Beihilfeintensität
6. Konditionenfestlegung
7. Absicherung
8. Kumulierung
8.1 Zulässige Kumulierung
8.2 Verhältnis zu De-minimis-Beihilfen
Teil 2 Verfahren
9. Antrag
10. Zusage und Verwendungsnachweis
Teil 3 Schlussvorschriften
11. Hinweise
12. Einvernehmen
13. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Der Freistaat Bayern fördert Maßnahmen des Umweltschutzes nach Maßgabe

– dieser Richtlinie,

– der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO), und der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften für die Gewährung von Zuwendungen an die gewerbliche Wirtschaft sowie der Allgemeinen Darlehensbestimmungen der LfA Förderbank Bayern (LfA) in der jeweils geltenden Fassung, und

– für die in den Teilen 1 und 2 genannten Maßnahmen in Übereinstimmung mit der Verordnung (EU) Nr. 651/2014, nachfolgend Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) genannt.

[2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Teil 1
Allgemeine Beschreibung des Förderbereichs

1. Zweck der Förderung

[1]Die Darlehen sollen als Hilfe zur Selbsthilfe mittelständischen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freiberuflich Tätigen eigenverantwortliche Umweltschutzinvestitionen und Investitionen zur Anpassung an klimatische Veränderungen ermöglichen, auch im Zusammenhang mit sonstigen betrieblichen Investitionen, und dadurch zu Verbesserungen der Umweltsituation, Klimaschutz und Ressourcenschonung beitragen. [2]Es können ausschließlich Maßnahmen des Umweltschutzes gefördert werden, die über den rechtlich geforderten Rahmen hinausgehen (überobligatorische Maßnahme). [3]Eine örtliche Verlagerung von Emissionen ohne eigenständigen Umwelteffekt ist nicht förderfähig. [4]Hierzu werden vom Freistaat Bayern Mittel bereitgestellt, die im Wege der Refinanzierung durch die LfA den Hausbanken auf Antrag zur Gewährung von zinsvergünstigten Darlehen an mittelständische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freiberuflich Tätige zur Verfügung gestellt werden.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Förderbereiche

[1]Die Darlehen dürfen nur verwendet werden für Umweltschutzinvestitionen in den Bereichen

– Luftreinhaltung, Lärm- und Erschütterungsschutz,

– Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschonung,

– Klimaschutz.

[2]Eine solche Verbesserung liegt insbesondere vor, wenn für die Bereiche Luftreinhaltung und Klimaschutz eine Reduzierung der Emissionen um mindestens 20 % sowie für den Bereich Lärmschutz eine Reduzierung um 10 dB nachgewiesen ist. [3]Der Investitionsort muss auf dem Gebiet des Freistaates Bayern liegen.

2.2 Rechtliche Grundlagen

Die Darlehensgewährung erfolgt auf der beihilferechtlichen Grundlage des Art. 17 AGVO (Investitionsbeihilfen für KMU), des Art. 36 (Investitionsbeihilfen, die Unternehmen in die Lage versetzen, über die Unionsnormen für den Umweltschutz hinauszugehen oder bei Fehlen solcher Normen den Umweltschutz zu verbessern), des Art. 37 (Investitionsbeihilfen zur frühzeitigen Anpassung an künftige Unionsnormen = vorfristige Maßnahmen), des Art. 47 AGVO (Investitionsbeihilfen für das Recycling und die Wiederverwendung von Abfall) oder auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (De-minimis-Verordnung).

2.3 Förderfähige Vermögenswerte

[1]Die Darlehen dürfen nur für die Mitfinanzierung von Investitionen in materielle Vermögenswerte im Sinne des Art. 2 Nr. 29 AGVO verwendet werden. [2]Nicht förderfähig sind Grundstückskosten.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 Unternehmen und freiberuflich Tätige

3.1.1 Darlehensempfänger können nur mittelständische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freiberuflich Tätige mit Betriebsstätte oder Niederlassung in Bayern sein, welche die jeweils gültige Definition für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nach Anhang I AGVO erfüllen.

3.1.2 Unternehmen oder freiberuflich Tätige, die sich vorsätzlich oder grob fahrlässig über Umweltvorschriften hinweggesetzt und dabei Umweltschäden verursacht haben, sind von der Förderung ausgeschlossen.

3.1.3 Unternehmen, die sich im Sinne von Art. 1 Abs. 4 Buchst. c in Verbindung mit Art. 2 Nr. 18 AGVO in Schwierigkeiten befinden, sind von der Förderung auf Basis der AGVO ausgeschlossen.

3.1.4 Unternehmen oder freiberuflich Tätige, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind, sind ebenfalls von der Förderung ausgeschlossen.

3.1.5 Von einer auf der Grundlage der AGVO gewährten Förderung ausgeschlossen sind Unternehmen beziehungsweise Sektoren in den Fällen des Art. 1 Abs. 2 bis 5 AGVO.

3.2 Öffentliche Unternehmen

Keine Förderung erhalten Unternehmen, an denen die öffentliche Hand (Staat, Kommunen oder sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts) direkt oder indirekt mehrheitlich beteiligt ist.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Vermögens- und Ertragslage des Zuwendungsempfängers beziehungsweise Darlehensnehmers

[1]Die Darlehen des Bayerischen Umweltkreditprogramms sind ergänzende Hilfen. [2]Der Antragsteller hat entsprechend seiner Vermögens-, Liquiditäts- und Ertragslage für die Finanzierung in angemessenem Umfang Eigenmittel einzusetzen. [3]Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens muss gesichert sein.

4.2 Vorhabensbeginn

4.2.1 [1]Die Vorhaben, mit denen zum Zeitpunkt des Antragseingangs bei der Hausbank bereits begonnen war, können nicht gefördert werden. [2]Als Vorhabensbeginn gilt grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags (mit Ausnahme vorbereitender Arbeiten bei Baumaßnahmen).

4.2.2 Die Vorhaben müssen soweit vorbereitet sein, dass sie nach der Bewilligung der beantragten Mittel innerhalb eines Jahres begonnen werden können.

5. Art und Umfang der Förderung

5.1 Art der Förderung

Die Förderung erfolgt als Anteilfinanzierung im Rahmen einer Projektförderung durch zinsverbilligte Darlehen der LfA.

5.2 Umfang der Förderung

5.2.1 Es können nur Vorhaben mit zuwendungsfähigen Ausgaben von mindestens 25 000 Euro, höchstens jedoch bis zu 12 500 000 Euro gefördert werden.

5.2.2 Die Darlehenssumme kann bis zu 2 000 000 Euro betragen.

5.2.3 Förderungen von Investitionen in Anlagen, die über das Erneuerbare-Energien-Gesetz beziehungsweise das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz gefördert werden, sind von dieser Richtlinie ausgenommen.

5.2.4 Bei Förderungen nach den in Nr. 2.2 genannten Bestimmungen der AGVO sind alle weiteren Voraussetzungen der AGVO zur Bestimmung der zuwendungsfähigen Ausgaben einzuhalten.

5.3 Beihilfeintensität

5.3.1 Das Bruttosubventionsäquivalent berechnet sich nach Maßgabe der Mitteilung der Kommission über die Änderung der Methode zur Festsetzung der Referenz- und Abzinsungssätze (2008/C 014/02) oder nach Maßgabe einer sonstigen von der EU-Kommission genehmigten, einschlägigen Berechnungsmethode.

5.3.2 Die Beihilfeintensität der nach Maßgabe dieser Richtlinie auf der Grundlage der AGVO gewährten Darlehen darf die Förderhöchstsätze nach der jeweils einschlägigen in Nr. 2.2 genannten Bestimmung der AGVO nicht überschreiten.

5.3.3 Der Beihilfewert der nach Maßgabe dieser Richtlinie auf der Grundlage der De-minimis-Verordnung gewährten Darlehen darf auch unter Anrechnung bereits gewährter De-minimis-Beihilfen den in Art. 3 Abs. 2 der De-minimis-Verordnung bestimmten Förderhöchstbetrag nicht übersteigen.

5.3.4 Die Vorgaben zur Kumulierung von Beihilfen in Nr. 8 sind ergänzend zu beachten.

6. Konditionenfestlegung

[1]Zinssatz, Laufzeit, Auszahlungskurs und Tilgung werden mit der Darlehenszusage festgelegt. [2]Der Zinssatz ist abhängig von der Bonität des Darlehensnehmers und der Besicherung des Investitionsvorhabens sowie der Lage auf dem Kapitalmarkt. [3]Gegebenenfalls erfolgen weitere Differenzierungen.

7. Absicherung

[1]Die Darlehen sind nach bankmäßigen Grundsätzen abzusichern. [2]Sie werden von den Hausbanken unter Übernahme der Eigenhaftung gewährt. [3]Kann ein Darlehen nach bankmäßigen Grundsätzen nicht ausreichend abgesichert werden, so kann eine Bürgschaft der Bürgschaftsbank Bayern GmbH oder der LfA beantragt werden. 4Abweichend davon können die Hausbanken auf Antrag durch eine Haftungsfreistellung teilweise von der Haftung freigestellt werden.

8. Kumulierung

8.1 Zulässige Kumulierung

Darlehen, die nach Maßgabe dieser Richtlinie auf der Grundlage der AGVO gewährt werden, können gemäß Art. 8 Abs. 3 AGVO kumuliert werden mit

- anderen staatlichen Beihilfen, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Ausgaben betreffen;
- anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Ausgaben, jedoch nur, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrag nicht überschritten wird.

8.2 Verhältnis zu De-minimis-Beihilfen

8.2.1 Darlehen, die nach Maßgabe dieser Richtlinie auf der Grundlage der AGVO gewährt werden, dürfen nicht mit De-minimis-Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Ausgaben kumuliert werden, wenn durch diese Kumulierung die festgelegten Beihilfeintensitäten oder Beihilfehöchstbeträge der jeweils einschlägigen in Nr. 2.2 genannten Bestimmung der AGVO überschritten werden.

8.2.2 Beihilfen, die nach Maßgabe dieser Richtlinie auf der Grundlage der De-minimis-Verordnung gewährt werden, dürfen nicht mit De-minimis-Beihilfen kumuliert werden, wenn durch diese Kumulierung der in Art. 3 Abs. 2 der De-minimis-Verordnung festgelegte Beihilfehöchstbetrag überschritten wird.

8.2.3 [1]De-minimis-Beihilfen dürfen weder mit staatlichen Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Ausgaben noch mit staatlichen Beihilfen für dieselbe Risikofinanzierungsmaßnahme kumuliert werden, wenn die Kumulierung dazu führen würde, dass die höchste einschlägige Beihilfeintensität oder der höchste einschlägige Beihilfebetrag, die beziehungsweise der im Einzelfall in einer Gruppenfreistellungsverordnung oder einem Beschluss der Kommission festgelegt ist, überschritten wird. [2]De-minimis-Beihilfen, die nicht in Bezug auf bestimmte beihilfefähige Ausgaben gewährt werden und keinen solchen Ausgaben zugewiesen werden können, dürfen mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, die auf der Grundlage einer Gruppenfreistellungsverordnung oder eines Beschlusses der Kommission gewährt wurden.

Teil 2
Verfahren

9. Antrag

[1]Die Antragstellung erfolgt in Papierform oder digital nach dem von der LfA eingerichteten Antragsverfahren. [2]Die erforderlichen Antragsunterlagen können dem Internetauftritt der LfA unter www.lfa.de entnommen werden. [3]Der Umweltschutzeffekt des Vorhabens ist im Rahmen der Antragstellung in konkreter Form darzulegen, zum Beispiel durch Herstellerangaben der zu beschaffenden oder einzubauenden Maschinen und Vorrichtungen oder durch eine umweltfachliche Bestätigung der Genehmigungsbehörde, soweit ein Genehmigungsverfahren bau- oder immissionsschutzrechtlich einschlägig ist. [4]Sollten dann noch Unklarheiten zum Umweltschutzeffekt verbleiben, wird die LfA eine weitere Stellungnahme beim Antragsteller anfordern und, soweit erforderlich, ein Fachgutachten einholen. [5]Die Anträge sind – gegebenenfalls einschließlich ergänzender Unterlagen – vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben oder die Tätigkeit schriftlich bei der Hausbank einzureichen. [6]Die Hausbank bestätigt, dass die Darlehensvoraussetzungen vorliegen und übermittelt der LfA die von ihr benötigten Daten.

10. Zusage und Verwendungsnachweis

[1]Über die Anträge entscheidet die LfA. [2]Die ordnungsgemäße, insbesondere zweckentsprechende Verwendung der Darlehen wird von den Hausbanken und der LfA nach Maßgabe der Allgemeinen Darlehensbestimmungen überwacht. [3]Im Rahmen der Verwendungsnachweisführung bestätigt der Darlehensnehmer gegenüber der Hausbank die Erfüllung des Förderzwecks. [4]Die LfA prüft die Verwendungsnachweise stichprobenartig.

Teil 3
Schlussvorschriften

11. Hinweise

[1]Bestimmte im Antrag näher präzisierte Angaben des Antrags, ergänzende Unterlagen sowie der Verwendungsnachweis sind subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuchs in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes (SubvG) und Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes. [2]Subventionserhebliche Tatsachen sind auch solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (vgl. § 4 SubvG). [3]Es wird darauf hingewiesen, dass bei auf der Grundlage der AGVO gewährten Beihilfen Informationen über jede Einzelbeihilfe von über 500 000 Euro auf einer ausführlichen Beihilfe-Website veröffentlicht werden. [4]Dem ORH steht gemäß Art. 91 BayHO ein Prüfungsrecht zu.

12. Einvernehmen

Diese Richtlinie ergeht im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat.

13. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2018 in Kraft und mit Ablauf des 30. Juni 2021 außer Kraft. [2]Die Laufzeit dieser Förderrichtlinie ist bis zum Zeitpunkt des Auslaufens der AGVO zuzüglich einer Anpassungsperiode von sechs Monaten, mithin bis zum 30. Juni 2021 befristet.

Dr. Christian Barth
Ministerialdirektor

7912.5-U

Berichtigung der Richtlinien zur Förderung von umwelt- und klimaverträglichen Naturerlebnis- und Naturtourismusangeboten in bayerischen Kommunen

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

vom 28. Oktober 2018, Az. 22b-U8030-2017/106-52

In Nr. 5.2 Satz 8 der Richtlinien zur Förderung von umwelt- und klimaverträglichen Naturerlebnis- und Naturtourismusangeboten in bayerischen Kommunen (FöRNatKom) vom 6. September 2018 (AllMBl. S. 912) wird die Angabe „2.2.2“ durch die Angabe „2.1.2“ ersetzt.

Andreas Preising
Leitender Ministerialrat

7815-L

Richtlinie zum 27. Wettbewerb 2019 bis 2022 „Unser Dorf hat Zukunft“

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 24. Oktober 2018, Az. L3-7375.1-1/94

[1]In dem Zeitraum 2019 bis 2022 wird der Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ zum 27. Mal veranstaltet. [2]Es ergeht nachstehende Richtlinie zur Teilnahme am Wettbewerb und dessen Durchführung:

1. Ziele des Wettbewerbs und Nutzen für die Dörfer

[1]Der bayerische Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ ist ein Wettbewerb für Menschen. [2]Dabei werden besonders das Engagement der Bewohner und herausragende Ideen und Projekte zur zukunftsfähigen Entwicklung der Dörfer herausgestellt. [3]Positive Beispiele sollen zur Nachahmung anregen.

1.1 Ziele

[1]Ziel ist es, die Menschen dazu zu bewegen, ihre Chancen zu erkennen und die Zukunft ihrer Dörfer aktiv in die eigenen Hände zu nehmen. [2]Dazu sollen ehrenamtliches Engagement und erbrachte Eigenleistungen für den unmittelbaren Lebensraum, unter Berücksichtigung der Ausgangslage, gefördert werden. [3]Der Wettbewerb geht dabei von der Unverwechselbarkeit eines jeden Dorfes aus. [4]Entscheidend sind dabei sowohl das Erscheinungsbild von Dorf und Landschaft als auch die örtliche Wirtschaftskraft. [5]Die sozialen und kulturellen Aktivitäten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen werden ebenso berücksichtigt wie der örtliche Beitrag zur Sicherung der ökologischen Ressourcen. [6]Besondere Leistungen werden öffentlich mit Auszeichnungen geehrt.

– Freiwilligkeit & Eigeninitiative

  Der Dorfwettbewerb schafft Anreize für die Bürger, den gemeinsamen Lebensraum in eigener Verantwortung aktiv zu gestalten. Er motiviert die Menschen, selbst Hand anzulegen und bietet ihnen hierfür Hilfe zur Selbsthilfe.

– „Wir-Gefühl“ & positive Beispiele

  Der Dorfwettbewerb würdigt gemeinschaftliches Handeln und stellt das Erreichte als nachahmenswert heraus.

– Eigene Stärken & Perspektiven

  Der Dorfwettbewerb schärft das Bewusstsein für die Werte im eigenen Dorf und eröffnet Chancen für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Lebensqualität.

1.2 Nutzen für die teilnehmenden Dörfer

Die Teilnahme am Wettbewerb bietet nicht nur Chancen, sondern hat auch bleibenden Nutzen, wie zum Beispiel:

– gemeinsam Aktionen angehen, für zukunftsfähige Projekte Akzeptanz schaffen und sie in die Tat umsetzen (z. B. im Rahmen der Agenda 21, Biodiversitätsrichtlinie, Grünflächengestaltung etc.),

– die Unverwechselbarkeit des eigenen Dorfes erkennen, erhalten und entwickeln (z. B. im Rahmen einer Stärken-Schwächen-Analyse),

– soziales Engagement und Verantwortung für alle Generationen übernehmen (z. B. Neubürger in die Dorfgemeinschaft einbinden),

– Beratung erhalten und in die Dorfentwicklung einbeziehen (z. B. Hilfe bei Verbesserungsmaßnahmen für Haus, Hof und Garten),

– Wertschätzung durch Experten unterschiedlichster Fachrichtungen erfahren (z. B. im Rahmen der Ortsbegehung und im schriftlichen Abschlussbericht),

– Attraktivität und Bekanntheitsgrad des eigenen Dorfes steigern (z. B. für touristische Angebote),

– gemeinsam Erreichtes mit Anerkennung und Stolz pflegen (z. B. neue Netzwerke knüpfen und miteinander Feste feiern).

2. Teilnahmebedingungen

[1]Teilnahmeberechtigt sind räumlich geschlossene Gemeinden oder Gemeindeteile mit überwiegend dörflichem Charakter bis zu 3 000 Einwohnern. [2]Für Gemeinden oder Gemeindeteile, die eine Auszeichnung in Gold im Bundesentscheid erhalten haben, ist die Teilnahme an den beiden darauf folgenden Bundesentscheiden nicht möglich. [3]Für Gemeinden oder Gemeindeteile, die zum zweiten Mal mit gleicher oder niedrigerer Platzierung am Bundesentscheid teilgenommen haben, ist die Teilnahme an dem darauf folgenden Bundesentscheid nicht möglich.

3. Einteilung der Teilnehmer in Gruppen

Um die unterschiedliche Größe der Gemeinden und Gemeindeteile zu berücksichtigen, werden die Teilnehmer auf Kreis- und Bezirksebene in zwei Gruppen eingeteilt:

Gruppe A bis 600 Einwohner,
Gruppe B 601 bis 3 000 Einwohner.

4. Durchführung

4.1 Zeitlicher Ablauf

Die Durchführung des 27. Wettbewerbs erfolgt in vier Stufen:

– Kreisentscheid im Jahr 2019:
Anmeldung bis 1. Juni 2019
Weiterleitung bis 15. November 2019

– Bezirksentscheid im Jahr 2020:
Weiterleitung bis 15. Dezember 2020

– Landesentscheid im Jahr 2021:
Weiterleitung nach Vorgabe des Bundes

– Bundesentscheid im Jahr 2022.

4.2 Vorbereitung

[1]Den am Wettbewerb beteiligten Gemeinden und Gemeindeteilen wird die Bildung eines Arbeitskreises empfohlen, der die notwendigen Vorbereitungen trifft. [2]Diesem Ausschuss sollten neben Personen, die am Wettbewerb besonders interessiert sind, auch Sachkundige aus den Bereichen, die beurteilt und bewertet werden, angehören. [3]Es wird weiterhin angeregt, zur Beratung frühzeitig die Kreisfachberatung für Gartenkultur und Landespflege, den Kreisbaumeister, die Fachkraft für Naturschutz und Landschaftspflege und einen Vertreter für die Belange von Denkmalschutz und -pflege hinzuzuziehen. [4]Vor Aufnahme der Arbeiten sollen ein auf die Bewertungsmerkmale (vgl. Nr. 5) abgestimmtes Konzept aller Maßnahmen unter Beratung durch den Landkreis erstellt sowie der Ist-Zustand aufgenommen und durch Fotos dokumentiert werden. [5]Die Anmeldung der Teilnehmer zum Wettbewerb sollte bis spätestens 1. Juni 2019 der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde vorliegen. [6]Die Anmeldung zum Kreisentscheid erfolgt hierbei in der Regel bei der Kreisfachberatung für Gartenkultur und Landespflege. [7]Im Falle eines laufenden Verfahrens nach dem Flurbereinigungsrecht in Dorf oder/und Flur empfiehlt es sich, auch das zuständige Amt für Ländliche Entwicklung von der Teilnahme am Wettbewerb zu benachrichtigen. [8]Für Gemeinden und Gemeindeteile, welche ein Dorferneuerungs- oder Flurneuordnungsverfahren in Erwägung ziehen oder beantragt haben, empfiehlt sich die Teilnahme am Wettbewerb besonders. [9]Durch die Teilnahme am Wettbewerb werden Vorleistungen erbracht, die ein späteres Verfahren in Dorf oder/und Flur erleichtern.

4.3 Kreisentscheid 2019

[1]Auf Landkreisebene liegt die Federführung bei der Kreisverwaltungsbehörde. [2]Die Kreisverwaltungsbehörde bildet im Benehmen mit dem zuständigen Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine Kommission, die den Wettbewerb organisatorisch und fachlich unterstützt. [3]Diese Kommission ist zugleich Bewertungskommission für den Kreisentscheid. [4]Den Vorsitz führt die Kreisfachberatung für Gartenkultur und Landespflege. [5]Sie bewertet nicht mit. [6]Als Juroren in dieser Kommission sollten Vertreter und Vertreterinnen aus den Bereichen

– der Landwirtschaft (z. B. Hauswirtschaft, Kreisbäuerin),

– der Gemeindeverwaltung (z. B. Bürgermeister),

– der Jugend (z. B. Kreisjugendring),

– des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege,

– der Grünordnung und Landespflege,

– des Bauwesens,

– des fachlichen Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie

– der Kreisheimatpflege

mitwirken. [7]Die Kreisverwaltungsbehörden benennen der zuständigen „Abteilung Gartenbau“ am Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Gartenbauzentrum) die Bewerber für den Bezirksentscheid mittels einer Teilnehmerliste – getrennt nach den Gruppen A und B, unter Vorlage der jeweiligen Anmeldeunterlagen und der Besichtigungsberichte zum Kreisentscheid. [8]Bei Einsendung unvollständiger Unterlagen oder bei verspäteter Einreichung besteht kein Anspruch auf Teilnahme am Bezirksentscheid. [9]Je nach Anzahl der Teilnehmer in den Landkreisen ist nach folgendem Schlüssel zu melden:

Zahl der Teilnehmer im Landkreis	Höchstzahl der Teilnehmer im Bezirksentscheid
Gruppe A	**Gruppe A**
2 bis 5	1
6 bis 15	1 oder 2[1]
16 bis 30	2 oder 3[1]
über 30	3 oder 4[1]
Gruppe B	**Gruppe B**
2 bis 5	1
6 bis 10	2 oder 3[1]
über 10	3 oder 4[1]

[10]Hat sich in der Gruppe A oder B nur ein Bewerber beteiligt, ist dieser der anderen Gruppe zuzuordnen, damit eine Teilnahme möglich ist. [11]Soweit Stadtteile kreisfreier Städte teilnehmen, gelten die Regelungen für Landkreise entsprechend. [12]Einzelheiten regelt das zuständige Gartenbauzentrum. [13]Die Kreisverwaltungsbehörden melden den Gartenbauzentren die Teilnehmer am Regierungsbezirksentscheid bis spätestens 15. November 2019. [14]Auf Kreisebene besteht darüber hinaus die Möglichkeit, eigene Schwerpunkte im Wettbewerbssinn festzulegen und diese gesondert zu würdigen. [15]Damit soll den Dörfern der Zugang zum Wettbewerb erleichtert werden.

4.4 Bezirksentscheid 2020

[1]Auf Bezirksebene ist die Bewertungskommission durch das Gartenbauzentrum zu berufen. [2]Den Vorsitz übernimmt die Leitung der Abteilung Gartenbau. [3]Sie bewertet nicht mit. [4]Als Juroren werden vorgeschlagen Vertreter und Vertreterinnen

- des Amtes für Ländliche Entwicklung,
- der Gemeindeverwaltung (z. B. Bürgermeister),
- der Jugend (z. B. Bezirksjugendring),
- des Bezirksverbandes für Gartenbau und Landespflege,
- der Landwirtschaft (z. B. Hauswirtschaft, Bezirksbäuerin),
- der Kreisfachberatungen für Gartenkultur und Landespflege,
- des Bauwesens,
- der Grünordnung und Landespflege,
- des fachlichen Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie
- der Bezirksheimatpflege.

[5]Die Gartenbauzentren melden dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Teilnehmer zum Landesentscheid bis spätestens 15. Dezember 2020 nach dem folgenden Schlüssel:

Zahl der Teilnehmer im Regierungsbezirk/ Kreisentscheid	Höchstzahl der Teilnehmer im Landesentscheid
2 bis 10	1
11 bis 40	2
41 bis 70	3
71 bis 100	4
über 100	5

[6]Es kann unberücksichtigt bleiben, ob es sich um Teilnehmer der Gruppen A oder B handelt. [7]Die Anmeldung zum Wettbewerb einschließlich aller zur Anmeldung geforderten Unterlagen, die Besichtigungsberichte und eine Teilnehmerliste sind jeder Teilnehmermeldung für den Landesentscheid beizugeben. [8]Bei Einsendung unvollständiger Unterlagen oder verspäteter Einreichung besteht kein Anspruch auf die Teilnahme am Landesentscheid.

4.5 Landesentscheid 2021

[1]Auf Landesebene wird die Bewertungskommission durch das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten berufen. [2]Den Vorsitz übernimmt der Leiter des Referates „Weinbau und Gartenbau" des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. [3]Er bewertet nicht mit. [4]Die Landesbewertungskommission führt den Entscheid auf Landesebene durch. [5]Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten meldet die Landessieger termingerecht zum Bundesentscheid.

4.6 Bundesentscheid 2022

[1]Die Bundesbewertungskommission wird vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft berufen und ermittelt die Bundessieger. [2]Voraussetzung für die Teilnahme am Bundesentscheid ist die erfolgreiche Teilnahme am vorangegangenen Landesentscheid. [3]Je nach Anzahl aller Teilnehmer in Bayern wird nach folgendem Schlüssel gemeldet:

Zahl der Teilnehmer in Bayern	Höchstzahl der Teilnehmer am Bundesentscheid (Landessieger)
bis 50	1
51 bis 150	2
151 bis 300	3
301 bis 450	4
451 bis 600	5
601 bis 750	6
751 bis 900 je zusätzliche 150 Teilnehmer	7 1 Landessieger zusätzlich

5. Bewertungsrahmen

[1]Als Bewertungsrahmen sind fünf Teilaspekte, unter denen der dörfliche Lebensraum betrachtet wird, festgelegt. [2]Es soll deutlich werden, welche Ziele sich die Bevölkerung für ihr Dorf gesetzt hat und was getan wurde, um diese Ziele zu erreichen. [3]Besonderer Wert wird dabei auf die Ausgangslage und die in Eigenleis-

1 Davon mindestens ein Teilnehmer mit keiner bzw. vergleichsweise geringer öffentlicher Förderung oder ein Teilnehmer, der in früheren Jahren bereits auf Bezirksebene eine Auszeichnung erhalten hat (entsprechender Hinweis ist im Besichtigungsbericht erforderlich).

tung erbrachten Maßnahmen der Gemeinschaft gelegt. [4]Zur inhaltlichen Abgrenzung der unterschiedlichen Bewertungsbereiche können nachfolgende Beispiele herangezogen werden.

5.1 Entwicklungskonzepte – wirtschaftliche Initiativen (Höchstpunktzahl 20)

[1]Im Mittelpunkt stehen Anstrengungen und Initiativen, die die Ausgangslage des Dorfes nachhaltig verbessern. [2]Dazu ist es notwendig, sich beispielsweise mit nachfolgenden Punkten zu befassen:

- Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung,
- Funktionen des Dorfes (Wohnort, Fremdenverkehr, Landwirtschaft, Handwerk etc.),
- Arbeitsplätze und Erwerbspotentiale am Ort und in der Region,
- Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schule, Volkshochschule etc.),
- Infrastruktur vor Ort (Digitalisierung, Verwaltungseinrichtungen, Nahversorgung, Trink- und Abwassersysteme, Energieversorgung, Telekommunikation, Verkehrseinrichtungen etc.),
- dörfliche Kooperation und überörtliche Zusammenarbeit,
- Dorfleitbild, Stand der Planungen: Landschaftsplan etc.

5.2 Soziale und kulturelle Aktivitäten (Höchstpunktzahl 20)

Hier geht es vorrangig um bürgerschaftliches Engagement in Form von Ideen, Konzepten und Aktionen, die sich auf folgende Bereiche positiv auswirken:

- Pflege von Dorftradition und Brauchtum,
- Vereinsleben,
- kirchliches Leben,
- Jugend- und Seniorenarbeit,
- Integration aller Bewohner,
- Kultur- und Freizeitangebot.

5.3 Baugestaltung und -entwicklung (Höchstpunktzahl 20)

[1]Hauptaugenmerk wird bei diesem Punkt auf die Wirkung öffentlicher und privater Baumaßnahmen im Verhältnis zur dörflichen Situation und Entwicklung gelegt. [2]Dazu zählen beispielsweise:

- bedarfsgerechte Gestaltung und Pflege öffentlicher Straßen und Plätze,
- Zustand, Nutzung und Entwicklung ortsprägender Bauwerke, öffentlicher Gebäude und Anlagen sowie privater Liegenschaften,
- Umgang mit historischer, denkmalgeschützter Bausubstanz,
- Nutzung, Gestaltung und Entwicklung des Ortskerns, auch unter Berücksichtigung von Neubaumaßnahmen,
- Integration von Neubaugebieten für Wohnen und Gewerbe und deren Anbindung an den Altort,
- effizienter Umgang mit vorhandener Siedlungsfläche,
- Verwendung ressourcenschonender Baumaterialien und Bautechniken,
- Nutzung regenerativer Energien.

5.4 Grüngestaltung und -entwicklung (Höchstpunktzahl 20)

[1]Dieser Punkt bildet ein wesentliches Kriterium im Wettbewerb. [2]Deshalb steht die Erlebniswirksamkeit des Dorfgrüns als Bestandteil öffentlicher und privater Freiflächen und Gärten im Mittelpunkt. [3]In der Bewertung werden vor allem die Ausführungsqualität sowie der Pflegezustand der Grünanlagen berücksichtigt. [4]Wichtige Aspekte sind hierbei beispielsweise:

- Gestaltung, Ausstattung und Pflege von öffentlichen Plätzen, Straßenbegleitgrün, Schulumfeld mit Schulgärten, Kindergärten und Friedhöfen,
- Gestaltung und Pflege privater Gärten und Hofräume nach ortstypischen Gesichtspunkten,
- standortgerechte Pflanzenverwendung,
- Umsetzung von Flächenentsiegelung und Regenwassermanagement,
- Schaffung und Erhalt naturnaher Lebensräume für Flora und Fauna,
- Fassadenbegrünung und Blumenschmuck,
- Umgang mit Einfriedungen wie Zäunen und Hecken,
- nutzerorientierte Möblierung des öffentlichen und privaten Freiraumes sowie
- Gestaltung, Unterhalt und Entwicklung örtlicher Fließ- und Stillgewässer.

5.5 Dorf in der Landschaft (Höchstpunktzahl 20)

[1]Im Mittelpunkt steht die Umsetzung landespflegerischer Maßnahmen zur Einbindung der Siedlungsbereiche in die Landschaft. [2]Dabei geht es um die Erhaltung und Entwicklung schützenswerter Landschaftsbestandteile. [3]Besondere Aufmerksamkeit erfahren dabei folgende Aspekte:

- Gestaltung des Ortsrandes,
- Einbindung und Gestaltung von baulichen Anlagen sowie Einrichtungen für Freizeit und Erholung im Außenbereich,
- schonender Umgang mit vorhandenem Landschaftspotential, insbesondere den natürlichen Ressourcen Boden, Wasser, Luft,
- Schaffung und Erhalt von Lebensräumen für seltene Tier- und Pflanzenarten,
- Integration traditioneller und moderner Landnutzungsformen in der Land- und Forstwirtschaft (ökologische Ausgleichsflächen, Anbau nachwachsender Rohstoffe, Anlagen zur Energiegewinnung etc.),
- Erhaltung von kulturhistorischen Stätten, Boden- und Flurdenkmalen,
- Einrichtung umweltbildender Maßnahmen.

6. Auszeichnungen für die Teilnehmer

[1]Die erfolgreichsten Teilnehmer am Kreisentscheid werden vom Landrat bzw. der Landrätin bekannt gegeben und ausgezeichnet, die erfolgreichsten Teilnehmer am Bezirksentscheid vom Regierungspräsidenten bzw. der Regierungspräsidentin. [2]Die Sieger auf Landesebene werden vom Staatsministerium für

Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bekannt gegeben. [3]Ihnen werden Auszeichnungen in Gold, Silber und Bronze mit Urkunden verliehen. [4]Darüber hinaus werden Preisgelder ausgelobt. [5]Für beispielhafte Leistungen im Sinne des Wettbewerbs können beim Kreis-, Bezirks- und Landesentscheid Sonderpreise vergeben werden.

7. Information und Öffentlichkeitsarbeit

Es empfiehlt sich, die Durchführung des Wettbewerbs bereits auf Kreis- und Bezirksebene öffentlichkeitswirksam in der Presse darzustellen und die Richtlinie zum 27. Wettbewerb im jeweiligen Amtsblatt zu eröffentlichen.

8. Ausschluss des Rechtsweges

[1]Die Entscheidungen der Bewertungskommissionen sind auf allen Ebenen endgültig. [2]Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

9. Urheber-/Persönlichkeitsrechte

[1]Mit Übermittlung der Bewerbungsunterlagen versichert die teilnehmende Gemeinde, dass keine Verletzung von Urheber-, Marken- und/oder Designrechten an abgebildeten Personen, Produkten oder Gebäuden vorliegt. [2]Bei der Darstellung von Personen dürfen keine Persönlichkeitsrechte verletzt werden. [3]Falls auf einem Bild eine oder mehrere Personen erkennbar abgebildet sind, müssen die Betreffenden damit einverstanden sein. [4]Der Wettbewerbsteilnehmer versichert, dass er die Einwilligung der auf den Fotos abgebildeten Personen eingeholt hat und diese auf Nachfrage jederzeit vorlegen kann.

10. Einräumung von Rechten

Die Preisträger erklären sich mit der räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkten, nicht ausschließlichen Nutzung und Veröffentlichung von gegebenenfalls mit den Bewerbungsunterlagen eingereichten oder während der Prämierungsveranstaltung und Vor-Ort-Besichtigungen gefertigten Bildern und Aufnahmen (z. B. Preisübergabe) einverstanden und werden die an der Prämierungsveranstaltung und Vor-Ort-Besichtigung teilnehmenden Personen darüber informieren und deren Einwilligung einholen.

11. Haftung

[1]Obhutspflichten des Freistaates Bayern beginnen erst mit vollständigem Eintreffen der Bewerbungsunterlagen gemäß den Bewerbungsmodalitäten. [2]Die Schaffung der elektronischen Zugangsvoraussetzungen für die Online-Teilnahme obliegt den teilnehmenden Gemeinden. [3]Der Freistaat Bayern übernimmt keine Haftung für die vollständige Übermittlung der eingegebenen Daten, falls und soweit Übertragungsschwierigkeiten auf einem Umstand beruhen, der außerhalb des Verantwortungsbereiches des Freistaates liegt. [4]Sollten Dritte Ansprüche wegen Verletzung ihrer Rechte geltend machen, so stellt die teilnehmende Gemeinde den Freistaat Bayern von allen Ansprüchen frei, sofern kein Verschulden in Form von grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz von Bediensteten, dessen Vertretern oder Erfüllungsgehilfen des Freistaates vorliegt. [5]Der Freistaat Bayern haftet für Schäden an Leben, Körper und Gesundheit, wenn sie auf einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung des Freistaates, seiner Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen. [6]Für anderweitige Schäden haftet der Freistaat nur, wenn sie auf vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Pflichtverletzung des Freistaates Bayern, seiner Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen. [7]Die Haftung für Schäden, die auf einfacher Fahrlässigkeit beruhen, wird insoweit ausgeschlossen, es sei denn, es handelt sich um die Verletzung solcher Pflichten, deren Einhalten für das Erreichen des Auslobungszwecks von besonderer Bedeutung sind. [8]Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt der Freistaat keine Haftung für Druckfehler und Irrtümer.

12. Datenschutz

[1]Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verarbeitet die im Rahmen des Wettbewerbs anfallenden personenbezogenen Daten, insbesondere die in den Antragsunterlagen genannten Daten sowie eingereichte oder angefertigte Bilder und Aufnahmen, zum Zweck der ordnungsgemäßen Durchführung des Wettbewerbs einschließlich der wettbewerbsbedingten Veröffentlichungen. [2]Wir beabsichtigen, die Preisträgergemeinden ggf. mit den persönlichen Daten von in der Bewerbung genannten Personen zur Berichterstattung über den Wettbewerb und die Preisverleihung an Dritte zu übermitteln. [3]Der Bewerber hat das auf der Internetseite www.lwg.bayern.de zur Verfügung stehende Informationsblatt zur Kenntnis genommen und den von ihm in den Bewerbungsunterlagen mit personenbezogenen Daten genannten Personen zugeleitet.

13. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Hubert Bittlmayer
Ministerialdirektor

301-A

Leistung des Richtereides durch Berufsrichter und Verpflichtung der ehrenamtlichen Richter auf ihr Amt in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

vom 16. Oktober 2018, Az. A5/0064.06-1/36

1. Vereidigung der Berufsrichterinnen und Berufsrichter

1.1 [1]Nach § 38 des Deutschen Richtergesetzes (DRiG) und Art. 3 des Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetzes (BayRiStAG) haben Berufsrichterinnen und Berufsrichter in öffentlicher Sitzung eines Gerichts den Richtereid mit einer Verpflichtung auf die Verfassung des Freistaates Bayern zu leisten. [2]Den Richtereid haben auch alle in das Richterverhältnis kraft Auftrags oder auf Probe berufenen Richterinnen und Richter zu leisten.

1.2 [1]Die Vorsitzenden des Gerichts belehren die zu Vereidigenden in angemessener Weise über ihre Pflichten und über die Bedeutung des Eides und sprechen den Eid vor. [2]Der Eid wird durch Nachsprechen unter Heben der rechten Hand geleistet.

1.3 [1]Über die Vereidigung ist ein Protokoll aufzunehmen. [2]Das Protokoll ist von der oder dem Vereidigten, von der oder dem Vorsitzenden des Gerichts und von der Urkundsbeamtin oder dem Urkundsbeamten zu unterschreiben.

2. Verpflichtung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter auf ihr Amt

2.1 Die Bestimmungen des § 45 DRiG und des Art. 15 Satz 2 BayRiStAG gelten für alle ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit.

2.2 Nach § 45 Abs. 7 DRiG, Art. 15 Satz 2 BayRiStAG haben die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter die Verpflichtung auf ihr Amt vor ihrer ersten Dienstleistung in öffentlicher Sitzung mit einer Verpflichtung auf die Verfassung des Freistaates Bayern zu leisten.

2.3 [1]Die Vorsitzenden des Gerichts belehren die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in angemessener Weise über ihre Pflichten und über die Bedeutung des Eides (§ 45 Abs. 3 DRiG) oder, sofern der Eid aus Glaubens- oder Gewissensgründen nicht gewollt ist, des Gelöbnisses (§ 45 Abs. 4 DRiG). [2]Es ist insbesondere darüber zu belehren, dass der Eid ohne die Worte „so wahr mir Gott helfe“ geleistet werden kann (§ 45 Abs. 3 Satz 2 und 3 DRiG). [3]Der Eid oder das Gelöbnis werden durch Nachsprechen unter Heben der rechten Hand geleistet. [4]Wenn ehrenamtliche Richterinnen oder Richter als Mitglieder einer Religions- oder Bekenntnisgemeinschaft eine Beteuerungsformel dieser Gemeinschaft verwenden wollen, so kann diese Beteuerungsformel dem Eid oder Gelöbnis angefügt werden (§ 45 Abs. 5 DRiG).

2.4 [1]Über die Verpflichtung auf ihr Amt ist ein Protokoll aufzunehmen (§ 45 Abs. 8 DRiG). [2]Das Protokoll ist von der oder dem Verpflichteten, von der oder dem Vorsitzenden des Gerichts und von der Urkundsbeamtin oder dem Urkundsbeamten zu unterschreiben.

2.5 Die Verpflichtung gilt für die Dauer des Amtes, bei erneuter Bestellung auch für die sich unmittelbar anschließende Amtszeit (§ 45 Abs. 2 Satz 2 DRiG).

3. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. Dezember 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 30. November 2018 tritt die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung über die Leistung des Richtereides durch Berufsrichter und Verpflichtung der ehrenamtlichen Richter der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit vom 13. April 1977 (AMBl. S. 134) außer Kraft.

Michael Höhenberger
Ministerialdirektor

330-A

Festsetzung der Zahl der ehrenamtlichen Richter in der bayerischen Sozialgerichtsbarkeit

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

vom 24. Oktober 2018, Az. A5/0064.06-1/37

1. Zahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in der bayerischen Sozialgerichtsbarkeit

Aufgrund § 13 Abs. 4 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) in Verbindung mit § 3 der Verordnung über die Führung der Dienstaufsicht über die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit und über die Festsetzung der Zahl und die Berufung der Sozialrichter und Landessozialrichter wird die Zahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für die Kammern und Senate für Angelegenheiten

a) der Sozialversicherung und der Arbeitsförderung,

b) des sozialen Entschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts,

c) der Grundsicherung für Arbeitsuchende,

d) der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes und

e) des Vertragsarztrechts

beim Landessozialgericht und bei den Sozialgerichten wie folgt festgelegt:

1.1 Landessozialgericht

Sozialversicherung und Arbeitsförderung	Versicherte	120
	Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende	140
Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenrecht	Mit dem sozialen Entschädigungsrecht und dem Schwerbehindertenrecht vertraute Personen	15
	Versorgungsberechtigte, Menschen mit Behinderung und Versicherte	15
Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsgesetz		30
Vertragsarztrecht	Vertragsärztinnen und Vertragsärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten	11
	Vertragszahnärztinnen und Vertragszahnärzte	6
	Vertreterinnen und Vertreter der Krankenkassen	7

1.2 Sozialgericht Augsburg

Sozialversicherung und Arbeitsförderung	Versicherte	110
	Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende	130
Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenrecht	Mit dem sozialen Entschädigungsrecht und dem Schwerbehindertenrecht vertraute Personen	21
	Versorgungsberechtigte, Menschen mit Behinderung und Versicherte	23
Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsgesetz		20

1.3 Sozialgericht Bayreuth

Sozialversicherung und Arbeitsförderung	Versicherte	80
	Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende	100
Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenrecht	Mit dem sozialen Entschädigungsrecht und dem Schwerbehindertenrecht vertraute Personen	26
	Versorgungsberechtigte, Menschen mit Behinderung und Versicherte	26
Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsgesetz		20

1.4 Sozialgericht Landshut

Sozialversicherung und Arbeitsförderung	Versicherte	100
	Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende	100
Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenrecht	Mit dem sozialen Entschädigungsrecht und dem Schwerbehindertenrecht vertraute Personen	20
	Versorgungsberechtigte, Menschen mit Behinderung und Versicherte	18
Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsgesetz		20

1.5 Sozialgericht München

Sozialversicherung und Arbeitsförderung	Versicherte	286
	Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende	327
Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenrecht	Mit dem sozialen Entschädigungsrecht und dem Schwerbehindertenrecht vertraute Personen	46
	Versorgungsberechtigte, Menschen mit Behinderung und Versicherte	44
Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsgesetz		60
Vertragsarztrecht	Vertragsärztinnen und Vertragsärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten	105
	Vertragszahnärztinnen und Vertragszahnärzte	25
	Vertreterinnen und Vertreter der Krankenkassen	45

1.6 Sozialgericht Nürnberg

Sozialversicherung und Arbeitsförderung	Versicherte	120
	Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende	140
Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenrecht	Mit dem sozialen Entschädigungsrecht und dem Schwerbehindertenrecht vertraute Personen	25
	Versorgungsberechtigte, Menschen mit Behinderung und Versicherte	23
Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsgesetz		30
Vertragsarztrecht	Vertragsärztinnen und Vertragsärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten	3
	Vertragszahnärztinnen und Vertragszahnärzte	2
	Vertreterinnen und Vertreter der Krankenkassen	5

1.7 Sozialgericht Regensburg

Sozialversicherung und Arbeitsförderung	Versicherte	110
	Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende	130
Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenrecht	Mit dem sozialen Entschädigungsrecht und dem Schwerbehindertenrecht vertraute Personen	26
	Versorgungsberechtigte, Menschen mit Behinderung und Versicherte	28
Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsgesetz		20

1.8 Sozialgericht Würzburg

Sozialversicherung und Arbeitsförderung	Versicherte	90
	Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende	100
Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenrecht	Mit dem sozialen Entschädigungsrecht und dem Schwerbehindertenrecht vertraute Personen	29
	Versorgungsberechtigte, Menschen mit Behinderung und Versicherte	20
Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsgesetz		20

2. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. Dezember 2018 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 30. November 2018 tritt die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen über die Festsetzung der Zahl der ehrenamtlichen Richter in der bayerischen Sozialgerichtsbarkeit vom 15. Februar 2006 (AllMBl. S. 112) außer Kraft.

Michael Höhenberger
Ministerialdirektor

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Dr. Wulf-Dietrich Köpke

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 22. Oktober 2018, Az. Prot 1090-285-1

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Palau in Hamburg ernannten Herrn Dr. Wulf-Dietrich Köpke am 16. Oktober 2018 das Exequatur als Honorarkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst das gesamte Bundesgebiet.

Die Kontaktdaten lauten wie folgt:

Alstertor 20, 20095 Hamburg
Telefon: 040 796 788 95
Telefax: 040 796 788 96
E-Mail: palauhonkonsul@de-palau.de

Öffnungszeiten: montags bis donnerstags 9 bis 12 Uhr und nach Vereinbarung

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Paul Jeroen Ijmkers

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 26. Oktober 2018, Az. Prot 1240-3302-4

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung des Königreichs der Niederlande in München ernannten Herrn Paul Jeroen Ijmkers am 5. Oktober 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Peter Vermeij, am 18. August 2014 erteilte Exequatur ist erloschen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Vladimir Duvnjak

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 30. Oktober 2018, Az. Prot 1240-526-10

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Republik Kroatien in München ernannten Herrn Vladimir Duvnjak am 25. Oktober 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Petar Uzorinac, am 11. April 2013 erteilte Exequatur ist erloschen.

Roland Krebs
Ministerialrat

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Mehmet Günay

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 8. November 2018, Az. Prot 1240-1290-10

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Republik Türkei in München ernannten Herrn Mehmet Günay am 1. November 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst die Regierungsbezirke Ober- und Niederbayern sowie Schwaben im Freistaat Bayern.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Mesut Koç, am 7. November 2014 erteilte Exequatur ist erloschen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Frau Evelyn Austria-Garcia

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 20. November 2018, Az. Prot 1090-38-65

Die Bundesregierung hat der zur Leiterin der berufskonsularischen Vertretung der Republik der Philippinen in Frankfurt am Main ernannten Frau Evelyn Austria-Garcia am 15. November 2018 das Exequatur als Generalkonsulin erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst die Freistaaten Bayern und Thüringen sowie die Länder Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Pham Truong Giang

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 20. November 2018, Az. Prot 1090-1-37

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Sozialistischen Republik Vietnam in Frankfurt am Main ernannten Herrn Pham Truong Giang am 15. November 2018 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern sowie die Länder Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Hong Linh Nguyen, am 11. September 2015 erteilte Exequatur ist erloschen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen; Ergebnisse der Steuerschätzung

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration

vom 5. November 2018, Az. B4-1512-11-18

An
die Gemeinden
die Verwaltungsgemeinschaften
die Landkreise
die Bezirke
die kommunalen öffentlich-rechtlichen Verbände
die Rechtsaufsichtsbehörden

[1]Die Steuerschätzung vom Oktober 2018 hat nach Auskunft des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat für die Kommunen Folgendes ergeben:

Geschätzte Entwicklung der Steuereinnahmen der Gemeinden	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Grundsteuer A	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Grundsteuer B	1,5 %	1,2 %	1,1 %	1,1 %	1,1 %	1,1 %
Gewerbesteuer brutto	5,4 %	0,7 %	4,2 %	3,4 %	2,7 %	2,9 %
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	4,9 %	5,9 %	6,3 %	5,6 %	5,3 %	5,2 %
Gemeindeanteil am Aufkommen der Umsatzsteuer	24,4 %	–1,7 %	3,1 %	2,5 %	2,5 %	2,5 %

Hinweise:
Die geschätzte Entwicklung der Steuereinnahmen basiert auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Herbst 2018. Die Steuerschätzung wurde – wie üblich – auf der Basis des geltenden Rechts durchgeführt.

Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass bereits ein Gesetzentwurf des Bundes für das Gesetz zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen und zur Regelung der Folgen der Abfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit" vorliegt, das in den Schätzergebnissen aber noch nicht berücksichtigt ist, da die Steuerschätzung immer auf dem aktuell geltenden Recht durchgeführt wird.
Dieser Gesetzentwurf sieht folgende Regelungen vor:

– Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage zur Mitfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit" gemäß § 6 Abs. 5 Gemeindefinanzreformgesetz ab 2019 (= Auswirkungen auf die Gewerbesteuer netto).
– Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer (ausschließlich) im Jahr 2019 um bundesweit 1 Milliarde Euro.

[2]Die Orientierungsdaten sind stets Durchschnittswerte und können damit nur Anhaltspunkte für die individuelle kommunale Finanzplanung geben. [3]Es bleibt die Aufgabe jeder Kommune, anhand dieser Durchschnittswerte unter Berücksichtigung der örtlichen und strukturellen Gegebenheiten die für ihre Finanzplanung zutreffenden Einzelwerte zu ermitteln. [4]Das gilt insbesondere für die Schätzungen der Gewerbesteuereinnahmen, die je nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten teilweise deutlich von der bundesweit prognostizierten Entwicklung abweichen können.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

Haushaltssatzung des Zweckverbandes Bayerische Musikakademie Alteglofsheim für das Haushaltsjahr 2018

Bekanntmachung des Zweckverbandes Bayerische Musikakademie Alteglofsheim

vom 5. November 2018

Auf Grund der Art. 40 ff. des Gesetzes über die Kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1994 (GVBl. S. 555, BayRS 2020-6-1-I), das zuletzt durch § 6 des Gesetzes vom 22. März 2018 (GVBl. S. 145) geändert worden ist, in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt der Zweckverband Bayerische Musikakademie Alteglofsheim für das Haushaltsjahr 2018 folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Verwaltungshaushalt	
in den Einnahmen und Ausgaben mit	2.315.120 €
und	
im Vermögenshaushalt	
in den Einnahmen und Ausgaben mit	122.850 €

ab.

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht festgesetzt.

§ 3

Eine Verpflichtungsermächtigung wurde nicht festgesetzt.

§ 4

(1) Die Verbandsumlage nach § 15 Abs. 2 der Verbandssatzung wird auf 1.253.820 € festgesetzt.

(2) Der Freistaat Bayern hat gemäß § 15 Abs. 4 der Verbandssatzung die Hälfte der Verbandsumlage zu tragen, das sind 626.910,00 €

Der verbleibende Betrag wird gemäß § 15 Abs. 5 der Verbandssatzung folgendermaßen umgelegt:

Bezirk Niederbayern	250.764,00 €	
Bezirk Oberpfalz	250.764,00 €	
Landkreis Regensburg	75.229,20 €	
Stadt Regensburg	25.076,40 €	
Gemeinde Alteglofsheim	25.076,40 €	626.910,00 €
		1.253.820,00 €

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 200.000 € festgesetzt.

§ 6

Eine Finanzplanung wird nicht erstellt (Art. 41 Abs. 2 KommZG).

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft.

Tanja Schweiger
Landrätin
Verbandsvorsitzende

Zweite Berichtigung der Verzeichnisse der Gewässer zweiter Ordnung und der Wildbäche

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

vom 8. Oktober 2018, Az. 52h-U4502-2010/3-151

1. Verfügung

[1]Nach Nr. 5 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz über die Verzeichnisse der Gewässer zweiter Ordnung und der Wildbäche vom 12. Februar 2016 (AllMBl. S. 150) werden die Gewässerverzeichnisse von Amts wegen überprüft und berichtigt. [2]Hiermit werden die Verzeichnisse der Gewässer zweiter Ordnung und der Wildbäche (Anlagen 1 bis 3) berichtigt und neu erlassen.

2. Begründung

[1]Im Zuge des Abgleichs des Internet-Kartendiensts mit den Inhalten der Anlagen 1 bis 3 der Allgemeinverfügung vom 21. Dezember 2017 hat sich ein Korrekturbedarf ergeben. [2]Von den Wasserwirtschaftsämtern wurden noch fehlende ausgebaute Wildbachstrecken sowie Änderungen der Ausbaulängen gemeldet. [3]Eine Änderung der Beschreibung des Endpunkts eines Gewässers zweiter Ordnung wurde in der Anlage 1 durchgeführt, zwei redaktionelle Änderungen der Beschreibungen des Anfangs- und des Endpunkts wurden in der Anlage 2 durchgeführt. [4]Im Zuge der Anpassung des Fließgewässernetzes (Stand: 2013) 1:25.000 auf den Stand von 2016 haben sich in der Anlage 3 umfangreiche Änderungen in der Lage der Ausbaustrecken ergeben. [5]Durch diese Anpassung kam es neben den von den Wasserwirtschaftsämtern gemeldeten Änderungen bei sehr vielen Ausbaustrecken zu geringfügigen Änderungen der Anfangs- und Endkoordinaten.

3. Inkrafttreten

[1]Diese Allgemeinverfügung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft. [2]Mit Ablauf des 31. Dezember 2018 treten die Anlagen 1 bis 3 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz über Verzeichnisse der Gewässer zweiter Ordnung und der Wildbäche vom 21. Dezember 2017 (AllMBl. 2018 S. 65) außer Kraft.

Dr. Rüdiger Detsch
Ministerialdirektor

Anlagen

Anlage 1: Gewässer zweiter Ordnung
Anlage 2: Wildbäche
Anlage 3: Ausgebaute Wildbachstrecken

Anlage 1

Gewässer zweiter Ordnung

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
1	**1.**	**Regierungsbezirk Oberbayern**			
2	**1.1**	**Stromgebiet der Donau**			
3	1.1.1	Abens	Brücke nördlich von Furth, Gde. Rudelzhausen, Lkr. Freising	Grenze zum Regierungsbezirk Niederbayern, Gde. Rudelzhausen, Lkr. Freising	
4	1.1.2	Ach	Einmündung des Säuggrabens ca. 1,5 km westlich von Saliter, Gde. Uffing a.Staffelsee, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer, Gde. Oberhausen, Lkr. Weilheim-Schongau	ohne Staffelsee
5	1.1.3	Anlauter	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken, Markt Titting, Lkr. Eichstätt	Mündung in die Schwarzach, Markt Kinding, Lkr. Eichstätt	
6	1.1.4	Attel	Brücke unterhalb der Kläranlage Grafing, Stadt Grafing b.München, Lkr. Ebersberg	Mündung in den Inn bei Attel, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	
7	1.1.5	Brautlach	Zusammenfluss des Hauptkanals und des Ziegelgrabens an der Grenze zum Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm, Gde. Karlskron, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Mündung in die Sandrach, Markt Manching, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	
8	1.1.34	Dorfen	Einmündung des Viertelbachs (Bachableiter) westlich von Lüß, Gde. Neuching, Lkr. Erding	Mündung in den Sempt-Flutkanal, Stadt Moosburg a.d.Isar, Lkr. Freising	einschließlich Eittinger Weiher
9	1.1.35	Ebrach	Brücke der B 304 nördlich von Edling, Gde. Edling, Lkr. Rosenheim	Mündung in die Attel bei Attel, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	
10	1.1.39	Forstinninger Sempt	Südliche Straßenbrücke in Sempt, Gde. Forstinning, Lkr. Ebersberg	Mündung in die Sempt nördlich der Gemeindeverbindungsstraße Ottenhofen – Siggenhofen, Gde. Ottenhofen, Lkr. Erding	
11	1.1.40	Friedberger Ach	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben, Markt Rennertshofen, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Mündung in die Donau, Markt Rennertshofen, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Der in Oberbayern liegende Streckenabschnitt der Friedberger Ach ist von der Unterhaltungslast ausgenommen.
12	1.1.41	Gerolsbach	Brücke der Gemeindeverbindungsstraße nach Edling in Euernbach, Gde. Scheyern, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	Mündung in die Ilm in der Stadt Pfaffenhofen a.d.Ilm, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	
13	1.1.6	Glonn zur Mangfall	Einmündung des Kupferbachs im Markt Glonn, Lkr. Ebersberg	Mündung in die Mangfall, Stadt Bad Aibling, Lkr. Rosenheim	ohne Glonn-Mühlbach in der Stadt Bad Aibling, Lkr. Rosenheim
14	1.1.7	Glonn zur Amper	Überfall zum Flutkanal westlich von Poigern, Gde. Egenhofen, Lkr. Fürstenfeldbruck	Mündung in die Amper, Gde. Allershausen, Lkr. Freising	
15	1.1.8	Götzinger Achen	Ausfluss aus dem Waginger See, Gde. Petting, Lkr. Traunstein	Mündung in die Salzach, Stadt Tittmoning, Lkr. Traunstein	
16	1.1.42	Gröbenbach	Einmündung des Langwieder Bachs bei Gröbenried, Gde. Bergkirchen, Lkr. Dachau	Mündung in die Amper in der Großen Kreisstadt Dachau, Lkr. Dachau	
17	1.1.9	Große Vils	Einmündung des Bierbachs, Gde. Taufkirchen (Vils), Lkr. Erding	Grenze zum Regierungsbezirk Niederbayern, Gde. Taufkirchen (Vils), Lkr. Erding	
18	1.1.36	Goldach zur Isar	Austrittsstelle aus dem Hinterwassergraben des Speichersees, Gde. Aschheim, Lkr. München	Mündung in die Isar, Gde. Langenbach, Lkr. Freising	
19	1.1.37	Goldach zur Isen	Brücke der Gemeindeverbindungsstraße Armstorf – Mayerhof, Gde. Sankt Wolfgang, Lkr. Erding	Mündung in die Isen, Gde. Schwindegg, Lkr. Mühldorf a.Inn	
20	1.1.43	Hauptkanal	Einmündung des Fruchtheimer Grabens westlich von Karlsruh, Gde. Karlskron, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Zusammenfluss mit dem Ziegelgraben an der Grenze zum Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm, Gde. Karlskron, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	
21	1.1.10	Ilm	Landkreisgrenze Pfaffenhofen a.d.Ilm/Dachau, Gde. Jetzendorf, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	Teilungswehr bei Hartacker, Stadt Vohburg a.d.Donau, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	
22	1.1.11	Isen	Einmündung des Schinderbachs unterhalb des Marktes Isen, Lkr. Erding	Einmündung der Goldach, Gde. Schwindegg, Lkr. Mühldorf a.Inn	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
23	1.1.12	Kaltenbach	Zusammenfluss des Aubachs und des Jenbachs, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Mündung in die Mangfall, Stadt Rosenheim	einschließlich Auerbach
24	1.1.14	Kleine Paar	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben bei Grasmühle, Markt Burgheim, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Mündung in die Friedberger Ach, Markt Rennertshofen, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	
25	1.1.44	Lindenbach/ Ramsach (Mühlbach)	Einmündung eines Entwässerungsgrabens ca. 380 m östlich der Straßenbrücke der Ortsverbindungsstraße Murnau-Westried – Aschau, Markt Murnau a.Staffelsee, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach bei Achrain (Floßgasse), Markt Murnau a.Staffelsee, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
26	1.1.15	Maisach	100 m östlich der Landkreisgrenze Dachau/Fürstenfeldbruck, Gde. Bergkirchen, Lkr. Dachau	Mündung in die Amper, Große Kreisstadt Dachau, Lkr. Dachau	
27	1.1.45	Mauerner Bach	Einmündung des Hörgertshausener Bachs, Gde. Mauern, Lkr. Freising	Mündung in die Amper westlich der Bahnbrücke, Stadt Moosburg a.d.Isar, Lkr. Freising	
28	1.1.16	Mörnbach	Teilungsbauwerk im Markt Tüßling, Lkr. Altötting	Straßenbrücke der St 2550, Stadt Altötting, Lkr. Altötting	
29	1.1.46	Moosach zur Attel	Einmündung des Triebwerkskanals unterhalb des ehem. Sägewerks, Gde. Bruck, Lkr. Ebersberg	Mündung in die Attel bei Holzen, Gde. Aßling, Lkr. Ebersberg	ohne Alte Moosach
30	1.1.17	Moosach zur Isar	Straßenbrücke in Massenhausen, Gde. Neufahrn b.Freising, Lkr. Freising	Mündung in die Isar bei Oberhummel, Gde. Langenbach, Lkr. Freising	einschließlich Schleifermoosach und Herrenmoosach
31	1.1.18	Murn	Einmündung der Zillhamer Achen, Gde. Amerang, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, Gde. Griesstätt, Lkr. Rosenheim	
32	1.1.47	Paar	Brücke der Bahnlinie Mering – Weilheim in Egling a.d.Paar, Gde. Egling a.d.Paar, Lkr. Landsberg am Lech	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben nördlich von Heinrichshofen, Gde. Egling a.d.Paar, Lkr. Landsberg am Lech	
33	1.1.51	Rott/Alte Ammer	Einmündung des Michelbachs nordöstlich von Unterstillern, Gde. Raisting, Lkr. Weilheim-Schongau	Mündung in den Ammersee, Markt Dießen am Ammersee, Lkr. Landsberg am Lech	
34	1.1.20	Rott zum Inn	Brücke der St 2091 bei Brodfurth, Gde. Lohkirchen, Lkr. Mühldorf a.Inn	Grenze zum Regierungsbezirk Niederbayern östlich von Grafing, Stadt Neumarkt-St. Veit, Lkr. Mühldorf a.Inn	
35	1.1.21	Sandrach	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben 700 m bei der Brücke Klingsmoos – Grimolzhausen, Gde. Königsmoos, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Mündung in die Paar, Markt Manching, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	Donaumoos-Ach und Alte Sandrach
36	1.1.22	Eittinger Fehlbach (Saubach)	Teilungsbauwerk in der Großen Kreisstadt Erding, Lkr. Erding	Mündung in den Mittleren Isar-Kanal, Gde. Eitting, Lkr. Erding	
37	1.1.23	Schutter	Landkreisgrenze Neuburg-Schrobenhausen/ Eichstätt ca. 660 m oberhalb der Brücke an der Feldmühle, Markt Rennertshofen, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Mündung in die Donau, Stadt Ingolstadt	einschließlich Künettegraben und Schutter-Flutkanal (Ludlgraben)
38	1.1.24	Schwarzach zur Altmühl	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken nordwestlich des Marktes Kinding, Lkr. Eichstätt	Mündung in die Altmühl, Markt Kinding, Lkr. Eichstätt	
39	1.1.48	Schwillach	Einmündung des Unterwasserkanals des Triebwerks Keckmühle, Gde. Wörth, Lkr. Erding	Mündung in die Sempt nordwestlich von Wörth, Gde. Wörth, Lkr. Erding	
40	1.1.26	Sempt (Anzinger Sempt)	Straßenbrücke bei Wolfmühle, Gde. Forstinning, Lkr. Ebersberg	Mündung in den Mittleren Isar-Kanal bei Spörerau, Gde. Wang, Lkr. Freising	
41	1.1.49	Singold	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben südlich von Holzhausen, Gde. Igling, Lkr. Landsberg am Lech	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben nordwestlich von Rollmühle, Gde. Igling, Lkr. Landsberg am Lech	
42	1.1.27	Strogen	Einmündung des Hammerbachs bei Operding, Gde. Walpertskirchen, Lkr. Erding	Mündung in die Sempt, Gde. Langenpreising, Lkr. Erding	
43	1.1.28	Sulz	Ausleitungsbauwerk Bundeswasserstraße Main-Donau-Kanal, Stadt Beilngries, Lkr. Eichstätt	Mündung in die Altmühl, Stadt Beilngries, Lkr. Eichstätt	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
44	1.1.29	Sur	Einmündung der Oberteisendorfer Ache, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Salzach, Stadt Laufen, Lkr. Berchtesgadener Land	
45	1.1.38	Ussel	Landkreisgrenze Neuburg-Schrobenhausen/ Donau-Ries, Markt Rennertshofen, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Mündung in die Donau, Markt Rennertshofen, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	einschließlich Flutkanal
46	1.1.50	Verlorener Bach	Einmündung des Fehlbachs an der Mahlmühle in Weil, Gde. Weil, Lkr. Landsberg am Lech	Nach dem Teilungswehr bei Prittriching: Auslauf der Flutmulde in den Lechauen, Gde. Prittriching, Lkr. Landsberg am Lech	
47	1.1.30	Weilach	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben südlich von Weilenbach, Gde. Gachenbach, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	Mündung in die Paar, Stadt Schrobenhausen, Lkr. Neuburg-Schrobenhausen	
48	1.1.31	Windach	Auslaufbauwerk des Windachspeichers, Gde. Finning, Lkr. Landsberg am Lech	Mündung in die Amper, Gde. Eching am Ammersee, Lkr. Landsberg am Lech	
49	1.1.32	Wolnzach	Zusammenfluss des Geisenhausener Bachs und des Geroldsbachs in Geroldshausen, Markt Wolnzach, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	Mündung in die Ilm, Gde. Rohrbach, Lkr. Pfaffenhofen a.d.Ilm	einschließlich Lehenbach
50	**2.**	**Regierungsbezirk Niederbayern**			
51	**2.1**	**Stromgebiet der Donau**			
52	2.1.1	Abens	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern südlich der Stadt Mainburg, Lkr. Kelheim	Einmündung des Siegbachs, Markt Siegenburg, Lkr. Kelheim	
53	2.1.2	Aiterach	Einmündung des Kirchholzgrabens bei Dengkofen, Gde. Mengkofen, Lkr. Dingolfing-Landau	Mündung in die Donau nördlich von Ittling, Stadt Straubing	
54	2.1.19	Altbach	Einmündung des Eschbachs südöstlich von Nuppling, Markt Triftern, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in die Rott nördlich von Anzenkirchen, Markt Triftern, Lkr. Rottal-Inn	
55	2.1.3	Bina	Einmündung des Kühbachs in Dirnaich, Markt Gangkofen, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in die Rott östlich des Marktes Massing, Lkr. Rottal-Inn	einschließlich Altbina
56	2.1.20	Bogenbach	Einmündung des Dummbachs südlich von Hunderdorf, Gde. Hunderdorf, Lkr. Straubing-Bogen	Mündung in die Donau in der Stadt Bogen, Lkr. Straubing-Bogen	
57	2.1.4	Erlau	Einmündung des Saußbachs südwestlich der Stadt Waldkirchen, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Donau bei Erlau, Markt Obernzell, Lkr. Passau	
58	2.1.5	Gaißa	Zusammenfluss der Großen und der Kleinen Ohe, Gde. Aicha vorm Wald, Lkr. Passau	Mündung in die Donau bei Schalding links d. Donau, Stadt Passau	
59	2.1.21	Grasenseer Bach	Einmündung des Gollerbachs bei Wühr, Gde. Postmünster, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in die Rott nördlich von Untergrasensee, Stadt Pfarrkirchen, Lkr. Rottal-Inn	
60	2.1.6	Große Laber	Einmündung des Lauterbachs westlich der Stadt Rottenburg a.d.Laaber, Lkr. Landshut	Grenze zum Regierungsbezirk Oberpfalz im Markt Langquaid, Lkr. Kelheim	
61			Grenze zum Regierungsbezirk Oberpfalz, ca. 400 m unterhalb der Einmündung des Hochwiesenbaches, Gde. Laberweinting, Lkr. Straubing-Bogen	Grenze zum Regierungsbezirk Oberpfalz, ca. 1500 m unterhalb der Einmündung des Hochwiesenbaches, Gde. Laberweinting, Lkr. Straubing-Bogen	
62	2.1.22	Große Ohe (zur Gaißa)	Einmündung des Holzmühlbachs bei Hofstetten, Markt Eging a.See, Lkr. Passau	Zusammenfluss mit der Kleinen Ohe, Gde. Aicha vorm Wald, Lkr. Passau	
63	2.1.7	Große Ohe (zur Ilz)	Einmündung des Bründlreuthgrabens bei Rehbruck, Gde. Spiegelau, Lkr. Freyung-Grafenau	Zusammenfluss mit der Kleinen Ohe östlich von Eberhardsreuth, Markt Schönberg, Lkr. Freyung-Grafenau	
64	2.1.8	Großer Regen	Einmündung der Großen Deffernik nördlich von Ludwigsthal, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Zusammenfluss mit dem Kleinen Regen in der Stadt Zwiesel, Lkr. Regen	
65	2.1.9	Große Vils	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern südwestlich des Marktes Velden, Lkr. Landshut	Zusammenfluss mit der Kleinen Vils, Gde. Gerzen, Lkr. Landshut	
66	2.1.10	Hengersberger Ohe	Einmündung des Auerbächleins, Gde. Auerbach, Lkr. Deggendorf	Mündung in die Donau bei Markt Winzer, Lkr. Deggendorf	
67	2.1.11	Ilz	Zusammenfluss der Großen und der Kleinen Ohe östlich von Eberhardsreuth, Markt Schönberg, Lkr. Freyung-Grafenau	Einmündung der Wolfsteiner Ohe, Gde. Fürsteneck, Lkr. Freyung-Grafenau	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
68	2.1.23	Kinsach	Einmündung des Sockabachs, Gde. Ascha, Lkr. Straubing-Bogen	Mündung in die Donau in der Stadt Bogen, Lkr. Straubing-Bogen	
69	2.1.12	Kleine Laber	Einmündung des Altensdorfer Bachs bei Hebramsdorf, Gde. Neufahrn i.NB, Lkr. Landshut	Mündung in die Große Laber bei Wallmühle, Gde. Atting, Lkr. Straubing-Bogen	
70	2.1.24	Kleine Ohe zur Ilz (Grafenauer Ohe)	Einmündung des Grüber Bachs westlich der Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Zusammenfluss mit der Großen Ohe östlich von Eberhardsreuth, Markt Schönberg, Lkr. Freyung-Grafenau	
71	2.1.25	Kleiner Regen	Einmündung der Flanitz bei Flanitz, Gde. Frauenau, Lkr. Regen	Zusammenfluss mit dem Großen Regen in der Stadt Zwiesel, Lkr. Regen	
72	2.1.13	Kleine Vils	Einmündung des Narrenstettener Grabens bei Stützenbruck, Markt Geisenhausen, Lkr. Landshut	Zusammenfluss mit der Großen Vils, Gde. Gerzen, Lkr. Landshut	
73	2.1.14	Kollbach	Einmündung des Feilenbachs bei Unterfailnbach, Markt Reisbach, Lkr. Dingolfing-Landau	Mündung in die Vils bei Ehrnstorf, Gde. Roßbach, Lkr. Rottal-Inn	
74	2.1.26	Mitternacher Ohe	Einmündung des Kreuzbächleins südlich von Almosenreuth, Markt Schönberg, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Große Ohe südlich von Unterhüttensölden, Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	
75	2.1.27	Osterbach	Einmündung des Grillabachs westlich von Schiefweg, Stadt Waldkirchen, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Wolfsteiner Ohe östlich von Ohbruck, Gde. Fürsteneck, Lkr. Freyung-Grafenau	
76	2.1.15	Pfettrach	Einmündung des Further Bachs südlich von Arth, Gde. Furth, Lkr. Landshut	Mündung in die Flutmulde der Isar in der Stadt Landshut	
77	2.1.28	Reißinger Bach	Einmündung des Saubachs westlich des Marktes Wallersdorf, Lkr. Dingolfing-Landau	Bis zur Abzweigung der Flutmulde westlich von Kleinweichs, Gde. Otzing, Lkr. Deggendorf	
78	2.1.16	Rott zum Inn	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern westlich des Marktes Massing, Lkr. Rottal-Inn	Einmündung der Bina, Markt Massing, Lkr. Rottal-Inn	
79	2.1.29	Saußbach (Saußwasser)	Einmündung des Windischbachs westlich von Heldengut, Gde. Hinterschmiding, Lkr. Freyung-Grafenau	Zusammenfluss mit dem Reschbach nordwestlich der Stadt Freyung, Lkr. Freyung-Grafenau	
80	2.1.30	Schambach	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern östlich von Frauenberghausen, Stadt Riedenburg, Lkr. Kelheim	Mündung in die Altmühl in der Stadt Riedenburg, Lkr. Kelheim	
81	2.1.17	Kleine Sempt	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern westlich von Berghofen, Gde. Eching, Lkr. Landshut	Mündung in den Stauweiher des Mittleren Isar-Kanals bei Weixerau, Gde. Eching, Lkr. Landshut	
82	2.1.31	Sulzbach	Einmündung des Haibachs bei Gerbersdorf, Gde. Johanniskirchen, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in die Vils bei Freundorf, Gde. Aldersbach, Lkr. Passau	
83	2.1.32	Teisnach	Einmündung des Flinsbachs, Gde. Patersdorf, Lkr. Regen	Mündung in den Schwarzen Regen im Markt Teisnach, Lkr. Regen	
84	2.1.18	Wolfach	Einmündung des Würdinger Bachs südlich des Marktes Ortenburg, Lkr. Passau	Mündung in die Donau östlich der Stadt Vilshofen an der Donau, Lkr. Passau	
85	2.1.33	Wolfsteiner Ohe	Zusammenfluss des Saußbachs mit dem Reschbach nordwestlich der Stadt Freyung, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Ilz, Gde. Fürsteneck, Lkr. Freyung-Grafenau	
86	**3.**	**Regierungsbezirk Oberpfalz**			
87	**3.1**	**Stromgebiet der Donau**			
88	3.1.1	Ascha	Brücke bei Hohenthal, Gde. Dieterskirchen, Lkr. Schwandorf	Mündung in die Schwarzach westlich der Stadt Neunburg vorm Wald, Lkr. Schwandorf	
89	3.1.2	Bayerische Schwarzach	Auslauf des Wasserspeichers Silbersee, Gde. Tiefenbach, Lkr. Cham	Mündung in die Schwarzach bei Kritzenast, Stadt Waldmünchen, Lkr. Cham	
90	3.1.38	Breitenbrunner Laber (Wissinger Laber)	Einmündung der Bachhaupter Laber im Markt Breitenbrunn, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Zusammenfluss mit der Unterbürger Laber bei Haas, Stadt Dietfurt a.d.Altmühl, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	
91	3.1.3	Chamb	Staatsgrenze zur Tschechischen Republik nordöstlich des Marktes Eschlkam, Lkr. Cham	Mündung in den Regen östlich der Stadt Cham, Lkr. Cham	einschließlich Drachensee

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
92	3.1.4	Creußen	Einmündung des Scherbachs, Gde. Speinshart, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	Mündung in die Haidenaab südlich von Hammergmünd, Stadt Grafenwöhr, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
93	3.1.26	Ehenbach	Einmündung des Richtbachs östlich von Seblasmühle, Stadt Schnaittenbach, Lkr. Amberg-Sulzbach	Mündung in die Naab nördlich von Unterköblitz, Markt Wernberg-Köblitz, Lkr. Schwandorf	
94	3.1.27	Fensterbach	Einmündung des Lintacher Bachs, Gde. Freudenberg, Lkr. Amberg-Sulzbach	Mündung in die Naab bei Münchshöf, Große Kreisstadt Schwandorf, Lkr. Schwandorf	
95	3.1.28	Fichtelnaab	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken nordwestlich von Grünberg, Gde. Brand, Lkr. Tirschenreuth	Zusammenfluss mit der Tirschenreuther Waldnaab nördlich der Stadt Windischeschenbach, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
96	3.1.6	Floß	Einmündung der Girnitz östlich der Stadt Neustadt a.d.Waldnaab, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	Mündung in die Waldnaab in der Stadt Neustadt a.d.Waldnaab, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
97	3.1.29	Forellenbach	Straßenbrücke der St 2234 Hohenfels – Rohrbach unterhalb von Winklmühle, Markt Hohenfels, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Mündung in die Vils bei Rohrbach, Markt Kallmünz, Lkr. Regensburg	
98	3.1.30	Freybach	Einmündung des Haselbachs nördlich von Kuchelshof, Markt Eschlkam, Lkr. Cham	Mündung in den Chamb südlich von Kleinaign, Markt Eschlkam, Lkr. Cham	
99	3.1.7	Große Laber	Grenze zum Regierungsbezirk Niederbayern, Markt Schierling, Lkr. Regensburg	Teilung der Großen Laber und der Hartlaber bei Haidenkofen, Gde. Sünching, Lkr. Regensburg	
100	3.1.39	Gruberbach (Kaitersbach)	Straßenbrücke über den Gruberbach bei Leckern, Stadt Bad Kötzting, Lkr. Cham	Mündung in den Weißen Regen südlich der Stadt Bad Kötzting, Lkr. Cham	
101	3.1.8	Haidenaab	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken bei Schleckenhof, Stadt Kemnath, Lkr. Tirschenreuth	Einmündung der Creußen südlich von Hammergmünd, Stadt Grafenwöhr, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
102	3.1.31	Haselbach	Brücke bei Gut Sitzenhof, Große Kreisstadt Schwandorf, Lkr. Schwandorf	Mündung in die Naab südlich von Ettmannsdorf, Große Kreisstadt Schwandorf, Lkr. Schwandorf	
103	3.1.40	Hüttenbach	Einmündung des Schwärzerbachs westlich von Geiselhof, Gde. Schmidgaden, Lkr. Schwandorf	Mündung in die Naab im Markt Schwarzenfeld, Lkr. Schwandorf	
104	3.1.9	Klinglbach	Grenze zum Regierungsbezirk Niederbayern südlich von Altrandsberg, Gde. Miltach, Lkr. Cham	Mündung in den Regen, Gde. Miltach, Lkr. Cham	
105	3.1.10	Knöblinger Bach	Einmündung des Pentinger Bachs südlich von Untertraubenbach, Stadt Cham, Lkr. Cham	Mündung in den Regen nördlich von Untertraubenbach, Stadt Cham, Lkr. Cham	
106	3.1.11	Lauterach	Unterwasser der Fischermühle bei Brunn, Markt Lauterhofen, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Mündung in die Vils im Markt Schmidmühlen, Lkr. Amberg-Sulzbach	
107	3.1.32	Luhe	Einmündung des Leraubachs nordwestlich des Marktes Leuchtenberg, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	Mündung in die Naab in Luhe, Markt Luhe-Wildenau, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
108	3.1.12	Murach	Einmündung des Steinbachs nördlich von Nottersdorf, Gde. Niedermurach, Lkr. Schwandorf	Mündung in die Schwarzach bei Zangenstein, Markt Schwarzhofen, Lkr. Schwandorf	
109	3.1.33	Otterbach	Einmündung des Adlmannsteiner Bachs in Lichtenwald, Gde. Altenthann, Lkr. Regensburg	Mündung in die Donau in Sulzbach a.d.Donau, Markt Donaustauf, Lkr. Regensburg	
110	3.1.13	Pfatter	Einmündung des Wolkeringer Mühlbachs in Köfering, Gde. Köfering, Lkr. Regensburg	Mündung in die Donau westlich von Pfatter, Gde. Pfatter, Lkr. Regensburg	
111	3.1.14	Pfreimd	Staatsgrenze zur Tschechischen Republik nordöstlich des Marktes Eslarn, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	Mündung in die Naab in der Stadt Pfreimd, Lkr. Schwandorf	einschließlich Katharinabach
112	3.1.34	Quadfeldmühlbach	Ausleitung aus dem Regen bei Altenstadt, Stadt Cham, Lkr. Cham	Wiedereinleitung in den Regen bei Michelsdorf, Stadt Cham, Lkr. Cham	
113	3.1.35	Röthenbach	Einmündung des Hainbachs östlich von Röthenbach, Markt Kohlberg, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	Mündung in die Haidenaab, Gde. Weiherhammer, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
114	3.1.36	Rosenbach	Brücke der Staatsstraße 2040 ca. 800 m oberhalb der Kläranlage, Stadt Sulzbach-Rosenberg, Lkr. Amberg-Sulzbach	Mündung in die Vils bei Speckshof, Gde. Poppenricht, Lkr. Amberg-Sulzbach	
115	3.1.15	Schwarzach zur Naab	Auslauf des Wasserspeichers Perlsee, Stadt Waldmünchen, Lkr. Cham	Eixendorfer See, Stadt Neunburg vorm Wald, Lkr. Schwandorf (ohne Wasserspeicher)	
116	3.1.16	Schwarzach zur Altmühl	Einmündung des Hengerbachs bei Schwarzach, Markt Pyrbaum, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken westlich von Höfen, Stadt Freystadt, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	
117	3.1.17	Schwarze Laber	Durchlass Kreisstraße NM 25 westlich von Deusmauer, Stadt Velburg, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Mündung in die Donau nordöstlich von Sinzing, Gde. Sinzing, Lkr. Regensburg	
118	3.1.18	Sulz zur Altmühl	Straßenbrücke bei Wettenhofen, Gde. Mühlhausen, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Mündung in den Main-Donau-Kanal südlich der Stadt Berching, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	
119	3.1.19	Thumbach	Grenze des Truppenübungsplatzes bei Rosenhof, Stadt Grafenwöhr, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	Mündung in die Creußen in der Stadt Grafenwöhr, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
120	3.1.20	Tirschenreuther Waldnaab	Auslauf des Hochwasserspeichers Liebenstein, Markt Plößberg, Lkr. Tirschenreuth	Zusammenfluss mit der Fichtelnaab, Stadt Windischeschenbach, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
121	3.1.41	Unterbürger Laber (Kleine Laber)	Unterwasser der Buttenmühle bei Rudersdorf, Stadt Berching, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Zusammenfluss mit der Breitenbrunner Laber bei Haas, Stadt Dietfurt a.d.Altmühl, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	
122	3.1.21	Vils zur Naab	Böckelmühle nördlich von Seugast, Markt Freihung, Lkr. Amberg-Sulzbach	Einmündung des Ammerbachs in der Stadt Amberg	
123	3.1.23	Weiße Laber	Zusammenfluss von Breitenbrunner Laber und Unterbürger Laber bei Haas, Stadt Dietfurt a.d.Altmühl, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Mündung in die Altmühl südwestlich der Stadt Dietfurt a.d.Altmühl, Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	
124	3.1.24	Weißer Regen	Einmündung des Perlesbachs bei Zackermühle, Gde. Lohberg, Lkr. Cham	Zusammenfluss mit dem Schwarzen Regen südwestlich der Stadt Bad Kötzting, Lkr. Cham	
125	3.1.37	Wiesent	Einmündung des Rupertsbühler Bachs westlich von Dietersweg, Gde. Wiesent, Lkr. Regensburg	Mündung in die Donau unterhalb Tiefenthal, Stadt Wörth a.d.Donau, Lkr. Regensburg	
126	3.1.25	Zelzer Bach	Einmündung des Grüblbachs nördlich von Zelz, Gde. Weiding, Lkr. Cham	Mündung in den Chamb, Gde. Weiding, Lkr. Cham	
127	3.1.42	Zottbach	Einmündung des Mühlbachs südlich von Hagenmühle, Stadt Pleystein, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	Mündung in die Pfreimd südlich von Lohma, Stadt Pleystein, Lkr. Neustadt a.d.Waldnaab	
128	**3.2**	**Stromgebiet des Rheins**			
129	3.2.2	Flembach	Einmündung des Speckbachs östlich von Michelfeld, Stadt Auerbach i.d.OPf., Lkr. Amberg-Sulzbach	Mündung in die Pegnitz westlich von Michelfeld, Stadt Auerbach i.d.OPf., Lkr. Amberg-Sulzbach	
130	3.2.1	Schwarzach zur Rednitz	Einmündung der Pilsach südlich von Loderbach, Gde. Berg b.Neumarkt i.d.OPf., Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken nordwestlich von Gnadenberg, Gde. Berg b.Neumarkt i.d.OPf., Lkr. Neumarkt i.d.OPf.	
131	**3.3**	**Stromgebiet der Elbe**			
132	3.3.1	Wondreb	Einmündung des Michaelsbachs südöstlich von Wondreb, Stadt Tirschenreuth, Lkr. Tirschenreuth	Staatsgrenze zur Tschechischen Republik nordöstlich der Stadt Waldsassen, Lkr. Tirschenreuth	
133	**4.**	**Regierungsbezirk Oberfranken**			
134	**4.1**	**Stromgebiet der Donau**			
135	4.1.1	Haidenaab	Einmündung des Tauritzbachs südlich von Göppmannsbühl, Gde. Speichersdorf, Lkr. Bayreuth	Grenze zum Regierungsbezirk Oberpfalz bei Teufelshammer, Gde. Speichersdorf, Lkr. Bayreuth	
136	**4.2**	**Stromgebiet des Rheins**			
137	4.2.36	Ailsbach (Aßbach)	Einmündung des Gartentalbachs bei Schweinsmühle, Gde. Ahorntal, Lkr. Bayreuth	Mündung in die Püttlach in Behringersmühle, Markt Gößweinstein, Lkr. Forchheim	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
138	4.2.37	Alster	Einmündung des Buchgrabens südwestlich von Rothenberg, Stadt Seßlach, Lkr. Coburg	Grenze zum Regierungsbezirk Unterfranken südöstlich von Setzelsdorf, Stadt Seßlach, Lkr. Coburg	
139	4.2.29	Aufseß	Hochstahler Tal bei Draisendorf, Markt Wiesenttal, Lkr. Forchheim	Mündung in die Wiesent bei Doos, Stadt Waischenfeld, Lkr. Bayreuth	
140	4.2.1	Aurach	Einmündung des Seeholzgrabens bei Neuhausen, Gde. Priesendorf, Lkr. Bamberg	Mündung in die Regnitz östlich von Neuhaus, Gde. Pettstadt, Lkr. Bamberg	
141	4.2.2	Baunach	Grenze zum Regierungsbezirk Unterfranken westlich von Obermanndorf, Gde. Reckendorf, Lkr. Bamberg	Mündung in den Main südlich der Stadt Baunach, Lkr. Bamberg	
142	4.2.30	Föritz	Landesgrenze zu Thüringen nördlich von Schwarzdorf, Markt Mitwitz, Lkr. Kronach	Mündung in die Steinach im Markt Mitwitz, Lkr. Kronach	
143	4.2.38	Friesenbach	Einmündung des Aubachs östlich von Döllnitz, Markt Kasendorf, Lkr. Kulmbach	Mündung in den Roten Main westlich von Dreschen, Gde. Neudrossenfeld, Lkr. Kulmbach	
144	4.2.39	Gründleinsbach	Brücke der A70 nordwestlich von Memmelsdorf, Gde. Memmelsdorf, Lkr. Bamberg	Mündung in den Main nördlich der Stadt Hallstadt. Lkr. Bamberg	
145	4.2.47	Haslach	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken südlich der Anschlussstelle Schlüsselfeld der BAB A3, Stadt Schlüsselfeld, Lkr. Bamberg	Mündung in die Reiche Ebrach westlich von Elsendorf, Stadt Schlüsselfeld, Lkr. Bamberg	
146	4.2.3	Haßlach	Einmündung der Tettau südlich des Marktes Pressig, Lkr. Kronach	Mündung in die Rodach in der Stadt Kronach, Lkr. Kronach	
147	4.2.40	Helling	Landesgrenze zu Thüringen westlich von Gleismuthhausen, Stadt Seßlach, Lkr. Coburg	Mündung in die Kreck nordwestlich von Autenhausen, Stadt Seßlach, Lkr. Coburg	
148	4.2.5	Kreck	Landesgrenze zu Thüringen nördlich von Autenhausen, Stadt Seßlach, Lkr. Coburg	Mündung in die Rodach südöstlich von Gemünda, Stadt Seßlach, Lkr. Coburg	
149	4.2.6	Kronach zur Rodach	Zusammenfluss des Grümpelbachs und der Kremnitz bei Fehnenschneidmühle, Gde. Wilhelmsthal, Lkr. Kronach	Mündung in die Haßlach in der Stadt Kronach, Lkr. Kronach	
150	4.2.20	Kronach zum Weißen Main	Einmündung des Kuhbachs bei Kottersreuth, Stadt Goldkronach, Lkr. Bayreuth	Mündung in den Weißen Main in Kremitz, Gde. Himmelkron, Lkr. Kulmbach	
151	4.2.31	Lauter	Einmündung des Katzenbachs östlich von Appendorf, Gde. Lauter, Lkr. Bamberg	Mündung in die Baunach in der Stadt Baunach, Lkr. Bamberg	
152	4.2.7	Lauter zur Itz (Lauterbach)	Einmündung des Weißbachs bei Tiefenlauter, Gde. Lautertal, Lkr. Coburg	Mündung in die Itz in der Stadt Coburg	einschließlich Flutgraben zwischen Fluss-km 1,050 und Fluss-km 1,800
153	4.2.41	Lauterbach zum Main	Zusammenfluss von Döberten und Döritz in Stublang, Stadt Bad Staffelstein, Lkr. Lichtenfels	Mündung in den Main bei Unnersdorf, Stadt Bad Staffelstein, Lkr. Lichtenfels	einschließlich rechter und linker Lauterbacharm zwischen Fluss-km 2,480 und Fluss-km 2,780
154	4.2.32	Leinleiterbach	Einmündung des Neumühlbachs im Markt Heiligenstadt i.OFr., Lkr. Bamberg	Mündung in die Wiesent bei Gasseldorf, Stadt Ebermannstadt, Lkr. Forchheim	
155	4.2.8	Leitenbach	Einmündung des Würgauer Bachs bei der Stadt Scheßlitz, Lkr. Bamberg	Mündung in den Main, Gde. Kemmern, Lkr. Bamberg	
156	4.2.42	Mistel	Einmündung des Forkendorfer Bachs südlich von Geigenreuth, Stadt Bayreuth	Mündung in den Roten Main in der Stadt Bayreuth	
157	4.2.9	Mittelebrach	Einmündung des Steinachbachs bei Untersteinach, Markt Burgwindheim, Lkr. Bamberg	Mündung in die Rauhe Ebrach südlich von Grasmannsdorf, Markt Burgebrach, Lkr. Bamberg	
158	4.2.43	Ölschnitz zum Roten Main	Zusammenfluss von Bieberswöhrbach und Laimbach bei Seidelmühle, Gde. Emtmannsberg, Lkr. Bayreuth	Mündung in den Roten Main bei Bruckmühle, Markt Weidenberg, Lkr. Bayreuth	
159	4.2.33	Ölschnitz zum Weißen Main	Einmündung des Lübnitzbachs bei Lützenreuth, Stadt Gefrees, Lkr. Bayreuth	Mündung in den Weißen Main in der Stadt Bad Berneck i.Fichtelgebirge, Lkr. Bayreuth	
160	4.2.10	Fichtenohe/Pegnitz	Einmündung des Weihergrabens nordöstlich von Buchau, Stadt Pegnitz, Lkr. Bayreuth	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken südlich von Hainbronn, Stadt Pegnitz, Lkr. Bayreuth	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
161	4.2.11	Püttlach	Einmündung des Griesbachs bei Oberhauenstein, Stadt Pegnitz, Lkr. Bayreuth	Mündung in die Wiesent bei Behringersmühle, Markt Gößweinstein, Lkr. Forchheim	einschließlich Mühlkanal in Pottenstein zwischen Fluss-km 7,800 und Fluss-km 8,060
162	4.2.12	Rauhe Ebrach	Grenze zum Regierungsbezirk Unterfranken bei Halbersdorf, Gde. Schönbrunn i.Steigerwald, Lkr. Bamberg	Mündung in die Regnitz nordöstlich von Pettstadt, Gde. Pettstadt, Lkr. Bamberg	
163	4.2.13	Reiche Ebrach	Grenze zum Regierungsbezirk Unterfranken bei Heuchelheim, Stadt Schlüsselfeld, Lkr. Bamberg	Mündung in die Regnitz bei Erlach, Markt Hirschaid, Lkr. Bamberg	
164	4.2.14	Röden	Landesgrenze zu Thüringen nordöstlich von Wildenheid, Große Kreisstadt Neustadt b.Coburg, Lkr. Coburg	Mündung in die Itz südwestlich von Oeslau, Stadt Rödental, Lkr. Coburg	einschließlich Aalgraben zwischen Fluss-km 1,770 und Fluss-km 2,550
165	4.2.15	Rodach zum Main	Einmündung der Nurner Ködel bei Mauthaus, Markt Nordhalben, Lkr. Kronach	Einmündung der Wilden Rodach bei Schnabrichsmühle, Markt Steinwiesen, Lkr. Kronach	
166	4.2.16	Rodach zur Itz	Landesgrenze zu Thüringen bei Roßfeld, Stadt Bad Rodach, Lkr. Coburg	Mündung in die Itz nordwestlich von Kaltenbrunn, Gde. Itzgrund, Lkr. Coburg	einschließlich Froschgraben zwischen Fluss-km 7,515 und Fluss-km 9,045 ausschließlich Gewässerverlauf in Thüringen
167	4.2.17	Roter Main	Einmündung des Gosenbachs bei Boden, Stadt Creußen, Lkr. Bayreuth	Einmündung der Mistel in der Stadt Bayreuth	
168	4.2.18	Schorgast	Einmündung des Koserbachs im Markt Wirsberg, Lkr. Kulmbach	Mündung in den Weißen Main südwestlich von Kauerndorf, Gde. Ködnitz, Lkr. Kulmbach	einschließlich rechter Nebenarm zwischen Fluss-km 3,940 und Fluss-km 5,120
169	4.2.19	Schwabach	Einmündung des Aubachs bei Weidenmühle, Markt Igensdorf, Lkr. Forchheim	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken südwestlich von Dormitz, Gde. Dormitz, Lkr. Forchheim	einschließlich rechter Schwabacharm zwischen Fluss-km 16,300 und Fluss-km 17,600
170	4.2.21	Sulzbach	Einmündung des Grabens auf Flur-Nr. 129 der Gemarkung Neuses b.Coburg, Stadt Coburg	Mündung in den Lauter zur Itz (Lauterbach) in Neuses b.Coburg, Stadt Coburg	
171	4.2.44	Tambach	Zusammenfluss von Augraben und Wohl in Altenhof, Gde. Weitramsdorf, Lkr. Coburg	Mündung in die Rodach nördlich der Stadt Seßlach, Lkr. Coburg	
172	4.2.45	Trebgast	Einmündung des Schaitzer Bachs bei Zoltmühle, Gde. Neudrossenfeld, Lkr. Kulmbach	Mündung in den Weißen Main, Gde. Trebgast, Lkr. Kulmbach	
173	4.2.22	Trubach	Einmündung des Großenoher Bachs bei Untertrubach, Gde. Obertrubach, Lkr. Forchheim	Mündung in die Wiesent bei Markt Pretzfeld, Lkr. Forchheim	einschließlich rechter Trubacharm in Pretzfeld von der Einmündung in die Wiesent bis Fluss-km 2,780 und rechter Trubacharm in Unterzaunsbach zwischen Fluss-km 5,480 und Fluss-km 5,780
174	4.2.34	Truppach	Zusammenfluss des Weidenbachs und des Seitenbachs bei Obernsees, Gde. Mistelgau, Lkr. Bayreuth	Mündung in die Wiesent bei Eichenmühle, Gde. Plankenfels, Lkr. Bayreuth	einschließlich Flutgraben zwischen Fluss-km 3,950 und Fluss-km 5,100
175	4.2.24	Untere Steinach	Einmündung des Schlackenmühlbachs bei Wildenstein, Markt Presseck, Lkr. Kulmbach	Mündung in die Schorgast südlich der Bundesbahnbrücke, Gde. Untersteinach, Lkr. Kulmbach	
176	4.2.35	Warme Steinach	Einmündung des Steinbachs bei Sophienthal, Markt Weidenberg, Lkr. Bayreuth	Mündung in den Roten Main bei Laineck, Stadt Bayreuth	einschließlich Flutmulde in Weidenberg zwischen Fluss-km 14,130 und Fluss-km 14,460
177	4.2.25	Weismain	Einmündung des Schöpfleinsgrabens südlich von Erlach, Stadt Weismain, Lkr. Lichtenfels	Mündung in den Main, Gde. Altenkunstadt, Lkr. Lichtenfels	
178	4.2.26	Weißer Main	Brücke der B 303 in Hinterröhrenhof, Stadt Bad Berneck i.Fichtelgebirge, Lkr. Bayreuth	Einmündung der Trebgast, Gde. Trebgast, Lkr. Kulmbach	
179	4.2.27	Wiesent	Einmündung der Kainach in der Stadt Hollfeld, Lkr. Bayreuth	Einmündung der Püttlach in Behringersmühle, Markt Gößweinstein, Lkr. Forchheim	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
180	4.2.28	Wilde Rodach	Einmündung der Zegast östlich von Schübelhammer, Stadt Schwarzenbach a.Wald, Lkr. Hof	Mündung in die Rodach bei Schnabrichsmühle, Markt Steinwiesen, Lkr. Kronach	
181	4.2.46	Zaubach	Zusammenfluss von Katzbach und Zettlitz in Zettlitz, Stadt Stadtsteinach, Lkr. Kulmbach	Mündung in die Untere Steinach in der Stadt Stadtsteinach, Lkr. Kulmbach	
182	**4.3**	**Stromgebiet der Elbe**			
183	4.3.1	Eger	Auslauf des Weißenstädter Sees in der Stadt Weißenstadt, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	Einmündung der Selb zwischen Schwarzenhammer und Hendelhammer, Markt Thierstein, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	
184	4.3.2	Kössein	Einmündung des Ödweißenbachs in der Großen Kreisstadt Marktredwitz, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	Mündung in die Röslau bei Seußen, Stadt Arzberg, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	
185	4.3.8	Lamitz	Ausleitungsbereich der Überleitung zur Förmitztalsperre westlich von Dörfles, Stadt Kirchenlamitz, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	Mündung in die Sächsische Saale bei Fattigau, Markt Oberkotzau, Lkr. Hof	
186	4.3.9	Loquitz	Landesgrenze zu Thüringen am Grenzübertritt des Gewässers östlich von Lauenhain, Stadt Ludwigsstadt, Lkr. Kronach	Landesgrenze zu Thüringen östlich von Lauenstein bei Falkenstein, Stadt Ludwigsstadt, Lkr. Kronach	
187	4.3.10	Perlenbach	Einmündung des Bocksbachs östlich der Stadt Rehau, Lkr. Hof	Zusammenfluss von Perlenbach und Höllbach in der Stadt Rehau, Lkr. Hof	
188	4.3.3	Röslau	Einmündung des Grötschenbachs, Gde. Tröstau, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	Einmündung der Kössein bei Seußen, Stadt Arzberg, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	
189	4.3.4	Sächsische Saale	Einmündung des Löstenbachs (Haidbaches) bei Saalmühle, Markt Sparneck, Lkr. Hof	Einmündung der Förmitz bei Förbau, Stadt Schwarzenbach a.d.Saale, Lkr. Hof	
190	4.3.5	Schwesnitz	Zusammenfluss von Perlenbach und Höllbach in der Stadt Rehau, Lkr. Hof	Mündung in die Sächsische Saale im Markt Oberkotzau, Lkr. Hof	
191	4.3.11	Selb	Einmündung des Roßbachs bei Stopfersfurth, Große Kreisstadt Selb, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	Mündung in die Eger nordöstlich von Schwarzenhammer, Markt Thierstein, Lkr. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	
192	4.3.6	Selbitz	Einmündung des Edlendorfer Bachs westlich von Günthersdorf, Stadt Helmbrechts, Lkr. Hof	Mündung in die Sächsische Saale bzw. Landesgrenze zu Thüringen, Gde. Issigau, Lkr. Hof	einschließlich Mühlkanal zwischen Fluss-km 8,500 und Fluss-km 8,900
193	4.3.7	Südliche Regnitz	Staatsgrenze zur Tschechischen Republik bei Prex (Dreiländereck), Gde. Regnitzlosau, Lkr. Hof	Mündung in die Sächsische Saale in der Stadt Hof	
194	**5.**	**Regierungsbezirk Mittelfranken**			
195	**5.1**	**Stromgebiet der Donau**			
196	5.1.1	Altmühl	Einmündung des Furtgrabens bei Oberfelden, Markt Colmberg, Lkr. Ansbach	Einmündung des Großen Aurachbachs bei Neunstetten, Stadt Herrieden, Lkr. Ansbach	
197	5.1.12	Ampfrach	Wegdurchlass an der Bahnlinie Nürnberg – Stuttgart, Gde. Schnelldorf, Lkr. Ansbach	Mündung in die Wörnitz bei Reichenbach, Stadt Feuchtwangen, Lkr. Ansbach	
198	5.1.4	Anlauter	Einmündung des Hirschgrabens westlich von Nennslingen, Markt Nennslingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern unterhalb von Bechthal, Gde. Raitenbuch, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	
199	5.1.13	Erlbacher Mühlbach	Einmündung des Steinbachs östlich von Erlbach, Stadt Leutershausen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Altmühl südlich der Stadt Leutershausen, Lkr. Ansbach	
200	5.1.14	Großer Aurachbach	Kreuzung der Bahnlinie Nürnberg – Stuttgart bei Büchelberg, Stadt Leutershausen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Altmühl bei Neunstetten, Stadt Herrieden, Lkr. Ansbach	
201	5.1.15	Hagenbach	Zusammenfluss von Leimbach und Gastenfelder Bach bei Hagenau, Gde. Buch a.Wald, Lkr. Ansbach	Mündung in die Altmühl nordwestlich der Stadt Leutershausen, Lkr. Ansbach	
202	5.1.16	Kreuthbach	Zusammenfluss von Karrachbach und Aidenauer Bach bei Geslau, Gde. Geslau, Lkr. Ansbach	Mündung in die Altmühl nördlich von Frommetsfelden, Stadt Leutershausen, Lkr. Ansbach	
203	5.1.9	Lentersheimer Mühlbach	Mündung in das Hochwasserrückhalte-becken Lentersheim oberhalb von Lentersheim, Gde. Ehingen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Wörnitz bei Oberaumühle, Stadt Wassertrüdingen, Lkr. Ansbach	einschließlich Hochwasserrückhalte-becken Lentersheim

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
204	5.1.5	Möhrenbach	Einmündung des Westenbrunnenbachs bei Gundelsheim, Stadt Treuchtlingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	Mündung in die Altmühl in der Stadt Treuchtlingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	
205	5.1.17	Rohrach zur Altmühl	Brücke der Gemeindeverbindungsstraße Windischhausen – Wettelsheim bei der Untermühle, Stadt Treuchtlingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	Mündung in die Altmühl bei Bubenheim, Stadt Treuchtlingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	
206	5.1.10	Rohrach zur Wörnitz	Mündung in den Hahnenkamm-See (einschließlich Hahnenkamm-See) unterhalb von Hechlingen, Markt Heidenheim, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	Grenze zum Regierungsbezirk Schwaben bei Kronhof, Gde. Polsingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	
207	5.1.18	Rothach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Mönchsroth, Gde. Mönchsroth, Lkr. Ansbach	Mündung in die Wörnitz bei Wilburgstetten, Gde. Wilburgstetten, Lkr. Ansbach	
208	5.1.6	Schambach	Feldwegbrücke bei der Potschmühle unterhalb von Suffersheim, Große Kreisstadt Weißenburg i.Bay., Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	Mündung in die Altmühl bei Dietfurt i.MFr., Stadt Treuchtlingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	ohne Kästleinsmühlbach
209	5.1.11	Schwaninger Mühlbach	Mündung in das Hochwasserrückhalte-becken Dennenlohe, Gde. Unterschwaningen, Lkr. Ansbach	Mündung in den Lentersheimer Mühlbach bei Altentrüdingen, Stadt Wassertrüdingen, Lkr. Ansbach	einschließlich Hochwasserrückhalte-becken Dennenlohe
210	5.1.2	Schwarzach zur Altmühl	Grenze zum Regierungsbezirk Oberpfalz bei Reckenstetten, Markt Allersberg, Lkr. Roth	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern südlich der Stadt Greding, Lkr. Roth	
211	5.1.7	Sulzach	Einmündung des Auwiesengrabens bei Vehlberg, Gde. Aurach, Lkr. Ansbach	Mündung in die Wörnitz, Gde. Wittelshofen, Lkr. Ansbach	
212	5.1.19	Thalach	Einmündung des Fischleinsbachs, Markt Thalmässing, Lkr. Roth	Mündung in die Schwarzach bei Großhöbing, Stadt Greding, Lkr. Roth	
213	5.1.8	Wieseth	Einmündung des Charbachs bei Elbersroth, Stadt Herrieden, Lkr. Ansbach	Mündung in die Altmühl westlich der Stadt Ornbau, Lkr. Ansbach	
214	5.1.3	Wörnitz	Einmündung des Waldhausener Mühlbachs bei Zischendorf, Stadt Feuchtwangen, Lkr. Ansbach	Einmündung der Sulzach bei Wittelshofen, Gde. Wittelshofen, Lkr. Ansbach	
215	5.1.20	Zwergwörnitz	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Weidelbach, Große Kreisstadt Dinkelsbühl, Lkr. Ansbach	Mündung in die Wörnitz nördlich von Pulvermühle, Markt Schopfloch, Lkr. Ansbach	
216	**5.2**	**Stromgebiet des Rheins**			
217	5.2.1	Aisch	Einmündung des Ensbachs, Gde. Illesheim, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Einmündung des Schweinachbachs nordöstlich von Schauerheim, Stadt Neustadt a.d.Aisch, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	einschließlich Aisch-Flutkanal und der im Bereich der Stadt Bad Windsheim gelegenen Ausleitungsstrecken (Alte Aisch, Neue Aisch, Seegraben mit Seeweiher, Mühlgraben)
218	5.2.12	Aurach	Landkreisgrenze Roth/Ansbach westlich von Rudelsdorf, Gde. Kammerstein, Lkr. Roth	Mündung in die Rednitz in der Stadt Roth, Lkr. Roth	
219	5.2.24	Bibart	Einmündung des Neuwiesengrabens südlich von Altenspeckfeld, Markt Markt Bibart, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Zusammenfluss mit der Scheine bei Oberlaimbach, Stadt Scheinfeld, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	
220	5.2.2	Bibert	Einmündung des Altbachs bei der Kläranlage des Marktes Dietenhofen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Rednitz östlich der Stadt Zirndorf, Lkr. Fürth	
221	5.2.3	Ehebach	Einmündung der Kleinen Ehe bei dem Markt Sugenheim, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Mündung in die Aisch nördlich von Bruckenmühle, Gde. Diespeck, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	
222	5.2.25	Farrnbach	Straßenbrücke unterhalb von Schwadermühle, Markt Cadolzburg, Lkr. Fürth	Mündung in die Regnitz östlich von Unterfarrnbach, Stadt Fürth	
223	5.2.26	Felchbach	Einmündung des Rohrbachs bei Kruglmühle, Gde. Ettenstatt, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	Mündung in die Schwäbische Rezat bei der Stadt Ellingen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	
224	5.2.4	Fränkische Rezat	Einmündung des Borsbachs nördlich von Rohrmühle, Markt Flachslanden, Lkr. Ansbach	Zusammenfluss mit der Schwäbischen Rezat nordwestlich von Petersgmünd, Gde. Georgensgmünd, Lkr. Roth	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
225	5.2.13	Gollach	Einmündung des Haimbachs in der Stadt Uffenheim, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Grenze zum Regierungsbezirk Unterfranken westlich von Hemmersheim, Gde. Hemmersheim, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	
226	5.2.14	Gründlach	Brücke der BAB A3 östlich von Neunhof, Stadt Nürnberg	Mündung in die Regnitz südwestlich von Eltersdorf, Stadt Erlangen	
227	5.2.27	Hammerbach	Einmündung der Kruppach bei Engelthal, Gde. Engelthal, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz nördlich von Henfenfeld, Gde. Henfenfeld, Lkr. Nürnberger Land	
228	5.2.15	Happurger Bach	Unterbecken des Happurger Speichersees der Großkraftwerk-Franken AG, Gde. Happurg, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz östlich der Stadt Hersbruck, Lkr. Nürnberger Land	
229	5.2.16	Haselbach	Einmündung der Rippach bei Neubruck, Gde. Bruckberg, Lkr. Ansbach	Mündung in die Bibert bei Münchzell, Markt Dietenhofen, Lkr. Ansbach	
230	5.2.28	Haslach	Zusammenfluss von Freihaslach und Rimbach westlich des Marktes Burghaslach, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken nördlich von Gleißenberg, Markt Burghaslach, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	
231	5.2.29	Hembach	Einmündung des Höllenbachs bei Furth, Markt Schwanstetten, Lkr. Roth	Mündung in die Rednitz in Rednitzhembach, Gde. Rednitzhembach, Lkr. Roth	
232	5.2.17	Hirschbach	Grenze zum Regierungsbezirk Oberpfalz nordöstlich von Fischbrunn, Gde. Pommelsbrunn, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz bei Eschenbach, Gde. Pommelsbrunn, Lkr. Nürnberger Land	
233	5.2.18	Högenbach	Einmündung des Etzelbachs bei Hartmannshof, Gde. Pommelsbrunn, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz bei Hohenstadt, Gde. Pommelsbrunn, Lkr. Nürnberger Land	
234	5.2.19	Laimbach	Zusammenfluss der Bibart und der Scheine bei der Vettermühle, Stadt Scheinfeld, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Mündung in den Ehebach westlich von Hambühl, Markt Baudenbach, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	
235	5.2.20	Mittlere Aurach	Einmündung des Flugsbachs südlich des Marktes Emskirchen, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Mündung in die Regnitz bei Erlangen-Bruck, Stadt Erlangen	
236	5.2.5	Pegnitz	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken nördlich des Marktes Neuhaus a.d.Pegnitz, Lkr. Nürnberger Land	Einmündung des Ankertals bei Rupprechtstegen, Gde. Hartenstein, Lkr. Nürnberger Land	
237	5.2.21	Reiche Ebrach	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken westlich des Marktes Wachenroth, Lkr. Erlangen-Höchstadt	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken östlich des Marktes Mühlhausen, Lkr. Erlangen-Höchstadt	
238	5.2.30	Röthenbach	Einmündung des Haidelbachs im Staatsforst Brunn, Lorenzer Reichswald, gemeindefreies Gebiet	Mündung in die Pegnitz in der Stadt Röthenbach a.d.Pegnitz, Lkr. Nürnberger Land	
239	5.2.6	Roth zur Rednitz	Einmündung des Minbachs südlich von Hofstetten, Stadt Hilpoltstein, Lkr. Roth	Einmündung der Kleinen Roth bei Eckersmühlen, Stadt Roth, Lkr. Roth	
240	5.2.31	Scheine	Einmündung des Schönbachs bei Schnodsenbach, Stadt Scheinfeld, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Zusammenfluss mit der Bibart bei Oberlaimbach, Stadt Scheinfeld, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	
241	5.2.22	Schnaittach	Einmündung des Osternoher Bachs bei Hedersdorf, Markt Schnaittach, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz an der Gemeindegrenze Neunkirchen a.Sand/Ottensoos, Lkr. Nürnberger Land	
242	5.2.23	Schwabach zur Rednitz	Einmündung des Schwallbachs östlich von Leuzdorf, Gde. Rohr, Lkr. Roth	Mündung in die Rednitz bei Limbach, Stadt Schwabach	
243	5.2.7	Schwabach zur Regnitz	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken nordöstlich von Forth, Markt Eckental, Lkr. Erlangen-Höchstadt	Mündung in die Regnitz in der Stadt Erlangen	
244	5.2.8	Schwäbische Rezat	Einmündung des Hammerstadtgrabens südlich der Großen Kreisstadt Weißenburg i.Bay., Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	Einmündung des Brombachs bei Mäusleinsmühle, Markt Pleinfeld, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen	
245	5.2.9	Schwarzach zur Rednitz	Grenze zum Regierungsbezirk Oberpfalz östlich von Rasch, Stadt Altdorf b.Nürnberg, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Rednitz bei Penzendorf, Stadt Schwabach	
246	5.2.32	Seebach	Straßenbrücke der BAB A3, Gde. Heßdorf, Lkr. Erlangen-Höchstadt	Mündung in den Main-Donau-Kanal bei Kleinseebach, Gde. Möhrendorf, Lkr. Erlangen-Höchstadt	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
247	5.2.33	Sittenbach	Einmündung des Unterkrumbacher Bachs bei Unterkrumbach, Gde. Kirchensittenbach, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz bei Altensittenbach, Stadt Hersbruck, Lkr. Nürnberger Land	
248	5.2.34	Steinach	Einmündung des Achelbachs in Münchsteinach, Gde. Münchsteinach, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Mündung in die Aisch bei Gutenstetten, Gde. Gutenstetten, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	
249	5.2.10	Tauber	Einmündung des Oestheimer Mühlbachs südlich von Heckenmühle, Gde. Diebach, Lkr. Ansbach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Tauberzell, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	
250	5.2.11	Zenn	Mündung in das Hochwasserrückhalte-becken Obernzenn oberhalb des Marktes Obernzenn, Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	Mündung in die Regnitz bei Vach, Stadt Fürth	einschließlich Hochwasserrückhalte-becken Obernzenn
251	**6.**	**Regierungsbezirk Unterfranken**			
252	**6.2**	**Stromgebiet des Rheins**			
253	6.2.26	Aalbach	Straßenbrücke der B 468 oberhalb Mädelhofen, Gde. Waldbüttelbrunn, Lkr. Würzburg	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Wüstenzell, Gde. Holzkirchen, Lkr. Würzburg	
254	6.2.34	Alster	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken nordwestlich von Memmelsdorf, Gde. Untermerzbach, Lkr. Haßberge	Mündung in die Itz südöstlich von Memmelsdorf, Gde. Untermerzbach, Lkr. Haßberge	
255	6.2.1	Aschaff	Kreuzungsbauwerk der Autobahn A3 östlich von Frauengrund, Gde. Bessenbach, Lkr. Aschaffenburg	Mündung in den Main südlich von Mainaschaff, Gde. Mainaschaff, Lkr. Aschaffenburg	
256	6.2.2	Aubach	Einmündung des Lohrbachs westlich von Krommenthal, Gde. Wiesthal, Lkr. Main-Spessart	Mündung in die Lohr in Partenstein, Gde. Partenstein, Lkr. Main-Spessart	
257	6.2.27	Aura	Einmündung der Fella in Fellen, Gde. Fellen, Lkr. Main-Spessart	Mündung in die Flutmulde (Sinn) im Markt Burgsinn, Lkr. Main-Spessart	
258	6.2.3	Baunach	Einmündung des Ermetzbachs bei Sulzbach, Stadt Hofheim i.UFr., Lkr. Haßberge	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken, südöstlich des Marktes Rentweinsdorf, Lkr. Haßberge	
259	6.2.35	Bahra	Landesgrenze zu Thüringen, Sondheim im Grabfeld, Stadt Mellrichstadt, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Streu bei Oberstreu, Gde. Oberstreu, Lkr. Rhön-Grabfeld	
260	6.2.36	Bessenbach	Straßenbrücke 210 m oberhalb der Mündung in die Aschaff in Frauengrund, Gde. Bessenbach, Lkr. Aschaffenburg	Mündung in die Aschaff nördlich von Frauengrund, Gde. Bessenbach, Lkr. Aschaffenburg	
261	6.2.4	Billbach	Zusammenfluss des Morsbachs und des Saubachs östlich der Stadt Amorbach, Lkr. Miltenberg	Mündung in die Mud in der Stadt Amorbach, Lkr. Miltenberg	
262	6.2.5	Breitbach	Einmündung der Iff östlich des Marktes Obernbreit, Lkr. Kitzingen	Mündung in den Main in der Stadt Marktbreit, Lkr. Kitzingen	
263	6.2.6	Elsava	Einmündung des Dammbachs oberhalb Hobbach, Markt Eschau, Lkr. Miltenberg	Mündung in den Main im Markt Elsenfeld, Lkr. Miltenberg	
264	6.2.7	Erf	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Riedern, Gde. Eichenbühl, Lkr. Miltenberg	Mündung in den Main im Markt Bürgstadt, Lkr. Miltenberg	
265	6.2.8	Fränkische Saale	Einmündung des Weißbachs in der Stadt Bad Königshofen i.Grabfeld, Lkr. Rhön-Grabfeld	Einmündung der Streu südlich von Heustreu, Gde. Heustreu, Lkr. Rhön-Grabfeld	
266	6.2.37	Gabelbach	Einmündung des Waldbachs (Watterbachs) südwestlich des Marktes Kirchzell, Lkr. Miltenberg	Mündung in die Mud nördlich von Buch, Markt Kirchzell, Lkr. Miltenberg	
267	6.2.9	Gersprenz	Landesgrenze zu Hessen westlich von Markt Stockstadt a.Main, Lkr. Aschaffenburg	Mündung in den Main oberhalb der Staustufe Kleinostheim, Markt Stockstadt a.Main, Lkr. Aschaffenburg	
268	6.2.10	Gollach	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken nordöstlich der Stadt Aub, Lkr. Würzburg	Mündung in die Tauber bei Bergmühle, Gde. Bieberehren, Lkr. Würzburg	
269	6.2.11	Kahl	45 m oberhalb der Einmündung des Westerbachs im Markt Schöllkrippen, Lkr. Aschaffenburg	Mündung in den Main, Gde. Kahl a.Main, Lkr. Aschaffenburg	
270	6.2.38	Karbach	Gemarkungsgrenze zwischen den Gemeindeteilen Birkenfeld und Billingshausen, Gde. Birkenfeld, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Main in Zimmern, Stadt Marktheidenfeld, Lkr. Main-Spessart	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
271	6.2.13	Lauer	Einmündung des Geißler südlich von Stadtlauringen, Markt Stadtlauringen, Lkr. Schweinfurt	Mündung in die Fränkische Saale, Gde. Niederlauer, Lkr. Rhön-Grabfeld	
272	6.2.14	Lohr	Landesgrenze zu Hessen nördlich des Marktes Frammersbach, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Main in der Stadt Lohr a.Main, Lkr. Main-Spessart	
273	6.2.28	Mahlbach	Landesgrenze zu Thüringen bei Mühlfeld, Stadt Mellrichstadt, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Streu in der Stadt Mellrichstadt, Lkr. Rhön-Grabfeld	
274	6.2.15	Milz	Landesgrenze zu Thüringen östlich von Irmelshausen, Gde. Höchheim, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Fränkische Saale bei Saal an der Saale, Markt Saal a.d.Saale, Lkr. Rhön-Grabfeld	einschließlich dem Beigraben von der Landesgrenze zu Thüringen bis zur Mündung in den Hochwassergraben der Milz in Irmelshausen
275	6.2.16	Mömling	Landesgrenze zu Hessen, Gde. Mömlingen, Lkr. Miltenberg	Mündung in den Main bei der Stadt Obernburg a.Main, Lkr. Miltenberg	
276	6.2.29	Morsbach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg oberhalb des Marktes Schneeberg, Lkr. Miltenberg	Zusammenfluss mit dem Saubach (linksseitiger Quellbach des Billbachs) unterhalb des Marktes Schneeberg, Lkr. Miltenberg	
277	6.2.17	Mud	Landesgrenze zu Baden-Württemberg südöstlich von Preunschen, Markt Kirchzell, Lkr. Miltenberg	Mündung in den Main in der Stadt Miltenberg, Lkr. Miltenberg	
278	6.2.18	Nassach	Einmündung der Aurach bei Rügheim, Stadt Hofheim i.UFr., Lkr. Haßberge	Mündung in den Main in der Stadt Haßfurt, Lkr. Haßberge	
279	6.2.39	Ohrenbach	Landesgrenze zu Hessen nordwestlich von Ohrenbach, Markt Weilbach, Lkr. Miltenberg	Mündung in die Mud im Markt Weilbach, Lkr. Miltenberg	
280	6.2.19	Pleichach	Einmündung des Grumbachs südlich von Schloßmühle, Gde. Unterpleichfeld, Lkr. Würzburg	Mündung in den Main in der Stadt Würzburg	einschließlich der Flutmulden in Versbach, Stadt Würzburg, sowie unterhalb und oberhalb des Marktes Rimpar, Lkr. Würzburg Anmerkung: Ausgenommen von der Unterhaltungslast des Freistaates sind die überdeckten, überbauten bzw. verrohrten Pleichachstrecken im Stadtgebiet von Würzburg, und zwar von Fluss-km 0,000 bis 1,111, Fluss-km 1,131 bis 1,365, Fluss-km 2,022 bis 2,200, Fluss-km 2,367 bis 2,518, Fluss-km 3,970 bis 4,195, Fluss-km 5,960 bis 6,485.
281	6.2.20	Rodach	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken nördlich von Memmelsdorf, Gde. Untermerzbach, Lkr. Haßberge	Kurz vor Mündung in die Itz; Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken östlich von Memmelsdorf, Gde. Untermerzbach, Lkr. Haßberge	
282	6.2.30	Rauhe Ebrach	Einmündung des Steinbachs in Untersteinbach, Gde. Rauhenebrach, Lkr. Haßberge	Grenze zum Regierungsbezirk Oberfranken bei Prölsdorf, Gde. Rauhenebrach, Lkr. Haßberge	
283	6.2.31	Saubach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg südlich von Zittenfelden, Markt Schneeberg, Lkr. Miltenberg	Zusammenfluss mit dem Morsbach (rechtsseitiger Quellbach des Billbachs) unterhalb des Marktes Schneeberg, Lkr. Miltenberg	
284	6.2.32	Schondra	Einmündung des Detterbachs östlich von Detter, Markt Zeitlofs, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Fränkische Saale unterhalb der Bundesbahnbrücke in Gräfendorf, Gde. Gräfendorf, Lkr. Main-Spessart	
285	6.2.40	Schwarzach	Landkreisgrenze Schweinfurt/Kitzingen nördlich von Brünnau, Stadt Prichsenstadt, Lkr. Kitzingen	Mündung in den Main in Münsterschwarzach, Markt Schwarzach a.Main, Lkr. Kitzingen	
286	6.2.22	Streu	Einmündung der Sulz, westlich von Stockheim, Gde. Stockheim, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Fränkische Saale südlich von Heustreu, Gde. Heustreu, Lkr. Rhön-Grabfeld	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
287	6.2.33	Thierbach	Gemarkungsgrenze Rittershausen/ Bolzhausen, Gde. Sonderhofen, Lkr. Würzburg	Mündung in den Main westlich der Stadt Ochsenfurt, Lkr. Würzburg	
288	6.2.24	Thulba	Einmündung des Thülbingbachs nordwestlich von Hassenbach, Markt Oberthulba, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Fränkische Saale bei der Stadt Hammelburg, Lkr. Bad Kissingen	
289	6.2.41	Volkach	Einmündung des Seehausbachs südlich von Herlheim, Gde. Kolitzheim, Lkr. Schweinfurt	Mündung in den Altmain unterhalb Staustufe Volkach, Stadt Volkach, Lkr. Kitzingen	
290	6.2.25	Wern	Altes Ausleitungswehr der Weidenmühle bei Kronungen, Gde. Poppenhausen, Lkr. Schweinfurt	Einmündung des Krebsbachs bei Heugrumbach, Stadt Arnstein, Lkr. Main-Spessart	
291	**7.**	**Regierungsbezirk Schwaben**			
292	**7.1**	**Stromgebiet der Donau**			
293	7.1.19	Biber	Brücke der Kreisstraße NU 3 bei Beuren, Markt Pfaffenhofen a.d.Roth, Lkr. Neu-Ulm	Mündung in die Donau westlich der Stadt Leipheim, Lkr. Günzburg	
294	7.1.38	Brunnenbach	Einmündung des Hartgrabens ca. 1,1 km nördlich von Unterfinningen, Gde. Finningen, Lkr. Dillingen a.d.Donau	Mündung in den Klosterbach südöstlich von Mörslingen, Gde. Finningen, Lkr. Dillingen a.d.Donau	
295	7.1.20	Ecknach	Einmündung der Siele, Gde. Sielenbach, Lkr. Aichach-Friedberg	Mündung in die Paar, Stadt Aichach, Lkr. Aichach-Friedberg	
296	7.1.2	Egau	Landesgrenze zu Baden-Württemberg nördlich von Dattenhausen, Gde. Ziertheim, Lkr. Dillingen a.d.Donau	Mündung in die Donau südlich der Stadt Höchstädt a.d.Donau, Lkr. Dillingen a.d.Donau	
297	7.1.4	Eger zur Wörnitz	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Nähermemmingen, Große Kreisstadt Nördlingen, Lkr. Donau-Ries	Mündung in die Wörnitz nörlich von Großsorheim, Stadt Harburg (Schwaben), Lkr. Donau-Ries	
298	7.1.21	Feldgießgraben	HW-Entlastungswehr in der Stadt Schwabmünchen, Lkr. Augsburg	Mündung in die Wertach nordwestlich der Stadt Schwabmünchen, Lkr. Augsburg	
299	7.1.22	Flossach mit Lettenbach und Weißbach	Einmündung des Wörthbachs, Gde. Rammingen, Lkr. Unterallgäu	Mündung in die Mindel, Gde. Ursberg, Lkr. Günzburg (Flossach) und Markt Kirchheim i.Schw., Lkr. Unterallgäu (Weißbach)	
300	7.1.23	Friedberger Ach	Einmündung des Affinger Bachs bei Anwalting, Gde. Affing, Lkr. Aichach-Friedberg	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern, Gde. Niederschönenfeld, Lkr. Donau-Ries	
301	7.1.5	Geltnach	Einmündung der Schmutter, Gde. Stötten a.Auerberg, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Wertach östlich von Biessenhofen, Gde. Biessenhofen, Lkr. Ostallgäu	
302	7.1.37	Gennach	Einmündung des Hühnerbachs bei Ummenhofen, Gde. Jengen, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Wertach bei Wertachau, Stadt Schwabmünchen, Lkr. Augsburg	
303	7.1.24	Glött	Einmündung des Reichenbachs südlich Feldbachmühle, Gde. Glött, Lkr. Dillingen a.d.Donau	Mündung in die Donau, Gde. Blindheim, Lkr. Dillingen a.d.Donau	
304	7.1.25	Hasel	Landkreisgrenze Unterallgäu/Günzburg, Gde. Balzhausen, Lkr. Günzburg	Mündung in die Mindel bei der Stadt Thannhausen, Lkr. Günzburg	
305	7.1.7	Kammel (Kammlach)	Brücke der Kreisstraße MN 8 bei Unterrieden, Gde. Oberrieden, Lkr. Unterallgäu	Mündung in die Mindel nordwestlich von Lüßhof, Gde. Rettenbach, Lkr. Günzburg	
306	7.1.8	Kessel	Einmündung des Fohlenbachs bei Unterringingen, Markt Bissingen, Lkr. Dillingen a.d.Donau	Mündung in die Donau südwestlich der Großen Kreisstadt Donauwörth, Lkr. Donau-Ries	
307	7.1.39	Kirnach	Einmündung des Elbbachs, Gde. Ruderatshofen, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Wertach bei Ebenhofen, Gde. Biessenhofen, Lkr. Ostallgäu	
308	7.1.9	Kleine Mindel	Teilungswehr der Mindel bei Mindelzell, Gde. Ursberg, Lkr. Günzburg	Mündung in die Mindel, Markt Burtenbach, Lkr. Günzburg	
309	7.1.10	Kleine Paar	Einmündung des Siegenbachs südlich von Bayerdilling, Stadt Rain, Lkr. Donau-Ries	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern östlich von Staudheim, Stadt Rain, Lkr. Donau-Ries	
310	7.1.26	Klosterbach	Einmündung des Pulverbachs in der Stadt Höchstädt a.d.Donau, Lkr. Dillingen a.d.Donau	Mündung in die Donau östlich von Gremheim, Gde. Schwenningen, Lkr. Dillingen a.d.Donau	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Gewässer	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
311	7.1.27	Konstanzer Ach	Auslauf aus dem Großen Alpsee, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Einmündung des Steigbachs, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	einschließlich Kleiner Alpsee (Fläche ca. 8,9 ha)
312	7.1.28	Leibi	Einmündung des Landgrabens, Große Kreisstadt Neu-Ulm, Lkr. Neu-Ulm	Mündung in die Donau, Gde. Nersingen, Lkr. Neu-Ulm	
313	7.1.40	Lobach	Einmündung des Lengenwanger Mühlbachs, Gde. Lengenwang, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Wertach nördlich von Leuterschach, Stadt Marktoberdorf, Lkr. Ostallgäu	
314	7.1.29	Mauch	Einmündung des Arenbachs bei Gemarkungsgrenze zwischen Löpsingen, Große Kreisstadt Nördlingen, und der Gde. Maihingen, Lkr. Donau-Ries	Mündung in die Eger bei Klosterzimmern, Gde. Deiningen, Lkr. Donau-Ries	
315	7.1.11	Mindel	Einmündung des Mühlkanals ca. 500 m unterhalb Salzstraßmühle, Gde. Unteregg, Lkr. Unterallgäu	Einmündung der Flossach südlich von Mindelzell, Gde. Ursberg, Lkr. Günzburg	
316	7.1.30	Nau	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Riedheim, Stadt Leipheim, Lkr. Günzburg	Mündung in die Donau in der Großen Kreisstadt Günzburg, Lkr. Günzburg	
317	7.1.31	Östliche Günz	Brücke der St 2013 im Markt Markt Rettenbach, Lkr. Unterallgäu	Zusammenfluss mit der Westlichen Günz, Gde. Lauben, Lkr. Unterallgäu	
318	7.1.12	Östliche Mindel	Teilungswehr der Mindel bei Hausen, Gde. Salgen, Lkr. Unterallgäu	Mündung in die Mindel bei Hasberg, Markt Kirchheim i.Schw., Lkr. Unterallgäu	
319	7.1.41	Osterbach	Gemeindegrenze zwischen dem Markt Pfaffenhofen a.d.Roth und der Stadt Weißenhorn, Lkr. Neu-Ulm	Mündung in die Biber bei Silheim, Gde. Bibertal, Lkr. Günzburg	
320	7.1.13	Paar mit Altergraben	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern bei Plankmühle, Gde. Schmiechen, Lkr. Aichach-Friedberg	Einmündung der Ecknach, Stadt Aichach, Lkr. Aichach-Friedberg	
321	7.1.32	Pulverbach	Einmündung des Ruthengrabens südwestlich von Deisenhofen, Stadt Höchstädt a.d.Donau, Lkr. Dillingen a.d.Donau	Mündung in den Klosterbach in der Stadt Höchstädt a.d.Donau, Lkr. Dillingen a.d.Donau	
322	7.1.42	Rohrach mit Neugraben	Grenze zum Regierungsbezirk Mittelfranken nordöstlich von Laub, Gde. Munningen, Lkr. Donau-Ries	Mündung in die Wörnitz nördlich von Wechingen, Gde. Wechingen, Lkr. Donau-Ries	
323	7.1.14	Roth zur Donau	Einmündung der Kleinen Roth in der Stadt Weißenhorn, Lkr. Neu-Ulm	Mündung in die Donau nördlich von Oberfahlheim, Gde. Nersingen, Lkr. Neu-Ulm	einschließlich Nebenroth
324	7.1.43	Ruthengraben	Einmündung des Brunnenbachs in den Klosterbach südöstlich von Mörslingen, Gde. Finningen, Lkr. Dillingen a.d.Donau	Mündung in den Pulverbach südwestlich von Deisenhofen, Stadt Höchstädt a.d.Donau, Lkr. Dillingen a.d.Donau	
325	7.1.15	Schmutter	Einmündung der Neufnach bei Markt Fischach, Lkr. Augsburg	Einmündung des Biberbachs bei Furthmühle, Markt Biberbach, Lkr. Augsburg	
326	7.1.33	Singold	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern südlich von Großkitzighofen, Gde. Lamerdingen, Lkr. Ostallgäu	Mündung in den Fabrikkanal, Stadt Augsburg	
327	7.1.34	Weilach	Einmündung des Höfarter Bachs bei Höfarten, Gde. Schiltberg, Lkr. Aichach-Friedberg	Grenze zum Regierungsbezirk Oberbayern nordöstlich von Schiltberg, Gde. Schiltberg, Lkr. Aichach-Friedberg	
328	7.1.16	Westliche Günz	Ehemalige Bahnlinie Ottobeuren – Memmingen, Markt Ottobeuren, Lkr. Unterallgäu	Zusammenfluss mit der Östlichen Günz, Gde. Lauben, Lkr. Unterallgäu	
329	7.1.18	Zusam	Brücke der Ortsverbindungsstraße nach Lutzenberg, Gde. Aichen, Lkr. Günzburg	Einmündung der Laugna, Stadt Wertingen, Lkr. Dillingen a.d.Donau	
330	**7.2**	**Stromgebiet des Rheins**			
331	7.2.1	Oberreitnauer Ach	Einmündung des Wolfsbachs bei Heimesreutin, Große Kreisstadt Lindau (Bodensee), Lkr. Lindau (Bodensee)	Mündung in den Bodensee bei der Großen Kreisstadt Lindau (Bodensee), Lkr. Lindau (Bodensee)	

Anlage 2

Wildbäche

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
1	**Regierungsbezirk Oberbayern (41)**				
2	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA München (412)**				
3	412001	Klosterschluchtgraben	Kreuzung mit der Bundesstraße 11 in Ebenhausen, Gde. Schäftlarn, Lkr. München	Unteres Ende des Schluchtlaufs ca. 200 m westlich der Staatsstraße 207, Gde. Schäftlarn, Lkr. München	
4	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Rosenheim (413)**				
5	413021	Achen (Thalkirchner Ache)	Ursprung beim Stöttener Filz, Gde. Frasdorf, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Simssee, Markt Bad Endorf, Lkr. Rosenheim	
6	413093	Almgraben	Ursprung zwischen kleinem Tegernseer Berg und Riederstein, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
7	413087	Alpbach (MB)	Ursprung zwischen Ostiner Berg, Baumgartenschneid und kleinem Tegernseer Berg, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
8	413080	Altdorfer Mühlbach	Straßendurchlass unterhalb Gern, Gde. Soyen, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Nasenbach, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	
9	413048	Ameranger Dorfbach	Ursprünge nördlich und südwestlich von Taiding, Gde. Amerang, Lkr. Rosenheim	Brücke Gemeindestraße Amerang – Kammer, Gde. Amerang, Lkr. Rosenheim	
10	413024	Angerbach (RO)	Ursprung östlich von Haring, Gde. Riedering, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Simssee, Gde. Riedering, Lkr. Rosenheim	
11	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	Ursprung am Antworter Berg, Markt Bad Endorf, Lkr. Rosenheim	Mündung in die Antworter Ache bzw. Einlauf in die Rohrleitung südlich von Antwort, Markt Bad Endorf, Lkr. Rosenheim	
12	413045	Aubach (RO)	Ursprung auf der Niklasreuther Höhe, Gde. Irschenberg, Lkr. Miesbach	Ehemalige Bahnbrücke unterhalb von Au, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Zufluss aus Brettschleipfen
13	413006	Auerbach	Ursprung östlich des Tagweidkopfes, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, Fluss-km 208,850, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Ausleitung nördlich der Auferstehungs-kirche in Oberaudorf
14	413038	Aurachgraben (Aurachtal)	Ursprung am Jägerkamp, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	Kiesfang bei Fluss-km 0,400, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	
15	413066	Bauerlbach (Steinbach)	Ursprung bei Gröben, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	Brücke der Staatsstraße 2092 bei Moos, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
16	413063	Berghamer Bach	Ursprung bei der Samer- und Schmiedalm, Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	Mündung in die Bernauer Ache, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
17	413062	Bernauer Achen	Geschieberückhaltesperre an der Landkreisgrenze Rosenheim/ Traunstein, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Chiemsee, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Seitengräben der Bernauer Achen ab der Bundesstraße 305 und Talgräben östlich von Rudersberg
18	413064	Bernauer Bach	Ursprung bei Göttersberg, Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	Mündung in die Bernauer Ache, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
19	413033	Birkenbach	Wegübergang beim Birkneranwesen ca. 400 m oberhalb der Mündung, Stadt Miesbach, Lkr. Miesbach	Einmündung in die Schlierach, Stadt Miesbach, Lkr. Miesbach	
20	413078	Birndorfer Graben	Staatsstraße 2359, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn bei Fluss-km 159,7, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	
21	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Ursprung der Quellbäche zwischen Risserkogel, Spitzingsattel und Jägerkamp, Gde. Rottach-Egern, Markt Schliersee, Gde. Bayrischzell, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	Staatsgrenze zu Österreich bei Valepp, Gde. Rottach-Egern, Lkr. Miesbach	
22	413109	Breitenbach (MB)	Ursprung zwischen Huder und Kogelkopf, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Ausgenommen Schmerbach

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
23	413019	Breitenbach (RO)	Ursprung bei Roßholzen, Gde. Samerberg, Lkr. Rosenheim	Gemeindegrenze Nußdorf a.Inn/ Neubeuern, Gde. Nußdorf a.Inn, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen südlicher Zufluss unterhalb von Breiten
24	413119	Bruckbach	Ursprung am Breitenstein, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	Brücke der Staatsstraße 2077, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	
25	413100	Brunntalgraben	Ursprung am Wallberg, Gde. Rottach-Egern, Lkr. Miesbach	Geschiebesperre oberhalb der Bebauung des Ortsteils Trinis, Gde. Rottach-Egern, Lkr. Miesbach	
26	413120	Buchergraben	Ursprung am Breitenstein, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	44 m unterhalb der Geschiebesperre, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	
27	413018	Derndorfer Bach	Ursprung am Farrenpoint (Schneiderried), Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Einmündung des Seltengrabens, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	
28	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Ursprung an den Südhängen des Irschenberges, Gde. Irschenberg, Lkr. Miesbach	Kiesfang unterhalb von Dettendorf, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Einschließlich Kiesfang
29	413029	Dürnbach	Ursprung am Dürnbachlüß, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	Einmündung des von Steinberg kommenden linksseitigen Grabens (Dichlohbach) nördlich des Schneiderhäusels, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	Einschließlich des am Endpunkt einmündenden Grabens (Dichlohbach)
30	413036	Dürnbach (Markt Schliersee)	Ursprung nordöstlich der Bodenschneid, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Einmündung des Hachelbaches, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Einschließlich Ankelgraben
31	413072	Ebnater Achen	Ursprung bei Zellboden, Gde. Frasdorf, Lkr. Rosenheim	Mündung in die Prien, Gde. Frasdorf, Lkr. Rosenheim	
32	413115	Ecker Bach	Ursprung zwischen Gindelalmschneid und Auer Berg, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Zusammenfluss mit Gschwendtner Bach, Gde. Hausham, Lkr. Miesbach	
33	413068	Egerndorfer Bach	Ursprung bei Hittenkirchen, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	Brücke der Staatsstraße 2092, Markt Prien a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
34	413007	Einödbach	Ursprung bei der Klammalm, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, Fluss-km 203,580, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen nördliche und südliche Zuflüsse im Talbereich zwischen Ried bei Einöden und Kirnstein
35	413040	Elbach mit Dürnbach	Ursprung nördlich des Breitensteins, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	Mündung in die Leitzach, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	Ausgenommen überdeckter Streckenabschnitt des Dürnbaches, oberhalb der Staatsstraße
36	413008	Euzenauer Bach	Ursprung bei der Wagneralm, Gde. Nußdorf a.Inn, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, Fluss-km 203,700, Gde. Nußdorf a.Inn, Lkr. Rosenheim	
37	413023	Fellbach (Pietzingerbach, Wurmsdorfer Bächlein)	Ursprung bei Farnach, Gde. Riedering, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Simssee, Gde. Riedering, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Triebwerks-ausleitungsstrecken
38	413028	Festenbach	Ursprung am Festenbachlüß, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	Einmündung des linksseitigen Grabens unterhalb der Gorisäge, Gde. Waakirchen, Lkr. Miesbach	
39	413039	Fischbach (Sattelbach)	Ursprung am Breitenstein und Schweinsberg, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	Brücke der Staatsstraße 2077 in Fischbachau, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	
40	413061	Frauendorfer Bach	Wegbrücke am Nordrand von Auersdorf, Markt Kraiburg a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 114,000, Gde. Polling, Lkr. Mühldorf a.Inn	Ausgenommen Ausleitung südlich von Frauendorf und orographisch rechter Seitenbach zwischen Brandmühle und Heisting
41	413077	Gerner Graben	Durchlass Verbindungsstraße Gern – Gabersee, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, Fluss-km 160,8, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	
42	413073	Gottschallinger Bach	Ursprung am Auerberg, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Durchlass im Hauptwirtschaftsweg nordöstlich von Gottschalling (ehemalige Bahnlinie), Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Zuflüsse unterhalb von Gottschalling
43	413103	Grabenbächl	Ursprung am Ringberg, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	Bundesstraße 307, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
44	413113	Grambach	Ursprung zwischen Gassler Berg und Neureut, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	
45	413014	Grießenbach (Förchenbach)	Ursprung am Großen Mühlberg, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, bzw. Umleitungsgerinne, Fluss-km 198,9, Gde. Nußdorf a.Inn, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen seitliche Zuflüsse und Ausleitungen unterhalb der Brücke zum Anwesen Sudelfeldstraße 116, Seitenbäche aus dem Riesenberg nur ausgenommen von der Mündung in den Grießenbach bis zum Waldrand
46	413001	Große Gaißach (MB)	Ursprung zwischen Kogelkopf und Rechelkopf, Gde. Waakirchen, Lkr. Miesbach	Landkreisgrenze Miesbach/Bad Tölz-Wolfratshausen, Gde. Waakirchen, Lkr. Miesbach	
47	413116	Gschwendtner Bach	Ursprung am Gschwendtner Berg, Gde. Hausham, Lkr. Miesbach	Zusammenfluss mit Ecker Bach, Gde. Hausham, Lkr. Miesbach	
48	413060	Guttenburger Bach	400 m nordöstlich von Trospeding, Markt Kraiburg a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 117,000, Markt Kraiburg a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	
49	413037	Hachelbach	Ursprung am Spitzingsattel (Steiningergraben), Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Mündung in die Aurach, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	
50	413084	Hachelgraben	Neureut, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Oberhalb des Siedlungsgebiets, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
51	413091	Hafnergraben	Ursprung am Pfliegeleck, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
52	413108	Heissenbach	Ursprung am Semmelberg, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Einlauf zur Verrohrung am Heissenweg, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	
53	413047	Hofau: Tobelstrecke der rechtsseitigen Zuflüsse zur Binnenentwässerung	rechtes Innhochufer, Gde. Stephanskirchen, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Binnenentwässerungsgraben Hofau, Gde. Stephanskirchen, Lkr. Rosenheim	
54	413053	Holzergraben	Ursprung nördlich von Holzen, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Einmündung des linksseitigen Entwässerungsgrabens, Fluss-km 0,9, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	
55	413112	Holzgraben	Ursprung am Dürnbachlüß, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	
56	413122	Holzhamer Bach	Dandlberg, Markt Neubeuern, Lkr. Rosenheim	Einmündung in den Sailerbach, Markt Neubeuern, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen verrohrte und überdeckte Strecken
57	413055	Hopfgartengraben I	Ursprung bei Trescherberg, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 133,45, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	
58	413056	Hopfgartengraben II	Ursprung bei Hopfgarten, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 132,9, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	
59	413118	Huberbach: Abwinklbach-Tobelstrecke	Ursprung zwischen Huberspitz und Ranner Berg, Gde. Hausham, Lkr. Miesbach	Tobelausgang oberhalb der Verrohrung (Eisplatz), Gde. Hausham, Lkr. Miesbach	
60	413011	Hundsgraben	Ursprung bei Asten, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	300 m unterhalb der Bahnlinie Rosenheim – Kufstein, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	
61	413044	Jenbach	Ursprung am Wendelstein, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	Einmündung des Aubaches, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Bachlauf an der Rehaklinik
62	413049	Kalkgraben (Totermannsgraben)	Beginn der Tobelstrecke bei Oberratting, Gde. Amerang, Lkr. Rosenheim	Einlauf in das Zillhamer Moos (ca. 100 m oberhalb der Einmündung in den Verbindungsgraben Zillhamer-Ameranger See), Gde. Amerang, Lkr. Rosenheim	
63	413092	Kapellengraben	Ursprung am kleinen Tegernseer Berg, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
64	413050	Katzbach: Tobelstrecke	Zusammenfluss der Quellbäche, ca. 1,3 km nordwestlich der Einmündung des Aubaches, Gde. Rott a.Inn, Lkr. Rosenheim	Straßenbrücke bei Schiffpoint, Gde. Rott a.Inn, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Seitenbäche

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
65	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Staatsgrenze zu Österreich südlich von Breitenau, Gde. Kiefersfelden, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, Fluss-km 215,4, Gde. Kiefersfelden, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Triebwerkskanal und verrohrte Bachabschnitte im Ortsbereich
66	413015	Kirchbach	Ursprung bei der Lechneralm, Gde. Brannenburg, Lkr. Rosenheim	Bahnlinie Rosenheim – Kufstein, Gde. Brannenburg, Lkr. Rosenheim	
67	413067	Kleebach	Ursprung bei Heroldsöd, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	Brücke der Staatsstraße 2092 bei Weisham, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
68	413079	Koblergraben	10 m nach Ende (Auslauf) der ca. 60 m langen Grundablassleitung des Sedimentrückhaltebeckens, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn bei Fluss-km 156,000, Stadt Wasserburg a.Inn, Lkr. Rosenheim	
69	413017	Kutterlinger Bach	Ursprung am Farrenpoint, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Nordgrenze des Grundstücks Fl.-Nr. 953 Gemarkung Litzldorf, ca. 100 m westlich der Staatsstraße 2089, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	
70	413009	Labach	Ursprung am Südwesthang des Heuberges, Gde. Nußdorf a.Inn, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Altwasserarm des Inn, Gde. Nußdorf a.Inn, Lkr. Rosenheim	
71	413088	Lärchenwaldgraben	Ursprung am Pfliegeleck/kleiner Tegernseer Berg, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Einschließlich Kleinberggraben
72	413034	Leitzach (Oberlauf)	Ursprung zwischen Wendelstein,Traithen, Trainsjoch und Sonnwendjoch, Gde. Bayrischzell, Lkr. Miesbach	Einmündung der Aurach, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	
73	413035	Leitzach (Unterlauf)	Einmündung der Aurach, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	Mündung in die Mangfall, Fluss-km 26,25, Gde. Feldkirchen-Westerham, Lkr. Rosenheim	Einschließlich Tobelstrecken der Zuflüsse
74	413082	Lindlbauer- und Stockergraben	Ursprung oberhalb Neuhäusl, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Verrohrung im Mittellauf, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	
75	413016	Litzldorfer Bach	Ursprung südwestlich des Sulzberges, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Einmündung des Derndorfer Baches, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	
76	413012	Maigraben	Ursprung an der Maiwand, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	Innstraße, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	
77	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Beginn der Tobelstrecken, Gde. Irschenberg, Lkr. Miesbach, Markt Bruckmühl, Gde. Feldkirchen-Westerham, Lkr. Rosenheim	Ende der Tobelstrecken, Markt Bruckmühl, Gde. Feldkirchen-Westerham, Lkr. Rosenheim	Nur die rechtsseitigen Zuflüsse zwischen Höllgraben und Feldbach
78	413010	Markbach	Ursprung an der Scheffauer Leiten, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	150 m unterhalb der Bahnlinie Rosenheim – Kufstein, Gde. Flintsbach a.Inn, Lkr. Rosenheim	
79	413065	Moosbach (RO)	Ursprung bei Spöck, Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	Brücke der Bundesstraße 305, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
80	413117	Nagelbach-Tobelstrecke	Ursprung am Rainer Berg, Gde. Hausham, Lkr. Miesbach	Tobelausgang oberhalb des Siedlungsgebiets, Gde. Hausham, Lkr. Miesbach	
81	413051	Nasenbach	Einmündung des Altdorfer Mühlbaches, Gde. Soyen, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn, Fluss-km 144,4, Gde. Soyen, Lkr. Rosenheim	
82	413090	Parapluigraben	Ursprung am Pfliegeleck, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
83	413089	Pfliegelgraben	Ursprung am Pfliegeleck, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
84	413121	Pinswanger Bach (Aubach)	Dandlberg, Markt Neubeuern, Lkr. Rosenheim	Beginn der Verrohrung durch die Staatsstraße 2359, Markt Neubeuern, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen verrohrte und überdeckte Strecken
85	413070	Prien (Oberlauf)	Staatsgrenze zu Österreich bei Sachrang, Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	Einmündung des Lochgrabens bei Niederaschau, Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	Einschließlich Lochgraben

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
86	413071	Prien (Unterlauf)	Einmündung des Lochgrabens bei Niederaschau, Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Chiemsee, Markt Prien a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen mit Ausnahme von: Unverrohrte Strecken des Westerndorfer Grabens oberhalb von Frasdorf, Zellgraben, Tobelstrecken bei Weidachwies und Fellerer, Tobelstrecken des Kalkgrabens sowie Ahgraben mit Zuflüssen westlich der St 2093
87	413114	Quirinbach	Ursprung am Neureut, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	Bahnlinie der Tegernseebahn, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	Ausgenommen Seitenbach
88	413052	Rainbach (Urtelbach): Tobelstrecke	Einmündung des Amselgrabens, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 140,9, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Ausgenommen Ausleitung bei Graben
89	413069	Reitbach	Ursprung bei Irgarting, Markt Prien a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Mühlbach, Markt Prien a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
90	413054	Reitgraben	Auslaufbauwerk am Ende der Verrohrung unterhalb Thambach, Gde. Reichertsheim, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 136,5, Markt Gars a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Ausgenommen Oberlauf Gasteiger Graben, Holzer Graben mit Zuflüssen, Ausleitung bei Doblmühle, Zufluss oberhalb Sachsenstätt
91	413004	Reschmühlbach	Ursprung am Westhang des Schwarzenberges, Gde. Kiefersfelden, Lkr. Rosenheim	Einmündung des Gießenbachs, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen linksseitiger Zufluss im Ortsbereich von Oberaudorf
92	413076	Rieselgraben	Ursprung bei Engelsried, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Gottschallinger Bach, Gde. Bad Feilnbach, Lkr. Rosenheim	
93	413105	Ringseegraben	Ursprung am Ringspitz, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee-Ringsee, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	
94	413104	Ringspitzgraben	Ursprung am Ringspitz, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	Mündung am Wasserl, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	
95	413081	Ritzgraben	Staatsgrenze südwestlich Sachrang, Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	Staatsgrenze südlich Sachrang (Auslauf Weiher), Gde. Aschau i.Chiemgau, Lkr. Rosenheim	
96	413041	Rohnbach	Ursprung am Schliersberg, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Mündung in die Leitzach, Gde. Fischbachau, Lkr. Miesbach	
97	413020	Rohrdorfer Ache	Ursprung beim Stöttner Filz, Gde. Frasdorf, Lkr. Rosenheim	Einmündung Sailerbach, Gde. Rohrdorf, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen linksseitiger Zufluss oberhalb von Sinning sowie Zuflüsse und Ausleitungen in und unterhalb von Rohrdorf
98	413005	Röthenbach	Ursprung im Hocheckgebiet, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	Beginn der Verrohrung am Friedhof, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	Einschließlich Entlastung Hocheckgraben
99	413099	Rottach (MB)	Ursprung zwischen Boden-, Baumgartenschneid, Risserkogel und Wallberg, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Gde. Rottach-Egern, Lkr. Miesbach	Ausgenommen Suttensee, Hafelbach, Herberggraben, Höllgraben, Mühlbach und Entwässerungsgräben im Ortsbereich von Rottach-Egern
100	413030	Schlierach	Ausfluss aus dem Schliersee, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Mündung in die Mangfall, Fluss-km 45,7, Gde. Weyarn, Lkr. Miesbach	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
101	413031	Schliersee: Zuflüsse	Ursprung zwischen Kegelspitz (Rohnberg, Westerberg) und Baumgartenscheid, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Schliersee, Markt Schliersee, Lkr. Miesbach	Ausgenommen Gräben, die nur der Entwässerung der Niederung um den See dienen
102	413110	Schmerbach	Ursprung an der Winner-Alm, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Einlauf zur Verrohrung am Schmerbachgrund, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	
103	413097	Schwaighofgraben	Ursprung zwischen kleinem Tegernseer Berg und Riederstein, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
104	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	Ursprung am Ostiner Berg, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in die Mangfall, Fluss-km 56,15, Gde. Gmund a.Tegernsee, Lkr. Miesbach	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
105	413095	Seemoosgraben	Ursprung zwischen kleinem Tegernseer Berg und Riederstein, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
106	413085	Sengerschloßgraben	Neureut, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Durchlass, oberstrom Klosterwachtstraße, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
107	413123	Sollacher Bach	Dandlberg, Markt Neubeuern, Lkr. Rosenheim	Einmündung in den Holzhamer Bach, Markt Neubeuern, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen verrohrte und überdeckte Strecken
108	413106	Söllbach	Ursprung zwischen Hirschberg, Schwarzentenn, Kampen, Fockenstein und Söllberg, Gde. Bad Wiessee, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Tegernsee, Gde. Bad Wiessee, Landkreis Miesbach	
109	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	Ursprung am Nordhang der Hochries, Gde. Samerberg, Lkr. Rosenheim	Mündung in den Inn bei Nußdorf, Fluss-km 198,5, Gde. Nußdorf a.Inn, Lkr. Rosenheim	Ausgenommen Triebwerkskanal
110	413058	Steinbach (MÜ)	Quell- u. Seitenbäche, Gde. Aschau a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Einmündung des Thalerbaches, Gde. Aschau a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	
111	413042	Sulzgraben	Einmündung des Fürschlachtgrabens, Stadt Miesbach, Lkr. Miesbach	Mündung in die Leitzach, Stadt Miesbach, Lkr. Miesbach	
112	413098	Süßbach	Ursprung am Riederstein, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in die Rottach, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
113	413101	Trinisgraben	Ursprung am Wallberg, Gde. Rottach-Egern, Lkr. Miesbach	Beginn der Verrohrung oberhalb der Bebauung des Ortsteils Trinis, Gde. Rottach-Egern, Lkr. Miesbach	
114	413083	Wachtgraben (1 und 2)	Neureut, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
115	413059	Wanklbach	Wegbrücke ca. 200 m südlich von Fraham, Gde. Taufkirchen, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 121,800, Markt Kraiburg a.Inn, Lkr. Mühldorf a.Inn	Ausgenommen Kolbingerbach und Ausleitungen in Kraiburg a.Inn
116	413094	Wegbauerngraben	Ursprung zwischen kleinem Tegernseer Berg und Riederstein, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
117	413111	Weidenbach	Ursprung an der Winner-Alm, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	
118	413102	Weißach (MB)	Ursprung zwischen Wallberg, Risserkogel, Blauberge, Achenpaß, Roß- und Buchstein, Hirschberg und Ringberg, Gde. Kreuth, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Gde. Rottach-Egern, Lkr. Miesbach	Ausgenommen sind die Gräben, die der Entwässerung um den See dienen und der Klafferbach im OT Trinis und Mühlbach
119	413086	Westerhofgraben	Neureut, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Durchlass, oberstrom Klosterwachtstraße, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
120	413096	Wiesengraben	Ursprung zwischen kleinem Tegernseer Berg und Riederstein, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Stadt Tegernsee, Lkr. Miesbach	
121	413057	Wildbach	Straßenbrücke Unterzarnham, Gde. Unterreit, Lkr. Mühldorf a.Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 129,000, Gde. Jettenbach, Lkr. Mühldorf a.Inn	Ausgenommen Reitertalgraben und Zuflüsse Annakapelle, Mooswiesenweg sowie Oberlauf Grunderbach
122	413075	Wildbarren: Gräben am Osthang	Ursprung am Wildbarren, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	Staatsstraße 2089, Gde. Oberaudorf, Lkr. Rosenheim	
123	413107	Zeiselbach	Ursprung zwischen Söllberg, Sattelkopf und Semmelberg, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Mündung in den Tegernsee, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	
124	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Traunstein (414)**				
125	414037	Achfeldgraben	Beginn der Grabenschnitte zwischen Geisberg und Reisachberg, Gde. Kirchweidach, Lkr. Altötting	Ende des Grabeneinschnittes südwestlich von Brandstätt, Gde. Kirchweidach, Lkr. Altötting	
126	414014	Alpbach (TS)	Ursprung nördlich des Geigelsteins, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Brücke an der Bundesstraße 307, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	
127	414021	Alplbach (Eibelbach)	Ursprung an der Nordseite des Hochgern, Gde. Staudach-Egerndach, Lkr. Traunstein	Mündung in die Tiroler Achen in Staudach, Fluss-km 9,42, Gde. Staudach-Egerndach, Lkr. Traunstein	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
128	414048	Aschauer Bach	Staatsgrenze zu Österreich südöstlich des Ach-Horns bzw. Ursprünge der Seitenbäche auf bayerischem Gebiet, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach, Fluss-km 30,2 bzw. Mündung der Seitenbäche in den Aschauer Bach, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	
129	414019	Balsberg-Graben	Ursprung an der Nordostseite des Steilenberges, Gde. Unterwössen, Lkr. Traunstein	Sohlschwelle am Ende der Pflasterrinne südlich von Unterwössen, Gde. Unterwössen, Lkr. Traunstein	
130	414083	Barmsteiner Graben	Ursprünge der Quellbäche in Mehlweg, Markt Marktschellenberg, Lkr. Berchtesgadener Land	Staatsgrenze zu Österreich westlich von Hallein, Markt Marktschellenberg, Lkr. Berchtesgadener Land	
131	414461	Berchtesgadener Ache	Zusammenfluss von Ramsauer Ache und Königsseer Ache bzw. Ursprünge der Seitenbäche, Markt Berchtesgaden, Lkr. Berchtesgadener Land	Staatsgrenze zu Österreich nördlich von Marktschellenberg bzw. Mündung der Seitenbäche in die Berchtesgadener Ache, Markt Marktschellenberg, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen: Flachstrecken des Weiherbaches mit Seitengräben und des Klostergrabens zwischen Freibad Aschauerweiher und Siedlung Weiherbach, Mühlkanal des Hofbräuhauses Berchtesgaden und Triebwerkskanal des Kraftwerkes Gartenau, Quellbäche des Tiefenbachs bei Hoissen, Seitengräben des Gernerbachs bei Bichl/Hintergern und am Etzerschlössl
132	414025	Bernauer Achen (Rottauer Bach)	Ursprung bei der Piesenhauser Hochalm, Markt Grassau, Lkr. Traunstein	Kiesfang an der Landkreisgrenze Traunstein/Rosenheim westlich von Rottau, Markt Grassau, Lkr. Traunstein, Gde. Bernau a.Chiemsee, Lkr. Rosenheim	
133	414463	Bischofswieser Ache	Zusammenfluss von Mausgraben und Frechenbach bzw. Ursprünge der Seitenbäche, Gde. Bischofswiesen, Lkr. Berchtesgadener Land	Einmündung in die Ramsauer Ache bzw. Mündung der Seitenbäche in die Bischofswieser Ache, Gde. Bischofswiesen, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen: Quellbäche des Dachlmooses bis Neuhaus und Seitengräben des Neuhausergrabens, Quellbach bei Stockerhäusl in Winkl, Ausleitung bei Vorderstockerlehen, Lettengraben unterhalb Wasserweg, Oberlauf Burgergraben bei der Jäger-Kaserne
134	414045	Bruckberggraben	Ende der Straßenentwässerungsleitung am oberen Bruckberg ca. 250 m südwestlich von Thannöd, Markt Marktl, Lkr. Altötting	Kiesfang vor dem Beginn des verrohrten Unterlaufes, Markt Marktl, Lkr. Altötting	
135	414042	Buchreiter Graben	Beginn des Schluchtlaufes bei Buchholz, Gde. Erlbach, Lkr. Altötting	Ende des Schluchtlaufes vor der Mündung in das Innaltwasser (Peracher Lacke), Gde. Perach, Lkr. Altötting	
136	414004	Burgerbach	Beginn der Schluchtläufe westlich und südlich von Pistor, Gde. Reischach, Lkr. Altötting	Beginn der Verrohrung in Burg, Gde. Winhöring, Lkr. Altötting	
137	414074	Dobelbach	Einmündung des Greinachbaches westlich von Forst, Gde. Wonneberg, Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	Mündung in den Waginger See, Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Seitenbäche
138	414075	Dobelbach: nur Quell- und Seitenbäche	Beginn der Schluchtläufe, Markt Waging a.See, Gde. Wonneberg, Lkr. Traunstein	Ende der Schluchtläufe oder Eintritt in den flachen Talboden, Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	
139	414077	Eisgraben (BGL)	Einmündung des Stockgrabens südlich von Ramstetten, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Ende des Schluchtlaufes bei Gallerbach, Gde. Petting, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Katzenbach von der Quelle bis westlich von Geischberg und Mehringer Bach

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
140	414067	Englhamer Graben	Beginn des Grabeneinschnittes westlich von Oberndorf, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Beginn der Verrohrungsstrecke bei Englham, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	
141	414036	Förgenthaler Graben	Beginn des Grabeneinschnittes nordöstlich von Förgenthal, Gde. Garching a.d.Alz, Lkr. Altötting	Ende des Schluchtlaufes, ca. 700 m östlich von Stadler, Gde. Garching a.d.Alz, Lkr. Altötting	
142	414024	Grießenbach (Roth)	Ursprung auf der Wimmer-Alm, Markt Grassau, Lkr. Traunstein	Kiesfang unterhalb der Bundesstraße 305 bei Grießenbach, Markt Grassau, Lkr. Traunstein	Einschließlich der Gräben an der Nordostflanke des Großstaffen
143	414030	Groß-Haufertsgraben	Fußwegbrücke, ca. 800 m oberhalb des Durchlasses in der Kreisstraße TS 1 Traunstein – Kammer, Große Kreisstadt Traunstein, Lkr. Traunstein	Ende des Schluchtlaufes, ca. 600 m unterhalb des Durchlasses in der Kreisstraße TS 1, Große Kreisstadt Traunstein, Lkr. Traunstein	
144	414029	Grundbach	Beginn des Schluchtlaufes, ca. 800 m nordwestlich von Knappenfeld, Gde. Surberg, Lkr. Traunstein	Ende des aufgesattelten Laufes beim Salzburgerhof an der Bundesstraße 304 östlich von Traunstein, Gde. Surberg, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Seitenbäche
145	414465	Hallthurmgraben	Ursprung nördlich des vorderen Rotofen, Gde. Bischofswiesen, Lkr. Berchtesgadener Land	Einmündung in eine Doline südöstlich von Hallthurm im nördlichen Ende des Hallthurmmoos, Gde. Bischofswiesen, Lkr. Berchtesgadener Land	
146	414039	Halsbach	Wegbrücke südlich von Schönberg, Gde. Burgkirchen a.d.Alz, Lkr. Altötting	Mündung in das Überlaufgerinne des Alzkanals bei Burgkirchen, Gde. Burgkirchen a.d.Alz, Lkr. Altötting	
147	414001	Heistinger Bach	Beton-Absturzbauwerk (oberhalb der Sperre) am Zusammenfluss der Quellbäche bei Kaining, Gde. Pleiskirchen, Lkr. Altötting	Mündung in die Isen, Fluss-km 7,7, Stadt Töging a.Inn, Lkr. Altötting	
148	414072	Höllenbach	Stauwehr an der Bachzuleitung zur ehemaligen Mittermühle, Gde. Wonneberg und Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	Mündung in den Waginger See, Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Quell- und Seitenbäche sowie Triebwerkskanäle, einschließlich Panolsgraben, Altbach, Grenzgraben, Hallinger Graben
149	414078	Hörzinger Bach	Beginn des Schluchtlaufes nördlich von Enichham, Stadt Tittmoning, Lkr. Traunstein	100 m oberhalb der Mündung in den Stillbach bei Kirchheim, Stadt Tittmoning, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Strecke unterhalb der Rückhaltesperre bei Hörzing
150	414038	Kehlgraben (Grabenreither Graben)	Beginn des Grabeneinschnittes bei Grabenreith, Gde. Burgkirchen a.d.Alz, Lkr. Altötting	Beginn des Durchlasses an der Kreisstraße AÖ 10, Gde. Burgkirchen a.d.Alz, Lkr. Altötting	
151	414068	Kleine Sur: nur rechtsseitige Quell- und Seitenbäche	Beginn der Schluchtläufe im Högl-Nordhang, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	Eintritt in das flache Talgelände südlich der Straße Roßdorf – Thundorf, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen Ottmaninger Graben im Quellgebiet westlich von Hinterreit
152	414464	Königsseer Ache	Auslauf Königssee ab Seeklause bzw. Ursprünge der Seitenbäche, Zuflüsse und Runsen, Gde. Schönau a.Königssee, gemeindefreies Gebiet, Lkr. Berchtesgadener Land	Zusammenfluss mit der Ramsauer Ache bzw. Einmündung in den Königssee, Mündung in die Königsseer Ache und Eintritt in das flache Talbecken, Markt Berchtesgaden, Gde. Schönau a.Königssee, Lkr. Berchtesgadener Land	Einschließlich Zuflüsse in den Königssee und der Runsen am Nordhang des Grünsteins. Ausgenommen: Saletbach zwischen Obersee und Königssee, Quellgewässer im flachen Talbecken linksseitig der Königsseer Ache
153	414002	Kothingbuchbach	Betonbrücke bei Kothingbuchbach, Gde. Pleiskirchen, Lkr. Altötting	Mündung in den Heistinger Bach, Stadt Töging a.Inn, Lkr. Altötting	Ausgenommen Sorsbach oberhalb von Unterau
154	414043	Leonberger Graben	Beginn des Schluchtlaufes bei der Zufahrt Leonberg, Markt Marktl, Lkr. Altötting	Mündung in den Inn, Fluss-km 80,7, Markt Marktl, Lkr. Altötting	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
155	414010	Lofer	Ursprünge der Quellbäche Schwarzlofer und Weißlofer, Gde. Unterwössen und Reit im Winkl, Lkr. Traunstein	Staatsgrenze zu Österreich südwestlich von Reit im Winkl, Gde. Reit im Winkl, Lkr. Traunstein	Ausgenommen: Graben bei Illmau, Graben nordöstlich von Unterbichl, Unterlauf des Dosbachs (ab nördlicher B 305), Pöschgraben (ab südlicher B 305), westlicher Jederergraben (ab Kiesfang bei Entfelden), östlicher Jederergraben, verrohrte Unterläufe der rechtsseitigen Zuflüsse zur Weißlofer unterhalb Mündung Alzbach, linksseitige Zuflüsse zur Lofer, ausgenommen Großer Steinbach
156	414082	Lohnergraben	Beginn des Grabeneinschnitts bei Thalhausen, Gde. Burgkirchen a.d.Alz, Lkr. Altötting	Einlaufbauwerk südlich des alten Alzkanals, Gde. Burgkirchen a.d.Alz, Lkr. Altötting	
157	414073	Moosbach (TS)	Beginn der Schluchtläufe westlich von Füging, Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	Zusammenfluss der Quellbäche, ca. 700 m oberhalb der Mündung in den Höllenbach, Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	
158	414005	Mörnbach (Griesbach)	Beginn des ausgebauten Gerinnes nördlich der St 2550 in Neuötting, Stadt Neuötting, Lkr. Altötting	Beginn des überdeckten Gerinnes südwestlich der Innbrücke in Neuötting, Stadt Neuötting, Lkr. Altötting	
159	414017	Mühlbach-Dalsenbach	Ursprung bei der Hinteren Dalsenalm, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Mündung in die Tiroler Achen, Fluss-km 19,2, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	
160	414060	Mühlstätter Graben	Ursprung bei Kohlstatt, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	Brücke am Ende des Pflastergerinnes (Stadtweg) am südöstlichen Ortsausgang von Ainring, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	
161	414049	Müssbach	Ursprung auf der Wurzalm (verfallen) südwestlich des Ristfeuchthorns bzw. Ursprünge der Seitenbäche, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach, Fluss-km 29,5 bzw. Mündung der Seitenbäche in den Müssbach, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	
162	414466	Neuhäuslgraben: nur Quell- und Seitenbäche	Ursprünge der Quellbäche an der Nordwestseite des Hahnrainkopfes, Markt Marktschellenberg, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in den Neuhäuslgraben, Markt Marktschellenberg, Lkr. Berchtesgadener Land	Einschließlich deren Seitenbäche im Gebiet des Marktes Marktschellenberg
163	414032	Oberer Schroffengraben	Beginn des Grabeneinschnittes, ca. 300 m oberhalb des Durchlasses in der Staatsstraße 2356 nordöstlich von Klafflsberg, Gde. Unterneukirchen, Lkr. Altötting	Mündung in den Kremplmühlbach, Gde. Unterneukirchen, Lkr. Altötting	
164	414063	Oberteisendorfer Ache	Ursprünge der Quell- und der Seitenbäche am Teisenberghang, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Sur bzw. Mündung der Quell- und Seitenbäche in die Oberteisendorfer Ache, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	
165	414081	Ponlach-Bach	Beginn des Schluchtlaufes bei Saag, Stadt Tittmoning, Lkr. Traunstein	Beginn des überdeckten Gerinnes oberhalb der Mündung in den Siechenbach in Tittmoning, Stadt Tittmoning, Lkr. Traunstein	
166	414080	Pulhartinger Graben	Beginn des Grabeneinschnittes südlich von Wiesmann, Gde. Fridolfing, Lkr. Traunstein	Ende des Grabeneinschnittes nordwestlich von Pulharting, Gde. Fridolfing, Lkr. Traunstein	
167	414018	Raitener Bach: Linksseitige Zuflüsse	Ursprünge an der Hochplatte, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Eintritt in den Talboden, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
168	414462	Ramsauer Ache	Zusammenfluss von Klausbach und Hinterseeauslauf bzw. Ursprünge der Quell- und Seitenbäche, Zuflüsse zum Hintersee, Gde. Ramsau b.Berchtesgaden, Lkr. Berchtesgadener Land	Zusammenfluss mit der Königsseer Ache. Einmündung in den Hintersee bzw. Mündung der Seitenbäche in die Ramsauer Ache, Gde. Ramsau b.Berchtesgaden, Gde. Schönau a.Königssee, Gde. Bischofswiesen, Markt Berchtesgaden, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen: Hintersee sowie Gräben und Flachstrecken südlich des Sees, Zufluss aus dem Moosgebiet bei Antenbichlmühle, Egelgraben unterhalb Taubensee bis Hintersimon, Mühl- und Triebwerks-kanäle, Graben nördlich Handwerkersiedlung Stangenwald (Gde. Bischofswiesen), Bischofswieser Ach (eigener Wildbach)
169	414065	Ramsauerbach: nur Quell- und Seitenbäche	Ursprünge der Quell- und der Seitenbäche an der Nordostflanke des Teisenberges bzw. Beginn der Schluchtläufe, Markt Teisendorf, Gde. Anger, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in den Ramsauerbach bzw. Einmündung in den Höglwörther See, Eintritt in das flache Talgelände (Schluchtlaufende), Markt Teisendorf, Gde. Anger, Lkr. Berchtesgadener Land	Einschließlich: Zuflüsse zum Höglwörther See ohne Zulauf von Grub, Oberlauf des Künumgrabens (Schluchtlauf bis Kiesfang westlich von Roßdorf), Schluchtlauf des Hausmoninger Grabens
170	414007	Reischachbach (Reischach)	Brücke Gemeindeverbindungsstraße bei Sägmeister am nördlichen Ortsausgang von Reischach, Gde. Reischach, Lkr. Altötting	Mündung in den Inn, Fluss-km 88,83, Stadt Neuötting, Lkr. Altötting	Ausgenommen orographisch rechter Seitengraben des Rockersbachs nordwestlich von Rockersbach, Burgerbach und Ausleitungen
171	414031	Rettenbach	Beginn des Schluchtlaufes, ca. 1 km östlich von Rettenbach, Große Kreisstadt Traunstein, Lkr. Traunstein	Mündung in den Kaltenbacher Mühlbach bei Kaltenbach, Große Kreisstadt Traunstein, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Seitenbäche
172	414027	Rote Traun	Ursprung nordöstlich von Inzell (Großwaldbach), Gde. Inzell, Lkr. Traunstein	Mündung in die Traun bei Siegsdorf, Fluss-km 28,8, Gde. Siegsdorf, Lkr. Traunstein	Ausgenommen: Triebwerkskanäle, östl. Moosgraben, Spirkagraben (außer Ausbauabschnitt nordöstl. Buchenwaldsiedlung) und Unterholzgraben östl. von Siegsdorf, Flachstrecke des Grabens bei Wagenau, Gräben, Flachstrecken des Weißenbachs und Sulzbaches sowie der Zuflüsse zum Schmelzbach und Großwaldbach (rechtsseitig unterhalb Sterrsiedlung, linksseitig unterhalb OT Duft) im Talboden von Inzell, Falkenseebach, Flachstrecken des Frosch-, Froschseebaches und des Grabens bei Oberhausen oberhalb Mündung Ramslergraben, Gräben oberhalb der Bundesstraße 305 bei Labenbach und Rauchenbichl
173	414052	Röthelbach	Ursprung östlich der Moosen-Alpe bzw. Ursprünge der Seitenbäche, gemeindefreies Gebiet, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalachau ca. 200 m westlich der Bundestraße 21 bzw. Mündung der Seitenbäche in den Röthelbach, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	
174	414084	Rothhaus-Graben	Ursprung Schlucht südlich von Engersberg, Gde. Perach, Lkr. Altötting	Unteres Ende des Schuttkegels, ca. 500 m östlich Rothhaus, Gde. Perach, Lkr. Altötting	
175	414079	Saalach: Linkssseitige Zuflüsse nördlich von Piding	Ursprünge an der Ostseite des Högls, Gde. Piding, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach bzw. Eintritt in den Talboden, Gde. Piding, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen Talläufe

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
176	414055	Saalach: Zuflüsse nahe Saalachsee	Ursprünge in der Nordwestseite des Lattengebirges und am Müllnerhörndl, Gde. Schneizlreuth, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach bzw. Eintritt in den Talboden, Gde. Schneizlreuth, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	Nur die Zuflüsse zwischen der Einmündung des Schwarzbaches und des Wappbaches
177	414033	Schroffenbach	Sandfang nördlich der Schroffensiedlung, Gde. Unterneukirchen, Lkr. Altötting	Fuß des linken Alztalhanges, Gde. Unterneukirchen, Lkr. Altötting	
178	414051	Schwarzbach	Ursprung Schwarzbachloch westlich Schwarzbachwacht bzw. Ursprünge der Seitenbäche, Gde. Ramsau b.Berchtesgaden, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach bei Fluss-km 25,5 (rechts) bzw. Mündung der Seitenbäche in den Schwarzbach, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen linksseitiges Seitengewässer durch Unterjettenberg
179	414057	Schwarzbach mit Köhlerbach	Staatsgrenze zu Österreich, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	Schwarzbach: Brücke Bundesstraße 21, Kohlerbach: Ende der Verbauung in der Marzoller Au, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	
180	414054	Seebach (Hoswaschbach)	Auslauf des Seerosenteiches unterhalb des Thumsees bzw. Ursprünge der Seitengräben, Zuflüsse zu Thumsee, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	Sohlrampe neben der Fischzuchtanlage in Karlstein sowie Einmündungen in den Thumsee und in den Seebach bzw. Eintritt in das Reichenhaller Becken, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	Einschließlich Nesseltalgraben
181	414003	Sigrünerbach (Illbach)	Beginn des Schluchtlaufes (Brücke) bei Öd, Gde. Pleiskirchen, Lkr. Altötting	Mündung in die Isen, Fluss-km 7,04, Stadt Töging a.Inn, Lkr. Altötting	
182	414035	Stadlergraben	Beginn des Grabeneinschnittes oberhalb von Stadler, Gde. Garching a.d.Alz, Lkr. Altötting	Ende des Schluchtlaufes bei Stadler, Gde. Garching a.d.Alz, Lkr. Altötting	
183	414044	Steigthaler Graben	Beginn des Schluchtlaufes bei Steigthal, Markt Marktl, Lkr. Altötting	Mündung in das Innaltwasser in Höhe Fluss-km 79,3, Markt Marktl, Lkr. Altötting	
184	414041	Steinbach (AÖ)	Ursprung nordwestlich von Kügler, Gde. Perach, Lkr. Altötting	Mündung in den Weitbach östlich des Bahnhofs Perach, Gde. Perach, Lkr. Altötting	
185	414047	Steinbach (Steinbach und Hinterer Steinbach)	Zusammenfluss von Hintersteinbach und Vordersteinbach, Ursprünge der Seitengräben, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach bzw. Mündung der Seitenbäche in den Steinbach, Fluss-km 32,8, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	
186	414015	Steingraben	Ursprung am Höhenstein, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Mündung in den Alpbach, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	
187	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Ursprung der Quellbäche bei der Stoißer Alm am Teisenberg bzw. Ursprünge der Quell- und Seitenbäche, Gde. Anger, Gde. Piding, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach, Fluss-km 11,7 bzw. Einmündung der Quell- und Seitenbäche in die Stoißer Ache oder in den Talboden, Gde. Anger, Gde. Piding, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen: Hainhamer Moosbachl und Moosgraben bis Einmündung Seelandlgraben, linksseitiger Seitengraben, ehem. Triebwerkskanal von Wolfertsau bis Anger, Tallauf Holzlandgraben, Tallauf Zenzenbach, Wiebach, Schloßgraben unterhalb Verbauung, Mairbach, Aubach, Tallauf Exelbach, Dunkelgraben unterhalb St 2103
188	414061	Sur (Schneidergraben)	Beginn des Schluchtlaufes bei Tandlmaier, Gde. Surberg, Lkr. Traunstein	Sohlschwelle, ca. 80 m unterhalb der Brücke der Bundesstraße 304 östlich von Thal-Mühle, Gde. Surberg, Lkr. Traunstein	Einschließlich Schluchtläufe von Gottenbach und Lauterer Graben, ausgenommen Kohlgraben
189	414062	Sur: nur Seitenbäche	Beginn der Schluchtläufe, Gde. Surberg, Lkr. Traunstein, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Sur bzw. Eintritt in das flache Talgelände der Sur, Gde. Surberg, Lkr. Traunstein, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Nur Seitenbäche am Sur-Oberlauf zwischen Endpunkt Wildbachstrecke (der Sur) und der Einmündung der Oberteisendorfer Ache

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
190	414064	Sur: südliche Seitenbäche	Beginn der Schluchtläufe, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Eintritt in das flache Talgelände der Sur bzw. in das Auland bei Freidling, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Nur südliche Seitenbäche zwischen den Einmündungen der Oberteisendorfer Ache und des Ramsauerbaches
191	414066	Sur: Zuflüsse	Beginn der Schluchtläufe, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Ende der Schluchtläufe am Fuß der Surtalhänge bzw. Mündung in die Sur oder in den Surspeicher, Markt Teisendorf, Lkr. Berchtesgadener Land	Nur die Zuflüsse der Sur zwischen der Einmündung des Bauernschmidgrabens und dem Hauptdamm des Surspeichers. Ausgenommen Bauernschmidgraben oberhalb des Schluchtlaufes
192	414011	Talbach (Lederer-Graben)	Ursprung am Schwarz-Berg, Gde. Reit im Winkl, Lkr. Traunstein	Staatsgrenze zu Österreich westlich von Reit im Winkl, Gde. Reit im Winkl, Lkr. Traunstein	
193	414070	Tenglinger Bach	Schluchtläufe von Wabach und Igelsbach westlich von Burg, Gde. Taching a.See, Lkr. Traunstein	Ende der Beton-Ufermauer oberhalb Furtmühle östlich von Tengling, Gde. Taching a.See, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Gräben bei Tengling
194	414023	Tennbodenbach	Ursprung nordöstlich der Hochplatte, Gde. Marquartstein, Lkr. Traunstein	Brücke der Bundesstraße 305 bei Kuchel, Markt Grassau, Lkr. Traunstein	
195	414008	Thannberger Graben	Beginn des Schluchtlaufes westlich von Gmeinholzen, Gde. Reischach, Lkr. Altötting	Einlaufsperre des Kiesfanges an der Kreisstraße AÖ 5 Kager – Perach, Gde. Perach, Lkr. Altötting	
196	414006	Tiefenbach	Beginn des Schluchtlaufes östlich von Pistor, Gde. Reischach, Lkr. Altötting	Mündung in den Burgergraben südlich der Bahnlinie Mühldorf – Simbach, Gde. Winhöring, Lkr. Altötting	
197	414016	Tiroler Achen: Rechtsseitige Zuflüsse	Ursprünge am Rauhe-Nadel- und Steilenberg-Massiv, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Mündung in die Tiroler Achen zwischen Fluss-km 23,75 und 18,64, Gde. Unterwössen, Lkr. Traunstein	Nur die rechtsseitigen Zuflüsse zwischen der Staatsgrenze zu Österreich und Ortsteil Staffen
198	414012	Totermann-Bach	Ursprung an der Staatsgrenze zu Österreich westlich vom Paß Klobenstein, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Mündung in die Tiroler Achen, Fluss-km 23,17, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	
199	414028	Traun: Rechtsseitige Zuflüsse	Beginn der Schluchtläufe am Hochberg, Gde. Siegsdorf, Lkr. Traunstein	Ende der Schluchtläufe oder Mündung in die Traun, Große Kreisstadt Traunstein, Lkr. Traunstein	Nur die rechtsseitigen Zuflüsse zwischen dem Zusammenfluss der Weißen und der Roten Traun und der Einmündung des Grundbaches
200	414034	Walder Tobel	Straßendurchlass in der Zufahrt Oberberg, Gde. Garching a.d.Alz, Lkr. Altötting	Beginn der Verrohrung vor der Mündung in den Walder Mühlbach, Gde. Garching a.d.Alz, Lkr. Altötting	
201	414053	Wappbach	Zusammenfluss von Weidbach und Alpgartengraben, Ursprünge der Quell- und Seitenbäche im Nordhang des Lattengebirges, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Gde. Bayerisch Gmain, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach, Fluss-km 19,8 südlich Bad Reichenhall bzw. Mündung in den Wappbach, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Gde. Bayerisch Gmain, Lkr. Berchtesgadener Land	
202	414050	Weißbach	Ursprung Wasserloch westlich des Scharnkopfes, Ursprung der Quellbäche und Seitenbäche, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach bei Schneizlreuth bei Fluss-km 27,9 bzw. Einmündung in den Weißbach, Gde. Schneizlreuth, Lkr. Berchtesgadener Land	
203	414056	Weißbach	Ursprünge nordöstlich vom Dreisessel-Berg, Ursprünge der Quell- und Seitenbäche, Gde. Bayerisch Gmain, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	Mündung in die Saalach, Fluss-km, 14,0 bzw. Mündung der Seitengräben in den Weißbach, Gde. Bayerisch Gmain, Große Kreisstadt Bad Reichenhall, Lkr. Berchtesgadener Land	Ausgenommen: Grabenbach, Ortelbach und Triebwerkskanal. Einschließlich: Kirchholzgraben bis Eintritt in Flachgelände
204	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Ursprung am Weißgrabenkopf südwestlich des Hochfelln, Gde. Bergen, Lkr. Traunstein	Mündung in den Chiemsee, Gde. Übersee, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Aitrach, Klauserbach, Buchbach mit Madereybach, Almbach mit Blassenbach sowie sonstige Entwässerungsgräben im Bergener Moos und Egerndacher Filz

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
205	414026	Weiße Traun	Ursprünge der Quellbäche Fischbach und Seetraun, Gde. Reit im Winkl, Lkr. Traunstein	Mündung in die Traun bei Siegsdorf, Fluss-km 28,8, Gde. Siegsdorf, Lkr. Traunstein	Ausgenommen: Triebwerkskanäle, Aicherbach (Siegsdorf), Hinterberggraben (Ruhpolding) jeweils mit Quell- und Seitenbächen, Unterläufe von Gerhartsreiter Graben (südl. von Siegsdorf), Hörgeringer Bach, Bibinger Bach, Bibelöder Graben (nördl. von Ruhpolding), linksseitige Zuflüsse zur Urschlauer Ach zwischen Mündung in die Weiße Traun und Brücke TS 43, Pfitzener Moosgraben, Unterläufe und Flachstrecken der Zuflüsse zur Weissen Traun bzw. zum Sägmühlbach: westlich zwischen Mündung Urschlauer Ache und Laubau, östlich von St. Valentin bis Mündung Fischbach außer Winbach, Unterläufe der Bäche beim Holzknechtmuseum und bei der Sichernalm, Flachstrecken im Talboden zwischen Förchensee und Seegatterl
206	414009	Weitbach	Beginn des Schluchtlaufes östlich von Pomming, Gde. Perach, Lkr. Altötting	Einmündung des Steinbaches östlich des Bahnhofs Perach, Gde. Perach, Lkr. Altötting	Ausgenommen Ausleitungen
207	414040	Westerndorfer Graben	Ursprung östlich von Engersberg, Gde. Reischach, Lkr. Altötting	Ende des Schluchtlaufes südlich von Westerndorf, Gde. Perach, Lkr. Altötting	
208	414076	Wienergraben	Nördlich Filzschuster, Gde. Petting, Lkr. Traunstein	Mündung in den Waginger See, Gde. Petting, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Seitenbäche
209	414059	Wiesbachl	Ursprung südlich von Reit, Ursprünge der Quell- und Seitenbäche, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	Ende des Schluchtlaufes südwestlich von Wiesbach, Mündung in das Wiesbachl, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	
210	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Ursprung nördlich des Walm-Berges bei Reit im Winkl (Masererbach), Gde. Reit im Winkl, Lkr. Traunstein	Mündung in die Tiroler Achen, Fluss-km 14,1, Gde. Unterwössen, Lkr. Traunstein	Ausgenommen Seitenbäche aus Birnbacher Feld und Mühlkanal Garbmühle
211	414013	Wuhrsteinbach (Loch- und Maisbach)	Ursprung bei der Wirts-Alm am Geigelstein, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Mündung in die Tiroler Achen, Fluss-km 22,8, Gde. Schleching, Lkr. Traunstein	Einschließlich Schneiderhan-Graben
212	414069	Ziegelgraben	Ursprünge südlich von Rabling, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	Ende des Grabeneinschnittes südlich von Doppeln bei der Kreisstraße BGL 10, Gde. Ainring, Lkr. Berchtesgadener Land	
213	414071	Zintenbach	Beginn des Schluchtlaufes südöstlich von Großscherzhausen, Markt Waging a.See, Lkr. Traunstein	Ende des Schluchtlaufes südwestlich von Krautenbach, Gde. Taching a.See, Lkr. Traunstein	
214	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Weilheim (415)**				
215	415022	Almbach	Ursprung nördlich des Schönberges, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Fleck, Fluss-km 214,6, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
216	415082	Ammer	Einmündung des Kohlbaches bei Fluss-km 185,065, Gde. Ettal, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Einmündung der Halbammer bei Fluss-km 170,37 westlich von Saulgrub, Gde. Saulgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen alle Seitenbäche in den Talauen des Ammertales und ausgenommen Kohlbach mit Seitengräben
217	415060	Ammertalgraben	Ursprung nördlich des Ettaler Mandl bei Ettal, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ramsach bei Plaiken, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
218	415029	Arzbach	Ursprung nordöstlich des Latschenkopfes, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Arzbach, Fluss-km 207,8, Gde. Gaißach, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
219	415005	Arzgrubenlaine	Ursprung an der westlichen Karwendelspitze, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar, Fluss-km 258,068, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
220	415074	Aschbach	Ursprung südlich von Straßberg, Gde. Benediktbeuern, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Gemeindeverbindungsweg zum „Sommerkeller“, 500 m östlich der Bundesstraße 11, 700 m westlich von Vormholz, Gde. Benediktbeuern, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
221	415031	Aubach (TÖL)	Ursprung östlich von Lain, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Arzbach, Fluss-km 207,2, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
222	415040	Beistall-Laine	Ursprung südlich des Hohen Ziegspitz, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach, Fluss-km 94,7, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
223	415099	Burgleitenbach	100 m westlich der Brücke der Gemeindestraße B 2 – Kerschlach, Gde. Pähl, Lkr. Weilheim-Schongau	Brücke über den Burgleitenbach an der Wielenbacher Straße, Gde. Pähl, Lkr. Weilheim-Schongau	Ausgenommen Seitenbäche
224	415044	Degernlahne	Ursprung nördlich des Kreuzecks, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach bei Schmölz, Fluss-km 89,4, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
225	415025	Dorfbach	Ursprung nordwestlich des Geiersteines, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar in Lenggries, Fluss-km 210,7, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen Weiherbach
226	415045	Dürerlaine	Ursprung südlich der Kramerspitze, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach, Fluss-km 88,0, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
227	415014	Dürrach	Staatsgrenze zu Österreich beim Forsthaus Bächental, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Sylvensteinsee bei Fall, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Einschließlich Schlürpfengraben, Schwarzenbach
228	415062	Ebenlaine	Ursprung östlich des Großen Aufackers, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ramsach südlich des Langen Kögel, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Graben aus Lange Grüne
229	415034	Einbach	Einmündung des Stallauer Grabens bei Sauerberg, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar in Bad Tölz, Fluss-km 200,5, Stadt Bad Tölz, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen Seitenbäche
230	415089	Enge Laine	Ursprung südlich des Hörnles, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer in Unterammergau, Fluss-km 177,239, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
231	415055	Eschenlaine	Ursprung westlich von Einsiedl am Walchensee, Gde. Wallgau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Loisach in Eschenlohe, Fluss-km 70,7, Gde. Eschenlohe, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
232	415096	Eyach	Einmündung des Lixer Grabens östlich von Böbing, Gde. Böbing, Lkr. Weilheim-Schongau	Fluss-km 1,650 Markierungsstein links, Gde. Oberhausen, Lkr. Weilheim-Schongau	Ausgenommen linke Seitenbäche
233	415010	Finzbach	Ursprung bei der Esterbergalm, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar bei Wallgau, Fluss-km 247,5, Gde. Wallgau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
234	415037	Fischbach	Ursprung bei Schwaig, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Oberfischbach, Fluss-km 200,3, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
235	415007	Gaßellahnbach	Ursprung westlich des Wörners, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar bei Fluss-km 255,710, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
236	415054	Gießenbach	Ursprung südlich der Notkarspitze, gemeindefreies Gebiet Ettaler Forst, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach bei Oberau, Fluss-km 75,4, Gde. Oberau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
237	415033	Große Gaißach (TÖL)	Nördlich des Luckenkopfes, Gde. Waakirchen, Lkr. Miesbach	Mündung in die Isar westlich von Gaißach, Fluss-km 203,8, Gde. Gaißach, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen Weiherbach und Kleine Gaißach mit Zuflüssen und Ausleitungen sowie südlicher Seitenbach bei Mühle

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
238	415092	Grüngraben (Waldlaine)	Ursprung am Hörnle südlich von Bad Kohlgrub, Gde. Saulgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Nordostseite der Brücke der Bahnlinie Unterammergau – Altenau, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
239	415103	Habichtgraben (Schindergraben)	Kreuzung mit der Autobahn München – Garmisch-Partenkirchen, Gde. Eurasburg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Loisach, Fluss-km 14,5, Gde. Eurasburg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Einschließlich Sandgraben
240	415095	Halbammer	Regierungsbezirksgrenze gegen Schwaben, Gde. Saulgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer westlich von Saulgrub, Fluss-km 170,37, Gde. Saulgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Triebwerkskanal von Ausleitung bei Fluss-km 170,9 bis Wiedereinleitung am Kraftwerk Kammerl
241	415043	Hammersbach (Krepbach)	Ursprung östlich der Zugspitze, Gde. Grainau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach bei Schmölz, Fluss-km 89,8, Gde. Grainau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Bäche aus dem Hintermoos
242	415066	Haselrißlaine	Ursprung nördlich des Heimgartens, Gde. Schlehdorf, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Kochelsee südlich von Schlehdorf, Gde. Schlehdorf, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
243	415069	Heckenbach	Ursprung nördlich des Jochberges, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Kochelsee südwestlich von Kochel a.See, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
244	415024	Hirschbach (TÖL)	Ursprung am Hirschbachsattel, ca. 1,5 km südlich des Fockensteines, Gde. Bad Wiessee, Lkr. Miesbach	Mündung in die Isar, Fluss-km 212,5, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen Aus- und Einleitungen nordwestlich von Geisreuth
245	415104	Höllgraben (TÖL)	Kreuzung mit der Gemeindestraße Eurasburg-Haidach, Gde. Eurasburg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	20 m unterhalb Brückenauslauf der Staatsstraße 2370, Gde. Eurasburg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
246	415094	Hörnlebach (Pflügerskreuthgraben)	Ursprung am Hörnle südlich von Bad Kohlgrub, Gde. Saulgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer westlich von Altenau, Fluss-km 172,45, Gde. Saulgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Staumauer einschließlich aufgestauter Weiher in Altenau
247	415019	Jachen	Ursprung nordwestlich des Schafkopfes, Gde. Wallgau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar bei Fleck, Fluss-km 215,5, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen Graben zwischen Ortsgrenze Wallgau und 35 m vor Sachensee und Seitenbäche aus der Bäckenwand bei Bäcker in der Jachenau
248	415067	Jochbach (Jochberggraben)	Ursprung nördlich des Herzogstands, Gde. Schlehdorf, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Kochelsee am Walchenseekraftwerk, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
249	415071	Kalmbach	Ursprung westlich des Raben-Kopfes, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	440 m nordwestlich der Bundesstraße 11, nördlich von Kochel a.See, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
250	415057	Kaltwasserlaine	Ursprung am Heimgarten südöstlich von Ohlstadt, Gde. Ohlstadt, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach westlich von Ohlstadt, Fluss-km 65,9, Gde. Ohlstadt, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Stauanlage des Elektrizitätswerkes Ohlstadt
251	415041	Kammer-Laine	Ursprung bei der Stepberg-Alm, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach bei Grainau, Fluss-km 92,2, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
252	415091	Kappel-Laine (Kapell-Laine)	Ursprung am Hörnle südlich von Bad Kohlgrub, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer östlich von Scherenau, Fluss-km 175,112, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
253	415004	Karwendelrunsen	Ursprung an der westlichen Karwendelspitze, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Natürliches Ende an der Bundesstraße 2, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
254	415068	Kesselbach	Ursprung nördlich des Kesselberges, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Kochelsee bei Altjoch, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
255	415201	Kienbach	Unterhalb Stauanlage Kloster Andechs, Gde. Andechs, Lkr. Starnberg	Mündung in den Ammersee, Gde. Herrsching a.Ammersee, Lkr. Starnberg	Ausgenommen Ochsengraben und Seitenbäche östlich von Herrsching a.Ammersee

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
256	415018	Klaffenbach	Ursprung südlich des Schönberges, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar, Fluss-km 217,3, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
257	415075	Klammbach	Ursprung bei Stern, Gde. Großweil, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Auslauf des Kiesfanges östlich der Staatsstraße 2370 in Zell, Gde. Großweil, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
258	415042	Köger-Laine	Ursprung südwestlich des Kramers, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach, Fluss-km 91,0, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
259	415065	Kohllaine	Ursprung nordöstlich des Rötelsteines, Gde. Schlehdorf, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Kochelsee südlich von Schlehdorf, Gde. Schlehdorf, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
260	415097	Kraggenaubach	Ursprung am Hörnle südlich von Bad Kohlgrub, Gde. Bad Kohlgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Südseite des Bahndurchlasses südlich von Saulgrub, Gde. Saulgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Seitenbach südlich von Saulgrub
261	415050	Kramerrunse	Ursprung östlich der Kramerspitze, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in den Weidlegraben bei der Thomas-Knorr-Straße in Garmisch-Partenkirchen, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
262	415020	Kranzbach	Ursprung westlich des Hohen Kranzberges, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Südseite der Bundesbahnbrücke in Klais, Gde. Krün, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
263	415087	Kreisbachlaine (Kreislaine)	Ursprung bei der Kolbenalm, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer nördlich von Oberammergau, Fluss-km 179,102, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
264	415056	Kropfbach	Ursprung nordwestlich des Hirschberges südlich von Ohlstadt, Gde. Ohlstadt, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Durchlass der Bahnlinie Murnau – Garmisch-Partenkirchen, Gde. Ohlstadt, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Namenlose Graben
265	415053	Kuhfluchtgraben	Ursprung östlich von Farchant, Gde. Farchant, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach nordöstlich von Farchant, Fluss-km 79,7, Gde. Farchant, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
266	415085	Labergraben	Ursprung nördlich des Labers, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer in Oberammergau, Fluss-km 181,310, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
267	415051	Lahnenwiesgraben	Ursprung bei der Enning-Alm, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach bei Burgrain, Fluss-km 83,1, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
268	415026	Lahngraben	Ursprung nordöstlich der Garland-Alm, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Austritt aus der Schlucht bei den Gilgenhöfen, ca. 300 m westlich der Isarbrücke in Lenggries, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
269	415006	Lainbach (GAP)	Ursprung oberhalb des Lautersees, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ostende des Kiesfangs am Anwesen Laintalstraße 52 in Mittenwald, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
270	415030	Lainbach (Gde. Wackersberg)	Ursprung südöstlich der Lehenbauern-Alm, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Arzbach, Fluss-km 207,3, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
271	415073	Lainbach (TÖL)	Ursprung nördlich der Benediktenwand, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Einmündung des Pessenbaches östlich von Brunnenbach, Gde. Benediktbeuern, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Einschließlich Pessenbach, ausgenommen Enzenbach
272	415070	Laingraben (Gde. Kochel)	Ursprung südwestlich der Kochler Alm, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Kochelsee südwestlich von Kochel a.See, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
273	415011	Laingraben (Kaltwassergraben)	Ursprung westlich der Schöttelkarspitze bei Krün, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar bei Wallgau, Fluss-km 246,3, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
274	415047	Laingraben (Markt Garmisch-Partenkirchen)	Ursprung nördlich des Garmischer Hauses, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Südseite der Brücke der Bayerischen Zugspitzbahn, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
275	415003	Leutasch	Staatsgrenze zu Österreich bei Mittenwald, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar, Fluss-km 259,264, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Strecke im Einflussbereich der Wehranlage des Marktes Mittenwald
276	415084	Lichtenstättgraben	Ursprung am Ettaler Mandl, Gde. Ettal, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in den Tiefentalgraben westlich von Ettal, Gde. Ettal, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
277	415063	Lindenbach	Ursprung südlich von Bad Kohlgrub, Gde. Bad Kohlgrub, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	380 m östlich der Brücke der Ortsverbindungsstraße Murnau-Westried – Aschau, Markt Murnau a.Staffelsee, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen linke Seitenbäche sowie Gsteiggraben vom Anwesen Martinstraße 11 in Bad Kohlgrub bis zur Mündung in den Harrer- und Stickelsgraben
278	415081	Linder (Ammer)	Ursprung an der Kreuzspitze westlich von Graswang, gemeindefreies Gebiet Ettaler Forst, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Einmündung des Kohlbaches bei Fluss-km 185,065, Gde. Ettal, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
279	415202	Maisinger Bach (Georgenbach)	Ausfluss aus dem Unteren Maisinger See, Gde. Pöcking, Lkr. Starnberg	Mündung in den Starnberger See, Stadt Starnberg, Lkr. Starnberg	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
280	415052	Markgraben	Ursprung westlich des Wank, Gde. Farchant, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach südöstlich von Farchant, Fluss-km 81,35, Gde. Farchant, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
281	415008	Marmorgraben	Ursprung westlich des Zunderweidkopfes, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar, Fluss-km 254,851, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
282	415046	Mittergernlaine	Ursprung südöstlich der Kramerspitze, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Nordseite der Maximilianstraße in Garmisch-Partenkirchen, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
283	415076	Mühleckergraben	Ursprung westlich von Mühleck, Gde. Großweil, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Auslauf des Kiesfanges östlich der Staatsstraße 2370 in Mühleck, Gde. Sindelsdorf, Lkr. Weilheim-Schongau	
284	415023	Murbach	Ursprung südöstlich des Brauneck-Hauses, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Lenggries, Fluss-km 214,0, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
285	415038	Neidernach	Ursprung am Schellschlicht, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach bei Griesen, Fluss-km 99,0, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
286	415002	Neuhauserbach	70 m oberstrom des Absturzes bei der Schlöglmühle, Gde. Steingaden, Lkr. Weilheim-Schongau	Auslauf der Wehranlage in Neuhaus, Gde. Steingaden, Lkr. Weilheim-Schongau	Ausgenommen Seitenbäche und Mühlbach
287	415048	Partnach	Ursprung östlich des Schneefernerkopfes, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach, Fluss-km 85,5, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Seitenbach vom Kochelberg, Ausleitung Mühlbach bei Obermühle und Ausleitung Triebwerkskanal bei Wildenau
288	415059	Ramsach (Laberlaine)	Ursprung östlich des Ettaler Mandl bei Ettal, Gde. Eschenlohe, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Brücke des Ortsverbindungsweges nördlich von Höllenstein, Gde. Eschenlohe, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
289	415061	Rautlaine	Ursprung östlich des Großen Aufackers, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ramsach südlich des Langen Kögel, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
290	415078	Ries- und Steingraben	Ursprung westlich des Enzenauer Kopfes, Gde. Bad Heilbrunn, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Kreuzung mit der Bundesstraße 472 östlich von Untersteinbach, Gde. Bad Heilbrunn, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
291	415072	Riesbach (Steingraben)	Ursprung nördlich des Raben-Kopfes, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Brücke der Bundesstraße 11 nördlich von Kochel a.See, Gde. Kochel a.See, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
292	415012	Rißbach	Staatsgrenze zu Österreich, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Vorderriß, Fluss-km 235,2, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
293	415035	Sauersberger Wildbäche	Ursprünge südwestlich von Sauersberg, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Knappengraben: Mündung in den Einbach, Steinwiesel-, Weiherwies- und Steinlößelgraben: je 30 m östlich der Gemeindestraße Sauersberg – Wackersberg, Jochhamgraben: 100 m östlich vorgenannter Straße, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
294	415079	Schellenbach	Ursprung nordwestlich des Zwiesel-Berges, Gde. Bad Heilbrunn, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Loisach bei Achmühl, Fluss-km 32,4, Gde. Bad Heilbrunn, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen alle Seitenbäche, die unterhalb der B 472 münden
295	415093	Scherenauer-Laine (Scherlaine)	Ursprung am Teufelstättkopf westlich von Oberammergau, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer nördlich von Scherenau, Fluss-km 174,509, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Ableitung nach Scherenau
296	415017	Schergenwieser Bäche	Ursprung nordwestlich des Schergenwieser Berges, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Fluss-km 221,4 und 220,6 südlich von Hohenwiesen, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
297	415090	Schleifmühlenlaine	Ursprung am Teufelstättkopf westlich von Oberammergau, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer nördlich von Unterammergau, Fluss-km 175,932, Gde. Unterammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Ausleitung Dorfbach westlich von Unterammergau
298	415088	Schnitzelgraben	Ursprung westlich des Großen Aufackers, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Einmündung des Kircheckgrabens nördlich von Oberammergau, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Einschließlich Kircheckgraben
299	415016	Schronbach	Ursprung bei der Reiseralm, Gde. Jachenau, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar, Fluss-km 224,3, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
300	415039	Schwarzenbach (GAP)	Ursprung südlich des Friederspitz, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach, Fluss-km 96,3, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
301	415021	Schwarzenbach (TÖL)	Ursprung südlich der Benediktenwand, Gde. Jachenau, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Fleck, Fluss-km 215,2, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
302	415009	Seinsbach	Ursprung nördlich des Wörners, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Isar, Fluss-km 253,9, Markt Mittenwald, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
303	415036	Siechenbach	Ursprung bei Buchberg, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Oberfischbach, Fluss-km 200,4, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
304	415080	Stallauer Bach	Ursprung nördlich des Zwiesel-Berges, Gde. Bad Heilbrunn, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Einmündung des Heubaches westlich von Ramsau, Gde. Bad Heilbrunn, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen alle Seitenbäche, die unterhalb der B 472 münden
305	415341	Stallauer Graben	Ursprung am Nordhang des Blomberges, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Südseite der Brücke der Bundesstraße 472, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
306	415028	Steinbach (Gde. Gaißach)	Ursprung nördlich des Fockensteines, Gde. Gaißach, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Obersteinbach, Fluss-km 209,1, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
307	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Ursprung südlich des Blomberges, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Isar bei Steinbach, Fluss-km 206,8, Gde. Gaißach, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
308	415077	Steinbach (TÖL)	Ursprung westlich des Kesselkopfes, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in die Loisach nördlich von Bichl, Fluss-km 33,3, Gde. Bichl, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Ausgenommen Dorf- und Mühlbach
309	415342	Steineggert Graben	Ursprung am Nordhang des Blomberges, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Südseite der Brücke der Bundesstraße 472, Gde. Wackersberg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
310	415049	Stiergraben (GAP)	Ursprung westlich des Sonnenbichl, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in den Weidlegraben in Garmisch-Partenkirchen, Markt und Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Einschließlich Schlenzgraben
311	415101	Stiergraben (TÖL)	Gemeindestraße Rampertshofen – Kappelsberg, ca. 250 m nördlich von Kappelsberg, Gde. Dietramszell, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Zellerbach nordwestlich von Bairawies, Gde. Dietramszell, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
312	415083	Tiefentalgraben (Mandlbach und Schlott)	Ursprung am Ettaler Mandl, Gde. Ettal, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in den Ettaler Mühlbach westlich von Ettal, Gde. Ettal, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
313	415105	Torlaine (Eierlaine)	Ursprung nördlich des Höllstein (Ettaler Mandl), Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ramsach bei Plaicken, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
314	415027	Tratenbach	Ursprung nördlich des Geiersteines, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Baggersee in Höhe Isar-Fluss-km 210,0, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
315	415001	Trauchgauer Ach: Linke Seitenbäche	Ursprünge am Nordhang des Hohen Trauchberges, Gde. Wildsteig, Lkr. Weilheim-Schongau	Mündung in die Trauchgauer Ach, Gde. Wildsteig, Lkr. Weilheim-Schongau	
316	415064	Vorderer und Hinterer Aschauberggraben mit Brucklaine	Ursprung südlich von Grafenaschau, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Brücke des Anliegerweges Aschau – Eschenlohe, Gde. Schwaigen, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
317	415015	Walchen	Einmündung des Pittenbaches südlich von Kaiserwacht, Österreich	Mündung in den Sylvensteinsee, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Einschließlich Pittenbach und Zuflüsse zum Sylvensteinsee im Walchen-Tal, Walchen, Hühnerbach, Pittenbach und Harrmannsbach
318	415100	Weißer Bach	150 m südöstlich des Höhenpunktes 606 auf der Kreisstraße WM 7 südwestlich von Hartschimmel, Gde. Pähl, Lkr. Weilheim-Schongau	Brücke der Staatsstraße 2068 in Vorderfischen, Gde. Pähl, Lkr. Weilheim-Schongau	
319	415058	Wetzsteinlaine	Ursprung am Rötelstein östlich von Ohlstadt, Gde. Ohlstadt, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Loisach nordwestlich von Ohlstadt, Fluss-km 64,6, Gde. Ohlstadt, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Ausgenommen Seitenbäche westlich von Weichs
320	415013	Wilfelsbach (Staffelgraben)	Ursprung nordöstlich des Risser Hochkopfes, Gde. Jachenau, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Mündung in den Sylvensteinsee, ca. 2,5 km südwestlich von Fall, Gde. Lenggries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
321	415086	Windbachlaine (Große Laine)	Ursprung am Großen Aufacker, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	Mündung in die Ammer in Oberammergau, Fluss-km 179,718, Gde. Oberammergau, Lkr. Garmisch-Partenkirchen	
322	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	Ursprünge östlich und nordöstlich des Hohenpeißenberges, Markt Peißenberg, Lkr. Weilheim-Schongau	Brücken der Bahnlinie Schongau – Weilheim i.OB für den Stadl-, Sulzer- und Michelsbach, Beginn Verrohrung für Thalackergraben, Gemeindestraße Sulz – Schlag (Thalacker) für Höllbichl- und Buchaugraben, Auslauf des Mündungsbauwerkes für Fendter Bach und Rehgraben	Ausgenommen die Gewässerstrecke des Höllbichl- und Buchaugrabens von der Gemeindestraße Sulz – Schlag bis zur Einmündung in den Michelsbach
323	415102	Zambach (Kirchgraben)	Ursprung, ca. 500 m nördlich von Mandl, Gde. Eurasburg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	Einmündung des Zwitzenlehengrabens (Grenze zum Wasser- und Bodenverband Beuerberg), Gde. Eurasburg, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen	
324	**Regierungsbezirk Niederbayern (42)**				
325	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Deggendorf (421)**				
326	421204	Antersdorfer Bach	Brücke des Weges von der Staatsstraße 2112 nach Niedereck, ca. 700 m nördlich von Eggstetten, Stadt Simbach a.Inn, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in den Simbach, Stadt Simbach a.Inn, Lkr. Rottal-Inn	Ausgenommen rechte Zuflüsse zum Hauptgewässer westlich der Staatsstraße St 2112 bzw. Ortsstraße in Antersdorf
327	421110	Bach bei Voglöd	600 m oberhalb der Mündung in die Wolfsteiner Ohe, Markt Hutthurm, Lkr. Passau	Mündung in die Wolfsteiner Ohe bei Fürsteneck, Markt Hutthurm, Lkr. Passau	Ausgenommen Seitenbäche
328	421005	Bogenbach	Einmündung des Rettenbacher Baches, Gde. Sankt Englmar, Lkr. Straubing-Bogen	Brücke der Staatsstraße 2147, ca. 800 m südöstlich von Obermühlbach, Gde. Perasdorf, Lkr. Straubing-Bogen	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
329	421111	Boiterbach (Beiderwiesbach)	Gemeindestraßenbrücke ca. 700 m unterhalb der Staatsgrenze zu Österreich, Stadt Passau	Mündung in den Inn, Fluss-km 1,560, Stadt Passau	Ausgenommen: Oberlauf in Österreich, Verrohrung (90 m an der Straße nach Mariahilf)
330	421121	Dantelbach (Dantlbach): Tobelstrecke	Zusammenfluss der Quellbäche, ca. 300 m südöstlich von Riedl, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Mündung in die Donau, Fluss-km 2201,760, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Ausgenommen Quell- und Seitenbäche

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
331	421101	Donauzuflüsse: Tobelstrecken	Beginn der Tobelstrecken, ca. 200 m bis 600 m oberhalb der Mündung in die Donau, Markt Hofkirchen, Stadt Vilshofen an der Donau, Lkr. Passau	Kreuzung mit der Staatsstraße 2125 am Talrand, Markt Hofkirchen, Stadt Vilshofen an der Donau, Lkr. Passau	nur die linksseitigen Zuflüsse zwischen Donau-km 2248 und 2252, ausgenommen deren Unterlauf
332	421116	Eckerbach (Rampersdorfer Bach): Tobelstrecke	800 m unterhalb von Steinbruck, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Mündung in die Donau bei Fluss-km 2209,620, Markt Obernzell, Lkr. Passau	Ausgenommen Seitenbäche und 440 m Verrohrung bis zur Mündung in die Donau sowie Ausleitungen
333	421115	Erlau: Tobelstrecken der Zubringer	Beginn der Tobelstrecken, Gde. Thyrnau, Stadt Hauzenberg, Markt Obernzell, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Ende der Tobelstrecken, Gde Thyrnau, Stadt Hauzenberg, Markt Obernzell, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Ausgenommen Quellbäche, nur die Tobelstrecken der Zubringer zur Erlau zwischen der Einmündung des Staffelbaches und der Mündung in die Donau
334	421118	Griesenbach (Haselmannsbach): Tobelstrecke	Eisenbahnbrücke bei Burgstall, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Mündung in den Eckerbach bei Obernzell, Markt Obernzell, Lkr. Passau	Ausgenommen Quellbäche
335	421009	Große Deffernik	Lackenbruck (1130 m ü. NN), westlich des Gipfels am Lackenberg, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Mündung in den Großen Regen nordwestlich von Ludwigsthal, Stadt Zwiesel, Lkr. Regen	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
336	421102	Große Ohe	Einmündung der Schwarzach bei Spiegelau, Gde. Spiegelau, Lkr. Freyung-Grafenau	Einmündung des Bründlreuth-Grabens bei Rehbruck, Gde. Sankt Oswald-Riedlhütte, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Seitenbäche
337	421010	Großer Höllbach	Höllbachgespreng (991 m ü. NN), Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Mündung in den Kolbersbach bei der Schwarzen Brücke, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Ausgenommen Seitenbäche
338	421125	Haagerbach	Beginn der Tobelstrecke 50 m unterhalb der Gemeindestraße Haag – Petzenberg im Gebiet der Stadt Hauzenberg, Lkr. Passau	Mündung in den Staffelbach bei Fluss-km 0,130, im Gebiet der Stadt Hauzenberg, Lkr. Passau	
339	421007	Hammermühlbach (Höllbach)	Einmündung des Greisinger Baches, Große Kreisstadt Deggendorf, Lkr. Deggendorf	Einmündung des Saulochbaches, Große Kreisstadt Deggendorf, Lkr. Deggendorf	Ausgenommen Seitenbäche
340	421011	Hirschbach (REG)	Staatsgrenze zur Tschechischen Republik zwischen den Grenzsteinen 16/20 und 16/21, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Mündung in die Trinkwassertalsperre Frauenau (Kleiner Regen), Gde. Frauenau, Lkr. Regen	Ausgenommen Seitenbäche
341	421117	Hofleitenbach: Tobelstrecke	Lindlmühle, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Mündung in den Eckerbach südlich von Eckerstampf, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
342	421114	Hörreuter Bach: Tobelstrecke	Brücke der Straße Kernmühle – Kellberg, Gde. Thyrnau, Lkr. Passau	Mündung in die Donau bei Kernmühle, Fluss-km 2220,620, Gde. Thyrnau, Lkr. Passau	Ausgenommen Quell- und Seitenbäche
343	421001	Kleine Deffernik	Einmündung des Schachtenbaches, Gde. Bayerisch Eisenstein, Lkr. Regen	Mündung in den Großen Regen, Fluss-km 176,700, Gde. Bayerisch Eisenstein, Lkr. Regen	Ausgenommen Seitenbäche
344	421104	Kleine Ohe	Einmündung des Tiefenbaches (Kleinwaldbaches) westlich von Schönanger, Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Oberhalb der Brücke an der Freyunger Straße, Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
345	421105	Kleine Ohe (Gewässer II. Ordnung), Tobelstrecken	Einmündung des Unterwasserkanals der Dimpflmühle westlich von Grafenau, Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Brücke der Werkstraße nördlich der Atexwerke in Elsenthal, Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Quell- und Seitenbäche
346	421002	Kleiner Regen	Staatsgrenze zur Tschechischen Republik nördlich des Großen Rachel, Gde. Frauenau, Lkr. Regen	Einmündung der Flanitz, Gde. Frauenau, Lkr. Regen	Ausgenommen: Quell- und Seitenbäche, Trinkwassertalsperre Frauenau samt Vorspeicher
347	421012	Kolbersbach	Zusammenfluss von Rindelbach und Goldbachl, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Weiße Brücke, Kreisstraße REG 8, östlich Lindbergmühle, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Ausgenommen Ausleitungen
348	421119	Kollbach	Gebrechtsmühle südlich von Lämmersdorf, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Mündung in die Donau bei Kohlbachmühle, Fluss-km 2207,350, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Ausgenommen Seitenbäche
349	421013	Marchbach	Aufm Sandel (1158 m ü. NN), Grenzstein 11, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Einmündung des Hinteren Scheuereckbaches, Grenzstein 12, Gde. Lindberg, Lkr. Regen	Ausgenommen Seitenbäche

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
350	421006	Mettener Bach	Brücke der Kreisstraße DEG 3 bei der Laufmühle, ca. 1 km südwestlich von Egg, Markt Metten, Lkr. Deggendorf	Fluss-km 1,700, Markt Metten, Lkr. Deggendorf	Ausgenommen Seitenbäche
351	421103	Mitternacher Ohe	Zusammenfluss der Quellbäche südwestlich von Kleinarmschlag, Gde. Eppenschlag, Lkr. Freyung-Grafenau	Einmündung des Kreuzbächleins südwestlich von Almosenreuth, Gde. Innernzell, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Seitenbäche
352	421004	Moosbach ohne Seitenbäche	Einmündung des Forellenbaches, Markt Bodenmais, Lkr. Regen	Mündung in den Rothbach, Markt Bodenmais, Lkr. Regen	
353	421112	Mühltalbach	Staatsgrenze zu Österreich, Stadt Passau	Mündung in den Inn, Fluss-km 0,520, Stadt Passau	Ausgenommen: Oberlauf in Österreich, 140 m Verrohrung an der Mühltalstraße und Kapuzinerstraße
354	421123	Osterbach	500 m oberhalb der Mündung in die Ranna, Markt Wegscheid, Lkr. Passau	Grenzstrecke Bayern – Österreich bis zur Mündung in die Ranna bei Kappel, Markt Wegscheid, Lkr. Passau	Ausgenommen Quell- und Seitenbäche
355	421120	Rambach	Zusammenfluss der Quellbäche, ca. 600 m nordwestlich von Krottenthal, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Mündung in die Donau nordwestlich von Jochenstein, Fluss-km 2204,950, Markt Untergriesbach, Lkr. Passau	Ausgenommen Seitenbäche
356	421122	Ranna: Tobelstrecke	Tosbecken der Staumauer westlich von Eidenberg, Markt Wegscheid, Lkr. Passau	Grenzstrecke Bayern – Österreich bis zur Staatsgrenze zu Österreich bei Kappel, Markt Wegscheid, Lkr. Passau	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
357	421109	Reschwasser	Einmündung des Wolfauer Bächleins bei Reschmühle westlich Kreuzberg, Gde. Hohenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Wolfsteiner Ohe westlich von Freyung, Stadt Freyung, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Seitenbäche
358	421003	Rothbach	Oberwasser der Rißlochfälle, ca. 2,5 km oberstromig von Bodenmais, Markt Bodenmais, Lkr. Regen	Mündung in den Schwarzen Regen, Fluss-km 137,150, Gde. Böbrach, Lkr. Regen	Ausgenommen Seitenbäche
359	421113	Satzbach: Tobelstrecke	Einmündung des linken Seitengrabens 1,6 km oberhalb der Mündung in die Donau, Gde. Thyrnau, Lkr. Passau	Mündung in die Donau bei Löwmühle, Fluss-km 2221,600, Gde. Thyrnau, Lkr. Passau	Ausgenommen: Quell- und Seitenbäche, 70 m Verrohrung an der Löwmühle, 200 m gedeckeltes Kastengerinne am Sägewerk Schiermeier
360	421108	Saußwasser (Gewässer II. Ordnung)	Unterhalb des Stausees bei Freyung, Stadt Freyung, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Wolfsteiner Ohe westlich von Freyung, Stadt Freyung, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Stausee Freyung, Seitenbach und Ausleitungen
361	421124	Silberbach (Berchtlinger Bach)	Beginn der Tobelstrecke an der Gemeindestraße Obernzell – Hamet, Markt Obernzell, Lkr. Passau	Mündung in die Donau bei Fluss-km 2209,05, Markt Obernzell, Lkr. Passau	
362	421203	Simbach	Einmündung des Antersdorfer Baches, Stadt Simbach a.Inn, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 57,95, Stadt Simbach a.Inn, Lkr. Rottal-Inn	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
363	421106	Spitzbergbach	Kreuzung mit dem Wirtschaftsweg nördlich von Lichteneck (Flur-Nr. 1679 Gemarkung Neudorf), Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Kleine Ohe, Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Seitenbäche
364	421107	Steckenbach	Kreuzung mit dem Wirtschaftsweg südlich von Lichteneck (Flur-Nr. 225 Gemarkung Neudorf), Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Mündung in die Kleine Ohe, Stadt Grafenau, Lkr. Freyung-Grafenau	Ausgenommen Seitenbäche
365	421202	Tannerbach	Einmündung des Nopplinger Baches bei Gasteig, Gde. Zeilarn, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in den Türkenbach bei Untertürken, Markt Marktl, Lkr. Altötting	Ausgenommen Seitenbäche
366	421201	Türkenbach	Brücke des Weges Gumpersdorf – Griesmühle, Gde. Zeilarn, Lkr. Rottal-Inn	Mündung in den Inn, Fluss-km 73,0, Gde. Stammham, Lkr. Altötting	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
367	**Regierungsbezirk Oberpfalz (43)**				
368	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Regensburg (432)**				
369	432002	Lambach	400 m oberhalb der Gemeindestraßenbrücke in Lambach, Markt Lam, Lkr. Cham	Brücke der Staatsstraße 2154, ca. 500 m südlich von Engelshütt, Markt Lam, Lkr. Cham	
370	432001	Weißer Regen	Ausfluss aus dem Kleinen Arbersee, Gde. Lohberg, Lkr. Cham	Einmündung des Perlesbaches bei Zackermühle, Gde. Lohberg, Lkr. Cham	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
371	**Regierungsbezirk Oberfranken (44)**				
372	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Kronach (441)**				
373	441009	Doberbach	Auslauf Floßteich bei Reichenbach, Fluss-km 10,020, Gde. Reichenbach, Lkr. Kronach	Mündung in die Kremnitz bei Effelter, Gde. Wilhelmsthal, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
374	441011	Grümpelbach	Auslauf Floßteich bei Effelter, Gde. Wilhelmsthal, Lkr. Kronach	Mündung in die Kronach bei Fehnenschneidmühle (Zusammenfluss Kremnitz und Grümpelbach), Gde. Wilhelmsthal, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche sowie Ausleitung bei Grumpelmühle
375	441005	Haßlach	ehemaliger Floßteich oberhalb Förtschendorf, Fluss-km 24,035, Markt Pressig, Lkr. Kronach	Einmündung der Tettau bei Pressig, Markt Pressig, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche sowie Ausleitungen
376	441008	Kremnitz	Auslauf Floßteich bei Kremnitz-Mühle, Fluss-km 15,240, Stadt Teuschnitz, Lkr. Kronach	Mündung in die Kronach bei Steinberg (Zusammenfluss mit dem Grümpelbach), Gde. Wilhelmsthal, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
377	441006	Landleitenbach	Auslauf Floßteich bei Hirschfeld, Fluss-km 5,447, Gde. Steinbach a.Wald, Lkr. Kronach	Mündung in die Haßlach bei Rothenkirchen, Markt Pressig, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
378	441003	Nordhalbener Ködel	Zusammenfluss der Quellbäche bei Zweiwassermühle, Markt Nordhalben, Lkr. Kronach	Mündung in den Vorspeicher der Trinkwassertalsperre Mauthaus, Markt Nordhalben, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
379	441002	Oelsnitz	Einmündung des Dorfbaches bei Untersteinbach, Gde. Geroldsgrün, Lkr. Hof	Mündung in die Rodach bei Neumühle, Markt Nordhalben, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
380	441001	Rodach	Einmündung des Schindgründleins Ziegengrund bei Grund, Markt Nordhalben, Lkr. Kronach	Einmündung der Nurner Ködel bei Mauthaus, Markt Steinwiesen, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche sowie Ausleitung bei Stoffelsmühle
381	441007	Tettau	Einmündung der Kleinen Tettau bei Alexanderhütte, Markt Tettau, Lkr. Kronach	Mündung in die Haßlach bei Pressig, Markt Pressig, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
382	441010	Teuschnitz	Ehemaliger Floßteich bei Marienroth, Fluss-km 5,395, Markt Pressig, Lkr. Kronach	Mündung in die Kremnitz bei Gifting, Gde. Wilhelmsthal, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
383	441004	Tschirner Ködel	Auslauf Floßteich bei Tschirn, Fluss-km 7,265, Gde. Tschirn, Lkr. Kronach	Mündung in den Vorspeicher der Trinkwassertalsperre Mauthaus, Gde. Tschirn, Lkr. Kronach	Ausgenommen zufließende Quell- und Seitenbäche
384	**Regierungsbezirk Mittelfranken (45)**				
385	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Ansbach (451)**				
386	451005	Ansbach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei Seldeneck, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber oberhalb von Bettwar, Fluss-km 99,865, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	
387	451006	Gattenhofener Bach	Kreuzung mit dem Weg von Bettwar nach Gattenhofen, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber bei Bettwar, Fluss-km 98,82, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	
388	451009	Gickelhäuser Bach	Einmündung des Seegrabens ca. 700 m nordwestlich von Ruckertshofen, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber in Tauberscheckenbach, Fluss-km 95,68, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	
389	451011	Haardter Bach	Waldrand ca. 350 m nördlich von Haardt, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in den Gickelhäuser Bach, Fluss-km 2,24, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	
390	451003	Hohbach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg westlich von Hohbach, Große Kreisstadt Rothenburg ob der Tauber, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber östlich von Hohbach, Fluss-km 101,265, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	
391	451015	Holdermühlklinge	Landesgrenze zu Baden-Württemberg bei der Holdermühle, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber zwischen Tauberzell und Holdermühle, Fluss-km 92,60, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	
392	451014	Neustetter Bach	Auslauf der Kläranlage Neustett, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber in Tauberzell, Fluss-km 93,775, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Ausgenommen Seitenbäche

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
393	451007	Possenmühlklinge	60 m westlich von der Gemarkungsgrenze Bettwar/Tauberscheckenbach, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber oberhalb der Possenmühle, Fluss-km 98,16, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	
394	451013	Rammersbach	Kreuzung mit dem Weg „Haardter Trieb“, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in den Gickelhäuser Bach, Fluss-km 0,60, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	
395	451010	Ruckertshofener Bach	Kreuzung mit dem Weg von Haardt nach Ruckertshofen, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in den Gickelhäuser Bach, Fluss-km 2,40, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Ausgenommen Seitenbäche
396	451001	Schandtauber	Austritt aus dem Hanggelände bei Flur-Nr. 54, Gemarkung Bettenfeld, Große Kreisstadt Rothenburg ob der Tauber, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber oberhalb des Wildbades, Fluss-km 106,975, Große Kreisstadt Rothenburg ob der Tauber, Lkr. Ansbach	Ausgenommen Ausleitungen und Seitengräben
397	451008	Schonacher Bach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg südwestlich von Tauberscheckenbach, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber oberhalb von Tauberscheckenbach, Fluss-km 96,45, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	
398	451004	Steinbach (AN)	Kreuzung mit der St 2419 südwestlich von Steinsfeld, Gde. Steinsfeld, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber westlich von Steinbach, Fluss-km 100,80, Große Kreisstadt Rothenburg ob der Tauber, Lkr. Ansbach	Ausgenommen Seitenbäche
399	451002	Vorbach	Kreuzung mit dem Weg von Hemmendorf nach Leuzenbronn, Große Kreisstadt Rothenburg ob der Tauber, Lkr. Ansbach	Mündung in die Tauber bei der Bronnenmühle, Fluss-km 104,14, Große Kreisstadt Rothenburg ob der Tauber, Lkr. Ansbach	Ausgenommen Seitenbäche
400	451012	Wolfsklinge	Kreuzung mit dem Weg von Tauberscheckenbach nach Gickelhausen, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	Mündung in den Gickelhäuser Bach, Fluss-km 2,12, Gde. Adelshofen, Lkr. Ansbach	
401	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Nürnberg (452)**				
402	452001	Ankertal	ca. 15 m nördlich der Südgrenze des Grundstücks Flur-Nr. 758 Gemarkung Enzendorf, Fluss-km 0,150, Gde. Hartenstein, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz am Ortsrand von Rupprechtstegen, Gde. Hartenstein, Lkr. Nürnberger Land	
403	452003	Engental (Rumpelbach)	ca. 5 m westlich der Ostgrenze des Grundstücks Flur-Nr. 754 Gemarkung Artelshofen, Fluss-km 1,09, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz in Unterartelshofen, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	
404	452005	Im Grund (Rumpelbach)	Etwa 25 m östlich der Westgrenze des Grundstücks Flur-Nr. 1382 Gemarkung Alfalter, Fluss-km 0,66, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz bei Düsselbach, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	Ausgenommen 120 m langer, verrohrter Gewässerabschnitt oberhalb der ausgebauten Wildbachstrecke
405	452002	Schmiedbach	ca. 20 m nordöstlich der Westgrenze des Grundstücks Flur-Nr. 250/7 Gemarkung Artelshofen, Fluss-km 0,250, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz in Oberartelshofen, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	
406	452004	Vorraer Mühlbach (Bachmühlgraben)	Etwa 120 m südöstlich der Nordwestgrenze des Grundstücks Flur-Nr. 253 Gemarkung Vorra, Fluss-km 1,3, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	Mündung in die Pegnitz in Vorra, Gde. Vorra, Lkr. Nürnberger Land	Ausgenommen Ausleitung und Verrohrung in Vorra
407	**Regierungsbezirk Unterfranken (46)**				
408	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Aschaffenburg (461)**				
409	461105	Fliesenbach	200 m oberhalb der Einmündung des Trockenbaches, westlich der Stadt Rieneck, Stadt Rieneck, Lkr. Main-Spessart	Mündung in die Sinn, Fluss-km 7,03, in der Stadt Rieneck, Stadt Rieneck, Lkr. Main-Spessart	Ausgenommen Seitenbach
410	461102	Harrbacher Bach	Zusammenfluss von Rehgraben und Harrbacher Graben westlich von Harrbach, Stadt Gemünden a.Main, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Main, Fluss-km 218,0, in Harrbach, Stadt Gemünden a.Main, Lkr. Main-Spessart	Ausgenommen Seitenbäche
411	461109	Höllgraben (MSP)	100 m unterhalb der Überfahrt am Ortsende von Rettersbach, Stadt Karlstadt, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Buchenbach bei der Buchenmühle, Stadt Lohr a.Main, Lkr. Main-Spessart	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
412	461002	Kaltenbach	Landesgrenze zu Baden-Württemberg, Bereich Storchhof, Landesgrenzstein-Nummer 594, Gde. Eichenbühl, Lkr. Miltenberg	Mündung in die Erf bei Pfohlbach, Gde. Eichenbühl, Lkr. Miltenberg	Ausgenommen Hötterichsklinge im Ortsbereich und oberhalb Heppdiel mit Seitengräben sowie Ausleitungen am Kaltenbach
413	461104	Klingengraben (Klingenbach)	700 m oberhalb der Mündung in den Main, nördlich von Massenbuch, Stadt Gemünden a.Main, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Main, Fluss-km 212,5, südöstlich der Stadt Gemünden, Stadt Gemünden a.Main, Lkr. Main-Spessart	Ausgenommen Seitenbach
414	461101	Leitengraben	Schlammfänger oberhalb der verrohrten Quellbäche (Triebgraben und Wernfelder Graben) am nördlichen Ortsrand von Gambach, Stadt Karlstadt, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Main, Fluss-km 221,2, in Gambach, Stadt Karlstadt, Lkr. Main-Spessart	
415	461103	Luderbach	700 m oberhalb der Mündung in den Main, westlich von Kleinwernfeld, Stadt Gemünden a.Main, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Main, Fluss-km 216,0, Kleinwernfeld, Stadt Gemünden a.Main, Lkr. Main-Spessart	
416	461108	Roßgraben	Wegkreuzung ca. 250 m unterhalb von Neutzenbrunn, Stadt Gemünden a.Main, Lkr. Main-Spessart	Mündung in die Fränkische Saale, Fluss-km 14,88, in Michelau, Gde. Gräfendorf, Lkr. Main-Spessart	
417	461107	Stelzengraben	750 m oberhalb der Brücke Burggasse, nordwestlich von Bergrothenfels, Stadt Rothenfels, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Main, Fluss-km 184,95, Stadt Rothenfels, Lkr. Main-Spessart	
418	461106	Trockenbach	200 m oberhalb der Mündung in den Fliesenbach, nordwestlich der Stadt Rieneck, Stadt Rieneck, Lkr. Main-Spessart	Mündung in den Fliesenbach, westlich der Stadt Rieneck, Stadt Rieneck, Lkr. Main-Spessart	
419	461001	Wildbach	Ursprung bei Guggenberg, Gde. Eichenbühl, Lkr. Miltenberg	Mündung in die Erf in Riedern, Gde. Eichenbühl, Lkr. Miltenberg	
420	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Bad Kissingen (462)**				
421	462007	Brend	Ursprung an der Landesgrenze zu Hessen in der Gemarkung Oberweißenbrunn, Stadt Bischofsheim a.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Fränkische Saale, Stadt Bad Neustadt a.d.Saale, Lkr. Rhön-Grabfeld	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
422	462009	Dürrbach	Ursprung westlich von Kilianshof, Gde. Sandberg, Lkr. Rhön-Grabfeld	Zusammenfluss mit Dreikahrbach in Schmalwasser, Gde. Sandberg, Lkr. Rhön-Grabfeld	
423	462003	Eisgraben (Rhön)	Ursprung südlich des Schwarzen Moors, nahe der Staatsstraße 2288 (Hochrhönstraße), Gde. Hausen, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Streu, nördlich der Gde. Nordheim v.d.Rhön, Gde. Nordheim v.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	Ausgenommen Seitenbäche und der Altlauf des Eisgrabens von der Ausleitung der Flutmulde bis zur Wiedereinmündung an der Brücke der Straße von Stetten nach Fladungen
424	462005	Els	Ursprung östlich des Heidelsteins nahe der Staatsstraße 2288 (Hochrhönstraße), Markt Oberelsbach, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Streu, Gde. Unsleben, Lkr. Rhön-Grabfeld	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
425	462019	Hinterer Haselbach	Kreuzung mit dem ausgebauten Weg ca. 1,7 km oberhalb der Mündung in die Brend, in der Gemarkung Haselbach, Stadt Bischofsheim a.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Brend westlich von Unterweißenbrunn, Stadt Bischofsheim a.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	
426	462018	Hofgrundwasser	Forstwegbrücke ca. 1,5 km oberhalb der Mündung in den Röthbach, Stadt Bad Brückenau, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in den Röthbach, Stadt Bad Brückenau, Lkr. Bad Kissingen	
427	462015	Höllgraben (KG)	Ursprung nahe der Wüstung Ebertshof im Truppenübungsplatz Wildflecken, gemeindefreies Gebiet, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Sinn bei Römershag, Stadt Bad Brückenau, Lkr. Bad Kissingen	Ausgenommen Seitenbäche
428	462016	Leimbach	Zusammenfluss der Quellbäche ca. 1,9 km oberhalb der Mündung in die Sinn, in der Gemarkung der Stadt Bad Brückenau, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Sinn, Stadt Bad Brückenau, Lkr. Bad Kissingen	Ausgenommen Seitenbäche

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
429	462002	Leubach	Kreuzung mit der Landesgrenze zu Thüringen oberhalb von Leubach, Stadt Fladungen, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Streu östlich der Stadt Fladungen, Stadt Fladungen, Lkr. Rhön-Grabfeld	Einschließlich Leubachsgraben westlich von Fladungen. Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
430	462008	Leutenau	Ursprung des Quellbaches Schwarzbach südlich des Heidelsteins in der Gemarkung Weisbach, Markt Oberelsbach, Lkr. Rhön-Grabfeld bzw. Ursprung des Quellbaches Moorbach ab der Kreuzung mit der Landesgrenze zu Hessen östlich der Bundesstraße 278, Stadt Bischofsheim a.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Brend in Unterweißenbrunn, Stadt Bischofsheim a.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	Ausgenommen Seitenbäche mit Ausnahme des Schwarzbaches und des Moorbachs bis zur Landesgrenze nach Hessen
431	462014	Mittelbach	Ursprung nordöstlich des Farnbergs (Schwarze Berge) auf ca. 705 m ü. NN, Gde. Riedenberg, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Sinn nördlich der Gde. Riedenberg, Gde. Riedenberg, Lkr. Bad Kissingen	Ausgenommen Seitenbäche
432	462013	Oberbach	Einmündung des Kalkbrunnenbaches nördlich der Gemeindeverbindungsstraße Oberbach – Gefäll, ca. 1 km östlich von Oberbach, Markt Wildflecken, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Sinn westlich von Oberbach, Markt Wildflecken, Lkr. Bad Kissingen	Ausgenommen Ausleitung
433	462017	Röthbach	Ursprung im Süden der Stadt Bad Brückenau, Stadt Bad Brückenau, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Sinn, Stadt Bad Brückenau, Lkr. Bad Kissingen	
434	462010	Schmalwasserbach	Zusammenfluss von Dürrbach und Dreikahrbach in Schmalwasser, Gde. Sandberg, Lkr. Rhön-Grabfeld	Forstwegbrücke ca. 1,2 km südöstlich von Schmalwasser, Gde. Sandberg, Lkr. Rhön-Grabfeld	Ausgenommen Ausleitung und Seitenbäche
435	462011	Schrenkgraben	Forstwegbrücke 1,0 km oberhalb der Mündung in die Fränkische Saale, in der Gemarkung Wittershausen, Markt Oberthulba, Lkr. Bad Kissingen	Mündung in die Fränkische Saale, Gde. Aura a.d.Saale, Lkr. Bad Kissingen	Ausgenommen Seitenbach
436	462012	Sinn	Zusammenfluss der beiden Quellbäche östlich von Oberwildflecken am Westabhang des Kreuzbergs, Markt Wildflecken, Lkr. Bad Kissingen	Kreuzung der Landesgrenze zu Hessen westlich des Marktes Zeitlofs, Markt Zeitlofs, Lkr. Bad Kissingen	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
437	462006	Sonder	Ursprung südwestlich des Heidelsteins nahe der Staatsstraße 2288 (Hochrhönstraße) in der Gemarkung Ginolfs, Markt Oberelsbach, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Els bei Unterelsbach, Markt Oberelsbach, Lkr. Rhön-Grabfeld	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen mit Ausnahme der Flutmulde nördlich von Sondernau, Markt Oberelsbach, Lkr. Rhön-Grabfeld
438	462001	Streu	Kreuzung mit der Landesgrenze zu Thüringen nördlich von Leubach, Stadt Fladungen, Lkr. Rhön-Grabfeld	Einmündung der Sulz östlich der Stadt Ostheim v.d.Rhön, Stadt Ostheim v.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
439	462004	Zeeischenbolzengraben (Dürregraben)	Ursprung östlich der Staatsstraße 2288 (Hochrhönstraße) am Abzweig Richtung Thüringer Hütte/Urspringen, Gmkg. Roth, Gde. Hausen, Lkr. Rhön-Grabfeld	Mündung in die Bahra südwestlich von Sondheim v.d.Rhön, Gde. Sondheim v.d.Rhön, Lkr. Rhön-Grabfeld	
440	**Regierungsbezirk Schwaben (47)**				
441	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Kempten (472)**				
442	472027	Agathazeller Bach	Ursprung am Nordwesthang des Grünten, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	Brücke der Staatsstraße 2007 bei Agathazell, Gde. Burgberg i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	
443	472026	Altmummener Bach und Neumummener Bach	Ursprung am Mittagberg, Gde. Blaichach, Lkr. Oberallgäu	Altmummener Bach: Bahnlinie Immenstadt – Oberstdorf, Neumummener Bach: Beginn der Verrohrung oberhalb OA 5 einschließlich Einlaufbauwerk, Gde. Blaichach, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
444	472051	Ammer (Linder): nur Quellbäche	Ursprung zwischen Ammersattel und Klammspitze, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	Regierungsbezirksgrenze zu Oberbayern, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	
445	472074	Angerbach (OAL)	Ursprung am Röfleuterberg, Gde. Pfronten, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Vils, Gde. Pfronten, Lkr. Ostallgäu	Ausgenommen: Verrohrungsstrecke im Ortsteil Röfleuten von der Peter-Heel-Straße bachaufwärts bis zur Einmündung des Mittelgrabens
446	472056	Betzigauer Bach	Ursprünge der Quellbäche im Kempter Wald, gemeindefreies Gebiet, Lkr. Oberallgäu	Kreuzung mit der Bahnlinie Buchloe – Lindau (Bodensee), Gde. Betzigau, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Ausleitung und Seitenbach in Betzigau
447	472022	Bihlerdorfer Bach	Ursprung oberhalb von Bihlerdorf, Gde. Blaichach, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 134,35, Gde. Blaichach, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Verrohrungsstrecken von Bihlerdorfer Bach und Wannenholzgraben
448	472003	Bolgenach	Ursprung im Nordhang der Roten Wand, Gde. Balderschwang, Lkr. Oberallgäu	Staatsgrenze zu Österreich bei der Einmündung des Doserbaches, Gde. Balderschwang, Lkr. Oberallgäu	
449	472013	Breitach	Staatsgrenze zu Österreich bei der Einmündung des Hörnlesbaches, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 147,05, Markt Oberstdorf, Gde. Fischen i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	
450	472040	Buchinger Dorfbach	Ursprung am Nordhang des Buchenberges, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Buchinger Ache, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	
451	472058	Durach	Ursprünge der Quellbäche im Kempter Wald, gemeindefreies Gebiet, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 107,24, Gde. Durach, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Seebach
452	472037	Erzbach: nur Quellbäche	Ursprung südlich der Hochplatte, Gde. Halblech, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	Staatsgrenze zu Österreich, Gde. Halblech, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	
453	472035	Eschach (Nibel)	Ursprung westlich von Eschach, Markt Buchenberg, Lkr. Oberallgäu	Landesgrenze zu Baden-Württemberg nördlich von Häfeliswald, Markt Buchenberg, Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	
454	472021	Ettensbach	Ursprünge der Quellbäche am Südosthang des Sigiswanger Horns, Gde. Ofterschwang, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 135,15, Gde. Ofterschwang, Lkr. Oberallgäu	
455	472015	Eybach	Ursprung bei der Entschenalpe westlich des Schnippenkopfes, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 142,6, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	
456	472065	Fuchsbach	Ursprung südöstlich Hellengerst, Markt Weitnau, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Weitnauer Argen, Markt Weitnau, Lkr. Oberallgäu	
457	472014	Geisalpbach	Ursprung am Geisalpsee, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 146,2, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	
458	472024	Gunzesrieder Ach	Ursprung des Aubaches östlich des Hochgrats, Markt Oberstaufen, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 133,6, Gde. Blaichach, Lkr. Oberallgäu	
459	472052	Halbammer: nur Quellbäche	Ursprung zwischen Klammspitze und Hoher Bleick, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	Regierungsbezirksgrenze zu Oberbayern, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	
460	472045	Halblech	Ursprung des Lainbaches nordwestlich des Feigenkopfes, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	Wehranlage beim Küchele, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	Ausgenommen Trauchgauer Ach sowie Ausleitung in Halblech
461	472006	Hausbach	Ursprung beim Weiler Schweinhöf, Gde. Oberreute, Lkr. Lindau (Bodensee)	Mündung in die Rothach, Markt Weiler-Simmerberg, Lkr. Lindau (Bodensee)	
462	472017	Hinanger Bach	Ursprung nördlich des Sonnenkopfes, Stadt Sonthofen, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 141,1, Stadt Sonthofen, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Unterlauf des Haslachbaches vom Ende Schluchtlauf bis Mündung
463	472073	Hinslangspannbach	Ursprung im Hohentanner Wald, Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	Ende des Remser Tobels (Geschiebesperre), Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	
464	472059	Hörgers-Tobel	Beginn der Tobelstrecke beim Weiler Hörgers, Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	Geschieberückhaltesperre am Tobelausgang bei Fischers, Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
465	472041	Jagdberg- und Buchenbergrinnen	Ursprung am Nordwesthang des Jagdberges und des Buchenberges, Gde. Halblech, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Buchinger Ache und in den Bannwaldsee, Gde. Halblech, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	
466	472060	Kaldener Tobelbach	Beginn der Tobelstrecke beim Weiler Streifen, Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 80,01, Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	
467	472068	Kehrgraben	Ursprung am Westhang des Rubihorns, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	Ende des Schluchtlaufes, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	
468	472028	Konstanzer Ach	Einmündung des Steigbaches, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 128,1, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	
469	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	Ursprung am Nordhang des Grünten, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	Kranzegger Bach: Brücke der Kreisstraße SF 6 bei der Moosmühle, Schleifenbach: Brücke der Staatsstraße 2007, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Reichergraben
470	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	Ursprung an den Nordhängen der Ellegger Höhe, Gde. Rettenberg, Markt Wertach, Lkr. Oberallgäu	Mündung in den Kranzegger Bach, Gde. Oy-Mittelberg, Lkr. Oberallgäu	
471	472018	Krebsbach	Brücke des Weges Tiefenberg – Muderpolz, Gde. Ofterschwang, Lkr. Oberallgäu	Kreuzung mit der Bundesstraße 19 bei Sigishofen, Gde. Ofterschwang, Lkr. Oberallgäu	
472	472036	Kürnach	Ursprung nördlich von Eschach, Markt Buchenberg, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Eschach nördlich von Häfeliswald, Markt Buchenberg, Markt Altusried, Lkr. Oberallgäu	
473	472004	Lechnerbach (Lecknerbach)	Ursprung nordwestlich des Girenkopfes, Markt Oberstaufen, Lkr. Oberallgäu	Staatsgrenze zu Österreich, Markt Oberstaufen, Lkr. Oberallgäu	
474	472007	Leiblach (Laiblach)	Zusammenfluss der Leiblach mit dem linksseitigen Zubringer im Markt Heimenkirch westlich der Argenstraße, Markt Heimenkirch, Lkr. Lindau (Bodensee)	Mündung in den Bodensee, Große Kreisstadt Lindau (Bodensee), Lkr. Lindau (Bodensee)	Ausgenommen: Bäche nordwestlich der Bahnlinie zwischen Schlachters und Hergatz, Gewässerstrecke des Scheibenbaches im Ortsbereich von Scheidegg, Ausleitungen Leiblach und Opfenbach
475	472062	Leubas	Durchlasseinlauf des Wuhrdammes beim Weiler Wuhr, Gde. Haldenwang, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 95,73, Gde. Lauben, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Seitenbäche und Ausleitungen
476	472019	Leybach	Ursprung südlich des Sonthofner Hörnles, Stadt Sonthofen, Lkr. Oberallgäu	Bahnlinie Sonthofen – Oberstdorf, Stadt Sonthofen, Lkr. Oberallgäu	
477	472064	Mühlenbach	Ursprung am Ochsenberg, Gde. Fischen i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Bundesstraße 19, Gde. Fischen i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	
478	472050	Nesselwanger Mühlbach	Ursprung am Nordhang der Alpspitze, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Wertach, Fluss-km 118,8, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	Ausgenommen Scheiblesmoosbach
479	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	Ursprung am Stoffelsberg, Gde. Waltenhofen, Lkr. Oberallgäu	Unteres Ende des jeweiligen Schluchtlaufes, Gde. Waltenhofen, Lkr. Oberallgäu	Nur Tobelstrecken des Niedersonthofener Dorfbaches und seiner Seitenbäche
480	472009	Obere Argen	Ursprünge der Quellbäche bei Oberstaufen, Markt Oberstaufen, Lkr. Oberallgäu	Landesgrenze zu Baden-Württemberg nordwestlich von Handwerks, Gde. Hergatz, Lkr. Lindau (Bodensee)	Ausgenommen: Seelesgraben, jedoch nicht dessen linke Seitenbäche bis Weißenbachmühle, Seitenbäche unterhalb der Einmündung des Tobelbaches nördl. von Röthenbach, Seitenbäche des Tobelbaches (Anfangspunkt Tobelbach: Zusammenfluss Beulenbach und Balzhofer Bach)

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
481	472023	Osterach (Ostrach)	Ursprung des Obertalbaches östlich des Großen Seekopfes, Markt Bad Hindelang, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 134,1, Stadt Sonthofen, Gde. Burgberg i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen: Verrohrungsstrecken des Rotbaches vom Ostrachkanal bis zur Ostrach und des Binswanger Baches vom Kiesfänger bis zur Ostrach sowie Ausleitungen
482	472063	Peter- und Paulbach	Ursprung von Peter- und Paulbach, Gde. Oy-Mittelberg, Lkr. Oberallgäu	Einmündung in den Rottachsee, Gde. Oy-Mittelberg, Lkr. Oberallgäu	
483	472043	Pöllat	Ursprung südlich des Gabelschrofens, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Mühlberger Ach, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	
484	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Jeweils Ursprung, Markt Oberstaufen, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	1. Für die Quellbäche der Konstanzer Ach: Zusammenfluss von Jugendbach und Tronsberger Bach, Markt Oberstaufen, Lkr. Oberallgäu, 2. Für die Seitenbäche: Mündung in die Konstanzer Ach (bis Einmündung Steigbach) einschließlich Mündung in den Großen Alpsee, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Entwässerungsgräben am Kirchdorfer Tal
485	472032	Reichenbach (OA)	Ursprung bei Buchenberg, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	Mündung in den Kranzegger Bach, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	
486	472049	Reichenbach (OAL)	Staatsgrenze zu Österreich nordöstlich von Jungholz, Markt Wertach, Lkr. Oberallgäu, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Wertach, Fluss-km 122,81, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	
487	472008	Rickenbacher Bach	Beginn der Tobelstrecke südlich von Weißensberg, Gde. Weißensberg, Lkr. Lindau (Bodensee)	Mündung in den Bodensee, Große Kreisstadt Lindau (Bodensee), Lkr. Lindau (Bodensee)	Ausgenommen Ausleitungen
488	472072	Rinnen vom Voglener Berg	Ursprung am Nordhang des Voglener Berges, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	Grundstücksgrenze Flur-Nr. 1282/1283 Gemarkung Nesselwang, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	
489	472071	Rinnen vom Wanker Berg	Ursprung am Nordhang des Wanker Berges, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	Oberhalb der einzelnen Kreuzungsbauwerke mit dem Wirtschaftsweg Flur- Nr. 1229/2, Gemarkung Nesselwang, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	
490	472044	Rinnen zum Alpsee	Ursprung im Alpseekessel, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	Mündung in den Alpsee oder in Ableitungskanäle, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	
491	472067	Rohrbach	Ursprung bei Buchenberg, Markt Buchenberg, Lkr. Oberallgäu	Straßenbrücke bei Aubruck, Gde. Waltenhofen, Lkr. Oberallgäu	
492	472053	Roßbach (Galetsch-Bach): nur Quellbäche	Ursprung am Westhang des Grünten, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	Kiesfang bei der Gemeindeverbindungsstraße Altach – Wagneritz, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	
493	472005	Rothach (Rotach)	Zusammenfluss der Quellbäche Moosbach und Mühlbach in Lindenberg i.Allgäu, Stadt Lindenberg i.Allgäu, Lkr. Lindau (Bodensee)	Staatsgrenze mit Österreich bei der Einmündung des Kesselbaches, Markt Scheidegg, Lkr. Lindau (Bodensee)	
494	472034	Rottach (OA)	Ursprung bei Buchenberg, Markt Buchenberg, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 101,4, Stadt Kempten (Allgäu)	Ausgenommen Seitenbäche unterhalb Ahegg und Bach vom Herrenwieser Weiher
495	472055	Schanzbach	Ursprung am Nordwesthang der Reuterwanne, Markt Wertach, Lkr. Oberallgäu	Mündung in den Grüntensee, Markt Wertach, Lkr. Oberallgäu	
496	472070	Scheiblesmoosbach	Ursprung am Nordhang des Kappelköpfel, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	oberhalb Kreuzungsbauwerk des Wirtschaftsweges, Flur-Nr. 646, Gemarkung Nesselwang, Markt Nesselwang, Lkr. Ostallgäu	
497	472001	Schönbach	Ursprung am Südhang des Piesenkopfes, Gde. Balderschwang, Lkr. Oberallgäu	Staatsgrenze zu Österreich bei der Einmündung des Fugenbaches, Gde. Balderschwang, Lkr. Oberallgäu	
498	472020	Schwarzenbach (OA)	Ursprung südöstlich von Beilenberg, Stadt Sonthofen, Lkr. Oberallgäu	Mündung in den Gießbach (Sinwag), Stadt Sonthofen, Lkr. Oberallgäu	
499	472066	Speckbach	Ursprung nördlich Hellengerst, Markt Weitnau, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Weitnauer Argen, Markt Weitnau, Lkr. Oberallgäu	

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Anfangspunkt	Endpunkt	Bemerkungen
500	472012	Stillach	Ursprung des Rappenalpenbaches südwestlich von Einödsbach, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 147,05, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	
501	472061	Sulzberger Bach	Ursprünge der Quellbäche beim Jodbad Sulzbrunn, Markt Sulzberg, Lkr. Oberallgäu	Einlauf in das Rückhaltebecken oberhalb Aleuthe, Markt Sulzberg, Lkr. Oberallgäu	
502	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	Ursprünge am Nordhang des Hohen Trauchberges, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	Mündung in die Trauchgauer Ach, Gde. Halblech, Lkr. Ostallgäu	
503	472011	Trettach	Ursprung nördlich der Mädelegabel, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 147,05, Markt Oberstdorf, Lkr. Oberallgäu	
504	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	Ursprung am Nordwesthang des Schönleitenschrofen, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	Mündung in den Bannwaldsee, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	
505	472010	Untere Argen	Ursprünge der Quellbäche Börlasbach und Stixnerbach, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Landesgrenze zu Baden-Württemberg ca. 700 m südlich von Großholzleute, Markt Weitnau, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Weitnauer Bach mit Seitenbächen und Zulaufbäche zum Hengeles-Weiher sowie Ausleitungen. Speckbach und Fuchsbach sind Wildbäche (siehe Wildbachnummer 472066 und 472065)
506	472039	Vils	Staatsgrenze zu Österreich bei Rehbach, Gde. Pfronten, Lkr. Ostallgäu	Staatsgrenze zu Österreich bei Pfronten-Steinach, Gde. Pfronten, Lkr. Ostallgäu	Ausgenommen Ausleitungen, rechte Seitenbäche in Pfronten-Steinach (Tränkbach) sowie Faule Ache, nicht jedoch deren rechte Seitenbäche Steinebach inkl. Seitengräben, Hofbach und rechtsseitiger Seitenbach aus dem nördlichen Ortsteil von Pfronten-Weißbach, Seitenbach unterhalb von Durrach und Seitenbach aus Vogeln
507	472033	Vorderburger Wildbäche	Ursprung am Osthang des Rottachberges, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	Mündung in den Kranzegger Bach, Gde. Rettenberg, Lkr. Oberallgäu	
508	472016	Weiler Ach	Ursprung der Schönberger Ach südwestlich des Riedbergerhorns, Gde. Obermaiselstein, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Iller, Fluss-km 141,6, Gde. Fischen i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	
509	472002	Weißach (OA)	Ursprung am Südwesthang des Gschwender Hornes, Stadt Immenstadt i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Staatsgrenze zu Österreich bei der Einmündung des Littenbaches, Markt Oberstaufen, Lkr. Oberallgäu	
510	472047	Wertach	Ursprung bei Oberjoch, Markt Bad Hindelang, Lkr. Oberallgäu	Einmündung der Wertacher Starzlach, Wertach Fluss-km 128,180, Markt Wertach, Lkr. Oberallgäu	
511	472048	Wertacher Starzlach	Ursprung am Nordhang des Wertacher Hörnles, Markt Wertach, Lkr. Oberallgäu	Mündung in die Wertach, Fluss-km 128,180, Markt Wertach, Lkr. Oberallgäu	
512	472057	Wildpoldsrieder Bach	Ursprung östlich von Kaisersmad, Gde. Betzigau, Lkr. Oberallgäu	Kreuzung mit der Bahnlinie Buchloe – Lindau (Bodensee), Gde. Wildpoldsried, Lkr. Oberallgäu	
513	472025	Wustbach	Ursprung am Südhang des Grünten, Gde. Burgberg i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Zusammenfluss von Wustbach und Burgberger Dorfbach, Gde. Burgberg i.Allgäu, Lkr. Oberallgäu	Ausgenommen Verrohrungsstrecken und der anschließende Unterlauf der Mangoldsbäche
514	472038	Zwieselbach: nur Quellbäche	Ursprung südwestlich des Schlagsteines, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	Staatsgrenze zu Österreich, Gde. Schwangau, Lkr. Ostallgäu	

Anlage 3

Ausgebaute Wildbachstrecken

					Koordinaten entsprechen Gauß-Krüger-Koordinaten im 4. Meridianstreifen			
lfd. Nr.	**Kenn-Nr.**	**Einzugsgebiet**	**Gewässername**	**Ausbau-länge in Meter**	**x-Koordi-nate Anfang**	**y-Koordi-nate Anfang**	**x-Koordi-nate Ende**	**y-Koordi-nate Ende**
1	**Regierungsbezirk Oberbayern (41)**							
2	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA München (412)**							
3	412001	Klosterschluchtgraben	Klosterschluchtgraben	338	4459644	5315919	4459974	5315985
4	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Rosenheim (413)**							
5	413001	Große Gaißach (MB)	Große Gaißach, Gaißach, Markgraben	9	4474294	5289027	4474288	5289020
6	413001	Große Gaißach (MB)	Plattenbach, Franzelgraben	321	4473482	5288372	4473738	5288554
7	413001	Große Gaißach (MB)	Plattenbach, Franzelgraben	137	4473137	5288142	4473256	5288201
8	413001	Große Gaißach (MB)	Plattenbach, Franzelgraben	69	4473354	5288258	4473411	5288296
9	413001	Große Gaißach (MB)	Tiefengraben	257	4474067	5288733	4474260	5288583
10	413001	Große Gaißach (MB)	Tiefengraben	176	4474383	5288480	4474512	5288364
11	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Valepp, Rote Valepp, Spitzingsee, Firstgraben	816	4492055	5275187	4492155	5274487
12	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Valepp, Rote Valepp, Spitzingsee, Firstgraben	170	4492238	5277479	4492207	5277314
13	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Valepp, Rote Valepp, Spitzingsee, Firstgraben	162	4490753	5280828	4490894	5280857
14	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Valepp, Rote Valepp, Spitzingsee, Firstgraben	159	4491540	5280307	4491505	5280157
15	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Valepp, Rote Valepp, Spitzingsee, Firstgraben	85	4491998	5276993	4492038	5276921
16	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Valepp, Rote Valepp, Spitzingsee, Firstgraben	16	4491988	5275552	4491993	5275537
17	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	353	4491665	5275849	4491908	5275700
18	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	234	4488940	5277047	4489100	5277175
19	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	176	4490581	5276580	4490733	5276576
20	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	164	4488364	5276612	4488445	5276746
21	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	150	4488062	5276515	4488191	5276531
22	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	123	4487680	5276383	4487784	5276446
23	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	32	4490887	5276445	4490916	5276435
24	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Weiße Valepp, Neualpenbach	32	4491957	5275586	4491977	5275562
25	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Rauhensackbach, Sackgraben	1134	4488063	5276348	4487892	5275282
26	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	nicht bekannt	604	4491001	5279229	4491288	5279654
27	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Lochgraben	383	4491650	5280592	4491952	5280426
28	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Lochgraben	125	4493196	5280492	4493281	5280554
29	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Lochgraben	42	4493273	5280654	4493279	5280688
30	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	Kogeltalbach	82	4488802	5276212	4488856	5276155
31	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	nicht bekannt	99	4492209	5275248	4492264	5275330
32	413002	Brandenberger Ache (Grundache)	nicht bekannt	115	4493284	5280694	4493382	5280711
33	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Kieferbach, Kesselbodenbach, Ursprungbach, Klausbach, Thierseer Ache	2150	4511757	5275060	4511757	5275060
34	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Gießenbach	3036	4507659	5276624	4510033	5275385
35	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Gießenbach	1625	4506287	5277632	4507505	5276772
36	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Gießenbach	663	4510639	5275197	4511111	5274841
37	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Alpbach	816	4506906	5276697	4506906	5276697
38	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Alpbach	677	4505437	5276303	4505248	5276289
39	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	11	4511750	5275069	4511757	5275060
40	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	15	4510768	5274406	4510783	5274407
41	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	201	4510623	5274607	4510807	5274574
42	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	135	4505784	5275963	4505741	5275837
43	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	796	4512184	5275709	4512754	5275282
44	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	20	4513784	5274871	4513803	5274878
45	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	311	4505122	5277324	4504901	5277113

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
46	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	55	4506656	5277446	4506643	5277393
47	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	312	4505248	5276289	4505079	5276032
48	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	470	4505777	5275957	4505434	5275666
49	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	74	4505786	5275962	4505784	5275888
50	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	198	4506392	5276053	4506334	5275867
51	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	35	4507624	5275670	4507612	5275638
52	413003	Kieferbach (Thierseebach)	Säggraben	255	4508300	5276356	4508278	5276104
53	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	481	4505106	5277294	4505168	5276872
54	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	414	4504752	5275791	4505079	5276032
55	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	37	4506883	5276726	4506906	5276697
56	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	80	4508164	5276389	4508129	5276318
57	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	19	4508646	5276409	4508658	5276394
58	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	91	4505362	5276253	4505437	5276303
59	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	78	4506726	5276496	4506763	5276428
60	413003	Kieferbach (Thierseebach)	nicht bekannt	13	4508157	5276411	4508159	5276398
61	413004	Reschmühlbach	Mühlbach	1604	4512777	5277644	4514110	5277915
62	413005	Röthenbach	Thaler Graben, Röthenbach	395	4512306	5278946	4512639	5278794
63	413005	Röthenbach	Thaler Graben, Röthenbach	259	4512699	5278791	4512950	5278776
64	413006	Auerbach	Auerbach	2592	4512016	5279824	4512016	5279824
65	413006	Auerbach	Auerbach	2012	4503290	5282751	4504837	5281944
66	413006	Auerbach	Auerbach	1013	4505248	5281207	4506106	5281381
67	413006	Auerbach	Auerbach	164	4506563	5281343	4506721	5281369
68	413006	Auerbach	Auerbach	144	4504851	5281769	4504910	5281639
69	413006	Auerbach	Arzbach	103	4504494	5282459	4504538	5282367
70	413006	Auerbach	Baumoosbach	127	4505749	5281204	4505786	5281083
71	413006	Auerbach	Gassenbach	283	4504764	5280767	4504537	5280633
72	413006	Auerbach	Gassenbach	88	4504917	5281034	4504876	5280957
73	413006	Auerbach	Gassenbach	87	4505258	5281196	4505172	5281185
74	413006	Auerbach	nicht bekannt	142	4511811	5279830	4511945	5279822
75	413006	Auerbach	Fischbach	1530	4511385	5280576	4512572	5280039
76	413006	Auerbach	nicht bekannt	171	4512172	5279135	4512161	5279295
77	413006	Auerbach	nicht bekannt	52	4504416	5282796	4504460	5282823
78	413006	Auerbach	nicht bekannt	20	4504452	5282653	4504471	5282658
79	413006	Auerbach	nicht bekannt	136	4510174	5280278	4510290	5280209
80	413006	Auerbach	nicht bekannt	621	4512016	5279824	4512161	5279295
81	413006	Auerbach	nicht bekannt	455	4511466	5278728	4511821	5278967
82	413006	Auerbach	nicht bekannt	151	4504752	5281643	4504901	5281640
83	413006	Auerbach	nicht bekannt	310	4504583	5280986	4504879	5280967
84	413006	Auerbach	nicht bekannt	55	4505149	5281165	4505144	5281111
85	413006	Auerbach	nicht bekannt	47	4510470	5280384	4510496	5280345
86	413006	Auerbach	nicht bekannt	29	4512099	5279385	4512122	5279402
87	413006	Auerbach	nicht bekannt	139	4511924	5279524	4512056	5279532
88	413006	Auerbach	nicht bekannt	73	4504841	5281046	4504910	5281027
89	413007	Einödbach	Einödbach, Einbach	1025	4511744	5284897	4511010	5284252
90	413008	Euzenauer Bach	Euzenauerbach, Euzenauergraben	1005	4512537	5285161	4513258	5285755
91	413009	Labach	Labach	15	4511983	5286821	4511983	5286821
92	413009	Labach	nicht bekannt	1136	4511983	5286821	4512903	5286451
93	413009	Labach	nicht bekannt	83	4513189	5286325	4513256	5286356
94	413009	Labach	nicht bekannt	284	4512903	5286451	4513123	5286586
95	413009	Labach	nicht bekannt	452	4513098	5287060	4512858	5286695
96	413010	Markbach	nicht bekannt	733	4510636	5285670	4510814	5286297
97	413011	Hundsgraben	nicht bekannt	774	4510218	5286906	4509925	5286368
98	413012	Maigraben	Maigraben	2022	4509743	5287057	4508735	5285586
99	413012	Maigraben	nicht bekannt	597	4509109	5286482	4508634	5286168
100	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	Steinbach (Achen), Steinbach, Achen	4874	4514625	5290193	4514625	5290193
101	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	Steinbach (Achen), Steinbach, Achen	1846	4516725	5292938	4518088	5293115
102	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	Fluderbach, Weißenbach	2182	4514959	5290244	4516447	5289951

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
103	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	Fluderbach, Weißenbach	342	4514625	5290193	4514932	5290211
104	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	nicht bekannt	624	4514794	5291832	4515338	5291949
105	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	Fluderbach	1042	4515495	5290394	4515940	5289522
106	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	Entbach	357	4512311	5289835	4512034	5289637
107	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	nicht bekannt	112	4514293	5292350	4514343	5292251
108	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	nicht bekannt	67	4514977	5290197	4515035	5290162
109	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	nicht bekannt	431	4514925	5290172	4514888	5289807
110	413013	Steinbach (Achen, Kogelgraben)	nicht bekannt	196	4513969	5289903	4514017	5289725
111	413014	Grießenbach (Förchenbach)	Inn, Grießenbach, Förchenbach	4979	4506889	5287034	4506889	5287034
112	413014	Grießenbach (Förchenbach)	Inn, Grießenbach, Förchenbach	237	4506129	5285529	4506138	5285759
113	413014	Grießenbach (Förchenbach)	Mühlbach	252	4503584	5285748	4503773	5285874
114	413014	Grießenbach (Förchenbach)	Mühlbach	70	4503505	5285442	4503458	5285490
115	413014	Grießenbach (Förchenbach)	nicht bekannt	128	4503353	5285671	4503474	5285642
116	413014	Grießenbach (Förchenbach)	nicht bekannt	912	4505990	5287096	4506850	5286920
117	413014	Grießenbach (Förchenbach)	nicht bekannt	20	4506123	5285655	4506142	5285660
118	413014	Grießenbach (Förchenbach)	nicht bekannt	156	4506362	5286885	4506494	5286954
119	413014	Grießenbach (Förchenbach)	Grießenbach	17	4506899	5287047	4506889	5287034
120	413015	Kirchbach	Kirchbach	3444	4507440	5288397	4507440	5288397
121	413015	Kirchbach	Kirchbach	2201	4504081	5288612	4504533	5287799
122	413015	Kirchbach	nicht bekannt	984	4506671	5287912	4507440	5288397
123	413015	Kirchbach	nicht bekannt	32	4504503	5287798	4504533	5287799
124	413015	Kirchbach	Zwieselbach	461	4504081	5288612	4503685	5288472
125	413016	Litzldorfer Bach	Litzldorfer Bach	1379	4503833	5291983	4503869	5290748
126	413016	Litzldorfer Bach	nicht bekannt	121	4503966	5290919	4503850	5290901
127	413017	Kutterlinger Bach	Kutterlinger Bach	1132	4502403	5291860	4502196	5290862
128	413018	Derndorfer Bach	Seltengraben	645	4503266	5291606	4502726	5291364
129	413018	Derndorfer Bach	Seltengraben	481	4503266	5291606	4503250	5291134
130	413018	Derndorfer Bach	nicht bekannt	126	4502922	5291489	4502885	5291376
131	413019	Breitenbach (RO)	Breitner Bach, Eschbach	680	4510672	5290987	4511117	5290547
132	413019	Breitenbach (RO)	Breitner Bach, Eschbach	651	4511181	5290550	4511608	5290906
133	413020	Rohrdorfer Ache	Rohrdorfer Achen	5115	4511407	5296806	4515143	5295007
134	413020	Rohrdorfer Ache	Rohrdorfer Achen	1719	4517324	5295431	4517324	5295431
135	413020	Rohrdorfer Ache	Rohrdorfer Achen	1452	4511113	5298119	4511412	5296818
136	413020	Rohrdorfer Ache	Tauerner Graben	1145	4517324	5295431	4518282	5295329
137	413020	Rohrdorfer Ache	Tauerner Graben	326	4518837	5295633	4519081	5295510
138	413020	Rohrdorfer Ache	nicht bekannt	455	4517114	5295392	4517419	5295127
139	413020	Rohrdorfer Ache	Höllgraben	570	4514643	5294964	4514629	5294401
140	413020	Rohrdorfer Ache	nicht bekannt	176	4515106	5294827	4515180	5294679
141	413021	Achen (Thalkirchner Ache)	Sims, Simssee, Thalkirchner Achen	4324	4519893	5305553	4520772	5303393
142	413021	Achen (Thalkirchner Ache)	Hofgraben	462	4521274	5304401	4521636	5304571
143	413021	Achen (Thalkirchner Ache)	nicht bekannt	188	4521250	5303745	4521332	5303594
144	413021	Achen (Thalkirchner Ache)	nicht bekannt	10	4521161	5303978	4521168	5303971
145	413023	Fellbach (Pietzingerbach, Wurmsdorfer Bächlein)	Fellbach, Wurmsdorfer Bächlein	1411	4518485	5302570	4519196	5301595
146	413023	Fellbach (Pietzingerbach, Wurmsdorfer Bächlein)	Fellbach, Wurmsdorfer Bächlein	1041	4519846	5301099	4520449	5300506
147	413023	Fellbach (Pietzingerbach, Wurmsdorfer Bächlein)	Fellbach, Wurmsdorfer Bächlein	706	4518135	5303088	4518433	5302602
148	413023	Fellbach (Pietzingerbach, Wurmsdorfer Bächlein)	Albersberger Bach	177	4520141	5300901	4520128	5300728
149	413024	Angerbach (RO)	Angerbach, Thalbach	637	4517071	5302227	4517322	5301699
150	413024	Angerbach (RO)	Angerbach, Thalbach	131	4517342	5301670	4517444	5301594
151	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	Pfeiler Graben	336	4521762	5305103	4521885	5304797
152	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	nicht bekannt	447	4523530	5305669	4523773	5305365
153	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	nicht bekannt	142	4523106	5305665	4523098	5305526

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
154	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	Weidenbach	485	4522566	5305793	4522615	5305322
155	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	Hofangergraben	185	4521980	5305221	4522068	5305060
156	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	nicht bekannt	253	4523336	5305662	4523396	5305440
157	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	nicht bekannt	131	4523098	5305526	4523022	5305421
158	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	Bachbreitengraben	21	4521920	5304861	4521939	5304852
159	413025	Antworter Berg: Gräben am Nordwesthang	Kreuzelgraben	250	4522357	5305476	4522412	5305246
160	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	Schwärzenbach, Schußbach	328	4483472	5289804	4483647	5289544
161	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	Schwärzenbach, Schußbach	205	4481224	5291126	4481375	5291036
162	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	Schwärzenbach, Schußbach	101	4482160	5289899	4482246	5289895
163	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	Schwärzenbach, Schußbach	63	4482304	5289860	4482364	5289858
164	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	Schwärzenbach, Schußbach	55	4481861	5289938	4481910	5289912
165	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	Reithgraben	536	4482561	5289782	4482792	5289340
166	413027	Schwärzenbach und Tobelstrecken der Quellbäche	nicht bekannt	13	4481375	5291036	4481380	5291024
167	413028	Festenbach	Festenbach	724	4476549	5290586	4476256	5289976
168	413028	Festenbach	Festenbach	249	4475818	5289391	4475727	5289168
169	413028	Festenbach	Festenbach	130	4476049	5289665	4475993	5289571
170	413028	Festenbach	nicht bekannt	56	4476277	5289896	4476295	5289852
171	413030	Schlierach	Schlierach, Schliersee	12975	4485956	5298513	4489207	5288300
172	413031	Schliersee: Zuflüsse	Breitenbach	1433	4488261	5287989	4489018	5287722
173	413031	Schliersee: Zuflüsse	Breitenbach	1399	4487348	5287061	4488262	5287957
174	413031	Schliersee: Zuflüsse	Mühlgraben	92	4489825	5285472	4489903	5285520
175	413031	Schliersee: Zuflüsse	Mühlgraben	30	4489966	5285822	4489957	5285851
176	413031	Schliersee: Zuflüsse	Leitner Graben	1956	4490167	5287806	4491609	5287240
177	413031	Schliersee: Zuflüsse	Arzgraben	780	4487392	5287030	4487547	5286310
178	413031	Schliersee: Zuflüsse	Schindelgraben	219	4489707	5286101	4489540	5285975
179	413031	Schliersee: Zuflüsse	Trattengraben	176	4489316	5286387	4489481	5286391
180	413031	Schliersee: Zuflüsse	Erlmoosgraben	528	4490998	5287994	4490998	5287994
181	413031	Schliersee: Zuflüsse	Ostergraben	1559	4490977	5288762	4490588	5288616
182	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	1468	4487547	5286310	4487966	5285083
183	413031	Schliersee: Zuflüsse	Gschwandbach	764	4486775	5287397	4487442	5287128
184	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	700	4490277	5285069	4489722	5284901
185	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	215	4490404	5285378	4490323	5285182
186	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	95	4489513	5286208	4489575	5286276
187	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	35	4489368	5286531	4489402	5286538
188	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	191	4489265	5286631	4489447	5286637
189	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	175	4489260	5286743	4489417	5286674
190	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	20	4489318	5286951	4489333	5286964
191	413031	Schliersee: Zuflüsse	Sperbergraben	131	4491200	5287680	4491330	5287679
192	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	141	4490890	5288321	4490799	5288219
193	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	127	4490642	5287989	4490581	5287882
194	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	378	4490335	5288058	4490647	5288244
195	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	181	4490977	5288762	4491148	5288769
196	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	20	4490621	5288686	4490620	5288666
197	413031	Schliersee: Zuflüsse	Kreiter Graben	682	4490225	5289303	4489915	5288784
198	413031	Schliersee: Zuflüsse	Kreiter Graben	137	4489776	5288391	4489703	5288277
199	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	31	4487929	5285163	4487959	5285166
200	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	69	4489182	5287043	4489247	5287066

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
201	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	90	4489204	5287143	4489147	5287081
202	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	96	4489163	5287215	4489104	5287144
203	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	20	4489090	5287356	4489110	5287358
204	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	152	4491112	5288143	4490996	5288057
205	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	55	4490989	5288041	4490998	5287994
206	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	130	4490252	5288191	4490355	5288260
207	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	323	4491049	5288970	4490905	5288685
208	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	23	4490896	5288670	4490917	5288662
209	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	68	4490588	5288616	4490653	5288598
210	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	124	4489961	5288832	4490070	5288878
211	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	353	4491039	5288955	4491363	5289049
212	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	22	4490111	5289146	4490132	5289153
213	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	156	4490072	5288664	4490222	5288663
214	413031	Schliersee: Zuflüsse	nicht bekannt	19	4487879	5285307	4487894	5285320
215	413033	Birkenbach	Birkenbach	241	4487116	5294282	4486917	5294184
216	413033	Birkenbach	Birkenbach	170	4487260	5294497	4487145	5294374
217	413033	Birkenbach	Birkenbach	48	4486810	5294097	4486777	5294064
218	413034	Leitzach (Oberlauf)	Leitzach, Aubach, Wackbach	10539	4495154	5285553	4500597	5279172
219	413034	Leitzach (Oberlauf)	Alpbach, Steilenbach	1801	4497613	5281645	4498690	5282931
220	413034	Leitzach (Oberlauf)	Alpbach, Steilenbach	144	4497627	5281527	4497550	5281418
221	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kieferbach, Kesselbodenbach, Ursprungbach, Klausbach, Thierseer Ache	375	4501461	5275225	4501581	5274876
222	413034	Leitzach (Oberlauf)	Sillbach	415	4500751	5278998	4500870	5279353
223	413034	Leitzach (Oberlauf)	Sillbach	228	4500923	5277781	4500978	5277970
224	413034	Leitzach (Oberlauf)	Legerwaldgraben	761	4501060	5282118	4500878	5281525
225	413034	Leitzach (Oberlauf)	Legerwaldgraben	29	4501062	5282574	4501046	5282550
226	413034	Leitzach (Oberlauf)	Krottenthaler Graben	164	4497419	5281356	4497553	5281425
227	413034	Leitzach (Oberlauf)	Krottenthaler Graben	117	4497234	5281187	4497316	5281258
228	413034	Leitzach (Oberlauf)	Mühlbach	1000	4499117	5283742	4498546	5283174
229	413034	Leitzach (Oberlauf)	Berggraben	1140	4496784	5283889	4496714	5282902
230	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	318	4497683	5284151	4497895	5284338
231	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	83	4498259	5284411	4498333	5284436
232	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kloo-Ascher-Bach, Elendgraben	958	4500362	5276623	4501227	5276645
233	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kloo-Ascher-Bach, Elendgraben	100	4498443	5276594	4498479	5276505
234	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kloo-Ascher-Bach, Elendgraben	79	4499231	5276257	4499307	5276256
235	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kloo-Ascher-Bach, Elendgraben	52	4498625	5276343	4498674	5276325
236	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kloo-Ascher-Bach, Elendgraben	39	4499422	5276315	4499456	5276334
237	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	556	4501628	5281720	4502149	5281690
238	413034	Leitzach (Oberlauf)	Larchbach	1076	4501109	5281764	4501902	5282297
239	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	180	4496797	5281086	4496780	5280909
240	413034	Leitzach (Oberlauf)	Kuttenraingraben	64	4497938	5284535	4497979	5284577
241	413034	Leitzach (Oberlauf)	Nesselgraben	173	4502455	5276408	4502549	5276548
242	413034	Leitzach (Oberlauf)	Nesselgraben	95	4502029	5276176	4502123	5276182
243	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	379	4501294	5280240	4501640	5280304
244	413034	Leitzach (Oberlauf)	Beiwandgraben	580	4500690	5281699	4500519	5281164
245	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	282	4499386	5283329	4499254	5283094
246	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	239	4499250	5283016	4499284	5282807
247	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	215	4501460	5282203	4501323	5282049
248	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	75	4503128	5276275	4503153	5276205
249	413034	Leitzach (Oberlauf)	nicht bekannt	129	4498007	5275779	4498094	5275693
250	413035	Leitzach (Unterlauf)	Leitzach, Aubach, Wackbach	24401	4487866	5305841	4493212	5292024
251	413035	Leitzach (Unterlauf)	Leitzach, Aubach, Wackbach	8527	4493142	5291859	4495154	5285553
252	413035	Leitzach (Unterlauf)	nicht bekannt	12	4492020	5298632	4492032	5298628
253	413035	Leitzach (Unterlauf)	Schnaitgraben	799	4490652	5300239	4490652	5300239
254	413035	Leitzach (Unterlauf)	Holzergraben	540	4490652	5300239	4490490	5299765
255	413035	Leitzach (Unterlauf)	Angergraben	38	4490579	5299983	4490613	5299985

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
256	413035	Leitzach (Unterlauf)	nicht bekannt	181	4490752	5299577	4490924	5299607
257	413036	Dürnbach (Gde. Schliersee)	Aurach, Ankelbach	703	4491772	5284719	4492409	5284954
258	413036	Dürnbach (Gde. Schliersee)	Aurach, Ankelbach	549	4490940	5284311	4491424	5284312
259	413036	Dürnbach (Gde. Schliersee)	Aurach, Ankelbach	370	4491579	5284259	4491730	5284553
260	413036	Dürnbach (Gde. Schliersee)	Aurach, Ankelbach	102	4490700	5284108	4490763	5284187
261	413036	Dürnbach (Gde. Schliersee)	Aurach, Ankelbach	41	4490817	5284286	4490855	5284298
262	413036	Dürnbach (Gde. Schliersee)	Dürnbach	2169	4489927	5284505	4491772	5284719
263	413037	Hachelbach	Hachelbach	1906	4492411	5284954	4491467	5283441
264	413038	Aurachgraben (Aurachtal)	Aurachgraben	907	4493857	5284819	4494338	5284207
265	413040	Elbach mit Dürnbach	Elbach	646	4496046	5289369	4496579	5289355
266	413040	Elbach mit Dürnbach	Elbach	97	4498936	5289238	4499031	5289251
267	413040	Elbach mit Dürnbach	Elbach	73	4496853	5289298	4496917	5289267
268	413040	Elbach mit Dürnbach	Elbach	66	4497100	5289156	4497165	5289158
269	413040	Elbach mit Dürnbach	Dürnbach	69	4496444	5289701	4496506	5289726
270	413040	Elbach mit Dürnbach	Dürnbach	47	4496335	5289692	4496294	5289674
271	413040	Elbach mit Dürnbach	nicht bekannt	140	4499031	5289251	4499152	5289298
272	413042	Sulzgraben	Sulzgraben	18	4490725	5293502	4490716	5293486
273	413042	Sulzgraben	nicht bekannt	20	4490546	5292329	4490566	5292327
274	413042	Sulzgraben	nicht bekannt	20	4491676	5291759	4491688	5291770
275	413042	Sulzgraben	nicht bekannt	20	4491078	5291845	4491070	5291827
276	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Mühlbach	542	4490900	5303351	4491222	5303282
277	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Hainerbach, Thalhamergraben	1169	4492489	5303015	4493027	5302068
278	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Kropfbach	743	4494712	5302234	4494860	5301667
279	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Kropfbach	203	4493915	5300330	4493776	5300212
280	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Kropfbach	25	4494764	5301548	4494753	5301525
281	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Feldbach, Hochängergraben, Aufhamergraben	1603	4496194	5301502	4496194	5301502
282	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Feldbach, Hochängergraben, Aufhamergraben	382	4495577	5300820	4495512	5300486
283	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Feldbach, Hochängergraben, Aufhamergraben	141	4494405	5299948	4494330	5299845
284	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Höllgraben	1117	4486064	5306796	4487092	5306821
285	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Kindlergraben	76	4492831	5302437	4492812	5302364
286	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Kachelauergraben	549	4492174	5302515	4492466	5302909
287	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Schwahenhamergraben	859	4494072	5301911	4494698	5302243
288	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	1587	4496194	5301502	4495936	5300298
289	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	390	4495832	5300221	4495757	5299861
290	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	20	4492189	5302519	4492196	5302501
291	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	Aufhamerbach	20	4494892	5301377	4494879	5301362
292	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	117	4494061	5301662	4494094	5301552
293	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	20	4494085	5301901	4494086	5301882
294	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	511	4491481	5303186	4491887	5303395
295	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	107	4496078	5300301	4496121	5300228
296	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	18	4495199	5302018	4495216	5302021
297	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	96	4494094	5301552	4494054	5301465
298	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	96	4490905	5303455	4490935	5303381
299	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	13	4496201	5301427	4496214	5301425
300	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	12	4490999	5303251	4490999	5303239
301	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	159	4495183	5300225	4495167	5300069
302	413043	Mangfall: Rechtsseitige Zuflüsse	nicht bekannt	16	4495599	5300812	4495601	5300796
303	413044	Jenbach	Kaltenbach, Jenbach, Großer Jenbach, Moosebnetgraben	6949	4501097	5295169	4501595	5289462
304	413044	Jenbach	Kaltenbach, Jenbach, Großer Jenbach, Moosebnetgraben	352	4500798	5287502	4500637	5287198
305	413044	Jenbach	Kaltenbach, Jenbach, Großer Jenbach, Moosebnetgraben	98	4501561	5288652	4501574	5288556
306	413044	Jenbach	Osterbach, Wassergraben	3339	4498646	5291701	4500589	5293502
307	413044	Jenbach	Kleiner Jenbach	150	4501629	5288555	4501755	5288501

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
308	413044	Jenbach	Kleiner Jenbach	104	4501864	5288432	4501955	5288384
309	413044	Jenbach	Kleiner Jenbach	81	4502158	5288405	4502218	5288356
310	413044	Jenbach	Weißenbach	926	4498629	5291681	4499037	5291077
311	413044	Jenbach	Feilnbach	1758	4499401	5292689	4500543	5293592
312	413044	Jenbach	nicht bekannt	400	4502221	5288355	4502562	5288188
313	413044	Jenbach	Gundelsberger Graben	297	4501175	5288853	4501344	5289085
314	413044	Jenbach	nicht bekannt	19	4499783	5291785	4499791	5291770
315	413044	Jenbach	nicht bekannt	221	4499361	5292666	4499297	5292458
316	413044	Jenbach	nicht bekannt	529	4499809	5292749	4499511	5292324
317	413044	Jenbach	nicht bekannt	45	4502204	5288376	4502248	5288378
318	413044	Jenbach	nicht bekannt	209	4501288	5291235	4501275	5291414
319	413044	Jenbach	nicht bekannt	150	4501252	5291438	4501155	5291548
320	413044	Jenbach	nicht bekannt	20	4499686	5291685	4499679	5291667
321	413044	Jenbach	nicht bekannt	20	4499507	5292313	4499507	5292293
322	413044	Jenbach	Jenbach	12	4501533	5289876	4501539	5289865
323	413044	Jenbach	nicht bekannt	578	4501016	5290647	4501530	5290848
324	413044	Jenbach	nicht bekannt	162	4500544	5292248	4500692	5292306
325	413044	Jenbach	nicht bekannt	17	4501330	5291271	4501343	5291259
326	413045	Aubach (RO)	Aubach, Köcker Graben, Hinterholzer Graben	3378	4497828	5295342	4496693	5295218
327	413045	Aubach (RO)	Aubach, Köcker Graben, Hinterholzer Graben	425	4494445	5295804	4494844	5295886
328	413045	Aubach (RO)	Aubach, Köcker Graben, Hinterholzer Graben	122	4495041	5295831	4495136	5295762
329	413045	Aubach (RO)	Aschbacher Graben	1051	4495429	5295257	4495429	5295257
330	413045	Aubach (RO)	Schönauer Graben	20	4492489	5294820	4492503	5294807
331	413045	Aubach (RO)	Eyergraben	480	4495963	5295304	4495743	5294892
332	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	689	4497599	5294912	4497599	5294912
333	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	631	4495429	5295257	4494953	5294892
334	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	314	4495748	5294884	4495688	5294606
335	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	224	4496693	5295218	4496649	5295000
336	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	52	4496524	5294669	4496501	5294624
337	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	774	4497496	5294874	4497345	5294157
338	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	93	4497608	5294527	4497566	5294447
339	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	18	4497599	5294912	4497600	5294894
340	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	20	4495713	5295369	4495726	5295354
341	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	22	4496312	5295291	4496301	5295272
342	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	495	4497348	5294874	4497127	5294486
343	413045	Aubach (RO)	nicht bekannt	14	4495273	5295123	4495277	5295110
344	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Dettendorfer Kalte, Kaltenbach	2081	4497836	5298309	4497836	5298309
345	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Dettendorfer Kalte, Kaltenbach	391	4496464	5298241	4496772	5298268
346	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Dettendorfer Kalte, Kaltenbach	50	4498952	5299097	4498986	5299133
347	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Eulenbach	124	4495850	5297628	4495905	5297718
348	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Eulenbach	22	4495534	5297155	4495556	5297155
349	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	48	4497052	5297796	4497072	5297831
350	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	45	4497441	5298157	4497484	5298146
351	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	21	4497616	5298123	4497636	5298119
352	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	19	4497018	5297675	4497030	5297689
353	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	19	4493942	5298478	4493941	5298460
354	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	Leitnergraben	59	4494744	5298143	4494796	5298118
355	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	423	4497121	5298308	4496898	5297992
356	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	20	4497125	5298399	4497142	5298389
357	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	342	4495155	5298284	4495395	5298049
358	413046	Dettendorfer Kaltenbach (Kalten)	nicht bekannt	34	4497802	5298312	4497836	5298309
359	413047	Hofau: Tobelstrecke der rechtsseitigen Zuflüsse zur Binnenentwässerung	Grabergraben	705	4510854	5303652	4511407	5303849

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
360	413047	Hofau: Tobelstrecke der rechtsseitigen Zuflüsse zur Binnenentwässerung	Rannergraben	951	4510742	5304955	4511450	5304802
361	413047	Hofau: Tobelstrecke der rechtsseitigen Zuflüsse zur Binnenentwässerung	Doblergraben	419	4510867	5305646	4511204	5305558
362	413048	Ameranger Dorfbach	Ameranger Dorfbach	1396	4523797	5316490	4524973	5316686
363	413048	Ameranger Dorfbach	Ameranger Dorfbach	1147	4523060	5317481	4523403	5316606
364	413048	Ameranger Dorfbach	nicht bekannt	114	4523338	5316988	4523441	5316953
365	413049	Kalkgraben (Totermannsgraben)	Totenmannsgraben	1444	4522037	5316113	4522919	5316052
366	413050	Katzbach: Tobelstrecke	Inn, Katzbach	1229	4510536	5318449	4511629	5318482
367	413051	Nasenbach	Nasenbach, Mühlbach	67	4518112	5332128	4518049	5332151
368	413052	Rainbach (Urtelbach): Tobelstrecke	Rainbach	1044	4520073	5335144	4520915	5334710
369	413053	Holzergraben	Holzer Graben	1114	4522075	5335942	4523014	5335887
370	413054	Reitgraben	Reitengraben	2636	4522012	5337584	4523705	5336121
371	413054	Reitgraben	Gasteiger Graben	61	4521565	5337013	4521613	5337022
372	413054	Reitgraben	nicht bekannt	359	4522181	5337893	4522042	5337574
373	413054	Reitgraben	nicht bekannt	74	4522592	5337219	4522546	5337172
374	413055	Hopfgartengraben I	Hopfgartengraben	1988	4523591	5338247	4524001	5336696
375	413055	Hopfgartengraben I	Hopfgartengraben	178	4524154	5336688	4524318	5336637
376	413055	Hopfgartengraben I	Hopfgartengraben	53	4524497	5336658	4524548	5336643
377	413057	Wildbach	Wildbach	3598	4528734	5336888	4527472	5334400
378	413057	Wildbach	Grunderbach	1674	4528614	5336887	4529083	5335514
379	413057	Wildbach	nicht bekannt	481	4529083	5335514	4529098	5335145
380	413058	Steinbach (MÜ)	Howaschgraben, Steinbach	1093	4524835	5339466	4525742	5339895
381	413058	Steinbach (MÜ)	Howaschgraben, Steinbach	118	4525758	5339914	4525836	5340002
382	413058	Steinbach (MÜ)	Howaschgraben, Steinbach	43	4524791	5339438	4524822	5339464
383	413059	Wanklbach	Wanklbach	4526	4532103	5338909	4532904	5335270
384	413060	Guttenburger Bach	Guttenburger Bach	652	4534694	5339869	4534641	5339258
385	413061	Frauendorfer Bach	Frauendorfer Bach, Schrankbaumerbach, Lohbach, Stangerner Bach	2823	4536237	5340550	4536219	5338162
386	413061	Frauendorfer Bach	Frauendorfer Bach, Schrankbaumerbach, Lohbach, Stangerner Bach	958	4536217	5341405	4536209	5340611
387	413062	Bernauer Achen	Bernauer Achen, Rottauer Bach	3034	4528575	5298332	4529940	5295815
388	413062	Bernauer Achen	Farbinger Bach	448	4529354	5295931	4529318	5295523
389	413062	Bernauer Achen	Farbinger Bach	82	4529314	5295499	4529273	5295436
390	413062	Bernauer Achen	Messeschmiedgraben	20	4528695	5295556	4528693	5295536
391	413062	Bernauer Achen	Messeschmiedgraben	18	4529374	5295795	4529356	5295794
392	413063	Berghamer Bach	Berghamer Bach, Schauergraben	2976	4529005	5297126	4527427	5295345
393	413063	Berghamer Bach	Berghamer Bach, Schauergraben	191	4527361	5295048	4527436	5294881
394	413063	Berghamer Bach	Berghamer Bach, Schauergraben	160	4527558	5293415	4527560	5293272
395	413063	Berghamer Bach	Osterhamer Bach	299	4528791	5296243	4528773	5295949
396	413064	Bernauer Bach	Bernauer Bach	2871	4527627	5296656	4527627	5296656
397	413064	Bernauer Bach	nicht bekannt	243	4526300	5295600	4526484	5295446
398	413064	Bernauer Bach	Möglgraben	271	4527627	5296656	4527585	5296395
399	413065	Moosbach (RO)	Moosbach	267	4527406	5297328	4527655	5297287
400	413066	Bauerlbach (Steinbach)	Bäuerlbach	183	4527225	5297800	4527225	5297800
401	413066	Bauerlbach (Steinbach)	Bäuerlbach	75	4527225	5297800	4527240	5297857
402	413066	Bauerlbach (Steinbach)	Bäuerlbach	75	4527225	5297800	4527240	5297857
403	413066	Bauerlbach (Steinbach)	nicht bekannt	136	4527091	5297791	4527225	5297800
404	413066	Bauerlbach (Steinbach)	Steinbach	538	4526391	5298107	4526798	5298006
405	413067	Kleebach	Kleebach	849	4526229	5298414	4526933	5298652
406	413068	Egerndorfer Bach	Egerndorfer Bach	1110	4526526	5299808	4525698	5299196
407	413069	Reitbach	Reitbach	1328	4526025	5300634	4525376	5299813
408	413070	Prien (Oberlauf)	Prien	12851	4524346	5293020	4519323	5283419

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
409	413070	Prien (Oberlauf)	Talgraben, Laubergraben, Ackergraben	388	4520552	5284735	4520759	5284418
410	413070	Prien (Oberlauf)	Talgraben, Laubergraben, Ackergraben	83	4521360	5284235	4521421	5284194
411	413070	Prien (Oberlauf)	Klausgraben	714	4523765	5288568	4524410	5288488
412	413070	Prien (Oberlauf)	Klausgraben	420	4522918	5288562	4523232	5288368
413	413070	Prien (Oberlauf)	Lochgraben	2247	4524358	5293010	4526368	5292706
414	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	740	4520241	5283847	4520055	5283298
415	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	227	4520065	5284044	4520198	5283975
416	413070	Prien (Oberlauf)	Kohlstätter Bach	175	4521014	5286193	4521127	5286079
417	413070	Prien (Oberlauf)	Kohlstätter Bach	128	4521359	5285923	4521463	5285854
418	413070	Prien (Oberlauf)	Grattenbach	1237	4521928	5286965	4522702	5286183
419	413070	Prien (Oberlauf)	Grattenbach	103	4522756	5286114	4522854	5286105
420	413070	Prien (Oberlauf)	Schoßbach	34	4522975	5289054	4523003	5289073
421	413070	Prien (Oberlauf)	Fuchsluger Bach, Huber Bach, Hagengraben	1156	4524347	5292686	4525135	5292159
422	413070	Prien (Oberlauf)	Hagerbach, Niedersberg-Graben	57	4521685	5286760	4521721	5286716
423	413070	Prien (Oberlauf)	Moosbach, Floderbach	228	4523104	5290171	4523123	5290362
424	413070	Prien (Oberlauf)	Beerbach	1001	4524242	5292372	4524623	5291713
425	413070	Prien (Oberlauf)	Fuchsluger Bach	912	4524736	5292356	4525293	5291703
426	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	138	4526362	5292707	4526426	5292825
427	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	151	4521268	5285500	4521412	5285458
428	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	150	4522591	5288005	4522713	5287932
429	413070	Prien (Oberlauf)	Wasserthalgraben	736	4523571	5291009	4524250	5290956
430	413070	Prien (Oberlauf)	Scheichergraben, Schleichergraben	407	4524466	5291659	4524672	5291384
431	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	15	4525909	5292943	4525907	5292928
432	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	24	4522311	5287626	4522325	5287607
433	413070	Prien (Oberlauf)	Schwarzensteinbach	10	4523047	5289432	4523051	5289423
434	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	129	4524210	5290976	4524210	5290848
435	413070	Prien (Oberlauf)	Steinbach	53	4523459	5291559	4523495	5291596
436	413070	Prien (Oberlauf)	Steinbach	20	4523624	5291609	4523643	5291604
437	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	27	4526064	5292864	4526087	5292879
438	413070	Prien (Oberlauf)	nicht bekannt	13	4525982	5292917	4525993	5292925
439	413071	Prien (Unterlauf)	Prien	18879	4526929	5304212	4522566	5296905
440	413071	Prien (Unterlauf)	Spindelbach, Ahgraben	1570	4522956	5293388	4522956	5293388
441	413071	Prien (Unterlauf)	nicht bekannt	253	4522803	5296904	4522566	5296905
442	413071	Prien (Unterlauf)	Zellgraben	290	4523465	5292141	4523731	5292121
443	413071	Prien (Unterlauf)	nicht bekannt	50	4522911	5293408	4522956	5293388
444	413073	Gottschallinger Bach	Gottschallinger Bach	1184	4498828	5294952	4498458	5294022
445	413075	Wildbarren: Gräben am Osthang	nicht bekannt	100	4511912	5282164	4511994	5282217
446	413076	Rieselgraben	nicht bekannt	463	4499395	5294323	4499271	5293947
447	413077	Gerner Graben	Gerner Graben	404	4515204	5324025	4515556	5323903
448	413078	Birndorfer Graben	Birndorfer Graben	123	4516031	5324486	4516063	5324371
449	413078	Birndorfer Graben	Birndorfer Graben	30	4516007	5324478	4516030	5324459
450	413079	Koblergraben	Kobler Graben	48	4516086	5325566	4516134	5325572
451	413080	Altdorfer Mühlbach	Altdorfer Mühlbach	30	4518037	5332191	4518040	5332162
452	413081	Ritzgraben	Schweiberer Graben	522	4519407	5283081	4519444	5282683
453	413082	Lindlbauer- und Stockergraben	nicht bekannt	167	4520473	5335744	4520580	5335664
454	413082	Lindlbauer- und Stockergraben	nicht bekannt	65	4520655	5335807	4520622	5335752
455	413087	Alpbach (MB)	Alpbach, Oberalpbach	3098	4481439	5285814	4484203	5285790
456	413087	Alpbach (MB)	Rißbach, Rißgraben	280	4483588	5286442	4483470	5286191
457	413087	Alpbach (MB)	Kohlhaufgraben	416	4482731	5286483	4482812	5286115
458	413087	Alpbach (MB)	Kohlhaufgraben	81	4482657	5286756	4482658	5286675
459	413087	Alpbach (MB)	Erzgraben	336	4485094	5286366	4485113	5286032
460	413087	Alpbach (MB)	Katzenbach	208	4483320	5286335	4483322	5286182
461	413087	Alpbach (MB)	nicht bekannt	26	4483050	5285857	4483075	5285849
462	413087	Alpbach (MB)	nicht bekannt	193	4482194	5286134	4482312	5286269

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
463	413087	Alpbach (MB)	nicht bekannt	49	4482323	5286307	4482303	5286267
464	413088	Lärchenwaldgraben	nicht bekannt	60	4482015	5285608	4482071	5285618
465	413088	Lärchenwaldgraben	nicht bekannt	239	4482108	5285742	4482338	5285790
466	413089	Pfliegelgraben	nicht bekannt	61	4482063	5285252	4482122	5285268
467	413090	Parapluigraben	nicht bekannt	68	4482086	5285136	4482150	5285153
468	413092	Kapellengraben	nicht bekannt	80	4482862	5284620	4482822	5284551
469	413094	Wegbauerngraben	nicht bekannt	186	4483124	5284535	4483021	5284381
470	413094	Wegbauerngraben	nicht bekannt	86	4483021	5284381	4482962	5284320
471	413097	Schwaighofgraben	nicht bekannt	107	4483111	5284160	4483213	5284127
472	413097	Schwaighofgraben	nicht bekannt	51	4483280	5284147	4483330	5284152
473	413098	Süßbach	Süßbach	1366	4483176	5283723	4484095	5284583
474	413099	Rottach (MB)	Rottach	4918	4482833	5284103	4486197	5281590
475	413099	Rottach (MB)	Rottach	1014	4486984	5280265	4487595	5279617
476	413099	Rottach (MB)	Kühzaglbach	2334	4485828	5283345	4485828	5283345
477	413099	Rottach (MB)	Schiffbach, Röthensteingraben	20	4485369	5279497	4485386	5279508
478	413099	Rottach (MB)	Bodenalmgraben	777	4486169	5282410	4486384	5281726
479	413099	Rottach (MB)	nicht bekannt	321	4486129	5282554	4486418	5282684
480	413099	Rottach (MB)	Schnallgraben	17	4485269	5283044	4485286	5283043
481	413099	Rottach (MB)	nicht bekannt	86	4487166	5280094	4487236	5280067
482	413099	Rottach (MB)	Schrammgraben	21	4485828	5283345	4485848	5283349
483	413100	Brunntalgraben	Brunntalgraben	356	4482976	5281672	4483302	5281642
484	413102	Weißach (MB)	Weißach, Großweißach	17956	4478549	5275952	4473599	5274776
485	413102	Weißach (MB)	Hofbauernweißach, Stangengraben	171	4480461	5275892	4480527	5275738
486	413102	Weißach (MB)	Hofbauernweißach, Stangengraben	139	4480836	5274837	4480842	5274734
487	413102	Weißach (MB)	Hofbauernweißach, Stangengraben	97	4480583	5275331	4480606	5275238
488	413102	Weißach (MB)	Sagenbach, Schreibach	1545	4481906	5276625	4481906	5276625
489	413102	Weißach (MB)	Reitbach, Großer Reitbach, Reitsteiner Graben	265	4473599	5274776	4473656	5274542
490	413102	Weißach (MB)	Reitbach, Großer Reitbach, Reitsteiner Graben	241	4474920	5273191	4474992	5272976
491	413102	Weißach (MB)	Schliffbach	313	4474895	5275102	4475193	5275008
492	413102	Weißach (MB)	Schwarzenbach	350	4478396	5276228	4478549	5275952
493	413102	Weißach (MB)	Schwarzenbach	94	4478165	5276495	4478209	5276424
494	413102	Weißach (MB)	Hohlensteinbach	522	4481968	5275191	4482469	5275232
495	413102	Weißach (MB)	Hohlensteinbach	48	4481318	5275225	4481363	5275238
496	413102	Weißach (MB)	Wiesengraben, Bleichgraben	2978	4481700	5281529	4480896	5280703
497	413102	Weißach (MB)	Imbhäuselgraben	15	4473542	5274790	4473556	5274785
498	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	68	4477910	5277673	4477945	5277731
499	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	59	4480821	5274741	4480801	5274686
500	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	14	4481906	5276625	4481910	5276612
501	413102	Weißach (MB)	Riedlerner Graben	875	4480969	5278207	4481750	5278211
502	413102	Weißach (MB)	Mühlauer Graben, Setzberggraben	556	4481058	5278603	4481545	5278496
503	413102	Weißach (MB)	Pletscherergraben	807	4480536	5279229	4481145	5278923
504	413102	Weißach (MB)	Gschwendgraben	671	4480718	5279768	4481254	5279975
505	413102	Weißach (MB)	Gschwendgraben	173	4481286	5279980	4481445	5280008
506	413102	Weißach (MB)	Lohbach	862	4480555	5281200	4481391	5281221
507	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	59	4477848	5277350	4477873	5277402
508	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	61	4480828	5274737	4480818	5274678
509	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	30	4480808	5274711	4480781	5274699
510	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	105	4480809	5274753	4480721	5274701
511	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	58	4481797	5275188	4481831	5275142
512	413102	Weißach (MB)	Staudenbach	582	4480462	5277999	4480970	5278004
513	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	569	4480554	5278581	4481064	5278683
514	413102	Weißach (MB)	Lahngraben	20	4481475	5279562	4481480	5279543
515	413102	Weißach (MB)	Klafferbach	112	4482223	5281080	4482318	5281024
516	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	485	4480419	5280776	4480896	5280703
517	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	224	4481483	5281513	4481700	5281529

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
518	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	39	4477869	5277861	4477847	5277829
519	413102	Weißach (MB)	Fennergraben	110	4480257	5278123	4480320	5278036
520	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	92	4480542	5280487	4480633	5280478
521	413102	Weißach (MB)	nicht bekannt	386	4480622	5280916	4480974	5280822
522	413103	Grabenbächl	Grabenbächel	256	4481759	5282085	4481968	5282211
523	413103	Grabenbächl	Grabenbächel	105	4481402	5282023	4481506	5282036
524	413103	Grabenbächl	nicht bekannt	149	4481195	5282325	4481279	5282221
525	413103	Grabenbächl	nicht bekannt	18	4481408	5282059	4481404	5282042
526	413105	Ringseegraben	nicht bekannt	44	4480173	5284003	4480165	5283965
527	413106	Söllbach	Söllbach, Gurnbach	7375	4476241	5281011	4480577	5285294
528	413106	Söllbach	Scheibengraben	507	4476426	5282525	4476771	5282273
529	413106	Söllbach	Wurzengraben	971	4477368	5282633	4477623	5281819
530	413106	Söllbach	Aueralpengraben	336	4475633	5282957	4475948	5282846
531	413106	Söllbach	Aueralpengraben	204	4477233	5282825	4477408	5282839
532	413106	Söllbach	Aueralpengraben	157	4476891	5282791	4477043	5282822
533	413106	Söllbach	Mühlbach, Reibengraben	1009	4478729	5283819	4479353	5283141
534	413106	Söllbach	Stinkergraben	1062	4475291	5281699	4476297	5281625
535	413106	Söllbach	Neuhüttengraben	769	4475879	5282143	4476368	5281810
536	413106	Söllbach	Hinterer Auergraben	182	4476805	5283168	4476915	5283024
537	413106	Söllbach	nicht bekannt	550	4478152	5283227	4478225	5282728
538	413106	Söllbach	Ringberggraben	176	4479444	5283048	4479573	5282936
539	413106	Söllbach	Saurüsselgraben	605	4478142	5283668	4478641	5283945
540	413106	Söllbach	nicht bekannt	51	4477540	5282134	4477576	5282098
541	413106	Söllbach	nicht bekannt	11	4477951	5283128	4477952	5283117
542	413106	Söllbach	nicht bekannt	20	4478180	5283765	4478199	5283761
543	413106	Söllbach	nicht bekannt	20	4475293	5281735	4475305	5281719
544	413106	Söllbach	nicht bekannt	12	4475713	5282936	4475714	5282924
545	413107	Zeiselbach	Zeiselbach	1210	4479010	5285341	4479827	5285971
546	413107	Zeiselbach	Zeiselbach	889	4476590	5284239	4477069	5284924
547	413107	Zeiselbach	Zeiselbach	236	4477829	5285100	4478039	5285084
548	413107	Zeiselbach	Zeiselbach	220	4476313	5283894	4476472	5284007
549	413107	Zeiselbach	Zeiselbach	150	4478518	5285162	4478633	5285216
550	413108	Heissenbach	Hölzlgraben	192	4479149	5286020	4479335	5285980
551	413108	Heissenbach	Hölzlgraben	59	4478833	5285993	4478881	5286026
552	413108	Heissenbach	Hölzlgraben	29	4478999	5286013	4479028	5286011
553	413108	Heissenbach	Hölzlgraben	22	4479238	5285981	4479254	5285996
554	413109	Breitenbach (MB)	Breitenbach	1858	4477949	5286798	4479664	5287075
555	413109	Breitenbach (MB)	Breitenbach	229	4476811	5286459	4476991	5286582
556	413109	Breitenbach (MB)	Breitenbach	120	4476407	5285927	4476474	5286025
557	413109	Breitenbach (MB)	Peterwurzgraben	206	4476109	5286036	4476299	5285977
558	413111	Weidenbach	Weidenbach, Mühlbach	117	4478850	5288306	4478960	5288288
559	413113	Grambach	Grambach	565	4480884	5287998	4480884	5287998
560	413113	Grambach	nicht bekannt	265	4480884	5287998	4481023	5288156
561	413114	Quirinbach	Quirinbach	206	4481151	5287564	4481340	5287523
562	413117	Nagelbach-Tobelstrecke	Nagelbach	251	4486680	5289917	4486805	5289714
563	413118	Huberbach: Abwinklbach-Tobelstrecke	Abwinkelbach	190	4487470	5289490	4487332	5289373
564	413120	Buchergraben	Bucher Graben	169	4496958	5288810	4497102	5288752
565	413121	Pinswanger Bach (Aubach)	Aubach	357	4512324	5293886	4512623	5293787
566	413121	Pinswanger Bach (Aubach)	Talgraben	239	4512546	5293945	4512737	5293913
567	413121	Pinswanger Bach (Aubach)	nicht bekannt	29	4512719	5293917	4512737	5293913
568	413122	Holzhamer Bach	Sailerbach	624	4510738	5292512	4511251	5292347
569	413122	Holzhamer Bach	Sailerbach	149	4511273	5292350	4511398	5292349
570	413122	Holzhamer Bach	nicht bekannt	637	4512874	5292888	4513459	5292680
571	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Traunstein (414)**							
572	414001	Heistinger Bach	Heistinger Bach, Johannesbuchbacher Bach	1270	4544941	5350239	4545674	5349411

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
573	414001	Heistinger Bach	Bachleitenbach	82	4544877	5350613	4544840	5350546
574	414001	Heistinger Bach	Bachleitenbach	345	4544840	5350546	4544941	5350239
575	414004	Burgerbach	nicht bekannt	407	4550670	5347992	4550670	5347992
576	414004	Burgerbach	nicht bekannt	137	4550615	5348108	4550670	5347992
577	414005	Mörnbach (Griesbach)	Mörnbach	1770	4550767	5345789	4550741	5344376
578	414006	Tiefenbach	Tiefenbach	633	4552140	5347833	4552485	5347385
579	414007	Reischachbach (Reischach)	Reischachbach	5438	4554169	5351149	4553331	5347106
580	414007	Reischachbach (Reischach)	Rockersbach	3746	4551073	5351849	4552837	5349118
581	414007	Reischachbach (Reischach)	Wissersdorfer Graben	269	4553753	5350801	4553910	5350654
582	414007	Reischachbach (Reischach)	Wissersdorfer Graben	45	4553154	5351339	4553177	5351303
583	414007	Reischachbach (Reischach)	Wissersdorfer Graben	42	4552898	5351665	4552926	5351639
584	414007	Reischachbach (Reischach)	Wissersdorfer Graben	26	4553427	5351073	4553450	5351061
585	414007	Reischachbach (Reischach)	Wissersdorfer Graben	20	4552160	5352557	4552178	5352550
586	414007	Reischachbach (Reischach)	Haunberger Bach	1331	4551381	5349847	4552376	5349924
587	414007	Reischachbach (Reischach)	Lanzenberger Graben	1198	4552916	5349167	4553929	5349448
588	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	159	4550932	5351894	4551067	5351850
589	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	792	4551880	5349396	4551880	5349396
590	414007	Reischachbach (Reischach)	Gausberger Graben	1324	4551730	5348678	4552821	5349026
591	414007	Reischachbach (Reischach)	Hundslochgraben	128	4553902	5350334	4553975	5350233
592	414007	Reischachbach (Reischach)	Schönbüchlgraben	171	4553460	5350383	4553490	5350221
593	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	354	4553062	5350234	4553378	5350074
594	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	17	4551315	5351341	4551328	5351352
595	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	544	4552023	5351471	4551687	5351085
596	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	343	4551222	5350127	4551381	5349847
597	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	113	4551818	5349485	4551880	5349396
598	414007	Reischachbach (Reischach)	Heretsöder Graben	874	4552001	5348393	4552784	5348610
599	414007	Reischachbach (Reischach)	Hochhäuslgraben	563	4552616	5348227	4553139	5348251
600	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	121	4553073	5347938	4553162	5347890
601	414007	Reischachbach (Reischach)	Gilgöder Graben	291	4552201	5350467	4552459	5350594
602	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	181	4552342	5350150	4552492	5350248
603	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	136	4551258	5350211	4551272	5350076
604	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	333	4553336	5348479	4553164	5348259
605	414007	Reischachbach (Reischach)	nicht bekannt	57	4553032	5347974	4553073	5347938
606	414008	Thannberger Graben	Rothhausgraben, Thannberger Graben	721	4553826	5348349	4553938	5347731
607	414008	Thannberger Graben	nicht bekannt	166	4553986	5348123	4553988	5348256
608	414009	Weitbach	Weitbach	3858	4556429	5350201	4557366	5347537
609	414009	Weitbach	Weitbach	26	4556437	5350357	4556450	5350335
610	414009	Weitbach	Birnbach	1290	4557382	5350092	4557382	5350092
611	414009	Weitbach	Anzenbergergraben	1743	4556892	5349120	4558140	5349467
612	414009	Weitbach	Hauzingerbach	1443	4555653	5349250	4556710	5348836
613	414009	Weitbach	Solleröderbach	895	4555990	5350077	4556523	5349610
614	414009	Weitbach	nicht bekannt	402	4557382	5350092	4557683	5350294
615	414009	Weitbach	nicht bekannt	105	4556673	5349151	4556732	5349064
616	414009	Weitbach	nicht bekannt	122	4556163	5349663	4556109	5349555
617	414010	Lofer	Lofer, Schwarzlofer, Schwarzlofergraben, Schwarzgraben	3113	4535742	5281444	4538387	5280533
618	414010	Lofer	Dürrnbach	890	4540606	5280142	4541341	5280380
619	414010	Lofer	Weißlofer, Weißgraben, Rachelberggraben	1907	4537724	5282650	4536537	5281409
620	414010	Lofer	Hausbach	1112	4535382	5282645	4534876	5281852
621	414010	Lofer	Hausbach	656	4534903	5283260	4535286	5282859
622	414010	Lofer	nicht bekannt	249	4536619	5282451	4536585	5282211
623	414010	Lofer	Dosbach	275	4536086	5282492	4535883	5282318
624	414010	Lofer	nicht bekannt	718	4534058	5281768	4534192	5281276
625	414010	Lofer	Pötschgraben	382	4536380	5282534	4536246	5282198
626	414010	Lofer	nicht bekannt	12	4535416	5282510	4535419	5282499
627	414012	Totermann-Bach	Totermannbach	407	4528786	5283951	4528963	5284265

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
628	414013	Wuhrsteinbach (Loch- und Maisbach)	Maisbach, Schneiderhangraben	339	4528189	5285266	4528367	5285021
629	414013	Wuhrsteinbach (Loch- und Maisbach)	Lochbach	614	4527633	5284800	4528175	5284966
630	414014	Alpbach (TS)	Alpbach	1753	4528172	5286664	4529382	5286550
631	414014	Alpbach (TS)	Alpbach	268	4529440	5286607	4529673	5286740
632	414015	Steingraben	Steindlgraben	1085	4529173	5287410	4529854	5286848
633	414015	Steingraben	Steindlgraben	295	4528820	5287311	4529090	5287389
634	414016	Tiroler Achen: Rechtsseitige Zuflüsse	Maigraben	42	4531723	5287302	4531757	5287277
635	414017	Mühlbach-Dalsenbach	Mühlbach, Wimbach, Dalsenbach	6531	4525812	5288655	4531181	5287032
636	414017	Mühlbach-Dalsenbach	Ramsenbach, Gschwendgraben	2279	4529486	5289881	4529444	5287941
637	414017	Mühlbach-Dalsenbach	nicht bekannt	59	4529404	5289863	4529449	5289824
638	414017	Mühlbach-Dalsenbach	nicht bekannt	211	4529279	5289473	4529306	5289271
639	414017	Mühlbach-Dalsenbach	nicht bekannt	102	4529230	5289332	4529276	5289242
640	414018	Raitener Bach: Linksseitige Zuflüsse	nicht bekannt	466	4532243	5289335	4532416	5288922
641	414019	Balsberg-Graben	Balsberger Graben	969	4534081	5287290	4534231	5288138
642	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Wössener Bach, Moosbach, Maserer Bach	3319	4534828	5289594	4535696	5287157
643	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Wössener Bach, Moosbach, Maserer Bach	3151	4535947	5286869	4535994	5284800
644	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Hammerer Graben	3441	4535846	5286407	4538665	5286499
645	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Kaltenbach	3635	4535359	5288336	4538452	5288308
646	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Kaltenbach	656	4534681	5288063	4535278	5288306
647	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Schlierbach	1322	4534344	5285628	4535567	5285740
648	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Schlierbach	1164	4534117	5285607	4534117	5285607
649	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	nicht bekannt	643	4539050	5286955	4538665	5286499
650	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Tiefsitzlgraben	1282	4534931	5287272	4534931	5287272
651	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	nicht bekannt	780	4537890	5289244	4537418	5288666
652	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Talgraben	365	4536912	5289049	4536659	5288830
653	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Alpschlechtgraben	1403	4536854	5285929	4536854	5285929
654	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Roßstallgraben	434	4534784	5285447	4535210	5285438
655	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Zinterlinggraben	646	4534111	5286058	4534540	5285735
656	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	nicht bekannt	14	4536011	5286766	4536024	5286768
657	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Hochstücklgraben	170	4534931	5287272	4534896	5287113
658	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	Alpschlechtgraben	14	4536854	5285929	4536863	5285918
659	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	nicht bekannt	213	4536355	5285361	4536564	5285329
660	414020	Wössener Bach (Hammerer Bach)	nicht bekannt	18	4534114	5285625	4534117	5285607
661	414021	Alplbach (Eibelbach)	Alplbach	2905	4535875	5293605	4537773	5291863
662	414021	Alplbach (Eibelbach)	nicht bekannt	12	4537202	5292236	4537195	5292226
663	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Rothgraben, Sossauer Kanal, Weiße Achen	18298	4538622	5302295	4540731	5292215
664	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Rothgraben, Sossauer Kanal, Weiße Achen	912	4540661	5292169	4540536	5291521
665	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Schlagbach	2087	4541701	5297135	4543559	5297952
666	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Buchbach, Madereybach, Kehrergraben, Kreuzgraben	943	4536907	5294067	4536852	5293218
667	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Schwarze Ache	198	4543441	5294572	4543483	5294393
668	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Schwarze Ache	119	4543581	5294984	4543524	5294883
669	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Bergener Bach	4217	4543559	5297952	4546634	5296816
670	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Almbach, Blassenbach, Schnappenbach	165	4535508	5291618	4535530	5291458
671	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	nicht bekannt	211	4541519	5293425	4541687	5293312

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
672	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Pulvergraben	98	4543773	5295026	4543788	5294930
673	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Mehrentaler Graben	1231	4538644	5295040	4538576	5293908
674	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	nicht bekannt	186	4539608	5295042	4539678	5294884
675	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Weidenbach	1816	4540333	5295496	4540193	5293779
676	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Kaumgraben	205	4541093	5291022	4541291	5291001
677	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Scharamer Graben	528	4546335	5296601	4546556	5296224
678	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	nicht bekannt	480	4546171	5297205	4546033	5296787
679	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Dampfgraben	56	4544837	5295954	4544790	5295931
680	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Klauser Graben	394	4540597	5295378	4540723	5295035
681	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	Häuselgraben	255	4535942	5292675	4536112	5292558
682	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	nicht bekannt	401	4541330	5290976	4541668	5290795
683	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	nicht bekannt	117	4537264	5293772	4537370	5293746
684	414022	Weiße Achen (Sossauer Kanal und Rothgraben)	nicht bekannt	405	4539629	5294965	4539413	5294640
685	414023	Tennbodenbach	Hindlinger Bach, Tennbodenbach	2453	4533159	5292022	4531654	5291609
686	414023	Tennbodenbach	Hindlinger Bach, Tennbodenbach	1004	4533268	5293029	4533268	5293029
687	414023	Tennbodenbach	Rossbarmgraben	869	4531252	5291184	4532006	5291571
688	414023	Tennbodenbach	Torgraben	765	4532454	5292648	4532988	5292867
689	414023	Tennbodenbach	Torgraben	554	4531618	5292358	4532014	5292678
690	414023	Tennbodenbach	Torgraben	282	4533012	5292913	4533268	5293029
691	414023	Tennbodenbach	nicht bekannt	19	4531607	5291580	4531626	5291578
692	414023	Tennbodenbach	nicht bekannt	267	4531433	5291745	4531654	5291609
693	414023	Tennbodenbach	nicht bekannt	19	4531466	5291724	4531485	5291727
694	414024	Grießenbach (Roth)	Grießenbach	881	4531953	5294404	4531330	5294009
695	414024	Grießenbach (Roth)	Grießenbach	695	4531332	5293749	4531563	5293217
696	414025	Bernauer Achen (Rottauer Bach)	Bernauer Achen, Rottauer Bach	1686	4529940	5295815	4530320	5294751
697	414025	Bernauer Achen (Rottauer Bach)	nicht bekannt	58	4529625	5293081	4529680	5293062
698	414025	Bernauer Achen (Rottauer Bach)	nicht bekannt	73	4529449	5293322	4529509	5293364
699	414026	Weiße Traun	Weiße Traun, Fischbach	10341	4549459	5291416	4548748	5282083
700	414026	Weiße Traun	Weiße Traun, Fischbach	9845	4548491	5299571	4549447	5291440
701	414026	Weiße Traun	Seetraun, Förchensee, Weitsee, Salzmaiergraben	3559	4547012	5286163	4547012	5286163
702	414026	Weiße Traun	Urschlauer Achen, Eschelmoosbach	9292	4545855	5289296	4543711	5287921
703	414026	Weiße Traun	Schwarzachen, Danzingbach, Hinterer Kraxenbach	804	4549657	5285766	4550366	5285982
704	414026	Weiße Traun	Langer Sand	574	4545014	5284265	4545447	5284404
705	414026	Weiße Traun	Rammelbach, Ostertalgraben	431	4546594	5286138	4547012	5286163
706	414026	Weiße Traun	Windbach	4987	4551782	5292534	4551776	5291844
707	414026	Weiße Traun	Steinbach	4323	4548329	5292376	4545715	5291836
708	414026	Weiße Traun	Lanzelecker Bach, Weißgraben	601	4551444	5286240	4552005	5286369
709	414026	Weiße Traun	Thoraubach	799	4544058	5290121	4544578	5290607
710	414026	Weiße Traun	Thoraubach	660	4545591	5290095	4546113	5289808
711	414026	Weiße Traun	Thoraubach	112	4543239	5290355	4543325	5290289
712	414026	Weiße Traun	Haargaßgraben	867	4545799	5292622	4545715	5291836
713	414026	Weiße Traun	Edergraben	508	4549427	5293489	4549884	5293330
714	414026	Weiße Traun	Dießelbach	1726	4546494	5294674	4547871	5295172
715	414026	Weiße Traun	Schönecker Graben, Lochnergraben	1784	4548876	5297021	4550341	5296567
716	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	1111	4551138	5292620	4551613	5291742

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
717	414026	Weiße Traun	Nesselauer Graben	199	4545171	5289106	4545303	5289107
718	414026	Weiße Traun	Weingartengraben	155	4547352	5288040	4547238	5287937
719	414026	Weiße Traun	Weingartengraben	87	4547501	5288323	4547480	5288242
720	414026	Weiße Traun	Wundergraben	1588	4546832	5292688	4548329	5292376
721	414026	Weiße Traun	Sägebach	1071	4548864	5292554	4549741	5292753
722	414026	Weiße Traun	Tiefenbach	189	4547888	5293584	4548072	5293582
723	414026	Weiße Traun	Nattergraben	398	4548348	5295320	4548473	5295020
724	414026	Weiße Traun	Spatzretter Graben	394	4548784	5296896	4548896	5296560
725	414026	Weiße Traun	Gerhartsreiter Graben	398	4548953	5297355	4549283	5297192
726	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	367	4551590	5292799	4551782	5292534
727	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	271	4551776	5291844	4551992	5291873
728	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	108	4551127	5292297	4551227	5292261
729	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	925	4545855	5289296	4545811	5288767
730	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	203	4547460	5292415	4547614	5292542
731	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	70	4549935	5293341	4550004	5293345
732	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	110	4551677	5292791	4551654	5292690
733	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	176	4543706	5288091	4543711	5287921
734	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	526	4544548	5288657	4545033	5288610
735	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	402	4545278	5288850	4545576	5288592
736	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	23	4546851	5292702	4546861	5292682
737	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	25	4545615	5288800	4545623	5288777
738	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	159	4549236	5291820	4549381	5291864
739	414026	Weiße Traun	Urschlauer Achen	29	4544135	5288056	4544115	5288035
740	414026	Weiße Traun	nicht bekannt	87	4549229	5292104	4549285	5292147
741	414027	Rote Traun	Rote Traun, Falkenseebach, Falkensee	14071	4548504	5299601	4556485	5292041
742	414027	Rote Traun	Großwaldbach	5755	4556505	5292034	4561101	5293636
743	414027	Rote Traun	Rettenbach, Lengwiesbach	1939	4551897	5299227	4553452	5299122
744	414027	Rote Traun	Rettenbach, Lengwiesbach	1669	4550313	5298613	4551458	5299085
745	414027	Rote Traun	Rettenbach, Lengwiesbach	708	4553550	5299207	4554180	5299419
746	414027	Rote Traun	Steinbach	624	4560136	5294077	4559991	5293552
747	414027	Rote Traun	Frillenseebach, Frillensee	39	4559893	5293261	4559928	5293278
748	414027	Rote Traun	Schmelzbach	2634	4555071	5292397	4554778	5289964
749	414027	Rote Traun	Markgraben	3387	4554124	5294583	4556844	5295544
750	414027	Rote Traun	Kaßgraben	138	4553206	5295536	4553313	5295593
751	414027	Rote Traun	Spirkagraben	294	4549399	5298447	4549502	5298189
752	414027	Rote Traun	Steinbach	10	4560136	5294055	4560145	5294051
753	414027	Rote Traun	Wiener Graben	1128	4553273	5293444	4554328	5293465
754	414027	Rote Traun	Tauschergraben	823	4553120	5294683	4553615	5295177
755	414027	Rote Traun	Tauschergraben	152	4552881	5294133	4552881	5294133
756	414027	Rote Traun	Dürrngraben	1710	4552656	5296578	4552252	5295122
757	414027	Rote Traun	Weitwiesgraben	328	4554970	5299007	4555123	5298790
758	414027	Rote Traun	nicht bekannt	343	4548968	5299267	4548866	5298998
759	414027	Rote Traun	Tiefengraben	809	4556636	5294246	4555941	5293899
760	414027	Rote Traun	nicht bekannt	314	4552822	5293882	4552881	5294133
761	414027	Rote Traun	nicht bekannt	14	4549037	5298961	4549050	5298962
762	414027	Rote Traun	Teufelsgraben	48	4556615	5294207	4556662	5294216
763	414027	Rote Traun	nicht bekannt	450	4551086	5297295	4551409	5297301
764	414027	Rote Traun	Schmelzbach	81	4554800	5290059	4554822	5289984
765	414029	Grundbach	Grundbach, Auerbach	1204	4551231	5302861	4552254	5302445
766	414031	Rettenbach	Rettenbach	1333	4546839	5309363	4547723	5309205
767	414032	Oberer Schroffengraben	nicht bekannt	282	4547834	5334876	4548045	5334699
768	414033	Schroffenbach	nicht bekannt	299	4548142	5335189	4548279	5334957
769	414034	Walder Tobel	nicht bekannt	289	4544274	5332209	4544201	5331937
770	414035	Stadlergraben	nicht bekannt	185	4544863	5332013	4544935	5331843
771	414039	Halsbach	Halsbach	2807	4554311	5336647	4554099	5334831
772	414040	Westerndorfer Graben	Westerndorfergraben	795	4555431	5348551	4555884	5347999
773	414040	Westerndorfer Graben	Westerndorfergraben	423	4555905	5347847	4556153	5347562

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
774	414040	Westerndorfer Graben	nicht bekannt	199	4555485	5348273	4555652	5348378
775	414041	Steinbach (AÖ)	Steinbach	1201	4557725	5348500	4557386	5347543
776	414041	Steinbach (AÖ)	Steinbach	710	4558546	5348831	4557919	5348689
777	414041	Steinbach (AÖ)	nicht bekannt	548	4558034	5348422	4558034	5348422
778	414041	Steinbach (AÖ)	nicht bekannt	108	4558034	5348422	4558134	5348459
779	414041	Steinbach (AÖ)	nicht bekannt	96	4558252	5348679	4558312	5348605
780	414041	Steinbach (AÖ)	nicht bekannt	58	4557911	5348739	4557928	5348684
781	414041	Steinbach (AÖ)	nicht bekannt	105	4558356	5348815	4558349	5348711
782	414044	Steigthaler Graben	Marktler Badesee, Steigthaler Graben	409	4562022	5347821	4562325	5348023
783	414045	Bruckberggraben	nicht bekannt	259	4562756	5347793	4562744	5347547
784	414047	Steinbach (Steinbach und Hinterer Steinbach)	Steinbach, Hinterer Steinbach	1030	4556546	5281550	4556972	5280817
785	414050	Weißbach	Weißbach	1946	4556983	5287997	4558305	5286595
786	414050	Weißbach	Weißbach	649	4560347	5284238	4560341	5283651
787	414050	Weißbach	Stabach	123	4558189	5286781	4558205	5286902
788	414050	Weißbach	Stabach	24	4558919	5287942	4558943	5287937
789	414050	Weißbach	Stabach	9	4558246	5287396	4558250	5287404
790	414050	Weißbach	Stabach	9	4558259	5287209	4558255	5287217
791	414050	Weißbach	Stabach	8	4559278	5287970	4559285	5287973
792	414050	Weißbach	Weikertsteingraben	159	4557052	5287295	4557179	5287371
793	414050	Weißbach	Weikertsteingraben	74	4557364	5287493	4557417	5287545
794	414052	Röthelbach	Saalach, Röthelbach	304	4563798	5284089	4564025	5284148
795	414053	Wappbach	Wappach, Alpgartengraben	2200	4566343	5286936	4566343	5286936
796	414053	Wappbach	Flotter Bach	229	4566343	5286936	4566452	5286774
797	414054	Seebach (Hoswaschbach)	Hoswaschbach, Seebach, Egelsee	438	4563590	5287217	4563982	5287331
798	414054	Seebach (Hoswaschbach)	Hoswaschbach, Seebach, Egelsee	162	4563411	5286998	4563507	5287113
799	414054	Seebach (Hoswaschbach)	Hammerbach	35	4564037	5288491	4564072	5288495
800	414054	Seebach (Hoswaschbach)	nicht bekannt	274	4561403	5287097	4561632	5286954
801	414056	Weißbach	Weißbach	6701	4568298	5290537	4568154	5285230
802	414056	Weißbach	Weißbach	483	4568365	5290986	4568298	5290538
803	414056	Weißbach	Augustinergraben, Fuchsbach	357	4568749	5286910	4568977	5286756
804	414056	Weißbach	Rötelbach	87	4569514	5286188	4569456	5286135
805	414057	Schwarzbach mit Köhlerbach	Wasserbach, Kohlerbach	1433	4568991	5291494	4569756	5290555
806	414057	Schwarzbach mit Köhlerbach	Schwarzbach	1149	4569441	5292032	4570226	5291453
807	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Stoißer Ache, Stoißermaisbach	14650	4562230	5296268	4569660	5292960
808	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	406	4565164	5296364	4565292	5296044
809	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Schrattenbach, Almbach	593	4565227	5294965	4565670	5294679
810	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Dunkelgraben	1116	4565015	5293218	4565817	5293648
811	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Jacklmühlbach, Nesselgraben	1135	4568006	5293484	4568349	5292646
812	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Jacklmühlbach, Nesselgraben	403	4568062	5294506	4568064	5294131
813	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	148	4565206	5296491	4565164	5296364
814	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	44	4565329	5296127	4565359	5296146
815	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Aufhamer Bach	2511	4563645	5293569	4563645	5293569
816	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Fallgraben	1064	4566592	5294808	4566359	5293882
817	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	515	4565843	5292991	4566043	5293374
818	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Leitenbach	2028	4565909	5292430	4567361	5292776
819	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Roithenbach	367	4563975	5296133	4564266	5296323
820	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	88	4563564	5293601	4563645	5293569
821	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	55	4565332	5293560	4565382	5293561
822	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	Schloßgraben	629	4567341	5291656	4567861	5291879
823	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	59	4563506	5293603	4563564	5293601
824	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	273	4561755	5295752	4561993	5295745
825	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	8	4562062	5295896	4562063	5295889
826	414058	Stoißer Ache (Pidinger Ache)	nicht bekannt	157	4562152	5296402	4562230	5296268
827	414059	Wiesbachl	Wiesbach	211	4570065	5296379	4570248	5296435
828	414060	Mühlstätter Graben	Mühlstätter Graben	877	4570155	5297336	4570857	5297470
829	414061	Sur (Schneidergraben)	Sur	3116	4553968	5303613	4552999	5302448

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
830	414061	Sur (Schneidergraben)	nicht bekannt	843	4552548	5303485	4553166	5302994
831	414061	Sur (Schneidergraben)	nicht bekannt	448	4553768	5304095	4553658	5303681
832	414061	Sur (Schneidergraben)	nicht bekannt	104	4552861	5302525	4552951	5302578
833	414062	Sur: nur Seitenbäche	Leitenbach	2102	4557421	5302124	4556457	5300767
834	414062	Sur: nur Seitenbäche	Reutergraben	553	4555428	5302264	4555265	5301778
835	414062	Sur: nur Seitenbäche	Rundauer Graben	439	4556715	5303047	4556852	5302649
836	414062	Sur: nur Seitenbäche	Braunsreuter Graben	204	4557200	5301846	4557147	5302030
837	414062	Sur: nur Seitenbäche	Wankgraben	21	4556646	5301964	4556636	5301945
838	414062	Sur: nur Seitenbäche	Aschauer Graben	1431	4557644	5303337	4557940	5302410
839	414062	Sur: nur Seitenbäche	Feldbach	224	4559505	5302887	4559487	5302667
840	414062	Sur: nur Seitenbäche	nicht bekannt	641	4554993	5302354	4555474	5302619
841	414062	Sur: nur Seitenbäche	Thalhausergraben	655	4556271	5302483	4555989	5301930
842	414062	Sur: nur Seitenbäche	Grübeler Graben	129	4557416	5302744	4557330	5302648
843	414062	Sur: nur Seitenbäche	Gastager Graben	316	4555305	5303426	4555225	5303127
844	414062	Sur: nur Seitenbäche	nicht bekannt	161	4556655	5302098	4556606	5301950
845	414062	Sur: nur Seitenbäche	nicht bekannt	94	4556633	5302020	4556623	5301934
846	414063	Oberteisendorfer Ache	Oberteisendorfer Ache, Schwarzenberggraben	9785	4560925	5302037	4556298	5297248
847	414063	Oberteisendorfer Ache	Alzlbach	2326	4557335	5299696	4557790	5297747
848	414063	Oberteisendorfer Ache	Fuchssteiggraben, Hochöder Graben	3098	4558155	5299884	4559275	5297617
849	414063	Oberteisendorfer Ache	Gemachbach	3238	4558917	5300558	4559661	5298115
850	414063	Oberteisendorfer Ache	Katzenbründlgraben	891	4557790	5297747	4557715	5296958
851	414063	Oberteisendorfer Ache	Vorderrißgraben	769	4558781	5298501	4558561	5297805
852	414063	Oberteisendorfer Ache	Sprunggraben	995	4557527	5300316	4558453	5300217
853	414063	Oberteisendorfer Ache	GrÖbener Graben	745	4559606	5300010	4559231	5299469
854	414063	Oberteisendorfer Ache	Katzengraben	846	4559266	5300265	4558846	5299663
855	414063	Oberteisendorfer Ache	Oberteisendorfer Ache	49	4556304	5299045	4556317	5299016
856	414063	Oberteisendorfer Ache	nicht bekannt	79	4558633	5298792	4558574	5298743
857	414064	Sur: südliche Seitenbäche	Rattenbach, Freidlinger Bach	361	4560899	5301056	4561101	5300770
858	414065	Ramsauerbach: nur Quell- und Seitenbäche	Ramsauer Bach	399	4562475	5297549	4562843	5297620
859	414065	Ramsauerbach: nur Quell- und Seitenbäche	Ramsauer Bach	225	4562967	5297695	4563124	5297819
860	414065	Ramsauerbach: nur Quell- und Seitenbäche	Oberreiter Graben	595	4561955	5298621	4562338	5298995
861	414065	Ramsauerbach: nur Quell- und Seitenbäche	Oberauerbach	1201	4561662	5299132	4562507	5299538
862	414065	Ramsauerbach: nur Quell- und Seitenbäche	nicht bekannt	286	4561955	5298621	4561786	5298408
863	414067	Englhamer Graben	nicht bekannt	402	4563060	5305058	4563191	5304730
864	414070	Tenglinger Bach	Götzinger Achen, Waginger See, Tachinger See, Tenglinger Bach, Igelsbach	1400	4553339	5317204	4554527	5317608
865	414072	Höllenbach	Höllenbach	3736	4555567	5312381	4553595	5309829
866	414072	Höllenbach	Panolsgraben, Weiherbach	1059	4553595	5309829	4553098	5309295
867	414074	Dobelbach	Schinderbach, Forstgraben	2488	4556169	5310273	4557123	5311312
868	414074	Dobelbach	Dobelbach, Zeller Bach, Degenbach	3926	4556169	5310273	4555866	5307204
869	414074	Dobelbach	Amselgraben	32	4555853	5307765	4555875	5307742
870	414074	Dobelbach	nicht bekannt	19	4556044	5308098	4556061	5308088
871	414074	Dobelbach	nicht bekannt	39	4556081	5308861	4556120	5308862
872	414075	Dobelbach: nur Quell- und Seitenbäche	Wabach	239	4557306	5309033	4557328	5308831
873	414075	Dobelbach: nur Quell- und Seitenbäche	Grünbach	350	4556407	5309641	4556570	5309350
874	414075	Dobelbach: nur Quell- und Seitenbäche	nicht bekannt	70	4557681	5307684	4557730	5307640
875	414075	Dobelbach: nur Quell- und Seitenbäche	nicht bekannt	67	4557544	5308494	4557610	5308508
876	414076	Wienergraben	Wiener Graben, Altofinger Bach	237	4558925	5309935	4558940	5309725

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
877	414078	Hörzinger Bach	Hörzinger Graben	861	4557651	5323083	4558446	5323277
878	414078	Hörzinger Bach	Hörzinger Graben	269	4557238	5323009	4557489	5322966
879	414078	Hörzinger Bach	Hörzinger Graben	217	4556823	5323214	4556991	5323084
880	414081	Ponlach-Bach	Ponlach	955	4556467	5324984	4557259	5325373
881	414461	Berchtesgadener Ache	Berchtesgadener Ache, Ramsauer Ache, Klausbach, Hirschbichlklausgraben	12938	4578734	5284713	4578734	5284713
882	414461	Berchtesgadener Ache	Gerner Bach	1721	4575365	5281526	4575370	5279937
883	414461	Berchtesgadener Ache	Gerner Bach	1511	4575473	5279316	4576219	5278403
884	414461	Berchtesgadener Ache	Gerner Bach	300	4576236	5278348	4576482	5278180
885	414461	Berchtesgadener Ache	Larosbach	670	4578043	5279859	4578426	5279349
886	414461	Berchtesgadener Ache	Almbach	188	4577526	5281854	4577666	5281789
887	414461	Berchtesgadener Ache	Rothmannbach, Kargraben	108	4577981	5285502	4578078	5285481
888	414461	Berchtesgadener Ache	Angerergraben	230	4575774	5277382	4575982	5277289
889	414461	Berchtesgadener Ache	Weiherbach, Wasserfallgraben	132	4574117	5279056	4574209	5278962
890	414461	Berchtesgadener Ache	Metzenleitenbach	20	4576465	5278561	4576484	5278557
891	414461	Berchtesgadener Ache	Berchtesgadener Ache, Bergbach	1502	4576537	5278558	4577680	5277792
892	414461	Berchtesgadener Ache	Berchtesgadener Ache, Bergbach	566	4577793	5277792	4578141	5277486
893	414461	Berchtesgadener Ache	Berchtesgadener Ache, Bergbach	44	4578142	5277323	4578137	5277280
894	414461	Berchtesgadener Ache	Lettengraben	292	4581602	5278628	4581828	5278556
895	414461	Berchtesgadener Ache	Kainbach	1037	4579800	5279705	4580598	5279491
896	414461	Berchtesgadener Ache	Kainbach	565	4578155	5279963	4578634	5279807
897	414461	Berchtesgadener Ache	Tiefenbach	478	4579146	5283689	4579523	5283521
898	414461	Berchtesgadener Ache	Tiefenbach	259	4578694	5283964	4578913	5283860
899	414461	Berchtesgadener Ache	Fendtgraben	9	4575385	5281156	4575393	5281151
900	414461	Berchtesgadener Ache	Grubenbach	489	4576598	5278180	4576766	5277754
901	414461	Berchtesgadener Ache	Grubenbach	73	4576763	5277564	4576797	5277501
902	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	557	4577226	5277962	4577763	5278051
903	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	118	4578260	5278033	4578356	5277976
904	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	87	4578138	5278045	4578223	5278033
905	414461	Berchtesgadener Ache	Teugelsbrunnenbach	932	4576849	5278185	4577342	5277439
906	414461	Berchtesgadener Ache	Nesseltalgraben	254	4578355	5280186	4578585	5280249
907	414461	Berchtesgadener Ache	Nesseltalgraben	165	4579198	5281058	4579295	5281180
908	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	89	4578874	5283961	4578962	5283964
909	414461	Berchtesgadener Ache	Weberbichlgraben	57	4578828	5284480	4578881	5284466
910	414461	Berchtesgadener Ache	Roßötzbach	100	4576257	5277947	4576177	5277889
911	414461	Berchtesgadener Ache	Roßötzbach	50	4576166	5277840	4576201	5277806
912	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	12	4575396	5281191	4575401	5281180
913	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	396	4576766	5277754	4577077	5277520
914	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	94	4580234	5277492	4580268	5277411
915	414461	Berchtesgadener Ache	Mäuslgraben	221	4580481	5279912	4580292	5279824
916	414461	Berchtesgadener Ache	Schnitzhofbachl	441	4578516	5283188	4578665	5282843
917	414461	Berchtesgadener Ache	Reichardgraben	154	4578698	5283353	4578727	5283238
918	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	80	4579099	5283782	4579176	5283779
919	414461	Berchtesgadener Ache	Miglgraben	157	4578813	5284644	4578960	5284692
920	414461	Berchtesgadener Ache	Miglgraben	52	4578734	5284713	4578762	5284673
921	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	71	4576208	5277905	4576246	5277849
922	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	158	4576814	5277713	4576763	5277564
923	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	97	4580567	5279616	4580486	5279593
924	414461	Berchtesgadener Ache	nicht bekannt	15	4578679	5283253	4578694	5283254
925	414462	Ramsauer Ache	Berchtesgadener Ache, Ramsauer Ache, Klausbach, Hirschbichlklausgraben	10771	4571378	5275443	4567842	5274722
926	414462	Ramsauer Ache	Berchtesgadener Ache, Ramsauer Ache, Klausbach, Hirschbichlklausgraben	3959	4562052	5271860	4564636	5274433
927	414462	Ramsauer Ache	Wimbach, Schönfeldgraben	387	4569561	5273984	4569435	5273654
928	414462	Ramsauer Ache	Wimbach, Schönfeldgraben	131	4568335	5272170	4568282	5272052

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
929	414462	Ramsauer Ache	Wimbach, Schönfeldgraben	121	4569707	5274236	4569620	5274160
930	414462	Ramsauer Ache	Lattenbach, Egelgraben, Taubensee	86	4566524	5274819	4566583	5274757
931	414462	Ramsauer Ache	Pletzergraben, Schwarzecker Bach	515	4567617	5275173	4567512	5274718
932	414462	Ramsauer Ache	Pletzergraben, Schwarzecker Bach	121	4567633	5275575	4567667	5275463
933	414462	Ramsauer Ache	Mindlgraben, Landtalgraben	64	4570816	5275200	4570873	5275200
934	414462	Ramsauer Ache	Mindlgraben, Landtalgraben	55	4570958	5275150	4570997	5275110
935	414462	Ramsauer Ache	Hintersee, Toneckergraben	98	4563969	5274408	4564063	5274400
936	414462	Ramsauer Ache	Eckaugraben	323	4567513	5274708	4567494	5274389
937	414462	Ramsauer Ache	Pletzergraben	17	4567505	5274863	4567510	5274847
938	414462	Ramsauer Ache	Freidingergraben	302	4567826	5275016	4567842	5274722
939	414462	Ramsauer Ache	Freidingergraben	186	4567965	5275550	4567885	5275392
940	414462	Ramsauer Ache	Gröllbach	130	4568645	5274796	4568613	5274673
941	414462	Ramsauer Ache	Bachmanngraben	81	4571367	5275522	4571378	5275443
942	414462	Ramsauer Ache	Heinzengraben	154	4568996	5274530	4569013	5274386
943	414462	Ramsauer Ache	Jagerergraben	118	4569117	5274488	4569051	5274402
944	414462	Ramsauer Ache	nicht bekannt	244	4571375	5275435	4571438	5275231
945	414462	Ramsauer Ache	Hebenstreitbach	70	4571859	5275672	4571851	5275608
946	414462	Ramsauer Ache	Stangerriegelbach	163	4572802	5276232	4572907	5276117
947	414462	Ramsauer Ache	nicht bekannt	75	4572207	5275501	4572220	5275428
948	414463	Bischofswieser Ache	Bischofswiesener Ache, Frechenbach, Maiergraben	9065	4569587	5282216	4574321	5276863
949	414463	Bischofswieser Ache	Mausbach, Hängendsteingraben	303	4570416	5282690	4570519	5282413
950	414463	Bischofswieser Ache	Mausbach, Hängendsteingraben	223	4571017	5283588	4571017	5283588
951	414463	Bischofswieser Ache	Breidlergraben	567	4570107	5279790	4570439	5279365
952	414463	Bischofswieser Ache	Greinswieser Mühlbach, Bichelhüttengraben	276	4571418	5281442	4571332	5281242
953	414463	Bischofswieser Ache	Wegscheidgraben	86	4572004	5280034	4572060	5280098
954	414463	Bischofswieser Ache	nicht bekannt	431	4571017	5283588	4571382	5283457
955	414463	Bischofswieser Ache	Maiswandgraben	69	4571516	5281463	4571582	5281460
956	414463	Bischofswieser Ache	Enziangraben	594	4571845	5281483	4571588	5280985
957	414463	Bischofswieser Ache	Seppengraben	723	4571633	5280876	4572245	5281200
958	414463	Bischofswieser Ache	Ruppengraben	453	4571854	5280431	4572198	5280716
959	414463	Bischofswieser Ache	Darigraben	1057	4571996	5278949	4572997	5278998
960	414463	Bischofswieser Ache	nicht bekannt	102	4573249	5276786	4573338	5276835
961	414463	Bischofswieser Ache	Reitgraben	149	4573195	5278410	4573315	5278498
962	414463	Bischofswieser Ache	Reitoffengraben	31	4573305	5277687	4573333	5277695
963	414463	Bischofswieser Ache	nicht bekannt	323	4573599	5277297	4573625	5276986
964	414464	Königsseer Ache	Königsseer Ache, Königssee, Saletbach, Obersee, Röthbach	4728	4575290	5276848	4574293	5272860
965	414464	Königsseer Ache	Krautkasergraben, Weidbach	1265	4574254	5273731	4575325	5273213
966	414464	Königsseer Ache	Krautkasergraben, Weidbach	86	4575456	5273281	4575538	5273296
967	414464	Königsseer Ache	Hainzenbach	209	4575159	5274650	4575346	5274564
968	414464	Königsseer Ache	Eisgraben	1088	4572358	5267774	4572767	5266920
969	414464	Königsseer Ache	Klingerbach	925	4573315	5272862	4574182	5273070
970	414464	Königsseer Ache	Klingerbach	81	4572883	5272582	4572937	5272639
971	414464	Königsseer Ache	Moosgraben	87	4574390	5275041	4574453	5274982
972	414464	Königsseer Ache	Moosgraben	24	4574375	5275089	4574368	5275067
973	414464	Königsseer Ache	Höllgraben	1100	4575065	5275898	4575992	5275721
974	414464	Königsseer Ache	Triebenbach	214	4575002	5275584	4575112	5275433
975	414464	Königsseer Ache	Triebenbach	141	4575346	5275256	4575475	5275240
976	414464	Königsseer Ache	Mitterbach	760	4575185	5276366	4575763	5276107
977	414464	Königsseer Ache	nicht bekannt	47	4573038	5272799	4573081	5272785
978	414464	Königsseer Ache	nicht bekannt	94	4573125	5272900	4573201	5272856
979	414465	Hallthurmgraben	Hallthurmgraben	515	4569805	5285003	4570307	5285066
980	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Weilheim (415)**							
981	415002	Neuhauserbach	Neuhausbach, Haareckbach	1752	4414430	5286029	4414811	5284496
982	415003	Leutasch	Leutasch	587	4444163	5255000	4443874	5254613

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
983	415005	Arzgrubenlaine	Atzgrubenlaine	798	4444969	5255809	4445685	5255796
984	415006	Lainbach (GAP)	Lainbach, Lautersee	357	4443429	5256061	4443763	5255969
985	415006	Lainbach (GAP)	Lainbach, Lautersee	293	4442780	5256063	4443002	5256194
986	415006	Lainbach (GAP)	nicht bekannt	69	4443033	5256260	4442992	5256205
987	415007	Gaßellahnbach	Gassellahnbach, Kälberalpelbach	881	4445521	5258061	4446058	5257449
988	415008	Marmorgraben	Marmorgraben	472	4445917	5258789	4446232	5258569
989	415008	Marmorgraben	nicht bekannt	194	4446159	5258531	4446317	5258426
990	415010	Finzbach	Finzbach	1289	4445903	5264314	4447084	5264684
991	415010	Finzbach	Finzbach	69	4445479	5264477	4445538	5264443
992	415010	Finzbach	Finzbach	20	4444351	5264075	4444371	5264080
993	415012	Rißbach	Fischbach	167	4457515	5266605	4457679	5266628
994	415012	Rißbach	Fischbach	48	4457367	5266627	4457406	5266609
995	415013	Wilfelsbach (Staffelgraben)	Staffelgraben, Wilfetsbach	44	4462494	5269688	4462493	5269644
996	415014	Dürrach	Dürrach	308	4466099	5266544	4466358	5266408
997	415014	Dürrach	Dürrach	41	4466017	5266572	4466055	5266556
998	415014	Dürrach	nicht bekannt	59	4465689	5268715	4465745	5268700
999	415014	Dürrach	nicht bekannt	124	4465449	5268005	4465549	5267970
1000	415014	Dürrach	nicht bekannt	20	4465526	5267917	4465537	5267900
1001	415015	Walchen	Walchen	210	4469920	5271753	4470122	5271767
1002	415015	Walchen	Walchen	79	4470510	5271653	4470539	5271580
1003	415015	Walchen	Walchen	21	4469883	5271746	4469903	5271751
1004	415015	Walchen	Walchen	20	4471653	5271829	4471673	5271824
1005	415015	Walchen	Pittenbach	44	4472539	5271432	4472511	5271416
1006	415015	Walchen	Pittenbach	22	4472487	5271755	4472493	5271738
1007	415015	Walchen	Markgraben	19	4468538	5271467	4468531	5271449
1008	415015	Walchen	nicht bekannt	103	4469401	5271440	4469454	5271354
1009	415015	Walchen	nicht bekannt	74	4469270	5271553	4469321	5271500
1010	415015	Walchen	Markgraben	20	4470055	5271924	4470056	5271904
1011	415015	Walchen	Achselgraben	441	4468812	5271934	4468414	5271784
1012	415015	Walchen	nicht bekannt	47	4468825	5271239	4468813	5271195
1013	415015	Walchen	nicht bekannt	41	4468314	5271902	4468293	5271867
1014	415015	Walchen	nicht bekannt	20	4467530	5272001	4467533	5271981
1015	415015	Walchen	nicht bekannt	6	4471864	5271771	4471870	5271772
1016	415015	Walchen	nicht bekannt	30	4468122	5271960	4468122	5271930
1017	415016	Schronbach	Schronbach	100	4465942	5272352	4466022	5272411
1018	415017	Schergenwieser Bäche	nicht bekannt	39	4468660	5274313	4468682	5274281
1019	415017	Schergenwieser Bäche	nicht bekannt	95	4467882	5273738	4467961	5273689
1020	415017	Schergenwieser Bäche	nicht bekannt	107	4468182	5273893	4468193	5273786
1021	415017	Schergenwieser Bäche	nicht bekannt	44	4468517	5274176	4468542	5274140
1022	415017	Schergenwieser Bäche	nicht bekannt	25	4468475	5274066	4468497	5274056
1023	415017	Schergenwieser Bäche	nicht bekannt	28	4468395	5274032	4468396	5274004
1024	415017	Schergenwieser Bäche	nicht bekannt	20	4468424	5274044	4468427	5274024
1025	415018	Klaffenbach	Klaffenbach	940	4469420	5277424	4470137	5277360
1026	415018	Klaffenbach	Klaffenbach	19	4473035	5276549	4473049	5276562
1027	415019	Jachen	Jachen	1534	4459436	5273983	4460659	5274085
1028	415019	Jachen	Jachen	781	4468459	5277812	4468596	5278389
1029	415019	Jachen	Jachen	217	4463177	5275437	4463382	5275487
1030	415019	Jachen	Jachen	76	4462714	5274881	4462769	5274932
1031	415019	Jachen	Jachen	74	4458709	5273494	4458774	5273529
1032	415019	Jachen	Große Laine, Glasbach	1900	4457500	5274488	4458554	5273414
1033	415019	Jachen	Große Laine, Glasbach	464	4457817	5277294	4457855	5276971
1034	415019	Jachen	Altlach	126	4450536	5270743	4450634	5270818
1035	415019	Jachen	Altlach	34	4450156	5270441	4450186	5270456
1036	415019	Jachen	Altlach	22	4449604	5270104	4449626	5270108
1037	415019	Jachen	Deiningbach, Vorderer Grenzgraben	1344	4448445	5273041	4448445	5273041
1038	415019	Jachen	Fuchsgraben	76	4455012	5271726	4455087	5271715
1039	415019	Jachen	Fuchsgraben	20	4454975	5272021	4454970	5272002

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1040	415019	Jachen	Staffelbach	112	4457778	5277398	4457817	5277294
1041	415019	Jachen	Kleine Laine, Kotbach	334	4457172	5274433	4457476	5274385
1042	415019	Jachen	Reichenaubach	119	4462321	5275666	4462426	5275633
1043	415019	Jachen	Reichenaubach	105	4462530	5275663	4462618	5275714
1044	415019	Jachen	Reichenaubach	69	4462708	5275760	4462736	5275822
1045	415019	Jachen	nicht bekannt	241	4452007	5270871	4452075	5270650
1046	415019	Jachen	nicht bekannt	20	4452035	5270315	4452032	5270296
1047	415019	Jachen	Silbertsgraben	504	4447746	5272473	4448036	5272104
1048	415019	Jachen	Sachenbach	496	4452703	5274497	4453160	5274551
1049	415019	Jachen	Alpenbach	86	4455032	5271720	4454988	5271646
1050	415019	Jachen	nicht bekannt	55	4458020	5274252	4458046	5274203
1051	415019	Jachen	nicht bekannt	25	4450849	5270725	4450845	5270700
1052	415019	Jachen	nicht bekannt	20	4452153	5270377	4452141	5270361
1053	415019	Jachen	nicht bekannt	20	4452078	5270667	4452097	5270661
1054	415019	Jachen	nicht bekannt	308	4447803	5271754	4448045	5271789
1055	415019	Jachen	Rotwandgraben	232	4447853	5273075	4448078	5273060
1056	415019	Jachen	nicht bekannt	29	4451336	5275358	4451359	5275376
1057	415019	Jachen	nicht bekannt	192	4458622	5274181	4458669	5274003
1058	415019	Jachen	Deiningbach	57	4448400	5273010	4448445	5273041
1059	415019	Jachen	nicht bekannt	15	4457230	5274390	4457238	5274378
1060	415020	Kranzbach	Kranzbach, Kreidenbach	909	4442850	5260730	4442592	5260013
1061	415021	Schwarzenbach (TÖL)	Schwarzenbach	285	4468493	5279223	4468773	5279239
1062	415022	Almbach	Almbach	1801	4469217	5279825	4470465	5279018
1063	415022	Almbach	Almbach	24	4470620	5278952	4470636	5278934
1064	415022	Almbach	nicht bekannt	102	4470534	5279016	4470620	5279014
1065	415023	Murbach	Murbach	3895	4465756	5280330	4465756	5280330
1066	415023	Murbach	nicht bekannt	212	4465465	5280399	4465642	5280330
1067	415023	Murbach	nicht bekannt	14	4466494	5280435	4466500	5280423
1068	415023	Murbach	nicht bekannt	19	4465744	5280344	4465756	5280330
1069	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	1716	4468205	5281486	4469779	5281349
1070	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	946	4471628	5280819	4472384	5280971
1071	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	389	4472444	5280963	4472759	5281160
1072	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	290	4473212	5281350	4473420	5281467
1073	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	199	4470260	5281230	4470422	5281154
1074	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	102	4471413	5280960	4471507	5280927
1075	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	40	4470011	5281259	4470042	5281236
1076	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	29	4469883	5281312	4469906	5281295
1077	415024	Hirschbach (TÖL)	Hirschbach	20	4470590	5280977	4470601	5280961
1078	415024	Hirschbach (TÖL)	Buchenaugraben	140	4473464	5281474	4473589	5281413
1079	415025	Dorfbach	Dorfbach, Reiterbach, Achertsgraben	1629	4467905	5283124	4468859	5282475
1080	415025	Dorfbach	Dorfbach, Reiterbach, Achertsgraben	1109	4469466	5282684	4470223	5283189
1081	415025	Dorfbach	Halsbach, Kalkgraben, Bsenggraben	738	4469485	5282434	4470161	5282602
1082	415025	Dorfbach	Halsbach, Kalkgraben, Bsenggraben	397	4468603	5282259	4468897	5282348
1083	415025	Dorfbach	Halsbach, Kalkgraben, Bsenggraben	231	4468971	5282364	4469184	5282400
1084	415026	Lahngraben	Brunnenwasserbach, Lahngraben, Talgraben	1538	4465681	5281720	4465491	5281693
1085	415026	Lahngraben	nicht bekannt	15	4465681	5281720	4465674	5281707
1086	415026	Lahngraben	Talgraben	126	4465391	5281622	4465491	5281693
1087	415027	Tratenbach	Tratenbach	3743	4467714	5283672	4471106	5283756
1088	415028	Steinbach (Gde. Gaißach)	Steinbach	7447	4468993	5285059	4468993	5285059
1089	415028	Steinbach (Gde. Gaißach)	Sonnersbach	2348	4471930	5285747	4472672	5283846
1090	415028	Steinbach (Gde. Gaißach)	nicht bekannt	24	4473240	5285365	4473224	5285346
1091	415028	Steinbach (Gde. Gaißach)	nicht bekannt	35	4468993	5285059	4469028	5285059
1092	415028	Steinbach (Gde. Gaißach)	Hoher Graben	20	4472581	5284466	4472601	5284468
1093	415028	Steinbach (Gde. Gaißach)	nicht bekannt	39	4471810	5285793	4471834	5285824
1094	415029	Arzbach	Arzbach	2649	4464861	5284892	4467207	5285730
1095	415029	Arzbach	Arzbach	509	4463781	5282725	4463901	5283144

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1096	415029	Arzbach	Arzbach	73	4463712	5283927	4463712	5283927
1097	415029	Arzbach	Lettenbach	408	4463311	5283951	4463712	5283927
1098	415029	Arzbach	Lettenbach	20	4463170	5283924	4463188	5283933
1099	415029	Arzbach	Bleigraben	51	4463093	5282505	4463143	5282504
1100	415029	Arzbach	nicht bekannt	390	4463778	5282723	4464134	5282618
1101	415029	Arzbach	nicht bekannt	76	4463711	5282842	4463784	5282861
1102	415029	Arzbach	nicht bekannt	116	4463399	5283924	4463385	5283809
1103	415030	Lainbach (Gde. Wackersberg)	Lainbach	2596	4463990	5285997	4463384	5285642
1104	415030	Lainbach (Gde. Wackersberg)	Lainbach	474	4466616	5286051	4466998	5286280
1105	415030	Lainbach (Gde. Wackersberg)	Lainbach	260	4466180	5285932	4466363	5285992
1106	415030	Lainbach (Gde. Wackersberg)	Lainbach	21	4465871	5285930	4465890	5285927
1107	415030	Lainbach (Gde. Wackersberg)	nicht bekannt	25	4463292	5285624	4463316	5285628
1108	415030	Lainbach (Gde. Wackersberg)	nicht bekannt	42	4463948	5285998	4463990	5285997
1109	415030	Lainbach (Gde. Wackersberg)	nicht bekannt	16	4463380	5285658	4463384	5285642
1110	415031	Aubach (TÖL)	Aubach	421	4466599	5286268	4466992	5286346
1111	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	1905	4465613	5287025	4467244	5286683
1112	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	477	4464572	5287137	4465003	5287248
1113	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	337	4462885	5286905	4463167	5287052
1114	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	267	4463986	5286724	4464144	5286877
1115	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	252	4465220	5287169	4465400	5287086
1116	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	181	4463496	5286869	4463642	5286783
1117	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	113	4464281	5286943	4464384	5286988
1118	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	74	4463677	5286805	4463748	5286787
1119	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	56	4465478	5287028	4465526	5287053
1120	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	44	4463265	5287092	4463306	5287082
1121	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	31	4463831	5286758	4463862	5286757
1122	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Steinbach, Kleinbach	16	4465108	5287237	4465115	5287223
1123	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	Großbach	30	4463226	5287165	4463244	5287143
1124	415032	Steinbach (Gde. Wackersberg)	nicht bekannt	213	4464334	5287240	4464501	5287152
1125	415033	Große Gaißach (TÖL)	Große Gaißach, Gaißach, Markgraben	878	4472791	5289974	4473591	5289813
1126	415033	Große Gaißach (TÖL)	Große Gaißach, Gaißach, Markgraben	101	4467579	5289456	4467678	5289456
1127	415033	Große Gaißach (TÖL)	Große Gaißach, Gaißach, Markgraben	82	4468317	5289120	4468371	5289065
1128	415033	Große Gaißach (TÖL)	Große Gaißach, Gaißach, Markgraben	60	4471188	5290202	4471246	5290213
1129	415033	Große Gaißach (TÖL)	Große Gaißach, Gaißach, Markgraben	47	4474321	5289065	4474294	5289027
1130	415033	Große Gaißach (TÖL)	Große Gaißach, Gaißach, Markgraben	30	4467953	5289505	4467980	5289493
1131	415033	Große Gaißach (TÖL)	nicht bekannt	74	4473425	5289811	4473415	5289738
1132	415034	Einbach	Einbach	707	4465840	5291866	4465635	5291313
1133	415034	Einbach	Einbach	291	4465338	5290652	4465250	5290417
1134	415035	Sauersberger Wildbäche	Knappengraben	328	4464731	5288796	4464731	5288796
1135	415035	Sauersberger Wildbäche	Knappengraben	20	4464605	5288536	4464619	5288550
1136	415035	Sauersberger Wildbäche	nicht bekannt	20	4464233	5288597	4464250	5288606
1137	415035	Sauersberger Wildbäche	nicht bekannt	18	4464714	5288801	4464731	5288796
1138	415035	Sauersberger Wildbäche	Steinwieselgraben	377	4464488	5289003	4464842	5289015
1139	415035	Sauersberger Wildbäche	Steinwieselgraben	20	4464294	5288849	4464306	5288865
1140	415035	Sauersberger Wildbäche	Jochamgraben	395	4464150	5289575	4464468	5289771
1141	415035	Sauersberger Wildbäche	Steinlößlgraben	406	4464264	5289267	4464619	5289434
1142	415035	Sauersberger Wildbäche	Weiherwiesgraben	348	4464404	5289190	4464730	5289296
1143	415035	Sauersberger Wildbäche	Weiherwiesgraben	317	4463881	5289022	4464183	5289088
1144	415036	Siechenbach	Buchberggraben	804	4465178	5291435	4465719	5291938
1145	415036	Siechenbach	nicht bekannt	286	4464936	5291546	4465209	5291500
1146	415037	Fischbach	Peterbauernbach	685	4465106	5292042	4465654	5292015
1147	415043	Hammersbach (Krepbach)	Hammersbach	2062	4428672	5260489	4428017	5258778
1148	415043	Hammersbach (Krepbach)	Krepbach	1066	4425847	5260295	4426875	5260236
1149	415043	Hammersbach (Krepbach)	Krepbach	483	4424886	5258541	4425107	5258872
1150	415043	Hammersbach (Krepbach)	Krepbach	401	4427315	5260594	4427696	5260619
1151	415043	Hammersbach (Krepbach)	Krepbach	279	4425454	5259841	4425626	5260046
1152	415043	Hammersbach (Krepbach)	Krepbach	239	4428313	5260210	4428527	5260286

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1153	415043	Hammersbach (Krepbach)	Krepbach	186	4425112	5259094	4425047	5259171
1154	415043	Hammersbach (Krepbach)	Krepbach	100	4427004	5260523	4427056	5260607
1155	415043	Hammersbach (Krepbach)	nicht bekannt	708	4428400	5259658	4428777	5259103
1156	415043	Hammersbach (Krepbach)	Alplebach	1754	4427371	5259222	4426323	5258214
1157	415044	Degernlahne	Degernlaine	2662	4428992	5260655	4430666	5259390
1158	415044	Degernlahne	nicht bekannt	11	4429832	5259379	4429836	5259369
1159	415045	Dürerlaine	Dürerlaine	1224	4428766	5262251	4429664	5261603
1160	415045	Dürerlaine	Hennenbächel	396	4429124	5261539	4429485	5261513
1161	415046	Mittergernlaine	Ackerlaine	300	4430185	5262258	4430330	5262014
1162	415047	Laingraben (Markt Garmisch-Partenkirchen)	Laingraben, Fuchslerngraben	759	4432050	5260456	4431833	5259807
1163	415047	Laingraben (Markt Garmisch-Partenkirchen)	Laingraben, Fuchslerngraben	531	4431893	5261023	4432041	5260526
1164	415047	Laingraben (Markt Garmisch-Partenkirchen)	Laingraben, Fuchslerngraben	7	4432049	5260505	4432053	5260499
1165	415047	Laingraben (Markt Garmisch-Partenkirchen)	Fuchslerngraben	133	4432075	5260402	4432188	5260355
1166	415048	Partnach	Partnach	2928	4431415	5262773	4433288	5260867
1167	415048	Partnach	Partnach	687	4433410	5259978	4433705	5259394
1168	415048	Partnach	Partnach	80	4433186	5260215	4433261	5260188
1169	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	2958	4432147	5262326	4434388	5261073
1170	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	953	4435235	5260877	4436005	5260929
1171	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	623	4439112	5261325	4439682	5261436
1172	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	205	4434542	5260965	4434678	5260873
1173	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	131	4438747	5261215	4438864	5261265
1174	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	115	4437412	5261290	4437520	5261303
1175	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	52	4434492	5261060	4434541	5261043
1176	415048	Partnach	Kankerbach, Köchelgraben	46	4437722	5261316	4437745	5261277
1177	415048	Partnach	Aschenmoosbach	162	4439155	5261004	4439304	5260973
1178	415048	Partnach	Gütlegraben	527	4438712	5261402	4438230	5261402
1179	415048	Partnach	Gütlegraben	50	4439345	5261463	4439324	5261423
1180	415048	Partnach	Wamberger Graben	616	4434512	5260936	4434788	5260487
1181	415048	Partnach	Faukenbach, Birkelsgraben, Ochsengraben	853	4433346	5262211	4434081	5262208
1182	415048	Partnach	Schlenzgraben	59	4433723	5259418	4433781	5259418
1183	415048	Partnach	Altenbach	588	4438209	5261633	4437848	5261299
1184	415048	Partnach	nicht bekannt	52	4439302		4439338	5260934
1185	415048	Partnach	nicht bekannt	163	4433391	5259639	4433524	5259729
1186	415049	Stiergraben (GAP)	Weidlegraben, Stiergraben	229	4430793	5263129	4431007	5263140
1187	415050	Kramerrunse	Kramerrunse	533	4430757	5263459	4431278	5263474
1188	415051	Lahnenwiesgraben	Lahnenwiesgraben, Sulzgraben, Fleckgraben	1770	4429501	5265543	4431073	5265630
1189	415051	Lahnenwiesgraben	Lahnenwiesgraben, Sulzgraben, Fleckgraben	1417	4431900	5265413	4432626	5264385
1190	415051	Lahnenwiesgraben	Lahnenwiesgraben, Sulzgraben, Fleckgraben	470	4426102	5265235	4426512	5265090
1191	415051	Lahnenwiesgraben	Lahnenwiesgraben, Sulzgraben, Fleckgraben	439	4428376	5265467	4428376	5265467
1192	415051	Lahnenwiesgraben	nicht bekannt	19	4426435	5265079	4426434	5265060
1193	415051	Lahnenwiesgraben	nicht bekannt	14	4428376	5265467	4428378	5265453
1194	415052	Markgraben	Markgraben	599	4433598	5265315	4434033	5264939
1195	415054	Gießenbach	Gießenbach	3239	4434867	5269776	4434867	5269776
1196	415054	Gießenbach	Gießenbach	13	4434869	5269764	4434867	5269776
1197	415055	Eschenlaine	Eschenlaine	698	4439140	5273717	4439537	5273319
1198	415055	Eschenlaine	Eschenlaine	21	4442968	5271918	4442968	5271898
1199	415055	Eschenlaine	Eschenlaine	21	4439890	5272895	4439911	5272897
1200	415055	Eschenlaine	Eschenlaine	20	4440788	5272513	4440807	5272519
1201	415055	Eschenlaine	Eschenlaine	20	4440885	5272463	4440891	5272444
1202	415055	Eschenlaine	Eschenlaine	19	4440530	5272576	4440548	5272574

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1203	415055	Eschenlaine	Urlaine	741	4439839	5270448	4440054	5269783
1204	415055	Eschenlaine	Urlaine	731	4439243	5273379	4439270	5272686
1205	415055	Eschenlaine	Urlaine	205	4439352	5272518	4439411	5272324
1206	415055	Eschenlaine	Urlaine	160	4439439	5272204	4439522	5272067
1207	415055	Eschenlaine	Urlaine	105	4439649	5271862	4439687	5271765
1208	415056	Kropfbach	Kropfbach	115	4441082	5276086	4441187	5276047
1209	415056	Kropfbach	nicht bekannt	20	4441202	5276041	4441221	5276041
1210	415056	Kropfbach	Kräuterbach	804	4441154	5276311	4441702	5275756
1211	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	2289	4441225	5277334	4443181	5276801
1212	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	539	4440858	5277700	4441199	5277346
1213	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	166	4444643	5276122	4444797	5276100
1214	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	140	4443493	5276471	4443614	5276409
1215	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	83	4443995	5276123	4444060	5276077
1216	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	22	4443701	5276358	4443721	5276349
1217	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	20	4444528	5276059	4444546	5276067
1218	415057	Kaltwasserlaine	Kaltwasserlaine, Schwarzraingraben	20	4443909	5276219	4443916	5276200
1219	415057	Kaltwasserlaine	Greiter Bach	413	4442385	5276629	4442785	5276655
1220	415057	Kaltwasserlaine	Greiter Bach	75	4441796	5277242	4441783	5277171
1221	415057	Kaltwasserlaine	nicht bekannt	57	4443561	5276935	4443615	5276917
1222	415057	Kaltwasserlaine	nicht bekannt	15	4443144	5276945	4443159	5276947
1223	415057	Kaltwasserlaine	nicht bekannt	97	4443530	5276436	4443535	5276342
1224	415057	Kaltwasserlaine	nicht bekannt	88	4443718	5276349	4443746	5276266
1225	415058	Wetzsteinlaine	Wetzsteinlaine	4776	4440944	5278737	4445088	5278312
1226	415058	Wetzsteinlaine	Dorfgraben, Wolfslaine	2722	4441469	5278669	4443443	5277162
1227	415058	Wetzsteinlaine	nicht bekannt	6	4443615	5276917	4443621	5276917
1228	415058	Wetzsteinlaine	nicht bekannt	383	4444001	5278178	4444176	5277870
1229	415058	Wetzsteinlaine	nicht bekannt	8	4443480	5277894	4443483	5277887
1230	415058	Wetzsteinlaine	Saugraben	20	4443130	5277420	4443149	5277423
1231	415058	Wetzsteinlaine	nicht bekannt	94	4443621	5276917	4443711	5276939
1232	415063	Lindenbach	Ramsach, Lindenbach, Obernaugraben	3156	4429433	5281270	4432266	5280621
1233	415063	Lindenbach	Ramsach, Lindenbach, Obernaugraben	1372	4433369	5280315	4434615	5280263
1234	415063	Lindenbach	Ramsach, Lindenbach, Obernaugraben	873	4428926	5280390	4429273	5281136
1235	415063	Lindenbach	Ramsach, Lindenbach, Obernaugraben	80	4432491	5280500	4432559	5280484
1236	415063	Lindenbach	Lahnegraben	1132	4433029	5279366	4432405	5278588
1237	415063	Lindenbach	Lahnegraben	102	4433393	5280297	4433304	5280250
1238	415063	Lindenbach	Mühlbach, Elmaubach	326	4429917	5279490	4430039	5279204
1239	415063	Lindenbach	Mühlbach, Elmaubach	280	4430071	5280215	4429912	5279990
1240	415063	Lindenbach	Mühlbach, Elmaubach	188	4429560	5281041	4429504	5280876
1241	415063	Lindenbach	Unsinniger Graben	525	4431957	5278453	4432397	5278644
1242	415063	Lindenbach	Harrer Graben	775	4429432	5281269	4428846	5281116
1243	415063	Lindenbach	Harrer Graben	83	4428772	5280809	4428719	5280746
1244	415063	Lindenbach	Falleralmbach	147	4429499	5280905	4429392	5280814
1245	415063	Lindenbach	Kindelsbach	1243	4430826	5281102	4430071	5280215
1246	415063	Lindenbach	Stickels Graben	127	4428833	5280795	4428798	5280678
1247	415063	Lindenbach	Gstaiggraben	243	4428512	5281099	4428691	5281253
1248	415063	Lindenbach	nicht bekannt	293	4429702	5280598	4429579	5280344
1249	415065	Kohllaine	Kohllaine	891	4447148	5279222	4447895	5279390
1250	415065	Kohllaine	Kohllaine	566	4446523	5279420	4447046	5279260
1251	415065	Kohllaine	Kohllaine	296	4448223	5279455	4448515	5279480
1252	415065	Kohllaine	nicht bekannt	205	4447101	5278935	4447261	5279057
1253	415065	Kohllaine	nicht bekannt	142	4447373	5279090	4447474	5279162
1254	415066	Haselrißlaine	Haselrieslaine, Rötelsteinlaine	313	4448329	5278299	4448490	5278531
1255	415066	Haselrißlaine	Haselrieslaine, Rötelsteinlaine	155	4448707	5278976	4448784	5279109

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1256	415066	Haselrißlaine	Haselrieslaine, Rötelsteinlaine	138	4447969	5277971	4448047	5278072
1257	415066	Haselrißlaine	Haselrieslaine, Rötelsteinlaine	40	4448192	5278156	4448226	5278176
1258	415067	Jochbach (Jochberggraben)	Jochbach	480	4450094	5276696	4450108	5277085
1259	415067	Jochbach (Jochberggraben)	Jochbach	233	4449445	5276623	4449668	5276597
1260	415067	Jochbach (Jochberggraben)	Jochbach	168	4449081	5276617	4449235	5276587
1261	415067	Jochbach (Jochberggraben)	nicht bekannt	284	4450125	5276799	4450325	5276656
1262	415068	Kesselbach	nicht bekannt	223	4451366	5277217	4451353	5277010
1263	415068	Kesselbach	nicht bekannt	156	4451289	5277466	4451342	5277341
1264	415068	Kesselbach	nicht bekannt	49	4451605	5276814	4451637	5276777
1265	415068	Kesselbach	nicht bekannt	19	4451353	5277010	4451359	5276991
1266	415068	Kesselbach	nicht bekannt	572	4450986	5277859	4450960	5277464
1267	415068	Kesselbach	nicht bekannt	20	4451664	5276745	4451680	5276734
1268	415069	Heckenbach	Heckenbach	616	4451560	5278178	4451574	5277739
1269	415070	Laingraben (Gde. Kochel)	Laingraben	1197	4452148	5278843	4453170	5279238
1270	415071	Kalmbach	Stümpfelbach, Kalmbach	1904	4453044	5280946	4453982	5280156
1271	415071	Kalmbach	Saulachgraben	160	4453623	5280031	4453725	5279924
1272	415071	Kalmbach	nicht bekannt	12	4453919	5280112	4453931	5280112
1273	415071	Kalmbach	Aschgraben	263	4453122	5280316	4453366	5280268
1274	415072	Riesbach (Steingraben)	Schleußbach, Steingraben	168	4454539	5281491	4454677	5281425
1275	415072	Riesbach (Steingraben)	nicht bekannt	305	4454616	5281472	4454898	5281522
1276	415073	Lainbach (TÖL)	Lainbach, Kotlaine, Sattelbach	6636	4454811	5284101	4459422	5282782
1277	415073	Lainbach (TÖL)	Lainbach, Kotlaine, Sattelbach	1084	4453519	5283355	4454405	5283821
1278	415073	Lainbach (TÖL)	Pessenbach	3169	4453524	5283350	4455508	5281681
1279	415073	Lainbach (TÖL)	Pessenbach	1581	4455882	5281474	4456622	5280686
1280	415073	Lainbach (TÖL)	Schmiedlaine	59	4458348	5283135	4458323	5283086
1281	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	655	4459422	5282782	4459550	5282216
1282	415073	Lainbach (TÖL)	Schaftelsgraben	390	4458306	5282110	4458684	5282029
1283	415073	Lainbach (TÖL)	Perlsgraben	36	4457116	5284391	4457098	5284360
1284	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	372	4459400	5283243	4459570	5282927
1285	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	205	4459524	5282603	4459697	5282538
1286	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	468	4458458	5283140	4458458	5283140
1287	415073	Lainbach (TÖL)	Kotlaine	448	4459814	5283003	4459978	5282633
1288	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	44	4459427	5282405	4459400	5282371
1289	415073	Lainbach (TÖL)	Kreuzgraben	420	4459232	5282784	4459213	5282369
1290	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	193	4458458	5283140	4458632	5283219
1291	415073	Lainbach (TÖL)	Kohlstattgraben	379	4457833	5281957	4458201	5281978
1292	415073	Lainbach (TÖL)	Pessenbach	94	4456570	5280987	4456530	5280914
1293	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	100	4459523	5282250	4459493	5282157
1294	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	14	4459517	5282263	4459530	5282258
1295	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	70	4459400	5282371	4459408	5282301
1296	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	168	4459020	5283005	4458997	5282843
1297	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	12	4458801	5283190	4458804	5283179
1298	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	27	4459408	5282301	4459395	5282278
1299	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	123	4459170	5282968	4459125	5282855
1300	415073	Lainbach (TÖL)	nicht bekannt	96	4458937	5282940	4458961	5282848
1301	415074	Aschbach	Aschbach	350	4457170	5285287	4457431	5285127
1302	415074	Aschbach	nicht bekannt	335	4457216	5285531	4457500	5285418
1303	415074	Aschbach	nicht bekannt	250	4457207	5285803	4457424	5285727
1304	415074	Aschbach	nicht bekannt	20	4457352	5285724	4457361	5285706
1305	415075	Klammbach	nicht bekannt	300	4448081	5284056	4448246	5283851
1306	415075	Klammbach	nicht bekannt	157	4448254	5283842	4448398	5283851
1307	415076	Mühleckergraben	nicht bekannt	335	4449234	5285565	4449428	5285310
1308	415076	Mühleckergraben	nicht bekannt	51	4449184	5285546	4449220	5285572
1309	415076	Mühleckergraben	nicht bekannt	172	4448136	5284571	4448282	5284497
1310	415076	Mühleckergraben	nicht bekannt	18	4448124	5284599	4448132	5284582
1311	415077	Steinbach (TÖL)	Steinbach, Murnerbach	7440	4456641	5289330	4460160	5285489
1312	415077	Steinbach (TÖL)	Steinbach, Murnerbach	1020	4461232	5285318	4461290	5284696

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1313	415077	Steinbach (TÖL)	Anzenbach	309	4460216	5285554	4460242	5285808
1314	415077	Steinbach (TÖL)	Anzenbach	41	4460440	5285979	4460477	5285995
1315	415077	Steinbach (TÖL)	Anzenbach	35	4460553	5286143	4460553	5286143
1316	415077	Steinbach (TÖL)	Anzenbach	20	4460348	5285904	4460361	5285920
1317	415077	Steinbach (TÖL)	Steingraben	790	4460160	5285489	4460165	5284774
1318	415077	Steinbach (TÖL)	Hollergraben	1575	4458404	5286387	4459568	5287299
1319	415077	Steinbach (TÖL)	Tiefengraben	571	4461096	5285430	4461602	5285663
1320	415077	Steinbach (TÖL)	nicht bekannt	60	4460509	5286177	4460553	5286143
1321	415077	Steinbach (TÖL)	Hausgraben	157	4458753	5285872	4458816	5285736
1322	415077	Steinbach (TÖL)	Hausgraben	11	4458710	5286213	4458710	5286203
1323	415077	Steinbach (TÖL)	nicht bekannt	245	4461711	5285997	4461583	5285793
1324	415077	Steinbach (TÖL)	nicht bekannt	345	4459902	5285570	4459897	5285254
1325	415077	Steinbach (TÖL)	nicht bekannt	52	4459498	5286018	4459504	5285967
1326	415077	Steinbach (TÖL)	nicht bekannt	198	4459925	5285532	4459838	5285361
1327	415078	Ries- und Steingraben	Kaltenbach, Fallgraben	255	4458444	5288663	4458507	5288447
1328	415078	Ries- und Steingraben	nicht bekannt	95	4458887	5289108	4458974	5289071
1329	415078	Ries- und Steingraben	nicht bekannt	133	4458633	5288437	4458754	5288485
1330	415078	Ries- und Steingraben	nicht bekannt	29	4458509	5288450	4458537	5288442
1331	415079	Schellenbach	Schellenbach	2028	4458739	5289565	4460117	5288638
1332	415079	Schellenbach	Schellenbach	860	4457442	5289524	4458206	5289642
1333	415079	Schellenbach	nicht bekannt	16	4459453	5289343	4459456	5289327
1334	415080	Stallauer Bach	Reindlbach, Stallauer Bach	270	4460234	5290541	4460263	5290313
1335	415080	Stallauer Bach	Stallauer Bach	1428	4461220	5290119	4461512	5288995
1336	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammersee, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	5179	4421846	5270604	4417993	5268072
1337	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammersee, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	2304	4428528	5270645	4426475	5270480
1338	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammersee, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	453	4423965	5270620	4423596	5270503
1339	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammersee, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	300	4423306	5270457	4423114	5270389
1340	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammersee, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	200	4425111	5270523	4424973	5270651
1341	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammersee, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	171	4424760	5270732	4424592	5270721
1342	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammersee, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	150	4428857	5270399	4428722	5270400
1343	415081	Linder (Ammer)	Amper, Ammersee, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	97	4429192	5270792	4429144	5270711
1344	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	430	4422346	5266944	4422038	5266701
1345	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	416	4423698	5269023	4423679	5268628
1346	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	394	4424592	5270721	4424493	5270346
1347	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	346	4424027	5269485	4423869	5269211
1348	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	200	4423158	5267600	4422981	5267516
1349	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	149	4422542	5267224	4422455	5267113
1350	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	141	4421857	5266618	4421740	5266547
1351	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach, Kuchelbach	77	4424206	5269872	4424206	5269795
1352	415081	Linder (Ammer)	Sägertalbach	3005	4417307	5270787	4419861	5269870
1353	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach	504	4423517	5267732	4423420	5267275
1354	415081	Linder (Ammer)	Elmaubach	53	4423362	5267140	4423347	5267098
1355	415081	Linder (Ammer)	Kühalpenbach	1578	4427244	5268502	4426073	5267570
1356	415081	Linder (Ammer)	Kühalpenbach	967	4427621	5269801	4427447	5268951
1357	415081	Linder (Ammer)	Kühalpenbach	20	4427779	5270221	4427768	5270204
1358	415081	Linder (Ammer)	Häusellahne	913	4419602	5269496	4420237	5268926
1359	415081	Linder (Ammer)	Dreisäuler Bach	1184	4421274	5271628	4421453	5270567
1360	415081	Linder (Ammer)	Kieneckgraben	137	4423694	5268350	4423772	5268241
1361	415081	Linder (Ammer)	Scheinberggraben	45	4418578	5268546	4418603	5268510
1362	415081	Linder (Ammer)	Lotterslahne	699	4419452	5268879	4419569	5268244

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1363	415081	Linder (Ammer)	Spitzgraben	692	4420068	5269113	4420735	5269249
1364	415081	Linder (Ammer)	Periodegraben	20	4417821	5270646	4417824	5270627
1365	415081	Linder (Ammer)	nicht bekannt	20	4418491	5270585	4418509	5270575
1366	415081	Linder (Ammer)	Sefelwandalpgraben	20	4418777	5270425	4418776	5270405
1367	415081	Linder (Ammer)	Dreisäuler Graben	126	4421223	5271207	4421339	5271171
1368	415081	Linder (Ammer)	nicht bekannt	20	4421740	5266547	4421756	5266534
1369	415081	Linder (Ammer)	nicht bekannt	50	4423515	5267735	4423565	5267733
1370	415081	Linder (Ammer)	Gießenbachgraben	465	4426618	5267853	4426786	5267435
1371	415081	Linder (Ammer)	Alplegraben	20	4426373	5267934	4426393	5267934
1372	415081	Linder (Ammer)	Alplegraben	20	4426240	5267967	4426260	5267964
1373	415081	Linder (Ammer)	nicht bekannt	13	4419472	5268907	4419483	5268900
1374	415081	Linder (Ammer)	nicht bekannt	249	4420740	5269249	4420919	5269085
1375	415081	Linder (Ammer)	Linder	192	4419367	5268822	4419239	5268692
1376	415082	Ammer	Amper, Ammersee, Ammer, Linder, Fischbach, Rückentalbach	10915	4425993	5278115	4429192	5270792
1377	415083	Tiefentalgraben (Mandlbach und Schlott)	nicht bekannt	767	4431951	5269999	4432309	5270485
1378	415083	Tiefentalgraben (Mandlbach und Schlott)	nicht bekannt	264	4431042	5270398	4431280	5270289
1379	415083	Tiefentalgraben (Mandlbach und Schlott)	nicht bekannt	43	4430718	5270876	4430715	5270833
1380	415083	Tiefentalgraben (Mandlbach und Schlott)	Spitzschlaggraben	350	4432476	5270797	4432314	5270507
1381	415083	Tiefentalgraben (Mandlbach und Schlott)	nicht bekannt	168	4431283	5270288	4431312	5270127
1382	415083	Tiefentalgraben (Mandlbach und Schlott)	nicht bekannt	133	4432434	5270844	4432418	5270718
1383	415084	Lichtenstättgraben	Lichtenstättgraben	1099	4431388	5270932	4431388	5270932
1384	415084	Lichtenstättgraben	Lichtenstättgraben	29	4431410	5270952	4431388	5270932
1385	415084	Lichtenstättgraben	Lichtenstättgraben	170	4431451	5271115	4431408	5270953
1386	415085	Labergraben	Labergraben	1546	4429853	5272861	4431278	5272758
1387	415085	Labergraben	Labergraben	16	4429822	5272881	4429836	5272872
1388	415085	Labergraben	Labergraben	717	4431168	5272827	4431701	5272995
1389	415086	Windbachlaine (Große Laine)	Große Laine, Laine, Himmelreichgraben	5600	4433383	5273951	4432620	5273829
1390	415086	Windbachlaine (Große Laine)	Esellaine, Lainegraben	2065	4430227	5274269	4430227	5274269
1391	415086	Windbachlaine (Große Laine)	Graflaine	928	4432614	5274717	4432620	5273829
1392	415086	Windbachlaine (Große Laine)	Kainzengraben	915	4430227	5274269	4431092	5274219
1393	415086	Windbachlaine (Große Laine)	Rosseckgraben	18	4433375	5273968	4433383	5273951
1394	415086	Windbachlaine (Große Laine)	nicht bekannt	42	4431810	5273858	4431825	5273898
1395	415086	Windbachlaine (Große Laine)	nicht bekannt	362	4430783	5274151	4431068	5273959
1396	415087	Kreisbachlaine (Kreislaine)	Kolbenbach	1795	4428900	5274704	4428396	5273143
1397	415087	Kreisbachlaine (Kreislaine)	nicht bekannt	438	4428384	5273453	4428597	5273757
1398	415088	Schnitzelgraben	Bergengraben, Schnitzelgraben	1362	4429887	5274738	4430945	5275321
1399	415088	Schnitzelgraben	nicht bekannt	179	4429793	5274826	4429949	5274892
1400	415089	Enge Laine	Enge Laine, Gschwandgraben	3613	4429513	5276933	4428465	5276341
1401	415089	Enge Laine	Diezenmoosgraben	20	4429471	5276773	4429491	5276769
1402	415089	Enge Laine	nicht bekannt	20	4429560	5277023	4429544	5277012
1403	415089	Enge Laine	nicht bekannt	12	4429513	5276933	4429525	5276935
1404	415089	Enge Laine	nicht bekannt	20	4429523	5277127	4429539	5277116
1405	415089	Enge Laine	nicht bekannt	15	4428465	5276341	4428477	5276331
1406	415090	Schleifmühlenlaine	Schleifmühlenlaine	3251	4426759	5276575	4426176	5273597
1407	415090	Schleifmühlenlaine	Kurztalgraben	202	4426018	5273793	4426126	5273956
1408	415090	Schleifmühlenlaine	nicht bekannt	14	4426088	5274493	4426102	5274493
1409	415091	Kappel-Laine (Kapell-Laine)	Kappellaine, Kappelgraben	2566	4426959	5277275	4428583	5278044
1410	415091	Kappel-Laine (Kapell-Laine)	Kappellaine, Kappelgraben	20	4426571	5277349	4426586	5277361
1411	415092	Grüngraben (Waldlaine)	Waldlaine, Grüngraben	747	4426773	5278416	4427345	5278729
1412	415093	Scherenauer-Laine (Scherlaine)	Scherenauer Laine, Bremeneckgraben	1436	4426199	5277795	4425503	5276672

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1413	415093	Scherenauer-Laine (Scherlaine)	Scherenauer Laine, Bremeneckgraben	766	4424558	5275118	4424092	5274550
1414	415094	Hörnlebach (Pflügerskreuthgraben)	Pflügerskreutgraben	796	4425357	5279426	4426025	5279580
1415	415094	Hörnlebach (Pflügerskreuthgraben)	Pflügerskreutgraben	208	4426068	5279593	4426255	5279654
1416	415095	Halbammer	Halbammer, Weißenbach	2126	4422565	5277586	4422692	5279259
1417	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	Fendter Bach, Sinkgraben	2848	4427869	5299040	4430167	5298313
1418	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	Michelsbach	1478	4428658	5296472	4430044	5296395
1419	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	Pointelgraben	1217	4429780	5298072	4429780	5298072
1420	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	Sulzerbach	646	4429180	5296048	4429800	5296066
1421	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	nicht bekannt	1016	4429039	5297537	4429780	5298072
1422	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	Buchaugraben	914	4428738	5296886	4429464	5297093
1423	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	nicht bekannt	168	4429412	5296761	4429522	5296856
1424	415098	Wörtersbach (Stadelbach): linke Seitenbäche	nicht bekannt	274	4429182	5298920	4429388	5299086
1425	415099	Burgleitenbach	Burgleitenbach	1395	4438096	5307738	4439183	5308240
1426	415100	Weißer Bach	Weißer Bach, Hochschloßweiher	267	4436999	5310324	4437248	5310396
1427	415101	Stiergraben (TÖL)	Stiergraben	447	4465331	5300637	4465493	5300325
1428	415103	Habichtgraben (Schindergraben)	Habichtgraben, Schindergraben, Stärzenaugraben	992	4454755	5300738	4455611	5300915
1429	415104	Höllgraben (TÖL)	Höllgraben	594	4455334	5302716	4455730	5303058
1430	415201	Kienbach	Kienbach, Kobelbach	2229	4438032	5318011	4438870	5316973
1431	415202	Maisinger Bach (Georgenbach)	Georgenbach, Maisinger Bach, Maisinger See, Weiher Bach, Wielinger Bach, Deixlfurter Bach, Deixlfurter See	2305	4449784	5317892	4451607	5317911
1432	415341	Stallauer Graben	Stallauer Graben	136	4463218	5290088	4463183	5289966
1433	415342	Steineggert Graben	Steineggertgraben	483	4463953	5290127	4463734	5289747
1434	**Regierungsbezirk Niederbayern (42)**							
1435	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Deggendorf (421)**							
1436	421002	Kleiner Regen	Kleiner Regen	909	4593280	5431184	4594000	5430731
1437	421003	Rothbach	Rothbach, Riesbach, Schwellbach	2325	4580792	5437819	4580399	5436659
1438	421003	Rothbach	Rothbach	144	4580662	5437007	4580611	5436891
1439	421003	Rothbach	Rothbach	111	4580564	5436832	4580506	5436750
1440	421003	Rothbach	Rothbach	158	4580399	5436659	4580506	5436750
1441	421003	Rothbach	Riesbach	134	4580792	5437819	4580809	5437713
1442	421003	Rothbach	Riesbach	97	4580833	5437637	4580879	5437569
1443	421003	Rothbach	Riesbach	101	4580825	5437399	4580778	5437326
1444	421006	Mettener Bach	Mettenbach, Weibinger Bach, Perlbach	553	4567727	5413944	4567665	5413550
1445	421009	Große Deffernik	Große Deffernik	5168	4590340	5442519	4589847	5437553
1446	421010	Großer Höllbach	Großer Höllbach	1985	4594969	5438258	4594727	5436443
1447	421012	Kolbersbach	Kolbersbach, Rindelbach	3850	4596242	5438793	4594149	5435882
1448	421012	Kolbersbach	nicht bekannt	65	4596106	5438357	4596088	5438302
1449	421012	Kolbersbach	nicht bekannt	71	4596014	5438321	4596060	5438267
1450	421012	Kolbersbach	nicht bekannt	186	4595879	5437875	4596041	5437791
1451	421101	Donauzuflüsse: Tobelstrecken	nicht bekannt	311	4587776	5389778	4587776	5389778
1452	421101	Donauzuflüsse: Tobelstrecken	nicht bekannt	263	4587849	5390009	4587776	5389778
1453	421111	Boiterbach (Beiderwiesbach)	Beiderwiesbach	1316	4607898	5382373	4608369	5381305
1454	421112	Mühltalbach	Mühltalbach	995	4608820	5382369	4608982	5381587
1455	421112	Mühltalbach	Mühltalbach	81	4608849	5382590	4608831	5382513
1456	421113	Satzbach: Tobelstrecke	Satzbach, Eselsteinbach	739	4611723	5385566	4611759	5384868

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1457	421116	Eckerbach (Rampersdorfer Bach): Tobelstrecke	Eckerbach, Rampersdorfer Bach, Ecker Bach	2047	4620875	5383033	4621335	5381192
1458	421117	Hofleitenbach: Tobelstrecke	Hofleitenbach	92	4620992	5382604	4621054	5382659
1459	421118	Griesenbach (Haselmannsbach): Tobelstrecke	Griesenbach	2083	4621335	5381192	4622937	5382130
1460	421119	Kollbach	Kohlbach	1829	4622899	5379086	4624017	5380203
1461	421124	Silberbach (Berchtlinger Bach)	Berchtlinger Bach	541	4622341	5381012	4622108	5380616
1462	421125	Haagerbach	nicht bekannt	563	4616994	5387264	4617523	5387209
1463	421125	Haagerbach	nicht bekannt	87	4617477	5387242	4617563	5387249
1464	421201	Türkenbach	Türkenbach	7720	4564873	5349007	4566186	5344831
1465	421202	Tannerbach	Tanner Bach, Duschlbach	1054	4567297	5347893	4567008	5347152
1466	421202	Tannerbach	Tanner Bach, Duschlbach	245	4567519	5350220	4567437	5350046
1467	421202	Tannerbach	Tanner Bach, Duschlbach	182	4567458	5349212	4567393	5349054
1468	421203	Simbach	Simbach, Kirchberger Bach, Aichbach	1225	4576306	5348341	4577180	5347731
1469	421203	Simbach	Simbach, Kirchberger Bach, Aichbach	88	4575752	5348829	4575827	5348803
1470	421203	Simbach	Simbach, Kirchberger Bach, Aichbach	15	4575539	5349124	4575548	5349112
1471	421204	Antersdorfer Bach	Antersdorfer Bach	5334	4572145	5351728	4574855	5349139
1472	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	186	4573251	5350412	4573433	5350425
1473	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	141	4573688	5349689	4573811	5349756
1474	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	139	4574177	5349479	4574076	5349386
1475	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	105	4574549	5349193	4574543	5349093
1476	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	101	4574855	5349139	4574866	5349044
1477	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	155	4573524	5349999	4573642	5349976
1478	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	65	4574478	5349141	4574536	5349164
1479	421204	Antersdorfer Bach	nicht bekannt	41	4574333	5349308	4574316	5349270
1480	**Regierungsbezirk Oberpfalz (43)**							
1481	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Regensburg (432)**							
1482	432001	Weißer Regen	Weißer Regen, Kleiner Arbersee, Seebach	5349	4580118	5448199	4581835	5444083
1483	432002	Lambach	Lambach	4285	4575703	5452436	4578470	5453606
1484	432002	Lambach	nicht bekannt	40	4576494	5453752	4576530	5453743
1485	432002	Lambach	nicht bekannt	24	4576534	5453732	4576546	5453711
1486	**Regierungsbezirk Oberfranken (44)**							
1487	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Kronach (441)**							
1488	441001	Rodach	Rodach	7554	4465850	5582015	4463946	5576219
1489	441001	Rodach	Ölsnitz	6	4466065	5580213	4466070	5580216
1490	441002	Oelsnitz	Ölsnitz	5111	4466070	5580216	4470162	5578521
1491	441003	Nordhalbener Ködel	Nurner Ködel, Nordhalbener Ködel, Rosenbaumbach	4595	4463806	5584562	4463902	5580626
1492	441004	Tschirner Ködel	Tschirner Ködel	9183	4462692	5588029	4463461	5580463
1493	441004	Tschirner Ködel	nicht bekannt	55	4461814	5583942	4461863	5583950
1494	441005	Haßlach	Haßlach	7358	4453783	5584566	4450821	5578748
1495	441006	Landleitenbach	Landleitenbach, Ölschnitz	5229	4451352	5585202	4451876	5580903
1496	441007	Tettau	Tettau	6970	4448036	5591420	4447381	5585153
1497	441007	Tettau	Tettau	3214	4448735	5580198	4450820	5578758
1498	441008	Kremnitz	Kronach, Kremnitz, Finsterbach	15024	4458186	5585419	4454975	5573689
1499	441009	Doberbach	Dober	9756	4460502	5587023	4456326	5579747
1500	441009	Doberbach	nicht bekannt	712	4459770	5585796	4459857	5585161
1501	441010	Teuschnitz	Teuschnitz	5469	4454017	5580591	4454261	5576237
1502	441011	Grümpelbach	Grümpel	5803	4457900	5577440	4454978	5573702
1503	441011	Grümpelbach	Grümpel	4023	4459375	5580440	4459395	5580273
1504	441011	Grümpelbach	nicht bekannt	30	4459395	5580273	4459424	5580282
1505	441011	Grümpelbach	nicht bekannt	55	4459320	5580448	4459375	5580440
1506	**Regierungsbezirk Mittelfranken (45)**							
1507	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Ansbach (451)**							
1508	451001	Schandtauber	Schandtauber	5856	4363984	5468754	4368060	5471665
1509	451002	Vorbach	Vorbach, Heiligenbronngraben	3334	4364471	5472825	4367269	5473179

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1510	451003	Hohbach	Hohbach	279	4366129	5475169	4366384	5475249
1511	451004	Steinbach (AN)	Steinbach, Weidleinsgraben, Fischbach, Stubachsgraben	4889	4366334	5475661	4369945	5476419
1512	451005	Ansbach	Ansbach	279	4365757	5476518	4366001	5476485
1513	451006	Gattenhofener Bach	Gattenhofer Bach	1795	4365840	5477104	4367528	5477413
1514	451007	Possenmühlklinge	Possenmühlklinge	511	4365889	5477704	4366251	5478047
1515	451008	Schonacher Bach	Schonach	162	4365047	5479017	4365191	5479020
1516	451009	Gickelhäuser Bach	Gickelhäuser Bach, Scheckenbach	2755	4366765	5480621	4365533	5479726
1517	451010	Ruckertshofener Bach	Ruckertshofer Bach	881	4366765	5480621	4367434	5480259
1518	451011	Haardter Bach	Haardter Bach	289	4366596	5480592	4366756	5480359
1519	451012	Wolfsklinge	Wolfsklinge	426	4366342	5480947	4366487	5480570
1520	451013	Rammersbach	Rammersbach	1279	4365533	5479726	4366494	5479115
1521	451014	Neustetter Bach	Neustetter Bach	1674	4363697	5480584	4364772	5481535
1522	451015	Holdermühlklinge	Holdermühlklinge	218	4362773	5480383	4362781	5480175
1523	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Nürnberg (452)**							
1524	452001	Ankertal	Ankertal	62	4462973	5496216	4462978	5496154
1525	452002	Schmiedbach	Schmiedbach	213	4463587	5493543	4463450	5493386
1526	452003	Engental (Rumpelbach)	Rumpelbach	704	4463136	5492927	4463700	5493153
1527	452004	Vorraer Mühlbach (Bachmühlgraben)	Vorraer Mühlbach	549	4462435	5491434	4462971	5491373
1528	452004	Vorraer Mühlbach (Bachmühlgraben)	Vorraer Mühlbach	189	4463031	5491359	4463207	5491301
1529	452004	Vorraer Mühlbach (Bachmühlgraben)	Vorraer Mühlbach	101	4463246	5491288	4463326	5491231
1530	452004	Vorraer Mühlbach (Bachmühlgraben)	Vorraer Mühlbach	62	4462971	5491373	4463031	5491359
1531	452005	Im Grund (Rumpelbach)	Rumpelbach	161	4462383	5490725	4462448	5490579
1532	**Regierungsbezirk Unterfranken (46)**							
1533	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Aschaffenburg (461)**							
1534	461001	Wildbach	Wildbach	722	4311872	5507137	4311795	5506497
1535	461002	Kaltenbach	Kaltenbach	731	4310770	5507300	4310458	5506665
1536	461101	Leitengraben	Leitengraben	87	4339178	5543021	4339251	5543056
1537	461101	Leitengraben	nicht bekannt	492	4338974	5543441	4339251	5543056
1538	461101	Leitengraben	nicht bekannt	70	4338993	5543343	4339061	5543340
1539	461102	Harrbacher Bach	Harrbacher Graben	278	4335570	5544323	4335814	5544268
1540	461103	Luderbach	Luderbach	455	4336312	5545848	4336719	5545891
1541	461105	Fliesenbach	Fliesenbach	1392	4331011	5553561	4332132	5553490
1542	461106	Trockenbach	nicht bekannt	191	4331047	5553825	4331160	5553674
1543	461107	Stelzengraben	Stelzengraben	584	4326676	5531196	4327207	5531110
1544	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Bad Kissingen (462)**							
1545	462001	Streu	Streu	1161	4374180	5592771	4375242	5592940
1546	462001	Streu	Streu	1107	4371102	5595495	4371675	5594724
1547	462001	Streu	Streu	539	4370012	5598589	4370215	5598137
1548	462001	Streu	Streu	164	4373910	5592879	4374059	5592818
1549	462001	Streu	Streu	152	4374058	5592814	4374176	5592760
1550	462002	Leubach	Leubach	994	4365525	5601684	4366371	5601265
1551	462002	Leubach	Leubach	311	4368994	5599948	4369289	5599908
1552	462002	Leubach	Leubachsgraben	2657	4366527	5601086	4368799	5600060
1553	462003	Eisgraben (Rhön)	Eisgraben	1857	4365808	5598399	4367578	5598327
1554	462003	Eisgraben (Rhön)	Eisgraben	1495	4368919	5598098	4370124	5597416
1555	462003	Eisgraben (Rhön)	Flutmulde	1369	4367578	5598327	4368919	5598098
1556	462005	Els	Els	910	4375810	5583725	4376383	5583344
1557	462005	Els	Els	507	4367816	5589632	4367966	5589215
1558	462005	Els	Els	289	4373446	5585070	4373598	5584849
1559	462005	Els	Els	203	4372619	5585550	4372725	5585390
1560	462006	Sonder	Sonder	240	4362606	5591168	4362828	5591095
1561	462006	Sonder	Sonder	87	4363135	5590815	4363203	5590762
1562	462006	Sonder	Sonder Flutgraben	1290	4363905	5589802	4365071	5589353

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1563	462007	Brend	Brend	2130	4371361	5578876	4372989	5578132
1564	462007	Brend	Brend	1265	4356258	5587831	4357432	5587809
1565	462007	Brend	Brend	1083	4360119	5586394	4361001	5586490
1566	462007	Brend	Brend	669	4363612	5586565	4363982	5586092
1567	462007	Brend	Brend	461	4364926	5584750	4365189	5584404
1568	462007	Brend	Brend	380	4354337	5588147	4354493	5587853
1569	462009	Dürrbach	Schmalwasserbach, Dürbach	408	4360195	5579958	4360564	5579882
1570	462011	Schrenkgraben	Schrenkgraben	474	4357561	5561098	4357638	5560708
1571	462012	Sinn	Sinn	3275	4342153	5576937	4344892	5578243
1572	462012	Sinn	Sinn	1303	4339005	5575482	4339765	5576466
1573	462012	Sinn	Sinn	357	4351128	5584119	4351457	5584225
1574	462012	Sinn	Sinn	253	4351906	5584528	4351998	5584751
1575	462013	Oberbach	Oberbach	298	4348949	5581194	4349237	5581240
1576	462015	Höllgraben (KG)	Höllgraben	728	4344889	5578947	4344940	5578307
1577	462016	Leimbach	Leimbach	1122	4342536	5578041	4342925	5577138
1578	462017	Röthbach	Röthbach	243	4342108	5576720	4342149	5576503
1579	462018	Hofgrundwasser	Hofgrundwasser	360	4342149	5576503	4342410	5576403
1580	462019	Hinterer Haselbach	Hinterer Haselbach	437	4359278	5586195	4359621	5586345
1581	**Regierungsbezirk Schwaben (47)**							
1582	**Wildbäche im Amtsbereich des WWA Kempten (472)**							
1583	472001	Schönbach	Schönbach, Achbach	226	4357026	5252279	4357233	5252287
1584	472001	Schönbach	Schönbach, Achbach	120	4358364	5252431	4358480	5252415
1585	472001	Schönbach	Schönbach, Achbach	35	4358294	5252516	4358323	5252497
1586	472001	Schönbach	Schönbach, Achbach	28	4358338	5252472	4358351	5252448
1587	472001	Schönbach	nicht bekannt	408	4358940	5252968	4358747	5252664
1588	472001	Schönbach	nicht bekannt	285	4358612	5252511	4358342	5252466
1589	472001	Schönbach	Galtgraben	540	4358550	5253423	4358509	5252920
1590	472001	Schönbach	Galtgraben	28	4358510	5252814	4358502	5252788
1591	472001	Schönbach	Galtgraben	20	4358596	5253683	4358597	5253663
1592	472001	Schönbach	Galtgraben	20	4358427	5252564	4358413	5252550
1593	472001	Schönbach	nicht bekannt	75	4356815	5252750	4356746	5252732
1594	472001	Schönbach	nicht bekannt	46	4357121	5252910	4357078	5252898
1595	472001	Schönbach	nicht bekannt	20	4356638	5252666	4356622	5252655
1596	472001	Schönbach	nicht bekannt	174	4356622	5253131	4356495	5253017
1597	472001	Schönbach	nicht bekannt	104	4356357	5252810	4356306	5252722
1598	472001	Schönbach	nicht bekannt	20	4356752	5253346	4356737	5253334
1599	472001	Schönbach	nicht bekannt	20	4356429	5252913	4356427	5252893
1600	472001	Schönbach	nicht bekannt	488	4359071	5253436	4358943	5252976
1601	472001	Schönbach	nicht bekannt	67	4358113	5252388	4358143	5252328
1602	472001	Schönbach	nicht bekannt	144	4357595	5252255	4357717	5252180
1603	472001	Schönbach	nicht bekannt	279	4356818	5253025	4356755	5252757
1604	472001	Schönbach	nicht bekannt	406	4355460	5253363	4355817	5253509
1605	472001	Schönbach	nicht bekannt	14	4355277	5253383	4355291	5253380
1606	472001	Schönbach	nicht bekannt	20	4355373	5253593	4355365	5253574
1607	472001	Schönbach	nicht bekannt	20	4355428	5253462	4355439	5253478
1608	472002	Weißach (OA)	Weißach	243	4353466	5265393	4353682	5265324
1609	472002	Weißach (OA)	Weißach	206	4348923	5268282	4349085	5268380
1610	472002	Weißach (OA)	Weißach	99	4347039	5267380	4347063	5267284
1611	472002	Weißach (OA)	Weißach	60	4351015	5269176	4351072	5269187
1612	472002	Weißach (OA)	Weißach	53	4347074	5267170	4347056	5267121
1613	472002	Weißach (OA)	Weißach	21	4349514	5268765	4349535	5268765
1614	472002	Weißach (OA)	Weißach	21	4350864	5269052	4350883	5269059
1615	472002	Weißach (OA)	Weißach	20	4349765	5268687	4349783	5268695
1616	472002	Weißach (OA)	Weißach	20	4357639	5266622	4357655	5266634
1617	472002	Weißach (OA)	Weißach	19	4347430	5267691	4347419	5267676
1618	472002	Weißach (OA)	Weißach	19	4347251	5267467	4347238	5267454

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1619	472002	Weißach (OA)	Weißach	19	4350741	5269052	4350758	5269046
1620	472002	Weißach (OA)	Weißach	19	4353343	5265421	4353354	5265406
1621	472002	Weißach (OA)	Lanzenbach	67	4353320	5265334	4353352	5265392
1622	472002	Weißach (OA)	Angerbach	133	4350165	5268467	4350285	5268419
1623	472002	Weißach (OA)	Angerbach	99	4350568	5268364	4350642	5268298
1624	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	153	4351099	5269188	4351231	5269260
1625	472002	Weißach (OA)	Littenbach	109	4347002	5266571	4347087	5266509
1626	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	62	4350745	5268761	4350789	5268719
1627	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	25	4350846	5268615	4350863	5268598
1628	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	16	4349150	5268516	4349151	5268500
1629	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	14	4347622	5267792	4347634	5267786
1630	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	202	4346210	5269895	4346210	5269895
1631	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	29	4357626	5266683	4357634	5266655
1632	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	20	4350290	5269000	4350297	5269019
1633	472002	Weißach (OA)	nicht bekannt	14	4346198	5269903	4346210	5269895
1634	472003	Bolgenach	Bolgenach	1328	4356119	5259761	4357288	5259972
1635	472003	Bolgenach	Bolgenach	812	4358507	5259399	4358866	5259025
1636	472003	Bolgenach	Bolgenach	203	4355812	5259587	4355913	5259664
1637	472003	Bolgenach	Bolgenach	148	4359599	5257582	4359707	5257486
1638	472003	Bolgenach	Bolgenach	143	4357496	5259759	4357637	5259754
1639	472003	Bolgenach	Bolgenach	136	4358258	5259526	4358388	5259500
1640	472003	Bolgenach	Bolgenach	132	4359418	5257893	4359466	5257777
1641	472003	Bolgenach	Bolgenach	95	4357397	5259866	4357410	5259772
1642	472003	Bolgenach	Bolgenach	76	4359727	5257383	4359764	5257328
1643	472003	Bolgenach	Bolgenach	26	4357915	5259652	4357940	5259644
1644	472003	Bolgenach	Bolgenach	20	4359343	5258146	4359352	5258128
1645	472003	Bolgenach	Bolgenach	19	4355224	5259233	4355243	5259237
1646	472003	Bolgenach	Scheuenbach	184	4359481	5256948	4359378	5256805
1647	472003	Bolgenach	Scheuenbach	92	4359606	5257285	4359563	5257204
1648	472003	Bolgenach	Scheuenbach	49	4359704	5257480	4359673	5257442
1649	472003	Bolgenach	Scheuenbach	20	4359513	5257065	4359508	5257046
1650	472003	Bolgenach	Scheuenbach	20	4359081	5256299	4359073	5256281
1651	472003	Bolgenach	Rauhbach	343	4358882	5259515	4359200	5259636
1652	472003	Bolgenach	Rauhbach	33	4358796	5259415	4358816	5259442
1653	472003	Bolgenach	Rauhbach	31	4359698	5259772	4359729	5259769
1654	472003	Bolgenach	Stubenbach	68	4357898	5259781	4357913	5259845
1655	472003	Bolgenach	Stubenbach	68	4358405	5260391	4358448	5260443
1656	472003	Bolgenach	Stubenbach	20	4358083	5260110	4358097	5260125
1657	472003	Bolgenach	nicht bekannt	27	4361182	5257353	4361158	5257343
1658	472003	Bolgenach	nicht bekannt	22	4361017	5257885	4361033	5257900
1659	472003	Bolgenach	Stubengraben	61	4358392	5256097	4358446	5256070
1660	472003	Bolgenach	nicht bekannt	143	4359233	5256882	4359340	5256791
1661	472003	Bolgenach	nicht bekannt	108	4358926	5256872	4359024	5256852
1662	472003	Bolgenach	nicht bekannt	28	4358609	5256902	4358636	5256895
1663	472003	Bolgenach	Bolgenach	187	4359365	5258325	4359344	5258154
1664	472003	Bolgenach	nicht bekannt	27	4358984	5259136	4359001	5259117
1665	472003	Bolgenach	nicht bekannt	20	4359467	5259755	4359459	5259736
1666	472003	Bolgenach	nicht bekannt	361	4357568	5260327	4357247	5260192
1667	472003	Bolgenach	nicht bekannt	138	4357117	5260155	4357066	5260037
1668	472003	Bolgenach	nicht bekannt	24	4357733	5260493	4357726	5260473
1669	472003	Bolgenach	nicht bekannt	20	4359512	5257009	4359513	5256990
1670	472003	Bolgenach	nicht bekannt	163	4359472	5257781	4359625	5257749
1671	472003	Bolgenach	nicht bekannt	30	4359670	5257845	4359688	5257868
1672	472003	Bolgenach	nicht bekannt	92	4358725	5259772	4358757	5259858
1673	472003	Bolgenach	nicht bekannt	165	4357101	5260309	4357104	5260151
1674	472003	Bolgenach	Bolgenach	75	4359418	5257973	4359422	5257903
1675	472003	Bolgenach	nicht bekannt	15	4359380	5258036	4359394	5258029

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1676	472003	Bolgenach	Bolgenach	70	4359246	5258530	4359304	5258493
1677	472003	Bolgenach	nicht bekannt	17	4356842	5260005	4356857	5259997
1678	472003	Bolgenach	nicht bekannt	16	4356515	5259843	4356525	5259830
1679	472003	Bolgenach	nicht bekannt	104	4354947	5259670	4354943	5259568
1680	472003	Bolgenach	nicht bekannt	38	4356281	5260321	4356300	5260288
1681	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	986	4342421	5273566	4342446	5272702
1682	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	967	4342773	5274235	4342462	5273795
1683	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	879	4341787	5276070	4342448	5276471
1684	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	627	4343946	5277032	4344353	5276593
1685	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	402	4343842	5274694	4343613	5274496
1686	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	368	4344522	5276313	4344621	5275998
1687	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	324	4342209	5272483	4342062	5272233
1688	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	251	4342944	5276654	4343151	5276767
1689	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	196	4340895	5270079	4340740	5270134
1690	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	179	4341248	5271059	4341284	5270935
1691	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	132	4343423	5274482	4343398	5274575
1692	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	102	4341731	5271610	4341639	5271565
1693	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	93	4343065	5274374	4342984	5274372
1694	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	61	4343906	5274948	4343885	5274893
1695	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	22	4340824	5270254	4340827	5270232
1696	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	22	4342314	5272621	4342293	5272621
1697	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	22	4342237	5272614	4342227	5272595
1698	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	20	4340049	5268349	4340034	5268337
1699	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	20	4341532	5271144	4341525	5271125
1700	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	20	4342592	5276554	4342610	5276562
1701	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	20	4340145	5269398	4340142	5269379
1702	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	20	4341911	5272032	4341897	5272018
1703	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	20	4341152	5270781	4341136	5270793
1704	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	20	4342002	5272112	4341995	5272093
1705	472005	Rothach (Rotach)	Rothach, Mühlbach	20	4341872	5271882	4341859	5271867
1706	472005	Rothach (Rotach)	Maisach	47	4337823	5271346	4337870	5271348
1707	472005	Rothach (Rotach)	Eyenbach, Schwarzenbach	151	4341059	5269558	4341176	5269500
1708	472005	Rothach (Rotach)	Eyenbach, Schwarzenbach	22	4340802	5269820	4340802	5269799
1709	472005	Rothach (Rotach)	Kesselbach	987	4339317	5268276	4340023	5267778
1710	472005	Rothach (Rotach)	Angerbach	21	4344661	5275902	4344675	5275917
1711	472005	Rothach (Rotach)	Gräbenbach	582	4344808	5274598	4345250	5274275
1712	472005	Rothach (Rotach)	Weiß, Weißenbach	651	4341930	5273769	4342400	5273399
1713	472005	Rothach (Rotach)	Weiß, Weißenbach	60	4340208	5273666	4340245	5273624
1714	472005	Rothach (Rotach)	Mühlenbach	78	4341429	5270910	4341494	5270869
1715	472005	Rothach (Rotach)	Mühlenbach	51	4343436	5270997	4343480	5270976
1716	472005	Rothach (Rotach)	Mühlenbach	20	4341657	5270697	4341663	5270679
1717	472005	Rothach (Rotach)	Scheffauer Bach	603	4339378	5269088	4339787	5268686
1718	472005	Rothach (Rotach)	nicht bekannt	18	4344022	5276950	4344006	5276941
1719	472005	Rothach (Rotach)	nicht bekannt	64	4342615	5274566	4342597	5274508
1720	472006	Hausbach	Hausbach	1705	4342447	5273320	4343883	5273345
1721	472006	Hausbach	Hausbach	860	4344063	5272050	4344015	5271436
1722	472006	Hausbach	Hausbach	510	4344233	5271243	4344248	5270785
1723	472006	Hausbach	Hausbach	303	4344004	5269913	4343846	5269686
1724	472006	Hausbach	Hausbach	173	4343942	5273212	4343987	5273046
1725	472006	Hausbach	Hausbach	152	4343998	5272280	4344063	5272159
1726	472006	Hausbach	Hausbach	79	4344077	5271364	4344145	5271323
1727	472006	Hausbach	Hausbach	20	4343973	5272502	4343962	5272486
1728	472006	Hausbach	nicht bekannt	383	4343845	5269684	4343880	5269382
1729	472006	Hausbach	nicht bekannt	130	4343889	5269346	4343873	5269220
1730	472007	Leiblach (Laiblach)	Leiblach	5973	4331239	5272855	4329644	5268698
1731	472007	Leiblach (Laiblach)	Leiblach	5710	4336849	5280329	4339605	5280411
1732	472007	Leiblach (Laiblach)	Leiblach	2240	4341584	5279225	4343254	5278634

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1733	472007	Leiblach (Laiblach)	Leiblach	239	4340275	5279782	4340422	5279747
1734	472007	Leiblach (Laiblach)	Leiblach	20	4340537	5279672	4340556	5279667
1735	472007	Leiblach (Laiblach)	Schutzbach	367	4338350	5277368	4338496	5277090
1736	472007	Leiblach (Laiblach)	Rickenbach, Riedbach	763	4336911	5273262	4336433	5272746
1737	472007	Leiblach (Laiblach)	Rickenbach, Riedbach	247	4333094	5275303	4333276	5275269
1738	472007	Leiblach (Laiblach)	nicht bekannt	362	4342724	5279042	4342628	5278721
1739	472007	Leiblach (Laiblach)	Opfenbach	645	4337231	5278301	4337231	5278301
1740	472007	Leiblach (Laiblach)	Hangnacher Bach	368	4330229	5271860	4330293	5271580
1741	472007	Leiblach (Laiblach)	nicht bekannt	160	4336433	5272746	4336457	5272592
1742	472007	Leiblach (Laiblach)	nicht bekannt	13	4336540	5272850	4336547	5272839
1743	472007	Leiblach (Laiblach)	nicht bekannt	112	4334689	5276202	4334689	5276202
1744	472007	Leiblach (Laiblach)	nicht bekannt	104	4337231	5278301	4337315	5278247
1745	472007	Leiblach (Laiblach)	nicht bekannt	205	4334689	5276202	4334855	5276112
1746	472008	Rickenbacher Bach	Bösenreut Tobelbach	1111	4329052	5271010	4328384	5270181
1747	472008	Rickenbacher Bach	Bösenreut Tobelbach	630	4329014	5271860	4329086	5271326
1748	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	518	4353293	5277729	4353287	5277384
1749	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	448	4350816	5271164	4350714	5270831
1750	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	291	4350585	5274919	4350603	5274641
1751	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	97	4339810	5284197	4339906	5284209
1752	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	85	4349007	5280536	4349013	5280452
1753	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	69	4340865	5283913	4340912	5283864
1754	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	65	4353209	5277879	4353256	5277835
1755	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	64	4348654	5280626	4348716	5280611
1756	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	63	4353149	5277313	4353089	5277313
1757	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	62	4340954	5283635	4340934	5283580
1758	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	60	4345101	5281714	4345160	5281711
1759	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	52	4353085	5278149	4353104	5278100
1760	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	52	4341256	5283321	4341275	5283273
1761	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	50	4341318	5283077	4341352	5283041
1762	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	48	4340540	5284100	4340562	5284057
1763	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	42	4340949	5283770	4340967	5283732
1764	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	38	4340604	5283880	4340638	5283871
1765	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	34	4340401	5284126	4340434	5284137
1766	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	27	4347622	5280519	4347647	5280514
1767	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	27	4351956	5280017	4351969	5279994
1768	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	25	4351372	5273610	4351374	5273585
1769	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	23	4351371	5273530	4351366	5273507
1770	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	22	4340145	5284112	4340164	5284122
1771	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	22	4342155	5282551	4342173	5282539
1772	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	21	4341540	5282911	4341561	5282906
1773	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	21	4351937	5280055	4351948	5280038
1774	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	21	4351708	5280311	4351725	5280298
1775	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	21	4352876	5277257	4352860	5277272
1776	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	21	4343949	5282052	4343969	5282050
1777	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	21	4350453	5280754	4350472	5280762
1778	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	21	4339506	5284332	4339526	5284330
1779	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	21	4347836	5281127	4347819	5281115
1780	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4343618	5282362	4343634	5282351
1781	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4346300	5281724	4346312	5281708
1782	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4350811	5275250	4350804	5275234
1783	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4348304	5280586	4348324	5280585
1784	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4342917	5282454	4342936	5282446
1785	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4347932	5280449	4347952	5280448
1786	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4351320	5273678	4351337	5273668
1787	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4343899	5282154	4343909	5282137
1788	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4349371	5280447	4349389	5280455
1789	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4347434	5281461	4347452	5281468

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1790	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4342478	5282469	4342494	5282456
1791	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4350278	5280678	4350293	5280692
1792	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4351670	5277255	4351652	5277246
1793	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4347525	5280812	4347518	5280794
1794	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4350917	5274305	4350932	5274292
1795	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4341944	5282630	4341962	5282620
1796	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4339633	5284272	4339649	5284259
1797	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4347516	5280620	4347524	5280602
1798	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4343281	5282400	4343300	5282398
1799	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4344839	5281570	4344858	5281578
1800	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4341411	5282991	4341425	5282976
1801	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4351826	5280144	4351839	5280130
1802	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	20	4340715	5283889	4340734	5283897
1803	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	19	4341047	5283489	4341061	5283476
1804	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	19	4341763	5282828	4341767	5282809
1805	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	19	4346460	5281591	4346472	5281577
1806	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	18	4345729	5281652	4345746	5281655
1807	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	18	4345268	5281793	4345280	5281807
1808	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	18	4349497	5280554	4349514	5280560
1809	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	18	4346108	5281750	4346124	5281757
1810	472009	Obere Argen	Obere Argen, Seelesgraben	14	4349226	5280499	4349239	5280496
1811	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	1797	4347581	5278817	4347919	5277305
1812	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	657	4347906	5279858	4347761	5279328
1813	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	243	4348295	5279913	4348142	5279897
1814	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	234	4348189	5280236	4348272	5280028
1815	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	203	4347922	5276865	4347791	5276730
1816	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	101	4348102	5280409	4348140	5280323
1817	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	49	4346553	5274763	4346511	5274743
1818	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	21	4348036	5279908	4348015	5279908
1819	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	21	4346725	5273770	4346739	5273755
1820	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	21	4347767	5279185	4347770	5279166
1821	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	20	4347825	5279068	4347825	5279049
1822	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	20	4347883	5277119	4347880	5277099
1823	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	19	4347930	5277010	4347941	5276995
1824	472009	Obere Argen	Röthenbach, Ellhofner Tobelbach, Beulenbach	10	4347904	5277230	4347901	5277221
1825	472009	Obere Argen	Kaplanoibach	443	4348734	5280613	4348859	5280984
1826	472009	Obere Argen	Moosmühlbach, Genhofer Bach	21	4349527	5272520	4349547	5272522
1827	472009	Obere Argen	Moosmühlbach, Genhofer Bach	20	4349761	5272601	4349778	5272611
1828	472009	Obere Argen	Stiefenhofer Bach	496	4349756	5274577	4350186	5274675
1829	472009	Obere Argen	Schüttentobelbach	170	4353704	5278295	4353841	5278389
1830	472009	Obere Argen	Schüttentobelbach	116	4353120	5278089	4353221	5278140
1831	472009	Obere Argen	nicht bekannt	49	4354604	5277553	4354639	5277521
1832	472009	Obere Argen	nicht bekannt	29	4352225	5277605	4352238	5277579
1833	472009	Obere Argen	nicht bekannt	25	4351208	5278642	4351214	5278618
1834	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	2011	4356279	5280550	4356706	5279075

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1835	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	1433	4358521	5275009	4359623	5275096
1836	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	675	4356022	5278519	4356088	5278054
1837	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	600	4356686	5283439	4356929	5282960
1838	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	232	4357234	5276996	4357240	5276789
1839	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	180	4357333	5276457	4357489	5276533
1840	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	179	4357105	5277208	4357197	5277155
1841	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	176	4356317	5277740	4356388	5277586
1842	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	175	4357583	5276025	4357699	5275981
1843	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	170	4356593	5277629	4356748	5277666
1844	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	118	4356276	5281606	4356336	5281506
1845	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	93	4356138	5277702	4356205	5277756
1846	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	65	4357582	5276172	4357630	5276133
1847	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	61	4357231	5276684	4357279	5276648
1848	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	52	4357802	5275888	4357790	5275839
1849	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	36	4356187	5280882	4356174	5280849
1850	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	36	4356482	5281782	4356454	5281760
1851	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	23	4356935	5277329	4356955	5277322
1852	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	21	4356576	5278926	4356560	5278913
1853	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	21	4357506	5276384	4357510	5276364
1854	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356303	5278668	4356303	5278648
1855	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356672	5281964	4356661	5281947
1856	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356176	5278558	4356157	5278563
1857	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356999	5282541	4356998	5282521
1858	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356930	5282322	4356920	5282305
1859	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4358149	5275412	4358153	5275392
1860	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356105	5277837	4356108	5277818
1861	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356185	5281359	4356165	5281355
1862	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356964	5282708	4356967	5282688
1863	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4358335	5275263	4358353	5275262
1864	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356848	5282203	4356837	5282186
1865	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	20	4356759	5282084	4356746	5282068
1866	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	18	4357956	5275472	4357954	5275454

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1867	472010	Untere Argen	Untere Argen, Börlasbach, Kirchholzbach	14	4358012	5275406	4358025	5275402
1868	472010	Untere Argen	Wengener Argen	1643	4360372	5283377	4361552	5283696
1869	472010	Untere Argen	Wengener Argen	544	4356955	5282981	4357405	5282755
1870	472010	Untere Argen	Wengener Argen	321	4359854	5283086	4360072	5283283
1871	472010	Untere Argen	Wengener Argen	258	4359056	5282831	4359267	5282881
1872	472010	Untere Argen	Wengener Argen	235	4359525	5282985	4359738	5283081
1873	472010	Untere Argen	Wengener Argen	233	4363515	5283717	4363744	5283749
1874	472010	Untere Argen	Wengener Argen	208	4358754	5282671	4358935	5282747
1875	472010	Untere Argen	Wengener Argen	206	4363155	5283694	4363346	5283676
1876	472010	Untere Argen	Wengener Argen	186	4361920	5283771	4362023	5283815
1877	472010	Untere Argen	Wengener Argen	159	4359331	5282864	4359423	5282963
1878	472010	Untere Argen	Wengener Argen	147	4358244	5282567	4358388	5282547
1879	472010	Untere Argen	Wengener Argen	107	4362240	5283862	4362343	5283848
1880	472010	Untere Argen	Wengener Argen	105	4358557	5282535	4358645	5282591
1881	472010	Untere Argen	Wengener Argen	103	4362066	5283813	4362152	5283787
1882	472010	Untere Argen	Wengener Argen	26	4361802	5283729	4361825	5283720
1883	472010	Untere Argen	Wengener Argen	22	4360215	5283296	4360226	5283315
1884	472010	Untere Argen	Wengener Argen	22	4362687	5283825	4362708	5283820
1885	472010	Untere Argen	Wengener Argen	16	4361612	5283703	4361628	5283707
1886	472010	Untere Argen	Steinebach	234	4361902	5283935	4361809	5283743
1887	472010	Untere Argen	Altbach	62	4361168	5283140	4361223	5283112
1888	472010	Untere Argen	nicht bekannt	18	4358755	5275232	4358752	5275214
1889	472010	Untere Argen	Haselbach	20	4361281	5274367	4361296	5274378
1890	472010	Untere Argen	nicht bekannt	20	4359740	5274140	4359736	5274120
1891	472010	Untere Argen	nicht bekannt	135	4355878	5278515	4356007	5278492
1892	472010	Untere Argen	nicht bekannt	13	4356131	5281061	4356144	5281065
1893	472010	Untere Argen	nicht bekannt	110	4359207	5282579	4359308	5282557
1894	472010	Untere Argen	nicht bekannt	105	4359042	5282560	4359145	5282568
1895	472010	Untere Argen	nicht bekannt	156	4358713	5282175	4358765	5282029
1896	472011	Trettach	Trettach	4445	4369887	5255755	4371261	5251918
1897	472011	Trettach	Trettach	2942	4371475	5250424	4371754	5247657
1898	472011	Trettach	Trettach	127	4372152	5245041	4372147	5244918
1899	472011	Trettach	Trettach	125	4371953	5245926	4372010	5245818
1900	472011	Trettach	Trettach	78	4372165	5245207	4372143	5245132
1901	472011	Trettach	Trettach	63	4372074	5245465	4372132	5245441
1902	472011	Trettach	Trettach	25	4371282	5251011	4371287	5250986
1903	472011	Trettach	Trettach	20	4371997	5244256	4372008	5244241
1904	472011	Trettach	Trettach	20	4371864	5247151	4371855	5247133
1905	472011	Trettach	Traufbach	594	4372718	5246893	4373155	5246513
1906	472011	Trettach	Traufbach	395	4372115	5246966	4372449	5246858
1907	472011	Trettach	Dietersbach	242	4372971	5249036	4373155	5248928
1908	472011	Trettach	Dietersbach	88	4371902	5249039	4371981	5249059
1909	472011	Trettach	Oybach, Stuibenbach	1012	4371295	5251703	4372103	5251451
1910	472011	Trettach	Oybach, Stuibenbach	883	4374094	5251582	4374886	5251242
1911	472011	Trettach	Oybach, Stuibenbach	174	4373110	5251474	4373269	5251506
1912	472011	Trettach	Oybach, Stuibenbach	20	4376300	5250357	4376318	5250348
1913	472011	Trettach	Faltenbach	1505	4370726	5253419	4372125	5253465
1914	472011	Trettach	Faltenbach	642	4372735	5253509	4373333	5253551
1915	472011	Trettach	Faltenbach	80	4372310	5253597	4372386	5253575
1916	472011	Trettach	Faltenbach	20	4373818	5253540	4373838	5253543
1917	472011	Trettach	nicht bekannt	23	4370874	5252373	4370896	5252377
1918	472011	Trettach	nicht bekannt	145	4372055	5253405	4372187	5253355
1919	472011	Trettach	Dummelsmoosbach	307	4371028	5254252	4371319	5254256
1920	472011	Trettach	nicht bekannt	41	4374138	5248451	4374178	5248459
1921	472011	Trettach	nicht bekannt	32	4375082	5251229	4375065	5251202
1922	472011	Trettach	nicht bekannt	16	4371102	5252330	4371086	5252326

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1923	472011	Trettach	nicht bekannt	56	4374804	5254134	4374776	5254087
1924	472011	Trettach	Dummelsmoosbach	316	4370914	5254208	4371133	5254015
1925	472011	Trettach	Trettach	111	4371825	5246725	4371799	5246626
1926	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	3048	4369153	5252065	4369818	5250071
1927	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	3001	4369172	5247639	4369059	5244766
1928	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	1257	4368979	5253681	4369003	5252469
1929	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	1015	4369013	5249120	4369085	5248276
1930	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	681	4369643	5249801	4369147	5249439
1931	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	526	4367770	5242343	4367396	5242065
1932	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	494	4369804	5254706	4369453	5254494
1933	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	379	4369544	5255186	4369459	5254938
1934	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	374	4369149	5254362	4369136	5254018
1935	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	349	4369811	5255682	4369775	5255343
1936	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	336	4364955	5240312	4364656	5240183
1937	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	245	4367240	5241906	4367038	5241774
1938	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	238	4369054	5248043	4369139	5247832
1939	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	210	4365289	5240490	4365121	5240376
1940	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	191	4368739	5243113	4368623	5242983
1941	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	184	4368319	5242706	4368183	5242605
1942	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	150	4365417	5240772	4365422	5240624
1943	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	145	4366616	5241466	4366495	5241427
1944	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	140	4369086	5244576	4369119	5244440
1945	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	117	4368911	5243345	4368907	5243232
1946	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	109	4364411	5240027	4364356	5239939
1947	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	103	4369725	5255283	4369630	5255241
1948	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	95	4369066	5249281	4369018	5249202
1949	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	91	4364033	5239601	4363964	5239545
1950	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	88	4369164	5244339	4369168	5244256
1951	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	82	4369069	5253945	4369023	5253878
1952	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	82	4369317	5254444	4369243	5254477
1953	472012	Stillach	Stillach, Rappenalpenbach, Haldenwanger Bach	13	4369881	5255752	4369873	5255742
1954	472012	Stillach	Bacherlochbach	255	4368930	5243269	4369176	5243228
1955	472012	Stillach	Bacherlochbach	183	4369377	5243122	4369477	5242977
1956	472012	Stillach	Warmatsgundbach	798	4368189	5246990	4368925	5246916
1957	472012	Stillach	Warmatsgundbach	389	4366974	5246017	4367242	5246271

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
1958	472012	Stillach	nicht bekannt	68	4369187	5244318	4369254	5244326
1959	472012	Stillach	nicht bekannt	119	4366328	5245649	4366424	5245589
1960	472012	Stillach	nicht bekannt	48	4365762	5246255	4365792	5246219
1961	472012	Stillach	nicht bekannt	30	4365718	5246298	4365739	5246277
1962	472012	Stillach	Scheidtobelbach	131	4366926	5246332	4366926	5246332
1963	472012	Stillach	Scheidtobelbach	96	4365911	5246624	4365996	5246585
1964	472012	Stillach	nicht bekannt	187	4368109	5247062	4368274	5247025
1965	472012	Stillach	nicht bekannt	153	4367650	5247282	4367792	5247240
1966	472012	Stillach	Schlappoltbach, Kuchenbach, Schlappoltsee	151	4368632	5247774	4368667	5247915
1967	472012	Stillach	Schlappoltbach, Kuchenbach, Schlappoltsee	135	4366658	5247548	4366709	5247671
1968	472012	Stillach	Schlappoltbach, Kuchenbach, Schlappoltsee	128	4367311	5247820	4367438	5247820
1969	472012	Stillach	Schlappoltbach, Kuchenbach, Schlappoltsee	26	4366184	5247298	4366209	5247292
1970	472012	Stillach	Grundbach	205	4369055	5251755	4369151	5251926
1971	472012	Stillach	Grundbach	91	4369189	5251641	4369164	5251727
1972	472012	Stillach	nicht bekannt	117	4368975	5251983	4369016	5252066
1973	472012	Stillach	Vorderbergbach	127	4367157	5242009	4367279	5241985
1974	472012	Stillach	Vorderbergbach	125	4366984	5242002	4367105	5241998
1975	472012	Stillach	nicht bekannt	108	4368381	5242346	4368411	5242244
1976	472012	Stillach	nicht bekannt	107	4366590	5245956	4366693	5245928
1977	472012	Stillach	nicht bekannt	111	4365977	5246690	4366082	5246670
1978	472012	Stillach	nicht bekannt	100	4366874	5246414	4366926	5246332
1979	472012	Stillach	nicht bekannt	144	4368327	5247829	4368461	5247863
1980	472012	Stillach	nicht bekannt	35	4368484	5248911	4368519	5248906
1981	472012	Stillach	nicht bekannt	232	4368720	5249074	4368939	5249127
1982	472012	Stillach	nicht bekannt	66	4368420	5248907	4368484	5248911
1983	472012	Stillach	nicht bekannt	116	4368864	5252316	4368961	5252374
1984	472012	Stillach	Wannenbach	108	4368692	5252733	4368597	5252713
1985	472012	Stillach	nicht bekannt	136	4363968	5239720	4364096	5239698
1986	472012	Stillach	nicht bekannt	165	4366127	5246771	4366204	5246628
1987	472012	Stillach	nicht bekannt	110	4365839	5246520	4365944	5246531
1988	472012	Stillach	nicht bekannt	118	4368250	5247684	4368341	5247703
1989	472012	Stillach	nicht bekannt	58	4368856	5252467	4368833	5252415
1990	472012	Stillach	nicht bekannt	136	4365461	5240114	4365579	5240048
1991	472012	Stillach	nicht bekannt	73	4366274	5246842	4366309	5246779
1992	472012	Stillach	nicht bekannt	99	4368949	5254094	4369042	5254070
1993	472013	Breitach	Iller, Breitach	4949	4369866	5255768	4366623	5252803
1994	472013	Breitach	Starzlach	1878	4364917	5253577	4366635	5253264
1995	472013	Breitach	Starzlach	719	4363741	5253746	4364429	5253669
1996	472013	Breitach	Starzlach	356	4361686	5253872	4361680	5253555
1997	472013	Breitach	Starzlach	20	4362272	5253606	4362290	5253615
1998	472013	Breitach	Starzlach	20	4361549	5254178	4361556	5254160
1999	472013	Breitach	Starzlach	20	4363615	5253748	4363632	5253759
2000	472013	Breitach	Hörnlegraben	165	4361723	5253493	4361577	5253462
2001	472013	Breitach	Hörnlegraben	20	4361403	5253369	4361388	5253356
2002	472013	Breitach	Lochbach	1149	4367240	5254942	4367811	5254263
2003	472013	Breitach	Lochbach	348	4367262	5255495	4367277	5255248
2004	472013	Breitach	Lochbach	156	4367043	5255826	4367192	5255782
2005	472013	Breitach	Lochbach	20	4366868	5255887	4366888	5255883
2006	472013	Breitach	nicht bekannt	16	4366037	5253370	4366037	5253386
2007	472013	Breitach	nicht bekannt	109	4367252	5253323	4367252	5253223
2008	472013	Breitach	nicht bekannt	463	4366627	5255082	4367022	5254920
2009	472013	Breitach	nicht bekannt	92	4367192	5254903	4367272	5254909
2010	472013	Breitach	nicht bekannt	34	4366233	5255068	4366260	5255089

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2011	472013	Breitach	nicht bekannt	20	4366072	5255026	4366092	5255029
2012	472013	Breitach	nicht bekannt	8	4361652	5253667	4361658	5253662
2013	472013	Breitach	Letzenbach	238	4364422	5253915	4364383	5253687
2014	472013	Breitach	nicht bekannt	21	4365393	5253612	4365396	5253592
2015	472013	Breitach	nicht bekannt	507	4367337	5254859	4367516	5255107
2016	472013	Breitach	nicht bekannt	361	4367650	5254146	4367665	5253824
2017	472013	Breitach	nicht bekannt	106	4367711	5253673	4367696	5253571
2018	472013	Breitach	nicht bekannt	51	4363252	5253861	4363216	5253836
2019	472013	Breitach	nicht bekannt	117	4363891	5253816	4363951	5253723
2020	472013	Breitach	nicht bekannt	165	4364685	5253823	4364622	5253678
2021	472013	Breitach	nicht bekannt	94	4367690	5253879	4367776	5253853
2022	472013	Breitach	nicht bekannt	16	4367630	5253982	4367624	5253968
2023	472013	Breitach	nicht bekannt	37	4365857	5253526	4365859	5253490
2024	472013	Breitach	nicht bekannt	33	4365309	5251487	4365322	5251461
2025	472014	Geisalpbach	Gaisalpbach	3481	4370541	5256410	4372948	5256268
2026	472014	Geisalpbach	nicht bekannt	381	4372688	5256462	4373065	5256485
2027	472014	Geisalpbach	nicht bekannt	195	4372539	5256927	4372715	5257006
2028	472014	Geisalpbach	nicht bekannt	255	4373065	5256485	4373289	5256570
2029	472014	Geisalpbach	nicht bekannt	20	4372711	5256682	4372730	5256687
2030	472014	Geisalpbach	nicht bekannt	20	4372693	5256760	4372689	5256780
2031	472015	Eybach	Eybach	3999	4370321	5259990	4373361	5258827
2032	472015	Eybach	nicht bekannt	44	4373462	5258847	4373500	5258825
2033	472015	Eybach	nicht bekannt	204	4373320	5259012	4373520	5259017
2034	472015	Eybach	nicht bekannt	20	4372510	5259816	4372529	5259818
2035	472015	Eybach	nicht bekannt	226	4373087	5259271	4373088	5259050
2036	472015	Eybach	nicht bekannt	61	4372064	5259567	4372122	5259550
2037	472015	Eybach	nicht bekannt	61	4373262	5259120	4373318	5259143
2038	472015	Eybach	nicht bekannt	58	4373265	5259106	4373322	5259111
2039	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	5261	4366658	5257815	4369912	5260782
2040	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	628	4366049	5257135	4366575	5257402
2041	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	338	4365585	5257030	4365908	5256991
2042	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	158	4364569	5256597	4364691	5256687
2043	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	129	4365343	5257010	4365455	5257045
2044	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	26	4365224	5256955	4365243	5256973
2045	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	20	4364471	5256535	4364491	5256537
2046	472016	Weiler Ach	Weiler Ach, Schönberger Ach	17	4365156	5256905	4365172	5256911
2047	472016	Weiler Ach	Bolgenach	431	4365292	5258478	4365679	5258479
2048	472016	Weiler Ach	Bolgenach	387	4364441	5259017	4364695	5258777
2049	472016	Weiler Ach	Bolgenach	224	4364907	5258727	4365081	5258597
2050	472016	Weiler Ach	Bolgenach	80	4366254	5258381	4366314	5258330
2051	472016	Weiler Ach	Bolgenach	65	4366580	5258378	4366629	5258338
2052	472016	Weiler Ach	Bolgenach	43	4365169	5258544	4365210	5258530
2053	472016	Weiler Ach	Stuibenbach, Wiesbach	1036	4366086	5259918	4366976	5260238
2054	472016	Weiler Ach	Stuibenbach, Wiesbach	503	4368379	5260679	4368803	5260502
2055	472016	Weiler Ach	Stuibenbach, Wiesbach	352	4365544	5259811	4365846	5259985
2056	472016	Weiler Ach	Stuibenbach, Wiesbach	64	4368177	5260898	4368220	5260868
2057	472016	Weiler Ach	Stuibenbach, Wiesbach	19	4368297	5260774	4368307	5260758
2058	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	110	4362434	5257746	4362439	5257641
2059	472016	Weiler Ach	Sulzbach	21	4366577	5257930	4366597	5257928
2060	472016	Weiler Ach	Sulzbach	20	4366124	5258069	4366143	5258065
2061	472016	Weiler Ach	Leithenbach	353	4366577	5258936	4366848	5258774
2062	472016	Weiler Ach	Leithenbach	74	4366207	5258933	4366278	5258931
2063	472016	Weiler Ach	Leithenbach	32	4366504	5258994	4366530	5258977
2064	472016	Weiler Ach	Goldbach	927	4366448	5259546	4367169	5259251
2065	472016	Weiler Ach	Rittingerbach	423	4366605	5260607	4366986	5260466
2066	472016	Weiler Ach	Rittingerbach	55	4366290	5260777	4366339	5260752
2067	472016	Weiler Ach	Rittingerbach	21	4366492	5260639	4366511	5260634

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2068	472016	Weiler Ach	Rohrabach	262	4366413	5261191	4366650	5261197
2069	472016	Weiler Ach	Rohrabach	35	4366762	5261254	4366791	5261275
2070	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	20	4368975	5260660	4368994	5260664
2071	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	30	4363598	5256411	4363611	5256384
2072	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	29	4363495	5256711	4363504	5256683
2073	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	20	4364277	5256587	4364289	5256572
2074	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	35	4364494	5257018	4364518	5256996
2075	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	21	4364672	5256852	4364687	5256837
2076	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	35	4366571	5257906	4366606	5257906
2077	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	23	4364115	5259319	4364115	5259297
2078	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	21	4366425	5259017	4366447	5259017
2079	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	15	4366951	5259272	4366964	5259280
2080	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	92	4365675	5260070	4365761	5260037
2081	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	20	4362533	5257589	4362530	5257569
2082	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	32	4362957	5256419	4362967	5256389
2083	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	43	4363598	5256673	4363608	5256632
2084	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	143	4363171	5256521	4363307	5256482
2085	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	22	4363019	5256754	4363028	5256734
2086	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	53	4365034	5256946	4365069	5256906
2087	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	20	4364228	5259225	4364234	5259206
2088	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	11	4365399	5258490	4365395	5258480
2089	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	314	4365479	5260002	4365777	5260027
2090	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	54	4363239	5256612	4363267	5256567
2091	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	63	4363401	5256661	4363443	5256615
2092	472016	Weiler Ach	nicht bekannt	29	4363449	5256659	4363456	5256631
2093	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	1371	4369837	5261219	4370814	5260755
2094	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	1063	4370987	5260859	4371903	5261155
2095	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	296	4373402	5260174	4373612	5259981
2096	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	93	4372534	5260877	4372594	5260822
2097	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	78	4372396	5261099	4372435	5261035
2098	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	43	4372758	5260676	4372790	5260651
2099	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	42	4372063	5261143	4372100	5261142
2100	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	36	4372702	5260691	4372726	5260675
2101	472017	Hinanger Bach	Hinanger Bach	26	4372242	5261214	4372268	5261216
2102	472017	Hinanger Bach	nicht bekannt	340	4373113	5260732	4373415	5260595
2103	472017	Hinanger Bach	nicht bekannt	262	4372708	5260716	4372962	5260740
2104	472017	Hinanger Bach	nicht bekannt	42	4373410	5260596	4373439	5260567
2105	472017	Hinanger Bach	nicht bekannt	34	4373540	5260478	4373552	5260447
2106	472018	Krebsbach	Krebsbach	353	4369412	5263402	4369185	5263220
2107	472018	Krebsbach	Krebsbach	15	4368882	5262668	4368872	5262657
2108	472019	Leybach	Leybach	5305	4370605	5262837	4374547	5260750
2109	472019	Leybach	nicht bekannt	92	4374338	5260823	4374371	5260740
2110	472020	Schwarzenbach (OA)	Schwarzenbach	1068	4370778	5264145	4371361	5263601
2111	472020	Schwarzenbach (OA)	Schwarzenbach	411	4370396	5264132	4370752	5264144
2112	472021	Ettensbach	Iller	540	4369045	5266500	4368857	5266018
2113	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	1454	4368857	5266018	4368609	5264827
2114	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	509	4367039	5262254	4366722	5262470
2115	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	170	4368406	5264633	4368268	5264548
2116	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	151	4367902	5264214	4367787	5264130
2117	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	104	4368191	5264424	4368165	5264333
2118	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	20	4367678	5263898	4367676	5263878
2119	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	20	4368225	5264538	4368210	5264526
2120	472021	Ettensbach	Ettersbach, Mühlbach	20	4368052	5264246	4368036	5264258
2121	472021	Ettensbach	Seichebach	67	4366803	5261689	4366870	5261683
2122	472021	Ettensbach	Seichebach	55	4366305	5261580	4366358	5261569
2123	472021	Ettensbach	Leithenbach	264	4367553	5263541	4367693	5263747
2124	472021	Ettensbach	Leithenbach	101	4367268	5263606	4367358	5263602

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2125	472021	Ettensbach	Leithenbach	23	4367390	5263500	4367412	5263497
2126	472021	Ettensbach	Gaißkopfbach	445	4366760	5262612	4367149	5262642
2127	472021	Ettensbach	Gaißkopfbach	349	4365832	5262863	4366131	5262741
2128	472021	Ettensbach	Gaißkopfbach	46	4366326	5262751	4366369	5262739
2129	472021	Ettensbach	Lußbach	954	4366295	5263596	4367215	5263563
2130	472021	Ettensbach	Lußbach	51	4365861	5263682	4365910	5263688
2131	472021	Ettensbach	Lußbach	19	4366070	5263626	4366088	5263621
2132	472021	Ettensbach	nicht bekannt	19	4365954	5262782	4365972	5262786
2133	472021	Ettensbach	Lußbach, Riedbach	233	4367163	5263332	4367202	5263550
2134	472021	Ettensbach	Lußbach, Riedbach	33	4366434	5263139	4366467	5263137
2135	472021	Ettensbach	nicht bekannt	34	4366568	5263595	4366591	5263570
2136	472022	Bihlerdorfer Bach	nicht bekannt	414	4368263	5266851	4368633	5266912
2137	472022	Bihlerdorfer Bach	nicht bekannt	348	4368877	5267196	4368877	5267196
2138	472022	Bihlerdorfer Bach	nicht bekannt	52	4368633	5267005	4368664	5267047
2139	472022	Bihlerdorfer Bach	nicht bekannt	420	4368625	5267305	4368877	5267196
2140	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	7587	4369246	5267455	4375360	5263830
2141	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	648	4378606	5262433	4378462	5261893
2142	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	538	4378340	5263275	4378616	5263017
2143	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	434	4380481	5260299	4380797	5260062
2144	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	296	4375705	5263839	4375924	5264012
2145	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	270	4381151	5259827	4381298	5259602
2146	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	265	4378718	5261799	4378945	5261746
2147	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	205	4380914	5260028	4381085	5259923
2148	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	182	4380248	5260680	4380326	5260525
2149	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	162	4377472	5263515	4377632	5263504
2150	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	155	4379615	5261333	4379752	5261270
2151	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	151	4377770	5263443	4377910	5263391
2152	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	148	4376278	5264014	4376415	5263966
2153	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	148	4376916	5263714	4377054	5263663
2154	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	127	4379426	5261409	4379545	5261384
2155	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	111	4380470	5255102	4380412	5255007
2156	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	111	4380103	5260979	4380182	5260903
2157	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	89	4378113	5263268	4378200	5263286
2158	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	88	4380353	5254449	4380393	5254375
2159	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	85	4379928	5261137	4379988	5261080
2160	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	67	4379013	5261638	4379057	5261589
2161	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	62	4376750	5263801	4376798	5263763
2162	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	61	4380618	5255265	4380578	5255219
2163	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	58	4381305	5256179	4381281	5256127
2164	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	54	4382144	5258503	4382139	5258450
2165	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	51	4380375	5254850	4380343	5254810
2166	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	47	4381277	5256105	4381262	5256061
2167	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	23	4378216	5263286	4378239	5263283
2168	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	20	4378546	5261805	4378563	5261794
2169	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	20	4379228	5261505	4379246	5261497
2170	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	20	4377993	5263289	4378009	5263276
2171	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	20	4379760	5261267	4379776	5261256
2172	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	19	4375504	5263803	4375523	5263803
2173	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach, Bärgündelsbach	19	4376064	5263976	4376083	5263973
2174	472023	Osterach (Ostrach)	Obertalbach	48	4377930	5253827	4377932	5253860
2175	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	179	4376458	5260671	4376308	5260608
2176	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	137	4375984	5257673	4376024	5257551
2177	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	134	4376021	5258539	4376041	5258410
2178	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	126	4375898	5258027	4375913	5257905
2179	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	124	4375806	5259441	4375741	5259338
2180	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	123	4375870	5258882	4375904	5258766
2181	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	98	4378401	5261847	4378318	5261806

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2182	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	92	4375765	5259169	4375814	5259093
2183	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	91	4376645	5260835	4376576	5260776
2184	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	55	4376885	5260987	4376841	5260956
2185	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	44	4375851	5259655	4375863	5259613
2186	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	30	4375920	5257772	4375933	5257750
2187	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	22	4377032	5261078	4377013	5261067
2188	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	20	4376010	5260357	4375991	5260352
2189	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	20	4376032	5256563	4376017	5256549
2190	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	17	4378237	5261805	4378220	5261804
2191	472023	Osterach (Ostrach)	Bsonderach	10	4378444	5261942	4378439	5261933
2192	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	2044	4376191	5269368	4377667	5268701
2193	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	1398	4371167	5266785	4372222	5267219
2194	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	640	4370705	5266517	4371092	5266715
2195	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	129	4373953	5267799	4374051	5267754
2196	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	85	4372308	5267151	4372388	5267129
2197	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	33	4375963	5269230	4375993	5269243
2198	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	29	4374877	5268415	4374903	5268403
2199	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	22	4375716	5269065	4375718	5269086
2200	472023	Osterach (Ostrach)	Starzlach, Stuhlbach	20	4374141	5267997	4374160	5268000
2201	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	97	4379579	5252307	4379658	5252262
2202	472023	Osterach (Ostrach)	Täschlefallgraben	88	4380517	5253822	4380603	5253834
2203	472023	Osterach (Ostrach)	Gündlesbach	993	4379518	5255846	4379327	5254953
2204	472023	Osterach (Ostrach)	Erzbach	60	4381540	5256342	4381593	5256369
2205	472023	Osterach (Ostrach)	Erzbach	57	4381426	5256367	4381480	5256350
2206	472023	Osterach (Ostrach)	Taufersbach	48	4382171	5258547	4382214	5258524
2207	472023	Osterach (Ostrach)	Eckbach	21	4381051	5259856	4381067	5259870
2208	472023	Osterach (Ostrach)	Illesbach	329	4380264	5261103	4380427	5261362
2209	472023	Osterach (Ostrach)	Illesbach	23	4379780	5261274	4379799	5261287
2210	472023	Osterach (Ostrach)	Illesbach	20	4379960	5261254	4379976	5261267
2211	472023	Osterach (Ostrach)	Entschenbach	290	4375482	5258003	4375741	5257905
2212	472023	Osterach (Ostrach)	Hirschbach	1109	4378212	5265133	4377913	5264182
2213	472023	Osterach (Ostrach)	Hirschbach	692	4377614	5263873	4376962	5263847
2214	472023	Osterach (Ostrach)	Hirschbach	256	4376655	5264040	4376418	5264040
2215	472023	Osterach (Ostrach)	Hirschbach	153	4376859	5263885	4376730	5263966
2216	472023	Osterach (Ostrach)	Hirschbach	23	4377799	5264076	4377780	5264063
2217	472023	Osterach (Ostrach)	Löwenbach	711	4373002	5264602	4372538	5264163
2218	472023	Osterach (Ostrach)	Löwenbach	20	4374912	5261905	4374928	5261894
2219	472023	Osterach (Ostrach)	Höllbach	20	4375802	5269126	4375809	5269107
2220	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	38	4379537	5252272	4379573	5252262
2221	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	99	4378956	5254912	4378979	5254817
2222	472023	Osterach (Ostrach)	Säubach	43	4380593	5255174	4380632	5255157
2223	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	248	4383166	5258476	4383404	5258463
2224	472023	Osterach (Ostrach)	Willersbach	40	4381495	5259512	4381503	5259551
2225	472023	Osterach (Ostrach)	Zipfelsbach	406	4379933	5261294	4380162	5261599
2226	472023	Osterach (Ostrach)	Gemsbach	339	4379492	5262032	4379703	5262280
2227	472023	Osterach (Ostrach)	Gemsbach	201	4378855	5261830	4379035	5261826
2228	472023	Osterach (Ostrach)	Gemsbach	23	4379322	5261900	4379341	5261912
2229	472023	Osterach (Ostrach)	Gemsbach	20	4379268	5261861	4379286	5261871
2230	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4375933	5256229	4375919	5256215
2231	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	22	4374650	5258216	4374670	5258225
2232	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	150	4376015	5258331	4376152	5258272
2233	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4375084	5258959	4375104	5258962
2234	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	169	4377730	5261958	4377885	5261958
2235	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	151	4378405	5262325	4378529	5262322
2236	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4378287	5262271	4378304	5262281
2237	472023	Osterach (Ostrach)	Ellesbach	154	4378799	5263436	4378930	5263505
2238	472023	Osterach (Ostrach)	Ellesbach	116	4378619	5263258	4378697	5263343

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2239	472023	Osterach (Ostrach)	Reichenbach	20	4376700	5263822	4376684	5263810
2240	472023	Osterach (Ostrach)	Wildbach, Gundbach	865	4378571	5264051	4379090	5264688
2241	472023	Osterach (Ostrach)	Wildbach, Gundbach	398	4380000	5265228	4380332	5265072
2242	472023	Osterach (Ostrach)	Wildbach, Gundbach	237	4377984	5263774	4378201	5263693
2243	472023	Osterach (Ostrach)	Wildbach, Gundbach	28	4378367	5263741	4378379	5263766
2244	472023	Osterach (Ostrach)	Wildbach, Gundbach	21	4379436	5264902	4379445	5264921
2245	472023	Osterach (Ostrach)	Zillenbach	1969	4376961	5265628	4376431	5264178
2246	472023	Osterach (Ostrach)	Zillenbach	98	4376768	5265850	4376793	5265760
2247	472023	Osterach (Ostrach)	Zillenbach	29	4376379	5264039	4376362	5264016
2248	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	1104	4375884	5265553	4375790	5264661
2249	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	466	4375784	5264635	4375860	5264217
2250	472023	Osterach (Ostrach)	Schelmenbach	899	4374486	5264891	4374157	5264187
2251	472023	Osterach (Ostrach)	Berghofener Bach	686	4372055	5265946	4372588	5265851
2252	472023	Osterach (Ostrach)	Berghofener Bach	127	4373310	5265644	4373415	5265637
2253	472023	Osterach (Ostrach)	Berghofener Bach	29	4373162	5265582	4373189	5265575
2254	472023	Osterach (Ostrach)	Berghofener Bach	29	4371734	5265737	4371758	5265753
2255	472023	Osterach (Ostrach)	Berghofener Bach	22	4372028	5265793	4372046	5265805
2256	472023	Osterach (Ostrach)	Berghofener Bach	20	4371819	5265769	4371839	5265769
2257	472023	Osterach (Ostrach)	Höflesbach	17	4376565	5269367	4376573	5269352
2258	472023	Osterach (Ostrach)	Langenschwandbach	31	4376405	5269412	4376433	5269423
2259	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	204	4373966	5268598	4374004	5268402
2260	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	31	4373902	5268223	4373902	5268193
2261	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	41	4379525	5252225	4379559	5252245
2262	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	89	4378586	5254698	4378607	5254614
2263	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	141	4378740	5254631	4378829	5254526
2264	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	165	4379207	5254680	4379287	5254539
2265	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	56	4382281	5258187	4382294	5258133
2266	472023	Osterach (Ostrach)	Sahlenkenbach	56	4382342	5258548	4382397	5258553
2267	472023	Osterach (Ostrach)	Vogelbach	249	4381992	5259438	4382218	5259531
2268	472023	Osterach (Ostrach)	Vogelbach	20	4382448	5259510	4382467	5259517
2269	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	67	4380727	5260783	4380786	5260751
2270	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	26	4380230	5261368	4380208	5261354
2271	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	28	4379137	5262236	4379124	5262211
2272	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4378985	5261963	4378972	5261948
2273	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	14	4378659	5261767	4378666	5261755
2274	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	24	4375744	5257702	4375767	5257709
2275	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	32	4375052	5258625	4375084	5258630
2276	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	24	4375274	5258737	4375286	5258758
2277	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	103	4375889	5259961	4375983	5259922
2278	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	18	4377543	5261717	4377554	5261704
2279	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	19	4378397	5262380	4378415	5262376
2280	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	17	4378641	5263137	4378656	5263130
2281	472023	Osterach (Ostrach)	Rothplattenbach	21	4378860	5266027	4378846	5266012
2282	472023	Osterach (Ostrach)	Rothplattenbach	20	4378598	5265674	4378578	5265670
2283	472023	Osterach (Ostrach)	Rothplattenbach	20	4378768	5265874	4378766	5265854
2284	472023	Osterach (Ostrach)	Rothplattenbach	19	4378334	5265254	4378316	5265250
2285	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	65	4378175	5264639	4378145	5264582
2286	472023	Osterach (Ostrach)	Ochsenbergbach	20	4379982	5265000	4379995	5264985
2287	472023	Osterach (Ostrach)	Ochsenbergbach	18	4380264	5264622	4380273	5264607
2288	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	169	4378432	5263677	4378548	5263760
2289	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	64	4378870	5263987	4378929	5264012
2290	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	49	4378590	5263779	4378623	5263813
2291	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4379059	5264049	4379077	5264057
2292	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	47	4377513	5264699	4377495	5264657
2293	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	54	4377198	5265575	4377213	5265524
2294	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4377183	5265315	4377172	5265298
2295	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	84	4376573	5265118	4376558	5265036

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2296	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	22	4376653	5265458	4376650	5265436
2297	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	18	4376571	5264912	4376578	5264896
2298	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach	8	4376028	5263988	4376033	5263994
2299	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	62	4375660	5265639	4375660	5265577
2300	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4375712	5265748	4375699	5265732
2301	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4375811	5264841	4375795	5264830
2302	472023	Osterach (Ostrach)	Nägelsbach	84	4375838	5263926	4375918	5263944
2303	472023	Osterach (Ostrach)	Nägelsbach	21	4375998	5263864	4376004	5263845
2304	472023	Osterach (Ostrach)	Reckenberger Bach	67	4375069	5264221	4375074	5264155
2305	472023	Osterach (Ostrach)	Reckenberger Bach	28	4375060	5264136	4375044	5264113
2306	472023	Osterach (Ostrach)	Reckenberger Bach	22	4374967	5264432	4374979	5264414
2307	472023	Osterach (Ostrach)	Reckenberger Bach	21	4375053	5264666	4375039	5264651
2308	472023	Osterach (Ostrach)	Reckenberger Bach	19	4374976	5264013	4374969	5263995
2309	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	31	4373011	5264285	4373009	5264255
2310	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	17	4373018	5264554	4373014	5264538
2311	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	19	4375364	5261826	4375359	5261809
2312	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4373938	5262740	4373958	5262736
2313	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	670	4373380	5264891	4373988	5264990
2314	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	189	4372989	5264685	4373146	5264767
2315	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	28	4371889	5264658	4371890	5264630
2316	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	24	4373546	5265686	4373559	5265706
2317	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	193	4372114	5265911	4372268	5265830
2318	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	821	4372485	5266373	4372485	5266373
2319	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	695	4371119	5266369	4371781	5266397
2320	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	19	4371894	5266434	4371912	5266440
2321	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	19	4374052	5267718	4374060	5267701
2322	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	384	4374016	5267712	4373981	5267346
2323	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	56	4382096	5257444	4382110	5257392
2324	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4375839	5257573	4375847	5257555
2325	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	11	4374633	5258155	4374642	5258151
2326	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	103	4378830	5263104	4378906	5263166
2327	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	101	4378292	5264469	4378377	5264491
2328	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	33	4378525	5264652	4378551	5264672
2329	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	105	4379712	5265381	4379739	5265283
2330	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	26	4379346	5265045	4379342	5265019
2331	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	413	4377756	5264963	4377882	5264605
2332	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	252	4376418	5264503	4376562	5264337
2333	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	163	4376352	5264839	4376331	5264683
2334	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach	459	4375881	5264028	4376321	5264011
2335	472023	Osterach (Ostrach)	Ostrach	75	4375119	5263996	4375193	5263993
2336	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	794	4374726	5264109	4374469	5263436
2337	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	145	4374002	5264129	4373979	5263986
2338	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	48	4373776	5264211	4373748	5264171
2339	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	48	4373694	5264064	4373695	5264017
2340	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	23	4373720	5263857	4373717	5263835
2341	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	19	4375546	5261597	4375561	5261609
2342	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	115	4373620	5262857	4373717	5262896
2343	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	19	4373921	5265133	4373937	5265123
2344	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4372807	5264842	4372826	5264843
2345	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4371871	5263833	4371871	5263813
2346	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	510	4372202	5266232	4372685	5266189
2347	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	108	4377700	5268739	4377797	5268694
2348	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	21	4379630	5264639	4379651	5264635
2349	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4377252	5266226	4377260	5266208
2350	472023	Osterach (Ostrach)	Wührbach	24	4375487	5263671	4375484	5263648
2351	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	19	4375061	5263408	4375059	5263390
2352	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	20	4374980	5263464	4374974	5263445

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2353	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	290	4374475	5263442	4374588	5263192
2354	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	30	4374524	5264165	4374553	5264158
2355	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	23	4374661	5264128	4374683	5264121
2356	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	14	4374383	5264199	4374377	5264187
2357	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	56	4372517	5266418	4372485	5266373
2358	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	226	4372406	5266581	4372268	5266449
2359	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	22	4372219	5266360	4372213	5266339
2360	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	367	4372526	5266250	4372879	5266293
2361	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	69	4379833	5254981	4379792	5254931
2362	472023	Osterach (Ostrach)	nicht bekannt	69	4379769	5254891	4379766	5254823
2363	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	699	4368706	5268204	4369319	5267943
2364	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	474	4366659	5266085	4366820	5266470
2365	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	210	4363685	5264770	4363874	5264802
2366	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	209	4367841	5268029	4367985	5268169
2367	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	100	4364042	5264870	4364062	5264962
2368	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	78	4366401	5265906	4366473	5265914
2369	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	73	4365267	5265567	4365336	5265592
2370	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	21	4362974	5264590	4362994	5264597
2371	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	20	4368085	5268201	4368104	5268202
2372	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	20	4362033	5264376	4362050	5264385
2373	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	20	4367113	5266569	4367126	5266583
2374	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	20	4362420	5264524	4362439	5264531
2375	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	20	4365556	5265625	4365575	5265620
2376	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	20	4367198	5266691	4367210	5266707
2377	472024	Gunzesrieder Ach	Gunzesrieder Ach, Aubach	20	4363205	5264601	4363225	5264605
2378	472024	Gunzesrieder Ach	Stubenbach	55	4363029	5264560	4363043	5264508
2379	472024	Gunzesrieder Ach	Stubenbach	20	4361135	5262496	4361134	5262476
2380	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	423	4363213	5262122	4362894	5261853
2381	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	328	4362350	5261252	4362131	5261044
2382	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	319	4363691	5263021	4363616	5262713
2383	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	40	4363824	5263307	4363798	5263277
2384	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	37	4363916	5263482	4363902	5263448
2385	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	28	4364079	5264900	4364075	5264873
2386	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	27	4361611	5260744	4361586	5260734
2387	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	23	4361821	5260865	4361801	5260855
2388	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	21	4361993	5261005	4361981	5260989
2389	472024	Gunzesrieder Ach	Ostertalbach, Höllritzertobel	20	4364117	5264242	4364108	5264224
2390	472024	Gunzesrieder Ach	Rotbach	30	4362150	5260866	4362132	5260843
2391	472024	Gunzesrieder Ach	Rotbach	29	4362094	5260735	4362091	5260706
2392	472024	Gunzesrieder Ach	nicht bekannt	26	4362558	5261606	4362579	5261589
2393	472024	Gunzesrieder Ach	nicht bekannt	25	4363247	5262017	4363266	5262001
2394	472024	Gunzesrieder Ach	nicht bekannt	19	4363404	5261941	4363417	5261927
2395	472024	Gunzesrieder Ach	Angerbach	46	4364145	5263619	4364188	5263603
2396	472024	Gunzesrieder Ach	nicht bekannt	22	4363584	5262978	4363605	5262984
2397	472024	Gunzesrieder Ach	nicht bekannt	85	4365579	5265599	4365531	5265529
2398	472024	Gunzesrieder Ach	nicht bekannt	128	4360576	5260923	4360703	5260917
2399	472025	Wustbach	Schanzbach	101	4370689	5268389	4370702	5268290
2400	472025	Wustbach	Schanzbach	75	4371285	5267624	4371356	5267639
2401	472025	Wustbach	nicht bekannt	1724	4370702	5268290	4372246	5267892
2402	472025	Wustbach	Wustbach	2790	4370648	5268526	4372871	5269184
2403	472025	Wustbach	nicht bekannt	44	4371308	5267779	4371347	5267763
2404	472026	Altmummener Bach und Neumummener Bach	nicht bekannt	675	4367500	5269073	4366865	5268964
2405	472026	Altmummener Bach und Neunummener Bach	nicht bekannt	336	4367616	5269535	4367643	5269219
2406	472026	Altmummener Bach und Neunummener Bach	nicht bekannt	19	4367652	5269235	4367661	5269218

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2407	472028	Konstanzer Ach	Konstanzer Ach, Jugetbach	1420	4366167	5270796	4367195	5271511
2408	472028	Konstanzer Ach	nicht bekannt	243	4366728	5269802	4366649	5269599
2409	472028	Konstanzer Ach	nicht bekannt	544	4366635	5270068	4366259	5269842
2410	472028	Konstanzer Ach	nicht bekannt	205	4366256	5269847	4366160	5269666
2411	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Steigbach	1119	4365423	5269605	4366028	5270479
2412	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Steigbach	251	4365255	5269243	4365173	5269150
2413	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Steigbach	119	4364651	5268685	4364567	5268605
2414	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Steigbach	89	4364351	5268317	4364282	5268275
2415	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Steigbach	55	4366148	5270740	4366176	5270786
2416	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Steigbach	13	4364069	5268083	4364056	5268082
2417	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Steigbach	12	4365373	5269471	4365376	5269483
2418	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	1032	4356131	5270301	4356111	5269326
2419	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	70	4356148	5268965	4356176	5268903
2420	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	108	4362685	5271625	4362644	5271526
2421	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	18	4362634	5271204	4362641	5271187
2422	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	401	4364944	5269168	4365255	5269243
2423	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	21	4364762	5269216	4364782	5269212
2424	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4354793	5269878	4354785	5269861
2425	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Salmaser Bach	537	4355078	5270557	4355130	5270052
2426	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	278	4355680	5269721	4355572	5269489
2427	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	19	4355582	5269877	4355587	5269859
2428	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	14	4355591	5270080	4355587	5270067
2429	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	402	4355755	5270610	4355871	5270267
2430	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	503	4356896	5270081	4356934	5269613

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2431	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Hennenbach	786	4356742	5270772	4356989	5270081
2432	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	753	4357654	5270541	4357699	5269830
2433	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	656	4357687	5270563	4358054	5270046
2434	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	923	4360012	5270789	4359898	5269969
2435	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	112	4360165	5271089	4360145	5270981
2436	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	160	4360474	5270976	4360537	5270832
2437	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	25	4360349	5271123	4360354	5271099
2438	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	15	4360406	5271024	4360419	5271016
2439	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	32	4362517	5271125	4362489	5271110
2440	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	184	4363453	5272937	4363381	5272780
2441	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4363285	5272736	4363267	5272727
2442	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	217	4363632	5271681	4363786	5271535
2443	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	36	4363808	5271348	4363778	5271329
2444	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4363616	5271754	4363622	5271735
2445	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	16	4363653	5271249	4363642	5271238
2446	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Hornbach	117	4365244	5270559	4365268	5270671
2447	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	Hornbach	8	4365206	5270760	4365200	5270764
2448	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	130	4365173	5269150	4365224	5269032
2449	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4354118	5269918	4354117	5269898
2450	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	18	4354604	5269871	4354605	5269854
2451	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	118	4354718	5269751	4354707	5269634
2452	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	420	4355208	5269904	4355132	5269498

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2453	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	10	4355191	5270059	4355190	5270049
2454	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	205	4357624	5269831	4357664	5269630
2455	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	156	4357740	5270072	4357811	5269934
2456	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	414	4357223	5271217	4357290	5270836
2457	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	7	4357709	5270601	4357716	5270600
2458	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	13	4359418	5271473	4359410	5271463
2459	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	151	4360113	5271783	4360097	5271645
2460	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	114	4360280	5270883	4360331	5270785
2461	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	99	4360356	5271004	4360309	5270939
2462	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	280	4361181	5271411	4361298	5271176
2463	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	162	4361677	5271426	4361605	5271288
2464	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	32	4361688	5271456	4361677	5271426
2465	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	188	4361489	5272427	4361597	5272283
2466	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	83	4362237	5272629	4362254	5272555
2467	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	138	4362818	5272802	4362872	5272677
2468	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	206	4363296	5271668	4363361	5271476
2469	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	182	4363371	5271347	4363358	5271170
2470	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	90	4363533	5272805	4363541	5272880
2471	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	375	4364236	5271588	4364041	5271287
2472	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	6	4363925	5271225	4363921	5271220
2473	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	56	4364565	5270962	4364565	5270908
2474	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	20	4356279	5269622	4356281	5269602

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2475	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	21	4358314	5270426	4358307	5270406
2476	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	35	4358244	5271140	4358251	5271106
2477	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	22	4358336	5271021	4358355	5271010
2478	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	26	4358813	5270563	4358824	5270539
2479	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	41	4359131	5271415	4359154	5271381
2480	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	30	4360623	5271820	4360639	5271795
2481	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	58	4361292	5272288	4361320	5272238
2482	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	106	4361678	5271404	4361750	5271334
2483	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	200	4362108	5271495	4362001	5271391
2484	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	57	4362001	5271338	4362021	5271285
2485	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	331	4364565	5270908	4364679	5270627
2486	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	16	4363921	5271220	4363911	5271207
2487	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	84	4359830	5270415	4359894	5270362
2488	472029	Quell- und Seitenbäche der Konstanzer Ach und Seitenbäche des Großen Alpsees	nicht bekannt	57	4360100	5270853	4360153	5270836
2489	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	Kranzegger Bach	663	4374269	5272769	4374552	5272227
2490	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	Kranzegger Bach	652	4373946	5273828	4374030	5273238
2491	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	Kranzegger Bach	462	4374044	5273219	4374353	5272964
2492	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	Schleifenbach	805	4373744	5273065	4373336	5272416
2493	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	Schleifenbach	241	4373195	5272221	4373145	5272000
2494	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	nicht bekannt	391	4374259	5272351	4374316	5271969
2495	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	nicht bekannt	424	4374303	5272414	4374454	5272048
2496	472031	Kranzegger Bach mit Schleifenbach	nicht bekannt	139	4374334	5273003	4374468	5272973
2497	472032	Reichenbach (OA)	Reichenbach	1230	4374621	5274582	4375487	5273871
2498	472032	Reichenbach (OA)	Reichenbach	232	4375738	5273895	4375942	5273925
2499	472032	Reichenbach (OA)	nicht bekannt	131	4375911	5273884	4376015	5273812
2500	472032	Reichenbach (OA)	nicht bekannt	436	4375322	5273894	4375499	5273571
2501	472033	Vorderburger Wildbäche	nicht bekannt	652	4374568	5275684	4375116	5275893
2502	472033	Vorderburger Wildbäche	nicht bekannt	105	4374589	5275893	4374670	5275828
2503	472033	Vorderburger Wildbäche	nicht bekannt	424	4374664	5276120	4375037	5275939

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2504	472034	Rottach (OA)	Rottach, Große Rottach	3091	4371072	5287784	4372303	5289385
2505	472034	Rottach (OA)	Rottach, Große Rottach	1708	4372369	5289574	4373642	5290339
2506	472034	Rottach (OA)	Rottach, Große Rottach	1334	4368874	5287249	4369845	5286971
2507	472034	Rottach (OA)	Rottach, Große Rottach	866	4370090	5287019	4370767	5287341
2508	472034	Rottach (OA)	Rottach, Große Rottach	249	4368331	5287506	4368524	5287506
2509	472034	Rottach (OA)	Rottach, Große Rottach	130	4370930	5287576	4370995	5287647
2510	472034	Rottach (OA)	nicht bekannt	134	4366838	5286289	4366952	5286279
2511	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	5021	4358990	5291860	4359314	5287606
2512	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	1590	4362450	5286525	4363980	5286399
2513	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	826	4360727	5286580	4361488	5286369
2514	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	234	4359702	5287266	4359866	5287110
2515	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	159	4360188	5287010	4360286	5286911
2516	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	102	4362091	5286423	4362192	5286420
2517	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	82	4360480	5286704	4360560	5286692
2518	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	65	4361695	5286385	4361758	5286400
2519	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	49	4361888	5286432	4361936	5286432
2520	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	42	4362298	5286442	4362331	5286468
2521	472035	Eschach (Nibel)	Eschach	36	4360377	5286764	4360403	5286739
2522	472035	Eschach (Nibel)	Eschbach, Kreuzbach	2569	4359888	5288584	4359888	5288584
2523	472035	Eschach (Nibel)	Ulmertalbach	980	4360284	5289916	4361233	5289857
2524	472035	Eschach (Nibel)	Ulmertalbach	584	4359036	5290061	4359602	5289989
2525	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	146	4361391	5286541	4361369	5286399
2526	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	177	4359767	5287194	4359890	5287312
2527	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	135	4359573	5287593	4359496	5287487
2528	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	27	4359827	5287866	4359806	5287849
2529	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	21	4359887	5288605	4359888	5288584
2530	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	73	4359288	5287768	4359258	5287705
2531	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	28	4361158	5288713	4361145	5288688
2532	472035	Eschach (Nibel)	nicht bekannt	20	4361000	5289885	4361005	5289866
2533	472036	Kürnach	Kürnach	890	4364220	5289864	4364738	5289315
2534	472036	Kürnach	Kürnach	489	4359414	5291861	4359698	5291667
2535	472036	Kürnach	Kürnach	426	4361520	5291503	4361899	5291347
2536	472036	Kürnach	Kürnach	376	4362723	5290975	4363071	5290862
2537	472036	Kürnach	Kürnach	335	4363811	5290266	4364025	5290054
2538	472036	Kürnach	Kürnach	211	4360404	5291399	4360592	5291432
2539	472036	Kürnach	Kürnach	185	4360946	5291537	4361095	5291555
2540	472036	Kürnach	Kürnach	176	4363507	5290451	4363602	5290345
2541	472036	Kürnach	Kürnach	149	4361221	5291589	4361353	5291550
2542	472036	Kürnach	Kürnach	148	4359946	5291406	4360060	5291381
2543	472036	Kürnach	Kürnach	141	4362367	5291199	4362479	5291122
2544	472036	Kürnach	Kürnach	125	4365028	5289086	4365144	5289045
2545	472036	Kürnach	Kürnach	116	4360734	5291470	4360828	5291509
2546	472036	Kürnach	Kürnach	67	4360630	5291443	4360692	5291459
2547	472036	Kürnach	Kürnach	37	4363350	5290676	4363383	5290666
2548	472036	Kürnach	Kürnach	22	4364111	5289976	4364118	5289956
2549	472036	Kürnach	Kürnach	21	4363451	5290558	4363472	5290556
2550	472036	Kürnach	Kürnach	20	4358963	5292168	4358978	5292155
2551	472036	Kürnach	Kürnach	20	4360217	5291385	4360233	5291395
2552	472036	Kürnach	Kürnach	20	4362574	5291032	4362590	5291019
2553	472036	Kürnach	Kürnach	20	4360302	5291449	4360310	5291465
2554	472036	Kürnach	nicht bekannt	633	4364570	5289388	4364256	5288914
2555	472036	Kürnach	nicht bekannt	16	4364563	5289429	4364567	5289415
2556	472036	Kürnach	nicht bekannt	15	4360313	5291483	4360313	5291468
2557	472036	Kürnach	nicht bekannt	36	4364569	5289469	4364598	5289490
2558	472036	Kürnach	Kürnach	18	4364302	5289805	4364316	5289795
2559	472036	Kürnach	nicht bekannt	75	4362485	5291396	4362450	5291330
2560	472036	Kürnach	nicht bekannt	27	4362372	5291225	4362367	5291199

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2561	472036	Kürnach	nicht bekannt	14	4362503	5291433	4362499	5291420
2562	472036	Kürnach	nicht bekannt	13	4361923	5291345	4361910	5291346
2563	472036	Kürnach	nicht bekannt	23	4364049	5290069	4364035	5290051
2564	472036	Kürnach	nicht bekannt	22	4363369	5290672	4363384	5290688
2565	472036	Kürnach	nicht bekannt	20	4362794	5290988	4362789	5290969
2566	472036	Kürnach	Kürnach	14	4359625	5291698	4359637	5291693
2567	472039	Vils	Vils	8644	4389914	5272265	4389914	5272265
2568	472039	Vils	Vils	407	4385530	5270348	4385648	5270725
2569	472039	Vils	Vils	78	4385280	5269489	4385339	5269539
2570	472039	Vils	Vils	75	4385423	5269845	4385443	5269918
2571	472039	Vils	Vils	43	4385532	5270184	4385522	5270226
2572	472039	Vils	Vils	20	4385527	5270048	4385538	5270064
2573	472039	Vils	Vils	20	4385049	5269363	4385069	5269360
2574	472039	Vils	Vils	20	4386987	5271346	4387006	5271354
2575	472039	Vils	Steinacher Achen, Seebach	6877	4388468	5269664	4387903	5268313
2576	472039	Vils	Steinacher Achen, Seebach	358	4388911	5267450	4388911	5267450
2577	472039	Vils	Scheidbach	21	4386361	5271268	4386366	5271248
2578	472039	Vils	Gundbach	99	4388829	5272052	4388828	5271955
2579	472039	Vils	Steinebach	2440	4389071	5274529	4391031	5275166
2580	472039	Vils	Steinebach	822	4388079	5274318	4388866	5274394
2581	472039	Vils	Hofbach	1946	4390715	5274028	4390715	5274028
2582	472039	Vils	Hofbach	456	4391490	5274243	4391797	5274513
2583	472039	Vils	Adratsbach	41	4389038	5267378	4389079	5267384
2584	472039	Vils	Adratsbach	21	4390109	5267901	4390129	5267904
2585	472039	Vils	Kotbach	903	4387903	5268313	4388134	5267574
2586	472039	Vils	Reichenbach, Kühstallbach	670	4393471	5269726	4394018	5270053
2587	472039	Vils	Reichenbach, Kühstallbach	106	4394018	5270053	4394076	5270142
2588	472039	Vils	Reichenbach, Kühstallbach	64	4393213	5269453	4393243	5269507
2589	472039	Vils	Buchwaldsbach	25	4386815	5271466	4386814	5271441
2590	472039	Vils	Geisenrieder Bach	359	4387267	5271744	4387579	5271592
2591	472039	Vils	Höllbach	570	4387930	5272237	4388284	5271843
2592	472039	Vils	Zerrlachbach	51	4388939	5272019	4388958	5271972
2593	472039	Vils	Hündelbach	19	4389116	5274514	4389117	5274495
2594	472039	Vils	Langbachtelsbach	430	4388952	5274757	4389366	5274742
2595	472039	Vils	Winkelsbach	1109	4389783	5273729	4390715	5274028
2596	472039	Vils	nicht bekannt	14	4388911	5267450	4388923	5267457
2597	472039	Vils	nicht bekannt	34	4388116	5269161	4388149	5269156
2598	472039	Vils	nicht bekannt	319	4388207	5269825	4388463	5269665
2599	472039	Vils	nicht bekannt	74	4390289	5270419	4390348	5270375
2600	472039	Vils	nicht bekannt	53	4390657	5269426	4390662	5269374
2601	472039	Vils	Neffelbach	61	4391052	5270907	4391074	5270851
2602	472039	Vils	Ahornbach	1345	4392674	5270798	4391670	5270044
2603	472039	Vils	Kesselbach	960	4393244	5270510	4392527	5269945
2604	472039	Vils	Kesselbach	434	4392501	5269949	4392216	5269662
2605	472039	Vils	Kesselbach	305	4392163	5269521	4392110	5269253
2606	472039	Vils	Plattenbach	101	4392949	5268190	4392981	5268282
2607	472039	Vils	nicht bekannt	26	4389914	5272265	4389900	5272243
2608	472039	Vils	nicht bekannt	19	4388098	5274347	4388110	5274332
2609	472039	Vils	nicht bekannt	50	4389180	5274554	4389200	5274508
2610	472039	Vils	nicht bekannt	25	4388468	5269664	4388492	5269656
2611	472039	Vils	nicht bekannt	189	4388051	5269758	4388236	5269796
2612	472039	Vils	nicht bekannt	20	4389580	5269977	4389583	5269958
2613	472039	Vils	nicht bekannt	397	4391975	5270200	4391817	5269858
2614	472039	Vils	nicht bekannt	35	4392061	5269979	4392034	5269956
2615	472039	Vils	nicht bekannt	212	4391965	5269171	4392125	5269301
2616	472039	Vils	nicht bekannt	141	4392297	5269821	4392182	5269783
2617	472039	Vils	nicht bekannt	110	4392578	5269685	4392550	5269580

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2618	472039	Vils	nicht bekannt	85	4392596	5269955	4392578	5269872
2619	472039	Vils	Fauler Graben	138	4392626	5268085	4392758	5268069
2620	472039	Vils	nicht bekannt	15	4387446	5271689	4387440	5271675
2621	472039	Vils	nicht bekannt	132	4392946	5269570	4392905	5269449
2622	472039	Vils	nicht bekannt	106	4392787	5269606	4392735	5269514
2623	472039	Vils	nicht bekannt	102	4389490	5274951	4389490	5274849
2624	472040	Buchinger Dorfbach	nicht bekannt	1579	4410486	5276212	4410933	5274855
2625	472040	Buchinger Dorfbach	nicht bekannt	880	4409703	5276149	4410427	5276246
2626	472040	Buchinger Dorfbach	nicht bekannt	734	4410682	5276013	4411209	5275537
2627	472040	Buchinger Dorfbach	nicht bekannt	136	4411190	5275549	4411149	5275424
2628	472041	Jagdberg- und Buchenbergrinnen	Sattlermoosgraben	960	4409522	5275193	4410295	5274763
2629	472041	Jagdberg- und Buchenbergrinnen	Wintereckgraben	894	4409366	5274734	4410111	5274302
2630	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	Tristallbach	3020	4407902	5273574	4408869	5271716
2631	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	Remsgraben	342	4408869	5271716	4408921	5271409
2632	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	nicht bekannt	27	4408422	5272132	4408448	5272136
2633	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	Drehgraben	550	4408896	5271438	4408860	5270900
2634	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	nicht bekannt	25	4408505	5271866	4408530	5271869
2635	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	nicht bekannt	41	4408288	5272302	4408317	5272322
2636	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	nicht bekannt	20	4409036	5271691	4409041	5271672
2637	472042	Tristaller Bach (Schleifergraben)	nicht bekannt	51	4408602	5271715	4408580	5271672
2638	472043	Pöllat	Pöllat	3453	4406506	5272621	4406068	5269467
2639	472043	Pöllat	Pöllat	2282	4405995	5269209	4407509	5267988
2640	472043	Pöllat	Pöllat	1822	4407841	5267463	4409054	5266856
2641	472043	Pöllat	Deutenhauser Bach, Ahorngraben	1199	4407369	5268371	4407369	5268371
2642	472043	Pöllat	Rautbach	1558	4406229	5270727	4407638	5270406
2643	472043	Pöllat	Hammergraben	2125	4406980	5272270	4408529	5271192
2644	472043	Pöllat	Hammergraben	349	4406639	5272412	4406942	5272275
2645	472043	Pöllat	Tegelberggraben	193	4407374	5268543	4407308	5268364
2646	472043	Pöllat	nicht bekannt	26	4406553	5268765	4406555	5268741
2647	472043	Pöllat	Wütender Graben	805	4407377	5270586	4408135	5270653
2648	472043	Pöllat	Reitbach	310	4406883	5270544	4407019	5270283
2649	472043	Pöllat	Lenkerbach, Stausee	1032	4407090	5271834	4407713	5271102
2650	472043	Pöllat	Lenkerbach, Stausee	544	4406604	5272142	4407056	5271863
2651	472043	Pöllat	Lenkerbach, Stausee	85	4407731	5271076	4407796	5271028
2652	472043	Pöllat	nicht bekannt	18	4408529	5271197	4408540	5271184
2653	472043	Pöllat	nicht bekannt	89	4407369	5268371	4407408	5268293
2654	472043	Pöllat	nicht bekannt	20	4406061	5270215	4406053	5270197
2655	472043	Pöllat	Fingergraben	269	4407870	5270631	4408105	5270526
2656	472043	Pöllat	nicht bekannt	17	4406722	5272055	4406724	5272038
2657	472043	Pöllat	nicht bekannt	62	4406885	5268474	4406930	5268516
2658	472043	Pöllat	nicht bekannt	20	4406099	5269449	4406106	5269430
2659	472043	Pöllat	nicht bekannt	13	4407273	5271518	4407284	5271524
2660	472043	Pöllat	nicht bekannt	40	4407684	5271421	4407723	5271424
2661	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	54	4404525	5268010	4404574	5267988
2662	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	654	4405429	5269331	4405806	5268916
2663	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	91	4405355	5269408	4405421	5269347
2664	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	488	4404829	5268878	4405155	5268537
2665	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	736	4404885	5268991	4405424	5268583
2666	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	209	4405499	5269147	4405550	5268947
2667	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	551	4405397	5269274	4405493	5268858
2668	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	35	4405440	5269327	4405475	5269332
2669	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	360	4405044	5268947	4405214	5268649
2670	472044	Rinnen zum Alpsee	nicht bekannt	53	4405623	5269010	4405629	5268957
2671	472045	Halblech	Halblech, Lainbach, Baumgartengraben	10505	4408910	5280387	4414557	5274827
2672	472045	Halblech	Röthenbach	4895	4414341	5275056	4414341	5275056
2673	472045	Halblech	Reiselsbergbach, Lobentalbach	2196	4412132	5272301	4411182	5270579

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2674	472045	Halblech	Reiselsbergbach, Lobentalbach	1800	4413033	5273913	4412489	5272747
2675	472045	Halblech	Reiselsbergbach, Lobentalbach	738	4412967	5274166	4413183	5274659
2676	472045	Halblech	Reiselsbergbach, Lobentalbach	104	4410605	5270096	4410547	5270025
2677	472045	Halblech	Reiselsbergbach, Lobentalbach	25	4411014	5270447	4410992	5270435
2678	472045	Halblech	Reiselsbergbach, Lobentalbach	20	4410918	5270383	4410910	5270365
2679	472045	Halblech	Schwarzenbach, Wasserscheidbach	923	4414571	5274827	4415331	5274673
2680	472045	Halblech	nicht bekannt	53	4414341	5275056	4414393	5275053
2681	472045	Halblech	Siegelsgraben	99	4413848	5274709	4413872	5274615
2682	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	285	4412087	5272115	4412248	5271905
2683	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	126	4412681	5271102	4412719	5270987
2684	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	60	4413756	5270941	4413816	5270938
2685	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	34	4413145	5271038	4413174	5271049
2686	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	21	4413605	5270989	4413625	5270996
2687	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	21	4413470	5271022	4413488	5271013
2688	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	19	4413223	5271067	4413241	5271065
2689	472045	Halblech	Bockstallbach, Kenzenbach	11	4412491	5271288	4412501	5271284
2690	472045	Halblech	Tiefenbach, Roßbach	661	4412469	5273947	4412944	5274212
2691	472045	Halblech	nicht bekannt	8	4409580	5279529	4409574	5279524
2692	472045	Halblech	Hoher Graben	18	4415947	5277276	4415965	5277275
2693	472045	Halblech	nicht bekannt	22	4415211	5276738	4415219	5276717
2694	472045	Halblech	Leichtengraben	20	4415033	5276566	4415045	5276550
2695	472045	Halblech	nicht bekannt	29	4414160	5274910	4414173	5274884
2696	472045	Halblech	nicht bekannt	19	4414025	5274844	4414039	5274832
2697	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4413898	5274719	4413911	5274705
2698	472045	Halblech	nicht bekannt	135	4413719	5274665	4413676	5274554
2699	472045	Halblech	Gabelschropfenbach	101	4410547	5270025	4410596	5269938
2700	472045	Halblech	nicht bekannt	54	4412934	5272668	4412984	5272652
2701	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4412720	5272964	4412722	5272944
2702	472045	Halblech	nicht bekannt	796	4413317	5273449	4413990	5273128
2703	472045	Halblech	nicht bekannt	545	4412136	5273636	4412514	5273918
2704	472045	Halblech	nicht bekannt	227	4413219	5274592	4413377	5274442
2705	472045	Halblech	nicht bekannt	285	4412830	5274889	4412669	5274657
2706	472045	Halblech	nicht bekannt	10	4412795	5274957	4412789	5274948
2707	472045	Halblech	nicht bekannt	77	4410377	5279354	4410328	5279294
2708	472045	Halblech	nicht bekannt	10	4409547	5279593	4409552	5279586
2709	472045	Halblech	nicht bekannt	44	4416892	5277857	4416904	5277816
2710	472045	Halblech	nicht bekannt	26	4415532	5276761	4415557	5276753
2711	472045	Halblech	nicht bekannt	19	4415136	5276665	4415142	5276647
2712	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4414675	5276140	4414692	5276129
2713	472045	Halblech	nicht bekannt	29	4414207	5275596	4414233	5275610
2714	472045	Halblech	nicht bekannt	23	4414107	5274882	4414116	5274861
2715	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4414059	5274862	4414071	5274847
2716	472045	Halblech	nicht bekannt	28	4413989	5274822	4414010	5274805
2717	472045	Halblech	nicht bekannt	52	4411513	5270745	4411565	5270740
2718	472045	Halblech	Klammgraben	20	4411807	5271697	4411823	5271709
2719	472045	Halblech	nicht bekannt	350	4413175	5273315	4413500	5273260
2720	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4413197	5273734	4413214	5273745
2721	472045	Halblech	Jungholzgraben	372	4412727	5273713	4413027	5273906
2722	472045	Halblech	nicht bekannt	15	4412711	5274093	4412721	5274083
2723	472045	Halblech	nicht bekannt	14	4412737	5274768	4412742	5274755
2724	472045	Halblech	nicht bekannt	14	4412597	5275068	4412592	5275055
2725	472045	Halblech	nicht bekannt	70	4411411	5270649	4411433	5270583
2726	472045	Halblech	nicht bekannt	21	4411675	5271232	4411694	5271227
2727	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4412716	5271019	4412728	5271003
2728	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4412801	5274091	4412821	5274088
2729	472045	Halblech	nicht bekannt	20	4412623	5275064	4412616	5275045

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2730	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	Rohrbach, Schindelgraben	137	4414356	5278381	4414460	5278294
2731	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	Jägergraben, Boschengraben	1309	4412574	5278909	4412904	5277841
2732	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	Gabelgraben	764	4413713	5278639	4413928	5277920
2733	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	867	4412415	5278519	4412630	5277911
2734	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	109	4414349	5278374	4414432	5278306
2735	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	Viehweidgraben	119	4413137	5278171	4413147	5278059
2736	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	57	4412904	5277841	4412946	5277807
2737	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	804	4412275	5278185	4411947	5277510
2738	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	13	4413725	5278603	4413738	5278602
2739	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	Zündlesgraben	62	4413306	5277552	4413342	5277502
2740	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	56	4411959	5277467	4412003	5277435
2741	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	114	4412113	5277678	4412210	5277624
2742	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	19	4412593	5277681	4412588	5277662
2743	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	68	4411919	5277375	4411969	5277331
2744	472046	Trauchgauer Ach: nur linke Seitenbäche	nicht bekannt	123	4412208	5277626	4412280	5277528
2745	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	2485	4382232	5270091	4381172	5268281
2746	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	1334	4380492	5273349	4381227	5272667
2747	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	615	4381250	5272391	4381644	5272251
2748	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	553	4380856	5273766	4380822	5273405
2749	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	445	4380863	5264773	4381069	5264428
2750	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	425	4381402	5274795	4381240	5274542
2751	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	413	4380949	5265478	4380776	5265158
2752	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	380	4381081	5268110	4380849	5267874
2753	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	267	4380917	5274073	4380864	5273883
2754	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	237	4382280	5270371	4382302	5270175
2755	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	230	4382323	5270713	4382343	5270526
2756	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	170	4381118	5274408	4381044	5274519
2757	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	140	4381046	5274423	4380984	5274312
2758	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	128	4381169	5264353	4381278	5264287
2759	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	81	4382343	5271083	4382268	5271063
2760	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	64	4380835	5267643	4380829	5267582
2761	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	56	4382213	5271333	4382243	5271306
2762	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	41	4380720	5273442	4380683	5273458
2763	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	21	4382184	5271447	4382197	5271433
2764	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	20	4380802	5267753	4380816	5267737
2765	472047	Wertach	Wertach, Kaltenbrunnenbach	20	4382136	5271865	4382147	5271849
2766	472047	Wertach	Weißenbach, Heisenlochbach	411	4380433	5267679	4380764	5267794
2767	472047	Wertach	Weißenbach, Heisenlochbach	168	4379907	5267614	4380072	5267626
2768	472047	Wertach	Weißenbach, Heisenlochbach	63	4379673	5267529	4379727	5267562
2769	472047	Wertach	Weißenbach	536	4381987	5268233	4382009	5267775
2770	472047	Wertach	Weißenbach	490	4381970	5268725	4381932	5268322
2771	472047	Wertach	Weißenbach	271	4382112	5269413	4382120	5269189
2772	472047	Wertach	Weißenbach	234	4382056	5269102	4381980	5268900
2773	472047	Wertach	Weißenbach	126	4382029	5267690	4382112	5267625
2774	472047	Wertach	Weißenbach	113	4382622	5267113	4382549	5267079

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2775	472047	Wertach	Weißenbach	64	4382579	5267273	4382568	5267217
2776	472047	Wertach	Weißenbach	50	4382523	5266300	4382531	5266251
2777	472047	Wertach	Weißenbach	24	4382508	5267440	4382531	5267446
2778	472047	Wertach	Weißenbach	20	4382291	5266792	4382298	5266773
2779	472047	Wertach	Weißenbach	20	4382334	5266654	4382348	5266640
2780	472047	Wertach	Weißenbach	20	4382335	5267100	4382315	5267096
2781	472047	Wertach	Weißenbach	19	4382513	5265622	4382518	5265604
2782	472047	Wertach	Weißenbach	19	4382525	5265852	4382515	5265836
2783	472047	Wertach	Weißenbach	18	4382186	5269535	4382169	5269530
2784	472047	Wertach	nicht bekannt	340	4381449	5269101	4381629	5269352
2785	472047	Wertach	nicht bekannt	101	4381163	5269085	4381261	5269090
2786	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4382115	5269733	4382134	5269739
2787	472047	Wertach	nicht bekannt	10	4382257	5269835	4382266	5269839
2788	472047	Wertach	Holderbach	121	4381456	5272426	4381557	5272431
2789	472047	Wertach	Holderbach	20	4382377	5272874	4382395	5272879
2790	472047	Wertach	nicht bekannt	419	4381530	5264941	4381678	5264562
2791	472047	Wertach	nicht bekannt	237	4381148	5265595	4381257	5265388
2792	472047	Wertach	Melchebach	488	4381285	5265735	4381588	5265395
2793	472047	Wertach	Melchebach	21	4381746	5265096	4381747	5265075
2794	472047	Wertach	Eggbach	55	4382012	5266161	4382042	5266115
2795	472047	Wertach	nicht bekannt	66	4380998	5266854	4381000	5266794
2796	472047	Wertach	Buchelbach	40	4379966	5267668	4379982	5267631
2797	472047	Wertach	nicht bekannt	25	4380524	5268302	4380545	5268289
2798	472047	Wertach	nicht bekannt	23	4381039	5268253	4381060	5268245
2799	472047	Wertach	nicht bekannt	626	4380743	5268471	4381258	5268474
2800	472047	Wertach	nicht bekannt	130	4380368	5268513	4380494	5268487
2801	472047	Wertach	nicht bekannt	112	4382130	5268171	4382184	5268099
2802	472047	Wertach	nicht bekannt	156	4381370	5269748	4381470	5269661
2803	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4381841	5269772	4381860	5269764
2804	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4381441	5269829	4381457	5269817
2805	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4381569	5269923	4381588	5269919
2806	472047	Wertach	nicht bekannt	18	4381848	5269967	4381862	5269976
2807	472047	Wertach	nicht bekannt	15	4381533	5269920	4381548	5269922
2808	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4382309	5270262	4382323	5270249
2809	472047	Wertach	Mühlbach	136	4381925	5272221	4382043	5272234
2810	472047	Wertach	nicht bekannt	48	4380920	5273976	4380966	5273965
2811	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4381028	5273831	4381038	5273814
2812	472047	Wertach	Rohhadelbach	20	4380761	5273817	4380767	5273836
2813	472047	Wertach	nicht bekannt	563	4380975	5265393	4381237	5264911
2814	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4381451	5264745	4381462	5264729
2815	472047	Wertach	Bäckbach, Jörgbach	105	4381696	5265973	4381718	5265875
2816	472047	Wertach	nicht bekannt	75	4380628	5267433	4380693	5267470
2817	472047	Wertach	nicht bekannt	19	4380562	5267605	4380572	5267620
2818	472047	Wertach	nicht bekannt	19	4380543	5268205	4380558	5268193
2819	472047	Wertach	nicht bekannt	165	4380651	5268030	4380799	5268038
2820	472047	Wertach	nicht bekannt	71	4380937	5268156	4380991	5268202
2821	472047	Wertach	nicht bekannt	14	4381986	5267731	4381999	5267733
2822	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4381754	5270061	4381768	5270047
2823	472047	Wertach	nicht bekannt	52	4382752	5270221	4382790	5270256
2824	472047	Wertach	nicht bekannt	25	4383409	5273112	4383433	5273105
2825	472047	Wertach	nicht bekannt	20	4382398	5272905	4382401	5272885
2826	472047	Wertach	nicht bekannt	109	4380857	5264630	4380880	5264525
2827	472047	Wertach	Melchebach	19	4381300	5265659	4381285	5265648
2828	472047	Wertach	nicht bekannt	77	4382130	5265366	4382198	5265338
2829	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach, Hörnlesee	3096	4381389	5274795	4378878	5273727

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2830	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach, Hörnlesee	1066	4377693	5271519	4378431	5271109
2831	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach, Hörnlesee	402	4377503	5272056	4377551	5271712
2832	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach, Hörnlesee	110	4378486	5273441	4378398	5273380
2833	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach, Hörnlesee	77	4378621	5273553	4378568	5273502
2834	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach, Hörnlesee	66	4378692	5271096	4378757	5271098
2835	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach, Hörnlesee	44	4378361	5273275	4378347	5273234
2836	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach, Hörnlesee	44	4378773	5273631	4378735	5273610
2837	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach, Hörnlesee	21	4377879	5272575	4377859	5272569
2838	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach, Hörnlesee	20	4377592	5272386	4377576	5272375
2839	472048	Wertacher Starzlach	Starzlach, Wertacher Starzlach, Hörnlesee	19	4378046	5272882	4378027	5272881
2840	472048	Wertacher Starzlach	Schwellbach	289	4377551	5270712	4377645	5270460
2841	472048	Wertacher Starzlach	Schwellbach	31	4377686	5271017	4377664	5270999
2842	472048	Wertacher Starzlach	Herzlessteinbach	223	4377281	5271692	4377479	5271772
2843	472048	Wertacher Starzlach	Herzlessteinbach	19	4377209	5271632	4377227	5271637
2844	472048	Wertacher Starzlach	Zeiggerbachl	110	4378332	5273014	4378390	5272924
2845	472048	Wertacher Starzlach	Zeiggerbachl	26	4378383	5272842	4378375	5272818
2846	472048	Wertacher Starzlach	Zeiggerbachl	23	4378339	5272650	4378353	5272632
2847	472048	Wertacher Starzlach	Igelsbach	172	4379710	5274571	4379859	5274511
2848	472048	Wertacher Starzlach	Igelsbach	67	4379173	5274768	4379228	5274735
2849	472048	Wertacher Starzlach	Igelsbach	18	4379397	5274689	4379409	5274702
2850	472048	Wertacher Starzlach	nicht bekannt	356	4377618	5270491	4377965	5270525
2851	472048	Wertacher Starzlach	nicht bekannt	20	4377481	5271732	4377464	5271722
2852	472048	Wertacher Starzlach	Eiselesbach	21	4377457	5271958	4377478	5271958
2853	472048	Wertacher Starzlach	Schliefriger Bach	117	4378171	5273258	4378287	5273274
2854	472048	Wertacher Starzlach	nicht bekannt	20	4379059	5274849	4379066	5274830
2855	472048	Wertacher Starzlach	nicht bekannt	13	4378735	5273604	4378738	5273592
2856	472048	Wertacher Starzlach	nicht bekannt	106	4379747	5274366	4379752	5274285
2857	472048	Wertacher Starzlach	nicht bekannt	39	4379760	5274269	4379753	5274232
2858	472049	Reichenbach (OAL)	Reichenbach, Klausenbach	1854	4384731	5277274	4385652	5276108
2859	472049	Reichenbach (OAL)	Reichenbach, Klausenbach	265	4385345	5274007	4385385	5273766
2860	472049	Reichenbach (OAL)	Reichenbach, Klausenbach	19	4385285	5274250	4385291	5274233
2861	472049	Reichenbach (OAL)	nicht bekannt	181	4385379	5273882	4385522	5273987
2862	472049	Reichenbach (OAL)	nicht bekannt	26	4385393	5273818	4385416	5273807
2863	472050	Nesselwanger Mühlbach	Mühlbach	2079	4387630	5277950	4387686	5276261
2864	472050	Nesselwanger Mühlbach	Schloßbächel	1125	4387470	5275990	4387271	5274947
2865	472050	Nesselwanger Mühlbach	Schloßbächel	276	4387702	5276274	4387524	5276133
2866	472050	Nesselwanger Mühlbach	nicht bekannt	524	4387561	5277529	4387256	5277123
2867	472050	Nesselwanger Mühlbach	nicht bekannt	267	4387080	5276821	4386909	5276672
2868	472050	Nesselwanger Mühlbach	nicht bekannt	168	4387201	5277024	4387103	5276896
2869	472050	Nesselwanger Mühlbach	nicht bekannt	21	4387234	5277075	4387223	5277057
2870	472050	Nesselwanger Mühlbach	nicht bekannt	517	4387475	5275536	4387472	5275036
2871	472050	Nesselwanger Mühlbach	Oberer Bergbach	179	4387037	5276987	4387169	5277102
2872	472050	Nesselwanger Mühlbach	Oberer Bergbach	101	4387203	5277137	4387295	5277177
2873	472050	Nesselwanger Mühlbach	nicht bekannt	58	4387491	5275325	4387520	5275279
2874	472053	Roßbach (Galetsch-Bach): nur Quellbäche	Roßbach	285	4371354	5271197	4371570	5271191
2875	472053	Roßbach (Galetsch-Bach): nur Quellbäche	Roßbach	178	4371700	5271245	4371824	5271360
2876	472053	Roßbach (Galetsch-Bach): nur Quellbäche	Roßbach	90	4371916	5271470	4371965	5271533

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2877	472053	Roßbach (Galetsch-Bach): nur Quellbäche	Roßbach	20	4371984	5271615	4371995	5271628
2878	472053	Roßbach (Galetsch-Bach): nur Quellbäche	Kalchenbach	127	4372209	5271932	4372134	5271833
2879	472053	Roßbach (Galetsch-Bach): nur Quellbäche	nicht bekannt	21	4372284	5272050	4372305	5272052
2880	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	nicht bekannt	29	4366766	5277880	4366794	5277886
2881	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	nicht bekannt	20	4366995	5278202	4367010	5278189
2882	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	nicht bekannt	20	4368283	5278907	4368277	5278888
2883	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	nicht bekannt	20	4367062	5278260	4367073	5278244
2884	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	nicht bekannt	141	4367234	5278523	4367318	5278415
2885	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	nicht bekannt	20	4367415	5278515	4367433	5278511
2886	472054	Niedersonthofener Dorfbach: nur Tobelstrecken	nicht bekannt	20	4367780	5278844	4367798	5278837
2887	472055	Schanzbach	Schanzbach	416	4383206	5276017	4383462	5275702
2888	472055	Schanzbach	Schanzbach	42	4383640	5275165	4383659	5275128
2889	472056	Betzigauer Bach	Betzigauer Bach, Bannholzbach	1083	4378555	5290196	4379070	5289368
2890	472056	Betzigauer Bach	Betzigauer Bach, Bannholzbach	21	4379254	5289283	4379273	5289275
2891	472057	Wildpoldsrieder Bach	Wildpoldsrieder Bach	704	4380189	5293577	4380794	5293531
2892	472057	Wildpoldsrieder Bach	Wildpoldsrieder Bach	271	4380891	5293523	4381100	5293458
2893	472058	Durach	Durach	3633	4374003	5285133	4376792	5285298
2894	472058	Durach	Durach	579	4377458	5285005	4377999	5285013
2895	472058	Durach	Durach	562	4376947	5285250	4377076	5284818
2896	472058	Durach	Durach	296	4379936	5285918	4380072	5286088
2897	472058	Durach	Durach	188	4378132	5284968	4378301	5284988
2898	472058	Durach	Durach	75	4377203	5284956	4377263	5284990
2899	472058	Durach	Langeneckbach	10	4378134	5284957	4378138	5284947
2900	472058	Durach	nicht bekannt	9	4377890	5285010	4377890	5285001
2901	472059	Hörgers-Tobel	Fischersbach	12	4366309	5300057	4366310	5300045
2902	472060	Kaldener Tobelbach	Kaldener Tobelbach	23	4365428	5300415	4365416	5300397
2903	472062	Leubas	Leubas, Tobelbach	1483	4373720	5293951	4374844	5293583
2904	472062	Leubas	Leubas, Tobelbach	572	4375134	5293425	4375601	5293519
2905	472062	Leubas	Leubas, Tobelbach	392	4373366	5293701	4373677	5293814
2906	472062	Leubas	Leubas, Tobelbach	299	4377683	5292978	4377874	5292894
2907	472062	Leubas	Leubas, Tobelbach	282	4375724	5293530	4375985	5293622
2908	472062	Leubas	Leubas, Tobelbach	224	4378007	5292723	4378070	5292587
2909	472062	Leubas	Leubas, Tobelbach	163	4373039	5293669	4373137	5293786
2910	472062	Leubas	Leubas, Tobelbach	95	4374878	5293450	4374943	5293421
2911	472062	Leubas	Leubas, Tobelbach	83	4372706	5293519	4372744	5293593
2912	472062	Leubas	Leubas, Tobelbach	59	4377324	5293160	4377358	5293119
2913	472062	Leubas	Leubas, Tobelbach	54	4377523	5292975	4377552	5292962
2914	472062	Leubas	Leubas, Tobelbach	54	4375651	5293546	4375698	5293548
2915	472062	Leubas	Leubas, Tobelbach	21	4372858	5293672	4372878	5293678
2916	472062	Leubas	Leubas, Tobelbach	10	4374857	5293511	4374857	5293501
2917	472063	Peter- und Paulbach	nicht bekannt	981	4378628	5278706	4379271	5278161
2918	472063	Peter- und Paulbach	nicht bekannt	144	4378487	5278912	4378557	5278808
2919	472063	Peter- und Paulbach	nicht bekannt	126	4379324	5278027	4379444	5278007
2920	472063	Peter- und Paulbach	nicht bekannt	18	4379252	5278125	4379246	5278108
2921	472064	Mühlenbach	nicht bekannt	40	4369242	5256003	4369279	5255989
2922	472064	Mühlenbach	nicht bekannt	35	4369115	5256066	4369143	5256046
2923	472065	Fuchsbach	Fuchsbach	285	4364268	5280389	4364460	5280563
2924	472065	Fuchsbach	Fuchsbach	244	4364569	5280595	4364789	5280668
2925	472065	Fuchsbach	Fuchsbach	22	4365005	5280758	4365021	5280773

lfd. Nr.	Kenn-Nr.	Einzugsgebiet	Gewässername	Ausbaulänge in Meter	x-Koordinate Anfang	y-Koordinate Anfang	x-Koordinate Ende	y-Koordinate Ende
2926	472065	Fuchsbach	nicht bekannt	96	4365097	5280831	4365021	5280773
2927	472067	Rohrbach	Waltenhofener Bach, Rohrbach, Brühlbach, Waldbach	228	4369205	5282058	4369422	5282019
2928	472067	Rohrbach	Waltenhofener Bach, Rohrbach, Brühlbach, Waldbach	215	4369670	5282068	4369837	5281998
2929	472068	Kehrgraben	Innerer Kehrgraben	91	4371365	5255173	4371400	5255090
2930	472068	Kehrgraben	Innerer Kehrgraben	22	4371921	5255066	4371943	5255064
2931	472068	Kehrgraben	Innerer Kehrgraben	20	4370950	5255449	4370968	5255440
2932	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	195	4376684	5276878	4376813	5276788
2933	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	101	4376941	5276706	4377040	5276721
2934	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	25	4377177	5276722	4377198	5276736
2935	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	51	4376292	5275588	4376317	5275543
2936	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	20	4376078	5275903	4376095	5275893
2937	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	175	4377027	5276397	4377131	5276265
2938	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	52	4376980	5276646	4376983	5276595
2939	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	22	4376117	5275933	4376134	5275919
2940	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	19	4376550	5275811	4376562	5275825
2941	472069	Kranzegger Bach: nur rechtsseitige Zubringer	nicht bekannt	14	4376386	5275720	4376400	5275721
2942	472073	Hinslangspannbach	nicht bekannt	258	4358950	5293778	4358950	5293778
2943	472073	Hinslangspannbach	nicht bekannt	170	4359242	5293772	4359393	5293745
2944	472073	Hinslangspannbach	nicht bekannt	20	4358959	5293796	4358950	5293778
2945	472073	Hinslangspannbach	nicht bekannt	22	4359151	5293819	4359150	5293797
2946	472074	Angerbach (OAL)	Rissbach	1306	4390055	5272948	4390938	5272594
2947	472074	Angerbach (OAL)	Rissbach	30	4390981	5272399	4390992	5272371
2948	472074	Angerbach (OAL)	Ellenruckenbach	202	4389905	5273055	4390091	5273018
2949	472074	Angerbach (OAL)	Hoher Brandbach	736	4389920	5273246	4390625	5273258
2950	472074	Angerbach (OAL)	nicht bekannt	676	4389990	5273410	4390619	5273264
2951	472074	Angerbach (OAL)	nicht bekannt	243	4390043	5273506	4390263	5273407
2952	472074	Angerbach (OAL)	nicht bekannt	41	4390038	5273157	4390048	5273117
2953	472074	Angerbach (OAL)	nicht bekannt	35	4390058	5273078	4390072	5273046

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibung

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist in nächster Zeit zu besetzen:

Eine Stelle einer Richterin/eines Richters am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (Besoldungsgruppe R 2)

Es wird darauf hingewiesen, dass die Stelle voraussichtlich bei den Senaten in Ansbach zu besetzen ist.

Es können nur Bewerberinnen/Bewerber berücksichtigt werden, die bereits über hinreichende verwaltungsrichterliche Berufserfahrung verfügen.

Bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung werden die Bewerberinnen/Bewerber bevorzugt berücksichtigt, die über eine ausreichend lange Berufserfahrung als Juristin/Jurist in der Ministerialverwaltung, am Bundesverfassungsgericht, am Bundesverwaltungsgericht oder einer vergleichbaren Institution auf europäischer/internationaler Ebene verfügen.

Bewerbungen um diese Stelle sind bis **14. Dezember 2018** auf dem Dienstweg beim Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration einzureichen.

Die Bewerbung von Frauen wird begrüßt (Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber im Sinne von § 2 Abs. 2 SGB IX werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Literaturhinweise

C. F. Müller, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg

Schwartmann/Jaspers/Thüsing/Kugelmann, **DS-GVO/BDSG – Datenschutz-Grundverordnung / Bundesdatenschutzgesetz,** 2018, XXXI, 1666 Seiten, Preis 159,99 €; Heidelberger Kommentar, ISBN 978-3-8114-4664-9.

Die Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) sowie das Datenschutzanpassungs- und Umsetzungsgesetz EU (DSAnpUG-EU) ersetzen das bisherige Datenschutzrecht und bringen weitreichende Änderungen für die tägliche Datenschutzpraxis. Für Verstöße können Bußgelder in Höhe von bis zu 4 % des Vorjahresumsatzes des betroffenen Unternehmens verhängt werden. Daher sind profunde Kenntnisse über Auslegung und Anwendung der DS-GVO sowie über das korrespondierende deutsche Datenschutzrecht erforderlich. Der praxisorientierte Kommentar bietet einen Einstieg in das neue Datenschutzrecht und verschafft eine systematische Einführung, die die wichtigsten Änderungen kurz und prägnant vorstellt. Jedem Artikel der DS-GVO werden die entsprechenden Erwägungsgründe sowie die entsprechende Norm des neuen BDSG zugeordnet und ausführlich kommentiert. Die Änderungen gegenüber dem alten Recht werden hervorgehoben. Weiterhin werden Lösungsmöglichkeiten für die Praxis angeboten und mögliche Problempunkte, Fehlerquellen und Risiken herausgearbeitet.

Bader/Funke-Kaiser/Stuhlfauth/von Albedyll, **Verwaltungsgerichtsordnung,** 7., neu bearbeitete Auflage 2018, XXVIII, 1389 Seiten, Preis 99,99 €; Heidelberger Kommentar, ISBN 978-3-8114-0633-9.

Die Neuauflage des Werkes berücksichtigt insbesondere die Elektronische-Rechtsverkehr-Verordnung, das Gesetz über die Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren sowie das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs. Der praxisorientierte Kommentar besitzt eine straffe Systematik und ermöglicht so eine schnelle Vorbereitung und Abwicklung des Verwaltungsprozesses. Er enthält die aktuelle Rechtsprechung und erläutert prägnant und übersichtlich die Vorschriften der VwGO.

Keck/Michaelis, **Die Rentenversicherung im SGB,** Kommentar für die Praxis, 99. und 100. Lieferung, Stand September 2018, Preis 59,99 € und 79,99 €, ISBN 978-3-8114-6344-8.

Wieser, **Verfolgung von Lebensmittelverstößen,** Handbuch für die Lebensmittelkontrolleure, Veterinäre und Verwaltung, 6., aktualisierte und vertiefte Auflage 2018, XX, 351 Seiten, Preis 52,99 €, ISBN 978-3-8073-2681-8.

Das Praxishandbuch stellt die gerichtssichere Ermittlung lebensmittelrechtlicher Straftaten und Ordnungswidrigkeiten komplett dar.

Rehm, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München

Emonds, **Artenschutzrecht – ArtSchR und einschlägige Vorschriften des Jagd-, Tierschutz-, Tierseuchen- und Pflanzenschutzrechts,** Textsammlung, Loseblattgrundwerk in 4 Ordnern, 2. Auflage, 109. und 110. Lieferung, Stand September 2018, 5442 Seiten, Preis 189,99 € und 106,99 €, ISBN 978-3-8073-2419-7.

Das Werk beinhaltet das Washingtoner Artenschutzübereinkommen mit den zugehörigen Verordnungen inklusive der Anhänge. Die Liste der zuständigen Behörden in der

EU, die Sachverständigenliste sowie die Bekanntmachungen über befugte Zollstellen und Beschlüsse und Empfehlungen der Vertragsstaatenkonferenzen sind ebenso enthalten. Weiterhin befasst sich die Sammlung mit dem Naturschutzrecht (EU, Bund, Länder, International), den EU-Richtlinien und -Verordnungen, der Bundesartenschutzverordnung und internationalen Vereinbarungen. Auch das Jagdrecht, das Tierschutzrecht, das Pflanzenschutzrecht und das Tierseuchenrecht werden in dem Standardwerk ausführlich behandelt.

Engelhardt, **Naturschutzrecht in Bayern,** 43. Lieferung, Stand April 2018, Preis 102,99 €, ISBN 978-3-8073-0115-0.

Schiwy, **Deutsche Tierschutzgesetze,** Kommentar zum Tierschutzgesetz und Sammlung deutscher und internationaler Bestimmungen, 237. bis 244. Lieferung, Stand August 2018, Preis 159,99 €, 125,99 €, 146,99 €, 81,99 €, 182,99 €, 183,99 €, 176,99 € und 121,99 €, ISBN 978-3-8073-2492-0.

Bätza/Jentsch, **Tierseuchenrecht in Deutschland und Europa,** 236., 237. und 238. Lieferung, Stand Juli 2018, Preis 120,99 €, 169,99 € und 181,99 €, ISBN 978-3-8073-2491-3.

Raschke/Kobelt, **Fleischhygienerecht,** Sammlung deutscher und internationaler Vorschriften mit Hinweisen, 147. und 148. Lieferung, Stand 5. Juni 2018, Preis 156,99 € und 58,99 €, ISBN 978-3-8073-2493-7.

Zrenner/Grove, **Veterinär-Vorschriften in Bayern,** Vorschriftensammlung, 146., 147. und 148. Lieferung, Stand Juni 2018, Preis 116,99 €, 108,99 € und 129,99 €, ISBN 978-3-8073-0376-5.

Grove, **EU-Hygienepaket,** Vorschriftensammlung mit Glossar, 39. und 40. Lieferung, Stand Juni 2018, Preis 83,99 € und 102,99 €, ISBN 978-3-8073-2317-6.

Feldhaus, **Bundesimmissionsschutzrecht,** Kommentar, 201., 202. und 203. Lieferung, Stand Juni 2018, Preis 118,99 €, 119,99 € und 107,99 €, ISBN 978-3-8073-2410-4.

Franzius/Altenbockum/Gerhold, **Handbuch Altlastensanierung und Flächenmanagement – HdA,** Loseblattgrundwerk in 5 Ordnern, Stand 84. Lieferung Juli 2018, 6748 Seiten, Preis 229,99 €; inkl. 1 Archiv CD-ROM Stand Dezember 2014, ISBN 978-3-8073-2397-8.

Die Methoden der Sicherung und Dekontaminierung von mit Schadstoffen belasteten Böden stehen im Mittelpunkt des Handbuchs. Es werden nach dem heutigen Stand der Technik Wege aufgezeigt, die gangbar und erfolgversprechend sind. Die allgemeinen Darstellungen werden durch Fallbeispiele aus der Praxis, wichtige Vorschriften und Auszüge aus den einschlägigen Gesetzen ergänzt und bieten Hilfestellungen bei der Lösung der gestellten Aufgaben. Das Werk ist auch mit CD-ROM erhältlich (ISBN 3-8114-1963-3).

Weiß/Niedermaier/Summer/Zängl, **Beamtenrecht in Bayern,** Kommentar, 204., 205. und 206. Lieferung, Stand Juni 2018, Preis 117,99 €, 119,99 € und 120,99 €, ISBN 978-3-8073-0005-4.

ecomed-Storck GmbH, Landsberg am Lech

Leichnitz, **Gefahrstoff-Analytik,** Messtechnische Überwachung von MAK- und Arbeitsplatzgrenzwerten, Emissionskontrolle, Prozessgasanalyse, 117. bis 119. Lieferung, Stand September 2018, Preis 108,99 €, 93,99 € und 101,99 € inkl. Faltkarte 12 €, ISBN 978-3-609-73270-9.

Raths/Klein, **Betriebssicherheitsverordnung,** Textausgabe mit Einführung und Erläuterungen, 2018, 240 Seiten, Preis 34,99 €, ISBN 978-3-609-69354-5.

Die Betriebssicherheitsverordnung wurde 2015 grundlegend neu gefasst. Sie gilt für die Verwendung von allen Arbeitsmitteln und hat die Sicherheit und den Schutz der Gesundheit von Beschäftigten bei der Verwendung von Arbeitsmitteln zum Ziel. Das Buch enthält den aktuellen Wortlaut der BetrSichV und umfasst eine redaktionelle Einführung mit Hintergrundinformationen über die Beweggründe der Neuregelungen und den Regelungsumfang der BetrSichV. Die BetrSichV wird praxisgerecht kommentiert und das umfangreiche Stichwortverzeichnis und die TRBS-Übersicht unterstützen bei der Recherche.

Hofmann/Jäckel, **Merkblätter biologische Arbeitsstoffe,** 54. und 55. Lieferung inkl. CD-ROM, Stand Juli 2018, Preis 72,99 € und 114,99 €, ISBN 978-3-609-62150-0, inkl. Buch „Erdle, Helmut: Infektionsschutzgesetz", Kommentar, inkl. Trinkwasserverordnung und internationaler Gesundheitsvorschriften, 6., überarbeitete Auflage, 420 Seiten, Preis 39 €, ISBN 978-3-609-16511-0.

Bund-Verlag, Frankfurt am Main

Graue, **Mutterschutzgesetz,** Basiskommentar zum MuSchG, 3., komplett überarbeitete Auflage 2018, 411 Seiten, Preis 34,90 €, ISBN 978-3-7663-6513-2.

Der Kommentar erläutert Struktur und Bestimmungen des neugefassten Mutterschutzgesetzes kompakt und verständlich. Die aktuelle Rechtsprechung und Literatur sind berücksichtigt.

Conrad-Giese/Eberhardt/Feldes, **Tipps für die Vertretung von Menschen mit Behinderungen,** Aufgaben, Rechte, Kompetenzen, 3., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2018, 432 Seiten, Preis 19,90 €, ISBN 978-3-7663-6750-1.

Der Ratgeber beantwortet leicht verständlich alle Fragen zum neuen Bundesteilhabegesetz und erläutert aktuelle rechtliche Grundlagen der SBV.

Feldes/Kohte/Stevens-Bartol, **SGB IX – Sozialgesetzbuch Neuntes Buch,** Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, Teil 1 – Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen, Teil 3 – Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht), 4. Auflage 2018, 1565 Seiten, Preis 89 €, Kommentar für die Praxis, ISBN 978-3-7663-6719-8.

Der SGB IX-Kommentar erläutert verständlich die Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen, wobei das Bundesteilhabegesetz (BTHG), mit der umfassendsten Reform des Behindertenrechts seit Einführung des SGB IX, im Zentrum steht.

Goldegg Verlag, Berlin

Zech, **Weltsalon,** zukunftsweisende Konzepte für eine friedliche und ökologisch intakte Welt, 216 Seiten, 2018, Preis 22 €, ISBN 978-3-99060-076-4.

Das Buch diskutiert über globale Ungleichgewichte und mögliche nachhaltige Lösungsansätze. Es plädiert für einen systemischen, ganzheitlichen Wandel, der auf mehreren Ebenen gleichzeitig ansetzt.

Claudius Verlag, München

Jung, **Digital Mensch bleiben,** 2018, 136 Seiten, Preis 14 €, ISBN 978-3-532-62826-3.

Der Autor ist der Auffassung, Menschlichkeit finde im souveränen Umgang mit Technologien ihren Ausdruck, nicht in einer Abhängigkeit von ihnen. Technologie kann weder kritisches Denken lehren noch menschliche Beziehungen ersetzen.

Gabal Verlag, Offenbach

Huth, **Gute Laune an jedem Arbeitstag,** 240 Seiten, 2018, Preis 15 €, ISBN 978-3-86936-875-7.

Das Buch zeigt, welche Faktoren die Stimmung beeinflussen und wie Einfluss auf diese Faktoren genommen werden kann. Beispiele und zahlreichen Übungen helfen, die eigene Stimmung und die anderer einzuordnen.

Verlag Optimum Medien & Service GmbH, München

Adamek, **Im Wald sein,** die natürliche Antwort auf Psychostress und Zivilisationskrankheiten; Entdeckung eines Präventionskonzepts, 2018, 357 Seiten, Preis 34,90 €, ISBN 978-3-929798-17-3.

Das Buch enthält die Ergebnisse des mit zwölf Freiwilligen wissenschaftlich inspirierten Praxistests, der in drei Wäldern Kroatiens durchgeführt wurde, um die gesundheitlichen Auswirkungen des Waldes auf den Menschen im Selbstversuch nachzuweisen.

Wolters Kluwer Deutschland, Carl Link, Kronach

Hickel/Wiedmann/Hetzel, **Gewerbe- und Gaststättenrecht,** Rechtssammlung mit Erläuterungen für die kommunale Praxis, 129. bis 132. Lieferung, Stand 15. Oktober 2018, Preis 123,20 €, 123,20 €, 123,92 € und 108,84 €, ISBN 978-3-556-82010-0.

Schwenk/Frey, **Haushalts- und Wirtschaftsrecht / Kommunaler Finanzausgleich in Bayern,** Kommentar, Loseblattwerk, 178. und 179. Lieferung, Stand 15. Oktober 2018, Preis 140,87 € + JURION 17,41 € und 201,25 € + JURION 24,87 €, Finanzrecht der Kommunen I, ISBN 978-3-556-90010-9.

Stengel, **Kommunale Kostentabelle,** Kosten für Amtshandlungen der kreisangehörigen Gemeinden und Standesämter in alphabetischer Ordnung, Loseblattwerk, 47. Lieferung, Stand Juni 2018, Preis 98,76 € + JURION 12,20 €, ISBN 978-3-556-93000-7.

Leonhardt, **Wild- und Jagdschadensersatz,** Handbuch zur Schadensabwicklung mit Berechnungsgrundlagen und Tabellen, Loseblattwerk inkl. CD-ROM, 17. Lieferung, Stand Oktober 2018, Preis 90,88 €, ISBN 978-3-556-75400-9.

Leonhardt, **Jagdrecht,** Bundesjagdgesetz, Bayerisches Jagdgesetz, Ergänzende Bestimmungen, Kommentar, Loseblattwerk, 88. Lieferung, Stand Oktober 2018, Preis 144,48 €, ISBN 978-3-556-75010-0.

Nitsche/Baumann/Schwamberger, **Satzungen zur Wasserversorgung,** mit Abgaberegelungen, kommentierte Ausgabe, 59. Lieferung. Stand August 2018, Preis 131,21 € + JURION 16,21 €, ISBN 978-3-556-86350-3.

R. v. Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg

Sponer/Steinherr, **TV-L – Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder,** Kommentar, 101. bis 104. Lieferung, Stand Oktober 2018, Preis 101,99 €, 70,99 €, 102,99 € und 86,99 €, auch lieferbar als CD-ROM, Kombiversion (Loseblatt + CD-ROM) und Internetversion, ISBN 978-3-7685-8444-9 und Buch „Aushangpflichtige Arbeitsgesetze im öffentlichen Dienst", Textausgabe, Stand 1. März 2018, 17. Auflage 2018, Preis 9,99 €.

von Roetteken, **Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz,** Kommentar zu den arbeits- und dienstrechtlichen Regelungen, 55. bis 58. Lieferung, Stand Oktober 2018, Preis 88,99 €, 73,99 €, 96,99 € und 96,99 €, ISBN 978-3-7685-6344-4.

Krämer/Schmidt, **Zuwendungsrecht – Zuwendungspraxis,** Textsammlung, Kommentar und Rechtsprechungssammlung zum Recht der Zuwendungen und Subventionen der öffentlichen Hand mit Verfahrenshinweisen für die Behörden und Zuwendungsempfänger, 139. Lieferung, Stand Mai 2018.

Schadewitz/Röhrig, **Beihilfevorschriften,** Kommentar, 133. Lieferung, Stand März 2018.

von Roetteken, **Bundesgleichstellungsgesetz,** BGleiG, Kommentar mit Entscheidungssammlung einschließlich Kurzkommentar zum Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetz und zur Gleichstellungsbeauftragten-Wahlverordnung, 66. und 67. Lieferung, Stand August 2018.

Stotax, Stollfuß Medien, Bonn

Strahl, **Ertragsteuern, Problemfelder der steuerlichen Beratung,** Problemanalysen, Problemlösungen, Gestaltungen, 25. bis 27. Lieferung, Stand September 2018, Preis 65 €,

68,80 € und 66,80 € inkl. Zugang zur laufend aktualisierten Online-Datenbank und DVD, Preis 37 €, Loseblattwerk in 1 Ordner, ca. 2200 Seiten, ISBN 978-3-08-352200-3.

Die **25. Aktualisierung** enthält Neuerungen zu den Bereichen Finanzierung, Gesellschafterdarlehen bei der GmbH, Organschaft, private Veräußerungsgeschäfte. Die **26. Ergänzung** beinhaltet Neues zu den Themen Betriebsveräußerungen und Betriebsaufgabe, Funktionsverlagerung, vorweggenommene Erbfolge. Die **27. Aktualisierung** enthält Neuerungen zu den Bereichen gemischte Aufwendungen, GmbH-Gründung, Joint Venture, Limited, Wohnsitzverlagerung ins Ausland.

Beermann/Gosch, **Abgabenordnung, Finanzgerichtsordnung,** mit Nebengesetzen, EuGH-Verfahrensrecht, Kommentar, 138. bis 141. Lieferung, Stand September 2018, inkl. Zugang zur laufend aktualisierten Online-Datenbank und CD-ROM, Preis 99,30 €, 99,30 €, 99,80 € und 99,80 €, Loseblattwerk in 5 Ordnern, ca. 12500 Seiten, ISBN 978-3-08-253000-9.

Die Aktualisierungen bei der **138. Ergänzungslieferung** betreffen die *FGO-Vorschriften,* hier die §§ 90, 90a Entscheidung auf Grund mündlicher Verhandlung / ohne mündliche Verhandlung, § 159 Geltung des § 49 GVGEG sowie bei der *AO* § 31b Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, § 72a Haftung Dritter bei Datenübermittlung an Finanzbehörden, § 87c Nicht amtliche Datenverarbeitungsprogramme für das Besteuerungsverfahren, § 154 Kontenwahrheit, § 231 Unterbrechung der Verjährung. Bei der *FGO* ändert sich § 48 Feststellungsklage und § 78 Einsicht, Abschriften. Die **139. Aktualisierung** enthält neue *AO-Vorschriften,* hier § 31c Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten durch Finanzbehörden zu statistischen Zwecken und Neukommentierungen zu §§ 78, 79 Beteiligte / Handlungsfähigkeit, § 168 Wirkung einer Steueranmeldung. Die Kommentierungen zu § 177 Berichtigung von materiellen Fehlern und §§ 352–356 Siebenter Teil: Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren wurden aktualisiert. Bei der *FGO* sind § 2 Gerichte der Finanzgerichtsbarkeit, § 40 Anfechtungs- und Verpflichtungsklage, § 52 Öffentlichkeit; Sitzungspolizei; Gerichtssprache sowie § 88 Ablehnung von Sachverständigen erneuert. Die Neuerungen in der **140. Lieferung** sind bei der *AO* § 2a Anwendungsbereich der Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten, die §§ 32a–32f Sechster Abschnitt: Rechte der betroffenen Personen, die §§ 32g–32j Siebter Abschnitt: Datenschutzaufsicht, Gerichtlicher Rechtsschutz in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten, § 384a Verstöße nach Artikel 83 Absatz 4 bis 6 der Verordnung (EU) 2016/679. Umfassend aktualisiert wurden bei den *AO-Kommentierungen* § 1 Anwendungsbereich, § 30 Steuergeheimnis und § 88 Untersuchungsgrundsatz. Die Aktualisierungen der **141. Ergänzungslieferung** betreffen bei der *AO* die §§ 29b und 29c Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden / zu anderen Zwecken sowie bei den *AO-Kommentierungen* § 34 Pflichten der gesetzlichen Vertreter und der Vermögensverwalter, § 89 Beratung, Auskunft, §§ 119–121 Zweiter Abschnitt: Verwaltungsakte. Bei der *FGO* sind §§ 16–26 , 29, 30 Dritter Abschnitt: Ehrenamtliche Richter, § 79 Vorbereitung der mündlichen Verhandlung, § 142 Prozesskostenhilfe umfassend aktualisiert worden.

Wolters Kluwer Deutschland, Luchterhand, Neuwied

Henning, **SGG – Sozialgerichtsgesetz,** Kommentar, mit Nebenrecht, Loseblattwerk, 39. und 40. Lieferung, Stand September 2018, Preis 169,32 € und 187,58 €, ISBN 978-3-472-02665-5.

Dalichau, **SGB V – Gesetzliche Krankenversicherung,** Kommentar, mit Online-Datenbank, Loseblattwerk mit 3 Ordnern, 105. bis 112. Lieferung, Stand November 2018, Preis 243,84 €, 226,56 €, 222,72 €, 228,48 €, 207,36 €, 245,76 €, 245,76 € und 241,92 €, ISBN 978-3-7747-0082-6.

Schelter, **Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG),** Kommentar, 240. bis 244. Lieferung, Stand 15. Juli 2018, Preis 391,40 €, 456 €, 414,20 €, 368,60 €, 368,60 € und 395,20 €, ISBN 978-3-7747-0132-8.

Schiwy, **Chemikaliengesetz,** Kommentar und Sammlung deutscher und internationaler Vorschriften, 326. bis 331. Lieferung, Stand September 2018, Preis 575,28 €, 526,40 €, 567,76 €, 454,96 €, 492,56 € und 447,44 €, ISBN 978-3-7962-0381-7.

Schulz/Becker, **Deutsches Umweltschutzrecht,** Sammlung des gesamten Umweltschutzrechts des Bundes und der Länder, 318. bis 327. Lieferung, Stand November 2018, Preis 410,40 €, 399 €, 376,20 €, 456 €, 421,80 €, 353,40 €, 357,20 €, 368,60 €, 402,80 € und 361 €, ISBN 978-3-7747-0142-7.

Bachmeier/Müller/Rebler, **Straßenverkehrsordnung (StVO),** Kommentar, 80. bis 82. Lieferung, Stand September 2018, Preis 118,08 €, 115,20 € und 125,28 €, ISBN 978-3-472-01930-5.

Litschen/Herbert/Adam/Bauer/Bettenhausen, **Das Tarifrecht der Beschäftigten im öffentlichen Dienst,** Kommentar zum Tarifvertrag öffentlicher Dienst Verwaltung, 59. bis 61. Lieferung, Stand Oktober 2018, Preis 171,56 € + Preis JURION 21,20 € und 182,81 € + Preis JURION 22,59 € und 158,90 € + Preis JURION 19,64 €, ISBN 978-3-472-06282-0.

Jehle Verlag, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München

Stegmüller/Schmalhofer/Bauer, **Beamtenversorgungsrecht des Bundes und der Länder,** Kommentar mit Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften, 131., 132. und 133. Lieferung, Stand Juni 2018.

Adolph, **Sozialgesetzbuch II, Sozialgesetzbuch XII, Asylbewerberleistungsgesetz,** Kommentar, 104. Lieferung, Stand April 2018, auch online lieferbar.

Asgard Verlag, Sankt Augustin

Löschau, **Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI) – Kommentar,** hervorgegangen aus dem „Handbuch der Sozialversicherung", 27. Lieferung inkl. Leerordner, Stand August 2018, Preis 89,70 €, Umfang des Grundwerks 6254 Seiten, ISBN 978-3-537-55020-0.

Becker/Burchardt/Krasney/Kruschinsky, **Gesetzliche Unfallversicherung (SGB VII) – Kommentar,** hervorgegangen aus dem „Handbuch der Sozialversicherung",

31. und 32. Lieferung, Stand Oktober 2018, Preis 43,20 € und 36,48 €, Umfang des Grundwerks 3918 Seiten, ISBN 978-3-537-55030-9.

Gieseking Verlag, Bielefeld

Schütz/Schmiemann, **Disziplinarrecht des Bundes und der Länder,** dargestellt am Disziplinargesetz unter Berücksichtigung der Disziplinargesetze und Disziplinarverordnungen der Länder, Kommentar, 11. Lieferung, Stand Februar 2018, Preis 78 €, ISBN 978-3-7694-0932-1.

Richard Boorberg Verlag, Stuttgart und München

Baumgartner/Jäde/Kupfahl, **Das Bau- und Wohnungsrecht in Bayern,** Sammlung der in Bayern geltenden bundes- und landesrechtlichen Vorschriften mit Kommentaren zum Baugesetzbuch, zur Bayerischen Bauordnung und zur Baunutzungsverordnung, Loseblattwerk, 253. bis 255. Lieferung, Stand August 2018, etwa 6670 Seiten, einschl. 6 Ordnern, Preis 168 €, ISBN 978-3-415-00602-7.

Jäde/Dirnberger/Bauer/Weiß, **Die neue Bayerische Bauordnung,** Kommentar, 70. und 71. Lieferung, Stand Juli 2018, Loseblattwerk, etwa 3130 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 96 €, ISBN 978-3-415-01941-6.

Drost/Ell, **Das neue Wasserrecht in Bayern,** Wasserhaushaltsgesetz (WHG) – Bayerisches Wassergesetz (BayWG) – Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (VAUwS), Kommentare mit Vorschriftensammlung zum Europa-, Bundes- und Landesrecht, 24. Lieferung, Stand Juli 2018, Loseblattwerk etwa 7200 Seiten, einschl. 5 Ordnern, Preis 168 €, ISBN 978-3-415-04485-2.

Bedane, **Leitsatzsammlung zum bayerischen Kommunalabgabenrecht,** Loseblattwerk, 2. Auflage, 28. und 29. Lieferung, Stand Juli 2018 inkl. Leer-Ordner, etwa 2630 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 98 €, ISBN 978-3-415-02742-8.

Mrozynski, **Grundsicherung und Sozialhilfe,** Praxishandbuch zu SGB II und SGB XII, Loseblattwerk, 19. Lieferung, Stand März 2018, etwa 1650 Seiten, einschl. 1 Ordner, Preis 88 €, ISBN 978-3-415-03655-0.

Schiffmann, **Sozialversicherungs-Vorschriften,** 74. Lieferung, Stand 15. Februar 2018, Loseblattwerk einschließlich Ordner, etwa 2280 Seiten, Preis 48 €, ISBN 978-3-415-01358-2.

Clemens/Scheuring/Steingen/Wiese, **Kommentar zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L),** 85. bis 87. Lieferung, Stand Juli 2018, Loseblattwerk etwa 10070 Seiten, einschl. 9 Ordnern, Preis 238 €, ISBN 978-3-415-03757-1, edition moll.

Clemens/Scheuring/Steingen/Wiese, **Kommentar zum Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD),** 101. bis 105. Lieferung, Stand August 2018, Loseblattwerk etwa 12130 Seiten, einschl. 10 Ordnern, Preis 238 €, ISBN 978-3-415-03622-2, edition moll.

Gruber/Gruber, **Gemeindliche Steuern, Abgaben und Gebühren,** Vorschriftentexte mit Anmerkungen, 58. Lieferung, Stand Juni 2018, Loseblattwerk, etwa 1020 Seiten, einschl. 1 Ordner, Preis 78 €, ISBN 978-3-415-00596-9.

Bachofer/Frasch, **Kommunales Redehandbuch,** Mustereden mit einer Einführung in die Redetechnik für die kommunale Praxis, Loseblattwerk, 39. und 40. Lieferung, Stand Oktober 2018, etwa 1000 Seiten, mit Online-Anbindung, Preis 64 €, ISBN 978-3-415-00980-6.

Brandhuber/Theobald/Typelt, **Vorschriftensammlung für die Verwaltung in Bayern – VSV Ergänzungsband,** 92. Lieferung, Stand 6. April 2018, Loseblattwerk, etwa 1140 Seiten, einschl. Ordner, Preis 24 €, ISBN 978-3-415-00620-1.

Brandhuber/Theobald/Typelt, **Vorschriftensammlung für die Verwaltung in Bayern – VSV,** 168. bis 170. Lieferung, einschließlich Online-Dienst, Stand 22. August 2018, Loseblattwerk etwa 10170 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 88 €, ISBN 978-3-415-00590-7.

Lademann, **Kommentar zum Einkommensteuergesetz mit Nebengesetzen,** In Zusammenarbeit mit Betriebs-Berater, Zeitschrift für Recht und Wirtschaft, Loseblattwerk, 236. bis 240. Lieferung, Stand September 2018, etwa 15550 Seiten, einschl. 14 Ordnern, inkl. Online-Dienst „Lademann EStG context".Preis 198 €, ISBN 9783-415-02393-2.

Bergmann, **Datenschutzrecht,** Kommentar zum Bundesdatenschutzgesetz, den Datenschutzgesetzen der Länder und zum Bereichsspezifischen Datenschutz, Loseblattwerk, 55. Lieferung, Stand August 2018, etwa 3530 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 96 €, inkl. CD-ROM, ISBN 978-3-415-00616-4.

Diringer, **Grundwortschatz BGB,** 2018, 150 Seiten, Preis 15,80 €, Studienprogramm Recht, ISBN 978-3-415-04781-5.

Das Wörterbuch enthält die 1.000 wichtigsten Begriffe des Bürgerlichen Rechts, erläutert sie und stellt die Verknüpfungen untereinander dar.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern" www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern" ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern" entnommen werden.

Allgemeines Ministerialblatt

DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG
DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN · DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE
DES BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUMS FÜR DIGITALES

Nr. 18 **München, 21. Dezember 2018** **31. Jahrgang**

Neujahrsgruß des Ministerpräsidenten

an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
des Öffentlichen Dienstes in Bayern

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

der Öffentliche Dienst ist ein Grundpfeiler der Stabilität Bayerns. Ein starker Staat und eine leistungsfähige Verwaltung gehören untrennbar zusammen. Als Rechtsstaat, mit unserer Infrastruktur, mit unseren medizinischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie mit unseren Schulen und Universitäten schaffen wir hervorragende Rahmenbedingungen für das Leben der Bürgerinnen und Bürger sowie für den Erfolg unserer Unternehmen. Herzlichen Dank für dieses Engagement!

Die Staatsregierung wird die Spitzenstellung des Freistaats bei der Besoldung bewahren. Die Ergebnisse der kommenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes der Länder wollen wir auch diesmal zeitgleich und systemgerecht auf die Beamten, Anwärter und Versorgungsempfänger übertragen. Arbeitszeit und Sonderzahlungen bleiben unangetastet. Um den Öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten, werden wir Berufsanfänger besserstellen und die Familienfreundlichkeit der Arbeitsplätze weiter ausbauen.

Ihnen allen im Jahr 2019 viel Freude und Erfolg bei Ihren beruflichen Aufgaben sowie persönliches Glück und Gesundheit!



Inhaltsübersicht

Datum Seite

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatsregierung

27.11.2018 1102-S
Aufhebung von Bekanntmachungen betreffend Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung 1228

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

11.12.2018 2003.4-I
Richtlinie zur Förderung der Informationssicherheit durch Implementierung eines Informationssicherheits-Managementsystems bei kommunalen Gebietskörperschaften (ISMS-Förderrichtlinie – ISMSR) 1229

03.12.2018 2020.6-I
Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit 1231

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

16.11.2018 913-B
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten, ZTV-ING, Ausgabe Januar 2018 1240

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

03.12.2018 7071-W
Richtlinien zur Durchführung des Investivkredits im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms 1241

03.12.2018 7071-W
Richtlinien zur Durchführung des Startkredits im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms 1243

06.12.2018 7071-W
Richtlinien zum Forschungs- und Technologieförderprogramm „Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen/Handwerksbetriebe“ 1246

28.11.2018 7074-W
Richtlinie zur Förderung des Ausbaus der Mobilfunkversorgung im Freistaat Bayern (Mobilfunkrichtlinie – MFR) 1250

03.12.2018 7523-W
Richtlinien für Darlehen an mittelständische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freiberuflich Tätige zur Förderung von Maßnahmen der Energieeinsparung und der Nutzung erneuerbarer Energien (Bayerisches Energiekreditprogramm) 1254

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

15.11.2018 7824-L
Richtlinien für die Förderung der Tierzucht 1256

26.11.2018 7824-L
Richtlinien für die Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen 1258

04.12.2018 793-L
Änderung der Fischereiabgaberichtlinie 1283

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

04.12.2018 2128-A
Aufhebung der Gemeinsamen Bekanntmachung zum Vollzug des Unterbringungsgesetzes 1308

26.11.2018 2171.1-A
Änderung der Bekanntmachung über den Barbetrag nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch und dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch 1308

05.12.2018 2231-A
Änderung der U3-Bundesmittelrichtlinie 1309

09.11.2018 8113.1-A
Richtlinie zur Förderung von regionalen ambulanten Diensten zur Sicherung der Teilhabe von Menschen mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen sowie sinnesbehinderten und chronisch kranken Menschen (Förderrichtlinie Regionale „Offene Behindertenarbeit“) 1310

09.11.2018 8113.1-A
Richtlinie zur Förderung von überregionalen ambulanten Diensten zur Sicherung der Teilhabe von Menschen mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen sowie sinnesbehinderten und chronisch kranken Menschen (Förderrichtlinie Überregionale „Offene Behindertenarbeit“) 1338

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Bayerische Staatskanzlei

21.11.2018 Erlöschen des Exequaturs von Herrn Dietrich von Berg 1355

11.12.2018 Erteilung eines Exequaturs an Herrn Mohsen Sebai 1355

12.12.2018 Kraftloserklärung eines konsularischen Ausweises 1355

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

28.11.2018 Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zum Mobilfunk-Förderprogramm gemäß der Entscheidung der EU-Kommission vom 16. November 2018, SA.48324 1355

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

08.11.2018 Bekanntmachung der Managementmaßnahmen für invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung 1356

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

26.11.2018 Studienzeiten 2020/2021 an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Sozialverwaltung 1356

III. Nachrichtliche Veröffentlichungen allgemein gültiger Bekanntmachungen ..... entfällt

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibungen 1357

Literaturhinweise 1357

I. Veröffentlichungen, die in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

1102-S

Aufhebung von Bekanntmachungen betreffend Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung

vom 27. November 2018, Az. B II 2 – G 6/17-3

Auf Grund des Art. 43 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), die zuletzt durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642) geändert worden ist, macht die Bayerische Staatsregierung bekannt:

1. Folgende Bekanntmachungen werden aufgehoben:
   a) Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene (AuVBBek) vom 17. April 2018 (AllMBl. S. 343),
   b) Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt (EhrBBek) vom 17. April 2018 (AllMBl. S. 343),
   c) Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Stellung des Beauftragten für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung (BüABBek) vom 17. April 2018 (AllMBl. S. 344),
   d) Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Stellung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für staatliche Beteiligungen (BetBBek) vom 17. April 2018 (AllMBl. S. 344),
   e) Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Stellung des Bürgerbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung (BürBBek) vom 17. April 2018 (AllMBl. S. 345),
   f) Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Stellung des Patienten- und Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung (PPBek) vom 17. April 2018 (AllMBl. S. 345),
   g) Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung Antisemitismusbeauftragten-Bekanntmachung (AsemBBek) vom 15. Mai 2018 (AllMBl. S. 402).
2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 12. November 2018 in Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Markus Söder

2003.4-I

Richtlinie zur Förderung der Informationssicherheit durch Implementierung eines Informationssicherheits-Managementsystems bei kommunalen Gebietskörperschaften (ISMS-Förderrichtlinie – ISMSR)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

vom 11. Dezember 2018, Az. E5-1681-7-7

Vorbemerkung

[1]Um ein nachhaltiges und hohes IT-Sicherheitsniveau in der gesamten bayerischen Verwaltung zu erreichen, fördert der Freistaat Bayern im Rahmen der Initiative Cybersicherheit nach Maßgabe dieser Förderrichtlinien und im Rahmen der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (insbesondere der Art. 23, 44 der Bayerischen Haushaltsordnung und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften) die Implementierung eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) bei den kommunalen Gebietskörperschaften. [2]Das ISMS soll dazu beitragen, eine Schutzstrategie zu entwickeln und entsprechende Maßnahmen zur Sicherung der Verfügbarkeit, der Vertraulichkeit und der Integrität von IT-Systemen und Daten umzusetzen. [3]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Zweck der Zuwendung

1.1 [1]Der IT-Planungsrat hat den kommunalen Behörden, sofern sie ebenenübergreifende IT-Verfahren einsetzen, empfohlen, die Anforderungen der „Leitlinie für die Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung“ des IT-Planungsrates zu erfüllen. [2]Gemäß Art. 11 Abs. 1 Satz 2 des Bayerischen E-Government-Gesetzes[1] müssen Behörden zur Sicherstellung der Sicherheit der informationstechnischen Systeme angemessene technische und organisatorische Maßnahmen im Sinne von Art. 32 der Verordnung (EU) 2016/679 und Art. 32 des Bayerischen Datenschutzgesetzes treffen und die hierzu erforderlichen Informationssicherheitskonzepte erstellen.

1.2 Diese Förderrichtlinie dient dem Ziel, vor allem kleine und mittelgroße kommunale Gebietskörperschaften bei der Implementierung eines modernen, aber mit tragbarem Aufwand umsetzbaren Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) finanziell zu fördern, um so rasch und nachhaltig ein hohes IT-Sicherheitsniveau in der gesamten bayerischen Verwaltung zu erreichen.

2. Fördergegenstand

2.1 Fördergegenstand ist die Einführung eines ISMS, das die Mindestanforderungen an ein ISMS gemäß der jeweiligen Beschlusslage des IT-Planungsrates abdeckt sowie dessen Zertifizierung oder abschließende Prüfung der vollständigen Implementierung durch einen zugelassenen Auditor.

2.2 [1]Die Vorgehensweisen, die die in Nr. 2.1 genannten Anforderungen nach derzeitiger Beschlusslage des IT-Planungsrates abdecken, sind IT-Grundschutz des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und ISO/IEC 2700X. [2]Die Förderung bezieht sich auch auf die Implementierung von ISIS12 als vom IT-Planungsrat als ausreichend anerkannte Basis, die aber auch für ein eventuell später gewünschtes Aufstocken zu BSI-Grundschutz oder ISO/IEC 2700X genutzt werden kann.

3. Zuwendungsempfänger

Förderberechtigt sind alle bayerischen kommunalen Gebietskörperschaften und deren Zusammenschlüsse sowie die von ihnen in öffentlich-rechtlicher Form geführten Unternehmen und Einrichtungen mit Sitz in Bayern.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

Voraussetzung für die Gewährung einer Zuwendung ist die vollständige Implementierung eines ISMS, das den Zielsetzungen des IT-Planungsrates entspricht (siehe Nrn. 2.1 und 2.2).

5. Art und Umfang der Zuwendung

5.1 Art der Förderung

Die Zuwendung erfolgt als Anteilfinanzierung im Rahmen einer Projektförderung als Zuschuss.

5.2 Zuwendungsfähige Ausgaben

5.2.1 [1]Zuwendungsfähig sind die innerhalb des Bewilligungszeitraums anfallenden Ausgaben für

a) die Beratung und Begleitung bei der Implementierung durch fachkundige IT-Dienstleister,

b) Schulungen für Mitarbeiter durch zertifizierte Anbieter,

c) die (Erst-)Zertifizierung des Managementsystems zur Informationssicherheit oder die abschließende Prüfung der vollständigen Implementierung durch einen zugelassenen Auditor.

[2]Die Fachkunde wird regelmäßig durch anerkannte Zertifikate einer unabhängigen Stelle nachgewiesen.

5.2.2 Die Förderung setzt mindestens zuwendungsfähige Kosten in Höhe von 2 500 Euro (brutto) voraus (Bagatellgrenze).

5.2.3 Die Förderung von Leistungen ist auf maximal 1 200 Euro (brutto) je Beratertag beschränkt.

5.2.4 Die Förderung von Leistungen nach Nr. 5.2.1 Buchst. c ist auf maximal 4 000 Euro (brutto) beschränkt.

5.3 Höhe der Förderung

5.3.1 [1]Der Zuschuss beträgt bis zu 50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben gemäß Nr. 5.2.1, höchstens 15 000 Euro. [2]Bei Zusammenarbeit von Förderberechtigten ohne Begründung einer eigenen Rechtspersönlichkeit (zum Beispiel Zweckvereinbarung) gilt der Höchstbetrag nach Satz 1 je beteiligten Förderberechtigten.

5.3.2 Die Förderung von Leistungen nach Nr. 5.2.1 wird je Förderberechtigten nur einmal gewährt.

1 Art. 11 Abs. 1 Satz 2 BayEGovG tritt gemäß Art. 19 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 BayEGovG am 1. Januar 2020 in Kraft.

5.4 Mehrfachförderung

Eine Förderung ist nicht zulässig, wenn das Vorhaben im Rahmen anderer öffentlicher Programme gefördert wird.

6. Förderverfahren

6.1 Beginn

[1]Zuwendungen dürfen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind. [2]Beginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Leistungsvertrages.

6.2 Antrag

[1]Anträge auf Gewährung einer Förderung sind schriftlich an die Regierung von Oberfranken als Bewilligungsstelle zu richten. [2]Hierzu ist das von ihr unter http://rofr-sv-internet/wirtschaft/foerderung/isms.php elektronisch bereitgestellte Antragsformular zu verwenden. [3]Die Antragsunterlagen können auf elektronischem Weg direkt an die Bewilligungsstelle (Regierung von Oberfranken, Sachgebiet 20, isms-kommune@reg-ofr.bayern.de) übermittelt werden. [4]Der eigenhändig unterzeichnete Förderantrag ist innerhalb von vier Wochen nach der elektronischen Antragsstellung postalisch bei der Bewilligungsstelle einzureichen. [5]Unvollständig ausgefüllte Anträge sowie Anträge, denen die erforderlichen Unterlagen nicht vollzählig beigelegt sind, werden von der Regierung in der Regel abgelehnt, sofern der Antragsteller sie trotz Aufforderung nicht innerhalb einer angemessenen Frist nach Antragseingang bei der Regierung vervollständigt.

6.3 Bewilligungsstelle

6.3.1 Die Regierung von Oberfranken ist Bewilligungsstelle.

6.3.2 [1]Die Bewilligungsstelle prüft die Förderanträge nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie und entscheidet über den Antrag durch Bescheid. [2]Es gelten die ANBest-K.

6.4 Bewilligungszeitraum

[1]Die geförderte Maßnahme muss binnen 24 Monaten nach Erlass des Förderbescheids beendet sein. [2]In begründeten Ausnahmefällen kann die Bewilligungsstelle auf Antrag des Zuwendungsempfängers Ausnahmen von den Fristen zulassen.

6.5 Auszahlung der Zuwendung

Die Zuwendung kann mit Vorlage eines einfachen Verwendungsnachweises angefordert werden.

6.6 Nachweis der Verwendung

[1]Die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung ist durch Vorlage eines einfachen Verwendungsnachweises zu belegen. [2]Dabei ist der Nachweis der vollständigen Implementierung zu führen. [3]Der Nachweis kann durch Vorlage eines entsprechenden Zertifikats einer unabhängigen Stelle oder einer entsprechenden Bescheinigung durch einen für das jeweilige Vorhaben zugelassenen Auditor gegenüber der Bewilligungsstelle erfolgen. [4]Der Bayerische Oberste Rechnungshof ist gemäß Art. 91 BayHO berechtigt, beim Zuwendungsempfänger zu prüfen.

7. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.

Karl-Michael Scheufele
Ministerialdirektor

2020.6-I

Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

vom 3. Dezember 2018, Az. B3-1440-4-53

[1]Der Freistaat Bayern fördert neue vorbildhafte interkommunale Kooperationsprojekte und gewährt hierzu nach Maßgabe dieser Richtlinie und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (insbesondere der Verwaltungsvorschriften für Zuwendungen des Freistaates Bayern an kommunale Körperschaften – VVK –, Anlage 3 zu den VV zu Art. 44 BayHO) Zuwendungen. [2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Zweck der Zuwendung

[1]Zuwendungen nach dieser Richtlinie werden für neue vorbildhafte interkommunale Kooperationsprojekte gewährt. [2]Ziel ist die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Erhalt der kommunalen Handlungsfähigkeit durch interkommunale Kooperationen. [3]Durch interkommunale Zusammenarbeit kann die Effizienz und Effektivität des öffentlichen Handelns gesteigert und gleichzeitig ein hohes Versorgungsniveau in den Regionen gewährleistet werden. [4]Entsprechende Handlungsansätze dienen – auch mit Blick auf die demografische Entwicklung – dem Erhalt und Ausbau lokaler wie regionaler Gestaltungsspielräume.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 [1]Gegenstand der Förderung sind neue Projekte in interkommunaler Zusammenarbeit (Kooperationsprojekte) auf der Grundlage der nach dem KommZG vorgesehenen Formen, der Art. 54 ff. BayVwVfG sowie der Art. 2 und 3 AGPStG. [2]Zulässig sind auch Kooperationsprojekte, die sich der Rechtsformen des Privatrechts bedienen.

2.2 [1]Aufgabenbereiche, in denen zusammengearbeitet werden soll, sind insbesondere:

a) Die Erledigung von allgemeinen Verwaltungstätigkeiten der Kommunen. Hierzu zählen vor allem Aufgaben im Bereich der Finanzverwaltung und des Rechnungswesens unter Nutzung der haushaltsrechtlichen Gestaltungsspielräume (vergleiche zum Beispiel Übertragung von Kassengeschäften nach Art. 101 GO) und des Abgabewesens, der Haupt- und Personalverwaltung, des Ordnungswesens, des Standesamts, der Informations- und Kommunikationstechnologien, des E-Governments, des Datenschutzes und des Bauhofs.

b) Aufgaben der sozialen und kulturellen Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur. Hierzu zählen auch interkommunale Kooperationen von (Orts-)Feuerwehren, Maßnahmen der Tourismusförderung und der strukturellen Wirtschaftsförderung.

[2]Die Förderung von neuen Kooperationsprojekten in anderen Aufgabenbereichen ist möglich.

3. Zuwendungsempfänger

[1]Antragsberechtigt sind alle bayerischen kommunalen Gebietskörperschaften und deren Zusammenschlüsse in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts sowie die von ihnen geführten Unternehmen und Einrichtungen mit Sitz in Bayern. [2]Der Antrag wird von einem Beteiligten gestellt.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Die Zusammenarbeit in den vorgesehenen Aufgabenfeldern darf sich nicht nur auf unwesentliche Gesichtspunkte beschränken; sie soll Vorbildcharakter für das Handlungspotential interkommunaler Zusammenarbeit haben.

4.2 [1]Das Kooperationsprojekt ist dauerhaft einzurichten, mindestens jedoch auf fünf Jahre. [2]Durch die Zusammenarbeit soll eine Einsparung der personellen und sächlichen Ausgaben in den kooperierenden Aufgabenbereichen von mindestens 15 % pro Jahr erzielt werden. [3]Dabei bleibt die Senkung der Ausgaben durch die Zuwendung nach dieser Richtlinie außer Betracht.

4.3 [1]Soweit Aufgaben im Bereich der Finanzverwaltung, des Rechnungswesens oder des Abgabenwesens Gegenstand der Zusammenarbeit sind, ist den örtlichen und überörtlichen Rechnungsprüfungsorganen der beteiligten Kommunen das Recht einzuräumen, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung der beteiligten Kommunen auftreten, unmittelbar bei den kommunalen Zusammenschlüssen und den von diesen geführten Unternehmen und Einrichtungen (siehe Nr. 3) zu unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und Schriften des Zusammenschlusses und der von diesem geführten Unternehmen und Einrichtungen einzusehen. [2]Die Rechnungsprüfungsorgane der beteiligten Kommunen sind hiervon zu unterrichten.

4.4 Gefördert werden können nur neue Kooperationsprojekte (Nr. 1.3 VVK).

4.5 [1]Eine Förderung erfolgt nur, wenn ein entsprechender Beschluss der Entscheidungsgremien der beteiligten Kommunen, der beteiligten juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie der beteiligten Unternehmen vorliegt, in dem die Aufgaben, die Gegenstand der Kooperation sein sollen, und die mit dem Kooperationsprojekt angestrebten Ziele festgelegt werden. [2]Bei einer Kooperation auf Grundlage des Art. 3 AGPStG ist ein Beschluss des Gemeinderats nicht erforderlich. [3]Im Fall der Förderung der Kooperation von Gemeinden im Bereich des Feuerwehrwesens muss zudem die Zustimmung des zuständigen Kreisbrandrats vorliegen.

5. Art und Umfang der Zuwendung

5.1 Art der Förderung

Die Zuwendung wird im Wege der Projektförderung als Festbetragsfinanzierung gewährt.

5.2 Zuwendungsfähige Ausgaben

[1]Gegenstand der Förderung sind Ausgaben, die notwendig sind, um Projekte der interkommunalen Zusammenarbeit vorzubereiten und durchzuführen. [2]Hierzu zählen auch Dienstleistungen durch Dritte

(zum Beispiel Beratung, Moderation), Sachmittel und Ausstattung (zum Beispiel IuK) und projektbezogene Personalaufwendungen.

5.3 Höhe der Zuwendung

[1]Als Regelzuwendung für die Durchführung eines entsprechenden Kooperationsprojekts wird eine Zuweisung in Höhe von 50 000 Euro gewährt, jedoch maximal 85 % der unter Nr. 5.2 beschriebenen zuwendungsfähigen Ausgaben, die unter Beachtung des Wirtschaftlichkeitsprinzips anfallen. [2]Eine erhöhte Zuwendung bis zu 90 000 Euro können Kooperationsprojekte in Teilräumen mit besonderem Handlungsbedarf entsprechend dem Landesentwicklungsprogramm (Nr. 2.2.3 des Landesentwicklungsprogramms in Verbindung mit Anhang 2 der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern – LEP, im Fall einer Aktualisierung entsprechend einer dann geltenden Fassung des Programms) erhalten (vgl. **Anlage 1**). [3]Maßgeblich ist der Zeitpunkt, zu dem der Zuwendungsbescheid bestandskräftig wird. [4]Kooperationsprojekte mit weniger als 5 000 Euro zuwendungsfähigen Ausgaben werden nicht gefördert.

5.4 Mehrfachförderung

Eine Förderung nach dieser Richtlinie entfällt, wenn für das Kooperationsprojekt andere Mittel des Freistaates Bayern in Anspruch genommen werden.

6. Förderverfahren

6.1 Form des Antrags, Unterlagen

[1]Der Antrag (**Anlage 2**) ist in einfacher Ausfertigung über die Rechtsaufsichtsbehörde bei der örtlich zuständigen Regierung (Bewilligungsbehörde) einzureichen. [2]Darin sind die inhaltlichen und zeitlichen Abfolgen des konkreten Kooperationsprojekts sowie die Erfüllung der Anerkennungskriterien in der zum Zeitpunkt der Antragstellung möglichen Genauigkeit schlüssig darzustellen.

6.2 Bewilligung

[1]Die örtlich zuständige Regierung entscheidet unter Einbeziehung ihres Ansprechpartners für interkommunale Zusammenarbeit und, soweit erforderlich, unter Einbeziehung der Fachaufsichtsbehörden. [2]Dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration sowie der Rechtsaufsichtsbehörde ist eine Kopie des Förderbescheids zu übersenden.

6.3 Nebenbestimmungen zum Zuwendungsbescheid

Neben den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K) sind folgende Nebenbestimmungen in den Zuwendungsbescheid aufzunehmen:

6.3.1 Das Kooperationsprojekt ist nach seiner Einrichtung mindestens fünf Jahre lang aufrechtzuerhalten.

6.3.2 Dem Freistaat Bayern ist auf Verlangen unentgeltlich ein Nutzungsrecht an den Ergebnissen des Kooperationsprojekts einzuräumen, das er auch an interessierte bayerische kommunale Körperschaften weitergeben darf.

6.3.3 Dem Freistaat Bayern ist unentgeltlich das Recht einzuräumen, die Ergebnisse des Kooperationsprojekts von allgemeiner Aussage und Bedeutung zu veröffentlichen.

6.4 Auszahlung

[1]Die Zuwendung kann in zwei Teilen ausgezahlt werden. [2]Eine Zuwendung in Höhe von 50 % kann nach Vorhabenbeginn (Nr. 1.3.1 VVK) ausbezahlt werden. [3]Im Übrigen erfolgt die Auszahlung der noch nicht abgerufenen Zuwendung nach Vorlage und Prüfung der Verwendungsbestätigung. [4]Der Antragsteller führt intern den Ausgleich mit den an der Zusammenarbeit Beteiligten durch.

6.5 Verwendung

[1]Die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung ist durch Vorlage von Verwendungsbestätigungen nach Muster 4a zu Art. 44 BayHO ohne Vorlage von Belegen nachzuweisen. [2]Der Sachbericht muss auch eine kurze Projektbeschreibung enthalten, die auf der Internetseite des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration veröffentlicht werden kann, und muss auf die Erfüllung der Zuwendungsvoraussetzungen nach Nr. 4 dieser Richtlinie eingehen.

7. Schlussbestimmungen

7.1 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

7.2 Übergangsregelung

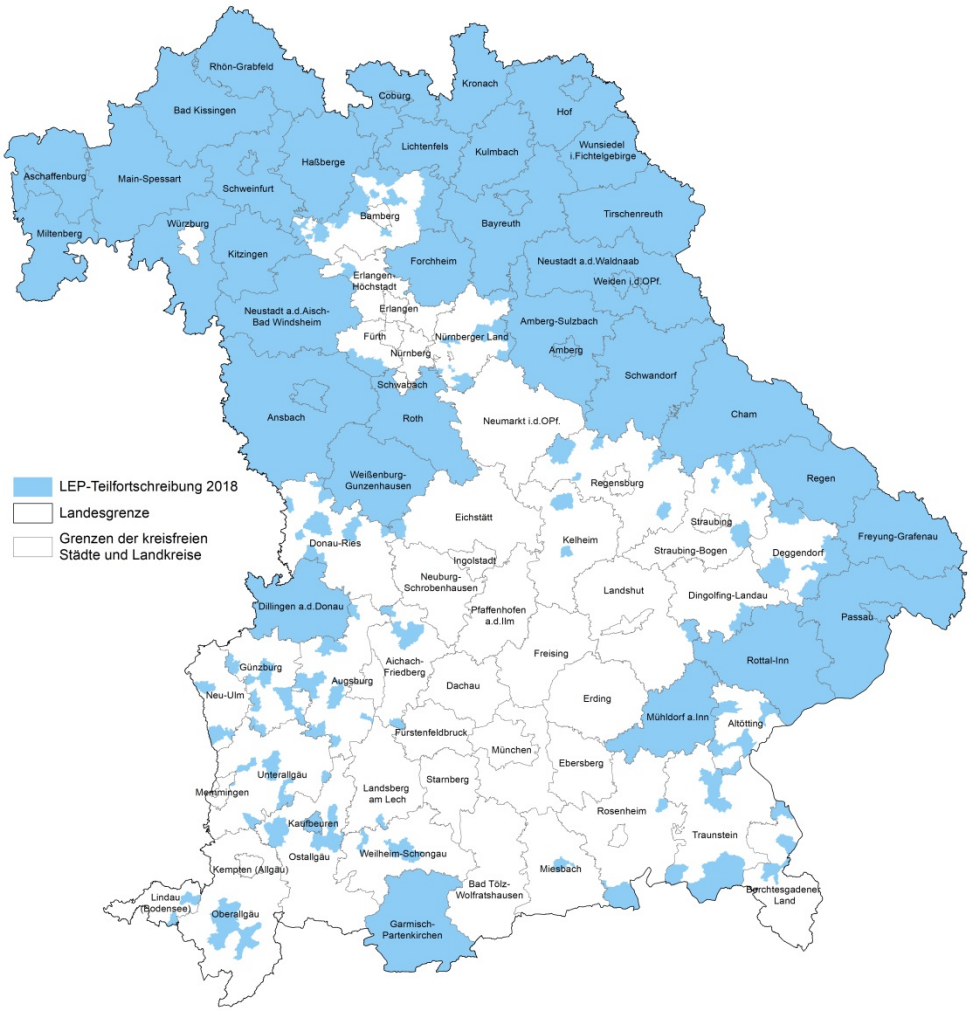
7.2.1 Für Kooperationsprojekte, für die vor dem 1. Januar 2019 gemäß der Richtlinie für Zuwendungen des Freistaats Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit Zuwendungen beantragt oder für die eine Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn erteilt wurde, gilt mit Inkrafttreten diese Richtlinie.

7.2.2 Für Kooperationsprojekte, die gemäß der Richtlinie für Zuwendungen des Freistaats Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit vom 10. März 2015 verbeschieden wurden, gilt die Richtlinie für Zuwendungen des Freistaats Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit vom 10. März 2015 (AllMBl. S. 143, StAnz. Nr. 12), die durch Bekanntmachung vom 11. September 2017 (AllMBl. S. 347) geändert worden ist, weiter.

Günter Schuster
Ministerialdirektor

Anlage 1

Raum mit besonderem Handlungsbedarf in Bayern



Grundkarte Stand 01.02.2015
Quelle: Geobasisdaten
© Bayerische Vermessungsverwaltung
(www.geodaten.bayern.de)

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium
der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
Stand: 1. März 2018

Der Raum mit besonderem Handlungsbedarf umfasst nachfolgend aufgeführte Landkreise und Einzelgemeinden nach Regierungsbezirken
(Stand: 01.03.2018)

Oberbayern

Landkreise

Garmisch-Partenkirchen
Mühldorf a.Inn

Einzelgemeinden

aus dem Landkreis Altötting:
Burgkirchen a.d.Alz
Garching a.d.Alz
Marktl, M
Stammham
Töging a.Inn, St
Tyrlaching
Winhöring

aus dem Landkreis Berchtesgadener Land:
Ainring
Bad Reichenhall, GKSt
Laufen, St

aus dem Landkreis Eichstätt:
Mörnsheim, M

aus dem Landkreis Landsberg am Lech:
Apfeldorf

aus dem Landkreis Miesbach:
Hausham

aus dem Landkreis Rosenheim:
Höslwang
Kiefersfelden
Oberaudorf

aus dem Landkreis Traunstein:
Reit im Winkl
Ruhpolding
Schleching
Traunreut, St
Trostberg, St

aus dem Landkreis Weilheim-Schongau:
Altenstadt
Hohenpeißenberg
Oberhausen
Peißenberg, M

Niederbayern

Landkreise und kreisfreie Städte

Passau und kreisfreie Stadt Passau
Freyung-Grafenau
Regen
Rottal-Inn

Einzelgemeinden

aus dem Landkreis Deggendorf:
Aholming
Außernzell
Bernried
Buchhofen
Grafling
Grattersdorf
Iggensbach
Künzing
Oberpöring
Schöllnach, M
Wallerfing
Winzer, M

aus dem Landkreis Dingolfing-Landau:
Simbach, M

aus dem Landkreis Kelheim:
Biburg
Essing, M
Ihrlerstein

aus dem Landkreis Landshut:
Aham

aus dem Landkreis Straubing-Bogen:
Falkenfels
Haibach
Irlbach
Loitzendorf
Perasdorf
Rattenberg
Stallwang
Straßkirchen

Oberpfalz

Landkreise und kreisfreie Städte

Amberg-Sulzbach und kreisfreie Stadt Amberg
Neustadt a.d.Waldnaab und kreisfreie Stadt Weiden
Cham
Schwandorf
Tirschenreuth

Einzelgemeinden

aus dem Landkreis Regensburg:
Altenthann
Beratzhausen, M
Deuerling
Holzheim a.Forst
Riekofen

Oberfranken

Landkreise und kreisfreie Städte

Bayreuth und kreisfreie Stadt Bayreuth
Coburg und kreisfreie Stadt Coburg
Hof und kreisfreie Stadt Hof
Forchheim
Kronach
Kulmbach
Lichtenfels
Wunsiedel i.Fichtelgebirge

Einzelgemeinden

aus dem Landkreis Bamberg:
Bischberg
Burgwindheim, M
Ebrach, M
Gerach
Gundelsheim
Heiligenstadt i.OFr., M
Kemmern
Königsfeld
Lauter
Lisberg
Memmelsdorf
Oberhaid
Pettstadt
Priesendorf
Rattelsdorf, M
Reckendorf
Schönbrunn i.Steigerwald
Stadelhofen
Viereth-Trunstadt
Wattendorf
Zapfendorf, M

Mittelfranken

Landkreise und kreisfreie Städte

Ansbach und kreisfreie Stadt Ansbach
Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim
Roth
Weißenburg-Gunzenhausen

Einzelgemeinden

aus dem Landkreis Erlangen-Höchstadt:
Lonnerstadt, M

aus dem Landkreis Fürth:
Großhabersdorf
Roßtal, M
Zirndorf, St

aus dem Landkreis Nürnberger Land:
Alfeld
Burgthann
Feucht, M
Henfenfeld
Hersbruck, St
Neuhaus a.d.Pegnitz, M
Pommelsbrunn
Röthenbach a.d.Pegnitz, St
Velden, St

Unterfranken

Landkreise und kreisfreie Städte

Aschaffenburg und kreisfreie Stadt Aschaffenburg
Schweinfurt und kreisfreie Stadt Schweinfurt
Bad Kissingen
Rhön-Grabfeld
Haßberge
Kitzingen
Miltenberg
Main-Spessart
Würzburg

Schwaben

Landkreise und kreisfreie Städte

Dillingen a.d.Donau
Kreisfreie Stadt Kaufbeuren

Einzelgemeinden

aus dem Landkreis Aichach-Friedberg:
Baar (Schwaben)
Hollenbach
Inchenhofen, M
Petersdorf
Steindorf

aus dem Landkreis Augsburg:
Dinkelscherben, M
Ehingen
Emersacker
Gessertshausen
Heretsried
Hiltenfingen
Kühlenthal
Mittelneufnach
Oberottmarshausen
Scherstetten
Welden, M

aus dem Landkreis Donau-Ries:
Alerheim
Auhausen
Deiningen
Fünfstetten
Hainsfarth
Marktoffingen
Mönchsdeggingen
Otting
Reimlingen
Rögling
Wechingen

aus dem Landkreis Günzburg:
Aichen
Bibertal
Deisenhausen
Ebershausen
Kammeltal
Münsterhausen, M
Thannhausen, St
Waldstetten, M
Waltenhausen
Wiesenbach

aus dem Landkreis Lindau (Bodensee):
Grünenbach
Oberreute

aus dem Landkreis Neu-Ulm:
Altenstadt, M
Oberroth
Senden, St

aus dem Landkreis Oberallgäu:
Blaichach
Fischen i.Allgäu
Immenstadt i.Allgäu, St
Sonthofen, St

aus dem Landkreis Ostallgäu:
Bidingen
Biessenhofen
Günzach
Obergünzburg, M
Stöttwang
Westendorf

aus dem Landkreis Unterallgäu:
Apfeltrach
Böhen
Lauben
Kammlach
Oberrieden
Trunkelsberg
Unteregg
Wiedergeltingen

Anlage 2

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
nach der Richtlinie zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit

An (Bewilligungsbehörde)

1. Antragsteller

Name (ggf. mit Angaben der Landkreise und ggf. der Verwaltungsgemeinschaft)

Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

Auskunft erteilt

Telefon-Nr., Fax-Nr., E-Mail-Adresse

Gremienbeschluss

2. Beteiligte Körperschaften, Unternehmen und Einrichtungen

Name (ggf. mit Angaben der Landkreise und ggf. der Verwaltungsgemeinschaft)

Anschriften (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

Auskunft erteilt

Telefon-Nr., Fax-Nr., E-Mail-Adresse

Gremienbeschlüsse der beteiligten Körperschaften

3. Bezeichnung des Kooperationsprojekts

4. Beschreibung des Kooperationsprojekts

(Darstellung und Erläuterung des Kooperationsprojekts aus fachlicher Sicht, Inhalt und Ziel, Erwartungen, Bedeutung für die Entwicklung der beteiligten Körperschaften, Nutzen für Dritte)

5. Arbeits- und Zeitplan

(Voraussichtlicher Projektbeginn, Arbeitsschritte, Zeitbedarf)

6. Kosten

(Kosten der unter Nr. 5.2 der Zuwendungsrichtlinie beschriebenen zuwendungsfähigen Ausgaben, die unter Beachtung des Wirtschaftlichkeitsprinzips anfallen)
Aufgeschlüsselte Kosten- und Finanzierungsbestandteile
Rechnerische Darlegung, dass durch das Kooperationsprojekt eine mindestens 15-prozentige Kosteneinsparung erfolgen wird. Dies soll dargestellt werden in einer Gegenüberstellung der bisherigen Sach- und Personalkosten der einzelnen beteiligten Kooperationspartner zu den angestrebten gesamten Personal- und Sachkosten des Kooperationsprojekts. Die Gesamtkosten des Kooperationsprojekts sollen mindestens um 15 Prozent niedriger ausfallen als die Summe der bisherigen Kosten der Kommunen.

7. Beantragte Zuwendung

Zu den Gesamtkosten lt. Nr. 6 wird eine Zuwendung in Höhe von ……. € beantragt.

8. Finanzierungsplan

Zuwendung Freistaat Bayern	…… €
Beiträge Dritter	…… €
Eigenmittel	…… €
Gesamtkosten lt. Nr. 6	…… €

9. Erklärung

Der Antragsteller erklärt, dass

a) mit dem Kooperationsprojekt noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids nicht begonnen wird,
b) die in diesem Antrag – einschließlich der Anlagen – gemachten Angaben vollständig und richtig sind,
c) für das Kooperationsprojekt andere Mittel des Freistaates Bayern nicht in Anspruch genommen werden,
d) unverzüglich angezeigt wird, wenn sich der Verwendungszweck oder sonstige, für die Bewilligung maßgebliche Umstände ändern oder wegfallen,
e) ihm bekannt ist, dass die Angaben im Zuwendungsantrag und in den dazu eingereichten Unterlagen für die Gewährung bzw. Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung und somit subventionserheblich im Sinn von § 264 StGB sind und ihm die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 StGB bekannt ist und
f) er unverzüglich alle Tatsachen mitteilen muss, die der Bewilligung oder dem Belassen der Subvention entgegenstehen (§ 3 SubvG in Verbindung mit Art. 1 BayStrAG).

Rechtsverbindliche Unterschriften, Ort, Datum, Dienstsiegel

913-B

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten, ZTV-ING, Ausgabe Januar 2018

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 16. November 2018, Az. 48-4342.21-2-2

Regierungen
Autobahndirektionen
Staatliche Bauämter

nachrichtlich
Bayerischer Landkreistag
Bayerischer Städtetag
Bayerischer Gemeindetag
Bayerischer Oberster Rechnungshof

1. Allgemeines

1.1 [1]Die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten (ZTV-ING) wurden in einigen Abschnitten aktualisiert und ergänzt. [2]Die neuen ZTV-ING, Ausgabe Januar 2018, ersetzen die mit Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr vom 10. Juli 2018 (AllMBl. S. 456) eingeführten ZTV-ING, Ausgabe Oktober 2017.

1.2 Das ARS Nr. 14/2003 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (BMVBW) vom 7. März 2003 und das Schreiben der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern vom 14. April 2003 (Az. IID8-43420-004/03) bleiben jedoch bezüglich der grundlegenden Ausführungen zum Inhalt und zur Handhabung weiterhin bestehen.

1.3 Die mit ARS Nr. 22/2012 vom 26. November 2012 erfolgte Umstellung der Regelwerke für die Berechnung und Bemessung von Brücken auf die europäischen Regelungen der Eurocodes ist mit Bekanntmachung der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern vom 10. April 2013 (AllMBl. S. 178) eingeführt worden.

2. Ergänzende Festlegungen

2.1 Soweit die „Hinweise zu den ZTV-ING“ entsprechend der „Liste der Hinweise zu den ZTV-ING – Stand: 15. Januar 2018“ für eine Maßnahme zutreffend sind und vertragsrechtliche Bedeutung haben, sind entsprechende Textpassagen in die Vergabeunterlagen aufzunehmen.

2.2 [1]Bei laufenden Bauverträgen bleibt jeweils die dem Bauvertrag zugrunde liegende Fassung der ZTV-ING maßgebend, soweit im Einzelfall nichts anderes vereinbart wird. [2]Daher sind die bisherigen Fassungen der ZTV-ING in geeigneter Weise zu archivieren.

3. Anwendung

3.1 Die ZTV-ING, Ausgabe Januar 2018, wurden vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mit ARS Nr. 03/2018 vom 30. Januar 2018 (Az. StB 17/7192.70/31-2952407) bekannt gegeben.

3.2 [1]Die ZTV-ING, Ausgabe Januar 2018, sind künftig bei Baumaßnahmen im Zuge von Straßen in staatlicher Verwaltung anzuwenden. [2]Die Festlegungen im ARS Nr. 03/2018 sind zu beachten.

3.3 Zur Anwendung der ZTV-ING ist im ARS Nr. 03/2018 in Teil B und Teil C dargestellt, in welchen Abschnitten Aktualisierungen im Vergleich der Ausgabe Januar 2018 zur Ausgabe Oktober 2017 vorliegen.

4. Außerkrafttreten

Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr vom 10. Juli 2018 (AllMBl. S. 456) wird aufgehoben.

5. Bezugsmöglichkeiten

5.1 Das ARS Nr. 03/2018 ist im Verkehrsblatt, Heft 04/2018, vom 28. Februar 2018 veröffentlicht.

5.2 [1]Die Bereitstellung der ZTV-ING und der Hinweise zu den ZTV-ING erfolgt ausschließlich digital über das Internet. [2]Sie können von der Homepage der BASt kostenlos heruntergeladen werden: www.bast.de (unter Brücken- und Ingenieurbau / Publikationen / Regelwerke Brücken- und Ingenieurbau).

5.3 Aus urheberrechtlichen Gründen sind davon zurzeit allerdings die Abschnitte der ZTV-ING und der zugehörigen TL/TP-ING ausgenommen, die von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) bearbeitet werden.

5.4 [1]Dies betrifft folgende Abschnitte:

ZTV-ING 5-4	Tunnelbau – Betriebstechnische Ausstattung
ZTV-ING 7-1 bis 7-5	Brückenbeläge auf Beton und Stahl
ZTV-ING 8-2	Bauwerksausstattung – Fahrbahnübergänge aus Asphalt
ZTV-ING 9-3	Bauwerke – Lärmschutzwände.

[2]Diese können über www.fgsv.de kostenpflichtig heruntergeladen werden.

Helmut Schütz
Ministerialdirektor

7071-W

Richtlinien zur Durchführung des Investivkredits im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

vom 3. Dezember 2018, Az. 53-3503/1128/1

[1]Die LfA Förderbank Bayern (LfA) gewährt mit Eigenmitteln zinsvergünstigte Darlehen für Wachstumsvorhaben an mittelständische Unternehmen und Angehörige Freier Berufe nach Maßgabe

- dieser Richtlinien,
- der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung – AGVO),
- der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (De-minimis-Verordnung).

[2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Eigenmittel der LfA.

1. Zweck der Förderung

[1]Die Darlehen sollen im Vollzug des Mittelstandsförderungsgesetzes (MfG) die Vielfalt und Leistungskraft der mittelständischen Unternehmen und Freien Berufe in Bayern erhalten und stärken, deren Entfaltungsmöglichkeiten in der Sozialen Marktwirtschaft sichern, zu fairem Wettbewerb beitragen und die Fähigkeit des Mittelstands zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen steigern. [2]Die Förderung zielt insbesondere darauf, Investitionen im Zusammenhang mit der Erweiterung, Rationalisierung und Modernisierung von bestehenden Betrieben anzustoßen und zu unterstützen. [3]Die von der LfA bereitgestellten Eigenmittel werden den Hausbanken durch die LfA im Weg der Refinanzierung zur Ausreichung von mit den Eigenmitteln zinsvergünstigten Darlehen zur Verfügung gestellt.

2. Gegenstand der Förderung

[1]Es sind Investitionen und Aufwendungen gemäß Nr. 5.2 dieser Richtlinien für Wachstumsvorhaben von mittelständischen Unternehmen und Angehörigen Freier Berufe förderfähig. [2]Die Förderung erfolgt nach Maßgabe der AGVO, insbesondere Art. 17 AGVO (Investitionsbeihilfen für KMU) oder nach Maßgabe der De-minimis-Verordnung.

3. Förderempfänger

3.1 [1]Die Darlehen werden gewerblichen Unternehmen und Angehörigen der Freien Berufe gewährt, soweit diese kleine oder mittlere Unternehmen (KMU) nach Anhang I der AGVO sind. [2]Diese Vorgabe gilt auch bei Förderungen nach Maßgabe der De-minimis-Verordnung.

3.2 Der Förderempfänger muss eine Betriebsstätte oder Niederlassung in Bayern haben bzw. – soweit diese Voraussetzung nicht erfüllt ist – durch das geförderte Vorhaben schaffen.

3.3 Bei Förderungen nach Maßgabe der AGVO sind zusätzlich folgende beihilferechtliche Vorgaben zu beachten:

- Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind, werden nicht gefördert (Art. 1 Abs. 4 Buchst. a AGVO).
- Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 1 Abs. 4 Buchst. c in Verbindung mit Art. 2 Abs. 18 AGVO werden nicht gefördert.

3.4 Bei Förderungen nach Maßgabe der De-minimis-Verordnung sind insbesondere die beihilferechtlichen Vorgaben des Art. 4 Abs. 3 der De-minimis-Verordnung zu beachten.

4. Fördervoraussetzungen

4.1 [1]Die Darlehen sind ergänzende Hilfen. [2]Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens muss gesichert sein. [3]Antragsteller, bei denen im Hinblick auf die Vermögens- und Ertragslage oder die Höhe des Vorhabens die mögliche Finanzierungshilfe wirtschaftlich unerheblich ist, können nicht berücksichtigt werden.

4.2 Vorhaben, mit denen zum Zeitpunkt des Antragseingangs bei der Hausbank bereits begonnen war, können nicht gefördert werden.

4.3 Die Vorhaben müssen so weit vorbereitet sein, dass sie nach der Zusage der beantragten Mittel innerhalb eines Jahres begonnen werden können.

4.4 Der Investitionsort muss auf dem Gebiet des Freistaates Bayern liegen.

5. Art und Umfang der Förderung

5.1 Art der Förderung

[1]Die Förderung erfolgt durch mit Eigenmitteln der LfA zinsvergünstigte Darlehen der LfA. [2]Der Finanzierungsanteil des Darlehens kann bis zu 100 % der förderfähigen Kosten des Vorhabens betragen.

5.2 Förderfähige Kosten

Bei der Ermittlung der förderfähigen Kosten für Investitionen und Aufwendungen im Sinne von Nr. 2 dieser Richtlinien sind folgende Vorgaben zu beachten:

5.2.1 Förderfähige Kosten nach Maßgabe der AGVO

[1]Nach Maßgabe des Art. 17 AGVO sind förderfähig:

- Investitionen in materielle und/oder immaterielle Vermögenswerte zur Errichtung einer neuen Betriebsstätte, zur Erweiterung einer bestehenden Betriebsstätte, zur Diversifizierung der Produktion einer Betriebsstätte durch neue, zusätzliche Produkte oder zu einer grundlegenden Änderung des gesamten Produktionsprozesses einer bestehenden Betriebsstätte (Art. 17 Abs. 3 Buchst. a AGVO) sowie
- der Erwerb der Vermögenswerte einer Betriebsstätte unter den in Art. 17 Abs. 3 Buchst. b AGVO genannten Voraussetzungen.

[2]Bei der Übernahme eines kleinen Unternehmens durch Familienmitglieder der ursprünglichen Eigentümer oder durch ehemalige Beschäftigte entfällt die Voraussetzung, dass die Vermögenswerte von Dritten, die in keiner Beziehung zum Käufer

stehen, erworben werden müssen. [3]Die alleinige Übernahme von Unternehmensanteilen gilt nicht als Investition (Art. 17 Abs. 3 AGVO). [4]Als materielle Vermögenswerte gelten Grundstücke, Gebäude, Anlagen, Maschinen und Ausrüstung (Art. 2 Nr. 29 AGVO). [5]Als immaterielle Vermögenswerte gelten Vermögenswerte ohne physische oder finanzielle Verkörperung wie Patentrechte, Lizenzen, Know-how oder sonstige Rechte des geistigen Eigentums (Art. 2 Nr. 30 AGVO); sie sind nur unter den in Art. 17 Abs. 4 AGVO genannten Voraussetzungen förderfähig. [6]Im Übrigen wird auf die Einzelheiten zu den beihilfefähigen Kosten in Art. 17 AGVO verwiesen.

5.2.2 Förderfähige Kosten nach Maßgabe der De-minimis-Verordnung

Nach Maßgabe der De-minimis-Verordnung sind zusätzlich insbesondere Aufwendungen für Mietvorauszahlungen, Mietdarlehen, Baukostenzuschüsse sowie Investitionsnebenkosten förderfähig.

5.2.3 Förderausschlüsse

[1]Nicht förderfähig sind Vorhaben, die lediglich der Ersatzbeschaffung dienen. [2]Die Gewährung von Darlehen zur Ablösung von Bankkrediten (Umschuldung) und zur Sanierung ist ausgeschlossen.

5.3 Beihilfeintensität

[1]Das Bruttosubventionsäquivalent berechnet sich nach Maßgabe der Mitteilung der Kommission über die Änderung der Methode zur Festsetzung der Referenz- und Abzinsungssätze vom 19. Januar 2008 (2008/C 14/02) oder nach Maßgabe einer sonstigen von der EU-Kommission genehmigten, einschlägigen Berechnungsmethode. [2]Die Beihilfeintensität der nach Maßgabe dieser Richtlinien unter Beachtung der AGVO gewährten Darlehen darf die festgelegten Beihilfehöchstintensitäten und Beihilfehöchstbeträge nach der jeweils einschlägigen in Nr. 2 dieser Richtlinien genannten Bestimmung der AGVO nicht überschreiten. [3]Der Beihilfewert der nach Maßgabe dieser Richtlinien unter Beachtung der De-minimis-Verordnung gewährten Darlehen darf unter Anrechnung bereits gewährter De-minimis-Beihilfen den Beihilfehöchstbetrag nach Art. 3 Abs. 2 der De-minimis-Verordnung nicht überschreiten. [4]Die Vorgaben zur Kumulierung von Beihilfen in Nr. 5.6 dieser Richtlinien sind ergänzend zu beachten.

5.4 Konditionenfestlegung

[1]Zinssatz, Laufzeit, Auszahlungskurs und Tilgung werden mit der Darlehenszusage festgelegt. [2]Der Zinssatz für den Endkreditnehmer ist abhängig von der Bonität des Darlehensnehmers und der Besicherung des Vorhabens sowie der Lage auf dem Kapitalmarkt. [3]Ggf. erfolgt eine weitergehendere Differenzierung beim Zinssatz (z. B. nach Art und Ort des Vorhabens).

5.5 Absicherung

[1]Die Darlehen sind nach bankmäßigen Grundsätzen abzusichern. [2]Sie werden von den Hausbanken unter Übernahme der Eigenhaftung gewährt. [3]Kann ein Darlehen nach bankmäßigen Grundsätzen nicht ausreichend abgesichert werden, können die Hausbanken auf Antrag durch eine Haftungsfreistellung teilweise von der Haftung freigestellt werden bzw. kann eine Bürgschaft der Bürgschaftsbank Bayern GmbH oder der LfA beantragt werden.

5.6 Kumulierung

[1]Beihilfen, die nach Maßgabe dieser Richtlinien unter Beachtung der AGVO gewährt werden, können gemäß Art. 8 Abs. 3 AGVO kumuliert werden mit

- anderen staatlichen Beihilfen, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen,
- anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten, jedoch nur, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität bzw. der höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrag nicht überschritten wird.

[2]Beihilfen, die nach Maßgabe dieser Richtlinien unter Beachtung der AGVO gewährt werden, dürfen nicht mit De-minimis-Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Kosten kumuliert werden, wenn durch diese Kumulierung die festgelegten Beihilfehöchstintensitäten und Beihilfehöchstbeträge in Art. 17 Abs. 6 AGVO überschritten werden. [3]Beihilfen, die nach Maßgabe dieser Richtlinien unter Beachtung der De-minimis-Verordnung gewährt werden, dürfen nicht mit anderen De-minimis-Beihilfen kumuliert werden, wenn durch diese Kumulierung der in Art. 3 Abs. 2 der De-minimis-Verordnung festgelegte Beihilfehöchstbetrag überschritten wird. [4]De-minimis-Beihilfen dürfen weder mit staatlichen Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Kosten noch mit staatlichen Beihilfen für dieselbe Risikofinanzierungsmaßnahme kumuliert werden, wenn die Kumulierung dazu führen würde, dass die höchste einschlägige Beihilfeintensität oder der höchste einschlägige Beihilfebetrag, die bzw. der im Einzelfall in einer Gruppenfreistellungsverordnung oder einem Beschluss der Kommission festgelegt ist, überschritten wird. [5]De-minimis-Beihilfen, die nicht in Bezug auf bestimmte beihilfefähige Kosten gewährt werden und keinen solchen Kosten zugewiesen werden können, dürfen mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, die nach Maßgabe einer Gruppenfreistellungsverordnung oder eines Beschlusses der Kommission gewährt wurden.

6. Verfahren

6.1 Antrag

[1]Die Antragstellung erfolgt nach dem von der LfA eingerichteten Antragsverfahren. [2]Die erforderlichen Antragsunterlagen können dem Internetauftritt der LfA unter www.lfa.de entnommen werden. [3]Die Anträge sind bei der Hausbank einzureichen. [4]Die Hausbank bestätigt, dass die Darlehensvoraussetzungen vorliegen und übermittelt der LfA die von ihr benötigten Daten.

6.2 Zusage und Verwendungsnachweis

[1]Über die Anträge entscheidet die LfA nach Prüfung der Fördervoraussetzungen. [2]Die Darlehen werden über die Hausbank an den Endkreditnehmer ausgereicht. [3]Die ordnungsgemäße, insbesondere zweck-

entsprechende Verwendung der Darlehen wird nach Maßgabe der Allgemeinen Darlehensbestimmungen der LfA überwacht. [4]Die LfA benachrichtigt die Bürgschaftsbank Bayern GmbH, falls eine Bürgschaft der Bürgschaftsbank Bayern GmbH beantragt wird.

6.3 Verweis auf die beihilferechtliche Grundlage

In der Darlehenszusage ist der Antragsteller auf die einschlägigen Bestimmungen der jeweiligen beihilferechtlichen Grundlage (AGVO oder De-minimis-Verordnung) unter Angabe der einschlägigen Bestimmungen, des Titels der Verordnung sowie der Fundstelle im Amtsblatt der Europäischen Union hinzuweisen.

6.4 Veröffentlichung

Die Veröffentlichung der Bewilligung von Vorhaben erfolgt nach Maßgabe von Art. 9 Abs. 1 Buchst. c AGVO in Verbindung mit Anhang III der AGVO[1].

7. Schlussvorschriften

[1]Bestimmte im Antrag näher präzisierte Angaben des Antrags, ergänzende Unterlagen sowie der Verwendungsnachweis sind subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuchs in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes (SubvG) und Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes (BayStrAG). [2]Subventionserhebliche Tatsachen sind auch solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (vgl. § 4 SubvG). [3]Der Bayerische Oberste Rechnungshof ist gemäß Art. 91 BayHO berechtigt, bei Stellen außerhalb der Staatsverwaltung zu prüfen.

8. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft. [2]Sofern nicht aufgrund einer Änderung der AGVO oder der De-minimis-Verordnung eine frühere Anpassung geboten ist, tritt sie mit Ablauf des 31. Dezember 2024 außer Kraft.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

1 Nach Art. 9 Abs.1 Buchst. c AGVO ist jede Einzelbeihilfe über 500 000 Euro mit den in Anhang III der AGVO genannten Informationen (u. a. Name des Empfängers und Beihilfehöhe) in der Transparenzdatenbank zu veröffentlichen.

7071-W

Richtlinien zur Durchführung des Startkredits im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

vom 3. Dezember 2018, Az. 53-3503/1128/1

[1]Der Freistaat Bayern gewährt in Zusammenarbeit mit der LfA Förderbank Bayern (LfA) Zuwendungen in Form von mit Haushaltsmitteln zinsverbilligten Darlehen für Existenzgründungsvorhaben sowie Vorhaben in der Existenzgründungsphase an Existenzgründer, mittelständische Unternehmen und Angehörige Freier Berufe nach Maßgabe

– dieser Richtlinien,

– der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) sowie der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften für die Gewährung von Zuwendungen an die gewerbliche Wirtschaft (AVG),

– der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung – AGVO),

– der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (De-minimis-Verordnung).

[2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Zweck der Förderung

[1]Die Darlehen sollen im Vollzug des Mittelstandsförderungsgesetzes (MfG) die Vielfalt und Leistungskraft der mittelständischen Unternehmen und Freien Berufe in Bayern erhalten und stärken, deren Entfaltungsmöglichkeiten in der Sozialen Marktwirtschaft sichern, zu fairem Wettbewerb beitragen und die Fähigkeit des Mittelstands zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen steigern. [2]Die Förderung zielt insbesondere darauf, die Gründung selbstständiger Existenzen im Rahmen von Betriebsübernahmen, Neugründungen und tätigen Beteiligungen sowie Investitionsvorhaben innerhalb der Existenzgründungsphase anzustoßen und zu unterstützen. [3]Die vom Freistaat Bayern bereitgestellten Haushaltsmittel werden den Hausbanken durch die LfA im Weg der Refinanzierung zur Ausreichung von mit den Haushaltsmitteln zinsverbilligten Darlehen zur Verfügung gestellt.

2. Gegenstand der Förderung

[1]Es sind Investitionen und Aufwendungen gemäß Nr. 5.2 dieser Richtlinien für Existenzgründungsvorhaben sowie Vorhaben in der Existenzgründungsphase von Existenzgründern, mittelständischen Unternehmen und Angehörigen Freier Berufe förderfähig. [2]Die Förderung erfolgt nach Maßgabe der AGVO, insbesondere Art. 17 AGVO (Investitionsbeihilfen für KMU) und/oder Art. 22 AGVO (Beihilfen für Unternehmensneugründungen) oder nach Maßgabe der De-minimis-Verordnung.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 [1]Die Darlehen werden Existenzgründern, gewerblichen Unternehmen und Angehörigen der Freien Berufe gewährt, soweit diese kleine oder mittlere Unternehmen (KMU) nach Anhang I der AGVO sind. [2]Diese Vorgabe gilt auch bei Förderungen nach Maßgabe der De-minimis-Verordnung.

3.2 Der Zuwendungsempfänger muss eine Betriebsstätte oder Niederlassung in Bayern haben bzw. – soweit diese Voraussetzung nicht erfüllt ist – durch das geförderte Vorhaben schaffen.

3.3 Bei Förderungen nach Maßgabe der AGVO sind zusätzlich folgende beihilferechtliche Vorgaben zu beachten:

– Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind, werden nicht gefördert (Art. 1 Abs. 4 Buchst. a AGVO).

– Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 1 Abs. 4 Buchst. c in Verbindung mit Art. 2 Abs. 18 AGVO werden nicht gefördert.

3.4 Bei Förderungen nach Maßgabe der De-minimis-Verordnung sind insbesondere die beihilferechtlichen Vorgaben des Art. 4 Abs. 3 der De-minimis-Verordnung zu beachten.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 [1]Die Darlehen sind ergänzende Hilfen. [2]Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens muss gesichert sein. [3]Antragsteller, bei denen im Hinblick auf die Vermögens- und Ertragslage oder die Höhe des Vorhabens die mögliche Finanzierungshilfe wirtschaftlich unerheblich ist, können nicht berücksichtigt werden.

4.2 Vorhaben, mit denen zum Zeitpunkt des Antragseingangs bei der Hausbank bereits begonnen war, können nicht gefördert werden.

4.3 Die Vorhaben müssen so weit vorbereitet sein, dass sie nach der Zusage der beantragten Mittel innerhalb eines Jahres begonnen werden können.

4.4 Der Investitionsort muss auf dem Gebiet des Freistaates Bayern liegen.

5. Art und Umfang der Förderung

5.1 Art der Förderung

[1]Die Förderung erfolgt durch mit Haushaltsmitteln zinsverbilligte Darlehen der LfA. [2]Der Finanzierungsanteil des Darlehens kann bis zu 100 % der zuwendungsfähigen Kosten des Vorhabens betragen.

5.2 Zuwendungsfähige Kosten

Bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Kosten für Investitionen und Aufwendungen im Sinne von Nr. 2 dieser Richtlinien sind folgende Vorgaben zu beachten:

5.2.1 Zuwendungsfähige Kosten nach Maßgabe der AGVO

[1]Nach Maßgabe des Art. 17 AGVO sind förderfähig:

– Investitionen in materielle und/oder immaterielle Vermögenswerte zur Errichtung einer neuen Betriebsstätte, zur Erweiterung einer bestehenden Betriebsstätte, zur Diversifizierung der Produktion einer Betriebsstätte durch neue, zusätzliche Produkte oder zu einer grundlegenden Änderung des gesamten Produktionsprozesses einer bestehenden Betriebsstätte (Art. 17 Abs. 3 Buchst. a AGVO) sowie

– der Erwerb der Vermögenswerte einer Betriebsstätte unter den in Art. 17 Abs. 3 Buchst. b AGVO genannten Voraussetzungen.

[2]Bei der Übernahme eines kleinen Unternehmens durch Familienmitglieder der ursprünglichen Eigentümer oder durch ehemalige Beschäftigte entfällt die Voraussetzung, dass die Vermögenswerte von Dritten, die in keiner Beziehung zum Käufer stehen, erworben werden müssen. [3]Die alleinige Übernahme von Unternehmensanteilen gilt nicht als Investition (Art. 17 Abs. 3 AGVO). [4]Als materielle Vermögenswerte gelten Grundstücke, Gebäude, Anlagen, Maschinen und Ausrüstung (Art. 2 Nr. 29 AGVO). [5]Als immaterielle Vermögenswerte gelten Vermögenswerte ohne physische oder finanzielle Verkörperung wie Patentrechte, Lizenzen, Knowhow oder sonstige Rechte des geistigen Eigentums (Art. 2 Nr. 30 AGVO); sie sind nur unter den in Art. 17 Abs. 4 AGVO genannten Voraussetzungen förderfähig. [6]Im Übrigen wird auf die Vorschriften zu den beihilfefähigen Kosten innerhalb des jeweils einschlägigen AGVO-Tatbestandes verwiesen.

5.2.2 Zuwendungsfähige Kosten nach Maßgabe der De-minimis-Verordnung

Nach Maßgabe der De-minimis-Verordnung sind zusätzlich insbesondere Aufwendungen für Warenlager bei Existenzgründungsvorhaben, Mietvorauszahlungen, Mietdarlehen, Baukostenzuschüsse sowie Investitionsnebenkosten förderfähig.

5.2.3 Förderausschlüsse

[1]Nicht förderfähig sind Vorhaben, die lediglich der Ersatzbeschaffung dienen. [2]Die Gewährung von Darlehen zur Ablösung von Bankkrediten (Umschuldung) und zur Sanierung ist ausgeschlossen.

5.3 Beihilfeintensität

[1]Das Bruttosubventionsäquivalent berechnet sich nach Maßgabe der Mitteilung der Kommission über die Änderung der Methode zur Festsetzung der Referenz- und Abzinsungssätze vom 19. Januar 2008 (2008/C 14/02) oder nach Maßgabe einer sonstigen von der EU-Kommission genehmigten, einschlägigen Berechnungsmethode. [2]Die Beihilfeintensität der nach Maßgabe dieser Richtlinien unter Beachtung der AGVO gewährten Darlehen darf die festgelegten Beihilfehöchstintensitäten und Beihilfehöchstbeträge nach der jeweils einschlägigen in Nr. 2 dieser Richtlinien genannten Bestimmung der AGVO nicht überschreiten. [3]Der Beihilfewert der nach Maßgabe dieser Richtlinien unter Beachtung der De-minimis-Verordnung gewährten Darlehen darf unter Anrechnung bereits gewährter De-minimis-Beihilfen den Beihilfehöchstbetrag nach Art. 3 Abs. 2 der De-minimis-Verordnung nicht überschreiten. [4]Die Vorgaben zur Kumulierung von Beihilfen in Nr. 5.6 dieser Richtlinien sind ergänzend zu beachten.

5.4 Konditionenfestlegung

[1]Zinssatz, Laufzeit, Auszahlungskurs und Tilgung werden mit der Darlehenszusage festgelegt. [2]Der Zinssatz für den Endkreditnehmer ist abhängig von der Bonität des Darlehensnehmers und der Besicherung des Vorhabens sowie der Lage auf dem Kapitalmarkt. [3]Ggf. erfolgt eine weitergehendere Differenzierung beim Zinssatz (z. B. nach Art und Ort des Vorhabens).

5.5 Absicherung

[1]Die Darlehen sind nach bankmäßigen Grundsätzen abzusichern. [2]Sie werden von den Hausbanken unter Übernahme der Eigenhaftung gewährt. [3]Kann ein Darlehen nach bankmäßigen Grundsätzen nicht ausreichend abgesichert werden, können die Hausbanken auf Antrag durch eine Haftungsfreistellung teilweise von der Haftung freigestellt werden bzw. kann eine Bürgschaft der Bürgschaftsbank Bayern GmbH oder der LfA beantragt werden.

5.6 Kumulierung

[1]Beihilfen, die nach Maßgabe dieser Richtlinien unter Beachtung der AGVO gewährt werden, können gemäß Art. 8 Abs. 3 AGVO kumuliert werden mit

– anderen staatlichen Beihilfen, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen,

– anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten, jedoch nur, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität bzw. der höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrag nicht überschritten wird.

[2]Beihilfen, die nach Maßgabe dieser Richtlinien unter Beachtung der AGVO gewährt werden, dürfen nicht mit De-minimis-Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Kosten kumuliert werden, wenn durch diese Kumulierung die festgelegten Beihilfehöchstintensitäten und Beihilfehöchstbeträge nach der jeweils einschlägigen in Nr. 2 dieser Richtlinien genannten Bestimmung der AGVO überschritten werden. [3]Beihilfen, die nach Maßgabe dieser Richtlinien unter Beachtung der De-minimis-Verordnung gewährt werden, dürfen nicht mit anderen De-minimis-Beihilfen kumuliert werden, wenn durch diese Kumulierung der in Art. 3 Abs. 2 der De-minimis-Verordnung festgelegte Beihilfehöchstbetrag überschritten wird. [4]De-minimis-Beihilfen dürfen weder mit staatlichen Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Kosten noch mit staatlichen Beihilfen für dieselbe Risikofinanzierungsmaßnahme kumuliert werden, wenn die Kumulierung dazu führen würde, dass die höchste einschlägige Beihilfeintensität oder der höchste einschlägige Beihilfebetrag, die bzw. der im Einzelfall in einer Gruppenfreistellungsverordnung oder einem Beschluss der Kommission festgelegt ist, überschritten wird. [5]De-minimis-Beihilfen, die nicht in Bezug auf bestimmte beihilfefähige Kosten gewährt werden und keinen solchen Kosten zugewiesen werden können, dürfen mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, die nach Maßgabe einer Gruppenfreistellungsverordnung oder eines Beschlusses der Kommission gewährt wurden.

6. Verfahren

6.1 Antrag

[1]Die Antragstellung erfolgt nach dem von der LfA eingerichteten Antragsverfahren. [2]Die erforderlichen Antragsunterlagen können dem Internetauftritt der LfA unter www.lfa.de entnommen werden. [3]Die Anträge sind bei der Hausbank einzureichen. [4]Die Hausbank bestätigt, dass die Darlehensvoraussetzungen vorliegen und übermittelt der LfA die von ihr benötigten Daten.

6.2 Zusage und Verwendungsnachweis

[1]Über die Anträge entscheidet die LfA nach Prüfung der Fördervoraussetzungen. [2]Die Darlehen werden über die Hausbank an den Endkreditnehmer ausgereicht. [3]Die ordnungsgemäße, insbesondere zweckentsprechende Verwendung der Darlehen wird von den Hausbanken und der LfA überwacht. [4]Die LfA benachrichtigt die Bürgschaftsbank Bayern GmbH, falls eine Bürgschaft der Bürgschaftsbank Bayern GmbH beantragt wird.

6.3 Verweis auf die beihilferechtliche Grundlage

In der Darlehenszusage ist der Antragsteller auf die einschlägigen Bestimmungen der jeweiligen beihilferechtlichen Grundlage (AGVO oder De-minimis-Verordnung) unter Angabe der einschlägigen Bestimmungen, des Titels der Verordnung sowie der Fundstelle im Amtsblatt der Europäischen Union hinzuweisen.

6.4 Veröffentlichung

Die Veröffentlichung der Bewilligung von Vorhaben erfolgt nach Maßgabe von Art. 9 Abs. 1 Buchst. c AGVO in Verbindung mit Anhang III der AGVO[1].

7. Schlussvorschriften

[1]Bestimmte im Antrag näher präzisierte Angaben des Antrags, ergänzende Unterlagen sowie der Verwendungsnachweis sind subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuchs in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes (SubvG) und Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes (BayStrAG). [2]Subventionserhebliche Tatsachen sind auch solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (vgl. § 4 SubvG). [3]Der Bayerische Oberste Rechnungshof ist gemäß Art. 91 BayHO berechtigt, bei Stellen außerhalb der Staatsverwaltung zu prüfen.

8. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft. [2]Sofern nicht aufgrund einer Änderung der AGVO oder der De-minimis-Verordnung eine frühere Anpassung geboten ist, tritt sie mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

1 Nach Art. 9 Abs. 1 Buchst. c AGVO ist jede Einzelbeihilfe über 500 000 Euro mit den in Anhang III der AGVO genannten Informationen (u. a. Name des Empfängers und Beihilfehöhe) in der Transparenzdatenbank zu veröffentlichen.

7071-W

Richtlinien zum Forschungs- und Technologieförderprogramm „Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen/Handwerksbetriebe“

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

vom 6. Dezember 2018, Az. 47-6666a/67/11

Vorbemerkung

[1]Der Freistaat Bayern unterstützt Aktivitäten von kleinen Unternehmen/Handwerksbetrieben im Bereich der Forschung und Technologie (im Folgenden: FuT) nach Maßgabe

- dieser Richtlinien,
- der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften bzw. der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften für die Gewährung von Zuwendungen an die gewerbliche Wirtschaft (AVG, einschließlich der dazu erlassenen Nebenbestimmungen der BNZW),
- der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung – AGVO).

[2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Zweck der Förderung

[1]Empirische Studien belegen einen positiven Zusammenhang zwischen Innovationstätigkeit und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in einem Unternehmen. [2]Innovative Unternehmen weisen deutliche Vorteile bei Wachstum, Stabilität und Zahl der Arbeitsplätze auf. [3]Gleiches gilt für Unternehmen, die aktiv in Netzwerke aus Wirtschaft und Wissenschaft eingebunden sind. [4]Mit dem Förderprogramm „Innovationsgutscheine“ sollen kleine Unternehmen/Handwerksbetriebe durch staatliche Zuwendungen an die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und anderen Unternehmen/Innovationspartnern herangeführt und so ihre Innovationskraft für die Herausforderungen der Zukunft gestärkt werden.

2. Gegenstand der Förderung

[1]Zuwendungen (hier als Innovationsgutscheine bezeichnet) werden in zwei Varianten ausgereicht: [2]Mit dem Innovationsgutschein standard soll die Planung, Entwicklung und Umsetzung neuer Produkte, Produktionsverfahren oder Dienstleistungen bzw. eine wesentliche Verbesserung bestehender Produkte, Produktionsverfahren und Dienstleistungen im Bereich technischer bzw. technologischer Innovationen unterstützt werden. [3]Der Innovationsgutschein spezial eröffnet die Möglichkeit, Projekte mit einem höheren Finanzbedarf durchzuführen, die eine hochspezialisierte Begleitung benötigen. [4]Er soll insbesondere auch an andere Förderprogramme wie z. B. das Bayerische Technologieförderungsprogramm oder das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) des Bundes heranführen und kommt für riskante und innovative Projekte in Betracht.

3. Zuwendungsempfänger

[1]Antragsberechtigt sind kleine Unternehmen/Handwerksbetriebe der gewerblichen Wirtschaft oder der Freien Berufe, die eine Betriebsstätte oder Niederlassung in Bayern haben, sowie Existenzgründerinnen und -gründer, die ein Unternehmen mit einer Betriebsstätte oder Niederlassung in Bayern gründen werden. [2]Bei Unternehmensgründungen muss diese spätestens zum Zeitpunkt der Abrechnung der Zuwendung formal erfolgt sein und eine Betriebsstätte oder Niederlassung in Bayern vorhanden sein. [3]Kleine Unternehmen/Handwerksbetriebe im Sinn der Richtlinien sind Unternehmen, die weniger als 50 Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 10 Millionen Euro nicht übersteigt. [4]Im Übrigen richtet sich die Definition der kleinsten und kleinen Unternehmen nach Anhang I AGVO. [5]Die Förderung ist unternehmensbezogen, bei Existenzgründerinnen und -gründern personenbezogen.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

[1]Zuwendungsvoraussetzungen für den Innovationsgutschein standard sind das Vorliegen einer technischen Innovation sowie die technische Kompetenz des F&E-Dienstleisters. [2]Zuwendungsvoraussetzungen für den Innovationsgutschein spezial sind darüber hinaus ein positives Votum eines unabhängigen Fachmanns (vgl. Nr. 8.1), die voraussichtliche Schaffung neuer Arbeitsplätze in Bayern im Rahmen der wirtschaftlichen Verwertung und die Beauftragung einer universitären bzw. vergleichbaren Forschungseinrichtung (z. B. Universität, Hochschule für angewandte Forschung, Bund-Länder-finanzierte außeruniversitäre Forschungseinrichtung). [3]Es wird empfohlen, vor Antragstellung mit dem Projektträger Kontakt aufzunehmen. [4]Nicht gefördert werden Vorhaben, die bereits begonnen wurden oder im Rahmen anderer Programme des Bundes, der Länder oder der EU gefördert werden. [5]Nicht gefördert werden gemäß Art. 1 AGVO Unternehmen in Schwierigkeiten (Art. 1 Abs. 4 Buchst. c in Verbindung mit Art. 2 Abs. 18 AGVO). [6]Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund einer früheren Kommissionsentscheidung zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt nicht Folge geleistet haben, werden ebenfalls nicht gefördert.

5. Art und Umfang der Förderung

[1]Die Förderung erfolgt im Weg der Anteilfinanzierung als Zuschuss im Rahmen einer Projektförderung. [2]Es handelt sich um eine Förderung nach Art. 28 AGVO („Innovationsbeihilfen für KMU“). [3]Der Fördersatz beim Innovationsgutschein standard beträgt grundsätzlich 40 %. [4]Die zuwendungsfähigen Ausgaben müssen mindestens 4 000 Euro und können maximal 30 000 Euro betragen. [5]Bei Vorliegen der nachstehenden Bedingungen erhöht sich der Fördersatz jeweils um zehn Prozentpunkte bis zu maximal 60 %:

- (Haupt-)Sitz des Unternehmens in einer „Region mit besonderem Handlungsbedarf“ (gemäß der jeweils aktuellen Gebietskulisse; vgl. **Anlage**),
- Beauftragung einer Hochschule bzw. vergleichbaren außeruniversitären Forschungseinrichtung,
- Kleinstunternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern.

[6]Der Fördersatz beim Innovationsgutschein spezial beträgt 50 %. [7]Die zuwendungsfähigen Ausgaben müssen mindestens 30 000 Euro und können maximal 80 000 Euro betragen. [8]Die Regelung in Nr. 7 Satz 1 und 2 bleibt unberührt.

6. Zuwendungsfähige Ausgaben

[1]Gefördert werden ausschließlich Leistungen externer Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. [2]Beispielsweise umfasst dies Konstruktionsleistungen, Service Engineering, Prototypenbau, Design, Produkttests zur Qualitätssicherung, Werkstoffstudien und Studien sowie Konzepte zur Fertigungstechnik. [3]Die zuwendungsfähigen Ausgaben werden auf Basis des Art. 28 Abs. 2 Buchst. c AGVO für Leistungen aus den folgenden Bereichen ermittelt:

- Unterstützung und Schulung im Bereich Wissenstransfer (Innovationsberatungsdienste gemäß Art. 28 Abs. 2 Buchst. c AGVO),
- Bereitstellung von Datenbanken, Bibliotheken, Laboratorien sowie Tests und Zertifizierung zum Zweck der Entwicklung effizienter Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen (innovationsunterstützende Dienstleistungen gemäß Art. 28 Abs. 2 Buchst. c AGVO).

[4]Als konsultierbare Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen gelten öffentliche Institute und Gesellschaften der Grundlagenforschung und angewandten Forschung, wie z. B. Universitäten, Hochschulen und Fraunhofer-Gesellschaft sowie privatwirtschaftliche Einrichtungen und Unternehmen, die im Hinblick auf das Vorhaben vergleichbare Entwicklungsdienstleistungen anbieten. [5]Es können sowohl nationale als auch internationale Anbieter in Anspruch genommen werden. [6]Institute und Unternehmen mit eindeutigem Tätigkeitsschwerpunkt im Bereich der Unternehmensberatung (über 50 % des Geschäftsumsatzes) werden nicht anerkannt. [7]Von der Förderung ausgeschlossen sind FuT-Dienstleistungen durch Betriebsangehörige oder durch ein unmittelbar oder mittelbar verbundenes Unternehmen sowie FuT-Dienstleistungen, die durch Familienmitglieder durchgeführt werden. [8]Nicht zuwendungsfähig sind insbesondere:

- Umsatzsteuer, soweit das antragstellende Unternehmen zum Vorsteuerabzug berechtigt ist,
- klassische Unternehmensberatungen (z. B. Strategieberatung, Organisationsberatung, betriebswirtschaftliche Beratung, Marktanalysen) und Unternehmercoachings,
- Outsourcing von FuT-Tätigkeiten, die in der Regel betriebsintern verrichtet werden,
- Entsendung von Forschungspersonal ins Unternehmen,
- Kauf von Maschinen, Geräten, Hard- und Software,
- studentische und wissenschaftliche Arbeiten, die Gegenstand der Prüfungsleistungen sind, sowie studentische Projekte im Rahmen einer Aus- oder Weiterbildungseinheit (Seminar, Kurs etc.),
- betriebsinterner Aufwand, z. B. interne Personal-, Sach-, Reisekosten,
- Gebühren und Beratungshonorare im Rahmen der Sicherung von Schutzrechten,
- Aufwendungen für laufenden Vertrieb und Werbung,
- nicht technologiebezogene Dienstleistungsangebote,
- Einführung von Qualitätsmanagementsystemen.

[9]Die Entwicklung von Software ist im Rahmen dieses Förderprogramms grundsätzlich nicht zuwendungsfähig.

7. Mehrfachförderung

[1]Pro Antragsteller können innerhalb von 24 Monaten maximal drei Innovationsgutscheine bewilligt werden. [2]Unternehmen, die sich zu einem größeren FuT-Vorhaben zusammenschließen, können maximal vier Innovationsgutscheine kumulieren. [3]Dabei müssen alle beteiligten Unternehmen in den Innovationsprozess direkt eingebunden sein und die Verwertung der Produktinnovation anstreben. [4]Reine Vermarktungs- oder Vertriebspartner bzw. Subunternehmerschaften sind nicht förderfähig. [5]Im Übrigen darf neben dieser Förderung für die Finanzierung der im Antrag angeführten FuT-Dienstleistung keine weitere öffentliche Förderung in Anspruch genommen werden.

8. Verfahren

8.1 [1]Anträge auf Gewährung der Innovationsgutscheine sind an den Projektträger Bayern (PTB), Am Tullnaupark 8, 90402 Nürnberg, zu richten. [2]Dieser führt die formale und inhaltliche Prüfung der Anträge und die gesamte Abwicklung der Fördermaßnahme durch. [3]Im Rahmen der Antragstellung kann auf Wunsch des Antragstellers eine Beratung durch die zuständige Industrie- und Handelskammer bzw. Handwerkskammer erfolgen. [4]In Grenzfällen des Innovationsgutscheins standard wird vom PTB zur Abklärung des Innovationsgehalts eines Vorhabens vor der Förderentscheidung ein Votum eines unabhängigen Fachmanns eingeholt, der in einem elektronischen Verfahren die Akzeptanz dieser Vorhaben und den etwaigen Ausschluss von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen bewertet. [5]Eine Förderung mittels Innovationsgutschein spezial setzt zwingend ein positives Votum eines unabhängigen Fachmanns voraus.

8.2 [1]Nach Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids und Übersendung des Innovationsgutscheins kann der Vertrag zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtung abgeschlossen werden. [2]Ein Vertragsschluss vor Bekanntgabe des Bewilligungsbescheids führt zum Förderausschluss. [3]Maßgeblicher Zeitpunkt ist die bindende Willenserklärung des Antragsstellers zum Vertragsschluss.

8.3 [1]Die FuT-Dienstleistung muss innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids begonnen und innerhalb eines Jahres nach Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids durchgeführt worden sein. [2]In begründeten Einzelfällen kann der PTB auf Antrag eine Abweichung von diesen Fristen zulassen.

8.4 Der Verwendungsnachweis ist beim PTB innerhalb eines halben Jahres vorzulegen (Kooperationsvertrag zwischen dem KMU und der FuT-Einrichtung bzw. Angebot des FuT-Partners und dazugehörige Beauftragung, Rechnung der FuT-Einrichtung, Zahlungs-

beleg sowie Sachbericht über Durchführung und Ergebnis der Maßnahme).

8.5 [1]Die Auszahlung der Mittel an das Unternehmen erfolgt durch den PTB nach Vorlage des Verwendungsnachweises bei Vorliegen der zuwendungsrechtlichen Voraussetzungen. [2]Unter Beachtung der Nr. 1.3 BNZW kann bis zu 70 % der Zuwendung in maximal zwei Tranchen bereits mit Zwischennachweis abgerufen werden.

8.6 Die geförderten Unternehmen verpflichten sich mit der Beantragung eines Innovationsgutscheins dazu, an etwaigen Befragungen, Evaluationen und Veröffentlichungen, die vom PTB durchgeführt bzw. beauftragt werden, mitzuwirken.

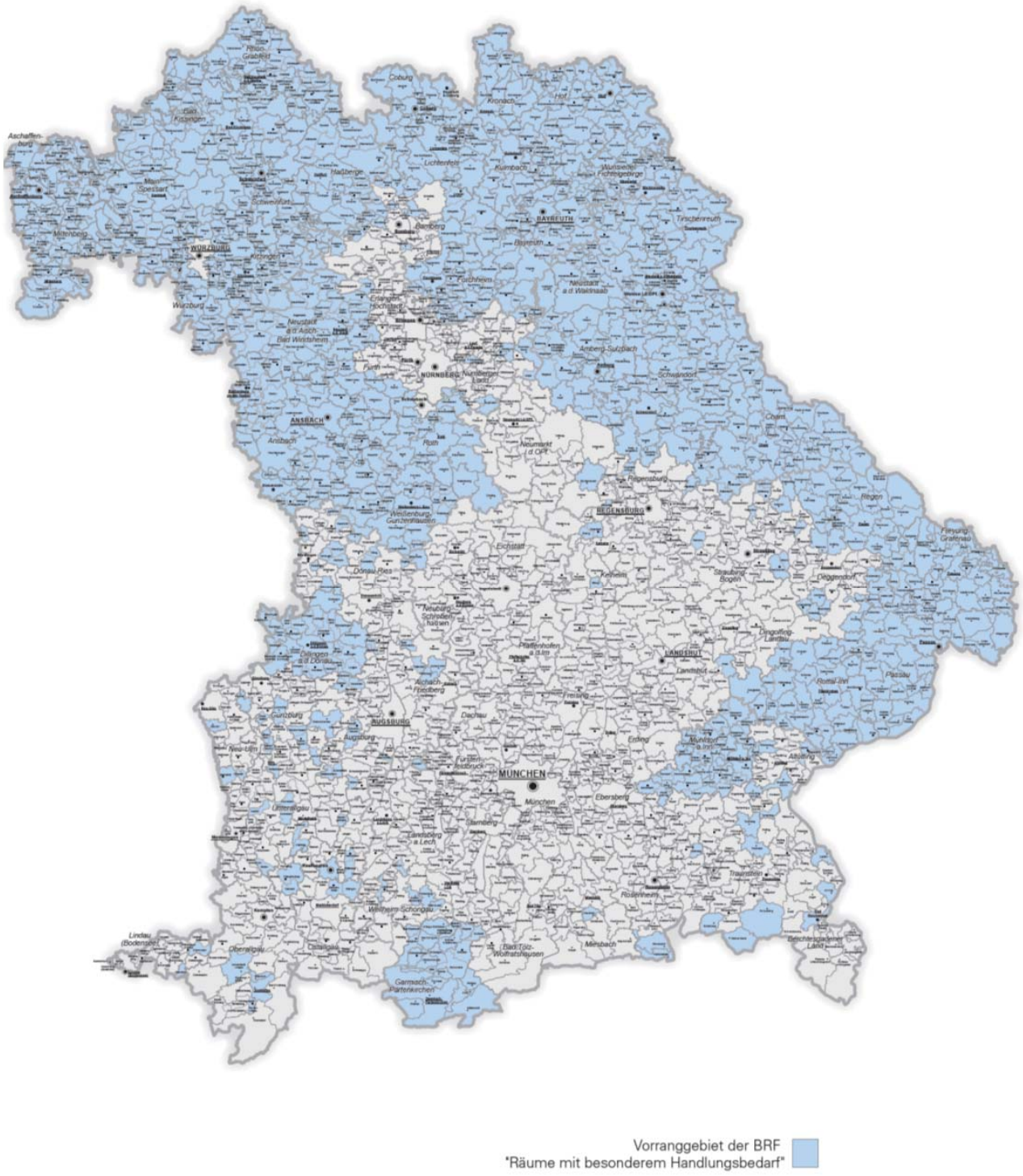
9. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

Anlage
(zu Nr. 5)

Regionen mit besonderem Handlungsbedarf (Stand 1.1.2017)



7074-W

Richtlinie zur Förderung des Ausbaus der Mobilfunkversorgung im Freistaat Bayern (Mobilfunkrichtlinie – MFR)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

vom 28. November 2018, Az. 28-7370/46/1

[1]Der Freistaat Bayern gewährt Zuwendungen zur Verbesserung der Versorgung mit mobilem Breitband im Freistaat Bayern nach Maßgabe dieser Richtlinie. [2]Es gelten die allgemeinen haushaltsrechtlichen Vorschriften und europarechtlichen Vorgaben[1], insbesondere die Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) und die dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften sowie die Art. 48, 49 und 49a des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG). [3]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Teil 1
Allgemeine Beschreibung des Zuwendungsbereichs

1. Zweck der Förderung

1.1 [1]Zweck der Förderung ist die Verbesserung der Mobilität durch den sukzessiven Ausbau der Versorgung mit mobilem Breitband durch Verbesserung der Abdeckung in der Fläche im Freistaat Bayern in Regionen, in denen der Markt keine Versorgung hervorbringt. [2]Im digitalen Zeitalter sind mobile Dienste und Anwendungen für die Wirtschaft und die Verbraucher zu einem wichtigen Anliegen geworden. [3]Dem entspricht eine bedarfsgerechte Bereitstellung von mobilem Breitband.

1.2 Die Förderung ermöglicht eine Erschließung mit mobilem Breitband einschließlich einer Verbesserung der Notrufmöglichkeiten in Regionen, in denen bislang keine Versorgung mit Sprachmobilfunk besteht und in denen in den nächsten drei Jahren nach Beginn des Markterkundungsverfahrens nach Nr. 6.4 ein eigenwirtschaftlicher Ausbau nicht geplant ist (Erschließungsgebiete).

2. Gegenstand der Förderung, Fördermodelle

2.1 [1]Im Rahmen dieser Richtlinie werden Lösungen in aktueller LTE- oder 5G-Technik gefördert. [2]Die LTE-Versorgung im geförderten Zielgebiet muss Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s pro Antennensektor sicherstellen und eine Latenzzeit unter 150 Millisekunden gewährleisten. [3]Technische Funklösungen, die keine Mobilität der Nutzer erlauben (insbesondere WLAN), sind von der Förderung ausgeschlossen.

2.2 **Mietmodell:** [1]Gefördert werden Aufwendungen der Gebietskörperschaft für den erstmaligen Bau von passiver Infrastruktur für Mobilfunkeinrichtungen zur Nutzung durch Netzbetreiber für den Betrieb eines Mobilfunknetzes. [2]Die Umsetzung erfolgt nach Wahl der Gebietskörperschaft in der Bauauftragsvariante oder der Baukonzessionsvariante. [3]Die Vermietung erfolgt in beiden Varianten diskriminierungsfrei an alle interessierten Netzbetreiber.

2.2.1 [1]In der **Bauauftragsvariante** führt die Gebietskörperschaft den Bau der passiven Infrastruktur auf der Grundlage von Planungsdaten der interessierten Netzbetreiber selbst durch oder beauftragt diesen. [2]Die Gebietskörperschaft ist Vermieterin der passiven Infrastruktur.

2.2.2 [1]In der **Baukonzessionsvariante** schreibt die Gebietskörperschaft den Bau und den Betrieb der passiven Infrastruktur als Baukonzession auf der Grundlage eines Suchkreises aus. [2]Der Konzessionär wird Vermieter der passiven Infrastruktur.

2.3 **Mitnutzung von BOS[2]-Masten:** Gefördert werden Aufwendungen von Netzbetreibern für selbst oder durch Dritte durchgeführte Maßnahmen zur Ertüchtigung (bzw. Masttausch oder Neubau) von BOS-Masten des Freistaates Bayern, um den Netzbetreibern die Mitnutzung zu ermöglichen.

2.4 Datenanbindung, Begleichung der Stromkosten, Ausstattung mit Sendetechnik und Wartung der Sendetechnik erfolgen eigenwirtschaftlich durch die mietenden Netzbetreiber.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 Zuwendungsempfänger sind bei Nr. 2.2 die Gemeinden und deren Zusammenschlüsse in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts im Freistaat Bayern (im Folgenden „Gebietskörperschaften“ im Sinne dieser Richtlinie) und bei Nr. 2.3 die Netzbetreiber.

3.2 Von der Förderung ausgeschlossen sind Begünstigte,

- die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind;
- die als Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (2014/C 249/01) anzusehen sind.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 [1]Eine Förderung nach dieser Richtlinie muss zu einer wesentlichen Verbesserung der Versorgung mit mobilem Breitband führen. [2]Eine wesentliche Verbesserung liegt vor, wenn in einem bislang mit Sprachmobilfunk nicht versorgten Gebiet (siehe Nr. 1.2) erstmals mobiles Breitband (aktueller LTE-Standard oder 5G) ausgebaut wird. [3]Bei den zum Ausbau verwendeten LTE- oder 5G-Techniken gilt der Grundsatz der Technologieneutralität. [4]Eine mehrfache Zuwendung zur Versorgung desselben Gebiets ist ausgeschlossen. [5]Der Betrieb muss mindestens für sieben Jahre gewährleistet sein (Zweckbindungsfrist).

---

1 Die Richtlinie wurde unter SA.48324 am 16. November 2018 von der Europäischen Kommission genehmigt.

2 Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben

4.2 [1]Förderfähig sind Erschließungsgebiete nach Nr. 1.2. [2]Die Überstrahlung, die von geförderten Mobilfunkeinrichtungen ausgeht, auf Gebiete, in denen bereits eine mobile Breitbandversorgung besteht, soll soweit möglich gering gehalten werden.

4.3 [1]Geförderte Mobilfunkeinrichtungen dürfen nicht zum Nachweis der Erfüllung von Versorgungsauflagen verwendet werden. [2]Der Netzbetreiber hat dies schriftlich zu bestätigen. [3]Diese Erklärung ist von der Bewilligungsbehörde zusammen mit einer Dokumentation des aktuellen Ist-Zustands und des geplanten Ausbauzustands nach Inbetriebnahme der Sendestation an die Bundesnetzagentur gemäß deren Standards zu übermitteln.

4.4 Die Nutzung der im Rahmen der Förderung errichteten oder ertüchtigten passiven Infrastruktur muss den interessierten Netzbetreibern zu fairen und angemessenen Bedingungen ermöglicht werden.

4.5 [1]Zuwendungen dürfen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind. [2]Als Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Vertrags zu werten. [3]Vorbereitungsarbeiten und Verfahren, die zur Stellung des Antrags notwendig sind, wie etwa die Interessenbekundung einer Gebietskörperschaft oder eines Mobilfunkunternehmens, gelten nicht als Beginn des Vorhabens.

5. Art und Umfang der Förderung

5.1 Die Zuwendung wird als Projektförderung im Wege der Anteilfinanzierung als nicht rückzahlbarer Zuschuss auf Basis der zuwendungsfähigen Ausgaben (Ausgabenbasis) gewährt.

5.2 [1]Zuwendungsfähig sind alle erforderlichen Aufwendungen der Gebietskörperschaft für den Bau der passiven Infrastruktur. [2]Dies gilt entsprechend für den Fall von Nr. 2.2.2. [3]Zur passiven Infrastruktur gehören insbesondere Mast, Fundament, Stromanbindung, Leerrohre und Zuwegung. [4]Nicht förderfähig sind insbesondere die Antennenanlagen und andere aktive Infrastruktur sowie Kosten des Grunderwerbs einschließlich Grundpacht.

5.2.1 Im Fall von Nr. 2.2.2 hat die Gebietskörperschaft im Rahmen der Vergabe sicherzustellen, dass der Konzessionär bei der Abgabe seines Gebots die Kalkulation zum Bau der passiven Infrastruktur sowie die Kalkulation zum laufenden Betrieb vorlegt und eine Prüfung des konkreten Förderfalls durch die Bewilligungsbehörde ermöglicht.

5.2.2 [1]Im Fall von Nr. 2.3 sind die Aufwendungen zur Ertüchtigung der passiven Infrastruktur eines Standorts (ohne Sendetechnik und Datenanbindung) für Mobilfunkeinrichtungen zuwendungsfähig. [2]Ist in den Ausgaben ein Umsatzsteueranteil enthalten, ist dieser nur zuwendungsfähig, soweit kein Vorsteuerabzug geltend gemacht werden kann.

5.3 [1]Bei der Förderung nach Nr. 2.2 beträgt der Fördersatz grundsätzlich bis zu 80 % der zuwendungsfähigen Ausgaben (Basisfördersatz). [2]Liegt die Gebietskörperschaft in einer Region mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH), kann der Basisfördersatz um zehn Prozentpunkte erhöht werden. [3]Der Förderhöchstbetrag je Gemeinde beträgt insgesamt 500 000 Euro. [4]Er erhöht sich im Fall interkommunaler Zusammenarbeit für jede der beteiligten Gemeinden um 50 000 Euro. [5]Vorhaben mit zuwendungsfähigen Ausgaben unter 25 000 Euro werden nicht gefördert (Bagatellgrenze). [6]In Härtefällen ist mit Zustimmung des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie eine Überschreitung des Förderhöchstbetrags zulässig. [7]Ein Härtefall liegt vor, wenn zur Erreichung des Förderzwecks der Förderhöchstbetrag insbesondere aufgrund ungünstiger topografischer Verhältnisse oder Siedlungsstruktur nicht ausreicht. [8]Vermietet die Gebietskörperschaft den geförderten Gegenstand nach Nr. 2.2.1, reduziert der Einnahmenüberschuss aus dem laufenden Betrieb (Mieteinnahmen abzüglich laufender Kosten) aus der Nutzungsdauer von sieben Jahren die zuwendungsfähigen Ausgaben. [9]Dies gilt entsprechend für den Fall von Nr. 2.2.2. [10]Bei der Förderung nach Nr. 2.3 beträgt der Fördersatz grundsätzlich bis zu 80 % der zuwendungsfähigen Ausgaben. [11]Der Förderhöchstbetrag je Gemeindegebiet beträgt 500 000 Euro.

5.4 Die Bewilligungsbehörde kann nach Ablauf der Zweckbindungsfrist prüfen, ob ein etwaiger Verkaufserlös der Gebietskörperschaft den von ihr geleisteten Aufwand übersteigt.

5.5 [1]Eine Ergänzung des bayerischen Mobilfunk-Förderprogramms durch Förderprogramme des Bundes oder der EU ist grundsätzlich möglich. [2]In diesen Fällen wird der nach obigen Grundsätzen ermittelte Fördersatz des Freistaates Bayern so weit reduziert, dass in Kombination mit den weiteren Fördermaßnahmen der maximale Fördersatz gemäß Nr. 5.3 nicht überschritten wird. [3]Eine Ko-Finanzierung des Projekts durch Dritte, insbesondere auch durch Private, ist zulässig und erwünscht. [4]Der Eigenanteil der Gebietskörperschaft muss in diesem Fall mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen.

Teil 2
Verfahren

6. Förderaufruf

6.1 [1]Bewilligungsbehörde ist die Regierung der Oberpfalz. [2]Sie verwaltet das Onlineportal www.mobilfunk.bayern.

6.2 [1]Die Bewilligungsbehörde veröffentlicht auf dem in Nr. 6.1 genannten Onlineportal Kartenmaterial mit der Sprachmobilfunk-Versorgung im Freistaat Bayern. [2]In dieser werden die Sprachmobilfunklücken festgestellt.

6.3 [1]Die Bewilligungsbehörde fordert die von Sprachmobilfunklücken betroffenen Gebietskörperschaften auf dem Onlineportal auf, Interesse an einer Förderung anzumelden. [2]Die Interessensbekundung der Gebietskörperschaft enthält die Zusage aller betroffenen Gemeinden, an der Bereitstellung der technisch optimalen und kostengünstigsten Standorte mitzuwirken.

6.4 [1]Die Bewilligungsbehörde leitet auf dem zentralen Onlineportal Markterkundungsverfahren ein. [2]Sie fordert die Netzbetreiber im Rahmen des Markter-

kundungsverfahrens auf, innerhalb von drei Monaten ihre Ausbaupläne schriftlich mitzuteilen. [3]Dabei ist darzustellen, ob in den nächsten drei Jahren ab Beginn des Markterkundungsverfahrens in den mit Sprachmobilfunk unversorgten Gebieten oder Teilen davon der Aufbau eines Mobilfunknetzes geplant ist, welche Gebiete anschließend mit LTE oder 5G (durchschnittlich 10 Mbit/s pro Nutzer) und welche mit Sprachmobilfunk versorgt sein werden. [4]Die Bewilligungsbehörde teilt den Gebietskörperschaften das Ergebnis der Markterkundung mit.

6.5 [1]Die Mitteilungen der Netzbetreiber nach Nr. 6.4 sind mit einem verbindlichen Projekt- und Zeitplan zu versehen und es ist mitzuteilen, ob dort eine Ertüchtigung von BOS-Masten vorgesehen ist (vergleiche Nr. 7.2). [2]Steht fest, dass der Netzbetreiber seine Zusage nicht einhält, kann das Verfahren nach erfolgloser Setzung einer Nachfrist fortgesetzt werden.

6.6 [1]Für den Fall, dass kein eigenwirtschaftlicher Ausbau geplant ist, bezeichnen die Netzbetreiber der Bewilligungsbehörde und den Gebietskörperschaften den Suchkreis, welche Sendestandorte zur Lückenschließung geeignet sind und mit welchen Kosten pro Standort zu rechnen ist. [2]Anzustreben sind Sendestandorte, die möglichst allen Netzbetreibern eine Verbesserung der Versorgung ermöglichen und verfügbare Infrastrukturen optimal einbeziehen.

7. Antragstellung und Auswahlverfahren – besonderer Teil

7.1 Mietmodell (Bauauftragsvariante [Nr. 2.2.1] und Baukonzessionsvariante [Nr. 2.2.2])

7.1.1 [1]Die betroffenen Gebietskörperschaften führen transparente und diskriminierungsfreie Verfahren durch, im Einklang mit den einschlägigen Vergabevorschriften nach Maßgabe der Nrn. 7.1.2 und 7.1.3, und zwar im Fall von Nr. 2.2.1 für den Bau der Infrastruktur und im Fall von Nr. 2.2.2 für eine Konzession, welche Planung, Bau und Betrieb der Infrastruktur umfasst. [2]Die Gebietskörperschaft teilt der Bewilligungsbehörde sowie im Fall von Nr. 2.2.1 den Netzbetreibern und im Fall von Nr. 2.2.2 den interessierten Konzessionären die mitnutzbaren Infrastrukturen und die von ihr vorgesehenen Eigenleistungen mit.

7.1.2 [1]Die Gebietskörperschaft stellt bei der Bewilligungsbehörde einen Förderantrag über das Onlineportal. [2]Die Gebietskörperschaft erhält frühzeitig im Rahmen des Auswahlverfahrens nach Nr. 8.1 einen Vorbescheid. [3]Mit dem Datum des Vorbescheids kann mit der Maßnahme begonnen werden. [4]Die Ausschreibungen zum Bau der Infrastruktur oder zur Konzession sollen innerhalb von sechs Monaten nach dem Datum des Vorbescheids erfolgen und sind der Bewilligungsbehörde mitzuteilen. [5]Wird mit der Ausschreibung nicht spätestens ein Jahr nach dem Datum des Vorbescheids begonnen, ist der Vorbescheid gegenstandslos (auflösende Bedingung), sofern nicht der Zeitpunkt, zu dem die Bedingung eingetreten sein muss, durch die Bewilligungsbehörde auf entsprechend begründeten Antrag wegen der Besonderheiten des Einzelfalls ausnahmsweise verlängert worden ist.

7.1.3 [1]Im Fall von Nr. 2.2.1 veröffentlicht die Bewilligungsbehörde für die Gebietskörperschaft möglichst innerhalb von drei Monaten nach Feststehen der Ergebnisse des Markterkundungsverfahrens gemäß Nr. 6.4 eine Bekanntmachung zum Betrieb eines Mobilfunknetzes für das Erschließungsgebiet. [2]Der Bekanntmachung ist der Entwurf eines Kooperationsvertrags zwischen Gebietskörperschaft und Netzbetreiber beizulegen.

7.2 Mitnutzung von staatseigenen BOS-Masten (gemäß Nr. 2.3)

7.2.1 [1]Im Rahmen einer Bekanntmachung der Bewilligungsbehörde werden die Netzbetreiber aufgefordert, Interesse an der Mitnutzung der staatseigenen BOS-Masten zu bekunden. [2]Diejenigen Netzbetreiber, die aufgrund der Bekanntmachung ein Interesse an der Mitnutzung von BOS-Masten bekunden, werden zur Angebotsabgabe für die Mitnutzung einschließlich dafür erforderlicher Ertüchtigungsmaßnahmen aufgefordert. [3]In ihrem Angebot legen die Netzbetreiber auch die statischen Anforderungen und die technischen Spezifikationen für die Ertüchtigung des Mastes fest. [4]Der ausbauende Netzbetreiber wird in einem transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren im Einklang mit den einschlägigen Vergabevorschriften durch die Bewilligungsbehörde ausgewählt. [5]Die für staatseigene BOS-Masten zuständige Autorisierte Stelle Bayern beim Landeskriminalamt schließt mit dem ausgewählten Netzbetreiber einen Vertrag über die Ertüchtigung und Mitnutzung des BOS-Masten. [6]In den Vertrag ist die aufschiebende Bedingung aufzunehmen, dass dieser erst mit Bewilligung der Förderung wirksam wird.

7.2.2 Der ausgewählte Netzbetreiber beantragt die Förderung für die erforderliche Ertüchtigung bei der Bewilligungsbehörde.

8. Auswahl, abschließende Bewilligung, Verwendungsnachweis

8.1 Im Rahmen der durch die jährliche Haushaltszuweisung zur Verfügung gestellten Mittel wählt die Bewilligungsbehörde die Anträge nach Eingang aus.

8.2 Im Fall der Zuwendung nach Nr. 2.2 werden die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K) Bestandteil des Zuwendungsbescheids oder Vorbescheids.

8.3 Im Fall der Zuwendung nach Nr. 2.3 werden die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) Bestandteil des Zuwendungsbescheids.

8.4 Die Auszahlung der Haushaltsmittel erfolgt auf Basis der endgültigen Festsetzung der Zuwendung nach Prüfung des Standard-Verwendungsnachweises und Anzeige der erfolgreichen Inbetriebnahme der Sendestation.

8.5 [1]Im Vertrag mit dem Netzbetreiber (im Fall der Nr. 2.2.1) oder dem Konzessionär (im Fall der Nr. 2.2.2) muss sichergestellt werden, dass die mit der Förderung verfolgten Ziele, die Vorgaben dieser Richtlinie sowie die von der Bewilligungsbehörde festgelegten Auflagen eingehalten werden. [2]In

allen Fördervarianten dieser Richtlinie ist der Zuwendungsempfänger für die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung verantwortlich und ggf. zur Erstattung der Zuwendung verpflichtet.

8.6 Für den Fall, dass ein Netzbetreiber bei einer Förderung nach Nr. 2.2 einen Standort auf einem geförderten Mast zur Erfüllung der Versorgungsauflagen der Digitalen Dividende II an die Bundesnetzagentur verwendet hat, ist vertraglich zu regeln, dass der Netzbetreiber (im Fall von Nr. 2.2.1) oder Konzessionär (im Fall von Nr. 2.2.2) die Gebietskörperschaft von etwaigen Rückforderungsansprüchen des Freistaates Bayern freizustellen hat.

9. Dokumentation und Monitoring

9.1 [1]Unverzüglich nach Erhalt des Vorbescheids oder Zuwendungsbescheids hat der Zuwendungsempfänger die geplante Infrastruktur in einem Fördersteckbrief darzustellen. [2]Die Daten der errichteten Infrastruktur müssen der Bewilligungsbehörde in Form einer Projektbeschreibung zur Einstellung in eine Datensammlung unmittelbar nach Abschluss des Projekts, spätestens aber mit dem Verwendungsnachweis zur Verfügung gestellt werden. [3]Beide Unterlagen werden auf dem zentralen Onlineportal www.mobilfunk.bayern veröffentlicht.

9.2 Die Gebietskörperschaft stellt die erforderlichen Infrastrukturdaten der Bundesnetzagentur zur Einstellung in deren Infrastrukturatlas sowie der Bewilligungsbehörde zur Verfügung.

9.3 Beihilferechtlich erforderliche Berichts- und Veröffentlichungspflichten sind zu beachten.

9.4 Der Bayerische Oberste Rechnungshof ist gemäß Art. 91 BayHO berechtigt, bei den Zuwendungsempfängern zu prüfen.

10. Rückforderungsmechanismus bei Baukonzessionsvariante (Nr. 2.2.2)

10.1 Im Fall der Baukonzessionsvariante (Nr. 2.2.2) gilt für Vorhaben mit zuwendungsfähigen Aufwendungen von 1 000 000 Euro und mehr Folgendes:

10.2 [1]Um zu verhindern, dass durch die Zuwendung einzelnen Konzessionären eine übermäßige Rendite ermöglicht wird, hat die Gebietskörperschaft nach Ablauf der Zweckbindungsfrist beim Konzessionär zu prüfen, ob Mieteinnahmen über das im Angebot des Konzessionärs unterstellte Niveau hinaus angestiegen sind. [2]Maßgeblich ist der nach der Barwertmethode ermittelte Gegenwartswert. [3]Für die Abzinsung sind die von der Europäischen Kommission regelmäßig veröffentlichten Referenzzinssätze zu verwenden. [4]Der Konzessionär ist zur Auskunft verpflichtet. [5]Die Gebietskörperschaft hat ihre Prüfung spätestens sechs Monate nach Ablauf der Zweckbindungsfrist zu dokumentieren und diese Dokumentation einschließlich des Ergebnisses der Prüfung der Bewilligungsbehörde unverzüglich zu übermitteln. [6]Übersteigen die tatsächlichen Mieteinnahmen im Schnitt des Bindungszeitraums das ursprünglich angenommene Niveau um mehr als 30 % und hat keine entsprechende Preissenkung stattgefunden, hat der Konzessionär der Gebietskörperschaft den diese 30 % übersteigenden Anteil des Umsatzes (Mehrerlös) zu erstatten. [7]Kommt es zu einer Erstattung gemäß Satz 6, zahlt die Gebietskörperschaft der Bewilligungsbehörde den entsprechenden Anteil an der bewilligten Zuwendung zurück.

10.3 Dem Freistaat Bayern bleibt es vorbehalten, darüber hinaus unter Berücksichtigung der Vorgaben des Europäischen Beihilfenrechts durch Verwaltungsvorschrift die Modalitäten eines Rückforderungsmechanismus für künftige Fälle abweichend von den Nrn. 10.1 und 10.2 im Detail festzulegen.

10.4 Die Bewilligungsbehörde hat den Rückforderungsmechanismus zu überwachen.

11. Schlussbestimmung

11.1 Förderanträge nach dieser Richtlinie können bis längstens 30. Juni 2022 gestellt werden.

11.2 [1]Gebietskörperschaften in Bayern steht es frei, auch ohne staatlichen Anteil ein Mietmodell zu realisieren. [2]Sofern sie sich hierbei an die Vorgaben dieser Richtlinie halten und sich mit der Bewilligungsbehörde abstimmen, ist hierfür eine Einzelnotifizierung nicht erforderlich. [3]In diesem Fall sind die Kosten der Maßnahme unverzüglich nach Vergabe des Auftrags der Bewilligungsbehörde mitzuteilen.

12. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Dezember 2018 in Kraft; sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2022 außer Kraft.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

7523-W

Richtlinien für Darlehen an mittelständische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freiberuflich Tätige zur Förderung von Maßnahmen der Energieeinsparung und der Nutzung erneuerbarer Energien (Bayerisches Energiekreditprogramm)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

vom 3. Dezember 2018, Az. 95-9507/60/10

Vorbemerkung

[1]Der Freistaat Bayern gewährt in Zusammenarbeit mit der LfA Förderbank Bayern (LfA) Zuwendungen für Maßnahmen der Energieeinsparung und der Nutzung erneuerbarer Energien nach Maßgabe

- dieser Richtlinien,
- der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften bzw. der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften für die Gewährung von Zuwendungen an die gewerbliche Wirtschaft (AVG),
- der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung – AGVO),
- der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (De-minimis-Verordnung).

[2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Zweck der Förderung

[1]Die Darlehen sollen als Hilfe zur Selbsthilfe Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freiberuflich Tätigen eigenverantwortliche Investitionen zur Energieeinsparung bzw. zur Nutzung erneuerbarer Energien auch im Zusammenhang mit sonstigen betrieblichen Investitionen ermöglichen und dadurch zu wesentlichen energetischen Verbesserungen beitragen. [2]Sie sind für Investitionen zu verwenden, die andernfalls nicht, nicht so rasch oder nicht im erforderlichen Umfang durchgeführt würden. [3]Hierzu werden vom Freistaat Bayern Mittel bereitgestellt, die im Weg der Refinanzierung durch die LfA den Hausbanken auf Antrag zur Gewährung von zinsvergünstigten Darlehen – ggf. unter Einbindung von Tilgungszuschüssen – an Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freiberuflich Tätige zur Verfügung gestellt werden.

2. Gegenstand der Förderung

[1]Die Darlehen dürfen nur für Investitionen in materielle Vermögenswerte zur Energieeinsparung bzw. zur Nutzung erneuerbarer Energien verwendet werden. [2]Die Förderung erfolgt jeweils nach Maßgabe des Art. 17 AGVO (Investitionsbeihilfen für KMU), des Art. 38 AGVO (Investitionsbeihilfen für Energieeffizienzmaßnahmen), des Art. 39 AGVO (Investitionsbeihilfen für gebäudebezogene Energieeffizienzprojekte), des Art. 40 AGVO (Investitionsbeihilfen für hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung) oder des Art. 41 AGVO (Investitionsbeihilfen zur Förderung erneuerbarer Energien) bzw. nach Maßgabe der De-minimis-Verordnung.

3. Zuwendungsempfänger

[1]Die Darlehen werden mittelständischen gewerblichen Unternehmen und Angehörigen der Freien Berufe gewährt, soweit die jeweils gültige Definition für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nach Anhang I der AGVO erfüllt ist. [2]Diese Vorgabe gilt auch bei Förderungen nach Maßgabe der De-minimis-Verordnung. [3]Der Zuwendungsempfänger muss eine Betriebsstätte oder Niederlassung in Bayern haben bzw. – soweit diese Voraussetzung nicht erfüllt ist – durch das geförderte Vorhaben schaffen. [4]Unternehmen oder freiberuflich Tätige, die sich vorsätzlich oder grob fahrlässig über Umweltvorschriften hinweggesetzt und dabei Umweltschäden verursacht haben, sind von der Förderung ausgeschlossen. [5]Bei Förderungen nach Maßgabe der AGVO sind zusätzlich folgende beihilferechtliche Vorgaben zu beachten:

- Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind, werden nicht gefördert (Art. 1 Abs. 4 Buchst. a AGVO).
- Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 1 Abs. 4 Buchst. c in Verbindung mit Art. 2 Abs. 18 AGVO werden nicht gefördert.

[6]Bei Förderungen nach Maßgabe der De-minimis-Verordnung sind zusätzlich die beihilferechtlichen Vorgaben des Art. 4 Abs. 3 der De-minimis-Verordnung zu beachten.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 [1]Die Darlehen sind ergänzende Hilfen. [2]Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens muss gesichert sein. [3]Antragsteller, bei denen im Hinblick auf die Vermögens- und Ertragslage oder die Höhe des Vorhabens die mögliche Finanzierungshilfe wirtschaftlich unerheblich ist, können nicht berücksichtigt werden.

4.2 [1]Vorhaben, mit denen zum Zeitpunkt des Antragseingangs bei der Hausbank bereits begonnen war, können nicht gefördert werden. [2]Als Vorhabensbeginn gilt der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags.

4.3 Die Vorhaben müssen soweit vorbereitet sein, dass sie nach der Zusage der beantragten Mittel innerhalb eines Jahres begonnen werden können.

4.4 Der Investitionsort muss auf dem Gebiet des Freistaates Bayern liegen.

5. Art und Umfang der Förderung

5.1 Art der Förderung

Die Förderung erfolgt als Anteilfinanzierung im Rahmen einer Projektförderung durch zinsverbilligte Darlehen der LfA, für die ggf. auch Tilgungszuschüsse gewährt werden.

5.2 Umfang der Förderung

[1]Förderungen von Investitionen in Anlagen, die über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bzw. das

Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) gefördert werden, sind von diesen Richtlinien ausgenommen. [2]Der Finanzierungsanteil des Darlehens kann bis zu 100 % der zuwendungsfähigen Kosten des Vorhabens betragen. [3]Der Erwerb von Grundstücken ist von der Förderung ausgeschlossen. [4]Bei der Feststellung der zuwendungsfähigen Kosten sind die in Nr. 2 genannten Bestimmungen der AGVO sowie alle weiteren einschlägigen Voraussetzungen der AGVO einzuhalten.

5.3 Beihilfeintensität

[1]Das Bruttosubventionsäquivalent berechnet sich nach Maßgabe der Mitteilung der Kommission über die Änderung der Methode zur Festsetzung der Referenz- und Abzinsungssätze vom 19. Januar 2008 (2008/C 14/02) oder nach Maßgabe einer sonstigen von der EU-Kommission genehmigten, einschlägigen Berechnungsmethode. [2]Die Beihilfeintensität der auf Grundlage dieser Richtlinien nach Maßgabe der AGVO für das Investitionsvorhaben gewährten Darlehen darf die Förderhöchstsätze nach der jeweils einschlägigen in Nr. 2 genannten Bestimmung der AGVO nicht überschreiten. [3]Der Beihilfewert der auf Grundlage dieser Richtlinien nach Maßgabe der De-minimis-Verordnung gewährten Darlehen darf auch unter Anrechnung bereits gewährter De-minimis-Beihilfen den in Art. 3 Abs. 2 der De-minimis-Verordnung bestimmten Förderhöchstbetrag nicht übersteigen. [4]Die Vorgaben zur Kumulierung von Beihilfen in Nr. 5.6 sind ergänzend zu beachten.

5.4 Konditionenfestlegung

[1]Zinssatz, Laufzeit, Auszahlungskurs und Tilgung (einschließlich der maximalen Höhe eventueller Tilgungszuschüsse) werden mit der Darlehenszusage festgelegt. [2]Der Zinssatz für den Endkreditnehmer ist abhängig von seiner Bonität und der Besicherung des Investitionsvorhabens sowie der Lage auf dem Kapitalmarkt. [3]Ggf. erfolgen weitere Differenzierungen. [4]Die endgültige Höhe des Tilgungszuschusses wird nach Prüfung des Verwendungsnachweises und Nachweis über die erreichte Energieeinsparung festgelegt und auf das Darlehen gutgeschrieben.

5.5 Absicherung

[1]Die Darlehen sind nach bankmäßigen Grundsätzen abzusichern. [2]Sie werden von den Hausbanken unter Übernahme der Eigenhaftung gewährt. [3]Die Hausbanken können auf Antrag teilweise von der Haftung freigestellt werden.

5.6 Kumulierung

[1]Darlehen, die auf Grundlage dieser Richtlinien nach Maßgabe der AGVO gewährt werden, können kumuliert werden mit

a) anderen staatlichen Beihilfen, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen;

b) anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten jedoch nur, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrag nicht überschritten wird.

[2]Darlehen, die auf Grundlage dieser Richtlinien nach Maßgabe der AGVO bzw. der De-minimis-Verordnung gewährt werden, dürfen nicht mit De-minimis-Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Kosten kumuliert werden, wenn durch diese Kumulierung die festgelegten Beihilfeintensitäten oder Beihilfehöchstbeträge der jeweils einschlägigen in Nr. 2 genannten Bestimmung der AGVO bzw. der in Art. 3 Abs. 2 der De-minimis-Verordnung genannte Höchstbetrag überschritten werden. [3]De-minimis-Beihilfen dürfen weder mit staatlichen Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Kosten noch mit staatlichen Beihilfen für dieselbe Risikofinanzierungsmaßnahme kumuliert werden, wenn die Kumulierung dazu führen würde, dass die höchste einschlägige Beihilfeintensität oder der höchste einschlägige Beihilfebetrag, die bzw. der im Einzelfall in einer Gruppenfreistellungsverordnung oder einem Beschluss der Kommission festgelegt ist, überschritten wird. [4]De-minimis-Beihilfen, die nicht in Bezug auf bestimmte beihilfefähige Kosten gewährt werden und keinen solchen Kosten zugewiesen werden können, dürfen mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, die nach Maßgabe einer Gruppenfreistellungsverordnung oder eines Beschlusses der Kommission gewährt wurden.

6. Verfahren

6.1 Antrag

[1]Die Antragstellung erfolgt in Papierform oder digital nach dem von der LfA eingerichteten Antragsverfahren. [2]Die erforderlichen Antragsunterlagen können dem Internetauftritt der LfA unter www.lfa.de entnommen werden. [3]Die Anträge sind bei der Hausbank einzureichen. [4]Die Hausbank bestätigt, dass die Darlehensvoraussetzungen vorliegen und übermittelt der LfA die von ihr benötigten Daten. [5]Die Darlehen werden über die Hausbanken ausgereicht.

6.2 Zusage und Verwendungsnachweis

[1]Über die Anträge entscheidet die LfA. [2]Die ordnungsgemäße, insbesondere zweckentsprechende Verwendung der Darlehen wird von den Hausbanken und der LfA nach Maßgabe der Allgemeinen Darlehensbestimmungen überwacht.

6.3 Veröffentlichung

Die Veröffentlichung der Bewilligung von Vorhaben nach den in Nr. 2 genannten Bestimmungen der AGVO erfolgt nach Maßgabe von Art. 9 Abs. 1 Buchst. c AGVO in Verbindung mit Anhang III AGVO[1].

6.4 Prüfungsrecht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

Es wird darauf hingewiesen, dass der Bayerische Oberste Rechnungshof gemäß Art. 91 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BayHO berechtigt ist, auch bei Stellen außerhalb der Staatsverwaltung zu prüfen, wenn sie vom Staat Zuwendungen erhalten.

1 Nach Art. 9 Abs. 1 Buchst. c AGVO ist jede Einzelbeihilfe über 500 000 Euro mit den in Anhang III der AGVO genannten Informationen (u. a. Name des Empfängers und Beihilfehöhe) auf einer nationalen oder regionalen Website zu veröffentlichen.

7. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2019 in Kraft. [2]Sofern nicht aufgrund einer Änderung der AGVO oder der De-minimis-Verordnung eine frühere Anpassung geboten ist, tritt sie mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

7824-L

Richtlinien für die Förderung der Tierzucht

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 15. November 2018, Az. L-7407-1/608

[1]Wegen der Bedeutung der Tierzucht für die Einkommen bäuerlicher Familien besteht nach Art. 11 Abs. 1 BayTierZG der Auftrag, sie durch den Einsatz finanzieller Mittel zu fördern. [2]Dafür werden Haushaltsmittel nach Maßgabe dieser Richtlinien und nach Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 zur Verfügung gestellt. [3]Die Zuschüsse sind Zuwendungen im Sinne der Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO). [4]Es gelten die Verwaltungsvorschriften (VV) zu diesen Artikeln, soweit in diesen Richtlinien nichts Abweichendes geregelt ist. [5]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel.

1. Zweck der Förderung

[1]Die finanzielle Förderung soll es den staatlich anerkannten Züchtervereinigungen ermöglichen, die im öffentlichen Interesse liegenden züchterischen Aufgaben durchzuführen und Dienstleistungen anzubieten. [2]Dadurch sollen die Leistungsfähigkeit der Tiere unter Berücksichtigung der Tiergesundheit erhalten und verbessert werden, die Zuchtziele erreicht werden und die von Tieren gewonnenen Erzeugnisse den an sie gestellten qualitativen Anforderungen entsprechen und die genetische Vielfalt erhalten werden. [3]Die Förderung dient auch dem Erhalt der bäuerlichen Tierzucht.

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden die notwendigen Personal- und Sachausgaben der anerkannten Züchtervereinigungen für die in Nr. 4 aufgeführten Bereiche.

3. Zuwendungsempfänger

[1]Zuwendungsempfänger sind nach Tierzuchtrecht staatlich anerkannte Züchtervereinigungen mit Niederlassung in Bayern. [2]Erstempfänger der Zuwendung können auch Dachorganisationen von Vereinigungen von Züchtern auf Landesebene sein. [3]Letztempfänger sind die regionalen nach Tierzuchtrecht anerkannten Züchtervereinigungen.

4. Fördervoraussetzungen

Personal- und Sachausgaben werden als notwendige Ausgaben anerkannt, wenn sie vergleichbare Ausgaben staatlicher Stellen nicht übersteigen und nach Art und Umfang der Tätigkeit der Züchtervereinigungen in den nachstehenden Aufgabengebieten angemessen sind:

4.1 Anlegen und Führen von Zuchtbüchern,

4.2 Tests zur Bestimmung der genetischen Qualität oder der Leistungsmerkmale der Tiere,

4.3 Organisation und Abwicklung von Selektionsveranstaltungen und Zuchttierschauen (ausgenommen Vermarktung),

4.4 Veröffentlichung der Ergebnisse aus den Leistungsprüfungen und den Selektionsveranstaltungen.

4.5 Von der Förderung sind ausgeschlossen:

- Investitionen in Vermarktungsanlagen und dergleichen,
- Ankauf oder Miete von Kraftfahrzeugen,
- Mitgliedsbeiträge an Organisationen,
- Ausgaben für die Vermarktung von Zuchtvieh und Kälbern,
- Kreditbeschaffungskosten, Pachten, Erbbauzinsen, Umsatzsteuer.

5. Art und Umfang der Förderung

[1]Die Förderung wird als Zuwendung in Form eines Zuschusses gewährt (Projektförderung/Anteilfinanzierung); dieser beträgt bis zu 50 % der förderfähigen Ausgaben. [2]Die förderfähigen Ausgaben können unter Berücksichtigung der Art und des Umfangs der Tätigkeit der anerkannten Züchtervereinigung je im Zuchtbuch eingetragenes Zuchttier festgelegt werden.

6. Beihilferechtliche Grundlage

[1]Die Zuwendung wird als De-minimis-Beihilfe gemäß Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 gewährt. [2]Nach Art. 3 dieser Verordnung darf der Gesamtbetrag aller De-minimis-Beihilfen für ein Unternehmen den Betrag von 200 000 Euro in einem Zeitraum von drei Steuerjahren nicht überschreiten.

7. Mehrfachförderung

Eine Förderung ist ausgeschlossen, wenn eine dieser Maßnahmen aus anderen staatlichen Programmen gefördert wird.

8. Sonstige Bestimmungen

8.1 Der Nachweis der Mittelverwendung ist erbracht, wenn die zur Berechnung des Umfangs der Förderung nach Nr. 5 relevante Anzahl eingetragener Zuchttiere mittels Herdbuchausdruck nachgewiesen wird.

8.2 Die Aufbewahrungsfrist für die Förderunterlagen beträgt abweichend von ANBest-P zehn Jahre ab dem Außerkrafttreten dieser Richtlinien; für Fördermaßnahmen nach diesen Richtlinien sind die Unterlagen daher bis einschließlich 2031 aufzubewahren.

9. Verfahren

9.1 Allgemein

[1]Die auf Landesebene anerkannte Züchtervereinigung bzw. der Landesverband als Dachorganisation der jeweils anerkannten Züchtervereinigungen ist Antragsteller und Zuwendungsempfänger für die Fördermaßnahmen. [2]Die Weiterleitung der Fördermittel von der Dachorganisation an die Züchtervereinigungen darf nur zu dem in diesen Richtlinien festgelegten Zuwendungszweck als Zuschuss (Projektförderung) erfolgen. [3]Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten behält sich vor, tierartbezogene Förderbestimmungen in die Zuwendungsbescheide aufzunehmen. [4]In dem abzuschließenden zivilrechtlichen Vertrag sind anzugeben:

- der Zuwendungszweck und die Maßnahmen, die im Einzelnen gefördert werden sollen,
- die Zuwendungsart (Projektförderung),
- die Finanzierungsart (Anteilfinanzierung),
- die Finanzierungsform (Zuschuss),
- der Bewilligungszeitraum,
- ggf. Einzelheiten zum zu schließenden Vertrag (Termine, fachliche Beteiligung anderer Stellen, Unterlagen etc.),
- die Verzinsung von Rückzahlungsansprüchen.

[5]In dem zivilrechtlichen Vertrag ist zu regeln, dass

- ein Rücktritt vom Vertrag aus wichtigem Grund zulässig ist und ein wichtiger Grund insbesondere gegeben ist, wenn
  - die Voraussetzungen für den Vertragsabschluss nachträglich entfallen sind,
  - der Abschluss des Vertrags durch Angaben des Empfängers zustande gekommen ist, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren,
  - der Empfänger bestimmten im Zuwendungsvertrag im Einzelnen zu nennenden Verpflichtungen nicht nachkommt,
- die Gründe für einen Rücktritt vom Vertrag, die Rückzahlungsverpflichtungen sowie die sonstigen Rückzahlungsregelungen durch den Letztempfänger anerkannt werden,
- die Prüfung der Verwendung der Zuwendung entsprechend der Nrn. 1 bis 7 ANBest-P zu erfolgen hat; die in Betracht kommenden Bestimmungen sind dem Inhalt nach unmittelbar in den Vertrag zu übernehmen; das entsprechend der Nr. 7.1 ANBest-P für den Erstempfänger vorzusehende Prüfungsrecht ist auch für die Bewilligungsbehörden (einschließlich für einen von ihr Beauftragten) auszubedingen.

[6]Der Zuwendungsempfänger ist für die Einleitung und Abwicklung von Rückforderungen gegenüber Dritten zuständig.

9.2 Antragstellung

Für Maßnahmen nach diesen Richtlinien sind die Anträge und die Erklärungen zum Antrag auf Gewährung einer De-minimis-Beihilfe (Gewerbe) gemäß Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 über den jeweiligen Landesverband, der die Anträge zu einem Sammelantrag zusammenfasst, bzw. von der auf Landesebene anerkannten Züchtervereinigung bei der

Staatliche Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Kompetenzzentrum Förderprogramme

Heinrich-Rockstroh-Str. 10

95615 Marktredwitz

einzureichen.

10. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Hubert Bittlmayer
Ministerialdirektor

7824-L

Richtlinien für die Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 26. November 2018, Az. L5-7407-1/598

[1]Grundlagen dieser Richtlinien sind

– das Tierzuchtgesetz,
– das Bayerische Tierzuchtgesetz,
– der Rahmenplan 2018–2021 der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK),
– die Bayerische Haushaltsordnung (BayHO), insbesondere die Art. 23 und 44 und die Verwaltungsvorschriften hierzu,
– die Rahmenregelung der Europäischen Union für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten 2014–2020.

[2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Zuwendungszweck

[1]Zweck der Förderung der Zucht oder Haltung bedrohter tiergenetischer Ressourcen ist der Ausgleich wirtschaftlicher Nachteile aufgrund geringerer Leistungen, die bei der Erhaltung gefährdeter einheimischer Nutztierrassen unter den geltenden wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen entstehen. [2]Aus tierzüchterischen und landeskulturellen Gründen ist es notwendig, die heute in Bayern noch vorhandenen heimischen landwirtschaftlichen Nutztierrassen zu bewahren. [3]Mit der Gewährung von Zuwendungen soll eine ausreichende Zuchtbasis erhalten bzw. wieder neu aufgebaut werden.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Rinder

Förderfähig sind Rinder der Rassen:

– „Murnau-Werdenfelser“ mit einem Fremdgenanteil von höchstens 50 %,
– „Pinzgauer“ mit einem Fremdgenanteil von höchstens 25 %,
– „Original Braunvieh“ mit einem Fremdgenanteil von höchstens 12,5 %,
– „Ansbach-Triesdorfer-Rind“ mit einem Fremdgenanteil von höchstens 12,5 %,
– „Rotvieh Zuchtrichtung Höhenvieh“ mit einem Fremdgenanteil von höchstens 12,5 % sowie
– „Deutsches Gelbvieh (Frankenvieh)“ (reinrassig – Herdbuch-Hauptabteilung).

2.2 Schafe

Förderfähig sind Schafe der Rassen:

„Rhönschaf“, „Coburger Fuchsschaf“, „Weißes Bergschaf mit Geschecktem Bergschaf“, „Braunes Bergschaf mit Schwarzem Bergschaf“, „Alpines Steinschaf“, „Krainer Steinschaf“, „Brillenschaf“ und „Waldschaf“.

2.3 Ziegen

Förderfähig sind Ziegen der Rassen:

„Bunte Deutsche Edelziege“, „Weiße Deutsche Edelziege“, „Thüringer Wald Ziege“.

2.4 Pferde

Förderfähig sind Pferde der Rassen:

– „Rottaler Pferd“ (mindestens 25 % Rottaler Genanteil und mindestens vier eingetragene Elterngenerationen),
– „Leutstettener Pferd“.

3. Zuwendungsempfänger

[1]Gefördert werden Landwirte und deren Zusammenschlüsse, unbeschadet der gewählten Rechtsform, sowie andere Landbewirtschafter und nicht im Agrarsektor tätige Unternehmen, mit Tierhaltung in Bayern. [2]Die Unternehmen müssen KMU-Betriebe im Sinne von Anhang 1 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 sein. [3]Ausgeschlossen von der Förderung sind:

– „Unternehmen in Schwierigkeiten (UiS)“ im Sinne von Teil I Kapitel 2 Abschnitt 2.4 Nr. 15 der Rahmenregelung 2014–2020,
– Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind,
– juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie juristische Personen des Privatrechts und Personengesellschaften, bei denen die Beteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25 % beträgt.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Verpflichtungszeitraum

[1]Voraussetzung für die Gewährung einer Zuwendung ist, dass der Zuwendungsempfänger sich für fünf Jahre verpflichtet, die beantragte förderfähige Nutztierrasse zu halten. [2]Bei den zum Decken im Natursprung gehaltenen Zuchtbullen bzw. Zuchthengsten der geförderten Rassen ist die Haltungsverpflichtung auch dann erfüllt, wenn im Betrieb des Zuwendungsempfängers in einem Jahr des Fünfjahreszeitraums kein Zuchtbulle bzw. Zuchthengst zum Deckeinsatz gekommen ist. [3]In diesen Fällen sind die Gründe zu dokumentieren.

4.2 Zuchtbucheintragung

Die Zuwendung kann nur für Tiere gewährt werden, die im Zuchtbuch einer anerkannten Züchtervereinigung eingetragen sind.

4.3 Weitere Verpflichtungen des Zuwendungsempfängers

[1]Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich, mindestens die im ersten Jahr des fünfjährigen Verpflichtungszeitraums geförderte Anzahl Zuchttiere im Durchschnitt des Verpflichtungszeitraums zu halten. [2]Mit diesen Zuchttieren ist an einem Erhal-

tungszuchtprogramm einer anerkannten Züchtervereinigung teilzunehmen. [3]Auf Anfrage sind der zuständigen Behörde alle vorhandenen genetisch relevanten Daten bereitzustellen. [4]Der Zuwendungsempfänger muss eine tierschutzgerechte und auf Dauer angelegte Haltung der Tiere gewährleisten sowie die Anforderungen der guten landwirtschaftlichen Praxis im üblichen Sinn erfüllen. [5]Im Falle der Pensionstierhaltung hat der Eigentümer des Tieres bzw. der Tiere sicherzustellen, dass sämtliche Verpflichtungen eingehalten werden.

5. Art, Umfang der Förderung

5.1 Art der Förderung

[1]Die Förderung wird als Zuwendung in Form eines Zuschusses gewährt (Projektförderung/Festbetragsfinanzierung). [2]Die Zuwendung wird für die jeweils gehaltenen Zuchttiere jährlich ausbezahlt.

5.2 Zuwendungsfähige Ausgaben

[1]Die zuwendungsfähigen Ausgaben ergeben sich aus der Kalkulation des jeweiligen wirtschaftlichen Nachteils der geförderten Nutztierrassen gegenüber den Referenzrassen. [2]Grundlage für die Kalkulation sind Leistungs- und Kosten-Vergleiche. [3]Transaktionskosten werden nicht berücksichtigt. [4]Die Berechnung der zuwendungsfähigen Ausgaben erfolgt durch die Landesanstalt für Landwirtschaft bzw. das Fachzentrum für Pferdehaltung.

5.3 Höhe der Förderung

Eine Förderung kann erst ab einem Betrag von 100 Euro/Jahr und Betrieb gewährt werden.

5.3.1 Rinder

5.3.1.1 Der Zuschuss für Vatertiere wird festgesetzt auf jährlich 250 Euro für jedes zum Decken eingesetzte Vatertier der Rassen „Murnau-Werdenfelser", „Pinzgauer", „Original Braunvieh mit maximal 50 % Schweizer Braunvieh-Genanteil", „Ansbach-Triesdorfer-Rind", „Rotvieh Zuchtrichtung Höhenvieh" und „Deutsches Gelbvieh (Frankenvieh)".

5.3.1.2 Die Zuschüsse für Kühe, bei denen die Milchleistungsprüfung durchgeführt wird, werden festgesetzt auf jährlich:

- 250 Euro für jede Kuh der Rasse „Murnau-Werdenfelser",
- 180 Euro für jede Kuh der Rassen „Pinzgauer", „Original Braunvieh", „Ansbach-Triesdorfer-Rind" und „Rotvieh Zuchtrichtung Höhenvieh",
- 70 Euro für jede Kuh der Rasse „Deutsches Gelbvieh (Frankenvieh)".

5.3.1.3 Der Zuschuss für Kühe in der Mutterkuhhaltung wird festgesetzt auf jährlich:

- 90 Euro für jede Kuh der Rassen „Murnau-Werdenfelser", „Pinzgauer", „Rotvieh Zuchtrichtung Höhenvieh", „Original Braunvieh",
- 50 Euro für jede Kuh der Rasse „Deutsches Gelbvieh (Frankenvieh)".

5.3.1.4 Maßgebend für die Zuschussgewährung ist bei den Maßnahmen Nrn. 5.3.1.1, 5.3.1.2 und 5.3.1.3 der Bestand im Zuchtbuch eingetragener Zuchttiere jeweils am 1. April des Jahres.

5.3.1.5 Der Zuschuss für die Bereitstellung von Zuchttieren zur Gewinnung von Embryonen im Rahmen des Zuchtprogramms wird festgesetzt auf 300 Euro/Zuchttier der Rassen „Murnau-Werdenfelser", „Pinzgauer", „Original Braunvieh", „Ansbach-Triesdorfer-Rind", „Rotvieh Zuchtrichtung Höhenvieh" und „Deutsches Gelbvieh (Frankenvieh)".

5.3.2 Schafe

[1]Die Zuschüsse für Mutterschafe und Vatertiere werden festgesetzt auf jährlich:

- 30 Euro/Jahr für Schafe der Rassen „Alpines Steinschaf", „Krainer Steinschaf" und „Brillenschaf" sowie
- 25 Euro/Jahr für Schafe der Rassen „Rhönschaf", „Coburger Fuchsschaf", „Weißes Bergschaf mit Geschecktem Bergschaf", „Braunes Bergschaf mit Schwarzem Bergschaf" und „Waldschaf".

[2]Maßgebend für die Zuschussgewährung ist der im Zuchtbuch eingetragene Zuchttierbestand jeweils am 1. Januar des Förderjahres. [3]Der Gesamtförderbetrag ist insgesamt auf 3 000 Euro je Betrieb und Jahr begrenzt.

5.3.3 Ziegen

[1]Der Zuschuss für Zuchttiere wird festgesetzt auf jährlich 25 Euro/Jahr für Ziegen der Rassen „Bunte Deutsche Edelziege", „Weiße Deutsche Edelziege" und „Thüringer Wald Ziege". [2]Maßgebend für die Zuschussgewährung ist der im Zuchtbuch eingetragene Zuchttierbestand jeweils am 1. Januar des Förderjahres. [3]Der Gesamtförderbetrag ist insgesamt auf 3 000 Euro je Betrieb und Jahr begrenzt.

5.3.4 Pferde

5.3.4.1 [1]Der Zuschuss für Zuchtstuten wird festgesetzt auf jährlich 250 Euro für jede im Zuchtbuch eingetragene Stute der Rassen „Rottaler Pferd" und „Leutstettener Pferd". [2]Maßgebend für die Zuschussgewährung ist der im Zuchtbuch eingetragene Zuchttierbestand jeweils am 1. Januar des Förderjahres.

5.3.4.2 Der Zuschuss für Vatertiere wird festgesetzt auf jährlich 500 Euro für jeden im Förderjahr zum Decken eingesetzten Zuchthengst der Rassen „Rottaler Pferd" und „Leutstettener Pferd".

5.3.4.3 Der Zuschuss für die Bereitstellung von Zuchtstuten zur Gewinnung von Embryonen im Rahmen des Zuchtprogramms wird festgesetzt auf 500 Euro/Zuchttier der Rassen „Rottaler Pferd" und „Leutstettener Pferd".

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Mehrfachförderung

Dem Förderzweck gleichgestellte Vorhaben, die aus Mitteln anderer öffentlicher Förderprogramme gefördert werden, dürfen nicht gleichzeitig nach diesen Richtlinien gefördert werden.

6.2 Rückerstattung der Zuwendung

[1]Der Zuwendungsempfänger muss die erhaltene Zuwendung vollständig zurückerstatten, wenn während des Verpflichtungszeitraums der Betrieb bzw. die Tierhaltung ganz oder teilweise auf eine

andere Person oder an den Verpächter übergeht, außer in Fällen höherer Gewalt, sofern die eingegangenen Verpflichtungen vom Übernehmer nicht eingehalten werden. [2]Weiterhin muss ein Zuwendungsempfänger die erhaltene Zuwendung vollständig zurückerstatten, wenn er im fünfjährigen Verpflichtungszeitraum die geförderte Tierhaltung einstellt oder die Teilnahme am Zuchtprogramm einer anerkannten Züchtervereinigung beendet. [3]Auf die Rückerstattung wird verzichtet, wenn der Zuwendungsempfänger seine Verpflichtungen drei Jahre erfüllt hat, er seine landwirtschaftliche Tätigkeit bzw. Tierhaltung aufgibt und sich die Übernahme seiner eingegangenen Verpflichtungen durch einen Nachfolger als nicht durchführbar erweist oder wenn der Betrieb, infolge von Enteignung oder Zwangsversteigerung, auf andere Personen übergeht. [4]In Fällen höherer Gewalt oder Umständen, die vom Antragsteller nicht zu verantworten sind, kann die zuständige Behörde Ausnahmen von den eingegangenen Verpflichtungen zulassen. [5]Unbeschadet besonderer Umstände des Einzelfalls ist höhere Gewalt insbesondere in folgenden Fällen anzunehmen:

- Tod des Zuwendungsempfängers,
- länger andauernde Berufsunfähigkeit des Zuwendungsempfängers,
- Enteignung eines wesentlichen Teils des Betriebs, soweit sie am Tag der Förderantragstellung nicht vorherzusehen war,
- schwere Naturkatastrophe, die die landwirtschaftlich genutzte Fläche erheblich in Mitleidenschaft zieht,
- unfallbedingte Zerstörung der Stallungen,
- Tierverluste durch Krankheit mit seuchenartigem Verlauf oder Seuchen.

[6]Fälle höherer Gewalt sind der zuständigen Behörde schriftlich und mit entsprechenden Nachweisen innerhalb von zehn Werktagen nach dem Zeitpunkt anzuzeigen, ab dem der Zuwendungsempfänger hierzu in der Lage ist.

6.3 Überprüfungsklausel

[1]Um sicherzustellen, dass Förder-Verpflichtungen bei Änderungen der einschlägigen verbindlichen Normen, Anforderungen oder Verpflichtungen angepasst werden können, wird in die Bewilligungsbescheide gemäß Randnummer 724 der Rahmenregelung eine entsprechende Revisionsklausel aufgenommen. [2]Wird die Anpassung vom Begünstigten nicht akzeptiert, so endet die Verpflichtung, ohne dass Sanktionen oder eine Rückzahlung der für den bereits erbrachten Verpflichtungszeitraum erfolgten Zahlungen gefordert werden.

7. Verfahren

7.1 Antragstellung

[1]Förderanträge sind bis 15. November einmalig vor Beginn des Verpflichtungszeitraums unter Verwendung der vorgegebenen Formulare einzureichen. [2]Danach eingereichte Förderanträge werden nicht berücksichtigt. [3]Die Förderanträge sind zu stellen

- für Rinder, Schafe und Ziegen bei dem für den Betriebs- bzw. Wohnsitz des Antragstellers zuständigen Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit Fachzentrum „Rinderzucht“ bzw. „Kleintierhaltung“,
- für Pferde bei der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Kompetenzzentrum Förderprogramme, Heinrich-Rockstroh-Str. 10, 95615 Marktredwitz.

[4]Der Förderantrag enthält mindestens folgende Angaben:

- Name, Anschrift und Betriebsnummer des Betriebs,
- KMU-Erklärung,
- Beschreibung der Maßnahme(n) mit Angabe des Förderbeginns sowie der voraussichtlich gehaltenen Tierzahl je Rasse.

[5]Mit der Antragstellung gilt die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn ab 1. Januar (vgl. Nr. 7.3.2) des Folgejahres (Förderjahr) ohne Rechtsanspruch auf eine Förderung als erteilt.

7.2 Auszahlungsantragstellung

[1]Die Auszahlung der Förderung ist zum Stand 1. Januar (Schaf, Ziege, Pferd) bzw. 1. April (Rind) – spätestens jedoch bis 15. November des Förderjahres – unter Verwendung der vorgegebenen Formulare für jeweils eine Tierart bzw. Rasse zu beantragen

- für Rinder, Schafe und Ziegen bei dem für den Betriebs- bzw. Wohnsitz des Antragstellers zuständigen Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit Fachzentrum „Rinderzucht“ bzw. „Kleintierhaltung“,
- für Pferde bei der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Kompetenzzentrum Förderprogramme, Heinrich-Rockstroh-Str. 10, 95615 Marktredwitz.

[2]Der Auszahlungsantrag enthält mindestens folgende Angaben:

- Name, Anschrift und Betriebsnummer des Betriebes,
- erstmaliger oder Folgeantrag sowie Beginn des Fünfjahreszeitraums,
- Rasse, Maßnahme, Tierzahl, Erst-/Folgeantrag, Zuschuss,
- KMU-Erklärung,
- „Unternehmen in Schwierigkeiten (UiS)“ im Sinne von Art. 2 Nr. 14 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014,
- Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind (Rückforderungsanordnung).

7.3 Abwicklung der Fördermaßnahmen

7.3.1 Erfassung der Förderdaten

[1]Die Bewilligungsbehörde gibt nach Prüfung der Angaben die Antragsdaten in die Datenverarbeitung (DV) ein. [2]Letzter Eingabetermin ist der 1. Dezember des jeweiligen Jahres. [3]Anträge, die zu diesem Termin noch nicht geprüft und nicht in die DV eingegeben sind, können im darauf folgenden Jahr berücksichtigt werden.

7.3.2 Bewilligung

[1]Bewilligungsbehörden sind die unter Nr. 7.1 genannten Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bzw. das Kompetenzzentrum Förderprogramme der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. [2]Die Bescheide werden maschinell über die Anwendung Bescheid, Anzeige, Druck (BAD) nach Übergabe der geprüften, vorbereiteten Datensätze an das Zentrale Auszahlungsprogramm (ZAP) erstellt. [3]Der Bewilligungs- und Verpflichtungszeitraum beginnt unabhängig vom Tag der Antragstellung stets am 1. Januar und endet mit Ablauf des 31. Dezember.

7.3.3 Anweisung der Mittel

[1]Die Mittel werden nach dem 15. November vom Staatsministerium zur Auszahlung angewiesen. [2]Den Bewilligungsbehörden stehen Kontrolllisten im I-BALIS zur Verfügung. [3]Anhand dieser Listen erfolgt die Prüfung der Richtigkeit und Vollständigkeit des Datenbestands auszahlungsreifer Fälle und nachfolgend die ZAP-Freigabe. [4]Die Mittel werden nach der ZAP-Freigabe vom Staatsministerium zur Auszahlung freigegeben.

7.3.4 Kontrollen

[1]Verwaltungskontrollen sind für alle förderrelevanten Maßnahmen und Verpflichtungen anhand der vorliegenden und geeigneten Unterlagen durchzuführen. [2]Die Verwaltungskontrollen können durch Kontrollen vor Ort ergänzt werden.

8. Beihilferechtliche Grundlage

Die Beihilfe wurde von der EU-Kommission mit Beschluss vom 16. November 2018 unter der Nummer SA.51683 (2018/N) genehmigt.

9. EU-Transparenzvorschriften

Auf einer Beihilfe-Website werden folgende Informationen veröffentlicht:

– voller Wortlaut der Beihilfemaßnahmen, einschließlich Änderungen,

– Name der Bewilligungsbehörde,

– Informationen gemäß Nr. 3.7 Buchst. c der Rahmenregelung für jede Einzelbeihilfe über 60 000 Euro.

10. Überwachung

[1]Die Bewilligungsstelle führt ausführliche Aufzeichnungen um feststellen zu können, ob die Fördervoraussetzungen erfüllt sind. [2]Die Aufzeichnungen sind zehn Jahre lang aufzubewahren.

11. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft. [2]Mit Ablauf des 31. Dezember 2018 tritt die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Richtlinien für die Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen vom 28. März 2017 (AllMBl. S. 188) außer Kraft.

Hubert Bittlmayer
Ministerialdirektor

Anlagen

Anlage 1: Förderantrag auf Gewährung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Rinder)

Anlage 2: Antrag auf Auszahlung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Rinder)

Anlage 3: Förderantrag auf Gewährung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Schafe)

Anlage 4: Antrag auf Auszahlung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Schafe)

Anlage 5: Förderantrag auf Gewährung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Pferde)

Anlage 6: Antrag auf Auszahlung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Pferde)

Anlage 7: Förderantrag auf Gewährung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Ziegen)

Anlage 8: Antrag auf Auszahlung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Ziegen)

Anlage 1
(zu Nr. 7.1 Satz 1)

Antragsteller (Name, Vorname bzw. Unternehmensbezeichnung)	BY 09 Betriebsnummer
Straße, Hs.-Nr, Ortsteil	
PLZ, Ort	
Telefon	

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Eingangsstempel

Achtung:
Der Antrag ist bis spätestens 15. November einzureichen!

Förderantrag auf Gewährung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Rinder)

gemäß den Richtlinien vom 26. November 2018 Az.: L5-7407-1/598

☐ Nach Maßgabe der geltenden Richtlinien beantrage ich eine Förderung
Beginn des Fünfjahreszeitraums ☐.

Mit der Antragstellung gilt gemäß Nr. 7.1 der Richtlinien die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn als erteilt. Eine Entscheidung über den Förderantrag ist damit nicht getroffen. Ein Rechtsanspruch auf eine Förderung der Maßnahme entsteht aufgrund der Antragstellung nicht.

Rinderrasse(n)

Folgende Tiere werden voraussichtlich im Jahr _____ (Stichtag 01.04.) von mir gehalten:

	Anzahl		Anzahl
Murnau-Werdenfelser		Original Braunvieh	
Pinzgauer		Rotvieh Zuchtrichtung Höhenvieh	
Ansbach-Triesdorfer Rind		Deutsches Gelbvieh/Frankenvieh	

Erklärung des Antragstellers

1. Ich bin Tierhalter/Tierbesitzer mit Tierhaltung in Bayern.

2. Mein Unternehmen gehört zur Kategorie der KMU-Unternehmen[1]. Hierzu zählen nur Unternehmen, die weniger als 250 Personen[2] beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. € erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. € beläuft.
   Nicht als KMU angesehen werden können Unternehmen, bei denen mindestens 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte von öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts kontrolliert werden[3].

   Unternehmen im o. g. Sinne sind:
   Eigenständige Unternehmen: Unternehmen ohne Beteiligungen oder mit Beteiligungen von weniger als 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen

[1] Definition der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gemäß Art. 2 Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 (ABl L 193 vom 1. Juli 2014, S. 1).
[2] Teilzeit- und Saisonarbeitskräfte sind anteilig zu werten..
[3] In bestimmten Fällen sind Ausnahmen möglich. Auskünfte dazu erteilt die für die Förderung zuständige Stelle.

Partnerunternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mind. 25 %, aber höchstens 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen, aber ohne beherrschenden Einfluss
Verbundene Unternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mehr als 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte oder beherrschendem Einfluss an bzw. von anderen Unternehmen

Hinweise
- Maßgeblich ist der letzte Rechnungsabschluss. Bei Unternehmen, die nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind Bücher zu führen und regelmäßig Abschlüsse zu machen und die auch keine Bücher führen und keine Abschlüsse machen, können die Angaben zum Jahresumsatz geschätzt werden.
- Bei Partnerunternehmen müssen zur Bestimmung dieser Angaben auch die beschäftigten Personen und die Jahresumsätze bzw. die Jahresbilanzsummen dieser Unternehmen angerechnet werden. Die Anrechnung erfolgt proportional zum jeweils höheren Anteil der Beteiligung, bei wechselseitigen Beteiligungen entsprechend dem höheren dieser beiden Anteile.
- Bei verbundenen Unternehmen erfolgt die Anrechnung in vollem Umfang.

3. Unternehmen in Schwierigkeiten (UIS). Gemäß den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Förderungen zur Rettung und Umstrukturierungen von Unternehmen in Schwierigkeiten befindet sich ein Unternehmen dann in Schwierigkeiten, wenn es auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher zur Einstellung seiner Geschäftstätigkeit gezwungen sein wird. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn das Unternehmen Gegenstand eines Insolvenzverfahrens ist oder die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger erfüllt sind.
   Für Kapital- und Personengesellschaften ist dies darüber hinaus insbesondere dann der Fall, wenn bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als die Hälfte des bezeichneten Stammkapitals verloren gegangen ist bzw. bei Gesellschaften, in denen mindestens einige Gesellschafter unbeschränkt für Schulden der Gesellschaft haften (z. B. GbR), mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel verloren gegangen ist.

4. Gegen mein Unternehmen besteht keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt, der das Unternehmen nicht nachgekommen ist.

5. Für die beantragte Maßnahme habe ich gem. Nr. 6.1 der Richtlinien keine anderweitigen Förderungen beantragt oder erhalten.

Ort, Datum	Unterschrift des Antragstellers

Bearbeitungsvermerk

Antrag geprüft	EDV-Vermerk
Datum, Unterschrift, Amtsbezeichnung	eingegeben am, Namenszeichen

Anlage 2
(zu Nr. 7.2 Satz 1)

Antragsteller (Name, Vorname bzw. Unternehmensbezeichnung)	BY 09 Betriebsnummer
Straße, Hs.-Nr, Ortsteil	
PLZ, Ort	
Telefon	

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Eingangsstempel

Achtung:
Der Antrag ist bis spätestens 15. November einzureichen!

Antrag auf Auszahlung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Rinder)

gemäß den Richtlinien vom 26. November 2018 Az.: L5-7407-1/598

☐ Nach Maßgabe der geltenden Richtlinien beantrage ich **erstmals** für das Jahr 20____ eine Förderung (= Beginn des Fünfjahreszeitraums).

☐ **Folgeantrag:** Nach Maßgabe der geltenden Richtlinien beantrage ich für das Jahr 20____ eine Förderung.
Beginn der Maßnahme und des Fünfjahreszeitraums: 20 .

Für die Rinderrasse (für jede Rasse bitte ein eigenes Formular verwenden)

☐ Murnau-Werdenfelser
(max. Fremdgenanteil 50 %)

☐ Pinzgauer
(max. Fremdgenanteil 25 %)

☐ Ansbach-Triesdorfer Rind
(max. Fremdgenanteil 12,5 %)

☐ Original Braunvieh
(max. Fremdgenanteil 12,5 %)

☐ Rotvieh Zuchtrichtung Höhenvieh
(max. Fremdgenanteil 12,5 %)

☐ Deutsches Gelbvieh/Frankenvieh
(reinrassig – Herdbuch – Hauptabteilung)

1. Vatertiere

Folgende im Zuchtbuch eingetragene Vatertiere standen im Antragsjahr in meinem Betrieb:

LOM Nr. (und ggf. Name)	geboren am	beantragter Zuschuss 250 €/Tier

250 € für zum Decken eingesetzte Vatertiere der Rassen Murnau-Werdenfelser, Pinzgauer, Ansbach-Triesdorfer Rind, Original Braunvieh, Rotvieh Zuchtrichtung Höhenvieh und Deutsches Gelbvieh.

2. Zuchttiere zur Gewinnung von Embryonen

Folgende im Zuchtbuch eingetragene Kühe wurden gespült:

LOM Nr. (und ggf. Name)	Tag der Embryogewinnung	beantragter Zuschuss 300 €/Tier
	Summe	

300 Euro für die Bereitstellung von Zuchttieren der Rassen Murnau-Werdenfelser, Pinzgauer, Original Braunvieh, Ansbach-Triesdorfer Rind, Rotvieh Zuchtrichtung Höhenvieh und Deutsches Gelbvieh.

3. Milchkühe

Folgende im Zuchtbuch eingetragene Kühe standen im Antragsjahr (Stichtag 01.04.) in meinem Betrieb unter Milchleistungsprüfung (MLP):

Nr.	LOM Nr. (und ggf. Name)	beantragter Zuschuss pro Tier*	Nr.	LOM Nr. (und ggf. Name)	beantragter Zuschuss pro Tier*
1			9		
2			10		
3			11		
4			12		
5			13		
6			14		
7			15		
8			16		
		Gesamtsumme			

***** Murnau-Werdenfelser 250 €, Pinzgauer 180 €, Ansbach-Triesdorfer Rind 180 €, Original Braunvieh 180 €, Rotvieh Zuchtrichtung Höhenvieh 180 €, Deutsches Gelbvieh 70 €

4. Mutterkühe

Folgende Mutterkühe wurden im Antragsjahr (Stichtag 01.04.) in meinem Betrieb gehalten:

Nr.	LOM Nr. (und ggf. Name)	beantragter Zuschuss pro Tier*	Nr.	LOM Nr. (und ggf. Name)	beantragter Zuschuss pro Tier*
1			10		
2			11		
3			12		
4			13		
5			14		
6			15		
7			16		
8			17		
9			18		
		Gesamtsumme			

***** Murnau-Werdenfelser, Pinzgauer, Original Braunvieh, Rotvieh Zuchtrichtung Höhenvieh je 90 €, Deutsches Gelbvieh 50 €

Erklärung des Antragstellers

1. Ich bin Tierhalter/Tierbesitzer mit Tierhaltung in Bayern.

2. Mein Unternehmen gehört zur Kategorie der KMU-Unternehmen[1]. Hierzu zählen nur Unternehmen, die weniger als 250 Personen[2] beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. € erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. € beläuft.
   Nicht als KMU angesehen werden können Unternehmen, bei denen mindestens 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte von öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts kontrolliert werden[3].

   Unternehmen im o. g. Sinne sind:

Eigenständige Unternehmen:	Unternehmen ohne Beteiligungen oder mit Beteiligungen von weniger als 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen
Partnerunternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mind. 25 %, aber höchstens 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen, aber ohne beherrschenden Einfluss
Verbundene Unternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mehr als 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte oder beherrschendem Einfluss an bzw. von anderen Unternehmen

   Hinweise
   – Maßgeblich ist der letzte Rechnungsabschluss. Bei Unternehmen, die nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind Bücher zu führen und regelmäßig Abschlüsse zu machen und die auch keine Bücher führen und keine Abschlüsse machen, können die Angaben zum Jahresumsatz geschätzt werden.
   – Bei Partnerunternehmen müssen zur Bestimmung dieser Angaben auch die beschäftigten Personen und die Jahresumsätze bzw. die Jahresbilanzsummen dieser Unternehmen angerechnet werden. Die Anrechnung erfolgt proportional zum jeweils höheren Anteil der Beteiligung, bei wechselseitigen Beteiligungen entsprechend dem höheren dieser beiden Anteile.
   – Bei verbundenen Unternehmen erfolgt die Anrechnung in vollem Umfang.

3. Unternehmen in Schwierigkeiten (UIS). Gemäß den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Förderungen zur Rettung und Umstrukturierungen von Unternehmen in Schwierigkeiten befindet sich ein Unternehmen dann in Schwierigkeiten, wenn es auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher zur Einstellung seiner Geschäftstätigkeit gezwungen sein wird. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn das Unternehmen Gegenstand eines Insolvenzverfahrens ist oder die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger erfüllt sind.
   Für Kapital- und Personengesellschaften ist dies darüber hinaus insbesondere dann der Fall, wenn bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als die Hälfte des bezeichneten Stammkapitals verloren gegangen ist bzw. bei Gesellschaften, in denen mindestens einige Gesellschafter unbeschränkt für Schulden der Gesellschaft haften (z. B. GbR), mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel verloren gegangen ist.

4. Gegen mein Unternehmen besteht keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt besteht, der das Unternehmen nicht nachgekommen ist.

5. Für die beantragte Maßnahme habe ich gem. Nr. 6.1 der Richtlinien keine anderweitigen Förderungen beantragt oder erhalten.

6. Alle Tiere, für die ich einen Zuschuss beantrage, sind im Zuchtbuch einer anerkannten Züchtervereinigung eingetragen.

7. Mir ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Förderung nicht besteht und auch durch diese Antragstellung nicht begründet wird.

8. Ich verpflichte mich, unverzüglich mitzuteilen, wenn sich die für die Förderung maßgeblichen Umstände ändern oder wegfallen.

9. Ich verpflichte mich für die Dauer des fünfjährigen Verpflichtungszeitraums
   a) meinen Betrieb selbst zu bewirtschaften, die Tiere tierschutzgerecht zu halten und die Anforderungen der guten landwirtschaftlichen Praxis zu erfüllen,
   b) die Rinderrasse, für die ich eine Förderung beantrage zu halten
   c) im Durchschnitt die im ersten Jahr des Fünfjahreszeitraums bewilligte Anzahl Rinder zu halten und
   d) an einem Erhaltungszuchtprogramm teilzunehmen.

---

[1] Definition der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gemäß Art. 2 Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 (ABl L 193 vom 1. Juli 2014, S. 1).
[2] Teilzeit- und Saisonarbeitskräfte sind anteilig zu werten..
[3] In bestimmten Fällen sind Ausnahmen möglich. Auskünfte dazu erteilt die für die Förderung zuständige Stelle.

10. Mir ist bekannt, dass
    a) Unterlagen, die für die Festsetzung des Zuschusses von Bedeutung sind, für Zwecke der Prüfung 5 Jahre aufzubewahren sind.
    b) das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie der Bayerische Oberste Rechnungshof das Recht haben, die Voraussetzungen für die Gewährung eines Zuschusses durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in Bücher und Belege entweder selbst zu prüfen oder durch Beauftrage prüfen zu lassen und Auskünfte einzuholen.
    c) die Angaben im Antrag subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes und Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes sind und ich im Falle unrichtiger Angaben wegen Subventionsbetrug bestraft werden kann.
    d) gemäß Nr. 9 der Richtlinien, bei Überschreiten der Einzelbeihilfe von 60.000 €/Betrieb, meine Förderdaten auf einer Beihilfe-Website veröffentlicht werden.

11. Datenschutzrechtlicher Hinweis: Die mit diesem Antrag erhobenen Daten werden zur Feststellung der Förderbedingungen und Förderhöhe benötigt und teilweise gespeichert.

12. Ich nehme zur Kenntnis, dass, wenn sich während des Verpflichtungszeitraums maßgebliche rechtliche Vorgaben so ändern sollten, dass die freiwilligen Verpflichtungen der beantragten Maßnahme abgeändert werden müssen, die beantragte Maßnahme vorzeitig beendet werden kann, ohne dass bereits gewährte Fördergelder zurückerstattet werden müssen.

Ich versichere, dass meine im Antrag gemachten Angaben richtig und vollständig sind.

Ort, Datum	Unterschrift des Antragstellers

Bearbeitungsvermerk

Antrag geprüft	EDV-Vermerk
Datum, Unterschrift, Amtsbezeichnung	eingegeben am, Namenszeichen

Anlage 3
(zu Nr. 7.1 Satz 1)

Antragsteller (Name, Vorname bzw. Unternehmensbezeichnung)	BY 09 Betriebsnummer
Straße, Hs.-Nr, Ortsteil	
PLZ, Ort	
Telefon	

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Eingangsstempel

Achtung:
Der Antrag ist bis spätestens 15. November einzureichen!

Förderantrag auf Gewährung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Schafe)

gemäß den Richtlinien vom 26. November 2018 Az.: L5-7407-1/598

☐ Nach Maßgabe der geltenden Richtlinien beantrage ich eine Förderung
Beginn des Fünfjahreszeitraums ☐.

Mit der Antragstellung gilt gemäß Nr. 7.1 der Richtlinien die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn als erteilt. Eine Entscheidung über den Förderantrag ist damit nicht getroffen. Ein Rechtsanspruch auf eine Förderung der Maßnahme entsteht aufgrund der Antragstellung nicht.

Für die Schafrasse(n)

Folgende Tiere werden voraussichtlich im Jahr _____ (Stichtag 01.01.) in meinem Betrieb/von mir gehalten:

	Anzahl		Anzahl
Rhönschaf		Waldschaf	
Coburger Fuchsschaf		Alpines Steinschaf	
Braunes Bergschaf/ Schwarzes Bergschaf		Krainer Steinschaf	
Weißes Bergschaf/ Gescheckes Bergschaf		Brillenschaf	

Erklärung des Antragstellers

1. Ich bin Tierhalter/Tierbesitzer mit Tierhaltung in Bayern.

2. Mein Unternehmen gehört zur Kategorie der KMU-Unternehmen[1]. Hierzu zählen nur Unternehmen, die weniger als 250 Personen[2] beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. € erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. € beläuft.
   Nicht als KMU angesehen werden können Unternehmen, bei denen mindestens 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte von öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts kontrolliert werden[3].

[1] Definition der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gemäß Art. 2 Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 (ABl L 193 vom 1. Juli 2014, S. 1).
[2] Teilzeit- und Saisonarbeitskräfte sind anteilig zu werten..
[3] In bestimmten Fällen sind Ausnahmen möglich. Auskünfte dazu erteilt die für die Förderung zuständige Stelle.

Unternehmen im o. g. Sinne sind:

Eigenständige Unternehmen:	Unternehmen ohne Beteiligungen oder mit Beteiligungen von weniger als 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen
Partnerunternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mind. 25 %, aber höchstens 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen, aber ohne beherrschenden Einfluss
Verbundene Unternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mehr als 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte oder beherrschendem Einfluss an bzw. von anderen Unternehmen

Hinweise
- Maßgeblich ist der letzte Rechnungsabschluss. Bei Unternehmen, die nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind Bücher zu führen und regelmäßig Abschlüsse zu machen und die auch keine Bücher führen und keine Abschlüsse machen, können die Angaben zum Jahresumsatz geschätzt werden.
- Bei Partnerunternehmen müssen zur Bestimmung dieser Angaben auch die beschäftigten Personen und die Jahresumsätze bzw. die Jahresbilanzsummen dieser Unternehmen angerechnet werden. Die Anrechnung erfolgt proportional zum jeweils höheren Anteil der Beteiligung, bei wechselseitigen Beteiligungen entsprechend dem höheren dieser beiden Anteile.
- Bei verbundenen Unternehmen erfolgt die Anrechnung in vollem Umfang.

3. Unternehmen in Schwierigkeiten (UIS). Gemäß den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Förderungen zur Rettung und Umstrukturierungen von Unternehmen in Schwierigkeiten befindet sich ein Unternehmen dann in Schwierigkeiten, wenn es auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher zur Einstellung seiner Geschäftstätigkeit gezwungen sein wird. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn das Unternehmen Gegenstand eines Insolvenzverfahrens ist oder die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger erfüllt sind.
   Für Kapital- und Personengesellschaften ist dies darüber hinaus insbesondere dann der Fall, wenn bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als die Hälfte des bezeichneten Stammkapitals verloren gegangen ist bzw. bei Gesellschaften, in denen mindestens einige Gesellschafter unbeschränkt für Schulden der Gesellschaft haften (z. B. GbR), mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel verloren gegangen ist.

4. Gegen mein Unternehmen besteht keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt, der das Unternehmen nicht nachgekommen ist.

5. Für die beantragte Maßnahme habe ich gem. Nr. 6.1 der Richtlinien keine anderweitigen Förderungen beantragt oder erhalten.

Ort, Datum	Unterschrift des Antragstellers

Bearbeitungsvermerk

Antrag geprüft	EDV-Vermerk
Datum, Unterschrift, Amtsbezeichnung	eingegeben am, Namenszeichen

Anlage 4
(zu Nr. 7.2 Satz 1)

Antragsteller (Name, Vorname bzw. Unternehmensbezeichnung)	BY 09 Betriebsnummer
Straße, Hs.-Nr, Ortsteil	
PLZ, Ort	
Telefon	

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Eingangsstempel

Achtung:
Der Antrag ist bis spätestens 15. November einzureichen!

Antrag auf Auszahlung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Schafe)

gemäß den Richtlinien vom 26. November 2018 Az.: L5-7407-1/598

Anlage
– Kopie der Rechnung der Züchtervereinigung mit Angabe der im Zuchtbuch am 1. Januar eingetragenen Zuchttiere dieser Rassen

☐ Nach Maßgabe der geltenden Richtlinien beantrage ich **erstmals** für das Jahr 20____ eine Förderung (= Beginn des Fünfjahreszeitraums).

☐ **Folgeantrag:** Nach Maßgabe der geltenden Richtlinien beantrage ich für das Jahr 20____ eine Förderung.
Beginn der Maßnahme und des Fünfjahreszeitraums: 20 .

Für die Schafrasse
Folgende Tiere wurden im Antragsjahr (Stichtag 01.01.) in meinem Betrieb gehalten:

	Anzahl	**beantragter Zuschuss 25 €/Tier**
Rhönschaf		
Coburger Fuchsschaf		
Braunes Bergschaf/ Schwarzes Bergschaf	/	/
Weißes Bergschaf/ Geschecktes Bergsch.	/	/
Waldschaf		
Summe		

	Anzahl	**beantragter Zuschuss 30 €/Tier**
Alpines Steinschaf		
Krainer Steinschaf		
Brillenschaf		
Summe		

Erklärung des Antragstellers

1. Ich bin Tierhalter/Tierbesitzer mit Tierhaltung in Bayern.

2. Mein Unternehmen gehört zur Kategorie der KMU-Unternehmen[1]. Hierzu zählen nur Unternehmen, die weniger als 250 Personen[2] beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. € erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. € beläuft.
   Nicht als KMU angesehen werden können Unternehmen, bei denen mindestens 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte von öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts kontrolliert werden[3].

   Unternehmen im o. g. Sinne sind:

Eigenständige Unternehmen:	Unternehmen ohne Beteiligungen oder mit Beteiligungen von weniger als 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen
Partnerunternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mind. 25 %, aber höchstens 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen, aber ohne beherrschenden Einfluss
Verbundene Unternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mehr als 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte oder beherrschendem Einfluss an bzw. von anderen Unternehmen

   Hinweise
   – Maßgeblich ist der letzte Rechnungsabschluss. Bei Unternehmen, die nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind Bücher zu führen und regelmäßig Abschlüsse zu machen und die auch keine Bücher führen und keine Abschlüsse machen, können die Angaben zum Jahresumsatz geschätzt werden.
   – Bei Partnerunternehmen müssen zur Bestimmung dieser Angaben auch die beschäftigten Personen und die Jahresumsätze bzw. die Jahresbilanzsummen dieser Unternehmen angerechnet werden. Die Anrechnung erfolgt proportional zum jeweils höheren Anteil der Beteiligung, bei wechselseitigen Beteiligungen entsprechend dem höheren dieser beiden Anteile.
   – Bei verbundenen Unternehmen erfolgt die Anrechnung in vollem Umfang.

3. Unternehmen in Schwierigkeiten (UIS). Gemäß den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Förderungen zur Rettung und Umstrukturierungen von Unternehmen in Schwierigkeiten befindet sich ein Unternehmen dann in Schwierigkeiten, wenn es auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher zur Einstellung seiner Geschäftstätigkeit gezwungen sein wird. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn das Unternehmen Gegenstand eines Insolvenzverfahrens ist oder die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger erfüllt sind.
   Für Kapital- und Personengesellschaften ist dies darüber hinaus insbesondere dann der Fall, wenn bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als die Hälfte des bezeichneten Stammkapitals verloren gegangen ist bzw. bei Gesellschaften, in denen mindestens einige Gesellschafter unbeschränkt für Schulden der Gesellschaft haften (z. B. GbR), mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel verloren gegangen ist.

4. Gegen mein Unternehmen besteht keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt, der das Unternehmen nicht nachgekommen ist.

5. Für die beantragte Maßnahme habe ich gem. Nr. 6.1 der Richtlinien keine anderweitigen Förderungen beantragt oder erhalten.

6. Alle Tiere, für die ich einen Zuschuss beantrage, sind im Zuchtbuch einer anerkannten Züchtervereinigung eingetragen.

7. Mir ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Förderung nicht besteht und auch durch diese Antragstellung nicht begründet wird.

8. Ich verpflichte mich, unverzüglich mitzuteilen, wenn sich die für die Förderung maßgeblichen Umstände ändern oder wegfallen.

9. Ich verpflichte mich für die Dauer des fünfjährigen Verpflichtungszeitraums
   a) meinen Betrieb selbst zu bewirtschaften, die Tiere tierschutzgerecht zu halten und die Anforderungen der guten landwirtschaftlichen Praxis zu erfüllen,
   b) die Schafrasse, für die ich eine Förderung beantrage zu halten
   c) im Durchschnitt die im ersten Jahr des Fünfjahreszeitraums bewilligte Anzahl Schafe zu halten und
   d) an einem Erhaltungszuchtprogramm teilzunehmen.

[1] Definition der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gemäß Art. 2 Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 (ABl L 193 vom 1. Juli 2014, S. 1).
[2] Teilzeit- und Saisonarbeitskräfte sind anteilig zu werten..
[3] In bestimmten Fällen sind Ausnahmen möglich. Auskünfte dazu erteilt die für die Förderung zuständige Stelle.

10. Mir ist bekannt, dass
    a) Unterlagen, die für die Festsetzung des Zuschusses von Bedeutung sind, für Zwecke der Prüfung 5 Jahre aufzubewahren sind.
    b) das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie der Bayerische Oberste Rechnungshof das Recht haben, die Voraussetzungen für die Gewährung eines Zuschusses durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in Bücher und Belege entweder selbst zu prüfen oder durch Beauftrage prüfen zu lassen und Auskünfte einzuholen.
    c) die Angaben im Antrag subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes und Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes sind und ich im Falle unrichtiger Angaben wegen Subventionsbetrug bestraft werden kann.
    d) gemäß Nr. 9 der Richtlinien, bei Überschreiten der Einzelbeihilfe von 60.000 €/Betrieb, meine Förderdaten auf einer Beihilfe-Website veröffentlicht werden.

11. Datenschutzrechtlicher Hinweis: Die mit diesem Antrag erhobenen Daten werden zur Feststellung der Förderbedingungen und Förderhöhe benötigt und teilweise gespeichert.

12. Ich nehme zur Kenntnis, dass, wenn sich während des Verpflichtungszeitraums maßgebliche rechtliche Vorgaben so ändern sollten, dass die freiwilligen Verpflichtungen der beantragten Maßnahme abgeändert werden müssen, die beantragte Maßnahme vorzeitig beendet werden kann, ohne dass bereits gewährte Fördergelder zurückerstattet werden müssen.

Ich versichere, dass meine im Antrag gemachten Angaben richtig und vollständig sind und für diese Maßnahme keine anderweitige Förderung aus staatlichen Mitteln beantragt wird.

Ort, Datum	Unterschrift des Antragstellers

Bearbeitungsvermerk

Datum, Unterschrift, Amtsbezeichnung	eingegeben am, Namenszeichen

Anlage 5
(zu Nr. 7.1 Satz 1)

Antragsteller (Name, Vorname bzw. Unternehmensbezeichnung)	BY 09 Betriebsnummer
Straße, Hs.-Nr, Ortsteil	
PLZ, Ort	
Telefon	

Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft
Kompetenzzentrum Förderprogramme
Heinrich-Rockstroh-Str. 10
95615 Marktredwitz

Eingangsstempel

Achtung:
Der Antrag ist bis spätestens 15. November einzureichen!

Förderantrag auf Gewährung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Pferde)

gemäß den Richtlinien vom 26. November 2018 Az.: L5-7407-1/598

☐ Nach Maßgabe der geltenden Richtlinien beantrage ich eine Förderung
Beginn des Fünfjahreszeitraums ☐.

Mit der Antragstellung gilt gemäß Nr. 7.1 der Richtlinien die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn als erteilt. Eine Entscheidung über den Förderantrag ist damit nicht getroffen. Ein Rechtsanspruch auf eine Förderung der Maßnahme entsteht aufgrund der Antragstellung nicht.

Für die Pferderasse

Folgende Tiere werden voraussichtlich im Jahr _____ (Stichtag 01.01.) in meinem Betrieb/von mir gehalten:

	Anzahl
Rottaler Pferd	
Leutstettener Pferd	

Erklärung des Antragstellers

1. Ich bin Tierhalter/Tierbesitzer mit Tierhaltung in Bayern.

2. Mein Unternehmen gehört zur Kategorie der KMU-Unternehmen[1]. Hierzu zählen nur Unternehmen, die weniger als 250 Personen[2] beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. € erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. € beläuft.
Nicht als KMU angesehen werden können Unternehmen, bei denen mindestens 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte von öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts kontrolliert werden[3].

Unternehmen im o. g. Sinne sind:
Eigenständige Unternehmen: Unternehmen ohne Beteiligungen oder mit Beteiligungen von weniger als 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen

[1] Definition der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gemäß Art. 2 Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 (ABl L 193 vom 1. Juli 2014, S. 1).
[2] Teilzeit- und Saisonarbeitskräfte sind anteilig zu werten..
[3] In bestimmten Fällen sind Ausnahmen möglich. Auskünfte dazu erteilt die für die Förderung zuständige Stelle.

Partnerunternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mind. 25 %, aber höchstens 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen, aber ohne beherrschenden Einfluss
Verbundene Unternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mehr als 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte oder beherrschendem Einfluss an bzw. von anderen Unternehmen

Hinweise
- Maßgeblich ist der letzte Rechnungsabschluss. Bei Unternehmen, die nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind Bücher zu führen und regelmäßig Abschlüsse zu machen und die auch keine Bücher führen und keine Abschlüsse machen, können die Angaben zum Jahresumsatz geschätzt werden.
- Bei Partnerunternehmen müssen zur Bestimmung dieser Angaben auch die beschäftigten Personen und die Jahresumsätze bzw. die Jahresbilanzsummen dieser Unternehmen angerechnet werden. Die Anrechnung erfolgt proportional zum jeweils höheren Anteil der Beteiligung, bei wechselseitigen Beteiligungen entsprechend dem höheren dieser beiden Anteile.
- Bei verbundenen Unternehmen erfolgt die Anrechnung in vollem Umfang.

3. Unternehmen in Schwierigkeiten (UIS). Gemäß den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Förderungen zur Rettung und Umstrukturierungen von Unternehmen in Schwierigkeiten befindet sich ein Unternehmen dann in Schwierigkeiten, wenn es auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher zur Einstellung seiner Geschäftstätigkeit gezwungen sein wird. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn das Unternehmen Gegenstand eines Insolvenzverfahrens ist oder die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger erfüllt sind.
   Für Kapital- und Personengesellschaften ist dies darüber hinaus insbesondere dann der Fall, wenn bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als die Hälfte des bezeichneten Stammkapitals verloren gegangen ist bzw. bei Gesellschaften, in denen mindestens einige Gesellschafter unbeschränkt für Schulden der Gesellschaft haften (z. B. GbR), mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel verloren gegangen ist.

4. Gegen mein Unternehmen besteht keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt, der das Unternehmen nicht nachgekommen ist.

5. Für die beantragte Maßnahme habe ich gem. Nr. 6.1 der Richtlinien keine anderweitigen Förderungen beantragt oder erhalten.

Ort, Datum	Unterschrift des Antragstellers

Bearbeitungsvermerk

Antrag geprüft	EDV-Vermerk
Datum, Unterschrift, Amtsbezeichnung	eingegeben am, Namenszeichen

Anlage 6
(zu Nr. 7.2 Satz 1)

Antragsteller (Name, Vorname bzw. Unternehmensbezeichnung)	BY 09 Betriebsnummer
Straße, Hs.-Nr, Ortsteil	
PLZ, Ort	
Telefon	

Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft
Kompetenzzentrum Förderprogramme
Heinrich-Rockstroh-Str. 10
95615 Marktredwitz

Eingangsstempel

Achtung:
Der Antrag ist bis spätestens 15. November einzureichen!

Antrag auf Auszahlung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Pferde)

gemäß den Richtlinien vom 26. November 2018 Az.: L5-7407-1/598

☐ Nach Maßgabe der geltenden Richtlinien beantrage ich **erstmals** für das Jahr 20____ eine Förderung für nachstehend aufgeführte Zuchttiere (= Beginn des Fünfjahreszeitraums)

☐ **Folgeantrag:** Nach Maßgabe der geltenden Richtlinien beantrage ich für das Jahr 20____ eine Förderung für nachfolgend aufgeführte Zuchttiere.
Beginn der Maßnahme und des Fünfjahreszeitraums: 20 .

Für die Pferderasse

☐ Rottaler Pferd ☐ Leutstettener Pferd

1. Zuchtstuten

Folgende im Zuchtbuch eingetragene Stuten standen im Förderjahr (Stichtag 01.01.) in meinem Betrieb:

Stute (Name)	Nummer	im Zuchtbuch eingetragen am	beantragter Zuschuss 250 €/Tier
		Summe	

2. Zuchthengste

Folgende im Zuchtbuch eingetragene Hengste standen im Förderjahr (Stichtag 01.01.) in meinem Betrieb:

Hengst (Name)	Nummer	im Zuchtbuch eingetragen am	beantragter Zuschuss 500 €/Tier
		Summe	

3. Zuchtstuten zur Gewinnung von Embryonen

Folgende im Zuchtbuch eingetragene Stuten wurden für die Embryogewinnung bereitgestellt:

Stute (Name	Nummer	Tag der Embryogewinnung	beantragter Zuschuss 500 €/Tier
		Summe	

Erklärung des Antragstellers

1. Ich bin Tierhalter/Tierbesitzer mit Tierhaltung in Bayern.

2. Mein Unternehmen gehört zur Kategorie der KMU-Unternehmen[1]. Hierzu zählen nur Unternehmen, die weniger als 250 Personen[2] beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. € erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. € beläuft.
   Nicht als KMU angesehen werden können Unternehmen, bei denen mindestens 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte von öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts kontrolliert werden[3].

   Unternehmen im o. g. Sinne sind:

Eigenständige Unternehmen:	Unternehmen ohne Beteiligungen oder mit Beteiligungen von weniger als 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen
Partnerunternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mind. 25 %, aber höchstens 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen, aber ohne beherrschenden Einfluss
Verbundene Unternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mehr als 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte oder beherrschendem Einfluss an bzw. von anderen Unternehmen

   Hinweise
   - Maßgeblich ist der letzte Rechnungsabschluss. Bei Unternehmen, die nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind Bücher zu führen und regelmäßig Abschlüsse zu machen und die auch keine Bücher führen und keine Abschlüsse machen, können die Angaben zum Jahresumsatz geschätzt werden.
   - Bei Partnerunternehmen müssen zur Bestimmung dieser Angaben auch die beschäftigten Personen und die Jahresumsätze bzw. die Jahresbilanzsummen dieser Unternehmen angerechnet werden. Die Anrechnung erfolgt proportional zum jeweils höheren Anteil der Beteiligung, bei wechselseitigen Beteiligungen entsprechend dem höheren dieser beiden Anteile.
   - Bei verbundenen Unternehmen erfolgt die Anrechnung in vollem Umfang.

[1] Definition der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gemäß Art. 2 Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 (ABl L 193 vom 1. Juli 2014, S. 1).
[2] Teilzeit- und Saisonarbeitskräfte sind anteilig zu werten..
[3] In bestimmten Fällen sind Ausnahmen möglich. Auskünfte dazu erteilt die für die Förderung zuständige Stelle.

3. Unternehmen in Schwierigkeiten (UIS). Gemäß den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Förderungen zur Rettung und Umstrukturierungen von Unternehmen in Schwierigkeiten befindet sich ein Unternehmen dann in Schwierigkeiten, wenn es auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher zur Einstellung seiner Geschäftstätigkeit gezwungen sein wird. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn das Unternehmen Gegenstand eines Insolvenzverfahrens ist oder die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger erfüllt sind.
   Für Kapital- und Personengesellschaften ist dies darüber hinaus insbesondere dann der Fall, wenn bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als die Hälfte des bezeichneten Stammkapitals verloren gegangen ist bzw. bei Gesellschaften, in denen mindestens einige Gesellschafter unbeschränkt für Schulden der Gesellschaft haften (z. B. GbR), mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel verloren gegangen ist.

4. Gegen mein Unternehmen besteht keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt besteht, der das Unternehmen nicht nachgekommen ist.

5. Für die beantragte Maßnahme habe ich gem. Nr. 6.1 der Richtlinien keine anderweitigen Förderungen beantragt oder erhalten.

6. Alle Tiere, für die ich einen Zuschuss beantrage, sind im Zuchtbuch einer anerkannten Züchtervereinigung eingetragen.

7. Mir ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Förderung nicht besteht und auch durch diese Antragstellung nicht begründet wird.

8. Ich verpflichte mich, unverzüglich mitzuteilen, wenn sich die für die Förderung maßgeblichen Umstände ändern oder wegfallen.

9. Ich verpflichte mich für die Dauer des fünfjährigen Verpflichtungszeitraums
   a) meinen Betrieb selbst zu bewirtschaften, die Tiere tierschutzgerecht zu halten und die Anforderungen der guten landwirtschaftlichen Praxis zu erfüllen,
   b) im Falle der Pensionstierhaltung sicherzustellen, dass die Tiere tierschutzgerecht gehalten und die Anforderungen der guten landwirtschaftlichen Praxis erfüllt werden,
   c) die Pferderasse, für die ich eine Förderung beantrage zu halten
   d) im Durchschnitt die im ersten Jahr des Fünfjahreszeitraums bewilligte Anzahl Stuten zu halten und
   e) an einem Erhaltungszuchtprogramm teilzunehmen.

10. Mir ist bekannt, dass
   a) Unterlagen, die für die Festsetzung des Zuschusses von Bedeutung sind, für Zwecke der Prüfung 5 Jahre aufzubewahren sind.
   b) das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie der Bayerische Oberste Rechnungshof das Recht haben, die Voraussetzungen für die Gewährung eines Zuschusses durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in Bücher und Belege entweder selbst zu prüfen oder durch Beauftrage prüfen zu lassen und Auskünfte einzuholen.
   c) die Angaben im Antrag subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes und Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes sind und ich im Falle unrichtiger Angaben wegen Subventionsbetrug bestraft werden kann.
   d) gemäß Nr. 9 der Richtlinien, bei Überschreiten der Einzelbeihilfe von 60.000 €/Betrieb, meine Förderdaten auf einer Beihilfe-Website veröffentlicht werden.

11. Datenschutzrechtlicher Hinweis: Die mit diesem Antrag erhobenen Daten werden zur Feststellung der Förderbedingungen und Förderhöhe benötigt und teilweise gespeichert.

12. Ich nehme zur Kenntnis, dass, wenn sich während des Verpflichtungszeitraums maßgebliche rechtliche Vorgaben so ändern sollten, dass die freiwilligen Verpflichtungen der beantragten Maßnahme abgeändert werden müssen, die beantragte Maßnahme vorzeitig beendet werden kann, ohne dass bereits gewährte Fördergelder zurückerstattet werden müssen.

Ich versichere, dass meine im Antrag gemachten Angaben richtig und vollständig sind.

Ort, Datum	Unterschrift des Antragstellers

Bearbeitungsvermerk

Antrag geprüft	EDV-Vermerk
Datum, Unterschrift, Amtsbezeichnung	eingegeben am, Namenszeichen

Anlage 7
(zu Nr. 7.1 Satz 1)

Antragsteller (Name, Vorname bzw. Unternehmensbezeichnung)	BY 09 Betriebsnummer
Straße, Hs.-Nr, Ortsteil	
PLZ, Ort	
Telefon	

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Eingangsstempel

Achtung:
Der Antrag ist bis spätestens 15. November einzureichen!

Förderantrag auf Gewährung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Ziegen)

gemäß den Richtlinien vom 26. November 2018 Az.: L5-7407-1/598

☐ Nach Maßgabe der geltenden Richtlinien beantrage ich eine Förderung
Beginn des Fünfjahreszeitraums ☐.

Mit der Antragstellung gilt gemäß Nr. 7.1 der Richtlinien die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn als erteilt. Eine Entscheidung über den Förderantrag ist damit nicht getroffen. Ein Rechtsanspruch auf eine Förderung der Maßnahme entsteht aufgrund der Antragstellung nicht.

Für die Ziegenrasse(n)

Folgende Tiere werden voraussichtlich im Jahr _____ (Stichtag 01.01.) in meinem Betrieb/von mir gehalten:

	Anzahl
Bunte Deutsche Edelziege	
Weiße Deutsche Edelziege	
Thüringer Wald Ziege	

Erklärung des Antragstellers

1. Ich bin Tierhalter/Tierbesitzer mit Tierhaltung in Bayern.

2. Mein Unternehmen gehört zur Kategorie der KMU-Unternehmen[1]. Hierzu zählen nur Unternehmen, die weniger als 250 Personen[2] beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. € erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. € beläuft.
   Nicht als KMU angesehen werden können Unternehmen, bei denen mindestens 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte von öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts kontrolliert werden[3].

[1] Definition der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gemäß Art. 2 Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 (ABl L 193 vom 1. Juli 2014, S. 1).
[2] Teilzeit- und Saisonarbeitskräfte sind anteilig zu werten..
[3] In bestimmten Fällen sind Ausnahmen möglich. Auskünfte dazu erteilt die für die Förderung zuständige Stelle.

Unternehmen im o. g. Sinne sind:

Eigenständige Unternehmen:	Unternehmen ohne Beteiligungen oder mit Beteiligungen von weniger als 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen
Partnerunternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mind. 25 %, aber höchstens 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen, aber ohne beherrschenden Einfluss
Verbundene Unternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mehr als 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte oder beherrschendem Einfluss an bzw. von anderen Unternehmen

Hinweise
- Maßgeblich ist der letzte Rechnungsabschluss. Bei Unternehmen, die nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind Bücher zu führen und regelmäßig Abschlüsse zu machen und die auch keine Bücher führen und keine Abschlüsse machen, können die Angaben zum Jahresumsatz geschätzt werden.
- Bei Partnerunternehmen müssen zur Bestimmung dieser Angaben auch die beschäftigten Personen und die Jahresumsätze bzw. die Jahresbilanzsummen dieser Unternehmen angerechnet werden. Die Anrechnung erfolgt proportional zum jeweils höheren Anteil der Beteiligung, bei wechselseitigen Beteiligungen entsprechend dem höheren dieser beiden Anteile.
- Bei verbundenen Unternehmen erfolgt die Anrechnung in vollem Umfang.

3. Unternehmen in Schwierigkeiten (UIS). Gemäß den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Förderungen zur Rettung und Umstrukturierungen von Unternehmen in Schwierigkeiten befindet sich ein Unternehmen dann in Schwierigkeiten, wenn es auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher zur Einstellung seiner Geschäftstätigkeit gezwungen sein wird. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn das Unternehmen Gegenstand eines Insolvenzverfahrens ist oder die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger erfüllt sind.
   Für Kapital- und Personengesellschaften ist dies darüber hinaus insbesondere dann der Fall, wenn bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als die Hälfte des bezeichneten Stammkapitals verloren gegangen ist bzw. bei Gesellschaften, in denen mindestens einige Gesellschafter unbeschränkt für Schulden der Gesellschaft haften (z. B. GbR), mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel verloren gegangen ist.

4. Gegen mein Unternehmen besteht keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt, der das Unternehmen nicht nachgekommen ist.

5. Für die beantragte Maßnahme habe ich gem. Nr. 6.1 der Richtlinien keine anderweitigen Förderungen beantragt oder erhalten.

Ort, Datum	Unterschrift des Antragstellers

Bearbeitungsvermerk

Antrag geprüft	EDV-Vermerk
Datum, Unterschrift, Amtsbezeichnung	eingegeben am, Namenszeichen

Anlage 8
(zu Nr. 7.2 Satz 1)

Antragsteller (Name, Vorname bzw. Unternehmensbezeichnung)	BY 09 Betriebsnummer
Straße, Hs.-Nr, Ortsteil	
PLZ, Ort	
Telefon	

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Eingangsstempel

Achtung:
Der Antrag ist bis spätestens 15. November einzureichen!

Antrag auf Auszahlung eines Zuschusses zur Erhaltung gefährdeter einheimischer landwirtschaftlicher Nutztierrassen (Ziegen)

gemäß den Richtlinien vom 26. November 2018 Az.: L5-7407-1/598

Anlage
– Kopie der Rechnung der Züchtervereinigung mit Angabe der im Zuchtbuch am 1. Januar eingetragenen Zuchttiere dieser Rassen

☐ Nach Maßgabe der geltenden Richtlinien beantrage ich **erstmals** für das Jahr 20____ eine Förderung (= Beginn des Fünfjahreszeitraums).

☐ **Folgeantrag:** Nach Maßgabe der geltenden Richtlinien beantrage ich für das Jahr 20____ eine Förderung.
Beginn der Maßnahme und des Fünfjahreszeitraums: 20 .

Für die Ziegenrasse
Folgende Tiere wurden im Antragsjahr (Stichtag 01.01.) in meinem Betrieb gehalten:

	Anzahl	**beantragter Zuschuss 25 €/Tier**
Bunte Deutsche Edelziege		
Weiße Deutsche Edelziege		
Thüringer Wald Ziege		
Summe		

StMELF – L/04a-11.2018

Erklärung des Antragstellers

1. Ich bin Tierhalter/Tierbesitzer mit Tierhaltung in Bayern.

2. Mein Unternehmen gehört zur Kategorie der KMU-Unternehmen[1]. Hierzu zählen nur Unternehmen, die weniger als 250 Personen[2] beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. € erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. € beläuft.
   Nicht als KMU angesehen werden können Unternehmen, bei denen mindestens 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte von öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts kontrolliert werden[3].

   Unternehmen im o. g. Sinne sind:

Eigenständige Unternehmen:	Unternehmen ohne Beteiligungen oder mit Beteiligungen von weniger als 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen
Partnerunternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mind. 25 %, aber höchstens 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte an bzw. von anderen Unternehmen, aber ohne beherrschenden Einfluss
Verbundene Unternehmen:	Unternehmen mit Beteiligungen von mehr als 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte oder beherrschendem Einfluss an bzw. von anderen Unternehmen

   Hinweise
   – Maßgeblich ist der letzte Rechnungsabschluss. Bei Unternehmen, die nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind Bücher zu führen und regelmäßig Abschlüsse zu machen und die auch keine Bücher führen und keine Abschlüsse machen, können die Angaben zum Jahresumsatz geschätzt werden.
   – Bei Partnerunternehmen müssen zur Bestimmung dieser Angaben auch die beschäftigten Personen und die Jahresumsätze bzw. die Jahresbilanzsummen dieser Unternehmen angerechnet werden. Die Anrechnung erfolgt proportional zum jeweils höheren Anteil der Beteiligung, bei wechselseitigen Beteiligungen entsprechend dem höheren dieser beiden Anteile.
   – Bei verbundenen Unternehmen erfolgt die Anrechnung in vollem Umfang.

3. Unternehmen in Schwierigkeiten (UIS). Gemäß den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Förderungen zur Rettung und Umstrukturierungen von Unternehmen in Schwierigkeiten befindet sich ein Unternehmen dann in Schwierigkeiten, wenn es auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher zur Einstellung seiner Geschäftstätigkeit gezwungen sein wird. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn das Unternehmen Gegenstand eines Insolvenzverfahrens ist oder die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger erfüllt sind.
   Für Kapital- und Personengesellschaften ist dies darüber hinaus insbesondere dann der Fall, wenn bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als die Hälfte des bezeichneten Stammkapitals verloren gegangen ist bzw. bei Gesellschaften, in denen mindestens einige Gesellschafter unbeschränkt für Schulden der Gesellschaft haften (z. B. GbR), mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel verloren gegangen ist.

4. Gegen mein Unternehmen besteht keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt, der das Unternehmen nicht nachgekommen ist.

5. Für die beantragte Maßnahme habe ich gem. Nr. 6.1 der Richtlinien keine anderweitigen Förderungen beantragt oder erhalten.

6. Alle Tiere, für die ich einen Zuschuss beantrage, sind im Zuchtbuch einer anerkannten Züchtervereinigung eingetragen.

7. Mir ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Förderung nicht besteht und auch durch diese Antragstellung nicht begründet wird.

8. Ich verpflichte mich, unverzüglich mitzuteilen, wenn sich die für die Förderung maßgeblichen Umstände ändern oder wegfallen.

9. Ich verpflichte mich für die Dauer des fünfjährigen Verpflichtungszeitraums
   a) meinen Betrieb selbst zu bewirtschaften, die Tiere tierschutzgerecht zu halten und die Anforderungen der guten landwirtschaftlichen Praxis zu erfüllen,
   b) die Ziegenrasse, für die ich eine Förderung beantrage zu halten
   c) im Durchschnitt die im ersten Jahr des Fünfjahreszeitraums bewilligte Anzahl Ziegen zu halten und
   d) an einem Erhaltungszuchtprogramm teilzunehmen.

[1] Definition der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gemäß Art. 2 Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 (ABl L 193 vom 1. Juli 2014, S. 1).
[2] Teilzeit- und Saisonarbeitskräfte sind anteilig zu werten..
[3] In bestimmten Fällen sind Ausnahmen möglich. Auskünfte dazu erteilt die für die Förderung zuständige Stelle.

10. Mir ist bekannt, dass
    a) Unterlagen, die für die Festsetzung des Zuschusses von Bedeutung sind, für Zwecke der Prüfung 5 Jahre aufzubewahren sind.
    b) das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie der Bayerische Oberste Rechnungshof das Recht haben, die Voraussetzungen für die Gewährung eines Zuschusses durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in Bücher und Belege entweder selbst zu prüfen oder durch Beauftrage prüfen zu lassen und Auskünfte einzuholen.
    c) die Angaben im Antrag subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes und Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes sind und ich im Falle unrichtiger Angaben wegen Subventionsbetrug bestraft werden kann.
    d) gemäß Nr. 9 der Richtlinien, bei Überschreiten der Einzelbeihilfe von 60.000 €/Betrieb, meine Förderdaten auf einer Beihilfe-Website veröffentlicht werden.

11. Datenschutzrechtlicher Hinweis: Die mit diesem Antrag erhobenen Daten werden zur Feststellung der Förderbedingungen und Förderhöhe benötigt und teilweise gespeichert.

12. Ich nehme zur Kenntnis, dass, wenn sich während des Verpflichtungszeitraums maßgebliche rechtliche Vorgaben so ändern sollten, dass die freiwilligen Verpflichtungen der beantragten Maßnahme abgeändert werden müssen, die beantragte Maßnahme vorzeitig beendet werden kann, ohne dass bereits gewährte Fördergelder zurückerstattet werden müssen.

Ich versichere, dass meine im Antrag gemachten Angaben richtig und vollständig sind und für diese Maßnahme keine anderweitige Förderung aus staatlichen Mitteln beantragt wird.

Ort, Datum	Unterschrift des Antragstellers

Bearbeitungsvermerk

Datum, Unterschrift, Amtsbezeichnung	eingegeben am, Namenszeichen

793-L

Änderung der Fischereiabgaberichtlinie

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 4. Dezember 2018, Az. L4-7997.2-1/51

1. Die Richtlinie für Zuwendungen aus der Fischereiabgabe (Fischereiabgaberichtlinie – FiAbgaR) vom 18. Mai 2004 (AllMBl. S. 238), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 23. März 2015 (AllMBl. S. 209, 2018 S. 198) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1.1 Nr. 2.2.2 wird wie folgt geändert:

1.1.1 In Satz 3 werden nach dem Wort „Fische“ die Wörter „ , Krebse und Muscheln“ eingefügt.

1.1.2 In Satz 4 werden die Wörter „und eine reguläre Ausübung der Fischerei langfristig (mindestens 20 Jahre) unterbleibt“ gestrichen.

1.1.3 Nach Satz 4 wird folgender Satz eingefügt:

„Zur Erfüllung der gesetzlichen Hegeverpflichtung ist eine laufende Kontrolle des Fischbestandes durch regelmäßige Fischbestanderhebungen durchzuführen und nachzuweisen.“

1.1.4 Der neue Satz 6 wird wie folgt gefasst:

„Die Fischereiausübung hat sich den Zielen der Forschungsvorhaben und Modellprojekte unterzuordnen und ist entsprechend im Antrag klar zu beschreiben.“

1.2 In Nr. 2.3.8 wird die Angabe „nach Nr. 3.1“ gestrichen.

1.3 Nach Nr. 3.4 wird folgende Nr. 3.5 eingefügt:

„3.5 Antragsteller, bei denen in der Vergangenheit Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Fördermaßnahmen festgestellt wurden, können für eine Dauer von bis zu drei Jahren von der Förderung ausgeschlossen werden. Ein entsprechender Beschluss wird von der Förderstelle in Abstimmung mit dem Förderbeirat getroffen.“

1.4 In Nr. 4.2 Satz 1 werden nach dem Wort „Antragstellung“ die Wörter „(Eingang bei der Förderstelle)“ eingefügt.

1.5 In Nr. 6.1.3 Satz 1 werden die Wörter „Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft, Abteilung Förderwesen und Fachrecht (LfL)“ durch die Wörter „Staatliche Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (FüAK)“ ersetzt.

1.6 In Nr. 6.2.4 Satz 1 werden die Wörter „LfL, Abteilung Förderwesen und Fachrecht“ durch die Angabe „FüAK“ ersetzt.

1.7 In Nr. 7.1.2 Satz 1 werden nach dem Wort „Personal,“ die Wörter „einschließlich Personalverwaltung,“ und nach dem Wort „Ausstattung“ die Wörter „ , z. B. EDV-Ausstattung inkl. Support; Raumkosten, inkl. Raumnebenkosten; Ersatzinvestitionen, z. B. Büromöbel“ eingefügt.

1.8 In Nr. 7.3.1 Satz 1 und 3 wird jeweils die Angabe „LfL“ durch die Angabe „FüAK“ ersetzt.

1.9 Nr. 7.3.2 wird wie folgt geändert:

1.9.1 Satz 2 wird Nr. 7.3.3.

1.9.2 Die Sätze 3 bis 8 werden Nr. 7.3.4 und werden wie folgt geändert:

1.9.2.1 Der neue Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Eine Förderung ohne Zahlungsnachweis ist nur in folgenden Fällen zulässig:

a) im Förderbereich „Verbesserung des fischereilichen Lebensraumes (Gewässerrenaturierung etc.)“ sowie

b) bei speziellen, vom Förderbeirat genehmigten Projekten oder Programmen, bei denen ebenfalls auf freiwilliger Basis entsprechende Dienstleistungen erbracht werden.“

1.9.2.2 Im neuen Satz 2 wird nach dem Wort „In“ das Wort „diesen“ durch das Wort „den“ ersetzt und nach dem Wort „Fällen“ werden die Wörter „der Buchst. a und b“ eingefügt.

1.9.2.3 Nach dem neuen Satz 6 wird folgender Absatz eingefügt:

„c) Im Bereich Jugendförderung und Inklusion: Für ehrenamtliche Dienstleistungen bei der Durchführung von Jugendzeltlagern und Jungfischertagen auf Bezirksverbandsebene sowie bei Aktionen zur Inklusion (siehe Nr. 10 im Anhang) können Arbeitsstunden gemäß den ZHLE angesetzt werden.“

1.9.3 Satz 9 wird Nr. 7.3.5.

1.9.4 Die Sätze 10 und 11 werden Nr. 7.3.6.

1.10 In Nr. 7.4 Satz 3 wird die Angabe „LfL“ durch die Angabe „FüAK“ ersetzt.

1.11 In Nr. 9 wird die Angabe „2018“ durch die Angabe „2021“ ersetzt.

1.12 Die Anlagen 1, 2, 3 und der Anhang werden nach Maßgabe der dieser Bekanntmachung als Bestandteil beigefügten **Anlagen 1, 2, 3** und **Anhang** neu gefasst.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 31. Dezember 2018 in Kraft.

Hubert Bittlmayer
Ministerialdirektor

Anlage 1

zur Fischereiabgaberichtlinie vom 18.05.2004
zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 04.12.2018

Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Ludwigstraße 2
80539 München

Antrag

auf Zuwendung aus der Fischereiabgabe

Empfänger der Zuwendung:

Name **Landesfischereiverband Bayern e. V.**
Anschrift (Straße, PLZ, Ort) **Mittenheimer Str. 4, 85764 Oberschleißheim**
Telefon/Telefax **089 642726-0/089 642726-66**

Bankverbindung:

Bank (Name und Ort)
IBAN

Zur Förderung der Fischerei in Bayern wird für das Jahr _____ eine Zuwendung

aus Mitteln der Fischereiabgabe in einer Gesamthöhe von

_____ **€**

beantragt.

1. Maßnahmen der Fischereivereine und der Bezirksverbände

Darstellung der geschätzten Aufwendungen nach Förderbereichen:
(Die jeweiligen Maßnahmen aller Vereine und Bezirksverbände sind nach Förderbereichen zusammenzufassen.)

Förderbereich	Geschätzter Aufwand €	Geschätzte Zuwendung €
z. B. Förderung der Jugendarbeit		
z. B. Anschaffung von Geräten zur Hege des Fischbestandes		
etc.		
Summe:		

2. Zentrale Maßnahmen des Landesfischereiverbandes Bayern e. V.

Darstellung der vorgeschätzten Aufwendungen nach Förderbereichen:
(Die jeweiligen Maßnahmen des LFV sind nach Förderbereichen zusammenzufassen.)

Förderbereich	Geschätzter Aufwand €	Geschätzte Zuwendung €
z. B. Förderung der Jugendarbeit		
z. B. Untersuchungen und Gutachten		
etc.		
Summe:		

3. Zuwendung für den Betrieb der Förderstelle

(Alternative Beantragung möglich; entweder nach Nr. 3.1 oder Nr. 3.2)

3.1 Geschätzte Personalkosten: _____ €

Geschätzte Sachkosten: _____ € Gesamt: _____ €

3.2 Höhe der festgelegten jährlichen Pauschalsumme für das Jahr _____ : _____ €

4. Fördervolumen

Gesamtsumme der geschätzten Zuwendungen aus den Nrn. 1, 2

und Nrn. 3.1 bzw. 3.2: _____ €

5. Bestätigung und Erklärung zu den subventionserheblichen Tatsachen

Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit der vorstehenden Angaben und bestätige/n, dass es sich bei den beantragten Maßnahmen, soweit es sich um Investitionsgüter handelt, nicht um Ersatzbeschaffungen handelt.

Mir/Uns ist bekannt, dass die

- in diesem Antrag und den dazu vorgelegten Unterlagen enthaltenen Angaben
  - zum Antragsteller und ggf. zum Zuwendungsempfänger,
  - zu den geplanten Maßnahmen,
  - zu den voraussichtlichen Gesamtkosten und zur Finanzierung der Maßnahmen,
- im nach der Durchführung/Beendigung des Vorhabens einzureichenden Verwendungsnachweis enthaltenen Angaben
  - im Sachbericht zur tatsächlichen Verwendung der Zuwendung entsprechend der Bestimmungen des Zuwendungsbescheids zur Maßnahmenausführung und zur zweckentsprechenden Verwendung,
  - zum zahlenmäßigen Nachweis,
- nach den Bestimmungen des Bewilligungsbescheids bzw. Nr. 5 ANBest-P einer Mitteilungs- und Nachweispflicht unterliegenden Sachverhalte

für die Gewährung bzw. Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung und somit subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch sind.

Ich/Wir haben davon Kenntnis, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen bei diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrugs (§ 264 StGB) zur Folge haben können.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Schreiben (Antrag) sowie der in den vorgelegten Anlagen gemachten Angaben wird hiermit versichert. Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, jede Änderung bei den gemachten Angaben unverzüglich anzuzeigen.

6. Hinweise zum Datenschutz

Die mit dem Antrag (einschließlich der Anlagen) erhobenen Daten werden zur Feststellung der Antragsberechtigung und der Höhe der Förderung benötigt und auf einem Server des IT-Dienstleistungszentrums des Freistaats Bayern gespeichert, welches durch das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung betrieben wird. Sie werden zur Abwicklung des Antrags, für entsprechende Kontrollen, für die Überwachung der Auszahlung sowie zur Erstellung des Agrarberichts und sonstiger vorgeschriebener Berichte benötigt und dazu vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verarbeitet. Die Daten werden im Rahmen der Auszahlung an die zuständige Kasse des Landes Bayern weitergeleitet.
Der Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn die erbetenen Daten angegeben werden. Nach Ablauf von 12 Jahren ab Gewährung der Zuwendung werden die Daten gelöscht.
Für die personenbezogenen Daten bleiben die VO (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Abl. L 119/1 vom 04.05.2016 und L 314/72 vom 22.11.2016) in der jeweils gültigen Fassung sowie die nationalen Datenschutzbestimmungen des Bundes und der Länder unberührt.
Sie erhalten Informationen zum Datenschutz betreffend die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Internet unter www.stmelf.bayern.de/datenschutz.

Ort, Datum	Rechtsverbindliche Unterschrift des Zuwendungsempfängers

Anlage 2

zur Fischereiabgaberichtlinie vom 18.05.2004
zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 04.12.2018

Über*

mit der Bitte um Kenntnisnahme und Weiterleitung

an die
Förderstelle beim
Landesfischereiverband Bayern e. V.
Mittenheimer Str. 4
85764 Oberschleißheim

Antrag

auf Zuwendung aus der Fischereiabgabe

Antragsteller:

Name	bei Fischereivereinen bitte angeben: 1. Vorsitzender
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)	
Telefon/Telefax	
E-Mail	

Bankverbindung:

Bank (Name und Ort)
IBAN

* Anschrift des jeweiligen Bezirksfischereiverbandes einfügen.

Beschreibung der beantragten Maßnahme (ggf. Beiblatt verwenden):

Inhalt/Umfang:

Zweck/Begründung:

Gesamtkosten der beantragten Maßnahme **€**

Ergänzende Angaben:

1. **Ist der Antragsteller alleiniger Maßnahmeträger?** ☐ Ja ☐ Nein
   Wenn **Nein**, wer ist an der Maßnahme beteiligt und in welcher Höhe?
   (ggf. Beiblatt verwenden)

2. **Wurden/werden für die beantragte Maßnahme anderweitig Zuwendungen/Mitfinanzierungen beantragt?** ☐ Ja ☐ Nein
   Wenn **Ja**, wer gewährt die Zuwendungen/Mitfinanzierungen und in welcher Höhe?
   (Ggf. Beiblatt verwenden)

3. **Antragsteller ist gemäß § 15 UStG vorsteuerabzugsberechtigt?** ☐ Ja ☐ Nein

4. **Sofern für die beantragte/n Maßnahme/n aufgrund der Vorgaben im Anhang zu den Richtlinien Bestätigungen, Gestattungen oder Genehmigungsbescheide erforderlich sind, sind sie nachstehend aufzuführen und als Anlage dem Förderantrag beizufügen**
   (z. B. Positive Stellungnahme oder Bescheid der Kreisverwaltungsbehörde bei Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensraumes der Fische).

   Soweit derartige Dokumente zum Zeitpunkt der Antragstellung vom Antragsteller nicht, oder noch nicht beschafft werden konnten, ist von der Förderstelle ein entsprechender Fördervorbehalt in der Fördervereinbarung anzubringen und die Vorlage der Dokumente zusammen mit dem Verwendungsnachweis einzufordern.

Hinweis:
Sofern eine Förderung durch Mittel aus der Fischereiabgabe gewährt wird, sind die Allgemeinen Nebenbestimmungen (ANBest-P/K) anzuwenden und als Bestandteil der Fördervereinbarung zu beachten und einzuhalten. Die Nrn. 3.1 und 3.2 ANBest-P (Vergabe von Aufträgen) werden nicht angewendet.

Für Maßnahmen mit einem **Netto-Auftragswert über 2.500 €** ist jedoch eine **Markterkundung** nachzuweisen. Dazu sind grundsätzlich drei Vergleichsangebote einzuholen und dem Antrag beizulegen.

5. Bestätigung und Erklärung zu den subventionserheblichen Tatsachen

Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit der vorstehenden Angaben und bestätige/n, dass es sich bei den beantragten Maßnahmen, soweit es sich um Investitionsgüter handelt, nicht um Ersatzbeschaffungen handelt.

Mir/Uns ist bekannt, dass die

- in diesem Antrag und den dazu vorgelegten Unterlagen enthaltenen Angaben
  - zum Antragsteller,
  - zur geplanten Maßnahme,
  - zu den voraussichtlichen Gesamtkosten und zur Finanzierung der Maßnahme,
  - zur Vorsteuerabzugsberechtigung,
- im nach der Durchführung/Beendigung der Maßnahme einzureichenden Verwendungsnachweis enthaltenen Angaben
  - zur tatsächlichen Verwendung der Zuwendung entsprechend der Bestimmungen des Zuwendungsbescheids zur Maßnahmenausführung und zur zweckentsprechenden Verwendung
  - zum zahlenmäßigen Nachweis
- nach den Bestimmungen des Bewilligungsbescheids bzw. Nr. 5 ANBest-P/ANBest-K einer Mitteilungs- und Nachweispflicht unterliegenden Sachverhalte

für die Gewährung bzw. Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung und somit subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch sind.

Ich/Wir haben davon Kenntnis, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen bei diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrugs (§ 264 StGB) zur Folge haben können.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Schreiben (Antrag) sowie der in den vorgelegten Anlagen gemachten Angaben wird hiermit versichert. Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, jede Änderung bei den gemachten Angaben unverzüglich anzuzeigen.

6. Hinweise zum Datenschutz

Die mit dem Antrag (einschließlich der Anlagen) erhobenen Daten werden zur Feststellung der Antragsberechtigung und der Höhe der Förderung benötigt und auf einem Server des LFV gespeichert. Sie werden zur Abwicklung des Antrags, für entsprechende Kontrollen und für die Auszahlung benötigt und dazu verarbeitet. Der Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn die erbetenen Daten angegeben werden. Nach Ablauf von 12 Jahren ab Gewährung der Zuwendung werden die Daten gelöscht.
Für die personenbezogenen Daten bleiben die VO (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Abl. L 119/1 vom 04.05.2016 und L 314/72 vom 22.11.2016) in der jeweils gültigen Fassung sowie die nationalen Datenschutzbestimmungen des Bundes und der Länder unberührt.
Sie erhalten Informationen zum Datenschutz betreffend die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch den Landesfischereiverband Bayern e. V. im Internet unter www.lfvbayern.de/datenschutz.

Ort, Datum	Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers (bei Fischereivereinen vom 1. Vorsitzenden)

Zur Bearbeitung durch die Förderstelle:
(Nicht vom Antragsteller auszufüllen!)

Prüfungsvermerk:

Ggf. Bemerkungen:

Antrag geprüft und Fördervereinbarung mit Datum vom _____ erstellt.

Datum	Unterschrift
Oberschleißheim, den	

Anlage 3

zu Nrn. 3.1 bzw. 6.1 der Fischereiabgaberichtlinie vom 18.05.2004
zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 04.12.2018

Bayerisches Staatsministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
– Referat Fischerei und Fischwirtschaft –
Ludwigstraße 2
80539 München

Antrag

auf Gewährung einer Zuwendung aus Mitteln der Fischereiabgabe
nach Nrn. 3.1 bzw. 6.1 der Fischereiabgaberichtlinie

Antragsteller:

Name
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)
Telefon/Telefax
E-Mail

Bankverbindung:

Bank (Name und Ort)
IBAN

1. Beschreibung der beantragten Maßnahme
(ausführliche Darstellung des Vorhabens inkl. des zeitlichen Ablaufs; ggf. Beiblatt verwenden)

2. Kostenaufstellung (gegliedert nach Positionen, ggf. Beiblatt verwenden)

	€
	€
	€
	€
	€
	€
Gesamtkosten	**€**

3. Kostenaufteilung über die Projektjahre (Erläuterung d. zeitlichen Ablaufs unter Nr. 1)

Jahre	201	201	201	201
Kosten in €				

4. Finanzierungsplan (Darstellung der Finanzierung)

Eigenmittel	€
Zuwendung aus der Fischereiabgabe	€
andere Finanzierungsmittel[1)]	€
	€
	€
Gesamtkosten	**€**

[1)] bitte näher erläutern:

5. Durchführung der Maßnahme

Träger der Maßnahme/des Projektes und verantwortlich für deren Durchführung ist:

_____

Sofern die Maßnahme/das Projekt von mehreren Personen/Organisationen/
Einrichtungen gemeinsam durchgeführt und finanziert wird, ist dem Antrag ggf. auch eine entsprechende Vereinbarung über die gemeinsame Aktion und Finanzierung beizufügen. Dabei ist in der Vereinbarung zu benennen, wer als Träger der Maßnahme und Antragsteller auftritt.

6. Antragsteller ist gemäß § 15 UStG vorsteuerabzugsberechtigt? ☐ Ja ☐ Nein

7. Bestätigung und Erklärung zu den subventionserheblichen Tatsachen

Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit der vorstehenden Angaben und bestätige/n, dass es sich bei den beantragten Maßnahmen, soweit es sich um Investitionsgüter handelt, nicht um Ersatzbeschaffungen handelt.

Mir/Uns ist bekannt, dass die

- In diesem Antrag und den dazu vorgelegten Unterlagen enthaltenen Angaben
  - zum Antragsteller und ggf. zum Zuwendungsempfänger,
  - zu geplanten Maßnahme,
  - zu den voraussichtlichen Gesamtkosten und zur Finanzierung der Maßnahme (Finanzierungsplan),
- im nach der Durchführung/Beendigung des Vorhabens einzureichenden Verwendungsnachweis enthaltenen Angaben
  - im Sachbericht zur tatsächlichen Verwendung der Zuwendung entsprechend der Bestimmungen des Zuwendungsbescheids zur Maßnahmenausführung und zur zweckentsprechenden Verwendung
  - zum zahlenmäßigen Nachweis
- nach den Bestimmungen des Bewilligungsbescheids bzw. Nr. 5 ANBest-P/ANBest-K einer Mitteilungs- und Nachweispflicht unterliegenden Sachverhalte

für die Gewährung bzw. Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung und somit subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch sind.

Ich/Wir haben davon Kenntnis, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen bei diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrugs (§ 264 StGB) zur Folge haben können.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Schreiben (Antrag) sowie der in den vorgelegten Anlagen gemachten Angaben wird hiermit versichert. Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, jede Änderung bei den gemachten Angaben unverzüglich anzuzeigen.

8. Hinweise zum Datenschutz

Die mit dem Antrag (einschließlich der Anlagen) erhobenen Daten werden zur Feststellung der Antragsberechtigung und der Höhe der Förderung benötigt und auf einem Server des IT-Dienstleistungszentrums des Freistaats Bayern gespeichert, welches durch das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung betrieben wird. Sie werden zur Abwicklung des Antrags, für entsprechende Kontrollen, für die Überwachung der Auszahlung sowie zur Erstellung des Agrarberichts und sonstiger vorgeschriebener Berichte benötigt und dazu vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verarbeitet. Die Daten werden im Rahmen der Auszahlung an die zuständige Kasse des Landes Bayern weitergeleitet.

Der Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn die erbetenen Daten angegeben werden. Nach Ablauf von 10 Jahren ab Gewährung der Zuwendung werden die Daten gelöscht.
Für die personenbezogenen Daten bleiben die VO (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Abl. L 119/1 vom 04.05.2016 und L 314/72 vom 22.11.2016) in der jeweils gültigen Fassung sowie die nationalen Datenschutzbestimmungen des Bundes und der Länder unberührt. Sie erhalten Informationen zum Datenschutz betreffend die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Internet unter www.stmelf.bayern.de/datenschutz.

Ort, Datum	Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers

Anhang zur Fischereiabgaberichtlinie vom 18.05.2004
zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 04.12.2018

Anhang
zur Fischereiabgaberichtlinie

I. Gremien und Kompetenzen

1. Förderstelle

Beim Landesfischereiverband Bayern e. V. (LFV) wird die Gewährung und Verwaltung der Fördermittel aus der Fischereiabgabe (Förderung) durch eine Förderstelle abgewickelt. Sie ist eine eigenständige Einrichtung des LFV, jedoch dem geschäftsführenden Präsidium unterstellt; Aufsicht und Kontrolle werden durch den Präsidenten und den Schatzmeister ausgeübt.
Sie ist an die einschlägigen Vorgaben der Förderrichtlinie und dieses Anhangs sowie die Beschlüsse des Förderbeirats gebunden.

2. Förderbeirat

2.1 Zusammensetzung

Der Förderbeirat des LFV besteht aus dem geschäftsführenden Präsidium des LFV, dem Generalsekretär des LFV, der Förderstelle, den Präsidenten der Bezirksfischereiverbände (BFV) sowie je einem Vertreter des Instituts für Fischerei der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL), der Fischereifachberatungen der Bayerischen Bezirke und der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (FüAK). Die Leitung obliegt dem Präsidenten des LFV.
Zur Abhandlung spezieller Themenbereiche können weitere Personen (ohne Stimmrecht) zugezogen werden (z. B. Artenschutzreferent des LFV zu entsprechenden Fachfragen, Vertreter der jeweils zuständigen Fischereifachberatung zu Fragen bei lebensraumverbessernden Maßnahmen, ein Vertreter des Ref. 54 des Bayerischen Landesamts für Umwelt zu speziellen Fragen beim Gewässerbau etc.).

2.2 Arbeitsweise

Der Förderbeirat tagt bei Bedarf, mindestens jedoch einmal im Jahr. Die Ladungsfrist für Beiratssitzungen beträgt zwei Wochen. Anträge, die im Förderbeirat zu behandeln sind und die Unterlagen dazu sollten der Förderstelle mindestens zwei Monate vor der Beiratssitzung zur Prüfung vorliegen. Sie sind den Mitgliedern spätestens mit der Sitzungseinladung vollständig zuzustellen. In jeder Sitzung wird der Monat für die jeweils kommende Sitzung festgelegt und im Protokoll bekannt gegeben.
In geeigneten Ausnahmefällen können Beschlüsse auf Anregung der Förderstelle auch im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst werden. Dazu sind die vollständigen Unterlagen an die Mitglieder des Förderbeirats zu versenden; diese geben innerhalb von 20 Arbeitstagen ihr Votum dazu ab (oder widersprechen einer Beschlussfassung im Umlaufverfahren). Nach Abschluss der schriftlichen Beschlussfassung werden die Mitglieder und das StMELF über das Ergebnis informiert.
Der Förderbeirat befasst sich mit allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Förderung, die durch die Förderstelle beim LFV abgewickelt wird.
Jedes Mitglied des Förderbeirats hat eine Stimme, auch der im geschäftsführenden Präsidium des LFV ansonsten nicht stimmberechtigte Justitiar und der Generalsekretär. Soweit eine Person ggf. als Mitglied des geschäftsführenden Präsidiums des LFV und als Vertreter eines BFV in Personalunion dem Förderbeirat angehört, hat sie ebenfalls nur eine Stimme. Die Vertretung eines

Mitglieds kann im Verhinderungsfall durch einen von der entsendenden Organisation bestimmten Vertreter wahrgenommen werden.
Beschlüsse des Förderbeirats werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst und sind zu protokollieren. Begründete förder- oder haushaltsrechtliche Bedenken eines Mitglieds hat der Beirat zu behandeln. Trägt der Beschluss den Bedenken nicht Rechnung, bedarf er der Zustimmung des StMELF.

2.3 Kompetenzen

Der Förderbeirat entscheidet auch bei speziellen Maßnahmen, bei denen eine eindeutige Zuordnung zu den in Abschnitt II genannten Förderbereichen nicht möglich ist oder die ein Investitionsvolumen von 50.000 € überschreiten.
In begründeten Einzelfällen oder für einzelne Förder- bzw. Maßnahmenbereiche kann der Förderbeirat auch eine Über- bzw. Unterschreitung der jeweiligen Fördersätze oder Höchstsummen beschließen. Derartige Beschlüsse können nicht gegen die Stimmen der Vertreter des Instituts für Fischerei und der FüAK erfolgen. Wird keine Übereinstimmung erzielt, entscheidet das StMELF.
Werden von der Förderstelle Zuwendungsanträge ganz oder teilweise abgelehnt und erhebt der Antragsteller dagegen Widerspruch, so ist dieser dem Förderbeirat vorzulegen, der abschließend entscheidet.
Der Förderbeirat ist auch für Fragen der Koordination im Rahmen des Fördervollzuges zuständig.
Der Förderbeirat entscheidet nach den Vorgaben der Richtlinie.

3. Bezirksfischereiverbände (BFV) und Landesfischereiverband Bayern e. V. (LFV)

Die BFV und der LFV haben beratende sowie mitwirkende Funktion in Angelegenheiten der Förderung und unterstützen die Antragsteller bei der Vorbereitung und Durchführung der zu fördernden Maßnahmen entsprechend.
Sie wirken bei der Erstellung und Fortführung der regionalen Artenhilfsprogramme gemäß Abschnitt II Nr. 3 mit und stimmen diese mit der jeweiligen Fachberatung für das Fischereiwesen der Bezirke (Fachberatung) ab.
Die BFV sind berechtigt, an Besatzmaßnahmen nach Abschnitt II Nr. 3.2.3 vor Ort teilzunehmen.
Auch bei Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensraums der Fische haben sie koordinierende Funktion und bereiten entsprechende Maßnahmen in Zusammenarbeit mit anderen beteiligten Institutionen, wie Behörden der Wasserwirtschaftsverwaltung, Kreisverwaltungsbehörden, Naturschutzverbänden etc., vor.
Neben den allgemeinen Verwaltungsaufgaben eines Dachverbands und der Mitgliederbetreuung stehen vor allem auch die Öffentlichkeitsarbeit und die Förderung der Fischerjugend im Vordergrund.

II. Förderbereiche, Programme und Projekte

1. Grundsätzliches

Als Folgemaßnahme aus den Fischartenkartierungen und Monitorings sind insbesondere der **Schutz und die Verbesserung des Lebensraums der Fische** als zentrale Aufgabenstellungen des LFV und der BFV einzustufen und durch geeignete Programme und Projekte besonders zu fördern.
Eine Beteiligung Dritter an der Finanzierung einer Maßnahme darf nicht zu einer Überfinanzierung führen. Der Anteil der Eigenmittel des Antragstellers muss mindestens 10 % betragen, sofern nicht ausdrücklich ein Fördersatz über 90 % vorgesehen ist.

2. Maßnahmen zur Verbesserung und zum Erhalt des Lebensraums der Fische

2.1 Gefördert werden können Maßnahmen wie:

2.1.1 Schaffung von Umgehungsgerinnen (Fischtreppen, Fischpässen etc.) und Beseitigung von Querverbauungen sowie Maßnahmen zur Gewässervernetzung; Erprobung neuer Systeme zur Vermeidung von Fischschäden bei Kraftwerkspassagen.

2.1.2 Schaffung und Erhalt von Laichplätzen, Schutz-, Ruhe- und Rückzugsräumen durch geeignete Maßnahmen (z. B. Kiesbettsanierung, Totholzeinbringung, Buhnenbildung, Erarbeitung von Lenkungs- und Schutzkonzepten etc.),

2.1.3 Schaffung und Erhalt möglichst natürlicher Gewässerstrukturen; in begründeten Einzelfällen können hierzu auch der Erwerb von Immobilien (z.B. Rückzugsgewässer für heimische Fisch-, Krebs- und Muschelarten) sowie von Wasser- oder Fischereirechten und ggf. auch Maßnahmen baulicher Art gefördert werden.

2.2 Generelle Voraussetzung zur Förderung der unter Nr. 2.1 genannten Maßnahmen ist, dass sie über die Gewässerunterhaltspflicht oder bestehende gesetzliche Auflagen und rechtliche Verpflichtungen hinausgehen und dass es sich nicht um Pflichten Dritter, insbesondere nichtstaatlicher Einrichtungen, handelt, z. B. durch die Bayerische Kompensationsverordnung. Grundlage aller Fördermaßnahmen zur Verbesserung und zum Erhalt des Lebensraums der Fische ist ein Gesamtkonzept inkl. Zielfischarten, das mit der jeweiligen Fachberatung und dem BFV abgestimmt sein muss.
Voraussetzung ist außerdem, dass die Zustimmung der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde vorliegt. Entsprechende Belege sind dem jeweiligen Förderantrag beizufügen.

2.2.1 Die Förderung beträgt grundsätzlich 90 % der nachgewiesenen zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch 60.000 € je Maßnahme.

2.2.2 Synergetische Maßnahmenkombinationen können mit 95 % der nachgewiesenen zuwendungsfähigen Ausgaben gefördert werden. Darunter fallen z. B. Kombinationen wie:
- Schaffung von Laichplätzen und Jungfischhabitaten in räumlicher Verknüpfung
- synergetische Maßnahmen über mehrere Fischereirechte hinweg und andere Gemeinschaftsprojekte.

2.2.3 Zuwendungsfähig sind auch projektbezogene Ausgaben für Projektmonitoring, Konzeptentwicklung, Planerstellung und Bauaufsicht bei der Implementierung sowie Dokumentation der unter Nr. 2.1 genannten Maßnahmen.

2.2.4 Bei Maßnahmen gemäß Nr. 2.1.1 muss bei Antragstellung bereits geklärt sein, wer zum Unterhalt der geförderten Maßnahme verpflichtet ist, bzw. wer diese Verpflichtung übernimmt. Diese Regelung ist auch in der Fördervereinbarung anzuführen.

2.2.5 Soweit der Erwerb von Immobilien oder von Wasser- bzw. Fischereirechten und im Zusammenhang damit ggf. auch Maßnahmen baulicher Art gefördert werden sollen, muss der Maßnahmenträger (und damit „Antragsteller“) der LFV, ein BFV oder eine Gebietskörperschaft sein. Die Einschränkung der Trägerschaft entfällt bei Maßnahmen gemäß Nr. 2.1.1, wenn der Erwerb zur Ablösung von Wasserrechten dazu dient, durch die Beendigung der bisherigen Nutzung die Herstellung der biologischen Durchgängigkeit von Fließgewässern zu erreichen.

3. Arten- und Gewässerschutz

3.1 Aufgaben des LFV

3.1.1 Der LFV wirkt in Abstimmung mit dem StMELF bei der Konzeption und Umsetzung von Folgemaßnahmen aus Fischartenkartierungen und -Monitorings mit und widmet sich dabei insbesondere aktuellen Fragen des Arten- und Gewässerschutzes. Soweit erforderlich und veranlasst, bindet er in die Maßnahmen auch betroffene BFV und Fischereivereine ein und stimmt die Vorhaben ggf. mit Behörden und Einrichtungen ab, die damit ebenfalls befasst sind.

3.1.2 Der LFV ist federführend bei der Erstellung von Artenhilfsprogrammen zur Besatzregelung und ist hinsichtlich der in die regionalen Artenhilfsprogramme aufzunehmenden Arten koordinierend tätig. Er achtet auch auf die Einhaltung der unter Nr. 3.2.3 genannten Anforderungen an die entsprechenden Artenhilfsprogramme.

3.2 Zuwendungsfähige Maßnahmen

3.2.1 Untersuchungen und Vorhaben des Arten- und Gewässerschutzes

Untersuchungen und Vorhaben dieser Art, die der LFV durchführt, werden zu 100 % aus Mitteln der Fischereiabgabe gefördert. Die einzelnen Projekte und deren Ausgaben (Personal- und Sachkosten) sind mit einem Förderantrag gegenüber der Förderstelle zu benennen und vom Förderbeirat zu genehmigen. Die Genehmigung bei mehrjährigen Projekten ist nur einmal erforderlich.

3.2.2 Besatzmaßnahmen nach Fischsterben

Gefördert werden können Besatzmaßnahmen zum Nachteilsausgleich nach nicht selbst verschuldetem Fischsterben, soweit anerkanntermaßen kein anderweitiger Schadenersatz erlangt werden kann. Die Förderstelle prüft dabei im Zusammenwirken mit dem jeweiligen BFV und der Fachberatung nach, ob ggf. ein Schadenersatzpflichtiger ermittelt wurde und nimmt dazu erforderlichenfalls auch Kontakt mit den insoweit befassten Behörden auf.
Der Fördersatz beträgt maximal 50 % der Besatzkosten. Die Förderdauer beträgt maximal drei aufeinanderfolgende Jahre.
Von der Förderung ausgeschlossen sind Besatzmaßnahmen nach Fischsterben in Aufzuchtteichen und Angelteichen (Nutzung durch intensive Befischung und häufige Nachbesetzung).
Für die Besatzmaßnahme ist mit der jeweiligen Fachberatung ein Besatzplan abzustimmen (Besatzmenge, Arten), der die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt.
Der Besatzplan soll aus Gründen des Tierwohls qualitativ wie quantitativ auf aktuelle wie zu erwartende Lebensraumbedingungen des Gewässers abgestimmt werden. Dies gilt insbesondere, wenn natürliche, wie etwa klimatische Ursachen als Grund des Fischsterbens ermittelt wurden und infolgedessen weitere Fischsterben nicht ausgeschlossen werden können.
Maßnahmen, die den Vorgaben dieses Abschnitts nicht eindeutig entsprechen, sind im Einzelfall vom Förderbeirat zu entscheiden. Der Förderbeirat kann die Zustimmung zur Förderung mit verpflichtenden Begleitmaßnahmen, wie Bewirtschaftungskonzepten oder Belüftungseinrichtungen (siehe Nr. 4.3), verbinden.

3.2.3 Artenhilfsprogramme

3.2.3.1 Fördervoraussetzungen

Grundlage aller Besatzfördermaßnahmen ist ein vom LFV konzipiertes oder von den BFV vorgelegtes **Artenhilfsprogramm zur Besatzregelung,** das mit der jeweiligen Fachberatung und dem LFV (Artenschutzreferat) abgestimmt sein muss.

3.2.3.2 AHP, die von den BFV vorgelegt werden:

Vereine oder Fischereiberechtigte, die AHPs durchführen wollen, beantragen diese beim jeweiligen BFV.
Die BFV stellen, auf Grundlage der bei ihnen eingegangenen Anträge der Vereine oder Fischereiberechtigten, jeweils einen Sammelantrag pro Fischart. Dazu legen die Fachberatungen für Fischerei im Vorfeld mit den BFV jeweils artspezifische Gewässerkulissen fest, in die nach Möglichkeit auch Zielvorgaben der EU-WRRL einfließen. Die Besatzfische werden zentral vom antragstellenden BFV bestellt. Der BFV informiert die Fischereiberechtigten rechtzeitig über den geplanten Besatztermin. Ersatzweise geben die Fischereiberechtigten die Bestellung auf und teilen diese sowie den geplanten Besatztermin dem jeweiligen BFV mit. Anschließend reicht der BFV den Verwendungsnachweis des jeweiligen Artenhilfsprogramms bei der Förderstelle ein. Um eine reibungslose Abwicklung der Besatzförderung vornehmen zu können, sind die abgestimmten Artenhilfsprogramme jeweils zu Beginn des Förderjahres der Förderstelle vorzulegen.

3.2.3.3 Artenhilfsprogramme sind auf mindestens fünf und höchstens zehn Jahre anzulegen, ggf. fortzuschreiben und mit einer Erfolgskontrolle abzuschließen, die sich auf die gesamte Gebietskulisse bezieht.
Als Grundlage für die Erfolgskontrolle ist dem IFI nach dessen Vorgaben vom jeweiligen BFV nach Abschluss des Artenhilfsprogramms ein Kurzbericht vorzulegen. Auf dessen Grundlage erstellt das IFI, ggf. in Abstimmung mit der Fachberatung für Fischerei, eine fischart- und gebietsbezogene Erfolgskontrolle. Vereine oder Fischereiberechtigte, die ein AHP beantragen, verpflichten sich mit dem Antrag, die vorgegebenen Angaben zum Kurzbericht beim Abschluss des AHP dem BFV zu übermitteln.
In begründeten Fällen kann ein Artenhilfsprogramm über die ersten fünf Jahre hinaus in Abhängigkeit vom Ergebnis der Erfolgskontrolle auf Empfehlung der Fachberatung fortgeschrieben werden. Voraussetzung für eine Fortführung ist dabei auch das Vorliegen des Kurzberichts zur vorausgegangen AHP-Phase. Änderungen in laufenden Artenhilfsprogrammen sind vom BFV im Vorfeld mit dem Landesfischereiverband abzustimmen und dem Förderbeirat zur Beschlussfassung vorzulegen.

3.2.3.4 Es ist ein landesweit gleiches Muster für Artenhilfsprogramme anzuwenden.
Im Artenhilfsprogramm sind die jeweiligen Gewässer, die zu besetzenden Fischarten in ihrer maximalen Besatzmenge und ihrer Altersstufe und deren Fördersätze sowie eventuelle Begleitmaßnahmen festzulegen.

3.2.3.5 Grundsätzlich ist bei der Besatzförderung im Rahmen von AHP zwischen der Angelfischerei (ohne Erwerbsabsichten) und der Erwerbsfischerei zu unterscheiden. Da die Berufsfischerei erwerbsmäßig erfolgt, ist bei Anträgen von der erwerbsmäßigen Fluss- und Seenfischerei eine entsprechende Kürzung bei der Besatzförderung vorzunehmen. In der Regel wird die Hälfte des regulären Fördersatzes einer Fischart gewährt. Anträge von Berufsfischern zur Besatzförderung sind zur Entscheidung immer dem Förderbeirat vorzulegen.

3.2.3.6 Fördergegenstand und -höhe

Die im Rahmen von Besatzmaßnahmen zur Wiederbesiedelung und zum Bestandsaufbau zuwendungsfähigen Fischarten, die notwendigen Begleitmaßnahmen und die Höhe der Fördersätze gehen aus Anlage 1 hervor.
Auch ein sogenannter Pflichtbesatz kann im Rahmen dieser Maßnahme gefördert werden, wenn die entsprechende Art im jeweiligen Artenhilfsprogramm für die betreffenden Gewässer aufgeführt ist.

3.2.4 Mitwirkung der Bezirksfischereiverbände

Wie aus Nr. 3.2.3.1 hervorgeht, haben die BFV in der Planung, Umsetzung Dokumentation und Fortführung der jeweiligen Artenhilfsprogramme zur Besatzregelung eine verantwortungsvolle Aufgabenstellung zu erfüllen.
Für dafür entstehende Aufwendungen kann auf Antrag eine Entschädigung gewährt werden. Dafür steht ein jährliches Gesamtbudget von max. 35.000 € zur Verfügung. Die Höhe der Entschädigung pro BFV richtet sich nach dem Arbeitsanfall für die AHP-Anträge pro Bezirk.

4. Anschaffung von Geräten zur Hege des Fischbestands

Gefördert werden können:

4.1 Geräte zur Wasseruntersuchung, insbesondere zur Bestimmung von Sauerstoff und pH-Wert, soweit eine Bestätigung des Antragstellers beiliegt, dass die fachlichen Voraussetzungen zur Bedienung der Geräte vorliegen (z. B. Teilnahmebestätigung an Gewässerwartkursen oder berufliche Qualifikationen) sowie Anschaffungen auf Bezirksebene, die den Schutz der Fischbestände erleichtern.
Die Förderung beträgt 60 % der nachgewiesenen zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch 1.500 € je Gerät.
Ersatzteile und Ersatzchemikalien werden nicht gefördert.

4.2 Elektrofischfanggeräte, Netze, Brutboxen und Laichhilfen sowie Boote; Belüftungsanlagen können ebenso wie Transportbehälter mit Ausströmer und Sauerstoffarmatur nur dann gefördert werden, wenn sie für Hegemaßnahmen unabdingbar sind.
Die Förderung beträgt 60 % der nachgewiesenen zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch 6.000 € je Maßnahme.
Ersatzteile und Reparaturen sowie Gerätschaften zur Be- und Verarbeitung von Fischen sind nicht zuwendungsfähig.

4.3 Zur Vermeidung von Fischsterben in eutrophen Baggerseen können technische Einrichtungen oder Maßnahmen zur Sauerstoffversorgung mit einem Zuschuss von 80 % gefördert werden.
Voraussetzungen sind:

- Der Grad der Eutrophierung ist im Rahmen der fischereilichen Bewirtschaftung selbst langfristig weder zu stoppen noch zu reduzieren.
- Die Umsetzung von Maßnahmen zur Gewässersanierung (Ursachenbekämpfung der Eutrophierung) ist nicht möglich oder langfristig nicht zu erwarten.
- Ein vorangegangenes Fischsterben, zu dem ein Antrag nach 3.2.2 des Anhangs gestellt worden war oder
- ein Fischsterben, für das kein menschliches Fehlverhalten, sondern die naturräumlichen Gegebenheiten, wie z. B. Hitzeperiode, Wassermangel etc., amtlich bestätigt sind, z. B. durch Fachberatung, WWA oder LfU, und in beiden Fällen
- ein Hege- und Bewirtschaftungskonzept, das von der Fachberatung für Fischerei bestätigt wird sowie deren Empfehlung zur beantragten Maßnahme.

Maßnahmenträger bzw. Zuwendungsempfänger für die unter Nr. 4.1 bis 4.3 genannten Investitionen können alle Fischereiberechtigten sein, die ein in Bayern liegendes Gewässer bewirtschaften.

5. Anschaffung von Geräten für Lehr- und Lernzwecke

Aufnahmegeräte und Projektionssysteme, wie z. B. Camcorder und Beamer, werden mit 60 % der Ausgaben gefördert, wenn sie zu Lehr- und Lernzwecken benötigt werden.

Maßnahmenträger (und damit „Antragsteller“) können nur Fischereivereine mit Sitz in Bayern sowie die BFV und der LFV sein.
Auf Ebene des BFV kann die Anschaffung einer Drohne zur Erstellung von Filmen für Lehr- und Lernzwecke sowie zur Jugend- und Öffentlichkeitsarbeit bezuschusst werden. Vom Antragsteller ist zu bestätigen, dass die jeweils geltenden Vorschriften zum Einsatz von Drohnen bekannt sind und eingehalten werden.
Die Förderung kann einmal in fünf Jahren gewährt werden. Die Förderung beträgt 50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens aber 2.000 €.

6. Untersuchungen und Gutachten

Untersuchungen und Gutachten, insbesondere auch zur Gefährdung aquatischer Organismen, sowie die Entwicklung von Sanierungsplänen und deren Dokumentation werden mit 100 %, bis zu einem Höchstbetrag von 25.000 €, in begründeten Fällen auch höher, gefördert.
Voraussetzung ist, dass die zu erwartenden Ergebnisse für die Fischerei von allgemeinem Interesse sind und der Förderbeirat der Maßnahme zugestimmt hat.
Gutachten, die im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten angefertigt werden, sind nur dann zuwendungsfähig, wenn sie im allgemeinen Interesse liegen und der Förderbeirat zugestimmt hat. Soweit bei solchen Rechtsstreitigkeiten die gutachterlichen Kosten durch die Gegenpartei erstattet werden, ist die gewährte Förderung wieder zurückzuzahlen.
Maßnahmenträger und Antragsteller können nur bayerische BFV sowie der LFV sein.
Bei Maßnahmen der BFV ist bei der Antragstellung die Abstimmung mit der jeweiligen Fachberatung und bei Maßnahmen des LFV die Abstimmung mit dem Institut für Fischerei erforderlich.

7. Öffentlichkeitsarbeit

7.1 Nicht zuwendungsfähig sind:
- Aktivitäten und Maßnahmen im musealen Bereich auf Vereins- bzw. Bezirksverbandsebene,
- Bewirtungskosten bei Veranstaltungen und Ausstellungen,
- Informationsschriften (Bücher, Broschüren etc.), die verkauft werden,
- Festschriften, Jubiläumsausgaben oder Mitteilungen mit überwiegend vereins- oder verbandsinternen Beiträgen, Jubiläumsveranstaltungen oder Festumzüge,
- Geschenke und Preise, mit Ausnahme von Werbeträgern mit einem Einzelwert von höchstens 5 €,
- öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, die vorrangig der Erwerbsfischerei dienen.

7.2 Förderung auf Vereinsebene (Maßnahmenträger und Antragsteller)

Gefördert werden 60 % der zuwendungsfähigen Ausgaben bei Beteiligungen an Ausstellungen sowie die Erstellung von Informationsschriften, Infotafeln und Schaukästen (z. B. auf Lehrpfaden).
Vor der Erstellung von Informationsschriften (Faltblätter etc.) ist jedoch mit dem jeweiligen BFV bzw. dem LFV abzuklären, ob für die geplante Maßnahme bereits bei diesen Organisationen entsprechende Publikationen vorliegen oder ob ggf. die Maßnahme vom BFV oder LFV abgewickelt werden soll.

7.3 Förderung auf Bezirksfischereiverbandsebene (Maßnahmenträger und Antragsteller)

Gefördert werden bis zu 80 % der zuwendungsfähigen Ausgaben bei Beteiligungen an Ausstellungen und die Erstellung von Informationsschriften, Infotafeln und Schaukästen (z. B. auf Lehrpfaden) sowie die Anschaffung von Aquarien für Ausstellungszwecke. In

Ausnahmefällen können auch Kunstwerke, die einen nachhaltigen Beitrag zur fischereilichen Öffentlichkeitsarbeit leisten, mit bis zu 20.000 € gefördert werden. Auch die Erstellung von elektronischen Medienträgern kann bezuschusst werden.
Vor der Erstellung von Informationsschriften (Faltblätter etc.) oder elektronischen Medienträgern ist jedoch mit dem LFV abzuklären, ob für die geplante Maßnahme bereits beim LFV entsprechende Publikationen vorliegen oder ob ggf. die Maßnahme vom LFV abgewickelt werden soll.
Darüber hinaus sind nach Abstimmung mit dem LFV auch Aktionen im Funk, Fernsehen oder Film sowie gezielte Informationsveranstaltungen zur Darstellung der regionalen Fischerei, ihrer Leistungen für die Gesellschaft oder ihrer Probleme zu 80 % zuwendungsfähig. Dies gilt auch für die Ausrichtung von Symposien, Workshops, Hearings etc.; Beiträge der Teilnehmer und ggf. Leistungen Dritter hierzu sind jedoch von den zuwendungsfähigen Ausgaben abzuziehen.
Mit 50 % werden Ausgaben für die Anlage von digitalen Bildarchiven sowie der Erwerb von entsprechenden Fachpublikationen und Broschüren zur Archivierung gefördert.

7.4 Förderung auf Landesverbandsebene (Maßnahmenträger und Antragsteller)

Der LFV ist grundsätzlich für alle überregionalen und bedeutenden Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Soweit erforderlich, unterstützt der LFV in dieser Hinsicht auch Vereine und BFV.
Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit können gefördert werden:

7.4.1 Herausgabe und Versand der Informationszeitschrift „Bayerns Fischerei + Gewässer“. Die hierfür entstehenden Ausgaben werden zu zwei Drittel bezuschusst; Voraussetzung ist, dass der überwiegende Teil der Inhalte fachlich orientiert und von allgemeinem Interesse ist. Übersteigen die Werbeinserate sowie vereins-/verbandsinterne Beiträge/Informationen in den einzelnen Zeitschriften ein Drittel des Gesamtumfangs, so wird der Fördersatz entsprechend reduziert. Die Relation zwischen zuwendungsfähigen und nicht zuwendungsfähigen Beiträgen ist bei der Verwendungsnachweisprüfung durch die FüAK festzustellen.

7.4.2 Beteiligung an überregionalen Ausstellungen/Messen und die Erstellung/Beschaffung von Informationsmaterial sowie Schaukästen, Videofilmen und Demonstrationsobjekten (z. B. Aquarien, Videovorführgeräte etc.); Ausgaben hierfür werden mit 80 % gefördert.

7.4.3 Investitionskosten für öffentlichkeitswirksame bauliche Maßnahmen mit überregionaler Bedeutung (z. B. begehbares Großaquarium) können bis zu 100 % gefördert werden. Voraussetzung ist, dass ein tragfähiges Konzept vorgelegt wird und die Finanzierung des laufenden Betriebs für mindestens zwölf Jahre gesichert ist. Diese Maßnahmen bedürfen der Zustimmung des Förderbeirats.
Ausgaben für den Unterhalt und laufenden Betrieb sind nicht zuwendungsfähig.

7.4.4 Erstellung von Informationsmaterial (Faltblätter, Plakate, Pressemappen etc.) oder elektronischer Medienträger sowie Veröffentlichungen zu Themen des Fischarten- und Gewässerschutzes; eine Förderung von 80 % wird gewährt.

7.4.5 Anlage von digitalen Bildarchiven sowie der Erwerb von entsprechenden Fachpublikationen und Broschüren zur Archivierung. Die Ausgaben hierfür werden mit 50 % gefördert.

7.4.6 Erstellung eines langfristig angelegten Konzepts für eine fachbezogene Öffentlichkeitsarbeit. Die Ausgaben dafür und für die Umsetzung können mit 80 % gefördert werden. Dabei kann der LFV auf Vertragsbasis auch Dritte mit dieser Maßnahme beauftragen.

7.4.7 Aktionen im Funk, Fernsehen oder Film sowie gezielte Informationsveranstaltungen zur Darstellung der Fischerei, ihrer Leistungen für die Gesellschaft oder ihrer Probleme sind zu 80 %

zuwendungsfähig. Dies gilt auch für die Ausrichtung von Symposien, Workshops, Hearings etc.; Beiträge der Teilnehmer und ggf. Leistungen Dritter hierzu sind jedoch von den zuwendungsfähigen Ausgaben abzuziehen.

7.5 Zur Wahrung des kulturellen Erbes der Fischerei kann das **Deutsche Jagd- und Fischereimuseum** in München (DJFM) als Museum **mit landesweiter Bedeutung** gefördert werden.

7.5.1 Soweit dem DJFM eine **Pauschalförderung** zur Mitfinanzierung der Einrichtung und des Betriebs gewährt wird, ist Folgendes zu beachten:

7.5.1.1 Die dem DJFM gewährte Förderung erfolgt als Projektförderung und ist (abweichend zur ansonsten vorgegebenen Anteilfinanzierung) im Wege einer **Festbetragsfinanzierung** zu gewähren. Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sind ebenso zu beachten wie die ansonsten geltenden Förderrahmenbedingungen, unter denen der Landesverband die Fischereiabgabeförderung abwickelt.

7.5.1.2 Vom DJFM ist im jährlichen Förderantrag darzustellen, für welche Maßnahmen die Fördermittel verwandt werden sollen.

7.5.1.3 Für die erhaltenen Mittel ist vom DJFM ein Verwendungsnachweis zu führen, der analog den anderen Förderfällen von der Förderstelle zu prüfen ist.

7.5.1.4 Da das DJFM auch aus Mitteln der Jagdabgabe Zuwendungen erhält, ist vom Förderantrag, von der Mittelbereitstellung und auch vom Verwendungsnachweis (inklusive Prüfungsergebnis) jeweils eine Kopie dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vorzulegen zum Abgleich mit der Jagdabgabeförderung.
Bei Mehrfachförderung aus anderen Mitteln (z. B. Jagdabgabe) darf die Summe der Zuwendungen die zuwendungsfähigen Ausgaben nicht übersteigen. Eine Überfinanzierung einzelner Fördermaßnahmen ist nicht zulässig.

7.5.2 Außerdem kann dem DJFM eine zusätzliche Förderung für einzelne fischereispezifische Aktionen, Projekte oder Exponate gewährt werden. Derartige Einzelmaßnahmen werden mit 50 % gefördert.

8. Lehrgangswesen, Lehr- und Lernmittel

8.1 Fischereiberechtigte und Mitglieder von Fischereivereinen sowie Angehörige und Funktionsträger der Verbände können für die Teilnahme an Lehrgängen der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft – Institut für Fischerei – und vergleichbaren Einrichtungen sowie des LFV und der BFV eine Förderung erhalten.
Die reinen Lehrgangs- bzw. Kurskosten inkl. Lehr- und Lernmittel, die den Teilnehmern bzw. den entsendenden Organisationen entstehen, werden mit 85 % gefördert. Eine direkte Förderung der Ausgaben der Lehrgangsveranstalter ist nicht möglich.
Die Lehrgangs- bzw. Kurskosten kann nur der entsendende Verein/Verband/Fischereiberechtigte zur Förderung einreichen, wenn er dafür die Ausgaben trägt.

8.2 Zuwendungsfähig sind Lehrgänge, die dem Fischereiwesen dienlich sind, wie z. B. Fischereiaufseherkurse, Gewässerwartkurse, Rutenbauseminar, Fischverwertungskurse oder spezielle Schulungen zum tierschutzgerechten Fischen und Verwerten gefangener Fische.
Ebenso sind Ausgaben für die Lehrgangs- und Ausbildungsteilnahme für Schulungskräfte, Kurs- und Prüfungsleiter in Vorbereitungslehrgängen für die Staatliche Fischerprüfung zuwendungsfähig.

Eine Förderung der Raumausstattung für Lehr- und Lernzwecke ist nur auf Bezirks- oder Landesverbandsebene mit einem Fördersatz von 50 % möglich; Ausnahme: Ein Verein übernimmt im Auftrag eines BFV diesbezügliche überregionale Aufgaben und der Verband beteiligt sich an den Investitionskosten in entsprechender Höhe und eine entsprechende schriftliche Vereinbarung liegt vor (Hinweis: Beschränkung auf wenige Standorte).

8.3 Lehrgänge/Seminare, die den Charakter einer beruflichen Weiterbildung aufweisen, können ebenso wenig gefördert werden wie solche, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Fischerei stehen (z. B. Vereinsrecht, Steuerrecht, Naturschutzwacht etc.).
Bauliche Maßnahmen zur Schaffung von Lehr- und Lernräumen sind nicht zuwendungsfähig.

9. Jugendförderung

9.1 Der Aus- und Fortbildung der Fischerjugend ist besonderes Augenmerk zu widmen. Ein gut ausgebildeter Nachwuchs mit fachlich fundiertem Wissen trägt nicht nur zur waidgerechten Ausübung des Fischfangs und der Fischhege bei, sondern verstärkt auch das Bewusstsein für den Umgang mit der Natur und deren nachhaltiger Nutzung. Darüber hinaus prägt eine fachlich gut ausgebildete Fischerjugend auch das positive Ansehen der Fischerei in unserer Gesellschaft.
Da Jugendliche in aller Regel nur ein geringes Einkommen haben, werden sämtliche als zuwendungsfähig eingestuften Maßnahmen in der Jugendförderung mit 80 % auf Vereinsebene und 90 % auf Bezirksverbands- und Landesverbandsebene bezuschusst.
Soweit die jeweiligen Maßnahmen nicht durch die Landesleitung der Bayerischen Fischerjugend im LFV oder die Jugendleitungen in den BFV beantragt und durchgeführt werden, können auch Vereine, wenn sie Maßnahmenträger sind, Förderanträge einreichen.
Gefördert werden können:

9.2 auf Vereins-, Bezirksverbands- und Landesverbandsebene für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen:

9.2.1 Videofilme, DVDs etc.,

9.2.2 Vorführgeräte, wie z. B. Leinwände und Beamer,

9.2.3 Lehr- und Lernmittel, Mikroskope etc.,

9.2.4 Lehrfahrten mit fischereilichem Inhalt sowie Besuche von Fischereiausstellungen und Museen innerhalb Bayerns und angrenzenden (Bundes-)Ländern,

9.2.5 Seminarkosten zur Ausbildung von Jugendbetreuern (z. B. Rutenbau, Fliegenbinden, Fischverwertungskurse etc.),

9.2.6 Anschaffungskosten von Zelten (mit notwendigem Zubehör) zur Durchführung von Zeltlagern mit Aus- und Fortbildungscharakter;

9.3 auf Bezirksverbands- und Landesverbandsebene zusätzlich (zur Vorbereitung und Durchführung von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen):

9.3.1 Anschaffung von max. zwei PCs/Laptops für Lehr- und Lernprogramme für mindestens fünf Jahre,

9.3.2 DVD-Player, Phonoanlagen etc.,

9.3.3 Ausgaben zur Durchführung von Zeltlagern sowie Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, sofern sie in unmittelbarem Zusammenhang mit der Durchführung der Maßnahme entstehen (ohne Bewirtungskosten).

10. Maßnahmen zur Inklusion

Gefördert werden können bauliche Maßnahmen, die das barrierefreie Fischen durch Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung ermöglichen oder sichern.
Ebenso können Aktivitäten der Vereine und der Verbände, die der Betreuung sozial benachteiligter und körperlich oder geistig behinderter Menschen dienen und einen Bezug zur Fischerei haben, bezuschusst werden.
Die Förderung beträgt grundsätzlich **90 %** der nachgewiesenen zuwendungsfähigen Ausgaben.
Zuwendungsfähig sind Investitionen folgender Art:

- Schaffung behindertengerechter Angelplätze,
- Bau/Umbau barrierefreier Zugänge zu und behindertengerechter Sanitäreinrichtungen in Vereinsgebäuden,
- Ausweisung von Behinderten-Parkplätzen,
- Wegebaumaßnahmen zwischen Parkplatz und Angelplatz, um einen rollstuhlgerechten Zugang zu ermöglichen.

Voraussetzung bei baulichen Maßnahmen ist, dass mit dem Antrag alle notwendigen Genehmigungen vorgelegt werden.

Ehrenamtliche Dienstleistungen können nach den ZHLE abgerechnet werden (siehe Nr. 7.3.2 der Richtlinie).
Im Antrag ist, auch anhand geeigneter Fotos, darzulegen, wie die bauliche Ausgangssituation ist und welche Maßnahmen und Aktivitäten geplant sind.
Anträge mit Gesamtausgaben über 10.000 € bedürfen der vorherigen Zustimmung des Förderbeirats.
Nicht zuwendungsfähig sind reine Erhaltungsmaßnahmen und Ausgaben für Wegebau (Ausnahme siehe oben).

Anhang zur Fischereiabgaberichtlinie vom 18.05.2004
zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 04.12.2018

Anlage 1: Besatzmaßnahmen im Rahmen eines AHP (Abschnitt II Nr. 3.2.3) – Fischarten und Fördersätze

Kategorie	Fischart	Fördersätze AHP in %	Auflagen im AHP und Bedingungen für erhöhten Fördersatz[1]
AHP EZG Donau + Main + Elbe	Äsche	50	
	Bachforelle	0	30 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen
	Barbe	80	90 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen
	Nase	80	90 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen
	Nerfling	80	90 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen
	Rutte	30	60 % bei Ausweitung der Schonbestimmungen
AHP EZG Donau	Frauennerfling	80	90 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen
	Huchen	30	50 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen
	Seeforelle	80 (Fisch), 90 (Eier)	zusätzlich spezielle Konzeption durch Fachberatung für Fischerei erforderlich, Besatz nur in originären Gewässern
	Schied	50	90 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen
	Sterlet	80	zusätzlich spezielle Konzeption durch Fachberatung für Fischerei erforderlich, Besatz nur in originären Gewässern
AHP EZG Main + Elbe	Aal (Glasaal)	60	zusätzlich Konzept Fachberatung für Fischerei erforderlich, nur im EZG Elbe
AHP Kleinfischarten	Elritze	80	90 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen
	Hasel	80	90 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen
	Karausche	80	zusätzlich spezielle Konzeption durch Fachberatung für Fischerei erforderlich; nur europäische Karausche (keine asiatische); 90 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen
	Laube	0	30 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen
	Steinbeißer	80	zusätzlich spezielle Konzeption durch Fachberatung für Fischerei erforderlich; 90 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen
	Schlammpeitzger	80	90 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen
AHP weitere Arten	Schleie	0	30 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen (z. B. Reduktion Fraßdruck Waller etc.); zusätzlich spezielle Konzeption durch Fachberatung für Fischerei erforderlich
	Edelkrebs	80	zusätzlich spezielle Konzeption durch Fachberatung für Fischerei erforderlich; nur wenn Nachweis vorliegt, dass Besatzgewässer frei von Erreger Krebspest oder Besatz mit resistenten Edelkrebsen
	Wildkarpfen	0	30 % nur in Verbindung mit Begleitmaßnahmen (z. B. Reduktion Fraßdruck Waller etc.); zusätzlich spezielle Konzeption durch Fachberatung für Fischerei erforderlich

1 **Begleitmaßnahmen** sind u. a.:
- lebensraumverbessernde Maßnahmen nach Nr. 2.1.1 bis 2.1.3 (Abschnitt II des Anhangs zur Richtlinie),
- Reduktion von Prädatoren,
- zusätzliche Schonbestimmungen im Besatzbereich.

Die Begleitmaßnahmen (mit Ausnahme der zusätzlichen Schonbestimmungen) müssen in der Gewässer**kulisse**, aber nicht in allen Teilabschnitten bzw. flächendeckend erfolgen. Führt die Fischerei oder Dritte (Wasserwirtschaft, Kraftwerksbetreiber) beispielsweise am Inn Renaturierungsmaßnahmen durch, gelten diese Maßnahmen für die gesamte Gebietskulisse.
Die **Fachberatung für Fischerei** entscheidet, welcher Fördersatz für die jeweilige Fischart in den betroffenen Gebietskulissen gewährt werden kann.

2128-A

Aufhebung der Gemeinsamen Bekanntmachung zum Vollzug des Unterbringungsgesetzes

Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien für Familie, Arbeit und Soziales und des Innern, für Sport und Integration

vom 4. Dezember 2018, Az. II5/2180.01-1/61

1. Die Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit und des Innern zum Vollzug des Unterbringungsgesetzes vom 15. September 1993 (AllMBl. S. 1114) wird aufgehoben.
2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Michael Höhenberger
Ministerialdirektor

Günter Schuster
Ministerialdirektor

2171.1-A

Änderung der Bekanntmachung über den Barbetrag nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch und dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

vom 26. November 2018, Az. IV5/6521-1/52

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen über den Barbetrag nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch und dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Barbetrag) vom 11. September 2007 (AllMBl. S. 586) wird wie folgt geändert:

1.1 In Satz 3 der Einleitung wird nach der Angabe „§ 27a“ die Angabe „Satz 2“ eingefügt.

1.2 In Nr. 1.3 wird die Angabe „§ 35 Abs. 2 SGB XII“ durch die Angabe „§ 27b Abs. 2 SGB XII“ ersetzt.

1.3 Die Tabelle in Nr. 2.1.1 wird wie folgt gefasst:

Alter	Betrag neu	Barbetrag mit Zuschlag nach Nr. 2.2	gekürzter Betrag nach Nr. 2.3
1	2	3	4
4	5,00 €		3,90 €
5	6,00 €		3,90 €
6	8,50 €		5,60 €
7	10,00 €		6,50 €
8	14,50 €		9,50 €
9	16,00 €		10,40 €
10	19,50 €		12,70 €
11	21,00 €		13,70 €
12	25,00 €		16,30 €
13	28,50 €		18,60 €
14	35,50 €		23,00 €
15	41,50 €	54,00 €	27,00 €
16	47,00 €	60,50 €	30,60 €
17	53,00 €	69,00 €	34,50 €

1.4 Nr. 2.1.2.1 wird wie folgt gefasst:

„Junge Volljährige nach Nr. 1.2 erhalten mindestens 27 % der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28 SGB XII (§ 27b Abs. 2 Satz 2 SGB XII gilt analog).“

1.5 In Nr. 2.1.2.2 wird die Angabe „§ 35 Abs. 2 Satz 2 SGB XII“ durch die Angabe „§ 27b Abs. 2 Satz 2 SGB XII“ ersetzt.

1.6 In Nr. 2.2 werden in Spiegelstrich 1 die Wörter „die Haupt- oder Förderschule weiter“ durch die Wörter „weiter eine Schule“ ersetzt, das Komma wird durch das Wort „oder“ ersetzt und Spiegelstrich 2 wird aufgehoben.

1.7 Nr. 2.3 wird wie folgt geändert:

1.7.1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„[2]Dies gilt insbesondere, wenn zusätzlich zu den regelmäßigen Abwesenheitszeiten von der Einrichtung im Rahmen von Wochenendkontakten auch alle Ferienzeiten im elterlichen Haushalt verbracht werden.“

1.7.2 Folgender Satz 3 wird angefügt:

„[3]Eine Kürzung ist bereits dann nicht mehr vorgesehen, wenn z. B. An- oder Abreisetage ganz oder teilweise noch in der stationären Einrichtung verbracht werden.“

1.8 Nr. 4.1 wird wie folgt gefasst:

„[1]Der Barbetrag kann gemindert werden, soweit dessen bestimmungsgemäße Verwendung durch oder für die Leistungsberechtigten nicht möglich ist. [2]Die Höhe des angemessenen Barbetrags richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls. [3]Eine Kürzung des Barbetrags muss begründet werden.“

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Dr. Markus Gruber
Ministerialdirektor

2231-A

Änderung der U3-Bundesmittelrichtlinie

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

vom 5. Dezember 2018, Az. IV4/6511-1/217

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen über die Richtlinie zur Förderung der Betriebskosten von Plätzen für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege (U3-Bundesmittelrichtlinie) vom 28. Oktober 2009 (AllMBl. S. 355), die durch Bekanntmachung vom 11. August 2014 (AllMBl. S. 463) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1.1 In Nr. 4 Satz 1 wird die Angabe „Art. 18 Abs. 2 oder 3 BayKiBiG“ durch die Wörter „Art. 18 Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 3 BayKiBiG“ ersetzt.

1.2 In Nr. 5.3.2 Satz 1 werden die Wörter „Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat“ durch die Wörter „für die Finanzen zuständigen Staatsministeriums“ ersetzt.

1.3 Nr. 9 wird wie folgt gefasst:

„**9. Bewilligungszeitraum**

Bewilligungszeitraum ist das jeweilige Kalenderjahr.“

1.4 In Nr. 12 wird die Angabe „2018“ durch die Angabe „2021“ ersetzt.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 31. Dezember 2018 in Kraft.

Dr. Markus Gruber
Ministerialdirektor

8113.1-A

Richtlinie zur Förderung von regionalen ambulanten Diensten zur Sicherung der Teilhabe von Menschen mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen sowie sinnesbehinderten und chronisch kranken Menschen (Förderrichtlinie Regionale „Offene Behindertenarbeit")

Gemeinsame Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales und der bayerischen Bezirke

vom 9. November 2018, Az. II4/6438.06-1/68

[1]Der Freistaat Bayern und die bayerischen Bezirke gewähren nach Maßgabe dieser Richtlinie und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (insbesondere Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften) Zuwendungen für Maßnahmen der ambulanten Hilfen im Bereich der regionalen Offenen Behindertenarbeit. [2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel des Freistaates Bayern sowie der Bezirke. [3]Die Dienste der regionalen Offenen Behindertenarbeit stellen einen wichtigen Baustein in der Gesamtversorgung von Menschen mit Behinderungen dar. [4]Es handelt sich hierbei um ein sozialraumorientiertes und niedrigschwelliges Angebot für Menschen mit wesentlichen geistigen und/oder körperlichen Behinderungen sowie für sinnesbehinderte oder chronisch kranke Menschen nach den §§ 53 ff. SGB XII und deren Angehörige. [5]Für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Suchterkrankungen bestehen eigene Versorgungsstrukturen. [6]Gemeinsam mit den bayerischen Bezirken und dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales verfolgen die Dienste den Grundsatz, die Führung eines selbstständigen, eigenverantwortlichen Lebens zu ermöglichen und Familien mit behinderten Angehörigen zu entlasten. [7]Die regionalen Dienste der Offenen Behindertenarbeit schaffen Beteiligungsstrukturen für Menschen mit Behinderungen in den Diensten. [8]In Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention werden die Wahlmöglichkeit an der Ausgestaltung zum Leben in der Gemeinschaft und die volle Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft hervorgehoben. [9]Hierzu sollen unter anderen wirksame und geeignete Maßnahmen getroffen werden, um die volle Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in die Gemeinschaft und ihre Teilhabe an der Gemeinschaft zu erleichtern. [10]Durch den direkten Kontakt mit den betroffenen Menschen erhalten die regionalen Dienste der Offenen Behindertenarbeit wichtige Informationen über die Bedürfnisse und Wünsche, aber auch über bestehende Barrieren, die einer Teilhabe entgegenstehen. [11]Diese Erkenntnisse sollen zur Entwicklung des inklusiven Sozialraumes beitragen, die eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. [12]Die bayerischen Bezirke und das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales unterstützen die regionalen Dienste der Offenen Behindertenarbeit bei dieser Aufgabe.

1. Zweck der Förderung

[1]Zweck der Förderung ist es, niedrigschwellige ambulante Unterstützung zur Teilhabe von körperlich und geistig behinderten, sinnesbehinderten oder chronisch kranken Menschen, die zum Personenkreis der §§ 53 ff. SGB XII gehören, durch Träger und deren leistungsfähige Dienste anzubieten (Dienste im Sinne dieser Richtlinie sind Organisationseinheiten eines Trägers, die die Aufgaben gemäß Nr. 5 wahrnehmen), die Führung eines selbstständigen, eigenverantwortlichen Lebens zu ermöglichen und Familien mit Angehörigen mit Behinderung zu entlasten. [2]Die Dienste der regionalen Offenen Behindertenarbeit erfüllen die in der Rahmenleistungsbeschreibung dargestellten Aufgaben.

2. Gegenstand der Förderung

Die Dienste der regionalen Offenen Behindertenarbeit erhalten eine Förderung zur Wahrnehmung der unter Nr. 5.1 Satz 4 beschriebenen Aufgaben.

3. Zuwendungsvoraussetzungen

[1]Der Förderung der Dienste der regionalen Offenen Behindertenarbeit soll ein sachgerecht gewähltes Verhältnis von Bevölkerungszahl des Landkreises oder der kreisfreien Stadt zu den Fach- und Verwaltungskräften zugrunde liegen. [2]Das Verhältnis der Stellen wird anhand des Stands der Bevölkerungsentwicklung zum 31. Dezember 2016 für die Förderung ab dem Jahr 2019 und zum 31. Dezember 2017 für die Förderung ab dem Jahr 2020 überprüft. [3]Dieses Verhältnis ist mindestens

- für Fachkräfte der Offenen Behindertenarbeit einschließlich der Fachkräfte der Familienentlastenden Dienste und für Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen 1 : 50 000;
- für Verwaltungskräfte der Offenen Behindertenarbeit einschließlich der Verwaltungskräfte der Familienentlastenden Dienste und für Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen 0,33 pro Vollzeit-Fachkraft;
- für Durchführungskräfte von Familienentlastenden Diensten und Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen 1 : 50 000.

[4]Abweichungen hierzu sind in begründeten Ausnahmefällen (zum Beispiel in Ballungsräumen) möglich. [5]Der Einzugsbereich der Dienste der regionalen Offenen Behindertenarbeit (Sozialraum des Dienstes) umfasst in der Regel das Gebiet einer kreisfreien Stadt oder eines Landkreises. [6]Das Fachpersonal muss durch seine Ausbildung oder im Einzelfall durch mehrjährige Erfahrung in der Behindertenarbeit beziehungsweise in den Bereichen Familienentlastung, Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen oder durch Fortbildungsmaßnahmen für die Erfüllung der Aufgaben gemäß Nr. 5.1 geeignet sein. [7]Fachkräfte sind insbesondere Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit Diplom oder Bachelorabschluss Sozialpädagogik/Soziale Arbeit. [8]Sonstige Fachkräfte sind insbesondere Erzieherinnen und Erzieher, Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger. [9]Fachkräfte und sonstige Fachkräfte können in begründeten Fällen auch Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Angehörige der Heil- und Heilhilfsberufe sein. [10]Über die fachliche, personelle und organisatorische Konzeption sowie die Finanzierung des Dienstes ist Einverneh-

men zwischen dem Träger, seinem Spitzenverband beziehungsweise Landesverband, dem jeweiligen Bezirk sowie dem Freistaat Bayern herbeizuführen.

4. Zuwendungsempfänger

[1]Zuwendungsempfänger der Förderungen durch den Freistaat Bayern sind die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (Spitzenverbände) sowie die sonstigen auf Landesebene in Bayern wirkenden, rechtsfähigen und gemeinnützigen Verbände und die diesen Verbänden angeschlossenen Vereinigungen, die Menschen mit Behinderungen und deren Belange vertreten (Landesverbände). [2]Zuwendungsempfänger der Förderungen der Bezirke sind die einzelnen Träger der oben genannten Verbände und Vereinigungen.

5. Aufgaben der regionalen Dienste

5.1 [1]Die regionalen Dienste der Offenen Behindertenarbeit erfüllen entsprechend ihrer Personalausstattung die in der bayernweit geltenden Rahmenleistungsbeschreibung (**Anlage 1**) näher definierten Aufgaben und beachten die dort festgelegten Standards. [2]Der jeweilige Bezirk und der regionale Dienst der Offenen Behindertenarbeit können im Rahmen eines Zielvereinbarungs- oder Qualitätsgesprächs Aufgabenschwerpunkte festlegen, bei Bedarf unter Einbeziehung des jeweiligen Spitzenverbandes beziehungsweise Landesverbandes. [3]Die regionalen Dienste der Offenen Behindertenarbeit setzen zur Erfüllung ihrer Aufgaben neben Fachkräften, Verwaltungskräften und Durchführungskräften auch ehrenamtlich Tätige ein. [4]Die Träger übernehmen mittels ihrer Dienste in ihrem Einzugsbereich folgende Aufgaben:

a) allgemeine trägerneutrale Beratung, insbesondere über Angebote im Sozialraum;

b) Organisation und Sicherstellung von Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen;

c) Durchführung von Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen, soweit nicht von der Richtlinie der Bayerischen Bezirke zur Förderung von Maßnahmen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen) vom 17. März 2017 abgedeckt;

d) Organisation und Sicherstellung des Familienentlastenden Dienstes/Familienunterstützenden Dienstes;

e) Durchführung von Maßnahmen der Familienentlastenden Dienste/Familienunterstützenden Dienste;

f) Öffentlichkeitsarbeit;

g) Gewinnung, Schulung und Koordination von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern;

h) Einbindung in bestehende Netzwerke (innerhalb und außerhalb der Behindertenhilfe);

i) fachliche Leitung des Dienstes sowie Anleitung und Betreuung des sonstigen Personals des Dienstes und der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einschließlich deren Einarbeitung und Fortbildung.

[5]Soweit regionale Dienste der Offenen Behindertenarbeit nicht den gesamten Aufgabenkatalog wahrnehmen, haben sie über Kooperationen mit anderen regionalen Diensten der Offenen Behindertenarbeit in ihrem Einzugsbereich die vollständige Versorgung mit den oben genannten Leistungen sicherzustellen und entsprechende Kooperationsvereinbarungen zu schließen (**Anlage 2**). [6]Alle in demselben Einzugsgebiet tätigen Dienste der Offenen Behindertenarbeit stimmen ihre Maßnahmen aufeinander ab und arbeiten eng und arbeitsteilig zusammen. [7]Der Zuwendungsempfänger muss Gewähr für eine zweckentsprechende Durchführung dieser Aufgaben bieten.

5.2 Die Beratung in Bereichen, für die bereits eigene Beratungsangebote bestehen (zum Beispiel Schwangerenkonfliktberatung, Erziehungsberatung, Eheberatung), hat zur Vermeidung von Doppelstrukturen von diesen Beratungsstellen zu erfolgen, in enger Abstimmung mit den Diensten der Offenen Behindertenarbeit bei behinderungsspezifischen Fragestellungen.

5.3 [1]Die Träger sind gehalten, sich an Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu beteiligen oder diese selbst durchzuführen. [2]Die Öffnungszeiten der Dienste sind entsprechend dem Bedarf der Ratsuchenden festzulegen. [3]Für Berufstätige sollen wöchentliche Abendsprechstunden angeboten werden. [4]Die Leistungen der regionalen Dienste der Offenen Behindertenarbeit sollen in barrierefreien und zentral gelegenen Räumlichkeiten erbracht werden. [5]Sämtliche Leistungen der regionalen Dienste der Offenen Behindertenarbeit sind vorrangig an der Bevölkerungsstruktur des vereinbarten Versorgungsgebietes zu orientieren und an den regionalen Besonderheiten auszurichten.

6. Art und Umfang der Förderung

6.1 Die Zuwendung wird als Festbetragsfinanzierung (Förderpauschale) im Wege einer Projektförderung gewährt.

6.2 Gefördert werden im Rahmen des Zuwendungszwecks die Ausgaben für das vom Freistaat Bayern gemeinsam mit den Bezirken als erforderlich anerkannte Personal, die Sachausgaben sowie die Ausgaben für die Erstausstattung.

6.2.1 Zuwendungsfähig für den Freistaat Bayern sind nur die Personalausgaben der bewilligten Fachkräfte.

6.2.2 Für die Bezirke sind auch die Ausgaben für Verwaltungskräfte, Durchführungskräfte für Familienentlastende Dienste und Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen sowie die Sachausgaben und die Ausgaben für die Erstausstattung zuwendungsfähig.

6.3 [1]Die jährliche Förderpauschale des Freistaates Bayern für die Erfüllung der Aufgaben nach Nr. 5.1 Buchst. a, b, d und f bis i ergibt sich aus **Anlage 5**. [2]Die Zuwendungsempfänger erbringen einen Eigenanteil in Höhe von mindestens 10 % der beim Freistaat Bayern zuwendungsfähigen Ausgaben.

6.4 [1]Die Förderung des Personals durch die Bezirke erfolgt nach Kostenpauschalen. [2]Volle Kostenpauschalen stellen dabei auf die tariflich vereinbar-

te regelmäßige Wochenarbeitszeit des jeweiligen Zuwendungsempfängers ab. [3]Es wird zwischen Personalaltbestand und Neueinstellungen unterschieden. [4]Die Fortschreibung der Pauschalen erfolgt auf der Grundlage der jeweiligen Tarifentwicklung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst im Tarifgebiet West im Bereich Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände. [5]Maßgeblich sind hierfür die zum 1. Januar des Förderjahres bereits vereinbarten Tarifabschlüsse. [6]Die Förderung der Personalausgaben für die bis zum 31. Dezember 2006 eingestellten Beschäftigten (Personalaltbestand) erfolgt nach **Anlage 3a** und **3b** (Fachkräfte bis maximal Vergütungsgruppe IVb+Z, sonstige Fachkräfte bis maximal Vergütungsgruppe Vb, Verwaltungskräfte bis maximal Vergütungsgruppe VIb). [7]Dabei wird für jeden Beschäftigten die zum 31. Dezember 2006 gewährte Vergütungsgruppe beibehalten. [8]Eine Höhergruppierung des bereits beschäftigten Personals wirkt sich nicht auf die Höhe der Förderung aus. [9]Anstehende Altersstufenwechsel werden weiterhin berücksichtigt. [10]Die Zuordnung zu den einzelnen Altersklassen bestimmt sich dabei nach den Verhältnissen zu Beginn des Bewilligungszeitraumes. [11]Eine Neueinstellung liegt bei Beschäftigten vor, die ab dem 1. Januar 2007 eingestellt wurden. [12]Ein Personalwechsel innerhalb des jeweiligen Spitzenverbandes der freien Wohlfahrtspflege in Bayern wird grundsätzlich nicht als Neueinstellung gewertet. [13]Gefördert werden auf Berufsgruppen bezogene Personalausgaben mit den Pauschalen nach **Anlage 4**. [14]Von den Personalkostenpauschalen sind die Leistungen des Freistaates Bayern sowie zweckbestimmte Personalkostenzuschüsse und sonstige Leistungen Dritter für gefördertes Personal in Abzug zu bringen. [15]Bei Beschäftigten, für die von der Agentur für Arbeit im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Personalkostenzuschüsse gezahlt werden, ist nur die Differenz (Pauschale abzüglich Zuschuss der Agentur für Arbeit) förderfähig. [16]Für die Durchführung der Maßnahmen nach Nr. 5.1 Satz 4 Buchst. c und e gewähren die Bezirke als zusätzliche kommunale Förderung eine Pauschale in Höhe von 5 700 Euro pro Vollzeitkraft. [17]Die Bezirke sind nicht verpflichtet, Kürzungen der Leistungen des Staates beziehungsweise zweckbestimmte Personalkostenzuschüsse Dritter auszugleichen.

6.5 [1]Zu den tatsächlich entstehenden Sachausgaben wird von den Bezirken eine Förderpauschale in Höhe von 6 000 Euro je bewilligte volle Planstelle gewährt. [2]Bei Teilzeitkräften reduzieren sich die Förderpauschalen entsprechend.

6.6 [1]Zu den Ausgaben für die Erstausstattung wird von den Bezirken eine Förderpauschale in Höhe von 6 000 Euro je bewilligte volle Fach- und Verwaltungskraftstelle gewährt. [2]Die Pauschale für die Durchführungskräfte bei den Teilaufgaben nach Nr. 5.1 Satz 4 Buchst. c und e beträgt 5 000 Euro je Vollzeitkraft. [3]Bei Teilzeitkräften reduzieren sich die Förderpauschalen entsprechend. [4]Die Ausgaben für die Ergänzungs- und Ersatzausstattung sind mit der Sachkostenpauschale abgegolten.

6.7 [1]Die Arbeitszeiten von Teilzeitbeschäftigten werden zur Arbeitszeit einer ganzjährig vollzeitbeschäftigten Kraft zusammengefasst. [2]Die volle Pauschale stellt dabei auf die tariflich vereinbarte regelmäßige Wochenarbeitszeit der Kräfte des jeweiligen Dienstes ab. [3]Für stundenweise Beschäftigte werden für die Abrechnung als Jahresarbeitszeit einer Vollzeitkraft 1 600 Stunden zugrunde gelegt. [4]Für die übrigen Personalausgaben wird keine Förderung gewährt.

6.8 [1]Die Zuwendung verringert sich anteilig um die Zeiten, in denen eine berücksichtigungsfähige Kraft im Bewilligungszeitraum nicht beschäftigt ist oder keine Vergütung erhält. [2]Bei Teilzeitkräften reduzieren sich die Förderpauschalen entsprechend. [3]Beginnt und endet das Arbeitsverhältnis im Laufe eines Monats, wird dieser nach Tagen abgerechnet. [4]Für die Zeiten des Mutterschutzes sind die Personalausgaben für eine eingesetzte Ersatzkraft zuwendungsfähig.

6.9 [1]Die Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, für die Durchführung von Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen der Familienentlastenden Dienste/Familienunterstützenden Dienste die Finanzierungsbeteiligungen Dritter in erster Linie in Anspruch zu nehmen. [2]Gesetzliche Leistungen sind vorrangig in Anspruch zu nehmen. [3]Eine Förderung nach dieser Richtlinie entfällt, soweit für den gleichen Zuwendungszweck andere Mittel des Freistaates Bayern, der Bezirke, des Bundes, der Pflegekasse oder der Europäischen Union in Anspruch genommen werden. [4]Auf die Ausführungen zur Förderung der Personalausgaben unter Nr. 6.4 wird verwiesen.

7. Antrags- und Bewilligungsverfahren

[1]Dem Zentrum Bayern Familie und Soziales als staatliche Bewilligungsstelle sowie dem zuständigen Bezirk ist jeweils ein formgerechter Antrag vorzulegen. [2]Den Anträgen sind ein Finanzierungsplan für den beantragten Förderzeitraum, Übersichten über die förderfähigen Kräfte sowie bei Erstanträgen eine Konzeption und eine fachliche Stellungnahme des Spitzenverbandes beziehungsweise Landesverbandes beizufügen. [3]Der Bewilligungszeitraum ist das Kalenderjahr. [4]Für die Förderung ist der Bezirk zuständig, in dessen Bereich der Dienst seine Tätigkeit ausübt. [5]Bereits in der Förderung befindliche Dienste stellen den Folgeantrag nebst Anlagen über den Spitzenverband beziehungsweise Landesverband bis spätestens 15. November des Vorjahres beim Bezirk sowie beim Zentrum Bayern Familie und Soziales. [6]Die Spitzenverbände und Landesverbände sammeln die Anträge der einzelnen Dienste und prüfen sie vor. [7]Erstanträge und Stellenerweiterungsanträge reichen die Zuwendungsempfänger über den Spitzenverband beziehungsweise Landesverband bis spätestens 31. März des Vorjahres beim Bezirk und beim Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales ein. [8]Der Freistaat Bayern und der zuständige Bezirk entscheiden in enger Abstimmung jeweils in eigener Zuständigkeit über die Förderanträge. [9]Der Freistaat Bayern übersendet den Bescheid an den jeweiligen Spitzenverband beziehungsweise Landesverband und einen Abdruck davon an den Bezirk. [10]Der Bezirk übersendet den Bescheid an den Träger des Dienstes und jeweils einen Abdruck an den zuständigen Spitzenverband

beziehungsweise Landesverband und an das Zentrum Bayern Familie und Soziales. [11]Die Zuwendung kann in angemessenen Raten als Abschlagszahlung im laufenden Haushaltsjahr ausgezahlt werden. [12]Auszahlungen des Freistaates Bayern dürfen gemäß Nr. 7.1 der VV zu Art. 44 BayHO beziehungsweise Nr. 1.4 der ANBest-P jedoch nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt werden. [13]Die Schlusszahlung erfolgt bis Ende des laufenden Jahres. [14]Personaländerungen sind vorab, spätestens ab dem Monat der Beschäftigung dem zuständigen Bezirk und dem Zentrum Bayern Familie und Soziales mitzuteilen.

8. Verwendungsnachweis und Prüfungsrecht

[1]Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Beschäftigungsnachweis und einer Übersicht über alle Einnahmen und Ausgaben des geförderten Bereichs. [2]Außerdem ist als Sachbericht eine Jahresstatistik in digitaler Form vorzulegen. [3]Der Beschäftigungsnachweis enthält bezogen auf den Bewilligungszeitraum: Name, Vorname, Geburtsdatum, Berufsgruppe, Vergütungs- oder Entgeltgruppe, Beschäftigungszeit, Beschäftigungsumfang, Zeiten, in denen keine oder eine vom Beschäftigungsumfang abweichende niedrigere Vergütung gezahlt wurde und die Bruttovergütung der angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. [4]Der Nachweis über die Verwendung der Förderung ist vom Träger des Dienstes über seinen Spitzenverband beziehungsweise Landesverband bis zum 1. Juni des Folgejahres in einfacher Fertigung dem Bezirk vorzulegen. [5]Im Falle eines geplanten Zielvereinbarungsgesprächs kann die Jahresstatistik des Vorjahres im Einzelfall bereits vor dem 1. Juni vom Bezirk angefordert werden. [6]Der Bezirk leitet das Prüfungsergebnis an das Zentrum Bayern Familie und Soziales weiter. [7]Dieses behält sich das Prüfrecht im Einzelfall vor. [8]Vom Spitzenverband beziehungsweise Landesverband erhält das Zentrum Bayern Familie und Soziales bis zum 1. Juni des Folgejahres einen Sammelverwendungsnachweis, der die Gesamtfinanzierung der einzelnen Dienste in einer Übersicht darstellt. [9]Träger, die keinem Spitzenverband beziehungsweise Landesverband angehören, übersenden den Verwendungsnachweis auch an das Zentrum Bayern Familie und Soziales.

9. Rückforderung der Förderung

[1]Die Zuwendungsgeber behalten sich vor, die Zuwendung ganz oder teilweise zurückzufordern, wenn:

- der Zuwendungsempfänger die Fördermittel zu Unrecht, insbesondere durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangt hat;
- die Fördermittel nicht für den vorgesehenen Zweck verwendet wurden oder
- die berücksichtigungsfähigen Kräfte im Bewilligungszeitraum ganz oder teilweise nicht beschäftigt waren oder keine Vergütung erhalten haben.

[2]Der jeweilige Spitzenverband beziehungsweise Landesverband erhält einen Abdruck des Rückforderungsbescheides des Bezirkes beziehungsweise den Rückforderungsbescheid des Zentrum Bayern Familie und Soziales.

10. Datenschutz

[1]Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten sind die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Verordnung (EU) 2016/679 (EU-Datenschutzgrundverordnung – DSGVO) einzuhalten. [2]Das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, der zuständige Bezirk und das Zentrum Bayern Familie und Soziales sind gemeinsame Verantwortliche im Sinne von Art. 4 Nr. 7, Art. 26 Abs. 1 Satz 1 DSGVO.

11. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Michael Höhenberger
Ministerialdirektor

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Dr. Olaf Heinrich
Bezirkstagspräsident

Franz Löffler
Bezirkstagspräsident

Henry Schramm
Bezirkstagspräsident

Armin Kroder
Bezirkstagspräsident

Erwin Dotzel
Bezirkstagspräsident

Martin Sailer
Bezirkstagspräsident

Anlage 1
(zu Nr. 5.1)

Rahmenleistungsbeschreibung für die Dienste der regionalen Offenen Behindertenarbeit (regionale OBA) in Bayern

Präambel

Die vorliegende Rahmenleistungsbeschreibung zeigt das Aufgabenspektrum von Diensten der regionalen Offenen Behindertenarbeit (regionale OBA) auf und formuliert inhaltliche Grundaussagen zur Leistungserbringung. Als geförderte ambulante Dienste zur Sicherung und Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit körperlicher und/oder geistiger Behinderung sowie sinnesbehinderten und chronisch kranken Menschen in Bayern bilden sie einen zentralen Baustein im System der bayerischen Behindertenhilfe. Durch ihre flächendeckende Präsenz und ihr niedrigschwelliges Angebot sind die regionalen OBA-Dienste gemeindenahe Anlauf- und Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige.

Die Aufgaben der regionalen OBA haben sich von integrativen Denk- und Verhaltensansätzen in der Versorgung von Menschen mit Behinderungen hin zu einem sozialräumlichen Denken entwickelt, das Menschen mit Behinderungen stärkt. Dieser Ansatz muss von allen Beteiligten innerhalb eines Sozialraums im Kontext des gesellschaftlichen Inklusionsprozesses realisiert werden. Ein konzeptionelles Kennzeichen der Leistungen der Dienste ist ein hohes Maß an Sozialraumorientierung, bezogen auf den Dienst sowie den Einzelfall. Sie tragen damit wesentlich zur Realisierung der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) bei.

Unter dem Begriff „Sozialraumorientierung“ stehen Prinzipien zur Verfügung, die Grundlage einer fachlichen Weiterentwicklung für die Dienste sein können. Im Sinne der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) werden über den persönlichen Bedarf des einzelnen Menschen mit Behinderung hinaus die unterstützenden und hemmenden Faktoren seines Umfelds zur Ermöglichung von Teilhabe in den Blick genommen. Dadurch können regionale OBA-Dienste maßgeschneiderte und lebensweltnahe, selbstbestimmte Lösungswege mitgestalten.

1. Schwerpunktsetzung und Qualitätssicherung

Leitlinie für die regionale OBA ist die Sozialraumorientierung beziehungsweise Lebensweltorientierung. Ziel ist es, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu sichern. Im Fokus aller Leistungen der regionalen OBA stehen der Mensch mit Behinderung und seine Angehörigen. An seinem Willen orientieren sich die Maßnahmen der regionalen OBA. Alle Leistungen für ihn werden in Bezug auf seinen Sozialraum unter Beachtung seiner persönlichen, sozialen, materiellen und infrastrukturellen Ressourcen erbracht. Die Richtlinie gliedert deshalb die Aufgaben der Dienste in zwei Bereiche auf: unmittelbare, personenzentrierte Leistungen und mittelbare, lebensweltorientierte Leistungen.

In Städten und größeren Landkreisen gibt es in der Regel mehrere Dienste der regionalen Offenen Behindertenarbeit. Spezialisierungen auf Zielgruppen und Aufgabenschwerpunkte der Leistungserbringung sowie eine Auftei-

lung der Zuständigkeiten für bestimmte Sozialräume werden deshalb in Kooperationsvereinbarungen geregelt. So kann eine vollständige und effiziente Leistungserbringung in der Versorgungsregion gesichert werden.

Um eine für die Nutzer bayernweit vergleichbare Angebotsstruktur gewährleisten und personenzentrierte sowie lebensweltorientierte Aspekte ausreichend und ausgewogen berücksichtigen zu können, ist eine überwiegend gleiche Aufgabenschwerpunktsetzung der Leistungserbringung zielführend.

Der Erfüllungsgrad der Aufgaben kann aber aufgrund der unterschiedlichen Strukturen und personellen Ressourcen der einzelnen Dienste sowie aufgrund von Kooperationen von Diensten in der Versorgungsregion voneinander abweichen.

Der prozentuale Anteil, den die jeweilige Aufgabenerfüllung beziehungsweise Schwerpunktsetzung im Gesamtangebot des Dienstes (ohne Durchführung der FBB und FED/FUD) einnimmt, ergibt sich grundsätzlich aus den nachfolgenden Rahmenrichtwerten für die Arbeitszeit der Fachkräfte im geförderten Dienst.

Aufgabe	**Minimum**	**Maximum**
Beratung	10 %	30 %
Organisation und Sicherstellung FBB	5 %	20 %
Organisation und Sicherstellung FED	5 %	20 %
Öffentlichkeitsarbeit	5 %	20 %
Gewinnung ehrenamtlicher Mitarbeiter	5 %	10 %
Netzwerkarbeit	10 %	30 %
Leitung	10 %	20 %

Der Dienst trägt die individuellen Ist-Zeitanteile zur Aufgabenerfüllung in die Jahresstatistik ein. Dem Dienst obliegt die Art und Weise der Ermittlung der Ist-Zeitanteile.

Die Aufgaben FBB und FED/FUD bestehen aus den Bereichen Organisation und Sicherstellung sowie Durchführung. Letztere übernehmen in der Regel die Durchführungskräfte, so dass hier auf die Vorgabe von Richtwerten verzichtet wird.

Die Erfüllung der Rahmenrichtwerte kann auch durch Kooperationen der Dienste erreicht werden.

Ist vorhersehbar, dass ein Dienst von den Schwerpunktsetzungen abweicht, hat er dies dem Bezirk zeitnah mitzuteilen. Reagiert der Bezirk darauf nicht, kann er die Abweichungen nachträglich nicht beanstanden.

Es besteht auch die Möglichkeit, Abweichungen bei der Schwerpunktsetzung im Rahmen eines Zielvereinbarungs- beziehungsweise Qualitätsgesprächs zu thematisieren und zu vereinbaren.

Zielvereinbarungs- beziehungsweise Qualitätsgespräche können zwischen Vertretern des Dienstes und des Bezirks zum fachlichen Austausch und der inhaltlichen Konkretisierung des Aufgabenspektrums geführt werden. Vertreter des Spitzenverbandes werden auf Wunsch beteiligt. Diese Gespräche beziehen sich auf den Bedarf in der Versorgungsregion und erfolgen auf der Grundlage der Rahmenleistungsbeschreibung, der in der Jahresstatistik der Dienste dokumentierten Leistungen sowie den Ergebnissen früherer Gespräche.

Führt ein Bezirk keine Zielvereinbarungs- beziehungsweise Qualitätsgespräche, sind die oben genannten Rahmenrichtwerte für den Dienst nicht bindend.

Der Bezirk entscheidet im Benehmen mit dem Dienst, wie und in welchem zeitlichen Abstand Zielvereinbarungs- beziehungsweise Qualitätsgespräche geführt und Zielvereinbarungen geschlossen werden.

Zielvereinbarungen werden grundsätzlich im Rahmen von Zielvereinbarungsgesprächen für den Zeitraum von einem bis zu drei Jahren geschlossen. Sie sind für den jeweiligen regionalen OBA-Dienst und den Bezirk verbindlich.

2. Darstellung der Leistungen

Bei der Tätigkeit des OBA-Dienstes stehen die Stärkung des Selbstbewusstseins der Menschen mit Behinderungen (Empowerment), der Erfahrungsaustausch bei der Überwindung von Teilhabebarrieren (Peer Support), die Ermunterung zur aktiven Teilhabe und Selbstbestimmung und zur Wahrnehmung der eigenen Rechte im Vordergrund.

Dies kann gelingen unter anderem über die Initiierung von Unterstützerkreisen, die Initiierung einer persönlichen Zukunftsplanung, über Formen und Methoden zur Stärkung der Selbstbefähigung, der Verwendung von „leichter Sprache“ und Instrumenten/Methoden der „Unterstützten Kommunikation“. Vor allem jedoch ist die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen (Partizipation) bei der Beratung und der Realisierung von Maßnahmen wichtig.

Die nachfolgende Tabelle beschreibt die in der Förderrichtlinie genannten personenzentrierten und lebensweltorientierten Aufgaben und nennt exemplarische Leistungen. Sie dient zur Orientierung für Leistungsträger und Dienste. Nicht alle exemplarisch aufgeführten Leistungen müssen zwingend erbracht werden; nicht aufgeführte Leistungen sind möglich, soweit sie dem Förderzweck entsprechen.

Vorrang haben Fachberatungen und Spezialangebote; die Dienste sollen an diese sowie an vorrangige Leistungsträger vermitteln.

I. Unmittelbare Leistungen für Menschen mit Behinderungen (personenzentriert)

Aufgaben gemäß Richtlinie	Beschreibung der Aufgabe	Exemplarische Leistungen
a) Allgemeine trägerneutrale Beratung, insbesondere über Angebote im Sozialraum	Fachliche Beratung von Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen zu allen Fragen der Behinderung und des individuellen Bedarfs. Ausgangspunkt sind die konkrete Lebenssituation und die individuellen Ziele und Wünsche der Menschen mit Behinderungen, insbesondere ihre Ressourcen und der Bezug zum Sozialraum. Die Beratung kann erfolgen: – telefonisch – online – schriftlich – persönlich im Dienst beziehungsweise bei Hausbesuchen	1. Abklärung der Bedarfe 2. Beratung, wie z. B. psychosoziale Erstberatung zur persönlichen Lebensplanung oder zu Hilfeleistungen 3. Weitergabe von Informationen, z. B. Informationen über rechtliche Grundlagen und Hilfesysteme sowie Angebote im Sozialraum, auch außerhalb des Systems der Behindertenhilfe 4. (Weiter-)Vermittlung an Fachberatungen und Spezialangebote sowie vorrangige Leistungsträger innerhalb und außerhalb der Behindertenhilfe
b) und c) Organisation, Sicherstellung und Durchführung von Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen	OBA-Dienste entwickeln (möglichst) inklusive Freizeitangebote für Menschen mit Behinderungen und führen diese ggf. selbst durch; dabei sollte eine Teilnehmerquote der Menschen mit Behinderungen von mindestens 20 % nicht unterschritten werden. Außerdem initiieren sie Angebote außerhalb der Behindertenhilfe und kooperieren mit den Anbietern dieser Maßnahmen im Sozialraum. Zielgerichtete Veranstaltungen nur für Menschen mit Behinderungen können sie durchführen, wenn diese den Wünschen der Betroffenen entsprechen und eine Öffnung der Maßnahme für Menschen ohne Behinderungen unsachgemäß wäre. Die Bildungsangebote der OBA-Dienste zielen darauf ab, eine Zusammenarbeit mit Bildungsanbietern auf- und auszubauen.	1. Organisation/Sicherstellung – Organisation der ein- und mehrtägigen Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen möglichst unter einem inklusiven Aspekt – Sicherstellung der ein- und mehrtägigen Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen – Kooperation mit Bildungsinstitutionen 2. Durchführung Die Förderung von Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen umfasst nur stundenweise Aktivitäten, längstens bis zu einem Tag. Mehrtägige Veranstaltungen werden in einer gesonderten Richtlinie der Bezirke ab 1. Januar 2015 zu Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen geregelt. Mehrtägige Veranstaltungen werden nicht durch gefördertes Personal durchgeführt. Geförderte Fachkräfte können im Einzelfall zur Sicherstellung und zur Anleitung von Mitarbeitern und ehrenamtlichen Helfern an mehrtägigen Maßnahmen teilnehmen. 3. Zielsetzung der Maßnahmen – Stärkung des Austausches und der gegenseitigen Beratung von Menschen mit Behinderung (Peer Support) – Schaffung von Orten für Begegnung und Austausch (z. B. Freizeitclubs etc.) – Bildungsangebote zur Stärkung des Selbstbewusstseins und der eigenen Durchsetzungsfähigkeit oder zum Erwerb von Fähigkeiten zur Führung eines selbstbestimmten Lebens

Aufgaben gemäß Richtlinie	Beschreibung der Aufgabe	Exemplarische Leistungen
d) und e) Organisation, Sicherstellung und Durchführung von Familienentlastenden Diensten/ Familienunterstützenden Diensten	Nach § 19 Abs. 2 SGB IX sind Familienentlastende und -unterstützende Dienste anerkannte Rehabilitationsdienste zur Erbringung von Leistungen der Teilhabe. Ihre Leistungen im Sinne der Eingliederungshilfe richten sich an die Familie im Hinblick auf die Unterstützung des Familiensystems und an den betroffenen Menschen mit Behinderung im Hinblick auf dessen Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft.	1. Organisation des FED 2. Sicherstellung des FED 3. Durchführung des FED Einzel- oder Gruppenbetreuung stundenweise, tageweise oder auch mehrtägige Betreuungshilfen (außer mehrtägige Freizeitmaßnahmen).

II. Mittelbare Leistungen für Menschen mit Behinderungen (lebensweltorientiert)

Aufgaben gemäß Richtlinie	Beschreibung der Aufgabe	Exemplarische Leistungen
f) Öffentlichkeitsarbeit	Die Öffentlichkeitsarbeit der OBA-Dienste ist gerichtet auf: – die Information der Bevölkerung über die Inhalte und Ziele der UN-BRK – die Sensibilisierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und deren Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft – die Werbung für den gesellschaftlichen Veränderungsprozess in Richtung Inklusion – Bildungsangebote über die UN-BRK für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie für wichtige Zielgruppen des Sozialraums Außerdem informieren Dienste über ihre Angebote im Sozialraum.	OBA-Dienste sind Ansprechpartner für Pressevertreterinnen und Pressevertreter und sonstige Multiplikatoren, insbesondere zu Themen wie: – Aufklärung über Ursachen und Auswirkungen von Behinderungen – Hemmende Faktoren bei der Ermöglichung der Teilhabe – Best-Practice-Beispiele im Sozialraum – Eigene Aktivitäten und Veranstaltungen der Dienste Die Dienste führen eigene Veranstaltungen zur Öffentlichkeitsarbeit durch und nehmen an lokalen Veranstaltungen teil. Sie gestalten ihre Informationsmaterialien, wie beispielsweise Flyer oder Programmhefte usw. in leichter Sprache und gestalten eine barrierefreie Website.
g) Gewinnung, Schulung und Koordination von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	Die Gewinnung, Schulung und Koordination von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss neu überdacht werden. Neben Menschen ohne Behinderungen können auch Menschen mit Behinderungen als ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen werden. Alle ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen für ihre Tätigkeiten qualifiziert sowie fortgebildet und entsprechend ihrer Eignung eingesetzt werden.	1. Gewinnung – Öffentlichkeitsarbeit – Ehrenamtsbörsen 2. Schulung – Vermittlung von Wissen zu Behinderung, der Situation der Anfragenden über den Dienst, dessen Aufgaben und Ziele etc. – Fortbildungsmöglichkeiten zu Fachthemen 3. Koordination – Einsatzplanung – Fallbesprechungen und Rückmeldungsgespräche über Einsätze und Dokumentation

Aufgaben gemäß Richtlinie	Beschreibung der Aufgabe	Exemplarische Leistungen
h) **Einbindung in bestehende Netzwerke (innerhalb und außerhalb der Behindertenhilfe)**	Der Dienst verfügt über ausreichende Informationen über den Sozialraum. Er steht in Kontakt mit den Akteurinnen und Akteuren sowie den Institutionen des Sozialraums, um die Qualität der verschiedenen sozialräumlichen Ressourcen kennen und mit Blick auf die Menschen mit Behinderung bewerten zu können. Der Dienst geht Kooperationen mit anderen Anbietern ein, auch außerhalb des Systems der Behindertenhilfe, um damit die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Um dieses Ziel zu erreichen, wirken Dienste im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch bei der Gestaltung der sozialen Infrastruktur mit. Sie suchen und initiieren Zugänge zum Gemeinwesen.	Akteure des Sozialraums sind insbesondere: – Politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger – Anbieter von Regelangeboten – Behindertenbeauftragte – Selbsthilfegruppen – Ehrenamtsbörsen Die Struktur des Sozialraums soll im Zusammenwirken mit Menschen mit Behinderungen erkundet werden, um bestehende Barrieren und Bedarfe aufzuzeigen. Die Dienste bringen diese Erkenntnisse bei den zuständigen Verantwortlichen ein.
i) **Fachliche Leitung des Dienstes sowie Anleitung und Betreuung des sonstigen Personals des Dienstes und der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich der Einarbeitung und Fortbildung**	Die fachliche Leitung bezieht sich auf die inhaltliche, qualitative und strukturelle Organisation des Dienstes unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Grundsätze. Sie umfasst auch Veranstaltungen zur Bildung und Weiterentwicklung der Fachkenntnisse aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.	1. Konzeptioneller Bereich unter Berücksichtigung inklusiver Aspekte: – Konzeptentwicklung beziehungsweise -fortschreibung – (Exemplarisch) Qualitätsentwicklung/Qualitätsmanagement; systematische Reflexion der Leistungserbringung mit eigen definierten Standards und deren Effizienz – Überprüfung eigener Angebote auf Inklusionskompatibilität – Leistungsdokumentation, Jahresstatistik 2. Organisatorischer Bereich – Aufgaben-/Verfahrensbeschreibungen – Abstimmungsgespräche (z. B. Struktur des Dienstes) 3. Wirtschaftlicher Bereich – Verantwortung für Haushaltsetat – Internes Controlling 4. Personalbereich – Personalführung – Personalentwicklung – Personaleinsatz – Fortbildungsangebote für haupt- und ehrenamtliches Personal

Anlage 2
(zu Nr. 5.1)

Die nachfolgend genannten Dienste der regionalen Offenen Behindertenarbeit

schließen hiermit die folgende

Kooperationsvereinbarung

Die beteiligten Dienste verpflichten sich eng und arbeitsteilig im Sinn der

Richtlinie zur Förderung
von regionalen ambulanten Diensten der Offenen Behindertenarbeit
für Menschen mit geistigen und/oder körperlichen
Behinderungen, sowie sinnesbehinderten und chronisch kranken Menschen
(Förderrichtlinie Regionale „Offene Behindertenarbeit“)

zusammenzuarbeiten.

Durch diese Kooperationsvereinbarung wird gewährleistet, dass die Aufgaben der o. g. Förderrichtlinie in der nachfolgend genannten Versorgungsregion vollständig erfüllt werden.

Zur Sicherstellung der vollständigen Aufgabenerfüllung evaluieren die Kooperationspartner in regelmäßigen Abständen (z. B. 1 x jährlich nach Erstellung der Verwendungsnachweise) in geeigneter Weise die Effektivität der Arbeitsteilung. Dies kann z. B. durch jährliche Treffen und Austausch oder in anderer geeigneter Weise erfolgen. Die Ergebnisse dieser Evaluation werden dokumentiert – siehe Anlage.

Diese Kooperationsvereinbarung gilt

für den Stadt- und/oder Landkreis:	
im Bezirk:	

Die Kooperationsvereinbarung ist gültig ab	
und befristet bis zum und ist unbefristet gültig	

Die Kooperationsvereinbarung kann von jedem Kooperationspartner mit Ablauf einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Förderjahres gekündigt werden.

Kooperierende Dienste:

	Kurzbezeichnung	Spitzen-verband (Kurzbez.)	Fachkraft PlanSt	Durchführ-ungskraft PlanSt	Verwal-tungskraft PlanSt
A					
B					
C					
D					
E					
F					
G					
	Gesamt		**0,00**	**0,00**	**0,00**

Anlagen:

- ☐ Datenblatt Dienst A
- ☐ Datenblatt Dienst B
- ☐ Datenblatt Dienst C
- ☐ Datenblatt Dienst D
- ☐ Datenblatt Dienst E
- ☐ Datenblatt Dienst F
- ☐ Datenblatt Dienst G

Datum _____ Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst A

Datum _____ Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst B

Datum _____ Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst C

Datum _____ Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst D

Datum _____ Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst E

Datum _____ Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst F

Datum _____ Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst G

Datenblatt Dienst _

Kurzbezeichnung, Name, Bezeichnung, Anschrift	rechtsgeschäftlich verantwortliche/r Vertreter/in
	Name
	Tel.-Nr.
	Fax-Nr.
	E-Mail

Darstellung der Tätigkeitsfelder des Dienstes

Zutreffendes bitte ankreuzen

I. Aufgabenerfüllung

Der o. g. Dienst erfüllt **alle** Aufgaben der Förderrichtlinie Regionale OBA

☐ Ja

☐ Nein; die Tätigkeit des Dienstes beschränkt sich vorwiegend auf die Erfüllung der Aufgaben:

☐ a) Allgemeine trägerneutrale Beratung, insbesondere über Angebote im Sozialraum

Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen

☐ b) Organisation und Sicherstellung

☐ c) Durchführung

Familienentlastender Dienst/Familienunterstützender Dienst

☐ d) Organisation und Sicherstellung

☐ e) Durchführung

☐ f) Öffentlichkeitsarbeit

☐ g) Gewinnung, Schulung und Koordination von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

☐ h) Einbindung in bestehende Netzwerke (innerhalb und außerhalb der Behindertenhilfe)

☐ i) Fachliche Leitung des Dienstes sowie Anleitung und Betreuung des sonstigen Personals des Dienstes und der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich der Einarbeitung und Fortbildung

II. Versorgter Personenkreis – Behinderungsart

Der o.g. Dienst richtet seine Angebote an **alle** Menschen mit Behinderungen

☐ Ja

☐ Nein; die Angebote des Dienstes richten sich vorrangig an:

☐ Menschen mit vorrangiger geistiger Behinderung

☐ Menschen mit vorrangiger körperlicher Behinderung

☐ Menschen mit vorrangiger Sinnesbehinderung

☐ Menschen mit vorrangiger chronischer Erkrankung

☐ Menschen mit Mehrfachbehinderung

☐ Menschen mit Autismus

☐ Menschen mit

III. Versorgter Personenkreis – Alter

Der o. g. Dienst richtet seine Angebote an **alle** Menschen mit Behinderungen

☐ Ja

☐ Nein; die Angebote des Dienstes richten sich vorrangig an:

☐ Menschen bis 6 Jahre

☐ Menschen zwischen 7 bis 21 Jahre

☐ Menschen zwischen 22 bis 54 Jahre

☐ Menschen zwischen 55 und 65 Jahre

☐ Menschen 66 Jahre und älter

IV. Räumlicher Wirkungskreis des Dienstes

Der o. g. Dienst bezieht bei seinen Tätigkeiten und Angeboten **alle** Städte und Gemeinden bzw. Stadtteile im Stadt-/Landkreis ein

☐ Ja

☐ Nein; der Dienst richtet seine Tätigkeiten und Angebote vorwiegend an folgende Städte

Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst _

Anlage: Evaluation der Kooperation

Die Wirksamkeit der Kooperation wurde zum ☐ evaluiert.

Die Evaluation wurde anlässlich

☐ eines gemeinsamen Besprechungstermins am ☐ durchgeführt.

☐ in anderer Weise durchgeführt ☐

Art und Weise angeben

Dabei wurde festgestellt, dass

☐ die Erfüllung aller Aufgaben weiterhin sicher gestellt ist.

☐ die Versorgung des gesamten Stadt- und/oder Landkreises weiterhin gewährleistet ist.

Sofern diese Aussagen nicht zutreffen:

– welche Abweichungen wurden festgestellt

– welche Maßnahmen wurden getroffen, um die vollständige Aufgabenerfüllung sowie die Vollversorgung zu gewährleisten

Datum _____ Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst A _____

Datum _____ Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst B _____

Datum _____ Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst C _____

Datum _____ Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst D _____

Datum _____ Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst E _____

Datum _____ Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst F _____

Datum _____ Rechtsverbindliche Unterschrift Dienst G _____

Anlage 3a
(zu Nr. 6.4)

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/B-L für komplementäre Dienste 2019

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2018 um 5,0 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	87.447,00	100.179,00	114.463,00	124.948,00	jährlich
	7.286,00	8.348,00	9.538,00	10.413,00	monatlich
Ia	81.098,00	91.441,00	102.542,00	110.125,00	jährlich
	6.758,00	7.621,00	8.545,00	9.178,00	monatlich
Ib	74.196,00	84.218,00	94.892,00	102.206,00	jährlich
	6.182,00	7.017,00	7.909,00	8.517,00	monatlich
IIa	69.306,00	78.674,00	88.477,00	92.586,00	jährlich
	5.776,00	6.558,00	7.373,00	7.715,00	monatlich
IIb	65.743,00	74.465,00	83.402,00	85.709,00	jährlich
	5.478,00	6.206,00	6.949,00	7.143,00	monatlich
III	64.153,00	72.444,00	80.802,00	83.897,00	jährlich
	5.347,00	6.036,00	6.733,00	6.991,00	monatlich
IVa	59.731,00	67.492,00	75.138,00	77.867,00	jährlich
	4.977,00	5.624,00	6.261,00	6.489,00	monatlich
IVb + Z	58.086,00	64.660,00	70.724,00	71.177,00	jährlich
	4.842,00	5.387,00	5.894,00	5.933,00	monatlich
IVb	55.442,00	62.014,00	68.080,00	68.532,00	jährlich
	4.621,00	5.167,00	5.673,00	5.711,00	monatlich
Vb	50.623,00	56.627,00	61.963,00	62.028,00	jährlich
	4.219,00	4.717,00	5.164,00	5.168,00	monatlich
Vc	47.823,00	53.372,00	58.410,00	57.009,00	jährlich
	3.984,00	4.447,00	4.833,00	4.750,00	monatlich
VIb	45.620,00	50.201,00	53.876,00	53.102,00	jährlich
	3.803,00	4.181,00	4.489,00	4.428,00	monatlich
VII	43.176,00	47.237,00	49.992,00	48.840,00	jährlich
	3.597,00	3.936,00	4.164,00	4.071,00	monatlich
VIII	41.093,00	45.095,00	47.108,00	44.973,00	jährlich
	3.425,00	3.756,00	3.926,00	3.745,00	monatlich
IXa	39.943,00	43.932,00	45.476,00	43.342,00	jährlich
	3.330,00	3.659,00	3.788,00	3.611,00	monatlich

Ohne Ballungsraumzulage

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/B-L für komplementäre Dienste 2019 Ballungsraumzulage

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2018 um 5,0 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	87.447,00	100.179,00	114.463,00	124.948,00	jährlich
	7.286,00	8.348,00	9.538,00	10.413,00	monatlich
Ia	81.098,00	91.441,00	102.542,00	110.125,00	jährlich
	6.758,00	7.621,00	8.545,00	9.178,00	monatlich
Ib	74.196,00	84.218,00	94.892,00	102.206,00	jährlich
	6.182,00	7.017,00	7.909,00	8.517,00	monatlich
IIa	69.306,00	78.674,00	88.477,00	92.586,00	jährlich
	5.776,00	6.558,00	7.373,00	7.715,00	monatlich
IIb	65.743,00	74.465,00	83.402,00	85.709,00	jährlich
	5.478,00	6.206,00	6.949,00	7.143,00	monatlich
III	64.153,00	72.766,00	81.124,00	83.897,00	jährlich
	5.347,00	6.063,00	6.759,00	6.991,00	monatlich
IVa	60.941,00	67.814,00	75.460,00	77.867,00	jährlich
	5.078,00	5.651,00	6.288,00	6.489,00	monatlich
IVb + Z	59.296,00	64.982,00	71.046,00	71.177,00	jährlich
	4.942,00	5.414,00	5.921,00	5.933,00	monatlich
IVb	56.652,00	63.547,00	68.403,00	68.532,00	jährlich
	4.722,00	5.295,00	5.700,00	5.711,00	monatlich
Vb	51.832,00	58.160,00	63.495,00	62.429,00	jährlich
	4.320,00	4.844,00	5.292,00	5.202,00	monatlich
Vc	49.033,00	54.903,00	59.942,00	58.218,00	jährlich
	4.085,00	4.575,00	4.961,00	4.851,00	monatlich
VIb	46.830,00	51.732,00	55.407,00	54.311,00	jährlich
	3.904,00	4.309,00	4.616,00	4.529,00	monatlich
VII	44.386,00	48.769,00	51.524,00	50.049,00	jährlich
	3.698,00	4.065,00	4.292,00	4.172,00	monatlich
VIII	41.093,00	45.095,00	47.108,00	44.973,00	jährlich
	3.425,00	3.756,00	3.926,00	3.745,00	monatlich
IXa	39.943,00	43.932,00	45.476,00	43.342,00	jährlich
	3.330,00	3.659,00	3.788,00	3.611,00	monatlich

Mit Ballungsraumzulage

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/B-L für komplementäre Dienste 2020

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2020 um 1,5 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	88.759,00	101.682,00	116.180,00	126.822,00	jährlich
	7.395,00	8.473,00	9.681,00	10.569,00	monatlich
Ia	82.314,00	92.813,00	104.080,00	111.777,00	jährlich
	6.859,00	7.735,00	8.673,00	9.316,00	monatlich
Ib	75.309,00	85.481,00	96.315,00	103.739,00	jährlich
	6.275,00	7.122,00	8.028,00	8.645,00	monatlich
IIa	70.346,00	79.854,00	89.804,00	93.975,00	jährlich
	5.863,00	6.656,00	7.484,00	7.831,00	monatlich
IIb	66.729,00	75.582,00	84.653,00	86.995,00	jährlich
	5.560,00	6.299,00	7.053,00	7.250,00	monatlich
III	65.115,00	73.531,00	82.014,00	85.155,00	jährlich
	5.427,00	6.127,00	6.834,00	7.096,00	monatlich
IVa	60.627,00	68.504,00	76.265,00	79.035,00	jährlich
	5.052,00	5.708,00	6.355,00	6.586,00	monatlich
IVb + Z	58.957,00	65.630,00	71.785,00	72.245,00	jährlich
	4.915,00	5.468,00	5.982,00	6.022,00	monatlich
IVb	56.274,00	62.944,00	69.101,00	69.560,00	jährlich
	4.690,00	5.245,00	5.758,00	5.797,00	monatlich
Vb	51.382,00	57.476,00	62.892,00	62.958,00	jährlich
	4.282,00	4.788,00	5.241,00	5.246,00	monatlich
Vc	48.540,00	54.173,00	59.286,00	57.864,00	jährlich
	4.044,00	4.514,00	4.905,00	4.821,00	monatlich
VIb	46.304,00	50.954,00	54.684,00	53.899,00	jährlich
	3.860,00	4.244,00	4.556,00	4.494,00	monatlich
VII	43.824,00	47.946,00	50.742,00	49.573,00	jährlich
	3.651,00	3.995,00	4.226,00	4.132,00	monatlich
VIII	41.709,00	45.771,00	47.815,00	45.648,00	jährlich
	3.476,00	3.812,00	3.985,00	3.801,00	monatlich
IXa	40.542,00	44.591,00	46.158,00	43.992,00	jährlich
	3.380,00	3.714,00	3.845,00	3.665,00	monatlich

Ohne Ballungsraumzulage

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/B-L für komplementäre Dienste 2020 Ballungsraumzulage

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2020 um 1,5 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	88.759,00	101.682,00	116.180,00	126.822,00	jährlich
	7.395,00	8.473,00	9.681,00	10.569,00	monatlich
Ia	82.314,00	92.813,00	104.080,00	111.777,00	jährlich
	6.859,00	7.735,00	8.673,00	9.316,00	monatlich
Ib	75.309,00	85.481,00	96.315,00	103.739,00	jährlich
	6.275,00	7.122,00	8.028,00	8.645,00	monatlich
IIa	70.346,00	79.854,00	89.804,00	93.975,00	jährlich
	5.863,00	6.656,00	7.484,00	7.831,00	monatlich
IIb	66.729,00	75.582,00	84.653,00	86.995,00	jährlich
	5.560,00	6.299,00	7.053,00	7.250,00	monatlich
III	65.115,00	73.857,00	82.341,00	85.155,00	jährlich
	5.427,00	6.154,00	6.860,00	7.096,00	monatlich
IVa	61.855,00	68.831,00	76.592,00	79.035,00	jährlich
	5.154,00	5.736,00	6.382,00	6.586,00	monatlich
IVb + Z	60.185,00	65.957,00	72.112,00	72.245,00	jährlich
	5.016,00	5.495,00	6.010,00	6.022,00	monatlich
IVb	57.502,00	64.500,00	69.429,00	69.560,00	jährlich
	4.793,00	5.374,00	5.786,00	5.797,00	monatlich
Vb	52.609,00	59.032,00	64.447,00	63.365,00	jährlich
	4.385,00	4.917,00	5.371,00	5.280,00	monatlich
Vc	49.768,00	55.727,00	60.841,00	59.091,00	jährlich
	4.146,00	4.644,00	5.035,00	4.924,00	monatlich
VIb	47.532,00	52.508,00	56.238,00	55.126,00	jährlich
	3.963,00	4.374,00	4.685,00	4.597,00	monatlich
VII	45.052,00	49.501,00	52.297,00	50.800,00	jährlich
	3.753,00	4.126,00	4.356,00	4.235,00	monatlich
VIII	41.709,00	45.771,00	47.815,00	45.648,00	jährlich
	3.476,00	3.812,00	3.985,00	3.801,00	monatlich
IXa	40.542,00	44.591,00	46.158,00	43.992,00	jährlich
	3.380,00	3.714,00	3.845,00	3.665,00	monatlich

Mit Ballungsraumzulage

Anlage 3b
(zu Nr. 6.4)

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/VKA für komplementäre Dienste 2019

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2018 um 5,0 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	90.615,00	105.083,00	115.898,00	126.198,00	jährlich
	7.551,00	8.758,00	9.658,00	10.517,00	monatlich
Ia	83.371,00	96.609,00	106.517,00	114.234,00	jährlich
	6.947,00	8.050,00	8.874,00	9.519,00	monatlich
Ib	76.817,00	89.464,00	99.168,00	103.352,00	jährlich
	6.400,00	7.453,00	8.262,00	8.612,00	monatlich
II	72.454,00	83.383,00	91.468,00	95.216,00	jährlich
	6.039,00	6.948,00	7.623,00	7.935,00	monatlich
III	65.787,00	75.823,00	83.203,00	85.246,00	jährlich
	5.482,00	6.317,00	6.933,00	7.103,00	monatlich
IVa	61.001,00	70.012,00	76.479,00	77.599,00	jährlich
	5.083,00	5.833,00	6.371,00	6.465,00	monatlich
IVb + Z	59.241,00	67.322,00	72.983,00	73.394,00	jährlich
	4.938,00	5.608,00	6.083,00	6.115,00	monatlich
IVb	56.639,00	64.719,00	70.382,00	70.790,00	jährlich
	4.718,00	5.392,00	5.864,00	5.898,00	monatlich
Vb	52.730,00	60.003,00	64.854,00	64.724,00	jährlich
	4.392,00	5.000,00	5.402,00	5.392,00	monatlich
Vc	48.628,00	55.319,00	59.885,00	58.559,00	jährlich
	4.053,00	4.607,00	4.988,00	4.879,00	monatlich
VIb	45.828,00	51.098,00	54.410,00	53.807,00	jährlich
	3.820,00	4.257,00	4.533,00	4.485,00	monatlich
VII	43.370,00	48.073,00	50.657,00	49.629,00	jährlich
	3.613,00	4.005,00	4.222,00	4.136,00	monatlich
VIII	41.130,00	45.252,00	46.989,00	46.275,00	jährlich
	3.427,00	3.771,00	3.914,00	3.857,00	monatlich
IXa	39.509,00	43.450,00	45.179,00	43.338,00	jährlich
	3.291,00	3.619,00	3.762,00	3.611,00	monatlich
IX	38.745,00	42.708,00	44.083,00	41.954,00	jährlich
	3.229,00	3.560,00	3.676,00	3.497,00	monatlich
X	36.938,00	40.830,00	42.391,00	40.451,00	jährlich
	3.079,00	3.402,00	3.531,00	3.369,00	monatlich

Ohne Ballungsraumzulage

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/VKA für komplementäre Dienste 2019 Ballungsraumzulage

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2018 um 5,0 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	90.615,00	105.083,00	115.898,00	126.198,00	jährlich
	7.551,00	8.758,00	9.658,00	10.517,00	monatlich
Ia	83.371,00	96.609,00	106.517,00	114.234,00	jährlich
	6.947,00	8.050,00	8.874,00	9.519,00	monatlich
Ib	76.817,00	89.464,00	99.168,00	103.352,00	jährlich
	6.400,00	7.453,00	8.262,00	8.612,00	monatlich
II	72.454,00	83.383,00	91.468,00	95.216,00	jährlich
	6.039,00	6.948,00	7.623,00	7.935,00	monatlich
III	65.787,00	76.145,00	83.525,00	85.246,00	jährlich
	5.482,00	6.344,00	6.960,00	7.103,00	monatlich
IVa	62.210,00	70.334,00	76.801,00	77.599,00	jährlich
	5.184,00	5.860,00	6.399,00	6.465,00	monatlich
IVb + Z	60.451,00	67.644,00	73.306,00	73.394,00	jährlich
	5.039,00	5.635,00	6.110,00	6.115,00	monatlich
IVb	57.849,00	66.252,00	70.705,00	70.790,00	jährlich
	4.818,00	5.520,00	5.892,00	5.898,00	monatlich
Vb	53.940,00	61.536,00	66.386,00	65.125,00	jährlich
	4.493,00	5.128,00	5.530,00	5.425,00	monatlich
Vc	49.837,00	56.851,00	61.417,00	59.768,00	jährlich
	4.154,00	4.736,00	5.116,00	4.980,00	monatlich
VIb	47.038,00	52.630,00	55.942,00	55.017,00	jährlich
	3.921,00	4.384,00	4.661,00	4.585,00	monatlich
VII	44.580,00	49.605,00	52.189,00	50.839,00	jährlich
	3.714,00	4.133,00	4.350,00	4.237,00	monatlich
VIII	41.130,00	45.252,00	46.989,00	46.275,00	jährlich
	3.427,00	3.771,00	3.914,00	3.857,00	monatlich
IXa	39.509,00	43.450,00	45.179,00	43.338,00	jährlich
	3.291,00	3.619,00	3.762,00	3.611,00	monatlich
IX	38.745,00	42.708,00	44.083,00	41.954,00	jährlich
	3.229,00	3.560,00	3.676,00	3.497,00	monatlich
X	36.938,00	40.830,00	42.391,00	40.451,00	jährlich
	3.079,00	3.402,00	3.531,00	3.369,00	monatlich

Mit Ballungsraumzulage

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/VKA für komplementäre Dienste 2020

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2020 um 1,5 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	91.974,00	106.659,00	117.636,00	128.091,00	jährlich
	7.664,00	8.889,00	9.803,00	10.675,00	monatlich
Ia	84.622,00	98.058,00	108.115,00	115.948,00	jährlich
	7.051,00	8.171,00	9.007,00	9.662,00	monatlich
Ib	77.969,00	90.806,00	100.656,00	104.902,00	jährlich
	6.496,00	7.565,00	8.386,00	8.741,00	monatlich
II	73.541,00	84.634,00	92.840,00	96.644,00	jährlich
	6.130,00	7.052,00	7.737,00	8.054,00	monatlich
III	66.774,00	76.960,00	84.451,00	86.525,00	jährlich
	5.564,00	6.412,00	7.037,00	7.210,00	monatlich
IVa	61.916,00	71.062,00	77.626,00	78.763,00	jährlich
	5.159,00	5.920,00	6.467,00	6.562,00	monatlich
IVb + Z	60.130,00	68.332,00	74.078,00	74.495,00	jährlich
	5.012,00	5.692,00	6.174,00	6.207,00	monatlich
IVb	57.489,00	65.690,00	71.438,00	71.852,00	jährlich
	4.789,00	5.473,00	5.952,00	5.986,00	monatlich
Vb	53.521,00	60.903,00	65.827,00	65.695,00	jährlich
	4.458,00	5.075,00	5.483,00	5.473,00	monatlich
Vc	49.357,00	56.149,00	60.783,00	59.437,00	jährlich
	4.114,00	4.676,00	5.063,00	4.952,00	monatlich
VIb	46.515,00	51.864,00	55.226,00	54.614,00	jährlich
	3.877,00	4.321,00	4.601,00	4.552,00	monatlich
VII	44.021,00	48.794,00	51.417,00	50.373,00	jährlich
	3.667,00	4.065,00	4.285,00	4.198,00	monatlich
VIII	41.747,00	45.931,00	47.694,00	46.969,00	jährlich
	3.478,00	3.828,00	3.973,00	3.915,00	monatlich
IXa	40.102,00	44.102,00	45.857,00	43.988,00	jährlich
	3.340,00	3.673,00	3.818,00	3.665,00	monatlich
IX	39.326,00	43.349,00	44.744,00	42.583,00	jährlich
	3.277,00	3.613,00	3.731,00	3.549,00	monatlich
X	37.492,00	41.442,00	43.027,00	41.058,00	jährlich
	3.125,00	3.453,00	3.584,00	3.420,00	monatlich

Ohne Ballungsraumzulage

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/VKA für komplementäre Dienste 2020 Ballungsraumzulage

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2020 um 1,5 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	91.974,00	106.659,00	117.636,00	128.091,00	jährlich
	7.664,00	8.889,00	9.803,00	10.675,00	monatlich
Ia	84.622,00	98.058,00	108.115,00	115.948,00	jährlich
	7.051,00	8.171,00	9.007,00	9.662,00	monatlich
Ib	77.969,00	90.806,00	100.656,00	104.902,00	jährlich
	6.496,00	7.565,00	8.386,00	8.741,00	monatlich
II	73.541,00	84.634,00	92.840,00	96.644,00	jährlich
	6.130,00	7.052,00	7.737,00	8.054,00	monatlich
III	66.774,00	77.287,00	84.778,00	86.525,00	jährlich
	5.564,00	6.439,00	7.064,00	7.210,00	monatlich
IVa	63.143,00	71.389,00	77.953,00	78.763,00	jährlich
	5.262,00	5.948,00	6.495,00	6.562,00	monatlich
IVb + Z	61.358,00	68.659,00	74.406,00	74.495,00	jährlich
	5.115,00	5.720,00	6.202,00	6.207,00	monatlich
IVb	58.717,00	67.246,00	71.766,00	71.852,00	jährlich
	4.890,00	5.603,00	5.980,00	5.986,00	monatlich
Vb	54.749,00	62.459,00	67.382,00	66.102,00	jährlich
	4.560,00	5.205,00	5.613,00	5.506,00	monatlich
Vc	50.585,00	57.704,00	62.338,00	60.665,00	jährlich
	4.216,00	4.807,00	5.193,00	5.055,00	monatlich
VIb	47.744,00	53.419,00	56.781,00	55.842,00	jährlich
	3.980,00	4.450,00	4.731,00	4.654,00	monatlich
VII	45.249,00	50.349,00	52.972,00	51.602,00	jährlich
	3.770,00	4.195,00	4.415,00	4.301,00	monatlich
VIII	41.747,00	45.931,00	47.694,00	46.969,00	jährlich
	3.478,00	3.828,00	3.973,00	3.915,00	monatlich
IXa	40.102,00	44.102,00	45.857,00	43.988,00	jährlich
	3.340,00	3.673,00	3.818,00	3.665,00	monatlich
IX	39.326,00	43.349,00	44.744,00	42.583,00	jährlich
	3.277,00	3.613,00	3.731,00	3.549,00	monatlich
X	37.492,00	41.442,00	43.027,00	41.058,00	jährlich
	3.125,00	3.453,00	3.584,00	3.420,00	monatlich

Mit Ballungsraumzulage

Anlage 4
(zu Nr. 6.4)

Personalkostenpauschalen 2019

(Sucht, Psychiatrie, Regionale OBA, Überregionale OBA)

Für Mitarbeiter, die ab dem 01.01.2007 im Bereich der ambulant komplementären Dienste neu eingestellt werden, gelten folgende Personalkostenpauschalen auf der Grundlage der Entgelttabelle des TVöD im Tarifgebiet West im Bereich VKA: Berücksichtigung des Tarifvertrags 01.03.2018 bis 28.02.2020.

Diplom-Psychologe	82.800 Euro
Diplom-Sozialpädagoge	64.300 Euro
Sonstige Fachkraft	56.300 Euro
Verwaltungskraft	46.300 Euro
Hauswirtschaftskraft	42.400 Euro

Personalkostenpauschalen 2020

(Sucht, Psychiatrie, Regionale OBA, Überregionale OBA)

Für Mitarbeiter, die ab dem 01.01.2007 im Bereich der ambulant komplementären Dienste neu eingestellt werden, gelten folgende Personalkostenpauschalen auf der Grundlage der Entgelttabelle des TVöD im Tarifgebiet West im Bereich VKA: Berücksichtigung des Tarifvertrags 01.03.2018 bis 28.02.2020.

Diplom-Psychologe	84.200 Euro
Diplom-Sozialpädagoge	65.300 Euro
Sonstige Fachkraft	57.100 Euro
Verwaltungskraft	47.000 Euro
Hauswirtschaftskraft	43.000 Euro

Anlage 5
(zu Nr. 6.3)

Regionale Offene Behindertenarbeit
Personalkostenpauschalen des Freistaates Bayern ab 2019

Die jährliche Förderpauschale des Freistaates Bayern für die Durchführung der Maßnahmen nach Nr. 5 beträgt

für Fachkräfte	bis zu 24.300 Euro
und	
für sonstige Fachkräfte	bis zu 18.200 Euro.

8113.1-A

Richtlinie zur Förderung von überregionalen ambulanten Diensten zur Sicherung der Teilhabe von Menschen mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen sowie sinnesbehinderten und chronisch kranken Menschen (Förderrichtlinie Überregionale „Offene Behindertenarbeit")

Gemeinsame Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales und der bayerischen Bezirke

vom 9. November 2018, Az. II4/6438.07-1/76

[1]Der Freistaat Bayern und die bayerischen Bezirke gewähren nach Maßgabe dieser Richtlinie und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (insbesondere Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung – BayHO und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften) Zuwendungen für Maßnahmen der ambulanten Hilfen im Bereich der überregionalen Offenen Behindertenarbeit (OBA). [2]Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel des Freistaates Bayern sowie der Bezirke. [3]Leistungen nach dieser Richtlinie werden als freiwillige Förderleistungen des Freistaates Bayern und der Bezirke gewährt. [4]Unberührt bleiben alle gesetzlich geregelten Leistungen, insbesondere nach den Vorschriften des SGB I bis SGB XII. [5]Vorrang vor den Leistungen der überregionalen Offenen Behindertenarbeit haben Leistungen gemäß SGB II bis SGB XII, insbesondere die der Krankenkassen, der Pflegekassen, der Rehabilitationsträger gemäß § 6 SGB IX (z. B. gesetzliche Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) und der Integrationsämter. [6]Die Dienste der überregionalen Offenen Behindertenarbeit stellen einen wichtigen Baustein in der Gesamtversorgung von Menschen mit spezifischen Behinderungen dar. [7]Das Angebot der Dienste der überregionalen Offenen Behindertenarbeit wird niedrigschwellig vorgehalten und richtet sich an Menschen, die durch eine spezifische Behinderung im Sinne von § 2 Abs. 1 SGB IX wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt sind sowie an deren Angehörige. [8]Für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Suchterkrankungen bestehen eigene Versorgungsstrukturen. [9]Regionale und überregionale Offene Behindertenarbeit decken unterschiedliche Einzugsbereiche ab: [10]Die regionale Offene Behindertenarbeit bezieht sich in der Regel auf das Gebiet einer kreisfreien Stadt oder eines Landkreises, die überregionale Offene Behindertenarbeit auf mindestens eine Planungsregion im Sinne des Landesentwicklungsplanes. [11]Begründet sind die Unterschiede vor allem in der Prävalenz (Häufigkeit) der jeweiligen Behinderungen. [12]Seltene Behinderungen machen einerseits spezifische Angebote nötig, erlauben aber andererseits auch die Zusammenfassung in größere Regionen. [13]Für die regionale Offene Behindertenarbeit werden landesweit gültige Standards im Sinne von Fachkraftquoten festgelegt. [14]Die überregionale Offene Behindertenarbeit richtet sich an den spezifischen Bedürfnissen der Versorgung für die entsprechende Behinderung aus. [15]Mit Unterstützung der bayerischen Bezirke und des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales verfolgen die Dienste den Grundsatz, die Führung eines selbstständigen und eigenverantwortlichen Lebens zu ermöglichen. [16]Die Dienste der überregionalen Offenen Behindertenarbeit tragen mit ihren Angeboten zur Realisierung der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) bei.

1. Zweck der Förderung

[1]Zweck der Förderung ist es, niedrigschwellige Angebote zur Sicherung der Teilhabe für den oben genannten Personenkreis mit seinen spezifischen Bedürfnissen zu gewährleisten. [2]Die Dienste sollen insbesondere als Wissens- und Informationsplattformen für alle Bedürfnisse, die sich aus der spezifischen Behinderung ergeben, fungieren und die Aufgaben gemäß Nr. 5 erfüllen.

2. Gegenstand der Förderung

Die Dienste der überregionalen Offenen Behindertenarbeit erhalten eine Förderung zur Wahrnehmung der unter Nr. 5.1 beschriebenen Aufgaben.

3. Zuwendungsvoraussetzungen

3.1 [1]Gefördert werden können Dienste, die

- sich an Menschen mit einer spezifischen Beeinträchtigung im Sinne der UN-BRK richten, von der in der Regel mindestens 1 % der Bevölkerung betroffen ist,
- die selbstbestimmte Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft der Menschen mit Behinderungen fördern im Sinne des Art. 19 UN-BRK,
- spezielle behinderungsbedingte Bedarfe abdecken, die nicht bereits von Leistungen der Leistungsträger nach dem SGB II bis SGB XII erfasst sind,
- Angebote vorhalten, die über die Selbsthilfe hinausgehen,
- mindestens eine Planungsregion im Sinne des Landesentwicklungsplanes versorgen und
- die Aufgaben gemäß Nr. 5 erfüllen.

[2]Dienste, die seit 2010 mit Bestandsschutz gefördert werden, haben weiterhin Bestand.

3.2 [1]Das Fachpersonal muss durch seine Ausbildung oder im Einzelfall durch mehrjährige Erfahrung in der Behindertenarbeit oder durch Fortbildungsmaßnahmen für die Erfüllung der Aufgaben gemäß Nr. 5 geeignet sein. [2]Fachkräfte sind insbesondere Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit Diplom oder Bachelorabschluss Sozialpädagogik/Soziale Arbeit und nach vorheriger Zustimmung auch Psychologinnen und Psychologen mit Diplom oder Masterabschluss. [3]Sonstige Fachkräfte sind insbesondere Erzieherinnen und Erzieher und Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger. [4]Fachkräfte und sonstige Fachkräfte können in begründeten Fällen auch Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Angehörige der Heil- und Heilhilfsberufe sein. [5]Über die fachliche, personelle und organisatorische Konzeption sowie den Einzugsbereich und die Finanzierung des Dienstes ist Einvernehmen zwischen dem Träger, seinem Spitzenverband beziehungsweise Landesverband, dem jeweiligen Bezirk sowie dem Freistaat Bayern herbeizuführen.

4. Zuwendungsempfänger

[1]Zuwendungsempfänger der Förderungen durch den Freistaat Bayern sind die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (Spitzenverbände) sowie die sonstigen auf Landesebene in Bayern wirkenden, rechtsfähigen und gemeinnützigen Verbände und die diesen Verbänden angeschlossenen Vereinigungen, die Menschen mit Behinderungen und deren Belange vertreten (Landesverbände) sowie sonstige Träger der Offenen Behindertenarbeit, sofern sie keinem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege oder Landesverband angeschlossen sind. [2]Zuwendungsempfänger der Förderungen der Bezirke sind die einzelnen Träger der oben genannten Verbände und Vereinigungen.

5. Aufgaben der überregionalen Dienste

5.1 [1]Die Dienste der überregionalen Offenen Behindertenarbeit erfüllen in ihrem Einzugsbereich entsprechend ihrer Personalausstattung die in der **Anlage 1** näher definierten Aufgaben:

a) allgemeine Beratung;

b) Informations- und Bildungsangebote;

c) Öffentlichkeitsarbeit;

d) Einbindung in und Aufbau von Netzwerken;

e) fachliche Leitung des Dienstes.

[2]Darüber hinaus können bei Bedarf folgende Leistungen angeboten werden:

f) Gewinnung, Schulung und Koordination von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern;

g) Organisation und Sicherstellung von Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen;

h) Durchführung von Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen; soweit sie nicht von der Richtlinie der Bayerischen Bezirke zur Förderung von Maßnahmen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen) vom 17. März 2017 abgedeckt sind.

5.2 [1]Der Zuwendungsempfänger muss Gewähr für eine zweckentsprechende Durchführung dieser Aufgaben bieten. [2]Die Träger sind gehalten, sich an Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu beteiligen oder diese selbst durchzuführen.

5.3 Die Beratung in Bereichen, für die bereits eigene Beratungsangebote bestehen (zum Beispiel Schwangerenkonfliktberatung, Erziehungsberatung, Eheberatung), hat zur Vermeidung von Doppelstrukturen von diesen Beratungsstellen zu erfolgen, in enger Abstimmung mit den Diensten der überregionalen Offenen Behindertenarbeit bei behinderungsspezifischen Fragestellungen.

5.4 [1]Zielvereinbarungs- beziehungsweise Qualitätsgespräche können zwischen Vertretern und Vertreterinnen des Dienstes und des Bezirks zum fachlichen Austausch und der inhaltlichen Konkretisierung des Aufgabenspektrums geführt werden. [2]Vertreter und Vertreterinnen des Spitzenverbandes beziehungsweise Landesverbandes werden auf Wunsch beteiligt. [3]Die Öffnungszeiten der Dienste sind entsprechend dem Bedarf der Ratsuchenden festzulegen. [4]Für Berufstätige sollen wöchentliche Abendsprechstunden angeboten werden. [5]Die Leistungen der Dienste der überregionalen Offenen Behindertenarbeit sollen in barrierefreien und zentral gelegenen Räumlichkeiten erbracht werden.

6. Art und Umfang der Förderung

6.1 Die Zuwendung wird als Festbetragsfinanzierung (Förderpauschale) im Wege einer Projektförderung gewährt.

6.2 [1]Gefördert werden im Rahmen des Zuwendungszwecks die Ausgaben für das vom Freistaat Bayern gemeinsam mit den Bezirken als erforderlich anerkannte Personal, die Sachausgaben, die Fahrtkosten sowie die Ausgaben für die Erstausstattung. [2]Das notwendige Personal besteht in der Regel aus Fachkräften, Verwaltungskräften und bei Bedarf aus Durchführungs- und Hilfskräften.

6.2.1 Zuwendungsfähig für den Freistaat Bayern sind nur die Personalausgaben für die bewilligten Fachkräfte.

6.2.2 Für die Bezirke sind neben den bewilligten Fachkräften auch die Ausgaben für Verwaltungskräfte, die Sachausgaben, die Fahrtkosten, die Ausgaben für die Erstausstattung und bei Bedarf die Ausgaben für Durchführungs- und Hilfskräfte zuwendungsfähig.

6.2.3 [1]Das Verhältnis von Verwaltungskraft und Fachkraft beträgt bei einem Dienst, der Aufgaben nach Nr. 5.1 durchführt, 0,25 pro Vollzeit-Fachkraft. [2]Soweit ein Dienst Maßnahmen der Familienentlastenden Dienste/Familienunterstützenden Dienste unter der Geltung der Gemeinsamen Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und der Bayerischen Bezirke über die Richtlinie zur Förderung von überregionalen ambulanten Diensten zur Sicherung der Teilhabe von Menschen mit körperlicher und / oder geistiger Behinderung sowie sinnesgeschädigten und chronisch kranken Menschen (Förderrichtlinie Überregionale „Offene Behindertenarbeit“) vom 22. Februar 2010 (AllMBl. S. 74), die zuletzt durch Bekanntmachung vom 20. Januar 2014 (AllMBl. S. 148) geändert worden ist, selbst durchgeführt hat und dies auch weiterhin tut, wird die Quote aus Bestandsschutzgründen auf 0,33 erhöht. [3]Ansonsten zählen Maßnahmen der Familienentlastenden Dienste/Familienunterstützenden Dienste nicht mehr zu den Aufgaben der Dienste der überregionalen Offenen Behindertenarbeit. [4]Der Bestandsschutz bestehender Dienste erstreckt sich grundsätzlich nicht auf das Verhältnis von Fachkraft und Verwaltungskraft. [5]Die Entscheidung über den Bestandsschutz einer höheren Verwaltungskraftquote kann vom Bezirk getroffen werden.

6.3 [1]Die jährliche Förderpauschale des Freistaates Bayern für die Erfüllung der Aufgaben nach Nr. 5.1 Buchst. a bis g ergibt sich aus **Anlage 4**. [2]Die Zuwendungsempfänger erbringen einen Eigenanteil in Höhe von mindestens 10 % der beim Freistaat Bayern zuwendungsfähigen Ausgaben.

6.4 [1]Die Förderung des Personals durch die Bezirke erfolgt nach Kostenpauschalen. [2]Volle Kostenpauschalen stellen dabei auf die tariflich vereinbarte regelmäßige Wochenarbeitszeit des jeweiligen Zuwendungsempfängers ab. [3]Es wird zwischen Personalaltbestand und Neueinstellungen unterschieden. [4]Die Fortschreibung der Pauschalen erfolgt auf der Grundlage der jeweiligen Tarifentwicklung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst im Tarifgebiet West im Bereich Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände. [5]Maßgeblich sind hierfür die zum 1. Januar des Förderjahres bereits vereinbarten Tarifabschlüsse. [6]Die Förderung der Personalausgaben für die bis zum 31. Dezember 2006 eingestellten Beschäftigten (Personalaltbestand) erfolgt nach **Anlage 2a** und **Anlage 2b**. [7]Dabei wird für jeden Beschäftigten die zum 31. Dezember 2006 gewährte Vergütungsgruppe beibehalten. [8]Eine Höhergruppierung des bereits beschäftigten Personals wirkt sich nicht auf die Höhe der Förderung aus. [9]Anstehende Altersstufenwechsel werden weiterhin berücksichtigt. [10]Die Zuordnung zu den einzelnen Altersklassen bestimmt sich dabei nach den Verhältnissen zu Beginn des Bewilligungszeitraumes. [11]Eine Neueinstellung liegt bei Beschäftigten vor, die ab dem 1. Januar 2007 eingestellt wurden. [12]Ein Personalwechsel innerhalb des jeweiligen Spitzenverbandes der freien Wohlfahrtspflege beziehungsweise Landesverbandes in Bayern wird grundsätzlich nicht als Neueinstellung gewertet. [13]Gefördert werden auf Berufsgruppen bezogene Personalausgaben mit den Pauschalen nach **Anlage 3**. [14]Von den Personalkostenpauschalen sind die Leistungen des Freistaates Bayern sowie zweckbestimmte Personalkostenzuschüsse und sonstige Leistungen Dritter für gefördertes Personal in Abzug zu bringen. [15]Bei Beschäftigten, für die von der Agentur für Arbeit im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Personalkostenzuschüsse gezahlt werden, ist nur die Differenz (Pauschale abzüglich Zuschuss der Agentur für Arbeit) förderfähig. [16]Im Bedarfsfall gewähren die Bezirke eine zusätzliche kommunale Förderung in Form einer Personalkostenpauschale für Durchführungs- und Hilfskräfte, insbesondere für die Durchführung von Maßnahmen nach Nr. 5.1 Buchst. h. [17]Die Bezirke sind nicht verpflichtet, Kürzungen der Leistungen des Staates beziehungsweise zweckbestimmte Personalkostenzuschüsse Dritter auszugleichen.

6.5 [1]Zu den tatsächlich entstehenden Sachausgaben wird von den Bezirken eine Förderpauschale in Höhe von 6 000 Euro je bewilligte volle Planstelle gewährt. [2]Bei Teilzeitkräften reduzieren sich die Förderpauschalen entsprechend.

6.6 [1]Zusätzlich wird von den Bezirken für nachgewiesene Fahrleistungen in Erfüllung der Aufgaben nach Nr. 5.1 eine Fahrtkostenerstattung gewährt. [2]Die Erstattung beträgt 80 % der im Bayerischen Reisekostengesetz nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 für Kraftwagen festgelegten Kilometerpauschale. [3]Erstattet werden auch die tatsächlich angefallenen ÖPNV-Fahrtkosten. [4]Insgesamt können für die Fahrleistung und die ÖPNV-Kosten höchstens 3 250 Euro pro bewilligte Vollzeit-Fachkraft pro Jahr erstattet werden. [5]Berechnungsgrundlage sind die Fahrleistungen und die ÖPNV-Fahrtkosten des Vorvorjahres. [6]Neu bewilligte Dienste erhalten auf Antrag in den ersten drei Jahren der Förderung eine Fahrtkostenerstattung in Höhe von 80 % der voraussichtlichen Fahrleistung und der ÖPNV-Fahrtkosten des jeweiligen Förderjahres, höchstens jedoch 3 250 Euro pro bewilligte Vollzeit-Fachkraft.

6.7 [1]Zu den Ausgaben für die Erstausstattung wird von den Bezirken eine Förderpauschale in Höhe von 6 000 Euro je bewilligte volle Fach- und Verwaltungskraftstelle gewährt. [2]Die Pauschale für die Durchführungskräfte bei der Teilaufgabe nach Nr. 5.1 Buchst. h beträgt 5 000 Euro je Vollzeitkraft. [3]Bei Teilzeitkräften reduzieren sich die Förderpauschalen entsprechend. [4]Die Ausgaben für die Ergänzungs- und Ersatzausstattung sind mit der Sachkostenpauschale abgegolten.

6.8 [1]Die Arbeitszeiten von Teilzeitbeschäftigten werden zur Arbeitszeit einer ganzjährig vollzeitbeschäftigten Kraft zusammengefasst. [2]Die volle Pauschale stellt dabei auf die tariflich vereinbarte regelmäßige Wochenarbeitszeit der Kräfte des jeweiligen Dienstes ab. [3]Für stundenweise Beschäftigte werden für die Abrechnung als Jahresarbeitszeit einer Vollzeitkraft 1 600 Stunden zugrunde gelegt. [4]Für die übrigen Personalausgaben wird keine Förderung gewährt.

6.9 [1]Die Zuwendung verringert sich anteilig um die Zeiten, in denen eine berücksichtigungsfähige Kraft im Bewilligungszeitraum nicht beschäftigt ist oder keine Vergütung erhält. [2]Bei Teilzeitkräften reduzieren sich die Förderpauschalen entsprechend. [3]Beginnt und endet das Arbeitsverhältnis im Laufe eines Monats, wird dieser nach Tagen abgerechnet. [4]Für die Zeiten des Mutterschutzes sind die Personalausgaben für eine eingesetzte Ersatzkraft zuwendungsfähig.

6.10 [1]Die Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, die Finanzierungsbeteiligungen Dritter sowie gesetzliche Leistungen vorrangig in Anspruch zu nehmen. [2]Eine Förderung nach dieser Richtlinie entfällt, soweit für den gleichen Zuwendungszweck andere Mittel des Freistaates Bayern, der Bezirke, des Bundes, der Pflegekasse oder der Europäischen Union in Anspruch genommen werden. [3]Auf die Ausführungen zur Förderung der Personalausgaben unter Nr. 6.4 wird verwiesen.

7. Antrags- und Bewilligungsverfahren

[1]Dem Zentrum Bayern Familie und Soziales als staatliche Bewilligungsstelle sowie dem zuständigen Bezirk ist jeweils ein formgerechter Antrag vorzulegen. [2]Den Anträgen sind ein Finanzierungsplan für den beantragten Förderzeitraum, Übersichten über die förderfähigen Kräfte sowie bei Erstanträgen eine Konzeption und eine fachliche Stellungnahme des Spitzenverbandes beziehungsweise Landesverbandes beizufügen. [3]Der Bewilligungszeitraum ist das Kalenderjahr. [4]Für die Förderung ist der Bezirk zuständig, in dessen Bereich der Dienst seine Tätigkeit ausübt. [5]Umfasst die Tätigkeit des überregionalen Dienstes das Gebiet

mehrerer Bezirke oder Teile davon, ist die Zuständigkeit der betroffenen Bezirke – entsprechend der von der Maßnahme umfassten Bevölkerungszahl – gegeben. [6]Federführend ist der Bezirk, in dessen Bereich der überregionale Dienst seinen Sitz hat. [7]Die Förderung von überregionalen Diensten, deren Tätigkeit das gesamte Gebiet des Freistaates Bayern umfasst, erfolgt über den Bayerischen Bezirketag. [8]Bereits in der Förderung befindliche Dienste stellen den Folgeantrag nebst Anlagen über den Spitzenverband beziehungsweise Landesverband bis spätestens 15. November des Vorjahres beim Bezirk sowie beim Zentrum Bayern Familie und Soziales. [9]Die Spitzenverbände und Landesverbände sammeln die Anträge der einzelnen Dienste und prüfen sie vor. [10]Zuwendungsempfänger, die keinem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege oder Landesverband angeschlossen sind (vgl. Nr. 4), stellen für ihre bereits in der Förderung befindlichen Dienste die Anträge nebst Anlagen bis spätestens 15. November des Vorjahres direkt beim Bezirk sowie beim Zentrum Bayern Familie und Soziales. [11]Erstanträge und Stellenerweiterungsanträge reichen die Zuwendungsempfänger über den Spitzenverband beziehungsweise Landesverband bis spätestens 31. März des Vorjahres beim Bezirk und beim Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales ein. [12]Zuwendungsempfänger, die keinem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege oder Landesverband angeschlossen sind (vgl. Nr. 4), reichen den Erstantrag beziehungsweise den Stellenerweiterungsantrag bis spätestens 31. März des Vorjahres direkt beim Bezirk und beim Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales ein. [13]Der Freistaat Bayern und der zuständige Bezirk entscheiden in enger Abstimmung jeweils in eigener Zuständigkeit über die Förderanträge. [14]Der Freistaat Bayern übersendet den Bescheid an den jeweiligen Spitzenverband beziehungsweise Landesverband beziehungsweise direkt an den Zuwendungsempfänger, sofern er keinem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege oder Landesverband angeschlossen ist (vgl. Nr. 4) und einen Abdruck davon an den Bezirk. [15]Der Bezirk übersendet den Bescheid an den Träger des Dienstes und jeweils einen Abdruck an den zuständigen Spitzenverband beziehungsweise Landesverband und an das Zentrum Bayern Familie und Soziales. [16]Die Zuwendung kann in angemessenen Raten als Abschlagszahlung im laufenden Haushaltsjahr ausgezahlt werden. [17]Auszahlungen des Freistaates Bayern dürfen gemäß Nr. 7.1 der VV zu Art. 44 BayHO beziehungsweise gemäß Nr. 1.4 der ANBest-P jedoch nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt werden. [18]Die Schlusszahlung erfolgt bis Ende des laufenden Jahres. [19]Personaländerungen sind vorab, spätestens ab dem Monat der Beschäftigung, dem zuständigen Bezirk und dem Zentrum Bayern Familie und Soziales mitzuteilen.

8. Verwendungsnachweis und Prüfungsrecht

[1]Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Beschäftigungsnachweis und einer Übersicht über alle Einnahmen und Ausgaben des geförderten Bereichs, einschließlich eines Nachweises der Fahrleistungen des Vorvorjahres und ÖPNV-Fahrtkosten beziehungsweise bei neu in die Förderung aufgenommenen Diensten der Fahrleistung des jeweiligen Förderjahres. [2]Außerdem ist als Sachbericht eine Jahresstatistik in digitaler Form vorzulegen. [3]Der Beschäftigungsnachweis enthält bezogen auf den Bewilligungszeitraum: Name, Vorname, Geburtsdatum, Berufsgruppe, Vergütungs- oder Entgeltgruppe, Beschäftigungszeit, Beschäftigungsumfang, Zeiten, in denen keine oder eine vom Beschäftigungsumfang abweichende niedrigere Vergütung gezahlt wurde und die Bruttovergütung der angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. [4]Der Nachweis über die Verwendung der Förderung ist vom Träger des Dienstes über seinen Spitzenverband beziehungsweise Landesverband bis zum 1. Juni des Folgejahres in einfacher Fertigung dem Bezirk vorzulegen. [5]Zuwendungsempfänger, die keinem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege oder Landesverband angeschlossen sind (vgl. Nr. 4), legen den Nachweis der Verwendung bis zum 1. Juni des Folgejahres in einfacher Fertigung direkt beim Bezirk vor, bei landesweiten Diensten dem Bayerischen Bezirketag. [6]Im Falle eines geplanten Zielvereinbarungsgesprächs kann die Jahresstatistik des Vorjahres im Einzelfall bereits vor dem 1. Juni vom Bezirk angefordert werden. [7]Der Bezirk beziehungsweise der Bayerische Bezirketag leiten das Prüfungsergebnis an das Zentrum Bayern Familie und Soziales weiter. [8]Dieses behält sich das Prüfrecht im Einzelfall vor. [9]Vom Spitzenverband beziehungsweise Landesverband erhält das Zentrum Bayern Familie und Soziales bis zum 1. Juni des Folgejahres einen Sammelverwendungsnachweis, der die Gesamtfinanzierung der einzelnen Dienste in einer Übersicht darstellt. [10]Träger, die keinem Spitzenverband beziehungsweise Landesverband angehören, übersenden den Verwendungsnachweis auch an das Zentrum Bayern Familie und Soziales.

9. Rückforderung der Förderung

[1]Die Zuwendungsgeber behalten sich vor, die Zuwendung ganz oder teilweise zurückzufordern, wenn

- der Zuwendungsempfänger die Fördermittel zu Unrecht, insbesondere durch unrichtige oder unvollständige Angaben, erlangt hat;
- die Fördermittel nicht für den vorgesehenen Zweck verwendet wurden oder
- die berücksichtigungsfähigen Kräfte im Bewilligungszeitraum ganz oder teilweise nicht beschäftigt waren oder keine Vergütung erhalten haben.

[2]Der jeweilige Spitzenverband beziehungsweise Landesverband erhält einen Abdruck des Rückforderungsbescheides des Bezirkes beziehungsweise den Rückforderungsbescheid des Zentrum Bayern Familie und Soziales.

10. Datenschutz

[1]Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten sind die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Verordnung (EU) 2016/679 (EU-Datenschutzgrundverordnung – DSGVO) einzuhalten. [2]Das Staatsministerium für Familie, Arbeit

und Soziales, der zuständige Bezirk und das Zentrum Bayern Familie und Soziales sind gemeinsame Verantwortliche im Sinne von Art. 4 Nr. 7, Art. 26 Abs. 1 Satz 1 DSGVO.

11. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

[1]Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft. [2]Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Michael Höhenberger
Ministerialdirektor

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Dr. Olaf Heinrich
Bezirkstagspräsident

Franz Löffler
Bezirkstagspräsident

Henry Schramm
Bezirkstagspräsident

Armin Kroder
Bezirkstagspräsident

Erwin Dotzel
Bezirkstagspräsident

Martin Sailer
Bezirkstagspräsident

Anlage 1
(zu Nr. 5.1)

Anlage zu Nr. 5 der Förderrichtlinie Überregionale „Offene Behindertenarbeit“

Die überregionalen OBA-Dienste erfüllen in ihrem Einzugsbereich entsprechend ihrer Personalausstattung insbesondere folgende näher definierten Aufgaben und exemplarische Leistungen:

a) Allgemeine Beratung
   – Abklärung der Bedarfe
   – Informationsweitergabe
   – Vermittlung an Fachberatungsstellen
   – Psychosoziale Beratung, sofern keine Leistungsverpflichtung nach SGB V besteht
   – Lotsenfunktion

b) Informations- und Bildungsangebote für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige zu Themen wie zum Beispiel
   – Umgang mit der Behinderung/chronischen Erkrankung
   – Auswirkungen der Behinderungen
   – bestehende Unterstützungsangebote

c) Öffentlichkeitsarbeit
   – Ansprechpartner für Pressevertreter und Pressevertreterinnen und sonstige Multiplikatoren zu Themen wie Aufklärung über Ursachen und Auswirkungen der spezifischen Beeinträchtigung und hemmende Faktoren bei der Ermöglichung der Teilhabe
   – Beitrag zum Aufbau inklusiver Strukturen

d) Einbindung in und Aufbau von Netzwerken
   – Vernetzung mit den Leistungsträgern nach SGB II bis SGB XII, insbesondere mit den Rehaservicestellen
   – Vernetzung mit regionalen OBA-Diensten
   – Vernetzung mit Fachärzten und Fachärztinnen/Fachkliniken
   – Vernetzung mit der Selbsthilfe

e) Fachliche Leitung des Dienstes
   – Konzeptentwicklung und -fortschreibung
   – Personalkoordination und Einsatz
   – Systematische Reflexion der Leistungserbringung
   – Leistungsdokumentation
   – Einarbeitung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Darüber hinaus können bei Bedarf folgende Leistungen angeboten werden:

f) Gewinnung, Schulung und Koordination von ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen

g) Organisation und Sicherstellung von Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen

h) Durchführung von Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen
   – stundenweise Aktivitäten, längstens bis zu einem Tag
   – mehrtägige Veranstaltungen werden in einer Richtlinie der Bezirke geregelt.

Anlage 2a
(zu Nr. 6.4)

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/B-L für komplementäre Dienste 2019

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2018 um 5,0 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	87.447,00	100.179,00	114.463,00	124.948,00	jährlich
	7.286,00	8.348,00	9.538,00	10.413,00	monatlich
Ia	81.098,00	91.441,00	102.542,00	110.125,00	jährlich
	6.758,00	7.621,00	8.545,00	9.178,00	monatlich
Ib	74.196,00	84.218,00	94.892,00	102.206,00	jährlich
	6.182,00	7.017,00	7.909,00	8.517,00	monatlich
IIa	69.306,00	78.674,00	88.477,00	92.586,00	jährlich
	5.776,00	6.558,00	7.373,00	7.715,00	monatlich
IIb	65.743,00	74.465,00	83.402,00	85.709,00	jährlich
	5.478,00	6.206,00	6.949,00	7.143,00	monatlich
III	64.153,00	72.444,00	80.802,00	83.897,00	jährlich
	5.347,00	6.036,00	6.733,00	6.991,00	monatlich
IVa	59.731,00	67.492,00	75.138,00	77.867,00	jährlich
	4.977,00	5.624,00	6.261,00	6.489,00	monatlich
IVb + Z	58.086,00	64.660,00	70.724,00	71.177,00	jährlich
	4.842,00	5.387,00	5.894,00	5.933,00	monatlich
IVb	55.442,00	62.014,00	68.080,00	68.532,00	jährlich
	4.621,00	5.167,00	5.673,00	5.711,00	monatlich
Vb	50.623,00	56.627,00	61.963,00	62.028,00	jährlich
	4.219,00	4.717,00	5.164,00	5.168,00	monatlich
Vc	47.823,00	53.372,00	58.410,00	57.009,00	jährlich
	3.984,00	4.447,00	4.833,00	4.750,00	monatlich
VIb	45.620,00	50.201,00	53.876,00	53.102,00	jährlich
	3.803,00	4.181,00	4.489,00	4.428,00	monatlich
VII	43.176,00	47.237,00	49.992,00	48.840,00	jährlich
	3.597,00	3.936,00	4.164,00	4.071,00	monatlich
VIII	41.093,00	45.095,00	47.108,00	44.973,00	jährlich
	3.425,00	3.756,00	3.926,00	3.745,00	monatlich
IXa	39.943,00	43.932,00	45.476,00	43.342,00	jährlich
	3.330,00	3.659,00	3.788,00	3.611,00	monatlich

Ohne Ballungsraumzulage

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/B-L für komplementäre Dienste 2019 Ballungsraumzulage

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2018 um 5,0 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	87.447,00	100.179,00	114.463,00	124.948,00	jährlich
	7.286,00	8.348,00	9.538,00	10.413,00	monatlich
Ia	81.098,00	91.441,00	102.542,00	110.125,00	jährlich
	6.758,00	7.621,00	8.545,00	9.178,00	monatlich
Ib	74.196,00	84.218,00	94.892,00	102.206,00	jährlich
	6.182,00	7.017,00	7.909,00	8.517,00	monatlich
IIa	69.306,00	78.674,00	88.477,00	92.586,00	jährlich
	5.776,00	6.558,00	7.373,00	7.715,00	monatlich
IIb	65.743,00	74.465,00	83.402,00	85.709,00	jährlich
	5.478,00	6.206,00	6.949,00	7.143,00	monatlich
III	64.153,00	72.766,00	81.124,00	83.897,00	jährlich
	5.347,00	6.063,00	6.759,00	6.991,00	monatlich
IVa	60.941,00	67.814,00	75.460,00	77.867,00	jährlich
	5.078,00	5.651,00	6.288,00	6.489,00	monatlich
IVb + Z	59.296,00	64.982,00	71.046,00	71.177,00	jährlich
	4.942,00	5.414,00	5.921,00	5.933,00	monatlich
IVb	56.652,00	63.547,00	68.403,00	68.532,00	jährlich
	4.722,00	5.295,00	5.700,00	5.711,00	monatlich
Vb	51.832,00	58.160,00	63.495,00	62.429,00	jährlich
	4.320,00	4.844,00	5.292,00	5.202,00	monatlich
Vc	49.033,00	54.903,00	59.942,00	58.218,00	jährlich
	4.085,00	4.575,00	4.961,00	4.851,00	monatlich
VIb	46.830,00	51.732,00	55.407,00	54.311,00	jährlich
	3.904,00	4.309,00	4.616,00	4.529,00	monatlich
VII	44.386,00	48.769,00	51.524,00	50.049,00	jährlich
	3.698,00	4.065,00	4.292,00	4.172,00	monatlich
VIII	41.093,00	45.095,00	47.108,00	44.973,00	jährlich
	3.425,00	3.756,00	3.926,00	3.745,00	monatlich
IXa	39.943,00	43.932,00	45.476,00	43.342,00	jährlich
	3.330,00	3.659,00	3.788,00	3.611,00	monatlich

Mit Ballungsraumzulage

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/B-L für komplementäre Dienste 2020

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2020 um 1,5 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	88.759,00	101.682,00	116.180,00	126.822,00	jährlich
	7.395,00	8.473,00	9.681,00	10.569,00	monatlich
Ia	82.314,00	92.813,00	104.080,00	111.777,00	jährlich
	6.859,00	7.735,00	8.673,00	9.316,00	monatlich
Ib	75.309,00	85.481,00	96.315,00	103.739,00	jährlich
	6.275,00	7.122,00	8.028,00	8.645,00	monatlich
IIa	70.346,00	79.854,00	89.804,00	93.975,00	jährlich
	5.863,00	6.656,00	7.484,00	7.831,00	monatlich
IIb	66.729,00	75.582,00	84.653,00	86.995,00	jährlich
	5.560,00	6.299,00	7.053,00	7.250,00	monatlich
III	65.115,00	73.531,00	82.014,00	85.155,00	jährlich
	5.427,00	6.127,00	6.834,00	7.096,00	monatlich
IVa	60.627,00	68.504,00	76.265,00	79.035,00	jährlich
	5.052,00	5.708,00	6.355,00	6.586,00	monatlich
IVb + Z	58.957,00	65.630,00	71.785,00	72.245,00	jährlich
	4.915,00	5.468,00	5.982,00	6.022,00	monatlich
IVb	56.274,00	62.944,00	69.101,00	69.560,00	jährlich
	4.690,00	5.245,00	5.758,00	5.797,00	monatlich
Vb	51.382,00	57.476,00	62.892,00	62.958,00	jährlich
	4.282,00	4.788,00	5.241,00	5.246,00	monatlich
Vc	48.540,00	54.173,00	59.286,00	57.864,00	jährlich
	4.044,00	4.514,00	4.905,00	4.821,00	monatlich
VIb	46.304,00	50.954,00	54.684,00	53.899,00	jährlich
	3.860,00	4.244,00	4.556,00	4.494,00	monatlich
VII	43.824,00	47.946,00	50.742,00	49.573,00	jährlich
	3.651,00	3.995,00	4.226,00	4.132,00	monatlich
VIII	41.709,00	45.771,00	47.815,00	45.648,00	jährlich
	3.476,00	3.812,00	3.985,00	3.801,00	monatlich
IXa	40.542,00	44.591,00	46.158,00	43.992,00	jährlich
	3.380,00	3.714,00	3.845,00	3.665,00	monatlich

Ohne Ballungsraumzulage

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/B-L für komplementäre Dienste 2020 Ballungsraumzulage

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2020 um 1,5 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	88.759,00	101.682,00	116.180,00	126.822,00	jährlich
	7.395,00	8.473,00	9.681,00	10.569,00	monatlich
Ia	82.314,00	92.813,00	104.080,00	111.777,00	jährlich
	6.859,00	7.735,00	8.673,00	9.316,00	monatlich
Ib	75.309,00	85.481,00	96.315,00	103.739,00	jährlich
	6.275,00	7.122,00	8.028,00	8.645,00	monatlich
IIa	70.346,00	79.854,00	89.804,00	93.975,00	jährlich
	5.863,00	6.656,00	7.484,00	7.831,00	monatlich
IIb	66.729,00	75.582,00	84.653,00	86.995,00	jährlich
	5.560,00	6.299,00	7.053,00	7.250,00	monatlich
III	65.115,00	73.857,00	82.341,00	85.155,00	jährlich
	5.427,00	6.154,00	6.860,00	7.096,00	monatlich
IVa	61.855,00	68.831,00	76.592,00	79.035,00	jährlich
	5.154,00	5.736,00	6.382,00	6.586,00	monatlich
IVb + Z	60.185,00	65.957,00	72.112,00	72.245,00	jährlich
	5.016,00	5.495,00	6.010,00	6.022,00	monatlich
IVb	57.502,00	64.500,00	69.429,00	69.560,00	jährlich
	4.793,00	5.374,00	5.786,00	5.797,00	monatlich
Vb	52.609,00	59.032,00	64.447,00	63.365,00	jährlich
	4.385,00	4.917,00	5.371,00	5.280,00	monatlich
Vc	49.768,00	55.727,00	60.841,00	59.091,00	jährlich
	4.146,00	4.644,00	5.035,00	4.924,00	monatlich
VIb	47.532,00	52.508,00	56.238,00	55.126,00	jährlich
	3.963,00	4.374,00	4.685,00	4.597,00	monatlich
VII	45.052,00	49.501,00	52.297,00	50.800,00	jährlich
	3.753,00	4.126,00	4.356,00	4.235,00	monatlich
VIII	41.709,00	45.771,00	47.815,00	45.648,00	jährlich
	3.476,00	3.812,00	3.985,00	3.801,00	monatlich
IXa	40.542,00	44.591,00	46.158,00	43.992,00	jährlich
	3.380,00	3.714,00	3.845,00	3.665,00	monatlich

Mit Ballungsraumzulage

Anlage 2b
(zu Nr. 6.4)

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/VKA für komplementäre Dienste 2019

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2018 um 5,0 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	90.615,00	105.083,00	115.898,00	126.198,00	jährlich
	7.551,00	8.758,00	9.658,00	10.517,00	monatlich
Ia	83.371,00	96.609,00	106.517,00	114.234,00	jährlich
	6.947,00	8.050,00	8.874,00	9.519,00	monatlich
Ib	76.817,00	89.464,00	99.168,00	103.352,00	jährlich
	6.400,00	7.453,00	8.262,00	8.612,00	monatlich
II	72.454,00	83.383,00	91.468,00	95.216,00	jährlich
	6.039,00	6.948,00	7.623,00	7.935,00	monatlich
III	65.787,00	75.823,00	83.203,00	85.246,00	jährlich
	5.482,00	6.317,00	6.933,00	7.103,00	monatlich
IVa	61.001,00	70.012,00	76.479,00	77.599,00	jährlich
	5.083,00	5.833,00	6.371,00	6.465,00	monatlich
IVb + Z	59.241,00	67.322,00	72.983,00	73.394,00	jährlich
	4.938,00	5.608,00	6.083,00	6.115,00	monatlich
IVb	56.639,00	64.719,00	70.382,00	70.790,00	jährlich
	4.718,00	5.392,00	5.864,00	5.898,00	monatlich
Vb	52.730,00	60.003,00	64.854,00	64.724,00	jährlich
	4.392,00	5.000,00	5.402,00	5.392,00	monatlich
Vc	48.628,00	55.319,00	59.885,00	58.559,00	jährlich
	4.053,00	4.607,00	4.988,00	4.879,00	monatlich
VIb	45.828,00	51.098,00	54.410,00	53.807,00	jährlich
	3.820,00	4.257,00	4.533,00	4.485,00	monatlich
VII	43.370,00	48.073,00	50.657,00	49.629,00	jährlich
	3.613,00	4.005,00	4.222,00	4.136,00	monatlich
VIII	41.130,00	45.252,00	46.989,00	46.275,00	jährlich
	3.427,00	3.771,00	3.914,00	3.857,00	monatlich
IXa	39.509,00	43.450,00	45.179,00	43.338,00	jährlich
	3.291,00	3.619,00	3.762,00	3.611,00	monatlich
IX	38.745,00	42.708,00	44.083,00	41.954,00	jährlich
	3.229,00	3.560,00	3.676,00	3.497,00	monatlich
X	36.938,00	40.830,00	42.391,00	40.451,00	jährlich
	3.079,00	3.402,00	3.531,00	3.369,00	monatlich

Ohne Ballungsraumzulage

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/VKA für komplementäre Dienste 2019 Ballungsraumzulage

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2018 um 5,0 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	90.615,00	105.083,00	115.898,00	126.198,00	jährlich
	7.551,00	8.758,00	9.658,00	10.517,00	monatlich
Ia	83.371,00	96.609,00	106.517,00	114.234,00	jährlich
	6.947,00	8.050,00	8.874,00	9.519,00	monatlich
Ib	76.817,00	89.464,00	99.168,00	103.352,00	jährlich
	6.400,00	7.453,00	8.262,00	8.612,00	monatlich
II	72.454,00	83.383,00	91.468,00	95.216,00	jährlich
	6.039,00	6.948,00	7.623,00	7.935,00	monatlich
III	65.787,00	76.145,00	83.525,00	85.246,00	jährlich
	5.482,00	6.344,00	6.960,00	7.103,00	monatlich
IVa	62.210,00	70.334,00	76.801,00	77.599,00	jährlich
	5.184,00	5.860,00	6.399,00	6.465,00	monatlich
IVb + Z	60.451,00	67.644,00	73.306,00	73.394,00	jährlich
	5.039,00	5.635,00	6.110,00	6.115,00	monatlich
IVb	57.849,00	66.252,00	70.705,00	70.790,00	jährlich
	4.818,00	5.520,00	5.892,00	5.898,00	monatlich
Vb	53.940,00	61.536,00	66.386,00	65.125,00	jährlich
	4.493,00	5.128,00	5.530,00	5.425,00	monatlich
Vc	49.837,00	56.851,00	61.417,00	59.768,00	jährlich
	4.154,00	4.736,00	5.116,00	4.980,00	monatlich
VIb	47.038,00	52.630,00	55.942,00	55.017,00	jährlich
	3.921,00	4.384,00	4.661,00	4.585,00	monatlich
VII	44.580,00	49.605,00	52.189,00	50.839,00	jährlich
	3.714,00	4.133,00	4.350,00	4.237,00	monatlich
VIII	41.130,00	45.252,00	46.989,00	46.275,00	jährlich
	3.427,00	3.771,00	3.914,00	3.857,00	monatlich
IXa	39.509,00	43.450,00	45.179,00	43.338,00	jährlich
	3.291,00	3.619,00	3.762,00	3.611,00	monatlich
IX	38.745,00	42.708,00	44.083,00	41.954,00	jährlich
	3.229,00	3.560,00	3.676,00	3.497,00	monatlich
X	36.938,00	40.830,00	42.391,00	40.451,00	jährlich
	3.079,00	3.402,00	3.531,00	3.369,00	monatlich

Mit Ballungsraumzulage

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/VKA für komplementäre Dienste 2020

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2020 um 1,5 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	91.974,00	106.659,00	117.636,00	128.091,00	jährlich
	7.664,00	8.889,00	9.803,00	10.675,00	monatlich
Ia	84.622,00	98.058,00	108.115,00	115.948,00	jährlich
	7.051,00	8.171,00	9.007,00	9.662,00	monatlich
Ib	77.969,00	90.806,00	100.656,00	104.902,00	jährlich
	6.496,00	7.565,00	8.386,00	8.741,00	monatlich
II	73.541,00	84.634,00	92.840,00	96.644,00	jährlich
	6.130,00	7.052,00	7.737,00	8.054,00	monatlich
III	66.774,00	76.960,00	84.451,00	86.525,00	jährlich
	5.564,00	6.412,00	7.037,00	7.210,00	monatlich
IVa	61.916,00	71.062,00	77.626,00	78.763,00	jährlich
	5.159,00	5.920,00	6.467,00	6.562,00	monatlich
IVb + Z	60.130,00	68.332,00	74.078,00	74.495,00	jährlich
	5.012,00	5.692,00	6.174,00	6.207,00	monatlich
IVb	57.489,00	65.690,00	71.438,00	71.852,00	jährlich
	4.789,00	5.473,00	5.952,00	5.986,00	monatlich
Vb	53.521,00	60.903,00	65.827,00	65.695,00	jährlich
	4.458,00	5.075,00	5.483,00	5.473,00	monatlich
Vc	49.357,00	56.149,00	60.783,00	59.437,00	jährlich
	4.114,00	4.676,00	5.063,00	4.952,00	monatlich
VIb	46.515,00	51.864,00	55.226,00	54.614,00	jährlich
	3.877,00	4.321,00	4.601,00	4.552,00	monatlich
VII	44.021,00	48.794,00	51.417,00	50.373,00	jährlich
	3.667,00	4.065,00	4.285,00	4.198,00	monatlich
VIII	41.747,00	45.931,00	47.694,00	46.969,00	jährlich
	3.478,00	3.828,00	3.973,00	3.915,00	monatlich
IXa	40.102,00	44.102,00	45.857,00	43.988,00	jährlich
	3.340,00	3.673,00	3.818,00	3.665,00	monatlich
IX	39.326,00	43.349,00	44.744,00	42.583,00	jährlich
	3.277,00	3.613,00	3.731,00	3.549,00	monatlich
X	37.492,00	41.442,00	43.027,00	41.058,00	jährlich
	3.125,00	3.453,00	3.584,00	3.420,00	monatlich

Ohne Ballungsraumzulage

Personalkostenpauschalen nach dem BAT/VKA für komplementäre Dienste 2020 Ballungsraumzulage

Berücksichtigung von Tarifsteigerungen zum 01.03.2020 um 1,5 %

Altersklasse	A	B	C	D	
Vergütungsgruppe	(bis 28)	(29 bis 36)	(37 bis 44)	(ab 45)	in Euro
I	91.974,00	106.659,00	117.636,00	128.091,00	jährlich
	7.664,00	8.889,00	9.803,00	10.675,00	monatlich
Ia	84.622,00	98.058,00	108.115,00	115.948,00	jährlich
	7.051,00	8.171,00	9.007,00	9.662,00	monatlich
Ib	77.969,00	90.806,00	100.656,00	104.902,00	jährlich
	6.496,00	7.565,00	8.386,00	8.741,00	monatlich
II	73.541,00	84.634,00	92.840,00	96.644,00	jährlich
	6.130,00	7.052,00	7.737,00	8.054,00	monatlich
III	66.774,00	77.287,00	84.778,00	86.525,00	jährlich
	5.564,00	6.439,00	7.064,00	7.210,00	monatlich
IVa	63.143,00	71.389,00	77.953,00	78.763,00	jährlich
	5.262,00	5.948,00	6.495,00	6.562,00	monatlich
IVb + Z	61.358,00	68.659,00	74.406,00	74.495,00	jährlich
	5.115,00	5.720,00	6.202,00	6.207,00	monatlich
IVb	58.717,00	67.246,00	71.766,00	71.852,00	jährlich
	4.890,00	5.603,00	5.980,00	5.986,00	monatlich
Vb	54.749,00	62.459,00	67.382,00	66.102,00	jährlich
	4.560,00	5.205,00	5.613,00	5.506,00	monatlich
Vc	50.585,00	57.704,00	62.338,00	60.665,00	jährlich
	4.216,00	4.807,00	5.193,00	5.055,00	monatlich
VIb	47.744,00	53.419,00	56.781,00	55.842,00	jährlich
	3.980,00	4.450,00	4.731,00	4.654,00	monatlich
VII	45.249,00	50.349,00	52.972,00	51.602,00	jährlich
	3.770,00	4.195,00	4.415,00	4.301,00	monatlich
VIII	41.747,00	45.931,00	47.694,00	46.969,00	jährlich
	3.478,00	3.828,00	3.973,00	3.915,00	monatlich
IXa	40.102,00	44.102,00	45.857,00	43.988,00	jährlich
	3.340,00	3.673,00	3.818,00	3.665,00	monatlich
IX	39.326,00	43.349,00	44.744,00	42.583,00	jährlich
	3.277,00	3.613,00	3.731,00	3.549,00	monatlich
X	37.492,00	41.442,00	43.027,00	41.058,00	jährlich
	3.125,00	3.453,00	3.584,00	3.420,00	monatlich

Mit Ballungsraumzulage

Anlage 3
(zu Nr. 6.4)

Personalkostenpauschalen 2019

(Sucht, Psychiatrie, Regionale OBA, Überregionale OBA)

Für Mitarbeiter, die ab dem 01.01.2007 im Bereich der ambulant komplementären Dienste neu eingestellt werden, gelten folgende Personalkostenpauschalen auf der Grundlage der Entgelttabelle des TVöD im Tarifgebiet West im Bereich VKA: Berücksichtigung des Tarifvertrags 01.03.2018 bis 28.02.2020.

Diplom-Psychologe	82.800 Euro
Diplom-Sozialpädagoge	64.300 Euro
Sonstige Fachkraft	56.300 Euro
Verwaltungskraft	46.300 Euro
Hauswirtschaftskraft	42.400 Euro

Personalkostenpauschalen 2020

(Sucht, Psychiatrie, Regionale OBA, Überregionale OBA)

Für Mitarbeiter, die ab dem 01.01.2007 im Bereich der ambulant komplementären Dienste neu eingestellt werden, gelten folgende Personalkostenpauschalen auf der Grundlage der Entgelttabelle des TVöD im Tarifgebiet West im Bereich VKA: Berücksichtigung des Tarifvertrags 01.03.2018 bis 28.02.2020.

Diplom-Psychologe	84.200 Euro
Diplom-Sozialpädagoge	65.300 Euro
Sonstige Fachkraft	57.100 Euro
Verwaltungskraft	47.000 Euro
Hauswirtschaftskraft	43.000 Euro

Anlage 4
(zu Nr. 6.3)

Überregionale Offene Behindertenarbeit
Personalkostenpauschalen des Freistaates Bayern ab 2019

Die jährliche Förderpauschale des Freistaates Bayern für die Durchführung der Maßnahmen nach Nr. 5 beträgt

für Psychologinnen und Psychologen mit Diplom oder Masterabschluss	bis zu 33.700 Euro,
für Fachkräfte	bis zu 24.300 Euro
und	
für sonstige Fachkräfte	bis zu 18.200 Euro.

II. Veröffentlichungen, die nicht in den Fortführungsnachweis des Allgemeinen Ministerialblatts aufgenommen werden

Erlöschen des Exequaturs von Herrn Dietrich von Berg

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 21. November 2018, Az. Prot 1090-256-1

Herr Dietrich von Berg ist am 8. November 2018 verstorben. Das ihm erteilte Exequatur als Honorarkonsul der Republik Burundi in Stuttgart mit dem Konsularbezirk Freistaat Bayern und Land Baden-Württemberg ist mit Ablauf des 8. November 2018 erloschen.

Die honorarkonsularische Vertretung der Republik in Stuttgart ist somit geschlossen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Erteilung eines Exequaturs an Herrn Mohsen Sebai

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 11. Dezember 2018, Az. Prot 1240-3334-4

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Tunesischen Republik in München ernannten Herrn Mohsen Sebai am 6. Dezember 2018 das Exequatur als Konsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst den Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg.

Das der bisherigen Generalkonsulin, Frau Soumaya Zorai Ep Chaabani, am 10. November 2016 erteilte Exequatur ist erloschen.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Kraftloserklärung eines konsularischen Ausweises

Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei

vom 12. Dezember 2018, Az. Prot 1090-114-3

Der offizielle Ausweis für Honorarkonsuln mit der Nr. 11201, ausgestellt für Herrn Wolfgang Altmüller, Honorarkonsul von Antigua und Barbuda in München, ist abhandengekommen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Dr. Alfred Rührmair
Ministerialdirigent

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zum Mobilfunk-Förderprogramm gemäß der Entscheidung der EU-Kommission vom 16. November 2018, SA.48324

vom 28. November 2018

Die Mobilfunkrichtlinie vom 28. November 2018 (AllMBl. S. 1250) ist mit Wirkung vom 1. Dezember 2018 in Kraft getreten.

Gemäß der Genehmigungsentscheidung der EU-Kommission vom 16. November 2018 zum bayerischen Mobilfunk-Förderprogramm wird bekannt gegeben:

Alle Anbieter von Lösungen, die in der Lage sind und Interesse haben, ein Mobilfunknetz in einer der auf der im Internet unter www.mobilfunk.bayern abrufbaren Karte der Sprachmobilfunkversorgung verzeichneten Gemeinden, in denen sich unversorgte Gebiete befinden, aufzubauen, werden hiermit gebeten, sich bis zum Ablauf des 21. März 2019 beim Bayerischen Mobilfunkzentrum zu melden.

Bayerisches Mobilfunkzentrum
Regierung der Oberpfalz
Emmeramsplatz 8
93047 Regensburg
Telefon 0941 5680-1575
mobilfunk@reg-opf.bayern.de

Eine Beteiligung setzt die Erfüllung folgender Voraussetzungen laut der von der EU-Kommission genehmigten Förderrichtlinie voraus:

- Es wird mobiles Breitband nach dem gebräuchlichen LTE- oder künftig 5G-Standard auf Basis der erforderlichen Frequenznutzungsrechte bereitgestellt.
- Die eingesetzte Technik muss sich zur mobilen Nutzung verbreiteter mobiler Endgeräte wie Smartphones und Tablets eignen.
- Die Versorgung im Zielgebiet muss Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s pro Antennensektor sicherstellen.
- Technische Funklösungen müssen eine Mobilität der Nutzer erlauben. Daher ist WLAN ausgeschlossen.
- Eine Latenzzeit unter 150 Millisekunden muss gewährleistet sein.

Dr. Bernhard Schwab
Ministerialdirektor

Bekanntmachung der Managementmaßnahmen für invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

vom 8. November 2018, Az. 62b-U8645.0-2017/6-168

Gemäß Art. 19 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 verfügen die Mitgliedstaaten über Managementmaßnahmen für invasive gebietsfremde Arten von unionsweiter Bedeutung, die nach Feststellung der Mitgliedstaaten in ihrem Hoheitsgebiet weit verbreitet sind. Die Managementmaßnahmen sollen die Auswirkungen dieser Arten auf die Biodiversität und die damit verbundenen Ökosystemdienstleistungen sowie ggf. auf die menschliche Gesundheit oder die Wirtschaft minimieren.

Der Öffentlichkeit wurde im Herbst 2017 durch die Öffentlichkeitsbeteiligung zu den Managementmaßnahmenblättern nach den §§ 40e und 40f BNatSchG in Verbindung mit § 42 UVPG die Möglichkeit gegeben, sich an der Vorbereitung der Managementmaßnahmen für die Arten der ersten Liste (Anhang zu Art. 1 der Durchführungsverordnung [EU] 2016/1141) zu beteiligen.

Im Anschluss an die Öffentlichkeitsbeteiligung und deren Auswertung wurden die Managementmaßnahmen überarbeitet und können nun unter der Internetadresse

https://www.lfu.bayern.de/natur/neobiota/invasive_arten/index.htm

eingesehen werden.

Die Auswahl der Maßnahmen und deren konkrete Ausgestaltung erfolgt im Einzelfall entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen durch die zuständige Behörde.

Christina Kreitmayer
Ministerialdirigentin

Studienzeiten 2020/2021 an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Sozialverwaltung

Bekanntmachung der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Sozialverwaltung

vom 26. November 2018, Az. L232/06/2018

Im Vollzug des Art. 17 des HföD-Gesetzes (HföDG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Oktober 2003 (GVBl. S. 818, BayRS 2030-1-3-F), das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 286) geändert worden ist, gibt der Fachbereich Sozialverwaltung im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales folgende Studienzeiten für das Fachstudium bekannt:

Erster Studienabschnitt vom 14. September 2020 bis 2. April 2021 für die Studierenden, die im Jahr 2023 die Qualifikationsprüfung ablegen werden:

Voraussichtliche Zahl der Studiengruppen:

– Fachrichtung Rentenversicherung: 4 Studiengruppen
– Fachrichtung Staatliche Sozialverwaltung: 1 Studiengruppe

Zweiter Studienabschnitt für die Studierenden, die im Jahr 2022 die Qualifikationsprüfung ablegen werden:

1. Teil vom 21. September 2020 bis 31. Dezember 2020

2. Teil vom 5. April 2021 bis 16. Juli 2021

Voraussichtliche Zahl der Studiengruppen:

– Fachrichtung Rentenversicherung: 4 Studiengruppen
– Fachrichtung Staatliche Sozialverwaltung: 1 Studiengruppe

Dritter Studienabschnitt vom 4. Januar 2021 bis 2. Juli 2021 für die Studierenden, die im Jahr 2021 die Qualifikationsprüfung ablegen werden:

Voraussichtliche Zahl der Studiengruppen:

– Fachrichtung Rentenversicherung: 4 Studiengruppen
– Fachrichtung Staatliche Sozialverwaltung: 1 Studiengruppe

Rainer Schmid
Fachbereichsleiter

IV. Nichtamtliche Veröffentlichungen

Stellenausschreibungen

Die Stelle der **Direktorin**/des **Direktors des Arbeitsgerichts Nürnberg** (BesGr R 2 + AZ) ist demnächst neu zu besetzen.

Bis zum **10. Januar 2019** können auf dem Dienstweg Bewerbungen beim Präsidenten des Landesarbeitsgerichts Nürnberg eingereicht werden.

Im Hinblick auf die Anforderungen des zu besetzenden Amtes werden eine ausgeprägte Führungs- und Verwaltungserfahrung, mindestens zwei Jahre arbeitsrichterliche Tätigkeit und Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung vorausgesetzt.

Vorrangig werden Bewerberinnen/Bewerber berücksichtigt, die über eine ausreichend lange Berufserfahrung als Juristin/Jurist in der Ministerialverwaltung in leitender Funktion, am Bundesverfassungsgericht, am Bundesarbeitsgericht oder einer vergleichbaren Institution auf europäischer oder internationaler Ebene verfügen.

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht (Art. 2 Abs. 1, Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Auf das Antragsrecht zur Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten (Art. 18 Abs. 3 Satz 2 BayGlG) wird hingewiesen. Die Stelle ist aufgrund der besonderen Aufgabenstellung und der Amtsgebundenheit dieser Leitungsfunktion nicht teilzeitfähig.

Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

*

Die Stelle der **Vizepräsidentin**/des **Vizepräsidenten des Sozialgerichts Nürnberg** (BesGr R 2 + AZ) ist demnächst neu zu besetzen.

Bis zum **10. Januar 2019** können auf dem Dienstweg Bewerbungen beim Präsidenten des Bayerischen Landessozialgerichts eingereicht werden.

Im Hinblick auf die Anforderungen des zu besetzenden Amtes werden eine ausgeprägte Führungs- und Verwaltungserfahrung, mindestens zwei Jahre sozialrichterliche Tätigkeit und Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung vorausgesetzt.

Vorrangig werden Bewerberinnen/Bewerber berücksichtigt, die über eine ausreichend lange Berufserfahrung als Juristin/Jurist in der Ministerialverwaltung in leitender Funktion, am Bundesverfassungsgericht, am Bundessozialgericht oder einer vergleichbaren Institution auf europäischer oder internationaler Ebene verfügen.

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht (Art. 2 Abs. 1, Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Auf das Antragsrecht zur Beteiligung der/des Gleichstellungsbeauftragten (Art. 18 Abs. 3 Satz 2 BayGlG) sowie auf die Möglichkeit der Gewährung von Teilzeit unter den gesetzlichen Voraussetzungen des BayRiStAG wird hingewiesen.

Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

*

Beim **Sozialgericht München** ist demnächst eine Stelle für **eine Richterin/einen Richter am Sozialgericht – als weitere aufsichtführende Richterin/als weiterer aufsichtführender Richter** – (BesGr R 2) neu zu besetzen.

Bis zum **10. Januar 2019** können auf dem Dienstweg Bewerbungen beim Präsidenten des Bayerischen Landessozialgerichts eingereicht werden.

Im Hinblick auf die gestiegenen Anforderungen im Zusammenhang mit dem Datenschutz werden Bewerberinnen/Bewerber mit diesbezüglicher Vorerfahrung vorrangig berücksichtigt.

Bewerbungen von Frauen sind erwünscht (Art. 2 Abs. 1, Art. 7 Abs. 3 BayGlG). Auf das Antragsrecht zur Beteiligung der/des Gleichstellungsbeauftragten (Art. 18 Abs. 3 Satz 2 BayGlG) sowie auf die Möglichkeit der Gewährung von Teilzeit unter den gesetzlichen Voraussetzungen des BayRiStAG wird hingewiesen.

Schwerbehinderte Bewerberinnen/Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Literaturhinweise

Nomos Verlag, Baden-Baden

Gern/Brüning, **Deutsches Kommunalrecht,** 4., neu bearbeitete Auflage 2019, 749 Seiten, Preis 69 €, ISBN 978-3-8329-7475-5.

Das Standardwerk stellt das gesamte deutsche Kommunalrecht auf dem neuesten Stand dar. Die vielfältigen Strukturen des Gemeinde- und Landkreisrechts, des Rechts kommunaler Zusammenschlüsse und der Zusammenarbeit sowie des kommunalen Abgabenrechts in ihrer bundes-, landes- und europarechtlichen Einbindung werden systematisch aufbereitet.

Sodan/Ziekow, **VwGO – Verwaltungsgerichtsordnung,** Großkommentar, 5. Auflage 2018, 3559 Seiten, Preis 228 €, ISBN 978-3-8487-3974-5.

Die Neuauflage des Standardwerks arbeitet die Grundlinien des Verwaltungsprozesses heraus und behandelt zugleich alle Details. Alle Vorschriften werden eingehend analysiert und ihre Strukturen und Zwecksetzungen verdeutlicht. Die Neuauflage berücksichtigt die jüngsten Gesetzesänderungen. Die Verwendung von zahlreichen Beispielen macht die Kommentierungen besonders anschaulich.

Dau/Düwell/Joussen (Hrsg.), **Sozialgesetzbuch IX,** Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, SGB IX, BTHG, SchwbVWO, BGG, Lehr- und Praxiskommentar, 5. Auflage 2019, 2016 Seiten, gebunden, Preis 148 €, ISBN 978-3-8487-3375-0.

Das Bundesteilhabegesetz stellt die größte Reform des Rechts behinderter Menschen seit Einführung des SGB IX dar. Die Reformauflage des Kommentars reagiert hierauf in allen Bereichen. Vor dem Hintergrund der inklusiven Anforderungen durch die UN-Behindertenrechtskonvention werden sämtliche Auswirkungen kommentiert und kritisch auf ihre Folgen für die Praxis überprüft. Keiner Fragestellung wird ausgewichen. Dies gilt auch für die vielfältigen Abgrenzungsfragen zum SGB VIII (neue Sonderregelungen für minderjährige Menschen mit Behinderungen) und zum SGB XI. So werden die neuen allgemeinen Regeln für alle Reha-Träger, der erweiterte Leistungskatalog ebenso wie die neuen Anrechnungsregeln behandelt. Der Kommentar zeigt auf, wie sich die Verbesserungen der neuen Vorschriften zur Teilhabe am Arbeitsleben in der Praxis auswirken. Ebenso ist das neue Recht der Schwerbehindertenvertretungen bestehend aus „Vorschaltgesetz 2017" und neugegliederter Fassung 2018 berücksichtigt. Die Neuregelungen sind zum Teil bereits in Kraft getreten, zum Teil gelten sie seit 1.1.2018 resp. 1.1.2020 und 1.1.2023.

Hirzel Verlag, Stuttgart

Paál, **Warum fallen Wolken nicht vom Himmel?**, Frag den Paál! Aha-Effekte für Neugierige, 2019, 268 Seiten, Preis 19,80 €, ISBN 978-3-7776-2758-8.

Das Buch gibt leicht verständliche Antworten auf die kleinen und großen Mysterien des Alltags.

Schwarzer, **Was uns schmeckt und was dahinter steckt,** 2018, 183 Seiten, Preis 36 €, ISBN 978-3-7776-2724-3.

Das Buch erklärt, welche physikalischen, chemischen und biologischen Vorgänge bei der Zubereitung von Süßspeisen ablaufen. Die gängigsten Zutaten wie Mehl, Backtriebmittel, Eier, Zucker, Milchprodukte und Fett werden genau unter die Lupe genommen.

C.H.Beck Verlag, München

Reckendrees, **Beiersdorf,** die Geschichte des Unternehmens hinter den Marken NIVEA, tesa, Hansaplast & Co, 2018, 410 Seiten, Preis 29,95 €, ISBN 978-3-406-72508-1.

Das Buch erzählt auf einer wissenschaftlichen Grundlage die Geschichte von Beiersdorf. Es beschreibt Strategien und Neuorientierungen eines Unternehmens vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, dessen Entwicklung die facettenreiche deutsche Geschichte widerspiegelt.

Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart

Baetge/Wollmert/Kirsch, **Rechnungslegung nach IFRS,** Kommentar auf der Grundlage des deutschen Bilanzrechts, 36. Lieferung, Stand Oktober 2018, Loseblattwerk in 3 Ordnern, ca. 3900 Seiten, Preis inkl. Online-Zugang 249,95 €, ISBN 978-3-7910-3653-3.

Erich Schmidt Verlag, Berlin

Eulerich, **Interne Revision,** Theorie, Organisation, Best Practice, 2018, XXIV, 498 Seiten, Preis 59,95 €, ISBN 978-3-503-17693-9.

Die Arbeit der Internen Revision spielt eine zentrale Rolle bei der Verbesserung und Absicherung unternehmerischer Aktivitäten und Geschäftsprozesse. Das Buch behandelt die Ziele, Aufgaben, die Organisation, den Revisionsprozess sowie die aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich. Es werden beispielhafte Fallstudien anschaulich vorgestellt.

Schmatz/Nöthlichs, **Sicherheitstechnik, Ergänzbare Sammlung der Vorschriften nebst Erläuterungen für Unternehmen und Ingenieure,** Lieferung 13/18 und 14/18, Stand November 2018, Loseblattgrundwerk 28894 Seiten, inkl. 20 Ordnern, Preis 296 €, ISBN 978-3-503-00062-3.

Schaffland/Wiltfang, **Datenschutz-Grundverordnung – DS-GVO, Bundesdatenschutzgesetz – BDSG,** Kommentar und Textsammlung, Loseblattwerk, Lieferung 11/18 und 12/18, Stand Dezember 2018, Loseblattgrundwerk 3222 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 122 €, ISBN 978-3-503-17404-1.

Seckelmann, **Digitalisierte Verwaltung – Vernetztes E-Government,** 2., völlig neu bearbeitete Auflage 2019, 756 Seiten, Preis 94 €, ISBN 978-3-503-18139-1.

Der Band gibt Antworten auf Fragen der strategischen Steuerung, des Datenschutzes und des Verwaltungshandelns vor dem Hintergrund der Digitalisierung. Er befindet sich auf dem neuesten Rechtsstand – inkl. DSGVO und der Erklärung von Tallinn. Integrativ und ebenenübergreifend werden gleichermaßen die EU-, Bundes-, Landes- und Kommunalebene behandelt.

Hösel/von Lersner/Wendenburg/Versteyl, **Recht der Abfall- und Kreislaufwirtschaft des Bundes, der Länder und der Europäischen Union,** Kommentierungen der Abfallrahmenrichtlinie, des KrWG und weiterer abfallrechtlicher Gesetze und Verordnungen, 2. Auflage, Lieferung 08/18, Stand November 2018, Loseblattgrundwerk 10896 Seiten, einschl. 6 Ordnern, Preis 168 €, inkl. Online-Zugang zu Teilen einer umfangreichen, ständig aktualisierten umweltrechtlichen Vorschriftendatenbank, ISBN 978-3-503-16536-0.

Bielenberg/Runkel/Spannowsky, **Raumordnungs- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder,** Kommentar und Textsammlung, Lieferung 04/18, Stand November 2018, Loseblattwerk 3587 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 107 €, ISBN 978-3-503-01362-3.

Kalmbach, **Handbuch der Luftreinhaltung und des Lärmschutzes,** Immissionsschutz, Lieferung 11/18, Stand November 2018, Loseblattgrundwerk 9275 Seiten, inkl. 6 Ordnern, inkl. Online-Zugang zu einer umfangreichen, ständig aktualisierten umweltrechtlichen Vorschriftendatenbank, Preis 238 €, ISBN 978-3-503-05843-3.

Schmatz/Nöthlichs, **Gefahrstoffe,** Kommentar zu Chemikaliengesetz und Gefahrstoffverordnung, Loseblattwerk, Lieferung 03/18, Stand November 2018, 3419 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 139 €, ISBN 978-3-503-02724-8.

Reinert/Ellegast, **Messung von Gefahrstoffen IFA-Arbeitsmappe,** Gefährdungsermittlung bei chemischen und biologischen Einwirkungen, herausgegeben von der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e. V. (DGUV), Lieferung 02/18, Stand November 2018, Loseblattwerk, 1930 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 148 €, ISBN 978-3-503-13084-9.

Gérard/Göbel/Horlemann, **Staatliche Förderung der Altersvorsorge und Vermögensbildung,** Kommentar zu den einschlägigen Regelungen der privaten Altersvorsorge und betrieblichen sowie gesetzlichen Altersversorgung, des Altersvermögensgesetzes, Alterseinkünftegesetzes und Eigenheimrentengesetzes, zum Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz, zum Fünften Vermögensbildungsgesetz, zum Wohnungsbau-Prämiengesetz und zu Vermögensbeteiligungen, 10., neu bearbeitete Auflage, Lieferung 06/18, Stand Juli 2018, 3986 Seiten, einschl. 2 Ordnern, Preis 94 €, ISBN 978-3-503-06049-8.

Kohlhammer Verlag, Stuttgart

Piduch, **Bundeshaushaltsrecht,** Kommentar zu den Artikeln 91a bis 91e, 104a bis 104c, 109 bis 115, 125c, 143c, 143d des GG und zur BHO mit rechtsvergleichenden Hinweisen auf das Haushaltsrecht der Bundesländer und ihrer Gemeinden, Loseblattwerk, 51. Lieferung der 1. Auflage/ 20. Lieferung der 2. Auflage, Stand Februar 2018, 254 Seiten, Preis 130 €, Loseblattgrundwerk 1758 Seiten, ISBN 978-3-17-017636-2.

Bundesanzeiger Verlag, Köln

Kahl/Schlüter, **Gefahrstoffrecht,** Materialien zur Einstufung und Kennzeichnung, Chemikaliengesetz, Gefahrstoffverordnung, Chemikalien-Verbotsverordnung, EG-Gesetzgebung, CLP-Verordnung, REACH-Verordnung, alle einschlägigen EG-Richtlinien, 37. Lieferung, Stand Juni 2018, Grundwerk mit ca. 1800 Seiten, einschl. 2 Ordnern, inkl. Daten-Download, Preis 168 €, ISBN 978-3-935064-24-8.

Buchwald/Mayrhofer, **Arzneimittelrecht,** Sammlung von amtlichen Veröffentlichungen zum Arzneimittelgesetz und zum EU-Arzneimittelrecht, Loseblattwerk, 118. und 119. Lieferung, Stand September 2018, Grundwerk mit ca. 2900 Seiten, Preis 158 €, ISBN 978-3-89817-352-6.

Müller-Wrede/Braun, **KonzVgV einschließlich VergStatVO und Sonderregelungen,** Kommentar, 2018, XLVI, 1024 Seiten, Preis 169 €, Vergabe, ISBN 978-3-8462-0523-5.

Der Kommentar erläutert die Regelungen der Konzessionsvergabeverordnung, der Vergabestatistikverordnung sowie wichtige Sonderregelungen zu Konzessionen und zeigt die gesamte Breite des Konzessionsvergaberechts auf. Er bietet eine umfassende Darstellung von praxisrelevanten Problemstellungen und praxisgerechten Lösungswegen und befindet sich auf dem neuesten Stand der Regelwerke und der Rechtsprechung.

ecomed-Storck GmbH, Landsberg am Lech

Hofmann/Jäckel, **Merkblätter biologische Arbeitsstoffe,** 56. Lieferung inkl. CD-ROM, Stand November 2018, Preis 76,99 €, ISBN 978-3-609-62150-0.

Richard Boorberg Verlag, Stuttgart und München

Brandhuber/Theobald/Typelt, **Vorschriftensammlung für die Verwaltung in Bayern – VSV,** 171. Lieferung, einschließlich Online-Dienst, Stand 24. September 2018, Loseblattwerk etwa 10160 Seiten, einschl. 3 Ordnern, Preis 88 €, ISBN 978-3-415-00590-7.

Lademann, **Kommentar zum Einkommensteuergesetz mit Nebengesetzen,** In Zusammenarbeit mit Betriebs-Berater, Zeitschrift für Recht und Wirtschaft, Loseblattwerk, 241. Lieferung, Stand Oktober 2018, etwa 15610 Seiten, einschl. 14 Ordnern, inkl. Online-Dienst „Lademann EStG context", Preis 198 €, ISBN 9783-415-02393-2.

Stotax, Stollfuß Medien, Bonn

Beermann/Gosch, **Abgabenordnung, Finanzgerichtsordnung,** mit Nebengesetzen, EuGH-Verfahrensrecht, Kommentar, 142. Lieferung, Stand November 2018, inkl. Zugang zur laufend aktualisierten Online-Datenbank und CD-ROM, Preis 85,80 €, Loseblattwerk in 5 Ordnern, ca. 12500 Seiten, ISBN 978-3-08-253000-9.

Strahl, **Ertragsteuern, Problemfelder der steuerlichen Beratung,** Problemanalysen, Problemlösungen, Gestaltungen, 28. Lieferung, Dezember 2018, Preis 70,80 € inkl. Zugang zur laufend aktualisierten Online-Datenbank und DVD, Preis 37 €. Loseblattwerk in 1 Ordner, ca. 2200 Seiten, ISBN 978-3-08-352200-3.

Wolters Kluwer Deutschland, Luchterhand, Neuwied

Dalichau, **SGB V – Gesetzliche Krankenversicherung,** Kommentar, mit Online-Datenbank, Loseblattwerk mit 3 Ordnern, 113. Lieferung, Stand 15. November 2018, Preis 232,32 €, ISBN 978-3-7747-0082-6.

Schelter, **Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG),** Kommentar, 245. Lieferung, Stand 1. August 2018, Preis 364,80 €, ISBN 978-3-7747-0132-8.

Schulz/Becker, **Deutsches Umweltschutzrecht,** Sammlung des gesamten Umweltschutzrechts des Bundes und der Länder, 328. Lieferung, Stand Dezember 2018, Preis 399 €, ISBN 978-3-7747-0142-7.

Schiwy, **Chemikaliengesetz,** Kommentar und Sammlung deutscher und internationaler Vorschriften, 332. Lieferung, Stand Dezember 2018, Preis 571,52 €, ISBN 978-3-7962-0381-7.

Bachmeier/Müller/Rebler, **Straßenverkehrsordnung (StVO),** Kommentar, 83. Lieferung, Stand Dezember 2018, Preis 96,84 €, ISBN 978-3-472-01930-5.

Wolters Kluwer Deutschland, Carl Link, Kronach

Leonhardt, **Jagdrecht,** Bundesjagdgesetz, Bayerisches Jagdgesetz, Ergänzende Bestimmungen, Kommentar, Loseblattwerk, 89. Lieferung, Stand Dezember 2018, Preis 132,44 €, ISBN 978-3-556-75010-0

Nitsche/Baumann/Schwamberger, **Satzungen zur Abwasserbeseitigung,** mit Abgaberegelungen, kommentierte Ausgabe, 67. Lieferung inkl. Leer-Ordner, Stand August 2018, Preis 201,16 €, ISBN 978-3-556-64400-3.

Schwenk/Frey, **Haushalts- und Wirtschaftsrecht / Kommunaler Finanzausgleich in Bayern,** Kommentar, Loseblattwerk, 180. Lieferung, Stand 1. November 2018, Preis 72,95 € + JURION 9,01 €, Finanzrecht der Kommunen I, ISBN 978-3-556-90010-9.

R. v. Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg

Sponer/Steinherr, **TV-L – Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder,** Kommentar, 105. Lieferung, Stand Dezember 2018, Preis 70,99 €, auch lieferbar als CD-ROM, Kombiversion (Loseblatt + CD-ROM) und Internetversion, ISBN 978-3-7685-8444-9.

C.F. Müller, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München

Keck/Michaelis, **Die Rentenversicherung im SGB,** Kommentar für die Praxis, 101. Lieferung, Stand Dezember 2018, Preis 89,99 €, ISBN 978-3-8114-6344-8.

Rehm, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München

Franzius/Altenbockum/Gerhold, **Handbuch Altlastensanierung und Flächenmanagement – HdA,** 85. Lieferung, Stand Oktober 2018, Preis 74,99 €, ISBN 978-3-8073-2397-8.

Bätza/Jentsch, **Tierseuchenrecht in Deutschland und Europa,** 239. Lieferung, Stand Oktober 2018, Preis 190,99 €, ISBN 978-3-8073-2491-3.

Weiß/Niedermaier/Summer/Zängl, **Beamtenrecht in Bayern,** Kommentar, 207. Lieferung, Stand September 2018, Preis 133,99 €, ISBN 978-3-8073-0005-4.

Jehle Verlag, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München

Wilde/Ehmann/Niese/Knoblauch, **Datenschutz in Bayern** (Datenschutz-Grundverordnung, Bayerisches Datenschutzgesetz), Kommentar und Handbuch für Datenschutzverantwortliche, 30. Aktualisierung, Stand November 2018, 278 Seiten, Preis 149,99 €; Gesamtwerk (1400 Seiten, 1 Ordner) 169,99 € mit Fortsetzungsbezug.

Das Werk enthält schon bisher die Kommentierung der Datenschutz-Grundverordnung der EU (DSGVO) und des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG). Beide für die Behördenpraxis wichtigen Regelwerke gelten seit dem 25. Mai 2018. Nunmehr wurde der erste Teil des Handbuchs für Datenschutzverantwortliche aufgenommen, das lehrbuchartig einen Überblick über das für bayerische Behörden geltende neue Datenschutzrecht gibt. Neben Prüfungsschemata für die Zulässigkeit der Datenverarbeitung wurden insbesondere folgende Themen behandelt: Verantwortung und Kontrolle im Datenschutz, behördlicher Datenschutzbeauftragter, Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten, Aufsicht durch den Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Datenschutz und Amtshilfe. Bei Art. 88 DSGVO (Beschäftigtendatenschutz) wurde die neue Rechtslage für Arbeitnehmer und Beamte erläutert, vor allem unter Berücksichtigung von Art. 4 und 5 BayDSG und Art. 103 ff. BayBG.

Ab 1. Januar 2019 werden die vier bestehenden Amts- und Ministerialblätter (AllMBl., JMBl., FMBl. und KWMBl.) durch das Bayerische Ministerialblatt (BayMBl.) ersetzt. Das BayMBl. wird elektronisch als Amtsblatt der Bayerischen Staatsregierung geführt und ist für jedermann kostenfrei auf der Verkündungsplattform Bayern unter www.verkuendung.bayern.de verfügbar. Die ab 2009 bis Ende 2018 herausgegebenen Amts- und Ministerialblätter bleiben auf der Verkündungsplattform dauerhaft kostenlos abrufbar. Das Gesetz- und Verordnungsblatt (GVBl.) bleibt von dieser Umstellung unberührt.

Der bekannte Infodienst der Verkündungsplattform bleibt weiter bestehen. Ab Jahresbeginn 2019 wird er per E-Mail auf das Erscheinen von Veröffentlichungen im BayMBl. hinweisen. Die Abonnenten des Infodienstes erhalten eine gesonderte Information über die bevorstehende Umstellung.

Eine Papierfassung des elektronisch geführten BayMBl. kann als Jahresabonnement bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, gegen Entgelt bezogen werden. Weiterführende Informationen zu den Nachdrucken des BayMBl. erhalten Sie ab Jahresbeginn 2019 unter www.verkuendung.bayern.de im Bereich Service / Print-On-Demand.

Herausgeber/Redaktion:
Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, Odeonsplatz 3, 80539 München, Telefon (0 89) 21 92-01,
E-Mail: redaktion.allmbl@stmi.bayern.de

Technische Umsetzung:
Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:
Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 1 26-7 25,
Telefax (0 81 91) 1 26-8 55, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 1867-9072

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen:

Das Allgemeine Ministerialblatt (AllMBl.) erscheint nach Bedarf, in der Regel monatlich. Es wird im Internet auf der „Verkündungsplattform Bayern“ www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkündungsplattform Bayern“ ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Allgemeinen Ministerialblatts kostet 70 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkündungsplattform Bayern“ entnommen werden.